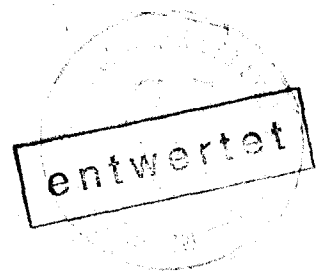
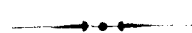


4225-9856

Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1919/1920.

Handwritten signature or mark



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig.

A. Nach der Zeitfolge.

1. Am 10. April 1919.

	Seite
1. Verschmelzung der sieben- und achsstufigen Bürgerschulen	2
2. Statut über die Pflichtfortbildungsschule	25
3. Abbau der Unterstufe bei der städtischen Mädchenschule (Mittelschule) . . .	49
4. Anträge Jahnß und Rönneburg, betreffend Gewährung einer Abschlagszahlung auf die demnächst erfolgende Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen für Beamte und Lehrer	51
5. Erhöhung des Kredits beim Leihhause	53
6. Antrag Jahnß, betreffend den Verbleib von 11 Waggons Lebensmittel . .	54

2. Am 24. April 1919.

1. Antrag Wolters auf Erweiterung des Rechts-, Finanz- und Bauausschusses auf je acht Mitglieder	58
2. Errichtung eines Rechtsfriedensamts	58
3. Antrag Bunge auf Vermehrung der städtischen Steuerbureaus	79
4. Antrag Wolters auf Überführung der Wallpromenaden und der der Stadt noch nicht gehörenden Überbrücken in städtisches Eigentum und der Umflutgräben in städtische Verwaltung	80
5. Einrichtung von Kursen zur Ausbildung von Handfertigkeitsschülern . . .	81
6. Antrag Frede auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broikemer Straße	81
7. Anfrage Schilke über Gewährung von Teuerungszulagen an vollbeschäftigte Fach- und Fortbildungsschullehrer und Lehrerinnen	82
8. Anfrage Graf über die Regelung des Pferdefleischverkaufs	83
9. Antrag Lehnert, betreffend die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises	85
10. Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Badetwete	86
11. Neupflasterung der Weberstraße	86
12. Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Straßen 201a und 202a . . .	87
13. Vertrag wegen Aufstellung von Aufschlagäulen in hiesiger Stadt	88
14. Wahl von vier Mitgliedern und vier Stellvertretern des Schulvorstandes der städtischen Fortbildungsschule	92

15. Ersatzwahl zweier Vorstandsmitglieder für den Verein Volkshalle . . .	93
16. Anfrage Oden über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den nächsten Wochen. Damit verbunden: Anfrage Friedrich über den Ersatz der Fleischration durch Erbsen . . .	93

3. Am 8. Mai 1919.

1. Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1919/1920	113
2. Zuwahl je eines Mitgliedes in den Rechts-, Finanz-, Schul- und Bau- ausschuß	150
3. Antrag Frede auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen West- bahnhof und Broihemer Straße	150
4. Nachverwilligung von Mitteln für den Schulgarten für 1918/1919 . . .	151
5. Antrag eines Stadtverordneten auf Amtsniederlegung	151
6. Herstellung einer Dampfheißanlage auf dem Gaswerk Taubenstraße . . .	152
7. Erlaß von Gebühren für Baugenehmigungen	153
8. Überweisung eines Stadtmodells an das Schulmuseum	154
9. Herrichtung von Notwohnungen im Kasernement Korffstraße	154
10. Instandsetzung des Platzes an der Martinikirche	155
11. Bereitstellung von Räumen und Mitteln für die Säuglingsfürsorge . . .	156
12. Einrichtung von Baracken auf der Fea 7 zu Notwohnungen	157
13. Erhöhung der Vergütung des Bademeisters in der städtischen Freibade- anstalt und der Gebühren für Bäder usw. in den städtischen Flußbade- anstalten	160
14. Erhöhung der Vergütung der Lehrkräfte an der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule	162
15. Antrag Jahnß auf Gewährung von außerordentlichen Rationen Lebens- mittel an mit einem inneren Leiden behaftete Kriegsteilnehmer	163
16. Anfrage Jahnß über den Preis bei neu verpachteten Ländereigrunderstücken auf dem Exerzierplatz	163
17. Antrag Friedrich, betreffend Aufhebung des freien Handels mit Eiern .	164
18. Anfrage Böhm über Wegnahme von hereingeholten Kartoffeln durch Regierungsstruppen	165

4. Am 22. Mai 1919.

1. Antrag Lehnert, betreffend die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises	171
2. Antrag Stegmann auf Erhöhung des Schulgeldes für die die höheren Schulen besuchenden ortsfremden Kinder	176
3. Antrag Jahnß auf Gewährung von außergewöhnlichen Rationen Lebens- mittel an mit einem inneren Leiden behaftete Kriegsteilnehmer	177

	Seite
1. Antrag Friedrich, betreffend Aufhebung des freien Handels mit Eiern	190
5. Änderung des Ortsbauplanes für das Gebiet nördlich der Ludwigstraße	191
6. Neuregelung des Verfahrens bei Vergebung von Arbeiten seitens der Stadt	192
7. Errichtung von zwei Schalthäusern auf dem Kleinen Exerzierplatz und dem St-Leonhard-Platz	197
8. Ausbau von Straßen der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft in der Kälberweide	198
9. Legung eines Gashauptrohres in der Schunterstraße	199
10. Erhöhung der Gebührensätze für Wannenbäder in den städtischen Volksbadeanstalten	200
11. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise	201
12. Gebühren in den städtischen Flußbädern betreffend	221
13. Herrichtung eines Gefrierhauses auf dem städtischen Schlachthaus	221
14. Antrag Schilke, betreffend den Schluß der offenen Verkaufsstellen, Monitore und Kanäle	222
15. Antrag Marth auf genügende Bepflanzung der Straßen und Plätze	223
16. Anfrage Kofahr wegen Pflasterung einer Teilstrecke der Salzdhahmer Straße	227

5. Am 12. Juni 1919.

1. Übernahme einer weiteren Bürgschaft für den Bedarf des Versorgungverbandes Braunschweig	232
2. Antrag Schilke, betreffend den Schluß der offenen Verkaufsstellen, Monitore und Kanäle	233
3. Bewilligung von Mitteln für Vergrößerung der Arbeiterstube auf dem Gaswerk Taubenstraße	242
4. Antrag Salomon auf dauernde Anstellung eines Museumsassistenten	243
5. Antrag Munte, betreffend die Gültigkeit von Wohnungsvermietungen	244
6. Bewilligung von Kosten für Reparaturarbeiten in der Neustadtmühle	251
7. Neuregelung der Feuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte, sowie auch der Aushilfsbeamten	252
8. Ersatzwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen	254
9. Erhöhung der Entschädigung für die Besitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes	254
10. Ankauf von Baracken zu Wohnzwecken	256
11. Nachbewilligung von Mitteln für die Volkskindergartenstiftung	258
12. Antrag Schmidt, betreffend Erhebung von Zuschlägen zu den Gemeindecinkommensteuern	260
13. Anträge Stegmann und Marth, betreffend die Preise bei weiteren Verkäufen ausländischer Lebensmittel	263
14. Antrag Schmidt auf Erhöhung der Sätze für die Armenunterstützung	272

15. Anfrage Stegmann über Maßnahmen gegen die Teuerung in Früh- gemüsen	273
16. Anfrage Schmidt über die Gründe der Butterpreiserhöhung	271

6. Am 26. Juni 1919.

1. Erhöhung der Vergütungssätze für die mit der Erteilung von Hand- fertigungsunterricht an den Bürgerschulen beschäftigten Lehrkräfte	281
2. Antrag Zahns auf Erhöhung der Gebühren für die Besitzer des Miet- einigungsamtes usw.	281
3. Antrag Schmidt auf Erhöhung der Sätze für die Armenunterstützung	283
4. Bewilligung von Mitteln zwecks Unterhaltung des städtischen Gebäudes Ritterstraße 26	281
5. Instandsetzung und Verbesserung einer Schulküche	281
6. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Hauptteuerbureau und für das städtische Wohnungsamt	285
7. Erhöhung der Gemeindegroßsteuer und der Gemeindegewerbesteuer	285
8. Antrag Salomon auf dauernde Anstellung eines Museumsassistenten	289
9. Erhöhung der Kosten für Reinigungsarbeiten in der städtischen Gewerbe- schule	290
10. Erhöhung der Kosten für Reinigung in den übrigen städtischen Schulen	291
11. Bewilligung von Mitteln zur Ausführung baulicher Veränderungen auf dem Kieselgute	292
12. Erweiterung des Baugrundes gemäß § 1 des Ortsbaustatuts	293
13. Abänderung des Vertrages wegen Übernahme der katholischen Schule	293
14. Neufassung der Grundsätze für die städtische Erwerbslosenfürsorge	297
15. Ersatansprüche für in städtischen Gebäuden abhanden gekommene Klei- dungsstücke	301
16. Bereitstellung weiterer Mittel zur Ausbildung eines Blinden	312
17. Pächterlaß für die Tennisplätze im Bürgerpark betreffend	313
18. Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten im städtischen Hause Peter- filienstraße 9	316
19. Umbau des Exerzierschuppens auf dem Kasernenhofe Korfesstraße zu Wohnzwecken	317
20. Ankauf von 5 Baracken zu Wohnzwecken	318
21. Aufstellung von 4 Baracken auf dem Kasernenhofe Korfesstraße	318
22. Verkauf des aus der Schotteliusstiftung stammenden Grundstückes Obergstr. 3	319
23. Ausbau eines Interessentenweges für die Feldmark Wilhelmstor	320
24. Strompreise des Elektrizitätswerkes betreffend	321
25. Antrag Zahns und Anfrage Lehnert, betreffend die unzureichende Aus- gabe von Fahrscheineften	327
26. Anfrage Engmann über den Verkauf minderwertiger Wurstwaren zu hohen Preisen	332

7. Am 10. Juli 1919.

1. Neuregelung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte	317
2. Neuregelung der Besoldungs- und Dienstverhältnisse der städtischen Hilfsbeamten	351
3. Erhöhung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer	361
4. Stellungnahme zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter	380
5. Antrag des Erwerbslosen Ausschusses, betreffend die Gewährung von Mietzuschüssen	382
6. Zuschuß aus der Rüdelfstiftung an die historische Kommission für Niedersachsen	383
7. Einrichtung elektrischer Beleuchtung in verschiedenen städtischen Schulgebäuden	384
8. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule	386
9. Gewährung von Mietzuschüssen für Kriegserhinterbliebene	387
10. Erhöhung des Zuschusses für den Verein Volkslesehalle	388
11. Änderung des Taubenstatuts	390
12. Bewilligung von Kosten für verursachte Beschädigungen in den als Wärmehallen benutzten Räumen der städtischen Gewerbeschule	390
13. Erhöhung des Gaspreises	391
14. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Wassermessern	391
15. Zuschuß an den Ausschuß für die Kriegsgefangenenheimkehr	395
16. Gewährung von Teuerungszulagen an die Lehrkräfte der katholischen Schule	396
17. Gewährung von Teuerungszulagen an einen Schuldiener der katholischen Schule	398
18. Zuschuß für die Volksbildungskurse	398
19. Einrichtung von Unterstellräumen für Kraftwagen im Feuerlöschgebäude	399
20. Unterbringung einer Kinderspeiseanstalt im städtischen Hause Wilhelmstr. 21	400
21. Beteiligung der Stadt an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten	401
22. Verlegung des öffentlichen Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge aus der Schule Wilhelmstraße nach der früheren Schule Leopoldstraße	402
23. Neuverpachtung des Stadtparkrestaurants	409
24. Erhöhung der Preise für Stromabgabe durch das Elektrizitätswerk	412

8. Am 23. August 1919.

1. Wahl eines Ausschusses auf Grund des Gesetzes über die Wahlen der Vorsteher und Mitglieder des Rates in den Städten des Freistaates Braunschweig vom 2. August 1919, Nr. 95	417
2. Feststellung eines Statuts auf Grund obigen Gesetzes	419

9. Am 28. August 1919.

1. Anfrage Genzen, betreffend die Einrichtung des Rechtsfriedensamts . . .	448
2. Anfrage Kofahr, betreffend den Wiederaufbau der aufgebrannten Gebäude Autorstraße 3	450
3. Anfragen Oden und Marth, betreffend die Ausgabe von Zucker . . .	453
4. Erhöhung der Vergütungssätze für die mit dem Schwerhörigenunterricht betrauten Lehrkräfte	457
5. Nachverwilligung der Kosten für Beschaffung eines neuen Saugfilters in der Neustadtmühle	458
6. Nachverwilligung von Mehrausgaben für bauliche Änderungen im Hause Wilhelmstraße 21	458
7. Wahl von Beisitzern des Landauschusses, sowie des Entschädigungsausschusses	459
8. Zuziehung von Mitgliedern des Ortsarbeiterrats zu den Sitzungen des Ernährungsausschusses und der Wohnungsdeputation	459
9. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Knabenmittelschule	465
10. Bewilligung von Mitteln für den Ortsarbeiterrat	468
11. Einstellung des Betriebes der Kriegslüche Markthalle	475
12. Herstellung eines Sammelkanals in den Straßen 327 und 328 . . .	475
13. Nachverwilligung von Kosten für Herrichtung von Notstandswohnungen in der Schule Leopoldstraße	476
14. Beteiligung der Stadt an der Gründung der Kraftwagengesellschaft . .	477
15. Übernahme der Bürgschaft für Beleihung von Heimstätten der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft	478
16. Nachverwilligung von Kosten für den Rathausanbau	478
17. Abfindung der Piepenbrüder-Grundstücke	479
18. Beitritt der Stadt zum Niedersächsischen Baumuseums-Verein	482
19. Ausbau der Goethestraße zwischen Hänfelmannstraße und Riddagshäuser Weg	482
20. Erhöhung der Stellenzulage für die Lehrkräfte an der Hilfsschule . . .	484
21. Nachverwilligung von Kosten für Instandhaltung der Zufahrtswege zu den beiden Müllabladep läzen	485
22. Verkauf einer Teilfläche des Arteröder Feldes an die Braunschweigische Heimstättengesellschaft	485
23. Anfrage Frede, betreffend Übernahme der katholischen Schule und Auszahlung der erhöhten Teuerungszulage an die Lehrer derselben	487
24. Anfrage Göhe, betreffend die plötzliche Beschlagnahme der ausländischen Seife	488
25. Anfragen Marth und Genzen, betreffend anscheinende Unregelmäßigkeiten bei der Belieferung mit Kohlen	494

10. Am 18. September 1919.

1. Einsprache gegen die Wählerlisten	506
2. Antrag Künneburg bezüglich der Listenverbindung der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei	525
3. Wahl der Kommission zur Vorberatung der Gehaltsbestimmungen für die besoldeten Mitglieder des Magistrats	530
4. Antrag Schilke, betreffend wiederholte Bekanntmachung der Wahllokale	530

11. Am 25. September 1919.

1. Einspruch des Erzarbeiterrats gegen die beschlossene Satzung über die Erwerbslosenfürsorge	536
2. Antrag des Stadtverordneten Dr. Wolters auf Genehmigung der Niederlegung seines Stadtverordnetenmandates	537
3. Beschaffung von Lehrgegenständen für den Unterricht in der Säuglingspflege in der Mädchenfortbildungsschule	538
4. Stadtseitige Übernahme von Sicherungen für ein neugewähltes Magistratsmitglied, betreffend die Witwen- und Waisenversorgung und eventuelle Weiterzahlung des Gehaltes während eines Jahres	539
5. Vorläufige Stilllegung des Gaswerks an der Bahnhofstraße	545
6. Wahl von Beisitzern zum Einigungsamt auf Grund der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung	546
7. Haltung von Milchkühen auf dem Kieselgute Steinhof zur Milchversorgung des städtischen Kranken- und Pflegehauses	547
8. Erhöhung der für Leitung und Überwachung des Nachtwachwesens zu zahlenden Vergütung	548
9. Erwerb einer Teilfläche an der Helenenstraße	555
10. Anstellung eines Ingenieurs für Heizungs- und Beleuchtungstechnik und Umwandlung der Bezeichnung „Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke“ in „Städtisches Betriebsamt“	556
11. Vorläufige Regelung der Schularztfrage	557
12. Gutachten der Stadtverordneten über Aufhebung der sonntäglichen Geschäftsstunde des Standesamts	561
13. Erhöhung der Gebühren im städtischen Schlachthaus	564
14. Ausbau der Straßen 1003, 1004 und 1005	564
15. Zuschuß zu den Kosten eines Lehrganges für Kriegsteilnehmer in der Oberrealschule	566
16. Auflassung und Bezahlung der vom Allgemeinen Konsumverein angekauften Grundstücke	567
17. Feuerungszulage für die Lehrkräfte der katholischen Schule	567
18. Einbesserung im Wortlaut des Statuts über die Unterhaltung einer katholischen Schule	568

19. Bewilligung von Mitteln für Beschaffung von Brennholz für die Einwohnererschaft	569
20. Antrag Schilke auf sofortige Inangriffnahme von städtischen Arbeiten, durch die den Handwerkern Beschäftigung zugeführt wird	571
21. Antrag Rönneburg auf feste Anstellung der Feuerwehrleute	573
22. Antrag Rönneburg, betr. die weitere Ausgestaltung der Wertzuwachssteuer	577
23. Anträge Rönneburg, betreffend den Übergang von städtischem Grund und Boden in private Hände nur unter Sicherung des städtischen Wiedervorkaufsrechts oder im Wege des Erbbaurechts	578
24. Antrag Reißner-Rönneburg zur Reform des Submissionswesens	578

12. Am 9. Oktober 1919.

1. Einführung der neugewählten Ratsmitglieder	583
2. Antrag Jahns, betreffend Erhöhung der Gebühren für die Besitzer verschiedener Ausschüsse	585
3. Wahl eines Ausschusses zur Beratung über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Hilfsangestellten des Rates der Stadt	586
4. Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter	586
5. Anträge Rönneburg, betreffend den Übergang von städtischem Grund und Boden in private Hände nur unter Sicherung des städtischen Wiedervorkaufsrechts oder im Wege des Erbbaurechts	588
6. Antrag Reißner zur Reform des Submissionswesens	599
7. Anderweite Regelung der Bedienung der Heizanlagen in den Schulen	600
8. Verteilung von Beihilfen an Turn- und Sportvereine	601
9. Antrag auf Abänderung des Gesetzes Nr. 95 vom 2. August d. Jz.	602
10. Beteiligung der Stadt an der Arbeiterriedlungs- und Baugesellschaft für das Helmstedter Braunkohlen- und Kaligebiet	622
11. Erpachtung einer Fläche der Domäne Niddagshausen zur Weitergabe in kleineren Stücken an hiesige Einwohner	623
12. Bewilligung von Beihilfen an Hausbesitzer für Herrichtung von Notwohnungen	625
13. Bewilligung von Mitteln zum Ankauf und zur Fertigstellung des Anhauses an die Flugzeughalle	626
14. Beschaffung eines Dienstzimmers für ein Ratsmitglied	628
15. Anfrage Marth, betreffend die Urteilsfällung des Mieteinigungsamtes	628
16. Antrag Jahns, betreffend die Ausrüstung der Nachschutleute	632
17. Antrag Jahns, betreffend die Zuteilung von Lebensmittel-Sonderzulagen an Kinder unter 12 Jahren	633

13. Am 23. Oktober 1919.

1. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für das Jahr 1915/16	639
2. Antrag auf Änderung des Gesetzes Nr. 95 vom 2. August d. Jz.	640

3. Befreiung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener von der Gemeindesteuer	611
4. Erhöhung des Zuschusses für den Verein Volkstesehalle aus der Züdelstiftung	641
5. Antrag Jahn, betreffend die Ausrüstung der Nachschutleute	612
6. Antrag Jahn, betreffend die Zuteilung von Lebensmittel-Sonderzulagen an Kinder im 12. Lebensjahre	617
7. Antrag Reißner, betreffend Abfassung der Anstellungsurkunden für Beamte und Lehrer	651
8. Gesuch der Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen um Erhöhung ihrer Bezüge	654
9. Bewilligung von Mitteln für Instandhaltung städtischer Gebäude	658
10. Abbau der Unterstufe beim Lyzeum	658
11. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Ernährungsausschusses	659
12. Erhebung von Zuschlägen zu der Gemeindecinkommen- und zur Reichsgrundsteuer	660
13. Verkauf einer Grundfläche an der Weststraße	668
14. Herrichtung von Wohnungen auf der Charlottenhöhe	668
15. Erpachtung von Kammerländereien zu Kleingärten	673
16. Verlegung der städtischen Kartoffelstelle	675
17. Antrag W. Riecke, betreffend die Schlachtwiehlieferung aus dem Kreise Gandersheim	676
18. Antrag Marschner auf Erwerb der Domäne Middagshausen und Beschleunigung der Eingemeindung des Ortes Middagshausen	686
19. Antrag Jahn, betreffend den Verkehr der Straßeneisenbahnlinie zum Nordbahnhof	687
20. Antrag Schilke, betreffend die Anstellung der Nachschutleute, ihre Entlohnung und Ruhezeit, ferner auf Offenhaltung der Polizeiwachen während der Nacht	688
21. Antrag Jahn auf höhere Versicherung der städtischen Gebäude gegen Brandschaden bei der Landesbrandversicherungsanstalt	690
22. Anfrage Schilke über die Sicherung der Kartoffelversorgung der Stadt für den kommenden Winter	692
23. Anfrage Munte über Bewilligung von Anschaffungsbeihilfen für die städtischen Beamten und Lehrer und eventuell Gewährung eines sofortigen Vorschusses	697
24. Antrag H. Riecke auf tatkräftiges Eintreten der städtischen Behörden für den alsbaldigen Ausbau der Südlinie des Mittellandkanals und Anwendung von Mitteln dafür	699
25. Besichtigung städtischer Betriebe betreffend	704

14. Am 13. November 1919.

1. Beteiligung der Stadt am Gesamtunternehmen der Straßeneisenbahngesellschaft	711
--	-----

2. Einspruch gegen die Wahl der Beisitzer zum Einigungsamt für Kleingärten und Kleinpachtland	728
3. Wahl von drei Bürgern in den Schulvorstand der katholischen Schule	728
4. Ersatzwahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Kriegshilfsklassenausschusses	729
5. Antrag Marschner auf Erwerb der Domäne Riddagshausen und Beschleunigung der Eingemeindung des Ortes Riddagshausen	729
6. Antrag Jahns, betreffend den Verkehr der Straßenbahnlinie zum Nordbahnhof	731
7. Antrag Schilke, betreffend die Anstellung der Nachschupleute, ihre Entlohnung und Ruhezeit, ferner Offenhaltung der Polizeiwachen während der Nacht	733
8. Antrag Jahns auf höhere Versicherung der städtischen Gebäude gegen Brandschaden bei der Landesbrandversicherungsanstalt	737
9. Antrag Oden auf Erhöhung der Bezüge der Kriegerfamilien	738
10. Antrag Munte über den Stand der Eingemeindungsverhandlungen	740
11. Antrag Schilke, betr. den Empfang der heimgekehrten Kriegsgefangenen	742
12. Antrag Frede auf Ausdehnung der elektrischen Notbeleuchtung auf die Sonnenstraße	743
13. Antrag Jahns auf Gewährung einer laufenden außerordentlichen Vergütung an den Markthalleninspektor	744
14. Antrag Kotsch auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht auf der Wolfenbütteler Straße	745
15. Weiterverpachtung des Ratskellers	745
16. Bewilligung von Mitteln zur Umänderung einer Bedürfnisanstalt in der Schule Reichsstraße	746
17. Einstellung eines besonderen Heizers für die Studienanstalt	746
18. Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung von Fortbildungslehrgängen für die Hilfslehrer	747
19. Änderung der Fluchtlinie der Eichthalstraße	748
20. Änderung der Fluchtlinie der Bittkefndstraße	749
21. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Anabennittelschule	750
22. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Hilfschule an der Breiten Straße	751
23. Antrag Reinowski auf Einrichtung von Wärmehallen	753
24. Antrag Könneburg auf Auszahlung der Beschaffungsbeihilfe an die städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter	757

15. Am 27. November 1919.

1. Erhöhung des Schulgeldes für ortsfremde Kinder	767
2. Antrag Frede auf Ausdehnung der elektrischen Notbeleuchtung auf die Sonnenstraße	768

3. Grundsätze für die Zahlung von Tagegeldern an die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der städtischen Behörden	770
4. Antrag Kofahr auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht auf der Wolfenbütteler Straße	772
5. Anfrage Stegmann, betreffend die Besserung der Gasverhältnisse	773
6. Anfrage Schilke, betreffend die Begräumung des Schnees von den städtischen Straßen	776
7. Anfrage Genzen, betreffend die Förderung der Schweineaufzucht durch stadtseitige Maßnahmen	777
8. Antrag Reißner auf Anstellung der nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Beamten und Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung	780
9. Antrag Zahns, betreffend die Teilnahme der städtischen Beamten und Lehrer an der staatlichen Beamtenkredithilfe	781
10. Antrag Recker auf Neuorganisierung des Wohlfahrtsamtes	782
11. Anfrage Rönneburg, betreffend die Streupflicht der Hausbesitzer bei Schneefall oder Glätteis	783
12. Antrag Rönneburg auf Schaffung eines städtischen Presseamtes	784
13. Antrag eines früheren Magistratsmitgliedes wegen Regelung seiner ferneren Bezüge	785
14. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Gaußschule	792
15. Beitritt der Stadt in die Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals	792
16. Erhöhung der Bürgschaftssumme für den Bedarf des Versorgungsverbandes Braunschweig	804
17. Finanzielle Beteiligung der Stadt am Landestheater	804
18. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise	814
19. Ortsbauplan für die Charlottenhöhe	816
20. Beschaffungsbeihilfe für Beamte, Lehrer und Arbeiter	817
21. Vorübergehende Einschränkung des Betriebes der städtischen Brausebäder	821
22. Vermietung einer städtischen Baracke an das Rote Kreuz-Krankenhaus	828

16. Am 18. Dezember 1919.

1. Antrag Reißner auf Anstellung der nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Beamten und Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung	832
2. Antrag Zahns, betreffend die Teilnahme der städtischen Beamten und Lehrer an der staatlichen Beamtenkredithilfe	834
3. Anfrage Frede über die Stromunterbrechungen beim Elektrizitätswert	836
4. Anfrage Genzen, betr. die Verteilung des stadtseitig beschafften Brennholzes	839
5. Antrag Zahns, betreffend die Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre	841

6. Antrag Stegmann, betreffend die Beseitigung von Mißständen in der Kartenverteilungsstelle am Bültenwege	841
7. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im städtischen Hause Karlstraße 8	842
8. Gewährung eines Zuschusses für die Volksbildungskurse	843
9. Abänderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb (Nr. 31 vom 3. August 1919)	844
10. Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Beihilfen an die Östern zur Entlassung kommenden minderbemittelten Schulkinder	846
11. Annahme eines Mißtenarztes für das städtische Krankenhaus	852
12. Einrichtung einer Milchküche im städtischen Krankenhaus	853
13. Änderung des Ortsbauplanes und Festsetzung von Baubeschränkungen für die verlängerte Comeniusstraße	854
14. Ermäßigung der Baugenehmigungsgebühren für Kleinhäuser	855
15. Erwerb einer Fläche am Bültenwege	855
16. Sitzung über Unterhaltung des städtischen Betriebsamtes	856
17. Erlaß der Baugenehmigungsgebühren für Einrichtung von Notwohnungen	856
18. Gewährung einer außerordentlichen einmaligen Beschaffungsbeihilfe an den Verein für Gesundheitspflege	857
19. Veranstaltung von Unterhaltungsmusik in der Matschellerweinstube	858
20. Ausbau des städtischen Wohlfahrtsamtes	859
21. Beteiligung der Stadt am Gesamtunternehmen der Straßenbahn	866
22. Erhöhung des elektrischen Strompreises für den Monat Dezember	874
23. Antrag Tostmann, betreffend das Statut über die Abgaben an die Feldmarksgemeinden	877
24. Antrag Richter, den Bezug von Brennmaterial für mehr als zwei Zimmerheizungen zu sperren	878
25. Anfrage Riecke über die Untersuchung des Leitungswassers	888
26. Antrag Wenzel auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt	889

17. Am 8. Januar 1920.

1. Antrag Reißner, betreffend feste Anstellung von Unterbeamten	893
2. Antrag Stegmann, betreffend Beseitigung von Mißständen in der Kartenverteilungsstelle am Bültenwege	905
3. Antrag Tostmann, betreffend das Statut über die Abgabe an die Feldmarksgemeinden	905
4. Antrag Jahn, betreffend die Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre	907
5. Erhebung von Gebühren und Auslagen für die Tätigkeit des Miet-einigungsamtes	908
6. Übersicht über die stadtsseitig gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisen-gehälter für 1918/1919	909

7. Bewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer Treppenhausebeleuchtung in dem städtischen Hause Ritterstraße 26	909
8. Gewährung eines besonderen Zuschusses zu den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule für 1918/1919	910
9. Sitzung über die Erhebung eines Stadtzuschlages zu der Grunderwerbssteuer	911
10. Beseitigung verschiedener Straßenbäume	918
11. Gewährung von Sonderzulagen für die Knaben- und Mädchenhorte	924
12. Anlage einer Wasserzapfstelle für die Schrebergärten auf dem Französischen Felde	925
13. Neuregelung der Kohlenversorgung	925
14. Bewilligung eines Zuschusses an die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen	936
15. Ersatzwahl eines Beisitzers für das Mieteinigungsamt	937
16. Wahl von Beisitzern für das Rechtsfriedensamt	938
17. Beseitigung veralteter Efen und Apparate auf dem Gaswerk Bahnhofstraße	939
18. Änderung des § 7 über die hausgewerbliche Krankenversicherung	939
19. Erhöhung der Preise für Abgabe elektrischen Stromes	940
20. Festsetzung über die Wahl der städtischen Vertreter im Aufsichtsrat des Elektrizitätswerkes	943

18. Am 29. Januar 1920.

1. Antrag Könneburg auf Schaffung eines städtischen Presseamtes	949
2. Antrag Genzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt	950
3. Beseitigung verschiedener Straßenbäume	950
4. Regelung der Ruhezeiten der Nachschuplente	952
5. Übersicht über die Rechnungsabschlüsse für 1918/1919	953
6. Antrag Graf auf Erhöhung der städtischen Armenunterstützung	958
7. Anfrage Graf über das Verfahren bei der diesjährigen Verteilung der Beihilfe an schulentlassene Kinder	959
8. Antrag Reißner auf Feststellung der dauernd mit Beamten zu besetzenden städtischen Stellen	967
9. Antrag Genzen auf Erhöhung der städtischen Mithelöhne	968
10. Erhöhung der Vergütung für die Schuldienner an der Fortbildungs- und Mädchenfortbildungsschule	969
11. Sitzung zur Ergänzung der Sitzung über den Rat der Stadt (Nr. 67 vom 28. August 1919)	969
12. Verkauf einer alten Feuerlöschpritze	972
13. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Beirates der Ortskohlenstelle	972
14. Ausübung des Vorkaufsrechtes der Stadt für die in ihrem Bezirk belegenen Grundstücke	972
15. Erhöhung der Gaspreise	973

	Seite
16. Beschaffung und Aufstellung eines Trichinoskops im städtischen Schlachthause	974
17. Fortfall der städtischen Umsatzsteuer	985
18. Erhöhung der Hundesteuer	986
19. Beitritt der Stadt zum Verein der Flugplätze und Luftverkehrsunternehmungen	993
20. Umbau der Bürgerschule an der Leopoldstraße für den öffentlichen Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge	994
21. Einrichtung einer Milchküche im städtischen Krankenhaus (Nachverwilligung)	995
22. Ankauf einer Baracke und eines Schuppens	996
23. Übernahme der Gastpflicht gegenüber der Eisenbahnverwaltung für einen Beamten der Ortskohlenstelle	1005
24. Anträge Tostmann:	
1. auf Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen im Baugewerbe	1005
2. auf Vorstellung bei der Reichsregierung dahin, daß die Bauarbeiter bezüglich der Arbeitslosenfürsorge nicht als Saisonarbeiter angesehen werden	1005
25. Anträge Reißner:	
1. auf Bevollmächtigung eines Ausschusses, die erhöhten Steuerzuschläge für die städtischen Beamten und Arbeiter entsprechend der Landtagsvorlage festzusetzen	1012
2. auf Ermächtigung der Gehaltsdeputation, alle Besoldungs-, Steuerzuschlägefragen usw. für die Beamten zu erledigen	1012

19. Am 12. Februar 1920.

1. Antrag Genzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt . . .	1022
2. Antrag Graf auf Erhöhung der städtischen Armenunterstützung . . .	1033
3. Aufnahme eines Rechtsstreites (Heinemeyer)	1036
4. Antrag Genzen auf Erhöhung der städtischen Ruheelöhne und Hinterbliebenenbezüge	1036
5. Antrag Frede, die Aufstellung zuverlässiger Übersichten über die Anzahl der wirklich Wohnungsbedürftigen betreffend	1037
6. Antrag Frede, betreffend die Errichtung von Lehnbauten	1038
7. Anträge Schmidt und Frede, betreffend die Beseitigung des Mangels an Kleingeld	1040
8. Anfrage Salomon über Erleichterung des Bezuges lebensnotwendiger Waren für heimkehrende Kriegsgefangene	1045
9. Antrag Jahnz auf Wiederfreigabe der zur Einlagerung von Lebensmitteln benutzten städtischen Turnhallen für Turnzwecke und Beschaffung eines Turnspielplatzes für die höheren Mädchenschulen	1047
10. Antrag Jahnz, betreffend die Ausdehnung des Kaufmannsgerichts der Stadt auf den Kreis Braunschweig	1048

11. Anlauf einer Straßenfläche am Rattreppelein	1050
12. Antrag der Stadtverordneten Fräulein Oden auf Zustimmung zur Niederlegung ihres Stadtverordnetenmandates	1050
13. Gehaltsberechnung der Oberfeuerwehrmänner	1050
14. Zuschuß für Einrichtung und Betrieb der Baracke für Geschlechtskranke beim Krankenhaus vom Roten Kreuz	1051
15. Vorübergehende Aufhebung des Hochunterrichts in den städtischen Bürgerschulen	1052
16. Erhöhung der Feuerungszulagen für städtische Beamte und Lehrer, sowie Aufbesserung der Vergütung der Aushilfsbeamten und der Lohnsätze der städtischen Arbeiter	1053
17. Antrag Richter auf Beleuchtung der Eisenbütteler Straße	1064
18. Antrag Stegmann, betreffend Überlassung größerer Räume in städtischen Gebäuden zur Abhaltung von Versammlungen	1064
19. Anfrage Stegmann, betreffend das städtische Wohlfahrtsamt und die Kriegsfürjorgestellte	1066
20. Antrag Rönneburg, betreffend die Vorbereitung der Ersatzwahl für das ausgeschiedene Ratmitglied Oberamtsrichter Meyer	1072

20. Am 26. Februar 1920.

1. Antrag Frede, betreffend die Errichtung von Leimbauten	1079
2. Antrag Frede, die Aufstellung zuverlässiger Übersichten über die Anzahl der Wohnungsbedürftigen betreffend	1080
3. Antrag Zahus auf Wiederfreigabe der zur Einlagerung von Lebensmitteln benutzten städtischen Turnhallen für Turnzwecke und Beschaffung eines Turnplatzes für die höhere Mädchenschule	1080
4. Änderung der Friedhofs- und Begräbnisordnung	1083
5. Erhöhung der Vergütungssätze für die Hilfslehrer an den städtischen höheren Schulen	1094
6. Antrag Richter auf Beleuchtung der Eisenbütteler Straße	1095
7. Antrag Stegmann, betreffend die Freigabe größerer Räume in städtischen Gebäuden zur Abhaltung von Versammlungen	1096
8. Bewilligung einer außerordentlichen Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund	1098
9. Ersatzwahl von Besitzern des Einigungsamtes für Kleingärten und Kleinpachtland	1100
10. Neukanalisierung der Kreuzstraße zwischen Altstadttring und Gabelsbergerstraße	1100
11. Neuwahl von Mitgliedern des Überwachungsausschusses zur Bekämpfung der Spargelschädlinge, des Franzosenkrautes und der Seidenapfanz	1101
12. Änderung des Ortsbauplanes für die Gegend nordöstlich des Westbahnhofes	1102

	Seite
13. Einrichtung einer Volksspeiseanstalt im Hause An der Katharinentirche	3 1103
14. Erhöhung der Gaspreise	1104
15. Anfrage Marth über die Ankäufe hiesiger Grundstücke durch Ausländer und eventuell mögliche Maßnahmen gegen den Wucher mit Grundstücken	1105
16. Antrag Marth auf Änderung des Absatzes 4 im § 10 der Grundläge für Bewilligung von Ruhelöhnen	1117
17. Antrag Stegmann auf Beschaffung eines städtischen Friedhofes und Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt	1118
18. Ersatzwahlen für verschiedene Ausschüsse aus Anlaß des Ausscheidens der Stadtverordneten Fräulein Oden	1121

21. Am 11. März 1920.

1. Antrag Benzen auf Erhöhung der städtischen Ruhelöhne und Hinterbliebenenbezüge, verbunden mit Antrag Marth auf Änderung des Absatzes 4 im § 10 der diesbezüglichen Grundläge	1126
2. Antrag Jahns, betreffend die Ausdehnung der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts der Stadt Braunschweig auf den Kreis Braunschweig	1127
3. Einführung einer Luftbarkeitssteuer	1131
4. Antrag Stegmann auf Beschaffung eines städtischen Friedhofes und Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt	1131
5. Mittel für Unterbringung von Schulkindern in Heilstätten an deutschen Seeküsten	1141
6. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, der Wasserwerke, des Privateinrichtungsgeschäfts, der Neustadtmühle und des Abwäsepumpwerkes	1149
7. Erklärung der Hennebergstraße zur Ortsstraße	1150
8. Erhöhung der Gebühr für Müllabfuhr	1150
9. Gewährung einer besonderen Beihilfe an die Volksskindergartenstiftung	1151
10. Beitritt der Stadt zu dem Arbeitgeberverbande deutscher Gemeinden und Kommunalverbände	1152
11. Umgestaltung des Schulgartens der städtischen Gewerbeschule	1153
12. Neueinrichtung von Klassen bei der Mädchen- und Knabenmittelschule	1154
13. Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Schulen, die Mittelschulen sowie die Gewerbeschule	1155
14. Beihilfe an den deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen	1160
15. Zuschuß zum Landestheater	1160
16. Ausbesserung eines Dampfkessels im Volksbrausebade Kaiserstraße	1171
17. Freigabe von Räumen zur Einrichtung von Jugendherbergen	1171
18. Auszahlung der erhöhten Teuerungszulagen für Beamte und Lehrer über den 1. April hinaus	1172
19. Wahllokale für die Wahl eines Ratsmitgliedes betreffend	1173
20. Ansetzung einer besonderen Sitzung für die Beratung der Luftbarkeitssteuer	1175

21. Anfrage Salomon über Einrichtung von Volkstindergärten, Kinderhorten, Förderklassen u. dergl.	1176
22. Antrag Reißner auf Verstärkung der Wohnungsdeputation um ein Mitglied	1179
23. Anfrage J a h n s, betreffend die Gründe für Abhaltung der nächsten Messe auf dem Leonhardplafe	1179

22. Am 18. März 1920.

1. Einführung einer Luftbarkeitssteuer	1184
2. Antrag Stegmann auf Hintwirkung, dahingehend, die Straßenabsperungen zu beseitigen und die Truppen von den Straßen zurückzuziehen	1186

23. Am 22. März 1920.

1. Erhöhung des Wassergeldes	1192
2. Einführung einer Luftbarkeitssteuer	1193
3. Erhöhung des Tarifes für Dienstmänner	1245
4. Antrag Lehnert auf Instandsetzung des westlichen Fußweges der Helmstedter Straße zwischen Altwiekering und Wörthstraße	1245
5. Antrag Wahrenndorf auf Einrichtung einer neuen Sexta an den hiesigen Oberrealschulen	1246
6. Mitteilungen des Wahlausschusses für die Stadtratswahl	1247

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten)

- Abbau der Lebensmittelpreise 112.
 Abfallverwertungs-Gesellschaft 485.
 Abschlagszahlung auf erhöhte Steuerzuschläge
 2, 50, 51.
 Abschluß, vorläufiger, für 1919/20 1060.
 Arkeröder Feld 485.
 Allgemeiner Anzeiger, Notiz in demselben be-
 treffend 56.
 Amerika-Spende 847, 1143 ff.
 Amtsdauer der Ratsmitglieder 425, 602, 640,
 969.
 Amtsniederlegung eines Stadtverordneten 57,
 151, 415, 537, 538, 1050.
 Anbau an die Flugzeughalle, Ankauf desselben
 626.
 Anfragen der Stadtverordneten:
 Böhm, betreffend Wegnahme hereingeholter
 Kartoffeln 113, 165.
 Engmann, Verkauf minderwertiger Wurst-
 waren betr 280, 332.
 Frede, betr. Übernahme der katholischen
 Schule und Auszahlung der Steuerzuschläge
 an die katholischen Lehrer 448,
 487.
 betr. Ursache der Stromunterbrechungen
 767, 836.
 Friedrich, betr. Ersatz der Fleischration.
 durch Erbsen 93.
 Genzen, betr. Einrichtung des Rechts-
 friedensamts 345, 448.
 Kohlenbelieferung betr 448, 494.
 Förderung der Schweineaufzucht betr.
 711, 777.
 betr. Ausgabe von Brennholz 767, 839.
 Böge, betr. Beschlagnahme der ausländischen
 Seife 448, 488.
 Graf über Regelung des Pferdeleichen-
 verkaufs 83.
 betr. Verteilung der Konfirmanden-
 hilfen 893, 959.
 Hahn, betr. den Verbleib von 11 Waggons
 Lebensmittel 54.
 betr. Ländereinfriedung auf dem Exerzierplatz
 113, 163.
 betr. die Sonderzulage für Kinder 767.
 über die Abhaltung der Messe auf dem
 Leonhardplatz 1179.
 Lehnert, betr. unzureichende Ausgabe von
 Fahrscheinstücken durch die Straßenbahn
 280, 327.
 Marth, betr. Ausgabe von Zucker 345,
 453.
 Kohlenbelieferung betr. 448, 494.
 betr. Mieteinigungsamt 583, 628.
 betr. Grundstücksverkauf durch Ausländer
 1079, 1105.
 Munte, betr. Anschaffungsbeihilfen für
 städtische Beamte und Lehrer 638, 697,
 betr. die Eingemeindungsverhandlungen
 638, 740.
 Oden, Versorgung mit Lebensmitteln betr.
 93.
 Ausgabe von Zucker betr 345, 453.
 Rieke über Untersuchung des Leitungswassers
 831, 888.
 Rönneburg, betr. die Streupflicht bei
 Schneefall 711, 783.

Kofahr, Pflasterung der Salzbadlumer
 Straße betr. 169, 227.
 betr. Wiederaufbau der Filmfabrik 345,
 450.
 Salomon über die Höhe des Preises des
 Gefrierfleisches 345.
 wegen mittelloser Kriegsgefangener 948,
 1045.
 betr. Magnahmen zur Förderung der
 Bürgerschüler 1125, 1176.
 Schilke, Fortbildungsschullehrer betr. 82.
 Kartoffelversorgung betr. 638, 692.
 betr. Begräbnungsarbeiten bei Schneefall
 710, 776.
 Schmidt, betr. Erhöhung der Butterpreise
 231, 274.
 Stegmann, betr. die Gasperre 113, 132.
 betr. die Preise für Frühgemüse 232,
 273.
 betr. Besserung der Gasverhältnisse 710,
 773.
 betr. das Wohlfahrtsamt 1020, 1066.
 Angestellten-Heimstätten 401.
 Ankauf einer Straßenfläche 555, 855, 1050.
 Anschaffungsbeihilfe für Beamte, Angestellte,
 Lehrer und Arbeiter 697, 711, 757.
 Anschlagzäunen, Vertrag wegen derselben 88.
 Anstellung von Unterbeamten 710, 780.
 Anstellungsurkunde für Beamte und Lehrer 651.
 Anträge der Stadtverordneten:
 Bunge auf Vermehrung der Steuerbureaus
 79.
 Demokratischen Fraktion, Ausschuß-
 fakwahlen betr. 1079, 1121.
 Frede, Verbindungsweg zwischen West-
 bahnhof und Broikemer Str. betr. 81,
 150.
 auf Erhöhung der Hundesteuer 142.
 bezüglich der Erhöhung des Wasserpreises
 209.
 betr. elektrische Notbeleuchtung auf der
 Sonnenstraße 743, 768.
 betr. einen Ausschuß zur Aufstellung eines
 Personaletats 903.
 betr. den Mangel an Kleingeld 947, 1040.

Frede, betr. Errichtung von Lehnbauten
 947, 1048, 1079.
 betr. Übersicht über die Anzahl der
 Wohnungsbedürftigen 947, 1037,
 1080.
 betr. die Begräbnisordnung 1094.
 Friedrich, betr. den freien Handel mit
 Eiern 113, 164, 190.
 Genzen, Errichtung einer Volksspeiße-
 anstalt 832, 889, 950, 1022.
 Erhöhung der Kugelöhne betr. 893, 969,
 1036, 1126.
 Göse, Sprechzeit der Lehrkräfte betr. 312.
 Graf auf Erhöhung der Armenunterstützung
 893, 958, 1033.
 Jahn, Abschlagszahlung auf die erhöhte
 Teuerungszulage betr. 2, 50, 51.
 außerordentliche Rationen Lebensmittel für
 kranke Kriegsteilnehmer betr. 113, 163,
 177.
 betr. unzureichende Ausgabe von Fahr-
 scheinsten 280, 327.
 betr. die Entschädigung bei städtischen
 Ehrenämtern 255, 281, 585.
 betr. Ausrüstung der Nachschulkente 583,
 632, 642.
 Lebensmittelzulagen für Kinder betr. 583,
 633, 647.
 Straßenbahnlinie zum Nordbahnhof betr.
 638, 687, 731.
 Brandversicherung betr. 638, 690, 737.
 die staatliche Beamtenbeihilfe betr.
 710, 781, 834.
 betr. außerordentliche Vergütung für den
 Markthalleninspektor 744.
 Sonderzuteilung von Lebensmitteln an
 Kinder betr. 841, 907.
 betr. Wiederfreigabe der Markthallen und
 Schaffung eines Spielplatzes 949,
 1047, 1080.
 betr. Ausdehnung der Zuständigkeit des
 Kaufmannsgerichts 949, 1048, 1082,
 1127.
 Dr. Jasper, Übernahme sämtlicher Schul-
 lasten auf den Staat 14, 25.

Lehnert, die Beisitzer zum Arbeitsnachweisausschuß betr. 2, 85, 112, 171.

Instandsetzung des westlichen Fußweges der Helmstedter Straße 1184, 1245.

Marschner, betr. Erhöhung der Gewerbesteuer 377.

Domäne Ribbaggshausen betr. 637, 675, 686, 729.

Marth, betr. Bepflanzung der Straßen 169, 223.

betr. den Preis ausländischer Lebensmittel 231, 263, 628.

betr. Berechnung des Ruhelohns 1078, 1126.

Meyerhoff zu den Feuerungszulagen für Beamte und Lehrer 347.

Munte, betr. die Gültigkeit von Wohnungsvermietungen 244.

Oden, betr. die Obst- und Gemüsepreise 345, 457.

betr. die Bezahlung der Kriegerfamilien 738.

Mandatniederlegung betr. 1050.

Rechter auf Neuorganisierung des Wohlfahrtsamtes 782.

Reinowski, betr. Wärmehallen 710, 753.

Reißner zu den Feuerungszulagen für Beamte und Lehrkräfte 347.

Reißner-Rönnenburg, Reform des Submissionswesens betr. 536, 578, 588.

Reißner, betr. die Anstellungsurkunden für Beamte und Lehrer 651.

betr. Anstellung von Unterbeamten 710, 780, 832, 993.

betr. die erhöhten Feuerungszulagen und Ermächtigung der Gehaltsdeputation 948, 1012.

betr. Aufstellung eines Personaletats 969.

betr. Verstärkung der Wohnungsdeputation 1125, 1179.

Richter, betr. die Innungsschulen 32, 37—40.

betr. den Schulvorstand der Fortbildungsschule 33, 40, 41.

betr. Unentgeltlichkeit des Fortbildungsschulunterrichts 33, 42, 43.

Bezug von Brennmaterial betr. 831, 878.
betr. Beleuchtung der Eisenbütteler Str.
1020, 1064, 1095.

Riefe, H., betr. die Süblinie des Mittel-
landkanals 699.

Riefe, W., betr. Schlachtviehlieferung aus
dem Kreise Sandersheim 637, 676.

Rönnenburg, Abschlagszahlung auf die
erhöhte Feuerungszulage betr. 2, 50,
51.

auf feste Anstellung der Feuerwehrleute
535, 573

Eisenverbindung der sozialdemokratischen
und demokratischen Partei betr. 525.

betr. die Wertzuwachssteuer 535, 577.

Sicherung des Wiederkaufsrechts oder Erb-
baurechts bei Verkauf städtischen Grund-
besitzes 536, 578, 588.

betr. das Gelände Charlottenhöhe 536,
578, 588.

Schaffung eines Presseamts 710, 784,
832, 893, 949.

Gewährung von Anschaffungsbeihilfen betr.
711, 757.

Ratsnachwahl betr. 1072.

Rokahr auf Einrichtung einer Bedürfnis-
anstalt an der Wolfenbütteler Straße
745, 772.

Salomon auf Anstellung eines Museums-
assistenten 170, 243, 289

betr. Festsetzung der Gehälter und der
Kinderzulagen für die Hilfsbeamten
232.

betr. die Besoldungsverhältnisse der Aus-
hilfsbeamten 345, 351.

Schilke, betr. Schluß der Läden und
Kontore 168, 222, 233, 235.

betr. wiederholte Bekanntmachung der
Wahllokale 530.

auf Inangriffnahme von städtischen In-
standsetzungsarbeiten 571, 658.

die Anstellungs- usw. Verhältnisse der
Nachschubleute betr. 637, 688, 733.

betr. den Kriegsgefangenen-Empfang 638,
742.

- Schmidt, Zuschläge zur Gemeindesteuer betr. 231, 260.
 auf Erhöhung der Armenunterstützung 232, 272, 283.
 betr. den Mangel an Kleingeld 948, 1040.
- Stegmann, betr. die Höhe des Schulgeldes für die Bürgerschulen 8, 25.
 betr. unentgeltliche Lieferung der Lernmittel an den Bürgerschulen 9, 25.
 auf Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen 122, 176.
 betr. den Preis der ausländischen Lebensmittel 231, 263, 628.
 betr. die Kartenverteilungsstelle Blütenweg 767, 841, 905.
 Besserung der Gasverhältnisse betr. 773.
 Freigabe städt. Räume zu Versammlungen betr. 1020, 1064, 1078, 1095.
 Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt 1079, 1118, 1131.
 betr. Beseitigung der Straßenabsperrungen und Zurückziehung der Truppen von den Straßen 1184, 1186.
- Tostmann, betr. das Statut über die Feldmarksgemeinden 767, 877, 905.
 betr. Notstandsarbeiten im Baugewerbe 948, 1005.
 betr. die Behandlung der arbeitslosen Bauarbeiter als Saisonarbeiter 948, 1005, 1076.
- Wahrendorf, betr. Einrichtung einer neuen Sexta in den Oberrealschulen 1192, 1246.
- Wollers, auf Erweiterung der Ausschüsse auf acht Mitglieder 58.
 betr. Wallpromenaden und Okerbrücken 80.
- Apothekerlehrlinge 35.
- Arbeiter-Samariterbund 447, 1098.
- Arbeiter-Siedlungs- und Baugesellschaft (Helmsdorf) 622.
- Arbeiter-Sportkartell 170, 1125.
- Arbeiter, städt., Lohnverhältnisse derselben 535, 566, 586, 1053, 1077.
- Arbeiterräte auf dem Gaswerk 242.
- Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden 1152.
- Arbeitsgemeinschaft der Gastwirteverbände 1078, 1125.
- Arbeitslosenunterstützung betr. (Eingabe) 830.
- Arbeitsnachweis, Ausschuß desselben 85, 112, 171.
- Arbeitsnachweis, Unterbringung desselben 47, 402, 994.
- Armenunterstützung, Höhe derselben 232, 272, 283, 447, 893, 958, 1033.
- Armenverwaltung betr. 542.
- Assistenzarzt für das Krankenhaus 852.
- Aufhebung der Straßen Nr. 885, 886, 887, 888 486.
- Auflassung der erworbenen Grundstücke Leopoldstraße 567.
- Ausbau von Straßen 198, 482, 564, 749.
- Ausbau von Wegen 320.
- Aushilfsbeamte 232, 252, 280, 345, 351, 505, 586, 1053.
- Auslanddeutsche, Bund derselben (Zuschuß) 936.
- Ausländer, Grundstückserwerb durch solche 1079, 1105.
- Ausländische Lebensmittel 263, 316.
- Ausschlüsse der Stadtverordneten, Erweiterung derselben 58.
- Ausschuß für Beratung des Submissionswesens 599.
- Ausschuß für Kriegsgefangenenheimkehr 395, 742.
- Ausschuß für Leibesübungen 446, 601, 636.
- Ausschuß für Spiele und Sport 947.
- Ausschuß für Tarif der Pilsangestellten 586.
- Ausschuß für Tuberkulosefürsorge 986.
- Ausschuß für Wahl des Rats der Stadt 417.
- Ausschuwahlen 150, 537, 659, 1079, 1100, 1101, 1121.
- Automatengasanlage, Übernahme derselben 392, 1104.
- Bademeister in der Freibadeanstalt 160.
- Badetwete, Fluchtlinie derselben 86.
- Baracke am Roten Kreuz 828.
- Baracke für Geschlechtskranke 1051.
- Baracken als Notwohnungen 157.
- Baracken, Ankauf von solchen 256, 318, 996.
- Bauarbeiten, Vergütung derselben 637.

Banarbeiter, arbeitslose 948, 1005, 1076.
 Baubefchränkung, Festsetzung solcher 854.
 Bauhandwerker, Eingabe derselben 637.
 Baugenehmigungen, Gebühr für solche 153.
 Baugenehmigungsgebühr f. Notwohnungen 856.
 Baugenehmigungsgebühr für Kleinhäuser 855.
 Baugenossenschaft usw., Zuschüsse betr. 1000.
 Baugesellschaft im Helmstedter Gebiet 622.
 Baugrund der Stadt, Erweiterung desselben 293.
 Baumuseumsverein, niederfächsischer 482.
 Bauweise, besondere 637.
 Beamten Kredithilfe 710, 781, 834, 1124.
 Bedürfnisanstalt für Frauen Wolfenbüttler
 Straße 742, 772.
 Bedürfnisanstalt in der Schule Reichstraße 746.
 Begräbnisordnung 1052, 1083.
 Beihilfe an die Spiel- und Sportvereine 601
 1125.
 Beihilfen an Vereine, Stiftungen usw. siehe
 Zuschüsse.
 Beihilfen zur Einrichtung von Notwohnungen
 625.
 Beihilfen zur Schulentlassung 169, 846, 893,
 959, 1143.
 Beisitzer beim Kaufmanns- und Gewerbegericht
 254.
 Beisitzer des Mieteinigungsamts 281.
 Belagerungszustand in Braunschweig 186.
 Beleuchtungsanlage Karlstraße 8 842.
 Beleuchtungsanlage Ritterstraße 26 909.
 Beleuchtungsanlagen Vergebung von solchen 467.
 Beleuchtung, elektrische, in Schulgebäuden 384,
 465, 750, 751.
 Beleuchtung in der Knaben-Mittelschule 465.
 Beleuchtungsweisen in städtischen Gebäuden 466.
 Bericht über die Gaswerke, Wasserwerke usw.
 1149.
 Beschaffungsbeihilfe für Beamte, Angestellte,
 Lehrer und Arbeiter (s. a. Feuerungs-
 zulagen) 817.
 Beschaffungsbeihilfe (Eingabe) 947.
 Beschädigungen in der Gewerbeschule 390.
 Beschlagnahme von Wohnungen 159, 244 ff.,
 996.
 Beseitigung von Straßenbäumen 918, 950.
 Besichtigung städtischer Betriebe 704.

Bestattungsweisen, Übernahme durch die Stadt
 1079, 1118, 1131.
 Betriebsamt, Schaffung eines solchen 466, 556.
 Betriebsamt, Satzungen für dasselbe 856.
 Beteiligung der Stadt an der Elektrizitäts-
 gesellschaft, siehe Elektrizitätswerk.
 Blinder, Ausbildung eines solchen 312.
 Bodenreformer, Bund deutscher, Eingabe 1192.
 Bolle, Herm, Ausbildung desselben 312.
 Bonbonfabrikation 97.
 Brandis, Dr., Stadtverordneter 636.
 Brandversicherungs-Eintrittsgelder 638, 690.
 Brandversicherungshöhe der städtischen Gebäude
 737.
 Braunkohlengrube betr. 622.
 Brausebäder, Einschränkung des Betriebs 822.
 Brausebäder, Preise für Wannenbäder 200.
 Brennholz, Bezug und Ausgabe von solchem
 569, 767, 839, 883.
 Brennmaterialbezug betr. 831, 878, 925.
 Brocksammlung 1103.
 Brotartenverteilungsstelle 1126.
 Brotversorgung Braunschweigs 97.
 Büldenweg, Flächenankauf 855.
 Bürgerpark 485.
 Bürgerschule Leopoldstraße 994.
 Bürgerschule Reichstraße 746.
 Bürgerschulen, Beleuchtung betr. 384.
 Bürgerschulen, Heizer in denselben 601.
 Bürgerschulen, Kochunterricht dort 1052.
 Bürgerschulen, Verschmelzung der 7- und 8 stu-
 figen 2.
 Bürgerschaftsübernahme bei Beleihung von Heim-
 stätten 478.
 Bund der Auslandsdeutschen (Zuschuß) 936.
 Bund der Frauen der Kriegsgefangenen (Ein-
 gabe) 535.
 Buttermation 95.
 Charlottenhöhe 668, 816.
 Chemische Fabrik Bedelde 668.
 Comeniusstraße, verlängerte 854.
 Dammann, Eingabe desselben 534.
 Dampfkesselanlage auf dem Gaswerk 152.
 Demobilisierungskommissar 1076.

Deputationen siehe Kommissionen.

Deputationen, Aufgabe derselben 212, 215, 217.

Deputationen, Beteiligung der Mitglieder 214.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (Eingabe) 168, 1078.

Deutsch-östr. Alpenverein 56.

Deutsch-Tirol, Verwahrung gegen Abtretung 56.

Diebstähle in städtischen Schulen 301.

Dienstmänner, Tarifierhöhung für diese 1295.

Dienstzimmer für ein neues Ratmitglied 628.

Domäne Riddagshausen, Erpachtung einer Fläche derselben (s. a. Antrag Marth) 623.

Doppelfenster im Rathaus 706.

Drehstrom-Ringlabelnetz 197.

Gichtalstraße, Fluchtlinienänderung 748.

Gierhandel, freier 104, 113, 164, 190.

Einführung der neugewählten Ratmitglieder 583.

Eingänge siehe Mitteilungen des Vorsitzenden.

Eingemeindung betr. 637, 638, 686, 729, 740.

Einigungsamt für Kleingärten usw. 546, 1100.

Einsprache des Ortsarbeiterrats 536, 637.

Einsprachen gegen die Wählerlisten 506.

Einsprachen gegen eine Wahl 728.

Eisenbühlter Straße, Beleuchtung derselben 1095.

Elektrizitätswerk betr. 197, 226, 321, 412.

Elektrizitätswerk, Aufsichtsrat desselben 943.

Elektrizitätswerk, Beteiligung der Stadt 346, 448, 536, 711, 867.

Elektrizitätswerk, Eingabe des Betriebsrates 706.

Elmstraße, Ausbau derselben 230.

Elternabende 309 ff.

Entschädigungsausschuß (entspr. dem Landbeschaffungsgezet) 459.

Erbbaurecht bei Veräußerung von städtischem Grundbesitz 536, 578, 588.

Ersenaussgabe statt Fleisch 280.

Ereignisse, politische, Mitte März 1920 1183.

Erholungshain der Handwerkskammer 936.

Erkrankungen Jugendlicher durch Unterernährung 180.

Ernährungsausschuß (Wahlen) 459, 659.

Ersatzansprüche für abhanden gekommene Kleidungsstücke 301.

Ersatzwahlen 659, 1079, 1100, 1121.

Erwerb einer Grundfläche 555, 855, 1050.

Erwerbslosenausschuß, Eingabe wegen Mietzuschuß 279, 300, 382.

Erwerbslosenfürsorge, neue Grundsätze für diese 297.

Erwerbslosenfürsorge, Einspruch des Ortsarbeiterrats 536, 637.

Erwerbslosenfürsorge, Verlegung derselben 402, 994.

Erwerbslosenunterstützung der Bauarbeiter 948, 1005, 1076.

Exerzierplatz, großer 113, 163.

Exerzierschuppen Korfesstraße 317.

Fach- und Fortbildungsschullehrer, Vergütung derselben 162.

Fahrtscheinbeste, unzureichende Ausgabe derselben 280, 327.

Feldblüter 946.

Feldmarksgemeinde Hagen 946.

Feldmarksgemeinde Wilhelmitor 320.

Feriensitzungen der Stadtverordneten 346.

Fettversorgung 76.

Feuerlöschgebäude, Bauarbeiten dort 399.

Feuerlöschpumpenverkauf 972.

Feuerwehrlente, feste Anstellung derselben 535, 573.

Feuerwehrlente, die jetzt Unterbeamte 710, 780, 832, 893.

Feuerwehrlente, Ober-, Gehaltsordnung 1050.

Finanzausschuß, Vollmacht desselben bei Vorlaufsrecht 972.

Filmfabrik, Wiederaufbau derselben 345, 450.

Firma Stuck, Gliesmarode betr. 708.

Fleischkonserven, städtische 416.

Fleischration, Ersatz derselben 93.

Fleischversorgung betr. 637, 676, 708.

Fluchtlinienänderung 748, 749, 855.

Flugplatz, Rofs von diesem 494 ff.

Flugplätzevereinigung 993.

Flugzeughalle, Anbau an dieselbe 626.

Flußbäder, Gehlür für dieselbe 160, 221.

Förderklassen 1125, 1176.

Fortbildungslehrgang für Hilfslehrer 747.

Fortbildungsschule 969, 986.

Fortbildungsschule, kaufmännische 31, 34, 36, 910.

Fortbildungsschule, Kosten dafür 28, 30.
 Fortbildungsschullehrer 82, 162.
 Fortbildungsschule, Schuldorstand derselben 92.
 Fortbildungsschulzwang für die weibliche Jugend
 27, 36, 37, 48.
 Fortbildungs- und Gewerbeschullehrer 162.
 Franz, Hedwig, Eingabe derselben 1191.
 Franzosenfraut (Überwachungsanschuß) 1101.
 Französisches Feld, Schrebergärten dort 112.
 Frauengruppe für soziale Arbeit 1103.
 Freibadeanstalt 160.
 Freigabe von städtischen Räumen zu Versamm-
 lungen 1020, 1064, 1078, 1095.
 Freie Unterrichtsmittel in der Fortbildungs-
 schule 45.
 Friedensbedingungen betr. 168.
 Friedhof, städtischer, Beschaffung eines solchen
 1079, 1118, 1131.
 Friedhofs- und Begräbnisordnung 1052, 1083.
 Friedrichs, Frau, Niederlegung des Stadtr.-
 Mandats 538.
 Frühgemüse, Preise dafür 232, 273.
 Gandersheimer Viehlieferungen betr. 637, 676.
 Gashauptrohr in der Schunterstraße 199.
 Gaspreiserhöhung 201, 391, 814, 973, 1104.
 Gasperre 113, 132.
 Gaswerke (Bericht) 1149.
 Gaswerk Bahnhofstraße 545, 939.
 Gaswerk Taubenstraße 152, 242.
 Gas- und Wasserrohre Goethestraße 483.
 Gasverhältnisse, Besserung derselben 710, 773.
 Gastwirteverbände, Eingaben 1078, 1098,
 1125.
 Gaußschule (Einrichtungsgegenstände) 792.
 Gebiet nördlich der Ludwigstraße 191.
 Gebühren beim Mieteinigungsamt 908.
 Gebühren für Laugenehmigungen 153, 855.
 Gebühren für Beisitzer des Mieteinigungsamts
 281.
 Gebühren für Wannenbäder 200.
 Gebühren im Schlachthaus 564, 844.
 Geirierhaus im Schlachthaus 221.
 Gehalt der Ratsmitglieder 441 ff., 530.
 Gehaltsdeputation, Ermächtigung derselben 948,
 1012.

Gehaltsweiterzahlung, einjährige, für ein Rats-
 mitglied 539.
 Gemeindevorstehersteuer, Zuschläge zu der-
 selben 260, 660.
 Gemeindegewerbesteuer, Erhöhung derselben 285,
 361.
 Gemeindegroßsteuer, Erhöhung derselben 285,
 361.
 Gemeindesteuern, Befreiung davon für Kriegs-
 gefangene 641.
 Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband 231,
 380, 447, 535.
 Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-
 heimstätten 401.
 Gemüßpreise 457.
 Geschäftsordnung und Tagesordnung betr. 187,
 345, 1005, 1131, 1175, 1184, 1186,
 1189.
 Geschlechtskranke Frauen 828, 1051.
 Gesetz Nr. 95 (Wahl des Rats betr.) 602, 640.
 Gewerbegericht, Beisitzergebühren 254.
 Gewerbeschule, Änderung des Namens 29.
 Gewerbeschule, Reinigungsarbeiten dort 290.
 Gewerbeschule, Schulgarten derselben 1153.
 Gewerbeschule, Schulgeldderhöhung 1155.
 Gewerbesteuer, Eingabe wegen Aufhebung 344.
 Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter
 112, 168, 505.
 Gewerkschaftskartell 85, 112.
 Glasermeister Sonnemann, Eingabe 706.
 Goethestraße, Ausbau eines Teiles derselben
 482.
 Grenzspende 1160.
 Grotian (Prozeß betr.) 1020.
 Grunderwerb siehe Erwerb.
 Grunderwerbsteuer 660.
 Grunderwerbsteuer-Zuschlag 911.
 Grundstückserwerb durch Ausländer 1079, 1105.
 Gültigkeit der Wohnungsvermietungen 244.
 Haftpflichtübernahme durch die Stadt 1005.
 Handfertigkeitunterricht, Kurse für Lehrer 81.
 Handfertigkeitunterricht, Vergütung der Lehrer
 281.
 Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Fortbildungs-
 schule für solche 34.

- Handwerker, Beschaffung von Beschäftigung 571.
 Handwerkskammer, Erholungsheim 986.
 Hasenwinkel, Eingabe von Einwohnern desselben 344.
 Hauptkasse, städtische, Prüfung derselben 831.
 Hauptsteuerbureau im Rathause 285.
 Hausbesitzer, Beihilfen an solche für Notwohnungen 625.
 Haushaltungsunterricht 1052.
 Haus Oberstraße 3 319.
 Haus Petersilienstraße 9 316.
 Haus Ritterstraße 26 284, 909.
 Haus Wilhelmstraße 21 400, 458.
 Heilstätten an deutschen Seeküsten 1141.
 Heimstättenbau 198.
 Heimstätten-gesellschaft, braunschw. 485.
 Heimstätten der Siedelungs-gesellschaft 478.
 Heimstätten, Beleihung von solchen 478.
 Heimstätten für Angestellte 401.
 Heine, Bülcherrevisor, Kohlenlieferung an diesen 495.
 Heinemeier (Rechtsstreit) 1036.
 Heizer für die Studienanstalt 746.
 Heizungsanlagen in den Schulen 601.
 Heizungsanlagen in den städt. Gebäuden 466.
 Heizungsingenieur, Stelle eines solchen 466.
 Heizungs- und Beleuchtungsingenieur 556.
 Helenenstraße 555.
 Helmstedter Braunkohlen- und Kaligebiet 622.
 Helmstedter Straße, Fußweg betr 1184, 1245.
 Hennebergstraße, Erklärung zur Ortsstraße 1150.
 Hilfsarbeiter, wissenschaftlicher, im städtischen Museum 128, 170, 243, 289.
 Hilfslehrer an höheren Schulen, Vergütungssätze 1094.
 Hilfslehrer, Fortbildungslehrgang für diese 747.
 Hilfsmaßnahmen aus Amerika 847, 1143 ff.
 Hilfsschule 484, 751.
 Historische Kommission für Niedersachsen (Zuschuß) 383.
 Höhere Schulen, Hilfslehrer 1094.
 Höhere Schulen, Schulgeldehöhung 1155.
 Hundsteuer, Erhöhung derselben 142, 986.
 Hundsteuer, Erlass derselben 2.
 Husarenkaserne als Notwohnung 157, 160.
 Ingenieur für Heizungs- und Beleuchtungs-technik 556.
 Instandsetzung des Plages an der Martini-Kirche 155.
 Instandhaltung städtischer Gebäude 658.
 Interessentenweg für die Feldmark Wilhelmitor 320.
 Jagdscheine, Erhöhung der Gebühr dafür 1242, 1244.
 Jahnische Realschule 830, 1078.
 Jörn, Gasuhrnachfüller (Eingabe) 344.
 Jüdische Stiftung 383, 641.
 Jugendherbergen, Einrichtung von solchen 1171.
 Kabelnetz des Elektrizitätswerks 197.
 Kälberweide 198.
 Kammerländereien, Verpachtung von solchen 673.
 Kanalanlagen 475, 483, 1100.
 Karenzzeit beim Eintreten der Erwerbslosen fürjorge 637.
 Kartenverteilungsstellen, Bezüge der Geschäfts-führer 639, 654.
 Kartenverteilungsstelle Büttowweg 767, 905.
 Kartoffelbezugs-scheine, Ausstellung derselben 582.
 Kartoffelkarten, verfallene 103.
 Kartoffeln, Anschaffung von solchen 184, 188.
 Kartoffeln, Wegnahme hereingeholter 113, 165.
 Kartoffelversorgung 105, 638, 692.
 Kartoffeln zum Pflanzen 101.
 Kaserne Korbesstraße (Notwohnungen) 154, 317.
 Katholische Schule (Schulvorstand) 728.
 Katholische Schule (Teuerungszulage) 396, 398, 567.
 Katholische Schule, Übernahme derselben 127, 243, 448, 487.
 Kattreppeln (Flächen-ankauf) 1050.
 Kaufmännische Fortbildungsschule, erhöhter Zuschuß 386.
 Kaufmännischer Verein weiblicher Angestellter (Eingabe) 168.
 Kaufmannsgericht, Ausdehnung der Zuständigkeit 949, 1048, 1082, 1127.

Kaufmannsgericht, Gebühren für Beisitzer 254, 281.
 Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen (Eingabe) 830.
 Kinderheilstätten an deutschen Seeküsten 1141.
 Kinderhorte 924, 1125, 1176.
 Kinder im 11. und 12. Lebensjahr 583, 633, 647, 767, 841, 907.
 Kinderspeiseanstalt Wilhelmstraße 21 400.
 Kinderzulagen der Aushilfsbeamten 232.
 Kleingarten-Einigungsamt 546, 728, 1100.
 Kleingarten-Verpachtungen 673.
 Kleingeldmangel 947, 948, 1040.
 Kleinhäuser, Baugenehmigungsgebühr 855.
 Kleinkinderfürsorge 535, 582.
 Kleinpachtungen-Einigungsamt 546, 728, 1100.
 Klapproth, Eingabe desselben 535, 582.
 Kleinwohnungen in der Schule Leopoldstr. 403.
 Knabenmittelschule, Beleuchtungsanlage 465, 750.
 Knabenmittelschule, Neueinrichtung von Klassen 1154.
 Knaben- und Mädchenhorte, besonderer Zuschuß 924.
 Kochunterricht in städtischen Schulen 1052.
 Kohlenabgabe betr. 825 ff., 831, 878.
 Kohlenbemessung für die Wohnungen 878 ff.
 Kohlenbergwerke, Helmstedter 188.
 Kohlenbelieferung betr. 448, 494, 709.
 Kohlenbezugsscheine für Kleingewerbetreibende 931.
 Kohlenenerparnis, Verfügung wegen derselben 236, 237 ff.
 Kohlenenerparnis, Vorschläge dafür 825 ff.
 Kohlenkarten, Einziehung des 4. Heftes 931.
 Kohlenversorgung, Auslassung des Reichskommissars 446.
 Kohlenversorgung, Neuregelung 925.
 Kohlenzufuhr für das Elektrizitätswerk 226.
 Kokspreiserhöhung 216.
 Kokspreis für Minderbemittelte 215, 220, 392.
 Koksverteilung auf den Gaswerken 134.
 Kommission, historische für Niedersachsen 383.
 Kommissionsmitglieder, Sitzungsgelder für diese 770.
 Kommissionswahlen siehe Wahlen.

Kommission zur Vorberatung der Gehaltsbestimmungen für die Ratsmitglieder 530.
 Konditoreigehilfsverein, Eingabe 766.
 Konfirmandenbeihilfe 169, 846, 893, 959, 1143.
 Konsumverein, allgemeiner 567.
 Kraft, Paul, Eingabe 637.
 Kraftwagenengesellschaft, Beteiligung an derselben 477.
 Kraftwagen im Feuerlöschgebäude 399.
 Krankenhaus, Assistenzarzt dafür 852.
 Krankenhaus, Milchküche 853, 995.
 Krankenhaus vom Roten Kreuz 1051.
 Krankenversicherung, hausgewerbliche 939.
 Krankenzulage 113, 163.
 Kreuzklosterländerei, Verpachtung 673.
 Kreuzstraße, Neukanalisierung 1100.
 Kriegerfamilienunterstützung 2, 230, 738.
 Kriegsfürsorgestelle 1020, 1064.
 Kriegsgefangene, Befreiung von der Gemeindesteuer 641.
 Kriegsgefangene, Empfang derselben 395, 742.
 Kriegsgefangene, Frauen derselben (Eingabe) 535.
 Kriegsgefangene, mittellose 948, 1045.
 Kriegsgesellschaften betr. 489 ff.
 Kriegshinterbliebene, Mietzuschüsse für solche 387.
 Kriegshilfsstassenauschuß, Wahlen dazu 729.
 Kriegsküche Markthalle, Einstellung des Betriebes 475.
 Kriegsteilnehmer, Kurzus für höhere Schüler 566.
 Kriegsteilnehmer, franke 163, 177.
 Kunstgewerbe- und Handwerkerschule 29.
 Kunstgewerbe- und Handwerkerschule, Vorträge dort 709.
 Kurse für Handfertigkeitslehrer 81.
 Kurse für höhere Schüler 566.
 Kurse für Hilfslehrer 747.
 Lackererschuppen des Flugplatzes 996.
 Ladenafluß 168, 222, 231, 233.
 Landauschuß, Wahl von Beisitzern 459.
 Landesbrandversicherungsanstalt betr. 638, 690, 737.

- Landesfürsorgeamt, Aufsicht desselben 230.
 Landestheater, Besteuerung desselben 1200 ff.
 Landestheater, Beteiligung der Stadt 804, 1160.
 Lange Straße (Eingabe) 344.
 Lebensmittel, auswärtige, Preisfestsetzung betr. 628
 Lebensmittel, Bezug von auswärts 185, 279.
 Lebensmittel, Lagerung von solchen 1080.
 Lebensmittel, Verbleib von solchen 54.
 Lebensmittel, Versorgung mit solchen 93.
 Lebensmittelzulagen für Kinder 583, 633, 647, 767, 841, 907.
 Lebensmittelpreise, Abbau derselben 112.
 Lehnbauten, Errichtung von solchen 947, 1038, 1079.
 Lehrkräfte der Hilfschule 484.
 Lehrkräfte der katholischen Schule 448, 487, 567.
 Lehrkräfte für Handfertiglkeitsunterricht 281.
 Lehrkräfte für Schwerhörigenunterricht 457.
 Lehrlingsheim für Handwerker 986.
 Lehrlingsheim, kaufmännisches 986.
 Leihhauskredit, Erhöhung desselben 53.
 Leitung des Nachwachswesens 548.
 Leitungswasseruntersuchung 831, 888.
 Leonhardplatz, Messe dort 1179.
 Lernmittel, freie, in den Bürgerschulen 9, 25.
 Lernmittel, freie, in der Fortbildungsschule 45.
 Lernmittel- und Schulgeldfreiheit 126.
 Lessingbund (Eingabe) 535.
 Liebesgaben aus Amerika 847, 1143 ff.
 Listenverbindung der demokratischen und sozialdemokratischen Partei 525.
 Lohndeputation, Beschlüsse derselben 1077.
 Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter 535, 566, 586, 1053, 1077.
 Ludwigstraße, Gebiet nördlich derselben 191.
 Luftverkehr 170, 993.
 Luftbarkeitssteuer 1062, 1102, 1125, 1131, 1175, 1184, 1193.
 Lyzeum, Abbau der Unterstufe 658.
 Mandatsniederlegungen von Stadtverordneten 57, 151, 415, 537, 538, 1050.
 Markthaleninspektor, Vergütung für denselben 744.
 Marjchner, Stadtverordneter † 892.
 Maurermeister, Eingabe 637.
 Mädchenfortbildungsschule 538, 969, 986, 1052.
 Mädchenmittelschule, Abbau der Unterstufe 49.
 Mädchenmittelschule, Neueinrichtung von Klassen 1154.
 Martinikirche, an der 155.
 Mehlausgabe, besondere 649, 650.
 Mehl- und Brotversorgung 97.
 Mehlverteilungsstelle 1126.
 Messe auf dem Leonhardplatz 1125, 1179.
 Megenthin, Eingabe 447.
 Meyer, Oberamtsrichter Dr., Wiederwahl 539.
 Mieteinigungsamt, Gebühren dort 903.
 Mieteinigungsamt, Gebühren der Beisitzer 255, 281, 585.
 Mieteinigungsamt, Ersagwahl 937.
 Mieteinigungsamt, Urteile desselben 669 ff.
 Mietunterstützung der Kriegervitwen 230.
 Mietunterstützung bei Erwerbslosenunterstützung 279, 300, 382.
 Mietunterstützung an Kriegerhinterbliebene 337.
 Milchkühe im Krankenhaus 853, 995.
 Milchkühe, Beihilfe für Haltung von solchen 280, 946, 1077.
 Milchressort d. Stadt, Bestreitung d. Kosten 57.
 Milchversorgung des Pflegehauses 547.
 Militärpersonen, Nichtaufnahme derselben in die Wählerlisten 506.
 Mitbeteiligung der Stadt an der Elektrizitätsgesellschaft siehe Elektrizitätswerk
 Mitteilungen des Vorsitzenden 1, 56, 112, 168, 230, 278, 344, 415, 446, 505, 534, 582, 633, 706, 766, 830, 892, 946, 1020, 1076, 1124, 1183, 1191.
 Mittelkanal 699, 766, 792, 892, 947.
 Mittelweg 485.
 Mittelschulen, Schulgeldehöhung 1155.
 Modell der Stadt Braunschweig 154.
 Molkerei, Braunschweig, Eingabe betr. Abgabe für Milch 57.
 Montagsverein, Eingabe 582.
 Morgenzeitung, Artikel derselben 1021.
 Museumsassistent, Anstellung eines solchen 128, 170, 243, 289

Müllabladepfatz, Zufahrtsweg dorthin 485.
Müllabfuhrgebühr, Erhöhung derselben 1150.

Nachwahl eines Ratsmitgliedes 1072.

Nachtschugleute, Anstellungsverhältnisse usw. 637, 688, 733.

Nachtschugleute, Ausrüstung derselben 583, 628, 642.

Nachtschugleute, Eingabe derselben 279, 447.

Nachtschugleute, Ruhezeiten derselben 952.

Nachtwachwesen, Überwachung desselben 548.

Nationalökonom in der Stadtverwaltung 535.

Neupflasterungen 155, 169—170, 227.

Neustadtmühle, Reparaturarbeiten 251.

Neustadtmühle, Saugfilter 458.

Notwohnungen, Ankauf zu solchen 996.

Notwohnungen auf der Fea 7 157.

Notwohnungen, Baugenehmigungserlaß 856.

Notwohnungen, Beihilfe für Herrichtung 625, 626.

Notwohnungen in der Husarenkaserne 157.

Notwohnungen in der Korffesstraße 154, 256, 317, 318.

Notwohnungen in der Schule Leopoldstraße 476.

Notstandsarbeiten 571, 948, 1005.

Oberfeuerwehrmänner, Gehaltsordnung 1050.

Oberrealschulen, Lehrgang für Kriegsteilnehmer 566.

Oberrealschulen, neue Sexta 1192, 1246.

Ostpreise 457.

Oden, Stadtverordnete Frll., Mandatsniederlegung 1050.

Okerbrücken 80.

Ortsarbeiterrat, Bewilligung von Mitteln für ihn 468.

Ortsarbeiterrat, Einstellung seiner Tätigkeit 637.

Ortsarbeiterrat und Kohlenbeschlagnahme 495 ff.

Ortsarbeiterrat, Zuziehung zu Ausschüssen 459.

Ortsbauplan, Änderung desselben 191, 854, 1102.

Ortsbauplan für die Charlottenhöhe 816.

Ortsbaustatut § 1 293.

Ortskohlenstelle 1005.

Ortskohlenstelle, Ersatzwahl 972.

Ortsstraße, Erklärung zur 482, 1150.

Pachtung von Domänenländerei 623, 637, 675, 686, 729.

Personaletat, Aufstellung eines solchen 969.

Pferdefleischverkauf 83.

Pflanzkartoffelbeschaffung 101.

Pflege- und Krankenhaus 547, 852, 853, 995.

Pflichtfortbildungsschulstatut 25.

Piepenbrüdergrundstücke, Abfindung derselben 479.

Polizeiwachen, Offenhaltung während der Nacht 638, 638, 733.

Preisfestsetzungen für auswärtige Lebensmittel 628.

Pressamt, Schaffung eines solchen 710, 784, 832, 893, 949.

Privatbälle, Besteuerung derselben 1213 ff.

Privateinrichtungsgeſchäft (Bericht) 1149.

Probst, Fr., Eingabe 280.

Pumpwerke, Bericht 1149.

Rasche, Stadtverordneter 892.

Rathausanbau 478.

Rathaus, Baulichkeiten dort 628.

Rat der Stadt, Satzungsergänzung 969.

Rationen für kranke Kriegsteilnehmer 103, 177.

Rationen für Tuberkulöse 179.

Ratsfeller, Weiterverpachtung 745.

Ratsfeller, Weintribe 858.

Ratsmitglieder, Gehaltsbestimmungen für diese 441, 530, 539.

Ratsmitglieder, Übernahme von Sicherungen für ein solches 539.

Ratsmitglieder, neugewählte, Einführung derselben 583.

Ratswahlen betr. 417, 419, 506, 969.

Ratswahlen, Nachwahl 1072, 1173.

Ratswahlen, Änderung des betr. Gesetzes 602, 640, 969.

Räume, größere städtische, Freigabe zu Versammlungen 1020, 1064, 1078, 1095.

Realsteuerausſchuß, Gebühren für die Mitglieder 585.

Rechnungsabſchlüſſe 1918/19 953.

Regensburger, Dr., Stadtverordneter 170.

Rechtsfriedensamt, Beisitzer zu demselben 1078.

Rechtsfriedensamt, Beisitzerwahl 938.

- Rechtsfriedensamt, Einrichtung desselben 58, 448, 708.
- Rechtsstreit Grottrian 1020.
- Rechtsstreit Heinemeier 1036.
- Rechtsstreit Wagner betr. 785.
- Reichsgrunderwerbssteuer, Zuschläge 660.
- Reichschuttgemeinschaft für Handel und Gewerbe, Eingaben 344, 830.
- Reinigungskosten in städtischen Schulgebäuden 290, 291.
- Riddagshausen, Eingemeindung betr. 637, 686.
- Riddagshausen, Erwerb der Domäne 637, 675, 686, 729.
- Rieselgut, Milchviehhaltung 547.
- Rieselgut, bauliche Veränderungen 292.
- Ruderverein Fortuna, Eingabe 892, 947.
- Ruhegehaltsberechnung der Ratsmitglieder 427 ff.
- Ruhelöhne, Berechnung derselben 1078.
- Ruhelöhne, Erhöhung derselben 535, 893, 969, 1036, 1126.
- Ruhelöhne, Grundsätze für Gewährung derselben 1126.
- Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder (Übersicht) 909.
- Ruhelohnempfänger, Eingabe 709.
- Saafnot 1020, 1064, 1095.
- Saisonarbeiter 948, 1005, 1076.
- Salzdahlumer Straße 169, 170, 227.
- Sammelfanal in den Straßen 327/328 476.
- Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig 419, 469.
- Satzung über den Schlachthausbetrieb 844.
- Satzung über die Erhebung des Stadtzuschlages zu der Grunderwerbssteuer 911.
- Satzung über die Erwerbslosenfürsorge 298, 536.
- Satzung über die Unterhaltung des städtischen Betriebsamts 856.
- Saugfilter in der Neustadtmühle 458.
- Säuglingsfürsorgestelle 156.
- Säuglingspflegeunterricht 538.
- Schalthäuser auf zwei Plätzen 197.
- Schiedsgerichte, Gebühren für die Weisiger 281, 585.
- Schiedsgericht für Gemüse- und Fruchtkonserven 256.
- Schiedsmann für den Stadtbezirk 938.
- Schlachthaus, Gefrierhaus dort 221.
- Schlachthaus, Gebühren 564, 844.
- Schlachthaus, Statutenänderung 844.
- Schlachthaus, Trichinoskop 74.
- Schlachthaus, Unregelmäßigkeiten dort 845.
- Schlachtviehlieferungen betr. 637, 676.
- Schlachtungen für Notstandsgebiet 182, 183.
- Schluß deräden, Kontore usw. 168, 222, 231, 233.
- Schottelius-Stiftung 319.
- Schmerbach, Stadtverordneter 1.
- Schneewegräumung 710, 776.
- Schneider, Schneiderinnen- usw. Verband, Eingabe 447.
- Schreibergärten auf dem Franzischen Felde 925.
- Schule Leopoldstraße 476.
- Schule Wilhelmstraße 402.
- Schularzfrage, vorläuf. Regelung derselben 557.
- Schuldiener, Erhöhung ihrer Vergütungen 291.
- Schuldiener in den Fortbildungsschulen 969.
- Schuldiener in der Gewerbeschule 290.
- Schulentlassung, Beihilfe bei derselben 169, 846, 893, 959, 1143.
- Schulgarten der Gewerbeschule 1153.
- Schulgarten, Nachvermiltung 151.
- Schulgebäude in der Wilhelmstraße 46, 47, 124.
- Schulgebäude Reinigungskosten derselben 290, 291.
- Schulgebäude, elektrische Beleuchtung 384, 465, 750, 751.
- Schulgeld, Erhebung desselben 124.
- Schulgeld, Erhöhung 122, 176, 1155.
- Schulgeld, freies, und freie Vermittel 126.
- Schulgeld, Höhe desselben 8, 25.
- Schulgeld für ortsfremde Kinder 767.
- Schuljugend, unterernährte 1143 ff.
- Schulküche in der Pestalozzistraße 284.
- Schulklassen, Übernahme durch den Staat 14, 25.
- Schulmuseum 154.
- Schulvorstand der Fortbildungsschule 92.
- Schulvorstand der katholischen Schule 728.
- Schulzeit der Fortbildungsschule 43 ff.
- Schülerwerkstätten 465, 750, 751.

- Schulze, Frau, Stadtverordnete 582.
 Schutzbund der Grenze und Auslandsdeutschen 1160.
 Schweinaufzucht, Förderung derselben 711, 777.
 Schwerhörigenunterricht 457.
 Schwimmvereine, Eingaben 709, 1192.
 Sechsuhrlandenschluß 345.
 Seidenpflanze, Überwachungsaußschuß 1101.
 Seife, ausländische, Beschlagnahme derselben 448, 488.
 Siedlung Altpetritor 893.
 Siedlungsamt, Braunschweiger 893.
 Siedlungsgeellschaft im Helmstedter Gebiet 622.
 Siedlungsgeellschaft Braunschweig 198, 478.
 Siedlungsgeellschaft, Zuschüsse zu solchen 1000 ff.
 Sitzungsgelder für ehrenamtliche Tätigkeit 770.
 Sonnemann, Glasermeister, Eingabe 706.
 Sonnenstraße, elektrische Notbeleuchtung 743, 768.
 Spangenberg, Stadtverordneter, Niederlegung des Mandats 57, 151.
 Spargelschädlinge, Überwachungsaußschuß 1101.
 Sparprämienanleihe 766.
 Spielplatzaußschuß 170, 602.
 Spielplatz, Beschaffung eines solchen 949, 1047, 1080.
 Spiel- und Sportvereinigungen 1125.
 Sprechzeit der Lehrkräfte 302 ff., 312.
 Staatliches Viehkonto 280.
 Stadtbauamt betr. 246, 248, 249.
 Stadthaushaltsplan 19/20 58, 113.
 Stadthaushaltsrechnung 15/16 639.
 Stadtkartoffelstelle, Verlegung 676.
 Stadtpark Restaurant, Neuverpachtung 409.
 Stadtratswahl (Ergänzungswahl) 1247.
 Städteordnung § 124, 3 betr. 710, 780.
 Standesamt, Geschäftsstunden 561.
 Statistische Stelle 285.
 Statut über das Einsperren von Tauben 390.
 Statut über den Schlachthausbetrieb 844.
 Statut über die Feldmarksgemeinden 767, 877, 905.
 Statut über die hausgewerbliche Krankenversicherung 939.
 Statut über die Pflichtfortbildungsschule 25.
 Statut über die Unterhaltung einer katholischen Schule 568.
 Statut zur Abänderung des Statuts über die Bürgerschulen 2.
 Steinsegerarbeiten, Vergebung von solchen 468.
 Steuerbureau, Verlegung 79.
 Steuerreklamationen, Gebühren für die Aufschußmitglieder 585.
 Stilllegung des Gaswerks Bahnhofstraße 545.
 Straßenbäume, Beseitigung v. solchen 918, 950.
 Straßenausbau in der Kälberweide 198.
 Straßenbepflanzung 169, 223.
 Straßenbahn, Einschränkung der Wagenfolge 831.
 Straßenbahn, Fahrzeinausgabe 280, 327.
 Straßenbahn zum Nordbahnhof 638, 687, 731.
 Straßeneisenbahngesellschaft, Beteiligung der Stadt 711, 867.
 Straße 201 a und 202 a — 87.
 Straße 327 und 328 — 475.
 Straße 356 a und 357 a — 198.
 Straße 885, 886, 887, 888 — 486.
 Straße 1003, 1004 und 1005 — 198, 564.
 Streit im Bergbau 185.
 Streupflicht bei Schneefall 711, 783.
 Strompreiserhöhung 321, 412, 706, 767 874, 940.
 Stromunterbrechungen beim Elektrizitätswert 836.
 Strudische Fabrik, Gliesmarode 680 ff.
 Studienanstalt 746.
 Submissionswesen 192, 536, 578, 599.
 Südklinie des Mittellandkanals siehe Mittel-landkanal.
 Tagegelde für ehrenamtliche Tätigkeit 770.
 Tagesordnung betr. 2, 51, 53, 57, 280, 316, 752.
 Tanzbelustigungen, Besteuerung 1236.
 Tarifvertrag für die Hilfsangestellten 586.
 Tarifvertrag mit dem Gemeindearbeiter-Verbände 278, 380.
 Taubenstatut, Abänderung 390.
 Tennisplätze im Bürgerpark 313.
 Teneungszulagen (Abschlagszahlung) 2, 50, 51.

- Teuerungszulagen an städtische Arbeiter 447.
 Teuerungszulagen, erhöhte, über den 1. April hinaus 1172.
 Teuerungszulagen, erhöhte 948, 1012, 1053.
 Teuerungszulagen für Beamte usw. 252, 280, 348, 697, 711, 757, 817.
 Teuerungszulagen für katholische Lehrkräfte 396.
 Teuerungszulagen für Schuldiener 398.
 Trichinoskop, Anschaffung 974.
 Turnhallen, Wiederfreigabe 949, 1047, 1080.
 Turnplatzbeschaffung 1080.
 Turn- und Sportvereine, Beihilfen 130, 601,
 Umsatzsteuer betr. 46, 985.
 Unentgeltlichkeit der Lehrmittel (Bürgerfschulen) 9, 25
 Unterbeamte, Anstellung von solchen 832, 893.
 Urteile des Mieteinigungsamts betr. 583, 628.
 Übernahme des Lichtwerks betr. 346.
 Übernahme der katholischen Schule 293.
 Überwachungsaußschuß (Spargelschädlinge usw.) 1101.
 Ullmann, Eingabe 279.
 Veranlagungskommissionen betr. 255, 281, 585
 Veränderungssteuer 662
 Veräußerung von Grundflächen und Gebäuden 319, 536, 578, 588, 668.
 Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 231, 278, 586.
 Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, Eingabe 168.
 Verbindungsweg Westbahnhof — Broitzemer Straße 81, 150.
 Verbindungswesen 192, 536, 578, 599.
 Verein der Flugplätze usw. 993.
 Verein für Gesundheitspflege 857.
 Vergebung von städtischen Aufträgen aus freier Hand 197.
 Vergebung von städtischen Arbeiten, Verfahren dafür 192.
 Vergütung, erhöhte, für Anstaltsbeamte 1063.
 Verkauf von Flächen 668.
 Verkehrsverein 112, 136, 986.
 Vermietung von Wohnungen, Gültigkeit derselben 244.
 Verpachtung von Domänenländereien 623.
 Versorgungsverband Braunschweig 804.
 Verwahrung gegen Abtretung Deutsch-Tirols 56.
 Viehkonte, staatliches 280, 946, 1077.
 Viernhrladenschluß, Eingabe 830.
 Volksbadeanstalten 200, 822, 1171.
 Volksbildungsturse 308, 843.
 Volksfreund, Artikel über Fleischkonserven 416.
 Volkskindergarten, Zuschuß 258, 1151.
 Volkskindergarten, Einrichtung von solchen 1125, 1176.
 Volksküche Petersilienstraße 316.
 Volksleichenhalle 93, 129, 380, 641, 1200.
 Volkspeiseanstalt, Errichtung einer solchen 832, 889, 950, 1022.
 Volkspeiseanstalt Katharinenkirche 3 1103.
 Volkswirtschaftlicher Verband, Eingabe 535.
 Vorkaufsrecht auf Grundstücke 972, 1111 ff.
 Wahlen von Kommissionen, Deputationen usw. 92, 93, 150, 170, 254, 659, 728, 729, 937, 938, 943, 1125.
 Wahllokale 530, 1173.
 Wagner, Stadtrat, Regelung seiner Bezüge 785.
 Warendorf, Gut 972.
 Wallpromenaden 80.
 Wannenbäder in den Volksbadeanstalten 200.
 Warenhaussteuer 985.
 Wassermesserbeschaffung 394.
 Wasserpreiserhöhung 201, 814, 1192
 Wasserwerke, Bericht 1149.
 Wasserwerke der Piepenbrüder 479.
 Wasserzapfstelle auf dem Franzischen Felde 925.
 Wählerlisten zur Ratwahl 506.
 Warmhallen, Einrichtung von solchen 710, 753.
 Warmhallen in der Gewerbechule 390.
 Wäschereiverband, Eingabe 447.
 Weberstraße, Neupflasterung 86.
 Weidner, Frau, Eingabe 766.
 Wertzuwachssteuer 535, 577.
 Westbahnhof, Gegend nordöstlich davon 1102.
 Weststraße, Grundfläche an derselben 668.

Wiederkaufsrecht bei Veräußerung von städtischem Grundbesitz 536, 578, 588.

Wirtschaftsstelle für das braunschweigische Handwerk 192.

Wittekindstraße Fluchtlinie 749.

Witwen- und Waisenversorgung 539.

Wohlfahrtsamt 782, 859, 961, 1020, 1061.

Wohnungsamt 285.

Wohnungsbau, künstlerische Fragen 535.

Wohnungsbedürftige, Zahl derselben 947, 1037, 1080.

Wohnungsbeschaffung 1079.

Wohnungsbeschaffung auf der Charlottenhöhe 668.

Wohnungen, Beschlagnahme von solchen 159, 244 ff., 996.

Wohnungsdeputation 459, 1125, 1179.

Wohnungsnot bet. 244, 256, 317, 318, 996.

Wohnungsvermietungen 249, 250.

Wolfenbütteler Straße, Bedürfnisanstalt 742, 772.

Wolters, Dr., Stadtverordneter, Niederlegung seines Mandats 415, 537.

Wolters, Frl., Stadtverordnete 1076.

Wurftwaren, minderwertige, Verkauf 280, 332.

Zählermiete des Elektrizitätswerks 706.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Eingabe 231, 505.

Zivilinvaliden Deutschlands, Eingabe 446.

Zuckeronsgabe 453.

Zuckerration 93.

Zucker zu Bonbons 97.

Zuschläge zur Gemeindecinkommensteuer 260, 660.

Zuschläge zur Reichsgrunderwerbssteuer 660.

Zuschuß zum Landestheater 1160.

Zuschuß zu den Knabenhorden 924.

Zuschuß zur Kriegsgefangenenheimkehr 396.

Zuschüsse an Vereine, Anstalten, Kurse usw. 258, 383, 388, 398, 843, 857, 924, 936, 986, 1078, 1098, 1103, 1141, 1151.

Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts 949, 1048, 1082, 1127.

Zuzug von auswärts 244 ff.

Zwangsbenteignungsverfahren 749.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. April 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Verschmelzung der sieben- und achtsstufigen Bürgerschulen	2
2. Statut über die Pflichtfortbildungsschule.	25
3. Abbau der Unterstufe bei der städtischen Mädchenschule (Mittelschule)	49
4. Anträge Jahnß und Rönneburg, betreffend Gewährung einer Abschlagszahlung auf die demnächst erfolgende Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen für Beamte und Lehrer	51
5. Erhöhung des Kredits beim Leihhause.	53
6. Antrag Jahnß, betreffend den Verbleib von 11 Waggonn Lebensmittel . .	54

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Ohlendorf**, Stadtrat **Füermann** und als Magistratskommissar Schuldirektor Dr. **Appuhn**.

Es fehlt entschuldigt Herr Stadtv. **Steinbrecher**.

Vorsitzender Riefe II: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst möchte ich Herrn **Schmerbach**, der als neugewählter Stadtverordneter zum erstenmal in unserer Mitte weilt, im Namen der Versammlung

willkommen heißen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch er seine Kräfte erfolgreich in den Dienst der Stadt stellen möge.

Eingegangen ist ein Gesuch um Erlass der Hundesteuer für den Invaliden Robert Gerhard. Ich überweise es dem Magistrat zur weiteren Veranlassung.

Herr Richard Becker beklagt sich in einer Eingabe, daß über sein Gesuch, betreffend die Auszahlung von Kriegsfamilienunterstützung, das er schon vor einiger Zeit eingegeben hat, bis heute noch keine Entscheidung ergangen ist. Ich möchte auch diese Eingabe dem Magistrat überweisen und bitten, die Sache zu klären, damit wir demnächst nicht wieder eine neue Eingabe in der Sache haben.

Von Herrn Lehner ist folgender Antrag eingegangen:

„Das Gewerkschaftskartell lehnt es ab, die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises nach der in voriger Sitzung beschlossenen Satzung vorzunehmen. Daher wird beantragt, die obige Satzung dahin zu ändern, daß die sechs Arbeitnehmerbeisitzer vom Kartell gewählt werden.“

Von Herrn Rönneburg ist namens der demokratischen Fraktion der Stadtverordneten folgender dringende Antrag gestellt:

„Die städtischen Behörden werden ersucht, den städtischen Beamten und Lehrern auf die in Aussicht stehenden Steuerzuschläge eine vorläufige Abschlagszahlung von je 400 M sofort zu gewähren, nachdem der Landtag für die Staatsbeamten die Zahlung einer gleichen Abschlagszahlung genehmigt hat.“

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen vorschlagen, die Reihenfolge der Punkte zu verändern, und zwar Punkt 8 (Verschmelzung der sieben- und achstufigen Bürgerschulen), 12 (Statut über die Pflichtfortbildungsschule) und Punkt 13 (Abbau der Unterstufe bei der städtischen Mädchenmittelschule) zuerst zu behandeln, und zwar deswegen, weil Herr Schuldirektor Dr. Appuhn als Magistratskommissar für diese Punkte der Tagesordnung anwesend ist und heute abend noch an einer weiteren Sitzung teilzunehmen hat.

Die Versammlung ist mit der Änderung der Reihenfolge der Punkte einverstanden.

1. Verschmelzung der sieben- und achstufigen Bürgerschulen.

Stadtv. Frede: Die Vereinigung der unteren und mittleren Bürgerschulen wird in der Vorlage des Stadtmagistrats behandelt, die sämtlichen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist, und von der ich annehme, daß der Inhalt Ihnen bekannt ist. Ich kann mich deshalb wohl darauf beschränken,

die Grundzüge der Vorlage hervorzuheben. Der Magistrat hat in der Vorlage ausgeführt, daß die Vereinigung der beiden Arten von Bürgerschulen in unserer Stadt aus sozialen Gründen angezeigt erscheint. Er verweist auf einen Beschluß des Schulvorstandes, in dem dieser Vereinigung zugestimmt ist, und der auch dahin gegangen ist, zu empfehlen, daß das Schulgeld künftig ganz in Wegfall kommt, und daß die Lieferung der Lernmittel für die Schüler frei erfolgt, beides allerdings unter der Voraussetzung, daß die Stadt infolge dieser Maßnahme keine finanzielle Mehrbelastung erleidet. Die sozialen Gründe, die für die Verschmelzung angeführt werden, sind vor allen Dingen in der jetzigen Zeit derart, daß die Bedenken, die bisher gegen die Vereinigung bestanden haben, von ihnen überwogen werden. Die Bedenken gegen die Verschmelzung sind in der Kommission vorgetragen und gewürdigt; sie sind finanzieller und pädagogischer Natur. Es ist wohl angebracht, hierauf etwas einzugehen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, weshalb überhaupt eine Teilung in mittlere und untere Bürgerschulen bisher stattgefunden hat.

Selbst wenn man annehmen würde, daß die Kinder der unteren Schichten — die Herrschaften wollen verzeihen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauche, wir müssen uns doch aber verständigen — mit den übrigen Kindern gleich begabt und gleich fleißig wären, so ist doch nicht wegzuleugnen, daß die Kinder unter ganz verschiedenen Umständen aufwachsen und ihre Leistungsfähigkeit durch diese Verschiedenheiten mitbestimmt wird. Da ist zunächst die häusliche Umgebung. Die Kinder aus den gebildeten Familien wachsen in Verhältnissen auf, durch die ihre sprachliche Entwicklung verhältnismäßig weit gefördert wird; in den unteren Schichten dagegen ist die Ausdrucksfähigkeit, die sprachliche Ausbildung, die Richtigkeit der Sprache meist mangelhaft. Auch in anderer Beziehung sind diese Kinder, wenn sie in die Schule kommen, nicht so leistungsfähig, und diese Umstände, die bei der einen Gruppe hindernd und bei der anderen fördernd wirken, bestehen weiter während der ganzen Ausbildungszeit in der Schule. Hindernd sind bei den Kindern der unteren Gruppe sehr oft die häuslichen Verhältnisse: Die Eltern gehen auf Arbeit, sie können dann die Kinder nicht zu häuslichen Schulaufgaben anhalten, können die Kinder nicht so viel überwachen, und selbstverständlich ist es ein großer Unterschied, ob die Schularbeiten gewissenhaft ausgeführt werden oder nicht. Bei den Eltern der anderen Gruppe liegen die Verhältnisse günstiger, die Eltern sind zu Hause und können sich um sie kümmern. In den unteren Schichten müssen die Kinder im Hause oder außerhalb desselben mitarbeiten, es steht ihnen nicht die ganze schulfreie Zeit für die Schularbeiten zur Verfügung, und das geht durch die ganze Schulzeit hindurch. So ist das Ergebnis, daß die eine Gruppe der Schüler durch die äußeren Umstände ganz anders leistungsfähig gemacht wird als die andere Gruppe. Diese Umstände können aller-

dings in der vorschulpflichtigen Zeit dadurch gemildert werden, daß die Kindergärten in vermehrter Zahl eingeführt werden, daß das Anschauungsvermögen der Kinder der unteren Schichten mehr ausgebildet und die sprachliche Ausdrucksfähigkeit mehr geübt wird. Auch während der Schulzeit können gewisse Einrichtungen geschaffen werden, wodurch die zurückgebliebenen Kinder, solche, die durch Ursachen irgendwelcher Art, durch geringere Begabung, Krankheit, üble häusliche Verhältnisse nicht so leistungsfähig sind wie andere, bis zu einem gewissen Grade dahin gebracht werden, daß ein Ausgleich erfolgt. Diese Einrichtungen für das vorschulpflichtige Alter und auch während der Schulzeit zu schaffen, wird beabsichtigt, und das wird hoffentlich die Wirkung erzielen, die man sich davon verspricht. Es ist auch die Hoffnung nicht unberechtigt, daß das Gute der einen Gruppe von Schülern anfeuernd auf die übrigen wirkt, und so kommt man dahin, daß die pädagogischen Bedenken, die sicher begründet sind, doch zu einem guten Teile herabgemindert werden.

Auch finanzielle Bedenken hat der Magistrat in seiner Vorlage hervorgehoben, auf die einzugehen hier Pflicht ist. Die Einnahme an Schulgeld von den Schülern an den achsstufigen Bürgerschulen betrug im letzten Jahre nach dem Voranschlage 162 540 *M.* Wenn die Schulgeldfreiheit eingeführt würde, so würde dieser Einnahmeposten für die Stadt in Wegfall kommen, desgleichen auch die Einnahme aus dem Schulgeld von den siebenstufigen Bürgerschulen, die nach dem letztjährigen Etat 20 240 *M.* ausmacht. Ich erinnere daran, daß in diesen Schulen bisher aus jeder Familie nur immer ein Kind Schulgeld bezahlt, entweder das einzige oder das jüngste, und daß alle Kinder dieser Schulen die Unterrichtsmittel frei bekommen. Wenn die Freiheit der Lernmittel für alle Schulkinder eingeführt würde, so würde, da die Anzahl der die mittleren Bürgerschulen besuchenden Kinder größer ist als die in den unteren Bürgerschulen und bisher schon 32 000 *M.* für die unteren Bürgerschulen dafür verausgabt sind, eine Summe von 40 000 *M.* in den Etat dafür einzustellen sein. Die Stadt würde sich also in ihren Finanzen bei Schulgeldfreiheit und Lieferung von Lernmitteln um 222 780 *M.* schlechter stehen, wobei zu bedenken ist, daß die Einstellung dieser Summe für Lernmittel zu einer Zeit geschehen ist, als noch geringere Preise dafür herrschten, so daß wir mit einer Vermehrung der Belastung um 250 000 *M.* rechnen könnten.

Aus diesem Grunde hat der Magistrat sich dieser Änderung nicht zuwenden können. Der Schulvorstand hat es auch nicht getan, und die Kommission hat ebenfalls einstimmig anerkannt, daß jetzt bei den schwierigen Verhältnissen, in welchen die Stadt sich befindet, die Einführung der vollständigen Schulgeldfreiheit noch nicht angezeigt erscheint, und das auch mit Rücksicht nicht nur auf die örtlichen Verhältnisse, denn überall in den Städten des Herzogtums und des Reiches

ist die Sache noch im Werden begriffen. Einseitige Belastungen in solchem Umfange können wir für unsere Stadt nicht verantworten, sonst würden wir unsere Steuerverhältnisse sehr verschlechtern, wodurch schwerwiegende Schäden für unsere Stadt hervortreten würden. Das hat die Kommission einstimmig anerkannt.

Nun hat der Staat bis jetzt 38 000 M der städtischen Schulkasse dafür zugehoben, daß freie Unterrichtsmittel an den unteren Bürgerschulen gewährt wurden und immer nur eins aus den Kindern jeder Familie 4 M Schulgeld bezahlte. Wenn nun die Sache so geregelt würde, wie der Schulvorstand und anschließend daran der Magistrat sich entschlossen hat vorzugehen, nämlich, daß ein Schulgeld in mittlerer Höhe erhoben würde und die Lernmittel nicht mehr grundsätzlich frei geliefert werden, daß aber nach der Verschmelzung der beiden Schulgattungen in weitgehendem Maße den Gesuchen auf Ermäßigung oder vollständigen Wegfall des Schulgeldes und Lieferung freier Lernmittel entsprochen würde, so könnte der Staat sagen: „Die Grundlage für die Gewährung der 38 000 M ist geschwunden.“ Für die Stadtkasse würde allerdings die Sache gegenüber dem früheren Zustande auf eins herauskommen, indem die Finanznahme der Finanzen der Stadt durch die teilweise Schulgeldfreiheit und die freien Unterrichtsmittel sicher so groß sein würde, daß die Stadt dadurch eine mindestens ebenso große Einbuße erleiden dürfte wie heute. Der Magistrat sagt: Wir sind für eine Verschmelzung der beiden Schulgattungen, wir sind dafür, daß ein gleichmäßiges Schulgeld von 16 M bezahlt wird, wir wollen auch weitgehende Ermäßigungen eintreten lassen, aber der Staat muß sich verpflichten, auf Grund der letztjährigen Zuschüsse — denn diese Zuschüsse sind nicht immer gleich hoch gewesen — ständig einen Durchschnittssatz zu gewähren.

Die Schulkommission ist dem nicht ganz beigetreten, sondern hat beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, statt 16 M 12 M Schulgeld zu erheben. Ferner hat sich der Schulausschuß mit Stimmenmehrheit nicht dafür entschieden, daß die Vereinigung nicht eher stattfinden soll, als bis der Staat diesen Zuschuß zugesichert hat, sondern die Vereinigung der beiden Schulgattungen soll unter allen Umständen jetzt stattfinden. Die Schulkommission hat zu diesem Beschlusse kommen können, da der Leiter des städtischen Bürgerschulwesens, Herr Direktor Dr. Appuhn, erklärt hat, daß technisch dem keine Bedenken entgegenständen, daß schultechnisch also die Möglichkeit der sofortigen Vereinigung gegeben sei.

Die geehrte Versammlung hat nun zu entscheiden über die Annahme des Magistratsantrages oder des Antrages der Schulkommission. Auf Seite 4 und 5 der Vorlage des Stadtmagistrats finden die Herrschaften den Antrag des Magistrats. Er beantragt:

1. den vorgelegten Entwurf unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß die

Landesversammlung die Weiterzahlung des vorhin erwähnten Staatszuschusses in wenigstens annähernd gleicher Höhe wie bisher genehmigt,

2. die Bestimmung des Zeitpunktes, in dem das zu erlassende Statut in Kraft tritt, dem Magistrat zu überlassen.

Der Schulausschuß hat in dieser Angelegenheit beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, den Beschluß zu fassen, daß die Vereinigung der beiden Schulgattungen auf jeden Fall stattfindet, unabhängig davon, ob die Landesversammlung bzw. die Landesregierung die erwähnte Summe von annähernd 38 000 M fest und für immer zusagt.

Was nun den Wortlaut des „Statuts zur Abänderung des Statuts über die Bürgerschulen der Stadt Braunschweig“ anbetrifft, so ist er nur kurz. Er steht auf Seite 6 der Vorlage verzeichnet. Der Schulausschuß ist damit einverstanden bis auf Artikel 2 und 3. Da der Entwurf in Ihren Händen ist, so glaube ich, auch auf diese Verlesung verzichten zu können; der Herr Vorsitzende wird bei der Besprechung Gelegenheit haben, Äußerungen und Beauftragungen entgegenzunehmen.

Im Artikel II heißt es: „Um den wenig begabten oder vernachlässigten Schulkindern die Erreichung des Lehrzieles zu ermöglichen, werden nach Bedarf Hilfsklassen eingerichtet.“ Hierzu haben wir zu beantragen, daß es heißen soll „weniger begabten oder zurückgebliebenen Schulkindern“ und ferner „besondere Einrichtungen“. „Hilfsklassen“ deshalb nicht, weil das an die Hilfsschule erinnern würde, auch brauchen diese Hilfseinrichtungen keine vollständigen Klassen zu sein.

Betreffs des Artikels III hat der Schulausschuß nur zu beantragen, „4 M “ durch „3 M “ zu ersetzen. Das habe ich schon in meinem bisherigen Vortrage begründet, das Schulgeld soll darnach in der Zukunft für alle die Bürgerschulen besuchenden Kinder 3 M für jedes Vierteljahr betragen.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion begrüßt die Vorlage als einen ersten Schritt auf dem Wege der Einheitschule. Die Bedenken, die seitens des Herrn Referenten in pädagogischer Hinsicht gegen die Vereinigung der beiden Schularten vorgebracht sind, und die bisher maßgebend gewesen sein sollen, um die Trennung der beiden Schulsysteme zu begründen, sind nicht so schwerwiegender Natur. Es ist als richtig zuzugeben, daß durch die häuslichen Verhältnisse die geistige Verfassung vieler der ärmsten Kinder ungünstiger ist als die der besserbemittelten, aber wir haben immer auf dem Standpunkte gestanden, daß die Einheitschule nur dahin wirken kann, erzieherisch auf diese ärmsten Kinder einzuwirken. Ein Hauptgrund dafür, die Trennung aufrechtzuerhalten, war aber der, daß die Bessersituierten nicht wünschten, daß ihre

Kindern mit den ärmeren Kindern, mit den Proletenkindern auf einer Schulbank sitzen sollten. Es bedurfte erst der politischen Umwälzung durch die Revolution, um die von den Sozialdemokraten schon längst erhobene Forderung der Einheitschule, die in letzter Zeit erst langsam und zögernd, dann aber allgemein von der Lehrerschaft vertreten worden ist, anzubahnen.

Leider aber scheint man wieder auf halbem Wege stehenbleiben zu wollen. Es soll immer noch Schulgeld erhoben und die Lernmittelfreiheit nicht eingeführt werden. Wie das bei den mittleren Schulen der Fall war, sollen die Bücher jetzt in allen Schulen von den Eltern und Erziehern beschafft werden; und das halten wir für verkehrt. Wenn der Magistrat auf die Schulgeldfreiheit nur eingehen will, wenn der Staat den Ausfall an Schulgeld deckt, so stehen wir durchweg auf dem Standpunkte, daß dem Staate das Schulwesen ganz unterstehen müßte und der Staat dann auch die Kosten dafür aufbringen müßte. Der alte Staat, der gefallen ist, hatte die Wehrpflicht und die Schulpflicht eingeführt. Bei der Wehrpflicht hielt er es für selbstverständlich, daß die weitaus größten Mittel des Reiches, vier Fünftel der Einnahmen, dafür ausgegeben wurden. Die Schulpflicht dagegen war wohl eingeführt, aber um die Mittel dafür kümmerte sich der Staat nicht; das überließ man den Einzelstaaten oder den Gemeinden, und deshalb wurde die Schule vielerorts als Aschenbrödel behandelt. Das kann nicht so weitergehen. Wir sind der Meinung: Eine bessere Anlage des Geldes als die für die Schulbildung ist überhaupt nicht denkbar. Wenn der Staat bzw. die Gemeinden Mittel für Erziehung und Bildung der Jugend aufwenden, so kann man dem nur freudig zustimmen. Die Bedenken, die bisher gegen die Vereinigung der beiden Schulgattungen maßgebend gewesen sind, sollte man jetzt fallen lassen. In Weimar hat man sich im Verfassungsausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß, entsprechend einem Antrage, für die Volksschulen Unterrichts- und Lernmittelfreiheit allgemein eingeführt werden soll. Wenn das im Reiche bei der Koalitionsregierung von Ebert-Noske-Scheidemann möglich ist, dann wäre es Pflicht aller derjenigen, welche das Schulwesen zu reformieren haben, dafür einzutreten, daß dieser Grundsatz auch in Braunschweig durchgeführt wird.

Wenn der Magistrat auf dem Standpunkte steht: Nur wenn die Regierung den Ausfall an Schulgeld deckt, können wir auf diese Forderung eingehen, so meine ich, daß man bedenken müßte, daß die alte Regierung nicht mehr besteht. Ich bezweifle, daß wir bei den heutigen Verhältnissen einem solchen Widerstande begegnen werden wie bei dem früheren Landtage, und bin überzeugt, daß die jetzige Regierung und der heutige Landtag alles mögliche tun werden, um der Stadt Braunschweig entgegenzukommen. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, daß der Landtag zur Zeit, wie wir es erstreben, die gesamten Mittel für das Volks-

schulwesen hergeben kann, aber daß er der Stadt entgegenkommen wird, ist zweifellos. Und sollte es dennoch nicht der Fall sein, so meine ich: Besser kann das Geld nicht angelegt werden; wir müssen dann eben diese Mehrbelastung in Kauf nehmen. Es ist wiederholt in dieser Versammlung darauf hingewiesen worden, daß unsere Finanzen sehr ungünstig stehen, der Krieg hat uns mit vielen Millionen Schulden belastet — wenn ich nicht irre, sind es 26—27 Millionen. Dann aber kann es nicht darauf ankommen, ob sie noch um eine viertel oder halbe Million höher werden. Selbstverständlich müssen die Kosten auf irgend eine Weise aufgebracht werden, aber darauf zu sinnen, ist Sache des Magistrats. Wir stehen auf dem Standpunkte: Wenn die Kosten durch die Stadt beschafft werden müssen, so kann es nicht anders sein als in der Weise, daß ein Zuschlag zur Gemeindefinkommensteuer erhoben wird. Und zwar sind wir der Meinung, daß dadurch nicht die Ärmsten betroffen werden dürfen, sondern die Bessersituierten, wir würden vorschlagen, die Grenze für den Zuschlag festzusetzen bei Einkommen über 4000 M.

Sodann möchte ich noch beantragen, daß für die auswärtigen Kinder, die die hiesigen Bürgerschulen besuchen, ein etwas höheres Schulgeld festgesetzt wird. Bisher wurden jährlich noch nicht 60 M Schulgeld, 13,50 M im Vierteljahr, von diesen Kindern verlangt. Wir beantragen eine Erhöhung dieses Schulgeldes auf vierteljährlich 25 M, und sind der Meinung: Wenn die Herrschaften aus der Nachbarschaft ihre Kinder nach Braunschweig zur Schule schicken und damit die Wohltaten der Stadt genießen wollen, dann sollen sie wenigstens die Selbstkosten decken. Genaue Berechnungen über die Kosten eines Volksschülers liegen mir nicht vor, aber ich glaube, es annähernd richtig geschätzt zu haben, wenn ich sage, daß mit 25 M im Vierteljahr auszukommen ist. Sollte das nicht der Fall sein, so sind meine politischen Freunde auch dafür, daß dieser Satz entsprechend erhöht wird. Ein Grund, Bewohner unserer Nachbargemeinden in dieser Weise besonders zu unterstützen, liegt nicht vor, und es sind eine ganze Anzahl von Kindern aus den benachbarten Orten, die unsere Bürgerschulen besuchen. Es würde dieses erhöhte Schulgeld vielleicht mit dazu beitragen, daß die Nachbargemeinden geneigter werden, der Eingemeindungsfrage näherzutreten; bisher haben sie sich ja fortgesetzt dagegen gestraubt.

Ich möchte entsprechend diesen Ausführungen beantragen, daß Artikel III wie folgt gefaßt wird:

„Für Ortsanfässige — auch für die die Hilfsschule besuchenden Kinder — wird fortan kein Schulgeld erhoben. Für Kinder, die nicht im Stadtgebiete ihren Wohnsitz haben, ist vierteljährlich 25 M an Schulgeld zu entrichten.“

Für Artikel IV beantrage ich folgende Fassung:

„Die Unterrichtsmittel werden unentgeltlich geliefert. Im Falle mißbräuchlicher Benutzung der Unterrichtsmittel kann der Schulvorstand ihre Lieferung versagen.“

Meine Herrschaften! Ich bitte Sie, diesen Anträgen zuzustimmen. Tragen Sie den Verhältnissen Rechnung und machen Sie ganze Arbeit; es wird zum Wohle der Stadt gereichen.

Stadtv. **Frede:** Herr Stegmann sagte zu Anfang seiner Ausführungen, es seien die beiden Schulgattungen bisher deshalb getrennt gewesen, um die Proleten Kinder von den Kindern der besseren Schichten zu trennen. Es überrascht mich das nicht, daß er das sagt — (Zuruf: Es ist eine Tatsache). Nun, das werden Sie wohl sagen, aber ich möchte doch noch auf eins aufmerksam machen, was ich bisher nicht erwähnt habe. Bedenken Sie, daß viele Kinder aus den mittleren Bürgerschulen in die höheren Schulen eintreten, und daß wir bisher keine Vorschulklassen und keine besonderen Vorschulen in Braunschweig gehabt haben, keine solche Pressen, die vom pädagogischen Standpunkte aus unter allen Umständen zu verwerfen sind. Ob das künftig so bleiben wird und wir nicht solche Vorschulklassen bekommen werden, das bleibt dahingestellt. Ich habe in der Kommission angeregt, es solle ein Verbot solcher Schulen ergehen, habe auf Hannover verwiesen, wo der Magistrat angeordnet hat, daß fortan die Kinder der Vorschule und der Vorschulklassen in die Bürgerschulen zu gehen haben. Aber vorläufig ist eine solche Bestimmung hier nicht möglich; der Magistratsvertreter führte aus, daß dann überhaupt der Privatunterricht verboten werden müsse, auch Hauslehrer und Hauslehrerinnen seien dann nicht statthaft, und ein solches Gesetz haben wir nicht. Es bleibt abzuwarten, ob nicht diese Einrichtungen und Anstalten in Blüte schießen — das würden wir sehr zu bedauern haben.

Nun beklagt Herr Stegmann, daß die Kommission bzw. der Magistrat nicht Schulgeldfreiheit beantragt hat, und legt sich für diese Sache sehr ins Zeug. Ich habe hervorgehoben, daß nicht nur die Kommission, sondern auch der Schulvorstand und der Magistrat mit ihm als Ziel Freiheit des Schulgeldes und Freiheit der Unterrichtsmittel bezeichnet hat. Aber unter den jetzigen Umständen geht es noch nicht. Wenn nun gesagt wird: „Ja, das können wir uns leisten, und wir müssen es,“ so habe ich schon in früheren Jahren darauf verwiesen, wohin es führt, wenn wir die Gemeindeeinkommensteuer in Braunschweig soviel ungünstiger gestalten als in den Nachbarstädten. Es würde sehr zu unserem Schaden ausschlagen, wenn die begüterten Leute deswegen von hier wegziehen würden und andere, die zuziehen wollten, durch diesen Umstand davon abgehalten würden. Herr Lehnert hat erst neulich darauf verwiesen, daß es nötig sei, daß wohlhabende Leute hierherzögen. Solche Leute fragen immer erst: Wie sind die Steuer- und

Schulverhältnisse, und die Steuerverhältnisse sind meistens ausschlaggebend. Bekommen wir solchen Zuzug nicht nach Braunschweig, so wird das besonders zuungunsten der Kreise ausfallen, die Sie hier vertreten. Die Mittel in kultureller Beziehung, auch die für die Stadthalle und Schwimmhalle, werden verwilligt werden müssen, und wir wollen uns auch in anderer Beziehung von den übrigen Städten nicht übertreffen lassen. Wir dürfen nicht zurückbleiben mit dem, was unsere Stadt bietet, aber das erfordert wiederum Steuerleistungen, und wenn die Wohlhabenden nicht hierherziehen, dann müssen die Zurückbleibenden mehr zu Steuern herangezogen werden. Das wird sich dann auch in Ihren Kreisen sehr bemerkbar machen. Wenn die Schulgeld- und Unterrichtsmittelfreiheit für das ganze Reich gefordert würde, dann hätten ja alle Städte und Klassen gemeinsam daran zu tragen. Die Aufgaben der verschiedenen Städte werden auch dann noch immer verschieden sein und ebenso ihre Steuerleistungen; die einseitige Aufhebung des Schulgeldes unsererseits aber würde die Ungleichheit in der Steuerleistung sehr zu unsern Ungunsten gestalten.

Nach dem Antrage des Herrn Stegmann sollen die Auswärtigen ein erhöhtes Schulgeld von vierteljährlich 25 M für jedes Kind bezahlen, das unsere Bürgerschulen besucht. Gewiß, wenn das zu erreichen möglich ist, und wenn wir dadurch nicht den Schulbesuch der auswärtig Wohnenden einbüßen, so ist dagegen nichts zu erinnern. Aber bedenken Sie, daß wir in dieser Sache mit der Wurst nach der Speckseite werfen. Manche Einwohner Braunschweigs haben ihren Erwerb durch diese Pensionäre, und die Steuerfähigkeit dieser Leute wird dadurch gehoben. Wenn sich die fremden Schüler wegen des höheren Schulgeldes nach Wolfenbüttel und anderen Städten wenden würden, dann wäre das sehr zu bedauern.

Oberbürgermeister Metemeyer: Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß es uns nicht möglich gewesen ist, bis zur Beratung dieser Vorlage den Stadthaushaltsplan für das nächste Jahr in Ihre Hand zu bringen, da verschiedene Umstände hinderlich gewesen sind; er ist aber so weit fertig, daß er Ihnen wohl heute noch zugehen wird. Sie würden aus dem Haushaltsplane ersehen haben, daß die Finanzlage der Stadt eine sehr trübselige ist. Das wissen Sie im großen und ganzen wohl aber auch schon so, meine Herrschaften. Die Frage des Schulgeldes hängt nun aber mit dem Zustande der städtischen Finanzen sehr eng zusammen. Die Frage der schultechnischen Bedenken noch weiter zu erörtern, hat wohl keinen Zweck mehr. Magistrat, Schulvorstand und Schulausschuß haben sich damit einverstanden erklärt, die Verschmelzung vorzunehmen; es dreht sich also wesentlich um die Finanzen.

Wenn Herr Stegmann sagt, es wäre richtig, die Volksschule allen freizugeben und freie Unterrichtsmittel zu gewähren, so ist das ein schöner Gedanke, und ich erkenne ohne weiteres an, wenn man die heutigen Teuerungsverhältnisse in Betracht zieht, so muß man sagen: Keine Familie wird so sehr durch sie bedrückt, wie gerade die kinderreichen Familien. Wenn es die städtischen Finanzen nicht so wesentlich beeinträchtigen würde, so würde ich namens des Magistrats erklären können: „Bitte, nehmen Sie den Antrag Stegmann an, wir wollen sehen, wie wir durchkommen.“ Aber die Sache liegt doch so, daß wir bemüht sein müssen, irgendwie die Einnahmen und Ausgaben der Stadt zu balancieren, und das halte ich augenblicklich für sehr schwer; der neue Etat schließt wieder mit einem großen Defizit ab. Wenn Sie die Schulgeldfreiheit bei den Bürgerlichen einführen, dann würde schließlich nichts anderes übrigbleiben, als auch bei den höheren Schulen daselbe zu tun, und ich glaube nicht, daß Herr Stegmann das für richtig halten würde, denn es würde eine gewaltige Belastung für die Stadt bringen. Bei den Bürgerschulen handelt es sich, wie der Herr Berichterstatter ausgerechnet hat, um 250 000 M., bei Hinzurechnung der höheren Schulen würde mindestens das Doppelte dabei herauskommen. Es will mir auch nicht richtig scheinen, daß wir die Ausgaben für den Unterricht allen unsern Mitbürgern schenken, denn es gibt eine große Zahl von Familien, denen es nicht schwer wird, die Unterrichtsmittel zu beschaffen. Lassen Sie uns in der Übergangszeit, in der wir uns befinden, diesen mittleren Weg beschreiten, den Ihnen der Magistrat vorschlägt, um die Sache zu fördern.

Herr Stegmann hat nun gemeint, nachdem die Umwälzung vollzogen sei, könnten wir auf das Entgegenkommen des Staates wohl rechnen. In der Vorlage ist gesagt, daß auf den diesbezüglichen Antrag, den wir am 5. Januar gestellt hatten, bislang eine Antwort nicht eingegangen sei; inzwischen ist sie, und zwar am Dienstag dieser Woche, eingetroffen. Leider ist sie jedoch nicht so ausgefallen, wie ich gehofft hatte. Ich hatte angenommen, daß die neue Regierung sich auf einen anderen Standpunkt stellen würde. Bekanntlich sind die Rechte, die den Gemeinden an den Schulen zustehen, wesentlich beschränkt, z. B. müssen wir bei Feststellung des Lehrplanes und bei Besetzung der Lehrerstellen die Genehmigung der Regierung einholen. Es war deshalb nicht so ungeheuerlich, wenn man sagte: Geht noch einen Schritt weiter und bewilligt zu den Summen, die der Staat schon jetzt zahlt, das andere hinzu. Man hätte darüber sehr wohl ein Abkommen treffen können — und ich hoffe immer noch, daß es zustande kommt — z. B. so, daß der Staat im allgemeinen die Schullasten übernimmt und die Gemeinden nur zu bestimmten Sonderlasten, insbesondere Beschaffung der Schulgrundstücke, Gebäude, Heizung, Beleuchtung usw. heranzieht. Das Volkskommissariat für Volksbildung hat nun in seinem Schreiben gesagt: Wenn durch die

Verschmelzung der Schulen besondere Lasten erwachsen, dann müßte sie die Stadt übernehmen, der Staat wäre nicht in der Lage, dafür einzutreten. (Hört, hört!) Er könnte höchstens in dem Falle, daß eine besondere Bedürftigkeit vorläge und die Höhe der zeitweise gesteigerten Schullasten ganz besonders drückend wäre, erwägen, ob ein erhöhter Zuschuß mit der Landesversammlung zu vereinbaren sei. Nun, es ist damit wenigstens etwas in Aussicht gestellt, allerdings nicht das, was wir gehofft haben. Ich muß aber auch offen gestehen, daß es mir zuwider sein würde, wenn wir in die Rolle der ganz armen Gemeinden heruntergedrückt würden, die bei dem wohlhabenden Staate betteln müssen, ihnen in ihrer Not zu helfen. Ich bin immer stolz gewesen auf unsere Stadt und ihre Steuerkraft, und jetzt sind wir nicht durch unsere Schuld in einer empfindlichen Notlage. Wenn in diesem Falle der Staat, der nicht in einer solchen Notlage ist, kräftig geholfen hätte, würden wir das nur als gerechtfertigt ansehen. Wir werden jetzt sehen müssen, wie wir durch die Sache hindurchkommen.

Es handelt sich nun weiter darum, ob Sie den Satz von 16 oder 12 *M* für richtig halten. Der Ausfall bei 16 *M* ist groß, bei 12 *M* ist er noch größer, aber Sie haben schließlich die gleiche Verantwortung in bezug auf die Finanzen der Stadt wie wir. Wenn Sie es für angemessen halten, 12 *M* festzusetzen, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als auf Ihren Beschluß einzugehen. Allerdings möchte ich bitten, den Antrag des Herrn Stegmann, gar kein Schulgeld zu erheben, für diese Übergangszeit abzulehnen; eine solche Bestimmung würde die Stadt zu sehr belasten.

Sodann war von Herrn Stegmann, wenn ich ihn richtig verstanden habe, gesagt, es wäre nicht richtig, die ortsfremden Kinder zu solch hohem Schulgelde zu verpflichten, wie wir es vorgesehen haben. (Widerspruch; Zuruf: Jährlich 100 *M*.) Das ist etwas anderes; einen solchen Antrag begrüße ich mit besonderer Freude, und zwar nicht nur wegen des Geldes, sondern aus dem Grunde, weil ich mir sage: Je mehr wir von den Unnehmlichkeiten und Wohltaten, die wir unseren Einwohnern bieten, den auswärtigen Gemeinden in den Schoß werfen, desto mehr erschweren wir die Eingemeindung. (Sehr richtig!) Mag es für manche Familien in den auswärtigen Gemeinden auch hart sein, wenn sie ein solch hohes Schulgeld bezahlen sollen, so können wir doch sagen: Kommt zu uns, dann hört diese Belastung auf! Einem solchen Antrage auf Erhöhung des Schulgeldes für die ortsfremden Kinder wird der Magistrat jedenfalls ohne weiteres zustimmen.

Stadtb. Dr. **Jasper:** Meine Damen und Herren! Meine Freunde freuen sich insoweit über die Vorlage, als sie endlich die Einheitsschule bringt. Herr Stegmann hat schon hervorgehoben, daß das eine alte sozialdemokratische Forderung ist, und es scheint ja auch das Haus in seiner Mehrheit sich mit diesem Ge-

anken abgefunden zu haben, und auch der Magistrat, der ihm früher widerstrebt hat, stellt sich jetzt auf den Boden der Einheitschule. Diese Seite der Frage brauche ich deshalb nicht länger zu erörtern; es ist augenblicklich nur wesentlich die finanzielle Frage, auf die der Herr Oberbürgermeister und die anderen Herren schon besonders eingegangen sind.

Da ist es zunächst sehr bedauerlich, daß die Antwort aus dem Volkskommissariat für Volksbildung nicht so ausgefallen ist, wie wir das alle gewünscht hätten. Ich kann erklären, daß eine Kollegberatung über diese Frage nicht stattgefunden hat, daß aber voraussichtlich die Antwort nicht so schwerwiegend aufzufassen ist, als ja voraussichtlich immerhin das vom Staate bewilligt werden soll, was bisher gezahlt wurde. Im besonderen habe ich vor einigen Tagen Gelegenheit gehabt, mit dem jetzigen Leiter der Abteilung für Volksbildung zu sprechen, und der schien meiner Auffassung nach diesen Standpunkt zu teilen. Ich nahm Gelegenheit zu dieser Besprechung im Verfolg einer Unterredung, die ich mit unserem Herrn Oberbürgermeister gehabt hatte, und sie wird wohl die Veranlassung gewesen sein, daß endlich eine Antwort der Regierung gekommen ist.

Jedenfalls müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß gegenwärtig eine feste Zusage von jener Seite nicht vorliegt, und aus diesem Grunde fragen wir uns selbstverständlich: Wie decken wir die Ausgaben, die durch die Bewilligung des Antrages Stegmann entstehen würden? Es geht meiner Meinung nach nicht an, diese Aufgabe gleichmütig dem Magistrat zu überlassen. Gerade vom demokratischen Standpunkte aus und als Vertreter der beiden sozialistischen Parteien im StadtverordnetenSaal müssen wir sagen: Wenn wir Beschlüsse fassen, müssen wir auch dafür einstehen, wie wir die Deckung aufbringen wollen. Wir können nicht so ohne weiteres, wie es Herr Stegmann vorgeschlagen hat, die Steuergesetzgebung ändern, wenigstens nicht hier im Saale. Das könnte nur durch die Landesversammlung und andere Stellen geschehen, die vielleicht künftig dazu berufen sein werden. Eine solche Änderung würde aber nichts schaffen für die nächste Zeit, für die wir die Deckung nötig haben, und ohne diese scheint es meinen Freunden und mir bedenklich zu sein, eine jährliche Mehrausgabe von einer Viertelmillion Mark glatt zu bewilligen. Es ist ja verständlich gewesen, daß man über dieses Ergebnis der Beratung der Vorlage nicht sehr erfreut ist, aber man kann auch nicht den Vergleich ziehen mit anderen Ausgaben, die wir durch den Krieg und dessen Folgen notgedrungen haben übernehmen müssen. Wir hoffen alle, daß das einmalige Ausgaben sind, extraordinary Ausgaben, während dieses hier dauernde, laufende Ausgaben sein würden. Gegenüber den laufenden Ausgaben muß man sich doch anders verhalten als gegenüber den außerordentlichen, einmaligen, die man eher übernehmen kann.

Wir sehen uns deshalb zu unserem Bedauern nicht in der Lage, dem Antrage Stegmann zustimmen zu können, werden aber dem Antrage des Ausschusses zustimmen, besonders nachdem der Herr Oberbürgermeister meinte, daß der Abzug der 4 M im Jahre nicht gerade den Ruin der Stadt bedeuten würde. Ich möchte aber gerade Herrn Stegmann gegenüber darauf hinweisen, daß unser sozialistisches Programm, das uns beiden gemeinschaftlich ist, nicht nur die Schulgeldfreiheit und Lehrmittelfreiheit enthält, sondern daneben auch die Forderung, daß die Last der Schulen nicht der Gemeinde obliegen soll, sondern dem Staate. (Sehr richtig!) Diesen Gesichtspunkt möchte ich in den Vordergrund stellen. Solange dieser eine Teil des sozialistischen Programms nicht erfüllt ist, können wir nicht davon reden, daß wir allein die Aufgaben des Staates einseitig zu erfüllen haben. Wenn wir schon das ganze sozialistische Programm durchführen wollen, so wollen wir es in dem Rahmen, daß die Lasten auf die breiteren Schultern des Staates gelegt sind. Das hat den guten Sinn, daß gerade kleinere Gemeinden und auch jede andere Gemeinde nicht durch die ihr obliegende Last erdrückt wird, und die Aufgaben der Schule, wie sie dem Gemeinwesen im großen und ganzen, dem Staate, dienen, auch den Schultern des Staates aufgebürdet werden.

Ich gehe nicht einmal so weit wie der Herr Oberbürgermeister, wenn ich mich auch über seine Ausführungen gefreut habe, daß wir uns auf den Standpunkt stellen sollten, wir müßten die Schulgrundstücke und Schulgebäude dem Staat zur Verfügung stellen. Nein, die größere Allgemeinheit ist auch verpflichtet, die Grundstücke, die Gebäude, Einrichtungen, Lehrmittel und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen, genau so, wie es früher der alte Staat hinsichtlich der weiteren Ausbildung der männlichen Jugend im bunten und später feldgrauen Rocke getan hat. Auch da sind nicht die Gemeinden bereit gewesen, die Kasernen dem Staat zur Verfügung zu stellen, haben es nur hin und wieder aus Spekulationsabsichten getan. Das aber zum Grundsatz zu erheben, halte ich nicht für im Interesse der Gemeinden liegend. Ich möchte deshalb neben der Ablehnung des Antrages Stegmann für meine Freunde beantragen, daß die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersucht, beim Rat der Volksbeauftragten und dem Volkskommissariat für Volksbildung zu beantragen, daß sämtliche Schul-lasten auf den Staat übernommen werden. Dadurch würde das, was Herr Stegmann und meine engeren Freunde wollen, am nächsten erreicht werden können, und wenn wir die Vorbereitungen erreicht haben, wird bei der sozialistischen Mehrheit des Landtages kein unüberwindliches Hindernis vorhanden sein, daß dem schon im ersten laufenden Vierteljahre Rechnung getragen werden kann, so daß die Belastung der beteiligten Kreise keine zu große sein wird. Es ist das der für mich einzig gangbare Weg, um aus der Belastung der Stadt herauszukommen.

Dem Antrage des Herrn Stegmann, das Schulgeld für die ortsfremden Kinder zu erhöhen, werden wir aus den vom Herrn Antragsteller und vom Herrn Oberbürgermeister angeführten Gründen zustimmen. Ich glaube, Herr Kollege Frede hat sich da in der Würdigung des Antrages etwas geirrt; es betrifft das weniger Kinder, die hier in Pension untergebracht sind, als solche der Vorortsgemeinden, die sonst zum Teil mit uns nichts zu tun haben wollen, aber mit der Straßenbahn oder zu Fuß in die Stadt hereinkommen und ihre Vorteile genießen wollen, ohne zur Tragung ihrer Lasten beizutragen. Selbst wenn wir das Schulgeld für die ortsfremden Kinder in der Höhe festsetzen, wie es der Schulausschuß vorschlägt, so erhalten wir damit nicht eine völlige Entschädigung für die dargebotenen Leistungen der Schule, sondern nur eine Art Anerkennungsgeld, während die Schullasten der Gemeinde größer sind, und dazu haben wir keine Veranlassung. Wenn die Erhöhung dieses Schulgeldes dem Eingemeindungsgedanken förderlich sein kann, so ist das ein Erfolg, den wir mit Freude begrüßen können.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte mir zu den Worten des Herrn Dr. Jasper eine Bemerkung gestatten; ich glaube, ich habe mich wohl nicht deutlich genug ausgedrückt. Das Antwortschreiben des Volkskommissariats für Volksbildung bezieht sich nur auf unseren Antrag vom 5. Januar, der dahin ging, den Betrag des ausfallenden Schulgeldes auf die Staatskasse zu übernehmen und ebenso auch die Lasten, die durch die Vieferung von freien Unterrichtsmitteln an allen Bürgerschulen entstehen. Nun haben wir hinterher in der Annahme, daß Sie dieser Vorlage zustimmen würden, an das Volkskommissariat auch wegen des kleineren Zuschusses von 38 000 M berichtet. Es handelt sich dabei nicht um die Bewilligung von neuen Mitteln, sondern nur um Aufrechterhaltung eines bisher gewährten Zuschusses; darauf haben wir noch keine Antwort bekommen. Nach dem, was ich darüber gehört habe, scheint es aber so, als ob der Staat darauf eingehen wird.

Gestatten Sie mir nun noch ein paar Bemerkungen zu den Worten des Herrn Stegmann, die ich vorhin zu machen vergessen habe. Herr Stegmann will die Gelder zum Ersatz der ausfallenden Schulgeldeinnahme dadurch schaffen, daß er bei Einkommen von 4000 M an eine Schulsteuer erhebt. Ich habe schon in der Kommission gesagt, daß eine Schulsteuer ein Unding ist. Man besteuert das Einkommen, den Grundbesitz, das Gewerbe, den Handel und alles mögliche, aber eine Steuer zugunsten eines besonderen Zweckes zu erheben, das hat es bisher nicht gegeben, es sei denn, daß eine besondere Veranstaltung mit besonderen Pflichten für die Teilnehmer unterhalten wird, wie das z. B. bei der Kanalsteuer der Fall ist. Bei der Schulsteuer würde es sich darum handeln, einen Teil der Einkommen zugunsten einer städtischen Einrichtung zu besteuern, und das ist nach unseren

Steuergesetzen nicht zulässig, weil wir die ganze Last auf alle Pflichtigen nach Maßgabe des Einkommens gleichmäßig verteilen müssen.

Herr Dr. Jasper meinte dann, ich hätte die Schulgrundstücke nicht ohne weiteres zu Lasten der Stadt übernehmen sollen. Ja, meine Herrschaften, ich habe doch aber auch im neuen Landtage die Erfahrung gemacht, daß die Herren, die jetzt die Regierung in der Hand haben, in der Finanzfrage recht vorsichtig sind, soweit der Staat zu sehr belastet werden könnte. Wenn wir mit zu weitgehenden Anträgen an den Staat herantreten, dann riskieren wir, daß sie überhaupt abgelehnt werden. Noch eins hat mich zu dieser Stellungnahme bestimmt: Abgesehen von der Schule an der Leopoldstraße, die wir zu anderen Zwecken frei gegeben haben, können wir auf alle städtischen Schulhäuser mit Stolz blicken. Man soll mir eine Stadt zeigen, die in den letzten Jahrzehnten so viel für ihre Schulgebäude aufgewandt hat. Ich weiß, daß auch ein paar ältere Schulhäuser sich unter den Schulgebäuden befinden, aber im allgemeinen haben wir muster-gültige Schulhäuser, so daß aus dem Grunde — abgesehen von einer Schule an der Leopoldstraße, die wir zu bauen vorhaben — größere Kosten der Stadt hieraus vorläufig nicht erwachsen werden. Deshalb habe ich gemeint, man könnte diese Sache einstweilen wohl auf sich beruhen lassen; ich bezweifle auch, daß der Staat darauf eingehen wird, die ganzen Kosten zu übernehmen.

Stadtv. **Riefe I:** Meine Herrschaften! Ich möchte dem Herrn Bericht-erstatter Freude noch entgegenen, daß in früheren Zeiten die ganzen Schulen nur Standeschulen waren, und diesen Standpunkt wollte man aufrechterhalten. Einen Antrag auf Änderung habe ich schon vor 25 Jahren gestellt, als der Oberbürgermeister Pockels noch im Amte war, habe aber leider keinen Erfolg damit gehabt. Ich denke mir das Bild der allgemeinen Volksschule so, daß das Kind des Besenbinders mit dem des Oberbürgermeisters bis zum 10. oder 12. Jahre in demselben Schulhause auf einer Schulbank sitzt. Dann erst kann man sagen, wie das Kind sich entwickelt, ob es einer höheren Schule zugewiesen werden kann, oder ob es zu einem technischen Berufe oder zum Handwerkerberufe ausgebildet werden soll. Der Herr Oberbürgermeister Pockels erklärte mir, er wäre sofort dabei, diese Gedanken zur Ausführung zu bringen, aber das Stadtverordnetenkollegium und der größte Teil der Lehrerkollegien wollte nichts davon wissen. Wäre die Revolution nicht gekommen, dann wäre dieser Standpunkt von bürgerlicher Seite weiter innegehalten; wenn er auch etwas abgelaufen hätte, so wäre man doch nicht dahin gekommen, wo wir heute stehen.

Auch der Ansicht des Herrn Berichterstatters, daß die Steuerverhältnisse wegen der Schulausgaben auf das Fortschreiten der Stadt ungünstig wirken und den Fremdenzufluß entgegen lassen könnten, kann ich nicht zustimmen. Infolge

des Krieges wird jede Kommune — die größeren alle, aber auch die kleineren — in die Lage kommen, daß sie ihre Steuern wesentlich erhöhen muß. Ich für mein Teil erwarte von einer Reichsregierung, daß die Höhe der zu erhebenden Steuern von ihr zum großen Teil vorgeschrieben wird.

Was die Mittel anlangt, die der Regierung für Schulzwecke zur Verfügung stehen, so wissen wir, daß die Einkünfte der Klosterreinertragsskasse lediglich für Unterrichtszwecke verwandt werden, und wenn Sie die früheren Jahrgänge des Staatshaushaltsplanes nachlesen würden, dann würden Sie finden, was davon alles für die höheren Schulen und für das Polytechnikum bewilligt ist. Ich bin der Meinung, daß auch für die Schulen der Ärmsten, von denen der Staat den größten Vorteil hat, das Notwendige vorhanden sein muß. Während die Holländer an dem Verbrauch von Seife den Kulturzustand eines Volkes abmessen wollen, so trifft es doch viel mehr zu, daß man ihn an der Fürsorge für das Volksschulwesen erkennen kann.

Meiner Überzeugung nach ist es richtig, dem zuzustimmen, was der Schulausschuß beschlossen hat, und sich zu gleicher Zeit noch einmal mit einem Antrage an die jetzige Regierung zu wenden, damit der Zuschuß, der für die Stadt notwendig ist, ihr gewährt wird. Für dieses Übergangsstadium stelle ich mich auf den Standpunkt des Ausschusses.

Stadtv. Rönneburg: Meine Damen und Herren! Unsere grundsätzliche Stellung zu dieser Schulfrage ist gegeben einmal durch unser parteipolitisches Programm, und zum anderen kann ich sagen, daß ich gerade als Lehrer diese Vorlage von ganzem Herzen begrüße, da sie uns doch endlich dahin bringt, daß die Klassen- und Ständeschulen fallen. Entgegentreten muß ich der Meinung des Herrn Riese und muß hier feststellen, daß der Deutsche Lehrerverein in seiner Gesamtheit die Forderung einer allgemeinen Volksschule schon aufgestellt hat, ehe ein Gedanke an das Erfurter Programm vorhanden war. Die allgemeine Volksschule wird auch seitens der Braunschweiger Lehrerschaft seit langer Zeit gefordert, wenn ich auch im Augenblicke nicht angeben kann, wann sie zum ersten Male mit dieser Forderung gekommen ist. Erst vor kurzem hat der hiesige Lehrerverein wiederum Stellung dazu genommen und zum Ausdruck gebracht, daß die Zusammenlegung der beiden Schulgattungen unbedingt zu fordern ist, und ich freue mich, daß in dieser Beziehung die Bestrebungen der Lehrerschaft mit denen der Mehrheit dieses Hauses verwandt sind.

Der Causus criticus in diesem Falle ist nur die finanzielle Frage, und in dieser stehe ich mit Herrn Stegmann und Herrn Dr. Jasper auf dem Boden, daß Schulgeld- und Lernmittelfreiheit nötig ist. Will man den Tüchtigen freie Bahn geben, so muß man allen Kindern ohne Rücksicht auf den Stand und das Ver-

mögen der Eltern durch freie Schulbildung das Mittel geben, aufzusteigen. Ich muß Herrn Dr. Jasper auch zustimmen in dem, was er über die Aufgaben des Staates in dieser Sache gesagt hat. Meine Partei fordert gleichfalls, daß alle sachlichen und persönlichen Lasten für die Schule vom Staate übernommen werden, daß die Staatschule eingeführt wird. Der Staat hat das ganze Schulwesen zu übernehmen, damit die Zwitterstellung zwischen Gemeinde und Staat, die der Schule eigen war, aufhört. Bisher war die Schule eigentlich Sache der Gemeinde, aber der Staat war auch ein Träger der Lasten mit. Diese fließenden Grenzen müssen aufhören, und es muß Klarheit geschaffen werden. Der hauptsächlichste Teil der Schullasten sind die persönlichen, und diese hat der Staat zu übernehmen, während allerdings die Gemeinde nicht ganz davon frei gemacht werden kann, auch zu den Kosten des Schulwesens beizutragen. Es ist auch wertvoll, daß man die Gemeinden an der Gestaltung der Schulen finanziell mit interessiert, damit nicht ganz und gar die Verantwortung für das Gedeihen der Schule der Kommune abgenommen wird. Darum sind wir für eine Teilung der Schullasten: Die persönlichen Ausgaben möge der Staat, die dinglichen die Gemeinde übernehmen.

Wir sind mit Ihnen einverstanden, daß wir an den Staat mit der Forderung herantreten, in aller Kürze eine Neuregelung des Schulwesens vorzunehmen. Ich glaube, daß es in aller Kürze — wenn überhaupt hier ruhige Verhältnisse möglich sind — dahin kommen muß, daß unser ganzes Schulwesen im Staate Braunschweig neu aufgebaut wird, und dann wird auch die finanzielle Frage gelöst werden müssen. Solange das nicht der Fall ist — ich erhoffe aber, daß es noch in diesem Jahre geschehen wird —, sind auch wir der Meinung des Schulausschusses, daß wir nicht die Stadt Braunschweig allein mit diesen neuen Ausgaben belasten können. Aber ich hoffe, daß die Neubelastung nur von so kurzer Dauer sein wird, daß wir in einem halben Jahre dahin kommen, wohin der Antrag Stegmann will. Meine Freunde im Landtage werden jedenfalls durchaus bereit sein, einer derartigen Gestaltung des Schulwesens zuzustimmen und das ganze Schulwesen in dieser Weise auf eine neue Grundlage zu stellen.

Auch in bezug auf die Deckungsfrage schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper an. Wir müssen die Verantwortung für unsere Beschlüsse übernehmen, und diese Verantwortung geht auch nach der Seite der finanziellen Deckung hin. Angesichts der vielen dringenden Aufgaben, die uns eben bevorstehen, wird es kaum möglich sein, daß die Stadt ganz allein diese Schullasten auf eigene Kosten übernimmt. Ich glaube allerdings — und darin befinde ich mich im Gegensatz zum Herrn Oberbürgermeister —, daß wir um eine Schulsteuer von Staats wegen nicht herumkommen werden. In einigen deutschen Kleinstaaten ist schon vor einiger Zeit eine Schulsteuer eingeführt worden, allerdings nicht von

seiten der Gemeinde, sondern von staatlicher Seite aus, und das ist auch das richtige. Nun liegt es mir aber daran, daß wir die Sache nicht auf die lange Bank schieben, bis der Staat grundlegend vorangegangen ist, sondern das Übel so schnell als möglich an der Wurzel packen und von der Gemeinde aus eine Zusammenlegung der beiden Schulgattungen herbeiführen. Wenn dann andererseits noch von dem Mittel der Schulgeldebefreiung in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht wird, dann werden wir erreichen, daß die leistungsfähigen Schultern in weitgehendem Maße in Anspruch genommen werden, so daß es heißt: Hanne-mann, geh du voran, du hast die größten Stiefel an.

Daß das Schulgeld für die dortsfremden Kinder erhöht wird, erscheint uns richtig, und wir werden einer solchen Maßnahme dem Antrage des Herrn Stegmann gemäß zustimmen.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, mit einigen Worten auf die verschiedenen Gegengründe der Herren Vorredner einzugehen.

Was die Ausführungen des Herrn Frede betrifft, so bin ich derselben Ansicht wie Herr Riecke: Die Gefahr des Ausbleibens eines Zuzuges von Besitzenden oder des Wegziehens solcher von hier infolge der geringeren Belastung der anderen Städte durch die Gemeindeausgaben für die Schule befürchte ich nicht. Es ist dabei zu berücksichtigen: Nachdem von Reichs wegen die Einheitschule, freies Schulgeld und freie Unterrichtsmittel gefordert ist, werden die Städte und Staaten alle dem folgen müssen, so daß sie dafür auch eine entsprechend höhere Steuer erheben müssen. Auch Hannover und andere Städte werden dadurch finanziell mehr belastet werden, so daß der Grund hinfällig ist, daß vermögendere Leute aus diesem Grunde Braunschweig verlassen könnten.

Erfreulich ist es, daß der Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Jasper sich in ihren Ausführungen mit meinem zweiten Antrage, die auswärtigen Kinder mit einem höheren Schulgelde heranzuziehen, einverstanden erklärt haben. Eine solche Erhöhung halte ich für selbstverständlich; die Herrschaften von auswärts haben lange genug die Wohltaten der Stadt für ein billiges Geld genossen und sollen nun der Stadt nur die Selbstkosten ersetzen. Eine solche Maßnahme ist auch angebracht, die Eingemeindungsfrage mit vorzubereiten.

Nicht für richtig halte ich es aber, wie der Herr Oberbürgermeister sagt, daß man darauf bestehen bleiben müsse, für die Kinder der Einheimischen 12 M Schulgeld zu erheben. Ich halte das geradezu für eine Ungerechtigkeit gegenüber den Besitzlosen. Während sie bisher nur 4 M im Jahre bezahlt haben, will man das Schulgeld jetzt auf 12 M heraufschrauben. Das wäre eine Mehrbelastung, eine Verschlechterung des früheren Zustandes, die wir unter keinen Umständen mit-

machen können, und ich hoffe, daß die Mehrheit sich nicht dazu entschließt, diesem höheren Schulgeld für die Besitzlosen zuzustimmen.

Wenn der Herr Oberbürgermeister sagte, eine Schulsteuer einzuführen wäre ein Unding, so ist mit Recht schon von anderer Seite dagegen eingewandt worden, daß in anderen Staaten oder Städten solche Steuern bestehen. Ich stehe allerdings mit der ganzen sozialistischen Partei auf dem Standpunkte, daß Sondersteuern nicht eingeführt werden sollten; auch verschiedene andere Steuern, wie die Gewerbesteuern und die Grundsteuern, müssen fallen. Wir haben uns immer gegen solche Sondersteuern ausgesprochen und gefordert, daß der nötige Steuerbetrag durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer aufgebracht werden muß. Es ist von Herrn Dr. Jasper gesagt, daß auch die Deckungsfrage in Betracht gezogen werden müsse, wenn man eine Belastung beschließe. Das habe ich getan, nur brauchen wir uns den Kopf des Magistrats nicht zu zerbrechen, in welcher Weise die Steuer zur Erhebung kommen soll. Ich habe darauf hingewiesen, daß man einen Zuschlag zur Einkommensteuer erheben könnte, der allerdings nicht von den niedrigsten Stufen, sondern erst von einer Höhe des Einkommens von 4000 *M* ab zur Anwendung kommt. Sie wissen, meine Herrschaften, daß das Einkommen auch der Arbeiter gestiegen ist, wenn auch das heutige Papiergeld wenig Wert hat, und ich meine darnach, daß eine Grenze von 4000 *M* nicht zu hoch gegriffen ist.

Der Herr Oberbürgermeister fragte: „Warum sollen wir den vermögenden Leuten die Unterrichtsmittel schenken? Es gibt wohlhabende Handwerksmeister und eine ganze Anzahl anderer Leute, denen es leicht wird, die Mittel für den Schulbesuch ihrer Kinder aufzubringen.“ Das hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes, aber wo eine grundsätzliche Bestimmung geschaffen werden soll, kann man nicht sagen: Wir wollen eine Auslese treffen und von Fall zu Fall entscheiden. Es ist gerecht, wenn diese Last auf das Allgemeine verteilt wird. Auch an der Bezahlung von anderen städtischen Einrichtungen nehmen viele Bürger teil, von denen sie nicht immer direkten Vorteil haben. Warum sollte nicht jeder für die allgemeine Erziehung etwas beitragen? Der mehr zu zahlende Steuerbetrag würde jedenfalls nur gering sein.

Daß das Volkskommissariat in dieser Weise geantwortet hat, bedaure ich auch, glaube aber, daß dem noch abzuhelpen ist, und daß meine Fraktion für den Antrag Jasper eintreten wird. Wenn das Volkskommissariat sich auf den vorhin mitgeteilten Standpunkt stellen sollte, allerdings aus triftigen Gründen, so haben wir schon gehört, daß ein kollegialer Beschluß nicht vorliegt, sondern nur ein Beschluß des einzelnen Volkskommissariats. Bei einem nochmaligen Herantreten an die jetzige Regierung wird sie zweifellos unserem Antrage entsprechen, und wir sind in der Lage, im Landtage einer solchen Entscheidung ganz bedeutend nach-

zuhelfen. Auch die Demokraten werden dabei hinter uns stehen, und wir werden es ohne Zweifel dahin bringen, daß für die Stadt nur wenig beizusteuern nötig ist.

Was die Einwürfe des Herrn Rönneburg betrifft, so möchte ich bemerken, daß er sich irrt, wenn er sagt: Längst vor Aufstellung des Erfurter Programms sei die Lehrerschaft schon für die allgemeine Volksschule eingetreten. (Zuruf: 1848!) Wenn das der Fall sein sollte, so sind es damals nur einzelne Pädagogen gewesen, die das forderten (Widerpruch), während die Sozialdemokratie als Partei, als Gesamtheit jahrzehntelang dafür gekämpft hat. Noch vor 10 Jahren auf dem Lehrertag in Königsberg wurde schwer um diese Frage gekämpft; ich glaube, es wurde kaum eine Majorität für die Einheitschule erzielt. Erst seit der Revolution ist die Gesamtheit der Lehrer mit wenig Ausnahmen auf den Standpunkt gekommen, die Einheitschule durchzuführen. (Zuruf: Irrtum!)

Es bestehen keine triftigen Gründe, meine Anträge abzulehnen, und ich bitte insbesondere die Mitglieder der mehrheitssozialistischen Fraktion, ganze Arbeit zu machen und unserem Antrage zuzustimmen. Er entspricht nur unserem Programm. Wenn Herr Dr. Jasper sagte, der Staat solle die Lasten tragen, so habe ich das schon im Eingange meiner ersten Ausführungen erwähnt und es auch begründet. Ich bitte, für meinen Antrag einzutreten.

Stadtv. **Frede:** Die gegenteiligen Ansichten in der Versammlung über die Stellung der Lehrerschaft rühren wohl daher, daß einige Herren die allgemeine Volksschule mit der Einheitschule verwechseln.

Herr Dr. Jasper meinte, ich hätte mich in meinen Ausführungen über die ortsfremden Kinder geirrt. Das ist richtig; ich hatte an die weiter weg wohnenden Eltern gedacht, und glaube erklären zu können, daß die Kommission gegen den letzten Antrag des Herrn Stegmann, der sich auf das höhere Schulgeld der auswärts wohnenden erstreckt, nichts zu erinnern hat. Ich möchte bemerken, daß nach dem vorjährigen Etat die Aufwendungen für ein Kind in den Bürgerschulen 149,22 M also rund 150 M betragen haben. Wenn wir von den auswärtigen Kindern an Schulgeld 100 M bekommen, so können sich ihre Eltern noch glücklich schätzen, denn sie bezahlen nicht so viel, wie wir für die Schulen aufzuwenden haben. Für die mittleren Bürgerschulen ist allerdings die Ausgabe nicht ganz so hoch gewesen, die Ausgaben für die unteren Bürgerschulen wirken hier mit ein, aber dennoch kann man sagen, daß die Auswärtigen mindestens nicht mehr zahlen, als die Kosten der Stadt betragen. Ich bitte also, den Antrag anzunehmen.

Stadtv. **Genzen:** Meine Damen und Herren! Wir freuen uns, daß Sie alle auf dem Standpunkte stehen, daß die Einheitschule durchgeführt werden soll, und

hoffen, daß dieser erste Schritt dazu mithelfen wird. Es ist richtig — wie von den Herren Lehrern eben schon erklärt ist —, daß die Lehrerschaft schon früh den Gedanken der Einheitschule propagiert hat, es ist aber auch richtig, daß ein Teil der Lehrerschaft nicht damit einverstanden war, und so ist das zu verstehen, was Herr Riefe darüber anführte. Ich konstatiere, daß wir hier im Hause bei den Vertretern der Lehrer nie etwas von diesem Geiste, der auf die Einheitschule hindeingewirkt, gespürt haben. Die Ausführungen des Herrn Frede hörten sich so an, als wenn er mit einem nassen und mit einem trockenen Auge sagen wollte: „Ich mache mit“, aber mit Leib und Seele ist er wohl auch heute noch nicht dabei. Davon abgesehen, freut es uns, daß sich der Gedanke Bahn gebrochen hat und wir heute alle prinzipiell auf diesem Standpunkte stehen.

Allerdings ist ein bitterer Wermutstropfen in die Freude hineingefallen, weil Sie unserem Antrage nicht zustimmen wollen, daß die Schulgeldfreiheit eingeführt wird. Sie wollen das allerdings auch, sagen aber, der Staat solle die Kosten dafür übernehmen. Vorläufig sind wir aber leider noch nicht so weit. Ich glaube aber, annehmen zu können — vorausgesetzt, daß wir noch länger im Landtage sitzen —, daß wir dort in diesem Sinne wirken werden. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Eltern zahlen müssen, wenn der Antrag Stegmann nicht angenommen wird; weiter bleibt nichts übrig. Das muß ich bedauern, gerade für die jetzige Zeit, wo alles so kolossal teuer ist. Die Lebensmittel, die Gebrauchsgegenstände, die Mieten, die Steuern, alles steigt von Tag zu Tag. Sie sehen, die Lohnbewegung reißt nicht ab, kann nicht abreißen, weil weder die Arbeiter noch die Beamten mit ihren Bezügen auskommen können, und da wollen wir den Eltern noch neue Lasten auflegen! Und sie sind nicht berechtigt. Es gibt Eltern, die 4 oder 5 Kinder in die Schule schicken; ich weiß, daß einige sogar sechs Kinder zu gleicher Zeit in der Schule haben. (Zurufe: „Sie können ja Befreiung haben, wenn sie wollen.“ und „Nur einer braucht zu bezahlen.“) Wenn also in Zukunft eine Familie mehrere Kinder zur Schule schickt, dann soll nur einer bezahlen? (Zustimmung.) Dann ändert das die Sache wesentlich, und es handelt sich nur noch um das Prinzip.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Kosten zum wesentlichen Teile von der Gemeinde zu tragen sind. Es kann nicht als Ausrede gelten, daß man sagt: Wo soll das Geld hergenommen werden? Es kann durch Zuschläge zur Einkommensteuer herbeigeschafft werden; das wird nur diejenigen belasten, die ein hohes Einkommen haben, und die werden es nicht spüren, wenn sie mehr abgeben sollen. Es wird hier erklärt, die Schulsteuer könne nicht eingeführt werden. Ich weiß doch aber, daß es in Preußen Gemeinden gibt, die jahrzehntelang schon Schulsteuern erheben! Denken Sie an die Kirchensteuern; ist das etwas anderes? Und wenn es auch nicht genau in diesem Sinne zu betrachten ist, so wäre eine Schul-

steuer doch durchführbar. Deshalb ersuche ich Sie nochmals, dafür zu stimmen, daß, solange wir nicht vom Staate Gewißheit haben, daß er die Kosten zahlt, die Gemeinde die Last auf sich nimmt, getreu unserem Prinzip, daß der Schulbesuch der Kinder unentgeltlich ist.

Der Vorsigende stellt Artikel I zur Beratung.

Stadtv. Frede (als Referent): Ich mache darauf aufmerksam, daß eigentlich vorher die beiden Anträge auf Seite 4 und 5 der Vorlage zu erledigen sind, wozu ich bemerkt hatte, daß die Kommission sich entgegen dem Antrage des Magistrats dahin entschieden habe, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, daß unter allen Umständen nach Ostern die Verschmelzung stattfinden soll. Es tut ja nichts zur Sache, man kann hier oder da anfangen, ich wollte nur einer Unklarheit vorbeugen.

Die Sache ist so zu verstehen: Es liegt in dem Antrage des Magistrats, daß die Verschmelzung erst dann stattfinden soll, wenn von der „Landesversammlung“ die Weiterzahlung des Staatszuschusses in wenigstens annähernd gleicher Höhe wie bisher“ verbürgt ist. In ähnlicher Weise wie bei der Beratung der Einrichtung der Fortbildungsschule in der vorigen Sitzung ist der Schulausschuß dahin schlüssig geworden, zu empfehlen: Die Verschmelzung soll unter allen Umständen stattfinden, also mit dem Schulbeginn nach Ostern tritt der gemeinsame Unterricht ein.

Vorsigender: Dann wäre es ratsam, daß man erst über den weitergehenden Antrag der Kommission abstimmen ließe, daß unter allen Umständen die Vereinigung der sieben- und achtstufigen Bürgerschulen eingeführt wird. Wenn der Antrag angenommen wird, fällt ohne weiteres der Vorschlag des Magistrats.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wir hatten angenommen, die Sache würde schneller zur Beratung kommen; es sollte eine besondere Sitzung der Stadtverordneten anberaumt werden, und ich hatte gehofft, daß dann der Landtag, ehe er auseinandergeht, die Sache erledigen würde. Wie ich höre, wird der Landtag morgen vertagt werden, und so würde, wenn wir im Magistrat an diesen Bedingungen festhalten wollten, die Verschmelzung zu Ostern nicht ausführbar sein. Da die Mehrheit des Hauses — das hat man aus den bisherigen Verhandlungen merken können — diese Bedingung nicht stellen will, so glaube ich, ist es das einfachste, daß ich jetzt seitens des Magistrats erkläre: Wir verzichten auf diese Bedingung. Ich hoffe allerdings, daß dieser Zuschuß uns vom Staate auf jeden Fall gezahlt wird.

Vorsitzender: Dann ist auch eine Abstimmung über den zweiten Punkt des Magistratsantrages überflüssig: die Bestimmung des Zeitpunktes des Inkrafttretens des Statuts dem Magistrat zu überlassen.

Stadtv. **Frede:** Ich darf darum bitten, daß die Versammlung sich ausdrücklich — wenn auch nur der Form wegen — dahin erklärt, daß unter allen Umständen die Verschmelzung der beiden Schularten zu Beginn des neuen Schuljahres stattfinden soll. Es ist kein Zweifel, daß das angenommen wird, aber es liegt ein dahin gehender Antrag der Kommission vor.

Vorsitzender: Artikel VI bezieht sich auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Ich glaube, es ist richtiger, wir stimmen an Hand der verschiedenen Artikel darüber ab, ob die Sache gemacht werden soll, und kommen dann bei Artikel VI auch an den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Artikel I wird angenommen (dem Anschein nach einstimmig).

Vorsitzender: In Artikel II beantragt die Kommission einige Änderungen. Es soll dort darnach heißen: „Um den weniger begabten oder vernachlässigten Schülfern die Erreichung des Lehrzieles zu ermöglichen, werden nach Bedarf besondere Einrichtungen eingerichtet, über deren Betrieb der Schulleiter nach Anweisung des Schulvorstandes die näheren Anordnungen trifft.“

Oberbürgermeister **Kettemeyer:** Es klingt wenig schön, wenn gesagt wird „die Einrichtungen werden eingerichtet“; ich bitte zu sagen: Sie werden „unterhalten“ oder „getroffen“.

Artikel II wird einstimmig nach dem Wortlaut der Kommission und der vom Herrn Oberbürgermeister beantragten redaktionellen Änderung angenommen.

Vorsitzender: Der Artikel III steht zur Besprechung.

Ich glaube, Herr Dr. Jasper wird damit einverstanden sein, wenn sein Antrag

„die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei dem Rat der Volksbeauftragten und der Landesversammlung zu beantragen, daß sämtliche Schullasten auf den Staat übernommen werden“

unabhängig von dieser Frage behandelt wird. Er kann neben den übrigen Beschlüssen noch zur Abstimmung gebracht werden. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Dr. Jasper.)

Der erste Teil des Antrages Stegmann (kein Schulgeld zu erheben) wird abgelehnt.

Der Antrag des Schulausschusses (vierteljährlich 3 *M* Schulgeld) wird angenommen.

Der zweite Teil des Antrages Stegmann (für Auswärtige vierteljährlich 25 *M* Schulgeld) wird angenommen.

Artikel IV.

Der Antrag Stegmann zu diesem Artikel (unentgeltliche Lieferung der Unterrichtsmittel) wird abgelehnt.

Die Fassung des Artikels nach der Vorlage wird entsprechend dem Antrage des Schulausschusses angenommen.

Artikel V wird angenommen.

Artikel VI.

Vorsigender: Es wird vorgeschlagen, zu sagen: „Die Vorschriften dieses Statuts treten mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft.“

Oberbürgermeister **Ketmeyer:** Wir haben unterlassen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts in die Vorlage einzusetzen, weil wir nicht wissen, wann die Genehmigung des Statuts durch das Volkskommissariat erfolgt. Es wird richtig sein, dem Magistrat zu überlassen, diese Einfügung noch zu machen; wir beabsichtigen natürlich, das Statut sofort nach der Genehmigung in Kraft treten zu lassen.

Die Versammlung beschließt dieser Anregung des Herrn Oberbürgermeisters entsprechend. (Zeitpunkt des Inkrafttretens offen zu lassen.)

Vorsigender: Eine Abstimmung über das ganze Statut insgesamt ist wohl nicht nötig. (Zustimmung.)

Schließlich wird der Antrag Jasper (siehe vorige Seite) einstimmig angenommen.

2. Statut über die Pflichtfortbildungsschule.

Stadtv. **Schmidt:** Im Verfolg des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 27. März, den Besuchszwang für die männlichen und weiblichen Besucher der Fortbildungsschule möglichst zum 1. Mai d. J. einzuführen, hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung unter dem 3. April eine Vorlage mit einem Statutenentwurf, betreffend die städtische Fortbildungsschule, zugehen lassen und ersucht um Genehmigung des Statutenentwurfs. Der Schulausschuß hat den Entwurf beraten und auch dem Schreiben des Magistrats die verdiente Würdigung zuteil werden lassen.

Der Stadtmagistrat weist in seinem Schreiben darauf hin, daß allseitigen Wünschen entsprechend der Umfang des Besuchszwangs möglichst weit erstreckt ist und auf männliche und weibliche, in gewerblichen oder sonstigen Arbeitsverhältnissen stehende, auch auf unbeschäftigte oder in der eigenen Haushaltung tätige Personen ausgedehnt ist, und daß er, den Anregungen zur gesundheitlichen Kräftigung und Ertüchtigung der Jugend folgend, in § 2 Absatz 2 des Statuts die körperliche Ausbildung der Schulbesucher durch Turnspiele und dergleichen mit in den Aufgabenkreis der Fortbildungsschule einbezogen habe. Mit diesen Anregungen und Hinweisen des Stadtmagistrats hat sich der Schulausschuß einverstanden erklärt, und wir hoffen, daß auch die hier anwesenden Herrschaften sich damit einverstanden erklären werden.

In § 6 — in dem es sich um die Zusammensetzung des Schulvorstandes handelt — ist der Magistrat dem an ihn herangetretenen Wunsche der städtischen Fortbildungsschullehrer und -lehrerinnen nach Gewährung von Sitz und beschließender Stimme im Schulvorstande entgegengekommen. Da für jedes gewählte Mitglied ein Stellvertreter zu bestimmen ist, so würde nach dem Vorschlage des Magistrats ein Fortbildungsschullehrer und als dessen Vertretung eine Fortbildungsschullehrerin zu wählen sein, die insbesondere bei Fragen des Unterrichts der Schulbesucherinnen als Ersatz für das männliche Mitglied nach Vereinbarung einzutreten hätte. Der Schulausschuß hat über diesen Punkt eine längere Aussprache gepflogen und hält es darnach nicht für tunlich, daß wir nur einen Fortbildungsschullehrer als ständiges Mitglied des Schulvorstandes ansehen und die Lehrerin nur als Vertreterin in Frage käme. Wir sind der Meinung gewesen, daß es richtiger ist, sowohl einen Fortbildungsschullehrer wie eine Fortbildungsschullehrerin als Mitglied des Schulvorstandes zu bestimmen, da schon die pädagogische Mitwirkung dieser beiden wünschenswert ist. Durch diese Zuwahl eines weiteren Mitgliedes ergibt sich, daß der Schulvorstand nicht aus 9, sondern aus 10 Personen bestehen soll.

Im § 7 wird das Schulgeld auf jährlich 8 *M* und für freiwillige Schulbesucher auf 40 *M* festgesetzt. Der Magistrat sagt dazu, daß die Stadt mit Rücksicht auf die Kosten der gesamten Einrichtung auf Zahlung eines Schulgeldes nicht verzichten könne, ebenso wie auch bei den Bürgerschulen, bei der Gewerbeschule und den gehobenen Schulen ein Schulgeld erhoben wird. Auch entspräche es der Erfahrung, daß dadurch der Wert der Schule und des Unterrichts in den Augen der Schüler, ihrer Eltern, Erzieher, Vormünder und der ebenfalls haftpflichtigen Lehrherren und Arbeitgeber nicht verliere, sondern gewinne. Dieser Ansicht konnte sich der Schulausschuß in seiner Mehrheit nicht anschließen. Wir sind vielmehr im Prinzip der Meinung, daß für den Besuch der Fortbildungsschule Schulgeld- und Lernmittelfreiheit verlangt werden muß. Mit Rücksicht jedoch auf die

gegenwärtige Finanzlage der Stadt und auf die Gründe, die seitens des Magistrats angeführt sind, glauben wir, daß wir während der Übergangszeit um die Erhebung eines Schulgeldes nicht herumkommen werden, sprechen uns aber grundsätzlich für Schulgeldfreiheit aus und ersuchen den Magistrat, bei Aufstellung des nächstjährigen Etats darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Schulgeld in Fortfall kommt. Damit glauben wir eine Übergangsbestimmung geschaffen zu haben, wonach im nächsten Jahre die Schulgeldfreiheit für die Pflichtfortbildungsschule eintreten kann. Auch soweit die Lernmittel in Frage kommen, stellt man sich auf den grundsätzlichen Standpunkt, die unentgeltliche Lieferung zu fordern, will aber doch nicht im allgemeinen dazu übergehen. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß ein großer Teil der Schüler die Lernmittel mitzubringen imstande ist, und deshalb meint die Schulkommission, es sei nicht richtig, daß wir den bemittelten Schülern die Lernmittel frei zur Verfügung stellen. Den Minderbemittelten soll aber entgegengekommen werden, und um das erreichen zu können, empfiehlt der Schulausschuß, die auf Seite 4 Zeile 1 der Vorlage für einmalige Aufwendungen angelegte Summe von 20 000 M auf 30 000 M zu erhöhen. Sodann hielt es der Schulausschuß für notwendig, den Magistrat zu ermächtigen, daß er sich zwecks gemeinsamer Einkäufe der Lern- und Unterrichtsmittel mit in Frage kommenden Lieferanten in Verbindung setzt, den gemeinsamen Bezug dieser Unterrichtsmittel betreibt und sie dann zu möglichst niedrigem Preise an die Schüler abgibt, oder auch im Falle eines Antrages diese Unterrichtsmittel den Schülern leihweise zur Verfügung stellt. Dadurch soll also eine Verbilligung der Anschaffungskosten eintreten, und zweitens würde man, wenn man dem Magistrat und dem Schulleiter Ellenbogenfreiheit gewährt, dem Ziele der Lernmittelfreiheit etwas näherkommen.

Zu § 14 sagt der Magistrat in seiner Vorlage, er habe, um möglichst schnell einen wesentlichen Teil des Statuts wirksam zu machen, für die männliche schulentlassene Jugend das alsbaldige Inkrafttreten für das seit dem 1. April laufende Schuljahr in Aussicht genommen. Trotz mancher großen Schwierigkeiten lasse sich diese Maßregel nach den Erklärungen des Direktors der städtischen Bürgerschulen und des Leiters der Fortbildungsschule durchführen. Für die weibliche Jugend sei dagegen die Einführung der Besuchspflicht, da hierzu eingehende Vorbereitungen, Verhandlungen mit der Handelskammer über Angliederung eines Teiles der Schulpflichtigen an die kaufmännische Fortbildungsschule, bauliche Ausführungen in den Schulräumen, Schulküchen usw. nötig seien, nicht gleichzeitig, sondern erst zu Ostern 1920 möglich, wenn nicht durch übereilte Durchführung der Zweck der Anstalt empfindlich gefährdet werden sollte. Aus demselben Grunde lasse sich allgemein der geplante Turn- und Spielbetrieb erst zu demselben

Zeitpunkte verwirklichen, wobei übrigens zu berücksichtigen sei, daß sich zahlreiche Schulbesucher und -besucherinnen schon jetzt in Turn- und Spielvereinigungen befinden.

Es ist überaus bitter, daß das, was wir im allgemeinen bei unserem Beschluß der Pflichtfortbildungsschule für beiderlei Geschlechter erzielen wollten, nun nicht durchgeführt werden soll. Der Schulausschuß hat sich aber durch die Darlegungen des Magistrats, die in technischer Beziehung anzuerkennen waren, dahin belehren lassen, daß es unmöglich ist, für die weibliche Schuljugend schon jetzt den Zwangsbesuch einzuführen. Bekanntlich sind 60 Unterrichtsräume für den Unterricht bis jetzt nötig gewesen, durch den jetzigen Besuchszwang werden weitere 37 Räume notwendig werden, und diese zu beschaffen, ist dem Magistrat augenblicklich ein Ding der Unmöglichkeit. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß besonders die Schule an der Wilhelmstraße, die zum großen Teil durch die Fortbildungsschule in Benutzung genommen war, der Stadt jetzt fehlt, nachdem dort der Arbeitsnachweis untergebracht ist. Wir müssen darauf drängen, daß alle Mittel aufgewandt werden, daß dieses Schulgebäude dem eigentlichen Schulbetriebe wieder freigegeben wird, wodurch auch diese Klassenräume an der Wilhelmstraße wieder dem Fortbildungsschulunterricht gewonnen werden.

Was die Kosten der Durchführung der ganzen Vorlage anlangt, so sind sie nach Abzug des Schulgeldes in einer früheren Schätzung nach Einbeziehung aller männlichen und weiblichen Jugendlichen im Beharrungszustande, also nach drei vollen Schuljahren, auf rund jährlich 158 000 M., und nach Hinzukommen des Turn- und Spielunterrichts auf 194 000 M. veranschlagt. Da die Vergütungssätze der Lehrkräfte inzwischen gestiegen sind und noch im Weitersteigen begriffen sind, so wird man künftig mit einem Satz von etwa 240 000 M. jährlich rechnen müssen. Nimmt man an, daß der Stadtgemeinde für Bereitstellung, Beleuchtung, Heizung und Reinigung der Schulräume mindestens 30 000 M. jährlich zur Last fallen, so bleiben 210 000 M. zu decken. Aus den früheren Verhandlungen wissen wir, daß der Staat 50 Prozent dieser Last zu übernehmen bereit ist. Der Stadtmagistrat und auch die Schulkommission gibt der Hoffnung Raum, daß auch in der Zukunft dieser jährliche Zuschuß geleistet wird, so daß mit 105 000 M. die ganzen laufenden Kosten genannt wären, die uns die Einführung des Besuchszwangs der Fortbildungsschule auferlegt. Daneben her gehen dann noch die Kosten für Reinigung, Heizung usw. und die einmaligen Kosten. Mit Rücksicht darauf, daß im ersten Schuljahr die weiblichen Besucher noch nicht in den Besuchszwang einbegriffen sind und der Turn- und Spielbetrieb noch ausgeschaltet ist, würden wir zunächst die gesamten Kosten noch nicht aufzubringen haben, sie würden sich erst im Laufe der weiteren Schuljahre ergeben.

Vorsitzender: Es wird ratsam sein, über die Anträge des Schulausschusses, soweit sie Änderungen vorschlagen, bei der Besprechung der einzelnen Paragraphen beschließen zu lassen.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Damen und Herren! Nachdem sich vor vierzehn Tagen die Versammlung mit dem Stadtmagistrat über den wesentlichsten Punkt in dieser Frage der Fortbildungsschule, über den Finanzpunkt, verständigt hat, fällt es mir leicht, heute mit Ihnen über die wichtigsten Punkte der Vorlage zu unterhandeln, zumal der Herr Berichterstatter eben in ausführlicher und zutreffender Weise eine Übersicht über die Vorlage und die Ausschußverhandlungen gegeben hat. Es hat bei den Erörterungen im Schulausschuß nicht an einem starken sozialen Einschlage gefehlt, wie es der heutigen Zeit entspricht. Ich freue mich, daß wir uns auf einer Mittellinie im Schulausschuß gefunden haben, und zweifle nicht, daß eine gleiche Verständigung auch heute in der Vollversammlung folgen wird, ebenso wie sie in der Beratung über die Vereinigung der Bürgerschulen stattgefunden hat.

Ich möchte mich in diesem Augenblicke auf wenige Bemerkungen beschränken, weil ich gewiß Gelegenheit finden werde, bei der Beratung der einzelnen Punkte des Statuts das Wort zu nehmen. Ich möchte diejenigen, die im Drange der Geschäfte die Vorlage nicht genau verfolgen konnten, besonders darauf hinweisen, daß wir mit allen Mitteln die Schule als eine Fach- und Berufsschule ausbauen wollen, daß sie also nicht lediglich den Faden weiterspinnen soll, der auf der Bürgerschule gesponnen war, sondern daß wir sie möglichst anpassen wollen an das Berufsleben der jugendlichen Männer und Mädchen, daß wir den heutigen Forderungen entsprechend in ausgiebigem Maße Rücksicht nehmen wollen auf Bürgerkunde und Wirtschaftslehre, und wir hoffen, daß wir dadurch allen berechtigten Wünschen genügen.

Wenn ich gleichzeitig Ihren Blick auf die Schwesteranstalt der Fortbildungsschule lenken darf, die nicht Gegenstand der Vorlage ist, die aber eine wesentliche Ergänzung durch die Fortbildungsschule erfahren wird, nämlich auf die Gewerbeschule, so wird diese zwar eine gewisse Einschränkung dadurch erfahren, daß ein Teil der bisherigen freiwilligen Besucher der Gewerbeschule zunächst drei Jahre in der Unter-, Mittel- und Oberstufe der Fortbildungsschule durchzumachen hat, um so wertvoller aber wird die Auslese sein, die nach Beendigung dieses dreijährigen Zeitraumes zur Gewerbeschule übergeht. Der neue Direktor Eurdts dieser Schule hat den dringenden Wunsch geäußert, daß in der Zukunft diese Schule, ähnlich wie es in anderen Städten mit ähnlichen Einrichtungen der Fall ist, die Bezeichnung „Kunstgewerbe- und Handwerkererschule“ erhält. Es bleibt einer Vorlage vorbehalten, über diesen äußeren Punkt uns zu

verständigen. Der Schulausschuß wie auch der Magistrat hat sich mit dieser Namensänderung einverstanden erklärt.

Ich darf schließlich, ebenso wie es seitens des Herrn Oberbürgermeisters für die Volksschule geschehen ist, die Hoffnung aussprechen, daß der Staat nicht nur für das laufende Finanzjahr, sondern auch für die künftige Zeit regelmäßig die Zuschüsse für die Pflichtfortbildungsschule gewähren wird, die uns für dieses Jahr in Aussicht gestellt sind, und daß auch die Landesversammlung in bildungsfreundlichem Sinne dieser Einrichtung gegenüber eine offene Hand zeigen wird, so daß wir vom Staate 50 Prozent derjenigen Ausgaben für die Pflichtfortbildungsschule zurückerstattet erhalten, die dann übrigbleiben, wenn die Kosten für Bereitstellung der Schulräume und die Einnahme an Schulgeld abgerechnet werden.

Stadtv. Dr. Jasper: Meine Freunde und ich werden im allgemeinen der Vorlage zustimmen. Es liegen hier die Dinge ähnlich wie bei der allgemeinen Volksschule, über die wir vorhin gesprochen haben; der metallene Beigeschmack ist nicht gerade erfreulich. Es sind hier von der unabhängigen Fraktion keine Anträge gestellt, so daß sich weitere Erörterungen nach dieser Richtung erübrigen. Wir werden den Wunsch, den der Schulausschuß der Vorlage mitgegeben hat, an sich durchaus gutheißen und verstehen, und zwar von denselben Erwägungen aus, die uns bei der allgemeinen Volksschule geleitet haben. Ich kann allerdings nicht völlig verstehen, daß das Schulgeld höher bemessen wird, als bei der allgemeinen Volksschule; es sind hier 8 M und bei der Volksschule 3 M. (Zuruf: 8 M im Jahre!) Dann würden also meine diesbezüglichen Bedenken hinfällig sein.

Ich möchte mir nun noch einige Fragen zu den Ausführungen der Vorlage erlauben. Zunächst ist auf Seite 2 hingewiesen darauf, daß auch eine Lehrerin in den Schulvorstand gewählt werden soll, die dann vertretungsweise in dem Schulvorstande mitwirken soll. Es scheint mir die Hinzunahme einer Lehrerin in den Schulvorstand ein sehr wünschenswerter Vorschlag zu sein, aber dies ist nach der Vorlage doch nicht Wirklichkeit geworden. (Zuruf: Die Kommission hat das geändert!) Aus dem Bericht des Herrn Schmidt habe ich das nicht entnommen; hoffentlich ist es nicht in der Weise geändert, daß die Lehrerin aus dem Schulvorstande heraus soll. Ich würde wünschen, daß die Lehrerin im Schulvorstand Sitz und Stimme hat, mindestens dann immer berufen werden müßte, wenn es sich um die Angelegenheiten weiblicher Fortbildungsschüler handelt.

Sodann begrüße ich es an sich, was in der Vorlage über die Schulzeit gesagt ist, und möchte auch hoffen, daß dieses Versprechen erfüllt wird.

Nur bin ich noch nicht über die finanzielle Berechnung, die uns aufgemacht ist. Sie schnappt in der Mitte ab und gilt nur für das erste Jahr; in Zukunft müßte eine bessere finanzielle Grundlage dafür gegeben werden.

Das wesentlichste Bedenken bei dieser Vorlage ist für mich darin zu suchen, daß das Verhältnis der Fortbildungsschule zu anderen Schulen, die ähnliche Ziele verfolgen, nicht klargestellt ist. Es soll, wenn ich die Vorlage recht verstanden habe, bestehen bleiben die kaufmännische Fortbildungsschule oder die Handelsschule, denn es steht ausdrücklich in der Vorlage, daß männliche Handlungsgehilfen nach einem anderen Statute behandelt werden sollen, daß also anscheinend eine andere Einrichtung beibehalten bleiben soll. Sodann vermisse ich eine Klarstellung, wie das Verhältnis zwischen Fortbildungs- und Gewerbeschule sein soll. Die Ziele sind verschiedenartig, berühren sich aber eng. Es ist nicht klargestellt, ob die Gewerbeschüler verpflichtet sein sollen, an dem Fortbildungsschulunterricht teilzunehmen oder nicht. Die anderen Bedenken, die ich habe, beziehen sich mehr auf Einzelheiten, und wenn ich den Herrn Vorsitzenden richtig verstanden habe, soll eine Einzelberatung stattfinden, so daß ich dabei auf diese Punkte zurückkommen kann.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bei der Bedeutung der Zweifel, die Herr Dr. Jasper geltend gemacht hat, auf diese Frage sofort eingehen, möchte aber auch die freundliche Bitte an die Versammlung richten, zur Abkürzung der Verhandlungen die Fragen zu den einzelnen Paragraphen bei der jedesmaligen Besprechung der betreffenden Paragraphen vorzubringen. Wir würden sonst neben der allgemeinen Erörterung noch einmal dasselbe bei den einzelnen Paragraphen durchzumachen haben.

Herrn Dr. Jasper möchte ich antworten, daß wir zunächst, betreffend die Beteiligung der Lehrerinnen an dem Schulvorstande, einem Beschlusse des Schulausschusses magistratsseitig zustimmen werden, wonach eine Ergänzung des Schulvorstandes auf 10 Personen und die Beteiligung einer Lehrerin gesichert werden soll.

Ferner darf ich darauf hinweisen, daß der Schulvorstand sich mit der Abgrenzung der Arbeitsgebiete der Pflichtfortbildungsschule und der anderen Schulen, insbesondere der Gewerbeschule, befaßt hat. Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß die Gewerbeschule gewissermaßen die Oberstufe bilden wird für alle diejenigen, die die Fortbildungsschule durchgemacht haben. Die Gewerbeschule ist schon heute nicht und wird noch weniger in der Zukunft in der Lage sein, diejenigen Feinschmecker aufzunehmen, denen die Pflichtfortbildungsschule nicht gut genug sein würde und die kühn über sie hinwegspringen möchten. Die Pflichtfortbildungsschule ist ordnungsmäßig durchzumachen, sonst würde eine Lücke in der Allgemeinbildung entstehen. Nur für diejenigen Personen, die auf Grund ihrer früheren Schulbildung sofort in die Kunstgewerbeschulklassen einreten wollen, z. B. für die jungen Mädchen, die schon das Lyzeum oder das Ober-

lyzeum hinter sich haben und, nachdem sie 18 Jahre oder älter geworden sind, ihr Maltalent weiter ausbilden möchten, wollen wir selbstverständlich die Kunstgewerbeschule als solche nicht verschließen. Im übrigen darf ich in dieser Hinsicht auf einzelne Bestimmungen des Statuts, insbesondere in § 4 unter 2b, verweisen, worin gesagt ist, daß der Schulvorstand der Fortbildungsschule nach pflichtmäßigem Ermessen vom Besuche der Fortbildungsschule nur Personen widerruflich befreien kann, die bereits hinreichend vorgebildet oder in einer besonderen schulmäßigen Vorbildung begriffen sind, oder die sich nach ihrem Lebensalter nicht mehr zur Aufnahme eignen. Der Herr Berichterstatter wird noch einen besonderen Zusatz zur Annahme empfehlen, der einer Anregung des Magistrats entsprungen ist, und wonach auch „Personen, die eine weitergehende wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung genießen“, vom Besuche der Fortbildungsschule befreit werden können. Dazu sind wir reichsgesetzlich verpflichtet. Die Regel wird durchaus sein: Die Pflichtfortbildungsschule ist der Unterbau, um den kein Weg herumführt.

Vorsigender: Ich empfehle, jetzt in die Einzelberatung einzutreten. Wer zu den einzelnen Paragraphen Änderungen wünscht, wird am besten zum Ziele kommen, wenn er seine Wünsche bei den einzelnen Paragraphen vorbringt.

Stadtv. Richter: Werte Anwesende! Im allgemeinen haben wir uns mit der Gesamtvorlage befreunden können und stimmen den Vorschlägen der Kommission zu bis auf die Bestimmungen in § 4, wo gesagt wird: „Von der Schulpflicht ist befreit, wer eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besucht, sofern der Unterricht dieser Schule von der Kreisdirektion als ein ausreichender Ersatz des allgemeinen Fortbildungsschulunterrichtes anerkannt wird.“ Dafür beantragen wir, zu setzen:

„Von der Schulpflicht ist befreit, wer eine andere Fortbildungsschule oder Fachschule mit gleichwertigem Lehrziele wie die städtische Fortbildungsschule besucht. Über die Befreiung entscheidet der Schulvorstand der städtischen Fortbildungsschule.“

Wir können nicht einsehen, daß immer noch eine Extrawurst für die Innungsschule gebraten wird. Wenn wir eine Zwangsfortbildungsschule einrichten, dann haben wir alle diejenigen in ihr unterzubringen, die dahin gehören. Ich möchte Sie ersuchen, der Abänderung dieses § 4, 1 in der von mir vorgetragenen Form zuzustimmen.

Des weiteren haben wir zu beantragen, im § 6, der die Zusammenfassung des Schulvorstandes betrifft, eine Einschaltung zu machen. Es wird in dem Paragraphen gesagt: „Den Vorsitz führt ein vom Stadtmagistrat aus seiner Mitte

bestimmtes Mitglied. Vier Mitglieder, von denen mindestens zwei selbständige Arbeitgeber sein müssen, werden von der Stadtverordnetenversammlung, ein Mitglied wird von der Handwerkskammer, zwei Mitglieder von den städtischen Fortbildungsschullehrern und Lehrerinnen gewählt." Wir stimmen dem Vorschlage des Ausschusses zu, in dem gesagt wird, daß ein Mitglied von den Fortbildungsschullehrern und eins von den Fortbildungsschullehrerinnen gewählt wird. Des weiteren aber beantragen wir, hinter „Handwerkskammer“ einzuschalten „ein Mitglied wird vom Gewerkschaftskartell“ gewählt. Wir können nicht einsehen, daß, wenn wir von den Stadtverordneten 4 Mitglieder gewählt haben, von denen zwei selbständige Arbeitgeber sein müssen, und außerdem noch ein Mitglied von der Handwerkskammer, also auch ein selbständiger Arbeitgeber, gewählt wird, daß es damit sein Bewenden haben soll. Wollen wir die Parität wahren, so haben wir Ursache, den Antrag einzubringen, daß auch noch ein Mitglied vom Gewerkschaftskartell hinzugewählt wird. Es wird dann selbstverständlich der Schulvorstand nicht aus 10 Mitgliedern, wie der Schulausschuß beantragt, sondern aus 11 Personen bestehen.

Ferner haben wir zu § 7 zu beantragen, zu sagen: „Der Schulunterricht ist unentgeltlich.“ Wir sind ohne weiteres gehalten, auch hier wieder für Schulgeld- und Lernmittelfreiheit einzutreten, analog unserem Antrage bei Zusammenlegung der sieben- und achtfufigen Bürger Schulen. Nachdem unser Antrag bei dem vorigen Punkte der Tagesordnung abgelehnt ist, dürfte es jetzt jedenfalls um so leichter sein, diese Forderungen nun mindestens bei der Pflichtfortbildungsschule zur Durchführung zu bringen, da hier die Aufwendungen der Stadt für Schulgeld und Lernmittel nicht so ins Gewicht fallen wie bei den Bürger Schulen. Es wird auch hier eingewandt werden, man müsse doch eine Deckung dafür haben, aber ich glaube kaum, daß bei dem Millionenetat, den wir städtischerseits zu bewältigen haben, die Ausgabe für diese Schulgeldfreiheit so von Ausschlag sein kann, daß man dem Antrage nicht zustimmen könnte. Ich möchte bitten, meine Gründe zu würdigen und den von mir gestellten Anträgen zuzustimmen.

Stadtrat von Franckenberg: Meine verehrten Herrschaften! Ich bitte um die Erlaubnis, auf diese Vorschläge demnächst bei den einzelnen Paragraphen eingehen zu dürfen. Wie ich höre, beabsichtigt Herr Schmidt vorzuschlagen, jetzt in die Einzelberatung einzutreten, wie auch der Herr Vorsitzende schon empfohlen hatte.

Stadtv. Schmidt: Ich stelle den Antrag, in die Einzelberatung einzutreten. Ich hätte eine ganze Reihe von Vorschlägen zu Änderungen schon in den Bericht verknüpfen können, habe das aber vermieden, um Zeit zu sparen.

Wenn wir jetzt in die Einzelberatung eintreten, können die Wünsche auf Abänderungen zu den einzelnen Paragraphen geäußert werden.

Die Versammlung stimmt der Aufnahme der Einzelberatung zu.

Vorsitzender: Ich werde bei jedem einzelnen Paragraphen zunächst den Herrn Berichterstatter fragen, ob er Änderungen vorzuschlagen oder Bemerkungen zu machen hat. Darauf können wir in die Diskussion über jeden Paragraphen eintreten. Falls aus der Versammlung Wortmeldungen zu den einzelnen Paragraphen nicht erfolgen, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem zur Besprechung stehenden Paragraphen an.

§§ 1 und 2 ohne Besprechung.

Stadtv. **Schmidt** (zu § 3): Seitens des Schulausschusses ist dazu nichts zu bemerken.

Stadtrat **von Frankenberg**: Betreffs des § 3, Ziffer 3 hatte Herr Stadtv. Dr. Jasper darauf aufmerksam gemacht, daß für die männlichen Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge der Vorbehalt gemacht ist, daß es bei dem Statut Nummer 8 vom 3. Mai 1896 sein Bewenden behalten soll. Wir waren genötigt, bei der großen Beschleunigung, mit der wir der geehrten Versammlung vierzehn Tage nach ihrer neulichen Entschliebung die Vorlage unterbreiten, die Verhandlungen mit der Handelskammer zurückzustellen, ohne die wir in Zukunft den Ausbau der kaufmännischen Fortbildungsschule nicht werden verwirklicht sehen können. Es ist wohl möglich, daß von der Handelskammer der kaufmännische Fortbildungsschulunterricht verbreitert und der pflichtmäßig gewordene Unterricht der jungen weiblichen Angestellten mit in ihren Bereich gezogen wird. Das muß mit der Handelskammer erst verabredet werden, da sie Trägerin der bestehenden Schule ist. Sollten die Verhandlungen mit der Handelskammer nicht zum Ziele führen — was ich aber für ausgeschlossen halte —, dann ist selbstverständlich die von der Stadt zu schaffende Einrichtung diejenige Unterrichtsstelle, in die sich die jungen Mädchen zu begeben haben. In der Weise sind wir gewillt, mit der Handelskammer die Schulpflicht für die weibliche Jugend durchzuführen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Die Auskunft des Herrn Stadtrat von Frankenberg beruhigt mich zu einem gewissen Teile, aber nicht vollkommen. Es scheint mir an und für sich wünschenswert, wie es schon von Herrn Richter angedeutet wurde, daß die ganzen Fortbildungsschulen einträchtig von der Gemeinde geleitet werden und nicht daneben einzelne Fachschulen bestehen. Wir müßten mindestens die Gewähr haben, daß die Schulen so gepflegt werden, wie die Gemeinde es wünscht. Es

mag immerhin aus der Not der Zeit zu verstehen sein, daß man gegenwärtig diesem Ziele nicht nähergetreten ist, ich möchte aber bitten, es noch anzustreben.

Klarheit bitte ich mir auch zu geben über die Bedeutung der Ziffer 1, durch die eine Ausnahme für Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken geschaffen werden soll. Ich verstehe das so, daß nur die Personen gemeint sein sollen, die wirklich Apotheker werden wollen, aber nicht die sonstigen Hilfspersonen in den Apotheken — es sind das unter Umständen auch Lehrlinge, wenn es tatsächlich auch nur Laufjungen sind, die in der Apotheke beschäftigt werden. Es ist mir nicht geläufig, welche Vorbildung für die Apothekerlehrlinge vorausgesetzt wird, und ob nicht die Ausnahme für die Apothekerlehrlinge unter die allgemeinen Gesichtspunkte des § 4, 2 b fallen würde. Wenn die Vorbildung nicht derart ist, daß sie für die Allgemeinbildung nicht noch die Fortbildungsschule zu besuchen brauchen, so sehe ich sonst keinen Grund für diese Ausnahme ein.

Ich darf auch vielleicht um Aufklärung bitten, weshalb nach § 1 eine besondere „Anstalt“ gegründet werden soll, ob das eine Anstalt im rechtlichen Sinne sein soll, also Träger eines Vermögenskomplexes. Ich würde das für abwegig halten und mit den Vorschriften in der Städteordnung nicht im Einklang befindlich. Eine Anstalt in diesem Sinne zu schaffen, scheint mir nicht richtig zu sein, und ich würde für meine Person daran das Statut scheitern lassen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich darf zu § 1 bemerken, daß wir nicht daran gedacht haben, mit der Pflichtfortbildungsschule einen Träger selbständiger Rechte und Pflichten in vermögensrechtlicher Beziehung zu schaffen, sondern, ähnlich wie bei der Mittelschule und dem Lyzeum, lediglich eine in sich begrenzte verfassungsmäßige Anstalt, so daß die Stadtgemeinde selbst die Trägerin der Rechte und Pflichten sein wird.

Was die „Lehrlinge in Apotheken“ anbetrifft, so ist der Ausdruck nur so zu verstehen, daß wirkliche Apothekergehilfen und -lehrlinge, nicht aber Laufburschen ufm. damit gemeint sind. Würde die Versammlung Wert darauf legen, so würde ich gern bereit sein, einer Änderung des Wortlautes zuzustimmen, indem gesagt würde: „Mit Ausnahme der Apothekergehilfen und -lehrlinge.“ Ich glaube aber, da sich der Ausdruck mit der Gewerbeordnung deckt, so kann es dabei bleiben. Da die Apothekergehilfen und -lehrlinge einen Bildungsgang auf der technischen Hochschule durchzumachen haben, indem sie Pharmazie studieren, sind sie von selber und durch die Vorschriften der Gewerbeordnung aus dem Kreise der in Frage kommenden Personen entriickt. Sie fallen, wie Herr Dr. Jasper schon ausgeführt hat, auch unter die Ausnahmegvorschrift § 4, 2 b, so daß der Schulvorstand sie ausschließen könnte. Ich glaube aber, für diese Gruppe brauchen wir eine Inanspruchnahme des Schulvorstandes nicht vorzusehen; sie scheidet von selber aus.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Ich halte den Absatz 3 des § 4, der sich mit der kaufmännischen Fortbildungsschule beschäftigt, für sehr zweckmäßig. Sie wissen, daß die Handelskammer diese Einrichtung seit langen Jahren getroffen und in einer Form ausgebaut hat, die wir in unserer jetzigen städtischen Fortbildungsschule nicht ohne weiteres treffen können. Es handelt sich um eine Einrichtung, die von Handel und Industrie gestützt wird, und die in kurzer Zeit in der Fortbildungsschule auszugestalten nicht möglich wäre, wenn wir nicht restlos die ganze Einrichtung der Handelskammer übernehmen wollten. Ich möchte darum bitten, diesen Passus zu belassen und zu versuchen, durch Verhandlungen mit der Handelskammer diese Einrichtung langsam in die städtische Fortbildungsschule zu übernehmen. Jetzt im Augenblick die Übernahme zu bewerkstelligen, würde ich nicht für richtig halten. Die Leitung der kaufmännischen Fortbildungsschule ist gut, die Lehrmittel werden von Handel und Industrie gestellt, und auch finanzielle Aufwendungen werden von der Handelskammer gemacht, so daß wir in diesem Übergangsstadium eine Last weniger zu tragen haben.

Stadtv. Rönneburg: Wir begrüßen ganz besonders den Satz in § 3, daß zur Fortbildungsschule auch diejenigen Mädchen herangezogen werden sollen, die im eigenen Haushalte beschäftigt werden. Ich möchte mir darüber eine Auskunft erbitten. Die Heranziehung dieser Mädchen zur Fortbildungsschule erfolgt erst dann, wenn die Heranziehung der jugendlichen weiblichen Bevölkerung im ganzen erfolgt, also im Jahre 1920. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck — da sie leider infolge der lang hingezogenen Verhandlungen und der jetzt hervorgetretenen technischen Schwierigkeiten nicht mehr in diesem Jahre erfolgen kann —, daß die Einrichtung dieser Abteilung wirklich zu Ostern 1920 ins Leben tritt.

Stadtrat von Frankenberg: Ich bin Herrn Stadtv. Schille dankbar, daß er bei dem Verhältnis, das zwischen uns und der Handelskammer besteht, die großen Schwierigkeiten und die Unmöglichkeit anerkannt hat, jetzt aus dem Handgelenk die Schule, deren Trägerin die Handelskammer ist, von Seiten der Stadt zu übernehmen. Ich will dabei nur auf die Raumfrage hinweisen. Wir sind sehr erfreut darüber, daß die Handelskammer in ihren Räumen oder in ihrer Nachbarschaft die kaufmännische Fortbildungsschule eingerichtet hat und — wie wir annehmen dürfen — weiter fortsetzen wird. Daneben bildet die Zuschußfrage einen wichtigen Punkt, der nicht außer Betracht gelassen werden darf. Ich schätze nach den Zuschüssen, die wir in den letzten Jahren haben leisten müssen, den Anteil der Handelskammer ohne die Lokalfrage auf jährlich mindestens 10 000 M. Da bei dem Zustandekommen des Statuts für die kaufmännische Fortbildungsschule und bei der Zusammenfügung ihres Schulvorstandes die Stadtverwaltung und die

städtische Schulverwaltung genügend berücksichtigt worden sind, so ist das Interesse der Stadt gewahrt, und auch über die Zuschußfrage haben wir uns verständigen können.

Die Anregung des Herrn Rönneburg ist mir begreiflich, aber ich kann ihn beruhigen. Im zweiten Absatz des § 15 ist gesagt: „Das Statut tritt für die weiblichen Schulpflichtigen am 1. April 1920 mit Wirkung für das alsdann beginnende Schuljahr usw. in Kraft.“ Auch für diejenigen weiblichen Schulpflichtigen, die nicht in einem bestimmten Lehr- oder Arbeitsverhältnisse stehen, sondern in dem eigenen Haushalte leben und wie die Blumen auf dem Felde blühen, ist damit zum 1. April 1920 die Besuchspflicht für die Fortbildungsschule vorgeschrieben.

§ 3 gilt als stillschweigend angenommen.

Stadtv. **Schmidt** (zu § 4): Ich bitte Sie, dem Antrage des Schulausschusses zu entsprechen, daß in Absatz 2 unter b hinter den Worten „begriffen sind“ eingeschaltet wird: „oder die eine weitergehende wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung genießen.“

Stadtrat **von Franckenberg**: Dieser Vorschlag des Schulausschusses wird auf Anregung des Stadtmagistrats der geehrten Versammlung unterbreitet, nachdem unter dem 28. März d. J. durch das Reichsministerium für Demobilmachung die bindende reichsgesetzliche Bestimmung erlassen ist, daß in dem Ortsstatut über den Besuchszwang — wie es heute der geehrten Versammlung vorliegt — ausdrücklich der Vorbehalt gemacht werden muß, daß nicht besuchspflichtig sind diejenigen, die eine weitergehende wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung genießen. Wir sind also verpflichtet, diese Einschränkung zu machen, die sich aber übrigens im wesentlichen deckt mit demjenigen, was vorher von uns gesagt war.

Vorsitzender: Bei diesem Paragraph steht der Abänderungsantrag des Herrn Richter mit zur Debatte.

Stadtrat **von Franckenberg**: Ich nehme Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß uns in dieser Beziehung die Hände in einer Weise gebunden sind, daß wir auf den Antrag des Herrn Richter und seiner Freunde nicht eingehen können. In der Reichsgewerbeordnung sind ganz bestimmt diejenigen Fälle aufgezählt, in denen die Befreiung von der Besuchspflicht der Fortbildungsschule ohne weiteres gegeben sind. Daneben müssen wir diejenigen Fälle unterscheiden, in denen der Schulvorstand — wie in Nummer 2 gesagt ist — das Recht hat, auf Antrag von Fall zu Fall von der Besuchspflicht zu befreien. Es handelt sich also um eine

allgemeine, gesetzliche Befreiung oder um eine besondere, nach den jeweiligen Verhältnissen. Die Reichsgewerbeordnung sagt schlechtweg, daß von der Besuchspflicht befreit sind diejenigen, die eine Innungs- oder eine andere Fortbildungsschule besuchen, sofern der Unterricht dieser Schule von der höheren Verwaltungsbehörde — bei uns die Kreisdirektion — als ausreichend anerkannt wird. Wir können von dieser durch die Reichsgewerbeordnung gezogenen Grenze nicht hinweg, müssen also diesen Satz in das Statut hineinbringen.

Nach meiner Kenntnis bestehen in der Stadt Braunschweig zur Zeit eigentliche Innungsschulen in diesem Sinne nicht, sondern sie sind schon jetzt von unserer freiwilligen Fortbildungsschule aufgesogen. Der Satz würde also nur theoretisch Bedeutung haben; wir müssen aber, weil das Gesetz dazu zwingt, diese Ausnahme machen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Antrag des Herrn Richter ist mir sympathisch, doch sehe ich ein, daß es den bestehenden Gesetzen nach nicht möglich sein wird, ihn zu verwirklichen. Nun weiß ich aber nicht, ob es zweckmäßig ist, in unserem Statut zu sagen, daß derjenige, der eine Innungs-, eine andere Fortbildungs- oder Fachschule besucht, von dem Besuchszwange befreit ist. Wenn das Gesetz sich ändert und unser Statut bleibt, so würde diese Befreiung immer noch statutarisch gegeben sein. Es ist auch möglich, daß man gerade durch die statutarischen Vorschriften erst die Interessenten auf die gesetzliche Bestimmung hinweist. Das zu tun, ist theoretisch nach den Darlegungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg nicht wesentlich, und ich weiß nicht, weshalb es geschieht. Unter dem Gesetze stehen wir selbstverständlich. Man könnte sagen: „von der Kreisdirektion und den städtischen Behörden anerkannt sind“, um dadurch zu sichern, daß die Bildungsziele gewahrt werden. Das scheint aber nach der Gesetzeslage nicht möglich zu sein, ich verzichte also auf Anträge in dieser Beziehung.

Dem Antrage zu Ziffer 2 b kann ich zustimmen; es entspricht schon der bisherigen Handhabung, daß aus diesem Grunde die Befreiung eintrat. Dennoch erscheint aber der Antrag etwas zu weitgehend insofern, als es dem Vorstande überlassen ist, jeden einzelnen zu befreien, und in jedem einzelnen Falle ein Antrag vorliegen muß. Würde es nicht richtiger sein, bei einer gewissen Gruppe von Personen, bei der diese Voraussetzungen zutreffen, die Sache dadurch zu erleichtern, daß nicht erst ein Antrag des einzelnen vorzuliegen braucht, sondern der Besuch der städtischen und staatlichen höheren Lehranstalten ohne weiteres befreiend wirkt? Ich glaube, das würde den Geschäftsverkehr des Schulvorstandes der Fortbildungsschule sehr erleichtern, und wenn man sich auf städtische und staatliche höhere Lehranstalten beschränkt, ist wohl kein Mißbrauch möglich.

Stadtv. Richter: Wenn hier gesagt wird, daß gesetzliche Bestimmungen meinem Antrage im Wege stehen, und daß wir gezwungen sind, diese Bestimmungen aufzunehmen, so weiß ich nicht, weshalb wir nach den Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg, daß in letzter Zeit keine Innungsschulen mehr bestehen, überhaupt noch Veranlassung haben, diesen Passus in das Statut hineinzunehmen. Es ist von Herrn Dr. Jasper ganz richtig ausgeführt, daß man dadurch unter Umständen die beteiligten Kreise erst auf diese gesetzliche Bestimmung aufmerksam machen und sie veranlassen würde, jetzt erst dazu zu schreiten, Innungsfortbildungsschulen einzurichten. Wir haben keine Ursache, ein solches Vorgehen zu unterstützen. Ich kann nicht vorher sagen, daß solche Neugründungen geschehen werden, aber die Möglichkeit dazu liegt vor, und ich ersuche Sie, diesen Satz nicht mit in § 4 hineinzunehmen. Wenn die Verhältnisse sich ändern, kann man ja immer wieder zu einer Änderung der Satzung kommen. Wir stehen auf dem Standpunkte: Wenn wir eine Pflichtfortbildungsschule einrichten, so wollen wir alle in Betracht kommenden Kreise daran teilnehmen lassen und wollen nicht andere besondere Einrichtungen bestehen lassen, die nach unserer Auffassung nicht nötig sind.

Stadtv. Wahrenndorf: Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, als wenn die Herren von jener Seite in das Wort Innungsschulen etwas hineinlegen, was nicht vorhanden ist. Die Innungsfachschulen sind errichtet, als es noch keine obligatorischen Fortbildungsschulen gab. Man wollte gerade unseren Lehrlingen dadurch etwas bieten; das ist der Grund ihrer Gründung gewesen, aber nicht der, etwas hineinzu legen, was Herr Richter meint. Ich weiß nicht, welchen Wert die Herren, die solche Innungsschulen leiten, auf deren Bestehenbleiben legen. An sich halte ich diese Schulen für wertvoll, weil dort besondere Fachfragen behandelt werden und die Unterrichtszeiten so gelegt sind, daß sie für die jungen Leute wie für die Meister passend sind. Ich würde es tief bedauern, wenn man einfach aus äußerlichen Gründen die Sache mit einem Federstrich austilgte. Jedenfalls müßte man mit den beteiligten Kreisen erst Fühlung nehmen und zu erfahren suchen, wie sie darüber denken. Es sind das tüchtige Lehrer und Fachleute, die ohne Zweifel die Lehrlinge dahin führen, daß sie ihrem Stande zur Ehre gereichen und ihr Wissen bereichern. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, daß mit der Zeit eine Verschmelzung der Innungsschulen mit der allgemeinen Fortbildungsschule anzustreben ist.

Stadtrat von Frankenberg: Ich erkenne an, daß Herr Dr. Jasper insofern recht hat, daß er sagt: Das Gesetz ist für uns maßgebend selbst dann, wenn wir diesen Satz auch nicht in dem Statut besonders anerkennen. Da aber dieses Statut für viele Beteiligte — Arbeitgeber, Lehrherren, Lehrlinge — eine

Richtig sein soll, da es vielfach auch eines Hinweises bedürfen wird auf das, was Rechts ist, so würde ich es der Klarheit wegen für zweckmäßig halten, wenn wir die Bestimmung 4, 1 aufnehmen. Ich sehe aus den Vorverhandlungen, daß die Fleischerinnung in der Tat eine sorgfältig und gut geleitete Innungsschule besitzt, so daß schon deshalb die Aufnahme dieser Bestimmung von praktischer Bedeutung werden wird. Endlich will ich darauf hinweisen, daß die Musterjagung für derartige Statuten, die uns von der Regierung zugestellt ist, auch diese Ausnahmebestimmung enthält, und daß es höchst wahrscheinlich bei der Verhandlung mit der Regierung wegen der Genehmigung der Satzungen leicht Schwierigkeiten machen könnte, wenn die geehrte Versammlung aus diesem oder jenem Grunde die Bestimmung 4, 1 streichen wollte. Wir müssen doch auf alle Fälle das Gesetz in § 120 der Reichsgewerbeordnung über uns ergehen lassen. Ich habe, um keinen Augenblick für das Inkrafttreten der Satzung zu verlieren, mit dem Volksbeauftragten für Volksbildung verabredet, daß ich ihm morgen früh das Statut vorlege, wie es aus der Beratung in der heutigen Versammlung hervorgeht, damit die Genehmigung so rasch wie möglich erlangt wird, und möchte nicht, daß dies in irgend einer Beziehung scheitert. Das können wir vermeiden, wenn wir die gesetzliche Bestimmung mit in das Statut aufnehmen.

Vorsitzender: Herr Richter, der Antrag ist gegenstandslos geworden, da er einer gesetzlichen Bestimmung entgegenseht.

Der vom Schulausschuß beantragte Zusatz wird angenommen.

§ 5 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Schmidt (zu § 6): Der Schulausschuß wünscht, daß neben dem einen Fortbildungsschullehrer auch eine Fortbildungsschullehrerin in den Schulvorstand gewählt wird. Wir halten es für wichtig, daß beide Teile ihr technisches und fachliches Können und ihre Erfahrungen im Schulvorstande zur Verfügung stellen, und sehen es nicht für richtig an, wenn die Lehrerin nur als Stellvertreterin zugelassen werden sollte. Die Zahl der Mitglieder des Schulvorstandes würde dadurch auf 10 erhöht werden.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf erklären, daß der Stadtmagistrat diesem Wunsche gern folgen wird, und glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß auch der Antrag des Herrn Stadtv. Richter und seiner politischen Freunde, ein Mitglied des Gewerkschaftskartells gewissermaßen als Gegengewicht gegen das zu wählende Mitglied der Handwerkskammer in den Schulvorstand hineinzubringen, wenn die geehrte Versammlung ihm zustimmt, beim Magistrat kaum Bedenken erwecken wird. Um übrigens Gewähr zu bieten, daß eine Fort-

bildungsschullehrerin mit in den Schulvorstand hineinkommt, wird es nicht richtig sein, in § 6, 1 9. Zeile zu sagen: „Zwei Mitglieder werden von den städtischen Fortbildungsschullehrern und Lehrerinnen gewählt“, sondern „je ein Mitglied von den Fortbildungsschullehrern und Lehrerinnen.“ Ich zweifle ja nicht daran, daß die Herren unter den Lehrern so galant sein würden, auch einer Lehrerin einen Platz zu sichern, aber es könnte auch umgekehrt der Fall eintreten, daß zwei Lehrerinnen gewählt würden und kein Lehrer. Lassen Sie uns in dieser Hinsicht auch die geschlechtliche Parität sichern.

Stadtv. Richter: Ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß unser Antrag, hinter Handwerkskammer einzuschalten „ein Mitglied wird vom Gewerkschaftskartell gewählt“, ohne weiteres Ihre Zustimmung finden wird. Wir haben alle Ursache, darauf Bedacht zu nehmen, daß unserem Antrage entsprochen wird. Wenn schon gesagt wird: „Es werden vier Mitglieder, von denen mindestens zwei selbstständige Arbeitgeber sein müssen, von der Stadtverordnetenversammlung und ein Mitglied von der Handwerkskammer gewählt“, so sind das drei Arbeitgeber. Wollen wir nun die Parität aufrechterhalten, so müßte noch ein Mitglied vom Gewerkschaftskartell gewählt werden, so daß auch drei Arbeitnehmer bei den Beratungen des Schulvorstandes zugegen sind. Ich bitte, dem ohne weiteres zuzustimmen.

Stadtv. Rönneburg: Wir halten den Antrag des Herrn Richter für durchaus gerechtfertigt und werden ihm sachlich zustimmen, nur die Fassung gefällt mir nicht. Es würde heißen: „Vier Mitglieder . . . werden von der Stadtverordnetenversammlung, ein Mitglied von der Handwerkskammer, ein Mitglied vom Gewerkschaftskartell, je ein Mitglied von den Fortbildungsschullehrern und Lehrerinnen gewählt.“ Es soll damit doch aber nicht ausgedrückt werden, daß das Mitglied, das neu hinzukommen soll, ein Mitglied des Gewerkschaftskartells sein muß, sondern gemeint ist nur: Das Gewerkschaftskartell ist die Stelle, die die Wahl vornimmt.

Nacheinander gibt die Versammlung ihre Zustimmung zur Erweiterung des Schulvorstandes um eine Fortbildungsschullehrerin und sodann um ein vom Gewerkschaftskartell gewähltes Mitglied, so daß die Zahl der Schulvorstandsmitglieder 11 beträgt.

Stadtrat von Frankenberg: Es heißt in dem Entwurf, daß der Schulvorstand bei Anwesenheit von fünf Mitgliedern beschlußfähig ist. Es müßte nunmehr wohl gesagt werden „bei Anwesenheit von 6 Mitgliedern“.

Die Versammlung erteilt dazu stillschweigend ihre Zustimmung.

Vorsigender (auf eine Anregung des Herrn Stadtrat von Frankenberg, den Wortlaut dieses Paragraphen betreffend): Ich glaube, diese redaktionelle Änderung können wir wohl dem Herrn Stadtrat überlassen; dazu wird er wohl morgen früh noch Zeit finden.

Stadtrat von Frankenberg: Ich bin für dieses Vertrauen dankbar und bitte, es auf die Gesamtheit des Statuts zu übertragen.

§§ 5 und 6 ohne weitere Besprechung.

Stadtv. Schmidt (zu § 7): Der Ausschuß empfiehlt, in der vorhin von mir vorgetragenen Weise auf Fortfall des Schulgeldes Bedacht zu nehmen.

Stadtv. Hönneburg: Auch wir stehen auf dem Standpunkte der Schulgeldfreiheit, glauben aber, aus praktischen Erwägungen heraus dem Vorschlage des Schulausschusses zustimmen zu müssen. Wir setzen voraus, daß die Sache ähnlich gestaltet werden kann, wie es bei Zusammenlegung der Bürgererschulen geschehen ist.

Stadtrat von Frankenberg: Wir würden es mit Freude begrüßen, wenn das rosigge Zukunftsbild, das uns der Herr Referent über die Tragung der Schullasten und Zahlung des Schulgeldes entrollt hat, zutreffen sollte. Einstweilen liegt die Sache so, daß nach dem vorläufigen Anschlage die der Stadt erwachsenden Kosten für jeden Schüler auf 32 *M* geschätzt wurden. Wenn wir 8 *M* Schulgeld festsetzen, so nehmen wir damit nur den vierten Teil unserer Kosten zurück, sind also außerordentlich zurückhaltend gewesen. Inzwischen ist durch die Steigerung der Preise der Kopfsatz für jeden Schüler auf mindestens 40 *M* gewachsen, so daß wir mit 8 *M* nur 20 Prozent der städtischen Kosten erheben. Sollte es dem Staate möglich sein, uns von der Sorge der Deckung dieser Ausgaben zu befreien, so würde uns das sehr erfreuen.

Stadtv. Wahrendorf: Praktisch liegt die Sache so, daß ein großer Teil meiner Freunde und viele größere Unternehmer das Schulgeld für ihre Lehrlinge selbst zahlen. Die Schulgeldfreiheit würde also gerade diese Kreise entlasten.

Stadtv. Richter: Wenn eben von Herrn Wahrendorf ausgeführt wird, daß die Arbeitgeber in den meisten Fällen das Schulgeld bezahlen, so kann ich nicht bestreiten, daß ein Teil der Arbeitgeber diese Last übernimmt, es gibt aber auch einen großen Teil Arbeitgeber, die das nicht tun. Aus diesem Grunde ist es gerechtfertigt, und auch der minimale Kostenpunkt läßt es angebracht erscheinen, den Grundsatz der Schulgeldfreiheit durchzuführen, nicht nur zu erklären: „Wir

sind im Prinzip dafür“, sondern auch ganze Arbeit zu machen. An dem Kostenpunkte kann die Sache nicht scheitern. Herr Stadtrat von Franckenberg hat eben erwähnt, daß mit 8 *M* Schulgeld nach den bisherigen Berechnungen ein Viertel, und nach den aufs neue veranschlagten Kosten nur ein Fünftel der städtischen Kosten zurückerhoben würde. Dieses Fünftel der Kosten braucht die Sache wirklich nicht zum Scheitern zu bringen. Ich glaube nicht annehmen zu dürfen, daß wir Ursache haben, das Prinzip der Schulgeldfreiheit wieder auf die lange Bank zu schieben, sondern wir können jetzt ganze Arbeit machen und erklären: Der Schulunterricht ist unentgeltlich, und die Lehrmittel sind einbegriffen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich bin leider nicht in der Lage, dem geehrten Herrn Vorredner irgendwelche Aussichten zu machen, daß der Magistrat sich seiner Auffassung anschließt. Er hat mich im Gegenteil ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß er auf die Erhebung des Schulgeldes entscheidenden Wert legt, und die Verantwortung dafür, daß bei Beginn des neuen Schuljahres die Fortbildungsschulpflicht, um die wir 18 Jahre gekämpft haben, nicht ihren Anfang nehmen kann, wird die Partei des Herrn Vorredners nicht übernehmen wollen. Der Magistrat erklärt: Mit der Annahme oder Ablehnung dieses Paragraphen des vorgelegten Statuts steht oder fällt die Vorlage. Wir haben mit 6000 Schülern zu rechnen, das würde im Beharrungszustande eine Einnahme von 48 000 *M* sein. Nehmen wir 20 Prozent Erlasse an, so ermäßigt sich dieser Betrag auf 36—38 000 *M*. Diesen Betrag können wir bei der Abwägung der einzelnen Summen, die Arbeitgeber, Staat und Stadt zu leisten haben, schlechterdings nicht entbehren. Der Herr Vorredner und seine Partei kämpfen für ein Prinzip, ebenso wie sie es bei der Zusammenlegung der Volksschule getan haben. Es handelt sich aber bei der Fortbildungsschule nur um ein verhältnismäßig geringes Schulgeld, von dem wir außerdem aus dem Munde des Vertreters des Handwerks gehört haben, daß es häufig von den Handwerksmeistern getragen wird. Die zwei Mark für jedes Vierteljahr zu zahlen, kann jedem zugemutet werden, und die Leistung eines Schulgeldes wird das in der Schule Gebotene für viele Personen in einem anderen Lichte erscheinen lassen als ein vollständig unentgeltlicher Unterricht. Sobald aber der Staat den entscheidenden Schritt tut, mag das Schulgeld fallen.

Der Antrag Richter auf Schulgeldfreiheit wird abgelehnt. Da andere Änderungsanträge nicht gemacht sind, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit § 7 an.

Stadtv. Schmidt (zu § 8): Der Schulausschuß beantragt, die Worte „im allgemeinen“ zu streichen und dafür zu setzen „in der Regel“, ferner statt „nicht nach

8 Uhr abends" zu setzen „nicht nach 7 Uhr abends". Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß der Unterricht in der Regel nur bis 7 Uhr abends zu währen hat. Wir glauben diese Kürzung um eine Stunde vornehmen zu sollen, weil sowieso durch die zusammengelegte Arbeitszeit allen Gelegenheit gegeben ist, auch bis 7 Uhr Zeit zum Besuche der Fortbildungsschule zu finden, und es deshalb nicht nötig ist, den Unterricht bis 8 Uhr abends ausdehnen zu lassen.

Stadtrat von Frankenberg: Der Stadtmagistrat hat gegen diese Veränderung einstweilen keine Bedenken. Ich stelle aber ausdrücklich fest, daß in dem Antrage des Berichterstatters, zu sagen „in der Regel", nur eine allgemeine Bindung enthalten ist und die Fortbildungsschulverwaltung es sich vorbehalten muß, in besonderen Ausnahmefällen, wegen Rücksichtnahme auf die Unterrichtsräume und auf Berufsgruppen, die — wie die Angehörigen einer gewissen Maschinenindustrie. — bis 5 Uhr Arbeitszeit haben, vielleicht einmal auch von 6—8 Uhr abends Unterricht halten zu lassen. Für alle Fälle habe ich Herrn Schuldirektor Dr. Appuhn gebeten, die Beantwortung von in das schultechnische Gebiet fallenden Fragen zu übernehmen. Er wird dazu gern bereit sein.

Stadtv. Hönneburg: Wir sind allerdings der Meinung, daß man die Schulzeit nicht bis 8 Uhr abends verlängern sollte. Wer einmal in der Fortbildungsschule unterrichtet hat, der weiß, wie abgeheht die Schüler ankommen, wenn sie vorher beruflich tätig gewesen sind, und versteht es, daß von den Fortbildungsschullehrern gewünscht wird, den Unterricht in die Tageszeit zu legen. Wenn für den Fortbildungsschulunterricht ein halber Tag freigemacht werden könnte, so würde das für den Erfolg des Unterrichtes besonders wertvoll sein. Es handelt sich hierbei aber um Theorie und Praxis. Man kann nicht von heute auf morgen einen Sprung machen zu solchen Zuständen, wie sie in Zukunft hoffentlich einmal sein werden.

Schuldirektor Dr. Appuhn: Meine geehrten Damen und Herren! Bei dem jetzigen Mangel an Unterrichtsräumen können wir doch leicht in die Lage kommen, über die hier im Statute vorgesehene Zeit hinausgehen zu müssen. Wir sind in bezug auf Räume jetzt dadurch in die größte Bedrängnis gekommen, daß man uns die Schule an der Wilhelmstraße genommen hat, in Bedrängnis nicht nur wegen der Bürgerschule, sondern auch wegen der Fortbildungsschule; denn in der Schule an der Wilhelmstraße sind — wie den geehrten Damen und Herren wohl bekannt ist — auch Fortbildungsschulklassen untergebracht gewesen. Nun haben wir gegenwärtig schon in 10 Schulgebäuden Fortbildungsschulklassen untergebracht; wenn dann später noch 37 Klassen hinzukommen, wird es sehr schwierig sein, die jungen

Leute in der vorgesehenen Zeit in den einzelnen Schulgebäuden unterkommen zu lassen. Es ist ja an und für sich schon eine große Unzuträglichkeit, daß unsere Fortbildungsschüler auf Schulbänken sitzen müssen, die für Volksschüler berechnet sind, und deshalb würde es sehr wünschenswert sein, daß wir bald in die Lage kämen, ein besonderes Fortbildungsschulgebäude zur Verfügung zu haben. Solange das nicht der Fall ist und wir noch in dieser Bedrängnis wegen der Unterrichtsräume sind, ist es richtig, nicht ohne weiteres zu sagen: „Der Unterricht soll nur bis 7 Uhr abends erteilt werden“, sondern einen Spielraum zu lassen, so daß wir aus schultechnischen Gründen auch noch auf die Zeit von 7—8 Uhr zurückgreifen können.

Der § 8 wird mit den vom Schulausschuß beantragten Änderungen angenommen.

§§ 9 und 10 ohne Besprechung.

Stadtv. **Schmidt** (zu § 11): Für diesen Paragraphen empfiehlt der Schulausschuß, in Absatz b statt „Lehrmittel“ zu setzen „Unterrichtsmittel“ und ebenso im Absatz c, wo das Wort „Lehrmittel“ nochmals vorkommt, es gleichfalls durch „Unterrichtsmittel“ zu ersetzen, so daß dieser Absatz jetzt heißen soll: „Sie müssen die ihnen als nötig bezeichneten Unterrichtsmittel, soweit diese nicht auf Antrag seitens der Schule gestellt werden, in den Unterricht mitbringen.“

Um es dem Stadtmagistrat und dem Schulvorstande zu ermöglichen, im weitesten Sinne den Anträgen auf Lieferung freier Lernmittel gerecht zu werden, beantragt der Schulausschuß, die auf 20 000 *ℳ* veranschlagte Summe für die einmaligen Aufwendungen auf 30 000 *ℳ* zu erhöhen. Mit den dadurch gewonnenen Mitteln soll der Magistrat in den Stand gesetzt werden, den Anträgen auf Lieferung freier Unterrichtsmittel weitgehend nachzukommen. Der Schulausschuß empfiehlt deshalb, den Magistrat zu ermächtigen, daß er sich zwecks gemeinsamen Einkaufs der Lern- und Unterrichtsmittel mit in Frage kommenden Lieferanten in Verbindung setzt, die erworbenen Lernmittel dann an die Schüler der Fortbildungsschule zu möglichst erniedrigtem Preise abgibt oder im Falle eines Antrages frei zur Verfügung stellt. Zu diesem Vorgehen soll durch Erhöhung des veranschlagten Betrages um 10 000 *ℳ* Gelegenheit gegeben werden.

Stadtrat **von Franckenberg**: Daß soeben von Herrn Stadtv. Schmidt Vorgetragene ist das Ergebnis eingehender Erörterungen im Schulausschuß; um so kürzer wird nun hoffentlich hier die Besprechung darüber sein. Ich kann namens des Magistrats dem Vorschlage des Schulausschusses zustimmen, kann erklären, daß wir die uns zu diesem Zwecke entgegengebrachten 10 000 *ℳ* entgegennehmen

wollen und alles aufbieten werden, damit die bewilligte Summe in zweckmäßiger Weise für strebsame Schüler und Schülerinnen verwertet wird.

Den diesbezüglichen Anträgen des Schulausschusses stimmt die Versammlung zu.

§ 11 ohne weitere Besprechung.

§§ 12 und 13 ohne Besprechung.

Stadttrat von Frankenberg (zu § 14): Der geehrten Versammlung wird demnächst die übliche Jahresvorlage wegen der Umsatzsteuer zugehen. Die Notwendigkeit, reiche Mittel insbesondere für die Aufgaben der Fortbildungsschule, für Beschaffung von Unterrichtsmitteln usw. für die Stadtverwaltung zur Verfügung zu haben, legt mir den Wunsch nahe, daß die geehrte Versammlung auch in ihrer neuen Zusammensetzung die jährlichen Einnahmen aus der Umsatzsteuer durch entsprechende Heranziehung hiesiger Firmen ermöglichen wird. Ich bitte Sie also, demnächst die Vorlage über die Veranlagung zur Umsatzsteuer einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Stadtv. Schmidt (zu § 15): Das Datum für das Inkrafttreten des Statuts für die männlichen Schulpflichtigen ist offen gelassen; es kann erst nach der Genehmigung durch den Rat der Volksbeauftragten ausgefüllt werden. Es wird beabsichtigt, das Statut mit dem 1. Mai in Kraft treten zu lassen.

Stadtv. Salomon: Meine Damen und Herren! Nachdem wir dieses Statut verabschiedet haben, ist wohl, wie ich glaube, den Stadtverordneten ein großer Stein von ihrem parlamentarischen Herzen genommen. Allerdings ist meine Freude über das Zustandekommen des Statuts nicht eine ungemischte, und zwar deshalb nicht, weil wir heute nicht den Schritt ganz tun können, indem wir auch jetzt gleich die Fortbildungsschule für die weibliche Jugend einführen. Leider aber sind die Verhältnisse stärker als die Menschen. Die leidige Raumfrage ist es, die uns daran hindert, jetzt nicht schon zur völligen Verwirklichung unseres Ideals zu kommen. Es liegt meiner Überzeugung nach auch noch eine gewisse Gefahr selbst für die Pflichtfortbildungsschule für die männliche Jugend vor, wenn nicht für ausreichende Räume gesorgt werden kann. Das einzige wirksame Mittel in dieser Beziehung ist, daß mit allen Kräften versucht wird, die Schule an der Wilhelmstraße wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zuzuführen. Die Schädigungen, die durch die Verhältnisse in der Schule an der Wilhelmstraße den Schülerinnen erwachsen sind, sind so groß, daß ich sie im einzelnen nicht aufzählen mag, die Schädigungen, die der neuen Fortbildungsschule dadurch erwachsen, daß uns dieses Gebäude bisher noch nicht wieder zur Verfügung gestellt ist, liegen

klar auf der Hand, denn die Fortbildungsschule hat dieses Schulgebäude dringend nötig, wenn sie sich nicht räumlich verzetteln soll. Ich möchte an den Magistrat das dringliche Ersuchen richten, mit allen Mitteln zu versuchen, die Schule an der Wilhelmstraße wieder ihrer Bestimmung zuzuführen, ebenso dringlich aber wende ich mich von dieser Stelle aus an den Staat, daß er uns jetzt nicht noch, wo er es nach meiner Überzeugung nicht mehr nötig hat, ein Schulgebäude weiter sperrt, ein Haus, in dem wir Kulturarbeit treiben, in dem wir unsere Jugend erziehen wollen. Es sind für Unterbringung des Arbeitsnachweises Räume in der Kaserne vorhanden, und wenn das nicht der Fall ist, möge man Räume des Schlosses, die jetzt frei geworden sind, für diesen Zweck benutzen. Ich appelliere an den Staat, daß er der Stadt nicht hindernd in den Weg tritt, der Jugend zu geben, was man für die Jugend fordern muß.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich habe zu den Ausführungen des Herrn Salomon folgendes zu bemerken: Wir hätten die Schule an der Wilhelmstraße ihrem Zwecke niemals entzogen, wenn sie nicht eines schönen Tages vom Militär in Beschlag genommen wäre. Damit war das Gebäude seinem ursprünglichen Zwecke entzogen, und dadurch ist es gekommen, daß man in der Not, als der Ansturm der Arbeitslosen kam und der Arbeitsnachweis größeren Umfang annahm, die Schule für die Zwecke des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung stellte. Keiner beklagte das mehr als der Magistrat, und wir sind seit Wochen bemüht gewesen, diesem Zustande ein Ende zu machen. Es hat uns gefreut, daß das Volkskommissariat für Inneres uns mitgeteilt hat, es bestände die Absicht, der Stadt das Schloß zu überweisen, und wir haben sofort erklärt, wir wären gern bereit, es zu übernehmen. Die Bedingungen dafür müßten allerdings erst festgestellt werden, denn das Schloß zu kaufen sind wir nicht in der Lage. Wir haben deshalb gebeten, es möchte eine mündliche Aussprache erfolgen, damit ein Abkommen getroffen werden könnte. Aber, meine Damen und Herren, die Zeiten sind jetzt wirklich so, daß man in Ruhe überhaupt nicht mehr arbeiten kann, weiß man doch nicht einmal, ob man am folgenden Tage noch arbeiten kann. Ich hoffe jedoch, daß in nächster Zeit eine Verhandlung über die Übernahme des Schlosses durch die Stadt stattfinden wird. Ebenso sind wir der Ansicht gewesen, daß es sich ermöglichen lassen müßte, uns in der Kaserne am Fallerslebertore Räume für den Arbeitsnachweis zur Verfügung zu stellen, während die Husarenkaserne wohl so ziemlich besetzt ist. Herr Stadtrat Wesemeier ist ersucht, mit dem zuständigen Volkskommissar über diese Sache zu verhandeln; er hat berichtet, daß die Sache eingeleitet sei, und daß er hoffe, zum Ziele zu kommen. Ich gebe mich deshalb noch der Hoffnung hin, daß während der bevorstehenden Schulferien die Schule an der Wilhelmstraße geräumt werden wird.

Stadtv. Frau Güge: Meine Damen und Herren! Ehe mir diese Vorlage verabschieden, kann ich nicht anders, als auch noch einmal — wie ich das schon in der Kommission getan habe — dem Bedauern der Frauen Ausdruck zu geben, daß wieder eine segensreiche Einrichtung für die Erziehung geschaffen ist, ohne daß die weibliche Jugend berücksichtigt werden konnte, und möchte die dringende Bitte daranknüpfen, daß dieser Wechsel auf die Zukunft, der uns vorgehalten wird, auch wirklich im April 1920 einlösbar wird und es mit ihm nicht ebenso geht, wie mit früheren Sachen, wo uns weiblichen Wesen Bertröstungen gegeben wurden, die niemals verwirklicht wurden. Ich glaube, keinen Zweifel daran hegen zu brauchen, daß wir darin einig sind und keiner aus der Versammlung — auch die männlichen Mitglieder nicht — anderer Meinung ist als ich darüber, daß die Erziehung und Ausbildung der Mütter für unser Volk genau so wichtig ist wie die der Männer.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann es durchaus begreifen, wenn es die geehrte Frau Vorrednerin mit bitteren Empfindungen betrachtet, daß für die weibliche Jugend die Fortbildungsschulpflicht in diesem Jahre noch nicht in Kraft treten kann. Aber die geehrte Versammlung, auch die Frauen in ihr, werden nicht unbeachtet lassen, daß noch bitterer für die männliche Jugend die Tatsache sein mußte, daß schon vor 9 Jahren die städtischen Behörden sich über die Einführung der Pflichtfortbildungsschule geeinigt hatten und bis auf den heutigen Tag durch die leidigen Verhandlungen mit der Regierung die Erfüllung dieses Beschlusses für die männliche Jugend sich nicht hat verwirklichen lassen. Wenn jetzt bei der Erstürmung der so lange belagerten Festung die weibliche Jugend nicht auch mit in die gewonnenen Räume einziehen kann, sondern noch ein Jahr damit warten muß, so möge sie bedenken, daß die männliche Jugend 9 Jahre lang hat warten müssen. Im übrigen kann ich die verehrte Frau beruhigen: Wenn in § 15 gesagt wird: „Das Statut tritt für die weiblichen Schulpflichtigen am 1. April 1920 mit Wirkung für das alsdann begonnene Schuljahr in Kraft“, dann geschieht das auch.

Stadtv. Rehnert: Verehrte Anwesende! Auch meine Parteifreunde bedauern es, daß die weiblichen Personen nicht sofort in den Genuß des Fortbildungsschulunterrichts eintreten können, und zwar besonders aus dem Grunde, weil die 4½ Jahre Krieg namentlich bei den weiblichen Personen eine Vernachlässigung herbeigeführt haben, die so leicht nicht auszuweichen ist. Alle Mittel und Hebel müssen daher eingesetzt werden, damit die Schule wieder in die Lage gesetzt wird, die Tätigkeit auszuüben, wozu sie geschaffen ist. Glauben Sie, daß wir gern bereit sind, den Stadtmagistrat darin zu unterstützen.

Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts wird von der Versammlung der 1. Mai 1919 angenommen.

Vorsitzender: Ich glaube, eine nochmalige Abstimmung über das gesamte Statut dürfte sich erübrigen. (Zustimmung.)

Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte die geehrte Versammlung, die Ermächtigung auszusprechen, die Sie dem Magistrat in bezug auf die endgültige Wortfassung übertragen wollen.

Der Herr Berichterstatter wird Wert darauf legen, daß über die Erhöhung der einmaligen Ausgaben von 20 000 M auf 30 000 M sich die Versammlung schlüssig macht.

Ich bitte, über diese beiden Punkte noch Beschluß zu fassen.

Der **Vorsitzende** bringt die beiden Punkte zusammen zur Abstimmung; sie werden angenommen.

3. Abbau der Unterstufe bei der städtischen Mädchenschule (Mittelschule).

Stadtv. Hofahr: Meine Damen und Herren! Zu Ostern d. J. sind bei der Städtischen Mädchenschule so viele Kinder angemeldet, daß sie nur teilweise aufgenommen werden können. Weitere Klassenräume lassen sich im Grundstüel dieser Schule nicht mehr beschaffen, und auch in den vielen übrigen Schulgebäuden herrscht zur Zeit Platzmangel, nachdem die beiden Gebäude an der Wilhelmstraße und an der Leopoldstraße für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden mußten. Unter diesen Umständen hat es der Schulvorstand der Städtischen Mädchenschule für das zweckmäßigste gehalten, in die unterste Klasse, für die 97 Kinder angemeldet sind, für dieses Mal überhaupt keine Kinder mehr aufzunehmen und damit den allmählichen Abbau der Unterstufe, nämlich der Klassen 7, 8 und 9 in die Wege zu leiten. Auf diese Weise würden, da die Schule doppelreihig aufgebaut ist und alle Kinder aus den beiden 9. Klassen dieses Mal versetzt sind, sofort zwei Klassenräume verfügbar. Es könnte alsdann ohne weiteres eine dritte 6. Klasse für die anderweitig nicht unterzubringenden, für diese Klasse angemeldeten Schülerinnen hergerichtet werden.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß dem Vorschlage des Schulvorstandes um so unbedenklicher entsprochen werden kann, als der Abbau der Unterstufe der gehobenen Schulen — bei der Knabenmittelschule ist diese Unterstufe bekanntlich nicht eingerichtet — der Auffassung der Jetztzeit entspricht. Es sind deshalb auch

schon Verhandlungen eingeleitet, die auf die Durchführung der gleichen Maßregel beim Lyzeum abzielen.

Außer der sofort neu zu bildenden 6. Klasse wird infolge Überfüllung alsbald noch eine weitere 3. Parallelklasse geschaffen werden müssen, für die dann der andere jetzt frei werdende Klassenraum sehr willkommen sein würde.

Da es zur Zeit der Mädchenmittelschule an Raum gebricht, so kann die Nichtaufnahme der jetzt für die untersten Klassen angemeldeten Schülerinnen, die bei der Verteilung auf das ganze Stadtgebiet in den Bürgerjulen noch untergebracht werden können, nach § 5 Nummer 2 des Statuts Nummer 39 vom 2. Oktober 1911 von den Beteiligten nicht mit Erfolg angefochten werden. Immerhin wird es sich aber empfehlen, das Statut alsbald zu ändern, um Weiterungen zu vermeiden. Bei der grundsätzlichen Bedeutung, die die jetzt geplante, durch zwingende Umstände veranlaßte vorläufige Maßregel insofern hat, als sie die dauernde Beseitigung der ganzen Unterstufe der Mädchenmittelschule einleiten soll, hält der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordneten für erforderlich und gibt anheim, sie zu erteilen.

Der Schulausschuß hat die Vorlage des Magistrats vorher beraten, hat dem Vorgehen des Magistrats zugestimmt und bittet Sie, dem Beschlusse des Schulausschusses beizutreten.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Vorsitzender: Inzwischen sind zwei dringende Anträge eingegangen mit dem Wunsche, sie noch heute außerhalb der Tagesordnung zu erledigen, und das entspricht auch dem Wunsche des Magistrats.

Es handelt sich zunächst um einen Antrag des Herrn J a h n s mit folgendem Wortlaut:

„Die städtischen Behörden werden ersucht, den städtischen Beamten und Lehrern auf die in Aussicht stehenden Teuerungszulagen eine vorläufige Abschlagszahlung von je 400 M sofort zu gewähren, nachdem der Landtag für die Staatsbeamten die Zahlung einer gleichen Abschlagszahlung genehmigt hat.“

Der zweite Antrag ist von Herrn R ö n e b u r g eingereicht und trifft dieselbe Sache. (Siehe Seite 2. Der Antrag wird vom Vorsitzenden verlesen.)

Zur Begründung der Dringlichkeit wurde mir gesagt, daß es noch eine größere Anzahl hiesiger Lehrer gebe, die ein Monatsgehalt von nur 160 M bezieht.

Die beiden Anträge können nur dann außerhalb der Tagesordnung erledigt werden, wenn die geehrte Versammlung damit einverstanden ist. Ich für meine Person habe keine Bedenken dagegen.

In der Abstimmung erklärt sich die Versammlung für sofortige Behandlung der beiden Anträge.

4. Anträge **Jahns** und **Rönneburg**, betreffend Gewährung einer Abschlagszahlung auf die demnächst erfolgende Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen für Beamte und Lehrer.

Wortlaut der Anträge s. S. 2 und 50.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung seines Antrages): Meine Damen und Herren! In Preußen sind bereits die gewährten Teuerungszulagen, rückzahlbar bis zum 1. Januar, den Beamten und Lehrern ausgehändigt, und auch im braunschweigischen Landtage ist eine Vorlage über Gewährung von Teuerungszulagen eingegangen und dem Rat der Volksbeauftragten überwiesen. In diesen Tagen ist dort aber auch von Herrn Rönneburg der Antrag gestellt, daß den Staatsbeamten und Lehrern ein Vorschuß auf die zu erwartenden Teuerungszulagen ausgezahlt werde. Dieser Antrag ist vom Landtage genehmigt, und es ist zu hoffen, daß ihm bald Folge gegeben wird. Ebenso halten wir es auch für die städtischen Beamten für notwendig, daß ihnen schon jetzt ein Vorschuß auf die Teuerungszulagen bewilligt wird, da bei den heutigen Teuerungsverhältnissen den Beamten nicht mehr zugemutet werden kann, mit den bisherigen Bezügen auszukommen. Eine weitere Begründung ist wohl nicht nötig. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. **Rönneburg** (zur Begründung seines Antrages): Ich habe dem von dem Herrn Vorredner Vorgetragenen nur wenig hinzuzusetzen. Im Landtage ergab sich Einmütigkeit darüber, daß der bitteren Not in den Kreisen der Beamten und Lehrer, die zu verzweifelter Stimmung geführt hat, Rechnung getragen werden müsse, und ich bitte, sich auch hier von dem gleichen Gedanken beselen zu lassen und unserem Antrage zuzustimmen. Wir haben den dringenden Wunsch, daß es der Magistrat ermöglichen kann, genau so wie im Landtage der Rat der Volksbeauftragten es zugesagt hat, daß die Abschlagszahlung noch zu Ostern erfolgen kann, denn die Sache drängt.

Wenn im Antrage nicht alle einzelnen Gruppen, die in Betracht kommen müßten, mit erwähnt worden sind, so kann ich hier bemerken, daß wir selbstverständlich auch die Lehrerinnen und die Aushilfsbeamten von unserem Antrage mit erfaßt wissen wollen. Um den Kreis der in Frage kommenden genauer festzustellen, lassen sich vielleicht Vereinbarungen im verstärkten Finanzausschusse treffen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte nicht nur Sie dringlichst, diesem unserem Antrage stattzugeben, sondern auch den Stadtmagistrat, die erwünschte Auszahlung so bald als möglich zu veranlassen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat hatte sich vorgenommen, Ihnen seinerseits einen ähnlichen Antrag zu unterbreiten. Nun beantragt Herr Rönneburg heute, bis zu einer Gehaltsgrenze von 6000 M eine Abchlagszahlung vornehmen zu lassen, während seitens des Staates beschlossen ist, bis zu 5000 M zu gehen. Ich weiß nicht, ob das von Herrn Rönneburg mit Absicht geschehen ist, und möchte darüber um Aufklärung bitten.

Daß der Finanzausschuß ermächtigt wird, diese Sache noch einmal zu beraten, halte ich deshalb für nötig, weil wir auch wegen der Aushilfsbeamten uns schlüssig machen müssen. Wir haben uns bisher auf den Standpunkt gestellt, daß die Steuerzulagen zunächst für die Beamten mit festem Gehalt nötig wären, während die Aushilfsbeamten nach und nach aufgebessert und, je nachdem es möglich war, geeignete Kräfte zu bekommen, mit von Fall zu Fall festgesetzter Bezahlung angenommen worden sind. Es liegen schon Anträge vor, auch deren Gehälter allgemein aufzubessern, und es wäre erwünscht, wenn die Finanzkommission auch in der Beziehung mit Vollmacht versehen würde. Es handelt sich auch dabei um eine erhebliche Summe. Ich glaube, man könnte in Aussicht nehmen, am Sonnabend nachmittag zusammenzukommen, um die Sache zu erledigen. Hoffentlich wird es möglich sein, daß wir die nötigen Berechnungen und Anweisungen noch vor Ostern fertigbekommen. Das ist allerdings recht schwer, da noch verschiedene eilige Sachen zu erledigen sind; aber versuchen wollen wir es. Ich bitte also, den Finanzausschuß mit entsprechender Vollmacht zu versehen.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte kurz klarstellen, wie ich zu der Grenze von 6000 M gekommen bin. Das ist geschehen, weil bei den Gehältern, über die wir im Landtage gesprochen haben, das Wohnungsgeld nicht mitgerechnet worden ist, während in der Stadt eine ganz andere Bezahlung zugrunde gelegt ist, bei der das Wohnungsgeld mit in den Gehaltsbezügen enthalten ist. — Was die Hilfskräfte anbetrifft, so möchte ich bemerken, daß man aus den beteiligten Kreisen gewiß gern bereit sein würde, an der Ausführung der nötigen Vorarbeiten mitzuwirken.

Vorsitzender: Wer dafür ist, daß dem verstärkten Finanzausschuß die gewünschte Vollmacht erteilt wird, daß die Beamten bis 6000 M Einkommen in Frage kommen, und daß auch die Aushilfsbeamten mit in die Ordnung eingegriffen sein sollen, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Versammlung hat in diesem Sinne beschlossen.

Stadtv. Stegmann (zur Geschäftsordnung): Die vielen Punkte, die wir noch auf der Tagesordnung haben, lassen es angezeigt erscheinen, zu ihrer Erledigung noch eine zweite Versammlung einzuberufen. Ich möchte deshalb schon jetzt den Antrag stellen, um 8 Uhr Schluß zu machen, damit der Magistrat die Punkte bezeichnen kann, welche noch heute erledigt werden müssen, und daß nach deren Behandlung die Sitzung heute geschlossen wird.

Der Antrag wird angenommen.

5. Erhöhung des Kredits beim Leihhause.

Stadtv. Blumeier: Meine Damen und Herren! Beim Leihhause ist für die Stadt mit Bewilligung der Stadtverordneten ein Kredit bis zum Betrage von 28 000 000 M. eröffnet worden, der nun bereits in Höhe von 27 300 000 M. in Anspruch genommen ist. Die jetzige starke Belastung der Kämmereikasse ist wesentlich durch die Erwerbslosenunterstützung verursacht, für die bis Ende vorigen Monats annähernd 1 600 000 M. aufgewandt sind. Nach der Reichsordnung vom 13. November 1918 fallen von dieser Aufwendung der Stadt nur zwei Zwölftel zur Last, während zehn Zwölftel der Staat und das Reich der Stadt zu erstatten haben. Demgemäß hat der Magistrat seit Dezember vorigen Jahres allmonatlich die entsprechenden Nachweisungen dem Demobilisationskommissar eingereicht. Da Zahlung bisher nicht erfolgt ist, auch ein dringendes Ersuchen vom 10. März ohne Erfolg geblieben ist, andererseits aber die Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt werden muß, so bleibt nichts anderes übrig, als nochmals um eine Erhöhung des Leihhauskredits nachzusuchen. Es wird vorgeschlagen, den Kredit auf 30 Millionen Mark zu erhöhen, und die Versammlung gebeten, dieser Erhöhung zuzustimmen. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, dem Magistratsantrage stattzugeben.

Die Versammlung stimmt der Erhöhung des Kredits auf 30 Millionen Mark zu.

Vorsitzender: Ich hätte den Wunsch, Punkt 1 nicht zur dauernden Zierde unserer Tagesordnung werden zu lassen. Nach der mir gewordenen Mitteilung, daß Absehung der Behandlung dieses Punktes beantragt werden würde, hat es keinen Zweck, ihn noch das nächste Mal mit auf die Tagesordnung kommen zu lassen.

6. Antrag Jahn's, betreffend der Verbleib von 11 Waggons Lebensmittel.

Stadtov. Frau Friedrich: Herr Stadtov. Jahn's hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Magistrat wird ersucht, Auskunft darüber zu geben, wo die 11 Waggons Lebensmittel im Werte von $\frac{3}{4}$ — $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark geblieben sind, die von der Kantine der 50. Reserve division dem Magistrat zur Verfügung gestellt, aber nicht mehr erfassbar waren, als dieselben von der Stadt abgenommen werden sollten.“ Der Rechtsausschuß, dem diese Sache nach der ersten Besprechung in der Vollversammlung zur weiteren Veranlassung übergeben war, hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es angebracht sei, die Sache an den Magistrat zu verweisen mit dem Anheingeben, sich weiter damit zu befassen und sie, soweit es in seinen Kräften steht, zu erledigen.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Stellungnahme des Rechtsausschusses einverstanden.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von $4\frac{1}{4}$ bis $7\frac{1}{2}$ Uhr. .

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. April 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Wolters auf Erweiterung des Rechts-, Finanz- und Bauausschusses auf je acht Mitglieder	58
2. Errichtung eines Rechtsfriedensamts.	58
3. Antrag Bunge auf Vermehrung der städtischen Steuerbureaus	79
4. Antrag Wolters auf Überführung der Wallpromenaden und der der Stadt noch nicht gehörenden Okerbrücken in städtisches Eigentum und der Umflutgräben in städtische Verwaltung	80
5. Einrichtung von Kursen zur Ausbildung von Handfertigkeitsschülern.	81
6. Antrag Frede auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broihemer Straße.	81
7. Anfrage Schilke über Gewährung von Teuerungszulagen an hollbebeschäftigte Fach- und Fortbildungsschullehrer und Lehrerinnen.	82
8. Anfrage Graf über die Regelung des Pferdefleischverkaufs	83
9. Antrag Lehnert, betreffend die Wahl der Beisitzer zum Ausschuss des Arbeitsnachweises	85
10. Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Badetwete	86
11. Neupflasterung der Weberstraße.	86
12. Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Straßen 201a und 202a	87
13. Vertrag wegen Aufstellung von Anschlagssäulen in hiesiger Stadt.	88
14. Wahl von vier Mitgliedern und vier Stellvertretern des Schulvorstandes der städtischen Fortbildungsschule.	92

15. Ersatzwahl zweier Vorstandsmitglieder für den Verein Volkshochschule	Seite 93
16. Anfrage Oden über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den nächsten Wochen. Damit verbunden:	
Anfrage Friedrich über den Ersatz der Fleischration durch Erbsen	93

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer** und Stadtrat **Jüermann**.

Es fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten Dr. **Jasper**, **Spangenberg** und **Steinbrecher**. Herr Stadtverordneter **Rönneburg** erscheint später.

Vorsigender Riefe II: Ich eröffne die heutige öffentliche Sitzung und erteile zunächst Herrn Stadtrat von Frankenberg das Wort zu einer Mitteilung.

Stadtrat von Frankenberg: Der Stadtmagistrat hat auf Ersuchen des Vorstandes des deutschen Städtetages es unternommen, gemeinsam mit dem Vorstande der Sektion Braunschweig des deutsch-österreichischen Alpenvereins für den nächsten Sonntag eine Versammlung einzuberufen, in der mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen eingelegt werden soll, daß Deutsch-Tirol zum großen Teil an Italien abgetreten werden soll. Wir sind der Meinung, daß ein zum Teil so urdeutsches Gebiet wie Deutsch-Tirol, in dem Andreas Hofer gewirkt, gekämpft und gelitten hat, und für das er gestorben ist, unbedingt für Deutschland erhalten bleiben muß. Die geehrten Herrschaften werden deshalb freundlichst eingeladen, am nächsten Sonntag ½12 Uhr im großen Saale des Parkhotels sich mit einzufinden, damit wir in einer möglichst eindrucksvollen Versammlung auch in Braunschweig gegen diese Absicht unserer Feinde Verwahrung einlegen.

Vorsigender: Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich auf eine Notiz zu sprechen kommen, die im Allgemeinen Anzeiger vom 16. April auf unsere Versammlung Bezug nimmt und folgendermaßen lautet: „Nachmittags fand auch die planmäßige Stadtverordnetenitzung statt, sie dauerte nur bis 8 Uhr, damit die Herren, wie die Streikleitung es befohlen hatte, rechtzeitig zu Hause sein konnten, und beschäftigte sich nur mit einigen Punkten der Tagesordnung. Von den Ereignissen, die die Bürgerschaft am meisten angingen, war nicht mit einem Worte die Rede. Das Stadtparlament ging an der Tatsache des Massenstreiks vorüber. Darob in der Bürgerschaft allgemeines Schütteln des Kopfes.“

Ich bin von einigen der Herren gebeten worden, zu dieser Notiz eine kurze Bemerkung zu machen, dahin gehend, daß wir nicht aus Angst vor der Streikleitung unsere Sitzung um 8 Uhr abgebrochen haben, und daß zweifellos die Herren Zeitungsschreiber auch wissen müßten, daß noch kein Stadtverordnetenparlament so seßhaft gewesen ist, wie das in diesem Jahre. Es ist wohl etwas stark, zu sagen: „sie beschäftigte sich nur mit einigen Punkten.“ Wenn das wohl auch richtig scheinen mag, so waren die Punkte doch von so außerordentlicher Bedeutung und von solcher Tragweite für die Stadt Braunschweig, daß diese Bemerkung der Herren Zeitungsschreiber nicht zutreffend ist. Wenn bei den Herren vielleicht der Wunsch vorhanden ist, hier während einer längeren Zeit ihre Tätigkeit auszuüben, so sind gewiß manche der Herren Stadtverordneten gern bereit, Dauerreden zu halten, damit nicht die Herren Zeitungsschreiber zu sagen brauchen: Schon um 8 Uhr war Schluß der Sitzung.

Von Herrn Stadtv. S p a n g e n b e r g ist ein Schreiben eingegangen, in dem er um Enthebung von seinem Amte als Stadtverordneter bittet. Umstände, die er bei Übernahme des Mandats nicht habe voraussehen können, zwingen ihn zu diesem Ersuchen. Die Ausübung des Amtes eines Stadtverordneten sei mit seinen jetzigen Berufspflichten absolut unvereinbar. — Es wird allerdings nicht so leicht möglich sein, dem Wunsche des Herrn Spangenberg zu willfahren. Vielleicht warten wir die Stellungnahme des Magistrats dazu ab. (Nach einer dahingehenden Bemerkung des Herrn Stadtrat von Frankenberg) Ich überweise die Eingabe dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

Die B r a u n s c h w e i g e r M o l k e r e i hat eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in der sie bittet, die Abgabe auf Milch, welche zur Bestreitung der Kosten der Bewirtschaftung des Milchressorts der Stadt dient, zu beseitigen. Die Abgabe stellt sich für die Molkerei allein schon auf jährlich etwa 50 000 M. Zur Begründung wird angeführt, daß nach Ansicht der Molkerei die Erhebung der Abgabe ein durchaus verkehrtes Prinzip darstellt, denn der Kreis der Milchverbraucher sei heute ein sehr beschränkter, so daß vielfach die kinderreichen Familien damit getroffen würden. Es sei zweifellos richtiger, die für die Bewirtschaftung entstehenden Kosten mit durch die Kommunalabgaben zu bestreiten. Jetzt erhalten die Magermilchhändler in den eingerichteten Läden pro Liter einen Aufschlag von 2 Pf., forderten aber mit Recht 4 Pf. Die Molkerei ist bereit, diese 4 Pf. zu gewähren, wenn sie von Leistung der Abgabe befreit wird. — So ohne weiteres könnten wir die Sache doch nicht behandeln; ich überweise sie zunächst dem Magistrat.

Wir würden nun zu den Punkten unserer Tagesordnung übergehen können. Zu Punkt 1 habe ich zu erklären, daß es wegen der Kürze der Zeit dem Finanz-

auschuß nicht möglich gewesen ist, den Stadthaushaltsplan bis zu Ende vorzubereiten.

1. Antrag Wolters auf Erweiterung des Rechts-, Finanz- und Bauauschusses auf je acht Mitglieder.

Wortlaut des Antrages: „Es wird beantragt, daß die Zahl der Mitglieder im Rechtsauschuß, Finanzauschuß und Bauauschuß auf je acht Mitglieder vermehrt wird.“

Vorsitzender: Der Referent ist noch nicht erschienen. Es ist aber wohl der Wunsch berechtigt, daß diese Sache heute endlich zu Ende geführt wird. Jemand einer der Herren ist vielleicht bereit, über die Beratung im Rechtsauschuß zu berichten.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Wenn die geehrte Versammlung damit einverstanden ist, will ich den Beschluß des Rechtsauschusses verkünden. Es hat sich die Mehrheit des Rechtsauschusses der Ansicht angeschlossen, daß diesem Antrage stattzugeben ist. Es ist während der Beratung des Rechtsauschusses noch erwähnt, und der Rechtsauschuß hat dem durchaus zugestimmt, daß dann auch der Schulauschuß auf die gleiche Zahl von Mitgliedern erweitert werden möchte. Namens des Rechtsauschusses habe ich also zu beantragen, in Erweiterung des von mir gestellten Antrages der Versammlung zu empfehlen, daß alle vier Ausschüsse auf 8 Mitglieder gebracht werden.

Dem Antrage des Rechtsauschusses stimmt die Versammlung zu.

Vorsitzender: Für die Vornahme der Wahl würde wohl doch noch eine Vorberatung nötig sein.

Stadtv. Dr. **Wolters:** Wenn die Parteien sich über die vorzuschlagenden Personen einig sind, würde ich empfehlen, die Wahl jetzt vorzunehmen.

Vorsitzender: Ich glaube kaum, daß diese Voraussetzung zutreffen wird. Es wird nichts übrigbleiben, als die Wahl in vierzehn Tagen vorzunehmen. (Stadtv. Dr. Wolters stimmt dem zu.)

2. Errichtung eines Rechtsfriedensamts.

Stadtv. **Meyerhoff:** Meine Damen und Herren! Es ist über die Errichtung eines Rechtsfriedensamts unter dem 10. März eine Zuschrift des Magistrats an

die Stadtverordneten ergangen, und die geehrten Herrschaften werden alle im Besitz eines Abdrucks dieser Vorlage sein. Es wird in ihr hingewiesen auf die nachteiligen Folgen, die der unglückliche Ausgang des Krieges für unser Wirtschaftsleben gehabt hat. Insbesondere werde der wirtschaftliche Ruin vieler Existenzen des Mittelstandes viel Anlaß zu Rechtsstreitigkeiten sowie die Notwendigkeit zu geschäftlichen Sanierungen geben. Es besteht die Gefahr, daß das Anwachsen der Prozesse — schon seit langem eine ernste Sorge aller Justizverwaltungen — weiter zunimmt. Das liegt nicht im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse. Es gilt heute, die mit der Prozeßführung verbundene Arbeit und Kosten soweit als möglich zu vermeiden; die Zwietracht unter den Bürgern soll nicht durch unnötiges Prozeßieren vergrößert werden, es muß vielmehr mit allen Mitteln auf die Förderung friedlicher Gesinnung und gegenseitiger Verständigung der verschiedenen Bevölkerungskreise hingewirkt werden. Denen, die durch den Krieg in Not geraten sind, muß die Möglichkeit geschaffen werden, sich ohne große Kosten mit ihren Gläubigern zu vereinbaren; man darf sie nicht der Gefahr aussetzen, den letzten Rest ihrer Habe durch Zahlung hoher Prozeß- und Zwangsvollstreckungskosten zu verlieren oder gar durch Konkurs ewigen Schimpf auf sich zu laden.

Der Magistrat betrachtet es als eine wichtige Aufgabe der politischen Gemeinde, auch in dieser Hinsicht ihren durch den Krieg in Bedrängnis geratenen Einwohnern zu helfen. Die guten Erfahrungen, die mit Einigungsverhandlungen vor dem Kaufmanns- und Gewerbegerichte und vor dem Miteinigungsamte gemacht sind, können uns zu Errichtung eines Rechtsfriedensamtes nur ermutigen. Der Gedanke, Streitigkeiten notfalls durch unparteiisch geleitete, aber paritätisch besetzte Schiedsgerichte und Schlichtungsausschüsse entscheiden zu lassen, hat während der letzten Jahre ständig an Boden gewonnen. Die Gemeinde erscheint uns in erster Linie berufen, alle zur Prozeßvermeidung und Rettung aus wirtschaftlicher Not erforderlichen Einrichtungen zu treffen; sie kennt am besten die wirtschaftliche Lage jedes einzelnen Berufes und seiner Angehörigen, sie hat die beste Fühlung mit gemeinnützigen Einrichtungen und hat am leichtesten Männer und Frauen zur Hand, die zur Mitarbeit an dieser neuen sozialen Aufgabe bereit sind.

Die Einrichtung des Rechtsfriedensamtes soll nach dem Vorbilde anderer Städte erfolgen durch einen entsprechenden Ausbau der städtischen Rechtsauskunftsstelle, die sich schon seit Jahren mit der Erteilung von Rechtsauskunft und auch mit Einigungsverhandlungen, wesentlich bei Streitigkeiten aus Dienstverträgen, befaßt. Die Aufgaben des Rechtsfriedensamtes werden sein:

1. Erteilung von Rechtsauskunft an Minderbemittelte,

2. außergerichtliche Erledigung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten und solcher Straffachen, deren Verfolgung durch die Stellung eines Strafantrages bedingt ist,
3. die Ordnung von Vermögensverhältnissen.

Dagegen soll das Rechtsfriedensamt nicht Forderungen einziehen; damit würde es in eine Parteistellung hineingedrängt, die es weiten Kreisen entfremden müßte. Noch weniger kann das Rechtsfriedensamt die Aufgabe bekommen, Schuldnern Stundung oder Schuldennachlaß zu gewähren; so weitgehende Maßnahmen, wie sie in einem dem Arbeiter- und Soldatenrat vorgelegten Entwurfe über ein braunschweigisches Wohlfahrtsamt vorgesehen waren, können nur vom Reiche zugunsten der Schuldner erlassen werden.

Das Rechtsfriedensamt wird die Beilegung von Streitigkeiten und den Vergleich zwischen Gläubigern und Schuldnern lediglich im Wege der Güte versuchen. Gelingt die Schlichtung eines Streites durch Verständigung nicht, so werden die Parteien zu veranlassen gesucht, sich dem Schiedsspruche des Rechtsfriedensamtes zu unterwerfen. Zu der Entscheidung des Rechtsfriedensamtes als Schiedsgericht sind zwei Beisitzer zuzuziehen. Aber auch sonst wird das Amt geeignete Mitarbeiter — Berufsvertretungen aller Art, Fachgenossen der Parteien usw. — heranziehen.

Die Organisation des geplanten Rechtsfriedensamtes läßt die anliegende Sitzung ersehen. Über Einzelheiten gibt die beigelegte Schrift des Bürgermeisters Dr. Luppe nähere Aufklärung.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten: der Einrichtung eines Rechtsfriedensamtes zuzustimmen und die anliegende Sitzung gutzuheißen.

Die Einstellung besonderen Personals bei dem Rechtsfriedenssamte wird zunächst nicht beabsichtigt, in dieser Hinsicht soll vielmehr die Entwicklung des Amtes vorerst abgewartet werden.

Ich richte nun die Frage an den Herrn Vorsitzenden, ob zunächst eine Generaldebatte stattfinden soll, oder ob wir gleich in die Beratung der einzelnen Paragraphen eintreten wollen.

Vorsitzender: Ich halte es für richtig, daß wir erst zur Entscheidung bringen, ob die Versammlung damit einverstanden ist, daß seitens der Stadt ein Rechtsfriedensamt eingerichtet werden soll, und daß wir erst darauf event. das Statut beraten. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß wir erst einen großen Teil der Sitzungen beraten und annehmen und nachher noch die ganze Einrichtung ablehnen.

Stadtv. Meyerhoff: Der Rechtsausschuß hat die Vorlage eingehend beraten und empfiehlt, der Einrichtung eines Rechtsfriedensamtes zuzustimmen.

Stadtv. **Frede:** Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, daß eine solche Einrichtung getroffen werden soll. Wer Gelegenheit gehabt hat, die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes zu verfolgen, der muß zugestehen, daß durch derlei Einrichtungen sehr segensreiche Wirkungen erzielt werden. Das Mieteinigungsamt aber wird nicht immer bestehen bleiben, sondern wird aufgehoben werden, wenn die Wohnungsnot zu Ende ist. Trotzdem aber werden Mietstreitigkeiten immer wieder vorkommen, und sie werden einen großen Teil der Streitigkeiten bilden, die vor den ordentlichen Gerichten ausgetragen werden. Da sie oft aus geringfügigen Kleinigkeiten herrühren, so ist es um so mehr zu begrüßen, wenn solche Stoffe vor dem Rechtsfriedensamte ihre Erledigung finden können.

Nun habe ich aber gegen den Namen Rechtsfriedensamt etwas einzuwenden. Ich weiß nicht, ob es den Herrschaften auch so gegangen ist wie mir, als sie die Vorlage über das Rechtsfriedensamt gelesen haben. Haben auch Sie an Wilson gedacht, der einen Rechtsfrieden haben wollte, aber damit in Verruf gekommen ist, denn es wird nicht das verwirklicht, was von ihm vorher in die Welt hinausposaunt worden ist? Außerdem ist es unpraktisch, einen solchen langen Titel für die Einrichtung einzuführen. Wenn sonst nicht erhebliche Gründe für diesen Namen sprechen, möchte ich vorschlagen, die Einrichtung einfach „Einigungsamt“ zu benennen. Wenngleich auch davon die Rede ist, daß dieses Amt als Schiedsgericht fungieren soll, so kann ich nicht anerkennen, daß das gegen den Namen Einigungsamt spricht, denn das Mieteinigungsamt ist auch imstande, Entscheidungen zu fällen — es ist dazu berechtigt durch die Verordnung des Bundesrats, und ich sehe nicht ein, welcher Unterschied zwischen den beiden Einrichtungen in dieser Hinsicht bestehen sollte. Der Name Einigungsamt ist umfassend; für alle Zwistigkeiten will es zuerst eine Einigung versuchen und nach dem Vorgehen des Mieteinigungsamtes erst nach einem solchen vergeblichen Versuch zu einer Entscheidung gelangen. Ich kann auch nicht annehmen, daß gegen den von mir vorgeschlagenen Namen ein schon bestehender Brauch spricht oder das Bestreben, solche Ämter unbedingt unter dem Namen Rechtsfriedensamt in ganz Deutschland einzuführen. Wenn wir einsehen, daß der Name nicht angebracht ist, können wir uns also auch für einen anderen entscheiden.

Stadtv. **Meyerhoff:** Herrn Frede gegenüber muß ich hervorheben, daß in der Schrift des Bürgermeisters Dr. Luppe (Frankfurt am Main) auch der Name Rechtsfriedensamt gebraucht ist. Der Aufruf in dem Hefte fängt mit folgenden Worten an: „Das Rechtsfriedensamt will drohenden Rechtsstreitigkeiten vorbeugen und vorhandene Streitigkeiten glatt und endgültig in einer möglichst beide Teile befriedigenden Weise erledigen.“ Also das Rechtsfriedens-

amt bezieht sich auf das Rechtswejen und davon ist immer die Rede. Wenn Herr Frede die Schrift gelesen hätte, würde er auch der Meinung sein, daß es sich um eine ganz andere Sache handelt als bei dem Wilsonfrieden.

Oberamtsrichter Meyer: Meine Damen und Herren! Der Name Rechtsfriedensamt ist tatsächlich der Schrift des Bürgermeisters Dr. Luppe entnommen, wie schon Herr Meyerhoff angedeutet hat, und dieser Name wird wahrscheinlich ein allgemeiner werden, weil die Deutsche Gesellschaft für soziales Recht sich die Einrichtung von Rechtsfriedensämtern zur Aufgabe gemacht hat. Ich finde nicht, daß der Name häßlich ist, oder daß insbesondere mit ihm der häßliche Gedanke an den Frieden, der uns auferlegt werden soll, verbunden ist. Ich glaube vielmehr, man kann den Namen so auffassen: Rechtsfriedensamt ist eine Stelle, die dem Rechtsfrieden unter der Einwohnerchaft der Stadt Braunschweig dienen soll. Jedenfalls ist die Sache so gemeint. Im übrigen, meine Damen und Herren, Name ist Rauch und Schall; auf den Namen kommt es nicht an. Wenn die verehrten Herrschaften Wert darauf legen, die Einrichtung als Einigungsamt zu bezeichnen, so wird der Magistrat nichts dagegen einzuwenden haben.

Stadtv. Frede: Ich wollte nur Herrn Meyerhoff erwidern. Aus dem Gemurmel der Versammlung habe ich entnommen, daß der geehrten Versammlung der Unterschied zwischen Wilson-Frieden und Rechtsfrieden einigermaßen klar geworden ist; dieser Unterschied brauchte wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Daß die Einrichtung sich mit Rechtsfragen befaßt, ist auch selbstverständlich. Ich habe aus dem, was Herr Meyerhoff gesagt hat, nichts entnehmen können, was gegen das spricht, was ich vorgebracht habe. Daß derjenige, der den Gedanken zuerst ausgesprochen hat, diesen Namen als passend gefunden hat, ist kein Grund dafür, ihn zu akzeptieren. Ich möchte den Antrag stellen, die neue Einrichtung Einigungsamt zu nennen. Der Name bezeichnet das erstrebenswerte Ziel, und es ist für diesen Namen eine gute Vorbereitung durch das Miteinigungsamt geschehen. Die Bevölkerung weiß, was damit gemeint ist, und wird, sofern sie auf Einigungsverhandlungen Wert legt, diese Benamung vorziehen.

Stadtv. Ginert: Sofern schon in anderen Städten eine ähnliche Einrichtung getroffen sein sollte, wäre ich dafür, daß wir uns bei der Benennung dem anschließen, wie dort das Einigungsamt benannt wird, damit ein gleichartiges Vorgehen geschieht. Sollte aber Braunschweig in dieser Sache vorbildlich vorgehen, dann könnten wir einen eigenen Namen wählen und darauf den andern überlassen, sich uns anzuschließen.

Oberamtsrichter Meyer: Ich kann dazu bemerken, daß es städtische Rechtsfriedensämter und auch Einigungsämter gibt.

Stadtv. Meyerhoff: Die Herrschaften mögen sich die Satzungen ansehen, im 1., 2., 3. und 4. Paragraphen ist von Rechtsstreitigkeiten und Rechtsprechung die Rede. Warum soll das Wort „Recht“ im Namen dieses Amtes wegbleiben?

In der Abstimmung entscheidet sich die Versammlung zunächst für Errichtung solcher Ämter, sodann stimmt sie dem Namen „Rechtsfriedensamt“ zu.

Stadtv. Meyerhoff (verliest § 1): Der Rechtsausschuß hat keine Veränderungen vorgeschlagen.

Vorsitzender: Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem vorgeschlagenen Wortlaut des zur Besprechung stehenden Paragraphen an.

Stadtv. Dr. Wolters: Zur Abkürzung des Verfahrens möchte ich vorschlagen, die einzelnen Paragraphen nicht zu verlesen, sondern nur aufzurufen, da der Inhalt den Herrschaften ja bekannt ist.

Stadtv. Genzen (zu § 2): Der Zweck des Rechtsfriedensamtes soll der sein, möglichst ohne Kosten und schnell jemand zu seinem Rechte zu verhelfen. Ich habe schon in der Kommissionsitzung darauf aufmerksam gemacht, daß man, um die Leute schnell zu ihrem Rechte kommen zu lassen, Juristen als Vertreter der einzelnen Parteien ausschließen muß. Darüber hat sich in der Kommission schon eine längere Diskussion entsponnen, da die Mitglieder der Kommission geteilter Meinung waren. Es heißt in § 2: „Das Rechtsfriedensamt kann sich der Mitarbeit gemeinnütziger oder Berufsorganisationen (Güteeinrichtungen der Handels- und Handwerkskammern usw.) oder solcher Privatpersonen bedienen, welche sich ihm zur Verfügung stellen.“ Dort beantrage ich, einzuschalten: „Die geschäftsmäßige Vertretung der Parteien ist ausgeschlossen.“ Es wurde von Mitgliedern der Kommission behauptet, daß es doch im Interesse der Parteien liegen könnte, wenn sie einen Anwalt zu Rate ziehen könnten; es bliebe dabei jedem doch die Freiheit, es zu machen, wie er wollte. Tatsache ist aber doch: Wenn die eine Partei sich einen Anwalt nimmt, so ist auch die andere dadurch gezwungen, dasselbe zu tun, und wir wissen, daß die Anwälte es meisterhaft verstehen, einen Prozeß in die Länge zu ziehen. Mir ist bekannt, daß ein Anwalt wegen eines schönen Bierabends, den er hinter sich hatte, nicht zum Termin erschien, daß deshalb die Verhandlung ausgesetzt werden mußte, und die Gegenpartei hatte dadurch Laufereien und Scherereien. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es angebracht ist, um das unnötige Hinausziehen

der Prozesse zu verhindern, und vor allen Dingen, um die Sache zu verbilligen, die Rechtsanwälte als geschäftsmäßige Vertreter auszuschließen. Ich möchte beantragen, dies in § 2 hineinzunehmen.

Stadtv. Dr. Wolters: Dieser Punkt hat bei der Beratung des Rechtsausschusses eine große Rolle gespielt. Man muß dem Herrn Vorredner zugeben, daß er mit seinem Gedanken in vieler Beziehung recht hat. Der Rechtsausschuß hat auch anerkannt, daß man in gewisser Beziehung so denken kann, aber es stehen diesen Erwägungen doch andere entgegen, die den Ausschlag nach der anderen Seite gegeben haben, und das sind folgende: Es ist nicht jeder in der Lage, einen etwas schwierigen Stoff in richtiger Form vorzutragen. Das ist absolut kein Vorwurf; wer plötzlich in die Lage kommt, vor einem solchen Amte auftreten zu müssen, ist nicht immer dazu in der Lage, seine Sache gut zu vertreten. Dann kommt hinzu der etwaige Zeitverlust, auch der Fall, daß auswärtige Wohnende vor dem Rechtsfriedensamte erscheinen sollen.

Der wichtigste Grund ist, daß diese Gerichtsbarkeit kein Zwangsgericht ist, sondern ein von den Parteien freiwillig ausgesuchtes Gericht. Wenn jemand den Wunsch und Willen hat, nicht persönlich vor einem solchen Gerichte aufzutreten, sondern meint, er stehe sich besser, wenn er einen Vertreter nimmt, so kann er erklären: „Ich erscheine nicht vor dem Schiedsgerichte“, und in diesem Augenblicke käme der Zweck des Einigungsamtes in Fortfall, so daß die Parteien das ordentliche Gericht aufsuchen müßten. Durch die einfache Erklärung: „Ich erscheine nicht — ich habe keine Zeit — der Stoff ist mir zu schwierig — ich befaße mich mit solchen Sachen nicht“, hat die Partei es in der Hand, den Gegner auf das ordentliche Gericht zu verweisen. Damit wäre der Zweck des Rechtsfriedensamtes aufgehoben, und dieser letzte Punkt hat für den Rechtsausschuß den Ausschlag gegeben.

Es ist auch zu erwägen, was in zweiter und dritter Linie erst in Betracht kommt: Es ist bei schwierigen Stoffen die Leitung der Verhandlungen leichter, wenn von rechtskundiger Seite der Sachverhalt vorgetragen wird, der ganze Verlauf der Verhandlungen geht dann schneller und besser im Interesse der Parteien vor sich.

Alle diese Gründe haben den Rechtsausschuß bewogen, der Zulassung von Rechtsanwälten zuzustimmen.

Bezüglich der Kosten ist zu erwähnen: Über die Kostenverteilung soll das Schiedsgericht als solches urteilen können. Nach der Vorlage soll das Schiedsgericht unter Umständen in der Lage sein, der obliegenden Partei ihre eigenen Kosten zu belassen; die Verteilung der Kosten steht ganz in den Händen des Schiedsgerichts. Es kann also nicht der Geldpunkt gegen den Vorschlag geltend

gemacht werden, sondern es kann dem Urteil des Schiedsgerichts überlassen bleiben, wie die Vertretungskosten durch den Anwalt zuditiert oder abgenommen werden. Auch ich stand erst auf dem Standpunkte des Herrn Genzen, aber alle diese Gründe haben doch für die Mehrheit und auch für mich den Ausschlag gegeben, so daß die Zulassung der Rechtsanwälte einstimmig mit Ausnahme des Herrn Genzen von der Kommission angenommen ist.

Stadtv. Stegmann: Ich möchte die Ansicht meines Freundes Genzen unterstützen. Ich kann wirklich nicht einsehen, warum bei einer solchen einfachen Einrichtung zugelassen werden soll, daß Rechtsanwälte dabei auftreten. Die Einrichtung des Mieteinigungsamtes hat bewiesen, daß es sehr gut ohne sie geht. Ich kann mir nicht denken, daß der gewöhnliche Mann bei solch einfachen Dingen, die vor dem Rechtsfriedensamte verhandelt werden sollen, seine Sache nicht vortragen könnte. Die Verhandlungen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten haben bewiesen, daß die Leute sehr wohl dazu in der Lage sind. Ich verstehe auch nicht, was Herr Dr. Wolters meint, wenn er erklärt: Wenn eine Partei sich weigert, zu erscheinen, so käme der Segen der Einrichtung in Fortfall. Ich kann mir nicht denken, daß bei einer solchen Einrichtung, die gebührenfrei sein muß — wir werden das beantragen —, jemand sagen könnte, er wolle bei einer Streitigkeit nicht vor das Rechtsfriedensamt, sondern lieber vor das ordentliche Gericht gehen. Das gibt es einfach nicht. Jedermann wird dahin gehen, wo ihm diese günstige Gelegenheit geboten wird, und jeder ist auch in der Lage, seine eigene Sache zu vertreten. Was er nicht kunstvollendet herausbringen kann, das wird vom Vorsitzenden schon durch Fragen herausgeholt werden können. Wenn erst wieder Rechtsanwälte zugelassen werden, dann trifft zu, was Herr Genzen gesagt hat: Nimmt die eine Partei einen Rechtsanwalt, so ist die andere gezwungen, ebenfalls einen solchen anzunehmen. Dadurch würden unnütze Kosten hervorgerufen, und mancher wird sagen: Dann kann ich auch gleich vor das ordentliche Gericht, vor das Amtsgericht gehen, und dadurch würde man den Segen des Rechtsfriedensamtes in Frage stellen. Ich bitte dem Antrage zuzustimmen, Rechtsanwälte nicht zuzulassen.

Stadtv. Genzen: Der größte Teil dessen, was ich zu sagen hatte, ist schon von Herrn Stegmann vorgebracht.

Stadtv. Tostmann: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich dem Vorschlage meines Freundes Genzen anschließen. Es handelt sich bei den Sachen, die vor dem Rechtsfriedensamte ausgedacht werden sollen, doch hauptsächlich um Prozesse, die nicht sehr schwerwiegend sind, mithin ist es völlig zwecklos, daß eine

Vertretung durch einen Rechtsanwalt verlangt wird. Es kommt hinzu, daß besser situierte Leute in der Lage wären, sich einen Rechtsanwalt zu nehmen, und dem Ärmeren auf Grund seiner finanziellen Verhältnisse es nicht möglich wäre, sich des Beistandes eines Rechtsanwaltes zu versichern. Infolgedessen würde der letztere, der keinen Rechtsanwalt hat, sehr leicht der Dumme sein. Ich bin der Ansicht, daß diese Art Streitigkeiten ganz gut ohne Beihilfe eines Rechtsanwaltes erledigt werden können. Es ist schon das Beispiel des Mieteinigungsamtes hier vorgeführt, und ich kann aus meinen Erfahrungen berichten, daß dort die Parteien sehr gut ohne Rechtsanwalt ihre Sachen haben vortragen können, und zwar von beiden Seiten aus. Eine Schwierigkeit in dieser Hinsicht, wie es Herr Dr. Wolters meint, wird also wohl nicht vorliegen. Ich möchte bitten, daß bestimmt wird, daß Rechtsanwälte nicht zugelassen werden.

Stadtv. Frede: Wir haben im Mieteinigungsamte Fälle gehabt, wo wir es für überflüssig erachteten, daß Rechtsanwälte zugegen waren, wir haben auch Fälle gehabt, in denen ein Rechtsanwalt als Vertreter einer Partei erschien und ein anderer Termin anberaumt werden mußte, weil der Rechtsanwalt nicht in der Lage war, Auskunft auf Fragen zu geben, die die Beisitzer aus ihrer Praxis heraus stellten, denn er war nicht hinreichend orientiert. Deshalb könnte man wohl Herrn Tostmann zustimmen. Es sind aber auch Fälle vorgekommen, wo die Weiterschweifigkeit in der Darstellung seitens der Parteien unterblieb durch die Prägnanz der Darstellung der Rechtsanwälte, die sofort das Wesentliche, worauf es dem Richter ankam, herauskühlten, und wo deshalb die Entscheidung, weil der Stoff klarer vorgetragen war, schnell erfolgen konnte. Wir haben auch Fälle gehabt, wo es sehr wünschenswert war, daß die Partei durch einen Rechtsanwalt vertreten war, weil der Vermieter oder Mieter schwerhörig war. Solche Leute haben allerdings wohl auch Mitglieder ihrer Familie mitgebracht und sich dadurch verständigt, aber ein Rechtsanwalt konnte die Sache doch besser beherrschen. Wenn jemand verhindert ist, selbst zu kommen — solche Fälle müssen wir als möglich ansehen und mit ihnen rechnen —, und hat einen Rechtsanwalt bestellt, dann braucht der Termin nicht noch einmal anberaumt zu werden. Es muß freigelassen werden, daß eine Partei, die z. B. auf Reisen ist, die Möglichkeit hat, sich in dem Termin vertreten zu lassen. Im allgemeinen kann ich sagen, daß ich lieber mit der Partei selbst verkehre als mit der Vertretung durch den Rechtsanwalt, aber wie ich schon angeführt habe, gibt es auch Fälle, in denen es wünschenswert ist, jedenfalls nicht lästig empfunden wird, und in denen es vorteilhaft für die schnellere Abwicklung des Geschäftes sein kann, daß ein Rechtsanwalt als Vertreter da ist.

Ein Punkt gibt zu denken: Die Herren sagen: Wenn die eine Partei sich durch einen Rechtsanwalt vertreten läßt und die andere durch ihre Bedürftigkeit verhindert ist, sich einen Rechtsbeistand zu halten, dann ist die erstere gegenüber der letzteren im Vorteil. Das möchte ich bestreiten, denn wir haben — wie ich schon anführte — oft es unliebsam empfunden, wenn die eine Partei nicht selbst zugegen war, daß der Rechtsanwalt nicht in allen Fällen das persönliche Auftreten seiner Partei ersetzen kann. Wenn die Herren ferner sagen: Es sind durchweg sehr einfache Stoffe, die zur Verhandlung kommen, dann können wir andererseits nicht sagen, daß die Partei, die den Rechtsanwalt bezahlen kann, ohne weiteres der anderen überlegen ist. Wenn der Stoff so einfach ist, so kann die Partei ihn selbst bewältigen, und es braucht nicht der juristischen Fertigkeiten und Kniffe, um zum Obsiegen zu kommen. Im allgemeinen können wir also recht gut mit den Parteien selbst verhandeln, aber wir dürfen den Parteien nicht den Weg verschließen, sich vertreten zu lassen. Eine Schädigung derjenigen Partei, die keinen Rechtsanwalt nehmen kann, tritt dadurch nicht ein, das ist sicher. Wir müssen die Möglichkeit offen lassen, daß die Parteien einen Rechtsanwalt zuziehen, und dürfen nicht das direkte Verbot aussprechen, was durch Annahme des Antrages Genzen eintreten würde.

Stadtv. Marschner: Ich wollte einen Vermittlungsvorschlag machen: Wir stimmen zu, daß Rechtsanwälte zugelassen werden sollen, die Kosten für diese dürfen jedoch nicht der Gegenseite auferlegt werden.

Damit würde die Zuziehung der Rechtsanwälte in gewisser Weise beschränkt.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Da es sich hier um eine gemeinnützige Einrichtung handelt und wir in den verschiedensten Rechtsfragen in den Kommunalverbänden derartige Einrichtungen haben, so bin ich dafür, und auch meine Fraktion mit mir, daß hier die Rechtsanwälte unter allen Umständen auszuschalten sind. Alle die Gründe, die für Zulassung der Rechtsanwälte vorgebracht werden, liegen meiner Ansicht nach auf ganz anderer Seite. Ich bin dafür, daß wir daran festhalten, daß eine derartige gemeinnützige Einrichtung nicht durch einen Ballast beschwert wird, der zweifellos eine brauchbare Durchführung des Gedankens des Rechtsfriedensamts sehr schwierig gestalten würde. Bei der Einfachheit und Klarheit der meisten Fälle werden wir ohne weiteres durch das Nichtvorhandensein eines Rechtsanwalts zu schnellerer Erledigung der Fälle kommen. Wir müssen vermeiden, daß alle möglichen Rechtsgrundsätze aufgetrieben werden, die andere Termine notwendig machen, und so bin ich der Meinung, daß die Einigung schneller zustande kommen wird als bei Zuziehung eines Rechtsbeistandes. Deshalb möchte ich bitten, die Bestimmung, die von Herrn

Genzen beantragt wird, und die er schon im Rechtsausschuß zur Geltung gebracht hat, anzunehmen.

Oberbürgermeister **Reitemeyer**: Herr Schille meinte eben, den Rechtsbeistand sollte man ausschließen. Ich mache darauf aufmerksam, daß man dann auch die gewerbsmäßigen Rechtskonsulenten ausschließen müßte. (Sehr richtig!)

Stadtv. **Genzen**: Ich kann dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß ich in meinem Antrage gesagt habe „geschäftsmäßige Vertretung“, und damit sind nicht nur die Rechtsanwälte, sondern auch die Rechtskonsulenten gemeint. Früher wurden wir damit bezeichnet, und ich habe vor dem Gewerbegericht manchen harten Strauß deswegen bestehen müssen, indem gesagt wurde: „Du bist ein Angestellter und geschäftsmäßiger Vertreter deiner Partei.“ In diesem engen Sinne braucht man die Bestimmung aber nach der Revolution nicht mehr auszu-legen.

Die Gründe des Herrn Frede und des Herrn Dr. Wolters halte ich nicht für stichhaltig. Wir haben hinter uns die Erfahrungen aus den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, in denen Herr Oberamtsrichter Meyer und Herr Stadtrat Wagner langjährige Leiter waren. Ich möchte fragen, ob irgendwelche Mißhelligkeiten dadurch entstanden sind, daß dort keine Rechtsanwälte zugelassen sind. Auch die beiden Herren werden sagen: Solche Mängel sind nicht hervor- getreten, und gerade aus den Gründen, die Herr Schille anführte, möchte ich bitten, meinem Antrage zuzustimmen. Die Praxis hat gezeigt, daß es ohne Rechtsanwälte geht.

Stadtrat **Wagner**: Meine Herrschaften! Bei dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht ist der Ausschluß von Personen, die geschäftsmäßig vor Behörden verhandeln, gesetzlich vorgeschrieben, so daß der Vorsitzende sie nicht zulassen darf. Nun ist zuzugeben, daß vor dem Gewerbegericht, wo es sich meist um einen einfachen Tatbestand handelt, die Abwesenheit der Rechtsanwälte niemals ungünstig in Erscheinung getreten ist. Für die Kaufmannsgerichte möchte ich das nicht ohne weiteres zugeben. Da waren die Tatbestände zum Teil schon so kompliziert, daß unter Umständen es dem leitenden Richter ganz erwünscht gewesen wäre, wenn von rechtskundiger Seite das Material hätte verarbeitet werden können. Aber ich gebe zu, es ging auch so, und ich hätte nicht gewünscht, daß beim Kaufmannsgerichte in dieser Hinsicht Änderungen eingetreten wären. Ob bei einem solchen Einigungsamte, wie es jetzt eingerichtet werden soll, das ausgedehntere Aufgaben hat und unter Umständen größere Sachen, z. B. Erbschaftsfragen, zur Erledigung bringen soll, der Ausschluß von geschäftsmäßigen Vertretern richtig

ist, scheint mir zweifelhaft. Ich befürchte, man wird damit dem Leiter des Rechtsfriedensamtes doch die Hände binden.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ich gebe ohne weiteres zu: Wenn einer der Gründe, die Herr Tostmann für seine Ansicht anführte, zutreffend wäre, dann würde ich mich ihm anschließen. Er sagte, daß die Partei, die keinen Anwalt bezahlen kann, dann in eine böse Lage kommen würde, wenn die gegnerische Partei durch einen Anwalt vertreten ist, und daß ihr infolgedessen unter Umständen auch die Kosten auferlegt werden können. Meine Herrschaften, es ist die Auferlegung der Kosten nur im Schiedsgerichtsverfahren möglich, nicht aber bei den Einigungsverhandlungen. Ich darf verweisen auf die Bestimmung im § 11, wo es heißt: „Zahlungspflichtig ist der Antragsteller. Im Schiedsgerichtsverfahren entscheidet das Schiedsgericht über die Kostenpflicht und die Erstattungsfähigkeit der den Parteien erwachsenen baren Auslagen.“

Ich möchte in Erwägung meiner früheren Ausführungen noch vortragen, daß gerade in den Fällen, die Herr Tostmann im Auge hat, das Schiedsgericht es in der Hand hat, die Kosten der vertretenen Partei ihr selber zu belassen, unter Umständen aber, wenn der Fall so faustdick liegt, zu bestimmen, daß der unterliegende Teil die Kosten bezahlen muß. Dann ist es auch keine Sache, die Kosten des Rechtsanwalts mit zu tragen. In normalen Fällen kann eine Partei, die keinen Anwalt hat, nicht allein dadurch in eine böse Lage hineinkommen, denn das Schiedsgericht ist in der Lage, zu sagen: „Hier war eine Vertretung durch einen Anwalt unnötig“, oder zu sagen: „Sie war zweckmäßig oder notwendig.“ Das Schiedsgericht hat es also nachher in der Hand, die Kostenverteilungsfrage nach diesen Gesichtspunkten richtig anzufassen. Ich muß daher meine Zustimmung zu dem Antrage Genzen verweigern. Ich kann nicht anerkennen, daß eine Partei dadurch in eine schwierige Lage kommt, daß die andere Partei durch einen Anwalt vertreten ist, und kann nur wiederholen, was ich anfangs schon sagte: Es handelt sich meist um eine Beschleunigung des Verfahrens, wenn ein Anwalt zugelassen wird.

Stadtv. **Stegmann**: Über die Frage, ob die Rechtsanwälte zugelassen werden sollen, braucht wohl kein Wort mehr gesagt zu werden; sie ist genug besprochen worden. Der Antrag Genzen lautet, daß die geschäftsmäßige Vertretung der Parteien ausgeschlossen sein soll. Ich möchte aber nicht die Meinung aufkommen lassen, daß damit ausgesprochen werden soll, daß überhaupt keine Vertretung einer Partei möglich ist. Von Herrn Frede ist schon angeführt, daß dies geschehen müsse, wenn jemand verreist oder sonst verhindert ist. Dann muß der Betreffende selbstverständlich seinen Freund oder einen Bekannten beauftragen können, ihn

zu vertreten, denn das ist kein geschäftsmäßiger Vertreter, und das müßte besonders hervorgehoben werden.

Stadt. Losmann: Herr Dr. Wolters scheint mich falsch verstanden zu haben. Ich habe mit meinen Worten nicht sagen wollen, daß bei der Kostenberechnung der betreffende, der keinen Anwalt genommen hat, der Dumme ist, sondern habe gemeint, daß der Rechtsanwalt, der eine Partei vertritt, alle juristischen Kniffe und Feinheiten anwenden wird, um seiner Partei zum Siege zu verhelfen, so daß derjenige, der nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten ist, gegenüber der anderen Partei im Hintergrunde steht. Wenn der Rechtsanwalt entgegen unserem Antrage doch zugelassen werden sollte, so würde ich beantragen, daß in diesen Fällen jede Partei ihre Kosten selber bezahlen soll.

Oberamtsrichter Meyer: Meine Damen und Herren! Es ist über diese Frage wirklich eingehend genug gesprochen, und Neues kann man dazu nicht mehr sagen. Ich möchte aber doch Herrn Losmann erwidern, daß es nicht schmeichelhaft für den Vorsitzenden des Rechtsfriedensamtes sein kann, wenn gesagt wird: „Läßt man den Anwalt zu und nur eine Partei nimmt einen solchen an, dann ist die andere Partei ohne weiteres der Dumme.“ Das zu hören muß für den Vorsitzenden des Amtes unangenehm sein, weil es selbstverständlich seine vornehmste Aufgabe sein muß, auch der Partei zu ihrem Rechte zu verhelfen, die nicht in der Lage ist, sich einen Rechtsanwalt zu nehmen. Ich bin überzeugt, daß es in der Praxis keine Schwierigkeiten machen wird, so zu verfahren. Als Leiter des Rechtsfriedensamtes werden sich schon geeignete Kräfte finden, die das Richtige treffen. Für mich kann eigentlich nur ein Gesichtspunkt bei der Sache in Frage kommen; das ist der, der von Herrn Dr. Wolters ausführlich behandelt ist, nämlich die Frage: Ist es den Rechtsanwälten möglich, die baldige Einrichtung und das segensreiche Wirken des Rechtsfriedensamtes zu erschweren? Ich muß anerkennen, daß doch sehr oft der Fall vorkommen kann, daß ein Anwalt seinem Klienten sagt: „Ich werde da nicht zugelassen; wenn Sie Wert darauf legen, daß ich Sie vertreten soll, dann müssen wir zum Amtsgerichte gehen,“ und das würde doch bedauerlich sein. Man wird als Leiter des Rechtsfriedensamtes lieber die Verhandlung mit dem Anwalt nicht fürchten, als daß von vornherein diese Fälle, die ich erwähnt habe, sofort an das ordentliche Gericht gehen. Ich glaube, daß es dem Leiter des Rechtsfriedensamtes, wenn er sonst einigermaßen geschickt und energisch in der Verhandlung ist, nicht schwer fallen wird, solchen Rechtsanwälten, die versuchen sollten, die Verhandlungen vom rein Tatsächlichen abzuziehen oder Verzögerungen herbeizuführen, mit Erfolg entgegenzutreten. In der Beziehung habe ich keine Sorge. Im ganzen ist diese Frage mehr eine Prinzipienfrage. Ich muß

zugeben, daß ich in meiner Tätigkeit als Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts niemals den Rechtsanwalt in den Verhandlungen vermißt habe; mir sind derartige Fälle noch nicht vorgekommen, wo es mir nicht möglich war, allein hindurchzusteigen. Aber man kann sich Fälle denken, in welchen die Rechtslage und Sachlage so schwierig und verwickelt ist, daß dem Vorsitzenden eine Hilfe von anderer Seite, die sich auch müht, Licht in das Dunkel zu bringen, nur angenehm sein kann. Ich möchte also jedenfalls nicht sagen, daß die Bedenken, die von jener Seite gegen die Zulassung der Rechtsanwälte geäußert sind, in der Praxis so erheblich sind, daß sie nicht überwunden werden könnten. Wenn man — wie gesagt — nicht lediglich aus einer gewissen Prinzipienreiterei die Frage in verneinendem Sinne beantworten will, kann man, wie ich glaube, die Rechtsanwälte ruhig zulassen.

Stadtv. Meyerhoff: Ich möchte fragen: Was ist ein gewerbsmäßiger Vertreter? Ich habe die Erfahrung gemacht, und gerade in der Berufsgenossenschaft, daß sich eine Kategorie von Ratgebern herausgebildet hat, die nicht als berufsmäßig anzusehen ist, die sich aber in die Materie hineingearbeitet hat und die Vertretungen übernimmt. So wird es auch an anderen Stellen sein. Wer soll ausgeschaltet werden, wenn es in dem Paragraphen heißt: berufsmäßige Vertreter? Es kann möglich sein, daß jemand Hilfe für seine Sache gebraucht und sich an einen anderen wendet, der das übernimmt. Kommt dieser dann mehrmals, ist er dann ein berufsmäßiger Vertreter? So leicht ist also die Frage nicht zu erledigen. Ich kann mich nur für die Regelung aussprechen, wie sie im Rechtsausschusse geschehen ist. Lassen Sie ruhig die Rechtsanwälte zu, eine Gefahr für das Rechtsfriedensamt bildet das nicht. Ich habe heute morgen am eigenen Leibe erfahren, daß das Eintreten des Rechtsanwalts nicht gefährdend wirken kann. Bei einer Sache im Mieteinigungsamt waren zwei Beißer tätig, und beide mußten jetzt vor das Amtsgericht, um auszusagen, was vor vier Monaten geschehen ist. Auf dem Amtsgerichte ist der Rechtsanwalt nicht ausgeschaltet, weshalb sollte er dann hier ausgeschaltet werden?

Stadtv. Einert: Meine Damen und Herren! Ich kann mich mit dem Antrage Genzen nur befremden, wenn darin gesagt würde: Es wird überhaupt keine Vertretung gestattet. Herrn Schilke möchte ich erwidern, daß ein Fraktionsbeschuß in der Richtung, wie er angeführt hat, nicht gefaßt ist; jedenfalls bin ich dabei nicht zugegen gewesen, und ich glaube kaum, daß bei dieser Sache von uns als Fraktion gesprochen werden kann. Ich möchte entweder gesagt wissen, daß überhaupt keine Vertreter zugelassen werden, oder daß Vertreter in jedem Falle zugelassen werden. In welcher Verlegenheit würde der Vorsitzende des Rechts-

friedensamtes kommen, wenn er erst feststellen muß, ob der Vertreter ein gewerbsmäßig tätiger ist oder nicht. Das würde jedenfalls zu vielen Mißhelligkeiten führen. Es könnte ja auch einmal jemand in die Lage kommen, einem befreundeten Rechtsanwalt die Vertretung zu übertragen, ohne daß ein Entgelt dafür genommen wird. Wie soll dann der Richter entscheiden?

Stadtv. Wahrenndorf: Aus den Ausführungen des Herrn Genzen habe ich entnommen, daß bestimmte Personen als Vertreter vor dem Rechtsfriedensamte nicht zugelassen werden sollen. Nun möchte ich um Aufklärung bitten, wie man über die Vertretung der Parteien durch die Parteisekretäre denkt. Jedenfalls müßte man vor der Abstimmung Klarheit darüber haben, was über eine solche Vertretung bestimmt wird.

Stadtv. Genzen: Das zu entscheiden, ob eine geschäftsmäßige Vertretung vorliegt, hat der Vorsitzende in der Hand. Eine geschäftsmäßige Vertretung der Parteien ist nach meinem Antrage ausgeschlossen.

Stadtv. Jahn: Mit dem Ausdruck geschäftsmäßige Vertretung ist wohl die gewerbsmäßige Vertretung gemeint. Eine geschäftsmäßige Vertretung kann auch dann vorhanden sein, wenn ein Vertreter austritt, der keine Löhnung für seine Vertretung nimmt; sobald eine gewerbsmäßige Vertretung stattfindet, wird sie auch bezahlt.

Stadtrat von Frankenberger: Ich darf darauf erwidern, daß nach der Reichsgesetzgebung der Ausdruck „geschäftsmäßig“ durchaus technisch ist. Es hat sich auf Grund dieses Sprachgebrauchs schon eine Rechtsprechung entwickelt, auf die man zurückgreifen kann, insbesondere ist anerkannt, daß Persönlichkeiten wie Arbeitersekretäre das Auftreten in diesem Sinne nicht geschäftsmäßig betreiben, während es bei Rechtsanwälten und ebenso bei Winkelfonsulenten als selbstverständlich gilt. Dieser Ausdruck „geschäftsmäßig“ kann also von der Versammlung ohne Bedenken gebraucht werden.

Für den Antrag Genzen stimmt die Mehrheit.

Vorsitzender: Die Einarbeitung dieses Passus in den Paragraphen überlassen wir wohl Herrn Oberamtsrichter Meyer, damit der deutschen Sprache nicht etwa durch unpassende Wortfügung Gewalt angetan wird.

§§ 3 und 4 ohne Besprechung.

Stadtv. Frede (zu § 5): Der § 5 müßte eigentlich in Verbindung mit § 7 betrachtet werden. Es ist in § 5 vom Güteverfahren die Rede und in § 7 vom Schiedsgericht. Bei dem Miteinigungsamte ist die Sache so, daß nach dem Vor-

trage der Angelegenheit unter allen Umständen eine Einigung versucht wird und erst, wenn eine solche nicht möglich ist, eine Entscheidung des Mieteinigungsamtes abgegeben wird. Das müßte auch hier möglich sein. Warum dies beides hier auseinandergehalten ist, weiß ich nicht — in der Kommissionsitzung bin ich nicht gewesen.

Nun die Hauptsache. Wenn Einigungsverhandlungen geführt werden sollen, dann kommt es sehr darauf an, daß Wege gebahnt werden, welche beide Parteien beschreiten können, und solche Wege anzugeben, ist nur möglich, wenn man in der Praxis steht und Gesichtspunkte anführen kann, an die die Parteien bisher noch nicht gedacht haben, denn sonst hätten sie ohne Anrufung des Einigungsamtes schon eine Einigung versuchen können. Ich will damit betonen, daß es sehr viel auf die praktische Erfahrung ankommt, wenn Erfolge bei Einigungsbemühungen erzielt werden sollen. Herr Tostmann wird mir darin beistimmen, und ich glaube, auch Herr Oberamtsrichter Meyer wird zugeben, daß von seiten der Beisitzer sehr häufig die Wege zu solchen Einigungen geebnet und erfreuliche Ergebnisse erzielt sind. Nun steht in § 5, daß der Leiter der Verhandlungen — der Leiter des Rechtsfriedensamtes oder sein Stellvertreter — geeignete Mitarbeiter heranziehen kann. Er kann es, er braucht es aber nicht. In § 7 steht: „Das Schiedsgericht entscheidet in der Zusammenetzung aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.“ Hier ist also eine Verpflichtung, daß zwei Beisitzer mit herangezogen werden. Ich möchte beantragen, daß auch bei der Einigungsverhandlung der Leiter unter Mitwirkung von zwei Beisitzern zu arbeiten hat. Die Fassung möchte ich so wählen, daß es statt: „Die Verhandlungen führt der Leiter des Rechtsfriedensamtes oder sein Stellvertreter. Sie können geeignete Mitarbeiter heranziehen“ heißt: „Die Verhandlungen führt der Leiter des Rechtsfriedensamtes oder sein Stellvertreter unter Mitwirkung von zwei Beisitzern.“ Es würde dann fortgefahren werden: „Weitere Personen können als Auskunftspersonen gehört werden.“ Unter „weiteren Personen“ verstehe ich Sachverständige, Zeugen usw.

Oberamtsrichter Meyer: Ich möchte bitten, diesen Antrag des Herrn Frede abzulehnen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil viele von den Einigungsverhandlungen tatsächlich schon in der Rechtsauskunftsstelle vorgenommen und erledigt werden. Herr Frede weiß genau, daß auch im Verfahren des Mieteinigungsamtes die Rechtsauskunftsstelle Einigungsversuche vornimmt und Vergleich erzielt. Und wenn wir nicht die ausdrückliche Vorschrift hätten, daß das Mieteinigungsamt jede Kündigung prüfen soll und eine Entscheidung darüber abgeben soll, so würden wir noch mehr Einigungs- und Vergleichsverhandlungen vor der Rechtsauskunftsstelle stattfinden lassen können. Es erscheint mir nicht

notwendig, daß die Einigungsverhandlungen immer vor vollbezettem Gerichte stattfinden sollen, sondern sie können sehr wohl, wie es beim Kaufmannsgerichte und sonst der Fall ist, vor dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter stattfinden. Wenn man noch andere Personen deswegen bemühen wollte, so würde das eine Verschwendung an Arbeitskräften bedeuten. Es genügt, daß der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter dann noch andere Personen mit heranzieht, wenn er sich sagt: Allein bringe ich den Vergleich nicht zustande. Ich bitte deshalb, die Sache ruhig so zu lassen, wie es in § 5 bestimmt ist. Der Vorsitzende wird, wenn er auf Schwierigkeiten hinsichtlich der Einigung stößt, sowieso niemals unterlassen, Zeisiger heranzuziehen, und das reicht aus.

Im übrigen möchte ich Herrn Frede darauf hinweisen, daß wir diese ganze Einrichtung des Güteversuchs nicht vergleichen dürfen mit einer Einrichtung, die, wie das Mieteinigungsamt, von vornherein darauf ausgeht, Recht zu sprechen, sondern es handelt sich um eine Stelle, die eine Einigung anstrebt, und erst dann, wenn die Einigung zustande zu bringen nicht möglich ist, die Parteien veranlaßt, sich einverstanden zu erklären, daß seitens dieser Stelle ein Schiedsspruch abgegeben wird. Wir müssen das Verfahren in zwei Teile zerlegen: Zunächst die Einigungsverhandlung und dann auf Grund einer besonderen Vereinbarung die Tätigkeit des Schiedsgerichts. Ich bitte deshalb, sowohl in § 5 wie in § 7 die Sache so zu belassen, wie es von uns angeführt ist.

Der Antrag Frede wird abgelehnt.

Stadtv. **Stegmann** (zu § 6): Meine Damen und Herren! Ich habe beim Vorsitzenden den Antrag gestellt, daß § 11, der von den Gebühren spricht, gestrichen und durch einen kurzen Satz erledigt wird, in dem gesagt wird, daß die Benutzung des Rechtsfriedensamtes gebührenfrei ist. Da der § 6 sich auf diesen Paragraphen bezieht, so möchte ich beantragen, daß in der vorletzten Zeile hinter „unterwerfen“ die Worte „und daß das Schiedsgericht auch über die Kostenpflicht und über die Kostenerstattung entscheidet“ gestrichen werden. Es wird richtig sein, daß § 11 jetzt gleich mit zur Verhandlung gestellt wird, oder daß die Verhandlung über § 6 zurückgestellt ist, bis § 11 beraten ist.

Die Behandlung des § 6 wird dem eben gemachten Vorschlag entsprechend zurückgestellt.

§§ 7—10 ohne weitere Besprechung.

Vorsitzender: Zu § 11 hat Herr Stegmann den Antrag gestellt, ihn zu er-
setzen durch die Worte: „Die Benutzung des Rechtsfriedensamtes ist gebührenfrei.“

Stadtv. **Stegmann:** Es heißt im § 11: „Für die Erteilung von Rechtsauskunft werden Gebühren nicht erhoben. Ebenso werden Gebühren und Auslagen den Parteien bei Einigungsverhandlungen und im Schiedsgerichtsverfahren nicht berechnet, wenn ein Vergleich geschlossen wird. Im übrigen betragen die Gebühren im Höchstbetrage die Hälfte der im Vergleichsfalle vor den ordentlichen Gerichten erwachsenden Gebühr. Die Höhe der Gebühren und Auslagen wird vom Leiter des Rechtsfriedensamtes, im Schiedsgerichtsverfahren vom Schiedsgerichte festgesetzt.“ Ich kann nicht einsehen, daß man zu einem Teile die Benutzung des Rechtsfriedensamtes gebührenfrei läßt, im anderen Falle aber Gebühren erhoben werden. Der letzte Passus sagt wieder: „Der Leiter des Rechtsfriedensamtes ist befugt, auf Antrag Gebühren und Auslagen des Rechtsfriedensamtes niederzuschlagen oder zu ermäßigen, wenn ein Minderbemittelter die Kosten zu tragen hat.“ Ich meine, wenn nun noch solche Ausnahmen von einem Teile der Gebührenerhebung zulässig sind, so sollte man ganze Arbeit machen und vollständige Gebührenfreiheit einführen. Es handelt sich um eine soziale Einrichtung, die namentlich den Minderbegüterten zugute kommen soll. Dann soll man aber, entsprechend der Einrichtung des Mieteinigungsamtes, auch die Benutzung dieser neuen Einrichtung gebührenfrei lassen. Es kommt noch hinzu, daß eine Anzahl der Fälle, die bisher vom Mieteinigungsamte behandelt sind, für diese Stelle in Wegfall kommen, und daß dann dieser Teil der Fälle vor dem Rechtsfriedensamte zur Entscheidung kommt. Es liegt deshalb ein doppelter Grund vor, die Benutzung des Rechtsfriedensamtes gebührenfrei zu lassen. Deshalb bitte ich, meinen Antrag zu § 11 anzunehmen und dementsprechend auch die betreffenden Worte in § 6 zu streichen.

Oberamtsrichter **Meyer:** Meine Damen und Herren! Man kann natürlich darüber streiten, ob es zweckmäßig ist, die Gebühren vollständig in Fortfall kommen zu lassen. Man muß sich aber doch vergegenwärtigen, daß die Auslagen für das Rechtsfriedensamt ganz erheblich sein werden. Wenn wir uns den Fall denken, daß in einem schwierigen Prozesse eine größere Zahl von Sachverständigen vernommen wird und eine Einigung nicht zustande kommt, obwohl das Rechtsfriedensamt alles dafür vorbereitet hat, daß — aus Schikane will ich nicht sagen — aber aus irgend welchem Troß von einer Partei verlangt wird, es soll ein Schiedsspruch gefällt werden, so ist meiner Ansicht nach nichts dagegen einzuwenden, einer solchen Partei einen Teil der großen Kosten aufzuerlegen. Es liegt insbesondere kein Grund vor, bemittelten Einwohnern der Stadt diese Tätigkeit des Rechtsfriedensamtes ganz unentgeltlich zukommen zu lassen. Wenn die Sache so angesehen wird, wie von Herrn Stegmann, dann müßten wir eigentlich auch in der Rechtsauskunftsstelle keinen Unterschied zwischen Auskünften an

Minderbemittelte und Bemittelte machen und die Rechtsauskunft allgemein unentgeltlich erteilen. Das würde aber über den Rahmen, den wir uns setzen müssen, hinausgehen. Wir können unmöglich die ganze Tätigkeit der Rechtsanwälte ins Rathaus verlegen und unentgeltlich ausüben. Andererseits würde es nicht konsequent sein, wenn wir sagen wollten: Die Rechtsauskunft wird nur Minderbemittelten gewährt, im übrigen steht die Tätigkeit des Rechtsfriedensamtes jedem Einwohner kostenfrei zur Verfügung.

Der von uns vorgeschlagene Weg aber ist gangbar und trägt allen Bedürfnissen Rechnung, indem wir sagen: Es soll für Rechtsauskunft keine Gebühr erhoben werden, ebenso auch nicht für die Einigungsverhandlungen, wenn ein Vergleich geschlossen wird, einerlei, ob Kosten entstanden sind oder nicht. Diese Vorschrift lehnt sich an die für die Kaufmannsgerichte an, in denen auch gesagt wird, daß keine Gebühren erhoben werden, wenn ein Vergleich geschlossen wird. Das hat zweifellos viel für sich, denn die Parteien werden, wenn sie zweifelhaft sind, ob sie sich verständigen sollen, wenn sie sich insbesondere darüber streiten, wer die Kosten des Verfahrens tragen soll, sehr viel leichter zu einem Vergleich kommen, wenn man ihnen sagen kann: Bei einem Vergleiche braucht ihr keine Kosten zu tragen. Diesen Fall erstreben wir als Regelfall, so daß die Kostenerhebung nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen würde in ähnlicher Weise, wie wir es beim Mieteinigungsamte haben, wo auch das Amt im Einzelfalle die Kosten auferlegen kann, aber bisher Gebrauch von dieser Befugnis nicht gemacht ist. Auf Grund des letzten Absatzes dieses § 11 können wir die Kosten erlassen, wenn wir sehen, daß wirklich ein Minderbemittelter, der sie nicht tragen kann, davon betroffen wird. Damit haben wir doch alle Härten, die entstehen können, aus dem Wege geräumt.

Stadtv. Reißner: Meine Damen und Herren! Ich bin durchaus dafür, daß das Verfahren vor dem Rechtsfriedensamt für alle Personen im allgemeinen frei ist, möchte mir aber doch den Vermittlungsvorschlag erlauben, daß die Auslagen für Sachverständige von den Parteien zu tragen sind.

Stadtv. Genzen: Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die Rechtspflege unentgeltlich sein soll. Es wird Ihnen allen bekannt sein, daß dies einer der Sätze des Erfurter Programms ist. Wir sind der Ansicht, daß in einem Rechtsstaat das Volk unentgeltlich zu seinem Rechte kommen muß, und es dürfte dabei kein Unterschied gemacht werden, ob ein Minderbemittelter oder ein Bessersituierter dabei in Frage kommt. Ich meine auch, daß in den Fällen, die vor das Rechtsfriedensamt gebracht werden, nicht ungewöhnlich hohe Kosten entstehen werden, denn wenn es sich beispielsweise um eine Erbschaft von einer halben

Million handelt, so werden die Beteiligten sowieso vor das ordentliche Gericht gehen. Ich bin im übrigen mit dem Vorschlage des Herrn Reißner einverstanden — auch meine Parteifreunde, mit denen ich darüber gesprochen habe, würden dem zustimmen —, daß wir event. sagen könnten, daß die Auslagen, die für Sachverständige entstehen werden, von den Parteien getragen werden müßten. (Zuruf: Zeugengebühren.) Nun, das wäre schon etwas sehr weitgehend.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Herr Genzen hält es für die Aufgabe des *S t a a t e s*, die Rechtspflege unentgeltlich zu gewähren. Dem mag man zustimmen, aber es folgt daraus nicht, daß die *G e m e i n d e* die Kosten der Rechtspflege tragen soll. Wenn Herr Genzen also die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege wünscht, so müßte er sich an den Staat wenden. Es ist ja eine schöne Idee, tunlichst alle nützlichen Einrichtungen aus allgemeinen Mitteln zu bezahlen, aber die Leistungsfähigkeit der Gemeinde hat ihre Grenzen. Im allgemeinen muß derjenige, der für sich arbeiten läßt, auch für die Kosten aufkommen. Laß die Leute sich vertragen, dann brauchen sie das Einigungsamt nicht! (Heiterkeit und „Sehr richtig!“) Nehmen Sie den eben gemachten Vermittlungsvorschlag an, dann wird vielleicht ein halb Schock Zeugen vorgeladen, und wenn nicht alle vernommen werden, dann wird gesagt: Es wird parteiisch geurteilt. Allein aus diesen Zeugengebühren kann eine erhebliche Summe von Kosten erwachsen, und auch sonst können alle möglichen anderen Kosten entstehen. Es handelt sich bei dem Rechtsfriedensamt doch um mehr als um ein Einigungsamt, wie es Herr Frede benennen wollte. Wenn wir nur ein Einigungsamt errichten wollten, dann könnte man sich auf den Standpunkt stellen: Das Amt untersucht die einzelne Sache nicht näher, sondern sucht ein Bild von der Sachlage zu gewinnen und macht darnach seine Vergleichsvorschläge. Hier liegt die Sache aber anders. Wenn die Einrichtung ihren Zweck erfüllen soll, dann kann es sehr leicht kommen, daß Lokaltermine abgehalten werden und Besichtigungen stattfinden müssen. Daraus entstehen unter Umständen sehr erhebliche Kosten, und diese alle der Gemeinde zur Last zu legen, ginge doch zu weit. Am liebsten wäre mir, wenn gesagt würde, daß der unterliegende Teil die baren Auslagen, die durch das Verfahren erwachsen sind, zu ersetzen hat. Auf eine Gebühr für die Ausarbeitung des Urteils wird dann verzichtet, aber die baren Auslagen auf die Stadtkasse zu nehmen, geht zu weit.

Stadtv. Munte: Was ich sagen wollte, hat im wesentlichen schon der Herr Oberbürgermeister ausgeführt. Ich wollte insbesondere auf die Zeugengebühren hinweisen. Wenn bei einem solchen Streit die Zeugen ein paar Male zum Rathaus kommen müssen, so werden sie sagen: Wir versäumen dadurch den Verdienst

in der Fabrik für vielleicht zwei Stunden, à Stunde 2,50 M, und müssen das liquidieren. Diese Kosten müßte der Unterliegende wohl bezahlen. Das sind Ausgaben, die durch Heranziehung dritter Personen erwachsen, nicht aber durch die Rechtspflege.

Stadtv. Stegmann: Ich halte es für verkehrt, irgendwelche Gebühren zu erheben. Herr Genzen hat schon angeführt, daß wir auf dem Standpunkte stehen, daß die ganze Rechtspflege unentgeltlich sein soll. Das ist allerdings eine Forderung, die sich nicht im Handumdrehen verwirklichen läßt; wenn wir aber eine neue Einrichtung bei uns in Braunschweig schaffen, dann sind wir verpflichtet, darnach zu streben, daß dieser Programmpunkt auf diesem kleinen Gebiete durchgeführt wird. Wenn schon nur für einen Teil der zur Verhandlung vor dem Rechtsfriedensamte kommenden Sachen Gebührenfreiheit zugestanden wird und nur für einen Teil Gebühren erhoben werden sollen, und davon wieder ein Teil erlassen werden kann, dann ist die Einnahme so minimal, daß sie kaum lohnend sein dürfte. Zeugengebühren zu erheben, ist bisher nach der Vorlage nicht vorgesehen, und ich kann dem nicht zustimmen, daß man das hineinbringen will. Ich bin auch nicht dafür, daß der Antrag Reißner angenommen wird, daß für die Tätigkeit der Sachverständigen Gebühren von den Parteien bezahlt werden sollen. Ich glaube, die in Frage kommenden Summen werden verhältnismäßig so gering sein, daß die Stadt sie wohl noch aufbringen kann. Wie die Kosten im allgemeinen unserer Ansicht nach aufgebracht werden müssen, das wissen Sie schon. Der Antrag auf Erhöhung der Einkommensteuer ist ja sowieso vom Magistrat schon eingebracht. Solche Ausnahmen zu machen, daß für die Tätigkeit des Rechtsfriedensamtes nur die Bemittelten bezahlen sollen und die Unbemittelten nicht, das ist nichts Halbes und nichts Ganzes, dem kann ich nicht zustimmen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen, daß die Benutzung des Rechtsfriedensamtes gebührenfrei ist.

Stadtv. Frede: Daß die Führung von Prozessen unter allen Umständen kostenlos sein soll, könnte ich nicht billigen, denn es gibt auch „Prozeß-Hanfel“, die sich mit niemand vertragen können und aus jeder Kleinigkeit einen Prozeß machen. Für die sollte die Allgemeinheit die Kosten tragen? Ich bin der Meinung, daß wir es so machen könnten, wie der Herr Oberbürgermeister sagt. Im letzten Absatz ist bestimmt, daß der Leiter des Rechtsfriedensamtes befugt sein soll, auf Antrag Gebühren und Ausgaben des Rechtsfriedensamtes niederzuschlagen oder zu ermäßigen, wenn ein Minderbemittelter die Kosten zu tragen hat. Wer ist „minderbemittelt“? Da bin ich der Meinung des Herrn Stegmann. Wo will man da die Grenze ziehen? Die gemachten Ausgaben müssen durch das Rechtsfriedensamt wieder eingefordert werden können, aber das Wort „Gebühren“

würde gestrichen werden können. Wird der Wortlaut so aufgefaßt, dann wird für den Richterspruch an sich nichts gezahlt und nur das ersetzt, was das Gericht ausgelegt hat. Ich beantrage also, das Wort „Gebühren“ zu streichen.

Oberamtsrichter Meyer: Ich wollte Herrn Stegmann darauf aufmerksam machen, daß die Zeugengebühren natürlich unter die „Auslagen“ fallen, und daß die Auslagen nach Absatz 2 des § 11 ersetzt werden sollen. Die Ausnahme hiervon tritt nur in dem Falle ein, daß ein Vergleich geschlossen wird. Wenn nach dem Antrage Frede beschlossen werden sollte, daß die Gebührenfreiheit eingeführt wird, daß man aber die Auslagen zurückzuerstatten verlangt, dann muß überlegt werden, ob die Auslagen auch zurückerstattet werden sollen, wenn ein Vergleich geschlossen wird, oder ob die Rückerstattung nur bei einem Schiedsspruch in Frage kommt. Darüber müßten sich die Herren äußern. (Zuruf: Nur beim Schiedsspruch!)

Stadtv. Marth: Ich bin der Meinung, daß bei einer Einigung Gebühren nicht erhoben werden, während beim Schiedsspruch Gebühren erhoben werden müssen.

Stadtv. Frede: Ich beantrage, daß die Fassung des letzten Absatzes des § 11 folgendermaßen gestaltet wird: „Der Leiter des Rechtsfriedensamtes ist befugt, auf Antrag die *A u s l a g e n* des Rechtsfriedensamtes niederzuschlagen oder zu ermäßigen.“ Das von mir eben Weggelassene wird gestrichen.

In der Abstimmung wird der Antrag Stegmann mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen.

Zuruf: Herr Stegmann meint, daß beides — Gebühren und Auslagen — frei sein sollen; das müßte erst noch klargestellt werden.

Vorsitzender: Nach der Begründung des Herrn Stegmann dürfte kein Zweifel bestehen, daß mit dem Antrage Stegmann vollständig kostenlose Rechtspflege durch das Rechtsfriedensamt erzielt werden soll, und dieser Antrag ist angenommen.

Nach diesem Beschlusse ergibt es sich als selbstverständlich, daß im § 6 der letzte halbe Satz zu streichen ist. Wenn sonst noch redaktionelle Änderungen sich als notwendig ergeben, wird Herr Oberamtsrichter Meyer so freundlich sein, sie vorzunehmen. — Eine Gesamtabstimmung über das Gesetz ist überflüssig.

3. Antrag Bunge auf Vermehrung der städtischen Steuerbureaus.

Wortlaut des Antrages: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vermehrung der städtischen Steuerbureaus in die Wege leiten zu wollen.“

Stadtv. Dr. Wolters: Es wurde bei Beratung dieses Antrages im Rechtsausschusse magistratsseitig erwähnt, daß inhaltlich dem Antrage des Herrn Bunge insofern schon stattgegeben sei, als die Vermehrung der städtischen Bureaus vom Magistrat bereits in Angriff genommen ist.

Vorsitzender: Herr Bunge, dadurch ist wohl Ihr Antrag gegenstandslos geworden?

Stadtv. Bunge: Der Antrag ist im Rechtsauschuß vollinhaltlich angenommen, und ich bitte die Versammlung, dem beizutreten. Es wurde seitens des Magistrats nicht gesagt, daß der Magistrat die Vermehrung bereits in Angriff genommen hat — Herr Dr. Wolters irrt sich jedenfalls. Ich bitte deshalb, meinem Antrage entsprechend zu beschließen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann nur bestätigen, daß wir im Rechtsauschuß erklärt haben, daß die vorbereitenden Schritte für die Vermehrung der Steuerbureaus getan sind. Wir haben den Stadtsekretär zu einer Äußerung darüber aufgefordert und werden davon unsere Stellungnahme abhängig machen. Wenn die geehrte Versammlung dem Antrage des Herrn Bunge Folge gibt, so wird das ein Grund mehr sein, die Stellungnahme des Magistrats in dieser Sache zu beschleunigen.

Der Antrag Bunge wird angenommen.

4. Antrag Wolters auf Überführung der Wallpromenaden und der der Stadt noch nicht gehörenden Okerbrücken in städtisches Eigentum und der Umflutgräben in städtische Verwaltung.

Stadtv. Genzen: Der Antrag Woltes lautet: „Der Magistrat wolle Verhandlungen mit der Landesregierung darüber einleiten, daß die im Stadtbezirke liegenden Wallpromenaden und die der Stadt noch nicht gehörenden Okerbrücken in das Eigentum der Stadt und die Umflutgräben der Oker in städtische Verwaltung übergeführt werden.“

Die Mitglieder des Rechtsausschusses waren prinzipiell mit dem Antrage Wolters einverstanden. Da jedoch schon seit längerer Zeit zwischen dem Magistrat und der Landesregierung wegen Übernahme der Okerbrücken usw. Verhandlungen schweben, wurde der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, den Magistrat zu ersuchen, erneut in Verhandlungen wegen Überführung der Wege an den Wallpromenaden in städtische Verwaltung sowie dafür einzutreten, daß die Wasserregulierung der Umflutgräben der Innenstadt so geregelt wird wie bei

Eisenbüttel. Ferner möge dahin gewirkt werden, daß durch Statut die Anlieger der Wallpromenaden verpflichtet sind, die Promenadenwege zu befestigen.

Es wurde vom Rechtsausschuß anerkannt, daß es ein unleidliches Verhältnis ist, daß die Okerbrücken nicht Eigentum der Stadt, sondern des Staates sind. Ferner wurde anerkannt, daß ein Teil der Okerbrücken heute den Verkehr nicht mehr fassen können, wie es notwendig wäre, aber weil der Staat das Eigentum an diesen Brücken hat, läßt sich seitens der Stadt nichts dagegen machen. Bezüglich der Wallpromenaden wurde es unangenehm empfunden, daß nur vor den Häusern einiger Anlieger Plattenbelag sich befindet, vor anderen aber die Wege mit Grand befestigt sind. Deshalb soll der Magistrat ersucht werden, erneut an die Landesregierung heranzutreten, um sowohl das Eigentum an den Okerbrücken usw. zu erwerben, als auch dahin zu wirken, daß eine Befestigung der Wege durch Plattenbelag erfolgt.

Dem Antrage des Rechtsausschusses stimmt die Versammlung zu.

5. Einrichtung von Kursen zur Ausbildung von Handfertigkeitsschülern.

Stadtv. Frau **Friedrich**: Die Schüler für die Handfertigkeitsschule haben sich in immer größerer Zahl gemeldet, die Zahl der Lehrer für diesen Unterrichtszweig ist aber nicht größer geworden. Es ist deshalb von Herrn Schuldirektor Dr. Appuhn anheimgegeben worden, Kurse für Ausbildung von Handfertigkeitsschülern in der Mittelschule einzurichten, um dadurch in der Lage zu sein, die Zahl der Handfertigkeitsschüler an den Bürgerschulen zu vermehren. Die erbetene Vergütung von 1200 M für die in Aussicht genommenen beiden Unterrichtskurse für Lehrer hält er für angemessen. Auch dem Magistrat erscheint die Einrichtung der beiden Lehrerkurse zweckmäßig, und er beantragt, der Errichtung dieser Lehrerkurse im Gebäude der Knabenmittelschule zuzustimmen und die Summe von 1200 M dafür zu bewilligen. Der Rechtsausschuß hat der Ansicht des Magistrats beigestimmt und bittet Sie durch mich, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Die Einrichtung der Kurse wird genehmigt, und die geforderten Mittel werden bewilligt.

6. Antrag Frede auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broikemer Straße.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broikemer Straße Bedacht zu nehmen.“

Stadtv. Frede (zur Begründung): Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß von einem Bahnhofe kein Weg nach einem belebten Stadtteil geht, wie es der westliche ist. In früheren Zeiten lag der Westbahnhof im freien Felde, der Chriakring war nicht gebaut und der Altstadttring nicht ausgebaut, ebenso bestand die Gutenbergstraße noch nicht, und das Bedürfnis nach einem Wege vom Westbahnhofe zur Broitzemer Straße war noch nicht in dem Maße vorhanden. Aber jetzt ist eine Kalamität ersten Ranges aus diesen Zuständen entstanden. Die Leute vom Westbahnhofe gehen über privates Gebiet, und wenn dies durch einen Zaun oder einen Torweg abgeschlossen ist, so demolieren sie diese Einrichtungen, kriechen unter dem Staket hindurch oder springen über dasselbe hinweg und nehmen bei dieser Gelegenheit dieses oder jenes, was ihnen wünschenswert erscheint, mit. In diesem Sinne hat der Holzhändler Brachvogel an mich geschrieben und sich bitter beklagt, daß ihm infolge des Mangels eines Fußweges großer Schaden erwachse, indem ihm beim Überschreiten seines Grundstücks viel gestohlen werde. Durch private Aufsichtsbeamte ist festgestellt, wie viele Personen im Laufe eines Tages vom Bahnhofe her über diese privaten Grundstücke gegangen sind, und es kamen viele Hunderte dabei heraus.

Gegenüber solchen Zuständen muß entschieden die Gemeinde eingreifen. Ebenso wie vor Jahren auf Anregung des Herrn Stadtv. Sander ein Weg entlang der Landeseisenbahn von der Roßstraße nach der Celler Straße geschaffen worden ist, der von den Arbeitern der Firma Amme, Giesecke und Konegen und auch anderen Personen viel benutzt wird, so müßte auch hier eine Gelegenheit geschaffen werden, um vom Westbahnhofe direkt nach der Broitzemer Straße zu gelangen. Fräulein Oden hat mir gesagt, daß auch sie es sehr begrüßen würde, wenn ein solcher Weg geschaffen würde, durch den dann die Notwohnungen auf dem Flugfelde leicht zu erreichen wären. Es würden für viele Leute durch Schaffung des von mir gewünschten Weges große Umwege vermieden.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

7. Anfrage Schilke über Gewährung von Teuerungszulagen an vollbeschäftigte Fach- und Fortbildungsschullehrer und Lehrerinnen.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben über den Stand der Eingabe des Vereins der Fach- und Fortbildungsschullehrer und -Lehrerinnen vom 5. März? Erhalten alle vollbeschäftigten Personen dieser Gruppe Teuerungszulagen nach den hierfür erlassenen Bestimmungen?“

Stadtv. **Schille** verzichtet auf eine diesbezügliche Bemerkung des Herrn Stadtrat von Frankenberg hin auf eine Begründung.

Stadtrat **von Frankenberg**: Zu dieser Anfrage kann ich erklären, daß der Stadtmagistrat in der nächsten Zeit den Schulvorstand der neugebildeten Pflichtfortbildungsschule über diese Angelegenheit hören will, um zu prüfen, wie weit den Wünschen der Beteiligten entgegengekommen werden kann. Wir haben inzwischen sowohl Herrn Gewerbeschuldirektor Curdt wie auch Herrn Fortbildungsschulinspektor Heinemann beauftragt, über diese Angelegenheit mit den beteiligten Fach- und Fortbildungsschullehrern und -Lehrerinnen zu verhandeln, und das Ergebnis dieser Verhandlungen wird im Schulvorstande berücksichtigt werden. Ich glaube, daß dadurch die Wünsche des Herrn Anfragenden, soweit das irgend möglich war, Berücksichtigung gefunden haben.

8. Anfrage Graf über die Regelung des Pferdefleischverkaufs.

Wortlaut der Anfrage: „Wie ist der Verkauf von Pferdefleisch geregelt?“

Stadtv. Frau **Graf** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! In Anbetracht der immer größer werdenden Nahrungsmittelknappheit wird auch die Nachfrage nach Pferdefleisch immer größer. So manche Familie, die früher nie daran gedacht hat, Pferdefleisch zu kaufen, die früher sogar verächtlich auf jene herabgesehen hat, die Pferdefleisch genießen, würde sich heute gar nicht mehr genieren, Pferdefleisch zu erwerben, wenn sie es nur bekommen könnte. Das ist leider heute nicht mehr möglich. Aus diesem Grunde ist die Bitte an mich gerichtet, ich möchte beim Magistrat vorstellig werden, daß der Verkauf von Pferdefleisch neu und besser geregelt werden möchte. Vielleicht wäre es angebracht, wenn der Magistrat einmal nachprüfen ließe, ob das, was hier an Pferden geschlachtet wird, übereinstimmt mit dem, was hier an Pferdefleisch verkauft wird, damit es von hier nicht vielleicht nach anderen Städten gebracht wird oder an Wirtschaften zu Wucherpreisen abgegeben wird, denn es ist eigentümlich, daß gerade von der Zeit an, wo der Preis für Pferdefleisch heruntergesetzt worden ist, dieses Fleisch im Verkauf fast ganz verschwunden ist. Vielleicht wäre es dann doch möglich, daß noch größeren Kreisen dieses Nahrungsmittel zugeführt werden könnte, und nicht einer kleineren Anzahl von hiesigen Einwohnern es möglich ist, in Besitz von mehreren Nummern für den Verkauf zu gelangen.

Stadtrat **Wagner**: Der Verkauf von Pferdefleisch ist geregelt durch Anordnung des Volkskommissariats für Ernährung, bzw. des ehemaligen Staatsministeriums, und innerhalb der Stadt Braunschweig ist er durch die Pferdefleisch-

verbrauchsregelung geordnet. Es ist vorgesehen, daß der Absatz sich nach Nummern vollzieht. Die einzelnen Pferdeschlächter müssen bekanntlich die Pferde sämtlich im städtischen Schlachthause schlachten, so daß der Regelung nicht ein einziges Pferd entgeht, wenn es nicht auf unrechtmäßigem Wege zur Schlachtung kommt. Von jedem bevorstehenden Pferdefleischverkauf bringen wir in sämtlichen Zeitungen die Angabe, welche Nummern dabei an die Reihe kommen werden. Ich glaube also, daß in dieser Beziehung alles geschehen ist, was man tun kann, um eine Sicherung der ordnungsmäßigen Reihenfolge in dem Bezuge von Pferdefleisch herbeizuführen.

Nun erwähnte Frau Graf, daß es manchen Leuten gelungen wäre, sich mehrere Nummern für den Pferdefleischverkauf zu verschaffen. Auch das ist auf regelmäßigem Wege unmöglich, denn wir führen eine Karte der Nummern, die die einzelnen Leute sich bei einer Kopfschlachtereie beschafft haben, und sobald ein Name zweimal vorkommt, wird das sofort entdeckt. Die Nummern werden genau in derselben Weise kontrolliert, wie der Verkauf des Schlachtviehfleisches in den Schlachtereien. Nur durch eine Fälschung oder dadurch, daß eine Familie sich von einer anderen die Pferdefleischnummer hat aushändigen lassen, könnte es möglich sein, daß jemand in Besitz von mehreren Nummern für Pferdefleisch ist.

Eine Nachprüfung, ob dasjenige Pferdefleisch, das zum Kleinverkauf gelangt ist, mit denjenigen Mengen sich deckt, die im Schlachthause festgestellt sind, findet statt. Es wird das Schlachtgewicht jedes Pferdes amtlich ermittelt, und das geschieht schon seit längerer Zeit. — Die Abgabe von Pferdefleisch an Wirtschaften ist verboten.

Nun hat allerdings die ganze Regelung eine Lücke. Es steht auf dem Papier, daß Pferdefleisch markenpflichtig ist, und zwar sollen jetzt, wenn ich mich recht erinnere, 600 g knochenfreies Pferdefleisch auf den Wochenabschnitt der Fleischarte abgegeben werden. Als nun die Demobilisierung eingetreten war und vielfach die Pferde der Heeresverwaltung zu Schleuderpreisen verkauft worden sind — es sollen Tiere zu ungefähr 100 M abgegeben worden sein —, da ist ein derartiger Vorrat an Pferdefleisch vorhanden gewesen, daß infolge des Käuferstreiks die Gefahr des Verderbens größerer Mengen von Pferdefleisch entstand. Damals mußte wohl oder übel, um die Ware nicht nach auswärts abwandern zu lassen, das Volkskommissariat für Ernährung in einzelnen Fällen von der Durchführung der Markenpflicht absehen. Das hat sich selbstverständlich wie jedes Entgegenkommen in diesen Sachen bitter gerächt, denn nachdem diese Methode eingeführt ist, ist schwer wieder davon abzukommen. Würde die Markenpflicht streng durchgeführt werden, dann würde das, was Frau Graf wünscht, in besserem Maße erreicht werden können, und die grobe Ungerechtigkeit abgeschafft werden, daß diejenigen Leute, die Pferdefleisch markenfrei beziehen, daneben ihre volle Ration

Schlachtviehfleisch auf Fleischmarken bekommen. Daß der volle Markenwang wieder eingeführt wird, würde ich wünschen, aber es ist schwer zu erzwingen, nachdem die anderen Zustände einmal eingerissen sind.

Stadtv. **Stegmann** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. Frau **Graf**: Ich habe mich in verschiedenen Schlachterläden erkundigt, wie der Verkauf geregelt ist, und habe dabei gehört, daß es ziemlich leicht ist, mehrere Nummern für den Pferdefleischverkauf zu bekommen. Wenn der Verkauf des Pferdefleisches so geregelt wäre, wie der Verkauf der Fische und dergleichen geschieht, indem jedesmal beim Bezuge von solchem Fleisch von dem Lebensmittelbuche eine Nummer abgetrennt werden müßte, dann wäre ein mehrfacher Bezug nicht möglich. Beim Verkauf des Pferdefleisches fehlt aber diese Kontrolle.

Stadtrat **Wagner**: Frau Graf irrt sich; ein solches Verfahren war von uns vorgeschrieben. Als die neue Pferdefleischkundenliste aufgelegt wurde, war vorgeschrieben, daß die Roßschlächter bei der Anmeldung zur Kundenliste eine Nummer des Lebensmittelbuches abschneiden sollten. Aber leider richteten sich die Geschäftsleute vielfach nicht nach unseren Anordnungen. Nach Einrichtung der Kartei hat sich ergeben, daß eine Reihe „gewinnstüchtiger“ Familien sich in mehrere Kundenlisten hatte eintragen lassen, und die Doppelnummern sind darauf eingezogen. Ich glaube also nicht, daß irgendwelche Leute noch im Besitz von Doppelnummern sind.

9. Antrag Lehnert, betreffend die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises.

Wortlaut des Antrages: „Das Gewerkschaftskartell lehnt es ab, die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises nach der in voriger Sitzung beschlossenen Satzung vorzunehmen. Daher wird beantragt, die obige Satzung dahin zu ändern, daß die sechs Arbeitnehmerbeisitzer vom Kartell gewählt werden.“

Stadtv. **Lehnert** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die Vorlage, betreffend die Einrichtung des Arbeitsnachweises der Stadt und des Landkreises Braunschweig ist uns am 20. März zugegangen und am 27. März hier verhandelt. Der Zeitraum zwischen Einreichung und Behandlung der Vorlage ist so kurz gewesen, daß es der für die Wahl der Arbeitervertreter am meisten maßgebenden Instanz — das ist das Gewerkschaftskartell — nicht möglich war, recht-

zeitig Stellung dazu zu nehmen. Nachdem dies nun geschehen ist, möchte ich die geehrte Versammlung bitten, da das Statut noch nicht veröffentlicht ist, meinem Antrage zuzustimmen, die Satzung dahin zu ändern, daß die sechs Arbeitnehmerbeisitzer vom Gewerkschaftskartell gewählt werden. Seien Sie versichert, daß dies auf vollständig paritätischer Grundlage geschehen wird. Die einzelnen Gruppen kommen bei dieser Art der Wahl viel besser zur Geltung, als wenn wir den Modus aufrechterhalten würden, der hier seinerzeit festgelegt ist.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

10. Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Badetwete.

Stadtv. Marth: Herr Dr. med. Schneider besitzt einen Gemüsegarten am unteren Teile der Badetwete und möchte diesen in der nächsten Zeit durch eine Mauer einschließen. Die im Jahre 1883 festgesetzte Baufluchtlinie, nach der eine Breite der Badetwete von 9 m vorgesehen war, geht durch den Schneiderschen Garten und trennt von ihm ein Stück von 127 qm ab. Herr Dr. Schneider schlägt nun vor, dieses demnächstige Straßengebiet gegen ein Stück Hinterland vom Bürgerpark, das an seinen Garten stößt und einen Flächeninhalt von 425 qm hat, auszutauschen.

Der Magistrat und das Tiefbauamt stehen auf dem Standpunkt, daß es nach den jetzigen Verhältnissen nicht mehr nötig ist, die Badetwete in der Breite, wie früher beabsichtigt war, herzurichten, sondern daß für den Verkehr zum Bürgerpark und nach den Badeanstalten die jetzige Breite von 6,00 bis 6,21 m ausreicht, so daß der Besitz des Herrn Dr. Schneider nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. Die Straße wird sowieso wegen ihrer starken Steigung als Fahrstraße nicht benutzt werden und nur eine nebensächliche Bedeutung als Zugangsstraße behalten. Im übrigen wird das Ansinnen des Herrn Dr. Schneider als zu weitgehend angesehen, da die Größe der beiden auszutauschenden Stücke zu verschieden ist. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich mit der Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Badetwete in der jetzigen Breite der letzteren einverstanden zu erklären. Namens der Baukommission habe ich zu empfehlen, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Festsetzung der neuen Baufluchtlinie zu.

11. Neupflasterung der Weberstraße.

Stadtv. Notahr: Die Weberstraße, die eine wechselnde Breite zwischen 6,50 und 11,50 m und eine Länge von 273,50 m hat, soll neu befestigt werden. Die

Einmündung in den Radeklint ist bereits in einer Länge von 15 m ordnungsmäßig befestigt. Im übrigen Teile sind die Fußwege durch eine Gassenbrüst von der Fahrbahn getrennt und mit einer Plattenreihe aus Belpfer Sandsteinplatten und mit Kieselsteinpflaster versehen. Die Fahrbahn besteht aus Kieselplaster und unregelmäßigem Koppplaster. Der aufgestellte Entwurf sieht für die Fahrbahn eine Breite von 4,50 m bis 6 m und für die erhöhten, durch Granitbordquader abzugrenzenden Fußwege eine Breite von 1,60 bis 3 m vor. Die Fahrbahn soll mit alten schiefwinkligen Gabbropflastersteinen gepflastert werden. Für die Befestigung der Fußwege ist unter Wiederverwendung der vorhandenen Sandsteinplatten östlich der Kupfertwete ein Belag von Belpfer Sandsteinplatten vorgesehen, während der übrige Teil der Fußwege einen Belag von Granitplatten erhalten soll. Außerdem sollen die Einfahrten zu einzelnen Grundstücken eine Befestigung von Reihenspflaster erhalten. Die Grundstückseingänge und Kellerlichtschächte werden der neuen Höhenlage entsprechend abgeändert. Zur Aufnahme des Tagewassers sind in entsprechenden Abständen Einfallschächte angeordnet.

Die Kosten belaufen sich nach Aufstellung des Tiefbauamtes auf 67 000 M. Die Anlieger würden dazu 21 000 M beitragen, und der Restbestand von 46 000 M wird von der Stadt zu übernehmen sein. Die Ausführung der Neupflasterung der Weberstraße fällt in den Rahmen der Notstandsarbeiten, und der Bauausschuß spricht die Erwartung aus, daß das Reich und der Staat die übliche Beihilfe leisten.

Der Bauausschuß hat den Entwurf vorberaten und empfiehlt Ihnen Annahme der Vorlage.

Dem Antrage des Bauausschusses entspricht die Versammlung.

12. Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Straßen 201 a und 202 a.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Plan für Festsetzung dieser neuen Fluchtlinie hängt hier aus. In einer der vorigen Sitzungen ist über die Verlegung der Straße 201 berichtet. Jetzt kommt die Anliegerin der Straßen 201 und 202, Frau Lüders, der ein großes Teilstück gehört, auf dem die Straßen errichtet werden sollen, und bittet, die Straßen so zu verlegen, daß nicht so viel von ihrem Grundstück abgeschnitten wird. Das Grundstück der Frau Lüders würde nach dem bislang geltenden Ortsbauplan bis auf einen etwa 9 m breiten Streifen durch die Straßen 201 und 202 in Anspruch genommen werden. Dieser Streifen würde sich auf das Maß von 6 m bei Festsetzung der Straßen 201 a und 202 a verringern. In beiden Fällen würde der Rest des Grundstücks zu Bauzwecken nicht ausgenutzt werden können; es entsteht durch die neue Festsetzung der Straßen 201 a und

202 a also keine derartige Schädigung des Grundstücks der Frau Lüders, daß ihr Einspruch gegen die Straßenverlegung als gerechtfertigt angesehen werden könnte. Da aber die Straßen nur von untergeordneter Bedeutung sind, so wird vom Tiefbauamte vorgeschlagen, Frau Lüders in der Weise entgegenzukommen, daß sie von 14 m auf 12 m verschmälert werden und dadurch die Inanspruchnahme des Grundstücks nahezu auf das frühere Maß herabgedrückt wird. Frau Lüders hat daraufhin erklärt, daß sie ihren Einspruch zurückziehe, wenn die Verschmälerung der Straßen in der angegebenen Weise erfolgt.

Der Magistrat gibt anheim, der Festsetzung der neuen Fluchtlinie zuzustimmen, wodurch die Breite der Straßen auf 12 m herabgesetzt wird. Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und gibt Genehmigung des Magistratsantrages anheim.

Der Festsetzung der neuen Fluchtlinie stimmt die Versammlung zu.

13. Vertrag wegen Aufstellung von Anschlagssäulen in hiesiger Stadt.

Stadtv. **Meyerhoff:** In einer früheren Stadtverordnetenitzung hatte Herr Stadtv. Dr. Jasper den Antrag gestellt, den Vertrag wegen Aufstellung von Anschlagssäulen in hiesiger Stadt nochmals zur Vorberatung in die Kommission zurückzuverweisen, um günstigere Bedingungen für die Stadt zu erzielen. Es ist nun mit den Erben des Fabrikanten Wilke über diese Angelegenheit weiter verhandelt, und zwar durch die Polizeidirektion. Nunmehr wird uns der Entwurf zu einem Vertrage über die Aufstellung der Anschlagssäulen vorgelegt. Die Polizeidirektion bemerkt dazu: „Mit den Ausführungen des Magistrats bin ich einverstanden, abgesehen von dem Vorschlage, die Festsetzung der Höhe der Vergütung der Beschlußfassung der städtischen Behörden vorzubehalten. Ein derartiges Vorgehen ist vor allem deshalb nicht möglich, weil von den 47 zur Zeit vorhandenen Anschlagssäulen 9 auf staatlichem Gebiete stehen. Aus diesem Grunde rechtfertigt sich auf die in dem Entwurf vorgeschlagene Teilung der Mietsumme zu $\frac{1}{3}$ für die Stadt und $\frac{1}{3}$ für den Staat. Die Verstadtlung erscheint auch wegen der Geringfügigkeit der Einnahmen des Unternehmens nicht zweckmäßig. Aus der von einem vereidigten Bücherrevisor geprüften Aufstellung des Bevollmächtigten der Erben des Fabrikanten August Wilke geht hervor, daß es sich um kein Unternehmen handelt, bei dem Staat und Stadt hoffen dürften, höhere Erträge zu erzielen, wenn sie es in eigenen Betrieb nehmen würden.“

Auf Grund der Verhandlungen der Polizeidirektion mit den Erben des Fabrikanten Wilke ist nun ein Abkommen getroffen, das in einem Vertrage niedergelegt ist. Dieser Vertrag lautet in der Hauptsache folgendermaßen:

§ 1.

Die Erben des Fabrikanten August Wilke bzw. nach ihrem Tode ihre Erben und so fort sind ausschließlich, wenn sie die nachstehenden Verpflichtungen erfüllen, berechtigt und verpflichtet, im Gebiete der Stadt Braunschweig an geeigneten Stellen der dem Staat und der Stadt Braunschweig gehörigen öffentlichen Straßen und Plätze bis zum 1. April 1924 gegen ein Entgelt von jährlich 1500 M., von dem der Staat $\frac{1}{2}$, die Stadt $\frac{1}{2}$ erhält, Anschlagssäulen ordnungsmäßig zu unterhalten und zu errichten.

Ob eine Stelle für die Erhaltung und Errichtung von Anschlagssäulen geeignet ist, entscheidet für die dem Staat gehörigen Straßen und Plätze die Bau- direktion im Einvernehmen mit der Polizeidirektion, für die im Eigentum der Stadt stehenden Straßen und Plätze der Stadtmagistrat im Einverständnis mit der Polizeidirektion; das Stadtbauamt entscheidet endgültig, ob die Säulen sich im ordnungsmäßigen Zustande befinden.

§ 2.

Sollte die Benutzung der Säulen seitens der Stadt zum Zwecke der Anlage von Wächterkontrolluhren, elektrischen Alarmparaten oder dergleichen beschlossen werden, so sind die Eigentümer der Säulen, falls dadurch dem eigentlichen Zwecke der Anschlagssäulen kein wesentlicher Eintrag geschieht, solche Benutzung gegen eine billige, nötigenfalls durch Sachverständige festzustellende Vergütung zu gestatten verpflichtet.

§ 3.

Der Staat und die Stadt behalten sich das Recht vor, sog. Uraniasäulen, welche nicht zum Ankleben von Bekanntmachungen, sondern zur Aufnahme von in der Regel automatisch bewegten, für eine längere Dauer bestimmten geschäftlichen Empfehlungen dienen, auch während der Vertragsdauer zuzulassen.

§ 4.

Im Falle einer Verstädtlichung der hiesigen Straßenbahn verzichtet die Stadt darauf, an der äußeren Seite der Wagen Plakate anzubringen.

§ 5.

Die Benutzung der Anschlagssäulen durch das Publikum und die Behörden erfolgt nach einem zwischen der Polizeidirektion und dem hiesigen Stadtmagistrat sowie den Eigentümern der Anschlagssäulen zu vereinbarenden und öffentlich bekanntzumachenden Tarife.

§ 6.

Keinem Plakate, welches die im Tarife vorgesehene Form hat, und dessen Inhalt nicht verboten ist, darf die Aufnahme an den Anschlagssäulen verweigert werden. Die Eigentümer der Anschlagssäulen sind vielmehr, sofern nicht andere Vereinbarungen zwischen den Beteiligten getroffen sind, verpflichtet, jedem solchen Plakate auf Verlangen binnen spätestens 24 Stunden, nachdem ihnen dieses zum Anschlage fertig eingehändigt ist, den erforderlichen Platz auf sämtlichen Anschlagssäulen einzuräumen.

Nur wenn bei großer Anhäufung von Plakaten der vorhandene Raum nicht ausreicht, ist es zulässig, die Plakate entweder nur an einem Teil der vorhandenen Säulen oder nach Verlauf einer längeren Zeit anzuheften. Es ist hierbei jedoch den Wünschen der Auftraggeber stets Rechnung zu tragen und mit Ausnahme der von öffentlichen Behörden ausgehenden Plakate, welchen überall der Vorrang einzuräumen ist, stets die Reihenfolge nach Maßgabe der Einreichungszeit zu beobachten.

§ 7.

Die Eigentümer der Anschlagssäulen sind verpflichtet, einen geeigneten Bevollmächtigten zu bestellen und auf diesen sämtliche ihnen aus diesem Vertrage entstehenden Rechte und Pflichten zu übertragen.

Die Anstellung der zum Betriebe erforderlichen Personen erfolgt mit Genehmigung der Polizeidirektion.

§ 8.

Am 1. April 1924 sind die Eigentümer der Säulen verpflichtet, diese entweder gegen Erstattung des Materialtarwertes dem Staat und der Stadt zu überlassen, oder, falls der Staat oder die Stadt dieses nicht beanspruchen sollten, auf ihre Kosten unter Einebnung bzw. Neupflasterung der betreffenden Stellen zu entfernen. — Ist dieses nicht innerhalb dreier Monate nach Erklärung des Staates oder der Stadt erfolgt, so sind diese berechtigt, die hierzu erforderlichen Arbeiten auf Kosten des Eigentümers der Säulen ausführen zu lassen.

Daselbe tritt ein, wenn die Eigentümer der Säulen den im vorstehenden Vertrage übernommenen Verbindlichkeiten nicht nachkommen sollten.

Der Vertrag ist ja ziemlich langatmig, aber nach Ansicht des Rechtsausschusses ist es wünschenswert, alles das Aufgeführte in dem Vertrage niederzulegen. Der Antrag Jasper hat demnach der Stadt eine Rente eingebracht, die etwas höher ist als früher; wir haben daraus für die Stadt jährlich 1200 M bis zum Jahre 1924 zu erwarten. Im Namen des Rechtsausschusses habe ich die Genehmigung des Vertrages zu empfehlen.

Bürgermeister **Meyer**: Meine Damen und Herren! Während der Beratung des Vertrages waren Verhältnisse eingetreten, die es dem Magistrat erwünscht erscheinen ließen, einen Zusatz zu dem Antrage zu beantragen. Ich möchte Herrn Meyerhoff bitten, diesen noch nachzutragen.

Ferner habe ich noch zu erwähnen: Da es nicht ausgeschlossen ist, daß vor Ablauf von 5 Jahren noch weitere Änderungen wünschenswert erscheinen, so möchte ich bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Vertrag zunächst nur auf ein Jahr abgeschlossen wird, jedoch mit der Maßgabe, daß er immer um ein Jahr verlängert gilt, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf des Jahres von der einen oder anderen Seite gekündigt ist.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich habe meinem Bericht noch hinzuzufügen, daß dem Vertrage zugestimmt werden soll unter dem Vorbehalt, daß der Stadt das Recht gewährt wird, Bekanntmachungen durch Plakate auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu erlassen. Dieses Recht soll also nur der Stadt selbst gewährt werden, damit sie Ankündigungen in der Stadt veröffentlichen kann, ohne ein Geschäft daraus zu machen.

Sodann ist noch die andere Formulierung zu erwähnen, von der schon Herr Bürgermeister Meyer gesprochen hat, der sich auf die Verlängerung des Vertrages auf immer nur ein Jahr bezieht.

Stadtv. **Marshner**: Aus welchem Grunde hat der Magistrat es genehmigt, daß bei Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt Plakate an den Straßenbahnwagen nicht mehr angebracht werden dürfen? Es ist das eine große Einnahmequelle für die Straßeneisenbahn, und ich weiß nicht, weshalb auf diese Art der Bekanntmachung verzichtet werden soll.

Bürgermeister **Meyer**: Der Vertrag bezieht sich nur auf das Anschlagzweigen auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Die Stadt ist nicht in der Lage, die Anbringung von Plakaten an den Straßeneisenbahnwagen durch die Straßeneisenbahngesellschaft zu verbieten. Es ist aber von seiten des Gegenkontrahenten bei den Verhandlungen der Wunsch ausgesprochen, daß die Stadt für den Fall, daß sie in den Besitz der Straßeneisenbahn käme, sich verpflichten möchte, an den Straßenbahnwagen keine Plakate anzubringen. Das ist ein erklärlicher Wunsch. Es ist den Besitzern der Anschlagsäulen das ausschließliche Recht der Benutzung der öffentlichen Straßen und Plätze zu Ankündigungen zugestanden, und so wollte sie es auch für die Straßenbahnwagen zugesichert erhalten. Der Magistrat hat in dieser Zusicherung nichts Bedenkliches gefunden. Ich muß gestehen, daß ich Plakate in den Straßenbahnwagen nicht als Verschönerung derselben ansehen

kann, und daß ich deshalb die Berücksichtigung des vom Gegenkontrahenten geäußerten Wunsches empfehle.

Dem Vertrage wird mit den vorgetragenen Änderungen zugestimmt.

14. Wahl von vier Mitgliedern und vier Stellvertretern des Schulvorstandes der städtischen Fortbildungsschule.

Stadtv. Schmidt: Nachdem das Statut der städtischen Fortbildungsschule seitens der geehrten Versammlung genehmigt ist, müßte jetzt zur Wahl des Schulvorstandes geschritten werden. Der Magistrat richtet zu dem Zwecke an die Stadtverordnetenversammlung folgendes Schreiben: „In § 6, 1 des Statuts, betreffend die städtische Fortbildungsschule, ist die Vorschrift enthalten, daß die Schule unter der Leitung eines aus 11 Mitgliedern gebildeten Schulvorstandes steht, und daß vier Schulvorstandsmitglieder, von denen mindestens zwei selbständige Arbeitgeber sein müssen, von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden. Für die gewählten sind gleichzeitig Stellvertreter zu bestimmen. Da das Inkrafttreten des regierungsseitig noch nicht genehmigten Statuts zum 1. Mai vorgesehen ist, und da die Vorbereitungen für die Schuleinrichtungen den Schulvorstand alsbald in Anspruch nehmen, so ersuchen wir ergebenst, die vier Schulvorstandsmitglieder und deren Stellvertreter baldmöglichst wählen zu wollen.“

Der Schulausschuß hat sich mit diesem Anschreiben beschäftigt und die Wahl vorbereitet. Bisher war es so, daß die Vertreter, die von den Stadtverordneten in die Gewerbeschule gewählt waren, zu gleicher Zeit die Deputation für die Fortbildungsschule bildeten. Der Schulausschuß empfiehlt, daß es in Zukunft so bleiben möge; die Mitglieder des Schulvorstandes haben die Erfahrung, die sie in der einen Schule gewonnen haben, gleich in der anderen Schulgattung mitverwerten können, so daß diese Einrichtung im Interesse beider Schulen gelegen hat. Es empfiehlt sich, daß die Herren, die bereits in diesem Schulvorstande gesessen haben, auch in den demnächstigen Schulvorstand der Fortbildungsschule aufgenommen werden, denn wir möchten auf deren Erfahrungen nicht verzichten. Die Vorschläge, die namens des Schulausschusses gemacht werden, lauten demnach:

als Schulvorstandsmitglieder die Herren Stadtv. Wahrenndorf, Stellmachermeister Langermann, Stadtv. Frau Graf und Stadtv. Bunge,

als Stellvertreter: Stadtv. Frau Göke, Maurermeister Baumkauff, Stadtv. Reinowski und Stadtv. Rector.

Der Schulausschuß empfiehlt, die Wahl dieser Herren heute vorzunehmen.

Die Vorgeschnlagenen werden von der Versammlung gewählt.

15. Ersatzwahl zweier Vorstandsmitglieder für den Verein Volkslesehalle.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Nach einem früheren Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung sollten die beiden jedesmaligen Vorsitzenden Mitglieder des Vorstandes der Volkslesehalle sein, und eine entsprechende Bestimmung ist auch in die Satzungen des Vereins Volkslesehalle übergegangen. Nachdem nun in dem Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung eine Änderung stattgefunden hat, haben Herr Dr. Voge und ich ihr Amt als Vorstandsmitglied in dem Verein Volkslesehalle niedergelegt. Nach dem früheren Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung würden nun die beiden Vorsitzenden, die in erster Linie in Frage kommen, die Herren Rieke und Munte, die Ämter als Vorstandsmitglieder des Vereins Volkslesehalle übernehmen, wenn das den Wünschen der Versammlung entspricht. Ich möchte dringend bitten, daß die beiden Herren diese Wahl annehmen, weil es für die Stadtverordnetenversammlung von Bedeutung ist, im Vorstande des Vereins Volkslesehalle vertreten zu sein. Der Rechtsausschuß teilt diese Meinung und bittet die Versammlung, die Herren Rieke und Munte als Mitglieder des Vorstandes der Volkslesehalle zu wählen. Es würde dann dem bisherigen Brauch nach Herr Rieke der erste Vorsitzende des Vereins Volkslesehalle werden und Herr Munte der zweite.

Die beiden Herren werden gewählt.

16. Anfrage Oden über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den nächsten Wochen.

Damit verbunden:

Anfrage Friedrich über den Ersatz der Fleischration durch Erbsen.

Vorsitzender: Es sind zwei Anfragen eingegangen. Zunächst eine Anfrage von Fräulein Oden namens der demokratischen Fraktion:

„Ist der Magistrat in der Lage, über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den nächsten Wochen, insbesondere über die event. Nachlieferung der ausgefallenen Fleischration und der verkürzten Zuckerration Auskunft zu geben?“

Sodann eine Anfrage von Frau Friedrich:

„Sollen die 200 g Erbsen, die diese Woche ausgegeben werden sollen, ein Ersatz für Fleisch sein?“

Ich glaube, wir können die beiden Anfragen zusammen behandeln.

Stadtv. Fräulein Oden (zur Begründung ihrer Anfrage): Meine Damen und Herren! In weiten Kreisen der Bevölkerung ist große Beunruhigung durch den Stand der augenblicklichen Ernährung hervorgerufen. Die anfangs dieses Monats eingetretene Verkürzung der Zuckerration macht sich natürlich in den letzten Tagen des Monats ganz besonders fühlbar. Schlimm sieht es mit der Fett ration aus, die um ein Drittel verkürzt ist; Butter wird überhaupt nicht ausgegeben, nur Margarine, und hinzu kommt nun noch, daß die Ausgabe der der Bevölkerung zustehenden Fleisch ration unmöglich wird. Trotzdem vom Reich jedem Einwohner soundso viel Fleisch wöchentlich garantiert wird, kann es in dieser Woche hier in der Stadt nicht geliefert werden. Es liegt aber wohl kein Grund vor, diese Fleischlieferung überhaupt ausfallen zu lassen, und deshalb möchte ich den Antrag stellen, das in dieser Woche ausfallende Fleisch in der nächsten Woche nachzuliefern.

Wie ich höre, soll im nächsten Monat wieder die frühere Zuckerration von $1\frac{1}{2}$ Pfund pro Person ausgegeben werden, und auch in dieser Beziehung möchte ich anfragen, ob das im vorigen Monat nicht verteilte $\frac{1}{2}$ Pfund nachgeliefert werden kann. Wenn es nicht anders geht, müßte das geschehen selbst mit Schädigung der Zuckerwarenfabrikanten. Wenn auch der Verkauf von Süßigkeiten in solchen Geschäften für die Bevölkerung angenehm ist, so ist der Bezug von solchen Fabrikaten doch nicht so wichtig und notwendig wie der Zucker, der für den Haushalt gebraucht wird.

Stadtv. Frau Friedrich (zur Begründung ihrer Anfrage): Meine Damen und Herren! Die von mir gestellte Anfrage ist ja eigentlich halb und halb schon durch die Zeitungen beantwortet, die gemeldet haben, daß uns für das in dieser Woche ausfallende Fleisch 200 Gramm Erbsen zugeteilt werden. Einen vollen Ersatz für das Fleisch können die Erbsen bei dem ausgemergelten Körper nicht bieten, da man keine Spur von etwas Fleisch und Fett hat. Uns in dieser Woche ganz ohne Fleisch zu lassen, das ist etwas sehr hart. Dieselbe Zahl von Kohlehydraten mag ja in den 200 Gramm Erbsen enthalten sein, aber der Körper sehnt sich doch nach etwas Fleisch. Wenn wir dann wenigstens in dieser Woche etwas Fett bekommen hätten; wir sind doch nur auf das bißchen Margarine angewiesen! Es geht wirklich nicht mehr, man bricht zusammen. Der Magistrat muß schließlich sehen, daß er noch etwas für die Einwohnerschaft gewinnt, so kann es nicht weitergehen.

Stadtrat Wagner: Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, wodurch die Anlieferung des Schlachtviehes für unsere Stadt gestockt ist: durch den Generalstreik und durch die Behinderung der Eisenbahnzufuhr. Es war

selbstverständlich, daß derartige Ernährungs-schwierigkeiten eintreten mußten, und die Folgen werden wir ohne weiteres auf uns nehmen müssen. Hauptsächlich führt das dahin, daß der Versuch der Wiederholung einer derartigen tief einschneidenden Maßnahme unterbleibt! Wir sind bald mit unseren Reserven am Ende. Wenn wir die nicht mehr einschließen können, wüßte ich nicht, was geschehen sollte, wenn ein nochmaliger Generalstreik eintritt. Die Butterration ist nicht um ein Drittel verkürzt, sondern um 10 Gramm, von 70 auf 60 Gramm. Das mußte geschehen, weil der Milchertrag immer mehr zurückgeht. Es haben Milchkühe abgeschlachtet werden müssen, um die Fleischration aufzubringen, und infolgedessen kann nicht mehr soviel Butter wie vorher gewonnen werden. Butter kam in der letzten Woche infolge der Störungen durch den Generalstreik selbstverständlich auch nicht heran, und so mußten wir an Stelle der Butterwoche eine Margarinewoche einschieben. Wir sind bezüglich der Butter in Braunschweig noch glücklich daran, denn weite Gebiete Deutschlands haben viele Monate lang nichts anderes als Margarine zu sehen bekommen, Dresden beispielsweise 4 Monate hintereinander wöchentlich 30 Gramm Margarine, und in Rheinland-Westfalen ist es zum Teil ebenso gewesen. Wir werden diesen einmaligen Ersatz der Butter durch Margarine um so eher verschmerzen können, als wir durch das Entgegenkommen der Landesfettstelle nicht 50 Gramm, sondern 70 Gramm davon erhalten haben. Es ist vielleicht den Betreffenden nicht einmal recht zum Bewußtsein gekommen, daß sie 20 Gramm mehr erhalten haben.

Was den Ersatz des Fleisches durch N ü s s e n f r ü c h t e anlangt, so ist von Reichs wegen aufs nachdrücklichste vorgeschrieben, daß irgendeine Nachlieferung von Fleisch nicht erfolgen darf, sondern daß die Nüssenfrüchte, die in gleicher Gewichtsmenge wie das im Falle des Ausbleibens von Schlachtvieh nicht gelieferte Fleisch ausgegeben werden, den vollen Ausgleich für dieses bilden sollen. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, daß der Nährwert der gelben Erbsen genau so groß ist wie der Nährwert des Fleisches in der Beschaffenheit, wie wir es heute haben. Wenn das Fleisch wie früher fett wäre, dann würde es allerdings einen höheren Nährwert haben, heute aber ist das tatsächlich nicht der Fall. Auf eine Nachlieferung des Fleisches ist also unter keinen Umständen zu rechnen.

Ich darf bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Aussichten hinsichtlich der S c h l a c h t v i e h v e r s o r g u n g außerordentlich trübe sind. Sie werden das schon daraus erkannt haben, daß man von der früheren Ration zurückgegangen ist auf 200 Gramm nur für Großstädte über 100 000 Einwohner, auf 150 Gramm für Mittelstädte und auf 100 Gramm für das flache Land. Wenn die infamen Schwarzschlachtungen nicht infolge des Aufhörens der Unterordnung unter die Beschlässe der Allgemeinheit einen solchen Umfang angenommen hätten,

dann wären die Verhältnisse wohl besser. Aber es ist geradezu furchterlich, was in der Beziehung geschieht, besonders auf dem Lande. Wir in der Großstadt können nicht viel dagegen tun, denn die meisten Schwarzschlachtungen werden nicht in der Stadt vollzogen.

Hinsichtlich der Fettversorgung ist aufmerksam darauf zu machen, daß in den nächsten Wochen die Versorgung der unbedingt Vollmilchbedürftigen, der kleinen Kinder, Kranken, Hoffenden und Stillenden sehr schwer gefährdet sein wird, und daß deshalb darauf Bedacht genommen werden muß, die Butterlieferung noch stärker einzuschränken. Es wird wahrscheinlich nötig sein, den Speisefettbedarf der Bevölkerung viel weniger mit Butter zu befriedigen als bisher und Ersatz durch ausländisches Speisefett, z. B. chinesisches Schmalz, zu liefern und dadurch eine erhebliche Menge von Vollmilch zur Verfügung zu bekommen, um wenigstens den äußersten Nothbedarf an Vollmilch für die Versorgungsberechtigten der Großstädte schaffen zu können.

Das ist das, was ich über die Lage der Ernährung und über die Aussichten für die nächsten Wochen mitteilen kann. Das Bild ist leider nicht günstig, aber ich halte mich für verpflichtet, es ungeschminkt darzustellen, wie es in den amtlichen Mitteilungen des Volkskommissars für Ernährung und der Reichsstellen mitgeteilt ist.

Stadtthaurat **Gebensleben**: Auch bezüglich des Zuckers sind wir in gewisse Schwierigkeiten gekommen, und zwar deshalb, weil die Reichszuckerstelle nicht anerkannt hat, daß die Stadt Braunschweig hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl in dem Maße gewachsen ist, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist. Wir haben noch sehr lebhaftes Korrespondenzen deswegen mit der Reichszuckerstelle. Sie hat unseren Antrag zunächst abgelehnt; wir sind dann durch das Landesernährungsamt und durch den Volkskommissar für Ernährung energisch vorstellig geworden und hoffen noch, daß wir eine zusage Antwort bekommen. Inzwischen haben wir allerdings Bezugsscheine für eine größere Menge bekommen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir demnächst in der Lage sein werden, vielleicht das halbe Pfund Zucker, das wir im Monat April gegenüber den übrigen Monaten weniger haben ausschütten können, nachzuliefern. Augenblicklich und im nächsten Monat ist es nicht möglich, weil wir jetzt schon große Schwierigkeiten haben, den Maiszucker heranzubekommen. Es wurden uns nämlich Bezugsscheine zugesandt, die auf die hiesige Zuckerraffinerie lauteten, aber es stellte sich heraus, daß die hiesige Zuckerraffinerie nicht soviel Zucker auf Lager hat, um uns befriedigen zu können. Infolgedessen mußten wir die Bezugsscheine wieder zurückschicken, und damit wir bei der Ausschüttung von $1\frac{1}{2}$ Pfund Zucker nicht in Schwierigkeiten kamen, mußten wir uns die nötige Zuckermenge borgen. Sie sehen, ohne weiteres kann

ich Ihnen nicht zusagen, daß das halbe Pfund nachgeliefert wird, Aussicht dazu ist aber vorhanden.

Nun meinte vorhin Fräulein Oden, man sollte den Bonbonfabrikanten eine entsprechend geringere Menge Zucker zuweisen. Dazu habe ich zu bemerken, daß wir an Bonbonfabrikanten überhaupt keinen Zucker mehr überweisen. Das war wohl früher üblich, aber unser Ernährungsausschuß hat vor etlichen Monaten beschlossen, überhaupt keinen Zucker zu diesem Zwecke mehr herzugeben. Infolgedessen können wir an dieser Stelle nichts mehr einsparen.

Bezüglich der Kartoffelversorgung haben wir demnächst große Schwierigkeiten zu bestehen. Sie werden erfahren haben, daß wir in der vorigen Woche nicht in der Lage waren, die 5 Pfund Kartoffeln auszusütten. Wir werden es voraussichtlich auch in dieser Woche noch nicht können und wissen heute noch nicht, wie weit wir überhaupt mit unseren Kartoffeln langen werden. Es schweben noch Verhandlungen, und wir wollen hoffen, daß wir damit zu einem günstigen Ergebnis kommen. Vor allem sind wir dahin vorstellig geworden, daß, wenn Kartoffeln nicht geliefert werden, unter allen Umständen uns Ersatz geliefert wird, und zwar vollwertiger Ersatz.

Stadtrat von Frankeberg: Meine verehrten Herrschaften! Ich möchte das trübe Bild, das notgedrungen meine Herren Kollegen geben mußten, dadurch in einer etwas freundlicheren Weise ergänzen, indem ich in der Lage bin, über die Mehl- und Brotversorgung mitzuteilen -- was Sie vielleicht schon in der nächsten Zeit auch aus der Tagespresse erfahren werden --, daß wir zwar noch nicht völlig, aber annähernd bis zur nächsten Ernte eingedeckt sind, vorausgesetzt, daß wir nicht durch außerordentliche Verhältnisse, insbesondere durch Verwendung von Mehl als Ersatz für Kartoffeln oder durch Wiedereinführung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulage für eine große Anzahl hiesiger Einwohner zu besonderen Aufwendungen genötigt sein werden. Geschieht das nicht, dann werden wir hoffentlich bis zum nächsten August mit unserem Mehlvorrat wohl durchkommen. Wir werden vielleicht auch im Laufe der Zeit der Bevölkerung aus den Ersparnissen eine außerordentliche Zulage gewähren können, indem wir entweder das Pfund Mehl, das wir bekanntlich alle Monate zur Freude der Hausfrauen in Weizenmehl zur Verteilung zu bringen pflegen, vielleicht verdoppeln können. Es ist auch die Möglichkeit vorhanden, daß wir in anderer Form -- wenn uns das gestattet wird -- diese Mehlmenge verteilen. Es ist weiter die Möglichkeit geschaffen, daß wir für diejenigen, die als Vorzugsberechtigte anerkannt sind, kleine Kinder, Wöchnerinnen und alte Leute, demnächst statt des 94prozentigen Weizenmehls einen bestimmten Posten des sehr gesuchten und besonders empfohlenen Auszugsmehls allmonatlich werden ausgeben können.

Endlich sind wir durch das Entgegenkommen des Landesernährungsamts in die Lage gesetzt, für kleine Kinder eine kleine Menge von Kindermehl, Kakao und Schokolade auszugeben und das beizubehalten, was bisher in Gestalt von Haferflocken und Grieß ausgegeben wurde. Das wichtigste aber wird sein, daß die Brotversorgung für die nächste Zeit gesichert ist.

Es wird **B e s p r e c h u n g** der Anfragen beschlossen.

Stadtv. Wahrendorf: Durch die Ausführungen der Herren Stadtrat Wagner und Stadtbaurat Gebensleben wurde uns ein recht trübes Bild über die Ernährung unseres Volkes geboten. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie es mit den Lieferungen von auswärts steht. Schon seit März heißt es fortwährend, wir bekämen ausländische Ware, tonnen- und waggonweise würden sie ankommen. Wie ist es mit dem amerikanischen Fleisch, und wann werden die in Aussicht gestellten Waren alle ankommen?

Stadtrat Wagner: Ich habe noch in diesen Tagen mich wiederholt bei dem Landesernährungsamte erkundigt, wann das Eintreffen der Waren zu erwarten sein wird; es konnte mir aber leider von der Stelle nichts annähernd Genaues mitgeteilt werden. Einmal hieß es in den Zeitungen, die Waren seien schon unterwegs gewesen, wären dann wegen des gestörten Eisenbahnverkehrs an andere Städte überwiesen worden. Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Für das Schlachtvieh ist allerdings festgestellt, daß es auf dem Wege nach Braunschweig war, aber wegen der gestörten Verkehrsverhältnisse zurückgehalten werden mußte. Über die Auslandswaren ist von Reichs wegen bestimmt worden, daß zuerst diejenigen Gebiete des deutschen Reiches mit diesen Lieferungen bedacht werden sollen, die bisher ganz besonders schwierige Verhältnisse gehabt haben, und zu denen gehört Braunschweig nicht, sondern z. B. das Königreich Sachsen und Rheinland-Westfalen. Bei der ersten Verteilung kommen wir also nicht in Frage. Von der Dosenmilch soll nach Pressenachrichten in Rotterdam eine größere Menge eingetroffen sein; es ist, soviel ich gehört habe, auch heute in Braunschweig etwas davon eingetroffen — welche Menge, weiß ich nicht, und wie sie zur Verteilung kommt, weiß ich auch nicht, kann auch nicht sagen, ob die Menge zur Verteilung für die Allgemeinheit ausreicht, oder ob sie nur benutzt werden kann, um die mangelnde Vollmilch zu ersetzen. Wir haben gleich vorweg für die Kranken einen Posten davon angefordert, aber Näheres kann ich darüber nicht mitteilen.

Stadtv. Munte hat den Vorsitz übernommen.

Stadtv. Frau Böhm: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Kartoffelmarken, auf die es in der vorigen Woche keine Kartoffeln gegeben hat, in

Gültigkeit bleiben. Ich war gestern in der Markthalle und habe gehört, daß sich die Händler weigern, für die vor vierzehn Tagen geltenden Marken Kartoffeln auszugeben.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Wir können leider auf Kartoffelmarken der vergangenen Woche keine Kartoffeln liefern. Ich habe schon ausgeführt, daß wir auch leider in dieser Woche Kartoffeln in ausreichender Menge nicht liefern können, und deshalb sind wir erst recht nicht in der Lage, Kartoffeln für die verflossene Zeit nachzuliefern. Es tut mir sehr leid, daß die Verhältnisse so gekommen sind, aber es läßt sich nichts daran ändern.

Stadtv. **Niese I**: War es schon in normalen Zeiten schwierig, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen, so ist es noch schlimmer geworden nach der Sperrung des Bahnverkehrs. Ich weiß ganz bestimmt, daß es möglich gewesen wäre, auch für nächsten Sonntag etwas Fleisch der städtischen Bevölkerung zukommen zu lassen, und wenn dazu noch etwas von dem städtischen Büchsenfleisch genommen wäre, dann hätten wir nicht die ganze Woche ohne Fleisch zuzubringen brauchen, wie uns jetzt zugemutet wird. Ich weiß, daß 16 Tiere mit der Bahn hierhergekommen sind, daß sie aber nach Hildesheim verschoben sind und dann nach Sehlen gekommen sind, wo sie der Graf von der Schulenburg in seine Ställe gestellt hat, sonst wären sie verreckt. Das weiß ich aus bestimmter Quelle und könnte Namen zum Beweis der Wahrheit anführen. Mit den Kartoffeln verhält es sich ähnlich. Ich habe gesehen, daß am zweiten Ostertage 200 Zentner Kartoffeln nach Braunschweig bereitgestellt waren, die in Ringelheim in dem Getreideschuppen von Fromme lagerten. Der Sohn meines Schwagers ist beim Verladen beschäftigt gewesen. Er sagte zu mir: „Onkel, ihr sollt Kartoffeln bekommen, sie liegen bei uns im Schuppen, aber es sind keine Wagen dafür zu haben.“ Wenn dort Kartoffeln lagern, dann sind anderwärts auch welche zu haben, und es wäre nicht nötig gewesen, daß Braunschweig an dieser Kalamität leidet. Leider kann ja der Magistrat nichts dazu tun; aber wenn keine Wagen für den Transport bereitgestellt werden, dann laufen die Kartoffeln Gefahr, daß sie verkommen. Zu bedauern ist es, daß in verschiedenen Gegenden die Kartoffeln so stark faulen. Ich habe Mieten gesehen, in die 100 Zentner eingebracht waren. Sie waren vorher recht hoch, wurden aber immer kleiner, und nachdem die Mieten aufgemacht sind, fand sich auch keine einzige Kartoffel, die noch gebraucht werden konnte. Diese Kartoffeln sollten lauter Pflanzkartoffeln sein, und der Besitzer hatte sich verpflichtet, anstatt Kohlrüben und Mohrrüben in diesem Jahre mehr Kartoffeln zu bauen, ist nun aber leider nicht dazu in der Lage, und in ähnlicher Weise klagen viele Leute. Ich bin der festen Meinung: Wenn diese Verkehrseinschränkung auf

der Bahn nicht gekommen wäre, dann wären wir nicht in die Kalamität gekommen, in der wir uns leider befinden.

Stadtv. Stegmann: Seit dem Jahre 1916 befaßen wir uns hier mit der Ernährungsfrage, zahllose Anträge und Anfragen sind deswegen gestellt, aber besser ist es nicht geworden, so daß ich zu der Ansicht komme: „Es hat keinen Zweck, daß wir noch weiter darüber sprechen“, womit aber nicht gesagt werden soll, daß nicht alles, was möglich ist, seitens des Magistrats geschehen ist. Ich weiß sehr wohl aus meiner Tätigkeit in verschiedenen Kommissionen, daß der Magistrat getan hat, was in seinen Kräften stand, um die Lage zu bessern. Erfreulich ist es, daß eine Befürchtung nicht einzutreten braucht, soweit es sich um Mehl und Mehlprodukte handelt, daß wir also noch einigermaßen mit Brot versorgt werden.

Was das Fleisch betrifft, so ist es eine traurige Tatsache, daß es mit dem Schwarzschlachten nicht besser geworden ist. Schon vor zwei Jahren konnte ich als Beirat in der Landesfettstelle hören, daß von einem Regierungsvertreter erklärt wurde, daß wir ohnmächtig seien, dieses Schwarzschlachten zu beseitigen, und damals war es noch ein Kinderspiel gegen die Zustände von heute. Die Zustände sind geradezu furchterlich; bis in die Arbeiterkreise hinein sind die Leute gezwungen, das teure Fleisch zu 6, 7 und mehr Mark zu kaufen. Es ist tatsächlich alles da, nur ist es nicht rationiert. Die große Masse bekommt es nicht, nur diejenigen, die Gelegenheit dazu haben und die Mittel dafür aufbringen können, sind in der Lage, zu teuren Preisen sich etwas zu beschaffen. Die Konfirmationsfeiern auf dem Lande sind genau wie in Friedenszeiten gefeiert; geradezu Völlerei soll geherrscht haben. Mir sind darüber Einzelfälle bekannt, die nicht bestritten werden können. Es ist empörend, daß auf dem Lande noch wie in Friedenszeiten gelebt werden kann, während Tausende und aber Tausende in der Stadt verelenden. Ich glaube, alles Reden hat keinen Zweck; es wird doch nicht eher anders, bis die Blockade aufgehoben wird und vom Auslande Lebensmittel hereinkommen. Wir werden bis zur Neige auskosten müssen, was die Kriegsheher uns eingebracht haben. Wenn auch durch den Generalstreik speziell in Braunschweig noch eine Verschlimmerung eingetreten sein mag, so hat das doch im allgemeinen für Deutschland nichts zu bedeuten. Auch in denjenigen Städten, in denen kein Generalstreik stattgefunden hat, ist die Ernährungsweise nicht besser, sondern in manchen Großstädten noch schlechter als hier. Ich muß zugestehen, daß wir in der Stadt Braunschweig gegenüber zahlreichen anderen Großstädten immer noch besser daran sind. Es sind eben die Folgen der Kriegshezerei, die das deutsche Volk auszukosten hat. Auch der Arbeiter- und Soldatenrat hat versucht, dem Schwarzschlachten und dem Schleichhandel entgegenzutreten, wo aber nicht mit Gewalt hat eingegriffen werden können, ist es nicht möglich gewesen, das Unwesen ab-

zustellen. Es sind auch von der Volkswehr in Braunschweig 5—6 Mann nach einzelnen Dörfern gekommen und haben Hausdurchsuchungen gehalten. Wenn aber auf dem einen Ende des Dorfes angefangen wurde, hat man schon im zweiten und dritten Hause die Lebensmittel verschleppt, in den Mist vergraben und anderweitig versteckt, soweit das nicht bereits vorher geschehen war. Außerdem konnten, wie ich aus Bekanntenkreisen aus sicherer Quelle weiß, die Arbeiter auf dem Lande, die abhängig waren, nicht so vorgehen, wie sie wollten, weil sie sonst ihre Arbeit nicht besorgt bekamen; sie mußten ein Auge zudrücken und konnten ihre Macht nicht ausüben. Wir müssen uns einfach fügen und müssen auch ferner den Hungerriemen noch enger schnallen, bis wir durch das Ausland etwas hereinkommen.

Stadtv. **Niese II** übernimmt den Vorsitz wieder.

Stadtv. **Bunge**: Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Magistrat fragen, inwieweit die Besorgung der Pflanzkartoffeln erfolgt ist. Jetzt sind wir so ziemlich am Ende des April, und die Kartoffeln, die zum Pflanzen bestellt sind, sind nicht zur Stelle, es ist wenigstens noch nicht bekanntgegeben, daß sie abgeholt werden sollen. Die Anlieferung der Pflanzkartoffeln für die Spätkartoffeln hat ja noch Zeit, nicht aber die für die Frühkartoffeln. Wie mir ein Bekannter aus der Gegend, woher sie besorgt werden, gesagt hat, werden sie vielleicht Ende dieser Woche oder in der nächsten Woche abgeschickt, wenn Wagen gestellt werden können. Dann aber kann es Mitte Mai werden, ehe die Frühkartoffeln gepflanzt werden, und wie lange sollte es dann dauern, ehe die Frühkartoffeln von den kleinen Leuten, die selbst welche pflanzen, geerntet werden können. Auch die anderen Leute, die solche Kartoffeln zum Verkauf stellen wollen, sind ebenso schlimm daran, wenn das Saatgut nicht jetzt ausgeteilt wird. Deshalb möchte ich den Magistrat fragen, ob er nicht in irgend einer Weise sich mit der Eisenbahndirektion in Verbindung setzen will, damit möglichst bald die Wagen für die Frühkartoffeln gestellt werden. An anderen Stellen, in den hiesigen Geschäften sind keine solche Pflanzkartoffeln zu bekommen, nur durch die Stadt ist es möglich. Ich möchte bitten, daß seitens des Magistrats versucht wird, möglichst bald die Ware nach hier zu schaffen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Die Frühkartoffeln sind zum größten Teil eingelaufen, der andere Teil rollt. Diese werden voraussichtlich in der nächsten Woche zur Verteilung kommen. Das ist ja erfreulich; wenn aber die bekannten unerquicklichen Verhältnisse nicht dazwischengekommen wären, dann wären die Kartoffeln noch früher eingelaufen. Schwieriger wird es sein, das Saatgut für

die späten Sorten heranzubekommen, aber wir wollen hoffen, daß auch das noch gelingt. Bislang hat die Kreisdirektion Helmstedt, die uns beliefern soll, erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, die volle Menge zu liefern. Daß es für Helmstedt so schwer ist, der Anforderung nachzukommen, liegt an den allgemeinen Verhältnissen. Sie wissen, wie es auf dem Lande zugeht: Es wird seit Wochen in ungeheurer Menge gehamstert. Am Abend kann man am Nordbahnhofe sehen, welche gewaltigen Mengen Vorräte hereingebracht und verschoben werden. Ich selbst habe gesehen, daß eine einzige Familie allein 15 Zentner Kartoffeln aus der Gegend von Fallersleben herangeschleppt hat. Der Mann trug außerdem noch ein großes Brot unter dem Arm und zog triumphierend mit seinen Sachen von dannen. So soll es allgemein auf dem Lande hergehen. Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, um durchzusetzen, daß eine straffe Ordnung auf dem Lande eingerichtet wird.

Stadtv. Engmann: Die Not des Volkes nimmt in erschreckender Weise zu. Wenn es auch richtig ist, was unser Freund Stegmann sagt, daß alles Reden nichts nützt, so müssen wir doch alles versuchen, um Besserung herbeizuführen. Selbstverständlich will auch ich die Magistratsdezernenten nicht für diese Verhältnisse verantwortlich machen; sie haben ihre Schuldigkeit getan. Sie haben ja auch nur die Möglichkeit, die Sachen, die vorhanden sind, an den Mann zu bringen. Früh morgens, wenn man aufsteht, fängt der Kummer an, und wer mit Lebensmitteln in seinem Berufe zu tun hat, weiß das am besten zu beurteilen. Die Kinder suchen Holz zum Brennen auf, gehen in die Läden und bitten um leere Kisten, damit zu Hause Feuer angemacht werden kann, weil keine Kohlen vorhanden sind. Sie bieten für alte Kisten den regulären Preis von 1 M, nur damit die Mutter zu Hause Kaffee-Ersatz kochen kann. Dann kommt die Frage: Was soll die Frau zu Mittag kochen? Ich will wünschen, daß die Damen recht viel Freude an den in Aussicht stehenden Erbsen am nächsten Sonntag haben werden, kann aber verraten, daß sie in einem Zustande sind, daß Futtererbsen vor dem Kriege besser ausgesehen haben, als die sind, die jetzt zur Verteilung als menschliche Nahrung kommen. Man kann ja nicht nach dem Aussehen gehen, es kommt da mehr auf das gute Eingeweide an; aber das Aussehen ist schlimm. Denken Sie ferner daran, daß es wochenlang keine Rüdeln gegeben hat, wochenlang keine Kartoffeln, dazu nur wenig Brotaufstrich. Wie Herr Stadtrat Wagner sagte, ist die Fettversorgung auch so ziemlich hinfällig. Darum möchte ich bitten, daß dafür gesorgt wird, daß die Leute etwas mehr Brotaufstrich bekommen, Honig, Marmelade usw. Der jetzige Zustand ist außerordentlich traurig, und ich möchte den Magistrat ersuchen, alle Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, anzuwenden, damit die Leute nicht zu hungern brauchen.

Das Einzige, was wir früher noch hatten, waren die Eier, wenn es auch wenig waren. Wie ist jetzt der Zustand? Ich mache Sie, meine Herren, ja nicht dafür verantwortlich. Früher kam jeder Einwohner in die Lage, alle Woche oder wenigstens alle vierzehn Tage ein Ei zu 32 Pf. zu erwerben. Vorige Woche kam eine Frau zu uns, die für ihre Kinder Ostereier besorgt hatte. Was hatte sie dafür gegeben? 95 Pf. Unter 80 Pf. ist überhaupt kein Ei zu bekommen, wenn man überhaupt das Glück hat, eins zu erhalten. Neun Zehntel der Einwohnerschaft bedauert diese neue Verfügung und kommt nie in den Genuß eines frischen Eies.

Stadtv. **Jahns:** Auch ich wollte auf die Qualität der Erbsen hinweisen — ich habe heute Gelegenheit gehabt, sie zu sehen; es sind gelbe, braune und grüne Körner, die tatsächlich früher nicht einmal gut genug zum Verfüttern gewesen wären — und wollte anfragen, ob die Gesamtmenge sich in diesem Zustande befindet. Frau Friedrich führte schon aus, daß Erbsen ein vollwertiger Ersatz für Fleisch nicht sein könnten. Wenn es nun aber nicht einmal gelbe Erbsen sind, sondern derartiges Zeug, wie ich gesehen habe, dann kann man von einem Fleischersatz gar nicht sprechen.

Stadtrat **Wagner:** Es war mir bisher leider nicht möglich, mich von der Güte dieser Erbsen zu überzeugen; ich verstehe auch, offen gesagt, nicht viel davon. Erst nachdem festgestellt war, daß es uns unmöglich war, Schlachtvieh zu bekommen, ist die Überweisung der Erbsen auf wiederholtes Drängen so spät vom Landesernährungsamt erfolgt, daß wir mit Mühe und Not den Bestand aus Wolfenbüttel mit unseren Kraftwagen herangeholt haben, um die Verteilung an die Klein Händler noch in dieser Woche in die Wege leiten zu können. Was sollen wir unter diesen Umständen anders machen als annehmen, was uns geboten wird? Es sind dies die Notreserven, die vor längerer Zeit vom Landesernährungsamt zurückgelegt sind — was es liegen hat, verheimlicht uns das Landesernährungsamt —, um im schlimmsten Falle einspringen zu können. Wie lange das Material gelegen hat, wissen wir nicht, etwas anderes aber ist nicht vorhanden; wir müssen es also nehmen. Wir können nicht sagen: „Wenn wir kein Fleisch kriegen — Erbsen wollen wir nicht!“ Wir sind gezwungen, in diesem Falle zuzufassen.

Stadtv. Frau **Friedrich:** Meine Damen und Herren! Ich wollte auf die Kartoffelkarten zurückkommen. Herr Stadtbaurat Lebensleben meinte vorhin, es wäre unmöglich, auf die Kartoffelkarten, die einmal verfallen sind, noch nachträglich Kartoffeln auszugeben. Das glaube ich schon, aber der Herr Stadtbau-

rat wird unmöglich denken, daß die Karten damit ganz ungünstig sein sollen; das ganze unter keinen Umständen. Wenn auch das Recht auf die 5 Pfund *K a r t o f f e l n*, die man pro Woche bekommen soll, verfallen ist, so müßte doch aber *E r s a t z* dafür gegeben werden. Bei dem wenigen, was überhaupt gegeben wird, kann man doch die Inhaber dieser Karten unmöglich ganz leer ausgehen lassen. Dagegen müssen wir uns verwahren.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich habe erklärt, daß wir nicht in der Lage sind, auf die Karten der vergangenen Woche Kartoffeln zu liefern. Wir wollen uns aber Mühe geben, bei dem Landesernährungsamte zu erwirken, daß auf diese Kartoffelmarken, soweit nicht Kartoffeln dafür geliefert sind, Ersatz geliefert wird. Der Magistrat selbst hat keinen Ersatz zur Verfügung; sollte ein solcher durch das Landesernährungsamt geliefert werden, ist der Magistrat gern bereit, den Ersatz rückwirkend zu gewähren.

Herr Engmann hat vorhin erwähnt, daß die Eierversorgung ganz außerordentlich schlecht ist. Sie wissen aus der Zeitung, daß die ganze Eierrationierung aufgehoben ist (Zuruf: Leider!), und zwar von Reichs wegen. Bislang hat, glaube ich, die Eierversorgung in der Stadt Braunschweig leidlich funktioniert. Die Einwohnerschaft hat wenigstens alle vierzehn Tage ein Ei bekommen, und zwar nicht nur im Sommer, wenn die Hühner legen, sondern auch im Winter je ein eingelegtes Ei. Die Herrschaften wissen auch, weshalb von Reichs wegen die Eierrationierung aufgegeben ist: Dem Drängen des Großhandels entsprechend hat die Reichsregierung den Versuch gemacht, zu ergründen, ob tatsächlich der Großhandel in der Lage ist, die ganze Eierversorgung besser zu erledigen, als es bei der Rationierung der Fall gewesen ist. Welcher Erfolg erzielt ist, das wissen wir heute schon alle; wir wissen auch, daß die Reichsregierung auf diesem Wege der Einschaltung des freien Handels und Aufhebung der Rationierung unter keinen Umständen fortfahren wird, vor allem nicht, soweit die wichtigsten Lebensmittel — Brot, Kartoffeln, Nahrungsmittel, Fleisch usw. — in Frage kommen. Würde in diesen Sachen die Rationierung aufgehoben werden, dann wären wir einfach verloren.

Stadtv. Lehnert: Meine Damen und Herren! Herr Stadtbaurat Gebensleben ist auf die Eierversorgung zu sprechen gekommen, und Herr Engmann hat einen Fall angeführt, wo Eier zu 85 Pf. verkauft sind. Ich hatte am Sonnabend Gelegenheit, daß mir Eier das Stück zu 1,20 *M* angeboten wurden. Ich habe dem, der mir das Angebot machte, erwidert: „Für Sie wäre es gut, wenn einmal das Standrecht bei Lebensmittelwucher eingriffe und die Wucherer am ersten Laternenpfahl aufgehängt würden. Das würde vielleicht abschreckend wirken für

diejenigen, die dann noch in die Stadt hineinkommen und solche Preise forderten." Es ist ein Skandal, daß man so etwas erleben muß. Den größten Fehlgriff, den der Reichsminister gemacht hat, den hat er durch die Aufhebung der Zwangsverteilung der Eier gemacht. Bisher hatten unsere Frauen doch wenigstens die Hoffnung, daß sie ab und zu einmal Eier bekamen, jetzt ist das ausgeschlossen. In welcher Weise ist es möglich, daß für ein Ei 1,20 *M* bis 1,50 *M* gefordert wird? So viel kann nur der bezahlen, der in der Wahl seiner Eltern vorsichtig gewesen ist und gleich bei der Geburt einen großen Geldsack neben der Wiege stehen hatte. Denjenigen, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, ist es nicht möglich, solche Preise zu bezahlen.

Betreffs der Kartoffelfrage möchte ich darauf hinweisen, daß es nötig ist, daß Ersatz nur an diejenigen geliefert wird, die im Besitz der verfallenen Kartoffelmarken sind, nicht aber auch an solche, die schon im vorigen Herbst sich gesichert haben und soviel Kartoffeln im Keller liegen haben, daß sie ruhig die Zeit bis zur nächsten Kartoffelernte abwarten können, die womöglich noch imstande waren, Kartoffeln konservieren zu lassen. Es ist schon angeführt, daß namentlich auf dem Nordbahnhofe man am besten beobachten kann, welche Mengen von Lebensmitteln vom Lande eingeführt werden. Wenn der Hamsterzug von Fallersleben kommt, sieht man die Leute mit Kisten und Kästen bepackt abziehen. Es wird das ja nicht aus Wollust getan, sondern die meisten gehen hinaus, um überhaupt nur etwas zum Leben zu bekommen. Auf dem Lande aber sind Kartoffeln für hohe Preise noch immer zu haben. Wenn jemand nur 30–50 *M* für den Zentner ausgeben will, dann kann er genügend Kartoffeln bekommen, aber immer mit der Beschränkung, daß der Käufer die Kartoffeln selbst holen muß, gebracht werden sie ihm nicht, weil die Produzenten angst sind, daß sie ihnen unterwegs abschwimmen würden. Dieses Einkaufen zu Wucherpreisen muß unbedingt aufhören, und das könnte geschehen, wenn seitens der einzelnen Dezernenten, namentlich vom Herrn Stadtbaurat Gebensleben, etwas tief ins Wespennest hineingegriffen würde und gesagt würde: Nun wollen wir die Ernährung der Stadt wenigstens insoweit sicherstellen, daß wir Kartoffeln haben.

Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg in betreff der Versorgung mit Mehl und Brot gesagt hat, daß wir bis zur nächsten Ernte genügend damit versehen sind, so kann ich darauf nur erwidern: „Verehrte Anwesende, die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Wenn für die ganz ausfallenden Sachen, für Kartoffeln, Fleisch und das andere, Ersatz in Mehl geliefert werden soll, dann wird auch die Mehlliste des Herrn Stadtrat von Frankenberg leer werden, und eines schönen Tages wird er auf dem Grund angekommen sein, gerade so wie Herr Stadtbaurat Gebensleben in seinem Kartoffelsack nichts mehr hat. Die Sache ist einfach so, daß aus der einen Tasche etwas herausgenommen und in die andere

gesteckt wird, und nirgend ist etwas zu wollen. Man wird sagen, einen großen Teil der Schuld daran trüge der Generalfstreik, aber ich erinnere daran, daß vor zwei Jahren niemand an einen Generalfstreik dachte, daß aber auch damals schon dieselben Klagen geführt wurden. Nur in krasserem Maße treten die Übelstände heute auf. Und warum? Es ist einfach die Folge der Blockade durch unsere Feinde. Sobald die Blockade aufgehoben ist, wird es sich aller Welt zeigen, wie Deutschland am Hungertuche genagt hat. Wir stehen jetzt vor dem Schluß, daß wir elend zugrunde gehen. Ist es denn noch möglich, daß die Arbeiter die schwerste Arbeit leisten können? Ich weiß aus unserem Betriebe, daß die Bauarbeiter es jetzt verweigert haben, in die höheren Stagen die Steine zu tragen, sondern fordern, daß dafür der Motor angestellt wird, der den Kalkmörtel heraufbefördert. Früher bekamen die Leute im Afford einen höheren Lohn für diese Arbeit und übernahmen sie willig; jetzt aber wollen die Leute gar nicht Geld, sondern nur etwas zu essen haben. Eben wäre es ihnen lieber, wenn sie weniger Geld und dafür mehr zu essen bekämen. Leider aber ist uns nicht möglich, solche Forderungen zu erfüllen.

Ich möchte ersuchen, daß endlich das Landesernährungsamt die Stadt Braunschweig besser versorgt. Auch die anderen Städte mögen in dieser Hinsicht Vorsorge treffen. Angenehm wird es den einzelnen Herren vom Magistrat nicht sein, wenn eines Tages die Frauen zu ihnen kommen und sagen: „Jetzt ist es genug, was soll nun werden!“ Mein Freund Engmann hat schon gesagt, wie schwer es den Frauen wird, für die tägliche Beföstigung zu sorgen. (Redner wird vom Vorsitzenden an die 10 Minuten Redezeit erinnert.) Unbedingt müssen wir dafür sorgen, daß diejenigen Einwohner, die sich mit Kartoffeln im Herbst eingebedeckt haben, nicht auch von dem als Ersatz auszugebenden Mehl ihr Teil bekommen, sondern daß das nur der notleidenden Bevölkerung zukommt.

Stadtbr. Riefe I: Mit Klagen und Kritisieren kommen wir in dieser Sache nicht weiter. (Zustimmung.) Ich möchte an den Magistrat eine Anfrage richten. Wir haben Automobile, und wenn wir sie nicht haben, können wir sie uns beschaffen. Mit diesen Fuhrwerken von Ringelheim Kartoffeln herzuholen, könnte nicht schwer fallen, und in einem Tage würde die ganze Sache abgemacht sein. Wenn es auch nicht viel ist, was wir damit heranschafften, so würde es doch immer mithelfen. Auf die Entente können wir uns nicht verlassen. Wollte man dort helfen, so hätte es längst geschehen können, und ich weiß nicht, ob man den ehrlichen Willen dazu hat. Warum hat es denn vor dem Kriege mit der Versorgung vom Auslande sehr gut gegangen? Große Mengen von Maltakartoffeln sind dazumal eingeführt worden, wovon auch einmal die Arbeiter sich ein oder zwei Pfund leisten konnten. Man schrieb davon, daß 150 000 Zentner davon geliefert

werden könnten. Geschähe das, dann wären wir über diese Not hinweg. Aber dazu sind unsere Feinde zu „huldvoll“! Wir müssen uns selbst helfen. Vielleicht liegen nicht nur an der von mir vorhin angeführten Stelle, sondern auch in anderen Gehöften unserer Umgegend in den Speichern noch Kartoffeln. Die heranzubekommen, könnte nicht schwer fallen. Damit könnten wir wenigstens der schlimmsten Not abhelfen.

Stadtv. Benzen: Es ist tatsächlich ein düsteres Bild, was die Dezerenten unseres Ernährungsamtes gesagt haben. Ich hatte das Gefühl, als man von dem Ersatz für die Kartoffeln sprach, es wäre das beste, für die fehlenden Kartoffeln gäbe man als Ersatz einen Strick zum Aufhängen; dann wäre die Qual vorbei. Wenn Kartoffeln, Fleisch, Fett und alles andere alle ist, was bleibt dann noch übrig, als sich hinzulegen und zu sterben? Es nützt kein Kritizieren, kein Reden, die Bauern treiben ihren Landesverrat weiter, indem sie nur verkaufen, wenn sie ihre Sachen übermäßig bezahlt bekommen. Es ist mir erzählt, daß vier Mann dieser Tage aufs Land gegangen sind, um Eier zu holen. Der eine hat 60, der andere 70 und wieder einer 90 Pf. für das Stück geboten, und der am meisten geboten hat, der hat sie bekommen. So werden geradezu Auktionen angestellt. Aber nicht jeder ist in der Lage, das geben zu können. Für Kartoffeln 25—27 *M* per Zentner zu geben, ist nur wenigen möglich. Ich sage auch: Es ist sehr schwer, Abhilfe zu schaffen. Die Bauern, die sonst so patriotisch gesonnen scheinen, sind Patrioten im eigenen Geldsack. Wer am meisten zahlt, ist ihr bester Patriot. Die einzige Abhilfe ist noch der Strick!

Stadtbaurat Gebensleben: Herr Rieke meinte, wir sollten Automobile nehmen, um Kartoffeln heranzuführen. Im einzelnen Falle könnte das wohl zweckmäßig sein, aber im allgemeinen hat es sich herausgestellt, daß der Mangel an Kartoffeln nicht durch die mangelhafte Bestellung der Eisenbahnwagen veranlaßt ist, sondern dadurch, daß die Kreiskartoffelstellen nicht mehr diejenigen Kartoffelmengen aufbringen können, die sie uns nach der Lieferungsaufgabe verschaffen sollen.

Herr Lehnert hatte vorhin gemeint, als er über die den Hamsterern zufallenden Kartoffeln sprach, der Magistrat sollte in das Wespennest stechen; er meint damit wahrscheinlich, wir sollten auf das Land gehen und erforschen, wo noch Kartoffelvorräte sind. Dazu möchte ich bemerken, daß das nicht unsere Aufgabe ist (Zuruf: Landesernährungsamt), sondern lediglich Sache der Reichskartoffelstelle und des Landesernährungsamtes. Unsere Aufgabe besteht nur darin, die hereingekommenen Kartoffeln ordnungsmäßig zu verteilen. Dafür zu sorgen, daß und wie sie hereinkommen, ist leider — oder Gott sei Dank — nicht unsere

Aufgabe. Ich will der Anregung des Herrn Lehnert gern entsprechen und nochmals energisch dahin vorstellig werden, daß wir die Mengen, die uns geliefert werden sollen, auch bekommen. Ich habe schon vor vierzehn Tagen auseinander-gesetzt, daß wir bis Mitte oder vielleicht Ende Juni Kartoffeln bekommen sollten. Wir sind jetzt erst über die Mitte April hinaus, und der Atem ist uns schon aus-gegangen. Das ist außerordentlich bedauerlich. Wir wollen alles tun, was zu tun möglich ist, um die uns zustehende Kartoffelmenge heranzuschaffen, aber ich wiederhole: Die Kartoffeln heranzuschaffen, ist nicht unsere Aufgabe, sondern die der Landesregierung.

Stadtv. **Schmidt:** Meine Damen und Herren! Ich muß mich wundern, daß wir in dieser Sache nichts Besseres zu hören bekommen, denn wenn ich mich recht erinnere, habe ich doch vernommen, daß eine nochmalige Bestandsaufnahme auf dem Lande vorgenommen werden sollte, daß die Kartoffelversorgungsstelle und der Landeseinkauf alle Hebel in Bewegung setzen wollte, daß die wirklichen Bestände, auch die in den Mieten, erfaßt werden. Aber wir hören nichts darüber. Man hört und sieht nur, daß ausreichend und genügend Salzgemüse vorhanden ist, mehr als zu viel. Es sind allerdings Viehkataster eingeführt, um das Vieh zu erfassen und um zu verhüten, daß nichts mehr schwarzgeschlachtet wird, aber trotzdem hat das Unwesen mehr zu- als abgenommen. Wer Zeit und reichlich Geld hat, der kann sich eindecken. Das ist bei allen Lebensmitteln und auch bei der Bekleidungsfrage der Fall. Wenn nun alle Behörden versagen, wenn alles, was zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen könnte, nicht in Erfüllung geht, was soll man dann von solchen Einrichtungen halten? Ähnlich wie mit den andern Sachen geht es mit den Fischen. Vor einigen Monaten hörten wir, daß die Handelsgesellschaften besonders darauf Bedacht sein sollten, daß See- und Räucherfische nach Deutschland hereinkommen sollten. Aber auch da ist nichts zu machen. Wenn wirklich einmal ein paar Pfund davon nach Braunschweig herein-kommen, dann ist derjenige glücklich, der etwas davon unter großen Umständen und Mißhelligkeiten erhaschen kann. Die eingesetzte Institution mag alles auf-bieten und alles mögliche ausfindig machen, um der Bevölkerung etwas zu-zuführen — es scheint mir alles zu versagen und wirklich erst Besserung zu kommen, wenn die Blockade aufhört. Jeder von uns hat gewünscht, daß un-mittelbar nach Beendigung der kriegerischen Ereignisse eine Besserung in der Ernährung eintreten möge, aber es wird immer schlechter, und die gute Zeit scheint in weite Ferne gerückt.

Ich glaube doch, daß mit dem Vorschlage des Herrn Niekz wenigstens etwas erreicht werden könnte, und daß auch die Anregung des Herrn Bunge bezüglich der Saatkartoffeln Beachtung verdient. Es haben aus allen Bevölkerungs-

schichten sich die Leute etwas Land zugelegt, um selbst etwas zu ernten. Wenn dazu die Saatkartoffeln nicht geliefert werden könnten und deswegen die kleinen Felder nicht bestellt werden könnten, so würde für den Spätsommer und für den Herbst doch mit einem großen Ausfall zu rechnen sein. Wir müßten deshalb darauf sehen, daß unter allen Umständen die Pflanzkartoffeln beschafft werden, selbst wenn wir sie mit Automobilen heranholen sollten, damit wenigstens die Bestellung des Landes erfolgen kann.

Stadtv. Reißner: Als Leiter der Stadtkartoffelstelle bin ich in der Lage, Ihnen weitere Auskunft über die Kartoffelversorgung zu geben. — Im März bekamen wir eine Zuweisung von 65 000 Zentnern Kartoffeln, davon sind uns geliefert 15 000 Zentner, und jetzt erklären die mit der Lieferung beauftragten Kreisdirektionen: Die Vorräte an Kartoffeln sind zu Ende, wir können keine mehr liefern. Helmstedt hatte uns noch 34 000 Zentner zu liefern, hat sich aber dazu außerstande erklärt, und begründet das damit, daß aus Magdeburg Hamsterzüge in den Kreis Helmstedt gefahren werden, deren Benutzer noch nicht einmal Fahrgeld zu bezahlen brauchten und an Lebensmitteln mitnehmen, was sie nur bekommen könnten. Auf diese Weise wären in den letzten vierzehn Tagen aus dem nördlichen Teile des Kreises Helmstedt 15 000 Zentner Kartoffeln widerrechtlich ausgeführt, nicht nur nach Magdeburg, sondern auch weiter weg. Die Kreisdirektion gibt an, daß sie nicht in der Lage gewesen wäre, gegen dieses Übel einzuschreiten, weil jede Post- und Bahnverbindung gescheit hätte. Ich habe mich darauf gleich mit dem Volkskommissar für Ernährung, Herrn Gerecke, in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, mit mir eine Bereisung des Kreises Helmstedt vorzunehmen, damit erfaßt werden könnte, was noch zu erfassen ist. Die Eisenbahnverhältnisse sind ja jetzt wieder so weit geregelt, daß es an Transportmöglichkeiten für Kartoffeln nicht fehlt.

Wir haben täglich einige hundert Zentner Kartoffeln hereinbekommen, gestern 500, heute 400. Wenn Sie aber bedenken, daß wir täglich 800 Zentner Kartoffeln für die Stadt gebrauchen, so ist eine solche Zufuhr zu gering, auch die Zufuhr durch Automobile von weiter entfernt gelegenen Orten lohnt sich nicht; denn ein Automobiltransport bringt mit Anhänger vielleicht 150 Zentner heran, im Vergleich zu einer Tagesration für die ganze Stadt also recht wenig. Auch die Kartoffeln aus Ringelheim werden mit der Bahn herankommen.

Was die Saatkartoffeln anlangt, so kann ich mitteilen, daß — wie auch schon der Herr Stadtbaurat ausgeführt hat — ein großer Teil der Saatkartoffeln schon hier ist. Auch die Saatscheine sind schon verteilt, so daß der Verkauf am Montag beginnen kann. Etwas schwieriger stellt sich die Beschaffung der Saat für die Spätkartoffeln. Wir hatten vom Kreise Helmstedt 2500 Zentner bestellt, und

heute bekamen wir die Erklärung, daß dieser Kreis nicht in der Lage wäre, die volle Menge zu liefern, sondern nur einen Teil davon. Es wird aber jedenfalls auf andere Weise möglich sein, die volle Menge der erforderlichen Saatkartoffeln heranzuschaffen, und auch bei der Bereisung des Kreises Helmstedt werden wir sehen, was an Saatkartoffeln vorhanden ist, und das wird unbedingt erfaßt werden.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis gegen 7½ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. Mai 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1919/1920	113
2. Zuwahl je eines Mitgliedes in den Rechts-, Finanz-, Schul- und Bauauschuß	150
3. Antrag Frede auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broigemer Straße.	150
4. Nachverwilligung von Mitteln für den Schulgarten für 1918/1919	151
5. Antrag eines Stadtverordneten auf Amtsniederlegung	151
6. Herstellung einer Dampffesselanlage auf dem Gaswerk Taubenstraße	152
7. Erlaß von Gebühren für Baugenehmigungen	153
8. Überweisung eines Stadtmodells an das Schulmuseum	154
9. Herrichtung von Notwohnungen im Kasernement Korießstraße	154
10. Instandsetzung des Platzes an der Martinikirche	155
11. Bereitstellung von Räumen und Mitteln für die Säuglingsfürsorge.	156
12. Einrichtung von Baracken auf der Fea 7 zu Notwohnungen	157
13. Erhöhung der Vergütung des Bademeisters in der städtischen Freibadeanstalt und der Gebühren für Bäder usw. in den städtischen Flußbadeanstalten	160
14. Erhöhung der Vergütung der Lehrkräfte an der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule.	162
15. Antrag Jahnß auf Gewährung von außergewöhnlichen Rationen Lebensmittel an mit einem inneren Leiden behaftete Kriegsteilnehmer	163
16. Anfrage Jahnß über den Preis bei neu verpachteten Ländereigrundstücken auf dem Geregierplatz	163

	Seite
17. Antrag Friedrich, betr. Aufhebung des freien Handels mit Eiern	164
18. Anfrage Böhm über Wegnahme von hereingeholten Kartoffeln durch Re- gierungsstruppen.	165

Am Magistratstisch die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frantenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Jüermann**.

Es fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Bunge**, **Einert**, **Riete I**, **Rofahr**, **Spangenberg**.

Vorsitzender **Riete II**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Eingegangen ist ein Brief, unterschrieben von „vielen unbemittelten Bürgerinnen“, welcher an den Magistrat die Anfrage richtet, wann denn endlich mit dem Abbau der hohen Lebensmittelpreise und Löhne begonnen wird; so wie bisher könne die Wucherei nicht weitergehen.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Herrn **Karl Bippert**, Rußbergstraße. Er beklagt sich darüber, daß er bei Vergabung der Ländereien auf dem Französischen Feld nicht berücksichtigt ist.

Vielleicht ist Herr Stadtbaurat **Gebensleben** so freundlich und nimmt Notiz von der Sache.

Der **Gewerkschaftsbund Kaufmännischer Angestellten-Verbände**, Ortsverein Braunschweig, hat gegen den Antrag des Herrn **Lehnert** Einspruch erhoben, wonach die im Statut für den Arbeitsnachweis vorgesehenen sechs Arbeitnehmervertreter sämtlich durch das Gewerkschaftskartell gestellt werden sollen. Der Gewerkschaftsbund bemerkt, daß in seinen Reihen etwa 5000 Angestellte organisiert sind, während in dem zum Gewerkschaftskartell gehörenden Zentralverband der Handlungsgehilfen nur etwa 1000 Angestellte organisiert seien. Der Verband beantragt daher, dem Antrag **Lehnert** nur bezüglich fünf Arbeitervertretern zu entsprechen, den sechsten Arbeitnehmervertreter — den Vertreter der Handlungsgehilfen — jedoch satzungsgemäß dem Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestellten-Verbände zuzubilligen.

Es wird zweckmäßig sein, dieses Schreiben zunächst dem Rechtsausschuß zu überweisen, da — soviel ich weiß — heute der Antrag **Lehnert** hier nicht zur Verabschiedung gelangen soll.

Der **Verkehrsberein Braunschweig** hat zwei Schreiben, betreffend den dem Verein bisher gewährten städtischen Zuschuß, an den Magistrat und die

Stadtverordneten gerichtet. Da alle Damen und Herren aus der Versammlung das Schreiben in einem Abdruck erhalten haben, brauche ich eben wohl nicht weiter auf den Inhalt einzugehen.

Ein **A n t r a g** ist eingegangen von Herrn **J a h n s**. Er lautet: „Die städtischen Behörden werden ersucht, den mit einem inneren Leiden behafteten Kriegsteilnehmern außergewöhnliche Rationen an Lebensmitteln (Krankenzulagen) nach Möglichkeit zu gewähren.“

Ferner ist von Herrn **J a h n s** eine Anfrage mit folgendem Wortlaut eingegangen: „Der Magistrat wird ersucht, Auskunft zu geben, weshalb die neu zur Verpachtung gekommenen Ländereistücke auf dem Exerzierplatz mit 60 *M* bewertet sind, während die früher verpachteten gleichen Grundstücke, die wesentlich besser sein sollen als die ersteren, nur 20 *M* Pacht kosten. Gegebenenfalls wird um Herabsetzung der Pachtbeträge gebeten.“

Herr **S t e g m a n n** stellt die Anfrage:

„Ist es möglich, die bestehende, die Haushaltungen und die gewerblichen Betriebe schwer störende Gasperre aufzuheben oder wenigstens zu mildern?“

Ein Antrag von Frau **F r i e d r i c h** lautet:

„Die Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, darauf hinzuwirken, daß der freie Handel mit Eiern im Freistaat Braunschweig wieder aufgehoben wird.“

Eine Anfrage von Frau **B ö h m** hat folgenden Wortlaut:

„Möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Regierungstruppen berechtigt sind, Frauen, die sich etwas Kartoffeln vom Lande geholt haben, diese abzunehmen und 9 Pfennig für das Pfund zu zahlen, wo 25—30 Pfennig für das Pfund bezahlt sind?“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1919/1920.

Stadtv. **Munte** (als Referent): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für viele von Ihnen, wohl für die meisten, ist es etwas Neues, den Stadthaushaltsplan hier zu beraten. Ich nehme an, daß der Reiz der Neuheit Sie mitveranlaßt hat, sich ganz besonders in den Haushaltsplan zu vertiefen und sich mit allen Verhältnissen in demselben nach Möglichkeit vertraut zu machen. Ich darf das um so mehr annehmen, als wir die Beratung des Stadthaushaltsplanes schon vor vierzehn Tagen vornehmen wollten und somit jeder Zeit gehabt hat, sich mit dessen Inhalt zu beschäftigen. Am Dienstag hat der Finanzausschuß in einer Zeitdauer von vier Stunden den Stadthaushaltsplan vorberaten, und es

sind dabei alle Fragen, die etwa zu stellen waren, beantwortet und alle Unklarheiten, die sich ergeben könnten, richtiggestellt. Da bei dieser Vorberatung alle Parteien vertreten gewesen sind, so darf ich wohl hoffen, daß wir heute in der Vollsitzung nicht genötigt sein werden, eine so lange Zeit auf die Beratung des Stadthaushaltsplanes zu verwenden, und daß danach auch die übrigen Punkte der Tagesordnung noch erledigt werden können.

Es ist sämtlichen Mitgliedern der Versammlung der Stadthaushaltsplan in Gestalt des dicken Buches zugegangen, und auch das dazugehörige Begleitschreiben des Magistrats mit den Erläuterungen ist in Ihrem Besitz. Es wird am Platze sein, wenn wir zunächst Stellung nehmen zu den Ausführungen, die der Stadtmagistrat auf Seite 1—7 in den „allgemeinen Bemerkungen“ vorweggeschickt hat. Ich glaube, das kann dadurch eingeleitet werden, daß ich nicht etwa mit Verlesung der Ausführungen des Magistrats vorgehe, sondern nur kurz den Inhalt angebe. Daran könnte sich dann, soweit es nötig ist, die allgemeine Besprechung anschließen.

Indem ich Ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag annehme, möchte ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß auf Seite 2 des Begleitschreibens eine Übersicht gegeben ist über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben, wie sie sich in den Rechnungsjahren 1914/15 bis 1918/19 sowohl im Voranschlag, wie in dem Rechnungsabschluß ergeben haben. Sie sehen daraus zunächst, daß es dem Magistrat infolge der Unsicherheit aller Verhältnisse während des Krieges nicht möglich war, die fraglichen Posten im voraus einigermaßen richtig zu treffen. Es sind in den einzelnen Jahren allerdings die Einnahmen erheblich gestiegen, leider aber auch die Ausgaben, so daß es nicht möglich ist, die Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen. In dieser Beziehung ist es nicht besser geworden, trotzdem wir uns kurz vor dem Frieden befinden. Seitdem wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben, und seitdem die Umwälzung im November vorigen Jahres vorgenommen ist, sind die Verhältnisse noch schlimmer geworden, denn die Teuerung hat während dieser Zeit noch zugenommen, und infolgedessen haben die Gehälter und Löhne gewaltig aufgebessert werden müssen. Weiterhin wird der diesjährige Haushaltsplan dadurch ungünstig beeinflusst, daß die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich festgelegt ist, was bei manchen städtischen Werken drei Schichten nötig machte, so daß das Personal um die Hälfte des früheren Bestandes vergrößert werden mußte. Wenn trotzdem ein Haushaltsplan aufgestellt wird, von dem man sich im vornherein sagt, er wird doch nicht stimmen, so muß man sich vor Augen halten, daß man eine Richtschnur haben muß, wie die Einnahmen und Ausgaben gedacht sind, damit die Dezernenten der einzelnen Teile der städtischen Verwaltung wissen, wie sie sich zu verhalten haben.

Auf derselben Seite 2 des Begleitschreibens wird gezeigt, wie die Steuerkraft der Stadt während des Krieges nicht unerheblich gewachsen ist. Für die ersten der dort aufgeführten Jahre 1912/13 bis 1915/16 finden Sie, daß die Einnahmen aus der Gemeindeeinkommensteuer ziemlich stabil geblieben sind; es sind jedes Jahr rund 3 Millionen Mark einkommen. Die Steigerung tritt mit dem Jahr 1916/17 ein, wo sich eine Mehreinnahme von etwa 900 000 *M* ergibt. Das hat seinen Grund darin, daß in diesem Jahre statt 10½ Steuereinheiten 12½ erhoben worden sind. Das weitere Steigen in dem Jahr 1917/18 ist nur dadurch erklärlich, daß die Einkünfte der städtischen Einwohner an sich größer geworden sind; es sind in diesem Jahr abermals rund 650 000 *M* mehr aufgenommen worden.

Die folgenden Bemerkungen beschäftigen sich mit der augenblicklichen finanziellen Lage der Stadt. Seit 1900 hat die Stadt keine festen Anleihen, die einer planmäßigen Tilgung unterliegen, aufgenommen außer der Anleihe von 200 000 *M* vom Leihhaus, die zur Bezahlung eines Teils des Kaufpreises für das Arkeröder Feld verwendet ist und mit jährlich 1 Prozent getilgt wird, und außer einer Anleihe bei der Landesversicherungsanstalt, auf die erst 350 000 *M* erhoben sind. Es sollte eine Anleihe von 1 800 000 *M* aus den Überschüssen der Landesversicherungsanstalt allmählich an die Stadt abgeführt werden. Nachdem aber der Krieg ausbrach, sind Überschüsse von der Landesversicherungsanstalt nicht gemacht, so daß also Aussicht auf weitere Teilzahlungen nicht besteht. Diese Gelder sollten eigentlich dazu dienen, um die Fehlbeträge im Extraordinarium und bei der Kanalneubaukasse zu decken; das ist nun nicht möglich, im Gegenteil, es kamen neue Schulden hinzu, und es mußten nach und nach beim Leihhause große Summen entnommen werden. Glücklicherweise war das Leihhaus in der Lage, den braunschweigischen Gemeinden und insbesondere uns Gelder in jeder gewünschten Höhe zur Verfügung zu stellen, so daß wir unseren Verpflichtungen nachkommen konnten, während die Schulden natürlich trotzdem weiterwuchsen. Die städtische Schuld betrug — so sagt der Bericht — Anfang Februar dieses Jahres 26 Millionen Mark. Die Zinsen für diese Schuld erscheinen in der ordentlichen Abrechnung als Ausgabe.

Unter 2 folgt in dem Begleitschreiben eine Übersicht, wie sich das Aktivvermögen der Stadt seit dem Jahr 1912 gestellt hat. Am 1. April 1912 betrug das zum größten Teil in Hypotheken angelegte zinstragende Kapitalvermögen der Kämmerei und des Kreiskommunalverbandes zusammen 2 331 353 *M* und am 1. April 1913 3 154 083 *M*. Man ersieht daraus, daß dieses Vermögen etwas gewachsen ist, aber doch nur scheinbar, denn das Wachsen besteht darin, daß wir Hypothekengelder ausgeliehen haben, die wir uns selber geliehen haben. Es wird

gesagt, daß das natürlich nicht so weitergehen kann, und daß wir mit der Zeit dazu schreiten müßten, eine größere Anleihe mit einem festen Tilgungsplan aufzunehmen; die Verhandlungen dazu seien eingeleitet. Inzwischen sind diese Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gediehen. Sie werden sich erinnern, daß wir kürzlich eine Anleihe von 10 000 000 *M* bei dem Leihhaus aufgenommen haben, die zu 4 Prozent zu verzinzen und mit 1½ Prozent und den ersparten Zinsen rückzahlbar ist. Allerdings bedeutet das nicht, daß wir nun 10 Millionen Mark von unserer schwebenden Schuld abstoßen konnten, sondern wir haben nur 9 300 000 *M* erhalten, denn wir haben die Anleihe nur zu 93 Prozent beim Leihhause begeben können. Das geht aber anderen Städten ähnlich so; auch wenn sie Anleihen in Form von Obligationen ausgeben, erhalten sie für ein Stück von 1000 *M* nur 930 *M* und haben nebenbei noch die Druckkosten zu tragen, die bei uns wegfallen.

Es wird dann weiter von den Schulden gesprochen, die bis dahin, unabhängig vom Krieg, bestanden hatten, und es wird mitgeteilt, daß sie in 5 Hauptgruppen zerfallen und sich seit dem 1. April 1912 um etwas durch Tilgung vermindert haben. Die unter Nr. 2 aufgeführten Obligationenanleihen müssen ja selbstverständlich getilgt werden, ebenso die unter 3 aufgeführten alten Schulden für die Gas- und Wasserwerke und die unter 4 namhaft gemachten Darlehen der Landesversicherungsanstalt. Außerdem ist auch die Summe für die auf den Kredit der Stadt aufgenommenen kleinen Darlehen durch Zurückzahlung etwas verkleinert, andererseits ist die schwebende Schuld des Extraordinariums infolge der Aufwendungen für Bauten, Grunderwerbungen und Beschaffung von Kapital für gemeinnützige Zwecke von 1 047 000 *M* auf 2 475 000 *M* angewachsen, so daß alles in allem die alten Schulden nahezu stabil geblieben sind. Der Fehlbetrag der Kanalneubaukasse hat am 1. April 1918 617 000 *M* betragen, er hat sich inzwischen bis Ende Januar dieses Jahres auf 552 000 *M* vermindert. Es werden bekanntlich die Überschüsse vom Unterhaltungsfonds, die sich alljährlich ergeben haben, nach einer besonderen Magistratsvorlage von uns dem Neubaufonds überwiesen, um die Kanalbauschuld dadurch zur verringern.

Das Schreiben des Magistrats führt aus, daß diese bisherigen Schulden für die Stadt nicht drückend gewesen sind, denn sie ließen sich aus den ordentlichen Einnahmen verzinzen und tilgen. Schlimmer ist es, daß durch die Kriegsverhältnisse die städtischen Finanzen so ungünstig beeinflusst sind. Das finden Sie unter 3 ausgeführt. Es wird dort vorgerechnet, daß die Belastung seit Kriegsbeginn in erschreckendem Maße vor sich gegangen ist, so daß nach dem Jahr 1917/18 der Gesamtfehlbetrag aus den Kriegsjahren 9 221 663 *M* betragen hat. Für einen Privatmann wäre es schwer möglich gewesen, mehr zu verbrauchen,

als er einzunehmen hat, der Stadt war aber die Möglichkeit gegeben. Es wird weiter auseinandergesetzt, daß diese Schulden der Einfachheit halber, da sie nun einmal verbucht werden mußten, auf den Ausgleichsfonds genommen sind, der eigentlich früher eine ganz andere Bestimmung hatte. Er wurde dadurch aufgesammelt, daß vier Fünftel der Ergebnisse des Betriebes der Gas- und Wasserwerke — 5—600 000 M jährlich — an ihn abgeführt wurden, und sein Bestand wurde dazu benutzt, um Schulbauten auszuführen, so daß ohne größere Belastung der Steuerzahler der Stadt die Schulen gebaut werden konnten. Solche Bauten aus dem Ausgleichsfonds vorzunehmen, wäre in letzter Zeit nicht möglich gewesen, es sind aber glücklicherweise in der jetzigen Zeit auch keine Schul- und sonstigen Bauten nötig gewesen. Immerhin muß gesagt werden, daß durch diese Art und Weise der Verbuchung eine verhältnismäßig große Tilgung der Schulden stattgefunden hat. Sie finden auf Seite 5 des Begleitschreibens die Angabe, daß durch den Ausgleichsfonds in den Jahren 1915/18 zusammen 2 380 000 M Fehlbeträge aus der Kammereikasse gedeckt wurden. Es läßt sich darüber streiten, ob das für die Dauer angebracht ist, aber vor der Hand glaubt man auch in der Finanzkommission, daß dies der einzige Weg gewesen ist, den man gehen konnte. Es hätte wenig Zweck gehabt, im Ausgleichsfonds ein großes Guthaben zu sammeln und im Extraordinarium einen um so größeren Fehlbetrag zu haben. Es müßte aber angestrebt werden, daß diese Schuld in eine feste verwandelt wird, für die die Verzinsung und Tilgung in den ordentlichen Etat aufzunehmen wären. —

Unter II wird gesagt, daß neben der festen Kriegsschuld noch eine andere besteht, die hauptsächlich dadurch entstanden ist, daß die Gemeinden durch das Gesetz gezwungen worden sind, die Kriegsfamilienunterstützungen vorzuschießen. Es hat die Stadt aber auch große Vorschüsse leisten müssen auf Geschäfte, die sie zur Versorgung der Einwohnerschaft mit Nahrungsmitteln hat übernehmen müssen, und in denen jeweils immer verschiedene Millionen stecken, da Vorräte vorhanden sind. Das Gesetz, durch welches festgestellt wird, wann das Reich die für die Kriegsfamilien ausgelegte Unterstützung zurückzahlen soll, steht noch aus, gleichwohl aber hat das Reich der Stadt schon 3 260 000 M zurückgezahlt, so daß wir noch etwas über 11 Millionen vom Reich zu fordern haben. Dieses Geld ist von der Stadt beim Leihhause angeliehen, und die Zinsen darauf haben wir nach wie vor zu bezahlen. Von einer Vergütung dieser Zinsen ist im Reichsgesetz nichts gesagt worden, und ich glaube auch nicht, daß das jemals in der Absicht des Reiches gelegen hat. Es wird in dem Begleitschreiben gesagt, daß die Erstattung dieser Restsumme erwartet werden darf, und wir wollen hoffen, daß die Reichsfinanzen es zulassen, den Gemeinden diese großen Summen demnächst wieder

zurückzuerstatten. Immerhin müssen wir warten und uns damit abfinden, daß wir weiterhin die Zinsen darauf bezahlen müssen. — Wie hoch der Betrag der Gelder ist, der in den Rechnungen für die Versorgung der Stadtgemeinde steckt, ist nicht angegeben. Es wird aber geschildert, daß in diesen Geschäften allerdings manchmal mit Überschüssen gearbeitet ist, daß vielfach aber auch Verluste unvermeidlich gewesen sind. Das ist erklärlich, denn es gibt Geschäfte, in denen die Stadt absichtlich, mit sehendem Auge von vornherein mit Unterbilanz arbeitet. Ich erinnere an die Volksküchen, bei denen ruhig derselbe Satz für die Portion Essen beibehalten wurde, trotzdem die Nahrungsmittel im Preise gestiegen waren. Es darf aber nicht die Ansicht Platz greifen, als ob die Stadt Geschäfte gemacht hätte, bei denen kolossale Überschüsse zu verzeichnen gewesen wären. Wenn ein Verdienst erzielt wurde, so ist das immer nur ein Bruttoverdienst gewesen; es sind nicht berechnet die Kosten für die dabei beschäftigten Beamten, die Druckkosten und die Kosten für Telegramme und andere Sachen. In welchem Umfange derartige Kosten entstanden sind, läßt sich daraus entnehmen, wie gesagt wird, daß für alle Arten der angeschafften Formulare, Lebensmittelfarten usw. bis zum 1. April 1918 nicht weniger als 300 000 M ausgegeben worden sind. Wenn diese Kosten noch auf die von der Stadt betriebenen Geschäfte verteilt würden, so ist anzunehmen, daß bei den guten Geschäften im Sinne des Kaufmanns immer noch kein Geschäft gemacht worden ist.

Unter III ist die Mitteilung gemacht, daß die Stadt sich mit 66 250 M an einzelnen Kriegsgesellschaften, wie Kriegsgetreidegesellschaft, Landeseinkauf usw., beteiligt hat, die bei dem Extraordinarium verbucht sind, später wohl wieder ohne jeden Verlust zurückgezahlt werden und dann dem Extraordinarium wieder zugute kommen werden.

Es ist erklärlich, daß der Magistrat und mit ihm wir alle wünschen, daß recht bald Zustände eintreten, die es ermöglichen, daß die Stadt von der Sorge um die Ernährung ihrer Bevölkerung frei wird; eine Gemeinde und ihr Beamtenapparat kann beim besten Willen — der gute Wille ist immer angenommen und muß anerkannt werden — nicht so gut arbeiten, wie es in einem kaufmännischen Geschäft möglich ist.

Unter IV ist die Rede davon, daß die Stadt einen Betrag von 9 Millionen Mark Schulden auf sich genommen hat durch Zeichnung von Kriegsanleihen. Bei der ersten und zweiten Kriegsanleihe hat sich die Stadt nicht beteiligt, dagegen bei der 8. und 9. mit 2 Millionen Mark, während bei den übrigen die Stadt je 1 Million gezeichnet hat. Dieses Geld ist sozusagen als Lombardgeschäft abseits von den anderen Anleihen vom Leihhaus angeliehen; das Leihhaus hat die Papiere des deutschen Reiches hineingenommen und mit dem vollen Betrage be-

liehen, den wir dafür bezahlen mußten. Bekanntlich sind diese Kriegsanleihen meistens zu 98 oder 97½ Prozent ausgegeben, und die Stadt hat noch einen besonderen Rabatt bekommen, so daß wir in Wirklichkeit bei diesem Abschluß noch ein Geschäft gemacht haben, bei dem wir jährlich einen Zinsgewinn von 10—12 000 *M* dadurch erzielen, daß wir die Bruttobeträge verzinst bekommen, natürlich nur solange, wie das deutsche Reich Zinsen zahlt. Es darf aber wohl erwartet werden, daß diese Zinszahlung des deutschen Reiches nicht aufhört.

In dem Begleitschreiben wird unter Nr. V auseinandergesetzt, wie groß die Schuld beim Leihhause ist. Bei Abfassung des Schreibens betrug sie 26 Millionen Mark. Davon sind 22 Millionen mit 4½ Prozent zu verzinsen, denn eine allgemeine Anordnung des Finanzkollegiums gewährte den öffentlich-rechtlichen Körperschaften auf feste Termine gezahlte Vorschüsse zu diesem billigen Zinsfuß, während die übrigen Beträge mit 6 Prozent zu verzinsen sind. Die Festschreibung, die stets auf ein halbes Jahr zu erfolgen hat, ist im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß erfolgt. Es wird nun die Befürchtung ausgesprochen, daß das Reich plötzlich die 11 Millionen Mark an die Stadt zurückzahlte und das Leihhaus sich weigern sollte, die Summe als Abtrag auf die gesamte Schuld anzuerkennen. Aber diese kleine Gefahr können wir ruhig in Kauf nehmen, denn es kann nicht angenommen werden, daß diese Rückzahlung plötzlich eintreten wird, und das Leihhaus wird sich auch nicht weigern, den Betrag von der Stadt sofort anzunehmen und abzuschreiben. Daß die Leihhausschuld von 26 Millionen Mark nicht immer eine runde Schuldsomme darstellt, versteht sich von selbst. Wenn vom Reich, wie es geschehen ist, Gelder eingehen, oder durch die Steuerzahlung für die Stadtkasse Gelder überschüssig werden, dann werden sie selbstverständlich bei dem herrschenden Kontokorrentverkehr nicht in den städtischen Geldschrank gesperrt, sondern zum Leihhaus hinübergebracht und tragen somit zur Verminderung der städtischen Zinsenlast mit bei. Mitte Februar hat die Schuld beim Leihhause z. B. nur 25½ Million Mark betragen. Am Schlusse dieses Passus wird vom Magistrat die Hoffnung ausgesprochen, daß die Beanspruchung des städtischen Kredits beim Leihhause über 28 Millionen nicht hinauswachsen würde. Das ist aber inzwischen doch eingetroffen und noch überholt, denn wir haben hier schon einen Kredit bis zu 30 Millionen Mark bewilligt.

Im folgenden Abschnitt wird das Grundstücksgeschäft erwähnt, das der Stadt durch das Zwangsenteignungsverfahren für das Gelände der Fliegerstation erwachsen ist. Es steht in der Vorlage, daß es ungewiß ist, ob die Fliegerstation in Braunschweig bleiben wird. Das war im Februar so, als die Vorlage geschrieben wurde; heute ist es gewiß, daß sie als militärische Fliegerstation nicht bestehen bleiben wird. Die Stadt besitzt das Grundstück, ohne daß der Militär-

fiskus eine Miete dafür bezahlt. Es befinden sich aber auf diesem Gelände Gleisanschlüsse, es eignet sich zu allen möglichen industriellen Anlagen, und besonders wenn der vorgesehene Südkanal zur Ausführung kommen sollte, so würde in vorteilhafter Weise ein Hafen und daran anschließend Anlagen auf Teile dieses Grundstückes gebracht werden können, wie es denn meines Erachtens immer klug ist, wenn die Gemeinde sich in den Besitz größerer Grundstücke setzt, die in unmittelbarer Nähe von ihr liegen.

Hr. VII spricht von den laufenden Ausgaben des diesjährigen Haushaltsplanes. Ich habe schon gesagt, daß sie durch die Gehalts- und Lohnerhöhungen sehr stark beeinflusst werden. Der Magistrat meint, daß vor der Hand wohl kaum daran zu denken ist, daß die Löhne heruntergehen, und selbst wenn die Möglichkeit dazu vorläge, so müßte man doch damit rechnen, daß die heutigen Zustände sich noch einige Zeit fortsetzen. Da die Lohnerhöhungen plötzlich gekommen sind, so konnten sie bei Aufstellung des Haushaltsplanes nicht in vollem Umfange berücksichtigt werden, sonst hätte der Haushaltsplan zum großen Teil umgearbeitet werden müssen. Die Ausgaben für die Gehaltserhöhungen sind unter Kapitel XIV „Insgemein“ mit 3 500 000 M in Ausgabe gestellt, und soweit sich die Lohnerhöhungen bei Abfassung des Haushaltsplanes schon herausgestellt hatten, sind sie in runden Posten bei den einzelnen Kapiteln eingestellt.

Wie der Fehlbetrag von 3 202 700 M zusammenkommt, wird unter VIII erklärt. Trotz der Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer hat sich eine Übereinstimmung zwischen Ausgaben und Einnahmen nicht ermöglichen lassen. Das wird hauptsächlich durch die Verzinsung der Kriegsschuld mit 1 070 000 M und die Erhöhung des Verfügungsfonds der städtischen Behörden bewirkt. Letzterer Posten setzt sich zusammen aus den laufenden Kriegsbeihilfen für die Beamten mit rund 875 000 M, aus den einmaligen Teuerungszulagen mit 1 460 000 M und aus der Besoldung der Aushilfsbeamten mit 430 000 M, deren Zahl nur ganz allmählich herabgemindert werden kann, da noch viele Arbeiten zu leisten für die Stadt in Aussicht steht. Ferner ist angenommen, daß durch Leistung von Teuerungsbeträgen bei Bauten etwa $\frac{1}{2}$ Million und für die Erwerbslosenfürsorge auch im kommenden Jahr etwa 200 000 M seitens der Stadt werden aufgewendet werden müssen.

Es kommt nochmals der Stoßseufzer, daß ein irgendwie sicherer Anhalt dafür, daß diese Schätzungen einigermaßen zutreffend sind, nicht gegeben ist, im Gegenteil, unter Umständen müßten wir uns damit abfinden, daß die Verhältnisse sich noch weiter verschlechtern und der Abschluß, wenn er einmal aufgestellt werden kann, womöglich noch eine größere Unterbilanz ergibt, als hier ausgerechnet ist. Der Stadtmagistrat meint, es wäre nicht ratsam, die Einkommensteuer, die jetzt

im Verhältnis von 1 : 6 sich steigert, jetzt noch weiter zu erhöhen, zumal mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß das Reich auch eine Einkommensteuer erhebt. Ebenso erscheint es nach Meinung des Magistrats nicht angemessen, die Erschließung neuer Steuerquellen in Erwägung zu ziehen, nachdem gleichfalls bekannt geworden ist, daß auch das Reich die Einführung neuer Steuern beabsichtigt und den Gemeinden davon ein Teil überwiesen wird.

Das ist im großen und ganzen das, was der Magistrat zu dem vorgelegten Haushaltsplan auszuführen hat. Es würde nun vielleicht an die Versammlung die Frage zu richten sein, ob sie zu diesen Ausführungen noch irgend etwas hinzuzusetzen hat.

Das Wort zu einer allgemeinen Besprechung wird nicht gewünscht.

1. Voranschlag der Kämmereikasse.

A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Stadtv. **Munte**: Die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben — früher Ordinarium genannt — unterscheiden sich von dem Extraordinarium dadurch, daß die Einnahmen in dem ersteren durch Auschreibung von Steuern bilanziert werden. Es handelt sich um feststehende Ausgaben der Stadt, die jedes Jahr wieder aufs neue aufgebracht werden müssen, und deshalb müßten eigentlich in jedem Jahr so viel Steuern aufgebracht werden, daß die Lasten der Stadt dadurch im Ordinarium gedeckt werden. Das ist in den Kriegszeiten nicht möglich gewesen, und es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß man die Schulden, die durch den Krieg entstanden sind, in längerer Zeit tilgt. Es wurde im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß es eine heilsame Sache wäre, wenn wir unserer Nachkommen noch etwas von diesen Schulden zu tilgen übriglassen, damit sie nicht leichtsinnig solch einen großen Krieg anfangen. Was die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben betrifft, so werden in diesem Abschnitt diejenigen Ausgaben gebucht — Gebäude, Bahnhofsbauten, Zufuhrbahnen, Kanäle usw. —, deren Schaffung durch lange Jahrzehnte, ja auch Jahrhunderte der Allgemeinheit dienen. Die Einnahmen dafür werden in diesen Fällen nur durch Anleihen erzielt; die Verzinsung und die langsame Tilgung der Anleihen werden dann wieder in der ordentlichen Ausgabe verbucht.

Kapitel I.

Stadtv. **Munte** gibt als Referent mit kurzen Worten den Inhalt an und nennt die Abschlußzahlen.

Ebenso wird bei den sämtlichen einzelnen Voranschlägen verfahren.

Stadtv. Munte: Der überschuß von 1057 *M* erscheint etwas niedrig. Es ist aber zu beachten, daß das neuermorbene Gebäude auf der Korjesstraße erst neulich in den Besitz der Stadt übergegangen ist und an Mieteinnahmen, die später auf etwa 30 000 *M* zu schätzen sind, einstweilen nur 14 000 *M* eingestellt sind, während die laufenden Ausgaben 35 000 *M* betragen. Es wird sich also die Einnahme bei der Ausführung des Haushaltsplanes in diesem Kapitel jedenfalls bedeutend günstiger stellen.

Abteilung I—XII ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

Kapitel II

ohne weitere Besprechung.

Kapitel III.

Stadtv. Munte: Ich mache darauf aufmerksam, daß die im Begleitschreiben aufgeführten Zahlen über die Kosten der Schüler bei den einzelnen Anstalten nicht diejenigen Beträge mitenthalten, die auf die Teuerungszulagen für die Lehrer entfallen. — Die Ansätze bei den Schülern sind ebenso wie die übrigen nach bestem Ermessen gemacht und werden der Wirklichkeit einigermmaßen entsprechen.

(Der Referent, Stadtv. Munte, verfährt wie bei Kapitel I und gibt außerdem noch aus dem Begleitschreiben für die einzelnen Schulen die durchschnittlichen Kosten an, die für jeden Schüler oder jede Schülerin erwachsen.)

Abteilung A bis D.

Ohne weitere Besprechung.

Abteilung E. Knabenmittelschule

Stadtv. Munte (macht die oben bezeichneten Angaben aus dem Haushaltsplan).

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, bei dem Herrn Vorsitzenden einen Antrag zu diesen fünf Schulen einzureichen; er betrifft die Erhöhung des Schulgeldes. Ich darf den Antrag bei Gelegenheit dieser Besprechung wohl kurz begründen.

Sie wissen, daß wir vor vier Wochen bei Besprechung der Zusammenlegung der Bürgerschulen beschlossen haben, das Schulgeld für die ortsfremden Kinder von 60 auf 100 *M* zu erhöhen. Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig, und so bin ich der Ansicht, daß es gerechtfertigt ist, für die ortsfremden

Kinder, die diese fünf städtischen Schulen besuchen — also die Oberrealschule Hintern Brüdern, die Gaußschule, das Lyzeum und das damit verbundene Lehrerinnenseminar, die städtische Mädchenmittelschule und die Knabenmittelschule — das Schulgeld ebenfalls zu erhöhen. Wenn ich die Kosten, die für je ein Kind erwachsen, und die Zuschüsse, die durch die Stadt aufgebracht werden müssen, in Betracht ziehe, so komme ich zu der Ansicht, daß ein solcher Antrag berechtigt ist. Die Schüler der sämtlichen höheren Schulen bezahlen allerdings jetzt schon 50 *M* Schulgeld mehr als die einheimischen Kinder, immerhin ist aber das Defizit, das durch diese Schulen für die Stadt erwächst, noch ein ziemlich erhebliches. Der Zuschuß der Kammereikasse für einen Schüler der Oberrealschule Hintern Brüdern beträgt 254,15 *M*, für einen Schüler der Gaußschule 146,65 *M*, für das Lyzeum 104,89 *M*, für die Mädchenmittelschule 72,95 *M* und für die Knabenmittelschule 125,85 *M*. Deshalb beantrage ich, für die beiden ersten Schulen, die den höchsten Zuschuß beanspruchen, das Schulgeld um 50 *M* zu erhöhen und für die übrigen drei Schulen um 25 *M*. Es würde bei der Oberrealschule Hintern Brüdern dann immer noch ein städtischer Zuschuß von 154,15 *M* pro Schüler zu leisten sein, bei der Gaußschule ein solcher von 46,65 *M*, bei dem Lyzeum von 29,89 *M* und bei der Knabenmittelschule von 50,85 *M*. Nur die Mädchenmittelschule würde keinen städtischen Zuschuß mehr erfordern, sondern die Stadt würde da ein Plus von 2,05 *M* erhalten.

Die Gründe für meinen Antrag sind dieselben, wie ich sie bei der Beratung über Erhöhung des Schulgeldes für die Bürgerschulen vorgebracht habe. Einmal würden wir durch die Erhöhung des Schulgeldes dem Vorwärtstommen der Eingemeindungsfrage Vorschub leisten, andererseits erfordert es aber die Gerechtigkeit, daß wir gleichmäßig vorgehen. Ich verkenne allerdings nicht, daß es unter den Schülern der höheren Schulen viele gibt, deren Eltern nicht mit Glücksgütern reichlich gesegnet sind, denn es sind nicht nur reiche Bauernkinder, die diese Schulen von auswärts her besuchen, sondern auch die Kinder von Handwerkern, Angestellten, Lehrern usw. Es ist aber nicht nötig, daß gerade unsere Stadt für diese Kinder Opfer bringt, namentlich dann nicht, wenn man bedenkt, daß die finanziellen Verhältnisse der Stadt nicht glänzend sind. Sollte die Erhöhung des Schulgeldes dazu beitragen, daß die Stadt finanziell sich etwas besser steht, so wäre das nur zu begrüßen. Im letzten Schuljahr war die Oberrealschule Hintern Brüdern von 140 auswärtigen Schülern besucht, die Gaußschule von 63, das Lyzeum von 44 auswärtigen Schülerinnen, die städtische Mädchenschule von 30 und die Knabenmittelschule hatte 22 auswärtige Schüler. Würde man die von mir beantragte Erhöhung des Schulgeldes vornehmen, so würde das ausmachen für die Oberrealschule Hintern Brüdern eine Mehreinnahme von 7000 *M*,

für die Gaußschule eine solche von 3150 *M*, für das Lyzeum 1100 *M*, für die Mädchenmittelschule 750 *M* und für die Knabenmittelschule 550 *M*, also im ganzen 12 550 *M*. Wir können diesen Betrag sehr gut gebrauchen. Es ist nicht nötig, daß wir die Wohltaten der Stadt den Einwohnern der umliegenden Ortschaften ohne weiteres zugute kommen lassen. — Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Vorsigender: Ich möchte zur Überlegung verstellen, ob es sich nicht als zweckmäßig erweisen dürfte, zunächst den Antrag dem Schulausschuß zur Vorberatung zu überweisen, der dann auch prüfen könnte, ob die vorgetragene Berechnung zutreffend ist. Daß wir für die eine Art der Schulen 50 *M* und für die andere 25 *M* Erhöhung im Schulgeld festsetzen, während wir bei den Bürgerschulen eine Erhöhung um 40 *M* vorgenommen haben, dürfte vielleicht nicht ganz richtig sein. Jedenfalls ist Herr Stegmann damit einverstanden, wenn ich die Sache dem Schulausschuß überweise.

(Herr Stadtv. Stegmann stimmt zu.)

Abteilung F. Bürgerschulen.

Stadtv. **Munte** (nach seinen Angaben wie zu den übrigen Abschnitten): Der Abschluß gibt schätzungsweise ziemlich dieselbe Fehlsomme wie im Vorjahre. Allerdings wird nunmehr durch unsern Beschluß vor vier Wochen, das Schulgeld allgemein auf 12 *M* herabzusetzen, ein Minderertrag in der Einnahme eintreten. Bei 7500 Schülern würden es rund 90 000 *M* sein, um die wir hier schlechter abschneiden würden. Der angeführte Fehlbetrag würde auch bei den Bürgerschulen erheblicher sein, wenn die jetzt gewährten Teuerungszulagen mit in Betracht gekommen wären.

Stadtv. **Frede:** Ich möchte bei Besprechung dieses Kapitels mir die Anfrage an den Magistrat erlauben, ob die Wiederbenutzung des Bürgerschulgebäudes an der Wilhelmstraße durch die Bürgerschulen in naher Aussicht steht. Im anderen Falle wäre es interessant zu hören, welche Gründe dem entgegenstehen. Wir haben neulich allseitig anerkannt, daß es dringend nötig ist, daß dieses Schulgebäude wieder den Bürgerschulen zur Benutzung übergeben wird.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Der Magistrat erkennt an, daß es dringend nötig ist, das Schulgebäude an der Wilhelmstraße für seinen eigentlichen

Zweck wieder frei zu machen. Wir sind deshalb unausgesetzt bemüht gewesen, Räume zu schaffen, in denen der Arbeitsnachweis untergebracht werden kann, und hatten dieser Tage auch Hoffnung, daß uns das bald gelingen würde. Augenblicklich sieht es aber wieder so aus, als ob sich diese Hoffnung nicht erfüllen würde. Der Magistrat wird aber auch ferner alles aufbieten, um das Schulgebäude so bald als möglich seinem eigentlichen Zweck wieder zuzuführen.

Stadtv. **Stegmann**: Auch ich möchte mir erlauben, eine Anfrage an den Magistrat zu richten. Bei Zusammenlegung der sieben- und achtstufigen Bürgerschulen wurde unsererseits angefragt, wie es in Zukunft mit der Erhebung des Schulgeldes bei den Familien gehandhabt werden sollte, die zwei, drei oder mehr Kinder in die Schule schicken. Es würde hart sein, wenn von diesen Eltern für jedes Kind 12 M Schulgeld bezahlt werden müßte. Es ist vom Magistratsstisch erwähnt, daß eine Ermäßigung zugestanden werden dürfte, und zwar ist es allgemein so aufgefaßt, daß, wenn mehrere Kinder derselben Familie die Bürgerschulen besuchen, immer nur für ein Kind Schulgeld bezahlt zu werden braucht. Nun ist in weiten Kreisen eine Aufregung entstanden, weil von einigen Lehrern den Schülern gesagt worden ist, daß für jedes Kind volle 12 M bezahlt werden müßten. Ich möchte die Anfrage an den Magistrat richten, wie sich die Sache verhält.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Es muß ein Irrtum sein, wenn Herr Stegmann meint, es wäre von hier aus erklärt, daß in allen diesen Fällen nur für ein Kind jeder Familie Schulgeld erhoben würde. Jedenfalls hat Herr Stegmann die Vorschriften, wie sie für die früheren unteren Bürgerschulen bestanden, im Gedächtnis; bei den übrigen Schulen besteht eine solche Vorschrift nicht. Wir haben aber mit den Stadtverordneten feste Grundsätze über Erlaß von Schulgeld vereinbart, und darin ist die Vorschrift enthalten, daß für das dritte Kind einer Familie das Schulgeld erlassen werden soll. Es muß jedenfalls daran festgehalten werden, daß nach diesen einmal aufgestellten Grundsätzen verfahren wird. Wir haben Ihrem Antrage zugestimmt, das Schulgeld auf 12 M zu ermäßigen, sind dabei aber von der Voraussetzung ausgegangen, daß nach den bestehenden Grundsätzen über Erlaß von Schulgeld verfahren werden soll. Wie die Sache sich durchführen läßt, kann ich im Augenblick nicht sagen, ich habe aber schon mit dem Schuldirektor darüber Rücksprache genommen, und dieser wollte sich wegen der Sache wieder mit den Schulinspektoren in Verbindung setzen. Es wird jedenfalls ähnlich wie früher verfahren werden müssen, so daß die grund-

legende Entscheidung mehr oder weniger in die Hand des Lehrpersonalis gelegt wird und nur formell von hier aus der Erlaß ausgesprochen wird.

Bei der Gelegenheit kann ich gleich bemerken, daß in das Statut die Vorschrift aufgenommen ist, daß freie Bücher dann gewährt werden sollen, wenn Schulgeldfreiheit gewährt ist. Das ist dahin ausgelegt, daß der Erlaß von Schulgeld die Voraussetzung wäre für Gewährung freier Unterrichtsmittel. Ich glaube, wir hätten besser getan, die Vorschrift etwas anders zu fassen, aber ich sollte auch meinen, sie läßt sich vernünftigerweise dahin auslegen, daß man sagt: Wenn Schulgelderlaß gewährt wird, ist ohne weiteres die Folge, daß auch freie Unterrichtsmittel geliefert werden können, denn wenn die Eltern nicht einmal in der Lage sind, Schulgeld zu bezahlen, dann sind sie auch nicht imstande, die Unterrichtsmittel anzuschaffen — so haben wir wenigstens angenommen. Ich sage so: Wenn der Schulvorstand in der Lage ist, sowohl freie Unterrichtsmittel zu gewähren, als auch das Schulgeld zu erlassen, dann muß er auch berechtigt sein, das Minus zu gewähren, nämlich auf Wunsch nur freie Unterrichtsmittel zu bewilligen. Es würde also auf den einzelnen Vater ankommen, ob er nur von der einen oder anderen Wohltat Gebrauch machen will. Ich glaube, daß es Ihre Zustimmung findet, wenn wir so verfahren.

Stadtv. Frede: Herr Stegmann meinte, daß die Lehrer gesagt hätten, es müßte für jedes Kind 12 M Schulgeld bezahlt werden. Das ist jedenfalls eine Deutung der Eltern; die Lehrer haben gesagt: Es muß für jedes Kind, das Schulgeldfreiheit wünscht, ein Erlaßgesuch eingereicht werden. Das ist schon früher so gewesen, auch für das dritte Kind. Es handelt sich also bei dieser Sache nur um ein Mißverständnis.

Für die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters in bezug auf Abhängigkeit des freien Schulgeldes und der freien Bücher voneinander bin ich dankbar. Es ist tatsächlich die Anweisung in den Schulen gegeben: Entweder beides frei, oder nichts. Es haben sich viele Eltern bereit erklärt, das Schulgeld zu bezahlen, haben aber freie Bücher beansprucht. Es ist auch das Umgekehrte vorgekommen, aber das erstere ist das Häufigere, und da ist es nicht zu verstehen, daß man sagt: Ihr müßt Schulgeldfreiheit beantragen, wenn ihr freie Bücher haben wollt. Die Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters wird aufklärend wirken und ist deshalb zu begrüßen.

Abteilung G.

Ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

Abteilung H. Städtische Gewerbeschule.

Stadtv. Munte (macht die früher bezeichneten Angaben aus dem Haushaltsplan).

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte mir die Anfrage an den Magistrat erlauben, wie es kommt, daß die bei der Gewerbeschule nicht angestellten Hilfskräfte, die unverheiratet sind, die Teuerungszulagen bekommen haben, während andere, gleichfalls vollbeschäftigte Hilfskräfte, die verheiratet sind und infolgedessen der Zulage noch mehr bedürftig sind, sie nicht erhalten haben. Sind darüber irgendwelche Grundsätze aufgestellt, oder wie ist die Sache dort gehandhabt?

Stadtrat von Franckenberg: Es hat sich der Schulvorstand der Gewerbeschule mit dieser selbst, nicht leicht zu beantwortenden Frage in seiner letzten Sitzung schon beschäftigt, und ich habe gestern Veranlassung genommen, mit dem Schulausschuß der Stadtverordneten vorläufig darüber zu verhandeln. Der Magistrat wird sich über diese Frage in der nächsten Zeit schlüssig machen und den geehrten Herren eine Vorlage darüber zugehen lassen.

A b t e i l u n g J.

Ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

A b t e i l u n g K. Zuschüsse an nichtstädtische Schulen.

Stadtv. Munte (gibt als Referent die hierher gehörigen Abschlußzahlen).

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte mir die Anfrage an den Magistrat erlauben, ob die Überführung der katholischen Schulen in den Besitz der Stadt auch jetzt noch beabsichtigt ist, nachdem die Zusammenlegung der beiden Arten der Bürgerschulen erfolgt ist. Meines Wissens sind hierüber seit längerer Zeit Verhandlungen gepflogen, und es wird für die Öffentlichkeit von Interesse sein, zu erfahren, wie weit sie gediehen sind.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Wir haben diesbezüglich an das Volkskommissariat berichtet, haben aber noch keine Antwort bekommen. So, wie sie mit der katholischen Gemeinde vereinbart ist, wird sich die Sache kaum durchführen lassen. Wenn Herr Rönneburg sagt, „nachdem die Zusammenlegung der beiden Arten Bürgerschulen erfolgt ist“, so schien er damit andeuten zu wollen, daß die katholischen Schulen ohne weiteres mit in diese Vereinigung aufgenommen werden könnten. Die Katholiken wünschen aber, daß ihre konfessionelle Schule in der bisherigen Form weiter unterhalten bleibt.

Stadtrat von Franckenberg: Der Kirchen- und Schulvorstand der katholischen Schule hat den Wunsch festgehalten, daß die katholische Schule auf die Stadt über-

nommen wird, dies im übrigen aber unter Wahrung der Eigenart und Selbständigkeit der katholischen Schule durchgeführt werden möge, also im wesentlichen nach den Grundsätzen, wie wir sie mit der Stadtverordnetenversammlung im Oktober vorigen Jahres vereinbart hatten. Hoffentlich entschließt sich das Volksschulkommissariat bald, zu der Sache Stellung zu nehmen.

Stadtv. Rönneburg: Wenn unsere städtischen Bürgerschulen — wie das im Bereich der Möglichkeit liegt; soviel mir bekannt, wird in absehbarer Zeit ein neues Schulgesetz herauskommen — ihres konfessionellen Charakters entkleidet werden sollten, wird dann der Magistrat geneigt sein, die katholische Schule, die ihren konfessionellen Charakter beibehalten will, gleichwohl auf die Stadt zu übernehmen, so daß damit eine doppelte Gestaltung des Volksschulwesens eintreten würde — auf der einen Seite die nichtkonfessionelle allgemeine Volksschule und auf der anderen Seite die konfessionelle katholische Volksschule? Ich weiß nicht, ob der Magistrat sich mit dieser immerhin bedeutsamen grundsätzlichen Frage schon beschäftigt hat, und wäre dankbar, wenn mir eine Auskunft gegeben werden könnte.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Mit dieser Frage hat sich der Magistrat noch nicht beschäftigt.

Kapitel IV. Kunst und Wissenschaft.

Stadtv. Munte (macht die vorher gekennzeichneten Angaben).

Stadtv. Salomon: Ich möchte mir einige kurze Bemerkungen zu der Stellung des wissenschaftlichen Hilfsarbeiters (Seite 235) erlauben. Herr Museumsdirektor Professor Dr. Fuhse hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, an Stelle dieses wissenschaftlichen Hilfsarbeiters einen festen Assistenten für das Museum zu bewilligen. Als dieses Ersuchen im Museumsausschuß zur Sprache kam, hat der Ausschuß die Forderung für berechtigt anerkannt. Inzwischen hat aber der Magistrat es abgelehnt, einen wissenschaftlich gebildeten Assistenten für das Museum fest anzustellen, er will die Stelle in der alten Weise besetzt sehen und dafür nur 1800 M auswerfen. Die von Herrn Direktor Dr. Fuhse gewünschte Besetzung würde sich davon insofern unterscheiden, als eine Stellung mit einer Gehaltskala, wie sie die Oberlehrer haben, geschaffen werden müßte. Ich habe mich persönlich davon überzeugt, daß im städtischen Museum eine Fülle von Arbeiten zu erledigen ist, insbesondere dann, wenn der Plan zur Durchführung kommen soll, daß das städtische Museum in erster Linie eine kunstgewerbliche Sammlung sein soll. Dazu ist eine Kraft nötig, die allseitig historisch gebildet ist,

die nicht, wie meist ein Hilfsarbeiter, nur auf einem Gebiete bewandert ist, wie es z. B. Herr Professor Dr. Finsch auf dem ethnographischen Gebiet war. Da wirklich dringende und umfangreiche Arbeiten im Museum vorliegen, möchte ich das Besuch des Herrn Direktor Fuhse lebhaft befürworten und behalte mir vor, in einer der nächsten Sitzungen einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Stadtv. Munte: Ich möchte darauf hinweisen, daß auf Seite 239 mit 12 400 *M* eine Ausgabe für Kunst und Wissenschaft verbucht ist, die den Verein Volkslesehalle betrifft. Dieser Verein, in dessen Vorstand wir beide, Herr Kiefe und ich, gewählt sind, befindet sich in einem beständigen Zustand der Unterbilanz. Er gibt sich alle Mühe, etwas Gediegenes zu schaffen und der Einwohnerschaft zu bieten, aber die beständig anwachsenden Kosten für Beschaffung und Erhaltung der Bücher lassen es nicht möglich erscheinen, daß mit den bisherigen Zuschüssen — auch aus der Jüdelstiftung sind 12 000 *M* bewilligt — auf die Dauer auszukommen ist. Ich möchte deshalb die Frage aufwerfen, ob es nicht besser ist, die Volkslesehalle in städtischen Besitz zu übernehmen. Es handelt sich um ein gemeinnütziges Institut, das nicht von einem Verein, dessen Mitglieder 5—10 *M* Jahresbeitrag zahlen, unterhalten werden kann. Ich will eben dazu noch keinen Antrag stellen, möchte nur hören, welche Stellung hier dazu genommen werden würde, wenn der Verein seinerseits einen Antrag auf stadtseitige Übernahme stellen würde.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wir haben in der Beziehung noch keinen Beschluß gefaßt, aber auch im Magistrat war hier und da schon die Ansicht vertreten, daß es mit der Zeit nicht zu umgehen sein würde, daß die Stadt die Volkslesehalle übernimmt, und das wird insbesondere dann geschehen müssen, wenn die Volkslesehalle erweitert werden soll. Ich höre, daß die Handelskammer es sehr gern sehen würde, wenn ihr die Räume, die jetzt von der Volkslesehalle benutzt werden, wieder zur Verfügung gestellt werden würden. Wir haben uns im Magistrat schon mit dieser Frage des Umzuges der Volkslesehalle befaßt und sind zu der Ansicht gekommen, daß vielleicht das Haus Breitestraße Nr. 1, das in seinem vorderen Gebäudeteil durchaus solide gebaut ist, für die Zwecke der Volkslesehalle hergerichtet werden könnte. Es sind aber augenblicklich andere und dringlichere Geschäfte zu erledigen, so daß es bisher nicht möglich gewesen ist, die Sache weiter zu fördern.

Kapitel V und VI.

Ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

Kapitel VII. Für Vereinszwecke und Volksfeste.

Stadtv. **Munte** (nach Angabe der Endsummen): Auf Seite 275 ist ein Ausgabebetrag vorgesehen „Beihilfen an Turn- und Sportvereine (zur Verfügung der städtischen Behörden“. Während in früheren Zeiten die Turn- und Sportvereine für die Benutzung der Turnhallen bezahlen mußten und die Einnahmen der Stadt daraus ängstlich behütet wurden, will man sich jetzt nicht damit begnügen, für die Turnhallen usw. die Mietbeiträge zu erlassen, sondern diese Vereine sollen durch die Stadt auch noch unterstützt werden. Es wird angebracht sein, daß das öffentlich verkündet wird, damit sich die Turn- und Sportvereine bei uns melden.

Kapitel VIII.

Ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

Kapitel IX. Ortspolizei.

Stadtv. **Munte**: Die Ortspolizei einschließlich der Straßenbeleuchtung kostet die Stadt nach dem Vorschlage in diesem Jahre 504 900 M., für das Jahr 1918/19 waren 376 800 M. veranschlagt. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß auch die Tagespolizei demnächst städtisch werden soll. Wenn die Stadt die 200 Schutzleute bezahlen müßte, würden wir noch rund 600 000 M. mehr für Ortspolizei ausgeben müssen.

Kapitel X.

Ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

Kapitel XI: Gemeindesteuern und sonstige Abgaben.

Stadtv. **Munte**: Die Besprechung dieses Kapitels bitte ich zurückzustellen, bis wir die übrigen Kapitel der ordentlichen Einnahme und Ausgabe erledigt haben.

Kapitel XII bis XIV.

Ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

Kapitel XI: Gemeindesteuern und sonstige Ausgaben.

Stadtv. **Munte**: Wir kehren jetzt zurück zu dem Kapitel über die Steuern. Meine Damen und Herren! Sie haben zweifellos die Ausführungen gelesen, die auf Seite 25 des Begleitischreibens über die Steuern gemacht sind. Hiernach soll der Ertrag der Gemeindeeinkommensteuer auf 5 600 000 M. erhöht werden. Das ist möglich dadurch, daß die Erhebung von 15 Steuereinheiten statt der bisherigen

12½ Einheiten vorgeschlagen wird, was eine Erhöhung um ein Fünftel bedeutet. Gleichwohl ist aber eine Erleichterung eingeführt, indem in Zukunft die Steuerzahler bis 900 *M* steuerfrei bleiben sollen, während bis jetzt nur die Einkommen bis 600 *M* von Zahlung der Steuer befreit waren.

Auch über die anderen Steuerarten finden Sie in dem Begleitschreiben die nötigen Erläuterungen. Die Veränderungssteuer hat sich erfreulicherweise von 60 000 *M* auf 120 000 *M* einschätzen lassen, weil ein reger Verkehr auf dem Grundstücksmarkt sich geltend gemacht hat. Die Lichtspielsteuer, also eine Vergnügungssteuer, hat von 120 000 *M* auf 180 000 *M* festgesetzt werden können. Der Anteil der Stadt an der hier aufkommenden Reichsumsatzsteuer ist mit 50 000 *M* eingesezt; man weiß aber nicht, wie hoch bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Ertrag sein wird, und wie die Verteilung der den Gemeinden zu überweisenden Gesamtsumme durch die Landesregierung erfolgt. Immerhin scheint die eingesezte Summe recht vorsichtig eingeschätzt zu sein, denn bekanntlich ist die Steuer von 1 pro Mille auf 5 pro Mille heraufgesezt.

Der Gesamtbetrag der aufkommenden Steuer ist auf 7 770 000 *M* veranschlagt, gegen 6 036 150 *M* im Vorjahr.

Auf den Seiten 356 und 357 des Stadthaushaltsplanes finden die geehrten Herrschaften dann den Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes. Auf der ersten Seite sind für die einzelnen Kapitel zunächst die wirklichen Einnahmen und Ausgaben 1917/18 aufgeführt und sodann die Voranschläge für 1918/19 und 1919/20. Unten auf der Seite finden Sie die Fehlbeträge, wie sie aus der Rechnung 1917/18 und aus den Voranschlägen für 1918/19 und 1919/20 erwachsen werden. Auf der anderen Seite ist dann in Prozenten ausgerechnet, wie sich die einzelnen Kapitel zu dem Gesamtbetrage der Einnahmen und Ausgaben stellen.

Damit wären wir am Schluß des Ordinariums angelangt.

Eine Wortmeldung erfolgt nicht.

B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Stadtv. **Munte** gibt zu den einzelnen Kapiteln I–V den Inhalt und den Abschluß an und erklärt, daß sich Ausstellungen in der Kommission nicht gefunden haben.

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.

Stadtv. **Munte**: Zu dem Voranschlag der Kämmererkasse liegt der folgende Antrag des Stadtmagistrats vor:

An die Stadtverordneten richten wir das Ersuchen,
den vorgelegten und im Vorstehenden begründeten und erläuterten **S t a d t -**
h a u s h a l t s p l a n für das Rechnungsjahr 1919/20 **j e t z u s t e l l e n** und die
Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an **G e m e i n d e e i n k o m m e n t e u e r** (unter Freilassung der Einkom-
men bis 900 *M* einschließlich) 15 Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Ver-
anlagungstabelle,

an **G e m e i n d e g r u n d s t e u e r** 10 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an **G e w e r b e s t e u e r** 100 Prozent der vom Staate auf die stehenden
Gewerbe veranlagten Steuer
ausgeschrieen werden.

Der Finanzausschuß hat Ihnen einstimmig vorzuschlagen, diese Anträge des
Magistrats gutzuheißen. Ich bitte Sie, ihnen zuzustimmen.

Der Antrag des Magistrats wird angenommen.

Voranschläge der selbständigen Verwaltungen.

Gaswerke.

Stadtv. **Munte** (macht auf die im Voranschlag enthaltenen wichtigeren
Posten in Einnahme und Ausgabe aufmerksam, unter anderem auch auf die ein-
gestellten Teuerungszulagen für Löhne, Gehälter und Ruhelöhne).

Auf Seite 391 finden die Herrschaften, daß ein Betrag von 300 000 *M* für
den Reservefonds zurückgestellt ist. Darüber sagt das Begleit Schreiben: „Der
Reservefonds der Gaswerke war am 1. April 1918 aufgebraucht, hatte sogar eine
Verpflichtung von 10 323 *M* an die Kammereikasse. Infolge der bedeutenden
Ausgaben für Gas- und Münzgasmesser und wegen der geplanten Erneuerung
der Dampfesselanlagen und neuer Ofenbauten im Gaswerk an der Taubenstraße
ist die Zurückstellung von 300 000 *M* geboten.“ Wir haben heute schon auf der
Tagesordnung eine Vorlage wegen Bewilligung der Kosten für Herstellung einer
Dampfesselanlage auf dem Gaswerk.

Der Voranschlag schließt mit einem überschuß von 389 000 *M* gegen
395 000 *M* im Vorjahr.

Jrgendwelche Erinnerungen gegen den Voranschlag sind nicht zu machen.

Stadtv. **Stegmann**: Ich möchte mir erlauben, bei dieser Gelegenheit die
bereits von mir eingebrachte Anfrage wegen der Gasperre zu begründen. — Es
ist Ihnen allen bekannt, wie fürchterlich die Kohlennot wirkt, und wie sehr sie auch
auf unsere städtischen Gaswerke eingewirkt hat. Die Qualität des Gases ist seit

1916 ununterbrochen zurückgegangen, so daß es zeitweise überhaupt nicht zu benutzen ist, und jetzt ist es sogar dahin gekommen, daß der Vertrauensmann des Reichskohlenkommissars für mehrere Morgenstunden und für vier Nachmittagsstunden eine Gassperre angeordnet hat. Dadurch sind die Verhältnisse noch trostloser geworden, als sie bereits waren. Gewiß, man kann sagen: Etwas ist immer noch besser, als gar nichts, doch sind die Gasverhältnisse heute derartig, daß ich mit noch einigen Worten darauf eingehen muß. Die Verbraucher und namentlich die Hausfrauen haben unter diesen Verhältnissen schwer zu leiden. Daß die Beleuchtung eine trostlose geworden ist, darüber könnte man sich noch hinwegsetzen, denn Gasbeleuchtung ist nicht mehr soviel wie früher vorhanden, und jetzt kommen ja auch die längeren Tage, so daß dieser Mißstand nicht so einschneidend ist, wie die Sperre für die Kochgasverbraucher. Es ist der Hausfrau jetzt kaum noch möglich, das Essen fertigzukochen. In vielen Familien kommt es vor, daß ihre Mitglieder ohne Kaffee fortgehen müssen, und daß die Kartoffeln für das Mittagessen nicht haben gar gekocht werden können. Ich habe es in meiner eigenen Familie beobachten können, daß unser köstlicher Fleischersatz, die Erbsen, zwei Tage lang haben kochen müssen, bis sie einigermaßen genießbar waren. Als eine Verschlimmerung des bestehenden Zustandes kommt hinzu, daß kein anderes Brennmaterial vorhanden ist. Die meisten Familien können keine Herdfeuerung und auch keinen Grudekoks erhalten, so daß man tatsächlich auf das Kochgas angewiesen ist. Es kommen viele Tage vor, wo die Mahlzeit nicht fertiggekocht ist oder doch wenigstens nicht so, wie es sein müßte. Fast noch einschneidender aber wirkt die Gassperre auf die kleinen Betriebe, die Gasmotoren besitzen, z. B. auf die Zeitungsdruckereien mit ihren Sechsmaschinen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß am Morgen, wenn die Betriebe in Gang sein müssen, das Gas abgesperrt ist, so daß diese Betriebe vollständig lahmgelegt sind. Welche Unannehmlichkeiten und Schädigungen durch diese Gassperre entstehen, können Sie sich danach ausmalen.

Ich richte nun an den Magistrat die Frage, ob es nicht möglich ist, zu bewirken, daß diese Gassperre entweder ganz aufgehoben oder doch gemildert wird, indem mindestens die Gassperre am Vormittage beseitigt wird, damit die Betriebe bis 2 Uhr arbeiten können und das Mittagessen seitens der Hausfrauen einigermaßen gekocht werden kann.

Ich glaube übrigens, meine Herrschaften, daß durch diese Gassperre nicht viel gespart wird, denn zum Teil suchen sich die Hausfrauen dadurch zu helfen, daß sie spät abends kochen, das Essen dann in die Kochkiste setzen und am anderen Morgen weiterkochen. Die jetzigen Zustände in bezug auf Gasversorgung sind unerträglich, und ich möchte den Magistrat dringend bitten im Interesse der

kleinen Geschäfte und der vielgeplagten Hausfrauen, mindestens in der Weise eine Milderung eintreten zu lassen, daß für den Vormittag die Sperre aufgehoben wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich kann nur erklären, daß der Magistrat aufs lebhafteste bedauert, daß die Gasperre hat eingeführt werden müssen. Der Kohlenvorrat auf den Gaswerken war aber derart zusammengeschnitten, daß Gas nur noch für ein paar Tage fabriziert werden konnte. Als der Direktor des Gaswerks uns davon Mitteilung machte, konnten wir nicht anders, als seinen Antrag auf Einführung der Gasperre als berechtigt anerkennen. Wenn überhaupt kein Gas von der Stadt hergestellt werden konnte, dann wäre doch der Zustand noch bedeutend schlimmer gewesen. In den letzten Tagen ist dann aber eine geringe Menge von Kohlen hereingekommen, so daß die Verhältnisse wenigstens etwas besser geworden sind. Ich bin selbstverständlich bereit, mit dem Direktor des Gaswerks nochmals Rücksprache zu nehmen, damit sobald als möglich die Sperre überhaupt aufgehoben wird. Zweifelhaft bin ich darüber, ob die Anregung des Herrn Stegmann, die Sperrung auf eine andere Zeit zu verlegen, befürwortet werden kann, und muß mir vorbehalten, darüber erst mit dem Direktor des Gaswerks zu sprechen. Ich erkenne an, daß die Sperrung in den Morgenstunden für die Hausfrauen, die auf Gas das Essen bereiten, unangenehm ist, kann aber augenblicklich keine Erklärung darüber abgeben, ob eine Änderung eintreten kann. Ich hoffe übrigens, daß der Höhepunkt unseres Leidens in bezug auf die Kohlennot jetzt überschritten ist, so daß wir die Sperre ganz aufheben können. Das wäre ein wahrer Segen!

Stadtv. Lehnert: Ich möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob es nicht angängig wäre, daß bei der Koksverteilung auf dem Gaswerke an der Taubenstraße den Angestellten ein einigermaßen humanes Benehmen gegenüber dem Publikum beigebracht würde. Stundenlang dort zu stehen, ist keine Freude für diejenigen, die sich dort Koks holen müssen, weil sie monatelang keinen Grudekoks bekommen haben. Ich habe mich überzeugt, daß sie des Morgens vor 5 Uhr schon stehen und warten, und daß sie nachher ohne Koks wieder nach Hause gehen müssen, wohingegen einige Leute Koks in größeren Posten geliefert bekommen. Vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus ist es durchaus nicht zu billigen, daß diejenigen, die 5 Stunden dort gestanden haben, nicht das geringste Quantum Feuerung bekommen. Wir alle wissen, daß es bei der Kälte in den letzten Tagen nicht wundernehmen kann, wenn die Leute dann zur Selbsthilfe schreiten und aus den Wäldern mitnehmen, was mitzunehmen ist. Ich möchte den Magistrat bitten, daß er namentlich den Beamten und den anderen Leuten, die bei der Koksabgabe

beschäftigt sind, einschärft, daß ein anständigerer Ton angeschlagen werden soll, als es in den letzten Tagen geschehen ist.

Bürgermeister Meyer: Klagen über die Koksabgabe bei der Gasanstalt Taubenstraße sind mir bisher nicht bekannt geworden, wohl aber Klagen über die Abgabe bei der Gasanstalt Bahnhofstraße. Die Ausführungen des Herrn Lehnert über die Koksabgabe an der Taubenstraße sind nach meinem Dafürhalten nur dadurch zu erklären, daß dorthin Personen gekommen sind, die Karten für Abholung von Koks nicht bekommen haben. Die geehrten Herrschaften wissen, daß die Abgabe an der Taubenstraße so geregelt ist, daß Karten ausgegeben werden, und daß nur auf die für den betreffenden Tag bestimmten Nummern Koks abgegeben wird. Wenn nebenher noch andere Leute in größerer Zahl kommen, so ist es zu verstehen, daß Unannehmlichkeiten entstehen. Selbstverständlich ist es nicht gerechtfertigt, wenn die Beamten in einer Weise vorgehen, die ungehörig erscheint. Ich werde Gelegenheit nehmen, mit dem Direktor des Gaswerks darüber zu sprechen.

Begründete Klagen sind uns bisher nur von dem Gaswerk Bahnhofstraße gekommen. Dort war das Verfahren nicht derart geregelt, daß Karten für den Bezug von Koks ausgegeben wurden, sondern die ganze Menge des jeweilig vorhandenen Koks wurde — natürlich gegen Kohlenkarte — an die Personen abgegeben, welche gerade kamen. Da ist es denn nicht möglich gewesen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, und die Direktion hat sich veranlaßt gesehen, auch an dieser Stelle das Kartensystem einzuführen.

Städtische Wasserwerke.

Stadtv. Munte: Die höhere Einnahme für Abgabe von Wasser durch Wassermesser (800 000 *M* gegen 559 500 *M* im Vorjahre) erklärt sich dadurch, daß der Preis für das Kubikmeter Wasser von 15 auf 20 Pfennig erhöht ist.

Auch in diesem Voranschlage ist für Teuerungszulagen ein entsprechender Betrag vorgesehen, der zur Verfügung der städtischen Behörden gehalten wird und sowohl an die Arbeiter wie an die Beamten und an die Ruheohnempfänger bewilligt werden kann. Für den Reservefonds ist eine Rückstellung von 50 000 *M* veranschlagt, damit aus diesem Fonds die Baukosten für Erweiterung der Enteisungsanlagen bestritten werden können.

Der Überschuß wird voraussichtlich 155 100 *M* betragen gegen 241 000 *M* im Vorjahre. Sie sehen daraus, daß ein ziemlich großer Rückgang eintreten wird; die Erhöhung des Preises für Wasser scheint also doch nicht genügend gewesen zu sein.

Privateinrichtungsgeschäft.

Stadtv. **Munte** (weist auf die hauptsächlichsten Posten hin.) Erinnerungen sind nicht zu machen.

Ausgleichsfonds.

Stadtv. **Munte**: Auf Seite 404 ist zunächst ein berichtigter Voranschlag für das Jahr 1918/19 gegeben. Als voraussichtlicher Fehlbetrag am 31. März dieses Jahres werden 6 080 664 *M* aufgeführt. Der Fehlbetrag war schon auf 8 049 000 *M* geschätzt, hat sich also um 2 Millionen Mark günstiger gestellt. — Auf Seite 406 finden Sie den Voranschlag für das Jahr 1919/20, nach welchem sich ein voraussichtlicher Fehlbetrag von 9 745 100 *M* ergeben wird.

Umsatzsteuer.

Stadtv. **Munte**: Nach Abzugung der Ausgaben verbleibt aus der Umsatzsteuer ein Betrag von 129 701 *M* zur Verfügung der städtischen Behörden. Auch gegen diesen Voranschlag ist nichts zu erinnern.

Stadtv. **Reißner**: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, die Position 2 e auf Seite 411 — das ist der an den Verkehrsverein zu zahlende Jahreszuschuß von 1500 *M* — wieder auf die vorjährige Höhe von 3000 *M* zu bringen, wie er denn auch wohl in all den letzten Jahren jährlich 3000 *M* städtischen Zuschuß bekommen hat. Obwohl jetzt alles teurer geworden ist, soll an diesem Zuschuß für das nächste Jahr ein Abstrich von 50 Prozent gemacht werden. Nach dem Kassenabschluß des Verkehrsvereins hat er im vorigen Jahre 6200 *M* ausgegeben, davon allein 3984 *M* für Reklamezwecke. Es ist wohl anzunehmen, daß man in diesem Falle in erster Linie von einem werbenden Kapital sprechen kann, das von der Stadt ausgegeben wird, denn die Arbeiten des Verkehrsvereins kommen der ganzen Stadt zugute, besonders wenn man bedenkt, daß Braunschweig nun auch Luftschiffstation auf der Linie Berlin—Gelsenkirchen werden soll. Ich möchte bitten, den früheren Betrag von 3000 *M* auch in diesem Jahre wieder dem Verkehrsverein zuzubilligen, und bemerke schließlich noch, daß Magdeburg und Hannover den städtischen Zuschuß für den Verkehrsverein auf 6000 *M* erhöht haben, und daß das viel kleinere Hildesheim seinem Verkehrsverein 5000 *M* Zuschuß zahlt.

Stadtrat **von Franckenberg**: Es ist sehr begreiflich, daß viele Kreise der Bürgerschaft und insbesondere diejenigen, die auf den Verkehr angewiesen sind, den lebhaften Wunsch hegen, daß die bisherige Zuwendung an den Verkehrsverein ungekürzt weitergewährt wird. Aber gegenüber den dringenden Anforde-

rungen und den außerordentlich hohen Ausgaben der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart, ferner im Hinblick auf den unvermeidbaren Rückgang der Einnahmen aus der Umsatzsteuer konnte der Magistrat nicht umhin, seinen Blick darauf zu richten, ob nicht in der einen oder anderen Beziehung diesmal eine Herabsetzung der Zuschüsse angängig wäre. So gern es anerkannt werden mag, daß die fördernde Tätigkeit des Verkehrsvereins den städtischen Behörden willkommen sein muß, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die augenblickliche Zeit zu einer derartigen werbenden Tätigkeit ungünstig sein wird, und daß es in absehbarer Zeit sich nicht bestimmen läßt, wann eigentlich wohl mit Erfolg eine derartige Werbetätigkeit wieder einsetzen könnte. Es würde verfrüht sein, heute schon über einen derartigen Wunsch des Verkehrsvereins — den ich ihm übrigens nicht verdanke und nicht verübeln will — sich schlüssig zu machen, vor allen Dingen deshalb nicht, weil wir nicht wissen, wieviel wir in diesem Jahre aus der Umsatzsteuer vereinnahmen werden. Wenn die geehrte Versammlung den Vorschlägen des Magistrats, die jetzt in Vorbereitung sind, Folge gegeben haben wird und in einem etwaigen Einspruchsverfahren beim Volkskommissariat uns niemand hindernd in die Fänge fällt, dann läßt sich über die Bewilligung an den Verkehrsverein noch einmal reden. Heute aber schon das Fell des Bären zu verteilen, ehe wir ihn erlegt haben, möchte als keine ganz vorsichtige Steuer- und Finanzpolitik erscheinen, die wir doch dringend nötig haben. Es kommt noch in Betracht, daß durch unsere Bemessung des Zuschusses die Tätigkeit des Verkehrsvereins, soweit sie für die nächste Zeit wünschenswert ist, gewiß nicht lahmgelegt wird. Stets hat er es verstanden, durch rühriges Werben in der Einwohnerschaft, insbesondere bei denjenigen begüterten Einwohnern, die Wert auf Zuzug von wohlhabenden Mitbürgern und Steuerzahlern legen müssen, namhafte Summen für seine Zwecke flüssig zu machen, und das wird bei der Rührigkeit des Vereinsvorstandes, die sich auch in den heutigen, uns zugegangenen Eingaben widerspiegelt, ihm wohl auch in diesem Jahre gelingen. Der verstärkte Finanzausschuß hat vor einem halben Jahre dieser Kürzung des Zuschusses zugestimmt, und so möchte ich empfehlen, der bitteren Not der Zeit folgend, es einstweilen bei dem Zuschuß von 1500 M bewenden zu lassen, bevor wir nicht wissen, wieviel aus der Einnahme der Umsatzsteuer uns zur Verfügung stehen wird.

Stadtv. Rönneburg: Es handelt sich bei dem Verkehrsverein zweifellos um einen gemeinnützigen Verein, der absolut nichts für sich selbst bezweckt, sondern in seinem Wirken Wege einschlägt, die der ganzen Stadt zum Nutzen gereichen sollen. Wenn die Finanzlage der Stadt nicht so überaus ungünstig wäre, so würde ich keine Bedenken tragen, den Antrag des Verkehrsvereins aufzunehmen, den städtischen Zuschuß für ihn auf 6000 M zu erhöhen. Nur die ungünstige

Finanzlage der Stadt rechtfertigt es, wenn man den alten zu geringen Satz von 3000 *M* beibehält. Ich möchte vorschlagen, daß angesichts der gewaltigen Summen, mit denen die Stadt in Ihrem Haushaltsplan rechnet und des Überschusses von 129 000 *M*, der uns in diesem Kapitel vorgeführt wird, dem Verkehrsverein der alte Satz von 3000 *M* weiterhin gewährt wird, und hoffe, daß die Verhältnisse sich im Laufe des Jahres so weit konsolidieren werden, daß der Verein in der Lage ist, wieder eine Tätigkeit zu entfalten, für die ihm die Stadt und ihre Einwohnerschaft zu Dank verpflichtet ist. Ich bitte, dem Antrage Reizner zuzustimmen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf weiter darauf hinweisen, daß dieser ansehnliche Betrag, den wir von Jahr zu Jahr zurückgelegt haben, von den städtischen Behörden schon seit einer Reihe von Jahren dazu außersehen war, als willkommene Rücklage für die Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu dienen. Wir haben bis jetzt damit gewartet, an diesen Spartopf die Hand zu legen; jetzt ist der Zeitpunkt dafür da, und die Fortbildungsschule ist die Nächste dazu, die Anspruch hat, daraus berücksichtigt zu werden. Es sind insbesondere diejenigen Wünsche, die in der geehrten Versammlung auf allen Seiten lebhaften Widerhall finden: die Gewährung von Unterrichtsmitteln für bedürftige Schüler der Fortbildungsschule, die dadurch Berücksichtigung finden können, daß wir diese Ersparnisse verwenden. Diese Wünsche zu erfüllen ist mir vergleichsweise das „tägliche Brot“, das ich gern der Jugend geben möchte, und die Tätigkeit des Verkehrsvereins ist der Kuchen mit den Rosinen darin, der ja sehr gut schmeckt und auch sehr erwünscht ist, aber zunächst ist doch das tägliche Brot das Nötigere. (Sehr richtig!)

Stadtv. Reizner: Ich gebe Herrn Stadtrat von Frankenberg ohne weiteres zu, daß es richtig ist, wenn er die Hand nicht an den Spartopf legen will, aber ich sehe doch auf der zweiten Seite eine ganze Menge Ausgaben, die aus der Umsatzsteuer gemacht werden, und der Betrag, der vom Verkehrsverein gefordert wird, ist doch so gering, daß er sich wohl durch Abstriche aus anderen Positionen zusammenstellen ließe. Ich möchte bitten, meinen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Frede: Ich bin überzeugt, daß der Magistrat von selbst den alten Betrag wieder einstellen wird, wenn er sich versprechen kann, daß die Tätigkeit des Verkehrsvereins von erheblichem Nutzen sein wird, wie etwa zu Friedenszeiten. Wenn das Ziel des Verkehrsvereins direkt oder indirekt darauf geht, den Zuzug von wohlhabenden Personen nach Braunschweig zu fördern, so ist er so lange nicht in der Lage dazu, solange das Mieteinigungsamt bestehen muß, weil wir dort

jeden Bezug ablehnen; es werden stets bei Beschaffung von Wohnungen die hiesigen Einwohner bevorzugt, und sobald es von einem Wohnungsuchenden heißt: „Er zieht von auswärts zu,“ ist die Sache für das Mieteinigungsamt erledigt und eine Wohnungsbeschaffung unmöglich. Nun denke ich daran, daß im vorigen Jahre einige Posten in der Rechnungsaufstellung des Verkehrsvereins enthalten waren, die Veranlassung zu der Meinung gaben, daß manche Ausgaben gemacht waren, die nicht direkt im Interesse des Verkehrs für die Stadt Braunschweig zu liegen schienen. Ich kenne sie nicht mehr im einzelnen; ich glaube, Herr Stadtrat Wagner hob sie hervor. Das darf nicht sein. Sonst ist es aber selbstverständlich, daß wir einen Verein unterstützen, der sich bestrebt, die Stadt an die besten Linien des Verkehrs anzuschließen und die Ausführung dieser Linien zu fördern. Der Verein muß aber auch in der Lage sein, diese Aufgabe ausführen zu können. Ich glaube, daß bei den heutigen Eisenbahnverhältnissen nicht einmal die Propagandareisen vollzogen werden können, wie es selbst zur Zeit des Krieges noch möglich war. Hoffentlich ändern sich diese Verhältnisse bald, und dann habe ich das Vertrauen zum Magistrat, daß er, wenn im nächsten Jahre die Verhältnisse besser geworden sind, von selbst einen erhöhten Posten einstellen wird.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Sollte es sich nicht empfehlen, daß dieser Antrag im Laufe des Jahres wiederholt würde? Wenn man sehen kann, wie sich die Verhältnisse entwickeln, könnte man ja von neuem über die Sache sprechen.

Sodann sollte es mir angenehm sein, wenn die geehrte Versammlung einen anderen Antrag stellte, nämlich den, das Gesetz zu ändern, wonach wir einen Teil des Ertrages der Umsatzsteuer an den Staat abführen müssen. Wir ist nicht bekannt, daß irgendwo in Preußen eine Stadt verpflichtet ist, von der durch sie veranlagten Umsatzsteuer an den Staat für seine Zwecke eine bestimmte Summe abzugeben. Wir müssen sogar die Summen, die aus der Umsatzsteuer vorrätig sind, verzinsen, damit auf diese Weise der Zuschuß an den Staat noch größer ist. Wenn es uns gelingen würde, zu erreichen, daß das Gesetz geändert würde — und ich hoffe auf das Entgegenkommen der jetzigen Regierung in dieser Beziehung —, dann könnten wir um so leichter Herzens auf einen solchen Antrag eingehen, wie ihn Herr Reißner gestellt hat. Im übrigen empfiehlt es sich, die Erhöhung des Zuschusses zurückzustellen, bis der Verkehrsverein in der Lage ist — wie Herr Frede ganz richtig gesagt hat —, Fremde nach Braunschweig zu ziehen; augenblicklich müssen wir bekanntlich die Fremden von Braunschweig fernhalten.

Stadtv. Dr. Jasper: Es ist wohl weniger ein Jrrtum, als eine nicht ganz zutreffende Darstellung in den Worten des Herrn Oberbürgermeisters enthalten, wenn er meint, es müsse von den städtischen Geldern dem Staate etwas abgegeben

werden. Es ist im Gesetz die Regelung so getroffen, daß die Umsatzsteuer zu einem gewissen Teil den Gemeinden und zu einem anderen Teil dem Staat zufällt — die Regelung stammt nicht von der jetzigen Regierung, sondern von derjenigen, die dem Herrn Oberbürgermeister und seinen Freunden nähersteht. Ich weiß nicht, ob die Regierung in der Lage wäre, eine Änderung zu treffen, sondern glaube, daß jedenfalls durch die Landesversammlung das Gesetz geändert werden müßte. Eine andere Sache ist die Behandlung der Zinsen; darüber läßt sich eher eine Änderung herbeiführen. Es ist eine zutreffende Berechnung, daß, wenn eine Teilung gesetzlich vorgesehen ist, sie so erfolgt, daß die Teilungsmasse verzinst wird, solange sie nicht auch von dem anderen Teil benutzt wird. Aber über die Zinsen läßt sich reden, da es nur ein verschwindend geringer Teil ist, der dem Staate zufällt. Darauf zurückzukommen, hatte ich mir infolge der Anregung im Ausschuß schon vorgenommen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Ist nicht der Wunsch berechtigt, daß nachgeprüft wird, ob der Staat ein Recht zum Empfang eines Teiles der Umsatzsteuer hat? Dieser Wunsch wird sich als berechtigt herausstellen, wenn die neue Regierung sich veranlaßt sehen wird, nachzuprüfen, zu welchen Zwecken der Staat diesen Teil der Umsatzsteuer verwendet hat. Es ist von der früheren Regierung der Landesversammlung darüber keine Aufklärung erteilt, und ich möchte die Landesregierung, die ja auch in diesem Saale vertreten ist, bitten, sächlich zu prüfen, in welcher Weise die Umsatzsteuer vom Staate jetzt noch verwendet wird. Ich sollte meinen, daß den eigentlichen Zwecken der Umsatzsteuer seitens des Staates bis jetzt nicht genügt ist. Ich kann den Wunsch des Magistrats, daß der ganze Ertrag der Umsatzsteuer nur der Stadt zugute kommt, aufs wärmste unterstützen.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Herrn Dr. Jasper muß ich erwidern, daß ich der Regierung nicht einen Vorwurf habe machen wollen, sondern daß ich mich tatsächlich nur gegen das Gesetz gewandt habe. Meiner Überzeugung nach ist das Gesetz von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Es ist darin angenommen: Wenn Warenhäuser mit großen Einnahmen in der Stadt bestehen, so erzielen sie diese Einnahmen dadurch, daß auch die Leute vom Lande ihr Geld hierher bringen. In Wirklichkeit liegt die Sache aber so, daß wir die Umsatzsteuer von den Warenhäusern deshalb erheben, weil sie die hiesigen anderen Geschäfte schädigen. Der tiefere Grund für Erhebung der Umsatzsteuer ist also, einen Ausgleich zu schaffen für den Schaden, der unserer Gemeinde an Steuereinnahmen dadurch erwächst, daß ein besonders großer Warenumsatz in den Warenhäusern Platz greift und die Einnahmen und die

Steuerkraft der anderen Geschäfte dadurch geringer werden. Es ist also nicht richtig, wenn dann der Gesetzgeber sagt: Von dieser Einnahme an Umsatzsteuer soll die Gemeinde einen Teil an den Staat abgeben. Aber das sind vergangene Zeiten, es herrscht eben ein anderer Wind, und ich bin überzeugt, daß auch die Landesversammlung auf diesen Zuschuß seitens der Stadt verzichtet, denn Braunschweig wird die einzige Stadt sein, die einen Betrag auf Grund der Einnahmen aus der Umsatzsteuer an den Staat abliefern muß.

Stadtv. Reizner: Nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters ziehe ich meinen Antrag **v o r l ä u f i g** zurück.

Stadtv. Dr. Jasper: Als Stadtverordneter halte ich auch eine Nachprüfung über die Verwendung des staatlichen Anteiles aus der Umsatzsteuer für erwünscht, da es Erträgnisse aus der Stadt sind. Im übrigen möchte ich dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß es vielleicht auch für den Staat verständlich ist, daß er einen Teil der Umsatzsteuer beansprucht, da für ihn, wenn schon die Grundsätze der Umsatzsteuer zur Anwendung kommen sollen, die gleichen Erwägungen maßgebend sind, wie für die Stadt. Auch er bekommt nicht dieselben Steuern von den Landeseinwohnern, wie es bei anderen Verhältnissen der Fall sein würde.

Stadtrat von Franckenberg: Ich würde es auch mit großer Freude begrüßen, wenn sich die Regierung und der Landtag entschließen, das Gesetz einer Änderung zu unterziehen. Wir haben es als eine eigentümliche Rundreise des Geldes empfunden, wenn erst uns ein Drittel des Ertrages der Umsatzsteuer abgeholt wird und dann vom Staat für dieselben Aufgaben — Förderung der Handelskammer, der Handelskammer, des Fortbildungsschulwesens usw. — verwandt wird, die uns so sehr am Herzen liegen. Wir, die wir die Nächsten dazu sind, würden ebenjogut in unmittelbarer Weise das Geld verwenden können. Ich kann auch die Erklärung des Herrn Dr. Jasper nur mit Freuden begrüßen, daß wegen der Verzinsung der vorhandenen Beträge der Umsatzsteuer vielleicht ein größeres Entgegenkommen gewährt wird. Wir verzinsen übrigens nur die Beträge, die wir nicht an den Staat abzuführen haben, also nur dasjenige, was uns übrig bleibt. Was wir an den Staat abführen, ist genau der dritte Teil dessen, was wir an Steuern aufgenommen haben. Wenn Sie den Ertrag der Umsatzsteuer durch 3 teilen, haben Sie den Betrag, der in der Ausgabe mit 9321 M und 5333 M als Anteil des Staates in vorigem und diesem Jahre vorgesehen ist. Von den Zinsen für den uns bleibenden Bestand brauchen wir dem Staat keinen roten Dreier abzugeben.

Voranschlag der Kanalbautafse.

Stadtv. **Munte** (nachdem er die Hauptposten angeführt hat): Der sich aus dem Vorjahre voraussichtlich ergebende Überschuß von 67 200 M aus der Unterhaltung ist in den letzten Jahren immer nach einer besonderen Vorlage an den Neubaufonds abgeführt, wo er zur Tilgung der alten Fehlsomme benutzt ist. Wir werden auch in diesem Jahre eine solche Vorlage erwarten können.

Städtisches Schlachthaus.

Ohne weitere Besprechung als durch den Referenten.

Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.

Stadtv. **Munte**: Die Haupteinnahme dieser Kasse besteht aus der Abgabe für Hunde, die mit 45 000 M angesetzt ist. Da jeder Hund 30 M Steuer kostet, so würden immer noch 15 000 Hunde in der Stadt gehalten. Das Konto gleicht sich in der Einnahme und Ausgabe mit 51 000 M aus. Zur Verfügung der städtischen Behörden sind aus dieser Kasse 5079 M angesetzt.

Damit wären wir auch am Schlusse dieser Abteilung angekommen. Der Magistrat beantragt

die **V o r a n s c h l ä g e** der eben behandelten Kassen nach Maßgabe der Entwürfe feststellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die **K a n a l a b g a b e** wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.

Ich habe den Auftrag, namens des Finanzausschusses die Annahme dieses Antrages zu empfehlen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Den lichtvollen Darstellungen des Herrn Berichterstatters trete ich gewiß nicht zu nahe, wenn ich darauf hinweise, daß ihm bei Ermittlung der Zahl der Hunde ein kleiner Irrtum untergelaufen ist. Er hat der Zahl der Hunde eine Null angehängt, die ihr nicht zukommt; es handelt sich in Braunschweig nicht um 15 000, sondern um 1500 Hunde, sonst würde ja auch auf jeden neunten Einwohner ein Hund kommen.

Stadtv. **Frede**: Meine Herrschaften! Die Position Hundesteuer veranlaßt mich zur Stellung eines Antrages auf Erhöhung der Hundesteuer. Ich bin mir allerdings bewußt, daß ich dadurch nicht nur das Gebell der Hunde über mich heraufbeschwören werde. Ich weiß aber auch, daß ich vielen aus dem Herzen sprechen werde, die aus triftigen Gründen eine Erhöhung der Hundesteuer wünschen. Die Hunde selbst haben wohl keine Veranlassung, sich

darüber zu betrüben, wenn wir sie höher bewerten, und ihre Abwanderung nach anderen Orten ist wohl auch nicht zu befürchten.

Ich kann nachweisen, daß schon vor der Kriegszeit die Hundesteuer in den deutschen Großstädten im Durchschnitt 40 *M* betragen hat. Sie stellte sich damals in Braunschweig auf 20 *M*, und nur die Rücksicht auf die zwei Hunde meines lieben Freundes Munte bewog mich damals, mit meinem Antrage auf Erhöhung der Hundesteuer nicht zu scharf ins Feld zu gehen.

Nun die Gründe, die für eine Erhöhung der Hundesteuer sprechen. Aus hygienischen Gründen kann man wünschen, daß die Zahl der Hunde möglichst beschränkt wird, und wenn durch meinen Antrag diese Folge eintreten würde, so würde mich das nur freuen. Aber ich habe die Hoffnung nicht, daß durch eine Steuererhöhung die Zahl der Hunde beschränkt wird, denn merkwürdigerweise hängen die Leute so sehr an diesen Tieren, daß sie selbst dann nicht auf die Haltung eines Hundes verzichten würden, wenn sie auch 80—100 *M* Steuern dafür zahlen sollten. Also die Befürchtung, die Herr Stadtrat von Frankenberg seinerzeit ausgesprochen hat, daß durch eine höhere Bemessung der Hundesteuer eine Verminderung ihres Ertrages eintreten würde, kann ich nicht teilen. Im übrigen hat sich meine damalige Voraussage bestätigt, denn Herr Stadtrat von Frankenberg weiß, daß die Zahl der Hunde gegen früher sich nicht verringert hat.

Ein anderer Grund für Erhöhung der Hundesteuer ist der, daß in der gegenwärtigen Zeit etwas Aufreizendes darin liegt, wenn man gut gemästete Hunde herumlaufen sieht und daneben sehen muß, wie Kinder und Erwachsene hungern (Sehr richtig!). Ich kann aus meiner Erfahrung folgendes anführen: Eine Frau, die bei mir wohnte, hat einen Hund, aber keine Kinder; für diesen Hund hat sie gutes Fleisch eingewekkt und sich dessen noch gerühmt. Das muß ich für eine Sünde und Schande halten, für einen Mißbrauch menschlicher Nahrung. Ich weiß, daß andere Hundehalter so vernarrt in ihre Rüter sind, daß auch sie ihnen menschliche Nahrung zukommen lassen und sich selber lieber etwas am Munde absparen, als dem Hunde etwas entgehen lassen.

Es bleibt außer diesem gesundheitlichen und wirtschaftlichen Standpunkt noch die Wirkung auf unsere Finanzen zu beleuchten, und da ist es mir erfreulich, die Äußerungen des Magistrats über den Antrag Reißner und die Wirkung meines Antrages nebeneinanderstellen zu können. Der Magistrat ist in der Lage, jede Ersparnis und jede Mehreinnahme willkommen zu heißen. Wenn wir demnächst statt 30 *M* 50 *M* Steuer nehmen, dann erreichen wir damit noch nicht die Höhe des Durchschnitts der Hundesteuer in anderen Städten. Wenn dieser Durchschnitt damals 40 *M* betragen hat, dann ist es selbstverständlich, daß diese Städte heute

die Steuer ganz beträchtlich erhöht haben und auch beträchtliche Einnahmen daraus ziehen.

Ich würde es begrüßen, wenn mein Antrag gleich heute zur Entscheidung käme, hätte aber, falls Bedenken dagegen geltend gemacht würden, auch nichts dagegen, daß der Antrag erst noch einer Kommission überwiesen wird.

Stadtv. Jahns: Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich entschieden gegen den Antrag wenden. Die Anzahl der Hunde ist schon während des Krieges ganz erheblich beschränkt, und ich glaube nicht, daß die Angabe des Herrn Frede über die unverminderte Zahl der Hunde wegen der damals erhöhten Steuer zutrifft. Es wird mir zugerufen: „Er hat selber einen.“ Das ist richtig, aber Sie müssen bedenken, daß derjenige, der heute einen Hund hält, es dringend nötig hat, entweder als Wachhund, als Ziehhund oder zu anderen Zwecken, sonst würde er bei den schlechten Ernährungsverhältnissen heute keinen Hund halten. Es ist von Herrn Frede angeführt, daß ihm bekannt sei, daß eine Frau ihren Hund ganz besonders gut nährt. So etwas kann ich nur als Ausnahme hinstellen, und ich möchte auch darauf hinweisen, daß manche alte Person, die im Leben allein steht, den Hund als einen treuen Freund betrachtet, denn der Hund ist manchmal treuer, edler und dankbarer als die Menschen. Dem werden ganz entschieden die zustimmen, die selbst einen Hund gehabt haben, oder die in der Lage sind, in ihrer Nähe Hunde zu beobachten. Deshalb kann man es vielen Leuten nicht verdenken, wenn sie sich einen Hund anschaffen, um Freude am Leben zu haben. Im allgemeinen aber werden Hunde nur gehalten, wo es nötig ist, und durch eine erhöhte Hundesteuer werden ganz besonders hart diejenigen getroffen, die nicht in der Lage sind, überflüssiges Geld auszugeben. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. Stegmann: Ich stehe vollständig auf dem Standpunkt des Herrn Frede. Die Begründung des Antrages war so ausführlich und treffend, daß dem wenig hinzuzufügen ist. In den weitesten Kreisen wird dieser Antrag freudig begrüßt werden, und auch ich kann ihn nur unterstützen. Wenn der Herr Vordr. auf die Notwendigkeit der Wach- und Ziehhunde hinwies, so wissen wir aus Erfahrung, daß für solche Hunde Steuerermäßigung und gänzlicher Erlass der Hundesteuer stattfindet, so daß ein solcher Grund nicht ausschlaggebend sein kann.

Es ist von Herrn Frede allerdings kein Dringlichkeitsantrag gestellt, aber ich nehme an, da nun einmal die Debatte über den Antrag zugelassen ist, daß gleich über den Antrag entschieden werden soll, und bitte, ihn anzunehmen.

Es wird mir eben von meinen Freunden zugerufen, man müßte 100 M Steuer für die Hunde beantragen; ich will es aber bei der von Herrn Frede genannten Höhe der Steuer belassen und hoffe, daß dieser Antrag von der Mehrheit der Versammlung angenommen wird.

Stadtrat von Franckenberg: Ich möchte davon absehen, heute schon grundsätzlich auf die Erörterung des Antrages einzugehen, und habe auch den Herrn Antragsteller so verstanden, daß er seinen Antrag in der Absicht eingereicht hat, daß er demnächst im Rechtsausschuß zur Erörterung kommen soll. Es würde nicht richtig sein, etwaige Meinungsverschiedenheiten heute schon und demnächst beim Vorlegen des Berichtes des Rechtsausschusses noch einmal zur Erörterung gelangen zu lassen. Außerdem kommt in Betracht, daß wir soeben die Hundemarken ausgegeben haben. Diejenigen, die die Hundesteuer damit schon bezahlt haben, nachträglich zu einem Zuschlag zu dieser Steuer heranzuziehen, will mir bedenklich erscheinen, obgleich ich kein Hundehalter bin und gern für die Stadt an Steuern vereinnahme, was mit guter Manier zu bekommen ist. Die Sache wird doch dem Rechtsausschuß zu überweisen sein, damit wir unser Hundesteuerstatut ändern, und erst vom 1. April 1920 an würde dann, wenn die städtischen Behörden sich darüber einigen, die Erhöhung der Hundesteuer Platz greifen.

Stadtv. Frede: Der Einwand des Herrn Zahns gegen meinen Antrag trifft nicht zu. Wer einen Hund nötig hat, kann mit einem Gesuch um Steuererlaß kommen, und dann wird ihm Erlaß gewährt. (Widerspruch.) Sowohl, das geschieht sowohl bei denen, die draußen wohnen und sonst keinen Schutz durch Wächter haben, als auch bei Ziehunden.

Nachdem ich gesehen habe, wie die Stimmung des Hauses ist, möchte ich meinen Antrag als dringlich bezeichnen.

Vorsitzender: Obgleich wir uns bei der Etatsberatung befinden, muß es meiner persönlichen Meinung nach zulässig sein, einen solchen Antrag, der im Rahmen der Etatsberatung sich bewegt, gleich zu beraten. Es bedeutet das weiter nichts, als die Änderung einer Position, die vom Magistrat eingelegt ist.

Der Dringlichkeit des Antrages Frede wird von der Versammlung zugestimmt.

Stadtv. Munte: Jetzt sind wir ganz am Schluß unserer Etatsberatung in des Wortes verwegenster Bedeutung noch auf den Hund gekommen! Für mich persönlich — ich halte zwei Hunde — würde es gleichgültig sein, ob die Hundesteuer erhöht wird. Ich gebrauche sie zu meiner Sicherheit, einen im Hause und

einen auf dem Fabrikhofe, und weiß, daß ich sie nicht steuerfrei kriegen kann, weil Wächterbegang vorhanden ist. Ich sehe die Kosten für Haltung der Hunde daher als Handlungsunkosten an. Es müßte doch aber ein Unterschied gemacht werden zwischen den Leuten, die in der Lage sind, diese Steuer zu bezahlen oder nicht. Nehmen Sie meinetwegen die höhere Steuer von denen, welche über 7000 *M* Einkommen haben, aber daß jeder ohne weiteres für das Jahr eine so hohe Steuer bezahlen soll, wo der Hund unter Umständen das einzige ist, woran er noch hängt, das würde ich für hart halten. Es sind mir übrigens während des Krieges drei Hunde weggefangen, trotzdem sie nicht fett waren, und das hat mich Hunderte von Mark gekostet, denn ich habe immer wieder andere kaufen müssen, weil ich die Bewachung meines Grundstückes durch Hunde für dringend nötig halte.

Ich möchte bitten, den Antrag an die Kommission zu verweisen. Dort ist es möglich, eine Grenze vorzuschlagen, vielleicht für Steuerzahler über 7500 *M* 100 *M* Hundesteuer und für andere 30 *M*. Man muß auch bedenken, daß eine hohe Hundesteuer eine Erdrösselungssteuer werden kann. Es bleiben dann in der ganzen Stadt vielleicht nur 500 Hunde, und dann bekämen wir an Steuer nur 25 000 *M*. Wo sollten wir dann das Geld hernehmen für solche dringliche Sachen, wie sie in diesem Kapitel aufgeführt sind?

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte mir die Anfrage an Herrn Frede erlauben, ob er beabsichtigt, die Position des Etats, um die es sich hier handelt, durch seinen Antrag zu erhöhen. Es handelt sich heute doch nur um Feststellung des Etats. Sollte Herr Frede meine Frage bejahen, dann müßte ich darauf aufmerksam machen, daß es in dieser Weise allein nicht möglich ist, einen höheren Etatsposten zu erhalten. Es müßte erst das Statut geändert werden, und die Änderung müßten wir erst noch der Kreisdirection zur Genehmigung einreichen. Dazu würde es für das laufende Jahr schon reichlich spät geworden sein. Ich möchte doch anheimgeben, den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

Stadtv. Lofmann: Meine Damen und Herren! Auch ich begrüße den Antrag des Herrn Frede, daß die Hundesteuer erhöht werden soll. Wenn man auf der Straße die fetten Bengel herumlaufen sieht, dann muß man feststellen, daß sie nicht von Kartoffelschalen so schön genährt worden sind, sondern daß ihnen mindestens menschliche Nahrung zugeführt ist. Eins aber vermiße ich in dem Antrag noch. Es gibt Leute, die zwei, drei Hunde besitzen; das sind selbstverständlich Lushunde, und die müßte man meiner Meinung nach höher besteuern. Ich möchte also Herrn Frede ersuchen, seinen Antrag dahin zu ergänzen, daß für

diejenigen, die zwei Hunde besitzen, die Steuer für jeden Hund auf 100 M und für die, die drei Hunde besitzen, auf 500 M festgesetzt wird. Das wird wohl ein sicheres Mittel sein, die Zahl der Hunde in unserer Stadt zu vermindern.

Vorsitzender: Nachdem die Debatte soweit gediehen ist, daß noch andere Anregungen zu dem Antrag hinzukommen, wird es wohl besser sein, den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

Stadtv. Frau **Göge:** Zum großen Teil ist das, was ich sagen wollte, durch das erledigt, was Herr Munte vorgetragen hat. Besonders möchte ich aber hervorheben, daß es tatsächlich sehr viele einzeln lebende Männer wie Frauen gibt, deren Herz an ihrem Hunde hängt. Im übrigen finde ich den Vorschlag, des Herrn Munte für durchaus nicht übel, daß man bestimmen möchte, die in ihrem Einkommen bestgestellten Leute sollten zur Zahlung einer höheren Hundesteuer herangezogen werden. Ihnen kommt es auf die Bezahlung eines höheren Betrages nicht an, während es die kleinen Leute schwer treffen würde, und es gibt tatsächlich eine ganze Menge Leute, für die es eine Vereinfachung sein würde, wenn der Hund aus ihrem Leben genommen würde. Ich spreche da aus Erfahrung, denn ich habe auch einen Hund, allerdings einen ganz kleinen, der keine menschliche Nahrung bekommt. Ein Vorschlag wurde mir noch von Herrn Frede gemacht: Man könnte die Hunde auch nach ihrer Größe besteuern, und das hat allerdings etwas für sich, denn große Hunde müssen mehr fressen als kleine. Grundsätzlich zu sagen: „Es soll für alle Hunde die Steuer auf 50 oder 100 M festgesetzt werden“, dafür könnte ich nicht stimmen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich möchte dringend bitten, die Sache heute nicht endgültig zu verabschieden, sondern, wie zuletzt der Herr Vorsitzende angeregt hat, sie dem Ausschuß zu überweisen. Die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg beweisen, daß für dieses Jahr mit der Annahme des Antrages Frede nicht geholfen ist, weil die Hundemarken schon ausgegeben sind. Nun möchte ich ja die Geschäftsführung des Herrn Vorsitzenden nicht kritisieren, aber ich meine doch, daß dieser Antrag nicht mit zur Staatsberatung gehört. Die Erhöhung oder Herabsetzung der Hundesteuer ist eine statutarische Änderung, und dazu muß der Wortlaut dem Statut eingepaßt werden. Der Herr Oberbürgermeister hat schon darauf hingewiesen, daß für Statutenänderungen gewisse Voraussetzungen gegeben sind, und hat die Genehmigung durch die Staatsregierung erwähnt. Die Gesichtspunkte, wie von verschiedenen Seiten der Antrag des Herrn Frede betrachtet ist, sind so mannigfaltig, daß wir Stoff genug haben, die Gelegenheit erst in der Ausschußsitzung zu beraten.

Vorsigender: Wenn es sich auch bei Zulassung der Beratung des Antrages Frede um einen Schönheitsfehler handelt, so glaube ich doch, daß die Angelegenheit an sich im Rahmen einer Anregung mit in die Staatsberatung hineinpaßt.

Stadtv. Frede: Es war vom Herrn Oberbürgermeister gefragt worden, wie ich mir die Sache gedacht hätte. Das Hundesteuerstatut soll geändert werden, und es kann sehr wohl in dem Statut ausgesprochen werden, daß beschlossen ist, vom 1. April 1919 ab einen höheren Steuerfuß zu erheben. (Widerpruch.) Das ist meine Ansicht.

Herrn Dr. Jäzper möchte ich erwidern: Die Versammlung hat sich für Dringlichkeit des Antrages ausgesprochen, und deshalb müssen wir jetzt auch zu einer Beschlußfassung kommen.

Herr Munte sagt, er finde es ungerecht, wenn der arme Mann ebensoviele Steuern bezahlen müsse, wie der reiche. Dagegen kann man ebensovot sagen: Einem reichen Manne kann man es viel eher gestatten, einen Hund zu halten, als dem armen. Der arme Mann soll von vornherein wissen, daß die Haltung eines Hundes Ernährungs- und Steuerkosten verursacht.

Ich bin durchaus der Ansicht des Herrn Tostmann, daß jemand, der den Luxus so weit treibt, daß er mehrere Hunde hält, auch zu einer noch höheren Steuer herangezogen werden soll. Vom Magistrat wird aber erwidert werden, daß man die Steuerquelle nicht ganz verlieren will. Ich glaube daher, wenn man 50 M Steuer für einen Hund festsetzt und die Leute dann für drei Hunde statt 90 M 150 M zu bezahlen haben, so werden sich diejenigen, die sich eine kleine Herde Hunde halten, doch auf etwas Besseres besinnen. Sonst wäre ich aber auch mit einer höheren Steuer für das Halten von mehreren Hunden einverstanden.

Frau Professor Göke hat ein Moment des Gemüts angeführt und gesagt: Hunde sind treu, und es gibt Leute, die sich so sehr an ihren Hund gewöhnt haben, daß sie sich unter keinen Umständen davon trennen mögen. Ich möchte dem ein anderes Gefühlsmoment entgegenhalten und die Entscheidung von Frau Professor Göke über folgenden Fall anrufen: Ich hatte zu Beginn des Krieges den Auftrag, die Mehlvorräte auf der Frankfurter Straße zu prüfen, bin dabei in zwei armselige Haushaltungen gekommen und habe in beiden gut genährte Hunde gesehen; ich habe dort auch Kinder gesehen, die waren in jämmerlicher Verfassung, und die Wohnung war mehr als dürftig. Ich habe nach diesen und jenen Umständen gefragt und dabei auf die Ernährung der Hunde hingewiesen. „Ja“, sagte der Mann (bei der anderen Familie war es eine Frau), „von unserem Hunde lassen wir nicht!“ Das ist das gemütliche Moment, das Frau Professor Göke angeregt hat. Ist es nicht Sünde, so etwas zu befördern? Ich hätte am liebsten den Kötern den Hals umgedreht oder sie hinausgejagt, weil ich sehen

mußte, daß Menschen darunter leiden. Ich kann mir nicht helfen, ich muß sagen, daß so etwas nicht zu verzeihen ist.

Stadtrat von Frankenberg: Die geehrte Versammlung, die heute viel Arbeit hinter sich hat und noch einige Arbeiten vor sich hat, wird sich wohl am zweckmäßigsten auf folgenden Vorschlag verständigen. Nachdem von verschiedenen Seiten der dringende Wunsch nach Erhöhung der Hundesteuer ausgesprochen ist, bin ich bereit, dem Magistrat vorzuschlagen, die Änderung des Hundesteuerstatuts in Angriff zu nehmen und der Versammlung eine Vorlage zu machen. Über das Statut verständigen müssen sich die Stadtverordnetenversammlung und der Stadtmagistrat sowieso, und ich glaube, es hat manches für sich, wenn alle Gesichtspunkte, die heute erörtert sind, auch durch Erkundigung bei anderen Städten, besonders über die Besteuerung der kleinen, der zweiten und dritten Hunde, berücksichtigt werden, und daß wir demnächst mit einer Vorlage kommen, die alles das in Betracht gezogen hat. Heute läßt sich die Sache nicht übers Knie brechen.

Vorsitzender: Wenn die Versammlung mit dem Vorschlage des Herrn Stadtrat von Frankenberg einverstanden ist, brauchen wir heute weiter keine Ausführungen über die Sache zu hören.

Stadtv. Rönneburg: Falls noch Wortmeldungen vorliegen, möchte ich den Antrag auf Schluß der Debatte stellen.

Stadtv. Munte (als Referent): Daß durch den Antrag, die Hundesteuer auf 50 M zu erhöhen, die Position in dem Etat auf alle Fälle geändert wird, ist nicht zutreffend. Herr Frede hat ausgeführt, er wünsche eine Verminderung der Hunde. Die von mir angeführte Zahl 15 000 ist allerdings ein Irrtum gewesen, und ich freue mich, daß es nur 1500 Hunde sind, die hier in der Stadt gehalten werden. Jetzt ist der Ertrag der Hundesteuer mit 45 000 M angenommen; wird die Hundesteuer auf 50 M gesetzt, so werden vielleicht nur 900 Hunde gehalten, so daß der Ertrag derselbe ist. Durch die glatte Annahme des Antrages Frede wäre also nicht ohne weiteres eine Änderung des Etats festgelegt worden.

Im übrigen bitte ich um Annahme des von mir vorgetragenen Magistratsantrages, betreffend die Voranschläge der selbständigen Verwaltungen und wegen der Kanalsteuer.

Vorsitzender: Herr Frede, wollen Sie Ihren Antrag auf Grund der Erklärungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg zurückziehen? (Stadtv. Frede stimmt zu.)

Dem Antrage des Magistrats, betreffend die Vorausschlüsse der selbständigen Verwaltungen und die Höhe der Kanalsteuer, wird von der Versammlung zugestimmt.

2. Zuwahl je eines Mitgliedes in den Rechts-, Finanz-, Schul- und Bauausschuß.

Stadtv. **Rönneburg**: Entsprechend einem Antrage des Herrn Dr. Wolters, der in einer der früheren Sitzungen zur Annahme gelangt ist, den Rechts-, Finanz-, Schul- und Bauausschuß um je ein achttes Mitglied zu erweitern, sind in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses verschiedene Vorschläge für die Wahlen gemacht.

Es wird vorgeschlagen, in den Rechtsausschuß, in den von meiner Fraktion noch ein Mitglied entsandt werden müßte, Herrn Dr. **Regensburger**, der neu in die Versammlung eintreten wird, zu wählen. Ich weiß nicht, ob das zugänglich ist; es wird aber möglich sein, die Wahl vorzunehmen unter dem Vorbehalte, daß nachher in dieser Sitzung die Amtsniederlegung des Herrn **Spangenberg** genehmigt wird.

Außerdem möchte Herr Stadtv. **Meyerhoff** aus dem Rechtsausschuß ausscheiden; für ihn wird Herr **Jahns** vorgeschlagen. Für mich, der ich ebenfalls aus dem Rechtsausschuß ausscheiden möchte, ist Fräulein **Oden** in Vorschlag gebracht, als achttes Mitglied für den Finanzausschuß wird Herr **Frede** vorgeschlagen, für den Bauausschuß Herr **Wahrendorf** und für den Schulausschuß Herr **Recter**.

Die Versammlung stimmt der Wahl der vom Rechtsausschuß vorgeschlagenen Stadtverordneten zu.

3. Antrag Frede auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broikemer Straße.

Stadtv. **Loftmann**: Der Antrag Frede lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtmagistrat, auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Westbahnhof und Broikemer Straße Bedacht zu nehmen. Der Antrag ist im Bauausschuß beraten worden, und es ist dort beschlossen worden, Ihnen zu empfehlen, dem Antrage zuzustimmen. Es haben sich tatsächlich dadurch Mißstände herausgestellt, daß die Anlieger der Weststraße und Zahnstraße beständig über Privatgrundstücke gegangen sind, um schneller nach der Broikemer Straße, nach ihren Schrebergärten oder ihren Arbeitsstätten zu gelangen. Die

Besitzer der privaten Grundstücke haben deswegen Beschwerde geführt, und auch von den dortigen Gartenbesitzern sind Klagen eingelaufen, weil sie am Sonnabend nachmittag und am Sonntag einen großen Umweg über die Juliusstraße machen müssen, ehe sie zu ihren Gärten kommen. Da es nicht mit großen Unkosten verknüpft ist, einen solchen Verbindungsweg herzurichten, so ersucht der Bauausschuß die Versammlung, gemäß dem Antrag Frede zu beschließen.

Der Antrag Frede wird angenommen.

4. Nachverwilligung von Mitteln für den Schulgarten für 1918/1919.

Stadtv. **Salomon**: Der Mittelschullehrer Kamke hat dem Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen mitgeteilt, daß er infolge der Verteuerung der Sämereien und Pflanzen bei der Verlegung des Schulgartens mit der im Haushaltsplan der städtischen Bürgerschulen vorgesehenen Summe von 300 M nicht auskommen könne, und hat an den Schulvorstand das Ersuchen gerichtet, die ausgeworfene Summe auf 600 M zu erhöhen. Der Stadtmagistrat will dieser Bitte nachkommen und ersucht die Stadtverordneten, den angeforderten Mehrbetrag von 300 M für 1918/19 nachverwilligen zu wollen. Sofern der ganze Betrag bis zum Abschluß der Jahresrechnungen nicht verbraucht werden sollte, gibt der Magistrat anheim, der Übertragung des Restes in das laufende Rechnungsjahr zuzustimmen. Der Schulausschuß hat sich mit dieser Anregung befaßt, hat die Berechtigung der Forderung anerkannt und bittet die geehrte Versammlung, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Die Mittel werden dem Antrage des Stadtmagistrats entsprechend bewilligt.

5. Antrag eines Stadtverordneten auf Amtsniederlegung.

Stadtv. **Stegmann**: Herr Stadtv. Spangenberg hat den Antrag gestellt, ihn vom Amte eines Stadtverordneten zu entbinden, und schreibt darüber unter anderem: „Berufspflichten zwingen mich dazu. Umstände, die ich bei Übernahme des Mandats nicht habe voraussehen können, haben meine Dienstverhältnisse derart gestaltet, daß die Ausübung des Amtes eines Stadtverordneten mit ihnen unvereinbar ist.“ Nach der Städteordnung können Stadtverordnete von ihrem Amte aus drei Gründen entbunden werden, 1. wenn sie das 65. Lebensjahr vollendet haben, 2. wenn sie an anhaltender, die Erfüllung der auszuübenden Obliegenheiten hindernder Krankheit oder Körperschwäche leiden, und 3. wenn sie in solchen häuslichen oder geschäftlichen Verhältnissen stehen, daß sie durch Über-

nahme des Amtes einen erheblichen Nachteil erleiden würden. Das letztere trifft nach Ansicht des Rechtsausschusses zu. Der Rechtsausschuß gibt Ihnen deshalb durch mich anheim, dem Antrag des Herrn Spangenberg auf Entlassung aus seinem Amte als Stadtverordneter zu entsprechen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage entsprechend.

6. Herstellung einer Dampfkesselanlage auf dem Gaswerk Taubenstraße.

Stadtv. **Stegmann:** Die Deputation der Gas- und Wasserwerke hat an die städtischen Behörden das Ersuchen gerichtet, eine neue Dampfkesselanlage auf dem Gaswerk Taubenstraße zu errichten. Die dort aufgestellten, je 50 Quadratmeter Heizfläche haltenden Dampfkessel sind veraltet, zwei davon stammen aus dem Jahre 1888 und einer aus dem Jahre 1898. Ferner ist dort seit dem Jahre 1914 ein Abgasedampfkessel mit 60 Quadratmeter Heizfläche aufgestellt. Die drei Dampfkessel der alten Anlage sind in ihren unteren Teilen stark angegriffen, so daß in absehbarer Zeit mit dem Ausfallen des einen oder mehrerer Kessel aus dem Betriebe zu rechnen ist. Der Dampfkesselüberwachungsverein hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Sicherheit des Betriebes mit diesen Dampfkesseln nicht garantiert werden könne. Eine Ausbesserung der angegriffenen unteren Kessel würde nach dem derzeitigen Befund etwa 34 000 M kosten, und dabei ist es zweifelhaft, ob sich nicht bei der Ausführung zeigen wird, daß auch der obere Teil der 30 Jahre alten Kessel in größerem Umfange schadhaft ist. Außerdem entspricht die Anlage den heutigen Anforderungen nicht mehr, so daß, um eine genügende Leistungsfähigkeit zu erhalten, in nächster Zeit doch eine Erweiterung der Dampfkesselanlage vorgenommen werden müßte. Für den Einbau neuer großer Kessel ist das alte Kesselhaus zu klein, und ein weiterer Nachteil desselben besteht darin, daß der Rauchkanal nicht vorteilhaft angelegt ist, wodurch die Beobachtung des Ofenbetriebes erschwert wird. Deshalb ist nach reiflicher Erwägung die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke zu der Ansicht gekommen, daß eine neue Dampfkesselanlage nötig ist. Es wird vorgeschlagen, ein neues Dampfkesselhaus mit zwei Zweiflammrohrkesseln von je 75 Quadratmeter Heizfläche und einem Schornstein von 30 Meter Höhe am Ende des neben dem alten Kesselhause liegenden Anschlußgleises zu erbauen. Die Ausführung kann ganz ohne Störung des Betriebes erfolgen, und der Platz des alten Kesselhauses wird für die Erweiterung des alten Horizontal-Ofenbaues und für die Errichtung einer Kohlenaufbereitungsanlage frei. Ferner würde auch der Gleisanschluß in Zukunft besser für die Kohlenzuführung mit benutzt werden können. Man könnte allerdings auch einen 30 Meter langen Rauchkanal für den Anschluß

an den alten Schornstein in Aussicht nehmen, aber die Errichtung eines neuen Schornsteines erscheint zweckmäßiger, da man dadurch vor Störungen des Betriebes besser gesichert ist.

Außerdem sollen bei dieser Gelegenheit verschiedene andere Verbesserungen auf dem Gaswerk Taubenstraße in Angriff genommen werden, indem den Kesseln durch fahrbare Koksbehälter der nötige Koks zugeführt werden soll.

Die Kosten des Neubaus des Kesselhauses nebst der gesamten Kesselanlage werden auf 145 000 *M* veranschlagt. Es erübrigt sich wohl, die einzelnen Posten hier anzuführen. Von der Bausumme gehen 15 000 *M* für altes Material ab, so daß als Ausgabe die Summe von 130 000 *M* zu bewilligen ist.

Die Baukommission hat die Vorlage beraten, hält es für selbstverständlich, daß wir zustimmen, damit die unsichere und ungenügende alte Anlage beseitigt und eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende neue Anlage geschaffen wird. Sie bittet die geehrte Versammlung durch mich um Genehmigung des Antrags und um Bewilligung der benötigten Mittel.

Dem Antrag des Bauausschusses stimmt die Versammlung zu.

7. Erlaß von Gebühren für Baugenehmigungen.

Stadt v. **Reißner:** Meine Damen und Herren! Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft beabsichtigt, wie Ihnen bekannt ist, auf der Kälberweide in der Feldmark Altpetritor eine Siedlung von 26 Häusern zu beginnen, die in vier verschiedenen Bautypen ausgeführt werden sollen, welche letztere in entsprechender Anzahl sich wiederholen. Nach § 80 II des Ortsbaustatuts werden für die Baugenehmigung eines Wohnhauses als Mindestgebühr 20 *M* gerechnet, und die Siedlungsgesellschaft hat demgemäß für die 26 Häuser 520 *M* bei der Stadthauptkasse eingezahlt. Die Siedlungsgesellschaft beantragt nun, die Gebühr auf 80 *M* herunterzusetzen, und begründet das damit, daß die 26 Häuser nur nach vier Typen errichtet werden sollen, die Prüfung der Bauten sich also nur auf vier Entwürfe zu erstrecken habe. Die Begründung ist insofern nicht richtig, als die Siedlungsgesellschaft vergessen hat, daß für jeden einzelnen Hausbau die vorgeschriebenen Revisionen erforderlich sind. Aber mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine gemeinnützige Baugesellschaft handelt, die den Bau von Kleinhäusern besonders für minderbemittelte Familien fördern will, schlägt der Magistrat vor, dem Antrage der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft im vorliegenden Falle zu entsprechen. Im Auftrage des Bauausschusses bitte ich Sie, gleichfalls dem Antrage der Siedlungsgesellschaft zuzustimmen und die Gebühr für die Baugenehmigung für diese Häuser von 520 *M* auf 80 *M* zu ermäßigen.

Der Antrag des Bauausschusses wird angenommen und damit die Gebühr ermäßigt.

Herr Stadtv. **Munte** übernimmt den Vorsitz.

8. Überweisung eines Stadtmodells an das Schulmuseum.

Stadtv. **Frede**: Im ersten Stock des städtischen Museums zieht ein Modell die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich, das die Stadt Braunschweig im Jahre 1671 darstellt, also aus einer Zeit, wo noch die altertümlichen Verteidigungswerke der Stadt bestanden, und gerade aus dem Jahre, in dem die Stadt von den Herzögen eingenommen wurde. Dieses Modell nimmt einen ziemlich großen Raum ein, und das ist ein Hauptgrund, weshalb Herr Museumsdirektor Professor Dr. Fuhse sich mit der Bitte an den Magistrat gewandt hat, im Museum in der Weise Platz zu schaffen, daß das Modell an einer anderen geeigneten Stelle aufgestellt wird. Als diese geeignete Stelle hat sich das Schulmuseum erwiesen, wohin die Schulkinder geführt wird und an Hand dieser Darstellung Studien über das damalige Aussehen der Städte machen kann. Auch Erwachsene haben im Schulmuseum Zutritt, es ist regelmäßig Sonntags von 11—1 Uhr, aber auch zu anderen Zeiten zur Besichtigung freigegeben. Die Bevölkerung Braunschweigs würde also nichts entbehren, wenn das Modell auf diesen anderen Platz gebracht wird, sondern wird es noch besser besichtigen können, da in dem städtischen Museum der Platz so beengt ist, daß man nicht um das Modell herumgehen kann.

Die Lehrer im Schulausschuß haben natürlich das Projekt freudig begrüßt, empfangen das Modell mit offenen Armen und auch der Schulausschuß im ganzen hat den Plan einstimmig genehmigt. Er empfiehlt Ihnen Zustimmung zu dem Magistratsantrage.

Die Versammlung stimmt der Überweisung des Modells an das Schulmuseum zu.

9. Herrichtung von Notwohnungen im Kasernement Korfesstraße.

Stadtv. **Loftmann**: Meine Damen und Herren! Wenn auch am 1. April die Wohnungsuchenden möglichst alle untergekommen sind, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß die Wohnungsnot behoben ist, sondern es besteht nach wie vor noch große Wohnungsnot. Es steht fest, daß die Bewohner sehr vieler Familienwohnungen aus 2—3 Haushaltungen bestehen, die alle auf eine eigene Wohnung Wert legen, aber auf Grund der Wohnungsnot sich keine Wohnung haben beschaffen können. Das hat die Wohnungsdeputation veranlaßt, an den Magistrat

das Ersuchen zu richten, daß das Wirtschaftsgebäude und das Kammergebäude in der Kaserne an der Korjesstraße zu Wohnzwecken ausgebaut werden möchten. Der Ausbau des ersteren wird 24 000 *M* und der des letzteren 15 000 *M* Kosten verursachen, zusammen also 69 000 *M*. Es ist möglich, durch die Verwendung dieser Mittel 12 Wohnungen zur Verfügung zu bekommen. Der Bauausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und empfiehlt der Versammlung zuzustimmen, daß diese Aufwendung für den Ausbau der beiden Gebäude gemacht wird. Für Aufbringung der Kosten werden übrigens zum großen Teile Baukostenzuschüsse des Reiches und des Staates in Anspruch genommen werden.

Die Versammlung stimmt der Herrichtung dieser Wohnungen zu und bewilligt die Mittel dafür.

Stadtv. **Riefe II** übernimmt den Vorsitz wieder.

10. Zustandsetzung des Platzes an der Martinikirche.

Stadtv. **Meyerhoff**: Meine Damen und Herren! Schon in einer früheren Sitzung der Stadtverordneten wurde mitgeteilt, daß als Notstandsarbeit auch die Neupflasterung der Weberstraße, sowie des Platzes an der Martinikirche — das ist der Platz vor dem landschaftlichen Hause — in Angriff genommen werden soll. Der Magistrat hat nun den Kostenschlag und das Projekt für diese Neupflasterung des Platzes an der Martinikirche anfertigen lassen und legt dieselben der Versammlung zur Genehmigung vor. Die Zustandsetzung ist in der Art geplant, daß die Fußwege von der Fahrbahn durch Bordsteine abgegrenzt werden und um die Martinikirche herum eine Befestigung aus Belpfer Sandsteinplatten in ganzer Breite erhalten. Die übrigen Fußwege sollen in ganzer Breite mit Granitoidplatten belegt werden, während die vorhandenen, noch brauchbaren Belpfer Platten auf der erstgedachten Fußwegfläche unter Gegenrechnung des Wertes derselben mit Verwendung finden sollen. Die Fahrbahn soll mit alten schiefwinkligen Pflastersteinen von der früheren Fahrbahn des Steinweges her gepflastert werden. Sie wird eine Breite von 16—20 Metern erhalten, während die Breite der Fußwege zwischen 3 und 5 Meter wechselt. Für den Fußweg an der Martinikirche wird eine Umlegung erforderlich sein. Die Kosten der Zustandsetzung werden sich nach Abrechnung des Wertes des alten Materials auf 70 000 *M* stellen. Als Anlieger kommt für die Stadt nur das Handelskammergebäude, ein Haus an der Ecke des Platzes und das Regierungsgebäude in Berechnung, so daß die Stadt für ihren Teil 52 000 *M* zu übernehmen haben wird, während 18 000 *M* als Beitrag auf die übrigen Anlieger fallen. Eine Aufstellung über die Kosten pro Meter Frontlänge ist aus dem Grunde nicht aufgestellt, weil es sich

um einen Platz handelt und die Breite des Platzes und des Trottoirs, soweit die Anlieger bei den Kosten in Betracht kommen, fraglich ist.

Kostenanschlag und Projekt haben dem Bauausschuß zur Vorberatung unterlegen; er gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Instandsetzung des Platzes stimmt die Versammlung zu und bewilligt die beantragten Kosten.

11. Bereitstellung von Räumen und Mitteln für die Säuglingsfürsorge.

Stadt v. Frau **Friedrich**: Es ist vom Magistrat der Antrag bei den Stadtverordneten eingegangen, zustimmen zu wollen,

1. daß der Magistrat den im Erdgeschoß des alten Kammergebäudes (Eingang Heydenstraße) belegenen Raum vom Braunschweigischen Hochbauamte vom 15. Mai ab zur Einrichtung einer Säuglingsfürsorgestelle gegen den Preis von 120 *M* jährlich mietet und zur ordnungsmäßigen Instandsetzung des Raumes — Herstellung einer Trennwand, Wandanstrich, Setzung eines Ofens usw. — nach dem Anschlage des städtischen Hochbauamtes einmalig 600 *M* aufwendet,

2. daß er für die neue Säuglingsfürsorgestelle eine zweite ausgebildete Fürsorgeschwester annimmt, deren Vergütung auf jährlich 1800 *M* nebst 200 *M* Wohnungsgeldzuschuß und 125 *M* Anteil an den Versicherungsbeiträgen zu veranschlagen ist,

3. daß er aus dem Kapitel VI der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse einen Betrag bis zu 6000 *M* für die angegebenen Zwecke und für die fernere Ausgestaltung der städtischen Säuglingsfürsorge entnimmt und ähnlich verwendet, wie das vor Jahresfrist von den städtischen Behörden beschlossen wurde.

Namens des Rechtsausschusses habe ich zu berichten, daß gegen den Antrag nichts einzuwenden ist. Ich bitte, ihm zuzustimmen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Ich möchte die geehrte Versammlung darauf hinweisen, daß sie vor Jahresfrist die Errichtung einer Säuglingsfürsorgestelle beschlossen hat, durch das Entgegenkommen des Braunschweigischen Landesvereins für Säuglingsfürsorge eine zweite Fürsorgestelle im Viktoria-Luise-Haus an der Ludwigstraße unter Leitung des Kinderarztes Dr. Reiche eingerichtet ist, und daß nunmehr eine dritte Fürsorgestelle, über die Frau Friedrich zu berichten eben die Freundlichkeit hatte, von uns für den Süden und Südwesten der Stadt bestimmt ist. Ich werde morgen, wenn die geehrte Versammlung, wie ich hoffe, den Anträgen des Magistrats zustimmt, mit den drei beteiligten Ärzten, dem städtischen Oberarzt Herrn Geheimen Sanitätsrat Dr. von Holwede und den Kinderärzten

Dr. Koelzer und Dr. Reiche nähere Verabredungen über die Arbeitsteilung treffen, und wir werden dann in der Fürsorge für den jungen Nachwuchs in unserer Stadt Braunschweig um einen wesentlichen Schritt weitergekommen sein.

Die angeforderten Beträge für die Säuglingsfürsorge werden bewilligt.

12. Einrichtung von Baracken auf der Fea 7 zu Notwohnungen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen noch eine eilige Angelegenheit vortragen, die im Ausschuß leider nicht hat vorberaten werden können, weil sich der Magistrat erst heute morgen mit der Angelegenheit beschäftigt hat. — Am 1. April haben wir, wie Ihnen bekannt ist, zur Behebung der Wohnungsnot alle mögliche Maßnahmen ergriffen; eine derselben bestand darin, daß wir die Kujarentkasierne mit obdachlosen Familien belegt haben. In liebenswürdiger Weise hatte die Garnisonverwaltung dafür den linken Mittelflügel zur Verfügung gestellt, der 20—30 Räume enthält, so daß wir dort am 1. April eine größere Anzahl Familien leidlich gut unterbringen konnten. Jetzt verlangt die Heeresverwaltung, daß wir die Kasierne möglichst bald wieder räumen, weil sie zur Unterbringung von Truppen gebraucht wird. Schon damals, als uns dieser Teil des Gebäudes übergeben wurde, hatte man die Bedingung gestellt, daß wir ihn wieder räumen müßten, wenn er von der Heeresverwaltung für ihre Zwecke benutzt werden müßte. Leider ist dieser Augenblick viel zu früh gekommen, denn wir hatten gehofft, dies Gebäude mindestens ein Jahr lang benutzen zu können. Wir müssen nun darauf sinnen, die hier wohnenden Familien so schnell wie möglich anderweitig unterzubringen. Wir haben ja auf der Fliegerstation seit dem 1. April eine Anzahl Baracken — es sind jetzt 8 — beschlagnahmt und auch dort Familien untergebracht. Es handelte sich dabei um Mannschaftsbaracken, die nur aus zwei großen Räumen bestanden, und wir mußten nicht unerhebliche Mittel aufwenden, um diese Baracken in Einzelwohnungen umzuwandeln. In jeder Baracke haben wir sechs Wohnungen hergerichtet. Am letzten Sonnabend hat die Wohnungsdeputation und das Miet-einigungsamt diese Wohnungen besichtigt und sich überzeugen können, daß sie leidlich nett sind; man kann sagen, daß die Familien dort ganz gut untergebracht sind. Außer diesen bisher schon mit Beschlagnahme belegten Baracken würden wir noch weitere acht bekommen können, die allerdings augenblicklich noch mit allem möglichen Mobiliar von der Garnisonverwaltung vollgepfropft sind, aber sie werden auf unser Ansfordern sofort geleert werden. Glücklicherweise sind die Baracken, die wir jetzt belegen können, schon mit Innenvänden versehen, so daß für sie solche große Mittel wie bei den ersten nicht aufgewendet zu werden brauchen, immerhin

sind aber noch ganz erhebliche Mittel zur Instandsetzung dieser Baracken nötig. Es müßten noch Feuerstellen, Herde, Wände hergerichtet werden und dergleichen mehr. Außerdem kommt hinzu, wie ich heute morgen gesehen habe, daß die Feuerstellen, die vorhanden sind, nicht einwandfrei hergerichtet sind, so daß in einer dieser Baracken vor einiger Zeit schon ein Brand vorgekommen ist, wobei sie nicht unerheblich beschädigt wurde. Sie ist aber noch in einer solchen Verfassung, daß wir sie wieder zu Wohnzwecken herrichten können. Die vorhandenen Feuerstellen müssen also in feuerficherer Weise umgeändert werden, wie wir das auch in den ersten Baracken getan haben. Es müssen auch noch ein paar Schornsteine gezogen werden, vor allen Dingen müssen aber die Wände, an denen die Öfen aufgestellt sind, feuerficher hergerichtet werden. Kostenanschläge für diese Arbeiten liegen nicht vor, es muß aber mit den Arbeiten begonnen werden, und aus dem Grunde möchte ich an die geehrte Versammlung das Ersuchen richten, der Wohnungsdeputation und dem Magistrat einen Kredit zu bewilligen, damit diese Arbeiten sofort in Angriff genommen werden können. Sie können überzeugt sein, daß wir mit den Mitteln so sparsam wie irgendmöglich wirtschaften werden. — Ich bitte Sie namens des Stadtmagistrats, diesem Antrage noch heute zuzustimmen.

Stadtv. Steinbrecher: Wenn es nicht möglich ist, die Militärverwaltung umzustimmen, bleibt nichts anderes übrig, als dem Antrage zuzustimmen. Das Militär kommt jetzt hierher, und anstatt in die Baracken zu ziehen, soll es in die Kaserne hineingelegt werden. Ich bezweifle, daß das das richtige Verfahren ist. Es ist doch für die dreißig Familien recht traurig, daß sie jetzt wieder umziehen sollen. (Zuruf: Stallungen werden gebraucht!) Wie es mit den Stallungen für die Pferde werden sollte, das ließe sich doch noch überlegen und wohl auch noch einrichten.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Gedanke, den Herr Steinbrecher eben ausgesprochen, ist mir natürlich auch gekommen. Ich habe mit der Garnisonverwaltung verhandelt, ob denn die Truppen nicht anders untergebracht werden könnten, in der Fliegerstation oder in dem großen Fachwerkgebäude, das auf dem großen Exerzierplatz fertiggestellt ist. Darauf ist mir erwidert, daß es aus militärischen Gründen nicht angängig wäre, die Truppen so weit außerhalb der Stadt unterzubringen. Wie weit das zutrifft, kann ich natürlich nicht beurteilen, sondern muß das den militärischen Stellen überlassen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich möchte anheimgeben, nicht ohne weiteres dem Drängen der militärischen Stellen nachzugeben. Ich habe heute auch Gelegen-

heit gehabt, mit der Kommandantur — wie sich jetzt die Garnisonverwaltung nennt — zu verhandeln, und habe gehört, daß die Zahl der Truppen, die in nächster Zeit hieher kommen, nicht so überaus groß ist, so daß ich nicht ohne weiteres verstehe, daß die ganze Husarenkaserne für militärische Zwecke benutzt werden muß. Die Herren haben mir in Aussicht gestellt, daß sie die Räume, soweit sie nicht für das Militär notwendig gebraucht werden, für die Zivilverwaltung zur Verfügung stellen würden. Ich glaube, daß es nicht ausgeschlossen ist, für die Stadt etwas zu erreichen, wenn der Magistrat im gleichen Sinne nochmals mit der Garnisonverwaltung verhandelt. Ein derartiger Umzug ist doch für alle Beteiligten mit großen Unannehmlichkeiten und Kosten verbunden.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Ich will der Anregung der Herren Steinbrecher und Dr. Jasper gern entsprechen, obwohl ich schon wiederholt in diesem Sinne Vorstellungen erhoben habe. Ich will es aber noch einmal persönlich versuchen. Gleichwohl möchte ich bitten, unserer Vorlage zuzustimmen, denn wir haben diese Baracken nicht nur zur Unterbringung der jetzt in der Husarenkaserne untergebrachten Familien nötig, sondern überhaupt zur Unterbringung solcher Familien, die in nächster Zeit noch obdachlos werden. Unser Bedarf an derartigen Wohnungen ist außerordentlich groß, und die Wohnungsdeputation ist immer noch darüber aus, nachzugrübeln, was geschehen soll, um weitere Wohnungsgelegenheit zu schaffen. Sie werden heute oder morgen in der Zeitung lesen, daß wir auch die übergroßen Wohnungen in der Stadt, die nur von verhältnismäßig wenigen Personen bewohnt werden, für die Wohnungsuchenden mit in Anspruch nehmen werden.

Stadtv. Fräulein **Oden**: Ich glaube nicht, daß wir sehr viel Glück mit den Bemühungen haben werden, die Husarenkaserne für die Zivilbevölkerung zu behalten. Einstweilen werden diese Wohnungen ja von den dorthin Gewiesenen noch benutzt, und mit einigen Familien bin ich schon darüber einig geworden, daß sie umziehen werden. Ich möchte sehr darum bitten, daß die Stadtverordneten der Vorlage zustimmen, damit die vorgesehenen Arbeiten so rasch wie möglich in Angriff genommen werden, denn wir haben zum 1. Juli schon wieder 40 obdachlose Familien, für die wir sorgen müssen, so daß es nötig ist, solche Arbeiten in großem Stile auszuführen; es bleiben sonst viele Wohnungsuchende übrig, denen wir keine Wohnung nachweisen können.

Stadtv. **Reißner**: Nicht nur im Interesse derjenigen Leute, die jetzt in der Husarenkaserne untergebracht sind, sondern auch im Interesse aller der-

jenigen, denen es bisher nicht gelungen ist, ein Unterkommen zu finden, bitte ich dringend, dem Antrag des Magistrats zuzustimmen. Es müssen auf alle Fälle Vorkehrungen getroffen werden, um der Wohnungsnot, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, entgegenzutreten.

Stadtv. Fräulein Oden: Wir haben auch noch Rücksicht zu nehmen auf den großen Zuzug von Flüchtlingen. Seit den letzten Tagen kommen täglich zwei bis drei Familien in Braunschweig an, für die wir Wohnung haben müssen, und auch im Interesse dieser wäre es dringend nötig, daß die Arbeiten an den Baracken in Angriff genommen werden. Es wäre vielleicht auch am Platze, wenn der Magistrat ermächtigt würde, denjenigen Familien, die genötigt werden, aus der Kaserne plötzlich wegzuziehen, einen kleinen Zuzuß zu den Umzugskosten zu geben.

Durch die Abstimmung werden die Mittel für die beantragte Instandsetzung der Baracken bewilligt und der Magistrat aufgefordert, nochmals bei der Militärverwaltung wegen Belassung der Zivilbevölkerung in der Husarenkaserne vorstellig zu werden.

13. Erhöhung der Vergütung des Bademeisters in der städtischen Freibadeanstalt und der Gebühren für Bäder usw. in den städtischen Flußbadeanstalten.

Stadtv. Schmerbach: Meine Damen und Herren! Von dem Bademeister der städtischen Freibadeanstalt, dem städtischen Gärtner Sauerbier, ist an den Magistrat ein Gesuch um Erhöhung seiner Entschädigung als Bademeister gerichtet. Er bezieht jetzt während der vier Bademonate — vom 15. Mai bis 15. September — ein monatliches Gehalt von 75 *M* und bittet um eine Erhöhung auf monatlich 200 *M*. Er begründet sein Gesuch mit den teureren Lebensbedingungen und führt an, daß sein Verdienst als Gärtner im Bürgerpark, den er schon seit 20 Jahren innehat, augenblicklich auf 14,40 *M* pro Tag erhöht ist. Ferner weist er darauf hin, daß er als Entschädigung für die erforderlichen Hilfskräfte zur Überwachung der Badenden und insbesondere der vielen Kinder täglich 8—10 *M* von seinem Salär abgeben müsse. Weiter bittet er, daß ihm gestattet wird, die Leihgebühr für Badehosen und Handtücher von 5 auf 10 Pfennig für ein Stück zu erhöhen und einen entsprechenden Versatz für Verleihung der Wäsche zu nehmen. Diesen Teil seines Gesuchs begründet er damit, daß vieles von diesen Sachen unrechtmäßigerweise mitgenommen, also ihm gestohlen werde, daß viel von der Wäsche unbrauchbar geworden sei, und daß eine Neuanschaffung bei der augenblicklich herrschenden Stoffknappheit sehr teuer oder unmöglich sei.

vorgetragenen Wünsche für angezeigt und gibt deshalb anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die erhöhten Sätze vom vorigen Jahr auch in diesem Jahr erhoben werden, sowie weiter gutzuheißen, daß die Bitte auf Erhöhung der Gebühr für Aufbewahrung der Wäsche von 1 *M* für Handtuch und Badehose auf 1,50 *M* und von 1,50 *M* für Badelaken und Badehose auf 2 *M* genehmigt wird.

Auch dieser Stellungnahme des Magistrats schließt sich der Finanzausschuß an und empfiehlt dem Plenum daselbe.

Den Anträgen des Finanzausschusses stimmt die Versammlung zu.

14. Erhöhung der Vergütung der Lehrkräfte an der städtischen Fortbildungsschule und Gewerbeschule.

Stadtv. **Schmidt:** Seitens der Fach- und Fortbildungsschullehrer und Lehrerinnen der Stadt Braunschweig war eine Eingabe wegen Aufbesserung der Bezüge für die nebenamtlich angestellten Lehrer und Lehrerinnen an den Stadtmagistrat gerichtet. Gefordert wurde eine Vergütung für die Jahrestunde für Lehrer von 160 *M*, steigend nach drei Jahren auf 200 *M* und nach wiederum drei Jahren auf 240 *M*. In der Sitzung des Schulvorstandes der städtischen Fortbildungsschule und der städtischen Gewerbeschule ist beschlossen worden, den städtischen Behörden eine Erhöhung der Vergütung der Lehrkräfte in folgender Weise zu empfehlen: Es soll für die männlichen Lehrkräfte für die Jahrestunde gezahlt werden in den ersten drei Jahren 140 *M* (bisher 96 *M*), vom 4. bis 6. Jahre 170 *M* (bisher 114 *M*), vom 7. Jahre an 200 *M*.

Bisher wurden im 7.—9. Jahre 132 *M*, im 10.—12. Jahre 150 *M* und vom 13. Jahre an 168 *M* gewährt. Diese drei Stufen sollen jetzt also in die eine Stufe mit 200 *M* Vergütung zusammengezogen werden, so daß die Lehrer nach 6 Jahren schon das Höchstgehalt erreichen. Eine Lehrstunde ist wegen der für dieselbe nötigen Vorbereitung oder Nacharbeit mindestens gleich zwei Zeitstunden zu rechnen, so daß man der Erhöhung wohl zustimmen kann. Im Durchschnitt würde darnach für eine Lehrstunde der Betrag von 4,25 *M* gezahlt werden, und das ist den heutigen Verhältnissen wohl angemessen. Sowohl der Direktor der Gewerbeschule Turdt, wie auch der Fortbildungsschulinspektor Heinemann haben sich in zustimmendem Sinne über diese Erhöhung gutachtlich ausgesprochen, und der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, auch ihre Zustimmung dazu zu geben. Der Schulausschuß hat sich mit der Sache befaßt und gibt Ihnen anheim, die Neuordnung zu genehmigen.

Für die weiblichen Lehrkräfte will sich der Stadtmagistrat die Vorschläge noch vorbehalten, da noch weitere Vorfragen zu klären sind. Diese Sache würde also der Stadtverordnetenversammlung erst später vorgelegt werden.

Die Versammlung stimmt den vorgeschlagenen Sätzen zu.

15. Antrag Jahnz auf Gewährung von außerordentlichen Rationen Lebensmittel an mit einem inneren Leiden behaftete Kriegsteilnehmer.

Stadtv. **Jahnz** (zur Begründung): Ich habe beantragt, die städtischen Behörden zu ersuchen, den mit einem inneren Leiden behafteten Kriegsteilnehmern außergewöhnliche Rationen an Lebensmitteln nach Möglichkeit zu gewähren. Zur Begründung meines Antrages verweise ich darauf, daß solche verstärkte Rationen zum Teil auch schon den kranken Kriegsteilnehmern gewährt werden; die Zeitschrift der Kriegsbeschädigten weist dies aus. Ich wurde von verschiedenen Seiten angegangen, einen solchen Antrag, wie ich ihn eingebracht habe, zu stellen, und bin diesem Ersuchen gern nachgekommen, da ich die Berechtigung dieses Wunsches anerkennen muß. Ich bitte die geehrte Versammlung, den Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

16. Anfrage Jahnz über den Preis bei neu verpachteten Ländereigrundstücken auf dem Exerzierplatz.

Wortlaut des Antrages f. S. 113.

Stadtv. **Jahnz** (zur Begründung): Es ist mir mitgeteilt worden, daß die in neuester Zeit verpachteten Flächen auf dem großen Exerzierplatz zum Pachtpreis von 60 M abgegeben werden, während früher verpachtete Flächen nur 20 M Pacht kosten. Die ersteren liegen nun aber am Berge, sind mit einer harten Grasnarbe versehen und schlecht zu bearbeiten, so daß die Pächter eine große Last haben, um das Land für die Bestellung herzurichten, während ein großer Nutzen in diesem Jahre nicht zu erreichen ist. Die weiter unten liegenden Flächen, die zu nur 20 M abgegeben sind, sollen dagegen bedeutend besser und ertragreicher sein. Ich möchte bitten, diesen Pächtern am Berge entgegenzukommen und, wo es wirklich der Fall ist, daß von ihnen 60 M Pacht verlangt sind, für das erste Jahr die Pacht mindestens auf die Hälfte zu ermäßigen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: In der Sitzung vom 9. Dezember vorigen Jahres haben die Stadtverordneten dem Antrage des Magistrats gemäß die

Pachtpreise für das laufende Jahr festgesetzt, und zwar mit 60 *M* für den Morgen, so daß für ein Stück von einem viertel Morgen — das ist unsere normale Einteilung — 15 *M* erhoben werden. Wir haben aber auch Grundstücke, die nur $\frac{1}{4}$ Morgen groß sind; für die werden also 10 *M* Pacht gefordert. Diesen Pacht-
preis erheben wir überall: auf dem Franzjchen Felde, im Prinz-Albrecht-Park, auf dem Arteröder Felde, auf der Fliegerstation und auch auf dem großen Exerzierplatz. Herr Zahns irrt sich also, wenn er der Ansicht ist, es würden einzelne Stücke für 20 *M* pro Morgen weggegeben und auf dem großen Exerzier-
platz andere zu 60 *M*; es werden durchgehend 60 *M* Pacht für den Morgen er-
hoben. Allerdings ist dem Magistrat bekannt geworden, daß einzelne Stellen auf dem großen Exerzierplatz recht schlecht sind. Die Leute sind zu uns gekommen und haben den Nachweis für diese Tatsache geführt. Weil die Leute uns sagten, daß es unmöglich sei, mit dem Spaten das Land zu bearbeiten, haben wir dieses
Land liegen lassen und es für Weidezwecke abgeben müssen. Andere Flächen waren dagegen wenigstens noch so, daß sie leidlich bewirtschaftet werden konnten, allerdings unter Aufwendung ziemlicher Mühe, und den Leuten, die diese Stücke
innehaben, hat der Magistrat — wie auch Herr Zahns anregt — einen Pacht-
nachlaß gewährt, selbstverständlich nicht allgemein, sondern erst nach Prüfung des einzelnen Falles. Ich glaube, daß damit der Magistrat dem Wunsche des Herrn
Zahns entsprochen hat. Sollte der eine oder andere bei der Gewährung dieses
Nachlasses vergessen worden sein, so braucht er nur einen entsprechenden Antrag zu stellen, dann sind wir gern bereit, nach Prüfung der Sachlage einen Pacht-
nachlaß zu gewähren.

17. Antrag Friedrich, betr. Aufhebung des freien Handels mit Eiern.

Wortlaut des Antrages s. S. 113.

Stadtv. Frau **Friedrich** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir Städter haben wohl alle eingesehen, daß der freie Handel mit Eiern uns wenig eingebracht hat, sondern daß er zur Folge gehabt hat, daß wir jetzt überhaupt nicht mehr zu einem Ei kommen. Wenn man im Laden für ein Ei 1 *M* geben muß, 90 Pfennig bis 1,20 *M* oder 1,30 *M* (es wird sogar bis zu 1,80 *M* für ein Ei bezahlt), so sind das ungesunde Zustände, die nicht erhalten bleiben dürfen. In Gandersheim ist deshalb auch der freie Handel mit Eiern wieder aufgehoben worden; dort bekommt man doch einmal wieder ein Ei für 35 Pfennig. Sie werden mir alle zugeben, daß wir früher besser daran waren, als wir, wenn auch nur alle vierzehn Tage oder drei Wochen, ein Ei für 32 Pfennig geliefert erhielten. Es ist doch schlimm, eine Mark für ein Ei bezahlen

zu müssen, da man doch dann und wann eins haben muß, weil es nichts anderes Kräftiges gibt und man so darauf angewiesen ist, den hohen Preis zu bezahlen. Es ist nicht jedermanns Sache, in den Dörfern von Haus zu Haus zu laufen und nach Eiern betteln zu gehen. Hinzu kommt noch das teure Fahrgeld, und man kommt sowieso nur schwer zu einer Fahrkarte auf der Bahn. Die Landbewohner werden tatsächlich bei den heutigen Zuständen immer unverschämter und fordern immer höhere Preise. Wenn die Produzenten gehalten würden, die Eier abzugeben, so würden wir doch wenigstens dann und wann einmal wieder ein Ei für geringeres Geld bekommen können. Es wäre ja eine ziemlich große Arbeit, die sich die Stadt mit der Neuordnung der Eierversorgung aufbürdete, aber im Interesse der Allgemeinheit werden wir nicht darum hinwegkommen.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

18. Anfrage Böhm über Wegnahme von hereingeholten Kartoffeln durch die Regierungstruppen.

Wortlaut der Anfrage j. S. 113.

Stadtv. Frau **Böhm** (zur Begründung): Ich hatte Gelegenheit, auf dem Bahnhofe Leute ankommen zu sehen, die sich einen Korb voll Kartoffeln geholt hatten, und bemerkte, daß die Regierungstruppen mehreren Frauen, die 35 Pfennig oder mehr für das Pfund Kartoffeln bezahlt hatten, die Kartoffeln abnahmen, wobei den Frauen für das Pfund Kartoffeln nur 9 Pfennig zurückgegeben wurden. Ich möchte anfragen, ob die Regierungstruppen dazu berechtigt sind, den Leuten solche Kartoffeln abzunehmen und in dieser Weise vorzugehen. Wenn die Sache so gehandhabt werden soll, dann wäre es richtiger, daß die Regierungstruppen mit den Leuten zu den Bauern gehen, wo die Kartoffeln gekauft sind.

Zugleich möchte ich noch anfragen, ob es nicht möglich ist, daß in die Geschäfte der verschiedenen Stadtbezirke Kartoffeln abgefahren werden, so daß auch dort welche zu erhalten sind. Ich bin in diesen Wochen jeden Morgen nach der Markthalle gegangen und habe schließlich 5 Pfund Kartoffeln bekommen. Manchen Frauen aber, besonders denen, die auf Arbeit gehen, ist es unmöglich, solche Wege zu machen. Sie haben mir gesagt, daß sie während dreier Wochen ihre Kartoffelmarkten haben verfallen lassen müssen, weil sie draußen keine Kartoffeln erhalten konnten. Es müßte doch möglich sein, daß abwechselnd auch zu den Händlern vor den Toren Kartoffeln geschafft werden.

Stadtbaurat Gebensleben: Dem Magistrat ist nicht bekannt, daß seitens der Regierungstruppen hier Nahrungsmittel, insbesondere Kartoffeln, beschlagnahmt werden. Jedenfalls können Sie versichert sein, daß der Stadtmagistrat die Regierungstruppen nicht beauftragt hat, derartige Beschlagnahmen vorzunehmen. Ebenso wie der Magistrat die Matrosendivision und die Volkswehr seinerzeit nicht ermächtigt hatte, Beschlagnahmen auszuführen, ebenso hat er die jetzigen Regierungstruppen nicht beauftragt, in dieser Richtung irgend etwas zu unternehmen. Von wem ein derartiger Auftrag ausgegangen sein könnte, kann ich nicht sagen, ich will mich aber sofort mit dem Volkskommissar Gerede in Verbindung setzen und anfragen, wie es kommt, daß derartige Beschlagnahmen stattgefunden haben.

In bezug auf die zweite Anfrage habe ich folgendes zu antworten: Wenn wir Kartoffeln in genügender Menge hätten, so würden wir gern nicht nur die Markthalle, sondern auch alle anderen Geschäfte — es sind mehrere hundert — mit Kartoffeln beliefern. Leider aber ist die Zufuhr an Kartoffeln so gering, daß es uns mit dem besten Willen nicht möglich ist, sämtliche Geschäfte zu beliefern; sonst würde jedes Geschäft nur den Bruchteil eines Zentners erhalten können, und das hätte keinen Zweck. Wenn die Zufuhr eine so geringe ist, bleibt nichts anderes übrig, als die geringe Menge in der Markthalle zum Verkauf zu bringen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch erwähnen, daß wir von dieser Woche ab an diejenigen, die auf ihre Kartoffelmarken keine Kartoffeln haben kaufen können, Ersatz liefern werden. Es ist heute schon eine Bekanntmachung erlassen, wonach diejenigen, welche auf Marke 161 keine Kartoffeln bekommen haben, berechtigt sind, $\frac{1}{4}$ Pfund Graupen, $\frac{1}{4}$ Pfund Suppen und $\frac{1}{2}$ Pfund Bohnen auf die Kartoffelmarken zu kaufen. Diese Verteilung ist mithin keine allgemeine, sondern sie ist nur bestimmt für diejenigen, die nicht in der Lage gewesen sind, auf ihre Marken Kartoffeln zu erhalten. In der nächsten Woche werden wir ähnlich verfahren und voraussichtlich $\frac{1}{2}$ Pfund Mehl und eine Büchse eingemachte Erbsen — die übrigens recht gut sein sollen — verteilen. Wir wollen hoffen, daß wir in Zukunft immer in der Lage sein werden, sobald Kartoffeln nicht vorhanden sind, Ersatzstoffe zur Verteilung zu bringen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Mai 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Vehnert, betr. die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises.	171
2. Antrag Stegmann auf Erhöhung des Schulgeldes für die die höheren Schulen besuchenden ortsfremden Kinder.	176
3. Antrag Jahn auf Gewährung von außergewöhnlichen Rationen Lebensmittel an mit einem inneren Leiden behaftete Kriegsteilnehmer	177
4. Antrag Friedrich, betr. Aufhebung des freien Handels mit Eiern	190
5. Änderung des Ortsbauplanes für das Gebiet nördlich der Ludwigstraße	191
6. Neuregelung des Verfahrens bei Vergabung von Arbeiten seitens der Stadt	192
7. Errichtung von zwei Schalthäusern auf dem Kleinen Exerzierplatz und dem St.-Leonhard-Platz	197
8. Ausbau von Straßen der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft in der Kälberweide	198
9. Legung eines Gashauptrohres in der Schunterstraße	199
10. Erhöhung der Gebührensätze für Wannenbäder in den städtischen Volksbädern	200
11. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise	201
12. Gebühren in den städtischen Flußbädern betreffend	221
13. Errichtung eines Gefrierhauses auf dem städtischen Schlachthaus	221
14. Antrag Schilke, betr. den Schluß der offenen Verkaufsstellen, Kontore und Kangleien.	222

- | | |
|---|-----|
| 15. Antrag Marth auf genügende Bepflanzung der Straßen und Plätze . . . | 223 |
| 16. Anfrage Kotahr wegen Pflasterung einer Teilstrecke der Salzbadlumer Straße | 227 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Ohlendorf**.

Es fehlen entschuldigt Stadtv. Frau **Böhm**, Stadtv. Dr. **Jasper** und Stadtv. **Meyerhoff**.

Vorsitzender **Riese II**: Ich eröffne hiermit die öffentliche Sitzung.

Meine Damen und Herren! Ghe wir in die geschäftlichen Angelegenheiten eintreten, möchte ich im Namen der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung darauf hinweisen, daß die inzwischen bekanntgewordenen **Friedensbedingungen** derartig harte Bedingungen enthalten, daß Deutschland wirtschaftlich daran zugrunde gehen muß. Ich glaube der Tatsache Ausdruck geben zu können, daß alle Fraktionen sich gegen den Gewaltfrieden aussprechen, und ich hoffe, daß durch Verhandlungen noch wirtschaftliche Milderungen der Friedensbedingungen erzielt werden können.

Was die Eingänge anbetrifft, so hat die Bekanntmachung des Magistrats über den jetzt im Sommer möglichen späteren **Schluß der Läden und Kontore** eine solche Flut von Eingaben hervorgerufen, daß ich sie unmöglich alle verlesen kann. Ich will nur kurz bemerken, daß in dieser Beziehung Eingaben gemacht sind von dem hiesigen kaufmännischen Verein weiblicher Angestellter, von dem Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig (Kreisverein Braunschweig), von der Ortsgruppe Braunschweig des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, von der Ortsgruppe Braunschweig des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände. Außerdem hat Herr **Schilke** noch einen in derselben Richtung sich bewegenden dringlichen **Antrag** gestellt, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu beauftragen, bei der Polizeidirektion und bei dem Volkskommissariat für Handel und Verkehr dahin vorstellig zu werden, daß für die Stadt Braunschweig bis auf weiteres der **Schluß für offene Verkaufsstellen auf 6 Uhr** festgelegt wird und derjenige für Kontore, Bureaus und Kanzleien auf 5 Uhr nachmittags.“

In allen Eingaben kehrt als Begründung wieder, daß die bisherige Arbeitszeit bis 6 Uhr nicht nur genügte, sondern daß sie auch bei dem Mangel an Material für die offenen Verkaufsstellen von den Inhabern noch nicht einmal ausgenutzt werden konnte und daher keine Veranlassung vorliege, die Läden über 6 Uhr abends offen zu halten. Die Kontore haben fast durchweg durchgehende Arbeitszeit, schließen also meistens um 3 oder 4 Uhr, und es könnte nach dieser Tatsache amtlich festgelegt werden, daß Kontore, Bureaus und Kanzleien um 5 Uhr zu schließen sind.

Ich glaube, wenn ich diesen Inhalt aus den Eingaben mitteile, möchte das genügen, um den Reiz der Verlesung der sämtlichen Eingaben an der Versammlung vorübergehen zu lassen.

Von dem Verteilungsausschuß für Einkleidung schulentlassener Kinder ist die Abrechnung eingegangen. Bekanntlich waren im Anfang dieses Jahres von den städtischen Behörden 50 000 M zur Verfügung gestellt, um daraus Beihilfen zur Kleiderbeschaffung für zur Schulentlassung kommende Kinder zu gewähren. Es wird in der Abrechnung mitgeteilt, daß von den eingegangenen 1153 Gesuchen nach Prüfung durch den Ausschuß haben bewilligt werden können:

in	4 Fällen eine Beihilfe von 70 M				
"	20	"	"	"	60 "
"	630	"	"	"	50 "
"	314	"	"	"	40 "
"	158	"	"	"	30 "

Bei der Bemessung dieser Beihilfen wurden außer dem Einkommen der in Betracht kommenden Eltern die Zahl ihrer unverorgten Kinder, ferner auch etwa vorhandene besondere Unterstützungsbedürftigkeit berücksichtigt, insbesondere sind Witwen durchweg mit höheren Beihilfen bedacht. Auch den Waisen aus den hiesigen Anstalten ist eine besondere Zuwendung gemacht worden.

Der von der zur Verteilung stehenden Summe noch verfügbare Restbetrag von 1070 M ist auf Beschluß des Ausschusses den 26 städtischen Armenbezirken zu gleichen Teilen mit dem Ersuchen überwiesen, ihn zur bestimmungsgemäßen Unterstützung besonders bedürftiger Eltern zu verwenden.

Von Herrn Martz ist folgender Antrag eingegangen:

„Die Stadtverordneten wollen den Magistrat ersuchen, die Staubplage durch genügende Sprengung der Straßen und Plätze, insbesondere der Wallanlagen und der Außenstadtteile zu beseitigen.“

Eine Anfrage ist von Herrn Kofahr eingegangen:

„Wann gedenkt der Magistrat die Teilstrecke der Salzdahlumer Straße zwischen Riedestraße und den Büßing-Works mit Koppflaster versehen zu lassen?“

Ferner ist von Herrn S a l o m o n ein Antrag eingereicht, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für den wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im städtischen Museum (siehe Haushaltsplan 1919/20, Seite 235, Nr. 2) einen Museumsassistenten etwa mit der festen Gehaltskala eines Oberlehrers dauernd anzustellen.“

Sodann sind uns heute 30 Einladungskarten zugesandt zur Eröffnung der Luftverkehrslinie Berlin-Braunschweig-Gelsenkirchen, die am nächsten Sonntag 8.40 Uhr vormittags stattfinden soll. Sie stehen den verehrten Damen und Herren hier zur Verfügung; da nur 30 Karten vorhanden sind, müßten schon 6 Stadtverordnete darauf verzichten, an der Eröffnung teilzunehmen.

Außerdem ist eine Zuschrift vom Arbeiter-Sportkartell eingegangen, in der darauf hingewiesen wird, daß seitens der Stadtverordneten ein Spielausschuß eingesetzt ist, dessen Obliegenheiten darin bestehen, die Verteilung der Turnhallen und Spielplätze vorzunehmen, und dessen Vorsitz der Oberturnlehrer Somburg führt. Es wird gewünscht, daß zu diesem Ausschuß Vertreter des Arbeiter-Sportkartells hinzugezogen werden, damit nicht allein die Vertreter der bürgerlichen Vereine in der Turnhallen- und Spielplatzfrage entscheiden. Es ist in einer früheren Versammlung hier mitgeteilt, daß jetzt alle Turnhallen und Spielplätze den Turnvereinen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Wie ich eben höre, hat auch der Magistrat eine gleiche Eingabe bekommen; es wird sich deshalb empfehlen, die Stellungnahme des Magistrats abzuwarten.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, heiße ich Herrn Dr. R e g e n s b u r g e r als neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in unserem Kreise willkommen; möge auch er seine Dienste mit Erfolg in den Dienst der Stadt stellen! — Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, daß es nicht zu einer alltäglichen Erscheinung werden möge, daß fast in jeder Sitzung ein neuer Stadtverordneter in das Kollegium eintritt. Wenn es auch nach der Listenwahl weniger Umstände macht, die Persönlichkeit festzustellen, die neu einzutreten hat, so wird es doch im Interesse der Stadt liegen, wenn eine Stetigkeit in der Besetzung der Stadtverordnetenmandate eintritt.

Durch das Ausscheiden des Herrn Spangenberg aus der Stadtverordnetenversammlung hat sich auch eine N e u b e s e t z u n g verschiedener Plätze in den K o m m i s s i o n e n u n d D e p u t a t i o n e n notwendig gemacht. Die Fra-

tion der Demokratischen Partei ist sich über ihre Vorschläge dazu schon schlüssig geworden. Wenn nachher noch Zeit genug vorhanden ist und Widerspruch nicht erhoben wird, könnte die Wahl noch heute vorgenommen werden.

Wir treten nünmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Lehnert, betr. die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises.

Stadtv. **Jahns:** Meine verehrten Damen und Herren! Der Antrag des Herrn Lehnert lautet: „Das Gewerkschaftskartell lehnt es ab, die Wahl der Beisitzer zum Ausschuß des Arbeitsnachweises nach der in voriger Sitzung beschlossenen Satzung vorzunehmen, daher wird beantragt, die obige Satzung dahin zu ändern, daß die 6 Arbeitnehmerbeisitzer vom Kartell gewählt werden.“ Zur Sachlage habe ich folgendes auszuführen: In § 2 der von den verehrten Damen und Herren genehmigten Satzung für den Arbeitsnachweis des Stadt- und Landkreises Braunschweig ist gesagt worden, daß als Beisitzer je 6 Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt werden sollen. Von den Arbeitnehmern sollen danach gewählt werden: ein Vertreter der Handlungsgehilfen durch die bestehenden Handlungsgehilfenvereine, ein Vertreter der Gewerbegehilfen durch den bei der Handwerkskammer bestehenden Gesellenausschuß, ein Vertreter der Industriearbeiter durch das Gewerkschaftskartell, ein Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter durch den Landarbeiterverband, eine Vertreterin der arbeitenden Frauen durch das Gewerkschaftskartell und ein Vertreter der Eisenbahnarbeiterschaft. Der Antrag wünscht nun, daß die 6 Vertreter der Arbeitnehmer durch das Gewerkschaftskartell gewählt werden sollen. Dagegen, daß der Vertreter der Handlungsgehilfen durch das Gewerkschaftskartell gewählt wird, hat sich der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (Ortsverein Braunschweig) mit der Begründung gewandt, daß in seinen Reihen etwa 5000 Angestellte organisiert sind, während der zum Gewerkschaftskartell gehörende Zentralverband der Handlungsgehilfen nur etwa 1000 zählt. Wir sind im Rechtsausschuß zu der Überzeugung gekommen, daß wir dem Gewerkschaftskartell, da in ihm fünf Sechstel der Beteiligten organisiert sind — auch die Handwerksgehilfen, die Eisenbahnarbeiter und die Landarbeiter —, daß wir diesen den Sitz im Ausschuß für den Arbeitsnachweis nicht vorenthalten können. Für die Vertreter der Industriearbeiter und der arbeitenden Frauen war schon sowieso eine Wahl durch das Gewerkschaftskartell vorgesehen. Bezüglich der unter Nr. 7 aufgeführten Vertreter der Handlungsgehilfen aber sind wir im Rechtsausschuß der Ansicht, daß es nicht angebracht wäre, die Wahl gleichfalls durch das Gewerkschaftskartell vornehmen zu lassen, da

die weitaus größte Zahl der Angehörigen dieser Gruppe nicht in dem Gewerkschaftskartell organisiert ist. Ich habe deshalb namens des Rechtsausschusses anheimzugeben, für alle Arbeitnehmer bis auf die Handlungsgehilfen die Wahl der Vertreter durch das Gewerkschaftskartell vornehmen zu lassen.

Stadtv. Engmann: Meine Damen und Herren! Ich halte es doch für richtiger, daß der Beisitzer der Gruppe der Handlungsgehilfen aus dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen genommen wird. Es ist festgestellt, daß der zum Gewerkschaftskartell gehörende Zentralverband der Handlungsgehilfen jetzt eine der größten Organisationen der Handelsangestellten ist. In bürgerlichen Kreisen ist festgestellt, daß in den übrigen Verbänden noch viele Arbeitgeber organisiert sind. Wenn wir in Deutschland ein allgemeines gleiches Recht einführen und auf der einen Seite der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer zugestimmt haben, so ist es nicht mehr als recht und logisch, daß von den Arbeitnehmern nun auch 6 Vertreter in den Ausschuß des Arbeitsnachweises gewählt werden. Ich möchte deshalb bitten, dem Antrag des Herrn Telnert zuzustimmen und alle 6 Arbeitnehmerbeisitzer durch das Gewerkschaftskartell wählen zu lassen.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! In den Ausführungen des Herrn Vorredners ist nicht richtig, daß den kaufmännischen Angestelltenverbänden ein großer Teil Arbeitgeber angehören; das möchte ich hier ausdrücklich feststellen. Der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, welchem die größten kaufmännischen Vereine angehören, zählte vor dem Kriege 5000—6000 Mitglieder, der Zentralverband der Handlungsgehilfen dagegen hatte, soviel ich weiß, nicht mehr als 100—150 Mitglieder, und zwar rekrutierten sich diese, wenn ich recht unterrichtet bin, aus dem Kreise der Angestellten des Konsumvereins und wohl zum Teil aus den Angestellten des Bureaubeamtenvereins. Jedenfalls kann nicht die Rede davon sein, daß der Zentralverein als Vertreter der Braunschweiger kaufmännischen Angestellten gelten kann. Ich möchte Sie bitten, da auch der Rechtsausschuß sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Vertreter der Handlungsgehilfen aus dem Kreise des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände gewählt werden soll, es bei diesem Beschluß zu belassen. Wenn das Gewerkschaftskartell die übrigen 5 Arbeitnehmervertreter stellt, kann es wohl damit zufrieden sein. Es geht nicht an, daß die kaufmännischen Angestellten in dieser Weise vom Gewerkschaftskartell an die Wand gedrückt werden. Ich möchte auch im Namen unserer Fraktion dafür eintreten, daß der Vertreter der kaufmännischen Angestellten durch die kaufmännischen Angestelltenverbände des Gewerkschaftsbundes gestellt wird.

Stadtv. **Engmann:** Ganz so, wie der Herr Vorredner sagt, ist die Sache denn doch nicht. Wohl hatte der Zentralverband vor dem Kriege weniger Mitglieder als die bürgerlichen kaufmännischen Vereinigungen, aber augenblicklich hat unser Verband, wenn ich nicht irre, über 1800 Mitglieder, und seit der Revolution ist die Mitgliedschaft in den bürgerlichen kaufmännischen Vereinen zurückgegangen. Das mag aus folgendem Grunde gekommen sein: Als im Jahre 1917 die Alldeutschen abgewirtschaftet hatten, waren es die Führer der bürgerlichen kaufmännischen Vereinigungen, die sich mit unter den Aufruf setzten, die Versammlung zu besuchen, die Herr Schille mit Herrn Bretschneider in Szene gesetzt hatte, und das hat in der Bürgerschaft arge Verstimmung hervorgerufen. Wenn man Gerechtigkeit gelten lassen will, gehört dem Zentralverband der Sitz.

Stadtv. **Schille:** Meine Damen und Herren! Wir wollen über die Besetzung des Ausschusses des Arbeitsnachweises beraten und keine politische Polemik in die Aussprache hineintragen. Wir wollen uns an die Tatsache halten, daß der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände in Braunschweig vielleicht das Vier- oder Fünffache derjenigen Mitglieder zählt, die der Zentralverband gesammelt hat. An dieser Tatsache kommen wir nicht vorbei, auch nicht, wenn der Zentralverband jetzt 1600 oder 1800 Mitglieder haben sollte. Wir verlangen für den Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestelltenverbände unbedingt eine Vertretung im Ausschuß des Arbeitsnachweises, und der muß uns zugebilligt werden, wenn wir gerecht in dieser Sache denken. Ich möchte bitten, auch von seiten der Freunde des Herrn Vorredners zu bedenken, daß wir als kaufmännische Angestellte nicht in dieser Form vergewaltigt werden dürfen.

Stadtv. **Mönneburg:** Meine Damen und Herren! Ich möchte auf folgendes hinweisen: Es ist ohne weiteres vom Rechtsausschuß, in dem der Antrag vor vierzehn Tagen zur Beratung stand, anerkannt worden, daß für die übrigen Arbeitergruppen das Gewerkschaftskartell, weil es die überwiegende Anzahl der Arbeitnehmer in sich organisiert hat, die Wahlen der Vertreter vorzunehmen hat. Was für das Gewerkschaftskartell auf der einen Seite recht ist, kann auf der anderen Seite dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände als billig nicht verweigert werden. Wenn Herr Engmann an das Rechtsgefühl appelliert, dann wird er an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß tatsächlich der Gewerkschaftsbund eine erheblich höhere Zahl von Angestellten in sich vereinigt. Hat er doch in seiner eigenen Zuschrift uns mitgeteilt, daß er eine Gesamtzahl von über 5000 Mitgliedern hat. Wenn demgegenüber Herr Engmann betont, daß im

Zentralverband 1800 kaufmännische Angestellte vereinigt sind — wir wollen das ohne weiteres als richtig annehmen —, dann stellt nach Adam Riese 5000 doch immer noch ein erhebliches Mehr dar.

Nun hat Herr Engmann darauf verwiesen, es seien im Gewerkschaftsbunde auch Arbeitgeber mitvertreten. Er verwechselt das insofern, als im Gewerkschaftsbunde ein Angestelltenverband mit aufgegangen ist, der nach seinen früheren Satzungen allerdings einige wenige Mitglieder aus der Arbeitgeberschaft, sogenannte KonzeSSIONSschulzen, unter seinen Mitgliedern zählte. Das sind alles solche Leute, die selbst jahrelang als Angestellte tätig gewesen sind, sich danach selbstständig gemacht haben, ganz genau wissen, was die Angestellten drückt und die mit den Ideen der Angestellten vertraut sind. Im Gewerkschaftsbund spielen sie keine Rolle mehr, und wenn Sie sie alle zählen wollten, würden Sie keine hundert Arbeitgeber herausfinden, die dem Gewerkschaftsbund angeschlossen sind. Selbst wenn Sie diese in Anrechnung brächten, würde die Zahl der im Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen kaufmännischen Angestellten vielfach größer sein, als der im Zentralverband vereinigten. Gerade um der Gerechtigkeit zu entsprechen, möchte ich Sie bitten, dem Antrage des Rechtsausschusses zuzustimmen; ein anderes Verfahren könnte man als loyal und gerecht keinesfalls bezeichnen.

Stadtv. **Schille** wünscht das Wort; es kann ihm vom **Vorsitzenden** nicht erteilt werden, da er zu der Sache schon zweimal gesprochen hat.

Stadtv. **Lehnert**: Meine Damen und Herren! Ich habe schon seinerzeit in der Vollsitzung wie auch in der Kommissionsitzung betont, daß es bei der Hast, mit der die Vorlage über den Arbeitsnachweis zur Erledigung gebracht wurde; gar nicht möglich war, daß die betreffenden Instanzen Stellung dazu nehmen konnten, und auch von seiten des Stadtmagistrats wie des Vorsitzenden der Kommission, Herrn Dr. Wolters, wurde zugegeben, daß diese Sache mit übereilung vorbereitet war. Ich möchte Sie ersuchen, da doch der Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage aufgebaut werden soll, meinem Antrage zuzustimmen und die sechs Personen, die als Arbeitnehmer in Betracht kommen, durch das Gewerkschaftskartell wählen zu lassen.

Stadtv. **Marth**: Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß man eine Gruppe, die nicht dem Gewerkschaftskartell angehört, und die sich einer anderen Gewerkschaft angeschlossen hat, nicht einfach an die Wand drücken darf, und aus diesem Grunde werde ich für den Antrag der Kommission stimmen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Der Grund, weshalb in der vorletzten Sitzung des Rechtsausschusses die Sache nicht zur Erledigung kam, war der, daß man sich bezüglich des Zahlenverhältnisses der Angehörigen der verschiedenen Gruppen nicht einig war. Nachdem nun aber in der letzten Sitzung eine klare Auskunft darüber erteilt war, waren wir im Rechtsauschuß einstimmig der Meinung, daß die Wahl von fünf Vertretern dem Gewerkschaftskartell und die des einen den bestehenden Handlungsgehilfenvereinen zustehen müsse.

Stadtv. **Steinbrecher**: Meine Damen und Herren! Als wir im Rechtsauschuß über den Antrag beraten hatten, war auch Herr Lehnert der Ansicht, daß es so gemacht werden solle, wie es jetzt der Rechtsauschuß vorschlägt. (Sehr richtig!) Ich habe Herrn Lehnert besonders gefragt, ob er mit dieser Regelung einverstanden sei, und er hat mit „ja“ darauf geantwortet. (Hört, hört!) Es herrschte die Ansicht: Der Vertreter der kaufmännischen freien Angestellten sollte vom Gewerkschaftskartell unter seinen fünf Vertretern in den Ausschuß delegiert werden. Da der Arbeitsnachweis eine Institution werden wird, in der parteipolitische Fragen keine Rolle spielen, und in der alle Wirkungskreise, soweit sie zu den Arbeitnehmern gehören, zur intensiven Mitarbeit berufen sein sollen, sind wir dazu gekommen, nicht eine einzelne Gruppe an die Wand zu drücken. Das Kartell hat immer noch das Recht, fünf Ausschußmitglieder zu wählen, und dabei können auch kaufmännische Angestellte berücksichtigt werden.

Stadtv. **Lehnert**: Wenn von der rechten Seite des Hauses „Hört, hört!“ gerufen wurde, so muß man doch der Wahrheit die Ehre geben. Es ist eine Tatsache, daß von Herrn Steinbrecher gesagt wurde: „Gegen die Zahl läßt sich doch nun einmal nichts machen“, und darauf habe ich gesagt: „Es ist gut, dann werde ich mit meinen Freunden sprechen“. Ich habe aber dem Beschluß der Kommission nicht zugestimmt, sondern habe nur erklärt, daß ich im Interesse des Gewerkschaftskartells, weil es in der Kommission nicht vertreten ist, die Wünsche zum Ausdruck gebracht habe.

Stadtv. **Steinbrecher**: Ich muß feststellen, daß es mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, wenn Herr Lehnert heute sagt, daß er sich mit dem Beschluß nicht einverstanden erklärt hat. Er hat erklärt: „Ich habe nichts dagegen — ich bin einverstanden“. Es sind noch sechs oder sieben andere Herren hier, die das bezeugen können; Herr Lehnert soll doch zu seinen Worten stehen!

Stadtv. Frau **Friedrich**: Als Mitglied des Rechtsausschusses kann ich nur sagen, daß das, was Herr Steinbrecher vorgetragen hat, den Tatsachen entspricht.

Auch ich habe die Meinung gehabt, daß Herr Lehnert sich mit dem Beschluß des Rechtsausschusses einverstanden erklärt hat.

Stadtv. **Lehnert** (Zuruf): Fragen Sie Herrn Stegmann; zu ihm habe ich gesagt: „Ich kann nicht zustimmen.“

Dem Vorschlage des Rechtsausschusses stimmt die Versammlung zu.

2. Antrag Stegmann auf Erhöhung des Schulgeldes für die die höheren Schulen besuchenden ortsfremden Kinder.

Stadtv. **Kotahr**: Meine Damen und Herren! Herr Stadtv. Stegmann hat den Antrag gestellt, für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen das Schulgeld um 50 bzw. 40 und 25 *M* zu erhöhen. Der Schulausschuß, in dem der Antrag vorberaten wurde, schlägt Ihnen vor, dem Antrage zu entsprechen und die Sätze in folgender Weise zu erhöhen:

für die Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule	um jährlich 50 <i>M</i> ,
für die Gaußschule (städtische Oberrealschule)	" " 50 <i>M</i> ,
für das Herzogin-Elisabeth-Gymzeum, das Lehrerinnenseminar und die Studienanstalt	" " 40 <i>M</i> ,
für die städtische Mädchenschule (Mittelschule)	" " 25 <i>M</i> ,
für die städtische Knabenmittelschule	" " 25 <i>M</i> .

Bei der Beurteilung dieser Frage ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, wieviel das Schulgeld jetzt beträgt, wieviel nach der beantragten Erhöhung, was jeder Schüler, bzw. jede Schülerin an Kosten verursacht und wie hoch der städtische Zuschuß für jeden einzelnen Schüler ist.

Bei der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule beträgt das Schulgeld jetzt 186 *M*, nach der Erhöhung 236 *M*. Jeder Schüler verursacht eine Ausgabe von 416,22 *M* und der Zuschuß der Kammereikasse für jeden Schüler beträgt 254,15 *M*.

Für die Gaußschule beträgt das Schulgeld ebenfalls 186 *M* und demnächst 236 *M*. Jeder Schüler kostet hier 283,68 *M* und der städtische Zuschuß für jeden Schüler wird mit 146,65 *M* berechnet.

In dem Herzogin-Elisabeth-Gymzeum sind an Schulgeld 186 *M* zu zahlen, nach der Erhöhung 226 *M*. Die Ausgabe für die einzelne Schülerin beträgt 243,40 *M* und der städtische Zuschuß 104,89 *M*.

Bei der städtischen Mädchenschule (Mittelschule) sind jetzt 140 *M* und nach der Erhöhung 165 *M* Schulgeld zu zahlen. Jede Schülerin verursacht eine Ausgabe von 160,65 *M* und einen Zuschuß der Kammereikasse von 72,95 *M*.

In der Knabenmittelschule werden jetzt von den ortsfremden Kindern 98 *M.* Schulgeld erhoben, nach dem Antrage des Schulausschusses demnächst 123 *M.* Ausgegeben werden für jeden Schüler 171,85 *M.* und es wird ein städtischer Zuschuß von 125,85 *M.* geleistet.

Der Schulausschuß ersucht durch mich um Annahme des Antrages und schlägt vor, diese Erhöhung des Schulgeldes für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen vom 1. Oktober an in Kraft treten zu lassen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Schulausschusses zu.

3. Antrag Jahnß auf Gewährung von außergewöhnlichen Rationen Lebensmittel an mit einem inneren Leiden behaftete Kriegsteilnehmer.

Stadtv. **Frl. Oden:** Meine Damen und Herren! Herr Jahnß hat den Antrag gestellt: „Die städtischen Behörden werden ersucht, den mit einem inneren Leiden behafteten Kriegsteilnehmern außergewöhnliche Rationen an Lebensmitteln (Krankenzulagen) nach Möglichkeit zu gewähren.“

So wünschenswert es wäre, den Kriegsbeschädigten, die an einer inneren Krankheit leiden, eine außergewöhnliche Zusatzration an Lebensmitteln zu gewähren, wird sich die Versammlung leider gezwungen sehen, den Antrag Jahnß in dieser Form ablehnen zu müssen. Die Zusatzration an Lebensmitteln für Kranke ist nach reichsgesetzlicher Grundlage geregelt, und die Gemeinde ist deshalb nicht in der Lage, eine besondere Gruppe von Kranken anders zu behandeln und besonders zu berücksichtigen. Es würden auch die, die in der Heimat infolge der außergewöhnlichen Zustände erkrankten, es bitter empfinden, wenn weitgehende Ausnahmen gemacht würden.

Soweit es die augenblicklichen Ernährungsmöglichkeiten zulassen, wird für die Kranken durch Sonderzulagen an Fleisch, Fett, Milch und Mühlenprodukten gesorgt. Es empfiehlt der Rechtsausschuß aus diesem Grunde, dem Antrage Jahnß in dem Sinne zuzustimmen, daß der Magistrat gebeten wird, s o w e i t es die geltenden Vorschriften gestatten, den innerlich erkrankten Kriegsteilnehmern in weitestem Umfange Sonderzuteilungen von Lebensmitteln zu gewähren. Der Antrag würde in dieser Form dem Magistrat die Möglichkeit geben, soweit er dazu augenblicklich in der Lage ist, den Kriegsteilnehmern, denen wir jede mögliche Erleichterung verschaffen möchten, zu helfen.

Stadtv. **Rönneburg:** Meine Damen und Herren! Ich kann mich mit dem Antrage des Rechtsausschusses nicht sehr befreunden, sondern würde es begrüßt

haben, wenn der Antrag Jahn's, der weitergehend ist, Wirklichkeit geworden wäre. Wenn man bedenkt, wie viele unter den Kriegsteilnehmern als Kriegsbeschädigte mit einem schweren inneren Leiden behaftet sind — ich denke da in erster Linie an Lungenleidende und an schwer unter Nervenstörungen Leidende —, dann wird man die Notwendigkeit der Gewährung einer außergewöhnlichen Ration Lebensmittel anerkennen müssen. Wie früher für die Schwer- und Schwerstarbeiter Zulagen geschaffen sind, so müßte sich auch die Möglichkeit schaffen lassen, diesen Kriegsteilnehmern eine vermehrte Zuwendung zuteil werden zu lassen. Sollte es dem Magistrat, dem des öfteren vom Landesernährungsamt besondere Lebensmittel zugewiesen werden, die nicht für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können, aber für die Kranken und besonders Hilfsbedürftigen verwandt werden, nicht möglich sein, den Kriegsbeschädigten besondere Nahrungsmittel zuzuweisen? Es ist das auch einer der Wünsche, die im Reichsbunde der Kriegsbeschädigten erhoben worden sind, und er scheint mir begründet zu sein, so daß ich ihn auf das wärmste unterstützen möchte.

Stadtrat von Franckenberg: Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Vorredner warm für die Kriegsbeschädigten eingetreten ist, so darf auf der anderen Seite dem Rechtsausschuß auch das Zeugnis ausgestellt werden, daß er redlich bestrebt gewesen ist, dasjenige, was irgend im Sinne des Antrages Jahn's zu erreichen war, für die Kriegsbeschädigten herauszuholen und der geehrten Versammlung zu empfehlen. Aber die Verhältnisse sind häufig stärker als die Menschen, und in diesem Falle lassen es die geltenden Bestimmungen, wie durch die Berichterstatterin schon ausgeführt ist, nicht zu, daß man auf den Antrag so, wie er gestellt ist, eingeht. Es bleibt nichts anderes übrig, als abzuwarten, ob nicht mit Hilfe des ärztlichen Zeugnisses und der Stellungnahme des Ärztevertrauensausschusses die Wünsche des einzelnen Kriegsbeschädigten nach Prüfung von Fall zu Fall berücksichtigt werden können. Es kommt dabei sehr wesentlich auf den Zustand des Kranken und auf die Würdigung des Falles durch die ärztliche Begutachtung an, daneben aber auch auf die verfügbaren Mittel, und in letzter Beziehung sind uns durch die Anordnungen der Reichsgetreidestelle, des Kriegseinkreisamtes und des Landesernährungsamtes die Hände gebunden, so daß wir im Rahmen dessen, was uns zur Verfügung gestellt ist, nicht weiter gehen können, als wir es bis jetzt getan haben. Es läßt sich aber vielleicht für die Kriegsbeschädigten in der Richtung des von Herrn Rönneburg Gewünschten ein Zugeständnis erzielen insoweit, daß der ärztliche Vertrauensausschuß den mit Gutachten gestützten Anträgen für Kriegsbeschädigte eine besonders wohlwollende Berücksichtigung angedeihen läßt. Wir können auch, wenn es gewünscht wird,

daß für mit inneren Krankheiten behaftete Kriegsbeschädigte durch Lieferung von **Flarem** Weizenmehl eine besondere Fürsorge erfolgt, solchen Anträgen gerecht werden, wie wir das in den letzten Monaten schon getan haben, indem wir dasjenige Mehl, das der ganzen Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird, den betreffenden Vorzugsberechtigten in Gestalt von hellem Weizenmehl zukommen lassen, und wenn es möglich sein sollte, nicht nur ein, sondern zwei Pfund Mehl im Monat an die Allgemeinheit auszugeben, so würden diesen Kriegsbeschädigten die zwei Pfund auch in hellem Mehl geliefert werden können. Das wäre gewiß ein Zugeständnis, das sie gern annehmen werden, aber in der ganzen Linie konnte der Rechtsausschuß auch beim besten Willen dem Antrage nicht Rechnung tragen, und der Magistrat auch nicht, denn der Allgemeinheit dürfen wir von dem, was ihr so knapp zugeteilt ist, nichts wegnehmen, zum Beispiel nicht den jugendlichen Personen zwischen 12 und 17 Jahren das Zuschlagsbrot. Das würde bei einer gleichfalls 17 000 Köpfe zählenden bevorrechtigten jugendlichen Bevölkerung lebhafteste Unzufriedenheit erregen. Es bliebe nichts anderes übrig, als nach Möglichkeit danach zu streben, das Möglichste für die Kriegsbeschädigten herauszuschlagen, und das wollen wir gern bewirken.

Stadtrat Wagner: Meine Damen und Herren! Die Zuschläge, die für die Tuberkulösen vorgesehen sind, nachdem vom Reichsgesundheitsamt in Gemeinschaft mit dem Reichsernährungsamt Grundsätze dafür aufgestellt sind, sind bereits sehr hoch. Es werden an Fleisch, Fett, Milch und anderen Nahrungsmitteln je nach dem Grade der Tuberkulose — es wird das erste, zweite und dritte Stadium der Krankheit unterschieden — den Kranken namhafte Zuwendungen gemacht. Ich würde es für bedenklich halten, wenn man denjenigen Lungenleidenden, die ihre Krankheit im Heeresdienst sich zugezogen haben, mehr zuwenden würde als anderen Lungenleidenden, und es würde das bei denjenigen, die auch ohne ihre Schuld zu dem Leiden gekommen sind, gewiß Erbitterung erregen. Ich bitte zu beachten, daß es nicht nur bei den Lungenleidenden, sondern auch bei anderen Kranken unmöglich wäre, wenn man gerecht sein will, einen Unterschied in der Zuweisung von Lebensmitteln zu machen. Wer infolge eines schweren Betriebsunfalles oder durch Nachtarbeit in der Rüstungsindustrie oder durch schwere seelische Leiden infolge des Verlustes von Angehörigen im Felde eine schwere Nervenzerrüttung davon getragen hat, der würde es nicht verstehen, weshalb denjenigen, die genau denselben Zustand im Heeresdienst sich zugezogen haben, eine Bevorzugung eingeräumt würde. So sehr man Mitgefühl für die Kriegsbeschädigten haben muß, so sehr muß man den Grundsatz der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit im Auge behalten, und ich befürchte, daß man — abgesehen von

wohlwollender Behandlung der Anträge im Einzelfalle — kaum etwas Besonderes tun darf, ohne Erbitterung bei anderen Kranken zu erregen.

Stadtv. Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es mit dem Beschluß des Rechtsausschusses sein Bewenden haben kann. Es wäre wohl ebenso gut möglich gewesen, das Wort „Kriegsteilnehmer“ im Antrag zu streichen, denn ich bin der Meinung, daß es die übrige private Bevölkerung, soweit sie krank ist, ebenso notwendig hat, daß sie eine größere Zuweisung von Lebensmitteln erhält. Wenn wir die Kriegsteilnehmer — bei aller Fürsorge und allem Wohlwollen, mit dem wir ihnen gegenüberstehen — besonders bedenken würden, so würden wir damit auf eine schiefe Bahn kommen, da uns zu geringe Mengen an Nahrungsmitteln zur Verfügung stehen. Die Angelegenheit kann in der Weise, wie es Herr Stadtrat von Frankenberg dargestellt hat, wohl im weitesten Sinne geregelt werden, und auf ärztliche Atteste können Zuweisungen gegeben werden, die den Ansprüchen genügen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit der geehrten Versammlung auf etwas anderes richten. Seit etwa 1½ Wochen zeigt sich in Braunschweig eine unheimliche schleichende Krankheit, die jugendliche Personen von 14—18 Jahren befällt. Soweit von ärztlicher Seite festgestellt ist, dreht es sich dabei um Knochen-erweichung, und ich bin der Meinung, daß diese Erkrankung auf Unterernährung zurückzuführen ist, und daß wir mit allen Mitteln versuchen müssen, dem weiteren Umsichgreifen dieser schleichenden Krankheit zu begegnen. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß 170—175 jüngere männliche Personen, die in die Lehre gekommen sind, um ein Handwerk zu lernen, bei dem die Arbeit im Stehen verrichtet werden muß, bereits ihren Beruf haben aufgeben müssen, weil sie durch die Knochen-erweichung unfähig gemacht sind, ihn weiter ausüben zu können. Ich möchte zur Erwägung stellen, ob es nicht möglich wäre, um dieser Krankheit möglichst zu begegnen, eine Fürsorge durchzuführen. Genau so, wie wir eine Fürsorge für die Säuglinge durchzuführen versuchen, indem wir ihnen eine weitere Zulage an Lebensmitteln geben, ebenso müßte man auch bestrebt sein, den jugendlichen Personen, die wegen Unterernährung nicht in der Lage sind, ihrem Beruf nachzugehen, eine besondere Zulage möglich zu machen. Vielleicht läßt sich durch Verhandlungen mit dem Reichsernährungsamt und mit dem hiesigen Ernährungsminister dieser Sache Rechnung tragen.

Stadtrat von Frankenberg: Auch ich war auf diesen Zustand der jungen Leute hingewiesen und durch Fachzeitschriften darauf aufmerksam gemacht. Es ist dankenswert, daß Herr Schmidt die Sache angeschnitten hat. Ich habe die

Absicht, mich mit dem ärztlichen Vertrauensauschuß in Verbindung zu setzen, und werde darauf hinzuwirken suchen, daß den jugendlichen Personen auch in diesen Fällen eine besondere Zulage gewährt wird. Was Nahrungsmittel betrifft, so gewähren wir monatlich je ein Pfund Grieß und Haferflocken und geben etwas über 9000 Zulagen davon aus, etwa den vierten Teil davon an Kranke und Stärkungsbedürftige, so daß wir in der Lage sein würden, in der Ausgabe an Kranke etwas weiter gehen zu können, als es jetzt der Fall ist. (Zuruf Schmidt: Die Hauptsache ist etwas Fett und Milch!)

Stadtv. Stegmann: Nach den Ausführungen des Herrn Schmidt und des Herrn Stadtrat Wagner kann ich mich kurz fassen. Ich wollte ausführen, daß ich den Antrag des Herrn Könneburg etwas einseitig finde. Wenn auch niemand im Saale ist, der den kranken Kriegsteilnehmern es nicht gönnte, daß sie etwas besser versorgt würden, so müssen wir doch bedenken, daß in der Zivilbevölkerung Tausende und aber Tausende vorhanden sind, die durch den Krieg gesundheitlich in die traurigste Lage gekommen sind. Meine Herrschaften, Sie wissen, wie viele aus unserer Bevölkerung an Lungentuberkulose leiden und wie viele an anderen inneren Krankheiten leiden, und diese alle sind genau so der stärkeren Zuweisung an Lebensmitteln bedürftig wie die bedauernswerten Kriegsteilnehmer. Mir scheint aus verschiedenen Fällen hervorzugehen, daß die Ärzte zum Teil in ihren Bewilligungen sehr zugeknöpft sich verhalten. Einzelne Ärzte sollen allerdings bereitwillig an Personen, die nicht im schlimmsten Stadium liegen, erhöhte Zuweisung von Lebensmitteln gewähren, während andere Ärzte sehr zurückhaltend sind. Ich möchte bitten, dahin zu wirken, daß möglichst gerecht vorgegangen wird. Wenn auf der einen Seite die Lebensmittel so furchtbar knapp sind, so können sie doch nach Beobachtungen an anderen Stellen nicht so knapp sein. Bei den Herrschaften, die den Freikorps angehören, kann keine Rede davon sein, daß sie unter der Nahrungsnot leiden. Dabei wird eine Anzahl Schuljungen aus höheren Schulen zu Ordonnanzdiensten verwandt, und sie erhalten jede Woche extra ein Brot dafür. Es sind also wohl Lebensmittel vorhanden, man sollte sie nur an der richtigen Stelle erfassen und sie denen zukommen lassen, die durch den verfluchten Krieg in eine solche jämmerliche Lage gekommen sind.

Stadtv. Könneburg: Ich bin dazu gekommen, für die Kriegsbeschädigten besonders einzutreten, weil seit über 4 Jahren vom Dank des Vaterlandes für diejenigen Kriegsteilnehmer, die ihre gesunden Knochen geopfert haben, die Rede ist. Ich erkenne aber an, daß der Rechtsauschuß offenbar versucht hat, das denkbare Mögliche für die Kriegsbeschädigten herauszuholen. Wenn nun vom Herrn Stadtrat von Frankenberg gesagt wird, daß ein ärztliches Zeugnis nötig ist, um

besondere Zulagen zu erhalten, so weise ich darauf hin, daß damit den Kriegsteilnehmern — es handelt sich meistens um Bedürftige — eine besondere Last aufgebürdet wird, denn es wird erforderlich sein, daß für diesen Zweck ein besonderes Attest, das nicht billig ist, ausgestellt wird. Sollte es nicht möglich sein, bei den Kriegsteilnehmern die Sache zu verbilligen (Zuruf: Für alle Kranke!) und auf den ärztlichen Vertrauensauschuß dahin zu wirken, daß er derartige Gesuche von Kriegsteilnehmern mit allem Wohlwollen prüft? Weiter möchte ich noch darauf verweisen, daß das Landesernährungsamt sich einer Vorstellung der städtischen Behörden, insbesondere des Magistrats, im Interesse der Berücksichtigung der besonders schwer leidenden und gesundheitlich mitgenommenen Kriegsteilnehmer, denen besondere Zuwendungen zuteil werden sollen — wenn es überhaupt in der Lage ist, darauf einzugehen —, nicht verschließen wird. Ich denke nicht daran, dahin zu wirken, daß anderen Kreisen der Bevölkerung, z. B. unseren Jugendlichen, die heute böse daran sind, weil sie in entscheidenden Jahren in ihren gesundheitlichen Grundlagen gefährdet sind, etwas entzogen wird, und möchte den Wunsch aussprechen, daß von den Lebensmitteln, die uns in nächster Zeit zurollen sollen, in bevorzugter Weise alle diejenigen Kreise bedacht werden möchten, die es besonders nötig haben, d. h. die kranken Kriegsteilnehmer, unsere Jugendlichen und auch die übrigen Kranken, so daß ihnen eine besondere Zuwendung zuteil wird. Ich glaube, damit werden sich auch die übrigen Kreise der Bevölkerung ohne weiteres einverstanden erklären können.

Stadtv. Genzen: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die ich machen wollte, sind zum Teil von Herrn Stegmann schon gemacht. Wenn man sieht, wie jetzt ein Teil der Bevölkerung genährt wird, dann muß man sich wundern, daß für die Kranken und Jugendlichen nichts übrig ist. Könnte man mit den Zielen der Regierungstruppen einverstanden sein, so möchte man den jungen Leuten am liebsten den Rat geben, in die Mafskur bei ihnen zu gehen, denn die Regierungstruppen sehen alle wohlgenährt aus. Ich wohne sehr dicht beim Schlachthaus und sehe, was dort vorgeht. Wir lesen, daß es in dieser Woche wieder kein frisches Fleisch gibt, daß am nächsten Sonnabend wieder Büchsenfleisch ausgegeben werden soll, aber tagelang sind im städtischen Schlachthaus so viele Rinder geschlachtet worden, wie es in Friedenszeit kaum geschehen ist. Es werden Heereschlachtungen über Heereschlachtungen dort vorgenommen, und in der vorigen Woche sind an einigen Tagen auch Schweine geschlachtet. Ich mutmaße, daß auch das alles für die Regierungstruppen bereitgestellt wird. Man sollte doch denek etwas weniger liefern und lieber den Kranken und Elenden etwas zugute kommen lassen. Damit würde man ethischere Zwecke verfolgen, als wenn man den Militarismus füttert und dauernd Lebensmittel dort hineinsteckt.

Stadtrat Wagner: Ich möchte nur eine tatsächliche Berichtigung bringen. Die Schlachtungen, die von der Firma Struck in dem hiesigen Schlachthaus ausgeführt werden, sind nicht etwa Heereschlachtungen, sondern sie werden ausgeführt im Auftrag der Reichsfleischstelle, und das Vieh dafür kommt nicht aus dem Lande Braunschweig, sondern aus anderen Gebieten. Das Fleisch wird eingemacht, um es den besonderen Notstandsgebieten zuzuführen. So habe ich gehört, daß Rheinland-Westfalen, das von Bayern aus in der Woche 1200 Stück Großvieh hat bekommen sollen, seit Wochen kein einziges Stück Vieh bekommen hat. Jetzt wird dafür gesorgt, daß jene Gegenden etwas Fleisch bekommen. Also für die *Z i v i l b e v ö l k e r u n g* finden diese Schlachtungen statt, nicht etwa für das Heer.

Stadtv. Lehnert: Meine Damen und Herren! So gut auch der Beschluß des Rechtsausschusses gemeint ist, möchte ich Sie doch ersuchen, ihn dahin zu erweitern, daß ein Teil der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel sämtlichen innerlich Kranken zur Kräftigung ihrer Gesundheit zugeteilt wird. Gestern abend hatte ich Gelegenheit, einer Sitzung einer Krankenkasse beizuwohnen und zu hören, wie der ärztliche Vertrauensauschuß bei einer Anzahl Personen, denen der Arzt bescheinigt hatte, daß sie an Unterernährung durch den Krieg leiden, entschieden hatte, daß keine Krankheit vorliege. Wenn der Vertrauensarzt einer Krankenkasse bestätigt, daß sonst alles bei der betreffenden Persönlichkeit gesund ist, daß sie aber unter der Kriegsernährung leidet, dann sollte man doch namentlich für die heranwachsende Jugend, wie es Herr Stadtverordneter Schmidt angeführt hat, für bessere Ernährung sorgen. Seinerzeit ist das Wort geprägt: Wenn wir die Jugend für uns gewinnen, brauchen wir für die Zukunft keine Angst zu haben. Denken Sie einmal daran, welche Zustände eintreten werden, wenn jetzt annähernd 200 Personen nicht mehr imstande sind, den Beruf beizubehalten, den sie gewählt haben, um ihre Existenz zu erringen. Da kann es uns nicht wundern, daß ein Teil der Handwerksmeister, die fortwährend unter dieser Kalamität leiden, sagen: „Wir bekommen keine Lehrlinge mehr“, und daß die jungen Leute nach den Fabriken gehen, weil es den Fabrikleitern noch möglich ist, einen Teil Nahrungsmittel heranzuschaffen. So ist mir mitgeteilt, daß in vergangener und in dieser Woche eine ganze Menge Nahrungsmittel dort zur Verteilung gekommen sind; daß dann die jungen Leute lieber nach der Fabrik gehen, als bei den Handwerkern eine Lehrzeit durchzumachen, ist nicht zu verwundern.

Sodann möchte ich Herrn Stadtbaurat Gekensleben noch einmal darauf aufmerksam machen, daß von Quedlinburg her täglich Leute aus der Heide kommen, die Kartoffeln geholt haben. Dort wäre noch etwas an Kartoffeln für die Stadt aufzubringen, Herr Stadtbaurat. Die Leute haben mir erzählt, daß sie an Ort und

Stelle für den Zentner 11 *M* gegeben haben; dann hat sich jemand gefunden, dem sie als Fuhrlohn für den Zentner 1 *M* bezahlt haben, so daß sie die Kartoffeln zu diesem Preis haben hierher bringen können, während die Landwirte hier in der nächsten Umgegend 20—30 *M* für den Zentner nehmen. Es müssen dort also noch genügend Kartoffeln vorhanden sein. Ich habe schon einmal gesagt, man möchte nur tiefer hineingreifen ins Wespennest; vielleicht wäre es einmal möglich, daß die Regierungstruppen, die hier die Polizei und die umliegenden Gebäude bewachen, einmal aufs Land gehen und nachsehen, wo noch Kartoffeln zu haben sind, und zwar auf billigere Weise, als wenn unsere Leute hingehen. Man muß nur die richtigen Stellen wissen, wo sie liegen, und dann müssen sie herangeschafft werden. Es muß etwas getan werden, wenn man nicht will, daß noch mehr als bisher die Schwindsucht in Braunschweig um sich greift. Namentlich das Versicherungsamts weiß die Krankheitsziffern ganz genau, wie sie von der Allgemeinen Ortskrankenkasse eingeliefert werden. Gravierend ist, daß seit Ausbruch des Krieges die Syphilis in einer Weise grassiert wie noch nie, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Krankheit noch mehr um sich greifen wird. Es ist bedauerlich, daß hier nicht stärkere Maßregeln ergriffen werden — es gehört das ja eigentlich in den Landtag zur Beratung des Gesundheitsamtes, aber wir könnten mit einem Ersuchen an den Landtag herantreten, damit er gegen die Seuche etwas unternimmt. Während die Krankenkassen zuletzt im Jahr für Salvarsan 7000 *M* ausgegeben haben, sind allein im letzten Vierteljahr 9000 *M* dafür beansprucht. Das ist ein Zeichen dafür, daß der Umfang der Krankheit in erschreckender Weise zugenommen hat.

Vorsigender: Dieses letzte würde bei dieser Besprechung des Antrages über Lieferung besonderer Lebensmittel nicht zu behandeln möglich sein. Wenn in dieser Sache ein Vorgehen an den Landtag gewünscht wird, so muß es schon in die Form eines besonderen Antrages gekleidet werden.

Stadtv. Reißner: Was Herr Stadtv. Lehnert bezüglich der Beschaffung von Kartoffeln durch die städtischen Behörden gewünscht hat, das ist durch die städtische Kartoffelstelle bereits erfüllt. Nur müssen wir bedenken, daß die Lieferungskreise für unsere Stadt innerhalb des Freistaates Braunschweig liegen und die Kartoffeln, die nach den Ausführungen des Herrn Lehnert noch zu haben sind, wie aus seinen Worten hervorgeht, aus dem Kreise Gifhorn kommen. Die Kartoffelstelle ist deshalb mit dem Landratsamt Gifhorn in Verbindung getreten und hat ersucht, es möglich zu machen, daß von dort Kartoffeln nach Braunschweig geliefert werden. Ein Anrecht der Stadt Braunschweig darauf besteht nicht, aber vielleicht hat der Landrat dort den guten Willen, von dem sogenannten Überschuß

in seinem Kreise etwas abzugeben. Des weiteren habe ich gestern mit dem Volkskommissar für Ernährung verhandelt, er möchte zugeben, daß eventuell ein kleiner Aufpreis für die Kartoffeln durch die Stadt gezahlt wird. Bis jetzt dürfen wir nur den Höchstpreis von 6,75 *M* für den Zentner bezahlen, und wenn unsere Käufer mit diesem Angebot kommen, werden sie ausgelacht, wenn nicht Schlimmeres passiert. Für diese Höchstpreise bekommen wir natürlich jetzt keine Kartoffeln mehr; diejenigen, die für sich Kartoffeln hereinbringen, bezahlen ja auch mehr als das Doppelte. Vielleicht wäre auch das Landratsamt mit diesem höheren Preis einverstanden, und wir wollen hoffen, daß diese Maßregel etwas hilft.

Stadtv. **Steinbrecher:** Meine Damen und Herren! Diese ganze Diskussion über die Mehrlieferung von Nahrungsmitteln ist ja ganz gut und ist auch zu verstehen. Aber was nützt uns das alles? Ganze Schiffsloadungen von Nahrungsmitteln liegen bereit, nur können wir sie nicht bezahlen, und deshalb möchte ich meine Freunde von der unabhängigen Seite darauf hinweisen, wie nötig es ist, daß der Arbeiterschaft klargelegt wird, um was es heute geht. Wenn fortwährend gestreikt wird, keine Kohlen gefördert werden und kein Kali, mit denen wir die Lebensmittel bezahlen sollen, dann kommt nichts nach Deutschland herein. Bei allen unseren Anforderungen bekommen wir immer wieder die Weisung von der Reichsregierung mit: Es werden pounds so viel Millionen Tonnen Kohlen und Kali verlangt, denn Geld haben wir nicht, und unser Papier nehmen die ausländischen Lieferanten nicht. Trotzdem wird im Ruhrgebiet fortgesetzt gestreikt. Was uns das an Nahrungsmitteln gekostet hat, das begreift nur der, der über diese Sachen näher unterrichtet ist. An dieser Stelle muß eingesetzt werden, wenn die Ernährung in Deutschland besser werden soll. Die Hauptsache ist, daß wir mit unseren Waren bezahlen können, um Lebensmittel hereinzuschaffen. Wir können unsere Lebensmittelverteilung nur bessern, wenn wir Werte schaffen, sonst nützt alles Diskutieren nichts. Wenn wir hingehen und jetzt für politische Generalstreiks Propaganda machen, dann schädigen wir im schlimmsten Maße die Beschaffung von Nahrungsmitteln aus dem Ausland. Auch wir Vertreter der Arbeiterschaft müssen dazu übergehen, unseren Wählern klarzumachen, um was es sich jetzt handelt, und diese Aufklärungsarbeit durch unsere Freunde und Genossen ist durchaus notwendig. Auch die Bergarbeiter können nur eine Zulage von 50 Gramm Speck bekommen, wenn wir in der Lage sind, ihn im Ausland zu bezahlen. Nun ist allerdings klar, daß die Bergarbeiterschaft nicht so intensiv arbeiten kann, wie es vor dem Krieg geschehen konnte, denn es ist einmal die schlechte Ernährung und dann der jetzt eingeführte Achtstundentag zu bedenken. Es muß also ganz von selbst überall ein Zurückgehen der Arbeitsleistung eintreten.

Das ist ganz natürlich; aber ich meine, daß dann um so mehr Veranlassung dazu da ist, zu bedenken, daß durch Streiks in dem Ruhrrevier, wo unendliche Mengen von Kohlen nicht gefördert wurden, uns auch Unmassen von Speck, Fett und anderen Nahrungsmitteln, die aus dem Ausland hätten beschafft werden können, verlorengegangen sind. Es muß den Arbeitern klar gesagt werden, daß alles Streiken nichts nützt, wenn durch die Streiks die Lebensmittel, die uns hätten geliefert werden können, zum Teufel gejagt werden. (Bravo!)

Stadtv. Genzen: Meine Damen und Herren! Die Worte des Herrn Voredners richten sich jedenfalls an eine falsche Adresse. (Sehr richtig!) Er wird keinem von uns und keinem Vorstandsmitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Nachweis geführt werden können, daß sie irgendwie für Generallstreiks eingetreten sind oder sie auch nur gebilligt haben. Ich erkenne manches von dem, was Herr Steinbrecher gesagt hat, ohne weiteres an; wenn jedoch hier und da im Reiche gestreikt wird und auch in Braunschweig gestreikt ist, so muß man doch die Gründe dafür verstehen können, wenn man den Streik an sich auch nicht billigt. Ich behaupte, es werden die Arbeiter ja geradezu von ihren Gegnern zum Generallstreik provoziert. Wer kann damit einverstanden sein, daß in eine öffentliche Versammlung Spizel geschickt werden, die mit Revolvern bewaffnet sind und ohne weiteres erklärt haben, daß sie zum Spizeldienst hingeschickt sind? Unter solchen Umständen versteht man es, wenn man es auch nicht billigt, daß die Beteiligten aus der Haut fahren. Dann möchte ich Sie daran erinnern, daß wir tatsächlich jetzt wochenlang im Belagerungszustand leben. Ich will darüber nicht entscheiden, ob er während der ersten Zeit nach dem Einrücken der Regierungstruppen berechtigt war, jetzt aber ist er seit Wochen nicht mehr berechtigt, denn nirgends im Reich ist es so ruhig wie in Braunschweig. Weshalb hebt man den Belagerungszustand nicht auf? Der oberste Grundsatz in der Reichsverfassung ist, daß das Volk souverän ist durch den Landtag. Hier in Braunschweig scheint es allerdings so, als wenn der preußische Militarismus, der preußische General souverän ist. Er sagt: Ich befehle, daß die Regierung abgesetzt wird, daß Mitglieder derselben inhaftiert werden! Es fehlt nur noch, daß er sagt: Ich befehle, daß der Landtag aufgelöst wird. Es ist nicht zu verstehen, wenn durch den General in ungesetzlicher Weise in die Verwaltung eingegriffen wird, wenn Leute, denen weiter nichts zur Last gelegt wird, als daß sie zur unabhängigen Partei gehören, wie der Polizeidirektor, ihres Amtes entsetzt werden. Der General sagt: „Ich habe den Befehl nicht gegeben, das hat der Hauptmann getan.“ Nun, dann setzen Sie ihn wieder ein und sorgen Sie dafür, daß der Belagerungszustand wieder aufhört! Sind das alles nicht ungesetzliche Zustände? Wenn es Ihnen, meine Herrschaften, auch unangenehm ist, das hier zu hören, so muß ich dazu

sagen: Man kann es verstehen, wenn die Arbeiterschaft zu dem äußersten Mittel greift und die Arbeit ruhen läßt. Man möge dafür sorgen, daß andere Zustände kommen, dann werden auch die Streiks aufhören.

Stadtv. **Jahns:** Man muß sich wundern, welchen Verlauf die Debatte jetzt genommen hat. Mein Antrag geht dahin, den an einer inneren Krankheit leidenden Kriegsbeschädigten mehr Nahrungsmittel zuzuweisen, und er war nicht geeignet, eine Debatte über politische Verhältnisse aufzurollen. Ich bitte um Schluß der Debatte.

Stadtv. **Wahrendorf:** Herr Genzen hat eben Sachen angeführt, die auf die Behauptung falscher Tatsachen hinausgehen. Ich habe der ganzen Versammlung am letzten Sonntag beigewohnt und muß mich wundern, daß Herr Genzen Sachen angeführt hat, die sich nicht so verhalten. Es trifft nicht zu, daß Spigel in der Versammlung gewesen sind.

Vorsigender: Das können Sie von hier aus nicht entscheiden, ob die von Herrn Genzen bezeichneten Personen Spigel gewesen sind oder nicht. — Daß die Debatte diesen Verlauf genommen hat, war von hier aus nicht zu hindern, denn sonst hätte man jedem Redner, der auch nur ein Wort weiter geht, als der zur Besprechung stehende Gegenstand zuläßt, das Wort abschneiden müssen. Wenn Sie das wollen, kann ich das in Zukunft ja auch machen, aber Sie werden sich wundern, zu welchen Zuständen das führen würde.

Für den Schluß der Debatte stimmt anscheinend die Mehrheit der Versammlung. Nachdem der Vorsigende dieses Ergebnis der Abstimmung verkündet hat, bezweifelt Herr **Bunge** die Richtigkeit der Feststellung der Abstimmung. In einer nochmaligen Abstimmung melden sich 15 Stadtverordnete für Schluß der Debatte, 16 dagegen.

Stadtv. **Marth:** Ich möchte bitten, in der Diskussion über den vorliegenden Punkt der Tagesordnung fortzufahren.

Vorsigender: Ich bin im Zweifel, ob nicht doch das zuerst festgestellte Resultat gültig sein müßte. Wenn solche unerquicklichen Vorkommnisse sich wiederholen sollten, dann wählen Sie sich bitte einen anderen Vorsigenden, der die Sache so genial macht, daß Sie Gefallen daran haben. Glauben Sie nicht, daß ich mir deswegen Kopferbrechen machen würde.

Stadtv. **Nietz I:** Meine Damen und Herren! Ich habe mich gegen den Antrag des Rechtsausschusses zu erklären. Da nun aber einmal die Kartoffelfrage

angeschnitten ist, so möchte ich gleich noch zum Ausdruck bringen, daß die Kartoffelversorgung von jeher nicht so vor sich gegangen ist, wie es sein sollte. Das können Sie auch von Herrn Vibrams erfahren; er hat mir auf einer Fahrt von Calvörde bis Helmstedt erzählt, daß noch 20 000 Zentner Kartoffeln in Gunrau liegen, die wir bekommen könnten. Sodann ist die Abnahme insofern fehlerhaft gewesen, als die mittelfrühen Kartoffeln, die im August reif sind, im vorigen Jahre von Braunschweig nicht haben abgenommen werden können, trotzdem Braunschweig den Antrag darauf gestellt hatte, während der Kommissionär Könnecke bei der Belieferung Braunschweigs mit Kartoffeln im vorigen Jahre 50 000 M. verdient hat.

Stadtv. Steinbrecher: In meinen Ausführungen über die Streiks habe ich ausdrücklich erklärt, daß wir als Vertreter der Arbeiterschaft — und dazu gehören auch meine unabhängigen Freunde — unsere Wähler darauf hinweisen müssen, wie die Sache jetzt steht, aber ich habe nicht gesagt, daß wir diejenigen seien, die die Streiks veranlaßt haben. Ich möchte nur darum bitten, daß wir in dieser Sache nach außen hin energischer auftreten. Was Herr Genzen als zu mißbilligen hingestellt hat, das mißbilligen wir auch, aber ich würde trotzdem dafür sein, daß jetzt nicht versucht wird, die Mißstände durch einen politischen Streik zu beseitigen, weil ich mir sage: Setzt wieder ein Generalstreik ein, dann bekommen wir dadurch um so weniger Lebensmittel. Der Schaden, der für das ganze Volk durch solche Streiks hervorgerufen wird, steht in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen auf der anderen Seite. In diesem Sinne sollten wir unsere Auftraggeber aufklären. Wenn wir als Vertreter der Arbeiter für Besserung der Lebensmittelversorgung auftreten und nicht Stellung dagegen nehmen, daß die Arbeiter politische Streiks beginnen, dann hat unser ganzes Wirken hier keinen Zweck. Streiks wegen Beseitigung von Mißständen in einzelnen Fabriken wird jeder Mensch anerkennen, und ich habe niemand deswegen Vorwürfe gemacht, wenn er aus diesem Grunde einen Streik veranlaßt hat.

Stadtv. Schille: Es war durchaus notwendig, daß Herr Steinbrecher in seiner Eigenschaft als Vertreter der Arbeiterschaft einmal diese Frage anschnitt. Auch ich arbeite in der Frage der Arbeitslosen und ihrer Beschäftigung bei der Kohlenförderung und muß feststellen, daß wir nur Lebensmittel bekommen können, wenn wir durch Förderung von Kohlen und Kali Werte schaffen. Aus einer Mitteilung aus dem Helmstedter Revier, wo wir seinerzeit 1000 oder 1100 Arbeitslose beschäftigen konnten, aus der hervorgeht, daß die Leute bei den Abraumarbeiten statt 6,9 cbm oder 7 cbm im März 1918 jetzt nur 2 cbm pro Tag schaffen, können Sie ermessen, daß wir in den nächsten Monaten vor der Tatsache

stehen, daß wir keine Briketts oder Braunkohlen bekommen können, wenn nicht seitens der Arbeiterorganisationen darauf hingewirkt wird, daß schärfer gearbeitet wird, indem die Leute wirklich etwas leisten und nicht nur mit Protesten die Zeit sich verkürzen. Wenn wir Werte in Kohlen usw. schaffen, dann bekommen wir auch Nahrungsmittel; dann aber erst können wir uns darüber unterhalten, wie wir sie verteilen. Alles Reden darüber vorher hat keinen Wert.

Stadtv. Reigner: Die 20 000 Zentner Kartoffeln aus Cunrau im Kreise Gifhorn, die Herr Riese erwähnte, sind preußische Kartoffeln; sie gehören zu denen, die wir durch das Abkommen mit dem Gifhorner Landratsamt noch hereinzubekommen hoffen. Im übrigen muß ich feststellen, daß damals, als aus dem Kreise Helmstedt schon alle Kartoffeln herausgeholt waren, es Herr Könnede war, der uns letzten Endes wieder Hilfe gebracht hat, möchte also dem widersprechen, daß die mangelnde Kartoffelversorgung an der Person der Kommissionäre liegt.

Vorsitzender: Herr Steinbrecher hat mir mitgeteilt, daß die Angaben des Herrn Schilke nicht genau den Tatsachen entsprechen. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, wenn ich Herrn Steinbrecher zur Richtigstellung nochmals das Wort erteile.

Stadtv. Steinbrecher: Über das, was Herr Schilke mitteilte, ist mir von dem Direktor der Helmstedter Kohlenbergwerke ebenfalls eine Mitteilung geworden. Es ist darin gesagt, daß es nicht möglich sei, wenn es mit der Arbeit dort in der bisherigen Weise weitergehe, dort zum November noch Kohlen zu beschaffen. Die Direktion führte das darauf zurück, daß die Braunschweiger Arbeiterschaft absichtlich diese Förderung verlangsame. Ich habe zur Klärung der Sachlage jemand vom Arbeitslosenausschuß nach dort geschickt, und dieser hat erklärt, daß die mindere Leistung darauf zurückzuführen sei, daß von 10 Baggern 6 vollständig unbrauchbar sind, weil das Material vollständig in Grund und Boden gewirksam ist. Es ist weiter erklärt, daß man noch etwa 100 Arbeitslose von Braunschweig dort einstellen könnte, wenn die Betriebsmittel wieder in Ordnung gebracht seien. Ich habe dem Direktor von dieser Aufklärung Mitteilung gemacht und möchte auch hier diese Aufklärung geben, damit nicht unnötigerweise die Helmstedter oder Braunschweiger Arbeiterschaft in den Ruf kommt, daß sie an der ungenügenden Förderung von Kohlen in diesem Revier allein schuld sind; es scheint an den ungenügend erhaltenen maschinellen Betriebsmitteln zu liegen.

Stadtv. Benzen: Aus den Ausführungen des Herrn Steinbrecher sehen wir, wie leicht die Öffentlichkeit bereit ist, einzelnen die Schuld beizulegen, wenn in den Kohlenrevieren ungenügende Arbeit geleistet wird, und wie leichtsinnig dabei ver-

fahren wird. Herr Schille hat natürlich an dieser falschen Mitteilung keine Schuld, er ist selbst verkehrt berichtet worden. Es ist eine Tatsache — und jeder Unternehmer würde ohne weiteres darüber Ausagen machen können —, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter durch die schlechte Ernährung heruntergegangen ist. Ich kann nicht umhin, meine Meinung dahin auszusprechen: Wenn man immer ließt, nur Arbeit kann uns helfen, so sehe ich doch täglich eine große Anzahl Leute, die noch gut genährt sind, aber die trotzdem dem Müßiggang frönen und von ihrem Gelde leben. Laß doch diese Leute mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn der Direktor nicht einmal weiß, was in seinem Betriebe passiert, dann wäre es besser, wenn er sich selber an den Abraumarbeiten beteiligte. Diejenigen, die immer solche Predigten halten und dabei besser genährt sind als die Arbeiter, die laß doch ihren Zylinderhut absetzen und selber mitarbeiten.

Dem Antrage des Rechtsausschusses stimmt die Versammlung zu.

4. Antrag Friedrich, betr Aufhebung des freien Handels mit Eiern.

Stadtv. **Steinbrecher:** Es ist von Frau Friedrich der Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, darauf hinzuwirken, daß der freie Handel mit Eiern im Freistaate Braunschweig wieder aufgehoben wird.“ Der Rechtsausschuß, der sich mit dieser Frage eingehend befaßt hat, hat anerkannt, wie ungeheuer schwierig die Sache zu regeln ist. Ehe der Reichs Ernährungsminister den freien Handel mit Eiern aufgehoben hatte, muß nach der Überzeugung des Rechtsausschusses die Eierversorgung außerhalb Braunschweigs noch viel schlechter vonstatten gegangen sein als bei uns in der Stadt. Wir haben in Braunschweig doch wenigstens zu bestimmten Zeiten, wenn auch wenige, Eier bekommen, während es im übrigen Deutschland ganz kunterbunt hergegangen zu sein scheint. Aus den Mitteilungen des Reichs Ernährungsministers kann man schließen, daß die Menge der Eier, die hier geliefert werden konnte, im Reich lange nicht erreicht ist, und daß der Erlaß nicht gekommen wäre, wenn überall in Deutschland die Eierversorgung so geklappt hätte, wie bei uns. Der Reichs Ernährungsminister ist von der verkehrten Ansicht ausgegangen, daß, da im April die Hauptlegezeit der Hühner vorüber sei, zwei Drittel des Bedarfes an Eiern in Deutschland gedeckt wären, und daß wegen der großen Menge der in Deutschland selbst produzierten Eier ein überaus starkes Anschwellen der Preise für Eier nicht stattfinden würde. Darin hat er sich gehörig getäuscht, denn der Preis für Eier ist auf 1,20 und 1,50 M gestiegen.

Nun wird in dem Erlaß gesagt, daß die Preisprüfungsstellen gewissermaßen in der Lage wären, eine Kontrolle über den Preis der Eier auszuüben. Wir

wissen aber alle, daß es unmöglich ist, in dieser Sache Bestimmungen zu treffen, wenn der freie Handel einsetzt. Auf dem Lande kehrt sich niemand an die Festsetzungen der Preisprüfungsstelle, und wenn man mit Bestrafungen anfangen wollte, dann müßten wir alle Leute bestrafen, weil sie alle die Bestimmungen übertreten. Weiter macht dann der Ernährungsminister darauf aufmerksam, daß es ihm zur Genehmigung unterbreitet werden könnte, wenn unsere Landeszentralbehörde den früheren Zustand beibehalten oder andere Anordnungen treffen wolle. Nur Höchstpreise hier in Braunschweig festzusetzen, geht nicht an, denn dann kämen keine Eier nach Braunschweig herein, und so war es schwer zu sagen, was mit dem Antrag zu machen war, wenn wir auch anerkennen, daß er berechtigt ist. Die Erfassung der Eierproduktion auf dem Lande ist ungeheuer schwierig; die Bewohner haben längst nicht mehr Angst vor Hausfuchungen und fernen sich an die Verordnungen der Behörden wenig. Wenn Kontrolleure angestellt würden, dann müßten diese wieder bezahlt und dadurch der Kreis der Eier ganz erheblich verteuert werden, so daß ein Ei vielleicht auf 3—4 *M* zu stehen kommen würde. Damit ist also auch nichts anzufangen.

Jeder wird sagen, daß der frühere Zustand noch besser war, als der jetzige, wo wir überhaupt keine Eier bekommen. Deshalb sind wir uns im Rechtsausschuß dahin einig geworden, daß an die Regierung herangetreten werden solle, in der Zukunft für eine Wiedereinführung des früheren Zustandes einzutreten. Für die diesjährige Periode des Eierlegens ist es mit einem Eingreifen sowieso zu spät. Aber die Reichsregierung solle nicht im dunkeln gelassen werden, wie es diesmal gekommen ist, damit sie im nächsten Jahr nicht wieder die Eierversorgung dem freien Handel überläßt. Die Kommission empfiehlt Ihnen also, weil in diesem Jahre eine Neuordnung doch zu spät kommt, durch unsere Landesregierung an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten, für die nächste Periode den früheren Zustand wieder einzuführen.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen.

5. Änderung des Ortsbauplans für das Gebiet nördlich der Ludwigstraße.

Stadtv. **Marth:** Meine Damen und Herren! Der Stadtmagistrat überreicht der Stadtverordnetenversammlung einen abgeänderten Teilortsbauplan, welcher das Gebiet zwischen der Hamburger Straße, Ludwigstraße, dem Mittelwege und der Straße 849 umfaßt. Die letztere Straße ist diejenige, welche zur Aufnahme des Vorflutkanals für die Straßen auf dem Arteröder Felde in Aussicht genommen ist. Es sind in dem Plan mehrere Süd-Nordstraßen gegenüber dem ersten Entwurf fortgelassen, und außerdem haben einige Straßen eine geringe

Verschiebung erfahren. Auch ist eine Verringerung der Breite einiger Straßen vorgesehen. Ferner soll in dem auf dem Plan bezeichneten Gebiet die beschränkte Bauweise nach Statut Nr. 61 vorgeschrieben werden. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Bebauungsplanes.

Dem Antrage des Bauausschusses wird entsprochen.

6. Neuordnung des Verfahrens bei Vergebung von Arbeiten seitens der Stadt.

Stadtv. **Loßmann:** Meine Herrschaften! Seitens der Braunschweiger Handwerkskammer ist an den Magistrat eine Eingabe gerichtet worden, in der gebeten wird, daß die Vergebung der städtischen Arbeiten in Zukunft anders geregelt werden möge, als das bisher geschehen ist. Ich werde das Schreiben zur Information der Herrschaften vorlesen:

„Schon seit länger als Jahresfrist ist von uns die Frage erwogen, ob es nicht möglich sei, neben der Handwerkskammer eine Organisation zu schaffen, die sich über die den Handwerkskammern durch die Vorschriften der Reichsgewerbeordnung gesetzten Grenzen hinaus auch wirtschaftlich betätigen könnte, um zur weiteren Förderung des Handwerks mit beizutragen. Die bezüglichen Beratungen haben nun dazu geführt, daß der Vorstand in seiner am 4. d. M. stattgehabten Sitzung den Beschluß gefaßt hat, eine besondere „Wirtschaftsstelle für das braunschweigische Handwerk“ mit dem Sitz in Braunschweig zu errichten, und für diese die Verleihung der Rechtspersönlichkeit eines Vereins nach § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erwirken. Die Satzung für diese Wirtschaftsstelle ist bereits dem Wirtschaftskommissariat für Handel und Verkehr zur Genehmigung vorgelegt. Wir glauben deshalb fest damit rechnen zu dürfen, daß die ordentliche Tätigkeit der neuen Organisation in allernächster Zeit aufgenommen werden kann.

Da zu ihren Aufgaben unter anderem auch die Vermittlung von öffentlichen Aufträgen aller Art gehört, richten wir hiermit an den Magistrat das ergebene Ersuchen, bei künftigen Vergabungen handwerksmäßig auszuführender Arbeiten und Lieferungen stets die Wirtschaftsstelle in Anspruch zu nehmen. Zusage besonderer ebenfalls schon beschlossener Anweisung soll ihre Geschäftsleitung in allen geeigneten Fällen Sachverständige aus Fachkreisen zu gutachtlicher Mitarbeit mit beratender Stimme heranziehen, und es sind deshalb auch unsererseits schon Schritte unternommen, um in erster Linie die Innungen zur Bildung von sogenannten Fachausschüssen zu veranlassen, die dann der Wirtschaftsstelle mit Rat

und Tat zur Seite stehen können. Natürlich muß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen letzterer und der Handwerkskammer bleiben, deshalb sollen die beiden Mitunterzeichneten sowie ein aus der Mitte der Mitgliederzahl der Wirtschaftsstelle gewählter Vertreter mit der Geschäftsleitung betraut werden.

Damit die Wirtschaftsstelle bei der Vermittlung von Vergebungen ihre Tätigkeit auch entfalten kann, müßte der Stadtmagistrat ihr zunächst die erforderlichen Preisverzeichnisse für die betreffenden Arbeiten, und zwar ohne Einsetzung von Preisen, sowie die sonstigen Unterlagen, als Zeichnungen, Bewerbungen und Vertragsbedingungen, zugänglich machen. Die Wirtschaftsstelle würde sich dann mit den obengenannten Sachausschüssen in Verbindung setzen und auf Grund der von diesen vorgenommenen Kalkulationen die als angemessen erscheinenden Preise, also solche, bei denen die Bewerber auf ihre Rechnung kommen, einsetzen und die Preisverzeichnisse dem Stadtmagistrat wieder zurückreichen. Sollte dann irgendwelche Aufklärung oder Abänderung noch gewünscht werden oder gar größere Meinungsverschiedenheiten noch bestehen, so könnten diese unter Umständen gleich durch mündliche Aussprache erledigt werden. Wären so alle Zweifel über die festgesetzten Preise beseitigt, so würde die Wirtschaftsstelle einige Handwerksmeister, die sie für die Ausführung der zu vergebenden Arbeiten oder Lieferungen als besonders geeignet ansieht, namhaft machen und dann gleichzeitig den Stadtmagistrat ersuchen, diesen die Arbeiten oder die Lieferungen zu übertragen. Etwaige Unstimmigkeiten auch in dieser Beziehung könnten dann wieder durch mündliche Rücksprache behoben werden. Sind alle diese Vorarbeiten geleistet, so würde der eigentliche Vertragsabschluß mit den Bewerbern erfolgen können. Jedenfalls wird die Wirtschaftsstelle bestrebt sein, bei ihren Vorschlägen nicht nur Innungsangehörige, sondern auch außerhalb der Innungen stehende Handwerker zu berücksichtigen, also in jeder Beziehung völlig unparteiisch verfahren.

Aus dem Gefagten dürfte hervorgehen, daß es unser lebhafter Wunsch ist, mit dem wir eine alte Handwerkerforderung zur Geltung bringen, daß künftig von jeder öffentlichen Ausschreibung handwerksmäßig auszuführender Arbeiten oder Lieferungen Abstand genommen wird. Gerade in der augenblicklichen ernsten Zeit, wo manche zum Teil sehr tief ins Wirtschaftsleben eingreifende Umwälzungen auf allen Gebieten stattgefunden haben, dürfte es wohl kein unbilliges Verlangen von uns sein, wenn wir auch für die Vergebung wenigstens andere Grundsätze eingeführt wissen wollen, die es gestatten, daß manche tüchtige Handwerker, die früher bei öffentlichen Ausschreibungen nur selten oder gar nicht berücksichtigt werden, nunmehr ihre Leistungsfähigkeit durch die Tat beweisen können. In unserem Vorgehen fühlen wir uns noch besonders dadurch bestärkt, daß wir gerade in letzter Zeit schon mehrfach, und zwar in erster Linie von den

Postbehörden, bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen aller Art zu Rate gezogen sind und dadurch verschiedenen strebsamen Handwerkern die Möglichkeit zur Betätigung an öffentlichen Arbeiten verschafft haben. Speziell wollen wir hierbei erwähnen, daß uns vom Postbaurat zu Erfurt II Angebotheftes über Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten für einen Postum- und -erweiterungsbau in Seesen zugegangen sind, und daß später mündliche Verhandlungen mit dem örtlichen Bauleiter hier selbst stattgefunden haben, daß ferner erst vor kurzem uns Kostenanschläge für Maler- und Tischlerarbeiten für das hiesige Postamt zur Prüfung der eingesetzten Preise übermittelt sind, und daß endlich zwecks Übertragung größerer Postwagenreparaturen im Betrage von 25 000 *M* sowie anderer Bauarbeiten für das Postamt im Betrage von nur 400 *M* unsere Vermittlung bzw. die der Wirtschaftsstelle in Anspruch genommen ist, wodurch wir in der Lage waren, die erst gedachten Arbeiten der Lieferungsvereinigung der Wagenbauer, des Stellmacher- und Schmiedegewerbes für das Herzogtum Braunschweig, deren Sitz in Bentierode ist, die letzteren einigen hiesigen Baugewerksmeistern zu überweisen.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß die Wirtschaftsstelle, wenn sie auch als formelle Rechtspersönlichkeit noch nicht besteht, tatsächlich schon während der ganzen Kriegszeit in Tätigkeit gewesen ist, indem die sogenannte wirtschaftliche Abteilung der Handwerkskammer die Vermittlung der überaus großen Anzahl von Kriegslieferungen, deren Gesamtwert nahezu 6 Millionen erreicht, für das braunschweigische Handwerk übernommen hat. Hiernach hoffen wir zuversichtlich, daß der Stadtmagistrat alle von uns dargestellten Bestrebungen hinsichtlich der Errichtung der Wirtschaftsstelle anerkennen wird und die künftige Tätigkeit der neuen Organisation, die, wie wir fest vertrauen, eine recht ersprießliche werden kann und wird, in jeder Beziehung zu unterstützen sich bereit erklärt."

In dieser Eingabe ist also, mit kurzen Worten ausgedrückt, gefordert, daß die städtischen Arbeiten nicht mehr in Submision vergeben werden möchten, sondern daß die Wirtschaftsstelle für das braunschweigische Handwerk unter Hinzuziehung von Fachausschüssen die Preise für die Arbeiten festsetzen und dem Magistrat anheimgeben solle, der und der Handwerksmeister wird die Arbeiten für den angegebenen Preis auszuführen in der Lage sein. Bei Differenzen ist die Wirtschaftsstelle bereit, Rücksprache mit dem Magistrat zu nehmen. Im übrigen sagt die Eingabe in der Hauptsache, daß die Wirtschaftsstelle die ganze Vergebung der städtischen Arbeiten in die Hand nehmen soll und der Magistrat eigentlich nur noch zu bezahlen hat.

Der Ausschuß zur Vergebung der städtischen Bauarbeiten hatte sich mit dieser Frage schon vor einiger Zeit befaßt, und wir sind dort zu dem Entschluß

gekommen, daß für die Entscheidung dieser Frage der genannte Ausschuß nicht zuständig wäre, und sind in Übereinstimmung mit dem Stadtmagistrat der Meinung, daß diese Sache zunächst an die Stadtverordnetenversammlung zur gutachtlichen Äußerung zu überweisen sei. Es hat sich darauf auch der Bauausschuß mit der Frage befaßt, und dieser ist nach längerer Aussprache zu dem Beschlusse gekommen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, dem Vorschlage der Handwerkskammer die Zustimmung nicht zu geben. Es soll aber der Handwerkskammer überlassen bleiben, dem Stadtmagistrat andere Vorschläge einzureichen. Ich empfehle namens des Bauausschusses, dem Beschlusse beizustimmen.

Stadtv. Wahrenndorf: Meine Herrschaften! Die Grundidee, die in dieser Eingabe enthalten ist, muß ohne weiteres als eine gute bezeichnet werden. Wer lange Jahre im praktischen Leben steht und vor allen Dingen Erfahrungen über die Vergebung der öffentlichen Arbeiten gemacht hat, der weiß, wie nötig es ist, daß diese Sache geändert wird. Es würde zu weit führen, wenn ich Einzelheiten vorbringen wollte, aber es wird Ihnen aus der Presse und aus eigener Anschauung genügend bekannt sein, welche Mißstände im Submissionswesen vorhanden sind. Die Handwerkskammer hat sich schon seit langer Zeit bemüht, diese Mißstände wenigstens etwas einzuschränken und die Vergebung der städtischen Arbeiten auf eine etwas gesündere Grundlage zu stellen, und auf diese Weise ist sie zu ihrem Antrage gekommen. Ich gebe zu, daß die Regelung, wie sie empfohlen wird, nicht ganz richtig ist, denn es erforderte viele Vorarbeiten, ehe man bei dieser Regelung zum Ziele kommen würde. Man würde durch die Neueinrichtung wiederum eine Behörde gegenüber der jetzigen Behörde schaffen, und das müßte dann etwas mehr gesetzlich festgelegt werden. Jedenfalls aber bitte ich die Herrschaften, die Sache nicht so zu betrachten, daß die Neuordnung überflüssig wäre oder, wie der Herr Referent sagte, daß die Stadt bei der ganzen Sache später weiter nichts zu tun habe, als die fertigen Arbeiten zu bezahlen. So ist es denn doch nicht. Ich könnte aus meiner langjährigen Erfahrung vieles darüber vorbringen, wie es bei dem Submissionswesen zugegangen ist, könnte Ihnen Bilder vorführen, die nicht gerade zugunsten der städtischen Behörden ausfallen würden. Ich vermeide es aber absichtlich, damit nicht ein Stachel in die Sache hineinkommt und wir auf gesunder Grundlage später etwas Zweckentsprechendes schaffen können. Jedenfalls bitte ich, wenn eine neue Vorlage der Handwerkskammer kommt — und ich werde meinen Einfluß dafür einsetzen, daß etwas herauskommt, was Ihre Zustimmung finden kann —, daß dann die Herrschaften mit Wohlwollen an die Prüfung herantreten, weil auf diesem Gebiete etwas geschehen muß, um gesunde Zustände hervorzubringen. Die Stadt wird sich auf alle Fälle, sowohl finanziell wie auch in anderer Richtung, besser stehen, wenn die Vergebung

der Arbeiten in der hier angeregten Weise gemacht wird; das ist meine feste Überzeugung. Jedenfalls ist aber die vorgeschlagene Regelung noch nicht zeitgemäß, und deshalb bitte auch ich, sich damit einverstanden zu erklären, wie Herr Tostmann als Referent vorschlug, daß die Stadt sich bereit erklärt, andere Vorschläge der Handwerkskammer in Empfang zu nehmen. Eben ist die Bauperiode noch nicht in dem Maße in Gang gekommen, daß man sagen müßte, daß die Entscheidung eilt, aber jedenfalls müssen wir in absehbarer Zeit etwas in der Sache tun.

Stadtv. Rönneburg: Auch wir sind der Meinung, daß das Verdingungs- wesen oder, wie es früher hieß, das Submissionswesen, der Verbesserung dringend bedarf. Die bisherige Handhabung hat wirklich zu schweren Mißständen geführt. Die Schäden des Verdingungswesens haben in der Hauptsache die Handwerker zu tragen gehabt, sie haben zu Schleuderkonkurrenz und zu Unterbietungen geführt, und auch die Allgemeinheit, die die Arbeiten zu vergeben hatte, ist bei dem bisherigen Verdingungswesen nicht gut gefahren. Wir sind der Ansicht, daß der Grundgedanke, der in der Eingabe zum Ausdruck kommt, gut ist. Darum sind wir bereit, an seiner Ausgestaltung mitzuarbeiten, und halten den Vorschlag, daß wir uns bei Vergabe der städtischen Arbeiten in weitgehendem Maße auf die Organisation der Handwerkskammer stützen, für richtig. Vielleicht sind die Vorschläge der Handwerkskammer in dieser Beziehung noch nicht genügend geklärt und gehen in mancher Beziehung wohl auch etwas zu weit. Man kann doch nicht so weit gehen, daß man den Arbeitgeber fast ganz ausschaltet, so daß dem Magistrat, wie Herr Tostmann sagt — es war das vielleicht etwas stark ausgedrückt —, nur das einzige Vergnügen bleibt, zu bezahlen. Daß wir uns aber bei der Vergabe der städtischen Arbeiten und der Festsetzung der Bedingungen dafür der Mithilfe der beteiligten Kreise versichern wollen, das ist ein Gedanke, der heute auf allen Gebieten marschiert, der auch hier mit nutzbar gemacht werden muß. Besonders läßt sich durch Heranziehung der Fachausschüsse die Möglichkeit schaffen, das Verdingungswesen besser zu gestalten. Ich denke mir die Sache so, daß durch Heranziehung der beteiligten Kreise ein Mindestpreis festgesetzt wird, der nicht unterboten werden darf, denn es ist festgestellt, daß es eine Unmöglichkeit ist, unter dieser Mindestsumme Lieferungen zu machen. Solche Lieferungen würden sowohl den Lieferanten, wie auch den zu Beliefernden schädigen, denn gute Arbeit ließe sich dafür nicht leisten. Es würde sodann darauf Rücksicht genommen werden müssen, daß das Verdingungswesen so gestaltet werden kann, daß ein Auftrag in eine größere Anzahl Lose verteilt wird, um auf diese Weise möglichst vielen Handwerkern Gelegenheit zu geben, lohnende Arbeit zu erhalten und nicht immer wieder die Aufträge in die Hand weniger Handwerker kommen zu lassen, die darauf eingefuchst sind und durch ihre Verbindungen es ermöglichen konnten, die

Aufträge in erster Linie sich zunütze zu machen. Wenn wir hierzu die Mithilfe aus beteiligten Kreisen heranziehen, so beschreiten wir damit einen guten Weg. Wir haben von unserer Fraktion aus den dringenden Wunsch, daß die Verhandlungen mit der Handwerkskammer fortgeführt werden möchten, damit wir ein Ergebnis erzielen, das einerseits zum Vorteil der Handwerker, andererseits aber auch zum Vorteil der Stadt führt. Wir glauben durch die Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis kommen zu können.

Dem Antrag des Bauausschusses stimmt die Versammlung zu.

Stadtv. **Tostmann:** Meine Damen und Herren! Da Sie diese Eingabe der Handwerkskammer abgelehnt haben, stellt der Stadtmagistrat mit Zustimmung des Bauausschusses den Antrag, daß die Stadtverordnetenversammlung zustimmen möge, daß bis auf weiteres eine Vergebung aus freier Hand dann zugelassen wird, wenn der Wert der einzelnen Leistung oder Lieferung den Betrag von 5000 *M* nicht übersteigt. Bisher hat der Stadtmagistrat Arbeiten bis zum Betrage von 1000 *M* freihändig vergeben können. Bei dem Sinken des Geldwertes ist der Antrag des Stadtmagistrats wohl berechtigt. Der Bauausschuß hat ihm zugestimmt und empfiehlt Ihnen seine Annahme.

Auch diesem Antrage des Bauausschusses stimmt die Versammlung zu.

7. Errichtung von zwei Schalthäusern auf dem Kleinen Exerzierplatz und dem St.-Leonhard-Platz.

Stadtv. **Stegmann:** Das Elektrizitätswerk hatte schon vor einigen Jahren, während des Krieges, um die Genehmigung ersucht, das Drehstrom-Ringkabelnetz zu erweitern, da namentlich die in der westlichen Hälfte der Stadt liegenden Fabriken, die an die Stromleitung angeschlossen sind, nur eine einseitige Stromzuführung haben, wodurch bei an diesem Kabel auftretenden Störungen in jedem Falle sämtliche Angeschlossenen in Mitteleidenschaft gezogen werden. Durch die Fertigstellung der Ringleitung stehen demnächst zwei Wege für die Stromzuführung zur Verfügung, so daß solche Störungen der Fabrikbetriebe durch mangelnde Stromzuführung ausgeschlossen sind. Das Kriegsamt hat damals die Genehmigung versagt. Die Elektrizitätsgesellschaft hat sich nunmehr an den Magistrat gewandt mit dem Ersuchen, zu genehmigen, daß die Elektrizitätsgesellschaft die Kabellegung mit Schalthäuschen auf den städtischen Straßen ausführen und die Kosten dem Anlagekapital der Gesellschaft zuschreiben dürfe. Das eine der Schalthäuschen soll auf dem Exerzierplatze, das andere auf dem St.-Leonhard-Platze aufgestellt werden; die Zeichnungen dafür sind ausgehängt. Es handelt sich

um geschmackvoll ausgeführte kleine Häuschen, wie eins auch auf dem Amalien-
plazze steht. Was das erstere betrifft, so wünschte das Elektrizitätswerk ursprüng-
lich, daß es in die Nähe des Reitweges bei dem Spielplatzgebäude aufgestellt wer-
den sollte. Da es dort nicht hinkommen darf, so ist ein anderer Platz dafür ge-
sucht, den Sie auf dem Lageplan mit Bleistift unter B eingesetzt finden; er liegt
weiter nach dem Büldenweg zu. Auf dem Leonhardplazze soll das Häuschen auf
der östlichen Seite beim Landgestüt unter die Bäume zu stehen kommen.

Der Bauausschuß hat die Sache vorberaten und empfiehlt der geehrten Ver-
sammlung zuzustimmen, daß der Elektrizitätsgesellschaft die Genehmigung zur
Aufstellung der Häuschen erteilt wird.

Die Genehmigung wird erteilt.

8. Ausbau von Straßen der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft in der Kälberweide.

Stadtv. **Reißner:** Meine Damen und Herren! Vor einigen Wochen haben
Sie dem Ortsbauplan für das zu besiedelnde Gelände Kälberweide in der Feld-
mark Altpetritor zugestimmt. Wie Ihnen bekannt sein wird, will die Braun-
schweigische Siedlungsgesellschaft Heimstätten in Gestalt von kleinen Häusern er-
richten. Weil sie nun jetzt schon mit dem Bau der ersten Häuser beginnen will,
hat die Siedlungsgesellschaft beantragt, zunächst die Straßen für die Siedlung
auszubauen, so daß die ersten Häuser möglichst im Laufe des Herbstes bezogen
werden können. Der seinerzeit angenommene Ortsbauplan ist ausgehängt; auf
ihm können Sie die Straßen aufgezeichnet finden, um die es sich heute handelt.
In diesem Jahr sollen ausgebaut werden die Straßen 1003, 1004, 1005, 356 a
und 357 a. Um zu diesen Straßen gelangen zu können, soll ein Zufahrtsweg
vom Rudolphplatz hergestellt und in angemessener Weise befestigt werden. Ein
weiterer Zugang soll durch die Anlage eines Fußweges in der westlichen Ver-
längerung der Honrothstraße bis zur Maibaumstraße hergerichtet werden. Der
Magistrat bemerkt hierzu:

Die Kosten der Gas- und Wasserleitung sollen in vollem Umfange sofort von
der Stadt übernommen werden.

Auf die Herrichtung eines Abwässerkanals wird verzichtet, da die Abwässer
in wasserdichten Gräben aufgefangen werden sollen. Nach dem Gesetz über Er-
leichterung von Kleinhäusbauten vom 12. August 1918 ist dies für solche Klein-
häusbauten statthaft, die im Außengebiet der Stadt liegen und genügend große
Gartenflächen zur Verwertung der Abfallstoffe aufweisen. Die einzelnen Grund-

stücke, die hier in Betracht kommen, haben alle eine Größe von $\frac{1}{4}$ Morgen, die Voraussetzungen für Anlegung dieser Abwässergruben treffen hier also zu.

Die Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung übernimmt die Stadt auf ihre Kosten.

Die Herstellung eines befestigten Zufahrtweges vom Rudolphsplatze bis zur Siedlung übernimmt die Stadt, ebenso auch die des provisorischen Fußweges in der Verlängerung der Honrothstraße.

Das in dem eben Angeführten gezeigte erhebliche Entgegenkommen will die Stadt bekunden, weil es sich in diesem Falle um die Förderung des Kleinhausbaues handelt.

Im Bauausschuß ist die Sache beraten, und er empfiehlt Ihnen, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen, die dahin gehen:

1. den vorgelegten Vertragsentwurf zu genehmigen,
2. zuzustimmen, daß die sämtlichen auf Kosten der Siedlungsgesellschaft auszubauenden Straßen zu Ortsstraßen erklärt werden,
3. die Kosten für Herrichtung der Gas- und Wasserleitung im Betrage von 42 000 *M* zu Lasten des Reservefonds der Licht- und Wasserwerke und die Kosten des oberirdischen Ausbaues im Gesamtbetrage von $50\,400 + 29\,700 = 80\,100$ *M* zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen.

Ein Entwurf und genaue Kostenanschläge für den oberirdischen Ausbau der Straßen ist der Vorlage beigelegt. Ich bemerke noch, daß die Kosten für den Ausbau der Straßen, soweit sie auf Siedlungsgelände liegen, von der Siedlungsgesellschaft zu tragen sind. Mit dem jeweiligen Fortschreiten der Arbeiten werden von ihr darauf Vorschüsse geleistet, so daß bei Fertigstellung der Straßen die Kosten der Stadt zurückgezahlt sind. Nur die Kosten für die Herrichtung der Zufahrtwege gehen zu Lasten der Stadt.

Ich bitte namens des Bauausschusses, den Magistratsanträgen zuzustimmen.

Die Anträge des Magistrats werden entsprechend der Befürwortung des Bauausschusses angenommen.

9. Legung eines Gashauptrohres in der Schunterstraße.

Stadtv. Niese I: Der Polizeiwachtmeister Könnicke hat beim Magistrat beantragt, ihm für sein Grundstück, das an dem Teil der Schunterstraße liegt, der bisher noch nicht ausgebaut ist, Gasanschluß zu gewähren und dafür ein 100 mm weites Gashauptrohr zu legen. Er ist bereit, die Kosten dafür, die zu etwa 1400 *M* von der Direktion der Licht- und Wasserwerke geschätzt sind, einstweilen zu übernehmen, ist damit einverstanden, daß die Rohre sofort in das Eigentum

der Stadt übergehen und sie berechtigt ist, ohne Entschädigung des Antragstellers jederzeit für andere Abnehmer den Anschluß an die fragliche Leitung herzurichten. Der Magistrat ist mit dem Antrag einverstanden und ersucht die Stadtverordneten, zuzustimmen, daß das Gasrohr auf Kosten des Antragstellers unter den genannten Bedingungen gelegt wird, und daß die Erstattung der Anlagekosten für den Fall zugesichert wird, daß durch das aufgenommene Gasgeld die Anlagekosten sich mit 5 Prozent verzinsen.

Der Bauausschuß hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Bauausschusses gemäß.

10. Erhöhung der Gebührensätze für Wannenbäder in den städtischen Volksbadeanstalten.

Stadt v. **Reißner**: Es hat sich herausgestellt, daß die städtischen Brausebäder in den letzten Jahren mit einem erheblichen Fehlbetrage gearbeitet haben. Wenn auch schon im Jahre 1912/13 sich ein kleiner Fehlbetrag gezeigt hatte, so hatte sich doch im Jahre 1913/14 wieder ein Überschuß gezeigt. Seit dem Jahre 1916/17 aber ist der Fehlbetrag größer geworden. Er beträgt für das genannte Jahr 2646,47 *M* bei einer Gesamteinnahme von 15 973 *M*, und für das Jahr 1917/18 hat sich sogar ein Fehlbetrag von 9641,51 *M* bei einer Gesamteinnahme von 16 312,72 *M* herausgestellt. Es ist anzunehmen, daß im verflossenen Geschäftsjahre der Fehlbetrag noch über 9600 *M* hinausgewachsen sein wird. Mit Rücksicht darauf, daß doch auch bei diesen Wohlfahrtseinrichtungen die Ausgaben durch die Einnahmen einigermaßen gedeckt sein sollen, schlägt der Magistrat vor, die Preise für die Wannenbäder von 30 auf 50 Pfennig zu erhöhen. Zum Vergleich wird angeführt, daß ein Wannenbad im Volksbade in Halle 45 Pfennig kostet, in Uckerleben 50 Pfennig, in Cassel ebenfalls 50 Pfennig, in Hannover 80 Pfennig, in Magdeburg 40 Pfennig, in Nordhausen 60 Pfennig, und daß anzunehmen ist, daß in den privaten Badeanstalten ein Wannenbad unter einer Mark überhaupt nicht zu haben sein wird. Die Sätze von 10 Pfennig für das Brausebad und 20 Pfennig für das Sitzbad sollen nach dem Magistratsvorschlage von der Änderung unberührt bleiben. — Der Finanzausschuß, der die Vorlage des Magistrats geprüft hat, empfiehlt Ihnen Annahme des Magistratsantrages, also eine Erhöhung der Gebühr für Wannenbäder von 30 auf 50 Pfennig.

Der Erhöhung des Preises für Wannenbäder wird zugestimmt.

11. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Meine Damen und Herren! In der Ihnen allen zugewandten Vorlage beantragt der Magistrat, daß vom 1. Juni ab der Preis für das durch gewöhnliche Messer abgegebene Gas von 26 auf 35 Pfennig und der für das durch Automaten abgegebene Gas von 27 auf 38 Pfennig für das Kubikmeter erhöht werde.

Als Begründung für diesen Antrag führt der Magistrat folgendes an: Es seien in der letzten Zeit Steigerungen der Kohlenpreise und Bahnfrachten, ebenso eine Erhöhung der Arbeitslöhne und Gehälter eingetreten, die Betriebskosten der Gaswerke seien dadurch außerordentlich gestiegen, und sie würden voraussichtlich künftig noch mehr steigen, so daß ein bedenklicher Rückgang der Reinerträge und dadurch eine wesentliche Schwächung des Haushaltsplanes eintreten müsse, wenn nicht die Gaspreise erhöht würden. Es würde allein schon ein Verlust von 731 200 *M* entstehen, wenn das Gas zu den alten Preisen weiter abgegeben würde. Daraufhin ist die Deputation für die Gas- und Wasserwerke zu dem Entschluß gekommen, zunächst die Preise für Grob- und Kleinkoks zu erhöhen. Das ist eine Maßnahme, die ohne weiteres für sich allein zu treffen die Deputation ermächtigt ist; es bedarf dazu nicht der Zustimmung der Stadtverordneten. Mit seinem Vorschlage, den Gaspreis auf 35 und 38 Pfennig festzusetzen, verläßt der Magistrat die gutachtliche Meinungsäußerung der Deputation, die nur eine Erhöhung auf 32 und 35 Pfennig für das Kubikmeter Gas beantragt hatte. Wenn eine Erhöhung auf 32 Pfennig für das durch gewöhnliche Gasmesser abgegebene Gas eintreten würde, so würde für die Gaswerke nur ein Überschuß von 148 900 *M* bei Zurückstellung von 300 000 *M* für den Reservefonds verbleiben. Nun sagt der Magistrat, es würde durch diesen geringen Überschuß von nur 148 900 *M* gegenüber dem im Haushaltsplan vorgesehenen Überschuß von 395 000 *M* ein Ausfall für den letzteren von rund 250 000 *M* eintreten, und er ist der Meinung, daß das Ordinarium einen solchen Ausfall nicht erleiden darf, und fordert deshalb, indem er über den Antrag der Deputation hinausgeht, eine Erhöhung des Gaspreises auf 35 und 38 Pfennig.

Bezüglich der Automaten ist eine Anzahl Anträge gestellt, deren Inhalt ich hier wohl nicht zu verlesen brauche; ich beschränke mich, darauf hinzuweisen, was in der Vorlage auf Seite 5 darüber gesagt ist.

Hinsichtlich des Wasserwerks sagt der Magistrat folgendes: Würde eine Erhöhung des Wassergeldes nicht eintreten, so würde in dem Betriebe des Wasserwerkes ein Fehlbetrag von jährlich 21 000 *M* entstehen, während ein Überschuß von 155 100 *M* veranschlagt ist. Die Verhältnisse sind hier ganz ähnlich wie bei dem Gaswerke; einen solchen Ausfall kann das Ordinarium nicht vertragen. Der

Magistrat schlägt deshalb eine Erhöhung des Wassergeldes von 20 auf 24 Pfennig vor. Damit würde der durch die Mehrkosten des Betriebes erwachsende Ausfall nicht vollständig gedeckt werden, weil der Magistrat nunmehr auch anerkennen will, daß die Stadt den Ausfall trägt, der ihr erwächst durch die Annahme des Antrages aus der Stadtverordnetenversammlung, daß die Mindestmenge Wasser, die durch die Wassermesser gehen soll, auf die Hälfte herabgesetzt wird. Der Magistrat knüpft die Annahme dieses Antrages durch ihn an die Voraussetzung, daß der Erhöhung des Wassergeldes im ganzen zugestimmt wird; beides ist ein zusammenhängender Antrag des Magistrats.

Diese Vorlage des Magistrats wurde dem Finanzausschuß erst in der Sitzung am vorigen Dienstag übergeben, und dieser war deshalb nicht in der Lage — ein Berichterstatter war nicht bestellt —, einen Beschluß fassen zu können. Es ist mir also nicht möglich, namens des Finanzausschusses hier Vortrag zu halten, und ich muß die Beschlußfassung, welche Stellung die geehrte Versammlung zu den Magistratsanträgen einnehmen will, der Versammlung selbst überlassen. Meine Meinung zu der Sache ist folgende:

Es ist durchaus zutreffend, wenn der Magistrat sagt, daß ein solch bedeutender Ausfall, wie der durch das Gaswerk von 250 000 *M.*, von dem Stadthaushalt nicht getragen werden kann. Es würde dadurch der bedeutende Fehlbetrag des laufenden Jahres, der mit 3 202 700 *M.* angesetzt ist, um noch eine weitere Viertel-million Mark erhöht werden. Man könnte nun auf den Gedanken kommen, daß man die Rückstellung von 300 000 *M.* für den Reservefonds der Gaswerke um etwas verringern könnte. In Übereinstimmung mit dem Stadtmagistrat halte ich aber eine solche Verringerung nicht für zulässig und empfehlenswert. Es wird schon in der Vorlage darauf hingewiesen, daß allein 150 000 *M.* dazu verausgabt werden oder verausgabt worden sind, um in dem Gaswerk an der Taubenstraße ein neues Kesselhaus zu errichten, und der weitere Betrag von 150 000 *M.* wird im Laufe des Finanzjahres deswegen ebenfalls beansprucht werden, weil eine Anzahl von Straßen neu mit Gasrohren zu belegen sind. Wenn wir also den Betrag von 300 000 *M.* für den Reservefonds herabsetzen würden, so würde ein Defizit entstehen, oder wir müßten die Belegung von Straßen mit Gasrohren unterlassen, und das wäre im höchsten Grade bedauerlich. Es ist darauf hinzuweisen, daß der Erneuerungs- und Reservefonds augenblicklich keine Mittel besitzt. Erst die ihm zu überweisenden 300 000 *M.* setzen ihn in die Lage, die Kosten für den Umbau des Dampfkesselhauses und für die Belegung der Straßen mit Gasrohren zu bestreiten. Es ist auch die schon früher bestehende Ansicht durchaus gerechtfertigt, daß nach wie vor die technischen Werke mit zu den Kosten des Stadthaushalts beitragen müssen; es würde nach meiner Ansicht nicht richtig sein, wenn man von diesem Grundsatz abweichen und sagen würde: Wir wollen uns

mit geringeren Überschüssen begnügen und den auf 3 200 000 *M* veranschlagten Fehlbetrag um noch eine Viertelmillion verschärfen. Ich möchte deshalb für meine Person beantragen, daß die Versammlung dem Magistratsantrage bezüglich der Bemessung der Gaspreise folgt.

Bezüglich der Vorschläge, die über die Preise für Automatengas gemacht sind, habe ich nichts Besonderes zu erwähnen. Ich finde die Vorschläge für zutreffend, insbesondere ist ganz richtig vorgeschlagen, daß jetzt nicht mehr die Automaten und Einrichtungsgegenstände zu den bisherigen Preisen abgegeben werden können. Es ist auch ein richtiges Verfahren, daß in entgegenkommender Weise den bisherigen Inhabern von Gasautomatenanlagen Gelegenheit gegeben wird, der Beschaffenheit der Apparate und Einrichtungsgegenstände entsprechend, sie zu einem angemessenen Preise zu erwerben.

Was die Erhöhung der Wasserpreise betrifft, so ist in der Vorlage mit Recht ausgeführt, daß auch hier der Fehlbetrag, der ohne die Erhöhung eintreten würde, durch das Ordinarium nicht getragen werden könnte. Bei einer Abgabe von jährlich 4 Millionen Kubikmeter würde sich die Einnahme des Wasserwerkes durch den höheren Wasserpreis um 160 000 *M* erhöhen, und wenn dann zugleich der Betrag von 24 000 *M* durch Genehmigung des Antrages Frede davon abgeht und nur ein Mehrertrag von 136 000 *M* erreicht wird, so würde damit der bereits in dem Stadthaushaltsplan eingesezte Gewinn von 155 000 *M* auch bei Annahme des Magistratsantrages nicht ganz erreicht werden; das Ordinarium würde trotz der Erhöhung des Wassergeldes auf 24 Pfennig immer noch um 19 000 *M* geschwächt und darnach die vorgeschlagene Erhöhung auf 24 Pfennig nach meiner Überzeugung durchaus gerechtfertigt sein.

Ich empfehle die Anträge des Magistrats der verehrten Versammlung zur Genehmigung und glaube, daß mit der Annahme dieser Sätze in beiden Beziehungen das Richtige getroffen wird.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Damen und Herren! Als wir vor wenigen Monaten — ich glaube, es war zu Ende des Januar — die Gaspreiserhöhung bewilligten, glaubten wir alle, daß der Höhepunkt nun erreicht sei und wir uns nun in absteigender Linie bewegen würden. Leider sind wir in dieser Erwartung arg getäuscht worden; wir sehen, daß statt eines Abbaues der Preise wieder eine Erhöhung eintreten soll. Mit einem Schlage soll, folgend auf die Erhöhung von 7 Pfennig vor einigen Monaten, jetzt wiederum eine Erhöhung um 6 Pfennig für das Kubikmeter eintreten. Das ist eine ungeheuerliche Belastung der Bevölkerung schon nach den Vorschlägen, wie sie die Deputation gemacht hat, der Magistrat aber will nun noch um 3 Pfennig höher gehen. Da müssen wir uns ernstlich fragen: Muß es denn sein? Leider müssen wir zugestehen, daß wir angesichts der

kolossalen Steigerung der Kohlenpreise, Frachten, Löhne usw. nicht darum hinwegkommen, die Gaspreise wiederum zu erhöhen, weil sonst unsere Gaswerke mit einem Fehlbetrage von 700 000 *M* abschließen würden und die Stadt schließlich aus ihrem eigenen Säckel das Defizit decken müßte. So schwer es also uns auch wird, wir müssen in den saueren Apfel beißen und eine Erhöhung der Gaspreise bewilligen; aber ich bin der Meinung, daß wir nicht über die Deputationsvorschläge hinausgehen. Der Herr Berichterstatter hat, wie er ja auch gesagt hat, nicht für den Ausschuß gesprochen, sondern nur persönlich die Annahme der Magistratsvorlage empfehlen können. Ich meine, wie die Dinge liegen, genügt die Erhöhung des Gaspreises nach den Vorschlägen der Deputation vollkommen, und namentlich die kleinen Verbraucher werden es schwer empfinden, wenn sie wiederum für das ungenügende, schlechte Gas 6 Pfennig mehr bezahlen sollen.

Die Dinge liegen für unsere städtischen Finanzen denn doch nicht so ungünstig, wie sie hier geschildert werden. Wenn dem Reservefonds 300 000 *M* zugeführt werden können und außerdem noch ein Überschuß von 149 000 *M* verbleibt, dann müssen wir uns unter den jetzigen Verhältnissen damit begnügen. Außerdem aber noch durch eine besondere Erhöhung 250 000 *M* einzuheimsen, dazu sollte man angesichts der traurigen Lage, in der sich die Bevölkerung heute befindet, die Hand nicht bieten. Ich finde es ungerecht, daß die Gasverbraucher diejenigen sein sollen, welche den Fehlbetrag der Stadt aufbringen. Bisher war es ein ungerechtes Verfahren, daß die Einnahmen des Gaswerkes dazu dienen, die Steuerlast der Allgemeinheit zu erleichtern. Immerhin haben wir es bisher so hingenommen, aber unter den jetzigen Verhältnissen noch höhere Preise zu verlangen, um den allgemeinen Steuersäckel zu entlasten, das halte ich für verkehrt. Man muß auch bedenken, daß lange nicht alle Einwohner Gasverbraucher sind; wir haben aus den ärmeren Kreisen eine ganze Menge Einwohner, die kein Gas verbrauchen. Ich bitte, sich deshalb mit den Vorschlägen zufrieden zu geben, die die Deputation macht, und 32 Pfennig für das Kubikmeter zu erheben. Im übrigen bin ich einverstanden, daß für die Automaten die beantragten 3 Pfennig mehr erhoben werden, und daß die Versammlung auch den weiteren Änderungen und Erhöhungen bezüglich der Gaswerke zustimmt.

Was das Wassergeld betrifft, so bin ich im Zweifel, ob man mit der Erhöhung desselben gleich so hoch gehen soll — allerdings würde dann der Reingewinn wegfallen. Ich bitte, sich erst einmal mit einer Erhöhung um 2 oder 3 Pfennig zu begnügen. Ich befürchte, daß bei einer Erhöhung auf 24 Pfennig von den Vermietern gleich die Mietschraube angelegt und die Mehrkosten für Wasser abgewälzt werden, vielleicht in höherem Maße, als sie jetzt beantragt wird. Sollte es nicht genügen, 2 Pfennig Aufschlag zu nehmen, so daß die Hausbesitzer nicht so sehr Veranlassung haben, eine Mieterhöhung auf Grund der neuen Ver-

hältnisse eintreten zu lassen? Ich bitte Sie, auch diesen Vorschlag mit zu erwägen.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Meine Damen und Herren! Daß es dem Magistrat nicht leicht geworden ist, diese Vorlage einzubringen, brauche ich wohl nicht zu sagen. In einer Zeit, wo alle Welt über die ungeheuere Teuerung klagt, mit einem Antrag auf Erhöhung der Preise für Gas und Wasser kommen zu müssen, ist eine undankbare Aufgabe für den Magistrat —, aber die Not zwingt uns dazu. Während früher die Erträge der Gas- und Wasserwerke insofern eine recht angenehme Verwendung für die Stadtverwaltung fanden, als wir nur ein Fünftel davon beim Ordinarium zur Deckung der laufenden Ausgaben verwandten und die übrigen vier Fünftel leichtem Herzens für Ausgaben, die nicht unbedingt nötig waren, zurückerstatten konnten, hat sich inzwischen das Bild vollständig verändert. Die ganzen Einnahmen der Gas- und Wasserwerke dienen jetzt dazu, um das unglückselige Defizit wenigstens allmählich zu tilgen und beizugehen etwas davon abzutragen, es nicht ins Ungemessene anschwellen zu lassen. Es ist bei Vorlage des Haushaltsplanes Ihnen auseinandergesetzt, wie wir dabei verfahren wollen. Das Defizit wird im Ausgleichsfonds gebucht, vier Fünftel der Überschüsse aus dem Betriebe der Gas- und Wasserwerke fließen ihm zu, und so wird der entstandene Fehlbetrag in etwas gemildert. Ich glaube, Sie alle fühlen sich ebenso wie der Magistrat mit dafür verantwortlich, daß eine gar zu unsolide Schuldenwirtschaft in den städtischen Finanzen nicht einreißt; wir ziehen doch beide denselben Strang.

Herr Stegmann hat nun verschiedene Gründe angeführt, weshalb die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise nicht bis auf das vom Magistrat beantragte Maß hin geschehen soll. Man kann nichts dagegen sagen, wenn er die Klagen über die allgemeine Teuerung als Grund anführt, aber mit einem nicht genügend aufgefüllten Reservefonds ist nichts anzufangen, und auch der Herr Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß der Reservefonds nicht geschwächt werden dürfe. 300 000 M sollen für den Reservefonds zurückgestellt werden, und wenn davon schon in der vorigen Sitzung 150 000 M als Ausgabe bewilligt worden sind, so ist das an sich schon eine etwas ungemütliche Sache. Im allgemeinen bewilligt man aus dem Reservefonds nur dann etwas, wenn er einen Bestand aufweist — das ist bei den Gaswerken aber nicht der Fall. Wir haben den Reservefonds aufgebraucht, um die vorsichtige Wirtschaft, die wir bisher in den Gaswerken getrieben haben, fortsetzen zu können, haben namentlich die ganze Erweiterung des Gaswerks an der Taubenstraße aus laufenden Mitteln — denn das sind die Erträge, die in den Reservefonds fließen — vollständig gedeckt und sitzen jetzt mit dem Reservefonds auf dem trockenen. Es sind nicht nur die von dem

Herrn Referenten angeführten Sachen, Neubau des Kesselhauses, Gas- und Wasseranlagen bei Straßenbauten, die als dem Reservefonds zur Last fallend, in Betracht kommen, es sind z. B. auch die Gasmesser ganz gewaltig im Preise gestiegen, und es wird nicht darum megezukommen sein, hier und da abgängig gewordene Gasrohre zu erneuern. Wir müssen das Gas den Abnehmern ordnungsmäßig zuführen, und die Rohre zu reinigen, kostet auch einen ganz erheblichen Betrag. Es wird also meiner Ansicht nach nicht angängig sein, den Reservefonds abzuschwächen. Wir sind im Magistrat bemüht gewesen, soviel als möglich die Ausgaben im Haushalt der Stadt herunterzudrücken; es ist uns aber nicht gelungen, das Defizit zu vermeiden. Eins aber noch zu bemerken halte ich mich für berechtigt und verpflichtet: Eine wesentliche Verschlechterung des Standes der Gaswerke rührt aus der Erhöhung der Löhne her. Ich habe mit unseren Arbeitern über die Lohnerhöhungen verhandelt, und man hat mir dabei ganz ruhig gesagt: Wir Arbeiter sind gern bereit einer wesentlichen Erhöhung der Preise für Gas und Wasser zuzustimmen, aber wir verlangen, daß die Löhne erhöht werden. Wir können uns auch auf den Standpunkt stellen: Wir sind nun einmal in dieser Sache Kaufleute und müssen kaufmännisch operieren. Wenn man berücksichtigt, was für ein großes Objekt bei den Gas- und Wasserwerken in Frage kommt, welcher große Umsatz für sie notwendig ist, dann ist der Verdienst, den wir aus den Werken bisher erzielt haben, kein ungeheuerlicher. Ich habe aus dem Etat anderer Städte gesehen, daß sie aus ihren Werken viel höhere Reinerträge herauswirtschaften, als wir das tun, und so möchte ich doch bitten, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen.

Es ist richtig, daß die Deputation in ihren Anträgen nicht so weit gegangen ist, wie der Magistrat. Aber ich habe schon in der Beratung des Ausschusses darauf hingewiesen, daß man es ein paar einzelnen Leuten nicht verdenken kann, wenn sie nicht gleich die Verantwortung für eine kräftige Erhöhung der Preise, wie sie nun einmal durch die Umstände geboten wird, übernehmen wollen. Wir aber alle beide, Magistrat sowohl wie die Stadtverordneten, haben in der Hinsicht einen etwas breiteren Rücken und können die Verantwortung eher tragen, wenn wir unseren Mitbürgern sagen: Es geht nicht anders!

Schließlich kann ich noch erklären, daß der Magistrat gern bereit sein wird, sobald die Preise für Kohlen, Frachten, Löhne usw. wieder heruntergesetzt werden, mit Anträgen auf Ermäßigung der Gas- und Wasserpreise zu kommen. — Herr Lehnert schüttelt mit dem Kopfe, aber sobald es angängig ist, werden wir Ihnen empfehlen, die Preise wieder herunterzusetzen.

Stadtv. Marth: Meine Damen und Herren! Wir haben in der Deputation für die Licht- und Wasserwerke das Ergebnis der Erhöhungen, wie es von der

Direktion zum Vorschlag gebracht war, geprüft; das Ergebnis war das, was Herr Dr. Wolters schon zum Vortrag gebracht hat. Wir haben auch durch Einsetzung anderer Preise bessere Ergebnisse zu erzielen versucht, um auf andere Weise zu einem günstigeren Ergebnis zu kommen; es war nicht möglich. Wir stehen in der Deputation auf dem Standpunkte, daß man dem Abnehmer des Gases nicht ohne dringende Notwendigkeit seinen Bezug verteuern soll, daß man dagegen die Ausgaben für die Allgemeinheit durch Steuern aufbringen soll, denn dadurch, daß man das Gas in der Weise verteuert, daß Überschüsse herausgewirtschaftet werden, wird den Abnehmern noch in besonderer Weise eine Steuer auferlegt. Wenn ein Fehlbetrag im städtischen Haushalte entsteht, dann muß er nach meiner Ansicht auch durch die Allgemeinheit gedeckt werden in der Weise, daß man allgemeine Steuern erhebt, aber nicht dadurch, daß man aus den städtischen Werken kolossale Überschüsse herauswirtschaftet.

Nun konnten wir uns jedoch in der Deputation der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Gas- und Wasserwerke sich aus sich selbst erhalten müssen, und daß für die Erneuerung derselben ein Fonds nötig ist. Aus dem Grunde sind wir dazu gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Gaspreis auf 32 Pfennig festzusetzen, und ich möchte Sie ersuchen, nicht über diesen Preis hinauszugehen. Wir müssen doch auf einen großen Teil minderbemittelte Leute Rücksicht nehmen, für die schon jetzt bei der schlechten Beschaffenheit des Gases die Rechnungen sehr hoch werden, und die nicht wissen, wo es denn mit den Erhöhungen einmal ein Ende haben wird. Es bleibt ja schließlich eine Schraube ohne Ende: durch die Lohnerhöhungen kommt es zu Preiserhöhungen, und diese wieder treiben zu Lohnerhöhungen. Wenn die Stadt das mitmacht, so wird überhaupt kein Vertrauen in eine Stetigkeit der Verhältnisse geschaffen. Man soll versuchen, an Erhöhungen nur das Allernotwendigste zu bewilligen, um den städtischen Werken die Lebensfähigkeit zu erhalten, sonst aber soll man den Versuch machen, mit den Preisen abzubauen, und deshalb bitte ich die Versammlung, sich mit den Preisen einverstanden zu erklären, die die Deputation vorgeschlagen hat.

Auch die Wasserpreise haben wir in der Deputation hin und her besprochen und waren auch da anfangs der Ansicht, daß die Preise nicht um so viel zu erhöhen seien, wie der Magistrat vorgeschlagen hat, haben uns aber überzeugen müssen, daß diese Erhöhung nötig ist, damit die Wasserwerke mindestens sich selber erhalten können. Da das geschehen muß und wir eine Enteisenungsanlage bauen müssen, die aus eigenen Mitteln des Werkes, nicht aber aus einer Anleihe heraus angeschafft werden muß, so haben wir uns, wenn auch mit schwerem Herzen, entschlossen, Ihnen zu empfehlen, den Wasserpreis auf 24 Pfennig für das Kubikmeter festzusetzen.

Ich möchte Sie also bitten, den Wasserpreis von 24 Pfennig, wie ihn der Magistrat vorschlägt, als angemessen zuzubilligen, aber den Gaspreis nicht höher zu stellen, als auf 32 Pfennig, weil die Werke sich mit diesen Preisen halten können und wir nicht gewillt sind, aus den Gaspreisen Steuern für die Allgemeinheit aufzubringen.

Stadtv. Frede: Meine Damen und Herren! Der Apfel, von dem Herr Stegmann sprach, ist allerdings sehr sauer, aber es hilft nichts, wir müssen hineinbeissen; der Magistrat fordert die Erhöhung der Preise ja nicht für sich, sondern für die Allgemeinheit. Am verdrießlichsten an der ganzen Angelegenheit ist für mich die sehr schnelle Wiederholung des Aufschlags beider Preise; ich hätte lieber zu Beginn des Jahres einen höheren Preis für Wasser und Gas vom 1. April ab bewilligt, wenn damit die Wiederholung der Erhöhung hätte vermieden werden können. Das ist vielleicht auch ein Moment, das bei der jetzigen Erhöhung des Gaspreises mitsprechen könnte. Herrn Stegmann möchte ich erklären, daß ich gern dafür eintreten würde, daß nur eine Erhöhung auf 32 Pfennig, wie es die Deputation beschlossen hat, bewilligt wird. Wenn man aber annehmen müßte, daß dann in einigen Monaten wiederum eine Erhöhung des Gaspreises eintreten würde, dann möchte ich doch davon abraten; es ist doch besser, wenn die nun einmal nötigen Erhöhungen, nur in längeren Zwischenräumen, vorgenommen werden.

Beim Gas zieht der Magistrat die Beiträge von den einzelnen Abnehmern selbst ein; er schickt seine Angestellten, die den Verbrauch feststellen und das Geld abholen, und hat dann weiter keine Scherereien und keinen Arger davon. Die Leute müssen schon bezahlen, sonst bekommen sie kein Gas mehr. Bei der Erhebung des Wassergeldes ist es erheblich anders. Der Magistrat hat da nicht mit den einzelnen Verbrauchern, sondern nur mit den Hauseigentümern zu verhandeln; diese letzteren müssen bezahlen, und wie sie das Geld wieder zurückbekommen, das ist ihre Sache. Nun ist der Hauseigentümer aber keine Magistratsbehörde, die das Geld einfach einziehen kann; er muß sich mit den Mietern wegen der Teilung des Wassergeldes auseinandersetzen. Am 1. April hat er gesagt: „Lieber Mieter, du hast gelesen, daß der Magistrat 33¼ Prozent Wassergeld mehr haben will; ich bitte dich, beteilige dich an den Mehrkosten!“ Jetzt muß er sagen: „Das Wasser ist wiederum um 20 Prozent teurer geworden, bitte, nimm auch an der Erhöhung teil!“ Was man auf solche Anreden als Hausbesitzer hören muß, das hört der Magistrat nicht; es sind das oftmals sehr unliebsame Auseinandersetzungen. Der Unwille gegen die abermalige Steigerung macht sich gegenüber dem Vermieter Luft, und die Aufgabe des Vermieters ist deshalb keine angenehme. Ich möchte bitten, daß nicht schon am 1. Juni die geplante Erhöhung

des Wassergeldes eintritt. Eine Erhöhung muß allerdings demnächst eintreten. Das hat der Magistrat nachgewiesen, und alles Reden dagegen nützt nichts. Aber ich möchte dringend bitten, daß man die Hauseigentümer in die Lage setzt, die Mieter an der Erhöhung des Wassergeldes vom Eintritt dieser Erhöhung an zu beteiligen, und zwar auf die Weise, daß sie am 1. Juli zu ihren Mietern sagen: „Vom 1. Oktober an mußt du mehr Wassergeld bezahlen!“ In vielen Fällen liegt eine vierteljährige Kündigungsfrist den Mietverträgen zugrunde, und deshalb kann am 1. Juli den Mietern gegenüber eine Erhöhung ausgesprochen werden; nicht gut möglich ist es jedoch, daß vom 1. Juni an schon das höhere Wassergeld von den Mietern verlangt wird. Es wird dann immer noch der Teil der Vermieter benachteiligt, die ihre Wohnungen mit halbjähriger Kündigung vermietet haben; sie müssen während eines halben Jahres die Bezahlung der ganzen Erhöhung des Wassergeldes auf ihre Kasse nehmen, denn erst am 1. Oktober kann von ihnen die Heraufsetzung des Wassergeldes angekündigt werden. Diese Härte würde bestehen bleiben, aber es wird doch wenigstens für einen Teil der Hausbesitzer etwas erreicht, und ich wäre dann bereit, nicht nur eine Erhöhung auf 24, sondern auf 25 Pfennig dem Wasserwerk zuzubilligen. Die finanzielle Abwägung der Einnahmen der Stadt würde bei dieser Regelung folgendermaßen ausfallen. Würden bis zum 1. Oktober nur 20 Pfennig Wassergeld bezahlt werden, dann würde das einen Ausfall von vierteljährlich 40—50 000 *M* ausmachen. Durch die weitere Erhöhung um einen Pfennig, wie ich sie beantrage, würde der Magistrat jährlich 40 000 *M* mehr einnehmen, würde also in 1½ Jahren schon 10 000 *M* Überschuß gegenüber seiner augenblicklichen Mindereinnahme haben, und das würde sich in der Zukunft wiederholen. Ich glaube, darauf könnte der Magistrat wohl eingehen. Dann würden die unerquicklichen Vorgänge zwischen Mietern und Vermietern vermieden werden, wie sie bei den Auseinandersetzungen am 1. Juni bestimmt zu erwarten sind, wenn die Mieter schon von da an mitzahlen sollen, und ein Teil der Vermieter würde in der Lage sein, bei der Heraufsetzung des Preises ohne Schädigung wegzukommen. Ich bringe deshalb den folgenden Antrag ein:

„Die abermalige Erhöhung des Wassergeldes erit mit dem 1. Oktober 1919 eintreten zu lassen. Der Wasserpreis betrage von da ab 25 Pfennig pro Kubikmeter.“

Stadtv. Munte: Meine Damen und Herren! Ich bin Mitglied des Finanzausschusses und habe diese uns allen etwas überraschend gekommene Vorlage dort mit vorberaten. Der Finanzausschuß konnte bei Lage der Sache zu einem Beschluß oder zu einer Empfehlung des einen oder anderen Antrages nicht kommen. Wie Sie wissen, hängen wir in unseren Beschlüssen mit von unseren Fraktionen

ab, und so mußten sich in der Finanzausschußsitzung die einzelnen Mitglieder desselben ihre Stellungnahme vorbehalten, bis die Fraktionen Kenntnis von der Vorlage erhalten hatten. Nun haben wir aus den Reden der Herren von der Linken gehört, daß sie zu dem Beschluß gekommen sind, die Gaspreise in der Höhe anzunehmen, wie sie die Deputation vorgeschlagen hat, und demnach scheint es ziemlich sicher zu sein, daß diese Preise angenommen werden, und es ist eigentlich überflüssig, weitere Ausführungen zu machen, denn eine Änderung der Stellungnahme der Stadtverordneten wird im Augenblick nicht zu erzielen sein.

Im diesjährigen Haushaltsplan sind als mutmaßlicher Überschuß des Gaswerkes 389 000 *M* vorgesehen, und Sie wissen, daß ein Fünftel davon in den ordentlichen Etat fließt, während die übrigen vier Fünftel unsere Schulden mitzutilgen bestimmt sind. Wenn Sie es bei einem Gaspreise von 32 Pfennig lassen, so wird der Reinertrag der Gaswerke um 240 000 *M* geschädigt, und es bleibt nur ein Überschuß von ungefähr 149 000 *M*. Bei der Unsicherheit, die augenblicklich auf allen Gebieten herrscht und bei einer weiteren Zunahme der Teuerung ist es nicht ausgeschlossen, daß die Gasarbeiter abermals um eine Erhöhung ihres Lohnes einkommen, daß die Kohlenpreise weiter steigen und sonstige Veränderungen eintreten, und dann sind die 149 000 *M* im Handumdrehen verwirtschaftet. Dann haben wir das unerfreuliche Ergebnis, bei dem Betriebe der Gaswerke mit Nichts abzuschließen oder gar mit einer Unterbilanz, wie der Kaufmann sagt. Was will ein Nutzen von 389 000 *M* sagen bei der Instandhaltung und bei den Verbesserungen für unser Gaswerk, das herzustellen viele Millionen gekostet hat; ein solcher Betrag würde allein durch Verzinsung, Abschreibungen usw. absorbiert werden. Diese Summe ist durchaus kein so glänzendes Ergebnis des Betriebes, und wenn Sie es gar auf 149 000 *M* herabsetzen wollen, so kann ich das nicht für so sehr klug halten.

Es wird von den Gegnern des Magistratsantrages immer gesagt, die Gasverbraucher würden durch die Erhöhung des Gaspreises besonders besteuert. Ich glaube aber kaum, daß es in Braunschweig sehr viele Leute gibt, die keine Gasverbraucher sind, und wenn Herr Stegmann meinte, daß es doch noch viele Einwohner aus den ärmeren Klassen gibt, die kein Gas verbrauchen, dann würden diese Ärmern ja zu der besonderen Steuer auch nicht mit herangezogen werden, was ganz in Ihrem Sinne wäre. Und diejenigen, die wenig Gas verbrauchen, haben bei einer solchen Extrasteuer, wie sie es nach Ihrer Meinung ist, doch nur sehr wenig zu bezahlen; für die Besitzer eines Münzgasmessers würde es im Monat vielleicht eine Mark bringen. Das sind 12 *M* im ganzen Jahre, was sie mehr bezahlen müßten, und das wird sie nicht so furchtbar schwer belasten.

Ich habe nun zu meinem Erstaunen und Befremden sehen müssen, daß die Deputation mit Vorschlägen gekommen ist und hinterher der Magistrat, weil er

vorsichtig operieren will, in seinen Anträgen diese Vorschläge überschreitet. Es ist das meiner Ansicht nach eine gewisse Kurzsichtigkeit, und ich möchte für die Folge empfehlen, erst einmal gegenseitig die Fühler auszustrecken, ehe es zu einem Beschluß kommt. Es ist eine mißliche Sache, wenn bei zwei Stellen die eine für 32 Pfennig und die andere für einen höheren Preis plädiert. Ich hätte es für praktischer gefunden, wenn sich die Deputation nicht gleich hingesezt und ihre Vorschläge niedergeschrieben hätte, sondern sich erst einmal zwanglos besprochen und sich ein Bild davon gemacht hätte, wie die Sache weitergeht. Selbstverständlich ist es: die Deputation hat den guten Willen gehabt, es richtig zu machen, und sie meint, der Magistrat habe sich mit seinem Antrage etwas in die Messeln gesetzt. Herr Schille will sich nachher auch noch darüber äußern; er ist entrüstet darüber, daß der Magistrat seinerseits höhere Preise fordert, nachdem sie in der Deputation nach langer Beratung zu diesem Preise gekommen sind. Ich bin der Meinung: Werden Sie diesen höheren Preis heute nicht annehmen, dann werden Sie das im Laufe des Jahres doch noch tun. Lassen Sie uns deshalb ruhig heute schon diese 3 Pfennig mehr nehmen und unseren Etat nicht in diese unglückselige Bedrängnis kommen lassen!

In betreff des Wasserpreises hätte ich gern gesehen, wenn der Magistrat eine runde Summe, 25 Pfennig, für das Kubikmeter Wasser ohne weiteres eingestellt hätte, denn das Wasser in Braunschweig ist gut und auch keineswegs teurer als in anderen Städten. Bei dieser Gelegenheit kann ich erwähnen, daß mir gesagt ist, daß unser Wasser so gut ist, daß die Bierbrauer in Braunschweig weniger Zutaten zur Herstellung des Bieres gebraucht hätten, und daß die sich auch bei einem höheren Wasserpreise nicht schlecht gestanden hätten. (Heiterkeit.) Das hat mir ein Brauer direkt gesagt; es hängt bei der Bierherstellung tatsächlich viel von der Güte des Wassers ab.

Nun hat Herr Frede in seiner Eigenschaft als Hausbesitzer — selbstverständlich nicht für sich; er selbst würde ohne weiteres den höheren Preis aus seiner Tasche bezahlt haben, aber er ist auch Mitglied des Grundbesitzervereins und deshalb verpflichtet, hier einen Stoßseufzer vorzutragen — einen neuen Vorschlag gemacht. Wir haben uns auch in der Finanzkommission damit beschäftigt. Auch uns ist es nicht angenehm, wenn die Hausbesitzer kommen und sagen: „Ich muß mehr Wassergeld bezahlen, und das bringt auf dich Mieter soundso viel.“ Es können allerdings dadurch Streitigkeiten entstehen; im großen und ganzen aber muß man annehmen, daß vernünftige Mieter es ohne weiteres einsehen, daß sie zu diesen höheren Kosten mit beitragen müssen. Ich wenigstens, wenn ich Mieter wäre, würde es ganz bestimmt tun. (Heiterkeit.) Ich meine, es kann auf die einzelnen Mieter diese Erhöhung doch nicht viel ausmachen. Bei einer fünfköpfigen Familie wird die ganze Geschichte mit fünf Mark im Jahre abgemacht

sein, und das ist kein Betrag, an dessen Bezahlung jemand zugrunde geht. Das habe ich auch Herrn Frede gegenüber in der Finanzausschußsitzung erwähnt, und Herr Frede hat mir darauf erwidert, das wäre allerdings so. Wenn sich aber die Mitglieder des Grundbesitzervereins nach all den schönen Bedingungen richteten, die der Verein für seine Mitglieder in den Mietkontrakten geschaffen hat und danach vermieteten, dann könnte kein Mieter sagen: „Was geht es mich an, wenn der Wasserpreis erhöht wird!“ Herr Frede hat ausgerechnet, daß der Stadt ein Betrag von 50 000 *M* entginge, wenn die Erhöhung des Wassergeldes erst mit dem 1. Oktober in Kraft treten würde. Es ist dabei aber nicht berechnet, daß in den ersten zwei Monaten auch noch 25 000 *M* der Stadt verlorengingen. (Widerspruch.) Nun, diese 50 000 *M* gingen der Stadt ohne weiteres verloren. Nun will Herr Frede das Wassergeld dauernd auf 25 Pfennig festsetzen, um dem Schaden nachzukommen. Das würde ich nicht für praktisch halten. Warum sollen wir dauernd den Wasserverbrauch mit 25 Pfennig belasten, wenn wir unseren Zweck mit 24 Pfennig erreichen können?

Ich möchte die geehrten Herren von den linken Parteien noch einmal bitten, in diesem Falle über einen etwaigen Fraktionsbeschluß hinwegzusehen, denn als Parteisache kann man die Entscheidung über diese Vorlage doch kaum auffassen, sondern man muß sie lediglich vom Standpunkte eines vernünftigen Finanzgebarens der Stadt betrachten, das für uns alle im Vordergrunde stehen muß. Ich bitte Sie, diese Vorlage schlankweg zu bewilligen, wie es von Herrn Dr. Wolters vorhin schon beantragt ist.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meine Damen und Herren! Daß ich über die Ausführungen des Herrn Munte erfreut gewesen bin, können Sie verstehen. Ich danke Herrn Munte, er hat ein warmes Herz für seine Stadt gezeigt, und ich hoffe, die anderen Herren werden das auch tun.

Nur hat Herr Munte gesagt, die Deputation hätte besser getan, wenn sie vor ihrem Beschluß einen Fühler ausgestreckt hätte, wie die anderen Körperschaften sich verhalten würden. Da stehe ich auf dem Standpunkt: Die Deputationen sollen im allgemeinen nur die Verwaltung der Werke führen, die wir ihnen anvertrauen; mit eigentlichen Finanzfragen aber haben sie recht wenig zu tun. Mit finanziellen Fragen haben sich die Deputationen nur insoweit zu befassen, daß sie uns sagen, ob die Grundlagen der Berechnungen, die für den Betrieb der Werke aufgestellt sind, richtig sind; im übrigen aber die Frage zu beurteilen: „Wieviel hat die Stadt nötig, um nicht in Schulden hineinzugeraten“, ist nicht Sache der Deputationen. Dazu sind sie viel zu klein; das müssen die städtischen Behörden miteinander ausmachen.

Der Vorschlag des Herrn Marth läuft darauf hinaus: Wir begnügen uns in Zukunft mit einem Ertrage der Gas- und Wasserwerke, der erheblich hinter dem bisherigen Ertrage zurückbleibt, und erhöhen dafür die Steuern. Das Unglück hierbei ist nur, Herr Marth, daß uns diese gewaltige Mehrausgabe an Kosten aller Art erst hinterher über den Hals gekommen ist, erst nachdem der Etat aufgestellt war. Wenn uns diese starke Erhöhung für Kohlen, Frachten, Löhne usw. bei Aufstellung des Stats bekannt gewesen wäre und wir hätten befürchten müssen, daß Sie einer weiteren Erhöhung der Gaspreise in dem Umfange, wie wir sie jetzt vorschlagen, nicht zustimmen würden, dann hätten wir nicht umhingekommt, das Gleichgewicht im Etat dadurch anzustreben, daß wir Ihnen eine weitere Steuererhöhung in den Zuschlägen oder in einer anderen Weise vorschlugen — sei es, daß wir die Gemeinde-, Grund- oder Gewerbesteuer erhöhten, irgendwo muß es schließlich herkommen. Finanzsachen sind im allgemeinen langweilig, und ich kann es dem einzelnen nicht verdenken, wenn er sich im allgemeinen weniger darum kümmert. Ein ungemütliches Gefühl ist es aber immer, wenn man seit Jahren mit einem Defizit abgeschlossen hat. Wohin soll das führen? Wir müssen doch endlich dafür sorgen, daß es anders wird. Übrigens muß ich Herrn Marth gegenüber noch sagen: Auch die Steuererhöhung hat ihre Grenzen. Wir dürfen unmöglich vollständig unberücksichtigt lassen, wie die Steuerverhältnisse in anderen Städten liegen, und ich muß in der Hinsicht wiederholt erklären, daß andere Städte erheblich höhere Beträge aus ihren technischen Werken herausholen, als wir es tun.

Herr Marth sagte vorhin, es sei nur ein Teil der Einwohner, der von den Erhöhung seiner Ausgaben durch das teurer gewordene Gas und Wasser betroffen würde. Für das Gas haben wir ungefähr 17 000 Anschlußinhaber, während die Zahl der Haushaltungen 38 000 ist. Es benutzen wohl aber manchmal mehrere Familien denselben Gasanschluß — darüber bin ich nicht orientiert. Beim Wasserwerk liegt die Sache so, daß von den 8500 Grundstücken, soviel ich mich erinnere, 7700, also bei weitem die größte Zahl, angeschlossen sind. Wenn man sagen will, es werde auf diese Weise der einzelne zugunsten der Gesamtheit besteuert, so läßt sich das nicht bestreiten, aber ähnlich ist es auch in anderen Fällen. Zum Beispiel die Grundstücke, die nicht an die Kanalisation angeschlossen sind, zahlen allerdings keine Kanalsteuer, aber sie tragen zu den Kosten der Kanalisation dennoch mit bei, insofern die Stadt aus dem Ordinarium einen erheblichen Zuschuß zu den Kanalisationskosten leistet. Es bleibt die Unterhaltung der Gas- und Wasserwerke nun einmal ein Geschäft für die Stadt, und dabei müssen wir fragen: „Welche Gewinn- und Verlustrechnung bietet sich uns dar? Welche Bilanz haben wir?“, und darnach müssen wir die Preise für Gas und Wasser einrichten.

Ich möchte Sie bitten, wenn es irgend möglich ist, ganz ausnahmsweise auch einmal gegen Ihren Fraktionsbeschuß zu stimmen, und hoffe, daß dann die Sache so eingerichtet wird, wie der Magistrat vorschlägt.

Stadtv. Wahrendorf: Meine Damen und Herren! Wir haben in der Deputation sehr eingehend über diese Frage verhandelt, und gerade die Gasfrage wurde in zweistündiger Sitzung besprochen. Wenn der Grundsatz aufgestellt würde, den der Herr Oberbürgermeister anführte, daß die Deputationen über Preisbestimmungen nichts zu bestimmen haben, so möchte ich kundgeben, daß wir unsere Zeit unnütz verwandt haben und sie für andere Geschäfte besser hätten verwenden können. Ich hätte mich nicht die ganze Zeit in die Deputation gesetzt, wenn ich gewußt hätte, daß jetzt gesagt wird, die ganze Frage hätte für uns keinen praktischen Wert. Wir haben nach längeren Beratungen — das können alle Kollegen aus der Deputation bekunden — festgestellt, daß der Preis des Gases, wie wir ihn ausgerechnet hatten, auch gestattete, direkte Überschüsse aus dem Werke zu ziehen. Wir glauben in Anbetracht der heutigen Zeitverhältnisse, wo immer wieder darauf gesehen wird, daß die Löhne erhöht werden, wo die Ausgaben fortwährend steigen, nicht sagen zu dürfen: „Auch wir wollen erhöhen“, sondern wir waren darauf bedacht, abzubauen. Aus diesem Grunde sind wir dazu gekommen, nicht den höheren Preis zu empfehlen. Wir haben uns allerdings auch dahin verständigt, daß das Werk Überschüsse erzielen soll, und daß wir dafür eingetreten sind, das beweist das Resultat der Vorlage.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, wo von den Fraktionen die Rede gewesen ist, einmal den Wunsch aussprechen, daß die Deputationsmitglieder es einrichten möchten, daß sie bei den Beratungen der Deputationen auch immer anwesend sind. Ich kann konstatieren, daß zu einer Sitzung ich ganz allein erschienen war; ein Mitglied der Deputation ist überhaupt noch niemals zu den Sitzungen gekommen, ein anderes ist nur einmal da gewesen. Unter solchen Umständen ist es sehr schwer für die paar Herren, die in der Kommission sitzen, den Standpunkt der Bürgerschaft gegenüber den Behörden und den Fachleuten so zu vertreten, wie es wünschenswert ist, auch wenn man nicht gerade auf den Kopf gefallen ist.

Stadtv. Stegmann: Ich will gewiß keinen Stein auf den Magistrat werfen, weil er im Interesse der Stadt einen höheren Preis als die Deputation wünscht, denn ich weiß, es geschieht aus sehr guter Absicht. Aber ich und jedenfalls alle, die mit mir für den Preis der Deputation eintreten, wir sind der Meinung, daß wir damit durchaus nicht für eine Schuldenwirtschaft eintreten oder dafür, daß der Reservefonds aufgebraucht werden soll. Daß 300 000 M. in den Reservefonds eingestellt werden sollen, dafür sind wir doch alle! Die eingehenden Prüfungen,

die seitens der Deputation ausgeführt sind, sollten dafür sprechen, daß wir über die von ihr empfohlenen Sätze nicht hinausgehen.

Wenn von Herrn Munte gesagt ist, es sei für die Angeschlossenen nicht schwer, die paar Pfennig mehr aufzubringen, es mache im Jahr nur ein paar Mark aus, so sollten doch auch Sie, verehrter Herr Munte, wissen, wie die Dinge in den Kreisen der Minderbemittelten liegen. Wenn nur die Gaspreise gestiegen wären, würde es ja noch gehen. Aber kürzlich haben wir doch erst den Gaspreis um 7 Pfennig erhöht, und nun handelt es sich wieder um eine Erhöhung von 6 bzw. 9 Pfennig. Dazu kommt doch, daß viele Lebensmittel und alle Gebrauchsgegenstände nicht mehr um hundert, sondern um tausend und mehr Prozent im Preise gestiegen sind. Verschiedene Lebensmittel, z. B. die Eier, sind viele unserer Einwohner nicht mehr imstande zu erwerben, und für den Zentner Kartoffeln müssen 25 und 30 *M* bezahlt werden. Sie können es eigentlich nicht erschwingen, müssen es aber doch geben. Wenn Sie das berücksichtigen, können Sie nicht sagen, es komme auf die Mehrerhöhung um die paar Pfennig nicht an. Ich bitte Sie, dafür einzutreten, daß der Antrag, wie er in der Deputation aufgestellt ist, angenommen wird. Ich freue mich, daß auch die Deputation auf dem Standpunkte steht, nicht einen Teil der Einwohner für die Gesamtheit bluten zu lassen. Die Hälfte der Einwohner hat noch keinen Anschluß an die Gasleitung und soll mit für die andere Hälfte bezahlen. Das wäre ein ungerechter Zustand.

Herr Frede sagte, er sähe es lieber, wenn die Erhöhungen in längeren Zwischenräumen eintreten würden; ich dagegen sähe es noch lieber, wenn überhaupt keine Erhöhungen mehr eintreten würden, und ich hoffe auch, daß endlich diese Zustände vorübergehen. Wenn der Friede zustande kommt und die Blockade aufhört, wird hoffentlich eine weitere Erhöhung der Preise nicht mehr stattfinden. Auch die Befürchtung, daß wir in einigen Wochen wieder die Gaspreise erhöhen müßten, wird dann nicht zutreffen.

Im übrigen freue ich mich, daß der Magistrat bezüglich der Kokspreise die Bestimmung getroffen hat, daß die Minderbemittelten den Koks zu einem ermäßigten Preise bekommen sollen.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Ich bedauere lebhaft, daß der Magistrat den Beschluß der Deputation abgeändert hat und uns zwingt, hier eine Stunde lang darüber zu sprechen. Wenn die Deputation nur eine Kontrollinstanz der Verwaltung sein soll, dann hat ihr Gutachten in dieser Sache keinen Wert. Wir haben mehr zu tun, als als nebensächliche Figuren zu wirken. Wir müssen verlangen, daß die Ansicht, die aus der Deputation herauskommt, als die maßgebende angesehen wird, und daß nicht der Stadtmagistrat daherkommt und zwei Tage später unsere Beschlüsse in irgend einer Form ändert. Wenn wir zu

der Überzeugung gekommen sind, daß 32 Pfennig als Gaspreis ausreichend sind, und die Deputation sich einstimmig damit einverstanden erklärt hat, dann sind schwerwiegende Gründe maßgebend gewesen, die uns dazu gezwungen haben. Außer dieser Gaspreiserhöhung ist für das Gaswerk doch auch eine definitive Erhöhung des Preises für Koks durch die Kommission vorgenommen, und zwar um 30 *M* pro Tonne, und wir glauben, daß wir dadurch die Finanzen der Gaswerke genügend stützen. Statt daß der Magistrat erneut den Gaspreis pro Kubikmeter um weitere 3 Pfennig erhöht, wäre es nach meiner Ansicht richtiger, den Kokspreis für die Großverbraucher, für die städtischen und staatlichen Großabnehmer, für die Industrien, die den größeren Teil des städtischen Kokes bekommen, einfach noch um 10 *M* pro Tonne herauszuheben. Wir erreichten damit im Handumdrehen eine Mehreinnahme von 100 000 *M*, die von den beteiligten Koksverbrauchern leichter zu tragen wäre als der Mehrpreis für den Gasverbrauch.

Ich bin als Mitglied der Deputation dafür, daß wir es bei der Preisfestsetzung auf 32 Pfennig belassen, will es allerdings dem Magistrat anheimstellen, eine Erhöhung des Kokspreises für die Koksabnehmer um noch 10—15 *M* eintreten zu lassen, um eine Mehreinnahme zu erreichen. Wer unseren Koks dann nicht gebrauchen kann, der muß es lassen! Jedenfalls wissen wir, daß er anderwärts teurer an den Markt kommt, als er hier abgegeben wird.

Meinem Fraktionsfreunde Munte möchte ich erklären, daß wir uns in der Deputation eine Menge Bilder gemacht haben, die zum Teil wenig schön und wenig annehmbar waren. Wir haben uns schließlich auf den vernünftigen Finanzstandpunkt gestützt und haben eingewilligt, daß ein Preis genommen wird, von dem wir glaubten annehmen zu können, daß die Gas- und Wasserwerke mit einem gewissen Überschuß abschneiden werden. Sie müssen doch bedenken, daß wir auch die Kokspreise etwas höher bringen. Auch wir haben daran gedacht, daß die Kohlenpreise noch etwas höher gehen und die sonstigen Ausgaben für die Gas- und Wasserwerke noch eine Erhöhung erfahren dürften. Ich mache darauf aufmerksam, daß in den Überschuß der Gaswerke, wie er angenommen ist, doch noch die 300 000 *M* Rückstellung für den Reservefonds einzurechnen sind, und daß wir mit diesem Abschlusse wohl einverstanden sein konnten.

Ich möchte nochmals bitten, es bei der Erhöhung des Gaspreises auf 32 Pfennig zu belassen und dem Magistrat anheimzugeben, die Kokspreise für Großabnehmer um 15—20 *M* per Tonne zu erhöhen, damit diese Erhöhung das wieder einholt, was durch die niedrigere Festsetzung des Gaspreises nicht einkommt.

Oberbürgermeister Netemeyer: Über die Frage noch weiter zu sprechen, welcher Preis für das Gas genommen werden soll, hat wohl keinen Zweck mehr.

Ich möchte nur der Erklärung des Herrn Schille auf das entschiedenste widersprechen, daß die Beschlüsse der Deputation allein für die Preise maßgebend sein sollen. Das ist bisher in unserer Stadtverwaltung nicht üblich gewesen, und ich würde es für ein Unglück halten, wenn es in der Zukunft geschähe. In der Deputation sitzen nur ein paar Herren — ich gehöre ja auch mit dazu —, und die sollen allein über das Wohl der Stadt entscheiden? Unmöglich können Sie sich auf diesen Standpunkt stellen, daß Sie sagen: Wenn die Deputation gesprochen hat, so haben sich die städtischen Behörden zu fügen! Das ginge denn doch zu weit! Ich bleibe dabei, daß die Deputation nach der Städteordnung die Aufgabe hat, ein verwaltendes Organ zu sein, und daß den städtischen Behörden, wenn es sich um wichtige Interessen wie hier handelt, bei denen die Finanzen der Stadt in Frage kommen, das Recht zustehen muß, eventuell auch gegen den Willen der Deputation etwas anderes festzustellen. Ob das in den einzelnen Fällen geschehen soll oder nicht, muß hier erörtert werden, sonst hätte die Abgabe der Sache an die Stadtverordnetenversammlung keinen Zweck. Dann würde es einfach heißen: Die Deputation hat beschlossen, und so geschieht es auch. Gerade weil bei Bemessung der Gas- und Wasserpreise die städtischen Finanzen eine Rolle spielen, haben sich die städtischen Behörden die Festsetzung derselben vorbehalten, nicht aber bei den Preisen für Koks, Teer u. a., weil das nebenfächliche Produkte sind.

Herr Schille kommt mit dem Antrage, den Preis für den Koks zu erhöhen. Ich will das nicht ablehnen; ich nehme das Geld für die Stadt, wo es zu haben ist. Aber ein gewisser Widerspruch besteht doch auch in diesem Antrag des Herrn Schille. Er sagt: „Die Deputation hat beschlossen, den Preis für Koks um 35 M für die Tonne zu erhöhen; ich beantrage jetzt, daß der Preis noch weiter erhöht wird.“ Herr Schille müßte doch sagen: „Der Preis für den Koks ist in der Deputation festgesetzt, er muß auch bestehen bleiben.“ (Zuruf Schille: Für Erhöhung des Kokspreises habe ich auch in der Deputation gesprochen.) Es ist ja erfreulich, daß Sie uns in der Beziehung entgegenkommen wollen, aber nicht erfreulich, daß Sie dem Magistratsantrage entgegen sind.

Vorsitzender: Der Wunsch der Versammlung ist früher dahin gegangen, die Verhandlungen spätestens um 8 Uhr zu schließen. Wenn der frühere Wunsch auch heute gelten soll, dann möchte ich die nachfolgenden Redner bitten, sich doch einige Mäßigung in der Ausdehnung ihrer Ausführungen aufzuerlegen, sonst wird es beim besten Willen nicht möglich sein, die Verhandlungen bis 8 Uhr zu beenden.

Stadtv. Lohmann: Ich glaube, über diesen Punkt hat sich die Versammlung gründlich ausgesprochen, und es ist wohl als richtig zu bezeichnen, wenn der Herr

Vorsitzende an unseren Wunsch erinnerte, rechtzeitig nach Hause zu kommen. Ich stelle deshalb den Antrag auf Schluß der Debatte. Ich bin allerdings auch selber noch auf der Rednerliste eingezeichnet, will aber auf das Wort verzichten.

Stadtv. Munte: Es sind noch wesentliche Momente bei der Besprechung über diesen Punkt in Anregung gekommen, zum Beispiel entweder eine Erhöhung der Gaspreise oder eine Erhöhung der Steuern vorzunehmen. Ich behalte mir vor, eine Erhöhung der Steuern zu beantragen, wenn die Erhöhung der Gaspreise nicht angenommen werden sollte.

Der Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Stadtv. Dr. Wolters (Schlußwort als Referent): Ich will nur ganz kurz auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner eingehen.

Die Ausführungen des Herrn Stegmann gipfeln darin, daß er erklärte, er würde bezüglich der Gaspreise sich einer Erhöhung auf 32 Pfennig fügen und bezüglich der Wasserpreise eine Erhöhung um 2 Pfennig billigen. Die Annahme dieser Forderungen würde für die städtischen Finanzen einen Verlust von $240\,000 + 80\,000 = 320\,000 \text{ M}$ zur Folge haben. Herr Stegmann hat sich nicht darüber geäußert, ob er diesen Fehlbetrag als solchen bestehen lassen will; für beide würden nach den Ausführungen des Herrn Stegmann irgendwelche Deckungen nicht vorhanden sein.

Dagegen hat Herr Marth etwas anderes angeführt. Er wünscht, daß die Preise, wie sie die Deputation festgesetzt hat, bestehen bleiben, und ist auf eine Steuererhöhung eingegangen. Er hat gesagt, es wäre richtiger, die Steuern höher zu setzen und die Erträge von Gas und Wasser niedriger zu halten. Nun möchte ich Sie bitten, zu vergleichen, wie in den letzten 5 Jahren die Steuerverhältnisse waren, und wie die Einkünfte aus den technischen Werken sich gestellt haben. Sie haben auf Seite 10 der Vorlage eine Zusammenstellung der Einkünfte aus den Gaswerken:

1910/11	265 370 M	und 240 000 M	Zuweisung an den Reservefonds,				
1911/12	356 254 M	und 140 000 M	"	"	"	"	'
1912/13	519 768 M	und 40 000 M	"	"	"	"	'
1913/14	477 735 M	und 100 000 M	"	"	"	"	'
1914/15	371 828 M	und 100 000 M	"	"	"	"	'
1915/16	465 364 M	und 100 000 M	"	"	"	"	'
1916/17	546 846 M	und 100 000 M	"	"	"	"	'
1917/18	646 112 M	und 100 000 M	"	"	"	"	'

Nunmehr, Herr Marth, wollen Sie sich begnügen mit Einkünften aus dem Gaswerke von $148\,000 + 300\,000 \text{ M}$. Damit unterschreiten Sie die bisherigen

durchschnittlichen Einnahmen der Stadt aus den Gaswerken um mehrere hunderttausend Mark.

Wenn Sie dagegen die Grundsteuer betrachten, so haben wir im Jahre 1915/16 610 000 *M* angenommen, die inzwischen in dem diesjährigen Etat auf 950 000 *M* gestiegen sind.

Die Gewerbesteuern sind im Jahre 1915/16 mit 369 000 *M* veranschlagt, in unserem nunmehrigen Etat auf 580 000 *M*.

Die Einkommensteuer hat im Jahre 1915/16 2 894 000 *M* betragen, nunmehr ist sie auf 5 600 000 *M* erhöht.

Diese Zahlen sollen eins darbieten: wie einseitig nach Ihren Gedanken die Einkünfte aus den technischen Werken außerordentlich niedriger werden sollen, während z. B. die Einkommensteuer jetzt um fast das Doppelte gestiegen ist. Man muß das gegeneinander halten, dann werden wir sagen: Wir müssen den alten Gedanken, daß die Einnahmen aus den technischen Werken zu den Ausgaben der Stadt mit beitragen sollen, beibehalten und dafür sorgen, daß diese Einkünfte nicht unter den Durchschnitt der vorhergehenden Jahre herabsinken. Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, den Gedanken des Herrn Marth zu folgen.

Herr Frede hat einen Antrag eingebracht, der darin gipfelt, daß es bis zum 1. Oktober bei dem jetzigen Satze verbleiben soll, während vom 1. Oktober an der Preis für das Kubikmeter geliefertes Wasser auf 25 Pfennig erhöht werden soll, also um 1 Pfennig mehr, als der Magistrat beantragt. Das ist ein Verschiebungsantrag. Es würden damit die Verbraucher nicht wesentlich mehr belastet, wenn man keinen allzu langen Zeitraum ins Auge faßt, es würde in jedem Vierteljahr der Verspätung ein Erlaß — wenn ich mich so ausdrücken soll — von 40 000 *M* und in jedem Vierteljahr mit dem neuen Satz von 25 Pfennig eine Mehreinnahme von 50 000 *M* zu verzeichnen sein. Einen wesentlichen Vorteil für die Stadt kann ich aus dem Antrage nicht ersehen. Für die Hausbesitzer mag die Regelung vorteilhaft sein, für die gegenwärtige Verhandlung in diesem Falle ist sie ein Non liquet.

Nun die Anregungen des Herrn Schilke. Er will die Gaspreise auf dem Stand von 32 Pfennig, wie es die Deputation vorgeschlagen hat, belassen, dagegen die Kokspreise um rund 10 *M* pro Tonne bei Abgabe an Großabnehmer erhöhen. Diese Erhöhung auf die einzelne Art der Kokslieferung halte ich für unberechtigt. Der grobe Koks kostet jetzt 4 *M* für den Zentner, der Kleinkoks 4,30 *M*. Eine Durchschnittserhöhung ist unangebracht. Selbst wenn man jede einzelne Sorte, was kaufmännisch unrichtig wäre, einfach um 10 Pfennig im Preise erhöhte, so würde dadurch doch der Ausfall bei den Gaspreisen bei weitem nicht gedeckt werden. Es handelt sich um 17 000 Tonnen, und bei einem Mehr-

preis von 10 *M* würden 170 000 *M* mehr Erlöst. Es bleibt dann immer noch ein Defizit, das nicht gedeckt ist.

Über die Befugnisse der Deputationen hat der Herr Oberbürgermeister sein Teil schon gesagt, es ist aber erwünscht, daß auch aus der Stadtverordnetenversammlung eine Meinungsäußerung kommt. Wir aus den Ausschüssen müssen es uns gefallen lassen, daß die Stadtverordnetenversammlung unsere Beschlüsse zu Boden fallen läßt; die ganze Stadtverordnetenversammlung muß es sich gefallen lassen, daß der Magistrat erklärt: Ich bedaure, ich gehe nicht auf den Beschluß ein! Wie kann sich da eine Deputation verletzt fühlen, wenn der Magistrat sagt: Wir stoßen den Beschluß um. Das ist parlamentarisches Leben, dadurch brauchen wir uns nicht verletzt zu fühlen.

Schließlich komme ich bezüglich aller der finanziellen und technischen Erwägungen dahin, daß ich sage: Man wird bei der Steuer- und Finanzlage der Stadt und auch bei der technischen Lage der Werke doch dazu kommen, sich zu dem Magistratsantrag bekennen zu müssen. Es ist höchst schmerzlich, daß wir der Stadt diese Lasten aufbürden müssen, aber wir kommen nicht darum weg. Ich möchte nochmals empfehlen, dieses unglückselige Kapitel in der Weise zu erledigen, daß die Magistratsanträge genehmigt werden.

Bei der Abstimmung meldet sich für Erhöhung der Gaspreise auf 35 bzw. 38 Pfennig die Minderheit, für die Erhöhung auf 32 bzw. 35 Pfennig die Mehrheit.

Vorsitzender: Zu den übrigen Anträgen des Magistrats bezüglich der Gaswerke hat sich niemand abweichend geäußert. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung damit an.

Bei der Abstimmung über die Erhöhung des Wassergeldes stimmt die Mehrheit für den Preis von 24 Pfennig.

Darauf stimmt die Versammlung dem 1. Juni 1919 als Zeitpunkt für den Eintritt der Gaspreiserhöhung zu, und schließlich auch der Erhöhung des Wassergeldes vom 1. Juni dieses Jahres an.

Stadtv. Schmidt: Ich möchte noch anfragen, wie es bezüglich der Minderbemittelten gehalten werden soll, an die der Kots zu ermäßigtem Preise abgegeben werden soll. Es wäre angebracht, etwas über die Grenze zu hören, bis zu welcher die Minderbemittelten gerechnet werden sollen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die Deputation hat beschlossen, das Einkommen von 5000 *M* als Grenze festzusetzen, bis zu welcher die Kotsbezieher als Minderbemittelte angesehen werden sollen. Der Magistrat hat keine Bedenken dagegen. Im übrigen wird die Sache noch geregelt werden.

12. Gebühren in den städtischen Flußbädern betreffend.

Bürgermeister **Meyer**: In der letzten Sitzung haben die Stadtverordneten zugestimmt, daß die Gebühren, die bei Benutzung von Flußbädern genommen werden, erhöht werden sollen. Dabei ist ein Irrtum vorgekommen. Es war in der Vorlage gebeten, sich damit einverstanden zu erklären, daß für Aufbewahrung von Badelaken und Badehosen an Stelle der früheren Gebühr von 1 *M* 2 *M* genommen werden dürfen. Das ist ein Versehen. Nach dem Vertrag, unter dem die Pachtung der Badeanstalt übernommen ist, sind die Pächter bisher schon berechtigt gewesen, 2 *M* für diese Aufbewahrung zu nehmen, und es ist von ihnen gewünscht worden, diese Gebühr auf 3 *M* zu erhöhen. Es wird nun von dem Bademeister gebeten, man möchte der Erhöhung auf 3 *M* nachträglich zustimmen. Der Magistrat hat nichts dagegen einzumenden und ersucht Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß in der Zivil- und in der Frauenbadeanstalt für Aufbewahrung von Badelaken und Badehosen anstatt der vertraglich festgesetzten 2 *M* 3 *M* erhoben werden dürfen. Die Angelegenheit ist auch in der Finanzkommission zum Vortrag gebracht, und sie hat sich im Sinne des Antrages ausgesprochen.

Der Erhöhung der Gebühr stimmt die Versammlung zu.

13. Herrichtung eines Gefrierhauses auf dem städtischen Schlachthause.

Stadtv. **Reißner**: Meine Damen und Herren! Es hat sich als notwendig herausgestellt, auf dem Grundstück des städtischen Schlachthauses eine Gefrierhalle einzurichten. Es muß damit gerechnet werden, daß wir in der nächsten Zeit bis in die nächsten Jahre hinein Gefrierfleisch aus Argentinien erhalten, und zur ordnungsmäßigen Aufbewahrung und weiteren Erhaltung dieses Fleisches muß eine Gefrierhalle vorhanden sein. Das städtische Hochbauamt hat für die Errichtung dieses Gefrierhauses einen Entwurf ausgearbeitet, der dort ausgehängt ist. Darnach soll das Gefrierhaus im Anschluß an die vorhandenen Kühleinrichtungen des Schlachthauses und unter Verwendung eines anstoßenden Rinderstalles eingerichtet werden. Das Gebäude selbst und seine Lage dicht neben den Kühleanlagen eignet sich vorzüglich für den in Aussicht genommenen Zweck. Der Bauausschuß war der Meinung, daß selbst dann, wenn ein eigenes Gebäude für diesen Zweck errichtet werden sollte, kein besseres aufgebaut werden könnte, als das hier vorhandene. Es ist dort ein langer, zweistöckiger Raum vorhanden, der eine Höhe von 3,75 in seinem vorderen und 3 Meter in seinem hinteren Teil hat. Er wäre natürlich zu isolieren, um die Kälte in ihm festzuhalten. Da Korkplatten eben nicht zu beschaffen sind, so soll die Isolierung durch Faserstoffplatten ge-

schaffen werden, die Schutz vor Beschädigung durch Zementputz oder Beton erhalten. Der Zugang zu der Gefrierhalle wird in zweckmäßiger Weise durch die Kühlanlage genommen, damit beim Ein- und Ausbringen von Fleisch die warme Außenluft nicht ohne weiteres eindringen kann. Es ist dann notwendig, daß das Gefrierfleisch nach seinem Herausbringen aus der Gefrierhalle etwa 4—5 Tage in der davorliegenden Kühllhalle liegen bleibt, weil es beim plötzlichen Auftauen in der warmen Außenluft zu schnell auftauen und unbrauchbar werden würde. Auch deshalb ist die Verbindung dieser beiden Räume sehr zweckmäßig.

Das Innere der Gefrierhalle soll nach einem Projekt der Firma L. A. Riedinger, Augsburg, eingerichtet werden. Der Apparat zur Erzeugung der Kälte ist ein Rippenrohrkühler aus schmiedeeisernen Rippenrohren für direkte Kohlen säureverdampfung. Er steht in einer besonderen Luftkammer, die am Ende des großen Raumes eingerichtet ist. Die Zuführung der kalten Luft erfolgt durch Kanäle, die unter der Decke der Räume angebracht werden, die Beförderung der Luft mittels eines Zentrifugalventilators mit einem 4—5pferdigen Motor. Außer der Kühlung der vorgesehenen Räume auf 6—8 Grad Celsius können noch täglich bis zu 3000 kg Fleisch eingefroren werden. Zwischen den beiden Teilen der Halle steht eine Mittelwand, die bestehen bleiben soll. In dem vorderen Teile der Halle lassen sich 21 000 kg Fleisch in besonderen Gerüsten unterbringen, also in gefrorenem Zustande erhalten, während in dem hinteren Teile 60—70 000 kg hängen können. Hoffentlich wird die Halle dauernd gefüllt bleiben! Wir haben hier schon genug Debatten über Ernährungsfragen gehabt, und ein derartiger Vorrat würde dem gewiß Abhilfe bringen.

Die Gesamtkosten des Gefrierhauses sind auf 100 000 M berechnet. Es sind nun aber mit dem Landesernährungsamt, bzw. mit der Staatsregierung Verhandlungen gepflogen, und die Staatsregierung hat sich darin bereit erklärt, aus einem ihr zur Verfügung stehenden Fonds, dem staatlichen Viehkonto, die Hälfte der Baukosten mit 50 000 M zuzusteuern, so daß die ganze Aufwendung seitens der Stadt sich auf 50 000 M ermäßigt. Die Ausführung dieses Projekts ist also in finanzieller Hinsicht außerordentlich günstig.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und empfiehlt Ihnen nach reichlicher Prüfung Annahme des Magistratsantrages auf Ausführung dieser Gefrierhalle.

Dem Antrage des Bauausschusses stimmt die Versammlung zu.

14. Antrag Schille, betr. den Schluß der offenen Verkaufsstellen, Kontore und Kauzleien.

Wortlaut des Antrages s. S. 168.

Vorsitzender: Ich möchte gleich jetzt darauf aufmerksam machen, daß es kaum möglich sein wird, den dringlichen Antrag, den Herr Schille eingereicht hat, heute abend noch zur Verabschiedung zu bringen, da es nicht angängig ist, ein Ortsstatut im Handumdrehen in seinen Bestimmungen zu ändern.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Ich möchte den Antrag nur kurz begründen. Wir haben plötzlich durch die Bekanntmachung des Magistrats in den Zeitungen von der Änderung der Arbeitszeit in den offenen Ladengeschäften, Kontoren, Bureaus und Kanzleien gehört. Durch diese Bekanntmachung, die am 10. Mai erlassen ist, wurde der Schluß der Bureauzeit auf 7 Uhr abends festgesetzt. Aus den verschiedenen Eingaben, die von den Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten eingegangen sind, geht hervor, daß es absolut nicht notwendig ist, eine verlängerte Arbeitszeit für diese Berufe festzulegen. Sowohl die Ladengeschäfte werden mit ihrer Arbeitszeit bis 6 Uhr abends vollständig auskommen, wie auch in den Bureaus bei der durchgehenden Arbeitszeit genügend Zeit zur Bewältigung der Arbeit vorhanden ist. Wir wollen dabei doch immer bedenken, daß die Angestellten in den Ladengeschäften es auch notwendig haben, einmal ein paar Stunden des Abends für eine gesundheitliche Betätigung zu erhalten, und daß sie diese Zeit nötig haben, um vor allen Dingen für die Erledigungen im Haushalte frei zu sein. Wenn sodann mein Antrag wünscht, den Schluß der Kontorzeit auf 5 Uhr nachmittags festzulegen, so begegnet er damit einem Wunsche, der durch die Annahme der achtfündigen Arbeitszeit seiner Erfüllung nahegerückt ist. Da die Kontorzeit allgemein in Braunschweig um 8 Uhr beginnt, so wird die achtfündige Arbeitszeit meistens um 4 Uhr beendet sein. Es bedarf keiner Frage, daß durch eine Verlängerung der Dienstzeit bis 7 Uhr abends nur erreicht werden kann, daß inmitten der Arbeitszeit eine zwei- bis dreistündige Mittagspause eingesetzt wird, und diese Zahl der Stunden geht der Familie des Angestellten verloren. Ich möchte bitten, diese Anträge, die heute in dieser Sache eingegangen sind, und die alle darin gipfeln, die Kontore spätestens um 5 Uhr schließen zu lassen und die offenen Ladengeschäfte um 6 Uhr, einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender: Ich überweise diesen Antrag zunächst dem Rechtsausschuß zur Vorbesprechung.

15. Antrag Marth auf genügende Bepflanzung der Straßen und Plätze.

Wortlaut des Antrages s. S. 169.

Stadtv. Marth (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Sie alle werden schon selbst empfunden haben, wie unangenehm augenblicklich die Staub-

plage auf den Straßen und Plätzen, besonders aber in den Anlagen ist. In der Kriegszeit hat die Beprengung der Plätze und Straßen zurückstehen müssen, weil die nötige Beprengung für die Sprengwagen nicht vorhanden war, und wir haben uns mit dem Wenigen begnügen müssen, aber in diesem Jahre, wo der Frieden vor der Tür steht, ist die Sache doch etwas anders anzusehen. Die Wallanlagen, die doch Erholungsstätten sein sollen, sind bei der heutigen Stauplage kaum zu diesem Zwecke zu benutzen, und man wird guttun, wenn man Erholung beim Ausgehen sucht, den Wall zu meiden und einfach in der Stadt zu bleiben. Auch die Außenviertel werden in der Beprengung recht tiefmütterlich bedacht; ich habe in dieser ganzen Zeit vor dem Wilhelmstore keinen Sprengwagen gesehen. Es wäre doch zweckmäßig, daß wir aus Gesundheitsrücksichten eine bessere Beprengung der Straßen ausführen ließen. Überall hört man Beschwerden, daß man wegen der mangelhaften Beprengung gute Luft entbehren müsse, und doch ist es bei der jetzigen Ernährungsweise, die minimal ist, als besonders notwendig anzusehen, daß man auf die Promenade gehen, frische Luft schöpfen und sich dadurch erholen kann. Bekanntlich sind ja die Promenaden als Stätten eingerichtet, wo man in frischer Luft Erholung suchen soll; bei uns ist das letztere nicht der Fall, da man sich dort nur einer Belästigung durch Staub aussetzt. Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, den Magistrat zu ersuchen, für genügende Sprengung der Straßen und Plätze, besonders aber der Wallanlagen und der Außenstadt Sorge zu tragen und nicht eine falsche Sparsamkeit in dieser Sache anzuwenden.

Die Versammlung stimmt der sofortigen Beratung des Antrages zu.

Bürgermeister Meyer: Meine Damen und Herren! Als Sie heute durch die Straßen gegangen sind, werden Sie gesehen haben, daß die Sprengwagen in Tätigkeit waren. Es ist schon in der Kommission eine Anregung in dieser Sache gegeben, und das hat den Magistrat und insbesondere mich als Dezernenten für diese Angelegenheit, veranlaßt, Anordnung wegen Aufnahme der Straßensprengung zu treffen. In der Folgezeit wird natürlich weitergesprengt werden — der Sommer hat ja eben erst eingesetzt —, und wir werden, soweit es die Kräfte des städtischen Marstalls erlauben, die Sprengwagen fahren lassen, wie es nach den aufgestellten Grundsätzen Gebrauch ist. Im vergangenen Sommer haben wir das Sprengen der Straßen allerdings einschränken müssen, und zwar aus zwei gewichtigen Gründen: Wir durften das Wasserwerk nicht überanstrengen, und wenn es täglich auch nur die Menge von 200 cbm Wasser ist, das die Sprengwagen verbrauchen, so mußten wir es doch für bedenklich halten, diese Menge aus unserer Wasserleitung zu entnehmen, wie wir ja auch die öffentlichen Brunnen nicht haben springen lassen. Das zweite, was noch gravierender war, das war

die Schwachheit unserer Pferde, und die ist auch heute noch nicht überwunden. Wir haben für sie leider auch jetzt noch kein Kraffutter, und erst heute habe ich beobachtet, wie schwer es einem an sich ausgezeichneten Pferde wurde, einen gefüllten Wassermagen vom Augusttore her nach dem Löwenwall zu ziehen. Ob der Sprengbetrieb mit diesen einspannigen Wagen auf die Dauer und während des ganzen Sommers durchzuhalten ist, scheint mir noch zweifelhaft; eventuell würde zu fragen sein, ob nicht der ganze Fuhrpark erweitert werden müßte. Die Zahl der Wassermagen ist beschränkt; sie beläuft sich auf ungefähr 26. Eine Vermehrung derselben wird jetzt schwer durchzuführen sein — und ich muß auch sagen: So sehr ich wünsche, daß die städtischen Straßen gesprengt werden, so kann ich doch nicht zugestehen, daß dies etwas so Wichtiges wäre, daß um deswillen andere Sachen, die wirtschaftlich von viel größerer Bedeutung sind, zurückgestellt werden müßten.

Ich führe das alles an, um zu beweisen, daß es nicht ganz leicht ist, solchen Wünschen, wie sie von Herrn Marth vorgetragen sind, in vollem Maße gerecht zu werden. Im übrigen ist es aber unser Bestreben, den Sprengwagenbetrieb, soweit es möglich ist, voll aufrechtzuerhalten.

Stadtv. **Schille:** Ich möchte darauf hinweisen, daß wir vor Jahren über eine Sprengung der Straßen mit Endlaugen der Kaliwerke verhandelt haben, das heißt nicht hier im Saale, sondern, wenn ich nicht irre, ist es im Bürgerverein gewesen. Da Herr Bürgermeister Meher davon gesprochen hat, daß so und so viel Kubikmeter Wasser zum Sprengen der Straßen nötig sind, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir hier bei uns die Möglichkeit haben, aus den Endlaugenleitungen der Kaliwerke, die hier in der Stadt liegen, die nötige Feuchtigkeitsmenge zu beziehen. Wir können sie direkt benutzen, sie kosten uns nichts, und wir erreichen dadurch, daß die Straßen tagelang feucht bleiben, denn sobald sich Feuchtigkeit in der Luft zeigt, wird diese von der Chlormagnesiumlauge aufgesogen, so daß die Straße niemals trocken wird. Ich möchte bitten, in Verhandlungen wegen der Anwendung dieses Verfahrens einzutreten und die notwendigen Laugenmengen vielleicht bei Gliesmarode oder an der Schunter zu entnehmen. Vielleicht läßt sich auch eine andere Einrichtung treffen; dann haben wir das Leitungswasser zum Besprengen der Straßen nicht nötig und erreichen, daß sie fortwährend staubfrei sind.

Bürgermeister **Meher:** In der Theorie ist das alles sehr schön, in der Praxis aber ist es anders. Versuche mit der Anwendung der Endlaugen der Kaliwerke sind seit Jahren, ja seit Jahrzehnten gemacht, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß alle Mittel, die angeboten waren, nicht das zeitigten, was in Aussicht gestellt

war. Es mag sein, daß an Stellen, wo nur geringer Staub liegt und wo kein lebhafter Straßenverkehr ist, der Staub durch Anwendung von Endlauge für eine gewisse Zeit gebunden wird. Wenn aber der Staub etwas höher liegt und der Wasservagen mit dem staubbindenden Mittel darüber fährt, dann ist der Staub wohl zunächst gebunden, sobald aber andere Wagen hinterher kommen, wühlen sie alles wieder auf und es ist dieselbe Sache wie vorher. Die Hauptschwierigkeit ist aber die, daß der einzelne Sprengwagen mit dem Bindemittel gefüllt werden muß, und daß, wenn überhaupt etwas geleistet werden soll, die Endlaugen mittels einer Druckleitung in die Stadt geführt werden müßten. Auch das ist erwogen, man ist aber vor den Kosten zurückgeschreckt. Wenn Herr Schille praktische Vorschläge machen kann, will ich sie gern aufnehmen.

Stadtv. **Lehnert**: Ich möchte eine Mitteilung an den Stadtmagistrat machen. Seitdem das Drehstromwerk respektive das Elektrizitätswerk die Braunkohlen vom Drehstromwerk abholen läßt, leidet die ganze Gegend des Wendentores unter einer Staubplage. Jedenfalls werden die Wagen zu voll beladen und schütten über. In der trockenen Zeit ist insolgedessen die Hamburger-, Wenden-, Wilhelm- und Karl-Schmidt-Straße in eine braune Staubwolke gehüllt, so daß es unmöglich ist, daß jemand die Fenster offen halten kann. Ich möchte fragen, ob das Elektrizitätswerk für diese unangenehme Erscheinung haftbar gemacht werden kann, oder ob die Beseitigung des Übelstandes im Interesse der Straßenreinigung liegt. Was sonst nur die Anwohner der Wilhelmstraße, als die Kohlen noch per Achse dorthin gebracht wurden, zu leiden gehabt haben, das müssen die Anwohner des ganzen Wendentores aushalten; um einen Genuß von Braunkohlenstaub zu erhalten, brauchen sie nicht erst in das Kohlenbergwerk zu gehen.

Bürgermeister **Meyer**: Die von Herrn Lehnert aufgeworfene Frage ist nicht leicht zu entscheiden. Wenn durch das Zufahren von Kohlen die Straße in größerem Umfange mit Kohlenstücken und Staub beworfen wird, dann würde das Lichtwerk zur Reinigung verpflichtet sein. Wenn es sich aber nur um Staubwolken handelt, dann würde der Stadt kaum anderes übrigbleiben, als ihrerseits für die Beseitigung des Staubes zu sorgen. Man kann ja hoffen, daß diese Belästigung nur selten auftritt, denn das Drehstromwerk ist an die Bahn angeschlossen und bekommt seine Kohlen direkt. (Zuruf: Es handelt sich um den Transport nach der Wilhelmstraße.) Nach dorthin ist der Transport durch die Bahn leider nicht ausführbar.

Stadtv. **Marth**: In der Außenstadt ist außerordentlich selten ein Sprengwagen zu sehen. Ich möchte deshalb besonders darum bitten, daß außerhalb der

Stadt und auf den Wallanlagen für genügende Besprengung gesorgt wird; das ist ein Wunsch der ganzen Einwohnerschaft.

Bürgermeister Meyer: Auf diese Worte des Herrn Vorredners hin möchte ich meine vorangegangenen Mitteilungen ergänzen. Es ist früher von den städtischen Behörden gewünscht, daß nur die Außenstadt mit Sprengwagen befahren werden sollte, und das ist auch bis vor wenigen Jahren geschehen. Für die Innenstadt hielt man das Sprengen nicht für erforderlich, weil man der Ansicht war, daß infolge der Straßenpflasterung die Staubeentwicklung dort nicht sehr groß sei und deshalb auch nicht besonders lästig falle. Im Laufe der Jahre hat sich indessen das Bild verschoben, und zwar dadurch, daß auch die Straßen der Außenstadt mehr und mehr gepflastert sind. Man hat deshalb die Unterscheidung zurücktreten lassen und angefangen, auch in der Innenstadt Sprengen zu lassen. Immerhin wird die Außenstadt auch heute noch bevorzugt.

Der Antrag Marth wird angenommen.

16. Anfrage Kofahr wegen Pflasterung einer Teilstrecke der Salzdhahumer Straße.

Wortlaut der Anfrage s. S. 170.

Stadtv. Kofahr (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wenn in der heutigen Sitzung von Straßenstaub die Rede gewesen ist, so kann ich feststellen, daß der Zustand des Teiles der Salzdhahumer Straße zwischen der Riede-straße und den Büßing-Werken alle bestehenden Straßen und Plätze in bezug auf schlechte Beschaffenheit übertrifft, so daß es für die Anwohner kaum auszuhalten ist. Bei dem jetzt längere Zeit anhaltenden trockenen Wetter ist die Staubeentwicklung dort eine derartige, daß sie allen Vorstellungen Hohn spricht, und auch bei nassem Wetter ist auf beiden Seiten des Fußweges nicht möglich zu gehen, weil die Lastautos, die die Riede-straße passieren, ein derartiges Tempo einschlagen, daß man über und über mit Schmutz beworfen wird. Es ist wirklich an der Zeit, daß auch diese Straßenstrecke mit Pflaster belegt wird, damit menschenwürdige Zustände dort eintreten.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine Herrschaften! Vor etwa einem Jahre ist die Salzdhahumer Straße bis zu den Büßing-Werken neu gepflastert, und es wird Herrn Kofahr aufgefallen sein, daß die Neupflasterung nicht bis zur Riede-straße fortgesetzt ist. Das ließ sich leider aus folgendem Grunde nicht machen: Hinter den Büßing-Werken muß die Straße später erheblich tiefer gelegt werden,

weil sie demnächst unter dem Eisenbahngleis, das hoch gelegt wird, hindurchgeführt wird. Infolgedessen muß die Straße vom Büßing-Werk ab allmählich abgetragen werden, und ehe dies nicht geschehen ist, kann die Salzdhahmer Straße von der bezeichneten Stelle ab endgültig nicht gepflastert werden. Einstweilen muß es also bei dem Provisorium bleiben, ein Definitivum kann erst dann geschaffen werden, wenn die ganze Anlage endgültig ausgebaut ist. Wann das der Fall sein wird, hängt wesentlich davon ab, wann der leidige Bahnhofsumbau zur Ausführung kommt.

Stadtv. Rönneburg (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, die Sitzung zu schließen. Ich darf darauf verweisen, daß die Vertreter der Presse ihre Plätze verlassen haben, weil sie offenbar am Ende ihrer Kraft angelangt sind. Das ist zwar nicht entscheidend für uns, aber ich glaube doch, daß wir an dem Brauch möglichst festhalten sollten, die Sitzungen spätestens um 8 Uhr zu schließen. Ferner ist heute der Schluß auch angesichts der heute morgen abgehaltenen Landtagsitzung, an der ein großer Teil der Mitglieder der Versammlung beteiligt war, besonders angebracht. Die noch restierenden Punkte der Tagesordnung könnten ja zu Anfang der nächsten Sitzung erledigt werden.

Die Versammlung ist mit dem Schluß der Sitzung einverstanden.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. Juni 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Übernahme einer weiteren Bürgschaft für den Bedarf des Versorgungsverbandes Braunschweig	232
2. Antrag Schilke, betreffend den Schluß der offenen Verkaufsstellen, Kontore und Kanzleien	233
3. Bewilligung von Mitteln für Vergrößerung der Arbeiterstube auf dem Gaswerk Taubenstraße	242
4. Antrag Salomon auf dauernde Anstellung eines Museumsassistenten	243
5. Antrag Munte, betreffend die Gültigkeit von Wohnungsvermietungen	244
6. Bewilligung von Kosten für Reparaturarbeiten in der Neustadtmühle	251
7. Neuregelung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte, sowie auch der Aushilfsbeamten	252
8. Ersatzwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen	254
9. Erhöhung der Entschädigung für die Beisitzer des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichtes	254
10. Ankauf von Baracken zu Wohnzwecken	256
11. Nachverwilligung von Mitteln für die Volkskindergartenstiftung	258
12. Antrag Schmidt, betreffend Erhebung von Zuschlägen zu den Gemeindeeinkommensteuern	260
13. Anträge Stegmann und Marth, betreffend die Preise bei weiteren Verkäufen ausländischer Lebensmittel	263
14. Antrag Schmidt auf Erhöhung der Sätze für die Armenunterstützung	272
15. Anfrage Stegmann über Maßnahmen gegen die Teuerung in Frühgemüsen	273
16. Anfrage Schmidt über die Gründe der Butterpreiserhöhung	274

Am Magistratstisch die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat von **Frankenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Jüermann**.

Entschuldigt Herr Stadtverordneter **Steinbrecher**.

Vorsitzender **Riese II**: Ich eröffne die heutige Sitzung. Vom Braunschweigischen Landesfürsorgeamt ist die Abschrift folgenden Schreibens an den Stadtmagistrat uns zur Kenntnissnahme zugegangen:

„Wir teilen ergebenst mit, daß von den Angehörigen Gefallener außer den Witwen und Waisen sehr schwer empfunden ist, daß in dieser teuren Zeit die Kriegsunterstützung fortfällt, da nach der Verordnung vom 9. Dezember 1918 ein Recht auf Zahlung der Familienunterstützung nach dem 31. Dezember 1918 den Hinterbliebenen nicht mehr zusteht.

Von den zuständigen Behörden ist nun das dringende Ersuchen an die Stadtverwaltungen gerichtet, die Eltern und unehelichen Kinder, soweit Bedürftigkeit vorliegt, im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu unterstützen, bis die Regelung des Kriegselterngeldes oder sonstiger Zuwendungen aus militärischen Fonds erfolgt ist.

Nach dem bisherigen Verfahren des Stadtmagistrats haben die bedürftigen Kriegereltern nach Fortfall der Familienunterstützung nur einmalige Beihilfen von 15 bis 20 *M* aus der Kriegsnotspende erhalten; auf unsere dringenden Anträge, weitere Beihilfen eintreten zu lassen, ist nach einigen Wochen noch einmal eine Unterstützung von 20 *M* erfolgt.

Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, daß diese Hilfe völlig belanglos ist und vielfach Verbitterung hervorgerufen hat, da sie den Charakter eines Almosen trägt.

Ferner haben uns die Kriegerwitwen Mitteilung gemacht, daß der Stadtmagistrat die bisher gewährten Mietzuschüsse eingestellt hat. In weitgehendem Maße haben wir aus Stiftungsmitteln die Notlage der Hinterbliebenen zu bessern gesucht, soweit wir dazu in der Lage sind. Bei unseren beschränkten Mitteln können wir aber nur ergänzend eintreten, die Grundlage der Existenzmöglichkeit muß durch Rente oder Kriegsunterstützung gegeben werden, um die Familien vor wirtschaftlichem Niedergang zu schützen.

Wir richten daher an den Magistrat das ergebenste Ersuchen, die Angelegenheit einer Nachprüfung unterziehen zu wollen und im Wege der Kriegswohlfahrtspflege die eingetretenen Schäden bis zur Regelung der Renten beseitigen zu wollen.“

Ein anonymes Schreiben wünscht den Ausbau der Elmstraße. Ich überweise es dem Magistrat zur Kenntnissnahme.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, Bezirk Braunschweig, welches sich auf den Antrag des Herrn Stadtverordneten Schilke, betreffend den Schluß der offenen Verkaufsstellen, Kontore usw. bezieht. Es wird in der Eingabe die dringende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, dem Antrag Schilke beizutreten.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Zahlstelle Braunschweig, hat in einem Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung folgendes ausgeführt:

„Die städtischen Arbeiter haben, soweit dieselben am letzten Streik beteiligt waren, in Erfahrung gebracht, daß die städtischen Beamten die Tage des von denselben ins Werk gesetzten Generalstreiks nicht — wie es den städtischen Arbeitern versprochen worden ist — vom Gehalt abgezogen bekommen. Die städtischen Arbeiter fordern deshalb, daß ihnen die Streiktage gleichfalls nachgezahlt werden, da dieselben die Arbeit nicht frivol, wie die Beamten, sondern durch die Beauftragten der streikenden Arbeiterschaft niederlegen mußten. Ihrer baldigen Antwort entgegensehend, zeichnet im Auftrage Albert Müller, Ludwigstraße 21.“

Ich überreiche das Schreiben zunächst dem Magistrat zu einer Äußerung. Da sich der Finanzausschuß sowieso gutachtlich zu der Sache äußern soll, so werden wir vielleicht in der nächsten Sitzung dazu Stellung nehmen können.

Von Herrn Stegmann ist ein Dringlichkeitsantrag eingegangen; er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei fernerhin stattfindenden Verkäufen ausländischer Lebensmittel die Preise je nach dem Einkommen zu staffeln, und zwar derart, daß etwa vier verschiedene Preise erhoben werden.“

Eine Anfrage ist von Herrn Schmidt eingereicht:

„Kann der Magistrat Auskunft geben 1. über die Gründe der Butterpreiserhöhung, 2. ob die in der Bekanntmachung erwähnte Handelsware II auch der städtischen Bevölkerung zugeführt wird?“

Ferner ist von Herrn Schmidt ein dringlicher Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Landesregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Stadt Braunschweig ermächtigt wird, von den Einkommen über 10 000 M Zuschläge zu den Gemeindesteuern zu erheben.“

Gleichfalls ein dringender Antrag ist von Herrn Marth eingebracht:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Preise für ausländische Lebensmittel, wie Fleisch, Mehl u. dgl. zu staffeln und folgende Preise vorzuschreiben:

1. Bei einem Einkommen bis 5000 M 50 Proz. unter Selbstkostenpreis,
2. bei einem Einkommen von 5000 bis 10 000 M zum Selbstkostenpreis,

3. bei einem Einkommen über 10 000 *M* 60 Proz. über Selbstkostenpreis."

Von Herrn Salomon sind zwei dringliche Anträge mit folgendem Wortlaut gestellt:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Volksbeauftragten zu ersuchen, zu bewirken, daß bei Festsetzung der Gehälter für die Hilfsbeamten sowohl der Abteilungsleiter, als auch die Mitglieder des Ausschusses der Hilfsbeamten gutachtlich gehört werden."

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu bewirken, daß den verheirateten Hilfsbeamten die gleichen Kinderzulagen wie den festangestellten Beamten gezahlt werden mit der Maßgabe, daß bei Familien mit Kindern die Zulage für die Ehefrau in Fortfall kommt."

Sodann ist von Herrn Schmidt folgender Antrag eingebracht:

"Unterzeichneter beantragt, die Armenunterstützung

1. einzelfstehender Personen von 24 *M* auf 30 *M*,

2. bei Familien für jede Person um 3 *M*

ab 1. Juli zu erhöhen."

Weiter ist eine Anfrage von Herrn Stegmann eingereicht:

"Ist dem Magistrat bekannt, daß die Preise für Frühgemüse eine bisher für unmöglich gehaltene Höhe erreicht haben, und was gedenkt der Magistrat zu tun, diesem unerhörten Wucher zu steuern?"

Schließlich hat Herr Schilke noch einen Antrag zu Punkt 2 der Tagesordnung eingebracht. Es wird sich empfehlen, ihn nachher bekanntzugeben.

1. Übernahme einer weiteren Bürgschaft für den Bedarf des Versorgungsverbandes Braunschweig.

Stadtv. Blumeier: Meine Damen und Herren! Bekanntlich wurde unsere Stadt im ersten Zwangswirtschaftsjahre durch die Reichsgetreidegesellschaft mit Getreide und Mehl versorgt, dann wurde der Selbstwirtschaftsverband Braunschweig-Niddagshausen-Bechelde gegründet, und im vorigen Kriegsjahre wurde diese Gründung dahin erweitert, daß ein Versorgungsverband zusammengelegt wurde, in dem Getreide und Mehl durch Braunschweig, Niddagshausen, Bechelde, Wolfenbüttel, Gandersheim und Blankenburg zusammen bewirtschaftet wurden. Diese Gesellschaft trat am 15. August vorigen Jahres ihre Tätigkeit an, und es mußte ihr ein Kredit bei der Leihhausanstalt eröffnet werden, damit die entstehenden Unkosten bestritten werden konnten. Für diesen Kredit, der in Höhe von 20 000 *M* angefordert wurde, mußten die Kommunalverwaltungen die Bürgschaftsleistung übernehmen. Das Wirtschaftsjahr ist noch nicht zu Ende, und der Kredit ist bis auf einige hundert Mark schon voll in Anspruch genommen, so daß der

Versorgungsverband um Bürgschaftsübernahme für weitere 20 000 *M* bittet. Die bisherigen Unkosten rekrutieren sich aus verausgabten Gehältern, Anschaffungskosten, Inventar, Beträge für Miete, und jetzt werden diese Unkosten noch vermehrt durch die Einstellung von Kontrollbeamten, und gegen diese Erhöhung ist wohl nichts einzuwenden, da bekanntlich die Wirksamkeit dieser Gesellschaft gegenüber der Reichsgesellschaft Vorteile bietet und wir durch sie in Braunschweig mit die billigsten Mehl- und Brotpreise in ganz Deutschland haben. So empfiehlt Ihnen der Finanzausschuß, dem Antrag auf Erhöhung der Bürgschaftsleistung zuzustimmen. Auch meine engeren Freunde sind damit einverstanden, haben aber den Wunsch, daß die Gehälter, die zum Teil 12 000 *M* für den einzelnen Beamten betragen, nicht noch weiter gesteigert werden, daß die Kontrollbeamten, falls sie sich nicht qualifizieren, und besonders, wenn sie dem Hamstertum ergeben sind, so schnell als möglich vom Amt entfernt werden, daß die Kontrollbeamten sich mit den bestehenden Ortsarbeiterräten in Verbindung setzen und schließlich, daß bei Neueinstellungen diese Kontrollbeamten aus Landarbeiterkreisen entnommen werden.

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß diese Vorschläge des Herrn Berichterstatters, die ich persönlich im Magistrat befürworten werde, von diesem an den Getreideausschuß mit dem Antrage auf Berücksichtigung weitergegeben werden. Auch dem Stadtmagistrat liegt dringend daran, daß die Selbstwirtschaft im Versorgungsverband Braunschweig, die sich im allgemeinen bewährt hat, auch in Zukunft nicht an irgendwelchen Mängeln leidet, die ihre nützliche Durchführung wie auch das Vertrauen der Bevölkerung beeinträchtigen könnten. Ich benutze die Gelegenheit, einen kleinen Irrtum des Herrn Berichterstatters richtigzustellen. Es sind außer der Stadt Braunschweig nur der Landkreis Braunschweig und die Kreise Wolfenbüttel und Blankenburg an dem Versorgungsverband beteiligt, während Helmstedt, Holzminden und Gandersheim nicht mit angeschlossen sind. Wir haben aber beschlossen, bei den Volksbeauftragten zu beantragen, daß er in Zukunft möglichst das ganze Land Braunschweig umfassen möge.

Die Erhöhung der Bürgschaftssumme wird angenommen.

2. Antrag Schilke, betreffend den Schluß der offenen Verkaufsstellen, Kontore und Kanzleien.

Stadtv. Frau Friedrich: Herr Schilke hat unter dem 16. Mai folgenden Antrag eingebracht:

„Nach einer Bekanntmachung des Stadtmagistrats ist die Schlußzeit für Kontore, Bureaus und Kanzleien auf 7 Uhr abends festgelegt und gestattet, daß die offenen

Verkaufsstellen ebenfalls bis 7 Uhr abends geöffnet sein dürfen. Wie aus den verschiedenen Protestversammlungen und schriftlichen Eingaben aus den Reihen der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände hervorgeht, erhebt sich gegen diese Maßnahme ein zweifellos berechtigter Einspruch, und zwar ist dieser Einspruch deshalb berechtigt, weil die bisherige Arbeitszeit bis 6 Uhr nicht nur genügt, sondern bei dem wirklichen Mangel an Material für die offenen Verkaufsstellen von den Inhabern noch nicht einmal ausgenutzt worden ist oder werden kann. Die Kontore haben fast durchweg durchgehende Arbeitszeit, schließen also um 3 oder 4 Uhr, und es könnte aus dieser Tatsache amtlich festgelegt werden, daß Kontore, Bureaus und Kanzleien um 5 Uhr zu schließen haben. Ich ersuche deshalb, und zwar im Auftrage der Fraktion der Demokratischen Partei, folgenden dringlichen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu bringen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu beauftragen, bei der Polizeidirektion und bei dem Volkskommissariat für Handel und Verkehr dahin vorstellig zu werden, daß für die Stadt Braunschweig bis auf weiteres der Schluß für offene Verkaufsstellen auf 6 Uhr festgelegt wird, und derjenige für Kontore, Bureaus und Kanzleien auf 5 Uhr nachmittags."

Bei der Beratung des Antrages Schilke im Rechtsausschuß hat sich herausgestellt, daß der Magistrat gar nicht zuständig ist, um von sich aus eine derartige Anordnung erlassen zu können. Der Rechtsausschuß gibt deshalb anheim:

Den Antrag Schilke dem zuständigen Volkskommissariat zu überweisen mit der Aufforderung, bei der Reichsregierung auf eine Änderung der entgegenstehenden gesetzlichen Vorschriften zu drängen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Stadtv. Schilke: Meine Damen und Herren! Daß wir uns überhaupt mit dieser Sache zu beschäftigen haben, liegt daran, daß der Volkskommissar für Handel und Verkehr aus sich heraus die Bestimmung über die erweiterte Arbeitszeit für offene Verkaufsstellen und Kontore erlassen hat. Er war dazu nicht verpflichtet, sondern hat in einer mehr impulsiven Art eine Nachricht aus einer hiesigen Zeitung aufgegriffen und danach die Verordnung erlassen. Wir bedauern das im Interesse der Angestellten wie auch der Geschäftsinhaber, denn es ist klar — was im Rechtsausschuß besonders betont worden ist —, daß eine Anordnung, die Arbeitszeit für offene Verkaufsstellen bis 7 Uhr und für Kontore bis 6 Uhr zu bestimmen, gar nicht vorliegt. Dabei sind die Materialien, die in den offenen Verkaufsstellen feil sind, so gering, daß der Verkauf während der achttündigen Arbeitszeit bis 6 Uhr wohl beendet sein kann. Ähnlich liegt der Fall in den Kontoren, wo bei der durchgehenden Arbeitszeit meist um 4 Uhr geschlossen wird. Eine solche Anordnung, wie sie erlassen ist, ginge ja fast darauf

hinaus, die Arbeitgeber zu veranlassen, darüber nachzudenken, ob es nicht richtig ist, eine längere Mittagspause zu machen, um bis 6 Uhr die Arbeitszeit ausdehnen zu können. Wir müssen für die Angestellten Wert darauf legen, daß sie besonders in der jetzigen Zeit, wo die Ernährungsverhältnisse schwierig und traurig sind, in den Abendstunden etwas für ihre Erholung tun können, und das können sie nur, wenn sie sich draußen etwas bewegen können und dann in der Lage sind, für ihre Familie etwas zu unternehmen. Da wir nun diese Sache nicht durch Ortsstatut erledigen können, habe ich folgenden Antrag formuliert:

„Nachdem feststeht, daß die Regelung bzw. Beendigung der Geschäftszeit für offene Verkaufsstellen und für Kontore usw. nur durch Änderung der Reichsgewerbeordnung, also einheitlich für das ganze Reich, geregelt werden kann, wird der Stadtmagistrat beauftragt, den heutigen Beschluß der braunschweigischen Regierung sofort bekanntzugeben und sie zu ersuchen, bei der Reichsregierung die Änderung der bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung zu beantragen.“

Die Angestellten werden zweifellos für die nächsten Monate noch nicht in den Genuß der freien Zeit kommen, wie wir es gewünscht haben, und ich bedauere lebhaft, daß das Volkskommissariat für Handel und Verkehr diese merkwürdige Tat begangen hat; aber es läßt sich daran nichts ändern. Wir müssen nun versuchen, diese Frage für das ganze Reich einheitlich regeln zu lassen, und das kann nur durch Änderung der Gewerbeordnung geschehen. Ich bitte Sie, meinen Antrag einstimmig anzunehmen, damit er gegenüber der braunschweigischen Regierung das nötige Gewicht hat, um sie zu veranlassen, diesen Antrag in Berlin kräftig zu unterstützen.

Vorsitzender (verliest den Antrag): Wir sagen wohl besser, „der Magistrat wird ersucht“ statt beauftragt. Ich glaube kaum, daß die Stadtverordneten den Stadtmagistrat beauftragen können.

Stadtrat Wagner: Meine Damen und Herren! Die Reichsgewerbeordnung, die bekanntlich auf der Grundlage der Gewerbefreiheit aufgebaut ist, enthält nur wenige Bestimmungen über die Zeit des Ladenschlusses (9 Uhr), und über die Zeit des Kontorschlusses überhaupt nichts. Es ist den höheren Verwaltungsbehörden die Befugnis eingeräumt, den 8-Uhr-Ladenschluß einzuführen, der bei uns bekanntlich schon lange Zeit besteht. Darüber hinaus gibt die Gewerbeordnung keine Möglichkeit, durch Ortsstatut oder sonstwie einen früheren Laden- oder Kontorschluß einzuführen, und Bestimmungen in dieser Richtung würden daher null und nichtig sein. Nun ist in der Bekanntmachung über die Arbeitszeit der Angestellten während der wirtschaftlichen Demobilmachung die Zeitfrage geregelt, allerdings nur vorübergehend. Hinsichtlich der Arbeitszeit ist dort nur ein Rahmen gegeben, nämlich nur in der Zeitspanne von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends darf die tägliche achtfündige Arbeitszeit liegen. Wie sie aber innerhalb

dieser Zeitspanne gelegt werden soll, das dürfen die Behörden nicht bestimmen, sondern das haben die Arbeitgeber nach zuvoriger Verständigung mit ihren Angestelltenausschüssen oder, wenn bei kleineren Betrieben ein solcher Angestelltenausschuß nicht vorhanden ist, durch Verständigung mit der Angestelltenchaft auszumachen, soweit nicht ein Tarifvertrag zwischen Angestelltenchaft und Arbeitgebern die Sache regelt. Das wäre also der gegebene Weg, um den Wünschen der Angestelltenchaft schon jetzt zum Ziel zu helfen, und das habe ich den Vertretern der Handlungsgehilfenverbände auseinandergesetzt. Ich kann mir nicht denken, daß weite Kreise der Arbeitgeberschaft ein Interesse daran haben, über die Zeit von 6 Uhr abends hinaus die Arbeit in den Läden oder den Kontoren fort dauern zu lassen, und ich sollte meinen, daß eine verständige Einwirkung von seiten der organisierten Angestellten das von ihnen erstrebte Ziel erreichen würde. Will man aber erreichen, daß durch Ortsstatut oder andere behördliche Maßnahmen bestimmt wird: „Es darf in späterer Zeit als 6 Uhr kein Laden oder Kontor offen gehalten werden“, dann gibt es nur die Möglichkeit, eine reichsgesetzliche Bestimmung zu erlassen, wie das eben von Herrn Schille durch seinen Antrag auch zu erreichen versucht wird. Ich glaube, daß der Magistrat gern bereit sein wird, für die Angestellten in dieser Weise einzutreten.

Stadtv. Engmann: Die Angestellten, soweit sie in offenen Verkaufsstellen beschäftigt sind, werden von dem Resultat der Beratung des Finanzausschusses nicht sonderlich erbaut sein. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade die Angestellten im Handelsgewerbe an eine achtsündige Arbeitszeit im großen und ganzen nicht denken können. Es ist dort nicht so, wie in einem anderen Betrieb oder im Kontor, daß man einfach die Sachen zusammenpacken und pünktlich die Arbeitszeit einhalten kann. Es sind besondere geschäftliche Rücksichten zu nehmen, und so kommt es oft vor, daß bei lebhaftem Verkehr über die bestimmte Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden muß. Herr Stadtrat Wagner sagte, es würde wohl keinen vernünftigen Geschäftsmann geben, der seine Angestellten über die Zeit bis 6 Uhr hinaus beschäftigen würde. Aber seit der letzten Stadtverordnetenitzung hat sich herausgestellt, daß gerade die offenen Verkaufsstellen, die einen oder zwei Gehilfen beschäftigen, ihre Läden schon bis $1\frac{1}{2}$ 7 oder bis 7 Uhr offen hielten, wohingegen die großen Geschäfte und diejenigen, die in sozialer Hinsicht für ihre Angestellten etwas übrig haben, in erfreulicher Weise nach wie vor, trotz der Verfügung des Volkskommissars für Handel und Verkehr, ihre Verkaufsstellen um 6 Uhr schließen, und diese Geschäfte bilden jetzt noch die Majorität. Ich bin der Meinung, der Magistrat hätte diese Verfügung, die vom Volkskommissar für Handel und Gewerbe bekanntgegeben wurde, gar nicht zu veröffentlichen brauchen. Wenn ich recht im Bilde bin, ist in Wolfenbüttel, Schöppenstedt und Schöningen, wo diese Verfügung des Volkskommissars doch auch Gültigkeit hat, diese Verfügung nicht veröffentlicht, und nach wie

vor besteht in unseren kleinen Nachbarstädten der 6-Uhr-Ladenschluß. Hier in Braunschweig hat man sich allerdings die Bekanntmachung des Magistrats seitens der kleinen Geschäftsleute zunutze gemacht, und so hat sich das traurige Bild gezeigt, daß in einzelnen Geschäften die Arbeitszeit verlängert wird. Solange die Produktion gering bleibt und das Angebot kleiner ist als die Nachfrage, solange können wir im Handelsgeschäft wirklich ohne Schaden das Geschäft bis 6 Uhr erledigen. Sie werden es gewiß begreifen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit im allgemeinen in Wirklichkeit nur eine Verlängerung der Arbeitszeit der einzelnen ist. Was nützen den Angestellten ein oder zwei Pausen, wenn sie bei diesen schlechten Ernährungsverhältnissen doch nicht in der Lage sind, etwas zu essen. Ich muß bedauern, daß gerade der Volkskommissar für Handel und Verkehr nach meinem Dafürhalten nicht mit dem neuen Deutschland gegangen ist und sich ohne weiteres der Verfügung des Gesetzes angeschlossen hat. Es hätte genügt, wenn die Ortskohlenstelle bekanntgemacht hätte: Die Verfügung von dann und dann fällt weg. Ich möchte behaupten, daß der Volkskommissar nur in dasselbe Horn geblasen hat, in das die Landeszeitung gestoßen hat, indem sie auf eine plumpe Anfrage gleich hineinfiel und fragte: Wann wird der Magistrat veranlassen, daß die Geschäfte bis 7 Uhr offen halten dürfen? Keine acht Tage später brachte der Volkskommissar seine Verfügung. Die Angestellten bedauern lebhaft, daß in diesem Falle ihnen so wenig Rechnung getragen wird. Ich ersuche die Stadtverordnetenversammlung, möglichst einstimmig dem Antrage zuzustimmen.

Bürgermeister Meyer: Es scheint doch, als ob über die Vorgeschichte dieser Bestimmung noch Unklarheit herrscht. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, vor allen Dingen, um dem Volkskommissar nicht etwas aufzubürden, was von ihm nicht zu verantworten ist, einige Worte über die Angelegenheit zu sagen. Auf Grund der Bundesratsverordnung ist es den Gemeinden erlaubt, zur Ersparnis von Kohlen bestimmte Vorschriften über die Offenhaltung der Läden und Kontore ergehen zu lassen, und die Stadt Braunschweig hat von dieser Erlaubnis vor zwei Jahren, im vergangenen Jahre und auch im letzten Winter Gebrauch gemacht. In dieser Vorschrift war gesagt, daß Läden und Kontore zu einer bestimmten Zeit geschlossen sein müssen; bei Läden war die Schlußzeit für die Zeit um Weihnachten herum auf 4 Uhr, für die nachfolgenden Monate, in denen das Tageslicht langsam zunahm, auf 5 Uhr und schließlich auf 6 Uhr festgesetzt. In den beiden Vorjahren ist für die Sommerzeit die Beschränkung dann ganz aufgehoben, denn nachdem der Winter vorbei war, hatte es keinen Sinn mehr, wenn eine lediglich zur Ersparnis von Kohlen erlassene Vorschrift aufrechterhalten worden wäre. Wir haben deshalb auch leztthin der Zeit Rechnung getragen und eine Lockerung der für die Kohlenersparnis erlassenen Vorschriften eintreten lassen und die Vorschrift, um 6 Uhr die Läden zu schließen, aufgehoben. Wir würden

wohl den Volkskommissar wegen dieser Sache gar nicht gehört haben, wenn nicht generell Anordnung getroffen wäre, die Genehmigung des Volkskommissars einzuholen. Dies ist der Sachverhalt; die Bekanntmachung hat mit der Arbeitszeit nichts zu tun, und es ist bei ihrem Erlaß auch gar nicht an die Arbeitszeit und ihre Verlängerung gedacht. In diesem Jahre ist die 7-Uhr-Zeit dadurch in die Bekanntmachung hineingekommen, daß durch einen neueren Bundesratsbeschuß (oder war es ein Reichsgesetz?) gesagt war: „Die Arbeitszeit darf höchstens von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends währen“, und wir vielleicht, wenn wir nicht die Stunde 7 Uhr abends bezeichnet hätten, Veranlassung gegeben hätten, daß eine Überschreitung dieser neuen Bundesratsvorschrift eingetreten wäre. Ich nehme an, daß es eine ganze Menge Leute gibt, denen sie nicht bekannt gewesen ist und die, wenn wir lediglich die beschränkende Vorschrift aufgehoben hätten, nicht um 7 Uhr, sondern um 8 Uhr ihren Laden geschlossen hätten; es wären dann vermutlich noch mehr Ungelegenheiten aus der Sache entstanden, als so.

Stadtrat Wagner: Was ich noch sagen wollte, ist durch Herrn Bürgermeister Meyer schon erledigt.

Stadtv. Wahrendorf: Die meisten der Geschäftsinhaber stehen auf dem Standpunkt, daß der 6-Uhr-Ladenschluß für sie annehmbar ist. Es gibt aber auch eine ganze Menge Geschäftsleute, deren Hauptgeschäftszeit in den Abendstunden liegt und die Interesse daran haben, in ihren Läden oder Kontoren länger arbeiten zu lassen, und deshalb bin ich der Meinung, daß man in schablonenhafter Weise diese Frage nicht regeln kann. Wenn diese Geschäfte ihrer Existenz wegen ihre Lokale länger aufhalten müssen, so muß man ihnen auch entgegenkommen. Ich muß ferner noch mitteilen, weil sonst den Arbeitgebern eins ausgewischt werden könnte, daß diejenigen, die hinter uns stehen, wohl für einen frühen Ladenschluß sind, aber wegen der achtstündigen Arbeitszeit sehr leicht bei der Einteilung der Geschäftszeiten und dem Ladenschluß kollidieren. Der gute Wille zur befriedigenden Lösung ist auf unserer Seite auf jeden Fall vorhanden.

Stadtv. Schilke: Ich habe etwas wunderbar den Ausdruck des Herrn Bürgermeister Meyer gefunden, daß der Stadtmagistrat sich bemüht hat, der Zeit Rechnung zu tragen. Wenn das der Fall gewesen wäre, so hätte der Magistrat, wie das üblich ist, die Organisationen der Angestellten und Arbeiter hören sollen und nicht, wie das so oft versucht wird, hinterher, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, zu versuchen, an allen Ecken und Enden zu retten, was noch zu retten ist. Ich bedaure überaus lebhaft, daß gerade in diesem Falle der Zeit nicht Rechnung getragen ist. Wenn der Herr Bürgermeister sagt, daß es in den Jahren 1918 und 1917 ebenso

gewesen ist, so ist es nicht der Zeit Rechnung getragen, wenn 1919 dieselbe Schablone angewandt wird. Gerade in der jetzigen Zeit müssen wir darauf sehen, daß allen Erwerbskreisen, und in diesem Falle den Angestellten und Arbeitern, in sozialer Beziehung Rechnung getragen wird und sie als die größere Masse der in Frage kommenden gehört werden.

Wenn dann Herr Wahrensdorf meint, es ließe sich die Arbeit in verschiedenen Gewerben bei der achttündigen Arbeitszeit nicht einrichten, so ist das meiner Ansicht nach ein Irrtum. Es handelt sich hier darum, daß sich die laufende Bevölkerung nach der gesetzten Zeit richtet und sich daran gewöhnt, bis 6 Uhr abends die Einkäufe zu erledigen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir sehr wohl in der Lage sind, bis zu einer gewissen Zeit alle Bedürfnisse des täglichen Lebens zu erledigen, und deshalb ist es zwecklos, jetzt noch darüber zu reden, wie die Sache früher hätte gemacht werden können. Daran ist nichts mehr zu ändern. Wir müssen jetzt versuchen, etwas Einheitliches in dieser Sache zu schaffen, und das geschieht nur dadurch, daß wir die Reichsregierung bitten, reichsgesetzlich einzugreifen. Der Weg über das Ortsstatut ist allerdings gangbar, aber wir haben in den Jahren vor dem Kriege schon bemerkt, wie schwierig die Sache dadurch zu regeln ist, daß man versuchen muß, die Arbeitgeber auf unsere Seite zu bekommen. Wenn die Arbeitgeber uns gegenüber sich schriftlich dahin erklärt haben, daß um 6 Uhr die Geschäfte geschlossen werden könnten, so ist das ein Zeichen, daß sie der Zeit mehr Rechnung tragen als unsere Behörden, die aus dem Handgelenk heraus diese Verfügung erlassen haben. Wir haben von dieser Seite gehört, daß kein Bedürfnis besteht, die Geschäfte später als 6 Uhr zu schließen, und müssen es bedauern, daß ein großer Teil der Geschäfte es sich doch langsam angewöhnt, um $\frac{1}{2}$ 7 oder 7 Uhr Schluß zu machen, weil in der Verfügung steht, daß bis 7 Uhr die Geschäfte offen gehalten werden dürfen. Herr Bürgermeister Meyer meint, wenn die frühere Verfügung aufgehoben und nichts weiter dabei erwähnt wäre, dann wäre es vielleicht den Geschäftsinhabern eingefallen, wie es in der guten alten Zeit Mode war, um 10 Uhr abends noch etwas verkaufen zu wollen. Ich bin dagegen der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, wenn die Verfügung nicht so allgemein gehalten gewesen wäre, dann hätte sich jeder danach gerichtet und hätte um 6 Uhr seinen Laden zugemacht. Wir können, wie schon erwähnt, nun nichts mehr daran ändern, und ich möchte bitten, die Angelegenheit in der Weise zu erledigen, daß wir versuchen, die Frage für das ganze Reich zu entscheiden, indem wir die Reichsregierung durch die braunschweigische Regierung auffordern lassen, einen Antrag einzubringen, der die Reichsgewerbeordnung in dieser Form ändert. Ob und wie es möglich ist, dadurch das Ziel zu erreichen, müssen wir der Zeit überlassen. Wir haben es zu bedauern, daß gerade unsere Handelsangestellten die Zeit der Sommermonate damit hinbringen müssen, um in den Geschäften zu sitzen, wo es besser wäre, daß sie von 6 Uhr an sich der Pflege

ihrer Gesundheit widmen könnten. Wir müssen bedenken, daß die Handelsangestellten, wenn um 7 Uhr die Geschäfte zugebaut werden, vielleicht erst um $\frac{3}{4}$ 8 oder um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr zu Hause sind, und dann ist es schon zu spät für sie, in gesundheitlicher Beziehung etwas für sich zu tun.

Bürgermeister Meyer: Ich habe schon vorhin erörtert, daß die Verfügung des Magistrats nicht richtig verstanden sei. Jetzt ist mir aus den Worten des Herrn Schille klar geworden, daß sie auch jetzt noch nicht verstanden ist. Es dreht sich bei der Bekanntmachung nicht um die Arbeitszeit, sondern darum, daß die Geschäfte wegen Kohlenmangels während des Winters nur in einer verhältnismäßig kürzeren Zeit offen gehalten werden dürfen. Es ist nicht richtig, wenn Herr Schille sagt, die Verfügung hätte in einer anderen Weise erlassen werden können. Wenn ich den Ausdruck „der Zeit Rechnung tragend“ gebraucht haben sollte, so sollte sich das nicht auf die politischen Verhältnisse beziehen, daß es ihretwegen angezeigt wäre, bis 7 Uhr die Läden offen zu lassen, sondern ich habe es auf die Jahreszeit bezogen und für diese verstanden wissen wollen; es ist doch wohl selbstverständlich, daß, nachdem der Winter vorbei ist, die Kohlenknappheit keinen Grund mehr dafür abgeben kann, eine Bestimmung aufrechtzuhalten, nach welcher um 4, 5 oder 6 Uhr die Geschäfte geschlossen sein müssen. Es ist mir unverständlich, wie Sie aus dieser Unterlage eine solche Geschichte machen können. Im übrigen bin ich durchaus kein sachlicher Gegner des frühen Ladenschlusses, ich möchte nur die Sache nicht verquickt wissen mit der Regelung der Kohlenversorgung. Wenn Sie den Antrag für richtig halten, dann kann ich Ihnen nicht verdenken, dafür zu stimmen, — mit der Kohlenversorgung hat dieser Beschluß aber nichts mehr zu tun.

Stadtv. Einert: Ich kann mich bei dieser Sache kurz fassen, und würde nichts mehr zu sagen haben, wenn ich nicht der Ansicht wäre, daß das Vorgehen des Magistrats auf ganz richtiger Grundlage beruht, und daß nach meiner Ansicht nur eine reichsgesetzliche Regelung dieser Sache zum Ziele führt. Im übrigen kann ich der Ansicht nur beipflichten, daß sich die Ladenschlußzeit wie auch die Kontorschlußzeit gar nicht schablonenhaft regeln lassen. Die achttündige Arbeitszeit soll allerdings nicht überschritten werden, aber es gibt Warengeschäfte, die die vorgeschriebene Verkaufszeit beim Verkauf ihrer Waren nicht innehalten können, sondern in der Verkaufszeit lieber größere Pausen machen, um dem Publikum Gelegenheit zu geben, nach Schluß der Arbeitszeit noch Einkäufe oder Besorgungen in den Kontoren machen zu können. Ich erinnere an die Aufgabe von Annoncen. Wie sollte es allen möglich sein, Annoncen aufzugeben, wenn die Annahmestellen schon um 5 Uhr geschlossen würden? Ich bin also der Meinung, daß man die Regelung nicht in schablonenmäßiger Weise vornehmen soll und sie den Reichsgesetzen überlassen muß. Ich bemerte dazu, daß im Kleinhandelsausschuß, dem

ich angehöre, die Besprechung über diese Sache durchaus nicht so glatt verlaufen ist, wie auch schließlich ein einheitlicher Beschluß von dort nicht ohne weiteres kundgegeben ist. Aber wir haben uns dort stundenlang über den Schluß der Geschäfte unterhalten, haben verschiedene Ansichten darüber hören können, und nur, um etwas Einheitliches herauskommen zu lassen, ist der Beschluß gefaßt, den Schluß der Läden um 6 Uhr beizubehalten.

Stadtv. Dr. Wolters: Zunächst einige Worte in formeller Beziehung zu dem Antrag. Es hat aus der Debatte ein Vorwurf gegenüber dem Magistrat und dem Volksbeauftragten für Handel und Verkehr entnommen werden können deshalb, daß sie überhaupt mit einer solchen Veröffentlichung herausgetreten sind. Es liegt nun aber gar kein eigener Beschluß des Magistrats und des Volksbeauftragten vor. Beide Stellen haben nur vollzogen, was die Reichsregierung angeordnet hat. Nun fragt es sich: Hätten beide Stellen eine solche Verordnung verschweigen können, die, wie Herr Bürgermeister Meyer gesagt hat, auf der Beschränkung der Arbeitszeit wegen der Kohlenknappheit beruht? Wenn der Magistrat eine Entschließung in dieser wichtigen Frage getroffen hätte, ohne unsere Stadtverordnetenversammlung zu befragen, dann hätten wir Anlaß, uns zu beschweren. So etwas liegt aber absolut nicht vor, denn es handelt sich nur um eine Ausführung einer Verordnung der Reichsregierung, und deshalb halte ich es für unrichtig, wenn deswegen gegenüber dem Magistrat ein Vorwurf erhoben wird. Dasselbe trifft auch bezüglich des Volkskommissariats zu.

Nun eine Bemerkung zu der materiellen Seite. Es muß eine einheitliche Regelung nicht nur für die Stadt Braunschweig, sondern für den ganzen Freistaat Braunschweig und weitergehend für das deutsche Reich erfolgen. Wenn nur für die Stadt Braunschweig bestimmte Anordnungen getroffen werden und diese anders sind als in Wolfenbüttel und anderen braunschweigischen Städten, so würde das hier und dort Unzufriedenheit erwecken. Es ist zutreffend die Meinung des Rechtsausschusses, daß wir durch die braunschweigische Regierung die Reichsregierung bitten müssen, einheitlich für das ganze Reich die Materie zu ordnen. Dann werden alle Teile, die dadurch betroffen werden, zu einer Zufriedenheit mit der Regelung kommen können.

Stadtv. Engmann: Es liegt doch ein großer Unterschied zwischen den Ausführungen des Herrn Schilke und seines Fraktionskollegen Einert vor. Aus der Rede des Herrn Einert mutet es uns an, als ob wir 20 Jahre zurückversetzt würden. Wir leben im neuen Deutschland, und die Handelsangestellten wollen in dieser neuen Zeit auch nicht länger als alle anderen arbeiten. Wenn man sieht, daß die große Mehrzahl der Bewohner um 3 oder 4 Uhr ihre Ruhe hat, dann muß man der Ansicht sein, daß jeder in der Lage ist, in der festgesetzten Geschäftszeit seine Besorgungen zu

erledigen. Auch die Angestellten verlangen Licht, Luft und Sonne, und deshalb wünschen sie, daß die Arbeitszeit für sie zusammengelegt wird, und bei etwas gutem Willen seitens der Einwohnerschaft, die sich schon an vieles gewöhnt hat, läßt sich die Sache ermöglichen. Es ist erwiesen, daß sich die Bevölkerung schon an den frühen Ladenschluß gewöhnt hat, aber die Geschäftsinhaber sind widerstrebend, und dazu gehört auch besonders Herr Ginert, indem er klagt, daß die Annoncen nicht aufgegeben werden könnten, wenn der Schluß der Kontore um 5 Uhr festgesetzt würde. Ich bin der Meinung, man wird sich auch an den Schluß der Annoncenannahmestellen um 5 Uhr gewöhnen. Auch ich bedaure lebhaft die Bekanntmachung des Stadtmagistrats; die Rechtslage wird allerdings auf Seiten des Magistrats liegen, aber er wird auch verstehen, daß es nicht gut angängig ist, daß die Mehrzahl der braunschweigischen Bevölkerung, mag sie nun körperlich oder geistig arbeiten, viel früher Feierabend hat, als die Handelsangestellten. Die Handelsangestellten sind darüber empört, daß ihre Arbeitszeit künstlich noch um eine Stunde verlängert werden soll, denn darauf kommt es tatsächlich heraus. Ich möchte bitten, dieser Sachlage Rechnung zu tragen.

Nachdem Frau Stadtv. Friedrich auf Veranlassung des Vorsitzenden den Antrag des Rechtsausschusses nochmals verlesen und der Vorsitzende festgestellt hat, daß der Sinn dieses Antrages derselbe ist, wie der von Herrn Schilke zuletzt eingereichte, wird der Antrag des Rechtsausschusses von der Versammlung angenommen.

3. Bewilligung von Mitteln für Vergrößerung der Arbeiterstube auf dem Gaswerk Taubenstraße.

Stadtv. Meyerhoff: Im Jahre 1905 ist ein Aufenthaltsraum für die Hof- und Werkstättenarbeiter des Gaswerkes an der Taubenstraße geschaffen. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß bei der Mehreinstellung von Arbeitern dieser Raum nicht mehr ausreicht, auch sind die Licht- und Luftverhältnisse des Raumes verbesserungsbedürftig. Deshalb soll der Raum durch Beseitigung einer massiven Wand und Aufstellung einer Gipsdielenwand vergrößert werden und vier Stück Oberlichte mit Lüftungsvorrichtungen eingerichtet werden. In dem jetzigen Waschraum sollen vorläufig 12 Waschbecken aufgestellt werden, an eine notwendig werdende Vergrößerung oder Verlegung dieses Raumes aber erst später herantreten werden. Der genaue Kostenanschlag hat dem Bauausschuß vorgelegen, er beläuft sich auf 7630 M. Er ist vom Bauausschuß geprüft worden, und es ist mir anheimgegeben worden, Ihnen namens des Bauausschusses zu empfehlen, dem Antrag des Magistrats zu entsprechen, die Genehmigung zur Ausführung der Arbeiten zu erteilen und die veranschlagten Kosten zu Lasten der laufenden Rechnung der Gaswerke zu verwilligen.

Die Versammlung stimmt dem Antrag des Bauausschusses zu.

4. Antrag Salomon auf dauernde Anstellung eines Museumsassistenten.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für den wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im städtischen Museum (s. Haushaltsplan 1919/20, S. 235, Nr. 2) einen Museumsassistenten etwa mit der festen Gehaltskala eines Oberlehrers dauernd anzustellen.“

Stadtv. Salomon (zur Begründung): Der Museumsdirektor Professor Dr. Fuhse hat sich vor einiger Zeit an den Museumsausschuß mit der Bitte gewandt, an Stelle des wissenschaftlichen Hilfsarbeiters im städtischen Museum, für den auf S. 235 des städtischen Haushaltsplans ein Gehalt von 1800 M. ausgeworfen ist, einen ständigen Assistenten zu setzen. Er begründet diesen Wunsch damit, daß außerordentlich wichtige Veränderungsarbeiten im städtischen Museum vorzunehmen und jahrelang zurückliegende wissenschaftliche Arbeiten durchzuführen seien, ferner damit, daß ein wissenschaftlicher Hilfsarbeiter meist nur ein Spezialist auf einem einzelnen Gebiet sei, wie beispielsweise Herr Professor Dr. Finckh auf dem Gebiet der Ethnographie. Er wünscht einen Assistenten, der eine allgemeine kunsthistorische Bildung hat, eine akademisch gebildete junge Kraft, da die bevorstehenden Arbeiten auch eine gewisse körperliche Leistung erfordern. Der Museumsausschuß hat damals die Anstellung eines Assistenten in fester Stellung gutgeheißen, aber der Magistrat hat hinterher diesen Posten einzustellen abgelehnt. Ich habe mich daraufhin mit Herrn Professor Dr. Fuhse in Verbindung gesetzt und mich persönlich davon überzeugt, daß im städtischen Museum, das als die wertvollste Kunstsammlung in Braunschweig anzusehen ist, Arbeiten in solcher Fülle vorliegen, daß dieser Posten mit einer festangestellten Persönlichkeit besetzt werden muß, wenn die vorgesehenen Arbeiten erledigt werden sollen und die Kunstsammlung sich gedeihlich entwickeln soll. Ich rechne zu diesen Arbeiten eine noch nicht vollendete Katalogisierung der Sammlung, ferner eine solche der Bibliothek und eine grundlegende Umgestaltung der ganzen Kunstsammlung insofern, als sie den Charakter einer kunstgewerblichen Sammlung bekommen soll mit der Maßgabe, daß für die einzelnen Kunstgebiete dem Beschauer die allmähliche Entwicklung eines bestimmten Kunstzweiges lebendig vor Augen tritt, beispielsweise der Entwicklung des Kunstdruckes im Buchdruckergerwerbe. Dabei sind manche Sachen auszumergen und anderweitig unterzubringen. Kurz, es liegt eine solche Fülle von Arbeiten vor, daß sie dem Direktor und einem wissenschaftlichen Hilfsarbeiter mit beschränkten Arbeitskräften nicht aufgebürdet werden können. Es ist m. E. unbedingt notwendig, einen Assistenten fest anzustellen, wie es bei allen großen Kunstsammlungen in ganz Deutschland der Fall ist. In finanzieller Hinsicht würde das natürlich bedeuten, daß wir es mit einem Beamten zu tun hätten, der mit einer festen Gehaltskala anzustellen wäre. Diese

finanzielle Belastung könnte aber zum Teil dadurch ausgeglichen werden, daß, wie Herr Direktor Fuhse selbst befürwortet, der unter Nr. 3 vorgesehene Posten eines Bureauassistenten mit einem Gehalt von 3000 *M* gestrichen werden könnte und an dessen Stelle — natürlich mit einem höheren Gehalt — ein wissenschaftlicher Museumsassistent rückte.

Ich möchte bitten, dem Wunsche des Herrn Direktors Fuhse Folge zu geben und im Interesse der Weiterentwicklung des städtischen Museums meinen Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

5. Antrag Munte, betr. die Gültigkeit von Wohnungsvermietungen.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, weitere besondere Maßnahmen zu treffen, um der sich immer mehr steigenden Wohnungsnot zu steuern. Besonders erwünscht erscheinen Maßnahmen, welche geeignet sind, gleichzeitig den Zuzug von außerhalb zu überwachen, wie auch das Verschachern von Wohnungen an diejenigen zu verhindern, welche in der Lage und gewillt sind, dafür besondere Opfer zu bringen.

Es erscheint daher zweckmäßig, auf Grund des § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918 durch Vermittlung der Landeszentralbehörden mit Zustimmung des Reichskanzlers für den Bezirk der Stadt Braunschweig festzusetzen,

daß Wohnungsvermietungen nur mit Zustimmung des Stadtmagistrats Gültigkeit haben.“

Stadto. Munte (zur Begründung): Der Antrag ist leider in der vorigen Sitzung nicht mehr zur Verhandlung gelangt, und ich komme heute erst dazu, ihn begründen zu können.

Zum 1. Juli wird der Magistrat wieder in die unangenehme Lage kommen, für 120 Familien keine Wohnung zu haben, und deshalb möchte ich bitten, diesen Antrag als dringlich zu behandeln, um dem Magistrat die Befugnisse zu geben, die in diesem Antrage vorgesehen sind. Der Willkür der Hausbesitzer, die Wohnungen nach Belieben zu kündigen, ist durch Einrichtung des Mieteinigungsamtes ein Ziel gesetzt, denn das Mieteinigungsamt ist berechtigt, die Kündigungen anzuerkennen oder zu verwerfen, und in den meisten Fällen wird einer Kündigung des Vermieters die Zustimmung vom Mieteinigungsamt verweigert. Es kommt aber doch vor, daß Vermieter mit Hilfe des Mieteinigungsamtes die Mieter aus ihrer Wohnung hinausbringen. Ich denke an einen Fall, der mir bekannt geworden ist über die Kündigung einer Wohnung

eines hochbegabten Musikers. Ein solcher muß natürlich viel üben — es hat sich um Klavierspiel gehandelt — und täglich 6 bis 7 Stunden anzuhören, wie das Klavier bearbeitet wird, können nicht die Nerven eines jeden Menschen ertragen; selbst des Guten kann es unter Umständen zuviel werden. Die unter dem Musikus wohnende Hausbesitzerin hat es denn also auch erzielt, daß ihrer Kündigung, weil sie eine hochbetagte und kranke Person ist, stattgegeben worden ist. Nun aber hat der Mann keine Wohnung mehr, die betreffende Wohnung aber ist längst wieder vermietet, ohne daß in diesem Falle der Magistrat, obgleich er den früheren Mieter mit hat auf die Straße setzen helfen, einen Einfluß auf die Wiedervermietung der Wohnung gehabt hat. Es müßte doch selbstverständlich sein, daß die Wohnung der Stadt zur Verfügung gestanden hätte, bis Herr Hartung wieder eine andere bekommen hat. Der Magistrat ist in beständiger Sorge wegen der Beschaffung von Wohnungen und müßte mehr Einfluß über jede frei werdende Wohnung bekommen, wenn er wirklich helfend und regelnd eingreifen soll. Das könnte so eingerichtet werden, daß alle frei werdenden Wohnungen hier gemeldet werden müssen und der Magistrat oder das Mieteinigungsamt seine Genehmigung zu einem neuen Mietkontrakt erteilen müßte, ehe er rechtskräftig wird. Vor allen Dingen ist es unangenehm empfunden, daß von auswärts Leute in frei gewordene Wohnungen zuziehen oder sich Häuser kaufen und in diese einziehen, während die Braunschweiger selbst keine Wohnung bekommen können. Wir haben sowieso noch Zuzug von aus feindlichen Ländern ausgewiesenen Deutschen zu erwarten, aus Konstantinopel, aus Straßburg und dem Elsaß, und so ist es zu erwarten, daß die Wohnungsverhältnisse immer schlechter werden. Deshalb wäre es noch mehr nötig, daß der Magistrat einen Einfluß auf die Vermietung von Wohnungen bekäme. Ferner wird es bekannt sein, daß es Leute gibt, die sich durch Vermittlung von Wohnungen einen außerordentlichen Verdienst sichern, so daß andere Wohnungsuchende, die nicht in der Lage sind, besondere Opfer für die Besorgung einer Wohnung aufzubringen, ohne Wohnung bleiben.

Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, die in diesem Antrage gewünschte Befugnis dem Magistrat möglichst heute schon zu erteilen, denn wenn wir erst über vierzehn Tage darüber beschließen, so würde das kurz vor dem 1. Juli sein, und es wäre fraglich, ob der Magistrat dann noch etwas Nutzbringendes in dieser Sache zustande bringen könnte. Deshalb beantrage ich, die Dringlichkeit des Antrages anzunehmen, gleich jetzt die Aussprache stattfinden zu lassen und auch heute noch Beschluß zu fassen.

Die dringliche Behandlung des Antrages wird von der Versammlung beschlossen.

Stadtv. **Tostmann**: Den Antrag, den Herr Munte soeben begründet hat, kann man wohl begrüßen. Es ist eine Tatsache, daß am 1. Juli wieder viele Familien in

Braunschweig vorhanden sein werden, die keine Wohnung haben, und der Stadtmagistrat wird alles mögliche versuchen müssen, um diese Leute unterzubringen. Es sind ja auch wieder Baracken angekauft, um sie zu Wohnungszwecken einzurichten. Leider wird die Weitervermietung von Wohnungen von einzelnen Hausbesitzern, denen die Bestätigung ihrer Kündigung einzelner Inquilinen vom Mieteinigungsamt zugesprochen ist, tatsächlich so gehandhabt, wie es von Herrn Munte vorgetragen ist, daß sie selbst ohne weiteres über diese Wohnungen verfügen, ohne Rücksicht darauf, ob die neuen Mieter hiesige Einwohner oder von auswärts zugezogene sind. Es liegt eine große Anzahl von Fällen vor, in denen die Hausbesitzer, ohne daß sie hier Meldung gemacht haben, die frei gewordenen Wohnungen einfach nach außerhalb vermietet haben, und zwar zu sehr „angemessenen Preisen“, denn in anderen Städten sind die Wohnungspreise höher als bei uns. Deshalb wäre es wohl wünschenswert, daß auch von hier aus eine ähnliche Handhabung einträte wie in Dresden, wo der Zuzug von draußen überhaupt verboten wird oder wenigstens die Genehmigung vom Stadtmagistrat oder Mieteinigungsamte dazu erteilt werden muß, daß dem Zuziehenden die betreffende freie Wohnung zugesichert wird. Mit dem Bau von Wohnungen wird es sehr schwierig werden, so daß in großem Maße damit nicht gerechnet werden kann, denn die Preise der Materialien sind sehr teuer (Zuruf) und die Löhne auch. Diese „hohen Löhne“ kommen bei verschiedenen der Herren immer wieder in den Vordergrund; ich habe aber schon früher ausgeführt, daß die Erhöhung der Löhne erst später, erst dann kommt, wenn die Rohmaterialien im Preise erhöht sind. Bei dem Wohnungsbau spielt der Preis der Baumaterialien eine große Rolle. Es ist schon verschiedene Male hier angeführt worden, wie hoch die Erbauung von Häusern heute zu stehen kommt.

Sodann möchte ich noch bemerken, daß auch von dem hiesigen Stadtbauamt gegenüber denen, die nun doch einmal gewillt sind, Wohnungen zu bauen, gar keine Rücksichtnahme stattfindet; es wird genau nach dem Gesetzesparagraphen entschieden und gar keine Rücksicht darauf genommen, ob Baumaterialien vorhanden sind, oder ob sie in genügender Menge vorhanden sind. Wird einmal von einem Paragraphen von dem Bauenden ein klein wenig abgewichen, so kommen gleich die Strafen seitens des Stadtbauamtes hinterdurch. Wenn aber von einer Behörde, die heute in erster Linie dafür sorgen sollte, daß die Bautätigkeit in Fluß kommt, noch Strafverfügungen bei Abweichungen wegen Mangels an Baumaterial ergehen, dann wird keiner der Bauausführenden mehr Lust haben, den Bau von Wohnungen zu fördern. Ich möchte bitten, daß in Zukunft das Stadtbauamt gegenüber denjenigen, die willig sind, für die Errichtung von Wohnungen zu sorgen, mehr Rücksicht nimmt.

Stadtbaurat Lebensleben: Es ist Tatsache, daß die Wohnungsnot in der Stadt immer noch sehr groß ist, und ferner ist es Tatsache, daß es uns kaum gelingen wird,

zum 1. Juli alle Familien, die sich bislang bei uns gemeldet haben, angemessen unterzubringen. Die Wohnungsdeputation, die bekanntlich eigens zu diesem Zweck eingesetzt ist, hat allerdings in mehrfachen Beratungen Stellung zu der Frage genommen, in welcher Weise der Wohnungsnot zu steuern ist; aber diese Aufgabe ist bei den jetzigen Verhältnissen sehr schwierig. Es bleibt letzten Endes nichts anderes übrig, als was wir bereits in den letzten Monaten getan haben: zu Behelfsbauten überzugehen, und so hat die Wohnungsdeputation auch jetzt wieder zu diesem Mittel greifen müssen. Wir haben auf der Fliegerstation die zweite Reihe der Baracken mit Beschlag belegt und haben Ihnen zur Beschlußfassung für heute noch den Ankauf mehrerer Baracken empfohlen, die wir aufzustellen beabsichtigen. Das alles ist aber nur Nothelf, und es ist traurig, daß auf diese Weise ein großes Kapital nutzlos vertan wird, denn es ist damit zu rechnen, daß diese Bauten nur kurze Zeit benutzt werden können; ich nehme an, daß sie in fünf Jahren abgängig sein werden. Wir hatten zuletzt uns vorgenommen, Holzbaracken, die wir gekauft haben, massiv auszumauern und mit ausgewellerten Decken zu versehen, aber die Kostenanschläge, die wir dafür haben aufstellen lassen, haben uns gezeigt, daß es unmöglich ist, so weit zu gehen, denn nach dem Bericht, der mir gestern darüber vorgelegt ist, würde die Aufstellung und Ausmauerung von vier Baracken nahezu 200 000 M kosten. Sie sehen, es bleibt in der Tat nichts anderes übrig, als zu Behelfsbauten zu schreiten, abgesehen davon, daß es uns wahrscheinlich auch nicht gelingen würde, die Materialien für andere Bauten zu beschaffen.

Außer der Errichtung von Behelfsbauten werden wir natürlich auch andere Mittel ergreifen müssen. Sie haben wohl schon in der Zeitung gelesen, daß wir auch die großen Wohnungen in Anspruch nehmen werden; es sind Herren unterwegs, die ausfindschaften sollen, welche große Wohnungen in Anspruch genommen werden können. Neuerdings sind wir darüber aus, die leerstehenden Mädchenkammern zu Wohnungen zu vereinigen und so Mietwohnungen zu schaffen. Wir hofften, daß die Hausbesitzer und auch die Mieter für unsere Maßnahmen Verständnis zeigen werden; leider aber haben wir erfahren müssen, daß in der kurzen Zeit, seitdem wir diese Arbeit vorhaben, uns recht wenig Verständnis entgegengebracht ist. (Hört, hört!) Ich muß dringend bitten, daß sowohl die Vermieter, wie die Mieter uns mehr entgegenkommen.

Nun zu dem Antrag, der heute gestellt ist. In gewisser Beziehung ist er überholt dadurch, daß seitens der Landesregierung Maßnahmen getroffen sind. Es hat nämlich die Landesregierung, soweit mir bekannt geworden ist, auf Grund des Wohnungsgesetzes jetzt beim Reichskanzler beantragt, daß der Landesregierung eine Ermächtigung erteilt wird, wonach sie befugt ist, ihrerseits die Gemeindebehörden zu ermächtigen, festzusetzen, daß Mietverträge für von außen Zuziehende nur dann Gültigkeit haben, wenn sie von der Gemeindebehörde gutgeheißen sind. Das trifft im all-

gemeinen das, was Herr Munte beantragt, umfaßt allerdings nur die Mietverträge für solche, die von außerhalb zuziehen. Dadurch würde mithin ein Zugang Fremder nach Braunschweig verhindert werden. Diese Angelegenheit ist auch in der Wohnungsdeputation zur Sprache gebracht, und diese hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht unbedingt zweckmäßig wäre, den Zugang von außerhalb nach Braunschweig durch derartige Maßnahmen zu verhindern. Gleichwohl wird die Landesregierung diese Ermächtigung sich erteilen lassen, und die Stadt wird dadurch demnächst die Befugnis erhalten, zu verfügen, daß von auswärts Zuziehenden Mietverträge nur mit Zustimmung der Gemeindebehörde abgeschlossen werden dürfen, und damit wird dem Wunsche des Herrn Munte zum Teil Rechnung getragen.

Bürgermeister Meyer: Ich bin überrascht über den Vorwurf, den der Stadtverordnete Lofmann gegen das Stadtbauamt erhebt. Herr Lofmann ist selbst Mitglied des Stadtbauamtes, und ich habe noch niemals gehört, daß er dort Anträge auf Änderung des Verfahrens in der von ihm soeben bezeichneten Richtung gestellt hätte. Die Mitglieder des Stadtbauamtes haben ja die Möglichkeit, in den Sitzungen dieser Behörde ihre Ansicht über das Verfahren zu erkennen zu geben und dieses mitzubestimmen.

Zur Sache selbst möchte ich sagen, daß das Stadtbauamt in nur wenigen Fällen in der Lage ist, Milderungen gegenüber den Vorschriften des Gesetzes eintreten zu lassen, nämlich nur dann, wenn in dem Gesetz oder in dem Statut ausdrücklich gesagt ist, daß es dem Ermessen des Stadtbauamtes überlassen werden soll, ob so oder anders verfahren werden darf. In den meisten Fällen handelt es sich um bestimmte Vorschriften, von deren Innehaltung das Stadtbauamt überhaupt nicht dispensieren kann, auch wenn nach Ansicht des Stadtbauamtes eine Abweichung zulässig erscheint. Wenn die Betroffenen in solchen Fällen um Dispens nachgesucht haben, so pflegt das Stadtbauamt das Gesuch zu befürworten.

Vorsitzender: Es haben sich noch fünf Redner zum Wort einzeichnen lassen. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß sich die Versammlung über die Wohnungsnot schon zu verschiedenen Malen geäußert hat, und bitte in Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung, sich in der heutigen Aussprache kurz zu fassen. Es wird im Interesse aller liegen, wenn wir die heutige Tagesordnung erledigen und nicht dauernd Verhandlungsgegenstände von einer Tagesordnung zur anderen mit hinübernehmen müssen.

Stadtv. Reißner: Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß den zur Behebung der Wohnungsnot erforderlichen Maßnahmen vom Publikum nicht das richtige

Verständnis entgegengebracht wird. Wenn wir eine Wohnung gefunden hatten, die leer war oder sich teilen ließ, dann wurde sehr oft den Beamten entgegengehalten: „Wir haben sie schon vermietet“, und dann handelte es sich in der Regel um Mieter, die von auswärts kamen. So wird immer wieder versucht, den Arbeiten der Wohnungsdeputation entgegenzuhandeln. Was Herr Stadtbaurat Gebensleben in Aussicht gestellt hat, daß vom Volkskommissariat eine Bestimmung kommen würde, wonach der Andrang der Zuziehenden zurückgehalten werden soll, würde ich nicht für weitgehend genug halten. Ich mache darauf aufmerksam, daß viele Kriegsgetraute sich heute noch bei ihren Eltern und Schwiegereltern aufhalten, die doch schließlich auch einmal eine eigene Wohnung haben müssen. Wenn die Stadt nicht in der Lage ist, den Abschluß der Mietverträge zu überwachen, dann werden viele Wohnungen von diesen jungen Eheleuten in Anspruch genommen und die älteren Familien mit Kindern sitzen auf der Straße. Der Zuzug von außerhalb bringt es nicht allein mit sich, daß Mangel an Wohnungen vorhanden ist. Vielleicht ist es Ihnen bekannt, daß vor etwa acht Tagen eine Bekanntmachung der Stadt Leipzig in den hiesigen Tageszeitungen gestanden hat, wonach der Zuzug nach Leipzig durch das dortige Wohnungsamt verboten wurde.

Herrn Lofmann möchte ich auf die Beschwerde gegen das Stadtbauamt erwidern, daß ich wegen der Einrichtung der Wohnungen in den Dachgeschossen — von denen Herr Stadtbaurat Gebensleben gesprochen hat — mit dem bauverständigen Mitglied des Stadtbauamtes gesprochen habe, und daß ich dort das größte Entgegenkommen gefunden habe. Es ist das gerade das Gegenteil von dem, was Herr Lofmann anführte.

Ich möchte die Versammlung bitten, den Antrag Munte anzunehmen.

Stadtv. Frede: Es ist richtig, was Herr Reikner sagt: daß der Zuzug von auswärts durchaus nicht die alleinige Quelle der Wohnungsnappheit ist, sondern daß die Eheschließungen sehr viel mit in Betracht kommen. Wir im Mieteinigungsamt haben uns ständig mit diesen Wohnungsuchenden zu befassen. Die Eheschließungen können aber nicht untersagt werden, und insofolgedessen kann diese Quelle, die am stärksten fließt, nicht verstopft werden.

Der Antrag Munte verlangt auf Grund des § 9 der Bekanntmachung über die Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918, daß die Wohnungsvermittlung nur mit Zustimmung des Stadtmagistrats Gültigkeit haben soll. Ich habe gegen diese Fassung lebhafteste Bedenken. Es trifft nicht das, was Herr Munte und seine Freunde sagen wollen. (Zuruf: „Vermietung“ muß es heißen!) Ich mußte mich an den Wortlaut halten, wie er mir vorliegt.

Sodann wünschen Sie, daß das Verschachern von Wohnungen an diejenigen verhindert werden soll, welche in der Lage und gewillt sind, dafür besondere Opfer zu bringen. Es kann geschehen sein, daß hier und da Hauswirte so unreell gewesen sind, daß sie für die Vermietung einer Wohnung zu einem unangemessenen Preise eine Provision fordern. Das aber ist von uns im Vorstand des Grundbesitzervereins und durch das Organ des Vereins aufs allerstärkste gemißbilligt. Wir haben aber keinen Beweis dafür, daß es hier in Braunschweig geschehen ist, wohl aber haben wir aus anderen Städten Mitteilung bekommen, daß sich eine neue Zunft gebildet hat, die sich gegen eine außergewöhnliche Provision damit befaßt, Wohnungen anzubieten. Es sind das aber keine Hausbesitzer, sondern es handelt sich da um ein neues Gewerbe; über dieses wucherhafte Treiben wird geklagt, und dies soll auch mit Recht getroffen werden.

Weiter ist es der Zweck des Antrages Munte, daß der Magistrat eine gewisse Kontrolle über die Vermietungen an sich haben soll, und daß er in den Fällen, wo ein Zuzug von auswärts unberechtigt ist, ihn verhüten soll. In der Beziehung möchte ich Herrn Munte sagen, daß das Mieteinigungsamt solche Fälle dadurch trifft, daß wir die Genehmigung einer Kündigung fast unter allen Umständen ablehnen, wenn wir hören, daß es sich um einen Zuzug von auswärts handelt. Nur in solchen Fällen, wo der Zuziehende ein Stadtbraunschweiger ist, wo er seine Eltern hier wohnen hat und wo er aus der Armee zurückkommt, gestatten wir einen Zuzug von auswärts, sonst nicht.

Nun hat Herr Stadtbaurat Gebensleben erwähnt, daß in der Wohnungsdeputation die Frage besprochen worden ist, ob man den Zuzug von außen nicht überhaupt verbieten solle, aber dagegen haben sich alle Mitglieder der Wohnungsdeputation ausgesprochen. Es wäre das ein zweischneidiges Schwert, das man nicht anwenden dürfe, wenn auch einige Städte in dieser Weise vorgegangen sind. Ich weise darauf hin, wie hartherzig es erscheinen würde, wenn wir den Leuten, die aus dem Reichslande oder aus den Provinzen Westpreußen und Posen kommen, das Zuziehen verbieten würden. Das dürfen wir nicht. Die Wohnungsdeputation hat einen Ausweg gefunden, der sich auch durchaus vertreten läßt.

Ich habe das Wort hauptsächlich deshalb genommen, um festzustellen, daß die Vertretung der städtischen Grundbesitzer durchaus auf dem Standpunkte steht, daß die wucherische Wohnungsvermittlung unter allen Umständen unterbunden werden muß, und daß der Zuzug von außen, wo er sich nicht rechtfertigen läßt, ebenfalls verhindert werden soll. Wenn nun aber der Magistrat mit der Sache befaßt werden soll, so muß er sich selber darüber äußern. Es ist eine ganz gehörige Arbeit, die ihm damit auferlegt werden soll, und ob er sie leisten kann, weiß ich nicht. Ich möchte aber darauf noch hinweisen, daß der § 9, der herangezogen ist, folgendermaßen lautet:

„Machen sich im Bezirk einer Gemeindebehörde nach dem Ermessen der Landeszentralbehörde infolge besonders starken Mangels an Wohnungen außergewöhnliche Mißstände geltend, so kann die Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichskanzlers die Gemeindebehörde auch zu andern als den in den §§ 2 bis 5 bezeichneten Anordnungen ermächtigen.“

Um solche Maßnahmen handelt es sich hier. Es müßte also die Regierung ersucht werden, diese Maßnahme, zu der sie wiederum ihrerseits die Ermächtigung vom Reichskanzler haben müßte, zu treffen und den Magistrat in dieser Weise zu ermächtigen. Das ist bisher hier nicht genügend zum Ausdruck gekommen.

Stadtv. Stegmann: Nachdem die Mahnung des Herrn Vorsitzenden, die Debatte etwas einzuschränken, unbeachtet geblieben ist, beantrage ich nunmehr Schluß der Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung.

Die Versammlung stimmt für Schluß der Debatte, und der Vorsitzende schließt die Besprechung.

Der Antrag Munte wird angenommen.

6. Bewilligung von Kosten für Reparaturarbeiten in der Neustadtmühle.

Stadtv. Stegmann: Die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, zur Vornahme von Reparaturarbeiten in der Neustadtmühle die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Es handelt sich um folgendes:

Durch die Aufstellung einiger Walzenstühle ist in den letzten Jahren die Leistung der Neustadtmühle bedeutend erhöht worden, von 150 Sack Mehl auf 270 Sack. Infolge dieser stärkeren Belastung des Werkes müssen Teile der Plansichteranlage erneuert und die Aspirationsanlage durch die Aufstellung eines großen Exhaustors erweitert werden. Nach Prüfung der Kostenanschläge, die von den Firmen Luther und Amme, Giesecke & Koenegen eingereicht sind, soll letzterer Firma der Zuschlag erteilt werden. Es werden in dem Anschlage dieser Firma gefordert:

für die Instandsetzung eines Plansichters	4248,50 M,
für den Einbau einer Blaumehlsichtung	2025,00 „
für die Aufstellung eines Exhaustors	1269,00 „
zusammen	<u>7542,50 M.</u>

Der Magistrat gibt anheim, für die fraglichen Arbeiten und Lieferungen diese Summe zu Lasten der Rechnung des laufenden Jahres zu bewilligen.

Der Bauausschuß hat die Vorlage geprüft, hält es für selbstverständlich, daß die Mittel bewilligt werden, und ersucht Sie, der Ausgabe zuzustimmen.

Die geforderten Mittel werden bewilligt.

7. Neuregelung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte, sowie auch der Aushilfsbeamten.

Vorsitzender: Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Vorlage über die Regelung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte beschäftigt, und es sind dabei von der Mehrheit der Kommission Abänderungen beschlossen unter Voraussetzungen, die sich als nicht ganz zutreffend herausgestellt haben. Einige Mitglieder des Finanzausschusses neigen nun, nachdem diese Voraussetzungen nicht zutreffend sind, der Ansicht zu, daß eine Zurückverweisung der Vorlage an den Finanzausschuß notwendig sei, um eine erneute Prüfung dort vorzunehmen. Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß die herrschende Teuerung bei den Beamten auch unangenehm sich fühlbar macht. Wenn jetzt die geehrte Versammlung dem Vorschlage auf Rückverweisung der Vorlage ihre Zustimmung erteilt, dann würde es sich zweifellos empfehlen, den Finanzausschuß zu ermächtigen, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß unter allen Umständen bis zum 1. Juli eine Vorschußzahlung gewährt wird, oder daß sie nach Möglichkeit dahin wirkt, daß die Gesamtauszahlung der Teuerungszulagen noch zum 1. Juli erfolgt. Ich glaube, daß das letztere praktisch noch durchführbar sein wird, wenn heute über vierzehn Tagen die Stadtverordnetenversammlung Beschluß faßt. Der Herr Oberbürgermeister meint, daß die Aufstellung glatt vonstatten gehen würde und keine technischen Schwierigkeiten entgegenstehen würden, um dann die Auszahlung zum 1. Juli vorzunehmen. Ich bitte die Versammlung, zuzustimmen, daß die Vorlage an den Finanzausschuß zurückverwiesen wird.

Stadtv. Salomon: Jede Hinausschiebung in dieser wichtigen Angelegenheit ist zu bedauern, aber dennoch stehe ich auf dem Boden, daß wir aus den von dem Herrn Vorsitzenden angeführten Gründen in eine Zurückverweisung willigen müssen. Andererseits befürchte ich, daß eine solche Zurückverweisung doch eine längere Verzögerung der Angelegenheit in sich schließen würde, die über den 1. Juli hinausgeht. Deshalb möchte ich dringend ersuchen, wenn wir die Zurückverweisung gutheißen, zugleich damit den Beschluß zu verbinden, daß dasjenige als Vorschuß einstweilen gezahlt wird, was die in unseren Händen befindliche Magistratsvorlage vorsieht. Wir würden damit ein ähnliches Verfahren einschlagen, wie es der Landtag getan hat, der auch beschlossen hat, zunächst die Regierungsvorlage in Wirksamkeit treten zu lassen, sich aber vorbehalten hat, weitere Maßnahmen in bezug auf die Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen zu treffen. Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen, damit jeder der in der Vorlage Aufgeführten bis zum 1. Juli in Genuß des dort Borgeesehenen kommt. Die Not ist groß, und gerade jetzt, wo Nahrungsmittel zu gewiß nicht niedrigen Preisen herankommen, ist es besonders für die Beamten, die geringe Gehälter

beziehen, notwendig, daß sie bares Geld in die Hand bekommen, damit sie die lang-ersehnten Dinge beschaffen können und nicht auch für Nahrungsmittel noch Geld borgen müssen, was sich nachher in drückende Schulden verwandelt.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte darauf hinweisen, daß es erwünscht ist, es möglich zu machen, daß auch den Aushilfsbeamten wenigstens ein Teil der zugedachten Vermehrung ihrer Einnahmen bald zukommt, denn auch dort ist die Not groß.

Sodann möchte ich noch einen Ausdruck berichtigen, den Herr Salomon eben gebraucht hat. Es wird von uns gewünscht, nicht daß eine vorruchweise Zahlung eintritt, sondern eine vorläufige Berechnung und Auszahlung auf Grund der Vorlage des Stadtmagistrats. So ist auch das Verfahren, das durch den Landtag beschlossen ist, und ein solches möchte ich auch hier für sachgemäß ansehen, sonst ist zu befürchten, daß mit der Aufstellung der Listen viel Zeit vergeht und zum 1. Juli die Auszahlung nicht erfolgen kann.

Stadtv. Salomon: Ich möchte erklären, daß ich in dem Sinne gesprochen habe, wie eben Herr Rönneburg ausgeführt hat, und möchte mich sodann dem Wunsche anschließen, daß ein ähnliches Verfahren für die Aushilfsbeamten befolgt wird, denn ich nehme an, daß ebenfalls eine Zurückverweisung der Vorlage über die Neuregelung der Besoldungs- und Dienstverhältnisse der städtischen Aushilfsbeamten an den Finanzausschuß erfolgt. Ich bitte in diesem Falle, eine merkbare Vorausbezahlung auch an die Hilfsbeamten stattfinden zu lassen.

Stadtv. Jahn: Es ist bei dieser Auszahlung der Teuerungszulagen bis zum 1. Juli zu bedenken, daß die unteren und mittleren Beamten im Staate Braunschweig — und dazu gehören auch die städtischen Beamten — nicht zu den preußischen Sägen gekommen sind. Wenn wir bedenken, daß die preußischen, uns gleichstehenden Beamten uns an Gehalt bei weitem übertreffen, so ist es für die Braunschweiger Beamten ein dringendes Bedürfnis, sofort Geld zu bekommen. Ich habe gehört, daß verschiedene Beamte zum Landsyndikus gekommen sind mit der Erklärung: wenn ihnen nicht sofort die Auszahlung der Teuerungszulagen bewilligt würde, so wären sie nicht imstande, sich die jetzt eingeführten teuren Lebensmittel, Schweinefleisch und Mehl, zu beschaffen. Ich möchte deshalb den Antrag des Herrn Salomon warm unterstützen, vor allen Dingen auch den, betreffend die Aushilfsbeamten, und möchte nochmals hervorheben, daß sie in derselben Lage sind, wie die festangestellten Beamten. Ferner möchte ich anfragen, wie es gehandhabt werden soll mit denjenigen Aushilfsbeamten, die am 15. April haben abgehen müssen. Da die Zahlung vom 1. Januar ab berechnet werden soll, so möchte ich anheimgeben, auch diesen ehemaligen Aushilfsbeamten und den in dieser Zeit etwa pensionierten Beamten diese Zuluße zu bewilligen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir treten vorläufig noch nicht in die sachliche Beratung der Vorlage ein; im Rahmen der Geschäftsordnung kann ich mich zu den aufgeworfenen Fragen nicht äußern. Wenn es die Versammlung aber wünscht, bin ich zu einer Erklärung bereit. (Verneinung.)

Vorsitzender: Ich bin der Ansicht, daß auch diese Fragen der Finanzkommission überwiesen werden. — Ich bitte diejenigen die Hand zu erheben, die dafür sind, daß die Beratung der beiden Vorlagen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird und sie der Finanzkommission zur nochmaligen Prüfung überwiesen werden, daß gleichzeitig aber auch die Auszahlung nach der Magistratsvorlage für beide Gruppen erfolgt. (Geschicht.) Die Versammlung hat so beschlossen.

8. Ersatzwahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen.

Stadtv. Fräulein Oden: Durch den Austritt des Herrn Spangenberg aus der Stadtverordnetenversammlung sind einige Neubefetzungen in den Deputationen notwendig geworden, für die ich Ihnen die Vorschläge vorzutragen habe.

Für die Deputation 7, Feuerlöschwesen, wird vorgeschlagen Herr Stadtverordneter Kofahr,

für die Deputation 18, Müllabfuhr, bin ich vorgeschlagen,

für Deputation 24, Schlachthaus, Herr Stadtverordneter Munte,

für Deputation 28, Verkehrsdeputation, Herr Stadtverordneter Einert und

für das Wohlfahrtsamt als Stellvertreterin Frau Ella Krüger, Kasernenstr. 24^{II}.

Ich bitte Sie namens des Rechtsausschusses, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

Die Genannten werden gewählt.

9. Erhöhung der Entschädigung für die Beisitzer des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichtes.

Stadtv. Fräulein Oden: Der Stadtmagistrat richtet folgendes Schreiben an die Stadtverordneten:

„Die Beisitzer des Kaufmannsgerichtes erhalten für ihre Zeitversäumnis bei Teilnahme an den Sitzungen eine Entschädigung von 3 *M* und, wenn die Sitzung über 1 Uhr mittags dauert, von 6 *M*, die Beisitzer des Gewerbegerichtes 3 *M* und, wenn die Sitzung über 12 Uhr mittags dauert, 5 *M*. Beide Entschädigungen stehen in keinem Verhältnis zu der Entwertung des Geldes und den heute gezahlten Löhnen. Die Beisitzer wünschen deshalb, daß die Entschädigungen erhöht werden. Sie sind einverstanden, wenn im Regelfalle 5 *M* gezahlt werden, und falls die Sitzung über

zwei Stunden währt, 7,50 M. Einen Unterschied zu machen zwischen den Beisitzern des Kaufmannsgerichtes und denen des Gewerbegerichtes ist heute nicht mehr gerechtfertigt. Wir ersuchen die Stadtverordneten, sich mit der Erhöhung der Entschädigung einverstanden zu erklären. — Eine Statutenänderung erscheint nicht zweckmäßig, da es sich möglicherweise um eine vorübergehende Maßnahme handelt.“

Es ist dem wohl nichts hinzuzufügen. Ich bitte die Versammlung, dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Jahns: Es sind noch andere Stellen vorhanden, bei denen eine Erhöhung der Entschädigung angebracht erscheint, z. B. bei den Mitgliedern des Mieteinigungsamtes, bei dem Schiedsgericht für Gemüse- und Früchtekonserven. Ich möchte deshalb den Antrag stellen:

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, die Gebühren auch für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes, der Schiedsgerichte und für die Mitglieder der Veranlagungskommissionen auf die Sätze zu erhöhen, die heute den Beisitzern der Kaufmannsgerichte zugebilligt sind.“

Vorsitzender: Die Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung wird nicht orientiert sein, welche Funktionen z. B. dem Schiedsgerichte obliegen.

Stadtrat v. Frankenberg: Ich möchte empfehlen, dem Antrage des Herrn Jahns heute nicht stattzugeben, da bei dem Schiedsgerichte wie bei der Veranlagungskommission nicht die Stadt die zahlende Stelle ist, sondern den allgemeinen Vorschriften nach der Staat. Die Sache müßte unbedingt erst durch den Rechtsausschuß oder den Finanzausschuß geprüft werden.

Stadtv. Dr. Wolters: Ich bitte zu erwägen, ob nicht die Erledigung dieser Frage mit der Erledigung der auf der Tagesordnung stehenden verbunden werden und so die Sache einheitlich geregelt werden kann, sonst würden wir uns mit der heutigen Beschlussfassung über die eine Sache gewissermaßen für die andere binden. Dieser Freiheit in der Beschließung wegen möchte ich anregen, über die beiden Fragen eine gemeinschaftliche Beschlussfassung herbeizuführen.

Stadtv. Stegmann: Ich kann nicht einsehen, aus welchem Grunde heute die Abstimmung in der Weise, wie es der Rechtsausschuß empfohlen hat, ausgesetzt werden soll. Was Herr Jahns will, kann ja trotzdem geschehen. Wenn heute den Beisitzern des Kaufmanns- und des Gewerbegerichtes die Erhöhung nicht bewilligt wird, so würde das nur eine unnötige Verschleppung der Angelegenheit sein.

Stadtv. Dr. Wolters: Dann möchte ich den Magistrat um Aufklärung bitten, ob Bedenken vorliegen, dem Antrage Jahns zu folgen.

Stadtrat v. Frankenberg: Solche Bedenken würden allerdings vorliegen, denn wir sind nicht in der Lage, diese Gebühren von Seiten der Stadt aus zu erhöhen, eine solche Erhöhung könnte nur staatsseitig vorgenommen werden. Die geehrte Versammlung könnte höchstens einen Beschluß fassen, den Magistrat zu ersuchen, beim Staate auf die Erhöhung hinzuwirken.

Der Antrag Wolters auf gemeinschaftliche Erledigung des Antrages des Rechtsausschusses und des Antrages Jahns wird abgelehnt.

Stadtv. Wahrendorf: Wenn die Sache heute erledigt wird, habe ich nichts weiter dazu zu sagen, als daß ich im Namen der sämtlichen Beisitzer des Gewerbegerichtes, sowohl der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer, dem Wunsche Ausdruck geben kann, daß die Gebühren erhöht werden.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen und der Antrag Jahns als selbständiger Antrag eingebracht.

10. Ankauf von Baracken zu Wohnzwecken.

Stadtv. Riese I: Dieser Punkt der Tagesordnung, die Anschaffung von Baracken zu Wohnzwecken, bewegt sich in demselben Fahrwasser wie der Antrag Munte. Ich hätte mich bei diesem Antrage zum Worte gemeldet, wenn ich nicht den Bericht über diesen Punkt der Tagesordnung übernommen gehabt hätte. Ich bin der Meinung, die Wohnungsnot ist darauf zurückzuführen, daß während der letzten Zeit in jedem Jahre hundert Wohnungen zu wenig gebaut sind. Dem wird man zustimmen, wenn man die Statistik verfolgt, die uns zeigt, wie in anderen Städten Wohnungen jeder Klasse genügend zur Verfügung standen, während bei uns kein Überschuß an Wohnungen vorhanden war. Die Hauswirte haben den Bau von Wohnungen in der vergangenen Zeit hintertrieben, damit ja keine von den ihrigen leer stand, und nun kommen wir durch die Sünden der früheren Periode in eine Lage, die als rückschrittlich bezeichnet werden muß. Jede Kommune ist bisher dafür eingetreten, daß man Gewerbetriebe in die Stadt hineinzieht, daß man Steuerquellen für die Stadt schafft. Wir haben immer für die Freizügigkeit gekämpft, und jetzt sollen wir den Zuzug fern halten. Das erkläre ich für unsozial. Jetzt sind wir gezwungen, in der Weise vorzugehen, daß man die Bodenkammern flott macht und noch andere Notbehelfe einrichtet, und damit wird man ja eine ganze Menge Einwohner unterbringen können. Ich erinnere aber auch daran, daß in dem alten Amtsgericht auf der Auguststraße — mag jetzt darin sein, was es will — Duzende von Wohnungen hergerichtet werden könnten (Zuruf: Das will der Staat nicht hergeben). Dann muß er dazu gezwungen werden,

das ist eine einfache Geschichte. Es gibt noch mehrere derartige Stellen. Die Wohnungsdeputation hat sich die größte Mühe gegeben und auf der Korfessstraße 72 Wohnungen eingerichtet, auch auf der Hea 7 schon 36 Wohnungen geschaffen, und nun wieder hat sich der Herr Stadtbaurat Mühe gegeben, noch 4 Baracken zu erwerben, die bisher noch nicht aufgestellt waren, aber fix und fertig zugeschnitten sind, mit Bauholz, Balken, Fenstern, Fußböden und anderem Zubehör, die jetzt zu Wohnzwecken aufgebaut werden sollen. Sie sind im Verhältnis von 40 zu 10 Metern berechnet, so daß jedesmal 400 qm Wohnfläche dadurch entstehen und es möglich wäre, acht Familien dort unterzubringen. Der Preis von 8000 *M* für jede Baracke, zu denen die Stadt die Baracken erhalten soll, ist ein sehr billiger. Ich behaupte, daß bei den heutigen Holzpreisen ein Kaufpreis von 20 000 *M* nicht zu hoch erscheinen würde. Der Magistrat ersucht uns, die vier Baracken anzukaufen und dem Ankauf selbst dann zuzustimmen, wenn der Preis sich noch etwas höher stellen sollte. Es wird geplant, die Aufstellung vielleicht auf dem Grundstücke der Gnadtschen Stiftung, das acht Morgen groß ist, vorzunehmen; darüber mag ja aber die Wohnungsdeputation entscheiden. Man würde nicht nur 32, sondern 64 Wohnungen schaffen können, wenn man auf jede Baracke eine Trempelwand aufsetzte, das Dachgeschloß ausbaute und die Wände, weil Barnsteine nicht da sind, mit Lehmsteinen ausmauerte. Auch das ist hier nicht unsere Sache, aber ich halte es für meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, weil wir dadurch in der Lage wären, mehr Wohnungen für die 90 wohnungslosen Familien, die gemeldet sind, zu schaffen. Es wäre ja eine Schande für die Stadt, wenn die Leute am 1. Oktober auf der Straße liegen sollten. Neue feste Wohnungen zu bauen, daran können wir nicht denken. Da sie fünfmal so teuer würden wie in früheren Zeiten, so kommt man doch in die Lage, derartige Sachen ablehnen zu müssen, auch wenn man auf dem Standpunkte steht, daß alles getan werden muß, um der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit beizukommen.

Ich möchte Sie namens der Baukommission bitten, diese 32 000 *M* für den Erwerb der Baracken zu bewilligen und dem Magistrat freie Hand zu lassen, sie auch selbst dann für die Stadt anzukaufen, wenn der Preis von 32 000 *M* überschritten werden müßte.

Stadtv. Lehnert: Auch ich möchte ersuchen, dem Beschlusse der Baukommission beizutreten. Leider war es mir vorher nicht möglich, da der Schlufantrag angenommen wurde, einige hier vorgebrachte Sachen richtigzustellen. Wenn behauptet wurde, daß namentlich die hohen Löhne dazu beigetragen hätten, daß momentan nicht gebaut werden kann, so liegt darin ein Irrtum vor, denn im Baugewerbe ist erst am 3. Februar dieses Jahres durch Schiedsspruch festgelegt worden, daß die Arbeitsstunde der Maurer auf 2 *M* bemessen werden solle, früher aber ist dies nicht geschehen, bis dato haben

wir im Baugewerbe unter recht minimalen Lohnsätzen arbeiten müssen. Die Erhöhung der Löhne ist an dieser Erschwerung der Möglichkeit zu bauen nicht schuld, wohl aber ist es eine Schande, daß man jetzt für das Tausend Steine ab Ziegelei 150 *M* verlangt. Dabei muß der Fuhrlohn noch hinzugerechnet werden. Ist denn der Ton in der Grube so teuer geworden? Ich möchte ersuchen, nicht fortwährend auf das Gerede hereinzufallen, daß die höheren Löhne an dem jetzigen Preisstand schuld sind, sondern es sind einfach die Verhältnisse, unter denen die Herren Besitzer meinen, jetzt erst recht und noch mehr Kriegsgewinn aus ihren Unternehmungen herauszuschlagen.

Betreffs des Erwerbes der Baracken bitte auch ich, dem Magistrat freie Hand zu lassen, wenn er mehr als 32000 *M* anlegen muß, um sie zu erwerben, damit endlich die Wohnungsmisere aufhört. So leicht ist ja nicht daran zu denken, obgleich sich Herr Stadtbaurat alle Mühe gibt. Zwei Reihen von Baracken sind schon für Wohnungszwecke hergerichtet, aber das wird nicht hinreichen. Es muß mehr Wohnungsgelassenheit geschaffen werden, aber der Freizügigkeit soll man keine Zügel anlegen. In der Hinsicht stehe ich auf dem Standpunkt des Herrn Riese und habe deshalb auch nicht für den Antrag Munte gestimmt.

Stadtv. **Marxner**: Es ist zu bedenken, daß bei der Herstellung von Wohnungen nicht nur die hohen Materialpreise gerechnet werden müssen, sondern daß auch die Löhne dabei eine Rolle mitspielen. Wenn Sie z. B. heute sagen, die Steine sind ungeheuerlich im Preise gestiegen, so sind doch bei der Herstellung der Steine wieder die Löhne mit ausschlaggebend. Man darf also die Höhe der Löhne auf keinen Fall außer acht lassen.

Die Versammlung stimmt dem Ankauf der Baracken zu.

11. Nachverwilligung von Mitteln für die Volkskindergartenstiftung.

Stadtv. **Schmerbach**: Über diese Sache liegt folgendes Aufschreiben des Stadtmagistrats vor:

„Kurz vor Ausbruch des Krieges hat die Volkskindergartenstiftung hierselbst einen Neubau ausgeführt, welcher die finanzielle Lage der Stiftung ungünstig beeinflusst und im Juni 1913 zu einer Erhöhung der stadtseitig gewährten Unterstützung geführt hat. Mit Zustimmung der Stadtverordneten erhielt die Stiftung seit dem Jahre 1913 einen jährlichen Zuschuß aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen in Höhe von 1200 *M* und aus der Jüdelstiftung in Höhe von 600 *M*. Trotz dieser nicht geringen Zuschüsse hat sich die Stiftung infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus eigenen Kräften nicht über Wasser halten können; Ende des Jahres 1916 haben die städtischen Behörden einen zur Beseitigung des derzeit nachgewiesenen

Defizits notwendigen außerordentlichen Zuschuß von 2586,35 *M* bewilligt. Aber auch dieser Betrag und die daneben durchgeführte Erhöhung des für die den Kindergarten besuchenden Kinder zu zahlenden Kostgeldes von 90 *g* auf zunächst 1,20 *M* und danach auf 1,50 *M* hat nicht ausgereicht, um die Rechnungen der folgenden Jahre abzuschließen zu können. Wie wir aus der beiliegenden Rechnung vom Jahre 1918 zu ersehen bitten, zeigt dieselbe sehr ungünstige Verhältnisse. Sie beginnt mit einem Vorschusse von 3433,73 *M*, und schließt trotz Inneinmahmestellung eines zum Vermögen der Stiftung gehörenden, zur Rückzahlung gelangten Hypothekenskapitals von 5000 *M* mit einem Fehlbetrage von 2717,74 *M* ab. Die Schuld an diesem Ergebnisse liegt nach den angestellten Ermittlungen nicht an der Stiftungsverwaltung, es sei denn, daß man ihr zum Vorwurf machen wollte, daß sie den Betrieb nicht geschlossen hat — der Grund für den Fehlbetrag liegt vielmehr darin, daß infolge der allgemeinen Preissteigerung die Kosten der Wirtschaftsführung, insbesondere die Kosten für Beschaffung der Lebensmittel eine die Leistungsfähigkeit der Stiftung übersteigende Höhe angenommen haben. Dieser Umstand drängt unwillkürlich zu der Frage, ob es nicht geraten sei, von uns aus als Aufsichtsbehörde die Schließung des Betriebes — wenn auch nur vorübergehend — zu veranlassen; da der Kindergarten aber von etwa 100 Kindern besucht wird, so sind wir angesichts der gegenwärtig herrschenden Not der Ansicht, daß man diesen Schritt nur äußersten Falles tun sollte. Selbstverständlich setzt die Fortführung des Betriebes voraus, daß die Stiftung für eine gewisse Zeit kräftiger als bisher unterstützt wird, und zwar vorderhand dadurch, daß ihr der zur Deckung des Fehlbetrages aus dem Jahre 1918 erforderliche Betrag von 2717,74 *M* zur Verfügung gestellt wird.“

Die beigelegte Rechnung ergibt eine Gesamtausgabe für das Kinderheim von 22219,07 *M* und eine Gesamteinnahme von 19501,33 *M*, so daß ein Minus von 2717,74 *M* vorhanden ist.

Der Finanzausschuß empfiehlt nun der Versammlung, sich mit dem Vorschlag des Magistrats einverstanden zu erklären, daß zur Deckung dieses Minus aus den vorjährigen Überschüssen der Luise-Ottmer-Stiftung, Abteilung Gemeinnützige Zwecke 1673,72 *M* und aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen 1044,02 *M* gezahlt werden.

Stadtv. Fräulein Oden: Ich möchte die Versammlung sehr bitten, diesem Zuschusse zuzustimmen. Ich kenne den Volkskindergarten und habe bei meinen Besuchen dort immer gesehen, wie gemeinnützig diese Anstalt wirkt. Wenn auch vorübergehend der Besuch nicht so groß ist, so weiß ich doch, daß er im Winter von 160 bis 200 Kindern benutzt worden ist, und es wäre sehr zu bedauern, wenn diese Anstalt geschlossen werden müßte.

Dem Antrage des Finanzausschusses stimmt die Versammlung zu.

12. Antrag Schmidt, betreffend Erhebung von Zuschlägen zu den Gemeindecinkommensteuern.

Wortlaut des Antrages f. S. 231.

Stadtvr. Schmidt (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Außerordentliche Umstände erfordern außerordentliche Maßnahmen. Es wurde schon bei der Beratung unseres Stats durchblicken lassen, als das voraussichtliche Defizit von über 3 Millionen Mark für den diesjährigen Haushaltsplan uns alle beunruhigte, daß wir Stellung nehmen wollten, durch Erschließung von Einnahmequellen dieses Defizit aus der Welt zu schaffen oder Vorsorge zu treffen, es abzubauen. Man hat sich bisher nicht dazu verstehen können, einen Antrag in der Richtung zu stellen, weil man hoffte, daß der Zustand ein vorübergehender sein und Zeiten eintreten würden, die Gewähr dafür boten, daß wir von dem Defizit erlöst würden. Diese Hoffnung erweist sich als trügerisch. Man hatte früher geglaubt, wenn der Krieg vorbei sein würde, würde sich alles wieder regeln, aber jetzt sind Zustände eingetreten, die auf die Dauer nicht so weitergehen können. Wir nehmen Bewilligungen vor, für die kaum die nötige Deckung vorhanden ist; wir erstreben Verbesserungen und erreichen nicht einmal das Maß des Notwendigen; wir legen uns Beschränkungen auf, und doch sehen wir, daß die Ausgaben steigen und keine entsprechenden Einnahmen demgegenüber zu verzeichnen sind. Eine Änderung muß eintreten, und ich bin der Meinung, daß unter allen Umständen eine Erhöhung der Steuersätze bei der eigentlichen Einkommensteuer in Frage kommen muß, daß das allein uns aus der Misere heraushelfen kann. Andere Einnahmequellen, die ergiebig sind, werden Sie wohl kaum auffindig machen. Durch die Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule und die Zusammenlegung der sieben- und achtsstufigen Bürgerschulen, bei der eine Ermäßigung des Schulgeldes stattgefunden hat, wird es wohl dahin kommen, daß wir für die Stadt nicht die Einnahmen erzielen, die ursprünglich angenommen sind. Die Gehälter und Löhne sollen aufgebessert werden, was ein großes Kapital in der Ausgabe ausmacht, so daß nicht darauf zu rechnen ist, daß die Stadt von ihren Schulden herunterkommt, sondern es ist im Gegenteil zu erwarten, daß immer neue Schulden hinzukommen. Da scheint es mir als der einzig richtige Ausweg, von den Einkommen über 10 000 M einen Steuerzuschlag zu erheben. Über die Höhe eines solchen Zuschlages wird sich später die Finanzkommission noch zu äußern haben. Vorbedingung zur Erhebung desselben ist, daß der Stadtmagistrat seitens der Landesregierung die Ermächtigung dazu erhält, und das glaube ich durch Stellung meines Antrages erzielen zu können.

Die Beweggründe, die mich gerade zu dem Vorschlage einer Zusatzsteuer für Einkommen über 10 000 M gebracht haben, sind folgende: Es hat ein großer Teil der

bemittelten Bevölkerung alle Ursache, zu den gesteigerten Lasten der Stadt in erhöhtem Maße beizutragen. Um so mehr kommt man zu einem solchen Antrage, wenn man sieht, daß die bemittelten Kreise bemüht sind, ihre Vermögen und ihre Einkommen in Luxusgegenständen und in Grundbesitz außerhalb anzulegen und so Verschleierungen — ich will keinen drastischeren Ausdruck gebrauchen — über ihren Besitz und ihr Einkommen vorzunehmen. Sie wissen nicht, wohin sie mit ihrem Gelde sollen, und so können sie wohl dahin gebracht werden, einen Obolus abzugeben, damit die städtischen Finanzen gebessert werden. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Die Versammlung nimmt die vom Antragsteller gewünschte dringliche Behandlung des Antrages an.

Oberbürgermeister Netemeyer: Meine Damen und Herren! Bei der großen Bedeutung, die diese Frage für die Stadt hat, haben wir uns im Magistrat schon heute morgen mit ihr befaßt, denn wir hatten erfahren, daß dieser Antrag gestellt werden sollte. Ich kann deshalb erklären, daß der Stadtmagistrat mit diesem Antrage durchaus einverstanden ist, nur haben wir bei ihm zu beachten, daß ohne gesetzliche Grundlage der Antrag nicht durchgeführt werden kann. Das Gesetz ermächtigt uns nur, alle Einkommen nach gleichmäßigen Grundsätzen zur Einkommensteuer heranzuziehen, während hier eine Ausnahme gemacht werden soll: es sollen nur die höheren Einkommen zu einer Ergänzungssteuer herangezogen werden, also ein Verfahren Platz greifen, das der Staat schon zu seinen Gunsten anwendet. Der Staat ist dazu in der Lage, weil er die Kante der Gesetzgebung in der Hand hat, wir dagegen sind durch das Gesetz gebunden. Nun würde es praktisch sein, wenn man die Sache dadurch vereinfachte, daß man nicht die Stadt zwingen würde, zur Durchführung des Antrages erst ein besonderes Statut zu erlassen, sondern — weil es sich um eine vorübergehende Maßnahme handelt — daß man einfach sagt: Auf Beschluß der städtischen Behörden kann ein besonderer Zuschlag zur Gemeindeeinkommensteuer festgesetzt werden. Ich möchte den Herrn Antragsteller bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese kleine Änderung in dem Antrage vorgenommen wird. Wenn die Regierung etwa Bedenken tragen sollte, uns dieses weitergehende Recht zu gewähren, obgleich sie immer erklärt, sie wolle der Freiheit der Gemeinden tunlichst wenig Zügel anlegen, so könnte man bestimmen, daß ein solcher Beschluß immer erst noch den Volksbeauftragten zur Genehmigung vorgelegt werden muß.

Stadtrat v. Frankenberg: Auch ich glaube, daß der Gedanke, der den Herrn Antragsteller bei Einbringung seines Antrages geleitet hat, ein durchaus richtiger ist, der im Laufe der Zeit jedenfalls seiner Verwirklichung entgegen gesehen hätte. Die Form, in der diesmal, der Not der Zeit und dem Verlangen der Stadt nach baldiger

finanzieller Entlastung entsprechend, der Gedanke durchzuführen sein wird, ist vom Herrn Oberbürgermeister schon angedeutet. Unsere jetzige Staffellung hat den großen Mangel, daß die Höchsteinkommen verhältnismäßig spät im vollsten Umfange durch die Steuer erfaßt werden (Sehr richtig!), indem der Umfang, den unser Abgabengesetz zugelassen hat, eine Staffellung von 1:6 vorschreibt, was bedeutet, daß der Höchstbesteuerter sechsmal so stark in der Einkommensteuer gefaßt werden kann, wie der auf der Anfangsstaffel Stehende. Erst bei einem Einkommen von 200 000 *M* wird dieses Höchstverhältnis erreicht, während ich der Ansicht bin, daß es schon im ersten Hunderttausend ziemlich frühzeitig erreicht werden könnte und müßte, wenn man wirklich für die städtischen Einnahmen etwas von der Sache haben will. Nun fasse ich die Anregung des Herrn Schmidt nicht so auf, daß man schablonenmäßig gleich hohe Zuschläge von denjenigen, die ein Einkommen von 10 000 bis 100 000 *M* haben, erheben will, sondern ich habe mich, indem ich mich sofort an die Bearbeitung der Sache gemacht habe, von dem Gedanken leiten lassen, daß auch da ein staffelmäßiges Anwachsen in Betracht kommen würde (Sehr richtig!), so daß alle diejenigen, die mehr als 10 000 *M* Einkommen haben, von der ergänzenden Steuer gefaßt werden, aber die Einkommen nach oben zu immer mehr, und die Steuertechnik sich auf diese Weise im umgekehrten Verhältnis zum Einkommen bewegt. Wenn ich annehmen darf, daß ich mich mit dieser Ansicht im Einverständnis mit der geehrten Versammlung befinde — wie es ja der Fall zu sein scheint —, so würde ich danach meine Vorschläge im Magistrat und Finanzausschusse einrichten.

Noch eins möchte ich bemerken: Es liegen die Verhältnisse, um diese Grenze, die der Herr Antragsteller bezeichnet hat, festzuhalten, insofern ziemlich günstig, als im Laufe der letzten acht Jahre — wie ich heute mittag in aller Eile habe feststellen lassen — ein starkes Hinüberwechseln der Steuerzahler aus den Steuerklassen unter 10 000 *M* zu den Klassen über 10 000 *M* stattgefunden hat. Wir hatten im Jahre 1911/12 nur 915 Personen (einschließlich der 24 Aktiengesellschaften), die von einem Einkommen über 10 000 *M* steuerten. Diese Zahl hat sich seitdem nahezu verdoppelt, nämlich auf 1703 (einschließlich der 46 Aktiengesellschaften); die Ziffer der natürlichen Personen mit einem Einkommen über 10 000 *M* ist demnach von 891 auf 1657 angewachsen, ein Zeichen dafür, daß sich der Wohlstand, die höheren Gehälter und Löhne geltend machen. Man kann wohl sagen, daß der Schlag, den der Antrag Schmidt plant, ein solcher ist, der Öl geben wird.

Stadtv. Schmidt: Ich bin mit der Abänderung meines Antrages, wie sie vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagen ist, einverstanden, und hoffe, daß wir so schneller zum Ziele kommen. Auch den Anregungen des Herrn Stadtrat v. Frankenberg stimme ich zu. Es war auch meine Ansicht, daß die Steigerung nicht im Verhältnis von 1:6

beibehalten würde, sondern ich wollte eine solche im Verhältnis von 1:10 in Vorschlag bringen, und glaube, daß wir damit immer noch nicht ganz das Richtige treffen, sondern selbst zu einem Verhältnis von 1:12 oder gar 1:15 vorgehen können. Bei den Einschätzungen sieht man, daß bei den kleinen Beamten sowie den Gewerbetreibenden und Arbeitern, überhaupt bei allen den niedrigen Einkommen und bei denen, wo durch den Arbeitgeber oder durch sonstige Unterlagen das Einkommen sich nachweisen läßt, alles versteuert werden muß, während bei den höchsten und allerhöchsten Einkommen man nur angewiesen ist auf das, was die Herrschaften mitteilen. Wir sehen, daß besonders in den Kriegsjahren in enormer Weise ein Vermögenszuwachs entstanden ist, und das läßt den Gedanken aufkommen, daß die Angaben über die hohen Einkommen nicht stimmen. Während andere ihr ganzes Einkommen zum Lebensunterhalt gebrauchen und nur eben so auskommen, haben diese Leute mit hohen Einkommen noch nebenbei Gelegenheit, etwas zurückzulegen, um sich sagen zu können: Du hast in späteren Jahren die Gewähr, ruhig leben zu können, denn du hast es zu etwas gebracht. Ein großer Teil der Einwohner mit hohem Einkommen wird immer noch versuchen, den städtischen Behörden ein Schnippchen zu schlagen, so daß doch nicht das Gesamteinkommen von der Steuer und der Ergänzungssteuer erfaßt wird. Wir werden nicht umhin können, um allen Möglichkeiten zu begegnen, einen Steuerkontrollleur anzustellen; wenn das auch Ausgaben verursachen würde, so würde seine Tätigkeit das der Stadt wieder einbringen. Die Einzelheiten über die Festsetzung der Steigerungssätze würden ja noch im Finanzausschusse reichlich zur Sprache kommen, so daß wir uns heute einfach nur mit dem von mir eingebrachten Antrag zu befassen hätten. Ich bitte Sie, Ihr Einverständnis damit zu erklären.

Der Antrag Schmidt wird angenommen (dem Anschein nach einstimmig).

13. Anträge Stegmann und Marth, betreffend die Preise bei weiteren Verkäufen ausländischer Lebensmittel.

Wortlaut der Anträge s. S. 231.

Stadt v. Stegmann (zur Begründung): Der Antrag begründet sich eigentlich von selbst. Es war eine große Freude für die Bevölkerung nicht nur in Braunschweig, sondern überall in Deutschland, daß etwas fettes Schweinefleisch oder Speck und das ausländische Mehl verteilt werden konnten. Leider konnte sich ein Teil der weniger Bemittelten diese Lebensmittel nicht anschaffen, weil sie zu teuer waren. Ich kenne eine Anzahl solcher Leute, die das Mehl aus dem Grunde nicht kaufen konnten, obwohl es für ihre Familie dringend nötig war. Die Preise für diese Waren sind allerdings nicht anders wie als Wucherpreise des Auslandes zu bezeichnen, aber immerhin kann

man sie verstehen gegenüber den Bucherpreisen, wie sie für viele im Inlande erzeugte Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände gefordert werden. Daß bis zu einem gewissen Grade die vom Ausland bezogenen Waren teurer sein müssen als die inländischen, ist begreiflich, denn unsere Valuta ist so sehr gesunken, daß sie schon deswegen fünfmal so teuer wie die unserigen sein müssen. Sie gehen aber noch darüber hinaus, und deshalb sind sie als Bucherpreise zu bezeichnen, und ein großer Teil der Bedürftigsten hat deswegen auf ihren Erwerb verzichten müssen. Nun hoffen wir alle, daß es nicht sehr lange dauern wird, bis es wieder zur Verteilung der notwendigen Lebensmittel kommen wird, und ich bin der Meinung, daß dann in einer anderen Weise die Festsetzung der Preise vorgenommen werden müßte, indem sie gestaffelt werden, und zwar derart, daß etwa vier verschiedene Preise erhoben werden. Ich habe das in meinem Antrage nicht näher ausgeführt, kann das aber an einem Beispiel erläutern. Nehmen wir einen Preis für Fleisch von 7,50 *M* für das Pfund an, so würden die mit einem Einkommen von 3000 *M* pro Pfund vielleicht 3 *M* zahlen, die mit 6000 *M* vielleicht 5 *M*, die mit 10000 *M* den normalen Preis von 7,50 *M* und die mit einem Einkommen von über 10000 *M* 15 *M*. Allerdings weiß ich nicht, ob man damit auskommen würde, denn zweifellos ist die Zahl der Minderbemittelten bedeutend größer, als die der besser Situierten, und deshalb wird der Magistrat die unteren Preise vielleicht hinaufsetzen müssen. Ich bin aber der Meinung, nach oben hin sollte man nicht engherzig sein, denn diejenigen, die das Geld dazu haben, können ruhig auch 20 *M* oder mehr für das Pfund bezahlen; sie kaufen sowieso Butter zu 25 *M* das Pfund und zahlen für Schinken, Fleisch usw. unerhörte Preise. Wie die Preise im einzelnen eingerichtet werden, daß müßte der Kalkulation des Magistrats auf Grund der Einkommensteuer vorbehalten bleiben, und was von den unteren Kreisen nicht bezahlt werden kann, muß oben herausgeholt werden. Jedenfalls glaube ich, daß Sie mit mir einverstanden sind, daß es der Gerechtigkeit entspricht, daß auch denjenigen etwas zukommt, die Not gelitten haben, und nicht nur denjenigen, die während des Krieges wie im Frieden gelebt haben.

Nun wird vielleicht gesagt werden, den städtischen Behörden erwüchse durch diese Einrichtung eine ungeheuerliche Arbeit. Aber der Magistrat hat während des Krieges so viele Erfahrungen gesammelt, die Systeme bei den Rationierungen waren so vielfach, daß es ihm möglich sein wird, auch dieses noch fertigzubringen. Arbeitskräfte dafür müßten allerdings noch angestellt werden. Wenn die Preise in vier Klassen geteilt würden, dann würde ich vorschlagen, für die Ausgabe dieser Lebensmittel vier verschiedenfarbige Karten auszugeben.

Ich möchte schließlich bitten, diesen Antrag als dringlichen zu behandeln und gleich anzunehmen, damit wir wissen, daß alle etwas kaufen können, wenn wieder einmal etwas an Lebensmitteln ankommt.

Vorsitzender: Die allgemeine Begründung des Antrages ist durch Herrn Stegmann schon gegeben, vielleicht beschränkt sich Herr Marth darauf, seine Ansicht über die Einzelausführung auszusprechen.

Stadt v. Marth: Da Herr Stegmann die allgemeine Begründung schon gebracht hat, komme ich nur auf die speziellen Vorschläge zurück, wie die Preise in bestimmten Grenzen zu halten sind. Ich habe dafür in meinem Antrage schon Anhaltspunkte gegeben, indem ich vorschlage, daß bis zu einem Einkommen von 5000 *M* die Preise für die ausländischen Lebensmittel um 50 Proz. unter den Selbstkostenpreis herabgesetzt werden, während bei einem Einkommen bis zu 10 000 *M* der Selbstkostenpreis, der der Stadt erwächst, berechnet wird und bei einem Einkommen über 10 000 *M* der Preis der Waren mit einem Aufschlag von 60 Proz. belastet wird. Ich glaube allerdings, daß diese 60 Proz. nicht ausreichen werden, um den Ausfall bei den niedrigeren Preisen auszugleichen, aber der Magistrat könnte ja gleich bei der weiteren Bearbeitung der Sache in Erwägung ziehen, auf welche Weise der Ausfall gedeckt werden könnte. Jedenfalls muß dafür Sorge getragen werden, daß die ausländischen Lebensmittel, die zu solch enormen Preisen eingeführt werden, auch der Bevölkerung zugute kommen, die sie unbedingt nötig hat. Es ist bewiesen, daß es ein guter Teil der Bevölkerung nicht möglich machen konnte, die ihm zustehenden Lebensmittel zu kaufen. Es ist vorgekommen, daß die besserbemittelte Bevölkerung versucht hat, die Lebensmittellarten von diesen Minderbemittelten abzunehmen und für sich zu verwenden. Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die bisher die kolossalen Wucherpreise bezahlt haben, auch für diejenigen Lebensmittel, die die Stadt einführt, bedeutend höhere Preise bezahlen können, wie sie ja schon vorher die andere Bevölkerung um diese Lebensmittel betrogen haben, indem sie sie für sich in Anspruch genommen haben.

Ich möchte bitten, diese Anträge gleich heute zu verabschieden und sie anzunehmen, damit künftig auch die minderbemittelte Bevölkerung in der Lage ist, von den ausländischen Nahrungsmitteln kaufen zu können.

Vorsitzender: Zunächst würde über die Dringlichkeit der Anträge zu beschließen sein. Ich glaube aber, über die Festsetzung der verschiedenen Sätze wird sich die Versammlung nicht ohne weiteres entscheiden können. (Zustimmung.)

Die dringliche Behandlung der Anträge wird angenommen.

Stadtrat v. Frankenberg: Es ist sehr begreiflich, daß die geehrte Versammlung die Dringlichkeit der Anträge beschlossen hat in der Absicht, heute schon sich mit dieser volkstümlichen Angelegenheit zu befassen. Immerhin möchte ich aber doch bezweifeln, daß die geehrte Versammlung heute schon zu einem Ergebnis kommen wird, das uns die Unterlage zu einem weiteren Vorgehen bietet. Ich weise darauf hin, daß nach

den Mitteilungen, die Herr Schilke in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter zu machen die Freundlichkeit hatte, und wie Sie vielleicht auch aus dem Bericht über die Landtagsverhandlungen gelesen haben, diese wichtige Angelegenheit den Gegenstand einer Erörterung für das ganze Land gebildet hat und in den nächsten Tagen bilden wird, nachdem die dafür eingesetzte Landtagskommission sich mit der Sache befaßt hat. Ich habe Herrn Schilke darauf aufmerksam gemacht, daß über dieselbe Frage der Vorstand des deutschen Städtetages in Berlin sehr reiches Material haben wird, und Herr Schilke hat nicht gezögert, sich dieses Material zu erbitten. Es würde jedenfalls empfehlenswerter sein, diese Verhandlungen im Landtag vorangehen zu lassen, ehe man hier einen Beschluß faßt, der vielleicht in wenigen Tagen durch eine Verständigung zwischen dem Landtag und dem Rat der Volksbeauftragten überholt werden wird.

Es kommt hinzu, daß die Ausschreibung unserer Steuern im Laufe der nächsten Wochen vollzogen sein wird, und niemand in der Versammlung, so sehr er auch eine baldige Regelung dieser Preisfragen wünschen wird, mit den Steuerveranlagungen für das verfllossene Jahr rechnen will, sondern die neue Veranlagung sich als Richtschnur dienen lassen wird.

Nun gibt es eine Reihe von außerordentlich ungünstigen Umständen, die der Durchführung des an sich sehr begreiflichen Planes der Herren Antragsteller entgegensteht. Ich weise darauf hin, daß die Zahl der mittleren und höheren Steuerzahler leider gering ist, während die Zahl der in den unteren Gruppen sich bewegenden überaus groß ist. Wie ich vorhin mitgeteilt habe, betrug die Zahl der Steuerzahler mit einem Einkommen über 10 000 *M* 1657, während wir 1911/12 nur 891 derartige Steuerzahler hatten. Nach dem Verwaltungsbericht hatten wir in dem Jahre 1911/12 insgesamt 45 129 Steuerzahler. Ich bitte Sie, sich danach zu vergegenwärtigen, daß wir — da die Zahl der Steuerzahler ungefähr dieselbe geblieben sein wird —, ungefähr 4 Proz. Steuerzahler mit einem Einkommen über 10 000 *M* haben. Auch die Zahl der Steuerzahler mit einem Einkommen zwischen 4600 bis 16 500 *M* ist sehr gering: es waren 2333, im Vergleich dazu standen auf den Stufen 600 bis 4600 *M* 42 398 Personen. Wenn Sie also die unteren Gruppen der Steuerzahler entlasten und andere dafür mehr belasten wollen, dann müßten Sie schon sehr hohe Lasten auf die höheren Steuerzahler legen. Dabei bliebe die Beforgnis, daß manchen von diesen höheren Steuerzahlern die Ware dadurch zu teuer werden würde und die Stadt dann womöglich darauf sitzenbliebe.

Das sind alles Fragen, die eine sachgemäße Kalkulation sehr erschweren. Es wird niemand der geehrten Herrschaften wollen, daß die Stadt bei diesem Lebensmittelverkauf zur Entlastung der unteren Steuerzahler noch Geld zulegt, sondern daß die Kalkulation so eingerichtet wird, daß die Stadt mit einem blauen Auge davon-

kommt, indem das, was den unteren zugute gehalten wird, den oberen Steuerzahlern auferlegt wird.

Bedenken erregt auch noch eine Klippe, an der dieser sehr wünschenswerte Plan im Lebensmittelverband Groß-Berlin gescheitert ist: daß die meisten Steuerzahler nicht nur für ihre Person allein Steuern zahlen und einen Haushalt führen, sondern daß die meisten von ihnen Familienväter sind, die auch noch für Frau und Kinder zu sorgen haben, und daß es eine große Ungerechtigkeit sein würde, jemanden, der 6000 *M* Einkommen versteuert, aber Frau und vier Kinder mitzuernähren hat, schematisch genau so zu behandeln wie denjenigen, der seine 6000 *M* fröhlich schmunzelnd allein verzehrt. Wie wollen Sie den Mehrkosten einer mehrköpfigen Haushaltung gerecht werden? Das läßt sich heute nicht im Handumdrehen erledigen, es muß sehr sorgfältig erwogen werden.

Wie wollen Sie ferner denjenigen gerecht werden, die seit dem 1. April zugezogen sind, aber noch nicht zu einer Steuererklärung veranlaßt sind, wie denjenigen, die sich hier aufhalten, ohne Steuern zu zahlen, aber die Braunschweiger Einrichtungen genießen, z. B. zwei Söhne eines sehr wohlhabenden Fabrikdirektors, die bei einem Professor oder Lehrer in Pension sind? Sie rechnen zu dessen Haushalt und werden, wenn der Pensionsvater in bescheidenen Einkommensverhältnissen sich befindet, die Vergünstigung mitgenießen, die diesem zusteht, obgleich ihr Vater vielleicht 100 000 *M* Einkommen hat. Wir können doch auch in der Beziehung nicht alles nach der Schablone behandeln.

Sie werden aus meinen Worten das ehrliche Bestreben herausgehört haben, dem Gedanken, der den Anträgen zugrunde liegt, gerecht zu werden. Ich möchte aber auch vermeiden, daß unsere städtischen Beamten in den Bureaus und die ehrenamtlichen Kräfte, die wir zu vielen Duzenden tagelang in Anspruch nehmen müssen, eine Sisyphusarbeit ausführen, die niemand befriedigen kann, weil eine gerechte Einteilung nicht möglich ist, und die vielleicht durch Bestimmungen von anderer Seite überholt wird. Ich würde es gern sehen, wenn Herr Schille es zur Kenntnis der Versammlung brächte, ob nach den bisherigen Vorberatungen des Landtagsausschusses es erspriesslich erscheint, heute hier die Sache übers Knie zu brechen, oder ob es nicht auch von seinem Standpunkt aus richtig ist, dem größeren Bruder Landtag den Vortritt zu lassen.

Stadtv. Rönneburg: Der Antrag der beiden Herren ist uns sehr begreiflich und sympathisch, denn wir haben einen ähnlichen ja vor einigen Tagen selbst im Landtag eingebracht, und das war denn auch die Veranlassung, daß der zuständige Ausschuß sich damit beschäftigte. So wünschenswert es wäre, daß eine gerechte Verteilung der hohen Kosten für die auswärtigen Lebensmittel stattfindet, so ist es doch ein Ding der

Unmöglichkeit, die ganze Regelung aus freier Hand fertigzubringen. Der Landtagsausschuß hat sich deshalb bemüht, das nötige Material für die Prüfung des Antrages zu beschaffen. Er hat sich nach Straßburg gewandt, wo Oberbürgermeister Schwander zu Anfang des Krieges ein derartiges Verfahren eingeführt hat, weiter nach Bonn und an den Ausschuß des deutschen Städtetages. Wenn überhaupt dieser Gedanke praktisch verwertet werden kann, so wird das vom Landtagsausschuß und von der Vollversammlung des Landtages aus geschehen. Wollen wir einfach Bestimmungen festsetzen und sagen, dieser eine bezahlt soundsoviel und der andere soundsoviel, dann würde das Ergebnis eine ganz gewaltige Belastung der Stadt werden. Diese Behauptung wird gerechtfertigt durch die Angaben, die Herr Stadtrat von Frankenberg über die Stärke der Steuerklassen gemacht hat. Auch in Groß-Berlin hat man sich mit der Frage beschäftigt und ist zu der Feststellung gekommen, daß 90 Proz. der Einwohner und darüber nur bis zu 3000 *M* Einkommen haben — und dort gibt es eine größere Zahl von leistungsfähigen Einwohnern als bei uns —, und daß, wenn man entsprechend diesen Anträgen die Sache aufbaute, ein Pfund Mehl in der obersten Klasse allermindestens 11 bis 13 *M* kosten würde. Glauben Sie, daß irgend jemand aus den oberen Kreisen zu solchen Preisen etwas kaufen würde, wo es doch keinen Kaufzwang gibt? Es würde jeder Leistungsfähige sagen: „Behaltet euer Mehl“ und würde versuchen, auf dem Schleichhandelswege sich anderes billiger zu besorgen. Das können Sie nicht unterbinden, sonst müssen Sie neben jede Geldkassette einen Gendarm stellen und für jeden Einwohner bestimmen, in welcher Weise er sein Geld verwenden soll. Oder man müßte den Verbrauchszwang einführen und sagen: „Ihr habt von diesem rationierten Lebensmittel den euch zustehenden Teil zu kaufen, und im Falle ihr das nicht tut, zahlt ihr soundsoviel“. Das würde doch aber eine zu weit gehende Maßnahme werden, und man könnte statt dessen den Leuten das Geld einfach wegnehmen. Eine weitere Belastung der Stadt, wie es das Ergebnis der Durchführung der Anträge ohne Frage sein würde, müßten wir angesichts der Finanzlage der Stadt vermeiden, und so bleibt nichts anderes übrig, als die Anträge einem zuständigen Ausschuß zu überweisen, der Veranlassung nehmen kann, sich mit dem Landtagsausschuß in Verbindung zu setzen, von ihm das Material zu erbitten und so an der sachgemäßen Verwirklichung der Anträge mitarbeitet. An ehrlichem Bemühen, etwas Ersprießliches herauszubekommen, wird es nicht fehlen. Es muß, da dieser Gedanke in der Luft liegt, mindestens eine Prüfung stattfinden und muß festgestellt werden, ob er sachlich durchführbar ist.

Stadtv. Richter: Die Schwierigkeiten, die der Durchführung des Gedankens entgegenstehen, verkennen wir nicht, aber es darf doch ohne weiteres gesagt werden, daß der Magistrat durch seine Bekanntmachung in der Zeitung, daß derjenige, der das

teuere Mehl nicht kaufen kann, in die angenehme Lage versetzt werden soll, das schlechtere zu kaufen, anerkannt hat, daß ein großer Teil Einwohner vorhanden ist, die nicht imstande sind, des hohen Preises wegen das Auslandsmehl zu kaufen. Dagegen muß ein Ausweg geschaffen werden. Müssen wir von den unteren Kreisen verlangen: „Arbeiten, arbeiten und immer wieder arbeiten, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen“, dann müssen wir ihnen auch Lebensmittel zur Verfügung stellen, die sie zu kaufen imstande sind. Auch wir sind der Ansicht, daß nicht ohne weiteres, nicht ohne Unterlagen der Gedanke durchgeführt werden kann, aber wir betonen die Notwendigkeit, daß den wirklich Bedürftigen Gelegenheit gegeben wird, in den Genuß der Lebensmittel zu kommen, die von auswärts eingeführt werden. Wenn wir einerseits die Mehlpreise festsetzen, dann kann es dazu kommen, wie es Herr Rönneburg gezeigt hat, daß die Begüterten einerseits sagen: „Wir kaufen diese Sachen von der Stadt nicht“; und andererseits, nur um der Stadt den Willen nicht zu tun, ebensoviel Geld anwenden, um sich auf anderen Wegen Waren zu beschaffen. Bei den Fleischpreisen ist es so, daß die von den Vorrednern angeführten Sätze von 15 oder 16 *M* durch die Herren mit großem Einkommen schon längst überschritten sind; sie scheuen sich keineswegs, für ein Pfund Schweinefleisch 24 bis 32 *M* auszugeben, und an den Stellen hätten wir Veranlassung, recht kräftig zuzufassen. Ebenso wie mit dem Fleisch wird es mit dem Mehl sein, so daß die Stadt auf ihren Mehlvorräten für die Gutgestellten sitzenbleiben und wir dahin kommen würden, in dieser Sache nur mit Zuschüssen zu arbeiten. Aber geschehen muß dennoch unbedingt etwas, damit denen es zugute kommt, die es haben sollen, sonst wird sich eine Krise herausbilden. Auf irgend einem Wege muß etwas erreicht werden und am besten mit Inanspruchnahme der Verzehrer, die es nicht so nötig haben, die ihre Beschäftigung leichter ausführen können als diejenigen, die Tag für Tag vom Morgen bis zum Abend in Frondienst sich schinden müssen.

Stadtv. Genzen: Darüber, daß in dieser Sache etwas geschehen muß, werden wir uns alle klar sein, aber ich muß doch sagen, so wünschenswert es ist, daß durch den Antrag meines Freundes Stegmann und des Herrn Marth etwas erreicht wird, so schwer durchführbar ist die Sache auch. Im ersten Augenblick wird jeder sagen: „Es muß durchführbar sein“, und Herr Rönneburg hat ja schon gesagt, daß auch seine Freunde einen ähnlichen Antrag gestellt haben. Aber heute ist er eines besseren belehrt, heute sehen seine politischen Freunde schon ein, wie schwer in dieser Sache etwas zu machen ist. In der Kommission des Landtages wurden dieselben Gründe vorgebracht, wie sie Herr Stadtrat von Frankenberg angeführt hat. Die Zahl der Einwohner, die ein Einkommen über 5000 *M* haben, ist gering, und höchstens 10 Proz. der Einwohner würden mehr als den Selbstkostenpreis bezahlen müssen, so daß das Mehl für diese

11 *M* kosten würde. Fleisch würde für sie vielleicht 30 *M* kosten, und dann würden sie sagen: Dann beziehe ich es im Schleichhandel billiger. Es ist schon angeregt, eine Verbindung zwischen dem Stadtmagistrat und der Landtagsfraktion herzustellen, indem Herr Stadtrat Wagner eingeladen werden soll, zu der Kommissions-sitzung am Montag nachmittag zu erscheinen. Die Mehrheit der Kommission nahm den Standpunkt ein, daß der Weg, der durch diese Anträge gezeigt wird, schwerlich durchführbar sein würde, aber wir meinten, wir müßten auch forschen, woher es kommt, daß diese Preise so hoch werden. Ich hörte neulich — ich kann aber die Richtigkeit nicht verbürgen —, daß das Reich das Pfund Mehl, das bei uns 2,50 *M* kostet, zu 90 *S* eingekauft habe. Ich weiß nicht, was in anderen Städten das Mehl gekostet hat; in Berlin kostet es 2,10 *M* und auch in Hannover und Magdeburg ist es billiger als bei uns. Es wurde uns von Leuten, die Sachverständige sind, in der Kommission eine Blütenlese darin gegeben, wie billig die Waren eingeführt werden könnten. Es soll Fleisch angeboten worden sein, das Kilogramm — nicht das Pfund — zu 6,40 *M* oder 6,50 *M*, Butter mit 14 *M*, ebenso Olivenöl zu Schleuderpreisen, wenn man die heutigen Preise damit vergleicht. Aber diese Waren können nicht eingeführt werden, weil es durch die Zentraleinkaufsgesellschaft verhindert wird. Wenn wirklich ein Kaufmann oder der Staat oder eine Kommune billig einkaufen kann, dann sagt die Einkaufsgesellschaft: Halt, du kannst es allerdings bekommen, aber nur von uns und 100 Proz. teurer. Deshalb sind wir in der Kommission der Meinung, man sollte dafür eintreten, daß die Kriegsgesellschaften verschwinden, da sie nur verteuernd wirken, damit der freie Handel wieder eintreten kann und dem Volke wieder billige Lebensmittel geboten werden. Vorläufig meint man, das wäre der einzige Weg, auf dem etwas Tatsächliches zu erwarten wäre.

Daß etwas in dieser Sache geschehen muß, ist klar. Als Beispiel kann man den Preis für die Kartoffeln nehmen, der hier 30 *M* für den Zentner ist — in Wolfenbüttel allerdings sogar 40 *M*. Wir sind zu Hause sechs Köpfe, was sind da 10 Pfund Kartoffeln? Ich komme damit, wenn wir uns satt essen wollen, nicht aus, und mancher kleine Beamte und Handwerker muß seinen ganzen Wochenlohn hingeben, wenn sie sich an Kartoffeln satt essen wollen. Geschehen muß etwas, vielleicht in der Weise, daß in dieser Übergangszeit bis zu einem gewissen Einkommen Zuschüsse gegeben werden, damit die Lebensmittel billiger abgegeben werden können, und daß man durch Zuschläge zur Einkommensteuer das wieder einholt, was dafür versäumt wird.

Vorsitzender: Wenn von allen Rednern die Schwierigkeiten hervorgehoben werden und jeder neue Redner noch mehr Schwierigkeiten herausfindet, dann werden wir schwerlich heute zu einem praktischen Ergebnis kommen. Das Reden darüber hätte also keinen Zweck. Wir können vielleicht, um eine Willenskundgebung herbeizuführen, den Antrag Stegmann, der allgemein gehalten ist, zur Annahme bringen und sehen dann,

wie in der Kommission das Ding zu machen ist. Ich hätte den dringenden Wunsch, einmal unsere Tagesordnung erledigt zu sehen.

Stadtv. Schille: Es wird praktisch sein, zu erklären, daß in der nächsten Stadtverordnetenversammlung der Punkt als erster auf die Tagesordnung gesetzt wird. Inzwischen wird sich der Landtag schlüssig gemacht haben, und wir könnten dann das Material noch einmal in der Stadtverordnetenversammlung behandeln.

Vorsitzender: Für die nächste Stadtverordnetenversammlung werden wir zwei Punkte haben, die reichlich viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Ich bin der Meinung, daß Einstimmigkeit unter uns herrschen wird, wenn wir unsere Willenskundgebung so vornehmen, wie ich gesagt habe. Dann wird der Magistrat die Sache in die Wege leiten, und wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Stadtv. Stegmann: Was der Herr Vorsitzende eben ausführte, ist der Zweck meines Antrages. Die Versammlung sollte beschließen, daß auf diesem Wege vorgegangen wird, das weitere sollte dann zunächst dem Magistrat überlassen werden.

Stadtrat Wagner: Ein derartiger Ausgang der heutigen Besprechung würde uns vor eine schwere Aufgabe stellen; wir sollen die harte Nuß knacken, deren Knackung der geehrten Versammlung heute nicht gelungen ist. Es scheint mir bei der außerordentlichen Schwierigkeit der Sache doch zweckmäßig, daß sie in einem Ausschuß beraten wird.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte bitten, den Antrag an die Kommission zu verweisen, die dafür zuständig ist. Was nützt uns eine Kundgebung darüber, daß die Sache wünschenswert ist? Darin sind wir uns sowieso einig, aber ohne weiteres läßt sie sich nicht durchführen. Warum wollen wir uns auf diesen einen Weg versteifen? Im Ausschuß kann geprüft werden, welcher Weg gangbar ist.

Stadtrat von Franckenberg: Ich möchte die Anregung des Herrn Rönneburg unterstützen. Sollten Sie anders beschließen und die Sache dem Magistrat übergeben werden, so würde er voraussichtlich in einer größeren Anzahl von Städten Erkundigungen einziehen und Mitteilungen über die gemachten Erfahrungen erbitten. Zeit hätte die geehrte Versammlung damit also ganz gewiß nicht gewonnen.

Vorsitzender: Um formell vorzugehen, müßten wir, wenn die Sache an eine Kommission verwiesen werden soll, den Dringlichkeitsbeschluß wieder aufheben. (Zuruf des Herrn Oberbürgermeisters: Eine Beratung hat ja stattgefunden.)

Die Versammlung scheint einverstanden zu sein, daß die Sache dem Rechtsausschuß überwiesen wird.

Stadtv. Riefe I: Wenn der Beschluß in dieser Weise gefaßt werden soll, dann möchte ich bitten, die Anträge einer Kommission zu überweisen, die an Hand des Materials des Landtags gemeinsame Schritte mit dem Magistrat einleitet, denn es ist selbstredend, daß der Magistrat von den Städten erst noch einmal Material sammelt. Wird so verfahren, dann können wir in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Sache erledigen.

Vorsitzender: Die beiden Herren Antragsteller werden mit der Überweisung des Antrages an eine Kommission einverstanden sein.

Stadtv. Könneburg: Die Finanzkommission würde der richtige Ort sein. (Zuruf: Ernährungsausschuß.)

Der Vorsitzende überweist die Anträge dem Rechtsausschuß.

14. Antrag Schmidt auf Erhöhung der Sätze für die Armenunterstützung.

Wortlaut des Antrages f. S. 232.

Stadtv. Schmidt (zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir in dieser schwierigen Zeit auch der Lage der Ärmsten unter den Armen Rechnung tragen müssen. Wenn man bedenkt, daß die Armenunterstützungen für die Einzelstehenden mit 24 *M* zu Buche stehen, und daß bei der weiteren Klassifizierung für zwei Personen 30 *M*, also für jede Person nur 15 *M* in Frage kommen, so darf man ohne Zweifel sagen, daß das tatsächlich zum Leben zu wenig und zum Verhungern beinahe nicht zuviel ist. Ich bin der Meinung, daß diese Sätze unzweifelhaft aufgebessert werden müssen, und glaube, daß Sie meinem Antrage zustimmen werden, daß die Armenunterstützung vom 1. Juli ab für die einzelnen erwachsenen Personen auf 30 *M* und bei Familien für jede Person um 3 *M* erhöht wird. Es entspricht das nicht einmal dem, was unbedingt nötig sein würde. Aber es ist das doch eine kleine Aufbesserung, und wenn es möglich wäre, in der Kommissionsfassung oder seitens des Magistrats die Sätze höher zu bringen, so wäre mir das erwünscht. Für heute glaube ich, meiner Begründung weiter nichts hinzuzufügen zu brauchen, denn eine Erhöhung der Sätze ist unbedingt nötig.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

15. Anfrage Stegmann über Maßnahmen gegen die Teuerung in Frühgemüsen.

Wortlaut des Antrages f. S. 232.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Es ist ihnen bekannt, daß die Gemüsepreise schon in den letzten Jahren eine ungeheuerliche Höhe erreicht hatten, so daß man trotz der Höchstpreise von Wucherpreisen sprechen konnte. Was aber in diesem Jahre für Gemüse gefordert wird, übersteigt alles bisher Dagewesene. So ist mir heute mitgeteilt, daß für Rhabarber pro Pfund 1,20 M, 1,30 und 1,40 M gefordert wird. Mohrrüben, von denen früher der Zentner 3 M kostete sind in einem Laden in der Stadt mit 2,80 M pro Pfund verkauft worden. Dazu möchte man sagen, daß die Leute, die so etwas zu fordern fertigbringen, am ersten besten Laternenpfahl aufgehängt werden müßten. Dem gewöhnlichen Sterblichen ist es gar nicht möglich, das herrliche Frühgemüse anschaffen zu können. Wie es zugeht, daß solche Preise gefordert werden können, weiß ich nicht. Ob vielleicht die Landesgemüsestelle gänzlich ausgeschaltet und die Bewirtschaftung sämtlicher Gemüsearten aufgehoben ist? Soviel ich mich entsinne, sollte das nur für Spargel und anderes Frühgemüse der Fall sein, im übrigen aber sollte die Festsetzung der Preise weiterbestehen. Allerdings ist auch wenig dabei herausgekommen, denn es wurden für das versteckt gehaltene Gemüse doch andere Preise verlangt. Ich möchte beim Magistrat anfragen, ob die Bewirtschaftungsstelle gänzlich aufgehoben ist, und wenn das der Fall ist, ob nicht Mittel und Wege durch das Landesernährungsamt ergriffen werden könnten, damit diesem schamlosen Wucher die Spitze geboten wird.

Oberamtsrichter **Meyer**: Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen wahrscheinlich aus Zeitungsnachrichten bekannt, daß die Reichsgemüsestelle im Laufe dieses Jahres ihre Tätigkeit einstellen wird, und daß gerade hinsichtlich der Gemüsebewirtschaftung an einen frühzeitigen Abbau gedacht wird. Den Anfang hat man mit Spargel und Rhabarber gemacht, und es zeigt sich hier dasselbe, was wir bei den Eiern gehabt haben: der freie Handel ist noch nicht in der Lage, zu billigerem Preise Ware zu beschaffen. Auch die Gründung der hiesigen Gemüsehändlergenossenschaft wird das nicht fertigbringen. Der Ernährungsausschuß hat deshalb in Übereinstimmung mit dem Magistrat beschlossen, daß der städtische Gemüsekauf einstweilen noch beibehalten werden soll, wenn es auch nur geschieht, um durch Hinwerfen von Waren auf den Markt die Preise einigermaßen niedrig zu halten. Wir müssen damit rechnen, daß die jetzt in den Gemüseläden befindlichen Waren frei sind von den Höchstpreisen und von jeder Beschränkung im Handel. Es sind auch nicht alle Waren in den Gemüseläden deutschen Ursprungs, sondern vielfach handelt es sich um holländische Ware, und die

ist außerordentlich hoch im Preise. So erklärt es sich, daß wir hier, wie Herr Stegmann sagt, Phantasiepreise haben. Der Preis für junge Mohrrüben ist nach einem Telegramm vom gestrigen Tage, das ich aus Holland bekommen habe, auf 1,25 *M*, für den Kopf Salat auf 28 *S* und für den Kopf Blumenkohl auf 1,50 *M* ab Holland festgesetzt, und für die Gurken müssen schon in Holland 2 *M* bezahlt werden. Es ist selbstverständlich, daß diese Waren, wenn sie auf den hiesigen Markt kommen, noch eine ungeheure Preissteigerung erfahren; es ist wohl bekannt, daß der Kleinhändler gewohnt ist, einen Aufschlag von 25 Proz. zu nehmen, ganz gleich, ob der Preis der Ware niedrig oder hoch ist. Wir hoffen aber, daß die Preise für die Waren, die für die Ernährung eine größere Rolle als Spargel und Blumenkohl spielen, bald fallen werden. Mir ist zu morgen eine Einladung zu einer Sitzung der Landesgemüsestelle zugegangen; dort sollen die Preise für die jetzt auf den Markt kommenden Gemüsearten, die nicht ganz frei sind, festgesetzt werden: für Erbsen, Bohnen, rote Möhren, frühen Weißkohl, Wirsingkohl, frühen Rotkohl. Hierfür werden also nach wie vor Preise vorgeschrieben. Da aber die veröffentlichten Richtpreise gegenüber den vorjährigen wieder eine Richtung nach oben zeigen, so glaube ich, daß wir zu mäßigen Preisen nicht kommen werden. Wir wollen nicht vergessen, daß die Witterung für die Gemüsepreise eine große Bedeutung hat, und wenn die Trockenheit weiter anhält, dann können wir uns auf hohe Frühgemüsepreise gefaßt machen. Wir haben von unseren Anbauern, mit denen wir Verträge abgeschlossen hatten, wiederholt die Mitteilung bekommen, daß sie uns nichts liefern könnten, die Erdflöhe hätten die Pflanzen abgefressen. Dagegen ist nichts zu machen, ein Verhängnis kommt über das andere. Jedenfalls werden wir jede Gelegenheit benutzen, die Gemüsepreise nach Möglichkeit niedrig zu halten.

16. Anfrage Schmidt über die Gründe der Butterpreiserhöhung.

Wortlaut der Anfrage f. S. 231.

Stadtv. Schmidt (zur Begründung): Trotzdem wir im Laufe des Frühjahrs wiederholt in dieser Versammlung zum Ausdruck gebracht haben, daß es unser sehnlichster Wunsch wäre, daß der Magistrat dahin wirken möge, daß ein Abbau der Preise für alle Lebensmittel stattfinde, ist keine Besserung in der Sache zu spüren, und jetzt wieder ist es recht bedauerlich, hören zu müssen, daß der Preis für Butter erneut erhöht wurde. Obgleich wir also mit einem Abbau der Preise rechnen, muß man feststellen, daß alles, was man sehen kann, im Preise steigt. In der Bekanntmachung über den Butterpreis wurde gesagt, daß der Preis für das Pfund Butter von 4 *M* auf 4,50 *M* festgesetzt ist. Wenn so der Preis für ein Pfund Butter um 50 *S* verteuert wird, dann mag man es kaum aussprechen, wohin man mit dem Preis für einen Zentner kommt. Wie erklärt sich diese Erhöhung? Waren Forderungen der

Produzenten dafür maßgebend, waren es die Molkereien, waren die Löhne in den Molkereibetrieben so hoch gestiegen, daß man zu dieser Erhöhung schreiten mußte, oder sind die betriebstechnischen Unkosten der Stadt so enorm gewachsen? In der Bevölkerung wird es nicht verstanden, warum man eine solche Preiserhöhung vorgenommen hat.

Was meine zweite Frage betrifft, so möchte ich wissen, wie es sich mit der Handelsware II verhält. Ich bin bisher immer der Ansicht gewesen, es gibt für uns nur eine Sorte Butter, die man als gute Butter bezeichnen kann. Daß eine zweite Handelsware in Frage kommt, die 20 % niedriger zu bewerten ist, war mir bisher unbekannt. Soweit ich orientiert bin, haben wir auch bei dem Bezuge der Butter immer einen einheitlichen Preis bezahlt. Wo ist die Handelsware II, wer kauft sie, ergießt sie nur in dem Verzeichnis und wohin kommt sie?

Stadtrat **Wagner**: Was zunächst die Erhöhung des Butterpreises anbetrifft, so folgt sie ohne weiteres aus der Erhöhung der Milchpreise. Es dreht sich bei dieser Frage darum: „Wie kann die Milch am zweckmäßigsten verwendet werden“, und danach richten sich auch die Preisfestsetzungen für Milch- und Milcherzeugnisse. Die Reichsjettstelle hat nach Erfahrungen nicht nur aus der Kriegszeit, sondern auch der Friedenszeit errechnet, daß das richtige Preisverhältnis bei Verwertung der Molkereiprodukte das ist, daß das Pfund Butter das $8\frac{3}{4}$ fache des Preises eines Liters Vollmilch kosten muß. Auch die Preise für Quark und Käse sind in ein angemessenes Verhältnis zu dem Milchpreise gesetzt. Würde man von diesen Preisrelationen abweichen, so würde die gefährliche Folge eintreten, daß die Versorgung der Gemeindegebiete, vor allen Dingen der Großstädte, mit der einen oder anderen Ware stark leiden würde. Würde der Butterpreis außerordentlich hoch bemessen, so würden die ländlichen Molkereien das Bestreben haben, möglichst viel Milch zu verbuttern, und es fehlte dann die Vollmilch für die kleinen Kinder, für die hoffenden und stillenden Frauen und für die Kranken. Würde umgekehrt der Butterpreis im Verhältnis zum Vollmilchpreis zu niedrig gehalten werden, so würden ganz bestimmt Interessenten vorhanden sein, die nicht ausreichend Butter herstellten, und da andere Fette jetzt nicht zur Verfügung stehen — es gibt ja kein fettes Schweinefleisch und auch keine fetten Rinder mehr —, so würde ein ganz bedenklicher Mangel an Fett eintreten. Der Milchpreis ist wiederum bedingt durch die Kosten der Milchviehhaltung, die ganz ungeheuerlich gestiegen sind. Eine gute Milchkuh kostet im Einkauf jetzt 3000 M, als Schlachtwiehe wird sie nur mit 1000 M bezahlt, so daß der Landwirt, wenn er die Kuh nicht mehr als Milchkuh gebrauchen kann, beim Verkauf 2000 M zusetzt. Will man diese Spannung der Preise bei der Milcherzeugung herausholen, dann ist das bei dem bisherigen Vollmilchpreise nicht zu machen.

Was nun den verschiedenen Preis für Handelsware I und II und für „abfallende“ Ware betrifft, so werden Sie in jeder Bekanntmachung über Butterhöchstpreise denselben Unterschied gefunden haben. Er beruht auf der Anordnung der Reichsfettstelle, wonach für diese drei verschiedenen Sorten Butter Erzeugerhöchstpreis, Großhandelspreis und Kleinhandelspreis festzulegen sind. Praktisch kommt nur Handelsware I auf den Markt. Dasjenige, was uns von den Molkereien abgeliefert wird, ist „selbstverständlich“ Handelsware „erster Güte“ (Zuruf: In Friedenszeiten würde das keiner gesagt haben). Tatsächlich gibt es also diesen Unterschied nur auf dem Papier. Die abfallende Ware kommt nur in geringen Mengen zum Verzehr. Das sind diejenigen Mengen Butter, die beim Auskragen des Pergamentpapiers aus den Butterfässern gewonnen werden, als Speisebutter für Haushaltungen nicht verwendet werden können und infolgedessen als Kochbutter an Anstalten zu billigem Preise abgegeben werden. Da damit aber außerordentlich vorsichtig gewirtschaftet wird — Herr Bunge führt in dieser Sache für uns die Aufsicht —, so ist es nur alle paar Wochen möglich, von dieser abfallenden Butter etwas zu verteilen. Tatsächlich bestehen die beiden Sorten Handelsware II und Abfallbutter für die große Bevölkerung nur auf dem Papier.

Ohne weitere Besprechung.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ bis 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. Juni 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Erhöhung der Vergütungssätze für die mit der Erteilung von Handfertigkeitunterricht an den Bürgerschulen beschäftigten Lehrkräfte.	281
2. Antrag Jahnß auf Erhöhung der Gebühren für die Beisitzer des Mieteneinigungsamtes usw.	281
3. Antrag Schmidt auf Erhöhung der Sätze für die Armenunterstützung . . .	283
4. Bewilligung von Mitteln zwecks Unterhaltung des städtischen Gebäudes Ritterstraße 26.	284
5. Instandsetzung und Verbesserung einer Schulküche.	284
6. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Hauptsteuerbureau und für das städtische Wohnungsamt	285
7. Erhöhung der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer	285
8. Antrag Salomon auf dauernde Anstellung eines Museumsassistenten	289
9. Erhöhung der Kosten für Reinigungsarbeiten in der städtischen Gewerbechule	290
10. Erhöhung der Kosten für Reinigung in den übrigen städtischen Schulen. . .	291
11. Bewilligung von Mitteln zur Ausführung baulicher Veränderungen auf dem Nieselgute.	292
12. Erweiterung des Baugrundes gemäß § 1 des Ortsbaustatuts.	293
13. Abänderung des Vertrages wegen Übernahme der katholischen Schule. . . .	293
14. Neufassung der Grundsätze für die städtische Erwerbslosenfürsorge	297
15. Ersatzansprüche für in städtischen Gebäuden abhanden gekommene Kleidungsstücke.	301

	Seite
16. Bereitstellung weiterer Mittel zur Ausbildung eines Blinden	312
17. Pächterlaß für die Tennisplätze im Bürgerpark betreffend	313
18. Zustandseungs- und Erneuerungsarbeiten im städtischen Hause Petersilien- straße 9	316
19. Umbau des Exerzierschuppens auf dem Kasernenhofe Korfesstraße zu Wohn- zwecken	317
20. Ankauf von 5 Baracken zu Wohnzwecken	318
21. Aufstellung von 4 Baracken auf dem Kasernenhofe Korfesstraße	318
22. Verkauf des aus der Schotteliusstiftung stammenden Grundstückes Obergstr. 3	319
23. Ausbau eines Interessentenweges für die Feldmark Wilhelmitor	320
24. Strompreise des Elektrizitätswerkes betreffend	321
25. Antrag Jahn's und Anfrage Lehner, betreffend die unzureichende Aus- gabe von Fahrscheinsten	327
26. Anfrage Engmann über den Verkauf minderwertiger Wurstwaren zu hohen Preisen	332

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Franckenberg**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Jüermann**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Blumeyer**, **Munte**, **Richter**, **Schilke** und **Schmidt**. Herr Stadtverordneter Dr. **Regensburger** erscheint später.

Vorsitzender **Niese II**: Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung.

Es ist ein Schreiben eingegangen vom Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gaubureau Hannover. In dem Schreiben wird Klage darüber geführt, daß der Tarifvertrag mit dem Verbands noch nicht abgeschlossen ist. Mit dem Vorstands des Deutschen Städtetages seien Richtlinien vereinbart, nach denen dieser Tarifvertrag abgeschlossen werden sollte, und das sei bisher auch von allen Stadtverwaltungen geschehen. Nur die Stadt Braunschweig weigere sich sonderbarer Weise, die in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen zu bewilligen. Der Streit dreht sich darum, daß in die Woche fallende gesetzliche Feiertage mit bezahlt werden sollen, und um einige Fragen in sozial-politischer Beziehung. Die Eingabe spricht die Befürchtung aus, daß durch die eintretenden Ferien die Sache noch länger hingezögert würde, obgleich vereinbart sei, daß der neue Tarif am 1. April dieses Jahres in Kraft treten solle. — Wie die geehrten Herrschaften aus der Tagesordnung ersehen, beschäftigt sich ein Punkt

der aufgestellten Tagesordnung mit dieser Angelegenheit (Stellungnahme zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter). Soweit mir mitgeteilt ist, herrschen darüber noch einige Unstimmigkeiten, so daß die Sache heute noch nicht endgültig zum Abschluß gebracht werden kann.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Der Magistrat hat den dringenden Wunsch, daß die Sache noch vor Eintritt in die Ferien erledigt wird; er wird deshalb das Nötige veranlassen.

Vorsitzender: Es findet heute über vierzehn Tage noch eine Sitzung statt, und dann kann die Angelegenheit bestimmt noch zur Erledigung kommen.

Eine Eingabe ist von den **M a t s c h u l e n** gemacht, die um Gewährung einer laufenden Teuerungszulage bitten. Es wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Lebensmittel außerordentlich hoch im Preise stehen, insbesondere die aus dem Auslande eingeführten, und daß die Nachschutleute nicht imstande seien, bei ihrem geringen Diensteinkommen, diese für sich und ihre Familie zu erwerben, daß sie dabei von Kräften kämen und nicht imstande seien, evtl. einen Verbrecher festhalten zu können. Sie weisen ferner darauf hin, daß sie bei Neuanschaffung von Uniform die Hälfte der Kosten zu tragen haben, und daß sie darauf bei den jetzigen Preisen einen außergewöhnlich hohen Teil ihres Gehaltes in Abzug bringen müßten. Ihr monatliches Einkommen beträgt 250—300 *M.*, und sie erbitten eine monatliche Teuerungszulage von 100 *M.*

Da ein gleiches Schreiben an den Stadtmagistrat eingegangen ist, wird der Magistrat dazu Stellung nehmen und uns jedenfalls in kurzem eine Vorlage über diese Sache unterbreiten.

Des weiteren ist eine Eingabe von dem **E r w e r b l o s e n a u s j u ß i n B r a u n s c h w e i g** gemacht. Darin protestieren die Arbeitslosen dagegen, daß der Magistrat ihnen keine Mietzuschüsse und billigere Abgabe der Lebensmittel gewährt hat, und schreiben, in anderen Städten, die in gleicher finanzieller Lage wie Braunschweig seien, würde den Wünschen der Arbeitslosen in dieser Hinsicht nachgekommen. Sie ersuchen die Stadtverordnetenversammlung, ihre Eingabe an den Magistrat wohlwollend zu prüfen. Vielleicht nimmt der Rechtsausschuß Gelegenheit, zu prüfen, wie weit es angängig ist, den Wünschen zu entsprechen.

Sodann hat sich ein Herr **E. U e l s m a n n a u s R o t t e r d a m** gemeldet, der seiner Angabe nach gute Beziehungen in Holland hat, und bietet sich als Einkäufer für Lebensmittel an. Ob ein solcher Einkauf ohne weiteres möglich ist, will mir bei den Beziehungen, die zu dem Ausland herrschen, zweifelhaft erscheinen. Ich überweise das Schreiben dem Magistrat zur Kenntnisnahme.

Ein Herr F r. P r o b s t, Altemwiefing 60, beklagt sich darüber, daß er bei der Verteilung von Erbsen, die als Ersatz für Fleisch gegeben sind, keine Erbsen erhalten hat. Er hat sich deswegen ein paar Mal an das Ernährungsamt gewandt; es sei auch ein Beamter wegen dieser Sache bei ihm gewesen, aber in Besitz der Erbsen sei er nicht gekommen. Er glaubt, daß es Pflicht der Angestellten dieses Amtes sei, dafür zu sorgen, daß in dieser hungrigen Zeit genügend ausgegeben werde, bei einer Beschwerde auf den Grund zu gehen und dafür einzutreten, daß jeder das ihm zustehende Quantum erhielte. Vielleicht wird der Magistrat in eine Nachprüfung der Sache eintreten.

Vom Stadtmagistrat ist eine Mitteilung eingegangen, daß die Stadt Braunschweig für die Zeit vom 23. März bis Mitte November 1918 an das Staatliche Viehkonto bei der Leihhaushauptkasse 18 316,66 M überweisen solle zum Ausgleich für geleistete Beihilfen zur Anschaffung und Haltung von Milchkühen. Es ist vereinbart, über diese Zahlungen jedesmal der Stadterordnetenversammlung Nachricht zu geben, was hiermit geschehen ist.

An Anfragen und Anträgen sind heute eingegangen:

Eine Anfrage des Herrn E n g m a n n :

„Kann der Magistrat Auskunft geben, wie es kommt, daß den Leuten durchaus minderwertige Wurstwaren zu solch hohen Preisen abgegeben wurden?“

Ein Antrag von Herrn J a h n s :

„Der Stadtmagistrat wird ersucht, bei der Straßeneisenbahngesellschaft vorstellig zu werden und dieselbe anzuhalten, die Fahrscheine, die aus dem Verkehr ganz verschwunden sind, umgehend wieder zur Ausgabe gelangen zu lassen.“

Eine Anfrage des Herrn L e h n e r t :

„Ist dem Stadtmagistrat bekannt, daß seit längerer Zeit auf der Straßenbahn keine Fahrscheine zu haben sind? Was gedenkt der Magistrat gegen dieses vertragswidrige Verhalten der Direktion der Straßenbahn zu unternehmen?“

Da der Antrag und die Anfrage sich dem Inhalt nach decken, können sie näher zusammen zur Beratung gestellt werden.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich habe dazu mitzuteilen, daß die Punkte 1 (Stellungnahme über die Mitbeteiligung der Stadt an dem Gesamtunternehmen der Straßeneisenbahngesellschaft), 2 (Neuregelung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte) und 3 (Neuregelung der Besoldungs- und Dienstverhältnisse der städtischen Aushilfsbeamten) nicht zur Beratung kommen können, weil die Berichterstatter nicht zur Beratung des Finanzausschusses erscheinen konnten, infolgedessen keine Vorprüfung vorgenommen werden konnte.

1. Erhöhung der Vergütungssätze für die mit der Erteilung von Handfertigungsunterricht an den Bürgerschulen beschäftigten Lehrkräfte.

Stadtv. **Kofahr**: Die in den Knabenhandfertigungskursen der Bürgerschulen beschäftigten Lehrkräfte haben eine Eingabe an den Schulvorstand um Gleichstellung in ihren Bezügen mit den Lehrern der Fortbildungsschule gemacht. Diese letzteren beziehen nach den jetzigen Bestimmungen im 1. bis 3. Dienstjahre jährlich 140 *M* für die Wochenstunde, im 4. bis 6. Dienstjahre 170 *M* und vom 7. Dienstjahre an 200 *M*. Die Handfertigungslehrer haben bisher für jede Wochenstunde im Jahre 100 *M* bezogen, wobei kein Unterschied in betreff der Dienstjahre gemacht wurde. Sie weisen in ihrer Eingabe darauf hin, daß es ein Unrecht gegen sie wäre, wenn sie nicht mit den Lehrern an der Fortbildungsschule gleichgestellt würden, und heben hervor, daß der Unterschied bei der ersten Gruppe 40 *M*, bei der zweiten 70 *M*, und bei der dritten Gruppe 100 *M* für jede Wochenstunde beträgt, so daß der finanzielle Ausfall bei 8 Wochenstunden 320, 560 und 800 *M* betragen würde. Der Schulvorstand hat das Gesuch der Handfertigungslehrer befürwortet und auch der Magistrat ist damit einverstanden, daß eine Erhöhung der Sätze für die Handfertigungslehrer in der gewünschten Weise erfolgt. Der Schulausschuß hat sich mit der Eingabe eingehend befaßt und bittet Sie durch mich, zuzustimmen, daß die Lehrer für Handfertigungsunterricht mit den Lehrern der Fortbildungsschule in den Vergütungssätzen für die wöchentliche Unterrichtsstunde gleichgestellt werden.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Schulausschusses gemäß.

2. Antrag Jahn's auf Erhöhung der Gebühren für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes usw.

Stadtv. Frau **Friedrich**: Vom Stadtverordneten Jahn's ist unter dem 12. Juni folgender Antrag eingereicht worden: „Der Magistrat wird ersucht, die Gebühren auch für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes, der Schiedsgerichte und der Mitglieder der Veranlagungskommissionen auf die Sätze zu erhöhen, die heute den Beisitzern der Kaufmannsgerichte zugestanden sind“. Bisher waren die Sätze auf 5 *M* veranschlagt, während für die Beisitzer des Kaufmannsgerichtes die Entschädigung jetzt auf 7,50 *M* erhöht ist. Der Rechtsausschuß hat sich nach Beipräfung des Antrages Jahn's dahin geeinigt, der Versammlung vorzuschlagen, man solle erst abwarten, wie sich der Staat zu dieser Sache stellt, und danach sollten dann die Sätze bemessen werden. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Zur näheren Erläuterung dieses Beschlusses des Rechtsausschusses erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, daß die Ge-

bühren für die Einkommensteuer-Voranlage-Kommissionen staatsseitig festgesetzt sind und nach unserer näheren Berechnung aus der Staatskasse gezahlt werden. Der Rechtsausschuß hat mit Recht gesagt, daß es nicht wohl angängig wäre, den Mehrbetrag stadtsseitig zu übernehmen, so daß es darauf ankommt, wie sich der Staat diesen Wünschen gegenüber stellt. Es handelt sich um 8 Veranlagungs-Kommissionen, die alljährlich an 6—10 Tagen Sitzungen zu halten pflegen, so daß eine allerdings nicht ganz unerhebliche Ausgabe dabei herauskommt. Daneben wird auch die Veranlagungs-Kommission für die Gewerbesteuer eine gewisse Rolle spielen. Es sind das 8 Herren, die 6 bis 8 Sitzungen zu halten pflegen. Bei dieser Kommission ist die Stadt allein die Stelle, die für die Kosten aufkommt. Ich kann den Vorschlag des Rechtsausschusses nur unterstützen, da es zweckmäßig sein würde, abzuwarten, ob der Staat sich entschließt, denselben Schritt zu tun, den wir bei dem Kaufmannsgericht schon getan haben.

Stadtv. Frede: Es sind in dem Antrage allerdings Ausschüsse zusammen genannt, die zum Teil von der Stadt und andernteils vom Staat ihre Entschädigung bekommen. Das Mieteinigungsamt jedoch bekommt, soviel ich weiß, die Entschädigung von der Stadt ausgezahlt, und deshalb würde einer sofortigen Regelung dieser Gebühren nichts im Wege stehen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß jetzt auch Ausschüsse ins Leben treten werden, die die Aufgabe haben, die großen Wohnungen, welche der Beschlagnahme unterworfen werden sollen, zu prüfen. Auch die Mitglieder dieser Kommissionen müssen eine Entschädigung bekommen. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß die Mitglieder des Mieteinigungsamtes häufig auch Lokalterminen beizuwohnen haben, daß sie dafür die Elektrische benutzen müssen, Opfer an Zeit bringen und keine angenehme Tätigkeit ausüben. Ich möchte Herrn Stadtrat von Frankenberg bitten, zu sagen, welcher Umstand der Regelung der Gebühr für die Mitglieder des Mieteinigungsamtes im Wege stehen würde.

Stadtrat von Frankenberg: Das Mieteinigungsamt ist mir nicht unterstellt, ich halte es aber für wünschenswert, daß die Festsetzung der Entschädigungen für die Mitglieder der Ausschüsse gleichmäßig bestimmt wird, und bin der Überzeugung, daß die Verhandlungen mit dem Staate wegen der Einkommensteuer-Voranlage-Kommission bald zum Ziele führen werden, so daß die von mir gewünschte gleichmäßige Regelung keinen langen Aufschub erleidet.

Stadtv. Reinowski: Ich bin leider nicht in der Lage, zu wissen, wer von den Herren im Mieteinigungsamt vertreten ist. Wenn es Herren sein sollten, die ihr festes Einkommen haben und durch die Teilnahme an den notwendigen Sitzungen

keine Einbuße an Einnahme erleiden, so bin ich der Meinung, daß die bisherigen Sätze voll genügen. Sollte es sich dagegen um Herren handeln, die durch die Teilnahme an den Sitzungen eine Einbuße in ihren Einnahmen erleiden, so müssen die Sätze erhöht werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß dies eine gemeinnützige Einrichtung ist, und unser Bestreben dahin gehen muß, ihre Verwaltung so billig wie möglich zu gestalten. Würde man dies außer acht lassen, und würde man die Beteiligung an den Sitzungen mehr als eine Einnahmequelle betrachten, so könnte sich die Praxis herausbilden, daß einige eifrige Herren die Sitzungen dauernd besuchen, um sich die Einnahme zu sichern, während andere Herren, die weniger abkömmlich sind, vollständig von der Praxis ausgeschlossen sein würden. Nachdem wir festgestellt haben, welche Herren im Mieteinigungsamt vertreten sind, und ob sie eine Einbuße an ihrem Einkommen erleiden, werden wir unsere Stellung für oder gegen die Erhöhung nehmen.

Oberamtsrichter Meyer: Die Mitglieder des Mieteinigungsamtes sind von den Stadtverordneten gewählt. Ich darf sie hier nochmals vorstellen. Es sind die Herren Frede, Marschner, Meyerhoff, Tostmann, Lehnert, Geuzen.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen.

3. Antrag Schmidt auf Erhöhung der Sätze für die Armenunterstützung.

Stadtverordneter Reifner: Herr Stadtverordneter Schmidt hat am 12. Juni folgenden Antrag gestellt: „Unterzeichneter beantragt, die Armenunterstützung 1. für einzelstehende Personen von 24 *M* auf 30 *M*, 2. bei Familien für jede Person um 3 *M* ab 1. Juli zu erhöhen“. Der Antrag ist im Finanzausschuß beraten worden. Die geltenden Sätze, die gegenüber den früheren während des Krieges eine Erhöhung erfahren haben, sind jetzt: 24 *M* für einzelstehende Personen, für Familien von 30 *M* an. Es ist bei diesem letzteren Satz angenommen, daß 20 *M* für das Familienhaupt und 10 *M* für jedes weitere Familienmitglied gelten sollen. Angesichts der immer noch herrschenden und stetig steigenden Teuerung ist es ohne weiteres klar, daß diese Sätze nicht hinreichen, selbst die geringsten Ansprüche an den Lebensunterhalt zu befriedigen. Der Finanzausschuß teilt diese Ansicht und hat beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen zu lassen, wodurch die Sätze für die Armenunterstützung entsprechend erhöht werden. Ich bitte, diesem Beschluß zuzustimmen.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

4. Bewilligung von Mitteln - zwecks Unterhaltung des städtischen Gebäudes Ritterstraße 26.

Stadtv. Marth: Die Stadt hat vor nicht langer Zeit das Grundstück Ritterstraße 26 erworben, und es hat sich jetzt die Notwendigkeit herausgestellt, an dem schon sehr alten Gebäude Reparaturarbeiten vorzunehmen. Da im Haushaltsplan für das laufende Jahr keine Mittel für die Unterhaltung dieses Gebäudes vorgesehen sind, so könnten Reparaturen, die sich doch aber in jedem Jahr zur Erhaltung von Gebäuden als notwendig erweisen, gar nicht vorgenommen werden. Der Magistrat gibt nun anheim, nachträglich zwecks Unterhaltung des städtischen Hauses Ritterstraße 26 die Summe von 500 M für das laufende Rechnungsjahr zu bewilligen. Der Bauausschuß hat die Sache geprüft und gibt der Versammlung Genehmigung anheim.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrag des Bauausschusses an.

5. Instandsetzung und Verbesserung einer Schulküche.

Stadtverordneter Bahrendorf: In der Schule an der Pestalozzistraße war während der Kriegszeit eine Kriegsküche eingerichtet, die jetzt aufgehoben ist, und an ihrer Stelle soll jetzt wieder eine Schulküche eingerichtet werden. Der Raum befindet sich nun aber jetzt infolge der starken Inanspruchnahme während der Kriegszeit in einem solchen mangelhaften Zustande, daß es nicht zu umgehen ist, die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten trotz der hohen Preise zur Ausführung zu bringen. Die Fensteröffnungen sind zu klein, so daß auf ihre Vergrößerung Bedacht genommen werden muß, und die Wände sind noch in dem Zustande, wie sie 1904 bei Einrichtung dieser ersten Schulküche oberflächlich hergerichtet sind. Auch der während der Kriegszeit viel benutzte große Gasherd ist abgängig und muß durch einen neuen ersetzt werden, während die übrigen kleinen Herde noch gut erhalten sind. Der Schulvorstand und der Stadtmagistrat empfiehlt die Instandsetzung dieses Raumes. Der Kostenanschlag des städtischen Hochbauamtes sieht eine Ausgabe im Gesamtbetrage von 5000 M vor, und der Bauausschuß empfiehlt Ihnen Annahme des Magistratsantrages.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Vorlage an.

6. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Hauptsteuerbureau und für das städtische Wohnungsamt.

Stadtvr. Riefe I: Nachdem das städtische Hauptsteuerbureau die ihm als Dienst-räume überwiesenen Zimmer 23 und 23a in Benutzung genommen hat, hat es sich herausgestellt, daß die Anschaffung von einigem Mobilar, wie Schränken, Tischen, Altenregalen, Garderobenständern usw. erforderlich geworden ist. Es ist ein Kostenanschlag darüber eingereicht, der sich auf 7230 *M* beläuft. Bei der Beratung dieser Sache in der Baukommission wurde darauf hingewiesen, daß solche Sachen, die in unserer städtischen Möbelstelle als gebrauchsfähig vorhanden sind, dorthier bezogen werden könnten.

Zu gleicher Zeit handelt es sich auch noch um die Einrichtung des städtischen Wohnungsamtes, wo auch zwei Arbeitstische, ein verschließbarer Schrank und ein Altenregal fehlen. Die Kosten hierfür werden sich auf 820 *M* stellen. Daß für diesen Raum keine Möbel vorhanden sind, rührt daher, daß die sämtlichen Inventarien aus Zimmer 45 von der Statistischen Stelle bei ihrem Umzug mit nach der Wilhelmstraße genommen sind.

Der Bauausschuß hat in beiden Fällen die Sachlage geprüft und gibt Ihnen durch mich Bewilligung der angeforderten Mittel anheim.

Die Ausgabe wird genehmigt.

7. Erhöhung der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer.

Vorsigender: Zu diesem Punkt muß ich erklären, daß der Herr Berichterstatter durch einen zweifellos entschuldbaren Irrtum nicht in der Sitzung des Finanzausschusses anwesend gewesen ist, und infolgedessen der Wunsch ausgesprochen ist, die Sache zu vertagen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Der Herr Oberbürgermeister hat dagegen wohl einen anderen Wunsch.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich möchte die geehrte Versammlung bitten, wenn es irgend möglich ist, die Sache heute zur Verhandlung zu bringen. Es ist allerdings richtig, daß Herr Frede in der Sitzung des Finanzausschusses nicht zugegen gewesen ist, da er angenommen hat, die Sitzung fände an einem anderen Tage statt. Es wäre doch aber möglich, daß ein anderes Mitglied des Finanzausschusses, das der Sitzung beigewohnt hat, die Berichterstattung übernimmt. Es liegt uns sehr daran, die Sache sobald als möglich zum Austrag zu bringen, denn es handelt sich darum, daß unser Etat nicht die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden hat, sondern daß sie verlangt, eine Erhöhung der Realsteuern, wie es das

Gesetz vorschreibt, vorzunehmen. Wir kommen in eine böse Lage, wenn sich die Fertigstellung der Steueraussschreiben noch länger hinauszieht, denn wir haben auf diese Weise keine Einnahmen, und müssen alle Gelder für die Verwaltung anleihen — und das sind sehr erhebliche Beträge, insbesondere die für die Erwerbslosenfürsorge. Daß bei diesen Verhältnissen der Wunsch des Magistrats dahin geht, die Steueraussschreiben möglichst bald herauszugeben, dürfte erklärlich sein.

Ich darf auch annehmen, daß der größere Teil der Versammlung über die Sache selbst genau orientiert ist, denn die Frage ist verschiedentlich im Hause erörtert, und Neues wird man in dieser Sache kaum vorbringen können. Insofern wird es angängig sein, daß die geehrte Versammlung heute die Sache berät.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Die Gründe, die der Herr Oberbürgermeister für die Beratung am heutigen Tage angeführt hat, werden jedenfalls von der Versammlung gewürdigt werden. Ich möchte aber auch folgendes zur Berücksichtigung empfehlen: Es ist durch einen unglücklichen Zufall eine Anzahl von Kommissionsmitgliedern — in der Hauptsache der Herr Berichterstatter, aber auch andere Herren, die durch Geschäfte behindert waren — nicht in der Sitzung der Finanzkommission zugegen gewesen. Wenn man die Ansicht dieser Herren in der Kommission gehört hätte, wäre man vielleicht zu einem anderen Urteil gekommen, als es so geschehen ist. Eine Verzögerung um 14 Tage könnte doch nicht so außerordentlich schädliche Folgen haben, daß man deswegen den Aufschub der Beratung nicht stattfinden lassen könnte. Die 14 Tage würden allerdings für das Ausschreiben der Steuern eine gewisse Verzögerung bringen, aber ich sollte meinen, daß dennoch diese Verzögerung eingeholt werden könnte. Auch wenn die Herren, die im Steuerbureau beschäftigt sind, auf Urlaub gehen, wird es möglich sein müssen, die Steueraussschreiben in angemessener Zeit fertigzustellen.

Ob wir nicht sachlich noch einige Einwendungen gegen die Erhöhung dieser Realsteuern vorbringen können, das würde die Diskussion noch ergeben. Ganz kann ich dem Herrn Oberbürgermeister nicht zustimmen, wenn er sagt, Neues könne in dieser Sache nicht mehr vorgebracht werden. Was den Grundbesitz betrifft, so will ich mir darüber kein maßgebendes Wort erlauben, was aber die gewerblichen Verhältnisse angeht, so kann ich nicht verschweigen, daß unter Umständen unser Beschluß hier auf die Beschlußfassung der Regierung nicht ganz ohne Einfluß sein würde. Ich gebe wohl zu, daß die Regierung mit ihrem jetzigen Verlangen auf einen ganz berechtigten Standpunkt steht; sie kann nicht einfach von der Befolgung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen absehen. Es liegen doch aber Gründe vor, mindestens das anzuhören, was die Grundbesitzer und das Gewerbe in dieser Frage vorbringen werden, und in vollem Umfange ist dies vielleicht heute nicht

möglich. Bei so schwerwiegenden Eingriffen, wie es der Grundbesitz und das Gewerbe erleiden werden, müßte das Verlangen dieser beiden Gruppen nach Aufschub genehmigt werden. Ich möchte daher bitten, die Beratung und Beschlußfassung über diese Sache um 14 Tage zu verschieben.

Stadtrat von Franckenberg: Derartig wichtigen Gründen, wie sie von Herrn Dr. Wolters geltend gemacht sind, würde ich auch meinerseits ein williges Ohr leihen, wenn ich nicht für die Beamten des Steuerbureaus erklären müßte, daß schon der gegenwärtige Zustand für sie mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden ist, und daß eine Versagung des Urlaubs für die Mehrzahl der Beamten des Steuerbureaus, die zur sicheren Fertigstellung der Steueraussschreiben ins Auge gefaßt werden müßte, wenn die Beratung der Sache hinausgeschoben werden sollte, kaum durchführbar sein würde. Ich möchte diesen Beamten gern den rechtzeitigen Urlaub gönnen, und die 14 Tage spielen dabei allerdings eine wesentliche Rolle, weil nach dem bisherigen Plan in 14 Tagen schon einige Beamten auf Urlaub gefahren sein würden, und eine derartige verantwortungsvolle Arbeit läßt sich beim besten Willen nicht mit Hilfskräften erledigen, sondern verlangt eingearbeitete, geschulte Kräfte. Insbesondere wird eine nachträgliche Ergänzung der Steueraussschreiben, soweit die Betreffenden Gewerbesteuern zahlen, notwendig sein, und das muß in kürzester Zeit berechnet werden, kann jedoch keinesfalls nicht übers Knie gebrochen werden. Ich möchte deshalb in Übereinstimmung mit dem Herrn Oberbürgermeister sehr bitten, heute schon einen Beschluß zu fassen, und möchte noch erwähnen, daß es bei unserem Steuereinkommen von 7¼ Millionen doch merkbar sein würde, wenn wir auf 14 Tage die Zinsen dafür verlieren.

Stadtv. Dr. Jasper: Es ist bedauerlich, daß der Finanzausschuß in dieser Frage keine eingehende Stellung nehmen konnte, und in gewisser Weise bin ich auch mit schuld daran, weil ich nicht an der Vorberatung zugegen sein konnte, da ich zu der Zeit in Weimar war. Ich halte aber die Gründe, die vom Magistrat dafür angeführt sind, daß wir in eine Vorberatung heute eintreten, für schlechthin durchschlagend. Wir haben im Staate ähnliche Verhältnisse, indem wir auch noch nicht die Steuerlisten fertigstellen konnten, und das beeinflußt das ganze Einnahmewesen sehr ungünstig. Sie müssen bedenken, daß wir jetzt schon am Ende des ersten Steuervierteljahres stehen, und die Steuern noch nicht ausgeschrieben sind. Bei der nicht ganz einfachen Arbeit bedeutet ein Aufschub von 14 Tagen wegen der eintretenden Beurlaubungen eine ganz erhebliche Störung. Sachlich ist der Stoff den meisten unter uns so bekannt, daß, wenn wirklich Ernstliches vorzubringen wäre, doch schon heute eine Stellungnahme des Hauses möglich wäre. Ob sie viel verschlagen wird, will ich dahingestellt sein lassen; jedenfalls wird die Regierung

ernstliche Erwägungen nachprüfen. An sich aber liegt die Sache so, daß zunächst dem Gesetz Genüge zu geschehen hat.

Stadtv. Stegmann: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr. Wolters an und kann den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht folgen. Wenn es richtig ist, daß die Erhöhung der Realsteuern nötig ist, so kann man sie doch nicht sans façon aus dem Ärmel schütteln und zu allem Vorgeschlagenen gleich ja und Amen sagen. Es darf nicht so gehen, wie bei der Bewilligung der Erhöhung der Einkommensteuer, daß man sie einfach in der vorgeschlagenen Form annimmt; die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer muß eingehend durchgesprochen und gewürdigt werden. Einzelne Herren werden allerdings über die maßgebenden Verhältnisse genau Bescheid wissen, aber die Mehrheit weiß nicht genau, was sie beschließen soll, und deshalb kann heute keine sachliche Beratung vorgenommen werden. Es würde so kommen, daß wir, wenn wir heute eine Stunde lang geredet haben, die Entscheidung doch vertagt werden müßte. Wenn es auch nicht angenehm ist, daß bis jetzt noch keine Steueraussschreiben herausgekommen sind, so darf aus diesem technischen Grunde doch nicht die ganze Sache übers Anie gebrochen werden. Nebenbei möchte ich bemerken, daß im Interesse der Mieter zu bedauern ist, daß man mit der Erhöhung der Grundsteuer gerade zu dieser Zeit herausgekommen ist, so daß die Hausbesitzer Bescheid wissen, und ihre Mieten womöglich schon am 1. Juli erhöhen. Aber nicht aus diesem Grunde, sondern aus anderen Gründen bitte ich, die Sache heute zu vertagen.

Stadtv. Frede: Herr Dr. Jasper bemerkte, daß auch die Vorarbeiten für die Staatssteuern noch nicht beendet seien; dann können also auch diese noch nicht zur Ausschreibung kommen, und ich sollte meinen, daß die Ausschreibung der Gemeindecinkommensteuer mit davon abhängig ist. Im übrigen könnte die Ausschreibung dessen, was wir durch den Etat angenommen haben, jetzt schon geschehen, und das übrige nachher eingefügt werden. Ich glaube, wir können ruhig bis zur nächsten Sitzung warten, wo eine gründliche Erörterung der Angelegenheit stattfinden kann.

Stadtv. Meyerhoff: Auch ich möchte bitten, die Erörterung und Beschlußfassung heute auszuschalten. Wenn ich weiter nichts ins Auge nehme, so ist es das, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer tief in das gewerbliche Leben einschneiden muß. Wir müssen uns vergegenwärtigen, wie das Gewerbe heutzutage steht: Die Gewerbe sind zum Teil aufgehoben, zum Teil sind sie zusammengesetzt, und Gewerbe, die schon 20 bis 30 Jahre bestanden haben, müssen aufs neue gegründet werden. Ich stimme Herrn Stegmann bei, daß das Fragen sind, die hier ein-

gehend erörtert werden müssen. Über die Erhöhung der Grundsteuer jetzt ein Urteil abzugeben, erlassen Sie mir wohl; ich hoffe auch da, an der entgegengesetzten Seite Hilfe zu finden.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt für Verschiebung der Verhandlung auf die nächste Sitzung.

8. Antrag Salomon auf dauernde Anstellung eines Museumsassistenten.

Stadt v. **Jahns:** Herr Salomon hat den Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erjuchen, für den wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im städtischen Museum einen Museumsassistenten, etwa mit der festen Gehaltskala eines Oberlehrers, dauernd anzustellen“. Der Rechtsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es an und für sich wohl wünschenswert wäre, die Arbeit, die in der Verwaltung des Museums, seitdem der vorige Mitarbeiter, Herr Professor Dr. Finckh verstorben ist, sich gehäuft hat, auszuarbeiten, auf der anderen Seite hat er aber nicht verkennen können, daß es wieder eine neue Belastung für die Stadt sein würde, wenn ein derartiges Gehalt für einen Assistenten ausgesetzt werden muß. Der Herr Antragsteller hat zur Begründung mit gesagt, daß die Stelle eines Bureauhilfen im Museum mit 3000 Mark eingespart werden könnte, und daß die Differenz zwischen dem jetzt gezahlten Gehalt und dem demnächstigen nicht zu groß wäre. Dagegen wurde eingewendet, daß nach kurzer Zeit doch wieder der Antrag gestellt werden würde, eine Schreibhilfe einzustellen, da der Assistent nicht bereit sein würde, diese Arbeit der jetzigen Schreibkraft mit zu übernehmen. Der Rechtsausschuß ist schließlich zu der Überzeugung gekommen, daß es zur Zeit nicht am Platze wäre, eine derartige Kraft anzustellen, und empfiehlt der Versammlung, vorläufig nicht einen solchen Antrag an den Magistrat zu stellen. Ich bitte Sie, sich dem Beschluß des Rechtsausschusses anzuschließen.

Stadt v. **Salomon:** Durch den Beschluß des Rechtsausschusses bin ich nicht befriedigt, denn ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Befetzung dieses Postens eine Notfache ist. Dabei ist es nicht meine Absicht, die Stadt in dieser schweren Zeit unnötig zu belasten, und das geschieht durch Annahme meines Antrages auch nicht, denn, wie schon der Herr Berichterstatter erwähnt hat, soll ein Ausgabenposten von 3100 M eingespart werden, und außerdem fällt der Posten für den Assistenten, der mit 1800 M im Voranschlag vorgesehen ist, fort. Es wurde gesagt, daß mit der Zeit doch wieder die Anstellung einer neuen Schreibhilfe beantragt werden würde. Soviel ich weiß, sind im Museum zwei Schreibhilfen vorhanden, und bei entsprechender Arbeitsteilung ließe sich die notwendige

Schreibarbeit wohl durch diese bewältigen. Wenn man heute meinen Antrag ablehnt, so möchte ich ihn doch nicht für alle Zukunft fallen gelassen sehen, denn ich muß in prinzipieller Beziehung hervorheben, daß es sich um die Förderung eines kulturellen Zweckes handelt. Ich muß der geehrten Versammlung anheimgeben, sich wohlweislich zu überlegen, ob es wohlgetan ist, gerade an dieser Stelle den Sparhebel anzusetzen. — Zu gegebener Zeit werde ich bei Ablehnung meines Antrages auf diese Frage zurückkommen.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen.

9. Erhöhung der Kosten für Reinigungsarbeiten in der städtischen Gewerbeschule.

Stadtv. **Salomon:** Der Schuliener Ludwig von der städtischen Gewerbeschule hat das Ersuchen an den Magistrat gerichtet, die monatliche Vergütung für Reinigungsarbeiten zu erhöhen, und zwar ganz beträchtlich. Der Magistrat hat das städtische Hochbauamt mit Prüfung dieser Sache beauftragt, und dieses ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Vor dem Kriege betrug der Aufwand für Reinigungsarbeiten in der städtischen Gewerbeschule 1808 *M*, im Jahre 1918 war die Summe auf 2242 *M* gestiegen, und jetzt endlich auf 4800 *M*. Diese ganz erhebliche Steigerung ist dadurch hervorgerufen, daß einmal die Räume der städtischen Gewerbeschule jetzt in weit höherem Umfange benutzt werden als früher, indem Klassen anderer Schulen dort untergebracht sind, so daß vom Morgen bis zum Abend sämtliche Räumlichkeiten der Schule im Betrieb sind, ferner dadurch, daß eine erhebliche Steigerung der Arbeitslöhne eingetreten ist. Während früher 40 Pfennig für die Arbeitsstunde der Reinemachefrauen bezahlt wurden, beträgt der Satz jetzt 75 Pfennig. Sodann muß wegen der stärkeren Benutzung der Räume der Schuliener zur ordnungsmäßigen Reinigung der Schule mindestens eine Hilfskraft mehr einstellen. Außerdem sind auch die Reinigungsmittel und Gerätschaften bedeutend im Preise gestiegen. Gegenüber früher würde sich eine Steigerung der Ausgaben um 2558 *M*, oder auf den Monat um 213 *M* herausstellen. Das städtische Hochbauamt gibt deshalb anheim, die Mehrvergütung für den Schuliener auf 200 *M* abzurunden, und der Magistrat richtet ein dahingehendes Ersuchen an die Stadtverordneten. Der Schulausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und gibt Ihnen anheim, die Genehmigung zu erteilen, daß vom 1. April dieses Jahres ab die Erhöhung der Vergütung an den Schuliener Ludwig für die Reinigungsarbeiten um 200 *M* monatlich erhöht wird.

Der Antrag des Schulausschusses wird angenommen.

10. Erhöhung der Kosten für Reinigung in den übrigen städtischen Schulen.

Stadtv. Frau **Friedrich**: Auch die Schuldienere der übrigen städtischen Schulen sind darum eingekommen, die Vergütung für die Reinigung der Schulen den heutigen Preisen für Materialien und Arbeitslöhne anzupassen. Die Materialien sind im Laufe des Krieges um 500—700 Prozent gestiegen, die Arbeitslöhne um 150 Prozent. „Da wir infolge der hohen Auslagen für Materialien und Löhne nicht so viele Arbeitskräfte einstellen konnten wie vor dem Kriege, sind wir gezwungen, den größten Teil der Reinigung mit unseren Frauen allein zu bewältigen, was wir bisher auch getan haben. Jetzt sind wir, und vor allem unsere Frauen, am Ende unserer Kräfte. Deshalb bitten wir, die Reinigungsgelder so zu erhöhen, daß es uns trotz der hohen Arbeitslöhne möglich sein wird, Hilfskräfte einzustellen.“

Das Hochbauamt hat sich mit dieser Sache befaßt, hat anerkannt, daß seit der im August 1918 erfolgten Erhöhung der Reinigungsgelder für die Schuldienere der städtischen Schulen die in Betracht kommenden Verhältnisse sich wesentlich geändert haben, indem die Ausgaben für Personal sich um 50 vom Hundert, die Aufwendung für Reinigungsmittel um 100 vom Hundert erhöht haben, deshalb wird es für angemessen gehalten, die festgesetzten Beträge um das Mittel von $100 + 50 = 75$ vom Hundert zu erhöhen, und zwar gleichmäßig für alle Schulen.

Die Beträge, die beispielsweise für die Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule ausgegeben sind, belaufen sich bis zum April 1917 auf 1348,50 M, für 1918/19 auf 1878,50 M, die Teuerungszulage für 1919/20 wird betragen 1408,88 M, so daß der erhöhte Betrag für 1919/20 3287,38 M ausmacht. Die betreffenden Zahlen für die Gaußschule sind 1685,50 M, 2142 M, 1606,50 M und 3748,50 M. Für die Bürgerschule am Bülttenweg ergeben sich folgende Zahlen: 680 M, 940 M, 705 M, 1645 M, und für die Hilsschule in der Breitenstraße 792 M, 1012 M, 759 M, 1771 M. Die Gesamtbeträge für alle Schulen betrugen bis April 1917 27 894 M, 1918/19 36 222,65 M, die Teuerungszulage für das laufende Jahr 26 731,24 M, und der erhöhte Betrag für 1919/20 62 372,89 M.

Der Magistrat gibt anheim, sich mit diesen Vorschlägen des Stadtbauamtes abzufinden und ihnen zuzustimmen. Auch der Schulausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß wohl nichts anderes möglich ist, als die Summe zu bewilligen, und bittet Sie, in diesem Sinne zu verfahren.

Es ist nun noch im Schulausschuß angeregt worden, eine Frau als Kontrolleurin anzustellen, die von Zeit zu Zeit die Schulen besucht und feststellt, wie die Reinigungsmittel angewandt werden. Um eine bessere Kontrolle über

die Reinigungsmittel zu haben, sollte über ihre Anschaffung von den Schuldienern Buch geführt werden. Dann ließe sich leicht nachprüfen, welche Neuanschaffungen gemacht worden sind, und danach beurteilen, wie lange die Gegenstände halten müßten. Es ist vorgekommen, daß in einer Schule, wo der Schuldiener abgegangen ist, alle Reinigungsgegenstände aufgebraucht waren, und das kann bei einer Wirtschaft, die einigermaßen auf Ordnung hält, nicht vorkommen. Deshalb wäre es angebracht, wenn von Zeit zu Zeit eine Kontrolle stattfände, welche Anschaffungen gemacht sind und wie die Sachen gehalten werden.

Den Vorschlägen des Schulausschusses gemäß beschließt die Versammlung.

11. Verwilligung von Mitteln zur Ausführung baulicher Veränderungen auf dem Rieselgute.

Stadtv. **Notahr:** Die Rieselgutdeputation hat für erforderlich erachtet, daß auf dem Rieselgute Steinhof

1. eine Wohnung für den Hofmeister in der Arbeitskaserne hergestellt wird, damit der Hofmeister in der Nähe untergebracht werden kann,

2. die vorhandenen acht Tagelöhnerwohnungen, die zur Zeit aus je einer Küche, zwei Wohnräumen im Erdgeschoß und einer Kammer im Dachgeschoß bestehen, in sechs größere umgewandelt werden, da die jetzigen für die einzelnen Familien zu klein sind,

3. sollen im früheren Ochsenstalle Schweinebuchten hergerichtet werden, da von der Schlachthausverwaltung dem Rieselgut zwei trüchtige Sauen überwiesen sind. In dem Kostenschlag für diese Arbeiten ist Bezug genommen auf einen Bericht des Herrn Baurat Lillig, wonach sich die Wiederverwendung von Teilen der auf dem städtischen Wirtschaftshofe an der Taubenstraße befindlichen Schweinebuchten nicht lohnt, da der Abbruch vorsichtig ausgeführt werden müßte, und nur einzelne Teile wieder zur Verwendung kommen könnten.

Der aufgestellte Kostenschlag zu Nummer 1. beträgt 3800 M., zu Nummer 2. 4650 M., und zu Nummer 3. 2500 M. Wenn bei Umänderung der Tagelöhnerwohnungen vielleicht noch auf Erfüllung sich herausgestellter Wünsche Bedacht genommen, und aus zwei nebeneinanderliegenden Küchen je eine große Wohnküche durch Fortnahme einer Zwischenwand geschaffen wird, so würde sich der für diesen Umbau in Aussicht genommene Betrag auf 5300 M. erhöhen. Die Gesamtkosten würden sich dann auf 11 600 M. belaufen.

Der Bauausschuß, der sich mit den vorgeschlagenen baulichen Veränderungen auf dem Rieselgute eingehend beschäftigt hat, ersucht Sie durch mich, der Vorlage zuzustimmen.

Dem Antrag des Bauausschusses gemäß stimmt die Versammlung den baulichen Veränderungen zu und bewilligt die geforderte Summe.

12. Erweiterung des Baugrundes gemäß § 1 des Ortsbaustatuts.

Stadtvt. **Meyerhoff**: Der Stadtmagistrat wendet sich an die Stadtverordneten mit dem Ersuchen, der Erweiterung des Baugrundes gemäß dem Vorschlage des städtischen Tiefbauamtes auf Grund des § 1, I des Ortsbaustatuts vom 8. Dezember 1905 zuzustimmen. Er wird zu diesem Antrag veranlaßt durch die Errichtung von Häusern für die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft in der Kälberweide und auch durch die Bauten auf dem Arkeröderfelde. Es handelt sich also bei diesem Punkt um eine Abänderung des § 1, I des Ortsbaustatuts. Dieser Paragraph lautet folgendermaßen: „Der Baugrund besteht aus denjenigen Teilen des Stadtgebietes, welche in dem in Anlage A dieses Statuts enthaltenen Verzeichnisse aufgeführt sind. Durch Beschluß der städtischen Behörden kann mit Genehmigung des herzoglichen Staatsministeriums das Gebiet des Baugrundes erweitert werden“. Nun wäre ich wohl in der Lage, an Hand der hier in der Vorlage aufgeführten Straßennamen mitzuteilen, wie weit sich dieser neue Baugrund nach Westen, Norden und Osten erstrecken soll. Ich bitte aber diejenigen Herren, die sich für die Sache interessieren, an die ausgehängte Karte heranzutreten, wo die fraglichen Stellen schraffiert sind, und sich danach zu orientieren. Daran ist die Erweiterung besser zu erkennen, als wenn ich vorlese: „Im Nordwesten: Zwischen der Abzweigung des Weges Nr. 203 a aus der Hofstraße und dem Wege Nr. 137 usw.“ (Redner zeigt die in Frage kommenden Stellen auf dem ausgehängten Plane.) Unsere Beschlußfassung hat nur die Bedeutung, daß wir festlegen, daß der Baugrund der Stadt Braunschweig sich jetzt auch auf dieses neue Gelände mit erstreckt. Diese Erweiterung der Baugrenze hat die Baukommission in ihrer letzten Sitzung beschäftigt, sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis mit der Erweiterung des Baugrundes an.

13. Abänderung des Vertrages wegen Übernahme der katholischen Schule.

Stadtvt. **Frede**: Im Herbst vorigen Jahres haben die städtischen Behörden dem Entwurf eines Vertrages und eines Statuts zugestimmt, welche

die Verhältnisse zwischen der Stadt und der katholischen Gemeinde in bezug auf die katholischen Schulen und die Schulgrundstücke regeln sollten. Der Rat der Volksbeauftragten hat dem Entwurf im allgemeinen zugestimmt, aber er hat einige Ausstellungen gemacht, die ich zum Vortrag bringen werde.

§ 8 des Vertrages lautet: „Die Stadt wird der zu übernehmenden Schule die gleiche Fürsorge wie ihren übrigen Unterrichtsanstalten zuteil werden lassen. Die Rechtsverhältnisse der Schule sollen durch ein städtisches Statut geregelt und durch dieses die Verwaltung der Schule einem Schulvorstand übertragen werden, dem der hiesige Dechant als erster römisch-katholischer Stadtgeistlicher oder — auf Verlangen des Stadtmagistrats — ein anderer hiesiger römisch-katholischer Geistlicher, den zu bestimmen gegebenenfalls Herzogliches Staatsministerium ersucht werden soll, als beschließendes Mitglied angehört.“ Das Volkskommissariat für Volksbildung wünscht, daß dieser letzte Teil des zweiten Satzes von den Worten „dem der hiesige Dechant“ an gestrichen wird.

§ 8 lautet dann weiter: „Der konfessionelle Charakter der Schule bleibt gewahrt; daher sollen an ihr nur katholische Lehrkräfte unterrichten, abgesehen von der Erteilung des Unterrichtes in den technischen Fächern, mit Ausnahme des Singens.“ Der nun folgende Teil des Paragraphen soll wieder gestrichen werden: „Die Überwachung und Beaufsichtigung des schulpflichtigen Religionsunterrichtes steht dem ersten katholischen Geistlichen oder seinem Stellvertreter zu.“

In bezug auf das Statut kann ich wohl die wörtliche Anführung derjenigen Änderungen fortlassen, die das Volkskommissariat deshalb wünscht, weil sie durch die veränderten politischen Verhältnisse geboten sind, also wo z. B. an Stelle des Wortes „Staatsministerium“ der entsprechende Ausdruck für die jetzigen Behörden gesetzt wird.

In § 2 des Statuts heißt es: „Die katholische Schule hat sieben aufsteigende Klassen, von denen eine einen zweijährigen Lehrgang besitzt.“ Sie sollte also nach Beschluß der städtischen Behörden den früheren unteren Bürgerschulen gleichgestellt werden, sowohl nach Klassenzahl, wie Lehrzielen und Schulgeld. Da wir jetzt durchweg achtklassige Schulen haben, soll dieser Satz in § 2 kurz heißen: „Die katholische Schule hat acht aufsteigende Klassen.“

§ 7 lautet in Absatz I: „Die in die katholische Schule aufgenommenen Schulkinder sind verpflichtet:

1. zum regelmäßigen und pünktlichen Besuche der Schule und der kirchlichen Kinderlehre.“ Dieses letztere ist zu streichen.

§ 10: „Das Schulgeld beträgt in allen Klassen jährlich 4 Mark.“ An Stelle dieser Zahl würde zu setzen sein 12 Mark, und für die ortsfremden Kinder 100 Mark (früher wurden 20 Mark gefordert).

§ 11 lautete früher: „Die Verwaltung der Schule liegt einem Schulvorstande ob, der aus einem Mitgliede des Magistrats, dem ersten katholischen Geistlichen, dem Leiter der städtischen Bürgerschulen, zwei von den Stadtverordneten gewählten Bürgern und dem Unterrichtsleiter der Schule besteht.“ Er soll künftig folgenden Wortlaut haben: „Die Verwaltung der Schule liegt einem Schulvorstande ob, der aus einem Mitgliede des Stadtmagistrats, dem Leiter der städtischen Bürgerschulen, drei von den Stadtverordneten gewählten Bürgern, tunlichst solchen, die bei Eintritt des Amtes mindestens ein schulpflichtiges Kind in der katholischen Schule haben, und dem Unterrichtsleiter der Schule besteht.“

In § 17, I ist der erste Teil des ersten Satzes zu streichen. Es heißt dort: „Abgesehen von der Überwachung des Religionsunterrichtes, die dem ersten katholischen Geistlichen und im Falle seiner Behinderung dessen Vertreter zusteht, ist die Wahrnehmung der inneren Schulangelegenheiten . . .“. Der Paragraph wird also folgenden Wortlaut erhalten: „Die Wahrnehmung der inneren Schulangelegenheiten, insbesondere die Aufstellung des Lehrplanes, ist die Aufgabe des Leiters der städtischen Bürgerschulen, der sich dabei nach den ihm von der Schulaufsichtsbehörde zugehenden Anweisungen zu richten hat.“ Die nun folgenden Worte „abgesehen vom Religionsunterricht“ werden gestrichen, und es wird dann fortgefahren: „Auch kann er jederzeit dem Unterricht beiwohnen, und in bezug auf Unterrichtserteilung und Erziehung dem Schulpersonal Anweisungen erteilen, die von diesem zu befolgen sind.“

Das sind die vom Volkskommissariat verlangten Änderungen. Unter der Bedingung der Vornahme dieser Änderungen hat das Volkskommissariat für Volkshildung in Aussicht gestellt, daß die Regierung bereit sein werde, die endgültige Genehmigung zu dem Vertrag und dem Statut bei der Landesversammlung herbeizuführen und ihre Zustimmung dazu einzuholen, daß zu den Kosten der Unterhaltung der katholischen Schule seitens des Staates die gleichen Zuschüsse gewährt werden, wie sie jeweils zu den Kosten der Gemeindeschulen geleistet werden. Der Magistrat ist damit einverstanden und die Schulkommission desgleichen; sie geben anheim, das Einverständnis der Versammlung zu den Änderungen auszusprechen.

Diese Änderungen sind auch dem Kirchen- und Schulvorstand der katholischen Gemeinde mitgeteilt; er hat sich damit einverstanden erklärt, hat aber dem Magistrat gegenüber noch einige Wünsche ausgesprochen, die sich im wesentlichen auf eine event. Rückübertragung der an die Stadt abzutretenden Grundstücke bezogen, nämlich für den Fall, daß diese Grundstücke nicht mehr für die Zwecke der katholischen Schule in Anspruch genommen würden. Es haben darauf Verhandlungen zwischen dem Vertreter des Kirchenvorstandes zu St. Nikolai und dem Stadtmagistrat stattgefunden, nach denen der Magistrat schließlich in der Lage gewesen ist, folgende Vorschläge den Stadtverordneten zur Genehmigung vorzulegen:

In § 4 des Vertrages — es ist dies übrigens eine unwesentliche Sache — hat sich der Kirchenvorstand ausbedungen, daß der Schulhof am Sandwege als Zugang zur Kirche, zum Pfarrgrundstück, zum Küsterhause und zum Nikolaistift benutzt werden darf, und daß zu diesem Zwecke die Torwege an der Friesenstraße und am Sandwege bedarfsmäßig wie bisher offen gehalten werden. Er hat jetzt den Wunsch ausgesprochen, daß noch hinzugefügt wird, „und zum Vincenzhause Nr. aff. 6408“. Das ist das Haus, das neben dem Grundstück liegt, dessen Hintertür direkt auf den Kirchplatz hinausgeht, und das die Schwestern, die die Krankenpflege ausüben, bewohnen. Hiergegen ist kein Bedenken hervorzuheben.

In § 8 werden wesentliche Veränderungen gewünscht. Ich habe den § 8 schon vorhin vorgelesen. Die Neufassung, wie ich sie mitgeteilt habe, würde nunmehr als § 8, 1 erscheinen und noch zwei Absätze hinzugefügt werden. Unter 2 und 3 würde folgende Fassung erscheinen:

„Sollte durch Gesetz die katholische Schule ihres konfessionellen Charakters entkleidet werden, so ist die Stadt verpflichtet, die im § 2 erwähnten drei Grundstücke, die jetzt unentgeltlich an die Stadt abgetreten werden sollen, der katholischen Kirche unentgeltlich auf deren Kosten wieder aufzulassen. Für in der Zwischenzeit auf Kosten der Stadt beschaffte Erweiterungen der Grundstücke, Ergänzungsbauten und wesentliche bauliche Verbesserungen hat alsdann die katholische Kirche die Stadt zu entschädigen.“

Die Parteien sind darüber einverstanden, daß der konfessionelle Charakter der katholischen Schule gewahrt bleibt, solange lediglich im römisch-katholischen Glauben zu erziehende Kinder in die Schule aufgenommen werden. Wird nach gesetzlicher Vorschrift der konfessionelle Religionsunterricht aus dem Lehrplane der Schule ausgeschieden, so wird die Stadt der katholischen Kirche die Benutzung der Schulräume zum Zwecke der Erteilung des konfessionellen

Religionsunterrichtes außerhalb der Schulzeit gegen Erstattung der durch diese Sondernutzung entstehenden Unkosten gestatten.

Die sich aus der Vorschrift unter 2 ergebenden Rechte der katholischen Kirche sind durch Eintragung in das Grundbuch zu sichern."

Der Stadtmagistrat gibt anheim,, dieser Ergänzung des Vertragsentwurfes und den erwähnten Änderungen beider Entwürfe zuzustimmen. Die Schulkommission schließt sich dem Antrage des Magistrats an.

Oberbürgermeister Netemeyer: Der Vorstand der katholischen Kirche hatte gebeten, wenn die Rückübertragung der Grundstücke demnächst erfolgen sollte, sie frei von Hypotheken und dinglichen Lasten zu übergeben. Das halten wir für selbstverständlich; sollte aber die katholische Gemeinde Wert darauf legen, so könnte man diese Bestimmung noch in den Vertrag hineinnehmen. Die Grundstücke sind jetzt frei von Servituten, bis auf eine Servitut auf dem Grundstücke an der Goslarischen Straße, nach der der Eigentümer verpflichtet ist, die Einfriedigung instand zu erhalten. Diese Servitut würden wir auf dem Grundstück belassen müssen. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Versammlung hiermit einverstanden ist.

Dem Vorschlage des Schulausschusses entsprechend stimmt die Versammlung den Anträgen des Stadtmagistrats zu.

14. Neufassung der Grundsätze für die städtische Erwerbslosenfürsorge.

Stadtv. Fräulein **Oden:** Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten folgendes Schreiben:

„Die vielfachen Abänderungen, die die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November vorigen Jahres erfahren hat, machen eine Neufassung der im vorigen Herbst aufgestellten Grundsätze für die städtische Erwerbslosenfürsorge nötig. Im allgemeinen handelt es sich dabei nur um redaktionelle Änderungen oder doch um Änderungen, die durch die Reichsvorschriften erlangt werden. In sachlicher Hinsicht wichtig ist eigentlich nur

1. die Herabsetzung des Zuschlages für die Ehefrau des Erwerbslosen von 2 Mark auf 1,20 Mark,

2. die Einfügung von sechs sogenannten Karenztagen (§ 4).

Die Herabsetzung des Zuschlages für die Ehefrau ist vom Reiche vorgeschrieben und nicht zu umgehen; sie ist bereits erfolgt. Karenztage sind von den meisten Städten eingeführt; sie sollen das Aufgeben einer Stellung ohne

wichtigen Grund und ohne begründete Aussicht auf sofortige anderweitige Beschäftigung verhindern."

In einem zweiten Schreiben des Magistrats wird gewünscht, die Karenzzeit bei Kriegsteilnehmern in Fortfall kommen zu lassen, die Unterstützung für sie also vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an zu zahlen.

Die neue „Satzung über die Fürsorge für Erwerbslose in der Stadt Braunschweig“ hat 17 Paragraphen, die alte 14. Es handelt sich tatsächlich in der Hauptsache nur um redaktionelle Änderungen und darum, daß die Ausführungsbestimmungen in die einzelnen Paragraphen mit hineingenommen sind.

Weitere Änderungen als die vom Stadtmagistrat gegenüber dem alten Statut vorgeschlagenen sind vom Rechtsausschuß nicht vorgenommen.

Oberamtsrichter Meyer: Ich möchte vorschlagen, entsprechend dem Beschluß des Rechtsausschusses die Einleitung zum § 4 folgendermaßen zu fassen:

„Die Unterstützung wird bei Kriegsteilnehmern vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit, bei anderen Personen vom siebenten Tage an gewährt.“

Stadtv. Genzen: Ich halte es für bedenklich, daß wir in der jetzigen Zeit die Unterstützung für die Ehefrauen um 75 Pfennig kürzen wollen, gerade jetzt, wo die Lebensmittel eine fabelhafte Höhe erreicht haben, wo die teureren Auslandwaren ankommen, hoffentlich bald reichlicher als bisher. Wir müssen auch bedenken, daß die Zahl der Erwerbslosen glücklicherweise immer mehr gesunken ist, und daß wir doch hoffen können, wenn erst die Rohstoffe vom Ausland hereinkommen, daß sie weiter sinken wird. Deshalb möchte ich ersuchen, zu beschließen, daß die Unterstützung für die Ehefrau in der alten Höhe beibehalten wird, und daß die Stadt die 75 Pfennig zuschießt.

Oberamtsrichter Meyer: Dieser Vorschlag des Herrn Genzen entspricht dem Vorschlage, wie ihn der Demobilmachungsausschuß dem Magistrat gemacht hat, und tatsächlich sind in den letzten Monaten diese 75 Pfennig auch noch gezahlt, obgleich wir eigentlich mit dem 1. April damit hätten aufhören müssen. Ich brauche nicht darauf einzugehen, warum wir gerade damals nicht an eine Herabsetzung der Sätze herantreten mochten. Aber wir sind vom Rat der Volksbeauftragten darauf aufmerksam gemacht, daß eine Weiterzahlung über die bestimmten Sätze hinaus nicht den Vorschriften des Reiches entspräche, und möglicherweise Staat und Reich aus der Weiterzahlung der 75 Pfennig mehr den Anlaß nehmen würden, überhaupt keine Zuschüsse mehr zur Erwerbslosenunterstützung der Stadt zu zahlen, und das möchten wir doch nicht riskieren.

Stadtv. **Genzen**: Ich erkenne die Gründe des Stadtmagistrats an, glaube aber nicht, daß der Staat, auch wenn das Reich es tun würde, uns den Zuschuß entziehen würde. Sie wissen doch, daß Erregung genug im Volke vorhanden ist, und haben gelesen, welche Zustände gerade in diesen Tagen in Berlin und Hamburg herrschen, wie auch die hiesigen Erwerbslosen vor einigen Tagen in einer Versammlung zu diesem Punkte Stellung genommen haben. Man sollte doch wegen der paar Pfennig die Erregung nicht noch vergrößern. Ich möchte ersuchen, nicht dem Antrag des Rechtsausschusses beizutreten, sondern zu beschließen, die Unterstützung weiterzuzahlen, wie sie bis heute gezahlt ist. Ich glaube, daß es möglich sein wird, durch Verhandlungen zu erreichen, daß uns die Zuschüsse, die uns zu dieser Sache bisher gezahlt sind, auch in der Zukunft weiter geleistet werden.

Stadtv. **Rönneburg**: Ich möchte für meine Freunde den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß Verhandlungen mit dem Staate aufgenommen werden darüber, ob es nicht möglich ist, die bisherigen Sätze auch künftig noch weiter zu zahlen, denn die Lebensmittelsteuerung schafft ohne Zweifel für die Familien eine bittere Notlage. Wenn dann aber vom Staat oder vom Reich die Erklärung kommt, daß im Falle der Fortzahlung der erhöhten Sätze jeglicher Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung verweigert wird, dann wird es natürlich der Stadt unmöglich sein, die höheren Zuschüsse für die Ehefrauen zu zahlen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Das gute Herz des Herrn Stadtverordneten Rönneburg in Ehren, aber er scheint doch die Sachlage nicht genau zu kennen. Vom Reiche aus sind bestimmte Richtlinien gegeben, und es darf von den einzelnen Gemeinden nicht mehr oder minder gezahlt werden. Es soll dadurch dem Hin- und Herschieben der Erwerbslosen, und dem Konkurrenzwettkampfe der Gemeinden, aus irgendwelchen Beweggründen mehr zu geben als andere Gemeinden, Halt geboten werden. Die Folge der Nichtbeachtung dieser Richtlinien würde sein, daß das Reich frei ist, überhaupt keine Zuschüsse mehr zu der Erwerbslosenfürsorge zu zahlen. Es sind das Summen, die in die Millionen gehen, und die würden durch ein solches Verfahren aufs Spiel gesetzt werden. Diesen Erwägungen muß auch der Staat Rechnung tragen, und ich kann verraten, daß wir in dieser Stellungnahme einmütig waren, daß auch im alten Kabinett die Freunde des Herrn Genzen der Ansicht waren, daß wir die Stadt hierauf hinweisen mußten. Es ist Sache der Stadtverwaltung, die Situation zu prüfen, ob sie diese Gefahr laufen will oder nicht; der Staat wird nichts daran ändern können. Wenn jetzt bei der infolge der Arbeitslosigkeit in der Konserveindustrie, die dem Herrn

Kollegen Genzen speziell bekannt ist, verminderten Zahl der erwerbslosen Frauen der Versuch gemacht wird, sich den Richtlinien anzupassen, dann ist dies kein ungünstiger Zeitpunkt. Es bleibt dann übrig, soweit eine Notlage einzelner Familien vorhanden ist, auf anderer Grundlage Hilfe zu schaffen, aber nicht in Verbindung mit der Erwerbslosenfürsorge. Darüber können wir uns verständigen, aber in der Form, wie es Herr Rönneburg anregt, halte ich es nicht für tunlich. Auch bei den heutigen Mitteln des Staates dürften wir nicht so weit gehen, daß wir die ganze Erwerbslosenunterstützung auf die Schultern von Stadt und Staat legen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wir haben für die Erwerbslosenfürsorge ziemlich erhebliche Beträge — über 2 Millionen Mark — ausgegeben, und nach langem Drängen nur von unserem Staat seinen Zuschuß für eine bestimmte Zeit — 500 000 Mark — erhalten, während das Reich bisher noch nichts zubezahlt hat. Ich weiß nicht, wie wir unsere Finanzen in Ordnung halten sollen, wenn das so weitergeht; wir können doch nicht fortwährend vom Pump leben. Es sind jetzt Zustände, die diejenigen, die für die Finanzen zu sorgen haben, mit schwerer Sorge erfüllen. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß diese Gefahr, daß das Reich, das doch auch nicht im Gelde schwimmt, seine Zuschüsse verweigert, vermieden wird.

Stadtv. Genzen (nachdem die Versammlung ihre Zustimmung erteilt hat, daß er zu dieser Sache zum drittenmal das Wort nimmt): Man muß ja die Gründe, die der Herr Oberbürgermeister und Herr Dr. Jasper in ihren Ausführungen vorgebracht haben, anerkennen, aber vielleicht trägt es zur Beruhigung der Betroffenen bei, wenn der Magistrat erklärt, daß in solchen Fällen, wo es sich als notwendig herausstellt, eine Mietunterstützung gezahlt werden soll.

Vorsitzender: Kann der Magistrat eine Auskunft darüber geben?

Oberbürgermeister Metemeyer: Diese Anregung des Herrn Genzen können wir heute nicht beantworten.

Vorsitzender: Ohne weiteres können der Rechtsausschuß und der Finanzausschuß auch keine Stellung zu dieser Frage nehmen. Die Zuschrift der Erwerbslosen wegen Gewährung eines Mietzuschusses habe ich dem Rechtsausschuß schon überwiesen. Vielleicht läßt sich in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses in Verbindung mit diesem Schreiben über die Frage sprechen, und bis dahin wird auch der Magistrat zu der Sache Stellung haben nehmen können.

Die Neufassung der Satzung mit der einen vom Rechtsausschuß befristeten Änderung wird angenommen.

15. Ersatzansprüche für in städtischen Gebäuden abhanden gekommene Kleidungsstücke.

Stadtv. Schmerbach: Es handelt sich um verschiedene Entwendungen von Kleidungsstücken, die in den städtischen Schulgebäuden vorgekommen sind, und für die Ersatz gefordert wird. Es ist

1. am 24. April dieses Jahres von einem entfernt vom Hauseingang im 2. Obergeschoß des Lyzeums belegenen Flur der Tochter des Dr. Jänichen ein Mantel und ein Schirm im Werte von 450 *M* und der Tochter des Postdirektors Schneider in Peine ein Mantel und ein Paar Handschuhe im Werte von 190 *M* entwendet worden.

2. ist in der Gaußschule am 9. Mai dem Sohne des Oberlehrers Professor Dr. Bergwitz ein Mantel im Werte von 150 *M* gestohlen.

Ferner sind in der städtischen Mädchenfortbildungsschule am 9. Mai, morgens zwischen 7 und 8½ Uhr der Tochter des Schlossers Adolf Saul ein grauer Staubmantel im Werte von 150 *M* und der Tochter des Aufsehers Wilhelm Edz ein Hut im Werte von 20 *M* entwendet worden.

Die Vorsichtsmaßregeln, die seitens des Magistrats der Schulbehörde empfohlen sind, sind in diesen Fällen zum Teil eingehalten, zum Teil aber auch nicht beachtet worden. Die Garderobenräume, die auf den Korridoren der Schulen sich befinden, sind unverschlossen, aber die Aufsichtsbeamten waren angewiesen, die Außentüren des Schulhauses während des Unterrichts geschlossen zu halten. Unter Umständen sollte auch eine Bewachung des Schulhauses und der Garderobenräume durch die Schuldiener stattfinden. Es sind aber Umstände eingetreten, ohne daß eine Unachtsamkeit der Behörden vorgelegen hat, während deren die Diebstähle doch haben ausgeführt werden können. Es ist ungünstig, daß die Garderobenräume unverschließbar sind, und daß sich bei der Bauart der Schulen nicht die Möglichkeit ergibt, angemessene Räume für die Aufbewahrung der Garderobe zu schaffen, so daß die Entwendung von Kleidungsstücken auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen bleibt. Der Magistrat ist nur imstande, darauf zu achten, daß die Vorschriften, die er ausgegeben hat, noch sorgfältiger als bisher beachtet werden, und so die Diebstähle nach Möglichkeit verhindert werden.

Die Gesamtsumme der Entschädigung in diesen fünf Fällen beträgt 960 *M*, und der Magistrat wie auch der Finanzausschuß empfehlen der Versammlung, die beanspruchte Entschädigung an die Eltern der Kinder von der Stadtkasse auszahlen

zu lassen. Der Finanzausschuß hat wohl darüber gesprochen, daß man es möglich machen sollte, in Zukunft Besserung zu schaffen, aber es läßt sich vorläufig nichts anderes bewirken, als daß die Bestimmungen, die schon getroffen sind, den Schulbehörden und den dienstbaren Leuten in den Schulgebäuden zur strengsten Beachtung wiederholt werden. Der Finanzausschuß empfiehlt der Versammlung, der Auszahlung der Entschädigungssummen zuzustimmen.

Stadtv. Stegmann: So unangenehm es für die Stadt ist, diese Ausgabe zu leisten, so muß sie doch zweifellos zahlen. Ich glaube aber nicht, daß es genügen wird, um in der Zukunft Besserung zu schaffen, die dienstbaren Geister anzuweisen, die erlassenen Bestimmungen strengstens zu befolgen. Der Bedell kann doch nicht zu gleicher Zeit auf sämtlichen Korridoren sein und die Kleidungsstücke beaufsichtigen, und in jetziger Zeit ist zu erwarten, daß auch fernerhin noch Diebstähle in vermehrter Zahl vorkommen. Einen Wächter auf jedem Korridor kann man auch nicht aufstellen, und so wird es das einzige Mittel sein, die Schule während der Schulzeit für fremde Personen einfach verschlossen zu halten. Die Lehrer, oder diejenigen Personen, die die Türen unbedingt passieren müssen, könnten sich dann vom Bedell die Tür aufschließen lassen, und schlimmstenfalls müßten mehrere Schlüssel für die Lehrer angeschafft werden. Für das Publikum aber müßten Stunden außerhalb der Schulzeit festgesetzt werden, in denen es die Lehrer und den Schulinspektor sprechen könnte.

Das würde der einzige Ausweg sein, um diesem Übelstande abzuhelpfen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich freue mich, daß Herr Stegmann jetzt mit einem Vorschlag herauskommt, den ich schon seit Jahren vergeblich gemacht habe. Es ist meines Erachtens die einzige Möglichkeit, die Stadt vor diesen unangenehmen Zahlungen zu bewahren, wenn sie es unmöglich macht, daß fremde Leute während der Unterrichtszeit das Schulgebäude betreten. Man hat mir seitens der Herren, die die Schule vertreten, entgegengehalten, daß es nicht möglich sei, diese Maßregel durchzuführen. Die Eltern der Kinder kämen gerade zur Schulzeit in die Schule, um mit den Lehrern, dem Direktor oder Inspektor Rücksprache zu nehmen. Daß dies so ist, erkenne ich an, aber ich weiß auch nicht, wie man anders dem Übelstande entgegenzutreten soll. Solange wir gestatten, daß während der Unterrichtszeit fremde Personen in die Schule hineingehen, können wir bei vorkommenden Diebstählen nicht sagen: „Wir haben alles getan, was in unseren Kräften steht, um Entwendungen zu verhüten“. Nur wenn wir das sagen könnten, würde die Stadt nicht mehr haften. Wenn wir nun die Sache so einrichten, wie

ich eben besprochen habe, dann läuft es darauf hinaus, daß dadurch eine stärkere Belastung der Lehrer beziehungsweise der Inspektoren oder Direktoren entsteht. Wenn die Eltern sich an den Schulinspektor wenden, um eine Auskunft über ihr Kind zu erhalten, so wird in der Regel der Inspektor erst mit dem Lehrer, der das betreffende Kind unterrichtet, Rücksprache nehmen müssen, und bei Sprechstunden außerhalb der Schulzeit hat der Inspektor nicht sämtliche Lehrer zur Hand. Es sind also auch Schwierigkeiten bei dieser Einrichtung nicht zu verkennen. Andererseits muß ich aber auch offen bekennen, daß es so nicht weitergehen kann, denn wir haben schon mehrere tausend Mark für gestohlene Sachen ersetzen müssen, und eine Versicherung gegen Diebstähle würde noch erheblich tenerer zu stehen kommen. Ich glaube deshalb, daß man einstweilen in dieser Zeit, wo nun einmal die Diebstähle so sehr grassieren, den Eltern die bisher gewährte Erleichterung nicht weiter belassen kann, und wir werden das im Magistrat besprechen. Auch der Finanzausschuß hat gemeint, daß man zu überlegen habe, ob man nicht eine Anordnung des Inhalts trifft, daß die Eltern ihren Besuch vorher anmelden müssen, und daß man außerhalb der Schulzeit oder an einem anderen Ort die Sprechstunde abhalten würde.

Stadtv. Rönneburg: Eine solche Anordnung halten wir, und insbesondere ich, der ich doch auch im Schulleben gestanden habe, für undurchführbar. Man muß von seiten der Lehrerschaft und der Schulleitung den größten Wert darauf legen, daß die Verbindung zwischen dem Elternhaus und der Schule nicht gelöst wird. Es wird gern gesehen, wenn die Eltern recht oft Gelegenheit nehmen, mit den Lehrern Fühlung zu nehmen. Entweder wird von seiten der Lehrer gewünscht, mit dem Vater oder der Mutter zu sprechen, oder die Eltern wollen wissen, wie sich der Junge macht; es ist vielleicht auch etwas Besonderes vorgekommen — alles dieses läßt sich nicht auf schriftlichem Wege erledigen, und im Gespräch mit den Eltern läßt sich leichter ein Ausweg finden. Gemeinsam lassen sich leichter Mittel und Wege finden, um einem Uebelstande abzuhelpen, oder sonst in einer Sache Ordnung zu schaffen. Das wird durch die vorgeschlagene Maßregel so gut wie unmöglich gemacht. Ich sehe auch keine Möglichkeit, wie die Fülle von Verwaltungsaufgaben, die dem Schulinspektor zugewiesen ist — die An- und Abmeldungen der Kinder finden andauernd statt —, erledigt werden sollen, wenn während der Schulzeit und in den Pausen keine Möglichkeit besteht, daß die Eltern die Schule betreten können. Wir hatten an unserer Schule das Verfahren eingeführt, daß das Schulhaus während der Schulzeit geschlossen gehalten wurde, und sowohl Kinder wie Erwachsene den Schulraum nicht betreten

konnten, ohne daß der Schuldiener herausgeklingelt wurde. Dann hatte der Schuldiener die Kontrolle über die Personen, die das Schulhaus betraten. Wird dieses Verfahren straff durchgeführt, dann kann ich mir nicht denken, daß trotzdem Diebstähle in größerer Zahl möglich sind. Die Möglichkeit aber ganz zu unterbinden, daß Eltern oder Angehörige der Kinder die Schule betreten, würde noch viel unerträglicher sein, als das bisher Vorgekommene, und würde im Interesse der Schule auf das alleräußerste zu bedauern sein.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Genau dieselben Gründe, wie sie Herr Könneburg eben vorgeführt hat, haben auch die Schulleiter vorgebracht. Die Schule nimmt einen bestimmten Standpunkt ein, und das kann man ihr nicht verdenken. Nun wäre es mir interessant gewesen, von Herrn Könneburg noch andere Vorschläge zu hören, wie man die Diebstähle in den Schulen verhüten kann, aber da hat er auch nichts Besseres gewußt. Selbst wenn wir so verfahren, wie Herr Könneburg angedeutet hat und wie wir angeordnet haben, ist es sehr leicht möglich, daß noch Diebstähle vorkommen, indem jemand in die Schule hineinkommt, ohne daß kontrolliert wird, was er dort beginnt. Es klingelt; der Schuldiener führt den Ankömmling zum Schulinspektor. Soll er dann solange stehen bleiben und warten, bis der Besucher wieder aus dem Zimmer kommt? Das kann er nicht, besonders dann nicht, wenn es inzwischen wieder klingelt, denn mehrere Schuldiener sind nicht zur Stelle. So wird also der Besuch ohne weitere Kontrolle das Inspektorzimmer verlassen. Nun hat man noch andere Vorschläge gemacht, denn auch in anderen Städten hat man sich mit dieser Frage befassen müssen. Man hat versucht, die Kleidungsstücke durch Ketten an den Haken zu befestigen; aber auch dann werden die Diebe sehr bald Hilfsmittel finden, um gleichwohl einzelne Stücke aus dem Schulhause zu entfernen. Man könnte ja auch die Korridore noch einmal besonders absperren — das würde aber ein Heidengeld kosten. Wir haben das städtische Hochbauamt beauftragt, sich darüber zu äußern, ob nicht in den Schulen ein bestimmtes Zimmer für den Schulinspektor so gelegt werden könnte, daß die Eltern, wenn sie in die Schule hineinkommen und zum Inspektorzimmer gehen, keine Möglichkeit haben, die übrigen Gebäudeteile zu betreten. Aber so etwas läßt sich nicht von heute auf morgen machen. Deshalb wollte ich es als einen Versuch betrachten, das Schulhaus für die Eltern und Angehörigen während der Schulzeit ganz geschlossen zu halten — Herr Könneburg ist nicht einverstanden. Wäre es denn aber so unerträglich, wenn in dieser Zeit, wo die Diebstähle so sehr an der Tagesordnung sind, der Inspektor seine Sprechstunden außerhalb der Schulzeit abhielte? Wir müssen doch alle vom Morgen bis zum Abend ar-

beiten, und tun es gerne. Vorübergehend könnten sich die Herren doch auch hierzu verstehen.

Stadtv. Recter: Ich habe schon damals, als die früheren Diebstähle in den Schulen hier zur Sprache kamen, den Vorschlag gemacht, die Schulen verschlossen zu halten. Ich glaube auch, daß es sich regeln ließe, eine Sprechstunde einzuführen. Die Leute wenden sich schriftlich an die Schule, und es wird ihnen eine bestimmte Zeit festgesetzt, zu der sie zu einer persönlichen Aussprache eingeladen werden. Sonst ist der Inspektor ja auch imstande, eine schriftliche Auskunft zu geben. So wie es jetzt ist, hat jeder, auch Leute die nichts in der Schule zu tun haben, Zutritt. Ich bin schon in der Schule gewesen und auf den Korridoren umhergelaufen, ohne daß ich einen Schuldiener gesehen habe. Niemand hat mich angehalten, und wenn ich gewollt hätte, hätte ich den ganzen Korridor ausräumen können. So kann es doch nicht weitergehen. Wenn eine Versicherung billiger wäre, könnte man ja diese vorschlagen, das wird aber zu teuer sein.

Stadtv. Stegmann: Wenn Herr Könneburg ohne weiteres sagt, die Sache ist undurchführbar, so muß ich entgegnen, daß das oberflächlich hingeredet ist. Für undurchführbar ist vieles in neuerer Zeit erklärt, und es hat sich als durchführbar gezeigt. Ich erinnere an die Sonntagsruhe, in die man sich sehr bald eingelebt hat. Ich bin der Meinung: diese Maßregel ist durchführbar und muß durchführbar sein. Außergewöhnliche Zeiten erfordern auch außergewöhnliche Maßregeln. Was den Schulinspektor betrifft, so muß es möglich sein, daß außerhalb der Schulzeit Sprechstunden eingerichtet werden. Wenn ein günstiger gelegenes Sprechzimmer beschafft werden kann, so würde das ja gut sein, andernfalls aber müssen die Sprechstunden außerhalb des Schulhauses abgehalten werden. Wünschenswert ist es allerdings, wie Herr Könneburg sagte, daß die Eltern mit den Lehrern Rücksprache nehmen. Sollte denn das unmöglich sein? Während der Schulstunden können die Eltern die Lehrer sowieso nicht sprechen, nur während der Pausen. Es ist immerhin möglich, daß den Eltern unter Angabe des Tages mitgeteilt wird, daß die Lehrer sofort nach Schulschluß, wenn die Schüler die Schule verlassen haben, zu sprechen sind. Ich nehme nicht an, daß es einen Sturm von seiten der Eltern geben wird; der Lehrer wird imstande sein, in einer Viertelstunde mehrere Personen abzufertigen. Die Stadt ist den Beamten und Lehrern in jeder Beziehung entgegengekommen, so daß auch von ihnen die außergewöhnliche Zeit berücksichtigt und Entgegenkommen bewiesen werden wird.

Stadtv. Frede: Die Diebstähle in den Schulen können wir nicht ganz vermeiden, aber doch beschränken. Alle die Vorschläge, die für diesen Zweck gemacht sind, haben etwas für und etwas gegen sich. Der Herr Oberbürgermeister erhofft eine sehr gute Wirkung davon, daß den Inspektoren ein besser gelegenes Zimmer gegeben und eine besondere Zeit für den Verkehr mit den Eltern vorgeschrieben wird. Bei dem letzteren ist wohl nicht gedacht an das Übertreten von Kindern zu einer anderen Schulanstalt, wodurch besonders in der Zeit vor und nach Ostern ein bedeutender Verkehr von Schule zu Schule verursacht wird, der nicht in eine andere Zeit, als die der Schulstunden gelegt werden kann. Herr Stegmann sagt, es müßten die Eltern benachrichtigt werden: Am Schluß zu der und der Zeit ist der Lehrer zu sprechen. Auch das ist nicht durchführbar; der eine Lehrer hört um 1 Uhr auf, der andere um 11 und wieder ein anderer um 12 Uhr. Herr Rönneburg sagt, es müßte durch Schließen des Schulgebäudes während der Schulzeit etwas zu erreichen sein. Das mag an der einen Schule möglich sein; ich kenne andere Schulen, wo von einem Schließen der Tür nicht die Rede ist. Der Schuldiener bekommt dadurch mehr Arbeit, und manche von ihnen haben nicht Neigung, ihre Arbeit vermehrt zu sehen. Ich möchte folgendes vorschlagen: Wir erinnern uns wahrscheinlich alle daran, daß wir in unserer Jugend in Klassen und Schulen gefessen haben, die nicht so ausgestattet waren, wie es heute der Fall ist. Damals war es notwendig, daß die Garderobe mit ins Schulzimmer genommen wurde. Wenn man das für eine solche außergewöhnliche Zeit, wie es die jetzige ist, einmal wieder einführte, dann wäre die Sache erledigt. Wenn die Kinder das Klassenzimmer verlassen haben, kann es zugeschlossen werden. In der Pause nimmt der Lehrer den Schlüssel an sich. Es brauchten zur Ausführung dieser Anordnung nur Haken im Klassenzimmer angebracht zu werden, und könnten vielleicht die auf dem Korridor befindlichen gleich benutzt werden. Das Hineinnehmen der Garderobe in die Klassen ist aufgehoben, weil die Ausdünstung der Kleider nicht angenehm ist; aber in der Sommerzeit unterrichten wir stets bei offenen Fenstern, und so würde das Vorhandensein der Kleider im Schulzimmer jetzt nicht viel verschlagen, und dann könnte man abwarten, ob nicht während der Zeit bis zum Winter sich diese böse Neigung geändert hat und wieder bessere Zustände eingekehrt sind. Sterben wird bis dahin keiner davon, und krank werden auch nicht. Angenehm ist es allerdings nicht, zumal im Winter, das muß zugegeben werden, aber es würde doch ein Radikalmittel sein. Eine Besserung ist bei uns in der Schule auf der Sophienstraße auch schon dadurch erzielt, daß für die Lehrer ein besonderer Eingang besteht, der ver-

geschlossen gehalten wird, und für die Kinder ein anderer Eingang, der auch von 8 Uhr an geschlossen, und nur in der Pause geöffnet wird, damit die Kinder, die zu anderen Stunden in die Schule kommen, hereinkommen können. Seitdem diese Anordnung durchgeführt ist, ist bei uns nichts wieder vorgekommen. Ob das an allen Schulen ebenso gemacht werden kann, weiß ich nicht; es mag aber wegen der baulichen Verhältnisse dieses oder jenes dem entgegenstehen. Das Lehrerzimmer in unserer Schule wird bei Beginn des Unterrichtes verschlossen und der Schlüssel an einen versteckten Ort gelegt, und wer in der Pause als erster wieder eintreten will, schließt das Zimmer auf, so daß bisher dort nichts abhanden gekommen ist.

Oberbürgermeister Metemeyer: Auch dieser Vorschlag, die Kleidungsstücke in den Klassenzimmern selbst aufzuhängen, ist schon früher gemacht, aber von allen Seiten zurückgewiesen, und nach meiner Meinung mit Recht, denn die Rücksicht auf die Gesundheit geht doch vor gegenüber den Geldkosten. Darüber, daß es für die Kinder entschieden unzuträglich ist, wenn bei Regenwetter die im Schulzimmer aufgehängten Kleidungsstücke ausdünsten, sind sich alle Sachverständigen einig. Ehe wir die frühere Einrichtung, die als unhaltbar erachtet wurde, wieder einführen, würden wir noch lieber die Entschädigungen bezahlen, wenn es absolut nicht zu vermeiden ist. Aber es muß sich vermeiden lassen. Ich bitte Herrn Rektor, uns die Schule zu nennen, in die er ohne weiteres hat hineinkommen können; der Magistrat wird da entschieden eingreifen. Wir haben das unsrige getan, es müssen aber auch unsere Anordnungen befolgt werden, sonst können wir für die Sicherheit der Kleidungsstücke nicht aufkommen.

Stadtv. Salomon: Zunächst möchte ich feststellen, daß ganz gewiß die Lehrerschaft das Entgegenkommen zu würdigen weiß, das ihr gegenüber seitens der städtischen Behörden zutage getreten ist. Herr Stegmann hat bei seinen Worten jedenfalls die Teuerungszulagen im Auge gehabt. Die Lehrerschaft erkennt das Entgegenkommen sehr wohl an und ist zu Gegendiensten in vollem Umfange bereit; sie scheut sich nicht, die Mehrarbeit, die ihr durch Einrichtung besonderer Sprechstunden erwachsen würde, auf sich zu nehmen. Das tut sie gern, wenn sie weiß, daß sie damit der Allgemeinheit einen Dienst erweist. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Aber es liegen auch schwerwiegende Bedenken gegen eine solche Einrichtung vor. Augenblicklich bin ich mir noch nicht klar, wie man sich die Einrichtung gedacht hat. Wenn die Sprechstunden unmittelbar im Anschluß an die Schulzeit abgehalten werden sollen, so würde nur die Stunde nach 1 Uhr in Frage kommen, denn meistens

dauert der Unterricht bis 1 Uhr. In der Zwischenzeit von 1 bis 2 Uhr sind aber die meisten Eltern aus Haus gebunden, besonders die Mütter. Diese letzteren halten meistens den Verkehr mit der Schule aufrecht; von sechs Besuchern, die zur Schule kommen, sind fünf Mütter und höchstens einer ein Vater, weil letzterer durch sein Geschäft oder seinen Dienst behindert ist. Es müßte also schon die Sprechstunde in den Nachmittag verlegt werden. Soll der Schulinspektor für den Nachmittag das ganze Lehrerkollegium nach der Schule zitieren? Es würde schwerlich anders gehen. Sollen sich die Eltern vorher schriftlich anmelden? Bedenken Sie die große Unbeholfenheit, ja geradezu Scheu, die viele Leute aus Elternkreisen davor haben, nur ein paar Worte aufzuschreiben. Das habe ich oft erlebt, wenn ich gewünscht habe, daß die Eltern etwas schriftlich mitteilen möchten. Schließlich habe ich es vorgegeschrieben und gesagt, die Eltern möchten es abschreiben — dann ist es geschehen. Diese Scheu ist nicht zu überwinden. Wenn ich nun aber einen positiven Vorschlag über die Zeitlage machen soll, so bin ich auch nicht dazu imstande. Eins steht fest: Die Aufsicht durch den Schulpedell wird nicht in dem Maße geübt, wie es sein müßte. Dafür habe ich Beweise, und nach meiner Überzeugung müssen scharfe Mittel angewandt werden, um alle solche Herren, die ihre Aufsichtspflichten auch nur im geringsten Maße vernachlässigen, für die Diebstähle verantwortlich zu machen. Ein anderes Mittel, das sich noch anwenden ließe, wäre das, daß man innerhalb des Schulhauses gewissenhafte Kinder mit zur Aufsicht auf den Korridoren verwendet. Ich fasse also zusammen: Der Schuliener muß strikte angewiesen werden, die Schule verschlossen zu halten, er muß, soweit es irgendmöglich ist, alle in die Schule eintretenden Personen kontrollieren; er kann sie zum Inspektorzimmer hingleiten, kann warten, bis sie wieder herauskommen, und muß sie aus dem Schulhause hinauslassen. Sodann könnten wir noch größere Schulkinder während der Pausen zur Aufsicht in den Korridoren anstellen, denn Kinder sind unter Umständen ausgezeichnete Aufsichtsbeamte. Ich habe Beweise dafür, daß sie mit aller Gewissenhaftigkeit ihre Pflicht ausüben. Diese beiden Maßregeln möchte ich zunächst in Vorschlag bringen, und wo das noch nicht hilft, noch ein drittes: das Inspektorzimmer werde so gelegt, daß es gewissermaßen von den übrigen Schulräumen isoliert ist. Das läßt sich in einer großen Reihe von Schulhäusern ohne große Kosten ermöglichen, da es sich nur um eine Raumverlegung nicht baulicher, sondern örtlicher Art handeln würde. Vor einer besonderen Sprechstunde aber möchte ich aus schultechnischen Gründen warnen. Man muß bedenken, daß die Bürgerschule nicht nur in unterrichtlicher Beziehung interpelliert wird, sondern auch in

sehr reichem Maße auf dem Gebiete der Jugendfürsorge; die Anfragen in unterrichtlicher Beziehung erstrecken sich mehr auf die höheren Schulen. In jugendfürsorglicher Hinsicht kommen für die Bürgerschulen die Ferienkolonien, die Waldspiele, die Entsendung der Kinder nach Harzburg, Salzdorf und anderes in Frage. Wir übernehmen die Vermittlung gern, um unseren Kindern zu helfen, aber in solchen Fällen ist es oftmals notwendig, Rücksprache mit den Eltern über den gesundheitlichen Zustand des Kindes und über die finanzielle Lage der Eltern zu nehmen; das letztere ist ein Hauptpunkt, damit man in gerechter Weise auch Erleichterungen bei der Aufbringung der Geldkosten in die Wege leitet. Glauben Sie nicht, daß sich alle diese Sachen, die einen weiten Raum einnehmen, in einer besonderen Sprechstunde am Schlusse der Schulzeit, die nach 1 Uhr fallen würde, ermöglichen lassen würden, und am Nachmittag ließe es sich auch nicht einrichten, weil der betreffende Schulleiter dann nicht die Lehrer zur Hand hat. Lassen Sie uns die Maßnahmen, die ich angeführt habe: eine ganz strenge Anweisung der Schuldiener, eine Unterstützung durch aufsichtführende Kinder, und schließlich, wo es angeht, eine Verlegung des Inspektorzimmers, in Anwendung bringen. Dann hat die Stadt alles getan, was in dieser Sache in ihren Kräften steht. Die Diebereien in der Schule ganz aus der Welt zu schaffen, wird uns erst gelingen, wenn sämtliche Spitzbuben auf Erden verschwunden sind.

Stadtrat von Franckenberg: Aus den letzten Ausführungen wird jeder von uns den redlichen Willen vernommen haben, diesem Übel in den Schulen nach Möglichkeit abzuhelpen. Da ich meinerseits wegen der städtischen Mädchenfortbildungsschule auch zu den Leidtragenden gehöre, die über diese vielfachen Entwendungen seufzen, habe ich mich bemüht, einen Ausweg zu finden. Neben demjenigen, was Herr Salomon vorgeschlagen hat, kommt noch ein wichtiges Mittel in Betracht, durch das außerhalb der eigentlichen Schulzeit die Fühlung zwischen Lehrer und dem Elternhaus aufrechterhalten werden könnte, so daß die Besuche der Eltern innerhalb der Schulzeit entbehrlich wären: das sind die sogenannten Elternabende. Ich weiß, daß seitens der Schule auf diesem Gebiet sehr dankenswerte Versuche unternommen sind. Wenn jetzt unter dem Druck der Verhältnisse die Schule die Eltern innerhalb der Schulzeit aus dem Schulhause fernhalten muß, dann würde durch Veranstaltung von Elternabenden Gelegenheit geschaffen werden, daß die Beteiligten mit den Lehrern und Inspektoren Rücksprache nehmen. Es würden sich dabei in größter Gemütsruhe alle einschlägigen Fragen so erörtern lassen, daß auch die anderen Eltern etwas davon hören könnten. Ich möchte bei

den vielen Mitteln dieses eine, das bisher nicht erwähnt ist, mit in die Erörterung werfen, und zweifle nicht daran, daß bei vielen Lehrkräften Neigung vorhanden ist, diesen Weg zu gehen, um die Verbindung zwischen Eltern und Schule aufrechtzuerhalten und zu beleben.

Stadtv. Frau **Göge**: Es ist wohl von Interesse, wenn hier erwähnt wird, wie in den großen Schulen anderer Städte in dieser Hinsicht verfahren wird. Zum Beispiel in einer mir genauer bekannten, in Berlin. Dort würde es eine Unmöglichkeit sein, die Schulen während des Unterrichtes offen zu halten; es versteht sich dort von selbst, daß die Schulen in dieser Zeit für das Publikum geschlossen sind, ebenso daß die Schulbehörde verordnet, daß jeder Lehrer und jede Lehrerin eine bestimmte Sprechstunde hat — wenn ich nicht irre, zweimal in der Woche. Diese Sprechstunden finden nicht in der Schule, sondern in der Wohnung des Lehrers oder der Lehrerin statt. Bei Anfang des Schuljahres bekommen die Kinder die schriftliche Mitteilung mit, daß der Klassenlehrer an dem und dem Wochentage zu der und der Stunde für die Eltern zu sprechen ist. Wo die Wohnungsverhältnisse dies unmöglich machen oder die Entfernung der Wohnung von dem Schulbezirk zu weit ist, hat der Lehrer das Recht, diese Sprechstunde im Lehrerzimmer der Schule abzuhalten, aber nicht zur Zeit der Schule und auch nicht im Anschluß an die Schulzeit — wenigstens ist dies nicht Vorschrift. Warum es bei uns in Braunschweig nicht möglich sein sollte, daß die Lehrer in ihrem Hause eine Sprechstunde haben, könnte ich nicht einsehen; jedenfalls halte ich diesen Verkehr zwischen Eltern und Lehrern für die beste Lösung. Im übrigen sehe ich nur die einzige Möglichkeit, um Diebstähle zu verhüten, darin, daß der Bedell jedem einzelnen Besucher das Schulhaus aufschließt.

Stadtv. **Rönnenburg**: Ich kann mich kurz fassen, da Herr Salomon im wesentlichen schon das gesagt hat, was ich vorbringen wollte. Wenn bestimmt wird, daß immer die erste oder zweite Pause am Morgen als Sprechzeit dienen soll, und dann an der Tür des Schulhauses eine Anzahl älterer Kinder, Jungen oder Mädchen; zur Verfügung gehalten werden, die die betreffenden Eltern dem Schulinspektor oder Lehrer zuführen — und die großen Kinder tun das gern und freuen sich, wenn sie einen solchen Posten bekommen — dann werden wir eine praktische Handhabe haben, die sich bewähren wird, insbesondere dann, wenn wir von der unglückseligen Mode abkommen, daß das Inspektorzimmer im ersten oder zweiten Stockwerk liegt. Was die Fortbildungsschule anbetrifft, so bin ich der Meinung, daß die Sprechzeit an den Schluß der Schulzeit gelegt werden muß, denn vor oder während der

zwei Stunden, die der Unterricht dauert, noch eine Störung herbeizuführen, ist nicht angebracht.

Herr Stegmann ist von Herrn Salomon schon dahin aufgeklärt, daß die Lehrer nicht vor der Mehrbelastung zurückscheuen, sondern daß es aus technischen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit ist, auf seine Anregung einzugehen. Ich will dafür nur einen Fall anführen: Eine Mutter kommt und klagt über einen Schaden, der ihrem Kinde durch ein anderes zugefügt ist. Dann müssen die Kinder herangeholt werden und ein kleines Verhör findet statt; das sind alltägliche Ereignisse. Wie soll das der Lehrer am Nachmittag machen? Dann müßten die Eltern noch ein- oder zweimal nach der Schule kommen, und dazu sind sie nicht bereit oder auch nicht in der Lage. Die Anweisungen des Magistrats an die Schuldiener müssen allerdings erfüllt werden. Es gibt Schuldiener, die voll und ganz ihre Pflicht tun, die eifrig und gewissenhaft sind; daß aber auch andere Beispiele vorliegen, ist mir bekannt. Wenn aber die Anweisung wegen der Geschlossenhaltung der Schulen befolgt wird, wenn wir die Kinder mit zur Bewachung des Schulhauses heranziehen und die Sprechzeit in eine bestimmte Pause legen, dann wird es sich jedenfalls verhindern lassen, daß in den Schulen noch Diebstähle vorkommen.

Stadtv. **Salomon:** Ich möchte anknüpfen an das, was Herr Stadtrat von Frankenberg über die Elternabende gesagt hat. Wir Lehrer begrüßen die Einrichtung der Elternabende mit Freuden. Wir haben versucht, sie einzuführen, haben aber kein Glück damit gehabt, und meiner Überzeugung nach deswegen, weil man die Sache verkehrt ansah. Aus den Elternabenden muß sich eine zweite Einrichtung für die Schule entwickeln, der sogenannte Elternbeirat; wir müssen aus jeder Schule eine Schulgemeinde machen, die das Haus mit der Schule im Geiste der Gemeinschaft verbindet. Die Elternabende jedoch für das nutzbar zu machen, um das es sich hier handelt, ist nicht möglich, weil die Anforderungen der Eltern an die Schule oft sehr plötzlich gestellt werden, und dann kann man nicht erst einen Elternabend anberaumen.

Sodann möchte ich mich gegen die Einrichtung der Sprechstunden im Hause des Lehrers wenden, wie sie Frau Göze erwähnt hat; sie hat sie allerdings für unseren Schulbetrieb nicht geradezu empfohlen. Diese Art Sprechstunden mag angebracht sein bei höheren Schulen, wo es sich um Fragen über unterrichtliche Dinge handelt. Bei unseren Bürgerschulen, wo die Fragen plötzlich an uns herantreten, und wo es sich vor allen Dingen um Fragen, die auf dem Fürsorgegebiet liegen, handelt, können wir die Sachen

nicht in einer Sprechstunde im Hause erledigen. Wir kommen nicht darum weg: der Verkehr zwischen Eltern und Lehrern muß in der Schule stattfinden. Ich bitte Sie, diese Maßnahmen, die Herr Könneburg und ich vorgeschlagen haben, ernstlich durchzuführen, und glaube, daß wir damit die Diebstähle auf das geringste Maß beschränken werden. Selbst bei der allergrößten Vorsicht wird doch immer noch etwas passieren. Es muß auch beachtet werden, daß die Kinder auch untereinander stehlen, und mancher Diebstahl, der vorgekommen ist, wird vielleicht auf dieses Konto zu setzen sein.

Vorsitzender: Frau Göge hat folgenden Antrag eingereicht:

„Die städtischen Schulen sind während der Schulzeit für fremde Besucher geschlossen zu halten. Die städtischen Lehrer bestimmen wöchentlich eine Stunde, in der sie entweder in ihrer Wohnung oder in der Schule, nicht während der Schulzeit und nicht unmittelbar im Anschluß an die Unterrichtszeit, zu sprechen sind.“

Ich werde den Antrag dem Schulausschuß überweisen. Vielleicht haben dann die Lehrer noch andere praktisch greifbare Vorschläge zu machen. Heute handelt es sich ja nur um die Bewilligung der Mittel zur Entschädigung für die vorgekommenen Diebstähle. Augenblicklich während der Sommerzeit können die Entwendungen auch nicht so arg werden, weil die Mehrzahl der Kinder keine Sachen mitbringt, die entwendet werden könnten.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich glaube, es wird nicht nötig sein, den Antrag dem Schulausschuß zu überweisen, es wird genügen, ihn dem Magistrat zur Erwägung zu übergeben. Aus der Aussprache wird der Magistrat schon genügend über die Stellung der Versammlung aufgeklärt sein und den Antrag der Frau Göge würdigen können.

Vorsitzender: Wenn Sie damit einverstanden sind, können wir den Antrag Göge auch dem Magistrat zur Erwägung überweisen. Die Anweisungen, die notwendig sind, wird der Magistrat schon treffen. Vor allen Dingen wird es angebracht sein, daß eine Anweisung an die Schuldiener ergeht, daß die Nachlässigkeit, die herrschen soll, aufgehoben wird.

Dem Antrage der Finanzkommission auf Bewilligung des geforderten Ersatzes stimmt die Versammlung zu.

16. Bereitstellung weiterer Mittel zur Ausbildung eines Blinden.

Stadtv. **Reißner:** Es wird den geehrten Herrschaften bekannt sein, daß vor einigen Jahren in der Schule am Büldenweg beim Unterricht in der

Physik der Schüler Hermann Volle durch einen Unfall erblindet ist. Dieser hat sich dem Musikstudium zugewandt, hat bisher schon mehrere Stipendien von der Stadt bekommen, um diesem Unterricht nachgehen zu können, und steht kurz vor der Vollendung seiner Ausbildung. Gehindert durch die widrigen Umstände des Krieges, die Störungen im Betriebe des Konservatoriums verursacht haben, ist es ihm nicht möglich gewesen, seine Reifeprüfung als Konzertorganist und als Klavierlehrer abzulegen. Er gebraucht noch einige Monate, vielleicht bis Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres, zur Vollendung seines Studiums. Der Inspektor Fischer von der Blindenerziehungsanstalt hat deshalb eine Eingabe an den Stadtmagistrat gerichtet und darin gebeten, es möge dem erblindeten Volle ein weiteres Stipendium in einem angemessenen Betrage bewilligt werden. Der Betrag desselben soll wegen der herrschenden Preisverhältnisse etwa die 1½fache Höhe der früher gewährten Unterstützung ausmachen. Der Finanzausschuß gibt anheim, diesem Antrag zuzustimmen und die Mittel aus Kapitel XIV des ordentlichen Stats zu bewilligen.

Stadtv. **Bunge:** Ich möchte nur noch hören, wie hoch die Summe ist, um die es sich handelt. Man kann doch nicht bewilligen, ohne daß man weiß, wieviel die Summe beträgt.

Bürgermeister **Meyer:** In den ersten Jahren sind von den Stadtverordneten jährlich 1500 M zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist in dem letzten Jahre infolge der Teuerung überschritten. Im kommenden Jahre wird es sich um 2250 M bis höchstens 2500 M handeln.

Die angeforderte Summe wird bewilligt.

17. Pächterlaß für die Tennisplätze im Bürgerpark betreffend.

Stadtv. **Schmerbach:** Die Vereinigung Braunschweiger Tennisclub hat die älteren Tennisplätze im Bürgerpark, die in der Nähe der Hennebergstraße liegen, zu einem jährlichen Preise von 840 M gepachtet und soll ferner für die Benutzung des ovalen Platzes, welcher der Vereinigung für die von ihr erbauten neuen Tennisplätze stadtsseitig zur Verfügung gestellt ist, eine jährliche Gebühr von 5 M zahlen. Die Pacht ist vom 1. April 1915 und die Gebühr vom 1. April 1916 ab nicht mehr von der Vereinigung bezahlt worden. (Hört! hört!) Im Mai 1916 hat die Vereinigung auf eine Erinnerung hin erklärt, daß sie sich schon im Jahre 1915 nicht mehr um die städtischen Tennisplätze beworben habe. Seitens des Stadtmagistrats wurde dem Finanzausschuß zur Aufklärung mitgeteilt, daß diese

Angabe nicht ganz zutrifft, sondern daß die Vereinigung die Zeit zur Kündigung habe verstreichen lassen und bis heute noch keine Kündigung dieser beiden Plätze vorgenommen hat. Der Magistrat sowohl wie der Finanzausschuß sind zu der Überzeugung gekommen, daß allerdings die Tennisspiele während des Krieges nicht stattgefunden haben, und diese Vereinigung aus dem Grunde auch keine Einnahmen gehabt habe, folglich die Vereinigung augenblicklich so gestellt ist, daß sie keine Mittel hat, um die Pacht und die Gebühren an die Stadt zu entrichten. Nun ist aber nicht die Absicht vorhanden, ohne weiteres die Pacht für diese Zeit schwinden zu lassen. Der Stadtmagistrat wie der Finanzausschuß hat sich deshalb dahin geeinigt, den Stadtverordneten zu empfehlen, die Angelegenheit bis zum 1. November dieses Jahres zurückzustellen und dann einen Vorschlag des Stadtmagistrats zu erwarten. Bis dahin ist jedenfalls der Zeitpunkt gekommen, daß eine Entscheidung der Vereinigung stattfinden muß. Der Finanzausschuß bittet Sie, in diesem Sinne zu beschließen.

Stadtv. Riefe I: Jedenfalls wird es sich um den Platz an der Hennebergstraße handeln. Ich habe mich sehr darüber gewundert, daß er so unbenutzt liegen geblieben ist, denn dort hätten für ein paar Familien Kartoffeln wachsen können. Das grüne Gras ist über die Anlage hinweggeschossen, und außerdem ist der Platz eingegittert. Nicht einmal für die Ziegen ist das Gras verwandt worden, und das muß ich sehr bedauern. Wenn die Vereinigung nun nicht einmal die Pacht bezahlen will, dann muß sie ganz gehörig herangefriegt werden. Wollte sie nicht auf dem Platze spielen, dann hätte sie dort Kohl oder Kartoffeln bauen sollen. Es ist schmerzlich, wenn so mit den Plätzen der Stadt umgegangen wird.

Bürgermeister Meyer: Die ganze Sache darf meiner Ansicht nach nur unter Rücksichtnahme auf die besonderen Kriegsverhältnisse beurteilt werden. Die Tennisplätze in der Nähe der Hennebergstraße sind seinerzeit von der Stadt angelegt worden und zunächst an kleinere Klubs verpachtet. Als die Tennisvereinigung gegründet war, wurde von ihr der Vorschlag gemacht, daß sie die Plätze insgesamt von der Stadt pachten und dann an die einzelnen Vereinigungen weitervergeben wolle. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und es wurde nun zunächst von der Vereinigung in jedem Jahr der Antrag auf Verpachtung dieser Plätze gestellt. Nach einer Reihe von Jahren regte die Vereinigung dann an, die Verpachtung auf unbestimmte Zeit mit der Maßgabe eintreten zu lassen, daß der Vertrag von Jahr zu Jahr weiterlaufe, wenn nicht eine Reihe von Monaten vorher von einer Seite gekündigt werde — und dieser Anregung ist Folge gegeben. Im Jahre 1915/16 ist dann wegen des Krieges auf diesen Plätzen wenig oder gar nicht mehr gespielt, und die Tennisvereinigung, die auf die Einnahmen von ihren

Mitgliedern angewiesen ist, war infolgedessen am 1. April 1916 nicht in der Lage, die fällige Pacht zu bezahlen. Es ist damals schon darüber verhandelt, daß man die Pacht für das abgelaufene Jahr erlassen möchte, der Magistrat hat sich aber ablehnend verhalten, und zwar, weil er meinte, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Vereinigung bei einem baldigen Kriegsende sich finanziell bald wieder erholen und danach in der Lage sein würde, die Pacht zu bezahlen. Der Krieg ging aber weiter, und Einnahmen aus Spielen hat die Vereinigung auch in den folgenden Jahren nicht gehabt. So ist es gekommen, daß die Vereinigung bis auf den heutigen Tag nicht bezahlt hat, und sie hat dabei noch die Unvorsichtigkeit begangen, daß sie eine formelle Kündigung nicht ausgesprochen hat. So ist denn der Vertrag weitergelaufen, und die Vereinigung ist die Pacht für die vier Jahre schuldig. Nun muß allerdings anerkannt werden, daß sachliche Gründe dafür sprechen, daß wir der Vereinigung dieses Pachtgeld nicht ohne weiteres abnehmen.

Andererseits kann man aber wohl erwarten und verlangen, daß die Vereinigung die Verpflichtung erfüllt, Zinsen zu zahlen für das Kapital, das sie von der Stadt vorgeliehen erhalten hat. Die Stadt hat ein Kapital hergegeben, damit das Haus auf dem ovalen Platze hat errichtet werden können, und auf dieses Kapital sind in den letzten Jahren Zinsen nicht gezahlt. Die Stadt ist allerdings dadurch gesichert, daß bei Nichtzahlung der Zinsen die Tennisvereinigung gehalten ist, auf eine Fortnahme des Hauses zu verzichten, so daß also die Stadt durch spätere Nutzung des Hauses sich schadlos halten kann. Immerhin macht die Geltendmachung der der Stadt zustehenden Rechte ein Verfahren erforderlich, und es darf nicht bezweifelt werden, daß in diesem die Stadt einen kräftigen Druck ausüben kann, wenn, wie es der Finanzausschuß wünscht, der vorbehandelte beantragte Pächterlaß nicht sofort ausgesprochen, sondern die Entscheidung darüber einstweilen vorbehalten wird. Ich möchte deshalb empfehlen, daß die geehrte Versammlung den Antrag des Finanzausschusses annimmt.

Stadtv. **Bunge:** Ich für meinen Teil könnte unter keinen Umständen dem zustimmen, daß der Tennisvereinigung die Pacht erlassen wird. Man muß sich doch vor Augen führen, welche Herrschaften es sind, die diese Tennisvereinigung bilden. Es sind Leute aus den wohlhabendsten Kreisen. Denen die Pacht zu erlassen, könnte ich nicht verantworten. Diesen Herrschaften haben wir nichts zu schenken, denn es sind Leute, die bezahlen können, und da müssen wir zugreifen. Ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag des Finanzausschusses auf Zurückstellung bis zum 1. November 1919 wird angenommen.

18. Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten im städtischen Hause Petersilienstraße 9.

Stadtv. **Reizner**: Im Hause Petersilienstraße 9, das der Stadt gehört, und in dem die Volksküche untergebracht ist, sind größere Reparaturarbeiten notwendig geworden. Das städtische Hochbauamt berichtet hierzu, daß für auszuführende Maurerarbeiten 300 *M*, für Malerarbeiten 1550 *M*, für Tapeziererarbeiten 250 *Mark*, zusammen 2100 *M* aufzuwenden sind. Außer diesen Reparaturen an den Gebäuden sind noch Ausbesserungen an Tischen, Bänken und Stühlen vorzunehmen, für die 500 *M* gebraucht werden. Sodann ist die in der Volksküche vorhandene Kocheinrichtung schadhaft geworden und muß repariert werden. Die Einrichtung besteht aus zwei doppelwandigen Kesseln von je 300 Litern Inhalt. Der Bauausschuß hat sich über diese Frage besonders lange unterhalten. Es wurde vorgebracht, daß in anderen hiesigen freierstehenden Küchen genügend große Kessel vorhanden wären, die ohne weiteres in die Volksküche hineingebracht werden könnten. Bei den Kesseln der anderen Küchen handelt es sich aber nur um einwandige Kessel, bei denen also leicht ein Anbrennen des Essens stattfinden könnte. Deshalb wird vom Hochbauamt vorgeschlagen, die vorhandenen Kessel durch Einsetzen neuer Innenkessel zu reparieren. Für diese Ausbesserung ist ein Aufwand von 1400 *M* zu machen. Außerdem sollen auch die anderen Kucheneinrichtungen wiederhergestellt werden, und es wird dadurch ein Gesamtkostenaufwand von 2400 *Mark* verursacht. Die Gesamtsumme, die für die Reparaturen aufzuwenden ist, beläuft sich demnach auf 5000 *M*. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten, sich mit der Ausführung der vom städtischen Hochbauamt in Vorschlag gebrachten Reparatur- und Erneuerungsarbeiten einverstanden zu erklären und die dafür notwendigen 5000 *M* zu Lasten des Kapitels I, Abteilung I, 1 des ordentlichen Etats zu verwilligen.

Der Bauausschuß, der die Sache geprüft hat und die Arbeiten für notwendig hält, beantragt, dem Ersuchen des Magistrats zu folgen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Vorlage an.

Vorsitzender: Herr Dr. Regensburger, der das Referat über Punkt 7 der Tagesordnung über die Staffellung der Preise für ausländische Lebensmittel übernommen hat, ist noch nicht anwesend. Er schreibt hier, daß er wegen unaufschiebbarer beruflicher Geschäfte wahrscheinlich erst später zur Stadtverordnetenversammlung kommen würde, und macht die Bemerkung, daß der Rechtsausschuß beschlossen hat, vorzuschlagen, die Behandlung dieser Sache noch zurückzustellen,

weil noch weitere Ermittlungen vom Rechtsausschuß für notwendig gehalten werden. — Ich bin der Ansicht, daß wir für heute damit diesen Punkt für erledigt halten können.

Stadtv. Marth: Ich halte es für notwendig, daß wir über diesen Punkt heute verhandeln, da es für die unteren Volkschichten dringend erwünscht ist, die Lebensmittelfrage, soweit eine Staffelfung der Preise in Betracht kommt, zu klären.

Die Versammlung erklärt sich in der Abstimmung für die Vertagung.

19. Umbau des Exerzierschuppens auf dem Kasernenhofe Korfesstraße zu Wohnzwecken.

Stadtv. Riefe I: Meine Damen und Herren! Sie wissen, unser größtes Schmerzenskind ist eben die Wohnungsnot. Trotzdem wir uns in der Wohnungsdeputation alle Mühe gegeben haben, darin Wandel zu schaffen, so mangelt es immer noch in großer Zahl an Wohnungen. Auf dem Hofe der Gnadtischen Stiftung sollen die vier Baracken aufgestellt werden, über die nachher verhandelt werden soll, und es bleibt noch der Exerzierschuppen übrig, der nun auch zu Wohnzwecken Verwendung finden soll. Der Magistrat hat die städtische Bauverwaltung ersucht, Ermittlungen darüber anzustellen und einen Kostenanschlag dafür anzufertigen. Danach ist es möglich, in diesem Gebäude 10 Wohnungen herzurichten, die aus Stube, Kammer und Küche bestehen. Die Einzelheiten darüber brauche ich wohl nicht mitzuteilen; die ausgestellte Zeichnung gibt im Grundriß an, wie die Sache aufgezo-gen werden soll. Der Preis für die Herstellung der Wohnungen ist auch der Bauverwaltung ein überaus hoher, so daß sie darauf hinweist, daß man 6000 *M* sparen könnte, wenn man auf die Anlage von Wasserzapfstellen mit Ausgußbecken, Gasleitung und Klosetts verzichtet. Da es sich aber hier nicht nur um Behelfsbauten, sondern um eine Wohngelegenheit für längere Zeit handelt, so ist es nicht angängig, diese Sachen wegzulassen. Der Kostenpunkt stellt sich deshalb auf 90 000 *M*. Wenn wir nun berechnen, was uns heute bei den teureren Material- und sonstigen Preisen eine Wohnung herzustellen kosten würde, so würden wahrscheinlich 9000 *M* für den Neubau einer Wohnung nicht ausreichen. Der Magistrat gibt anheim, sich mit dem Umbau des Exerzierschuppens zu 10 Familienwohnungen unter Aufwendung von 90 000 *M* einverstanden zu erklären. Der Bauausschuß hat die Angelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

20. Ankauf von 5 Baracken zu Wohnzwecken.

Stadtv. **Riefe 1:** Die städtische Bauverwaltung ist mit dem Militärbauamt Braunschweig in Beziehung getreten, um außer den schon angekauften Baracken noch weitere für die Stadt anzuschaffen. Es handelt sich diesmal um drei Baracken, die im Reservelazarett I in Holsts Garten stehen, und um zwei Baracken im Weißen Hof. Die ersteren sollen aufgestellt werden, um Flüchtlinge aufzunehmen, d. h. in erster Linie solche Flüchtlinge, die nach Braunschweig gehören, aber auch andere sollen nicht abgewiesen werden; praktischer wird es aber sein, wenn wir sie auf dem Lande unterbringen können. Die Baracken, die 27,66 Meter lang und 7 Meter breit sind, sollen derart instand gesetzt werden, daß je fünf Familien darin untergebracht werden können. Hier ist eine Skizze, aus der man ersehen kann, daß jede Wohnung aus einer Wohnküche und einer Kammer bestehen soll. Die Baracken sind schon im vorigen Jahre und vor 2 Jahren für die Winterberuhigung hergerichtet, und die städtische Bauverwaltung schätzt den Wert jeder Baracke auf 3000 *M.* Es scheint aber, daß sich jetzt noch andere Bewerber für die Baracken gefunden haben, wie es auch seinerzeit bei den Baracken in Helmstedt der Fall gewesen ist. So wird der Betrag von 3000 *M.* vielleicht nicht ausreichen, denn der Militärfiskus hat jetzt schon 3500 *M.* gefordert. Damit die Baracken uns nicht entgehen, hat sich das Stadtbauamt für verpflichtet gehalten, die Baracken mit Beschlag zu belegen. Es wird nötig sein, noch Schornsteine in den Baracken aufzuführen, und so gibt uns der Magistrat anheim, außer dem Ankaufspreis für die fünf Baracken auch noch die erforderlichen Mittel, nämlich 3000 *M.*, für die Einrichtung der drei Baracken in Holsts Garten für die Flüchtlingsfürsorge zu bewilligen.

Der Bauausschuß hat diese Angelegenheit geprüft und gibt anheim, die Genehmigung auszusprechen.

Der **Vorsigende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit den Magistratsanträgen an.

21. Aufstellung von 4 Baracken auf dem Kasernenhofe Korjesstraße.

Stadtv. **Reigner:** Den allgemeinen Ausführungen des Herrn **Riefe** über die Notwendigkeit von Maßnahmen für Wohnungsbeschaffung möchte ich mich anschließen. Zur weiteren Bekämpfung dieser Notlage ist es notwendig, die bereits angekauften vier Baracken zur Aufstellung zu bringen, und zwar sollen sie auf dem Hofe des Kasernengrundstückes auf der Korjesstraße ihren Platz finden. Der Plan dafür ist hier ausgestellt. Die Ausführung wird in etwas festerer Bauart, als sie

bisher auf dem Flugplatze üblich gewesen ist, erfolgen, weil damit zu rechnen ist, daß sich die Benutzung der Baracken auf mehrere Jahre erstrecken wird, denn in der nächsten Zeit werden bei den ungünstigen Verhältnissen Bauten sehr wenig hergestellt werden können. Die Baracken sollen mit trockenen Ton- oder Lehmsteinen, oder auch mit Ziegelsteinen ausgemauert, und eine Bretterverschalung angebracht werden. Die Innenwände sollen mit Gipsdielen hergestellt werden, und der Fußboden soll dadurch eine besondere Sicherung gegen Feuchtigkeit erhalten, daß er durch Bodasche isoliert wird. Auch die Decken sollen verschalt werden, damit es im Winter in den Wohnungen nicht zu kalt und im Sommer nicht zu heiß ist. An Kosten sind für Aufstellung und Ausbau der vier Baracken 195 000 M vom Hochbauamt veranschlagt. Durch diese Maßnahme würden für die Stadt $4 \times 8 = 32$ Wohnungen hergestellt werden. Zur Beseitigung der Wohnungsnot ist dies natürlich nicht ausreichend.

Der Bauausschuß hat sich mit der vorliegenden Frage beschäftigt, hat sie eingehend geprüft und empfiehlt Ihnen die Annahme des Magistratsantrages, der dahingeht, die Aufstellung der fertig zugeschnittenen Baracken auf dem Kasernenhofe an der Korfessstraße unter Aufwendung von 195 000 M zu genehmigen.

Der **Vorsitzende** nimmt an, daß die Versammlung mit der Aufstellung der Baracken und der Ausgabe dafür einverstanden ist.

22. Verkauf des aus der Schottelinastiftung stammenden Grundstückes Obergstraße 3.

Stadtv. **Miete I:** Der Stadtmagistrat schreibt in dieser Angelegenheit:

„Auf Grund letztwilliger Verfügung ist die Stadt Braunschweig Erbin der am 20. Mai dieses Jahres verstorbenen Witwe des Inspektors Schottelius, Anna, geborene Jürgens, geworden. Der Wert des Nachlasses beträgt etwa 500 000 M: nach Zahlung von Legaten in Höhe von etwa 85 000 M sollen die Einkünfte aus demselben zunächst zur Zahlung von Renten an bestimmte Personen, später in der Hauptsache als Beihilfen an bestehende oder künftige milde Stiftungen verwandt werden. Die Verwaltung des Nachlasses soll durch ein aus drei Personen bestehendes Kuratorium erfolgen, dessen Mitglieder vom Stadtmagistrat ernannt werden.

Zu dem Nachlaß gehört das Grundstück Obergstraße 3 in Größe von etwa 1391 Quadratmetern. Nach Schätzung des städtischen Hochbauamtes hat dasselbe einen Kaufwert von 66 300 M bzw. 79 500 M, je nachdem der zum Grundstück gehörige größere Garten als Hausgarten oder als Bauplatz bewertet wird. Da das Grundstück nach der von uns geteilten Ansicht des Kuratoriums für städtische Zwecke ungeeignet ist, so haben wir dasselbe zum Verkauf gestellt; von den zahlreichen

Reflektanten hat das Höchstgebot mit 96 000 *M* abgegeben der Fabrikant Hermann Balke jun. aus Wolfenbüttel. Da ein Grund, diesem das Grundstück zu verweigern, unseres Erachtens nicht vorlag, so haben wir mit demselben den anliegenden notariellen Kaufvertrag abgeschlossen. Wir richten an die Stadtverordneter das Ersuchen, den Verkauf des bezeichneten Grundstückes gutzuheißen und den vorgelegten Vertrag gefälligst zu genehmigen. — Einen Plan, aus welchem die Lage des Grundstückes und der Grundriß der in den beiden Hauptgeschossen des Hauses befindlichen Wohnungen zu ersehen sind, fügen wir zur gefälligen Kenntnisnahme bei.

In der Annahme, daß unser Antrag die dortige Zustimmung erfährt, machen wir gleichzeitig von folgendem Mitteilung:

In dem Obergeschoß befinden sich einige Möbel, welche so mit dem Hause verbunden sind, daß man Zweifel darüber hegen kann, ob sie als Mobiliar oder als Zubehör des Hauses anzusehen sind. Der von der Erblasserin für das Mobiliar eingesetzte Testamentvollstrecker ist bereit, auf Geltendmachung von Ansprüchen auf Fortnahme jener Möbel für den Fall zu verzichten, daß die Stadt eine Entschädigung von 750 *M* dafür zahlt. Da die Möbel nach dem Urteil des von uns zugezogenen Stadtbaurats Osterloh einen höheren Wert als 750 *M* besitzen, scheint es angezeigt, auf den angebotenen Vergleich einzugehen. Wir ersuchen, sich mit dem Abschluß dieses Vergleiches einverstanden zu erklären, sowie zuzustimmen, daß die fraglichen Möbel gegen Zahlung des Übernahmepreises an den Ersteher des Hauses weiterverkauft werden.“

Der notarielle Vertrag liegt der Vorlage bei, und ich habe ihm weiter nichts hinzuzufügen. Den Plan des Grundstückes habe ich ausgehängt. Ich kenne das Grundstück sehr genau, weil ich seit 15 bis 20 Jahren die Maurerarbeiten dort ausgeführt habe, kann deshalb aus eigener Anschauung sagen, daß die Stadt das Grundstück zu irgendwelchen Zwecken nicht gebrauchen könnte. Es müßten sonst erst ungeheuer kostspielige Umbauten und Reparaturen vorgenommen werden.

Der Bauauschuß hat die Anträge des Magistrats geprüft und gibt der Versammlung anheim, ihnen zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit den Magistratsanträgen an.

23. Ausbau eines Interessentenweges für die Feldmark Wilhelmitor.

Stadtv. **Loftmann**: Als seinerzeit der Flugplatz bei Broitzem vergrößert werden sollte, mußten Teilflächen von Interessentenwegen der Feldmarksgemeinde Wilhelmitor enteignet werden. Wegen Aufhebung dieser Wegstrecken war es eini-

gen Interessenten nicht möglich, zu ihren Grundstücken zu gelangen, und deshalb mußte die Stadt dafür sorgen, daß zu diesen Grundstücken hin wieder ein Weg gebaut wurde. Zu dem Zweck wurden am Flugplatz entlang einer ganzen Reihe von Anliegern Teilflächen enteignet — der Plan hängt dort aus. Bei der Verhandlung über die Zwangsenteignungen ist von den Vertretern der Parteien eine Verständigung dahin angebahnt, daß ein Tausch der beiderseitigen Flächen stattfinden möge dahin, daß der Feldmarksgemeinde die in die Fliegerstation entfallenden, für Anlage des neuen Weges nötigen Flächen zu Eigentum überwiesen werden als Entschädigung für die enteigneten alten Wegflächen. Dagegen hat die Stadt die Verpflichtung übernommen, den neuen Interessententweg auszubauen und für die Feldmarksgemeinde zu erhalten. Auf Anfordern ist die Feldmarksgemeinde gehalten, die Anlage eines Anschlußgleises auf dem neuen Wege unentgeltlich zu gestatten. Der Magistrat schreibt dazu: „Wir halten den Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung für zweckmäßig und ersuchen um entsprechende Ermächtigung, indem wir gleichzeitig bemerken, daß wir bei Gewinnung der Möglichkeit einer Anschlußgleislegung den späteren Aufschluß jener Gegend als Fabrikgelände usw. erleichtern können.“

Der Bauausschuß hat sich mit dieser Sache befaßt, ist mit der Vorlage des Magistrats einverstanden und empfiehlt der Versammlung die Annahme derselben.

Bürgermeister **Meyer**: Ich möchte nur einen Irrtum berichtigen, der dem Herrn Berichterstatter unterlaufen ist. Der neue Weg, der der Interessentschaft überwiesen wird, soll von der Stadt zwar ausgebaut, aber nicht unterhalten werden, die Unterhaltung liegt der Interessentschaft ob. Es handelt sich nur darum, daß die Stadt den Weg ausbaut und danach der Interessentschaft überweist.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit der Magistratsvorlage an.

24. Strompreise des Elektrizitätswerkes betreffend.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Vor etwa 3 Monaten, am 27. März, hat die Stadtverordnetenversammlung sich mit der Frage beschäftigt, ob dem Gesuche des Elektrizitätswerkes auf Erhöhung der Strompreise Rechnung zu tragen sei oder nicht. Man kam damals nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis, daß eine vorläufige Tarifierhöhung für das Elektrizitätswerk zugestanden werden solle. Der neue Tarif für die Elektrizitätsabgabe mit 70 Pfennig und 30 Pfennig solle vom 1. April ab auf vorläufig 3 Monate gelten. Innerhalb dieser 3 Monate entscheiden sich die städtischen Behörden über die Frage, ob ein gemischt-wirtschaftlicher Be-

trieb bezüglich des Gesamtunternehmens der Straßeneisenbahngesellschaft eingeführt werden solle, oder ob sie den Vertrag mit der Straßeneisenbahngesellschaft hinsichtlich des Lichtwerks endgültig aufgeben wollen. Nun sind diese drei Monate nahezu verstrichen; der 1. Juli steht unmittelbar vor der Tür, und es fragt sich, was nun geschehen soll. Wir waren damals zu der Überzeugung gekommen, daß eine Einigung durchaus zweckmäßig sei, daß es aber nicht zweckmäßig sei, nach der Verordnung vom 1. Februar 1919 eine schiedsgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Vor acht Tagen hat nun die Straßeneisenbahngesellschaft schriftlich bei uns angefragt, was nun geschehen solle. Sie hätte davon gehört, daß die schwebenden Verhandlungen, von denen eben die Rede gewesen ist, voraussichtlich bis zum 1. Juli dieses Jahres nicht zu Ende geführt sein würden. Die Angelegenheit sei heute vor vierzehn Tagen von der Tagesordnung abgesetzt, solle heute zur Beratung kommen, aber jedenfalls würde sie, wenn sie auch schon vor längerer Zeit den Stadtverordneten vom Magistrat vorgelegt sei, nicht zur Beratung kommen, da, wie der Straßeneisenbahngesellschaft bekannt geworden sei, die Vorberatung im Finanzausschuß aus bestimmten Gründen nicht habe stattfinden können. Aus dem Grunde schreibt das Elektrizitätswerk unter dem 21. Juni an den Stadtmagistrat:

„Die Verhandlungen mit der Stadt über Einführung eines gemischt-wirtschaftlichen Betriebes werden bis zum 30. dieses Monats nicht beendet werden können, nachdem der Antrag in der letzten Stadtverordnetenversammlung erst wieder einer Vertagung anheimgefallen ist.

Die wirtschaftliche Lage des Elektrizitätswerkes, welche wir in unserem Antrag vom 25. und vom 29. Januar d. J. eingehend dargelegt haben, hat sich weiter durch eine neuerliche, erhebliche Preissteigerung für Kohlen und durch erhöhte Ausgaben für Gehälter und Löhne (unter anderem durch die Kosten für Gewährung von Ferien an Angestellte und Arbeiter) verschlechtert.

Die uns mit Schreiben des Stadtmagistrats vom 10. Mai dieses Jahres gewährten Strompreise reichen bei Weitergeltung für den Rest des Jahres gerade aus, die Ausgaben für Betriebsstoffe, Gehälter und Löhne zu decken, unter der Voraussetzung, daß neue Preissteigerungen auf keinem Gebiet eintreten, und der Stromabsatz in der Höhe des Vorjahres erfolgen wird. Für die vertragsmäßige Abgabe an die Stadt und für die vertragsmäßigen Abschreibungen bleibt keine Deckung, geschweige denn für eine Verzinsung des Anlagekapitals.

Wir sind deshalb gezwungen, vom 1. April dieses Jahres ab eine angemessene Erhöhung der Strompreise und der Zählermiete auf Grund der Verordnung vom 1. Februar 1919 zu erbitten.

Mit Rücksicht auf die laufenden Vertragsverhandlungen sind wir bereit, auf eine Regelung der Preise aus der Verordnung vom 1. Februar dieses Jahres im Sinne unseres Schreibens vom 9. März dieses Jahres auf ein weiteres Vierteljahr, vom 1. Juli bis 30. September 1919, zu verzichten, wenn uns für diesen Zeitraum eine Erhöhung um 100 Prozent zugestanden wird. Auch diese Heraussetzung der Preise wird uns kaum in den Stand setzen, unsere sämtlichen gesetzlichen und vertraglichen Lasten aufzubringen."

Meine Herrschaften, Sie sehen, wie die Sache augenblicklich liegt. Es gibt nur zwei Wege: Entweder wir einigen uns mit dem Elektrizitätswerk, wie wir es damals getan haben, und zwar zweckmäßigerweise wieder vorläufig auf drei Monate, in der Hoffnung, daß in diesen drei Monaten eine Entscheidung über die Verhandlungen fällt, oder wir lehnen alles ab. Im letzteren Falle würde nach der Verordnung vom 1. Februar das Schiedsgericht zu entscheiden haben, und dann wird natürlich nicht eine Entscheidung für drei Monate, sondern eine dauernde Entscheidung gefällt. Mir will es zweckmäßiger erscheinen, daß wir eine Einigung mit dem Elektrizitätswerk herbeizuführen suchen. Die Sache ist heute morgen auch in der Magistratsitzung zur Sprache gebracht, und der Magistrat hat sich bereit erklärt, auf gütlichem Wege sich mit dem Elektrizitätswerk zu einigen.

Es ist eine Übersicht zusammengestellt, in welcher Weise die Strompreise in den verschiedenen Städten im Laufe der Jahre erhöht worden sind, und daraus ergibt sich in der Tat, daß Strompreise unter 100 Pfennig kaum noch in den Großstädten zu finden sind. Aus dem Grunde würde der Magistrat bereit sein, einer Strompreiserhöhung für drei Monate auf 90 Pfennig bzw. 40 Pfennig zuzustimmen, allerdings würde meiner Meinung nach daran die Bedingung zu knüpfen sein, daß alle sonstigen Abgaben, die jetzt noch auf der Rechnung des Elektrizitätswerkes erscheinen — es ist ja beinahe eine Apothekerrechnung geworden (Sehr richtig!) —, in Wegfall kommen. Die Aufführung der Warenumsatzsteuer, die Kohlensteuer usw. müssen wegfallen, wir müssen aus der Rechnung klar sehen, was der Strom kostet.

Ferner wurde vom Elektrizitätswerk gewünscht, daß auch die Zählermiete erhöht wird. Der Magistrat aber hält dies nicht für notwendig, denn die Zähler sind zumeist vor dem Kriege oder in den ersten Kriegsjahren eingebaut, also zu einem Zeitpunkt beschafft, als die Zähler billig zu haben waren; in den letzten zwei Jahren sind die Zähler allerdings ganz erheblich teurer geworden.

Der Magistrat hält es also für zweckmäßig, daß wir dem Elektrizitätswerk entgegenkommen, indem wir den Strompreis für Licht von 45 Pfennig (oder den augenblicklichen Preis von 70 Pfennig) auf 90 Pfennig erhöhen, und den Preis für Kraftstrom von 30 Pfennig auf 40 Pfennig, aber unter Wegfall der Berech-

nung aller übrigen Steuern und unter der Bedingung, daß die Zählermiete nur in der jetzt bestehenden Höhe weiter erhoben wird. Der Magistrat legt Wert darauf, Ihre Ansicht hierüber zu hören, vor allen Dingen darüber, ob Sie heute schon in der Lage sind, Stellung dazu zu nehmen.

Selbstverständlich konnte diese Angelegenheit nicht in einem Ausschusse vorberaten werden; über die Sache heute zu sprechen, ist aber dringend notwendig, damit die Stromentnehmer in ihrer Allgemeinheit heute schon darüber unterrichtet werden, daß eine weitere Strompreiserhöhung eintreten wird. Der Magistrat hielt es nicht für zweckmäßig, erst noch Wochen ins Land gehen zu lassen und dann plötzlich mit der Bestimmung herauszukommen: vom 1. Juli ab ist der Strompreis nachträglich erhöht. Aus dem Grunde bin ich vom Magistrat ermächtigt, heute Ihnen diese Angelegenheit vorzutragen, und ich bitte Sie, zu ihr Stellung zu nehmen.

Während der Rede des Herrn Stadtbaurat Gebensleben hat Herr Stadtv. **Riefe I** den Vorsitz übernehmen.

Stadtv. Dr. **Wolters**: Meiner Ansicht nach sind die Vorschläge des Magistrats annehmbar, nur wäre es noch erwünscht, daß nun der Herr Stadtbaurat über folgenden Punkt eine nähere Aufklärung gibt: Bei dem letzten Verlangen der Straßeneisenbahngesellschaft auf Erhöhung des Tarifes, dem wir nachgegeben haben, war der gewünschte Satz eingehend belegt durch Angabe der Materialpreise und der Löhne. Ist eine weitere Aufklärung der Straßeneisenbahngesellschaft gegeben darüber, ob und in welcher Weise seit der letzten Erhöhung wieder eine Erhöhung der Materialpreise und der Löhne stattgefunden hat. Mit anderen Worten: Ist das Verhältnis zwischen Produktionspreis und Abgabepreis durch Zahlen belegt? Das würde von entscheidender Bedeutung sein.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Es war selbstverständlich, daß diese Frage von mir sofort an Herrn Direktor Saalfeld gerichtet worden ist. Es müssen uns Zahlen gegeben werden, aus denen hervorgeht, daß eine Erhöhung der Preise notwendig ist. Darauf hat mir der Herr erklärt, daß er diese Zahlen leider nicht angeben könne, da die letzten Stromrechnungen ausgegeben seien für den Monat März, und für die Monate April bis Juni überhaupt noch keine Beträge einfaßiert seien, infolgedessen hat das Elektrizitätswerk noch keinen genauen Überblick über diese Sache. Ich möchte aber den Herren ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir schon im März, als uns die Belege vorgelegt wurden, überzeugt waren, daß eine Deckung durch die Strompreiserhöhung nicht erzielt würde. Es ist selbstverständlich an und für sich eine unerfreuliche Sache, daß wir nicht klare Zahlen

vor uns haben, sondern mehr nach unserem Empfinden urteilen müssen. Wenn wir aber zum Vergleich die Zahlen aus den Nachbarstädten uns ansehen, so müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß es nicht anders geht, als die Preiserhöhung zu bewilligen. In Hildesheim ist der Strompreis von 50 Pfennig auf 100 Pfennig erhöht, in Hannover ebenfalls auf 100 Pfennig, in Danzig auf 120 Pfennig, in Berlin-Lichtenberg auf 180 Pfennig, Köpenick auf 125 Pfennig, Breslau 100 Pfennig, Leipzig 134,4 usw. Die Forderung unseres Braunschweiger Werkes scheint hiernach nicht einmal hoch zu sein.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Meine Damen und Herren! Ich kann mich nicht entschließen, ohne weiteres diesem Antrage zuzustimmen; es sind doch die Grundlagen zu einem solchen Beschluß von der Gesellschaft nicht in ausreichendem Maße gegeben. Wenn auch an sich die Möglichkeit gegeben sein wird, daß seit unserer letzten Preiserhöhung eine Verteuerung der Stromherstellung eingetreten ist, so muß man bei einem solchen Eintreten doch prüfen können, ob dadurch eine Erhöhung des Abgabepreises gerechtfertigt ist. Es kommt hinzu, daß die rechtliche Grundlage für ein derartiges Verlangen überaus zweifelhaft ist. Wir haben seinerzeit schon darüber verhandelt, inwiefern diese Verordnung hier anwendbar sei, und haben nur deshalb den billigeren Vergleich gewählt, um jeder Weiterung für die Zukunft zu begegnen, einen Vergleich, der jeder Seite gerecht wird und jedem unliebsamem Zwischenfall begegnet. Ich bin auch jetzt durchaus bereit, der Straßeneisenbahngesellschaft zu geben, was angemessen ist, wenn sie uns die nötigen Grundlagen für unseren Beschluß verschafft; ohne solche aber ist das nicht möglich. Ich bitte, die Verhandlungen dahin zu führen, daß uns die nötigen Aufklärungen noch gegeben werden, heute aber von einer Entscheidung abzusehen. Es wird sich die Sache so ganz gut machen lassen. Wenn wir in der nächsten Stadtverordneten-sitzung hoffentlich endgültig die grundlegende Frage entscheiden, ob wir in einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb mit der gegenwärtigen Gesellschaft eintreten wollen und einen Teil der Aktien übernehmen, oder auf Übergabe des Werkes im Ganzen bestehen auf Grund des bestehenden Vertrages oder in anderer Rechtsform, dann kann die ganze Materie in eins behandelt werden, und solange wird sich die Gesellschaft gedulden können. Es ist der Gesellschaft bewusst, daß nicht über Nacht die Teuerung eingetreten ist, wir aber müssen Beweise für die Notwendigkeit der Preiserhöhung verlangen.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich freue mich, daß die Sache heute hier zur Sprache kommt. Ich hätte ja gern gesehen, daß sie einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen wäre, aber die Aussprache hier kann auch ganz lehrreich sein. Einer Er-

höhung des Strompreises so auf Knall und Fall kann ich nicht zustimmen, denn mir ist die ganze Sache noch zu unklar.

Sodann begrüße ich das Vorgehen des Magistratsvertreters, daß er die verschiedenen Zusätze zu den Rechnungen, die für die Kohlensteuer, für die Wert- und Umsatzsteuer, alle diese kleinen Mückenstiche, die in den Rechnungen enthalten sind, und viele Beschwerden hervorbringen, verschwinden lassen will. Es kommen fast täglich Leute zu mir und fragen: „Haben Sie denn in der Stadtverordnetenversammlung bewilligt, daß die vielen Zuschläge gemacht werden? Die Rechnungen lauten ja immer auf die Summe für den Stromverbrauch und dann für 4 Zuschläge!“ Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Ich will einen klaren Blick haben über das, was ich bezahlen muß. Nach diesen Rechnungen weiß aber kein Mensch, was er eigentlich für Strom bezahlt. Herr Stadtbaurat Gebensleben führte die Verhältnisse in den anderen Städten an. Ich weiß aber nicht, ob diese Städte ihre Kraft mit Braunkohlen erzeugen und wie teuer sie dieses Heizmaterial haben. Stellt es sich bei uns billiger oder dort? Es ist ziemliches Dunkel in dieser Frage. Deshalb möchte ich bitten, die Vorlage ruhig einer Kommission zur Prüfung zu überweisen; entweder der Rechtsausschuß oder der Finanzausschuß müssen sich vorher mit der Frage beschäftigen. Blind in die Erhöhung hineinzurennen und zu sagen: „Für das nächste Vierteljahr wollen wir freiwillig 90 Pfennig bezahlen“, dafür bin ich nicht zu haben.

Stadtbaurat Gebensleben: Gegen eine Vertagung der Entscheidung ist selbstverständlich nichts einzuwenden, und ich habe auch vorausgesehen, daß es heute dazu kommen würde. Nur ist, wie ich glaube, das eine klar: wir müssen unter allen Umständen verhüten, daß mit Ablauf dieses Monat das Schiedsgericht in Tätigkeit tritt. Wir wollen unter allen Umständen eine gütliche Einigung zu erzielen suchen und sind dann natürlich bereit — das möchte ich besonders betonen — die Strompreiserhöhung nachträglich vom 1. Juli ab zu gewähren, damit nicht für die Zwischenzeit ein Vakuum eintritt. Die bisherige Vereinbarung gilt nur bis zum 30. Juni und es fragt sich: Was geschieht nach diesem Termin? Man kann dann doch nicht zu einer Senkung des Preises auf den früheren Stand kommen; es muß ein Preis von 70 Pfennig oder ein höherer Preis gelten.

Stadtv. Mönneburg: Auf diesem zuletzt von Herrn Stadtbaurat Gebensleben erwähnten Punkt wollte ich aufmerksam machen. Wenn die Vereinbarung mit dem Elektrizitätswerk nicht zustande kommt, daß die Preisfestsetzung rückwirkend in Kraft treten soll, dann ist damit zu rechnen, daß das Schiedsgericht sofort angerufen wird, und nach den aus anderen Städten vorliegenden Zahlen ist zu be-

fürchten, daß wir schlechter dabei wegkommen werden, als wenn wir uns jetzt mit dem Elektrizitätswerk einigen. Jedenfalls begrüße ich es, daß der Magistrat in weiteren Verhandlungen darauf drängen will, daß die kleinen Nebensteuern verschwinden und in dem allgemeinen Preis für Stromentnahme mit aufgehen. Herrn Meyerhoff darf ich wohl darauf verweisen, daß Leipzig die Feuerung für das Elektrizitätswerk vor der Tür hat und doch einen verhältnismäßig hohen Preis zahlen muß. Die eine Preiserhöhung treibt die andere, und wohin die endlosen Preiserhöhungen, die nicht abreißen, noch führen sollen, davon kann ich mir kein Bild machen. Hoffentlich gelingt es bald, die Wasserkräfte für unsere Elektrizitätsversorgung mit nutzbar zu machen; allerdings ist auch das ein Plan, an dem schon seit langem beraten wird und der nicht weiterkommt. Wir sind von unserer Seite damit einverstanden, daß die Sache an einen Ausschuß überwiesen wird, und sind der Meinung, daß es zweckmäßig ist, sich schon jetzt mit dem Elektrizitätswerk dahin zu verständigen, daß die Preiserhöhung vom 1. Juli ab stattfinden soll.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich bin bereit, zuzustimmen, daß der jetzige Vertrag schlechtthin verlängert wird, habe auch nichts dagegen, unsere Bereitwilligkeit zu erklären, in weitere Vereinbarungen einzutreten, die rückwirkend sind vom 1. Juli ab. Ich möchte aber nicht ungesagt lassen, daß wir das Schiedsgericht nicht zu scheuen haben. Wenn die Gesellschaft ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen nicht erklärt und plötzlich das Schiedsgericht anruft, dann sind wir an die jetzige Erhöhung nicht gebunden, und die Straßenbahn wird die höheren Fahrpreise nicht mehr erheben dürfen, denn so hatten wir beschlossen. Das wird sich die Gesellschaft überlegen; eine Gefahr, daß eine Vereinbarung nicht zustande kommt, liegt also meiner Meinung nach nicht vor.

Vorsitzender Riefe 1: Es ist der Wunsch geäußert, die Sache dem Finanz- und Rechtsausschuß zu überweisen, einstweilen die jetzigen Preise beizubehalten, und nach den Beratungen durch den Ausschuß in Verhandlungen mit der Elektrizitätsgesellschaft über die Festsetzung höherer Preise einzutreten. Ich bitte die Herren, die so beschließen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

25. Antrag **Jahns** und Anfrage **Lehnert**, betreffend die unzureichende Ausgabe von Fahrscheineften.

Wortlaut des Antrages und der Anfrage s. S. 280.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Jedenfalls wird es Ihnen allen ebenso wie mir ergangen sein: Wenn man in der letzten Zeit

auf der Straßenbahn ein Fahrscheineheft haben wollte, so war keins zu erlangen. Ich habe verschiedentlich nachgefragt und mich überzeugt, daß bei den Schaffnern keine Fahrscheinehefte vorrätig waren. Von verschiedenen Seiten wurde mir meine Beobachtung bestätigt und dabei hervorgehoben, es geschehe das wohl deshalb, weil gerade die Masch im Gange wäre und dahin nur Einzelfahrtkarten ausgegeben werden sollten, denn der Verkehr nach der Masch hat kolossale Einnahmen gezeitigt. Wenn auf diese Weise bei jeder Fahrt auch nur ein paar Pfennig mehr aufgenommen werden, so bringt das doch im ganzen eine beträchtliche Mehreinnahme. Ich habe auch bei der Straßeneisenbahngesellschaft nach der Ausgabe von Fahrscheineheften angefragt und die Antwort erhalten, daß das Sache des Oberbuchhalters wäre, daß gewiß nicht genug Fahrscheinehefte gedruckt werden konnten usw. Meiner Meinung nach können derartige Schwierigkeiten nicht in Frage kommen, denn es hätte frühzeitig Vorsorge getroffen werden müssen, daß genügend Fahrscheinehefte auf Lager waren. Jede Hausfrau ist vorsorglich, daß die Gegenstände im Haushalt nicht ausgehen, und eine Straßeneisenbahngesellschaft als großes wirtschaftliches Unternehmen sollte erst recht für solche Sachen Vorsorge treffen. Das ist also kein Grund, der als stichhaltig angeführt werden kann. Es ist dieser Zustand auch für die Straßenbahn-schaffner sehr unangenehm. Dauernd werden sie auf Herausgabe von Fahrscheineheften angedrungen, und müssen eine Absage erteilen. Schließlich werden die Fahrgäste wie auch die Schaffner unhöflich, und alles das nur, weil sie keine Fahrscheinehefte haben. Ich habe meine Zustimmung zu den erhöhten Fahrpreisen der Straßeneisenbahn davon abhängig gemacht, daß die Fahrscheinehefte in zureichender Zahl zur Ausgabe gelangen. Es müssen solche Hefte in größerer Zahl den Schaffnern eingehändigt werden, damit nicht nur an die ersten 10—15 Fahrgäste davon verkauft werden kann, sondern auch die übrigen, die um 8 oder 9 Uhr fahren, noch Fahrscheinehefte bekommen können. Ich bitte dringend, daß der Magistrat ersucht wird, unverzüglich bei der Straßenbahngesellschaft vorstellig zu werden, daß dieser Übelstand abgestellt wird.

Stadtv. **Lehnert** (zur Begründung der Anfrage): Herr Zahns hat schon auf den Übelstand hingewiesen, der in meiner Anfrage berührt wird. Ich hatte anfangs die Meinung, daß nur auf der Linie 1 dieser Mangel an Fahrscheineheften herrschte, denn seit Pfingsten war auf dieser Linie von den Schaffnern keins zu erhalten. Aber ich bin studienhalber auch auf anderen Linien gefahren und habe die Schaffner nach Fahrscheineheften gefragt; es ist mir gesagt: „Hier ist nichts zu wollen! Wir bekommen selber keine. Es ist uns gesagt, die Direktion habe wegen Papiermangels keine Fahrscheinehefte anschaffen können.“ In derselben Voraussetzung wie Herr Zahns haben auch wir der Erhöhung des Fahrpreises zugestimmt und

gemeint, daß die Straßeneisenbahngesellschaft ein so ehrenhafter Kaufmann sein würde, daß sie den eingegangenen Vertrag halten würde. Wir ersehen aus dieser Angelegenheit, daß wir recht bitter getäuscht sind — ich will keinen größeren Ausdruck gebrauchen, aber getäuscht sind wir recht stark. Denken Sie daran, daß die Fahrscheine mit 10 Fahrten 1,50 *M* kosteten, und für 10 Fahrten auf Einzelscheine 2 *M* bezahlt werden müssen. Schon Herr Jahn hat angeführt, wie unangenehm die Auftritte wegen der mangelnden Hefte sind, und das kann besonders der ermessen, der in letzter Zeit häufiger mit der Straßenbahn gefahren ist. Daß da nicht mit Glacéhandschuhen zugefaßt wird, ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß ein Teil der Fahrgäste glaubt, daß eine böse Absicht bei den Schaffnern vorhanden ist, oder daß die Fahrgäste sich sagen: Für andere Stadtviertel sind Fahrscheine vorhanden, nur für das eure nicht. Ich habe einzelne der Fahrgäste darüber aufgeklärt, daß sie damit im Irrtum sind. Es liegt hier ein Prinzip der Straßenbahn zugrunde, indem sie überhaupt keine Fahrscheine ausgeben will, sondern recht gemächlich das Fahrscheintwesen beiseite schiebt, nur um den höheren Fahrpreis von 20 Pfennig zu erzielen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, sondern müssen Protest dagegen erheben. Ein solches Verhalten ist ein Ausbeuten der Fahrgäste, es ist wider den Vertrag, auf den sich die Gesellschaft eingelassen hat. Ich möchte bitten, gegen dieses vertragswidrige Verhalten der Direktion Stellung zu nehmen und zu verlangen, daß soviel Fahrscheine bei den Schaffnern vorhanden sind, daß jeder Fahrgast, der eins haben will, es auch erhalten kann. Kommt die Straßenbahn diesem Verlangen nicht nach, so werden wir ihrem Verhalten keinen Glauben und kein Vertrauen mehr entgegenbringen können, und bei ihren Forderungen dem dunklen Gedanken gegenüberstehen: Ihr seid keine ehrlichen Kaufleute; ihr wollt durch euer Geschäftsgebahren etwas hereinbringen, was euch nicht gebührt. Würden wir dagegen nicht protestieren, dann schädigen wir unsere Einwohner, und das will ich im Interesse der Allgemeinheit nicht mitmachen.

Stadt v. Rönneburg: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind in dieser Frage alle einig, und ich brauche deshalb nur wenig zu sagen. Auch wir haben unsere Zustimmung zu der letzten Erhöhung des Fahrgeldes abhängig gemacht von der Voraussetzung, daß die Straßeneisenbahngesellschaft ihrerseits den Vertrag loyal einhält. Von einem solchen Verhalten der Gesellschaft kann tatsächlich nicht gesprochen werden. Wie war es denn nach Erhöhung des Fahrpreises mit den Fahrscheinen? Zunächst wurden noch die alten Hefte zu 1,65 *M* ausgegeben und die neuen zu 2,85 *M* nur ganz kurze Zeit. Daraus geht hervor, daß die Gesellschaft von Anfang an nicht genügend Fahrscheine zur Verfügung gehalten hat. Auch ich habe feststellen können, daß die Schaffner vielleicht nur 10

Hefte morgens zum Verkauf bereit hatten. Das ist doch eine lächerlich kleine Zahl gegenüber den Anforderungen! Es ist also zweifellos der Vertrag nicht in der Weise innegehalten, wie wir es hätten erwarten dürfen. Wenn es der Straßeneisenbahngesellschaft nicht bald gelingt, diese vertragswidrigen Zustände zu beseitigen — der Papiermangel kann nicht so groß sein, daß es nicht möglich wäre —, dann werden wir bei künftigen Anträgen der Gesellschaft uns sehr wohl zu überlegen haben, was wir tun müssen, und werden Sicherungen in den Vertrag hineinbringen müssen, die uns gegen ein derartiges Verhalten der Straßeneisenbahngesellschaft schützen.

Stadtbaurat Gebensleben: Es ist selbstverständlich auch dem Magistrat bekannt geworden, daß dieser Mißstand besteht, und zwar nicht nur auf der Linie 1, sondern auf allen Linien, insbesondere auf der Linie 6, von der häufig als von einer bevorzugten die Rede ist. Nach meinen Beobachtungen gibt es seit acht bis zehn Tagen keine Fahrscheine mehr zu kaufen. Ich habe am vergangenen Sonnabend einen Schaffner danach gefragt, und er hat mir gesagt, daß seit acht Tagen der Mangel bestände. Ich bin deshalb bei der Straßeneisenbahndirektion vorstellig geworden, und es ist mir darauf geantwortet worden — erst heute mittag habe ich mit dem Direktor verhandelt —: die Hefte seien vor vielen Wochen bestellt und die Ablieferung so dringend wie möglich gemacht. Die Bestellung sei bei der größten Fahrscheindruckerei, bei Faßbender in Berlin erfolgt, aber es wäre dieser Fabrik nicht möglich, die Hefte anzufertigen und zur Ablieferung zu bringen. Ich habe dem Direktor erwidert, daß es mir eigenartig erschiene, daß die Fahrscheine fehlten, dagegen die einfachen Fahrkarten immer vorhanden sind, es erschiene zweckmäßig, daß das Umgekehrte der Fall wäre. Herr Direktor Lehrmann ist seit einiger Zeit auf Urlaub, ich habe deshalb nur mit Herrn Direktor Saalfeld verhandeln können, der über diese Angelegenheit anfangs nicht orientiert schien. Ich habe heute mittag dem Straßenbahndirektor erklärt, ich würde veranlassen, daß der Magistrat von seinem Widerrufsrecht bezüglich der Heraufsetzung der Fahrpreise Gebrauch machen würde, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen würde. Es würde dann sofort wieder der niedrigere Fahrpreis eingeführt und veranlaßt, daß überhaupt nur Fahrscheine für 15 Pfennig ausgegeben werden. (Bravo!) Ich kann erklären: Wenn die Fahrscheine nicht in aller Kürze beschafft sind, wird der Magistrat von diesem Widerrufsrecht tatsächlich Gebrauch machen. Es ist zweckmäßig, daß in zukünftigen Fällen genau so verfahren wird — das wird helfen.

Stadtv. Tostmann: Als seinerzeit die Erhöhung der Fahrpreise stattgefunden hatte, mußte sich die Straßeneisenbahngesellschaft wohl zu helfen, indem sie sagte: „Die neuen Fahrscheine sind noch nicht fertig, deshalb wollen wir vorläufig

die alten Hefte benutzen". Ich nehme an, daß die alten Hefte noch nicht völlig aufgebraucht sind, denn die neuen sind recht bald angekommen und ausgegeben. Es ist mir auch von einem Straßenbahnseiner, den ich danach gefragt habe, mitgeteilt: „Die alten Fahrscheinehefte sind noch nicht alle; wenn man nach dem Depot kommt, kann man sie haufenweise liegen sehen.“ (Hört, hört!) Es scheint also, als ob die Straßeneisenbahngesellschaft mit Nichtherausgabe der Fahrscheinehefte etwas herauschlagen will, noch dazu in der Zeit, als die Masch im Gange war und die Straßeneisenbahn sehr viel benutzt wurde. Deshalb begrüße ich, daß der Herr Stadtbaurat Gebensleben mit energischen Vorstellungen vorgegangen ist, und ich will wünschen, daß das eingeführt wird, was von Herrn Stadtbaurat angegeben worden ist, wenn die Straßeneisenbahngesellschaft nicht baldigst Abhilfe schafft. Man muß tatsächlich gegen eine solche Gesellschaft mißtrauisch sein, und so ist es mir recht, daß der neuerliche Antrag auf Erhöhung der Sätze für Stromabgabe zur genauen Prüfung der Angaben an die Kommission verwiesen ist.

Stadtv. **Lehnert:** Ich habe festgestellt, daß in der Woche, wo die Masch stattfand und von Pfingsten an so viele Straßenbahnwagen gefahren sind, wie sonst im ganzen Jahre nicht fahren. Nun kann ich nicht begreifen, wie die Gesellschaft, wenn sie gute Geschäfte macht, nicht ihrem Personal eine Erleichterung zu verschaffen versucht, indem sie genügende Fahrscheinehefte ausgibt, damit die Schaffner nicht fortwährend mit dem Geldwechseln zu tun haben. Der Andrang war in dieser Zeit gewaltig, und es war geradezu lebensgefährlich, noch in diese vollen Wagen zu springen. Ich habe deshalb die Elektrische in dieser Zeit nicht benutzt und bin lieber zu Fuß gegangen, um nicht Schaden am Körper zu nehmen. Lachen Sie nicht, meine Herren, wenn Sie ein paar Mal gefahren wären, oder es angesehen hätten, würde es Ihnen nicht lächerlich erscheinen. Fragen Sie Herrn Frede, er hat die Straßenbahn benutzt, als er zu einer Wohnungsbesichtigung sich begeben wollte, ist aus dem Wagen herausgegangen und hat gesagt: „Das ist ja lebensgefährlich, ich gehe lieber zu Fuß!“ Ich glaube, die Erklärung des Herrn Stadtbaurat Gebensleben wird bei der Gesellschaft ernüchternd wirken, und sie wird doch schließlich befürchten müssen, daß der Stadtmagistrat mit seiner Drohung Ernst macht.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es kann nur eine Meinung über diese Angelegenheit bei uns sein: daß das Verhalten der Straßenbahn nahezu gegen Treu und Glauben verstößt, und daß wir allen Anlaß haben, in Zukunft allen ihren Angaben vorsichtig gegenüberzustehen. Ich will mir nicht die Darstellung des Herrn Tostmann zu eigen machen, aber auch mir sind Äußerungen von Straßenbahnangestellten zu Ohren gekommen, daß ihnen nur zehn Fahrscheinehefte eingehändigt sind, und

von ihnen nicht mehr verkauft werden sollten. Es sind auch noch alte Fahrscheine vorhanden, die benutzt werden können, wenn der Druck von neuen nicht stattfinden kann. Man sieht, daß der Gesellschaft mit Vorsicht zu begegnen ist, und wir können es nur begrüßen, daß der Stadtmagistrat erklärt hat, in unserem Sinne zu wirken. Schade ist es nur, daß wir nicht wieder auf den 10-Pfennigtarif zurückkommen können.

Nachdem der **Vorsitzende** festgestellt hat, daß die Versammlung mit den Erklärungen des Stadtmagistrats einverstanden ist, wird der Antrag **Jahns** angenommen.

26. Anfrage **Engmann** über den Verkauf minderwertiger Wurstwaren zu hohen Preisen.

Wortlaut der Anfrage i. S. 280.

Stadtv. **Engmann** (zur Begründung): Verehrte Anwesende! Im großen und ganzen können wir wohl sagen, daß bis jetzt in unserer Stadt der Bevölkerung möglichst gute und einwandfreie Waren verabfolgt worden sind, und soweit der Magistrat in Frage kommt, hat er sich die redlichste Mühe gegeben, das zu erreichen. Ich möchte das besonders erwähnen und scheue mich nicht zu erklären, daß besonders der Ernährungsausschuß bemüht war, sein möglichstes zu tun, damit überall, wo er Einfluß hatte, nur gute Waren geliefert wurden. Was aber in dieser Woche auf Lebensmittelbücher verkauft werden mußte, diese Dosen Wurstwaren, das spottet jeder Beschreibung. Für ein ungeheures Geld mußte das Publikum diesen Schund kaufen, und es ist sehr begreiflich, daß die Einwohnerschaft über die Beschaffenheit dieser Waren sehr erregt ist. Schuld an diesem Verkauf hat nach meinem Dafürhalten der Magistrat insofern, als er diese Waren überhaupt in den Verkauf bringen konnte. Soviel ich weiß, ist diese Ware vorher chemisch untersucht, und ich stütze mich in dieser Hinsicht auf eine Äußerung des Herrn Stadtrat Wagner in einer Sitzung des Ernährungsausschusses. Dort erklärte Herr Stadtrat Wagner dem Sinne nach, daß er nichts dagegen habe, wenn Kaufleute oder Einkaufsvereinigungen im freien Handel Einkäufe machten, der Magistrat müsse aber besonderen Wert darauf legen, daß die Abgabe solcher Waren mit Genehmigung des Magistrats und durch Verwendung von Lebensmittelmarken an die Allgemeinheit erfolge, damit ein Hamstern der besser gestellten Einwohner vermieden würde. Der Gedankengang des Herrn Wagner, den er damit kundgab, war der, daß, wenn irgendein Geschäftsmann Beziehungen mit Fabrikanten anknüpfte, er seine Einkäufe dem Magistrat mitteilen soll. Dann würden die Sachen auf ihre Beschaffenheit hin untersucht, und falls sie für gut befunden wür-

den, der Allgemeinheit auf Grund der Lebensmittelbücher zugewandt. Darum verstehe ich nicht, wie der Magistrat durch Postkarten an Kaufleute bekanntgeben konnte: Diese Ware könnt ihr bekommen und verkaufen. Ich muß annehmen, daß er sie auch erst untersucht hat. Ich bitte um Mitteilung, wie es möglich war, diese Waren in den Handel zu bringen. Wenn wir dieses Vorkommnis bei der Bevölkerung wieder gutmachen wollten, müßte die liefernde Firma gezwungen werden, alle die Waren, die noch nicht angebrochen sind, ohne weiteres zurückzunehmen. Wer hat denn diese Waren gekauft? Nicht die oberen Tausend oder Zehntausend, sondern die Arbeiter, die kleinen Beamten und Handwerker des Mittelstandes haben für das Sündengeld diese Waren kaufen müssen, und können sie nun in Wirklichkeit nicht genießen. Ich möchte den Magistrat bitten, uns Auskunft zu erteilen.

Stadtrat Wagner: Meine verehrten Herrschaften! Angriffe in Poesie und Prosa haben sich wegen dieses Dosenverkaufs auf den Magistrat gerichtet. Im Volksfreund wurde gesagt, Würstmütterchen hätten sich in diesem Falle als Stiefmütterchen erwiesen, mit leichten Minenwerfern und schweren Geschützen ist man vorgegangen und hat die verkauften Waren als Büchsen der Pandora bezeichnet. Ich fühle mich durch diese Angriffe fast erschlagen, muß aber dazu sagen, daß ich leider nicht in jeder Büchse stecken kann. Der Kauf der Büchsen geschah bekanntlich in geschlossenem Zustand auf Grund von Probedosen, die der Leiter unserer Lebensmittelstelle geöffnet und auch mir vorgeführt hat. Ich habe auch von dem Inhalt der Dosen geschmeckt; es waren zwei Sachen: Gulasch und Rindersülze, und beide waren gut im Geschmack, während die Leberwurst bei mir Bedenken erregte. Nicht daß sie schlecht geschmeckt hätte oder sonst äußerlich nicht gut gewesen wäre, sondern die Zusammensetzung schien so, daß ich gleich zu Herrn Brner gesagt habe, er möchte darauf hinwirken, daß die Firma Gebrüder Koch, die das Geschäft im Interesse der Braunschweiger Bevölkerung machen und 100 000 Dosen ankaufen wollte, diese Ware nicht mitnehmen möge. Aber wie es bei derartigen Abschlüssen zu gehen pflegt, so hieß es auch hier: Wenn Ihr diese Ware nicht mitnehmt, könnt ihr das ganze nicht bekommen und die Sendung geht nach einer anderen Stadt. Da hat man zugefaßt und gedacht, auch diese Ware werde wohl mit abgesetzt werden.

Nun ist die Schuld an dem Verkauf dieser Waren dem Magistrat zur Last gelegt, und ich muß zugeben, daß er durch die Bekanntmachung, daß die Abgabe auf eine Nummer der Lebensmittelbücher stattfinden solle, eine gewisse Verantwortung für die Beschaffenheit der Waren übernommen hat. Wir haben das getan im Interesse unseres hiesigen Großhandels, und zwar auf Grund folgender Entwicklungsgeschichte. Es wurde vor einiger Zeit im Landesernährungsamt die Mit-

teilung gemacht, daß zu sehr hohem Preise — das Pfund zu 8,90 M — Rindfleisch in Büchsen ohne Preisangabe und Inhaltsbezeichnung in einem hiesigen soliden Kleinhandelsgeschäfte verkauft würden, und angefragt, ob wir davon wüßten, daß der Verkauf zu diesem unerhörten Preise stattfinde. Ich habe mich sofort nach dem Tatbestand erkundigt und erfuhr, daß die Angaben zuträfen. Die Ware war bezogen durch die Niedersächsische Einkaufszentrale, die mir durch Vorzeigung des Originalangebots nachwies, daß die Ware als verkehrts- und markenfrei aus Heeresbeständen überwiesen und ihr zur Verfügung gestellt worden war. Diese Angabe war allerdings unzutreffend, denn Fleischwaren sind nicht marken- und verkehrtsfrei und konnten nicht zu einem Zeitpunkt, wo wir nicht in einer einzigen Woche genug Schlachtvieh zusammenbringen konnten, beliebig im freien Verkehr erscheinen, so daß derjenige, der genügend Geld zur Verfügung hatte, unbeschränkt davon erwerben konnte. Um Unwillen, der durch diese Ungleichheit hervorgerufen wird, zu verhüten, sind wir gegen diese Sache eingeschritten, und die Folge davon war, daß der Kaufmann sich darauf berief, der Allgemeine Konsumverein habe dasselbe getan, Börner & Co. auch. Und wirklich war es auch so; es handelte sich auch da um sogenannte marken- und verkehrtsfreie Waren aus Heeresbeständen. Nun entstand die Frage: „Sollten wir dagegen einschreiten?“ Dann erklären die Kaufleute: „Wir wollen uns nicht der Bestrafung und Beschlagnahme aussetzen“, und dann gehen die Waren nach anderen Städten, wo man nicht so gewissenhaft ist, und die Waren glatt abgesetzt werden. Darauf habe ich im Einvernehmen mit dem Magistrat in der Sitzung des Ernährungsausschusses erklärt: Uns liegt nicht daran, außerhalb der öffentlichen Regelung liegende Waren von der Stadt Braunschweig abzudrängen, und wir wollen dem freien Handel sehr gern die Möglichkeit gewähren, solche Waren in Zukunft hereinzuschaffen, aber das muß auf sein Risiko geschehen, die Stadt selbst will nicht dazwischen geraten; sie hat mit diesen Geschäften recht trübe Erfahrungen gemacht, Prozesse durchmachen und Verluste erleiden müssen. Wenn der Großhandel es fertig brächte, Waren zu nicht zu übermäßigen Preisen hier in den Verkehr zu bringen, würden wir damit einverstanden sein. Zu solchen Preisen, wie wir sie bisher bei den städtischen Fleischkonserven gekauft haben, ist aber auf diesem Wege nichts zu bekommen; darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben. Es müssen derartige Preise angelegt werden, wie sie bei dem bemängelten Verkauf dieser Dosen sich ergeben haben. Ich selbst habe mir den Ankauf dieser Dosen nicht geleistet, nicht deshalb, weil ich sie nicht für gut hielt, sondern weil mir die Ausgabe dafür zu hoch war. Daraus aber, daß selbst kleine Leute den Preis für die zuletzt zum Verkauf gestellten Wurstwaren angelegt haben, kann man erkennen, daß der Preis doch nicht so übermäßig gewesen ist. Es liegen mir die Rechnungen und die Frachtbriele von der Firma

Gebr. Koch vor, sodann die Kalkulation, die von dem Leiter der Lebensmittelstelle nachgeprüft und mir zur Genehmigung vorgelegt ist. Der Aufschlag, den die Firma für Frachtauslagen, Kollgeld usw. genommen hat, ist keineswegs zu groß, und der Aufschlag für den Kleinhandelspreis beträgt 10 Prozent. Gegen die Preisbemessung ist also nichts zu sagen.

Nun soll die Beschaffenheit der Ware nach Zeitungsnotizen zum großen Teil sehr wenig schön gewesen sein. Ob das der Fall ist oder nicht, kann ich nicht beurteilen; ich nehme an, daß das, was in den Zeitungen darüber gesagt wird, wahr ist. Es kann aber nicht überall so gewesen sein, denn es ist mir von der Firma Gebr. Koch mitgeteilt, daß bei ihr verschiedene Firmen Nachbestellungen gemacht haben. Bei einigen Geschäften muß also bessere Ware vorhanden gewesen sein. Es kann sein, daß es sich um Sammelposten handelt, bei denen Waren verschiedener Qualität zusammenkommen. Die Dosen haben nicht die vorgeschriebene Angabe des Herstellers und des Inhalts, sind überhaupt nicht etikettiert, so daß man nicht weiß, welches der Herstellungsort ist. Es entwickeln sich da in der Öffentlichkeit in solchen Fällen die merkwürdigsten Gerüchte, und so ist mir mitgeteilt, es seien Unruhen zu befürchten, wenn nicht eine Aufklärung darüber erschiene, daß die Dosen nicht aus Hamburg stammten, denn es gehe das Gespräch herum, daß die Waren mit Zusätzen von Ratten- und Mäusefleisch hergestellt seien. Solche Gerüchte treffen nicht zu; die Waren stammen nicht aus Hamburg, sondern aus einer westfälischen Fabrik und sind von einer westfälischen Bahnstation nach hier gekommen. In der Beziehung also kann die Bevölkerung beruhigt sein.

Nun fragt es sich: Wie soll der Magistrat in Zukunft vorgehen? Soll er beide Augen zudrücken und für den Fall, daß der Großhandel derartige Waren hereinbringt, ihn schalten und walten lassen? Soll sich der Magistrat gar nicht darum kümmern, welche Preise gefordert werden, was für Ware es ist, ob der Absatz in einer Weise stattfindet, daß nur der wohlhabende Mann sich solche Waren anschaffen kann? Oder soll das Verfahren, das wir bei diesem Versuche ins Auge genommen haben, beibehalten werden, indem wir sagen: Gegen die Einfuhr haben wir nichts einzuwenden, aber die Verteilung müssen wir in der Hand behalten. Zuerst gibt es nur auf Lebensmittelmärkten etwas von diesen Waren, und der Rest, der dann nicht verkauft ist, kann frei weggegeben werden. Auf diese Weise wird niemand geschädigt. Wir haben das Verfahren in guter Absicht mit Zustimmung des Ernährungsausschusses angewandt, um zu vermeiden, daß der eine, der die Mittel dazu hat, viel kaufen kann, und der andere hinterherfieht. Würde es der Wunsch der Stadtverordneten sein, daß sich der Magistrat überhaupt nicht um solche Sachen kümmert, dann könnten wir nur erötent sein darüber, daß wir die Unannehmlichkeit los sind, wegen Beschränkung der freien Handelsgeschäfte in der Stadt angegriffen zu werden.

Was die von der Bevölkerung erworbenen ungenießbaren Waren aus diesen Käufen anbetrifft, so hat die Firma Gebr. Koch schon selber an die Zeitungen die Nachricht gehen lassen, daß sie jede Dose, die nicht den Beifall der Käufer gefunden hat, zurücknehme; sie wird die Waren vermutlich wieder nach auswärts los werden. Wer also Grund zur Beanstandung der Ware hat, wird von der Möglichkeit, sie wieder zurückzugeben, Gebrauch machen können. Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß niemand diese Ware kaufen mußte; es lag natürlich im freien Willen jedes einzelnen, ob er die Ware kaufen wollte oder nicht.

Stadtv. Stegmann: In Rücksicht auf unseren früher gefaßten löblichen Beschluß, unsere Verhandlungen nicht über 8 Uhr auszudehnen, hätte ich gern gesehen, daß wir nunmehr mit der Sitzung Schluß machen würden. Angesichts dieser delikaten Sache aber, die viel böses Blut erregt hat und hier verhandelt werden muß, ist es aber doch nötig, noch heute in eine Besprechung einzutreten, was ich hiermit beantrage. Ich möchte aber gleichzeitig die nachfolgenden Redner bitten, in Rücksicht darauf, daß noch eine Anzahl von Punkten in der vertraulichen Sitzung zu erledigen sind, in ihren Ausführungen nicht zu weit auszuholen.

Die Versammlung beschließt, in die sofortige Besprechung der Anfrage einzutreten.

Stadtv. Meyerhoff: Ich freue mich, daß vom Magistrat dafür gesorgt werden soll, daß für Waren, die sonst nicht für jeden zugänglich waren, die Möglichkeit des allgemeinen Erwerbs geschaffen werden soll. Aus der Annonce der Gebrüder Koch habe ich ersehen, daß die Firma bereit ist, die schlechten Waren zurückzunehmen. Aber die Sache hat doch noch einen Haken. Ich denke daran, daß jemand ein paar Dosen von diesen Wurstwaren erworben hat, der sie für den Fall der Not hinstellen will, trotzdem er sie augenblicklich nicht groß nötig hat. Jetzt heißt es: Beweise uns, daß die Ware schlecht ist, dann erstatten wir dir das Geld zurück. Nun ist ein solcher Käufer nicht in der Lage, die Dosen eben zu öffnen, denn sonst würde der Inhalt verderben. Leider ist Herr Munte nicht hier, der sich viel mit Fleischkonserven befaßt hat, sonst würde er mir bestätigen können: Was einmal einwandfrei eingekocht ist, bleibt einwandfrei, wenn es nicht mißbräuchlich behandelt wird. Und diese Käufer werden selbstverständlich ihre Dosen so pfeleglich behandeln, wie es ihnen nur möglich ist. Nun meine ich, daß der hinkende Bote hinterher kommt, da ein späterer Umtausch der Dosen nicht gestattet ist. Warum macht man nicht bekannt: Wir sind bereit, den Umtausch auch noch später vorzunehmen? Das würde zur Beruhigung des Publikums ganz besonders beitragen. So aber ist jeder gezwungen, die Dosen zu öffnen, eine Reserve aber kann er sich damit nicht beschaffen.

Stadtv. Lofmann: Die Zeitungsnotiz, die man in diesen Tagen über die schlechte Beschaffenheit der hier gelieferten Leberwurst und Sülze und über die Fabriken, die in Hamburg die sogenannte Mäuse-, Ratten- und Kaldaunen-sülze zum Verkauf gebracht hatten, lesen konnte, veranlaßte meine Person und Herrn Stadtrat W e s e m e i e r, bei der Großfirma, die diese Wurstwaren hier in den Handel gebracht hat, vorstellig zu werden und nachzuforschen, woher diese stammt. Wir haben uns davon überzeugt, daß sie nicht aus Hamburg herrührt, sondern wie schon Herr Stadtrat Wagner ganz richtig sagte, in einer westfälischen Fabrik hergestellt ist. Wir haben uns an Hand der Faktura davon überzeugt, und können es hier bestätigen. Der Großhändler hat uns auch Proben gezeigt und mehrere Büchsen aufgemacht, und danach muß ich konstatieren, daß die Leberwurst nicht schlechter ist, als die Wurst, die uns bei unseren Schlächtern serviert wird. Ob unter der Sendung noch eine schlechtere Sorte sich befindet, kann ich nicht sagen, denn sämtliche Büchsen konnte er uns nicht öffnen. Auch Büchsen mit Sülze hat er uns aufgemacht, und wir haben auch eine Kostprobe davon genommen. Vorher aber mußte der Großhändler eine Kostprobe nehmen, weil wir doch wegen der Hamburger Notiz etwas mißtrauisch waren. Ich muß sagen, daß gegen den Geschmack der Sülze und gegen ihre Beschaffenheit nichts einzuwenden war.

Ich komme nun auf den Preis der Ware zu sprechen. Es ist richtig, daß die angebotene Wurst sehr hoch im Preise ist. Nun haben wir uns danach erkundigt, was der Großhändler selbst für die Ware gegeben hat. Laut der Belege hat er pro Dose Wurst 5,80 *M* anlegen müssen. Dabei übernimmt er die Garantie für die schlechten Dosen, schafft die Waren zum Kleinhändler und bekommt von ihm 6,50 Mark, während der Kleinhändler 7,15 *M* für die Dose nimmt, also einen Aufschlag von 65 Pfennig. Dieser Satz von 10 Prozent scheint mir in diesem Falle allerdings ziemlich hoch, da die Ware an und für sich teuer ist, der Kleinhändler bei ihrem Verkauf keinen Verlust erleidet, auch kein Auswiegen der Wurst statt findet. Er kann in einer Stunde 100 Dosen verkaufen und hat damit seine 65 *M* verdient. Wenn dem Kleinhändler eine Erhöhung des Preises um 3 Prozent zugestanden wäre, dann wäre das bei diesem risikolosen Geschäft genug gewesen. Für 65 Pfennig erhielt man früher ein ganzes Pfund Fleisch, und bei diesem Preise mußte der Schlachter noch seine Existenz herausholen; das gibt man heute allein als Verdienst! Ich weiß nicht, wer diesen Aufschlag festgesetzt hat; ob es das hiesige Ernährungsamt gewesen ist, kann ich nicht sagen. Dieser Stelle, die auf solche Waren noch einen solchen Aufschlag als zulässig erklärt, muß man den größten Vorwurf machen.

Stadtv. Lehnert: Herr Stadtrat W a g n e r sagt, er hätte es sich nicht gestatten können, seinen Bedarf bei diesen Dosen einzudecken. Mir scheint es so, als ob er

schon an der Probe genug gehabt hat und deshalb nichts mehr davon haben wollte. Meine persönliche Meinung ist, daß die Fabrik, die diese Waren hergestellt hat, nicht in Westfalen zu suchen ist; es gibt auch in der Umgegend von Braunschweig solche Fabriken. Wir hatten Gelegenheit, unseren Bedarf auf solche Weise einzudecken, aber auf die Vorstellung des Herrn Oberbürgermeister, der uns vor dem Bezuge warnte, mit dem wir uns mit der ganzen Bevölkerung Braunschweigs in Gegensatz setzen würden, ist das unterblieben, und ich war erfreut, daß der Magistrat erklärte: Wir wollen unserer Bevölkerung nur einwandfreie Waren liefern.

Herr Stadtrat Wagner hat erklärt, daß seinerzeit der Konsumverein einen Teil Waren erhalten habe, dessen Absatz nachher verboten wurde. Das waren aber einwandfreie Waren, und sie waren nur halb so teuer wie diese hier. Wir hätten noch 15 000 Dosen davon bekommen können, aber auf Einwendung des Herrn Stadtrat Wagner mußte der Konsumverein davonbleiben, und so sind diese 15 000 Dosen einwandfreier Waren nach Hannover gegangen. Dort war der Magistrat nicht so skeptisch, stellte sich auf den Standpunkt der Bibel und ließ die linke Hand nicht wissen, was die rechte tat. Wenn jeder Stadtmagistrat das getan hätte, dann hätte er sich damit den Dank der Bevölkerung erworben. (Zuruf des Stadtrats Wagner: Das wollten wir ja gerade auch tun.) Diese Waren will ich Ihnen zum Einkaufspreis schenken, davon will ich keine haben.

Stadtrat Wagner: Es wurde der Zuschlag von 10 Prozent auf die Ware bemängelt. Ich darf dazu erwähnen, daß das frühere Reichsernährungsamt denselben Standpunkt vertreten hat, wie er bei Festsetzung dieses Aufschlages angenommen ist, und daß auch das Reichsernährungsministerium jetzt bestimmt hat, daß der Kleinhandel im allgemeinen einen Aufschlag bis zu 25 vom Hundert nehmen darf. Wie der Kleinhandel mit einem Aufschlag von 3 Prozent auskommen soll, wenn er die Geschäftskosten davon mit decken soll, das ist mir schleierhaft. Ich glaube, daß wir in der Behandlung dieser Frage kaum einen Fehler begangen haben, wenn wir dem Kleinhandel auf Vorschlag der Lebensmittellstelle mit Rücksicht auf die beim Verkauf von geschlossenen Dosen einfache Geschäftshandhabung einen Aufschlag zugewiesen haben, der weit unter dem normalen Satz geblieben ist.

Wenn Herr Lehnert behauptet, es schiene so, als ob ich von der Probe schon genug gehabt und deshalb von den Dosen nichts gekauft hätte, so möchte ich für meine Person Anspruch darauf erheben, daß das, was ich sage, als wahr angenommen wird. Ich habe erklärt, daß die Proben, die ich genommen habe — von der Sülze wie von dem anderen, ob es Gulasch war, weiß ich nicht mehr —, im Geschmack einwandfrei gewesen sind, und daß ich die Leberwurst nicht probiert habe, und ich möchte doch nicht gern, daß hier der Anschein erweckt wird, als sage ich das

Gegenteil von dem, was ich aus innerster Überzeugung meine. Ich habe vielleicht in mancher Beziehung dadurch vorbeigehauen, daß ich zu offen gewesen bin mit der Äußerung dessen, was meine Ansicht ist, das Gegenteil kann aber niemand behaupten.

Sodann ist behauptet worden, ich hätte dem Allgemeinen Konsumverein verboten, Waren, die er hier hätte absetzen können, zu verkaufen, und daraufhin wären sie nach Hannover gegangen. Diese Darstellung ist durchaus unrichtig. Ich habe in dieser Beziehung zu Herrn Blumeier gesagt, daß diese Sachen unter gewissen Vorschriften über den Ursprung und die Bezeichnung der Ware ständen, und es wäre besser gewesen, er hätte sich wegen des Vertriebes erst mit uns in Verbindung gesetzt, sonst würde es dahin kommen, daß auch andere sich auf diesen Vorgang berufen. Darauf hat er mir geantwortet: „Das habe ich nicht gewußt, und nun will ich lieber das, was wir noch abzunehmen haben, nicht hierherkommen lassen.“ Daraufhin hat ein anderer Konsumverein in Hannover die Ware genommen. Man hätte darüber reden können, ob es nicht ebenso hätte gemacht werden können, wie mit der Ware, die die Firma Gebrüder Koch hierhergebracht hat, indem auf Lebensmittelfarten und unter städtischer Kontrolle die Waren vertrieben worden wären. Wenn dann die Waren billiger und besser gewesen wären, als diese letzten, dann wäre der Magistrat nur erfreut darüber gewesen.

Eins muß allgemein zugegeben werden: Wenn Probedosen geöffnet werden, diese sich als einwandfrei herausstellen, und nachher die Lieferung nicht so ausfällt, wie zu erwarten war, so kann der Großhändler nicht verantwortlich gemacht werden. So etwas kann bei der größten Vorsicht vorkommen. Verdorbene Ware — wie bombierte Dosen — ist natürlich nicht darunter gewesen, sondern der Geschmack der Ware und die Zusammensetzung des Inhalts haben den Leuten nicht gefallen; unter anderem sollen Knorpel zwischen der Wurst gewesen sein. Das ist eine mangelhafte Ware, die keine 7,15 *M* wert ist, und es ist durchaus gerechtfertigt, wenn man fordert, daß der Kaufmann sie wieder zurücknehmen muß, der Zustand der Waren kann aber erst festgestellt werden, wenn die Dosen geöffnet sind. Man kann aber nicht für mehrere Monate das unbeschränkte Recht der Zurücknahme verlangen. Wer jetzt durch die Zeitungsnotiz aufmerksam gemacht ist, muß Vorsicht walten lassen, die Dosen aufmachen und sie gegebenenfalls zurückbringen, sonst muß er sie demnächst behalten.

Stadtv. Marjchner: Ohne Zweifel entsteht bei vielen Käufern der Gedanke, daß die Lieferung mit den Hamburger Vorgängen in Verbindung steht. Auf jeden Fall hat in der Zeitung gestanden, daß die Dosen von Hamburg hierher gekommen sind, die Bevölkerung glaubt das, und das ist schlimm. Die Bevölkerung muß be-

ruhigt werden, indem einwandfrei festgestellt wird, daß diese Dosen nicht dorthier stammen. Dann wird sich auch die Erregung etwas legen.

Stadtrat Wagner: Das ist von mir ja schon erklärt, daß die Dosen nicht aus Hamburg, sondern aus Westfalen stammen, und Herr Tostmann hat es bestätigt.

Stadtv. Niese II: Herr Stadtrat Wagner hat geäußert, daß er sich schon ha'lt tot fühle von den Angriffen, die in verschiedenen Zeitungen auf ihn losgelassen sind. Ich habe nicht die Absicht, den letzten Rest Lebens in ihm zu töten, möchte kein Menschenleben auf dem Gewissen haben, aber ungeteilten Beifall kann ich den Maßnahmen, wie sie bisher getroffen waren, nicht spenden. Ich will von vornherein zugeben, daß für die Qualität dieser zuletzt vertriebenen Waren weder der Stadtmagistrat noch der Groß-, noch die Kleinhändler verantwortlich gemacht werden können, sondern nur diese gewissenlosen Subjekte, die sich nicht schämen, aus der Not des Volkes jetzt noch Profit herauszuholen. Das sind die Schuldigen an diesem ganzen Vorgange, nicht aber der freie Handel, und ich bedaure, daß keiner in Deutschland den Mut hat, gegen diese Subjekte so vorzugehen, wie es sich gehört. Kürzlich hat man im Landtage über das Ungeziefer geredet; ich hätte den dringenden Wunsch, daß auch gegen dieses Ungeziefer im deutschen Volke ein Wort geredet wäre. Es scheint so, als scheue man sich, diese Eiterbeule in unserem Volke aufzuschneiden, weil sie sich als zu groß erweisen wird. Wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, was die Zeitungen darüber schreiben, dann ist es wirklich schlimm. Hier habe ich ein Angebot aus Berlin-Steglitz: „Hiermit erlaube ich mir, Ihnen ein Sonderangebot zu machen: Gulasch 6,40 M., Blutwurst 4,70 M.“ Es scheint mir, als ob eine ungeheure Menge von diesen Fleischwaren konserviert und der Bevölkerung zu unheimlichen Preisen zugeführt wird. Ich möchte nur wissen, woher das Material dazu kommt! Sonderbar ist es, daß sich keine Behörde findet, die hier zugreift. Aber da werden zu den 32 000 Kriegssparagrafen noch 32 000 Revolutionsparagrafen hinzugefügt; und dazu gehörte die Inschrift: So ist das Volk betrogen! Es ist außerordentlich traurig, daß gegen diese gewissenlose Ausbeutung des Volkes nicht vorgegangen wird. Zugeben muß ich ja, daß es jetzt sehr schwierig sein wird. Hätte man aber bei Einführung der Kriegsverordnungen im Jahre 1915 jeden Schleichhändler so behandelt, wie es sich gehört, dann ständen wir heute zehnmal gesünder da. (Sehr richtig!) Dann hätte aber die frühere Regierung gegen ihre eigene Klasse den Strafrichter loslassen müssen, und das ging nicht. So hat sich in neuester Zeit auch die ärmere Bevölkerung dazu bequemen müssen, unreele Wege zu gehen. Die Urheber davon sind aber diejenigen, die Kriegsgewinne machen wollten und gemacht haben.

Nun fragt Herr Stadtrat Wagner: Was soll der Magistrat tun? Soll er beide Augen zudrücken, wenn es sich darum handelt, noch nicht freigegebene Sachen nach Braunschweig heranzubringen? Dazu möchte ich sagen: Der Magistrat hat nicht nur beide Augen zugedrückt, sondern auch noch ein dickes Tuch darüber gebunden. Als Beweis für die Richtigkeit meiner Meinung möchte ich folgendes anführen: Vor 4 bis 6 Wochen stand in den Anzeigen und in den übrigen Zeitungen die Verordnung des Ernährungskommissariats, nach der die Fettsachen einzig und allein der Reichsstelle überwiesen werden sollten, aber in der Folge konnte man in allen Schaufenstern die Anzeige stehen sehen: „Fettseifen mit 72 Prozent Fettgehalt“. Der Magistrat scheint nichts davon zu wissen; ich weiß nicht, ob er beide Augen offen hält, oder ob er blind geworden ist. Es wäre ja auch eine Schöppensiederei, wenn man die guten Fettseifen vertreiben und die entsetzlichen R.-A.-Seifen wieder zurückrufen wollte, denn Seife ist ebenso zur Gesundheit nötig, wie das Fett zur Ernährung, noch dazu in der jetzigen Zeit, wo die schrecklichen Hautkrankheiten grassieren. Aber das Vorhandensein dieses ungesetlichen Verkaufs ist ein Beweis dafür, daß der Magistrat beide Augen zugedrückt hat. Die ganzen Kriegsverordnungen können nicht aufrechterhalten werden, und es wird ratsam sein, in Zukunft die Zügel recht locker zu lassen, weil das ganze System, das in den Kriegsjahren mit Druck und allen möglichen Mitteln aufrechtgehalten wurde, im Zusammenbrechen ist, genau so, wie die Front zusammengebrochen ist.

Über diese letzten Wurstwaren herrscht in ganz Braunschweig eine ganz gehörige Empörung. Auch ich habe die Ware probiert und muß gestehen, daß die Qualität der zwei Proben, die ich wahllos entnommen habe, nicht derart ist, daß sie eine solche Kritik verdient hätte, wie sie angewandt ist. Ein großer Teil der Ware ist aber zweifellos in übler Beschaffenheit, und in Zusammenhang mit den Hamburger Vorkommnissen trägt dieser Umstand viel dazu bei, daß Unruhe über diese Belieferung in Braunschweig entstanden ist. Die Firma Koch wird auch imstande sein, die Waren anstandslos an den Lieferanten zurückzugeben, zu welchem Preis ist allerdings noch fraglich. Jedenfalls würde es im öffentlichen Interesse liegen, wenn die ganzen Dosen, soweit sie noch geschlossen sind — mit offenen kann die Firma natürlich nichts anfangen —, auf Verlangen der Käufer von der Firma Koch zurückgenommen werden. Wie der Preis der Ware zustande gekommen ist, das ist mir allerdings ein Rätsel, denn es ist dieselbe Qualität, wozu man früher „Kinderwurst“ sagte, die das Pfund 20 Pfennig kostete. Verdorben ist die Ware nicht, aber es ist auch nicht gute Leberwurst der Art, wie man es früher in Braunschweig unter diesem Ausdruck verstanden hat. Ich möchte dem Magistrat empfehlen, in Zukunft mit allen übrigen Waren ruhig so zu verfahren, wie er es mit der Seife gemacht hat, dann werden wir vielleicht einwandfreie Waren ange-

boten erhalten. Hier habe ich z. B. ein Angebot über 32 000 Fässer Schmalz, 100 Prozent fetthaltig, das Kilo zu 2 holländischen Gulden, die augenblicklich zu 5,50 Mark stehen. Wir hoffen doch, daß im nächsten Jahr der Gulden niedriger stehen wird, und dann würde ich empfehlen, beide Augen zuzumachen, dann wird es möglich sein, nach Braunschweig genügende und gute Lebensmittel hineinzubringen.

Stadtv. Lönneburg: Ich möchte Schluß der Debatte beantragen. Die nötigen Aufklärungen in dieser Sache sind gegeben, und auch die Worte des Herrn Riefe werden nicht ungehört verhallen. Eine weitere Besprechung wird aber Neues sicherlich nicht mehr bringen können. Im übrigen hat sich das Haus schon merklich geleert, so daß es kaum noch beschlußfähig sein wird. Ich bitte, die Sitzung zu schließen und die noch zurückstehenden Sachen das nächste Mal zu verhandeln.

Der Vorsitzende Riefe I schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8½ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. Juli 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Neuregelung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte	347
2. Neuregelung der Besoldungs- und Dienstverhältnisse der städtischen Aushilfsbeamten	351
3. Erhöhung der Gemeindegroßsteuer und der Gemeindegewerbesteuer	361
4. Stellungnahme zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter	380
5. Antrag des Erwerbslosenausschusses, betreffend die Gewährung von Mietzuschüssen.	382
6. Zuschuß aus der Zübelstiftung an die historische Kommission für Niedersachsen	383
7. Einrichtung elektrischer Beleuchtung in verschiedenen städtischen Schulgebäuden	384
8. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule	386
9. Gewährung von Mietzuschüssen für Kriegerhinterbliebene	387
10. Erhöhung des Zuschusses für den Verein Volkslesehalle	388
11. Änderung des Taubenstatuts	390
12. Bewilligung von Kosten für verursachte Beschädigungen in den als Warmhallen benutzten Räumen der städtischen Gewerbeschule	390
13. Erhöhung des Gaspreises	391
14. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Wassermessern	394
15. Zuschuß an den Ausschuß für die Kriegsgefangenenheimkehr	395
16. Gewährung von Teuerungszulagen an die Lehrkräfte der katholischen Schule	396

	Seite
17. Gewährung von Teuerungszulagen an einen Schuldiener der katholischen Schule	398
18. Zuschuß für die Volkshilbungskurse	398
19. Einrichtung von Unterstellräumen für Kraftwagen im Feuerlöschgebäude . .	399
20. Unterbringung einer Kinderpeiseanstalt im städtischen Hause Wilhelmstraße 21	400
21. Beteiligung der Stadt an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten	401
22. Verlegung des öffentlichen Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge aus der Schule Wilhelmstraße nach der früheren Schule Leopoldstraße . . .	402
23. Neuverpachtung des Stadtparkrestaurants	409
24. Erhöhung der Preise für Stromabgabe durch das Elektrizitätswerk.	412

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Küermann**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Ginert**, **Regensburger**, **Wolters**.

Vorsitzender **Rietz II**: Ich eröffne die Sitzung und habe zunächst mitzuteilen, daß eine Eingabe von den **Anwohnern des Hafenvinkels** eingegangen ist. Sie verfügen weder über Gas- noch elektrische Beleuchtung und wünschen insbesondere Weiterführung des elektrischen Stromnetzes bis zu ihren Wohnungen.

Des weiteren bitten die **Anlieger der Langen Straße** um Unterstützung bei Anlage eines Anschlusses an das elektrische Kabelnetz. — Ich überweise die beiden Sachen an den Magistrat.

Der Gasuhrennachfüller **Otto Jörn**, der wegen eines Unfalles vor Jahren den städtischen Dienst verlassen mußte, wünscht Wiedereinstellung beim Gaswerk. — Auch diese Angelegenheit überweise ich dem Magistrat.

In einer Eingabe von der hiesigen **Ortsgruppe der Reichsschulgemeinschaft für Handel und Gewerbe** wird mitgeteilt, daß die im großen Saale des Sächsischen Hofes versammelten selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibenden eine Entschliebung angenommen haben, in der sie vom Braunschweigischen Landtag die Aufhebung der Gewerbesteuer fordern, weil sie eine zu Unrecht auferlegte Sondersteuer sei. Insbesondere sprechen sie sich aus gegen die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer. Diese Entschliebung wird auch dem Stadtverordnetenkollegium zur Kenntnismahme unterbreitet. Vielleicht kann bei dem diesbezüglichen Punkt der Tagesordnung darauf Bezug genommen werden.

Eine *Anfrage* ist eingegangen von Herrn *Salomon*: „Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft zu geben über die unerhört hohen Preise des ausländischen Gefrierfleisches, durch die die Schleichhandels- und Wucherpreise noch überboten werden?“

Fräulein *Oben* hat folgenden *Antrag* gestellt: „Der Magistrat wird gebeten, sich schleunigst mit dem Landesernährungsamt in Verbindung zu setzen, um eine Herabsetzung der Obst- und Gemüsepreise zu erzielen.“

Eine *Anfrage* von Herrn *Rokahr* lautet folgendermaßen: „Hat der Magistrat die Erlaubnis zum Wiederaufbau der ausgebrannten Gebäude Autorstraße 3 (Dentler) gegeben und gedenkt er, deren Verwendung zur Aufnahme der leicht brennbaren Filme zuzulassen?“

Sodann eine *Anfrage* von Herrn *Marth*: „Kann der Magistrat Auskunft geben, ob den Haushaltungen Einmachezucker zur Verfügung steht, und ob der im Frühjahr zu wenig gelieferte Zucker nachgeliefert wird?“

Eine *Anfrage* mit dem gleichen Inhalt ist von Fräulein *Oben* eingebracht: „Der Stadtmagistrat wird gebeten, Auskunft zu geben, in welcher Höhe und wann an die hiesige Einwohnerschaft Einmachezucker geliefert werden kann?“

Herr *Genzen* hat folgende *Anfrage* eingebracht: „Vor einigen Monaten hat die Stadtverordnetenversammlung der Errichtung eines Rechtsfriedensamtes zugestimmt. Will der Magistrat Auskunft geben, wann dasselbe in Tätigkeit tritt?“

Schließlich sind noch zwei *Anträge* von Herrn *Salomon* eingebracht, die sich auf die Gehaltsregelung der Hilfsbeamten beziehen. Wir können sie zur Verlesung und Beratung bringen, wenn dieser Punkt zur Verhandlung steht.

Außerdem ist die Abschrift eines Schreibens eingegangen, das der *Natder Volksbeauftragten* an die kaufmännischen Verbände gesandt hat, und in dem er mitteilt, daß keine gesetzliche Handhabe besteht, unter Einschränkung der grundsätzlich geltenden Gewerbefreiheit den *6-Uhr-Ladenschluß* zu verfügen. In bezug auf die dem Rat der Volksbeauftragten in Übereinstimmung mit dem Ersuchen der Stadtverordneten empfohlene Hinwirkung auf eine reichsgesetzliche Regelung der Schlußzeit der Läden und Kontore wird bemerkt: „Ob weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu tun sind, muß der Erwägung des Rates der Volksbeauftragten (Arbeit) vorbehalten bleiben.“

Stadtv. Stegmann: Im Hinblick auf unsere heutige reichhaltige Tagesordnung — sie enthält nicht weniger als 31 Punkte — möchte ich mir die Anfrage an den Herrn Vorsitzenden erlauben, ob man beabsichtigt, die Stadtverordnetensitzungen in diesem Jahre während des ganzen Sommers stattfinden zu lassen, oder

ob wir auch in diesem Jahre für eine gewisse Zeit Schluß mit unseren Sitzungen machen werden. Früher war es der ausdrückliche Wunsch der Versammlung, daß zu Beginn der Schulferien auch die regelmäßigen Sitzungen der Stadtverordneten aufhörten. Wir haben jetzt schon den 10. Juli, und es scheint so, als ob die Sitzungen durch das ganze Jahr durchgehen sollen. Im Hinblick darauf, daß eine große Anzahl der Kollegen Beamte sind, die ihre Ferien ausnützen wollen, und daß auch die Arbeiter ihre Ferienzeit gern mit ihren Kindern zusammen verbringen möchten, spreche ich den Wunsch aus, daß wir heute mit den Sitzungen für einige Zeit Schluß machen, und bitte den Magistrat, diejenigen Punkte anzugeben, deren Erledigung bis nach den Ferien zurückbleiben kann.

Im übrigen möchte ich bitten, in der heutigen Sitzung die Redelust etwas einzuschränken, damit wir möglichst alle Punkte erledigen können. Meine Fraktion ist sich dahin schlüssig geworden, heute nur bei wichtigsten Punkten und nur da, wo es unumgänglich nötig ist, ihrer Stellungnahme durch kurze Erklärungen Ausdruck zu geben, daß sie im übrigen aber die Redelust sich verkneifen will. Ich bitte die Angehörigen der anderen Fraktionen, dasselbe zu tun, und glaube, daß wir dann heute mit dem vorliegenden Stoff fertig werden und in die Ferien gehen können.

Vorsitzender: Ich habe mit verschiedenen der Herren über die Frage verhandelt, ob auch die Stadtverordnetensitzungen während der Ferien unterbleiben könnten. Es hängt das letztere aber nicht von meinem Willen ab, sondern von der Geschäftslage. Es kann die Rücksichtnahme auf die Wünsche der einzelnen Mitglieder der Versammlung nicht so weit gehen, daß es deswegen unmöglich wird, über wichtige und notwendige Punkte zu verhandeln. An mir liegt es sicherlich nicht, wenn in früheren Sitzungen nicht alle Punkte verhandelt werden konnten. Wenn aber die Versammlung dem von Herrn Stegmann vorgetragenen Wunsche der Kürze in den Ausführungen Rechnung trägt, dann wird es möglich sein, die Tagesordnung bis auf einen kleinen Rest zu erledigen, und dann dürfte es so weit sein, mit dem Magistrat zu vereinbaren, daß eine Pause in den Sitzungen bis Ende August eintritt. Ob dem Wunsche Rechnung getragen werden kann, wird sich danach richten, wie die geehrten Anwesenden sich in der Länge ihrer heutigen Ausführungen verhalten. Wenn aber die Geschäftslage es erfordert, müßten auch in der kommenden Zeit Sitzungen abgehalten werden.

Die Verhandlungen über Punkt 1 der aufgestellten Tagesordnung: „Stellungnahme über die Mitbeteiligung der Stadt an dem Gesamtunternehmen der Straßeneisenbahngesellschaft“ fällt heute aus, weil noch besondere Verhandlungen geführt werden sollen.

1. Neuregelung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Lehrkräfte.

Stadtth. **Blumeier:** Meine Damen und Herren! Ich glaube, es erübrigt sich für mich, heute als Referent auf die Einzelheiten der Magistratsvorlage über die Teuerungszulage an die festbesoldeten Beamten und Lehrer näher einzugehen, da sie der Versammlung durch das jedem einzelnen zugegangene Schreiben des Magistrats bekannt sind und wir in der vorvorigen Sitzung schon beschlossen haben, daß nach den vorgesehenen Sätzen und Bestimmungen der Magistratsvorlage die Teuerungszulage an die Beamten und Lehrer zum 1. Juli berechnet und ausbezahlt werden sollte. Es kann sich heute nur darum handeln, ob nach der einen oder anderen Richtung hin eine Änderung dieser Sätze und der Bestimmungen der Magistratsvorlage vorgenommen werden soll. Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und ist zu dem Beschluß gekommen, zu empfehlen, keine Änderungen eintreten zu lassen, sondern es bei der Magistratsvorlage bewenden zu lassen. Es kam in der Vorberatung zur Sprache, daß einmal durch die traurige Finanzlage der Stadt mit den finanziellen Mitteln recht haushälterisch umgegangen werden müsse, und daß zum zweiten bei einer eventuellen Erhöhung der Sätze Unstimmigkeiten zwischen Staat und Stadt herbeigeführt würden, die gewissermaßen ein Wettrennen zur Folge hätten, was unter allen Umständen vermieden werden müsse. Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, daß durch die Beihilfe von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, die das Reich, die Staaten und die Kommunen zu gleichen Teilen tragen müssen, eine Verbilligung der Lebensmittel Platz greifen werde und dadurch eine wesentliche Verbesserung des Haushaltsetats der einzelnen Familien auch der Beamten herbeigeführt werde. Im Namen des Finanzausschusses bitte ich also, es bei dem Antrag des Magistrats zu belassen und im übrigen zur Tagesordnung überzugehen.

Vorsitzender: Es sind zwei Anträge zu diesem Punkt eingegangen:

„Die Versammlung wolle beschließen, mit Rücksicht darauf, daß die mittleren und unteren städtischen Beamten durch den Ausfall des Wohnungsgeldes schlechter stehen als die Reichs- und Staatsbeamten, die Teuerungszulage zu erhöhen

bei einem Gehalt bis 2400 M auf monatlich 200 M,

bei einem Gehalt bis 5500 M auf monatlich 200 M.“

Unterzeichnet ist dieser Antrag: Reißner, Salomon, Oden, Göke, Frede, Jahnz.

Ein weiterer Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Teuerungszulage der Beamten der II. Gruppe (Gehalt von 1800 bis 4800 M) mit 200 M festzusetzen.“ Dieser Antrag ist unterzeichnet: Meyerhoff, Marschner, Währendorf, Jahnz, Göke.

Während der erste Antrag für beide unteren Gruppen Erhöhung der Teuerungszulage auf 200 *M* vorsieht, will der andere sie nur für die zweite Gruppe auf diese Summe festgesetzt wissen.

Stadtv. **Reißner**: Meine Damen und Herren! Vor etwa vier Wochen hatte ich im Finanzausschuß den Antrag gestellt, die Teuerungszulage für die städtischen Beamten der Magistratsvorlage gegenüber zu erhöhen, und zwar besonders mit Rücksicht darauf, daß die Einkommenverhältnisse der städtischen Beamten gegenüber denen der Reichs- und Staatsbeamten dadurch bedeutend geringer sind, daß den städtischen Beamten kein Wohnungsgeldzuschuß gewährt wird. Ich habe festgestellt, daß z. B. die Assistenten der Post in ihrem Gehalt einschließlich des Wohnungsgeldes auf 4120 *M* kommen, wohingegen die Stadtassistenten nur bis 3400 Mark steigen. Das macht ein Weniger von 720 *M* im Jahre aus. Die Gemeindebeamten in ihrer Allgemeinheit wünschen schon seit Jahren unbedingte Gleichstellung mit den Reichs- und Staatsbeamten, und ich glaube, Sie alle werden mit mir der Meinung sein, daß gerade die Gemeindebeamten in den letzten Kriegsjahren sehr viel geleistet haben, wenigstens in ihren Leistungen nicht minder viel, als die Reichs- und Staatsbeamten. Deshalb wird diese Forderung von den meisten Seiten als eine gerechte unbedingt anerkannt werden müssen. Da nun aber eine Besoldungsregelung aus anderen Gründen noch einige Zeit hinausgeschoben werden muß — auch hier sollen Reich und Staat zusammen vorgehen —, bitten wir, einen Ausgleich insofern zu schaffen, als für die unteren und mittleren Gemeindebeamten die Teuerungszulage um ein Mäßiges erhöht wird, und zwar schlagen wir den Satz vor: bis 2400 *M* monatlich 200 *M* Teuerungszulage und bis 5500 *M* gleichfalls 200 *M*. Ich bitte besonders die Herrschaften auf der linken Seite des Hauses, auch einmal ein Herz zu haben für ihre Parteigenossen im Beamtenstand. (Ruf: Der Appell ist überflüssig!) Dazu werden Sie Gelegenheit haben, wenn Sie unserem Antrag zustimmen.

Stadtv. **Marth**: Den eingebrachten Antrag kann ich nur unterstützen. Wenn wir uns heute die wirtschaftliche Lage der Beamten und Arbeiter ansehen, so müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß die Gehälter und Teuerungszulagen, die besonders den unteren Beamten und Arbeitern zustehen, nicht mehr ausreichen, um bei den enorm teuren Lebensmittelpreisen die notwendigen Ausgaben decken zu können. Sie werden aus den vielen Unruhen den Beweis entnehmen, daß überall gedrückt wird, um die Gehälter und Löhne höher zu gestalten, weil auch die Lebensmittelpreise sich täglich höher stellen, anstatt daß sie abgebaut werden. Ich bitte auch die Kollegen von meiner Fraktion, für diesen Antrag zu stimmen, denn den Beamten ist die Bewilligung von 200 *M* sehr notwendig, und ich möchte noch

bemerken, daß nicht die Beamten daran schuld sind, daß sie zu dieser Zeit noch um eine Erhöhung der Teuerungszulagen einkommen müssen, denn tatsächlich sind Reich, Staat und Stadt zu spät mit den Ausgleichen für die Teuerung auf den Plan getreten. Als die Teuerung eingesezt hat, haben die Beamten ihre Ersparnisse aufzehren müssen, und erst dann ist man ihnen mit Teuerungsbeihilfen beigeprungen.

Stadtv. **Jahns:** Es ist nicht zu verkennen, daß es richtig ist, was Herr Reihner anführte, daß die Reichs- und Staatsbeamten sich bedeutend besser stehen als die Magistratsbeamten. Leider sind aber auch die braunschweigischen Staatsbeamten immer den preußischen gegenüber zurückgesetzt. Es wird den Herrschaften bekannt sein, daß in der letzten Tagung des Landtages, in der die Besoldung der Beamten zur Sprache kam, die braunschweigischen mittleren Beamten wieder bedeutend schlechter abgeschnitten haben, als die preußischen. Während man die braunschweigischen Unterbeamten mit den preußischen auf gleichen Fuß setzte, wurde für die mittleren Beamten ausgeführt, man müßte nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage handeln. Wenn so für die braunschweigischen mittleren Staatsbeamten niedrigere Gehaltsklassen bestehen, so wäre es dringend notwendig, daß bei der nächsten Gehaltsordnung das ausreichend berücksichtigt würde. Da nun die Magistratsbeamten sich noch wesentlich schlechter stehen, weil sie keinen Wohnungsgeldzuschuß erhalten, so möchte ich den Antrag entschieden unterstützen, damit ein Ausgleich zwischen den mittleren Magistratsbeamten und Staatsbeamten geschaffen wird und beide in ihren Bezügen möglichst gleichgestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß — wie jetzt feststeht — im Reich demnächst wieder eine Teuerungszulage, die Entschuldungszulage, gezahlt werden wird. Die Bahnbeamten haben erklärt, daß sie mit der bisherigen Teuerungszulage nicht auskommen können — dann ist es zu verstehen, daß auch die Magistratsbeamten mit ihrem minderen Gehalt nicht auskommen können. Ich möchte bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. **Frede:** In der Kommission sind Stimmen laut geworden, die vor einem ständigen Aufschnellen der Löhne und Gehälter warnten, und es ist möglich, daß auch hier in der Vollversammlung eine solche Meinung vertreten ist. Es würde aber ein Irrtum sein, wenn man das Streben, die Teuerungszulage auf den im Antrage genannten Betrag festzusetzen, gleichstellen wollte mit einem wiederholten Aufschnellen der Gehälter. Die Gehälter, die in der Vorlage aufgeführt sind, sind Friedensgehälter, die heute noch in Kraft sind. Zu diesen vor dem Kriege gezahlten Gehältern sollen die Teuerungszulagen für diese schlimme Zeit treten. Wenn man sagen wollte, daß man jetzt die Teuerungszulagen kurz

halten, beschneiden, jedenfalls nicht so bemessen müsse, wie es die Beamten für nötig halten, so ist das nicht in der Ordnung. Man kann nicht sagen: „Die Arbeiter werden darauf Bezug nehmen und auch wieder mit ihren Löhnen höher gehen wollen“, sondern — und darauf habe ich schon in der Kommission hingewiesen — die Beamten haben ein Recht darauf, auf die Arbeiter hinzuweisen, die schon verschiedentlich einen Ausgleich erzielt haben. Uns in den Gehaltsbezügen gleichzustellen mit den wiederholten Aufbesserungen der Arbeiter in ihren Löhnen, das liegt uns fern.

Ich will keine Vergleiche mit anderen Beamten ziehen, das ist von dem Herrn Vorredner schon geschehen. Ich möchte aber hinweisen auf die Preise der wesentlichen Bedürfnisse, die für jeden bestehen, nämlich die der Lebensmittel. Es ist vorhin erwähnt, es solle versucht werden, die Preise der Lebensmittel abzubauen aber bisher haben wir nichts davon gemerkt, jedenfalls in den letzten Wochen nichts verwirklicht gesehen von der schönen Kunde, die uns schon seit Wochen in den Ohren klingt: daß uns eine bedeutende Minderausgabe bei dem Bezuge des ausländischen Fleisches erwachsen würde. Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß im Durchschnitt die Lebensmittelpreise das Dreifache der früheren betragen. Denken Sie ferner an Kleidung und Schuhwerk! Schuhwerk kostet 600 Prozent von dem früheren Preise, und ein Anzug, der früher 60 M gekostet hat, muß heute mit 600 M und ein solcher, der früher 70 oder 80 M kostete, ebenfalls mit dem Zehnfachen bezahlt worden. Also der Preis der Kleidung ist auf 1000 Prozent von früher gestiegen. Demgegenüber wird vorgeschlagen eine Teuerungszulage von 180 M für die Gruppe, die bis zu 1800 M besoldet ist, also die Teuerungszulage würde 100 Prozent des Gehaltes ausmachen, bei weiter nach unten zu stehenden Gehältern würde es allerdings mehr bringen. Bei der zweiten Gruppe (1800—4800 M) würden bei den unteren Stufen annähernd 100 Prozent Teuerungszulage herauskommen, weiter nach oben aber bei weitem weniger, bei der höchsten Stufe rund 40 Prozent. Gegenüber einer Verteuerung der hauptsächlichsten Lebensbedürfnisse um 300, 600 und 1000 Prozent muß die Teuerungszulage, die vorgeschlagen wird, entschieden als ungenügend angesehen werden. Ich möchte an das Gerechtigkeitsgefühl der Versammlung appellieren und bitten, dem Antrage Reißner zuzustimmen, der für die beiden unteren Stufen je 200 M Teuerungszulage vorsieht. Sollte das nicht angenommen werden, dann bitte ich, wenigstens den Antrag Meyerhoff anzunehmen, der für die zweite Gruppe, die wesentlich aus der ersten Gruppe hervorgeht und in den Jahren sich befindet, wo Familie vorhanden ist, eine Teuerungszulage vorsieht, die etwas gehoben ist.

Bei der Abstimmung erhält der Vorschlag des Finanzausschusses die Mehrheit, der Antrag Reißner wird angenommen.

2. Neuregelung der Besoldungs- und Dienstverhältnisse der städtischen Aushilfsbeamten.

Stadtv. **Blumeier**: Auch bei diesem Punkte der Tagesordnung glaube ich nicht nötig zu haben, auf die Einzelheiten der Magistratsvorlage in einem längeren Bericht einzugehen. Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, daß die Beihilfen für die Kinder die gleichen sein sollen, wie bei den festbesoldeten Beamten, also 40 M im Monat.

Es liegt in dieser Beziehung auch ein Antrag des Herrn Salomon vor, dem der Finanzausschuß beigetreten ist. In diesem Antrage heißt es: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu bewirken, daß den verheirateten Hilfsbeamten die gleichen Kinderzulagen wie den festangestellten Beamten gezahlt werden mit der Maßgabe, daß bei Familien mit Kindern die Zulage für die Ehefrau in Fortfall kommt.“

Ein zweiter Antrag des Herrn Salomon: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß bei Festlegung der Gehälter der Aushilfsbeamten sowohl die Abteilungsleiter, als auch die Mitglieder des Ausschusses der Hilfsbeamten gutachtlich gehört werden“, soll eine Erledigung gefunden haben, indem der Magistrat diese Herrschaften angehört hat.

Ich bitte, dem Antrage des Finanzausschusses auf Annahme der Magistratsvorlage mit der erwähnten Änderung beizustimmen.

Vorsitzender: Zu diesem Punkt der Tagesordnung hat Herr Salomon folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Gehälter für die Aushilfsbeamten und Aushilfsbeamtinnen beim Stadtmagistrat in der Form der angefügten Aufstellung festzusetzen.“

In dieser Aufstellung sind die Gehälter nach dem Lebensalter festgesetzt. Im allgemeinen würden die höchsten Gehälter dem entsprechen, was der Magistrat im Finanzausschuß gesagt hat: daß in den Stellen, wo die Aushilfsbeamten eine selbständige Tätigkeit verrichten, ein Gehalt von 350 M in Anrechnung gebracht werden soll. Ob es im übrigen möglich ist, nach diesen Jahreshöhen zu verfahren, darüber wird der Magistrat sich äußern, aber im allgemeinen würden die Wünsche des Antrages sich mit den Beschlüssen des Finanzausschusses decken.

Stadtv. **Rönneburg** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Salomon, der eine ganz bestimmte Skala anführt, vollständig zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, da es nur dann möglich sein wird, sich darüber auszusprechen.

Vorsitzender: Die Aufstellung nennt als Gehälter für die Aushilfsbeamten und Aushilfsbeamtinnen folgende:

Ledige — männliche — Mindestgehalt: 200 *M* pro Monat

Von 18—20 Jahren	200 Mark,
" 20—25 "	250 "
" 25—30 "	300 "
über 30 Jahre	350 "

Verheiratete — männliche — Mindestgehalt: 350 *M* pro Monat.
Dazu für jedes Kind, welches noch in der Ausbildung begriffen ist: 40 *M*.

Für die Frau eine Zulage von 15 *M*, falls Kinder nicht vorhanden sind.

Ledige Männer mit einem Haushalt oder Witwer mit einem Haushalt gelten als Verheiratete.

Das Mindestgehalt für Verheiratete setzt sich wie folgt zusammen:

Anfangsgehalt eines Bureaubeamten	2000 <i>M</i> : 12 = rund 170 <i>M</i> pro Monat,
dazu die Teuerungszulage	180 "
	<hr/> 350 <i>M</i> .

Gehaltserhöhung und Erhöhung der Zulagen für die Kinder gelten rückwirkend vom 1. Januar 1919."

Es würde sich lediglich darum handeln, zu untersuchen, ob diese Staffelung nach dem Lebensalter im Gegensatz steht zu dem Vorschlage des Finanzausschusses; das kann man nur, wenn man das Material zur Hand hat.

Stadtvr. **Salomon:** Meine Damen und Herren! Es ist wohl keine Frage, daß für viele der Aushilfsbeamten und -beamtinnen die Anstellung im Rathause eine große Hilfe in der Kriegszeit gewesen ist. Auf der anderen Seite aber muß betont werden, daß die Leistungen der Aushilfsbeamten und -beamtinnen im Laufe der ganzen Jahre für die Stadt außerordentlich wertvoll gewesen sind, und es ist notwendig, das von dieser Stelle aus ausdrücklich zu dokumentieren. Selbstverständlich können bei einem so ausgedehnten und vielverzweigten Organismus wie die städtische Verwaltung die Leistungen nicht alle gleich sein. Es wird sich ein Unterschied in der Leistung nach der einen oder anderen Seite ergeben, aber wir müssen uns doch auf den Standpunkt stellen: auch die scheinbar gering erscheinende Leistung ist ein Glied in der großen Kette. Fehlt es, so kann unter Umständen das Ganze in Gefahr kommen zusammenzubrechen. Eine augenscheinlich nicht hoch zu wertende Leistung ist oft in ihrer Gesamtheit, da sie nur in rein mechanischer Weise geliebt wird, beinahe ebenso aufreibend wie andere Leistungen, die sich vielseitiger gestalten.

Die Befoldung der Aushilfsbeamten und -beamtinnen hat nach meiner Überzeugung bislang an verschiedenen Mängeln gelitten: einmal daran, daß sie durchgängig zu niedrig war, zweitens, daß sie außerordentlich vielgestaltig war, und drittens daran, daß man einen gewissen festen Grund in der Befoldung der Aushilfsbeamten und Aushilfsbeamtinnen nicht finden konnte. Es liegen nun ganz bestimmte Wünsche dieser Beamtengruppen vor, und die Wünsche kann ich, wenn ich sie im allgemeinen betrachte, nur als außerordentlich bescheiden ansehen. Deswegen haben meine politischen Freunde und ich es uns angelegen sein lassen, den vorhin vom Herrn Vorsitzenden verlesenen Antrag einzubringen. Die Hauptpunkte der Wünsche sind folgende:

Der Herr Vorsitzende hat wohl beim Verlesen der Aufstellung den ersten Punkt übersehen, bei dem es sich um die weiblichen Aushilfsbeamten handelt, für die ein Mindestgehalt von 150 *M* beantragt wird. Diese Forderung ist doch ganz entschieden eine bescheidene. Für Witwen mit Kindern oder eigenem Haushalt wird ein Mindestgehalt von 200 *M* beantragt, und auch hier kann man nur von einer bescheidenen Forderung sprechen.

Sodann die ledigen männlichen Aushilfsbeamten, für die ein Mindestgehalt von 200 *M* im Monat gezahlt werden soll — auch das ist eine billige und bescheidene Forderung. Es folgen nun in der Aufstellung die Abstufungen nach Jahren, über deren Wert und Berechtigung sich ja streiten läßt, aber man hat in den Reihen der Beteiligten durch diese Abstufungen eine feste Grundlage schaffen wollen. Für das 18. bis 20. Lebensjahr wünscht man ein Monatsgehalt von 200 Mark, für das 20. bis 25. Jahr 250 *M*, für das 25. bis 30. Lebensjahr 300 *M* und für über 30 Jahre alte Aushilfsbeamte ein Gehalt von 350 *M*. Auf letzteres möchte ich besonders das Augenmerk richten, denn es bringt das Prinzip zur Erscheinung, das ich der Befoldung der Aushilfsbeamten zugrunde gelegt wissen möchte, und das dahin geht, daß sich das Gehalt eines Aushilfsbeamten in diesen Jahren ungefähr zusammensetzen muß aus dem Anfangsgehalt eines festangestellten Beamten plus der ihm gewährten Teuerungszulage, und das würde in diesem Falle zutreffen. Nehmen wir das Anfangsgehalt eines Bureaubeamten mit jährlich 2000 *M* an, so würde es im Monat rund 170 *M* betragen, dazu die 180 Mark Teuerungszulage, macht 350 *M*.

Die verheirateten männlichen Beamten wünschen ein Mindestgehalt von 350 Mark im Monat und dazu — was in dankenswerter Weise der Finanzausschuß schon genehmigt hat — die auch für die übrigen Beamten gezahlte Kinderzulage von 40 *M*, und gerade auf diese möchte ich besonders hinweisen, denn die Familien mit Kindern haben wirtschaftlich am schwersten zu ringen.

Das sind die Hauptpunkte, und ich möchte Sie bitten, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, da es für eine Kommune von ungemein hohem Wert ist, ein zufriedenes und arbeitsfreudiges Personal zu haben. Das ist ein Kapital, das sich aufs beste verzinsen muß und wird. Halten Sie mir nicht entgegen, daß ich die außerordentlich schwierige Finanzlage der Stadt durch Unterstützung dieser Wünsche verschärfe. Das liegt mir fern, aber bei aller Bedrängnis unserer Finanzen müssen wir es uns zum Grundsatz machen, da, wo es absolut nötig ist, kein „Unmöglich“, sondern ein „Dennoch“ zu sprechen und an anderen Stellen, wo es besser geht, zu sparen. Ich kann versichern, daß Sie mich und meine politischen Freunde immer bereit finden werden, einzuspringen, wenn es sich darum handelt, Mittel zu schaffen, die uns aus der außerordentlich schweren Finanzlage herauszubringen imstande sind. Wir werden dabei in dieser außerordentlich bedrängten und schwierigen Zeit manchmal gegen unsere politischen Grundsätze uns zu einem Ja verstehen, wenn es sich um die Beschaffung von Mitteln handelt.

Nochmals bitte ich, die Wünsche der Aushilfsbeamten und -beamtinnen, wie sie in dem Antrage niedergelegt sind, zu berücksichtigen, damit wir zu einem Resultat kommen, das einerseits die Beteiligten befriedigt, andererseits aber auch für die Stadt von großer Bedeutung und großem Nutzen sein würde.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Es ist erklärlich, daß hier Wünsche laut werden, die dahin gehen, daß höhere Sätze gezahlt werden sollen, als es der Magistrat für nötig gehalten hat. Die leidige Teuerung nimmt vorläufig nicht ab, sondern noch zu, und ich will nur hoffen, daß die neueste Maßregel, die zur Herabsetzung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel führen soll, Erfolg hat. Nun hat Herr Salomon namens seiner Freunde einen Antrag gestellt, der darauf hinausläuft, ein vollständig neues Prinzip für die Art der Besoldung der Aushilfsbeamten anzuwenden, abweichend von dem, das während des Krieges mit Zustimmung des verstärkten Finanzausschusses bzw. der Stadtverordneten als maßgebend angesehen worden ist. Wir haben uns gesagt, daß die Stadt selbstverständlich den Aushilfsbeamten angemessene Gehälter zahlen muß, konnten uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Arbeiten, die von den Aushilfsbeamten geleistet werden sollen, nicht so ganz einfach sind, daß sie zum Teil sogar ein ganz gehöriges Maß von geistiger Tätigkeit erfordern, und insbesondere eine gewisse Übung in der Ausführung dieser Arbeiten vorhanden sein muß. Es war erklärlich, daß einer großen Zahl von Aushilfsbeamten, die teilweise aus Geschäftsbetrieben kamen, die dem unfriegen nicht ähnlich sind, die Übung und Erfahrung in den von uns verlangten Arbeiten fehlte. Infolgedessen haben wir auf die Familienverhältnisse und das Alter der einzelnen Aushilfsbeamten Rücksicht genommen, aber in erster

Linie für die Bemessung der Gehälter die Leistungsfähigkeit und die Verantwortlichkeit des Betreffenden entscheidend sein lassen. Nachdem die Versammlung ermächtigt hatte, nach diesen Vorschlägen zu verfahren, haben wir die Vergütungen und Unterstützungen dementsprechend festgesetzt. Es ergibt sich nach dem jetzigen Stande, daß von den männlichen Aushilfsbeamten, deren Zahl noch 217 beträgt, nur 14 eine monatliche Vergütung unter 200 *M* bekommen, alle anderen aber mehr. Von diesen 14 Aushilfsbeamten erhält einer 120 *M*, je zwei 150, 160 und 170 *M*, vier 175 *M*, drei 180 *M*. Dann folgen beispielsweise 17 Beamte mit 200 *M*, 21 mit 225 *M*, 56 mit 250 *M*, 25 mit 275 *M*, 10 mit 350 *M*, und einige Aushilfsbeamte haben noch etwas mehr Gehalt — das sind aber ganz besondere Stellen. Bei den weiblichen Aushilfskräften, deren Zahl 48 beträgt, haben 19 weniger als 150 *M* monatliche Vergütung — das ist die Zahl, die Herr Salomon als Mindestsatz angegeben hat —, die übrigen haben alle mehr, bis zu 225 *M* hinauf. Wenn nun das bisher geübte Prinzip jetzt vollständig verlassen werden soll und lediglich das Lebensalter für die Besoldung maßgebend sein soll, so läßt sich ja darüber streiten, was als richtig anzusehen ist, und wir müssen abwarten, ob die Versammlung das neue Prinzip für das richtige hält. Allerdings kann man heute nicht sagen, daß lediglich Angebot und Nachfrage den Lohn der Arbeitskräfte bedingen sollen; auch die Stadt hat Rücksicht zu nehmen auf die Notlage, in der sich die Aushilfskräfte, die teilweise für eine große Familie zu sorgen haben, befinden, und ich glaube deshalb auch, daß der Magistrat dem Antrage des Finanzausschusses, den Aushilfsbeamten gleiche Kinderzulagen zu gewähren wie den festangestellten Beamten, zustimmen wird. Ob man aber das neue Prinzip annehmen soll, darüber bin ich zweifelhaft. Es wäre außerordentlich wünschenswert gewesen, daß ein solcher weitgehender Antrag, der die ganze Magistratsvorlage auf den Kopf stellt, in der Kommission gestellt und vorberaten wäre; ich kann im Augenblick zu ihm keine Stellung nehmen.

Stadtv. Riele I (zur Geschäftsordnung): Das letzte, was der Herr Oberbürgermeister ausführte, bringt mich dazu, zur Geschäftsordnung einige Worte zu sagen. Wenn die Finanzkommission nur die beiden ersten Anträge des Herrn Salomon geprüft und befürwortet hat, so kann es doch keinesfalls angehen, daß man jetzt mit einem neuen Antrage kommt, sonst fährt uns das vollständig in die Quere, und gegen eine solche Geschäftsordnung müßte ich protestieren. Wir sind es seit mehreren Wochen im Landtage gewohnt, daß man dort denkt, es gäbe nur Beamte, und jetzt scheint es in der Stadtverordnetenversammlung auch so zu gehen, daß man sich benimmt, als ob die kleinen Leute und Handwerker auf goldenem Boden lebten. Wenn nach solchen Grundsätzen, wie es Herr Frede ausführte, die

Bergütungen der Beamten bemessen werden sollten, dann müßten die Arbeiter heute 5 *M* in der Stunde verdienen, denn soviel mal ist alles verteuert, und wenn die Arbeiter nicht mit solchen Forderungen kommen, so sind sie bescheiden. Wir werden für alle Volksgenossen eintreten, auch für die Beamten. Aber gegen diese Geschäftsordnung, wie sie heute angewandt werden soll, muß ich mich wenden. Ich halte es bei dem Vorlegen dieses neuen Antrages für besser, die Beratung der Vorlage im Plenum zu vertagen.

Vorsitzender: Ich möchte doch bitten, nicht solche Geschäftsordnungsdebatten zu pflegen, wie es seitens des Herrn Riefe geschehen ist. Ich habe den Redner aussprechen lassen, aber jedenfalls war nicht alles, was er sagte, zur Geschäftsordnung gesprochen.

Stadtv. Jahns: Die Ausführungen des Herrn Salomon enthalten viel Richtiges, und sein Antrag ist mir sympathisch. Wenn diese Skala, wie sie in der Aufstellung enthalten ist, festgelegt wird, dann haben wir eine feste Grundlage geschaffen, wonach die Aushilfsbeamten etwas zu fordern haben. Wird im anderen Falle die Vergütung danach gemessen, wie sie arbeiten, dann kann es vorkommen, daß der betreffende Aushilfsbeamte ganz und gar der Gnade oder Ungnade eines Vorgesetzten ausgeliefert ist. Es gibt Fälle, wo tatsächlich tüchtige Beamte durch Intrigen ihrer Vorgesetzten nicht weiterkommen — ich möchte nicht behaupten, daß das hier der Fall ist, aber ich möchte doch warnen, einen Weg einzuschlagen, der das möglich macht, und deshalb ist mir diese Regelung der Dinge, wie sie in dem neuen Antrag gewählt ist, sympathisch. Herr Salomon hat dabei allerdings eins übersehen: Man müßte für die Aushilfsbeamten mindestens das Anfangsgehalt eines Beamten und die Teuerungszulage fordern. Da die Teuerungszulage für diese festangestellten Beamten von 170 *M* auf 200 *M* erhöht ist, so würde der Satz für die Aushilfsbeamten 380 *M* ausmachen, während der Antrag Salomon nur 350 *M* in Ansatz bringt, also unter dem Anfangsgehalt der festangestellten Beamten zurückbleibt. Die Mindestforderung ist wohl die, daß man dem Aushilfsbeamten das gibt, was die ständigen Beamten als Anfangsgehalt plus Teuerungszulage bekommen. Ich bitte, diesen Antrag zu unterstützen.

Stadtv. Lehner: Da durch den Antrag Salomon vollständig neue Motive aufgetreten sind, möchte ich bitten, den Antrag an den Finanzausschuß zur Vorberatung zurückzuverweisen. (Unruhe auf der Galerie.)

Stadtv. Rönneburg: Ich kann mich mit diesem letzten Antrag auf Zurückverweisung nicht einverstanden erklären. Es wird gefragt, warum der Antrag nicht

im Ausschuß gestellt ist. Ich darf darauf verweisen, daß der Herr Berichterstatter bekanntgab, daß ein Antrag Salomon dem Finanzausschuß vorgelegen hat, dem der Finanzausschuß zugestimmt hat. Dieser Antrag besagt, daß der Magistrat ersucht wird, bei Feststellung der Gehälter der Hilfsbeamten auch die Mitglieder des Ausschusses der Hilfsbeamten gutachtlich zu hören. Ich nehme an, daß der Ausschuß der Hilfsbeamten und die einzelnen Bureauvorsteher diese Forderungen der Hilfsbeamten dem Magistrat bereits mitgeteilt haben, denn es sind in dem Antrag Salomon die Forderungen enthalten, die von den Hilfsbeamten gestellt sind. Dem Magistrat waren also diese Forderungen nicht ganz unbekannt. Es wäre sachgemäß gewesen, wenn in jener Kommissionsitzung vom Magistratsstische aus gesagt worden wäre: Das und das ist gefordert worden; wie stellt sich die Kommission dazu? Wir unsererseits sind leider erst etwas später in Besitz dieses Materials gekommen. Der Antrag bringt auch nicht grundsätzlich Neues. Schließlich darf ich darauf verweisen, daß die Sache eilt.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich darf bemerken, daß die Anträge der Hilfsbeamten vervielfältigt und seinerzeit jedem Mitglied der Versammlung zugegangen sind, und ferner, daß an Hand dieser Anträge mit dem Ausschuß verhandelt ist.

Stadtv. Rönneburg (zur Geschäftsordnung): Dann ist also nichts Neues mehr in dieser Sache zu finden. Mir liegt die Eingabe vor, und darin gehen die Sätze noch weiter. Diese Sätze sind also den Herren nicht unbekannt, und wenn die Fraktionen sich damit beschäftigt haben, so werden die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in der Lage sein, Stellung zu ihnen zu nehmen. Meine Fraktion hält die Sätze des Antrages Salomon für angebracht.

In der Abstimmung über den Antrag Lehnert auf Zurückweisung der Vorlage an die Finanzkommission wird der Antrag abgelehnt. Auf der Galerie wird „Bravo“ gerufen.

Vorsitzender: Ich möchte die Tribünenbesucher auffordern, sich jeder Eimischung in die Verhandlungen zu enthalten, auch wenn die verhandelte Sache ihre Interessen betrifft. Zu verhandeln haben lediglich die Stadtverordneten.

Stadtv. Salomon: Es war mir nicht möglich, diesen Antrag so früh zu stellen, daß er an den Finanzausschuß zu derselben Zeit wie meine anderen beiden Anträge gelangte, denn die Formulierung dieser Wünsche ist erst späteren Datums als meine Anträge im Finanzausschuß.

Es handelt sich nach meiner Ansicht heute um eine dringliche Sache, nämlich darum, die Aushilfsbeamten vor einer Not, die durch die wirtschaftliche Lage hervorgerufen wird, zu schützen, und die Regelung einer solchen Notlage dürfen wir nicht aufschieben, sondern müssen schnell handeln, und ich glaube, daß sich das auch ermöglichen läßt. Ich möchte bitten, heute die Angelegenheit unter Dach und Fach zu bringen.

Stadtv. Blumeier: Was ich vorbringen wollte, ist schon erledigt.

Stadtv. Könneburg: Herr Oberbürgermeister meinte, es käme durch diesen Antrag ein neues Prinzip in der Besoldung der Aushilfsangestellten zutage. Das kann ich nicht als richtig anerkennen. Auch nach Annahme des Antrages Salomon ist durchaus Spielraum geblieben, die Leistung des Betreffenden für die Bemessung des Gehaltes auch künftig in Betracht zu ziehen. Es liegt keine absolute Bindung darin. Ist eine besondere Leistung zu verzeichnen, dann liegt es in der Hand des Magistrats, über diese Mindestsätze nach Anhörung des Ausschusses der Aushilfsbeamten hinauszugehen. Das Leistungsprinzip wird also keineswegs vollständig aufgehoben.

Herr Rieke hat darauf hingewiesen, daß es auch noch andere Stände und Berufe gebe, als nur die Beamten. Das ist uns wohl bekannt, wir wissen zum Beispiel, wie der Mittelstand zu leiden hat — darüber werden wir bei der Gewerbe- und Grundsteuer uns zu unterhalten haben. Es ist doch aber naturgemäß, daß die städtischen Körperschaften sich mit den Verhältnissen derjenigen Leute, die in ihren Diensten stehen, seien es Beamte, Lehrer oder Arbeiter, besonders oft zu beschäftigen haben, während die Lohnforderungen und Lohnstreitigkeiten der einzelnen Arbeitergruppen mehr in der Privatindustrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgemacht werden. Im übrigen werden wir nachher uns auch mit einem Punkt der Tagesordnung zu beschäftigen haben, der die Forderungen der städtischen Arbeiter betrifft. Man könnte also einen solchen Vorwurf zurückgeben, aber ich halte es für unsachgemäß, das zu tun. Es ist Unglück genug, daß wir der dringenden Notwendigkeit Rechnung tragen müssen und derartige Angelegenheiten hier so oft zur Sprache gebracht werden müssen; zu umgehen ist es aber nicht.

Dann möchte ich noch auf eins hinweisen: Die Aushilfsbeamten, die nicht fest angestellt sind, müssen einen gewissen Ausgleich in ihrer Besoldung dafür erfahren, daß sie weder Pensionsanspruch noch Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung haben, und die Rücksicht hierauf würde es rechtfertigen, daß sie bei gleichen Leistungen noch besser bezahlt würden als die Beamten. Wenn unser Antrag noch nicht einmal so weit geht, so zeigt das, daß wir uns auf das unbedingt Notwendige beschränken. Ich bitte, dem Antrage Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Eine Bemerkung des Herrn Rönneburg veranlaßt mich zu einer Frage: Herr Rönneburg hat geäußert, die aufgestellten Sätze sollten Mindestsätze sein, und der Magistrat könnte im Einvernehmen mit dem Ausschuß der Aushilfsbeamten über die Sätze hinausgehen. Das ist mir etwas ganz Neues, und ich muß offen gestehen, daß ich es nicht für angängig halte, daß wir bei unseren Entschlüssen von dem Beschlusse eines Ausschusses der Interessenten abhängig sein sollen. Wohin sollte das führen! Die städtischen Behörden setzen die Besoldungen fest, und danach muß sich der einzelne richten; nicht aber können wir sagen: Der Ausschuß hat zu entscheiden, wie die Sache gehandhabt werden soll.

Stadtv. Marth: Auch ich möchte den Antrag Salomon empfehlen und möchte betonen, daß für mich der Grundsatz in Frage kommt: Jeder, der arbeitet, muß leben können. Bei diesen teuren Preisen, wie sie heute herrschen, muß für jeden, ob er nun Arbeiter oder Beamter ist, das Einkommen so bemessen werden, daß er sein Leben fristen kann; und aus diesem Grunde möchte ich bitten, den Antrag Salomon anzunehmen.

Stadtv. Rönneburg: Ich habe mich jedenfalls falsch ausgedrückt. Ich habe gemeint: Der Ausschuß der Beamten solle gutachtlich gehört werden; die Entscheidung muß den städtischen Behörden natürlich vorbehalten bleiben.

Stadtv. Richter: Selbstverständlich stehe ich auch auf dem Standpunkt, daß den Aushilfsbeamten mindestens ein auskömmlicher Verdienst gewährleistet werden muß. Es ist schon von Herrn Salomon oder Herrn Rönneburg ausgeführt, daß es ein unheimliches Verhältnis ist, wenn Aushilfsbeamte, die vielleicht dieselben Dienste leisten wie festangestellte Beamte, im Verdienst schlechter gestellt sind als diese letzteren, wenn die festangestellten Beamten 170 M Gehalt mit 180 M Teuerungszulage, also zusammen 350 M bekommen und auf der anderen Seite Aushilfsbeamte vorhanden sind, die mehrere Jahre im Dienste der Stadt stehen und bei der Gehaltsberechnung noch mit 250 M in Frage kommen. Deshalb habe ich vorhin dem Antrage meines Freundes Lehnert zugestimmt, die Sache nochmals dem Finanzausschuß zu überweisen und so Gelegenheit zu geben, die Zustimmung, die hervorgerufen wird zwischen der Magistratsansicht und der Ansicht des Ausschusses der Aushilfsbeamten, die Löhne nach dem Lebensalter zu berechnen, noch einmal zu prüfen, einen Ausgleich herbeizuführen und die beste Lösung dieser Frage zu finden. Meine Gründe, für die Zurückweisung an die Kommission zu stimmen, liegen auch noch in Folgendem: Wenn dieses Grundprinzip angenommen wird, die Gehälter nur nach dem Lebensalter zu zahlen, dann kann es dazu kommen, daß nur die jüngsten Leute angestellt werden, um nur die untersten Gehaltsätze zahlen zu

müssen, und niemals ältere Volksgenossen zur Einstellung als Aushilfsbeamte kommen.

Wenn der Herr Oberbürgermeister es weit von sich weist, die Regulierung der Gehaltsfrage mit dem Ausschuß der Aushilfsbeamten zu vereinbaren, so verstehe ich das nicht. Das scheint dahin zu deuten, daß der Herr Oberbürgermeister den Zug der Zeit nicht verstanden hat. Wir müssen jetzt schon mit solchen Verhältnissen rechnen. Es ist das genau so, wie bei den Privatbetrieben. Wie die Arbeiter Einfluß auf den Privatbetrieb gewinnen wollen, so müssen wir auch den Angestellten im städtischen Dienste mindestens einen Einfluß bei Festsetzung der Gehälter einräumen, wenn auch nicht ohne weiteres anerkannt werden soll, daß sie zu bestimmen haben: „Magistrat, du hast das zu bezahlen!“ Aber es muß im Konnex gearbeitet werden, damit ein ruhiges und zufriedenes Arbeiten gefördert wird. Wenn gesagt wird: „Das kann es nicht geben“, dann werden die Gegensätze nie ausgeglichen oder gemindert werden. Ich stimme dem zu, daß mindestens ein auskömmlicher Verdienst gezahlt wird.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Richter muß mich falsch verstanden haben. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß wir mit dem Ausschusse über diese Frage verhandelt haben. Ich habe auch neuerdings mit Mitgliedern des Ausschusses verhandelt, und sie haben mir erklärt, sie wären in ihrer Versammlung nicht dafür gewesen, dieses neue Prinzip zur Geltung zu bringen, also mit anderen Worten: sie wären mit den vom Magistrat vorgeschlagenen Sätzen einverstanden. Nun habe ich aber eins hervorgehoben: Wenn Herr Könneburg gesagt hat, eine höhere Besoldung eines einzelnen solle nur mit Zustimmung des Ausschusses stattfinden, dann halte ich das nicht für richtig, und zwar deshalb nicht, weil der Ausschuß nicht in der Lage ist, die Fähigkeit des einzelnen zu beurteilen. Wenn Herr Richter sagt, daß ich den Geist der Zeit nicht verstanden habe, so erkläre ich: Ich verstehe ihn sehr wohl, aber ich habe auch die Verpflichtung, für die Finanzen der Stadt zu sorgen, und wenn Sie bedenken, in welcher trostlosen Lage die Stadt in der Beziehung ist, dann können Sie es mir nicht verdenken, daß ich nicht bei jeder Gelegenheit mit vollen Segeln mitfahre, wo es heißt: „Das muß bewilligt werden!“ Wir wollen selbstverständlich zufriedene Beamte haben, das ist auch unser Prinzip, aber diese Sache ganz in die Hand des Ausschusses zu legen, dazu können wir uns nicht verstehen. Wir müssen uns auf unsere Bureauvorstände verlassen können, und wenn die sagten: „Dieser oder jener Beamte ist nicht imstande, die ihm aufzutragenden Arbeiten zu erledigen“, dann haben wir die Beamten in ein anderes Bureau versetzt. Das ist mehrfach vorgekommen. Soll denn darauf gar keine Rücksicht mehr genommen werden? Soll lediglich das entscheidend sein, was der betreffende Ausschuß dieser Gruppe von Beamten sagt? Das ist doch nicht möglich.

Vorsitzender: Die Versammlung wird in der Abstimmung sich darüber entscheiden müssen, ob sie ein neues Prinzip für die Bezahlung der Hilfsbeamten einführen will.

In der Abstimmung bleibt der Vorschlag des Finanzausschusses in der Minderheit, der Antrag Salomon wird angenommen.

3. Erhöhung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer.

Stadt v. Frede: Die Einwohnerschaft Braunschweigs hat sich vielleicht schon darüber gefreut, daß es in diesem Jahre keine Steuern zu bezahlen gibt, denn die Steueraussschreiben waren sonst schon im Mai in den Händen der Einwohner und sind bis jetzt noch nicht ausgehändigt. Sie haben nicht ausgegeben werden können, weil der Rat der Volksbeauftragten den Etat, den die städtischen Behörden im April dieses Jahres aufgestellt haben, nicht genehmigt hat. Der Rat der Volksbeauftragten schreibt unter dem 7. Juni dieses Jahres folgendes:

„Da die hiesigen städtischen Behörden beschlossen haben, mehr als zwei Einheiten der Staatseinkommensteuer als Gemeindeeinkommensteuer zu erheben, so ist die Stadt Braunschweig nach der Vorschrift des § 46 des Gemeindeabgabengesetzes verpflichtet, an Realsteuern mindestens 14 vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuereinkapitals und 100 Prozent des vollen Betrages der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbesteuern auszuscheiden. Es sollen erhoben werden jedoch nur 10 Prozent des Grundsteuereinkapitals als Grundsteuer und 100 Prozent der vom Staat auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer als Gewerbesteuer. Die beschlossene Ausschreibung der Realsteuern in der angegebenen Höhe widerspricht also dem Gesetz.

Bereits vom früheren Staatsministerium ist in den letzten Jahren regelmäßig darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf die wenig günstige finanzielle Lage der Stadt und aus sonstigen Gründen allmählich der von allen Städten des Staatsgebietes allein in der Stadt Braunschweig in Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen bestehende Ausnahmezustand beseitigt werden müsse. Nachdem im vergangenen Jahre nach anfänglichem Widerstreben die hiesigen städtischen Behörden sich wenigstens mit einer Erhöhung der Realsteuer um 25 Prozent einverstanden erklärt hatten, haben wir angenommen, daß die Stadt auch für das laufende Rechnungsjahr zwecks Aufbesserung ihrer Finanzen, die sich seit dem vorigen Jahre noch ungünstiger gestaltet haben, wiederum zu einer steuerlichen Mehrbelastung des Grundbesitzes und der Gewerbe schreiten würde. Dies ist leider nicht geschehen.

Wir müssen unbedingt fordern, daß allmählich das gesetzliche Gleichmaß zwischen Real- und Einkommensteuer bei der Stadt Braunschweig hergestellt wird. Dabei wollen wir nicht so weit gehen, daß wir bereits für 1919/20 die Forderung aufstellen, die Erhebung der drei Steuerarten in das völlige gesetzliche Gleichgewicht zu bringen; wir wollen vielmehr uns damit einverstanden erklären, daß zum Zwecke eines allmählichen Überganges für das laufende Jahr nur eine Erhöhung der Gemeindegrundsteuer auf 12,5 vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuerkapitals und der Gemeindegewerbsteuer auf 125 vom Hundert des vollen Betrages der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbsteuer vorgenommen wird.

Wirtschaftliche Bedenken gegen eine derartige Erhöhung der Realsteuern haben wir nicht. (Hört, hört!) Wir teilen vollkommen die Ansicht des früheren Staatsministeriums, wie sie in der Verfügung vom 25. Januar 1918 zum Ausdruck gebracht ist. Die Ausführungen dieser Verfügung treffen auch für die Jetztzeit zu. Die von den städtischen Behörden zur Deckung des Steuerbedarfes für 1919/20 gefaßten Beschlüsse können wir daher nicht genehmigen."

Ich will an einem Beispiel klarmachen, was es mit der Erhöhung der Grundsteuer auf 12½ Prozent des Grundsteuerkapitals auf sich hat, denn den Nichtgrundbesitzern wird das nicht ohne weiteres klar sein. Das Grundsteuerkapital richtet sich nach dem Mietertrage. Ist der Mietertrag z. B. 6000 *M*, dann beträgt das Grundsteuerkapital 3000 *M*. Vor dem 1. April 1918 betrug die gesamte Grundsteuer, staatliche und städtische zusammen, 10 Prozent von diesem Grundsteuerkapital, in dem angezogenen Falle also 300 *M*. Davon nahm die Stadt ein 225 *M* und der Staat 75 *M*. Am 1. April 1918 ist nun eine Erhöhung dieser Steuer von 7,5 auf 10 Prozent eingetreten, das heißt: die Stadt hat von dem Zeitpunkte ab 300 *M* Steuern erhoben und der Staat ist bei seinen 75 *M* geblieben; der Grundbesitzer hatte in diesem Falle also insgesamt 375 *M* Grundsteuer zu bezahlen. Der Rat der Volksbeauftragten fordert nun, daß eine weitere Erhöhung um 2½ Prozent des Grundsteuerkapitals eintreten soll, das heißt: der beispielsweise angeführte Grundbesitzer soll am 1. April 1919 ab insgesamt 450 *M* Grundsteuer bezahlen, statt 300 *M* vor dem 1. April 1918.

Nun ist in der Kommission grundsätzlich und auch nach anderen Gesichtspunkten über die Erhöhung dieser Steuern gesprochen worden. Die Gewerbetreibenden und die Hauseigentümer stehen grundsätzlich seit langem auf dem Standpunkt, daß beide Steuern ungerechtfertigt sind. Wenn die Steuererhöhung, wie es hier deutlich ausgesprochen ist, dazu gebraucht werden soll, um der Stadt in ihrer Finanznot zu helfen, so ist damit gesagt, daß die üble Finanzlage der

Stadt, die doch auf sämtlichen Schultern der Einwohner ruhen muß, erleichtert werden soll durch zwei Stände, und das halten wir für ungerecht. Aus den früheren Verhandlungen über dieses Thema haben wir gesehen, daß die Kollegen von der Gegenpartei ebenfalls grundsätzlich auf diesem Standpunkt stehen. Die Grundsteuer wird, wie man sagt, natürlich auf die Mieter abgewälzt, das heißt: die Mieter werden in demselben Maße an dem Aufbringen der Grundsteuer beteiligt, wie die Grundeigentümer. Das ist selbstverständlich, und es ist uns Grundbesitzern auch nie eingefallen, das zu bestreiten. Die Last muß eben aufgebracht werden.

Die Gewerbetreibenden haben nun geltend gemacht, daß auch sie nicht einsehen, warum sie für die Schulden der Allgemeinheit eintreten sollen, und insbesondere machen die Gewerbetreibenden geltend, daß sie gerade jetzt nach dem Kriege in einer sehr üblen Lage sich befinden. Viele Gewerbe sind während des Krieges zum Stillstand gekommen und müssen neu aufgebaut werden, und deshalb kann man ihnen nicht die Tragung erhöhter Lasten zumuten. Es wurde in der Kommission darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu Preußen hier eine besonders üble Behandlung der Gewerbetreibenden vorliege, indem hier die Gewerbesteuer nicht nach dem Ertrage der Gewerbebetriebe bemessen werde, sondern nach dem Umfange, den scheinbar der Betrieb hat, indem nach der Anzahl ihrer Gehilfen die Steuer bezahlt werden muß, und dieser Umfang des Betriebes sich nicht immer mit seinem Ertrage decke.

Die Abstimmung in der Kommission hat ergeben, daß alle Mitglieder der Finanzkommission gegen die Erhöhung sind. (Zuruf: Alle?) Jawohl, alle Parteien sind vertreten gewesen, und es wird sich erweisen, ob diese Stellungnahme auch hier in der Vollversammlung dieselbe ist.

Bei der Grundsteuer ist übrigens noch ins Feld geführt, daß es unter keinen Umständen gutzuheißen ist, daß die Mieterschaft unausgesetzt durch Auferlegung öffentlicher Lasten beunruhigt wird. Es ist eine außerordentlich üble Lage, in welche der Grundstückseigentümer kommt, wenn er von Vierteljahr zu Vierteljahr an ein neues Heranziehen der Mieter zu öffentlichen Lasten herantreten soll. Es ist im vorigen Jahre das Wassergeld erhöht, am 1. April und am 1. Juni 1919 wiederum. Dazu kommen noch andere Sachen, wie Schornsteinreinigung, die im vorigen Jahr erhöht ist und jetzt wieder um 33 1/4 Prozent. Nun kommt innerhalb zweier Jahre die wiederholte Erhöhung der Grundsteuer, und das alles zusammen muß Unzufriedenheit verbreiten. Grundsätzlich und aus anderen Gründen haben wir uns veranlaßt gesehen, gegen diese Erhöhung zu stimmen. So gern wir im übrigen der Stadt Einnahmen schaffen möchten, damit sie aus ihrer sehr prekären finanziellen Lage kommt, haben wir in diesem Punkt nicht geglaubt, dem Antrage

des Magistrats folgen zu können und Ihnen zu empfehlen, der Verfügung des Rats der Volksbeauftragten in bezug auf Erhöhung der Gemeindegrundsteuer und Gemeindegewerbsteuer nachzukommen. Der Finanzausschuß hat die Ablehnung der Erhöhung beantragt.

Vorsitzender: Ging nicht der Vorschlag des Finanzausschusses dahin, den Magistrat zu ersuchen, erneut Verhandlungen auf Zurücknahme der Verfügung des Rats der Volksbeauftragten anzuknüpfen?

Stadtv. Frede: Das ist richtig. Es sollte nicht die Ablehnung der Erhöhung allein ausgesprochen werden, sondern der Stadtmagistrat sollte auch noch ersucht werden — entsprechend einem früheren Vorgange, an den die älteren Herren Kollegen sich wohl erinnern werden —, an den Rat der Volksbeauftragten mit der Bitte heranzutreten, von der diesjährigen Erhöhung dieser beiden Steuern Abstand zu nehmen. Die Zeiten bessern sich vielleicht, so daß später eine alle Seiten befriedigende Regelung eintreten kann.

Stadtv. Marschner: Ich möchte mich gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer wenden. Wenn jetzt die Gewerbetreibenden, die wohl alle oder doch zum größten Teil während des Krieges in ihren Einnahmen stark gelitten haben, einer Doppelbesteuerung, wie es die Gewerbesteuer in Wirklichkeit darstellt, unterzogen werden und diese jetzt noch erhöht werden soll, so ist das eine große Ungerechtigkeit. Man muß bedenken, daß bei den übrigen Einkommen eine derartige Besteuerung nicht vorhanden ist, auch wenn sie 10 000, 20 000 *M* oder mehr betragen, aber die Gewerbetreibenden, selbst wenn sie nur eine Einnahme von 1000 *M* haben, werden mit dieser Sondersteuer belastet. So etwas finden wir weder bei den Beamten, noch bei den Arbeitern, und aus diesem Grunde bin ich gegen diese Steuer und bitte Sie, die Erhöhung abzulehnen.

Stadtv. Dr. Jasper: Meine Damen und Herren! Es ist nicht richtig, wenn der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, daß der Finanzausschuß Ihnen einstimmig empfiehlt, diesem Antrag des Magistrats nicht zuzustimmen. Auch ich bin Mitglied des Finanzausschusses und habe mich im Finanzausschuß gegen diesen Beschluß gewandt. Ich bin indirekt der Veranlasser dieser Vorlage, indem ich in meiner Eigenschaft als Mitglied des Rats der Volksbeauftragten mich für verpflichtet gehalten habe, auf die Innehaltung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften hinzuweisen. Der Entschluß, das zu tun, ist mir nicht leicht geworden, nachdem er aber einmal gefaßt ist, steht er fest. Ich habe dies auch in der Sitzung des Finanzausschusses ausdrücklich kundgegeben und halte mich für verpflichtet,

gegenüber dem Vorbringen des Herrn Berichterstatters zu meiner Meinung zu stehen und Ihnen die Gründe darzulegen, die derart zwingend sind, daß auch Sie unserem Vorgehen werden zustimmen müssen.

Die Stadt hat Geld nötig, sehr viel Geld. Wie den Damen und Herren ausreichend bekannt ist, schneidet der städtische Etat mit einer Unterbilanz ab, und außerdem sind nach Verabschiedung des Etats weitere Ausgaben bewilligt. Eben in den letzten Minuten haben Sie weitere Ausgaben nicht unerheblichen Umfanges bewilligt. Zuvor haben wir schon andere Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen bewilligt und haben in der nächsten Zeit große Ausgaben zu machen, um eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen. Bei dieser finanziellen Gestaltung muß man sich ohne weiteres fragen: Woher die Mittel nehmen, die notwendig sind? Der Herr Berichterstatter hat sehr erfreulicherweise gesagt, er besenne sich zu dem Grundsatz, man müsse die Mittel aufbringen; aber sobald es gilt, Farbe zu bekennen und Mittel zu bewilligen, schon schreit man: Das kann ich nicht! Steuern zu zahlen, ist immer eine unangenehme Sache, aber wir werden es wohl lernen müssen. Nicht nur die Stadt ist in einer unangenehmen finanziellen Lage, der Staat leidet nicht minder Not, und wie es im Reiche infolge des verlorenen Krieges aussieht, ist dem Herrn Berichterstatter und seinen Freunden zur Genüge bekannt. Die Folge wird sein, daß eine andere finanzielle Aufmachung der Steuerfragen notwendig sein wird; das hat der Reichsfinanzminister Erzberger ausreichend dargelegt. Es erhellt aus den ganzen Umständen, daß das Reich die Einkommensteuer zur Bestreitung der Reichsausgaben wird mithieranziehen müssen. Es ist in diesen Tagen bekanntgeworden, daß künftig in sehr großem Umfange das Reich das ganze Steuerwesen an sich nehmen wird, besonders auch die Steuerquellen, die bisher eine Domäne des Staates und der Gemeinde waren, und wir werden von Gemeinde wegen gehalten sein, uns an Steuerarten zu halten, die bisher bei uns weniger beliebt waren. Dazu werden auch die Steuern auf Gewerbe und besonders auf den Grundbesitz gehören. Wenn es dem Herrn Berichterstatter in seiner sonstigen Eigenschaft auch unangenehm ist, so werden wir doch nicht darum wegkommen. In dieser Situation wäre es an sich kaum zu verstehen, daß man meint, eine Gesetzesvorschrift, die ein bestimmtes Verhältnis der einzelnen Steuerarten vorgeschrieben hat, ohne weiteres lächelnd beiseiteschieben und sagen zu können: „Wir scheeren uns nicht darum, was gesetzlich geregelt ist, wir mögen Ausgaben haben, soviel wir wollen. Wir armen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden sind die Notleidenden; die Steuergesetze gefallen uns nicht, und deshalb können wir diese Steuerhöhung nicht bewilligen.“ Es dreht sich aber eigentlich gar nicht um die Bewilligung einer Steuererhöhung, sondern darum, daß endlich dem Gesetz Genüge geschieht, und das sollte allein ausreichend sein, die Zu-

stimmung auszusprechen. Die anderen Städte unseres Landes, die nicht wesentlich andere Lasten, soweit Gewerbe und Grundbesitz in Betracht kommen, auferlegen, haben seit Jahren und in diesem Jahre wiederum das Gesetz beachtet. Braunschweig, so meint der Herr Berichterstatter, kann es nicht. Einen zwingenden Grund dafür sehe ich nicht ein, den Nachweis für das Vorhandensein eines solchen ist uns der Herr Berichterstatter schuldig geblieben.

Ich erkenne durchaus nicht, daß die Art und Weise, wie das Gesetz diese Sache regelt, keineswegs ideal ist. Die Grundsteuer könnte sehr wohl anders geregelt werden, indem besonders die Besteuerung nach dem allgemeinen Wert eingeführt werden könnte, und auch der Herr Berichterstatter ist im Finanzausschuß darauf eingegangen, daß auf dem Lande die Grundsteuer anders gestaltet werden könnte. Das ist auch meine Auffassung, und die Freunde des Herrn Berichterstatters werden also wohl dazu stehen, wenn wir vom Rat der Volksbeauftragten aus mit einer kräftigeren Grundbesteuerung auf dem Lande herauskommen müssen. Es ist auch anzuerkennen, daß die Gewerbesteuer sehr veraltet ist. Ich habe sie nicht gemacht, sondern die Herren, die Ihnen näher stehen als mir. Der Umstand, daß die Gewerbesteuer einfach nach der Größe des Betriebes bemessen wird, ist als überaus roh zu kennzeichnen. Es geht aber nicht an, von heute auf morgen eine Änderung zu verlangen und bis dahin zu sagen: „Die Steuerarten gefallen mir nicht, und bis sie geändert sind, bewilligen wir keine Steuern,“ denn die Gemeinde muß leben. Es ist auch die Gemeindeeinkommensteuer durchaus nicht so gestaffelt, wie ich und viele andere mit mir es für richtig halten. Sie haben ja einen Antrag angenommen, der darauf abzielt, die Einkommensteuer stärker heranzuziehen; es muß deswegen erst ein Gesetz im Landtag verabschiedet werden. Das nächste, was ich getan habe, ist, daß ich erst einmal das Finanzkollegium und die Steuerbehörden gehört habe, welches die Wirkungen einer derartigen gesetzgeberischen Änderung seien. Die Wünsche, daß die niederen Steuerklassen frei gelassen werden, daß die Staffelung eine andere als bisher sei, entsprechen meinen Absichten; aber solange wir die alten Steuergesetze haben, müssen wir sie anwenden. Es handelt sich darum, auf Grund dieser Steuergesetze die Mittel zu gewinnen, die zur Deckung der Ausgaben der Stadt erforderlich sind, und unter solchen Umständen kann Herr Frede nicht fordern, daß überhaupt keiner Erhöhung zugestimmt werden soll, weil die Gesetze ihm nicht passen. Es ist, glaube ich, schon Entgegenkommen genug, wenn im Schreiben des Rats der Volksbeauftragten erklärt wird: Wir sehen davon ab, daß im vollen Umfange dem Gesetze Genüge geschieht, wir gestehen zu, daß nicht die vollen 15 Einheiten, sondern nur 12½ Einheiten erhoben werden sollen. 10 Einheiten wollte die Stadt nehmen, 15 ist das gesetzliche, und haben wir vorgeschlagen, den Mittelweg zu gehen, so daß eine zu starke Anspannung vermieden wird.

Herr Frede hat gemeint, es wäre für die Grundbesitzer sehr unangenehm, von den Mietern schon wieder eine Erhöhung des Mietpreises verlangen zu müssen. Diese Gesuche pflegen den Mietern nicht minder unangenehm zu sein, aber die Grundbesitzer könnten sie ja vermeiden, wenn sie die Steuern allein tragen wollten. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß viele Grundbesitzer dazu in der Lage wären.

Ferner hat Herr Frede gemeint, daß die Gewerbetreibenden so überaus notleidend seien. Ich erkenne an, daß das in gewissem Umfange zutrifft: die kleineren und mittleren Gewerbetreibenden, die selber draußen im Felde gestanden sind, werden durch die Verhältnisse schwer getroffen. Das von ihnen Aufgebrachte ist aber nicht das Hauptaufkommen aus der Gewerbesteuer, sondern das Hauptaufkommen stammt von den großen Gewerbesteuerzahlern, bei den kleinen verschlägt es wenig, und ich hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn von seiten der einziehenden Behörden bei diesen kleineren Gewerbetreibenden Entgegenkommen geübt wird, wie das ja sonst auch geschieht. Aber den Kriegsgewinnler, der auch zu diesen Gewerbetreibenden gehört — und gerade bei den Gewerbetreibenden sind viele Kriegsgewinnler, wenn auch nur als Schleikhändler —, zur Gewerbesteuer heranzuziehen, dazu würde sehr wohl Veranlassung sein, und das würde auch der Billigkeit entsprechen.

Nach meiner Meinung schlagen die Einwände des Herrn Referenten nicht durch. Der Apfel ist nicht angenehm süß, er ist sauer; wenn wir aber kräftig in ihn hineinbeißen, ist er bald überwunden; Steuerzahlen gehört nie zu den Annehmlichkeiten.

Dann noch eins: Überlegen Sie bitte die Folgen, die eine Weigerung der Erhöhung nach sich ziehen könnte. Die Finanzkommission hat vorgeschlagen, eine erneute Vorstellung beim Räte der Volksbeauftragten einzugeben. Ich habe pflichtgemäß schon Veranlassung genommen, im Räte der Volksbeauftragten diese Sache zur Sprache zu bringen. Wir waren nicht einhellig in unserer Meinung, aber überwiegend war die Ansicht, daß dem Gesetze Genüge zu geschehen habe und daß die Stadt keine ausreichenden Tatsachen mitgeteilt hat, die eine besondere Ausnahme gegenüber den anderen Städten und eine Abweichung von dem Gesetz rechtfertigen. Besonders schien es in Anbetracht der Finanzlage in Reich, Staat und Stadt nicht angebracht, Ausnahmen gelten zu lassen, und das um so weniger, als mehr Steuern kommen werden, als bisher schon gewesen sind. Es wird also kaum allzuviel dabei herauspringen, wenn Sie noch einmal vorstellig werden. Ich will aber hier nicht dagegen sein. Der Rat der Volksbeauftragten wird immer sachlichen Einwänden zugänglich sein und sie nachprüfen. Es wäre ja auch möglich, daß unser Auftraggeber, die Landesversammlung, anderer Meinung ist und

sagt: „Braunschweig muß ganz besonders behandelt werden“. Sollte das geschehen, so würden wir unsererseits die Sache nicht zu einer Kabinettsfrage machen. Wenn der Landtag meinen sollte, in der Stadt kann andersherum regiert werden, als es in den Landesgesetzen vorgeschrieben ist und im ganzen Lande gehandhabt wird, dann würden die Herren und Damen im Landtag das zu verantworten haben. Ich halte es für sehr bedenklich, im Bewilligen eifrig zu sein und bei der Deckungsfrage zurückzuweichen. Wer bewilligen will, muß auch für Deckung sorgen, und dabei müssen wir uns nach den Gesetzen richten. Ich bitte Sie, dem Antrage des Finanzausschusses nicht beizutreten. Wenn der Rat der Volksbeauftragten und der Magistrat sich nicht einigen, dann kommen sehr unangenehme Verhältnisse für beide Teile, auf die wir keineswegs drängen wollen, denn das Gemeinwesen der Stadt und die Selbstverwaltung der Stadt würden dabei nicht zum besten gedeihen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Wenn eben Herr Dr. Jasper gesagt hat: „Wenn der Rat der Volksbeauftragten und der Magistrat sich nicht einigen sollten, dann könnten Verhältnisse eintreten, unter denen die Selbstverwaltung der Stadt nicht zum besten gedeiht“, so gestatte ich mir darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um einen Kampf des Magistrats gegen den Rat der Volksbeauftragten handelt, sondern hier kämpft die Kommission gegen den Rat der Volksbeauftragten. Wir haben uns im Magistrat auf den Standpunkt gestellt: Die Lage des Grundbesitzes und auch die des Gewerbes ist nicht günstig, und deswegen halten wir es für nötig, trotz der finanziellen Not der Stadt uns in der Grund- und Gewerbesteuer einstweilen mit den Sätzen des Vorjahres zu begnügen. Nachdem aber der Rat der Volksbeauftragten erklärt hat: „Wenn alle anderen Städte nach dem Gesetz verfahren, können wir nicht allein zugunsten der Stadt Braunschweig Abweichungen vom Gesetz zulassen,“ blieb dem Magistrat nichts anderes übrig, als sich auch auf diesen Standpunkt zu stellen.

Zu den Gründen, die Herr Dr. Jasper für die Zustimmung zu dem Magistratsantrag aufgeführt hat, kommt noch ein mehr formeller Grund hinzu: Der Etat der Stadt ist heute noch nicht genehmigt, und wir haben infolgedessen noch keine Steueraussschreiben verteilen können. Alle Ausgaben, die die Stadt leisten muß, müssen z. B. durch Anleihen beim Leihhause gedeckt werden, und dafür zahlen wir 6 Prozent Zinsen. Was für eine Finanzwirtschaft das ist, meine Damen und Herren, das können Sie ohne weiteres ermessen. So geht es wirklich nicht weiter! Wenn Sie es wünschen, werden wir uns jetzt nochmals an den Rat der Volksbeauftragten wenden; aber was sollen wir machen, wenn der Rat der Volksbeauftragten abermals ablehnt? Sollen noch sechs Wochen ins Land gehen, bis die Stadtverordneten wieder zusammenkommen und zu der neuen Stellungnahme des Rates

der Volksbeauftragten ihrerseits wieder Stellung nehmen? Wäre es denn nicht möglich, daß Sie heute wenigstens beschließen: Wenn die nochmalige Vorstellung beim Rat der Volksbeauftragten ohne Erfolg bleiben sollte, dann soll der Magistrat ermächtigt sein, die Steuern in der Höhe auszuscheiden, wie der Rat der Volksbeauftragten es fordert — nicht wie es das Gesetz verlangt, denn der Rat der Volksbeauftragten ist ja unter den Säzen des Gesetzes geblieben. Oder könnten Sie nicht wenigstens den verstärkten Finanzausschuß ermächtigen, die Entscheidung zu treffen? Irgend etwas muß doch geschehen; wir können unmöglich bis in den Herbst hinein mit der Steuerauscheidung warten. Es wäre auch für die Bürger unangenehm, wenn sie dann zwei oder gar drei Raten Steuern auf einmal bezahlen müßten. Ich glaube, es gibt keine Stadt im deutschen Reich, die mit ihren Steuerauscheiden so rückständig ist wie Braunschweig. Ich möchte bitten, entweder den Antrag des Magistrats anzunehmen, oder den Magistrat oder eventuell die verstärkte Finanzkommission zu ermächtigen, bei einer nochmaligen Ablehnung seitens des Rates der Volksbeauftragten diese Sache zu ordnen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte zur Ergänzung dessen, was Herr Oberbürgermeister der geehrten Versammlung so dringlich ans Herz gelegt hat, noch mitteilen, daß im Steuerbureau bis zum nächsten Sonnabend alle Vorbereitungen getroffen sein werden, um am nächsten Montag, sofern bis dahin der Etat genehmigt ist, den Beteiligten die Steuerzettel zustellen zu lassen. Es liegt also nur an der Versammlung, ob die Steuerauscheiden hinausgehen und die Steuerbeträge eingehen können. Daß wir diese Eingänge dringend nötig haben, davon sind die Herrschaften überzeugt.

Außerdem will ich darauf hinweisen, daß in einem Beschluß, den die geehrte Versammlung vor wenigen Wochen gefaßt hat, und der sofort an den Rat der Volksbeauftragten weitergegeben ist, davon die Rede ist, aus der Einkommensteuer durch stärkere Heranziehung der wohlhabenden Bürger einen höheren Betrag herauszuholen. Je mehr diese Absicht bei der Einkommensteuer in die Waagschale fällt, desto triftiger wird der Grund, den der Rat der Volksbeauftragten anführt, daß die Grund- und Gewerbesteuer in gleichem Tempo erhöht werden müsse. Wer das eine gewollt hat — und Sie haben es gewollt —, muß auch das andere wollen.

Vorsitzender: Es haben sich zu diesem Punkt noch eine ganze Menge Redner einzeichnen lassen; aus diesem Grunde ist es wohl am Platze, daß sich die Redner in ihren Ausführungen der Kürze befleißigen.

Stadtv. Lehnert: In den sauren Apfel hineinzubeißen, den uns Herr Dr. Jasper präsentiert hat, ist schlimm. Es ist doch eine Tatsache, daß mit der Erhöhung der Grundsteuer direkt eine Mieterhöhung verbunden ist, und was das Mieteinigungsamt dann zu leisten hat, das kann der ermessen, der dort mit tätig ist. Dann würden wir nicht mit den bisherigen Sitzungen auskommen, sondern permanent Sitzungen abhalten müssen und nicht aus dem Rathaus herauskommen. Ein großer Teil der Einwohner würde es nicht verstehen können, daß wir durch Erhöhung der Steuerbeträge auch die Mieten erhöhten. Meine Parteifreunde werden sich den Beschluß der Finanzkommission zu eigen machen, aber wir werden uns auch dem Wunsche des Herrn Oberbürgermeisters nicht verschließen, damit endlich die Steuerzettel herauskommen können. Der Etat hängt in der Luft, und der Magistrat weiß nicht, wohin er greifen soll, wenn er Ausgaben machen muß. Hätte man aber dem Antrage Schmidt mehr Rechnung getragen, dann wäre es vielleicht bedeutend leichter gewesen. Herr Dr. Jasper sagt einfach: Dem Gesetz muß Genüge geschehen; um das zu tun, muß die Grundsteuer erhöht werden. Die Erhöhung würde bei einem Sechsfamilienhause pro Wohnung 11 bis 12 *M* ausmachen, und dafür die Verantwortung zu übernehmen, lehnen meine Parteifreunde ab.

Stadtv. Meyerhoff: Es ist betrübend, daß die Lage des Gewerbes hier so geschildert werden muß und nun doch mit einem Male das Gesetz in Anwendung gebracht wird. Warum hat dann der Volkssrat nicht damit bis zum nächsten Jahre warten können? Wäre damit viel verloren gewesen? Standen denn so riesige Summen auf dem Spiel? Wie in der Seele des Herrn Volksrats Dr. Jasper und in der Seele des Herrn Stadtverordneten Dr. Jasper zwei widerstrebende Pole vorhanden sind, das haben wir aus seiner Rede vorhin gemerkt. Er findet diese Steuern als solche unrecht, hat die Gewerbesteuer sogar als roh bezeichnet. Er hat aber auch darauf hingewiesen, daß sämtliche braunschweigischen Städte schon höhere Sätze hätten. Wir stehen durch den Grundbesitzerverein in Verbindung mit den Inhabern der Häuser in diesen anderen Städten. Die sind nie über diese Zustände zufrieden gewesen, Herr Dr. Jasper, haben sich nie beglückt darüber gefühlt, ebensowenig wie auch die hiesigen Einwohner!

Herr Dr. Jasper erwähnte Erzberger. Nun, er ist genug geschildert worden, und was er durchsetzen will und wird, das ist noch fraglich. Als vorbildlich kann er mir nicht vorgeführt werden, weil er als neuer Steuerfinder eine glückliche Hand habe. Ich hoffe, er wird diese Hand, die er so prätenziös ausstreckt, ganz klein zurückziehen müssen. (Unruhe.) Ich bin fest überzeugt, daß wir in der Zukunft den drei- bis vierfachen Satz der Steuern wie bisher werden bezahlen müssen, aber ich halte den heutigen Zeitpunkt nicht für angebracht, daß diese Beschränkung der

Stadt auferlegt wird und sie nun mit dem Etat nicht zu Werke kommen kann. Erst hätte man den Etat genehmigen sollen, dann wären wir weitergekommen. Von heute auf morgen lassen sich keine neuen Steuern einführen, das gesteht auch Herr Dr. Jasper zu. Aber es läßt sich von heute auf morgen verhandeln. Wegen der Gewerbesteuer scheint mir Herr Volksrat Dr. Jasper ja schon entgegengekommen zu sein, indem er meint, daß diese Steuer für die Krieger unter den Gewerbetreibenden gemildert werden könnte. Ich gehe weiter und sage: Eine solche Extrasteuer dürfte höchstens bei einem Erwerb über 4000 *M* jährlich kommen. Zahlt denn der Arbeiter Extrasteuern, der mehr als 4000 *M* Einkommen hat? Auch wenn Sie die kleinen Gewerbetreibenden von der Steuer freiließen, würden Sie doch die großen Gewerbe fassen können. Wenn aber die Steuer für die kleinen Gewerbeerhöhungen erhöht würde, so wäre das ein Unrecht, und ich möchte den Herrn Volksrat Dr. Jasper ersuchen, eine Verhandlung darüber nicht abzulehnen, sondern der Zeit Rechnung zu tragen und das gegenwärtige Jahr als ein Übergangsjahr zu betrachten, dann kommen wir ins reine und brauchen nicht weiter 6 Prozent Zinsen für die angeliehenen Gelder zur Verwaltung der Stadt zu zahlen. Ich kann nur für den Kommissionsantrag stimmen und richte an den Volksrat das Ersuchen, für dieses Jahr über die Erhöhung der Steuer hinwegzugehen.

Stadtv. **Frede:** Herr Dr. Jasper hat bemängelt, daß ich als Kommissionsreferent mitgeteilt habe, die Kommission sei für die einstimmige Ablehnung der Erhöhung gewesen. Herr Dr. Jasper ist — das muß er mir schon verzeihen — so hoch in meinen Augen gerückt, daß ich ihn kaum noch zur Finanzkommission hinzugehörig rechne. (Heiterkeit.) Dieses Hinaufrücken besteht tatsächlich, denn der Unterschied zwischen seiner früheren Stellungnahme auf dem Erdboden der gewöhnlichen Leute und seiner jetzigen Stufe ist so groß, daß er heute nicht mehr das sagt, was er sagen würde, wenn er noch auf dem früheren Boden sich bewegen würde. Ich glaube sicher, daß er anders sprechen würde, wenn er noch wie früher drüben sitzen würde. Ich verarge das Herrn Dr. Jasper nicht, denn jeder, der sich in der Welt umgesehen und ein gewisses Alter erreicht hat, weiß, daß ein großer Unterschied zwischen Regierenden und Regierten besteht.

Herr Dr. Jasper sagt nun — und darauf ist bisher nicht eingegangen worden —: Der § 46 des Gemeindeabgabengesetzes *b e s t i m m t*, daß die Gemeinden zur Deckung des Bedarfes direkter Steuern, sooft sie einen der Einheit der Staatseinkommensteuer entsprechenden Zuschlag zu dieser erheben, 7 Prozent des gemeindesteuerpflichtigen Grundkapitals und 70 Prozent des vollen Betrages auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbesteuer zu erheben haben. Aber es ist in der Gesetzes- und Verordnungsammlung von

1899 im § 49 dieses Gesetzes wiederum zu lesen, daß Abweichungen von dieser Vorschrift gestattet sind, die durch Statut geregelt werden können. Ferner aber kann auch die Regierung von der Befolgung des § 46 d i s p e n s i e r e n — selbstverständlich müssen Gründe dafür vorhanden sein. Diese Gründe hat der Herr Oberbürgermeister angeführt; sie haben den Magistrat bewogen, für diesmal von einer Steuerrhöhung Abstand zu nehmen, denn Gewerbe und Grundbesitz befinden sich in einer üblen Lage. Diesen Grund hat das Braunschweigische Staatsministerium lange Jahre im Frieden beachtet, als die beiden Gruppen von Steuerzahlern, um die es sich hier handelt, noch nicht in der prekären Lage waren wie heute, und hat den Dispens erteilt: Wir haben statt 10 Prozent bis zum 1. April 1918 nur 7½ Prozent bezahlt. Es gibt also durchaus eine Möglichkeit für die jetzige Regierung, von dieser gesetzlichen Vorschrift zu dispensieren, und den Gründen, die ich namens der Finanzkommission angeführt habe — Herr Dr. Jäpper wendet sich immer gegen meine Person —, hat niemand widersprochen.

Nun die Reichssteuern. Es ist richtig, daß das Reich darangehen wird, die Steuern so zu gestalten, daß die Gemeinden und die Einzelstaaten ihre Steuerbedürfnisse in Form von Zuschlägen zu den Reichssteuern oder Überweisungen aus den Erträgen zu decken haben. Wenn das bevorsteht dann sehe ich nicht ein, warum der gegenwärtige Zustand, der vom Magistrat als möglich vertreten wird, denn er hat eine Erhöhung der beiden Steuern nicht beantragt, bis nächste Ostern nicht weiterbestehen kann. Wir können abwarten, wie sich das Steuerwesen im deutschen Reiche gestalten wird, und dann unsere Maßnahmen treffen. Wird der gordische Knoten durchgehauen und eine Vereinheitlichung des ganzen Steuerwesens herbeigeführt, dann brauchen wir uns über diese Sache jetzt überhaupt nicht weiter aufzuregen.

Nun hat der Herr Oberbürgermeister von der üblen Lage der Stadt gesprochen, und daß die Steueraussschreiben doch endlich zur Versendung kommen müssen. Herr Lehnert hat das anerkannt, und auch ich kann dem beistimmen. Der Herr Oberbürgermeister hat angeregt, den verstärkten Finanzausschuß an Stelle des Plenums eintreten zu lassen, wenn es sich um die Entscheidung handelt, was werden soll, wenn der Rat der Volksbeauftragten abermals ablehnt. Wenn kein Widerspruch erfolgt, glaube ich das Einverständnis der Finanzkommission mit dieser Regelung erklären zu können. Es liegt auf der Hand, daß die Ferien eine ganz unangenehme Verzögerung der Sache mit sich bringen würden und eine Weiterhinausschiebung der Absendung der Steueraussschreiben unmöglich ist.

Vorsitzender: Ich komme nicht darum weg: Wenn wir zu keinem endgültigen Resultat kommen, dann wird man sich entschließen müssen, so lieb und angenehm mir die Ferien sind, eine neue Sitzung anzuberaumen. Ich stimme dem Herrn

Oberbürgermeister bei, daß das Geld aus den Steuern nun bald hereinkommen muß. Vielleicht ließe sich ein anderer Weg finden, indem man die Steueraus-schreiben, ohne daß sie die Gewerbesteuern enthalten, hinausgehen läßt, und der Etat genehmigt wird, soweit die Einkommensteuer in Betracht kommt. Gewerbe-steuer bezahlen nur eine geringe Anzahl Einwohner, und die Grundsteuern werden ja auf einem besonderen Steuerzettel erhoben. Ich weiß nicht, ob dieser Weg rechtlich möglich ist.

Stadtrat von Frankenberg: Der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden würde nur ausführbar sein, nachdem die Regierung unseren Voranschlag genehmigt hat. So-lange diese Genehmigung nicht ausgesprochen ist, sind selbstverständlich auch unsere ganzen Steueraus-schreibungen, sowohl die der Einkommensteuer wie auch aller anderen städtischen Steuern unzulässig; es fehlt hierfür die rechtliche Grundlage, so daß eine Möglichkeit, in dieser Weise vorzugehen, meiner Ansicht nach nicht ge-geben ist. Die Tausende von Steuerzahlern, die zur Gewerbesteuer mitveranlagt werden, kommen nicht allein in Betracht, sondern es ist die Gesamtheit der Ver-pflichteten, auf die wir Rücksicht nehmen müssen.

Herrn Frede wollte ich erwidern: Es ist nicht richtig, daß die Regierung bis-her Nachsicht geübt hat und es sich jetzt gewissermaßen um einen einzelnen und kühnen Vorstoß der gegenwärtigen Regierung handelt. Bei fast jedem Schritt, den wir früher getan haben, um unsere Einkommensteuer zu erhöhen, hat die Regie-rung — auch schon das frühere Ministerium — es nicht an mahnenden Worten fehlen lassen und hat sich, wie sich die älteren Mitglieder der Stadtverordneten-versammlung erinnern werden, gegen das Sträuben der Stadtverordneten ge-wandt, es vor einigen Jahren auch durchgesetzt, daß die Grund- und Gewerbesteuer erhöht wurde. Es gibt nichts Neues unter der Sonne: diese Verhandlungen ähneln mit einigen Abweichungen recht stark den damaligen. Ich erinnere mich besonders, auch schon damals die Herren Frede und Meyerhoff in den Reihen der Vorkämpfer gegen die Erhöhung der Grundsteuer gesehen zu haben.

Um die geehrte Versammlung geneigter zu machen, einer unvermeidlichen Erhöhung der Gewerbesteuer zuzustimmen, möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir in den letzten Jahren in ausgiebiger Weise auf die Kriegsverhältnisse Rücksicht genommen haben, und daß sich unter den Bestimmungen über die Erhebung der Gewerbesteuer auch die findet: Wenn sich ein auffälliges Mißverhältnis zwischen den tatsächlich erzielten gewerblichen Einnahmen und dem Gewerbesteuerfuge er-gibt, so soll eine entsprechende Ermäßigung, möglicherweise sogar ein Erlass der Besteuerung stattfinden, und ich muß es der staatlichen Behörde nachrühmen, daß in wohlwollender Weise dieser sozial-politische Grundsatz von ihr gehandhabt wor-den ist. Ich zweifle nicht, daß, je schwerer die Zeiten werden, um so sorgfältiger

diese Rücksichtnahme durchgeführt wird. Wenn ein Bau stark belastet wird — und das ist unsere Stadt jetzt durch ihre Finanzlage —, verstärkt man nicht einen einzelnen Träger, sondern — das wissen die Bauverständigen besser als ich — verschiedene der vorhandenen Träger. Je mehr wir auf die Einkommensteuer allein packen, um so größer ist die Gefahr, daß der soziale und finanzielle Zusammenbruch kommt.

Stadtv. Stegmann: Dem eingangs der Sitzung von mir geäußerten Wunsche, daß die Verhandlungen möglichst kurz gestaltet werden möchten, will ich vor allen Dingen auch selbst nachkommen und mich kurz fassen. Nur einige Worte auf die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper. Er hat in beredten Worten seinen Standpunkt vertreten, aber es war nicht der Standpunkt des Sozialdemokraten, den wir früher von ihm vernommen haben, sondern der Standpunkt des Volksbeauftragten, und nur von diesem aus sind seine Worte zu begreifen. Wir stehen auf dem Standpunkt, den wir früher immer vertreten haben: Wir sind prinzipielle Gegner der Grund- und Gewerbesteuer, da wir sie als indirekte Steuer ansehen. Ich will nicht weiter darauf eingehen, welches Steuersystem wir an die Stelle dieser alten Steuern setzen wollen; Sie wissen es alle. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, es seien diese Steuern keine indirekten, sondern direkte Steuern. Fest steht aber, daß sowohl die Grund- wie die Gewerbesteuer von den einzelnen Steuerpflichtigen auf die Mieter und die Konsumenten abgewälzt werden. Angesichts der schwierigen Wohnungsverhältnisse können wir es nicht verantworten, daß eine derartige Belastung vorgenommen wird. Wie Herr Lehnert sagte, haben wir schon in einer der vorigen Sitzungen den Weg, der zu gehen ist, durch Annahme des Antrages Schmidt gewiesen, nach dem die hohen Einkommen stärker besteuert werden sollen. Wenn der Landtag wie bisher mit Dampf arbeitet, dann könnte ein entsprechendes Gesetz bald herbeigeführt und dadurch Mittel geschaffen werden, die ja jetzt zweifellos nötig sind.

Herr Stadtrat von Frankenberg hat ausgeführt, daß die frühere Regierung schon einen Druck ausgeübt habe zur Durchführung einer Erhöhung dieser Grund- und Gewerbesteuer. Das kann nicht bestritten werden, ich weiß aber auch, daß sie uns entgegengekommen ist, und daß auch der Rat der Volksbeauftragten in dieser schweren Zeit der Stadt hätte entgegengekommen müssen. Wenn der Rat der Volksbeauftragten noch ebenso zusammengesetzt wäre, wie in der ersten Zeit, und nur aus Sozialisten bestände, dann wäre er auch diesem Wunsche der Stadt entgegengekommen. Sollte die Kalamität eintreten, daß die Regierung den Magistrat ausschaltet und selbst die Führung der Geschäfte der Stadt in die Hand nimmt, so würde diese Beseitigung der Selbstverwaltung der Stadt sehr bedauerlich sein, aber wir sind dann nicht daran schuld, wenn wir unseren Standpunkt hier vertreten.

Sollte es nicht noch andere Wege geben, die Schwierigkeit, die hier im Wege steht, zu beseitigen? Sollten nicht die gesetzlichen Bestimmungen, die angeblich den Rat der Volksbeauftragten zwingen, die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zu fordern, aufzuheben sein? Das kann in ein paar Tagen gemacht werden; ich möchte auf diesen Weg verwiesen haben.

Stadtv. Wahrensdorf: Der Herr Berichterstatter hat mitgeteilt, daß die Kommission die Ablehnung der neuen Forderung beantragt, und es würde sich erübrigen, über diese Sache noch weiter zu reden, wenn nicht neue Gesichtspunkte von dem Herrn Volksbeauftragten in die Debatte geworfen wären. Wir von unserer Seite betrachten es schon seit Jahren als einen großen Mangel, daß die Betroffenen durch eine Sondersteuer getroffen werden. Wir haben in unseren Reihen Statistiken über die städtischen Steuerverhältnisse aufgestellt und haben dabei gefunden, daß die in Frage kommenden Stände in der Stadt Braunschweig, überhaupt im Staate Braunschweig sehr schlecht bezüglich dieser Steuer abschneiden. Es gibt große Staaten und städtische Kommunen und Verbände, die diese Steuer nicht erheben. Darum glauben wir, daß es nicht nötig ist, auf diese Steuern ein so großes Gewicht zu legen, wie es der Herr Volksbeauftragte betont. Jedenfalls betrachten wir sie als ungerechte Steuern, weil sie einzelne Steuerzahler zwei- und dreimal belasten. Wir haben wohlweislich allen Lohn- und Gehaltsaufbesserungen zugestimmt, aber in Handwerkerkreisen und unter den Gewerbetreibenden ist man jetzt des Glauben, daß sie allein noch die Träger der großen Lasten sind. Wenn es so weitergeht, daß wir als die Sündenböcke hingestellt werden, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als gleich den anderen Bevölkerungsschichten Krakeel zu machen. Dann wird vielleicht auf unsere Wünsche Rücksicht genommen. Wir waren immer diejenigen, die zu allem stillgeschwiegen haben, weil wir vernünftig genug sind, nicht mit Krakeel an die Öffentlichkeit zu treten. Aber endlich sehe ich die Zeit, daß wir mit ernstern Worten an die Öffentlichkeit treten müssen, um ich wäre der erste, der die Führung in die Hand nimmt.

Stadtv. Rönneburg: Meine Damen und Herren! Auch meine Freunde sind durchaus keine Anhänger der Gewerbe- und Grundsteuer. Wir sind der Meinung, daß es wünschenswert ist, unsere Steuern in erster Linie auf direktem Wege aufzubringen. Ob das jetzt noch möglich sein wird, ist nicht mehr eine offene Frage, sondern es liegt Grund vor, sie zu verneinen. Wir werden über die indirekten Steuern jedenfalls nicht hinwegkommen und werden uns einen ganz gewaltigen Päckchen davon aufladen müssen, ob wir wollen oder nicht, denn den finanziellen Anforderungen muß Genüge geschehen. Wenn es nicht anders geht, dann soll man ruhig auch die indirekten Steuern als solche mit in die Steuergesetzgebung ein-

fügen, aber nicht solche üblen indirekten Steuern, wie die Gewerbesteuer eine ist. Ein großer Teil der Gewerbesteuer wird immer wieder auf die Verbraucher abgewälzt werden, und zwar zum Teil noch mit einem kleinen Aufschlage. Die kleinen Gewerbetreibenden werden zum überwiegenden Teil nicht in der Lage sein, diese Abwälzung vorzunehmen, aber die großen Gewerbetreibenden wälzen die Steuer zum erheblichen Teile ab. Wir sind deshalb der Meinung, daß es nötig ist, die Gewerbesteuer und die Grundsteuer so schnell wie möglich aufzuheben, und ich habe seitens meiner Freunde unser Einverständnis dazu zu erklären, daß an eine Beseitigung der Gewerbesteuer herangegangen wird. Trotzdem kann ich mich aber nicht ganz den Einwänden verschließen, die Herr Dr. Jasper vorgetragen hat (Zuruf: „Auch Volksbeauftragter!“), und zwar nach folgender Überlegung: Können wir die gesetzlichen Bestimmungen von uns aus verneinen? Das ist nicht angängig. Der Rat der Volksbeauftragten hat aber das Recht, von diesen gesetzlichen Bestimmungen zu befreien, und meiner Ansicht nach wäre das angebracht, wenn eine Befreiung sich als erforderlich erweist. Die Dinge liegen so: Wenn der Rat der Volksbeauftragten sich nicht zu der Befreiung bereit findet, dann haben wir einen offenen Konflikt, der gelöst werden muß, und aller Voraussicht nach wird die Regierung die stärkere sein. Deshalb möchte ich empfehlen, einen Beschluß dahin zu fassen, den Magistrat zu bitten, einem Antrage beizutreten, daß der Landtag ersucht wird, schleunigst eine Reform des Gewerbesteuerwesens überhaupt eintreten zu lassen. Dann kann man die Reform nicht nur den Gewerbetreibenden der Stadt Braunschweig, sondern denen des ganzen Landes zugute kommen lassen, und das ist etwas, was die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Versammlung finden wird.

Herr Stegmann hat gemeint, wenn der Rat der Volksbeauftragten noch so zusammengesetzt wäre, wie früher, dann würde man sicher unter der Führung der sozialistischen Männer das gelobte Land erreicht haben. Das will ich dahingestellt sein lassen; meine persönliche Stellung glaube ich ja dargestellt zu haben. Wenn eine Einigung in dem von uns erstrebten Sinne nicht erreicht werden sollte — und wir wünschen, daß der Magistrat noch einmal vorstellig wird, um den Rat der Volksbeauftragten zu veranlassen, eine allgemeine Regelung für das ganze Herzogtum vorzunehmen —, dann wird nichts übrigbleiben, als der Finanzkommission die Ermächtigung zu geben, die Sache zum Abschluß zu bringen, vielleicht auch die kleinen Gewerbetreibenden bis zu einem Einkommen von 6000 *M* auszunehmen. (Zuruf Meyerhoff: 4000 *M*.) Man könnte ja noch weiter gehen, denn 4000 *M* ist unter den heutigen Verhältnissen ein recht geringer Satz. Man könnte diese befreien und lieber die Leistungsfähigen aus den Kreisen der Gewerbetreibenden stärker heranziehen, um einen Ausgleich zu finden. Ich erinnere

an die besondere Gesetzesvorlage, um den großen Betrieb von Büßing zu einem erheblichen Betrage zur Gewerbesteuer heranholen zu können, wenn ich nicht irre, mit 45 000 M. Ob es richtig ist, auch diese großen Betriebe von der Gewerbesteuer auszunehmen, das kann man in der jetzigen Zeit bezweifeln. Wir würden auf folgender Grundlage vielleicht eine Einigung mit dem Räte der Volksbeauftragten herbeiführen können: Wir nehmen die kleinen Gewerbetreibenden aus und lassen die Erhöhung nur für die oberen Gruppen eintreten. Vielleicht ist das ein Weg, der zum Ziele führt. Daß die Steueraussschreiben sobald als möglich herausgehen müssen, ist selbstverständlich. Wir haben die Erhöhung des Gaspreises seinerzeit abgelehnt und dadurch unsere Zustimmung versagt, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen. Wenn wir, den dringenden Notwendigkeiten Rechnung tragend, dauernd neue Ausgaben bewilligen, dann müssen wir auch in irgendeiner Form für Deckung sorgen und werden nicht umhinkönnen, auf irgend eine Weise einen Ausgleich herbeizuführen.

Vorsitzender: Herr Marschner hat folgenden Antrag eingebracht:

„Bei Annahme des Antrages auf Erhöhung der Gewerbesteuer folgenden Zusatz zu beschließen: Die Gewerbetreibenden bis zu einem Einkommen von 4000 Mark von der Erhöhung der Gewerbesteuer frei zu lassen.“

Ich glaube, dieser Antrag könnte erst dann in Frage kommen, wenn die Entscheidung getroffen ist, ob die Erhöhung der Gewerbesteuer durchgeführt werden soll oder nicht.

Stadtv. Marschner: Meine Damen und Herren! Wenn Sie gerecht sein wollen, dann müßten Sie wenigstens in dem Falle, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer angenommen wird, beschließen, daß bis zu einem Einkommen von 4000 M die Erhöhung nicht stattfinden soll, denn man muß bedenken, daß die Gewerbesteuer eine Doppelbesteuerung ist.

Stadtv. Dr. Jasper: Mein Doppelkollege hat angeregt, plötzlich ein Gesetz zu erlassen, das sich mit dieser Sache befaßt. Ist es an sich schon mißlich, aus einem bestimmten Anlaß heraus schnell ein Notgesetz zu verabschieden — es kommt gewöhnlich Flidarbeit dabei heraus, und eine solche Flidgesetzgebung ist im allgemeinen nicht die beste —, so würden doch selbst in dem Falle, daß es vom Landtage gutgeheißen würde, immerhin einige Wochen vergehen, bis es fertiggestellt ist, selbst wenn wir übermorgen ein solches Gesetz beschließen sollten. Ich glaube auch kaum, daß man es in dem Umfange beschließen kann, wie es Herr Rönneburg angeregt hat, denn woher sollte das Land und die übrigen Städte und Gemeinden

die Mittel nehmen, wenn die Gewerbe- und Grundsteuern aufgehoben werden sollten? Die Abgeordneten des Landtages haben einmütig trotz aller Schändlichkeit der Grund- und Gewerbesteuern die Erhebung dieser Steuer gutgeheißen; jetzt sollen sie beseitigt werden, weil es der Stadt Braunschweig nicht hakt? Die Beseitigung ist ja bald gemacht, dann müßte aber sofort eine andere Steuerquelle geschaffen werden. Wollen Sie ohne weiteres beschließen, die ickiae Einkommensteuer von nun an nicht mit 15, sondern mit 20 Einheiten zu belasten? Das würde die Folge der Aufhebung der Grund- und Gewerbesteuer sein müssen, und ich bin zweifelhaft, ob bei dieser Besteuerung diejenigen, die gegen die Erhöhung der beiden heute fraglichen Steuern sich wenden, zufrieden sein würden. Auch dann würden sie sagen: Bezahlen ist eine unangenehme Sache. Ich glaube deshalb sagen zu müssen: So reform- und umgestaltungsbedürftig diese Steuern sind, so kommt man doch nicht darum weg, daß man den Verhältnissen Rechnung trägt. Die Ausgaben sind zu ungeheuerlich groß, als daß der Rat der Volksbeauftragten sagen könnte — das ist meine persönliche Meinung —: Wir wollen diesen Rankabfel der Gewerbesteuer einmal ganz beiseite lassen und annehmen im übrigen den städtischen Haushaltsplan. Ich glaube, das städtische Gemeinwesen litte Gefahr, wenn bei derartigen Ausgaben, wie sie heute zu leisten sind, weiterbewirtschaftet würde, ohne eine ausreichende Deckung gesichert zu haben. Die Überschuldung des städtischen Haushalts, die heute schon vorhanden ist, wird bei der ganzen Gestaltung der Verhältnisse noch schlimmer werden. Ich habe schon hingewiesen auf die großen Ausgaben zur Senkung der Lebensmittelpreise — irgendwo müssen sie doch aufgebracht werden.

Herrn Stadtberordneten Stegmann möchte ich erwidern: Es ist ein Unterschied, ob die Einkommen herrühren aus Arbeit oder aus Rente, und die Grundstücks-einnahme ist zum guten Teil eine Renteneinnahme und keine Einnahme, die aus Werte schaffender Arbeit entsteht. Ebenso liegt es bei einem guten Teile der Gewerbe-einkommen: es ist das Einkommen, das den Profit der Gewerbebetriebsinhaber darstellt, und den zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern, ist aus sozialdemokratisch gedacht. Derjenige, der Hunderte von Arbeitern beschäftigt, zieht daraus seinen Profit, und das ist zu unterscheiden von dem Einkommen aus reiner Arbeit. So wird man künftig, ohne alle Lasten in einseitiger Weise auf die Einkommensteuern zu legen, einen Unterschied machen bei der Besteuerung in der Art des Einkommens: ob es aus Werte schaffender Arbeit, aus Ausnutzung der Arbeitskraft anderer, aus Rente, aus Grundstückszins oder anderem entspringt. Das kann man sehr wohl von unserem Standpunkt aus vertreten. Diesem Gedanken ist in sehr roher Form durch die Grund- und Gewerbesteuer Rechnung getragen, indem man gesagt hat: Der Gewerbetreibende mit foundso viel Arbeits-

kräften wird in bezug auf Gewerbesteuer ganz besonders angesehen. Den Gedanken des Herrn Marschner, die kleinen Gewerbetreibenden in der Weise frei zu lassen, wie es der Antrag angibt, begrüße ich mit großer Sympathie und glaube auch, daß das eine Brücke sein würde, auf der man weitergehen könnte. Die kleinsten Gewerbetreibenden, die meist als Kriegsteilnehmer selber Not gelitten haben, würden dadurch von der Steuererhöhung nicht getroffen werden, während die größeren Gewerbetreibenden aus den Gründen, die ich schon angeführt habe, von der Erhöhung getroffen werden müßten. Augenblicklich kann ich aber noch nicht übersehen, ob es möglich ist, gesetzestechnisch so zu verfahren, daß man besondere Ausnahmen zuläßt.

Stadtrat von Franckenberg: Der Hinweis auf den Antrag Schmidt, die höheren Einkommen durch die Einkommensteuer stärker heranzuziehen, ist für die Versammlung noch nicht bares Geld. Wir müßten uns mit der geehrten Versammlung, sobald das Gesetz vom Landtag genehmigt ist, erst noch über die Durchführung hier in der Stadt verständigen, folglich würden wir in den allernächsten Wochen daraufhin keine steuerlichen Einnahmen gründen können. Wenn ich mich frage, wie wir aus dieser Sackgasse am besten herauskommen können, so ist der Antrag Marschner, der von Herrn Dr. Jasper als annehmbar bezeichnet ist, steuertechnisch am ersten durchführbar. Die Steueraussschreiben sind so gefaßt, daß die Erhöhung der Gewerbesteuer noch nicht vorgesehen ist. Wenn eine Verständigung dahin erfolgt, daß diejenigen Gewerbetreibenden, die nicht mehr als 4000 Mark steuerpflichtiges Einkommen haben, nicht zu berücksichtigen sind, so brauchten die Ausschreiben für diese Gewerbetreibenden in dieser Hinsicht nur außer acht gelassen zu werden, und das läßt sich durch einen allgemeinen Hinweis sehr leicht durchführen. Ich möchte also sagen, daß der Antrag Marschner auch insofern eine Brücke der Verständigung bedeutet, und ich würde es für erfreulich halten, wenn es möglich wäre, noch in letzter Stunde eine Verständigung herbeizuführen, und es nicht nötig wäre, den schwierigen anderen Weg zu gehen. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, als wenn Herr Dr. Jasper ein Rückzugsgefecht geführt hätte, sondern es schien ihm und der Mehrheit der Volksbeauftragten recht ernst zu sein, auf ihrer Forderung zu bestehen.

Den Vorschlag des Herrn Rönneburg habe ich nicht so betrachtet, als ob damit schon für die allernächste Zeit der Weg der Gesetzesänderung zu betreten wäre, sondern erst in der Zukunft, also für das Steuerjahr 1920/21 müßte eine Änderung angestrebt werden. Das wird überhaupt dringend wünschenswert sein. Sie haben gelesen, daß das Reich die Absicht hat, den Gemeinden von demjenigen, was in Zukunft an Reichssteuern erhoben wird, insbesondere auf dem Gebiete der Grundbesitzwechselabgabe, ferner bei der Vergnügungssteuer einen namhaften An-

teil zukommen zu lassen. Nun wollen wir zwar das Fell des Bären nicht eher verteilen, als bis er erlegt ist, aber es geht daraus hervor, daß wir in Zukunft über Einnahmequellen verfügen werden, die sich jetzt noch nicht übersehen lassen. Da wir dann aufs neue Stellung nehmen zu der Frage der Aufbringung der Gemeindesteuer, sollte man heute, wo sich ein Weg zur Verständigung zeigt, auf ihn eingehen, die Sache nicht auf die lange Bank schieben und zum Schluß kommen.

Stadtv. Reißner: Wir dürften wohl alle der Meinung sein, daß jetzt die Angelegenheit genügend geklärt ist. Ich beantrage deshalb Schluß der Besprechung.

Der Vorsitzende schließt die Debatte.

Darauf werden die Vorschläge des Finanzausschusses (Ablehnung der Erhöhung und nochmals Vorstellung beim Räte der Volksbeauftragten zu erheben) angenommen.

Vorsitzender: Es handelt sich nun noch um den **Z u s a t z a n t r a g** Marschner, daß die Gewerbetreibenden bis zum Einkommen von 4000 *M* von der Gewerbesteuer frei gelassen werden.

Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. Frede: Es wird noch über die Frage zu beschließen sein, ob bei einer ablehnenden Haltung des Rats der Volksbeauftragten das Plenum oder der verstärkte Finanzausschuß die Entscheidung zu treffen hat.

Vorsitzender: Wir haben noch zu beschließen, ob dem verstärkten Finanzausschuß die Ermächtigung erteilt werden soll, oder ob es zweckmäßig erscheint, heute über acht Tage noch einmal eine Sitzung abzuhalten, um endgültig Stellung zu nehmen. Wer dafür ist, daß der verstärkte Finanzausschuß in dieser Frage die nötigen Schritte zu tun hat, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dem Finanzausschuß ist die Ermächtigung erteilt.

4. Stellungnahme zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Verbaude der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Stadtv. Frau Friedrich: Zweck einer Auskunft über die Auslegung eines Punktes in dem mit den städtischen Arbeitern abzuschließenden Tarifvertrage hat der Magistrat an den Deutschen Städtetag in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Bei Beratung des Entwurfs eines mit den städtischen Arbeitern abzuschließenden Tarifvertrages sind Zweifel über die Auslegung der Vorschrift unter

VIII der vom Vorstande des Städtetages aufgestellten Richtlinien erhoben, der zufolge die dort erwähnten Feiertage nicht vom „Wochenlohn“ gekürzt werden sollen. Insbesondere wurde geltend gemacht, daß, wenn ein bestimmter Stundenlohn für die achtstündige Arbeitsschicht vereinbart sei, von einem Wochenlohn überhaupt nicht die Rede sein könne, und daß daher die fragliche Vorschrift, durch die den Gemeindebetrieben erhebliche Ausgaben erwachsen würden, nur dann zur Anwendung kommen könne, wenn der Lohn nicht für die Arbeitsstunden oder den Arbeitstag, sondern für einen längeren Abschnitt (Woche, Monat, Jahr) festgesetzt sei. — Dem genannten Vorstande würden wir für baldgefällige Äußerung darüber, wie dort die Vorschrift ausgelegt wird, dankbar sein.“

Darauf ist folgendes Schreiben der Zentralstelle des Städtetages zurückgekommen:

„Nach unserer Auffassung und nach unserer Erinnerung an den Gang der Verhandlungen bei der Vereinbarung der Richtlinien ist irgendein Anhalt dafür, daß unter dem „Wochenlohn“ in Ziffer VIII Absatz 1 unserer Richtlinien nur der in einem Wochenbetrag festgesetzte Lohn gemeint ist, nicht gegeben. Es ist vielmehr unseres Erachtens schlechthin der (in der Regel doch wöchentlich ausbezahlte) Lohn darunter zu verstehen. Hiernach würden die Feiertage den Stunden- und Tagelöhnern wie Arbeitstage zu bezahlen sein.“

§ VIII der Richtlinien lautet folgendermaßen:

„Landesgesetzliche sowie behördlicherseits oder von der Stadtvertretung angeordnete Feiertage werden nicht vom Wochenlohn gekürzt. Wird an diesem Tage gearbeitet, so ist außerdem der vertragsmäßige Lohn zu zahlen.“

§ IX der Richtlinien bestimmt:

„Den Arbeitern mit mindestens dreimonatiger Dienstzeit wird im Falle einer durch Unfall oder durch Krankheit verursachten Erwerbsunfähigkeit der Lohn unter Abzug der reichsgesetzlichen Leistungen weitergezahlt.“

Vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist zu diesem Punkte folgende Forderung eingegangen:

„Im Erkrankungsfall sollen die Arbeiter den Lohn weitererhalten abzüglich der reichsgesetzlichen Leistungen, und zwar

im ersten Dienstjahre	für die Dauer von 6 Wochen,
von mehr als 1—3 Jahren	13 „
von mehr als 3 Jahren	26 „

Ferner soll allen städtischen Arbeitern ein Ruhe-lohn gezahlt werden.“

Ich glaube, wir können diesem allen ungehindert zustimmen, wie auch der Finanz- und Rechtsausschuß zugestimmt hat. Ich ersuche die Versammlung, in diesem Sinne zu verfahren.

Stadtv. Genzen: Bei dem vor einigen Monaten mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrage handelte es sich um die Festsetzung des Lohnes, die weiteren Bestimmungen waren einer späteren Zeit vorbehalten. Die Lohnkommission hat in dieser Sache verschiedentlich getagt und verhandelt, hat aber schließlich erklärt, daß sie erst noch Erkundigungen beim Vorstande des Städtetages einziehen wolle, wie die beiden fraglichen Paragraphen ausgelegt werden sollten. Es handelte sich dabei um die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage und darum, ob bei Krankheitsfällen oder bei Unfällen der Lohn weitergezahlt werden soll, wenn es sich um Stundenlohn handelt. Wie Sie aus der Antwort des Städtetages ersehen haben, steht er auf dem Standpunkte, daß sowohl für die Feiertage, wie auch während der Krankheitsstage der Lohn weitergezahlt werden muß. Es handelt sich also um nichts Neues, sondern nur um Ausführung der Vereinbarungen, die seitens des Städtetages mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter getroffen sind. Die Stadt Braunschweig ist ebenfalls Mitglied des Deutschen Städtetages und ist als solches gewissermaßen verpflichtet, das, was zwischen den beiden vertragsschließenden Teilen vereinbart ist, zu halten, wie es ebenfalls viele andere, auch kleinere Städte getan haben. Ich möchte empfehlen, den Beschlüssen des Finanz- und Rechtsausschusses zuzustimmen und zu beschließen, daß auch den stunden- und tageweise beschäftigten Arbeitern die Feiertage nicht vom Lohn gekürzt werden und ebenso auch nach den vorgeesehenen Bestimmungen während der Krankheitsdauer Lohn gezahlt wird.

Die Versammlung stimmt der Stellungnahme des Finanz- und Rechtsausschusses zu.

5. Antrag des Erwerbslosenausschusses, betreffend die Gewährung von Mietzuschüssen.

Stadtv. Jahn: Der Erwerbslosenausschuß hat sich unter dem 27. Mai an den Stadtmagistrat mit dem Ersuchen gewandt, daß wie in einer Anzahl anderer Großstädte auch den hiesigen verheirateten Erwerbslosen Mietzuschüsse gezahlt würden und ihnen die ausländischen Lebensmittel zu einem geringeren Preise überwiesen würden. Der Magistrat hat aber diesen Standpunkt in Anbetracht der ungünstigen Finanzlage der Stadt nicht teilen können. Es hat darauf am 21. Juni in den Gambrinushallen eine Versammlung der Arbeitslosen stattge-

funden, die zu der ablehnenden Antwort des Stadtmagistrats Stellung genommen hat und an die Stadtverordneten eine Eingabe richtet mit der Bitte, ihr Gesuch an den Magistrat, betreffend die Mietzuschüsse und die billigere Abgabe von Lebensmitteln für verheiratete Arbeitslose wohlwollend zu prüfen. Der Rechtsausschuß hat über diese Sache gesprochen, stellt aber die Entscheidung in das Ermessen der Versammlung.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Stadtmagistrat hat inzwischen eine Umfrage bei 25 deutschen Städten veranlaßt. Aus den eingelaufenen Antworten geht hervor, daß nur zwei von diesen 25 Städten solche Mietzuschüsse zahlen, und mir scheint, daß bei diesen beiden Städten die Frist, für die diese Zuschüsse geplant sind, bald abläuft. Das möchte ich Ihnen zur Kenntniznahme unterbreiten. Die beiden Städte, von denen ich sprach, sind Barmen und Köln, während in allen übrigen Städten derartige Zuschüsse nicht mehr gezahlt werden.

Stadtv. Schmerbach: Meine Damen und Herren! Ich möchte im Namen meiner Fraktion den Antrag stellen, daß der Stadtmagistrat ersucht wird, eine Vorlage auszuarbeiten, wonach den Erwerbslosen unserer Stadt ein entsprechender Mietzuschuß gewährt wird.

Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu.

6. Zuschuß aus der Jüdelstiftung an die historische Kommission für Niedersachsen.

Stadtv. Schmerbach: Es handelt sich um einen Zuschuß von 1000 M aus der Jüdelstiftung, der von der Historischen Kommission für Niedersachsen für Ausgabe eines niedersächsischen Städteatlases erbeten wird. Von diesem Unternehmen, das im Interesse der Volksbildung liegt, sind 16 Tafeln fertiggestellt, und zwar für die erste Abteilung, die die Städte des Landes Braunschweig betreffen. Es handelt sich dabei um 13 Ortschaften, mit Ausschluß derer, die erst im 19. Jahrhundert zu Städten geworden sind, nämlich Eschershausen und Bad Harzburg, aber einschließlich des Fleckens Gittelde. Da die Ausführung des Atlases die Städte zeigt, wie sie sich periodisch in den verschiedenen Jahrhunderten entwickelt haben, so daß man einen Überblick darüber gewinnen kann, so liegt die Herstellung des Atlases im Interesse der Volksbildung, und ebenso wie der Vorstand der Jüdelstiftung und der Magistrat der Bewilligung eines Kostenzuschusses von 1000 M zugestimmt haben, so glaube ich, daß auch die Versammlung keinen Anstand nehmen wird, der Bewilligung des Zuschusses zuzustimmen. Der Finanzausschuß als

solcher hat sich wegen Überlastung mit Geschäften mit der Sache nicht beschäftigen können. Ich möchte Sie persönlich bitten, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen und den Zuschuß aus der Züdelstiftung zu genehmigen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Zustimmung zu der Bewilligung an.

7. Einrichtung elektrischer Beleuchtung in verschiedenen städtischen Schulgebäuden.

Stadtv. Frau **Graf**: Herr Fortbildungsschulinspektor **Heinemann** hat an den Stadtmagistrat den Antrag gerichtet, in einigen Schulräumen während der Sommerferien elektrische Beleuchtung anzulegen.

In Betracht kommen dafür Räume in der Schule am Sandweg, Knabenmittelschule, im Krufenbergischen Grundstück am neuen Petritore, in der Schule an der Sidonienstraße, Maschstraße, Reichsstraße, Okerstraße und Echternstraße. In einigen dieser Schulen befindet sich Gasbeleuchtung, die aber als ungenügend, unzuverlässig und auch als gesundheitsschädlich bezeichnet wird. Ferner werden noch Wünsche geäußert über kleine bauliche Änderungen und Instandsetzung von Räumen der früheren Waisenhauschule.

Der Stadtmagistrat hat dem Wunsche des Herrn Schulinspektors Heinemann Rechnung getragen und das Hochbauamt zu einer gutachtlichen Äußerung und Aufstellung eines Kostenanschlages aufgefordert. Das Stadtbauamt äußert sich über die Instandsetzung der fraglichen Räume dahin, daß nach einem Kostenanschlages der Firma von Dolls & Helle die Kosten der Einrichtung der elektrischen Beleuchtung einschließlich der Aufwendungen für Anstrich, Ausbesserungen und anderer Nebenarbeiten sich stellen werden

für die Schule am Sandweg	auf 6138 M + 362 M	für Nebenkosten,
" " Knabenmittelschule	" 6781 " + 410 " "	"
" das vorm. Krufenbergische Grundst. "	" 1546 " + 254 " "	"
" die Schule an der Sidonienstraße . "	" 3369 " + 330 " "	"
" " " " Maschstraße . . "	" 4125 " + 375 " "	"
" " " " Reichsstraße . . "	" 9708 " + 592 " "	"
" " " " Okerstraße . . "	" 4546 " + 354 " "	"
" " " " Echternstraße . . "	" 5374 " + 426 " "	"

Das macht zusammen eine Summe von 45 000 M.

Die für die frühere Waisenhauschule beantragten Instandsetzungsarbeiten und kleinen baulichen Änderungen würden eine Gesamtsumme von 4400 M erfordern, so daß insgesamt eine Summe von 49 400 M dabei herauskommt.

Der Stadtmagistrat, der grundsätzlich die Notwendigkeit dieser Arbeiten anerkennt, glaubt mit Rücksicht auf die ganz erheblichen Unkosten darauf hinweisen zu müssen, daß man sich vorläufig mit dem Notwendigsten begnügen müsse, und hat deshalb erneut das Hochbauamt um Äußerung er sucht, welche Schulklassen von den in Betracht kommenden überhaupt noch keine künstliche Beleuchtung haben, da er wegen der hohen Unkosten beabsichtige, durch die vorzunehmenden Arbeiten nur zu erzielen, daß der Unterricht nicht ins Stocken kommt. Das Stadtbauamt hat darauf einen Kostenschlag eingereicht, der folgende Aufwendungen nötig macht:

für die Knabenmittelschule	7200 M,
„ das vormalig Krusenbergsche Haus .	1800 „
„ die Schule an der Sidonienstraße .	4000 „
„ „ „ „ „ Maschstraße . .	4500 „

so daß eine Gesamtsumme von 17500 M sich ergibt.

Mit diesem zweiten Vorschlage des Hochbauamts erklärt sich der Magistrat einverstanden. Der Schulausschuß erkennt an, daß man sich mit Rücksicht auf die hohen Aufwendungen und das nicht im entferntesten damit in Einklang zu bringende schlechte Material vorläufig auf das Nötigste beschränken muß, gibt anheim, die angeforderte Summe von 17500 M für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung zu bewilligen, aber mit diesem Auftrage mehrere Firmen zu betrauen, und zwar dies letztere aus der Vermutung heraus, daß die verschiedenen Firmen ihre Beleuchtungskörper nicht aus ein und derselben Fabrik beziehen und dadurch vielleicht ein geringerer Preis zu erzielen sei. Ferner spricht für diesen Vorschlag, daß die Anlage in der kurzen Zeit von drei Wochen fertiggestellt sein soll. Ich bitte die geehrte Versammlung, diesen Vorschlägen gleichfalls zuzustimmen.

Während dieser Rede hat Herr Stadtv. **Munte** den V o r s i ß übernommen.

Stadtrat von Franckenberg: Der Anregung des Schulausschusses in bezug auf die Verteilung der Ausführung der Arbeiten an verschiedene leistungsfähige Gewerbetreibende wird der Stadtmagistrat gern entsprechen. Ich habe heute morgen schon mit Herrn Stadtbaurat Osterloh darüber Rücksprache genommen und dabei erfahren, daß das städtische Hochbauamt auf demselben Standpunkte steht. Wenn die geehrte Versammlung, wie ich empfehlen möchte, der Vorlage zustimmt, wird morgen schon eine Reihe verschiedener leistungsfähiger Firmen nebeneinander mit der Ausführung der Arbeiten betraut werden können.

Der Antrag des Schulausschusses wird angenommen.

8. Erhöhung des Zuschusses für die kaufmännische Fortbildungsschule.

Stadtv. **Trebe:** Die Lehrer an den Fortbildungsschulen in den verschiedenen Städten des Herzogtums haben sich an die Handelskammer, die bekanntlich für das ganze Land errichtet ist, mit dem Ersuchen gewandt, ihre Gehälter aufzubessern. Die Handelskammer beabsichtigt, auf diesen Wunsch einzugehen, und hat für die Stadt Braunschweig vorgeschlagen, die Jahresstunde zu bemessen für das 1. bis 3. Jahr mit 140 *M*, für das 4. bis 6. Jahr mit 170 *M*, für das siebente und die folgenden Jahre mit 200 *M*.

Für das Land sollen diese Sätze 120, 150 und 180 *M* betragen. In einer Zusammenstellung der Lehrerhonorare ist errechnet, daß für das ganze Land Braunschweig 12 504 *M* mehr verausgabt werden müssen und — was uns hier besonders interessiert — für die Stadt Braunschweig 3804 *M*. Nun ist es bisher so gehalten, daß in die Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule in der Stadt Braunschweig sich der Staat, die Stadt und die Handelskammer geteilt haben, so daß jeder von ihnen ein Drittel der Kosten übernahm. Dementsprechend hat sich die Handelskammer wegen des Zuschusses eines Drittels zu diesen Kosten auch an den Stadtmagistrat gewandt, und letzterer ersucht die Stadtverordneten, den jährlichen Zuschuß dieser 1268 *M* aus der Kasse der Umsatzsteuer vom 1. April dieses Jahres ab zu bewilligen.

Die Schulkommission hat ohne weiteres die Berechtigung dieses Antrages anerkannt und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, ihm zuzustimmen.

Stadtv. **Salomon:** Im Anschluß an die Bewilligung dieses Zuschusses möchte ich dem Magistrat zweierlei zur Erwägung anheimgeben. Bekanntlich ist die kaufmännische Fortbildungsschule eine Einrichtung der hiesigen Handelskammer. Sie ist eine obligatorische Schule seit mehr als 25 Jahren, wenn ich nicht irre. Bisher hatten wir für die übrigen Berufe die Pflichtfortbildungsschule nicht, wir bekommen sie jetzt, und es ist an der Zeit, daran zu denken, ob es nicht richtig ist, das gesamte Fortbildungsschulwesen unter eine einheitliche Leitung zu stellen. Ich möchte den Magistrat bitten, Schritte zu unternehmen, die das ermöglichen.

Eine zweite Bitte ist die: Wir haben seinerzeit, als wir das Statut über die Pflichtfortbildungsschule berieten, Vorschriften über die Zusammensetzung des Schulvorstandes beschlossen. Nach meiner Information decken sich die hier gefaßten Beschlüsse über die Zusammensetzung des Schulvorstandes nicht mit denen, die maßgeblich sind für die Zusammensetzung des Schulvorstandes der kaufmännischen Fortbildungsschule. Ich möchte den Magistrat bitten, dahin zu wirken, daß auch der Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule in ähnlicher Form zusammengesetzt wird wie der für die Pflichtfortbildungsschule in Braunschweig.

Diese beiden Anregungen möchte ich hiermit gegeben haben.

Stadtv. **Schmidt**: Ich halte den eben ausgesprochenen Wunsch des Herrn Salomon für berechtigt und schließe mich ihm an. Auch mir erscheint es richtig, daß die Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule, wie wir sie jetzt haben, die Folge haben müßte, daß wir der Einrichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule hätten Rechnung tragen müssen. Bezüglich des Zuschusses, den wir für die kaufmännische Fortbildungsschule in der letzten Zeit immer wieder erhöht haben, wäre es am Platze, wenn den städtischen Körperschaften ein gewisser Einfluß auf die Zusammensetzung des Schulvorstandes eingeräumt würde. Da wir die erhöhten Zuschüsse bewilligen müssen, so wäre es wohl berechtigt, der Anregung des Herrn Salomon näherzutreten, und ich glaube, daß unser wohlwöblicher Magistrat dem beitreten wird.

Stadtrat **von Frankenberg**: über diese Sache wird sich selbstverständlich besonders dann sprechen lassen, wenn Mehraufwendungen für die Stadt dadurch nicht entstehen, und ich darf darauf rechnen, daß eine Vereinbarung getroffen wird, wenn diese unangenehme Folge vermieden werden kann. Die Versammlung wird mit mir übereinstimmen, daß wir dahin streben müssen, die bisherige Beteiligung der Handelskammer an den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule aufrechtzuerhalten. — Was die kaufmännische Fortbildungsschule für das weibliche Geschlecht betrifft, so ist vom 1. April ab die Sache ja schon auf eine neue Grundlage gestellt.

Der verlangte Zuschuß wird bewilligt.

9. Gewährung von Mietzuschüssen für Kriegerhinterbliebene.

Stadtv. **Blumeier**: Zu diesem Punkte heißt es in der Magistratsvorlage:

„Wie bekannt, hat die Stadt auf Grund eines Beschlusses der verstärkten Finanzkommission und des Magistrats vom 22. Juli 1915 bedürftigen Angehörigen von Kriegsteilnehmern während des Krieges besondere Mietunterstützungen gewährt. Die Unterstützungen galten als Aufwendungen der Kriegswohlfahrtspflege, zu denen das Reich auf Antrag 40—50 Prozent zuschießt. Nach Rückkehr der meisten Kriegsteilnehmer werden Mietunterstützungen nur noch in beschränktem Umfange gewährt. In Frage kommen für die Unterstützung nur noch die Angehörigen der Kriegsgefangenen und die Hinterbliebenen der Krieger. Die Kriegsgefangenen werden in den nächsten Wochen zurückkehren, so daß die Unterstützung für ihre Angehörigen in der nächsten Zeit von selbst fortfallen wird. Anders liegt die Sache bei den Kriegerhinterbliebenen. Die Sorge für ihre aus-

reichende Unterstützung hat das Reich, und es ist nicht angängig, daß die Stadt ihrerseits die Mietzuschüsse an sie dauernd weiterzahlt. Einmal müssen die Mietzuschüsse wie alle anderen Kriegsunterstützungen der Stadt aufhören. Wir müssen hierauf um so mehr bedacht sein, als das Reich schon jetzt Zuschüsse an solche Kriegerhinterbliebenen, denen schon eine feste Reichsunterstützung zugesprochen ist, aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege nicht mehr gewährt. Immerhin erscheint es notwendig, die Beteiligten frühzeitig auf den Fortfall der Mietunterstützung aufmerksam zu machen und aus diesem Grunde die Unterstützung noch für das laufende und kommende Kalendervierteljahr — also bis 30. September dieses Jahres — allein aus städtischen Mitteln zu zahlen. Die Zahl der Beteiligten ist etwa 150."

Demgemäß ersucht der Stadtmagistrat die Stadtverordneten zuzustimmen, daß die Mietunterstützungen an Kriegshinterbliebene noch bis zum 30. September dieses Jahres weitergezahlt werden, auch wenn auf einen Zuschuß des Reiches hierbei nicht gerechnet werden kann.

Ich glaube, wir können dieser Vorlage zustimmen.

Die Versammlung stimmt für die Annahme der Vorlage.

10. Erhöhung des Zuschusses für den Verein Volkslesehalle.

Stadtv. Frede: Der Verein Volkslesehalle befindet sich in großer finanzieller Not: er hat im Jahre 1918/19 eine Ausgabe von 53 294,08 *M* und nur eine Einnahme von 45 061,32 *M* gehabt. Veranschlagt waren die Ausgaben nur zu 42 900 Mark. Sie sind also höher gewesen, als der Vorstand vorher angenommen hatte. Zu den laufenden Einnahmen des Vereins wird der Zuschuß der städtischen Behörden gerechnet, der mit 12 400 *M* eingestellt ist. Da sich nun ein Fehlbetrag von rund 8000 *M* ergeben hat, so erbittet der Verein Volkslesehalle von der Stadt einen Zuschuß von insgesamt 25 000 *M*. Der Stadtmagistrat beantragt dagegen bei den Stadtverordneten, jetzt noch soviel zu gewähren, daß ein Gesamtzuschuß von 20 000 *M* dabei herauskommt, also soviel, wie nötig ist, um den Fehlbetrag zu decken, und auch die Finanzkommission ist der Ansicht, daß diese Bewilligung ausreichen wird. — Der Voranschlag der Volkslesehalle für 1919/20 gibt allerdings ein sehr trübes Bild; er schließt mit einem Fehlbetrage von 40 700 *M* ab. Es ist in dem Begleitschreiben des Magistrats, wie in den Mitteilungen der öffentlichen Bücherei darauf verwiesen, daß die finanzielle Lage des Vereins Volkslesehalle immer bedrohlicher wird, und daß deshalb Bestrebungen im Gange seien, um die ganze Einrichtung in städtische Hand überzuleiten. Dabei werden aber auch die Bedenken erwähnt, die dieser Verstädtlichung entgegenstehen; man glaubt nämlich,

es würden dann viele private Zuwendungen, die jetzt in ziemlicher Fülle dem Verein zufließen, in Wegfall kommen, und diese Besorgnis ist nicht unbegründet. Wie sich das künftig entwickeln wird, weiß man noch nicht. Ich persönlich habe den Gedanken gehabt, daß eine sehr mäßige Beteiligung der Benutzer der Volkslesehalle an den Kosten vielleicht zu erwägen ist. Wenn von den Lesern eine Leihgebühr von 5 oder 10 Pfennig erhoben würde, so würde dadurch für das Jahr 1918/19, in dem 153 000 Bände ausgeliehen sind, ein Betrag von 15 300 Mark einkommen sein, also mehr, als nötig ist, um den Fehlbetrag zu decken. Ob ein solches Verfahren angezeigt ist, will ich nicht entscheiden; ich maße mir nicht an, zu sagen, daß dieser Gedanke unanfechtbar ist. Es soll das nur eine Anregung sein, die erwogen werden kann. — Der Erhöhung des Zuschusses von 12 400 M auf 20 000 M empfiehlt die Finanzkommission zuzustimmen.

Stadtrat von Frankenberg: Es ist dankenswert, daß der Herr Berichterstatter die Magistratsvorlage empfohlen hat, und ich kann es ihm auch nicht verdenken, daß er angesichts der großen Geldschwierigkeiten der Volkslesehalle sich bemüht hat, nach Einnahmequellen für sie zu suchen. Ich glaube nun allerdings, daß diejenige Tätigkeit, die in letzter Zeit seitens des Vorstandes der Volkslesehalle und einzelner verdienstvoller Mitglieder des Vereins entfaltet worden ist, nämlich die Werbung neuer Mitglieder, eine Maßnahme, die bis auf die drei Stifter der Volkslesehalle zurückreicht, zur Erhöhung der Einnahmequelle der Volkslesehalle am besten geeignet ist. Dagegen hat eine Umfrage bei den Lesehallen anderer Städte ergeben, daß man ein Lesegeld durchweg nicht zu erheben pflegt, sondern daß die Volkslesehallen, soweit sie städtische Einrichtungen oder, wie die hiesige, von der Stadt wesentlich unterstützte Einrichtungen sind, sich an die freiwillige Unterstützung aller Kreise wenden, und daß ein Lesegeld von den bildungsbedürftigen Kreisen nicht als wünschenswert und zweckmäßig betrachtet wird. Wenn wir eine solche Einrichtung, wie die Erhebung einer Leihgebühr, treffen sollten, so müßten wir damit selbstverständlich auch Veranstaltungen für die Rassenführung der Volkslesehalle verbinden, die auch wieder Mittel erfordern würden. Es müßte die Rassenführung jeden Tag kontrolliert werden, und dadurch würden mancherlei Belästigungen und Ausgaben entstehen. Ich glaube, für die Volkslesehalle vor allen den Gedanken in den Vordergrund stellen zu sollen: Bildung macht frei. Diesen Satz haben wir auf die Fahne der Volkslesehalle geschrieben, und deshalb möchte ich die unentgeltliche Benutzung der Volksbücherei dringend empfehlen. Nur für Ausnahmefälle haben wir ein Lesegeld erhoben: in dem Falle, daß jemand ein Buch übermäßig lange Zeit behält oder übermäßige Anforderungen an die Ausleihe stellt. Außerdem haben wir dahin gestrebt, den Mitgliedern, die einen Jahresbeitrag zahlen, bei der Benutzung der Veranstaltungen, die der Verein ge-

troffen hat, bei Vorträgen, Musikaufführungen, Volksvorstellungen und dergleichen gewisse Vorrechte einzuräumen, und es hat sich gezeigt, daß dies werbende Kraft hat.

Ich bitte, die Vorlage des Magistrats seitens der geehrten Versammlung zu genehmigen.

Der beantragte Zuschuß wird von der Versammlung bewilligt.

Stadtv. **Riefe II** übernimmt den **V o r s i ß** wieder.

11. Änderung des Taubenstatuts.

Stadtv. Frau **Friedrich**: Während der Sperrzeit der Tauben ist den hiesigen Feldmarkgenossen durch feldernde Brieftauben großer Schaden entstanden, aber in der Zeit des Krieges mußten auf Grund des Taubenstatuts vom Jahre 1916 die Brieftauben geschont werden. Weil jetzt nach Beendigung des Krieges eine Veranlassung zur besonderen Schonung der Brieftauben nicht mehr vorliegt, hält es der Magistrat für zweckmäßig, die Brieftauben ebenso zu behandeln, wie die übrigen Tauben, und das um so mehr, als nach wie vor dahin gestrebt werden muß, daß eine möglichst hohe Ernte erzielt wird. Der Magistrat ersucht daher zuzustimmen, daß das Taubenstatut vom Juli 1916 dahin abgeändert wird, daß der § 2 dieses Statuts gestrichen wird. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dieser Änderung an.

12. Verwilligung von Kosten für verursachte Beschädigungen in den als Wärmehallen benutzten Räumen der städtischen Gewerbeschule.

Stadtv. Frau **Friedrich**: Herr Schuldirektor Dr. Appuhn hat an den Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen folgendes Schreiben gerichtet:

„Durch Kinder der städtischen Bürgerschulen ist während der Benutzung von Räumen der städtischen Gewerbeschule als Wärmehalle in der Zeit von Anfang Februar bis Anfang März dieses Jahres trotz der von mir getroffenen Anordnung, daß stets zwei Lehrkräfte die Aufsicht über die Kinder zu führen hatten, nach und nach erheblicher Schaden an Gegenständen verursacht worden, die seinerzeit auf Kosten der Stadt beschafft und dem hiesigen Kunstgewerbeverein bzw. der städtischen Gewerbeschule überwiesen sind. Es wurden von den Kindern Fenstervorhänge und die mit Stoff überzogenen Wandgestelle, sowie die frei transportablen Gestelle

beschädigt, auch einige Bänke, die zur Aufstellung von Tafeln benutzt werden, zerbrochen. Bei dem erheblichen Raummangel mußten diese Gegenstände leider in den Räumen verbleiben, als diese als Warmhallen in Benutzung genommen wurden. Welche Kinder den Schaden angerichtet haben, konnte von mir nicht ermittelt werden. Es ist unter anderem auch vorgekommen, daß, während Lehrerinnen die Aufsicht führten, schulentlassene Burschen in die Räume eingedrungen sind und Sachen zerstört haben. Die aufsichtsführenden Lehrerinnen sind der wilden Schar gegenüber machtlos gewesen. Auf mein Ersuchen hat das städtische Hochbauamt den Schaden abgeschätzt; er beträgt 340 *M*. Den Schulvorstand bitte ich, erwirken zu wollen, daß er aus städtischen Mitteln ersetzt wird."

Da der Schaden nun einmal entstanden ist und sich nicht feststellen ließ, von wem er verursacht worden ist, so bleibt der Stadt nichts übrig, als den Schaden zu tragen. Ich bitte Sie, zustimmen zu wollen, daß die 340 *M* zur Deckung dieser Schäden bewilligt werden.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Bewilligung an.

13 Erhöhung des Gaspreises.

Stadtv. **Reißner**: Erst vor einigen Monaten haben wir — ich möchte fast sagen: leider — den Antrag des Stadtmagistrats, der darauf hinausging, die Gaspreise zu erhöhen, abgelehnt. Die Verwaltung der städtischen Gaswerke hat auch versucht, mit den festgestellten Sätzen auszukommen, es ist ihr aber leider nicht gelungen. Da die Ausgaben der Gasanstalt in letzter Zeit wieder bedeutend gestiegen sind, so beantragt der Magistrat, die Gaspreise dementsprechend zu erhöhen. Die Preise für die Kohlen zur Gaserzeugung sind um 16,40 *M* für die Tonne gestiegen, die Fracht für die Kohlen hat sich um 2 *M* gegenüber der bisherigen durchschnittlichen Fracht erhöht. Die Verwaltung der Gaswerke hat aus diesen Erhöhungen errechnet, daß eine Heraufsetzung des Gaspreises um 4,42 Pfennig, also rund 4½ Pfennig erforderlich ist, damit diese erhöhten Ausgaben gedeckt werden. Der Magistrat schreibt dazu: „Um zu verhüten, daß im laufenden Rechnungsjahr die Einnahmen der Gaswerke die Ausgaben nicht decken werden, bleibt unseres Erachtens nichts anderes übrig, als den Gaspreis zu erhöhen. Wir halten die Erhöhung um je 4 Pfennig pro Kubikmeter für geboten und geben anheim, zuzustimmen, daß vom 1. August an der Preis für das durch gewöhnliche Gasmesser abgegebene Gas auf 36 Pfennig und für das durch Automaten abgegebene Gas auf 39 Pfennig für das Kubikmeter erhöht wird.“

Die Ausgaben sind nun einmal da, und wir müssen dafür sorgen, daß die Gaswerke nicht verschulden. Deshalb bin ich auch der Ansicht, daß es ohne Er-

höhung des Gaspreises nicht gehen wird. Ich empfehle, der Erhöhung des Gaspreises um je 4 Pfennig zuzustimmen.

Stadtv. **Marth:** Ich höre eben, daß auch der Preis für Automatengas von 35 auf 39 Pfennig erhöht werden soll. Hiervon ist aber in der Deputation nichts erwähnt; das muß ich feststellen. Ich wäre sonst in der Deputation nicht für diesen Antrag eingetreten, da ich annehme, daß die Automatenbesitzer aufgefordert werden sollen, die Anlage selbst zu übernehmen. Ich bitte, den Preis für Automatengas ebenfalls auf 36 Pfennig festzusetzen, wie für das andere Gas.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Unser Antrag hält nur das Verhältnis fest, das bisher schon bestanden hat. Erhöhen wir den Preis für das durch Gasmesser abgegebene Gas, so müssen wir auch den Preis für das Automatengas erhöhen. Als Grund für diese Erhöhung der Gaspreise kommt noch hinzu, daß nicht nur die Kohlenteuerung uns dazu nötigt, sondern auch die verschiedenen anderen Sachen, die vorhin bei der Behandlung des Tarifvertrages mit den Gemeinde- und Staatsarbeitern erörtert sind: Lohnzahlung für Festtage, für Krankheitstage, für verlängerten Urlaub usw. Diese Zahlungen machen allein bei den Gas- und Wasserwerken eine Summe von 77 000 M im Jahre aus, und so kommt das eine zum anderen. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß wir auf die Erhöhung der Gaspreise eingehen. Wenn mit den Automateninhabern ein Abkommen getroffen ist, daß sie die Sachen übernehmen, dann zahlen sie natürlich nur den Preis für gewöhnliches Gas, und insofern sind die Bedenken des Herrn Marth nicht zutreffend. Im übrigen sind aber die Preise für die Automaten derart gestiegen, daß die Differenz von 3 Pfennig pro Kubikmeter längst nicht mehr genügt, um die Ausgaben, die durch Herleihung der Automaten entstehen, zu decken.

Stadtv. **Lehnert:** Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine Anfrage an den Magistrat stellen. Wir haben seinerzeit beschlossen, daß für Minderbemittelte eine Verbilligung des Kokspreises eintreten sollte. Die Bezugsscheine für die ersten vier Zentner sind ausgegeben, aber die Betreffenden haben denselben Preis zahlen müssen, wie die anderen. Deshalb möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob der Betrag, um den der Preis ermäßigt wird, den Betreffenden zurückgezahlt werden soll, oder ob einfach derselbe Kokspreis von allen bezahlt werden muß, ob sie minderbemittelt sind oder nicht.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Es ist allerdings beschlossen, an Minderbemittelte den Koks um 80 oder 50 Pfennig billiger abzugeben, aber es war in der Sitzung der Deputation auch bestimmt, daß für die Minderbemittelten eine be-

sondere Bescheinigung über die Höhe des Einkommens ausgestellt werden sollte, und daß auf Grund dieser Bescheinigung die Erniedrigung des Preises stattfinden würde. Da die Einschätzungen noch nicht beendet waren, ist die Sache liegengeblieben. Nun hat aber eine nicht geringe Zahl von Minderbemittelten, ehe diese Sache geregelt werden konnte, dringend um Aushändigung von Koks gebeten. Man ist ihrem Wunsche nachgekommen, und der Direktor des Gaswerks hat gemeint, es ließe sich das später noch ausgleichen. Das Verfahren ist dahin geregelt, daß die einzelnen Abnehmer eine Erklärung zu unterschreiben haben, wonach ihr Einkommen nicht mehr als 5000 .// beträgt, denn von uns aus diese Bescheinigung für jeden Abnehmer auszustellen, würde viel Arbeit machen. Wir sind überzeugt, daß auf diese Weise die Sache sich regeln läßt. Sollten einige kommen, die Anspruch darauf erheben, daß ihnen der Mehrbetrag zurückgezahlt wird, so ließe sich das schwerlich noch machen; eine Bekanntmachung ist nicht erfolgt, so daß auch niemand sagen kann, er hätte einen Anspruch darauf. Die Deputation hatte ausdrücklich beschlossen, daß der vorhandene Gaskoks einstweilen nur zur Versorgung der städtischen Gebäude zu benutzen sei, und es war mir neu, zu erfahren, daß einige Abnehmer unter der Hand bedient waren. Es wird schwer möglich sein, die Rückzahlung noch vorzunehmen; sollte es aber seitens der Versammlung dennoch gewünscht werden, so kann es geschehen.

Stadtv. Marth: Die Direktion der Gas- und Wasserwerke hätte die Benutzer von Gasautomaten auffordern müssen, sich zu erklären, ob sie die Einrichtung käuflich erwerben wollen. Das ist nicht geschehen, und deshalb halte ich es für unrecht, wenn man ohne weiteres den Preis der Gasabgabe für Automatenbesitzer höher schraubt. Sie müssen um ihre Absicht gefragt werden, denn wenn sie die Apparate übernehmen, so würden sie genau so behandelt werden können, wie die Mieter der Gasuhren. Ich möchte bitten, daß der Magistrat sich darum verwalde, daß dies nachgeholt wird.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir haben der Direktion der Gaswerke mitgeteilt, daß so verfahren werden solle, wie die Versammlung beschlossen hat. Soll denn nun die Direktion verpflichtet sein, jedem Automateninhaber die Frage vorzulegen, ob er mit der Direktion ein Abkommen wegen Übernahme des Apparats treffen will? Das ginge doch zu weit. (Zuruf: Eine Bekanntmachung oder eine schriftliche Nachricht!) Die Sache ist hier ja öffentlich verhandelt, so daß die Beteiligten darüber Bescheid wissen könnten; aber es kann ja noch einmal eine Bekanntmachung erlassen werden.

Die Versammlung stimmt der Erhöhung der Gaspreise zu.

14. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Wassermessern.

Stadtv. Reißner: Es hat sich in der letzten Zeit ein Mangel von Wassermessern herausgestellt, der so groß geworden ist, daß mit der Beschaffung bis zum Einsetzen etwa niedrigerer Preise nicht gewartet werden kann. Die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke empfiehlt deshalb die Beschaffung von

150	Stück	Wassermessern mit 13 mm Durchmesser	zum Preise von	7800	M.
100	"	" 20 "	" " "	6300	"
20	"	" 25 "	" " "	1560	"
				zusammen	15660 M.

Der Auftrag soll der bisherigen Lieferantin aller unserer Wassermesser, der Firma Spanner in Frankfurt a. Main, übertragen werden. Der Magistrat gibt die Bewilligung dieser Summe zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke anheim, und ich empfehle, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Stadtv. **Lehnert:** Verehrte Anwesende! Bei dieser Sache möchte ich den Maaistrat auf einen wunden Punkt aufmerksam machen, der die Wassermesser betrifft. Es hat von uns reklamiert werden müssen, weil ein einzelner Wassermesser in einem unserer Häuser nicht in Ordnung war. Wir mußten in einem Sechsfamilienhause für Wasserverbrauch in dem einen Jahre 51 *M.* bezahlen und in dem anderen 200 *M.* Nachdem wir das Wasserwerk darauf hინawiesen hatten, daß der Wassermesser nicht in Ordnung sein könne, weil in dem Sechsfamilienhause mehr Wasser verbraucht sein sollte, als sonst in einem Zwölffamilienhause, wurde uns erwidert, der Wassermesser solle nachgesehen werden. Hinterher wurde uns die Mitteilung, die Sache wäre in Ordnung. Wir gaben uns zufrieden und mußten die Revision bezahlen. Kurze Zeit nachher traf Herr Kollege Tostmann drei Leute vom Wasserwerk, die in dem betreffenden Hause den Wassermesser auswechselten. Es waren anfangs die Straßen verwechselt, und die erste Nachprüfung hatte in einem verkehrten Hause stattgefunden. Wenn Herr Tostmann die Leute nicht getroffen hätte, wäre der Wassermesser ausgewechselt worden, ohne daß wir davon wußten. Wir haben festgestellt, daß das betreffende Haus, nachdem die Auswechslung stattgefunden hatte, wieder den normalen Verbrauch hatte; das ist ein Zeichen dafür, daß der Messer vorher nicht in Ordnung war. Trotzdem haben wir die Kosten bezahlen müssen, die durch die Revision entstanden sind, und bei dem nächsten Falle wird es wieder so kommen. Ich möchte ersuchen, daß eine unparteiische Handhabung stattfindet, nicht gesagt wird: „Die Sache ist in Ordnung und ihr müßt bezahlen,“ und nachher stillschweigend der Wassermesser ausge-

wechselt wird, so daß wir zu der Überzeugung kommen müssen: Ihr seid übers Ohr gehauen worden.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte bitten, wenn von der Direktion auf berechnete Wünsche nicht eingegangen wird, sich an den Magistrat zu wenden; dann wird der Magistrat die Sache untersuchen und je nach dem Ergebnis der Untersuchung verfahren.

Die Kosten für Anschaffung der Wassermesser werden bewilligt.

15. Ausschuß an den Ausschuß für die Kriegsgefangenenheimkehr.

Stadtv. Reißner: Nachdem der Friedensvertrag abgeschlossen ist, erwarten wir alle sehnächtig die Rückkehr der Kriegsgefangenen. Um die Zurückkehrenden, die lange in Feindesland aushalten mußten, würdig zu empfangen, hat sich auf Veranlassung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin auch hier in Braunschweig ein Ausschuß gebildet, dessen Aufgaben durch besondere Richtlinien festgelegt sind. Die aus dem Freistaat Braunschweig stammenden Kriegsgefangenen werden nach den bisher mitgeteilten Informationen zwecks Durchführung der notwendigen Verhandlungen bei den Bezirkskommandos aus den Durchgangslagern zunächst nach der Stadt Braunschweig geleitet. Die Zahl dieser Kriegsgefangenen wird auf 6000 geschätzt, von denen etwa 2500 aus der Stadt Braunschweig entstammen. Die Kosten, welche aus einem würdigen Empfange, einer vorübergehenden Verpflegung und der notwendigen Haltung eines Bureaus erwachsen, werden nicht gering sein. Ihre Höhe auch nur annähernd anzugeben, ist allerdings fast unmöglich, weil nicht zu ersehen ist, über welche Zeit sich die Rückkehr erstrecken wird, und wie viele der Zurückgekehrten alsbald wieder in ihren Familien Unterkommen finden werden. Der Ausschuß für Kriegsgefangenenheimkehr hält es für notwendig, daß Vorbereitungen dahin getroffen werden, daß die Kriegsgefangenen zunächst sämtlich gemeinsam untergebracht und je nach Bedarf einen oder mehrere Tage beköstigt werden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Kosten bis 100 000 M betragen werden.

Die geehrten Herrschaften werden wissen, daß in der Zeit vom 29. Juni bis 5. Juli schon eine Kriegsgefangenenhilfswoche hier veranstaltet ist, und es wird erwartet, daß durch die eingesammelten Spenden ein erheblicher Betrag — man rechnet auf 30 000 M — für diesen Zweck eingeht. Daneben sind 10 000 M durch die Vereinigten Männer- und Frauenvereine vom Roten Kreuz hierselbst und 5000 M durch die hiesige Ortsgruppe des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zugesichert. Ob und in welcher Höhe ein von

der Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene erbetener Zuschuß gewährt werden wird, steht noch dahin, doch wird mit einer Berücksichtigung des gestellten Antrages gerechnet. Wie Sie aus der Zeitung gelesen haben werden, ist auch vom Rat der Volksbeauftragten ein Antrag an den Landtag gerichtet, einen Beitrag von 50 000 M zu bewilligen.

Mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Höhe der Ausgaben einerseits und der Höhe der Einnahmen andererseits bittet der hiesige Ausschuß für Kriegsgefangenenheimkehr um Gewährung eines städtischen Zuschusses. Der Magistrat hält es für selbstverständlich, diesem Antrage zu entsprechen, und ersucht die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß für diesen Zweck ein Zuschuß von 10 000 Mark zu Lasten des Kapitels XIV des ordentlichen Stats gewährt wird.

Ich möchte noch anheimgeben, daß es wohl zweckmäßig ist, wenn beim Empfange der zurückkehrenden Kriegsgefangenen die städtischen Behörden vertreten sind, um in dieser Beziehung einen würdigen Empfang zu sichern. Zu meinem Bedauern habe ich aber feststellen müssen, daß der Ortsarbeiterrat eine Beteiligung bei dem Empfange abgelehnt hat. (Hört, hört!)

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit Gewährung des Zuschusses an.

16. Gewährung von Teuerungszulagen an die Lehrkräfte der katholischen Schule.

Stadtv. **Schmidt**: Die Lehrkräfte an der katholischen Schule haben unter dem 18. Mai dem Schulvorstand der katholischen Schule eine Eingabe unterbreitet, in der sie darauf hinweisen, daß von der erhöhten Teuerungszulage den städtischen Beamten und Lehrern bereits ein Vorschuß von 400 M gewährt sei, und sprechen die Bitte aus, auch den Lehrern und Lehrerinnen der katholischen Schule gleichfalls die erhöhte Teuerungszulage, sowie eine vorschußweise Auszahlung von 400 Mark gütigst erwirken zu wollen. Nach Anhörung des Kirchenvorstandes der katholischen Schule ist darauf die Lehrerschaft ersucht, ihrerseits an Hand der Grundsätze eine Unterlage für die Berechnung der Beträge dieser Teuerungszulage beizubringen, damit es möglich sei, die Summe zu ermitteln, um die es sich handeln würde, wenn dem Wunsche der Lehrerschaft stattgegeben werde. Diese Unterlagen sind gebracht, und unter dem 16. Juni hat dann die Lehrerschaft der katholischen Schule nochmals gebeten, ihrem Ansuchen zu entsprechen. Sie schreiben hier: „Anliegend übersenden wir die gewünschte Berechnung der in Aussicht genommenen laufenden Teuerungszulage. Wir erlauben uns nochmals darauf hinzuweisen, daß in nächster Zeit eine vermehrte Zufuhr von ausländischen Lebens-

mitteln zu erwarten ist, durch die eine wenn auch geringe Aufbesserung der augenblicklichen Lebenshaltung erzielt werden kann. Aber selbst diese wird uns unmöglich gemacht, da wir mit Rücksicht auf die hohen Preise dieser Lebensmittel auf den Ankauf derselben verzichten müssen. Deshalb bitten wir nochmals recht dringend, auch uns die erhöhte Teuerungszulage sowie den inzwischen den städtischen Lehrern und Beamten gewährten Vorschuß von 400 *M* baldigst erwirken zu wollen."

Der Schulvorstand der katholischen Kirche hat sich mit dem Kirchenvorstande ins Einvernehmen gesetzt, und der letztere hat zurückberichtet, daß er mit der Gewährung der erhöhten Teuerungszulage einverstanden sei, sofern auch staats- und stadtseitig die nach Gepflogenheit geübte Drittelung der Summe stattfinden sollte, und daß er weiter bereit sei, einen Vorschuß von 300 *M* vor den Ferien noch auszahlen zu lassen. Die Ferien sind inzwischen eingetreten, und es wird sich jetzt darum drehen, die Nachbewilligung der geforderten Summe von 33 984 *M* vorzunehmen. Da nach der bisherigen Gepflogenheit je ein Drittel der Befoldung der Lehrer der Staat, die Kirche und die Stadt übernommen haben, so geht der Antrag des Stadtmagistrats dahin, diesem Antrage des Schulvorstandes zuzustimmen und aus Kapitel III K 1 der ordentlichen Ausgabe den erbetenen dritten Teil der Teuerungszulage im Betrage von 11 328 *M* unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß auch staatsseitig der gleiche Zuschuß gegeben wird.

Die Schulkommission hat sich mit diesem Antrage befaßt und empfiehlt, dem Antrage des Stadtmagistrats stattzugeben. Es wäre nun wohl noch möglich, daß einzelne Abänderungen in der Gesamtsumme eintreten, und deshalb wäre auszusprechen, daß eine sinngemäße Anwendung der für die städtischen Lehrer und Beamten festgesetzten Bestimmungen bei Auszahlung der erhöhten Teuerungszulage für die Lehrerschaft der katholischen Schule stattfinden soll, und daß der Stadtmagistrat gleichzeitig die Ermächtigung erhält, falls die genannte Summe etwas überschritten werden müßte, in diesem Sinne zu verfahren.

Stadtrat von Frankenberg: Ich bin überzeugt, daß der Stadtmagistrat mit dieser zuletzt gegebenen Anregung einverstanden sein wird, und ich bitte die geehrte Versammlung, auch ihrerseits die Erklärung abzugeben, daß sie mit der von der Kommission angeregten Ergänzung des Beschlusses, je nachdem die städtischen Lehrer die erhöhte Teuerungszulage in höherem oder geringerem Maße erhalten, einverstanden ist.

Stadtv. Salomon: Leider hat sich durch die Lage der Verhältnisse die Auszahlung des Vorschusses von 300 *M* nicht mehr vor den Ferien bewerkstelligen lassen, und ich nehme an, daß jetzt der größere Teil der katholischen Lehrer nicht mehr in Braunschweig anwesend ist — allerdings ist bei den Lehrern besonders in

dieser Zeit bezüglich des Verreisens der Knüppel an den Hund gebunden. Ich möchte ersuchen, ohne Rücksicht auf die Ferien diesen Vorschuß baldmöglichst an die hier anwesenden Lehrer und Lehrerinnen auszusahlen, damit dadurch der herrschenden Not abgeholfen wird.

Stadtrat von Frankenbergr: Es bedarf zunächst noch der Zustimmung des Rates der Volksbeauftragten; aber sobald diese eingegangen ist, wird selbstverständlich der Schulvorstand der katholischen Schule das Nötige veranlassen.

Dem von der Schulkommission empfohlenen Antrage stimmt die Versammlung zu.

17. Gewährung von Teuerungszulagen an einen Schuldiener der katholischen Schule.

Stadtv. Schmidt: Der Schulpedell Piepschyt von der katholischen Schule hat unter dem 21. Mai an den Vorstand der katholischen Schule ein Gesuch um Aufbesserung seiner Teuerungszulage gerichtet. Er erwähnt darin die schlechte finanzielle Lage, in der er sich befindet, und daß für ihn die Bezahlung der Lebensbedürfnisse in dieser teuren Zeit unerschwinglich sei. Der Kirchenvorstand der katholischen Kirche ist bereit, 300 M als einmalige Teuerungszulage zu gewähren, sofern die Stadt bereit sei, ihrerseits die Hälfte des genannten Betrages zu übernehmen. Der Pedell hatte sich gleichzeitig an das Volkskommissariat für Volksbildung mit einem Gesuche gewandt, das aber geantwortet hat, aus staatlichen Mitteln würden keinerlei Teuerungszulagen und Zuschüsse zu solchen für derartige Pedellen gezahlt, es würden nur staatliche Pedellen in dieser Weise bedacht. Es empfiehlt sich demnach, dem Antrage des Stadtmagistrats Rechnung zu tragen, in dem er die Stadtverordneten auffordert, die erbetene Hälfte von 300 M für den Schuldiener Piepschyt als fernere Teuerungszulage aus Kapitel III K 1 der ordentlichen Ausgabe der Kammereikasse zu bewilligen.

Der Schulausschuß hat sich auch mit dieser Sache beschäftigt und empfiehlt, die 150 M seitens der Stadt zu übernehmen.

Der **Vorsitzende** nimmt an, daß die Versammlung mit der Bewilligung einverstanden ist.

18. Zuschuß für die Volksbildungskurse.

Stadtv. Schmerbach: Es liegt ein Antrag vor des Vorsitzenden des Ausschusses für Kurse zur Volksbildung, des Fortbildungsschulinspektors Heinemann. Er

wendet sich an den Stadtmagistrat und hat bereits denselben Schritt beim Volkskommissariat getan, um einen Zuschuß für die Kurse zu erhalten. Diese Kurse sind öffentlich bekanntgegeben, die Einzeichnungslisten liegen bis zum 15. Juli aus und der Unterricht soll am 5. August beginnen; die Teilnahme ist kostenfrei. Die Kosten belaufen sich nach den vorliegenden Angaben auf 4000 *M*. Davon hat das Volkskommissariat 2000 *M* übernommen, es sind deshalb nach der vorläufigen Schätzung noch 2000 *M* zu decken, und um Übernahme dieser 2000 *M* ersucht der Vorsitzende des Ausschusses für die Fortbildungskurse. Die Finanzkommission hat sich mit dieser Sache nicht mehr beschäftigen können, aber die Sache liegt so, daß im Interesse der Volksbildung die Unterstützung jedenfalls anstandslos von der Vollversammlung bewilligt werden kann, wie auch der Magistrat die Übernahme dieses Zuschusses von 2000 *M* empfiehlt. Ich ersuche Sie ebenfalls, dieser Vorlage zustimmen zu wollen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich zweifle nicht daran, daß die geehrte Versammlung bereit sein wird, trotz unserer Finanzlage diese 2000 *M* zu bewilligen, weil es sich dabei um eine ganz bedeutungsvolle Aufwendung handelt, durch die wir den Minderbemittelten die Möglichkeit schaffen wollen, sich über den Rahmen der Fortbildungsschule hinaus auch im vorgerückten Lebensalter Kenntnisse und eine Erweiterung des Gesichtskreises zu schaffen. Vor allen Dingen legen wir Wert darauf, daß die Vorbereitung der Angelegenheit sowohl seitens der Lehrerschaft wie auch seitens des Arbeiterstandes, durch das Gewerkschaftskartell usw. auf breiter Grundlage durchgeführt wird, und hoffen, daß diese Kurse die Vorläufer einer Einrichtung sein werden, die vielleicht auch in der Zukunft sich sehen lassen kann.

Die 2000 *M* Zuschuß werden bewilligt.

19. Einrichtung von Unterstellräumen für Kraftwagen im Feuerlöschgebäude.

Stadtv. Marth: Der Branddirektor beantragt, da er Unterstellräume für die kleineren Kraftwagen im Feuerlöschgebäude gebraucht, die Malerwerkstatt im Werkstattegebäude und das Stallgebäude zu Wagenremisen umzubauen. Hierzu müßten je 2 Tore eingebrochen und der Untergrund mit Beton ausgelegt werden. Es liegt ein Kostenanschlag von der Baufirma Hermann Bolte vor, aus dem zu ersehen ist, daß für Abbrucharbeiten, Wiederaufbau und Material ein Betrag von 12 000 *M* nötig ist. Da die Tore und Türen von der Mannschaft der Berufsfeuerwehr hergestellt werden sollen, so würden dieser Summe nur noch die Kosten für Beschaffung von Holz, Beschlägen, Glas und Farbe mit 2000 *M* hinzuzufügen

sein, so daß im ganzen eine Summe von 14 000 *M* zu Lasten des Kapitels XIV des ordentlichen Etats zu bewilligen sein würde. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt und bittet um Annahme dieses Postens.

Ohne Meldungen zum Wort, daher wird vom **Vorsitzenden** das Einverständnis der Versammlung angenommen.

20. Unterbringung einer Kinderspeiseanstalt im städtischen Hause Wilhelmstraße 21.

Stadtv. **Stegmann**: Seit Jahren unterhält der Verein ehemaliger Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschule eine Kinderspeiseanstalt in der Schöppenstedter Straße. Der Raum der zu diesem Zwecke benutzt wurde, wird jetzt für die Kochschule des genannten Vereins gebraucht und sollte von der Kinderspeiseanstalt zum 1. Juli geräumt werden. Der Magistrat hat sich deshalb nach einem anderen passenden Raum in der Stadt umgesehen, aber es ist sehr schwer, einen solchen zu finden. Schließlich machte er den Vorschlag, im städtischen Hause Wilhelmstraße 21 die Kinderspeiseanstalt unterzubringen. Dies lehnte der Bauausschuß in seiner ersten Beratung der Angelegenheit ab, weil er annahm, daß diese Räume bei dem Besuche der Anstalt durch viele Kinder namentlich wegen des mangelhaften Einganges ungeeignet seien. Es wurde der Vorschlag gemacht, die Küche der früheren Schule an der Leopoldstraße zu dem besagten Zwecke zu benutzen, aber der Schuldirektor Dr. Appuhn machte dagegen geltend, daß diese Räume zu Unterrichtszwecken für die Bürgerschulen benutzt würden. Nachdem der Bauausschuß eine örtliche Besichtigung der fraglichen Räume in dem Hause Wilhelmstraße 21 vorgenommen hatte, fand er, daß sich die Räume in dem Hause für Einrichtung der Kinderspeiseanstalt eignen. Allerdings ist der Speiseraum etwas dunkel, aber an trüben Tagen ließe sich durch künstliche Beleuchtung ermöglichen, daß der Raum doch gebraucht werden kann. Neben dem Speiseraum liegt eine große Küche, und die Räume sind auch durch einen besonderen Eingang sehr gut zu erreichen, so daß durch die Benutzung keine Störung im Hause verursacht wird. Die Kosten für die Einrichtung — Herd, Anlage der Feuerung, Ausgußbecken, Wasserleitung usw. — stellen sich auf 950 *M*. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen, der Magistratsvorlage zuzustimmen und diese Summe zu bewilligen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit den Vorschlägen des Bauausschusses an.

21. Beteiligung der Stadt an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten.

Stadtv. Genzen: Um die Wohnungsnot zu beheben, wie sie an so vielen Orten des deutschen Reiches besteht, hat sich in Berlin eine „Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten“ gegründet. Sie beabsichtigt, auch in Braunschweig eine Tochtergesellschaft zu gründen, ähnlich so, wie eine solche in Altona besteht. Die Berliner Gesellschaft hat mit Herrn Stadtbaurat Gebensleben schon Verhandlungen darüber gepflogen und beantragt nun:

1. Die Stadtverwaltung wolle sich bereit erklären, mit der G. A. G. f. A. H. eine Gemeinnützige Heimstätten-Aktiengesellschaft Braunschweig zu bilden.

2. Die G. A. G. f. A. H. und die Stadt Braunschweig zahlen je 100 000 *M.* ein und ziehen unter Umständen noch die Industrie und den Handel der Stadt Braunschweig hinzu.

3. Die Stadt wolle der zu bildenden Aktiengesellschaft baureifes Land an der Honrothstraße und auf dem Arkeröder Felde zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen.

4. Die Hypothekenskapitalien bis zu etwa 90 vom Hundert des bleibenden Wertes der G. A. G. f. A. H. zur Verfügung zu stellen und zu diesem Zwecke ein Kommunaldarlehen aus Mitteln der Reichsversicherungsanstalt durch die G. A. G. f. A. H. zu beantragen.

5. Die Bauten durch Herabsetzung der baupolizeilichen Ansprüche zu erleichtern und durch Entgegenkommen hinsichtlich der ortsstatutarischen Beiträge die Straßenherstellung zu verbilligen.

6. Die Baukostenübertekuerung zum vorgesehenen Teile zu decken und die Kosten durch Vermittlung der G. A. G. f. A. H.-Berlin bei der Reichsversicherungsanstalt als Kommunaldarlehen zu beantragen.

Wir wissen, daß in Braunschweig schon mehrere derartige Baugesellschaften bestehen, die Kleinhäuser herstellen wollen, aber trotzdem ist doch bis jetzt in praktischer Beziehung wenig von ihnen geleistet. Das wird seinen Grund darin haben, daß das Material schwer zu beschaffen ist. Ich möchte Sie ersuchen, der Gründung dieser Gemeinnützigen Heimstätten-Aktiengesellschaft Braunschweig grundsätzlich zuzustimmen; hoffentlich gelingt ihr das, was bisher nicht gelungen ist, und jedenfalls wird sie ihr Teil dazu beitragen, die bestehende Wohnungsnot zu lindern. Auch der Stadtmagistrat hat sich mit der Beteiligung an dieser Gesellschaft grundsätzlich einverstanden erklärt.

Stadtv. **Schille:** Daß diese gemeinnützige Gesellschaft in Berlin hauptsächlich mit Geldern der Angestelltenversicherung arbeiten kann, ist ein Beweis dafür, daß sie vom Staate unterstützt wird und werden muß. Obgleich Bestrebungen, wie sie diese Gesellschaft zu verfolgen vor hat, hier auch noch von anderer Seite betätigt werden, halten wir es doch für nützlich, daß die Stadt an einer derartigen Gesellschaft sich beteiligt, und begrüßen es mit Freuden, daß der Ausschuß den Vorschlag macht, dem Antrage der gemeinnützigen Gesellschaft stattzugeben, die Stadt sich also mit 100 000 *M* beteiligen soll. Auch ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt grundsätzlich der Beteiligung der Stadt an der Gründung dieser Gesellschaft zu.

22. Verlegung des öffentlichen Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge aus der Schule Wilhelmstraße nach der früheren Schule Leopoldstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Wie den geehrten Herrschaften bekannt ist, sind der Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge in der Schule an der Wilhelmstraße untergebracht. Von der Schulleitung und den Stadtverordneten ist wiederholt der Wunsch geäußert, beide Einrichtungen in andere Räume zu legen und die Schule wieder für ihre Zwecke frei zu machen. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge stehen im engen Zusammenhange und arbeiten Hand in Hand; eine räumliche Trennung beider Einrichtungen würde den Geschäftsverkehr ganz außerordentlich erschweren. Die jetzige Unterbringung ist geradezu ideal, da die großen Schulzimmer und breiten Korridore eine bequeme Abwicklung der Geschäfte gewährleisten, insbesondere wickelt sich die Kontrolle der Erwerbslosen in der Turnhalle der Schule außerordentlich glatt ab. Diese günstigen Verhältnisse in der Schule an der Wilhelmstraße haben wohl dazu geführt, daß für die Verlegung ziemlich hohe Anforderungen in bezug auf die angeforderten Räume gestellt werden. Die verschiedenen Dienststellen auf nicht zusammenhängende Räume zu verteilen, würde aber auch wohl mit soviel Erschwerungen des Dienstbetriebes verbunden sein, daß ein solches nicht ernstlich in Frage kommen kann. Nun ist das städtische Hochbauamt beauftragt gewesen, geeignete Räume für den Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge möglichst auf städtischen Grundstücken ausfindig zu machen und Pläne für einen eventuellen Umbau vorzulegen. Von den drei eingereichten Projekten — die Zeichnungen sind hier ausgehängt — scheidet das erste, der Umbau des Hauses Wendenstraße 5, schon aus dem Grunde aus, weil es zu kostspielig ist; es würde 450 000 *M* erfordern. Auch das zweite Projekt, das sich mit dem Hause Breitenstraße 1 beschäftigt, hat keinen Anklang gefunden. Es schafft nicht die

nötigen Räume, vor allen Dingen nicht den mit besonderem Ein- und Ausgang versehenen großen Raum für allgemeine Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenkontrolle. Auch kam in der Baukommission zur Sprache, daß der zu erwartende große Verkehr in diesem Hause bei dem schmalen Fußsteige vor demselben und der vorbeifahrenden Straßenbahn immerhin etwas gefährlich erscheint.

Drittens wird vorgeschlagen, die frühere Schule an der Leopoldstraße für diese Zwecke anzunehmen. Diese Schule ist etwa vor einem Vierteljahre geräumt, und es sind dort 16 Kleinwohnungen eingerichtet, die bei der Verwendung des Hauses für den Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge verschwinden müßten. Dazu ja und amen zu sagen, hat sich der Bauausschuß nicht aufschwingen können. In einer Zeit, wo wir immer noch nach Kleinwohnungen suchen, diese Anzahl von Kleinwohnungen zu zerstören, die eben erst für den Zweck hergerichtet sind, dazu konnten wir uns nicht bereit erklären. Wir sind vielmehr dazu gekommen, Ihnen folgenden Beschluß des Bauausschusses zu unterbreiten:

„Der Bauausschuß hat die Projekte zur Unterbringung des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge beraten und hält das Projekt 3b (das ist das Projekt, den Umbau an der Leopoldstraße betreffend) zur Ausführung geeignet. Da aber durch die Ausführung 16 Kleinwohnungen in Fortfall kommen würden, so ist zur Zeit davon Abstand zu nehmen.

Der Bauausschuß empfiehlt den Stadtverordneten, bei der Landesregierung um Überweisung passender Räume in einem Regierungsgebäude — z. B. im Schloß — für die Schule Wilhelmstraße in Verhandlung zu treten.“

Finden wir für die Schule Wilhelmstraße eine anderweitige Unterkunft in einem Regierungsgebäude — und ich glaube, es wird der Regierung und der Landesversammlung nicht schwer werden, ein passendes Regierungsgebäude dafür zu finden und uns zu überweisen —, so sind wir aus der Kalamität heraus und brauchen keine 16 Kleinwohnungen zu opfern. Ich bitte, dem Beschlusse des Bauausschusses gefälligst zuzustimmen zu wollen.

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Bauausschuß den Kopf zerbrochen, wo wir diese nützliche Einrichtung unterbringen könnten, aber es ist uns nicht gelungen, einen passenden Platz zu finden. Deshalb erschien es uns als ein glücklicher Gedanke, als der Herr Oberbürgermeister in Vorschlag brachte, beim Rat der Volksbeauftragten dahin vorstellig zu werden, daß uns das Schloß zur Unterbringung der Schulklassen von der Wilhelmstraße freigegeben würde; da dort Räume noch leer stehen, werde die Regierung ein Einsehen haben und unserem Wunsche nachkommen. Nach Rücksprache mit meinen politischen Freunden habe ich zu erklären, daß wir anderer Meinung sind und es für wünschenswert

halten, daß das Schulgebäude an der Wilhelmstraße wieder als Schule benutzt wird (Sehr richtig!), und daß das Schloß oder ein anderes Regierungsgebäude der Stadt für den Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt werde. Das Schloß würde sich für diesen Zweck zweifellos sehr gut eignen. Große und kleine Räume sind darin vorhanden, und besonders letztere könnten dort noch sehr leicht beschafft werden. Ich halte besonders den südlichen Flügel für diesen Zweck als gut geeignet. Auch der Hof ist groß genug, so daß sich Ansammlungen, die zweifellos mit der Tätigkeit des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge verbunden sind, ohne Störung des Verkehrs in der Stadt dort vollziehen können. Ich möchte bitten, diesem Wunsche auf Überlassung eines Regierungsgebäudes für den Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge zuzustimmen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Meine Damen und Herren! Ich kann natürlich zu dem Wunsche, das Schloß für städtische Zwecke zur Verfügung zu halten, nicht als Regierungsvertreter Stellung nehmen, kann nur mitteilen, daß ich persönlich der Ansicht bin, daß der ausgesprochene Wunsch wenig Aussicht auf Erfüllung hat, und zwar deshalb, weil — soweit ich unterrichtet bin — über das Schloß in dem Teile, der für Schulzwecke oder für die Erwerbslosenfürsorge in Betracht kommen könnte, schon in anderer Weise verfügt ist. Es wird schon seit langem gewünscht, das Naturhistorische Museum, das im Polytechnikum untergebracht war, in bessere Räume zu bringen, und es ist jetzt bereits vereinbart, daß es nach dem Schlosse umsiedeln soll. Ein anderer großer Teil des Schlosses wird benutzt werden müssen, um die verschiedenen neuen Steuerbureaus unterzubringen; nach einem Raume dafür suchen wir vom Staate aus schon lange. Wir wollten sie in der Auguststraße unterbringen, können aber die Kriegsschädigten dort nicht so schnell beseitigen, und so haben wir uns dahin geeinigt, daß für diese Steuerbureaus, die bald tätig werden sollen, das Schloß in einem Teile in Anspruch genommen werden soll, und das ist der Teil, der allenfalls für Schulzwecke in Betracht kommt. Ein anderer Teil der Räume im Schlosse ist für Schulzwecke ungeeignet, es sind Räume, die kulturhistorisch und künstlerisch wertvoll sind und erhalten bleiben sollen, auch zu Ausstellungszwecken und Konzertveranstaltungen benutzt werden sollen. Nachdem frühere Verhandlungen mit der Stadt wegen Übernahme des Schlosses gescheitert sind, ist jetzt von unserer Seite darüber verfügt. Es kann ja versucht werden, ob noch Räumlichkeiten für die Schule übrig sind, ich glaube es aber nicht.

Ich habe mich aber auch zum Wort gemeldet, um der Meinung Ausdruck zu geben, daß es fehlerhaft ist, wenn man meint, versuchen zu können, für irgendwelche städtischen Zwecke staatliche Räume zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der

Staat ist nicht gehalten, der Gemeinde Räume zu schaffen, und wenn die Aufgaben der Gemeinden wachsen, dann müssen die Gemeinden selber für Räumlichkeiten dafür sorgen. Daß der Arbeitsnachweis aus dem Schulgebäude an der Wilhelmstraße herausgebracht werden soll, wie das von den linksstehenden Herren verlangt wird, kann ich nur bedauern. Der Arbeitsnachweis ist eine Art Wanderbursche geworden, trotzdem er erst wenige Monate besteht, und das halte ich für das Gedeihen der Einrichtung nicht für glücklich. Es gewöhnen sich die am Arbeitsnachweis Beteiligten nach dem Orte dieser Stelle, und es ist immer mit Unzuträglichkeiten verbunden, wenn der Arbeitsnachweis in ein anderes Stadtviertel verlegt werden muß. Wie die Räume gegenwärtig eingerichtet sind, könnten sie meiner Ansicht nach für die nächste Zeit genügen. Es ist deshalb auch der richtige Weg — wie der Magistrat uns weiter vorgeschlagen hat — nach einem Unterkommen für die Fortbildungsschule zu suchen. Wenn die Herren Bedenken dagegen haben, auf der Leopoldstraße ein Unterkommen zu schaffen, weil dort andere Wohnungen geräumt werden müßten, so müßten andere Räume für die Fortbildungsschule gebaut werden. Das Bauen ist in dieser Zeit ja schwer, aber eine Fortbildungsschule zu beschließen, ohne Räume dafür zu haben, hat keinen praktischen Nutzen. In dieser Beziehung ist ein Gedanke erwägenswert, über den wir im Räte auch schon Erwägungen angestellt hatten: die Räume in der alten Kammer in der Heydenstraße für die Fortbildungsschule zu benutzen, wie sie bisher für das Reform-Realgymnasium benutzt worden sind. Das läßt sich aber nicht von heute auf morgen durchführen, es wäre jedoch möglich, daß sich die Stadt deswegen mit der Regierung ins Einvernehmen setzte. Wenn möglichst schnell eine Fortbildungsschule gebaut würde, so wäre das die glücklichste Lösung, denn der Staat ist wegen der für seine Zwecke nötigen Räume auch ständig im Druck; seine Aufgaben wachsen genau so wie die der Gemeinde, und die Unterbringung der nötigen Stellen hält schwer. Ich erinnere an das Landesarbeiteramt, an die Landeselektrizitätsstelle, an das Landesfürsorgeamt und was sonst noch alles für Stellen entstehen. Wie Pilze nach einem warmen Sommerregen wachsen die Ämter, und jedes will seine Unterkunft haben. Unter solchen Umständen muß die Stadt sich schon selber Hilfe schaffen.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Wir erkennen selbstverständlich an, daß der Staat nicht verpflichtet ist, für unsere Sachen zu sorgen, aber die Stellungnahme, die Herr Dr. Jasper kundgegeben hat, müssen wir aus folgendem Grunde bedauern: Auch unserer Ansicht nach muß für den Arbeitsnachweis ein dauerndes Heim geschaffen werden. Im Magistrat waren wir der Ansicht, daß die ehemalige Schule an der Leopoldstraße für die Unterbringung des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosen-

fürsorge durchaus geeignet ist. Niemals ist in Aussicht genommen, das Schulhaus an der Wilhelmstraße dauernd den Schulzwecken zu entziehen. Zur Verwendung für den Arbeitsnachweis ist es dadurch gekommen, daß die Militärverwaltung plötzlich von der Schule Besitz genommen hatte, und daß dann bei der Demobilmachung andere Stellen in der Schule untergebracht werden mußten. So ist das Gebäude nicht nur der Fortbildungsschule, sondern auch der Bürgerschule entzogen, und das ist zu bedauern.

Nun haben wir nicht die Absicht, darauf anzutragen — die Sache ist in der Kommission erst gestern angeregt worden —, daß uns die Räume im Schloß dauernd zur Verfügung gestellt werden. Nur die Rücksicht darauf, daß wir augenblicklich die obdachlosen Familien aus der Schule an der Leopoldstraße nicht auf die Straße setzen können, andererseits aber den dringenden Wunsch haben, baldigst das Schulgebäude an der Wilhelmstraße wieder für die Schule freizumachen, hat Anlaß gegeben zu der Anregung, einstweilen dieser Schule ein Heim im Schlosse einzuräumen. Wenn auch alles das, was Herr Dr. Jasper angeführt hat, erfüllt werden soll, indem staatliche Zwecke bei der Benützung des Schlosses in erster Linie berücksichtigt werden sollen, dann ist nach meiner Kenntnis der Verhältnisse doch das Gebäude derartig groß, daß eine der kleinsten Schulen, die wir haben — es handelt sich um rund 500 Kinder — auch noch im Schlosse Platz finden könnte. Wir könnten die Sache doch auch noch so einrichten, (obgleich der Schulinspektor sehr dagegen sein wird), daß wir die Schule teilen und ein paar Klassen im Huchschen Hause unterbringen; wir sind zu jedem Entgegenkommen bereit. Auch der Staat hat doch Interesse daran, daß wir einigermaßen vor diesen gewaltigen Ausgaben bewahrt werden, die der Neubau einer Schule mit sich bringt. Es kommt noch die Burg Dankwarderode in Frage — sie steht leer; und so leid es mir tut, wenn das schöne Gebäude zu mehr alltagemäßigen Zwecken benutzt werden sollte, so ist doch die Zeit so schwer, daß derartige Rücksichten nicht mehr genommen zu werden brauchen. Es ist ein Abkommen mit der Stadt getroffen, wonach eventuell an die Stadt 50 000 M gezahlt werden müssen, wenn die Burg zu anderen Zwecken benutzt wird; aber ich bin überzeugt, daß man darauf verzichtet, diese Forderung geltend zu machen. An sonstigen Gebäuden kommen das Kammergebäude und noch andere in Betracht, aber ich befürchtete, wir würden bei Ansprüchen darauf Ablehnung auf Ablehnung bekommen, und so kam ich schließlich auf den Gedanken, daß uns vielleicht Teile des Schlosses zur Verfügung gestellt werden könnten. Ausstellungen und Musikaufführungen dort zu veranstalten, darauf könnte man wohl verzichten. Zu solchen Zwecken könnten wir das Altstadtrathaus oder unser Museum zur Verfügung stellen, und es finden

sich wohl auch noch andere Plätze dafür. Ich möchte die Versammlung bitten, nicht unsern Antrag ohne weiteres abzulehnen.

Stadtv. **Salomon**: Ich möchte nur kurz aussprechen, daß ich den Antrag auf Verlegung des Arbeitsnachweises warm befürworten muß. Die Schule an der Wilhelmstraße hat wahrhaftig lange genug unter den unseligen Zuständen gelitten, und bei etwas gutem Willen läßt sich die vorübergehende Maßnahme in bezug auf das Schloß durchführen. Wir kommen mit der Rückgabe des Schulgebäudes an den Schulbetrieb einem lange gehegten Wunsche nicht nur der Lehrer und der Schulleitung, sondern auch aus Elternkreisen entgegen, die bitter geklagt haben, daß ihre Kinder immer auf der Wanderschaft sind und nicht wußten, zu welcher Schule sie gehörten. Wenn es irgend möglich ist, möchte ich bitten, den Ausweg zu beschreiten und im Schloß Räume frei zu machen, selbst auf die Gefahr hin, daß das Naturhistorische Museum noch nicht sämtliche dafür nötigen Räume in Benutzung nehmen kann und nur ein Teil der Sammlungen zur Aufstellung kommt, während andere Räume zu Schulzwecken verwandt werden. Das Naturhistorische Museum hat nun so lange Zeit seine Schätze zusammengepackt lassen müssen, daß es nicht so sehr darauf ankommt, wenn dies auch noch weiter geschieht und dadurch ein Teil der verfügbaren Räume für Schulzwecke frei wird.

Stadtv. **Reißner**: Der Umstand, daß bei der Verlegung des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge nach der Leopoldstraße 16 Kleinwohnungen geräumt werden müßten, hat den Bauauschuß veranlaßt, in der Weise Stellung zu nehmen, daß empfohlen wird, vorläufig von einer Verlegung Abstand zu nehmen. Wir haben erst zum 1. Juli auf Veranlassung der Heeresverwaltung 14 Wohnungen in der Husarentaserner räumen müssen, und jetzt sollen wieder 16 Wohnungen ausfallen. Wo sollen dabei die Wohnungen für die Flüchtlinge und für die vielen Familien herkommen, die wir bisher nicht haben unterbringen können? Meines Erachtens ist es ein sehr guter Ausweg, wenn von staatlicher Seite Räume für die Schule an der Wilhelmstraße zur Verfügung gestellt werden, der Arbeitsnachweis vorläufig in der Schule an der Wilhelmstraße verbleibt, wo er sehr gut untergebracht sein soll, und wir mit der Verlegung warten, bis die Wohnungsnot beseitigt ist.

Im übrigen möchte ich die Aufmerksamkeit der Versammlung auf das Gebäude des alten Ministeriums lenken. Vielleicht findet sich hier Gelegenheit, um die Klassen der Schule an der Wilhelmstraße unterzubringen, wenn es im Schlosse nicht möglich sein sollte. Ich bin aber der Meinung, daß es im Schlosse wohl möglich sein wird.

Stadtv. **Frede**: Wir haben uns in der Stadtverordnetenversammlung verschiedentlich dahin ausgesprochen, daß wir es für nötig halten, daß endlich die Schule an der Wilhelmstraße wieder in ihr altes Gebäude zurückverlegt wird, und von diesem Gesichtspunkte aus gefällt mir der Beschluß der Baukommission nicht so recht. Die Regierung soll ersucht werden, für Unterbringung der Schule an der Wilhelmstraße Raum zu schaffen in einem Regierungsgebäude. Soweit das Schloß in Betracht kommen könnte, würde wohl eine Lösung der Frage gefunden sein, denn ich glaube, daß die Schule dort besser untergebracht wäre als der Arbeitsnachweis. Es können aber auch andere Räume für den Arbeitsnachweis in Frage kommen. Ich denke an das Kammergebäude. Es hat einen großen Vorraum an der Martini-Kirche, der nicht von der elektrischen Straßenbahn befahren wird, so daß die Leute dort nicht gefährdet sind. Ich möchte empfehlen, den Beschluß der Kommission nicht so zu fassen, daß er sich einseitig auf Unterbringung der Schule erstreckt, sondern die Regierung zu ersuchen, ein staatliches Gebäude zur Verfügung zu stellen zur einstweiligen Unterbringung entweder der Schule oder des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge. Es wird von dem Charakter des Gebäudes, das beschafft wird, abhängen, ob der Arbeitsnachweis oder die Schule dort besser unterzubringen ist.

Der **Vorsitzende** erinnert die Redner daran, sich kurz zu fassen.

Stadtv. **Niese I**: Ich wollte die Aufmerksamkeit der Kommission gestern schon auf das Kammergebäude richten. Es nimmt fast die ganze Heydenstraße ein, und es muß dort so viel Raum vorhanden sein, daß, wenn die Herrschaften etwas zusammenrücken, der Arbeitsnachweis wohl darin untergebracht werden kann. Sollte das nicht möglich sein, so könnten wir im alten Ministerium Umschau halten. Auch dort wäre der Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge sehr schön und würdig untergebracht. Wenn der Wille vorhanden ist, ließe es sich machen, daß man die Schule an der Wilhelmstraße ihrem alten Zwecke wieder zuführt, denn es ist ein allseitiger Wunsch der Einwohner, die bisher ihre Kinder nach dieser Schule geschickt haben, daß das Gebäude für Schulzwecke wieder frei wird. Auch in dem umfangreichen Gebäude auf der Auguststraße sind große Räume genug vorhanden. An einer dieser Stellen müßte es doch möglich sein, den Arbeitsnachweis unterzubringen. Daß wir vorläufig ein solches großes Gebäude für den Arbeitsnachweis nicht bauen können — obwohl ich das für nötiger und wichtiger halte, als in nächster Zeit den Bau einer Stadthalle vorzunehmen —, liegt doch auf der Hand. Wir kämen über die Ausgabe hinweg, wenn von den genannten Gebäuden uns eins überwiesen würde. Ich halte das alte Ministerium für das geeignetste.

Stadtv. **Loftmann** (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, wir haben uns über diesen Punkt genügend ausgesprochen, und ich stelle deshalb den Antrag auf Schluß der Besprechung.

Der Schluß der Besprechung wird angenommen.

Stadtv. **Wengerhoff** (Schlußwort als Referent): Wenn die Herren einverstanden sind, ändere ich die zur Beschlußfassung zu stellende Entschließung der Baukommission in der Weise ab, daß sie zum Schluß heißt:

„Der Bauausschuß empfiehlt den Stadtverordneten, bei der Landesregierung um Überweisung passender Räume in einem Regierungsgebäude (z. B. im Schloß) für die Schule Wilhelmstraße oder für den Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge vorstellig zu werden.“

Damit überlassen wir es der Regierung, entweder für Unterbringung der Schule oder für Unterbringung der Erwerbslosenfürsorge und des Arbeitsnachweises zu sorgen. Es liegt uns daran, daß uns Räume überwiesen werden, das ist der springende Punkt.

Vorhin wurde gesagt, es ließe sich so rasch nichts Neues bauen. Ja, verehrte Anwesende, auch die Leute aus den Wohnungen in der früheren Schule an der Verpoldstraße können wir nicht Knall und Fall an die Luft setzen und auf diese Weise Platz für den Arbeitsnachweis schaffen. Erst müssen wir den Leuten kündigen, und da der 1. Juli bereits gewesen ist, würde das erst am 1. Oktober geschehen können. Man könnte also mit dem Bau dort auch erst recht spät anfangen. Es wird also das beste sein, wenn uns die Regierung passende Räume überweist. Selbstredend ist es, daß wir die Räume nicht umsonst verlangen, die Regierung wird sie uns auch nicht umsonst überlassen. Die Hauptsache ist, daß wir Räume bekommen; dann muß allerdings die Stadt sie für ihre Zwecke erst einrichten und wird Kosten genug davon haben.

Nachdem der **Vorsitzende** durch Anfrage festgestellt hat, daß Herr Stegmann in Rücksicht auf den geänderten Kommissionsantrag keinen besonderen Antrag einbringen will, wird der Antrag der Baukommission in seiner letzten Fassung angenommen.

23. Neuverpachtung des Stadtparkrestaurants.

Stadtv. **Jahns**: Von dem jetzigen Pächter des Stadtparkrestaurants ist der Pachtvertrag mit der Stadt zum 1. Oktober dieses Jahres gekündigt worden. Trotz wiederholter Ausschreibung haben sich bis zu der auf den 15. Juni festgesetzten Frist nur drei Personen um die Pachtung beworben, und eine von diesen hat ihre Be-

werbung wieder zurückgezogen. Von den beiden übrigen Reflektanten konnte seitens des Magistrats der als Küchenchef und Kasinoökonom tätig gewesene Bewerber Siegwaldt als Pächter in Aussicht genommen werden.

Im Rechtsausschuß ist die Sache besprochen, und es ist in Rücksicht darauf, daß der Magistrat Herrn Siegwaldt als geeigneten Bewerber ansieht, beschlossen worden, Ihnen zu empfehlen, den Vertrag mit diesem Bewerber zu genehmigen. Der Pachtpreis beträgt jährlich 6000 M.

Stadtv. **Frede**: Ich kann Herrn Siegwaldt als Pächter des Stadtparkrestaurants angelegentlichst empfehlen. Er ist in einer Gastwirtschaft groß geworden und ist ein sehr solider Mensch mit freundlichen Manieren. Er ist mir besonders vom Gastwirt Struß im Bürgerpark, der wohl geeignet ist, eine solche Persönlichkeit zu beurteilen, besonders empfohlen. Da Herr Siegwaldt im Offizierkasino als Küchenchef tätig gewesen ist, so wird auch die Küche des Stadtparkrestaurants bei ihm gut aufgehoben sein; ebenso ist mir bekannt geworden, daß seine Frau im Rufe einer ausgezeichneten Köchin steht. Auch in bezug auf die finanzielle Leistungsfähigkeit sollen keine Bedenken vorhanden sein.

Stadtv. **Lehnert**: Ich möchte um Mitteilung bitten, ob der genannte Pachtpreis noch der frühere Preis ist, wie er vor dem Kriege bezahlt wurde. (Wird bejaht.) Dann meine ich, daß das zu wenig ist, wenn wir bedenken, was für Preise heute für die Getränke bezahlt werden. Während früher ein Glas Bier 10 Pfennig kostete, muß man jetzt 50 Pfennig dafür bezahlen. Wenn auch Herr Dr. Regensburger ruft: „Und es ist noch danach!“, so möchte ich doch ersuchen, den Pachtpreis zu erhöhen. Es ist zu beachten, daß der Stadt für Instandhaltung des Restaurants bedeutend höhere Ausgaben erwachsen werden.

Bürgermeister **Meyer**: Der Grund, den Herr Lehnert für die Erhöhung des Pachtpreises angegeben hat, kann nicht durchschlagend sein. Ich habe noch niemals gehört, daß die Differenz zwischen dem früheren und jetzigen Preise der Getränke zugunsten des Wirtes zu rechnen ist; nach meinen Beobachtungen haben die Wirte in den Kriegsjahren nur geringen Verdienst gehabt. Es ist doch zu bedenken, daß sie in der jetzigen Zeit gewaltige Unkosten zu tragen haben. Es würde nicht gerechtfertigt sein, einen höheren Pachtpreis festzusetzen. Es kommt doch auch in Betracht, daß sich überhaupt nur 3 Personen um diese Pachtung beworben haben, und daß eine von diesen ihre Bewerbung wieder zurückgezogen hat. Unter den beiden, die übriggeblieben sind, ist nur der von uns Vorgeschlagene ein Fachmann. Was

soll geschehen, wenn die Bewerber, die sich gefunden haben, nicht mehr Pacht zahlen wollen? Ich will auch darauf hinweisen, daß das Stadtparkrestaurant hauptsächlich ein Sommerrestaurant ist, dessen Verkehr durch ungünstiges Wetter stark beeinflusst wird. Der Pachtvertrag sieht übrigens halbjährige Kündigungsfrist vor, er kann also, wenn die Entwicklung alsbald einen höheren Pachtpreis gerechtfertigt erscheinen lassen sollte, ohne Zeitverlust wieder aufgelöst werden. Einstweilen sind die Verhältnisse im ganzen Restaurationsgewerbe so schwierig, daß wir froh sein können, daß wir einen passenden Bewerber für das Stadtparkrestaurant gefunden haben.

Stadtv. **Frede**: Ich möchte Herrn Lehnert erwidern, daß nach dem Bierpreise heute nicht der Verdienst des Wirtes zu berechnen ist, und möchte auf das hinweisen, was wir bei der Vergebung des Ratskellers erlebt haben. Herr Seumel hatte geglaubt, dort ein gutes Geschäft zu machen, aber wir haben wiederholt auf eine Herabsetzung des Pachtpreises eingehen müssen. Aus dem Vortrage des Herrn Referenten konnte man nicht ersehen, wie lange der Vertrag laufen würde. Ich hatte erst geglaubt, daß es sich um einen langfristigen Vertrag handele, und dann hätte ich geraten, lieber einen kurzfristigen Vertrag abzuschließen. Der Pächter muß erst sehen, wie er bei dem Pachtpreise auskommt, und wir werden im Laufe der Zeit merken, wie die Stadt bei dieser Verpachtung fährt. Ich möchte also befürworten, daß es bei dem kurzfristigen Vertrage bleibt.

Stadtv. **Niese I**: Die Bewirtschaftung des Stadtparkrestaurants ist nicht so einfach. Zunächst ist das Restaurant sehr weit ausgedehnt, und sodann ist es unpraktisch eingerichtet. Die Bedürfnisanstalten z. B. liegen so, daß die Gäste erst durch das ganze Lokal rennen müssen, um zu ihnen zu gelangen. Weiter gehört zur Bewirtschaftung ein ziemlich großes Inventar, für das mindestens 30 000 *M* ausgegeben werden müssen. Im Sommer hat der Wirt allerdings einen guten Verdienst, aber im Winter wird jedesmal das zugelegt, was im Sommer verdient ist, und das ist der Grund, weshalb die Familie Jäger, die 30 Jahre lang die Bewirtschaftung geführt hat, die Pachtung aufgegeben hat. Es fehlen in dem Restaurant zwei Kegelbahnen und ein großer Saal. Alles ist dort so primitiv, wie es nur sein kann, so daß wir zufrieden sein können, wenn wir als Pachtpreis 6000 *M* bekommen. Wenn auch früher Herr Stadtverordneter Ribbentrop den Pachtpreis auf 16 000 *M* heraufgesetzt sehen wollte, so wurde ihm dabei doch zugerufen, daß er das nur wegen der Konkurrenz gegenüber dem Sternhause gewollt hat, und auf einen höheren Preis sind wir nicht gekommen. Der Pächter hat bisher keine Seide bei dieser Pachtung gesponnen, meiner Ansicht nach liegen die Ver-

hältnisse beim Bürgerpark viel günstiger als hier beim Stadtpark, weil in dem Bürgerpark bei dem kleineren Umfange des Betriebes die Bewirtschaftung leichter ist.

Dem Abschluß des Pachtvertrages stimmt die Versammlung zu.

24. Erhöhung der Preise für Stromabgabe durch das Elektrizitätswerk.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen noch eine Angelegenheit vorzutragen. Sie werden sich entsinnen, daß in der letzten Stadtverordnetenversammlung über einen Antrag der Straßeneisenbahngesellschaft verhandelt ist, worin sie gebeten hat, es möchte ihr gestattet werden, vom 1. Juli dieses Jahres an eine angemessene Erhöhung der Strompreise und der Zählermiete stattfinden zu lassen. Ich darf den geehrten Herrschaften ins Gedächtnis zurücksufen, daß der Strompreis für Licht am 1. April dieses Jahres von 45 Pfennig auf 70 Pfennig, und der für Kraft von 20 Pfennig auf 30 Pfennig erhöht ist. Die Straßeneisenbahngesellschaft bittet nun, den Strompreis weiter erhöhen zu dürfen auf 90 und 40 Pfennig, so daß eine Verdoppelung des vor dem 1. April gültigen Preises eintreten würde. Nach Ihrer Beratung in der vorigen Sitzung haben Sie dem Magistrat von Ihrem Beschluß Mitteilung gemacht, wonach die Angelegenheit durch den Rechts- und Finanzausschuß vorberaten und darauf mit der Straßeneisenbahngesellschaft weiter verhandelt werden soll über die Festsetzung dieser höheren Strompreise unter Wegfall aller sonstigen Abgaben und ohne Erhöhung der Zählermiete. Ich hatte in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß ich es für zweckmäßig halte, alle diese Nebenkosten, die jetzt in Rechnung gestellt werden, in Wegfall kommen zu lassen, und daß eine Erhöhung der Zählermiete nicht am Platze sei.

Wie Sie gewünscht haben, hat sich der vereinigte Rechts- und Finanzausschuß mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und dort habe ich Gelegenheit genommen, eine neue Begründung des Elektrizitätswerkes den Herren zu unterbreiten. Die vereinigten Ausschüsse haben sich den Anträgen des Elektrizitätswerkes gegenüber nicht ablehnend verhalten, aber gewünscht, daß die eingegangene Begründung der Forderung des Elektrizitätswerkes den einzelnen Stadtverordneten in Umdruck zugestellt werde, damit Gelegenheit geschaffen würde, bis heute zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Ich nehme an, daß sämtlichen Damen und Herren ein Exemplar der Begründung zugestellt ist, und daß Sie Gelegenheit genommen haben, dieses Schriftstück durchzustudieren, so daß ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht nötig habe, die Begründung eingehend vorzutragen. Nur das Ergebnis daraus will ich anführen.

Das Elektrizitätswerk weist nach, daß durch eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise ihm für 7 Monate dieses Jahres eine Mehrausgabe von 210 000 Mark erwächst, und daß an Gehältern und Löhnen eine Mehrauswand von 103 000 Mark entsteht. Die Ausgaben für Gehälter, Löhne und Betriebsstoffe haben im ersten Halbjahr 1919 1 110 000 Mark betragen, sie würden nach dem Voranschlag, der vor der Erhöhung der Löhne aufgestellt ist, 1 247 000 Mark ausmachen, nämlich etwas mehr als im ersten Halbjahre, weil im letzten Halbjahr die kürzeren Tage, also ein größerer Verbrauch an Lichtstrom zu erwarten ist und insolgedessen auch höhere Ausgaben für Löhne und Betriebsstoffe aufzuwenden sind. Dazu kommen die von mir oben erwähnten Mehrkosten für Kohlen, Gehälter und Löhne, so daß in der Gesamtheit eine Ausgabe von 2 660 000 Mark für das Jahr 1919 zu erwarten ist. Es wird weiter in der Begründung erläutert, daß, wenn der Strompreis nicht erhöht würde, an reinen Einnahmen nur 2 680 000 Mark zu erwarten seien, während die oben angegebene Ausgabe von 2 660 000 Mark nur die reinen Betriebsausgaben, ohne Berücksichtigung der an die Stadt zu zahlenden Abgabe, Tilgung und Verzinsung des Anlagekapitals darstelle, daß die Gesellschaft aber an die Stadt eine Vertragsabgabe zu zahlen haben werde, die infolge der erhöhten Bruttoeinnahme erheblich gesteigert wird und 400 000 Mark betragen werde. Ich will beiläufig bemerken, daß die Straßeneisenbahngesellschaft für das letztverflossene Jahr etwas mehr als 230 000 Mark abzugeben hat. Die Gesellschaft weist ferner darauf hin, daß die vertragsmäßigen Abschreibungen in Höhe von 200 000 Mark ebenso wie die Abgabe an die Stadt, im ganzen also rund 600 000 Mark, ungedeckt sind. Um eine Deckung hierfür zu schaffen, müsse eine Erhöhung der Strompreise hier Platz greifen, und es werde erhofft, daß auch die Zustimmung zur Erhöhung der Zählermiete erteilt wird. Am 1. April dieses Jahres ist die Zählermiete nicht mit erhöht, sondern in ihrer ursprünglichen Höhe belassen worden. Es ist nun in der Aufstellung des Elektrizitätswerkes errechnet, daß die durch die weitere Erhöhung des Strompreises erzielte Mehreinnahme nur ausreichen werde, um die Abgabe an die Stadt zu decken und dann kein Überschuß bleibe, der ausreichen würde, die Abschreibungen zu decken; es müsse deshalb dringend gebeten werden, dem Antrage der Straßeneisenbahngesellschaft in vollem Umfange stattzugeben.

Den geehrten Herrschaften ist dann im Umdrucke noch eine zweite Eingabe des Elektrizitätswerkes zugegangen, aus der hervorgehen soll, daß es berechtigt sei, die Zählermieten um 100 Prozent zu erhöhen. Aus der in der Eingabe mitgeteilten Zusammenstellung geht aber nach meiner Ansicht und nach Ansicht des Magistrats gerade das Gegenteil hervor, nämlich daß es ungerechtfertigt sein würde,

die Zählermiete zu erhöhen. Aus der Tabelle ersehen Sie, daß im Jahre 1913, also vor dem Kriege, wie auch 1914 und 1915 unter normalen Verhältnissen eine Verzinsung des Anlagekapitals für Zähler durch die erhobenen Mieten von über 7 Prozent hervorgerufen ist, im Jahre 1917 ist diese Verzinsung auf 6,2 Prozent und im Jahre 1918 auf 5,6 Prozent gesunken, und zwar um deswillen, weil die Beschaffungskosten für die Zähler natürlich erheblich gewachsen sind. Wenn wir jetzt eine Verdoppelung der Zählermiete eintreten lassen, so würde damit eine Verzinsung von 11 Prozent erreicht, eine Verzinsung, deren Höhe zweifellos nicht gerechtfertigt ist.

Der Magistrat kommt also zu der Überzeugung, daß es wohl gerechtfertigt sei, den Strompreis, wie es vom Elektrizitätswerk beantragt ist, weiter zu erhöhen, allerdings unter Wegfall aller übrigen Kosten, die jetzt in Rechnung gestellt werden, daß aber die Zählermiete in der ursprünglichen Höhe weitererhoben werden soll.

Wie gesagt, ist diese Angelegenheit im Rechts- und Finanzausschuß beraten, eine gegenteilige Ansicht ist nicht geäußert, aber es wurde der Wunsch geäußert, daß den Herren durch Zugänglichmachung dieser Eingabe Gelegenheit gegeben würde, eingehend zu der Frage Stellung zu nehmen.

Stadtv. **Lehnert**: Ich möchte bitten, den Vorschlägen des Magistrats, wie sie Herr Stadtbaurat Gebensleben mitgeteilt hat, stattzugeben. Wenn jetzt der Mietfuß für die Zähler erhöht würde, so wäre das ungerechtfertigt. Denke man daran, daß bei einer Zählermiete von 3 Mark in 9 Jahren das Anlagekapital vollständig abgetragen ist, so würde man eine Erhöhung der Miete um 100 Prozent nicht verstehen können. Ich möchte bitten, der Strompreiserhöhung zuzustimmen, das andere aber abzulehnen.

Die Versammlung ist mit der Stellungnahme des Magistrats einverstanden.

Stadtv. **Stegmann**: Als Berichterstatter für die Punkte 26 und 29 bitte ich, die Behandlung dieser Sachen voritzuzunehmen, da ich die Versammlung verlassen muß.

Vorsitzender: Es würden zuerst noch die Anfragen und Anträge in der öffentlichen Sitzung zur Besprechung kommen müssen, während die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte in der vertraulichen Sitzung behandelt werden sollen. Wir durchbrechen damit aber unseren früheren Beschluß, die Sitzungen um 8 Uhr zu schließen.

Veranlaßt durch Zuruß aus der Versammlung läßt der Vorsitzende über den Schluß der Sitzung abstimmen. Die Mehrheit stimmt für den Schluß, worauf der Vorsitzende die öffentliche Sitzung schließt.

Dauer der Sitzung von 4 $\frac{1}{4}$ — 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. August 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Wahl eines Ausschusses auf Grund des Gesetzes über die Wahlen der Vorsteher und Mitglieder des Rates in den Städten des Freistaates Braunschweig vom 2. August 1919	417
2. Feststellung eines Statuts auf Grund obigen Gesetzes Nr. 95.	419

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Blumeier**, **Engmann**, **Munte**, **Rector**, **Dr. Regensburger**, **Reißner**, **Rofahr**, **Schille**, **Stegmann**, **Steinbrecher**, **Dr. Wolters**.

Vorsitzender Riese II: Ich eröffne hiermit die außerordentliche Versammlung der Stadtverordneten.

Zunächst möchte ich mitteilen, daß Herr Stadtverordneter **Dr. Wolters** ein Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet hat, in dem er sie bittet, die Zustimmung dazu auszusprechen, daß er von seinem Amt als Stadtverordneter zurücktritt. Er begründet seinen Entschluß mit geschäftlicher Überlastung. — Ich

überweise die Sache dem Rechtsausschuß, der in der nächsten Sitzung darüber Bericht erstatten wird.

Vor Eintritt der Tagesordnung wünscht Herr Stadtrat Wagner das Wort zu einer Erklärung.

Stadtrat Wagner: Meine Damen und Herren! Im hiesigen „Volksfreund“ haben gestern und heute Artikel gestanden, die geeignet sein könnten, bei der Braunschweiger Bevölkerung Beunruhigung bezüglich der in dieser Woche seitens der Stadt ausgegebenen Fleischkonserven hervorzurufen; ich halte es deshalb für zweckmäßig, hier in der Öffentlichkeit eine beruhigende Erklärung abzugeben.

Da wir für diese Woche fast gar kein Schlachtvieh bekommen haben, haben wir Dosen mit Knackwurst, Sülze, Hammelfleisch, Rindfleisch und Schweinefleisch ausgegeben. Der „Volksfreund“ schreibt zur Ankündigung dieses Verkaufs: „Es wird also auch in dieser Woche wieder ein abscheulicher Fraß verabfolgt, denn die Fleischkonserven sind ausnahmslos unter allem Hund. Minderwertiges Zeug, dessen Verkauf einem Betrug der Verbraucher gleichkommt.“ Nach dem Artikel des Herrn Direktor Aug. Finhold von der Kriegerdank-Treuhand-Gesellschaft im „Volksfreund“ wäre die Vermutung nicht unberechtigt, daß unsere Fleischkonserven den berühmten Hamburger Konserven gleichkommen, und so findet sich in ihm auch die Bemerkung, „die Stadtverwaltungen, die Konserven angekauft haben, sollten unverzüglich Nachforschungen darüber anstellen, von welcher Firma sie dieselben bezogen haben, ob sie nicht ebenfalls aus dieser Quelle herkommen, und ob sie nicht unwissentlich dem Publikum Pferdefleisch verkaufen.“ Ich kann demgegenüber erklären, daß diese von uns zur Ausgabe gebrachten Fleischkonserven durchweg von hiesigen angesehenen Fleischkonservenfabriken stammen: von den Firmen Reineke, Maschstraße, Krone & Co. — deren Inhaber Herr Stadtverordneter Munte ist —, Querner, und der Rest schließlich von der Firma Struck in Glesmarode, wo die Ware zum Teil hergestellt ist unter Aufsicht der Heeresverwaltung, als damals noch die Intendantur des IX. Armeekorps Heereseschlachtungen in Braunschweig vornehmen ließ, zum Teil unter Leitung und Aufsicht der Reichsfleischstelle. Es sind das alles meiner Ansicht nach erstklassige Waren, die eine solche herbe Kritik nicht verdienen, wie sie im „Volksfreund“ erschienen ist.

Nun ist heute wieder im „Volksfreund“ ein Artikel erschienen, der durch die Überschrift am Kopf des Blattes eingeleitet wird: „Aufdeckung städtischen Fleischkonservenschwindels.“ Es wird angeknüpft an einen Vorgang, der scheinbar in Wolfenbüttel stattgefunden hat, und es werden von dem Einsender des Artikels Mitteilungen gemacht über Herstellung von Blutwurst, Leberwurst und Sülze aus Pferdefleisch. Es sind darin aber die Ausführungen so verallgemeinert, daß der-

jenige, welcher den Artikel nicht aufmerksam durchliest, auf den Gedanken kommen könnte, daß auch in Braunschweig derartige zweifelhafte Geschäfte gemacht sein könnten, wie sie von dem Verfasser beschrieben werden. Ich darf auch in bezug hierauf erklären, daß städtischerseits irgendwelche Dosenwaren von unbekannten Herstellern niemals erworben sind, und daß wir von jedem einzelnen Posten, der in Vertrieb kommt, ganz genau angeben können, aus welcher Fabrik er stammt. Was also in jenem Artikel ausgeführt ist, trifft auf die Fleischkonserven der Stadt Braunschweig in keiner Weise zu.

1. Wahl eines Ausschusses auf Grund des Gesetzes über die Wahlen der Vorsteher und Mitglieder des Rates in den Städten des Freistaates Braunschweig vom 2. August 1919 Nr. 95.

Vorsitzender: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Bezüglich des ersten Punktes derselben sind mir für den Ausschuß folgende Herren namhaft gemacht: *R i e k e I, R i c h t e r, S a l o m o n, M a r s c h n e r*. Wenn keine weiteren Vorschläge erfolgen, nehme ich das Einverständnis der Versammlung an, daß diese vier Herren einschließlich meiner Person den Wahlausschuß bilden.

Anderere Vorschläge erfolgen nicht.

Vorsitzender: Außerdem hätten wir zunächst noch einige Punkte zu erledigen, die die Wahl der Ratmitglieder betreffen, und die zweifellos für das Arbeiten des Wahlausschusses von Bedeutung sein dürften.

Nach den Ausführungsbestimmungen kann von uns bestimmt werden, ob die *Stimmzettel*, die bei der Wahl abgegeben werden, in *Umschläge* gesteckt werden sollen, oder ob sie ohne solche entgegengenommen werden sollen. In Übereinstimmung mit einer größeren Anzahl der hier anwesenden Herren möchte ich den Vorschlag machen, zu beschließen, daß wir von Anwendung der Umschläge absehen, und zwar einmal wegen der Kosten, zum zweiten aber wegen der vielleicht sich ergebenden Unmöglichkeit, bis zu dem Zeitpunkt der Wahl die nötigen Umschläge beschaffen zu können. Die von mir bezeichneten Herren glauben, daß es, um das Wahlgeheimnis zu sichern, vollständig genügen würde, wenn die Stimmzettel vom Wahlausschuß einheitlich hergestellt und den einzelnen Gruppen, die Vorschläge zu der Wahl machen, in gedrucktem Zustande unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Wird hierzu das Wort gewünscht? Dann nehme ich auch zu diesem Vorschlage das Einverständnis der Versammlung an.

Des weiteren möchte ich vorschlagen, daß die Einteilung der Stadt wieder in 48 Stimmbezirke, genau so wie bei den alten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zum Landtag, vorgenommen wird. Werden hiergegen Einwendungen erhoben? Dann nehme ich ebenfalls Ihr Einverständnis damit an.

Nach den Ausführungsbestimmungen hat die Ernennung der Wahlvorsteher und der Beisitzer — auch des eventuellen Protokollführers — durch die Stadtverordneten zu geschehen. Diese Auswahl heute schon zu treffen, dürfte nicht möglich sein, aber man könnte sich schon dahin schlüssig werden, ob es nicht ratsam erscheinen dürfte, festzusetzen, daß der Wahlvorstand aus dem Wahlvorsteher und zwei Beisitzern zu bestehen hat. Das Amt des Wahlvorstandes ist bei den bevorstehenden Wahlen etwas schwierig, weil Wählerlisten nicht neu angefertigt werden können. Es werden als Listen für diese Wahl die Hausbogen, die für die letzte Lebensmittelausgabe angefertigt sind, verwendet werden, und so wird die Führung der Wahllisten diesmal etwas schwieriger sein. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß von uns jedesmal ein städtischer Beamter in den Wahlvorstand eines jeden Bezirks als Beisitzer gewählt wird, und daß dieser dann vom Wahlvorsteher zum Protokollführer ernannt würde und ihm die Listen vielleicht etliche Tage vor der Wahl zugänglich gemacht würden.

Wenn keine Einwendungen gegen diesen Vorschlag erhoben werden, nehme ich auch hier das Einverständnis der Versammlung an.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Dürfen wir annehmen, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß der Magistrat die als Protokollführer in Frage kommenden Beamten aussucht, oder will die Versammlung die Auswahl selbst treffen? Die Auswahl geeigneter Kräfte ist durchaus wünschenswert, da die Feststellung des Wahlergebnisses unter Umständen recht schwierig sein wird. Die Auswahl könnte wohl am besten in der Weise stattfinden, daß wir in der nächsten Sitzung eine Liste dieser von uns vorgeschlagenen städtischen Beamten vorlegen. Die betreffenden Beamten müßten auch vorher gefragt werden, ob sie das Amt übernehmen wollen, denn die Wahl findet an einem Sonntage statt, und vielleicht danken einige der Beamten für dieses Amt.

Vorsitzender: Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung damit an, daß der Magistrat uns Vorschläge für die Wahl der Protokollführer unterbreitet. Über die Wahlvorsteher und übrigen Beisitzer wird dann leicht eine Einigung zu erzielen sein.

Sodann handelt es sich um die Entschädigung für den Wahlvorstand. Hierzu wird Herr Genzen einen Antrag stellen.

Stadtv. Genzen: Wir haben uns im Rechtsausschuß über die Frage der Entschädigung für die Tätigkeit des Wahlvorstandes unterhalten, und wohl einstimmig waren wir der Meinung, daß — wie auch der Herr Oberbürgermeister schon andeutete — die Arbeit des Wahlvorstandes sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Es wird dabei nicht mit einem achsstündigen, sondern muß mit einem mindestens sechzehnstündigen Arbeitstag gerechnet werden. Dem entsprechend ist es im Rechtsausschuß für angemessen gehalten, die Entschädigung für die Beisitzer oder Protokollführer auf 20 *M* festzusetzen, und das möchte ich hiermit beantragen.

Vorsitzender: Wird das Wort hierzu gewünscht? Da das nicht der Fall ist, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage an.

Damit wären wohl für heute die Fragen, die die technische Durchführung der Wahl betreffen, erledigt.

2. Feststellung eines Statuts auf Grund obigen Gesetzes.

Stadtv. Jahn: Nach dem Gesetze über die Wahlen der Vorsteher und Mitglieder des Rates in den Städten des Freistaates Braunschweig vom 2. August 1919 Nr. 95 sind die Städte berechtigt bzw. verpflichtet, zu einigen Paragraphen des Gesetzes ortstatutarische Vorschriften zu erlassen. Der Magistrat legt deshalb den Stadtverordneten den Entwurf einer „Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig“ vor und bemerkt zu dieser Überschrift folgendes:

„Während in den früheren Gesetzen die von den Gemeinden zu erlassenden ortsgesetzlichen Vorschriften als Statute bezeichnet wurden, sind in dem Gesetze Nr. 95 vom 2. August d. J. (§§ 1, 3 und 13) nebeneinander die Bezeichnungen „Statut“ und „Satzung“ gebraucht. In der Sammlung der städtischen Statuten sind bisher nur zwei ortsgesetzliche Vorschriften (Nr. 59 und 61) als Satzungen bezeichnet — und zwar auf Anordnung des früheren Staatsministeriums —, während die späteren Willensfundgebungen der Gemeinde wieder als Statute bezeichnet sind.

Eine einheitliche Bezeichnung der Vorschriften, die als Ortsgesetze Geltung haben sollen, erscheint unbedingt erforderlich; nachdem der deutsche Ausdruck „Satzung“ jetzt landesgesetzlich festgelegt ist, empfiehlt es sich, künftig nur diese Bezeichnung zu wählen.

In dem Gesetze (§ 1) ist ferner gesagt, daß in Zukunft an die Stelle der — durch die Städteordnung und sonstige Landesgesetze festgelegten — Bezeichnung „Stadtmagistrat“ die Bezeichnung „Rat der Stadt“ treten solle. In den zum Ge-

sehe erlassenen Ausführungsvorschriften ist nichts darüber gesagt, wann diese neue Bezeichnung Platz greifen soll, doch hat der Rat der Volksbeauftragten noch nach dem Erlasse des Gesetzes neben der Bezeichnung „Rat“ auch die bisherige Bezeichnung „Stadtmagistrat“ beibehalten. Wir nehmen an, daß sie, falls die Regierung keine weitere Ausführungsvorschrift erläßt, nach dem Beginne der Tätigkeit der auf Grund des Gesetzes Nr. 95 zu wählenden Beamten der Stadt (1. Oktober d. J.) Platz greifen soll, und daß daher zwar die von uns gewählte Überschrift „Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig“ zutreffend und zulässig ist, daß aber bis 1. Oktober d. J. bei unseren Kundgebungen und ebenso in den Siegeln der Stadt die Bezeichnung „Stadtmagistrat“ beizubehalten ist.“

Der Rechtsausschuß hat zu diesen Ausführungen nichts weiter zu erwähnen. Es ist bei dieser Gelegenheit aber im Rechtsausschuß zur Sprache gebracht, ob es nicht nötig wäre, zu beschließen, daß die Siegel der Stadt Braunschweig schon jetzt zur Umänderung in Auftrag gegeben würden, damit demnächst, wenn der neue Name in Kraft tritt, sofort der richtige Stempel zur Hand ist. Da nun aber in Zukunft wiederum Änderungen in den Stempeln eintreten könnten, so ist der Vorschlag gemacht, die Worte „Rat der“ in den Stempeln wegzulassen und nur einfach „Stadt Braunschweig“ zu schreiben. Ich möchte die Herren und Damen bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Kosten für die Veränderung des Stempels schon heute bewilligt werden, und daß so verfahren wird, daß in die neuen Stempel und Siegel nur die Worte „die Stadt Braunschweig“ kommen.

Vorsigender: Ich stelle diese Frage zunächst zur Debatte; sie hat allerdings mit dem Statut nichts zu tun. Es wäre wohl besser, wir nähmen erst einmal die Beratung dieser Satzung vor.

Stadtv. Meyerhoff: Ich möchte eine Anfrage richten an die geehrten Herren Juristen, die anwesend sind. Ist das Siegel vollkommen, wenn darauf nur „die Stadt Braunschweig“ steht? Wie soll z. B. bei einer Fälschung vorgegangen werden? Eine Fälschung erscheint wohl schwerwiegender, wenn auf dem Siegel die Worte „Stadtmagistrat“ oder „Rat der Stadt“ steht, als wenn das Siegel nur „die Stadt Braunschweig“ lautet.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Es gibt keine Vorschrift darüber, wie das Siegel lauten soll, ob darauf der Name der Verwaltungsbehörde steht oder nicht. Ich sollte aber meinen, daß jemand, der ein Siegel nachmachen will, dies ebenso leicht kann, ob nun die eine oder andere Bezeichnung darauf steht. Sollte die Stadtverordnetenversammlung Wert darauf legen, daß die Inschrift „Rat der Stadt Braunschweig“ genommen wird, so wird der Magistrat damit einverstanden

sein. Die Zahl der Stempel und Siegel ist nicht ganz klein und deshalb wird die Umänderung nicht so schnell vorgenommen werden können. Deshalb möchten wir, daß die Sache in Angriff genommen wird.

Stadtv. Wengeroß: Der Herr Oberbürgermeister hat meine Anfrage falsch verstanden. Ich fragte, ob ein Vergehen, das durch Fälschung des Stempels verübt wird, ebenso streng bestraft wird, wenn das Siegel lautet „Stadt Braunschweig“ oder „Rat der Stadt Braunschweig“.

Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist unzweifelhaft, daß eine Nachahmung und falscher Gebrauch eines solchen Siegels in beiden Fällen gleich strafbar sein würde. Da die städtischen Behörden als solche bestimmen müssen, wie die Siegel der Stadt beschaffen sein sollen, so hat Herr Jahn diese Sache hier vorgebracht.

Stadtv. Dr. Jasper: Strafrechtlich macht es keinen Unterschied, wie das Siegel lautet, nur scheint es mir fraglich, ob es richtig ist, als Inschrift einfach „die Stadt Braunschweig“ zu nehmen, denn in der Stadt Braunschweig gibt es mancherlei Behörden, und es ist wünschenswert, daß aus dem Siegel unzweideutig hervorgeht, von welcher Behörde eine Urkunde beglaubigt werden soll, und deshalb müßte wohl der gesetzliche Wortlaut gewählt werden. Wenn nicht technische Rücksichten davon abhalten sollten, sehe ich keinen Grund ein, warum nicht der Name „Rat der Stadt Braunschweig“ angewendet werden sollte.

Vorsigender: Ist denn die Frage so schwierig und sind so viele neue Siegel nötig?

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir können uns im Stadtmagistrat noch einmal die Sache überlegen und Ihnen in der nächsten Sitzung Mitteilung darüber machen.

Stadtv. Jahn: § 1 der Satzung lautet: „(Zu § 1 des Gesetzes.) Der Rat der Stadt Braunschweig besteht aus dreizehn Personen; außer dem besoldeten Vorsteher (Oberbürgermeister) gehören ihm fünf besoldete und sieben unbesoldete Mitglieder (Stadträte) an.“

Der Stadtmagistrat schreibt hierzu folgendes:

„Die von uns zu erledigenden Geschäfte haben — schon vor dem Kriege — so zugenommen, daß wir die Erhöhung der Zahl der besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats von 5 auf 6 für erforderlich halten; demgemäß würden dem Stadtmagistrate 7 unbesoldete, mithin insgesamt 13 Mitglieder anzugehören haben.“

Im Rechtsausschuß sind wir uns einig geworden, daß diese Erhöhung der Zahl der besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats von 5 auf 6 unbedingt erforderlich ist, und es war weiter die Frage aufgeworfen, ob es nicht ratsam wäre, die Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder auf 7 und die der unbesoldeten auf 8 zu erhöhen. Seitens eines der Herren wurde erwähnt, daß gerade das städtische Arbeitsamt eine ganze Kraft erfordere, und in einer anderen Sitzung ist schon früher hervorgehoben, daß auch die Schule im Magistrat eine Vertretung nötig habe. Wir sind uns im Rechtsausschuß dahin einig geworden, Ihnen zu empfehlen, die Zahl der besoldeten Mitglieder des Rates gleich auf 7 und die der unbesoldeten auf 8 zu erhöhen, obwohl einige Mitglieder des Rechtsausschusses sich dagegen ausgesprochen haben. Die geehrten Damen und Herren müßten hierüber also die Entscheidung treffen.

Stadtv. Genzen: Meine Freunde haben den Antrag gestellt, die Zahl der besoldeten Ratsmitglieder auf 7 festzustellen, und zwar aus dem Grunde, weil wir der Meinung sind, daß es endlich an der Zeit ist, ein städtisches Arbeitsamt zu errichten, durch das alle die Fragen, die die Arbeiterschaft interessieren, tatsächlich so bearbeitet werden, wie es notwendig ist. Ich erinnere daran, daß wir heute schon etwa 1000 Angestellte — Beamte und Arbeiter — in der Stadt haben, und für diese sind mancherlei Fragen zu regeln: Lohn- und Arbeitsweisen, Krankenversicherungsweisen, ferner Arbeitsnachweis, Statistik, Arbeiterversicherung, Arbeitslosenversicherung, Gewerbegericht, Kaufmannsgericht usw. usw. Alle Fragen, die die Arbeiterschaft berühren, sollen von dem Herrn, der für dieses Amt gewählt wird, bearbeitet werden. Wir ersuchen deshalb, zuzustimmen, daß die Zahl der besoldeten Ratsmitglieder nicht 6, sondern 7 betragen soll.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Es unterliegt keinem Zweifel, daß es von großer Bedeutung ist, daß diese Arbeiten, die Herr Genzen erwähnt hat, von einem Mitgliede des Rates erledigt werden. Der Magistrat trägt nur Bedenken, der Anregung ohne weiteres zuzustimmen, weil er sich sagt, daß der Abbau der Kriegswirtschaft, den wir alle herbeisehnen und der hoffentlich bald eintritt, die Mitglieder des Magistrats wesentlich entlasten wird, und daß wir im Notfalle mit Ausnahme eines besoldeten Assessors auskommen. Sollte aber die Versammlung der Ansicht sein, daß es wünschenswert ist, schon jetzt die Zahl der besoldeten Ratsmitglieder auf 7 zu erhöhen, so wird der Magistrat, wie ich glaube, dem zustimmen.

Stadtv. Frede: Ich habe Bedenken gegen die beantragte starke Vergrößerung der Zahl der Ratsmitglieder, und zwar spricht außer den Gründen, die in der Vorberatung schon erwähnt sind, dagegen, daß als Folge dieser Vergrößerung

des Stadtmagistrats auch eine außerordentliche Vermehrung der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung eintreten müßte. Wenn der Magistrat — der über die Geschäfte, die ihm obliegen, am besten urteilen kann — eine Vermehrung der besoldeten Ratsmitglieder auf 6 und der unbesoldeten auf 7 für ausreichend erachtet, dann müßte uns das genügen. Es ist schon erwähnt, daß einem Syndikus oder einem bezahlten Magistratsassessor, der nicht dem Magistrat anzugehören braucht, Verwaltungsgeschäfte mit übertragen werden könnten. Dabei braucht man nicht anzunehmen, daß diesem Herrn, der als Hilfskraft angenommen wird, gerade die Geschäfte überwiesen werden, die Herr Genzen im Auge hat; die könnte ja doch der besoldete Stadtrat übernehmen. Ich muß für meine Person erklären, daß ich die vorgeschlagene Zahl von 6 bzw. 7 Ratsmitglieder für ausreichend halte.

Stadtv. Könneburg: Meine Freunde sind dafür, daß wir es zunächst bei der Zahl 13 bewenden lassen, und zwar aus den Gründen, die bereits in der Vorbesprechung angeführt sind, und außerdem aus dem Grunde, den Herr Frede eben berührte, daß als Folge der erhöhten Zahl der Ratsmitglieder im Verhältnis dazu auch die Zahl der Stadtverordneten erhöht werden müßte. Ferner läßt sich noch auf folgendes verweisen: Es ist unbenommen, daß von den unbesoldeten Ratsmitgliedern eins sich um die Verwaltungsgeschäfte mit bemühen kann, wenigstens solange, bis ein Abbau der Zwangswirtschaft erfolgt und dadurch eine Kraft der besoldeten Magistratsmitglieder wieder frei wird. Ich darf in bezug auf die Wünsche, die Herr Genzen äußerte, darauf hinweisen, daß wir in dieser Beziehung schon die mannigfaltigsten Einrichtungen haben, in unserem kleinen Staate sogar recht viele, daß außerdem im Rate der Volksbeauftragten schon eine besondere Abteilung für Arbeit geschaffen ist. Ferner wird demnächst ein Landesarbeitsamt errichtet, das zweifellos in Braunschweig seinen Sitz hat und also für die Stadt Braunschweig in erster Linie nutzbar gemacht werden wird. Ob es angesichts dieser Einrichtungen unbedingt nötig ist, schon jetzt, ehe wir die Wirkungen dieser Einrichtungen abgewartet haben, auch noch eine besondere Stelle für Arbeit im Rate der Stadt Braunschweig zu schaffen, das will mir zweifelhaft erscheinen. Wir sind der Meinung, daß wir das abwarten können, und aus diesem Grunde werden meine Freunde für die Zahl 13 stimmen.

Für die Erhöhung der Zahl der Ratsmitglieder auf 7 und 8 meldet sich in der Abstimmung die Minderheit, für die Erhöhung auf 6 besoldete und 7 unbesoldete Ratsmitglieder die Mehrheit.

Stadtv. Jahn: Der § 2 der Satzungen lautet nach dem Entwurf:

„(Zu § 7 des Gesetzes.)

a) Auf den bei der Wahl zu benutzenden Stimmzetteln sind die drei Gruppen der zu wählenden Personen getrennt unter folgenden Bezeichnungen aufzuführen:

I. Vorsteher des Rats.

II. Besoldete Stadträte.

III. Unbesoldete Stadträte.

b) Die Bewerber, denen der Wähler zur Besetzung der Stellen des Vorstehers des Rats und der übrigen besoldeten Ratsmitglieder seine Stimme gibt, sind mit Namen, und zwar so zu bezeichnen, daß ihre Personen unzweifelhaft zu erkennen sind.

Andere Bewerber, als die in den Wahlvorschlägen benannten Personen und — bei der bevorstehenden ersten Wahl — die bisherigen Stelleninhaber kommen bei Besetzung dieser Stellen nicht in Betracht.

c) Die fünf Stellen der besoldeten Stadträte sind im Wahlzettel als erste, zweite, dritte, vierte und fünfte Stadtratsstelle aufzuführen, und es ist bei jeder Stelle der Name der vom Wähler für diese Stelle bestimmten Person zu vermerken. Die Auswahl unter den Bewerbern für jede der fünf Stellen steht dem Wähler frei; bei der Feststellung des Wahlergebnisses werden aber nur die für jede Stelle in den Wahlzetteln aufgeführten Namen gezählt. Gewählt ist der Bewerber, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

d) Die Wahl der unbesoldeten Stadträte erfolgt in der Weise, daß der Wähler die — nach Buchstaben oder Namen benannte — Vorschlagsliste im Wahlzettel bezeichnet.“

Der Magistrat schreibt dazu folgendes:

„Nach § 7 des Gesetzes soll das bei der Abstimmung zu beobachtende Verfahren durch Satzung geregelt werden, wogegen die Wahlordnung selbst nach § 17 des Gesetzes vom Räte der Volksbeauftragten zu erlassen und inzwischen in Form von Ausführungsvorschriften (G.- u. V.-S. Nr. 101) herausgegeben ist.

Während nun nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes die Wahl der unbesoldeten Ratsmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, mithin einheitlich für alle zu besetzenden Stellen vorzunehmen ist, sollen der Vorsteher des Rates und die besoldeten Stadträte nach § 7 Abs. 1 einzeln und im gewöhnlichen Wahlverfahren mit der Maßgabe gewählt werden, daß absolute Mehrheit, d. h. mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen entscheidet. Andererseits aber soll nach § 7 Abs. 3 die Wahl aller Ratsmitglieder in einem Wahlgange mittels eines Wahlzettels vollzogen werden.

Der Sinn dieser anscheinend einander widerstreitenden Vorschriften wird der sein, daß bei der Wahl der drei Gruppen der zu wählenden Personen (Oberbürgermeister, besoldete und unbesoldete Stadträte) nur je ein Wahlzettel benutzt werden

soll, daß aber jede Gruppe auf dem Wahlzettel getrennt in die Erscheinung zu treten hat.

Aber für die Wahl der besoldeten Stadträte würde diese Einteilung des Wahlzettels in drei Felder noch nicht genügen, um ein sicheres Wahlergebnis zu erzielen. Denn wenn diese Bewerber in der Weise gewählt werden, daß der Wähler als Gruppe II fünf beliebige Namen auf den Wahlzettel schreibt, so ist bei Aufstellung von mehr als fünf Bewerbern die Möglichkeit gegeben, daß mehr als fünf Personen, und zwar jede mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen, gewählt werden, so daß es ungewiß ist, wer als gewählt zu gelten hat. Wenn z. B. 100 Wähler je 5 Personen zu wählen haben, so können, da die erforderliche Stimmenmehrheit 51 beträgt, $\frac{500}{51}$ mithin 9 Personen die absolute Mehrheit aller Stimmen erhalten. Es bleibt daher, da dem Gesetze genügt werden muß, nichts anderes übrig, als die Wahl der fünf besoldeten Stadträte in der Weise zu ordnen, daß für jede dieser fünf Stellen getrennt, und zwar so gewählt wird, daß für jede eine Stelle gestimmt wird. Die leidige Folge, daß infolge immerhin möglichen mangelnden Verständnisses der Wähler die Stimmen sich zersplittern und unter Umständen ein Kandidat durchfällt, obgleich weit über die Mehrheit aller Wähler für ihn gestimmt hat, läßt sich bei diesem Verfahren nicht vermeiden. Eine gemeinsame Wahl in der Weise, daß die meisten Stimmen ausschlaggebend sein sollen, läßt das Gesetz nicht zu."

Der Rechtsauschuß hat in betreff dieses Paragraphen nichts zu erinnern gehabt.

Stadtv. Frede: Ich bitte die Versammlung und den Vorsitzenden um Verzeihung, daß ich zurückgreife auf den provisorischen Entwurf des Magistrats vom vorigen Donnerstag. In § 2 der vorigen Vorlage war Bezug genommen auf § 3 des Gesetzes und in § 2 des heutigen Entwurfes ist Bezug genommen auf § 7 des Gesetzes. Ich bitte um die Erlaubnis, darauf zurückzukommen, was der Magistrat in § 2 des vorigen Entwurfes berührt hat, nämlich die Amtsdauer des Vorstehers des Rates der Stadt unter Bezugnahme auf § 3 des Gesetzes. Dieser lautet: „Die Mitglieder des Rates der Städte werden auf drei Jahre gewählt. Der Vorsteher des Rates wird auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Jedoch kann für ihn durch Ortsstatut eine längere, zehn Jahre nicht übersteigende Amtsdauer festgelegt werden.“ Diese Angelegenheit ist in der Vorbesprechung am vorigen Donnerstag berührt worden, und es ist dabei geltend gemacht, daß für eine Wahl des Vorstehers des Rates der Stadt auf 10 Jahre verschiedene wichtige Gründe sprechen. Wird die Amtsdauer des Vorstehers des Rates nur auf 6 Jahre bestimmt, so ist zweifellos ein Äquivalent für diese kurze Dienstzeit zu geben, und ein solches kann nur in einem sehr hoch bemessenen Gehalt gesehen werden. Es

werden der Stadt schon sehr starke Opfer dadurch auferlegt, daß statt der lebenslänglichen Anstellung, wie sie jetzt besteht, die besoldeten Ratsmitglieder künftig alle drei Jahre zur Wahl gestellt werden, und da, abgesehen von den jetzigen Magistratsmitgliedern, die Pensionsberechtigung in Fortfall kommt, so wird der Ausgleich dafür sehr hoch bemessen werden müssen. Worauf kommt es denn bei dieser Sache an? Für die Stadtverordneten doch lediglich darauf, daß sie sich überzeugen, ob sie ein tüchtiges Oberhaupt für die Stadt gefunden haben. Wenn sie das festgestellt haben, können sie auch einer Wiederwahl — und darum handelt es sich praktisch in diesem Falle — auf längere Zeit unbedenklich zustimmen. Ich möchte warm dafür eintreten, daß wir bestimmen: „Nicht auf 6, sondern auf 10 Jahre soll die Amtsdauer des Vorstehers des Rates der Stadt bemessen werden,“ und bitte, hierüber die Debatte zu eröffnen.

Vorsitzender: Herr Frede beantragt also, daß ein § 2 der Satzungen geschaffen wird, in dem unter Bezugnahme auf § 3 des Gesetzes die Amtsdauer des Vorstehers des Rates der Stadt auf 10 Jahre festgesetzt wird. Wünscht jemand das Wort hierzu?

Stadtv. Salomon: Ich möchte die Anregung des Herrn Frede namens meiner Freunde unterstützen. Es wurde mit Recht in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß es im Hinblick auf die nur dreijährige Amtsdauer der zu wählenden Stadträte vielleicht mit großen Schwierigkeiten verbunden sein würde, für diese Posten geeignete Kräfte zu finden. Dasselbe trifft zu, wenn wir die Amtsdauer des Stadtoberhauptes nur auf 6 Jahre bemessen. Soweit ich orientiert bin, besteht in allen Großstädten Deutschlands eine 10—12jährige Amtsdauer für diesen außerordentlich wichtigen Posten. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, dem Antrage Frede zuzustimmen.

Stadtv. Einert: In betreff dieser Verlängerung der Wahlperiode für den Oberbürgermeister möchte ich vorschlagen, nicht 10 Jahre, sondern 9 oder 12 Jahre zu sagen. (Zuruf: 12 Jahre ist ungeseglich!) Bei einer 10jährigen Amtsdauer würde die Wahl des Oberbürgermeisters allein erfolgen müssen, nicht mit den Wahlen der übrigen Mitglieder des Rates der Stadt zusammen.

Vorsitzender: 12 Jahre als Amtsdauer für den Vorsteher des Rates der Stadt festzusetzen, ist ungeseglich. Herr Einert beantragt, diese Amtsdauer auf 9 Jahre zu bemessen.

Stadtv. Frede: Ich habe den betreffenden Paragraphen schon vorgelesen, und danach darf die Amtsdauer des Vorstehers des Rates 10 Jahre nicht überschreiten.

Ich sehe nicht ein, warum es nun gerade 9 Jahre sein sollen, und bitte, bei 10 Jahren zu bleiben.

Stadtv. Rönneburg: Herr Einert ist wohl darauf gekommen, 9 Jahre als Amtsdauer vorzuschlagen, weil für die übrigen besoldeten Ratsmitglieder 3 Jahre als Amtsdauer festgesetzt sind, und er glaubt, damit eine einheitliche Wahl zustande zu bringen. Ob es aber immer glücklich sein wird, daß sämtliche Ratsmitglieder mit dem Vorsteher des Rats zusammen gewählt werden, kann man bezweifeln. Wenn wir die Amtsdauer des Vorstehers des Rates der Stadt auf 10 Jahre festsetzen, dann erreichen wir damit, daß der Oberbürgermeister in einem besonderen Wahlgang gewählt wird, und das halte ich für wünschenswert.

Vorsitzender: Verstößt die Festsetzung der 10jährigen Amtsdauer des Oberbürgermeisters nicht gegen das Wahlgesetz? Es heißt im § 7 des Gesetzes: „Sämtliche Mitglieder sollen in einem Wahlgange auf einem einheitlichen Stimmzettel gewählt werden.“ Ich weiß nicht, wie wir da mit der 10jährigen Periode auskommen werden. Aber es sind ja so viele Widersprüche in dem Gesetz, daß es auf einen nicht ankommt.

Stadtv. Einert zieht seinen Antrag zurück.

Vorsitzender: Herr Frede hat den Antrag gestellt, die Amtsdauer des Vorstehers des Rates auf 10 Jahre festzusetzen.

Für den Antrag **F r e d e** stimmt die Mehrheit der Versammlung.

Vorsitzender: Diese Bestimmung müßte als § 2 in dem Entwurf eingeschaltet werden. Der jetzige § 2 würde dann § 3 werden. Über diesen Paragraphen hat Herr Jahns schon berichtet. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Dann nehme ich das Einverständnis der Versammlung damit an.

Stadtv. Jahns: § 3 des Entwurfes lautet:

„(Zu § 13 des Gesetzes.) Besoldete Mitglieder des Rates (Oberbürgermeister und Stadträte), die auf Grund einer öffentlichen Abstimmung im Laufe ihrer Amtsdauer ihr Amt verlieren, haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Maßgabe der hierauf bezüglichen allgemeinen Vorschriften.“

Der Magistrat schreibt zu diesem Paragraphen:

„Nach § 13 des Gesetzes kann durch Satzung bestimmt werden, daß ein besoldetes Ratsmitglied, das durch Volksentscheid — im Laufe seiner Amtsperiode — sein Amt verliert, vorbehaltlich anderweitiger Regelung durch Ortsstatut oder

Vertrag seine Ansprüche auf Besoldung oder Entschädigung verliert. Die Möglichkeit ist gegeben, daß der Verlust des Amtes eintritt, ohne daß der Beamte seine Amtspflichten, vielleicht in jahrelanger Tätigkeit, jemals verletzt hat, insbesondere dann, wenn seine Ansichten, besonders in politischer Beziehung von der Mehrheit der Einwohnerschaft beanstandet werden und daher seine Entfernung aus dem Amte für geboten erachtet wird. Sofern überhaupt Ruhegehalt gewährt wird, würde es unbillig sein, in Fällen der fraglichen Art den zum Rücktritt gezwungenen Beamten des Anspruchs auf Ruhegehalt ohne weiteres für verlustig zu erklären, und es erscheint daher geboten, von der in Rede stehenden gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch zu machen."

Im Rechtsausschuß haben wir die Sache durchgesprochen, und es ist von einer Seite der Antrag gestellt, hier zu sagen: „Besoldete Mitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt, sofern sie 10 Jahre im Dienste gewesen sind.“ Die Mehrheit des Ausschusses hat sich nicht auf diesen Standpunkt stellen können, weil sie sich gesagt hat, daß es eine Härte sein würde, wenn man jemand, der vielleicht 9 Jahre das Amt geführt hat, des Ruhegehaltes für verlustig erklären wollte, weil er aus seiner politischen Tätigkeit heraus nicht mehr als Mitglied des Rates gewünscht wird.

Stadtv. Meinowski: Ich kann mich mit dieser Bestimmung heute ebensowenig befreunden wie am vorigen Donnerstag bei der Vorberatung und würde sogar eine Härte für die Stadt darin erblicken, wenn diese Bestimmung bestehen bliebe. Das Gesetz als solches sieht etwas Derartiges nicht vor, und gewissermaßen soll es durch diese Bestimmung des Statuts umgangen werden. Wenn es durchaus notwendig ist, daß man den Interessen der Herren Rechnung trägt, dann müssen wir dazu übergehen, das Ruhegehalt von einer bestimmten Amtsdauer abhängig zu machen. Ich würde Ihnen, meine Herren, empfehlen, dafür den Zeitpunkt von 10 Jahren zu wählen. Stellen Sie sich vor, wie unangebracht folgendes sein würde: Es wird ein Ratsmitglied gewählt, und durch irgendwelche Vorkommnisse stellt es sich heraus, daß dieses Ratsmitglied nicht die Angelegenheiten der Stadt in der Art vertritt, wie es im Interesse der Allgemeinheit notwendig wäre. Es erfolgt eine Abstimmung, und dieses Ratsmitglied verliert sein Amt. Nach der Bestimmung, die nach der Vorlage Platz greifen soll, wären wir dann verpflichtet, dem betreffenden Herrn ein Ruhegehalt zu zahlen. Er könnte vielleicht erst 6 Monate im Amt sein, vielleicht auch ein, zwei oder drei Jahre, und doch bekäme er Ruhegehalt. Deshalb scheint es mir bedenklich, daß wir die Fassung beibehalten, wie sie vorgesehen ist. Ich möchte bitten, die Gewährung des Ruhegehaltes von einer Amtstätigkeit von wenigstens 10 Jahren abhängig zu machen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: In dem Falle, den Herr Reinowski angeführt hat, erscheint seine Ansicht zutreffend. Man kommt aber zu Schwierigkeiten, wenn man allgemein in dieser Weise vorgeht. Es handelt sich hier nur um den Fall des § 13, d. h. um den Zwang gegen den betreffenden besoldeten Stadtrat, sein Amt im Laufe seiner Amtsperiode niederzulegen. Wann dieser Zwang eintritt, ist ganz unbestimmt; es kann bald nach der ersten Wahl geschehen, kann aber auch nach der 4. oder 5. Wiederwahl der Fall sein. Nun will Herr Reinowski die Gewährung des Ruhegehalts davon abhängig machen, daß der Betreffende zehn Jahre im Dienst gewesen ist. Es hängt das zusammen mit der Vorschrift, die wir in § 4 des Entwurfes Ihnen vorgelegt haben, wonach die Vorschriften über Ruhegehalt, die bis jetzt in Geltung gewesen sind, beibehalten werden sollen. Danach hat ein Beamter, der auf Lebenszeit angestellt wird, sofort Anwartschaft auf Ruhegehalt, in den ersten 5 Jahren auf 33¼ Prozent und von da an von Jahr zu Jahr steigend um 1½ Prozent. Nun kann die Sache so kommen, daß der Grund, der möglicherweise das Volk veranlaßt, einen Beamten im Laufe seiner Amtsperiode durch Volksentscheid zu entlassen, kurz vor Ablauf seiner Amtszeit geltend gemacht wird. Dann wird der Betreffende einfach nicht wiedergewählt, und dadurch wird das Volk seinen Willen erreichen. Wenn dann aber diese Vorschrift in § 4 bestehen bleibt, daß das Ruhegehalt wie bisher üblich gewährt werden soll, dann würde jemand, der nicht wiedergewählt wird, schon nach drei Jahren Anspruch auf Ruhegehalt haben, während derjenige, der 9 Jahre Dienst getan hat und durch Volksentscheid entlassen wird, leer ausgeht. Das ist ein Widerspruch, der unserer Ansicht nach nicht bestehen bleiben kann. Wenn man in dieser Weise sachgemäß vorgehen wollte, müßte man sagen: Die besoldeten Mitglieder des Rates haben Anspruch auf Ruhegehalt erst dann, wenn sie 10 Jahre im Dienst gewesen sind. Wenn Sie das wollen und beschließen, so werden wir dem zustimmen müssen, denn das Statut muß sofort zustande gebracht werden. Ich halte mich aber für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß möglicherweise die Gewinnung tüchtiger Kräfte für die Stadt durch eine solche Bestimmung ungünstig beeinflusst wird. Ich bitte zu beachten, daß die sämtlichen Staatsbeamten sofort nach ihrer Anstellung Anspruch auf Ruhegehalt haben, die sämtlichen Lehrer an den Bürgerschulen haben diesen Anspruch, und jetzt wollen Sie allein den Mitgliedern des Rates der Stadt diesen Anspruch nehmen. Darin liegt eine Härte und eine Inkongruenz. Es entsteht weiter die Folge, daß sofort eine Vorschrift für die städtischen Hilfsbeamten erlassen werden muß, denn in § 127 der Städteordnung ist gesagt, daß die Vorschriften über die Mitglieder des Magistrats auch für die Hilfsbeamten der Stadt maßgebend sein sollen. Würde eine solche neue statutarische Vorschrift für die Hilfsbeamten nicht erlassen, dann würde eine Inkongruenz zwischen diesen und

den Staatsbeamten und Lehrern zutage treten. Es ist meiner Ansicht nach ausgeschlossen, daß man den Hilfsbeamten des Magistrats diese Ruhegehaltberechtigung entzieht. Zu den Hilfsbeamten gehören auch die sämtlichen Lehrkräfte und Direktoren an den gehobenen Schulen; wir haben keine anderen Vorschriften darüber, sie sind alle im Sinne der Städteordnung Hilfsbeamte des Magistrats. Selbst auf die Gefahr hin, daß man sagt, ich träte für meine eigenen Interessen ein, was aber mit dieser Frage nichts zu tun hat, möchte ich nicht unterlassen, auf diese Folgen des beantragten Beschlusses hinzuweisen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich kann den Ausführungen des Herrn Kollegen Reinowski nicht folgen, und ich glaube, sie sind nur deshalb vorgebracht, weil er sich in Unkenntnis über die allgemeinen Vorschriften bezüglich der Ruhegehälter befindet. Der Herr Oberbürgermeister hat die Sache in dieser Beziehung schon erläutert. Es ist schlechterdings notwendig, die Beamten der Stadt nicht schlechter zu stellen, als die Arbeiter der Stadt. Für sie wird verlangt, daß ein Ruhelohn gewährt werden soll, und die Kollegen von jener Seite streben mit uns an, daß den städtischen Arbeitern ein Ruhelohn möglichst bald gewährt werden soll. Sowie es sich aber um die an erster Stelle stehenden städtischen Beamten handelt, will man sie weit schlechter stellen und ihnen ein Ruhegehalt erst nach sehr langer Dienstzeit gewähren, vielleicht gar nicht. Das würde eine überaus ungünstige Bedeutung für unsere Stadt haben, denn es würde mir auf die Dauer sehr fraglich erscheinen, ob wir dann noch Kräfte, die unser Gemeinwesen zu leiten fähig sind, zu den bisherigen finanziellen Bedingungen bekommen würden, wenn wir sie in anderer Beziehung drücken und herabsetzen. Das geht schlechterdings nicht. Wir müssen deshalb daran festhalten, daß die Beamten nach angemessener Wartezeit Anspruch auf Ruhegehalt haben. Wenn Herr Reinowski allgemein meinte, man müßte erst 10 Jahre Beamter sein, um Ruhegehaltsanspruch zu haben, so läßt sich über diese Ansicht streiten. Ich habe von jener Seite nicht gehört, daß eine zehnjährige Arbeitszeit erst verstrichen sein müßte, um einen Ruhelohn zu beanspruchen, sondern das Gegenteil davon gefunden, und von dieser Stellungnahme abzuweichen, liegt kein Grund vor, jedenfalls könnte man es kaum sozial nennen, auch wenn man die Erwägungen für das Allgemeininteresse der Stadt zurückstellen wollte. Ich gebe zu bedenken, ob es überhaupt möglich ist, den Wünschen des Herrn Reinowski zu folgen. Die Beamten und auch die Magistratsmitglieder sind Gemeindebeamte unter dem Schutze der Reichsverfassung, in der den öffentlichen Beamten Ruhegehalt zugesichert ist. Es kann nicht eine besondere Ausnahme in der Weise erfolgen, daß in diesem Falle kein Ruhegehalt gegeben wird.

Ich habe nun aber gegen die Fassung des ursprünglichen § 3, jetzt § 4, ein gewisses Bedenken, das jedoch durch eine auslegende Erklärung vom Magistrats-

tiſche behoben werden kann. Die Faſſung erweckt den Eindruck, als ob die Tatsache, daß jemand durch öffentliche Abſtimmung ſeines Amtes verluſtig gegangen iſt, eine ganz beſondere Wirkung hätte, nämlich die, daß er dann ſchlechthin Ruhegehalt zu beanspruchen hätte, er würde dadurch gewiſſermaßen geheiligt, ſo daß ſeine Amtsführung ſonſt nicht weiter kritiſierbar wäre. Nun laſſen ſich Fälle denken, daß Beamte ſo überaus pflichtwidrig gehandelt haben, daß im Sinne der Städteordnung, der Diſziplinarordnung, ein Dienſtvergehen vorliegt, das auch nach den alten Vorſchriften eine ſofortige Entlaſſung unter Preisgabe des Ruhegehaltsanſpruchs rechtfertigen würde. Wenn dann der Beamte nicht im Diſziplinarwege, ſondern durch öffentliche Abſtimmung beſeitigt wird, dann würde er Anſpruch auf Ruhegehalt haben können, wenn man dieſe Vorſchrift verbotenus nimmt. Das wird der Stadtmagiſtrat nicht gewollt haben, und auch ich möchte es vermieden wiſſen; in dem Falle komme ich Herrn Reinowſki entgegen. Ich glaube, es bedarf nur einer beſonderen Hervorhebung, daß man ſagt: Die Anwendung der allgemeinen Vorſchriften ſoll nicht dazu führen, den ausnahmsweiſe pflichtwidrigen Beamten in dieſem Falle beſſer zu ſtellen, als es ohne öffentliche Abſtimmung geſchehen würde.

Da ich nun einmal das Wort habe, darf ich vielleicht bitten, auf den vorigen Paragraphen, letzter Abſatz zurückgreifen zu dürfen. Dort ſteht: „Die Wahl der unbeſoldeten Stadträte erfolgt in der Weiſe, daß der Wähler die — nach Buchſtaben oder Namen benannte — Vorſchlagsliſte im Wahlzettel bezeichnet.“ Soll das heißen, daß ſämtliche Namen im Wahlzettel aufgeführt werden müſſen, oder genügt ein Name dieſer Liſte? Es würde das letztere eine weſentliche Erleichterung bedeuten und würde den Vorſchriften zur Wahl der Nationalverſammlung entſprechen. Es liegt im allgemeinen Intereſſe, das richtigzuſtellen. Ich würde erfreut ſein, wenn man einen Namen der Liſte als ausreichend anſieht. (Zustimmende Zurufe.)

Vorſitzender: Es herrſcht wohl Übereinkunft darin, daß nur der erſte Name oder überhaupt ein Name des Wahlvorſchlages hierbei in Frage kommt.

Oberbürgermeiſter Netemeyer: Was die letzte Frage betrifft, ſo haben wir das Verfahren bei den früheren Wahlen im Auge gehabt. Bei der Wahl zur Nationalverſammlung wurde für zuläſſig erklärt, daß nach Buchſtaben oder nach dem an erſter Stelle in den Wahlvorſchlägen aufgeführten Namen dieſe bezeichnet wurden. Die Sache iſt ſo gedacht, daß der Vorſitzende, der die Bekanntmachung zu erlaſſen hat, die Liſten mit A, B uſw. oder auf andere Weiſe bezeichnet. Man kann dies nicht den Fraktionen überlaſſen, ſonſt würde vielleicht die eine einen Buchſtaben und die andere einen Namen zur Kennzeichnung nehmen.

Über die andere Frage sich mit einem Mitgliede des Rats der Volksbeauftragten zu unterhalten, ist sehr interessant. Ich muß gestehen, daß ich Herr Dr. Jasper nicht recht verstehe. Wenn ein Mitglied des Rats der Stadt sich derartig vergangen hat, daß es abgesetzt werden kann, dann braucht doch auch in Zukunft nicht erst das Volk darüber zu entscheiden; dann könnte man sich einfach an den Rat der Volksbeauftragten wenden und ihn bitten, das Disziplinarverfahren einzuleiten. Wird der Beamte seines Amtes entsetzt, so kommen die Vorschriften des Disziplinalgesetzes zur Anwendung. Eine andere Frage muß aber hier zur Entscheidung kommen: Ist durch das Gesetz auch der § 83 der Städteordnung aufgehoben? Wir haben ihn durch unsere Vorschrift wieder für anwendbar erklärt. Dort heißt es:

„Besoldete Mitglieder des Stadtmagistrats können wider ihren Willen jederzeit in den Ruhestand versetzt werden, wenn Stadtmagistrat und Stadtverordnete in vereinigter Versammlung solches beschließen.“

Der Herzoglichen Landesregierung, welcher von dem gefaßten Beschlusse vor dessen Vollziehung Anzeige zu machen ist, steht es nach vergeblicher Vorstellung binnen 4 Wochen frei, die Versammlung der Stadtverordneten aufzulösen und den vorliegenden Fall den neugewählten Stadtverordneten in vereinigter Versammlung mit dem Stadtmagistrat vorzulegen, bei deren Entscheidung es bewendet.“

Das ist etwas anderes als hier vorgesehen ist, insofern, als dort die vereinigte Versammlung entscheidet und der Betreffende nur in den Ruhestand versetzt werden kann, das heißt also: er behält seinen Anspruch auf Ruhegehalt. Die Vorschrift ist deshalb in die Städteordnung aufgenommen, weil man sich gesagt hat: Es können Fälle vorkommen, daß ein Beamter zwar voll und ganz seine Schuldigkeit tut und deshalb in einem Disziplinarverfahren nicht abgesetzt werden kann, daß er aber gleichwohl ein Verhalten zeigt — zum Beispiel ein zänkisches Verhalten, wie mein verstorbener Vorgänger in seiner Ausgabe notiert hat —, daß mit ihm beim besten Willen nicht zu arbeiten ist. Wenn Sie die Vorschrift, wie wir es Ihnen vorschlagen, annehmen, würde für den Fall, daß das Volk abstimmt, dasselbe eintreten, was hier vorgesehen ist, wenn die vereinigte Versammlung entscheidet. Ich glaube, wir tun gut, zu versuchen, unsererseits diese sehr praktische Vorschrift, die, wie ich glaube, augenblicklich aufgehoben ist, durch unser Statut wieder ins Leben zu rufen. Ich weiß nicht, ob das zulässig ist, glaube aber, es sollte möglich sein, weil es im Gesetze ganz allgemein heißt, es sollen die Ruhegehaltsansprüche statutarisch geregelt werden. Man könnte dann vielleicht einfacher eingreifen, als wenn das ganze Volk zur Abstimmung zusammenkommen muß.

Stadtv. Salomon: Die Haupt Sorge für uns muß sein, möglichst tüchtige Beamte an diese so verantwortungsvollen Stellen zu bekommen. Ein tüchtiger Be-

amter wird sich natürlich immer erst die Bedingungen ansehen, die ihm gestellt werden, wenn er ein solches Amt übernehmen soll. Ich habe schon hervorgehoben, daß die nur dreijährige Amtszeit es ungemein erschweren wird, wirklich tüchtige Beamte in diese wichtigen Stellen hineinzubekommen. Wenn wir jetzt diese zweite Erschwerung noch anwenden und sagen: „Erst nach zehnjähriger Dienstzeit soll der Anspruch auf Ruhegehalt einsetzen,“ so wird nach meiner Überzeugung die Heranziehung tüchtiger Kräfte dermaßen erschwert, daß ich bezweifeln muß, daß ein tüchtiger Mann überhaupt in einen solchen Posten hineingeht, sondern er wird sehen, anderswo auf gesicherterer Grundlage seine Existenz aufbauen zu können. Im allgemeinen habe ich den Eindruck: Wenn eine solche Bestimmung aufgenommen werden soll, die — wie der Herr Oberbürgermeister ausgeführt hat — weittragende Wirkung auch auf andere Kreise der Beamten haben würde und gewissermaßen unserem bisherigen Beamtentum einen wesentlichen Teil seiner ganzen Grundlage entziehen würde, so müssen wir uns dagegen ganz entschieden verwahren. Bis jetzt hat sich das System bewährt, daß die Ruhegehaltsätze beim Beginn der Amtsdauer mit einem sehr mäßigen Prozentsatz einsetzen und mit der weiteren Amtsdauer, und damit mit der Bewährung der Beamten, steigen. Ich möchte dringend davor warnen, eine Bestimmung aufzunehmen, die eine zehnjährige Amtsdauer für Gewährung des Ruhegehalts festsetzt, vor allem im Interesse der Stadt, in deren Verwaltungsdienst getreue und brauchbare Beamte stehen müssen.

Stadtv. **Frede:** Ich stimme dem zu, was Herr Salomon gesagt hat, und glaube, nicht weiter darauf zurückkommen zu sollen. Als Herr Reinowski vorzuschlag, daß erst nach zehnjähriger Dienstzeit eine Pensionsberechtigung eintreten sollte, mußte ich unwillkürlich an die Verhältnisse denken, wie sie bei den früheren Bestimmungen im Hoftheater geherrscht haben, nach denen ein Solist, wenn ich nicht irre, erst 9 Jahre tätig sein mußte, ehe er pensionsfähig wurde. Was haben wir im alten Braunschweig erlebt? Kurz vorher, ehe er dies Dienstalter erreicht hatte, wurde er entlassen, und die Solisten konnten von Glück reden, die diese Grenze überschritten. Der Pensionssatz wurde zu hoch, und auch tüchtige Kräfte kamen nicht über diese Linie hinaus. Ähnlich so könnten die Verhältnisse auch hier Platz greifen. Im übrigen muß ich diese schnelle Gesetzmacherei sehr bedauern, schon deshalb, weil es dadurch unmöglich wird, einen Vergleich mit den Bestimmungen anderer Städte anzustellen. Die Rücksicht darauf, daß wir konkurrenzfähig bleiben müssen, hätte dazu führen müssen, nicht so eilig vorzugehen, sondern zu beachten, was an anderen Stellen geschaffen und von ihnen geboten wird. Ich erkläre mich gegen den Antrag des Herrn Reinowski.

Stadtv. Genzen: Die Ausführungen des Herrn Reinowski sollen nicht dahin gehen, daß jeder Stadtrat erst nach 10 Jahren Anspruch auf Ruhegehalt haben soll, sondern derjenige Stadtrat, der durch Volksentscheid entfernt wird, soll, wenn er vielleicht nur 6 Wochen lang Mitglied des Rates der Stadt gewesen ist, keinen Anspruch auf Ruhegehalt haben; ein solcher soll mindestens zehn Jahre im Amt gewesen sein. Wenn jemand durch Volksabstimmung von diesem Posten zurückberufen wird, so ist damit nicht gesagt, daß er sich eines derartigen Vergehens schuldig gemacht hat, daß ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden könnte. Man kann sich vorstellen, daß ein Beamter, wenn er auf diesen Posten gesetzt wird, sich als ein höheres Wesen betrachtet und andere schnodderig behandelt, so daß das Volk sagt: Den wollen wir vom Amt weghaben. Wegen seines unangemessenen Betragens würde ein solcher dann Anspruch auf Ruhegehalt haben. Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, daß der Magistrat auf dem Standpunkt steht, daß jemand, der ein solches Amt bekommt, auch wenn er durch Volksentscheid entfernt wird, sofort Anspruch auf Ruhegehalt hat, und dem können wir nicht zustimmen. Das wäre gewissermaßen eine Prämie auf ungezogenes Benehmen, und auf Umwegen würde dadurch eingeführt, was wir nicht wollen, die Anstellung auf Lebenszeit. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Stadtrat Anspruch auf Ruhegehalt hat, daß er aber, wenn er durch Volksentscheid entfernt wird, eine zehnjährige Amtstätigkeit hinter sich haben muß, um Anspruch auf Ruhegehalt geltend zu machen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Was Herr Genzen anführte, klingt alles vollkommen zutreffend, aber er kommt doch nicht um die Klippe herum, die sich zeigt, wenn man hinweist auf den Unterschied zwischen dem Stadtrat, der infolge der Volksabstimmung sein Amt niederlegen muß und kein Ruhegehalt haben soll, und dem Stadtrat, der Ruhegehalt bekommt, wenn er nur drei Jahre im Dienst war und nicht wiedergewählt wird. Das ist ein Widerspruch, an dem diese Sache scheitert. Es hängt dieses tatsächlich mit der Frage zusammen: Sollen wir in der Zukunft überhaupt noch für die Mitglieder des Rates der Stadt Ruhegehalt zusagen? Sollten Sie es beseitigen wollen, so wiederhole ich, daß ich das für die Stadt nicht für gut halte.

Stadtv. Dr. Jasper: Diese letzte Frage des Herrn Oberbürgermeisters, ob wir die Gewährung des Ruhegehaltes abschaffen wollen, möchte ich zunächst unbedingt verneinen, jedenfalls nicht heute in einem die bisherigen Verhältnisse ablehnenden Sinne erledigt wissen. Interessant war mir der Hinweis des Herrn Oberbürgermeisters auf § 83 der Städteordnung und die früheren Ausführungen hinsichtlich des § 27. Es ist, glaube ich, damit die Frage nicht beantwortet, auf

die Herr Genzen zurückgekommen ist. Sollte es wirklich die Meinung sein, daß jemand, der durch öffentliche Abstimmung seines Amtes enthoben ist, bezüglich des Ruhegehaltes anders gestellt werden soll, als derjenige, der aus anderen Gründen nicht mehr im Amt ist? Ich habe die Vorlage so gedeutet, daß der eine genau so behandelt werden soll wie der andere, nur wird durch den Volksentscheid festgestellt, daß die Voraussetzung vorliegt: „Der Mann geht in den Ruhestand, er ist seines Amtes verlustig“, und es ist dann ein einfaches Rechenexempel, wie hoch das Ruhegehalt zu bemessen ist. Es ist dann gleichzeitig zu prüfen, ob sonst nach den allgemeinen Vorschriften ein Grund zur Entlassung vorliegt oder nicht. Der Herr Oberbürgermeister meinte, wenn wir einen derartig wichtigen Grund haben, der zu disziplinarischem Einschreiten Veranlassung bietet, dann brauchen wir den Volksentscheid nicht. Das stimmt, aber es ist möglich, daß in einzelnen Fällen trotzdem der Volksentscheid verlangt wird, und daß der Volksentscheid eher zur Beschlußfassung kommt, als die Disziplinarbehörde einschreitet. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß gerade infolge der Verhandlungen, die wegen des Volksentscheides entstehen, erst die Disziplinarbehörde auf den Fall aufmerksam gemacht wird, und ich nehme an, daß diese Vorschrift eine Nachprüfung im ordentlichen Disziplinarverfahren auch beim Volksentscheid keineswegs als ausgeschlossen erscheinen läßt, so daß ähnlich zu verfahren sein würde wie etwa in dem Falle, daß ein strafrechtliches Verfahren gegen einen Beamten eingeleitet wird. Da ist es die regelmäßige Folge, daß die Aufsichtsbehörde nachzuprüfen hat, ob das Ergebnis und die Ermittlungen im strafrechtlichen Verfahren Veranlassung bieten, ihrerseits, sei es im Wege der Aufsicht oder im Wege des Disziplinarverfahrens gegen den Betreffenden einzuschreiten. Genau so müßte bei der Volksabstimmung mit dem Ergebnis: „Der Betreffende wird seines Amtes enthoben“, die Aufsichtsbehörde nachzuprüfen haben, ob ein wichtiger Grund im Sinne der allgemeinen Vorschriften vorliegt, der dahin führt, disziplinarisch mit anderen Wirkungen als dauerndem Ruhegehalt gegen den des Amtes Enthobenen vorzugehen. Das Verfahren wird häufig zu dem Ergebnis führen, daß kein Grund zur Entziehung des Ruhegehaltes vorliegt, weil lediglich allgemeine Unbeliebtheit, politische Fehler, aber keine Pflichtverletzung zutage getreten sind, es kann aber auch zu dem Ergebnis führen, daß Anlaß vorhanden ist, von seiten der Disziplinarbehörde einzuschreiten, und dann sollen die allgemeinen Vorschriften Anwendung finden. Der Mann soll nicht durch die Volksabstimmung extra noch den Genuß des Ruhegehaltes bekommen, der ihm sonst kaum geworden sein würde.

Ob der § 83 der Städteordnung noch anwendbar ist, will ich nicht ohne weiteres feststellen. Ich halte ihn noch für anwendbar, jedenfalls für zulässig, wenn er durch städtische Satzung übernommen wird, denn die Anstellungsverhält-

nisse durch Satzung zu regeln, ist durch das Gesetz der Verwaltung der Stadt ausdrücklich vorbehalten. Ebenso halte ich es, ohne in das Herz und Gehirn des Gesetzgebers gesehen zu haben, für in seinem Sinne liegend, daß durch die besondere Regelung für die Ratsmitglieder keineswegs beabsichtigt ist, die Hilfsbeamten der Stadt des Ruhegehaltes für verlustig zu erklären. Ich glaube, daß wohl kaum einer der Herren daran gedacht hat, daß bei Regelung der Verhältnisse der Ratsmitglieder eine Rückwirkung auf die Hilfsbeamten der Stadt in Frage kommen könnte.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Nach diesen Ausführungen des Herrn Volkskommissars wird die Sache interessant, und ich möchte auf folgendes aufmerksam machen. Herr Dr. Jasper meint, es wäre zulässig, daß das Volk abstimmt, ob der Betreffende beseitigt werden soll auch in dem Falle, daß eine disziplinarisch faßbare Verschuldung des Betreffenden vorliegt. Ich bin der Ansicht: An dem Tage, an dem der Entscheid gegen den Beamten fällt, ist das Amt für den Mann verloren, und er ist nicht mehr Beamter. Nach dem Gesetz kann dann ein Disziplinarverfahren gegen ihn nicht mehr eingeleitet werden, höchstens ein Gerichtsverfahren, wenn er sich strafbare Handlungen hat zuschulden kommen lassen. Ein Dienststrafverfahren aber gibt es gegen einen nicht mehr im Amte Befindlichen nicht mehr. Es müßte also so gemacht werden, daß das souveräne Volk sagt: Wir setzen ihn ab, aber wir lassen ihm soundso viel seines Ruhegehaltes. Dabei zeigt sich die Schwierigkeit des Volksentscheids, gegen den ich überhaupt schwere Bedenken habe. Wenn der fünfte Teil aller Braunschweiger Wahlberechtigten durch schriftliche Erklärung sagen soll: „Es muß ein Verfahren auf Absetzung des Beamten eingeleitet werden,“ so sollen die Stadtverordneten nachprüfen, ob wirklich der fünfte Teil aller Einwohner diesen Antrag auf Einleitung des Verfahrens unterschrieben hat? So viel aber ist sicher: Das Volk entscheidet in Zukunft ohne Angabe von Gründen. Das ist das wesentliche, daß der Disziplinarhof, der einen Beamten seines Amtes entsetzt und bestimmt, ob er Ruhegehalt beziehen soll oder nicht, seine Entscheidung mit Gründen abzugeben hat, während das souveräne Volk einfach ja oder nein sagt; damit ist also in bezug auf die Bemessung des Ruhegehaltes nichts zu wollen. Deshalb glaube ich auch: Die Herren können die Vorschrift, die der Magistrat angenommen hat, nicht so auslegen, daß danach ein spezielles Verfahren eingeleitet werden soll, ob ein vom Volk seines Amtes Entsetzter überhaupt Anspruch auf Ruhegehalt haben soll oder nicht, sondern wir legen die Sache dahin aus und haben von Anfang an nur diesen Sinn der Vorschrift beilegen wollen, daß in einem solchen Falle Ruhegehalt bezahlt werden muß. Ich bin auch der Ansicht, daß das einen sehr guten Sinn hat. Ich gebe zu, daß Fälle vorkommen können, wo das Verhalten eines vom Volke Abgesetzten so nahe an einem strafbaren Verhalten her-

geht, daß auch der Disziplinarhof ihn entlassen haben würde. Es ist aber doch auch sehr wohl möglich, daß der Beamte — wie der Magistrat in seiner Vorlage sagt — jahrelang durchaus seine Schuldigkeit getan hat, daß aber aus politischen Rücksichten oder sonstigen Beweggründen das Volk sagt: „Nein, wir wollen ihn nicht!“ Ich erinnere an die Aufregung, die manchmal entstanden war über Maßnahmen des Magistrats, die er beim besten Willen im Interesse der Lebensmittelversorgung nicht anders treffen konnte. Was haben meine unglücklichen Kollegen deswegen über sich ergehen lassen müssen! Wir haben das nicht in die Öffentlichkeit gebracht, aber die unglaublichsten Beschuldigungen sind gegen uns erhoben. Ein Volk ist unter Umständen in Zeiten großer Erregung in der Lage — ich spreche das offen aus —, auch unrecht zu entscheiden. Das haben wir alles in der Geschichte schon erlebt, und es wird immer so bleiben. Damit müssen wir rechnen. Sie müssen sich über die Frage schlüssig machen: Soll in solchen Fällen der Betreffende ganz leer ausgehen, oder sollen Billigkeitsgründe walten und dazu führen, daß er bei seiner Entlassung wenigstens sein Ruhegehalt bekommt?

Vorsitzender: Könnte nicht der Stadtverordnetenversammlung in dieser Sache jedesmal die Entscheidung vorbehalten werden?

Stadtv. Frede: Was ich zu sagen hatte, ist schon erledigt.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Der Herr Vorsitzende hat eben angeregt, einen Mittelweg zu wählen, und zwar den, daß in solchen Fällen, wo das Volk gesprochen hat, die Stadtverordneten zu entscheiden haben, ob Ruhegehalt gewährt werden soll oder nicht. Ich gebe zu, meine Herrschaften, daß die Möglichkeit vorliegt, in dieser Weise die Sache zu regeln. Ich muß es Ihnen überlassen.

Vorsitzender: Wird dieser Weg gewählt, dann hat die Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit, zu prüfen, ob das Verhalten des Entlassenen derartig ist, daß ihm kein Ruhegehalt gewährt werden soll, oder ein derartiges, daß ihm Ruhegehalt zugebilligt werden kann und muß.

Stadtv. Lehnert: Daß wir uns in dieser Weise den Kopf zerbrechen müssen, dafür haben wir den größten Dank dem Räte der Volksbeauftragten entgegenzubringen, denn die sind die Gesetzgeber bei dieser Sache gewesen. (Zuruf: Der Landtag!) Ja, und die Volksbeauftragten sind die ausführenden Personen. Genau so ist es, wenn wir hier etwas beschließen; dann muß der Stadtmagistrat die Ausführung übernehmen, und er bekommt bei schlechten Maßnahmen die Prügel dafür. Genau so geht es auch den Volksbeauftragten. Es ist doch Tatsache, daß die Sache besser ginge, wenn klipp und klare Gesetze gemacht wären, und

es sind doch in dem Ausschuß, der das Gesetz ausgetüftelt hat, so viele Juristen gewesen — es mögen auch Philosophen dabei gewesen sein —, daß sie in dieser Sache weiter sehen mußten, als es sich hier herausgestellt hat. Die Hauptschuld an allen diesen Unklarheiten liegt an den unklaren Bestimmungen des Landtages (Sehr richtig) und an den Volksbeauftragten, daß sie ihre Zustimmung zu dem Gesetz gegeben haben. (Lachen.) Dafür möchte ich mich bei den Volksbeauftragten bedanken. Der Ausschuß hat eine Galopparbeit geliefert, wie sie besser nicht im Zirkus geliefert werden kann.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Die Ausführungen des Herrn Lehnert waren sehr interessant. (Zurufe: Sehr, sehr! und: Sehr richtig!) Sie sind nicht getrübt von Sachkunde und noch weniger von Rechtskenntnis. Es ist geschichtlich festzustellen, daß die ganze Umgestaltung der städtischen Verfassung angeregt ist von den Abgeordneten, die in den Reihen der Freunde des Herrn Lehnert sitzen (Hört, hört!), und daß in erster Linie von seinen Freunden die Sache mit starkem Nachdruck betrieben wurde, so daß sie noch mehr beschleunigt werden sollte, als es schon geschehen ist. (Widerspruch.) Herr Lehnert verkennet insofern die Rechtslage, als wir im Rat der Volksbeauftragten ohne weiteres gehalten sind, die Beschlüsse der Landesversammlung auszuführen (Zuruf: Der Stadtmagistrat auch!), soweit nicht reichsgesetzliche Bestimmungen oder etwas anderes dem entgegenstehen. Wir haben uns allerdings schon herausgenommen, bei passender Gelegenheit zu sagen: Die ernstesten Bedenken bestehen gegen diese Beschlüsse. Es ist ja schon beim Kommis üblich gewesen, daß man pflichtschuldig vorstellig werden konnte mit der Bemerkung: „Das geht nicht.“ Man kann uns also nicht den Vorwurf machen, daß wir das Gesetz gemacht hätten.

Besonders zur Wortmeldung veranlaßt hat mich aber der Vorschlag des Vorsitzenden. Ich halte ihn für einen gangbaren Ausweg. Daß über diese Frage die Stadtverordnetenversammlung entscheiden soll, ist derselbe Ausweg, der im Verhältnis zwischen der Landesversammlung und den Volksbeauftragten gewählt ist. Ich hatte anfangs auch gegen diese Bestimmung im Gesetz Bedenken, habe mir aber gesagt, ich wollte darauf verzichten, meinen Widerspruch geltend zu machen, da hoffentlich der Fall der Anwendung der Bestimmung nicht so bald greifbar werden wird, so daß wir später noch Ruhe und Zeit haben werden, sei es durch gesetzgeberische Maßnahmen, durch Ausführungsbestimmungen oder Satzungsänderungen, die Lücke, die sich gezeigt hat, auszubessern; aber der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden scheint mir ein gangbarer Weg zu sein.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Wenn die Versammlung geneigt ist, diesem Vorschlage zu folgen, würde es sich vielleicht empfehlen zu sagen: „ . . . haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Maßgabe der hierauf bezüglichen Vorschriften, so =

fern nicht die Stadtverordneten anders beschließen." Es wird damit also ausgedrückt, daß sie das Ruhegehalt nicht besonders bewilligen müssen.

Stadtv. Rönneburg: Ich wollte nur ganz kurz Herrn Lehnert erwidern. Die Hauptsache davon ist ja schon durch die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper erledigt. Im Manöver hat es öfter Nachtgefechte gegeben, und, bei Lichte besehen, hat es sich dann herausgestellt, daß die Soldaten gegen ihre eigenen Kameraden gekämpft hatten. Genau solch ein Nachtgefecht hat auch Herr Lehnert hier aufgeführt; er hat wirklich bei diesem Gefecht nur die eigenen Leute erschlagen, und wenn er das Schlachtfeld genau ansieht, wird ihm nicht allzu wohl sein. Tatsächlich ist in den Ausführungen des Herrn Lehnert keine Spur von Sachkenntnis zu finden, denn es waren gerade seine Freunde, die darauf gedrängt haben, daß das Gesetz schon am 1. Mai in Kraft treten sollte, obgleich es damals noch viel weniger möglich war als jetzt. Wenn man aus sachlichen Gründen auf die Unausführbarkeit des Gesetzes in dieser kurzen Zeit hinwies, dann war man im Munde der Parteigenossen des Herrn Lehnert der stockfinstere Reaktionsär, der dies Gesetz nur verhindern wollte. Auch jetzt noch ist von uns darauf hingewiesen worden, daß die Ausführung den größten Schwierigkeiten begegnen würde. Allein das machte nichts, der Jude mußte verbrannt werden, und die gewünschten Maßnahmen mußten getroffen werden.

Sodann ist Herr Lehnert vollständig falsch unterrichtet, wenn er meint, die Volksbeauftragten könnten die Zustimmung zu dem Gesetz versagen. Es ist ja das wunderschöne Wort gefallen, daß die Volksbeauftragten, die „Handlanger“ oder die „jungen Männer“ des Landtages seien. So ist die Sachlage; tatsächlich müssen die Volksbeauftragten ausführen, was der Landtag beschließt. Und was hier beschlossen ist, das ist in erster Linie das Werk Ihrer Freunde, und wohl oder übel mußten wir versuchen, mit dem Gesetz zu arbeiten, so gut oder schlecht es eben geht.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, die Erörterung hierüber nicht weiterzuspinnen. Es hat wirklich keinen Zweck, sich über die Schönheiten dieses Gesetzes noch zu unterhalten. (Zustimmung.) Eine Kritik kann das Gesetz infolge seiner Unklarheiten und Widersprüche wohl ertragen, aber es hat keinen Zweck, heute einzelnen Personen die Waterschaft an dem Gesetz zuzuerkennen. Der Beschluß der Mehrheit der Landesversammlung ist bei den Gesetzen maßgebend, aber ich möchte bitten, die Erörterung darüber nicht zu sehr ins Breite gehen zu lassen. Ich habe am vorigen Donnerstag auch meiner Meinung über das Gesetz unverhohlen Ausdruck gegeben, möchte aber bitten, jetzt darüber zum Schluß zu kommen. Wir müssen uns an die Bestimmungen halten, und wenn das Gesetz sich in der Praxis

nicht als durchführbar erweist, dann mögen die Herren, die es beschlossen haben, auch die Verantwortung dafür übernehmen. Wir sind nicht die Gesetzmacher, sondern nur die Ausführenden.

Stadtv. Lehnert: Nur ein ganz kurzes Wort. Ich habe keine Nachtgefechte geführt, bin überhaupt nicht in der glücklichen Lage gewesen, bei einem Nachtgefechte tätig gewesen zu sein; vielleicht ist Herr Rönneburg so freundlich gewesen, meine Stellung eingenommen zu haben. Eines aber muß ich hervorheben: daß in der Sitzung am vorigen Donnerstag diese Galoppgesetzmacherei, die getrieben worden ist, allseitig scharf verurteilt wurde; von keiner Seite wurde dafür eingetreten. Daß in der letzten Sitzung die Herren Volksbeauftragten nicht zugegen waren, liegt an den Herren selbst. Wenn sie aber hier gewesen wären, so weiß ich nicht, ob sie so viel Anstand gehabt hätten, das Gesetz so zu zerpfücken, wie es nötig wäre, oder ob sie gesagt hätten: Wir wollen eine kleine Nachtmütze aufsetzen und ein wenig schlafen.

Vorsigender: Herr Dr. Jasper hat zum dritten Male ums Wort gebeten. Ich glaube, die Versammlung wird damit einverstanden sein, daß er es erhält, damit nicht noch mehr Unklarheiten entstehen, als schon vorhanden sind.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich danke dem Herrn Vorsigenden für das Entgegenkommen und will mich darauf beschränken, eine Anregung zu geben, oder einen Antrag zu stellen, nämlich eine Einschaltung vorzunehmen bei dem Vorschlage, den der Herr Oberbürgermeister gemacht hat. Er will zu § 3 hinzugefügt sehen: „Sofern nicht die Stadtverordneten anders beschließen.“ Ich bitte einzuschalten: „b i n n e n e i n e m M o n a t n a c h d e r A b s t i m m u n g.“ Wenn nicht eine Frist darin festgesetzt ist, so könnte das Ergebnis gezeitigt werden, daß plötzlich nach vielleicht 6 Jahren es jemand einfiele: „Es ist eine Sünde und eine Schande, daß der Entlassene noch Ruhegehalt bekommt; wir wollen es ihm entziehen,“ und er könnte auch vielleicht eine Mehrheit dafür finden. Es ist richtig, diese Stellungnahme zu befristen, und ich halte einen Monat für die allerbeste Überlegungsfrist.

Vorsigender: Herr Reinowski, durch diesen Antrag ist wohl Ihre Sache überflüssig geworden. (Zustimmung des Herrn Reinowski.)

Der Zusatz mit der von Herrn Stadtv. Dr. Jasper beantragten Einschaltung wird angenommen.

Stadtv. Jahn: Der § 4 des Entwurfs, der demnächstige § 5 der Satzung, lautet folgendermaßen:

„(Zu § 17 des Gesetzes.)

Die bis zum Erlaß des Gesetzes Nr. 95 vom 2. August 1919 in Geltung gewesenen Vorschriften über Gehälter und sonstige Bezüge der besoldeten Ratsmitglieder bleiben in Kraft. Für die Gewährung und Bemessung von Ruhegehalt sind fortan die Vorschriften der §§ 82—94 der Städteordnung vom 18. Juni 1892 und das Gesetz Nr. 12 vom 24. März 1902 maßgebend; daneben bleibt Vorschrift im § 4 des Statuts Nr. 24 vom 8. Februar 1906 in Kraft. Die nach Statut oder Vertrag für die Bemessung der Ruhegehälter maßgebende Zeit (diese zwei Worte müssen noch eingefügt werden) der jetzt im Amte befindlichen Mitglieder des Stadtmagistrats kommt auch im Falle der Wiederwahl zur Anrechnung.“

Der Magistrat sagt dazu in seinem Ansprechen:

„Nach § 17 des Gesetzes sollen die Bezüge der besoldeten Ratsmitglieder (Gehalte und Ruhegehälter) durch Satzung geregelt werden. Die Gehaltsbezüge sind bereits durch Statut festgelegt, und es darf angenommen werden, daß diese Vorschriften durch das neue Gesetz nicht berührt werden. Die Vorschriften über Ruhegehalt dagegen sind durch die §§ 82—94 der Städteordnung und § 4 des Statuts Nr. 24 vom 8. Februar 1906 (Militärämter) festgelegt. Es muß angenommen werden, daß die erstgedachten Bestimmungen (§§ 82—94 der Städteordnung) durch § 17 des neuen Gesetzes haben aufgehoben werden sollen, weil andernfalls nicht einzusehen wäre, wie die Zahlung von Ruhegehalt beim Fortbestehen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung geregelt werden könnte.

Nach unserer Ansicht haben sich aber die fraglichen gesetzlichen Vorschriften bislang durchaus bewährt, und es erscheint daher zweckmäßig, ihnen als Satzungs Vorschriften von neuem Geltung zu verschaffen.

Sie greifen dann nach § 127 der Städteordnung auch für alle Hilfsbeamten der Stadt mit Einschluß aller Lehrkräfte an den gehobenen Schulen ohne weiteres wieder Platz, während die Ruhegehaltsverhältnisse der Lehrkräfte an den Gemeindeschulen bekanntlich durch Sondervorschriften des Gesetzes über die Gemeindeschulen geordnet sind.

Schließlich gestatten wir uns noch, darauf hinzuweisen, daß durch den Wegfall der lebenslänglichen Anstellung die finanzielle Lage der besoldeten Ratsmitglieder künftig so ungünstig beeinflusst wird, daß unseres Erachtens auf eine Erhöhung der Gehälter Bedacht genommen werden muß, wenn die Werbung tüchtiger Kräfte um die fraglichen Dienststellen auch künftig gesichert werden soll. Weitere Anträge in dieser Beziehung behalten wir uns vor, legen aber Wert darauf, daß die Stadtverordneten auch ihrerseits diese Erhöhung für erforderlich erklären.“

Der Rechtsausschuß hat zu dem eben vorgetragenen Paragraphen nichts weiter zu erinnern gehabt. Es ist aber erwähnt, daß es vielleicht zweckmäßig sei, eine Deputation aus 8 Mitgliedern zu wählen, die sich darüber schlüssig macht, wie die Gehaltsfrage geregelt werden sollen, so daß die Deputation in der Lage ist, Antwort zu erteilen, falls Anfragen an sie gerichtet werden. Es könnte der Fall eintreten, daß ein neues Magistratsmitglied gewählt werden soll und dieses wissen möchte, wie es sich mit den Gehaltsforderungen abzufinden hätte, oder es könnte jede politische Partei den Wunsch haben, ehe sie an einen Bewerber herantritt, zu erfahren, was sie dem Mann darüber zu sagen habe, wie er sich demnächst pekuniär stehen würde. Diese Deputation würde die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat bei ihren Auskünften zu Rate ziehen müssen, aber vorerst könnte sie die Vorarbeiten erledigen. Der Rechtsausschuß schlägt Ihnen vor, diese Deputation heute schon zu wählen, und empfiehlt Ihnen, dafür die Vorsitzenden der vier Kommissionen zu bestimmen, und sodann jeder Partei aufzugeben, ihrerseits noch ein Mitglied hinzuzuwählen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Meine Herrschaften! Es ist uns in gewisser Weise schwer geworden, bei dieser Gelegenheit die Gehaltsfrage der Mitglieder des Rates anzuschneiden. Es könnte dadurch der Verdacht entstehen, als wollte der jetzige Magistrat schnell noch eine Erhöhung der Gehälter unter Dach und Fach bringen für den Fall, daß seine Mitglieder nicht wiedergewählt werden, was immer, wenn nicht wahrscheinlich, so doch möglich, nun, wohl auch wahrscheinlich ist. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß man, wenn eine wesentliche Veränderung in der ganzen Stellung der Mitglieder des Magistrats, die bisher auf Lebenszeit eine gesicherte Stellung hatten, eintritt, billigerweise wird sagen müssen, daß die Verhältnisse, die früher die Gehälter als angemessen erscheinen ließen, durchaus andere geworden sind. Wir haben uns gleichwohl auf den Standpunkt gestellt: Wir wollen in bezug auf Bemessung des Gehaltes jetzt keine bestimmten Vorschläge machen, um nicht dem schon angeführten Verdacht ausgelegt zu sein, und auch aus einem anderen Grunde, nämlich aus dem, daß es überhaupt schwierig ist, jetzt eine Gehaltsrevision in Gang zu bringen, weil wir nicht wissen, wie die Preisverhältnisse sich weiter gestalten werden. Es würde keinen guten Eindruck machen, wenn wir von seiten des Magistrats sagten: Für unsere Mitglieder wollen wir neue Gehaltsätze haben, alle anderen Beamten mögen sich mit dem bisherigen Gehalt begnügen. Auf der anderen Seite aber muß man beachten: Wenn neue Mitglieder in den Magistrat eintreten sollen, dann wollen sie auch wissen, unter welchen Bedingungen sie das Amt übernehmen. Das Anfangsgehalt der Magistratsmitglieder beträgt 5500 M., und daß das kein hohes Gehalt ist, wird man wohl ohne weiteres anerkennen. Eine Schwierigkeit wird aber vor-

liegen, wenn ein als Mitglied des Rates der Stadt in Aussicht Genommener besondere Bedingungen stellt, und das kann sehr wohl vorkommen, wenn es jemand ist, der schon an anderer Stelle im Amt gewesen ist. Wir wissen nicht, wie dann das Verfahren gehandhabt werden soll. Herr Berichterstatter Jahns hat schon hervorgehoben, daß die Fraktionen als solche keine Zusicherungen erteilen können. Wenn ihr Kandidat bestimmte Ansprüche geltend macht, können sie höchstens sagen: „Wir wollen uns an den Magistrat wenden“, oder: „Wende dich selbst an den Magistrat.“ Der Magistrat wieder muß sich an die Stadtverordnetenversammlung wenden, so daß dann erst gesagt werden könnte: „Die städtischen Behörden beschließen für den Fall, daß der Mann gewählt werden sollte, einen Gehaltsfuß von *somnso* viel für ihn, und eventuell werden auch die Dienstjahre, die in anderer Stellung zugebracht sind, angerechnet.“ Das sind recht schwierige Fragen, die sich aus dem ganzen Verfahren, das das Gesetz mit sich bringt, erklären. Früher erörterte der Magistrat die Gehaltsverhältnisse mit dem Bewerber, unterbreitete die Sache der Stadtverordnetenversammlung, und hinterher kam es erst zur Wahl in der vereinigten Versammlung. Ich würde es gern gesehen haben, wenn dieses Verfahren beibehalten wäre; aber das Gesetz ist heilig.

Wenn wir schwierige Verhältnisse haben, die zu beraten sind, schaffen wir gern eine Deputation, und so würde auch diese Sache in der Weise geregelt werden können, daß, wenn Anträge oder Anfragen von einzelnen oder von Fraktionen kommen, die Deputation schnell zusammenberufen wird und die Sache zu ordnen versucht. Ich wüßte nicht, wie wir anders aus dieser Sache herauskommen sollten.

Vorsitzender: Wenn die Regelung der Gehaltsfrage noch vor der Wahl geschehen sollte, so würde das eine ganz besondere Galopparbeit werden. Bis zum 10. September müssen laut Gesetz die Wahlverschlüsse eingereicht werden, und danach müßte bis zu diesem Termin die ganze Gehaltsfrage erledigt sein. Nun, mir soll es recht sein, aber ich habe Bedenken, daß das durchführbar ist.

Oberbürgermeister Metemeyer: Ich glaube, ich darf folgendes erklären: Wenn die Versammlung heute grundsätzlich erklärt — und das haben wir beantragt —, daß bei den geänderten Verhältnissen, und nachdem insbesondere die Anstellung auf Lebenszeit weggefallen ist, eine höhere Normierung der Gehälter unumgänglich nötig sein wird, dann könnten die Kandidaten, die in Frage kommen, sich wohl darauf verlassen, daß die städtischen Behörden ihnen demnächst angemessene Gehälter gewähren werden. Dann werden sie sich zunächst zur Wahl stellen, ohne daß vorher die Gehaltsfrage geklärt ist. Es wäre ja auch möglich, daß die Versammlung heute erklärt: Die bisherigen Gehälter genügen, und es soll überhaupt nichts daran geändert werden. Darüber müßte sich die Versammlung aussprechen.

Vorsitzender: Zunächst ist § 4 der Vorlage, der demnächstige § 5, zu erledigen. Es soll dort am Schluß des ersten Absatzes wohl heißen: „Daneben bleibt die Vorschrift im § 4“. (Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters.)

Der Paragraph wird von der Versammlung angenommen.

Vorsitzender: Der Satzungsentwurf wäre damit einschließlich der Einbesserungen genehmigt. Wenn alle Paragraphen nacheinander angenommen sind, ist damit wohl auch die ganze Satzung genehmigt.

Ich bitte nun diejenigen, die grundsätzlich für Erhöhung der Gehaltsätze des Stadtmagistrats sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist damit beschlossen.

Des weiteren schlägt der Rechtsausschuß vor, eine Deputation aus 8 Personen zu wählen. Ich glaube, daß es notwendig ist, zunächst den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über die Personenfrage schlüssig zu werden. Da wir am nächsten Donnerstag sowieso eine Sitzung haben, könnten die Wahlen dann vorgenommen werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Stadtverordnetenversammlung muß für die demnächstige Wahl die Wahlvorsteher und Beisitzer bestellen. Soll das in einer der Kommissionen vorberaten werden oder durch den Ausschuß, der heute gewählt ist?



Vorsitzender: Der heute gewählte Ausschuß sollte die Sache in die Hand nehmen. Ich bitte die betreffenden Herren, nach der Sitzung noch hier zu bleiben. Ich schließe die heutige Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ bis 7¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. August 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Anfrage Genzen, betreffend die Einrichtung des Rechtsfriedensamts	448
2. Anfrage Kofahr, betreffend den Wiederaufbau der aufgebrannten Gebäude Autorstraße 3	450
3. Anfragen Oden und Marth, betreffend die Ausgabe von Zucker	453
4. Erhöhung der Vergütungssätze für die mit dem Schwerhörigenunterricht be- trauten Lehrkräfte	457
5. Nachverwilligung der Kosten für Beschaffung eines neuen Saugfilters in der Neustadtmühle	458
6. Nachverwilligung von Mehrausgaben für bauliche Änderungen im Hause Wilhelmstraße 21	458
7. Wahl von Beisitzern des Landauschusses, sowie des Entschädigungsausschusses	459
8. Zuziehung von Mitgliedern des Ortsarbeiterrats zu den Sitzungen des Er- nährungsausschusses und der Wohnungsdeputation	459
9. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Knabenmittelschule	465
10. Bewilligung von Mitteln für den Ortsarbeiterrat	468
11. Einstellung des Betriebes der Kriegsfüchle Markthalle	475
12. Herstellung eines Sammelkanals in den Straßen 327 und 328	475
13. Nachverwilligung von Kosten für Herrichtung von Notstandswohnungen in der Schule Leopoldstraße	476
14. Beteiligung der Stadt an der Gründung der Kraftwagengesellschaft	477

	Seite
15. Übernahme der Bürgerschaft für Beleihung von Heimstätten der Braunschweigi- schen Siedlungsgesellschaft	478
16. Nachverwilligung von Kosten für den Rathausanbau	478
17. Abfindung der Piepenbrüder-Grundstücke	479
18. Beitritt der Stadt zum Niedersächsischen Baumuseum-Berein	482
19. Ausbau der Gvethestraße zwischen Hänselmannstraße und Ribdagshäuser Weg	482
20. Erhöhung der Stellenzulage für die Lehrkräfte an der Hilsschule	484
21. Nachverwilligung von Kosten für Instandhaltung der Zufahrtswege zu den beiden Müllabladeplässen	485
22. Verkauf einer Teilfläche des Arkeröder Feldes an die Braunschweigische Heim- stättengesellschaft	485
23. Anfrage Frede, betreffend Übernahme der katholischen Schule und Aus- zahlung der erhöhten Teuerungszulage an die Lehrer derselben	487
24. Anfrage Göze, betreffend die plötzliche Beschlagnahme der ausländischen Seife	483
25. Anfragen Martz und Genzen, betreffend anscheinende Unregelmäßigkeiten bei der Belieferung mit Kohlen	494

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Stadtrat **Wagner**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Moehr**, Stadtrat **Jüermann**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Blumeier**, **Einert**, Dr. **Regensburger**, Dr. **Wolters**. Herr Stadtverordneter **Mönneburg** erscheint später.

Vorsitzender Riefe II: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst habe ich mitzuteilen, daß der **Braunschweiger Ausschuß** für **Leibesübungen** seine Sitzungen überreicht hat. Wer von den ge-
ehrten Damen und Herren sich dafür interessiert, kann sie hier einsehen.

Der **Bund der Zivilinvaliden Deutschlands**, Sitz Bremen, Ortsgruppe Braunschweig, teilt uns den Beschluß einer hier stattgefundenen Ver-
sammlung mit, in dem die Regierung und der Rat der Stadt Braunschweig ersucht
werden, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die Not der Unfall-, In-
validen-, Alters-, Witwen- und Waisen-Rentner zu lindern. Ich überweise die
Sache dem Magistrat.

Der **Reichskommissar für die Kohlenversorgung** weist
darauf hin, daß die Lage der Kohlenversorgung keine Besserung erkennen läßt.
Sie sei auch jetzt in den für die Winterversorgung wichtigen Monaten so beengt,
daß eine Bevorratung für den Winter nicht habe stattfinden können. Die Sorge
um den kommenden Winter sei so ernst, daß eine eingehende Aufklärung aller
Kreise dringend nötig erscheine.

Der Magistrat teilt den Stadtverordneten mit, daß vom verstärkten Finanzausschuß die **Armenunterstützungen** für die Zeit vom 1. September ab in folgendem Umfange festgesetzt sind:

Alleinstehende Personen	sollen statt bisher	24 Mark	30 Mark	erhalten,
Familien, bestehend aus 2 Personen	statt	30 "	40 "	" "
" " " 3	" "	40 "	50 "	" "
" " " 4	" "	50 "	60 "	" "
" " " 5	" "	60 "	70 "	" " usw.

Nach dem früheren Beschluß der Stadtverordneten, der die Erhöhung der Armenunterstützungssätze wünschte, darf man annehmen, daß sich die Versammlung mit diesen Sätzen einverstanden erklärt.

Sodann liegt ein Gesuch um Gewährung von Teuerungszulagen vor vom **Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter**. Ich glaube, daß dieses Gesuch durch Zahlung der einmaligen Teuerungszulage erledigt sein wird.

Von den **Machtshülfeuten** ist ein Gesuch eingegangen erstens um Gewährung der Beamtenteuerungszulage, zweitens um Verleihung der Beamten-eigenschaft und feste Anstellung und drittens bezüglich der Kleiderfrage. Soweit mir bekannt, ist ein gleiches Gesuch an den Stadtmagistrat gegangen, so daß wir dessen Stellungnahme abwarten können.

Von der **Arbeiter-Samariter-Kolonne Braunschweig** sind der Stadtverordnetenversammlung die vom Arbeiter-Samariter-Bund aufgestellten Wünsche und Forderungen unterbreitet. Es wird dazu bemerkt, daß hauptsächlich die Punkte 1 und 6 dieser Wünsche in Frage kommen. Auch diese Sache können wir zunächst dem Stadtmagistrat überweisen.

Außerdem liegt hier noch ein Schreiben des **Braunschweiger Wäschereiverbandes**, unterzeichnet durch den Vorsitzenden H. Neulecke, vor, in dem gebeten wird, für bessere und regelmäßigere Belieferung mit Brennstoffen zu sorgen. Ich überweise auch dieses Schreiben dem Magistrat.

Der **Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Braunschweig**, hat ein Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in dem er bittet, die zuständigen Instanzen anzuweisen, daß den eventuellen Anträgen auf Überlassung von Räumlichkeiten zur Einrichtung von Betriebswerkstätten für das Schneidergewerbe keine Schwierigkeiten bereitet werden. Es handelt sich um eine Bewegung, die die Heimarbeit befähigen will.

Des weiteren ist noch eine längere Eingabe des Herrn M. Mezenthi eingegangen, die auf die Wohnungsverhältnisse auf dem Flugplatz Bezug nimmt. Der betreffende Herr wünscht auch Bezahlung der ihm auferlegten Rechtsanwaltskosten durch die Stadt. Ich glaube kaum, daß es möglich sein dürfte, hier die Sachen zu verhandeln, und überweise das Schreiben dem Magistrat.

Für die heutige Sitzung sind folgende Anfragen eingegangen:

Eine Anfrage von Herrn Frede:

„Sind dem Stadtmagistrat die Gründe dafür bekannt, daß die Übernahme der katholischen Schule bis heute noch nicht erfolgt ist, und daß den katholischen Lehrern bis heute weder der zugesicherte Vorschuß, noch die erhöhten Teuerungszulagen gezahlt sind?“

Eine Anfrage von Frau Götz:

„Der Magistrat wird um Auskunft darüber gebeten, welche zwingenden Gründe zu der plötzlichen Beschlagnahme der Seife geführt haben. Diese wird im Publikum allgemein höchst unangenehm empfunden und ist auch vom hygienischen Standpunkt aus äußerst zu bedauern.“ (Sehr wahr!)

Eine Anfrage des Herrn Martz:

„Ist dem Magistrat bekannt geworden, daß verschiedene Einwohner der Stadt mit Kohlenlieferung bevorzugt sind, und welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat dagegen anzuwenden?“

Eine Anfrage von Herrn Genzen:

„Ist dem Magistrat die Eingabe des Ortsarbeiterrats, betreffend Beschlagnahme von Kohlen bei dem Bücherrevisor Heine, sowie die Antwort darauf bekannt? Wenn ja, teilt der Magistrat diese Ansicht?“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Zu Punkt 1, „Beteiligung der Stadt an dem Gesamtunternehmen der Straßeneisenbahngesellschaft“ hat Herr Dr. Jasper das Wort.

Stadtv. Dr. Jasper: Wir hatten im vereinigten Rechts- und Finanzausschuß gebeten, daß uns der Magistrat noch einige nähere Unterlagen verschafft. Diese haben bisher nicht beschafft werden können, die Sache kann deshalb noch nicht beraten werden.

1. Anfrage Genzen, betreffend die Einrichtung des Rechtsfriedensamts.

Wortlaut der Anfrage: „Vor einigen Monaten hat die Stadtverordnetenversammlung der Errichtung eines Rechtsfriedensamtes zugestimmt. Will der Magistrat uns Auskunft geben, wann dasselbe in Tätigkeit tritt?“

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Meine Herrschaften, es ist Ihnen bekannt, daß wir vor einigen Monaten zugestimmt haben, daß in der Stadt Braunschweig ein Rechtsfriedensamt errichtet werden soll, aber bis jetzt hört und sieht man nichts davon. So ist tatsächlich in manchen Kreisen die Meinung verbreitet, daß der Magistrat mit der Errichtung dieses Friedensamtes deshalb zögere, weil verschiedene Bestimmungen in jener Satzung von uns angenommen sind, die dem Magistrat nicht genehm sind, z. B. daß das Verfahren unentgeltlich ist, und daß berufsmäßige Vertreter in dem Verfahren vor dem Rechtsfriedensamt ausgeschlossen sind. Ich möchte anfragen, wie der Magistrat über die Sache denkt, und ob und wann das Rechtsfriedensamt errichtet werden soll.

Oberamtsrichter **Meyer**: Es ist richtig, daß hier der Antrag des Magistrats, betreffend die Errichtung eines Rechtsfriedensamtes, mit den Veränderungen, die Herr Genzen hervorgehoben hat, angenommen ist, und es ist ferner richtig, daß der Magistrat Bedenken gehabt hat, diesen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung beizutreten. Es sind Ermittlungen bei anderen Städten angestellt, und danach haben wir festgestellt, daß in den beiden angeführten Richtungen in anderen Städten anders verfahren wird, als hier beschlossen ist. Es sind dort Rechtsanwälte beim Rechtsfriedensamte zugelassen, und die völlige Unentgeltlichkeit des Verfahrens ist nicht eingeführt. Wir haben die Gründe für unsere Stellungnahme schon bei der Besprechung in der Versammlung näher auseinandergesetzt. Mit Rücksicht auf diese Gründe und die Gestaltung des Rechtsfriedensamtes in anderen Städten hat der Magistrat Bedenken getragen, seine Zustimmung zu der Vorlage, wie sie die Stadtverordnetenversammlung verlassen hat, zu erteilen. Eine endgültige Stellungnahme des Magistrats hat aber noch nicht stattgefunden. Die Sache ist zunächst bis zum 15. September zurückgestellt, und es soll dann erneut Stellung dazu genommen werden.

Stadtv. **Genzen** beantragt *B e s p r e c h u n g* der Anfrage. Die Besprechung wird beschlossen.

Stadtv. **Genzen**: Ich verstehe nicht, wie der Magistrat seine Zustimmung zu den Beschlüssen der Versammlung nicht gegeben hat, auch wenn andere Städte das Verfahren nicht beliebt haben, wie es von der Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig beschlossen ist. Ist es denn notwendig, daß wir uns immer nach anderen Städten richten? Braunschweig kann doch auch einmal vorbildlich vorgehen. Nach unserem Parteiprogramm sollte die ganze Rechtspflege unentgeltlich sein, aber in Braunschweig allein kann das ganze Gerichtsverfahren nicht unentgeltlich eingerichtet werden, wohl aber kann und muß es bei dem Rechtsfriedens-

amt geschehen. Es sind doch nicht unerhebliche Kosten, die bei einem Verfahren vor dem Rechtsfriedensamt entstehen, und so ist der Wunsch nach Unentgeltlichkeit des Verfahrens berechtigt. Betreffs des zweiten Wunsches, daß berufsmäßige Vertreter vor dem Rechtsfriedensamt ausscheiden sollen, hat Herr Oberamtsrichter Meyer zugegeben, daß bei dem Kaufmanns- und Gewerbegericht dieses Verfahren sich bewährt hat; weshalb sollte das nun bei dem Rechtsfriedensamt nicht der Fall sein? Wenn der Magistrat der Meinung ist, daß er dem Beschluß der Versammlung nicht beitreten kann, dann ist es doch nicht richtig, wenn man versucht, eine Vogel-Strauß-Politik zu befolgen und zu denken, im Laufe der Zeit vergeßt ihr das Beschlossene vielleicht. Man hätte dann schnell mit dem Widerspruch kommen und eine weitere Stellungnahme veranlassen müssen. Ich kann dieses Verfahren des Magistrats tatsächlich nicht billigen.

Ohne weitere Wortmeldungen.

2. Anfrage **Notahr**, betreffend den Wiederaufbau der ausgebrannten Gebäude **Autorstraße 3**.

Wortlaut der Anfrage: „Hat der Magistrat Erlaubnis zum Wiederaufbau der ausgebrannten Gebäude **Autorstraße 3** (**Dentler**) gegeben und gedenkt er, deren Verwendung zur Aufnahme der leicht brennbaren Filme zuzulassen?“

Stadtv. Notahr (zur Begründung): Vor ungefähr zwei Monaten brannten das Wohnhaus und die Nebengebäude auf dem Grundstück **Autorstraße 3**, in dem Herr **Dentler** eine Filmfabrik unterhielt, fast vollständig nieder. Kurze Zeit darauf hat man mit dem Wiederaufbau begonnen, und ich habe deshalb die Anfrage gestellt, ob der Magistrat die Wiederverwendung der Gebäude zur Aufnahme der leicht brennbaren Filme zulassen wolle. Ich mache darauf aufmerksam, daß die neben dem Grundstück liegenden Gebäude fast alle Fachwerkgebäude sind, und daß die Anwohner dieser Häuser durch Wiedereinrichtung dieser Fabrik sich in Gefahr fühlen, denn sie meinen, daß nicht genügend Vorsichtsmaßregeln getroffen werden und bei diesen leicht brennbaren Stoffen bald wieder ein Feuer entstehen könnte.

Stadtbaurat Gebensleben: Es liegt nicht in der Hand des Magistrats, einen derartigen Bau zu genehmigen oder die Genehmigung zu versagen, es ist das lediglich Sache des Stadtbauamtes, beziehungsweise der Polizeidirektion. Dem Magistrat ist eine Sammeleingabe von Anliegern der **Charlottenstraße**, **Autorstraße** und anderer Straßen überandt, in welcher gebeten wurde, die Genehmigung des Wiederaufbaues zu versagen. Der Magistrat hat darauf hin das Stadtbauamt gehört und die Nachricht bekommen, daß das Stadtbauamt nicht in der Lage

sei, einen derartigen Bau nicht zu genehmigen, wenn alle diejenigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, die nach Lage der Verhältnisse von den maßgebenden Stellen als unbedingt notwendig bezeichnet werden.

Stadtv. **Rofahr** beantragt Besprechung der Anfrage. Die Besprechung wird beschlossen.

Stadtv. **Rofahr**: In dem Kreise, aus dem die Anregung zu dem Widerspruch gegen die Wiedererrichtung dieser Fabrik ausgegangen ist, war nicht vorauszu-sehen, daß eine massive Mauer demnächst das Grundstück Autorstraße 3 abschließen wird, und ich bin ja auch davon überzeugt, daß heute die Sicherheit gegenüber früher eine erhöhte ist. Ich kann mich aber doch dem Bedenken nicht verschließen, daß bei dem Vorhandensein der feuergefährlichen Stoffe immer noch eine große Gefahr für die benachbarten Grundstücke vorliegt, und kann nicht verstehen, daß die Genehmigung erteilt ist.

Stadtv. **Jahns**: Auch ich halte eine derartige Einrichtung in der Stadt für sehr gefährlich. Ich bin als Vertreter des Finanzkollegiums bei den Feststellungsarbeiten über die Höhe des Feuer Schadens tätig gewesen, habe sie geleitet und könnte genaue Auskunft darüber geben, wie kolossal schädigend das Feuer gewirkt hat. Bei der entstandenen Hitze ist Drahtglas, das sonst dem Feuer Stand bietet, wie Wachs geschmolzen, und auf 20, 30 Meter Entfernung hin war die lebende Hecke nach dem Nachbargrundstücke zu vollständig versengt, ebenso die Bäume mit den Früchten. Eine derartige Einwirkung der Hitze bei Brandschaden habe ich noch nicht gesehen, und deshalb glaube ich, daß es vermieden werden müßte, gerade inmitten bewohnter Grundstücke derartige Sachen unterzubringen. Es müßte alles aufgewandt werden, um zu erreichen, daß diese feuergefährlichen Gewerbe weiter hinausgelegt werden. Es besteht doch auch für die Lackfabriken und ähnliche Einrichtungen die Vorschrift, daß sie nur außerhalb der Stadt gebaut werden dürfen, und so glaube ich, daß für derartige Räume, wie sie Herr Dentler einrichtet, eine gleiche Vorschrift am Platze wäre.

Stadtv. **Niese I**: Ich kann nur bestätigen, was Herr Stadtbaurat Gebensleben erklärt hat: Der Bauantrag hat dem Stadtbauamt vorgelegen und dort sind die bezüglichen Bestimmungen in jeder Weise herangezogen, doch haben wir nach dem Gesetz keine Handhabe, um diese Geschäftsart an jener Stelle und den Wiederaufbau zu verbieten. Während früher Zellstoffe und Filme nebeneinander gelagert waren, ist jetzt die Vorkehrung getroffen, daß sie getrennt werden und immer nur ein Film bearbeitet werden soll, auch andere Vorschriften sind noch gegeben.

Aber den ganzen Bauantrag abzulehnen, dazu waren wir im Stadtbauamt nicht in der Lage.

Stadtv. **Schille:** Ich halte es für sehr bedenklich, daß es keine Möglichkeit geben sollte, die Unterbringung von derartigen feuergefährlichen größeren Anstalten in der Stadt zu verbieten. Da wir nun von Herrn Stadtbaurat Gebensleben gehört haben, daß, wenn in baupolizeilicher Beziehung alle Bedingungen erfüllt sind, eine Möglichkeit des Verbotes der Errichtung der Anstalt nicht besteht, so möchte ich fragen, wo denn die übrigen Filmzentralen in Braunschweig untergebracht sind und ob dort von der Baupolizei schon geprüft ist, ob die Räume, wo die Filme sich befinden, die nötige Feuersicherheit bieten. Ich habe festgestellt, daß einige Filmzentralen innerhalb der Wohnungen sich befinden, und das halte ich für sehr bedenklich und meine, daß dort baupolizeilich oder überhaupt in polizeilicher Hinsicht eingegriffen werden sollte. Wir könnten leicht erleben, daß wir bei einem Brande, der von einer Filmzentrale herrührt, uns Vorwürfe machen müßten, daß wir nicht rechtzeitig haben eingreifen lassen, um die Unterbringung von derartigen Filmen in bewohnten Räumen zu verhindern. Ich möchte bitten, daß der Magistrat Veranlassung nimmt, der Baupolizei aufzugeben, festzustellen, wo die übrigen Filmzentralen ihr Lager haben, und ob diese Lager den ortspolizeilichen Vorschriften nach jeder Richtung hin entsprechen.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Ich kann leider keine Auskunft darüber geben, ob alle Sicherheitsmaßregeln, die für Aufbewahrung von Filmen erlassen sind, bei den sonstigen Filmagern erfüllt sind, will aber versprechen, daß das Stadtbauamt seitens des Magistrats ersucht wird, sein Augenmerk darauf zu lenken. Ich bin fest überzeugt, daß zweifellos inzwischen das Stadtbauamt schon etwas in dieser Sache getan hat, bin aber gern bereit, es nochmals auf diesen Punkt aufmerksam zu machen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Herr Riefe hat schon klargelegt, daß kein Weg vorhanden war, um die Ausführung des Baues zu verhindern, und wenn der Bau so fertiggestellt wird, wie er jetzt beabsichtigt ist, so sind die vorgebrachten Befürchtungen, wenn nicht grundlos, so doch stark übertrieben, denn es ist ja auch von dem Herrn Anfragsteller schon darauf hingewiesen, daß die Baulichkeiten durch massive Mauern von den Nachbargebäuden getrennt werden. Was die Frage der übrigen Filmlager angeht, so kann ich mitteilen, daß ein Vertreter des städtischen Bauamtes schon bei einem zweiten Filmlager gewesen ist und die nötigen Anordnungen getroffen hat. Da das Feuer in der Autorstraße so stark gewirkt hat, so ist es selbstverständlich, daß die Feuerwehr auf die Mängel, die in der Anlage geherrscht

haben, aufmerksam geworden ist, und nun darauf Bedacht genommen wird, an anderen Stellen solche Vorkommnisse zu verhüten. Die geehrte Versammlung kann überzeugt sein, daß alles geschehen ist, was geschehen kann, um die Gefahr hier zu beseitigen, und auch die übrigen Filmlager in der Stadt sind, soweit ich weiß, unter polizeiliche Obhut, veranlaßt durch den Branddirektor, genommen.

Stadtv. Tostmann: Dem Stadtbauamt standen tatsächlich keine Mittel zur Verfügung, um die Genehmigung zu dem fraglichen Neubau nicht zu erteilen. Es sind aber alle Maßnahmen getroffen, daß in diesem Gebäude, das jetzt aufgeführt wird, nicht so leicht wieder ein Feuer entstehen kann, wie das ja Herr Kieße vorher schon angeführt hat. Wir können dem Vorsitzenden des Stadtbauamtes in dieser Hinsicht durchaus ein gutes Zeugnis ausstellen, denn gerade auf die Genehmigung dieser Art von Bauten hat er ein aufmerksames Auge und läßt nichts durchgehen, was nicht den bestehenden Vorschriften entspricht. Außerdem hat zu dem Neubau auf der Autorstraße auch der Herr Branddirektor Lehmann seine Zustimmung zu geben und hat Anregungen gegeben, wie die inneren Einrichtungen getroffen werden sollen, so daß ich glaube, wir können über diesen Bau beruhigt sein, und auch die Bewohner der dortigen Gegend können sich am Abend deswegen ruhig schlafen legen.

Was die Frage des Herrn Schilke betrifft, ob dem Stadtbauamt bekannt ist, daß Filme in Privatwohnungen untergebracht sind, so ist es schwer festzustellen, wo so etwas vorkommt. Es ist mir bekannt, daß in letzter Zeit einem hiesigen Einwohner, der Filme verlegt, durch das Stadtbauamt ein Umbau für Räume genehmigt ist, in dem er Filme untergebracht hatte, aber sonst ist dem Stadtbauamt darüber nichts bekannt. Sollten aber Herrn Schilke derartige Stellen bekannt sein, so wäre es seine Pflicht, dies dem Stadtbauamt mitzuteilen, und dann würde das Stadtbauamt die nötigen Schritte tun, um Übelständen abzuhelpen. (Zuruf des Stadtv. Schilke: Das soll geschehen.)

Ohne weitere Wortmeldungen.

3. Anfragen Oden und Marth, betreffend die Ausgabe von Zucker.

Wortlaut der Anfrage Oden: „Der Stadtmagistrat wird gebeten, Auskunft zu geben, in welcher Höhe und wann an die hiesige Einwohnerschaft Einnackezucker geliefert werden kann.“

Wortlaut der Anfrage Marth: „Kann der Magistrat Auskunft geben, ob den Haushaltungen Einnackezucker zur Verfügung steht, und ob der im Frühjahr zu wenig gelieferte Zucker nachgeliefert wird?“

Stadtv. **Fräulein Oden** (zur Begründung): Ich glaube, meine Anfrage ist in der Hauptsache schon dadurch erledigt, daß etwas mehr Zucker verteilt ist. Es wäre nun aber sehr wünschenswert, Auskunft darüber zu erhalten, ob die Einwohnerchaft Einmachezucker erhalten kann.

Stadtv. **Marth** (zur Begründung): Leider ist schon eine ganze Zeit seit der Stellung meiner Anfrage dahingegangen. Es war derzeit Aufgabe meiner Anfrage, dafür zu sorgen, daß den Haushaltungen Einmachezucker gewährt wurde. Der Magistrat hatte seinerzeit erklärt, es würde vielleicht möglich sein, durch Ersparungen des Zuckers im Frühling noch nachträglich Einmachezucker ausgeben zu können. Das letztere ist nun nicht der Fall gewesen, und ich wollte feststellen, daß die Hausfrauen immer noch darauf rechnen, Einmachezucker zu erhalten, um Früchte einmachen zu können, sich dadurch für den Jahresbedarf einzudecken, und nicht auf diese Ware, die wir von den Konservenfabriken in der letzten Zeit bekommen haben, angewiesen zu sein.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Es ist in den Anfragen nach zweierlei gefragt worden, zunächst danach, ob das halbe Pfund Zucker, das im Januar nicht verteilt worden ist, noch nachträglich ausgegeben würde. Die Herrschaften werden sich besinnen, daß in einem Monat zu Anfang des Jahres statt $1\frac{1}{2}$ Pfund nur 1 Pfund Zucker hat ausgegeben werden können, aber sie werden auch erfahren haben, daß jeder im Monat Juli 2 Pfund erhalten hat. Das überschießende halbe Pfund ist dasjenige gewesen, das im Januar der Bevölkerung vorenthalten werden mußte.

Sodann wurde noch angefragt, ob nicht von der Stadt aus Einmachezucker in größerer Menge verteilt werden könnte, ähnlich so, wie es in den Vorjahren der Fall gewesen ist. Da muß ich zu meinem größten Leidwesen mitteilen, daß wir trotz mehrfacher Vorstellungen bei der Reichszuckerstelle keinen Einmachezucker bekommen haben und infolgedessen auch keinen verteilen können. Es hat nicht allein die Stadt Braunschweig keinen solchen Zucker bekommen, sondern keinem einzigen Kommunalverband ist besonderer Einmachezucker zugeteilt. Da wird mir — ich höre das schon — eingeworfen werden, daß in anderen Verbänden dennoch Einmachezucker verteilt worden sei, vielleicht auch im Lande Braunschweig. Wie ist das möglich? Nur dadurch, daß diese Kommunalverbände in den vorhergehenden Monaten nicht $1\frac{1}{2}$, sondern nur 1 Pfund oder $1\frac{1}{4}$ Pfund Zucker verteilt haben und durch diese Maßnahme im Laufe des Jahres soviel eingespart worden ist, daß zur Einmachezeit eine größere Menge Zucker hat ausgeteilt werden können. Die Herrschaften werden sich erinnern, daß vor einem Jahre der Magistrat Ihnen einen ähnlichen Gedanken vorgetragen hat. Der Magistrat hatte die Absicht, während einiger Monate nur 1 Pfund Zucker monatlich zu verteilen, damit er zur

Sommerzeit auf einmal 3 Pfund verteilen könnte. Die Stadtverordnetenversammlung aber hat sich in dieser Sache dahin gutachtlich geäußert, daß es nicht zweckmäßig sei, eine derartige Menge Zucker der Einwohnerschaft vorzuenthalten; die Hausfrauen in der Stadt Braunschweig seien so klug, daß sie schon selbst zur rechten Zeit Zucker einsparten, damit sie nachher genügend davon hätten. (Zuruf: Wenn sie genügend zum Sparen bekommen!)

Auf Antrag wird **B e s p r e c h u n g** der Anfragen beschloffen.

Stadtv. **Fräulein Oden:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Bonbonsfabrikanten immer noch reichlich Zucker geliefert bekommen müssen, und möchte gern wissen, wie das möglich ist. Wenn diese Zuckerlieferungen nicht von der Stadt geschehen, so wird das Reich in dieser Sache in Frage kommen. Könnte nicht darauf hingewirkt werden, daß diese Lieferungen unterblieben? Es wäre doch richtiger, wenn der Zucker im Haushalt verbraucht werden könnte, als daß man ihn den Bonbonsfabrikanten zuweist. Ein solches Verfahren erregt überall Unwillen.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Dieser Mißstand ist auch dem Magistrat bekannt, und ebenso hat sich der Ernährungsausschuß schon mit dieser Frage beschäftigt. Wir haben aber nichts weiter in dieser Sache tun können, als daß wir unsererseits das hiesige Süßigkeitsgewerbe mit Zucker gar nicht mehr beliefert haben. Es wird also unsererseits zur Bonbonsfabrikation überhaupt kein Zucker mehr ausgeteilt, allerdings wird den Bonbonsfabrikanten von der Reichszuckerstelle unmittelbar Zucker geliefert; meiner Meinung nach ist es schlimm genug, daß dies überhaupt noch geschieht. (Sehr richtig!) Unsere Vorstellungen deswegen haben aber nichts genützt; der Zucker wird diesen Fabrikanten nach wie vor geliefert, und zwar wird als Grund angegeben, daß es geschieht, um dieses Gewerbe, das doch auch existenzberechtigt wäre, über Wasser zu halten.

Stadtv. **Marth:** Nicht allein die Bonbonsfabrikanten bekommen zu Unrecht Zucker geliefert. In den Restaurants kann man finden, daß Zucker zum Kaffee gegeben wird, und ich weiß nicht, wo diese Cafés und Hotels Zucker herbekommen, jedenfalls auf Schleichwegen, und da müßte eingeschritten werden, damit dieser Zucker für die Bevölkerung flüssig gemacht wird. Ich kann nicht einsehen, daß es angeht, daß der nötige Zucker für die Einwohnerschaft nicht beschafft werden kann und dagegen für die Hotelgäste Zucker vorhanden ist. Sie könnten allerdings auch mit dem bitteren Kaffee ohne Zucker auskommen. Ich möchte bitten, zu überlegen, ob es nicht möglich ist, dagegen einzuschreiten.

Stadtbaurat Gebensleben: Auch über diese Frage, woher die Gastwirtschaften Zucker bekommen, kann ich leider keine erschöpfende Auskunft geben. Von der Stadt bekommen sie nur eine ganz bescheidene Menge, nämlich soviel, wie wir ihnen unbedingt überweisen müssen. Aber ich nehme an, daß die Gastwirtschaften den übrigen Zucker auch daher bekommen, woher sie ihre übrigen Nahrungsmittel beziehen. Allerdings ist jetzt eine Verfügung vom Landesernährungsamt herausgekommen, wonach die Gastwirtschaften, um den Schleichhandel möglichst zu unterbinden, ausreichend mit allen möglichen Nahrungsmitteln beliefert werden sollen; wenn die Gastwirtschaften sich danach einrichten, dann könnte die Verfügung wohl auch den gewünschten Erfolg haben. Sie sehen also, daß wir den Gastwirtschaften den Zucker nicht vorenthalten können; eine gewisse Menge müssen wir ihnen überweisen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Marth erwähnte, daß die Gastwirte den Zucker auf illegalem Wege erhalten, und über den Handel auf illegalem Wege wird nachher eine andere Anfrage noch mehr Klarheit bringen. Wenn nun aber auch wirklich die Gastwirte auf diesem Wege Zucker sich verschaffen, um ihr Publikum zu befriedigen, so sollte man doch deswegen auf sie keinen Stein werfen, sondern froh sein, daß sie das fertigbringen, denn viele Leute sind darauf angewiesen, in den Gastwirtschaften zu essen, und es kommen doch auch viele Fremde nach hier. Will man denn den ganzen Stand der Gastwirte mit Gewalt untergraben? Will man ihm die Lebensfähigkeit nehmen, dann mag man so weiter fortfahren, wie es jetzt ist. In Harzburg ist es Tagesereignis, daß man dort Speck, Schinken und Schmalz heute in allen Schaufenstern stehen sieht, und in Ilsenburg können sie alles im freien Handel bekommen, auch Butter. Ich bin in Jena gewesen und habe gesehen, daß auch dort alles im freien Handel zu bekommen ist, während in Braunschweig immer am Hungertuche genagt werden muß. Wir bekommen unsere Fettration immer in homöopathischer Weise zugeteilt, anders kann man die 50 Gramm Butter und das übrige Fett für die ganze Woche nicht bezeichnen. Ich gebe zu, daß das Ernährungsamt seine schwere Not haben wird, um uns das noch zuzuwenden, aber meine Herrschaften, das spreche ich aus: Richtig ist das Verfahren in Braunschweig nicht. Was nützt es den Leuten, wenn sie viel Geld verdienen und nichts dafür bekommen können, wenn die Waren ihnen vorenthalten werden. Das hat schon viel Erbitterung erzeugt. Ein Beispiel dafür ist das Vorkommnis dieser Woche mit der Seife, aber das ist ein Thema für sich und wird nachher kommen. Wir verschrecken mit unseren Maßnahmen ja alles von Braunschweig und untergraben Handel und Wandel. Da müßte kräftig eingegriffen werden, und von seiten der Stadtverordneten und des Magistrats sollte man an den maßgebenden Stellen vorstellig werden. So kann es doch nicht weitergehen. *St*

jemand unter den Anwesenden im Saal oder auf den Tribünen, der sich frei weiß von jeder Hamsterei und Kauf beim Schleichhandel, der möge vortreten und sich melden! Und unter solchen Zuständen wird einem Stande, dem Gastwirtsstande, das Leben sauer gemacht durch Spizel, anders kann ich sie nicht nennen, die in den Wirtschaften herumschnüffeln und nach Vorräten suchen. Das muß aufhören, und wir müssen das unsrige dazu beitragen.

Ohne weitere Besprechung.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** erklärt die Stadtv. Fräulein **Oden** ihren Antrag vom 10. Juli auf **Heraufsetzung der Obst- und Gemüsepreise** als erledigt.

4. Erhöhung der Vergütungssätze für die mit dem Schwerhörigenunterricht betrauten Lehrkräfte.

Stadtv. Frau **Friedrich**: An den Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen ist von den Lehrern **Kamieth** und **Becker** ein Gesuch gerichtet, in dem sie darum bitten, das Honorar für den Schwerhörigenunterricht zu erhöhen. Bis jetzt ist ein Betrag von 3 *M* für jede Wochenstunde gezahlt worden, und die genannten Lehrer meinen, daß im Hinblick auf die Anforderungen, die das genannte Spezialgebiet an ihren Unterricht stellt und auch im Hinblick auf die Entschädigung, die für andere Unterrichtsstunden gezahlt wird, diese Entschädigung jetzt zu niedrig ist. In der Kapitulantenschule wird ein Satz von 4,50 *M* für die Unterrichtsstunde gezahlt, und darum bitten sie auch. Ich will bemerken, daß der Schwerhörigenunterricht an Kinder der Bürgerschulen erteilt wird, und daß sie daran gewöhnt werden, die gesprochenen Laute vom Munde abzulesen, so daß die Kinder dem Unterricht bei ihren anderen Lehrern folgen können und auch im gewöhnlichen Leben besser durchkommen. Mit diesem Unterricht sollen sehr gute Erfolge erzielt worden sein. Herr Schuldirektor Dr. **Appuhn** hat sich dem Gesuch angeschlossen, ebenso auch der Schulvorstand. Der Magistrat beantragt bei den Stadtverordneten, zuzustimmen, daß die besondere Vergütung dieser Lehrer für den Schwerhörigenunterricht für die Jahresstunde im 1. bis 3. Jahre auf 140 *M*, im 4. bis 6. Jahre auf 170 *M* und in den folgenden Jahren auf 200 *M* festgesetzt wird.

Die beiden Herren haben noch darum gebeten, daß ihnen der Mehrbetrag vom 1. April an in vierteljährlichen Nachtragsraten nachgezahlt wird. Der Schulausschuß hat dem Antrag des Magistrats zugestimmt, und ich habe Sie im Namen des Schulausschusses zu bitten, gleichfalls Ihre Zustimmung auszusprechen.

Die Versammlung entspricht dem Antrag des Schulausschusses.

5. Nachverwilligung der Kosten für Beschaffung eines neuen Saugfilters in der Neustadtmühle.

Stadtv. **Frede:** Die Verwaltung der Neustadtmühle hat sich genötigt gesehen, für das abgängig gewordene Saugfilter zur Absaugung von Dämpfen und zur Abkühlung des Mehles ein neues von doppelter Größe des alten anzuschaffen. Dieses Filter ist bereits von der Firma Amme, Giesecke & Koenegen zum Preise von 3105 *M* geliefert. Es war im Wettbewerb noch eine andere Firma hinzugezogen, und bei dem erheblichen Preisunterschied zwischen den beiden Angeboten hatte man sich für diese Lieferung entschieden. Die Stadtverordneten werden ersucht, die zur Beschaffung des Apparates angeforderten 3105 *M* nachträglich verwilligen zu wollen. Die Finanzkommission mußte die Notwendigkeit des Erfasses anerkennen und bittet die Versammlung, die Ausgabe gutzuheißen.

Da Wortmeldungen nicht erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit dem Magistratsantrage an.

6. Nachverwilligung von Mehrausgaben für bauliche Änderungen im Hause Wilhelmstraße 21.

Stadtv. **Wahrendorf:** Wie den Herrschaften bekannt ist, sind in das Haus Wilhelmstraße 21 das Standesamt, das Kirchenbuchamt und das Friedhofsamt verlegt worden. Dazu sind in dem Hause bauliche Veränderungen notwendig gewesen, es haben elektrische Beleuchtungsanlage, Klosetts usw. angelegt werden müssen, und der Voranschlag hat auf 11 500 *M* für bauliche Veränderungen und auf 700 *M* für Umzugskosten gelaute. Diese Kosten sind infolge der Lohn-erhöhungen und weil verschiedene Arbeiten ausgeführt werden mußten, die sich nicht voraussehen ließen, nicht unerheblich überschritten, und zwar haben für bauliche Arbeiten 2945,20 *M* und für den Umzug 813,15 *M* mehr ausgegeben werden müssen. Der Magistrat ersucht darum, diese Mehrausgabe nachzuverwilligen und ferner für bauliche Unterhaltung des Gebäudes Wilhelmstraße 21, die bei Aufstellung des diesjährigen Stadthaushaltsplanes noch nicht berücksichtigt ist, für das laufende Rechnungsjahr die Summe von 900 *M* zur Verfügung zu stellen.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt der geehrten Versammlung, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Ohne Meldungen zum Wort, daher als stillschweigend angenommen vom **Vorsitzenden** bezeichnet.

7. Wahl von Beisitzern des Landausschusses, sowie des Entschädigungsausschusses.

Stadtv. Jahn: Der Landtag hat unter dem 4. Juli dieses Jahres das Landbeschaffungsgezet verabschiedet. Nach diesem Gesetz sind von uns zwei Ausschüsse, der Landausschuß und der Entschädigungsausschuß zu wählen, und zwar sollen zu diesen Ausschüssen außer dem Vorsitzenden gehören je zwei Beisitzer aus dem Kreise der in landwirtschaftlichen Betrieben ihres Bezirkes ständig beschäftigten Arbeiter oder nicht ständig, beziehungsweise überhaupt nicht in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Der Vorsitzende des Landausschusses soll ein Mitglied des Stadtmagistrats sein, der des Entschädigungsausschusses ein zur Bekleidung des Richteramtes Befähigter.

Auf Grund einer Verfügung der Volksbeauftragten vom 10. Juli d. J. ersucht der Stadtmagistrat die Stadtverordnetenversammlung, die Beisitzer zu wählen, und zwar sollten diese Personen bis zum 20. August schon genannt sein, so daß es dringend geboten ist, die Wahl heute vorzunehmen. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage befaßt und ist sich dahin einig geworden, daß es zweckmäßig wäre, die Auswahl den einzelnen Fraktionen zu überlassen. Danach sollen die Grundeigentümer, die in der Kommission vertreten sein müssen, von den Fraktionen des Landeswahlverbandes und der Demokratischen Partei, und die Vertreter aus den landwirtschaftlich beschäftigten Arbeitern usw. von den Fraktionen der Mehrheitssozialisten und der unabhängigen Sozialdemokraten vorgeschlagen werden. Das ist geschehen und es sind mir am heutigen Tage folgende Namen genannt:

für den Landausschuß die Herren **W a h r e n d o r f**, **E i n e r t**, **G e n z e n**, **B u n g e**,

für den Entschädigungsausschuß die Herren **J a h n s**, **M u n t e**, **T o p f m a n n** und Eisenbahnwerkmeister **S p i n d l e r**.

Ich darf die geehrten Damen und Herren bitten, diesen Wahlvorschlägen zuzustimmen und damit die Wahl vorzunehmen.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor; ich glaube deshalb, daß Sie alle mit diesen Vorschlägen einverstanden sind.

8. Zuziehung von Mitgliedern des Ortsarbeiterrats zu den Sitzungen des Ernährungsausschusses und der Wohnungsdeputation.

Stadtv. Stegmann: Der hiesige Ortsarbeiterrat hat an den hiesigen Stadtmagistrat den Antrag gestellt, ihn regelmäßig zu Sitzungen des Ernährungsaus-

schusses einzuladen, so daß ein bis zwei Mitglieder des Ortsarbeiterrates mit beratenden Stimmen an den Sitzungen dieses Ausschusses teilnehmen, ferner ebenso bei den Verhandlungen der Wohnungsdeputation und der bei ihr gebildeten Unterausschüsse zur Besichtigung und zu etwaiger Beschlagnahme von Wohnungen und Wohnungsteilen zu verfahren. Bei der Wohnungsdeputation wird die beratende Mitwirkung von ein bis zwei Vertretern des Ortsarbeiterrats, bei den Unterausschüssen von je einem Vertreter gewünscht. Der Stadtmagistrat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich zu äußern, ob gegen diese Anträge des Ortsarbeiterrates Bedenken bestehen.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage eingehend befaßt und ist bezüglich des *E r n ä h r u n g s a m t e s* der Meinung gewesen, daß dadurch, daß Mitglieder des Ortsarbeiterrates an den Sitzungen teilnehmen, die Lage der zu Ernährenden nicht gebessert werden könnte, denn wo nichts ist, kann auch von dem Ernährungsausschuß nichts verteilt werden. Immerhin war der Rechtsausschuß der Meinung, daß keine Bedenken dagegen vorliegen, die Ortsarbeiterratsmitglieder an den Sitzungen teilnehmen zu lassen. Diesem seinem Wunsche wird also Rechnung getragen werden können.

Bezüglich der Teilnahme von Mitgliedern des Ortsarbeiterrates an den Sitzungen der *W o h n u n g s d e p u t a t i o n* war die Mehrheit des Rechtsausschusses zwar für die Mitwirkung des Ortsarbeiterrates, jedoch machte bei der Beratung im Rechtsausschuß auch lebhaftige Opposition dagegen sich geltend, insbesondere war man nicht dafür, daß auch in den Unterausschüssen Mitglieder des Ortsarbeiterrates mitwirken sollten. Die Mehrheit des Rechtsausschusses hat sich schließlich dafür entschieden, daß zwei Mitglieder des Ortsarbeiterrates der Wohnungsdeputation zugeteilt werden und der Wohnungsdeputation selbst zu überlassen, in welcher Weise gearbeitet werden soll. Der Rechtsausschuß ersucht Sie, dementsprechend zu beschließen.

Stadtv. Zahns: Ich habe schon bei der Beratung im Rechtsausschuß erklärt, daß ich mich mit den gemachten Vorschlägen nicht einverstanden erklären kann, und habe das dort schon getan, damit mir nicht der Vorwurf gemacht werden kann, ich hätte meine Meinungsäußerung im Rechtsausschuß zurückgehalten. Alle derartigen Anträge werde ich entschieden ablehnen, denn es ist bei der Wahl der Ortsarbeiterräte nicht für nötig gehalten, uns Beamte an der Wahl teilnehmen zu lassen. Es ist den Vorschriften des Zentralarbeiterrats Berlin nicht entsprochen, und so ist die eine Liebe der anderen wert. Wenn uns dies nicht zugebilligt ist, werde ich auch für das andere nicht stimmen. Ich erkläre nochmals, daß wir allen Anforderungen, die seitens der Arbeiter an uns herantreten, mit aller Energie entgegentreten werden.

Stadtv. Stegmann: Die Ansichten des Herrn Jahns sind jedenfalls nicht stichhaltig, aber man kann es von den Vertretern des Landeswahlverbandes wohl verstehen, daß sie in dieser Weise vorgehen. Es handelt sich hier um eine gesetzlich festgelegte Körperschaft, denn in der Verfassung des Freistaates Braunschweig sind die Arbeiterräte verankert, wie der Ausdruck heißt, und insolgedessen haben wir dem nachzukommen, was das Gesetz fordert. Es steht den Ortsarbeiterräten das Recht des aufschiebenden Einspruches gegen die Beschlüsse der Gemeindeverwaltung zu, und kommt es auf erhobenen Einspruch zu keiner Einigung, so hat die Regierung einzuschreiten. (§ 7 des Gesetzes über die Arbeiterräte.) Es ist unsere Pflicht, dafür einzutreten, daß den Organen der Verwaltung, die von den gesetzgebenden Körperschaften geschaffen worden sind, Gelegenheit gegeben wird, ihre Rechte auszuüben.

Stadtv. Wahrenndorf: Wenn Herr Stegmann sagt, daß die Ortsarbeiterräte in der Gesetzgebung verankert sind, so kann man doch auch wenigstens verlangen, daß sie sich danach benehmen. Was wir aber in der Öffentlichkeit über die Arbeiterräte erfahren haben, ist nicht dazu angetan, Sympathie für diese Herrschaften zu nähren. Wenn die Herrschaften etwas leisten wollen, so müssen sie sich in den ihnen gesetzten Bahnen bewegen, was sie aber nicht getan haben. Bisher haben sie nur einen negierenden Standpunkt eingenommen, indem sie das, was von uns oder anderer ordnungsliebender Seite geschaffen werden soll, in Grund und Boden kritisieren. Positive Arbeit haben die Arbeiterräte noch nicht geleistet. Ich halte das Eingreifen des Ortsarbeiterrates bei uns für überflüssig, weil wir in der Stadtverordnetenversammlung und in den ganzen Einrichtungen unserer städtischen Verwaltung Manns genug sind, unsere Sachen selber zu regeln. Wir gebrauchen niemand, der uns auf die Finger sieht, und daß eine Kontrolle von dieser Seite in die städtische Verwaltung hineinkommt, ist nicht nötig. Ich möchte dagegen entschieden Verwahrung einlegen, daß sie uns Vorschriften machen, was wir zu tun haben. Soweit geht die „Freiheit“ noch nicht, daß sie uns diese Sachen abnehmen können. Jedenfalls werde ich persönlich und mit mir die große Menge unserer Wähler und der Bürgerschaft alles das ablehnen, was von jener Seite kommt.

Stadtv. Marth: Wenn seitens der Arbeiterräte das Bestreben vorhanden ist, praktisch an unseren Aufgaben mitzuarbeiten, so hätte ich dagegen keine Einwendungen zu machen. Aber Verwahrung muß ich dagegen einlegen, daß die Arbeiterräte kommen und die Wohnungskommission kontrollieren. Eine Mitarbeit ist uns willkommen, einem Kontrollieren aber müßte ich entgegentreten.

Stadtv. Reinowski: Ich kann nicht begreifen, daß von seiten der bürgerlichen Herren dem Ortsarbeiterrat solche Schwierigkeiten entgegengebracht werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man die Herren vom Ortsarbeiterrat gerade zur Mitarbeit heranziehen sollte, dann werden sie manches, was sie jetzt nicht begreiflich finden, verstehen lernen. Daß sie im besonderen zu dem Lebensmittelamt zugezogen werden, ist nach meinem Dafürhalten durchaus notwendig, ebenso auch zu der Wohnungsdeputation und den dazu gehörenden Unterkommissionen. Die Herren, die in den Unterkommissionen tätig sind, wissen, welche Schwierigkeiten ihnen entgegengesetzt werden, und deshalb wäre es zweckmäßig, wenn auch der Ortsarbeiterrat bei den Arbeiten zugegen wäre. Sie würden die Schwierigkeiten kennenlernen und manches unternehmen können, um sie zu beseitigen. Ich bin der Ansicht, man soll den Ortsarbeiterrat mitarbeiten lassen, das wäre zweckmäßiger, als ihn von den Arbeiten auszuschließen.

Stadtv. Genzen: Man kann es verstehen, wenn die Herren von der bürgerlichen Rechten nicht gut auf die Ortsarbeiterräte zu sprechen sind. Die Ortsarbeiterräte denken jedenfalls nicht daran, daß sie mit ihrer Tätigkeit sich die Sympathie der Herren von rechts erwerben wollen, aber wundern muß man sich, daß ein früherer Genosse — wenn ich recht unterrichtet bin — sich so weit maufern kann, daß er von der äußersten Linken nach der äußersten Rechten hinübergeht; ich hätte das tatsächlich nicht für möglich gehalten.

Zu der Frage selbst möchte ich bemerken: Die Ortsarbeiterräte wollen wir nicht als Kontrolle, nicht zur Kritik in die Kommission eingesetzt sehen, sondern als Mitarbeiter. Sie sollen dabei mit den anderen Mitgliedern gleichberechtigt sein, und es ist das etwas, was man nicht aus Gefälligkeit verlangt, sondern es ist ein gutes Recht, das in der Verfassung festgelegt ist und dem Rechnung getragen werden muß, wenn es Ihnen auch unangenehm ist. Wir müssen ein sachliches Zusammenarbeiten versuchen, und auch Herr Wahrendorf wird das tun müssen, wenn es im Gesetz festgelegt ist, selbst wenn es ihm nicht in den Kram paßt.

Stadtv. Schille: Die Ausführungen des Herrn Jahns treffen entschieden zu, indem nicht alle die Kreise zu den Ortsarbeiterratswahlen zugelassen sind, die zu den Wahlen der Ortsarbeiterräte berechtigt waren. Aber das hat mit der hier vorliegenden Sache im Augenblick nichts zu tun, denn wir wollen den Ortsarbeiterräten, die nach mehr oder weniger brauchbaren Zeitungsnotizen sehr viel können, gern Gelegenheit geben, den Beweis zu erbringen, daß sie wirklich praktische Arbeit leisten. Wenn wir ihnen den Weg unterbinden, diese praktische Arbeit zu leisten, dann hätten wir uns die Vorwürfe deswegen selbst zuzuschreiben, und insolgedessen bin ich der Ansicht — besonders bezüglich des Ernährungsaus-

schusses —, daß es richtig ist, die Herren dort mit zuzulassen. Dadurch, daß sie mitarbeiten und mithören, haben sie Gelegenheit, festzustellen, daß selbst ihre Anwesenheit es nicht ermöglichen kann, irgendwelche Nahrungsmittel en masse herbeizuschaffen. Auch wenn die Herren in der Wohnungsdeputation mitarbeiten wollen, dann soll man ihnen das zugestehen, denn gerade von dieser Seite werden dauernd Vorwürfe erhoben, daß von den einzelnen Ausschüssen und Kommissionen nicht genügend gearbeitet werde. Ich halte es für zweckmäßig, daß den Herren Gelegenheit gegeben wird, selber einzusehen, daß auch sie nichts an der Sache ändern können und die Sache auch bei ihrer Mitarbeit bleibt, wie sie ist. So gern ich also die Äußerungen der Herren zu meiner Rechten unterstützen möchte und anerkenne, daß sie berechnigte Klagen vorzubringen haben, so möchte ich doch auch den Kreisen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die nach dem Gesetz die Möglichkeit haben müssen, in diesen Stellen mitzuarbeiten. Ich bin der Ansicht, daß man alles versuchen muß, um ausgleichend zu wirken, und das kann dadurch geschehen, daß man dem Ortsarbeiterrat Gelegenheit bietet, praktische Arbeit zu leisten. Ob sie es tun werden, das wird sich später erweisen.

Stadtv. Wahrenndorf: Die Worte des Herrn Genzen haben mich nicht überzeugt. In einer gewissen Zeit, wo die Herren mit geladenen Gewehren in unsere Betriebe kamen, um die Arbeitenden am Arbeiten zu verhindern, haben sie sich nicht danach benommen, daß man ihnen Sympathie entgegenbringen kann. (Zuruf: Wie wird es denn jetzt gemacht?)

Vorsitzender: Wollen Sie den jetzigen Mitgliedern des Arbeiterrats damit einen Vorwurf machen?

Stadtv. Wahrenndorf: Die jetzigen Mitglieder des Arbeiterrats gehören mit zu denen, die früher so aufgetreten sind.

Vorsitzender: Eine solche Behauptung ist denn doch wohl zu weitgehend.

Stadtv. Wahrenndorf: Herr Genzen hat weiter gesagt, ich sei früher ihr Genosse gewesen. Zu Ihrer Partei habe ich mich nie gerechnet, das lehne ich entschieden ab. Ich kenne aber Leute Ihrer Partei, die ganz in Ihrer Nähe sitzen, die in ihrer ganzen Lebensauffassung viel reaktionärer sind als wie sie glauben, daß ich es bin. Sie würden staunen über das, was ich Ihnen mitteilen könnte.

Vorsitzender: Ich möchte die nachfolgenden Redner bitten, diese liebliche Auseinandersetzung zu unterlassen. Unsere Tagesordnung enthält 32 Punkte, und wenn um 8 Uhr der Schluß der Sitzung eintreten soll, so ist es nötig, daß nicht in dieser Weise in der Debatte fortgefahren wird.

Stadtv. Jahn: Herr Schilke hat hervorgehoben, daß die Beteiligung des Ortsarbeiterrates an den Arbeiten des Ernährungsausschusses und des Wohnungsausschusses nichts zu tun habe mit den nicht ordnungsmäßig zustande gekommenen Wahlen. Ich meine, es hat wohl etwas damit zu tun. Es wird von jener Seite auf Recht und Gesetz verwiesen, wodurch die Beteiligung des Ortsarbeiterrates begründet sei. Man muß dann aber verlangen, daß der Ortsarbeiterrat auch auf rechtmäßiger Grundlage gewählt ist. Wenn das letztere nicht geschehen ist, haben die Arbeiterräte keine Existenzberechtigung mehr, das ist meine Ansicht.

Stadtv. Lehnert: Ich kann nicht begreifen, daß Herr Wahrendorf und Herr Jahn in dieser Sache so empfindlich sind und glauben, mit den Herren vom Ortsarbeiterrat nicht arbeiten zu können. Die Arbeiterräte wollen jetzt doch gerade zeigen, daß sie auf einem Arbeitsfeld, das für sie geeignet ist, positive Arbeit leisten können. Bis jetzt hat man sich gegen sie abstoßend verhalten, hier aber ist ein Punkt, wo die Herrschaften zeigen könnten, was sie zu leisten imstande sind. Gerade bei praktischer Arbeit zeigt es sich, was man von jeder Person verlangen kann. Sodann verstehe ich es nicht, daß sich Herr Wahrendorf darüber ereifert, daß vereinst die Ortsarbeiterräte mit dem Gewehr herumgelaufen sind. Herr Wahrendorf, gehen Sie doch hinein in die Stadt; da können Sie sehen, wie die Nachfolger der Ortsarbeiterräte oder der Volkswehr den ganzen Tag mit geladenem Revolver umherlaufen. Man soll doch nicht so empfindlich sein; das Gute liegt doch so nahe, warum denn in die Ferne schweifen? In dieser Angelegenheit sollte man sich mehr Bescheidenheit auferlegen, dann würde es viel besser werden. Ich möchte ersuchen, dem Antrage des Ortsarbeiterrats zuzustimmen.

Stadtv. Genzen: Herr Jahn hat wiederholt behauptet, daß die Ortsarbeiterräte nicht gesetzmäßig gewählt worden sind. Darin irrt er, und seine Behauptung wird dadurch nicht richtig, daß er sie wiederholt bringt. Die Ortsarbeiterräte sind gewählt nach dem Gesetz, welches vom Braunschweiger Landtag angenommen ist. Herr Jahn meinte wohl die Richtlinien, die vom Zentralarbeiterrat ausgegeben sind. Nach diesen Richtlinien sind die Ortsarbeiterräte allerdings nicht gewählt, sie hatten für uns aber auch keine gesetzmäßige Kraft. Die Ortsarbeiterräte bestehen gesetzmäßig, und zwar nach dem Gesetz, wie es vom Landtag verabschiedet ist.

Stadtv. Lehnert beantragt namentliche Abstimmung.

Bei dem namentlichen Aufruf stimmen die Stadtvv. Wahrendorf, Meyerhoff, Jahn, Frede und Frau Göze mit „nein“, die übrigen anwesenden Stadtverordneten mit „ja“. Die Anträge des Rechtsausschusses sind damit angenommen.

9. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Knabenmittelschule.

Stadtv. Notahr: Es hat sich herausgestellt, daß die Beleuchtung in den Schülerwerkstätten der Knabenmittelschule nicht den Anforderungen entspricht, die an sie gestellt werden müssen. Die vorhandene Gasbeleuchtung hat im vorigen Winter mehrfach versagt, und es ist nicht darauf zu rechnen, daß sich das unter den bekannten heutigen schlechten Gasverhältnissen bessern wird, und außerdem machen die in der Zeit von 2—6 Uhr nachmittags eingelegten Gasperrstunden ein Arbeiten in den Räumen bei der dort früh eintretenden Dämmerung unmöglich. In einer Eingabe hat deshalb der Handfertigkeitslehrer Denede gebeten, im Anschluß an die jetzt zu legende elektrische Leitung in den Schulräumen zugleich elektrisches Licht in den Arbeitsräumen der Schülerwerkstätten anzulegen. Das städtische Hochbauamt sowohl wie der Schulvorstand und der Stadtmagistrat haben sich mit dieser Frage beschäftigt und beantragen, die Anlage von elektrischem Licht in diesen Räumen zu genehmigen.

Auch der Schulausschuß hat sich mit dieser Frage eingehend befaßt und ist grundsätzlich für Annahme des eingereichten Kostenanschlages. Die Höhe des Anschlages beläuft sich einschließlich Anstrich der Schutzrohre und einschließlich der Nebenarbeiten auf 1150 M. Nun muß ich aber bemerken, daß anläßlich der Beratung der Legung von Lichtleitungen in den übrigen Schulräumen vom Hochbauamt zugesagt ist, daß neben dem Kostenanschlag, der von der hiesigen Firma von Volffs & Helle eingereicht war, für die Folge noch weitere Kostenanschläge vorgelegt werden sollten, um an Hand dieser Kostenanschläge einen Vergleich vornehmen zu können. Dieses Versprechen ist nicht erfüllt, und der Schulausschuß muß darauf bestehen, mindestens einen zweiten Kostenanschlag zu erhalten, ehe er die Bewilligung der Ausgabe beantragen kann. Wenn auch anerkannt wird, daß die diesmal verlangte Summe nicht so erheblich ist, so möchte der Schulausschuß doch auf seiner Forderung bestehen, um an Hand eines zweiten Kostenanschlages feststellen zu können, in welcher Höhe sich die Preise bei den einzelnen Bewerbern bewegen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Soviel mir bekannt ist, besteht bei dem Hochbauamt die Gewohnheit, jedesmal mehrere Firmen zur Abgabe eines Kostenanschlages aufzufordern; ich bin aber nicht darüber unterrichtet, ob in diesem Falle auch so verfahren ist, und habe nichts dagegen, wenn noch weitere Aufklärung verlangt wird, möchte aber im allgemeinen noch folgendes bemerken: Die Aufforderung mehrerer gleichartiger Firmen zur Abgabe eines Kostenanschlages ist nach Ansicht des Magistrats nicht das Mittel, um sachgemäß, in jeder Weise angemessene

Preise zu erzielen. Wir haben deshalb in Aussicht genommen, mit Rücksicht auf den erheblichen Umfang der Beleuchtungs- und Heizungsanlagen in den städtischen Gebäuden auf die Schaffung der Stelle eines Heizungsingenieurs Bedacht zu nehmen. Dieser Heizungsingenieur sollte außer der Beaufsichtigung der Heizungseinrichtungen auch die Beschaffung des nötigen Feuerungsmaterials zu überwachen haben, beziehungsweise die Leitung aller der Maßnahmen dafür in die Hand nehmen. Weiter ist in Aussicht genommen, ihm das ganze Beleuchtungswesen in den städtischen Gebäuden und wahrscheinlich auch die Überwachung sämtlicher dort befindlichen Maschinen, und zwar sowohl der mit elektrischer Kraft, als auch der durch Dampf getriebenen, zu übertragen. Wenn Sie berücksichtigen, welche große Zahl Maschinen im gesamten städtischen Haushaltsgetriebe vorhanden ist, werden Sie zu der Ansicht kommen, daß für einen solchen Mann reichlich Arbeit vorhanden sein wird. Es ist vorläufig aus verschiedenen Gründen, die ich jetzt nicht auseinanderlegen möchte, in Aussicht genommen, ihn der Direktion der Licht- und Wasserwerke zu unterstellen und so ein neues Betriebsamt zu schaffen. Ich hoffe, daß wir Ihnen darüber in nächster Zeit eine besondere Vorlage werden zugehen lassen können.

Stadtv. Kofahr: Der Schulausschuß besteht darauf, vor seiner Zustimmung eine Reihe von Anschlägen für die geplante Anlage kennenzulernen.

Stadtv. Schmidt: Wie Herr Kofahr berichtet hat, wünscht der Schulausschuß die Vorlage mehrerer Kostenanschläge. Auch ich möchte meine Verwunderung darüber aussprechen, daß dem Wunsche des Schulausschusses nicht entsprochen ist; und erinnere daran, daß bei einer größeren Beleuchtungsanlage, und zwar der für die Fortbildungsschule, wo es sich um ein Objekt von über 50 000 M handelte, das städtische Hochbauamt nur eine Firma zur Abgabe eines Kostenanlasses aufgefordert hatte. Dies wurde im Schulausschuß gerügt und hervorgehoben, daß man bei einer solchen Ausgabe mindestens noch eine andere Firma zur Hand haben müßte, und es mußte auch zugegeben werden, daß früher andere Firmen bei solchen Anlagen beteiligt gewesen sind. Es muß ausgesprochen werden, daß diesen Wünschen des Ausschusses und der Stadtverordnetenversammlung, die schon damals sich auf denselben Standpunkt gestellt hatte, Rechnung getragen werden muß.

Im übrigen kann ich den Worten des Herrn Oberbürgermeisters zustimmen. Ich habe geglaubt, daß auch jetzt schon ein Sachverständiger vorhanden sei, der die Preisabgaben in dieser Richtung nachprüfen kann. Wenn das der Fall gewesen wäre bei der Sache, die jetzt zum Austrag kommen soll, dann wäre es nicht nötig gewesen, diese Einwendungen hier zu machen, sondern es würde dem Beamten diese Sache zur Prüfung übergeben und nachher von uns festgestellt, welche Kosten er-

wachsen und bewilligt werden müssen. Heute handelt es sich darum, daß wir selbst feststellen müssen, welcher Firma der Auftrag gegeben werden kann. Der Anstellung eines Elektroingenieurs werden wir zustimmen können, denn die GröÙe der Stadt bürgt dafür, daß Arbeit für ihn vorhanden ist, und es wird dadurch erreicht werden, daß wir in diesen Sachen in Zukunft in besseren Bahnen wandeln, als es bisher der Fall gewesen ist.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich muß zugeben, daß das Verfahren, wie es bisher gehandhabt worden ist, nicht den in unserer Stadt bestehenden Vorschriften entspricht. Ordnungsmäßig würde das Verfahren so sein, daß das städtische Hochbauamt im Auftrage des Stadtmagistrats selbst einen Kostenschlag aufstellte, sofern das Hochbauamt einen in diesen Sachen erfahrenen Herrn zur Seite hätte. Wenn dann der Kostenschlag von den städtischen Behörden genehmigt ist, würde das Hochbauamt zu beauftragen sein, eine Ausschreibung vorzunehmen, wie sie in den Vorschriften für Vergebung der städtischen Bauarbeiten vorgesehen ist; und dann würde die zuständige Deputation für Vergebung der städtischen Bauarbeiten den Zuschlag zu erteilen haben. Wie aber der Herr Oberbürgermeister schon auseinandergelegt hat, haben wir zur Zeit einen Sachverständigen, der derartige Kostenschläge aufstellen kann, im Hochbauamt nicht, und aus dem Grunde ist es bisher üblich gewesen, daß man eine der hiesigen Firmen aufgefordert hat, einen Kostenschlag für diese Arbeiten aufzustellen. Das geschieht aber nicht mit der Maßgabe, daß diese Firma unter allen Umständen den Zuschlag bekommt, sondern es ist der Stadt nachher absolut freie Wahl gelassen, wem sie den Auftrag erteilen will. Der Kostenschlag bleibt nach wie vor Kostenschlag, es kann hinterher immer noch eine Ausschreibung stattfinden, und der Auftrag würde dann von der zuständigen Deputation erteilt werden.

Sie sehen aus dieser Darstellung, daß das Verfahren, wie es eben geübt wird, erhebliche Mängel hat. Es ist auf jeden Fall besser, daß der Kostenschlag nicht von einer Firma, sondern von den städtischen Organen aufgestellt wird; denn dann ist man bei der Ausschreibung nachher vollständig unabhängig. Der in Aussicht genommene Heizungsingenieur, der auch Elektroingenieur sein soll, wird uns über diesen Mißstand hinweghelfen, und ich hoffe, daß es uns gelingt, in nächster Zeit einen Herrn zu finden, der auf dem Gebiete des Maschinenbaus, Heizungswesens und der Elektrotechnik genügende Erfahrung besitzt. Dann würden alle die jetzigen Mißstände mit einem Male beseitigt sein.

Stadtv. Salomon: Zur Präzisierung der Stellungnahme des Schulausschusses möchte ich nur nochmals kurz bemerken, daß er die Notwendigkeit der besseren Beleuchtung der Schülerwerkstätten anerkannt hat, nur daß nach seiner

Meinung das Verfahren, wie die Einrichtung der besseren Beleuchtung ins Wert gesetzt werden soll, einer Revision unterworfen werden soll.

Stadtv. Niese I: Wie schwierig es ist, bei der Kommissionsvergebung städtischer Arbeiten eine Entscheidung zu treffen, dafür kann ich ein Beispiel anführen. Wenn wir Steinschneiderarbeiten zu vergeben hatten, stellte es sich heraus, daß wir in der Stadt mehr Steinschneiderfirmen als Gesellen haben, und da wir heute auswärtige Firmen auf Kosten des Stadtfackels nicht beschäftigen dürfen, so waren wir in der Lage, konstatieren zu müssen, daß, wenn einer einzelnen Firma eine Arbeit übertragen war, eine andere Firma hinterdurch kommen muß, damit die Arbeit ausgeführt werden kann. Das sind Zustände, die wegen der Bestimmungen über die Vergebung der Arbeiten entstehen. Ebenso gibt es hier sehr viele Installationsgeschäfte und Leute, die sich mit Einrichtung von elektrischen Anlagen beschäftigen, so daß es schwierig ist, den richtigen Mann herauszufinden, dem der Auftrag zu erteilen ist. Würde aber der Kostenanschlag in erster Linie vom Hochbauamt aufgestellt, dann würde sich meiner Überzeugung nach die Sache noch am besten regulieren lassen.

Die Versammlung stimmt dem Ausschußantrage zu, noch mehrere Kostenanschläge einzuholen.

10. Bewilligung von Mitteln für den Ortsarbeiterrat.

Stadtv. Schmerbach: Vom Ortsarbeiterrat ist an den Stadtmagistrat am 13. Mai dieses Jahres das Ersuchen gerichtet, Mittel in Höhe von 13 500 *M* für seine Zwecke in den Haushaltsplan der Stadt aufzunehmen, von denen 7200 *M* für das Gehalt des Geschäftsführers, 4200 *M* für einen Hilfsangestellten, und die übrigen 2100 *M* für sachliche Ausgaben berechnet waren. Am 21. Juli ist der Ortsarbeiterrat darauf hingewiesen, daß die inzwischen herausgegebenen Richtlinien für die Tätigkeit des Ortsarbeiterrats seine Tätigkeit in mancher Richtung einschränkten und genauer begrenzten, so daß die Kostenforderung vom 13. Mai nicht mehr zutreffen könne. In einem neuen Schreiben vom 31. Juli erkennt der Ortsarbeiterrat dies an und bittet, den Stadtvorordneten die Bewilligung von 8000 *M* vorzuschlagen. Diese Summe setzt sich nach seiner Berechnung aus folgenden Punkten zusammen:

1. Arbeitslohnverlust und Aufwandsentschädigung für den Geschäftsführer jährlich 7200 *M*,
2. Für sachliche Ausgaben, Porto, Zeitungsabonnements und Ausgaben für die stenographische Aufnahme der Sitzungen des Ortsarbeiterrats 800 *M*.

Daneben werden für verlorengegangenen Arbeitsverdienst der Mitglieder des Ortsarbeiterrats 600 *M* berechnet und wird gebeten, diesen Betrag, sowie einen solchen für verlorengegangenen Arbeitsverdienst des Geschäftsführers von 1200 *M*, in Summa 1800 *M*, als dringliche Ausgabe alsbald beim verstärkten Finanzausschuß zu beantragen, wobei die letzteren 1200 *M* auf die veranschlagte Jahressumme von 8000 *M* angerechnet werden sollten. Der verstärkte Finanzausschuß hat sich dahin schlüssig gemacht, daß die Frage bei ihrer Wichtigkeit und grundsätzlichen Bedeutung von der Vollversammlung der Stadtverordneten zu erledigen sei.

Nach dem Gesetz Nr. 27 vom 27. Februar dieses Jahres über die Arbeiterräte erfolgt die Tätigkeit derselben ehrenamtlich. Der Stadtmagistrat ist der Meinung, daß sich mit dieser Gesetzesvorschrift die Gewährung eines jährlichen Betrages von 7200 *M* als Arbeitslohnverlust und Aufwandsentschädigung für den Geschäftsführer nicht vereinbaren läßt, ebenso wie bekanntlich Vergütungen an die ehrenamtlich tätigen Stadtverordneten und die unbesoldeten Magistratsmitglieder nicht gewährt werden.

Es wird nun vom Stadtmagistrat als gerechtfertigt anerkannt, daß stadtseitig die Deckung von Barauslagen, Lohnausfällen und sonstigen Unkosten in einer durch die Aufgaben des Ortsarbeiterrats gebotenen Höhe erfolgt, und der Ortsarbeiterrat hat auch beschlossen, in Zukunft seine Sitzungen möglichst so abzuhalten, daß ein Arbeitsverlust für die einzelnen Mitglieder nach Möglichkeit sich nicht wiederholt. Es wird ferner vom Magistrat empfohlen, die aus der Vergangenheit für diesen Zweck aufzuwendenden 600 *M* zu bewilligen, und dazu wird vorgeschlagen, eine Summe von 1000 *M* als ausreichend anzusehen, um die durch die Richtlinien umschriebene Wirksamkeit des Ortsarbeiterrates für die Zeit bis zum 31. März 1920 durchzuführen. Aus den dem Magistrat anschlagsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln sind bereits am 15. Mai 100 *M* und am 11. Juni 200 *M* dem Ortsarbeiterrat zur Deckung seiner Unkosten überwiesen. Diese Summe soll aber auf die zur Bewilligung vorzuschlagenden 1000 *M* nicht angerechnet werden.

Der Magistrat stellt demnach den Antrag: In Würdigung der Sach- und Rechtslage ersuchen wir die geehrte Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Ortsarbeiterrat der Betrag von 600 *M* aus der Vergangenheit für verlorenen Arbeitsverdienst seiner Mitglieder erstattet und der fernere Betrag von 1000 *M* zur Deckung seiner laufenden Aufwendungen und Auslagen aus Kapitel Nr. IX der ordentlichen Ausgabe der Kammereinkasse bis zum Schluß des Rechnungsjahres zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat sich mit der Sachlage beschäftigt. Sie haben aus meinen Ausführungen vernommen, daß der Ortsarbeiterrat von seiner ursprünglichen Forderung heruntergegangen ist, indem er

eingesehen hat, daß die Verhältnisse anders liegen, als er zuerst angenommen hatte. Diese erste Forderung kann dem Ortsarbeiterrat nicht zum Vorwurf gemacht werden, denn er konnte seinerzeit nicht voraussehen, daß die Verhältnisse sich so gestalten würden und dadurch die Ausgaben für den Ortsarbeiterrat nicht in der Höhe erwachsen würden, wie er anfangs angenommen hatte. Es liegen Ihnen nun die Feststellungen des Stadtmagistrats vor, denen sich der Finanzausschuß angeschlossen hat, und ich bitte Sie, zuzustimmen, daß diese Bewilligung von 1600 *M* für den Ortsarbeiterrat festgesetzt wird.

Stadtv. Jahns: Aus den vorhin von mir schon angeführten Gründen lehnen wir auch diese Forderung des Ortsarbeiterrats ab. Wir bewilligen für ihn nicht einen Pfennig.

Stadtv. Genzen: Meine Herrschaften! Ich halte diese Summe von 1600 *M* für eine lächerlich geringe. Was sind denn in der heutigen Zeit 1600 *M*, und wie stellen Sie sich denn eigentlich die Arbeit des Ortsarbeiterrats vor. Darüber sind wir uns doch klar, daß der Ortsarbeiterrat zu Recht besteht; darin können wir die Ansicht des Herrn Jahns nicht teilen, denn der Ortsarbeiterrat ist auf gesetzlicher Grundlage gewählt. Wenn er seine Tätigkeit entfalten soll, dann müssen dafür auch Mittel vorhanden sein. Eine solche Arbeit kann doch nicht ganz und gar nach Feierabend gemacht werden, und wenn Sie die Mittel, die für die Tätigkeit des Ortsarbeiterrates nötig sind, ablehnen würden, so würde das genau dasselbe sein, als wenn Sie die ganze Sache ablehnten. Ich wüßte nicht, was der Ortsarbeiterrat mit 1000 *M* anfangen soll, und sehe eine solche Bewilligung genau so an, als wenn Sie die ganze Sache ablehnten. Deshalb beantrage ich, daß die ganze Angelegenheit an den Finanzausschuß zurückverwiesen wird, damit nochmals eine eingehende Vorberatung stattfindet.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich habe nichts dagegen, wenn die Versammlung die Sache nochmals an den Finanzausschuß zurückverweist, glaube aber, daß dabei etwas anderes nicht herauskommen wird. Die Sache liegt folgendermaßen: Es ist durch das Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Tätigkeit der Ortsarbeiterräte eine ehrenamtliche sein soll, und damit ist es nach unserer Ansicht schlechterdings unverträglich, wenn dem Vorsitzenden oder dem Geschäftsführer dieses Arbeiterrates ein Gehalt von 7200 *M*, wie es zuerst verlangt wurde, zugewiesen werden soll. Darüber müssen wir aufgeklärt werden, ob die Versammlung der Ansicht ist, daß sich der Magistrat in dieser Beziehung auf dem rechten Wege befindet, oder ob er damit irrt. Wenn die Versammlung mit dieser Meinung des Magistrats übereinstimmt, dann sollte ich meinen, daß man mit den an-

gegebenen Sätzen wohl auskommen könnte. Zunächst aber müßte der Ortsarbeiterrat uns etwas genauere Angaben machen, wofür er die Gelder aufwenden will. Ich erinnere in dieser Beziehung an unsere eigene Verwaltung. Sie wissen alle, welche Machtbefugnisse der Magistrat in bezug auf Verwendung öffentlicher Gelder hat. Über Ausgaben bis zu 200 *M* kann er frei verfügen, bei größeren Ausgaben hat er die Genehmigung der Versammlung einzuholen. Sollte es richtig sein, einer anderen Organisation eine so erheblich höhere Summe ohne weiteres zur freien Verfügung zu stellen? Das kann ich nicht anerkennen. Wenn die Herren vom Ortsarbeiterrat ihre Tätigkeit hauptsächlich in die Abendstunden verlegen — wie sie es in ihrem Schreiben ja zugesagt haben —, so daß die Mitglieder des Ortsarbeiterrates nicht genötigt sind, wegen der Sitzungen des Ortsarbeiterrates die Arbeit zu versäumen, dann können so große Ausgaben durch die Wirksamkeit des Ortsarbeiterrates nicht entstehen. Ich verweise auf Ihre eigene Körperschaft. Was kostet die Tätigkeit der Stadtverordneten der Stadt? Auch Ihre Arbeit hier ist doch eine ehrenamtliche, wenngleich auch die Zeit kommen wird, daß auch diese Tätigkeit einmal anders als bisher angesehen wird. Es bleibt doch aber dabei, daß auch dann nur der Verlust an Arbeitsverdienst von dem einzelnen abgewendet werden soll, niemals aber kann es sich um ein Gehalt oder dergleichen handeln. Wir haben uns im Magistrat auf den Standpunkt gestellt: Den bisherigen Verlust an Arbeitsverdienst wollen wir mit 600 *M* ersetzen, wollen auch die 300 *M*, die wir außerdem schon gezahlt haben, nicht anrechnen, und wollen ferner bis zum 1. April des nächsten Jahres 1000 *M* zahlen. Ich bitte Sie, sich darüber zu äußern, ob Ihnen das genügt, Klarheit muß in die Sache hineinkommen.

Stadtv. Frede: Der Bericht des Herrn Schmerbach weist insofern eine Lücke auf, als allerdings vom Finanzausschuß die Bereitwilligkeit ausgesprochen ist, die erwähnte Summe zu bewilligen, aber unter der Voraussetzung, daß nachgewiesen wird, wofür die Gelder ausgegeben werden. Selbst wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß der Ortsarbeiterrat unserer Versammlung gleichzusetzen sei, so wissen doch die Freunde des Ortsarbeiterrates, daß von uns bei jeder Ausgabe ein Nachweis verlangt wird, wofür sie geschehen ist. Das ist bei einer ordentlichen Rechnungsführung nun einmal nicht anders denkbar, und in der Finanzkommission haben wir einen solchen Nachweis vermißt. Es ist nur im allgemeinen gesagt: Für den Geschäftsführer des Ortsarbeiterrates, für entgangenen Arbeitsverdienst. Was nun den Vorsitzenden anbelangt, so besolden wir unseren Vorsitzenden auch nicht, und so kann auch nicht ohne weiteres dem Vorsitzenden des Ortsarbeiterrates eine gewisse Summe bewilligt und angewiesen werden. Die Auszahlung für entgangenen Verdienst kann nur so gedeutet werden, daß den Herren Sitzungsgelder

zu bewilligen sind; die einfache Folge wird sein, daß wir nicht zurückstehen wollen. Bei uns wird dann der Anspruch mit demselben Recht erhoben werden, und das würde ein grundsätzliches Aufwerfen der Frage bedeuten: Ist unter ehrenamtlicher Betätigung unter allen Umständen ein unentgeltliches Versehen des Amtes zu verstehen, oder kann daneben ein Entgelt geboten werden? Man könnte dabei auf den Landtag hinweisen, wo auch Tagegelber gezahlt werden. Wenn wir den Ortsarbeiterrat als der Stadtverordnetenversammlung nebengeordnete Behörde, gewissermaßen als Nebenparlament ansehen wollen, so kann man nicht die Mitglieder der einen Institution entschädigen und die der anderen nicht. Ich habe mich eben mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses noch einmal über diese Frage unterhalten; es ist richtig: Der Ortsarbeiterrat soll erst ersucht werden, einen genauen Nachweis über seine Ausgaben zu erbringen.

Stadtv. Marthy: Ich würde dafür sein, daß wir verfahren, wie der Finanzausschuß vorgeschlagen hat, aber nicht vorher, ehe die Frage gelöst ist, ob bei dem Ortsarbeiterrat eine ehrenamtliche Tätigkeit wie bei uns besteht. Bevor nicht das Stadtverordnetenkollegium ebenso gestellt ist, wie der Ortsarbeiterrat gestellt sein will, können wir an diese Frage nicht herantreten. Es ist unsere Ansicht, daß erst unsere Sache zu regeln ist und dann die des Ortsarbeiterrats.

Stadtv. Genzen: Meine Damen und Herren! Sie scheinen die ganze Sache zu verkennen. Der Ortsarbeiterrat denkt nicht daran, daß seine Mitglieder für die Teilnahme an seinen Sitzungen entschädigt werden sollen. (Widerspruch.) Der Geschäftsführer soll nicht Gehalt bekommen, sondern er soll für den entgangenen Arbeitsverdienst Ersatz erhalten. Wenn der Ortsarbeiterrat soviel Beamte zur Verfügung hätte, wie die Stadt, dann wäre die Sache eine andere. Es wäre undenkbar, die Tätigkeit der Stadtverordneten durchzuführen, wenn die städtischen Behörden nicht die laufenden Geschäfte mit erledigen würden, und dann würden Sie auch tatsächlich keinen Vorsitzenden für die Stadtverordnetenversammlung finden, der die ganzen Arbeiten für die Stadtverordneten unentgeltlich machen könnte. Herr Frede fragt, ob man die Tätigkeit des Ortsarbeiterrates als eine ehrenamtliche auffassen solle, für die keinerlei Entschädigung gezahlt würde. Herr Frede ist doch sonst mit den städtischen Geldern nicht so knickrig. Er weiß, daß wir im Mieteinigungsamt ehrenamtlich arbeiten, und trotzdem scheuen wir uns nicht, dafür eine Entschädigung zu nehmen, ebenso ist es auch bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, bei den Einschätzungskommissionen, beim Schlichtungsausschuß usw. Herr Frede hat diese Entschädigung angenommen, und er hat ja auch auf den Landtag hingewiesen. Kein Mensch hat daran gedacht, wenn Aufwandsentschädigung oder Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst für die

Verwaltung dieser Ämter gezahlt werden, daß diese Ämter nicht ehrenamtlich verwaltet werden, und genau so ist es auch bei dem Ortsarbeiterrat. Sie werden mir beipslichten, daß heute in den Fabriken ein besser bezahlter Arbeiter 7000 bis 7200 *M* verdient, und so kann man nicht sagen, daß die Entschädigung für den Geschäftsführer zu hoch berechnet ist. Selbstverständlich wird der Ortsarbeiterrat bereit sein, über seine Ausgaben Rechnung abzulegen und sie prüfen zu lassen. Es scheint mir, als wenn bei dieser Verhandlung nicht nur die Mittel selbst in Frage kommen, sondern daß es die Entwicklung, die die revolutionären Errungenschaften für die Arbeiter gebracht hat, hier in Frage kommt. Das ist es, was Sie hindert, die Mittel zu bewilligen. Ich möchte Sie bitten, Ihre Ansichten zu revidieren. Vielleicht ist der richtige Weg dazu, die Vorlage nochmals an den Finanzausschuß zurückzuberweisen.

Stadtv. Meyerhoff: Der Herr Oberbürgermeister hat schon die Möglichkeit gestreift, daß dann, wenn wir den Mitgliedern des Ortsarbeiterrats den versäumten Arbeitsverdienst zahlen, dasselbe hier für die Stadtverordnetenversammlung eintreten kann. Ich habe das Amt eines Stadtverordneten immer als Ehrenamt betrachtet und keine Ahnung davon gehabt, daß es einmal dahin kommen könnte oder würde, daß wir hier gegen Bezahlung zusammenkommen. (Zuruf Genzen: Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben das nie nötig gehabt.) Das wissen Sie nicht; Sie haben noch nicht in meinen Geldbeutel hineingeguckt! Wenn das so weiter fortgeht, dann wird bald niemand mehr ehrenamtlich hier sitzen, und ob das für den einzelnen angenehm ist, lasse ich dahingestellt. Wie würde es werden mit den ehrenamtlichen, unbesoldeten Stadträten? Das würde doch auch aufhören, auch sie müßten entschädigt werden, denn sie haben recht viel Zeitversäumnis. Jeder einzelne von uns hat durch die Teilnahme an den Kommissionsitzungen mehr Versäumnis als die Herren Arbeiterräte. Und nun noch eins. Ich gehöre der Finanzkommission nicht an, aber ich freue mich über ihren Beschluß, daß erst der Nachweis darüber geführt werden soll, wofür die Gelder gebraucht wurden, damit wir wissen, ob der Arbeiterrat sie nötig hat. Was Herr Genzen in bezug auf die Kaufmannsgerichte usw. anführte, ist nicht zum Vergleich heranzuziehen. Da ist nicht gesagt: Ihr bekommt soundso viel, sondern es wird nach Jahreszschluß die Rechnung aufgemacht, wieviel dafür gebraucht wird, und weiter verlangt die Finanzkommission vom Ortsarbeiterrat auch nichts. Sie sollen beweisen, wieviel sie gebraucht haben. Wenn Herr Genzen den Grundsatz von diesen Stellen befolgt sieht, dann wird er auch zu der Überzeugung kommen, daß der Beschluß der Finanzkommission richtig ist.

Stadtv. Stegmann verzichtet auf das Wort.

Stadtv. Frede: Wenn Herr Genzen angeführt hat, es müsse der Vorsitzende des Ortsarbeiterrats eine Schreibhilfe haben, so entgegne ich, daß hierfür schon eine besondere Ausgabe festgesetzt ist. Dieser Umstand kann also nicht dafür geltend gemacht werden, daß der Vorsitzende des Ortsarbeiterrats jährlich 7200 M haben muß; die Schreibhilfe ist eine besondere Sache für sich. Sodann hat Herr Genzen einen „furchtbaren Dieb“ gegen mich zu führen geglaubt, indem er sagte, auch ich nähme die 5 M für meine Beteiligung bei den Sitzungen des Mieteinigungsamtes. Es wird aber doch allgemein bekannt sein, daß auch Herr Genzen als Mitglied des Mieteinigungsamtes, ebenso die Herren Tostmann und Lehnert bis jetzt noch keine Vergütung wegen dieser Beteiligung zurückgewiesen haben. (Zuruf Genzen: Ich bin aber nicht gegen andere so knickerig wie Sie.) Der Vergleich gehört nicht hierher. Wir verlangen einen Nachweis über die wirklichen Ausgaben des Ortsarbeiterrates; wir wollen beurteilen können, ob diese Ausgaben zum Vorteil der Allgemeinheit gemacht sind, und dagegen können Sie nichts sagen. Ich begreife nicht, wie Sie das angreifen können.

Stadtv. Genzen: Es wurde angeführt, daß beim Kaufmannsgericht usw. nachgeprüft würde, was gezahlt werden solle. Das mag richtig sein, aber es besteht zwischen der städtischen Verwaltung und dem Ortsarbeiterrat doch der Unterschied, daß dem letzteren kein Geld zur Verfügung steht, wohl aber der städtischen Verwaltung. Soll der Ortsarbeiterrat so lange pumpen, bis das Jahr um ist, die Rechnung eingeleistet und die Zahlung gnädigst bewilligt ist? Ich befürchte, daß sich kein Gläubiger finden wird, der dem Ortsarbeiterrat so lange pumpt. Es müssen dem Ortsarbeiterrat von vornherein Mittel in die Hand gegeben werden, anders kann es nicht gehandhabt werden, sonst würde er nicht arbeiten können.

Stadtv. Schnierbach: Allerdings habe ich bei meinem Bericht die von Herrn Frede erwähnte Lücke gelassen, aber für die Sache selbst ist das nicht so bedeutend, wie Herr Frede angenommen hat. Andererseits möchte ich die Richtlinien, die für die Tätigkeit der Ortsarbeiterräte herausgegeben sind, für die Aussprache mit heranziehen. Es heißt da unter § 2, Absatz 7: „Die Ortsarbeiterräte haben die Gemeindeverwaltungen zu veranlassen, in den Voranschlag des Gemeindehaushalts einen angemessenen Betrag einzustellen, mit dem sie Barauslagen, Lohnausfälle, sowie sonstige Unkosten in Ausübung ihres Dienstes bestreiten können. Über die erhaltenen Gemeindegelder ist der Gemeinde Rechnung zu legen.“ Es geht aus der Fassung dieses Paragraphen der Richtlinien nicht klar hervor, daß diese Rechnungslegung im voraus geschehen soll. Das ist ja auch nicht möglich. Es trifft zu, daß nach diesen Richtlinien, wie sie vom Vollzugsrat des Landesarbeiterrates im Freistaate Braunschweig herausgegeben sind, das Amt eines Orts-

arbeiterrates ein ehrenamtliches ist, und daß nur für Arbeitsausfall und sonst notwendige Ausgaben die Gemeinde eintreten soll. Ob nun die Höhe der Ausgaben, wie sie vom Magistrat zu bewilligen beantragt ist, zu hoch oder ausreichend oder zu niedrig ist, das könnte der Ortsarbeiterrat immer noch begründen. Er kann erst einmal mit der Summe, die ihm zur Verfügung gestellt wird, arbeiten. Sollte er damit nicht auskommen, wäre ja immer noch ein Weg vorhanden, daß er mehr verlangen kann.

Der Antrag Grenzen auf Zurückverweisung der Vorlage an die Finanzkommission wird abgelehnt, der Antrag der Finanzkommission auf Zustimmung zur Magistratsvorlage wird angenommen.

11. Einstellung des Betriebes der Kriegsküche Markthalle.

Stadtv. **Schmerbach**: Der Verwalter der einzigen noch bestehenden Kriegsküche in der Markthalle, Herr Kaufmann Nienstedt, hat unter dem 2. August mitgeteilt, daß die Inanspruchnahme dieser Kriegsküche im Laufe der Zeit derartig zurückgegangen ist, daß die Kosten für Unterhaltung dieser Küche nicht annähernd mehr im Einklang stehen zu den geringen Einnahmen. Es werden zur Zeit täglich verausgabt ungefähr 75 Liter-Portionen à 30 Pfennig und etwa 85 Liter-Portionen à 60 Pfennig. Durch diese verminderte Benutzung ist die Küche so unrentabel geworden, daß gewaltige Zuschüsse durch die Stadt geleistet werden müssen. Die 75 Liter-Portionen zu 30 Pfennig, die ausnahmslos an die ärmere Bevölkerung ausgegeben werden, würden ohne Schwierigkeit von den städtischen Volksküchen übernommen werden können, und die 85 Liter-Portionen zu 60 Pfennig, die zum allergrößten Teil von kleinen Fabrikbetrieben angefordert werden, würden bei dem heutigen Angebot von Nahrungsmitteln, insbesondere Gemüse aller Art, von Kriegsküchen, die bei einigen Großbetrieben noch eingerichtet sind, angefordert werden können. Der Magistrat gibt deshalb anheim, zuzustimmen, daß die Kriegsküche in der Markthalle mit dem 31. August dieses Jahres ihren Betrieb einstellt, daß aber die Kücheneinrichtung vorläufig noch intakt bleibt — wie es auch mit den beiden anderen schon aufgehobenen Kriegsküchen geschehen ist — für den Fall, daß die Wiederinbetriebsetzung dieser Küche sich als notwendig erweisen sollte. Die Finanzkommission hat sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt und bittet Sie, ihm gleichfalls zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Finanzkommission gemäß.

12. Herstellung eines Sammelkanals in den Straßen 327 und 328.

Stadtv. **Niese I**: Es ist beabsichtigt, nach Fertigstellung des in der Ausführung begriffenen Sammelkanals in den Straßen 367 und 368 westlich der Gos-

larischen Straße mit der Anlage des Kanals in den Straßen 327 und 328 zu beginnen. Die Ausführung dieses Kanals war schon im Jahre 1914 beabsichtigt, damals aber nicht zur Ausführung gekommen. In der Zwischenzeit ist das Gelände, in welches der Kanal zu liegen kommt, entweder stadtseitig erworben oder es ist durch grundbuchamtliche Eintragung die Erlaubnis zur Benutzung der Grundstücke zur Legung des Kanals erwirkt worden. Im Oktober 1918 ist ein neuer Kostenanschlag aufgestellt, der in der Höhe wesentlich von dem damaligen Anschlag abweicht. Nach dem ersten Projekt im Jahre 1914 sollten sich die Kosten auf 22 000 *M* stellen, jetzt werden 84 000 *M* dafür verlangt. Die geehrten Damen und Herren finden diese Summe im Haushaltsplan für das laufende Jahr unter Kapitel II, 2 aufgeführt. Die Ausführung des Kanals ist aus hygienischen Gründen dringend erwünscht und empfiehlt sich auch deshalb, um die beim Kanalbau für die Straßen 367 und 368 tätigen Notstandsarbeiter weiter beschäftigen zu können. Der Magistrat ersucht deshalb die Stadtverordneten, der Ausführung des Projektes unter Bewilligung von 84 000 *M* zuzustimmen. Zu dieser Notstandsarbeit werden die üblichen Reichs- und Staatszuschüsse beantragt werden. Ich kann hierzu bemerken, daß die Sohlen- und Seitenstücke und die Deckenstücke des Kanals bereits ausgeschrieben und vergeben sind. Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt der Ausführung des Projektes zu und bewilligt die vorgesehenen Kosten.

13. Nachverwilligung von Kosten für Herrichtung von Notstandswohnungen in der Schule Leopoldstraße.

Stadtv. **Meyerhoff**: Wir haben unter dem 16. Oktober 1918 beschlossen, in der Schule Leopoldstraße Notstandswohnungen einzurichten. Das ist geschehen. Die damals bewilligte Anschlagssumme von 5000 *M* ist aber dadurch überschritten, daß eine Erweiterung der Wasserleitung hat vorgenommen werden müssen, ebenso die Anlage für Abflußrohre, und außerdem sind die 2,30 m hoch projektierten Trennwände bis zur Decke hochgeführt. Die ganzen Wohnungen herzurichten, kostet der Stadt 6664,35 *M*. Wenn wir damit die jetzigen Ausgaben vergleichen, die uns durch Aufstellung der Baracken, Ausbau des Exerzierschuppens usw. erwachsen, so sehen wir, daß wir hier sehr billig davongekommen sind, indem bei einer Ausgabe von 5—6000 *M* Wohnungen für 15 Familien geschaffen sind. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und gibt Ihnen durch mich anheim, die 1664,35 *M*, um die der Anschlag überschritten ist, nachzubewilligen. So billig werden wir keine Wohnungen wieder herstellen können.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrag des Bauausschusses an.

14. Beteiligung der Stadt an der Gründung der Kraftwagen-Gesellschaft.

Stadtv. **Schmerbach**: Am 16. November hatte der Deutsche Städtetag bei dem Magistrat angefragt, ob die hiesige Stadt bereit sei, an einer einheitlich für das deutsche Reich zu gründenden Kraftwagen-Gesellschaft, die als gemischt-wirtschaftliches Unternehmen mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark geplant war, sich zu beteiligen, und zwar nach einem festgesetzten Verteilungsplan mit einem auf die Stadt entfallenden Betrage von 25 000 M. Unter Zustimmung des Finanzausschusses hat seinerzeit der Stadtmagistrat dem Deutschen Städtetage gegenüber sich grundsätzlich bereit erklärt, mit dem genannten Betrage an der Gründung der Gesellschaft teilzunehmen. Diese Gründung ist aber nicht zustande gekommen, und es soll jetzt, wie für andere Landesteile, auch für den Freistaat Braunschweig eine besondere Kraftwagenverkehrs-Gesellschaft m. b. H. ins Leben gerufen werden. Die Mitbeteiligung der Stadt an diesem neuen Unternehmen ist ebenfalls auf ein Kapital von 25 000 M. berechnet. In einem Schriftwechsel hat der Volksbeauftragte für Handel und Verkehr unter dem 30. Juli dieses Jahres dem Unternehmen einstweilig zugestimmt, hat aber bemerkt, daß die Rentabilität des Unternehmens noch nicht völlig geklärt ist, und deshalb wünscht der Volksbeauftragte Aufschluß darüber, in welchem Maße der oder die in der Stadt Braunschweig stationierten Wagen voraussichtlich ausgenutzt werden können, also an wieviel Tagen im Jahre und mit welcher Durchschnittstagesleistung sie beschäftigt sein würden. Darüber wird von Herrn Stadtbaurat Gebensleben Aufschluß gegeben werden können, aus den Akten geht es nicht hervor. Der Finanzausschuß hat sich für die Beteiligung an diesem Unternehmen ausgesprochen. Es ist hierzu noch zu bemerken, daß in der Fea 7 noch eine bedeutende Menge Material an Wagen aus Heeresbeständen usw. vorhanden ist, das an diese Gesellschaft zu einem Preise zur Verfügung gestellt werden kann, der unter den Herstellungswert für die Heeresverwaltung sich stellt. Es kommt weiter in Frage, daß der Betrieb dieser Gesellschaft bei den heutigen Eisenbahnverhältnissen im Interesse der Allgemeinheit liegen würde, und daß es deshalb wünschenswert wäre, daß die Stadtverordneten der Beteiligung an dieser Gesellschaft zustimmten, wie denn auch der Stadtmagistrat ihr zugestimmt hat. Es kommt hinzu, daß die Errichtung dieses Verkehrs nicht nur für den Freistaat Braunschweig gedacht ist, sondern darüber hinaus auch nach anderen Staaten, aber unter Ausschluß der süddeutschen Staaten, wie Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen, weil dort schon ähnliche Einrichtungen

getroffen sind. Der Finanzausschuß ersucht Sie, zuzustimmen, daß 25 000 *M* für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Ohne Meldungen zum Wort. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrag des Finanzausschusses an.

15. Übernahme der Bürgschaft für Beleihung von Heimstätten der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft.

Stadtv. Schmerbach: Die Heimstätten, die von der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft errichtet werden, beleiht bekanntlich die Leihhausanstalt bis zu $\frac{1}{10}$ des dauernden Wertes, wenn die Siedlungsgesellschaft oder die Gemeinde für die über $\frac{2}{3}$ des Wertes hinausgehende Beleihung Bürgschaft übernimmt. Diese in dem Gesetz zur Abänderung des Leihhausgesetzes vom 19. April 1918 vorgeschriebene Bürgschaft haben die Stadtgemeinden Helmstedt, Schöningen und Holzminde für die dort errichteten Heimstätten der Siedlungsgesellschaft übernommen. Für die Stadt Braunschweig würden die Siedlungen in Frage kommen, die von der Siedlungsgesellschaft zur teilweisen Behebung der Wohnungsnot auf der Altpetritorfeldmark errichtet werden. Die Übernahme der Bürgschaft wird um so unbedenklicher sein, als die Heimstätten um den Betrag der von Reich, Staat und Gemeinde zu leistenden Baukostenzuschüsse an die Bewerber billiger verkauft werden, die Kaufpreise also in Wirklichkeit wesentlich niedriger sind, als die tatsächlichen Werte. Der Stadtmagistrat empfiehlt, sich mit der Übernahme der von der Siedlungsgesellschaft erbetenen Bürgschaft einverstanden zu erklären, und die Finanzkommission befürwortet das, da es im Interesse der Allgemeinheit liegt, die Tätigkeit der Siedlungsgesellschaft zu unterstützen.

Da Meldungen zum Wort nicht erfolgen, wird vom **Vorsitzenden** das Einverständnis der Versammlung mit Übernahme der verlangten Bürgschaft angenommen.

16. Nachverwilligung von Kosten für den Rathausanbau.

Stadtv. Lohmann: Durch den Anbau an unser Rathaus, der im Jahre 1915 begonnen und erst im Jahre 1918 vollendet ist, sind gegenüber dem Voranschlage Mehrkosten im Betrage von 5120,26 *M* entstanden. Wenn man nun in Betracht zieht, daß während der Zeit vom 23. März 1915 bis zum vorigen Jahre die Preise für Rohmaterialien sich bedeutend erhöht haben, ebenso die Löhne bedeutend gestiegen sind, so kann man nichts dagegen einwenden, wenn bei einem Objekt von 138 320,26 *M* der Voranschlag mit einem Betrage von etwa 5000 *M* überschritten

ist, und man muß sagen, daß hier sehr genaue Berechnungen stattgefunden haben müssen. Der Bauausschuß hat die Vorlage geprüft, stimmt der Nachbewilligung der Überschreitung zu und empfiehlt der Versammlung gleichzeitig, dem Antrage des Magistrats zu entsprechen und die Nachbewilligung vorzunehmen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

17. Abfindung der Piepenbrüder-Grundstücke.

Stadtv. **Munte**: Der Stadtmagistrat hat den Antrag gestellt, ein altes, hier noch bestehendes Privilegium abzulösen, das der sogenannten früheren Piepenbrüderschaft. Bevor die Stadt im Jahre 1863 ein eigenes Wasserwerk im Bürgerpark eröffnete, hatte sich eine Anzahl Bürger zusammengeschlossen und sich selbst eine Wasserkunst mit hölzernen Rohren geschaffen. Diese hölzernen Wasserleitungsröhre hatten den Namen Piepen, und daraus ist das Wort Piepenbrüderschaft hervorgegangen. Als das städtische Wasserwerk eingerichtet wurde, sahen die Inhaber der zur Piepenbrüderschaft gehörenden Häuser ein, daß das von der Stadt gelieferte Wasser besser war, und entzogen sich dem Anschlusse nicht, doch ist mit einem Teil derselben ein Vertrag abgeschlossen, daß ihnen für eine längere Reihe von Jahren ein niedrigerer Preis für das gelieferte Wasser abgenommen werden sollte. Diese befristeten Verträge sind inzwischen abgelaufen. Einem anderen Teile der früheren Piepenbrüder wurde durch „Vertrag auf ewige Zeiten“ zugestimmt, daß für die ersten der städtischen Wasserleitung entnommenen 10 000 Kubikfuß Wasser (das sind ca. 232 cbm) der geringe Betrag von 13,50 M., das sind 5,8 Pfennig für das Kubikmeter, zu zahlen ist. Diese Vergünstigung ist als Vorrecht des einzelnen Grundstücks verliehen und geht jeweils auf einen etwaigen neuen Eigentümer über. Es sind gegenwärtig noch 203 Grundstücke (darunter 5 städtische, 10 fiskalische und ein kirchliches — die Martinikirche), denen diese Vergünstigung zuteil wird. Nun wissen die verehrten Damen und Herren, daß sich seit der Zeit des Abschlusses dieses Vertrages vieles verändert hat, was man damals nicht voraussehen konnte, und angesichts der gewaltig gestiegenen Gestehungskosten des Wassers erscheint es geboten, die Besitzer der fraglichen Grundstücke zu höheren Wassergeldbeiträgen heranzuziehen. Es ist auch ein Reichsgesetz erschienen, das uns in die Lage setzt, diesen auf ewige Zeiten geschlossenen Vertrag wenigstens in etwas zu ändern, das ist die „Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser vom 1. Februar 1919“. Allerdings ist in dieser Verordnung auch gesagt, daß nicht der Bezieher die Preiserhöhung allein zu tragen hat, sondern nur

einen Teil davon, und der Lieferant den anderen. Nach den Berechnungen der Licht- und Wasserwerke ist der Gestehungspreis für ein Kubikmeter Wasser in den letzten 10 Jahren um 83 Prozent gestiegen, und wenn der volle Mehraufwand den Piepenbrüdern zur Last gelegt werden könnte, so würde nur zur Deckung der Gestehungskosten die Pauschalvergütung für 232 cbm von 13,50 *M* auf 24,70 *M* erhöht werden müssen. Wenn nach den angezogenen Bestimmungen es auch möglich ist, daß ein Schiedsgericht nach den gegenwärtigen Verhältnissen entscheidet, und daß die Stadt mit weniger sich begnügen müßte, so ist doch andererseits nicht abzusehen, ob nicht die Preise noch höher steigen und somit noch eine stärkere Mehrbelastung der Piepenbrüder-Grundstücke durch das Schiedsgericht zu erzielen sein würde. Unter diesen Umständen ist es angezeigt, mit den Inhabern der bevorrechtigten Grundstücke über eine Einigung durch Zahlung einer angemessenen Abfindungssumme zu verhandeln. Die Eigentümer der 187 Privatgrundstücke haben in den dem Jahre 1917 vorausgegangenen 31 Jahren, in denen der Wasserpreis 12½ Pfennig betrug, infolge ihres Vorrechtes durchschnittlich im Jahre einen Vorteil von 12 *M* gehabt, und kapitalisiert würde dieser Vorteil einen Betrag von 300 *M* ausmachen. Deshalb schlägt der Magistrat vor, man möchte den Piepenbrüdern je 300 *M* anbieten und ihnen außerdem zusichern, daß das bisherige Vorrecht bis dahin bestehen bleiben solle, bis das einzelne Grundstück den Eigentümer wechselt. Als Wechsel des Eigentums soll dabei, falls ein Grundstück mehreren Personen gehört, auch das Ausscheiden eines oder mehrerer Miteigentümer gelten.

Man kann nicht sagen, daß damit der Magistrat nicht genug geboten hätte, ich bin vielmehr der Meinung, daß es reichlich viel ist, besonders im Hinblick darauf, daß der Eigentümer darauf rechnen kann, noch eine lange Reihe von Jahren, während deren er das Grundstück behält, das Privileg genießen zu können. Bei einigem Entgegenkommen der Herrschaften würde also auf einen solchen Vertrag zu rechnen sein. Groß ist allerdings die Hoffnung hierauf nicht; sie wird eingeschränkt dadurch, wenn man hört, daß bislang nur 83 der privaten Eigentümer das ihnen gemachte Angebot angenommen haben, während 20 Beteiligte eine höhere Abfindung fordern (einer 500 *M*, 19 je 1000 *M*), und daß die übrigen bisher überhaupt noch keine Erklärung abgegeben haben. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Stadt die höheren Forderungen nicht wohl bewilligen kann, vielmehr versuchen muß, auf Grund der neuen Reichsverordnung eine höhere Vergütung für die ersten 232 cbm Wasser zu erlangen. Wenn das gelingt, so ist anzunehmen, daß später auch bei denen, die bisher das städtische Angebot nicht angenommen haben, noch Geneigtheit entstehen wird, auf das Vorrecht gegen Zahlung der Abfindung zu verzichten. Auch wenn die Verständigung schließlich nur in bezug auf einen großen Teil der bevorrechtigten Grundstücke erzielt würde, so

würde der Magistrat auch hierin schon einen Vorteil erblicken, der die Aufwendung der Abfindung rechtfertigen würde. Das zu zahlende Ablösungskapital soll aus dem Reservefonds der Wasserwerke entnommen werden werden.

Der Antrag des Magistrats geht dahin, ihn zu ermächtigen,

a) für diejenigen Piepenbrüder-Grundstücke, deren Eigentümer auf ihr in Rede stehendes Vorrecht zu verzichten bereit sind, die Abfindung von je 300 *M* zu zahlen und das Fortbestehen des Vorrechtes bis zum Wechsel des Eigentums zuzusichern,

b) in allen anderen Fällen — abgesehen von den öffentlichen Grundstücken — alsbald das schiedsgerichtliche Verfahren einzuleiten.

Wegen der nichtstädtischen öffentlichen Grundstücke behält sich der Magistrat weitere Anträge vor. Das kirchliche Grundstück, die Martinikirche, hat im vorigen Jahre überhaupt nur 1 cbm Wasser aus der städtischen Wasserleitung entnommen, hat somit gar keinen Vorteil von diesem Privilegium gehabt, und man sollte annehmen, daß auch mit den fiskalischen Grundstücken später leicht einmal ein separates Abkommen sich treffen ließe.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen Annahme der Vorschläge des Stadtmagistrats.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meine Damen und Herren! Ich habe den Verhandlungen im Finanzausschuß über diesen Punkt der Tagesordnung nicht beiwohnen können. Die fiskalischen Grundstücke wollen wir anders behandeln, als die privaten, weil sie voraussichtlich auf ewige Zeit in der Hand ihres Besitzers bleiben, wir also mit der Bedingung, daß das Privilegium im Falle des Wechsels des Besitzers aufhören soll, nicht weiterkommen würden. Nun ist aber leider übersehen, daß unter den Privatgrundstücken einige sind, die mehr oder weniger in ähnlicher Lage sich befinden wie die fiskalischen Grundstücke: das sind die Häuser, die Stiftungen gehören, und bei ihnen hätte der Magistrat am besten ebenso vorgehen sollen, wie bei den fiskalischen Grundstücken. Es handelt sich dabei aber wohl nur um wenige Grundstücke, das der Alldßschen Stiftung in der Turnierstraße und noch zwei andere, aber wiederum möchte man doch auch gern tunlichst alle diese Vorrechte aus der Welt bringen. Dieses Vorrecht auf ewige Zeiten ist damals übrigens nur einem Teile der Grundstücke zugebilligt worden. Mit den Grundbesitzern aus der Neustadt aber, die anfangs nicht an die neue städtische Wasserleitung angeschlossen waren, ist nur ein auf 30 Jahre gültiger Vertrag abgeschlossen, der inzwischen abgelaufen ist. Wir hatten vor, wegen der fiskalischen Grundstücke uns an die Volksbeauftragten zu wenden und entsprechende Vorschläge zu machen. Als Zeitdauer für das Fortbestehen des Privilegs wollte ich 30 Jahre, die Zeit eines Menschenlebens, vorschlagen. (Zuruf: Das Leben währet 70 Jahre!)

Ja, aber im Durchschnitt nur 30 Jahre. Es ist auffallend, wie wenig Gebrauch von diesem Recht der Fiskus macht, denn nicht weniger als 8 von diesen 16 Grundstücken haben das ihnen zustehende Quantum Wasser nicht verbraucht. Wenn der Rat der Volksbeauftragten ausrechnet, wie der Staat sich dabei steht, dann muß er sich sagen, daß er durch das Bestehen des Vorrechts unter Umständen sogar ein schlechtes Geschäft macht, und so wird er, wie ich hoffe, die Ablösung des Privilegiums gern annehmen.

Ohne weitere Meldungen zum Wort. Das Einverständnis der Versammlung mit den Anträgen des Magistrats wird vom **Vorsitzenden** angenommen.

18. Beitritt der Stadt zum Niedersächsischen Baumuseums-Verein.

Stadtv. **Munte**: Der Niedersächsische Baumuseumsverein in Hannover hat sich an unsere Stadt mit der Bitte gewandt, die Bestrebungen des Vereins durch einen jährlichen Zuschuß zu fördern. Der Verein sammelt Modelle, Originalabgüsse, Zeichnungen und Aufnahmen alter niedersächsischer Bauten und stellt sie zur Schau. Dafür sollen Räumlichkeiten eingerichtet werden. Fast alle Städte Niedersachsens sind dem Verein als Mitglied beigetreten, und der Stadtmagistrat schlägt vor, daß auch unsere Stadt mit einem Jahresbeitrage von 300 M ihren Beitritt erklärt. Die Mitgliedschaft ist selbstverständlich nur auf Widerruf übernommen; wenn man also zum Beispiel finden würde, daß der Verein nicht richtig geleitet würde, so könnte auch der Austritt wieder erfolgen. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen in Übereinstimmung mit dem Magistrat, die Mitgliedschaft mit dem genannten Beitrage zu erwerben.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Beitritt der Stadt an.

19. Ausbau der Goethestraße zwischen Hänselmannstraße und Riddagshäuser Weg.

Stadtv. **Stegmann**: Vor einiger Zeit haben die städtischen Behörden beschlossen, den Ausbau der Goethestraße, und zwar als Notstandsarbeit, vorzunehmen, und die Braunschweiger Baugenossenschaft hat die baupolizeiliche Genehmigung zur Errichtung mehrerer Wohngebäude an dieser Straße auf der Strecke zwischen Hänselmannstraße und Riddagshäuser Weg erhalten. Jetzt beantragt diese Baugenossenschaft, sie als Unternehmerin für den Bau dieser Teilstrecke zuzulassen, und der Magistrat übersendet uns den diesbezüglich abgeschlossenen Vertrag zur Genehmigung. Es erübrigt sich wohl,

die einzelnen Paragraphen zu verlesen. Der Vertrag enthält unter anderem die Bestimmungen über den Erwerb des Straßenterrains, und zwar will die Baugenossenschaft, der das Gelände gehört, das Quadratmeter mit 10 *M* an die Stadt abgeben. Ebenso gibt ein Herr Roland einen Teil des zum Straßenbau nötigen Geländes ab — das können Sie auf dem ausgehängten Lageplan aufgezeichnet finden. Weiter enthält der Vertrag die Zahlungsbedingungen, die Abmachungen über Reinigung der Straße, über Legung des Kanals und der Gas- und Wasserleitungsröhre. Der Magistrat bemerkt zu dem Vertrage noch folgendes:

1. Die Kosten der unterirdischen Anlagen, Kanalisation, Gas- und Wasserleitung sollen sofort in vollem Umfange von der Stadt übernommen werden.

2. Die Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Straße übernimmt die Stadt auf ihre Kosten.

In der Übernahme dieser Leistungen bekundet die Stadt zweifellos ein Entgegenkommen. Der Stadtmagistrat glaubt aber, dieses Entgegenkommen zeigen zu müssen, da die Braunschweiger Baugenossenschaft mit dazu beiträgt, die Wohnungsnot zu lindern.

Sodann ersucht der Magistrat, zuzustimmen, daß die fragliche Teilstrecke der Goethestraße zur Ortsstraße erklärt wird.

Ferner handelt es sich darum, die Kosten für Herrichtung des Gas- und Wasserrohres im Betrage von $4600 + 3800 \text{ M} = 8400 \text{ M}$ zu Lasten des Reservefonds der Gesamtwerke zu bewilligen.

Schließlich bittet der Magistrat, den mit 44 000 *M* abschließenden Kostenaufschlag und die Verteilungsberechnung für den oberirdischen Ausbau zu genehmigen.

Die Kosten für den Abflußkanal und den oberirdischen Ausbau sind in dem früher von dem Magistrat schon eingereichten Notstandsarbeitenprogramm bereits bewilligt.

Über die Art des Ausbaues der Goethestraße ist folgendes zu berichten: Die Straße soll in einer Breite von 16 m derartig ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 4 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Erstere soll auf chauffierter Unterlage mit einer Teermafadamdecke versehen werden, letztere sollen durch Granitbordquader von der Fahrbahn abgetrennt und an den Vorgärten entlang mit einem Plattenbelage von je 2 m Breite versehen werden. An der Kreuzung mit dem Riddagshäuser Wege soll ein Übergang angelegt werden, und außerdem soll auf den Fußwegen je eine Reihe Laubbäume angepflanzt werden.

Die Gesamtkosten des Ausbaues der Straßenstrecke belaufen sich auf 28 500 *M*, die Kosten des Grundstückserwerbs auf 15 500 *M*, so daß eine Gesamt-

summe von 44 000 *M* herauskommt und, da es sich um eine gesamte Frontlänge von 171 laufenden Metern handelt, ein Anliegerbeitrag von 257,30 *M* zu zahlen sein würde.

Für den Fall, daß der oberirdische Ausbau der Goethestraße als Notstandsarbeit zur Ausführung kommen sollte, würden die ermäßigten Baukosten für die Anlieger sich auf 21 700 *M* belaufen und alsdann der voraussichtliche Einheitsbeitrag zu den Straßenbaukosten für das Meter Frontlänge 217,50 *M* betragen.

Der Bauausschuß hat die Vorlage eingehend durchberaten und empfiehlt Ihnen Annahme derselben.

Nachträglich wurde gestern noch vom Magistrat im Bauausschuß beantragt, dem Erwerbe des Geländes für diese Straßenstrecke zuzustimmen, das Herrn Roland gehört. Der Preis für das Quadratmeter ist auf 10 *M* festgesetzt, und der Betrag für diesen Erwerb soll bei der Berechnung der Anliegerkosten für die beiden Häuser des Herrn Roland in Anrechnung gebracht werden. Auch dieser Vorlage hat die Baukommission zugestimmt. — Ich bitte die geehrte Versammlung namens der Baukommission, diese beiden Magistratsvorlagen zu genehmigen.

Da keine Meldungen zum Wort erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit den Magistratsanträgen an.

20. Erhöhung der Stellenzulage für die Lehrkräfte an der Hilsschule.

Stadtv. Frede: Die Lehrkräfte an der Hilsschule haben unter Hinweis auf die durch den Krieg hervorgerufenen Umstände, die eine Erschwerung der Unterrichtstätigkeit im Gefolge haben, gebeten, ihre persönliche Zulage zu erhöhen, und ferner, diese Zulage pensionsfähig zu machen. Der Schulvorstand hat die erste Forderung als berechtigt anerkannt und schlägt vor, die persönliche Zulage für diese Lehrer von 300 *M* auf 500 *M* und für die Lehrerinnen an der Hilsschule von 200 *M* auf 300 *M* zu erhöhen. Der weitergehende Antrag, diese Zulagen als pensionsfähige zu erklären, wurde abgelehnt. Der Magistrat schließt sich der Ansicht des Schulvorstandes an. Ich glaube, wohl nicht näher darauf eingehen zu müssen, daß gegen die Pensionsberechtigung dieser persönlichen Zulagen gewisse Bedenken bestehen. Wir haben schon früher einmal darauf verwiesen, daß ein solches Zugeständnis zu schweren Berufungen führen würde. Die Schulkommission hat den Antrag des Magistrats gutgeheißen und empfiehlt der Versammlung, gleichlautend zu beschließen mit der Maßgabe, daß die Erhöhung rückwirkend vom 1. April dieses Jahres an gezahlt wird.

Wortmeldungen zu diesem Punkte erfolgen nicht, und der **Vorsitzende** nimmt die Zustimmung der Versammlung zu dem Antrage der Schulkommission an.

21. Nachverwilligung von Kosten für Instandhaltung der Zufahrtswege zu den beiden Müllabladep läzen.

Stadtv. **Riefe I:** Schon im Jahre 1917 hatte es sich herausgestellt, daß die Wege zu den beiden Müllabladep läzen im Bürgerpark und auf dem Arkeröder Felde ausgebessert werden mußten, damit unsere Fuhrwerke die Plätze leichter erreichen konnten, und es wurden damals vom verstärkten Finanzausschuß 5000 *M* dafür bewilligt. Diese Summe ist aber nun um 1327,48 *M* überschritten. Die Mehrausgabe ist dadurch entstanden, daß die Wegebefestigung in erheblich größerer Länge ausgeführt werden mußte, als ursprünglich angenommen war. Es sind dann noch weitere Aufwendungen in der Zeit vom 20. Dezember 1918 bis zum 4. April 1919 notwendig geworden, und ferner hat sich als nötig erwiesen, die im Vorjahre ausgebesserte Fahrbahn des Mittelweges noch einmal mit einer Decklage zu versehen. Der Stadtmagistrat ersucht nun die Stadtverordneten, die Mehrkosten im Betrage von 13 099,43 *M* nachträglich zu bewilligen.

Auch diese Vorlage hat der Baukommission vorgelegen. Letztere ist mit der Nachbewilligung einverstanden und gibt Ihnen anheim, in gleichem Sinne zu beschließen.

Die Versammlung stimmt der Nachverwilligung zu.

22. Verkauf einer Teilfläche des Arkeröder Feldes an die Braunschweigische Heimstättengesellschaft.

Stadtv. **Tostmann:** Vor längerer Zeit hat sich hier in Braunschweig eine Heimstättengesellschaft gegründet, die aus der Abfallverwertungsgesellschaft hervorgegangen ist, und deren Aufgabe es sein soll, Wohnheimstätten im Sinne des Heimstättengesetzes zu schaffen. Diese Gesellschaft ist als eine gemeinnützige im Sinne des Siedlungsgesetzes vom Räte der Volksbeauftragten anerkannt und beabsichtigt, noch in diesem Jahre ihre Bautätigkeit zu beginnen. Baukostenzuschüsse für mehrere Einfamilienhäuser für Minderbemittelte sind in Aussicht gestellt.

Ihre Bautätigkeit möchte die Braunschweigische Heimstättengesellschaft auf dem Arkeröder Felde beginnen. Der Plan hängt dort an der Wandtafel zur Einsichtnahme aus. Die Gesellschaft hat für den Bau die vom Bienröder Weg, dem Galgenbergweg und den Straßen 890, 891, 826 und 827 eingeschlossenen Baublöcke in Aussicht genommen. Vorerst möchte sie aber nur die auf dem Plan rot umrandete Hälfte der Fläche erwerben. Diese hat eine Größe von rund 170 *a*. Unter Zubilligung eines Einheitspreises von 3 *M* für das Quadratmeter würde der Kaufpreis 51 000 *M* betragen. Das den Baublock umgebende Straßenland wird nicht mitverkauft, aber die Straßenbaukosten fallen dem Erwerber in üblicher

Weise zur Last. Der zu verkaufende Baublock wird von den Straßen 886, 887, 888 und 885 durchquert. Die Heimstättengesellschaft bittet, diese Straßen im Ortsbauplan aufheben zu wollen, um größere Gartentiefen für ihre Grundstücke zu erzielen. Dieser Aufhebung der genannten Straßen steht nichts im Wege, und der Magistrat beantragt, sie zu beschließen. Ferner werden wir ersucht, dem gleichzeitig uns vorgelegten Vertragsentwurf zuzustimmen. Ich erlaube mir, den Inhalt der geehrten Versammlung zum Vortrag zu bringen:

Im § 1 werden die Vertragsschließenden genannt und die Größe der zu verkaufenden Fläche auf etwa 170 a festgestellt.

Im § 2 wird gesagt, daß der Kaufpreis mit 3 *M* für das Quadratmeter bei der Auflassung zu zahlen ist.

Im § 3 wird festgesetzt, daß die Heimstättengesellschaft, wenn auf ihren Wunsch die Räumung der augenblicklich verpachteten Flächen vor dem 1. November geschehen soll, die in den Pachtverträgen vorgesehenen Entschädigungen für vorzeitige Räumung zahlen muß.

Im § 4 heißt es: Der Stadtgemeinde steht gemäß § 499 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Wiederkaufsrecht hinsichtlich der ganzen im § 1 genannten Flächen zu, und zwar bis zum 1. Oktober 1979. Sie verpflichtet sich aber, solange die einzelnen Teile davon zur Schaffung von Heimstätten im Sinne des Gesetzes Nr. 22 vom 27. April 1918 Verwendung finden, das Wiederkaufsrecht hinsichtlich dieser einzelnen Teile nicht auszunützen.

Zur Sicherung des Wiederkaufsrechtes der Stadt ist bei der Auflassung an die Heimstättengesellschaft eine Vermerkung zur Erhaltung des Rechtes auf Rückauflassung im Grundbuch einzutragen. Als Wiederkaufsrechtspreis gilt der jetzige Kaufpreis. Die Entschädigung für die auf dem Grundstück errichteten Baulichkeiten und sonstige Verwendungen soll durch eine Schätzungskommission in der Weise festgestellt werden, daß derjenige Preis zugrunde gelegt wird, welcher zur Zeit der Errichtung der Baulichkeiten der Heimstättengesellschaft zu eigenen Lasten erwachsen ist. Reichs-, Staats-, Gemeinde- und sonstige Zuschüsse bleiben unberücksichtigt. Diesem ursprünglichen Preise wird derjenige Betrag zugerechnet, um welchen die Gebäude durch bauliche Verbesserung im Werte gestiegen sind, soweit dieser Mehrwert zur Zeit des Wiederkaufes im Anwesen noch vorhanden ist. Andererseits wird derjenige Betrag von diesem Preise wieder abgezogen, um welchen sich der Wert des Anwesens zum Beispiel durch die Benutzung verringert hat. Die Schätzungskommission besteht aus zwei Sachverständigen, von denen jede Partei einen zu wählen hat. Vor Inangriffnahme der Schätzung wählen die beiden Sachverständigen einen Obmann; können sie sich über die Wahl desselben nicht einigen, so ist dieser von der Kreisdirektion zu bestimmen. Der Obmann ist jedoch nur hinzuzuziehen, wenn sich die Sachverständigen nicht einigen können.

§ 5. Die Braunschweigische Heimstätten-Gesellschaft verpflichtet sich, auf dem im § 1 bezeichneten Gelände Neubauten, Um- oder Erweiterungsbauten nur nach Plänen, welche vom Stadtmagistrat ausdrücklich genehmigt sind, auszuführen.

§ 6 bestimmt, daß die Kosten des Verkaufes und der Auflassung samt allen sonstigen Unkosten die Käuferin trägt.

Der Bauausschuß hat sich mit diesem Vertragsentwurf eingehend beschäftigt, stimmt ihm zu und empfiehlt den geehrten Damen und Herren die Annahme desselben.

Vorsitzender: Ich glaube annehmen zu können, daß die Versammlung mit dem Vertrage einverstanden ist und der Aufhebung der genannten Straßen zustimmt. (Ohne Widerspruch.)

23. Anfrage Frede, betreffend Übernahme der katholischen Schule und Anszahlung der erhöhten Feuerungszulage an die Lehrer derselben.

Wortlaut der Anfrage j. S. 448.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß unsere katholischen Mitbürger Grund haben, sich zu beklagen über eine — wie soll ich sagen — nachlässige Behandlung in bezug auf zwei Forderungen, die die katholische Gemeinde beziehungsweise eine Gruppe derselben schon lange gestellt hat. Es betrifft dies einmal die Überleitung der katholischen Schule in städtischen Besitz. Die älteren Mitglieder dieser Versammlung werden wissen, daß schon seit langen Jahren Bestrebungen im Gange sind, um die katholische Schule in städtische Verwaltung zu übernehmen. Ich erinnere daran, daß die städtischen Behörden im September vorigen Jahres, also jetzt gerade vor einem Jahre, den Beschluß gefaßt haben, die katholische Schule stadtseitig zu übernehmen. Es kam die Revolution dazwischen, und die neue Regierung fand an dem Abkommen zwischen der katholischen Gemeinde und der Stadt verschiedenes auszuheben. Wir haben dann zu Beginn dieses Sommers den Bedingungen, die seitens der Regierung gestellt wurden, Rechnung getragen, haben die Abmachung geändert, und noch heute ist der Übergang nicht erfolgt.

Die zweite Klage, die erhoben wird, betrifft die Lehrer an der katholischen Schule. Diese sind bekanntlich der unter diesen Umständen am meisten leidende Teil. Ihnen ist von uns ein Anspruch auf eine Feuerungszulage zugestanden worden, die vom 1. Januar dieses Jahres ab zahlbar ist. Sie haben auch bei den Verhandlungen wegen Übernahme der katholischen Schule die Zusicherung bekommen, daß sie gleich den übrigen städtischen Lehrern behandelt werden sollten. Ein

Vorschuß sollte nach einer späteren Verhandlung ihnen am 1. Juli gezahlt werden, aber weder die Teuerungszulage vom 1. Januar an ist ihnen gezahlt, noch ist ihnen ein Vorschuß ausgezahlt worden. Wir haben anerkannt, daß der Notstand selbstverständlich auch für die katholischen Lehrer besteht, und da verstehe ich nicht, warum nicht wenigstens in diesem sehr dringlichen Punkte den Wünschen der Lehrer Rechnung getragen ist, indem ihnen die Teuerungszulage oder wenigstens der Vorschuß ausbezahlt wird. Ich möchte den Magistrat bitten, wenn es ihm möglich ist, darüber Auskunft zu geben, welche Gründe in beiden Beziehungen hinderlich gewesen sind.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Was zunächst die erste Frage betrifft, so muß ich darauf hinweisen, daß von uns erst im Juni dieses Jahres mit Ihnen verhandelt ist über die Abänderung des mit der katholischen Kirche abgeschlossenen Vertrages. Das Resultat dieser Verhandlungen ist dann von uns dem Rat der Volksbeauftragten mit Bericht vom 1. Juli dieses Jahres unterbreitet, und auf diesen Bericht haben wir bis jetzt Antwort noch nicht bekommen. Ich denke mir, es hängt das zusammen damit, daß wir gleichzeitig den Antrag gestellt hatten, es möge nicht nur das eingereichte Statut genehmigt werden, sondern auch die Zulage erteilt werden, daß der Staat Zuschüsse zu den Kosten der katholischen Schulen in gleicher Weise übernimmt, wie es bei den Bürgerschulen geschieht. Soviel ich weiß, sollte heute oder morgen über diese Frage im Landtage verhandelt werden. (Zuruf Rönneburg: Das ist heute angenommen.) Dann wird wohl die Antwort von der Regierung bald kommen.

Was die Teuerungszulage für die katholischen Lehrer anlangt, so bin ich darüber nicht genauer unterrichtet; Herr Stadtrat von Frankenberg, der diese Sache bearbeitet, ist augenblicklich noch im Urlaub. Soviel ich mich erinnere, liegt die Sache so, daß die Stadt bereit war, ein Drittel dieser Zulagen zuzuschießen, wenn auch der Staat und die katholische Kirche je ein Drittel derselben zahlen würden. Aus den Akten kann ich nicht ersehen, wie weit die Sache gediehen ist, so daß ich Ihnen heute keine Auskunft geben kann. In der nächsten Sitzung wird aber von Herrn Stadtrat von Frankenberg Auskunft gegeben werden können.

24. Anfrage Göze, betreffend die plötzliche Beschlagnahme der ausländischen Seife.

Wortlaut der Anfrage s. S. 448.

Stadtv. Frau Göze (zur Begründung): In weiten Kreisen der Hausfrauenwelt ist Befremden darüber laut geworden, daß seit einigen Tagen in hiesiger

Stadt gar keine Seife mehr zu kaufen ist, und in der Zeitung ist darauf hingewiesen worden, daß die in den Geschäften vorhandene Seife plötzlich beschlagnahmt worden ist. Ich möchte mir die Anfrage an den Magistrat erlauben, ob er Auskunft darüber geben kann, weshalb das geschehen ist. Daß es durchaus erfreulich war, daß es nun wieder in den hiesigen Geschäften Seife zu kaufen gab, darüber sind wir uns wohl alle einig. Wer an solchen Arbeitsstätten zu tun hat wie wir im Jugendheim und dort den Kampf mit anderer Leute Krätze zu führen hat, der wird überzeugt sein, daß das Vorkommen dieser Hautkrankheit vor allem auf den Mangel an Seife zurückzuführen ist. Wir mögen noch so sauber diese Kinder in die Schule schicken, sie kommen doch mit dieser Hautkrankheit behaftet in den nächsten Tagen wieder, und Sie können sich denken, wie sehr wir unter diesen Zuständen leiden. Es ist höchst bedauerlich, daß man jetzt gezwungen wird, auf Schleichhandelswegen Seife zu ergattern.

Oberamtsrichter Meyer: Dieselbe Frage, die Frau Professor Göhe stellt, ist auch im Landtage angeschnitten worden, und wir hier alle haben wohl das Gefühl, daß die Beschlagnahme der Seife nicht notwendig gewesen wäre. Man hat während der ganzen Jahre sich mit der Kriegsseife behelfen müssen und hat gesehen, wie das Reich nicht in der Lage war, dem Bedarf an Seife, der sich besonders bei den vielen Hautkrankheiten gezeigt hat, wie Frau Professor Göhe ganz richtig gesagt hat, Rechnung zu tragen. Man hat gesehen, daß es nicht möglich war, mit der geringen Menge Seife, besonders bei dem Mangel an jeglicher Fettseife, auszukommen, und der Magistrat hat deswegen seit mehr als einem Jahre beide Augen zugedrückt, wenn ausländische Seife bei uns in den Handel kam, und sich darauf beschränkt, den Handel nur daraufhin zu überwachen, daß nicht Wucherpreise gefordert werden. Über die Preise entstanden natürlich manchmal Zweifel, die durch Aufklärung behoben werden mußten, aber die Sache ist doch leidlich gut gegangen. In Berlin besteht bekanntlich immer noch der Kriegsauschuß für Ole und Fette, ebenso die Seifenvertriebsstelle, und nach einer Mitteilung, die vor einigen Wochen durch die Zeitungen gegangen ist, legen diese Reichsstellen den größten Wert darauf, daß die heimische Seifenindustrie nicht durch die vielen Zufuhren aus dem Auslande lahmgelegt wird. Inwieweit diese Mitteilung zutrifft, entzieht sich meiner Beurteilung, aber ich sollte meinen, daß, solange die heimische Seifenindustrie keine Rohstoffe hat, um selbst Seife herzustellen, von einem Lahmlegen der deutschen Seifenindustrie durch die Zufuhr der ausländischen Seife keine Rede sein kann. Dabei ist das Interesse der Bevölkerung an der Zuführung von Seife zur Bekämpfung von Krankheiten und Schmutz ein solch außerordentlich großes, daß man sich über diese wirtschaftlichen Bedenken, die man haben könnte, zugunsten der Volksgesundheit zunächst einmal hinwegsetzen mußte. Wir wissen

alle, wie die Grippe in Deutschland gewütet hat, und ich bin überzeugt, daß ein Teil der Aussteckungen zurückzuführen ist auf den Mangel an Seife. Ebenso spielt die Ungezieferplage in dieses Gebiet mit hinein. Auch jetzt hört man wieder von einer geheimnisvollen Krankheit, die umgehen soll. Die Krankheitskeime liegen zu Millionen in der Luft; man muß sich schützen und muß deshalb außerordentlich bedauern, daß die Reichsstellen nicht in erster Linie den Gesichtspunkt der Gesundheitsförderung, der allgemeinen Wohlfahrtspflege im Auge haben, sondern mehr wirtschaftliche Bedenken.

Praktisch läßt sich von uns aus wenig gegen diese Maßnahme, die von Berlin aus verfügt ist, machen. Wir werden unser möglichstes tun und darauf hinzuwirken suchen, daß seitens der Regierung Vorstellungen in Berlin erhoben werden. Ich vermute, daß auch die Anfrage im Landtage diesen Erfolg haben wird. Worauf wir vor allen Dingen Wert legen müssen, ist die Beseitigung des Umstandes, daß bisher jegliche Vorschrift über die Einfuhr aus dem Auslande fehlt. Das ist außerordentlich bedauerlich. Die Geschäftsleute kaufen im besten Glauben, weil sie den Bedarf hier sehen, und nachher wird ihnen die Ware beschlagnahmt. Es ist die höchste Zeit, daß die zuständigen Reichsstellen erklären, das und das darf mit Rücksicht auf unsere Valuta eingeführt werden, und das nicht. Es geht nicht an, daß alles mögliche waggonweise über die Grenze zu bringen zugelassen wird, und daß dann den armen Geschäftsleuten die Sachen wieder weggenommen werden. Dagegen muß man sich wehren, und das wird seitens des Stadtmagistrats geschehen. (Bravo!)

Frau Stadtv. **Göge** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich möchte besonders auf eins hinweisen: Soweit mir bekannt geworden ist, und wie es auch durch die Zeitungen gegangen ist, sind alle diese Maßregeln, die wir unserer Hauptstadt Berlin zu verdanken haben, verursacht dadurch, daß 40—42 000 Handelsangestellte dieser Kriegsgesellschaften zu versorgen sind, und daß man in den maßgebenden Kreisen sagt: Diese 40 000 Handlungsgehilfen, Reisende und alles, was an den Kriegsgesellschaften herumhängt, kann man nicht sofort entlassen, sondern muß sie noch eine Zeitlang beschäftigen. Aus diesen Gründen heraus müssen die Kriegsgesellschaften weiterwirtschaften, und so erklärt es sich — ich sage es offen —, daß man auf solche Streiche verfällt und den Leuten die Mittel, welche sie zur Reinlichkeit bedürfen, entzieht. Ich habe vorhin schon auf das Spitzeltum hingewiesen. Auch hier ist es dieselbe Geschichte. Man baldowert aus, wo etwas zu holen ist, und nimmt es den Leuten weg. Das ist dasselbe in der Gastwirts- wie in der Seifenfrage, und

Herr Oberamtsrichter Meyer legte schon dar, wo der Hebel anzusetzen ist. Wenn heute im Landtag und gleichzeitig in der Stadtverordnetenversammlung eine Beschwerde zustande käme, und zwar beim Reichstag — wie man jetzt sagen kann, nicht mehr Nationalversammlung —, und wenn man nicht erst an den Minister und an die Fettgesellschaft und wie die Gesellschaften alle heißen, gehen müßte, wenn wir mit unseren Wünschen und Beschwerden gleich an die Schenke gingen, dann würde ich das für zweckmäßig halten. Der Herr Oberbürgermeister winkt ab. Ja, Herr Oberbürgermeister, wir sind in Braunschweig während der vier Jahre zu bescheiden gewesen, wir haben uns nichts erlaubt und nichts erdreistet. Wir haben uns den Anordnungen gefügt; andere Städte, die das nicht getan haben, die haben besser abgeschnitten, die haben über die Stränge geschlagen und ihren Einwohnern damit wohl gedient. Hier in Braunschweig hat man alles zu streng genommen, das ist der allgemeine Glaube der Leute, wes Standes sie auch sein mögen. In anderen Städten ist alles zu haben, wenn auch für teures Geld. Wochenlang haben wir auf Zucker und andere Dinge gewartet, und doch bekommen wir nur homöopathische Dosen davon zugeteilt. Aber es kann immer noch geschehen, daß wir uns mehr auf die Hinterbeine stellen und einen anderen Standpunkt vertreten als früher. Ich bitte den Magistrat, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in dieser Seifenfrage schnell Abhilfe geschaffen wird.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Daß ich abgewinkt habe, hatte durchaus nicht die Bedeutung, daß ich in dieser Sache nicht mitmachen will. Ich bin durchaus derselben Ansicht, wie sie der Herr Oberamtsrichter Meyer vertreten hat; aber wir wollen doch praktische Arbeit treiben. Wenn Herr Meyerhoff jemals gesehen hätte, wie ich Gelegenheit dazu gehabt habe, welche Flut von Petitionen beim Reichstag eingeht und wie sie dort behandelt werden, dann würde er dem Magistrat nicht den Rat geben, sich in dieser Sache an den Reichstag zu wenden. Meiner Ansicht nach und nach meiner Erfahrung haben wir davon nichts. Wenn wir etwas erreichen wollen, dann ist es am ersten möglich durch Vermittlung unserer Regierung und durch unseren Gesandten in Berlin. Eine Petition beim Reichstag hat kaum eine Wirkung. (Zuruf: Kommt in den Papierkorb.)

Stadtv. **Schmidt**: Was Herr Meyerhoff über die Kriegsgesellschaften gesagt hat, das trifft in der Weise zu, daß sie da sind, um alles zu verteuern. Wir haben erlebt, daß große Proteste ausgegangen sind, nicht nur von Braunschweig, sondern auch von anderen Städten, daß ihr Inhalt anerkannt wurde und in Aussicht gestellt, daß Abhilfe geschaffen würde, aber man sieht, daß nichts geschehen ist, was für die Allgemeinheit Bedeutung hätte. Das Übel liegt anderwärts, liegt an den Stellen, die ein Interesse daran haben, daß die Kriegsgesellschaften noch weiter be-

stehen. Wenn man gelesen hat, wie die Kriegslebergesellschaft und hundert andere Kriegsgesellschaften ihre Existenz nur aufgebaut haben, um Überschüsse herauszuholen, dann muß man staunen, wie das möglich ist, und wie die Allgemeinheit darunter leiden muß. So hat auch die Kriegsgesellschaft für Ole und Fette in Braunschweig darnach gesucht, wo Seife vorhanden ist. Ist es denn ein Geheimnis gewesen, daß Fettseifen verkauft wurden? Monatelang haben sie in allen Läden ausgelegen, und nichts ist dagegen geschehen. Aber jetzt, nachdem sich die Bevölkerung daran gewöhnt hat und man sich freut, daß man wieder zu richtiger Seife kommen kann, jetzt kommt die Beschlagnahme, und es wird gesagt, daß die Bevölkerung sehen soll, daß sie nicht alles ungestraft hinnehmen kann. Mir ist gesagt, das Vorgehen der Kriegsgesellschaft hätte seine Ursache darin, daß zur Erzeugung von Kriegsseife, also der Tonseife, noch für Millionen Rohprodukte vorhanden seien, und daß die Kriegsgesellschaft für Ole und Fette deshalb ein großes Interesse daran habe, daß die Bevölkerung erst einmal diese Tonseife kauft. Im Absatz der Tonseifen und der R.-A.-Seife sei ein Rückgang eingetreten, und deshalb habe die Beschlagnahme stattgefunden. Wir haben von den Kriegserzeugnissen reichlich viel genossen und reichlich viel Geld dafür opfern müssen, und doch nichts davon gehabt. Es ist durchaus nicht notwendig, den Ton noch zentnerweise in die Haushaltungen hineinzuschleppen, da die Hausfrau doch keine Wäsche damit waschen kann, noch dazu, da es an den anderen Zutaten auch fehlt. An allen Ecken und Kanten ist die Kriegsware noch für 10 Jahre aufgespeichert, sonst könnte man die jetzigen Maßnahmen nicht begreifen. Ich bin der Meinung, wir sollten uns in Braunschweig auf uns selbst besinnen und versuchen, in Wirklichkeit den Interessen der Bevölkerung Rechnung zu tragen; das wäre das richtigste. Nach meiner Meinung ist die Ängstlichkeit der Bürger bezüglich der Seife, wie sie Herr Meyerhoff gekennzeichnet hat, tatsächlich vorhanden. Ob sich aber durch eine Petition beim Reichstag Abhilfe erreichen lassen wird, das will ich bezweifeln. Hier wird Selbsthilfe das richtige sein. Mit Hilfe der Volksbeauftragten werden wir am besten selbst für Freigabe sorgen können, von Reichs wegen werden wir nichts zu erwarten haben.

Stadtv. Meyerhoff: Der Herr Vorredner hat die Verhältnisse, wie sie bestehen, geschildert. Ich habe absichtlich nichts davon gesagt, daß die Kriegsgesellschaften erst noch ihre Vorräte an den Mann bringen wollen. Ich habe mit Seifensfabrikanten, also mit Seifensiedern, in Braunschweig gesprochen, und sie haben mir gesagt, daß sie gar nicht in der Lage sind, Seife herzustellen, denn sie bekommen kein Fett dafür. Was nützt uns die Gesellschaft für Ole und Fette, wenn sie kein Öl und Fett herausgibt? Sie unterdrückt alles, um ihren Kram erst los-

zuwerden, ihren Dreck — mit Respekt zu melden —, und dagegen muß eingeschritten werden.

Stadtv. Lehnert: Von Frau Göge ist schon darauf hingewiesen, daß es namentlich vom hygienischen Standpunkte aus notwendig ist, daß Fettseife in den Handel kommt. Wer in Arbeiterkreise hineinkommt oder Umgang mit ihnen hat, der kann sehen, in welcher traurigen Beschaffenheit die Wäsche und dergleichen selbst in bestergerstellten Kreisen ist. Man kann sehen, mit welcher Angstlichkeit das kleinste Stückchen Seife für die Wäsche aufgehoben wird. Ein Stückchen Seife wird mehr in Bewahrung genommen, als manchmal der Geldschrank, weil man einfach sagt: Mit dem Gelde kann keiner viel anfangen, aber mit Seife kannst du deinen Körper pflegen. Mein Freund Schmidt hat auf den Vertrieb der Tonseife hingewiesen. Auch mir scheint es so, als ob jene Gesellschaft meint, wir hätten in Braunschweig keinen Ton mehr. Aber um Braunschweig herum steht so viel Ton in dem Erdboden, daß sie in Berlin noch etwas davon abbekommen könnten. Dafür sollten sie uns Fett und Fettseifen geben, das wäre besser. Wir haben von den Kriegsgesellschaften genug gelitten. Jetzt erst wieder haben wir vom Stadtmagistrat eine Bekanntmachung bekommen für den innerlichen Menschen: die Suppenpakete sollen mit den Haferflocken zusammen verkauft werden.

Vorsitzender: Seife ist kein Universalmittel, um alles mögliche zu besprechen.

Stadtv. Lehnert (fortfahrend): Ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch hier die Kriegsgesellschaften mit darunterstecken; es ist so viel von diesen Suppen geschaffen, daß für die Kriegsgesellschaften in bezug auf diese Artikel der Krieg um 10 Jahre zu früh zu Ende gekommen ist. Herr Meyerhoff hat allerdings auf diese Verhältnisse in tadelnder Weise hingewiesen, aber die Erkenntnis kommt bei diesen Herrschaften zu spät. Wenn meine Freunde in früheren Zeiten daran gerührt haben, dann hat man von jener Seite gesagt: Immer langsam voran, Bescheidenheit ist eine Tugend! Ich sage: Das Volk hat lange genug unter diesem Wucher gestanden. In vielen Kaufläden hat die Seife zum Verkauf ausgelegen, aber als man gehört hat, die Kontrolle würde kommen, da sind die ganzen Sachen verschwunden — sie sind verkauft gewesen —. Und wenn ich Geschäftsmann gewesen wäre, ich hätte es selber so gemacht und hätte gleichfalls der Polizei ein Schnippchen geschlagen.

Stadtv. Frau Göge: Ich möchte nicht einen Antrag in dieser Sache einbringen, aber ich möchte doch die Bitte an den Magistrat richten, daß er bei diesem Seifenverkauf nicht nur ein Auge, sondern möglichst beide Augen zudrücken möge.

(Zuruf: Dazu haben wir kein Recht.) Es steht hier mehr auf dem Spiele, als das Wohl der Geschäftsleute; es handelt sich tatsächlich um die Gesundheit der Allgemeinheit. Seife müssen wir haben. (Sehr richtig!) Ich bin auch patriotisch gesinnt und will lieber deutsche Seife kaufen als englische; aber haben muß ich davon. Laß die Kriegsgesellschaften mit deutscher Seife herausrücken, dann will ich sie gern kaufen, und es heißt ja, daß deutsche Seife im Laufe des Septembers kommen wird. Solange sie aber nicht da ist, muß auch die ausländische Seife zum Verkauf gestellt werden.

25. Anfragen Marth und Genzen, betreffend anscheinende Unregelmäßigkeiten bei der Belieferung mit Kohlen.

Wortlaut der Anfrage s. S. 448.

Stadtv. **Marth** (zur Begründung): Es ist uns in den letzten Tagen zu Ohren gekommen, daß es mit der Kohlenversorgung nicht ganz richtig zugegangen ist: es sollen verschiedene Haushaltungen auf dem Dorfe von der Stadt aus mit Kohlen beliefert worden sein. Ferner ist bekannt geworden, daß auf der Adolfsstraße verschiedene Haushaltungen mit je 15 Zentner Kohlen beliefert worden sind. Diejenigen, die dies festgestellt haben, glauben, daß es nicht in der Ordnung ist, daß diese Haushaltungen 15 Zentner Kohlen auf einmal bekommen, wo doch andere Haushaltungen nichts erhalten. Sie weisen darauf hin, daß es als notwendig erscheint, daß den einzelnen Haushaltungen zunächst erst einmal die Mindestmenge gegeben werde, bevor einzelnen anderen Haushaltungen die größere Menge überwiesen wird. Es muß bei diesen Belieferungen nicht richtig zugegangen sein, und ich frage an, was der Magistrat zu tun gedenkt, um diese Mißstände zu beseitigen. Es wird auch Klage geführt, daß eine große Menge von Kohlen und Koks an Restaurants geliefert ist, was doch nicht angängig wäre, da doch erst einmal die ganze Bevölkerung mit kleinen Mengen beliefert werden müßte, damit sie wenigstens etwas habe und die notwendigste Heizung besitze, um das Essen kochen und eine Stube heizen zu können. Auch auf folgendes möchte ich hinweisen: Es sind auf dem Flugplatz eine Menge Kohlen gelagert gewesen. Sie sind verkauft nicht an die Leute, die dort wohnen, sondern der Vorrat ist aufgeladen und an Restaurants zu höheren Preisen verkauft, während man diese Koks mengen für die Bevölkerung auf dem Flugplatz sehr notwendig gebrauchen konnte, damit sie imstande war, ihre lustigen Wohnungen zu heizen. Es wäre am Platze gewesen, den Koks an diese Leute in kleinen Mengen abzugeben. Ich möchte den Magistrat bitten, hierüber Aufklärung zu geben und gegebenenfalls einzuschreiten.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Dem Ortsarbeiterrat war zur Kenntnis gekommen, daß einigen Privatpersonen seitens einiger Fabrikanten, Ziegeleien, Konservenfabriken größere Mengen Kohlen für ihren Haushalt überlassen waren. Der Ortsarbeiterrat ist hiergegen eingeschritten und hat in der Sache ein Schreiben an die Ortskohlenstelle gerichtet. Darauf hat er folgende Antwort von der Ortskohlenstelle bekommen: „Auf Ihr Schreiben vom 18. d. Mts. erwidern wir, daß Ihnen auf Grund der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars das Recht, Kohlenlager der Einwohner Braunschweigs, gleichviel aus welchen Gründen, zu beschlagnahmen nach unserer Auffassung nicht zustehen dürfte.“ Es handelt sich in dem Falle um einen Herrn Heine, dem von einer Ziegelei 50 Zentner Kohlen überlassen waren. Der Ortsarbeiterrat hat allerdings das Recht der Beschlagnahme nicht, hat sich an die Ortskohlenstelle gewandt und darauf das eben verlesene Schreiben bekommen. Herr Heine hat erklärt, daß ihm von der Ortskohlenstelle erklärt worden sei — das soll Herr Stadtrat Mohr erklärt haben —, daß Herr Heine nicht verpflichtet sei, dem Ortsarbeiterrat Auskunft zu erteilen, er solle sie nur verweigern. Wenn diese Darstellung zutrifft, halte ich den Vorgang für geradezu frevelhaft. Meine Herrschaften, Sie wissen, daß besonders die ärmere Bevölkerung mit Bangen dem Winter in bezug auf die Kohlenversorgung entgegensteht. Der Magistrat selbst nicht und keiner sonst weiß Abhilfe zu schaffen, keiner kann angeben, wie es im nächsten Winter mit der Heizung aussehen wird. Auch im Landtag haben wir uns heute morgen darüber unterhalten, und es sind allerhand Vorschläge gemacht, die in Anwendung gezogen werden sollen. Es wurde davon gesprochen, daß es notwendig werden würde, die Alleebäume abzuhacken, um für Feuerung zu sorgen. Wir werden erleben, daß die Industriezweige wegen mangelnder Kohlenversorgung lahmgelegt werden. Wir haben sieben Ziegeleien in Braunschweig, aber nur zwei davon können mit Kohlen beliefert werden. Wir wissen, wie notwendig die Bautätigkeit ist, um die Wohnungsnot zu beheben, und andernteils, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, denn es gibt immerhin noch einige tausend Arbeitslose in Braunschweig. Es werden im kommenden Winter lediglich Kohlen geliefert werden, damit die Industrie beschäftigt wird. Wenn wir dann sehen, daß einige Industrielle zu viel bekommen, und daß sie davon im Schieberwege — anders kann ich es nicht bezeichnen — an Freunde abgeben, dann sollte doch die Ortskohlenstelle eingreifen und nicht dem Ortsarbeiterrat sagen: Ihr habt das Recht nicht dazu. Wenn die Ortskohlenstelle Interesse an der gerechten Kohlenverteilung hat, dann müßte sie schreiben: „Ihr müßt es so machen, wenn ihr etwas erreichen wollt; wendet euch da oder dorthin.“ Wenn aber gesagt wird: „Kehrt euch nicht an den Ortsarbeiterrat, verweigert die Auskunft, den Ortsarbeiterrat kümmert die Sache nicht“, dann kann

ich mit diesem Schreiben der Ortskohlenstelle nicht einverstanden sein. Die Ortskohlenstelle ist dazu da, daß sie dafür sorgt, daß die Kohlen gleichmäßig verteilt werden, nicht aber, um gewissermaßen diesen Schiebereien Vorschub zu leisten.

Stadtrat Mohr: Meine geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich darauf antworten, was Herr Marth vorgebracht hat. Er führte an, in der Adolfsstraße seien 15 Zentner auf einmal geliefert, und bemängelte das. Möglich ist es schon, daß so etwas vorkommt. Wenn jemand in seinen Kohlenheften je nach der Größe der Wohnung 60—70 Zentner zugebilligt bekommen hat, und es sind von den Kartennummern 2—3 Nummern freigegeben, wie jetzt an Küchenkohlen und Ofenbrand, so würde er — vorausgesetzt, daß er vorher noch nichts bekommen hat — schon allein auf 50 Zentner Hausbrandkohlen 10 Zentner bekommen und auf die Küchenkohlen dann noch 9 Zentner. Das wären 19 Zentner, die er mit einem Male beziehen könnte. Aber die Zufuhr an Kohlen ist in diesem Monate leider so gering gewesen, daß wir für den August mit einer Belieferung von nur 50 Prozent des erwarteten Quantum abschneiden werden. Es sind im ganzen 39 Prozent Kohlen weniger angeliefert, als uns von der Reichskohlenstelle eigentlich hätten zugewiesen werden müssen; es sind 250 000 Zentner, die uns fehlen. Das ist bedauerlich, aber wir können nichts daran ändern.

Was nun den Koks auf dem Flugplatz anlangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß die 520 Zentner, die dort gelagert haben, von uns mit 2,45 *M* für den Zentner angekauft sind. Es handelt sich dabei um Koks I, der für Haushaltungen vollständig unbrauchbar ist. Dieser Koks ist selbst mit einem Beile nicht zu zerkleinern, es müssen Brechmaschinen dazu verwandt werden, so hart und klinkerartig ist er; er ist mit dem Grobkoks vom Gaswerk nicht zu vergleichen. Zu gebrauchen wäre er vielleicht für Zentralheizungen oder für Schmieden und ähnliche industrielle Betriebe. Um ihn zu verwerten, haben wir diesen Koks einigen Kohlenhändlern zugewiesen mit der Bestimmung, daß sie ihn an solche Betriebe abgeben, die Koks I gebrauchen können. Unter den Abnehmern befinden sich der Ratskeller, das Bankhaus Guttind, der Preussische Hof, das Hotel Kaiserhof und andere. Wäre es solche Feuerung gewesen, die für Hausbrand zu verwenden ist, dann hätten wir sie verwandt, um sie unter Benutzung der Mittel, die uns das Reich gegeben hat, den Minderbemittelten gratis abzugeben — dafür war er aber nicht zu gebrauchen. Soviel ich weiß, haben auf dem Flugplatz anfangs nicht nur diese 520 Zentner, sondern 1000 Zentner gelagert, aber ein Teil davon ist durch Schleichhandel und Zwischenhandel verschwunden. Durch unser Dazwischentreten ist verhindert, daß das so weiter gegangen ist; unser Revisor Macke hat die Kohlen für die Stadt angekauft, wir haben sie abgenommen und den Kohlenhändlern zu den Preisen überwiesen, den sie auf der Zeche bezahlen müssen, 5,60 *M*

je Zentner. Der Kohlenhändler muß natürlich einen Aufschlag nehmen und die Kohlen zu dem augenblicklich geltenden Preise verkaufen.

Herr Genzen sprach über das Vorkommnis mit dem Ortsarbeiterrat. Die Sache liegt so: Herr Kühnel hatte mir seinerzeit mitgeteilt, daß Herr Heine Kohlen bezogen hätte, und daß diese von seiten des Ortsarbeiterrats mit Beschlagnahme belegt wären. Darauf habe ich Herrn Kühnel in meinem Bureau gesagt, daß nach meiner Auffassung der Ortsarbeiterrat nicht das Recht habe, Kohlen zu beschlagnahmen — soweit gingen die Bestimmungen nicht. Diese Ansicht habe ich den Herren im Magistrat vorgetragen, und der Magistrat war meiner Ansicht, denn nach § 20 der von uns aufgestellten Regelung der Kohlenversorgung auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für Kohlenverteilung vom 19. März 1918 steht eine Revision, beziehungsweise Beschlagnahme von Kohlen und Kohlenlagern nur den von der Ortskohlenstelle mit Legitimation versehenen Personen zu. Also nur die von der Ortskohlenstelle dazu Bestellten können die Bestände, die Lagerbücher und Urkunden auf ihre Gesetzmäßigkeit hin prüfen. Ich hätte ja wohl in meiner Beantwortung an den Ortsarbeiterrat noch etwas ausführlicher sein können. Nachdem sie mir vom Ministerium noch einmal vorgelegt war, habe ich die Erklärung abgegeben, daß, wenn der Ortsarbeiterrat uns Mitteilung macht, wo Übergriffe stattgefunden oder wo auf Schleichwegen erhaltene Kohlen zu ergreifen sind, wir ihm dankbar sein werden. Wir können nichts weiter tun, als den Betreffenden die ihnen zustehenden Marken, auf die später noch eine Lieferung erfolgen würde, abzunehmen und erreichen dadurch, daß die Stadt von späteren Lieferungen an solche Leute frei wird. Es gibt eine Unmenge von Fabriken, die ihren Arbeitern aus ihren Beständen Kohlen abgeben, und ich meine, der Ortsarbeiterrat würde den Herren, die solche Kohlen bekommen und die zumeist ihrer Partei angehören, keinen großen Gefallen tun, wenn er dagegen angehen wollte. Es gibt sehr viele Fabriken, die 10 oder mehr Tonnen im Monat verbrauchen, die also ihre Kohlen direkt geliefert bekommen, nicht von uns. Diese Fabriken liefern von ihren Vorräten ihren Arbeitern Kohlen, dann aber holen wir von ihnen die Marken ein.

Die Sache Heine ist verfolgt, und es hat sich herausgestellt, daß es sich nicht um 50, sondern um 25 Zentner handelt, die er bekommen hat, und dafür sind ihm die Marken abgenommen.

Stadtv. Frau **Böhme**: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Feldwebel der Reichswehr dazu berechtigt sind, 20—30 Zentner Kohlen auf einmal zu erlangen, und zwar in einem Falle Briketts zum Preise von 5 M der Doppelzentner. Dabei haben diese Herren noch vom vorigen Jahre genug Feuerung liegen, brauchen also die neue Feuerung nicht einmal.

Stadtrat Mohr: Über eine solche Lieferung ist mir nichts bekannt. Woher sollen die Kohlen gekommen sein, vom Flugplatz? (Stadtv. Frau Böhme: Das weiß ich nicht.) Wenn Sie nicht sagen können, woher die Kohlen bezogen sind, kann ich keine Auskunft geben. Falls sie aus den Militärbeständen stammen, so habe ich damit nichts zu tun. Eine Verfügung darüber habe ich nicht und kann Ihnen also auch nicht mit Auskunft dienen.

Stadtv. Genzen: Herr Stadtrat Mohr sagte, er würde dem Ortsarbeiterrat dankbar sein, wenn er ihm derartige Mitteilungen machte. Nach Dankbarkeit sieht es aber doch nicht aus, wenn dem Betreffenden die Auskunft gegeben wird: „Sagen Sie dem Ortsarbeiterrat, das kümmere ihn nicht; verweigern Sie die Antwort.“ Das steht in dem Schreiben, das an den Ortsarbeiterrat gerichtet ist.

Sodann hat der Herr Stadtrat erklärt: Wenn wir erfahren, daß jemand auf anderem Wege Kohlen erhalten hat, dann nehmen wir ihm die Kohlenkarten ab. Dazu sage ich: Meine Kohlenkarten können Sie gern bekommen, wenn Sie mir 50 Prozent der darauf verzeichneten Feuerung geben. Wir haben im ganzen doch nur 5 Zentner davon freibekommen, und Kohlenkarten haben wir noch genug im Hause. Eine derartige Maßregel, wie sie Herr Stadtrat Mohr anführte, wird gar nichts helfen, sondern es müssen die Kohlen selber den Leuten weggenommen werden, und dann soll ihnen nicht mehr gelassen werden, als prozentual auch die anderen bekommen. Was hat denn ein Mensch zu befürchten, wenn er auf Schleichhandelswegen 50 Zentner bekommt? Nur die Kohlenkarten sollen ihm abgenommen werden, aber er behält seine 50 Zentner Kohlen im Hause, während die übrigen Einwohner im günstigen Falle 5 Zentner bekommen. Wenn einmal rationiert wird, dann soll es gleichmäßig geschehen, und das wird sich jeder, auch der Arbeiter, gefallen lassen. Wir sehen aber, daß es heute so ist, daß nur die Arbeiter rationiert werden, und alle diejenigen, die Beziehungen haben, doch den Kohlenkeller voll bekommen. Das haben wir in den ganzen Kriegsjahren gesehen, und es wird auch in diesem Jahre wieder so kommen. Es scheint ja fast, als ob die Fabriken noch zu viel Kohlen bekämen, sonst könnten sie doch nicht noch von ihrem Vorrat abgeben. Ich bitte, daß die Ortskohlenstelle anders als bisher eingreift, daß die auf Schleichwegen bezogenen Kohlen beschlagnahmt werden, aber nicht nur die Karten dafür eingezogen werden.

Stadtrat Mohr: Ich glaube, Herr Genzen hat mich falsch verstanden. Ich habe gesagt, wir wären dankbar, wenn der Ortsarbeiterrat uns Mitteilung machte, daß hier oder da gesündigt ist. In meinem Schreiben aber habe ich nichts davon gesagt. Es war darin die Rede von der Beschlagnahme der Kohlen durch den Ortsarbeiterrat, und dieses Recht habe ich ihm auf Grund der bestehenden

Bestimmungen abgesprochen, oder vielmehr nicht ich, sondern der Magistrat. Wir sind dem Ortsarbeiterrat aber dankbar, wenn er uns Mitteilung über solche Sachen macht, und ganz bestimmt werden solche Dinge auch verfolgt, wie das ja auch bei Herrn Heine geschehen ist. Im übrigen haben Sie in einer Hinsicht recht: Es wäre schön, wenn wir in diesen Fällen die Kohlen den Betreffenden soweit wieder abnähmen, wie sie das übersteigen, was bisher den übrigen bewilligt ist. Damit aber würde den Herren, die Ihrer Partei angehören, zum großen Teile sehr wenig gedient sein. Ich gebe Ihnen mein Wort darauf, daß es eine ganze Menge Fabriken in Braunschweig gibt, die von den Beständen, die sie direkt bezogen haben, ihre Arbeiter voll beliefert haben. Das möchte ich Herrn Genzen zu bedenken geben; Sie würden Ihren Parteigenossen keinen Gefallen tun, wenn Sie in dieser Weise vorgehen.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, in der Aussprache nicht zu weitschweifig zu werden. Wir haben noch eine ganze Reihe Punkte in der vertraulichen Sitzung zu erledigen, so daß eine Mäßigung in der Ausdehnung der Reden wohl am Plage wäre.

Stadtv. Marth: Ich habe schon erwähnt, daß es einzelne Haushaltungen gibt, für die 15 Zentner Kohlen auf einmal geliefert sind, und meine, wo die Kohlenknappheit so groß ist, da müßten sich die Herrschaften auch mit weniger begnügen. Man sollte doch dafür sorgen, daß erst allen Haushaltungen ein Mindestmaß zugeführt wird.

Das Verfahren auf dem Flugplatz scheint ja richtig gewesen zu sein, aber es scheint doch auch so, als ob die Kohlenhändler nicht richtig arbeiteten, denn sie sind in der Lage, ihre Lieferungen nach Belieben auszuführen.

Ferner ist mir mitgeteilt worden, daß auch Kohlen in großen Fuhren nach dem Gebiet außerhalb der Stadt gebracht sind. Dafür müssen die Händler doch Kohlen, die für die Stadt bestimmt sind, genommen haben; die Kontrolle wird also nicht derartig sein, daß es den Kohlenhändlern nicht möglich ist, noch Kohlen nach auswärts zu liefern.

Weiter hat ein Teil der Kohlenhändler Beschwerde darüber geführt, daß sie ungleichmäßig beliefert werden; der eine bekommt nur Koks und wieder Koks und der andere nur Bricketts und dergleichen. So wird es dahin kommen, daß ein Teil der Einwohner an Feuerung das bekommt, was er nicht gebrauchen kann. Es war bisher bei einzelnen Händlern nicht möglich, Bricketts zu bekommen, und mit Koks läßt sich nicht in allen Feuerungen auskommen; sie sind darauf eingerichtet, daß zwischen dem Koks auch Bricketts gebrannt werden. Es wäre deshalb nötig, daß Remedur dahin geschaffen wird, daß jeder einzelne Kohlenhändler nach Bedarf mit Koks, Kohlen und Bricketts beliefert wird.

Die Haushaltungen aber möchte ich bitten, sich in ihrem Verbrauch, soweit es geht, einzuschränken und nicht auf Nebenwegen zu versuchen, mehr zu bekommen als die Mindestmenge beträgt, die allgemein abgegeben wird.

Stadtrat Mohr: Meine geehrten Herrschaften! Sie selbst haben die Kohlenverteilung hier beschlossen, und darnach müssen wir in der Ortskohlenstelle uns richten. Wenn zum Beispiel 1—2 Zentner freigegeben sind, dann haben die Inhaber größerer Wohnungen darnach 10 und mehr Zentner zu erwarten, wer aber im ganzen nur für 30 Zentner Kohlenkarten hat, vielleicht nur 3 Zentner. Sollen wir nun, wenn wir die Bekanntmachung erlassen, daß Nummer 1 und 2 der Kohlenkarten freigegeben sind, auch gleich hinzufügen: „Ihr Inhaber von einer größeren Anzahl Zimmer dürft euch von eurem Kohlenhändler nur eine beschränkte Anzahl Zentner geben lassen.“ Das können wir doch nicht machen. Wir geben Karte 1 und 2 frei, und daraus folgt, daß sie für ihre 5 oder 6 Zimmer 2×5 Zentner oder 3×5 Zentner zu beziehen in der Lage sind, und das können wir ihnen nicht vorenthalten. Die Herren haben die Verteilung nun einmal so beschlossen, sind mit der Einteilung in Ofen- und Kochkarten einverstanden gewesen, und so dürfen wir von seiten der Ortskohlenstelle auch keine Ausnahme machen.

Daß die Kohlenhändler, wo sie heute neben ihren früheren Kunden auch andere beliefern müssen, die früher ihre Kunden nicht gewesen sind, vielleicht den einen oder anderen ihrer alten Kunden bevorzugen, das läßt sich von uns aus nicht ändern.

Herr Marth führte an, daß auch nach auswärts von hiesigen Kohlenhändlern Kohlen geliefert seien. Das mag richtig sein, denn die Kohlenhändler der Stadt sind zur Lieferung an die unserer Stadt nahegelegenen Dörfer berechtigt, es sind dafür besondere Scheine ausgegeben. Das ist mit Genehmigung der Regierung geschehen, weil es unmöglich ist, den Leuten in der Nähe der Stadt zuzumuten, daß sie zum Bezuge ihrer paar Zentner jedesmal nach der Kreisdirektion laufen. Es handelt sich dabei um die Ortschaften, die demnächst Braunschweig eingemeindet werden sollen.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Sie mögen zu den Ortsarbeiterräten stehen, wie Sie wollen, das eine steht fest: Wenn der Ortsarbeiterrat hier eingreift und Mißstände verhüten will, wie sie im vorigen Jahr eingetreten sind, so kann man nur sagen, daß er sich dadurch verdient macht, und man sollte ihm deswegen nicht in den Weg treten, sondern ihm dankbar sein. Es schien ja auch so, als ob Herr Stadtrat Mohr derselben Meinung sei. Ich kann aber nicht verstehen, wenn man hier den Zustand verteidigt, daß derjenige, der

50 Zentner Kohlen auf Grund seiner vielen Zimmer zugewiesen erhalten hat, sie nun auch erhalten muß. Ich habe in weiten Kreisen herumgehört und überall vernommen, daß man nicht mehr als 3 Zentner Kohlen im Keller hat und seit Monaten nichts dazubekommen hat. Da ist es ungerecht, wenn die besitzenden Kreise, die vielleicht zehn Zimmer haben, auf einmal jetzt 10—15 Zentner Kohlen bekommen. Die Zustände im kommenden Winter werden doch jedenfalls so fürchterlich, daß nach Schema F nicht verfahren werden darf. Es müssen Ausnahmebestimmungen getroffen werden, und jeder muß sich dann begnügen. Tausende und aber Tausende werden froh sein, wenn sie sich im nächsten Winter in der warmen Küche aufhalten können, um sich an der Grude zu wärmen. Bei solchen Zuständen kann man nicht den Standpunkt vertreten, daß die Besitzenden soundso viel Zimmer zu heizen in der Lage sein müssen.

Ferner möchte ich Herrn Stadtrat Mohr erwidern: Es ist nicht richtig, daß der Koks I nur zu ganz großen Heizungsanlagen, nicht aber in kleinen Heizungen gebraucht werden kann. Ich habe selbst Versuche damit gemacht und habe ihn auf dem Herde und auch in einem Ofen brennen können. Wenn sich also wieder Gelegenheit bietet, Koks I zu erwerben, dann möchte ich bitten, ihn nach Möglichkeit zu zerkleinern und an die Haushaltungen abzugeben. Unsere Bevölkerung weiß, daß sie an Kohlen fast nichts bekommen wird, und deshalb sieht man, wie von so vielen Einwohnern im Querumer Holze, im Pawelschen Holze und in der Buchhorst die Stufen ausgerodet werden. Manche von Ihnen werden wissen, welche eine fürchterliche Arbeit das macht, aber sie wird geleistet, nur um für den Winter Feuerung zu schaffen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals die Bitte an den Magistrat richten, wenn ich auch weiß, daß er sich schon darum bemüht hat, in seinen Bestrebungen, schweren Preßtorf zu bekommen, nicht nachzulassen, um im Notfall für die Bevölkerung eintreten zu können. Es wird allerdings bei den jetzigen schlechten Verkehrsverhältnissen schwer sein, diesen Torf heranzubekommen, aber der Versuch muß mit aller Energie gemacht werden. Vor allen Dingen möchte ich die Vertreter der Ortskohlenstelle auffordern, alle Kraft einzusetzen, daß die Mißstände der früheren Jahre nicht wieder eintreten, damit nicht die Besitzenden die Keller voll haben und die Armen nichts, sonst würde eintreten, daß das Feuerungsmaterial mit Gewalt aus den Kellern herausgeholt wird.

Stadtv. Schille: Ich will auf die technische Seite der besprochenen Frage nicht näher eingehen; ich bin überzeugt, die Vertreter des Stadtmagistrats werden alles tun, um eine gerechte Verteilung der vorhandenen Kohlen vorzunehmen. Nun wurde vorhin erklärt, daß vom Flugplatz 520 Zentner Koks I abgefahren sind und verschiedenen Personen zugefahren, weil sonst keine Verwendung für diesen Koks gewesen sei. Da nun aber der Koks auf dem Flugplatz gelagert hat,

so wird sich meiner Ansicht nach für die Feuerungen auf dem Flugplatz doch die Möglichkeit ergeben haben, ihn dort zu verwenden. Die jetzigen Bewohner des Flugplatzes haben, soviel ich weiß, keine Feuerung liegen, und es wäre zweckmäßig gewesen, den Koks an sie zu verteilen. Dadurch würde man den Leuten einen Gefallen erwiesen und ihre Versorgung mit Feuerung ermöglicht haben. Die Bewohner des Flugplatzes haben sich deswegen auch an den Stadtmagistrat gewandt, und ich nehme an, daß es in jener Zeit geschehen ist, wo der Koks dort noch lagerte. Da hätte man versuchen sollen, diese 520 Zentner ihnen zuzuführen. Warum das nicht geschehen ist, hat Herr Stadtrat Mohr schon erklärt: es ist angenommen worden, daß solcher Koks nur in Dampf- und Warmwasserheizungen derjenigen Lokale, die genannt sind, zu verwenden wäre. Ich bin der Ansicht, daß dieser Koks sich auch in kleinen Füllöfen sehr gut verfeuern läßt, und bedauere lebhaft, daß den Bewohnern des Flugplatzes nicht die vorhandene Menge zugeteilt ist; man hätte damit ein gutes Werk getan.

Stadtrat Mohr: Ich möchte Herrn Schilke erwidern, daß den Bewohnern des Flugplatzes dieser Koks angeboten ist, und zwar von der Militärbehörde, von der wir ihn erhalten haben; aber die Bewohner des Flugplatzes haben darauf verzichtet. (Zuruf: Auch zu dem Preise von 5 M?) Das weiß ich nicht. Wir haben den Koks erst später gekauft, und ob sich die Bewohner des Flugplatzes vielleicht auch so eingedeckt haben, das kann ich nicht wissen. Als Herr Macke zu mir sagte, wir könnten den Rest kaufen, bin ich damit einverstanden gewesen. Wir haben keine Veranlassung, das, was uns angeboten wurde, nicht zu kaufen.

Stadtv. Richter: Es ist schon reichlich viel über diese Kohlenfrage gesprochen, trotzdem kann ich nicht unterlassen, noch darauf hinzuweisen, daß vor längerer Zeit ein Fabrikant von der chemischen Fabrik zwei Wagen Kohlen in seine Wohnung schaffen ließ. Diese Sache ist allerdings inhibiert, aber ich möchte doch nochmals betonen, daß ich solch ein Vorgehen nicht für richtig halte. Hat denn jener Fabrikant wirklich in seinem Betriebe so viel Kohlen übrig, oder kriegt er zuviel von der Reichskohlenstelle geliefert, dann soll man die für die Fabrikation überflüssigen Kohlen beschlagnahmen. Das wäre auch bei Herrn Heine richtig gewesen; er hätte sollen die Kohlen herausgeben müssen und nicht die Kohlenmarken. Wir können nicht zugeben, daß einer Familie mit einem Male 25 Zentner Kohlen geliefert werden, wo die werktätige Bevölkerung keine Kohlen bekommen hat. Ich selbst verfüge nicht über einen Zentner Kohlen, weiß nicht, wann ich zum Bezuge komme. Aber wichtiger, als daß der Bevölkerung Braunschweigs keine Brennstoffe für ihre Wohnungen geliefert werden können, ist es noch, daß hierbei die Betriebe in Frage kommen. Ich kann nicht einsehen, daß es richtig ist, wenn noch so viele Betriebe

mit dem vollen Bedarf an Kohlen versorgt werden, daß dann andere des Kohlenmangels halber stilliegen müssen. Und ein Hohn wäre es, wenn diese Betriebe soviel Kohlen bekämen, daß sie ihre Arbeiter noch versorgen könnten. Es kommt noch dazu, daß wir in diesem Winter, wie ich höre, die Schulen schließen müssen. Es sollen ja die Ferien im Herbst nicht stattfinden und der Unterricht in diese noch wärmere Jahreszeit verlegt werden. Wenn solche Kohlennot herrscht, dann haben wir alle Ursache, dafür zu sorgen, daß nicht einzelnen Personen in größerem Umfange Kohlen zugeschoben werden. Ich möchte bitten, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht angebracht ist, in den von Herrn Stadtrat Mohr angegebenen Fällen, wo 6—7-Zimmerwohnungen in Frage kommen, ein kleineres Quantum zur Ausgabe gelangen zu lassen. Ich kann nicht einsehen, daß es nötig ist, in dem einen Haushalt 6 Zimmer zu heizen, wenn es bei anderen Haushalten nicht möglich ist, Kohlen für ein einziges Zimmer zu liefern. Wir alle haben Ursache, darauf zu sehen, ob nicht der Hebel angelegt werden muß, damit eine bessere, gleichmäßigere Verteilung der Kohlen vorgenommen wird.

Stadtrat Mohr: Es ist bekannt, daß in den Fällen, wo in einer Sache Not herrscht — mag es nun Fett, Getreide, Kartoffeln oder Kohlen sein —, gegen den betreffenden Dezernenten viele Anklagen kommen. Aber ich bemerke, daß auch die Herren Tostmann und der Vorsitzende der Versammlung, Herr Kiefe, verschiedentlich bei der Kohlenverteilung mitgewirkt haben, und sie werden mir bestätigen, wie schwer es ist, in dieser Sache allen gerecht zu werden. Die Verteilung läßt sich nicht anders vornehmen, als wir es gemacht haben, und auch in anderen Städten hat sie sich in dieser Weise bewährt. Sie werden als richtig zugestehen, wenn ich sage: Nachdem wir die Bezugskarten in Koch- und Ofenkarten eingeteilt haben, wobei die eine Art nach der Personenzahl, die andere nach der Zahl der Räumlichkeiten bemessen wird, ist die Verteilung immerhin eine gerechtere geworden, als sie es im vorigen Jahre war, wo die Trennung und Rationierung nicht in derselben Weise stattgefunden hat. Die Ortskohlenstelle ist bestrebt, nach jeder Richtung hin für eine gerechte Verteilung zu sorgen. Wenn uns das nicht gelingen sollte, so liegt das daran, daß wir von den oberen liefernden Stellen schlecht bedacht werden. Die für die Verteilung in der Stadt maßgebenden Vorschriften aber haben Sie, wie schon gesagt, selbst getroffen und gutgeheißen.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß ganz so schlimm, wie es hier geschildert ist, die Kohlennot wohl doch nicht werden wird. (Na, na!) Sie wissen, daß nicht nur die Reichen, sondern auch der Mittelstand und die Arbeiter sich mit Holz und Torfsoden eingedeckt haben, soweit es in ihren Kräften stand, und nach Möglichkeit werden der Magistrat und die Ortskohlenstelle bestrebt sein, Notlager an Heizungsstoffen zu schaffen. Wir sind bemüht, in größerem Maße Brennholz

anzukaufen. Die Verhandlungen dazu sind in die Wege geleitet, und die Forstverwaltung hat von oben herab Auftrag bekommen, für diese Versorgung der Stadt extra Holz schlagen zu lassen. Wir haben auch in Erwägung gezogen, ob wir nicht aus unseren Promenaden, wo die Anwohner nicht durch die Bäume hindurchsehen können, dazu schreiten, einige Bäume wegzuhacken und bei der Aufteilung von Brennholz mitzuverwerten. Man geht ja nicht gern an solche Maßnahmen und will den Anwohnern gern die angenehmere Luft gönnen. Wir werden wohl aber auch ohne das auskommen, und wenn wir zum Ankauf von Torf kommen können, dann werden wir die Anlagen verschonen können. Wir werden also für Vorräte sorgen, und auch in unseren Schulen Gaskoks in Reserve legen, damit wir kleinere Leute mit 1—2 Zentnern Koks im Falle der Not versorgen können.

Ohne weitere Besprechung.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. September 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Einsprache gegen die Wählerlisten.	506
2. Antrag Rönneburg bezüglich der Listenverbindung der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei	525
3. Wahl der Kommission zur Vorberatung der Gehaltsbestimmungen für die bejoheten Mitglieder des Magistrats	530
4. Antrag Schilke , betreffend wiederholte Bekanntmachung der Wahllokale. .	530

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister
Meyer, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtrat **Jüermann**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Genzen**, **Meyerhoff**, Dr. **Regens-
burger**, **Steinbrecher**, Dr. **Wolters**.

Vorsitzender W. Niese: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst möchte ich mitteilen, daß zwei Eingaben eingegangen sind, die beide
dieselbe Sache betreffen, eine vom Zentralverband der Handlungsgehilfen,
Bezirk Braunschweig, und eine andere vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer
Angestelltenverbände, Ortsverein Braunschweig. Es wird darin gewünscht, daß

möglichst schnell von seiten der Stadtverordneten eine Kommission gewählt wird, die Vollmacht erhält, den Abschluß und die Unterzeichnung eines Tarifvertrages für die Hilfsangestellten des Magistrats vorzunehmen. Ich glaube nicht, daß wir heute zu dieser Sache gleich Stellung nehmen können, und überweise die Sache zur Vorberatung dem Rechtsausschuß, der in der nächsten Sitzung darüber Bericht erstatten wird.

1. Einsprache gegen die Wählerlisten.

Vorsigender: Die heutige Stadtverordnetenitzung war ursprünglich nicht geplant, sie ist veranlaßt durch eine Einsprache gegen die Aufstellung der Wählerlisten auf Grund des § 6 des Wahlgesetzes, in dem es heißt: „Gegen die Wählerlisten sind spätestens eine Woche nach beendeter Auslegung Beschwerden zulässig, über welche die Stadtverordnetenversammlung endgültig entscheidet.“ Es ist von seiten des Reichswirtschaftsverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufsoldaten, Ortsgruppe Braunschweig, folgende Eingabe eingegangen:

„Bei der Aufstellung der Wählerlisten ist durch ein Versehen des Magistrats oder durch andere Umstände, die hier nicht festgestellt werden können, die Aufnahme sämtlicher Militärpersonen der Garnison Braunschweig unterblieben. Ein Teil hat sich, soweit ihm der Dienst, der ununterbrochen von 8 bis 3 Uhr dauert, eine Einsicht in die Listen gestattet, in die Nachtragslisten eintragen lassen. Die große Masse dagegen — es dürften mindestens über 1000 Personen sein — hat infolge dieses Versehens keine Aufnahme in die Wählerlisten gefunden und ist daher behindert, ihr Wahlrecht auszuüben.

Wir legen daher gegen die infolge der mangelhaften Listenaufstellung eingetretene Wahlbehinderung Beschwerde ein. Die Entscheidung, um deren schnelle Herbeiführung wir bitten, wolle an den unterzeichneten Schriftführer übersandt werden. Wir wollen versuchen, die Listen der in Frage kommenden Personen, die wahlberechtigt sind, umgehend nachzuliefern.“

Nach § 5 des Wahlgesetzes können auch aktive Militärpersonen an den Wahlen der Ratsmitglieder teilnehmen. Der Wahlausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, ist dabei aber zu keinem Resultat gekommen. Allgemein nimmt man an, daß es die Pflicht jedes Wählers ist, wenn die Wählerlisten ausliegen, sie einzusehen und zu prüfen, ob sein Name in der Wählerliste enthalten ist. Wenn er diese Pflicht versäumt, müßte er sich eigentlich damit abfinden, daß er sein Wahlrecht nicht ausüben kann. Da nun aber hier im Gesetz ausdrücklich gesagt ist, auch noch eine Woche nach Beendigung der Auslegung sei eine Beschwerde zulässig, so haben die

in diesem Falle Betroffenen Gebrauch davon gemacht, und zwar in der letzten Minute, am Sonnabend $\frac{3}{4}$ 12 Uhr ist die Beschwerde eingegangen. Der Ausschuß bedauert einstimmig, wenn eine größere oder kleinere Gruppe von Einwohnern des ihr zustehenden Wahlrechtes verlustig geht, es war uns jedoch zweifelhaft, ob in diesem Falle von vornherein gesagt werden könnte: „Sowohl, der Protest ist zulässig; wir wollen anerkennen, daß diese 1000 Personen in einer Nachtragsliste aufgeführt werden.“ Einige Mitglieder des Ausschusses waren der Auffassung, daß jeder Wahlberechtigte selber Protest gegen seine Nichteintragung in die Wahlliste hätte erheben müssen. Das ist in diesem Falle nicht geschehen, sondern der Schriftführer eines Verbandes hat — ob im Auftrage der betroffenen Personen, das geht aus dem Schriftstück nicht klar hervor — Beschwerde eingereicht. Der Wahlausschuß wünscht, daß die Vollsitzung der Stadtverordneten nunmehr die Entscheidung treffen möge, ob es statthaft sein soll, daß diese 1000 Personen noch in eine Nachtragsliste eingetragen und zur Wahl zugelassen werden sollen. Uns als Ausschuß erschien die Verantwortung zu groß, endgültig ja oder nein dazu zu sagen, weil schließlich sehr leicht ein Protest gegen die ganze Wahlhandlung aus dieser Zulassung oder Nichtzulassung hergeleitet werden kann. Wird es genehmigt, daß dieser Gruppe der Einwohner noch ein Wahlrecht gewährt wird, so kann unter Umständen noch eine andere Gruppe kommen und sagen: „Das sind erhebliche Mängel in dem Wahlverfahren; wir erheben Protest dagegen.“ Und dann wird sich die Stadtverordnetenversammlung und vielleicht auch das Verwaltungsgericht mit der Sache nach beschäftigen müssen. Lehnen wir die Zulassung ab, dann kann diese Gruppe ebenfalls gegen die Wahlhandlung Protest erheben, so daß die ganze Wahl vielleicht eine recht unglückliche Sache wird. Es wäre wünschenswert gewesen, daß die Betroffenen während der Zeit der Auslegung der Wählerlisten ihre Eintragung veranlaßt hätten. Wenn ein Teil der nicht Eingetragenen von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat, dann ist es mir nicht verständlich, warum man nicht während der 8 Tage auch die Eintragung der anderen Personen bewirkt hat. (Sehr richtig!)

Es liegt nun bei der Versammlung, über diesen Fall zu entscheiden, und besonderen Wert legen wir darauf, daß diejenigen Herren, die im Landtage bei der Beratung des Gesetzes mitgewirkt haben, ihre Auffassung zum besten geben, wie in einem solchen Falle zu handeln ist.

Es ist dann noch ein Schreiben von der Kommandantur Braunschweig eingegangen, aber erst so spät, daß die Einspruchsfrist nicht mehr gewahrt ist. Es ist in der Privatwohnung des Herrn Oberbürgermeisters am 13. September, abends 7 Uhr, eingetroffen und lautet:

„Der Kommandantur ist gemeldet worden, daß die Militärpersonen der Garnison Braunschweig in den Wählerlisten zu den Wahlen am 21. d. Mts. nicht mit aufgenommen sind. Vielleicht liegt dort ein Versehen vor. Die Kommandantur bittet daher, genehmigen zu wollen, daß bis zum 17. September Wählerlisten vorgelegt werden können.“

Darauf ist vom Magistrat Mitteilung an die Kommandantur ergangen, daß es nicht möglich ist, diesen Einspruch noch zu berücksichtigen, da er zu spät eingegangen ist, so daß dieser Einspruch für heute ausscheiden kann.

Es handelt sich also um das Schreiben des Reichswirtschaftsverbandes, in dem gewünscht wird, daß diese 1000 Personen in die Wählerlisten aufgenommen werden sollen. Es ist kurz vor Ablauf der Einspruchsfrist eingegangen. Die Entscheidung darüber müssen wir der Versammlung überlassen.

Stadtrat von Franckenberg: Meine Damen und Herren! Bei der Kürze der Zeit, die dem Magistrat für die Aufstellung der Wählerlisten blieb, hat er in diesem Falle, wie Ihnen bekannt ist, die Listen der Haushaltungen für die mit Lebensmitteln zu versorgenden Personen, so wie sie alle acht Wochen jetzt einzureichen sind, der Wahl unverändert zugrunde gelegt und wollte es durch die vorgeschriebene Auslegung allen Beteiligten überlassen, etwaige Unvollständigkeiten durch Nachtragung in die Wählerlisten richtigstellen zu lassen. Von dieser Befugnis haben, wie der Herr Vorsitzende bereits zutreffend erwähnte, rechtzeitig innerhalb der gesetzten Frist bis zum 6. September auch 26 Militärpersonen Gebrauch gemacht, die im Kasernengebäude Humboldtstraße in den für verheiratete Militärpersonen bestimmten Räumen wohnen. Die betreffenden Familien sind ja ohnehin durch die Haushaltslisten als eingetragen zu betrachten; es handelt sich hier um Militärpersonen: Offiziersstellvertreter, Garnisonverwaltungsinspektor, Feldwebel, Unteroffiziere usw. Diese 26 Personen sind ihrer Anmeldung entsprechend in den Listen nachgetragen. Dagegen ist gestern abend $1\frac{1}{2}$ Uhr dem Herrn Oberbürgermeister noch nebst einem Schreiben die vom Garnisonkommando in der verspäteten Eingabe angekündigte Ergänzung zugegangen, die im ganzen 838 Personen — Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften — umfaßt. In diesem Schreiben wird gesagt: „Mit Bezug auf das Schreiben der Kommandantur vom 12. September 1919 wird anliegend die Wählerliste der Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften der Garnison Braunschweig übersandt, die am 6. September unter Ia 2-57 vorgelegte Wählerliste (es ist das dieselbe von 26 Personen, die ich schon erwähnte) verliert hierdurch ihre Gültigkeit“. Man mag zweifelhaft sein, ob sie hierdurch ihre Gültigkeit verliert,

denn wenn die Auffassung richtig ist, daß auf den Antrag des Garnisonkommandos hin die Nachtragung der 838 Personen nicht bewerkstelligt werden könnte, dann wird wenigstens den 26 Personen, die ihre Nachtragung zur rechten Zeit bewirkt haben, diese Nachholung nicht zunichte gemacht werden können. Außerdem hat der eingesandte Nachtrag den kleinen Mangel, daß drei Personen, die in Riddagshausen, Kl. Stöckheim und in einem Gebäude der Buchhorst wohnhaft sind, in aller Eile mit in die Liste hineingelangt sind, die wir selbstverständlich, da sie nicht in Braunschweig ihren Wohnsitz haben, nicht mit in die Wählerliste aufnehmen können.

Es liegt dem Magistrat und mir fern, Ihre Stellungnahme in diesem Falle beeinflussen zu wollen. Wenn Ihr Beschluß aber zugunsten der Nachtragung lauten sollte, so würde ich empfehlen, ihn mit dem Vorbehalt zu fassen, daß die Beteiligten nachträglich zugelassen werden, soweit sie nicht schon in den hier im Verzeichnis genannten Wohnungen eingetragen sind. Es wäre möglich, daß sie durch irgend ein Mißverständnis schon in den Haushaltungslisten des hier genannten Hauses stehen und dann natürlich nicht doppelt eingetragen werden dürfen. Es wird aber zweckmäßig sein, erst einmal die Entscheidung der geehrten Versammlung abzuwarten. Wenn die Entscheidung günstig für die Nachtragung ausfallen sollte, so wären wir in der Lage, die Eintragung bis morgen mittag zu bewirken. Das ist wichtig, denn es handelt sich nicht nur um Personen, die in der Kaserne auf der Humboldtstraße und in der Husarenkaserne wohnen, sondern auch um solche — Unteroffiziere und Mannschaften —, die in den angegebenen Wohnungen über das ganze Stadtgebiet verstreut sind.

Stadtverordneter **Mönneburg**: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich dafür aussprechen, daß die Militärpersonen, die noch nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind, in eine Nachtragsliste aufgenommen werden. Es ist zweifellos, daß bei der Überhastung, welche bei dieser ganzen Frage leider zutage getreten ist, der Fehler dadurch entstanden ist, daß man die Haushaltungslisten den Wählerlisten zugrunde gelegt hat. Infolge dieses Umstandes sind allgemein, bis auf wenige Ausnahmen, die Militärpersonen aus den Wählerlisten fortgeblieben. Daß von ihrer Seite aus eine Durchsicht der Wählerlisten nicht stattgefunden hat, ist zu verstehen, denn es sind auch andere Leute nicht hergekommen und haben ihre Kontrollpflicht — so möchte ich fast sagen — nicht ausgeübt, besonders dann nicht, nachdem sich bei einzelnen Stichproben ergab, daß im allgemeinen die Wählerlisten ordnungsmäßig aufgestellt sind. Daß nun auch von den Militärpersonen, die bis dahin ziemlich lückenlos in die Listen aufgenommen waren, gefolgert wurde, daß das auch dieses

Mal der Fall sein würde, ist begreiflich. Darum bin ich der Ansicht, daß sie jetzt nachträglich in die Wählerlisten aufzunehmen sind. Wenn das nicht geschieht, dann haben wir mit der Möglichkeit zu rechnen, daß gegen die Wahl Einspruch eingelegt wird und sie für ungültig erklärt werden könnte. Ich glaube, wir gehen dieser Möglichkeit aus dem Wege, indem wir das generelle Versehen dadurch ausgleichen, daß wir die Militärpersonen in eine Nachtragsliste aufnehmen und ihnen so das Wahlrecht sichern. Ich stelle den Antrag, daß eine Nachtragsliste zu der Wählerliste aufgestellt wird, die alle diese Militärpersonen enthält.

Stadtverordneter **Stegmann**: Ich möchte mich gegen den Antrag des Herrn Könneburg aussprechen, denn ich kann nicht einsehen, warum diesen Leuten eine Extrawurst gebraten werden soll. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wenn man diese Leute in eine Nachtragsliste aufnehmen wollte, so könnten sich diejenigen, die ebenso faul gewesen sind und die ausgelegten Wählerlisten nicht auf ihre Richtigkeit hin durchgesehen haben, obwohl in allen Tageszeitungen darauf hingewiesen ist, mit Recht benachteiligt fühlen, wenn ihr Name in den Wählerlisten nicht verzeichnet ist. Wohin sollte es auch führen, wenn wir dem Antrage des Vorsitzenden oder Schriftführers einer Gruppe folgen wollten, der Aufstellung einer Nachtragsliste verlangt. Auch andere Gruppen könnten sich zusammentun und durch ein Organ verlangen, daß für sie eine besondere Liste angefertigt wird. Das würde denn doch zu unleidlichen Konsequenzen führen.

Es ist von dem Herrn Vorsitzenden der Wunsch ausgesprochen worden, die in der Stadtverordnetenversammlung anwesenden Landtagsabgeordneten möchten sich darüber äußern, wie sie diesen Fall auffassen. Aber in der Kommission des Landtages ist die Eventualität überhaupt nicht ins Auge genommen, wie denn die ganzen Beratungen über diese Materie sehr langstielig gewesen sind. Die Herrschaften werden wissen, daß das Gesetz herauszubringen sehr schwierig war, und daß manches bei der Beratung des Gesetzes noch hätte berücksichtigt werden können, so daß manche Fehler jetzt dem Gesetze anhängen. Da dieser Fall, wie er hier vorliegt, bei der Beratung des Gesetzes nicht mit zur Besprechung gekommen ist, so werden auch die anderen Herren, die bei der Beratung zugegen gewesen sind, keine Aufklärung weiter geben können. Auch den Magistrat trifft bei dieser Sache keine Schuld, weil er Listen zugrunde gelegt hat, die nicht vollständig waren; es war ja jedem Gelegenheit gegeben, sich nachtragen zu lassen. Ich bitte dringend, den Antrag des Herrn Könneburg abzulehnen, schon der Konsequenzen wegen, die daraus folgen könnten.

Vorsigender: Im Wahlausschuß haben wir uns besonders über die Frage unterhalten, ob überhaupt ein solcher Protest vom Schriftführer einer Gruppe als zulässig erscheint, auch wenn er in der gesetzlichen Frist eingereicht ist. Ich bitte die Versammlung, auch über diese wichtige Frage sich zu äußern.

Stadtverordneter Frede: Ich glaube, es entspricht der Billigkeit, wenn wir dem Anspruch dieser Gruppe nachkommen. Man muß dabei folgendes bedenken: Es ist nicht allgemein bekannt gewesen, daß auf Grund der Haushaltungslisten die Aufstellung der Wählerlisten erfolgt ist. Die Personen, die von der Eingabe berührt werden, haben sich auf das korrekte Arbeiten der Kräfte, die mit der Aufstellung der Wählerlisten betraut waren, verlassen, und im allgemeinen kann man das ja auch tun. Man kann unmöglich von einer Nachlässigkeit der Betroffenen sprechen und sagen: „Warum sind sie nicht nach dem Rathaus gegangen und haben Einblick in die Wählerlisten genommen!“ Und besonders den Militärpersonen kann man das nicht verargen, die von 8 bis 3 Uhr Dienst haben; sie sind in diesem Fall anders zu bemessen als Privatpersonen, die über mehr Zeit verfügen können, so daß sie in der Lage sind, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. So muß ich mich auch aus Billigkeitsgründen für Aufstellung der Nachtragsliste aussprechen. In diesem Fall hat der Schriftführer des Wirtschaftsverbandes der Berufsoldaten im Namen der Gruppe Einspruch erhoben und die Forderung gestellt, daß die Eintragung der von ihm Vertretenen noch erfolgt. Dieser Fall ist in dem Gesetz nicht vorgesehen, und es mag zweifelhaft sein, ob ein rechtlicher Anspruch der Gruppe herzuleiten ist; aus Billigkeitsgründen jedoch müssen wir zugestehen, daß die Nachtragung erfolgt. Wenn die rund 1000 Personen mit Eingaben gekommen wären, dann wäre es ein ganzer Berg von Eingaben geworden. Es ist einfacher, wenn die Gruppe sich zusammenschließt und gemeinsam in einer Eingabe fordert, was sie zu wünschen sich berechtigt glaubt. Ich bitte, den Anspruch aus Billigkeitsgründen für gerechtfertigt zu erklären.

Vorsigender: Herr Frede glaubte hervorheben zu müssen, daß es nicht genügend bekannt gewesen sei, daß die Haushaltungsbogen den Wählerlisten zugrunde gelegt sind. Wenn das zutreffen sollte, so ist es mindestens nicht Schuld des Wahlausschusses, denn in der ersten Bekanntmachung desselben vom 25. August heißt es: „In die Listen sind vorläufig nur die am 15. Juni dieses Jahres hier wohnhaft gewesenen wahlberechtigten Personen aufgenommen. Die Aufnahme der später Hinzugekommenen erfolgt auf Antrag bei Vorlegung der polizeilichen Anmelde-

bescheinigung.“ Wenn dabei auch nicht besonders hervorgehoben ist, daß zur Aufstellung der Wählerlisten die Listen für Aufteilung der Lebensmittel benutzt sind, so glaube ich doch, daß durch diesen Hinweis jedem, der sein Wahlrecht ausüben wollte, Gelegenheit gegeben war, nachzuprüfen, ob sein Name in der Wählerliste stand.

Stadtverordneter **Jahns**: Meine Damen und Herren! Wenn genügend Zeit vorhanden gewesen wäre, die Listen ordnungsmäßig aufzustellen, dann wären auch die sämtlichen berechtigten Personen in die Liste aufgenommen worden, und von dieser Voraussetzung sind die Militärpersonen ausgegangen. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß Billigkeitsrücksichten dahin führen müssen, daß dem Anspruch auf Nachtragung in die Wählerlisten Folge gegeben wird. Auch halte ich es für berechtigt, daß die Betroffenen glauben, ihr Einspruch genüge, wenn er durch ihren Schriftführer oder ihren Vorsitzenden eingebracht wird. Jede Korporation hat das Recht, die Erfüllung der Rechte seiner Mitglieder zu fordern. Das werden Sie in jeder Korporation finden. Aus diesen Gründen halte ich es für erforderlich, daß den Herren in diesem Fall noch das Recht der Beteiligung an der Wahl zugebilligt wird.

Stadtverordneter **Lehnert**: Meine Damen und Herren! Mein Parteigenosse Stegmann hat schon erklärt, daß wir nicht für den Antrag des Herrn Rönneburg stimmen können, und zwar stellen wir uns dabei auf den Standpunkt des Gesetzes. Nach dem Gesetz ist bekanntgegeben, daß bis zu dem und dem Tage Einspruch erhoben werden kann. Wer einigermaßen Ahnung von der militärischen Disziplin hat — ich habe ja auch keine Ahnung davon —, der weiß, wie vom Offizierstellvertreter bis zu dem letzten herunter, der einen Knopf am Kragen hat, ein Druck auf die Militärpersonen ausgeübt wird, zumal wenn im Aufruf steht, daß auch Militärpersonen von 20 Jahren an stimmberechtigt sind. Wenn diese 26 Personen, von denen Herr Stadtrat von Frankenberg gesprochen hat — die Offizierstellvertreter, Feldwebel, Unteroffiziere usw. — es gewußt haben, daß sie ihre Eintragung in die Wählerlisten beantragen mußten, dann folgt daraus für mich, daß auch die anderen davon Bescheid hatten, und ich muß ganz einfach erklären: Wir können dem Antrage nicht stattgeben. Mit demselben Recht, wie Sie erklären, aus Billigkeitsgründen sollten wir dem Antrage folgen, stelle ich mich auf den Standpunkt des Gesetzes und erkläre die Nachtragung für ungesetzlich. Sie sagen: „Wir werden erleben, daß bei Ablehnung des Antrages Protest gegen die Wahl eingelegt wird“, aber umgekehrt wird dasselbe der Fall sein, und wir werden dasselbe Schauspiel erleben. Wir werden einfach aus dem Wahlprotest nicht herauskommen. Ich bitte Sie, nicht Billigkeitsgründen nachzugeben, sondern auf Grund des Gesetzes dem Antrage nicht zuzu-

stimmen. Seit wann ist es denn Mode, daß in dieser Weise 838 Personen in die Wählerliste einzutragen vergessen werden? Glauben Sie, daß die Kommandantur nicht soviel Einsicht hat — ich schätze wenigstens, daß sie diese hat — und nachgeforscht haben wird, ob die Betreffenden in die Wählerliste eingetragen sind? Und wenn gesagt wird, die Militärpersonen hätten keine Zeit gehabt, die Wählerlisten nachzusehen, so wissen die Angehörigen des Militärstandes von der Zeit, die ihnen zur Verfügung steht, besser Bescheid als wir, und ihre Vorgesetzten werden darauf geachtet haben, daß ihre Zeit dazu verwandt wird, da es nicht allgemein bekannt war, daß auch Militärpersonen mitwählen können. Warum mit einem Male jetzt Nachsicht üben? Bei anderen Wahlen ist das nicht geschehen. Wir können diesen Antrag nicht annehmen, sonst kommen wir aus den Wahlprotesten nicht heraus.

Vorsitzender: Herr Lehnert sagt, er stelle sich auf den Boden des Gesetzes. Das ist mit ein paar Worten nicht abgetan. Nach dem Gesetz ist eine Einspruchsfrist von acht Tagen zulässig, und die ist von seiten der Einspruch Erhebenden innegehalten. Es handelt sich hier darum: Ist ein Schriftführer berechtigt, für 1000 Personen einen Protest einzulegen, weil sie nicht in der Liste verzeichnet sind? (Zuruf: Es soll jeder selbst Protest einlegen!) Das ist nirgend vorgeschrieben.

Stadtverordneter **Jasper:** Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß die Militärpersonen an sich einen Anspruch darauf haben, in die Wählerlisten eingetragen zu werden, und daß es lediglich ein Versehen des Magistrats ist, daß sie nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind. (Sehr richtig!) Man hat auf Grund der Haushaltungslisten gearbeitet, und in Anlehnung an den früheren Gebrauch, daß Militärpersonen nicht wahlberechtigt waren, hat man an diese Gruppe nicht gedacht. Ein Einspruch ist also daraus anzuerkennen, wenn er innerhalb der gesetzlichen Zeit und in richtiger Form geltend gemacht wird. Nun bin ich der Auffassung, daß es das Recht jedes Wählers ist, eine Berichtigung der Wählerlisten zu verlangen nicht nur in der Weise, daß sein Name, wenn er in der Liste fehlt, eingetragen wird, sondern zu verlangen, daß auch Personen eingetragen werden, die in die Stadt hereingezogen sind, oder daß Personen ausgemerzt werden, die nicht in die Liste hineingehören. (Sehr richtig!) Das Einspruchsrecht des Wählers ist ein mehrseitiges, es erstreckt sich nicht nur auf seine Person, sondern auf das Recht der gesamten an der Wahl Beteiligten, denn sein Wahlrecht wird ganz erheblich beeinflusst, je nachdem in bezug auf die Allgemeinheit nach dem Gesetz verfahren ist oder nicht. Um ein Beispiel herauszugreifen: Bei der Verhältnismahl wie auch bei

anderen Wahlen ist sein Wahlrecht ein größeres oder geringeres, je nachdem viele Wähler eingetragen sind oder wenige, und je nachdem ist der Wahlausgang ein ganz anderer. Ich nehme nicht einmal an, wie es Herr Jahnz vorausgesetzt hat, daß der Erheber eines Einspruchs kraft eines Auftrages oder einer Vollmacht eines anderen gehandelt hat, oder daß der Vorstand einer Korporation ohne weiteres befugt wäre, für andere zu handeln — dieser Auftrag mußte noch nachgewiesen werden --, sondern kraft eigenen Rechts kann jeder Wähler auf die Richtigkeit der Wählerlisten halten, er muß ihn nur innerhalb der gegebenen Frist geltend machen. Unter der Voraussetzung, daß der Wahlprotest von einem Wahlberechtigten ausgeht, würde lediglich noch zu prüfen sein, ob innerhalb der gesetzlichen Frist der Protest eingegangen ist. Nach den eingangs gemachten Ausführungen hatte ich den Eindruck, als sei die Frist bei der großen Eingabe verfallen, während sie bei den 26 Personen gewahrt ist. Soweit der Wähler seinen Einspruch nicht innerhalb der Frist geltend macht, kann sein Einspruch als ein verspäteter nie berücksichtigt werden, auch wenn es noch so sehr der Billigkeit entsprechen würde, aber innerhalb der Frist kann er auch für alle anderen Einspruch erheben. Ich würde auch dafür sein, daß in eine sachliche Prüfung des Protestes hinsichtlich der 26 Personen eingetreten wird. Ich habe den Herrn Vorsitzenden so verstanden, daß bei diesen Personen objektiv die Wahlberechtigung vorlag, so daß ihre Aufnahme in die Wählerliste in vollem Umfange für gültig erklärt werden muß, während der große Wahlprotest nur dann für gültig zu erklären sein würde, wenn innerhalb der gesetzlichen Frist der Protest von einem Wahlberechtigten eingegangen ist. Ist die Frist gewahrt, dann würde man den Fall vielleicht in der Form erleben können, wie es Herr Stadtrat von Frankenberg angedeutet hat, damit keine doppelte Eintragung vorkommt.

Stadtrat von Frankenberg: Zu den tatsächlichen Ausführungen des Herrn Dr. Jasper möchte ich folgendes bemerken:

Die geehrte Versammlung wird vielleicht bei der Darstellung noch nicht ganz genau die drei verschiedenen Gruppen unterschieden haben, um die es sich hier handelt. Die erste Gruppe ist diejenige, die 26 Personen umfaßt, und die rechtzeitig schon am 6. September sich gerührt hat, indem sie Name für Name ihre Nachtragung beantragt und erreicht hat. Die Nachtragung ist vom Steuerbureau bereits ausgeführt in der Annahme, daß offenbar berechnigte Anträge seitens des Magistrats zu berücksichtigen sind und nur in dem Falle, daß weitere Beanstandungen sich ergeben, die geehrte Versammlung zuständig ist. Wenn man darüber zweifelhaft sein sollte, so würden doch jedenfalls diese 26 Personen einwandfreie Antragsteller sein.

Die zweite Gruppe sind diejenigen Personen, die der Herr Vorsitzende erwähnte als durch eine Eingabe des Wirtschaftsverbandes umfaßt, der gerade vor Tages-
schluß, 12³/₄ Uhr nachmittags am letzten Tage der Einspruchsfrist, sich an uns ge-
wandt hat, also auch noch rechtzeitig. Diese Eingabe ist nun allerdings bis zur
jetzigen Stunde mit einer gewissen Unvollständigkeit behaftet, da man nicht genau
weiß, für welche Personen die Eingabe gemacht ist. Ich vermag unmöglich ohne
weiteres anzunehmen, daß alle die 838 Personen, auf die ich jetzt gleich bei der
dritten Gruppe zu sprechen komme, durch die zweite Eingabe mitgefaßt sein sollen.
Das würde der Wirtschaftsverband, dem nicht sämtliche Soldaten angehören, nicht
machen können; wir haben es hier also mit einer tauben Muz zu tun, mit einer
Eingabe, die zwar rechtzeitig gekommen ist, deren Beteiligte uns aber bis heute nicht
mitgeteilt sind.

Endlich die dritte Gruppe, bei der es sich um die große Zahl von 838 Per-
sonen handelt. Die Eingabe ist verspätet eingegangen, folglich ist auch die ergän-
zende Eingabe, die erst gestern dem Herrn Oberbürgermeister zugegangen ist, evtl
nicht mehr zu beachten. Nur wenn die geehrte Versammlung es für zulässig halten
sollte, die Eingabe der zweiten Gruppe als Brücke zu behandeln, auf der diese 838
Personen zur Wahlurne herübermarschieren könnten, nur dann würde dieser großen
Anzahl zu helfen sein. Ob die geehrte Versammlung dazu angesichts des fehlenden
Zusammenhanges zwischen der Zahl der 838 Personen und der Eingabe des Wirt-
schaftsverbandes imstande ist, das muß ich ihrem Ermessen überlassen.

Oberbürgermeister **Hetemeyer**: Zur tatsächlichen Aufklärung möchte ich folgendes
bemerken: Der Bezirksfeldwebel Grotehenn kam am Sonnabend zu mir — es war
wohl 1¹/₂ 12 Uhr —, erklärte mir, es wären allgemein die Soldaten nicht in die
Wählerlisten aufgenommen, und fragte, wie er sich zu verhalten habe. Ich habe
ihm erwidert, ich wäre im Augenblick zweifelhaft, ob er ohne weiteres das Recht
habe, namens der Soldaten, die nicht aufgenommen sind, den Antrag zu stellen, sie
alle in die Wählerlisten aufzunehmen, er möchte aber, um nur die Frist nicht ver-
streichen zu lassen, schleunigst ein Schriftstück einreichen, das diesem Antrag Ausdruck
gebe. Darauf hat Herr Grotehenn erklärt, er wolle sofort ein Schriftstück aufsetzen,
und das wird das Schriftstück sein, das Herr Kollege von Frankenberg mit Nummer 2
bezeichnet hat. Es würde sich empfehlen, es wörtlich zu verlesen. Mir ist es nicht
überreicht; soviel ich weiß, ist es im Sekretariat abgegeben worden.

Nun möchte ich vorläufig die Sachlage dahin auffassen, daß die Eingabe der
Gruppe 3, die vom Hauptmann unterschrieben ist, das sein soll, was der Feldwebel

Grotehenn in dem Augenblick, als er bei mir erschien, beim besten Willen nicht mehr beschaffen konnte. Ich habe gleich darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht möglich sei, binnen der Zeit, wo der Feldwebel hier war, und dem Schluß der Einspruchsfrist um 2 Uhr eine Liste mit 800 Namen aufzustellen. So nehme ich an, daß diese Eingabe des Hauptmanns die Ergänzung der Eingabe des Feldwebels Grotehenn sein soll.

Stadtverordneter **Rönneburg**: Ich habe mir das Schreiben des Herrn Grotehenn ausgebeten und darf es wohl nochmals zur Kenntnissnahme vorlesen. (Verlesung der Eingabe, siehe Seite 506).

Diese zur Nachlieferung angekündigte Liste ist offenbar die Liste, die namens der Kommandantur überliefert worden ist. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper an. Es hat jeder einzelne Wähler das Recht, gegen Unvollständigkeit und Unrichtigkeit der Wählerlisten nicht nur für sich Einspruch zu erheben. Wenn ein Arbeiter aus einem Betriebe die Wählerlisten daraufhin durchsieht, ob er und seine Arbeitskollegen eingetragen sind, und er entdeckt, daß durch irgend einen Umstand das nicht geschehen ist, dann kann er erwirken, daß die fehlenden Namen aufgenommen werden. Das Recht, die Wählerlisten für sich und andere nachzuprüfen und ev. Nachträge zu erwirken, steht zweifellos fest, und deshalb ist meines Erachtens, nachdem die Beschwerde gegen die nicht ordnungsmäßige Aufstellung rechtzeitig eingereicht ist, der Beschwerde des Feldwebels Grotehenn stattzugeben. Der Hergang ist ganz einfach zu erklären. Am 6. September, am letzten Tage der Einspruchsfrist, sind einige Militärpersonen nach dem Rathause gekommen, haben Einsicht in die Wählerlisten genommen und veranlaßt, daß für sie und ihnen bekannte Militärpersonen die Aufnahme erfolgte. Dann sind sie an ihre Kameraden herangetreten, die an dem Tage nicht mehr hierherkommen konnten, haben auf dieses schwerwiegende Versehen, das alle Militärpersonen betraf, aufmerksam gemacht, und gegen diesen Irrtum ist von einem Mitgliede der hiesigen Garnison gleich für alle anderen Militärpersonen Protest eingelegt. Also auf gesetzlicher Grundlage, auf die insbesondere Herr Stadtverordneter Lehnert sich stützen will, ist Beschwerde erhoben worden, und demnach ist es keine Frage mehr, daß dieser Beschwerde stattgegeben werden muß. Wenn wir eine abermalige Wahl vermeiden wollen, sind wir verpflichtet, der Beschwerde nachzugeben.

Zusammenfassend kann ich sagen: Der Protest ist rechtzeitig von einem Wähler erhoben worden, der gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht hat, daß eine große Gruppe nicht in die Wählerliste aufgenommen ist. Das Recht dazu steht unzweifel-

haft fest. Es handelt sich nicht darum, daß für einen Teil der Wähler eine Extrawurst gebraten wird, sondern auf ordnungsmäßigem Wege hat man das Versehen, das an anderer Stelle liegt, auszugleichen gesucht. Wir haben Anlaß, dem Einspruch stattzugeben, weil wir sonst mit einem berechtigten Protest nach vollzogener Wahl zu rechnen hätten. Wenn irgendeine größere Gruppe Arbeiter durch irgendeinen Umstand nicht in die Wählerliste aufgenommen wäre und es wäre vom Gewerkschaftskartell, gezeichnet von seinem Vorsitzenden Fischer, ein Protest eingegangen, so glaube ich, daß Herr Lehnert bereit gewesen wäre, einen Antrag auf Eintragung in eine Nachtragsliste nachdrücklich zu unterstützen. Auch Herr Fischer würde das Recht haben, für seine Arbeitskollegen dahin zu wirken, daß ihre Aufnahme in die Liste erfolgte. Wir stehen mit unserm Antrage durchaus auf gesetzlicher Grundlage, und ich möchte Sie bitten, ihm zuzustimmen.

Vorsitzender: Eine Schlußfolgerung des Herrn Rönneburg dürfte nicht ohne weiteres einleuchten, nämlich, daß die eingereichte Personalliste diejenige sei, die von dem Wirtschaftsverband in Aussicht gestellt ist, denn dieses Schreiben der Kommandantur, das verspätet eingegangen ist und das ohne weiteres nicht berücksichtigt werden kann, trägt dieselbe Unterschrift wie die eingesandte Liste, die Herr Stadtrat von Frankenberg in Händen hat. Man kann nicht ohne weiteres sagen, daß diese Liste die Folge des Schreibens des Wirtschaftsverbandes ist. Es handelt sich darum, die Frage so zu prüfen und zu entscheiden, daß wir um einen Wahlprotest herumkommen. Ich weiß nicht, ob die Herrschaften sich damit vertraut gemacht haben, in welche liebliche Situation wir geraten, wenn Wahlproteste einlaufen. Am 21. September findet die Neuwahl statt, am 30. September ist die Amtsperiode der jetzigen Magistratsmitglieder beendet, und bis zu diesem letzten Tage werden Wahlproteste kaum erledigt sein können, so daß am 1. Oktober eine Zwangsverwaltung oder etwas Ähnliches eingeführt werden müßte. Ich bitte, mit zu berücksichtigen, daß das verspätet eingegangene Schreiben der Kommandantur dieselbe Unterschrift trägt wie die noch später eingegangene Liste mit den Namen. Es ist nachzuprüfen, ob das andere Schreiben, bei dem die Einspruchsfrist gewahrt ist, mit dieser Namenliste in Zusammenhang gebracht werden kann.

Stadtverordneter Marschner: Auf jeden Fall ist der durch die unrichtige Aufstellung der Listen hervorgerufene Fall kein solcher, der leicht von der Hand zu weisen ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir einen Protest so oder so bekommen werden, entweder von der einen oder von der anderen Seite. Ohne einen Protest wird es aber nicht abgehen.

Stadtverordneter **Salomon** verzichtet auf das Wort.

Stadtverordneter **Einert**: Meine Damen und Herren! Nachdem ich mich zum Wort gemeldet habe, ist durch die inzwischen gebrachten Ausführungen schon viel von dem vorweggenommen, was ich zu sagen hatte. Ich kann mich nur auf den Standpunkt stellen, den mein Fraktionsfreund Rönneburg und Herr Dr. Jasper eingenommen haben. Nehmen Sie an, daß — ich will bei meiner Person und dem Bezirk stehenbleiben, den ich bei der Wahl zu bearbeiten habe —, daß der Bankplatz bei der Aufstellung der Wählerlisten überhaupt vergessen wäre. Es könnte ebensogut die Kaiser-Wilhelm-Straße oder die Lange Straße vergessen sein. Sollte ein solcher Irrtum vorgekommen sein und ich könnte in der Zeit, die mir zum Eingreifen noch übrigbleibt, nicht die ganzen Wahlberechtigten des Bankplatzes zusammentrommeln, dann würde ich mich hinsetzen und Protest gegen das Verfälschte erheben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Protest für die gesamten Wähler, die in diesem Bezirk wohnen, gültig ist. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, daß nicht jeder einzelne die Wählerlisten nachzusehen brauche, er kann einen anderen damit beauftragen, und ein Beauftragter kann die Liste für viele andere durchsehen. Ich schließe mich also der Ansicht an, daß, wenn die erste Eingabe rechtzeitig eingegangen ist, auch der zweiten Eingabe mit der Liste, die die Namen der zur Garnison Gehörenden umfaßt, Genehmigung erteilt werden muß und die genannten Wähler nachträglich zur Wahlliste eingetragen werden müssen. Wir wollen als gute Staatsbürger nicht, daß eine so große Anzahl Personen von dem Recht zu wählen ausgeschlossen werden, zumal bei früheren Wahlen noch am letzten Tage die Zulassung zur Wahl freigegeben war, allerdings unter anderen Voraussetzungen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Wenn dem Herrn Oberbürgermeister gegenüber die Einreichung einer Liste in Aussicht gestellt ist und wir uns die Tatsache vor Augen halten, daß eine andere Liste als die der Kommandantur uns nicht zugegangen ist, dann spricht ein ziemlich starke Vermutung dafür, daß die Liste der Kommandantur die Ergänzung sein soll der Einsprache Nr. 2, die der Feldwebel Grotehenn mündlich vorgetragen hat. Ich erkenne aus den angegebenen Verhältnissen aber nur das starke Vermuten, und der geehrten Versammlung ist es überlassen, ob sie diese Vermutung für stark genug hält, um daraufhin die Liste der Kommandantur als Anhang zur zweiten Beschwerde anzusehen und die beteiligten 838 Personen in die Wählerliste hineinzubringen. Wenn man sich ver-

gegenwärtigt, wie die Verhandlungen mit dem Herrn Oberbürgermeister zur rechten Zeit gepflogen sind, und wie ihm eine Liste der Fehlenden in Aussicht gestellt ist so muß man sagen, daß die Betreffenden doch vernagelt gewesen wären, wenn sie sie nicht noch eingereicht hätten. Offenbar ist die Einreichung durch die Vermittlung der Kommandantur geschehen, und wenn die Versammlung nun noch die Unzulänglichkeit alles Menschlichen mit in Rechnung stellt, dann ist nicht zu bestreiten, daß der Anspruch auf Nachtragung berechtigt ist.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Damen und Herren! Wenn Sie dem Grundsatz folgen, den Herr Dr. Jasper aufgestellt hat, wonach jeder Wahlberechtigte das Recht hat, die Listen anzufechten, weil irgendein Wähler nicht in der Liste steht, oder weil der Name einer solchen Person in der Liste enthalten ist, die nicht in die Liste hineingehört, dann ist meinem Erachten nach die Sache ohne weiteres dadurch erledigt, daß der Magistrat verpflichtet ist, jeden Soldaten der Garnison, dessen Name nicht in der Wählerliste steht, nachträglich noch einzutragen. (Sehr richtig!) Wir brauchten dann nur mit Hilfe der Kommandantur festzustellen, ob die betreffenden Personen, die uns angegeben wurden, auch wirklich zu den Soldaten der Garnison gehören.

Stadtverordneter Richter: Werte Damen und Herren! Die rechtzeitige Einreichung der Beschwerde ist seitens des Ausschusses nicht bestritten und wird als feststehend betrachtet. Für mich kam als Mitglied des Wahlausschusses in Frage, daß eine Beschwerde ohne jegliche Vollmacht eingereicht ist, und darum kommen wir auch heute nicht hinweg. Wenn die Herren Könneburg und Dr. Jasper sagten, es habe jeder das Recht, die Wählerlisten daraufhin zu prüfen, ob dieser oder jener darinsteht, und zu beantragen, daß Fehler korrigiert werden, dann darf ich darauf hinweisen, daß das bisher nie Mode war. Ich hatte nur das Recht, die Listen zu prüfen, und stand der Name eines Berechtigten nicht darin, dann konnte ich Korrektur nur verlangen, wenn ich eine Vollmacht des Betreffenden hatte, die Nachtragung zu erwirken. (Sehr richtig!) Auf Grund dieses Brauches habe ich in der Ausschußsitzung bezweifelt, daß wir dem Antrage auf Nachtragung der Namen nachgeben können, und stehe auf dem Standpunkt, daß der Protest als abgelehnt gelten muß. Wohin sollte es führen, wenn ein x-beliebiger kommen und ohne Vollmacht Protest einlegen könnte! Man hat hier in Bausch und Bogen Beschwerde eingelegt für 1000 Personen, ohne daß man weiß, für wen das geschieht, und aus diesem Grunde halte ich die Beschwerde nicht für berechtigt. Herr

Rönneburg meinte, wenn der Vorsitzende des Kartells hierhergekommen wäre und Beschwerde eingereicht hätte, dann würde ihr wohl von unserer Seite stattgegeben sein. Dagegen muß ich sagen, daß ich mich in dem Fall genau auf denselben Standpunkt wie eben gestellt haben würde, wenn nicht in der Beschwerde gesagt wäre: „Für den Wähler soundso und den Wähler soundso beantrage ich Nachtragung“. Der bisherige Modus ist durch die Gesetzgebung nicht beseitigt. Bisher war es Usus, daß nur auf eine Vollmacht hin eine Nachtragung bewirkt werden konnte, ergo muß es auch in diesem Fall sein. Bewenden damit haben und die Beschwerde abgelehnt werden.

Oberbürgermeister Netemeyer: Zu dem, was Herr Richter vorgetragen hat, möchte ich mir eine Bemerkung erlauben. Ich habe bei der Beratung des Falles im Ausschuß denselben Zweifel gehegt, dem Herr Richter Ausdruck gegeben hat. Nun mache ich jedoch auf folgendes aufmerksam: Wenn man die Regel, die Herr Dr. Jasper und Herr Rönneburg aufgestellt haben, und die ohne Frage viel für sich hat, so auslegen wollte, daß der einzelne, der Protest erhebt, nur das Recht hat zu sagen: „Kraft Vollmacht des Wählers bitte ich, ihn in die Liste aufzunehmen“, dann kommt man dahin, zu verneinen, daß jemand das Recht hat, zu erklären: Der und der gehört nicht in die Liste. Nehmen Sie den Fall an, der Magistrat hätte in einer unglücklichen Stunde eine große Menge Leute in die Liste hineingebracht, die nicht hineingehörten, und ein Wähler fände das bei Durchsicht der Listen, soll ihm dann nicht das Recht zustehen, dagegen Protest zu erheben? Wenn Sie aber anerkennen, daß der Wähler gegen die zu Unrecht erfolgte Aufnahme von Namen protestiert, dann muß ihm auch das Recht zustehen, zu beantragen, daß fehlende Namen aufgenommen werden. Nun kann allerdings nicht so vorgegangen werden, daß einfach jemand erklärt: „In dieser Liste fehlt eine ganze Zahl von Namen, und deshalb erhebe ich Protest“, sondern der Wähler muß die fehlenden Personen soweit bezeichnen, daß eingeschritten werden kann. Es kommt dem vorliegenden Einspruch zugute, daß alle die fehlenden Personen Soldaten sein sollen, und so kommt es jetzt nur darauf an, daß wir feststellen: Sind es wirklich Soldaten, die noch eingetragen werden wollen? Im übrigen ist meine Ansicht die: Die Sache mag heute so oder so entschieden werden, nach diesen Verhandlungen ist anzunehmen, daß ein Protest gegen die Wahl auf jeden Fall kommen wird, entweder von der einen oder von der anderen Seite, es sei denn, daß eine Gruppe in der Wahl Erfolg hat ohne Hilfe des Protestes.

Stadtverordneter **Lehnert**: Es ist gesagt, daß in der ersten Bekanntmachung schon darauf hingewiesen ist, daß auf Grund der Lebensmittellisten die Wählerlisten aufgestellt worden sind, und danach hätten die Betreffenden handeln sollen. Herr Rönneburg meinte, wenn der Vorsitzende des Kartells, Herr Fischer, vielleicht Protest eingelegt hätte, dann würden meine Freunde und ich gewiß eine andere Stellung einnehmen. Nein, Herr Rönneburg, daß wir in dieser Weise nicht verfahren, hat die Praxis gelehrt. In den ganzen Jahren bisher hat derjenige, der den Auftrag hatte, die Listen in bezug auf die Eintragung seiner Berufskollegen durchzusehen, jedesmal den Bescheid gegeben: „Der Betreffende muß hierher kommen, dann und dann läuft die Zeit dafür ab, und der Betreffende möge auch seine Legitimation mitbringen“. So wurde in jedem einzelnen Falle verfahren, und eine derartige Direktive wird auch seitens des Stadtmagistrats den Beamten gegeben sein. Herr Bunge weiß aus seiner Praxis in früheren Jahren ganz genau, wie früher verfahren worden ist.

Herr Einert meinte, er wolle für sich das Recht in Anspruch nehmen, eine Nachtragung zu verlangen, falls einmal der Bankplatz oder die Lange Straße nicht eingetragen wäre. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Straßen, wo nicht die Arbeiter ihr Domizil hatten, recht sauber und pünktlich in den Listen behandelt waren, wogegen in den ganzen Jahren in den Arbeiterstraßen viele Mängel bezüglich der Eintragung sich zeigten. Das wird Herr Bunge bestätigen können. Er wird sagen: „Ich kann feststellen, daß meistens die Arbeiter hierbei vergessen worden sind“ —, ohne daß ich damit den Beamten eine böse Absicht unterschieben will, das gibt es bei mir nicht. (Heiterkeit). Fehler können überall gemacht werden, und der Fehler, der hier vorliegt, ist ganz einfach dadurch gekommen, daß die Kommandantur sich nicht rechtzeitig um die Sache gekümmert hat. Ich weiß nicht, ob der betreffende Ressortoffizier auf Urlaub gewesen ist, oder ob er sonst keine Zeit gehabt hat. Warum sind denn die anderen 26 Militärpersonen hier gewesen und haben ihre Nachtragung rechtzeitig beantragt? Der Feldwebel, der hier gewesen ist, hat erklärt, es fehlten an 1000 Personen, aber er hat selbst nicht genau gewußt, welches die Namen sind. Der Antrag dieser Personen ist aber bis zu dem gesetzten Tage nicht eingereicht. Ein Protest ist jetzt schon eingereicht, und der Herr Oberbürgermeister hat schon gesagt, daß Protest von der andern Seite in Aussicht stünde, wenn die Eintragung noch vorgenommen würde. (Zuruf: Schöne Aussicht!)

Vorsitzender: Wenn ein Wahlprotest so sicher ist, dann können Sie nur heute gleich einen anderen Wahlausschuß wählen.

Stadtverordneter **Wahrendorf** beantragt Schluß der Besprechung. Stadtverordneter **Bunge** widerspricht dem Antrage, da er noch einige Worte zu der Sache zu sagen habe.

Stadtverordneter **Schille**: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Lehnert lassen vermessen, daß er den Sachverhalt etwas klarer erfaßt hat, und zwar haben wir festgestellt, daß die 26 Militärpersonen, die sich schon haben nachtragen lassen, verheiratet sind. Jedenfalls auf Grund dessen, daß sie von ihren Haushaltungen darauf aufmerksam gemacht wurden, haben sie die Eintragung in die Listen geprüft, oder der Herr Grotehenn hat, nachdem er bemerkt hat, daß sämtliche Militärpersonen nicht in die Listen aufgenommen waren, veranlaßt, daß so viele wie nur möglich, zum Rathaus gingen, um ihre Nachtragung zu bewirken. Wenn nun Herr Grotehenn als Vorsitzender oder Schriftführer einer wirtschaftlichen Vereinigung für seine Kollegen Einspruch erhoben hat, so halte ich das für korrekt. Die Herren von links wissen, daß wir als Angehörige von Organisationen Wert darauf legen, daß wir als Organisation verhandlungsfähig für die in der Organisation befindlichen Leute betrachtet werden. So halte ich den Protest für einwandfrei. Soweit ich als Vorsitzender einer kaufmännischen Organisation in Frage käme, würde ich unbedingt auf Grund der bestehenden Gesetze mein Recht, als Vertreter dieser Gruppe Protest einlegen zu können, ausüben.

Wenn weiter gesagt worden ist, daß die Unterschrift der Briefe der Kommandantur an die städtischen Behörden in den beiden Schreiben dieselbe ist, so ist das selbstverständlich. Der Ressortbeamte muß natürlich einmal den Brief unterzeichnen, der den glatten Protest, der verspätet eingegangen ist, enthält, und zum andern muß bei Überreichung der Wählerliste dieselbe Unterschrift erscheinen. Ich glaube, daß wir unter keinen Umständen zulassen dürfen, daß eine ganze Gruppe von Wählern ausgeschaltet wird durch ein Versehen, wie es hier vorgekommen ist; wir würden uns einem Vorwurf nicht entziehen können, wenn wir zuließen, daß sie ausgeschlossen würden. Ich bitte also, eine nachträgliche Eintragung noch stattfinden zu lassen, damit diese Männer und Frauen wählen können.

Stadtverordneter **Nichter**: Werte Damen und Herren! Es kommt für mich bei Prüfung der Sache in Betracht, daß es nicht stimmen kann, wenn Herr Könneburg sagt, die Herren hätten zeitig Einspruch erhoben und gleich, nachdem die 26 Personen ihre Eintragung bewirkt hätten, das übrige in Gang gebracht. Da die Listen bekanntlich bis zum 6. September ausgelegt sind, so hätten, nachdem die 26 Per-

sonen nachgetragen waren, unzweifelhaft in den acht Tagen der Auslegung auch die sämtlichen übrigen Namen nachgetragen sein können oder der Protest mit namentlicher Aufführung erledigt werden können. Man hat das unbestimmte Gefühl, daß aus Böswilligkeit bis zum letzten Augenblick damit gewartet ist, daß keine vollständige Namenliste eingereicht ist, um die Sache zu erschweren. Ich habe nun einmal das Gefühl, daß dies geschehen sei, auch wenn es Ihnen unglaublich erscheint. Was Herr Einert anführte über das Recht, ganze Straßenzüge, die vergessen sein könnten, nachtragen zu lassen, das trifft nicht zu. Man müßte auch in dem Falle verlangen, daß der mit der Prüfung Beauftragte die Unterlagen bringt, aus denen hervorgeht: Für den und den nicht eingetragenen Wähler erhebe ich Einspruch. Es ist auch früher sehr oft vorgekommen, daß — jedenfalls aus Versehen — Leute nicht in die Wählerlisten eingetragen waren. Dann sind sie bei vernachlässigter Prüfung um ihr Wahlrecht gekommen, und es hat nichts dagegen gegeben. Man hätte doch in diesem Falle die Frist von acht Tagen nicht versäumen sollen! Früher hieß es, mit Ablauf der Auslegung hört die Möglichkeit der Nachtragung auf, und damit Punktum. Jetzt hat man ja noch eine längere Frist gelassen. Wenn Sie rechtliche Gründe walten lassen wollen, muß der Protest abgelehnt werden.

Stadtverordneter **Bunge**: Meine Damen und Herren! Es ist von Herrn Lehnert angeführt, daß ich früher mich mit dem Nachprüfen der Wählerlisten befaßt habe, und das stimmt. Ich habe in einem Zeitraum von 20 Jahren sämtliche Wählerlisten durchgesehen, und muß offen sagen, daß ich heute nicht mehr feststellen kann, ob gerade aus Arbeiterkreisen die meisten Namen gefehlt haben oder nicht, denn ich hatte von sozialdemokratischer Seite nur den Auftrag, die Listen von Arbeitern nachzusehen, und über die übrigen Wähler habe ich keine Aufstellungen gemacht. Aber dort, wo Verfehlungen stattgefunden hatten, haben mir die Beamten ständig versichert, daß sie keine Schuld daran träfe. Es waren das zum Teil Versehen, wie sie immer wieder vorkommen, und zum Teil lag es daran, daß die Betroffenen keine Steuern bezahlt hatten oder Armenunterstützung bezogen und infolgedessen nicht in der Wählerliste standen. Die Beamten haben mir versichert, sie hätten kein Interesse daran, irgend welche Namen nicht einzutragen, und das kann man ihnen glauben. Wenn ein Name als nicht in der Liste stehend von mir gefunden wurde, so legte ich in erster Linie an Ort und Stelle Protest ein, und es wurde nachgeprüft, woran es lag, daß die Eintragung nicht stattgefunden hatte. Waren die Steuern nicht bezahlt, so notierte ich das und sagte: Ich halte meinen Protest aufrecht und komme morgen wieder. Dann versuchte ich von dem Betreffen-

den den Steuerzettel zu bekommen und befragte ihn, ob er Armenunterstützung bekommen hätte. Lag dann die Sache so, daß sich noch irgend ein Ausweg finden ließ, dann legte ich im Auftrag der Leute Protest ein, und solche Proteste wurden dann in der gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten erörtert. Herr Stadtrat von Frankenberg berichtete dann hier: „Auf Antrag des Herrn Bunge sind folgende Proteste eingelaufen“, und diese wurden dann zum größten Teil schnell erledigt, und große Schwierigkeiten sind uns nicht gemacht. Wohl ist es vorgekommen, daß der eine oder andere selbst nach dem Rathaus gehen mußte, weil er mir seinen Steuerzettel nicht anvertrauen wollte, oder weil noch andere Sachen zu erledigen sich dabei herausstellten, denn manch einer wollte sich nicht in seine Papiere hineinsehen lassen.

Zur Sache selbst habe ich zu sagen: Nachdem der Herr Oberbürgermeister uns die Sache so vorgetragen hat, liegt sie anders als es anfänglich schien, und deshalb stehe ich für mein Teil auf dem Standpunkt, daß hier ein Irrtum der ausschreibenden Stelle vorliegt, und dieser Irrtum muß wettgemacht werden dadurch, daß den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, ihr Wahlrecht auszuüben.

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung dahin, daß dem Antrage auf Nachtragung der in der Wählerliste fehlenden Personen stattgegeben werden soll.

Stadtrat von Frankenberg: Ich werde morgen früh dem Steuerbureau Bescheid geben und Sorge tragen, daß die Betroffenen in den Wohnungen, wo sie schon eingetragen sind, nicht nochmals eingetragen werden und nur für die Wohnungen, wo die Leute gemeldet sind — entweder in der Kaserne oder in den anderen Wohnungen — eine ergänzende Nachtragung stattfindet. Die Ausführung muß bis übermorgen mittag erfolgen, weil dann die Protokollführer die Wählerlisten zu ihrer Einarbeitung erhalten sollen, und bis dahin wird das Steuerbureau mit seinen Hilfskräften in der Lage sein, die Arbeit fertigzustellen.

Vorsitzender: Werden die Betroffenen nur auf Grund dieser einen eingereichten Liste wählen können?

Stadtrat von Frankenberg: Wir können die Beteiligten nur in den gemeldeten Wohnungen eintragen. Diese sind in der ganzen Stadt verteilt, und die Eintragung bringt für das Bureau eine große Mühe, für die Beteiligten aber ist es eine An-

nehmlichkeit insofern, als dann jeder weiß, wo er zu wählen hat, nämlich in seinem Wohnbezirk. Das wird auch für die Wahlkommissare das allerzweckmäßigste sein.

Stadtverordneter **Rönneburg**: In einer persönlichen Bemerkung möchte ich feststellen, daß ich durch die Geschäftsordnung behindert war, auf die sachlichen Einwendungen der Herren Richter und Lehnert einzugehen.

2. Antrag **Rönneburg**, bezüglich der Listenverbindung der sozialdemokratischen und demokratischen Partei.

Stadtverordneter **Rönneburg**: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch eine andere Angelegenheit, die zu Meinungsverschiedenheiten Veranlassung gegeben hat, zur Aussprache stellen. In den Wahlvorschriften steht, daß bis zu demselben Tage, an dem die Einreichung der Wahlvorschläge zu erfolgen hat, zu gleicher Zeit ausgesprochen sein soll, ob eine Listenverbindung stattfinden soll. Es ist damit bei den Magistratswahlen ein abweichendes Verfahren beliebt, da man bei früheren Wahlen den Termin für Festlegung der Listenverbindung auf einen späteren Zeitpunkt, nach der Einreichung des Wahlvorschlages, festgelegt hat. Infolge dieser Festlegung, die aus dem früheren Rahmen herausfiel, ist es zu einer Differenz gekommen. Von dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei ist mündlich erklärt worden, daß sie ihre Liste mit dem Wahlvorschlag der demokratischen Partei verbinden wollte. Dabei ist das kleine Versehen vorgekommen, daß von dem Vertreter meiner Partei nicht ausdrücklich bestätigt worden ist, daß eine Listenverbindung mit der der sozialdemokratischen Partei stattfinden sollte. Es steht nicht in der Wahlvorschrift, ob die Anzeige über die Listenverbindung schriftlich erfolgen soll, auch nicht, ob sie von allen beteiligten Gruppen ausgesprochen werden muß. Es steht nur darin, daß die Listenverbindung bis zum Ablauf der Vorschlagsfrist zu erklären ist. Diese Erklärung ist seitens der sozialdemokratischen Partei abgegeben worden, aber nach Angabe des betreffenden Beamten ist sie nicht klar verstanden worden. Der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, Herr Schmerbach, ist in der Lage, es auf seinen Eid zu nehmen, daß tatsächlich diese Erklärung von ihm abgegeben worden ist. Der Vorsitzende des Wahlausschusses, Herr Stadtverordneter Riese, trug Bedenken, bei der vorhandenen Sachlage diese Erklärung als gültig anzusehen. Ich möchte deshalb die Frage bei der Versammlung zur Entscheidung stellen und bitte, auszusprechen zu wollen, daß diese Erklärung auf Listenverbindung als gültig angesehen wird.

Oberbürgermeister Kettemeyer: Gestatten Sie mir ein paar kurze Bemerkungen zu dieser Sache. Auch bei mir sind einige Herren gewesen und haben gebeten, durch Vernehmung der Beamten festzustellen, daß die Erklärung über die Listenverbindung rechtzeitig abgegeben worden ist. Ich habe sofort die beiden Beamten, die in Frage kommen, den Sekretär Fuhrmann und den Stadtssekretär Brandes, vernommen. Sekretär Fuhrmann, dem der Wahlvorschlag von Herrn Schmerbach übergeben wurde, behauptet entschieden, eine derartige Erklärung über Listenverbindung sei bei ihm nicht abgegeben worden, nur gab er zu, daß gleichwohl Herr Schmerbach die Listenverbindung erwähnt haben könne, daß er, der Beamte, das aber falsch aufgefaßt habe. Also die Möglichkeit der Abgabe einer solchen Erklärung wird zugegeben. Wenn nun Herr Schmerbach sagt: „Ich habe die Listenverbindung angemeldet“, dann ist meiner Meinung nach sicher, daß der Beamte diese Worte nicht verstanden hat. Nun frage ich aber: War der Beamte die Stelle, der gegenüber mit Rechtswirkung diese Erklärung abgegeben werden kann? Meiner Ansicht nach mußte sie abgegeben werden bei dem Vorsitzenden der Stadtverordneten, oder bei dem Ausschuß, den die Stadtverordneten für diese Wahl bestimmt hatten, oder auf Grund der Anordnung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung bei dem Sekretariat des Magistrats. Dort sind auch die Wahlvorschläge abzugeben gewesen, und diese Stelle würde man allenfalls als berechtigt ansehen können. Wenn aber im Steuerbureau, wo zufällig die Wählerlisten hergestellt werden, eine derartige Erklärung mündlich abgegeben wird, dann kommt man zu der Ansicht, daß sie keine Wirkung hat. Ich glaube, wir streiten uns bei dieser Sache um des Kaisers Bart.

Stadtverordneter Rönneburg: Ich muß insofern den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters entgegentreten, als Herr Sekretär Fuhrmann nicht ohne weiteres die Möglichkeit verneint, daß diese Erklärung ausgesprochen sei; er erklärte uns gegenüber nur wiederholt — Herr Stadtrat Ohlendorf wird das bestätigen können —, er erinnere sich nicht, eine solche Bemerkung gehört zu haben, aber die Möglichkeit dafür ließe er offen. Es herrschte ja leider darüber keine Klarheit, an welcher Stelle diese Erklärung hätte abgegeben werden müssen. Es hätte darüber eine Klarstellung erfolgen müssen. Es war die Möglichkeit gegeben, im Steuerbureau die Kandidatenliste einzureichen, und daraus folgt ohne weiteres, daß dort auch die Erklärung über die Listenverbindung abgegeben werden konnte. Wenn die Liste dort nicht abgegeben werden durfte, dann hätte der Beamte sie nicht entgegennehmen dürfen, sondern von vornherein die Betreffenden an die zuständige Stelle verweisen müssen. Haben die Beamten dort die Kandidatenvorschläge entgegengenommen, dann

liegt kein Grund vor, eine Erklärung über Listenverbindung, die dort abgegeben ist, als nicht gültig anzusehen. So herrschte ein lieblicher Wirrwarr darüber, wo man diese Erklärung abgeben sollte. Wenn auch die Beamten nicht gewußt haben, wo die Erklärung erfolgen mußte — sie hätten sonst Herrn Schmerbach an die richtige Stelle verweisen können —, dann liegt hinreichend Grund vor, daß die Anerkennung der Erklärung jetzt ausgesprochen wird.

Vorsitzender: In der ersten Bekanntmachung des Wahlausschusses heißt es: Die Wahlvorschläge sind bis zum 10. September d. Js., mittags 12 Uhr, bei dem unterzeichneten Ausschuß (im Rathaus, Zimmer 35) einzureichen. Wir haben deshalb das Stadtssekretariat gewählt, weil ich als Vorsitzender diese Sachen nicht in meiner Privatwohnung haben wollte, auch nicht im Geschäft, da ich dort nicht immer über die nötige Zeit dafür verfügen kann, um einwandfrei die Eingangsrift feststellen zu lassen. Es ist uns im Wahlausschuß erst im Anfang dieser Woche von Herrn Stadtrat Ohlendorf mitgeteilt, daß die Listen verbunden werden sollten. (Zuruf Könneburg: Am vorigen Freitag.) Zweifellos war die Frist verstrichen, als ich zum ersten Male davon gehört habe. Ich erinnere mich sehr genau, wie in der Sitzung des Wahlausschusses noch Artikel 8 der Ausführungsvorschriften verlesen wurde. Er lautet: „Die Verbindung der Wahlvorschläge für die unbefoldeten Mitglieder des Magistrats ist spätestens bis zum Ablaufe der Vorschlagsfrist zu erklären“. Bei dieser Verlesung ist ausdrücklich vom Herrn Oberbürgermeister betont, daß die Absicht einer Listenverbindung nicht zutrefte, und die Vertreter der Parteien, die diese Listenverbindung eintreten lassen wollten, haben keinen Ton dagegen gesagt. Erst einen oder zwei Tage später habe ich von Herrn Ohlendorf erfahren, daß eine Verbindung der Listen geplant sei, und Herr Könneburg wird es begreiflich finden, daß ich als einzelner nicht Beschlüsse des Wahlausschusses umstoßen oder korrigieren kann. Recht geben muß ich Herrn Könneburg darin, daß keine Bestimmung existiert, ob die Erklärung mündlich oder schriftlich abgegeben werden muß. Aber Herr Könneburg gehört ja mit zu den Fabrikanten des Wahlgesetzes. (Zuruf Könneburg: Wir haben es abgelehnt!) Zweifellos aber hat er mitgewirkt bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes, und der Vorwurf der Unklarheit kann nicht auf die Stadtverordneten oder auf den Wahlausschuß fallen, sondern nur auf diejenigen, die das Gesetz zustande gebracht haben. Wir sind nur die Unglücklichen, die unter der Last der unklaren Bestimmungen zu leiden haben und nun nicht ein und aus wissen, um überhaupt eine gesetzmäßige Wahl zustande zu bringen. Alle, die bei der Herausgabe des Gesetzes mitgewirkt haben, tragen daran die Schuld. (Zuruf Könneburg: Wir nicht!)

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Es ist nicht angenehm, wenn man jemandem einen solchen Plan mehr oder weniger zerstören muß, denn man kann es den Parteien nicht verdenken, daß sie verbundene Listen haben wollen. Nun möchte ich aber noch auf eins aufmerksam machen. Das Schiffchen der Wahlhandlung, das wir in den Hafen steuern wollen, ist schon sehr reichlich bepackt. Wollen Sie ihm auch diese Sache noch ausbürden oder sie nicht lieber weglassen? Wenn nun auch Herr Schmerbach die Erklärung abgegeben hat und ein Mißverständnis des nicht zuständigen Beamten vorliegt, hat dann die andere Fraktion, die demokratische Partei, auch eine solche Erklärung abgegeben? Ich kann das Gesetz nur dahin auslegen, daß verbundene Listen nur dann in Erscheinung treten, wenn zwei Parteien eine übereinstimmende Erklärung abgeben. Soll der unglückliche Wahlvorstand, der das Wahlergebnis feststellen muß, respektive der Wahlausschuß auf die Erklärung einer Partei hin seine Feststellungen treffen? Das geht doch nicht. Schon an diesem einen Umstand scheitert die Listenverbindung, und ich möchte bitten, einen dahin gehenden Beschluß zu fassen. Zunächst aber bitte ich Herrn Rönneburg, seinen Antrag fallen zu lassen.

Stadtverordneter **Schmerbach**: Verehrte Anwesende! Sie werden es begreiflich finden, daß ich mit den einzelnen Herren hier im Rathaus nicht so bekannt bin, daß ich jeden persönlich kenne. Ich weiß nur, daß ich am 10. ds. Mts. mittags ziemlich spät zwei Herren in dem Bureau fand und außerdem Herrn Stadtssekretär Brandes, und möchte noch bemerken, daß auf der Zusage, die ich bekommen habe, gestanden hat, daß die Wahlvorschläge in Zimmer Nr. 67 abzugeben seien. Es wurde mir von den Herren gesagt, es sei schon reichlich spät zur Abgabe der Wahllisten, aber es hat sich herausgestellt, daß das ein Irrtum war — es scheinen bei dieser ganzen Angelegenheit ziemlich viel Irrtümer vorzuliegen. Das ganze Gesetz, wie es in der Landesversammlung festgestellt ist, enthält viele Ungenauigkeiten, und andererseits hat man sich auch bei der Festlegung der Frist um einen Tag geirrt. Es ist nicht der 10. September der letzte Tag, sondern der 11., so daß ich mit Abgabe der Wahlliste noch einen Tag länger Zeit gehabt hätte. Die beiden Herren haben also den Wahlvorschlag noch angenommen, als ob sie Gnade für Recht ergehen lassen wollten. Herr Ohlendorf sagte noch, auf ein paar Minuten könne es nicht ankommen; nachträglich hat sich aber herausgestellt, daß ich einen Tag früher, als die Frist abließ, die Liste eingereicht habe. Ich habe dabei noch den Wunsch geäußert, weil in der geschriebenen Liste der Name Vogler an der falschen Stelle stand, ihn an die dritte Stelle — wenn der Name des Oberbürgermeisters nicht mitgerechnet wird —

zu setzen, und außerdem habe ich gesagt, daß wir in bezug auf die unbefoldeten Stadträte die Listenverbindung mit der demokratischen Partei wünschen; sicherlich sei von jener Seite auch derselbe Antrag gestellt. Dazu hat Herr Brandes gesagt, daß wolle er noch machen. Im Zweifel war er aber darüber, ob wir die Liste nicht zu spät eingereicht hätten. Daß er die Listenverbindung als Beamter des Stadtmagistrats angenommen hätte, hat er nicht gesagt, aber er hat auch nicht gesagt, daß er sie nicht annehmen könnte, und damit habe ich geglaubt, daß die Sache erledigt ist. Herr Ohlendorf ist Zeuge von dieser ganzen Sache.

Vorsitzender: Wenn Herr Schmerbach sagt, daß er eine Zuschrift bekommen habe, die Wahlliste im Zimmer Nr. 67 einzureichen, so kann sich das nur darauf beziehen, daß die Herren ihre Liste zurückbekommen hatten, weil sie bei Einreichung insofern nicht den Vorschriften entsprach, als die Unterschriften fehlten. Diese Zuschrift kann nur auf die zweite Einreichung Bezug haben, während die Erklärung über die Listenverbindung bei der ersten Einreichung innerhalb der richtigen Frist geschehen mußte. Bezüglich der Fristen waren allerdings sehr wohl zweierlei Meinungen möglich, es kann der 10. oder 11. September als letzter Tag angesehen werden. Ich habe bei Feststellung des Termins den Kalender zu Rate gezogen und war ursprünglich der Meinung, wie das bei Mietzahlungen und Kündigungen der Fall ist, daß der Sonntag bei der Zählung der Tage ausfallen müßte. Der Wahlausschuß hat aber erklärt, daß der Sonntag mitzählen solle. Die Liste ist noch frühzeitig genug eingereicht. Ich bitte nun die Versammlung, sich zu erklären, ob die Verbindung der Listen als gültig anerkannt werden soll; ich als Vorsitzender des Wahlausschusses hatte keine Befugnis dazu.

Stadtverordneter **Jahns:** Wenn ich einen Vertrag schließe, mag es vor Gericht oder an anderer Stelle sein, so ist es nötig, daß die Gegenpartei zugegen ist und ihr Einverständnis erklärt; ich allein aber kann keinen Vertrag schließen. So ist es auch hier. Es ist nur eine rechtliche Frage, ob die beiden Parteien erklärt haben, daß die Listenverbindung stattfinden solle. Das ist nicht geschehen, und so ist es meiner Ansicht nach nicht möglich, daß wir unsere Zustimmung zu der Listenverbindung erklären.

Stadtverordneter **Könneburg** zieht seinen Antrag zurück.

3. Wahl der Kommission zur Vorberatung der Gehaltsbestimmungen für die besoldeten Mitglieder des Stadtmagistrats.

Vorsigender: Es ist von Herrn Stadtrat Füllermann der Wunsch geäußert, endgültig die Kommission zu wählen, die auf Grund des Beschlusses der Sitzung vom 23. August zu bestimmen notwendig ist. Damals hat die Versammlung beschlossen, daß eine Erhöhung der Gehälter der besoldeten Magistratsmitglieder eintreten soll, und es war der Wunsch geäußert, daß im ganzen acht Stadtverordnete, aus jeder Fraktion zwei, dafür bestimmt werden möchten. Anfangs dieser Woche kam Herr Stadtrat Füllermann zur Sitzung des Wahlausschusses und hat, diese Sache zu beschleunigen. Ich habe ihm erwidert, daß der Wahlausschuß als solcher keinerlei Befugnis habe, über diese Frage zu beraten. Es sei aber wünschenswert, daß von seiten der Stadt in allen denjenigen Orten, die mit Braunschweig in bezug auf Größe oder ihre sonstige Struktur und in bezug auf Vergütungen auf eine Stufe gebracht werden können, Erkundigungen eingezogen werden, welche Gehaltsätze und sonstige Vergütungen für die besoldeten Magistratsmitglieder dort gezahlt werden. Wenn ich recht unterrichtet bin, sind deswegen schon Anfragen hinausgegangen, so daß in nächster Zeit die Eingänge zu erwarten sind. Besonderer Wert wird von den jetzigen unbesoldeten Magistratsmitgliedern darauf gelegt, noch vor dem Amtsantritt die Gehaltsfrage der besoldeten Stadträte zu klären, weil besonders bei dem Herrn Oberamtsrichter Meyer die Verhältnisse in besonderer Art liegen, und ich habe keine Bedenken dagegen, daß die Wahl heute vorgenommen wird. Ich bitte um Vorschläge! Der Rechtsausschuß war der Meinung, daß die Vorsigenden der einzelnen Ausschüsse dieses Amt übernehmen möchten, und daß weiter aus jeder Fraktion noch ein Herr hinzugewählt werden sollte.

Auf Vorschläge aus der Versammlung heraus werden die Stadtverordneten Reißner, Jahnz, Salomon, Frede, Dr. Jasper, Marth, Blumeier und Tostmann in den Ausschuß gewählt.

4. Antrag Schilke, betreffend wiederholte Bekanntmachung der Wahllokale.

Stadtverordneter **Schilke:** Ich bitte, daß die Wahllokale möglichst am Sonnabend noch einmal bekanntgemacht werden. Es wäre das zur glatten Abwicklung des Wahlgeschäfts rätlich, denn die Wahllokale für die einzelnen Bezirke haben nur einmal in der Zeitung gestanden.

Vorsitzender: Die Wahllokale sind in den sämtlichen hiesigen Zeitungen einmal veröffentlicht, in den Braunschweigischen Anzeigen jedoch zweimal. Wir werden noch sechzig Abzüge dieser Bekanntmachung besonders bestellen, die jedem Wahlvorsitzenden mit ins Wahllokal gegeben werden, so daß es möglich ist, daß, wenn verirrte Wähler in ein Lokal kommen, sie ohne weiteres vom Wahlvorsteher die nötige Auskunft bekommen können. Eine nochmalige Bekanntmachung der Wahllokale in sämtlichen Zeitungen hat der Wahlausschuß der hohen Kosten wegen nicht für tunlich gehalten. In jedem Wahllokal wird aber am Wahltag ein vollständiges Verzeichnis der Bezirke mit den zugehörigen Straßen vorhanden sein.

Stadtverordneter **Könneburg:** Auch ich möchte um nochmalige Bekanntmachung der Wahllokale bitten. Es sind mir eine ganze Reihe von Anfragen nach den richtigen Wahlstellen in letzter Zeit zugegangen. Die Bekanntmachung darüber liegt vierzehn Tage zurück, ist in den meisten Blättern nur einmal erfolgt, und die Braunschweigischen Anzeigen werden nur sehr wenig gehalten, so daß in vielen Fällen Unklarheit herrscht, wohin die Wähler bei der Wahl gehen müssen. Es hätte auch ein Verzeichnis an die Anschlagssäulen geklebt werden können, damit jeder in der Lage war, seinen Wahlbezirk feststellen zu können. Ich glaube, es darf vor der Ausgabe dieser paar hundert Mark nicht zurückgeschreckt werden, damit allseitige Aufklärung erreicht wird.

Stadtverordneter **Bunge:** Selbst wenn sie jeden Tag die Anzeige vollständig in den Blättern haben, dann werden doch an dem Tage, wo die Wahl stattfinden soll, noch viele kommen und fragen, wo sie wählen müssen. Andererseits finde ich es aber unangebracht, wenn man die Wahlvorstände mit der Erteilung dieser Auskünfte behelligen wollte, denn es gehören dazu in jedem Bezirk nur drei Personen und das Wahlgeschäft selber würde dadurch zeitweilig lange aufgehalten werden. Vielleicht läßt sich die Einrichtung treffen, daß die Bekanntmachung in den einzelnen Wahllokalen angeschlagen wird, so daß eine Orientierung möglich ist, ohne daß der Wahlvorstand belästigt wird. (Vorsitzender: Das kann der Wahlvorstand ja machen.) Ja, meine Absicht geht aber dahin, daß das einheitlich geschieht.

Vorsitzender: Der Fragen nach den Wahllokalen würden doch wohl nicht so viele kommen, wie Herr Könneburg meint, denn mit geringen Ausnahmen handelt es sich um dieselben Wahllokale wie bei den letzten öffentlichen Wahlen, und ich kann nicht annehmen, daß das Gedächtnis der Wähler so schwach ist, daß sie nicht

wüßten, wo sie das letztmal gewählt haben. Wenn die Versammlung es aber wünscht, würde die Bekanntmachung ja noch einmal stattfinden können, der Wahlausschuß hielt diese Ausgabe für unnütz.

Der Antrag auf nochmalige Bekanntmachung der Wahllokale wird abgelehnt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5¹/₄ bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. September 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Einspruch des Ortsarbeiterrats gegen die beschlossene Satzung über die Erwerbslosenfürsorge	536
2. Antrag des Stadtverordneten Dr. Wolters auf Genehmigung der Niederlegung seines Stadtverordnetenmandates	537
3. Beschaffung von Lehrgegenständen für den Unterricht in der Säuglingspflege in der Mädchenfortbildungsschule	538
4. Stadtseitige Übernahme von Sicherungen für ein neugewähltes Magistratsmitglied, betreffend die Witwen- und Waisenversorgung und eventuelle Weiterzahlung des Gehaltes während eines Jahres.	539
5. Vorläufige Stilllegung des Gaswerks an der Bahnhofstraße	545
6. Wahl von Beisitzern zum Einigungsamt auf Grund der Kleingarten- und Kleinviehlandordnung.	546
7. Haltung von Milchkühen auf dem Mieselgute Steinhof zur Milchversorgung des städtischen Kranken- und Pflegehauses	547
8. Erhöhung der für Leitung und Überwachung des Nachtwachwesens zu zahlenden Vergütung	548
9. Erwerb einer Teilfläche an der Heleenstraße	553
10. Anstellung eines Ingenieurs für Heizungs- und Beleuchtungs-Technik und Umwandlung der Bezeichnung „Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke“ in „Städtisches Betriebsamt“.	556

	Seite
11. Vorläufige Regelung der Schularzfrage	557
12. Gutachten der Stadtverordneten über Aufhebung der sonntäglichen Geschäfts- stunde des Standesamts	561
13. Erhöhung der Gebühren im städtischen Schlachthause	564
14. Ausbau der Straßen 1003, 1004 und 1005.	564
15. Zuschuß zu den Kosten eines Lehrganges für Kriegsteilnehmer in der Ober- realschule.	566
16. Auflistung und Bezahlung der vom Allgemeinen Konsumverein angekauften Grundstücke.	567
17. Teuerungszulage für die Lehrkräfte der katholischen Schule	567
18. Einbesserung im Wortlaut des Statuts über die Unterhaltung einer katholi- schen Schule	568
19. Bewilligung von Mitteln für Beschaffung von Brennholz für die Einwohner- schaft	569
20. Antrag Schilke auf sofortige Inangriffnahme von städtischen Arbeiten, durch die den Handwerkern Beschäftigung zugeführt wird	571
21. Antrag Rönneburg auf feste Anstellung der Feuerwehrleute.	573
22. Antrag Rönneburg, betreffend die weitere Ausgestaltung der Wertzuwachs- steuer	577
23. Anträge Rönneburg, betreffend den Übergang von städtischem Grund und Boden in private Hände nur unter Sicherung des städtischen Wiedervorkaufs- rechts oder im Wege des Erbbaurechts	578
24. Antrag Reißner-Rönneburg zur Reform des Submissionswesens	578

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Oberamtsrichter **Meyer**, Stadtrat **Jüermann**.

Entschuldigt Stadtverordnete Frau **Friedrichs**, Stadtverordneter **Steinbrecher**, Stadtverordneter Dr. **Wolters**.

Die Herren Stadtverordneten **Engmann**, **Einert**, **Genzen**, **Lehnert**, **Rönneburg** und **Schille** erscheinen später.

Vorsitzender W. Kiefe: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Es sind eine ganze Reihe von Eingaben zu verzeichnen.

Herr **Dammann**, Chemnitzstraße 2, beichwert sich wegen der Kohlenlieferungen des Kohlenhändlers **Gnadt**, Goslarsche Straße. Ich überweise das Schreiben dem Magistrat.

Mehrere Ruhegehaltsempfänger bitten, die städtischen Ruhegehälter zu erhöhen. Auch dieses Schreiben überweise ich dem Magistrat.

Der Lessingbund macht darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 26. d. Mts., abends 8¼ Uhr, im Altstadtrathaus ein Lichtbildervortrag des bekannten Architekten Prof. Peter Behrens-Berlin über „Künstlerische Fragen des Wohnungsbaues“ stattfinden soll, und bittet, dem Vortrag beizuwohnen.

Der Oberpostschaffner Klapproth nimmt Bezug auf ein „Eingefandt“ in der Braunschweigischen Landeszeitung: „Mehr Fürsorge für kleine Kinder“ und bittet das Stadtparlament, diese Sache einer öffentlichen Prüfung hier zu unterziehen. Ich überweise die Eingabe ebenfalls dem Magistrat.

Des weiteren ist eine Eingabe vom Bund der Frauen der Kriegsgefangenen eingegangen, in der sie wünschen, daß die Unterstützungssätze um 100 Prozent erhöht werden, und in der weiter um eine einmalige Steuerzulage von 300 Mark für die Frau und von 150 Mark für jedes Kind zur Beschaffung der notwendigsten Bedarfsartikel gebeten wird. Auch diese Eingabe überweise ich zunächst dem Magistrat.

Vom Deutschen volkswirtschaftlichen Verband, Berlin-Wilmersdorf, ist eine längere Eingabe eingesandt worden, in der Berufung von Volkswirten (National-ökonomern) in die Gemeindeverwaltung gewünscht wird. Für Braunschweig ist wohl diese Eingabe zu spät gekommen, weil die Rollen nunmehr verteilt sind.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Ortsgruppe Braunschweig, ist ein Schreiben eingegangen, in dem gebeten wird, daß Punkt 16 der Tagesordnung abgesetzt werden möge. Er betrifft die Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter. Wir können nachher darüber beschließen, wenn wir zu diesem Punkt der Tagesordnung kommen.

Außerdem ist eine Reihe von Anträgen eingegangen:

Ein Antrag des Herrn Könneburg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, der festen Aufstellung der Feuerwehreute und derjenigen städtischen Unterbeamten, die früher Feuerwehreute waren, zuzustimmen, um endlich diese schon lange schwebende Angelegenheit zum Abschluß zu bringen.“

Ein anderer Antrag von Herrn Könneburg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, künftig städtischen Grund und Boden nur unter Sicherung des städtischen Wiederverkaufrechtes in private Hände übergehen zu lassen, oder städtischen Grund und Boden nur im Wege des Erbbaurechtes weiterzugeben.“

Ein weiterer Antrag von Herrn Rönneburg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung baldigst eine Vorlage über die weitere Ausgestaltung der Wertzuwachssteuer zu machen, damit möglichst aller unverdiente Wertzuwachs an bebautem und unbebautem Grund und Boden der Allgemeinheit zugeführt werden kann.“

Sodann folgender Antrag des Herrn Rönneburg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen das von der Stadt erworbene Gelände an der Charlottenhöhe nicht in private Hände gelangen zu lassen, sondern dasselbe nur im Wege des Erbbaurechts zu vergeben.“

Schließlich ein Antrag, unterzeichnet von den Herren Reißner und Rönneburg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage zu machen zur Reform des Submissionswesens auf der Grundlage des angemessenen Preises. Bei der Ausarbeitung dieser Vorlage sind die beteiligten Kreise des Handwerks mit heranzuziehen.“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt „Beteiligung der Stadt an dem Gesamtunternehmen der Straßeneisenbahngesellschaft“ muß abgesetzt werden, weil die Unterlagen, die der Finanzausschuß vom Magistrat gewünscht hat, bisher noch nicht zu beschaffen waren.

1. Einspruch des Ortsarbeiterrats gegen die beschlossene Satzung über die Erwerbslosenfürsorge.

Stadtv. Jahn: Meine Damen und Herren! Der Ortsarbeiterrat hat gegen die Einführung einer sogenannten Karenzzeit von 4 Tagen für das Einsetzen der Unterstützung bei eintretender Erwerbslosigkeit Einspruch erhoben. Seitens der Stadtverordnetenversammlung waren zwei Herren unter Vorsitz des Herrn Oberamtsrichters Meyer mit den weiteren Verhandlungen bei dem Ortsarbeiterrat beauftragt. Bei der Besprechung der Angelegenheit war nun ein Kompromiß in Aussicht genommen, daß nicht gesagt werden soll: „Die Unterstützung wird vom 4. Tage der Erwerbslosigkeit an gewährt“, sondern: „Die Unterstützung wird in der Regel vom 4. Tage usw.“ Dem hat aber der Ortsarbeiterrat nicht zugestimmt und teilt in einem Schreiben vom 4. August dieses der Stadtverordnetenversammlung mit. Der Ortsarbeiterrat wünscht die Erklärung, daß der Magistrat und die Stadtverordneten bereit sind, von der Einführung einer Karenzzeit Abstand zu nehmen. Der Rechts-

ausschuß, der sich mit dieser Sache befaßt hat, empfiehlt, es dem Magistrat zu überlassen, weitere Vorschläge zu machen.

Da Wortmeldungen nicht erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit diesem Vorschlage des Rechtsausschusses an.

2. Antrag des Stadtverordneten Dr. Wolters auf Genehmigung der Niederlegung seines Stadtverordnetenmandates.

Stadtv. Dr. **Hagensburger**: Herr Dr. Wolters hat an die Stadtverordnetenversammlung unterm 7. August ein Schreiben gerichtet, in dem er darum bittet, die Niederlegung seines Stadtverordnetenmandates zu genehmigen. Er begründet diesen Antrag mit seiner starken beruflichen Inanspruchnahme, durch die es ihm unmöglich gemacht wird, das Amt eines Stadtverordneten ordnungsgemäß zu versehen. Die weitere Ausübung des Amtes eines Stadtverordneten würde seine Tätigkeit im eigenen Beruf empfindlich schädigen.

Der Rechtsausschuß hat geglaubt, bei dem bekannten großen Umfang des Wolterschen Geschäfts diese Angabe für richtig halten zu sollen. Durch die Tatsache, daß bei Ausübung des Mandats die geschäftliche Tätigkeit des Herrn Dr. Wolters geschädigt wird, ist die Voraussetzung der Städteordnung für Niederlegung des Amtes eines Stadtverordneten erfüllt. Es sind dieselben Voraussetzungen wie für Ablehnung einer Wahl. Der Rechtsausschuß empfiehlt hiernach, dem Wunsch des Herrn Dr. Wolters zu entsprechen.

Stadtv. **Frede**: Unmittelbar zu dem Punkt selbst habe ich nichts zu bemerken, aber auf die Folge der Amtsniederlegung seitens des Herrn Dr. Wolters möchte ich zu sprechen kommen, die darin besteht, daß die Sitze, die Herr Dr. Wolters in einigen Kommissionen und Deputationen innegehabt hat, frei werden. Es liegt wohl im Interesse der Erledigung der Angelegenheiten unserer Versammlung, wenn diese Plätze gleich in den nächsten Sitzungen wieder ausgefüllt werden. Meine Gruppe bittet Sie, die Sitze, die Herr Dr. Wolters innegehabt hat, in folgender Weise auf meine Gruppe zu verteilen: Für den Rechtsausschuß schlagen wir Herrn Marschner vor, für den Finanzausschuß Frau Professor Göze, für die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke Herrn Wahrenndorf, für die Verkehrsdeputation Herrn Marschner und für die Deputation für die Schwimmbäder Herrn Jahn.

Vorsitzender: Für den neu eintretenden Herrn haben Sie wohl nichts übriggelassen?

Stadtv. Frede: Das ist eine Gewissensfrage. Wir müssen bedenken, daß wir uns in öffentlicher Sitzung befinden, und daß es unangenehm ist, in einer solchen über Personen sich zu äußern. Aber auf die Frage des Herrn Vorsitzenden will ich eine Erklärung abgeben, die deshalb nötig wird, damit wir den Schein vermeiden, als wollten wir einem künftigen Fraktionsgenossen etwa Schaden in seiner Betätigung in der Versammlung zufügen. Das liegt uns fern, denn Herr Oberamtsrichter Dr. Brandis, der an die Stelle des Herrn Dr. Wolters rückt, gehört nicht zur Gruppe des Landeshwahlverbandes; in der Austrittserklärung der Zentrums- partei aus dem Landeshwahlverbände hat er als Vorsitzender unterzeichnet. Wir sehen deshalb keine Möglichkeit, ihn zu unserer Gruppe zu rechnen, er wird zwischen zwei Stühle zu sitzen kommen.

Vorsitzender: Ich glaube anfangs, es wäre Ihnen nur ein Irrtum unterge- laufen, indem Sie mit dem Eintritt des neuen Herrn nicht gerechnet hätten.

Da weiter keine Wortmeldungen erfolgen, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dem Austritt des Herrn Dr. Wolters und auch mit der vorge- schlagenen Neubesezung der einzelnen Posten in den Kommissionen und Deputationen an.

Soll die Mandatsniederlegung der Frau Friedrich gleich mitbehandelt werden?

Stadtv. Dr. Regensburger: Die Mandatsniederlegung seitens der Frau Friedrich ist in rechtlicher Beziehung anders zu behandeln als die des Herrn Dr. Wolters. Da es sich dabei um einen Fortzug aus Braunschweig handelt, so braucht die Versammlung ihre Genehmigung zur Niederlegung des Mandats nicht zu geben.

Vorsitzender: Es wird also in der nächsten Sitzung ohne weiteres der nächst- folgende Anwärter zuzuziehen sein.

3. Beschaffung von Lehrgegenständen für den Unterricht in der Säuglingspflege in der Mädchenfortbildungsschule.

Stadtv. Frau Graf: Von der Leiterin der städtischen Mädchenfort- bildungsschule ist der Antrag gestellt worden, eine Summe von 202,30 Mark zu verwilligen, um die nötigen Lehrmittel zu beschaffen, welche für den Unterricht in der Säuglingspflege in der genannten Schule nötig sind. Die hier in Frage kommenden Sachen sind während der Kriegszeit von der Schule am Sandwege ge-

liehen worden, müssen aber jetzt wieder zurückgegeben werden, weil der Unterricht in der Säuglingspflege in den Bürgerschulen wieder aufgenommen werden soll. Herr Direktor Appuhn, welcher die hohe Bedeutung dieses Unterrichts in der Säuglingspflege gerade für die Besucherinnen der Mädchenfortbildungsschule anerkennt, befürwortet die Beschaffung der fraglichen Lehrgegenstände, ebenso der Magistrat, und auch der Schulausschuß empfiehlt der Versammlung, den erforderlichen Betrag bewilligen zu wollen.

Ohne Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses an.

4. Stadtseitige Übernahme von Sicherungen für ein neugewähltes Magistratsmitglied, betreffend die Witwen- und Waisenversorgung und eventuelle Weiterzahlung des Gehalts während eines Jahres.

Oberbürgermeister **Kettemeyer**: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, mir zu gestatten, an dieser Stelle eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die für die Stadt von größter Bedeutung ist insofern, als sie die Mandate der jetzigen Mitglieder des Magistrats bei den Neuwahlen zum Räte der Stadt betrifft. Ich hoffe allerdings, daß ein Gesetz in Vorbereitung ist, wonach die hier in Frage kommenden Verhältnisse geändert werden.

Es ist Ihnen bekannt, daß Herr Oberamtsrichter Meyer zum besoldeten Mitglied des Rates der Stadt gewählt ist, und er ist nun aufgefordert, sich zu erklären, ob er die Wahl annehmen will. Er hat darauf geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, ohne weiteres die Wahl anzunehmen, und zwar deshalb, weil er bis jetzt ein Staatsamt bekleidet hat, das ihm auf Lebenszeit verliehen ist — er ist bekanntlich Amtsrichter in Wechselde — und er als Richter unabsetzbar und unversetzbar ist, während die Wahl zum Stadtrat bekanntlich nur auf drei Jahre geschehen ist. Nach drei Jahren hat er allerdings Anspruch auf Ruhegehalt aus seiner Tätigkeit als Stadtrat, aber dieser Anspruch ist wesentlich verschieden von dem, den er jetzt als Staatsbeamter hat. Es ist aber nicht nur der Wegfall der lebenslänglichen Anstellung, der den Herrn bedenklich gemacht hat, sondern es ist vor allem die wahrscheinliche Folge seiner Übernahme des Amtes eines besoldeten Stadtrats, daß er aus der Beamten-Witwen- und Waisenversorgungsanstalt ausscheidet. Meine Herrschaften, Sie wissen alle, daß diese Teilnahme an der Beamten-Witwen- und Waisenversorgungsanstalt für die fest angestellten Lehrer und Beamten sehr wertvoll ist, und

man kann es einem Herrn wie Herrn Oberamtsrichter Meyer nicht verdenken, daß, wenn er vor die Frage gestellt wird: „Soll ich das angetragene Amt annehmen oder nicht“, er den Wunsch hat, seine Familie sicherzustellen. Nun entsteht die Frage, wie wir aus dieser schwierigen Lage herauskommen. Ich bringe diese Frage gerade heute noch zur Besprechung aus dem Grunde, weil dem Herrn Oberamtsrichter eröffnet ist, er müßte sich bis heute abend acht Uhr erklären, ob er das Amt eines besoldeten Mitgliedes des Rates der Stadt annehmen oder ob er im Staatsdienste bleiben wolle. Infolge dieses Umstandes ist es leider nicht möglich gewesen, diese Sache zunächst in der Kommission zur Sprache zu bringen, und ich muß Sie bitten, jetzt gleich Stellung dazu zu nehmen, wie auch der Magistrat sich mit der Sache heute sofort befaßt hat. Die besoldeten Mitglieder des Rates waren bislang lebenslänglich angestellt; das ist jetzt beseitigt. Es mag fraglich sein, ob der Dienstvertrag durch Gesetz ohne weiteres aufgehoben werden kann, einstweilen sagt das Gesetz, die Mitglieder des Magistrates seien nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren gewählt. Was die Teilnahme an der Beamten-Witwen- und -Waisenversorgungsanstalt betrifft, so sind die auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten nach dem Gesetz von 1876 zur Teilnahme an der Anstalt berechtigt und verpflichtet. In § 6 ist gesagt, die Verpflichtung und das Recht zur Teilnahme erlösche mit der Auflösung des Dienstverbandes, und das ist der springende Punkt. Es ist da nur die Ausnahme gelassen, daß die in Ruhestand versetzten Beamten Mitglieder der Anstalt bleiben, das heißt, wenn der pensionierte Beamte stirbt, haben gleichwohl seine Witwe und seine Kinder Anspruch auf diese Hinterbliebenenversorgung. Diese Vorschriften waren in einer Zeit erlassen, als die Beamten noch Beiträge zur Witwen- und Waisenversorgungsanstalt zu zahlen hatten, und das ist bekanntlich im Jahre 1899 geändert. Nach Wegfall dieser Beiträge hatte man nicht mehr ein so großes Interesse daran, die städtischen Beamten bei der Anstalt zu halten, und es ist deshalb in § 2 des Gesetzes Nr. 9 vom Jahre 1899 schlangweg gesagt: Das Recht der Teilnahme an der Beamten-Witwen- und -Waisenversorgungsanstalt fällt für diejenigen, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angestellt werden, fort. Es liegt also die Sache jetzt so — es kommen hinterher noch besondere Bestimmungen —, daß das auf Grund des ersten Gesetzes erworbene Recht der Teilnahme an der Anstalt durch die vom zweiten Gesetz ausgesprochene Aufhebung erlischt. Das neue Gesetz bestimmt: Das Recht der Teilnahme an der Anstalt fällt für diejenigen nicht auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten fort, welche nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes angestellt werden. Nun werden die jetzt Wiedergewählten bzw. die neugewählten besoldeten Mitglieder des Rates neu angestellt, und somit würde

auch Herr Oberamtsrichter Meyer unter diese Vorschrift fallen. Unter diesen Umständen muß nach Ansicht des Magistrats versucht werden, durch irgend eine Zusicherung Herrn Oberamtsrichter Meyer zu bewegen, gleichwohl das Mandat zu übernehmen. Im Magistrat wenigstens herrschte heute morgen die Ansicht vor, daß — ganz abgesehen davon, daß die Bürgerschaft Herrn Oberamtsrichter Meyer durch die Wahl ihr Vertrauen geschenkt hat — die städtischen Behörden die heilige Verpflichtung haben, eine Wiederholung der Wahl augenblicklich zu vermeiden. Wir müssen danach trachten, daß wir endlich zur Ruhe kommen. Die Verhältnisse liegen augenblicklich so, daß uns die Erledigung der Geschäfte im höchsten Grade erschwert wird. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, Ihnen zu empfehlen, Herrn Oberamtsrichter Meyer für den Fall, daß er die Wahl annimmt und dadurch aus der Beamten-Witwen- und Waisenversorgungsanstalt ausscheidet — welches letzteres nicht absolut sicher ist, ich kann mich bei der Auslegung des Gesetzes irren, — gewisse Sicherungen zu geben. Es ist in Aussicht genommen, daß in der Weise zu tun, daß die Stadt sich verpflichtet, für den Fall, daß Herr Oberamtsrichter Meyer aus der Beamten-Witwen- und Waisenversorgungsanstalt durch Übernahme des Amtes eines besoldeten Magistratsmitgliedes ausscheidet, die Hinterbliebenenfürsorge für seine Familie nach Maßgabe der Vorschriften dieser Anstalt zu übernehmen in dem Falle, daß Herr Oberamtsrichter Meyer vor seinem Wiedereintritt in den Staatsdienst verstirbt oder dienstunfähig werden sollte. Ich bemerke, daß der Staat in anerkennenswerter Weise bereit ist, für den Fall, daß Herr Oberamtsrichter Meyer nach drei Jahren nicht wiedergewählt werden sollte, ihm von neuem eine Richterstelle zu übertragen. Diese Sorge sind wir also los, aber für seine Familie muß für den Fall, daß er nicht wieder in den Staatsdienst eintreten sollte, gesorgt werden, und es bleibt nichts anderes übrig, als zu diesem Zwecke die genannte Verpflichtung seitens der Stadt zu übernehmen.

Nun möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Übernahme der Sorge für die Witwen und Waisen der städtischen Beamten seitens des Staates ein Akt gewesen ist — das muß man anerkennen —, der weit über die Verpflichtung des Staates hinausging. Es ist ein besonderes Entgegenkommen gewesen, daß der Stadt diese Erleichterung gewährt ist, indem im Gegensatz zu allen preußischen Städten der braunschweigische Staat die Hinterbliebenenfürsorge für die städtischen Beamten ohne Gegenleistung mitübernommen hat. Ich werde mich wohl nicht irren, wenn ich sage, daß die Zeit bald kommen wird, wo der Staat, wie er schon seit längerer Zeit beabsichtigt, erklärt: Das geht nicht so weiter, die Städte müssen für ihre Beamtenwitwen und Waisen selber sorgen. Wenn uns das bevorsteht, dann ist die über

nahme dieser einen Verpflichtung heute schon nicht ungeheuerlich, und ich bitte Sie daher, ihr zuzustimmen.

Ich komme nun zu einem zweiten Fall. Es ist vom Staat Herrn Oberamtsrichter Meyer zugesichert, daß er für den Fall, daß er nicht wiedergewählt wird, eine Richterstelle wiederbekommen soll, aber es ist möglich, daß dann nicht sofort eine Richterstelle offen ist, und es fragt sich, was für diese Zwischenzeit bestimmt werden soll. In dem Falle bleibt uns nichts anderes übrig, als von seiten der Stadt die Verpflichtung zu übernehmen, an Herrn Oberamtsrichter Meyer sein Gehalt als besoldetes Mitglied des Magistrats weiterzuzahlen, bis eine Richterstelle für ihn aufkommt. Herr Oberamtsrichter Meyer ist damit einverstanden, daß diese Weiterzahlung auf höchstens ein Jahr zugesagt werden soll.

Indem ich Ihnen namens des Magistrats empfehle, heute der Übernahme dieser beiden Verpflichtungen zuzustimmen, kann ich die Bemerkung nicht unterlassen, daß man schon an dieser einen Sache sieht, zu welchen wunderlichen Folgen das Wahlgesetz geführt hat, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß im Interesse unserer Vaterstadt recht bald an diesem Gesetze eine Änderung vorgenommen wird.

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! Ich kann mich mit den Vorschlägen des Magistrats, die der Herr Oberbürgermeister vorgetragen hat, nicht einverstanden erklären. Es ist sehr bedauerlich, daß uns Herr Oberamtsrichter Meyer, nachdem die Wahl vollzogen ist, vor diese Kalamität stellt. Meiner Meinung nach ist nichts darin zu finden, wenn unter diesen Umständen die Wahl noch einmal vorgenommen werden muß. Ich finde es eigentümlich, daß man ausnahmsweise solche weitgehenden Versprechungen machen will. Bedenken Sie: Herr Oberamtsrichter Meyer ist noch in ziemlich jungen Jahren, er kann noch Jahrzehnte leben, und es könnte der Fall eintreten, daß die Sicherungen, welche geboten werden sollen, sich auf viele Jahre ausdehnen würden. Auch der zweite Fall kann eintreten, daß Herr Oberamtsrichter Meyer nicht geneigt ist, in den Richterstand wieder einzutreten, weil er keine passende Stelle findet. So könnte er jahrelang ohne Stelle sein, und wir müßten ihm dann sein Gehalt weiterzahlen. Der Konsequenz wegen können wir diesem Antrage nicht zustimmen; ich bitte, ihn abzulehnen und ruhig noch einmal die Wahl vorzunehmen.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Was die letzte Bemerkung des Herrn Vorredners betrifft, so habe ich mich entweder nicht deutlich ausgedrückt oder Herr Stegmann hat nicht zugehört. Ich habe ausdrücklich gesagt: Für den Fall der Nichtwiederwahl des Herrn Oberamtsrichters in drei Jahren sollte die Stadt höchstens für die Dauer

eines Jahres das Gehalt weiterzahlen, denn der Staat ist bereit, Herrn Oberamtsrichter Meyer wieder in den Staatsdienst zu übernehmen. Von Weiterzahlung des Gehaltes auf lange Jahre kann also gar keine Rede sein.

Ich bedauere, daß Herr Stegmann den Herrn Oberamtsrichter in dieser Weise angegriffen hat, und erkläre, daß Herr Oberamtsrichter Meyer sofort diese Bedenken geltend gemacht hat, als man an ihn mit der Frage herantrat, ob er die Wahl anzunehmen bereit sei. Aber wer sollte denn über diese Frage entscheiden? Wer hatte zu bestimmen, unter welchen Bedingungen Herr Oberamtsrichter Meyer in den Rat der Stadt eintreten konnte? Das Gesetz hat sich darüber ausgesprochen, es ist darin nur gesagt, daß der Vorsitzende der Stadtverordneten die Wahl zu leiten habe. Nun gebe ich zu: Wir hätten, sobald das Gesetz erschienen war, den Stadtverordneten eine Vorlage machen können, in der auf alle diese Sachen hingewiesen wurde. Aber nehmen Sie es mir nicht übel — wir alle saßen doch sozusagen auf dem abzusägenden Ast und konnten nicht wissen, ob wir überhaupt nach dem 1. Oktober hier noch zu arbeiten hatten. Deshalb war es für uns eine eigene Sache, mit einer solchen Vorlage herauszukommen; das Gesetz hätte das alles regeln müssen, und darin liegt der Hauptfehler. Es hätte müssen in dem am 2. August publizierten Gesetz nicht dekretiert werden: Es findet eine Wahl mit den und den Fristen statt, und die sämtlichen bisherigen Mandate erlöschen am 30. September. Diese kurze Zeit war nicht danach angetan, alle die auftauchenden Fragen im Interesse der Stadt zu regeln, es hätte müssen mindestens eine Übergangszeit von einem Vierteljahr gelassen werden, dann konnten wir uns mit Ihnen ins Einvernehmen setzen. So aber war das schlechterdings unmöglich; wir hatten ja unsere Not, die Wahl einigermaßen ordnungsmäßig zustande zu bringen.

Wenn Herr Stegmann meint, es könnte ruhig noch einmal gewählt werden, so ist der Magistrat anderer Ansicht. Man hat nun gerade genug gewählt; am nächsten Sonntag ist sowieso die Stichwahl, und wenn dann vielleicht noch einmal eine Wahl mit nachfolgender Stichwahl herauskommt, dann kämen wir ja aus dem Wählen gar nicht heraus. Ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Versammlung leichten Herzens unsere städtische Bevölkerung nochmals zur Wahl schreiten lassen würde, und bitte, unsere Vorschläge anzunehmen.

Stadtv. Frede: Die Behauptung des Herrn Stegmann, daß Herr Oberamtsrichter Meyer jetzt erst nach erfolgter Wahl mit seinen Bedenken herausgekommen sei, hat der Herr Oberbürgermeister schon als unzutreffend hingestellt. Ich hatte namens meiner Gruppe mit Herrn Oberamtsrichter Meyer zu verhandeln und kann bestätigen, daß er von vornherein erklärt hat, er wäre zwar bereit, die Wahl anzunehmen, jedoch nur bedingungsweise, nämlich unter der Voraussetzung, daß er damit seine Lage in keiner

Weise verschlechtere. Das ist eine selbstverständliche Bedingung, und etwas anderes kann man ihm nicht zumuten. Also diese Auslegung des Herrn Stegmann ist unzutreffend.

Stadtv. Stegmann: Es ist mir nicht eingefallen, Herrn Oberamtsrichter Meyer persönlich anzugreifen; ich habe nur eine Tatsache konstatiert: Der Herr Oberamtsrichter hat das Gesetz gekannt. Wenn nun von dem Herrn Oberbürgermeister ausgeführt ist, der Herr Oberamtsrichter habe sofort seine Bedenken geltend gemacht, so meine ich, daß es dennoch zu spät damit gewesen ist. Als der Herr Oberamtsrichter von den Stadtverordneten zur Wahl als Kandidat aufgestellt worden ist, konnte er erklären: Ich bitte, auf meine Wahl zu verzichten. Aber nicht mußte er die Wahl vornehmen lassen und hinterher mit seinen Bedenken kommen. Ich gebe gern zu, daß es nicht angenehm ist, noch einmal zu wählen, aber eine Wahl haben wir ja sowieso noch, und wenn es sich darum handelt, daß der Stadt bedeutende Opfer auferlegt werden sollen, so ist es doch das kleinere Übel, noch einmal zu wählen. Der Herr Oberbürgermeister sagte, es handele sich bei der Weiterzahlung des Gehalts nur um ein Jahr. Auch das ist schon eine recht bedeutende Summe, die unnütz ausgegeben werden müßte. Ich kann deshalb von meinem Standpunkt nicht abgehen.

Stadtv. Rönneburg: Namens meiner Freunde kann ich erklären, daß auch wir dem Vorschlage des Magistrats zustimmen werden.

Stadtv. Dr. Jasper: Der Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters ist ja sehr überraschend, aber ich erkenne an, daß durch die Gesetzeslage einige Schwierigkeiten für die Möglichkeit entstehen, angemessene Kräfte für die Verwaltung der Stadt zu bekommen. Der Wunsch, den der Herr Oberbürgermeister am Schlusse seiner Ausführungen ausgesprochen hat, ist mir persönlich durchaus begreiflich, und ich bin auch in der Lage, namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir dem Antrage des Magistrats zustimmen wollen, allerdings nicht ohne Bedenken. Diese bestehen darin, daß bis zu einem gewissen Umfange dem Sinne des Gesetzes zuwidergehandelt wird. Das Gesetz geht davon aus, daß von einem R. hegehalt keine Rede sein soll. Es gibt im übrigen aber den Städten die Machtbefugnis, zu bestimmen, in welcher Weise sie die Bezüge der städtischen Behörden regeln wollen, und ich glaube, innerhalb des Rahmens dieser Machtbefugnis kann es eine Regelung geben, wie es der Herr Oberbürgermeister vorgeschlagen hat. Mißlich ist die Angelegenheit auch insofern, als die Verhältnisse für die Witwen- und Waisenversorgung in Betracht kommen. Auch im Räte der Volksbeauftragten ist diese Sache bereits erörtert, und wir glauben, das wohlverworbene Recht der bisherigen Mitglieder dieser Anstalt,

sobald sie neue Ratsmitglieder in den Städten werden, gesetzlich sichern zu müssen. Allerdings für die Zukunft werden wir das kaum vom Rat der Volksbeauftragten aus befürworten können, weil im Sinne des Gesetzes auch die Versorgung der Witwen und Waisen der städtischen Beamten vom Staate aus nicht mehr beliebt werden soll, sondern diese Last durch Dienstvertrag den Städten auferlegt werden soll. Wenn die Stadt in diesem einen Falle diese Verpflichtung jetzt schon übernimmt, so glaube ich, daß wir nur das städtische Interesse wahren, wenn wir dem Antrage des Magistrats folgen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt den Anträgen des Magistrats zu.

5. Vorläufige Stilllegung des Gaswerks an der Bahnhofstraße.

Stadtv. **Blumeier**: Es heißt in der Vorlage über diesen Punkt der Tagesordnung: „Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke hat in ihrer Sitzung vom 22. August beschlossen, den städtischen Körperschaften vorzuschlagen, daß dem Antrage der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke gemäß das Gaswerk an der Bahnhofstraße bis auf weiteres stillgelegt wird.“

Zur Begründung ist folgendes angegeben: „Die außerordentliche Kohlenknappheit läßt es nicht mehr zu, die uns zur Verfügung gestellten Kohlen derartig auf unsere beiden Gaswerke zu verteilen, daß beide Werke mit den geringen Mengen noch rationell betrieben werden können. Wir sehen uns deshalb genötigt vorzuschlagen, daß das Gaswerk Bahnhofstraße bis auf weiteres stillgelegt wird, sobald die jetzt noch vorhandenen Kohlenvorräte aufgebraucht sind. Die Kohlen lassen sich auf dem Gaswerk Taubenstraße mit seinen modernen Maschinenanlagen und Vergasungsöfen erheblich besser ausnützen, was angesichts der bekannten Kohlennot ja von allergrößter Wichtigkeit ist.“

Arbeiterentlassungen brauchen bis auf weiteres nicht zu erfolgen, da die auf der Bahnhofstraße frei werdenden Leute zum Teil auf dem Gaswerk Taubenstraße, zum andern Teil an anderer Stelle beschäftigt werden können. Die Stilllegung des Gaswerks Bahnhofstraße gibt übrigens noch die Möglichkeit, den dortigen sehr geräumigen Kohlenschuppen zu benutzen zur Lagerung von Brennstoffen (Holz, Torf oder dergleichen), die von der Stadt für die Bevölkerung angeschafft werden sollen.“

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme dieser Vorschläge.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an.

6. Wahl von Beisitzern zum Einigungsamt auf Grund der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung.

Stadtv. Jahn: Der § 6 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 sieht vor, daß die Landeszentralbehörde den Einigungsämtern bestimmte Entscheidungen übertragen kann. Hiervon hat der Rat der Volksbeauftragten durch Ziffer 10 und 12 der Ausführungsbekanntmachung zur Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 15. August 1919 Gebrauch gemacht, und der Magistrat ist jetzt vom Rat der Volksbeauftragten ersucht worden, die Wahlen der Beisitzer nach Maßgabe der erlassenen Verfügung in den Fällen vornehmen zu lassen, wo ein Bedürfnis dafür besteht. Der Magistrat richtet deshalb an die Stadtverordneten das Ersuchen, je drei Verpächter und Pächter von Kleingärten oder Kleinpachtland als Beisitzer des Einigungsamtes zu wählen. Wir haben uns im Rechtsausschuß insofern über die zu wählenden Personen geeinigt, als wir der Versammlung empfehlen, daß seitens der demokratischen Partei ein Verpächter und ein Pächter vorgeschlagen wird, seitens des Landeswahlverbandes ein Verpächter, seitens der sozialdemokratischen Partei ein Pächter und seitens der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ein Verpächter und ein Pächter. Vorschläge bezüglich der Namen können wir seitens des Rechtsausschusses nicht machen, die Nennung der vorgeschlagenen Personen kann vielleicht heute abend noch gemacht werden. Seitens des Landeswahlverbandes schlagen wir Herrn Mühlenbesitzer Keune, Eisenbüttelerstraße 13, vor und seitens der unabhängigen Sozialdemokratie ist Frau Stadtverordnete Böhm vorgeschlagen. Die übrigen Vertreter sollten seitens der Fraktionen noch genannt werden. Ich möchte die geehrten Damen und Herren bitten, im Prinzip den gemachten Vorschlägen zuzustimmen.

Stadtverordnete Fräulein **Oden** schlägt namens der deutschen demokratischen Fraktion Herrn Korrektor Warlich, Sophienstraße 32, und Herrn Stadtverordneten Reigner vor.

Stadtverordneter **Blumeier** nennt namens der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion Herrn Stadtverordneten Tostmann und Frau Stadtverordnete Böhm.

Stadtv. Dr. Jasper: Wir können den Vorschlag ja noch am Schluß der Sitzung machen. (Vorgeschlagen wird gegen Schluß der Sitzung von der sozialdemokratischen Fraktion Frau A. Kittmeister, Epohrstraße 4.)

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit den gemachten Vorschlägen an.

7. Haltung von Milchkühen auf dem Kieselgut Steinhof zur Milchversorgung des städtischen Kranken- und Pflegehauses.

Stadtv. Schmerbach: Zur Versorgung der Inassen des städtischen Pflege- und Krankenhauses mit frischer Milch werden daselbst schon seit langer Zeit Milchkühe gehalten, und zwar 13 an der Zahl. Wenngleich der Magistrat die früher angewandte Abmelkwirtschaft, die bei der jetzigen Höhe des Preises für Milchkühe besonders unvorteilhaft ist, schon seit etwa Jahresfrist dadurch abgeschafft hat, daß die noch brauchbaren abgemolkenen Kühe einstweilen auf dem Kieselgut Steinhof untergebracht und nach dem Kalben wieder an das Pflegehaus abgegeben werden, so hat sich doch herausgestellt, daß die ganze Milchwirtschaft im Pflegehaus recht kostspielig ist, und daß insbesondere bei der Futterknappheit nicht die Menge Milch gewonnen wird, die bei angemessener Fütterung erzielt werden könnte. Das ist erklärlich, da es an Kraftfutter fehlt; und so reichliche Mengen sonstigen Futters, wie auf dem Kieselgut verabreicht wird, können der Garten des Pflegehauses und die etwa 28 Morgen Pachtland nicht abwerfen. Andererseits ist es nach Ansicht des Gutsverwalters Warnecke ohne nennenswerte Einschränkung der Verpachtung von Kiesel land angängig, auf dem Kieselgut etwa 20 Milchkühe zu halten, dem städtischen Pflege- und Krankenhaus die erforderliche frische Milch täglich zu liefern und einen etwaigen Überschuß an die hiesige Molkerei abzugeben. Für etwaige Molkfälle empfiehlt es sich aber, im Pflegehaus einige Ziegen zu behalten, oder von dem Bestande der Milchkühe zwei Stück dort zu belassen, während die übrigen an das Kieselgut abgegeben werden.

Der Magistrat beantragt danach unter dem 26. August, der Unterhaltung von etwa 20 Milchkühen auf dem Kieselgut Steinhof und der Versorgung des städtischen Kranken- und Pflegehauses mit frischer Milch von dort aus zuzustimmen.

Unter dem 13. September ist dann erneut vom Magistrat ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet, in dem folgendes gesagt wird:

„Im Anschluß an unsere Vorlage vom 28. August teilen wir ergebenst mit, daß der Gutsverwalter Warnecke nachträglich anheimgabegeben hat, die Zahl der dauernd zu haltenden Milchkühe auf 30 zu bemessen. Es würde dann möglich sein, täglich etwa 180 Liter Milch für das Pflege- und Krankenhaus bzw. zur Ablieferung an die Molkerei hierherzuschaffen, und dadurch die durch das Halten eines Schweizers und den regelmäßigen Fuhrwerksbetrieb erwachsenden, zu etwa 8200 M veranschlagten Kosten in ein angemessenes Verhältnis zu den Einnahmen zu bringen. Herr Inspektor Warnecke hat die Gesamteinnahme für Milch (60 Pf. pro Liter) und

Dung auf 59420 *M* und die Gesamtausgabe zu 42913 *M* geschätzt. Ob es gelingen wird, dieses günstige Ergebnis zu erzielen, steht dahin. Wir werden über diesen Teil der gesamten Gutswirtschaft gesondert Buch führen lassen und demnächst weitere Mitteilungen machen. So viel steht aber unseres Erachtens von vornherein fest, daß weder in wirtschaftlicher noch in finanzieller Beziehung die Pflegehausverwaltung die Milcherzeugung so zweckmäßig und vorteilhaft wie die Kieselgutverwaltung schlechterdings nicht betreiben kann.

Die Kosten der ersten Einrichtung sind zu 62500 Mark geschätzt, wovon allein 60000 Mark auf die Anschaffung von 15 Milchkühen und die restlichen 2500 Mark auf Anschaffung von Geräten und geringe Baukosten für Herrichtung eines Kühlraumes entfallen."

Die Finanzkommission hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Da die Vorteile der neuen Einrichtung ganz deutlich in die Augen springen, so empfiehlt sie, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Das Einverständnis der Versammlung mit der Vorlage wird vom **Vorsitzenden** angenommen, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

8. Erhöhung der für Leitung und Überwachung des Nachtwachwesens zu zahlenden Vergütung.

Stadtv. **Frede**: Unter dem 13. Mai dieses Jahres hat die Polizeidirektion an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in welchem sie darauf hinweist, daß die Vergütungen, welche dem Polizeikommissar, den neun Polizeioberwachmeistern und einigen anderen Beamten von Seiten der Stadt dafür gegeben werden, daß sie den Nachwachdienst überwachen, erhöht werden müssen. Der Polizeikommissar bekam bis dahin jährlich 250 Mark, die neun Polizeioberwachmeister je 130 Mark, und der Rest der von der Stadt gezahlten Vergütung von 1500 Mark kommt zur Auszahlung an die Polizeibeamten, die sonst durch das Wächterwesen Arbeit haben. Die neun Polizeioberwachmeister hatten seinerzeit einen Antrag auf Erhöhung der ihnen für die Beaufsichtigung des Nachwachwesens zustehenden Vergütung von 130 Mark auf 300 Mark gestellt und haben ihren Antrag einerseits mit der erheblichen Mehrbelastung, die infolge der Kontrolleinteilung des Dienstes, Überwachung des Unterrichts usw. eingetreten ist, andererseits mit dem erheblichen Sinken des Geldwertes begründet. Es hat die Polizeidirektion es danach für angemessen erachtet, daß auch der Polizeikommissar nicht mehr mit 250 Mark, sondern mit 400 Mark zu entschädigen sei, und daß die Position von 80 Mark für die übrigen mit Über-

wachung des Nachtwachdienstes beschäftigten Beamten auf 150 Mark erhöht wird. Es würde danach insgesamt eine Summe von 3250 Mark für die Überwachung des Nachtwachwesens aufzuwenden sein.

Der Magistrat hat Bedenken getragen, dieser Forderung zuzustimmen, und zwar deshalb, weil er es für richtig hält und sein Streben darauf gerichtet hat, daß der Staat das Nachtwachwesen übernimmt. In seinem Rückschreiben an die Polizeidirektion hat er deshalb ersucht, daß die Polizeidirektion im Interesse einer besseren Wirkung des Nachtwachwesens und einer einheitlichen Gestaltung desselben dies Bestreben des Magistrats unterstützen möge. Die Polizeidirektion hat aber darauf mitteilen müssen, daß der Rat der Volksbeauftragten die Übernahme ablehnt. Es bestehen insofern widersprechende Ansichten, als der Magistrat die Übernahme des Nachtwachwesens durch den Staat wünscht und der Staat wieder seinerseits die Übernahme des gesamten Polizeiwesens durch die Stadt. Den Herrschaften ist wohl bekannt, daß das Nachtwachwesen insofern vom allgemeinen Polizeiwesen getrennt ist, als wir die Nachtschugleute besolden; ihre Überwachung allerdings wird durch die Organe der staatlichen Polizei ausgeübt. Nach Lage der Sache ist der Magistrat nun aber doch nicht imstande, die gewünschte Erhöhung der städtischen Vergütung abzulehnen, und er bittet die Stadtverordneten, der Erhöhung der fraglichen Vergütung von 1500 Mark auf 3250 Mark vom 1. April dieses Jahres an zustimmen zu wollen. *

Bei der Besprechung dieser Vorlage in der Finanzkommission ist darauf verwiesen, daß es vielleicht gar nicht bedenklich sein würde, gegenwärtig das gesamte Nachtwachwesen aufzugeben; man würde sich dabei in der Sicherheit der Stadt vielleicht nicht schlechter stehen als gegenwärtig, denn die Unsicherheit, die jetzt in der Stadt herrscht, ist einfach nicht mehr zu überbieten. (Sehr richtig!) In der Bürgerschaft und besonders bei den Geschäftsleuten besteht über diese Unsicherheit eine solche Aufregung, daß man wirklich aufs dringendste raten muß, daß so schnell als möglich ein gründlicher Wandel im Nachtwachwesen vorgenommen wird. Die Aufwendungen, die wir jetzt für das Nachtwachwesen zu machen haben, sind in der Kommission auf eine Summe von rund 450000 Mark beziffert, und angesichts der geringen Leistungen, die diese Einrichtung jetzt aufzuweisen hat, ist es eigentlich nicht zu verantworten, daß so viel Geld dafür ausgegeben wird. Der Magistrat hat auf die Schilderung dieser Zustände, die ihm selbstverständlich bekannt sind, erwidert, daß auch er in seinen Sitzungen sich mit der Sache befaßt habe, und daß er auch unumwunden das Bedürfnis anerkennen müsse, daß Wandel geschaffen wird. Herr Dr. Jasper hat in Aussicht gestellt, daß die ganze Sache auf eine andere Grundlage

gestellt werden würde, und es ist nur zu wünschen, daß die Maßnahmen, die man zu treffen vorhat, so schnell wie möglich in die Wege geleitet werden.

Dem Antrage des Magistrats selbst hat der Finanzausschuß zugestimmt und gibt die Genehmigung der Erhöhung anheim. Ich glaube aber, es wird, anschließend an dies Referat, seitens der Anwesenden Gelegenheit genommen werden, auf diese höchst üblen Zustände weiter zu verweisen.

Stadtv. Meyerhoff: Geehrte Damen und Herren! Ich bin einer von denen, der über diesen Schutz der Nachtwächter zu klagen hat. Vor etwa vierzehn Tagen bin ich gegen 11 Uhr abends vom Pawelschen Holze gekommen, bin die Roststraße herausgegangen, am alten Petritore, Hintern Brüdern, Bachhoffstraße, Ruhsäutchenplatz, vorm Rathause vorbei, den Steinweg entlang bis zum Ritterbrunnen und habe keinen Nachtschutzmann angetroffen. Ich habe mir Mühe gegeben, einen zu finden, bin in die Gördelingerstraße und andere nebenliegende Straßen hineingegangen, weil ich glaubte, doch endlich einmal eine Helmspitze sehen zu können, aber es war keine da. Das war gegen $\frac{1}{2}$ 12 Uhr nachts. Wie es in den Morgenstunden aussieht, das zu konstatieren, fehlt mir die Gelegenheit. Es würde aber wohl der Mühe wert sein, daß einmal in dieser Hinsicht eine Inspektion ausgeübt wird und einmal kontrolliert würde, ob gegen Tagesgrauen ein Nachtwachmann zu finden ist. Die Klagen der Geschäftsleute deswegen nehmen überhand. Sie werden gehört haben, daß von jeder Nacht der Polizeibericht von Diebstahl und Plünderung spricht. (Zuruf: Das macht der Krieg!) Wenn wir über 400 000 M für ein solches Nachtwachwesen ausgeben müssen, wodurch die Bürger der Stadt doch nicht geschützt sind, dann wollen wir lieber gar nichts mehr dafür ausgeben und den Säckel der Stadt lieber schonen. Ich möchte bitten, daß eine weitere Aussprache über dieses Thema vorgenommen wird. (Zuruf: Reichswehr! Einwohnerwehr!) Schlechter als es jetzt ist, kann es nicht mehr werden.

Stadtv. Jahns: Wenn diese Sache nicht von den Vorrednern angeschnitten wäre, dann hätte ich es getan. Im Prinzip bin ich ich allerdings für die Bewilligung der Erhöhung, denn wir müssen in unserer Stadt einen nächtlichen Schutz haben, aber besser müssen die Verhältnisse gestaltet werden. Auch ich bin vor acht Tagen von einem Diebstahl betroffen worden, wenn ich auch nicht weiß, was die Herrschaften bei einem mittleren Beamten gesucht haben. Aber der seinerzeit viel geschmähte Hund hat mich Gott sei Dank noch vor einem Einbruch bei mir geschützt. Er hat angeschlagen, ich bin wach geworden und habe sehen können, wie jemand über das Gartengitter weghüpfte und mit einem leeren Sack abzog. Im Keller sind die Diebe schon gewesen. Ich bin lange Zeit, bis 5 Uhr morgens, wach geblieben. Es war

eine mondheile Nacht, und die Straße war wohl zu übersehen, aber ein Nachtschutzmann hat sich nicht sehen lassen — ein Zeichen dafür, daß jedenfalls die Mißstände, wie sie die Herren Frede und Meyerhoff geschildert haben, bestehen. In der andern Nacht bin ich wieder durch meinen Hund geweckt, und da hatten die Diebe in lebenswürdiger Weise mir eine Fußbank in den Garten gestellt. Auch da habe ich wieder drei Stunden lang gewacht, und auf den Ruf: „Diebe! Diebe!“ hat sich kein Nachtschutzmann eingefunden. Die Ausführungen der Herren Frede und Meyerhoff dürften also als voll begründet anzusehen sein, und ich möchte bitten, daß etwas unternommen wird, das uns Bürger in Zukunft vor Einbrüchen schützt.

Stadtv. **Schmidt**: Bei der beantragten Erhöhung der Vergütung wäre es interessant zu erfahren, worin denn die Überwachung des Nachtwachwesens besteht. Ich kann mir das nicht anders denken, als daß die ganzen Nachtwachmänner durch die Polizeibeamten ständig kontrolliert werden, daß durch die Polizei die Verteilung des ganzen Wächterganges festgestellt wird. Ich kann meinerseits das Bestehen solcher Zustände, wie sie eben hier geschildert sind, nur bestätigen. Die Personen, die zur Überwachung des Nachtwachwesens bestellt sind, arbeiten anscheinend nicht so, wie man es erwarten sollte. Es scheint nicht der Fall zu sein, daß die nötige Einteilung in richtiger Weise vorgenommen ist und dafür gesorgt wird, daß der ganze Bestellgang in den nötigen Formen und Bahnen sich bewegt. Jetzt noch eine Erhöhung der Vergütung der Überwachung eintreten zu lassen, wo der ganze Apparat nicht funktioniert, ja geradezu hinfällig ist, erscheint auch in meinen Augen als gewagt. Sehr erwünscht wäre es mir, zu hören, worin die Tätigkeit der aufsichtsführenden Beamten besteht.

Stadtv. **Frede**: Als Referent über diesen Punkt will ich jetzt nicht sprechen, sondern meine eigene Meinung ausdrücken. Es liegt offenbar ein Fehler im System vor. Ich weiß nicht, ob den Nachtschutzleuten die Innehaltung einer Postenstellung angewiesen ist. Das würde ich für verkehrt halten, denn in dem Fall könnten die Diebe wissen, wo sie einzubrechen haben. Es scheint so zu sein, wie bei dem Einbrüche an der Ecke Lindentwete und Gördeningerstraße, wo der Nachtschutzmann in der Nähe gestanden hat, und doch von dem Einbruch nichts gesehen und gehört hat, so daß sich der Besitzer des Hauses vor Verwunderung nicht hat helfen können. Auch mir ist dieser Fall unfaßbar, denn wenn der Mann auch nichts gesehen hat, so mußte er doch etwas von dem Einbruch gehört haben. Die Aufstellung der Nachtschutzleute an einer bestimmten Stelle halte ich also für nicht richtig. Die Diebe dürfen nicht wissen, wann der Posten auf seinem Rundgang zu erwarten ist, wann die Kontrolle ausgeübt und wo der Posten aufgestellt wird. Es scheint aber nicht allein am System zu liegen, unter dem die Sicherheit leidet. Ich will nicht auf die zahllosen zerbrochenen Spiegelscheiben in den

Schaufenstern hinweisen, die beweisen, wie zahlreich die Einbrüche sind. Sie wissen selbst, wie schwer die Einbußen sind. Auch die Überwachung der Ordnung ist nicht so, wie sie sein soll. Gehen Sie einmal abends zu der Zeit, wo die Nachtschutzleute ihren Dienst antreten, über den Damm, wo der Hauptverkehr zu finden ist. Wenn die Rinos aus sind, kann kein Wagen mehr über die Straße fahren und kein Mensch mehr auf dem Trottoir gehen. Die Leute treiben sich da herum, versperren den Weg und treiben Mutwillen. Sie werden ja wissen, wie es dort zugeht, aber einen Nachtschutzmann werden Sie dort nicht finden. Dagegen habe ich mich davon überzeugt, daß an einer Stelle auf dem Bohlweg wohl ein Nachtschutzmann stand, aber es war eine solche, an der kaum Verkehr war. Ein Mann stand dort kurze Zeit still, und dort wurde er gleich zur Rede gestellt, aber in das Gewühl hinein hat sich der Nachtschutzmann nicht gewagt. Also die Sache ist irgendwo faul und muß gebessert werden.

Was Herr Schmidt sagte, ist berechtigt, die Kontrolle über das Nachtschutzwesen wird so mangelhaft ausgeführt, daß man sich überlegen könnte, dafür mehr zu bewilligen. Doch das möge die Versammlung entscheiden; namens der Kommission habe ich um Zustimmung zu der Erhöhung gebeten. Lieb wäre es mir, wenn zur Beruhigung der Bürgerschaft von den Volksbeauftragten oder von dem zuständigen Herrn des Magistrats über die beabsichtigten Maßnahmen eine Erklärung abgegeben würde, denn die Beunruhigung unter den Geschäftsleuten ist so groß, daß manche beabsichtigen, ihr Bett im Schaufenster aufzuschlagen, um ihr Eigentum zu schützen.

Stadtrat von Frankenberg: Die mannigfachen Klagen, die heute über das Nachtschutzwesen laut geworden sind, sind zweifellos berechtigt, und weil ich seit langen Jahren diese Angelegenheit im Magistrat bearbeite, vermag ich im vollsten Umfange die Schmerzen zu verstehen, die seitens der verschiedenen Redner zum Vortrag gebracht sind. Es ist eine ganze Reihe von Ursachen, die nebeneinander als an den jetzigen Zuständen im Nachtwachwesen schuldig in Betracht kommen. Es ist nicht zu leugnen, daß eine unglückselige Zwitterbildung darin vorhanden ist, daß das Nachtschutzwesen an sich städtisch ist, während die Aufsichtsführung von einer staatlichen Behörde ausgeführt wird. Wenn wir das Verlangen hatten, daß sich beide in einer Hand befinden, so ist das ganz gewiß vom Standpunkt der geehrten Herrschaften aus gerechtfertigt. Ob nun aber beide Einrichtungen städtisch oder beide staatlich werden, das ist eine Verwaltungsfrage. Ich bin der Meinung, in dieser mangelnden Einheit liegt der Keim für manch schweren Übelstand, der sich jetzt gezeigt hat. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß die Nachtschutzleute schon überall geworden waren. Es hat ja im Laufe der letzten Jahre eine gewisse Erneuerung stattgefunden, und sie ist, soweit ich es beobachten kann, in mancher Beziehung auch wirksam

geworden; in anderer Beziehung aber hat man noch nicht so kräftig durchgreifen mögen, wie das nötig gewesen wäre. Inzwischen sind nun aber die Löhne der Nachschutleute, die bekanntlich keine angestellten Beamten sind, nach den Aufstellungen der Lohndeputation erheblich aufgebessert worden, und noch heute werden die geehrten Herrschaften über eine derartige Aufbesserung zu befinden haben. Die Entlohnung beträgt jetzt 3000 bis 3600 Mark, und der jetzige Vorschlag geht dahin, den Lohn auf 3600 bis 4200 Mark zu steigern, woneben der Nachwachmeister noch einen höheren Betrag als Vergütung für seine besondere Tätigkeit bekommen würde. Ich darf wohl annehmen, daß, wenn ein derartig ansehnlicher Betrag für diesen Dienst gezahlt wird, aller Anlaß vorliegt, kräftige, zuverlässige, leistungsfähige Leute an diese Posten zu stellen und besonders an ihre Frische, Rüstigkeit, Zuverlässigkeit und Treue Anforderungen zu stellen, wie sie bis jetzt nicht gestellt wurden. Weiter wird es zweckmäßig sein, durch zielbewußtes Zusammenwirken sowohl der militärischen Stellen wie auch der Landeseinwohnerwehr mit dem Nachwachweisen dafür zu sorgen, daß das Nachschutwesen besser arbeitet als bisher. Die Hauptsache aber wird die sein, daß der Sinn für Recht und Ordnung und für Beachtung der Gesetze in allen Kreisen der Bürgerschaft wieder mehr Eingang findet, als es in der letzten Zeit leider der Fall gewesen ist.

Stadtv. Frau **Göge**: Ließe sich denn nicht durch Anschaffung von Kontrolluhren eine Einrichtung schaffen, die es verhindert, daß, wie es Herr Meyerhoff anführte, lange Straßenzüge gänzlich ohne Nachwachdienst sind?

Stadtv. **Schmidt**: Daß wir mit dem ganzen Nachwachweisen nicht zufrieden sind, das tritt nicht erst jetzt in Erscheinung, sondern wir wissen, daß es schon lange im argen lag. Ich erinnere an eine frühere Debatte in diesem Hause, durch die an einer ganzen Reihe Fälle bewiesen war, daß ein nächtlicher Schutz nicht vorhanden war. Ich habe schon damals darauf hingewiesen: Wenn die Bezahlung nicht in solcher Höhe erfolgt, daß sie für die Lebensführung ausreichend ist, und wenn die betreffenden Personen auf Nebenverdienst durch Tagesarbeit angewiesen sind, dann werden wir niemals ein genügendes Nachwachwesen erlangen. Die Nachschutleute sind zumeist Handwerker, Schuhmacher, Schneider und andere, die zu Hause tagsüber ihr Handwerk ausüben, um so ein einigermaßen ausreichendes Einkommen zu erzielen. Wie ich schon damals sagte, ist die Knauserigkeit bei der Entlohnung schuld daran, daß wir kein ausreichendes Nachschutwesen haben. Man soll eine Bezahlung eintreten lassen, die es gestattet, den Nachschutleuten die Nebenarbeit gänzlich zu untersagen. Wer am Tage 7 Stunden gearbeitet hat, und sei es auch

nur in einer leichten Beschäftigung, der kann niemals mit voller Frische die ganze Nacht hindurch Dienst in solcher Weise versehen, wie man von ihm voraussetzen muß. Meine Meinung ist: Wenn der Zustand geändert werden soll, dann muß es gründlich geschehen. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Nachtschutzeleute in ihrer Besoldung so gestellt würden, daß man mit Fug und Recht verlangen kann: Jeder Erwerb am Tage ist verboten. Nur damit kann gewährleistet werden, daß die Nachtschutzleute für ihren Dienst in voller Rüstigkeit zur Verfügung stehen. Es ist nicht nur der Schaden zu bedenken, der an gestohlenen Sachen den Eigentümern entsteht, sondern auch die beschädigten Schaufensterscheiben sind in dieser Zeit nicht zu ersetzen. Eine Beschaffung wäre selbst dann nicht möglich, wenn man das Zehnfache bezahlen wollte, was man in Friedenszeiten dafür ausgeben mußte. Und wenn die Geschäftsleute ein halbes Jahr lang warten müssen, bis sie eine neue Scheibe erhalten, so bietet das für die Diebe eine weitere Gelegenheit, in Läden mit zerbrochenen Scheiben einzudringen. Aus allen diesen Gründen ist es dringend nötig, daß für eine Verbesserung des Nachtschutzwesens schnellstens gesorgt wird.

Stadtv. Meyerhoff: Einiges von dem, was Herr Schmidt anführte, ist unbedingt richtig, aber anderes kann man nicht ebenso als feststehend ansehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß in den Jahren vor dem Kriege das Nachtschutzwesen trotz der alten Leute, die den Dienst versahen, besser funktionierte als heute, denn es war die nötige Kontrolle vorhanden. Soweit man sich damals überzeugen konnte und sich überzeugt hat, wurde derzeit eine ziemlich scharfe Kontrolle ausgeübt. Der überwachende Beamte kam in Zivil, hatte seinen Hund an der Leine, und man kann wohl sagen, daß doch wenigstens Schutz vorhanden war, wenn auch kein vollständig genügender. Nun sind die Bezüge der Nachtschutzleute aufgebeffert und sollen noch weiter aufgebeffert werden bis auf 4200 M. hinauf. Meine Herrschaften! 4300 M. erhält ein Volksschullehrer als Höchstgehalt, und dann hat er schon ein ziemliches Alter erreicht, ist vielleicht 52 Jahre alt. So glaube ich, werden auch die Nachtschutzleute mit diesen Bezügen auskommen. Wenn wir nach den Bezügen urteilen, dann müßte unser Nachtschutzwesen musterhaft sein, aber in Wirklichkeit hat es sich trotz der Erhöhung der Bezüge Jahr für Jahr verschlechtert. Woran liegt das? Meiner Ansicht nach liegt es an der wenig gut funktionierenden Aufsicht. Darin gebe ich dem Vorredner recht: Wir sollen höhere Sätze für die Beaufsichtigung bewilligen und haben keine Garantie, ob eine Besserung der Zustände eintritt. Ich glaube, das Thema ist mit den bisherigen Ausführungen noch nicht erschöpft. Ist denn unter den heutigen Zuständen kein genügender Schutz in der Nacht möglich? Ich behaupte, daß er wohl möglich wäre, wenn es nur richtig angefaßen wird. An den Bezügen aber liegt es nicht,

wie der Herr Vorredner meinte. Auch eine Verjüngung der Kräfte ist seit Jahren eingetreten, aber Segen hat sie nicht mitgebracht. Je jünger die Nachschußmannschaft war, desto mehr Einbrüche sind auch erfolgt. Nur eine genügende Überwachung des Dienstes kann Abhilfe schaffen.

Vorsitzender: Ich darf wohl annehmen, daß Sie, Herr Meyerhoff, mit der letzten Bemerkung nicht haben sagen wollen, daß die jungen Nachschußleute diejenigen seien, die die Einbrüche vornehmen. (Zustimmung des Stadtverordneten Meyerhoff.)

Stadtv. Rönneburg: Meine Damen und Herren! Ich befinde mich insofern im Gegensatz zu Herrn Meyerhoff, als er wünschte, daß das Thema noch viel mehr erschöpft werden möchte. Ich glaube dagegen, daß wesentlich Neues kaum noch vorgebracht werden kann, wie auch positive Vorschläge bisher nicht gemacht worden sind. Ich beantrage deshalb Schluß der Debatte.

Vorsitzender: Der Schlußantrag war überflüssig, weil keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

In der Abstimmung lehnt die Mehrheit der Versammlung den Antrag der Finanzkommission ab (nur acht Stimmen waren für den Antrag).

9. Erwerb einer Teilfläche an der Helenenstraße.

Stadtv. Stegmann: Im März 1914 wurde zur Fertigstellung der Helenenstraße und der projektierten Straße 434 b ein kleiner Streifen vom Grundstück des inzwischen verstorbenen Landwirts Ellersief gebraucht. Der Ankauf dieser kleinen Gartenfläche von 10 qm wurde damals nicht endgültig vollzogen; eine Entschädigung ist also bisher nicht gezahlt worden, die Sache scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Die Erben des Besitzers beantragen jetzt eine Entschädigung für Geil und Gare, eine Pachtentschädigung für Grund und Boden und schließlich den Ankauf der Fläche seitens der Stadt. Das Tiefbauamt hat sich über diese Angelegenheit geäußert und empfiehlt, diese Fläche von 10 qm mit 10 M pro Quadratmeter anzukaufen. Der Magistrat hat sich dem Vorschlage angeschlossen, ebenso ersucht Sie die Baukommission, diesem Antrage zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

10. Anstellung eines Ingenieurs für Heizungs- und Beleuchtungstechnik und Umwandlung der Bezeichnung „Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke“ in „Städtisches Betriebsamt“.

Stadtv. **Reißner**: Bislang wurden die Projekte für Ausführung von Heizungs- und Beleuchtungsanlagen in städtischen Gebäuden vom städtischen Hochbauamt ausgearbeitet, diesem war auch die Überwachung aller Heizungsanlagen in den städtischen Gebäuden übertragen. Die Direktion des Licht- und Wasserwerks hat nun den Antrag gestellt, man möge ihr als Spezialbehörde die Überwachung aller Maschinen- und Heizungsanlagen und beleuchtungstechnischen Anlagen übertragen, ebenso die Prüfung und Ausführung der neuen Anlagen auf diesem Gebiete, und zu dem Zwecke möge man einen Ingenieur anstellen, der in jeder Beziehung in der Heizungs- und Beleuchtungstechnik erfahren ist. Des weiteren möge man statt der bisherigen Bezeichnung „Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke“ die Bezeichnung „Städtisches Betriebsamt“ wählen. Die letztere Bezeichnung entspräche wohl dem Umfange der ihm demnächst zu überweisenden Arbeiten.

Der Bauausschuß hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und ist der Meinung, daß die Einstellung eines durchaus tüchtigen Ingenieurs für diese Zwecke sehr am Platze ist, daß es auch zweckmäßig ist, wenn wir die Überwachung und Ausführung derartiger Arbeiten ganz der Direktion der Licht- und Wasserwerke übertragen und auch die neue Bezeichnung „Städtisches Betriebsamt“ eingeführt wird. Was die Person des anzustellenden neuen Beamten anlangt, so beantragt der Magistrat für ihn die Einstellung eines Gehaltes für geprüfte Baumeister, Abteilung VIII des Besoldungsstatuts von 1911, mit einem Anfangsgehalt von 3600 M, das bis auf 6000 M steigt. Der Bauausschuß ist durchaus der Ansicht, daß eine derartige Bezahlung das Mindeste ist, was man bieten kann und muß, wenn man eine tüchtige Kraft haben will. Er ist aber weiter der Ansicht, daß diese Stelle nicht durchaus nur für einen akademisch-gelbildeten Bewerber ausgeschrieben werden soll, sondern daß für die Stelle auch die Absolventen der mittleren Maschinenbau-schulen heranzuziehen seien, und daß in der Ausschreibung gesagt werden möge, daß ein praktisch und theoretisch in jeder Beziehung ausgebildeter und erfahrener Mann gesucht wird. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen demnach Annahme der Magistratsanträge, die dahin gehen,

1. daß ein mit der Heizungs- und Beleuchtungstechnik vertrauter Ingenieur bei der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke eingestellt wird,

2. daß der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke die Beaufsichtigung aller städtischen Maschinen-, Feuerungs-, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen übertragen wird, und

3. daß die Bezeichnung „Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke“ in die Bezeichnung „Städtisches Betriebsamt“ umgewandelt wird,

4. daß dem neu einzustellenden Ingenieur das Gehalt für geprüfte Baumeister zugebilligt wird.

Namens des Bauausschusses empfehle ich Ihnen die Annahme dieser Anträge mit der zuletzt von mir vorgetragenen Einschränkung.

Ohne Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

11. Vorläufige Regelung der Schularztfrage.

Stadtv. Hofahr: Nachdem die sieben- und achtfstufigen Bürgerschulen verschmolzen sind, mußte die schulärztliche Behandlung der Kinder, die sich bisher auf die siebenstufigen Bürgerschulen, die Hilfschule und die katholische Schule beschränkte, anderweit geregelt werden. Der Schulvorstand hatte zu dem Zwecke zunächst mit den Schulärzten vereinbart, sie möchten ihre bisherige Tätigkeit an den ihnen bislang anvertraut gewesenen Schulen fortsetzen. in Eil- und Nothfällen aber auch den übrigen Bürgerschulen ihre Tätigkeit widmen. Dafür sollte das Honorar, das bisher 60 Pf. pro Schulkind betrug, auf 1 Mark erhöht werden, jedoch nur nach der Zahl der Schulkinder berechnet werden, die die Schulen besuchen, an denen die Schulärzte früher tätig gewesen sind.

Hiernach ist von Ostern dieses Jahres an verfahren. Der Schulvorstand hatte gleichzeitig die feste Anstellung von zwei Schulärzten im Hauptamt unter Zubilligung des Oberlehrergehalts empfohlen, die alsdann ihre Tätigkeit auf alle städtischen Schulen ausdehnen sollten. Bei den hierüber mit den Ärzten gepflogenen Verhandlungen hat sich aber herausgestellt, daß die Ärzte ihre Privatpraxis nur ungern aufgeben, und daß sie sich zur Übernahme des Amtes eines Schularztes nur gegen Gewährung von Gehältern verstehen würden, die das Oberlehrergehalt übersteigen. Unter diesen Umständen hielt es der Schulvorstand für nötig, einstweilen das bisherige Verfahren beizubehalten, jedoch mit der Maßgabe, daß sich die schulärztliche Tätigkeit vom 1. September an auf alle Bürgerschulen und die katholische Schule erstreckt, und er hat empfohlen, es möge den Schulärzten für diese Tätigkeit eine Jahresvergütung von 1 M für jedes Schulkind gewährt werden, da die Erhöhung

des früheren Satzes im Hinblick auf die Entwertung des Geldes gerechtfertigt erscheine.

Der Magistrat hält bei Lage der Verhältnisse diese vorläufige Regelung der Schularztfrage für zweckmäßig und gibt anheim, das in Vorschlag gebrachte Verfahren gutzuheißen.

Der Schulausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und empfiehlt Annahme der gemachten Vorschläge.

Schließlich spricht der Magistrat den Wunsch aus, die Ansicht der Stadtverordneten über die Frage kennenzulernen, ob fest besoldete Schulärzte im Hauptamt für alle städtischen Unterrichtsanstalten angestellt werden sollen, und welches Gehalt ihnen gegebenenfalls gezahlt werden soll. Er ersucht die Stadtverordneten, sich zu dieser Frage äußern zu wollen. Auch mit dieser Frage hat sich der Schulausschuß befaßt und hat sich, vorbehaltlich einer späteren endgültigen Regelung dieser Frage, grundsätzlich für Anstellung von fest besoldeten Schulärzten ausgesprochen. Wir sind der Ansicht, daß nur im Hauptamt tätige Schulärzte sich den Aufgaben, die ihnen gestellt werden, mit Erfolg widmen können. Ich bitte Sie im Namen des Schulausschusses, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Stadtv. Stegmann: Die bisherige Tätigkeit der Schulärzte war eine Halbheit. Sie war schon deshalb vollständig ungenügend, weil sie sich nur auf die unteren Bürgerschulen beschränkte, während sie ebenso notwendig sich auch auf die mittleren Schulen hätte erstrecken müssen. Zu begrüßen ist es, daß jetzt eine Änderung eintreten soll. Es versteht sich ja von selbst, daß momentan nicht alles mit einem Schlage erreicht werden kann, was ins Auge gefaßt wird, aber ich möchte mich dafür aussprechen, daß sehr bald durchgreifende Änderungen in dieser Schularztfrage eintreten, indem für sämtliche Schulen Schulärzte fest angestellt werden. So lange es den Schulärzten noch gestattet ist, Privatpraxis zu treiben, werden wir nie eine durchgreifende Tätigkeit der Schulärzte in den ihnen anvertrauten Schulen bekommen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir erlauben, noch eine Frage an den Magistrat zu stellen. Ich finde es begreiflich, daß bei den Teuerungsverhältnissen und bei der Entwertung des Geldes die Bezahlung der Schulärzte erhöht werden soll, und kann die von ihnen gestellte Forderung nicht als unbescheiden bezeichnen. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß wir sehr wenig von der Tätigkeit der Schulärzte gehört haben, daß im Gegenteil diese Tätigkeit vielfach als eine mangelhafte und ungenügende bezeichnet wird. Ich möchte deshalb bei Erhöhung des Honorars an den Magistrat die Frage richten, worin die Tätigkeit der Schulärzte besteht, und was von ihnen bisher geleistet worden ist. Wie oft sind die Untersuchungen der Schul-

kinder vorgenommen worden? Sind alle Klassen in den unteren Bürgerschulen berücksichtigt oder nur die unteren? Im Publikum ist man allgemein der Meinung, daß nichts oder nur sehr wenig von der Tätigkeit der Schulärzte zu merken gewesen ist.

Oberbürgermeister Netemeyer: Wir haben die Regelung der Tätigkeit der Schulärzte mit Ihnen hier vereinbart. Es ist eine besondere Ordnung dafür erlassen, die wir Ihnen seinerzeit vorgelegt haben. Die Haupttätigkeit der Schulärzte besteht zunächst darin, daß zu Anfang der Schulpflicht jedes Kind auf seinen Gesundheitszustand untersucht wird. Nach einigen Jahren wird diese Untersuchung wiederholt und ebenso im letzten Schuljahr. Im übrigen halten die Schulärzte regelmäßig Sprechstunden in den Schulen ab. Nun ist während des Krieges auch ein großer Teil der Schulärzte eingezogen worden, und wenn deswegen die Einrichtung nicht so vollkommen funktioniert hat, wie es hätte sein müssen, so ist das erklärlich. In einer Beziehung allerdings haben wir geglaubt, die bisherigen Vorschriften ändern zu sollen: Es ist bisher die Aufstellung zu vielen statistischen Materials den Herren aufgegeben gewesen. Es wurden Listen über das Gewicht und die Größe des einzelnen Kindes geführt, und über den Befund der ärztlichen Untersuchungen wurden Eintragungen vorgenommen. Es ist möglich, daß die Schulärzte durch diese Arbeit von der Hauptaufgabe, die ihnen zugewiesen war, abgelenkt worden sind, und deshalb sind bereits Verhandlungen eingeleitet, daß hierin Wandel geschaffen wird. Wir werden Ihnen demnächst eine Vorlage darüber zugehen lassen.

Stadtrat von Frankenberg: Die Tätigkeit der Schulärzte hat sich, wie ich wiederholt mit Freunden habe feststellen können, in der Hauptsache in der Richtung bewegt, daß sie sich bemüht haben, diejenigen Kinder auszusuchen, für die besondere Fürsorgemaßnahmen nötig waren. In Dutzenden von Fällen ist die Überführung von Kindern in Sommerpflegen, Ercheospize, Kinderheilstätten, zu den Waldspielen durch ärztliche Vermittlung herbeigeführt. Die geehrten Herrschaften wissen, daß die Schulärzte nicht die ärztliche Behandlung der Schulkinder selber übernehmen, wohl aber die Anregung und die Vermittlung von ärztlicher Hilfe zu bewerkstelligen haben, und das wird auch bei der Einheitschule eine wesentliche Rolle spielen. Ich kann feststellen, daß, gefördert vom Stadtarzt, die Herren Schulärzte sich bemüht haben, dieser Aufgabe gerecht zu werden, wie denn auch wiederholt Herr Sanitätsrat von Holwede und der Direktor der Bürgerschulen sich in ihren Berichten anerkennend über die Tätigkeit der Schulärzte geäußert haben. Es wird denjenigen, die diese Berichte gelesen haben, nicht entgangen sein, welches wertvolle Material in den Berichten über die Tätigkeit der Schulärzte enthalten liegt. Bei der Einheitschule wird man in

Vergleich stellen können, was durch die Tätigkeit der Schulärzte in den siebenstufigen Schulen allein geleistet worden ist, und es wird von Wert sein, den Fortschritt festzustellen, der im Laufe der Zeit erzielt worden ist.

Stadtv. **Salomon**: Die Tätigkeit der Schulärzte ist vom Herrn Oberbürgermeister schon kurz charakterisiert. Sie beschränkt sich in der Hauptsache darauf, die Kinder bei der Einschulung genau zu untersuchen, nach einem bestimmten Zeitraum die Untersuchung zu wiederholen, und schließlich alle vierzehn Tage in den Schulen eine schulärztliche Sprechstunde abzuhalten, in die von den Lehrern bzw. dem Schulleiter die Kinder geschickt wurden, die irgendein körperliches Gebrechen aufweisen. Ein Nachteil in der bisher ausgeübten Praxis lag darin, daß der Schularzt nichts weiter tun konnte, als die Eltern des Kindes auf irgendeinen gesundheitlichen Mangel des Kindes aufmerksam zu machen; aber jegliches Mittel fehlte, um zu veranlassen, daß solche Kinder nun auch in ärztliche Behandlung genommen wurden und dadurch der Schaden beseitigt wurde. Die Nachricht über den ärztlichen Befund wurde den Eltern übermittelt, in den meisten Fällen aber ad acta gelegt, und dann blieb es halt beim alten. Wir stehen in der Schulkommission auf dem Standpunkt: Wenn wir im Hauptamt angestellte Schulärzte haben, die, wohl gemerkt, daneben keine Privatpraxis ausüben sollen und nur der Schule ihre Tätigkeit widmen, kann bis zu einem gewissen Grade dieser Mangel beseitigt werden dadurch, daß der Schularzt die Kinder in der Schule untersucht und dann die Eltern der Kinder, bei denen Mängel gefunden sind, zu sich in die Sprechstunde, die regelmäßig abgehalten wird, kommen läßt und sie nachdrücklich und persönlich darauf verweist, daß sie unbedingt für ihre Kinder eine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Es muß dabei beachtet werden, daß es mißlich wäre, wenn die Schulärzte die Behandlung selbst übernehmen würden; soweit ich orientiert bin, würde das auch nicht im Sinne der übrigen Ärzte liegen. Die persönliche Beeinflussung der Eltern, die wir durch einen hauptamtlich tätigen Schularzt erreichen können, würde von großem Segen sein. Noch ein anderes würde hinzutreten: Wir sind jetzt dabei, das Amt der Schulpflegerin in unseren Bürgerschulen zu erweitern. Die Zahl der Schulpflegerinnen wird andauernd vermehrt, und eine Hauptaufgabe dieser Schulpflegerinnen wird es sein, in Verbindung mit dem Schularzt auf das Haus einzumirken, daß von seiten des Hauses für die Kinder in gesundheitlicher Beziehung das Nötige geschieht. Gerade in dieser Zeit nach dem Kriege ist es nach meiner Überzeugung eine Hauptaufgabe der Kommunen, für die Gesundheit des heranwachsenden Geschlechts zu sorgen. Wenn die ins Auge gefaßten Gehälter der fest anzustellenden Schulärzte

von den in Frage kommenden Stellen als zu niedrig angesehen werden, so möchte ich bitten, in diesem Punkte nicht zu sparen. Wenn hier Geld aufgewandt wird, so ist das ein Kapital, das sich außerordentlich gut verzinsen wird. Wenn wir für die Gesundheit unserer Jugend sorgen, so sorgen wir damit für die Gesundheit unseres Volkes, und dieser Aufgabe dürfen wir uns nicht entziehen, im Gegenteil müßte die ärztliche Tätigkeit in der Schule noch weiter als bisher ausgedehnt werden. Wir müssen dahin kommen, eine Schulzahnklinik einzurichten, wir müssen dem Gedanken der Walschule nähertreten, auch dem Gedanken, ein Erholungsheim für gesundheitlich geschädigte Kinder, nicht zu weit von der Stadt entfernt, einzurichten, das ebenfalls in gesundheitlicher Beziehung der Oberaufsicht der fest anzustellenden Schulärzte unterstellt wird. Das sind Ideen, die weit ausschauend sind, die aber nach meiner Ansicht einmal verwirklicht werden müssen, denn wir haben die heilige Pflicht, die Folgen des unglückseligen Krieges bei den Kindern, die starke Herabminderung der kindlichen Kraft, mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, zu beseitigen.

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Alle Redner zu diesem Punkt haben sich übereinstimmend ausgesprochen, so daß ich das Einverständnis mit den Vorschlägen des Schulausschusses — Erhöhung des schulärztlichen Honorars und grundsätzlich sich für Anstellung von hauptamtlichen Schulärzten auszusprechen — annehme.

12. Gutachten der Stadtverordneten über Aufhebung der sonntäglichen Geschäftsstunde des Standesamtes.

Stadtv. Dr. Regensburger: Meine Damen und Herren! Bisher bestand beim Standesamt an den Sonntagen eine Geschäftsstunde. Die Beamten des Standesamtes haben nun eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, in der sie um Aufhebung dieser Geschäftsstunde bitten. Im Anschluß an dieses Gesuch sind Erhebungen angestellt, und auch die Kreisdirektion ist um Äußerung zu dieser Angelegenheit ersucht worden. Die Kreisdirektion hat gegen die Gewährung der Bitte der in Frage kommenden Beamten Bedenken ausgesprochen, auf die ich noch zurückkommen werde, und hat anheimgegeben, eine gutachtliche Äußerung der Stadtverordneten über Aufhebung der sonntäglichen Geschäftsstunde des Standesamtes herbeizuführen. Um dieses Gutachten handelt es sich nunmehr.

Damit die geehrten Anwesenden eine gutachtliche Äußerung abgeben können, ist es erforderlich, in knappen Sätzen auf die Sach- und Rechtslage hinzuweisen. Die Geschäftsstunden des Standesamtes an Sonntagen dienen im allgemeinen zur An-

nahme von Anmeldungen über Totgeburten und Sterbefälle; aber auch Eheschließungen haben an Sonntagen stattgefunden. Nach der ursprünglichen Fassung des Personenstandsgesetzes war diese Geschäftsstunde gesetzlich vorgeschrieben, denn das Personenstandsgesetz verlangte, daß Totgeburten und Sterbefälle spätestens am nächstfolgenden Tage beim Standesamt angemeldet werden sollten. Wenn also ein solcher Sterbefall oder eine Totgeburt an einem Sonnabend vorkam, so mußte, um den gesetzlichen Erfordernissen zu genügen, am darauffolgenden Sonntage die Möglichkeit gegeben sein, im Standesamt die betreffende Anmeldung anzubringen. Das Personenstandsgesetz ist jedoch im Jahre 1905 in dem maßgebenden § 23 dahin abgeändert, daß Totgeburten und Sterbefälle nicht mehr am nächstfolgenden Tage, sondern — wie es nunmehr heißt — am nächstfolgenden Wochentage angemeldet werden sollen. Damit ist die gesetzliche Notwendigkeit der Offenhaltung des Standesamts an Sonntagen entfallen.

Die Kreisdirektion hat nun — wie ich schon erwähnte — Bedenken gegen die Schließung des Standesamts an Sonntagen erhoben. Sie konnte diese Bedenken natürlich nicht mehr begründen mit den Gesetzesbestimmungen, sondern hat im allgemeinen angeführt, daß von den ärmeren Schichten der Bevölkerung wohl an keinem anderen Tage so häufig wie an Sonntagen Hochzeiten angelegt werden und unmittelbar vorher die standesamtliche Verbindung vorgenommen wird, um so nach Möglichkeit einen Lohnausfall zu vermeiden, der bei Hochzeiten an einem Wochentage Platz greifen würde. Es hat sich jedoch bei den angestellten Erhebungen herausgestellt, daß die Zahl der Eheschließungen an den Sonntagen eine verhältnismäßig sehr geringe ist, so daß dieses Bedenken der Kreisdirektion und diese Annahme, die wohl auch im Publikum herrscht, nicht zutrifft. Es sind im Jahre 1918, wenn ich noch einmal auf die Sterbefälle zu sprechen kommen soll, 3300 Sterbefälle beurkundet worden, und auf die Sonntage sind nur 285 Eintragungen entfallen. Was die Eheschließungen anbelangt, so hat sich nach der aufgemachten Statistik ergeben, daß die Zahl der an Sonntagen vorgenommenen Eheschließungen sehr gering ist. Ich habe bei den mir hier vorliegenden Papieren im Augenblick diese Zahlen nicht zur Hand, kann aber der Versammlung berichten, daß diese Zahl nur eine verhältnismäßig sehr geringe ist. Ich glaube also, und der Rechtsausschuß hat sich dem angeschlossen, daß dieses Bedenken der Kreisdirektion zurücktreten kann, vor allem in Rücksicht darauf, daß der Haupt Gesichtspunkt dieses Gesetzes, dem Zuge unserer Zeit entsprechend, das Bestreben auf Innehaltung der völligen Sonntagsruhe ist. Die Beamten des Standesamts waren wohl die einzigen Beamten, die diese völlige Sonntagsruhe entbehren mußten. An etwa 40 Sonntagen im Jahre hatte jeder Standesamtsbeamte auf Grund der Vorschriften der Offenhaltung des Standesamts Dienst zu tun, und eine durchgreifende Erholung ist nicht möglich, wenn die Beamten auch nur eine Stunde in

das Geschäftszimmer gehen müssen. Tagesausflüge an Sonntagen z. B. sind dabei ausgeschlossen. Der Gesichtspunkt der völligen Sonntagsruhe schien dem Rechtsausschuß ein so wichtiges sozialpolitisches Moment zu sein, daß dagegen andere Bedenken zurückzutreten haben.

Nachdem also die Gesetzeslage die Offenhaltung des Standesamts nicht mehr fordert, empfiehlt Ihnen der Rechtsausschuß, die Stadtverordnetenversammlung möge in ihrer gutachtlichen Äußerung den Wunsch der standesamtlichen Beamten für berechtigt erklären, und dieses um so mehr, als allein in Braunschweig (mit nur wenigen anderen Städten) das Standesamt am Sonntage geöffnet ist. Es liegen bei den Akten die Mitteilungen, daß gleich große und größere Städte auf Grund der Änderung des Gesetzes die Sonntagsgeschäftsstunden des Standesamts aufgehoben haben, insbesondere hat der Magistrat der Stadt Berlin schon vor Jahren die Aufhebung der Sonntagsgeschäftsstunden angeordnet.

Für dringende Fälle müßte allerdings Vorsorge getroffen werden, und zwar für dringende Fälle zweierlei Art. Es ist denkbar, daß eine Epidemie ausbricht, bei der sehr viele Todesfälle vorkommen, und ferner können Fälle der sogenannten Noteschließung eintreten, in denen der eine Ehegatte lebensgefährlich erkrankt ist und noch wünscht, vor seinem Ableben wegen der erbrechtlichen Folgen die Eheschließung zu vollziehen. Wenn aber Vorsorge getroffen wird, daß an den Sonntagen jeweils ein Beamter des Standesamts, der zur Entgegennahme von Anmeldungen und zur Vollziehung von Eheschließungen befugt ist, bei dem Hausmann des Standesamts seine Adresse hinterlegt oder mitteilt, wo er in der Stadt Braunschweig in einer festzusetzenden Stunde zu erreichen ist, sei es in seiner Wohnung oder bei Bekannten, dann ist für solche Ausnahmefälle, die doch nur in verschwindendem Maße vorgekommen sind, die nötige Vorsorge getroffen.

Trotz der Bedenken der Kreisdirektion bittet der Rechtsausschuß, die gutachtliche Äußerung der Stadtverordnetenversammlung dahin abzugeben, daß das Gesuch der Beamten des Standesamts um völlige Sonntagsruhe für berechtigt erklärt wird, jedoch mit der Maßgabe, daß durch die von mir erwähnte Regelung Vorsorge getroffen wird, daß in den geschilderten dringenden Fällen ein Beamter zu erreichen ist. Durch eine entsprechende Bekanntmachung des Magistrats wäre leicht das Publikum auf diese Einrichtung hinzuweisen.

Da keine Meldungen zum Wort vorliegen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit der vom Rechtsausschuß empfohlenen gutachtlichen Äußerung an.

13. Erhöhung der Gebühren im städtischen Schlachthause.

Stadtv. **Blumeier**: Es heißt in der Magistratsvorlage über diesen Punkt:

„Der Schlachthausausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit der Frage beschäftigt, ob die im Schlachthausstatut festgesetzten Gebühren zu erhöhen sind. Er kam in der Sitzung am 12. August zu dem Ergebnis, daß eine Erhöhung um 100% eintreten muß, und zwar aus dem Grunde, weil infolge der erheblichen Erhöhung der Preise für Kohlen, Bug- und Schmiermittel, der Löhne und Gehälter die Unkosten für den Schlachthausbetrieb ganz erheblich gestiegen sind. Dazu kommt noch, daß infolge der gegenüber der Friedenszeit nur spärlichen Schlachtungen die Einnahmen sowieso schon geringer geworden sind. Die Folge davon ist, daß die Schlachthauskasse die Ausgaben nicht im entferntesten mehr aus den Einnahmen decken kann. Bei den Massenschlachtungen für die Heeresverwaltung war seinerzeit ein Überschuß erzielt und ein Kassenvorrat angesammelt; dieser aber wird schon in kürzester Frist aufgebraucht sein. Eine Erhöhung der Gebühren ist daher notwendig; sie ist auch in anderen Städten durchgeführt, und die Erhöhung um 100 % ist noch als eine bescheidene anzusehen. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß das Schlachthaus nun nicht mehr mit einem Defizit abschließt; letzteres wird aber gemildert.“

Es ist durch den Magistrat bei den verschiedenen Städten eine Umfrage gehalten worden, in welcher Höhe die Schlachthausgebühren gegenüber den Friedenszeiten erhöht sind, und es ergibt sich daraus, daß die für Braunschweig vorgeschlagenen Gebühren immer noch mit die niedrigsten sind. So würde demnächst betragen die Schlachtgebühr für einen Ochsen oder Bullen in Braunschweig 6,50 *M*, in Halle beträgt sie 18 *M*, in Hildesheim 12 *M*, in Magdeburg 7,50 *M*, in Northeim 9 bis 15 *M*, in Salzwedel 10,80 *M*, in Stendal 9,20 *M*.

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, der vorgeschlagenen Erhöhung der Gebühren zuzustimmen.

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, gilt der Antrag des Finanzausschusses als stillschweigend angenommen.

14. Ausbau der Straßen 1003, 1004 und 1005.

Stadtv. **Meyerhoff**: Am 22. Mai dieses Jahres haben die Stadtverordneten einen Vertrag mit der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft genehmigt, worin sich die Stadt zum Ausbau von Straßen in dem der Siedlungsgesellschaft gehörenden Gelände der Kälberweide auf deren Kosten verpflichtet hat. Zunächst sollen nur die

drei Straßen 1003, 1004 und 1005 ausgebaut werden. Die Kosten für den oberirdischen Ausbau dieser drei Straßen sowie der Straße Kälberwiese zwischen den Straßen 1003 und 1005 waren überschläglich zu 50 400 Mark ermittelt. Heute nun wird den Stadtverordneten der genaue Kostenanschlag und Entwurf für den oberirdischen Ausbau vorgelegt.

Die Straße 1003 soll bei einer Länge von 127 Metern eine Breite von 8 Metern bekommen und derartig ausgebaut werden, daß 5 Meter davon auf die Fahrbahn und je 1,5 Meter auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Diese Fußwege sollen mit Mosaikpflaster versehen werden und durch Kantensteine von der Fahrbahn abgetrennt werden, während die Fahrbahn selbst leicht chauffiert werden soll. Um Kosten zu ersparen, soll der Abfluß des Tageswassers in den nach beiden Seiten der Straße liegenden offenen Gräben stattfinden, also für das Himmelswasser wird eine Kanalisation als nicht nötig erachtet.

Die Straße 1004 hat eine Länge von 145 Metern und erhält eine Breite von 5 Metern, so daß 3,50 Meter auf die Fahrbahn und je 0,75 Meter auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Es wird Ihnen auffallen, daß die Straße so schmal ist, sie wird aber keine Verkehrsstraße werden und nur befahren, wenn den dortigen Anwohnern Material nach ihren Wohnungen zugeführt wird. Außerdem sind — wie Sie aus dem ausgehängten Plan ersehen wollen — Vorgärten vorgesehen, so daß der Zwischenraum zwischen den beiderseitigen Häuserreihen breiter ist als die eigentliche Straße. Auch bei dieser Straße ist eine gleichartige Abführung des Himmelswassers vorgesehen wie bei der vorerwähnten.

Die Straße 1005 erhält bei einer Länge von 174 Metern eine Breite von 6 Metern; 4 Meter entfallen auf die Fahrbahn und je 1 Meter auf die beiderseitigen Fußwege. Auch diese Straße wird in derselben Weise entwässert wie die Straße 1003, also durch natürliches Gefälle. Die Befestigung der Straße erfolgt in der gleichen Weise wie bei der zuerst genannten Straße.

Die Straße Kälberwiese soll noch nicht ausgebaut werden, da die augenblickliche Befestigung als eine provisorische noch genügt.

Was die Kosten anbetrifft, so betragen sie für die Straße 1003 13 500 *M*, für die Straße 1004 10 000 *M* und für die Straße 1005 14 500 *M*, im ganzen also 38 000 *M*. Diese Summen fallen bezüglich der Straßen 1003 und 1004 allein der Siedlungsgesellschaft zur Last, bei der Straße 1005 ist aber außer der Siedlungsgesellschaft auch noch die Braunschweigische Kammer (Kloster- und Studienfonds) Anlieger, so daß die Siedlungsgesellschaft für eine Frontlänge von 172 Metern bei einem Einheitsfuß von 46,30 *M* nur einen Betrag von 7 963,60 *M* zu zahlen hat,

während die Braunschweigische Kammer zu den Straßenbaukosten erst dann herangezogen werden wird, wenn sie das ihr gehörende Terrain einmal bebaut.

Seitens der Versammlung zu genehmigen sind 1. die Kosten für den Ausbau der genannten Straßen im Gesamtbetrage von 38 000 *M* und 2. die Kostenberechnung für das laufende Meter mit 46,30 *M*. Die Baukommission läßt Ihnen durch mich Annahme des Projektes und Kostenanschlages empfehlen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

Vorsitzender: Punkt 16 der Tagesordnung: „Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter“ wird auf Wunsch der Beteiligten und mit Einverständnis des Finanzausschusses zurückgestellt.

15. Zuschuß zu den Kosten eines Lehrganges für Kriegsteilnehmer in der Oberrealschule.

Stadtv. **Rector:** Die Oberschulkommission hat sich mit folgendem Schreiben an den Magistrat gewandt:

„Am 22. vorigen Monats ist der bis Weihnachten 1920 dauernde Lehrgang für Kriegsteilnehmer, an dem ehemalige Sekundaner der hiesigen Oberrealschule und der Realschulen des Landes sich beteiligen, eröffnet worden. Da überschüssige Lehrkräfte nicht vorhanden waren, müssen den zum Unterricht herangezogenen Lehrern besondere Vergütungen gewährt werden, und somit ergeben sich aus der Veranstaltung nicht unerhebliche Unkosten. Die den Lehrern zu zahlenden Vergütungen belaufen sich bei 24 Wochenstunden auf ungefähr 120 *M* für die Woche, da für die erteilte Unterrichtsstunde 5 *M* zu zahlen ist, und bei Annahme von 16 und 40 Wochen im ganzen auf zirka 6720 *M*. Diesen Kosten stehen Einnahmen aus Schulgeld gegenüber mit etwa 3375 *M*, so daß zu decken bleiben zirka 3345 *M*, wenn von den sonstigen Ausgaben, z. B. für Heizung, abgesehen wird. Da sieben von den Teilnehmern am Lehrgang ehemalige Schüler der hiesigen städtischen Oberrealschule sind, erscheint es billig, daß die Stadt einen Teil der durch die Einrichtung des Lehrganges entstehenden Kosten übernimmt. Wir ersuchen daher — einem Auftrag des Rates der Volksbeauftragten entsprechend —, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und gegebenenfalls uns Mitteilung darüber zugehen zu lassen, in welcher Höhe die Stadt zu den Unkosten beizutragen geneigt ist.“

Der Magistrat hält dieses Ersuchen für gerechtfertigt und ist der Ansicht, daß für die Höhe des städtischen Zuschusses das Verhältnis der Zahl der hiesigen zu den auswärtigen ehemaligen Sekundanern maßgebend sein muß. Er bittet, ihn zu ermächtigen, den danach zu berechnenden Kostenzuschuß zu leisten.

Der Schulausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt und ist zu dem Beschluß gekommen, für diesen Lehrgang ein Schullokal zur Verfügung zu stellen und es heizen zu lassen, ferner zu empfehlen, einen Zuschuß von 1000 *M* zu gewähren. Die übrigen Kosten müßte der Staat tragen, weil der Staat verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß die Teilnehmer in dem Lehrgang das Versäumte nachholen, damit sie in der Folge ihr Fortkommen finden können. Ich bitte, dem Vorschlage des Schulausschusses zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses an.

16. Auflassung und Bezahlung der vom Allgemeinen Konsumverein angekauften Grundstücke.

Stadtv. **Munte**: Meine Damen und Herren! Der Allgemeine Konsumverein hat im Mai des Jahres 1917 vier ihm gehörende Grundstücke zum Gesamtpreise von 110 000 *M* an die Stadt verkauft, und hat die Bezahlung und Besitzübernahme dieser Grundstücke durch die Stadt gestundet bis zum ersten Tage des zweiten Kalendervierteljahres nach der Beendigung des Kriegeszustandes. Der Allgemeine Konsumverein ist nunmehr durch Herrn Stadtverordneten Wilhelm Riecke, unsern Vorsitzenden, bei der Stadt vorstellig geworden, die angekauften Grundstücke jetzt zu übernehmen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es der Billigkeit entspricht, jetzt gegen Auflassung den vereinbarten Preis zu zahlen und die Grundstücke stadtseitig zu übernehmen, und auch der Finanzausschuß ist der Meinung, daß dem Wunsche des Konsumvereins entsprochen werden muß. Ich habe deshalb die Versammlung zu bitten, den Magistrat zur Bezahlung und Übernahme der Grundstücke durch die Stadt zu ermächtigen.

Der Antrag der Finanzkommission gilt als stillschweigend angenommen.

17. Steuerungszulage für die Lehrkräfte der katholischen Schule.

Stadtv. **Frede**: Meine Damen und Herren! Wir sind heute endlich so weit, daß das Schmerzenskind, über das wir mehrfach zu klagen hatten, in ein Kind der

Freude umgewandelt werden soll. Es ist letzters noch ein Antrag von mir gestellt worden, die Auszahlung der Teuerungszulagen für die Lehrkräfte der katholischen Schule endlich vorzunehmen, und es wurde damals in Aussicht gestellt, daß die Sache bald geregelt würde. Um diese Regelung handelt es sich jetzt. Seit April dieses Jahres sind seitens der Stadtkasse und der Regierung Teuerungszulagen an die katholischen Lehrer nicht gezahlt worden. Die Gesamtsumme der Teuerungszulagen für die 9 Monate dieses Jahres beträgt 35 688 *M.* Hiervon sind bisher gezahlt worden seitens der katholischen Gemeinde 1373,34 *M.* + 8212,50 *M.* Vorschuß, seitens der Stadt 1373,33 *M.* und seitens des Staates ebenfalls 1373,33 *M.* Es bleibt nun noch eine Restsumme von 23 355,50 *M.* zu zahlen, von der auf die Stadt der Betrag von 10 522,67 *M.* entfällt. Dasselbe würde der Staat noch zu zahlen haben und die katholische Gemeinde 2310,16 *M.* Zusammen mit dem vorhin genannten Vorschuß beträgt die Leistung der katholischen Gemeinde dann ebensoviel wie die des Staates und der Stadt. Der Schulvorstand hat sich für Auszahlung der der Stadt als Anteil zufallenden Summe ausgesprochen, der Schulausschuß ebenfalls, und so bitte ich die geehrten Herrschaften, gleichfalls die Auszahlung zu bewilligen.

Ohne Meldungen zum Wort. Der **Vorsigende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses an.

18. Einbesserung im Wortlaut des Statuts über die Unterhaltung einer katholischen Schule.

Stadtv. **Frede:** Die geehrten Herrschaften werden sich erinnern, daß wir im Laufe des Sommers ein „Statut über die Unterhaltung einer katholischen Schule“ beraten haben. Der Wortlaut desselben ist seinerzeit hier verlesen. In der Wortfassung dieses Statuts befindet sich im § 7, Nummer 1, Absatz 2 der Ausdruck „siebenstufigen“ vor dem Worte „Bürgerschulen“. Da die sieben- und achtsstufigen Bürgerschulen jetzt verschmolzen sind, so ist dieses Wort „siebenstufigen“ zu streichen, so daß es nur heißt „Bürgerschulen“. Es wird dadurch nichts Neues in das Statut hineingebracht, aber die Form erfordert es, daß die Stadtverordneten diese Streichung genehmigen.

Der **Vorsigende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der vorgetragenen Streichung an.

19. Bewilligung von Mitteln für die Beschaffung von Brennholz für die Einwohnerschaft.

Bürgermeister **Meyer**: Meine Damen und Herren! Seit Monaten ist der Eingang der Kohlen recht schwach, und es ist die Befürchtung begründet, daß er auch in den kommenden Wintermonaten nicht besser werden wird. Wir sind deshalb seitens der Stadt Braunschweig an die Regierung mit der Bitte herangetreten, uns zur Linderung der Not an Feuerungsmitteln Brennholz zur Verfügung zu stellen. Die Regierung hat das entgegenkommenderweise zugesagt und der Stadt insgesamt 40 000 Raummeter Holz in Aussicht gestellt. Das Holz bekommt die Stadt selbstverständlich nicht geschenkt, sondern sie muß es an den Staat bezahlen. Bei dem uns vor zwei Jahren durch die Regierung zugewiesenen Holz war von der Forstverwaltung die einfache Tare festgesetzt. In diesem Jahre wird mit Rücksicht auf die Erhöhung der Gesamtunkosten bei der Gewinnung des Holzes die Tare soweit erhöht werden, daß wir das Doppelte der früheren Tare bezahlen müssen. Aber auch dieser Preis ist heute als ein sehr geringer zu bezeichnen, immerhin ist er so, daß er einen Aufwand von mindestens 20 *M* pro Raummeter im Durchschnitt mit sich bringen wird. Wenn wir annehmen, daß wir die zugesagten 40 000 Raummeter wirklich bekommen, so würde das eine Ausgabe von 800 000 *M* ausmachen. Zu diesen Kosten der eigenen Ersthellung werden noch hinzukommen die Kosten, die durch den Transport des Holzes an die Bahnstation, durch die Verfrachtung nach Braunschweig und durch andere notwendige Maßnahmen entstehen, die ich nicht im einzelnen aufzählen will. Hinweisen möchte ich auch noch darauf, daß allgemein noch die Kosten für die Zerkleinerung des Holzes hinzuzurechnen sind. Doch brauche ich um deren Bewilligung nicht besonders zu bitten. Wohl aber muß ich die Zustimmung der Stadtverordneten erbitten für den Ankauf des Holzes selbst und für die einstweilige Übernahme der weiteren Kosten, die durch die Heranschaffung des Holzes entstehen. Ich bitte deshalb namens des Magistrats, daß die Versammlung sich damit einverstanden erklärt, daß Mittel von rund 1 000 000 *M* für Beschaffung von Brennholz für den kommenden Winter zum Zwecke der Weiterveräußerung an die hiesigen Einwohner aufgewandt werden.

Im Anschluß daran möchte ich weiter mitteilen, daß die Verwaltung einiger nahe gelegener Forstbezirke sich veranlaßt gesehen hat, Waldarbeiter aus dem Harz in ihre Forstbezirke kommen zu lassen, und zwar ausschließlich in der Absicht, den Abtrieb des Holzes, das für die Stadt Braunschweig bestimmt ist, zu fördern. Es hat sich nämlich gezeigt, daß Arbeiter, die nicht im Holzschlagen geübt sind, nicht

das schaffen können, was für die Versorgung der Stadt Braunschweig notwendig ist, und deshalb ist zu diesem Ausweg gegriffen. Allerdings wird dadurch eine gewisse Erhöhung der Ausgaben herbeigeführt, und ferner wird es nötig, daß wir für diese fremden Waldarbeiter auch unsererseits etwas Besonderes tun. Im Laufe der vergangenen Woche ist von dem in Frage kommenden Forstbezirk angefordert, daß wir Betten für diese Arbeiter zur Verfügung stellen, und jüngstens wird noch gebeten, daß wir Spinde herleihen möchten, denn in den Forstorten sind Betten und Schränke nicht in der Zahl vorhanden, daß die Leute Unterkommen finden können. Es handelt sich um 50—60 Arbeiter, und der Magistrat ist bereit, auf diese Wünsche einzugehen. Verhältnismäßig leicht ist das, soweit es sich um Stellung von Betten und Bettwäsche handelt, denn die Vorräte des Pflegehauses lassen es zu, das in dieser Beziehung Erforderliche zu verausgaben. Nicht leicht dagegen ist die Beschaffung von Spinden. Wir sind deswegen mit dem Reichsverwertungsamt in Verbindung getreten, denn wir haben erfahren, daß bei ihm Spinde noch in reichem Maße vorhanden sind. Nach den eingeleiteten Verhandlungen darf angenommen werden, daß wir Spinde erhalten können, und daß dieselben pro Stück je nach Beschaffenheit bis zu 40 M kosten werden. Ich bitte daher, daß Sie auch zur Anschaffung dieser 40—60 Spinde die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Die genaue Summe dafür läßt sich heute leider nicht angeben.

Hinzufügen möchte ich meinen Ausführungen noch, daß wir annehmen dürfen, daß die aufgewendeten Mittel der Stadt durch die Abnehmer des Brennholzes wieder ersetzt werden. Bei der allgemeinen Not in Braunschweig kann man bestimmt damit rechnen, daß der Preis für das Holz, wiewohl er nicht billig sein wird, von unsern Einwohnern gerne bezahlt werden wird, damit sie ihren Bedarf überhaupt decken können, und so glaube ich, daß ein Verlust für die Stadt bei dieser Sache nicht herauskommen wird.

Stadtv. Ginert: Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß vom Reichsverwertungsamt jedenfalls Spinde leicht zu beziehen sind. Auf der Leipziger Messe war von ihm ein großer Posten Modelle von derartigen Sachen, die so gut wie neu sind, ausgestellt, und es wurden verhältnismäßig billige Preise gefordert. Ebenso waren dort auch ganze Ausstattungen von Küchen in größeren Mengen zum Verkauf angeboten.

Stadtv. Recter: Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir anzufragen, ob man Aussicht hat, auf die Kohlenarten, die rückständig sind (Nummer 1—3), in Zukunft

noch Brennmaterial — Kohlen, Koks oder Briketts, nicht Holz — zu bekommen, denn die Kohlenlieferanten versagen vollständig. Es ist ein unangenehmer Zustand, wenn man absolut gar keine Feuerung im Keller hat, und es ist doch nicht jeder dazu beschaffen, nach dem Walde zu gehen und dort einfach Bäume abzufällen und als Brennholz zu verwenden.

Bürgermeister **Meyer**: Wir haben in diesem Jahre bislang viel weniger Abschnitte der Kohlenarten zur Belieferung freigegeben als im vergangenen Jahr um diese Zeit, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wegen ungenügenden Eingangs von Kohlen tatsächlich weitere Abschnitte doch nicht beliefert werden könnten. Aber im allgemeinen kann man nicht sagen, daß die Belieferung der ausgegebenen Abschnitte auffallend rückständig ist. Es sind von der Kochkohlenarte die ersten vier Abschnitte und von der Ofenkohlenarte die ersten zwei Abschnitte freigegeben. Soweit sie noch nicht beliefert worden sind, sollen sie natürlich in der nächsten Zeit beliefert werden. Die Ortskohlenstelle hat selbstverständlich das Bestreben, einen folgenden Abschnitt erst dann freizugeben, wenn nach ihrer Meinung die vorangegangenen Abschnitte im allgemeinen beliefert sind. Ganz gleichmäßig läßt sich das natürlich nicht ausführen, und je geringer der Eingang in Kohlen ist, um so schwieriger wird es. Man kann die Kohlenhändler nicht zu gleicher Zeit bedenken. Alle Kohlenhändler drängen auf Zuweisung, doch kann bei den geringen Eingängen an Kohlen den Wünschen der Kohlenhändler nur beschränkt entsprochen werden. Festgehalten wird jedoch an dem Grundsatz, daß im allgemeinen neue Abschnitte der Kohlenarten erst dann freigegeben werden, wenn die alten beliefert sind, auch sollen nicht ältere Abschnitte für ungültig erklärt werden, wenn und solange angenommen werden kann, daß der Mangel an Kohlen der alleinige Grund ihrer Nichtbelieferung ist.

Ohne weitere Besprechung.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit den beiden von Herrn Bürgermeister Meyer vorgetragenen Anträgen an.

20. Antrag Schilke auf sofortige Inangriffnahme von städtischen Arbeiten, durch die den Handwerkern Beschäftigung zugeführt wird.

Vorsitzender: Von Herrn Schilke ist ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sofort durch das Bauamt die Arbeiten (Reparaturen an städtischen Grundstücken usw.) herstellen zu lassen, wodurch unserm Handwerk Arbeit zugeführt werden kann. Soweit für diese Arbeiten im Etat Mittel nicht vorgesehen sein sollten, sind solche durch Nachtragsforderungen zu schaffen. Der Stadtverordnetenversammlung ist in der nächsten Sitzung zu berichten.“

Stadtv. Schille (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wir haben uns schon in den letzten Monaten sehr eingehend darüber unterhalten, wie unserm Handwerk in der Hauptsache durch Arbeitsbeschaffung zu helfen ist. Wir wissen alle, daß die Rohstoffversorgung allerdings sehr schwierig ist, aber soweit Reparaturarbeiten an städtischen Gebäuden und Grundstücken vorgenommen werden können, müssen wir dafür sorgen, daß solche Arbeiten in breitem Maße ausgeführt werden. Wir haben aus Handwerkerkreisen verschiedentlich Klagen in dieser Hinsicht gehört. Obgleich wir schon in früheren Monaten für Arbeitsbeschaffung für die Handwerker glauben gesorgt zu haben, so möchten wir doch nun festgestellt sehen, in welchem Maße die Stadtverwaltung unsern Anträgen nachgekommen ist und Reparaturarbeiten hat vornehmen lassen und noch jetzt vornehmen läßt, und in welcher Höhe Ausgaben dafür ausgeworfen sind. Ich möchte also bitten, daß die Stadtverwaltung uns in der nächsten Sitzung einen kurzen Bericht darüber gibt, was bisher in dieser Angelegenheit geschehen ist und was noch geschehen kann, um dem Handwerk und den im Handwerk beschäftigten Leuten lohnende Arbeit zu geben.

Für die dringliche Behandlung des Antrages meldet sich die Mehrheit der Versammlung.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine Damen und Herren! Wir haben für die Bearbeitung dieser Angelegenheit eine besondere Deputation eingesetzt, die Deputation zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, und Sie werden sich entsinnen, daß vor einigen Monaten diese Deputation sich schon mit der Frage beschäftigt hat, in welcher Weise Arbeit für hiesige Handwerksmeister geschaffen werden kann. Die Stadtverordneten haben für Ausführung solcher Arbeiten erhebliche Mittel bewilligt, und zwar — soweit ich mich erinnere — für Malerarbeiten, Tischlerarbeiten und sonstige Instandsetzungsarbeiten; ich erinnere an die Anfertigung der Doppelfenster im Rathaus. Diese Arbeiten sind in der Zwischenzeit zur Ausführung gebracht, es steht aber natürlich nichts im Wege, daß auch neue die Bauämter aufgefordert werden, nachzuforschen, ob noch irgendwelche Reparaturarbeiten ausgeführt werden

können. Soweit die Herstellung der Doppelfenster in Frage kam, haben wir auch die Zuschüsse des Reiches und Staates beantragt und haben sie inzwischen auch bewilligt bekommen, so daß diese Arbeit uns nicht so teuer zu stehen kommt, wie sie damals veranschlagt worden ist. Es wird zweckmäßig sein, diese Angelegenheit in der für diesen Zweck geschaffenen Deputation nochmals zur Sprache zu bringen. Der Magistrat wird sie zusammenberufen, und dann würden wir in der nächsten Sitzung, wie Sie wünschen, über diese Angelegenheit Auskunft geben können.

Stadtv. Wahrenndorf: Meine Damen und Herren! Ich bin ja namens der Handwerker sehr dankbar dafür, daß eine solche Anregung hier erfolgt, dankbarer aber noch würden wir sein können, wenn uns für unsere Arbeit Rohmaterial geliefert werden könnte, und zwar zu angemessenem Preise. Wenn das geschehen würde, wären wir in der angenehmen Lage, mehr als bisher das Handwerk beschäftigt zu sehen.

Stadtv. Schille: Herr Wahrenndorf regte die Frage der Rohstoffversorgung an und erwähnte, daß das ein sehr wunder Punkt in der heutigen Beschäftigung der Handwerker sei. Ich glaube, daß es in nächster Zeit dazu kommen wird, daß mit Hilfe der Regierung Rohstoffe beschafft werden, und daß dies in Braunschweig in großzügiger Weise organisiert wird. So glaube ich Herrn Wahrenndorf Hoffnung machen zu können, daß seine dahin gehenden Wünsche in nächster Zeit erfüllt werden. Die Regierung selbst hat den Wunsch, diese Sache mit aller Beschleunigung durchzusetzen, damit dem Handwerk, der Industrie und allen in Frage kommenden Kreisen auf diese Weise geholfen wird.

Vorsitzender: Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, daß der Magistrat beauftragt wird, alle nur irgendwie erdenkliche Arbeit für die Handwerkerkreise herbeizuschaffen, die Hand zu erheben. (Geschlecht). Der Antrag ist angenommen.

Stadtv. Munte übernimmt den Vorsitz.

21. Antrag Rönneburg auf feste Anstellung der Feuerwehrleute.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 535.

Stadtv. Rönneburg (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Der in diesem Antrage ausgesprochene Wunsch deckt sich mit dem unter Nummer 21 auf der Tagesordnung stehenden Punkt: „Feste Anstellung von Feuerwehrleuten.“ Da uns aber mitgeteilt worden ist, daß der Rechtsausschuß auch in seiner letzten Sitzung diese Sache wieder nicht erledigt hat, so habe ich meinen Antrag eingebracht. Ich darf

darauf verweisen, daß schon einmal eine Stadtverordnetenversammlung sich mit dieser Frage beschäftigt und sie leider damals zurückgestellt hat. Unter dem 22. März dieses Jahres haben die Feuerwehrleute ein Gesuch an den Magistrat gerichtet, man möge ihnen feste Anstellung mit Pensionsberechtigung gewähren, und daraufhin hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage gemacht, in der er gleichfalls die feste Anstellung der Feuerwehrleute beantragt hat. Leider ist die Erledigung dieser Sache in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder hinausgeschoben und somit die Anstellung der Feuerwehrleute nicht erfolgt. Es herrscht deshalb unter ihnen eine starke Mißstimmung und Erregung, und man kann das begreifen, denn sie warten schon außerordentlich lange auf die ihnen verheißene Anstellung. Es kommt hinzu, daß die Stadt Braunschweig unter den größeren deutschen Städten die einzige ist, die ihre Feuerwehrleute nicht anstellt. Die Oberfeuerwehrleute sind bereits zur festen Anstellung gelangt, aber deshalb besteht auch kein stichhaltiger Grund mehr, den Feuerwehrleuten nicht gleichfalls ihren Wunsch zu erfüllen und ihre Anstellung zu genehmigen. Ich verweise darauf, daß Erfurt die letzte Stadt war, die zur Anstellung geschritten ist. Der ganze Beruf der Feuerwehrleute und die damit verbundenen Gefahren lassen es ohne weiteres als berechtigt erscheinen, daß gerade diese Leute ihre feste Anstellung wünschen. Gar zu leicht sind doch die Feuerwehrleute der Möglichkeit ausgesetzt, in der Ausübung ihres Dienstes zu verunglücken oder gar ihr Leben einzubüßen, und dann sind ihre Familien in keiner Weise vor Not geschützt. (Widerspruch des Oberbürgermeisters.) Jedenfalls sind sie nicht in dem Maße geschützt, wie sie geschützt sein würden, wenn sie die feste Anstellung besäßen. Diese feste Anstellung ist ohne weiteres möglich, da der Beruf der schon zur Anstellung gelangten Oberfeuerwehrleute seinem Wesen nach kein anderer ist als der der Feuerwehrleute. Wenn für jene die feste Anstellung mit Recht ausgesprochen ist, dann können sie auch die Feuerwehrleute für sich in Anspruch nehmen.

Falls nun, wie wir von unserer Seite hoffen, die Stadtverordnetenversammlung der festen Anstellung der Feuerwehrleute zustimmt, dann würde es auch der Gerechtigkeit entsprechen, denjenigen städtischen Unterbeamten — es handelt um acht —, die früher Feuerwehrleute oder Oberfeuerwehrleute gewesen sind und jetzt als städtische Unterbeamte Dienst tun, ebenfalls die feste Anstellung zu gewähren.

Ich bitte, diese Angelegenheit, die hier schon besprochen ist, nunmehr dem Abschluß entgegenzuführen, indem sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden erklärt, dem berechtigten Wunsch der beteiligten Kreise zu entsprechen.

Stadtv. Jahn: Herr Rönneburg hat angeführt, daß in der Rechtsausschußsitzung die Sache nicht zur Sprache gekommen ist. Demgegenüber möchte ich betonen, daß dort die Sache dennoch zur Sprache gekommen ist, obwohl der dafür bestellte Bericht-

erstatter nicht zugegen war, und zwar ist die Prinzipienfrage besprochen worden. Ich selbst habe den Wunsch geäußert, daß diese Sache besprochen wurde, und gebeten, wenigstens die Prinzipienfrage zu erledigen, und da die Sache auf der heutigen Tagesordnung stand, hatte ich mir vorgenommen, bei diesem Punkt im Plenum dafür einzutreten, daß die Sache sofort in Beratung genommen würde. Da Herr Rönneburg nun diesen Antrag eingebracht hat, so bin ich in der Lage, ihn unterstützen zu können, und bitte, am heutigen Tage endgültig Beschluß dahin zu fassen, daß die Feuerwehrleute die feste Anstellung erlangen sollen, und daß diese Anstellung bis zum 1. Oktober zu bestätigen ist.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** meldet sich die Mehrheit der Versammlung für dringliche Behandlung des Antrages.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich kann es nicht verstehen, daß ein derartiger Antrag sofort zur Abstimmung gelangen soll, denn die finanziellen Folgen des Antrages lassen sich nicht so ohne weiteres übersehen. Ich hätte ja nichts dagegen, daß der Antrag dem Magistrat als Material überwiesen wird, aber mit dem Antrage so ohne weitere Vorberatung in die Vorlage des Magistrats hineinzuplacen, dem kann ich nicht zustimmen.

Stadtv. Rönneburg: Ich muß Herrn Dr. Jasper insofern widersprechen, als eine Magistratsvorlage über feste Anstellung der Feuerwehrleute seit geraumer Zeit vorliegt, die aber — ich weiß nicht, aus welchen Gründen — bisher nicht zur Erledigung gekommen ist. Es liegt Veranlassung vor, der Hinauszögerung der Entscheidung über diese Angelegenheit ein Ende zu bereiten und festzustellen, daß die Mehrheit der Stadtverordneten bereit ist, dem Antrage des Magistrats, der auf feste Anstellung der Feuerwehrleute hinausgeht, zuzustimmen.

Stadtv. Jahn: Ich glaube, gerade die pekuniäre Frage müßte uns veranlassen sofort in die Beratung darüber einzutreten, ob wir der Vorlage des Magistrats und dem Antrage Rönneburg zustimmen. Wenn wir die Magistratsvorlage nicht annehmen, müßten für die Feuerwehrleute die Sätze des Tarifs in Anspruch genommen werden, und die pekuniäre Frage wird dadurch für die Stadt unangenehmer, als wenn wir feste Anstellung beschließen.

Stadtv. Dr. Jasper: Meiner Auffassung nach handelt es sich um einen selbständigen Antrag des Herrn Rönneburg, und das ist etwas anderes als der Antrag des Magistrats. Daß der Antrag des Magistrats angenommen würde, dagegen hätte ich nichts einzuwenden, aber daß man einen Antrag einbringt in der Form: „Ich

beantrage etwas, und das deckt sich im ganzen mit dem, was der Magistrat der Stadt will“, und daß ein anderer Herr aus der Versammlung das noch unterstützt, das macht mir — wie ich wohl sagen kann — einen sehr sonderbaren Eindruck. So viel ich weiß, ist Herr Rönneburg selbst der Berichterstatter über diese Vorlage. (Zuruf: Nein, Herr Stegmann.) Dann könnte die Sache doch im Ausschuß erst verabschiedet werden. Wir möchten doch erst vom Ausschuß hören, weshalb die Sache bisher nicht zur Verabschiedung gekommen ist, ob vielleicht noch Rückermittlungen notwendig sind. Unvorbereitet durch die Ausschußberatung kann ich mich nicht zu dem Antrag äußern, denn die finanzielle Tragweite läßt sich so nicht übersehen.

Stadtv. Frede: Ich habe für die Anstellung gestimmt und bin aus Überzeugung dafür, aber ich muß auch sagen, daß es ein außergewöhnlicher Vorgang ist, wie dieser Antrag hier gestellt ist. Man konnte doch erst einmal warten, bis der Punkt zur Erörterung stand, dann würde sich das Weitere schon ergeben haben. Wenn ein Referat erstattet und darin gesagt wird, warum der Magistrat zu seinem Antrag gekommen ist, dann können wir uns nach den Gründen richten, und die Sache ist ordnungsmäßig. Scheinbar sollte die Verhandlung über diesen Punkt in der vertraulichen Sitzung stattfinden. Daß dieser Antrag gleich zu Anfang der Sitzung eingebracht ist, sieht doch etwas nach Effkthascherei aus.

Stadtv. Wahrenndorf: Es ist uns mitgeteilt, daß der Referent in der Sitzung der Kommission nicht anwesend gewesen ist, aber man müßte doch einen Weg finden können, daß sich die Sache auf offiziellem Wege regeln läßt.

Stadtv. Jahn: Ich wollte nur erklären, daß die Sache im Rechtsausschuß nicht vollständig zur Beratung gekommen ist, weil der Berichterstatter darüber nicht zugegen gewesen ist.

Stadtv. Rönneburg: Ich muß mir eine solche Kritik und Zensur, wie sie von Herrn Frede geübt ist, entschieden verbitten. Nach meinem persönlichen Dafürhalten handelt es sich darum, daß diese Sache von bestimmter Seite verschleppt werden soll. Im Rechtsausschuß hatte man ihr zugestimmt; darauf ist die Vollversammlung in die Beratung eingetreten, hat sie aber nicht zu Ende geführt, weil von bestimmter Seite Einspruch erhoben wurde, so daß die Sache in den Rechtsausschuß zurückverwiesen wurde. Der Rechtsausschuß kommt aber nicht zur Erledigung der Angelegenheit, weil der betreffende Referent andauernd fehlt. So muß man damit rechnen, daß die Erledigung der Vorlage, die einem Bedürfnis entspricht, wer weiß wie lange

verzögert wird. Dem wollen wir entgegenwirken und erreichen, daß eine Verabschiedung der Magistratsvorlage herbeigeführt wird.

Vorsitzender: Das Wort wird nicht weiter gewünscht.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich bitte um Entschuldigung, wenn durch mein Eingreifen die Besprechung noch einmal eröffnet wird. Meiner Ansicht nach müßte vor einem Beschluß wenigstens unsere Vorlage hier zum Vortrage gebracht werden; ich glaube nicht, daß sie allen Herrschaften bekannt ist. Als die Sache hier in der Versammlung erörtert wurde, muß ich nicht zugegen gewesen sein. Sollte übrigens wegen der formalen Bedenken über die Anstellung der Feuerwehrleute heute nicht beschlossen werden können, so kann das immer noch in der nächsten Sitzung geschehen, und wir können dann — wie ich ausdrücklich erkläre —, falls die feste Anstellung angenommen wird, sie immer noch auf den 1. Oktober zurückdatieren, so daß den Feuerwehrleuten kein Nachteil erwächst.

Vorsitzender: Der Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters scheint mir unbedenklich zu sein. Wenn wir ihm folgen, so hätten wir die Erledigung der Sache damit wenigstens beschleunigt. Da Herr Stegmann augenblicklich nicht mehr anwesend ist, so wäre es auch zu erwägen, ob der Vorsitzende des Rechtsausschusses nicht einen anderen Referenten bestimmen könnte.

Stadtv. Rönneburg: Wenn hier erklärt wird, daß die Rückdatierung der Anstellung ausgesprochen werden kann, dann ist damit der Zweck des Antrages, der durchaus sachlich war, erreicht, und ich habe keine Veranlassung mehr, ihn aufrechtzuerhalten. Ich ziehe ihn deshalb zurück.

Herr Stadtverordneter **W. Niese** übernimmt den Vorsitz wieder.

22. Antrag Rönneburg, betreffend die weitere Ausgestaltung der Wertzuwachssteuer.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 535.

Stadtv. Rönneburg (zur Begründung): Meinen Antrag, betreffend die weitere Ausgestaltung der Wertzuwachssteuer bitte ich zurückzustellen, um zunächst das Ergebnis der Wertzuwachssteuer, wie sie am 14. Dezember 1918 hier beschlossen worden ist, abzuwarten. Wir behalten uns vor, demnächst weitere Vorschläge, betreffend die Ausgestaltung der Wertzuwachssteuer zu machen.

23. Anträge Rönneburg, betreffend den Übergang von städtischem Grund und Boden in private Hände nur unter Sicherung des städtischen Wiedervorkaufsrechts oder im Wege des Erbbaurechts.

Wortlaut der Anträge siehe Seite 536.

Stadtv. **Rönneburg** (zur Begründung): Es wird den geehrten Damen und Herren bekannt sein, daß das am 4. Juli dieses Jahres verabschiedete Landbeschaffungsgesetz vorsieht, daß den Städten auf die in ihrem Bezirk gelegenen Grundstücke, soweit sie nicht vorwiegend Wohnzwecken dienen, ein Vorkaufsrecht gewährt wird. Dieses Vorkaufsrecht kann durch Satzung auch auf Wohngrundstücke ausgedehnt werden. Zweck meines Antrages ist es, ein derartiges Statut herbeizuführen, so daß für die Stadt ein Vorkaufsrecht nicht nur auf die unbebauten, sondern auch auf die Wohngrundstücke, auf den ausgebauten Grund und Boden, gesichert ist. Wir wollen damit der privaten Bodenspekulation entgegenwirken und erreichen, daß soviel Grund und Boden, wie nur möglich, in die Hände der Stadt gelangt, und daß der Grundbesitz, der von ihr weitergegeben wird, der Stadt durch Wiedervorkaufsrecht gesichert bleibt oder von ihr im Wege des Erbbaurechts weitergegeben wird. Dadurch schließen wir den Wucher mit Grund und Boden aus, wie es ja auch durch das Landbeschaffungsgesetz schon möglich geworden ist.

Wenn der Herr Stadtverordnetenvorsteher es gestattet, so darf ich den mit diesem Antrage in Zusammenhang stehenden Antrag in bezug auf das Gelände an der Charlottenhöhe mitbegründen. Auch bezüglich dieses Geländes wünscht der Antrag, daß es nur im Wege des Erbbaurechts vergeben wird. Wie uns bei der Beratung über den Ankauf der Charlottenhöhe mitgeteilt worden ist, beabsichtigt man, dort ein Villenviertel zu gründen. Es ist unser Wunsch, daß auch dieses Gelände, das jetzt durch Kauf in den Besitz der Stadt übergegangen ist, nicht wieder in private Hände übergeht und damit der Spekulation ausgeliefert wird, und wir sind überzeugt, daß das am besten auf dem Wege des Erbbaurechts erreicht wird.

Ich bitte, zu beiden Anträgen Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Der **Vorsitzende** überweist die beiden Anträge dem Rechtsausschuß zur Beratung.

24. Antrag Reißner-Rönneburg zur Reform des Submissionswesens.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 536.

Stadtv. **Reißner** (zur Begründung): Schon vor einiger Zeit ist dem Magistrat ein Antrag aus Handwerkerkreisen zugegangen, der sich mit dem Submissionswesen beschäftigt. Der Finanzausschuß hat seinerzeit über die Sache beraten, und sowohl

seitens des Ausschusses wie auch seitens der Vollversammlung wurde dann der Antrag für zu weitgehend gehalten. Es ist aber den geehrten Herrschaften sehr wohl bekannt, wie schlimm es um das jetzige Submissionswesen bestellt ist. Es wird heutzutage oft von Submissionsblüten gesprochen, und meines Erachtens geschieht das mit Recht, denn bei den öffentlichen Ausschreibungen von Arbeiten für die Gemeinden finden häufig derartige Preisunterbietungen statt, daß jeder Verdienst des Handwerkers und damit auch des Arbeiters ausgeschlossen ist. Es ist deshalb der allgemeine Wunsch der Handwerkerkreise, daß das Submissionswesen verbessert wird, und wir halten gerade die jetzige Zeit, in der das gesamte Bauhandwerk darniederliegt, für besonders geeignet an eine Verbesserung des Submissionswesens heranzutreten. Es ist zu hoffen, daß in nicht allzu ferner Zeit auch das Bauhandwerk wieder aufblüht, und dann wäre zu wünschen, daß zu diesem Zeitpunkt das Submissionswesen ordnungsmäßig geregelt ist, und zwar in einer Form, bei der vor allen Dingen das leidige Unterbieten unterbleiben kann und muß. Wir schlagen vor, diese Revision des Submissionswesens in Verbindung mit den beteiligten Kreisen des Handwerks vorzunehmen, auf der Grundlage, daß bei jedem Ausschreiben von Arbeiten ein Mindestpreis für die herzustellenden Arbeiten festgelegt und bestimmt wird, daß unter diesem Mindestpreis die Arbeit nicht vergeben wird. Ich bitte Sie, der Verweisung dieses Antrages an einen Ausschuß und seiner demnächstigen Beratung zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Bauausschuß zur Vorberatung und schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¹/₄ bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Oktober 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Einführung der neugewählten Ratsmitglieder	583
2. Antrag Jahnz, betreffend Erhöhung der Gebühren für die Beisitzer verschiedener Ausschüsse	585
3. Wahl eines Ausschusses zur Beratung über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Hilfsangestellten des Rates der Stadt	586
4. Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter	586
5. Anträge Rönneburg, betreffend den Übergang von städtischem Grund und Boden in private Hände nur unter Sicherung des städtischen Wiedervorkaufsrechts oder im Wege des Erbbaurechts	588
6. Antrag Reißner zur Reform des Submissionswesens	599
7. Anderweite Regelung der Bedienung der Heizanlagen in den Schulen	600
8. Verteilung von Beihilfen an Turn- und Sportvereine	601
9. Antrag auf Abänderung des Gesetzes Nr. 95 vom 2. August d. Js.	602
10. Beteiligung der Stadt an der Arbeitersiedlungs- und Baugesellschaft für das Helmstedter Braunkohlen- und Kaligebiet	622
11. Erpachtung einer Fläche der Domäne Ribbingshausen zur Weitergabe in kleineren Stücken an hiesige Einwohner	623
12. Bewilligung von Beihilfen an Hausbesitzer für Herrichtung von Notwohnungen .	625
13. Bewilligung von Mitteln zum Ankauf und zur Fertigstellung des Anbaues an die Flugzeughalle	626

	Seite
14. Beschaffung eines Dienstzimmers für ein Ratmitglied	628
15. Anfrage Marth , betreffend die Urteilsfällung des Mieteinigungsamtes. . .	628
16. Antrag Jahn , betreffend die Ausrüstung der Nachschutzeleute	632
17. Antrag Jahn , betreffend die Zuteilung von Lebensmittel-Sonderzulagen an Kinder unter 12 Jahren	633

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler** und Stadtrat **Schaper**, ferner die Stadträte **Fürmann**, **Junte**, **Langemann**, **Ohlendorf**, **Kalß**, Dr. **Reiche**, **Wesemeier**, sowie Rechtsanwalt **Philipps**. Später erscheint auch Herr Oberamtsrichter **Meyer**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Blumeier**, **Ginert**, **Munte**, **Rönneburg**. Herr Stadtverordneter Dr. **Jasper** erscheint später.

Vorsitzender **W. Niels**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst begrüße ich in unserer Versammlung Frau **Schulze**, die an Stelle der von hier verzogenen Frau **Friedrichs** in die Stadtverordnetenversammlung neu eingetreten ist. Möge sie ihre Kräfte in den Dienst unserer Stadt stellen.

Sodann ist der Eingang einiger Eingaben zu verzeichnen:

Eine anonyme Eingabe ist eingegangen, in welcher sich der Schreiber darüber beschwert, daß bei Ausstellung der Kartoffelbezugscheine so ungebührlich lange Zeit gewartet werden müsse. Vielleicht ist es noch möglich, darin Abhilfe zu schaffen, denn zweifellos trifft es zu, daß oftmals recht lange Zeit zum Warten an dieser Stelle verwandt werden muß. Ich überweise das Schreiben zunächst dem Rat der Stadt.

Des weiteren wünscht der Oberpostschaffner **Klapproth** Antwort auf seine Eingabe, die er neulich an die Stadtverordnetenversammlung eingereicht hat, und die sich auf sein Gesandte „Fürsorge für kleine Kinder“ bezieht. Diese Sache habe ich schon in einer früheren Sitzung dem Rat überwiesen, und wir müssen zunächst dessen Entscheidung abwarten.

Vom Vorstand des Montagvereins ist eine Eingabe eingegangen, in der die Bitte ausgesprochen wird, die Stadtverordnetenversammlung wolle darauf Bedacht nehmen, die schätzenswerte Kraft des Herrn Stadtrat von **Franckenberg** unserer städtischen Armenverwaltung zu erhalten.

Ich überweise die Eingabe dem Rat der Stadt.

Herr Marth hat folgende Anfrage eingebracht:

„Vom Mieteinigungsamt sind in letzter Zeit Urteile gefällt, welche von der Einwohnerschaft nicht verstanden werden, weil dieselben das Rechtsempfinden verletzen. Ist dies dem Rat der Stadt bekannt geworden? Was gedenkt der Rat hiergegen zu tun?“

Ein dringlicher Antrag ist von Herrn Jahnß gestellt:

„Die städtischen Behörden werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit er sucht, die Nachtschutzleute mit Waffen auszurüsten und denselben nach Möglichkeit wieder Wachthunde beizugeben.“

Ebenfalls von Herrn Jahnß ist noch folgender Antrag eingebracht:

„Nach den Bestimmungen über die Verteilung der Lebensmittel in der Stadt Braunschweig erhalten Kinder bis zum vollendeten 11. Lebensjahre Milch und erst vom vollendeten 12. Lebensjahre Zuschlagbrot. Hiernach erhalten Kinder, die im 12. Lebensjahre stehen, weder Milch noch Zusatzbrot. Der Stadtmagistrat wird ersucht, die Angelegenheit zu prüfen und den Kindern, die im 12. Lebensjahre stehen, eines der beiden Lebensmittel zuzubilligen.“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Einführung der neugewählten Ratsmitglieder.

Vorsitzender **W. Riete**: Aus den am 21. und 28. September stattgefundenen Wahlen sind als besoldete Mitglieder des Rates der Stadt Braunschweig hervorgegangen:

An die Stelle des Oberbürgermeisters Herr Oberbürgermeister **Retemeyer**, an die erste Stelle der besoldeten Stadträte Herr Bürgermeister **Meyer**. Die zweite Stelle bleibt einstweilen unbesetzt, weil der Gewählte die Annahme der Wahl verweigert hat.

An die dritte Stelle ist gewählt Herr **Rudolf Vogler**, an die vierte Stelle Herr Stadtbaurat **Gebensleben**, an die fünfte Stelle Herr Schulinspektor **Schaper**.

Als unbesoldete Ratsmitglieder sind gewählt die Herren Arbeiterssekretär **August Wesemeier**, Kaufmann **Rudolf Ralsß**, Maschinenschlosser **Hermann Fiermann**, Sekretär **Paul Junke**, Dr. med. **Adalbert Reich**, Stellmachermeister **Heinrich Langemann sen.**, Parteisekretär **Fritz Ohlendorf**.

Meine Damen und Herren! Durch die Neuwahlen der Ratsmitglieder hat der Rat der Stadt eine andere Zusammensetzung als bisher erfahren, aber die Aufgaben des neuen Rates dürften zweifellos nicht wesentlich verschieden sein von den Auf-

gaben des bisherigen Magistrats. Zweifellos haben wir in der Stadt Braunschweig auch in der nächsten Zukunft große Aufgaben zu erfüllen. Durch den unglückseligen Krieg ist die Erfüllung mancher notwendigen Aufgaben zurückgeblieben, ich erinnere an die vielen segensreichen Kulturaufgaben, die zweifellos unter glücklicheren Zuständen hätten verwirklicht werden können. Es ist kaum die Schuld der Stadtverordneten und des früheren Magistrats, wenn nicht mehr von den gestellten Aufgaben gelöst sind; die Verhältnisse waren mächtiger als wir, und namentlich der Mangel an finanziellen Mitteln hat es unmöglich gemacht, so manche berechtigten Wünsche zu erfüllen, die vielleicht bei gutem Willen in den Friedenszeiten sich hätten verwirklichen lassen. Heute sind die Verhältnisse anders geworden, heute stoßen wir überall, wo Neuerungen eingeführt werden sollen, auf außerordentlich große Schwierigkeiten, und die entgegenstehenden Hindernisse lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Wir werden uns noch geraume Zeit gedulden müssen, ehe es möglich sein wird, berechtigten Wünschen mehr als bisher entgegenzukommen. Die durch den Krieg entstandenen ungeheuren Schuldenlasten der Stadt Braunschweig verhindern es, bei den uns bevorstehenden Aufgaben in vielen notwendigen Fällen so zu verfahren, wie es das Interesse der Stadt dringend gebietet. Wir sind leider nicht in der Lage, allen diesen dringenden Mängeln in absehbarer Zeit abzuhelpen, weil wir weder die finanziellen Mittel noch die Macht und Befugnis dazu haben. Nichtsdestoweniger müssen wir von dem neugewählten Rat der Stadt erwarten, daß er alle seine Kräfte in den Dienst der Stadt stellt, um dadurch an dem Wohle der Stadt und damit zum Allgemeinwohle zu arbeiten. Die Herren, die als besoldete Ratsmitglieder neu in ihr Amt eintreten, werden also keine leichte Aufgabe zu erfüllen haben. Die Aufgaben, die die beiden ausgeschiedenen Herren zu bewältigen hatten, waren sicherlich nicht die angenehmsten, und ich glaube kaum, daß es ihr persönliches Verschulden war, wenn in ihrem Amtsgebiete nicht alle berechtigten Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung sind zu groß, als daß sie leicht durch die neugewählten Ratsmitglieder beseitigt werden könnten. Nichtsdestoweniger spreche ich die Hoffnung aus, daß die Ratsmitglieder alle ihre Kräfte in den Dienst der Stadt stellen werden, um ihr Teil dazu beizutragen, daß in möglichst kurzer Zeit wieder erträgliche Verhältnisse in der Stadt Braunschweig herbeigeführt werden. Dies Gelöbniß bitte ich durch Handschlag zu versichern, wie es das Gesetz vom 2. August vorschreibt.

Die gewählten besoldeten und unbesoldeten Mitglieder des Rates der Stadt Braunschweig treten nacheinander zum Vorsitzenden und leisten den Handschlag.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine hochgeehrten Damen und Herren! Im Namen meiner Herren Kollegen und in meinem eigenen Namen danke ich dem Herrn Vorsitzenden für die freundlichen Worte, die er an uns gerichtet hat. Seien Sie überzeugt, auch wir vom Räte sind uns der Schwere unserer Aufgabe wohl bewußt. Wir treten unser Amt an in einer Zeit, die so dunkel und unklar über unserer Stadt lastet, wie wohl kaum jemals in der Vergangenheit. Der unglückliche Krieg hat wie alle großen Städte auch unsere Stadt gewaltig belastet, aber wir müssen nun durch die Sache hindurch, so schwer es uns auch werden mag. Wenn wir zurückblicken auf die Geschichte unserer Stadt, so haben wir festzustellen, daß unsere Stadt immer dann am schlechtesten gefahren ist, wenn die Bürgerschaft im Innern uneinig gewesen ist. Was uns in diesen schlechten Zeiten wieder hochbringen kann, das ist die Einigkeit der Bürger und das Pflichtbewußtsein. Wir müssen arbeiten, unentwegt, und darin haben die Ratsmitglieder den Bürgern mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich habe die Überzeugung von uns allen und kann das hier erklären, daß wir alle voll und ganz unsere Schuldigkeit tun werden. Wir hoffen, daß Handel und Gewerbe, die von jeher die Grundlage des Blühens unseres schönen Gemeinwesens gewesen sind, recht bald sich wiederaufrichten werden. Dazu möge uns Gott helfen!

2. Antrag Jahn's, betreffend Erhöhung der Gebühren für die Beisitzer verschiedener Ausschüsse.

Stadtv. H. Riefe: Meine Damen und Herren! Am 16. Juni war von einem Stadtverordneten folgender Antrag gestellt: „Der Stadtmagistrat wird ersucht, die Gebühren auch für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes, der Schiedsgerichte und die Mitglieder der Veranlagungskommission auf die Sätze zu erhöhen, die heute den Beisitzern der Kaufmannsgerichte zugestanden sind.“ Es ist dieser Antrag weiter ausgedehnt, und zwar auch auf Tagegelder für die Mitglieder der Veranlagungsausschüsse für die Einkommensteuern, ebenso wie auf den Realsteuerauschuß und den Ausschuß für Steuerrefursreklamationen und für besondere Wegegelder und Kanalsteuerbeiträge. Es wird der Satz von 7,50 M. angemessen gehalten, falls die Sitzung über zwei Stunden dauert, andernfalls ein Satz von 5 M. Wegen der Beteiligung des Staates hat der Magistrat in dieser Sache an den Rat der Volksbeauftragten herantreten müssen, und darauf ist unterm 10. September folgende Antwort zurückgekommen:

„Der Rat der Volksbeauftragten (Finanzen) hat unterm 2. September auf Vorschlag des Steuerkollegiums verfügt, daß die in den Ausführungsvorschriften zum Staats-

einkommensteuergesetz für die Mitglieder der Veranlagungskommission bzw. deren Stellvertreter festgesetzten Tagegelder für ortsansässige Mitglieder von 5 *M* auf 7,50 *M*, für auswärtige Mitglieder von 10 *M* auf 12,50 *M* bis auf weiteres erhöht werden. Wie ersuchen ergebenst, die Mitglieder der dortigen Veranlagungskommission bzw. deren Stellvertreter entsprechend zu benachrichtigen." Damit ist die Sache auch von seiten des Staates geregelt, und der Rechtsausschuß hat jetzt in seiner letzten Sitzung der Heraussetzung der Gebühren zugestimmt. Die Erhebungen haben eine lange Zeit in Anspruch genommen, weil die Sachen erst von einer Behörde zur andern haben gehen müssen. Ich ersuche Sie, dem Beschlusse des Rechtsausschusses beizutreten.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Rechtsausschusses zu.

3. Wahl eines Ausschusses zur Beratung über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Hilfsangestellten des Rates der Stadt.

Stadtv. **Genzen:** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Braunschweig, sowie der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, Ortsverein Braunschweig, haben dem Rat der Stadt Braunschweig einen Tarifentwurf unterbreitet und wünschen, daß dieser Tarif vom Rat der Stadt respektive von den Stadtverordneten anerkannt wird. Der Rechtsausschuß empfiehlt, diese Sache zur Verhandlung mit den Vertretern der Organisationen der Lohndeputation zu überweisen.

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Rechtsausschusses an.

4. Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter.

Stadtv. **Reißner:** Meine Damen und Herren! Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsgruppe Braunschweig, hat beim Magistrat den Antrag auf Lohnerhöhung gestellt; dieser Antrag sollte uns schon vor vierzehn Tagen beschäftigen; die Behandlung wurde aber abgesetzt, damit der Verband nochmals in Verhandlungen mit der Lohndeputation eintreten konnte. Diese Verhandlungen haben am 2. Oktober stattgefunden, und das Ergebnis der Verhandlungen teilt der Rat der Stadt in einem Schreiben mit. In der Versammlung waren anwesend die Mitglieder der Lohndeputation, der Verbandsleiter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Hannover, Herr Reißner aus Hannover, und 6 Obleute der

verschiedenen Arbeiterausschüsse. Von diesen Herren wurden Wünsche vorgetragen über Erhöhung der Stundenlohnsätze, in den obersten Klassen um 10 Pfennig und in den unteren Klassen um 20 Pfennig, über eine Erhöhung der Vergütung der Bediensteten des Pflege- und Krankenhauses nicht um 10%, sondern um 20%—25%, und noch andere Wünsche. Die Mitglieder der Lohndeputation hielten sich, da die Angelegenheit den Stadtverordneten zur Beschlußfassung unterbreitet war, nicht für berufen, zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Im Verhandlungswege waren bisher von der Lohndeputation den Arbeitern Lohnsätze zugestanden, die mit 4006 *M* Jahresverdienst anfangen und bis 5750 *M* Jahresverdienst, je nach der Beschäftigung des einzelnen Arbeiters, gehen.

Der Finanzausschuß hat sich am Dienstag in seiner letzten Sitzung eingehend mit dieser Lohnfrage beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, daß die von der Lohndeputation festgesetzten Löhne grundsätzlich richtig sind. Die Finanzkommission lehnt also die von den Arbeitervertretern beantragten Lohnerhöhungen ab, gibt aber zu dem Punkt 2b der Verhandlungsschrift vom 2. Oktober anheim, der Pflegehausdeputation Vollmacht zu erteilen, daß sie einzelnen Arbeitern eine Lohnzulage bewilligt. Es wurde anerkannt, daß die Arbeiter am städtischen Pflege- und Krankenhaus schon in der Person grundverschieden sind. Es soll sich dabei mit um viele alte, nicht mehr ganz in der Höhe der Leistungsfähigkeit stehende Arbeiter handeln, und es soll deshalb die Deputation bestimmen können: Dieser soll mehr verdienen und dieser weniger. Wegen des Pflegehauspförtners Gehold, für den bei Verichtung von Nachtdienst eine besondere Vergütung von 3 *M* beantragt war, soll der Pflegehausdeputation Vollmacht gegeben werden, diese besondere Vergütung zu bewilligen, falls sie sie für notwendig anerkennt, und es soll die Lohnerhöhung für die Bediensteten des Pflege- und Krankenhauses von der Deputation höchstens bis auf 20% zuerkannt werden. Die andern Anträge der Arbeitervertreter aber sollen, wie schon gesagt, abgelehnt werden.

Die Finanzkommission gibt Ihnen anheim, in diesem Sinne zu beschließen.

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß der Finanzausschuß diese ganz wesentlichen Abstreichungen von den Forderungen der Arbeiter gemacht hat. Bei den verschiedenen Teuerungszulagen für die Beamten hat man mehr Entgegenkommen gezeigt, denn dort sind niemals derartige Abstriche gemacht worden. Im Hinblick auf die fürchterlichen Teuerungsverhältnisse steht fest, daß die Forderungen der Arbeiter keine unbescheidenen waren. Aufschläge und Preissteigerungen von 300—400% sind gang und gäbe, ja die Preise gehen meist

darüber hinaus auf das Fünf-, Sechs- und Zehnfache. Ich erinnere besonders an Kleidung und Schuhwerk, wo die Preissteigerung über 1000 % hinausgeht. Die Forderungen der Arbeiter waren also durchaus berechtigt. Wir von meiner Fraktion haben uns bei den früheren Forderungen der Beamten auf den Standpunkt gestellt, in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt nicht alles Geforderte unbesehen zu bewilligen, und diesen Standpunkt nehmen wir auch bei dieser Vorlage ein. Wir werden deshalb den heute eingebrachten Vorschlägen zustimmen und vorläufig weiter keine Forderungen erheben. Wir betrachten die Zugeständnisse, die den Gemeindearbeitern gemacht werden als eine Abschlagszahlung für den Fall, daß die Beamten in nächster Zeit kommen und weitere Forderungen erheben. Ich möchte deshalb schon heute im Namen meiner Fraktion die Erklärung abgeben, daß, wenn die Beamten in nächster Zeit kommen und irgendwelche Teuerungsforderungen stellen, mag es nun als Anschaffungsbeihilfe oder in irgend einer anderen Form beantragt werden, wir sofort ebendieselbe Forderung für die städtischen Arbeiter aufstellen werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß sie genau so viel für Lebensmittel, genau so viel für das Besohlen der Stiefel und ihre Anschaffungen auszugeben haben wie die Beamten. Wenn von den Beamten keine Rücksicht genommen wird, und wenn der Pleite entgegengesteuert wird, dann sehe ich nicht ein, daß die Arbeiter das Opfer bringen, die Pleite aufzuhalten.

Den Anträgen der Finanzkommission stimmt die Versammlung zu.

5. Anträge Rönneburg, betreffend den Übergang von städtischem Grund und Boden in private Hände nur unter Sicherung des städtischen Wiedervorkaufsrechts oder im Wege des Erbbaurechts.

Stadtv. Dr. **Hegensburger**: Meine Damen und Herren! Herr Stadtverordneter Rönneburg hat in der vorigen Sitzung zwei Anträge gestellt, von denen der erste folgendermaßen lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, künftig städtischen Grund und Boden nur unter Sicherung des städtischen Wiedervorkaufsrechts in private Hände übergehen zu lassen, oder städtischen Grund und Boden nur im Wege des Erbbaurechts weiterzugeben.“ Der zweite Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß von der Stadt erworbene Gelände an der Charlottenhöhe nicht in private Hände gelangen zu lassen, sondern dasselbe nur im Wege des Erbbaurechts zu vergeben.“

Der Rechtsausschuß hat sich mit diesen beiden Anträgen eingehend befaßt. Zunächst war der Rechtsausschuß der Meinung, daß der zweite Antrag, welcher von der Charlottenhöhe spricht, nur einen Einzelfall des im ersten Antrage gewünschten Prinzips enthält. Diese Stellungnahme des Rechtsausschusses ist von Bedeutung für die Erledigung, welche die beiden Anträge im Ausschuß erfahren haben. Es unterlag für den Rechtsausschuß keinem Zweifel, daß beide Anträge, insbesondere der erste, bodenreformerischen Grundsätzen entspringen und sie zur Verwirklichung bringen wollen. Es fand deshalb im Rechtsausschuß eine grundsätzliche Erörterung darüber statt, welche Möglichkeiten vorhanden sind, bei Weitergabe städtischen Grund und Bodens die bodenreformerischen Grundsätze im Wege der Sicherung des Wiederkaufris und der Bestellung des Erbbaurechts zum Durchbruch zu bringen. Man war einstimmig der Ansicht, daß es die Zeit erfordert, nach Möglichkeit bodenreformerische Politik insofern zu treiben, als man versuchen wolle, möglichst viel Gelände in der Hand der Stadt zu vereinigen und bei Veräußerung städtischen Grund und Bodens der privaten Spekulation einen Niegel vorzuschieben. Der zuständige Herr Vertreter des Magistrats wies in der Erörterung darauf hin, daß solche Bestrebungen von der Stadt schon bei früheren Grundstücksverläufen befolgt seien, und gab dem Rechtsausschuß Kenntnis von den Bestimmungen, welche in dem Vertrage enthalten sind, durch den mehrere Teile des Arferöder Feldes an Private verkauft sind. In diesem Vertrage hat sich der Magistrat auf eine lange Reihe von Jahren — es waren wohl 60 Jahre — das jederzeitige Wiederkaufris gesichert, und zwar zu demselben Preise, zu welchem die Erwerber die Grundstücke damals bekommen haben. Es wurde weiter in der Sitzung des Rechtsausschusses mitgeteilt, daß der Inhalt des zweiten Antrages des Herrn Rönneburg, der also einen speziellen Fall betrifft, nämlich die Veräußerung von Teilen der Charlottenhöhe, schon Gegenstand von Beratungen im Landausschuß und in der Ortsbauplandeputation gewesen sei. Dort hat man sich darüber unterhalten, in welcher Weise die Charlottenhöhe verwertet werden soll. Man ist sich in jenem Kreise noch nicht endgültig schlüssig geworden, aber es trat der Wunsch zutage, wie uns von dem Herrn Stadtbaurat Gebensleben berichtet wurde, daß man die Charlottenhöhe eventuell zur Ansiedlung steuerkräftiger Kreise benutzen solle, weil die Stadt ein Interesse daran habe, daß auch eine Art Willentkolonie, die uns in Braunschweig bisher fehlt, vorhanden sei. Der Herr Stadtbaurat erklärte, es seien Bedenken geäußert, ob solche Existenzen, wie sie in einer Willentkolonie Grund und Boden erwerben wollen, an die Stadt Braunschweig gefesselt werden könnten und Lust bekommen könnten, hierher zu ziehen, wenn man den Erwerb dieser Grundstücke auf der Charlottenhöhe mit Beschränkungen wie Wiederkaufris oder Erbbaurecht belaste. Es wurde im Ausschuß weiter hervor-

gehoben, daß ja schon jetzt die Stadtverordneten jeden Verkauf eines Grundstückes durch die Stadt zu beraten und zu genehmigen haben, daß also der Magistrat nicht in der Lage ist, ohne Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung Veräußerungen von Grundstücken vorzunehmen. Man folgerte daraus, daß die Stadtverordnetenversammlung es jederzeit in der Hand habe, einen Verkauf, der ihrer Meinung nach der modernen Bodenpolitik nicht Rechnung trägt, nicht zu genehmigen, während man auf der andern Seite der Meinung war, daß, sofern sich jetzt die Stadt durch statutarische Regelung ein Prinzip für alle Zukunft setze, man auch dadurch nicht dagegen geschützt sei, daß eine spätere, anders denkende Stadtverordnetenversammlung dieses Statut aufhebt und für die Grundstücksveräußerung entgegengesetzte Grundsätze gelten läßt. Deshalb wurde bei Erörterung der Frage, ob ein für allemal die Stadt jetzt sich eine gesetzlich bindende Regel, etwa durch Statut, geben soll, vom Rechtsausschuß der Standpunkt eingenommen, daß dieses nicht zu empfehlen sei.

Sodann wurde noch vom Herrn Stadtbaurat Gebensleben hervorgehoben, daß es sehr wohl Fälle geben könne, in denen die Stadt Grundstücke veräußern müsse, ohne daß das Wiederkaufsrecht gesichert würde, oder ohne daß das Grundstück im Wege des Erbbaurechts vergeben würde. Als Beispiel wurde angeführt: Irgend ein wirtschaftlich nutzbringendes und auch für die Allgemeinheit förderliches Unternehmen braucht zur Abrundung seines Besitzes oder um eine weitere Anlage aufzuführen, noch ein kleineres Grundstück, das sich im Besitz der Stadt befindet. In solchem Falle würde die Sicherung des Wiederkaufsrechts oder die Vergabung im Erbbaurecht nicht in Frage kommen können, weil dann der Ankauf als Bervollständigung des Ganzen für den Käufer seinen Zweck verfehlen würde.

Bei der Wichtigkeit des Prinzips erfuhren die Anträge eine längere Behandlung auch nach der Richtung, ob sie Anlaß geben sollten, von der Befugnis des § 1 Abs. 2 unseres neuen Landbeschaffungsgesetzes Gebrauch zu machen, die dahin geht, daß die Stadt ein Statut erlassen kann, welches auch die vornehmlich Wohnzwecken dienenden Grundstücke unter das städtische Vorkaufsrecht einbezieht. Nach dem Landbeschaffungsgesetz hat bekanntlich jede Gemeinde ein Vorkaufsrecht auf die in ihrem Bezirk gelegenen Grundstücke, soweit sie nicht vornehmlich Wohnzwecken dienen, während durch Statut dieses Recht ausgedehnt werden kann auf solche Grundstücke, die vorwiegend zu Wohnzwecken benutzt werden. Der Rechtsausschuß war der Meinung, daß man ein solches Statut vorerst entbehren könne, denn diejenigen Fälle, in denen die Stadt den Wunsch hat, irgend ein Wohngrundstück, das in andere Hände übergehen soll, für sich zu erwerben, seien überaus selten. Dagegen würde es zu einer großen Belastung des städtischen Verwaltungsapparates führen, wenn ein solches Statut gemacht würde. Die Annahme eines solchen Statutes würde folgendes bedeuten: Sobald ein Privater sein Grundstück an einen andern veräußern will, kann die Stadt

den Wunsch ausdrücken, das Grundstück zu erwerben. Nach dem Landbeschaffungsgesetz hat sie eine entsprechende Erklärung binnen drei Wochen abzugeben, und der Grundbuchrichter darf die grundbuchmäßige Überschreibung nicht eher vornehmen, bis die Frage geklärt ist, ob die Gemeinde von ihrem Wiederkaufsrecht Gebrauch machen will. Es müßte dann also ein besonderes Bureau eingerichtet werden, welches alle Grundstücksübertragungen daraufhin prüft, ob nicht die Stadt ein Interesse daran hat, das Grundstück zu bekommen. Wenn man bedenkt, daß gegenwärtig an jedem Tage etwa 3 bis 5 Grundstücksübertragungen im Weichbilde der Stadt vorkommen, so würde eine ziemlich große Arbeitslast für die Stadt durch die vorzunehmenden Prüfungen entstehen, da die Grundstücke von Sachverständigen in jeder Richtung auf ihre Güte und Lage geprüft werden müßten. Deshalb war der Rechtsausschuß in seiner Mehrheit der Meinung, daß man von einem solchen Statut nach § 1 Abs. 2 des Landbeschaffungsgesetzes vorläufig Abstand nehmen solle. Er hat vielmehr geglaubt, das Prinzip, welches in dem ersten Antrag Rönneburg enthalten ist, annehmen zu sollen und der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, daß die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat — wenn ich so sagen soll — einen Wunsch mit auf den Weg gibt, eine Richtschnur dahin, daß künftig in der Regel nur im Wege der Sicherung des Wiederkaufsrechts oder des Erbbaurechts städtischer Grund und Boden veräußert werden soll.

Es ist in diesem Antrage des Rechtsausschusses eine kleine Abweichung von der Wortfassung des Antrages Rönneburg nach der juristischen Seite vorgenommen. Der Antrag Rönneburg wünscht die Sicherung des städtischen Wiedervorkaufsrechts, während sich der Rechtsausschuß mit Sicherung des Wiederkaufsrechts begnügen will. Das ist ein Unterschied. Das Wiedervorkaufsrecht bedeutet, daß die Stadt nur dann zupacken kann, wenn der Erwerber eines früher städtischen Grundstücks es an einen andern weiterveräußern will. Also nur im Falle der Weiterveräußerung ist die Stadt in der Lage, durch das Vorkaufsrecht den Rückkauf des Hauses herbeizuführen, während das Wiederkaufsrecht schlechthin bedeutet, daß die Stadt jederzeit in der Lage ist, das abgegebene Grundstück zu einem vorher vereinbarten Preise von dem Erwerber zurückzuverlangen. Der Rechtsausschuß beantragt deshalb:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, in der Regel städtischen Grundbesitz nur unter Sicherung des Wiederkaufsrechts oder im Wege des Erbbaurechts zu vergeben.

Da der Rechtsausschuß, wie ich schon anfangs meiner Ausführungen erwähnte, in dem zweiten Antrage Rönneburg, der sich auf die Charlottenhöhe bezieht, nur einen Einzelfall des vom Antragsteller in seinem ersten Antrag aufgestellten Prinzips erblickt, betrachtet der Rechtsausschuß den zweiten Antrag durch diesen grundsätzlichen

Beschluß als erledigt. Ich empfehle namens des Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung, sich dieser Erledigung des Antrages anzuschließen.

Stadtv. **Frede**: Meine Damen und Herren! Im allgemeinen bin ich mit der Ansicht, die sich in der Kommission behauptet hat, einverstanden. Es hat offenbar bei der Vorberatung nicht an widerstreitenden Meinungen gefehlt. Herr Dr. Regensburger behauptet im Eingang seiner Ausführungen, diese beiden Anträge entsprächen einem bodenreformerischen Prinzip, und es könnte danach scheinen, als wenn die Bodenreformer den Grundsatz aufgestellt hätten, daß die Stadt Grundbesitz ohne diese Belastungen nicht verkaufen solle, und insonderheit hätte die Erbpacht, das Erbbaurecht, seine Entstehung den Bodenreformern zu verdanken. Das ist beides nicht der Fall. Ehe die Bodenreform, die eigentlich Bodenbesitzreform heißen sollte, auftauchte, bestand schon — wie Herr Dr. Regensburger aus der Gesetzgebung wissen wird — das Erbbaurecht, und die städtischen Behörden, sowohl der Stadtmagistrat wie die Stadtverordneten, haben schon seit langem das Bestreben, städtischen Besitz möglichst in der Hand zu behalten, um denselben für die Allgemeinheit nutzbringend zu verwerten und ihn im Bedarfsfalle nicht teuer an anderer Stelle kaufen zu müssen. Der Regelung, die die beiden Anträge erfassen haben, kann man, wie gesagt, zustimmen, aber ich möchte doch im Gegensatz zu dem Herrn Referenten, der mindestens freundlich der Bodenbesitzreform gegenüberzustehen scheint, noch folgendes sagen: Das Erbbaurecht läßt sich dann verteidigen, wenn es zur Geltung kommt, wo es angebracht ist. Der Zweck des Erbbaurechts ist doch eigentlich, der Beschaffung von Wohnungen zu dienen und dem Erwerb von Boden zur Bebauung durch Minderbemittelte in begrenzter Weise Vorschub zu leisten. Wenn das Erbbaurecht auf dem Arferöder Feld zur Anwendung kommt, so ist das zu begrüßen, und in dem Falle bin ich durchaus ein Anhänger dieses Prinzips. Wenn es aber in bezug auf das Gelände der Charlottenhöhe angewandt werden soll, so bin ich ein entschiedener Gegner desselben. Es handelt sich bei den Grundstücken, die auf der Charlottenhöhe entstehen sollen, um eine Villenkolonie. Wir wollen das Grundstück, weil es eine hervorragend schöne Lage hat, in der Weise verwenden, daß wir durch dasselbe wohlhabende Kreise an unsere Stadt fesseln. Solche Kreise haben ein lebhaftes Interesse daran, das Eigentum an ihren Grundstücken nicht beschränkt zu sehen, sondern Bauten darauf errichten zu können, bei denen sie nicht damit rechnen müssen, daß nach 90 oder 99 Jahren das Grundstück wieder in den Besitz der Stadt übergeht, sondern daß es im Besitz der Familie erhalten bleiben kann. In dem Falle wird man von vornherein die Bauten solider, schöner gestalten und auf ihre Erhaltung

viel mehr Pflege verwenden, als wenn die Erwerbung in der Aussicht geschieht, daß das Grundstück wieder zurückgegeben werden muß. Auf die Mängel des Erbaurechts in der Beleihung will ich eben nicht weiter eingehen, bemerke aber nochmals, daß ich es für einen großen Fehler halte, wenn auch die Charlottenhöhe nach dem Antrage des Herrn Könneburg behandelt werden sollte.

Der Sinn des Antrages Könneburg ist offenbar der, den städtischen Grund und Boden niemals zu verkaufen. Der Grund und Boden soll ausschließlich im Besitz der Stadt bleiben. Wenn ich den Sinn des Antrages in dieser Weise recht verstanden habe — ich bin nicht in der Kommissionsberatung gewesen —, so würde ich bedauern, wenn die Versammlung einen solchen Standpunkt einnehmen wollte; es ist schon früher ausgeführt, daß das zu großen Beschwerden, Mängeln usw. führen würde.

Das andere, was Herr Dr. Regensburger erwähnt hat, daß der private Hausbesitz bei jeder Veräußerung vor allen Dingen erst einmal der Stadt angeboten werden müßte, daß also das Vorkaufsrecht der Stadt auch dahin ausgelegt würde, müßte ich bekämpfen, und zwar im Interesse der Allgemeinheit. Die Belegung eines Grundbesitzes mit dem Vorkaufsrecht eines andern ist eine Beeinträchtigung des Besitzes, ist eine Schädigung, eine Entwertung in gewissem Grade. Hand in Hand damit geht die Verminderung des Reizes, solchen Besitz überhaupt zu erwerben, und daraus ergibt sich die Folge, daß die Baulust eingeschränkt wird und damit die Wohnungsherstellung, und das würde im allgemeinen Interesse sehr zu bedauern sein. Es könnte hervorgehoben werden, daß die Stadt, wenn sie Grundstücke kaufen will, zuweilen Schwierigkeiten begegnet. Die Leute wollen hohe Preise haben, und reißen den Hals übermäßig auf. In solchen Fällen, wo das öffentliche Interesse den Erwerb eines Grundstücks durch die Stadt gebietet, haben wir uns dadurch zu helfen gewußt, daß wir das Enteignungsverfahren angewandt haben, und dieses hat neuerdings erst wieder eine Verschärfung erfahren. Auf die Weise können wir durchaus zum Ziele kommen, aber eine allgemeine Ausdehnung des Vorkaufsrechts der Stadt auf private Grundstücke würde ich für einen schweren Fehler halten. Ich könnte nur dringend raten, von dem Erlaß eines solchen Statutes Abstand zu nehmen. Im allgemeinen bin ich aber mit dem zufrieden, was vorgetragen ist.

Stadtv. Reißner: Meine Damen und Herren! Ich kann durchaus nicht den Unterschied anerkennen, den der Herr Vorredner zwischen dem Gelände auf dem Arkeröder Felde und dem der Charlottenhöhe anführte. Meines Erachtens ist es einerlei, ob wir Reiche oder Arme ansiedeln, jedenfalls sollen die Vorteile der Bodenbesitzreform —

wie Herr Frede sie nennt — allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen. Es ist durchaus keine Garantie dafür gegeben, daß ausschließlich reiche Leute, wie sie Herr Frede im Auge hatte, sich auf der Charlottenhöhe ansiedeln und sich dort einen möglichst molligen privaten Besitz schaffen. Ich kann mir sehr wohl den Fall denken, daß Bauunternehmer und Spekulanten einen größeren Teil der Charlottenhöhe ankaufen, um durch die Bebauung und weitere Erschließung des Geländes sich ihren Vorteil zu sichern. Das soll, wie ich glaube, fortan ausgeschlossen werden, und deshalb bin ich der Meinung, daß wir das Erbbaurecht wie auf dem Arkeröder Feld, so auch auf der Charlottenhöhe anwenden.

Herr Frede sagt weiter, es könne nicht jedes Stückchen städtischen Grund und Bodens diese Belastung vertragen. Aber das ist ja auch durchaus nicht beabsichtigt, wie schon der Herr Referent ausgeführt hat. Es ist in dem Antrage gesagt, in der Regel solle diese Bedingung dem Grundstück auferlegt werden. Wenn es sich um kleine Trennstücke zwischen Grundstücken oder bei Straßenbauten um kleine Stücke, die übrigbleiben, handelt, oder wo ein großes industrielles Werk ein Stückchen Gelände zur Abrundung seines Besitzes gebraucht, ist es nicht notwendig, diese Belastung einzutragen. Das wird dahin führen, daß dieses große Bureau, von dem der Herr Referent sagte, nicht notwendig wird. Wenn tatsächlich täglich 3–5 Grundstücksverkäufe in der Stadt zu verzeichnen sind, dann handelt es sich wohl in den meisten oder doch in sehr vielen Fällen um solche Verkäufe, bei denen die Belastung ohne weiteres ausgeschlossen ist und eine besondere Besichtigung durch Sachverständige nicht notwendig sein würde. Ich glaube, an solchen Bedenken dürfte der an sich sehr gute Gedanke nicht scheitern. Ich bin dafür, daß dem Antrage des Rechtsausschusses zugestimmt wird.

Stadt. **Meyerhoff:** Meine Damen und Herren! Ich spreche meine Genugtuung darüber aus, daß die Beratung des Antrages Hönneburg eine solche Wendung genommen hat. Der Herr Vorredner sagt: Wir sollen für Arme und Reiche gleiche Grundzüge festlegen. Es ist doch aber ein großer Unterschied, wie die Bebauung des Arkeröder Feldes erfolgt, ob Wand an Wand gebaut wird, wie der Grund und Boden ausgenutzt und ausgebaut wird, und wie das bei der Willenstadt auf Charlottenhöhe geschehen soll. Soweit mir bekannt ist, sind Käufer für das Gelände an der Charlottenhöhe da, die sich aber gegen die Beschränkung auf ihren Grundstücken gesteißt haben. Wenn jemand ein Grundstück auf der Charlottenhöhe kauft und sich anbaut, so kann man es verstehen, daß er sein Eigentum in direkter Linie an seine Familienmitglieder vererben will, oder daß das Grundstück in einem andern Fall an Verwandte weitergegeben werden soll. Dann kann die Stadt nicht das erste Recht an dem Grundstück haben und den Erbgang erschweren.

Dann wurde gesprochen davon, daß von dem städtischen Grundbesitz bei dem jetzigen Zustand größere Teile in eine Hand gelangen könnten. Ich gehöre dem Wohnungsausschuß an. Wir haben dort die Angebote eingehend geprüft und haben beschlossen, keine größeren Stücke abzugeben, sondern nur einzelne Bauplätze. Ich kann also die hier ausgesprochene Sorge nicht fassen, denn jeder Käufer ist auch da nur in der Lage, ein einzelnes Grundstück für sich zu erwerben.

Nun kommt etwas, das für mich von Bedeutung ist. Wir haben die Charlottenhöhe zu einem annehmbaren Preise gekauft, aber ein großes Kapital wird dadurch jahrelang festliegen, wenn das Gelände in Erbbaurecht gegeben wird. Der Zinsgenuß dieses Kapitals würde der Stadt dadurch entgehen. Würden die Grundstücke aber jetzt verkauft und mit einem annehmbaren Preise bezahlt, so kommt die Stadt wieder zu ihrem Gelde, und als Bürger, der auf das Wohl der Stadt bedacht ist, muß man etwas darauf geben, daß die Stadt in dieser schweren Zeit, wo sie mit Schulden überhäuft ist, das Kapital wiederbekommt, das sie hat anlegen müssen.

Aus diesen Gründen begrüße ich den Vorschlag des Rechtsausschusses und bitte um Annahme desselben.

Stadtv. Frede: Herr Reißner hat in seiner Erwiderung auf meine Ausführungen gesagt, daß bei der Charlottenhöhe, wenn über die Weiterveräußerung durch die Stadt nicht Abmachungen hier getroffen würden, höchst wahrscheinlich die Bodenspekulation Triumphe feiern würde. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht versäumen, die Stellung des organisierten Haus- und Grundbesitzes in unserer Stadt dahin zu kennzeichnen, daß wir die Bodenspekulation unter allen Umständen verurteilen. Wir wollen nicht, daß Grundstücke veräußert werden und dadurch einzelne sich übermäßig bereichern. Das ist auf leichte Weise zu vermeiden, wenn wir den Grund und Boden geteilt abgeben an diejenigen, die sich anbauen wollen, und nicht an Spekulanten, und das läßt sich ohne Aufstellung besonderer Bestimmungen erreichen. Ich warne davor, Beschränkungen, wie sie das Erbbaurecht vorsieht, dem dortigen Terrain aufzuerlegen. Herr Meyerhoff sagte, es seien Käufer für dieses Gelände vorhanden, und auch ich weiß, daß Herren den lebhaften Wunsch ausgesprochen haben, sich dort anzukaufen. Es sind wohlhabende Leute. Als ich aber mit ihnen über die geplante Bedingung des Erbbaurechts sprach, sagten sie: Dann verzichten wir. Dazu ist die Festlegung des städtischen Kapitals, wie sie Herr Meyerhoff kennzeichnete, sehr bedenklich; wenn wir aber bei Verkauf an reiche Leute soviel wie möglich herausholen, dann ist das für die Finanzen der Stadt sehr zu begrüßen.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine Damen und Herren! Die Frage, die augenblicklich zur Debatte steht, ist eine außerordentlich schwierige, und es ist auch nicht das

erste Mal, daß wir uns in dieser Versammlung über dieses Thema unterhalten. Wir haben davon schon einmal gesprochen, als es sich um die Veräußerung von Parzellen des Irkeröder Feldes handelte. Damals hatte der Magistrat Ihnen eine Vorlage unterbreitet, nach der Stücke an die Braunschweigische Heimstättengesellschaft, an die Siedlungsgesellschaft und an die Braunschweigische Baugenossenschaft abgegeben werden sollten. Bei diesen Vorlagen hat Ihnen schon ein Antrag vorgelegen, wonach ein Grundstück an die Heimstättengesellschaft veräußert werden sollte. Bei einer Debatte in diesem Hause vor einigen Monaten wurde von Herrn Dr. Jasper der Wunsch geäußert, es möchten Stücke des Irkeröder Feldes nur unter Sicherung des Wiederkaufsrechts oder im Wege des Erbbaurechts vergeben werden. Diesem Wunsch der Stadtverordnetenversammlung hat der damalige Magistrat Rechnung getragen, indem er in dem Entwurf des Vertrages, der mit der Heimstättengesellschaft abgeschlossen werden sollte, von der Bedingung des Wiederkaufsrechtes Gebrauch gemacht hat. Sie haben diesem Antrage zugestimmt, wonach wir annehmen, daß Sie solche Maßnahmen des Magistrats billigen.

Ob nun im Wege des Wiederkaufsrechts oder Erbbaurechts die Abgabe städtischen Geländes erfolgen soll, ist ohne weiteres im voraus nicht zu sagen, insbesondere nicht, ob in bestimmten Fällen das eine oder das andere Anwendung finden soll. Rein theoretisch betrachtet, ist die Sache wohl so, daß, wenn wir Terrain unter Sicherung des Wiederkaufsrechts vergeben, es sich in der Tat um einen Verkauf handelt, daß dagegen in dem Falle, daß das Gelände im Wege des Erbbaurechts vergeben wird, es sich um eine Abgabe in Pacht handelt. Ob aber das eine oder das andere Anwendung finden soll, muß im einzelnen Fall genau geprüft werden. Bisher sind wir hinsichtlich des Irkeröder Feldes der Ansicht gewesen, daß eine Sicherung der Stadt durch das Wiederkaufsrecht vollkommen genügt, und die Stadtverordnetenversammlung hat dem zugestimmt. Betreffs der Charlottenhöhe haben wir uns in der Ortsbauplandeputation schon einmal eingehend, wenn auch nur vorläufig, über die Frage unterhalten, ob die Veräußerung im Wege des Wiederkaufsrechts oder des Erbbaurechts geschehen soll. Zwar sind wir noch nicht zu einer endgültigen Beschlußfassung gekommen, aber es ist doch eine vorläufige Einigung dahin erzielt, daß wir übereinstimmend sagten: Wir wollen durch unsere Maßnahmen zu verhüten suchen, daß mit dem Gelände der Charlottenhöhe Spekulation getrieben wird; mindestens für die Zeit wollen wir die Wiederveräußerung verhüten, bis das betreffende Grundstück bebaut wird. Ob über diesen Zeitpunkt hinaus noch eine Sicherung stattfinden soll, darüber hat man sich in dem erwähnten Ausschuß noch nicht schlüssig gemacht, aber die endgültige Entscheidung darüber wird dem Rat der Stadt und

der Stadtverordnetenversammlung demnächst zukommen. Es wurde in diesem Ausschuß von verschiedenen Seiten betont, daß es immerhin wünschenswert sein könnte, daß Leute, die von außerhalb nach hier zuziehen wollen, sich nicht erst selbst ein Haus zu bauen brauchen, sondern daß sie schon ein fertiges Haus von einem Unternehmer kaufen und beziehen können und instande sind, es nachher nach Belieben, wenn es ihnen in Braunschweig nicht gefällt, wieder zu veräußern. Andere Herren waren der Ansicht, daß eine Sicherung über den Zeitpunkt der Bebauung des Grundstücks hinaus vorgenommen werden müßte. Aber ich glaube, darüber, in welcher Weise die Grundstücke auf der Charlottenhöhe zu veräußern sein werden, brauchen wir uns heute den Kopf noch nicht zu zerbrechen, sondern können die Entscheidung bis zu dem Augenblick hinausschieben, wo derartige Verkäufe getätigt werden. Darüber jedoch sind wir uns grundsätzlich einig, daß wir Grundstücke der Charlottenhöhe nicht als Spekulationsobjekte verkaufen wollen, so daß irgend jemand recht viel daran verdienen kann und so demjenigen, der sich auf eigener Scholle heimisch machen will, den Grund und Boden noch verteuert und ihm die Freude an seinem Besitze beeinträchtigt.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß es genügt, wenn sich die städtischen Behörden heute dahin schlüssig werden, daß eine Sicherung in der Form des Wiederkaufsrechts oder des Erbbaurechts grundsätzlich am Platze ist. Selbstverständlich — und darauf habe ich auch im Ausschuß hingewiesen — bestätigen auch in diesem Falle Ausnahmen die Regel, und es wird in jedem Falle geprüft werden müssen, ob wir von dieser Regel abweichen wollen, indem wir vielleicht das Wiederkaufsrecht auf eine kürzere Zeit beschränken oder überhaupt nicht zur Anwendung bringen. Ich glaube, der Antrag Rönneburg, wie er jetzt aus dem Rechtsausschuß hervorgegangen ist, gibt in jeder Beziehung genügende Sicherung, so daß man ihm ohne weiteres zustimmen kann.

Stadtv. **Rehnert:** Meine Damen und Herren! Herr Frede führte an, daß es den Hausbesitzern, soweit organisierte Hausbesitzer in Frage kommen, fernliegt, Spekulation zu treiben. Ich glaube gern, daß dies zu erreichen möglich ist, soweit die Vorstandsmitglieder in den Vorstandssitzungen ihre Macht ausüben können, aber diesen Einfluß auf den ganzen Grundbesitzerverein auszuüben, wird selbst den besten Vorstandsmitgliedern, und wenn es Herr Frede wäre, nicht möglich sein. Die Herren Hausbesitzer werden das Geld nehmen, wo sie es bekommen können. Stimmen wir dagegen dem Antrage zu, dann hat die Stadt eine Sicherung, wie das schon in den Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Gebensleben niedergelegt

ist. Herr Frede weiß als Beisitzer im Mieteinigungsamt ganz genau, daß in einer für den Besitz eines Hauses kurzen Zeit, während der Kriegszeit, Häuser zwei- oder dreimal verkauft worden sind, und das Endresultat dabei ist, daß die Mieten ins Ungeheure gesteigert werden. Ebenso würde es auch mit dem heute in Betracht kommenden städtischen Grund und Boden gehen. Wenn die Stadt ein solches Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen kann, dann sehe ich nicht ein, weshalb man auf anderem Wege dem Wuchertum Tür und Tor öffnen soll. Herr Frede will, daß natürlich auf dem Arteröder Felde, wo die ärmeren Bevölkerungsklassen sich niederlassen werden, das Vorkaufsrecht oder das Erbbaurecht zur Anwendung kommen soll, aber bei dem Villenviertel auf der Charlottenhöhe lehnt er es ab. Für solch einen Unterschied sind meine Parteifreunde nicht zu haben, sie werden dafür stimmen, daß eine Entschließung angenommen wird, wie sie vom Referenten vorgebracht ist.

Stadtverordneter **Salomon** verzichtet auf das Wort.

Stadt v. **H. Niele**: Ich stimme dem Standpunkt zu, der in der Entschließung zum Ausdruck kommt, wie sie vom Herrn Referenten vorgetragen ist. Ich bin fest überzeugt, daß über das Erbbaurecht und seine Konsequenzen im großen und ganzen nur sehr wenige vollständig im Klaren sind, so daß sie die Wirkungen nach allen Seiten nicht abschätzen können. Den Unterschied zwischen beiden hat der Stadtbaurat Gebensleben ja schon im großen angegeben. Wenn die Stadt ein Interesse daran hat, das Gelände der Charlottenhöhe baldmöglichst zu verkaufen, so rührt das daher, daß sie 650 000 *M* dafür ausgegeben hat und nun in nächster Zeit etwas davon wieder in ihren Säckel zurückhaben will. Wenn eine Sicherung gegeben wird, daß dieses Gelände der Spekulation entzogen ist, dann könnte man dem Verkauf ja auch zustimmen. Aber man könnte auch geltend machen, daß der städtische Haushaltsbedarf aus Steuern usw. gedeckt werden soll. Wenn wir einmal die Strecke des Mittellandkanals gebaut bekommen, und sehr lange wird es damit wohl nicht mehr dauern, dann werden wir vielleicht in die Lage kommen, noch praktische Erfahrungen über die Anwendung des Erbbaurechts sammeln zu können. Dann wird die Stadt wie früher schon in die Lage kommen, irgend welche Landkomplexe zu expropriieren, um das nötige Gelände für den Kanal zu erhalten; anders wird es auch für dieses gemeinnützige Unternehmen nicht zu erhalten sein. Dann werden auf diesem Arteröder Felde, wo die Siedlungskommission ganz mit Recht für Kriegsbeschädigte Wohnungen baut, oder wo in Form von Rentenbesitzungen Wohnungen erworben werden können, eine ganze Masse Leute untergebracht werden können. Daß es einer Pachtung ähnlich ist, wenn das Land auf Erbbaurecht abgegeben wird, ist erklärlich.

Aber wenn auch diese Beschränkung bei Abgabe auf diesem Wege vorhanden ist, so hat der Erwerber des Landes doch die Gewißheit, daß er nicht nur die erste Hypothek ohne Schwierigkeiten erhalten kann, sondern von der Braunschweigischen Staatsbank auch die zweite. Daß ein Unterschied bei den Sicherungen der Stadt durch Vorkaufsrecht oder Erbbaurecht zwischen den Grundstücken auf dem Arkeröder Feld und der Charlottenhöhe gemacht werden soll, das kann ich nicht einsehen. Das Terrain auf dem Arkeröder Feld ist zu einem Preise von 2,50—3 *M* für das Quadratmeter verkauft worden, und soviel ich weiß, plant man, das Quadratmeter des Terrains der Charlottenhöhe mit 4 *M* zu verkaufen. (Zuruf: So billig nicht!) Nun, die Erörterungen gingen bisher in dieser Weise, und es wird ja wohl bald eine Entscheidung darüber fallen, und dabei können für beide Gelände genau dieselben Bestimmungen angewandt werden und die Sicherung des Wiederkaufsrechts oder das Erbbaurecht auf beiden Geländen in ganzem Umfang durchgeführt werden. Ich kann den Entschlüssen, wie sie in den Anträgen des Herrn Rönneburg und in dem Antrage der Baukommission gegeben sind, nur zustimmen.

In der Abstimmung werden die Anträge des Bauausschusses angenommen.

6. Antrag Reißner zur Reform des Submissionswesens.

Stadtv. **Tostmann**: Meine Damen und Herren! In einer der letzten Sitzungen haben die Herren Reißner und Rönneburg folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage zu machen zur Reform des Submissionswesens auf der Grundlage des angemessenen Preises. Bei der Ausarbeitung dieser Vorlage sind die beteiligten Kreise des Handwerks mit heranzuziehen.“ Der Bauausschuß, an den dieser Antrag zur Vorberatung verwiesen ist, hat sich gründlich damit befaßt. Eine Vorlage des Magistrats ist auf Grund dieses Antrages noch nicht gemacht, es wird aber seitens des Bauausschusses der Versammlung empfohlen, einen Ausschuß einzusetzen, der diese Materie behandelt und mit dem Magistrat zusammen eine Vorlage ausarbeitet, die das Submissionswesen abändert. Der Ausschuß soll nach dem Vorschlage des Ausschusses aus vier Stadtverordneten, zwei von der Handwerkskammer gewählten Handwerksmeistern und zwei Vertretern der Arbeiter, die vom Gewerkschaftsartell gewählt werden sollen, bestehen. Der Bauausschuß empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen und aus der Mitte der Versammlung vier Mitglieder in diesen Ausschuß zu wählen.

Stadtv. **Reißner**: Meine Damen und Herren! Im Bauausschuß waren wir der Ansicht, daß eine Revision des Submissionswesens notwendig ist, und man hat sich dort entschlossen, weil die Materie zu einem endgültigen Beschluß noch nicht genügend vorbereitet ist, Ihnen die Wahl des Ausschusses zu empfehlen. Diesem Beschluß bitte ich zuzustimmen, und ich bemerke noch, daß von Herrn Tostmann übersehen ist, zu berichten, daß noch 2 Magistratsmitglieder in den Ausschuß kommen sollen.

Für unsere Fraktion schlage ich als Mitglied Herrn Kofahr vor.

Stadtv. **Wahrendorf**: Meine Damen und Herren! Ich kann mich namens der Handwerker mit der beabsichtigten Art und Weise der Lösung dieser Frage einverstanden erklären. Es wird sich ja zeigen, wie demnächst die Kommission die Sache ausarbeitet; an tätiger Mitarbeit der Handwerker wird es nicht fehlen, und es ist zu hoffen, daß dabei etwas Brauchbares herauskommt.

Namens meiner Fraktion schlage ich Herrn Meherhoff als Mitglied des Ausschusses vor.

Seitens der Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie wird Herr Stadtverordneter Tostmann vorgeschlagen und seitens der sozialdemokratischen Fraktion Herr Stadtverordneter H. Kiefe.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses und mit der Wahl der vorgeschlagenen Herren an.

7. Unerweite Regelung der Bedienung der Heizanlagen in den Schulen.

Stadtv. **Kofahr**: Meine Damen und Herren! Herr Schuldirektor Dr. Appuhn berichtet an den Schulvorstand über eine Bitte, die die Schuldiener der städtischen Bürgerschulen an ihn gerichtet haben. Er schreibt darüber folgendes:

„Den Schuldienern der mir unterstellten Schulen mit Ausnahme der Schulen Südklint und Reichsstraße ist bislang für die Zeit vom 1. November bis 31. März zu ihrer Unterstützung ein Heizger gestellt worden. Sie bitten nun, daß ihnen auch für die Monate Oktober und April, in denen die Schulgebäude in der Regel auch geheizt werden müssen, ein Heizger beigegeben wird, und führen zur Begründung ihrer Bitte folgendes an:

1. Sie hätten mit dem Auf- und Zuschließen der Zugangstüren zu den Schulgrundstücken und der Überwachung der Zugänge zur Verhütung von Diebstählen viel zu tun,

2. im Oktober seien sie stark durch das Laubfegen auf dem Schulhofe in Anspruch genommen,

3. infolge des häufigen Temperaturwechsels, dem sie durch die Wege von der Heizung auf den meist sehr zugigen Schulhof ausgesetzt seien, litten sie oft an Erkältungen,

4. da jetzt die Heizungsstoffe viel schlechter als früher wären, erfordere die Bedienung der Heizung mehr Zeit.

Aus denselben Gründen bitten auch die Schuldiener der Schulen Reichsstraße und Südklint um Zuweisung eines Heizers.

Da ich die angegebenen Gründe für zutreffend halte, so befürworte ich die Bitte der Schuldiener."

Auch das städtische Hochbauamt hat sich diesen Gründen nicht verschlossen und empfiehlt dem Rat der Stadt die Erfüllung der ausgesprochenen Bitte. Es wird dabei vom Hochbauamt darauf hingewiesen, daß in den Monaten Oktober und April, wo bei der Heizung der Schulen selber weniger zu tun sei, von den Heizern Reparaturarbeiten an den Heizungsanlagen mit vorgenommen werden könnten, und daß damit die Zeit der Heizer nutzbringend für die Stadt angewandt werden könnte. Vom Rat der Stadt werden dementsprechend folgende Anträge gestellt:

1. Den Schulen an der Reichsstraße und am Südklint ebenfalls einen Heizer zu überweisen,

2. vom kommenden Winterhalbjahr an den Heizern künftig die Bedienung der Heizungsanlagen in sämtlichen Schulen auch für die Monate Oktober und April zu übertragen.

Diese Anträge sind in der Baukommission zur Vorberatung gekommen, und er bittet Sie um Annahme derselben.

Wortmeldungen liegen nicht vor, der **Vorsitzende** nimmt deshalb das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

8. Verteilung von Beihilfen an Turn- und Sportvereine.

Stadtv. **Reißner**: Der Braunschweiger Ausschuß für Leibesübungen, das ist eine Zusammenfassung derjenigen Vereine, Verbände, Körperschaften, Schulvertreter usw., die sich an der Mitarbeit zur körperlichen Erstarbung und sittlichen Ertüchtigung der Jugend befassen, hat an den Magistrat den Antrag gerichtet, man möge ihm zur Deckung der Kosten für die ersten Veranstaltungen des Ausschusses, „die Braunschweiger Kampfspiele“, eine Beihilfe von 1500 M. gewähren. Dadurch veranlaßt,

wird beabsichtigt, eine grundsätzliche Regelung der an Turn- und Sportvereine zu gewährenden städtischen Zuschüsse stattfinden zu lassen, und der Stadtmagistrat empfiehlt, dafür folgendes festzusetzen:

a) Die Prüfung der eingehenden Unterstützungsgefuche und die angemessene Verteilung der in Kapitel VII Z 2 des Haushaltsplanes ausgeworfenen 5000 M dem „Städtischen Spielausschuß“ zu übertragen,

b) bei der Verteilung der Gelder würden die Verhältnisse der einzelnen Vereine zu berücksichtigen sein; Anwartschaft auf Beihilfen sollen nur solche Vereine haben, deren Förderung im öffentlichen Interesse liegt (also nicht z. B. kleine unbedeutende Sportvereine),

c) zur Bewerbung um Beihilfen binnen bestimmter Frist — unter Darlegung der Verhältnisse des bittstellenden Vereins — ist unter Hinweis auf Vorstehendes öffentlich aufzufordern.“

Im Finanzausschuß ist diese Vorlage geprüft, und es wird Ihnen seitens des Ausschusses Annahme des Magistratsvorschlages empfohlen.

Der **Vorsigende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an, da Wortmeldungen nicht erfolgen.

9. Antrag auf Abänderung des Gesetzes Nr. 95 vom 2. August d. J.

Stadtv. **Jahns**: Verehrte Damen und Herren! Das Gesetz über die Wahlen der Vorsteher und Mitglieder des Rates in den Städten des Freistaates Braunschweig vom 2. August d. J. hat uns in dieser Versammlung schon einiges Kopfzerbrechen gemacht, und jetzt, nachdem die Wahlen vollzogen sind, zeigen sich wieder verschiedene Schwierigkeiten. Der Rat ist der Ansicht, daß es nicht leicht ist, diese Schwierigkeiten ohne weiteres zu überwinden, daß es vielmehr ratsam ist, einen Antrag bei dem Rat der Volksbeauftragten zu stellen, damit eine Änderung des Gesetzes herbeigeführt werde. Der Rat der Stadt schreibt darüber: „Wir halten eine schleunige Änderung des Gesetzes vom 2. August d. J. im Interesse unseres Gemeinwesens für dringend geboten, glauben aber, daß es genügend und zweckmäßig sein würde, wenn den Gemeinden das Recht eingeräumt würde, in bezug auf die Wahl der besoldeten Ratsmitglieder und die Dauer ihres Amtes Satzungen vorzuschreiben, die von den gesetzlichen Vorschriften abweichen.“ Ein hierauf abzielender Antrag würde wesentlich unterstützt werden, wenn sich die Stadtverordneten unserer Ansicht anschließen wollten. Wir geben daher anheim, der Stellung eines diesbezüglichen Antrages zustimmen zu wollen.“

Die Sache liegt so, daß sich, nachdem Herr Oberamtsrichter Meyer abgelehnt hat, den Posten eines besoldeten Stadtrates anzunehmen, Schwierigkeiten aus dem

Gesetz ergeben. Im Rechtsausschuß ist die Sache zur Sprache gebracht worden, und ich habe namens des Rechtsausschusses Ablehnung des Magistratsantrages zu empfehlen, und möchte betonen, daß gerade aus demokratischen Grundsätzen heraus verschiedene Parteien sich auf diesen ablehnenden Standpunkt stellen zu müssen glaubten.

Da ich nun aber annehme, daß das Plenum anderer Ansicht sein wird als die Mehrheit des Ausschusses, so möchte ich nicht verfehlen, Ihnen die Gründe, die der Rat der Stadt für seine Stellungnahme vorgebracht hat, zum Vortrag zu bringen. Gerade in der Stadt Braunschweig ist die Sachlage gegenüber den übrigen braunschweigischen Städten eine andere. Unsere Stadt hat besoldete Stadträte, während die übrigen braunschweigischen Städte nur einen Bürgermeister und sonst unbesoldete Stadträte haben. Auf diese Weise wird unsere Stadt besonders durch das Gesetz betroffen, da für sie allein diese Wahl der besoldeten Stadträte, die nicht durch Verhältniswahl vor sich geht, in Frage kommt. Am besten wird es sein, wenn ich Ihnen die Gründe des Magistrats im Wortlaut vortrage. (Zuruf: Wir haben die Vorlage des Magistrats ja selbst in der Hand!) Dann würde ein wörtlicher Vortrag also nicht nötig sein. Der Rat der Stadt steht auf dem Standpunkt, daß die Amtsdauer der besoldeten Ratsmitglieder nicht auf drei Jahre festgesetzt werden sollte, sondern, da in Preußen zwölf Jahre dafür angesetzt sind, eine längere Amtsdauer der besoldeten Stadträte vorgesehen werden müßte. Außerdem meint der Magistrat, daß es nicht durchführbar sein würde, daß alle Beamten und Lehrer durch Volksabstimmung gewählt würden, obwohl es demokratischen Grundsätzen entsprechen würde, daß die Einwohner sämtliche Beamten selbst wählten. Aber in Anbetracht dessen, daß die Volksbeauftragten durch den Landtag gewählt werden, daß diese Volksbeauftragten die Staatsbeamten und Gemeindefullehrer anzustellen haben, daß ferner nach der Reichsverfassung der Reichspräsident durch den Reichstag gewählt wird und dieser wieder die Reichsbeamten ernennt, wäre es auch nicht einer demokratischen Verfassung zuwiderlaufend, wenn bestimmt würde, daß die Stadtverordnetenversammlung den Rat der Stadt wählte.

Es wird dann noch hervorgehoben, daß sich die Mängel und Unzuträglichkeiten, die sich früher bei den Reichstagswahlen ergeben hätten, und die zur Einführung der Verhältniswahl geführt haben, sich auch bei der eben vollendeten Wahl der Ratsmitglieder herausgestellt hätten. Wenn sich verschiedene Parteien gegenüberständen, so könne leicht aus der Stichwahl ein Kandidat als gewählt hervorgehen, auf den sich zwar notgedrungen die Mehrzahl der Stimmen schließlich geeinigt hat, der darum aber durchaus noch nicht das Vertrauen der Mehrheit der ganzen Wählerschaft zu besitzen brauche. Ferner werden gegen die gesetzlichen Anordnungen, daß alle Ratsmitglieder, ungeachtet der beiden verschiedenen Arten des Wahlverfahrens, in einem

Wahlgang und unter Benutzung des einheitlichen Stimmzettels gewählt werden müssen, Bedenken vorgebracht. Aber wie die geehrte Versammlung eben erklärt hat, sind ihr ja die Ausführungen des Magistrats, die für die Änderung des Gesetzes sprechen, bekannt, so daß ich auf einen weiteren Vortrag verzichten kann. Ich persönlich bin der Meinung, daß wir Ursache haben, dem Rat der Stadt in dieser Sache den Rücken zu steifen, indem wir erklären, daß wir seinem Antrage zustimmen. Namens des Rechtsausschusses aber habe ich Ihnen Ablehnung des Antrages des Rats zu empfehlen.

Stadtv. Salomon: Meine Damen und Herren! Ich bin durch den Beschluß des Rechtsausschusses außerordentlich überrascht, denn ich hatte mit Sicherheit vorausgesetzt, daß der Rechtsausschuß dem Antrage des Rates bzw. seinem Ersuchen Folge geben würde. Wenn jemals ein Gesetz mit Mängeln und Fehlern behaftet gewesen ist, so ist es das Gesetz, nach dem wir jetzt noch einigermaßen glücklich die Ratswahl in der Stadt Braunschweig vollzogen haben. Wir haben Klippen um Klippen umschifft und doch noch nicht ganz sicher und vollständig bemastet das Schiff der Wahl in den Hafen leiten können. Wer das etwas zweifelhafte Vergnügen gehabt hat — wie es mir zuteil geworden ist —, dem engeren Wahlausschusse anzugehören, dem sind die Schönheitsfehler — ich will nur diesen gelinden Ausdruck gebrauchen — dieses Gesetzes in krasser Form zum Bewußtsein gekommen. Deswegen möchte ich mich aus ganzem Herzen dem anschließen, was eben Herr Jahns als seine persönliche Meinung zum Vortrag gebracht hat, nämlich, daß es durchaus wünschenswert ist, daß das Plenum auf jeden Fall beschließt, in dem Sinne des Ratschreibens einen Antrag dahin zu stellen, daß das Gesetz abgeändert wird, damit wir ein solches Gesetz oder wenigstens ein Statut bekommen, nach dem wir wirklich eine geordnete Wahl für den Rat der Stadt vornehmen können. Ich richte das dringende Ersuchen an das Plenum, sich dem Beschluß des Rechtsausschusses nicht anzuschließen, sondern im Gegenteil das zu beschließen, was seitens des Rats der Stadt gewünscht wird.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Im Namen meiner Partei muß ich erklären, daß wir für Annahme des Beschlusses des Rechtsausschusses sind. Ich war anderer Ansicht als Herr Jahns, der meinte, daß das Plenum anders beschließen werde als der Rechtsausschuß, und glaubte, die Demokraten und die Mehrheitssozialisten würden selbstverständlich mit uns gegen die Magistratsvorlage stimmen. Aber jetzt hören wir von seiten der demokratischen Partei, daß ihre Mitglieder anderer Meinung sind. Man erkennt daran, wie die Demokratie der deutschen

demokratischen Partei aussieht; sie faßt die Demokratie auf, wie der verflossene Reichskanzler Michaelis die Friedensresolution des Reichstages: „Wie ich sie verstehe“.

Wenn man die Magistratsvorlage und die Reden der beiden Herren Vorredner hört, dann könnte man annehmen, das Gesetz über die Ratswahlen sei keinen Schuß Pulver wert. (Zuruf: Sehr richtig!) Vom Standpunkt der reaktionären Parteien mag es sehr wohl so sein, denn für sie sind die Gründe sehr einleuchtend. Ich gebe wohl zu und habe das schon früher getan, daß das Gesetz Mängel hat, vielleicht auch große Mängel, aber, meine Herrschaften, welches Gesetz hat denn keine Mängel. Wie oft sind Gesetze im Reichstag wochenlang von den erleuchtetsten Geistern beraten und dann herausgebracht, die auch Mängel und Schönheitsfehler aufwiesen, trotzdem man monatelang darüber gebrütet und sogar drei Lesungen abgehalten hatte. Die Schwierigkeit, die sich dadurch herausgestellt hat, daß zwei Herren zu spät ihre persönlichen Angelegenheiten bedacht haben, liegt doch nicht an dem Gesetz. Wenn auch die Zeit bis zur Wahl knapp war, so hätten sie jedenfalls vorher ihre Entscheidung treffen können, denn es handelt sich hier nicht um gewöhnliche Arbeiter, sondern um Herren, die das Gesetz kennen mußten und wissen mußten, in welche Lage sie kommen werden. Durch diese beiden Herren ist die Einwohnerschaft der Stadt Braunschweig in die Lage gekommen, noch einmal öffentlich wählen zu müssen. Wegen einer solchen Angelegenheit von der Landesversammlung zu verlangen, ein Gesetz umzustossen, das ist ein starkes Stück. Derartige Politik können wir nicht mitmachen, und ich sollte meinen, niemand sollte das tun, insbesondere nicht die Rechtssozialisten, die angeblich noch auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. Wir können von diesem Recht der Wahl durch das Volk nicht abgehen und müssen die Magistratsvorlage ablehnen. Dieser Fall ist den Rechtsparteien eine willkommene Gelegenheit, das ihnen verhaßte Gesetz in ihrem Sinne umzukrempeln, damit Freunde ihrer Richtung gewählt werden können. In der Vorlage heißt es allerdings, daß nach § 83 der Städteordnung der gemeinschaftlichen Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten das Recht zusteht, ein besoldetes Ratsmitglied jederzeit auch gegen seinen Willen in den Ruhestand zu versetzen, und daß dadurch erreicht wird, was bei der Nichtwiedewahl eintreten würde, da auch der Nichtwiedergewählte Anspruch auf Ruhegehalt habe. Dagegen aber ist zu sagen: Die alte Städteordnung kann selbstverständlich nicht mehr von langer Dauer sein; die Regierung ist schon dabei, eine neue Städteordnung auszuarbeiten. Wie kann man sich auf eine alte, ich möchte fast sagen, mittelalterliche Städteordnung berufen, dadurch ein neues Gesetz umwerfen wollen und die Volkssouverenität einfach mit Füßen treten. Der Hauptgrund, der für die Stellungnahme des Rats angeführt wird, ist der, daß eine dreijährige Amtszeit

ungenügend sei, daß es bei ihr unmöglich werde, gute Beamte an die zu besetzenden Stellen zu bekommen. Tüchtige Beamte würden sich hüten, ihre sicheren Stellen aufzugeben, um die Stelle eines besoldeten Stadtrates in Braunschweig anzunehmen. Dabei wird verwiesen auf die Industrie und gesagt, daß von der Stadt unter diesen Umständen bedeutend höhere Gehälter bezahlt werden müßten. Aber auch in der Industrie sind die Beamten nicht auf Lebenszeit angestellt, und sie bekommt doch Kräfte genug. Zugaben will ich, daß bei dreijähriger Anstellung tatsächlich etwas höhere Gehälter bezahlt werden müssen; ob aber bei Beseitigung der Pensionsberechtigung die Stadt schlechter fahren würde, das möchte ich bezweifeln. Ich bin überzeugt, nicht nur im Kreise der unabhängigen Sozialdemokratie, sondern auch in Bürgerkreisen, in den Kreisen der Privatangestellten, ist man der Meinung, daß das System, auf Lebenszeit Leute anzustellen und Pensionen zuzusichern, nicht das richtige sei. Ich konnte es erst in diesen Tagen wieder hören, daß man in jenen Kreisen die Ansicht vertritt, daß eigentlich die Beamten sich ebenso versichern müßten, wie die Privatangestellten es tun müssen. Abgesehen von diesem allen, wird es bei Zahlung höherer Gehälter ohne Frage gelingen, Leute zu bekommen, welche geneigt und auch geeignet sind, einen Stadtratsposten anzunehmen. Aus guten Gründen sind wir dafür, daß die lebenslängliche Anstellung der Ratsmitglieder beseitigt wird. Sie wissen, welche Erfahrungen andere Städte in dieser Beziehung gemacht haben, indem sie unfähige Leute bezahlen mußten, die dann aus ihrem Amte beseitigt werden mußten und für die die Stadt bedeutende Pensionskosten hatte. Auch in unserem Lande ist etwas Derartiges vorgekommen (mir schwebt da Braunlage vor), daß die Städte ganz bedeutende Kosten dadurch hatten, daß unfähige Beamte beseitigt werden mußten. Der Stadtmagistrat scheint vorzuschlagen, daß das System, wie es in Preußen besteht, mit einer Annahme der besoldeten Stadträte auf 12 Jahre, einzuführen ist. Das ist für uns viel zu weitgehend; nach unserm Programm verlangen wir eine dreijährige Amtsdauer, aber keine längere. Auch bei einer zwölfjährigen Anstellung könnten der Stadt ganz bedeutende Kosten verursacht werden, so daß sie dadurch einen immensen Schaden erleidet.

Was die Wahl durch das Volk anbetrifft, so ist das eine Errungenschaft der Revolution. Wir haben Jahrzehnte um dieses Recht gekämpft und werden alles aufbieten, daß das Gesetz, das diese Wahl sichert, nicht wieder beseitigt wird. Es ist diese Wahl durch das Volk eine alte demokratische Forderung, und sie kann nicht dadurch bekämpft werden, daß man — wie es in der Magistratsvorlage geschieht — darauf hinweist, daß sie nicht auf die Wahl aller Beamten ausgedehnt werden könnte. Nach unserm Programm verlangen wir, daß die Wahl der Magistratspersonen, also

der leitenden Personen in der Gemeinde, durch das Volk vorgenommen werden soll. Sodann wird Sturm gelaufen mit der Tatsache, daß Einwohner, die eben erst 20 Jahre alt sind, mitwählen können, und es wird behauptet, daß diesen das Verständnis für die Art und den Umfang der von den Magistratsmitgliedern zu erledigenden Arbeit abginge, und daß sie deshalb bei einer solchen Wahl nicht mitwählen sollten. Das ist ein alter Standpunkt, der schon bei der Beratung des Antrages auf Änderung der Städteordnung betr. die Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen im vorigen Jahr, bei der wir gegen die reaktionären Gedanken Sturm liefen, eingenommen wurde. Schon damals haben wir gesagt, daß es nicht selten ist, daß Leute so alt sind wie Methusalem, und daß sie deswegen doch über die öffentlichen Angelegenheiten nicht mehr wissen als solche jungen Leute. Unsere heutige Jugend kümmert sich um die politischen Angelegenheiten und weiß sehr wohl, wen sie zu wählen hat. Es wird doch von allen Parteien vor den Wahlen agitiert, und alle haben Gelegenheit, die jüngeren Wähler aufzuklären. In der Kommission ist speziell auf die Dienstmädchen verwiesen worden, daß auch sie mitwählen könnten, und daß sie keine Ahnung davon hätten, wer als Magistratsbeamter sich eignet. Ja, die Dienstmädchen — wenn sie zu Parteizwecken gebraucht werden können, dann sind sie willkommen. Wie früher bei den Reichstagswahlen auf dem Lande der Gutsinspektor die Knechte und Arbeiter zur Urne führte, so konnte man auch bei den jetzigen Wahlen beobachten, daß die Herrschaften sich herabließen, die Dienstmädchen an der Hand zur Wahlurne zu führen. Dazu sind sie wohl gut genug! Wir sind immer für das Frauenwahlrecht eingetreten, während es von jener Seite bekämpft wurde. Wir haben das getan, obwohl wir wußten, daß wir durch Einführung des Frauenwahlrechts einen Rückschlag für unsere Partei erleben würden. Bismarck hat nicht aus Liebe zum Volke das Reichstagswahlrecht eingeführt, sondern nur, um sich eine reaktionäre Mehrheit zu sichern, und das ist ihm auch gelungen, bis das Volk aufgewacht ist. So wußten wir wohl, daß die politisch ungeschulten Frauen anfangs gegen die Sozialdemokratie stimmen würden, aber das konnte uns von unserer Stellungnahme nicht abhalten. Jedermann, der gegenüber dem Staat und Gemeinwesen seine Pflicht erfüllen muß, soll auch das Wahlrecht zustehen; davon können wir nicht abgehen. Ich erinnere daran, daß in andern Ländern auch Richter und Staatsbeamte gewählt werden; denken Sie an Amerika, wo der Präsident durch allgemeine Volkswahl bestimmt wird. Warum sollte es nicht möglich sein, hier die Leiter des städtischen Gemeinwesens zu wählen? Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Volksbeauftragten in Braunschweig vom Landtag gewählt werden, so gebe ich die Tatsache zu, aber es ist ein Fehler gewesen, daß das bestimmt worden ist, und damit ist noch nicht gesagt, daß die Magistratspersonen von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden müssen. Jedenfalls wird versucht werden, diesen Fehler,

der im Lande Braunschweig gemacht ist, wieder auszumergen. (Zuruf: Sehr nette Aussichten!)

Sodann wird verwiesen auf die Mängel, die das Wahlverfahren gezeitigt hat. Es heißt darüber in der Ratsvorlage: „Alle die Mängel und Unzuträglichkeiten, die sich früher bei den Reichstagswahlen aus diesem Wahlverfahren ergaben und zur Einführung der Verhältniswahl geführt haben, machen sich auch hier geltend. Stehen sich verschiedene Parteien gegenüber, so kann sehr leicht aus der Stichwahl ein Kandidat als gewählt hervorgehen, auf den sich zwar notgedrungen die Mehrzahl der Stimmen schließlich geeinigt hat, der aber darum noch nicht das Vertrauen der Mehrheit der ganzen Einwohnerschaft zu besitzen braucht.“ Das ist richtig, und ein Mangel ist es, daß die besoldeten Ratsmitglieder nicht auch durch die Verhältniswahl bestimmt werden. Wir haben heute abend ein Ratsmitglied einführen sehen, das solch lächerliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, daß man nicht sagen kann, daß er das Vertrauen der ganzen Wählerschaft besitzt. Im Landtag war man allerdings der Meinung, daß es unmöglich sei, die Wahl der Ratsmitglieder nach der Verhältniswahl einzuführen; die Kommission des Landtages hat über diesen Punkt lange beraten und glaubte schließlich, da für bestimmte Stellen auch bestimmte Personen gewählt werden müßten, so sei die Verhältniswahl unmöglich, denn es könnte vorkommen, daß drei oder vier Bauleute in den Rat der Stadt gewählt würden, die für die zu vergebenden Ressorts nicht geeignet wären. Aus diesem Grunde ist die Bestimmung in das Wahlgesetz hineingekommen, daß die besoldeten Ratsmitglieder nicht nach der Verhältniswahl gewählt werden sollen. Allerdings sieht man jetzt ein, daß es in anderer Weise einzurichten geht, die Verhältniswahl durchzuführen, und in diesem Punkte wäre eine Reform des Gesetzes wohl zu wünschen, und ihr würden wir auch zustimmen, da sie unserer Programmforderung entspricht.

Vorsitzender: Ich muß Herrn Stegmann auf die Dauer der Redezeit aufmerksam machen.

Stadtv. Stegmann (fortfahrend): Ich werde gleich mit meinen Ausführungen zum Schluß kommen.

Wenn weiter auf die Schwierigkeiten verwiesen wird, die sich erst nach der Wahl herausgestellt haben, so meine ich, daß es wegen des Wahlgesetzes durchaus nicht nötig ist, daß solche Schwierigkeiten entstehen. Es muß in Zukunft möglich sein, daß solche Schwierigkeiten im voraus beseitigt werden können dadurch, daß die betreffenden Personen, welche aufgestellt werden, vorher bedenken, welche Stellung sie annehmen sollen. Wenn die Wahlen so rechtzeitig ausgeschrieben werden, wie es sein muß, dann wird es auch jedem, der als Kandidat aufgestellt wird, möglich sein, sich zu überlegen, ob er einen derartigen Posten annehmen kann oder nicht. Diese Schwierigkeit

kommt also in Zukunft nicht mehr in Betracht. Das eine aber steht fest: Trotz der Neuheit und Kompliziertheit des Gesetzes ist die Wahl gut zustande gekommen. Es mag die Vereinigung der verschiedenen Wahlen auf einem Wahlzettel die Wahl erschwert haben, aber der Landtag war der Ansicht, daß dieses Verfahren eine Vereinfachung der Wahl sei, und diesem Uebelstande würde leicht abzuhelpfen sein. Mängel an dem Wahlgesetz sind also zuzugeben, aber sie sind doch nicht solcher Natur, daß wir deswegen Hals über Kopf ein neues Gesetz schaffen müßten. Die Folge würde sein, daß der Landtag vielleicht wiederum ein Gesetz schaffen würde, das neue Mängel aufwiese, so daß es womöglich nötig werden würde, abermals in eine Revidierung des Gesetzes einzutreten. Wenn eine Revision des Gesetzes unumgänglich nötig ist, so sind auch wir dafür zu haben, aber wir fordern dann, daß eine reifliche Überlegung vor der Änderung des Gesetzes stattfindet und vorläufig die Ersagwahl für den Herrn Oberamtsrichter Meyer vorgenommen wird. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Magistratsvorlage abzulehnen ist, und ich bitte Sie, insbesondere aber alle diejenigen, welche sich demokratisch nennen, das demokratische Prinzip zum Durchbruch bringen zu helfen, indem sie sich unserer Ansicht anschließen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meine Damen und Herren! Nur ein paar Worte gegenüber dem, was Herr Stegmann vorgebracht hat, denn ich glaube, ich würde Herrn Stegmann auch durch längere Ausführungen nicht von seiner Stellungnahme gegenüber unserer Vorlage abbringen. — Es ist nicht richtig, daß lediglich die Schwierigkeiten, die sich bei Erledigung der Ansprüche zweier Beamten herausgestellt haben, der Grund für Einbringung der Vorlage des Rats gewesen sind. Schon bei der Vorbereitung der Wahl, als wir noch nichts davon wußten, daß diese Schwierigkeiten hervortreten würden, haben sich solche anderer Art herausgestellt. Ich habe die Herren, welche die Wahl zu leiten hatten, bewundert, mit welcher Sorgfalt und Ausdauer sie versucht haben, die Sache ins rechte Gleis zu bringen. Herr Stegmann irrt sich ferner, wenn er meint, daß der Rat beabsichtige, mit Bezug auf die — wie er sich ausdrückte — mittelalterliche Städteordnung das Gesetz zu Fall zu bringen. Zunächst ist die Städteordnung nicht mittelalterlich; sie stammt aus dem Jahre 1892, also so sehr alt ist sie noch nicht. Sodann mache ich darauf aufmerksam, daß der § 83 dieser Städteordnung noch nicht aufgehoben ist, also noch zu Recht besteht. Die Sache ist so, daß durch Volksentscheid ein Mitglied des Rates gezwungen werden kann, aus dem Amt zu scheiden, und daß daneben noch der vereinigten Versammlung des Rates und der Stadtverordneten das Recht zusteht, ein Ratsmitglied gegen seinen Willen zu pensionieren. Das eine soll nicht durch das andere beseitigt werden. Herr Stegmann meinte, bei Festsetzung einer Amtsdauer der besoldeten Ratsmitglieder von 12 Jahren würden der Stadt erhebliche Kosten entstehen. Das kann nur so gemeint

sein, daß die Stadt ein Ratsmitglied, das unter solchen Bestimmungen gewählt wird, für längere Zeit auf dem Halse hat. Gerade um das zu vermeiden, haben wir hingewiesen auf § 83 der Städteordnung, der uns in dieser Hinsicht zu Hilfe kommt. Nach diesem Paragraph kann die vereinigte Versammlung einen solchen Beamten, den sie nicht im Dienste behalten will, in den Ruhestand versetzen.

Sodann hat sich Herr Stegmann dagegen ins Zeug gelegt, daß die Stadtverordneten das Recht haben sollen, die besoldeten Ratsmitglieder zu wählen. Ich muß offen gestehen: Aus dem Munde eines Stadtverordneten klingt mir das etwas wunderbar, denn ich sollte meinen, jeder Stadtverordnete sollte erfreut darüber sein, wenn ihm ein solches Recht vom Gesetz beigelegt wird. Es ist ein wichtiges und auch ein demokratisches Recht, daß die Stadtverordneten die Beamten der Stadt wählen. Diese Einwendung braucht also keinen Grund abzugeben, gegen die Änderung des Gesetzes zu sprechen.

Daß die Verhältniswahl bei der Besetzung dieser Stellen nicht möglich ist, hat Herr Stegmann selber anerkannt, und ich freue mich besonders über dies Anerkenntnis. Daraus folgt ohne weiteres, daß in dieser Beziehung das Gesetz geändert werden mußte.

Es sind die beiden Punkte: Dauer des Amtes und Art des Wahlverfahrens, welche als nicht im Interesse der Stadt liegend bezeichnet werden müssen. Herr Stegmann kann überzeugt sein, daß nicht reaktionäre Gesinnung, sondern lediglich die Rücksicht auf das Wohl der Stadt uns veranlaßt hat, Ihnen den Antrag zu unterbreiten.

Stadtv. **Frede:** Herr Stegmann wundert sich, daß wir Bürgerlichen und Mehrheitssozialisten die Stellung einnehmen, welche in der Vorlage des Magistrats gekennzeichnet ist. Ich meine: Umgekehrt wird ein Berg daraus; es ist wunderbar, daß von jener Seite heute diese Ausführungen gemacht werden. Es sind doch nicht bloß Schönheitsfehler, die dem Gesetz über die Wahl der Mitglieder des Rates der Stadt anhaften, sondern wiederholt ist das Gesetz einer vernichtenden Kritik unterworfen gewesen. Ich erinnere daran, daß Herr Lehnert in seiner temperamentvollen Weise den Vorwurf aussprach, daß die Mehrheitssozialisten das Gesetz verschuldet hätten. Es sind viele Widersprüche gegen das Gesetz laut geworden, um so mehr muß man sich wundern, daß die Kollegen von der äußersten Linken heute geschlossen einen anderen Standpunkt einnehmen. Wenn die Herren, die sich früher so sehr gegen das Gesetz ausgesprochen haben, heute anders denken und sprechen, so kann mir das nur leid tun. (Zuruf Stegmann: Sie sind im Irrtum!)

Es sind, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, wesentlich zwei Punkte, die uns bewegen müssen, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen. Der Magistrat kommt

sicher nicht aus selbstfüchtigen Gründen dazu, uns einen solchen Antrag vorzulegen, sondern nur auf Grund der Kritik, die allgemein gegen das Gesetz hier ausgeübt worden ist. Ich muß als Stadtverordneter mindestens dasselbe Recht gegenüber der Stadtverwaltung beanspruchen, wie ein Landtagsabgeordneter gegenüber der Regierung des Landes. Ich arbeite als Stadtverordneter mit dem Räte zusammen, weiß deshalb, wie die Herren zu beurteilen sind, und muß das Recht haben, den Rat der Stadt als Stadtverordneter mit zu wählen. Der Stadtverwaltung völlig fernstehende Kreise der Bevölkerung und die Bevölkerung im allgemeinen ist nicht so sehr wie gerade die Stadtverordneten imstande, ein Urteil in der Wahl der Ratsmitglieder abzugeben.

Dann die zwölfjährige Amtsdauer. Herr Stegmann gibt zu, daß wir bei einer nur dreijährigen Amtsdauer etwas mehr an Gehältern aufzuwenden haben werden. Es handelt sich aber nicht um etwas mehr, nein, das kostet ungeheuer viel mehr an Gehältern, was wir als Äquivalent für die kurze Amtsdauer aufwenden müssen. In dem Ausschuß über die Festsetzung der Gehälter der Magistratsmitglieder, dem ich angehöre und über dessen Verhandlungen ich nachher berichten werde, habe ich ausgeführt, daß in Preußen, wo eine zwölfjährige Amtsdauer festgesetzt ist, die bei der Wiederwahl in eine lebenslängliche Anstellung übergeht, ganz andere Gehälter gezahlt werden müssen, als hier bei uns, wo die Anstellung auf Lebenszeit ausgesprochen wurde. Wir sehen daran, wie die Unsicherheit der Lebensstellung einen Ausgleich sucht in der Bemessung des Gehaltes, und dieser Ausgleich ist ungeheuer groß. Wenn wir nun die Verhältnisse so verschieben, daß wir als Amtsdauer nur drei Jahre haben und andere Unsicherheiten der Stellung gegenüber Preußen schaffen, dann müssen wir selbstverständlich weit tiefer in den Geldbeutel greifen, wenn wir tüchtige Kräfte haben wollen. Wohin kommen wir dann mit unseren Finanzen? Allein diese beiden Gründe sollten uns schon dahin führen, zum Wohl der Allgemeinheit für den Antrag des Rates zu stimmen.

Stadtv. Warendorf: Meine Damen und Herren! Ich hatte geglaubt, daß sämtliche Parteien nun, nachdem wir die Wahl des Rates der Stadt hinter uns haben, die Einsicht gewonnen hätten, daß es so nicht weitergehen kann. Es muß doch anerkannt werden, daß das ganze Verfahren der reine Humbug war.

Vorsitzender: Ich möchte aber doch bitten, solche Ausdrücke hier in der Versammlung zu unterlassen. Es handelt sich um eine Gesetzesvorlage, und es war nötig, das Gesetz der Wahl zu befolgen. Ein solcher Ausdruck gegenüber der Wahlhandlung geht doch zu weit.

Stadtv. **Wahrendorf** (fortfahrend): Ich habe geglaubt, mich vollständig ausdrücken zu sollen, und bin der Meinung, die Herren von der Gegenseite drücken sich noch drastischer aus. Sodann kann man wohl einen solchen Eindruck von den Zuständen in der heutigen Zeit gewinnen, denn heute kann man sich ja fast alles erlauben. Wir könnten eigentlich mit dem Erfolge des Gesetzes zufrieden sein, denn je mehr Sie solche Gesetze zustande bringen, um so mehr führen Sie Ihre Wähler in unsere Kreise wieder zurück. Aber es ist eine Tatsache, daß sie von uns aus nicht zu überzeugen sind. Die Bürgerschaft steht auf dem Standpunkt, daß die Wahlen nicht in der Weise vor sich gehen können, wie Sie es sich gedacht haben. Es wird gesagt, die Wahl sei auf demokratischen Grundsätzen aufgebaut. Das kann das Volk aber nicht anerkennen, denn es sind lediglich die Parteien gewesen, die ihre Kandidaten an die Stellen setzen konnten. Nur die von den einzelnen Parteien bestimmten Herren konnten gewählt werden, und das kann man nicht eine Wahl nach demokratischen Grundsätzen nennen. In der Stadtverordnetenversammlung haben wir Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, was für Herren in unserer Stadtverwaltung nötig sind, und danach kann man sich ein Urteil bilden, welche Herren als Mitglieder des Rates der Stadt zu wählen sind. Jedenfalls wird meine Partei dafür stimmen, daß die Ansicht des Magistrats in dieser Sache zur Durchführung kommt.

Stadtv. Dr. **Regensburger**: Meine Damen und Herren! Wenn es ein alter Erfahrungsgrundsatz ist, daß eine schlechte Sache mit langen Ausführungen verteidigt werden muß, eine gute aber nur mit wenigen Worten verteidigt zu werden braucht, dann muß das Gesetz, um das es sich heute handelt, nach der Länge der Ausführungen des Herrn Stegmann zu urteilen, sehr schlecht sein. Und in der Tat bin ich der Meinung, daß dieses erste Kind der Revolution auf dem Gebiete der städtischen Selbstverwaltung eine Mißgeburt ist, und möchte wünschen, daß die kommenden Kinder dieser Zeit etwas mehr Schönheit aufweisen.

Wenn Herr Stegmann meinte, daß die demokratische Partei in ihrer Stellungnahme inkonsequent sei, so ist diese Meinung nicht richtig, und ich habe mich hauptsächlich zum Worte gemeldet, um diese Behauptung zurückzuweisen. Es gibt selbstverständlich bei jeder wichtigen Frage in jeder Partei Mitglieder, die eine abweichende Stellung einnehmen, und so haben auch einige Freunde von uns geglaubt, den demokratischen Gedanken ganz durchdenken zu sollen, indem sie sich den Bestimmungen über die Wahl der Ratsmitglieder durch das Volk anschließen. Die Partei in ihrer erdrückenden Mehrheit aber war der Meinung, daß es durchaus nicht die reine

Demokratie bedeute, einfach die Wahl durch das Volk auf alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens zu übertragen. Ein Mitglied unserer Partei allerdings — das gebe ich unumwunden zu — hat in der Kommission des Landtages eifrig daran gearbeitet, dieses Gesetz auf Grund der Volkswahlen zu schaffen. Aber es war eine völlige Eigenbrötlerrolle, die der Betreffende gespielt hat, und ich persönlich, der ich auch jener Kommission des Landtages angehörte, habe mich nicht dazu verstehen können, diesen Gedanken meines eigenen Parteifreundes zu fördern. (Zuruf: Das war zu demokratisch!) Nein, Herr Benzen, es war zu unvernünftig! (Heiterkeit.)

Sodann möchte ich bemerken, daß den unabhängigen Sozialdemokraten mit einem viel größeren Recht Inkonsequenz vorgeworfen werden könnte. Es ist Ihnen hier schon vorgehalten, daß sie gar nicht daran gedacht haben, bei Beratung der vorläufigen Verfassung des Freistaates Braunschweig die Wahl des Rates der Volksbeauftragten durch den Landtag irgendwie zu beanstanden. Heute sagt Herr Stegmann: Ja, das war ein Fehler, den wir damals übersehen haben. Wenn die Wahl durch das Volk nun aber ein so grundlegendes demokratisches Prinzip ist, wie Herr Stegmann meint, dann kann man so etwas nicht übersehen. Man kann wohl in Nebensachen vergessen, einen Punkt in einem Gesetz zur Durchführung zu bringen, aber ein grundlegendes Prinzip zu übersehen, das ist schlechterdings unmöglich, oder es zeugt das von einer ziemlich weitgehenden Urteilslosigkeit in politischen Dingen.

Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit lag die Sache so: Als die vorläufige Verfassung des Freistaates beraten wurde, haben die unabhängigen Landtagsmitglieder eingesehen, daß es schlechthin nicht einfach angehe, das demokratische Prinzip in hoher Schule zu reiten, bis der Gaul schließlich zu Tode gehegt ist, in dem er einen Salto mortale machen muß, sondern sie haben eingesehen, daß die Wahl der Volksbeauftragten durch den Landtag das Gegebene ist, und weiter, daß nicht schlechthin jeder Beamte durch Volkswahl zu wählen ist. Wo ist denn da die Grenze? Schließlich müßten die Unabhängigen dafür sein, daß jeder Beamte, der die Funktionen einer Staatsautorität auszuüben hat, jeder Schuhmann, jeder Nachtwächter, jeder Pedell in einem öffentlichen Gebäude durch Volksabstimmung gewählt wird. Entweder das Prinzip wird restlos durchgeführt oder, man muß prüfen, ob es im einzelnen Falle anwendbar ist. Es ist zu betonen: Wenn eine Stadtverordnetenversammlung so demokratisch zusammengesetzt ist wie diese hier, und wenn dann diese den Rat der Stadt wählt, so ist damit jeglicher vernünftigen demokratischen Empfindung voll Genüge geschehen. Es ist dann lediglich ein gewisses Filtrierungs- und Siebungsverfahren zur Anwendung gebracht, das aber durchaus nicht das Prinzip beeinträchtigt, und das die Gewähr dafür gibt, daß die durch die Stadt-

verordneten gewählten Ratsmitglieder das Vertrauen der Bevölkerung haben. Deshalb hat meine Fraktion im Landtage — das führe ich an, um den Herren Stegmann und Wesemeier es unmöglich zu machen, gegen uns den Vorwurf der Inkonsequenz vorzubringen — durch Herrn Dr. Bracke denselben Antrag wie in der heute zur Beratung stehenden Vorlage bei dem Landtage gestellt. Schon damals haben wir beantragt, die Mitglieder des Rates der Stadt durch die Stadtverordneten wählen zu lassen, und haben auch andere Vorschläge gemacht, die sich im großen und ganzen mit dem decken, was heute der Rat der Stadt vorschlägt. Deshalb handeln wir nur folgerichtig, wenn wir der Vorlage des Rates zustimmen.

Wenn nun von einem Herrn der unabhängigen Partei gesagt ist, daß dieses Gesetz doch schlecht sei, und daß die Mehrheitssozialisten und wir das mitverschuldet hätten (Zuruf: Sehr richtig!), so antworte ich: Nein, das trifft nicht zu, aber das Unbehagen über Ihr eigenes geistiges Produkt wird schließlich so groß, daß es sich auch in Ihren Kreisen regt. Ich kann mitteilen, daß ich von Freunden Ihrer Partei Urteile gehört habe, die dieses Gesetz mit Recht als ein schlechtes bezeichnen, und es sucht nun einer dem andern die Schuld daran zuzuschieben. Ich möchte feststellen: Es sind hier Persönlichkeiten im Saale, die aus den Verhandlungen in der Kommission des Landtages bezeugen können — auch der Herr Oberbürgermeister war mit dabei —, wie wir uns bemüht haben, das Gesetz in eine vernünftige Form zu bringen, aber immer saß die Peitsche hinter uns. Es wurde uns ohne Unterlaß erklärt: „Bis zum Ersten des kommenden Monats muß das Gesetz erl. digt sein, das verlangen die Volksmassen.“ Und wenn man darauf sagte: „Es sind noch wichtige Fragen zu klären, und ein solches wichtiges Gesetz bedarf der eingehenden Beratung,“ dann wurde immer wieder die Peitsche geschwungen und wurde gesagt, daß das Gesetz binnen kurzem fertiggestellt sein müsse.

Vorsitzender: Ich muß den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit für ihn nicht länger bemessen werden kann als für die anderen Herren.

Stadtv. Dr. **Regensburger** (fortfahrend): Nur deshalb ist das Gesetz ein solches geworden, wie es jetzt vor uns liegt. Ich kann erklären, daß meine Freunde in Konsequenz ihrer früheren Stellungnahme die Vorlage mit Freuden begrüßen, und möchte der Vorlage den Wunsch mit auf den Weg geben, daß durch sie der Erfolg erzielt wird, den sie anstrebt.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Meine Damen und Herren! Bekanntlich stehe ich der Entwicklungsgeschichte des Gesetzes über die Wahlen der Vorsteher und Mitglieder

des Rates in den Städten sehr nahe. Ich muß anerkennen, daß das Gesetz große Mängel hat, kann aber weder der Ansicht des Herrn Wahrendorf beipflichten, daß eine Wahl nach diesem Gesetz Humbug ist, noch der Meinung des Herrn Dr. Regensburger, daß dieses Kind der Revolution eine Mißgeburt sei. Herr Wahrendorf irrt sich durchaus, wenn er meint, eine solche Wahl sei deshalb undemokratisch, weil die Wähler diejenigen hätten wählen müssen, die ihnen von den politischen Parteien vorgeschlagen worden seien. Weiter kann man vernünftigerweise doch in den Erleichterungen zur Aufstellung von Kandidaten nicht gehen, als daß man einer Gruppe von 25 Wählern freistellt, eigene Vorschläge zu machen. Es könnte allerdings noch weiter gehen insofern, als festgesetzt würde, daß jeder, ohne an Vorschläge gebunden zu sein, einfach an den Wahlstisch herantritt und die bestimmte Zahl der zu Wählenden für sich selber ausfücht. Wenn Herr Wahrendorf so etwas lieber sieht, dann möge man das versuchen, aber Herr Wahrendorf wird dann noch mehr toben. Herr Dr. Regensburger meint, das Kind tadeln zu müssen, weil es die Fehler aufwiese, deren Aufzählung in der Ratsvorlage enthalten ist. Es ist aber doch richtig, und Herr Dr. Regensburger hat es vorbeugend auch anerkannt, daß seine Parteifreunde mit an der Wiege dieses Kindes gestanden haben (Widerspruch des Stadtverordneten Dr. Regensburger), oder daß sie dazu beigetragen haben oder beitragen wollten, daß das Gesetz noch weiter ausgestellt werden sollte. Wenn er darauf hinweist, daß im Landtag schon ein Unfall seiner Freunde erfolgt ist, so ist das doch keinesfalls in der Weise geschehen, daß die demokratische Fraktion des Landtages sich alle die Vorwürfe zu eigen gemacht hat, die der Rat gegen das Gesetz glaubt erheben zu können. Auch ich hätte erwartet, daß die Demokraten etwas von der Begründung der Ratsvorlage abgerückt wären, denn diese schüttet das Kind mit dem Bade aus, sie geht weit über das berechtigte Maß hinaus.

Im übrigen habe ich mich gefreut, in Herrn Stegmann einen Freund des Gesetzes zu entdecken, denn gerade nach den früheren Ausführungen des Herrn Lehnert hatte ich gemeint, auch bei jener Partei wäre kein Freund des Gesetzes mehr vorhanden; es wollte eigentlich niemand zu der Vaterschaft des Gesetzes sich bekennen. Wenn auch von jener Seite her immer wieder gedrängt wurde, es müsse unbedingt schon zum 1. Juli oder doch möglichst bald Gemeindewahlen geben, und ich Herrn Kollegen Dr. Regensburger zugebe, daß die verhältnismäßig schnelle Erledigung und die Art der Beratungen, unter denen dieses Gesetz entstanden ist, mit dazu beigetragen haben, diese Unschönheiten und Unebenheiten, die in dem Gesetz vorhanden sind, hineinzubringen, so ist doch die Zeit der Beratung des Gesetzes immerhin nicht kurz gewesen. Es sind vier Monate darüber ins Land gegangen, und ich kann der Stadtverwaltung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie, wenn sie meinte, daß aus dem Gesetze solche Nachteile für unsere Stadt zu erwarten seien, sich nicht rechtzeitig ge-

rührt und gesagt hat: Was da werden soll, kann sich für unsere Stadt nicht eignen. Der Herr Oberbürgermeister war in der Lage, das Gesetz in seiner Entstehung mit anzusehen, denn er war Landtagsabgeordneter und hatte Gelegenheit, die werdenden Dinge kommen zu sehen. Wie aber hat man gehört, daß von Seiten der Stadt gemeint wurde, daß das Gesetz in der vor auszusehenden Weise nicht entstehen dürfte. Es ist also vielleicht auf allen Seiten bei der Entstehung dieses Gesetzes gesündigt worden.

Nun stimmen meine Freunde der Vorlage immerhin zu einem gewissen Teile zu, weil wir anerkennen, daß gewisse Mängel in dem Gesetz enthalten sind. Wir stimmen zunächst darin zu, daß wir wünschen, die unmittelbare Volkswahl durch die mittelbare Volkswahl ersetzt zu sehen. Herr Stegmann wird vielleicht sagen, das sei seinem Programm zuwider. Ich wäre sehr begierig, sein Programm auf dem Kommunalgebiete kennenzulernen. Ich glaubte, sein Programm, wie es von seinen Freunden vertreten wird und wie es im Wahlkampf abgedruckt ist, enthalte den Grundsatz, daß der Gemeindeausschuß mittelbar die Gemeindevertretung wählen solle. Wenn dies im Wahlkampf als Programm der unabhängigen Sozialdemokratie dargelegt ist, so sagt Herr Stegmann: Trotzdem ist es unsinnig; es müßte die Wahl dieser Beamten unmittelbar durch das Volk geschehen. Sein Programm ist jedenfalls nicht das Programm, das uns im Wahlkampf vorgeführt ist. Es haben andere Herren einmal gesagt: Solche Programme macht man nur bei Gelegenheit von Wahlen, sonst macht man die Sache anders. Man könnte hier vielleicht den Vorwurf machen, in unserm Programm stünde: Wir wünschen die Wahl der Beamten durch das Volk, und hier spreche ich dagegen. Aber die Wahl der Beamten durch das Volk wünschen wir nach unserm Programm auch jetzt, jedoch steht nicht darin, ob das mittelbar oder unmittelbar geschehen soll. Es wird von den praktischen Erfahrungen abhängen, ob man die mittelbare Wahl gegenüber der unmittelbaren bevorzugen soll, und für mich ist bei der Entscheidung in diesem Falle die Betrachtung maßgebend, daß doch zwischen dem Rat der Stadt und den Stadtverordneten ein einmütiges, einheitliches Zusammengehen wünschenswert ist, und deshalb soll der Rat der Stadt ähnlich zusammengesetzt sein wie die Stadtverordnetenversammlung. Der Rat soll gewissermaßen im kleinen ein Spiegelbild von der Stadtverordnetenversammlung geben. Es geht nicht an, daß der Rat der Stadt anders zusammengesetzt ist als die Stadtverordnetenversammlung, sonst wird nie ein gedeihliches Zusammenwirken möglich sein. Nehmen wir an, es seien durch die Volkswahl Ratsmitglieder entgegen der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung gewählt — es ist das sogar in einigen Städten des Landes eingetreten —, dann ist es sehr fraglich, ob eine gedeihliche Verwaltung der Geschäfte der Stadt sich daraus entwickeln kann, denn die Verwaltung der Stadt hängt ab von dem Zusammenwirken der beiden Faktoren der Verwaltung. Deshalb glaube ich, daß

es richtig ist, den Rat der Stadt als Beauftragte der Stadtverordnetenversammlung durch die Stadtverordneten wählen zu lassen, ähnlich wie der Rat der Volksbeauftragten von den Landtagsabgeordneten gewählt wird, von deren Vertrauen sie getragen sein sollen, und in deren Sinn sie die Verwaltung führen sollen. Wenn man dies dem Gesetz nach nicht tun muß, so kann man es jedenfalls, und es hat den Vorzug, daß dann die Verwaltung reibungsloser arbeitet. Wir halten diese Anregung für nachprüfenswert, und darum sollte eine Vorststellung an den Landtag gerichtet werden, ob Raum geschaffen werden soll, in diesem Sinn verfahren zu können, und das Gesetz geändert werden soll.

Wir glauben, auch ändern zu sollen hinsichtlich der Amtszeit der in Betracht kommenden Ratsmitglieder, und zwar wesentlich mit Rücksicht auf die finanzielle Wirkung der Bestimmung der Amtsdauer, und dann auch hinsichtlich der Eignung der Personen. Wir werden in der Auswahl der Personen für diese Ämter immer mehr beschränkt werden, je mehr wir reine Prinzipien durchführen und versuchen, in unserm kleinen Braunschweiger Ländchen eigenbrötlerisch etwas für uns zurecht zu machen. Die Verwaltungsbeamten, die tüchtigen Kommunalbeamten sind nicht zu zahlreich gesät, und wir werden die Herren, die zur Führung der Verwaltung tüchtig sind, von den braunschweigischen Gefilden fernhalten, wenn wir ihnen ungünstige Anstellungsbedingungen bieten. Allein diese Betrachtung ist einschneidend genug, um zu sagen: Man soll einer großen Stadt des Landes die Möglichkeit geben, unter Umständen nach ihrem Ermessen, wie sie die engeren Stadtverhältnisse ansieht, für die Ratsmitglieder eine längere Amtszeit vorsehen zu können. Ich halte es deshalb auch erwünscht, zu erwägen, ob das Gesetz nicht in diesem Punkte reformiert werden kann.

Die anderen Punkte, die in der Vorlage unter 3, 4, 5 und 6 aufgeführt sind halte ich für abwegig, und meine Freunde und ich können sie nicht unterstützen. Es ist zuzugeben, daß Stichwahlen, wie sie in Punkt 3 behandelt werden, nicht angenehm sind. Sie sind aber ein notwendiges Übel, wenn man nicht einfach auch ohne Stichwahl die Entscheidung treffen lassen will. Dann könnte aber noch viel mehr das Ergebnis gezeitigt werden, daß jemand gewählt wird, der nur eine verschwindende Mehrheit hinter sich hat, besonders in dem Falle, wenn bei der Wahl eine große Zersplitterung der Stimmen eingetreten ist. Daß die Vornahme einer Stichwahl unerquicklich ist, ist zuzugeben, man wird so etwas aber nie ganz vermeiden können.

Die Vereinigung der Wahl auf einen Wahlzettel ist einer Anregung des Herrn Stegmann zu verdanken, und sie hat sich, wie ich glaube, durchaus bewährt. Eine andere Anordnung würde nur die sein können, daß man so viel Stimmzettel abgeben läßt, als Leute gewählt werden sollen, und ob es den Wählern angenehmer sein würde, sieben Wahlurnen nebeneinander zu haben oder an sieben verschiedenen Tagen

zur Wahl zu gehen, das möchte ich doch bezweifeln. Da ist der eine Stimmzettel doch wenigstens eine Erleichterung gegenüber dem andern Verfahren.

Ähnlich steht es mit den andern Bemängelungen; sie fallen alle dahin, wenn es der Stadt ermöglicht wird, die Ratsmitglieder durch die Stadtverordneten wählen zu können. Ich glaube deshalb, nicht näher auf sie eingehen zu brauchen. Wesentlicher schienen mir — und ihre Erwähnung hatte ich von der Vorlage des Rates erwartet — die anderen Mängel, die sich bei Gewinnung der Anwärter herausgestellt haben, insbesondere die Art der Versorgung der Ratsmitglieder, wenn sie dienstunfähig werden, und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen. Es schlägt das mehr zu Buche als das andere, und ich würde es begrüßen, wenn auch in dieser Hinsicht eine Anregung an die gesetzgebenden Stellen gegeben wird, in der nach der einen oder anderen Richtung Wünsche geäußert werden können. Die Besserung der Bezüge der Ratsmitglieder konnte füglich auch vorher geschehen. Es ist in den Verhandlungen über das Gesetz gesagt, daß diese Bezüge festzusetzen Sache der Gemeinde ist, und ich sehe nicht ein, was die Stadt dazu zwingt, das erst nach der Wahl vorzunehmen. Das konnte ebensogut vorher erfolgen, dann wußte jeder Anwärter, zu welchen Bedingungen man gewillt war. Soweit aber die Pension und die Hinterbliebenenversorgung in Frage kommt, sind wohl doch Anregungen nötig, und da ich von dem Herrn Berichtserstatter nichts darüber gehört habe und nicht weiß, ob sich der Ausschuß damit befaßt hat, so möchte ich anregen, die Angelegenheit an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Der Magistrat existiert ja nun wohl nicht mehr, aber gleichwohl möchte ich auch für den Magistrat insofern eintreten, als ich sage: Man kann es dem Magistrat nicht verdenken, daß er sich nicht an den Landtag und den Rat der Volksbeauftragten mit dem Ersuchen gewandt hat, das Gesetz in dieser Form nicht zu erlassen. Wenn Herr Dr. Jasper meint, er könne dem Rat einen Vorwurf deswegen nicht ersparen, daß er nicht in geeigneter Weise beigetragen hätte, daß das Gesetz nicht in dieser Form erlassen wurde, und daß er deshalb selber mit Schuld an dem Gesetz trüge, so bitte ich zu beachten, daß durch das Gesetz uns allen der Boden unter den Füßen entzogen werden sollte, und daß es auch nach außen einen wunderbaren Eindruck gemacht haben würde, wenn die Mitglieder des Magistrats gegenüber dem, was ihnen bevorstand, versucht hätten, Einfluß zu gewinnen und das Gesetz zu ändern. Wir haben uns im Magistrat selbstverständlich mit dem Entwurf des Gesetzes befaßt, aber wir hielten es doch für nötig, uns zurückzuhalten.

Im übrigen begrüße ich es, daß Herr Dr. Jasper wenigstens in dem Hauptpunkte unsere Vorlage als berechtigt anerkennt. Dabei ist er auf die Stichwahlen zu sprechen gekommen. Ich gebe zu, daß die Stichwahl auch nötig werden kann, wenn

die Stadtverordneten die Wahl vornehmen, aber ich halte es für richtiger, ein anderes Wahlverfahren vorzunehmen als die Stichwahl, wie sie das Gesetz vorschreibt. Wenn hier in der Versammlung zunächst die Wahl nur wiederholt wird, dann kommt etwas Besseres dabei heraus, und es gibt auch noch andere Wahlverfahren, die angewendet werden könnten, doch will ich darauf nicht eingehen.

Herr Dr. Jasper hat ferner darauf hingewiesen, daß die Regelung der Gehaltsverhältnisse recht gut vor der Wahl hätte durchgeführt werden können. Wir haben schon in der Vorlage gefragt, wer das hätte machen sollen. Die Fraktion, die den Kandidaten aufstellt, kann keine Zusicherungen erteilen, und wenn eine größere Zahl von Kandidaten aufgestellt wird, so ist es fast unmöglich, mit jedem einzelnen seitens des Magistrats ein Abkommen zu treffen, indem gesagt wird: So und so soll verfahren werden, wenn Du gewählt werden solltest. Das ist eine Aufgabe, die die städtischen Behörden gemeinsam erledigen müßten. (Zuruf: Durch Satzung!) Eine Satzung darüber haben wir wohl, aber die Schwierigkeiten sind hauptsächlich dadurch entstanden, daß jetzt plötzlich die lebenslängliche Anstellung mit der Hinterbliebenenversorgung weggefallen ist, und dadurch die Herren, denen beides vorher zustand, in eine üble Lage gekommen sind.

Wenn Herr Dr. Jasper schließlich noch eine Anregung wegen der Hinterbliebenenversorgung vermißt, so kann ich erklären, daß wir uns vorgenommen hatten, uns dieshalb direkt mit dem Rat der Volksbeauftragten ins Einvernehmen zu setzen. Ich bin der Ansicht, daß es der Billigkeit entspricht, das Gesetz über die Hinterbliebenenversorgung zu ändern, um Härten zu vermeiden.

Stadtv. Salomon: Meine Damen und Herren: Im Gegensatz zu manchem der Herren Vorredner werde ich mich ganz kurz fassen. Offenbar will Herr Stegmann als guter Pate seine Hand schützend über sein Patentkind halten, wenn es in Gefahr ist, und das kann man verstehen. Nun aber hat er der Demokratie den Vorwurf gemacht, sie sei ein wandelbarer Begriff. Das muß ich zurückweisen. Als guter Demokrat mache ich allerdings das nicht mit, was nach außen hin als demokratisch hingestellt wird, es in Wahrheit aber nicht ist. Undemokratisch ist nach meiner Überzeugung die allgemeine, gleiche und direkte Wahl für sämtliche Ratsmitglieder. Wie recht ich habe und wie sich in diesem Falle das Wort bewahrheitet: „Eines schickt sich nicht für alle,“ das zeigt die Wahlbeteiligung. Sie ist in meinen Augen das Barometer gewesen, an dem ich messen konnte, wie weit das Interesse der gesamten Einwohnerschaft in Bezug auf die Ausübung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bei der Wahl für sämtliche Ratsmitglieder geht. Das Interesse ist ein so mangelhaftes gewesen, daß uns das unbedingt die Augen öffnen muß. Ich ersuche Sie nochmals, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen, aber nicht beizustimmen,

daß die Sache nochmals an die Kommission zurückverwiesen wird, sondern dafür einzutreten, daß wir einen endgültigen Beschluß zustande bringen.

Stadtv. Stegmann: Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, die Städteordnung stamme aus dem Jahr 1892, sei also keine mittelalterliche, so will ich darauf erwidern, daß sie trotzdem eine ganze Menge Bestimmungen enthält, die einen mittelalterlich anmuten. Sodann meinte der Herr Oberbürgermeister, die Stadtverordneten sollten froh darüber sein, daß ihnen angeboten würde, ihrerseits die Mitglieder des Rates der Stadt zu wählen, und sie sollten das nicht von der Hand weisen. Darauf ist zu sagen: Höher als der persönliche Ehrgeiz muß uns das Prinzip stehen.

Herr Dr. Regensburger ist der Ansicht, seine Partei hätte nicht inkonsequent gehandelt, aber ich meine doch, daß von Herrn Abgeordneten Bracke, der sich der öffentlichen Meinung angeschlossen hat, in den Kommissionsitzungen im wesentlichen derselbe Standpunkt vertreten worden ist, den wir vertreten haben. Und wenn Herr Regensburger glaubte, einen besonderen Trumpf auszuspielen zu können, indem er sagte, in der vorläufigen Verfassung des Freistaates Braunschweig sei dieses Prinzip der Volkswahl der leitenden Personen nicht anerkannt, so weiß er doch, wie es dazu gekommen ist. Es ist in der Überstürzung einfach ein Fehler gemacht worden. Die erste Regierung wurde plötzlich abgelöst und in demselben Moment die vorläufige Verfassung durchgepeitscht, und dadurch ist es gekommen, daß die Bestimmungen über die Wahl der Volksbeauftragten in dieser Weise abgefaßt wurden. Einen weiteren Trumpf glaubte Herr Dr. Regensburger damit auszuspielen zu können, daß er sagte, nach dem Prinzip, wie ich es vertrete, müßte auch jeder Schutzmann und jeder Bedient einer Behörde vom Volk gewählt werden. Ich weiß nicht, was ich zu einer solchen Ansicht sagen soll. Wenn Sie mit Vorbringung solcher Sachen die Demokratie lächerlich machen wollen, so mögen Sie das tun; wir stehen auf einem andern Standpunkt.

Unbehagen gegenüber dem Gesetz haben wir nicht empfunden und haben nur darauf gesehen, daß durchgeführt wird, was das Gesetz fordert. Daß das Gesetz Mängel enthält, erkennen auch meine Freunde an, und wenn Herr Lehnert in seiner temperamentvollen Weise über das Ziel hinausgeschossen hat, so vertritt er damit doch in seiner Weise die Ansicht der gesamten Fraktion. Ich frage meine Fraktionsgenossen, ob wir Veranlassung haben, über dies Gesetz Unbehagen zu empfinden. (Zuruf des Stadtv. Dr. Jasper: Dann sind Sie also ein Freund des Gesetzes?) Das ist selbstverständlich der Fall, wie ich hier schon erwähnt habe. Wir alle, die wir auf dem Boden der Demokratie stehen, müssen Freunde dieses Gesetzes sein, aber das schließt nicht aus, daß wir seine Mängel anerkennen.

Wenn Herr Dr. Jasper auf das Wahlprogramm verwies und mich damit abführen zu können glaubte, daß unser Parteifreund Wurm in seinem Wahlprogramm den andern Vorschlag gemacht habe, daß die Stadtverordnetenversammlung die Ratsmitglieder wählen sollte, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß für uns das Kommunalwahlprogramm gilt, das auf dem Parteitage aufgestellt ist. Wenn andere Vorschläge gemacht werden und sie werden von uns zum Teil gutgeheißen, so ist damit nicht gesagt, daß deshalb unser Kommunalprogramm nicht mehr gelte, und Herr Dr. Jasper wird darin finden, daß die allgemeinen Wahlen durch das Volk, soweit die Gemeinden in Betracht kommen, auch auf die Wahlen der Ratsmitglieder angewandt werden sollen, nicht aber auf alle anderen Beamten.

Was die Eigenbrötlerei in unserm kleinen Ländchen betrifft, wodurch ungünstige Bedingungen für die Heranziehung der Verwaltungsbeamten erzielt werden sollen, so wäre es zweifellos anders gekommen, wenn die Reichsregierung nicht die Errungenschaften der Revolution niedergekämpft hätte, und zwar mit Hilfe der Freunde des Herrn Dr. Jasper. Dadurch ist es gekommen, daß der Versuch gemacht wird, die Fortschritte, die in dem Ländchen Braunschweig gemacht sind, zurückzudrängen. Uns können Sie deshalb keinen Vorwurf machen, Sie selbst sind schuld daran, daß wir darin keine Fortschritte gemacht haben, und daß es auch in andern Ländern nicht weiter vorwärts gegangen ist.

Ich sehe keine Veranlassung, von unserem Standpunkte abzugehen. Ich habe anerkannt, daß das Gesetz wohl Mängel hat, bin aber der Ansicht, daß man die Sache nicht übers Knie brechen kann, wie es hier verlangt wird. Wenn das Gesetz geändert werden soll, damit es wird, wie es sein sollte, so müßte eine gründliche Beratung im Landtag vorgenommen werden, und darüber würden Wochen und Monate vergehen. Wollen Sie die Wahl so lange aussetzen? Es liegt doch kein Grund vor, die Wahl jetzt nicht vorzunehmen. Wenn über Wahlmüdigkeit gesprochen wird, so frage ich: Warum haben Sie nicht besser dazu beigetragen, daß das Volk über diese Wahl und seine Bedeutung aufgeklärt worden ist? Wir streben danach, daß nicht nur eine öffentliche Aufklärung durch die politischen Parteien erfolgt, sondern auch in der Schule Bürger- und Staatskunde als Unterrichtsfächer eingeführt werden. Man sieht an der Wahlbeteiligung tatsächlich, daß das Volk zu einem großen Teil nicht weiß, um was es sich bei diesen Wahlen handelt. Dazu, daß gute Gesetze geschaffen werden, sollen Sie alle beitragen, aber nicht hinterher nur nörgeln, einfach weil Sie Gegner solcher demokratischer Gesetze sind.

Stadtv. Reigner: Ich glaube, die heutigen langen und vielen Reden haben uns alle von der Güte des Gesetzes überzeugt, so daß eine weitere Besprechung nicht mehr nötig ist. Ich beantrage Schluß der Debatte. — (Der Schlußantrag wird angenommen.)

Stadtv. Frede (zur Geschäftsordnung): Ich möchte Herrn Dr. Jasper bitten, seinen Antrag auf Zurückweisung der Vorlage an die Kommission zurückzuziehen, da der Herr Oberbürgermeister erklärt hat, daß in den von Herrn Dr. Jasper als besonders der Klärung bedürftigen Punkten sich der Rat der Stadt direkt an den Rat der Volksbeauftragten wenden wolle.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich halte trotzdem eine nochmalige Beratung im Ausschuß für wünschenswert und möchte im Falle der Ablehnung dieses Antrages punktweise Abstimmung beantragen. Die Begründung der Stellungnahme zu den von mir beregten Punkten ist so knapp, daß eine Klärung im Ausschuß wohl als nötig erscheint.

Für den Antrag Jasper auf Zurückverweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß stimmt die Mehrheit der Versammlung.

Stadtv. Lehnert (persönliche Bemerkung): Ich möchte mir erlauben, noch persönlich zu erklären, daß ich für jedes Kind, das ich gezeugt habe, meine Vaterschaft nicht verleugnen werde, und es nicht so mache, wie mancher andere, der von dannen schwimmt, wenn die Vaterschaft festgestellt werden soll, wie es auch jetzt so mancher Demokrat macht, der sich jetzt schämt, ein Demokrat zu sein.

10. Beteiligung der Stadt an der Arbeiter-Siedlungs- und Baugesellschaft für das Helmstedter Braunkohlen- und Kaligebiet.

Stadtv. Reißner: Die Arbeiter-Siedlungs- und Baugesellschaft für das Helmstedter Braunkohlen- und Kaligebiet hat den Antrag an den Rat der Stadt gerichtet, er möge sich an der zu begründenden Gesellschaft mit einem Kapital von 5000 Mark beteiligen. Es sollen von dieser Gesellschaft in dem genannten Gebiet Arbeitersiedlungen errichtet werden, und die Stadt Braunschweig hat ein Interesse an dem Wirken dieser Gesellschaft, damit möglichst viele Braunkohlen und Briketts in die Stadt kommen. Der Rat und auch der Finanzausschuß sind der Meinung, daß wir schon aus diesem Grunde die Gesellschaft unterstützen, und ich habe namens der Finanzkommission zu empfehlen, dem Antrage des Rates zuzustimmen, der dahin geht, sich mit einem Kapital von 5000 Mark an diesem Unternehmen zu beteiligen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit diesem Antrage des Finanzausschusses an, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

11. Verpachtung einer Fläche der Domäne Niddagshausen zur Weitergabe in kleineren Stücken an hiesige Einwohner.

Stadtv. Frau Göge: Die geehrte Versammlung wird sich erinnern, daß im Januar und Februar dieses Jahres zwei Anträge dieser Versammlung an den Stadtmagistrat gelangt sind, sich mit der Landesregierung zwecks Pachtung von Parzellen der Domäne Niddagshausen oder anderen Ländereien in Verbindung zu setzen, um dieses Ackerland an kleine Pächter weiterzugeben. Die Stadt ist darauf mit dem Pächter der Domäne Niddagshausen in Verhandlung getreten, und Herr Oberamtmann Mehrhorn, der schon einige Stücke des Gutes an kleinere Pächter selbst vergeben hat, hat sich bereit erklärt, eine Fläche von 9,70 ha zu dem genannten Zwecke an die Stadt abzugeben. Der Plan über diese Länderei und seine Umgebung ist angeheftet, und das fragliche Stück, mit den Buchstaben a b c d umschrieben, befindet sich südlich vom Brotwege, östlich von der Eisenbahn. Das Land soll sich für den genannten Zweck sehr gut eignen und ist auch von der Stadt nicht sehr weit entfernt. Herr Oberamtmann Mehrhorn ist bereit, diese Fläche zu Ende dieses Wirtschaftsjahres aus seiner Bewirtschaftung zu entlassen und gegen Zahlung eines Preises von jährlich 80 Mark für den Morgen an die Stadt zu verpachten. Diese 40 Morgen sollen in Flächen von je $\frac{1}{4}$ Morgen ohne Preisaufschlag von Seiten der Stadt, also zu 20 Mark für den Viertelmorgen an kleine Pächter weitergegeben werden. Der Finanzausschuß gibt der Versammlung anheim, dem Antrage des Rates der Stadt zuzustimmen, daß dieses Land von der Domäne Niddagshausen gepachtet und darauf in der angegebenen Weise an kleine Pächter weitergegeben wird.

Stadtv. Wahrendorf: Ich möchte bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß Herr Oberamtmann Mehrhorn bereit ist, ein weiteres Stück Land, und zwar hinter dem Rußberge, an kleine Pächter weiterzugeben. Es ist vielleicht für manchen Interessenten angenehm, davon zu hören. Eine kleine Fläche soll auch noch für Kleingärten abgeteilt werden.

Stadtbaurat Gebensleben: Mir ist allerdings mitgeteilt, daß Herr Oberamtmann Mehrhorn die Fläche, von der Herr Wahrendorf spricht, schon jetzt an kleine Leute verpachtet hat, und zwar an Unterbeamte der Stadt und des Staates; ich glaube also, daß in der Hinsicht nichts mehr zu machen ist. Der Zweck aber, den die Stadt verfolgt, ist also bereits erfüllt. 20 bis 25 Morgen sind tatsächlich schon in derselben Weise aufgeteilt, wie wir es unsererseits aufteilen würden.

Stadtv. Marschner: Ich möchte mir die Frage erlauben, ob der Preis von 80 M für den Morgen nicht reichlich hoch ist.

Stadtbourat **Gebensleben**: Meine Herrschaften! Wir haben die uns zur Verfügung stehenden Flächen bislang zum Preise von 60 M für den Morgen verpachtet; da wir sie in Viertelmorgen aufgeteilt haben, ist jedes Stück zum Preise von 15 M vergeben. Das ist nun allerdings ein außerordentlich niedriger Preis; man kann nun von Herrn Oberamtmann Mehrkorn nicht verlangen, daß er diese Fläche zu demselben Preis hergibt, während er für andere Flächen, die auch an kleinere Pächter vergeben sind, erheblich mehr als 80 M für den Morgen erhält. Ich erblicke darin schon ein Entgegenkommen, daß er uns diese Fläche zu 80 M abläßt. Nichtsdestoweniger hat sich der Rat der Stadt an die Kammer mit dem Ersuchen gewandt, bei Herrn Oberamtmann Mehrkorn doch darauf einzuwirken, daß die Fläche zu einem niedrigeren Preise als 80 M für den Morgen abgegeben wird. Aber auch die Kammer hat es nicht vermocht, Herrn Mehrkorn zu bewegen, den Preis zu ermäßigen.

Stadtv. Frau **Göge**: Ich darf noch zur Aufklärung bemerken, daß Herr Mehrkorn in einem Schreiben an die Kammer ausdrücklich hervorhebt, es könnte vielleicht scheinen, als wenn der Preis von 80 M für den Morgen ein recht hoher sei, da er selbstverständlich für den einzelnen Morgen eine geringere Pacht bezahle. Er weist aber darauf hin, daß seine Gesamtausgabe für die Pachtung des Klostergrundes sich in keiner Weise durch Abgabe dieses Stückes verringert. Er könnte deswegen nicht weniger Leute halten, auch würde durch die Abgabe des Stückes das für die Bewirtschaftung nötige Inventar in keiner Weise verringert werden, er behalte also genau dieselben Unkosten für lebendes und totes Inventar, wie es bei ihm zu Buche steht, so daß er bei genauer Berechnung an der Verpachtung nichts verdiene, sondern erheblichen Verlust erlitte gegenüber dem, was er daraus ziehen könnte, wenn er es selber bearbeiten lasse.

Stadtv. **H. Niese**: Leicht faßlich für den Laien ist dieser Preis trotz der Ausführungen der geehrten Vorrednerin immer noch nicht, wenn man bedenkt, daß Herr Oberamtmann Mehrkorn selber für den Morgen besten Landes nur 20 bis 30 M bezahlt. Wenn er bei einem nach Glesmarode zu gelegenen Stücke, das sich zum Gemüsebau eignet, 100 M für den Morgen nimmt, so kommt dabei schon ein ganz erheblicher Profit heraus. Ich weiß ja wohl, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo die Landwirtschaft floriert, der Preis für Grund und Boden gestiegen ist. Aber da das Siedlungswesen und die Eigenbewirtschaftung von Grund und Boden eine gewisse Fürsorge erfahren soll, so kann man den Preis, der hier bezahlt werden soll, nur einen hohen nennen, und es scheint, daß der Herr Oberamtmann immer noch ein sehr gutes Geschäft dabei macht.

Stadtrat Langemann: Meine Damen und Herren! Ich möchte mitteilen, daß der Morgen des Landes dieser Domäne, das nach Gliesmarode zu liegt und ebenfalls weiterverpachtet ist, 125 M kostet. Das ist wieder ein Unrecht gegenüber diesen anderen Pächtern, die das neue Stück Land zu 80 M den Morgen erhalten sollen. Ich möchte zur Erwägung stellen, ob sich nicht Mittel und Wege finden ließen, daß dieser hohe Pachtpreis etwas ermäßigt würde, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Es wäre wohl am Platz, auf irgendeine Art und Weise mit Herrn Oberamtmann Rücksprache zu nehmen, daß er uns entgegenkommt.

Vorsitzender: Ich richte die Frage an den Rat, ob dieser Wunsch bei den Verhandlungen noch berücksichtigt werden kann. (Zustimmung seitens des Herrn Stadtbaurats Gebenzleben.)

Die Versammlung stimmt der Erpachtung der fraglichen Fläche der Domäne Ribdagshausen zu.

12. Bewilligung von Beihilfen an Hausbesitzer für Herrichtung von Notwohnungen.

Stadtv. Marth: Bei der Tätigkeit der Wohnungsdeputation, die u. a. auch die Aufgabe hat, Notwohnungen zu schaffen, hat sich herausgestellt, daß es nötig ist, der Deputation Mittel zur Verfügung zu stellen, um in dringenden Fällen Notwohnungen herrichten zu lassen. Die Wohnungsdeputation hat sich dieserhalb an den Magistrat gewandt, ihr für diesen Zweck Mittel zur Verfügung zu stellen, und der Rat der Stadt hat es für richtig gehalten, 30 000 M für diesen Zweck auszuwerfen. Die Baukommission hat sich mit der Sache beschäftigt, sie eingehend geprüft und empfiehlt, der Wohnungsdeputation diese 30 000 M zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Reißner: Meine Herrschaften! Es ist Ihnen die allgemeine Not auf dem Wohnungsmarkt bekannt, doch möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß zum 1. Oktober d. Js. durch das städtische Wohnungsbureau 107 Familien untergebracht sind, davon 36 in Dachwohnungen, d. h. in solchen Wohnungen, die durch Zusammenlegen der vorhandenen Mädchenkammern entstanden sind. Die Hausbesitzer haben in entgegenkommender Weise sich bereit gefunden, die für Herrichtung dieser Wohnungen erforderlichen Arbeiten größtenteils auf ihre eigenen Kosten herstellen zu lassen. Häufig ist aber die Herstellung einer solchen Wohnung nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich, und um daran die Einrichtung an sich nicht scheitern zu lassen, schlägt Ihnen die Wohnungsdeputation vor, den Hausbesitzern Beihilfen zu gewähren.

Es soll durch die Wohnungsdeputation jeder einzelne Fall besonders geprüft werden und nur dann Beihilfe gezahlt werden, wenn es unbedingt notwendig ist. Im übrigen sind noch 55 Familien in Teilwohnungen untergebracht. 15 ganze Wohnungen konnten vermittelt werden und nur 5 Wohnungen waren in städtischen Gebäuden zum 1. Oktober vorhanden. Die geehrten Herrschaften ersuchen aus diesen Zahlen, wie sehr der Privatbesitz an der Herstellung solcher Wohnungen beteiligt gewesen ist. Ich möchte Ihnen deshalb Annahme der Vorlage empfehlen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, der **Vorsitzende** nimmt deshalb das Einverständnis der Versammlung mit der Bewilligung der 30000 M an.

13. Bewilligung von Mitteln zum Ankauf und zur Fertigstellung des Anbaues an die Flugzeughalle.

Stadtv. **Meyerhoff**: Anknüpfend an diese eben behandelte Sache habe ich über eine andere zu berichten, die ebenfalls die Wohnungsnot betrifft. Es sind dort zwei Zeichnungen ausgehängt für einen Anbau an die Flugzeughalle an der Broitzemer Straße. Es wird der Ankauf und die Fertigstellung dieses Anbaues empfohlen. Es handelt sich um ein massives Gebäude, das ursprünglich anderen Zwecken dienen sollte, jetzt zu Wohnzwecken hergerichtet werden soll und das der Stadt zu dem Materialpreise angeboten ist. Der Arbeitslohn für die bisherige Aufstellung des Gebäudes wird also von der Militärverwaltung nicht mitgerechnet. Der Preis stellt sich auf 6766,40 Mark. Bei der Fertigstellung macht die Militärverwaltung darauf aufmerksam, daß diejenigen Unternehmer dafür herangezogen werden sollen, die bei der Ausschreibung durch das Militärbauamt Braunschweig als Mindestfordernde zum Teil schon den Zuschlag für die Arbeiten erhielten, und daß die übrigen Mindestfordernden noch den Zuschlag für die Bauarbeiten auf Grund der abgegebenen Preise erhalten sollen. Beabsichtigt die Stadt, den Anbau an die Flugzeughalle abzubrechen, so muß sie die Giebelwand stehen lassen, wird aber andererseits die Militärverwaltung veranlaßt, die Flugzeughalle abzubrechen, so müßte die Stadt noch den Preis für die stehenbleibende Giebelwand mit ungefähr 800 Mark an die Militärverwaltung zahlen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß diese Kosten etwa dem Abbruchswerte gleichkommen.

Das Hochbauamt hat sich mit dem Ankauf und der Fertigstellung des Anbaues unter den gestellten Bedingungen einverstanden erklärt. Es sollen in diesem Hause vier Wohnungen eingerichtet werden; drei davon bestehen aus Wohnküche und zwei Zimmern und eine im Erdgeschoß belegene aus Wohnküche und Kammer.

Nach den vorgenommenen Ermittlungen werden zur Fertigstellung des Anbaues unter teilweiser Berücksichtigung der eingegangenen Angebote und der zu gewährenden Zuschläge folgende Ausgaben erforderlich sein:

Maurerarbeiten, einschließlich der Arbeiten zur Einrichtung eines Kiosetts	8 500	Mark,
Zimmerarbeiten	9 800	"
Tischlerarbeiten	3 000	"
Dachdecker- und Klempnerarbeiten	1 299	"
Glaserarbeiten	1 300	"
Schlosserarbeiten	1 200	"
Maler- und Tapezierarbeiten	2 000	"
Wasser- und Abflußleitungen	700	"
Öfen und Herde	2 000	"
insgesamt	800	"
zusammen	28 500	Mark.

Da für den Ankauf des fraglichen Anbaues 6 766 " 40 Pf.
und bei Abbruch der angrenzenden Flughalle noch weitere .. 800 "
zu zahlen sein werden, so werden sich die Gesamtkosten auf r. 36 000 Mark belaufen. Der Mietwert der herzurichtenden 4 Wohnungen ist zu 1500 Mark anzunehmen, so daß sich immerhin noch eine $4\frac{1}{4}\%$ ige Verzinsung erzielen lassen würde.

Meine Herrschaften! Wenn wir die Vorlage würdigen wollen, müssen wir davon ausgehen, was uns bei der bestehenden Wohnungsnot die Einrichtung anderer Wohnungen gekostet hat. In den Baracken hat uns jede einzelne Wohnung 6—7000 Mark gekostet, während wir hier vier Wohnungen in einem ausgebauten Hause mit je $6\frac{1}{2}$ Tausend Mark haben. Wir rechnen nämlich darauf, da es sich um Notstandsbauten handelt, den Zuschuß vom Reich und Staat zu bekommen, und dadurch wird die ganze Sache billiger als 30 000 Mark werden.

Der Bauausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt und gibt Ihnen durch mich anheim, entsprechend dem Antrage des Rates den Betrag von 36 000 Mark für den Ankauf und die Fertigstellung des fraglichen Gebäudes bewilligen zu wollen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, gilt nach Feststellung des Vorstehenden der Antrag des Bauausschusses als stillschweigend angenommen.

14. Beschaffung eines Dienstzimmers für ein Ratsmitglied.

Stadtv. Lofmann: Die Erhöhung der Zahl der Ratsmitglieder hat es mit sich gebracht, daß für ein Mitglied des Rates der Stadt noch ein Dienstzimmer eingerichtet werden muß. Der Rat richtet deshalb an die Stadtverordneten das Ersuchen, zu beschließen, daß das Zimmer 43 im Rathaus durchgeteilt wird und zwei Zimmer daraus gemacht werden. Die Kosten hierfür stellen sich auf etwa 1500 *M*, nämlich für Ausführung einer Prüßischen Wand 630 *M*, Einbrechen der Türöffnung 150 *M*, Beschaffung einer Tür nebst Anschlag und Anstrich 100 *M*, Anstreichen der Scheidewand mit Leimfarbe 100 *M* und für kleinere Arbeiten 220 *M*. Ich habe die Herrschaften namens des Bauausschusses zu bitten, diese 1500 *M* zu bewilligen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich glaube, es wird möglich sein, diese Kosten noch etwas zu ermäßigen, sie sind an sich ziemlich hoch. Aber wir müssen eine Wand durchbrechen, denn wir müssen zwei besondere Eingänge haben. Es kann übrigens eine vorhandene Tür, die jetzt überflüssig ist, mit verwandt werden, so daß sich voraussichtlich noch eine Ersparnis machen läßt.

Die 1500 *M* werden bewilligt.

Vorsitzender: Ich möchte anheingeben, zwei Anträge, die am 12. Juni eingegangen sind, und die darauf abzielten, die Preisfestsetzung für auswärtige Lebensmittel nach dem Einkommen zu bemessen, als erledigt zu betrachten, damit sie zu den Akten gelegt werden können. Es wird unter den heutigen Umständen wenig damit zu machen sein, nachdem Besprechungen im Landtage darüber stattgefunden haben. (Zustimmung.)

15. Anfrage Marth, betreffend die Urteilsfällung des Mieteinigungsamtes.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 583.

Stadtv. Marth: Meine Damen und Herren! Das Mieteinigungsamt ist in unserer Stadt eingeführt, um durch diese Einrichtung Mißstände in der Wohnungsbeschaffung zu beseitigen oder nicht hochkommen zu lassen. Es war geplant, daß durch das Mieteinigungsamt Wohnungsmieten festgesetzt werden können, wie sie den Verhältnissen entsprechen, daß bei Mietstreitigkeiten die Leute nicht auf die Straße gesetzt werden können usw. In allen solchen Fällen sollte das Mieteinigungs-

amt eine gerechte Entscheidung treffen, und in der ganzen bisherigen Zeit hat sich diese Einrichtung auch bewährt. Nur in der letzten Zeit sind Klagen laut geworden, daß bei den Entscheidungen des Mieteinigungsamtes nicht mehr das Volksempfinden geschont wurde, sondern so verfahren wurde, daß die Parteien nicht genügend gehört und abgewiesen wurden. Es liegen mir einige Fälle vor, daß nicht allein gegen Mieter, sondern auch gegen Hausbesitzer so verfahren wurde. In einem Falle hat jemand ein Haus gekauft; es muß in dem neugekauften Hause eine Wohnung frei gemacht werden, und der Käufer stellt hierfür zwei andere Wohnungen, die er allein bewohnt hat, frei und erbietet sich, die Kosten für den Umzug zu ersetzen. Da mit dem Mieter keine Einigung erzielt wurde, wurde vom Hausbesitzer das Mieteinigungsamt angerufen. Das Mieteinigungsamt aber entscheidet einfach: „Der Mieter bleibt wohnen“, und der Hauswirt kann sein eigenes Haus nicht beziehen. Der städtischen Einwohnerschaft aber entsteht dadurch der Schaden, daß eine Wohnung, die eigentlich durch den Wechsel frei geworden wäre, nun nicht zur Verfügung steht. Es wurde seitens des Betreffenden Klage geführt, daß der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes ihn kurz abgewiesen hat, ohne den Antrag genügend begründen zu können. Es wurde gesagt: „Die Sache ist erledigt, das Gericht hat schon darüber entschieden.“ Ich möchte bitten, daß das nicht so weitergeht.

Bei einem andern Falle handelte es sich um einen Mieter, der gesteigert wurde. Er lehnt die Steigerung ab, und nach drei Tagen kommt der Schwiegervater des betreffenden Hausbesitzers und sagt: „Ich habe jetzt das Haus gekauft“, und steigert den Mietpreis noch einmal, so daß dabei eine doppelte Steigerung herauskommt. Der Mieter will nicht bezahlen, geht zum Mieteinigungsamt und will seine Gründe vorbringen, wird aber nicht genügend angehört, sondern es wird erklärt: „Sie wohnen immer noch billig, Sie müssen den neuen Mietpreis bezahlen.“ Ich kann hierzu bemerken, daß der Mietpreis für diese Wohnung seit zwei Jahren um 98 Mark gestiegen ist, und auch die Berechnung des Grundstücks hat ergeben, daß dem Hauswirt nicht solche Kosten für das Haus entstanden sind, daß eine solche Steigerung notwendig ist. Ich glaube, daß diese Entscheidungen des Mieteinigungsamtes nicht dem Empfinden des Volkes entsprechen, und kann meinem Bericht noch hinzufügen, daß bei der einen Besetzung des Mieteinigungsamtes — ich glaube, der Rechtsanwalt von Dähne war der Richter — das Amt es sehr eilig hat und die Parteien nicht zur Sprache kommen läßt, so daß danach gehandelt wird, die Sachen schnell abzuschieben. Ich meine, wenn es sich darum handelt, ein Urteil zu fällen, dann soll man mindestens beide Parteien erst einmal anhören, das Für und Wider abwägen und dann erst eine Entscheidung treffen.

Ich möchte den Rat fragen, ob ihm diese Fälle bekannt sind, und was zu tun ist, um in ähnlichen Fällen späterhin dem Rechtsempfinden der Einwohnerschaft gerecht zu werden.

Oberamtsrichter Meyer: Meine Damen und Herren! Wenn ich auf die Anfrage antworten soll, so muß ich sagen, daß dem Rat diese Fälle nicht bekannt sind. Ich möchte aber zugleich darauf hinweisen, daß dem Rat auch dann, wenn ihm solche Fälle bekannt werden, ein Einschreiten nach dem Gesetz nicht möglich ist, weil das Mieteinigungsamt nach billigem Ermessen entscheidet, und zwar endgültig, so daß es keine höhere Instanz gibt. Ein Einschreiten des Rates wäre nur dann denkbar, wenn etwa ein Vorsitzender des Mieteinigungsamtes in der Verhandlung seine Pflicht als Vorsitzender vernachlässigt, vielleicht die Sache nicht genügend klärt, und der Rat der Stadt sagen müßte: Du bist für den Posten nicht mehr geeignet. Hiervon abgesehen ist es nicht Sache des Rates, die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes zu prüfen und darüber zu wachen, daß diese Entscheidungen immer dem Volksempfinden entsprechen. Die Herren, die von der Stadtverordnetenversammlung als Beisitzer des Mieteinigungsamtes bestellt sind, werden sich wahrscheinlich — wie ich das jedenfalls von mir und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes sagen kann — der hohen Verantwortlichkeit, die dieses Amt mit sich bringt, bewußt sein und werden ihren Spruch abgeben nach billigem Ermessen. Daß der Spruch nicht immer draußen befriedigt, liegt sehr oft daran, daß man draußen die näheren Verhältnisse, unter deren Berücksichtigung die Entscheidung getroffen ist, nicht kennt. Wir müssen als Mitglieder des Mieteinigungsamtes — ich darf in diesem Fall wohl nicht als Ratsbezugener sprechen, sondern nur als Mitglied des Mieteinigungsamtes — es ablehnen, daß uns bestimmte Richtlinien für unsere Entscheidungen auf den Weg mitgegeben werden. Wenn die Stadtverordnetenversammlung oder der Rat der Überzeugung ist, daß die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes nicht das Richtige treffen, dann müssen sie sagen: „Die Herren haben nicht mehr unser Vertrauen; wir müssen einen Personenwechsel vornehmen.“ Ob das geschehen soll, das zu entscheiden muß ich der Versammlung und dem Rat überlassen. Solange wir das Amt ausüben, muß uns seitens der Einwohnerschaft und der Stellen, die uns ernannt haben, das Vertrauen entgegengebracht werden, daß wir die vorliegenden Sachen nach billigem Ermessen, wie das Gesetz es verlangt, entscheiden. Der Beruf des Richters ist ein sehr hoher, aber auch ein undankbarer, denn beiden Parteien kann man es nicht recht machen; eine Partei wird sich immer getroffen fühlen und unzufrieden sein mit dem, was der Richter sagt. Damit muß gerechnet werden; damit rechnen auch die Mitglieder des Mieteinigungsamtes, und oftmals können wir selbst nur unserm Bedauern Ausdruck geben, daß wir die Sache so haben entscheiden müssen, wie es geschehen ist.

Es erscheinen solche Fälle, wie sie von Herrn Marth vorgebracht sind, tatsächlich als hart. Dieser Hauswirt, von dem Herr Marth gesprochen hat, wollte großmütig sein und dem Wohnungsbureau zwei Wohnungen statt einer, die er selber in Anspruch nehmen wollte, zur Verfügung stellen. Das wäre wohl dem Wohnungsbureau lieb gewesen. Ich vermiße aber etwas in diesem Falle; ich bezweifle, daß der Fall so naht gelegen hat, wie ihn Herr Marth vorgetragen hat. Es handelt sich darum, daß der Mann ein Haus gekauft hat, in dem ein Laden sich befindet und in dem er sich eine Existenz schaffen wollte. (Zuruf: Nein, das ist ein anderer Fall; er will nur eine Wohnung haben.) Ich kann mir nicht denken, daß der Fall ganz einfach gelegen hat. Wir haben immer den Grundsatz vertreten: „Wenn jemand ein Haus gekauft hat, so soll er deswegen nicht ohne Not einen andern Mieter auf die Straße setzen“, denn so kapitalistisch denken wir nicht, daß wir sagen: „Wer den Vorzug hat, sich ein Haus kaufen zu können, soll das Recht haben, sich einem andern gegenüber auf bequeme Art eine Wohnung zu sichern“. Aber wir haben auch das als Grundsatz aufgestellt: Wenn jemand ein Haus kauft und hineinziehen will aus besonderen Gründen, z. B. weil er dieses Haus für seine geschäftlichen Zwecke nötig hat, oder wenn er dem hinausziehenden Wohnungsinhaber eine gleichwertige Wohnung unter den gleichen Bedingungen und in der gleichen Gegend anbieten kann und sich noch dazu erbietet, die Umzugskosten zu bezahlen, so daß man dem alten Wohnungsinhaber wohl den Wohnungswechsel zumuten kann, dann wird der Käufer in das gekaufte Haus hineingelassen. Es scheint doch in diesem von Herrn Marth angeführten Falle noch etwas Besonderes vorzuliegen, was mir nicht bekannt ist, und Herr Marth ist auch nicht in der Lage, mir zu sagen, wie die Entscheidung begründet ist. Gründe für die Entscheidung werden immer angegeben, und ich bin überzeugt, daß ich morgen, wenn ich mir die Akten geben lasse, Herrn Marth Aufklärung geben kann, die ihn befriedigt.

Der zweite Fall soll so gewesen sein, daß eine Wohnung, nachdem schon eine Steigerung um 80 M stattgefunden hat, nochmals gesteigert wurde, weil das Haus in der Zwischenzeit verkauft ist. (Zwischenruf: Nein, die Leute klagen nur, daß sie nicht genügend gehört sind.) Es handelt sich also nicht um eine Beschwerde gegen die Entscheidung selber, sondern gegen die Verhandlungsleitung durch den Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes. Das ist etwas ganz anderes. Wenn Sie darauf hinauswollen, so muß ich bitten, dem Rat bestimmte Fälle namhaft zu machen, und wenn es nötig ist, wird dann selbstverständlich eingeschritten werden. Wir haben alle das größte Interesse daran, daß das Mieteinigungsamt, das sich bei Mietern und Vermietern Vertrauen erworben hat, durch unparteiische und gerechte Behandlung der Fälle sich das Vertrauen erhält. Wenn aber Beschwerden gegen die Verhandlungs-

leitung, also gegen den Vorsitzenden des Miteinigungsamtes vorgebracht werden sollen, dann muß ich bitten, dem Räte bestimmte nähere Angaben zu machen.

Vorsitzender: Wenn hier besondere Fälle nicht vorgebracht werden können, so würde es für die Versammlung nicht ratsam sein, sich mit der Sache weiter zu beschäftigen. Herr Marth wird deshalb damit einverstanden sein, daß er sich persönlich mit Herrn Oberamtsrichter Meyer wegen des Weiteren ins Benehmen setzt.

16. Antrag Jahnß, betreffend die Ausrüstung der Nachtschuzleute.

Wortlaut des Antrages f. S. 583.

Stadt v. **Jahnß** (zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren! Wir haben schon in der letzten Sitzung über die Unzulänglichkeit des Nachtschuzdienstes uns unterhalten, und ich glaube, ich brauche die Einzelheiten, die dabei erwähnt wurden, nicht nochmals heute hervorzuheben. Die Nachtschuzleute haben auf die ihnen gemachten Ausstellungen hin eine Versammlung anberaumt, um nachzuweisen, daß sie nicht die Schuldigen sind und keine Nachlässigkeit bei ihnen im Dienst zu finden sei. Wenn man dieser Versammlung beigewohnt hat, dann muß man sagen, daß der mangelhafte Schutz in unserer Stadt tatsächlich nicht durch Fehler der Nachtschuzleute verursacht wird, sondern daß vielmehr das ganze Prinzip abänderungsbedürftig ist. Die Nachtschuzleute führten in jener Versammlung unter anderem aus, daß sie bei ihrem Dienst keine Schußwaffen führen und sich gegen bewaffnete Einbrecher nicht verteidigen können. Dazu kommt die heutzutage überall herrschende Dunkelheit, wodurch die Gefährdung der Nachtschuzleute noch vergrößert werde. Sie könnten sich in der Nacht gegenseitig nicht erkennen, und die Kontrollbeamten seien auch nicht imstande, den Wächter zu sehen. Früher seien ihnen auch Stiefelsohlen geliefert, so daß sie auf Gummisohlen hätten gehen können, aber jetzt höre man bei ihrem schweren Schritt auf den benagelten Sohlen ihr Herankommen schon von weitem. Dies alles trüge entscheidend dazu bei, daß die Epizbuben leichten Dienst hätten, so daß den Wächtern ein Vorwurf nicht gemacht werden könnte. Vor allen Dingen möchte ich hervorheben, daß ich das Tragen von Schußwaffen durch die Nachtschuzleute während ihres nächtlichen Dienstes für unbedingt nötig erachte. Da die Angehörigen der Nachtschuzmannschaft nicht pensionsberechtigt sind und ebenso nicht in der Invalidenfürsorge stehen, so kann man es ihnen allerdings nicht verdenken, wenn sie bei der Entdeckung von bewaffneten Dieben nicht in der Weise eingreifen, wie es nötig wäre, denn bei Verletzungen oder noch Schlimmerem ist ihre Familie nur der freiwilligen Fürsorge der Stadt überlassen, die vielleicht nur im günstigsten Falle eintritt. Unter solchen Umständen kann man keinem der Nachtschuzleute zumuten, daß er seine Haut zu

Markte trägt, und deshalb möchte ich beantragen, daß den Nachtwachleuten wieder Schußwaffen übergeben werden.

Zugleich aber möchte ich bitten, daß ihnen wieder Wachthunde beigegeben werden, die sich früher so sehr gut bewährt haben. Herr Frede hatte allerdings vor längerer Zeit Gelegenheit genommen, die Hunde nicht gerade ins beste Licht zu stellen, so daß ich genötigt war, sie als treue Wächter in Schutz zu nehmen. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit nochmals ganz besonders tun. Der Hund meldet seinem Herrn sofort Fremde, besonders solche, die ihm etwas zuleide tun könnten. Ich kann in dieser Hinsicht aus Erfahrung sprechen. Wenn ich durch die Dunkelheit gehe, brauche ich mich um den übrigen Verkehr auf der Straße kaum zu kümmern. Sobald jemand gegangen oder gefahren kommt, meldet das der Hund schon von selbst. Besonders aber ist der Hund für den Wächter von Nutzen. Er meldet ihm Gefahr oder sucht die Diebe auf, die in die Häuser einzudringen pflegen, wie das jetzt leider so vielfach vorkommt. Es wird allerdings schwer halten, jetzt eine derartig große Zahl Hunde für die Wächter zu beschaffen; sie soll dadurch, daß man ihnen hier in der Versammlung mit der Anklage, daß sie zuviel fressen, und daß man sie mit einer höheren Steuer belegen wollte, auf das Mindestmaß zurückgegangen sein. Aber versuchen sollte man doch, die Hunde für die Wächter zu beschaffen, vor allen Dingen aber sollte man die Nachtschugleute mit Schußwaffen versorgen.

Vorsitzender: Der Antrag ist als dringender eingebracht. Bei der Zwitterstellung, die die Nachtschugleute in unserer Stadt einnehmen, weiß ich aber nicht, ob es zweckmäßig sein würde, ihn gleich jetzt zu beraten. Ich würde empfehlen, den Antrag erst einmal zur Vorberatung dem Rechtsausschusse zu überweisen.

Stadtv. Jahns erklärt sich mit der Überweisung des Antrages an den Rechtsausschuß einverstanden.

17. Antrag Jahns, betreffend die Zuteilung von Lebensmitteln an Kinder unter 12 Jahren.

Wortlaut des Antrages f. S. 583.

Stadtv. Jahns (zur Begründung): Es liegt der Fall vor, daß die Kinder vom vollendeten 11. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr keine Zubeuße zu den allen Einwohnern zustehenden Lebensmitteln erhalten. Die Kinder erhalten bis zum vollendeten 11. Lebensjahre als Zuschlag Milch, aber erst nach dem vollendeten 12. Lebensjahr bekommen sie Brotzuschlag. Man kann nicht annehmen, daß gerade die Kinder, die im 12. Lebensjahr stehen, eine Ausnahme bilden und gewissermaßen eine Probe-

zeit durchmachen müssen, ob sie auch ohne irgend welche Zuschüsse auskommen können. Da das nicht beabsichtigt sein kann, sondern es sich nur um ein Versehen handeln wird, so habe ich in meinem Antrag gebeten, diesem Mißstand abzuhelpen, indem bestimmt wird, daß in dem Augenblicke, wo die Milchversorgung aufhört, sofort die besondere Versorgung mit Brot einsetzt. Ich bitte die Versammlung, meinen Antrag zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung und schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung bis 7¹/₄ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. Oktober 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für das Jahr 1915/16.	639
2. Antrag auf Änderung des Gesetzes Nr. 95 vom 2. August d. J.	640
3. Befreiung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener von der Gemeindesteuer . .	641
4. Erhöhung des Zuschusses für den Verein Volkslesehalle aus der Züdelstiftung	641
5. Antrag Jahn, betreffend die Ausrüstung der Nachschubleute	642
6. Antrag Jahn, betreffend die Zuteilung von Lebensmittelfonderzulagen an Kinder im 12. Lebensjahre	647
7. Antrag Reißner, betreffend Abfassung der Anstellungsurkunden für Beamte und Lehrer	651
8. Gejuch der Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen um Erhöhung ihrer Bezüge	654
9. Bewilligung von Mitteln für Zustandhaltung städtischer Gebäude.	658
10. Abbau der Unterstufe beim Lyzeum	658
11. Erjähwahl eines Mitgliedes des Ernährungsausschusses	659
12. Erhebung von Zuschlägen zu der Gemeindeeinkommen- und zur Reichsgrund- erwerbssteuer	660
13. Verkauf einer Grundfläche an der Weststraße	668
14. Herrichtung von Wohnungen auf der Charlottenhöhe	668
15. Erpachtung von Kammerländereien zu Kleingärten	673
16. Verlegung der städtischen Kartoffelfeile	675

	Seite
17. Antrag W. Rieße , betreffend die Schlachtviehlieferung aus dem Kreise Ganderäheim	676
18. Antrag Marschner auf Erwerb der Domäne Riddagshausen und Verschleunigung der Eingemeindung des Ortes Riddagshausen	686
19. Antrag Jahns , betreffend den Verkehr der Straßeneisenbahnlinie zum Nordbahnhof	687
20. Antrag Schilke , betreffend die Anstellung der Nachschuppleute, ihre Entlohnung und Ruhezeit, ferner auf Offenhaltung der Polizeiwachen während der Nacht	688
21. Antrag Jahns auf höhere Versicherung der städtischen Gebäude gegen Brandschaden bei der Landesbrandversicherungsanstalt	690
22. Anfrage Schilke über die Sicherung der Kartoffelversorgung der Stadt für den kommenden Winter	692
23. Anfrage Munte über Bewilligung von Anschaffungsbeihilfen für die städtischen Beamten und Lehrer und eventuell Gewährung eines sofortigen Vorzuschusses	697
24. Antrag H. Rieße auf tatkräftiges Eintreten der städtischen Behörden für den alsbaldigen Ausbau der Südlinie des Mittellandkanals und Aufwendung von Mitteln dafür	699
25. Befichtigung städtischer Betriebe betreffend	704

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Vogler**, Stadtrat **Schaper**, Oberamtsrichter **Meyer** und Rechtsanwalt **Philipps** ferner die Stadträte **Jüermann**, **Junke**, **Langemann**, **Ohlendorf**, **Kalks**, Dr. **Reiche**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Lehnert**, **Richter**, **Rönneburg** und **Tostmann**. Die Herren Stadtverordneten **Meyerhoff** und Dr. **Regensburger** erscheinen später.

Vorsitzender **W. Rieße**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst begrüße ich Herrn Dr. **Brandis**, der an Stelle des Herrn Dr. **Wolters** in das Kollegium eingetreten ist. Möge auch er mit ganzer Kraft sich dem Dienste der Stadt widmen.

Eingegangen ist ein Schreiben des Ausschusses für Leibesübungen, in dem er darauf hinweist, daß er schon im August d. J. eine Eingabe gemacht habe, in der er um Erklärung des Einverständnisses mit seinen Bestrebungen und um Benennung eines Vertreters der städtischen Behörden im Ausschuß bittet.

Von mehreren Maurermeistern und andern Bauhandwerkern ist eine Eingabe eingegangen, in der sie bitten, bei Vergebung städtischer Bauarbeiten mitberücksichtigt zu werden. Dieses Schreiben überweise ich dem Rat der Stadt.

Herr Paul Kraft, Magdeburg, macht in einer Eingabe Vorschläge über die Hebung der Wohnungsnot und empfiehlt sich mit einer besonderen Bauweise. Ich überweise die Eingabe ebenfalls dem Rat der Stadt.

Vom Rat der Stadt ist ein Schreiben an die Stadtverordneten eingegangen, in dem berichtet wird, daß der hiesige Ortsarbeiterrat seine Tätigkeit eingestellt habe, und daß infolgedessen der Einspruch desselben gegen einen Beschluß der städtischen Behörden, in dem es sich um die Karenzzeit beim Eintreten der Erwerbslosenfürsorge handelt, als erledigt anzusehen sein soll. Ich bitte, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen.

Sodann sind mehrere Anträge eingegangen. Zunächst ein Dringlichkeitsantrag mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei dem Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß

1. der Kreis Gandersheim mit allem Nachdruck angewiesen wird, seinen Verpflichtungen bei der Ablieferung des nötigen Schlachtviehs für die Stadt Braunschweig nachzukommen,

2. die Kreisdirection Gandersheim darauf hinzuweisen, daß sie für ordnungsgemäße Befolgung und Durchführung der Anordnungen verantwortlich ist.“

Sodann ein Antrag von Herrn Marschner:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Rat der Stadt wird ersucht:

1. zum Zwecke des Erwerbs der Domäne Riddagshausen Verhandlungen mit dem Staatsministerium einzuleiten,

2. die Eingemeindung des Ortes Riddagshausen nach Möglichkeit zu beschleunigen.“

Von der Fraktion der deutschen demokratischen Partei ist folgender Antrag eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, welche

1. die Anstellung der Nachschutleute vorsieht, und zwar nach vollendeter dreijähriger Dienstzeit,

2. die Entlohnung der Nachschutleute neu zu regeln und dabei die Reamteuerungszulagen zugrunde zu legen,

3. die Ruhezeit der Nachschutleute in der 7. Nacht einsetzen zu lassen und auch die Kleiderfrage und deren Bezahlung neu zu regeln,

4. bei der jetzigen Unsicherheit Vorkehrungen zu treffen, daß die Polizeiwachen der einzelnen Vorbezirke auch nachts ständig geöffnet sind."

Diesem Antrage ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

Ein weiterer Antrag der Fraktion der deutschen demokratischen Partei lautet:

"Die Stadtverordnetenversammlung hat in einer früheren Sitzung beschlossen, die heimkehrenden Kriegsgefangenen auch durch die städtischen Behörden entsprechend empfangen zu lassen. Dieser Empfang hat sich wohl dadurch nicht in der Regel durchführen lassen, weil die Gefangenen — abgesehen von einem Lazarettzuge — nur in kleinen Trupps, nicht aber in geschlossenen Zügen zurückgekommen sind. Eine offizielle Begrüßung der Insassen des Lazarettzuges hat nicht stattgefunden, und es ist bisher wohl auch diese Begrüßung nicht im Lazarett Richmond geschehen.

Wir halten es für unbedingt notwendig, da ja bereits einige hundert Kriegsgefangene zurückgekommen sind, durch eine öffentliche Feier die Kriegsgefangenen in der Heimat willkommen zu heißen und dazu die Familienangehörigen und auch die übrige Bürgerschaft einzuladen.

In welcher Weise gedenkt der Stadtmagistrat diese Pflicht unsern Volksgenossen gegenüber zu erfüllen?"

Von Herrn Munte ist folgende Anfrage gestellt:

"Kann der Rat der Stadt Auskunft darüber geben, wie weit die Verhandlungen wegen der Eingemeindung der umliegenden Ortschaften gediehen sind?"

Herr Schille hat folgende Anfrage eingereicht:

"Ist der Rat in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob die Kartoffelversorgung für den kommenden Winter für die Bewohner der Stadt gesichert ist? Wie groß ist die zur Zeit hierfür in den städtischen Kellern gelagerte Menge?"

Weiter ein Antrag des Herrn Jahn:

"Die Straßenbahnlinie zum Nordbahnhof wird von abends 8 Uhr an nicht mehr befahren. Außerdem ist von morgens früh 7.19 Uhr bis 8 Uhr abends nur ein 24-Minutenverkehr eingerichtet. Hierdurch werden die Bewohner des nördlichen Stadtteils stark benachteiligt. Die städtischen Behörden werden ersucht, die Straßenbahn-Gesellschaft anzuweisen, den Verkehr auf dieser Linie im früheren Umfange wiederherzustellen."

Dann noch ein Antrag des Herrn Jahn:

"Die städtischen Behörden werden ersucht, die städtischen Gebäude auf Grund des Zusatzes vom 26. Mai 1917 Nummer 30 bei der Landesbrandversicherungsanstalt höher in Deckung zu geben unter der Voraussetzung, daß die Regierung einwilligt, einem Antrage auf Beseitigung der Eintrittsgelder zuzustimmen."

Schließlich ist Ihnen allen ein Anschreiben der Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen zugegangen. Ich brauche es nicht zur Verlesung zu bringen; es kann darauf bei Beratung des betreffenden Punktes der Tagesordnung Bezug genommen werden.

1. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für das Jahr 1915/1916.

Stadtv. Frede: Der Rat der Stadt hat den Stadtverordneten die Abrechnung über den städtischen Haushalt für das Jahr 1915/1916 zugehen lassen, und der Finanzausschuß hat mich mit der Prüfung dieser Haushaltsrechnungen beauftragt. Dem entsprechend habe ich mir im städtischen Rechnungsbureau die Rechnung und die dazugehörigen Belege vorlegen lassen. Es handelt sich zunächst um die Rechnung der Räumereikasse mit den Anhängen über das Vorratsvermögen der Gas- und Wasserwerke, über das Vorratsvermögen der Neustadtmühle, über den Ausgleichsfonds, über die Umsatzsteuer und über die Handwerkskammerbeiträge. Die Belege für diese Rechnungen umfassen die Nummern 1—18379. Ferner erstreckt sich die Rechnungslegung auf die Kasse des städtischen Kieselgutes Steinhof, mit Belegen von Nummer 1—1362, einem Quittungsbuch über ausgezahlte Gehälter und Vergütungen, einem Lohnbuch und einem Heberegister über Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung. Sodann kommt in Betracht die Kasse der städtischen Gaswerke mit zwei Bänden Belege, die Kasse der städtischen Wasserwerke ebenfalls mit zwei Bänden Belege, die Kanalbaukasse mit einem Band Belege, die Kasse des städtischen Schlachthauses mit zwei Bänden Belege und die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen mit einem Band Belege. Hinzugefügt zu diesen Rechnungen sind die von der Kreisdirektion bestätigten Voranschläge zu den bezeichneten Rechnungen und die Verhandlungen über die durch das städtische Rechnungsbureau erfolgte Vorprüfung der Rechnungen.

Wenn man hört, was da alles zu prüfen ist, dann könnte man ein Grauen vor einer solchen Arbeit bekommen, aber es steht der Bericht, den ich zu erstatten habe, im umgekehrten Verhältnis zu der Arbeit, die von den Beamten der Stadt bei Aufstellung dieser Rechnung hat geleistet werden müssen, d. h. er ist kurz. Ich habe mich selbstverständlich auf Stichproben in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung beschränken müssen, und ich habe mich davon überzeugt, daß das Rechnungsbüro, das diese Rechnungen sorgfältig zu prüfen hat, tadellos arbeitet. Ausstellungen hatte ich nicht zu machen, und so habe ich dem Finanzausschuß die Genehmigung dieser Rechnungen vorschlagen können. Der Finanzausschuß bittet Sie nun ebenfalls, die Entlastung zu erteilen.

Dem Antrage des Finanzausschusses entspricht die Versammlung.

2. Antrag auf Änderung des Gesetzes Nr. 95 vom 2. August d. J.

Stadtv. **Jahns**: Meine verehrten Damen und Herren! In der letzten Sitzung haben wir uns mit einem Vorschlage des Rates über die Änderung des Gesetzes, betreffend die Ratswahlen, befaßt. Auf Antrag des Herrn Kollegen Dr. Jasper ist die Behandlung der Angelegenheit an die Kommission zurückverwiesen worden. Die Anträge des Magistrats waren Herrn Dr. Jasper zu weitgehend. Wir haben uns im Rechtsausschuß nochmals mit der Frage befaßt und sind schließlich zu dem Beschlusse gekommen, mit dem auch der Rat der Stadt einverstanden ist, daß der Antrag an die Regierung dahin gehen möge, die Amtszeit der besoldeten Ratsmitglieder zu verlängern, und zwar gleich der Zeit, wie sie in Preußen üblich ist — es sind dort zwölf Jahre — und ferner die Wahl der besoldeten Ratsmitglieder nicht mehr durch das Volk, sondern durch die Stadtverordnetenversammlung vorzunehmen. Lediglich diese beiden Punkte würden von den ganzen Vorschlägen der Ratsvorlage übrigbleiben, und der Rechtsausschuß empfiehlt, der Annahme dieser Punkte zuzustimmen.

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! Mir scheint, daß sich der Herr Berichterstatter in einer Beziehung geirrt hat. Im Rechtsausschuß ist kein Wort davon geredet, daß die Verlängerung der Amtsdauer der besoldeten Ratsmitglieder auf zwölf Jahre angenommen werden soll. Ratsseitig wurde mitgeteilt, daß es genügen würde, wenn diese beiden Punkte aus der Ratsvorlage angenommen würden, alles übrige würde aus ihr fallen. (Zuruf des Referenten Jahns: „So habe ich ja berichtet!“) Ich habe verstanden, daß eine Verlängerung der Amtsdauer auf zwölf Jahre verlangt werden solle. Im übrigen möchte ich erklären, daß meine Fraktion von unserm Standpunkt, den ich schon in der vorigen Sitzung gekennzeichnet habe, nicht abgehen kann. Wir stimmen also gegen die Ratsanträge.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Durch den neuen Vorschlag des Rechtsausschusses ist ein gut Teil meiner in der letzten Sitzung geltend gemachten Bedenken erledigt. Ich hatte außerdem Wert darauf gelegt, daß die Frage der Versorgung der Witwen und Waisen mit festgestellt würde, lege aber jetzt keinen Wert mehr darauf, daß von der Stadt aus in dieser Beziehung besondere Schritte getan werden, da — wie ich mitteilen kann — diese Frage vom Rat der Volksbeauftragten in Angriff genommen ist und bezügliche Vorschläge an die Landesversammlung von dieser Seite kommen werden, so daß diese Frage wohl auch im Sinne der Ratsherren der Stadt erledigt werden wird.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen.

3. Befreiung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener von der Gemeindesteuer.

Stadtv. Frau **Göge**: Die Vereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener, Ortsgruppe Braunschweig, hat durch eine Eingabe beim Rat der Volksbeauftragten angeregt, sämtliche ehemaligen deutschen Gefangenen (Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Auslandsdeutsche) von den Gemeindesteuern auf die Dauer von drei Jahren, rückwirkend vom Tage der behördlichen Anmeldung an, zu befreien. Begründet wird die Anregung damit, daß die genannten Personen schweren Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben und meist in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage sich befinden. Der Rat der Volksbeauftragten, Abteilung Inneres, hat diese Anregung an die Stadt weitergegeben, und der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten um eine Meinungsäußerung über den verlangten Steuererlaß. Der Rat empfiehlt, zu derartigen Anträgen von Fall zu Fall Stellung zu nehmen und im einzelnen darüber zu entscheiden. Der Finanzausschuß ist in seiner Vorbesprechung zu dem gleichen Ergebnis gekommen und empfiehlt der Versammlung, sich in gleicher Weise zu entscheiden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß manche Familien dieser Gefangenen und Internierten in schwere Bedrängnis gekommen sind, aber bei anderen liegt der Fall so, daß genügend Vermögen vorhanden ist und keine Veranlassung vorliegt, den Steuerpflichtigen von der Steuerzahlung zu befreien.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Stellungnahme des Finanzausschusses an, da Wortmeldungen zu diesem Punkte nicht vorliegen.

4. Erhöhung des Zuschusses für den Verein Volkstleschalle aus der Züdelstiftung.

Stadtv. **Heißner**: Der Verein Volkstleschalle hatte beim Vorstand der Züdelstiftung den Antrag gestellt, man möge den bisher gezahlten Zuschuß auf 25000 M erhöhen; er hatte dabei einen Voranschlag für das laufende Jahr vorgelegt, wonach 40700 M ungedeckt blieben. Nach einer Anzeige vom 24. September entstehen sogar infolge der unvermeidlichen Bewilligung von Teuerungszulagen weitere Mehrkosten in Höhe von 10000 M, die bei der Aufstellung des Voran Schlages noch nicht berücksichtigt werden konnten. Mit Rücksicht auf die augenblickliche Notlage des Vereins hat der Vorstand der Züdelstiftung zwar den erbetenen Zuschuß von 25000 M aus Abtheilung III der Stiftung bewilligt, dabei aber anheimgegeben, dem Verein Volkstleschalle zu empfehlen, die Erhebung von Gebühren für Benutzung der Bücherei einzuführen. Der Finanzausschuß hat die Sache nachgeprüft und empfiehlt der Versammlung, der Bewilligung aus der Züdelstiftung zuzustimmen, gleichfalls aber dem Verein die Einführung einer Leihgebühr für die dort entnommenen Bücher zu empfehlen.

Des weiteren soll dem Verein anheimgegeben werden, sich in seinen Ausgaben mehr einzuschränken, damit nicht solche hohen Zuschüsse erforderlich sind. Ich gebe demnach namens des Finanzausschusses Zustimmung zu der Bewilligung aus der Fidele-Stiftung anheim.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

5. Antrag Jahnz, betreffend die Ausrüstung der Nachtschubleute.

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung der Stadtverordneten hat Herr Jahnz folgenden Antrag gestellt und kurz begründet: „Die städtischen Behörden werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit ersucht, die Nachtschubleute mit Waffen auszurüsten und denselben nach Möglichkeit wieder Wachthunde beizugeben“. Der Rechtsausschuß hat sich mit diesem Antrage eingehend befaßt und seine Berechtigung anerkannt. Es ist allgemein bekannt, daß in den letzten Monaten die Unsicherheit in unserer Stadt in erschreckendem Maße zugenommen hat. Dieser Zustand, namentlich hervorgerufen durch den Krieg und die Kriegsfolgen, macht sich in erschreckender Weise bemerkbar und wird noch begünstigt durch die ägyptische Finsternis, die in unsern Straßen herrscht. Die an Zahl viel zu wenigen Nachtschubleute in unserer Stadt sind nicht imstande, diesem Zustande abzuhelpen, sie müssen sogar, wenn sie gegen die Übeltäter vorgehen, für ihr Leben besorgt sein und können infolgedessen nicht so dem Verbrechertum gegenüber auftreten, wie es zu wünschen wäre. Der Rechtsausschuß beantragt deshalb, dem Antrag des Herrn Jahnz stattzugeben, indem die Nachtschubleute nicht nur mit Schusswaffen versehen werden, sondern auch — was besonders wertvoll erscheint — ihnen wieder Polizeihunde beizugegeben werden.

Nebenbei wurde vom Rat angeregt, bevor dieser Antrag angenommen wurde sich seitens des Rats an die Landesregierung zu wenden, um eine neue Organisation des Polizei- und Nachtschubwesens herbeizuführen. Der Rechtsausschuß ist diesem Antrage nicht beigetreten, indem er sich sagte, die Erledigung dieser Frage könnte zu lange Zeit in Anspruch nehmen, hat aber beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Rat der Stadt aufzufordern, sich mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen, um eine Reformierung des Nachtschubwesens und der Polizei herbeizuführen. Der Rechtsausschuß ersucht die geehrte Versammlung durch mich, in diesem Sinne zu beschließen.

Stadtrat **von Frankenberg**: In die Erinnerung der verehrten Herrschaften darf ich die Verhandlungen zurückrufen, die wir vor wenigen Wochen hier gepflogen haben. Auch da war einstimmig die Überzeugung vertreten, daß eine durchgreifende Ver-

besserung des Nachtschutzes unbedingt erforderlich sei. In welcher Weise das zu geschehen hat, darüber scheinen die Ansichten auseinander zu gehen, aber die Ereignisse der letzten Wochen und insbesondere die der letzten Woche haben dargetan, daß es in dieser Beziehung nicht so weiter gehen kann wie bisher. Ich habe mich überzeugt, daß unter den Nachtschutzleuten vielfach das Bestreben herrscht, an der Besserung dieser Zustände mitzuarbeiten, die Verhältnisse sind aber manchmal stärker als die Menschen, und es ist nicht möglich, jeder Forderung sofort Rechnung zu tragen. Ich möchte nicht empfehlen, die Erledigung des vorliegenden Antrages zurückzustellen, bis die heute gestellten neuen Anträge aus Ihrer Mitte über die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachtschutzleute verwirklicht sind. Die heute zu behandelnde Sache ist so dringlich, wie schon vom Herrn Berichterstatter hervorgehoben wurde, daß wir nicht zögern können, und ich glaube, der Rat wird nicht verfehlen, sofort das seine zu tun, um die Verhältnisse zu bessern und sich mit dem Staatsministerium darüber zu benehmen, wie das zu geschehen hat.

Stadtv. Schmidt: Die Klagen über die Unsicherheit in unserer Stadt sind wohl allgemein, und auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir manche Kostproben davon bekommen, wie die Auffassung hierüber in den Bürgerkreisen überhaupt ist. Ich glaube aber, daß mit der Zubilligung dieses Rechts für die Nachtschutzleute, des Waffentragens im Dienste, die Sache nicht abgetan ist. Es ist schon seitens des Herrn Berichterstatters darauf hingewiesen, daß hauptsächlich die Dunkelheit in den Straßen mit die Schuld trägt, wenn das Diebesgesindel und andere unlaute Elemente leichtes Spiel bei ihrem Treiben haben, weil sie dann nicht beobachtet werden können. Ich bin der Meinung, daß vor allen Dingen dafür gesorgt werden müßte, daß etwas mehr Licht in die Stadt gebracht wird, so daß unsere Beleuchtung so beschaffen ist, wie wir sie in früheren Jahren gewohnt waren. Es wurde früher sofort von den betreffenden Anliegern darauf hingewiesen, wenn an belebten Straßen nicht eine genügende Beleuchtung vorhanden war, daß die fehlenden Laternen aufgestellt würden, aber im Kriege hat man sich daran gewöhnt, daß die Beleuchtung mangelhaft war, und ist mit seinen Wünschen zurückgestanden. Wenn aber darunter die öffentliche Sicherheit und Ordnung leiden sollte, dann darf die Sparsamkeit nicht so weit gehen, daß belebte Straßen in Dunkelheit liegen. Es ist nachgewiesen, daß die meisten Einbrüche gerade dort vorkommen, weil sich den Dieben da die beste Gelegenheit bietet, wo keine Straßenlaternen brennen. Es müßte dafür gesorgt werden, daß nun wieder ein Teil der Laternen in der Nacht brennt, damit die Nachtschutzleute beobachten können, was draußen vorgeht.

Als eine weitere unglückliche Tatsache wird die zu betrachten sein, — wie die Nachtschutzleute in ihrer Stellungnahme öffentlich bekundet haben, — daß in der

Lieferung der elektrischen Batterien für die Taschenlampen an die Nachtschulzeute nicht in der prompten Weise verfahren wird, wie es wünschenswert wäre. Die Nachtschulzeute haben in der Öffentlichkeit darüber geklagt, daß sie manchmal acht bis zwölf Tage warten müßten, bis sie Ersatz für die verbrauchte Batterie erhalten. Wenn unsere Nachtschulzeute nicht Gelegenheit haben, ihre Umgebung zu erhellen, wenn sie erst ein Streichholz anzubrennen müssen, um sehen zu können, was vorgegangen ist und was das Licht der Öffentlichkeit scheut, so ist das bedauerlich, denn sie sind dann nicht imstande, den Dieben bei ihrem schlimmen Handwerk auf die Finger zu sehen. Auch hierin müßte Besserung eintreten. Als leztthin ein Einbruch in einer unserer Verkaufsstellen vorgekommen war, habe ich mich danach erkundigt, ob nicht seitens der Nachtschulzeute irgend etwas Verdächtiges bemerkt worden sei. Dabei erfuhr ich, daß in dem Gebiet über die Oststraße hinaus nach Gliesmarode zu überhaupt kein Begehen der Straßen durch die Nachtschulzeute stattfindet; es hört dort der Begang auf, weil nicht genügend Mannschaften vorhanden sind. Wenn die Bürger, die abseits der Oststraße nach Gliesmarode zu wohnen, in Bezug auf nächtlichen Schutz vogelfrei sind, dann weiß ich nicht, was ich von unserm Nachtwachwesen denken soll. Wenn während des Krieges die Mannschaften knapp gewesen sind, so sollte man doch aber jetzt dazu übergehen, Nachtschulzeute anzustellen, damit alle Straßenzüge des Stadtgebietes regelrecht begangen werden können. Es darf nicht heißen: Wegen Knappheit der Mannschaften muß ein Kontrollgang eingestellt werden. Sollten die 82 Nachtschulzeute nicht ausreichen, dann müßte für Vermehrung gesorgt werden. So trägt an den heutigen Zuständen nicht die Haltung der Nachtschulzeute die Schuld, sondern die Sparsamkeitsrückichten, aus denen keine Mehreinstellung erfolgt, trifft die Hauptschuld.

Sodann wird seitens der Nachtschulzeute geklagt, daß die Entlohnung Schuld daran sei, daß bewährte Kräfte aus dem Nachtschulzdiens abgehen, da sie von privater Seite bei Übernahme von Stellen bessere Bezahlung bekämen. Durch den ständigen Wechsel sei Gefahr vorhanden, daß bei Neueinstellungen Leute genommen würden, die bei vorkommenden Fällen nicht mit der nötigen Tatkraft voringen. Durch eine bessere Entlohnung und feste Anstellung könne wesentlich dazu beigetragen werden, eine Stetigkeit unter dem Personal der Nachtschulzeute herbeizuführen.

Ich glaube also, daß eine Besserung nicht allein durch Annahme des Antrages des Herrn Jahnz, den Nachtschulzeuten Waffen in die Hand zu geben, zu erhoffen ist, sondern daß wir auch dazu übergehen müssen, eine bessere Beleuchtung der Straßenzüge vorzunehmen und auch die sonstigen Dinge im Auge zu behalten, die ich zuletzt erwähnt habe.

Stadtov. **Schille:** Meine Damen und Herren! Wir sind eigentlich mit dem Vorschlage meines Herrn Vorredners schon in die Behandlung des Antrages geraten,

der die Vesserbesoldung, feste Anstellung und so manches, was die Nachtschuzleute schon früher verlangten, betrifft. Wir in unserer Fraktion sind der Ansicht, daß die Bewaffnung der Schuzleute in der Weise vorgenommen werden muß, daß sie nicht vor jedem einzelnen Einbrecher, der bewaffnet ist — und in dieser Zeit werden sie meist bewaffnet sein — die Flucht ergreifen müssen. Wir können von den Nachtschuzleuten nicht verlangen, daß sie, weil man es ihnen verbietet, irgend welche Waffen zu tragen, ihr Leben in Gefahr bringen, wenn es sich darum handelt, einen Einbrecher zu entdecken. Deshalb ist der Antrag Jahn's zu begrüßen, der dahin geht, diese Bewaffnung in weitgehendstem Maße vorzunehmen. Wir sind der Ansicht, daß für die Nachtschuzleute gerade unsererseits ein großes Stück Arbeit zu leisten ist, weil die Nachtschuzleute eine Zwitterstellung einnehmen, indem sie zur Stadt, aber auch zur staatlichen Polizei gehören. Wenn der Herr Vorredner darauf hingewiesen hat, daß unbedingt eine Reformierung der ganzen Einrichtung eintreten muß, so sind wir von unserer Fraktion aus unbedingt damit einverstanden. Wir haben unserm Antrage eine schriftliche Begründung beigegeben, und ich möchte bitten, daß diese Begründung den einzelnen Fraktionen zugestellt wird, damit sie sich an Hand dieser Begründung mit der Frage schon vor der nächsten Sitzung beschäftigen können. Wir haben darin alles erwähnt, was die Herren Vorredner vorgebracht haben, und glauben, daß durch Annahme unserer Vorschläge das Nachtschuzwesen in eine bessere Lage gebracht wird. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Polizeibeamten und der Nachtschuzleute, daß wir am Tage 144 Beamte haben und nachts nur 84 Wächter mit zehn Wachtmeistern, darf unter keinen Umständen bestehen bleiben. Das umgekehrte Verhältnis wäre noch zu gering, wenn die bestehenden Verhältnisse gebessert werden sollen. Wir müssen dafür eintreten, daß für das Nachtwachtwesen alles geschieht, was nötig ist, und das kann nur dann in genügender Weise vorgenommen werden, wenn das Korps der Nachtschuzleute vergrößert wird. Ich hoffe, daß wir uns in der nächsten Stadtverordnetenversammlung darüber unterhalten können, und möchte die übrigen Fraktionen bitten, die Begründung durchzusehen und Stellung dazu zu nehmen, damit die Aussprache in der nächsten Sitzung möglichst kurz sein kann. Wir stimmen dem Antrag Jahn's zu.

Stadtv. Jahn's: An der Begründung, die ich meinem Antrage gegeben habe, ist von mir schon ausgeführt worden, daß nicht die Nachtschuzleute schuld daran sind, daß wir diese traurigen Verhältnisse in der Stadt haben, sondern daß es vor allen Dingen das Prinzip ist, wie das Nachtschuzwesen hier gehandhabt wird, welches die Schuld daran trägt. Ich muß meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß seitens der demokratischen Partei ein weiterer Antrag vorliegt, der darauf hinausgeht, den Nachtschuzleuten die Beamten-eigenschaft zu geben und dadurch ihre Hinterbliebenen-

versorgung sicherzustellen. Meiner besonderen Freude aber gebe ich darüber Ausdruck, daß gerade Herr Kollege Schmidt sich mit einem solchen Antrage einverstanden erklärt hat, obwohl von dieser Seite aus gegen jede Anstellung der Beamten Stellung genommen wird. Man scheint auch von der Seite einzusehen, daß geschulte Beamte mehr am Platze sind als auf Kündigung angenommene. Wir ersehen daraus, daß unsere „Geheimratspartei“, wie sie genannt wird, wohl recht damit hat, wenn sie unsere alten geschulten Beamten den Dilettanten gegenüber vorzieht. Ich freue mich über den erweiterten Antrag des Rates, daß eine Reformierung des Nachschutzwesens in unserer Stadt mit der Regierung herbeigeführt werden soll und daß die Besserung weiter getrieben werden soll, als nur durch Überweisung von Schußwaffen und Hunden an die Nachschutzeleute. Ich möchte bitten, vorläufig erst einmal diesem Antrage zuzustimmen und später mit dem Antrag Schilke und mit dem des Rates in Eintracht an die Weiterbildung unseres Nachschutzwesens zu gehen.

Stadtv. Genzen: Meine Damen und Herren! Bei Herrn Zahns scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Ich habe gelesen, daß er in einer Versammlung erklärt hat, wir seien gegen die Anstellung der Beamten. Er faßt seine Weisheit daraus, daß wir aufmerksam gemacht haben auf den Widerspruch, der darin besteht, daß die höchsten Beamten auf Zeit gewählt werden und die andern nicht. Damit ist nicht gesagt, daß wir gegen die Anstellung der Beamten sind. Es scheint so, als ob die „Geheimratspartei“ etwas auf den Gimpelfang ausgeht.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Damen und Herren! Ich widerstehe der Versuchung, schon heute zu dem Antrage der demokratischen Partei über die Gestaltung der Anstellungsverhältnisse der Nachschutzeleute zu sprechen, und beschränke mich bei der Geschäftslage der geehrten Versammlung darauf, nur zu dem Antrage Zahns und der Anregung des Rechtsausschusses mich zu äußern. Gegen den Antrag Zahns wird voraussichtlich seitens des Rates der Stadt nichts einzuwenden sein, weil es in der Tat durchaus wünschenswert ist, daß man in diesen schweren, ernsten Zeiten die Nachschutzeleute widerstandsfähiger gegen alle verbrecherischen und friedensstörerischen Elemente macht, als es bisher der Fall gewesen ist. Herrn Schmidt möchte ich erwidern, daß der Kohlenmangel, wegen dessen wir die Gaslieferung während einiger Tage vollständig einstellen mußten, die Ursache dafür gewesen ist, daß die Beleuchtung unserer Stadt außerordentlich mangelhaft ist. Auch uns fällt es bitter schwer, das mit ansehen zu müssen, und wir selbst leiden mit darunter. Was die Ausrüstung der Nachschutzeleute mit Taschenlampen betrifft, so besteht seit Jahren zwischen der Stadt und der Polizeidirektion, die bekanntlich gegen Vergütung die Aufsicht über die Nachschutzeleute und ihre Ausrüstungsgegenstände führt, die Verabredung, daß die Polizeidirektion

nach Bedarf den Nachschutzeleuten derartige Taschenlampen auf unsere Rechnung zu liefern hat. Ich kann mir das Stocken dieser Lieferung nur damit erklären, daß die betreffenden Geschäfte oder Fabriken zeitweise überlastet gewesen sind und nicht mit der notwendigen Schnelligkeit die ihnen gegebenen Aufträge haben erledigen können. Ich will mich aber erkundigen, wie die Sache zusammenhängt; ich kann nicht annehmen, daß auch in dieser Beziehung die Polizei eine Schuld trifft. Uns gegenüber haben die Nachschutzeleute keine Klage darüber geführt, während sie doch sonst mit mancherlei Wünschen an uns herantreten sind.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Rechtsausschusses zu.

6. Antrag Jahnz, betreffend die Zuteilung von Lebensmittelsonderzulagen an Kinder im 12. Lebensjahre.

Stadtv. Fräulein Oden: Meine Herrschaften! Herr Stadtverordneter Jahnz hat am 9. Oktober folgenden Antrag eingebracht: „Nach den Bestimmungen über die Verteilung der Lebensmittel in der Stadt Braunschweig erhalten Kinder bis zum vollendeten 11. Lebensjahre Milch und erst vom vollendeten 12. Lebensjahre Zuschlagsbrot. Hiernach erhalten Kinder, die im 12. Lebensjahre stehen, weder Milch noch Zuschlagsbrot. Der Magistrat wird ersucht, die Angelegenheit zu prüfen und den Kindern, die im 12. Lebensjahre stehen, eines der beiden Lebensmittel zuzubilligen.“ Unsere Milchversorgung in der Stadt Braunschweig ist durch Ausgabe von Marken geregelt. Von der Geburt an bis zum vollendeten 1. Lebensjahre wird für die Kinder $\frac{3}{4}$ Liter Vollmilch geliefert, für Kinder bis zum 6. Lebensjahre $\frac{1}{2}$ Liter, für Kinder vom 6. bis 11. Lebensjahre $\frac{1}{4}$ Liter. Vom 11. Lebensjahre an steht den Kindern keine Vollmilchversorgung mehr zu. In anderen Städten ist die Milchversorgung so geregelt, daß die Kinder im 1. Lebensjahre 1 Liter Milch erhalten, aber dafür hört in den meisten Städten die Milchversorgung der Kinder im 8. Jahre, manchmal noch früher auf. Dabei muß ausdrücklich einmal erwähnt werden, daß die Milchversorgung der Berechtigten in unserer Stadt durchaus nicht nur auf dem Papier steht. In den letzten 3 bis 4 Wochen hat leider zweimal wöchentlich der Gruppe III je $\frac{1}{4}$ Liter Milch abgezogen werden müssen; eine Vollbelieferung kann erst nach der Rübensütterung eintreten. Ferner wird die Milchversorgung durch fortwährend steigenden Krankenzuschlag in Anspruch genommen, und 30 % hoffende Frauen mehr als im Vorjahre müssen mit Milch beliefert werden. Einer Milchversorgung der elf- bis zwölfjährigen Kinder, so wünschenswert sie wäre, könnte — wenigstens in den nächsten Monaten — leider nicht stattgegeben werden.

Mit der Brotversorgung sieht es, zur Zeit wenigstens, auch nicht viel besser aus, da uns das Auslandmehl bekanntlich entzogen ist. Der Jugendzuschlag, was ich hier

ausdrücklich auch erwähnen möchte, wird nur in sehr wenigen Städten gegeben. Er wird aus Mehlerparnissen aufrechterhalten und an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren abgegeben. Wöchentlich werden hierzu 40 Doppelzentner gebraucht. Für eine Versorgung der 11jährigen mit Brotzuschlag würde ein Mehrverbrauch von 8 bis 10 Doppelzentnern nötig sein. Ein endgültiges Urteil kann erst abgegeben werden, wenn durch eine neue Statistik auf Grund der neuen Lebensmittelbogen festgestellt wäre, wieviel Brotzuschlag in Frage käme. Da der Antrag Zahns bezwecken soll, die Lücke auszufüllen, die tatsächlich in der Versorgung der Kinder vom 11. bis 12. Lebensjahre mit Lebensmitteln vorhanden ist, und da eine Belieferung der Kinder vom 11. bis 12. Lebensjahre mit Milch aus zwingenden Gründen, das heißt, um die Aufrechterhaltung der Milchversorgung der anderen Gruppen zu ermöglichen, nicht stattfinden kann, so empfiehlt der Rechtsausschuß, diesen Antrag Zahns abzulehnen und folgenden Antrag anzunehmen: „Die Stadtverordneten ersuchen den Rat der Stadt, in wohlwollender Weise — nach einer Prüfung der Zahl der Versorgungsberechtigten und der Vorräte — die Frage zu prüfen, ob eine Belieferung der Kinder vom 11. bis 12. Lebensjahre mit Brot oder andern Nahrungsmitteln zu ermöglichen ist“

Stadtrat von Frankenberg: Meine verehrten Herrschaften! Ich kann es wohl verstehen, wenn Herr Zahns es bitter empfindet, daß die Kinder im 12. Lebensjahr sich sozusagen zwischen Tür und Angel befinden; sie bekommen den Milchzuschlag nicht mehr und den jugendlichen Brotzuschlag noch nicht. Sie sind also ungünstiger gestellt als ihre jüngeren und älteren Lebensgefährten. Ich glaube nun aber, daß der vorsichtige Vorschlag, wie er Ihnen seitens des Rechtsausschusses gemacht wird, Aussicht auf Verwirklichung gibt; ich will ihn wenigstens gern im Rat der Stadt befürworten. Nach meiner rechnerischen Prüfung liegt die Sache so, daß wir für den Zuschlag von 450 Gramm Mehl, den wir den Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren geben, in jeder Woche 72 Doppelzentner Mehl nötig haben. Rechnet man den älteren Jahrgängen den im 12. Lebensjahr hinzu, so ist ein Sechstel von diesen 72 Doppelzentnern = 12 Doppelzentner dafür erforderlich — nicht, wie von der Berichterstatterin erwähnt wurde, 6 bis 8 Doppelzentner. Aber auch dieser Mehrbetrag wird sich bei der bisher üblichen Sparsamkeit erübrigen lassen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß jedes Zugeständnis, das wir an eine besondere Gruppe machen, auf Kosten der Allgemeinheit geht, auf Kosten der für die gesamte Einwohnerschaft verfügbaren Mehl- und Brotmengen, so daß alle weiteren Wünsche auf Zugeständnisse nur mit Vorsicht aufzunehmen sein würden. Ich sage das deshalb, weil in der vorigen Sitzung von einem Bürger der geehrten Versammlung ein Antrag unterbreitet ist, der sich in dieser Richtung bewegt. Es wäre allerdings sehr schön, wenn man den kleinen Kindern in noch früherem Alter, als es die festen Sätze bestimmen,

einen derartigen Zuschlag gewähren könnte. Aber wenn wir das tun wollten, so würden wir schließlich die Ausgabe des $4\frac{1}{4}$ -Pfund-Brottes in unserer Stadt nicht aufrechterhalten können und nicht daran denken können, die Kranken und Anstalten mit Zuschlag zu beliefern, wie wir solche Zuschläge jetzt doch auch den Stillenden und Hoffenden gewähren und jedenfalls weiter gewähren möchten. Ich möchte bitten, dem Vorschlag des Rechtsausschusses zuzustimmen, und hoffe, daß wir ihn, wenn wir einen Überblick gewonnen haben, bei einer späteren Verteilung werden verwirklichen können.

Stadtv. **Reißner**: Meine Herrschaften! Nach meinen Feststellungen beträgt der Wochenbedarf an Mehl 2000 bis 2500 Doppelzentner. Nach Angabe des Herrn Stadtrat von Frankenberg würden 12 Doppelzentner erforderlich sein, wenn auch die Kinder im 11. und 12. Lebensjahr den den übrigen Kindern gewährten Jugendzuschlag erhielten. Ich glaube — und in der Ansicht bin ich durch Sachverständige bestärkt worden —, daß bei einem so großen Mehlsatz unbedingt 12 Zentner einzusparen möglich ist, und bin ferner der Meinung, daß wir alle gern zugunsten der besseren Versorgung der Kinder auf ein paar Gramm Brot in der Woche verzichten können, wenn die Verhältnisse so schwarz liegen sollten, wie Herr Stadtrat von Frankenberg sie geschildert hat. Ich möchte die Versammlung deshalb bitten, zu beschließen, daß den Kindern vom 11. bis 12. Lebensjahre der Jugendzuschlag in Brot gewährt werden möge.

Stadtv. **Blumeier**: Meine Damen und Herren! Auch ich bin gleicher Meinung wie Herr Reißner. Die Sparsamkeit, die Herr Stadtrat von Frankenberg in seinem Ressort geübt hat, ist heute nicht mehr am Platze, denn der Krieg ist vorbei. Es stehen bekanntlich jedem Einwohner 220 Gramm Mehl täglich zu, und daraufhin könnten gut und gern $4\frac{1}{2}$ Pfund Brot wöchentlich gegeben werden. Wenn das Viertelpfund, das den Kindern gegeben wird, der Allgemeinheit abgezogen wird, so bin ich der Meinung, daß dann wenigstens die jüngeren Personen zu ihrem Rechte kommen müssen; auch wenn das 12 Sack in der Woche ausmacht, so spielt das bei der großen Menge des für die Versorgung der Stadt gebrauchten Mehles keine große Rolle, wie Herr Reißner schon gesagt hat. Deshalb ist es angebracht, daß diese Zuteilung bewilligt wird.

Im übrigen muß Herr Stadtrat von Frankenberg schon recht große Ersparnisse an Mehl gemacht haben, denn seit zwei Monaten sind wir in Verzug in betreff der Verteilung der zwei Pfund Mehl, die jedem Einwohner zugesagt sind. In den Vororten, die auch zu unserm Versorgungsverband gehören, ist dieses Mehl verausgabt worden, und auch in der Stadt Braunschweig sollte dies sofort geschehen, da das

Auslandmehl nicht mehr gegeben wird. Sparsamkeitsrücksichten kann ich in dieser Beziehung nicht folgen. Ich bin der Ansicht, daß dem Antrage Zahns unbedenklich gefolgt werden kann, und bitte, daß auch die Mehlausgabe der zwei Pfund allgemein erfolgt.

Stadtrat von Franckenberg: Ich habe den Vorzug, mit Herrn Blumeier zusammen im Getreideausschuß für den Gesamtversorgungsverband Braunschweig, zu dem auch der Landkreis Braunschweig und die Kreise Wolfenbüttel, Helmstedt und Blankenburg gehören, zu sitzen. Herr Blumeier wird mir bestätigen können, daß der folgen schwere Beschluß gefaßt ist, das Brotgetreide nicht mehr zu 94 Proz. auszumahlen, sondern den Weizen zu 80 und den Roggen zu 82 Proz. Das bedeutet eine wesentlich geringere Gewinnung von Mehl aus jedem Hundert Zentner Getreide. Schon aus dem Grunde müssen wir den Maßstab, den wir früher angelegt haben, ändern und mit einer ganz andern Versorgung mit Brot und Mehl rechnen. Wenn es vielfach unlieb empfunden wird, daß seitens des Rats der Stadt diese Sparsamkeit geübt wird, so darf ich dagegen folgendes feststellen: In diesen 4½ Jahren ist keine einzige Woche gekommen, in der wir mit der Brot- und Mehlversorgung festsaßen. Was wäre geschehen, wenn wir leichtsinnig gewirtschaftet hätten und es wäre in der Mehlversorgung eine Katastrophe eingetreten? Eine gewisse Vorsicht müssen wir ganz gewiß auch jetzt noch walten lassen. Kommt der Zeitpunkt heran, daß wir wieder die ersetzten zwei Pfund Mehl den Haushalten gewähren können, dann wird niemand froher sein als der Rat der Stadt und besonders derjenige, der der geplagte Dezerent in dieser Sache bisher gewesen ist.

Stadtv. Stegmann: Ich hatte mich zum Wort gemeldet, um bezüglich der uns entzogenen zwei Pfund Mehl meine Ansicht zu äußern; es ist das hierauf Bezügliche aber in der Hauptsache schon von Herrn Blumeier gesagt. Man ist allgemein erfreut gewesen, namentlich seitens der Hausfrauen, als man erfuhr, daß es monatlich zwei Pfund Mehl geben sollte und eine Zeitlang auch gegeben hat. Das ist nun aber eingeschlafen, ohne daß eine Bekanntmachung darüber stattgefunden hätte. Vor Monaten wurde auf die Ernte verwiesen, die es ermöglichen sollte, daß in Zukunft mehr Brot gegeben werden könnte, und daß die Mehlszulage nicht verschwinden würde. Mit einem Male ist das letztere nun doch geschehen. Ich möchte fragen, woher das kommt. Werden wir jetzt schlechter beliefert als früher? Sie müssen bedenken, daß es an Lebensmitteln in den letzten Wochen von der Stadt aus fast gar nichts mehr gegeben hat — außer der teuren Marmelade und dem armseligen bißchen Käse — frisches Fleisch gar nicht. Angesichts dieser Tatsache ist es nötig, daß mehr Mehl geliefert wird. Ich bitte den Rat, dafür zu sorgen, daß mehr Lebensmittel beschafft werden, insbesondere Mehl und Mehlprodukte.

Stadttrat von Frankenberg: Auch diesem Wunsche kann in absehbarer Zeit Gewährung in Aussicht gestellt werden. Wir haben vom Landesernährungsamt Nährmittel, z. B. Graupen, zugewiesen bekommen, und nur dadurch hat sich die Verteilung um etwas verzögert, daß wir auf die uns zugeteilten Suppen wenig Wert gelegt haben, wie das auch der städtische Ernährungsausschuß getan hat. Erst als sich die Verhandlungen darüber mit dem Landesernährungsamt geklärt hatten, ist die Zuteilung erfolgt, und es wird nun auch die Lieferung an die Bevölkerung in nächster Zeit vor sich gehen.

Stadtv. Blumeier: Ich möchte Herrn Stadttrat von Frankenberg bitten, diese Vorsicht bei der Mehlverteilung jetzt fallen zu lassen. Er erwähnte, daß ich auch Mitglied des Getreideausschusses für unsern Versorgungsverband bin. Dort wurde uns erklärt, daß Stadt und Land Braunschweig mit Mehl und Getreide bis Februar versorgt sind, und ich weiß auch, daß andere Bezirke kaum bis zum Dezember den nötigen Vorrat haben. Andere Versorgungsverbände, die also kaum für sechs Wochen Mehl haben, verteilen ein Brot von 4½ Pfund. Ich bin der Ansicht: Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, müßte in solchem Maße Mehl verteilt werden, wie ein jeder einzelne Anspruch hat.

Vorsitzender: Der Ausschuß beantragt: Die Stadtverordneten ersuchen den Rat der Stadt Braunschweig, in wohlwollendster Weise — nach einer Prüfung der Zahl der Versorgungsberechtigten und Vorräte — die Frage zu prüfen, ob eine Belieferung der Kinder vom 11. bis 12. Lebensjahre mit Brot oder andern Nahrungsmitteln zu ermöglichen ist.

Herr Reißner dagegen beantragt: Den Kindern im 11. und 12. Lebensjahre möge ohne vorherige Prüfung der Jugendzuschlag in Brot gewährt werden.

Der Antrag Reißner kommt zuerst zur Abstimmung und wird angenommen.

7. Antrag Reißner, betreffend Abfassung der Anstellungsurkunden für Beamte und Lehrer.

Stadtv. Jahn: Herr Stadtverordneter Reißner hat den Antrag gestellt: „Die Versammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, zukünftig den Vorbehalt in den Anstellungsurkunden der Beamten und Lehrer fortzulassen und auch in den jetzigen Anstellungsurkunden zu streichen“. Der fragliche Passus, der in die Anstellungsurkunde aufgenommen ist, lautet: „Im übrigen ist die Anstellung unter dem Vorbehalt erfolgt, daß bei ungenügender Pflichterfüllung oder unwürdigem Verhalten Ihre Entlassung ohne Gehalt oder Ruhegehalt von den städtischen Behörden beschlossen werden kann“.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage beschäftigt und ist nach einiger Besprechung zu der Ansicht gekommen, daß der Passus stehenbleiben könnte, aber durch etwas mildere Worte ersetzt werden sollte. Es waren allerdings die Meinungen darüber verschieden, aber die Mehrheit hat sich in dem angegebenen Sinne entschieden. Es wird Ihnen deshalb empfohlen, dem Antrage nur insofern stattzugeben, daß eine mildere Wortfassung für „ungenügende Pflichterfüllung“ eingesetzt wird.

Persönlich stehe ich allerdings auf einem andern Standpunkt, der dem des Herrn Reißner entspricht, denn über die Erledigung der Entlassung bei ungenügender Pflichterfüllung und unwürdigem Verhalten heißt es in der Städteordnung, § 128: „Bezüglich der Dienstvergehen . . . der städtischen Beamten kommen die im II. Abschnitt des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 4. April 1889, Nummer 17, hinsichtlich der nicht richterlichen Beamten getroffenen Bestimmungen mit folgenden Maßgaben zu entsprechender Anwendung“. Das Zivilstaatsdienstgesetz regelt diese ganzen Verhältnisse sorgfältig, und ich glaube deshalb, daß es besser wäre, gegebenenfalls einem ordentlichen Gericht die jedesmaligen Verhältnisse zu unterbreiten und so dem Beamten Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen und bei der Entlassung Anspruch auf Gnadenpension zu haben, während das nicht der Fall ist, wenn er vom Rat und von den Stadtverordneten ersucht wird, seine Stellung aufzugeben. Der Beamte hat ohne Frage seit jeher an Einkommen nur das, was er durch seine Arbeit erwirbt, und kann davon nichts erübrigen. Wenn der Fall eintritt, daß er nicht so sehr strafbar ist, aber nach Ansicht der Ratsmitglieder und der Stadtverordneten — zumal bei der heutigen parteipolitischen Zusammensetzung wäre es denkbar, daß Parteiinteressen in Frage kommen — sein Amt niederlegen muß, dann würde er seiner Gnadenpension verlustig gehen. Kommt er aber in einem solchen Fall vor ein Gericht und wird verurteilt, so wird ohne Frage ihm eine Gnadenpension gewährt werden.

Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen also, was ich vorhin angeführt habe, ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, den Passus vollständig fallen zu lassen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Herr Berichterstatter hat sich wohl in einer Beziehung geirrt. Der Rechtsausschuß hat nicht empfohlen, den Passus milder zu gestalten in bezug auf „Pflichterfüllung“, sondern im Gegenteil sich schärfer auszudrücken, d. h. zu sagen: Es soll die Entlassung von den städtischen Behörden nur dann beschlossen werden dürfen, wenn ganz arge Pflichtverletzung vorkommt. Damit habe ich mich einverstanden erklärt und bin überzeugt, daß überhaupt nur an derartige Fälle bei der früheren Beschlußfassung der städtischen Behörden gedacht ist. Die älteren Mitglieder der Versammlung werden sich an die Beschlußfassung erinnern. Es waren einige sehr krasse Fälle vorgekommen, und aus dem Grunde war den städtischen Behörden die Frage vorgelegt: Ist es nicht

bedenklich, die Anstellung auf Lebenszeit ohne jeden Vorbehalt vorzunehmen? Die Städteordnung gibt das Recht, die sämtlichen Hilfsbeamten auf Kündigung anzustellen. Das wollten wir natürlich nicht, sondern waren der Meinung: im allgemeinen wollen wir die Kündigungsklausel nicht in die Anstellungsurkunden einfügen, aber wir wollen vorbehalten das Recht der Kündigung für den Fall, daß jemand seines Amtes sich unwürdig erweist oder seine Amtspflicht verletzt. Bei der Anstellung der Lehrer sind uns übrigens die Hände durch das Gesetz gebunden; in dem Gesetz ist ein solcher Passus nicht enthalten, und wir sind es ja auch nicht, die die Lehrer anstellen, sondern der Staat.

Wie nun heute die Stadtverordnetenversammlung, die ja neu zusammengesetzt ist, über diese Sache denkt, kann ich nicht wissen. Aber ich kann nicht ohne weiteres den Standpunkt als richtig anerkennen, daß man sagt: Die Beamten sind dadurch gesichert, daß sie ihr Recht vor der Disziplinarkammer nehmen können. Ich kann mir sehr wohl den Fall denken, daß die Sache für den Beamten besser steht, wenn durch die Beschlussfassung der städtischen Behörden in solchen Sachen ein Urteil des Disziplinarhofes ersezt wird. Es kann allerdings auch das Gegenteil eintreten. Bisher war die Auffassung bei dem früheren Magistrat — und ich glaube, auch bei der Stadtverordnetenversammlung — doch die, daß ein übereinstimmender Beschluß der städtischen Behörden eine Tatsache ist, die ganz besonders gewertet werden muß. Stimmen die beiden städtischen Behörden in ihrem Urteil überein, so liegt darin ein Moment, das nicht übersehen werden kann. Prüft zunächst der Magistrat, ob der Beamte nicht besser aus dem städtischen Dienst ausscheidet, und kommt dann die Stadtverordnetenversammlung nach Beratung der Sache zu demselben Ergebnis, so muß sich der Beamte doch sagen: Einem solchen Urteil füge ich mich lieber als einem Urteil des Disziplinarhofes. Wir haben doch bei den Gerichten auch Fälle erlebt, daß nicht der Recht bekommt, der wirklich recht hat, sondern der, der den Richter von seinem Recht überzeugen kann, bzw. der sein Recht beweisen kann, und es sind doch auch schon wunderbare Erkenntnisse herausgekommen. Sollte die Versammlung der Ansicht sein, daß die städtischen Behörden dieses bisherige Recht nicht beanspruchen sollen, dann fällt damit ohne weiteres die ganze Sache, denn ohne Zustimmung der Stadtverordneten kann die Bestimmung nicht in die Anstellungsurkunden aufgenommen werden. Ich habe doch aber bisher immer angenommen, daß die städtischen Behörden zu sich selber das Vertrauen hätten, daß sie in solchen Fällen gerecht urteilen und daß Parteiansichten, wie sie der Herr Berichterstatter erwähnt hat, in einem solchen Fall keineswegs maßgebend sein dürfen und auch niemals sein werden.

Stadtv. Reigner: Meine Damen und Herren! Die städtischen Beamten haben den Wunsch, daß dieser Passus in den Anstellungsurkunden fällt. Es ist dort die

Rede von unwürdigem Verhalten oder ungenügender Pflichterfüllung. Der Herr Oberbürgermeister hat berichtet, die Meinung der Kommission ginge dahin, der Passus solle dahin geändert werden, daß „krasseste und ungenügende Pflichterfüllung“ oder etwas Ähnliches in die Urkunden hineingesetzt werde. Ich muß diese ganze Bestimmung als eine Rautschukbestimmung bezeichnen. Wer soll feststellen, wo ein unwürdiges Verhalten anfängt, und wo die genügende Pflichterfüllung aufhört. Solche Begriffe sind sehr dehnbar. Sie haben von der Berichterstatterin gehört, daß für die städtischen Beamten in dieser Hinsicht das Zivilstaatsdienstgesetz maßgebend ist. Für die Beamten des Deutschen Reiches, für die der Bundesstaaten und fast aller Städte gilt für die Dienstentlassung als maßgebend das Disziplinarverfahren, eine Ausnahme davon macht nur die Stadt Braunschweig. Nur hier ist seit 1905 bestimmt, daß die städtischen Beamten ohne Anspruch auf Zahlung von Gehalt und Pension durch die städtischen Behörden unter Umständen entlassen werden können. Die städtischen Beamten haben, wie alle Beamten, zu dem Disziplinargerichtshof das Vertrauen, daß er gerecht entscheiden wird. Wenn ein Beamter erst so weit ist, daß er vor den Disziplinargerichtshof gestellt werden muß, dann muß er die Konsequenz für sein Verhalten tragen, und wir übrigen Beamten würden es begrüßen, wenn ein solcher Beamter nicht mehr in unsern Reihen sich befindet. Ob er durch den Disziplinargerichtshof oder durch den Beschluß der städtischen Behörden von seinem Amt ausgeschlossen wird, ist einerlei, aber wir haben den Wunsch, daß bei den städtischen Beamten ebenso wie bei den andern Beamten verfahren wird, und deshalb möchte ich Sie bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** läßt zuerst über den Antrag der Kommission abstimmen, derselbe wird angenommen.

Stadtv. Reigner: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß mein Antrag der weitergehende war und deshalb zuerst zur Abstimmung hätte gestellt werden müssen.

Vorsitzender: Laut Geschäftsordnung hat die Art der Abstimmung der Vorsitzende zu bestimmen.

8. Gesuch der Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen um Erhöhung ihrer Bezüge.

Stadtv. Blumeier: Meine Damen und Herren! Die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen haben unterm 6. August eine Eingabe an den Magistrat gesandt, in der es unter anderm heißt: „Die Stadtverordneten haben in verschiedenen Sitzungen dieses Jahres beschlossen, wiederum den Hilfsbeamten des Stadtmagistrates eine Teuerungszulage zu bewilligen. Die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen

dürften ebenfalls zu den Hilfsbeamten des Stadtmagistrates zu rechnen sein, da sie die ihnen übertragenen umfangreichen Geschäfte im Interesse der städtischen Einwohner für den Stadtmagistrat ausführen und dem letzteren verantwortlich sind. Wenn auch unsere eigentlichen Dienststunden, d. h. die Zeit, in welcher die Geschäftsstellen dem Verkehr geöffnet sind, nur auf 9—1 Uhr festgesetzt sind, so müssen doch für die Vorarbeiten, für die Abrechnung und für die Nachprüfung, für die Hauptausgabe in der Schule usw. die Nachmittagsstunden mit zu Hilfe genommen werden. Unter den vorgetragenen Umständen bitten wir den geehrten Stadtmagistrat, auch uns die festgesetzte Teuerungszulage rückwirkend vom 1. Januar ab gewähren zu wollen."

Festgestellt wurde nun, daß die städtischen Aushilfsbeamten durchaus keine Teuerungszulage erhalten haben, sondern nur eine Beihilfe von 40 Mark für jedes Kind, und wenn Kinder nicht vorhanden sind, so bekommt der Aushilfsbeamte für die Ehefrau eine Beihilfe von monatlich 15 M. Der Antrag der Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen ist vom Magistrat aus folgenden Gründen abgelehnt: Die Kartenzuteilung ist im Abbau begriffen, und eine Arbeitsvermehrung der Geschäftsführer hat neuerdings nicht stattgefunden. Die Tätigkeit der Geschäftsführer vollzieht sich im allgemeinen als Nebenbeschäftigung, während sie selbst ihren lohnenden Hauptberuf fortsetzen. Darach seien also die Voraussetzungen für eine Teuerungszulage nicht gegeben.'

Mit diesem Bescheide haben sich die Antragsteller nicht zufrieden gegeben, sondern haben unter dem 3. Oktober eine neue Eingabe an den Rat und die Stadtverordneten gemacht, über die nun die geehrte Versammlung Beschluß fassen soll. Es wird in dieser zweiten Eingabe unter anderem angeführt:

"Die Gründe, welche zur Ablehnung des Gesuches führten, vermögen wir nicht anzuerkennen, behaupten vielmehr, daß die Kartenverteilung nicht im Abbau begriffen ist, sondern neuerdings eine Vermehrung der Leistungen eingetreten ist, wie z. B. Ausfertigen der Kartothek, besondere Buchungen bei Abmeldung und Rückgabe der Kartoffelkarten, Ausgabe der Einfuhrkarten, bei Abmeldung für jede Person eine Abmeldung mit Durchschlag, Ausstellung der Zahlkarten für die vom Ausland zurückgekehrten Kriegsgefangenen usw. Aus diesem Grunde dürfte eine bessere Entlohnung durchaus am Platze sein."

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, sie eingehend geprüft und ist zu dem Resultat gekommen, daß die betreffenden Herren nicht als Hilfsbeamte angesehen werden können, und daß die Entschädigung, die jetzt 180 M. monatlich beträgt, während sie früher auf 100 M. festgesetzt war, eine für die Tätigkeit der Geschäftsführer durchaus angemessene ist. Aber in Anbetracht der erhöhten Unterhaltungskosten für Lokal usw., auch mit Rücksicht darauf, daß das Heizungsmaterial

teurer geworden ist, ist der Finanzausschuß der Meinung, daß den Geschäftsführern vom 1. Oktober an eine Unterhaltungsbeihilfe in Höhe von 20 M bewilligt werden könne.

Stadtv. Ginert: Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht in Zweifel setzen, daß der Finanzausschuß mit dem warmen Herzen für Lohn für fleißige Arbeit an den Antrag herangetreten ist, wie es auch sonst der Fall gewesen ist. Es hat aber vielleicht die nötige Information in dem Ausschuß gefehlt, oder sie ist wohl ungenügend gewesen. Ich bin in der Lage, Ihnen ungefähr klarzustellen, was die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen in ihrem Amt zu tun haben. Sie haben täglich von 9 bis 1 Uhr offiziell ihres Amtes zu walten, das sind im Monat rund 100 Stunden. Am Nachmittage haben sie mit Regelung der Geschäfte, die sie während der Zeit, wo sie mit dem Publikum verkehren, nicht ausführen konnten, täglich noch zwei Stunden zu arbeiten; das sind rund 50 Stunden. Alle acht Wochen haben sie in den Schulen vier Tage lang von 1 bis 6 Uhr die Lebensmittelfartenverteilung vorzunehmen, das sind 20 Stunden, also für jeden Monat 10, so daß insgesamt eine Arbeitszeit von 160 Stunden im Monat herauskommt. Dafür wurden sie bisher mit 180 M entlohnt, das macht $1\frac{1}{8}$ M für jede Stunde. Die Zulage, die Sie bewilligen sollen, beträgt ungefähr 10 Proz., so daß die Bezahlung für die Stunde auf $1\frac{1}{4}$ M sich erhöht. Die in der Eingabe aufgezählten Arbeiten vermehren sich noch um die Ausgabe der Petroleumkarten und der Kerzenkarten. Sodann müssen bei der achtwöchentlichen Ausgabe der Lebensmittelfarten die sogenannten Fehlpersonen besonders aufgeführt werden. Es sind das für jeden Kartenverteiler in jeder Verteilungsperiode etwa 200—250 Personen, die jeweils in einer Liste aufgestellt und dem Stadtmagistrat eingereicht werden müssen. Jeder Kartenverteiler hat überhaupt etwa 4000 Personen in seinem Bezirk zu versorgen. Wollen Sie nun den Geschäftsführern eine Vergütungserhöhung zuteil werden lassen, so würde bei Vorhandensein einer Lohnariskommission für diese Leute die Erhöhung, welche Sie jetzt zu bewilligen vorlagten, mit einem leichten Achselzucken beantwortet werden. Wenn Sie nicht dem vollen Betrage des in dem Antrage der Kartenverteiler Beantragten entsprechen wollen, so möchte ich Sie bitten, wenigstens das Doppelte von dem zu gewähren, was Sie zugelegt haben und die Vergütung für die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen auf 225 M pro Monat zu erhöhen.

Stadtrat von Frankenberg: Der verehrte Herr Vorredner hat gegen den Finanzausschuß ziemlich schweres Geschick spielen lassen und hat sogar die Sachkunde des Finanzausschusses in einigen Zweifel gezogen. Nun ist aber zufällig der Berichterstatter der Finanzkommission in seiner Stellung als Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins, dem wir auch eine Reihe von Kartenverteilungsstellen übertragen

haben, recht gut über die einschlägigen Verhältnisse unterrichtet. In der ganzen Versammlung wird es wenige geben, die an Sachkunde, soweit die Verteilung dieser Karten in Frage kommt, es mit dem Herrn Berichterstatter aufnehmen können. Dasjenige, was Herr Stadtverordneter Einert vorgetragen hat, ist in vieler Beziehung zutreffend, soweit es sich um die jetzt noch vorhandene Tätigkeit der Kartenverteilungsstellen handelt. Aber die verehrten Herrschaften wollen nicht unberücksichtigt lassen, daß die große Arbeit, die in früheren Jahren durch die zahlreichen Militärpersonen, die als Urlauber kurze Zeit aus dem Felde auftauchten und wieder dorthin zurückkehrten, den Kartenverteilungsstellen erwuchs, aus naheliegenden Gründen mit dem Ende des Krieges aufgehört hat, denn die verhältnismäßig geringe Zahl der Reichswehrtruppen und der heimkehrenden Kriegsgefangenen spielt im Vergleich zu den Millionen, die von der Front her- und zurückfluteten, eine unbedeutende Rolle. Wenn eine genaue Stundenberechnung von Herrn Einert aufgemacht ist, so wird es vielleicht einem genau mitprüfenden Mitglied der Versammlung kaum entgangen sein, daß die Zeit von 9 bis 1 Uhr nicht gerappelt voll von lauter Tätigkeit für die Kartenverteilungsstelle bei jedem einzelnen dieser gewerbetreibenden Geschäftsführer ausgefüllt ist, sondern daß häufig diese oder jene geschäftliche Tätigkeit im Kaufmanns- oder Papierladen, im Bureau oder Kontor neben der Tätigkeit für die Geschäftsstelle einhergeht. Man darf nicht nach Maßgabe des Lohntarifs die Arbeit dieser Geschäftsführer mit dem Stundenzähler messen, sondern muß in den Vordergrund der Erwägung stellen, — wie es auch Herr Blumeier getan hat —, daß es eine Nebenbeschäftigung ist. So gern wir anerkennen, daß jeder, der der Stadt seine Dienste widmet, seines Lohnes wert ist, so wird man doch auch sagen müssen: Für eine Nebenbeschäftigung ist eine Bezahlung von 180 M oder, wie der Finanzausschuß unter Berücksichtigung der Teuerung für Kohlen vorschlägt, von 200 M durchaus eine angemessene. Ich glaube, der Rat wird dem Antrage des Finanzausschusses zustimmen, und damit werden die berechtigten Ansprüche der Kartenverteilungsstellen erfüllt sein.

Stadtv. Jahn: Es ist eben schon genügend dargetan, was für Arbeit den Kartenverteilungsstellen obliegt, und es erübrigt sich deshalb wohl, noch Weiteres darüber anzuführen. Ich möchte Ihnen aber bei dieser Gelegenheit anheimgeben, auch dem Markthalleninspektor Seelemeyer, der ebenso wie die Kartenverteilungsstellen die Ausgabe der Kartoffelkarten zu buchen hat, deswegen Überstunden zu machen und auch Sonntags zu arbeiten hat, eine laufende Vergütung für diese Arbeit zu gewähren.

Stadtv. Frede: Von besonderem Eindruck ist bei der Verhandlung dieser Sache im Finanzausschuß das Gutachten eines Inhabers einer Kartenverteilungsstelle gewesen, das dahin ging, daß eine Vergütung von 180 M als genügend anzusehen

ist. Nur durch die Erwägung, die der Berichterstatter angeführt hat, nämlich um vermehrte Ausgaben für Feuerung zu decken und um Weiterungen zu entgehen, sind wir dazu gekommen, vorzuschlagen, zu dem bisherigen Satz 20 M zuzulegen. Ich glaube, wir können es verantworten, wenn wir diesem Antrage unsere Zustimmung geben.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

9. Bewilligung von Mitteln für Instandhaltung städtischer Gebäude.

Stadtv. **Kofahr**: Meine Damen und Herren! In Erledigung eines Antrages des Herrn Stadtverordneten Schilke vom 25. vergangenen Monats, der verlangte, daß der Rat der Stadt Mittel zur Verfügung stellte, um Arbeiten, die durch Vermittlung des Stadtbauamtes ausgeführt werden, bereitgestellt werden, und der von der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung vom 25. September angenommen ist, hat der Rat der Stadt eine Vorlage an die Stadtverordneten gerichtet, durch die vorgesehen wird:

1. die Instandhaltung von älteren Ziegeldächern,
2. die Erneuerung von einzelnen Rinnen und Fallrohren,
3. die Instandsetzung von Wohnungen nebst Fluren und Treppenhäusern in einigen städtischen Gebäuden,
4. die Erneuerung des Anstrichs von Wand- und Deckenflächen in Fluren, Treppenhäusern und Klassenzimmern der städtischen Schulen.

Der Rat der Stadt gibt anheim, für diese Arbeiten zur Instandhaltung städtischer Gebäude 20 000 M zu bewilligen. Der Bauausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt, hat ihr zugestimmt und empfiehlt der Versammlung, gleichfalls dieser Vorlage zuzustimmen. Die Ausführung dieser Arbeiten soll mit dazu dienen, der Arbeitslosigkeit, die jetzt und im Laufe des Winters mehr einsetzt, zu steuern, und aus diesem Grunde ist die Bewilligung der Mittel besonders zu empfehlen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

10. Abbau der Unterstufe beim Lyzeum.

Stadtv. **Frau Göge**: Meine geehrten Herrschaften! Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten eine Vorlage über den Abbau der Unterstufe beim Lyzeum

gesandt, die dem Schulausschuß zur Vorberatung übergeben ist. Der Inhalt der Vorlage ist folgender: Nachdem die städtischen Behörden beschlossen haben, die drei untersten Klassen der städtischen Mädchenmittelschule eingehen zu lassen, und daher Ostern dieses Jahres eine Aufnahme von Kindern in die unterste Klasse dieser Schule nicht stattgefunden hat, hält es der Rat der Stadt für zweckmäßig, in gleicher Weise auch beim Lyzeum zu verfahren. Bei der Ungewißheit aber darüber, welche Dauer des Besuches der Grundschule als Voraussetzung für die Aufnahme in die höheren Schulen schließlich vorgeschrieben werden wird, ist der Rat zur Zeit nicht in der Lage, Vorschläge über den künftigen Aufbau der gehobenen Schulen zu machen und muß sich daher die Ausarbeitung entsprechender Satzungsvorschriften vorbehalten. Dadurch braucht der allmähliche Abbau zunächst der drei untersten Klassen des Lyzeums nicht aufgehalten zu werden, da diese Klassen jedenfalls eingehen werden. Der Rat gibt daher anheim, zuzustimmen, daß von Ostern 1920 ab Kinder in die unterste Klasse des Lyzeums (in die 10.) nicht mehr aufgenommen werden. Der Abbau der drei untersten Klassen wird dann Ostern 1923 vollendet sein.

In der Beratung dieser Vorlage wurde allerdings die Ansicht laut, daß dieser Beschluß nicht zur Freude der weitesten Kreise dienen werde, und daß es auch nicht verhindert werden könne, daß sich die Errichtung von Privatschulen oder Privatkursen als Folge dieser Maßnahme herausstellen wird. Nichtsdestoweniger geht aber nun einmal die Richtung der Zeit auf Schaffung einer Einheitschule, und dazu ist der Abbau der untersten Klassen im Lyzeum mit ein Anfang. Die Schulkommission gibt also der Versammlung anheim, dem Vorgehen des Rates zuzustimmen.

Der Antrag der Schulkommission gilt als stillschweigend genehmigt.

11. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Ernährungsausschusses.

Stadtvr. Fräulein **Oden**: Herr **Rönneburg** teilt dem Rat der Stadt mit, daß infolge starker sonstiger Inanspruchnahme es ihm nicht möglich ist, sich noch ferner an den Arbeiten des Ernährungsausschusses zu beteiligen, daß er deshalb sein Amt in diesem Ausschuß niederlegen müsse. Er bittet die städtischen Behörden, sich damit einverstanden zu erklären. In den Ernährungsausschuß ist Herr **Rönneburg** seinerzeit von der Beamtenvereinigung entsandt, und es wird nunmehr vorgeschlagen, an seine Stelle Herrn **Gerichtsvollzieher Haberland**, Pestalozzistraße 7, in den Ausschuß zu wählen. Der Rechtsausschuß bittet, dieser Regelung der Angelegenheit zuzustimmen.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis mit dem Antrage des Rechtsausschusses an.

12. Erhebung von Zuschlägen zu der Gemeindeeinkommen- und zur Reichsgrunderwerbssteuer.

Stadtv. **Frede**: Meine Damen und Herren! Dieser Punkt der Tagesordnung behandelt die Sicherung einer Steuer, die für die Stadt Braunschweig schon bestand, und die Herbeiführung einer höheren Ergiebigkeit der Gemeindeeinkommensteuer. Es ist den Herrschaften bekannt, daß am 12. Juni dieses Jahres ein Beschluß der Stadtverordneten gefaßt ist, daß, um die finanziellen Nöte unserer Stadt einzudämmen, eine Verschärfung der Gemeindeeinkommensteuer bei den Sätzen über 10 000 M eintreten solle. Der Rat der Stadt hat sich nun an die Regierung gewandt mit dem Ersuchen, die Möglichkeit zu schaffen, in dieser Weise vorzugehen, und die Regierung ist dem nachgekommen, indem sie dem bevollmächtigten Hauptausschuß der Landesversammlung eine Gesetzesvorlage unterbreitet hat, die am 12. ds. Mts. als „Gesetz, betreffend die Erhebung von Zuschlägen zur Gemeindeeinkommensteuer und die Erhebung einer Gemeindeergänzungssteuer“ veröffentlicht und sofort in Kraft getreten ist. Die Gemeinden sind danach berechtigt, als Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer für das laufende Rechnungsjahr 1919/1920 dieselben Zuschläge zur Staatseinkommensteuer zu erheben, die durch das Landesgesetz Nr. 119 vom 18. September 1919 für die Staatseinkommensteuer eingeführt sind. Es ist den Gemeinden auch gestattet, nicht genau dieselben, sondern gewisse Prozentsätze dieser Zuschläge zu fordern, und außerdem steht ihnen die Befugnis zu, als Gemeindeergänzungssteuer die staatlichen, durch dasselbe Gesetz eingeführten Zuschläge zur Staatsergänzungssteuer oder Prozentsätze davon zu erheben.

Der Rat der Stadt ist der Ansicht, daß es geboten ist, von dieser Berechtigung, soweit sie sich auf die Einkommensteuer bezieht, unverzüglich Gebrauch zu machen, daß dagegen mit Rücksicht auf die bisherige Verteilung der Steuerarten zwischen Staat und Stadt und mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Übergangszeit bis zur durchgehenden Steuerreform, sowie mit Rücksicht auf die Reichsvermögensabgabe, das sogenannte Reichsnotopfer, Abstand davon zu nehmen sei, im laufenden Jahre stadtteilig daneben auch noch auf die Ergänzungssteuer als städtische Steuerquelle zurückzugreifen. Die Klärung der Steuerverhältnisse zwischen Staat und Stadt wird wohl Anfang des nächsten Jahres eintreten.

Von einer Mehrbelastung der kleinen und mittleren Einkommen bis zur Grenze von 10 000 M sieht der Rat im Einverständnis mit dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ab, und das um so mehr, als die niederen Einkommen auch durch die neuen Staatszuschläge nicht unerheblich getroffen werden.

Nun hat der in der Stadtverordnetenversammlung angenommene Antrag so gelautet, daß die Einkommen von 10 000 M an zu einer stärkeren Besteuerung herangezogen werden möchten, und der Rat macht darauf aufmerksam, daß er dieser Anregung nicht wörtlich folgen können, weil die Steuerstufen bei einem Einkommen von 6000 bis 12 000 M immer um je 300 M steigen. Die letzte Stufe unter 10 000 M ist mit 9900 M festgesetzt, und es hat deshalb der Rat vorgeschlagen, mit den Gemeindefürzuschlägen bei 10 200 M zu beginnen. Im übrigen wird von der gesetzlichen Befugnis durch Erhebung von vollen 100 Proz. des Staatssteuerzuschlages unter Beachtung der Verschiedenartigkeit der Staffelung bei natürlichen Personen, eingetragenen Genossenschaften und steuerpflichtigen Vereinen einerseits, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Berggewerkschaften andererseits Gebrauch zu machen sein, um die Zuschläge möglichst ergiebig zu gestalten.

Der Rat beantragt nun, die Gemeindecinkommensteuerzuschläge in der Ihnen bekannten, in der Vorlage aufgeführten Weise zu erheben; die Vorlage ist Ihnen ja allen zugegangen. Danach sollen für alle natürlichen Personen, eingetragenen Genossenschaften und steuerpflichtigen Vereine die Zuschläge mit 50 Proz. einsetzen und sich allmählich erhöhen, bis sie bei einem Einkommen von über 1 Million Mark auf 300 Proz. ankommen. Bei den Aktiengesellschaften usw. sollen die Zuschläge einsetzen mit 100 Proz. und bis zu 400 Proz. hinaufgehen. Die einzelnen Sätze der Staffelung brauche ich wohl nicht zu verlesen.

Es ist nun bei der Vorberatung dieser Vorlage im Finanzausschuß das Bedenken geltend gemacht worden, daß diese Zuschläge zu hoch einsetzen, und auch ich als Richterstatter hatte recht lebhafte Bedenken vorzubringen, weil man erwägen müsse, daß die gleich zu Anfang der Skala so stark zur Zahlung von Zuschlägen herangezogenen Einkommen mit nicht viel über 10 000 M in ihrem Nettobetrag, also wenn man die Steuerleistung abzieht, unter das Einkommen sinken, das auf der darunter liegenden Stufe steht. Das ist sicher kein wünschenswerter Zustand. Diesem Einwande wurde aber von seiten des zuständigen Ratsvertreters begegnet mit dem Hinweis, daß die staatlichen Bestimmungen eine andere Bemessung nicht gestatten, und andererseits wurde darauf hingewiesen, daß solche Härten bei der Besteuerung überhaupt nicht zu vermeiden seien. Z. B. könne bei Beginn der Besteuerung, bei einem Einkommen von 900 M, es sich ereignen, daß jemand, der auf dieser Stufe zum ersten Male herangezogen würde, insgesamt nach Abzug seiner Steuerleistung weniger Einkommen habe als ein anderer, der steuerfrei sei. Es ist zuzugeben, daß solche Härten nicht zu vermeiden sind, man könnte aber wünschen, daß sie möglichst geringfügig gestaltet werden, und diesen Zweck hatte der in der Kommission gestellte Antrag, bei den Anfangsstufen nicht mit 50 Proz., sondern mit 25 Proz. vorzugehen. Aber die Einwände des Ratsvertreters waren derart, daß man anerkennen mußte, daß es

nicht anders als vorgeschlagen einzurichten gehe. Im besonderen wurde auf die staatlichen Bestimmungen hingewiesen; wenn die nicht entgegenständen, hätten wir eine Änderung der Staffelung gewünscht.

Im übrigen muß ich, um in der Bevölkerung Klarheit über diese Steuerfrage zu schaffen, folgendes besonders stark hervorheben: Es handelt sich nicht um Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer, sondern von der Staatseinkommensteuer sind die Zuschläge abzuleiten. Die Staatseinkommensteuer beträgt bei den Klassen, wo die Zuschläge einsetzen, 300 M., und infolgedessen werden die Zuschläge dort 150 M. ausmachen. So sieht die Sache nicht mehr so bössartig aus, wie sie mir ausgesehen hatte in der falschen Meinung, daß die Zuschläge von der Gemeindeeinkommensteuer zu erheben seien. Die Wirkung ist nicht geradezu vernichtend, sondern sie beträgt auf der untersten Zuschlagsstufe 150 M. Sodann wird es der Öffentlichkeit willkommen sein, zu vernehmen, daß vorläufig nur von einer einmaligen Erhebung der Zuschläge die Rede ist, und zwar mit Rücksicht auf die Ungewißheit, die in bezug auf die gesamte Steuerorganisation vom Reich bis zur Gemeinde herab besteht. Es ist bestimmt anzunehmen, daß, sobald die Reichseinkommensteuer eingeführt wird, sie auch in ihren Zuwendungen an die Einzelstaaten und die Gemeinden festgesetzt wird, und daß dann von der hier in Rede stehenden Art der Erhebung von Zuschlägen keine Rede mehr sein wird. Man wird also wahrscheinlich nur mit einer einmaligen Leistung dieser Zuschläge an die Stadt zu rechnen haben, und das wird gewissermaßen ein Balsam für diejenigen sein, die jetzt bluten müssen.

An zweiter Stelle habe ich mich zu befassen mit der Bestimmung, die dahin geht, daß vom 1. Oktober an 1 Proz. der Grunderwerbssteuer für die Stadt sichergestellt wird. Der Name Grunderwerbssteuer tritt seit der Fertigstellung des Reichsgesetzes vom 12. September 1919 neu auf, aber es ist dieselbe Steuer, die wir in Braunschweig bisher Veränderungssteuer hießen, und die in Preußen und im übrigen Deutschland Umsatzsteuer hieß. Sie muß entrichtet werden, sobald ein bebautes oder unbebautes Grundstück seinen Besitzer wechselt, und zu zahlen hat sie der Käufer. Es mag im allgemeinen zu bedauern sein, daß eine solche Steuer erhoben wird, weil eine zweifellose Wirkung derselben die ist, daß die Mieten durch sie verteuert werden, und wenn demnächst die Steuer in dem Umfang erhoben wird, den das Reichsgesetz vorsieht, nämlich mit 6 Prozent, dann ist das eine außerordentliche Forderung, die sehr erschwerend auf das Wohnungsverfehren wirken muß. Aber damit haben wir uns hier nicht zu befassen; das Reich hat darüber bestimmt, und es bleibt für uns nur übrig, damit zu rechnen, daß in diesem Gesetz vorgesehen ist, daß alle andern Bestimmungen in den Gemeinden und Einzelstaaten über eine solche Abgabe mit dem 1. Oktober außer Kraft gesetzt sind. Es gelten in dieser Hinsicht nur noch die Bestimmungen der Reichsteuer, die aber die Erhebung von Zuschlägen gestattet. § 34 des Reichsgrunderwerbssteuergesetzes sagt darüber:

„Die Länder, sowie mit Genehmigung der Landesregierung die Gemeinden und diejenigen Gemeindeverbände, die nach Landesrecht zur Besteuerung von Grundstücksübertragungen berechtigt sind, können zu der Steuer für ihre Rechnung Zuschläge erheben. Sie sind befugt, die Zuschläge nach sachlichen Merkmalen der Grundstücke abzustufen, insbesondere unbebaute Grundstücke voraus zu belasten. Die Zuschläge dürfen zusammen für Land, Gemeinde und Gemeindeverband nicht mehr als zwei vom Hundert betragen, wovon höchstens die Hälfte auf das Land entfallen darf.“

Nach den Erkundigungen des Vorstandes des deutschen Städtetages ist als Höchstmaß der den Gemeinden zustehenden Zuschläge zunächst ein Betrag von 1 vom Hundert des Grundstückswertes anzusehen.

Nun stand die Stadt vor der Tatsache, daß die bisherige Steuerordnung in bezug auf die Veränderungssteuer mit dem 1. Oktober 1919 ungültig geworden ist, das Reich aber die Erhebung eines Zuschlages zu seiner Steuer in der Höhe von einem Prozent gestattet. Unter diesen Umständen werden wir schleunigst alles tun müssen, um uns das Weiterfließen dieser Steuerquelle für die Stadt zu sichern, und darum hat der Rat in dieser Vorlage die Stadtverordneten ersucht, der Erhebung eines städtischen Zuschlages zur Reichsgrunderwerbsteuer in Höhe von 1 vom Hundert des Grundstückswertes vom 1. Oktober dieses Jahres an zuzustimmen. Der Finanzausschuß hat dagegen nichts zu erinnern und gibt anheim, diesen Antrag des Rates zu genehmigen und ebenso die Prozentsätze, die für die Bemessung der Zuschläge zur Staatseinkommensteuer im Interesse der Nutzbarmachung für die Gemeindecinkommensteuer hier vorgesehen sind.

Stadtv. Dr. Brandis: Meine Damen und Herren! Da die Stadt großer Mittel bedarf, so will ich mich nicht grundsätzlich gegen die hier vorgeschlagene Erhöhung der Besteuerung aussprechen, möchte aber bitten, die untersten Prozentsätze der Zuschläge zu ändern. Der Herr Berichterstatter hat ausgeführt, daß das gesetzlich nicht angängig wäre, aber ich muß sagen: Ich vermag das Gesetz nicht dahin zu verstehen, daß man nicht ebenfогut mit Zuschlägen von 10 vom Hundert anfangen kann. Es ist unsillig, daß man bei den Einkommen, die über 10 200 M bis zu 90 000 M betragen, von Stufe zu Stufe immer nur um 10 vom Hundert steigt, daß man dann bis zu der 16. Stufe von 500 000 M Einkommen je um 20 vom Hundert und nachher um je 30 vom Hundert steigt, daß aber bei einem Einkommen von 9 900 bis 10 200 M im Vergleich mit der vorausgegangenen Stufe sich ein Unterschied von 50 Proz. zeigt. Das ist ein so ungleichmäßiges, ungerechtes Verfahren, daß man es abstellen sollte. Ich möchte vorschlagen, um mehr Gleichmäßigkeit in die Staffelung hineinzubringen, daß man für die Stufe a 10 vom Hundert, für die Stufe b 20 vom Hundert, für c 30 vom Hundert, für d 40 vom Hundert, für e 55 vom Hundert,

für f 70 vom Hundert, für g 85 vom Hundert, für h 100 vom Hundert, für i 115 vom Hundert, für k 130 vom Hundert, für l 145 vom Hundert festlegt. Dann möge es so weitergehen, wie es in der Vorlage steht, und bis zu 300 vom Hundert steigen.

Gegen den vorgeschlagenen Zuschlag zur Reichsgrunderwerbssteuer will ich nichts sagen, obgleich dieser Zuschlag sehr bedauerlich und geeignet ist, wie der Herr Berichtserstatter schon hervorgehoben hat, auf eine Erhöhung der Mieten hinzuwirken. Wenn der Zuschlag erforderlich ist, so ist nichts dagegen zu machen.

Stadtrat von Frankenberg: Es verdient jedenfalls vollste Anerkennung, daß die beiden Herren Vorredner, die sonst in der Stadt nach Kräften für die Interessen des Grundbesitzes eingetreten sind, heute bei der allgemeinen Finanznot sich durchaus auf den Boden der Ratsvorlage gestellt haben. Ich bin beiden Herren dafür gewiß zu Dank verpflichtet und möchte das deutlich hervorheben. Wenn aber der letzte Herr Vorredner, Stadtverordneter Dr. Brandis, den Versuch gemacht hat, das Herz der geehrten Versammlung zugunsten der armen Steuerpflichtigen mit einem Einkommen über 10 000 bis 20 000 M und mehr zu erweichen, so möchte ich mit dem Räte Ihnen entgegenrufen: Landgraf werde hart! Der alte Horaz hat einmal von einem Mann gesprochen, der sein Herz mit dreifachem Erz umgürten müsse, und ich glaube, dasselbe wird auch in diesem Falle, wo Sie nicht als Steuerzahler, sondern als Steuererheber zu fühlen haben, durchaus nötig sein. Wir dürfen nicht in Versuchung kommen, den Blick zu lenken auf diejenige Gruppe, die der Rat der Stadt im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung von den Zuschlägen frei lassen will, und sagen: Weil die Gruppe zwischen 9900 und 10200 M ganz frei bleiben soll, so ist es unbillig, über 10200 M Einkommen hinaus schon mit Zuschlägen von 50 vom Hundert einzusetzen. Das würde dem Mann gleichen, der ein schlecht fruchttragendes Grundstück besitzt und durch seinen Zaun hinüberblickt nach dem Nachbar, bei dem es Trauben, Tomaten, Kürbisse und wunderschöne andere Früchte gibt. Die Grenzlinie ist einmal vorhanden. Wie wir dort den trennenden Zaun haben, so haben wir hier die Grenzlinie von 10200 M, und keine Brücke führt hinüber. Ich würde die Brücke mit 10, 15 oder 25 Proz. für bedenklich halten gegenüber der zwingenden Ausdrucksweise des Gesetzes, das davon spricht, daß wir entweder die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer einführen oder einen gewissen Prozentsatz davon erheben. Wir haben ratsseitig beim Rat der Volksbeauftragten in Übereinstimmung mit der geehrten Versammlung beantragt, es möge uns gestattet werden, eine eigene Skala einzuführen, die wir dann mit Ihnen verabredet hätten und die wir, wenn es verlangt worden wäre, auch dem Rat der Volksbeauftragten zur weiteren Vereinbarung unterbreitet haben würden. Diesen Weg ist jedoch der Rat der Volks-

beauftragten nicht gegangen, hat aber auf der andern Seite uns das Recht gegeben, mit der geehrten Versammlung die hier in der Vorlage aufgeführten Zuschläge selbständig zu beschließen. Ein Genehmigungsrecht hat sich also der Rat der Volksbeauftragten nicht vorbehalten, schenkt uns bereitwillig sein Vertrauen, knüpft daran aber die Bedingung, daß wir mit ihm bei den Zuschlägen gleichen Schritt halten, also keine eigene Skala aufstellen, sondern die Besteuerung in gleicher Weise wie der Staat durchführen oder einen Prozentsatz von seinen Zuschlägen festsetzen. Damit entfällt für uns die Möglichkeit, so zu beschließen, wie Herr Stadtverordneter Dr. Brandis es beantragt, abgesehen davon, daß Herr Dr. Brandis uns nicht gesagt hat, wie er den Ausfall decken will, der entstehen würde, wenn wir seinen Sirenentönen folgten. Wenn wir über 10 200 M Einkommen hinaus nicht 50 Prozent, sondern Zuschläge von 10 und 20 Prozent erheben, so entstehen Ausfälle. Das ergibt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß die Steuerpflichtigen mit 10 000 bis 20 000 M Einkommen viel dichter gesät sind, viel zahlreicher sind als die in den obersten Klassen. Wir haben zwischen 10 200 und 12 500 M 450 Steuerpflichtige, während wir im ganzen ungefähr 1500 Steuerpflichtige mit mehr als 10 200 M Einkommen haben. Also mehr als ein Viertel aller derjenigen, die bei dieser Sache in Betracht kommen, gehört zu der niedrigsten Gruppe, die Herr Stadtverordneter Dr. Brandis schoniam behandelt wissen möchte. Ich bitte, mir als Vertreter des Rates, der bestrebt sein muß, unsern Steuersäckel einigermaßen wieder anzufüllen, es nicht zu verübeln, wenn ich mit aller Kraft dafür eintrete, daß wir den andern Weg gehen, zumal er durch das Gesetz gewiesen ist. Hätten wir das Recht, eine eigene Skala aufzustellen, so könnten wir darüber reden und hätten dann die Möglichkeit, die übrigen Gruppen, die weit über 10 000 M hinausgehen, stärker anzufassen. So, wie die Sache nun einmal liegt, bleibt uns nichts anderes übrig, als zu verfahren, wie vorgeschlagen ist. Im übrigen ist ein Einkommen, das über 10 000 M hinausgeht, auch nicht als ein kleines anzusehen, und in Steuerfragen von Recht und Billigkeit zu sprechen, ist ein mißliches Ding. Jeder, der von der Steuer angefaßt wird, schreit, fühlt sich benachteiligt, blickt nach dem etwas günstiger gestellten Nachbar und zieht Vergleichspunkte heran, die zu seinen Gunsten sprechen. Das hat in diesem Falle der Gesetzgeber aus Gründen, die sich hören lassen, nicht zugelassen, und ich bitte demgemäß, nach unserm Tarif zu beschließen.

Stadtw. Dr. Jasper: Meine Damen und Herren! Ich bitte, den Antrag des Herrn Stadtverordneten Dr. Brandis abzulehnen. Es ist anzuerkennen, daß die Staffelung selbstverständlich auch anders gestaltet werden konnte, und daß mit einer höheren oder niedrigeren Einkommenklasse begonnen werden konnte. Es ist aber vom Gesetzgeber gewollt, daß eine Anlehnung im strengen Sinne an die Besteuerung des

Einkommens, wie sie durch den Staat vorgesehen ist, stattfinden soll, um eine Übersicht über die Besteuerung in den einzelnen Gemeinden zu erhalten und nicht einen Wirrwarr darin herbeizuführen. Es muß die Festsetzung der Besteuerung in den Gemeinden auch schnell vor sich gehen können, indem sie einfach einen Prozentsatz auf die staatliche Steuer zuzuschlagen in der Lage sind, der dem Bedarf der Gemeinde einigermaßen entspricht. Wir stehen vor der Notwendigkeit, in unserer Stadt von dieser Befugnis Gebrauch zu machen, und ich hoffe, daß in diesem Jahr aus diesen Zuschlägen ein gutes Ergebnis für die Stadt herauskommen wird. Ich bezweifle allerdings, ob es richtig sein wird, auf die andere Besteuerungsmöglichkeit hier zu verzichten. Es ist in der Vorlage vorgesehen, daß man Zuschläge zur Vermögenssteuer erheben könnte. Es ist das einmalig im Lande Braunschweig gestattet; ich weiß nicht, ob der Finanzbedarf der Stadt ausreichend gedeckt ist und wir nicht später hierauf zurückgreifen müssen. Es ist zuzugeben, daß das auch in diesem Falle für diejenigen, die dadurch betroffen werden, unangenehm ist, aber ich glaube auch, daß es diejenigen sind, die es am ersten tragen können trotz aller Lasten, die auf diesen Schultern liegen. Die Gemeinden sind in einer solchen Notlage, daß man beizeiten für Deckung sorgen muß, denn was in nächster Zeit an Ausgaben bewilligt werden muß, ist als ziemlich groß voranzusehen.

Stadtv. **Stegmann**: Auch ich bitte, dem Antrag des Herrn Dr. Brandis keine Folge zu geben, und füge mich den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper in dieser Beziehung an. Wenn man die Vorlage prüft, so erscheint es allerdings als ungerade, daß die Einkommen über 10000 M gleich mit einem Mehr von 50 Proz. gegenüber den früheren Stufen herangezogen werden sollen, jedoch hat ja schon Herr Frede darauf hingewiesen, daß es sich nicht um Zuschläge zur Gemeinde-, sondern zur Staatseinkommensteuer handelt; so sehr schlimm wird also die Sache für die Betroffenen nicht. Bedauern muß ich aber, daß wir keine andere Bemessung bei den höheren Einkommen stattfinden lassen können. Die Staffelung steigt fortgesetzt um 10 Proz. bis zu 160 Proz. bei einem Einkommen von 10000 bis 90000 M, dann um 20 Proz. bis zu 240 Proz. bei einem Einkommen von 300000 bis 500000 M, und geht bei einem Einkommen von 500000 M bis 1 Million um 30 Proz. weiter bis zu 270 Proz. und bei einem Einkommen über eine Million wieder um 30 Proz. bis zu 300 Proz. Sie sehen daraus, daß diese höchste Steigerung nur glimpflich angewandt ist. Es ist bedauerlich, daß man die Staffel nicht auf die Säge erhöhen kann wie bei der zweiten Gruppe, die Aktiengesellschaften usw. Wir sind nicht in der Lage, das ändern zu können, aber dennoch meine ich: Viel dringender, als die Unterstufen zu ermäßigen, ist es, diese Steigerung bei den höheren Stufen ausgiebiger zu gestalten.

Stadtrat von Frankenberg: Ich habe aus den Worten des Herrn Dr. Jasper keineswegs einen Vorwurf gegen den leichtfertigen Rat der Stadt gehört, der versäumt hätte, die Zuschläge zur Ergänzungssteuer auch vorzuschlagen. Herr Dr. Jasper hat nur in gewisser Beziehung geklagt, daß vielleicht von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht ist. In der Vorlage ist darauf hingewiesen, welche Gründe dazu geführt haben. Ich bitte, sich zu vergegenwärtigen, daß wir betreffs der Zuschläge zur Einkommensteuer bis an die äußerste zulässige Grenze, bis zu 100 Proz. der Staatseinkommensteuernzuschläge herangegangen sind. Weil wir das taten, glaubten wir, daneben nicht, auch noch die Ergänzungssteuer zum Gegenstand unseres Zugriffes machen zu sollen, vor allen Dingen nicht, wo in der allernächsten Zeit das Reichsnotopfer an die in Frage kommenden Kreise hohe Anforderungen stellen wird, und wo man geradezu von der Wegsteuerung eines Teiles des hohen Besitzes und Einkommens sprechen muß. Wir befinden uns außerdem, wie die Vorlage sagt, in einem Übergangszustand, der in allernächster Zeit uns die Reichseinkommensteuer bringen wird, und auch mit Rücksicht darauf glaubten wir uns Zückhaltung aufzulegen zu sollen.

Der in mancher Beziehung angegriffene Staatseinkommensteuertarif enthält allerdings einige erhebliche Schärfen, und vor allen Dingen werden die Aktiengesellschaften und ähnliche Vereinigungen erheblich an den Staat und an die Stadt zahlen müssen. Ich habe ausgerechnet, daß z. B. die etwas über 100 Personen, die mit einem Steuerbetrage über mehr als 100 000 \mathcal{M} Einkommen veranlagt sind, im Durchschnitt einen Zuschlag von 12 000 \mathcal{M} oder mehr zahlen müssen, und daß dadurch eine sehr erhebliche Belastung dieser Gesellschaften eintreten wird. Die Sache sieht nach meinen Zusammenstellungen so aus, daß 8000 \mathcal{M} der Mindestsatz des Zuschlages ist für Personen über 100 000 \mathcal{M} Einkommen. Wenn wir annehmen, daß 105 Personen dafür in Frage kommen, bei denen durchschnittlich ein Einkommen von 120 000 bis 150 000 \mathcal{M} vorhanden sein könnte, so komme ich bei dem Betrage von 12 000 \mathcal{M} , den jeder dieser Steuerzahler wird aufbringen müssen, auf den Gesamtbetrag von $1\frac{1}{4}$ Million Mark. Ich rechne damit, daß annähernd derselbe Betrag von den anderen 1600 Steuerzahlern, die dieser Zuschlagszahlung unterliegen, aufzubringen sein wird, so daß wir insgesamt mit einer Einnahme an Zuschlägen von $2\frac{1}{2}$ Million Mark rechnen können. Es sind das allerdings nur Griffe, aber ich hoffe, daß diese Zuschläge eine Zubuße zu unseren Steuereinnahmen werden, die es möglich machen werden, nicht auch noch auf die Zuschläge zur Staatsergänzungssteuer zurückgreifen zu müssen. Wir haben gemeint, daß wie an anderer Stelle sich auch hier in der Beschränkung der Meister zeigen werde.

Dem Antrage des Finanzausschusses auf Annahme der Magistratsvorlage stimmt die Versammlung zu.

Herr Stadtverordneter **Munte** übernimmt den Vorsitz.

13. Verkauf einer Grundfläche an der Weststraße.

Stadtv. **Marth**: Die chemische Fabrik Bechelde, die an der Weststraße gelegen ist, wünschte von der Stadt ein Stück des für die projektierte Straße 443 im städtischen Besitz befindlichen Geländes zu erwerben, um darauf ihr Fabrikgebäude erweitern zu können. Dieser Verkauf wurde von seiten der Stadt abgelehnt, weil die geplante Straße nach Fertigstellung des neuen Bahnhofes eine hervorragende Verkehrsstraße zwischen der Broitzemer Straße und dem neuen Bahnhof werden wird. Bei dieser Gelegenheit hat es sich herausgestellt, daß ein kleiner Streifen des der Stadt gehörigen Geländes schon irrtümlicherweise von der Fabrik bebaut war, und es ist nunmehr von der Fabrik das Ersuchen an die Stadt gerichtet, dem Erwerb dieses Grundstücks von 56 Quadratmeter Größe durch die Fabrik zuzustimmen, und zwar zu einem Preise von 12 M Mark für das Quadratmeter. Diese 56 Quadratmeter sind ein Teil der 6 Mr großen Fläche, die im Jahre 1889 für 1800 M (also mit 3 M für das Quadratmeter) vom Zimmermeister Eggeling erworben ist.

Der Bauauschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und empfiehlt Ihnen, der genannten Firma diese 56 Quadratmeter zum Preise von 12 M für das Quadratmeter zu überlassen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Bauauschusses zu.

14. Herrichtung von Wohnungen auf der Charlottenhöhe.

Stadtv. **G. Niese**: Meine geehrten Damen und Herren! Nachdem die Charlottenhöhe in den Besitz der Stadt übergegangen ist, hat die Wohnungsdeputation durch einen Antrag das Hochbauamt ersucht, die Wohnungsnot mit beseitigen zu helfen durch Herrichtung von Wohnungen in den dort befindlichen Gebäuden, und diesem Antrage ist durch das Stadtbauamt entsprochen. Es handelt sich um die Schneiderische Villa und die dabeistehenden Nebengebäude; es können in den genannten Gebäuden fünf Wohnungen hergestellt werden. Die Villa selbst enthält recht große Räume, und es müssen ziemlich hohe Kosten aufgewandt werden, um diese Räume als Wohnung für unsere Einwohner dienstbar zu machen.

Es werden dort entstehen: 1. eine Wohnung im Erdgeschoß des Hauptgebäudes im Mietwert von 450 bis 500 M, 2. eine Wohnung im ersten Obergeschoß des Hauptgebäudes im Mietwerte von 1300 bis 1400 M, 3. eine Wohnung im zweiten

Obergeschoß im Mietwert von 700 bis 800 M, 4 eine Wohnung im westlichen Teil des Nebengebäudes im Mietwert von 500 bis 550 M und 5. eine Wohnung im östlichen Teil des Nebengebäudes im Mietwert von 340 bis 360 M. Die Kosten für Herrichtung dieser Wohnungen werden 21 400 M betragen. Demgemäß richtet der Rat der Stadt den Antrag an die Stadtverordneten, die in dem Kostenanschlage des Hochbauamtes ermittelten Kosten für die Einrichtung von fünf Wohnungen auf der Charlottenhöhe bewilligen zu wollen.

Ferner ersucht der Rat der Stadt, einen Betrag in Höhe von 1000 M für die bauliche Unterhaltung des Grundstücks zu bewilligen, da Mittel hierfür in dem diesjährigen Voranschlag noch nicht vorgesehen sind.

Mit der Vermietung der fünf herzurichtenden Wohnungen soll die Wohnungsdeputation beauftragt werden, und die Verwendung der von diesen Wohnungen nicht in Anspruch genommenen Räume des Hauptgebäudes soll einer weiteren Beschlußfassung vorbehalten bleiben, so daß erst später entschieden wird, ob es zweckmäßig ist, auch dort noch Wohnungen herzurichten.

Dem Bauausschuß hat dieser Antrag des Rats vorgelegen, und er gibt durch mich Ihnen die Genehmigung anheim.

Stadtv. **Marth**: Meine Damen und Herren! Sie sehen aus dem Antrage wieder, daß die Stadt bemüht ist, überall, wo es ihr möglich ist, Wohngelegenheit zu schaffen, um der heute herrschenden Wohnungsnot zu steuern. Um so mehr muß es befremden, daß gerade in der letzten Zeit es den Anschein hat, als wenn dieser Pflicht, Wohnungen zu schaffen, von einzelnen Seiten entgegen gearbeitet wird. Als Mitglied der Wohnungskommission haben wir verschiedentlich Gelegenheit gehabt, von größeren Wohnungen Wohnräume abzutrennen und neue Wohnungen zu schaffen. Dabei hat es sich herausgestellt, daß für solche Räume derartige Preise gefordert wurden, daß wir keine Gelegenheit haben, die Wohnungsuchenden unterzubringen. So wurden unter anderem für zwei Zimmer und Küche 600 M gefordert. Auch die Urteile im Mieteinigungsamt sind in einer Richtung abgegeben, die dahin geht, die Wohnungsmieten hochzuschrauben. Jedesmal, wenn ich Gelegenheit gehabt habe, solche Urteile zu sehen, sind die Forderungen der Hausbesitzer durch das Mieteinigungsamt anerkannt. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß hier Änderung eintreten muß und auf diese Weise dem Heraufstreben der Wohnungsmieten ein Kiegel vorgeschoben wird.

Vorsitzender **Munte**: Die von Herrn Marth berührte Sache gehört kaum zu dem eben zur Besprechung stehenden Punkt der Tagesordnung, und es scheint mir, daß eben keine Aussprache darüber erfolgen kann.

Stadtv. **Marth**: Ich bin der Ansicht, daß die von mir vorgebrachte Sache sehr wohl zur Besprechung kommen kann, wenn die Stadt besonders hohe Mittel aufwendet, um der Wohnungsnot zu steuern. Es ist hier am Platze, das zu geißeln, wodurch diesen Bestrebungen der Vertretung der Allgemeinheit entgegengearbeitet wird.

Stadtv. **Frede**: Wenn der Herr Vorsitzende eine Aussprache über diesen Punkt, wie sie Herr Marth durch seine Bemerkungen erzwungen hat, gestattet, dann will ich mich dazu äußern. — Zwei Punkte hat er besonders hervorgehoben, zuerst, daß die Wohnungsinhaber, also die Verfügungsberechtigten, wie es in dem Gesetze heißt, zu hohe Mieten fordern und dadurch die Benutzung der ihnen zu Gebote stehenden Räume in Frage gestellt wird. Herr Marth gehört zu der Abnahmekommission, und deshalb wundere ich mich, daß er sich in dieser Weise äußert, denn es steht auf den Formularen, die uns vom Rat in die Hand gegeben sind: „Wieviel wird gefordert, und wieviel hält die Kommission für angemessen?“ Mir ist es stets in der Praxis vorgekommen, daß diejenigen Leute, die sonst niemals Zimmer abvermietet hatten, gar nicht wußten, was sie überhaupt fordern konnten, und das werden die beteiligten Kollegen mir bestätigen. Wenn mich die Leute gefragt haben: „Was sollen wir fordern?“, dann habe ich nach bestem Ermessen, aber nach unten und nicht nach oben abgerundet, den Preis angegeben. Ich habe gesagt: „Es kommt Ihnen sicher nicht darauf an, eine hohe Miete herauszuschlagen, sondern nur der Not der Stadt Rechnung zu tragen“, und nahm vielleicht 30 bis 40 M für ein großes möbliertes Zimmer an. Damit waren die Vermieter dann meist auch einverstanden. Wenn sie Herrn Marth gegenüber mit entsprechenden Mietpreisen nicht einverstanden gewesen sind, dann wäre es Pflicht des Herrn Marth gewesen, sich mit den andern Abgeordneten der Stadt ins Einvernehmen zu setzen und zu fragen: Was halten wir für recht? Dann wird festgesetzt, zu diesem oder jenem Preise erfolgt die Beschlagnahme. Herr Marth muß wissen: Wird Einspruch gegen die Beschlagnahme erhoben, dann kommt die Sache vor das Mieteinigungsamt, und dieses richtet sich nach dem, was die Kommission festgesetzt hat. Das ist gerade auf Anregung der Vermieter in der Wohnungsdeputation so festgesetzt. Herr Gebensleben wird bestätigen, daß nicht auf administrativem Wege die Sache gemacht wird, sondern es soll eine Kommission herumgehen und an Ort und Stelle begutachten, was recht ist. Dabei sollen Vermieter und Mieter zusammengehen, und das Mieteinigungsamt richtet sich danach.

Was das andere anbelangt, das Herr Marth herangezogen hat, daß beim Mieteinigungsamt das Bestreben herrsche, die Mieten so hoch wie möglich zu treiben, so weiß ich nicht, woher Herr Marth diese Wissenschaft hat. Er hat schon in der letzten Sitzung auf Grund eines Materials, das ihm sicherlich nur von einer Seite zuge tragen war, angebliche Mißstände beim Mieteinigungsamt geißeln zu müssen geglaubt,

und da ist ihm vom Vertreter des Mieteinigungsamtes, Herrn Oberamtsrichter Meyer, gesagt: Wir können hier in der Versammlung nicht entscheiden, weil uns das Material dafür nicht vorliegt. Dasselbe kann man Herrn Marth auch heute wieder entgegnen. Wir sind nicht in der Lage, über einen einzelnen Fall zu entscheiden. Meint Herr Marth, daß eine Tendenz des Mieteinigungsamtes vorliegt, dann kann ich Herrn Marth mitteilen, daß das Umgekehrte von dem, was Herr Marth annimmt, der Fall ist, und dann werden mir die Kollegen von jener Seite zustimmen bezüglich der Äußerungen, die in der vereinigten Sitzung der drei Kammern gemacht sind. Es haben objektiv die Forderungen anerkannt werden müssen, die die Vertreter der Mieter als zur normalen Instandhaltung des Hauses, die im Interesse der Mieter auch liegt, als unbedingt nötig stellten. Die Berechtigung dieser Forderung hat man nicht bestreiten können; allerdings wurde trotzdem gesagt: Wir genehmigen das nicht, und es ist bei dem Vermittelungsvorschlag geblieben, den Herr Assessor Philipps machte, der aber außerordentlich geringfügig ist. Ich resümiere mich dahin, daß ich bitten muß, es zu unterlassen, einzelne Fälle hier vorzubringen. Von einer Tendenz zu reden, ist ungerecht. Es sind im Mieteinigungsamt ebensoviel Vertreter der Mieter wie der Vermieter vorhanden, und auch die Vorsitzenden der drei Ämter sind alle Mieter. Die Vermieter, die darin sitzen — darauf können Sie sich verlassen —, haben nicht das Bestreben, die Mieten in die Höhe zu treiben, aber wiederum sind sie sich der Pflicht bewußt, daß wenigstens das Allernotdürftigste geleistet werden muß, um die Häuser instand zu halten.

Stadtv. **Bunge:** Meine Damen und Herren! Ich will keinen Stein auf das Mieteinigungsamt werfen, aber ich muß sagen, daß die Auffassung, die Herr Marth über das Mieteinigungsamt in Sachen der Mietsteigerung angeführt hat, eine allgemeine Anschauung im Publikum ist, und zwar aus dem Grunde, weil vor Jahresfrist — wenn ich mich nicht irre, im Januar — vom Mieteinigungsamt in den Zeitungen geschrieben wurde, daß man eine Mieterhöhung von 25 Proz. als annehmbar bezeichnen könne. Es hat nur nicht gesagt, wie oft der Hauswirt diese Erhöhung von 25 Proz. vornehmen kann, und darin liegt der Schwerpunkt. Das habe ich am eigenen Leibe erfahren und weiß jetzt wieder einen Fall, in dem der Hauswirt vor einem Jahre die Wohnungsmiete um 30 M. heraufgesetzt hat und jetzt wieder am 30. September sagt: „Von morgen ab kostet die Wohnung 60 M. mehr“, und ein paar Tage darauf hat er das Haus verkauft. Zunächst muß sich der Mieter auf die Erhöhung einlassen, weiß aber nicht, ob der neue Käufer nicht von neuem die Mieten heraufsetzt. Mir ist genau bekannt, daß der frühere Besitzer des Hauses vor 7 Jahren mit 44 000 M. das Haus gekauft hat, und jetzt hat er

es mit 60000 *M* weiterverkauft. Der neue Hauswirt hat sich schon dahin geäußert, daß am 1. Januar jeder Mieter um 50 *M* aufgesetzt werden müßte, wenn er mit dem Haus zurechtkommen wolle. Wie sollen wir, wie soll das Mieteinigungsamt sich hierzu stellen? Ich weiß aus einer Reihe von Fällen, daß im Mieteinigungsamt zugunsten der Mieter entschieden ist, daß auch im Einverständnis mit den Hauswirten sehr viel Sachen in freundschaftlicher Weise geregelt sind. Aber es gibt auch sehr viele Fälle, wo nach meiner Ansicht mit dem Spruche des Mieteinigungsamtes vorbeigehauen ist. In erster Linie müßte eine Festsetzung darüber vorhanden sein: Wie oft darf der Hauswirt die Miete um 25 Proz. erhöhen. Diese Lücke müßte ausgefüllt werden. Wenn man sich im Publikum umhört, wird man bemerken, daß eine große Erbitterung an allen Ecken und Ranten im Publikum darüber herrscht, daß die Erhöhung der Mieten kein Ende nimmt.

Vorsitzender: Es fragt sich, ob die Besprechung dieser Angelegenheit im Zusammenhang mit dem vorliegenden Punkt der Tagesordnung steht. (Zuruf: Gewiß nicht!) Es scheint, als ob im allgemeinen Klagen über die Feststellungen bei der Erhöhung der Mietpreise und eine gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung vorliegen. Aber wenn keine konkreten Fälle angeführt werden, bleibt die Aussprache darüber nutzlos, und ob sie beruhigend wirkt, weiß ich nicht. Ich möchte die Versammlung fragen, ob sie wünscht, daß die Sache in Verbindung mit diesem Punkt weiter besprochen werden soll, denn ich glaube nicht, daß ich allein berechtigt bin, eine weitere Besprechung zuzulassen. Da ich noch etwas unkundig in der Führung dieser Versammlung bin, so möchte ich die Entscheidung der Versammlung selbst hören.

Stadtv. Meyerhoff: Ich bin dafür, da nun einmal das Faß angesteckt ist, daß wir nun auch ruhig über die Sache weiter sprechen. Die Vorsitzenden der Mieteinigungsämter sind ja nicht alle hier, aber doch die meisten der Beisitzer, und wenn man konkrete Fälle anführen kann, so möchte ich meinen: „Heraus mit deinem Flederwisch“, dann wollen wir schon parieren.

Stadtv. Dr. Regensburger: Meine Damen und Herren! In dieser Zeit sollten wir mit dem Wein und Bier doch recht sparsam umgehen, und wenn das Faß nun auch einmal angesteckt ist, so ist es ja nicht nötig, daß wir es gleich austrinken. Ich fürchte, es wird für die Erledigung der Tagesordnung noch unliebsame Folgen haben, wenn wir dieses Faß austrinken. Ich möchte dringend bitten, diese Aussprache, die mit dem eigentlichen Punkte der Tagesordnung in keinem Zusammen-

hang steht, zu schließen, und stelle den ausdrücklichen Antrag auf Schluß der Aussprache, die neben dem tatsächlichen Punkt der Tagesordnung eingesetzt hat.

Vorsitzender **Munte**: Es wird mir eben von Herrn Stadtrat von Frankenberg mitgeteilt, daß der Ratsdezernent für diese Sache, Herr Oberamtsrichter Meyer, nicht zur Stelle ist, der über die angeschnittene Frage vor allen Dingen Auskunft geben könnte. Ich stelle den Antrag des Herrn Dr. Regensburger nunmehr zur Abstimmung.

Der Antrag Regensburger auf Schluß der von Herrn Stadtverordneten Marth angeregten Besprechung wird angenommen. Darauf stimmt die Versammlung dem Antrage der Baukommission auf Annahme der Vorschläge des Rates für die Herichtung von Wohnungen auf der Charlottenhöhe zu.

15. Erpachtung von Kammerländereien zu Kleingärten.

Stadtv. **Schmerbach**: Die Braunschweigische Kammer, Direktion der Domänen, ist nach vorher von seiten der Stadt mit ihr gepflogenen Verhandlungen bereit, von der zum 1. Oktober dieses Jahres pachtfrei gewordenen Kreuzklosterländerei folgende Grundstücke zwecks Unterverpachtung an kleine Leute auf zwölf Jahre vom 1. Oktober 1919 bis 1931 unter den in einem Vertragsentwurf enthaltenen Bedingungen an die Stadt zu verpachten, und ersucht um baldgefällige Erklärung, ob die Stadt zu der Erpachtung bereit ist. Es handelt sich um 4 Landstücke:

1. Plan Nummer 39, Hinterer schwarzer Kamp, in Größe von 4,7410 ha, zu 60 M für 25 a,
2. Plan Nummer 39, Schwarzer Kamp, in Größe von 6,8320 ha, zu 60 M für 25 a,
3. Plan Nummer 8 Kassebeek, in Größe von 1,5382 ha, zu 60 M für 25 a,
4. Plan Nummer 44 c, Hinter Schliesteds Garten, in Größe von 0,9385 ha, zu 80 M für 25 a.

Diese Grundstücke sind von den Vertretern der Stadt Braunschweig mehrfach besichtigt, so daß dieselben über Lage und Beschaffenheit derselben vollkommen unterrichtet sind. Es wird dann von der Braunschweigischen Kammer noch mitgeteilt, daß für die Erpachtung von kleinen Flächen dieser Ländereien sehr viel kleine Leute sich bei ihr gemeldet haben, über die beim Sekretariat eine Liste geführt worden ist, und es wird anheimgegeben, diese Personen bei der Verpachtung durch die Stadt tunlichst zu berücksichtigen. Ferner wird in dem Schreiben bemerkt, daß eine etwa zwei Morgen große Fläche des Planes Schwarzer Kamp von der bisherigen Pächterin, der Witwe

Kortegast, Goslarische Straße 17, mit Alee bestellt ist und deren Aberntung ihr für das nächste Jahr von der Kammer zugestanden ist. Es würde daher diese Fläche der Frau Kortegast seitens der Stadt für das Jahr 1920 in Pacht zu geben sein. Außerdem hat der Landwirt Schlüter, Madamenweg 20, 5 Morgen des gleichen Planes, die er bisher in Pacht hatte, schon tief umgepflügt, wofür er die immerhin mäßige Entschädigung von 150 M beansprucht, die ihm von der Stadt zu erstatten sind.

Im Interesse der kleinen Leute, die nach diesen kleinen Parzellen landhungrig sind, und bei der günstigen Lage der vier Pläne zur Stadt ist die stadtsseitige Erpachtung sehr zu empfehlen. Die ersten zwei Pläne liegen unmittelbar am Madamenweg, während die beiden letzten Pläne an der Roßstraße belegen sind, sodaß sie alle vier für die kleineren Pächter sehr leicht zu erreichen sind. Die Pachtpreise für die Stadt sind in derselben Höhe festgesetzt, wie sie die Stadt auch sonst zu zahlen hat, und werden für die kleinen Pächter mit den übrigen Pachtpreisen auf dieselbe Höhe gesetzt werden. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, dem Abschluß des Pachtvertrages mit der Kammer zuzustimmen.

Stadtv. **Schmidt**: Wir haben gehört, daß diese Flächen für die Stadt zu dem Hektarpreis berechnet werden. Es wäre nun erwünscht zu hören, in welcher Weise die Weiterverpachtung durch den Rat erfolgen soll, ob sie vielleicht in Viertel- oder halben Morgen geschehen soll, oder in welcher anderen Größe.

Stadtbaurat **Gebenleben**: Die Flächen werden, wie bisher immer geschehen in Stücken von Viertel- bis Sechstelmorgen vergeben werden. Es hat deswegen auch schon eine Bekanntmachung in der Zeitung gestanden, und auch die Flächen, um die es sich eben handelt, sind mit darin aufgenommen, obwohl erst heute eine Beschlußfassung darüber in der Stadtverordnetenversammlung stattfinden soll.

Stadtv. **Rofahr**: Ich möchte bei dieser Gelegenheit anfragen, ob die Verpachtungsdauer für die kleinen Pächter nicht verlängert werden kann. Es ist wiederholt unangenehm empfunden, daß die Flächen nur auf ein Jahr abgegeben werden, z. B. die Inhaber der Flächen auf dem Gr. Exerzierplatz beklagen sich darüber, daß sie die Flächen nur ein Jahr lang innehaben und nichts Rechtes damit anfangen könnten, weil sie nicht wüßten, ob sie sie im nächsten Jahr wieder bekämen. Auch bei den Ländereien, die man von Middagshausen übernommen hat, wie auch bei den Flächen auf der Charlottenhöhe müßte es sich ermöglichen lassen, die Pacht auf vielleicht fünf Jahre festzulegen, damit man dann Dung in das Land hineinbringen und Erfolg von der Mühe der Bestellung des Landes haben kann.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Dem Wunsche des Herrn Vorredners wird, soweit irgend möglich, Rechnung getragen werden. Die Flächen am Brotwege und die eben genannten Flächen werden gleich auf mindestens 5 Jahre verpachtet werden.

Stadtv. **Marßner**: Es handelt sich hier um ein ziemlich großes Gebiet, das von der Kammer gepachtet wird. Für richtiger aber würde ich es halten, wenn man, um eine großzügige Siedlungspolitik in die Hand nehmen zu können, die ganze Domäne Niddagshausen für die Stadt ankauft und auf diese Art und Weise Gelegenheit schafft, Siedlungspolitik im Interesse unserer Einwohner zu treiben. Die immerwährenden Neupachtungen kleinerer Stücke und ihre Wiederverpachtung zu immer wieder erhöhten Preisen auf kurze Zeit kann ich nicht für richtig halten. Machen Sie doch die Sache auf einmal und gleich gründlich. Ich bin der Ansicht, daß auch das Staatsministerium sich der dringenden Notwendigkeit einer solchen Maßnahme nicht verschließen würde.

Stadtbaurat **Gebensleben**: In dieser Sache eben Stellung zu nehmen, erübrigt sich wohl, da der Herr Vorredner einen besonderen Antrag gestellt hat, der heute wohl noch zur Begründung kommt und dann in einer Kommission vorberaten werden wird.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Mit Rücksicht auf den besonderen Antrag, der zu dieser Sache gestellt ist, will ich augenblicklich zu der Domänenfrage nichts sagen. Ich möchte aber vor zu langfristigen Verträgen warnen. Alles dieses Land ist in absehbarer Zeit baureif, und es muß in gewissem Umfange Wert darauf gelegt werden, daß es dann der Stadt zur Verfügung steht. Ich will nicht für ganz kurzfristige Verträge eintreten, aber sie dürfen auch nicht zu lang sein.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Auch dieser Wunsch wird in Erfüllung gehen, indem in jedem einzelnen Pachtvertrage, der auf fünf Jahre lautet, der Stadt die Berechtigung zuerkannt wird, von den fraglichen Flächen wieder Besitz zu ergreifen, wenn sie für andere städtische Zwecke, insbesondere für die Bebauung gebraucht werden. Auch uns gegenüber hat die Kammer eine ähnliche Bedingung festgelegt.

Der Erpachtung der vier Flächen durch die Stadt stimmt die Versammlung zu.

16. Verlegung der Stadtkartoffelstelle.

Stadtv. **Reißner**: Durch Vermehrung der besoldeten Ratsmitglieder und durch die notwendige Vermehrung von Dienststellen ist der Platz im Ratshause wieder ein-

mal zu klein geworden. Um Raum zu schaffen, ist es erforderlich, die Stadtkartoffelstelle, die sich im zweiten Obergeschoß des Rathauses befindet, zu verlegen, und zwar soll sie in das Huchsche Haus am Hagenmarkt verlegt werden. Zu diesem Zwecke ist es erforderlich, in diesen Räumen, die bisher vom Schiedsmannsamt und Soldatenheim benutzt wurden, eine elektrische Beleuchtungsanlage herzustellen. Für das Schiedsmannsamt soll im zweiten Obergeschoß des Huchschen Hauses ein Zimmer eingerichtet werden. Der für die Anlage der elektrischen Beleuchtung aufgestellte Kostenantrag schließt mit einem Betrage von 1800 Mark. Die Baukommission hat die Sache geprüft und empfiehlt, die 1800 Mark für diesen Zweck zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung zu.

Vorsitzender **Munte**: Zu den bereits verlesenen acht Anträgen und Anfragen sind inzwischen noch sechs eingelaufen. Ich glaube, auf die Verlesung der letzteren können wir zurückkommen, wenn sie an die Reihe kommen.

17. Antrag W. Riecke, betreffend die Schlachtviehlieferungen aus dem Kreise Gandersheim.

Wortlaut des Antrages s. S. 637.

Stadtv. **W. Riecke** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung der Schlachthausdeputation habe ich an den Schlachthausdirektor Dr. Kramer mir die Anfrage erlaubt, ob in der nächsten Zeit mit einer regelrechten Versorgung der Stadt Braunschweig mit Frischfleisch zu rechnen sei. Die Auskunft, die mir erteilt werden konnte, ist nicht besonders tröstlich für die hiesige Bevölkerung. Herr Direktor Kramer führte die schlechte Versorgung der Stadt mit Frischfleisch zum größten Teil darauf zurück, daß die Ablieferung von Schlachtvieh nicht in dem Maße erfolge, wie von seiten der dafür tätigen Kommission vorgesehen und festgesetzt ist. Es sind verschiedene Versuche gemacht, die Sache in Ordnung zu bringen, aber bisher sind diese Versuche fehlgeschlagen. Der Rückstand in der Ablieferung von Schlachtvieh ist allerdings so bedeutend, daß man sich nicht wundern darf, wenn wir zu wiederholten Malen auf den Genuß frischen Fleisches verzichten mußten. Beispielsweise muß der Kreis Gandersheim für die Periode vom 1. Mai bis 31. Juli noch 375 Stück Großvieh abliefern, für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober noch 217 Stück Großvieh, und bekanntlich ist in der nächsten Woche der 1. November. Für die nächste Zeit sind bis jetzt geliefert 67 Stück, und abzuliefern sind noch 217. Aus diesen Zahlen können Sie sich ein Bild machen, daß

die Belieferung der Stadt mit Schlachtvieh ziemlich trostlos ist. Auch der Kreis Holzminden ist noch mit 177 Stück Großvieh im Rückstand. Es kann ja einmal vorkommen, daß ein Kreis mit diesen Lieferungen in Rückstand gerät; aber daß von seiten der Kreisdirektion so wenig Nachdruck auf die Erfüllung der Lieferungs-pflicht gelegt wird, wie es im Kreise Gandersheim geschieht, das muß man zweifellos als unverantwortlich bezeichnen. Als vor einigen Wochen vom Braunschweiger Stadtmagistrat der Kreisdirektion Gandersheim der Vorschlag gemacht wurde, eine besondere Prüfungskommission in den Kreis zu entsenden, die mit den dort bestehenden Kommissionen zusammen prüfen sollte, ob wirklich nicht mehr Schlachtvieh hierher zu liefern sei, ist folgendes klassisches Schreiben von der Kreisdirektion Gandersheim hier eingetroffen:

„Der Kommunalverband ist mit allen Kräften bestrebt, der Stadt Schlachtvieh zu liefern, soweit das irgend möglich ist. Die Schlachtviehaufbringung nach der Auflage ist jedoch gar nicht zu erfüllen, da es an Schlachtvieh fehlt; die Ställe sind leer. Es muß schon jetzt auf das Milchvieh zurückgegriffen werden, und daß diese Maßnahme eine außerordentliche Schädigung der Ernährungslage bedingt, ist ohne weiteres klar. Ich habe deshalb auch an das Volkskommissariat berichtet und gebeten, fleischlose Wochen einzurichten und Anordnungen zu treffen, daß die Auslandsfleischportionen auf die ordentlichen Rationen in Anrechnung zu bringen sind. Daß von dort aus ein Ausschuß zur Unterstützung der Viehaufkäufer abgesandt wird, halte ich für vollkommen überflüssig.

Für die Viehenteignung sind hier besondere Kommissionen, bestehend aus dem Vorsitzenden des betreffenden landwirtschaftlichen Amtsvereins, dem zuständigen Gemeindevorsteher, dem zuständigen Wachtmeister und dem Viehaufkäufer gebildet. Die Kommissionen und der zugezogene Kreistierarzt berichten alle übereinstimmend, daß schlachtbares Vieh überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Die Kommissionen durch Hinzuziehung eines Braunschweiger Ausschusses noch zu verstärken, würde ich bei der Erbitterung der Landwirte über die dauernden Enteignungen von Vieh, durch die ihre Bestände binnen kurzem der vollständigen Vernichtung anheimfallen, geradezu für bedenklich halten. Jedenfalls müßte ich jede Verantwortung für die persönliche Sicherheit des verstärkten Ausschusses ablehnen.“ (Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Wenn man es auch entschuldigen kann, daß einmal ein Kreis mit seinen Viehlieferungen rückständig wird, daß aber der verantwortliche Leiter des Kreises als Rechtfertigung dafür ein solches Schreiben abzuschicken wag', das ist etwas, was man nicht für möglich halten sollte. Wenn es richtig wäre, daß in diesem Kreise kein Schlachtvieh mehr aufzutreiben war, so möchte ich mit einiger

Sicherheit behaupten, daß dann die Hotelgäste in Harzburg nahezu hätten verhungern müssen. Wenn wir alle das Vieh nach Braunschweig bekommen hätten, was in die Hotels gegangen ist, so hätte sich unsere Frischfleischversorgung besser gestanden. Wenn die Ställe leer sind, dann verstehe ich nicht, weshalb man einer von Braunschweig aus zu entsendenden Kommission nicht Zutritt dazu gewähren will. Es muß doch manches im argen liegen, sonst könnte ich nicht annehmen, daß man die Kommission nicht hätte die leeren Ställe ansehen lassen. Daß dadurch eine Erregung der Bauern stattfinden könnte, kann nicht der Fall sein. Es ist damit meiner Ansicht nach dasselbe wie mit den Kartoffeln. Lediglich aus Habgier verweigert man systematisch die Ablieferung des Viehes. Ich verstehe auch nicht, wenn uns immer von allen möglichen Stellen gepredigt wird, die größte Pflicht in dieser Zeit ist die Aufrechterhaltung der Ordnung in jeder Beziehung. Meiner Auffassung nach wäre auch die durchaus nötige Belieferung mit Fleisch ein wesentlicher Beitrag zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Wenn solche widerspenstigen Schreiben in die Welt gesandt werden—wozu hat man die Kreiswehren und die Ortswehren? Sie sind doch da zur Aufrechterhaltung der Ordnung! Warum werden sie nicht herangezogen, wenn die Kreisdirektion keine Macht hat, Ordnung zu schaffen? Mir will es aber scheinen, als ob die Kreisdirektion keine Lust und keine Neigung hat, dort in dem Kreise insofern Ordnung zu schaffen, daß die Stadt Braunschweig nach der gemachten Auflage von dem Kreise versorgt wird. Ich kann es nicht begreifen, wie eine Kreisdirektion nach einer solchen Bankrotterklärung noch weiter amtieren kann. Das ist das ärgste Stück in diesem Vorkommnis, daß sie jetzt noch magt, im Amt zu bleiben. Denn wozu ist sie noch im Amt, wenn sie nicht soviel Macht und Autorität besitzt, den einfachen Anordnungen, die die Ernährung sicherstellen, zur Ausführung zu verhelfen? Wenn sie das nicht kann, dann hat sie das Recht verwirkt, im Amt zu sein, dann könnte man einfach Strohpudden, nebensächliche Personen dorthin setzen. Eine solche Kreisdirektion, wie sie dort bisher existiert, hat meiner Ansicht nach kein Recht mehr als leitender oder verantwortlicher Faktor des Kreises Gandersheim in Frage kommen zu können.

Ich möchte bitten, daß Sie zunächst die Dringlichkeit des Antrages beschließen und dann diesem Antrage Ihre Zustimmung geben. Ich hatte heute nachmittag Gelegenheit, mit dem Herrn Ernährungsminister zu sprechen; ich habe auf die Sache aufmerksam gemacht, und er ist nicht abgeneigt, seinerseits mit dafür beizutragen, daß derartigem Unfug in der städtischen Fleischversorgung Einhalt getan wird, genau so, wie er versuchen wird, mit starker Hand dem allerstärksten Wucher und den Schiebungen entgegenzuwirken. Es ist dringend geboten, daß ein solcher Schritt, wie er in dem Antrage gewünscht wird, von hier aus getan wird, um von Gandersheim aus mehr Schlachtvieh hierher zu bringen. Es ist zweifellos, daß der ständige Genuß

des Dosenfleisches nicht zu den Annehmlichkeiten gehört. Ich will allerdings zugeben, daß zumeist nur gute Qualität darin ausgegeben ist; aber einige Zeit lang auch nicht Herr Stadtrat Wagner erzählte uns in der Stadtverordnetenversammlung, das Fleisch, welches vor kurzem hier eingekocht wurde, sei nicht für die braunschweigische Bevölkerung bestimmt. Aber am vorigen Sonntag wird die Mehrzahl der Braunschweiger Bevölkerung Fleisch bekommen haben von diesen Dosen, die im März dieses Jahres in der Fabrik von Struck gefüllt sind. Bei dem heutigen Mangel an Kohlen und Blech sollte es doch nicht mehr so notwendig sein, Fleisch in übermäßiger Menge einzukochen und es nachher der Bevölkerung an Stelle von Frischfleisch zu geben. Die Braunschweiger Hausfrauen werden das Kochen von Frischfleisch — wenn sie auch wenig Gelegenheit gehabt haben, solches zu erhalten — noch nicht verlernt haben, so daß sie diese Arbeit nicht von der Firma Struck zu besorgen lassen brauchen. Ich will zugeben, daß dies Verfahren für Struck und die beteiligten Personen recht lukrativ gewesen sein mag, aber das kann für uns nicht maßgebend sein und uns bestimmen, derartige Zustände zu dulden. Früher wurde wenigstens das Fleisch, welches in der Struck'schen Fabrik konserviert werden sollte, im städtischen Schlachthaus geschlachtet, so daß noch halbwegs eine Kontrolle darüber stattfinden konnte. Mit Unterstützung der hiesigen Kreisdirektion ist es nun dahin gekommen, daß die Tiere gleich in Glesmarode geschlachtet werden. Wieviel? Das entzieht sich der Kenntnis der Braunschweiger. Wir sind der Auffassung, daß bei den jetzigen, immerhin nicht guten Ernährungsverhältnissen dafür gesorgt werden muß, daß frisches Fleisch in ein'gen Mengen nach Braunschweig kommt. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß das Frischfleisch bedeutend billiger zu stehen kommt als das konservierte, und daß wir alle Ursache haben, unserer Bevölkerung nicht mehr Geld aus der Tasche zu holen, als es durchaus nötig ist.

Ich bitte die geehrte Versammlung, zuzustimmen, daß der von mir eingebrachte Antrag in seinen beiden Teilen angenommen wird, daß der Kreis selbst mit allem Nachdruck auf seine Verpflichtungen für Ablieferung des Schlachtviehes hingewiesen wird, daß aber auch der dortigen Kreisdirektion klar gemacht wird, daß wir eine solche Kreisdirektion in Zukunft nicht mehr gebrauchen können.

Für die dringliche Behandlung des Antrages meldet sich die Mehrheit der Versammlung.

Stadtrat Vogler: Meine Damen und Herren! Nachdem ich das Amt der Fleischversorgung mit übernommen habe, habe ich mir sofort die Protokolle durchgesehen, die uns als Dezernent im Räte über die stattgehabten Verhandlungen zugesandt werden. Ich habe daraus daselbe entnehmen müssen, was der Herr Stadtverordnete Riefe eben vorgetragen hat. Es war deshalb meine Pflicht, sofort an

zuständiger Stelle vorstellig zu werden. Das ist geschehen, und ich muß erklären, daß von seiten des Ernährungsministers auch nach jeder Richtung hin die Ergreifung von Maßnahmen versprochen ist, die eine Besserung herbeiführen. Es ist nicht nur der Kreis Gandersheim mit seinen Schlachtviehlieferungen bedeutend im Rückstande, sondern beklagenswerterweise auch der Kreis Holzminden, und nebebei auch der Kreis Wolfenbüttel; dieser letzte aber nicht in dem Maße wie die beiden andern. Auch der Landkreis Braunschweig ist mit seinen Anlieferungen noch zurück. Herr Minister Antrick bestätigte, daß durch die ihm unterstehenden Instanzen das menschenmöglichste geschehen sei; er wird alles tun, was in seinen Kräften steht, um im Interesse der Braunschweiger Einwohnerschaft auf die Ablieferung von Vieh einzuwirken. Nachdem ich das neueste Protokoll erhalten hatte, habe ich mich sofort mit ihm telephonisch in Verbindung gesetzt und habe erklärt, daß bis gestern abend noch nicht das für diese Woche erforderliche Schlachtvieh eingeliefert sei, und habe dringend gebeten, daß diese Ablieferungen vervollständigt werden. Ich habe die Absicht, mich morgen mit dem Herrn Minister darüber zu besprechen, welche Wege nunmehr einzuschlagen sind, um in Zukunft Besserung zu bringen. Es ist aber gestern abend noch nicht gelungen, eine größere Anlieferung für die Stadt möglich zu machen, so daß wir für diese Woche nicht mit dem erforderlichen Schlachtvieh versorgt sein werden. Unser Bestand an Schlachtvieh in der Stadt ist sehr kläglich; es ist nicht möglich, heute festzustellen, ob wir in 1½ Wochen in der Lage sein werden, Frischfleisch ausgeben zu können. Wenn einmal eine Anlieferung an Schlachtvieh aussetzt, kommen wir in Gefahr, daß wir das Notwendigste an Fleisch nicht liefern können. Ich werde beim Herrn Minister und bei dem Landesernährungsamt das Erforderliche veranlassen, um es zu erreichen, daß alle möglichen Maßnahmen zur Versorgung der Stadt ergriffen werden.

Stadtv. Meyerhoff: Meine Damen und Herren! Wie ich gehört habe, trifft es zu, daß in der Struck'schen Fabrik in Gliesmarode Schlachtwurst hergestellt wird. Es sind zu dem Zwecke ein paar hundert Schweine dort angekommen, wenn es auch, wie angegeben wird, Schweine vom Ausland sein sollen. Meine verehrten Anwesenden! Es ist also eine Tatsache, daß dort Schlachtwurst angefertigt wird und auch nach Süddeutschland geschickt wird. In Frankfurt am Main und Umgegend wird Braunschweiger Mettwurst mit 19 M das Pfund angeboten. Es ist also etwas faul im Staate Dänemark. Wie kommt die Firma Struck dazu, hier Wurst anzufertigen und auszuführen, und wie kommen wir dazu, das zu dulden, auch wenn Gliesmarode noch nicht eingemeindet ist. Es ist vorhin schon darauf hin-

gewiesen, daß die Tiere für die Struckische Fabrik nicht mehr im städtischen Schlachthause geschlachtet werden. Wenn dort in Gliesmarode auch alles sauber und ordentlich zugehen wird, so ist doch die Aufsicht über die zur Verarbeitung kommenden Mengen nicht vorhanden. Jedenfalls genießt das städtische Schlachthaus für uns den Vorzug, gut beaufsichtigt zu sein; ob das dort in Gliesmarode der Fall ist, kann ich nicht beurteilen. Wenn diese paar hundert Schweine einmal der Stadt geboten wären, dann hätten alle Braunschweiger Hausfrauen — und auch ihre Männer — die Freude gehabt, auch einmal ein Stück Schweinefleisch unter die Zunge zu bringen. Wäre es denn nicht möglich, in bescheidenem Maße etwas Mettwurst zur Verteilung zu bringen, es braucht nicht einmal Schlackwurst zu sein; dann wäre unsere Bevölkerung erst einmal beruhigt. So aber wird in Gliesmarode teure Wurst fabriziert, und aus Süddeutschland kann man dann sich Schlackwurst kaufen. Das muß geändert werden. Der Volkskommissar und unser Ausschuß für Ernährung muß gebeten werden, mit scharfen Maßregeln dagegen vorzugehen.

Stadtv. **Bunge:** Meine Damen und Herren! Diese Sache hat uns schon lange Zeit Kopfschmerzen gemacht. Die gute Arbeit des Herrn Stadtrat Wagner hat in der verfloßenen Zeit dafür gesorgt, daß möglichst viel Frischfleisch, überhaupt recht viel Fleisch nach Braunschweig geliefert wurde. Man muß es Herrn Stadtrat Wagner rühmlichst nachsagen, daß er Tag und Nacht für die Stadt gearbeitet hat, und es ist nur durch seine rastlose Tätigkeit gelungen, daß rechtzeitig Fleisch zur Stelle war. Nicht nur in dem Kreise da unten ist es der Fall, daß die Landwirte kein Vieh nach Braunschweig liefern wollen, auch im Kreise Braunschweig ist es ebenso schlimm. Da muß der Vertrauensmann den Gendarm und den Vorsteher mitnehmen, wenn er das Vieh beschlagnahmen will, sonst kommt er nicht heilbeinig vom Hofe herunter. Dieser Zustand hat sich im letzten Vierteljahr noch besonders zugeespitzt, und es ist augenblicklich so, daß wir wochenlang ohne Viehlieferungen sind. Wir haben im vorigen Jahre auf Anregung des Herrn Stadtrat Wagner hin eine ganze Reihe Tiere nach Oldenburg auf die Weide treiben können, in diesem Jahre ist uns das nur in kleinem Maße gelungen. Die gesamte Viehanlieferung aus dem Lande Braunschweig ist eine schlechte, und alle Mittel, die zur Verfügung stehen, müßten angewandt werden, um eine Besserung darin herbeizuführen. Wenn allerdings nichts mehr vorhanden ist, dann ist es natürlich vorbei, und dann sind wir an solche Zustände ja auch schon gewöhnt. Seitdem wir aber wissen, daß aus diesen ländlichen Kreisen sehr viel Vieh verschoben wird, bin ich der Ansicht, daß ein Riegel vorgeschoben werden muß. Ich glaube, daß von seiten des Ernährungsamtes

doch noch nicht alles geschehen ist, was getan werden könnte. Es sagte mir z. B. der Vorsitzende vom hiesigen Wucheramte: „Ja, ich habe für den gesamten Freistaat Braunschweig 5 bis 6 Beamte; was soll ich damit anfangen? Es reicht nicht einmal für die Stadt Braunschweig und die Umgebung aus.“ Wenn die Verhältnisse so liegen, dann ist die Zahl der Beamten wahrhaftig zu wenig, denn es muß in scharfer Weise von dem Herrn Minister eingegriffen werden.

Nun handelt es sich noch um etwas, was hier schon gestreift ist, und was in den Kreisen der Geschäftswelt, insbesondere der Schlachtereien und Wurstfabriken sehr verknüpft hat und bei der Bevölkerung zum Ekel geworden ist. Das ist die Fabrikation der Wurstwaren bei der Firma Struck, während wir in der Stadt an Frischfleisch nichts zu verteilen hatten. Wir geben als Fleischersatz Erbsen, Bohnen usw. aus, während Struck auf dem Schlachthof 400, 500, 600 Stück Vieh stehen hatte, die zum Schlachten bestimmt waren. Diese mußten stehenbleiben, während wir Braunschweiger mit Erbsen füttern mußten oder von der Reichsfleischstelle Dosen zugewiesen bekamen. Etwas anderes durchzusetzen, ist uns nicht gelungen. Wenn Struck dort Vieh stehen hatte und wir für die Braunschweiger Bevölkerung nichts, warum war es dann nicht ohne weiteres möglich, daß dieses Vieh geschlachtet und der Bevölkerung Frischfleisch überwiesen wurde, anstatt daß es in Dosen eingekocht wurde und in wenigen Wochen an die Bevölkerung ausgegeben wurde. Das ist eine künstliche Verteuerung des Fleisches, denn alle Fachleute sind sich darüber einig, daß das Fleisch in Dosen um 1,50 M bis 2 M das Pfund teurer ist, als wenn es als Frischfleisch ausgegeben wäre. Von seiten der Wurstfabrikanten ist schon dagegen vorgegangen, und auch wir unsererseits mußten Bedacht darauf nehmen, daß unser Rat mit dem Ministerium in Verbindung tritt und diese Frage bespricht und ändert. Es kann nicht angehen, daß an einer Stelle soviel Vieh aufgestapelt und geschlachtet wird und die Großstadt Braunschweig zuseht, wie dort das Fleisch hängt, während in der Stadt nichts zur Verteilung kommt. Es ist ein Irrtum, wenn Herr Riese sagte, daß wir erst in den letzten Wochen von Struck Dosen bekommen haben. Das ist schon seit längerer Zeit geschehen. Die Sache ist jetzt so, daß nicht die Firma Struck uns die Sachen zuweist, sondern sie arbeitet für die Reichsfleischstelle, und durch diese werden uns die Sachen zugewiesen. So ist es nicht nur gekommen, daß wir sie teuer bezahlen müssen, sondern daß — ich muß das offen aussprechen, wir haben schon im Stadtschlachtungsausschuß seinerzeit darüber berichtet — von seiten der Reichsfleischstelle genau derselbe Wucher getrieben wird wie von andern auch. (Sehr richtig!) Das muß ausgesprochen werden. Herr Stadtrat Wagner hat monatelang versucht, das Geld zurückzubekommen, das

man uns zuviel abgenommen hatte, aber es ist nicht möglich gewesen. Die Sache lag so: Wir bekamen zunächst die 4 Pfunddose mit 12,80 *M* zugewiesen — es waren die Sachen, die aus dem März stammten. Darauf war das Vieh teurer geworden, und von der nächsten Woche ab bekamen wir wieder Dosen von der Reichsfleischstelle durch Struck, und da stellte sich das Pfund um 1,20 *M* teurer. Auf derselben Stelle hatten die Dosen seit dem März gestanden, aber seitdem das Vieh teurer geworden war, mußte auch dieses Fleisch, das mit dem teurer gewordenen Vieh nichts zu tun hatte, um 1,20 *M* teurer werden. Die Verhandlungen über diese Sache laufen noch, so daß man noch nicht wissen kann, was daraus wird. Ich wollte den Herrschaften nur vor Augen führen, in welcher Weise auch von jener Seite versucht wird, die Sachen zu verteuern.

Herr Meyerhoff hat schon erwähnt, daß der Firma Struck jetzt erlaubt ist, in dem eigenen Schlachthaus zu schlachten; jetzt eben macht man zwei große Schweinschlachthallen zurecht. Vor mehreren Wochen hat die Fabrik drei Ladungen Schweine bekommen. Als die Schweine in dem städtischen Schlachthaus geschlachtet wurden, bekamen wir den Abschlag und das Kleinfleisch von den Schweinen. Wohin das jetzt geht, das weiß ich nicht; hier hat sich nichts davon gezeigt, und von der Gießmaroder Einwohnerschaft wird das nicht bewältigt werden können. So hat die Stadt Braunschweig keinerlei Nutzen mehr von diesen Schlachtungen und von dem Inhaber der Fabrik, der Millionen aus der Stadt Braunschweig bekommen hat.

Aufmerksam möchte ich noch darauf machen, daß nach meiner Ansicht Herr Meyerhoff im Irrtum ist, wenn er glaubt, daß die in Gießmarode angefertigte Mettwurst durch die Firma Struck nach Frankfurt oder Süddeutschland geschickt werde. Alle Sachen werden dort im Auftrage der Reichsfleischstelle verarbeitet, und je nachdem die Reichsfleischstelle bestimmt, werden die Sachen verteilt. Man kann also nicht ohne weiteres sagen, daß die Firma Struck nach diesen Gegenden liefert. Immerhin ist die Reichsfleischstelle der Firma Struck gegenüber in dieser Hinsicht sehr zuvorkommend. Und warum? Weil der Inhaber der Fabrik, Herr Fuhrmann, wie mir verschiedentlich gesagt ist und wie es festgestellt ist, im Vorstand der Reichsfleischstelle als Berater fungiert. Aus diesem Grunde ist seine Firma die bedeutendste in Deutschland, und auch deshalb, weil sie tatsächlich anständige Waren herstellt und das Fleisch sachgemäß verarbeitet. Die andern Waren sind gegen die Struckschen nichts; das geht aus den Briefschaften hervor, die uns zugegangen sind.

Wenn man nun alles das von mir Vorgebrachte in Betracht zieht, so sieht man, daß es notwendig ist, von seiten unserer Stadtverwaltung und vom Ministerium ganz gewaltig hinterzuhaken. (Sehr richtig!) Wir können dann mehr Frischfleisch

bekommen und vielleicht auch billigeres Fleisch. Ich kann mitteilen, daß in den letzten Wochen das Braunschweiger Publikum das Strucksche Büchsenfleisch gar nicht mehr kaufen wollte. In der vorigen Woche, wo auch Dosen ausgegeben wurden, ist beinahe ein Drittel des ausgegebenen Bestandes in den Geschäften übriggeblieben, und von der vorherigen Verteilung war noch ein Teil alter Bestände da, die die Fleischer nicht loswerden konnten. Man sieht, wir bekommen keine genügende Menge von Frischfleisch, und bei Struck steht das Vieh. In dieser Sache muß endlich Remedur geschaffen werden. Wenn in den nächsten Tagen der Rat der Stadt und das Ministerium zusammen arbeiten und versuchen, etwas für die Stadt herauszuholen, so würde das von allen Seiten freudig begrüßt werden.

Stadtv. **Ginert**: Meine Damen und Herren! Ich kann bestätigen, daß in den weiter weg liegenden Großstädten Braunschweiger Mettwurst zu haben ist, und zwar billiger als hier. Ich habe sie nicht nur gesehen, sondern auch gegessen. Sogar schmackhafte Leberwurst gibt es dort, die nicht wie Gummiwurst oder Heftographenmasse geartet ist, sondern richtiggehende Braunschweiger Leberwurst habe ich in Leipzig von Reisenden im Eisenbahnwagen verzehren sehen und zu meinem Verdruß noch bemerkt, daß sie Butter darunter aßen. Es muß sich doch feststellen lassen, aus welchen braunschweigischen Städten diese wirklich gute, streichfähige Braunschweiger Mettwurst von delikatem Geschmack stammt. Man ist versucht, den mathematischen Grundsatz aufzustellen: Der Preis für gute Wurst vermindert sich mit der Entfernung vom Entstehungsort, denn hier in Braunschweig ist sie nur für 20–25 Mark zu haben, während der Preis in Frankfurt, Hamburg usw. auf 16–19 Mark stehen soll. In dieser Hinsicht müßte schnell und energisch zugegriffen werden.

Stadtv. **Genzen**: Meine Herrschaften! Wenn wir uns auch sonst nicht so recht einig sind und die verschiedenen Parteigrundsätze aufeinanderprallen, so glaube ich doch, daß in der jetzigen Zeit bei Fragen, in denen es sich um die Ernährung handelt, wir alle der Meinung sind, daß es so nicht weitergehen kann, weil unsere Ernährung miserabel ist. Man muß sich wundern, wie man in der Zeitung die vielen Annoncen „Ferkel sind zu verkaufen“ findet. Wenn man nach dem Markt in Lehrte kommt — am Dienstag ist dort Ferkelmarkt, — so kann man sehen, daß dort durchschnittlich 4500–4800 Ferkel verkauft werden, und zwei Tage später lesen Sie in Braunschweig in den Zeitungen, daß die Viehhändler hier Ferkel zum Verkauf stellen. Ich glaube, diese Ferkel bleiben alle Zwerge. Würden alle die Ferkel, die offeriert werden, groß, dann müßte es doch Schweinefleisch geben; es müßte doch endlich auch einmal eine Zeit kommen, wo man Schweinefleisch zu essen bekommt. Ich glaube, es sind tatsächlich 1 1/2 Jahr vergangen, seitdem zuletzt Schweinefleisch in Braunschweig feilge-

boten wurde. Heute ist ja auch das Rindfleisch ein Luxusartikel geworden, heute bekommen wir nur Büchsenfleisch. Herr Niese führte schon aus, daß das daher komme, weil die Bauern widerspenstig geworden sind. Dasselbe sehen wir bei den Kartoffeln. Welche Mühe kostet es, ehe man seinen Kartoffelschein unterschrieben bekommt, durch den man Kartoffeln geliefert erhalten soll. Ich weiß, daß Freunde von mir tagelang unterwegs gewesen sind, um mit den Bauern deswegen zu verhandeln. In einem speziellen Falle, wo der Bauer hier in Braunschweig verhandelt hat, verlangte er 2 Mark Fuhrlohn, und mit Ach und Krach hat er sich bereit erklärt, bei einem Fuhrlohn von 1 Mark die Kartoffeln zu liefern. Aber am andern Tag hat er den Lieferschein durch die Post zurückgeschickt mit dem Bemerken, er habe sich die Sache anders überlegt, er könne nicht liefern. Hunderte von solchen Fällen könnte man anführen. Aber man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß die Bauern widerspenstig geworden sind. Sind Sie nicht selber schuld daran? Sie selbst haben ja die Bauern bewaffnet, haben ihnen Munition und Gewehre gegeben, und nun sind die Bauern widerspenstig geworden und denken: „Nun mag kommen, was will, wir wollen es ihnen schon heimzahlen. Ich will ihnen schon zeigen, wo Barthel den Most holt.“ Es ist Tatsache: Gerade seit März, April und Mai ist der Bauer so widerspenstig geworden. Allerdings haben wir schon früher über die Bauern geklagt, aber er hat doch immer etwas hergegeben. Heute jedoch, wo Sie ihm die Waffen geliefert haben, denkt er, er könne machen, was er will. „Nun, ihr Städter, seht zu, wie ihr fertig werdet!“ So liegen die Verhältnisse. Wenn nicht ganz energisch eingegriffen wird, dann werden wir tatsächlich solche Verhältnisse bekommen, daß der Bauer auch zu den hohen Preisen nichts mehr abgibt. Er kann allerdings nicht alles selber aufessen, und Großvieh, Schweine und Kartoffeln wird er auch später noch absetzen, aber es handelt sich darum, zu welchen Preisen er das tun wird. Wer in der Lage ist, für Mettwurst, Schlackwurst und Leberwurst 20 Mark auszugeben, der kann alles das bekommen; das habe ich schon früher angeführt. Auch weißes Mehl, Roggen und Weizen und alles mögliche bekommt er, wenn er 100 Mark für den Zentner bezahlt. Der Bauer weiß, er kann es verlangen; die dummen Städter sollen schon bezahlen. Sie haben ihm Waffen geliefert, und da nützen uns keine Klagen. Wir müssen bezahlen, was ihm beliebt, oder den Hungerriemen enger schnallen. Ich glaube ja, daß der Minister Antritt sich die möglichste Mühe geben wird, Abhilfe zu schaffen, daß er aber Erfolg haben wird, daran zweifle ich.

Stadtv. B. Niese: Es war zweifellos interessant, von Herrn Bunge die inneren Zusammenhänge zwischen der Firma Strudt und der Fleischversorgungsstelle zu erfahren, obgleich uns das wenig nützen kann, da wir dort wenig Einfluß ausüben können. Ich hatte bei seinen Ausführungen das Gefühl, als ob das umgekehrte

Verhältnis nicht unmöglich sei: daß die russische Korruption bei den Regierungsstellen in Deutschland schon ihren Einzug gehalten hätte, denn aus nichts und wieder nichts ist das intime Zusammengehen nicht zu verstehen. Das alles trifft aber wenig den Kern des von mir eingebrachten Antrages. Ich lege den größten Wert darauf, daß deutlich zu verstehen gegeben wird: Wenn die Landbevölkerung nicht gutwillig folgen will, so soll Gewalt angewandt werden, damit Vieh in die Stadt hineinkommt. Wenn dann die Kreisdirektion den Anordnungen, die erlassen sind oder werden, nicht Folge leisten will, dann mag sie denselben Weg gehen, den schon manche anderen Widerspenstigen gegangen sind. Mag sie zeigen, daß sie gewillt ist, den notwendigen Ernährungsbedürfnissen Rechnung zu tragen! Was nützt es uns, wenn von Vanderzheim aus geschrieben wird: „Die Verladungen wollen wir überwachen“, wenn kein Vieh zur Verladung gebracht wird. Zunächst muß doch das Vieh herangeschafft werden, oder soll man annehmen, daß es verladen wird und dann waggonweise verschoben wird? Dann wären die Vorwürfe nicht nur gegen die Kreisdirektion zu richten, sondern auch gegen die Bahn, die des entsetzlichsten Schiebertums sich schuldig machte, was heutzutage auch kein Wunder und keine Seltenheit mehr ist. Man muß von der Kreisdirektion mehr erwarten, als sie bisher getan hat. Wenn sie bisher etwas lieferte, so war es Vieh von solcher Sorte, die man wohl als Garderobeständer verwenden konnte, aber nicht zum Schlachten. Das beste Vieh wird gestohlen, obgleich es vorher bezahlt wird, und das schlechte ist für die Stadt gut genug. Gegen diesen Schwindel müßte vorgegangen werden, und wenn wir darin allseitige und energische Unterstützung finden, so dürfte einiger Erfolg wohl zu erzielen sein. Ich bitte Sie, den beiden Anträgen stattzugeben.

Vorsitzender Munte: Ich glaube wohl annehmen zu können, daß dieser Antrag als allseitig angenommen angesehen und dem Rat der Stadt überwiesen werden kann.

18. Antrag Marschner auf Erwerb der Domäne Niddagshausen und Beschleunigung der Eingemeindung des Ortes Niddagshausen.

Wortlaut des Antrages f. S. 637.

Stadtv. Marschner (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich hatte schon vor einem halben Jahre einen gleichen Antrag gestellt und glaube, daß sich die Verhältnisse jetzt noch mehr dahin entwickelt haben, daß man auf eine intensive und großzügige Siedlungspolitik hinarbeiten muß. Die früheren Verhandlungen und die kleinen Pachtungen, die nicht für die Dauer, sondern nur auf ein Jahr oder

mehrere Jahre abgeschlossen sind, können das nicht ermöglichen, was in dieser Sache notwendig ist. Mein Antrag spricht für sich selber, so daß ich ihm wohl keine längere Begründung zu geben brauche. Ich bitte, ihn zu unterstützen und anzunehmen.

Vorsitzender **Munte**: Der Antrag ist genügend unterstützt; ich überweise ihn dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

19. Antrag **Jahns**, betreffend den Verkehr der Straßeneisenbahnlinie zum Nordbahnhof.

Wortlaut des Antrages f. S. 638.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Über die Sache haben wir uns hier schon verschiedentlich unterhalten. Daß die Verhältnisse auf der Straßeneisenbahn im ganzen verschiedentlich mangelhaft sind, wird auf die heutigen überall herrschenden Zustände mit zurückzuführen sein. Ganz besonders schlimm aber liegen die Verhältnisse bei der Straßenbahnlinie, die zum Nordbahnhof führt. Ein 24-Minutenverkehr, wie er jetzt dort eingerichtet ist, hat gar keinen Wert; die Gegend ist damit aus dem Straßenbahnverkehr fast ausgeschaltet. Wer auf eine Beförderung mit dieser Linie warten soll, der könnte die ganze Stadt in der Wartezeit zweimal durchlaufen und geht lieber zu Fuß. Wert hat ein solcher Verkehr höchstens noch für die Straßeneisenbahngesellschaft selbst, die zu den Zügen, die auf dem Nordbahnhof ankommen, Straßenbahnwagen stellt und sie überfüllt in die Stadt fährt. Wenn um 8 Uhr der Straßenbahnverkehr dort überhaupt aufhört, während andererseits auf der Stadtparklinie ein 6-Minutenverkehr bis 11 Uhr abends aufrechterhalten wird, so ist die ganze Gegend des Nordbahnhofes dadurch stark benachteiligt. Entweder haben wir auf allen Strecken der Straßenbahn guten Verkehr, oder wenn wir ihn einschränken müssen, so soll er auf allen Strecken eingeschränkt werden und nicht eine Strecke ausnahmsweise leiden. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden **Munte** wird der Antrag genügend unterstützt; der Vorsitzende überweist ihn dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

20. Antrag Schille, betreffend die Anstellung der Nachtschutzeleute, ihre Entlohnung und Ruhezeit, ferner auf Offenhaltung der Polizeiwachen während der Nacht.

Wortlaut des Antrages s. S. 637

Stadtv. **Schille** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute schon in etwas über diese Frage unterhalten und sind einig darüber, daß die Bewaffnung der Nachtschutzeleute notwendig ist, ebenso daß eine Reformierung des ganzen Nachtschutzwesens eintreten muß. Die Nachtschutzmannschaft hat nun in einer Sitzung, die vor einigen Tagen stattgefunden hat und zu der ich zugezogen war, sich bitter darüber beklagt, daß der Stadtmagistrat auf ihren Antrag vom 18. Juli dieses Jahres überhaupt noch nicht geantwortet hat und überhaupt nichts getan hat, um den Wünschen der Nachtschutzeleute Rechnung zu tragen. Zum andern ist die Schutzmannschaft durch einen Ausschuß beim Stadtmagistrat vorstellig gewesen, um ihre Wünsche vorzubringen. Der Ausschuß ist abgeschoben worden und beklagte sich in dieser Sitzung darüber, daß man die Schutzmannschaft in einer Form behandle, die wenig menschenwürdig sei. Ich habe nun geglaubt, die Wünsche der Nachtschutzeleute in einem Antrage meiner Fraktion, der Ihnen zugehen wird, zusammenfassen zu sollen, und zwar habe ich ihm gleichzeitig eine Begründung mitgegeben, die den einzelnen Fraktionen Gelegenheit geben soll, die einzelnen Momente nachzuprüfen und Stellung dazu zu nehmen, in welcher Form das Nachtschutzwesen in Braunschweig neu aufgebaut werden kann.

Wir haben in unserm Antrag die Forderung aufgestellt, daß dem Wunsche der Nachtschutzeleute auf Anstellung Rechnung getragen werden soll. Es werden sich dagegen zweifellos wesentliche Bedenken ergeben, die wir mit dem Rat der Stadt ausgleichen müssen. Es kann aber nicht angehen, daß die Nachtschutzeleute mit ihren Anstellungsverhältnissen vollständig in der Luft hängen. Sie gehören nicht vollständig der Stadt und auch nicht vollständig dem Staate an, sie sind nicht Arbeiter und sollen nicht Angestellte sein. Das ist etwas, was sie nicht verstehen können.

Zum andern wird in der Begründung festgestellt, daß die Nachtschutzeleute heute ein Einkommen von 3600 bis 4200 *M* haben — wenn ich recht im Bilde bin. Sie wissen alle, daß die städtischen Arbeiter ungefähr 5400 *M* verdienen können, und daß die Straßenseger ein Einkommen von ungefähr 4000 *M* haben. Daß wir unter diesen Umständen die Nachtschutzeleute mit 3600 bis 4200 *M* entlohnen, ist meines Erachtens ein Unding. Wir müssen unbedingt dafür eintreten, daß diese Gruppe der Bevölkerung, welche für unsere Sicherheit sorgen soll und die eine

gewisse Vertrauensstellung der Bevölkerung gegenüber einzunehmen hat, so gestellt wird, daß sie von ihrem Gehalt wirklich existenzfähig ist. Das ist sie nach dem jetzigen Stande nicht, wenigstens nicht in dem Umfange, wie wir es wünschen müssen. Wenn eingewandt werden sollte, daß die Nachschutzeleute den ganzen Tag über frei haben, daß sie vielleicht weniger notwendig haben zu schlafen und auszurufen, und daß sie während des Tages Gelegenheit hätten, eine Nebenbeschäftigung aufzunehmen, so ist das ein Standpunkt, den wir nicht gutheißen können. Dadurch daß die Nachschutzeleute am Tage irgend welche Beschäftigung übernehmen, bzw. daß ihnen das nicht untersagt ist, nehmen sie den Erwerbslosen teilweise die Möglichkeit, Arbeit aufzunehmen. Wenn dann mit Recht eingewandt werden kann, daß die Nachschutzeleute nicht genügend entlohnt werden, und daß sie schon deshalb gezwungen werden, irgendwo andere Arbeit zu suchen, so müssen wir darauf bestehen, daß jede Nebenbeschäftigung verboten wird, damit die Nachschutzeleute ihre ganze Kraft der nächtlichen Aufsicht widmen können.

Es ist dann den Nachschutzeleuten in einer Besprechung mit dem Rat gesagt worden, sie seien wohl Angestellte, aber nicht in dem Umfange, um auf Grund dessen irgendwelche Gehaltsforderungen und Wünsche auf Zulagen durchsetzen zu können. Das heißt, man wollte sie eigentlich als Lohnarbeiter betrachten und auf der andern Seite als Angestellte, aber nur als Angestellte bis auf die Gehaltsfrage. Dieser Zwitterstellung muß abgeholfen werden. Wenn wir weiter zugeben wollten, daß die Nachschutzeleute städtische Arbeiter sind, aber ihre Weisungen von der staatlichen Polizeidirektion bekommen, so ist das ebenfalls ein Unding. Wir können entweder nur eine städtische oder eine staatliche Polizei haben. Ist letzteres eine Notwendigkeit, so müssen wir auch das Nachschutzwesen dem Staate zuweisen. Läßt sich keine Einigung über diese Organisation mit den staatlichen Behörden treffen, so kann nur das eine eintreten, daß diese Nachschutzeleute in den Staatsdienst oder städtischen Dienst aufgenommen werden.

Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß die Nachschutzeleute als solche, wenigstens meiner Auffassung nach, Beamte sein müssen, und daß sie wegen der großen Unsicherheit in dieser Zeit ihre Familie sichergestellt sehen müssen, so kommt man zu der Überzeugung, daß die Pensions- und Hinterbliebenenversorgung zur Notwendigkeit wird. Wir haben in den letzten Wochen gehört, daß in mehreren Straßen Kämpfe zwischen Nachschutzeleuten und Einbrechern stattgefunden haben und in den letzten Tagen wieder ein Nachschutzmann derart verprügelt worden ist, daß er wochenlang krank sein wird. Da unter diesen Umständen auch ein Totschlag keine Unmöglichkeit ist, so müssen wir vor allen Dingen darauf sehen, daß in einem

derartigen Fälle wenigstens die Hinterbliebenen versorgt sind. Es kann nicht an-
gehen, daß die Familie dauernd in Angst um ihren Ernährer schwebt, und wir als
Vertreter der städtischen Behörden können nicht tatenlos zusehen, daß die Nacht-
schuizleute in dieser Beziehung vollständig in der Luft hängen. Ich bin der Ansicht,
daß dem dahin gehenden Wunsche der Nachtschuizleute unter allen Umständen Rechnung
getragen werden muß, und hoffe, daß die Stadtverordnetenversammlung sich in
diesem Punkte einig sieht und diese Sicherheitsbeamten, wie ich sie nennen möchte,
selbst so sichergestellt sehen will, wie das nach Lage der Verhältnisse notwendig
und zweckmäßig ist.

Die Nachtschuizleute haben sodann in ihrem Antrage vom 18. Juli, der noch
keine Erledigung seitens des Magistrats gefunden haben soll, noch einige Punkte
angeführt, so z. B. die Kleiderfrage und sonstiges. Auch diese Sachen habe ich
in der Begründung näher berührt, möchte aber im Augenblick meine Ausführungen
dadurch nicht verlängern, wir werden uns ja später darüber unterhalten. Ich möchte
Sie bitten, diese Begründung in ihren Fraktionen zu beachten und ihre Stellung-
nahme zur Erleichterung der Durchführung der ganzen Angelegenheit zu klären, so
daß wir uns schon in der nächsten Sitzung darüber unterhalten können. Ich hoffe,
daß auch der Rat Gelegenheit nehmen wird, die Sache zu beschleunigen, damit
diese Gruppe der Bürgerschaft eine Sicherstellung innerhalb unseres städtischen
Gemeinwesens bekommt.

Während dieser Rede hat der Vorsitzende **W. Niese** den Vorsitz wieder über-
nommen.

Der Antrag wird von ihm dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

21. Antrag **Jahns** auf höhere Versicherung der städtischen Gebäude gegen Brandschaden bei der Landesbrandversicherungskasse.

Wortlaut des Antrages f. S. 638.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Im ersten
Augenblick erscheint der Antrag als eine alleinige Angelegenheit der Stadt und der
städtischen Gebäude, ich glaube aber, der Antrag hat auch noch eine weitergehende
Bedeutung und muß deshalb mit der Begründung des Antrages etwas weiter aus-
holen, werde mich aber, soweit es geht, ganz kurz fassen.

Es ist mir schon bei einer anderen Gelegenheit vom Magistratsrat aus gesagt,
daß man in der Stadtverordnetenversammlung bereits vor längerer Zeit einmal

erwogen habe, ob die städtischen Gebäude in der Landesbrandversicherungsanstalt höher versichert werden sollten, daß aber die Versammlung einen solchen Antrag abgelehnt habe. Nun bin ich jedoch der Meinung, daß die Sache jetzt anders liegt als in früherer Zeit. Die erhöhten Preise für Bauten sowohl wegen der Rohmaterialien wie der Arbeitslöhne bedingen jetzt eine fünffach höhere Bewertung der Grundstücke. Wir sehen, daß Grundstücke, die vor dem Kriege 12 000 Mark kosteten, jetzt auf 60 000 Mark gestiegen sind. Wenn die Stadt einmal ein Schadenfeuer betreffen würde, bei der städtische Gebäude zugrunde gehen, so würden wir kolossal viel Geld zulegen müssen, wenn sie wieder aufgeführt würden. Da nun zulässig ist, bei dem fünffachen Werte der Gebäude diese auch bei der Landesbrandversicherungsanstalt höher zu versichern, so halte ich das für zweckmäßig, vorausgesetzt, daß das hohe Eintrittsgeld in Wegfall kommt. Dieses letztere hat dann eine weitere Bedeutung für unsere gesamte Bevölkerung. Wenn eine Versicherungsanstalt in Wettbewerb mit andern Anstalten steht, so kann sie eine solche Maßnahme, wie die erhöhten Eintrittsgelder sind, nicht treffen, wohl aber, wenn sie eine Zwangsanstalt ist. Ihr ist es deswegen leicht, weil alle Gebäude im Lande unter dieses Gesetz fallen und alle dieses Eintrittsgeld zahlen müssen. Solange nun die Landesbrandversicherungskasse keinen genügenden Reservefonds hatte, war es am Platze, ihn mit derartigen Eintrittsgeldern aufzufüllen. Nachdem nun aber der Reservefonds auf 10 Millionen Mark gebracht ist, ist es nicht mehr nötig, das Eintrittsgeld zu fordern. Jeder Versicherungsnehmer, der sein Gebäude höher versichern will, muß jetzt 4 ‰ als Eintrittsgeld bezahlen, und wer reich ist, wird ohne Frage die Gelegenheit wahrnehmen, sein Gebäude sofort um 200 ‰ höher zu versichern, denn ihn trifft es nicht hart, wenn er vielleicht 400 Mark und mehr auf einem Brett dafür bezahlen muß. Andere aber, die wenig Vermögen im Besitz haben, möchten sich auch gegen Verlust durch Brandschaden decken, aber sehr häufig hören wir, daß sie davon Abstand nehmen, wenn ihnen gesagt wird, daß sie ein derartig hohes Eintrittsgeld zahlen müssen. Dabei ist doch immer die Gefahr für den Mann vorhanden, daß er für ein Gebäude, das nur mit 12 000 Mark versichert ist, 60 000 Mark aufwenden muß, um nach einem Brandunglück das Gebäude wieder aufzurichten. Der Rückschlag, den diese hohen Eintrittsgelder ausüben, wirkt aber nicht nur auf die Inhaber der Gebäude, sondern auch auf die Höhe der Mieten ein, denn jeder Hausbesitzer, der das hohe Eintrittsgeld für die Versicherung aufwendet, wird sich sagen: Du willst es wieder auf deine Mieter abwälzen. Auf diese Weise werden auch die Mieter durch das Eintrittsgeld der Landesbrandversicherung betroffen.

Ich bin nun der Meinung, daß gerade der Rat der Stadt die geeignetste

Korporation ist, um bei der Regierung vorstellig zu werden, daß sie Maßnahmen trifft, um das Eintrittsgeld bei der Landesbrandversicherungsanstalt abzuschaffen. Ich halte es für durchaus am Platze, daß die Stadt ihre Gebäude höher versichert, und daß sie zugleich bei dem Ministerium anfragt, ob daran zu denken ist, daß das Eintrittsgeld bei der Landesbrandversicherungsanstalt überhaupt fällt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das der Landesbrandversicherungsanstalt ohne weiteres möglich ist, denn sie hat nach dem Jahresabschluß von 1918 einen Überschuß von 1 288 000 Mark und hat an Eintrittsgeld 264 000 Mark vereinnahmt. Wäre dieses Eintrittsgeld nicht vereinnahmt, dann wäre trotzdem noch ein Überschuß von 1 000 000 Mark geblieben. Es besteht ein Reservefonds von ungefähr 12 000 000 Mark und ein Versicherungsbestand von 1 211 195 505 Mark. Die Landesbrandversicherung hat Betriebskapital genug und kommt im Jahr 1919 vollständig aus. Ich glaube, wenn wir von seiten der Stadt aus einen derartigen Antrag stellen, wie ich ihn hier angeregt haben möchte, dann würde ihn die Regierung jedenfalls unterstützen. Es wird schwer sein, zu sagen, wo bei den Beiträgen für eine Landesbrandversicherungsanstalt die Grenze zu ziehen ist, aber es muß einmal gesagt werden: Die Eintrittsgelder sind nicht mehr am Platze. Wenn die Landesversicherungsanstalt eine Reichsbehörde wird, dann muß das Eintrittsgeld ja sowieso wegfallen, alle einmal muß es doch geschehen. Ich bitte Sie, meinem Antrage Ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen, und glaube, daß er auch dazu mit beitragen wird, alle Grundstückseigentümer zu veranlassen, für ihre Gebäude eine höhere Versicherung zu beantragen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

Vorsitzender: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Zeit schon weit vorgeschritten ist. Wenn sich die Herren in ihren Ausführungen nicht Reserve auflegen, werden wir heute mit den zur Besprechung stehenden Sachen nicht fertig werden und werden einige Punkte auf die nächste Sitzung verschieben müssen.

22. Anfrage Schille über die Sicherung der Kartoffelversorgung der Stadt für den kommenden Winter.

Wortlaut der Anfrage f. S. 638.

Stadtv. **Schille** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die wichtigste Frage, die neben der Fleischangelegenheit in der nächsten Zeit zu erledigen sein wird, ist die Versorgung unserer Bevölkerung mit Kartoffeln. Wir haben uns im vorigen

Jahre im Ernährungsausschuß sehr ausgiebig über die Kartoffelfrage unterhalten und sind zum Teil zu recht merkwürdigen Beschlüssen gekommen, die aber doch nicht so bedenklich waren wie die heutige Lage, weil damals Kartoffeln vorhanden waren und es heute scheint, als ob keine Kartoffeln zu sehen wären. Es ist nun die Frage an den Rat der Stadt zu richten: Was ist geschehen, um die Kartoffelversorgung unserer Stadt sicherzustellen, wieviel Kartoffeln hat die Stadt augenblicklich zur Verfügung, und wie sind die Aussichten für die weitere Versorgung mit Kartoffeln?

Wir haben heute gehört, daß wir von der Braunschweiger Landwirtschaft nicht allzuviel Entgegenkommen für die Stadt Braunschweig feststellen können, und ich bin der Ansicht, daß wir, wenn die Frage der Finanzierung der Kartoffelversorgung auftaucht, dann werden wir noch viel weniger Gegenliebe bei unsern bäuerlichen Nachbarn finden. Alles, was sich in den letzten Monaten entwickelt hat, hat mehr oder weniger einen politischen Anstrich, und unsere Landwirtefreise wollen nun gewiß versuchen, alles auszugleichen, was man ihnen in früheren Monaten an Freundlichkeiten seitens der Arbeiterschaft und der Einwohnerschaft der Städte überhaupt hat zuteil werden lassen. Wenn es wirklich nur die finanzielle Seite ist, die Schwierigkeiten verursacht, so würde das vielleicht zu überwinden sein, falls die Maßnahmen, die seitens der Regierung und der sonstigen amtlichen Organe getroffen werden, ausreichend und kräftig genug sind. Daß sie kräftig sein müssen, geht schon aus dem Schreiben des Kreisdirectors von Gandersheim hervor, der mit Gewehren droht oder den Herren von der Kommission eine ordentliche Tracht Prügel in Aussicht stellt, wenn wir es wagen sollten, aus den städtischen Gefilden in ländliche überzusiedeln. Es wird notwendig sein, alles das mit in Erwägung zu ziehen und zu überlegen, in welcher Form die Kartoffelversorgung auf eine gesunde Basis kommt. Ich bin der Ansicht, daß wir alle Kräfte anwenden müssen, um die ländlichen Bewohner des Freistaates Braunschweig zur Vernunft zu bringen. Daß das Fleisch, das wir hier stark vermissen, anderswo zu wesentlich höheren Preisen ohne behördliche Genehmigung umgesetzt wird, ist uns allen klar. Darüber brauchen wir uns nicht zu wundern, denn der Landwirt hat erklärt, daß er nichts verdient. Bei den Beratungen über neue Steuervorlagen ist uns von der rechten Seite des Landtages gesagt, daß die Landwirte keinen Pfennig Steuern mehr tragen könnten, wenn sie nicht ruiniert werden sollten. Daß es in Wirklichkeit anders damit aussieht, das wissen wir, und die Landwirte wissen das am besten. Daß wir von einer Fleischnot sprechen können, ist mir unverständlich, weil die Milchviehlieferung an die feindlichen Länder für den Staat Braunschweig der Freistaat Oldenburg übernommen hat. Erfolglos ist es klar, da hier einige tausend Stück Vieh weniger abgegeben werden müssen, daß bei uns Vieh vorhanden sein muß. Wenn es gelungen ist, Oldenburg zu veranlassen, für uns die Viehlieferung an die Feinde zu besorgen, dann müssen wir mindestens

mit dem Vieh rechnen können, welches in Braunschweig ist, und für die Versorgung der Stadt Braunschweig muß Vieh vorhanden sein. (Der Vorsitzende ersucht den Redner, sich an den Inhalt der Anfrage zu halten.) Ebenso wie mit dem Vieh und der Fleischversorgung unserer Stadt durch das Land ist es auch mit der Versorgung an Kartoffeln, und deshalb möchte ich den Rat bitten, Auskunft zu geben, ob unsere Kartoffelversorgung sichergestellt ist, damit wir wissen, ob wir auf diese Weise Kartoffeln bekommen, oder ob wir versuchen müssen, auf andern Wegen die Ernährung unserer Stadt sicherzustellen.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine geehrten Herrschaften! Sie wünschen zu wissen, in welcher Weise die Kartoffelversorgung der Stadt in diesem Jahre vor sich geht. Die Herren, die der Stadtverordnetenversammlung längere Zeit angehören, sind darüber ja in gewisser Weise schon unterrichtet. Es könnte im ersten Augenblick scheinen, als ob der Rat und die Stadtverordneten schuld daran wären, daß heute ein Mangel an Kartoffeln vorhanden ist. Das ist nicht der Fall. Leider haben wir von Stadt wegen überhaupt nicht mit der Aufgabe uns zu beschäftigen, Kartoffeln heranzuschaffen, sondern die Aufgabe der Kommune besteht lediglich darin — das muß immer wieder betont werden —, die hierher gelieferten Kartoffeln ordnungsmäßig zu verteilen. Die Kartoffeln gehen erst dann in unsern Besitz, wenn sie verladen, bzw. wenn sie bei uns eingelaufen sind. Die eigentliche Kartoffelversorgung liegt in den Händen der Reichskartoffelstelle, die über das ganze deutsche Reich disponiert, welche Kartoffeln von den Überschußverbänden nach den einzelnen Bedarfsgebieten geliefert werden sollen; und welcher Art manchmal diese Dispositionen früher gewesen sind, das geht daraus hervor, daß vor drei Jahren die Kartoffeln auf möglichst weitem Wege hierher gefahren werden mußten. Wir bekamen damals unsere Kartoffeln beileibe nicht aus dem Herzogtum Braunschweig, sondern aus der Provinz Posen. Man hat aber eingesehen, daß dieses Verfahren unzuweckmäßig ist, und disponiert heute so, daß die Stadt Braunschweig — wir sind selbstverständlich Bedarfsgebiet — ihre Kartoffeln aus dem Freistaat Braunschweig bekommt, und zwar nach dem Verteilungsplan der Reichskartoffelstelle von dem Landkreis Braunschweig, von den Kreisen Gandersheim, Helmstedt und Holzminden. Der Landkreis Braunschweig soll 150 000 Zentner liefern, der Kreis Helmstedt 330 000 Zentner, während Gandersheim und Holzminden an uns zusammen nur 12 000 Zentner zu liefern haben. Unsere hauptsächlichsten Lieferanten sind also die Ämter Hiddagshausen und Bechelde sowie der Kreis Helmstedt. Das Verfahren des Bezuges ist Ihnen jedenfalls bekannt; es besteht einmal darin, daß sich die Bevölkerung im Wege des Bezugsgemeinschaftsverfahrens eindeckt, indem sie die Kartoffeln sich selbst beim Produzenten kauft, und von diesem Verfahren hat die Hälfte der Bevölkerung in Braunschweig Gebrauch ge-

macht, während die andere Hälfte aus verschiedenen Gründen davon absehen mußte, zum Teil, weil sie finanziell nicht dazu in der Lage ist, zum Teil, weil sie nicht über Kellerräume zur Aufbewahrung der Kartoffeln verfügt. Für diese muß die Stadt sich eindecken. Es gibt aber auch andere, die absichtlich sich nicht versorgen, weil sie die Unannehmlichkeit und Last, die Kartoffeln im Winter zu pflegen, der Stadt überlassen wollen. Mit dieser letzten Kategorie von Leuten kann man wenig Mitleid haben, wenn sie später einmal Not an Kartoffeln leiden. Wir haben immer und immer wieder das Augenmerk der Einwohnerschaft darauf zu lenken versucht, daß sie dazu schreiten möchte, sich mit Kartoffeln selbst einzudecken. Schon im vorigen Jahr mußte man immerzu ermahnen: „Geht aufs Land und holt euch Kartoffeln“. In diesem Jahre ist es anders: Die Leute gehen aufs Land, aber Sie haben ja schon gehört und erlebt, daß die Landbevölkerung, die Kartoffeln erzeugt, zum großen Teile sich in diesem Jahre außerordentlich hartnäckig bei der Abgabe der Kartoffeln gezeigt hat. Sehr häufig verweigert sie den Städtern die Lieferung von Kartoffeln. Man kommt tatsächlich auf den Gedanken: Sie tun es nur aus dem Grunde, weil sie hoffen, daß eine ähnliche Not an Kartoffeln wie in diesem Frühjahr auch im nächsten Jahr entstehen könnte, die zur Folge hat, daß die Kartoffelpreise ins Unermeßliche steigen. Sie wissen, daß im vergangenen Frühjahr Auslandskartoffeln gekauft werden mußten zum Preise von 30 M und später 34 M, und wissen ferner, daß auch Inlandskartoffeln bis zu 30 M gehandelt worden sind. Jedenfalls liegt die Annahme nahe, daß die Landbevölkerung auch im kommenden Frühjahr so hohe Preise erhofft. Wir wissen jetzt schon, daß sehr häufig Kartoffeln zu dem Höchstpreise von 8 M für den Zentner bei der Landbevölkerung kaum zu haben sind. Jedenfalls sind viele Fälle bekannt, in denen die Landbevölkerung für das Hereinbringen der Kartoffeln ganz unvernünftig hohe Preise verlangt hat, so daß für den Zentner Kartoffeln, einschließlich des Fuhrlohnes nicht etwa 9 M, sondern häufig 11 bis 15 M gefordert sind. Das sind Wucherpreise — das muß ausgesprochen werden —, und ich möchte dringend bitten, Fälle, wo solche Kartoffelpreise gezahlt sind, der Landeskartoffelstelle bzw. der Stadtverwaltung anzuzeigen. Wir werden mit aller Energie dafür sorgen, daß diesen Lieferanten zu Leibe gegangen wird.

Es ist — wie ich eben ausführte — nur ungefähr die Hälfte der Bevölkerung durch das Bezugsscheinverfahren eingedeckt, für die andere Hälfte müssen wir sorgen, und zwar vorläufig in der Weise, daß wir uns so viel Kartoffeln wie möglich in unsere Keller und Vorratsräume legen, daß wir über eine Frostperiode von einigen Wochen hinwegkommen können. Erfahrungsgemäß ist im Januar und Februar mit Frost zu rechnen, der zur Folge hat, daß in dieser Zeit Kartoffeln von außerhalb nicht herangebracht werden können, da sie sonst der Gefahr ausgesetzt sind, zu er-

frieren. Wir müssen deshalb wenigstens 60 000 bis 70 000 Zentner einfellern. In früheren Jahren rollten zu dieser Zeit schon Ladung auf Ladung in die Stadt, und wir waren in der glücklichen Lage, diese 70 000 Zentner wirklich einzufellern. In diesem Jahre ist die Sache mehr als trostlos. Wir haben bislang nicht einen Zentner einfellern können, haben nicht einmal so viel Kartoffeln, daß wir das übliche Wochenquantum, vorläufig 7 Pfund auf die Person, verabreichen können. Zu bemerken ist hierbei, daß wir für die Monate Dezember, Januar und Februar eine Wochenmenge von 9 Pfund verteilen sollen. Aber jetzt schon sind wir mit den 7 Pfund im Rückstand geblieben, geschweige daß wir demnächst in der Lage wären, 9 Pfund zu verteilen. Hier muß unter allen Umständen eingegriffen werden, und selbstverständlich hat der Rat der Stadt alles getan, was geschehen konnte. Wir sind vorstellig geworden bei den Kreisdirektionen, die uns zu beliefern haben, beim Landesernährungsamt und auch beim Ernährungsminister. Alle haben uns versprochen, uns zu helfen, leider aber fehlt bislang jeder Erfolg. Wir werden nun wiederum Veranlassung nehmen, bei den eben genannten Stellen nochmals energisch vorstellig zu werden. Alle diese Stellen sind selbstverständlich mit uns eines Sinnes und werden alles tun, was sie können, um die Verbände, die uns beliefern sollen, zu ihrer Pflicht anzuhalten. Es liegt auch nicht an der mangelhaften Bestellung von Eisenbahnwagen, daß wir so schlecht versorgt sind, es liegt lediglich daran, daß ein wesentlicher Teil der Landbevölkerung sich weigert, uns Kartoffeln zu liefern. Wir haben festgestellt, daß verschiedene Gemeinden, und zwar scheinbar sogar im Gemeinderate, beschlossen haben, überhaupt keine Kartoffeln mehr aus ihrem Dorfe herauszulassen. Diese Gemeinden sind uns namhaft gemacht; wir haben sie der Regierung genannt und hoffen, daß diese zu energischen Maßregeln greift.

Ich betone nochmals das, was ich schon zu Anfang meiner Ausführungen gesagt habe, daß es nicht Aufgabe der Stadt ist, auf das Land zu gehen und Kartoffeln heranzuschaffen. Das können und dürfen wir nicht. Es ist lediglich Aufgabe der Regierung und der Organe der Regierung, des Landesernährungsamtes und der Kreisdirektionen, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Gemeinden ihrer Lieferungsaufgabe nachkommen. Haben ihre Maßnahmen keinen Erfolg, dann müssen Zwangsmaßregeln ergriffen werden. Es müßten dann Leute mit Vollmacht versehen werden, die auf das Land gehen und den Bauern kurzerhand die Kartoffeln enteignen. Sodann bin ich dafür, daß die Gemeinden im ganzen haftbar gemacht werden, wenn den Kartoffellieferungsaufgaben nicht nachgekommen wird. Es muß unter Umständen den Gemeinden die Versorgung mit sonstigen Nahrungsmitteln unterbunden werden. Nur mit solchen Zwangsmaßregeln kann wirksam vorgegangen

werden. Ich wiederhole, daß ich noch morgen Veranlassung nehmen werde, wiederum bei den von mir genannten Stellen vorstellig zu werden, und hoffe, daß diese Stellen jetzt energigisch durchgreifen werden. (Bravo!)

Vorsitzender **W. Niese**: Nach diesen Ausführungen des Herrn Stadtbaurats erübrigt sich wohl eine Besprechung.

23. Anfrage **Munte** über Bewilligung von Anschaffungsbeihilfen für die städtischen Beamten und Lehrer und ev. Gewährung eines sofortigen Zuschusses.

Wortlaut der Anfrage: Kann der Rat Auskunft darüber geben, ob den Beamten und Lehrern Anschaffungsgelder, wie solche den Reichsbeamten schon gewährt sind, bewilligt werden sollen? Falls dieses beabsichtigt ist, würde es dann nicht möglich sein, den Beamten auf ihren Antrag eine Abschlagszahlung in Höhe von etwa 500 M. sofort zur Verfügung zu stellen, sofern die Bewilligung sich noch einige Zeit hinziehen sollte.

Stadtvr. **Munte** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat das Reich seinen Beamten Anschaffungsgelder bewilligt, wenn ich nicht irre, in Höhe von 1000 M. und für jedes Kind 200 M. Allerdings ist das Reich hierbei in günstigerer Lage als die Einzelstaaten und die Gemeinden, denn dem Reich stehen große Maschinen zur Verfügung, die benutzt werden können, um Noten zu drucken. Diese Noten werden, wenn sie auch im Werte sinken, immer noch angenommen, so daß man etwas dafür bekommen kann bis zu der Zeit, daß sie einen Wert haben wie die Assignate nach der französischen Revolution, wo niemand auf diese Scheine etwas mehr liefern wollte. Hoffentlich kommt es bei uns nicht dazu. Man sucht ja Mittel und Wege zu finden, um solche ungeligen Zustände zu verhindern, insbesondere ist Erzberger dabei, diese Mittel und Wege zu finden, wenn ich vorläufig auch noch nicht großes Vertrauen in diese seine Tätigkeit setze. Wenn nun das Reich gegenüber seinen Beamten so vorgegangen ist, wird es auch für die Einzelstaaten und die Gemeinden dringend notwendig sein, in ähnlicher Weise vorzugehen, denn man kann schlechterdings nicht wünschen, daß die Beamten der Einzelstaaten und die der Gemeinden wesentlich schlechter gestellt werden als die des Reiches, die auf alle Ortschaften des deutschen Reiches in allen Servisklassen verteilt wohnen. Ich weiß allerdings, daß der Staat Braunschweig bisher noch keine Entschließung in dieser Sache gefaßt hat, weil uns die Notenpresse nicht zur Verfügung steht und die Bewilligung große Ausgaben verursacht, denen man auch entsprechende Einnahmen gegenüberstellen muß. Es scheint aber notwendig, Mittel und Wege zu schaffen, um die Bewilligung vorzunehmen, und die Stadt wird darin folgen müssen, schon wegen der Lehrer. Denn wenn die Lehrer sie bekommen, dann würde es nicht angehen, nur die Lehrer als Beamte zu betrachten,

die diese Anschaffungsbeihilfe bekommen, sondern es müssen dann auch die andern Beamten bedacht werden. Kommen wird die Sache also, und da sie kommen wird, würde ich es nicht für so furchtbar schlimm halten, wenn man den Beamten, die in der heutigen Zeit, wo alles im Teuerungszustande sich befindet, in Notlage gekommen sind, soweit sie es wünschen, eine Abschlagszahlung zur Verfügung stellte. Ich weiß sehr wohl, daß der Herr Oberbürgermeister gegen eine solche Maßnahme große Bedenken geltend machen wird. Er wird unter anderem sagen: Der Staat hat darüber noch nichts verlaublich, und die Stadt kann nicht allein vorgehen. Das ist recht und gut, aber wir können in diesem Falle auch einmal zuerst vorgehen. Wir haben vorhin eine neue Steuer bewilligt, die $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark einbringt, ich weiß allerdings nicht, wie hoch die Gesamtsumme für die Anschaffungsbeihilfe sich stellen wird — hoffentlich nicht auch auf $2\frac{1}{2}$ Millionen, sonst wären wir wieder auf demselben Standpunkt wie vorher. Etwas geschehen muß meines Erachtens, denn es befindet sich tatsächlich eine Anzahl unterer und mittlerer Beamten in großer Verlegenheit. Anschaffungen können sie ja von ihrem Gehalt nicht machen, sondern müssen es lediglich für ihre Ernährung verwenden. Ein Anzug kostet heute 700–800 M., und Stiefel sollen 175 M. kosten. Ich habe allerdings in der letzten Zeit noch keine zu kaufen brauchen. Aber nicht alle haben sich Stiefel gekauft, als sie noch billiger waren, und auf eine solche große Teuerung war ja auch nicht zu rechnen, sonst hätte ich mir noch ein Duzend Stiefel gekauft, aber man wollte doch auch nicht zu den Hamstern gezählt werden. Solche Einkäufe im voraus zu machen, dazu waren die Beamten bei ihren Einkünften, die damals kleiner waren als jetzt, überhaupt nicht imstande. Es ist also eine Beschaffungsbeihilfe für sie nötig, und ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn der Rat der Stadt sich mit dieser Angelegenheit bald beschäftigte und uns den Vorschlag machte, den Beamten, soweit sie es nötig haben, auf die demnächstige Anschaffungsbeihilfe — die zweifellos kommen wird, darüber wird keiner von Ihnen im Zweifel sein — eine Abschlagszahlung von 500 M. vorzuschießen.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Meine Damen und Herren! Auf die Frage kann ich erklären, daß ein entsprechender Antrag der Beamtenvereinigung beim Räte eingegangen ist, und daß der Rat beschlossen hat, einstweilen darauf nicht einzugehen. Es ist richtig, daß der Rat, wie Herr Munte vermutet hat, der Ansicht ist, daß bei dieser gewaltigen Ausgabe zunächst das Vorgehen des Staates abzuwarten ist. Dieser Beschluß ist allerdings noch nicht endgültig gefaßt, und es ist möglich, daß nach der heutigen neuen Steuerbewilligung der Rat zu der Ansicht kommt, daß jetzt vielleicht die Bewilligung ausgesprochen werden könnte. Eine bestimmte Erklärung darüber kann ich heute beim besten Willen nicht abgeben.

24. Antrag H. Rieke auf tatkräftiges Eintreten der städtischen Behörden für alsbaldigen Ausbau der Südlinie des Mittellandkanals und Aufwendung von Mitteln dafür.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten ersuchen den Rat der Stadt dringend, mit ihnen tatkräftig für den alsbaldigen Ausbau der Südlinie des Mittellandkanals einzutreten und in diesem Sinne auf die braunschweigischen und preussischen Landesversammlungen einzuwirken, auch Mittel in angemessener Höhe aufzuwenden, um gemeinsam mit den anderen Interessenten für die Südlinie zu werben.“

Stadtv. **H. Rieke** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die Zeit ist eigentlich schon zu weit vorgeschritten für diesen Antrag, für den auch die dringliche Behandlung beantragt ist, und den zu erledigen im höchsten Grade notwendig ist. Ich will Sie aber nicht lange mit der Begründung aufhalten und möchte deswegen auf die verschiedenen Verhandlungen betreffs der Kanalförderung verweisen. Die letzten Verhandlungen in dieser Versammlung datieren vom 18. März. Damals waren wir uns darüber klar, daß dem Zwischenverkehr mehr Bedeutung beigelegt werden müßte als dem durchgehenden Verkehr. Es hätte uns nach den damaligen Projekten die Nordlinie einen Stichkanal von 18 km Länge gebracht, der bei Leiferde vorbeiführte, und man versprach, daß Braunschweig ein Stapelplatz werden würde, genau so wie vor 400 Jahren. Ich habe das für Phantasie betrachtet und mit mir hunderttausend andere der Braunschweiger Bevölkerung. Dazu hätte uns der Stichkanal nach den Angaben von Havestadt und Contag noch 9 Millionen Mark gekostet. Wo sollte Braunschweig das Geld hernehmen, um diesen Stichkanal zu bauen? Vielmehr ist anzunehmen, daß der Kanal von der preussischen Regierung gebaut wird, und daß die Kosten des Stichkanals mitübernommen werden. Nachdem nun das Franzius'sche Projekt der Mittellinie aufgetaucht war, das uns immer noch einen Stichkanal in der Gegend von Elper—Watenbüttel, 7 bis 8 km weit von uns, brachte, konnte ich das nur als eine Verbesserung der Nordlinie betrachten, das keineswegs Interessen des Braunschweiger Landes und der angrenzenden Landstriche in sich barg. Die freundliche Haltung zu dieser Mittellinie, das war der Fehler in der Haltung unseres damaligen Stadtmagistrates. Als die Verhandlungen über die beiden Linien, die Süd- und die Mittellinie, stattfanden, da erklärte der Magistrat beide für gleichwertig. Man glaubte, da das Projekt der Nordlinie als gefallen anzusehen war, es handle sich nur noch um diese beiden Linien, und der Magistrat war mit beiden einverstanden. Das war eine schwankende Haltung und ist als ein Fehler bis auf den heutigen Tag zu bezeichnen. Nachdem nun aber

Magdeburg sich entschlossen und 100 000 M für die Propaganda für die Mittellinie bewilligt hat, ist es die höchste Zeit, daß die Stadt Braunschweig anfängt, sich für die Südlinie zu rühren. Die allgemeinen Interessen für Hebung der Wasserwirtschaft für unser Gebiet zu entscheiden, steht jetzt auf dem Spiele, zumal die Vorlage über den Kanal in kurzer Zeit auf dem preußischen Landtag zur Erledigung kommt. Wenn wir uns jetzt nicht rühren, dann könnte es uns so gehen, daß wir bei dieser Kanalfrage wieder so stiefmütterlich behandelt werden wie bei der Eisenbahn, wo die Bahn um unsere Stadt herumgebaut wurde und uns der Verkehr entzogen ist, so daß wir nur von der Gnade des Nachbarn abhängen, wenn es sich darum handelte, eine Schnellzugsverbindung zu erreichen. Einer Wiederholung solcher Umstände muß mit Entschiedenheit entgegen gewirkt werden. Rühren wir uns nicht, dann tragen wir selbst die Schuld daran, wenn wir wieder stiefmütterlich behandelt werden. Lassen sich die Gegeninteressenten hören, so haben wir doch auch ebenfalls Befürworter des Südkanal, auch aus preußischem Gebiet. Es ist am Dienstag abend ein Vortrag mit Lichtbildern über diese Kanalfrage hier gehalten worden, und man muß bedauern, daß die Kollegen von der Stadtverordnetenversammlung so wenig Interesse dafür gezeigt haben. Magistrat und alle Stadtverordneten waren eingeladen, aber von den Stadtverordneten hatten sich nur wenige eingefunden. Das zeugt davon, daß man diese Sache noch gleichgültig ansieht, und daß man nicht ahnt, daß Gefahr im Verzuge ist, oder daß man die Sache nicht begriffen hat. Es ist die höchste Zeit, daß wir etwas tun, wenn wir etwas erreichen wollen.

Was die weiteren Einzelheiten der Sache anbelangt, so würde ich jederzeit in der Lage sein, sie auseinanderzusetzen, weil ich seit drei Jahren dem Ausschuß für Förderung des Baues der Südlinie als eifriges Mitglied angehöre. Es ist dringend geboten, jetzt zu handeln und seitens der Stadt Braunschweig trotz unserer schlechten finanziellen Lage Mittel zur Verfügung zu stellen für das Wirken jener Personen, die seit 13 bis 14 Jahren energisch an der Förderung des Baues der Südlinie arbeiten, die in ausgiebiger Weise jedes Für und Wider erwogen und nicht müde geworden sind, ihre Ansicht bei den preußischen Behörden zur Geltung zu bringen, die auch die Talsperren und die gesamte Wasserwirtschaft berücksichtigt haben, um den Kanalbau von Hannover bis Magdeburg zu fördern. Jetzt ist es Aufgabe der Stadt Braunschweig, selbst einzutreten und Mittel in Bereitschaft zu stellen. Ich möchte damit beantragen, daß von seiten der Stadt Mittel für Propagandazwecke zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals bereitgestellt werden.

Die Versammlung beschließt die dringliche Behandlung des Antrages.

Stadtv. **Schille**: Meine Damen und Herren! Über die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit des Kanals im allgemeinen wollen wir uns heute nicht unterhalten. Sie sind allgemein bekannt, und wir haben ja auch jahrelang darüber sprechen gehört, haben uns auch selbst mit der Frage beschäftigt, so daß es sich erübrigt, noch näher darauf einzugehen, wie es ja auch Herr Kiefe getan hat. In früheren Jahren hat der Stadtmagistrat eine merkwürdige Stellung gegenüber dieser Kanalfrage eingenommen, und es ist hauptsächlich der Arbeit der Vereinigung für Förderung der Südlinie des Mittellandkanals zu verdanken, daß wir ein ausgiebiges Material dafür zur Verfügung haben, inwiefern die Südlinie für die Stadt Braunschweig von großem Wert ist. Dieser Wert wird von allen Kreisen der Stadt und des Landes Braunschweig eingesehen worden sein, und wir können überzeugt sein, daß heute niemand mehr von der Nordlinie spricht, sondern daß jeder überzeugt ist von der Notwendigkeit des Baues der Südlinie. Wir in Braunschweig müssen Wert darauf legen, daß der Hauptkanal das Weichbild unserer Stadt berührt, denn nur dadurch kann die für unsere Stadt wirtschaftlich wertvolle Ausdehnung industrieller und sonstiger Anlagen erreicht werden, die wir notwendig haben, um unser städtisches Gemeinwesen hochzubringen. Wir haben uns jahrelang bemüht, die Eingemeindung der Vororte herbeizuführen, sind aber über das Sprechen darüber nicht hinausgekommen und haben allerlei Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Heute handelt es sich lediglich darum, die Maßnahmen der Gegner des Südkanalprojektes zu entkräften. Wir haben im Vortrag Stegmann gehört, daß der Oberbürgermeister Beims von Magdeburg in Braunschweig gewesen ist, um sich zu orientieren, in welcher Form die Kanalfrage hier behandelt werden soll. Wir haben weiter gehört, daß unser Rat sich für die Sache des Südkanals niemals besonders begeistert habe, und Herr Oberbürgermeister Beims ist jedenfalls zufriedengestellt von hier weggefahren. Daß aber Magdeburg 100 000 *M* ausgesetzt hat, um Propaganda für die Mittellinie zu machen, da ihr das Südkanalprojekt nicht besonders zusagt, und daß für den Weiter dieser Propaganda über 60 000 *M* aufgewendet werden, das dürfte der Stadt Braunschweig zu denken geben, denn man gibt nicht 160 000 *M* für eine Sache aus, von der man sich wenig oder gar nichts verspricht. Es müssen große Interessen der Stadt Magdeburg auf dem Spiele stehen, wenn in einer Zeit wie der heutigen derartige Ausgaben ohne weiteres bewilligt werden. Deshalb ist es notwendig, daß wir heute hier in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig erklären, daß wir im Interesse der Stadt und des Staates Braunschweig es für dringend nötig halten, daß die Südlinie gebaut wird. Alle die Punkte, die für den Elbkanal oder gegen die Führung des Kanals sprechen, sind so mindertwertig in sich, daß darüber heute

überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Ich will weiter keine Ausführungen machen, da die Sache ja in allen Kreisen bekannt ist, und wollte hier nur noch einmal auf die dringende Notwendigkeit hinweisen, daß wir von seiten der Stadtverwaltung Stellung nehmen in der Weise, daß wir allein in der Südlinie das Projekt sehen, welches wir für Staat und Stadt Braunschweig für notwendig halten.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine verehrten Herrschaften! Es ist bei dieser Besprechung mehrfach die Rede davon gewesen, daß der Stadtmagistrat vor einem Jahre eine falsche Stellung eingenommen hätte. Es ist angegeben, daß der Magistrat nicht für die Südlinie eingetreten sei, sondern in erster Linie für die Mittellinie. Ich muß feststellen, daß diese Behauptung nicht zutreffend ist. Es ist der Magistrat damals in der Vorlage, die der Stadtverordnetenversammlung gemacht ist, nicht in erster Linie für die Mittellinie eingetreten, sondern vielmehr haben wir (die alten Herren aus der Versammlung werden das wissen) die Mittellinie und die Südlinie im Interesse der Stadt damals für vollständig gleichwertig erachtet; und zwar ist diese Stellungnahme — wie aus den damaligen Ausführungen hervorgeht — dadurch veranlaßt, daß wir glaubten, aus taktischen Gründen auch für die Mittellinie mit eintreten zu müssen, weil wir befürchten mußten, daß die Mittellinie, wenn die Stadt Braunschweig für sie kein Interesse beweisen würde, bei der Entscheidung, ob die Süd- oder Nord- und Mittellinie in Frage käme, überhaupt ausscheiden würde. Dann wäre, falls die Entscheidung zuungunsten der Südlinie ausgefallen wäre, nur noch die Nordlinie übriggeblieben. Es würde für Braunschweig ein sehr schwerer Schlag gewesen sein, wenn wir aus Interesselosigkeit für die Mittellinie die Nordlinie bekommen hätten. Heute — das muß ich zugeben — ist die Sachlage für uns eine wesentlich andere. Das erwähnte taktische Moment fällt heute um deswillen vollständig weg, weil, wie Sie wissen, die Nordlinie endlich aus dem Wettbewerb ausgeschieden ist. Die Gefahr, von der ich sprach, daß statt der Mittellinie uns unter Umständen die Nordlinie besichert werden könnte, fällt heute ohne weiteres weg. Bei der Stellungnahme zu den Kanalprojekten spielt heute noch ein anderes Moment eine wesentliche Rolle. Die Mittellinie, wie sie uns z. B. von Professor Franzius vorgeführt wurde, ist eine wesentlich andere als diejenige, die — soweit ich unterrichtet bin — heute in erster Linie befürwortet wird. Während die Mittellinie, die uns damals vorgeführt wurde, unmittelbar südlich vom Rieselfeld bei Beltenhof vorbeigehen sollte, so daß für uns ein ganz kurzer Anschlußkanal nötig wurde, der im ganzen als Ha'n benutzt werden konnte, wird die jetzt projektierte Mittellinie einen sehr viel längeren Stichkanal nötig machen;

denn jetzt soll die Mittellinie weit nördlich des Rieselfeldes vorbeigeführt werden. Daraus folgt, daß — soweit unser Interesse in Frage kommt — die Mittellinie sehr der Nordlinie ähnelt. Aus dem Grunde — das kann ich heute erklären — haben wir an der Mittellinie nicht mehr das Interesse wie vor anderthalb Jahren, sondern der Rat der Stadt steht nunmehr auf dem Standpunkt, ebenso wie wohl die geehrte Versammlung, daß wir in erster Linie und unter allen Umständen jetzt das Projekt der Südlinie zu fördern suchen müssen. (Bravo!) Wir treten, wie Sie, unumwunden und energisch für die Südlinie ein.

Es war vorhin davon die Rede, daß die Stadt Magdeburg sich an den Rat der Stadt gewandt hätte mit dem Ersuchen, ebenfalls für die Mittellinie einzutreten, da auch die Stadt Magdeburg großes Interesse an der Mittellinie habe. Ich habe dazu zu bemerken: Es ist uns ein Schreiben von Herrn Oberbürgermeister Weimann Magdeburg mit kurzen Erläuterungen zugegangen, aus dem hervorgeht, welche Gründe für Magdeburg maßgebend gewesen sind, für die Mittellinie und nicht für die Südlinie einzutreten. Wir ersahen aus dieser Zuschrift, daß rein lokale Gründe in Magdeburg für die Mittellinie sprechen, vor allen Dingen der Umstand, daß die Südlinie eine Verbindung mit dem märkischen Wasserstraßennetz herbeizuführen sucht in der Weise, daß von Westerhüsen nach den märkischen Wasserstraßen auf dem rechten Ufer der Elbe ein Verbindungskanal hergerichtet wird. Das hätte zur Folge, daß bei Ausführung dieses Verbindungskanals das wertvolle Industriegelände auf dem linken Elbufer nicht ausgenützt werden könnte und die jetzigen wertvollen Hafenanlagen zum Teil hinfällig würden und vollständig neue Anlagen geschaffen werden müßten. Sie erkennen aus diesen kurzen Mitteilungen, daß es nur lokale Interessen sind, die in Magdeburg für die Mittellinie sprechen. Es leuchtet ein, daß wir keine Veranlassung haben, für die Stadt Magdeburg diese lokalen Interessen zu vertreten, und zu fördern. Wir haben selbstverständlich ganz andere Interessen zu vertreten, und ich wiederhole, daß der Rat der Stadt nach reiflicher abermaliger Überlegung der jetzigen veränderten Verhältnisse, ebenso wie die verehrten Herrschaften, durchaus nur für die Südlinie eintreten wird. Wir verkennen dabei in keiner Weise den Wert der Arbeiten, die die Vereinigung zur Förderung der Südlinie des Mittelkanals geleistet hat. Auch uns ist das umfangreiche Werk dieser Vereinigung mit dem wertvollen Kartenmaterial zugegangen, und jeder weiß, daß das, was die Vereinigung zur Förderung der Südlinie in diesem Werk niedergelegt hat, von außerordentlicher Bedeutung ist. Es ist sogar von Anhängern der Mittel- und Nordlinie zugestanden, daß die Leistungen in jeder Beziehung als vorbildlich anzusehen sind.

Stadtv. **Stegmann**: Für weltfremde Leute wäre es sehr interessant, eine solche Debatte zu hören. Ich glaube aber, wir alle wissen, wie die Dinge liegen und wie wir zu stimmen haben; deshalb beantrage ich bei der vorgeschrittenen Zeit Schluß der Besprechung. Zugleich beantrage ich, die Behandlung der noch weiter vorliegenden Anträge zurückzustellen und den Schluß der Versammlung vorzunehmen.

Dem Schluß der Besprechung stimmt die Versammlung zu, nimmt den von Herrn Stadtv. H. Riefe begründeten Antrag an und ist auch für Zurückstellung der weiteren heute eingebrachten Anträge.

25. Besichtigung städtischer Betriebe betreffend.

Vorsigender: Es ist von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert, eine Besichtigung der städtischen Betriebe vorzunehmen. Ich glaube, daß vielleicht einmal an den Sonnabendnachmittagen das geschehen könnte. Von seiten des Rates wird zweifellos eine Einladung dazu ergehen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte bitten, daß uns die Wünsche der Versammlung unterbreitet werden, insbesondere ob die Besichtigung morgens oder nachmittags stattfinden soll, und welche Betriebe in Frage kommen. Wir müssen die einzelnen Betriebsleiter veranlassen, zu der gewünschten Zeit an Ort und Stelle zu sein, damit sie die nötigen Erklärungen geben können. Wir könnten vielleicht mit dem Gaswerk an der Taubenstraße anfangen, darauf den Marstall und die Pumpstation besichtigen. Wenn wir diese drei Betriebe am Sonnabend nachmittag besichtigt haben, dann wird es dunkel sein. Ich möchte vorschlagen, am nächsten Sonnabend nachmittag 3 Uhr im Gaswerk an der Taubenstraße den Anfang zu machen.

Aus verschiedenen Zurufen aus der Versammlung geht hervor, daß einzelnen Stadtverordneten die vorgeschlagene Zeit nicht recht paßt.

Vorsigender: Es wird stets eintreten, daß einem Teil der Herrschaften an den vorgeschlagenen Tagen Zeit zur Besichtigung nicht zur Verfügung steht. Wenn es der Versammlung recht ist, können wir die Besichtigung ja auch bis zum nächsten Sommer aufschieben, wo die Tage länger sind. (Zustimmung aus der Versammlung).

Der Vorsigende schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. November 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Beteiligung der Stadt am Gesamtunternehmen der Straßeneisenbahngesellschaft	711
2. Einspruch gegen die Wahl der Beisitzer zum Einigungsamt für Kleingärten und Kleinpachtland	728
3. Wahl von drei Bürgern in den Schulvorstand der katholischen Schule	728
4. Ersatzwahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Kriegshilfsklassenausschusses	729
5. Antrag Marschner auf Erwerb der Domäne Ribbaggshausen und Beschleunigung der Eingemeindung des Ortes Ribbaggshausen	729
6. Antrag Jahns, betreffend den Verkehr der Straßenbahnlinie zum Nordbahnhof	723
7. Antrag Schilke, betreffend die Anstellung der Nachtschulzeute, ihre Entlohnung und Ruhezeit, ferner Offenhaltung der Polizeiwachen während der Nacht	733
8. Antrag Jahns auf höhere Versicherung der städtischen Gebäude gegen Brandschaden bei der Landesbrandversicherungsanstalt	737
9. Antrag Oden auf Erhöhung der Bezüge der Kriegerfamilien	738
10. Anfrage Munte über den Stand der Eingemeindungsverhandlungen	740
11. Antrag Schilke, betreffend den Empfang der heimgekehrten Kriegsgefangenen	742
12. Antrag Frede auf Ausdehnung der elektrischen Rotbeleuchtung auf die Sonnenstraße	743

	Seite
13. Antrag Jahn auf Gewährung einer laufenden außerordentlichen Vergütung an den Markthalleninspektor	744
14. Antrag Kolahr auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht auf der Wolfenbütteler Straße	745
15. Weiterverpachtung des Ratskellers	745
16. Bewilligung von Mitteln zur Umänderung einer Bedürfnisanstalt in der Schule Reichstraße	746
17. Einstellung eines besonderen Prizers für die Studienanstalt	746
18. Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung von Fortbildungslehrgängen für die Hilfslehrer.	747
19. Änderung der Fluchtlinie der Eichtalstraße.	748
20. Änderung der Fluchtlinie der Wittkindstraße.	749
21. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Knabenmittelschule	750
22. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Hilfsschule an der Breiten Straße.	751
23. Antrag Reinowski auf Einrichtung von Wärmehallen.	753
24. Antrag Könneburg auf Auszahlung der Beschaffungsbeihilfe an die städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter.	757

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Vogler**, Stadtrat **Schaper**, Oberamtsrichter **Meyer**, Rechtsanwalt **Philipps**, ferner die Stadträte **Jüermann**, **Junke**, **Langemann**, **Ohlendorf**, **Rals**, Dr. **Reiche**.

Die sämtlichen Stadtverordneten sind anwesend.

Vorsitzender **W. Niele**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Eine kurze Eingabe ist eingegangen von dem Glaserinnungsmeister **Johannes Sonnemann**. Er beklagt sich darüber, daß die Arbeiten für die Doppel Fenster des Rathauses in einem Betrage von etwa 30 000 *M* nur von einer Firma ausgeführt werden, und diese Firma soll nicht einmal ein Handwerksmeister, sondern ein Kaufmann sein. Er wünscht die Gründe zu erfahren, warum ein solches Verfahren beliebt und keine öffentliche Ausschreibung erfolgt ist. Ich selbst kann keine Auskunft darüber geben und überweise die Sache dem Rat der Stadt.

Des weiteren ist ein Schreiben vom Betriebsrat des Elektrizitätswerkes eingegangen. Bei der Bedeutung, die augenblicklich die Verhältnisse des Elektrizitätswerkes für unsere Verhandlungen einnehmen, werde ich mir erlauben, das Schreiben im Wortlaut zu verlesen:

„Die gesamten Arbeitnehmer des Elektrizitätswerkes Braunschweig erlauben sich, den Herren Stadtverordneten der Stadt Braunschweig folgendes zu unterbreiten: Wie den Herren Stadtverordneten bekannt ist, ist das Elektrizitätswerk vertraglich gebunden, zu jeder Erhöhung des Strompreises, der Zählermiete usw. die Zustimmung des Rates der Stadt und der Stadtverordneten einzuholen. In Verhandlungen der Arbeitnehmer mit der Direktion wegen Lohn- bzw. Gehaltsaufbesserungen, sowie wegen Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe wurde von Seiten der Direktion mitgeteilt, daß die finanzielle Lage des Werkes hauptsächlich dadurch sehr beeinträchtigt würde, daß die Stadtverwaltung sich gegenüber den Anträgen auf Erhöhung des Strompreises und der Zählermiete stets ablehnend verhalten habe. Erst seit dem 1. April 1919 sei mit Genehmigung der Stadt der Strompreis um 50 Proz., vom 1. Juli 1919 an um 100 Proz. gegenüber den Preisen von vor dem 1. Juli 1919 erhöht worden. Eine Erhöhung der Zählermiete ist aber abgelehnt worden. Gerade aber die Beschaffung der Zähler, sowie Instandsetzungen derselben erfordern ganz besonders hohe Kosten. Dadurch rechtfertigte sich eine Verdoppelung der Zählermiete auf alle Fälle. Die Erhöhung des Strompreises um 100 Proz. entspricht auch nicht den Mehraufwendungen, die das Werk vor dieser Heraufsetzung für Kohlen und sonstiges notwendiges Material schon bezahlen mußte. Diese Mehrkosten haben sich in der letzten Zeit noch bedeutend erhöht. Das Elektrizitätswerk ist gezwungen, diese höheren Ausgaben zu zahlen, andererseits aber durch den Vertrag mit der Stadt nicht in der Lage, sich hierfür Deckung durch höhere Einnahmen zu verschaffen, wie es jedem anderen Unternehmen durch erhöhte Verkaufspreise seiner Erzeugnisse möglich ist.

Wenn das Elektrizitätswerk auch seinen Arbeitnehmern schon Lohn- und Gehaltsaufbesserungen gewährt hat, sind die Arbeitnehmer infolge der noch bedeutend gestiegenen Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse erneut an die Direktion des Elektrizitätswerkes wegen Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe herangetreten. In den Verhandlungen hierüber verhielt sich die Direktion nicht ablehnend, erklärte aber den Vertretern der Arbeitnehmer, daß sie zur Zeit keine Deckung für eine derartige hohe Ausgabe für sämtliche Beschäftigten habe, wenn nicht die Stadt die beantragte Erhöhung des Strompreises und der Zählermiete genehmige. Wir bemerken noch, daß bei den meisten Elektrizitätswerken sowie Gas- und Wasserwerken eine Erhöhung der Strompreise und der Zählermiete zur Deckung der höheren Ausgaben eingetreten ist.

Da nun die Arbeiter und Angestellten des Elektrizitätswerkes unter der zur Zeit herrschenden Teuerung ebenfalls zu leiden haben, bitten diese die Herren Stadt-

verordneten, ihnen bei Verbesserung ihrer Wirtschaftslage in der Weise entgegenzukommen, daß sie der beantragten Erhöhung der Strompreise und der Zählermiete ihre Zustimmung geben.

Sollten noch irgend welche Auskünfte in dieser Angelegenheit erwünscht sein, so sind die Unterzeichneten gern bereit hierzu".

Es ist das gewissermaßen ein Vorwurf und ein Wunsch zugleich, der darauf ausgeht, uns den Preiserhöhungen des Elektrizitätswerkes für Stromabgabe usw. geneigt zu machen. Ich überweise das Schreiben zur Kenntnisnahme dem Rat der Stadt.

Sodann ist eine Mitteilung vom Rat der Stadt eingegangen, die folgendermaßen lautet:

„Am 24. April 1919 haben die Stadtverordneten unserem Vorschlage auf Errichtung eines Rechtsfriedensamtes mit der Änderung zugestimmt, daß das Verfahren in jedem Falle gebührenfrei und auslagenfrei sein solle, und daß Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln geschäftsmäßig betreiben, als Bevollmächtigte oder Beistände nicht zugelassen werden sollen. Wir haben gegen diese Änderung nach wie vor Bedenken. Wir möchten aber die segensreiche Einrichtung des Rechtsfriedensamtes wegen dieser Bedenken nicht unverwirklicht lassen und wollen wenigstens den Versuch machen, das Rechtsfriedensamt ohne jede Gebührenerhebung und ohne Zulassung der Rechtsanwälte arbeiten zu lassen. Erweisen sich unsere Bedenken als gerechtfertigt, müssen wir uns die Aufhebung des Rechtsfriedensamtes vorbehalten, wenn nicht die Stadtverordneten ihre Änderungen an unserer Vorlage fallen lassen.“

Die Versammlung hat damit von diesem Schreiben Kenntnis genommen.

Von seiten der Kreisdirektion Braunschweig ist folgendes Schreiben eingegangen:

„An den Rat der Stadt Braunschweig, hier.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 23. d. M. sind von verschiedenen Stadtverordneten Beschwerden über den Betrieb und die Beaufsichtigung der Firma Otto Struck in Gliesmarode vorgebracht worden, die unwidersprochen geblieben sind. Da diese Ausführungen von unrichtigen tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen ausgehen, auch geeignet sind, die hiesige städtische Bevölkerung zu beunruhigen und gegen die Kreisdirektion als zuständige Aufsichtsbehörde einzunehmen, sehe ich mich zu folgenden Bemerkungen veranlaßt:

Die Firma Otto Struck arbeitet im Werklohn für die Reichsfleischstelle in Berlin. Das lebende Vieh wird von der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeres-

verpflegung nach Gießmarode gesandt. Ebenso werden die ausgeschlachteten Schweine im gestorenen Zustande im Auftrage dieser Behörde nach dort gesandt. Vieh, das aus dem Lande Braunschweig stammt, wird dort nicht verarbeitet. Zur Zeit wird Blockwurst in Därmen hergestellt, welche an die Kriegsgefangenen in den Durchgangslagern ausgeliefert wird. Sämtliche Rohwaren sowie Rohfabrikate sind Eigentum der Reichsfleischstelle, und nur diese Stelle hat das Verfügungsrecht darüber. Die Schlachtung der nach der Firma Otto Struck gelieferten Tiere erfolgt unter ständiger Mitwirkung eines von mir bestellten Tierarztes. Daneben übt auf meine Veranlassung der hiesige Kreistierarzt eine ständige Kontrolle aus. Eine Verpflichtung der Firma, die ihr überwiesenen Tiere im hiesigen städtischen Schlachthause zu schlachten, besteht nicht, kann auch nicht geschaffen werden, da das Schlachthaus der Firma nicht auf städtischem Gebiet liegt. Die Stadt hat nicht das geringste Anrecht an die bei der Firma Struck geschlachteten oder zum Schlachten eingestellten Tiere. Im übrigen weise ich noch darauf hin, daß eine unlängst von mir veranlaßte Besichtigung des Betriebes der Firma Otto Struck unter Beteiligung des Landestierarztes, des Kreistierarztes und des Gewerbeaufsichtsamtes zu irgendwelchen Ausstellungen keinen Anlaß gegeben hat.

Ich ersuche von vorstehenden Ausführungen der Stadtverordnetenversammlung baldigst Mitteilung zu machen."

Vom Braunschweiger Schwimmverein ist ein Schreiben eingegangen, in dem gebeten wird, die Badeanstalten bei der Kohlenbelieferung den Vergnügungsstätten gegenüber vorzugsweise zu berücksichtigen, damit der Schwimmsport als der gesündeste und notwendigste aller Volkssporte nicht völlig brachliegt. — Auch dieses Schreiben überweise ich dem Rat.

Des weiteren ist ein Schreiben von mehreren Ruheohnempfängern eingegangen. Sie schreiben:

„Wir bitten den Herrn Vorsitzenden, dieses Gesuch den Herren Stadtverordneten zur Prüfung vorzulegen, da die Gehälter und Teuerungszulagen wieder in der letzten Zeit aufgebeffert sind, aber die Ruhegehaltsempfänger, die die wenigsten Einnahmen haben und die steigende Teuerung auch ausbringen müssen, nicht bedacht worden sind. Die Ruheohnempfänger sind doch alle Leute, die durch langjährige Dienste krank und invalide geworden sind und nicht mehr in der Lage sind, noch etwas zu verdienen.“

Ich überweise das Schreiben ebenfalls dem Rat.

Herr Direktor Curbt von der Kunstgewerbeschule ladet die Herrschaften

zu den Vorträgen ein, die von seiten dieser Anstalt gehalten werden; am 6. Dezember wird Herr Clausen sprechen über das Thema: „Vom guten Geschmack zu Weihnachten.“

An Anträgen und Anfragen aus der Versammlung sind heute folgende eingegangen:

Eine Anfrage des Herrn Stegmann:

„Ist keine Möglichkeit vorhanden, die trostlosen Gasverhältnisse zu bessern?“

Ein dringlicher Antrag von Herrn Reinowski:

„Der Rat der Stadt wolle sofort in verschiedenen Stadtteilen geeignete Räume (Turnhallen usw.) zur Verfügung stellen und sie als Wärmehallen einrichten lassen.“

Ein Antrag von Herrn Reißner:

„Der Rat der Stadt wird ersucht,

1. die nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Unterbeamten, besonders aber diejenigen, die früher der Berufsfeuerwehr angehört haben, auf Lebenszeit anzustellen,

2. eine Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung herbeizuführen, damit alle städtischen Unterbeamten nach dem Ablaufe einer Reihe von Dienstjahren (vielleicht fünf) angestellt werden können.“

Ein Antrag von Herrn Jahn:

„Der Rat der Stadt möge mit der Regierung in Verbindung treten, damit Abmachungen getroffen werden, um die städtischen Beamten und Lehrer an der Einrichtung der Beamtenkredithilfe teilnehmen zu lassen.“

Eine dringende Anfrage von Herrn Schilke:

„Die Verkehrsschwierigkeiten innerhalb der Stadt nehmen infolge des andauernden Schneefalls Dimensionen an, die ein sofortiges Eingreifen der städtischen Behörden verlangen. Die Transporte von Lebensmitteln und Brennstoffen werden fast unmöglich dadurch, daß seit Tagen nicht für die Wegräumung des Schnees aus den Fahrwegen in dem absolut notwendigen Umfange gesorgt wird. Wieviel städtische Arbeiter sind mit Wegräumungsarbeiten beschäftigt, und wieviel Arbeitslose sind zu den gleichen Arbeiten herangezogen?“

Unsere Geschäftsordnung kennt übrigens keine dringenden Anfragen; sollen solche zugelassen werden, so müßte die Geschäftsordnung geändert werden.

Ein Antrag des Herrn Rönneburg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage zu machen, welche die Schaffung eines städtischen Presseamtes vorseht.“

Eine Anfrage des Herrn Genzen:

„Was gedenkt der Rat zu tun, um die Schweineaufzucht zu fördern und dadurch die Versorgung der Einwohner mit Schweinefleisch zu heben?“

Ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Könneburg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß nach Einverständnis-erklärung des Rates der Stadt den städtischen Beamten und Lehrern, sowie Angestellten und Arbeitern Beschaffungsbeihilfen in gleicher Höhe und nach den gleichen Grundsätzen unverzüglich gezahlt werden, wie sie jetzt der Staat seinen Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern gewährt. Zugleich möge die Festsetzung der Kinderzulage bei den laufenden Kriegsteuerungszulagen ab 1. September dieses Jahres in der gleichen Höhe erfolgen, wie jetzt bei den Staatsbeamten usw.“

Eine Anfrage des Herrn Könneburg:

„Ist der Rat bereit, darauf hinzuwirken, daß säumige Hausbesitzer ihrer Streupflicht bei Schneefall oder Glätteis nachkommen?“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Beteiligung der Stadt am Gesamtunternehmen der Straßenbahn-Gesellschaft.

Stadtv. Dr. Jasper: Meine Damen und Herren! Die Vorlagen über die Beteiligung der Stadt an dem Gesamtunternehmen der Straßenbahn-Gesellschaft liegen Ihnen seit geraumer Zeit vor. Die Vorlage datiert vom 23. Oktober 1918 und greift zurück auf Vorgänge, die noch ein weiteres Jahr zurückliegen. Es wird den Damen und Herren, die der Stadtverordnetenversammlung schon länger angehörig, erinnerlich sein, daß wir der Gesellschaft die Erlaubnis gegeben hatten, in hiesiger Stadt die Straßenbahn zu betreiben und gleichfalls ein Lichtwerk zu errichten, und daß wir die Verträge hierüber kündbar gemacht hatten in der Weise, daß das Lichtwerk gekündigt werden konnte in einer Frist von 3 Jahren zum 1. April 1921. Im September 1917 ist beschlossen worden, von diesem Kündigungsrechte Gebrauch zu machen, so daß, wenn weiter von uns nichts geschieht, der Vertrag mit dem 31. März 1921 ablaufen würde. In dieser Zeit der Kündigung sind vom Rat der Stadt Verhandlungen eingeleitet darüber, wie das Verhältnis der beiden Vertragsschließenden anders aufgezo-gen werden könnte. Besonders waren die Verhandlungen auch deshalb notwendig, weil Unstimmigkeiten hinsichtlich der Auslegung eines Vertrages zwischen der Stadt und der Gesellschaft eingetreten waren, die dazu geführt hatten, daß ein Teil des Vertrages für ungültig erklärt

wurde. Im Schoße der Stadtverordnetenversammlung wie in dem des Rates sind wiederholt Verhandlungen gepflogen worden, die darauf zielten, den Einfluß der Stadt auf das Lichtwerk größer zu gestalten. In dieser Tendenz waren wohl alle Beteiligten von Seiten der Stadt einig, nur über die Form, in welcher dieser Einfluß zu verstärken sei, ob eine sofortige Übernahme des Lichtwerkes und — wie viele meinten — auch der Straßeneisenbahnanlagen selber eintreten solle und könne, oder ob als weiterer Übergang noch eine neue Vertragszeit eintreten müßte, in der Stadt und Gesellschaft in einem gemischt-wirtschaftlichen Vertragsverhältnis zueinander ständen, gingen die Meinungen auseinander.

Die Verhandlungen über die Vorlage haben sich deshalb lange hingezogen, weil die revolutionären Ereignisse wiederholt eine Umgestaltung auch in der Stadtverordnetenversammlung wie im Ratkollegium herbeigeführt haben. Es schien den früheren Stadtverordneten nicht richtig, diese die ganzen städtischen Verhältnisse einschneidend berührende Frage noch kurz vor ihrem Auseinandergehen zu erörtern, und als darauf die gegenwärtige Stadtverordnetenversammlung zusammengekommen war, wurde die Ansicht vertreten, zunächst nun auch die neugewählten Ausschüsse darüber zu hören, auch dem Rat der Stadt in seiner neuen Besetzung Gelegenheit zu geben, nochmals diese Vorlage durchzuberaten und nachzuprüfen. Bei der Nachprüfung durch diese beiden Stellen, sowohl durch den Rat der Stadt wie durch die Ausschüsse, ist herausgekommen, daß sie im wesentlichen die ursprünglichen Vorlagen aufrechterhalten, so daß diese noch immer die Grundlage der Verhandlungen der vereinigten Ausschüsse für Finanzen und für Recht gebildet haben und auch heute die Grundlage unserer Erörterung sein müssen.

Die Vorlage liegt den geehrten Damen und Herren vor; sie haben auch Gelegenheit gehabt, an den Beratungen der beiden vereinigten Ausschüsse teilzunehmen. Es ist die Einladung dazu nicht nur deshalb erfolgt, weil diese Angelegenheit besonders wichtig ist, sondern auch deshalb, weil bei dieser Beratung manches zu erörtern ist, was strengvertraulicher Natur ist. Wir müssen uns bei der Verhandlung immer bewußt bleiben, daß wir einem Vertragsgegner gegenüberstehen und, wenn wir über diese Vorlage Rats pflegen wollen, nicht alles öffentlich verhandeln können, sondern unter uns eine Einigung herbeizuführen suchen müssen, ohne daß der Vertragsgegner die Gründe unserer Stellungnahme im einzelnen zu erfahren braucht.

Bei der Verhandlung der Ausschüsse, über die ich Ihnen zu berichten habe, war denn auch Einstimmigkeit darin vorhanden, den Einfluß der Stadt in dieser Sache unter allen Umständen zu verstärken. Man bedauerte, daß es nicht eher

traglichen Vorschriften der Einfluß der Stadt so groß wird, daß jederzeit die Stadt Änderungen in dem Statut der Gesellschaft vornehmen kann, auch die Auflösung der Gesellschaft durchsetzen kann. Es ist vorgeesehen, daß in den nächsten Jahren weiteres Aktientkapital der Gesellschaft im Betrage von 1 500 000 Mark von der Stadt übernommen wird. Wenn sie von diesem Rechte Gebrauch macht, soll allerdings die Gesellschaft berechtigt sein, zu verlangen, daß auch der Rest der Aktien, die noch im Besitz der Gesellschaft sind — es sind gegenwärtig 875 000 Mark — von der Stadt übernommen werden. Daneben soll durch andere Verträge vorgeesehen werden eine Verlängerung des Vertrages über die Erlaubnis, die Straßenbahn hier zu betreiben, ferner das Lichtwerk zu betreiben, und zwar soll die Erlaubnis für beide Betriebe gleichmäßig enden im Jahre 1960. Das ist zunächst ein sehr großes Zugeständnis an die Gesellschaft; es wird aber in seinem Wert etwas herabgesetzt, wenn man bedenkt, daß die Inhaberin dieser Erlaubnis eine Gesellschaft sein wird, die vorwiegend aus städtischen Vertretern zusammengesetzt ist. Ganz geringwertig ist dieses Zugeständnis aber doch nicht anzuschlagen, weil durch vertraglich bindende und durch gesetzliche Vorschriften gewisse Schwierigkeiten bestehen werden, diese Unternehmen ganz frei und unabhängig im Interesse der Stadt zu gestalten. Wesentlich bei diesen Vorschlägen ist, daß sofort der Einfluß der Stadt in der Generalversammlung der ausschlaggebende sein wird, daß ferner der Einfluß vertraglich gesichert, durch die Mehrheit im Aufsichtsrat gewährleistet ist, und man durch weitere Übernahmen die Möglichkeit hat, den Anteil an dem Unternehmen auch so zu gestalten, daß man nahezu völlig unbeschränkt über das Unternehmen verfügen kann, besonders auch imstande ist, die Auflösung der Gesellschaft durchzusetzen und dann eine Überleitung in den Besitz der Stadt vorzunehmen, wie es vielleicht dann wünschenswert sein würde.

Die Zustimmung zu den Anträgen wird davon abhängen, welche Opfer der Stadt zugemutet werden, wenn man den Weg einschlägt, den der Rat der Stadt zum Vorschlag bringt. Die ersten 3 100 000 M sollen zu einem Kurse von 120 übernommen werden; das würde insgesamt 3 720 000 M ausmachen. Die weiteren 1 500 000 M sollen zu einem Kurse von 145 übernommen werden; das bedeutet eine weitere Ausgabe von 2 175 000 M, während der Rest zu einem Kurse von 130 übernommen werden soll. Wenn man in die Rechnung nicht nur die Aktien einstellt, die damals bei Aufstellung des Vertrages in den Händen der Gesellschaft sich befanden, sondern die ganzen restlichen Aktien in Betracht zieht, so würde das eine weitere Ausgabe von 1 820 000 M sein. Dazu kommen dann als Aufwendungen auf der Passivseite noch zugute die Schulden, die das Unternehmen hat. Es ist bekannt,

daß das Straßenbahnunternehmen augenblicklich nicht besonders günstig dasteht dadurch, daß es ein Drehstromwerk gebaut hat und die Ausgaben für dasselbe noch schwebende Schulden sind. Sie sind in keiner Weise fundiert, und diese schwebende Schuld beträgt rund 6 300 000 M. Die würden also noch hinzukommen. Es ist nach dieser Richtung eine Gesamtaufwendung zu berechnen von 16 814 000 M, die freilich — das bitte ich zu beachten — nicht sofort aufzuwenden sein würden, sondern zunächst würden 3 720 000 M aufzuwenden sein; ob und inwieweit das andere aufgewendet werden soll, und wann das eventuell geschehen soll, liegt wesentlich im Willen der Stadt. Aber diese Summe von 3 700 000 M ist immerhin bei unsern gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen eine sehr große, so daß man reiflich überlegen muß, ob sie mit demjenigen im Einklang steht, was dafür zu bekommen ist, und da will es der Zufall nicht unglücklich, daß wir aus dem verlesenen Schriftstück, das die Angestellten und Arbeiter der Straßeneisenbahngesellschaft eingebracht haben, gehört haben, daß die Direktion selber das ganze Unternehmen für so ungesund hält, daß sie nicht einmal in der Lage ist, ihren Leuten angemessene Vergütungen zu gewähren. Sie klagen darüber Stein und Bein, daß sie bankrott gehen würden, wenn sie den Anträgen ihrer Leute unter den gegenwärtigen Verhältnissen nachgeben würden, und wir werden uns sehr überlegen müssen, ob wir einem bankrotten Unternehmen, das sich der Angestellten als Vorspann bedient, um günstigere Absatzbedingungen herauszuschlagen, 3 700 000 M für Aktien an den Hals werfen können. Ich halte das nicht ohne weiteres für gegeben, gebe allerdings zu, daß die Betriebsverhältnisse für das Gesamtunternehmen durch die ganze Preisgestaltung etwas schwierig geworden sind. Es sind durch die reichsgesetzlichen Vorschriften die städtischen Behörden wiederholt veranlaßt worden, Entgegenkommen zu zeigen, und es ist auch in der Eingabe berichtet, daß Entgegenkommen gezeigt worden ist; aber es ist behauptet, es sei zu spät gezeigt worden, früher hätte das Unternehmen viel zugesetzt, und das wird auf die Beschaffenheit der investierten Werte nicht gerade günstig gewirkt haben. Maßgebend, jedenfalls noch durchschlagender als diese Eingabe, die vielleicht von gewissen Tendenzen aus veranlaßt ist, würden die Berichte sein, die die Gesellschaft selber ihren Generalversammlungen geboten hat. Danach hat die Gesellschaft regelmäßig nur eine Dividende von sechs vom Hundert verteilt, und ich glaube nicht, daß eine derartige Verzinsung bei einem Aktienunternehmen als eine so ungeheuer hohe anzuschlagen ist, daß sie es rechtfertigt, 145 M für eine Aktie zu bezahlen. Der Kurs von 145 ist ein so ungeheurer Satz, daß man sagen muß, ein derartiger Betrag steht nicht im Einklang mit dem, wie auf dem kapitalistischen Markt derartige Werte gerechnet werden. Wegen der Kriegsverhältnisse und wegen anderer Umstände ist ja ein Börsenkurs kaum zu verzeichnen gewesen, aber diese nackten Zahlen weisen schon

darauf hin, daß die Kapitalisten kaum ein sechsprozentiges Unternehmen mit einem derartig hohen Kurs, wie er vertragsmäßig vorgesehen ist, honorieren würden. Dieser Auffassung sind auch die beiden vereinigten Ausschüsse in ihrer überwiegenden Mehrheit, man kann wohl sagen einstimmig, beigetreten. Wenn man schon dem Gedanken des Rates der Stadt beipflichten wollte, zunächst ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen einzurichten, so müßten die Aufwendungen der Stadt wesentlich herabgesetzt werden, und dementsprechend ist beschlossen. Die beiden Ausschüsse schlagen Ihnen danach vor:

„Die Stadtverordneten stimmen den Vorlagen des Rates grundsätzlich mit der Maßgabe zu, daß eine wesentliche Herabsetzung der Übernahmeurse eintritt. Wir ersuchen den Rat der Stadt, in diesem Sinne mit der Gesellschaft Verhandlungen einzuleiten.

Wird eine Einigung über die Herabsetzung nicht erzielt, ist das Lichtwerk zum 31. März 1921 stadtsseitig zu übernehmen.“

Den ersten Teil dieses Antrages habe ich bereits begründet. Pflichtgemäß mußten wir uns die Frage vorlegen: Was wird geschehen, wenn die Gesellschaft rundweg ablehnen sollte? Wollen wir dann auf der Rechtsgrundlage verharren? Sollen wir dann vielleicht zu einer Enteignung schreiten, oder sollen wir auf Grund des Vertrages gegenüber der Gesellschaft weiter vorgehen? Die Erörterung über diese Frage, die sich mit dem berührt, was ich Ihnen vorhin vorgetragen habe, gipfelt darin, daß es dann unerlässlich sein würde, das Lichtwerk zu dem vertragsmäßigen Zeitpunkt zu übernehmen. Wenn Unzuträglichkeiten durch die Bewirtschaftung der Straßenbahn durch die Gesellschaft und die des Lichtwerkes durch die Stadt sich herausstellen sollten, so wäre das doch das kleinere Übel gegenüber der Unsicherheit, die durch die Bewertung und Schätzung in einem Enteignungsverfahren entstehen könnten. In späterer Zeit, auch durch veränderte Gesetzgebung, würde es vielleicht möglich sein, zu einem anderen, für die Stadt günstigeren Verträge mit der Gesellschaft zu kommen. Es schien uns aber die Zeit von fünf Vierteljahren an sich nicht so lang, daß man diese Übergangszeit nicht ruhig ins Land gehen lassen könnte, um so mehr, als bis dahin es vielleicht möglich ist, daß die ganzen Preisverhältnisse und die sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eines derartigen Unternehmens sich ausreichend übersehen lassen würden und eine gewisse Stetigkeit in dem Betriebe eintreten könnte.

Das ist der Beschluß der vereinigten Ausschüsse, den ich Ihnen zur Annahme empfehlen könnte. Auf die Einzelheiten der Verträge einzugehen, liegt in diesem Augenblicke keine Veranlassung vor, da es sich gewissermaßen nur um eine grundsätzliche Stellungnahme der Ausschüsse handelt und manches, was in der alten Vorlage enthalten ist, inzwischen durch die Zeit überholt ist und wohl in anderer Weise auf-

gemacht werden müßte. Wir werden uns also, falls es zu einer Vereinigung kommen sollte, noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen.

Ich möchte nun nur noch persönlich — da ich nicht weiß, ob das in den Verhandlungen zum Beschluß des Ausschusses erhoben ist — darauf hinweisen, daß die Verhandlungen in den Ausschüssen darauf abzielten, daß die Gesellschaft gebunden sein soll, die in ihrem Besitz befindlichen Aktien nicht weiterzugeben, sondern daß sie für die Vertragszeit, in der wir die Aktien übernehmen sollen, hinterlegt werden müßten, damit jederzeit eine möglichst große Zahl zu dem vertraglich festzusetzenden Preise übernommen werden könnte und wir nicht gehalten wären, etwa einen größeren Teil Aktien noch auf dem freien Markte zu Kursen zu übernehmen, die infolge des Beitritts der Stadt vielleicht höher sein könnten.

Ich darf auch besonders darauf hinweisen, daß es nach dem Vertrage im übrigen vorgesehen ist, daß die Abgaben, die von dem Lichtwerkunternehmen an die Stadt gezahlt werden, wenn auch in anderer Weise weitergezahlt werden sollen, und daß auch vom Straßenbahnunternehmen Abgaben gezahlt werden sollen für die Zeit, daß ein gemischt-wirtschaftlicher Betrieb entsteht. Das berührt sich mit den letzten Ausführungen der Ratsvorlage, die ich unterstreichen möchte. Es ist vielfach in der Bevölkerung der Stadt der Glaube verbreitet, daß in dem Augenblicke, wo die Stadt das Lichtwerk und die Straßenbahn übernehmen, die Tarife ganz erheblich herabgesetzt werden könnten. Dann könnte man sozusagen umsonst fahren, so oft und so weit man wollte, und der elektrische Strom würde in Zukunft zu Kraft- und Beleuchtungs Zwecken in Hülle und Fülle vorhanden sein. Das ist ein Aberglaube, den man von vornherein beheben muß. Nicht nur nach der Städteordnung, sondern auch nach rein wirtschaftlichen Grundsätzen ist die Stadt gehalten, derartige Betriebe wirtschaftlich so zu betreiben, daß nicht bei ihnen zugelegt wird, und es ist deshalb nicht unwichtig, daß auch in dieser gemischt-wirtschaftlichen Betriebszeit eine mäßige Abgabe als Mindestsumme der Stadt geleistet wird. Vielleicht verdient das gemischt-wirtschaftliche System deshalb gegenüber der Gegenwart den Vorzug, weil bei ihm eine derartige Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist, nicht daß sie als Einnahmequelle in einziger Weise benutzt werden soll, aber doch muß dieser Faktor wesentlich bei der Art der Betriebsführung mit ins Gewicht fallen, und der Rat der Stadt legt in seiner Vorlage mit Recht Wert darauf, daß so verfahren wird. Der Rat hat sich nicht zu einem andern Grundsatz bekannt, und auch in den Ausschüssen ist niemand mit der Ansicht hervorgetreten, daß er meinte, man müßte die Unternehmen unwirtschaftlich betreiben.

Ich empfehle den Antrag der Kommissionen, wie ich ihn verlesen habe, zur Annahme.

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! Die Sünden der Väter werden heimgesucht an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied. An diesen Bibelspruch wird erinnert, wenn wir uns wieder mit der Frage der Übernahme des Lichtwerkes und der Straßenbahn zu befassen haben, denn diejenigen Stadtverordneten, welche vor einer Reihe von Jahren es fertiggebracht haben, einen Vertrag abzuschließen, der bis zum Jahre 1934 läuft, haben jedenfalls nicht die Interessen der Stadt vertreten. Angeblich haben sie es ja immer getan; wer den Verhandlungen beigewohnt hat, der weiß, daß sie übergeflossen sind von Interesse für die Stadt. Ob und wie weit dabei aber persönliche Interessen mitgesprochen haben, das kann und will ich nicht untersuchen. Es steht fest, daß die Mehrzahl der damaligen Stadtverordneten in kapitalistischen Interessen befangen war und einem privatwirtschaftlichen Betriebe den Vorzug gegeben hat. Es kann keine Rede davon sein — das ist selbstverständlich, wie auch der Herr Referent schon angegeben hat —, ohne weiteres durch Enteignung die beiden Werke übernehmen zu wollen. Das würde ungeheuerliche Summen verlangen, und es wäre ein Wahnsinn, solche zu bewilligen; es würde den Ruin der Stadt bedeuten. Aber so rosig sieht es mit dem gemischt wirtschaftlichen Betriebe denn doch auch nicht aus. Als vor Jahren, im März 1913, die gleiche Frage auf der Tagesordnung stand, wurden auch die drei Fragen erwogen: „sofortige Übernahme, gemischt-wirtschaftlicher Betrieb oder Verlängerung des Vertrages“. Für ersteres: Übernahme des Lichtwerkes in den Betrieb der Stadt, Kommunalisierung des Lichtwerkes, waren nur die Sozialdemokraten, die sämtlichen bürgerlichen Herren, trotzdem sie fortgesetzt beteuerten, daß nur die Interessen der Stadt ihnen am Herzen lägen, waren nicht dafür, und in letzter Linie siegten die Vertreter der Verlängerung des Vertrages, und zwar soll dies, wie später bekannt wurde, infolge einer Besprechung, einer Geheim Sitzung, in Wolters Restaurant geschehen sein; obgleich einige Herren zuerst — ich erinnere an Herrn Stadtverordneten Sander — für die Übernahme seitens der Stadt eingetreten waren. Es herrschte unter den bürgerlichen Herren Einmütigkeit: Der Vertrag wird verlängert, und man überließ das Lichtwerk für weitere neun Jahre der kapitalistischen Gesellschaft zur Ausbeutung. Unser Standpunkt, der seitens der sozialdemokratischen Partei immer vertreten ist, ist heute noch der, daß alle Institute, die der Allgemeinheit dienen, in der Hand der Stadt sich befinden müssen. Wenn angeblich die bürgerlichen Stadtverordneten auch stets dieser Meinung gewesen sind, so hat man doch gesehen, daß sie nie über ihre kapitalistischen Bedenken hinweggekommen sind, weil es ihrem Innersten widerspricht, so zu handeln. Ich will nicht sagen, daß der Magistrat auch diese Interessen gefördert hätte; bei dem aber

sprach ein anderes Moment mit: daß er sich nicht mehr Arbeitslast und Verantwortung, die zweifellos mit Übernahme solcher Werke eintreten würde, aufhalsen lassen wollte. Herr Oberbürgermeister, Sie schütteln zwar den Kopf, aber das wird wohl ein Grund mit sein, der den Magistrat bestimmt hat, sich immer auf die Seite der bürgerlichen Herren zu stellen.

Heute werden, genau wie früher, alle möglichen Bedenken gegen die Übernahme derartiger Werke durch die Stadt hervorgeholt. Sie sind hier nicht besonders hervorgehoben worden, aber bei der Ausschußberatung sind sie angeführt: vor allem, daß die Stadt niemals so wirtschaftlich und rentabel arbeiten könne wie ein privatwirtschaftlicher Betrieb. Ich gebe zu, daß das zutrifft, denn wir dürfen zweifellos die städtischen Arbeiter und Angestellten nicht so ausbeuten, wie es der Privatunternehmer kann. Was die Leitung anbetrifft, so wird gesagt, sie sei bei einer städtischen Verwaltung der Werke zu schwerfällig und zu bureaukratisch. Dann müssen einfach Mittel und Wege gefunden werden, um sie gelenkiger zu machen. Ich verweise auf die Gas- und Wasserwerke. Wenn eine besondere kaufmännische und technische Leitung eingesetzt wird, die von dem städtischen Bureaukratismus unabhängig ist, sollte es dann nicht möglich sein, diese Unternehmen genau so gut technisch und kaufmännisch zu leiten, wie es in einem Privatbetriebe geschehen kann? Nehmen wir an, das Lichtwerk werde übernommen, wie wir es wünschen, so sind doch die jetzigen Leiter tüchtige Fachmänner; und würden sie mitübernommen, so wüßte ich nicht, warum sie nachher die Leitung schlechter besorgen sollten, als es jetzt im Privatbetriebe geschieht. Damals wurden die schlechten Verhältnisse als Hindernis der Übernahme geltend gemacht; der Geldmarkt wäre nicht derartig beschaffen, daß man der Stadt Schulden aufbürden könnte. Jetzt ist es die wirtschaftliche Notlage, welche dagegen spricht, wie es in der Kommission und in dem Schreiben des Magistrats ausgesprochen wird, und zu andern Zeiten würden wieder andere Gründe herangezogen werden, die aber meines Erachtens ganz nebensächlicher Art sind. Die wirtschaftliche Notlage ist allerdings sehr schlimm, aber wir nehmen doch als sicher an, daß wir in einem Jahr und fünf Monaten über die schlimmste Zeit hinweg sein werden, und daß dann das Unternehmen besser florieren wird als jetzt. Wenn sodann der Herr Referent auf die mißlichen Verhältnisse hinwies, die sich herausstellen würden, wenn wir das eine Werk übernehmen würden und das andere nicht, daß daraus Reibungen zwischen beiden Werken entstehen könnten, dann meine ich, daß das der Stadt keinen Schaden zufügen könnte. Der Straßenbahn würden wohl Unannehmlichkeiten daraus entstehen können, aber der Stadt durchaus nicht.

Was die Rentabilität anbetrifft, so möchte ich auf die Gas- und Wasserwerke verweisen. Haben sie nicht der Stadt jahrzehntelang Hunderttausende eingebracht? Waren sie nicht eine steigende Quelle, um die Steuerzahler zu entlasten? Warum sollte es nicht möglich sein, auch durch das Lichtwerk derartige Überschüsse abwerfen zu lassen? Ich erinnere an folgendes: Als vor Jahren die Verlängerung des Vertrages vorgenommen oder die Übernahme beschlossen werden sollte, wurden Gutachten eingeholt, und ich glaube, es war der Professor Sichtung, der als Sachverständiger im einzelnen ausgerechnet hatte, daß die Stadt mit der Übernahme ein glänzendes Geschäft machen, daß das Werk gut florieren und die Stadt bedeutende Überschüsse bei dem Betrieb herausholen würde. Auch bürgerliche Stadtverordnete haben im Jahre 1913 zugegeben, daß tatsächlich erhebliche Überschüsse sich herausholen ließen, wie das denn auch aus dem Magistratschreiben hervorgeht. Es heißt dort: „Zweifelhaft erscheint es, ob diese Art der Beteiligung auch in finanzieller Beziehung den Vorzug vor der Übernahme lediglich des Lichtwerkes verdient. Denn seine Einnahmen sind von Jahr zu Jahr nicht unerheblich gestiegen (sie betrugen 1912 rund 1163000 *M* und 1917 rund 1577000 *M*), und sie würden ohne Frage schon jetzt ganz erheblich höher sein, wenn nicht der Krieg die weitere Entwicklung und insbesondere die volle Ausnutzung des Drehstromwerkes gehindert hätte. Die schnell wachsenden Einnahmen aus dem Vertriebe elektrischer Energie aber lassen sich erzielen, ohne daß die Ausgaben in gleichem Verhältnis steigen. — Die finanzielle Lage der Straßenbahnunternehmungen ist in dieser Beziehung bekanntlich erheblich ungünstiger, und ihre Reinerträge sind daher regelmäßig geringer als die der Lichtwerke.“ Sie sehen, meine Damen und Herren, daß der Magistrat der Meinung ist, daß aus dem Lichtwerk Bedeutendes herausgeholt werden könnte. Daß das heute nicht geschehen kann, liegt an der fürchterlichen Kohlennot, wodurch das Lichtwerk auch nicht annähernd den Anforderungen entsprechen kann, die seitens des Publikums bezüglich der Licht- und Kraftleistungen gestellt werden. Zweifellos wird später das umgekehrte Verhältnis wieder eintreten als jetzt, indem auch dann wieder das Lichtwerk florieren und die Straßenbahn wieder ungünstiger arbeiten wird als das Lichtwerk. Die augenblickliche Lage beim Lichtwerk kann also kein Grund sein, die Übernahme desselben nicht sofort zu bewirken.

Eine große Anzahl von Städten hat die Übernahme von Lichtwerk und Straßenbahn in eigene Regie ausgeführt. Eine Statistik darüber kann ich zwar nicht anführen, aber wiederholt habe ich gelesen, daß von andern Städten Elektrizitätswerke übernommen sind, es wäre interessant, eine Statistik darüber zu haben. Daraus würden wir sehen, daß sich fortgesetzt und immer mehr und mehr die Er-

kenntnis Bahn bricht, daß derartige Werke unbedingt in den Besitz der Stadt übernommen werden müssen. Wenn gesagt wird, eine solche Übernahme stelle ein Wagnis dar, und es sei deshalb besser, einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb einzurichten, so kann ich das nicht anerkennen. Man muß bedenken, daß bei den gemischt-wirtschaftlichen Betrieben die Tantieme der Aufsichtsratsmitglieder ganz bedeutend ins Gewicht fällt. Wenn auf der einen Seite die Stadt teurer arbeitet, so kommt auf der andern Seite in Betracht, daß dann die für die Nichtstuer beim privatwirtschaftlichen Betriebe ausgezahlte Tantieme nicht mehr zu zahlen ist. Auch jetzt bekommt ja die Stadt schon einen Teil des Gewinnes, aber die Sahne schöpfen vorher immer die Inhaber des Lichtwerkes ab. Gewiß, wir würden vielleicht nur einen Teil des jetzigen Reingewinns erzielen, aber der Reingewinn, den wir dabei bekommen würden, würde doch noch höher sein als derjenige Teil, den wir jetzt als Abgabe bekommen.

Und selbst wenn wir nicht mehr, als wir jetzt bekommen, aus dem Betriebe des Lichtwerkes für uns herausholen würden, dann liegt doch ein großes Interesse für die Einwohnerschaft vor, daß die Stadt das Unternehmen in ihre Hände bekommt, um es im Interesse der Einwohnerschaft und nicht nur um des Profit-Interesses einzelner willen führen zu können. Auch noch andere Gründe sprechen für die sofortige Übernahme des Elektrizitätswerkes seitens der Stadt. Denken Sie daran, welche fortgesetzten Differenzen zwischen der Stadt und der Straßenbahngesellschaft vorgelegen haben, um die Gesellschaft dahin zu bringen, daß sie auch nur die nötigsten Reformen vornimmt. Also im Interesse der Einwohner würde dann das Lichtwerk Besseres leisten können, als es jetzt der Fall ist.

Der gemischt-wirtschaftliche Betrieb ist ja heute von dem Herrn Berichterstatter schon nicht mehr so rosig gemalt, indem er auf das Schreiben des Betriebsrates der Elektrizitätswerke zu sprechen gekommen ist, wonach wir dafür sorgen sollen, daß die Angestellten und Arbeiter des Elektrizitätswerkes besser bezahlt werden, und wo diese Angestellten und Arbeiter Vorspanndienste leisten sollen, damit die Kraft- und Lichtpreise in der Stadt wieder erhöht werden. Wenn wir uns in gemischt-wirtschaftlichem Betriebe an dem Werk beteiligen, so übernehmen wir zunächst etwas über drei Millionen Aktien zum Kurse von 120, die folgenden Aktien zum Kurse von 145 und schließlich die letzten zu 130. Das sieht zwar sehr einfach aus, aber der Herr Berichterstatter hat gezeigt, welche Unsummen dabei herauskommen. Ich glaube, es ist besser, wir geben 10 Millionen Mark gleich aus und verzinsen diese, als daß wir der Gesellschaft diesen ungeheuren Gewinn in den Schoß werfen. Allerdings hat sich die Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß wir diese Aktien

nicht zu dem geforderten hohen Kurse übernehmen wollen. Wenn es uns gelänge, vielleicht 10% von dieser Summe der Gesellschaft abzuquetschen, so würde zweifellos der Rat und die Mehrheit der Stadtverordneten lieber für den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb als für die Übernahme des Werkes sein. Dann würden zwar keine 16 840 000 Mark als Kosten der Stadt herauskommen, aber doch 14—15 Millionen, und diese zu bewilligen, dazu kann ich meine Hand niemals bieten. Anders wäre es wohl, wenn die Aktien nur zu ihrem Nennwert abzunehmen wären, aber daran ist ja nicht zu denken.

Ich sehe keinen triftigen Grund, warum die Stadt die Gelegenheit, das Lichtwerk zu übernehmen, nicht ergreifen soll. Schon vor sechs Jahren war dazu Gelegenheit geboten, aber die Übernahme wurde verschoben, und nun soll es wieder so gehen. Man sollte doch nicht annehmen, daß das in dieser Zeit geschehen könnte, wo man allgemein glaubte, nach der Revolution ginge durch die ganze Welt der Zug auf Übernahme solcher Werke seitens der Stadt. Selbst diejenigen Parteien, die früher Erzfeinde der Sozialdemokraten waren, sprachen sich dafür aus, daß sozialisiert werde. Ich erinnere daran, daß auch die demokratische Partei für die Sozialisierung eintrat, auch im Landtage haben sich ihre Anhänger dahin geäußert, und jetzt muß man befürchten, daß diese schönen Versprechungen, welche man damals gegeben hat, nur Schall und Rauch gewesen sind, daß nicht einmal für die Kommunalisierung dieses Werkes eingetreten wird. Aber auch wenn man den prinzipiellen Standpunkt ganz beiseite läßt und die Sache nur vom finanziellen Standpunkt betrachtet, so muß man sagen: Mit der gesamten Übernahme erzielen wir das beste Resultat, bei ihr fahren wir besser als bei dem gemischt-wirtschaftlichen Betriebe. Wer wirklich im Interesse der Stadt arbeitet, kann niemals den kapitalistischen Interessen das Wort reden und muß für den Antrag stimmen, den ich hiermit einbringe. Er lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Übernahme der Elektrizitätswerkes am 1. April 1921 zu bewirken.“

Stadtbaurat Lebensleben: Meine verehrten Herrschaften! Die Vorlage, die Ihnen vor längerer Zeit von uns unterbreitet ist, ist eine der wichtigsten, mit der die städtischen Behörden sich beschäftigt haben, denn es handelt sich um die Übernahme der größten privaten Unternehmungen, die öffentliches Interesse haben, um Übernahme des Elektrizitätswerkes und der Straßenbahn. Seitdem Ihnen die Vorlage unterbreitet ist, haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, und ich kann ohne weiteres sagen, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Vorlage, wenn

sie heute verfaßt wäre, in mancher Beziehung anders ausgefallen wäre. Es handelt sich heute nicht um eine Einzelberatung der fünf oder sechs Verträge, die Ihnen zugegangen sind, sondern zunächst nur um die grundlegende Frage, ob der gemischt-wirtschaftliche Betrieb eingeführt werden soll oder nicht. Dem eingehenden Referat des Herr Dr. Jasper habe ich an und für sich nichts hinzuzufügen, aber die Worte des Herrn Stegmann veranlassen mich doch, ihm einige Worte zu erwidern. Ich will dabei gleich vorausschicken, daß es mir selbstverständlich auch heute wohl nicht gelingen wird, Herrn Stegmann von der Richtigkeit unserer Stellungnahme zu überzeugen; er wird bei seiner Ansicht bleiben: Der gemischt-wirtschaftliche Betrieb taugt nichts, die Kommunalisierung ist das einzig Richtige. In dieser Hinsicht würde also die Arbeit, die ich leiste, ganz vergeblich sein, aber ich möchte doch noch einmal kurz zusammenfassen, was den damaligen Magistrat veranlaßt hat, Ihnen diesen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb zu empfehlen.

Es sind das zwei Gründe: Einmal haben wir uns davon überzeugt, daß der gemischt-wirtschaftliche Betrieb auf Grund der Erfahrungen, die man in anderen Städten gemacht hat, ein außerordentlich zweckmäßiger ist, und zwar in jeder Beziehung, sowohl für den Betrieb selbst, als auch für die Kasse der Stadt. Die Erfahrungen, die in anderen Städten mit dem gemischt-wirtschaftlichen Betrieb gemacht sind, sind die denkbar günstigsten. Es war uns vor einem Jahre die Mitteilung geworden, man hätte in verschiedenen Städten, wo der gemischt-wirtschaftliche Betrieb eingeführt wurde, schlechte Erfahrungen damit gemacht. Wir haben uns bei diesen Städten danach erkundigt und übereinstimmend die Auskunft erhalten, daß die Ergebnisse des gemischt-wirtschaftlichen Betriebes derartiger Unternehmungen, Lichtwerk sowohl wie Straßenbahn, in jeder Beziehung außerordentlich günstig sind. Ich kann Ihnen auch noch mitteilen, daß wir vor einiger Zeit uns im Beirat der Landeselektrizitätsstelle eingehend über die Frage unterhalten haben, ob der gemischt-wirtschaftliche Betrieb für ein Elektrizitätswerk zweckmäßig sei oder nicht. Es waren dabei Vertreter aus allen möglichen Interessentengruppen anwesend, auch der Vertreter eines großen kommunalen Elektrizitätswerkes, und alle Herren mit einer Ausnahme, insbesondere aber auch der Vertreter des genannten Werkes, stimmten darin überein, daß der gemischt-wirtschaftliche Betrieb dem reinen kommunalen Betrieb erheblich überlegen sei, und daß es deshalb wünschenswert sei, den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb ganz besonders zu fördern.

Der andere Grund, warum der Magistrat Ihnen den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb empfohlen hat, ist der, daß wir durch die Einführung dieses Betriebes nicht bloß Einfluß bekommen auf das Elektrizitätswerk, sondern auch auf die Straßenbahn.

Wenn wir die Mitbeteiligung an der Gesellschaft, wie Ihnen vorgeschlagen, durch Ankauf des größten Teiles der Aktien nicht zur Ausführung bringen, werden wir nach dem Vertrage am 1. April 1921 lediglich das Elektrizitätswerk übernehmen können, dagegen wird die Straßenbahn bis zum Jahre 1934 vollständig privates Unternehmen bleiben. Wir haben uns gesagt, daß es doch zweckmäßiger wäre, schon möglichst bald Einfluß auf beide Unternehmen, Elektrizitätswerk und Straßenbahn, zu bekommen. Dabei ist die Vereinbarung so getroffen, daß dieser Einfluß, der jetzt auf 51 Proz. der Beteiligung bemessen ist, jeden Augenblick und — das möchte ich hier ganz besonders betonen — ganz allein auf Beschluß der städtischen Behörden, ohne daß der Gegenkontrahent seine Zustimmung zu erteilen braucht, auf 75 Proz. vergrößert werden kann, ja, sogar bis dahin, daß das Gesamtunternehmen ohne weiteres in den Besitz der Stadt übergeht, soweit die Aktien augenblicklich im Besitz des Gegenkontrahenten, der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft in Berlin sich befinden. Sie sehen daraus, daß unser Vorschlag, den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb in der vorgeschlagenen Form einzuführen, schon weiter geht, als der Stegmannsche Vorschlag; und deshalb verstehe ich den Standpunkt des Herrn Stegmann nicht, der eigentlich den Grundsatz vertreten sollte, daß es angebracht ist, entscheidenden Einfluß nicht bloß auf das Lichtwerk so bald als möglich zu gewinnen, sondern auch auf die Straßenbahn. Diesen Grundsatz wird er selbstverständlich auch vertreten; wenn er ihn aber durchführen will, so muß er meiner Meinung nach folgerichtig den Standpunkt der Vorlage vertreten, aber nicht das, was er vorhin geäußert hat.

Allerdings gehen wir nicht so weit — und da muß ich betonen, was der Herr Referent vorhin ausgeführt hat —, daß wir unter allen Umständen den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb einführen wollen, komme, was kommen mag. Nein, wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Nachgeben unseres Gegenkontrahenten; der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft, unter allen Umständen angestrebt werden muß. Die Verhältnisse haben sich seit einem Jahr so verändert, daß das, was wir vor einem Jahr niedergeschrieben haben, unmöglich heute noch gelten kann, das heißt: es müssen die Kurse der Aktien ganz erheblich herabgemindert werden. Sollte es uns nicht gelingen, unsern Gegenkontrahenten hierzu zu veranlassen, dann stehen wir allerdings auf dem Standpunkt — und ich glaube, auch die Herrschaften aus der Versammlung alle —, daß wir im Jahre 1921 lediglich das Lichtwerk übernehmen und zunächst die Straßenbahn der Gesellschaft überlassen. Ich meine, den Standpunkt müssen wir alle vertreten.

Ich wiederhole: Es wird mir nicht gelungen sein, Herrn Stegmann von der Richtigkeit meiner Auffassung zu überzeugen, aber eine strenge Logik in seinen Ausführungen habe ich denn doch vermißt.

Stadtv. Stegmann: Die Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Stadtbaurat Gebenzleben, veranlassen mich, einige Worte zu erwidern. Wenn der Herr Stadtbaurat erklärt hat: Allenthalben ist es anerkannt, daß es zweckmäßig sei, diesen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb einzuführen, und wenn er anführte, daß mit dem gemischt-wirtschaftlichen Betriebe außerordentlich günstige Resultate erzielt seien, so vermitte ich den Beweis dafür. Der ist von ihm nicht erbracht. Wenn einzelne Nachleute und Vertreter von Gemeinden den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb für überlegen erklärt haben, dann wundere ich mich, daß nicht mehr Städte ihn eingeführt haben. Wohl aber steht fest, daß immer mehr Städte die Kommunalisierung der Elektrizitätswerke und Straßenbahnen in die Hand genommen haben; gemischt-wirtschaftliche Betriebe aber bestehen nur in verhältnismäßig wenigen Städten. Der Beweis für die Überlegenheit des gemischt-wirtschaftlichen Betriebes wird nicht dadurch erbracht, daß einzelne Leute, die vielleicht daran interessiert sind, erklären: er ist dem Regiebetrieb überlegen.

Weiter wurde gesagt, der Einfluß auf die Straßenbahn würde ein viel größerer werden, wenn wir so verfahren, wie vom Rat vorgeschlagen wird, im andern Falle bliebe sie bis zum Jahre 1934 in Privatbesitz. Das glaube ich einfach nicht. Es ist schon vom Herrn Referenten darauf hingewiesen, daß sich aus dieser Trennung der beiden Betriebe zweifellos Unstimmigkeiten ergeben werden. Die Ungunst dieser Trennung wird lediglich der Straßenbahn zufallen, und gerade, weil dem so ist, weil sie dann ungünstiger arbeiten wird und einen Teil des Stromes von der Stadt zu beziehen gezwungen sein wird, so wird sie nicht lange auf sich warten lassen, zu sagen: Stadt, nimm sie hin! Ich bezweifle also, daß bis zum Jahre 1934 die Straßenbahn im Besitz der jetzigen Gesellschaft sein wird, wenn wir das Elektrizitätswerk 1921 übernehmen.

Sodann meinte der Herr Stadtbaurat: Wir hätten auf Grund des Besitzes der Aktien bei dem gemischt-wirtschaftlichen Betriebe die Gelegenheit in der Hand, jeden Augenblick beide Werke in den städtischen Betrieb überzuleiten. Er hat dabei aber vergessen, zu sagen, unter welchen Opfern das zu geschehen hat. Der Berichterstatter und auch ich, wir haben diese Summen genannt, und wenn auch ein Teil dieser Riesensumme heruntergehandelt wird, so bleibt sie doch so ungeheuer, daß ich darauf nicht eingehen kann, sie zu bewilligen.

Schließlich sagte der Herr Stadtbaurat, ich müßte doch dafür sein, daß wir schnell Einfluß auf beide Werke gewinnen. Ich will diesen Einfluß ja auch, aber nicht auf Grund solcher Opfer, die seitens der Stadt zu bringen sind. Den Einfluß auf die Straßenbahn bekommen wir binnen ganz kurzer Zeit sowieso, wenn wir das Elektrizitätswerk übernehmen. Die Gesellschaft wird sehr bald sagen: Stadt, nimm auch

die Straßenbahn hin; ich danke für den Weiterbetrieb! Es ist nicht der geringste Beweis erbracht, daß der gemischt-wirtschaftliche Betrieb besser funktioniert und im Interesse der Stadt besser ist als der städtische Betrieb. Machen Sie sich frei von dieser Halbheit und stimmen Sie für etwas Ganzes, wie es im Interesse der Stadt liegt.

Oberbürgermeister Metemeyer: Es wird sich empfehlen, daß die Versammlung der Anregung, die der Herr Berichterstatter nebenher gegeben hat, Folge gibt, nämlich daß der Rat ersucht wird, die Straßenbahngesellschaft zu verpflichten, auch diejenigen ihrer Aktien nicht zu veräußern, die wir von seiten der Stadt einstweilen nicht übernehmen. Wenn demnächst die Stadt in Besitz der alsbald zu übernehmenden Aktien kommen sollte, so wird das den Wert der anderweit untergebrachten Aktien voraussichtlich wesentlich steigern und dadurch die Übernahme des ganzen Werkes durch die Stadt erschwert werden. Soviel uns bekannt ist, hat die Lokal- und Straßenbahngesellschaft 90 % der Aktien in Besitz. Wenn wir uns nun einmal mit der Gesellschaft verständigen wollen, muß sie uns nach meinem Dafürhalten in dieser Weise entgegenkommen. Ein solches Entgegenkommen zu erreichen, würde uns wesentlich erleichtert werden, wenn die Versammlung einen diesbezüglichen Beschluß faßt. Ich möchte deshalb den Herrn Referenten bitten, auch dies zu beantragen.

Stadtv. Dr. Jasper: Ich bin gewiß ein Freund der Verstädtlichung des Elektrizitätswerkes, und Herr Stegmann wird sich daran erinnern, daß wir damals gemeinschaftlich für die Verstädtlichung eingetreten sind. Ich bedaure auch, daß die Würfel in jener Zeit nicht in unserm Sinne gefallen sind und die Verstädtlichung unter den damals günstigeren Bedingungen durchgeführt ist. Dies Bedauern kann uns aber nicht veranlassen, jetzt zu sagen: Wir verlangen die Verstädtlichung um jeden Preis. Ich bin aus den Ausführungen des Herrn Stegmann nicht ganz klug geworden, ob er meint, daß das Unternehmen gegenwärtig günstig oder ungünstig sei. Er meint, es wäre kein Wagnis dabei, das Elektrizitätswerk jetzt zu übernehmen, das heißt im April 1921. Ich will aber nach den Erfahrungen dieses Jahres den Wechsel auf das Jahr 1921 nicht mit Sicherheit ziehen und weiß nicht, ob wir dann rosiger gebettet sein werden. Man kann doch nur von der Gegenwart ausgehen und von der Entwicklung, wie sie sich in der letzten Zeit gestaltet hat, und da bleibt das Wagnis ein ungeheures, besonders einem Unternehmen gegenüber, das augenblicklich gerade nicht zum besten gestaltet ist. Wenn man die Betriebsmöglichkeiten abwägt, so muß man doch sagen: Wie die Stadt, wenn sie allein wirtschaftet, zurecht kommen würde, ist fraglich, besonders wenn jetzt nach den Andeutungen des Herrn Stegmann die Lohnforderungen in erster Linie ausschlaggebend sind. Gerade die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß Lohnforderungen so weit gehen können, daß mehr

Lohn gezahlt werden muß, als der ganze Betrieb abwirft. Es liegt schließlich nicht im Interesse der Stadt, einen Zuschußbetrieb zu gewinnen. Ich glaube deshalb, nach den Ausführungen des Herrn Stegmann nicht zu sagen zu brauchen, daß die Ausschüsse irgendwie ihre Stellung zu ändern hätten. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir immerhin noch ein Mittel gegenüber der Gesellschaft haben durch die Gestaltung der Zählermieten und Tarife, die in unserem Vertrage einigermaßen günstig ist, um im Sinne des Herrn Stegmann auf das Ziel hinzuwirken, daß später die Verstadtlung durchgeführt werden möchte.

Die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters will ich gern aufgreifen. Ich glaube nach der Aussprache in den vereinigten Ausschüssen nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß die Mehrheit der Ausschüsse diese Anregung zum Beschluß erheben wollte, so daß der Beschluß der Ausschüsse nicht nur so lauten würde, wie ich ihn formuliert habe, sondern mit dem Zusatz,

daß der Rat der Stadt ersucht wird, als weitere Bedingung der Stadt zuzusetzen, daß die im Besitz der Gesellschaft gegenwärtig befindlichen Aktien dem Zugriff der Stadt für die vertragsmäßige Uebernahme sicherzustellen sind.

Stadtv. Rönneburg: Meine Damen und Herren! Namens meiner Freunde kann ich erklären, daß wir dem Vorschlage des Ausschusses entsprechen werden, einschließlich der Anregung, die der Herr Oberbürgermeister gegeben hat und die vom Herrn Berichterstatter aufgegriffen ist. Ich will mich auch ausdrücklich dem Bedauern anschließen, daß man früher in der Verstadtlungsfrage eine andere Haltung eingenommen hat. (Hört, hört!) Diesen Standpunkt, Herr Lehnert, habe ich immer eingenommen (Zuruf Stegmann: Warum jetzt nicht!), aber wir waren damals nicht in der Lage, einer solchen Stellungnahme hier in der Stadtverordnetenversammlung Ausdruck zu geben, da wir nicht vertreten waren. Wir glauben aber, daß augenblicklich etwas anderes als ein gemischter Betrieb nicht möglich ist, und ich möchte an Herrn Stegmann die Frage richten, ob es ihm tatsächlich ernst ist, daß er einen auf sofortige Uebernahme des ganzen Betriebes durch die Stadt gehenden Beschluß herbeiführen will, ob er wirklich dazu bereit sein würde angesichts des Zustandes, in dem sich jetzt die Straßenbahn befindet. Daß wäre genau so töricht gehandelt, wie es damals töricht gehandelt war, als man die Stadt vollständig bei Einrichtung der Straßenbahn aus dem Spiele und das Unternehmen in private Hände gelangen ließ. Ich glaube, daß wir nichts anderes annehmen können, als was uns vom Ausschusse vorgeschlagen ist.

Der **Vorsitzende** verliest nochmals den Antrag der Kommission mit dem Zusatz, der sich aus der Anregung des Herrn Berichterstatters ergibt, und den Antrag Stegmann und ist im Begriffe, den ersten Antrag zur Abstimmung zu bringen.

Stadtv. Stegmann: Es ist allgemein üblich, daß über den weitgehendsten Antrag zuerst abgestimmt wird, und zweifellos ist mein Antrag der weitgehendste.

Vorsitzender: Geschäftsordnungsmäßig steht dem Vorsitzenden das Recht zu, die Reihenfolge in der Abstimmung zu bestimmen. Es ist wohl stets Gepflogenheit gewesen, zunächst über die Vorschläge der Ausschüsse abstimmen zu lassen, und ich glaube auch, daß sich in diesem Kreise keiner in seiner Abstimmung dadurch beeinflussen läßt, über welchen Antrag zuerst abgestimmt wird.

Der Ausschußantrag mit dem Zusatz wird angenommen.

2. Einspruch gegen die Wahl der Beisitzer zum Einigungsamt für Kleingärten und Kleinpachtland.

Stadtv. Frau Schulze: Der Gartenverein Hohetor hat Einspruch erhoben gegen die Wahl der Beisitzer zum Einigungsamt für Kleingärten und Kleinpachtland und hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, als Schiedsrichter für das Einigungsamt solche Leute zu wählen, die in der Schrebergartensache schon lange Zeit arbeiten. Würde dem Folge geleistet, so müßten wir auch einen Verpächter aus diesen Kreisen mitwählen, da der Ausschuß zur Hälfte aus Pächtern und zur anderen Hälfte aus Verpächtern zusammengesetzt sein soll. Außerdem ist zu beachten, daß mit demselben Recht wie dieser Gartenverein alle andern hiesigen Gartenvereine mit Vorschlägen für die Wahl kommen würden, denen Folge zu geben, nicht möglich wäre. Der Rechtsausschuß empfiehlt deshalb der Versammlung Ablehnung des Einspruchs.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Rechtsausschusses an.

3. Wahl von drei Bürgern in den Schulvorstand der katholischen Schule.

Stadtv. Salomon: Der Rat der Stadt richtet an die Stadtverordneten folgendes Schreiben: „Nach § 11 der Satzung über Unterhaltung einer katholischen Volksschule vom 22. September 1919 besteht der Schulvorstand der katholischen Schule aus 1. einem Mitglied des Rates der Stadt, 2. dem Leiter der städtischen Bürgerschulen, 3. drei von den Stadtverordneten gewählten Bürgern, tunlichst solchen, die bei Antritt des Amtes mindestens ein schulpflichtiges Kind in der katholischen Schule haben. Die Stadtverordneten werden ergebenst ersucht, die Wahl der unter 3 genannten Bürger vorzunehmen.“

Diese Angelegenheit hat dem Schulausschuß zur Beratung vorgelegen, und es werden von ihm der Versammlung folgende Personen zur Wahl vorgeschlagen: 1. der

Techniker Theodor Albert, Comeniusstraße 42, 2. der Bauunternehmer Joseph Sommer, Hänfelmannstraße 3, 3. der Kontorist Karl Freund, Sophienstraße 39. Ich bitte Sie, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt den Vorschlägen des Schulausschusses zu.

4. Ersatzwahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Kriegshilfskassen- ausschusses.

Stadtv. Frau **Schulze**: Nach dem Ausscheiden des Stadtrats Mohr ist für ihn in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Kriegshilfskassenausschusses eine Ersatzwahl nötig. Als neues Mitglied des Ausschusses wird vom Rat Herr Stadtrat **Langemann** vorgeschlagen, und der Rechtsausschuß empfiehlt der Versammlung, dieser Wahl zuzustimmen.

Herr Stadtrat Langemann wird von der Versammlung gewählt.

5. Antrag Marschner auf Erwerb der Domäne Riddagshausen und Beschleunigung der Eingemeindung des Ortes Riddagshausen.

Stadtv. **Genzen**: Herr Stadtverordneter Marschner hat folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Rat wird ersucht, 1. zum Zwecke des Erwerbes der Domäne Riddagshausen umgehend Verhandlungen mit dem Staatsministerium einzuleiten, 2. die Eingemeindung des Ortes Riddagshausen nach Möglichkeit zu beschleunigen.“ Wir haben uns in der Sitzung vom 27. März dieses Jahres mit einem ähnlichen Antrage — es war damals der Antrag Schilke — beschäftigt. Herr Kollege Marschner hat damals bei Beratung desselben folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Rat wird ersucht, sich mit der Landesregierung zwecks Pachtung der Domäne Riddagshausen in Verbindung zu setzen, die Pachtübernahmeverhandlungen möglichst bis zum Herbst dieses Jahres zum Abschluß zu bringen, das Ackerland zu parzellieren und an kleine Pächter weiterzugeben. Sollten sich wider Erwarten der Ausführung obigen Antrages unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen, bei der Landesregierung zu beantragen, daß der Stadt wegen eines größeren Teiles dieser Domäne das Enteignungsrecht verliehen wird.“ Sie sehen aus dieser Mitteilung, daß beide Anträge des Herrn Marschner sich decken. Der Wunsch des Herrn Marschner geht auch dieses Mal — obwohl er es nicht ausdrücklich ausgesprochen hat — dahin, daß das zur Domäne gehörende Land zerstückelt und an kleine Pächter abgegeben wird, oder auch nicht nur pachtweise abgegeben, sondern verkauft wird, damit die Leute dort Heimstätten und der-

gleichen erbauen können. Wir alle im Rechtsausschuß waren der Meinung, daß dieses Ziel lobenswert sei, und die Herrschaften wissen ja auch, daß wir überall, wo bei uns die Heimstättenbewegung eingeführt ist, Mittel dafür bewilligt haben. Wir waren aber auch der Meinung, daß es nicht angängig sei, daß solche Güter einfach zer schlagen und in kleineren Stücken vergeben werden. Wir meinen, daß dadurch die Versorgung der Stadtgemeinde Braunschweig mit Brotgetreide, Kartoffeln, Milch und dergleichen in Frage gestellt wird. Dazu kommt, daß das zur Domäne gehörende Land nicht immer günstig für die Bewohner der Stadt gelegen ist, daß dabei Stücke vorhanden sind, die von der hiesigen Bevölkerung kaum zu verwenden sind. Herr Marschner hat sich denn auch schließlich damit einverstanden erklärt, daß wir denselben Beschluß erneut fassen, der in jener Sitzung vom 27. März von der Versammlung gutgeheißen ist, und dem Ausdruck zu geben, daß das Bestreben der städtischen Behörden dahin gehen muß, möglichst viel Land in Besitz zu bekommen, um den Bodenhunger der Stadteinwohnerschaft zu stillen. Es ist uns ja, wie Ihnen bekannt, seitens der Domäne Riddagshausen eine große Anzahl Morgen Land zur Weitergabe an Pächter überlassen worden. Es ist auch weiter ausgeschrieben worden, daß Reflektanten auf Land sich melden sollten, und es soll weiter versucht werden, Land von der Domäne Riddagshausen zu erwerben, um es unsern Einwohnern zukommen zu lassen.

Was den zweiten Teil des Antrages Marschner betrifft, der auf Beschleunigung der Eingemeindung des Ortes Riddagshausen drängt, so stehen wir in der Kommission auf dem Standpunkt, daß eine baldige Eingemeindung allerdings vorgenommen werden müßte. Es ist uns aber auch bekannt, daß nicht der Rat der Stadt die Schuld daran trägt, daß die Eingemeindungsfrage nicht vorwärt skommt (es sind bekanntlich in diese Eingemeindungsfrage alle die umliegenden Dörfer mit hineingezogen), sondern hauptsächlich an den in Frage kommenden Dorfgemeinden. Der Rechtsausschuß schlägt Ihnen vor, heute zu beschließen, daß der Rat der Stadt aufgefordert werden möge, sich an das Staatsministerium zu wenden, damit durch dieses kraft Gesetzes die Eingemeindung gefordert bzw. verlangt wird. Ich ersuche Sie namens des Rechtsausschusses, demgemäß zu beschließen.

Stadtb. Marschner: Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Rechtsausschusses mußte ich mich zu meinem Bedauern davon überzeugen, daß zur Zeit beim Räte der Stadt wie bei den Fraktionen wenig Geneigtheit besteht, auf meinen Antrag, die Domäne Riddagshausen für die Stadt anzukaufen, einzugehen. Die finanzielle Lage der Stadt erlaubt zur Zeit ein Eingehen auf meinen Vorschlag nicht. Es ist dies recht beklagenswert, denn meiner Ansicht nach hätte dieser Ankauf, vorausgesetzt, daß er zu einem mäßigen Preise erfolgte, — was ja wohl selbstverständlich

war, da der am Wohlergehen der Bürgerschaft sehr interessierte Staat der Verkäufer ist — die finanzielle Situation der Stadt eher verbessert. Der immer größer werdenden Nachfrage nach Pachtland von Seiten der Einwohnerschaft und der Beschaffung desselben zu billigen Pachtpreisen auf längere Jahre wird ja durch den jetzigen Vorschlag des Rechtsausschusses etwas abzuhelpen versucht. Ich hoffe, daß in der kommenden Zeit mein Vorschlag doch noch seine Erledigung finden wird, da doch Staat und Gemeinde sich immer mehr von der Notwendigkeit desselben überzeugen müssen. Ich ziehe deshalb meinen Antrag zugunsten des vom Rechtsauschuß gestellten zurück, indem ich bitte, beim Abschluß der Pachtverträge das Hauptaugenmerk auf die langjährige Dauer derselben zu legen.

Die Anträge des Rechtsausschusses werden angenommen.

6. Antrag J a h n s , betreffend den Verkehr der Straßenbahnlinie zum Nordbahnhof.

Stadtv. Marschner: Herr Stadtverordneter Jahn hat folgenden Antrag gestellt: „Die Straßenbahnlinie zum Nordbahnhof wird von 8 Uhr abends an nicht mehr befahren. Außerdem ist von morgens früh 7 Uhr 19 Min. bis 8 Uhr abends nur ein 24-Minutenverkehr eingerichtet. Hierdurch werden die Bewohner des nördlichen Stadtteils stark benachteiligt. Die städtischen Behörden werden ersucht, die Straßeneisenbahngesellschaft anzuweisen, den Verkehr auf dieser Linie im früheren Umfange wiederherzustellen.“ Vor einigen Tagen ist nun eine neue Einschränkung des Straßenbahnverkehrs erfolgt, und deshalb scheint es zur Zeit ausgeschlossen, den vorliegenden Antrag, so berechtigt er an sich ist, zur Ausführung zu bringen. Der Rechtsauschuß schlägt Ihnen deshalb vor, bei der Direktion der Straßeneisenbahngesellschaft dahin vorstellig zu werden, den Verkehr auf der Linie 2 bis 9 resp. 9½ Uhr zu verlängern.

Stadtv. Vehnert: Meine Damen und Herren! Nicht allein die Linie zum Nordbahnhof wird als Stiefkind der Straßeneisenbahndirektion behandelt, sondern auch die Linien 1 und 4 haben unter derselben Misere zu leiden. Es scheint eigenartig, daß, wenn der Reichskohlenkommissar sagt: „Es stehen nicht mehr Kohlen zur Verfügung“, auf anderen Linien doch ein besserer Verkehr herrscht. Ob denn für die Linie 6 vielleicht extra Kohlen zugeteilt sind, oder ob vielleicht der Reichskohlenkommissar eine besondere Verwandtschaft oder besondere geschäftliche Beziehungen hinter dem Theater hat, so daß für dort mehr Kohlen zur Verfügung gestellt werden? Die verschiedenen Stadtteile haben doch alle dasselbe Recht! (Sehr richtig!) Anders liegen die Verhältnisse für die Direktion der Straßenbahn, wenn auf dem Kleinen Exerzierplatz ein

Virtus aufgeschlagen ist; dann stehen Wagen genug zur Verfügung. Auch wenn Messe ist, geht es mit dem Dreiminutenverkehr. Warum ist denn nicht zu anderen Zeiten genügend Strom für den Straßenbahnbetrieb vorhanden? Gegen die Bevorzugung einzelner Stadtgegenden müßte seitens des Rates der Stadt Einspruch erhoben werden. Für ihre eigenen Sachen hat die Direktion der Straßenbahn Interesse; das sieht man daran, daß bei unseren Verhandlungen über die Uebernahmefrage dort oben viele Stenographinnen saßen und nachschrieben, was hier verhandelt wurde. Wenn die Direktion Interesse für ihre eigenen geschäftlichen Beziehungen hat, dann muß sie auch Interesse daran haben, nicht nur der Bürgerschaft entgegenzukommen, die hinter dem Theater wohnt.

Stadtv. **Stegmann**: Auch ich möchte bei dieser Gelegenheit eine Klage vorbringen und den Rat bitten, wenn es irgend möglich ist, Abhilfe zu schaffen. Es handelt sich um die Strecke Helmstedter Straße von der Eisenbahn bis zum Hauptfriedhof. Sie wissen, daß diese Strecke der Straßenbahn seit längerer Zeit nicht befahren wird. Da über die Bahn kein fortwährender Straßenbahnverkehr stattfinden darf, war auf dieser Teilstrecke ein Pendelbetrieb eingerichtet worden und dieser ist seit längerer Zeit eingestellt. Bei dem jetzt herrschenden Hundewetter wird es sehr übel empfunden, daß die Leute, welche den Friedhof besuchen, diesen letzten Weg zu Fuß durchpatzen müssen. So viel Strom wird doch wohl übrig sein, um diesen Pendelbetrieb für die einzelne Strecke wieder einzurichten. Der Rat der Stadt würde sich den Dank der Einwohnerschaft erwerben, wenn er dafür sorgte, daß Remedur geschaffen würde.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine verehrten Herrschaften! Wenn wir unsern gemischt-wirtschaftlichen Betrieb erst durchgeführt haben, dann wird die Stadt, entgegen dem Vorschlage des Herrn Stegmann, auch Einfluß auf die Straßeneisenbahn gewinnen, und wenn dieser Augenblick gekommen sein wird, dann werden wir alle unsere Wünsche viel leichter durchdrücken können. (Zuruf: Es muß jetzt schon versucht werden!) Dann wird auch hoffentlich der Reichskohlenkommissar nichts mehr zu sagen haben, augenblicklich spielt er eine entscheidende Rolle. Er schreibt der Straßeneisenbahngesellschaft vor, wieviele Hunderttausend Kilowattstunden im Jahre oder wieviel Zehntausende im Monat von ihr verbraucht werden dürfen, und im übrigen überläßt er es im großen und ganzen der Straßeneisenbahngesellschaft, in welcher Weise sie die ihr zugebilligte elektrische Kraft verbraucht. (Zuruf: Darin liegt des Pudels Kern!) Allerdings sind wir vor längerer Zeit auf einen Wunsch der früheren Stadtverordnetenversammlung hin beim Reichskohlenkommissar schon vorstellig geworden, daß er diese stiefmütterlich behandelte Strecke vom Marienstift bis zum Friedhof wieder in Betrieb setzen lassen möchte; es ist uns aber damals nicht gelungen, unser Ziel zu erreichen.

Es ist damals ein Vertreter des Reichskohlenkommissars hier gewesen, und ich habe mit ihm persönlich stundenlang unterhandelt, aber mit dem beklagenswerten Erfolge, daß die Genehmigung verjagt ist. (Zuruf: Der Kohlenkommissar sollte sich nur den Schmutz dort einmal ansehen!)

Sodann ist gesagt, daß die einzelnen Linien von der Direktion der Straßeneisenbahn ungleichmäßig behandelt würden. Es wird aber nicht nur die Linie Richmond—Schützenhaus so schlecht behandelt, sondern es trifft das auf alle Linien zu mit Ausnahmen der Linien 3 und 6. Auch auf den Linien 2, 4, 5 und 7 ist nur ein 12-Minutenverkehr, und nur auf der Linie Nordbahnhof gibt es einen 24-Minutenbetrieb. Auf den Linien 3 und 6 ist während der Hauptbetriebszeit, nämlich von $1\frac{1}{8}$ Uhr morgens bis 7 Uhr abends, ein 6-Minutenverkehr durchgeführt, und zwar hat das die Straßeneisenbahngesellschaft um deswillen getan, weil es sich hier um Linien handelt, die den größten Verkehr aufweisen. Wenn man sich die Sache überlegt, dann wird man es für selbstverständlich halten, daß man die meisten Wagen auf derjenigen Linie verkehren läßt, auf der am meisten Personen fahren, und nicht umgekehrt. Da die Straßeneisenbahngesellschaft so wenig Kilowattstunden zur Verfügung gestellt bekommt, so will sie natürlich mit diesem Minimum von Strom ein Maximum von Verdienst erreichen, und das kann man ihr nicht verdenken, es ist ihr gutes Recht. Wenn wir den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb eingeführt haben, werden wir noch ebenso kaufmännisch denken. Aber ich will gern, dem Wunsche der beiden Herren entsprechend, mich mit Herrn Direktor Lehmann in Verbindung und fragen, ob er die Wagenfolge nach einiger Zeit nicht mal wechseln und später auf ein paar anderen Linien den 6-Minutenbetrieb einrichten will. Ich werde versuchen, zu erreichen, was möglich ist.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen.

7. Antrag Schilke, betreffend die Aufstellung der Nachtschulente, ihre Entlohnung und Ruhezeit, ferner Offenhaltung der Polizeiwachen während der Nacht.

Stadtv. **Stegmann:** Herr Stadtverordneter Schilke hat in der vorigen Sitzung folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, welche

1. die Aufstellung der Nachtschulente vorsieht, und zwar nach vollendeter dreijähriger Dienstzeit,

2. die Entlohnung der Nachtschulente neu zu regeln und dabei die Beamten-teuerungszulagen zugrunde zu legen,

3. die Ruhezeit der Nachtschutzeleute in der siebten Nacht einsetzen zu lassen und auch die Kleiderfrage und deren Bezahlung neu zu regeln,

4. bei der jetzigen Unsicherheit Vorkehrungen zu treffen, daß die Polizeiwachen der einzelnen Torbezirke auch nachts geöffnet sind."

Herr Schille hat den Antrag in der vorigen Sitzung eingehend begründet und auch eine eingehende schriftliche Begründung dem Antrage beigegeben. Es erübrigt sich wohl, sie zu verlesen, da sie sich im allgemeinen deckt mit dem, was Herr Schille in der vorigen Sitzung in dieser Sache ausgeführt hat.

Er wünscht zunächst, daß gesicherte Anstellungsverhältnisse eingeführt werden. Die jetzige Zwitterstellung der Nachtschutzeleute, daß der Staat die Anweisungen gibt, während die Nachtschutzeleute im Dienste der Stadt stehen, muß beseitigt werden. Ferner wünscht er, daß die Zahl der Nachtschutzeleute von 92 auf mindestens 144 — die Zahl der am Tage tätigen Polizeibeamten — erhöht wird. Drittens bemängelt er die ungenügende Bezahlung der Nachtschutzeleute mit einem Jahresverdienst von 3600—4200 *M*, während der Stundenlohn der städtischen Arbeiter 2,20 *M* betrage. Ferner soll nicht mehr die neunte, sondern die siebte Nacht den Nachtschutzeleuten als Ruhezeit zugewilligt werden, wie es ja bei den Tagesarbeitern der Fall ist, daß immer der siebte Tag frei ist. Weiter soll die Kleiderfrage geregelt werden, und Herr Schille bemängelt bezüglich dieses Punktes, daß die Nachtschutzeleute nicht das bekommen, was sie zu verlangen haben.

Der Rechtsausschuß hat lange über die in diesem Antrage enthaltenen Punkte diskutiert. Es wurde dabei festgestellt, daß vieles von dem, was in dem Antrage Schille enthalten ist, in der Sitzung der Stadtverordneten bei Beratung des Antrages Jahns, an den sich eine eingehende Diskussion schloß, bereits erledigt worden ist. Von Seiten des Rates wurde darauf hingewiesen, daß zur Zeit der Antrag unannehmbar sei, und zwar deshalb, weil eine Reform des Polizeiwesens bevorstände und dadurch auch das Nachtschutzwesen mit geregelt werden sollte. Allseitig wurde aber der Wunsch ausgesprochen, daß die bisherigen Nachtschutzeleute nach Möglichkeit bei der Neuordnung mitübernommen werden sollten, mindestens aber, daß sie in andern städtischen Stellungen untergebracht würden oder, wenn sie für Übernahme anderer Arbeiten schon zu alt seien, ihnen Ruhegehalt gewährt würde. Was die Lohnfestsetzung betrifft, so wurde mitgeteilt, daß der Stundenlohn von 2,20 *M* nicht der der Arbeiter im allgemeinen sei, sondern der der städtischen Vorarbeiter, Meister usw. Der Stundenlohn der städtischen Arbeiter beträgt ungefähr 1,70 *M*, und dieser ist auch der Löhnung für die Nachtschutzeleute zugrunde gelegt. An diesem Punkte dürfte also wenig geändert werden können. Bezüglich der Kleider-

frage ist schon eine Verständigung erzielt; die Nachschutzeleute erhalten eine Vergütung für die nicht gelieferten Kleidungsstücke. Im allgemeinen soll eine abwartende Stellung eingenommen werden und die sonstigen Wünsche der Nachschutzeleute nach Möglichkeit befriedigt werden. Infolge aller dieser Erwägungen beantragt der Rechtsausschuß, den Antrag dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen.

Persönlich möchte ich mir zu dem Antrage noch einige Worte erlauben. Ich bedauere, daß wir den Antrag des Herrn Schille nicht haben annehmen können. Ich bedauere die Verschiebung der Regelung dieser Verhältnisse bis zu der Zeit, daß das starre Militärssystem im Polizeiwesen eingeführt wird. Wir Sozialdemokraten sind stets Gegner des Militarismus in jeder Form gewesen und haben ihn bis aufs Messer bekämpft. Wir freuen uns, daß durch den Krieg der Militarismus zugrunde gegangen ist; es ist dies vielleicht die einzige gute Errungenschaft des Krieges. Wir würden bedauern, wenn in dieser Form der Militarismus wieder aufgerichtet wird, wie es seitens der Regierung leider geschieht, und sind der Ansicht, daß dieses System, daß das Polizeiwesen mit 400 militärisch organisierten und kasernierten Polizisten nur im Interesse der Reaktion und der Gegenrevolution arbeiten soll. Wir bedauern, daß der Antrag Schille nicht angenommen ist. Wenn die Nachschutzeleute städtische Beamte wären, gut bezahlt und in genügender Zahl angestellt würden, dann wäre auch die Sicherheit der Stadt gewährleistet gewesen, und die Stadt würde besser dabei fahren als bei diesem teuren Militärssystem, welches eingeführt werden soll.

Stadtv. **Schille:** Meine Damen und Herren! Die Frage der Regelung des Nachschutzewesens ist nicht erst eine von gestern und heute; wir haben die Stellung, welche die Nachschutzeleute an sich, und zwar besonders in Braunschweig, einnehmen, schon öfter besprochen und haben sie insofern als eine unglückliche bezeichnet, als die Nachschutzeleute nicht wissen, wohin sie gehören. Wenn wir mit unserm Antrage gekommen sind, so ist es bedauerlich — darin stimme ich Herrn Stegmann bei —, daß wir uns heute nicht entschließen können, die Stellung der Nachschutzeleute auf eine gesunde Basis zu bringen. Aber im Augenblick verbietet das die Reform des Polizeiwesens, und wir können nur in Aussicht nehmen, daß die Nachschutzeleute, soweit sie diensttauglich und nicht zu alt sind, in die Militärpolizei mit aufgenommen werden. Wir haben im Rechtsausschuß diesen Wunsch ausdrücklich ausgesprochen, und außerdem wird der Rat der Stadt ersucht werden müssen, dafür zu sorgen, daß die in langer Dienstzeit tätig gewesenen Nachschutzeleute unter allen Umständen gesichert werden. Ich habe mich in der Sitzung des Ausschusses überzeugen lassen müssen,

daß die Angabe, daß die städtischen Arbeiter 2,20 M Stundenlohn bekommen, nicht richtig ist, und weiter, daß die Lohndeputation, welche seinerzeit die Lohnsätze aufgestellt hat, die Nachtschutzeute in eine Kategorie gebracht hat, die der der Vorarbeiter, Werkmeister usw. ähnlich ist, so daß eine Erhöhung der Gehalts- oder Lohnsätze der Nachtschutzeute nicht vorgenommen werden kann, ohne daß erneut eine Regelung der Bezüge der städtischen Beamten und Arbeiter eintritt. Eine Ruhezeit für die Nachtschutzeute in der siebten Nacht ist vom Räte zugesagt worden, und die Kleiderfrage ist insofern geregelt, als nicht auf einmal die Hälfte des ausgesetzten Betrages abgezogen wird, sondern in kleineren Beträgen zu mehreren Malen. Wir haben ferner gewünscht, daß bei der nächtlichen Unsicherheit in der Stadt die Torwachen des Nachts offen gehalten werden, und soviel wir hörten, sind seitens des Rates der Stadt entsprechende Vorkehrungen getroffen, daß dieses von nun an der Fall sein wird. Ich glaube, daß wir unter diesen Umständen dem Beschluß des Rechtsausschusses beitreten können, und bitte in diesem Falle, meinen Antrag in diesem Sinne aufzufassen.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Damen und Herren! Wir werden anerkennen können, daß der Herr Antragsteller mit den Vorschlägen des Rechtsausschusses als mit dem Sperling in der Hand sich zufrieden gibt und nicht wie Herr Stegmann in seinem Antrag in bezug auf das Elektrizitätswerk nach der Taube auf dem Dache greift. Was die Vorschläge des Ausschusses anbetrifft, so wird der Rat gern bereit sein, mit der Polizeidirektion in beiden Richtungen zu verhandeln. Ich weiß nicht, ob es sich einrichten läßt, daß jede siebente Nacht für die Nachtschutzeute eine dienstfreie wird. Ich habe im Augenblick das Bedenken dagegen, daß es wünschenswert sein wird, einen gewissen Wechsel in den Wochentagen in bezug auf die dienstfreie Nacht eintreten zu lassen, damit nicht die eine Gruppe der Nachtschutzeute immer wieder an demselben Wochentage dienstfrei ist und eine andere Gruppe immer wenig passende Nächte Dienstfreiheit hat. Das wird sich aber vielleicht auf die eine oder andere Weise noch regeln lassen. Bei der jetzigen Einrichtung der dienstfreien Nächte nach neun Tagen ist es von selber gekommen, daß nicht die Wochentage für die dienstfreie Nacht maßgebend sind.

Ich möchte nun nur noch eine Bemerkung des Herrn Stegmann richtigstellen, der sagte, daß die Anweisungen an die Nachtschutzeute von der Polizeidirektion ausgingen. Das ist nicht zutreffend. Den geehrten Herrschaften wird erinnerlich sein, daß die Anweisung für die Nachtschutzeute unter Mitwirkung der Stadtverordneten von den städtischen Behörden zusammen mit der Polizeidirektion aufgestellt ist und wir unter Zahlung einer besonderen Vergütung der Polizeidirektion nur die Oberaufsicht übertragen haben. Immerhin erkenne ich an und habe das schon früher be-

dauert, daß das Verhältnis der Nachtschubleute eine Doppelstellung, eine Art Zwittersystem in sich birgt, und daß sich daraus Schwierigkeiten ergeben.

Auch über die Frage der Offenhaltung der Polizeiwachen während der Nachtzeit wird sich mit der Polizeidirektion eine Übereinkunft erzielen lassen. Sollten wir dahin gelangen, daß die siebente Nacht für die Nachtschubleute dienstfrei wird, so ergeben sich daraus für die Nachtschubleute im Laufe des Jahres 52 dienstfreie Tage oder besser Nächte, während sie jetzt nur 40 haben. Das Rechenegempel hierbei stellt sich so, daß danach die Vergütung für jeden einzelnen Tag eine etwas höhere wird als jetzt. Was der Herr Berichterstatter und Herr Schilke über die Höhe der Vergütung der städtischen Arbeiter gesagt haben, ist zutreffend. Man wird feststellen können, daß der Durchschnittssatz der Vergütung für die Nachtschubleute (3600 bis 4200: 2 = 3900) bei 313 künftigen Arbeitschichten ungefähr dem Sage entspricht, wie wir ihn den städtischen Vorarbeitern mit 1,70 M für die Stunde bezahlen.

Die Versammlung stimmt den Anträgen des Rechtsausschusses zu.

8. Antrag Jahn auf höhere Versicherung der städtischen Gebäude gegen Brandschaden bei der Landesbrandversicherungsanstalt.

Stadtv. **Steinbrecher**: Meine Damen und Herren! Es liegt ein Antrag vor, der folgendermaßen lautet: „Die städtischen Behörden werden ersucht, die städtischen Gebäude auf Grund des Gesetzes vom 26. Mai 1917 Nummer 30 bei der Landesbrandversicherungsanstalt höher in Deckung zu geben, unter der Voraussetzung, daß die Regierung einwilligt, einem Antrage auf Beseitigung der Eintrittsgelder zuzustimmen.“ Wie Sie wissen, sind durch das Gesetz über die Landesbrandversicherungsanstalt die Hausbesitzer verpflichtet, die ihnen gehörenden Gebäude nach Abschätzung durch das Finanzkollegium zu versichern. Durch den Krieg ist aber eine derartige Erhöhung des Bauens und aller dazu nötigen Rohstoffe eingetreten, daß der Wert der Gebäude in keinem richtigen Verhältnisse zu der Versicherung stand. Es wurde deshalb im Jahre 1917 das Gesetz über die Kriegsvorsorgeversicherung bei der Landesbrandversicherungsanstalt geschaffen, und nach § 1 dieses Gesetzes waren die Besitzer von Grundstücken in der Lage, eine höhere Versicherung zu beantragen, ohne daß eine vorherige Abschätzung durch Sachverständige stattfand. Die Erhöhung der Versicherungsbeträge erfolgt durch Zuschläge für je 100 M der Versicherungssumme. Die Höchstgrenze dieser Zuschläge wird vom Finanzkollegium unter Zustimmung des Verwaltungsbeirates der Anstalt festgesetzt, und die größte Höhe der Zuschläge soll 200 Proz. betragen. In Wirklichkeit liegt die Sache folgendermaßen: Ein Grundeigentümer, dessen Grundstück zu 50000 M eingeschätzt ist, und der es nunmehr zu

100 000 M versichern will, muß bei dieser Erhöhung um 50 000 M für jedes Tausend Mark Erhöhung 4 M Eintrittsgeld an die Versicherungsanstalt bezahlen. Für die städtischen Gebäude würde bei der Höhe der in Frage kommenden Summen das Eintrittsgeld 400—600 M betragen. Nun will der Herr Antragsteller, nachdem eine bedeutende Höhe des Reservefonds der Versicherungsanstalt gesichert ist, durch seinen Antrag erreichen, daß die städtischen Gebäude bei der Landesbrandversicherungsanstalt höher als bisher versichert werden unter der Voraussetzung, daß die Verpflichtung zur Zahlung des hohen Eintrittsgeldes wegfällt. In diesem Sinne an die Regierung heranzutreten, soll der Rat der Stadt ersucht werden. Der Rechtsausschuß sieht keine Bedenken, diesem Antrage zuzustimmen, und bittet Sie, zu beschließen, daß dem Antrage des Herrn Jahnß entsprochen wird. Eine höhere Versicherung der städtischen Gebäude ist bisher unterblieben, da die städtischen Behörden in Berücksichtigung gezogen hatten, daß die städtischen Gebäude einer besonderen Feuergefährdung nicht ausgesetzt sind und zum anderen die Feuerwehr der Stadt tadellos arbeitet, so daß ein gewisser Schutz der städtischen Gebäude vorhanden ist. Aber unter der in dem Antrag genannten Voraussetzung stimmt der Rechtsausschuß einer höheren Versicherung zu und bittet Sie, das gleiche zu tun.

Dem Antrage des Rechtsausschusses entsprechend wird der Antrag Jahnß angenommen.

9. Antrag Oden auf Erhöhung der Bezüge der Kriegerfamilien.

Wortlaut des Antrages: „Der Rat wird ersucht, baldmöglichst die Bezüge der Kriegerfamilien in angemessener Weise zu erhöhen.“

Stadtv. Fräulein Oden (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die Unterstüßungssätze für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sind seit dem 1. November 1918 nicht erhöht. Sie betragen monatlich 48 M für die Frau und 23 M für jedes Kind. Seit dem Fortfall der Unterstüßung durch den Nationalen Frauendienst ist die Unterstüßung durch die Kriegsnotspende eingetreten, die bis zu einer Höhe von 30 Mark geht, und ungefähr gleiche Sätze werden auch als Mietunterstüßung gewährt. Im Oktober dieses Jahres sind auf diese Weise rund 600 Kriegerfrauen und 1200 Kinder oder Eltern von Kriegsteilnehmern berücksichtigt worden. Ich halte eine Neuregelung der Unterstüßungssätze für dringend nötig und bitte deshalb, meinen Antrag heute noch zu erledigen, der dahin geht, die Unterstüßung für die Kriegerfrauen monatlich um 10 M und die für Kinder und Angehörige um 5 M zu erhöhen. Es würde daraus, wenn die Zahlen vom Oktober bestehen bleiben eine monatliche Mehrausgabe von 600 mal 10 M = 6000 M für die Kriegerfrauen

und 1200 mal 5 \mathcal{M} = 6000 \mathcal{M} für die Angehörigen, zusammen also rund 12 000 \mathcal{M} erwachsen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß eine große Zahl der noch in französischer Kriegsgefangenschaft Befindlichen in nicht zu langer Zeit zurückkehrt und dadurch die Zahl der zu unterstützenden Personen geringer werden wird; die Zeitdauer dieser erhöhten Unterstützung würde demnach voraussichtlich nicht lange währen. Angebracht wäre es aber, daß den Leuten bald geholfen wird, und es wäre mir deshalb angenehm, wenn über meinen Antrag jetzt gleich beraten und beschlossen würde.

Die Versammlung beschließt die sofortige Beratung des Antrages.

Stadtrat von Frankenberg: Ich würde es nicht ungern gesehen haben, wenn die Versammlung den Finanzausschuß gebeten hätte, zur Prüfung der finanziellen Unterlagen den Antrag noch einmal durchzusprechen. Da nun aber die Dringlichkeit der Behandlung beschlossen ist, muß es dem Rat vorbehalten werden, seinerseits diese Prüfung auszuführen und dann Stellung zu nehmen. Wir haben schon in ähnlicher Weise, wie die Versammlung von Fräulein Oden gehört hat, eine weitere Unterstützung der Kriegerfamilien durch die Kriegsnotspende eintreten lassen, doch ist bei ihren Angaben ein kleiner Irrtum untergelaufen insofern, als der Satz für die Kinder nicht 23, sondern 24 \mathcal{M} monatlich beträgt. Außer der regelmäßigen Unterstützung der Kriegerfamilien haben wir in allen denjenigen Fällen, wo früher wegen besonderer Bedürftigkeit der Nationale Frauendienst eingetreten war, oder wo wir selbst die Bedürftigkeit in besonderem Umfange annehmen mußten, eine Kriegsnotspende gewährt, die 25 % der Kriegsunterstützung umfaßt, und außerdem haben wir am Ersten jedes Vierteljahres noch einen Kriegsmietzuschuß gewährt in demselben Umfange wie die Kriegssteuerungszulage. Darüber hinaus sind wir von Fall zu Fall auch noch weiter vorgegangen und beabsichtigen, das auch noch ferner zu tun. Sollte die geehrte Versammlung zu der Sache Stellung nehmen, so würde ich es für ratsam halten, nicht eine Bindung auf bestimmte Sätze vorzunehmen, sondern den Weg zu wählen, daß der Rat ersucht wird, im Wege der Kriegsnotspende zu helfen. Die Sätze der Kriegsunterstützung sind reichsseitig festgelegt, und dazu haben wir bisher Zuschläge bewilligt. Wenn die Versammlung über die Kriegsunterstützung hinaus feste Sätze beschließt, dann tut sie das ausschließlich auf Kosten der Stadt; wir sind nicht in der Lage, davon dem Reich etwas auf Rechnung zu stellen, abgesehen von einem Zuschuß in Höhe von einem Drittel. Sonst aber gehen alle diese Erhöhungen auf Kosten der Stadt, und man wird besser tun, von Fall zu Fall die Bedürftigkeit zu prüfen, z. B. in denjenigen Fällen, in denen ein Familien-

mitglied einen Verdienst hat, diesen Verdienst mit in Rechnung zu stellen und nicht zu sagen: Die Sätze sollen schematisch erhöht werden. Wie ich die Versammlung kenne, ist sie kein Freund vom Schema F, sondern sie will sich verständig und verständnisvoll dem einzelnen Fall anpassen. Wenn sie den Weg gehen würde, den ich angegeben habe, so würde ich empfehlen, dem Rat der Stadt vorzuschlagen, eine ausgiebige Gewährung von Kriegsunterstützung im Falle besonderer Bedürftigkeit ins Auge zu fassen.

Stadtverordnete Fräulein Oden: Ich erkenne die Richtigkeit der Bedenken des Herrn Stadtrat von Frankenberg an und bin damit einverstanden, daß ein solcher Beschluß gefaßt wird. Augenblicklich kann eine Kriegerfrau mit 48 Mark nicht auskommen, und die Unterstützung, die der Nationale Frauendienst früher gegeben hat, ist durch die Kriegsnotspende abgelöst. In Wirklichkeit steht die Kriegerfrau in ihrer Unterstützung genau so wie am 1. November 1918, während die Ausgaben seit der Zeit enorm gestiegen sind. Die Hauptsache ist, daß den Kriegerfrauen geholfen wird. Ich bin einverstanden, daß der Rat die Sache in der von Herrn Stadtrat von Frankenberg angeführten Weise regelt, und bitte, so zu beschließen. — Könnte nicht aber doch festgestellt werden, in welcher Höhe die Unterstützung aus der Kriegsnotspende im Bedürfnisfalle gewährt werden soll?

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte davor warnen, eine Festlegung der Unterstützung durch die Kriegsnotspende vorzunehmen; damit würde uns Fräulein Oden die Hände binden. Ich habe Fälle gehabt, in denen wir 60 Mark auf einem Brett auszahlen mußten, weil es sich darum handelte, daß ein Kind einzukleiden, daß eine Kur durchzumachen war, daß Arbeitsgeräte zu beschaffen oder Kurkosten zu bezahlen waren. Uns in der Hinsicht Grenzen zu ziehen, ist jedenfalls auch nicht die Absicht von Frä. Oden, deren gute Meinung ich durchaus anerkenne.

Stadtverordnete Fräulein Oden: Ich bin mit der Auskunft zufrieden und bitte im Sinne des Herrn Stadtrats zu beschließen.

Die Versammlung beschließt der Anregung des Herrn Stadtrat von Frankenberg gemäß.

10. Anfrage Munte über den Stand der Eingemeindungsverhandlungen.

Wortlaut der Anfrage: Kann der Rat der Stadt Auskunft darüber geben, wie weit die Verhandlungen wegen der Eingemeindung der umliegenden Ortschaften gebiehen sind?

Stadtverordneter **Munte** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! In früheren Zeiten wurde namentlich von der linken Seite des Hauses, als sie noch in der Minderheit war, mehrfach die Eingemeindungsfrage angeschnitten. Jetzt ist die Minderheit in eine Mehrheit umgewandelt, und ich muß mich wundern, daß auch jetzt die Eingemeindung noch nicht in die Wege geleitet wird. Wenn sie nicht anders zu erreichen ist, müßte der Rat der Stadt beauftragt werden, darauf hinzuwirken, daß ein Eingemeindungsgesetz geschaffen wird. Gesetze werden ja jetzt schneller hergestellt als früher, und es könnte vielleicht auch ein solches Gesetz in nicht allzulanger Zeit geschaffen werden, denn es ist dringend erforderlich, daß wir in dieser Sache weiterkommen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine Damen und Herren! Die Anregung des Herrn Munte ist sehr gut gemeint, nötig aber war sie nicht, denn der Magistrat hat schon vor langer Zeit die Bitte an die frühere Regierung gerichtet, daß von ihr die Eingemeindung der Vororte so schnell wie möglich in die Wege geleitet würde; und nach der Revolution wurde uns von dem damaligen Volkskommissar Wesemeier die Nachricht gebracht, die damalige Regierung würde die Eingemeindung nun nach dem Wunsche der Stadt in kürzester Zeit erledigen. Wir haben die günstige Gelegenheit am Schopfe ergriffen und in einer längeren Eingabe das Volkskommissariat gebeten, die Eingemeindung durch Gesetz ins Werk zu setzen. Wir haben uns auch früher schon mit verschiedenen Vororten in Verbindung gesetzt und versucht, eine Einigung mit ihnen zu erzielen. In vielen Verhandlungen war es uns zwar gelungen, einen Eingemeindungsvertrag zu formulieren, die Kommissionen waren mit diesem Vertrage auch einverstanden, aber der Gemeinderat der in Frage kommenden Gemeinden lehnte dann grundsätzlich die Eingemeindung ab, und infolgedessen ist aus dem schönen Vertrage nichts geworden. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag an die Regierung erneut gestellt, die Eingemeindung durch Gesetz zu erledigen, aber, wie schon gesagt, weder die alte Regierung noch die damalige neue Regierung haben es vermocht, in dieser Sache uns weiter zu bringen. Wir haben uns dann im August dieses Jahres wiederum mit einer Eingabe an die jetzige Regierung (Zuruf: An die neueste Regierung!) gewandt, haben auch dieser unsere Schmerzen vorgetragen und dringend gebeten, endlich durch Gesetz die Eingemeindung zu erledigen. Zu meinem größten Bedauern hat aber auch die neueste Regierung in dieser Angelegenheit bislang noch nichts getan. Wir haben erinnert, aber darauf keine Antwort bekommen. Nun, meine verehrten Anwesenden, wir verfügen aber in dieser Versammlung über ausgezeichnete Verbin-

dungen insofern, als drei Fünftel sämtlicher Minister in der Stadtverordnetenversammlung sitzen, und deshalb möchte ich insbesondere Herrn „Stadtverordneten“ Dr. Jasper bitten, sich mit dem „Minister des Innern“ möglichst schnell in Verbindung zu setzen, um ihn zu ersuchen, der Eingemeindungsfrage seine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. (Bravo!)

Ohne weitere Besprechung.

11. Antrag Schille, betreffend den Empfang der heimgekehrten Kriegsgefangenen.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung hat in einer früheren Sitzung beschlossen, die heimkehrenden Kriegsgefangenen auch durch die städtischen Behörden empfangen zu lassen. Dieser Empfang hat sich wohl dadurch nicht in der Regel durchführen lassen, weil die Gefangenen (abgesehen von einem Lazarettzuge) nur in kleinen Trupps, nicht aber in geschlossenen Zügen zurückgekommen sind. Eine offizielle Begrüßung der Insassen des Lazarettzuges hat nicht stattgefunden und ist bisher wohl auch diese Begrüßung nicht im Lazarett Richmond geschehen. Wir halten es für unbedingt notwendig, da bereits einige Hundert Kriegsgefangene zurückgekommen sind, durch eine öffentliche Feier die Kriegsgefangenen in der Heimat willkommen zu heißen und dazu die Familienangehörigen und die übrige Bürgerschaft einzuladen. In welcher Weise gedenkt der Stadtmagistrat diese Pflicht unsern Volksgenossen gegenüber zu erfüllen?

Stadtv. **Schille** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wir haben vor längerer Zeit beschlossen, daß die Kriegsgefangenen seitens der städtischen Behörden begrüßt werden sollen. Trotzdem ist der erste Lazarettzug, der mit unseren Kriegsgefangenen aus England ankam, von seiten der Stadt aus nicht begrüßt worden, vielleicht weil die städtischen Behörden nichts davon gewußt haben. Jetzt sind Monate vergangen und wir haben doch wohl die Pflicht, unsere aus dem Kriege heimkehrenden Bürger städtischerseits zu begrüßen. Deshalb habe ich den Wunsch, daß das, was an der Bahn und bei sonstigen Gelegenheiten bisher ohne Verschulden versäumt worden ist, nunmehr nachgeholt wird in der Weise, daß wir von städtischer Seite aus an einem Sonntagmorgen eine offizielle Begrüßung der heimgekehrten Krieger in irgend einer Form vornehmen, damit die jahrelang aus der Heimat Abwesenden nicht gleichsam nur hereingeschlichen kommen und lang- und klanglos im öffentlichen Leben untergehen. Ich halte eine solche Begrüßung für dringend notwendig. Wir haben seinerzeit den Beschluß gefaßt, und ich möchte nicht, daß jetzt die ganze Sache im Schnee spurlos verläuft.

Bürgermeister **Meyer**: Meine Damen und Herren! Wie bekannt, sind vom Reich Bestimmungen ergangen, durch welche der Empfang der zurückkehrenden Krieger geregelt worden ist. Diese im ganzen Reich geltenden Richtlinien schreiben vor, daß und in welcher Weise ein Ausschuß gebildet werden, und welche Aufgaben dieser Ausschuß erledigen soll. Nach diesen Richtlinien soll den Heimkehrern nicht nur ein Empfang bereitet, sondern es soll ihnen, soweit sie nicht in die Familie gehen, Unterkunft gewährt werden. Vor allen Dingen soll ihnen aber später bei Gewinnung von Arbeitsgelegenheit hilfreich an die Hand gegangen werden. In Braunschweig ist dieser Ausschuß gebildet und seit etwa $\frac{3}{4}$ Jahren in Tätigkeit; er hat aber bisher noch niemals Gelegenheit gehabt, Gefangene in größerer Zahl zu empfangen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil, trotzdem die Zahl der Zurückgekehrten sich zur Zeit auf etwa 400 beläuft, noch niemals ein größerer Trupp Kriegsgefangener gleichzeitig in Braunschweig eingetroffen ist. Für den Empfang auf dem Bahnhofe besteht ein besonderer Unterausschuß, der mit den Durchgangslagern in Verbindung steht, und der in den letzten Wochen zweimal größere Trupps durchreisender Kriegsgefangener begrüßt hat. Der letzte Trupp ist im Reglerheim bewirtet, wo gerade eine Festlichkeit der hiesigen zurückgekehrten Kriegsgefangenen stattfand; die Durchreisenden haben daran teilgenommen und sind sehr befriedigt gewesen. Soviel ich mich erinnere, sind die städtischen Behörden in dem Ausschuß nicht vertreten, es steht dem aber nichts im Wege, daß Mitglieder der städtischen Behörden in ihn eintreten, und wenn es der Wunsch der Versammlung ist, so möchte ich bitten, aus sich heraus Herren für den Ausschuß zu erwählen. Als Vorsitzender des bestehenden Ausschusses bin ich gern bereit, sie zu den Sitzungen einzuladen und ihnen Gelegenheit zu geben, an den Empfängen teilzunehmen. Die Annahme, daß die städtischen Behörden einen besonderen Empfangsausschuß gewünscht hätten, ist mir neu. Ich erinnere mich nicht, daß von Seiten der städtischen Behörden ein entsprechender Beschluß gefaßt oder gar ein besonderer Ausschuß eingesetzt wäre. Wenn gewünscht wird, daß nachträglich noch eine Begrüßung in der von Herrn Schille gekennzeichneten Weise stattfinden soll, so würde sich das ermöglichen lassen. Von den 2500 braunschweigischen Kriegsgefangenen sind, wie schon erwähnt, leider erst 400 zurückgeführt.

Ohne weitere Besprechung.

12. Antrag Frede auf Ausdehnung der elektrischen Notbeleuchtung auf die Sonnenstraße.

Wortlaut des Antrages: Die Versammlung ersucht den Rat der Stadt, die elektrische Notbeleuchtung auf die Sonnenstraße auszu dehnen.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Wir erinnern uns alle an die Zeit, in der die ganze Stadt in Dunkel gehüllt war. Damals haben wir uns der Notwendigkeit gebeugt, aber jetzt, wo Ausnahmen gemacht sind in der Weise, daß für Straßen, die sich durch starken Verkehr auszeichnen und besonders für solche Straßen, in denen die elektrische Straßenbahn verkehrt, eine elektrische Notbeleuchtung eingerichtet ist, kann man es verstehen, daß die Anwohner solcher Straßen, die ebenso von dem vollen Verkehr getroffen werden und die unter einer ungünstigen Bauweise zu leiden haben, auf die begünstigten andern Straßen hinweisen und ebenfalls eine Beleuchtung verlangen. In dieser Lage sind die Anwohner der Sonnenstraße. Die Brabantstraße, die Münzstraße und andere sind hell erleuchtet, aber die Sonnenstraße, für die ich schon vor vielen Jahren eine bessere Beleuchtung durch Gas beantragt hatte, liegt ganz im Dunkeln. Sie wissen alle, daß der ganze west-östliche Stadtverkehr sich über diese Straße erstreckt, daß dort Laden an Laden gelegen ist, daß die Bauweise dieser Straße für den Verkehr eine unglückliche ist, und daß die Straße sehr eng ist. So muß ich den Wunsch der Anlieger der Sonnenstraße, auch dort eine Notbeleuchtung zu bekommen, als durchaus gerechtfertigt betrachten, und ich bitte darum, ihn zu erfüllen. Wenngleich auch der Zustand der Dinge dringend eine schnelle Besserung erheischt, so kann ich mir wohl denken, daß noch dieses oder jenes über diese Anlage in der Kommission zu erörtern sein wird, und ich will deshalb nicht auf sofortige Beratung bestehen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Bauausschuß zur Vorberatung.

13. Antrag **Jahns** auf Gewährung einer laufenden außerordentlichen Vergütung an den Markthalleninspektor.

Wortlaut des Antrages: Wenn den Geschäftsführern der Kartenverteilungsstellen Erhöhung der Gebühren zugestimmt werden, wird beantragt, auch dem Markthalleninspektor Seelemeyer, der außerordentlich viel mit der Kartoffelverteilung und Annahme der Kartoffelarten zu tun hat, so daß er dauernd Überstunden machen muß, eine außerordentliche laufende Vergütung zu gewähren.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): In der letzten Sitzung sind die Vergütungen für die Inhaber der Kartenverteilungsstellen erhöht und in Anschluß daran habe ich den Antrag gestellt, auch dem Markthalleninspektor Seelemeyer, der mit den Kartoffelarten sehr viel zu tun hat, eine laufende außerordentliche Vergütung für diese Mehrarbeit zu gewähren. Es dürfte wohl zu weit führen, Einzelheiten in dieser Sache

hier noch anzuführen, die wohl auch in die öffentliche Sitzung nicht hineingehören. Ich möchte bitten, meinen Antrag zu unterstützen und ihn dem Finanzausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

14. Antrag **Notahr** auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht an der Wolfenbütteler Straße.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage über den Bau einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht auf der Wolfenbütteler Straße vorzulegen.

Stadtv. **Notahr**: Meine Damen und Herren! Dieser Antrag, den ich in der letzten Sitzung eingereicht habe, hätte richtiger heißen müssen: Vermehrung der Bedürfnisanstalten für das weibliche Geschlecht. Ich habe aber geglaubt, mich auf einen Antrag auf den Bau dieser einen Anstalt beschränken zu müssen. Die Notwendigkeit der Errichtung eines derartigen Baues auf der Wolfenbütteler Straße ist wohl unverkennbar. Mir scheint für Errichtung dieser Anstalt der Platz am Eingang in den Bürgerpark, gegenüber der Elmstraße, geeignet zu sein, wo die neue Anstalt im Anschluß an die bestehende Bedürfnisanstalt für Männer angelegt werden könnte. Ich glaube nicht, weiter ausführen zu müssen, wie notwendig die weitere Errichtung von Bedürfnisanstalten für das weibliche Geschlecht ist, und bitte Sie, meinem Antrage zustimmen zu wollen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Bauausschuß zur Vorberatung.

15. Weiterverpachtung des Katskellers.

Stadtv. **Schmerbach**: Der mit dem Restaurateur Seumel wegen des Katskellers auf 6 Jahre abgeschlossene Vertrag läuft am 28. Februar 1920 ab. Herr Seumel, der gegenwärtig eine Miete von 5800 M jährlich zahlt, hat gebeten, den Mietvertrag unter den zur Zeit geltenden Bedingungen um 6 Jahre zu verlängern. Der Rat der Stadt trägt Bedenken, auf diesen Antrag einzugehen, weil er der Ansicht ist, daß bei der zu erhoffenden wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung der Katskeller einen höheren Ertrag abwerfen muß. In den mit dem Antragsteller gepflogenen Verhandlungen hat dieser denn auch — wenn auch mit Widerstreben — zugestanden, eine Jahrespacht von 6300 M zu zahlen, und er hat sich auch der Forderung gegen-

über nicht ablehnend verhalten, den Vertrag nur auf ein Jahr, aber mit der Maßgabe abzuschließen, daß, wenn nicht von einer der Parteien ein Vierteljahr vor Ablauf des Jahres gekündigt wird, er jeweilig als auf ein weiteres Jahr abgeschlossen gilt. Der Rat der Stadt hält gegenwärtig ein Mietgeld von 6300 M für angemessen, und richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Vertrag unter Festsetzung eines Mietpreises von 6300 M um ein Jahr mit der soeben bezeichneten Maßgabe des eventuellen Fortlaufes verlängert wird.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und ist der Ansicht, daß die Erhöhung von 5800 auf 6300 M annähernd den Verhältnissen der Jetztzeit entspricht, und empfiehlt, dem Antrage des Rates der Stadt zuzustimmen.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

16. Bewilligung von Mitteln zur Umänderung einer Bedürfnisanstalt in der Schule Reichstraße.

Stadtverordneter **Kofahr**: Durch die Umwandlung der bisherigen Mädchenschule Reichstraße in eine Knabenschule ist es notwendig, daß die dortige Aborteinrichtung in einem Teile umgeändert wird. Der Schulinspektor Küfelhahn hat eine entsprechende Eingabe gemacht, der Schulvorstand hat sie angenommen, und es liegt nun eine Vorlage vom städtischen Hochbauamt vor, die diese Umwandlung der einen bestehenden Abortanlage vorsieht. Die vorzunehmenden Arbeiten verursachen einen Kostenaufwand von 1300 M. Es sind in dem Vorschlag einige Posten enthalten, die eine Aussprache im Bauausschuß veranlaßt haben; aber durch die dort von Seiten des Ratsvertreters gegebenen Aufklärungen sind die Bedenken gegen die Höhe dieser Posten behoben worden, so daß ich Ihnen namens des Bauausschusses die Annahme dieser Vorlage empfehlen kann.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Bewilligung an.

17. Einstellung eines besonderen Heizers für die Studienanstalt.

Stadtv. Frau **Graf**: Vom Schulvorstand des Herzogin-Elisabeth-Lyzeums ist ein Schreiben an den Rat der Stadt gekommen, in welchem erklärt wird, daß der Hilfschuldiener Evers infolge seines vorgerückten Alters nicht mehr in der Lage sei, die Heizung mit zu besorgen. Das städtische Hochbauamt äußert sich in gleichem Sinne und empfiehlt aus diesem Grunde, einen andern Heizer anzustellen, der, wie von Herrn Direktor Appuhn auch für die städtischen Bürgerschulen beantragt ist, künftig nicht 5, sondern 7 Monate beschäftigt werden soll. Bevor der Rat der Stadt

über den Antrag entschieden hat, ersuchte er Herrn Schuldirektor Krüger um eine Äußerung, ob Herr Evers überhaupt noch imstande sei, im Dienste der Schule zu arbeiten. Herr Direktor Krüger erwiderte in einem Schreiben vom 6. Oktober, daß der Schuldiener Evers zunächst wohl noch in der Lage sei, seinen Verpflichtungen als Hilfschuldiener nachzukommen, wenn er von der Beschäftigung als Heizer entbunden werde. In Rücksicht auf diese Äußerung hat sich der Rat der Stadt entschlossen, für Herrn Evers unter Belassung in seiner Stellung als Hilfschuldiener einen besonderen Heizer anzustellen und dafür die entstehenden Mehrkosten von 1400 M zu bewilligen. Der Schulausschuß schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, in gleichem Sinne zu beschließen.

Da keine Wortmeldungen zu diesem Punkte vorliegen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit der Bewilligung der 1400 M an.

18. Bewilligung von Mitteln zur Einrichtung von Fortbildungslehrgängen für die Hilfslehrer.

Stadt v. **Schmidt**: Der Rat der Stadt hat folgendes Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet: „Auf Anweisung der Landesregierung sind für die Hilfslehrer, deren Ausbildungszeit durch ihre Teilnahme am Kriege verkürzt ist, Fortbildungslehrgänge in der Erziehungswissenschaft einzurichten. Von der Leitung der städtischen Bürgerschulen sind unter Zustimmung des Schulvorstandes für diejenigen Hilfslehrer der Stadt, die die Schulumtprüfung noch nicht abgelegt haben, zwei solcher Lehrgänge mit je zwei Wochenstunden für die Dauer von 20 Wochen eingerichtet. Mit der Leitung sind zwei Schulinspektoren betraut, die dafür entschädigt werden müssen, da ihnen keine ausreichende Erleichterung in ihren Amtsgeschäften zuteil werden kann. Die Kosten belaufen sich für die 80 Stunden, je 5 M, auf 400 M. Wir ersuchen die Stadtverordneten ergebenst, diese Summe im dringenden Interesse unserer Schulen zu bewilligen.“

Der Schulausschuß hat sich mit diesem Antrage befaßt, die Dringlichkeit als solche anerkannt und empfiehlt Ihnen, die 400 M zu bewilligen. Wie nun aber aus dem Schreiben des Rates der Stadt hervorgeht, geschieht die Einrichtung dieser Kurse auf direkte Anweisung der Landesregierung und im allgemeinen Interesse, sowie wir auch die Bedeutung der Kurse als im allgemeinen Interesse liegend anerkennen. Liegt nun dieses allgemeine Interesse vor, so wird es auch für die Landesregierung vorhanden sein, und der Schulausschuß empfiehlt, den Rat der Stadt zu ersuchen, sich mit der Landesregierung ins Benehmen zu setzen, damit sie sich an den Kosten für die beiden Lehrgänge mit einer Beihilfe beteiligt. Wir glauben nicht fehlzugehen, daß die Landesregierung auf dieses Ersuchen eingehen wird, zumal auch für

die Lehrer an höheren Schulen ähnliche Kurse eingerichtet sind, so daß es durch dieses Herantreten an die Landesregierung ermöglicht wird, daß die Kosten für die von seiten der Stadt veranstalteten Kurse von beiden Seiten getragen werden.

Ohne weitere Besprechung. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit den Vorschlägen des Schulausschusses an.

19. Änderung der Fluchtlinie der Eichthalstraße.

Stadtv. Riefe: Meine Damen und Herren! Die Regulierung der Fluchtlinie der Eichthalstraße hat uns schon so manches Mal während des Krieges beschäftigt und soll jetzt zum Abschluß kommen. Der Rat der Stadt schreibt dazu:

„Die Ausführung des von den städtischen Behörden im Jahre 1914 angenommenen Projektes über den Ausbau der südlichen Teilstrecke der Eichthalstraße ist bislang zurückgestellt, weil es trotz langwieriger Verhandlungen nicht gelungen ist, den zwischen der östlichen Straßenflucht und den davor liegenden bebauten Grundstücken sich einschiebenden und bebauten Geländestreifen — der Plan dafür hängt dort aus — den bebauten Grundstücken anteilmäßig hinzuzulegen und weil somit für den Fall des Straßenbaues die Stadt Gefahr lief, den auf die in Frage kommende Front entfallenden Straßenkostenbeitrag wenn überhaupt, so doch vielleicht erst in fernerer Zeit wiederzubekommen. Die Eigentümer der bebauten Grundstücke waren bereit, die fraglichen Flächen zu erwerben, sie waren auch mit dem Eigentümer der letzteren, dem Zementsteinwarenfabrikanten Becker über den Preis einig geworden, sie verlangten aber mit Recht, daß ihnen die Fläche frei von Hypotheken und dinglichen Lasten aufgelassen würde. Diese Forderung konnte Becker indessen nicht erfüllen und es ist auch nicht abzusehen, ob er jemals sie wird erfüllen können. Um aus der sich hieraus ergebenden Schwierigkeit herauszukommen, ist nun in Vorschlag gebracht, den Ortsbauplan dahin zu ändern, daß die Straße auf der in Betracht kommenden Teilstrecke unter Verlegung ihrer Fluchtlinie in die vorhandene Bauflucht der Grundstücke gelegt, so von ungefähr 14 auf 17 Meter verbreitert wird und danach die Beckersche Fläche im Wege der Zwangsentziehung erworben wird. Um vorwärts zu kommen, erscheint das die einzige Lösung, und wir ersuchen deshalb, gefälligst zuzustimmen, daß die auf dem beiliegenden Plan bezeichnete Straßenfluchtlinie durch die neu angegebene Linie ersetzt wird.

In der Annahme, daß diesem Antrage stattgegeben wird, erlauben wir uns, gleichzeitig ein vom städtischen Tiefbauamt auf dieser neuen Grundlage ausgearbeitetes Projekt nebst Kostenanschlag über den oberirdischen Ausbau der südlichen Teilstrecke

der Eichalfstraße vom 3. April 1919 mit dem Ersuchen vorzulegen, dieses Projekt zu genehmigen und die Kosten zu Lasten des außerordentlichen Voranschlages zu verwilligen.

Sollte, wie wir hoffen, auch dieser Antrag genehmigt werden, so bitten wir schließlich, uns zu ermächtigen, sowohl wegen der bezeichneten Bederschen Grundfläche wie auch nötigenfalls wegen der nach dem Kostenanschlag sonst noch zu erwerbenden kleineren Grundflächen das Zwangseignungsverfahren einleiten zu dürfen, und zwar, da es angezeigt erscheint, den Straßenbau als Notstandsarbeit auszuführen, auf Grund des Gesetzes über die Enteignung von Grundstücken für Notstandsarbeiten vom 18. Dezember 1918."

Der der Vorlage beigelegte Kostenanschlag führt folgende Ausgaben als notwendig auf: Planungsarbeiten 3044,40 *M*, Beschaffung von Materialien 30344,50 *M*, Steinseger- und Chausseearbeiten 13000 *M*, Maurerarbeiten 24000 *M*, Insgesamtkosten 3211,10 *M*, so daß dafür 52000 *M* erforderlich werden. Insgesamt mit den Grunderwerbskosten von 15000 *M* würden sich danach die Straßenbaukosten auf 67000 *M* belaufen. Da die Linienführung der Straße 321,10 laufende Meter aufweist, so wird sich der voraussichtliche Anliegerbeitrag zu den Straßenkosten auf 208,70 *M* für jedes Meter Frontlänge berechnen. Für die dem projektierten Plätze gegenüberliegenden Grundstücke erhöht sich dieser voraussichtliche Einheitsbeitrag auf rund 319,20 *M* für jedes Meter Frontlänge.

Die Vorlage hat den Bauausschuß beschäftigt, und er gibt ihnen durch mich Genehmigung der sämtlichen Ratsanträge anheim.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an, da keine Meldungen zum Wort vorliegen.

20. Änderung der Fluchtlinie der Wittekindstraße.

Stadtv. **Reißner**: Die Firma Zeitter & Winkelmann beabsichtigt, auf ihrem Grundstück an der Ecke der Wittekind- und Hildesheimer Straße einen Neubau zu errichten, um in diesem Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, wie Eßsäle, Waschräume, Duschräume, Ankleideräume, usw. unterzubringen. Bei der Vorlage des Planes für diesen Neubau ist der Ortsbauplan für die Wittekindstraße nachgeprüft, und es hat sich herausgestellt, daß eine kleine Änderung dieses Straßenzuges notwendig ist, nicht nur um der Firma Zeitter & Winkelmann den beabsichtigten Bau zu ermöglichen, sondern auch um die bisher vorgesehene Doppelkurve der Fluchtlinie dieser Straße in Fortfall kommen zu lassen. Es ist deshalb

für diesen Teil der Wittkeindstraße eine neue Fluchtlinie vorgeschlagen, welche sich mehr den vorhandenen Grenzen anpaßt. Der Bauausschuß gibt Ihnen anheim, dieser kleinen Änderung des Ortsbauplanes zuzustimmen.

Der Antrag wird stillschweigend genehmigt.

21. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten der Knabennittelschule.

Stadtv. **Marth**: Infolge des schlechten Gases hat die Schulleitung der Knabennittelschule vor längerer Zeit gebeten, in den Schulwerkstätten der Mittelschule elektrisches Licht anzulegen. Es wird das damit begründet, daß die dort befindliche Gasbeleuchtung erst spät am Nachmittag brauchbar wird und auch dann nicht genügt, um die genannten Räume, wo Tischler- und Papparbeiten durch die Schüler angefertigt werden, dermaßen zu erhellen, daß die Schüler diese Arbeiten verrichten können. Die Schulleitung ist zu der Ansicht gekommen, daß es nötig ist, um den Unterricht in Handfertigkeiten in normaler Weise aufrechtzuerhalten, in diese Räume elektrisches Licht zu legen. Die Vorlage zur Einrichtung einer elektrischen Beleuchtung in diesen Schülerwerkstätten hat den Stadtverordneten schon einmal vorgelegen; sie ist damals zurückgewiesen, weil derzeit nur ein Kostenschlag vorgelegt war, und es ist anheimgegeben, weitere Kostenschläge einzufordern. Das ist geschehen, und es sind folgende Kostenschläge eingelaufen: Erstens ein Kostenschlag der Firma von Dolffs & Helle im Betrage von 994,45 *M*, sodann ein Kostenschlag von der Firma Dorer & Nicol im Betrage von 965,15 *M* und schließlich ein Kostenschlag der Firma C. Berg Nachfolger im Betrage von 1270,35 *M*. Im ersten Augenblick erscheint also ein bedeutender Unterschied zwischen den beiden ersten und dem dritten Anschlag, aber dieser erklärt sich dadurch, daß nur die Montage-Preise, welche schätzungsweise angenommen sind, verschiedenartig aufgestellt sind, während die Materialpreise bei allen drei Firmen so ziemlich die gleichen sind. Das Hochbauamt hat die Verhältnisse nochmals geprüft und ist bei seiner Berechnung auf den Betrag von 1150 *M* gekommen, den sie bittet, für die Anlage zu bewilligen. Die demnächstige Ausführung, insbesondere die Vergebung der Arbeiten, soll dann nach den Vorschriften für die Ausführung städtischer Bauarbeiten erfolgen. Der Bauausschuß hat zu dieser Sache ebenfalls Stellung genommen und ist der Ansicht, Ihnen empfehlen zu sollen, die 1150 *M* für diese dringende Arbeit in der Knabennittelschule zu bewilligen. Bemerken will ich noch, daß die Vorlage auch der Direktion der städtischen Gas- und

Wassertwerke zur Begutachtung zugegangen ist, und daß auch diese der Ansicht ist, daß diese Räume unbedingt einer besseren Beleuchtung bedürfen. Ich bitte namens des Bauausschusses, die Vorlage genehmigen zu wollen.

Stadtverordneter Warendorf: Der Herr Berichterstatter hat angeführt, daß einer der Gründe für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung an dieser Stelle der ist, daß die Gaseinrichtung versagt. In meiner Praxis ist es schon sehr häufig vorgekommen, daß insbesondere bei sogenannten kleinen Leuten, die auch Gasbeleuchtung hatten, absolut keine genügende Beleuchtung für ihre Arbeitszwecke sich hat erzielen lassen, und daß auch sie deshalb auf Anlage von elektrischem Licht angewiesen waren. Trotzdem ist es nicht möglich gewesen, für sie die Erlaubnis zur Anlage einer elektrischen Beleuchtung zu bekommen; sie wurde ihnen abgeschlagen, weil sie an die städtische Gasbeleuchtung angeschlossen waren. Ich möchte fragen, ob nicht in dringenden Fällen doch die Genehmigung zur Anlage elektrischer Beleuchtung erteilt werden könnte. Wir schweben da Fälle von Bäckermeistern vor, die tagsüber dunkle Räume haben und beim Gaslicht ihre Berufsarbeit nicht in ordnungsmäßiger Weise ausführen können. Trotzdem hat man ihnen abgeschlagen, elektrische Beleuchtung anzulegen. Ich bin der Meinung, daß in dieser Beziehung etwas geschehen müßte, und bei einigermaßen gutem Willen ließe es sich auch machen.

Vorsitzender: Ich weiß nicht, ob ich bei dem gegenwärtigen Punkt der Tagesordnung diese Anfrage zur Behandlung zulassen kann. Wenn aber durch eine kurze Antwort die Sache erledigt werden kann, so bitte ich, das zu tun.

Stadtbaurat Gebensleben: Die Entscheidung über die Erlaubnis zur Anlage von elektrischem Licht liegt nicht beim Rat der Stadt; die Betreffenden müssen sich deswegen an den Leiter des Gaswerks, Herrn Direktor Lepzien, wenden.

Die Mittel für die Anlage der elektrischen Beleuchtung werden bewilligt.

22. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Schülerwerkstätten in der Hilfschule an der Breiten Straße.

Stadtverordneter Warth: Es ist ebenfalls der Antrag gestellt, auch in der Hilfschule an der Breiten Straße in den Räumen, wo die Kurse für den Knabenhandwerkunterricht erteilt werden und wo zu der Unterrichtszeit auch kein genügendes Licht vorhanden ist, elektrische Beleuchtung anzulegen und dafür den Betrag von 2000 M. zu bewilligen. Auch in diesem Falle ist die Direktion der städtischen Lichtwerke ersucht, sich gutachtlich zu äußern, und diese ist zu der Ansicht gekommen, daß

für die Werkstättenräume ein Bedürfnis vorliege; alle andern Anträge aber auf bessere Beleuchtung seien abzulehnen. Auch der Antrag, für die beiden Pappwerkstätten elektrisch zu beheizende Leimkessel zu beschaffen, wird abgelehnt mit der Begründung, daß selbst während der Gasperrstunden, wenn auch in etwas beschränktem Umfange, heißes Wasser hergerichtet werden kann.

Bei der Beratung dieser Vorlage in der Baukommission nahm man nach der beigegebenen Zeichnung irrtümlicherweise an, daß zwei der angegebenen Räume nicht als Werkstättenräume anzusehen seien, und deshalb ist vom Bauausschuß beschlossen worden, zu beantragen, für diese beiden Räume das elektrische Licht nicht anzulegen. So hat also der Bauausschuß nur einen Teil der Vorlage genehmigt. Auf Ersuchen des Rates der Stadt habe ich als Referent für diesen Punkt die Räume besichtigt und habe dabei gefunden, daß die beiden fraglichen Räume, die wir in der Baukommission als Aufenthaltsräume ansahen, doch als Werkstättenräume eingerichtet sind. Ich möchte deshalb den Beschluß des Bauausschusses, nur einen Teil der Vorlage zu bewilligen, persönlich dahin erweitern — und die Herren des Bauausschusses werden damit einverstanden sein —, daß wir nunmehr, wo tatsächlich nur Werkstätten in Frage kommen, die ganze Summe bewilligen. Ich bitte, den Beschluß in diesem Sinne zu fassen.

Die Ausgabe von 2000 M für die Einrichtung der elektrischen Anlage wird genehmigt.

Vorsitzender: Es sind heute eine ganze Anzahl Anträge und Anfragen eingegangen, und auch für die vertrauliche Sitzung haben wir noch 10 Punkte auf der Tagesordnung, die schon zum wiederholten Male darauf erscheinen. Wenn wir die gewohnte Praxis weiterführen, zunächst die sämtlichen Punkte der öffentlichen Sitzung zu behandeln, könnte es sehr leicht möglich sein, daß diese Punkte der vertraulichen Sitzung schließlich bis ins nächste Jahr hineingeführt werden müßten. Ich möchte deshalb die Ansicht der Versammlung hören, ob wir heute die öffentliche Tagung noch weiter ausdehnen wollen, oder ob die heute eingegangenen Anfragen und Anträge in der nächsten Sitzung behandelt werden sollen.

Stadtverordneter Lehnert: Ich beantrage, daß wir sofort in die vertrauliche Sitzung eintreten und die Behandlung der heute eingegangenen Anfragen und Anträge auf die nächste Sitzung verschieben, damit endlich die alten Fragen erledigt werden.

Stadtverordneter Frede: Ich schließe mich dem Antrage an, nur wenn dringliche Anträge vorliegen, könnten wir fragen, ob gewünscht wird, sie heute noch zu verhandeln.

Stadtverordneter **Rönneburg**: Ich möchte mich auch dem Vorschlage des Herrn Lehnert anschließen und in Uebereinstimmung mit Herrn Frede nur bitten, die Dringlichkeitsanträge zu erledigen.

Stadtverordneter **Jahns**: Ich möchte bitten, bei dem Antrage des Herrn Rönneburg, auf Auszahlung der Anschaffungsbeihilfen zugleich auch die Beamtenkredithilfe mit zu erledigen.

Die Versammlung beschließt den Anträgen Frede und Rönneburg entsprechend, heute nur noch Dringlichkeitsanträge zu behandeln.

23. Antrag Reinowfski auf Einrichtung von Wärmehallen.

Wortlaut des Antrages siehe S. 710.

Stadtv. **Reinowfski** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahr einen ziemlich strengen Winteranfang, haben dazu eine ungeheure Kohlennot, eine geradezu unverschämte Teuerung aller Lebensmittel und weiter noch Arbeitslosigkeit und Lichtmangel — allerdings nicht hier im Saale. Die Lage der ärmeren Bevölkerung ist geradezu zum Verzweifeln. Wir sind der Ansicht, daß die Stadtgemeinde in erster Linie verpflichtet ist, einigermaßen für Linderung dieser Not zu sorgen. In vielen Haushalten fehlt nicht nur das Heizmaterial zum Erwärmen der Stube, sondern das nötigste Brennmaterial, um die Mahlzeiten herzustellen. In ihren Wohnungen kann sich die ärmere Bevölkerung also nicht erwärmen, sie ist gezwungen, um sich einigermaßen warm zu halten, sich ins Bett zu legen, wenn sie ein solches noch hat. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß es außer den Familien noch eine Menge ledige Leute gibt, wie Kostgänger, die in Dachkammern hausen müssen und eine Möglichkeit zur Erwärmung ihres Aufenthaltsraumes nicht haben. Selbst wenn ein Ofen in diesen Dachkammern vorhanden wäre, so würden sie ihn nicht heizen können, weil sie nicht im Besitz von Kohlen oder anderm Brennmaterial sind. Weil die Verhältnisse so liegen und die ärmere Bevölkerung unter diesen Umständen am meisten zu leiden hat, muß nach unserm Dafürhalten die Stadt in erster Linie die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß diese Not einigermaßen gelindert wird, und zwar dadurch, daß sie in verschiedenen Stadtteilen Wärmehallen errichtet, wo diese Bevölkerung, die von der Kälte sehr gepeinigt wird, sich wenigstens vorübergehend aufhalten und sich wärmen könnte. Ich möchte Sie bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** beschließt die Versammlung die dringliche Behandlung des Antrages.

Stadtv. Frede: Der Antrag ist mir sehr sympathisch. Wir wissen alle, daß in den meisten Großstädten Deutschlands im allgemeinen schon in früheren Jahren solche Einrichtungen bestanden haben; ich habe z. B. mit Interesse Schilderungen über solche Einrichtungen in Berlin gelesen. Hier in unserer Stadt sind solche Einrichtungen noch nicht getroffen, weil in früheren Zeiten das Bedürfnis danach noch nicht hinreichend nachgewiesen war. In diesem Winter aber wird auch in dieser Beziehung sich ein außerordentlicher Notstand geltend machen, und deshalb bin ich der Meinung, daß hierin etwas geschehen muß. Nun glaube ich zwar, daß wir heute grundsätzlich die Einrichtung von Wärmehallen beschließen können, aber wir werden auch gut tun, gleichzeitig nach den Städten, wo solche Einrichtungen schon seit langen Jahren bestanden haben, zu schreiben, um über die dortigen Erfahrungen und die Einrichtungen, die mit den Wärmehallen verbunden sind, uns zu informieren, damit wir von vornherein das Rechte treffen und nicht die üblichen Kinderkrankheiten der neuen Einrichtungen durchzumachen haben.

Stadtv. Salomon: Auch ich möchte im Namen meiner Freunde den Antrag aufs wärmste befürworten; die Einrichtung solcher Wärmehallen ist gerade in diesem bösen Winter dringend nötig. Sehr schwierig wird allerdings die Platzfrage sein. Als einigermaßen geeignete Räume dürften vielleicht die Turnhallen der Schulen anzusehen sein. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir dabei auch die nötige Vorsicht walten lassen müssen, denn sehr schlechte Erfahrungen haben wir mit der Einrichtung der Wärmehallen für Kinder in der Gewerbeschule machen müssen. Es sind uns nachträglich noch Rechnungen, die nicht von Pappe waren, über Schäden eingereicht, die durch die Benutzung verursacht sind. Wenn die Turnhallen als Wärmeräume eingerichtet werden, so möchte ich befürworten, daß sämtliche Geräte, auch feststehende Kletterstangen, beseitigt werden; daß wird manche Schwierigkeiten machen, aber es wird notwendig sein. Den Weg, den Herr Frede vorschlägt, Rundfragen zu veranstalten, halte ich für zu weitläufig und umständlich. (Sehr richtig!) In diesem Falle müssen wir schnell zupacken, selbst auf die Gefahr hin, daß wir ein Provisorium schaffen, das nicht in jeder Beziehung den Wünschen entspricht. Hier ist tatsächlich schnelle Hilfe doppelte Hilfe.

Stadtv. Schmidt: Was ich sagen wollte, ist erledigt.

Stadtv. Heinowski: Bei meinem Antrage ist mir daran gelegen, daß die Verwirklichung so schnell wie möglich durchgeführt wird. Wenn wir erst Erfahrungen zusammenholen wollen und nach diesem und jenem Ort hinschreiben, uns erst ver-

traut machen wollen mit den Einrichtungen, wie sie in andern Orten üblich sind, dann wird der Winter schon halb vorüber sein, und mein Antrag wird sich dadurch erübrigen. Ich habe mir die Sache so gedacht, daß wir sie in primitiver Weise durchführen könnten. Man könnte die Turnhallen für diesen Zweck in Anspruch nehmen, dort einigermaßen Sitzgelegenheit schaffen, und so wäre wenigstens etwas geschehen und die größte Not gelindert.

Stadtv. **Frede**: Ich habe ausdrücklich gesagt: Ich bin dafür, daß wir uns heute abend zustimmend zu dem Antrage äußern, und habe bei den von mir vorgeschlagenen Erkundigungen nicht daran gedacht, daß deswegen die Sache zurückgestellt werden sollte. Das wäre ein Widerspruch. Wir machen die Sache sobald wir die Räume zur Verfügung haben. Die Turnhallen erscheinen mir nicht sehr geeignet, und ich teile die Bedenken, die Herr Salomon ausgesprochen hat. Es werden auch noch andere Räume für solche Zwecke zur Verfügung sein. Jedenfalls ist es nicht von der Hand zu weisen, daß wir von den Erfahrungen anderer Städte profitieren. Ich weiß, daß mit den Wärmehallen hier und da andere Einrichtungen verknüpft sind, z. B. die Verabreichung von warmem Kaffee und dergleichen. In dieser Weise möchte ich meine Anregung aufgefaßt wissen.

Stadtv. **H. Riese**: Könnte man in dieser Sache nicht vielleicht auf die städtischen Küchen zurückgreifen, die eben nicht gebraucht werden, z. B. die in der Markthalle und an der Leopoldstraße. In dem Raum an der Markthalle ist schon ein Ofen vorhanden und auch Kessel sind da. Eine Beaufsichtigung der Wärmehallen müßte ja sowieso da sein. Daß dies ein Provisorium werden würde, weiß ich wohl, aber es würde dadurch wenigstens sofortige Hilfe geschaffen. Auf der Leopoldstraße würden auch zwei große Klassenzimmer zur Verfügung stehen, in denen bei schlechtem Wetter früher die Kartoffeln geschält worden sind und die Gäste saßen. Auch dort sind Ofen vorhanden und könnte eine große Menge untergebracht werden, auch wäre Platz genug, daß sich die Leute ungeniert bewegen können. In der Markthalle steht der Raum auch frei, und ein kleiner Ofen könnte bald hingestellt werden, und dort ist auch gleich Feuerung vorhanden. Damit wäre schon an zwei Stellen Hilfe geschaffen, wenn das auch nicht für alle Ansprüche genügen würde.

Stadtv. Frau **Göge**: Von unserer Speiseanstalt auf der Petersilienstraße wären auch einige Räume zu haben; aber wir sind so knapp mit Kohlen versorgt, daß wir froh sind, wenn wir das Essen damit kochen können. Wenn diese Räume benutzt werden sollten, dann müßte uns in besonderer Weise noch eine Zuvendung an

Heizmitteln gemacht werden. Ebenso steht es mit den Kaffeehallen; schon in den letzten beiden Wintern haben wir keine von ihnen mehr heizen können und nur den kleinen Herd im Gange halten können. Die Räume an der Petersilienstraße würden wir gern zur Verfügung stellen, aber wir sind nicht imstande, sie aus eigenen Mitteln zu heizen.

Stadtv. **Schmidt**: Die Schwierigkeit wird hauptsächlich in der Beschaffung geeigneter Räume liegen, aber bei richtigem Suchen werden sich eine große Menge solcher Räume finden lassen. Ich erinnere an die fiskalischen Gebäude an der Martinikirche und ebenso an das Landtagsgebäude. Vielleicht es sich nicht ermöglichen, daß uns für diesen Winter diese Räume zur Verfügung gestellt würden. Die Regierung muß doch anerkennen, daß die Notlage groß ist. Mit dem Gebäude auf der Leopoldstraße, das Herr Rieke erwähnte, wird nichts zu machen sein, denn die Räume sind anderweitig vermietet, und ob Räume in der Markthalle geeignet sind, möchte ich bezweifeln. Vielleicht ist es möglich, in der Wilhelmstraße, besonders in der Turnhalle oder wo die Abstempelung der Karten erfolgt, Platz für solche Wärmehallen zu schaffen. Vielleicht könnten auch die Facharbeitsnachweise dazu ausgenutzt werden, oder es sind in dieser Schule wohl noch andere Räume ausfindig zu machen, so daß die Arbeitslosen, die sich nicht zu Hause wärmen können, gleich an dieser Stelle einen Wärmeplatz finden. Ich glaube also, daß sich geeignete Räume beschaffen lassen werden. Sie dürfen aber nicht zu klein sein, daß nicht nur 20 Personen hineingehen. Schließlich möchte ich noch anfragen, ob nicht die Räume, die damals den Märkerischen Truppen zur Verfügung gestanden haben, jetzt für diese Wärmehallen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich möchte in erster Linie dafür sprechen, daß wir die Turnhallen für den genannten Zweck in Anspruch nehmen, während alle die übrigen empfohlenen Räume nur zur Not gebraucht werden können. Die Turnhallen aber liegen in der Stadt verteilt, wie es wohl für diesen Zweck am besten geeignet ist. Wird z. B. die Turnhalle der Schule in der Comeniusstraße genommen, so könnte dafür die in der Leonhardstraße oder an der Dttmerstraße ausfallen. Es ist allerdings richtig, daß die Turnhallen vor Beschädigung geschützt werden müssen, daß die Geräte entfernt und an einem andern Platz gelagert werden müssen. Wir können auch nicht alle Turnhallen während des Winters in dieser Weise besetzen, denn der Turnbetrieb muß doch auch fortgesetzt werden. Ich möchte aber doch bitten, zunächst an die Turnhallen zu denken.

Stadtv. **Wanneburg**: Ich glaube, es hat wenig Zweck, über die Einzelfrage, welche Räume wir heute für geeignet halten, uns zu unterhalten. Ich will deshalb

nicht weiter darauf eingehen und nur das eine sagen: Ob gerade die Turnhallen als Wärmehallen geeignet sind, möchte ich dahingestellt sein lassen. Die Turnhallen sind viel zu hoch, seit langer Zeit nicht geheizt und dann haben sie eine Unzahl von Fenstern, so daß eine gewaltige Kohlenmenge dazu gehört, um sie zu erwärmen. Im übrigen können wir es dem Rat überlassen, seinerseits geeignete Räume ausfindig zu machen.

Stadtv. Lehnert: Wenn Herr Meyerhoff meinte, wir möchten die Turnhallen an der Comeniusstraße und Leonhardstraße als Wärmehallen nehmen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir besonders für die Leute, die im Innern der Stadt wohnen, warme Räume schaffen müssen, während diese Schulen in den äußeren Stadtteilen liegen, und möchte auch der Anmerkung des Herrn Rönneburg folgen, daß sich die Turnhallen schwer erwärmen lassen. Sind die Räume gut durchwärmt, dann müssen die Leute nach Hause gehen. Ich möchte bitten, den Rat zu beauftragen, möglichst innerhalb der Stadt für passende Räume zu sorgen.

Der Antrag Reinowski wird angenommen.

24. Antrag Rönneburg auf Auszahlung von Beschaffungsbeihilfen an die städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter.

Wortlaut des Antrages s. S. 711.

Stadtv. Rönneburg (zur Begründung): Es ist den geehrten Herrschaften bekannt, daß vom Staat aus jetzt die Beschaffungsbeihilfen für Staatsbeamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter in bestimmter Höhe bewilligt worden sind und demnächst zur Auszahlung kommen. Es liegt im Interesse der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, daß auch für sie baldigst die Beschaffungsbeihilfen zur Auszahlung kommen. Es liegt dafür um so mehr Grund vor, weil mit jeder weiteren Woche der Verzögerung der Wert des Geldes weiter sinkt. Es ist leider so, daß ein Paar Stiefel, die heute 120 M kosten, in vier Wochen 150 M kosten werden, so daß der Wert des Geldes in diesen vier Wochen wieder erheblich geringer geworden sein wird. Da in gewisser Weise für die Stadt eine Bindung für Zahlung der Beschaffungsbeihilfen vorliegt, indem sie gehalten ist, den städtischen Lehrern Zulagen in gleicher Höhe zu zahlen wie den Staatsbeamten, so entspricht es nur der Billigkeit, wenn die Auszahlung an die städtischen Beamten und Angestellten in gleicher Weise erfolgt. Da über die einzelnen Bestimmungen bei diesen Beschaffungsbeihilfen nicht viel verhandelt zu werden braucht, so glaube ich, daß sich die Stadtverordnetenversammlung mit meinem Antrage einverstanden erklären könnte. Sind seitens des

Rates der Stadt Bedenken geltend zu machen, dann möchte ich bitten, daß sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden erklärt, daß der verstärkte Finanzausschuß Vollmacht bekommt, im Einverständnis mit dem Räte die weitere Regelung dieser Sache in die Hand zu nehmen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung für dringliche Behandlung des Antrages.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Der Rat der Stadt hat heute morgen einen dem Antrage Rönneburg entsprechenden Beschluß gefaßt. Wir haben es allerdings für nötig gehalten, in einer Beziehung von den staatlichen Bestimmungen abzuweichen. Infolgedessen würde es sich empfehlen, dem Wunsche des Herrn Rönneburg stattzugeben und die weitere Behandlung dem verstärkten Finanzausschuß zu überweisen, wenn die Sache nicht bis zur nächsten Stadtverordnetenitzung zurückgestellt werden kann.

Stadtv. **Jahns**: Meine Damen und Herren! Ich möchte den Antrag Rönneburg warm unterstützen, denn ich kann Ihnen sagen, daß die Beamten in großer Notlage sich befinden. Ich habe deshalb auch den Antrag gestellt, die städtischen Beamten und Lehrer an der Einrichtung der Beamtenkredithilfe teilnehmen zu lassen. Durch die staatlichen Beamten ist von dieser Einrichtung viel Gebrauch gemacht, denn das letzte Vierteljahresgehalt ist vollständig aufgebraucht durch die Ausgaben für die Kartoffelversorgung, Kohlenvorräte, Zahlung der Steuern usw. Ich möchte Sie bitten, mindestens den verstärkten Finanzausschuß mit der weiteren Regelung der Auszahlung der Beschaffungsbeihilfe zu beauftragen.

Vorsitzender: Zunächst ist es wohl richtiger, daß wir einen Beschluß herbeiführen, ob gezahlt werden soll, und dann erst, wer die näheren Umstände dafür festlegen soll. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor, der angenommen werden könnte, und dann müßte darüber entschieden werden, ob der Rat im Einverständnis mit dem verstärkten Finanzausschuß Änderungen gegenüber der staatlichen Auszahlung vornehmen darf.

(Auf Wunsch des Stadtverordneten Stegmann wird der Antrag nochmals vom Vorsitzenden verlesen.)

Stadtv. **Stegmann**: Meine Damen und Herren! Ich höre eben aus dem Antrag, daß er sich auch auf die Arbeiter bezieht. Es heißt in dem Antrage: „Wie es jetzt der Staat seinen Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern gewährt“. So viel mir bekannt ist, hat der Staat den Arbeitern nichts gewährt; es sollen erst Er-

mittlungen angestellt werden, ob bei ihnen eine Notlage vorhanden ist. Wenn dem so ist, dann möchte ich dagegen sein, daß die Regelung der Frage dem verstärkten Finanzausschuß überwiesen und in der Dunkelkammer die Sache abgemacht wird. Bemerken will ich noch folgendes: Wir haben seinerzeit, als die Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter auf der Tagesordnung der Versammlung stand, sofort erklärt: Sollten die Beamten mit weiteren Forderungen kommen und ihnen weitere Beihilfen gegeben werden in irgend welcher Form, so werden wir sofort dieselben Vergünstigungen für die städtischen Arbeiter fordern. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch jetzt und wünschen nicht, daß die Sache vielleicht im Finanzausschuß abgewürgt wird.

Stadtv. Hönneburg: Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, auf Einzelheiten einzugehen, und würde anheimgenben, das im verstärkten Finanzausschuß zu tun, wo hinreichend Gelegenheit gegeben ist, auf Einzelheiten zu sprechen zu kommen. Da nicht allen Herrschaften bekannt ist, welche Bestimmungen seitens des Staates getroffen sind, so würde es doch nötig werden, im verstärkten Finanzausschuß noch einmal über die Sache zu sprechen. Es ist nicht zutreffend, wenn Herr Stegmann sagt, daß seitens des Staates für die Arbeiter keinerlei Beschaffungsbeihilfen bewilligt sind. Es sind in den staatlichen Bestimmungen genannt einmal die Beamten, dann die Lohnangestellten und schließlich die sonstigen Lohnangestellten, und darunter ist eine erhebliche Anzahl Arbeiter zu verstehen. Ferner ist zu bemerken, daß bezüglich der Arbeiter in den Steinbrüchen und Salinen Verhandlungen mit den Gewerkschaften im Gange sind, die auf eine neue dauernde Lohnerhöhung abzielen. Den Walдарbeitern ist erst vor kurzem eine Beschaffungsbeihilfe gewährt worden. Diese Mitteilungen wurden im Hauptausschuß des Landtages gemacht.

Stadtv. Salomon: Ich möchte dringend bitten, die Sache nicht so weit zu verschieben, daß sie nochmals im Plenum zur Verhandlung kommen muß. Die Not unter den Beamten ist sehr groß. Ich habe von vielen, vielen Beamten gehört, daß sie ihr Vierteljahrsgehalt jetzt schon haben aufbrauchen müssen. Wenn wir mit der Regelung der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung warten, haben wir mit einer Frist von drei Wochen zu rechnen, um die die Auszahlung verzögert wird. Man kann in diesem Falle den verstärkten Finanzausschuß durchaus nicht als Dunkelkammer bezeichnen; dort sind alle Parteien vertreten, und es kann sich jeder ohne weitere Rücksicht über die Sache aussprechen. Wir haben andererseits auch schon bei Lohnerhöhungen dem verstärkten Finanzausschuß unser Vertrauen entgegengebracht. Ich bitte dringend: Verzögern Sie die Sache nicht; es handelt sich um einen Notstand, wie er bitterer nicht gedacht werden kann. Auch in diesem Falle ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe.

Stadtv. **Lehnert**: Ich möchte daran erinnern, daß seinerzeit meine Parteifreunde und auch die Genossen von den Mehrheitssozialisten in betreff der Lohnangelegenheit dafür gestimmt haben, daß bei kommenden Fragen die Arbeiter genau so behandelt werden sollen wie die Beamten. Die Arbeiter müssen genau denselben hohen Preis für Kartoffeln und andere Sachen bezahlen wie die Beamten. Darin kann man bei niemand eine Ausnahme machen wollen, ob es nun ein Schuldirektor oder der Oberbürgermeister ist. Vielleicht aber haben diese Kartoffeln im Keller, und die Arbeiter müssen sie pfundweise holen, mit 15 Pfennig für das Pfund bezahlen und noch stundenlang stehen, damit sie überhaupt etwas bekommen. Es ist hier keine Ausnahme zu machen, die Arbeiter haben genau dasselbe Recht an Teuerungszulagen und Unterhaltskosten wie jeder Beamte.

Stadtv. **Salomon**: Wir müssen dieser Frage ganz objektiv gegenübertreten. Auch ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir den Arbeitern in jeder Beziehung gerecht werden müssen, und weiß, daß auch die Arbeiter bitter mit der Not zu kämpfen haben; aber die Beamten müssen es in diesem Falle mehr, und zwar insofern mehr, wenn wir bedenken, daß die Arbeiterlöhne sich um 200 bis 300 Proz. erhöht haben. (Zuruf: Wie tief haben sie aber auch gestanden!) Es ist auch gut, daß sie hochgekommen sind, ich freue mich darüber. Sehen Sie sich aber die Beamtenbesoldung an, so kommen wir auf einen Prozentsatz von 80 Proz. Erhöhung im Durchschnitt, in einzelnen Fällen vielleicht etwas mehr. Das ist die genaue Berechnung. Wir müssen dies objektiv erwägen. Wir geben den Arbeitern, was ihnen zukommt, aber in diesem Falle verzögern Sie bitte die Sache der Beamten nicht dadurch, daß Sie die Arbeiterfrage damit verbinden, weil mit der Hinausschiebung die Not der Beamten noch schlimmer werden würde. Es geht jetzt ans Schuldenmachen, und das ist das Schlimmste, das es für denjenigen gibt, der in festem Lohn und Brot steht.

Stadtv. **Genzen**: Eins scheint Herr Salomon doch vergessen zu haben. Er sagte, die Löhne der Arbeiter seien um 200 Proz. gestiegen, die der Beamten um 80 Proz. Wir erkennen ohne weiteres an, daß auch die jetzigen Gehälter der Beamten der Teuerung nicht entsprechen. Herr Salomon darf aber nicht vergessen, daß die Löhne der Arbeiter erst in den letzten Jahren gestiegen sind, während sie früher für Hungerlöhne gearbeitet haben (Zuruf: Die Beamten auch). Das bestreite ich nicht, aber deshalb sagen wir: Es muß den Arbeitern dasselbe gegeben werden wie den Beamten, weil sie nicht besser, sondern teilweise schlechter stehen als die Beamten und früher noch schlechter gestanden haben. Es ist ihnen nicht möglich gewesen, bei einem Stundenlohn von 20 bis 50 Pf. Reichtümer zu erwerben, und wer das nicht gekonnt hat, dem ist es nicht möglich gewesen, in dieser Zeit durch-

zuhalten. Die Arbeiter haben tatsächlich früher nichts gehabt und sind mit durch die enormen Zulagen für die Beamten noch weiter zurückgekommen. Die Zulagen für die Arbeiter haben das nicht ausgleichen können, was sie früher verloren haben, und deshalb muß den städtischen Arbeitern jetzt genau dieselbe Zulage werden wie den Beamten. Wir haben seinerzeit hier erklärt, daß die städtischen Arbeiter genau so behandelt werden sollen wie die städtischen Beamten, die ja in Wirklichkeit nichts weiter als Arbeiter sind, ob sie nun den Staatsrock anhaben oder eine Bluse. Genau so wie die Beamten nagen die Arbeiter am Hungertuche, und folglich müssen sie auch genau so behandelt werden.

Stadtv. **Marth:** Wir haben es hier nicht zu tun mit einer Lohnforderung oder einer Gehaltsforderung, sondern mit einer Beschaffungsbeihilfe, und da kann ich nicht umhin, den Arbeitern zuzugestehen, daß ihre Lage ebenso schlimm ist wie die der Beamten. Es handelt sich in dieser Zeit darum, Kartoffeln, Feuerung oder Kleidung anzuschaffen, und da glaube ich, daß wir in dieser Sache gleiche Bedürfnisse haben, die Arbeiter sowohl wie die Beamten. Ich möchte bitten, gerechterweise den Arbeitern dasselbe als Beschaffungsbeihilfe zu geben, was man jetzt den Beamten geben will. Man soll nicht die Lohn- und Gehaltsaufbesserung mit dieser Beschaffungsbeihilfe verquicken, sondern beides auseinanderhalten. Wenn wir zu einer Besoldungsaufstellung kommen, müssen wir allerdings eine Spannung zwischen den Beamten und Arbeitern wiederherstellen, aber in diesem Falle muß den Arbeitern dasselbe gereicht werden wie den Beamten; denn bei beiden handelt es sich um dieselbe Not, und beiden muß geholfen werden.

Stadtv. **Reißner:** Ich habe schon früher in einer Sitzung des Finanzausschusses darauf hingewiesen, daß die städtischen Beamten sehr zufrieden sein würden und auf jegliche Teuerungszulagen verzichten würden, wenn ihre Besoldung der Erhöhung der Arbeiterlöhne entsprechend ebenfalls erhöht würde. Die Erhöhung der Arbeiterlöhne beträgt 300 Proz. und mehr. Ich weiß, daß Vorarbeiter in der Gasanstalt einen höheren Lohn erhalten als mittlere städtische Beamte, die 20 Jahre im Dienste sind. Das gibt doch zu denken. Erhöhen Sie die Besoldung der Beamten entsprechend der der Arbeiter, dann ist die städtische Beamtenschaft sehr zufrieden.

Stadtv. **Frede:** Ich glaube, daß dieser Zwiespalt der Meinungen nicht heute abend hier ausgetragen werden kann. Es handelt sich hier um den Antrag Rönneburg, der lediglich das Vorgehen des Staates auf die Stadt übertragen will. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagte, daß einige Unterschiede eintreten könnten, so sagte

er wiederum, daß sie unbedeutender Natur sind, und ich glaube nicht, daß Herr Rönneburg darauf bestehen wird, daß peinlich genau die Richtlinien des Staates von uns nachgeahmt werden. Wir müssen doch einmal hören, was der Rat der Stadt unter diesen Abweichungen versteht. Jedenfalls sind wir alle der Meinung, daß gleiches Maß angelegt werden muß bei den Beamten wie bei den Arbeitern. Ich könnte noch dieses und jenes dazu bemerken, vermeide es aber, um den Funken des Zwiespaltes nicht weiter anzufachen; es ist besser, wenn ruhige, sachliche Erörterungen vorgenommen werden, und das kann nicht geschehen im Plenum anläßlich eines solchen Antrages, der unvorbereitet gestellt wird. Sonst redet jeder nur das, was ihm gerade einfällt, und das Feuer wird nur angefacht. So etwas muß in der Kommission ausgemacht werden, und der verstärkte Ausschuß ist die gegebene Stelle dazu. Es ist ja auch möglich, daß in der Kommission die Gegensätze unüberbrückbar werden, und dann steht dem nichts im Wege, daß die Sache ans Plenum zurückgeht. Ich glaube aber, daß sich im verstärkten Finanzausschuß eine Verständigung erzielen lassen wird, und bitte Sie, den Antrag diesem Ausschusse zu überweisen und nicht heute abend schon abzustimmen, denn dann würden wir uns für den Antrag in der Weise aussprechen, daß wir genau das Vorgehen des Staates nachahmen wollen. Wir werden im verstärkten Finanzausschuß das Nähere ja hören. Ich bitte, diese Aussprache heute abend hier nicht weitergehen zu lassen.

Vorsitzender: Die Sache ließe sich so einrichten, daß die Versammlung sich grundsätzlich mit Auszahlung der Gelder einverstanden erklärt und den verstärkten Finanzausschuß beauftragt, zu den Abweichungen, die der Magistrat vorgeschlagen hat, Stellung zu nehmen.

Stadtv. Genzen: Wir werden einverstanden sein, daß der Antrag dem verstärkten Finanzausschuß überwiesen wird, aber nur mit der Einschränkung, daß die städtischen Arbeiter genau in derselben Weise bei der Teuerung behandelt werden wie die städtischen Beamten.

Stadtv. Rönneburg: Das läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Für die Beamten sind gewisse Richtlinien und Grundsätze ausgearbeitet, und das fehlt bei den Arbeitern. Ich bin einverstanden, daß der verstärkte Finanzausschuß die Anregung des Herrn Genzen verfolgt, auf ihre Ausführbarkeit hin prüft und bestimmte Vorschläge macht. Auf der Seite der Beamten sind Grenzen gezogen, für die Arbeiterschaft müssen sie erst aufgestellt werden. Es würde möglich sein, dem staatlichen Beispiel zu folgen, und der verstärkte Finanzausschuß würde aller Wahrscheinlichkeit nach sich mit diesen Vorschlägen beschäftigen und ihnen Folge geben können.

Stadtv. Rehner: Wenn wir den Lohnsatz von 1,70 M zugrunde legen, dann kommen wir zu einem Wochenlohn von 81,60 M und damit auszukommen ist unmöglich; das wissen Sie selber. Wer dagegen mit der Teuerungszulage 7500 bis 8000 M im Jahre hat, nicht den Witterungsverhältnissen ausgesetzt ist, wie es doch bei einem großen Teil der städtischen Arbeiter der Fall ist, die während eines großen Teiles des Tages draußen arbeiten müssen, der steht sich wesentlich besser. Was bei solchen Arbeiten im Freien oder bei Arbeiten, wie sie ein großer Teil der Gas- und Wasserwerksarbeiter verrichten muß, an Zeug und Schuhwerk daraufgeht, wird nur derjenige wissen, der in einer ähnlichen Situation sich befunden hat. Ich möchte ersuchen, gleiches Recht für alle gelten zu lassen.

Vorsitzender: Ich werde die Frage stellen, ob die Versammlung beschließen will, daß sie sich grundsätzlich mit der Auszahlung der Beschaffungsbeihilfe an Beamte und Arbeiter einverstanden erklärt, und daß der verstärkte Ausschuß prüfen soll, ob die kleinen Abweichungen, die vom Räte der Stadt in Aussicht genommen sind, als zutreffend anzusehen sind. Sollte nicht alles nach Wunsch in der Finanzkommission erledigt werden können, so steht es ihr frei, in der nächsten Sitzung neue Anträge zu stellen.

Ich bitte diejenigen, die mit dieser Fassung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist beschloffen worden.

Ich schließe die öffentliche Sitzung,

Dauer der Sitzung bis 7^{1/2} Uhr.

1919/1920.

Nr. 15.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. November 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Erhöhung des Schulgelbes für ortsfremde Kinder.	767
2. Antrag Frede auf Ausdehnung der elektrischen Notbeleuchtung auf die Sonnenstraße.	768
3. Grundsätze für die Zahlung von Tagegelbern an die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der städtischen Behörden.	770
4. Antrag Kofahr auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht auf der Wolfenbütteler Straße.	772
5. Anfrage Stegmann, betreffend die Besserung der Gasverhältnisse.	773
6. Anfrage Schilke, betreffend die Begeräumung des Schnees von den städtischen Straßen.	776
7. Anfrage Genzen, betreffend die Förderung der Schweineaufzucht durch stadtseitige Maßnahmen.	777
8. Antrag Reißner auf Anstellung der nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Beamten und Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung.	780
9. Antrag Jahnz, betreffend die Teilnahme der städtischen Beamten und Lehrer an der staatlichen Beamtenkredithilfe.	781
10. Antrag Rechter auf Neuorganisierung des Wohlfahrtsamtes.	782
11. Anfrage Rönneburg, betreffend die Streupflicht der Hausbesitzer bei Schneefall oder Glätteis.	783

	Seite
12. Antrag Rönneburg auf Schaffung eines städtischen Presseamtes	784
13. Antrag eines früheren Magistratsmitgliedes wegen Regelung seiner ferneren Bezüge	785
14. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Gaußschule	792
15. Beitritt der Stadt in die Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals	792
16. Erhöhung der Bürgerschaftssumme für den Bedarf des Versorgungsverbandes Braunschweig	804
17. Finanzielle Beteiligung der Stadt am Landestheater	804
18. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise	814
19. Ortsbauplan für die Charlottenhöhe	816
20. Beschaffungsbeihilfe für Beamte, Lehrer und Arbeiter	817
21. Vorübergehende Einschränkung des Betriebes der städtischen Brausebäder	821
22. Vermietung einer städtischen Baracke an das Rote-Kreuz-Krankenhaus	828

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Weyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, Oberamtsrichter **Weyer**, Rechtsanwalt **Philips**, ferner die Stadträte **Jüermann**, **Junke**, **Langemann**, **Ohlendorf**, **Kalß**, Dr. **Reiche**.

Entschuldigt Herr Stadtverordneter Dr. **Jasper**, Stadtverordnete Fräulein **Oden** und Stadtverordneter **Steinbrecher**.

Die Herren Stadtverordneten Dr. **Regensburger** und **Rönneburg** erscheinen später.

Vorsitzender W. Riefe: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Eingegangen ist eine Mitteilung von der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals, über die noch berichtet werden wird, weiter eine Druckschrift über die **Sparprämienanleihe 1919**, die allen Mitgliedern der Versammlung zugegangen ist.

In einer Eingabe des **Konditorgehilfenvereins** wird gebeten, daß den Konditoreibetrieben, soweit sie Gehilfen beschäftigen, eine geringe regelmäßige Sonderzuteilung an Kohlen, Mehl und Zucker gewährt wird, damit die Arbeitslosigkeit in diesen Gewerben möglichst beseitigt wird.

Eine Frau **Weidner** fragt an, wann das in Aussicht gestellte Brennholz, das die Stadt angekauft hat und liefern will, zur Verteilung kommt.

Aus der Mitte der Versammlung sind folgende Anträge und Anfragen heute eingegangen:

Eine Anfrage des Herrn **F r e d e**: „Ist der Rat in der Lage, über die für die Privathaushaltungen wie für die Geschäftsbetriebe höchst unangenehmen Stromunterbrechungen des Elektrizitätswerkes eine Aufklärung zu geben?“

Eine Anfrage des Herrn **J a h n s**: „Die von den Stadtverordneten beschlossene Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre ist bis jetzt nicht durchgeführt. Der Rat wird ersucht, die Zuteilung umgehend vornehmen zu lassen.“

Herr **T o s t m a n n** hat folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Vorlage auszuarbeiten, daß das Statut über die Abgaben an die Feldmarksgemeinden dahin abgeändert wird, daß die Einwohner, die mit ihren Grundstücken an fertig ausgebauten Straßen liegen und zu den Straßenbau- und -unterhaltungskosten herangezogen werden oder sind, von den Abgaben an die Kasse der Feldmarksgemeinden befreit sind.“

Herr **G e n z e n** fragt an: „Bei der Verteilung des stadtseitig beschafften Brennholzes haben sich Unzuträglichkeiten eingestellt. Kann der Rat nicht Sorge tragen, daß das Holz baldmöglichst an die Interessenten verabsolgt wird?“

Herr **S t e g m a n n** beantragt: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die in der Kartenverteilungsstelle am Bülltenweg zutage getretenen Mißstände zu beseitigen, nötigenfalls dem Herrn Ohms die Kartenverteilung abzunehmen und eine andere Verteilungsstelle für den betreffenden Bezirk einzurichten.“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Erhöhung des Schulgeldes für ortsfremde Kinder.

Stadtv. **Schmidt**: Meine Damen und Herren! Dieser Punkt hat schon mehrmals auf der Tagesordnung gestanden, ohne daß er zur Beratung gekommen ist, und der Schulausschuß empfiehlt heute der Versammlung, mit Rücksicht darauf, daß seitens des Reiches neue Beratungen über das Schulwesen zu erwarten sind, das Ergebnis dieser reichsseitigen Beratungen, wodurch es sich herausstellen könnte, daß wir eine gründliche Umgestaltung unseres ganzen Schulwesens vornehmen müssen, abzuwarten, und aus diesem Grunde die Beratung dieses Punktes einstweilen zurückzustellen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses an.

2. Antrag Frede auf Ausdehnung der elektrischen Notbeleuchtung auf die Sonnenstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Meine Damen und Herren! Der Antrag Frede lautet: „Die Versammlung ersucht den Rat der Stadt, die elektrische Notbeleuchtung auf die Sonnenstraße auszudehnen.“ Die Baukommission hat sich gestern mit diesem Antrage beschäftigt und ist dabei zu dem Resultat gekommen, Ihnen vorerst die Anlage nicht zu empfehlen, und zwar aus folgendem Grunde: Es wird anerkannt, daß die Sonnenstraße bei dem dort herrschenden starken Verkehr, bei dem Vorhandensein einer Straßenbahnlinie mit Doppelgleis und bei der Enge der Straße eine bessere Beleuchtung nötig hat, aber es wird nicht für angebracht gehalten, in dieser Zeit, wo die Stadt vor großen Ausgaben steht, die Notbeleuchtung noch auf weiteren Straßen einzurichten, und anscheinend wird die Gasanstalt wohl in der Lage sein, Gas zur Erleuchtung der Straße weiter zu liefern. Es sind über die Gasbeleuchtung in dieser Straße noch Nebenwünsche bei der Beratung in der Kommission aufgetaucht, die der Direktion der Licht- und Wasserwerke übermittelt werden. Eine elektrische Notbeleuchtung in der Sonnenstraße jetzt anzulegen, ist also in der Kommission nicht für zweckmäßig erkannt, und infolgedessen bin ich leider in der Lage, Ihnen seitens des Bauausschusses Ablehnung des Antrages Frede empfehlen zu müssen.

Stadtv. **Frede:** Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß die Herren aus der Baukommission, die für die Ablehnung meines Antrages eingetreten sind, in der Lage sind, versichern zu können, daß durch das Gaswert künftig eine regelmäßige Lieferung von Gas zur Beleuchtung der Sonnenstraße verbürgt werden kann, so daß dort während der dunklen Zeit einigermaßen erträgliche Zustände herrschen. Es kann niemand vorhersagen, daß die Kohlenbelieferung der Stadt besser wird; von anderer Stelle haben wir sogar gegenteilige Erklärungen gehört. Wenn auch gesagt wird, daß auch die Wendenstraße einen gleichen Anspruch erheben könnte, so muß doch bei ruhiger, objektiver Überlegung, ohne daß man an den Bezirk denkt, in dem man wohnt und den man vertreten zu sollen glaubt, anerkannt werden, daß die Sonnenstraße zweifellos diejenige Straße ist, die eine bessere Beleuchtung am meisten nötig hat. Sie ist unregelmäßig gebaut, ist eng, der gesamte städtische Verkehr von Osten nach Westen wälzt sich über diese Straße, und es sind unerträgliche Zustände, die während dieser Jahre, wo die Beleuchtung unterblieben ist, dort geherrscht haben. Die Kommissionsbeschlüsse werden in der Regel hier angenommen, ich möchte aber in diesem Falle die Herrschaften bitten, daß Sie das dieses Mal nicht tun. Wenn man nun einmal den

großen Notstand auf der Sonnenstraße anerkennt, so muß man auch für eine Besserung eintreten. Daß einige Laternen in der Folge dort brennen sollen, würde ja eine kleine Verbesserung sein, aber man kann nicht damit rechnen, daß diese Besserung durch die Gasbeleuchtung von Dauer ist. Diese Straße heißt die Sonnenstraße; wollen wir sie so sehr in Widerspruch mit ihrem Namen lassen? Ich bitte sehr darum, daß Sie meinen Antrag annehmen und nicht den Antrag des Ausschusses.

Stadtv. Löffmann: Meine Damen und Herren! Der Bauausschuß hat sich sehr gründlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, aber er hat sich doch zur Ablehnung dieses Antrages entschließen müssen. Es ist nicht nur in der Sonnenstraße so schlecht mit der Beleuchtung bestellt, sondern es gibt noch mehrere andere Verkehrsstraßen, die in der gleichen Lage sind, wenn auch heute nur die eine, die Wendenstraße, angeführt ist. Sobald der Antrag auf Einrichtung von Notbeleuchtung auf der Sonnenstraße angenommen wird, werden die Anwohner der anderen Straßen mit demselben Antrag kommen, auch für ihre Straßen Licht zu schaffen. Wenn augenblicklich auch das Gas oftmals versagt hat, so muß man doch damit rechnen, daß wir diese Zustände wie in diesem Winter nicht ewig behalten werden. Wir werden über diese Zeit hinwegkommen. Wenn die elektrische Beleuchtungsanlage fertig ist, würden bald die kürzeren Nächte kommen, und im nächsten Winter wird es hoffentlich mit dem Heizungs- und Beleuchtungsmaterial wieder besser stehen. Außerdem muß in Betracht gezogen werden, daß in letzter Zeit schon Verbesserungen in der Straßenbeleuchtung eingetreten sind, indem die Laternen an den Straßenecken wieder in Betrieb gesetzt sind. Einzelne Herren aus der Kommission waren allerdings der Ansicht, daß auch diese Laternen noch dunkel wären, aber ich habe mich selbst überzeugt, tatsächlich sind an den Ecken der Hauptstraßen die Laternen abends wieder angesteckt. Es könnte ja wohl vorkommen, daß auf der Gasanstalt wieder einmal keine Kohlen vorhanden wären und die Gasbeleuchtung versagt, aber für solche kurze Zeit müßte man diese Unannehmlichkeit ertragen. Wenn man die Anlage auf der Sonnenstraße einrichtete, so würde das nur für eine kurze Zeit nötig sein und würde eine ungeheure Menge Geld kosten. Um diese Kosten zu vermeiden, stellt sich die Baukommission auf den Standpunkt, den Antrag Frede abzulehnen, und ich möchte Sie ersuchen, sich dem Entschluß der Baukommission anzuschließen.

Stadtv. Meyerhoff: Nur schweren Herzens bin ich als Referent dazu gekommen, Ihnen die Ablehnung des Antrages zu empfehlen, aber die Gründe dafür waren doch nicht von der Hand zu weisen. Wenn wir auf der Sonnenstraße an-

fangen, elektrische Notbeleuchtung einzurichten, dann wird sozusagen die ganze Stadt mit Anträgen auf gleiche Beleuchtung kommen; wo ist da ein Anfang und wo ein Ende? Ich erinnere an die Friesenstraße und besonders an die Langedammstraße. Letztere ist in derselben Lage wie die Sonnenstraße; es herrscht dort ein großer Verkehr, die Straße ist eng und krumm, hat Ecken und Kanten überall, und auch die Straßenbahn fährt dort. Nur diese Rücksicht auf die kommenden Anträge hat den Beschluß der Kommission herbeigeführt; man müßte fürchten, es folgen ein Duzend Straßen mit gleichen Anträgen. Auch das andere, was der Herr Vorredner anführte, halte ich für richtig. Wir gehen hoffentlich wieder dem Frühjahr entgegen; Ende Januar, es sind noch acht bis zehn Wochen, ist es wieder bis abends 6 Uhr hell, und es läßt sich doch erwarten, daß wir in acht Wochen durch die Kohlennot hindurch sind. Ich hoffe, daß das Gaswerk selbst bei der mageren Kohlenlieferung noch in der Lage ist, für die Notbeleuchtung auf den Straßen aufzukommen, und möchte aus allen diesen Gründen empfehlen, den Antrag Frede abzulehnen.

Dem Antrage des Bauausschusses gemäß wird der Antrag Frede abgelehnt.

3. Grundsätze für die Zahlung von Tagegeldern an die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der städtischen Behörden.

Stadtv. **Blumeier**: Meine Damen und Herren! Nachdem in einer Sitzung im vorigen Monat die geehrten Herrschaften den Beschluß herbeigeführt haben, daß den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der städtischen Behörden Sitzungsgelder gezahlt werden sollen, erübrigt es sich wohl, auf die Gründe dafür näher einzugehen; sie sind in der bezeichneten Sitzung genügend erörtert. Der Rat der Stadt steht dieser Sache nicht ablehnend gegenüber und hat eine entsprechende Vorlage gemacht. Nach den aufgestellten Grundsätzen sollten an die Mitglieder sämtlicher Kommissionen, Deputationen und Ausschüsse, gleichviel von welcher Art der Ausschuß ist und in welcher Dauer die Sitzungen stattfinden, Sitzungsgelder gezahlt werden. Der Finanzausschuß hat sich nun in seiner Vorberatung der Ratsvorlage zu der Meinung durchgerungen, daß diese Bestimmung etwas zu weitgehend wäre, es wäre aber allerdings nötig, die regelmäßig wiederkehrenden Sitzungen von längerer Dauer zu vergüten, um wenigstens zu einem Teil den entgehenden Arbeitsverdienst zu decken. Der Finanzausschuß schlägt Ihnen nun folgende Grundsätze vor:

- „I. Vom 1. Oktober 1919 an erhalten die ehrenamtlich tätigen Mitglieder
1. des Rates der Stadt (unbesoldete Stadträte),

2. der Stadtverordnetenversammlung,

3. des Finanzausschusses, Bau-, Rechts- und Schulausschusses

als Ersatz für Aufwandskosten und etwa entgehenden Arbeitsverdienst Tagegelder in Höhe von 7,50 M.

II. Das Tagegeld wird für jede Sitzung gezahlt, an der ein Beteiligter teilnimmt, für den Tag jedoch höchstens der Betrag von 15 M. Mehrere aufeinanderfolgende Sitzungen, die entweder in die Morgenstunden oder in die Nachmittagsstunden eines und desselben Tages fallen, werden nur für je eine Sitzung gerechnet."

Sodann sollen in den Sitzungen der einzelnen Körperschaften Anwesenheitslisten ausgelegt werden, in welche die beteiligten Personen ihre Namen einzutragen haben. Für die Anweisung der vierteljährlich zur Auszahlung gelangenden Tagegelder ist ausschließlich die persönliche Eintragung der Namen der Beteiligten in die Anwesenheitsliste maßgebend.

Ein Verzicht auf das Tagegeld ist nicht zulässig.

Nun sind schon speziell für eine Anzahl von Kommissionen Tagegelder von der Versammlung bewilligt worden; diese sollen von der heutigen Maßnahme unberührt bleiben. Im Namen des Ausschusses bitte ich, die vorgetragenen Vorschläge anzunehmen.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Damen und Herren! Ich bin im allgemeinen mit der Vorlage, wie sie aus dem Finanzausschuß herausgekommen ist, einverstanden, nur vermiße ich eins: Wenn die vier großen Ausschüsse — Finanz-, Bau-, Schul- und Rechtsausschuß — die Vergütung haben sollen, so kann ich nicht einsehen, daß eine Zurücksetzung der Mitglieder des Stadtbauamtes eintreten soll. Die Sitzungen des Stadtbauamtes sind von mindestens eben so langer Dauer wie die der Ausschüsse; ich weiß das, da ich mehrere Jahre lang Mitglied des Stadtbauamtes gewesen bin, wenn auch jetzt nicht mehr. Die Sitzungen haben oft drei bis vier Stunden gedauert, und ich habe von den jetzt im Stadtbauamt tätigen Herren erfahren, daß sich die Sitzungen bis in die Abendstunden ausdehnen. Es ist nur ein Akt der Gerechtigkeit, daß auch dieser Ausschuß bei den Vergütungen miteinfaßt wird.

Stadtv. **Bunge:** Meine Damen und Herren! Ich vermiße noch einen Ausschuß, der sehr viel Arbeit zu bewältigen hat, und in dem die Mitglieder möglichst einen Tag zubringen, auch noch andere Abende und Nachmittage, die wir nicht aufzeichnen. Das ist der Stadtschlachtungsausschuß. Es sind dort Herren tätig, die ihre Arbeit während der Zeit der Sitzungen dieses Ausschusses ver-

fäumen müssen. Es ist für den Ausschuß nützlich, daß wir diese Herren darin haben, aber sie müssen für die Zeit, die sie dem Ausschuß widmen, entschädigt werden, und darum möchte ich dringend bitten.

Stadtv. Jahn: Meine Damen und Herren! Ich möchte die Ausführungen des Herrn Bunge unterstützen. Die Sitzungen des städtischen Schlachtungsausschusses dauern meistens von 9—1 Uhr, auch bis ½2 Uhr, und das ist eine Zeit, die dem eigenen Beruf oder Geschäft entzogen und für die Allgemeinheit aufgewendet wird. Ich erinnere daran, daß sich in dem Ausschuß solche Mitglieder befinden, die durch die Teilnahme an den Sitzungen in ihrem Geschäft geschädigt werden und es sich überlegen müssen, ob sie ferner noch in der Lage sind, in dieser Weise die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Das sind insbesondere diejenigen, die für die Interessen der Verbraucher eintreten. Ich möchte nicht pro domo sprechen, aber gerade dieser Herren wegen möchte ich dafür entschieden eintreten, daß dem Schlachtungsausschuß Tagegelber gezahlt werden.

Die Vorschläge des Finanzausschusses werden angenommen, darauf auch die Anträge Stegmann und der Antrag Bunge.

4. Antrag Kofahr auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht auf der Wolfenbütteler Straße.

Stadtv. Tostmann: Meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung wurde von Herrn Kofahr der Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage über den Bau einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht auf der Wolfenbütteler Straße vorzulegen.“ Dieser Antrag hat dem Bauausschuß zur Verberatung vorgelegen. Er erkennt an, daß die weitere Anlage von Bedürfnisanstalten, besonders für das weibliche Geschlecht, in der Stadt sehr notwendig sei, und daß in erster Linie an der Wolfenbütteler Straße, wo der Verkehr ein großer ist, eine Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht errichtet werden müßte. Es kam aber auch zur Sprache, daß noch an anderen Stellen, z. B. auf der Helmstedter Straße in der Nähe des Ostbahnhofes, sich die Errichtung von Bedürfnisanstalten als notwendig erweisen würde, daß wir also nicht diesen einen Beschluß allein fassen dürften. Auf Grund der Preisverhältnisse im Baugewerbe, insbesondere der teuren Baumaterialien, sah sich der Ausschuß veranlaßt, zu empfehlen, vorläufig von der Errichtung dieser Bedürfnisanstalten absehen zu wollen. Es wird aber ersucht, den Beschluß zu fassen, daß späterhin, sobald wieder geregelte Verhältnisse eingetreten sind, der Rat der Stadt für den Bau solcher Bedürfnis-

anstalten an der Wolfenbütteler und Helmstedter Straße die nötigen Schritte tun möge.

Stadtv. Kofahr: Meine Damen und Herren! Leider bin ich in derselben Lage wie Herr Frede und muß bitten, für diesen Antrag des Bauausschusses nicht zu stimmen. Ich erkenne an, daß heute das Bauen ungeheures Geld kostet, bin aber auch erfreut, daß die Notwendigkeit des Baues einer solchen Bedürfnisanstalt an der Wolfenbütteler Straße vom Bauausschuß zugegeben ist, und möchte Sie deshalb trotz der entstehenden hohen Kosten bitten, den von mir gestellten Antrag anzunehmen.

Dem Antrage des Bauausschusses entsprechend wird der Antrag Kofahr abgelehnt.

5. Anfrage Stegmann, betreffend die Besserung der Gasverhältnisse.

Wortlaut der Anfrage: Ist keine Möglichkeit vorhanden, die trostlosen Gasverhältnisse zu bessern?

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Wenn ich die Frage gestellt habe, ob keine Möglichkeit vorhanden ist, die trostlosen Gasverhältnisse zu bessern, so will ich damit dem Rat der Stadt nichts Übermenschliches zumuten. Ich weiß sehr wohl, wie die Dinge liegen und daß die fürchterliche Kohlennot wiederholt dazu gezwungen hat, Gassperren eintreten zu lassen. Aber die Verhältnisse in der ganzen jetzigen Zeit sind doch so, daß das Gas viele Tage lang so traurig gebrannt hat, daß es auch als Kochgas gar nicht zu verwenden war. Ich habe einen kleinen Topf $\frac{1}{2}$ Stunde lang auf dem Gasherd stehen gehabt, das Wasser darin ist wohl heiß geworden, aber zum Kochen war es nicht zu bringen. Nun ist mir gesagt, es sei wohl möglich, den Druck in den Gasrohren zu erhöhen, aber er würde absichtlich zurückgehalten, damit Gas gespart würde. Wenn das der Fall sein sollte, so möchte ich an den Rat die Bitte richten, dies zu ändern. Wenn einmal das Gas so teuer bezahlt werden muß, so wäre es doch nötig, daß für die Stunden, wo das Gas brennt, der Druck ein genügender ist. Dann würden doch die Leute für ihr Geld etwas haben und mit Gas kochen und bei Gaslicht sehen können.

Weiter wurde mir mitgeteilt, daß dadurch eine Besserung erzielt werden sollte, daß man die Gasrohre durchpusten lasse, und das würde seitens des Gaswerkes ausgeführt. Ich habe das bei meiner Gasleitung versucht und tatsächlich ist auch eine Besserung eingetreten, allerdings nicht in dem Maße, daß das Gas wie früher brannte, aber es war doch wesentlich besser als kurz vorher. Bei den

hohen Preisen halte ich es für selbstverständliche Pflicht der Stadt, daß eine Besserung, wo sie nur möglich ist, vorgenommen wird. Es ist auch nicht allenthalben der gleiche Mißstand vorherrschend, aber an vielen Stellen sind die Gasrohre durch die Benutzung der schlechten Kohlen bei der Gasherstellung verchlümmert, und so ist es Pflicht der Stadt, daß sie durch Vornahme der bezeichneten Manipulation dafür sorgt, daß die Gasverhältnisse gebessert werden. Ich gebe zu, daß dies eine Riesenarbeit für die Stadt sein würde und möchte deshalb gleich hinzufügen: Sollte es der Stadt nicht möglich sein, sie selber ausführen zu lassen, dann würde es mir als selbstverständlich erscheinen, daß öffentlich bekanntgemacht wird, daß man eine Besserung der Gasverhältnisse erzielen könne, wenn man die Rohre durchpusten läßt, und das könne von seiten der Stadt oder von seiten der Klempner, die die Apparate dazu besitzen, besorgt werden. Viele Leute wissen nichts davon, und es könnte durch Bekanntgabe dieser Tatsache darauf hingewirkt werden, daß durch das Publikum selbst eine Besserung erzielt wird.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Damen und Herren! Was die Beschaffung von Kohlen für die Gasserzeugung betrifft, so ist allgemein bekannt, daß die Kohlenzufuhr höchst mangelhaft ist. Ich habe selbstverständlich fortwährend mit dem Leiter der Gas- und Wasserwerke darüber verhandelt, ob nicht die Kohlenzufuhr verbessert werden kann, aber ich muß offen gestehen: Noch mehr zu tun, als die Direktion bisher versucht hat, ist meines Erachtens unmöglich. Wir haben nicht nur geschrieben, sondern auch telegraphiert und telephoniert, der Direktor und Vertreter des Gaswerkes sind mehrere Tage unterwegs gewesen, um die Kohlenstelle zu bewegen, uns wenigstens so viel Kohlen zu liefern, daß wir den Betrieb aufrechterhalten können — es ist nicht möglich gewesen, das zu erreichen. In letzter Zeit ist allerdings wieder etwas Kohle herangekommen, und es ist zu hoffen, daß für längere Zeit wenigstens etwas herangeschafft wird, aber dafür eintreten kann ich nicht; die Aussichten sind äußerst traurig. Ich sehe keine Möglichkeit, für die Stadt mehr Kohlen heranzuschaffen, als uns gegeben werden. Man stellt sich auf den Standpunkt: Erst kommen die Feinde, dann die Eisenbahnen, dann der Hausbrand und dann erst die Gaswerke. Wohin das führen muß, ist klar. Wenn man die Sache objektiv betrachtet, kann man allerdings nichts dagegen sagen; ob es freilich nötig ist, an die Feinde schon jetzt so viel zu liefern, das will ich dahingestellt sein lassen. Im übrigen aber ist die Reihenfolge wohl die richtige, denn wenn erst die Eisenbahnen den Verkehr nicht mehr vermitteln können, dann steht alles still. Man könnte zwar zweifelhaft sein, ob es richtig ist, erst den Hausbrand und dann die Gaswerke zu berücksichtigen, und ich wäre dankbar, wenn die Stadtverordneten sich darüber aussprechen. Wir könnten dann

vielleicht vorstellig werden, obgleich es Bedenken hat, in die Rationierung einzugreifen. Wir befinden uns also in einer äußerst schwierigen Lage, aber was möglich ist, um Kohlen für die Gaswerke zu beschaffen, das soll weiter versucht werden. Wir haben ja sowieso vom finanziellen Standpunkt aus ein lebhaftes Interesse daran, denn wenn es so weitergeht, dann nützen uns die hohen Gaspreise nichts; wir müssen Gas absetzen, sonst verdienen wir nichts daran.

Was die zweite Frage anbetrifft, die Herr Stegmann gestellt hat, ob der Druck nicht erhöht werden könnte, so liegt die Sache folgendermaßen: Es ist bekanntlich eine Zeitlang die Gaslieferung überhaupt eingestellt gewesen, und nur um die Spannung in den Rohren einigermaßen zu erhalten und das Eindringen von Luft zu verhüten, ist etwas Gas produziert und in die Rohre hineingedrückt. Dieses Gas sollte aber nicht zur Belieferung der Kunden dienen, sondern nur dazu, um das Gasrohrnetz betriebsfähig zu erhalten. Als es dann etwas mehr Kohlen gab, ist allerdings die Entnahme von Gas unbedenklich gewesen, aber ich habe von Herrn Direktor Lepsius auf meine Anfrage, weshalb er das nicht bekanntgemacht hätte, die Antwort hören müssen: „Ich habe es nicht gewagt. Wenn ich heute eine Bekanntmachung zur Zeitung schicke, dann ist uns möglicherweise zu der Zeit, wo sie zur Kenntnis der Zeitungsleser kommt, schon die Möglichkeit genommen, so viel Gas zu liefern, um alle Abnehmer befriedigen zu können.“ Es bleibt unter diesen Umständen tatsächlich nichts anderes übrig, als zu launieren, und dazu dient uns ein schwacher Druck in den Rohren. Wir haben uns davon überzeugt, daß sofort, wenn voller Druck gegeben wird, die Entnahme eine zu große ist, und zwar aus dem Grunde, weil bisher alle Belehrungen der Einwohnerschaft, daß der Gasverbrauch sehr wohl eingeschränkt werden kann, ohne dadurch den Effekt der Heizung zu verhindern, nichts genützt haben. Zu viele Leute sind bei der Einhaltung der Gasähne gleichgültig. Sie müßten darauf achten, daß das Gas sofort kleiner gestellt wird, sobald das Wasser oder das Essen ins Kochen gebracht ist, und das ist von der Gasanstalt aus nur dadurch zu regeln, daß man überhaupt nur schwachen Druck gibt. Ich möchte bezweifeln, daß es gutgetan sein würde, vollen Druck zu geben.

Betreffend die letzte Frage des Herrn Stegmann haben wir in der Verwaltungsjdeputation anerkannt, daß die Reinigung der Rohre, wenn sie von uns verlangt wird, auf Kosten der Stadt zu geschehen hat, und es wird kaum nötig sein, darüber eine Bekanntmachung zu erlassen, wenn ich hier in öffentlicher Sitzung erkläre, daß die Stadt dazu bereit ist.

Eine Besprechung der Anfrage wird von der Versammlung nicht gewünscht.

6. Anfrage Schilke, betreffend die Wegräumung des Schnees von den städtischen Straßen.

Wortlaut der Anfrage: „Die Verkehrsschwierigkeiten innerhalb der Stadt nehmen infolge des andauernden Schneefalls Dimensionen an, die ein sofortiges Eingreifen der städtischen Behörden verlangen. Die Transporte von Lebensmitteln und Brennstoffen werden fast unmöglich dadurch, daß seit Tagen nicht für die Wegräumung des Schnees aus den Fahrwegen in dem absolut notwendigen Umfange gesorgt wird. Wieviel städtische Arbeiter sind mit Wegräumungsarbeiten beschäftigt, und wieviel Arbeitslose sind zu den gleichen Arbeiten herangezogen?“

Stadtv. **Schilke** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Diese Anfrage hatte ich in der letzten Sitzung gestellt, als der große Schneefall eingetreten war, sie konnte aber nicht zur Erledigung kommen, weil das Geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig war. Der Schnee ist nun nicht so lange geblieben, daß diese Anfrage für ihn noch aktiv werden könnte; aber ich möchte doch für künftige Fälle diese Frage anschnelden und darum ersuchen, daß die Organisation zum Wegräumen dieses Verkehrshindernisses etwas schneller durchgeführt wird. Wenn wir in den Tagen des fürchterlichen Schneefalles sehen mußten, daß mit Nahrungsmitteln oder Brennmaterialien beladene Gespanne einfach im Schnee steckenblieben, daß andererseits aber 1800 Arbeitslose in der Stadt vorhanden waren und nach Mitteilung des Herrn Stadtbaurats Gebensleben nur 165 von ihnen bei dieser Arbeit in Tätigkeit gewesen sind, so muß ich erklären, daß das viel zu wenig waren. Wir mußten versuchen, alle 1800 heranzukriegen, soweit sie arbeitsfähig waren, damit diese Verkehrsschwierigkeit möglichst schnell behoben wurde, und ich möchte bitten, daß in der Folge Vorsorge getroffen wird, daß die Organisation zum Wegräumen des Hindernisses schneller einsetzt, damit wir nicht vier bis fünf Tage hinterher mit Anfragen zu kommen brauchen. Diesmal ist der Schnee ja so ziemlich allein verschwunden, das nächste Mal wird er es vielleicht nicht tun, und deshalb bitte ich, eine Organisation für seine Beseitigung frühzeitig festzulegen und seinerzeit durchzuführen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Herr Schilke hat angefragt, wieviel städtische Arbeiter und wieviel Arbeitslose mit der Wegschaffung des Schnees beschäftigt sind. Ich habe ihm schon vor vierzehn Tagen, am 13. dieses Monats, Aufschluß darüber gegeben. Kurze Zeit darauf setzte ein viel heftigerer Schneefall ein, in der Nacht auf den Sonntag. Diese ungeheure Menge Schnee konnte allerdings nicht in kurzer Zeit weggeräumt werden, und das ist nicht bloß in Braunschweig der Fall

gewesen, sondern auch in andern Städten, z. B. in Berlin. Ich habe noch vor wenigen Tagen von einem Herrn, der aus Berlin gekommen war, gehört, daß die Beseitigung des Schnees dort sehr viel zu wünschen übriggelassen hat; während die Straßen in Braunschweig ziemlich frei von Schnee waren, seien sie in Berlin noch mit Schnee belegt. In Hannover hat man dabei allerdings günstiger abgeschnitten, weil die Zahl der Arbeitslosen, die mit dieser Arbeit beschäftigt worden sind, eine größere gewesen ist als hier. Ich kann erklären, daß das städtische Tiefbauamt zu dieser Arbeit so viel Arbeitslose eingestellt hat, wie es irgend beschäftigen konnte. Leider hat sich am ersten Tag nur ein einziger zu dieser Arbeit gemeldet, aber die Zahl ist gewachsen auf 5, 9, 16, und so sind die Zahlen allmählich größer geworden. Im ganzen sind 169 Arbeitslose hierbei beschäftigt worden. Später haben sich noch mehr Leute gemeldet, und ihre Zahl ist auf 594 — also rund 600 — gestiegen. 60 bis 64 Fuhrwerke sind bei dieser Wegschaffung des Schnees benutzt worden. Es wird Sie interessieren, zu erfahren, welche Kosten der Stadt dabei erwachsen sind. Die Beseitigung des gefallenen Schnees hat die Stadt an Lohn rund 48 000 M. gekostet, an Fuhrlohn 32 000 M., in Summe also rund 80 000 M. Es handelt sich, wie Sie sehen, um eine gewaltige Ausgabe, aber wir dürfen nicht davor zurückschrecken; man muß tun, was man kann, um die Verlehrsbedingungen zu heben. Sie sehen aus diesem Bericht, daß das Tiefbauamt getan hat, was es tun konnte; es sind Arbeitslose eingestellt, und mit diesen Arbeitskräften ist so viel geschehen, wie geschehen konnte. Allerdings habe ich die Beobachtung gemacht, daß nicht überall mit besonderem Eifer gearbeitet ist. Ich selber habe wiederholt an den verschiedensten Stellen gesehen, daß die Lässigkeit bei der Arbeit nicht zu übertreffen war; man sah ganze Gruppen von Leuten, die fast nichts taten. Ich habe heute mittag mit Herrn Stadtbaurat Menadier darüber verhandelt, und er ist der Ansicht, daß wir in der Folge bei derartigen Fällen eine größere Anzahl geschulten Aufsichtspersonals einstellen müßten, damit durch dieses strenger darauf gehalten werden kann, daß die eingestellten Leute dem Lohne entsprechend auch etwas tun.

Eine Besprechung der Anfrage wird nicht gewünscht.

7. Anfrage Geuzen, betreffend die Förderung der Schweineaufzucht durch stadtseitige Maßnahmen.

Wortlaut der Anfrage: Was gedenkt der Rat zu tun, um die Schweineaufzucht zu fördern und dadurch die Versorgung der Einwohner mit Schweinefleisch zu heben?

Stadtv. Genzen (zur Begründung): Meine Herrschaften! Wir wissen alle, daß die Ernährungsmöglichkeiten in der heutigen Zeit außerordentlich schlecht sind, und soweit man die Nachrichten der Zeitungen und die Verhandlungen in der Nationalversammlung darüber verfolgt, kann man nur mit Schrecken der kommenden Zeit entgegensehen, denn die Ernährung wird immer schlechter werden. Ich weise darauf hin, wie es in Österreich steht und in Wien aussieht, und so haben wir alle Ursache, seitens des Rates und der Stadtverordneten darauf zu sinnen, wie die Ernährungsschwierigkeiten behoben werden können. Ich weiß sehr wohl, daß wir bei der Aufzucht von Ferkeln nicht nach vier Wochen in Saus und Braus leben können und Fleisch genug haben werden, aber das Schwein ist immerhin doch das Tier, das am schnellsten heranwächst und uns mit Fett zu versorgen imstande ist. Die Ausmahlung des Getreides ist eine bessere geworden, und es ist mehr Futter als früher vorhanden, so daß mit Rücksicht darauf in diesem Jahr überall mehr Sauen angesetzt sind, um mehr Ferkel zu produzieren. Wir wissen auch, daß das für den Landwirt ein gutes Geschäft ist, denn eine Sau ferkelt fünfmal. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß überall in den Zeitungen zu lesen ist, wie auf den Viehmärkten Ferkel zum Verkauf gestellt werden, und es ist ein Rätsel, wie es kommt, daß es nicht einmal möglich ist, daß irgendwie Schweinefleisch verkauft wird. Es geht im Schieberwege nach Berlin und anderen Großstädten und zu denjenigen, die tatsächlich in der Lage sind, die hohen Wucherpreise zu bezahlen. Nun frage ich, was der Rat zu tun gedenkt, um die Schweineaufzucht in der Stadt zu fördern, resp. um dadurch die Ernährung des Volkes mit Fett und Schweinefleisch sicherzustellen. Ich las vor einigen Wochen, daß in Sachsen-Anhalt der Staat 1 500 000 M. ausgeworfen hat, um die Schweinezucht zu fördern und das Land unabhängig von Amerika und seiner Fleischzufuhr zu machen. Wir wissen auch, daß es bei dem schlechten Stand unserer Valuta nicht möglich sein wird, weiter noch Fleisch aus Amerika zu bekommen. Zu Anfang der Kriegszeit hat allerdings der Magistrat schon Versuche gemacht, selbst die Aufzucht der Schweine zu pflegen, und ich glaube, daß er damit nicht die besten Erfahrungen gemacht hat. Wir wissen auch, daß der Magistrat seinerzeit die Waldweidewirtschaft mitgemacht hat, daß aber die Schweine dort nicht fetter geworden sind, sondern magerer, daß sie vor Hunger umgefallen sind, und ich glaube, auch damit, daß man seitens der Stadt selbst Ferkel kauft und sie im städtischen Schlachthaus fett zu machen sucht, werden keine guten Erfolge erzielt werden. Dagegen bin ich der Meinung, daß wir die Förderung der Schweineaufzucht auf andere Art und Weise versuchen sollten. Ich möchte vorschlagen — ich weiß allerdings nicht, ob das ausführbar ist, glaube es aber —, daß der Magistrat denjenigen Einwohnern gegenüber, die schon früher Schweine aufgezogen haben, vielleicht bis zu einer

gewissen Einkommengrenze hin, erklärt: Wir geben euch eine Beihilfe, wenn ihr selber Ferkel aufzieht. Vielleicht ließe es sich einrichten, daß die Betreffenden sich verpflichten müßten, neben dem Ferkel für sich selber noch ein zweites für die Stadt aufzuziehen, daß die Stadt dann allerdings mit einem anständigen Preise bezahlen müßte, aber doch nicht so hoch wie für das amerikanische Fleisch — 13 bis 14 *M* pro Pfund. Ferner muß die Stadt auch Kleie für eine solche Aufzucht liefern. Heute kann noch jeder, der sich dafür interessiert, sehen, daß die Müllgefäße, wenn sie abgefahren werden sollen, noch halb voll von Abfällen sind, die gut zur Schweinesütterung verwendet werden könnten. Solches Verfahren müßte durch Ortsstatut unter Strafe gestellt werden; es müßten alle diejenigen bestraft werden, die zur Fütterung Brauchbares verbrennen oder umkommen lassen. Um die Bewohner zum Sammeln von Futter anzureizen, wäre es vielleicht zweckmäßig, daß solche, die viele zum Futter geeignete Abfälle abgeben, einen Gutschein bekommen und dadurch ein Erstanrecht auf das Fleisch der Tiere, die von Seiten der Stadt aus dieser Ferkelaufzucht erworben werden, bekämen. Ich glaube, daß es auf diese Weise möglich sein wird, eine große Anzahl Schweine aufziehen zu lassen und dadurch der Bevölkerung Besseres zu bieten, als es jetzt der Fall ist. In einer Sitzung hörte ich neulich, daß die Versorgung mit Fleisch bei uns höchstens bis Mitte Dezember garantiert werden könnte, und daß absolut keine Aussicht vorhanden ist, nachher noch für die Stadt Fleisch zu beschaffen. Wenn es möglich sein würde, auf die angegebene Weise in der Stadt Schweine aufziehen zu lassen, so würde dadurch auch der Bedarf an Rindvieh entlastet werden, und die Aufzucht von Milchvieh würde auf diese Weise mittelbar gefördert werden.

Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, sich zu äußern, wie er sich zu dieser Sache stellt, und ob er gewillt ist, uns eine Vorlage darüber zugehen zu lassen. Allerdings dürfte damit nicht noch wochenlang gewartet werden; wenn aber jetzt die Sache in die Hand genommen wird, so würde es möglich sein, im August bis September Schweinefleisch aus dieser Aufzucht zu bekommen. So gut wie Sachsen-Anhalt den Versuch macht, ebenso gut könnte auch unsere Stadt ihm darin folgen. Es sind ja schon so viele Versuche für Besserung der Lage fehlgeschlagen, Konkurs ist nun einmal doch, und so kann es auf einen fehlgeschlagenen Versuch mehr oder weniger nicht ankommen, noch dazu wenn es sich darum handelt, die Versorgung der Stadt mit Fleisch sicherzustellen. Solche Zustände, wie sie jetzt in Wien herrschen, möchte ich nicht erleben. Würden die Bolschewisten dort am Ruder sein, so würde man eine gute Ausrede haben und sagen: Seht euch die Bolschewistenherrschaft dort an! Aber Sie sehen, daß die nicht an jenen Zuständen schuld ist, sondern die ganzen jetzt herrschenden Verhältnisse. Ob die Bolschewisten oder Monarchisten schuld daran sind, das wollen wir eben nicht entscheiden, der Krieg

hat eine große Schuld daran; wir aber wollen tun, was nötig ist, um die Ernährungsverhältnisse bei uns zu bessern.

Stadttrat Vogler: Meine Damen und Herren! Die Anregungen, die uns von Herrn Genzen gegeben worden sind, werden wir natürlich gern berücksichtigen. Es ist selbstverständlich, daß wir der Sache so bald als möglich nähertreten, wenn sich durch unsere Prüfung herausstellt, daß etwas Ersprießliches damit erzielt werden kann. Versprechungen aber kann ich nicht machen, sondern kann nur sagen: Wir werden mit den zuständigen Sachverständigen — wir haben ja ein städtisches Gut und einen Stadtschlachtungsausschuß, in dem vielleicht einige Herren sitzen, die etwas von der Sache verstehen — uns in Verbindung setzen und jedenfalls versuchen, das aus der Sache herauszuholen, was herauszuholen ist. Wenn Herr Genzen in diesen Dingen eine gewisse Erfahrung hat — ich weiß, daß er sich selbst schon damit beschäftigt hat —, so soll uns sein Rat willkommen sein, und schließlich kann er uns gewiß das weitere Material von Sachsen-Anhalt zur Verfügung stellen. Auf jeden Fall werden wir in der Sache zu wirken suchen, soweit es möglich erscheint.

Ohne weitere Besprechung.

8. Antrag Reißner auf Anstellung der nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Beamten und Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung.

Wortlaut des Antrages: Der Rat der Stadt wird ersucht, 1. die nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Unterbeamten, besonders aber diejenigen, die früher der Berufsfeuerwehr angehört haben, auf Lebenszeit anzustellen, und 2. eine Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung herbeizuführen, damit alle städtischen Unterbeamten nach dem Ablaufe einer Reihe von Dienstjahren (vielleicht fünf) angestellt werden können.

Stadtv. Reißner (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Schon am 26. März dieses Jahres haben die städtischen Unterbeamten an den damaligen Stadtmagistrat sich mit der Bitte gewandt, man möge sie anstellen. Diese Eingabe haben sie am 10. November wiederholt und in ihrem zweiten Gesuch geschrieben: „Wir verweisen bezüglich unserer Wünsche auf unser Gesuch vom 26. März, auf das wir bisher keine Antwort erhalten haben.“ Es ist Ihnen bekannt, daß in den vorigen Sitzungen eine Anzahl von Feuerwehrleuten zur Anstellung auf Lebenszeit gekommen ist, und das erregt den Reiz besonders derjenigen Unterbeamten,

die früher jahrelang — sogar bis zu 12 Jahren — Feuerwehrleute gewesen sind, die nachher aber durch einen Unfall veranlaßt sind, aus dem Feuerwehrdienst auszutreten und in den städtischen Dienst als Unterbeamte übergegangen sind. Diese Unterbeamten sind bislang nicht zur Anstellung gelangt. Nun sagt § 124 der Städteordnung, daß die nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Gemeindediener auf Kündigung angenommen werden müssen. Es entsteht die Frage: Ist der Dienst der Feuerwehrleute ein mechanischer oder nicht? Ich will darüber nicht urteilen, möchte aber behaupten, daß der Dienst, wenigstens der Aufseher im Schlachthaus und auch bei andern städtischen Einrichtungen, wie im Marstall, im Pflegehause usw., mindestens ebenso zu beurteilen ist, wie der Dienst der Feuerwehrleute. Vielleicht ist die Vertrauensstellung, die diese Unterbeamten einnehmen, zum mindesten dieselbe. Wie Sie hören, ist es der Wunsch der Unterbeamten, auch zur Anstellung zu gelangen. Ich habe deshalb in einer der vorigen Sitzungen den Antrag darauf gestellt und habe, falls der Rat der Meinung sein sollte, daß der § 124 der Städteordnung meinem Antrage entgegenstehen sollte, den weiteren Antrag hinzugefügt, die Aufhebung dieser Bestimmung im Absatz 3 des § 124 der Städteordnung zu veranlassen. Ich möchte Sie bitten, im Interesse der städtischen Unterbeamten meinen Antrag anzunehmen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag zur Vorberatung dem Rechtsausschuß.

9. Antrag **Jahns**, betreffend die Teilnahme der städtischen Beamten und Lehrer an der staatlichen Beamtenkredithilfe.

Wortlaut des Antrages: Der Rat der Stadt möge mit der Regierung in Verbindung treten, damit Abmachungen getroffen werden, um die städtischen Beamten und Lehrer an der Einrichtung der Beamtenkredithilfe teilnehmen zu lassen.

Stadtvr. **Jahns** (zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren! Sie haben sich bei Bewilligung der Beschaffungsbeihilfe für die städtischen Beamten davon überzeugt, daß die Beamten sich tatsächlich in großer Notlage befinden. Nun muß man aber sagen, daß durch die Beschaffungsbeihilfe die Notlage bei vielen Familien nicht behoben ist. Die freien Berufsstände sind ohne weiteres in der Lage, durch Heraufsetzung der Preise für ihre Arbeit sich den Zeitverhältnissen anzupassen, während die Beamten auf das warten müssen, was ihnen angewiesen wird. Das tun sie gern, und wir kommen nicht, um mit Mägeliedern wieder anzutreten, damit Sie aufs neue etwas bewilligen. Ich möchte nun darauf aufmerksam machen, daß für die Beamten des Staates eine Beamtenkredithilfe eingerichtet ist, durch die derjenige Beamte, der nicht in der Lage ist, den augenblicklichen Zeit-

verhältnissen mit seinen Geldverhältnissen Rechnung zu tragen, die Möglichkeit erhält, ein Darlehn zum Zinsfuß von 4 % zu bekommen, daß in einem Zeitraum von 15 Jahren abgezahlt werden muß, so daß er nicht genötigt ist, sich Wucherern in die Hand zu geben. Mancher Beamte, der eine große Familie hat, hat vielleicht zu Anfang des Krieges Nötiges nicht gekauft in der Hoffnung, daß einmal bessere Zeiten kommen werden, und ist jetzt in der Lage, dringende Anschaffungen machen zu müssen. Von der Beihilfe kann er sie nicht machen, denn wenn er davon die notwendigen Lebensmittel beschafft, die Kartoffeln und Kohlen bezahlt hat, dann ist sie aufgebraucht. Deshalb wäre es dringend erwünscht, auch den städtischen Beamten ebenso wie den staatlichen durch die Kredithilfe unter die Arme zu greifen. Vielleicht wäre es angebracht, den Staat zu ersuchen, daß ebenso wie den staatlichen Beamten den städtischen Beamten gestattet wird, bei der staatlichen Kredithilfe ein Darlehn aufzunehmen. Sollte dies nicht bewilligt werden, so könnte der Rat vielleicht den gleichen Weg wie der Staat selbst beschreiten und Mittel zur Verfügung stellen, um den Beamten, die in Not geraten sind, zu helfen. Ich möchte bitten, meinen Antrag einer Kommission zu überweisen, und bitte Sie, meine Damen und Herren, den Antrag zu unterstützen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

10. Antrag Rector auf Neuorganisation des Wohlfahrtsamtes.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, das bestehende Wohlfahrtsamt neu zu organisieren und eine diesbezügliche Vorlage zu machen.

Stadtv. Rector (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Das städtische Wohlfahrtsamt, welches seit 1½ Jahren besteht, bedarf jetzt nach Beendigung des Krieges einer großzügigen Neuorganisation auf den verschiedenen Gebieten der sozialen Fürsorge: der Jugendfürsorge, der Gesundheitsfürsorge, der Armenpflege, der Wohnungsfürsorge und der Erwerbsfürsorge. Der Wohlfahrtsausschuß, welcher in der vergangenen Woche getagt hat, hat bereits Stellung dazu genommen, und Herr Stadtrat von Frankenberg ist von ihm damit betraut, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage darüber zu machen.

Stadtrat von Frankenberg: Meine verehrten Herrschaften! Dem geehrten Herrn Antragsteller ist bei seiner Mitteilung ein kleiner Irrtum untergelaufen. Wir sind in der vergangenen Woche im Vorstande des städtischen Wohlfahrtsamtes, dem Herr Rector mit angehört, zu einer Besprechung wegen der Neueinrichtung

des Wohlfahrtsamtes zusammengekommen, und der Beschluß, der dort gefaßt worden ist, war gewissermaßen als ein solcher erster Lesung zu betrachten, während in der nächsten Woche eine zweite Lesung folgen wird. Dann erst würde ich mit Vorschlägen an den Rat der Stadt und von da aus an die Stadtverordneten herantreten können. Nun ist es zweifelhaft, ob es bei diesem Stande der Dinge richtig ist, die Sache im Schoße der Stadtverordnetenversammlung Erörterungen zu unterwerfen und nicht erst abzuwarten, wie sich das Wohlfahrtsamt selbst schlüssig wird und an den Rat der Stadt herantreten wird. Es geht das den Herrn Antragsteller besonders an, der im Wohlfahrtsamt Gelegenheit hat, seine Wünsche geltend zu machen, und ich möchte ihn deshalb bitten, seinen Antrag zurückzustellen, bis wir im Wohlfahrtsamt uns über die Angelegenheit schlüssig gemacht haben. Eine Verschleppung der Sache wird damit keinesfalls eintreten.

Stadtv. Rector: Es ist mir darum zu tun, daß die Angelegenheit beschleunigt wird, denn die Notlage der Betroffenen ist sehr groß, hauptsächlich in der Gesundheitspflege.

Vorsigender: Der Antrag des Herrn Rector würde von mir zunächst einer Kommission überwiesen werden, so daß die Sache damit weiter hinausgeschoben wird, als wenn innerhalb der nächsten acht Tage das Wohlfahrtsamt sich mit der Sache beschäftigt. Mindestens würde der Weg durch das Wohlfahrtsamt ebenso schnell zum Ziel führen wie der durch den Antrag in dieser Versammlung. Herr Rector, Sie sind wohl einverstanden, daß wir die Sache zurückstellen. (Ohne Widerspruch seitens des Herrn Stadtv. Rector.)

11. Anfrage Rönneburg, betreffend die Streupflicht der Hausbesitzer bei Schneefall oder Glätteis.

Wortlaut der Anfrage: Ist der Rat bereit, darauf hinzuwirken, daß säumige Hausbesitzer ihrer Streupflicht bei Schneefall oder Glätteis nachkommen?

Stadtv. Rönneburg (zur Begründung): Die Anfrage ist von mir in der vorigen Stadtverordnetensitzung gestellt; inzwischen ist uns das Wetter zu Hilfe gekommen und hat zur Zeit diese Anfrage überholt. Ich habe darauf hinzuweisen, daß eine Anzahl Hausbesitzer in den Tagen des starken Schneefalls nichts getan hat, um vor ihren Häusern einigermaßen Ordnung zu schaffen. Ich selbst habe das Vergnügen gehabt, drei- bis viermal auf einem kurzen Wege mich auf die Straße zu legen, da es sehr glatt war und nur wenige Hausbesitzer ihrer Streu-

pflicht nachgekommen waren. Ich will von der Verschäumnis am ersten Tage nicht sprechen; da waren wohl nicht gleich die nötigen Kräfte vorhanden. Wenn aber nach zwei Tagen nicht das Geringste geschehen ist, um vor den Häusern etwas freie Bahn für Fußgänger zu machen, so ist das besonders des Abends, wo wir noch dazu mit der Dunkelheit zu kämpfen haben, als ein außerordentlicher Übelstand zu beklagen, und dem muß abgeholfen werden. Soweit ich unterrichtet bin, besteht immer noch die Verpflichtung der Hausbesitzer, bei Glätte auf den Straßen zu streuen, wie auch auf den Fußsteigen vor ihren Häusern die nötige Säuberung vornehmen zu lassen. Solange sie besteht, muß auch darauf gehalten werden, daß von allen Beteiligten der Verpflichtung nachgekommen wird. Ich habe deshalb die Anfrage an den Rat der Stadt gerichtet, ob er das Nötige veranlassen will, daß diesem Übelstande künftig abgeholfen wird.

Stadtbaurat Gebensleben: Für den gehörigen Zustand der Straßen nach Maßgabe der Straßenpolizeiordnung zu sorgen, ist Sache der Polizeidirektion. Es sind uns auch von anderer Seite Klagen über derartige Mißstände zu Ohren gekommen, und wir haben nicht veräuimt, die Polizeidirektion darauf aufmerksam zu machen. Sollte in späteren Fällen in der Sache keine Abhilfe geschaffen werden, so werden wir erneut an die Polizeidirektion herantreten.

Ohne weitere Besprechung.

12. Antrag Rönneburg auf Schaffung eines städtischen Presseamtes.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage zu machen, welche die Schaffung eines städtischen Presseamtes vorsieht.

Stadtv. Rönneburg (zur Begründung): Es ist den geehrten Damen und Herren bekannt, daß im Laufe des letzten Jahres in einer großen Anzahl der deutschen Gemeinwesen Pressstellen geschaffen worden sind, die wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Ein Gemeinwesen von der Größe der Stadt Braunschweig besitzt eine Verwaltung, die so vielgliedrig und vielgestaltig ist und so wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, daß man nur wünschen kann, daß die Verwaltung der Stadt in engster Fühlung mit der Öffentlichkeit steht. Dazu aber muß die Presse helfen. Ich will nicht behaupten, daß der Rat der Stadt nicht das Seinige getan hat, um die Verbindung mit der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten, aber eine organisierte Zusammenfassung dieser Tätigkeit in der Form eines Presseamtes oder einer Pressestelle, die dann dahin zu wirken hätte, daß künftig

die ganze Bürgerschaft über das, was in der städtischen Verwaltung vorgeht oder beabsichtigt wird, auf dem laufenden erhalten wird, scheint mir eine Einrichtung zu sein, die von Nutzen sein könnte, und die auch von den Zeitungen gefordert wird. Ich habe mir deshalb erlaubt, diesen Antrag zu stellen, und bitte die Versammlung, ihm zustimmen zu wollen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

13. Antrag eines früheren Magistratsmitgliedes wegen Regelung seiner ferneren Bezüge.

Stadtv. Dr. **Hegensburger**: Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei der Angelegenheit, über die ich zu berichten habe, um eine meines Erachtens für die Stadt grundsätzlich wichtige Frage. Der Stoff ist nicht einfach, und deshalb müssen Sie mir schon verzeihen, wenn ich einige weitere Darlegungen mache, da sonst der Zweck des Berichts nicht erfüllt werden kann. Es handelt sich um das Gesuch des Herrn Stadtrat a. D. Wagner, in welchem er von der Stadt Braunschweig fordert, daß ihm seine bisherigen Bezüge auch fernerhin noch zugesichert werden sollen. Herr Stadtrat Wagner ist bekanntlich bei den letzten Wahlen nicht wiedergewählt und infolgedessen nach dem Gemeindevahlgesetz aus seinem Amt ausgeschieden. Wir haben es hier mit dem ersten praktischen Fall zu tun, in dem sich ein ausgeschiedenes Magistratsmitglied nicht einfach bei den Folgen des Gesetzes beruhigt, sondern mit bestimmten Ansprüchen hervortritt. Diese sind in ihrem Umfang nicht unerheblicher Art; sie sollen sich beziehen auf die ganze fernere Lebensdauer des Gesuchstellers, und das macht für die Stadtkasse eine verhältnismäßig große Summe aus. (Zuruf Benzen: Wenn er nicht bald stirbt!) Das wollen wir ihm gewiß nicht wünschen. Ich bringe aus dem Gesuche folgende Punkte zur Kenntnis, in die Herr Stadtrat a. D. Wagner seine Forderungen zusammenfaßt. Er verlangt:

1. daß ihm sein volles Gehalt nebst Teuerungs- und Dienstalterszulagen so lange fortgewährt wird, bis er nachweislich dienstunfähig geworden ist,
2. daß ihm nach eingetretener Dienstunfähigkeit ein Ruhegehalt gewährt wird, welches nach dem zur Zeit des Eintritts der Dienstunfähigkeit für ihn geltenden Gehaltsfaze unter Berücksichtigung der ganzen zwischen seinem Dienst Eintritt und dem Eintritt der Dienstunfähigkeit liegenden Zeit als „Dienstjahre“ zu bemessen ist, und zwar nach den früher geltenden Bestimmungen der Städteordnung bzw. des Zivilstaatsdienstgesetzes,

3. daß seinen Hinterbliebenen dereinst unter sinngemäßer Anwendung der unter 2 erwähnten Berechnungsgrundsätze die nach den früher geltenden Vorschriften in Frage kommenden Bezüge — sei es von der staatlichen Witwen- und Waisenversorgungsanstalt, sei es von der Stadtgemeinde — ausbezahlt werden.

Meine Damen und Herren! Als das Gesetz über die Neugestaltung der Stadtbehörden im Landtage beraten wurde, ist selbstverständlich — wie Ihnen auch nicht unbekannt sein wird — von vornherein die Hauptfrage aufgetaucht: Wie wird es mit den Ansprüchen der nicht wiedergewählten Beamten? In der Kommission wurde diese Frage eingehend erörtert, aber seitens der Regierung, die das Gesetz eingebracht hatte, ging man darüber verhältnismäßig einfach hinweg und sagte sich, daß, vom Standpunkt der damaligen Regierung aus gesehen, größere Fragen auf dem Spiel stünden, so daß Geldfragen dahinter zurücktreten mußten. Größere Parteien haben im Landtage niemals einen Zweifel gelassen, daß es vom Standpunkt der Billigkeit aus ein großes Unrecht sei, bei einem Beamten, der bisher seine Pflicht treu erfüllt habe, einfach in seine bisherigen Rechte so einschneidend einzugreifen, denn nach dem neuen Gesetz liegt die Sache so, daß der Beamte, welcher nicht wiedergewählt ist, nur noch ein Jahr lang sein Gehalt fordern darf und nach Ablauf dieses Jahres mit demjenigen Ruhegehalt pensioniert wird, welches ihm nach den früheren Gesetzen oder Ortsstatuten vom 1. Oktober 1920 ab zugestanden haben würde. Es ist dann noch bestimmt, daß sich der Beamte dasjenige Einkommen, welches er aus einer neuen beruflichen Tätigkeit erzielt, auf diese Bezüge, die ihm durch das Gesetz gewährleistet sind, anrechnen lassen muß. Dasjenige, was das Gesetz gewährt, ist viel, viel weniger, als was Herr Stadtrat a. D. Wagner verlangt, ist vor allen Dingen weniger, als überhaupt nach dem Anstellungsvertrage den Beamten zusteht.

Der Rat der Stadt hat sich mit dem Gesuche des Herrn Stadtrat a. D. Wagner beschäftigt und ersucht die Stadtverordneten um ihre Meinungsäußerung zu diesem Gesuche, insbesondere darüber, wie sich die Versammlung zu dem Vorschlage stellt, den der Rat der Stadt zur Erledigung dieses Gesuches gemacht hat, und über den ich Ihnen alsbald berichten werde.

Meine Damen und Herren! Die Fragen, die durch dieses Gesuch — dem in andern Städten des Landes natürlich andere folgen werden, und dem auch bei künftigen Neuwahlen noch andere folgen können — aufgeworfen werden, sind ungeheuer schwierig; es werden damit die intrikatesten Probleme des Staatsrechtes berührt, und der Rat der Stadt hat sich bereits den Kopf darüber zerbrochen, wie man sich dazu stellen solle. Es entsteht zunächst eine Frage, die sich einfacher beantwortet, und darin wird sich die Versammlung jedenfalls der Ansicht des Rechtsausschusses anschließen. Herr Stadtrat a. D. Wagner beruft sich darauf, daß das

Gesetz, welches ihn so plötzlich von seinem Amt entfernt hat, im Widerspruch steht mit den nach der Reichsverfassung den Beamten gewährleisteten Rechten, und weist dabei auf Artikel 129 der Reichsverfassung hin. Der Rat der Stadt und der Rechtsausschuß glauben jedoch übereinstimmend, daß das braunschweigische Landesgesetz über die Neuwahlen der Stadträte nicht im Widerspruch steht mit diesem Artikel 129 der Reichsverfassung, denn dieser Artikel bestimmt nur, daß ein Beamter lediglich unter verfassungsmäßig festgesetzten Formen- und Voraussetzungen in den Ruhestand gebracht werden darf. Es will also den Beamten lediglich schützen gegen die willkürliche Entfernung von seinem Amt durch einen einzelnen Verwaltungsakt seiner vorgesetzten Behörde. Wenn aber die Reichsverfassung davon spricht, daß unter den verfassungsmäßig festgelegten Formen und Voraussetzungen ein Beamter seines Amtes entkleidet werden kann, so müssen wir sagen, daß dieser Voraussetzung das braunschweigische Landesgesetz über die Neuwahlen der Stadträte entspricht, denn das Gesetz ist erlassen von dem zuständigen Organ, der braunschweigischen Landesversammlung, welche ihrerseits ordnungsmäßig gewählt ist und nach der vorläufigen Verfassung des Freistaates Braunschweig zum Erlaß solcher Gesetze befugt ist. Formell ist also dieses Gesetz zweifellos gültig; es ist ordnungsmäßig zustande gekommen, ist gehörig in der Gesetz- und Verordnungsammlung publiziert mit Unterschrift des Präsidenten der Landesversammlung und vom damaligen Rat der Volksbeauftragten. Der erste Punkt wird also dahin zu erledigen sein, daß die Berufung des Herrn Stadtrat a. D. Wagner auf den angeblich entgegenstehenden Artikel 129 der Reichsverfassung nicht durchgreift.

Wenn wir nun an die weiteren Forderungen und Begründungen des Herrn Stadtrat a. D. Wagner herangehen, so will ich hervorheben, daß Herr Stadtrat Wagner in dem Gesuch meint, in anderen Bundesstaaten — Ländern, wie sie heute heißen — habe man Rücksicht auf die früheren treuen Beamten genommen. Ich kann das selbstverständlich nicht nachprüfen, da mir die Gesetzgebung anderer Länder in der kurzen Zeit nicht in jeder Hinsicht bekanntgeworden sein kann. Es ist nicht zu verkennen, daß diese ziemlich plötzliche Entfernung langgedienter Beamten von ihren Stellen eine große Unbilligkeit im einzelnen Falle bedeuten kann, aber es ist nicht möglich, dieses Gesuch vom Standpunkt der Willigkeit aus zu betrachten, sondern wir müssen uns — das ist auch die Meinung des Rechtsausschusses — auf rein juristischen Boden stellen. Mit Gefühlen können wir in dieser Sache nicht arbeiten. Wenn ich in diesem Referat überhaupt persönliche Gefühle zum Ausdruck bringen dürfte — das darf ich nun allerdings nicht —, so würden sie, wie es schon meine allgemeine politische Auffassung von diesen Dingen fordert, sehr stark in der Richtung der Billigkeitsmomente des Herrn Stadtrat

a. D. Wagner liegen. Aber auch der Rat der Stadt hat sich von diesen Gefühlen frei gemacht, und das ist im Rechtsausschuß vollständig anerkannt worden. Es waren achtbare Motive, die den Rat der Stadt zu dieser Stellungnahme brachten, denn seine besoldeten Mitglieder waren alle mehr oder weniger selbst beteiligt insofern, als ihnen bei der nächsten Wahl dasselbe Schicksal blühen kann, wie es jetzt bei Herrn Stadtrat a. D. Wagner der Fall ist; sie wollen aber ihre Unbefangenhait in vollem Maße wahren und haben das in anerkannter Weise getan. Ich übergehe deshalb alle die anderen Billigkeitserwägungen, die Herr Stadtrat a. D. Wagner anführt und die darauf hinauslaufen, daß er seinerzeit beim Eintritt in den Dienst der Stadt eine, wenn auch nicht sehr große, so doch immerhin sicher dastehende Existenz als Rechtsanwalt aufgegeben habe, obwohl sie ihm ein höheres Einkommen brachte als das Stadtratsgehalt damals betrug, aufgegeben in der Erwartung der Sicherheit, für die Dauer ein festes Einkommen und außerdem Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung zu haben. Ich übergehe ferner die Billigkeitserwägung, daß während des Krieges mit der Arbeitskraft der städtischen Beamten geradezu Raubbau getrieben sei, wie Herr Stadtrat a. D. Wagner sich ausdrückt, und will das nur referierend anführen.

Wenn man zu den weiteren Forderungen des Herrn Stadtrats sich wendet, so muß zunächst ausscheiden die von ihm begehrte Teuerungszulage. Die Forderung, daß ihm für alle Zukunft bis zum Eintritt seiner Dienstunfähigkeit die während des Krieges gewährten, jetzigen Teuerungszulagen zugebilligt werden, ist juristisch unberechtigt, denn auf Teuerungszulagen hat kein Beamter einen Rechtsanspruch. Sie werden aus Liberalität gewährt, selbstverständlich aus dem Zwange der Verhältnisse heraus, aber aus dem Aufstellungsvertrage des Beamten folgt die Gewährung von Teuerungszulagen nicht. Deshalb kann hiervon meines Erachtens aus Rechtsgründen gar keine Rede sein. Des ferneren muß nach meiner Meinung und nach Ansicht des Rechtsausschusses die Forderung ausscheiden, welche sich auf die Zusicherung hinsichtlich der Hinterbliebenenversorgung richtet. Die Hinterbliebenenversorgung ist auch im Falle des Stadtrats Wagner bestehen geblieben, da in den Ruhestand versetzte Beamte aus der staatlichen Witwen- und Waisenversorgungsanstalt nicht ausscheiden. Herr Stadtrat Wagner hat nur insofern einen eventuellen Schaden hinsichtlich der Versorgung seiner Hinterbliebenen, als ihm die Alterszulagen für die Zukunft nicht mehr zugute und dadurch die Hinterbliebenenrente eine Steigerung nicht mehr erfährt.

Nun hat sich der Rechtsausschuß an Hand der Stellungnahme des Rates eingehend mit der Frage befaßt: Wie soll man sich zu den übrigen Forderungen des Herrn Stadtrat Wagner, die nicht ohne weiteres aus den soeben von mir erörterten Gründen ausscheiden, stellen? Soll man sie als juristisch berechtigt anerkennen

oder soll man sie ablehnen? Um diese Frage beantworten zu können, mußte im Rechtsausschuß zunächst die Grundfrage geprüft werden: „Kann überhaupt ein Gesetz in wohlerworbene Rechte eingreifen?“ Und dann die zweite Frage: „Wie ist der Anstellungsvertrag eines städtischen Beamten, eines Stadtrates, in rechtlicher Hinsicht aufzufassen?“ Hinsichtlich der ersten Frage herrscht im Publikum vielfach die Meinung vor, daß ein Gesetz niemals in wohlerworbene Rechte eingreifen könne. Der Herr Oberbürgermeister machte ja soeben schon eine leise Bemerkung in der Richtung, daß er diese Ansicht nicht für richtig halte, und hat auch im Rechtsausschuß diesen Standpunkt vertreten. Im Rechtsausschuß habe ich bereits folgende Beispiele in dieser Sache hervorgehoben, die uns zeigen, daß die Ansicht des Herrn Stadtrat a. D. Wagner, es könnten ihm nicht einfach durch ein Landesgesetz seine ihm zustehenden Rechte genommen werden, nicht haltbar ist. Ich wiederhole diese beiden von mir im Rechtsausschuß angeführten Beispiele als populäre Grundlage für die Beurteilung des Falles. Habe ich als Mieter einen Mietvertrag auf zehn Jahre zum jährlichen Betrage von 800 M abgeschlossen, so habe ich mich damit gegen jede Mieterhöhung gesichert geglaubt. Nun kommt einmal die mietrechtliche Notgesetzgebung und sagt: Trotzdem du einen wohlerworbenen Vertrag hast, können wir durch das Mieteinigungsamt bestimmen, daß der Hauswirt, wenn er nachweist, daß er bei der festgesetzten Summe mit seinen Hypotheken nicht auskommt, diese vertraglich auf zehn Jahre festgelegte Miete erhöhen darf. Umgekehrt: Wenn der Hauswirt einen Mietvertrag auf zehn Jahre abgeschlossen hatte, dann konnte er sagen: Ich war berechtigt, damit zu rechnen, daß ich den Mieter nicht länger als die vertraglich festgesetzte Zeit in meiner Wohnung zu behalten brauche, und daß ich nach den zehn Jahren freies Verfügungsrecht über die Wohnung habe. Trotzdem kommt die Notgesetzgebung und sagt: Wir greifen ein in dieses Recht; der Betreffende bleibt länger wohnen als bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Vertrag abläuft. Das Gesetz ist das Höchste im Staate, und Herr Stadtrat a. D. Wagner kann sich nicht darauf berufen, ein Gesetz könne nicht in wohlerworbene Rechte eingreifen.

Die zweite Frage ging dahin, wie überhaupt ein solcher Dienst- und Anstellungsvertrag aufzufassen sei. Fürchten Sie nicht, daß ich Sie hier mit dem ganze Wust staatsrechtlicher Streitfragen aufhalten will. Ich bin aber verpflichtet, zu sagen, daß in der Hauptsache in der juristischen Literatur und in der Rechtsprechung folgende beiden Ansichten einander gegenüberstehen: Die eine Ansicht meint: Das Anstellungsverhältnis eines Beamten ist ein rein öffentlich-rechtliches und ist nicht zu unterstellen irgend welchen Grundsätzen des Privatrechtes. Die andere Meinung geht dahin: Zwar spielen öffentlich-rechtliche Momente in die Anstellung eines Beamten hinein, aber es sind daneben hinsichtlich der Bezüge, die

dem Beamten zu gewähren sind, die privatrechtlichen Grundsätze des bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag anzuwenden. Daraus folge, so meint diese Ansicht, daß den Beamten das Recht auf den Fortempfang seiner Bezüge nicht einseitig genommen werden könne, genau so wenig, wie an sich im privaten Wirtschaftsleben der eine Teil dem andern Vertragsrechte nehmen kann. Es gibt noch eine Anzahl Mittelmeinungen, jedenfalls aber ist diese Ansicht über die Hineinbringung privatrechtlicher Gesichtspunkte der von mir geschilderten Art wohl die vorherrschende. Auch der Rat der Stadt hat sich mit der staatsrechtlichen Literatur befaßt und Zitate in seinem Schreiben angeführt, die aber hier im einzelnen zu erörtern zu weit gehen dürfte. Der Rat der Stadt meint, daß man gegenüber dieser Meinung in der juristischen Literatur, die ich zuletzt angeführt habe, vor der Gefahr stehe, daß der betreffende Beamte aus diesen privatrechtlichen Gesichtspunkten, die in dem Anstellungsverhältnis mit enthalten sein sollen, einen Schadenersatzanspruch herleiten könne. Das ist aber nur die Folge dieser Ansicht, der Rat hat die Entscheidung darüber völlig offen gelassen, und die Gelehrten sind sich darüber nicht einig. Schaden hat Herr Stadtrat Wagner sicherlich, denn er bekommt nach dem neuen Gesetz weniger, als er bekommen würde in dem Falle, daß das Gesetz nicht erlassen wäre und er sein Amt fortführen würde. Die Versammlung darf sich bei der Beurteilung der Frage nicht daran stoßen, daß, soviel in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist, Herr Stadtrat Wagner eine andere Stellung angetreten hat, die ihm mehr einbringt, als er hier in seiner Tätigkeit als Stadtrat verdient hat. Herr Stadtrat Wagner wünscht die Frage prinzipiell geklärt zu sehen, denn er kann nicht wissen, ob er für die ganze Zeit seiner Arbeitsfähigkeit in der angenommenen Stellung bleibt. Soviel ich gehört habe, ist er dort nur auf drei Jahre angestellt, und es steht dahin, ob er später nicht ohne Beschäftigung sein wird. Er hat also ein starkes Interesse an der Klärung dieser Frage.

Der Rat der Stadt hat nun einen praktischen Ausweg vorgeschlagen, der nicht von der Hand zu weisen ist. Er sagt: Wir wollen uns die ganze Sache nicht aufhuden lassen. Die Sache geht die Stadt nichts an. Die Stadt kann nicht haftbar gemacht werden für Folgen aus einer gesetzgeberischen Handlung, an der sie völlig unbeteiligt gewesen ist. Wir, die Stadt — und der Herr Oberbürgermeister lächelt siegesfroh, daß er das sagen kann — haben das Gesetz nicht gemacht, sondern es ist vom Staat erlassen, und wir, die Kommune, haben nichts anderes tun können, als den Gesetzen des übergeordneten öffentlich-rechtlichen Körpers, des Staates, zu folgen. Wie kann man überhaupt jemand haftbar machen für eine Handlung, mit der er nichts zu tun gehabt hat, für eine Maßnahme, für deren Verbeiführung jeder ursächliche Zusammenhang mit seiner Person fehlt? Deshalb

sagt der Rat der Stadt, man solle die Sache an den Staat verweisen. Eine gütliche Verständigung mit dem Herrn Stadtrat, an die man denken könnte, hält der Rat für ausgeschlossen, und der Rechtsausschuß ist auch dieser Auffassung, da er meint, es komme dem Herrn Stadtrat auf eine prinzipielle Klärung der Frage an. Da andererseits der Rat der Stadt Billigkeitserwägungen nicht Raum geben kann und sich nur auf den Rechtsboden stellen muß, kann nur der dritte Weg, der eines Prozesses, in Frage kommen. Der Rat der Stadt schlägt deshalb vor, die Forderungen des Herrn Stadtrats Wagner glatt abzulehnen, den Prozeß an die Stadt herankommen zu lassen, und in diesem Falle, wie man es prozeßtechnisch nennt, dem Staate den Streit zu verkünden, das heißt: Wenn die Stadt vom Herrn Stadtrat Wagner verklagt wird, sagt sie zum Staate: Ich fordere dich jetzt auf, dem Prozeß beizutreten; für den Fall, daß ich verurteilt werden sollte, beabsichtige ich, Rückgriff gegen den Staat zu nehmen, weil du mich gezwungen hast, ein solches Gesetz auszuführen, aus welchem jetzt der Stadtrat Wagner Ansprüche herleitet. Infolgedessen mußt du mir das ersetzen, zu dem ich eventuell verurteilt werde. Ich verkünde dir das hiermit schon jetzt — daher der Sachausdruck: „Den Streit verkünden.“

Nun wissen wir gar nicht, wie der Prozeß ausfällt. Es hängt das völlig davon ab, welche Stellungnahme die Gerichte, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben, zu all den staatsrechtlichen Problemen einnehmen. Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß es sich um eine rein landesgesetzliche Materie handelt, in der der Staat Braunschweig befugt ist, die Verhältnisse zu regeln; der Herr Oberbürgermeister vertrat die Meinung, daß eventuell auch reichsgesetzliche Bestimmungen in Frage kommen könnten. Ich bin nicht in der Lage, weder als Berichterstatter des Rechtsausschusses noch als Jurist eine Prognose über den Ausgang des Prozesses, der eine ziemlich hohe Summe umfassen wird, zu stellen. Wir müssen es darauf ankommen lassen, ob das Reichsgericht, an das die Sache sicherlich gehen wird, auf dem Standpunkte stehen wird, daß der Staat haftbar ist. Es erscheint mir das auch jetzt noch fraglich. Alles liegt in der Zukunft Schoß und in der Behandlung dieser intrikaten Streitfragen.

Es handelt sich bei unserer Äußerung nicht um eine Zustimmung zu einer Vorlage, sondern der Rat der Stadt wünscht, ehe er den Prozeß Wagner an sich herankommen läßt, der Zustimmung der Stadtverordneten sicher zu sein. Sonst würde es geschehen können, daß die Stadtverordnetenversammlung später sagte: Warum habt ihr die Forderung nicht anerkannt oder versucht, euch in Güte mit Herrn Stadtrat Wagner zu einigen? Lediglich darum handelt es sich, daß wir unsere Meinungsäußerung darüber dem Rat der Stadt kundtun, ob wir die von ihm beabsichtigte Regelung dieser Angelegenheit für richtig halten, und der Rechts-

ausschuß schlägt allerdings vor, daß wir dem Rat in diesem seinem Vorhaben beipflichten.

In der Abstimmung tritt die Versammlung der Stellungnahme des Rates gemäß dem Antrage des Rechtsausschusses bei, und zwar nach Feststellung des Vorliegenden dem Anschein nach einstimmig.

14. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Gaußschule.

Stadtv. **Recter:** Meine Damen und Herren! Zu Ostern 1920 wird es notwendig werden, wie von der Stadtverordnetenversammlung schon bewilligt, drei Räume der Gewerbeschule für den Unterrichtsbetrieb der Gaußschule in Benutzung zu nehmen. Um diese Klassenzimmer für die Gaußschule verwendbar zu machen, ist es erforderlich, einige Einrichtungsgegenstände zu beschaffen. Das städtische Hochbauamt schreibt darüber: „Da die Tische in den Klassenzimmern der Gewerbeschule keine Tintenfüßer erhalten haben, ist es notwendig, solche nachträglich zu beschaffen und in die Tischplatten einzulassen. Nach vorgenommenen Berechnungen würden für die neu zu beschaffenden Einrichtungsgegenstände folgende Kosten aufzuwenden sein:

Für drei Klassenschränke 1185 *M.*, für drei Schrankkästen 450 *M.*, für drei Kartenständer 225 *M.*, für 80 Stühle mit Rückenlehne und Holzfuß 3400 *M.*, für 50 Feldstühle nach vorhandenem Muster 1900 *M.*, für 50 Tintenfüßer mit Deckel einschließlich Einbringung in den Tischplatten 180 *M.*, zusammen 7340 *M.*“

Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, die Kosten in dieser Höhe zu bewilligen. Der Schulausschuß hat sich mit der Sache befaßt und bittet die Stadtverordnetenversammlung, der Bewilligung dieser Summe zuzustimmen.

Die Versammlung bewilligt die Kosten für Beschaffung der genannten Einrichtungsgegenstände.

15. Beitritt der Stadt in die Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals.

Stadtv. **Schmerbach:** Die Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals hat am 11. November 1919 an den Rat der Stadt ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihren Dank dafür ausdrückt, daß die Stadt Braunschweig in Aussicht gestellt hat, Mitglied dieser Vereinigung zu werden. - Es wird dann mitgeteilt, daß der Vorstand der Vereinigung beschlossen hat, bei der Bedeutung, die die Kanalsfrage gerade für die Stadt Braunschweig hat, dem Rat der

Stadt sowie den Stadtverordneten je einen Sitz im Vorstande einzuräumen. Ferner wird in dem Schreiben der Dank des Vorstandes dafür ausgesprochen, daß die Stadtverordnetenversammlung am 23. vorigen Monats eine besondere Beihilfe für die Vereinigung in Aussicht gestellt hat, und darauf aufmerksam gemacht, daß z. B. die Stadt Blankenburg 1500 *M*, der Stadtmagistrat Merseburg 2000 *M*, der Rat der Stadt Halberstadt 5000 *M* bewilligt haben, sowie daß auch die Stadt Halle ebenfalls 5000 *M* als besonderen Beitrag in Aussicht genommen hat. Die Finanzkommission hat sich mit der Frage des Beitritts und der Gewährung eines besonderen Zuschusses beschäftigt und empfiehlt auf Anraten des Rates der Stadt, an diese Vereinigung einen laufenden Beitrag von 100 *M* pro Jahr zu zahlen und ihr einen einmaligen Zuschuß in Höhe von 5000 *M* zu bewilligen, und der Finanzausschuß glaubt, daß bei dem hohen Werte des Baues der südlichen Linie des Mittellandkanals für die Stadt Braunschweig das Plenum der Versammlung sich in demselben Sinne entscheiden wird. Schließlich ersucht der Rat der Stadt, einen Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung für den Vorstand der Vereinigung benennen zu wollen, und der Finanzausschuß bringt Ihnen dafür den Herrn Stadtverordneten Heinrich N i e t e in Vorschlag.

Stadtv. Meyerhoff: Meine Damen und Herren! Es ist keine Frage für das Wohl unserer Stadt und das unseres ganzen Landes so wichtig, wie gerade die Kanalfrage. Am Montag hatten nicht nur diejenigen Beteiligten, die an der Ausarbeitung des Projektes mitgearbeitet haben, sondern auch andere an der Frage Interessierte eine Versammlung, in der uns mitgeteilt wurde, daß der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg hier gewesen sei und mit unserm Herrn Oberbürgermeister eine Besprechung gehabt habe. Als Resultat der Besprechung ist dann durch die Zeitungen gegangen, daß die Stadt Braunschweig gewissermaßen damit einverstanden wäre, daß die nördliche Linie gebaut würde. Diese Nachricht soll nicht richtig sein, und ich möchte Gewißheit darüber haben. Man sieht daran, mit welchem Geschick und mit welchen Mitteln von seiten unserer Rivalin in dieser Frage, der Stadt Magdeburg, gekämpft wird. In Magdeburg handelt es sich darum, das Terrain, welches die Stadt bisher für Hafenanlagen erworben hat — es grenzt an die Eisenbahn —, möglichst hoch zu verwerten. Es darf aber bei diesem großen Prospekt uns in der Stadt Braunschweig gar nicht darauf ankommen, ob die Stadt Magdeburg dieses Terrain so lukrativ verwerten kann, wie es sich Magdeburg hat träumen lassen, ehe das Projekt des Kanals aufgetaucht ist — so lange ist es schon her, daß jenes Terrain von der Stadt Magdeburg erworben ist. Bei dem Bau der südlichen Linie des Kanals handelt es sich um ein Projekt, das nicht allein der Stadt, sondern auch dem ganzen Lande

Braunschweig zugute kommen soll. Wenn beabsichtigt wird, den Kanal sieben Kilometer entfernt von Braunschweig vorbeizuführen, so ist das für uns kein gangbarer Weg; wir würden wieder auf das Mittel eines kleinen Stichkanals zurückgreifen müssen, der uns viele Unannehmlichkeiten bringen würde. So meine ich, daß es gut sein wird, wenn wir heute mit vollen Händen bewilligen, was zur Förderung des Baues der südlichen Linie dienen kann. Wir tun damit nur, was für die Stadt und für das Land Braunschweig nötig ist. Ich hoffe auch, und wir können es wohl erwarten, daß der Landtag sich auch noch mit der gleichen Frage beschäftigen wird. Unsere Regierung hat ja schon gewissermaßen mit einem geharnischten Artikel — wenn ich mich so ausdrücken darf — an die Reichsregierung sich gewandt. Es steht uns zur Erreichung unseres Zweckes noch ein Mittel zur Verfügung. Aus § 97 der Reichsverfassung geht hervor, daß Preußen nicht willkürlich über den Kanal verfügen kann, wenn er über braunschweigisches Land geführt wird, oder mit andern Worten: Die Frage muß zu einer Reichsfrage gemacht werden und nicht zu einer speziell preußischen. Sobald es uns gelingt, das herbeizuführen, und alle Mittel müssen dafür angewandt werden, können wir die Hoffnung haben, daß die preußischen Bestrebungen und die der Stadt Magdeburg mehr in den Hintergrund kommen. Magdeburg kämpft mit ungeheuer großen Mitteln, und die Schwerindustrie wie die Kohlenindustrie Westfalens steht ihr mit Geldmitteln zur Seite, während wir für unsere Kampfmittel allein sorgen müssen. Deshalb möchte ich bitten, gar keine Erörterungen weiter über die Höhe der zu bewilligenden Summe zu führen, möchte sogar vorschlagen, die Summe höher zu bemessen, als es vom Finanzausschuß vorgeschlagen ist. Jedenfalls bitte ich aber, der Bewilligung eines besonderen Zuschusses keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern mit vollen Händen Mittel für die Führung dieses Projektes zu bewilligen, das das Wohl der Stadt und des ganzen Landes Braunschweig in sich birgt.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meine Damen und Herren! Herr Meyerhoff war so liebenswürdig, meine Person in die Debatte zu ziehen; ich gestatte mir deshalb, einige Worte zu erwidern. Es ist richtig, daß der Oberbürgermeister von Magdeburg vor einiger Zeit bei mir erschienen ist, um mit mir über die Kanalfrage Rücksprache zu nehmen. Die Verhandlung ist folgendermaßen verlaufen: Herr Oberbürgermeister Beims fragte mich, welche Stellung ich bzw. der Rat der Stadt zu der Kanalfrage einnehme. Ich habe darauf erwidert, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß uns in Braunschweig schließlich mit beiden Linien gedient wäre; das ist die Meinung gewesen, die die städtischen Behörden schon vor einigen Jahren vertreten haben. Es bestand bekanntlich anfänglich eine kleine Differenz zwischen uns: Die Stadtverordnetenversammlung war entschieden für die Süd-

linie, und der Magistrat stellte sich auf den Standpunkt: Wir dürfen die Mittellinie nicht durchaus verwerfen, weil in dem Falle, daß die Süddlinie abgelehnt werden sollte, dann möglicherweise die Nordlinie zustande kommt, und damit würde der Stichkanal nach Braunschweig um vieles länger. Ich habe bei der Unterredung gesagt: „Wir sind in der glücklichen Lage, daß wir schließlich mit der einen wie mit der andern Linie auskommen können.“ Zugleich aber will ich noch eins bemerken: daß, als diese Unterredung stattfand, ich noch nicht wußte, vielmehr erst einige Tage nachher von Herrn Stadtbauocat Gebensleben erfahren habe — es tut mir das leid, aber vorher konnte ich es nicht wissen —, daß durch die Arbeiten, die jetzt bereits in Gang gebracht sind, die Nordlinie tatsächlich ausgeschieden ist. Dadurch kommt die ganze Sache für uns selbstverständlich in ein ganz anderes Fahrwasser. Wir haben jetzt nicht mehr mit der Gefahr zu rechnen, daß die für uns ungünstige Nordlinie ausgebaut wird. Es dreht sich für uns jetzt nur noch um den Bau der Mittel- oder Süddlinie. Nun ist ohne weiteres von uns allen von jeher anerkannt, daß für uns die Sache einfacher wird, wenn die Süddlinie ausgeführt wird, denn wir sparen dadurch den Stichkanal, der Hauptkanal wird sozusagen an Braunschweig vorbeigeführt. Darüber braucht kein Wort verloren zu werden. Nun machte Herr Oberbürgermeister Veims den Vorschlag, ob ich nicht dafür eintreten wollte, daß die Stadt Braunschweig in der Richtung Stellung nähme, daß wir uns erklärten für Ausführung eines Verbindungskanals zwischen Rhein und Elbe, einerlei welche Strecke gebaut würde, und daß es nötig wäre, daß sofort mit dem Kanalbau begonnen würde. Darauf habe ich meinem Kollegen aus Magdeburg erklärt: „Verehrter Herr Kollege, wenn ich diese Erklärung in Braunschweig öffentlich abgeben wollte, dann risikierte ich, daß ich meines Amtes entsetzt werde, denn die Stimmung in der Stadt Braunschweig ist bei der gesamten Bevölkerung entschieden so, daß für Braunschweig nur die Süddlinie in Frage kommen kann.“

Stadtv. **Riefe:** Ja, meine Damen und Herren, das ist es gewesen, was uns in dieser Sache von jeher den Rückschritt gebracht hat: die Haltung des Magistrates in dieser Angelegenheit. Zu verschiedenen Malen hat uns hier die Sache beschäftigt; zweimal habe ich Vorlagen hier vertreten und habe mich auf den Standpunkt gestellt, den ich einnehmen mußte auf Grund des Materials, welches die hiesige Handelskammer in 13—14jähriger fleißiger Arbeit geliefert hat, und das den schlüssigen Beweis geliefert hat, daß nur die Süddlinie für uns in Frage kommen könnte, gleichviel ob die Nordlinie oder die Franziusische Linie zur Ausführung empfohlen wurde, denn die letztere ist eine verkappte Nordlinie. Wenn der Kanal sieben Kilometer von Braunschweig entfernt vorbeigeführt wird, so geht

er bei seiner weiteren Durchführung durch den Drömling, wo keine Industrie ist, unser braunschweigisches Industriegebiet mit seiner Umgebung bleibt unberührt, und wir haben von dem Kanal nichts. Daß heute die Sache dringend ist, liegt daran, daß die Stadt Magdeburg 100 000 M für Förderung der Mittellinie zugunsten ihrer Interessen bewilligt hat, daß sie zwei Ingenieure hingesetzt hat, die 60 000 M erhalten, und auf diese Weise Propaganda für ihre Zwecke gemacht wird. Da ist es für uns die höchste Zeit, daß wir auf den Plan treten. Herr Geheimrat Stegemann hat in der Sitzung der Kanalsfreunde unsere Verhältnisse als keineswegs optimistisch zu betrachten hingestellt, und das mit vollem Recht, denn wir wissen, daß Berlin, Magdeburg, Hannover und Peine die Schwerindustrie hinter sich haben, die geltend macht, daß sie auf der Mittellinie die Tonne um 20—30 Pf. billiger befördern könne. Was macht es denn aus, ob der Kahn ein paar Stunden länger unterwegs ist. Wir haben für unser Land und für unsere Stadt nur Interesse an dem südlichen Kanal, und auf dem Wege ist man uns schon ein Stück entgegengekommen. Das liegt daran, daß das preußische Ministerium den Kanal bis Peine bauen lassen will. Es ist nur gerechtfertigt, daß wir für die Südlinie eintreten. Wie nur diese Linie den richtigen Vorteil für unser Land bietet, und wie die industriellen Anlagen, die davon Nutzen ziehen, zum Teil auf braunschweigischem und zum Teil auf preußischem Gebiet liegen, so ist es auch mit den Kraftanlagen, die im Harz gebaut werden sollen. Wenn Preußen nur einseitig seine Vorrechte geltend macht, so kann es damit nicht durchkommen, weil gleiche Hoheitsrechte wie in Preußen auch in Braunschweig vorliegen. Der Verkehrsminister hat anerkannt, daß diese Hoheitsrechte respektiert werden müssen. Am 1. April 1921 tritt das Gesetz in Kraft, daß die Verkehrskanäle dem Reich gehören sollen, und bis dahin müssen wir gehört werden, sonst brauchten wir nicht zu gestatten, daß rein für die preußischen staatlichen Interessen der Kanal gebaut wird. Auf einen solch schroff ablehnenden Standpunkt werden wir uns natürlich nicht stellen, sondern auf dem Wege der Verhandlung versuchen, zu unserm Ziele zu kommen. Wenn wir jetzt solche Opfer bringen, wie für die Unterstützung der Vereinigung zur Förderung der Südlinie, dann ist das am Plage. Es ist nicht ausgeschlossen, daß weitere Katastrophen uns hindernd in den Weg treten, deshalb muß jetzt jeder seine Schuldigkeit tun. Soviel ich weiß, wird auch der Landtag zu der Frage Stellung nehmen, damit die Regierung einen Beitrag zur Förderung der Südlinie zur Verfügung stellt, und um diese Förderung nachdrücklich zu betreiben, sind wenigstens 100 000 M nötig. Man hofft ja, diese Summe zusammenzukriegen. Aber bis dahin haben die Opfer für die Förderung dieser Südlinie nur die Industrie und die private Tätigkeit aufgebracht, um alles das zustande zu bringen, was an schriftlichem Material aufgestellt ist. Darum ist es

Pflicht der Stadt Braunschweig, wenigstens jetzt noch mit einzugreifen, und ich möchte Sie ersuchen, mindestens den vorgeschlagenen Betrag zu bewilligen und auch zur Gewährung von weiteren Mitteln bereit zu sein.

Stadtv. Hönneburg: Meine Damen und Herren! Im Auftrag meiner Freunde habe ich zum Ausdruck zu bringen, daß auch unsere Fraktion geschlossen für die Bewilligung der vorgeschlagenen Mittel eintreten wird. Es handelt sich um eine Frage, bei der Sparsamkeit nicht am Platze ist; wir müssen uns unbedingt rühren, um die Interessen Braunschweigs, die zu sehr ins Hintertreffen gekommen sind, unter allen Umständen zu sichern. Ich glaube, daß man ruhig sagen darf, daß tatsächlich von der Stadt Braunschweig und unserm Magistrat in dieser Angelegenheit viel versäumt worden ist. Das ist meine Auffassung und die meiner Freunde, und sie wird in der Bürgerschaft von den weitesten Kreisen geteilt. Es ist nicht verstanden worden, daß vom Rat der Stadt die Haltung eingenommen wurde, es sei für die Stadt Braunschweig gleichwertig, ob die Nordlinie oder die Südlinie gebaut würde, und zwar wurde es deshalb vielfach nicht verstanden, weil die Interessentengruppen in Braunschweig selbst, die ein feines Gefühl dafür haben, was den Interessen des Gewerbes, des Handels und der Industrie zuträglich ist, fast einhellig sich für die Südlinie ausgesprochen hatten. Diese Kreise haben in Hannover und Magdeburg dahin gewirkt, daß ihre Stadtverwaltungen dieselbe Stellung einnehmen, die von ihnen geteilt wurde. Die braunschweigische Staatsregierung hat immer auf dem Standpunkt gestanden, auch die alte Regierung, daß die Südlinie für die Interessen des Landes durchaus vorzuziehen ist, und nur der Magistrat der Stadt Braunschweig hat darin eine Haltung eingenommen, die uns in mancher Beziehung erinnert an Vorgänge ähnlicher Natur, die man in den Kreisen der Bürgerschaft als nicht weitsehend genug empfunden hat. Ich erinnere an die Eisenbahnfrage, auch an die Frage der Straßenbahn, die uns kürzlich hier beschäftigt hat. Auf weitere Einzelheiten will ich nicht eingehen. Es ist erfreulich, daß jetzt, hoffentlich nicht zu spät, die Stadtverordnetenversammlung in Einhelligkeit mit dem Rat der Stadt bereit ist, alles zu tun, um die Frage des Kanalbaues einer Lösung entgegenzuführen, wie sie den Interessen unserer Vaterstadt angemessen ist. Es ist uns nicht damit gedient, wenn die Stadt Braunschweig durch einen Stichkanal an das große Mittellandkanalnetz angeschlossen wird, sondern nur dadurch, daß sie an dem unmittelbaren Verkehr durch den Kanal teilnehmen kann. Wir sind also von unserer Seite gern bereit, die Mittel zu bewilligen, und hoffen, daß die Propaganda den Erfolg hat, daß die Interessen Braunschweigs energisch gewahrt werden.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine verehrten Herrschaften! Der Herr Vorredner hat vorhin gesagt, in der Bürgerchaft wäre nicht verstanden, daß früher der Magistrat insofern eine sonderbare Stellung eingenommen habe, als er der Ansicht gewesen wäre, die Nord- und Südlinie wäre für die Stadt ungefähr gleichbedeutend. Diese Stellung hat der Magistrat meines Wissens nie eingenommen. Die geehrten Herrschaften werden sich entsinnen, daß ich in der vorletzten Sitzung die Stellungnahme des Magistrats eingehend dargelegt habe. Der Magistrat hat früher die Ansicht vertreten, daß — wie das auch vom Herrn Oberbürgermeister wiederholt ist — für uns in der Stadt Braunschweig im Gegensatz zu andern Städten, wie z. B. Wolfenbüttel, sowohl die südliche wie die Mittellinie von Interesse sei, da wir an beiden Linien liegen, während Wolfenbüttel nur an einer Linie liegt und man nicht erwarten kann, daß die Stadt Wolfenbüttel irgend welches Interesse der Mittellinie oder Nordlinie entgegenbringt. Ich betone, daß diese Stellungnahme des Magistrats nicht etwa ohne weiteres aus sich heraus erfolgt ist, sondern nach eingehenden Beratungen in einer von den städtischen Behörden dafür eingesetzten gemischten Deputation, nämlich der Verkehrsdeputation, die sich in vielen Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt hat und nahezu einstimmig zu der Stellung gekommen ist, die nachher vom Magistrat eingenommen ist. Ich habe in der vorletzten Sitzung erwähnt, daß diese Stellung damals mit aus dem Grunde geteilt ist — wie vorhin schon erwähnt —, weil wir es für taktisch richtiger hielten, auch ein gewisses Interesse für die Mittellinie um deswillen zu zeigen, weil, wenn wir dieses Interesse von seiten der Stadt Braunschweig nicht befundeten, große Gefahr dafür bestand, daß die Nordlinie gebaut wurde. Ich halte persönlich noch jetzt daran fest, daß diese Gefahr bestanden hat und außerordentlich groß gewesen ist. Gott sei Dank existiert heute diese Gefahr nicht mehr, und aus diesem Grunde scheidet dieses Moment aus unsern Erwägungen aus, und mit um so größerer Begeisterung treten wir nun, wie ich schon ausgeführt habe, für die Südlinie ein. Man kann dem Räte nicht etwa den Vorwurf machen, daß durch diese Stellungnahme Unheil angerichtet ist; solch ein Vorwurf würde unter keinen Umständen zutreffen. Heute ist die Sache so: Die Nordlinie ist ausgeschlossen, es kommen nur die Mittellinie und die südliche Linie in Frage; das taktische Moment für uns ist also ausgefallen. Außerdem kommt für uns noch hinzu, was ich in der früheren Sitzung auch schon erwähnt habe, daß die jetzige Mittellinie in ziemlicher Entfernung an der Stadt vorbeigeführt werden soll; sie liegt nicht mehr, wie damals geplant war, in unmittelbarer Nähe der Stadt, sondern sieben Kilometer von der Stadt entfernt, weist also nach Ansicht des Rates jetzt für die Stadt ungefähr dieselben Schwächen auf wie die Nordlinie. Aus dem Grunde bekämpfen wir heute die Mittellinie und treten nur für die Südlinie ein.

Wir haben im Räte beschlossen, unsere Stellungnahme mit Begründung der hiesigen Regierung, dem Landtage, der preußischen Regierung und dem preußischen Landtage zu unterbreiten, und hoffen, daß sich das Unheil noch abwenden läßt, daß dem Vorschlage von Hannover und Magdeburg entsprechend die Mittellinie gebaut wird. Wir haben infolge unserer Stellungnahme auch beschlossen, den Stadtverordneten zu empfehlen, sofort der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals mit einem Jahresbeitrage von 100 *M* beizutreten und einen namhaften Betrag für Propagandazwecke zur Verfügung zu stellen, zunächst im Betrage von 5000 *M*. Im Vergleich zu den 100 000 *M*, die Magdeburg bewilligt hat, ist das ja ein verhältnismäßig geringer Betrag, aber ich zweifle keinen Augenblick daran, daß die geehrten Herrschaften, wenn die Vereinigung es für notwendig hält, noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen bereit sein werden. Nach den Erörterungen, die neulich in der Sitzung der Vereinigung stattgefunden haben, habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser Betrag vorläufig wohl genügt, da nicht nur die Stadt Braunschweig, sondern auch die braunschweigische Regierung und andere Städte und Organisationen namhafte Beträge für die Propaganda zur Verfügung gestellt haben.

Ich wiederhole, daß die Stellungnahme der städtischen Behörden jetzt eine einhellige ist, und daß der Rat gewillt ist, mit aller Energie für die Südlinie einzutreten. Wir wollen hoffen, daß unsere Bestrebungen Erfolg haben.

Stadtv. Meyerhoff: Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters und denke, so gut wie die schiefe Nachricht — ich will mich delikat ausdrücken — über jene Unterredung durch den Blätterwald gerauscht ist, wird auch die Richtigstellung Aufnahme finden, und ich richte an die Vertreter der Presse die Bitte, gerade hierauf Nachdruck zu legen, daß die Unterredung einen andern Verlauf genommen hat, und der Herr Oberbürgermeister von Magdeburg sich hierbei wesentlich geirrt hat.

Sodann möchte ich den Antrag stellen, die Summe der einmaligen Zuweisung von 5000 *M* auf 10 000 *M* zu erhöhen. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Städte Leipzig und Halle, überhaupt alle die Städte, die an die südliche Linie Anschluß erhoffen, mit Beiträgen hervortreten. Halberstadt, das vorläufig mit einem Stichkanal angeschlossen ist, der aber auch nötig ist, hat 5000 *M* bewilligt, und so glaube ich, daß es angemessen wäre, wenn wir 10 000 *M* bewilligten.

In der Montagsversammlung kam zur Sprache, daß der Kanal bis Peine in Bau genommen ist. Ich glaube nicht, daß der Kanal Hannover—Peine eine Bauzeit von drei Jahren erfordert, und ich weiß nicht, ob es nicht angebracht wäre,

heute schon zu erklären: „Wir sind für eine Verlängerung des Kanals bis Braunschweig“, und ob wir nicht alles mögliche aufwendeten, um damit Erfolg zu haben. Hätten wir den Kanal schon jetzt bei der Kohlennot gehabt und bei der ganzen Frachtmisere auf der Eisenbahn, dann wären wir schön heraus gewesen. Ich möchte wünschen, daß wir in drei Jahren in der Lage wären, die Kohlenschiffe bis an die Stadt Braunschweig heranzubekommen. Wie man liest, ist der Peiner Kanal nicht recht scharf in Angriff genommen, andere wieder sagen, es werde scharf daran gearbeitet. Ich glaube, der Kanal bis Peine ist innerhalb der nächsten zwei Jahre befahrbar, und wenn wir innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre den Anschluß für Braunschweig fertig haben, dann wäre das für Braunschweig ein großer Segen. Ich möchte also bitten, auch diese Frage mit ins Auge zu fassen.

Ich stelle den Antrag: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat der Stadt, zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals die Summe von 10 000 M zu bewilligen. Es darf uns nicht darauf ankommen, ein paar tausend Mark mehr herzugeben, wo es sich um ein Millionenprojekt handelt, das das ganze Wirtschaftsleben unserer Stadt beeinflussen wird.

Stadtv. Rönneburg: Den preußischen Konservativen unseligen Ungedankens haben wir es zu verdanken, daß wir den Kanal nicht schon längst in Deutschland haben; wären sie nicht hindernd aufgetreten, dann brauchten wir uns jetzt den Kopf nicht zu zerbrechen. Ich möchte mir noch einige Ausführungen zu dem erlauben, was Herr Stadtbaurat Gebensleben vorgetragen hat, vorweg aber noch bemerken, daß wir dem Antrag Meyerhoff wohl zustimmen können in der Weise, daß wir einen Kredit von 10 000 Mark zur Verfügung stellen und aus diesem zur Propaganda zunächst 5000 M bewilligen. Sind dann weitere Mittel erforderlich, so könnte der Kredit weiter in Anspruch genommen werden. Die Förderung des Baues der südlichen Linie haben wir in Braunschweig in erster Linie der Industrie zu danken, die in großzügiger und weitherziger Weise Agitation entfaltet hat. Wenn überhaupt etwas in dieser Sache geschehen ist, Braunschweigs Interessen wahrgenommen sind und die Gefahr, daß die Nordlinie gebaut wurde, bekämpft ist, so ist es durch die Arbeit jener Organisation geschehen, der wir dafür in besonderem Maße zu danken haben. Ich kann es nicht für richtig halten, daß man in dieser Frage eine solche Haltung einnahm wie früher vom Magistrat, der erklärte: „Mir ist die eine Linie so wertvoll wie die andere“. Wenn man etwas erreichen will, wird es niemals möglich sein, bei zwei sich bietenden Möglichkeiten beide Wege zugleich zu gehen, für den einen muß man sich entscheiden, und das haben andere Stadtverwaltungen denn auch getan. Es ist doch bezeichnend, daß die Stadt Braunschweig erst jetzt dazu kommt, sich der Vereinigung zur Förderung

der südlichen Linie anzuschließen in einem Augenblick, wo man sehr wohl auf den Gedanken kommen kann, daß es vielleicht schon zu spät ist, in dieser Frage vorzugehen, denn daß eine gewisse Festlegung im preußischen Abgeordnetenhaus bei den Abgeordneten schon erfolgt ist, darüber ist nach Nachrichten, die mir persönlich zugegangen sind, kein Zweifel mehr. Insbesondere hat die Stadt Magdeburg mit der Rührigkeit des Magistrates sowohl wie der Stadtverordneten in dieser Sache uns ein Beispiel gegeben. Ich bin der Überzeugung, daß in der Kanalsfrage eine für Braunschweig eminent wichtige Entscheidung gefällt wird, die mindestens gleichwertig ist der Frage, die seinerzeit zu Braunschweigs Ungunsten entschieden wurde, in der Frage des Bahnhofs und der Linienführung der Eisenbahnen. Wir müssen uns rühren, wenn Industrie, Handel und Verkehr Braunschweigs nicht in bedenklichem Maße gefährdet werden sollen. Wenn man über die Haltung, die Braunschweig in dieser Sache eingenommen hat, die Beteiligten aus der Handelswelt hier in Braunschweig, sodann die in Berlin und an anderen Orten, die also gar nicht als Braunschweiger an die Sache herangehen, sprechen hört, dann kann man derartig bittere und scharfe Urteile über die Haltung der braunschweigischen Verwaltung vernehmen, daß man sich wirklich fragen muß: Ist hier alles geschehen, was in dieser Angelegenheit geschehen mußte? Darum bin ich mit Herrn Meyerhoff einverstanden, wenn er durch seinen Antrag erklären will, daß Braunschweig laut und deutlich, durch Stadtverordnete und Rat erklärt: Wir wollen uns mit allen Kräften dafür einsetzen, daß nur die südliche Linie gebaut wird, und wollen uns unter Umständen nicht scheuen, die Bestimmungen der Reichsverfassung in Anspruch zu nehmen, um unserer Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß wir von der Regierung erwarten, daß sie in diesem Falle die Waffen handhabt, die ihr von der Reichsverfassung gegeben sind, um Braunschweigs Interessen zu schützen. Es muß den preußischen Interessenten klar gemacht werden, daß es sich bei dem Kanal nicht nur um ein preußisches Unternehmen handelt, sondern um etwas, bei dem sie auf Braunschweigs Zustimmung unter allen Umständen angewiesen sind, und daß auch an der Stadt Braunschweig nicht vorbeigetrunknen werden darf.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich halte es für außerordentlich bedenklich, daß in diesem Augenblick noch ein Streit zwischen den städtischen Behörden entsteht über das, was geschehen ist. Ich halte das für um so bedauerlicher, weil dadurch wieder Schaden angerichtet werden wird. Dringend notwendig ist es, in diesem Augenblicke alles zu vergessen, was zurückliegt, und nur dem gemeinsamen Ziele zuzustreben: zu erreichen, daß wir die südliche Linie in Braunschweig bekommen. Darum möchte ich dringend bitten, die übrigen Sachen hier vollständig aus dem Spiele zu lassen.

Ich kann dem Herrn Vorredner aber recht geben, wenn er die Ansicht vertritt, daß es sich bei der Kanalsfrage nicht um eine rein preußische Angelegenheit handelt, sondern um eine eminent wichtige Reichsangelegenheit, und aus dem Grunde begrüße ich mit Freuden, daß die Regierung die Stellung eingenommen hat, von der wir vor einigen Tagen in der Zeitung gelesen haben, und die sich mit derjenigen der Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie deckt. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß in dieser Angelegenheit nur die preußische Regierung und der preußische Landtag bestimmt, es muß dafür gesorgt werden, daß auch das Reich, insbesondere auch die Nationalversammlung ein kräftiges Wort mitzureden haben. Wir werden auf diese Weise erreichen, daß auch wir zu Gehör kommen.

Vorhin hat Herr Meyerhoff noch gesagt, die städtischen Behörden möchten dahin wirken, daß der Kanal, der jetzt bis Peine gebaut wird, über Peine hinaus bis Braunschweig verlängert würde. Wenn das so leicht möglich wäre, dann würden wir dieser Anregung sehr gern Folge geben, aber Herr Meyerhoff weiß selber: bis Peine haben mittlere und südliche Linie eine übereinstimmende Linienführung, aber bei der Führung über Peine hinaus muß vorher entschieden werden, ob die mittlere Linie oder die südliche Linie zur Ausführung kommen soll; aus diesem Grunde ist eine Verlängerung des Kanals bis Braunschweig ohne weiteres nicht möglich, sondern es heißt: Erst muß die erwähnte Entscheidung fallen, dann kann gebaut werden.

Stadtv. Munte: Meine Damen und Herren! Es könnte der Anschein erweckt werden, als hätten wir im Finanzausschusse nicht die Wichtigkeit der Frage beachtet, wenn wir nur 5000 *M* als besonderen Zuschuß zu bewilligen empfohlen haben. Aber wir haben uns in der Kommission mit der Frage sehr ernsthaft befaßt und haben uns des längeren darüber ausgesprochen, ob die 5000 *M* als genügend erscheinen oder nicht. Wir waren alle der Meinung, es wäre das eine viel zu kleine Summe, aber wir können doch in dieser Sache nicht auf Magdeburg hinweisen. Die Stadt Magdeburg steht für sich allein da; sie hat das dringendste Interesse daran, ihren Willen durchzubringen, und kann von andern Städten darin keine Unterstützung verlangen. Wir dagegen sind in der Lage, daß Halberstadt, Halle, Oschersleben, Leipzig usw. ebenso oder noch mehr an der Südlinie interessiert sind als wir. Wir wollen allerdings nicht knauserig sein und sind im Finanzausschuß jederzeit bereit, mehr zu bewilligen. Wenn wir uns im Finanzausschuß auf diese 5000 *M* festgelegt haben und bereit sind, wenn es nötig ist, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, dann müßten Sie hier über diese Angelegenheit nicht eine solche große Unterhaltung pflegen, man kommt sich sonst im

Finanzausschuß sehr überflüssig vor. Wenn Herr Meyerhoff meint, es komme nicht darauf an, ob 5000 oder 10 000 *M* für diese Sache aus dem Stadtfädel genommen werden, so könnte das schließlich bei jeder Ausgabe gesagt werden. Es werden immer wieder wichtige Fragen auftauchen, und dann kann wieder angeführt werden: Bei dieser Sache muß es nicht darauf ankommen, also nur hinein-gegriffen! Wenn wir heute noch 5000 *M* dazu bewilligten, dann könnte es kommen, daß die Vereinigung einfach draußloswirtschaftet. Man muß doch erst einmal wissen, was die Vereinigung nun zu tun gedenkt, und was die Zeichnungen und anderen Sachen kosten werden. Ich möchte dafür eintreten, daß erst einmal der Vorschlag des Finanzausschusses aufrechterhalten wird.

Stadtv. **Stegmann:** Meine Damen und Herren! Wenn es auch richtig ist, daß, wie Herr Rönneburg sagt, wir uns rühren müssen, daß alles aufgeboten werden muß, damit wir nicht wieder ins Hintertreffen kommen, so glaube ich doch, daß wir nicht im Überschwang der Gefühle mehr zu bewilligen brauchen, als nötig ist, wie Herr Meyerhoff es tun will. Man soll die Verhältnisse berücksichtigen und danach seine Bewilligung einrichten, wie Herr Munte das ganz richtig gesagt hat. Es trifft doch zu, daß nicht wir allein Interesse für diese südliche Linienführung haben, sondern auch andere Orte und auch unsere Regierung. Wenn unsere Bewilligung schließlich nicht reicht, dann sind wir ja noch da und bereit, wenn mehr Propagandamittel gebraucht werden sollten, weitere Bewilligungen zu machen. Auch Herr Stadtbaurat Gebenzleben hat ausgeführt, daß es momentan nicht nötig ist, mehr zu bewilligen, und so glaube ich, daß die 5000 *M* einstweilen genügen werden. Ein erfreuliches Zeichen ist es, daß jetzt Einmütigkeit zwischen den städtischen Behörden und auch der Regierung in dieser Hinsicht herrscht und wir alle für die südliche Linie eintreten; da werden auch diese Mittel ausreichen, das zu erreichen, was erreicht werden soll. Ich bitte, nicht den Antrag Meyerhoff anzunehmen, sondern den Antrag des Finanzausschusses.

Stadtv. **Niese:** Meine Damen und Herren! Das wichtigste ist jetzt, daß die preußische Regierung dahin beeinflusst wird, daß sie verhandeln muß mit der braunschweigischen Regierung als einer gleichberechtigten, ehe die Sache den preußischen Landtag beschäftigt, und dieser Schritt ist von der braunschweigischen Regierung unternommen. Ich bin überzeugt, wenn wir einig sind, haben wir das Feste in der Hand, wenn wir auch mit großen Trümpfen nicht kommen können. Herr Stadtbaurat Gebenzleben hat allerdings unsern Optimismus nicht gefördert, er ist der Meinung, daß die Sache für uns nicht glänzend ist. Aber die preußische Landesversammlung muß doch zu Verhandlungen bereit sein, denn sie hat nicht

das Geld, um alle die Vorlagen allein bezahlen zu können, und die Süddeutschen werden sich auch nicht schlecht melden, denn dort liegt schon ein halbes Duzend von Kanalprojekten vor, die sie als ebenso wichtig wie den unsrigen begründen können. Dadurch, daß wir auf den Weg der Verhandlung durch die Regierung gelangen, werden wir zur besten Lösung kommen, wenn wir nebenbei noch die nötige Propaganda für das Projekt der südlichen Linie machen, und dagegen haben sich ja hier keine Widersprüche erhoben.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

Stadtv. Meyerhoff: Eigentlich müßte über die Höhe des Zuschusses besonders abgestimmt werden.

Vorsitzender: Bei der großen Stimmenmehrheit für den Antrag des Finanzausschusses dürfte eine getrennte Abstimmung kein anderes Bild ergeben.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung weiter mit dem Vorschlag des Ausschusses einverstanden, Herrn Stadtverordneten Heinrich Riefe als Vorstandsmitglied für die Vereinigung zu benennen.

16. Erhöhung der Bürgschaftssumme für den Bedarf des Versorgungsverbandes Braunschweig.

Stadtv. Munte: Es ist ein Schreiben des Rates an die Stadtverordneten eingegangen, worin er mitteilt, daß durch das Wachsen der Verwaltungskosten; insbesondere durch die Annahme einer größeren Zahl von Außenbeamten beim Versorgungsverband Braunschweig sich der Betrag der beim Leihhaus geleisteten Gesamtbürgschaft der beteiligten Kreiskommunalverbände von 40 000 M auf 100 000 M erhöht. Einem Beschluß des Getreideausschusses vom 9. Oktober nachkommend, ersucht der Rat, sich mit dieser Erhöhung einverstanden zu erklären. Wir haben im Finanzausschuß die Sache beraten und schlagen Ihnen vor, dem Wunsch des Rates stattzugeben.

Die Versammlung beschließt die Erhöhung der Bürgschaftssumme.

17. Finanzielle Beteiligung der Stadt am Landestheater.

Stadtv. Frau Göge: Meine Damen und Herren! Es ist ein Gegenstand von sehr weittragender Bedeutung für das Leben der Stadt Braunschweig, über den ich zu berichten habe. Der Rat der Stadt macht den Stadtverordneten Mit-

teilung von dem Eingang eines Schreibens des Staatsministeriums, aus dem zu ersehen ist, daß der Staat von der Stadt einen laufenden Zuschuß zu den ungedeckten Kosten fordert, die durch die Unterhaltung des staatlichen Theaters erwachsen. Für das laufende Jahr sind die gesamten Betriebsausgaben zu 2 156 790 *M* veranschlagt, denen anschlagsmäßig nur eine Einnahme von 734 120 *M* gegenübersteht, so daß sich ein Fehlbetrag von 1 422 670 *M* ergeben würde. Das Staatsministerium gründet seinen Wunsch, daß die Stadt sich in erheblicher Weise an den Kosten des Landestheaters beteiligen soll, zunächst darauf, daß kein einziges Land so unverhältnismäßig und unerträglich hoch finanziell belastet ist wie das Braunschweiger Land; ich glaube aber, demgegenüber können wir sagen, daß die Stadt Braunschweig auch nicht in glänzender finanzieller Lage sich befindet. Zweitens wird von der Regierung gesagt, daß die Fortführung der Hofbühne nur unter starker Heranziehung der Städte zu den erforderlichen Kosten stattfinden kann. Selbstverständlich ist die Stadt Braunschweig an der Fortführung des Betriebes des Landestheaters in erster Linie interessiert, denn dieses Theater kommt in kultureller Wirkung in überwiegendem Maße unserer Stadt zugute, und ebenso hat das Fortbestehen der Bühne und ihre Erhaltung auf alter Höhe eine nicht zu unterschätzende finanzielle Bedeutung für die Stadt insofern, als das Theater für die Heranziehung und Seßhaftigkeit steuerkräftiger Kreise sehr in Betracht kommt. Aber die Ausgaben für das Landestheater erscheinen doch überraschend hoch. Sie setzen sich folgendermaßen zusammen: Nach dem Staatshaushaltsplan für 1919/20 beträgt der Staatszuschuß planmäßig 708 726 *M*. Hierzu treten noch 150 000 *M*, die nachträglich bewilligt sind, sowie anschlagsmäßig 283 944 *M* infolge der Neuregelung der Teuerungszulagen. Ferner gehören hierher die Brandversicherungsbeiträge und ähnliche Leistungen der bisherigen Hofstatt mit rund 20 000 *M*, sowie ein Anteil von etwa rund 50 000 *M* an den Ruhe- und Gnadengehalten. Die Summe dieser planmäßigen Lasten beträgt mithin 1 212 670 *M*. Dazu treten aber noch die Kosten der eben beschlossenen Beschaffungsbeihilfe von rund 210 000 *M*, so daß sich im ganzen eine Ausgabe von 1 422 670 *M* ergibt.

Der Rat der Stadt spricht seine Ansicht dahin aus, daß es sich für die Stadt auch dann, wenn sich, wie wohl zu erwarten ist, infolge der Erhöhung der Eintrittsgelder eine Herabminderung des Fehlbetrages beim Betrieb des Landestheaters ergeben sollte, ohne Frage um eine erhebliche Summe handelt. Wenn die Stadt, wie das Staatsministerium fordert, sich zur Übernahme der Hälfte dieser Kosten vom 1. April kommenden Jahres an verstehen würde, so sei das eine so erhebliche Belastung der Stadt, daß der Rat einstweilen nicht wisse, wie die erforderlichen Mittel aufgebracht werden sollten. In dieser Beziehung bestehen um

so ernstere Bedenken, als bei den bekannten Absichten der Reichsverwaltung auf Beibehaltung einer selbständigen Gemeindeeinkommensteuer nicht zu rechnen ist. Der Rat der Stadt kann sich deshalb nicht dazu verstehen, ohne weiteres 50 Prozent des Fehlbetrages, der sich beim Betrieb des staatlichen Landestheaters ergibt, dauernd zu übernehmen, er muß aber anerkennen, daß die Stadt, da sie an der Erhaltung des Theaters das lebhafteste Interesse hat, sich zur Leistung eines angemessenen, aber auch ihren Kräften entsprechenden Zuschusses wird verstehen müssen. Wie hoch dieser bemessen werden muß, um eine Stilllegung des für das Kulturleben unseres Gemeinwesens hochbedeutenden Unternehmens zu verhüten, und ob und in welcher Weise die Stadt, wenn sie sich an der Ausbringung der Kosten beteiligt, ein Recht der Mitwirkung bei der Verwaltung, insbesondere auf finanziellem Gebiet, einzuräumen sein möchte, das seien Fragen, die am zweckmäßigsten vorläufig in mündlichen Verhandlungen mit den Vertretern der Landesregierung zu erörtern sein würden.

Da die Staatsregierung besonders darauf hinweist, daß in andern Städten, in denen früher Hofbühnen bestanden haben, diese Bühnen jetzt in städtische Verwaltung übergegangen sind, so interessiert die Herrschaften es vielleicht, zu hören, in welcher Weise die Kosten sich stellen. Von verschiedenen Städten werden künftig 50 Prozent der Kosten bezahlt, wohl von den meisten Städten, mit Ausnahme von Wiesbaden, wo die Stadt allerdings schon früher einen Kostenzuschuß geleistet hat, der sich jetzt noch erhöhen wird. Die Kostensteigerung wird in Wiesbaden aber überwiegend der Staat übernehmen, und zwar aus politischen Gründen, da die Stadt zum besetzten Gebiet gehört und der Staat großes Interesse daran hat, daß der deutsche Kulturcharakter der Bühne gewahrt wird. Interessant ist ein Abkommen, das in Karlsruhe getroffen ist, nach dem das Hoftheater allmählich auf die Stadt übergeleitet wird, indem die Stadt einen von Jahr zu Jahr steigenden Anteil übernimmt. Anfänglich bezahlte der Staat 70 Prozent und die Stadt 30 Prozent des Zuschusses, im folgenden Jahr der Staat 60 und die Stadt 40 Prozent, darauf der Staat 50 und die Stadt 50 Prozent, und so geht es weiter, bis das Theater ganz und gar Stadttheater sein wird. Ich glaube aber, daß wir in Braunschweig in absehbarer Zeit uns ein Stadttheater nicht werden leisten können, das sich in derselben Höhe hält wie das frühere Hoftheater, und bedauerlich würde es sein, wenn dieses Institut, das hier im Mittelpunkt des künstlerischen Lebens gestanden hat, von seiner Höhe herabgleiten würde. Es ist also vorläufig ein sofortiges Eingehen auf die Vorschläge des Ministeriums nicht zu empfehlen, aber der Rat glaubt, daß am besten in mündliche Verhandlungen mit Vertretern der Staatsregierung ein Einvernehmen erzielt werden könnte, und empfiehlt, die Stadt bei diesen Verhandlungen durch eine Deputation von zwei vom Räte ge-

wählten Personen und vier Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung vertreten zu lassen. Der Rat gibt anheim, diesem Vorschlage zuzustimmen und die Wahl dieser vier Stadtverordneten vorzunehmen. Der Finanzausschuß hat sich diesem Antrage angeschlossen und gibt auch der Versammlung anheim, ihm Folge zu geben.

Stadtv. Munte: Das ist ja wieder eine hübsche Ausgabe, die der Stadt damit zufällt. Ich möchte daran erinnern, was uns der frühere Volkskommissar für die Stadt Braunschweig, Herr Wesemeier, als er seine erste Rede nach der Revolution hier hielt, gesagt hat. Er meinte, eine der Haupterrungenschaften der Revolution sei es mit, daß die Apanage des Herzogs wegfiele, aber jetzt schluckt der Staat sie auf, und wir müssen von seiten der Stadt große Zuschüsse zum Theater bezahlen. Das finde ich sonderbar, und ich möchte mich vorläufig ablehnend verhalten. Mag die Kommission darüber verhandeln und sehen, was dabei herauskommt.

Vorsigender: Es handelt sich zunächst hauptsächlich darum, die Wahlen für eine Deputation vorzunehmen; sachliche Verhandlungen sind wohl heute zwecklos.

Stadtv. Frede: Wir schlagen Frau Professor Göke vor.

Stadtv. Mönneburg: Damit die Deputation mit einiger Aussicht auf Erfolg an die Arbeit gehen kann, müßte man zunächst in der Versammlung sich darüber klar werden, welche Weisungen der Deputation mitgegeben werden sollen. Nur eine Deputation zu wählen, die erklären soll: „Die Stadt will nichts bezahlen,“ hat keinen Zweck. Wir müssen an den Kernpunkt der Sache selbst herangehen, und die Versammlung muß erklären: Will sich die Stadt an dem Landestheater beteiligen und in welchem Umfange? Erst wenn diese Frage beantwortet ist, hat die Wahl einer Deputation Zweck.

Vorsigender: Die Frau Berichterstatterin hat erklärt, daß es sich um eine grundsätzliche Erklärung handelt, in der gesagt wird, daß es angebracht erscheint, daß sich die Stadt an den Kosten des Landestheaters beteiligt. In welcher Höhe das geschehen soll, wird der weiteren Verhandlung durch die Deputation vorbehalten, deren Vorschläge dann der Beschlußfassung der städtischen Behörden unterliegen würden.

Stadtv. Frau Göke: Der Rat der Stadt ist bereit, einen Beitrag zu den Kosten zu zahlen, nur nicht, sich auf 50 Prozent festzulegen. Zu dem, was Herr

Munte sagte, möchte ich noch folgendes hinzufügen: Ich habe in der Zusammenstellung der Städte, in denen früher ein Hoftheater bestand, ein bekanntes und auf hoher künstlerischer Stufe stehendes Hoftheater vermißt, das ist das Hoftheater in Dessau, und habe zu meinem Erstaunen folgendes hören müssen, woraus hervorgeht, daß es auch andere Wege zur Erhaltung der Hofbühnen gab, wenn regierende Fürstenhäuser zur Abdankung gezwungen wurden. Das letztere ist auch in Dessau geschehen, wie in allen andern 22 deutschen Ländern, aber man hat einen Übergang gefunden: das herzogliche Haus bleibt in Dessau wohnen und hat dabei vollständig den Zuschuß für das Hoftheater beibehalten, so daß der Zuschuß für das Theater ganz vom herzoglichen Hause getragen wird. Es ist zu bedauern, daß das hier nicht geschehen ist.

Stadtv. Genzen: Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Herrn Ministers Rönneburg — als Minister hat er in dieser Angelegenheit doch gesprochen — stimme ich insofern bei, als wir uns darüber klar werden müssen, welche Stellung wir in dieser Sache einnehmen wollen. Denn wenn der Rat der Stadt und die Stadtverordneten einverstanden sind, eine Beihilfe zu gewähren, dann können wir doch auch unsere Bedingungen stellen, und ich halte es für angebracht, solche der Deputation mit auf den Weg zu geben, damit sie versucht, das, was möglich ist, im Interesse der Stadt herauszuholen. Herr Munte meinte mit seinen Ausführungen: „Seht Ihr, Kinder, da habt Ihr die Geschichte! Früher hieß es Upanage, und jetzt sollen wir auf diese Weise zahlen.“ Die Sache ist doch aber so: Wenn wir den Herzog hier hätten, dann wäre die Teuerung genau dieselbe (Sehr richtig!), und es würden auch viel größere Aufwendungen für das Theater zu machen sein. Der Herzog würde die Mode mitmachen und würde eine höhere Wirtschaftsbeihilfe vom Staate fordern. Indirekt würde also wieder der Staat derjenige sein, der die erhöhten Unkosten tragen müßte.

Wenn nun eine Deputation gewählt wird, dann möchte ich darum ersuchen, daß sie zugleich Vorschläge macht, wie es möglich ist, die Sache zu verbilligen und ein großes Defizit nicht aufkommen zu lassen. Da wäre es zunächst wohl notwendig, daß die Abonnements aufgehoben würden. Wie ist es denn damit? Denselben Platz, den jetzt die Abonnenten innehaben, hat schon der Großvater des jetzigen Abonnenten gehabt, von dem hat ihn der Vater geerbt und nun hat er ihn geerbt. Durch die Aufhebung der Abonnements könnte schon eine kolossale Menge mehr Geld eingenommen werden, denn die einzelnen Billette würden zu erheblich höheren Preisen abgegeben werden. Dann bin ich der Meinung — ich bin allerdings kein Tänzer und kein Kunstkenner —, daß das Ballett aufgehoben werden könnte. Man hört doch, daß das Ballett ziemliche Kosten verursacht. Ich weiß

nicht, ob die Ausgabe nötig ist, und ob man da nicht sparen könnte. Das würde sich die Deputation und die Theaterverwaltung überlegen können. Sodann möchte ich noch einen Wunsch der Arbeiterschaft vorbringen: Wir vermissen tatsächlich, daß Stücke für die Arbeiterschaft gegeben werden; an jeder kleineren Stadtbühne hat man mehr Stücke von Ibsen, Gerhart Hauptmann, aber hier sehen Sie Derartiges nicht. Wir haben erleben müssen, daß Volksvorstellungen angekündigt wurden, und daß hochpatriotische Dinge, wie „Kolberg“ und dergleichen, der Arbeiterschaft geboten wurden. Man gibt auf dem Landestheater wohl leichte Operetten, aber das, was die Arbeiterschaft interessiert, kann sie im Landestheater nicht sehen. Ich war seinerzeit in dem Münchener Theater, das damals ein königliches Hoftheater war, da gab es ein Stück von Gerhart Hauptmann. Hier war und ist es jetzt noch kaum möglich, die „Weber“ zur Aufführung zu bringen. Durch Aufführung solcher Stücke könnte man der Arbeiterschaft noch etwas bieten. Sie wissen, daß das Abkommen getroffen ist, daß alle sechs Wochen eine Volksvorstellung gegeben werden soll. In dieser Sache war man früher entgegenkommender als jetzt; heute verlangt man, daß das Gewerkschaftskartell sich zur Zahlung einer gewissen Pauschalsumme verpflichtet. Auch in dieser Hinsicht wird verlangt, daß man der Arbeiterschaft etwas mehr entgegenkommt.

Oberbürgermeister Netemeyer: Daß uns die Forderung gestellt würde, für das Hoftheater Beiträge zu leisten, haben wir kommen sehen, aber eine solche kategorische Forderung, wie sie in dieser Verfügung des Ministeriums gestellt ist, indem einfach gesagt wird: „Von 1. April 1920 ab übernimmt die Stadt die Zahlung eines Zuschusses von 700 000 M“, hat der Rat der Stadt nicht erwartet. Ich wüßte nicht, woher wir das Geld nehmen sollen. Nun hoffen wir ja, alle, daß es möglich sein wird, die Kosten für die Erhaltung des Landestheaters etwas herunterzudrücken, denn die höfische Opulenz brauchen wir in Zukunft beim Landestheater nicht mehr zu beobachten, und es ist erfreulich, daß schon in dem Schreiben der Regierung angedeutet wird, daß auf Anstellung eines tüchtigen Leiters des Theaters gesehen wird, damit auch dadurch das Defizit etwas heruntergedrückt wird. Immerhin bleibt die Frage der Leistung des Zuschusses durch die Stadt eine recht schwierige. Der Rat hat es aber immer so gehalten, daß er beim Aufheben schwieriger Fragen erst eine Deputation sich mit der Erörterung derselben befassen ließ. Wenn nun aber einzelne Herren es für richtig halten, dieser Deputation eine Marschroute vorzuschreiben, so kann ich dem nicht zustimmen. In dieser äußerst schwierigen und delikaten Sache muß der Deputation vorläufig freie Hand gelassen werden. Sie hat keine endgültigen Abmachungen zu treffen, sondern den städtischen Behörden über ihre Verhandlungen demnächst zu berichten. Alles,

was Herr Genzen angedeutet hat, daß wir versuchen müssen, irgendwie an der Verwaltung teilzunehmen, daß die Kosten heruntergedrückt werden müssen, ist auch in unserer Vorlage angedeutet. Wie weit wir damit kommen werden, das können wir zum voraus nicht wissen. Es ist möglich, daß der Staat sagt: „Mit Vergnügen wollen wir die Stadt an der Verwaltung beteiligen“, denn so leicht ist eine derartige Verwaltung nicht. Ich weiß nicht, ob bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, abgesehen von einigen, die Fähigkeit vorhanden ist, gerade diese schwierigen Fragen zu beurteilen; wir im Räte haben auf diesem Gebiet keine Erfahrung. Ob z. B. durch den Wegfall des Balletts die Kosten wesentlich herabgemindert werden können, weiß ich nicht. Nach dem Voranschlag waren sie nicht so erheblich, 20 000 M. Das alles sind aber Fragen, die zunächst in der Deputation behandelt werden müßten; ich möchte bitten, von bestimmten Anweisungen für die Deputation Abstand zu nehmen.

Stadtv. Hönneburg: Zunächst darf ich feststellen, daß Herr Munte keineswegs namens der demokratischen Fraktion gesprochen hat, daß also seine Ansicht nicht durchweg von unserer Fraktion geteilt wird. Ein erheblicher Teil meiner Fraktionsfreunde steht auf dem Standpunkt, daß unser Theater unter allen Umständen erhalten werden muß. Wenn ich offen sprechen soll, so muß ich sagen, daß die Lage des Landestheaters außerordentlich ernst ist. Nach wiederholten Besprechungen, die im Hauptausschuß der Landesversammlung stattgefunden haben, ist nicht zu erwarten, daß das Theater in dem bisherigen Umfange vom Staat aufrechterhalten werden kann. Wir brauchen uns keinem Zweifel hinzugeben, daß tatsächlich 95 Prozent der Vorteile des Landestheaters der Stadt Braunschweig zugute kommen, und so muß man auch vom Billigkeitsstandpunkte anerkennen, daß die Stadt Braunschweig ein besonderes Interesse an seiner Erhaltung hat. Eine solche wichtige und wertvolle Kulturstätte, wie sie das Landestheater ist, muß erhalten werden. Ich spreche durchaus vom städtischen Standpunkt aus und möchte mit aller Deutlichkeit betonen: Die Stadt hat ein Interesse daran, daß, wie es in allen anderen großen Städten des deutschen Reiches geschehen ist, Staat und Stadt gemeinsam an die Erhaltung des Landestheaters gehen, denn eine schwierige Finanzlage liegt für beide Seiten vor. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die zu einer Verständigung führen, wie die Last geteilt werden kann. Ob man das Beispiel von Dessau ohne weiteres hier nachahmen konnte, erscheint mir zweifelhaft. Man muß die tatsächlichen Verhältnisse in Rechnung setzen; es wird kaum angängig sein, nachdem die Entwicklung einen andern Weg genommen hat, jetzt noch einen ähnlichen Weg zu verfolgen, wie er in Dessau beschritten ist. Herrn Munte möchte ich entgegnen: Wenn wirklich der Herzog noch hier wäre, dann

würde er, nachdem er von sich aus vorher 500 000 *M* für das Theater ausgegeben hat, keinesfalls bereit sein, jetzt 1½ Millionen dafür auszugeben, und das könnte auch kein billig denkender Mensch erwarten, noch dazu, da die andern höheren Ausgaben für die Hofbeamten usw. hinzugekommen wären. An ein Aufgeben der Abonnements, wie es Herr Genzen wünschte, kann nicht gedacht werden. Wer Sachkenner ist und Berichte aus andern Städten kennt, wo man solche Versuche gemacht hat und damit eilig in die Brüche gekommen ist, wird eine solche Forderung nicht aufstellen. Ich erinnere daran, daß die Abonnenten die einzigen sicheren Besucher des Theaters sind; es können nicht immer nur erstklassige Stücke gegeben werden, wodurch jeden Abend das Theater ausverkauft ist, es müssen aus Kunststückfichten auch andere Stücke gegeben werden. Diejenigen, die feste Abonnenten sind, müssen jedes Stück mit in Kauf nehmen, und so bilden die Abonnementgelder die einzige sichere Einnahme, wenn Stücke gegeben werden, die in der Bevölkerung wenig beliebt sind. Beispielsweise ist die Bevölkerung in Braunschweig bis auf den heutigen Tag für das Schauspiel sehr wenig interessiert, während sie für die Oper besonderes Interesse bekundet. Wenn wir da das Abonnement nicht hätten, würde die Sache für die Theaterleitung recht schwierig werden. Sodann ritt Herr Genzen eine Attacke gegen das Ballett. Die Ausgaben dafür betragen 20 000 *M* von den 2½ Millionen, die wir für Unterhaltung des Theaters im ganzen ausgeben. Ich glaube, wenn wir die Mitglieder des Balletts fragen würden, was sie zum Erwerb ihres Unterhaltes anfangen würden, falls sie auf die Straße gesetzt würden, so würden sie uns die Antwort schuldig bleiben müssen. Als eine soziale Maßnahme würden sie das jedenfalls nicht empfinden, und schließlich hat doch auch das Ballett einen Teil der Einnahme mit auf sein Konto zu verbuchen. Weiter ist Herr Genzen falsch unterrichtet, wenn er meint, daß für die Arbeiterschaft von seiten des Landestheaters nichts getan würde. Es ist überhaupt noch nie soviel für die Popularisierung des Theaters geschehen, wie gerade in der jetzigen Zeit. Nicht nur für den Verein Volkslesehalle und für das Gewerkschaftskartell sind Vorstellungen angelegt, es sollen auch vier Volkskonzerte als Matinees gegeben werden; dazu kommen die Vorstellungen für die Beamten- und Angestelltenverbände, so daß alle diejenigen Kreise, die als minderbemittelt bezeichnet werden können, heute zu nicht hohen Preisen ins Theater gehen können. Ferner ist daran gedacht, für die Kinder der Bürgerschulen besondere Veranstaltungen zu bieten. Darauf kann aber das Theater nicht verzichten, daß ihm eine gewisse Mindestsumme als Einnahme vom Gewerkschaftskartell oder von den andern Vereinigungen sichergestellt werden muß. Die täglichen Kosten des Theaters sind 7000 *M*, und wenn man vom Gewerkschaftskartell 3000 *M* fordert, so ist das ein so weitherziges Entgegenkommen, wie man es nur

verlangen kann. Herr Benzen beklagt sich ferner, daß für die Arbeiterschaft keine modernen Stücke gegeben worden. Im Uniontheater wurde jetzt ein ganz modernes Stück aufgeführt, „Das Gesetz“; es ist dem Gewerkschaftskartell der Besuch dieses Stückes angeboten worden mit dem Erfolg, daß geantwortet worden ist: „Das wollen wir nicht, wir wollen dafür lieber das „Dreimäderlhaus“.“ Das ist tatsächlich geschehen. Der Besuch der modernen Stücke, nach denen die Arbeiterschaft so großes Verlangen haben soll, ist ganz miserabel gewesen, das zeigt gerade der Besuch des Uniontheaters, so miserabel, daß man sich die Frage hat vorlegen müssen, ob solche Versuche noch einmal wiederholt werden können. Davon kann keine Rede sein, daß für die geschlossenen Vorstellungen im letzten Jahr nicht gute Stücke in Übereinstimmung mit den beteiligten Kreisen gewählt worden sind, denn die beteiligten Organisationen werden vorher gehört, und es werden von ihnen Vorschläge erbeten, welche Stücke sie hören wollen.

Was die Frage der Mitbeteiligung der Stadt an der Leitung des Theaters anbetrifft, so läßt sich darüber wohl reden. Es ist nur nötig, daß wir uns darüber einigen. Zunächst müßte die Deputation gewählt werden, die in Verhandlungen eintreten und feststellen soll, auf welcher Grundlage die Stadt bereit ist, einen Zuschuß zu leisten. Dann wird auch für die Erledigung aller anderen Fragen, insbesondere die Teilnahme der Stadt an der Verwaltung, ihre Mitwirkung, um die Ausgaben zu vermindern — eine lobenswerte Aufgabe, die ein weites Arbeitsfeld bietet —, keine Schwierigkeit zu finden sein. Die Anstellung eines Direktors, der vor allen Dingen ein guter Geschäftsmann sein soll, wird mit dazu beitragen, daß der Zuschuß von Staat und Stadt möglichst klein ausfallen wird. Daß er heute so groß ist, liegt mit daran, daß in den verfloßenen Jahren nicht die Zuwendungen gemacht worden sind, die billigerweise für Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes zu fordern waren. So ist der Theatersfundus in einer Weise aufbesserungsbedürftig, daß heute hier wohl oder übel viel nachgeholt werden muß.

Stadtv. Schmerbach: Ich bringe Herrn Bunge als Deputationsmitglied in Vorschlag.

Stadtv. Frede: In der Hauptsache kann man unterschreiben, was Herr Rönneburg ausgeführt hat, nur in einem Punkte bin ich nicht mit ihm einverstanden. Er spricht als Stadtverordneter und im städtischen Interesse, und ich glaube, von diesem Standpunkte aus ist es nicht richtig, wenn man betont, daß das Theater zu 95 Prozent im Interesse der Stadt wirkt. Man muß das andere auch sagen: daß das Landestheater gar nicht denkbar ist ohne den Besuch von Seiten

des städtischen Publikums. Das Landestheater ist einfach gar nicht denkbar ohne unsere Stadt, und in dem früheren Landtage haben unsere ländlichen Abgeordneten immer große Begeisterung und große Gefebfreudigkeit für das Theater gezeigt. Sie waren stolz auf das Hoftheater, haben aber ohne weiteres auch die Unmöglichkeit eingesehen, irgendwo im Lande Braunschweig an anderer Stelle ein Hoftheater zu halten; nur durch den Besuch der Braunschweiger ist das möglich.

Herr Rönneburg ist vielleicht in der Lage, zu sagen, was die Gehälter, die gezahlt werden, an Kosten verursachen. Ob sich das Theater auf die Dauer halten läßt, fragt sich. Der Vorsitzende der Regierung ist für unsere Verschmelzung mit Niedersachsen, und ob wir dann noch ein Landestheater halten können, ob dann noch einen Zuschuß von Staats seiten aus gezahlt werden kann, oder ob wir das Theater ganz übernehmen müssen, ist eine offene Frage. — Nun, wir können nicht in bezug auf die Vorschläge, die wir machen wollen, ins einzelne gehen, wie schon der Herr Oberbürgermeister sagte. Zu dem Zwecke wählen wir ja die Deputation; aber größere Gesichtspunkte, die beachtet werden sollen, könnten auch jetzt schon besprochen werden. In bezug auf die Aufhebung des Abonnements bin ich der Ansicht des Herrn Rönneburg. Sie ist nicht möglich, sonst müßten wir uns lediglich nach dem Geschmack des Publikums richten, während das Theater eine Bildungsanstalt ist und bleiben soll: Es soll der Geschmack veredelt werden, wir dürfen nicht dem Niederen nachgeben, was allerdings für die Klasse die Folge haben würde, daß das Theater immer gefüllt sein würde. Auch die klassischen Stücke müssen gepflegt werden, und das ist nur ausführbar durch das Abonnement. Sodann könnte in der Deputation darüber geredet werden, ob nicht die Theaterferien zu beschneiden sind. (Sehr richtig!) Mehrere Monate Ferien hintereinander, wo ist das sonst zu finden? Es kann nicht behauptet werden, daß so etwas unbedingt notwendig ist. Die Künstler gehen im Sommer nach Braunlage und spielen dort, und zwar ganze Ensembles. Dort wird ein Kurtheater eingerichtet, und die Einnahme fließt doch, soweit ich unterrichtet bin, in ihre Tasche. Ich gönne ihnen das wohl, aber sie nutzen sich bei der fortwährenden Arbeit ab, und dazu sind die Ferien nicht da.

Ob das Ballett nötig ist, glaube ich bejahen zu müssen, insbesondere zu den großen Opern. Bei der Frage, ob die Eintrittsgelder noch erhöht werden können, müssen wir uns an den Vergleich mit den benachbarten Städten halten. Ich fürchte, sie sind schon reichlich hoch, aber man kann ja die Probe darauf machen und wird sehen, ob dadurch der Besuch des Theaters und seine Einnahmen nachlassen. Vorläufig hat die Erhöhung der Eintrittsgelder, wie ich glaube, noch nicht eine solche Folge gezeitigt; wenn ich zum Theater gehe, ist es wenigstens immer

voll. — Man könnte noch manches über diese Frage vorbringen, aber das können wir alles ja erst einmal der Deputation überlassen.

Vorsitzender: Es handelt sich um die Entscheidung einer grundsätzlichen Frage, die dahin geht, ob die Versammlung sich einverstanden erklären will, einen Zuschuß zu zahlen. Über das wann und die näheren Verhältnisse soll zunächst eine gemischte Deputation mit Vertretern der Landesregierung beraten und einer späteren Sitzung der Stadtverordneten Bericht erstatten.

Die Versammlung stimmt dieser Stellungnahme zu und wählt in die Deputation als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung die Stadtverordneten Frau Göthe und die Herren Richter, Bunge und Einert.

18. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Stadtv. Frede: Meine Damen und Herren! Ich habe eine für die Beteiligten recht unangenehme Sache vorzutragen; sie betrifft die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise. Ein neues Thema ist es nicht, denn es ist in den letzten Jahren schon mehrfach auf unserer Tagesordnung erschienen.

Die Direktion der Gas- und Wasserwerke hat an den Rat der Stadt Mitte November einen Bericht über die Notwendigkeit der Erhöhung der Gas- und Wasserpreise erstattet. Die Notwendigkeit ergibt sich im wesentlichen durch die wiederholt und stark gestiegenen Ausgaben für Kohlen, Frachten und Arbeitslöhne. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß beim Gas eine Erhöhung um 16 Pf. für das Kubikmeter angezeigt erscheint. Vor dem Kriege hat das Kubikmeter Gas für die Abnehmer 14 Pf. gekostet, während des Krieges — es bietet das eine gewisse Geschichte über die zunehmenden Kalamitäten und Teuerungen während des Krieges — zunächst 16 Pf., dann 17 Pf., 18 Pf., 19 Pf., im Frühjahr 1919 26 Pf., im Juni 36 Pf. Seit dem 16. Juni sind die Teuerungsverhältnisse, die ich erwähnt habe, in noch stärkerer Weise eingetreten. Es ist auch in dem Bericht schließlich noch gesagt, daß wiederum eine wesentliche Verteuerung der Kohlen in Aussicht stände, und der Herr Oberbürgermeister hat im Finanzausschuß mitgeteilt, daß schon eine Nachricht gekommen sei, daß wir wieder mit höheren Unkosten rechnen müßten. Deshalb hat sich der Finanzausschuß auf den Standpunkt gestellt: Damit nicht in kürzerer Zeit wieder eine Beunruhigung der Abnehmer und eine Neuregelung der Preise stattfinden müsse, sollten wir lieber einige Pfennige mehr bewilligen, als unbedingt nötig und vom Räte der Stadt beantragt ist. So kommt der Finanzausschuß dazu, Ihnen zu empfehlen, für das Kubikmeter Gas, das durch die Gasmesser geht, nicht wie der Rat der Stadt vor-

schlägt, einen künftigen Preis von 52 Pf., sondern von 55 Pf. festzusetzen, und für Automatengas 58 Pf. Das ist gegenüber dem bisherigen Preise eine Erhöhung von 50 Prozent. Dabei ist der Wunsch ausgesprochen — er ist auch hier in der Versammlung schon sehr oft ausgesprochen —, daß nun wenigstens für das teure Geld ein gutes Gas geliefert wird, und man kann annehmen, daß das geschehen wird, soweit es möglich ist; zwingen können wir die Verhältnisse ja nicht.

Was das Wasser anbelangt, so ist der Preis von 10 Pf. für das Kubikmeter während des Krieges gestiegen auf 15 Pf., vom 1. April 1919 ab mit 30 Prozent Erhöhung auf 20 Pf., und vom 1. Juli 1919 an wurde wiederum eine Erhöhung um 20 Prozent vorgenommen, so daß das Kubikmeter auf 24 Pf. zu stehen kam. Es ist jetzt vom Räte eine Erhöhung um 14 Pf. vorgeschlagen, aber aus den Umständen, die ich erwähnt habe, sind wir im Finanzausschuß dazu gekommen, auch hier eine Abrundung nach oben vorzuschlagen, damit auf längere Zeit eine weitere Erhöhung vermieden wird, und so schlägt Ihnen der Ausschuß vor, die Preisfestsetzung auf 40 Pf. für das Kubikmeter zu bemessen.

Nun gibt die Stadt neben dem Wasser, das durch die Wassermesser geht, auch kleinere oder größere Mengen Wasser ab, für die bisher schon ein besonderer Preis bestimmt war, und die Finanzkommission schlägt vor, auch diesen Preis entsprechend zu erhöhen. Eine genaue Festsetzung darüber haben wir nicht vorgenommen, es soll der neue Preis in Proposition zu den bisherigen Sätzen gestellt werden. Der Rat der Stadt ist mit diesen Vorschlägen des Finanzausschusses einverstanden, es braucht also über die Vorschläge des Rates nicht besonders abgestimmt zu werden. (Redner teilt die neuen Sätze noch einmal mit.) Ich bitte, den Anträgen des Finanzausschusses zuzustimmen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Damen und Herren! Ich darf zu dem Berichte bemerken, daß der Rat der Stadt mit den Vorschlägen des Finanzausschusses, die über die ursprünglichen Anträge des Rates hinausgehen, einverstanden ist. Erst nachdem wir die Vorlage abgesandt hatten, ist uns durch den Direktor des Gaswerks am 24. November mitgeteilt, daß inzwischen wieder eine weitere Erhöhung der Unkosten eingetreten ist, und zwar eine Erhöhung der Transportkosten. Sie sind vom 5. dieses Monats an um 8,80 M für die Tonne erhöht, und das ist ein gewaltiger Aufschlag. Bei einer Ausbeute von 270 Kubikmeter Gas aus einer Tonne Kohlen haben wir für das Gaswerk, da wir im ganzen 9 Millionen Kubikmeter Gas erzeugen, 27 000 Tonnen Kohlen nötig. Die Erhöhung um 8,80 M pro Tonne bringt also schon eine Mehrausgabe für Fracht von 237 600 M. Wenn wir bei dem eingeschränkten Verbrauch 8 Millionen Kubikmeter Gas an unsere Einwohner absetzen, so würden bei einem Aufschlag von

2 Pf. erst 160 000 *M* herauskommen, und wir hätten damit noch nicht einmal unsere eigenen Mehrausgaben gedeckt. Es steht aber ganz sicher eine weitere Erhöhung unserer Ausgaben bevor, denn die Reichsregierung scheint die Absicht zu haben, auf die Tonne Kohlen noch 5 *M* aufzuschlagen, um auf diese Weise die Mittel zu beschaffen, für die Bergleute eine angemessene Unterkunft zu beschaffen. Wohin diese Preiserhöhungen führen, ist nicht abzusehen. Aus diesen Zahlenzusammenstellungen sehen Sie aber, daß der Antrag des Finanzausschusses gerechtfertigt ist. Auf einen Überschuß aus den Gaswerken hoffe ich in diesem Jahre nicht mehr; im vorigen Jahr ist es noch zu einem angemessenen Abschluß gekommen, aber ich glaube, im laufenden Jahre müssen wir jetzt schon mit einem Defizit rechnen, und auf die Dauer ist das von der Stadt nicht auszuhalten. Unsere Werke müssen uns etwas einbringen, damit wir unsern Ausgleichsfonds einigermaßen instand setzen, durch Amortisation unsere drückenden Schulden in etwas herabzumindern. Ich möchte bitten, dem Antrage des Finanzausschusses zuzustimmen.

Den vom Finanzausschuß beantragten erhöhten Sätzen für Abgabe von Gas und Wasser stimmt die Versammlung zu.

19. Ortsbauplan für die Charlottenhöhe.

Stadtv. Reikner: Die geehrten Herrschaften haben vor einigen Monaten der Bebauung des Grundstücks Charlottenhöhe zugestimmt und gleichzeitig gewünscht, daß diese Grundstücke zur Veräußerung kommen. Zu diesem Zwecke ist vom Tiefbauamt ein Bebauungsplan aufgestellt. Bei näherer Prüfung dieses Planes hat sich ergeben, daß mit Verwirklichung dieses Planes ganz erhebliche Erdarbeiten verbunden gewesen wären, indem tiefe Straßeneinschnitte geschaffen werden müßten. Das städtische Tiefbauamt hat deshalb auf Veranlassung des Rates einen neuen Bebauungsplan aufgestellt, der hier im Saale zur Ansicht ausgehängt ist. Dieser Plan war am 24. Oktober an Ort und Stelle abgesteckt, und die Mitglieder der Ortsbaudeputation haben ihn besichtigt. Bei dieser Besichtigung ergab sich, daß die Aufstellung ganz vorzüglich ist; die Linienführung paßt sich der jetzt vorhandenen Hauptstraße an, die auf die Mitte des dort stehenden Gebäudes führt. Bei Erbauung der geplanten Straßen werden die größten und schönsten Baumgruppen geschont, und die zu errichtenden Häuser werden sich schön in die stehbleibenden Baumgruppen hineinpassen. Der Bauausschuß hat den vorgelegten Ortsbauplan in seiner letzten Sitzung geprüft und empfiehlt Ihnen durch mich Annahme desselben.

Des weiteren stellt der Rat den Antrag, daß diejenigen Bäume, die nach diesem Plan fortfallen, schon in diesem Winter gefällt werden. Es handelt sich um einige minderwertige Baumgruppen, besonders nach Richmond zu, die nicht mehr in das Ganze hineinpassen und in dieser Zeit zweckmäßig als Brenn- und Nußholz Verwendung finden. Der Bauausschuß gibt anheim, auch diesem Antrage des Rats zuzustimmen.

Die Versammlung entspricht den Anträgen des Bauausschusses.

20. Beschaffungsbeihilfe für Beamte, Lehrer und Arbeiter.

Stadtv. **Frede:** Meine Damen und Herren! In dem Antrage des Herrn Rönneburg wurde der Rat der Stadt ersucht, dahin zu wirken, daß die Grundsätze, die der Staat für die Regelung der Beschaffungsbeihilfe aufgestellt hat, auf die Stadt übertragen würden. Die Herrschaften werden sich erinnern, daß in der Stadtverordnetenversammlung eine grundsätzliche Beschlußfassung auf Zahlung der Beschaffungsbeihilfe erfolgte, und es wurde im übrigen die Behandlung der Sache dem verstärkten Finanzausschusse zugewiesen, und zwar deshalb, weil von seiten des Rates angekündigt wurde, daß in der Regelung, wie sie der Rat beabsichtigte, einige Abweichungen gegenüber der Regelung durch den Staat beständen, über die man sich in der verstärkten Finanzkommission besprechen könne. Diese Besprechung hat nun noch andere Abweichungen zutage gefördert, welche der Versammlung heute zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen.

Der Hauptparagraph, auf den sich die einzelnen Bestimmungen, die ich nachher anführen werde, bezieht, wird wohl besser wörtlich von mir verlesen. Im Teil A der s t a t l i c h e n Regelung heißt es:

1. Alle männlichen und weiblichen Beamten und Lohnangestellten, welche nach Ziffer 2 zu I Absatz 1 der Neuregelung der Teuerungszulagen und Beihilfen laufende Teuerungszulagen beziehen, erhalten, sofern sie nicht nur im Nebenamt angestellt oder beschäftigt sind, eine einmalige Beschaffungsbeihilfe von 600 *M* für Ledige, 1000 *M* für Verheiratete und daneben für jedes zu berücksichtigende Kind 200 *M*. Ledige unter 21 Jahren erhalten 300 *M*, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. Geschiedene oder verwitwete Beamte stehen den Verheirateten gleich, wenn sie einen eigenen Haushalt führen oder zu berücksichtigende Kinder haben. Frauen sind den verheirateten Beamten mit Kindern gleichzustellen, wenn sie verwitwet, geschieden oder eheverlassen sind und zu berücksichtigende Kinder unterhalten. Dasselbe gilt für Frauen, die ihren dauernd erwerbsunfähigen Mann unterhalten. Im übrigen sind alle Beamten nach dem Gesetze für Ledige zu behandeln.

2. Wenn Ehemann und Ehefrau im Reichs-, Staats- oder Gemeinbedienst angestellt sind, wird die Beihilfe nur einmal, und zwar für den Ehemann, gezahlt. Erhält der Ehemann im Gemeinbedienst keine Beschaffungsbeihilfe, so wird sie an die im Staatsdienste beschäftigte Ehefrau gezahlt."

In der Besprechung im verstärkten Finanzausschuß sind Abweichungen von der staatlichen Regelung in folgenden Punkten beschlossen:

Zunächst ist zu bemerken, daß die oberste Grenze für die Auszahlung der Beihilfe beim Staat 10 000 M ist. Der Rat schlägt vor, die Grenze für die städtischen Beamten auf 10 700 M zu erhöhen, und zwar deshalb, weil in der Stadt kein Wohnungsgeld gezahlt wird, was aber im Staate geschieht. Was die Aushilfsbeamten und die Unterbeamten anbelangt, so hat sich der verstärkte Finanzausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß sie ebenso zu behandeln seien wie die fest angestellten Beamten, ebenso auch die Arbeiter. Daraus ergibt sich eine Verschiedenheit in der Regelung beim Staate und bei der Stadt. Der Staat macht an einer Stelle der Vorschriften den Vorbehalt, daß in Unrechnung kommen soll, was der Arbeiter infolge einer Lohnerhöhung vom Januar ab mehr verdient hat, und diese Einschränkung will der Rat nicht machen.

Drittens hat der Staat als Stichtag den 3. September festgesetzt, und im verstärkten Finanzausschuß ist für die städtischen Beamten der 1. Dezember dafür bestimmt. Der Stichtag hat die Bedeutung, daß diejenigen städtischen Beamten bei der Auszahlung der Beschaffungsbeihilfe in Frage kommen, die mindestens sechs Monate vor dem 1. Dezember in städtischen Diensten gestanden haben. Wenn sie innerhalb dieser Zeit den städtischen Dienst verlassen haben und gekündigt haben, so haben sie die Beihilfe nicht zu erwarten, es sei denn, daß der Todesfall eingetreten ist. In diesem letzteren Falle soll der volle Betrag an die Hinterbliebenen gezahlt werden.

Was die Ruhegehaltsempfänger anlangt, so ist zu bemerken, daß ihnen 50 Prozent der Beschaffungsbeihilfe, die sie bekommen würden, wenn sie noch im Dienst wären, gezahlt werden. Das ist allerdings kein Unterschied gegenüber der staatlichen Regelung, wohl aber entsteht ein Unterschied insofern, als der Staat diese Beschaffungsbeihilfe nur an diejenigen zahlt, welche bedürftig sind, welche also deswegen eingekommen sind, und bei denen die Bedürftigkeit festgestellt ist. Schon bei den Teuerungszulagen hat die Stadt diesen staatlichen Standpunkt verlassen und hat bestimmt, daß die unangenehme Art der Ermittlung der Bedürftigkeit von uns nicht nachgeahmt werden soll. Wir zahlen also an alle Ruhegehaltsempfänger. Wenn die Ruhegehaltsempfänger vom Staat zu besolden sind und auch eine Verbindung mit der Stadt haben, wie bei den früheren Lehrern, so

warten wir ab, ob der Staat die Bedürftigkeit anerkennt oder nicht. Wenn der Staat das nicht getan hat, dann tritt die Stadt mit der Gewährung ein.

Es wird den geehrten Herrschaften nach dieser Ausführung ohne weiteres klar werden, was der Rat der Stadt in seinem Schreiben an die Stadtverordneten ausführt. Er schreibt: „Gemäß dem Beschluß der Stadtverordneten vom 13. November haben wir beschlossen,

- a) den Leitern und Lehrern an den Bürgerschulen,
- b) den dauernd beschäftigten städtischen Beamten — ich schalte hier ein, daß hierzu auch die Lehrer an den höheren städtischen Lehranstalten gehören. Sie sind nicht ausgeschlossen, obgleich sie hier nicht benannt sind, sondern gehören zu den städtischen Beamten —,
- c) den Aushilfsbeamten, die mit Bureauarbeiten beschäftigt werden,
- d) den Volontären,
- e) den städtischen Arbeitern,
- f) den in den Ruhestand versetzten Beamten und Hinterbliebenen, soweit diese nicht vom Staat unterstützt werden,

Beschaffungsbeihilfen nach Maßgabe der staatlichen Richtlinien zu gewähren. Im Einverständnis mit dem verstärkten Finanzausschuß ist dabei von uns beschlossen, daß als Stichtag nicht der 3. September, sondern der 1. Dezember dieses Jahres gelten soll, und daß, wenn ein Beamter innerhalb der Zeit vom 1. Juni bis 30. November verstorben ist, die Beihilfe seinen Hinterbliebenen gezahlt werden soll. Der verstärkte Finanzausschuß war aber der Ansicht, daß es gerechtfertigt sei, auf die Anwendung der Vorschrift unter B 21 der staatlichen Richtlinien bei Bemessung der Beschaffungsbeihilfe für die Aushilfsbeamten, sowohl für die unter A b als auch unter A c der staatlichen Richtlinien fallenden, zu verzichten, das heißt: auch diesen Personen die Beihilfe ohne Anrechnung der ihnen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli dieses Jahres gewährten Aufbesserungen zu zahlen, weil ihre Vergütungen nach dem Verhältnis der Gehälter und Teuerungszulagen der festangestellten Beamten bemessen seien. Wir mußten diese Begründung als zutreffend anerkennen, waren aber nach der Fassung des Beschlusses vom 13. dieses Monats nicht berechtigt, ohne weiteres diese erhebliche Abweichung von den staatlichen Grundsätzen gutzuheißen, und geben daher anheim:

Entsprechend dem Antrag des verstärkten Finanzausschusses, uns zu ermächtigen, auch den Aushilfsbeamten die volle Beschaffungsbeihilfe zu zahlen.

Wir würden die gleiche Vergünstigung auch für die städtischen Arbeiter ungeachtet der von den städtischen Behörden beschlossenen, am 1. Oktober c. in Wirksamkeit getretenen Lohnerhöhung beantragen; aber nachdem der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die ebengedachten Lohnerhöhungen für unge-

nügend erachtet und den Schlichtungsausschuß angerufen hat, hielten wir im Einvernehmen mit dem verstärkten Finanzausschuß für angezeigt, den städtischen Arbeitern einstweilen nur die unter A c der staatlichen Richtlinien ausgeworfene Beschaffungsbeihilfe zu zahlen, und im übrigen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses abzuwarten."

Diese letzten Ausführungen des Rates sind begründet durch die Erwägung, daß das, was die städtischen Behörden im Einvernehmen miteinander beschlossen haben, für die Befoldung der städtischen Arbeiter und der andern Gruppen unbedingt maßgebend sein muß, und es haben sich zu diesen Ausführungen des Rates die Mitglieder aller Parteien im verstärkten Finanzausschuß zustimmend geäußert. Die Arbeiter, die erwähnt sind, haben diesen gemeinschaftlichen Beschluß der städtischen Behörden nicht anerkannt, sondern den Schlichtungsausschuß angerufen, und nun soll vor allem der Spruch des Schlichtungsausschusses abgewartet werden. Der Rat hat aber ausdrücklich gesagt, daß danach die Vergütung den Leuten ebenfalls werden soll. Was den Hinweis auf den Punkt A c der staatlichen Richtlinien anbelangt, so ist mitzuteilen, daß diese Arbeiter, die den Schlichtungsausschuß angerufen haben, vorläufig die staatlichen Sätze bekommen sollen, das heißt: sie bekommen 400 M., soweit sie ledig sind, 600 M., soweit sie verheiratet sind, und für jedes Kind 200 M.

Zu erwähnen ist noch, daß die staatlichen Vorschriften aufmerksam machen auf eine Änderung der früheren Richtlinien, wonach die Kinderzulage bei den Teuerungszulagen nicht mehr 30 oder 40 M., sondern vom 1. September an 50 M. betragen soll. Das wird auch jetzt auf die Stadt übernommen.

Oberbürgermeister Netemeyer: In bezug auf die Beschaffungsbeihilfe für die Arbeiter habe ich zu erklären, daß vorgestern dem Rate ein Schreiben des Schlichtungsausschusses zugegangen ist, wonach die Arbeiter ihre Klage zurückgezogen haben. Es scheint, daß da Mißverständnisse vorgelegen haben; der Vorsitzende des hiesigen Arbeiterausschusses hat mir erklärt, die Einleitung des Schlichtungsverfahrens sei von Hannover aus geschehen. Unter diesen Umständen nimmt der Rat den Standpunkt ein, daß nunmehr auch den Arbeitern die volle Beschaffungsbeihilfe gewährt werden müsse.

Was dann die Beihilfe für die Ruhegehaltsempfänger betrifft, so hat der Herr Berichterstatter gesagt, daß die Stadt an alle in den Ruhestand Versetzten die Beihilfe ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Lage zahlen wird. Das ist ein Irrtum. Auch wir befolgen den Grundsatz, daß wir weitere Ermittlungen über die finanzielle Lage der Ruhegehaltsempfänger anstellen. Bei den im Dienst befindlichen Personen ist das anders, aber die Herren werden sich erinnern, daß hier über die

Pensionierten festgesetzt ist: Wir wollen bestimmte Sätze festlegen, entweder 5000 Mark Gehalt oder 5500 M Gesamteinkommen, und das soll die Grenze sein für die Gewährung von laufenden Teuerungszulagen für die im Ruhestand befindlichen. Nun steht in den staatlichen Bestimmungen, daß die im Ruhestand lebenden Beamten diese Beihilfe bis zu 50 Prozent nur im Bedürftigkeitsfalle erhalten sollen, und da der Rat im allgemeinen erklärt hat, daß die Grundsätze des Staates auch für uns maßgebend sein sollen, so folgt daraus, daß auch bei uns hier Voraussetzung ist das Vorliegen eines Bedürfnisses. Nun fragt es sich: Wollen wir den alten Grundsatz beibehalten? Im verstärkten Finanzausschuß haben wir die Frage nicht weiter erörtert, und so habe ich angenommen, daß dieser Grundsatz weiter bestehenbleiben soll. Sollten die Herrschaften anderer Ansicht sein, so möchte ich bitten, das zum Ausdruck kommen zu lassen. Man brauchte dann nicht von Fall zu Fall zu untersuchen, ob wirkliche Not vorhanden ist. Aber im allgemeinen müssen wir uns doch wohl nach den staatlichen Grundsätzen richten; noch weiter darüber hinauszugehen, dazu sind die Finanzen der Stadt in zu schlechter Verfassung. Ich möchte aber bitten, daß sich die Versammlung über diese Frage äußert, sonst bin ich überzeugt, daß der Rat sagen wird: Wir bleiben bei dem früher von den städtischen Behörden übereinstimmend gefaßten Beschluß, daß die von uns festgesetzten Grenzen bei den Ruhegehaltsempfängern beibehalten werden.

Stadtv. **Frede:** Es kann sein, daß diese Bestimmung mißverständlich aufgefaßt werden konnte. Ich wollte in meiner Berichterstattung nicht sagen, daß im allgemeinen die staatlichen Richtlinien verlassen werden sollten. Daß aber eine Grenze von 5000 M aufgestellt war, ist mir nicht gegenwärtig. Es ist aber früher einmal die Rede davon gewesen, daß man keine Schnüffelei über das Einkommen einführen und die Privatverhältnisse nicht in dieser Weise unter die Lupe nehmen wollte. Wenn aber der Herr Oberbürgermeister bestimmt behauptet, daß das nur für die festangestellten Beamten gilt, so wird es wohl seine Richtigkeit haben. Im verstärkten Finanzausschuß ist hierauf die Sprache nicht gekommen.

Oberbürgermeister **Retemeyer:** Diese Grundsätze sind in den früheren Sitzungen des verstärkten Finanzausschusses behandelt worden. Die Sache kam so: Es wurde hingewiesen auf die Lehrer, die an der Fortbildungsschule Nebenstunden geben, und es wurde gesagt: Wenn sie sich bemühen, ihr Einkommen auf diese Weise zu vermehren, dann wollen wir ihnen das bei Bemessung der Teuerungszulagen nicht anrechnen. Das ist aber ausdrücklich auf die im Dienste Befindlichen beschränkt. Bei den Ruhegehaltsempfängern hat man sich auf einen andern Standpunkt gestellt, der meiner Ansicht nach auch richtig ist. Die Stadt kann un-

möglich verpflichtet werden, den in den Ruhestand Versetzten in gleicher Weise beizustehen, wie den noch für sie Tag für Tag Arbeitenden. Wenn jemand in den Ruhestand versetzt ist, seine Pension hat und daneben noch ein hohes Zinseneinkommen, dann sehe ich allerdings nicht ein, wie die Stadt dazu kommen soll, diesem Beamten noch große Zuschüsse zu gewähren. Es könnte nur die Frage auftauchen: Sind die Sätze von 5000 *M* und 5500 *M* heute noch angemessen. Wenn die Versammlung Zweifel daran hegt, könnte die verstärkte Finanzkommission oder einfach die Finanzkommission ermächtigt werden, im Verein mit dem Räte in dieser Beziehung andere Grundsätze aufzustellen.

Vorsitzender: Nachdem vom Vorsitzenden des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes die Klage beim Schlichtungsausschuß zurückgezogen ist, ergibt sich als logische Folgerung, daß jetzt gesagt wird: Alle städtischen Beamten und Arbeiter erhalten die Beschaffungsbeihilfe nach denselben Grundsätzen.

Die Versammlung stimmt den vom verstärkten Finanzausschuß mit dem Rat vereinbarten Richtlinien mit der vom Herrn Oberbürgermeister angeführten, die städtischen Arbeiter betreffenden Änderung zu.

21. Vorübergehende Einschränkung des Betriebes der städtischen Brausebäder.

Bürgermeister **Meyer:** Meine Damen und Herren! Vorhin bei der Anfrage darüber, ob nicht die Gasproduktion gehoben werden könnte, wurde schon die Tatsache erwähnt, daß die Anlieferung von Kohlen nachgelassen habe, und es ist dabei die Äußerung gefallen, daß der Hausbrand vor den Gaswerken vorweg beliefert werden sollte. Das könnte den Anschein erwecken, als ob wir mit großer Hoffnung darauf rechnen könnten, daß jetzt die Lieferung der Hausbrandkohlen stärker einsetzen würde. Leider ist das nicht der Fall. Die Lieferung der Hausbrandkohle hat im Monat November ein sehr wenig günstiges Gesicht gezeigt. Wir mußten auf Grund der vorjährigen Lieferung damit rechnen, daß wir im Monat November 160—170 000 Zentner Kohlen bekommen würden, haben aber in diesem Monat nur 70 000 Zentner bekommen. Daraus können Sie ersehen, wie gering die Zufuhr ist, und besonders einleuchtend wird es Ihnen werden, wenn Sie daran denken, daß wir mit den eingehenden Kohlen 40 000 Haushaltungen zu versorgen haben und die Abgabe auf je einen Abschnitt der Kochkohlenkarte — auf deren Belieferung Sie großen Wert legen — eine Ausgabe von 55 940 Zentnern bedingt. Die Ofenkohlenkarte dagegen verlangt noch eine viel größere Ausgabe auf jeden Abschnitt.

In dieser Not, in der sich die Stadt befindet, ist im Räte erwogen worden, auf welche Weise man an der einen oder andern Stelle sparen könnte. Sie wissen,

daß zur Ersparung von Feuerung vorübergehend die Schulen geschlossen sind, und da ist der Vorschlag gemacht, vorübergehend den Betrieb der Volksbrausebäder zu beschränken, und zwar in der Weise, daß an den Tagen, an denen ein verhältnismäßig geringer Besuch der Brausebäder stattfindet, von den städtischen Brausebädern vielleicht nur eins geöffnet gehalten würde und der Betrieb aller Bäder nur in den letzten Tagen der Woche, wo die Brausebäder nach den statistischen Aufstellungen am stärksten besucht sind, aufrechterhalten würde. Dieser Vorschlag ist auch in der Badedeputation zur Sprache gebracht worden, aber sämtliche Mitglieder dieser Deputation haben sich dagegen ausgesprochen, indem sie sagten, daß wohl an anderer Stelle gespart werden könnte, daß aber die Aufrechterhaltung des Betriebes der Volksbäder im Interesse der Reinlichkeit und Volksgeundheit notwendig sei. Ich habe das dem Räte mitgeteilt; angesichts der Kohlennot tritt dieser jedoch nach wie vor den Standpunkt, daß es richtig sei, der Beschränkung des Betriebes der Volksbäder näherzutreten. Da der Widerstand der Badedeputation schon festgestellt ist, soll die Entscheidung nunmehr in die Hand der Stadtverordneten gelegt werden. Selbstverständlich ist es dem Räte nicht angenehm, diese Maßnahme zu empfehlen, aber wenn schon jetzt die Familien in der Belieferung mit Kohlen knapp gestellt sind, so kann eine große Zahl von Gewerbebetrieben überhaupt keine Kohlen bekommen und ist gezwungen, die Betriebe stillzulegen. Nicht nur die Inhaber der Gewerbe werden dadurch betroffen, sondern auch eine ganze Reihe von Arbeitern und Beamten in diesen Betrieben wird arbeitslos, und so kommt man dahin, zu prüfen: Ist es nicht möglich, irgendwo an öffentlicher Stelle Kohlen zu sparen, damit nicht noch weitere Betriebe und Haushalte in ihren Bezügen gekürzt werden müssen.

Ich habe also im Auftrage des Rates diese Sache in der Finanzkommission zur Sprache gebracht, und die Finanzkommission hat sich der Auffassung des Rates angeschlossen. Selbstverständlich war auch da durchaus die Meinung vertreten, daß es an sich wünschenswert wäre, den Betrieb der Volksbäder voll aufrechtzuerhalten, aber man gab doch zu, daß bei Abwägung der Vorteile und Nachteile, die in Frage standen, eine Beschränkung der Brausebäder das geringere Übel sei. Es war in Aussicht genommen, die Bäder an den ersten Tagen der Woche — wenn man den Sonntag als den ersten Tag rechnet — zu schließen und am Donnerstag, Freitag und Sonnabend die Bäder im vollen Betriebe zu lassen. Ich habe hier eine Zusammenstellung über den Besuch der Brausebäder im Monat September. Der Besuch in dem an der Spitze der Aufstellung stehenden Volksbad an der Ferdinandstraße ist in der ersten Septemberwoche folgender gewesen: Montag 94, Dienstag 91, Mittwoch 95, Donnerstag 124, Freitag 223, Sonnabend 494. Sie

sehen daraus die Steigerung des Besuches gegen den Schluß der Woche. In der dritten Woche ist auch der Sonntag mit bezeichnet; es sind an diesem Tage 73 Personen in dem Bad gewesen, also eine gegenüber den übrigen Tagen geringe Zahl. Ähnliches zeigen die Aufstellungen aus den andern Bädern; auch dort zeigt sich gegen Schluß der Woche ein stärkerer Besuch. Es ist in der Finanzkommission der Vorschlag gemacht, so vorzugehen, daß man durch Erweiterung der Betriebszeit an den letzten Tagen der Woche in der Lage sei, eine größere Zahl von Personen als bei der bisherigen Betriebszeit abzufertigen, so daß alle Badebedürftigen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend abgefertigt werden könnten. Es ist bei dieser in Aussicht genommenen Beschränkung nicht zu befürchten, daß diejenigen Leute, die wirklich aus irgend welchen Gründen ein Bad notwendig haben, darauf verzichten müßten, sondern man kann damit rechnen, daß alle zum Zuge kommen und nur diejenigen zurückstehen, die der Unnehmlichkeit wegen die Volksbäder besuchen.

Ich möchte mit Zustimmung des Finanzausschusses die Stadtverordnetenversammlung bitten, sich einverstanden zu erklären, daß vorübergehend eine Betriebseinschränkung der Brausebäder stattfindet, indem nur an den letzten Tagen der Woche ein voller oder verstärkter Betrieb der Badeanstalten aufrechterhalten wird.

Über den Umfang der Ersparnis an Kohlen habe ich folgendes zu berichten; Es ist nachgewiesen, daß die Ersparnis an einem Tage 15 Zentner ausmacht. Das macht bei den vier in Betracht kommenden Tagen der Woche 60 Zentner und in 10 Wochen 600 Zentner. Ich nehme an, daß wir damit während dieses Winters 1200 Zentner Kohlen sparen, und das ist nach Ansicht des Rates eine so erhebliche Menge, daß man Veranlassung nehmen sollte, sie an dieser Stelle, wo es möglich ist, zu ersparen, um sie bedürftigen Familien und Betrieben zuzuführen.

Stadtv. Marth: Meine Damen und Herren! Ich bin Mitglied der Bade-deputation und muß mich als solches entschieden dagegen verwahren, daß die Volksbäder an gewissen Tagen geschlossen werden sollen, denn die Zahl unserer Brause- und Wannenbäder in der Stadt ist sehr gering. Es sind nur drei Bäder, die allgemein benutzt werden, besonders aber von den Volksklassen, die im Erwerbsleben tätig sind. Es ist unbedingt notwendig, daß diese Bäder der Bevölkerung jeden Tag zur Benutzung zur Verfügung stehen. Bedenken Sie: Die Besuchsziffern haben ergeben, daß in den letzten Tagen der Woche der Andrang in den Bädern ein so großer war, daß die Badegäste stundenlang haben warten müssen, ehe sie an die Reihe kamen. Wenn man die Benutzung der Bäder an diesen Tagen noch verstärken würde, indem man die Badegäste der ersten Tage auf die letzten Tage der Woche verweist, so würde das eine Unzufriedenheit in der Bevölkerung

geben, die nicht zu beschreiben wäre. Sodann muß man berücksichtigen: Wo soll die arbeitende Bevölkerung anders hingehen, um zu baden und sich zu reinigen. Man muß bedenken, daß viele dieser Personen in kleinen Wohnungen haufen, wo eine große Familie vorhanden ist und für sie nicht Gelegenheit ist, eine gründliche Reinigung des Körpers vorzunehmen, während sie doch infolge ihrer Arbeit gezwungen sind, ein Bad zu nehmen. Dazu sind die städtischen Brause- und Wannenbäder eingerichtet, und ihr Betrieb muß voll aufrechterhalten werden. Ein großer Teil der Leute, die auf die Benutzung der Volksbäder angewiesen sind, sowohl männliche wie weibliche, sind nicht verheiratet, sind bei schmutziger Arbeit beschäftigt und haben nur hier Gelegenheit, ihren Körper einmal in der Woche gründlich zu reinigen, was sie zu Hause, wo ihnen nur ein Zimmer oder eine Kammer zur Benutzung steht, nicht können, da ihnen dort warmes Wasser und Heizung zu erlangen nicht möglich ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es nicht angeht, bei den Volksbädern Kohlen zu sparen, und möchte bitten, diesen Antrag abzulehnen; der Antrag ist nicht zeitgemäß. Wohl aber können wir an andern Stellen Kohlen sparen. Es ist bekannt, daß verschiedentlich mehrere Ofenkarten ausgegeben werden, so daß, wie ich gehört habe, manche Familien 3 bis 5 Ofenkarten einlösen können. Nun wäre es zweckmäßig, daß man in jedem Haushalte erst einmal eine Ofenkarte belieferte und die betreffende Familie sich damit begnügte, wie es jeder kleine Mann auch tun muß. Wer nur eine kleine Wohnung hat, bekommt wenig Ofenkarten, während bei großen Wohnungen 4 bis 6 Karten ausgegeben werden. In dieser Stelle bitte ich erst einmal zu sparen und Einschränkungen eintreten zu lassen; bei den Volksbadeanstalten aber zu sparen, das bitte ich abzulehnen.

Stadtv. Ginert: Meine Damen und Herren! Die Deputation für die Volksbäder hat trotz der eingehenden Begründung und warmen Befürwortung des Herrn Bürgermeister Meyers sich gegen die Einschränkung des Betriebes der Volksbäder aussprechen müssen. Wir haben dabei den Standpunkt des Herrn Bürgermeister Meyers durchaus nicht verkannt; er hat nach besten Kräften durch seinen Vorschlag etwas für unsere Kohlenversorgung herausholen wollen, aber wir haben uns nicht vertraut machen können mit dem Gedanken, daß eine Ersparnis nun gerade bei den Volksbädern eintreten sollte. Auch Herr Sanitätsrat Dr. Henking ist von vornherein dagegen gewesen, und in dem deswegen versandten Rundschreiben hat sich nur Frau Böhme dafür ausgesprochen. Ich kann den Ausführungen des Herrn Marth nur zustimmen, will sie aber nicht wiederholen und möchte nur nochmals feststellen, daß wir uns entschieden dagegen aussprechen müssen, daß eine Einschränkung des Betriebes der Volksbäder eintritt.

Stadtv. Rehnert: Meine Damen und Herren! Sowohl Herr Marth wie Herr Einert haben schon darauf hingewiesen, daß es nicht zu verantworten wäre, wenn wir denen, die in der Schwerindustrie beschäftigt sind und in der ganzen Woche schmutzige Arbeit zu leisten haben, jetzt, nachdem brauchbare Seife zu bekommen ist, die Gelegenheit nehmen, ein Bad zur Reinigung zu nehmen. Was nützt dann die Seife, wenn sie nicht in den Badeanstalten gebraucht werden kann! Sollen die Arbeiter die Seife in den Schrank legen und als Anschauungsobjekt betrachten? Meiner Meinung nach soll sie gebraucht werden, und es soll auch der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit dazu gegeben werden, sie zu benutzen. Ich möchte ersuchen, den Antrag des Rates abzulehnen, so lobenswert es auch ist, wenn seitens des Rates darauf Bedacht genommen wird, 1200 Zentner Kohlen zu sparen. Zehn Wochen dieses Winters haben wir jetzt schon hinter uns, und zehn Wochen sind es nur noch, in denen etwas gespart werden könnte. Diese 600 Zentner, die noch erspart werden können, sollte man den Lokalitäten absparen, die reichlich mit Feuerung versehen sind. Es gibt auf dem Bohlweg und dort in der Nähe recht große Restaurants und Kinos, in denen man mit den Kohlen sparen könnte. Demgegenüber stehe ich auf dem Standpunkt, daß man den Schulen in erster Linie Feuerung liefern sollte, denn die Volkserziehung hat so sehr gelitten, wie nie zuvor, und unter keinen Umständen dürften wir dafür stimmen, daß durch Einschränkung des Betriebes der Volksbadeanstalten der Volksgesundheit ein Riegel vorgeschoben wird. Denken Sie nur: Diese kleine Summe von 15 Zentnern soll ausschlaggebend sein bei der Kohlenversorgung einer Stadt wie Braunschweig! Das ist eine Kleinigkeit, so daß es nicht der Mühe wert ist, darüber zu sprechen. Ich möchte ersuchen, dem Beschluß der Badedeputation beizutreten.

Vorsitzender: Ich möchte die Nachfolger in der Aussprache bitten, sich kurz zu fassen, wenn auch das Objekt, das zur Besprechung steht, ein dankbares scheint. Es ist gleich 8 Uhr, und wir haben noch eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, besonders auch in der vertraulichen Sitzung.

Stadtv. Marth: Ich möchte dem Herrn Bürgermeister erwidern, daß ich nicht gesagt habe, man solle diktatorisch vorgehen, sondern ich habe mit meinen Worten sagen wollen, der Rat möge den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage unterbreiten, so daß eine Änderung stattfinden kann. Den Weg, auf dem eine Ersparnis erzielt werden könnte, habe ich angegeben.

Stadtv. Frebe: Meine Damen und Herren! Wir haben in der Finanzkommission ausdrücklich gefragt: Wie ist es mit der Belieferung der Kinos, und

darauß ist erwidert: Sie bekommen nichts. Die Stellen, wo hätte gespart werden können, haben wir also schon ausbaldowert. Nun liegt die Sache so: Was nehmen wir lieber: Daß die Bäder wegen des Kohlenmangels überhaupt geschlossen werden, oder daß wir uns damit begnügen, daß sie wenigstens zur Hälfte im Betrieb erhalten werden? Wenn irgend einer für die Notwendigkeit des Betriebes dieser Bäder eintritt, dann bin ich es, denn ich benutze das Bad an der Ferdinandstraße, weil mir Bäder ärztlich verordnet sind und ich zu Haus nicht Gelegenheit dazu habe, sie in der vorgeschriebenen Weise zu nehmen. Ich würde es unendlich bedauern, wenn ich die städtischen Bäder nicht mehr benutzen könnte. Man muß sich aber doch vernünftigerweise sagen: Wir wollen in dieser Weise hinwegkommen über einen noch größeren Übelstand, und die Leute, die das Bad benutzen müssen, haben immer noch die Gelegenheit dazu.

Bürgermeister Meyer: Um im Publikum keine falsche Auffassung aufkommen zu lassen, möchte ich erklären, daß die Kinos schon seit Monaten keinen Zentner Kohlen von der Ortskohlenstelle bekommen haben, und ebenso auch nicht die Cafés.

Stadtv. Lehnert: Das kann ich nicht verstehen. Man sieht doch, wenn man durch die Stadt geht, wie vor diesen Lokalitäten der aller schönste Kots abgeladen wird. Wenn vor den Cafés Wagenladungen Steinkohlenbriketts abgeladen werden, und sie von Herrn Bürgermeister Meyer nicht geliefert werden, so frage ich: Woher bekommen sie die denn? Dann müssen sie einfach durch die Reichskohlenstelle geliefert werden. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn wir etwas wollen, dann möge man dafür sorgen, daß diese Herren einfach Schluß machen mit ihrer Sache, aber die Volksgesundheit steht doch in erster Linie. Ich bin erfreut, daß auch Herr Frede sagt, daß diese Bäder dem Publikum zugänglich bleiben müssen. Wie es aber Herrn Frede geht, der mit schmutziger Arbeit nichts zu tun hat, sondern nur mit geistiger Arbeit, um so mehr kommen diejenigen in Betracht, die bei ihrer täglichen Arbeit genötigt sind, ihren äußeren Menschen zu pflegen. Ich möchte bitten, dafür einzutreten, daß der Betrieb der Brausebäder voll aufrecht erhalten wird.

Die Einschränkung des Betriebes wird von der Versammlung abgelehnt.

Vorsitzender: Wenn es richtig ist, daß von gewissen Anstalten und Lokalen Kohlen in größeren Mengen bezogen werden, so würde es sich empfehlen, daß die Beamten der Ortskohlenstelle Nachschau halten und dem Herrn Bürgermeister Mitteilung machen, damit von dieser Seite aus nachgefaßt werden kann.

22. Vermietung einer städtischen Baracke an das Rote-Kreuz-Krankenhaus.

Stadttrat von Franckenberg: Meine verehrten Herrschaften! Seit längerer Zeit schweben Verhandlungen zwischen der Regierung und der Stadtverwaltung und auch der Verwaltung des Roten-Kreuz-Krankenhauses darüber, daß besondere Einrichtungen zur ärztlichen Behandlung von geschlechtskranken Frauen in Verbindung mit dem Roten-Kreuz-Krankenhaus geschaffen werden sollen. Nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten hat sich die Stadtverwaltung bereit erklärt, diejenige Baracke, die in der Nachbarschaft zum Roten-Kreuz-Krankenhaus liegt und ursprünglich für Cholera- oder Genickstarrekranken bestimmt war, für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen; das Rote-Kreuz-Krankenhaus wird unter gewissen Bedingungen die Versorgung dieser Krankenanstalt übernehmen. Wir haben für Überlassung der Baracke eine Miete in Höhe von jährlich 2800 M gefordert. Die Regierung hat darauf erklärt, daß sie die Forderung einer Miete in dieser Höhe nicht für sachgemäß halte, obgleich für uns die Kosten der Abnutzung erheblich ins Gewicht fallen. Der Rat der Stadt hat sich nun entschlossen, damit die Sache so weit wie irgend möglich von unserer Seite aus gefördert wird, Ihnen vorzuschlagen, daß wir uns mit der Hälfte des anfänglichen Mietsatzes, also mit 1400 M, die seitens der Regierung zu zahlen sind, begnügen wollen. Wegen der sonstigen Bedingungen wird sich das Rote Kreuz mit der Regierung in Verbindung setzen. Die Sache soll bis übermorgen erledigt sein, und deshalb empfiehlt Ihnen der Rat, sich gleich heute mit einer Miete von 1400 M bei Benützung der Baracke für den angegebenen Zweck einverstanden zu erklären. Ich darf darauf hinweisen, daß nach den Vorverhandlungen dieses Zugeständnis das äußerste Entgegenkommen bedeutet, das nur bei dem Wert der Einrichtung für die ganze Einwohnerschaft gemacht werden kann. Ich bitte, diesem Entgegenkommen des Rates zuzustimmen.

Ohne Meldungen zum Wort. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Ratsantrage an.

Die Behandlung der heute eingegangenen Anträge und Anfragen wird von der Versammlung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. Dezember 1919.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Reigner auf Anstellung der nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Beamten und Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung	832
2. Antrag Jahnz, betreffend die Teilnahme der städtischen Beamten und Lehrer an der staatlichen Beamtenkredithilfe	834
3. Anfrage Frede über die Stromunterbrechungen beim Elektrizitätswerk	836
4. Anfrage Genzen, betreffend die Verteilung des stadtseitig beschafften Brennholzes	839
5. Antrag Jahnz, betreffend die Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre	841
6. Antrag Stegmann, betreffend Beseitigung von Mißständen in der Kartenverteilungsstelle am Büldenwege	841
7. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im städtischen Hause Karlstraße 8	842
8. Gewährung eines Zuschusses für die Volkshilfskurse	843
9. Abänderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb (Nr. 31 vom 3. Aug. 1919)	844
10. Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Beihilfen an die Ostern zur Entlassung kommenden minderbemittelten Schulkinder	846
11. Annahme eines Assistenzarztes für das städtische Krankenhaus	852
12. Einrichtung einer Milchküche im städtischen Krankenhaus	853

	Seite
13. Änderung des Ortsbauplanes und Festsetzung von Baubeschränkungen für die verlängerte Comeniusstraße	854
14. Ermäßigung der Baugenehmigungsgebühren für Kleinhäuser.	855
15. Erwerb einer Fläche am Bültenwege	855
16. Sitzung über Unterhaltung des städtischen Betriebsamtes	856
17. Erlaß der Baugenehmigungsgebühren für Einrichtung von Notwohnungen	856
18. Gewährung einer außerordentlichen einmaligen Beschaffungsbeihilfe an den Verein für Gesundheitspflege	857
19. Veranstaltung von Unterhaltungsmusik in der Ratskellerrweinstube	858
20. Ausbau des städtischen Wohlfahrtsamtes.	859
21. Beteiligung der Stadt am Gesamtunternehmen der Straßenbahn.	866
22. Erhöhung des elektrischen Strompreises für den Monat Dezember	874
23. Antrag Tostmann , betreffend das Statut über die Abgaben an die Feldmarksgemeinden.	877
24. Antrag Richter , den Bezug von Brennmaterial für mehr als zwei Zimmerheizungen zu sperren	878
25. Anfrage Riefe über die Untersuchung des Leitungswassers	888
26. Antrag Genzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt.	889

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, Oberamtsrichter **Meyer**, Rechtsanwalt **Philipps**, ferner die Stadträte **Jüermann**, **Langemann**, **Ohlendorf**, **Kalß**, **Dr. Reiche**.

Entschuldigt Herr Stadtv. Dr. **Jasper**, Stadtv. Fräulein **Oden**, Stadtv. **Schille** und Stadtv. **Steinbrecher**. Die Herren Stadtv. **Meyerhoff** und **Tostmann** erscheinen später.

Vorsigender Wilhelm Riefe: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst habe ich mitzuteilen, daß zwei Eingaben, betreffend die **Arbeitslosenunterstützung**, eingegangen sind, eine von Herrn **Georg Ludwig**, Ehternstraße 53, und die andere von Herrn **Fritz Meyer**, Hohestieg 11. Sie beklagen sich, daß ihnen die Erwerbslosenunterstützung zu niedrig bemessen sei, indem irrtümlicherweise der Verdienst einiger Familienmitglieder ihnen angerechnet sei. Ich überweise diese Eingaben dem Räte der Stadt, weil wir ohne weiteres dazu nicht Stellung nehmen können.

Die **Reichsschutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe** hat eine Eingabe eingesandt, in der sie sich gegen den **4-Uhr-Laden** schließt.

wehrt. Da eine gleiche Eingabe an den Rat der Stadt eingegangen ist, können wir dessen Stellungnahme abwarten.

Von dem Direktor der Jahn'schen Realschule, Herrn Dr. Junker, wird gewünscht, in Anbetracht der Teuerung auch den städtischen Zuschuß für diese Anstalt zu erhöhen. Auch diese Eingabe überweise ich zunächst dem Rat der Stadt.

Die Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen hat ein Gesuch eingekandt wegen Erhöhung und Regelung der Besoldung der Angehörigen der genannten Berufe. Ich überweise das Gesuch dem Rat der Stadt zur Kenntnissnahme.

Der Rat hat uns ein Schreiben der Straßeneisenbahngesellschaft zur Kenntnissnahme übersandt, in dem mitgeteilt wird, daß sie dem in der Versammlung geäußerten Wunsche auf Vermehrung der Fahrgelegenheit gern Rechnung tragen würde, daß sie aber schon bei dem jetzigen Betriebe den ihr vom Reichskohlenkommissar bewilligten monatlichen Stromverbrauch mehrmals überschritten habe und deshalb unter Hinweis auf die angedrohten Folgen verwahrt worden sei. Inzwischen sei durch den Reichskohlenkommissar eine neue Verfügung ergangen, nach welcher der Fahrplan um 20 Prozent eingeschränkt werden solle. So sei die Straßenbahn leider genötigt, statt einer Vermehrung der Fahrgelegenheit eine weitere Einschränkung eintreten zu lassen, indem die Linie 5 nach Elper in der Wagenfolge von 6 auf 12 Minuten gesetzt werden müßte. Die Kohlenwirtschaftsstelle fordere monatliche Berichte über den Verkehr und die Besetzung der Wagen, sowie den Stromverbrauch ein und würde mit Erfolg gegen eine Vermehrung der Fahrten Einspruch erheben.

Herr Stadtv. Jahn teilt mit, daß er in seiner Eigenschaft als Kassenprüfer die städtische Hauptkasse und auch einige Nebenkassen am 16. dieses Monats gemäß § 28 des Haushaltswesens und vermutet einer Prüfung unterzogen habe. Erinnerungen seinerseits seien nicht zu machen, vielmehr habe er alle Kassen, Kassenbücher, Belege usw. in Ordnung befunden.

Es sind dann heute noch folgende Anträge und Anfragen aus der Versammlung eingegangen:

Ein dringlicher Antrag von Herrn Richter:

„Beantrage, zu beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, zu verfügen, daß die Kohlenkarten, die für mehr als zwei Zimmerheizungen ausgegeben sind, beim weiteren Bezuge von Brennmaterial zu sperren sind.“

Eine Anfrage des Herrn H. Kieße:

„Finden die Untersuchungen des Quellwassers unserer beiden Wasserwerke noch wie früher regelmäßig statt oder sind dieselben eingestellt?“

Ein Antrag des Herrn **G e n z e n**:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Rat zu ersuchen, baldmöglichst eine städtische Volksspeiseanstalt zu errichten.“

Die Behandlung des Punktes 1 der Tagesordnung „Schaffung eines städtischen Presseamtes“ muß für heute ausgesetzt werden, da der Referent nicht erschienen ist.

1. Antrag Reißner auf Anstellung der nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Beamten und Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung.

Stadtv. **Jahns**: Herr Stadtv. Reißner hat den Antrag gestellt: „Der Rat der Stadt wird ersucht, 1. die nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Unterbeamten, besonders aber diejenigen, die früher der Berufsfeuerwehr angehört haben, auf Lebenszeit anzustellen, und 2. eine Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung herbeizuführen, damit alle städtischen Unterbeamten nach dem Ablauf einer Reihe von Dienstjahren (vielleicht fünf) angestellt werden können.“ Dieser Absatz 3 des § 124 der Städteordnung lautet: „Die nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Gemeinbediener müssen auf Kündigung angenommen werden.“ Um also den ersten Passus seines Antrages zur Durchführung bringen zu können, glaubte der Antragsteller, daß dieser Absatz 3 fallen mußte. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage eingehend beschäftigt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß augenblicklich, wo eine Neuordnung der ganzen Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der staatlichen sowohl wie der Gemeindebeamten bevorsteht, diesem Antrage Rechnung zu tragen nicht die rechte Zeit ist, da erst abgewartet werden mußte, wie überhaupt die ganzen Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten sich gestalten werden. Der Rechtsausschuß gibt Ihnen deshalb durch mich anheim, diesen Antrag abzulehnen.

Im besonderen möchte ich aber für meine Person hervorheben, daß rücksichtlich derjenigen Beamten, die früher der Berufsfeuerwehr angehört haben, doch dem Antrage stattgegeben werden könnte, da diese Personen dadurch, daß sie aus einem bestimmten Beamtenkreise ausgeschieden sind, der Anstellung nicht teilhaftig geworden sind und ganz besonders geschädigt werden. Ich möchte also bitten, in diesem Punkte dem Antrage des Herrn Reißner stattzugeben.

Stadtv. **Reißner**: Meine Damen und Herren! Es handelt sich für mich zunächst um die Anstellung von acht städtischen Unterbeamten, die — wie der Herr

Berichterstatter schon gesagt hat — früher Feuerwehrleute gewesen sind. Sie haben bei der Feuerwehr eine durchschnittliche Dienstzeit von zwölf Jahren zurückgelegt und sind durch irgendwelche Unfälle oder Zufälle aus diesem Dienst ausgeschieden, als städtische Unterbeamte angenommen, aber bislang immer noch ohne Anstellung. Es ist Ihnen bekannt, daß in den letzten Monaten ein großer Teil der Feuerwehrleute angestellt worden ist, so daß wir zur Zeit 49 angestellte und 27 nichtangestellte Feuerwehrleute haben. Diese letzteren sind auf einjährige Probezeit angenommen und rechnen, falls sie sich bewähren, bestimmt darauf, nach Verlauf dieses einen Jahres ihre Anstellung zu erhalten. Anders liegt es bei den acht früheren Feuerwehrleuten, die ohne weiteres in den städtischen Dienst als Unterbeamte übernommen worden sind, die auch mit der festen Anstellung rechnen, aber noch nicht wissen, wann dieser Fall eintreten wird. Ich bin der Meinung, daß man aus Billigkeitsgründen vorerst einmal diese Unterbeamten zur Anstellung bringen müßte, ebenso auch die fünf schwer Kriegsbeschädigten, die sich seit Monaten, zum Teil seit zwei Jahren im Dienste der Stadt befinden und im Besitz des Anstellungsscheines sind. Die Reichspostverwaltung ist diesen Kriegsbeschädigten in zuvorkommendster Weise gegenübergetreten, indem sie einzelne von ihnen nach sechs Monaten aushilfsweiser Dienstzeit in ein festes Anstellungsverhältnis gebracht hat. Was mich veranlaßt hat, dafür einzutreten, daß diese Unterbeamten angestellt werden, liegt auch noch in folgendem: Die nichtangestellten Unterbeamten sind in der Besoldung den angestellten Unterbeamten und den Feuerwehrleuten gleichgestellt, aber nicht in Rücksicht auf ihre Altersversorgung. Auch die Arbeiter beziehen nach einer bestimmten Reihe von Dienstjahren — ich glaube, es sind zehn — einen Ruhe Lohn, die Beamten werden nach besonderen Gesetzen pensioniert, und diese Pension ist jedenfalls höher als der Ruhe Lohn. Dabei bekommen aber die Arbeiter, die auf Grund der Ruhe Lohnbestimmungen Ruhe Lohn beziehen können, durchweg einen höheren Lohn als die angestellten Unterbeamten. Die Feuerwehrleute haben z. B. ein Jahreseinkommen von durchschnittlich 5250 M, und dasselbe bekommen die Aufseher, einerlei ob sie angestellt sind oder nicht. Dagegen haben die Monteure bei den Gaswerken einen Jahresverdienst von 6258 M und die Vorarbeiter 6508 M, also ein Mehr von 1000—1300 M. Ich bin der Meinung, daß man hierfür einen Ausgleich durch die feste Anstellung schaffen müßte. Wir haben zur Zeit 37 angestellte und 34 nichtangestellte Unterbeamte. Ich möchte nun meinen Antrag dahin modifizieren, daß nach ihm nicht sofort alle Unterbeamte angestellt werden, sondern wenigstens vorläufig erst einmal die acht Unterbeamten, die früher Feuerwehrleute gewesen sind, und die fünf schwer kriegsbeschädigten Unterbeamten, die im Besitz des Anstellungsscheines sind. Ich möchte bitten, meinem in dieser Weise geänderten Antrage nunmehr zuzustimmen.

Stadtv. Marth: Den Wunsch der Unterbeamten, welche im Feuerlöschwesen tätig gewesen sind, fest angestellt zu werden, kann ich begreifen, da uns aber in unserer Fraktion das Material zur Beurteilung dieser Fälle nicht zur Verfügung gestanden hat, so bitte ich im Namen meiner Freunde, diese Sache noch einmal an den Rechtsausschuß zur nochmaligen Vorberatung zurückzuverweisen und uns die nötigen Unterlagen zukommen zu lassen.

Stadtv. Rönneburg: In der Hoffnung, daß dann bei der Beratung des Rechtsausschusses herauskommt, daß man unserm Antrage freundlicher gegenübersteht, sind wir damit einverstanden, daß die Sache zurückverwiesen wird.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Rückverweisung an.

2. Antrag Jahns, betreffend die Teilnahme der städtischen Beamten und Lehrer an der staatlichen Beamtenkreditthilfe.

Stadtv. Frau Göge: Herr Jahns hat den Antrag gestellt, der Rat der Stadt möge mit der Regierung in Verbindung treten, damit Abmachungen getroffen werden, um die städtischen Beamten und Lehrer und die in städtischem Dienst gegen Vergütung ständig beschäftigten Personen an der Einrichtung der Beamtenkreditthilfe teilnehmen zu lassen. Die Finanzkommission ist in der Vorberatung zu dem Ergebnis gekommen, daß dem nichts im Wege steht, daß man die städtischen Behörden bittet, mit der Regierung wegen dieser Sache in Verbindung zu treten. Die Beamtenkreditthilfe, die bis jetzt nur den staatlichen Beamten zur Verfügung gestellt ist, wird, wie man hört, sehr viel in Anspruch genommen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Beamten bei den jetzigen Verhältnissen in sehr unangenehmen Umständen sich befinden. Das trifft aber sowohl für die staatlichen wie auch für die städtischen Beamten zu, und wir empfehlen deshalb der Versammlung, diesem Beschluß der Finanzkommission zuzustimmen.

Stadtv. Richter: Werte Anwesende! An sich könnte man gegen den Beschluß der Finanzkommission nichts haben, nur frage ich auf der andern Seite: Wer gibt den städtischen Arbeitern die Möglichkeit, sich an diese Institution zu wenden? Wenn man den Beamten Gelegenheit gibt, an der staatlichen Kreditthilfe teilzunehmen, so könnte man logischerweise auch weiter gehen und müßte dann sämtlichen städtischen Arbeitern und schließlich auch der gesamten städtischen Bevölkerung Ge-

legenheit geben, aus dem Dilemma herauszukommen und sich finanzielle Hilfe zu verschaffen. Da wir nicht so weit gehen können, bin ich nicht in der Lage, dem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Es ist zweifellos vergessen, zu berichten, daß im Finanzausschuß der Antrag des Herrn J a h n s in der Weise geändert wurde, daß sämtliche städtischen Angestellten, ob Beamte oder Arbeiter, an der Kredithilfe teilzunehmen berechtigt sein sollen, und daß deswegen eine Anfrage an die Regierung gestellt werden soll.

Stadtv. Frau **Göge:** Ich habe in dem Sinne auch berichtet. Es sind bei der Beratung im Finanzausschuß die Worte „und die im städtischen Dienst gegen Vergütung ständig beschäftigten Personen“ hinzugefügt worden.

Stadtv. **Jahns:** Meine Damen und Herren! Sie sehen, daß die Grenze weiter gezogen ist. Ich hatte diese Worte nicht mit in meinen Antrag aufgenommen, da in der Satzung der staatlichen Beamtenkredithilfe das Gewünschte ohne weiteres zum Ausdruck gebracht ist, und so waren die Herrschaften, die man hier erwähnt wünscht, sowieso schon mit in die Kredithilfe einbegriffen, wenn meinem Antrage stattgegeben wäre. Ich möchte weiter betonen, daß noch eine Kriegshilfsklasse besteht, was den Herrschaften vielleicht nicht bekannt ist, in der 1. den Angehörigen des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes, 2. Personen, die andere selbständige Erwerbszweige geringeren Umfangs betreiben, 3. Eigentümern selbstbewohnter kleinerer städtischer oder ländlicher Grundstücke und 4. Angehörigen freier Berufsstände, insbesondere Rechtsanwälten, Zahnärzten, Künstlern, Kunstgewerbetreibenden, Privatlehrern Darlehen gewährt werden können. Diese Kriegshilfsklasse erstreckt sich aber nicht auf die Beamtschaft. Da auf der einen Seite diese Berufsgruppe unterstützt werden, so war auf der andern Seite etwas Ähnliches für die Beamtschaft nötig, und das ist durch die Regierung geschehen. Ich hatte nun den Antrag gestellt, daß neben den staatlichen auch den städtischen Beamten und Lehrern eine Kredithilfe geboten würde durch die Berechtigung zur Teilnahme an der staatlichen Kredithilfe, und in diese sind auch die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter einbegriffen. So ist mein Antrag aufzufassen. Es soll den städtischen Angestellten eine Stelle geboten werden, an die sie derartige Anträge richten können, um Hilfe zu finden nicht zu Wucherpreisen, sondern nach soliden Grundsätzen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Die Ausführungen des Herrn Jahns über die Kriegshilfsklasse kann ich bestätigen und darf in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß

aus Ihrer Mitte seit längerer Zeit zwei Herren im Ausschuß der Kriegshilfskasse mit tätig sind. Die Herren Steinbrecher und Munte haben in zahlreichen Fällen die Freundlichkeit gehabt, Gutachten über Kreditjuchende zu erstatten oder sich über durch andere erteilte Gutachten mit zu äußern. Duzende von Anträgen an den Vorstand der Kriegshilfskasse sind von uns weitergegeben, und wir haben erfahren, daß in zahlreichen Fällen die Kasse eingegriffen hat. Vielleicht aber ist diese segensreiche, mit Staatsmitteln ins Leben gerufene und unter Bürgschaft der Gemeinden zur Benutzung offen stehende Kasse nicht genügend bekannt, und es ist wohl von Nutzen, daß hier in der Versammlung auf diese Kasse aufmerksam gemacht wird. Ich glaube, daß manche Personen, die in selbständiger Weise erwirtschaftig sind, Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte, auch Angehörige der freien Berufe, allerdings unter Ausschaltung der Beamten und Arbeiter, in der Lage sind, von dieser sehr nützlichen Einrichtung der Kriegshilfskasse Gebrauch zu machen.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

3. Anfrage Frede über die Stromunterbrechungen beim Elektrizitätswerk.

Wortlaut der Anfrage: Ist der Rat in der Lage, über die für die Privathaushaltungen wie für die Geschäftsbetriebe höchst unangenehmen Stromunterbrechungen des Elektrizitätswerkes eine Aufklärung zu geben?

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Zu der Zeit, als die Anfrage gestellt wurde, hatte eine Unterbrechung des elektrischen Stromes stattgefunden an dem Sonnabend vorher und, wenn ich nicht irre, 1½ oder 2 Wochen vorher ebenfalls. Ich glaube nicht ausführen zu brauchen, welche Verlegenheiten und unangenehmen Zustände durch eine Ausschaltung des elektrischen Lichtes in den Wohnungen, in den Geschäftslokalen und in den Krankenhäusern hervorgerufen werden. Wir haben während der Revolution es sehr bedauert, daß solche Unterbrechungen auf Anordnung stattgefunden haben, und es bringt tatsächlich das Versagen des elektrischen Lichtes solche Zustände zutage, daß es der Abhilfe bedarf. Der Vertreter des Rates wird wohl Auskunft darüber geben können, woran es liegt, daß das Versagen eingetreten ist. Ich erinnere mich, bei der Besichtigung des Lichtwerkes durch die Stadtverordneten von Herrn Direktor Saalfeld gehört zu haben, daß von Seiten des Lichtwerkes darüber geklagt werden müsse, daß die Abwässerpumpstation, die oberhalb des Drehstromwerkes liegt, zu Zeiten das Wasser der Oker verflämmt, und daß durch diesen Umstand die Störungen im Lichtwerk hervorgerufen werden. Wenn diese Darstellung zutrifft, müßte dahin gestrebt werden,

daß dieser Übelstand auf irgend eine Weise beseitigt wird. Die Benutzung des elektrischen Lichtes hat einen großen Umfang angenommen, so daß wohl 90 Prozent der gesamten Beleuchtung in der Stadt als elektrische angesprochen werden kann. Daraus ist ersichtlich, wie unangenehm derartige Unterbrechungen sind. Ich möchte um Aufklärung bitten, worin sie ihre Ursache haben, und ob eine Abhilfe möglich ist.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Nachdem diese Störungen wiederholt eingetreten waren, haben wir seitens des Rates der Stadt mit dem Elektrizitätswerk verhandelt, in welcher Weise sie verhütet werden können. Zuletzt habe ich vor einigen Wochen Veranlassung genommen, bei dem Elektrizitätswerk mit dem Ersuchen vorstellig zu werden, uns Mittel und Wege anzugeben, wie solche Störungen vermieden werden können. Darauf hat das Elektrizitätswerk uns unter dem 3. Dezember einen längeren Bericht erstattet, in dem ausgeführt wird, daß allerdings einige Störungen im Anfang des Jahres hervorgerufen sind durch die Verschmutzung der Kondensatoren infolge der Einwirkungen der Abwäpferpumpstation an der Uferstraße, aber später seien die Störungen hervorgerufen durch die zu große Inanspruchnahme des Lichtwerkes oder durch Überanstrengung der Dampfkesselanlage. In diesem Bericht wird ausgeführt, daß die Dampfkesselanlage schon vor längerer Zeit erweitert werden sollte. Noch im vergangenen Jahre ist ein Antrag auf Genehmigung der Erweiterung bei der Kriegsamtsstelle in Hannover eingereicht worden; er ist aber damals von der Kriegsamtsstelle abgelehnt worden. Erst jetzt ist das Lichtwerk in der Lage, die Dampfkesselanlage durch Einbau eines großen Kessels zu erweitern. Das Elektrizitätswerk schreibt am Schluß dieses Berichts noch folgendes:

„Die angelieferte Kohle ist vielfach so minderwertig, daß sich zeitweise der Dampfdruck nicht einmal bei normaler Belastung der Kessel halten läßt, geschweige denn bei der häufig notwendigen maximalen Leistung, wenn durch Ausfall eines Kessels die andern höher belastet werden müssen. Wir bedauern selber die vorgekommenen Störungen auf das lebhafteste und sind an unserm Teile in jeder Weise bemüht, die Ursachen zu beseitigen und die Anlagen so auszubauen, daß sie den Ansprüchen voll genügen. Trotzdem wir das Werk nach dem gekündigten Vertrage 1921 abgeben müssen, haben wir nicht gezögert, den Ausbau in großzügiger Weise fortzusetzen. (Kesselanlage, Umformerwerk, Drehstromkabelnetz, Anschlußgleisanlagen usw.) Aus den hierfür aufgewendeten bedeutenden Kosten haben wir vor Ablauf des Vertrags keinen Nutzen mehr zu erwarten.

Wir bitten zu berücksichtigen, daß die Störungen ihre Ursachen lediglich in den durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnissen haben. Von

1900, der Betriebseröffnung des Werkes, bis 1917 haben wir nicht eine einzige, noch so kurze, völlige Betriebsstörung zu verzeichnen gehabt. Dieses sowohl wie der Umstand, daß der Betrieb trotz aller Erschwernisse und trotz der unvorhersehbaren schnell gewachsenen Ansprüche an seine Leistungsfähigkeit mit so geringfügigen Einschränkungen und Unterbrechungen hat durchgeführt werden können, ist Beweis genug, daß die Anlagen sich stets auf der Höhe des Möglichen befunden haben und in ausreichender Weise erhalten und ausgebaut worden sind. Wir brauchen den Vergleich mit keinem andern Werk zu scheuen."

Sie sehen daraus, meine Herrschaften, daß, wenn alles dies zutrifft — und ich zweifle keinen Augenblick daran, daß es der Fall ist —, allerdings die Kriegsverhältnisse hier erheblich mitgespielt haben. Ich habe mit Herrn Direktor Saalfeld über diese Angelegenheit eingehend gesprochen, und er hat mir bei dieser Unterredung mitgeteilt, daß nicht nur diese Störungen verhütet würden, wenn die Dampfkesselanlage erweitert sein würde, sondern daß er dann auch in der Lage sei, die unangenehmen Einschränkungen im Bezuge von Elektrizität, den 4-Uhr-Ladenschluß, in gewissem Umfange zu mildern. Jetzt aber sei er infolge der kleineren Dampfkesselanlage nicht imstande, zu verantworten, daß der 4-Uhr-Ladenschluß aufgehoben würde.

Ich habe in meinen Ausführungen vorhin erwähnt, daß im Anfang dieses Jahres eine Verschmutzung der Kondensatoren des Elektrizitätswerkes durch die Abwässerpumpestation hervorgerufen sei, und Sie wissen wahrscheinlich noch aus meinen früheren Ausführungen — es war damals eine diesbezügliche Anfrage an den Magistrat gerichtet —, daß auch dieser Mißstand durch die Kriegszereignisse hervorgerufen worden ist. Trotz wiederholter Anmahnungen haben wir nicht soviel Kohlen bekommen, um das Abwässerbrennwerk im vollen Umfange im Betriebe zu erhalten. Es blieb nichts anderes übrig, als diejenigen Mengen Wasser, die nicht gepumpt werden konnten, frei in die Oker laufen zu lassen. Das sind aber, wie gesagt, Kriegsverhältnisse, die nicht zu ändern waren. Ich möchte zum Schluß noch erwähnen, daß inzwischen vom Reichskohlenkommissar auf wiederholte Vorstellungen, auch durch die hiesige Regierung, uns soviel Kohlen überwiesen sind, daß eine Verschmutzung der Oker nicht mehr stattfindet.

Im übrigen, meine Herrschaften, so bedauernswert diese verschiedenen Störungen auch gewesen sind, so sind sie doch nicht so umfangreich gewesen, wie wir sie in andern Elektrizitätswerken, auch in der nächsten Nachbarschaft, erlebt haben. Es sind immerhin nur Unterbrechungen von viertel oder halben Stunden gewesen, während beispielsweise — wie Sie alle wissen — bei dem Überlandwerk sowohl im

vorigen wie in diesem Jahr Stromunterbrechungen stattgefunden haben, die von ganz erheblich längerer Dauer gewesen sind.

Ohne weitere Besprechung.

4. Anfrage **Genzen**, betreffend die Verteilung des stadteitig beschafften Brennholzes.

Wortlaut der Anfrage: Bei der Verteilung des stadteitig beschafften Brennholzes haben sich Unzuträglichkeiten eingestellt. Kann der Rat nicht Sorge tragen, daß das Holz baldmöglichst an die Interessenten verabfolgt wird?

Stadt**v. Genzen** (zur Begründung): Es handelt sich um das Brennholz, das von der Stadt angeschafft und verkauft wird. Das einzige Lager dafür ist in der Nähe des Westbahnhofes, die Leute, die in der Gegend des Schützenplatzes wohnen, beschweren sich über den weiten Weg. Sie müssen erst hierher zum Rathaus, um sich einen Schein zu holen, dann zum Westbahnhof gehen, um das Holz in Empfang zu nehmen, das über 7 *M* der Zentner kostet. Richtiger wäre es, wenn mehrere Lagerplätze geschaffen würden, damit es einzelnen nicht fast zur Unmöglichkeit gemacht würde, das Holz für sich zu beschaffen. Es mag noch in den Familien aehen, wo größere Kunder vorhanden sind. Ist aber der Mann auf Arbeit, und die Frau muß allein den langen Weg machen und oft stundenlang stehen, so ist es Abend geworden, ehe sie mit dem einen Zentner Holz wieder zurückkommt. Es wäre meines Erachtens leicht, dicht an der Bahn, etwa an der Hamburger Straße oder Geller Straße, Lager zu errichten, von denen sich die Leute das Holz abholen können, oder aber auch an einer Stelle mitten in der Stadt. Aber das Lager für dieses Holz gerade an das eine Ende der Stadt zu legen, das halte ich für — fast möchte ich sagen: einen groben Unfug.

Bürgermeister **Meyer**: Der Mißstand der weiten Entfernung des Holzlagerplatzes liegt unzweifelhaft vor, es ist aber schwer angängig, das Holz von einer näher zur Stadt gelegenen Stelle aus zu verkaufen. Die städtische Verwaltung ist bemüht gewesen, mehrere Plätze als Verkaufsstellen einzurichten, es ist ihr aber bis in die jüngste Zeit nicht gelungen, geeignete Grundstücke dafür zu bekommen. Es würde auch der Einwohnerschaft nur wenig gedient sein, wenn etwa nur in der Nähe der Hamburger Straße oder der Geller Straße ein Platz für den Verkauf des Holzes freigemacht würde; um allen berechtigten Ansprüchen nachkommen zu können, würden mindestens vier Plätze nötig sein. Der Grund dafür, daß das Holz gerade am Westbahnhof zum Verkauf gestellt wird, ist der, daß die Stadt diesen Lagerplatz besitzt und daß er mit Bahnanschluß versehen ist. Sie wissen,

daß wir das Holz durchweg mit der Bahn angeliefert bekommen, und daß wir deswegen selbstverständlich bemüht sein müssen, einen Lagerplatz mit Bahnanschluß zu bekommen. Nun sind aber die Grundstücke mit Bahnanschluß in der Stadt nicht sehr zahlreich, und im Osten der Stadt sind solche nur schwer zu finden. Alle Bemühungen der Stadt auf Erlangung eines solchen Platzes sind vergeblich gewesen, insbesondere ist eine wegen des Ostbahnhofes gestellte Anfrage abgelehnt. Auf einen Lagerplatz, der nicht mit Bahnanschluß versehen ist, würde das Holz mit Gespann gebracht werden müssen, und es würde dadurch sich das Holz bedeutend verteuern, und zwar mindestens 1 *M* pro Zentner. Nun gebe ich zu, daß es eine ganze Menge Leute gibt, die diese Mark noch zahlen würden, die meisten würden aber lieber den weiteren Weg zum Westbahnhof machen, und dafür die Mark behalten. Ganz nah werden wir nur sehr wenigen der Einwohnerschaft den Lagerplatz hinlegen können, die Interessenten werden immer 10 Minuten oder mehr zu gehen haben.

Da mir die Anfrage des Herrn Genzen vorher mitgeteilt war, habe ich erneut Veranlassung genommen, Umschau nach einem Grundstück im Osten der Stadt halten zu lassen, und das Tiefbauamt, das mit der Sache beauftragt ist, hat berichtet, ein passendes Grundstück gefunden zu haben. Es ist das Grundstück der Zimmermeister Göcke und Heine in der Nähe der Rußbergstraße. Es ist auch schon ein Abkommen mit den Inhabern der Firma getroffen, und die ersten Wagen Holz sind bereits dorthin gefahren, leider ist nun aber auf dem Grundstück ein Brand ausgebrochen und dabei die Kreisläge, die gerade das städtische Holz zerlügen sollte, zerstört. Auch das städtische Holz hat unter dem Feuer gelitten. Ob bei Lage der Sache das Abkommen aufrechterhalten werden kann, war dieser Tage noch zweifelhaft, immerhin werden wir bemüht sein, einen zweiten Platz für die Abgabe des Holzes zu finden. Eine Stelle im Osten der Stadt ist zur Zeit um deswillen vorteilhaft, weil wir vom Forstamt Königslutter die Mitteilung bekommen hatten, daß das von ihm zu liefernde Holz mit der Bahn nicht gut angeliefert werden kann, da Wagen dafür nicht zu haben sind. Das Holz wird also per Achse nach Braunschweig gefahren, und es fällt die Vertauung des Holzes durch Transport von einem Plage zum andern fort. Ich werde mich bemühen, noch einen weiteren Platz, wenn möglich mit Bahnanschluß, zu finden, und ich würde erfreut sein, wenn Sie mir einen solchen nachweisen könnten.

Ohne weitere Besprechung.

5. Antrag **Jahns**, betreffend die Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre.

Wortlaut des Antrages: Die von den Stadtverordneten beschlossene Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre ist bis jetzt nicht durchgeführt. Der Rat der Stadt wird ersucht, die Zuteilung umgehend vornehmen zu lassen.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich glaube, eine weitere Begründung ist für den Antrag kaum nötig. Wir haben seinerzeit beschlossen, daß den Kindern vom 11. bis 12. Lebensjahre diese außerordentliche Zuteilung werden soll, und die Durchführung ist bisher nicht erfolgt. Deshalb bitte ich in meinem Antrage die Versammlung, dafür einzutreten, daß dieser Beschluß zur Durchführung kommt. Ich kann mir nicht denken, daß die technischen Schwierigkeiten dafür so groß sein sollten. Früher war es so, daß bei Vorlegung des Impfscheines die Betroffenen die nötigen Karten erhielten. Auf diese Weise ist sehr leicht nachzuweisen, daß das Kind in dem fraglichen Alter steht. Es ließe sich auch leicht verhindern, daß ein doppelter Bezug vorgenommen würde, indem die Namen der betreffenden Personen in dem Haus angehaft würden und der städtische Beamte leicht nachprüfen könnte, wo von dieser Vergünstigung Gebrauch gemacht wird. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

6. Antrag **Stegmann**, betreffend Beseitigung von Mißständen in der Kartenverteilungsstelle am Bültenwege.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die in der Kartenverteilungsstelle am Bültenwege zutage getretenen Mißstände zu beseitigen, nötigenfalls dem Herrn Ohms die Kartenverteilungsstelle abzunehmen und eine andere Verteilungsstelle für den betreffenden Bezirk einzurichten.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Gelegentlich der letzten Kartenausgabe am 9. November haben sich in der Kartenverteilungsstelle am Bültenwege erhebliche Mißstände gezeigt. Zunächst wurden die Karten in einem Stalle oder einer Remise ausgegeben, und das Publikum mußte im Schlacker Schnee stundenlang stehen, bis es an die Reihe kam. Als dagegen Protest erhoben wurde, ist der Kartenverteiler in den Laden gegangen, das Publikum aber mußte draußen

bleiben. Dabei soll er wieder derartig langsam mit seiner Verteilung vorgegangen sein, daß es 4 Uhr geworden ist, ehe er damit fertig wurde, und Leute, die drei Stundenlang gewartet hatten, unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen mußten. Diese Behandlung hat selbstverständlich böses Blut erregt, und ich habe deshalb meinen Antrag gestellt, damit dem Herrn beigebracht wird, wie er sich dem Publikum gegenüber zu verhalten hat. Wenn er sich nicht so verhalten kann oder will, wie es sich gehört, dann beantrage ich, daß ihm einfach die Kartenverteilungsstelle abgenommen und einem andern übertragen wird.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

7. Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im städtischen Hause Karlststraße 8.

Stadtv. **H. Riese**: Aus dem Hause Karlstraße 8, welches seinerzeit von der Stadt mit einem andern benachbarten Grundstück angekauft ist, um später die Ringstraße bauen zu können, und das von der Stadt vermietet ist, ist von den Mietern an den Rat der Stadt der Antrag gestellt, sämtliche Räume mit elektrischem Licht zu versehen. Das Haus besteht aus Erdgeschoß, erstem und zweitem Obergeschoß, und es sind dort ausschließlich Heimarbeiter untergebracht. Der von der Firma Dorer u. Nicol eingereichte Kostenanschlag für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in sämtlichen Räumen beläuft sich auf 1311,55 *M.* Auf Grund von Unterhandlungen hat man sich nun aber dahin geeinigt, daß nur einzelne Zimmer in jeder Wohnung mit elektrischem Licht versehen werden sollen, und zwar im Erdgeschoß drei Räume, im ersten Obergeschoß vier Räume und im zweiten Obergeschoß ebenfalls vier Räume. Außerdem haben sich die Mieter verpflichtet, daß sie einer Mietsteigerung zustimmen wollen, die 15 Prozent der Anlagekosten der elektrischen Beleuchtung beträgt. Dadurch, daß die Anlage auf weniger Zimmer reduziert ist, ermäßigt sich der Kostenanschlag nunmehr auf 1000 *M.* Da auf Grund der Kohlenknappheit nicht gestattet ist, neue elektrische Anlagen ohne weiteres auszuführen, so ist das Einverständnis des Vertrauensmannes des Reichskohlenkommissars eingeholt, und dieser erklärt, daß die Dringlichkeit für die Anlage einer elektrischen Beleuchtung gegeben ist, weil die Inhaber der fraglichen Wohnung Heimarbeiter sind. Er stellt aber anheim, die Anlage auf die Räume zu beschränken, welche noch keine Beleuchtungseinrichtung haben. Danach soll verfahren werden, und der Rat gibt anheim, die 1000 *M.* für die Herrichtung der Beleuchtungsanlage zu bewilligen. Die Baukommission hat die Gelegenheit geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage der Baukommission an.

8. Gewährung eines Zuschusses für die Volksbildungskurse.

Stadtv. **Schmidt**: Vom Ausschuß der Kurse für Volksbildung ist dem Rat der Stadt unterm 4. November folgender Antrag zugegangen: „Der unterzeichnete Ausschuß überreicht anbei einen Voranschlag für das Winterhalbjahr 1919/20. Die Teilnehmerzahl (etwa 1000) ist auch bei diesen Kursen wieder eine sehr große geworden. Da auch für Taubstumme und Blinde Sonderkurse eingerichtet werden sollen, würde der Unterricht in ca. 85 Abteilungen zu erteilen sein. Aus dem beigelegten Programm sind alle Einzelheiten ersichtlich. Der Ausschuß richtet an den Rat der Stadt die Bitte, die Deckung der verbleibenden Kosten von 19 950 *M* zur Hälfte auf den Etat der Stadt zu übernehmen. Gleichzeitig gestattet sich der Ausschuß, seine Bitte zu wiederholen, einen Vertreter der städtischen Behörden in den Ausschuß zu entsenden.“ Infolge dieses Anschreibens richtet der Rat den Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, einen Zuschuß bis zur Höhe von 9975 *M* für die Volksbildungskurse zu bewilligen. Der Schulausschuß hat sich gleichfalls mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Der eingereichte Voranschlag besagt, daß als Einnahmen an Teilnehmergebühren und Programmen 4000 *M* zu verzeichnen sind, während sich die Ausgaben aus folgenden Punkten zusammenlegen: Entschädigung der Lehrkräfte 8500 *M*, Geschäftsführer 2750 *M*, Bureau, Porto usw. 1200 *M*, Druckfachen 1500 *M*, Entschädigung der Schuldiener 2000 *M*, Lehr- und Lernmittel 3000 *M*, Hochschule 4000 *M*, Unvorhergesehenes 1000 *M*, in Summa 23 950 *M*, so daß 19 950 *M* Fehlbetrag zu decken sind.

Ich darf voraussetzen, daß den geehrten Herrschaften der Lehrplan, wie er in den Zeitungen durch Inserate veröffentlicht ist, bekanntgeworden ist. Soweit eine Teilnehmerzahl von 1000 vorgesehen ist, kann ich mitteilen, daß diese Zahl nach dem Abschluß vom 1. Dezember überschritten ist und jetzt 1137 Teilnehmer zu verzeichnen sind. Dadurch würden auf der einen Seite die Einnahmen sich etwas erhöhen, aber andererseits ist anzunehmen, daß damit auch die Ausgaben steigen, so daß dadurch eine Änderung in dem Fehlbetrage nur in geringem Maße eintreten wird. Die Berufsstatistik gibt Aufschluß darüber, in welcher Weise sich die einzelnen Berufsklassen an der Einrichtung beteiligen. Es sind allein 157 weibliche Teilnehmer zu verzeichnen; 11 Blinde und 37 Taubstumme werden noch eintreten. Auch über das Lebensalter wird Aufschluß gegeben, es handelt sich um Teilnehmer vom 15. bis zum 59. Jahre.

Der Schulausschuß hat die Vorlage geprüft und richtet durch mich das Ersuchen an die Versammlung, die beantragte Summe von 9975 *M* zu bewilligen.

Stadtv. Salomon: Meine politischen Freunde begrüßen die Entwicklung der Volksbildungskurse mit lebhafter Freude. Wir leben in einer Demokratie, und eine solche verlangt Kultur. In dem Augenblicke, wo wir die Möglichkeit zur Bildung dem Volke versagen, versagen wir der Demokratie den Todesstoß. Um so mehr erfüllt uns die gute Entwicklung dieser Kurse mit Genugtuung, als die ursprüngliche Anregung, sie ins Leben zu rufen — das darf ich wohl behaupten —, in der Regierung von demokratischer Seite ausgegangen ist. Die Wichtigkeit dieser Kurse erhellt unmittelbar daraus, daß in unserer so außerordentlich materiellen Zeit hier einmal geistige Besitztümer übermittelt werden, und die Notwendigkeit der Einrichtung der Kurse zeigt der immer mehr zunehmende Besuch. Natürlich sind bei diesen Kursen auch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden. Sie liegen hauptsächlich nach meiner Überzeugung auf dem Gebiete des unterrichtlichen Betriebes. Es ist bei diesem eine sehr weise Mittelstraße zu halten, einmal zwischen dem reinen Betriebe einer Schule und anderseits dem reinen akademischen Betriebe des Dozierens. Vor allen Dingen darf ein Gesichtspunkt nicht aus dem Auge gelassen werden: Das ist der, daß diese Kurse in erster Linie nicht etwa einer — nun ich will sagen: wissenschaftlichen Unterhaltung dienen sollen, sondern einer wirklich praktischen wissenschaftlichen Fortbildung. Ich möchte Sie dringend bitten, die geforderte Summe zu bewilligen.

Die 9950 *M* werden bewilligt.

9. Abänderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb (Nr. 31 vom 3. August 1919).

Stadtv. Frau Schulze: In der Sitzung vom 25. Dezember dieses Jahres haben die Stadtverordneten genehmigt, daß die im Schlachthaus zur Erhebung kommenden Gebührensätze um 100 Prozent erhöht werden. Die bisherigen Gebührensätze sind im § 43 des Schlachthausstatuts festgesetzt, und sooft eine Veränderung dieser Sätze vorgenommen werden soll, muß jedesmal eine besondere Satzung erlassen werden. Weil bei der schwankenden Höhe der Löhne und Kohlenpreise damit zu rechnen ist, daß auch die fraglichen Gebührensätze sich noch häufiger auf- und abwärts bewegen werden, erscheint es zweckmäßig, diese Sätze überhaupt nicht mehr durch Satzung festzulegen, sondern ihre Festsetzung nach Anhörung des Schlachthausausschusses dem Beschlusse der städtischen Behörden zu überlassen.

Um die Angelegenheit einheitlich zu regeln, wird es sich weiter empfehlen, auch die bislang im § 44 des Schlachthausstatuts festgesetzten Gebühren für die Untersuchung des eingebrachten Fleisches nach demselben Verfahren zu regeln. Zu dem Zwecke ist der Erlaß einer Satzung erforderlich, deren Entwurf der Vorlage beigefügt ist, und den zu genehmigen der Rat der Stadt ersucht. Die neue Satzung zur Abänderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb sowie die Schlachtvieh- und Fleischschau lautet:

„Artikel I. Die §§ 43 und 44 des Statuts über den Schlachthausbetrieb sowie die Schlachtvieh- und Fleischschau werden aufgehoben.

Artikel II. Die Gebühren für die Benutzung des Schlachthauses und für die Untersuchung des eingebrachten Fleisches werden von den städtischen Behörden nach Anhörung des Schlachthausausschusses festgesetzt; sie treten mit dem Tage der Verordnung in Kraft.“

Der Rechtsausschuß hat dem Erlaß dieser Satzung zugestimmt und bittet die geehrte Versammlung, ebenfalls ihre Zustimmung zu erteilen.

Stadtv. **Gerzen:** Ich möchte bei dieser Gelegenheit anfragen, was es mit den Gerüchten auf sich hat, die jetzt in der Stadt umhergeschwirren betreffs der großen Fleischschiebung, die im städtischen Schlachthaus vorgekommen sein sollen. Es werden darüber die wunderbarsten Dinge erzählt; nicht nur pfundweise, sondern zentnerweise soll dort das Fleisch verschwunden sein, und mehrere Schlachtermmeister sollen daran beteiligt sein. Ganz unwahr werden, wie ich glaube, die Gerüchte wohl nicht sein.

Vorsitzender: Wenn die Sache mit einer kurzen Beantwortung abgetan ist, möchte ich sie geschäftsordnungsmäßig zulassen, sonst müßte ich den Herrn Anfragenden auf den Weg einer besonderen Anfrage verweisen.

Stadtrat **Bogler:** Meine Damen und Herren! Es ist mit dieser Sache so, wie ich sie schon im Landtage erörtert habe. Es sind tatsächlich Unregelmäßigkeiten vorgekommen, und es ist richtig, daß in einem Falle zwei Zentner Fleisch unberechtigterweise weggebracht sind. Aber die Untersuchungen darüber schweben noch bei der Polizeidirektion, sie sind nur zum Teil abgeschlossen. Auch der Rat der Stadt hat sich mit der Besprechung der Angelegenheit beschäftigt und in einem Falle die Schließung eines Schlachtergeschäfts beschlossen, während in einem andern Falle das Ergebnis der Untersuchung abgewartet werden muß.

Stadtv. **Jahns:** Als Mitglied des Stadtschlachtungsausschusses möchte ich zu der Angelegenheit noch ein Wort sagen. Die ganze Sache wird übertrieben . . .

Vorsitzender: Ich glaube kaum, daß es geschäftsordnungsmäßig zulässig ist, diese Angelegenheit bei dem zur Besprechung stehenden Punkt zu erörtern. Da ich nicht wissen konnte, was Herr Genzen vorbringen wollte, ist er zum Wort gekommen, aber zur Besprechung der Angelegenheit bedarf es doch wohl der Form eines besonderen Antrages oder einer Anfrage. Vielleicht werden wir auch später einen eingehenden Bericht über die Angelegenheit von seiten des Rates bekommen, in dem uns mitgeteilt wird, was bei der Untersuchung zutage gefördert ist.

Die Versammlung stimmt dem Satzungsentwurf zu.

10. Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Beihilfen an die Östern zur Entlassung kommenden minderbemittelten Schulkinder.

Stadtv. Reifner: In ihrer letzten Sitzung hat die Armendirektion beschlossen, den städtischen Behörden zu empfehlen, daß für Östern 1920 ein Betrag bis zu 50 000 M zur Verfügung gestellt werden möge, um minderbemittelten Kindern, die alsdann die Schule verlassen, Beihilfen zur Beschaffung von Kleidung, Berufsausrüstung und dergleichen zu gewähren. Für die Verteilung wird vorgeschlagen, sich mit den Geistlichen, den Schulen, Vereinen und Anstalten, die mit der zu entlassenden Jugend Fühlung haben, in Verbindung zu setzen, deren Anträge entgegenzunehmen und danach die Verteilung, falls der Betrag hier bewilligt werden sollte, im einzelnen durch das neu auszubauende städtische Wohlfahrtsamt vornehmen zu lassen. Der Finanzausschuß hat die Sache geprüft und gibt anheim, in Anbetracht des guten Zweckes die 50 000 M zu verwilligen. Die Jüdelstiftung stellt einen fernerer Betrag von 30 000 M für diesen Zweck in Aussicht, so daß den minderbemittelten Kindern dann schon etwas Beträchtliches geboten werden kann. Ich bitte, dem Antrage auf Gewährung der Beihilfe zuzustimmen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Zu der letzten Mitteilung des Herrn Berichterstatters möchte ich bemerken, daß der Vorstand der Jüdelstiftung sich noch nicht in dieser Weise schlüssig gemacht hat; es ist nur erklärt, daß er voraussichtlich geneigt sein würde, einem solchen Antrage stattzugeben.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte betonen, daß, wenn auch die Anregung zu dieser Zuwendung der Stadt von der Armendirektion ausgegangen ist, es sich bei ihr doch keineswegs um Armenunterstützung handeln soll, sondern um eine Gabe, die aus der Not der Zeit heraus hiesigen minderbemittelten Ein-

wohner jedes Standes und jeder Konfession zukommen soll. Ich glaube, daß diese Bestimmung vielen, die bei der Sache beteiligt sein werden, ihre Entschließung, ob sie sich um die Bewilligung bewerben wollen, erleichtern wird. Wenn weiter vorgeschlagen wird, daß das Wohlfahrtsamt, das seit zwei Jahren besteht, aber in bezug auf Unterstützungen sich enge Schranken auferlegen mußte, sich bei der Bewilligung beteiligen soll, so wird die Versammlung mit uns der Ansicht sein, daß ihm mit der Übertragung einer Entscheidung in dieser Angelegenheit nur Genüge geschieht und ihm dadurch ein weiterer Ansporn zur fortgesetzten Fühlungnahme mit allen Kreisen der Bevölkerung gegeben sein wird. Es besteht übrigens im Wohlfahrtsamt ein besonderer Unterausschuß, der mit der Bekleidungsfrage zu tun hat, und im Vorstande des Wohlfahrtsamtes ist der Vorsteher dieser Versammlung wie auch eine Anzahl anderer Herren und Damen beteiligt, wie Herr Munte, Frau Professor Göge. Wir werden so die Möglichkeit haben, mit den verschiedensten Stellen, die über Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege unterrichtet sind, in Fühlung zu bleiben.

Stadtv. Salomon: Ich möchte eine kurze Ergänzung hinzufügen. Die Unterstützung bedürftiger Konfirmanden ist aufs lebhafteste zu befürworten. Erfreulicherweise läßt sich der Kreis der zu Unterstützenden durch eine andere Spende noch bedeutend erweitern. Es wird den Herrschaften bekannt sein, daß auf eine Anregung des Herrn Kollegen Rönneburg in Amerika eine Sammlung veranstaltet ist, die ein geradezu überreiches Ergebnis gezeitigt hat. Es sind an barem Gelde 65 000 *M.* zur Verwendung für bedürftige Kinder zur Verfügung gestellt und außer dieser Summe ein weiterer auch sehr namhafter Betrag, der zum Ankauf von Lebensmitteln verwendet werden soll. Dieser Ankauf von Lebensmitteln wird in Holland vollzogen werden. Bei der Verteilung der 65 000 *M.* werden auch 100 Konfirmanden bedacht werden, die durch die Prediger ausgewählt sind; die übrigen Kinder, mit Einschluß der Konfirmanden, werden sorgsam durch die Schule ausgewählt. Die Unterstützung wird sich in der Weise vollziehen, daß ein Betrag von 100 *M.* für jedes Kind in Rechnung gestellt wird. Ein endgültiger Beschluß über die Verwendung des Geldes ist noch nicht gefaßt, das wird aber jedenfalls morgen geschehen. Es wird wahrscheinlich auf dem Wege des Gutachtenverfahrens den Leuten Gelegenheit gegeben werden, für 100 *M.* Kleidung oder Schuhwerk zu kaufen. Ich möchte noch hinzufügen, daß von Amerika die Nachricht herübergekommen ist, daß dies erst der Anfang sei.

Stadtv. Richter: Werte Anwesende! In Anbetracht der enorm gestiegenen Preise für alle Lebensbedürfnisse halte ich es für angebracht, über den hier von

der Stadt in Aussicht genommenen Betrag hinauszugehen. Im vorigen Jahr sind 50 000 *M* zu diesem Zwecke ausgesetzt, und es ist nicht viel davon übrig geblieben, was dann zu andern ähnlichen Zwecken verwendet ist. Wenn wir in Betracht ziehen, daß heute Stiefel nicht unter 100—120 *M* zu haben sind, und daß für einen Anzug, der im vorigen Jahr 180, 200 und 250 *M* kostete, jetzt 400 bis 450 *M* gezahlt werden müssen, so ergibt sich, daß wir mit den geforderten 50 000 Mark nicht weit kommen werden. Ich möchte deshalb beantragen, den Satz auf das Doppelte zu erhöhen und 100 000 *M* für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Die Ausgabe würde für die Stadtkasse nicht angenehm sein, aber die verteilende Kommission würde dadurch in die angenehme Lage versetzt, nicht all zu enge Grenzen zu ziehen, nicht zu karg mit der Bewilligung zu verfahren und leichter zur Bewilligung zu kommen als im vorigen Jahr. Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Stadtrat von Frankenberg: Der geehrten Versammlung möchte ich es vollständig überlassen, wie sie zu diesem Antrage Stellung nehmen will, weise aber darauf hin, daß nach Ansicht des Rates und der Armendirektion es sich bei dieser Sache nur um eine Beihilfe zu den Anschaffungen nicht um die Beschaffung der Ausstattung auf städtische Rechnung handelt. Ferner wird nach der höchst erfreulichen Mitteilung des Herrn Stadtv. Salomon damit gerechnet werden dürfen, daß bei einer Anzahl von Konfirmanden durch die Zuwendung der Freunde in Amerika eine sehr wesentliche Beihilfe zu den Beschaffungen für diese Kinder gewährt werden wird, ebenso wie auch von anderer Seite, z. B. vom Bürgerverein, der Brunonia-Stiftung, dem Verein Sängerkrieg, dem Bescherungsverein, den kirchlichen Organen usw. für eine Reihe von Kindern gesorgt werden wird. Das Wohlfahrtsamt wird natürlich durch Listenaustausch dafür zu sorgen haben, daß Doppelbescherungen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden, und weiter durch Einblick in die Steuerlisten sich unterrichten, wie weit im einzelnen Falle die Bedürftigkeit und die Zweckmäßigkeit der Bewilligung geht. Wir haben nach den Mitteilungen, wie sie der statistischen Stelle vorliegen, mit einer Anzahl von 1500 Kindern aus denjenigen Kreisen, für die diese Zuwendung bestimmt sein würde, zu rechnen, und daraus ergibt sich, wie bei der Beteiligung der anderen Stellen für diese Stelle die Zuwendung sich gestalten würde. Ich glaube deshalb empfehlen zu können, daß man es zunächst, nachdem wir gehört haben, daß auch seitens der Jüdelstiftung die Gewährung einer Gabe von 30 000 *M* freundlichst erwogen wird, bei der Summe von 50 000 *M* bewenden lassen. Selbstverständlich würde das Wohlfahrtsamt erfreut sein, wenn es noch größere Mittel zur Verteilung erhält, aber es wird zweckmäßig sein, daß man sich zunächst einen

Überblick über den Umfang der Bedürftigkeit verschafft, ehe man in weitherziger Weise mit weiteren Bewilligungen vorgeht.

Stadtv. Frede: Die Mitteilungen des Herrn Salomon über die Hilfe aus Amerika haben mich sehr interessiert und erfreut. Was die Unterstützung von städtischer Seite anbelangt, so habe ich die Mitteilung vermisst, ob die Beihilfe nur in Geld bestehen soll, oder ob auch Bekleidungsstücke und Stoffe gegeben werden sollen. Einer Verteilung von Geld an die Eltern könnten wohl Bedenken entgegenstehen, andererseits aber kann einer etwaigen Beschaffung von Stoffen für Knaben oder Mädchen das Wort geredet werden. Die Bedienung wird reeller sein als bei Einzelbezug, bei einem Bezug im großen könnten wir billiger einkaufen, und was dergleichen mehr ist.

Bei der Gelegenheit möchte ich die Frage an den Rat richten, welcher Art die Erfahrungen in den früheren Jahren gewesen sind. Wir haben ja auf Antrag des Herrn Genzen oder Stegmann schon einmal eine Unterstützung der Konfirmanden in die Wege geleitet. Es war damals gesagt, man wollte einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen und es wäre höchst wahrscheinlich, daß viele Frauen und Familien von ihren Stoffen etwas hergeben würden. Trotzdem dieser sicheren Erwartung damals Ausdruck gegeben war, habe ich niemals etwas davon gehört, ob diesen Erwartungen in größerem Maße entsprochen worden ist oder nicht. Sollte die Erfahrung in dieser Beziehung günstig sein, so könnten wir neben dieser Bewilligung uns auch nochmals an die Einwohnerschaft wenden. Sollten damals schlechte Erfahrungen gemacht sein, so würde das auch dieses Mal eine taube Pflanze sein.

Stadtrat von Frankenberg: Was die letzte Anfrage des Herrn Frede betrifft, so will ich den geehrten Damen, die in dem Verteilungsausschuß gesessen haben, nicht vorgreifen; Frau Graf ist gegenwärtig — es gehörte dem Ausschuß auch noch Fräulein Oden und Frau Friedrichs an und Herr Pastor Kausche. Da die geehrte Versammlung auf Grund der Neuwahlen um die Jahreswende neu zusammentrat, waren in der Sache Schwierigkeiten hervorgerufen, indem der Beschluß, für die Konfirmanden im vorigen Jahr einzutreten, verhältnismäßig spät gefaßt wurde. Durch diesen nicht sehr zeitigen Termin des Beschlusses, kann — wie hier von verschiedenen Seiten, auch von solcher, die dem Ausschuß angehört, gesagt worden ist — eine etwas überstürzte Verteilung verursacht worden sein. Wenn bei einer solchen übereilten Verteilung mancherlei Mängel hervorgetreten sind, so wird es dem Wohlfahrtsamt vielleicht vergönnt sein, davon zu lernen und Nutzen zu ziehen. Deshalb ist schon jetzt, ein ganzes Vierteljahr vor der um Ostern

stattfindenden Schulentlassung der Kinder der Antrag des Rates an die geehrte Versammlung gestellt. Ich glaube, daß wir auf diese Weise einen besseren Überblick gewinnen werden. Von einer nennenswerten Beteiligung der Einwohnerschaft an dieser Spende ist mir nichts bekanntgeworden. Aber das lag wohl auch an dem Zeitpunkt, und außerdem pflegen die Einwohner, die sich in dieser Weise betätigen, die Konfirmanden selber zu bedenken oder die Vermittlung der Kirche anzunehmen, während in dieser Sache die Stadtverwaltung nicht so eingeführt ist.

Was die erste Anregung des Herrn Frede betrifft, so ließe sich darüber, wenn Stoffe in ausreichender Menge und in passender Art uns zur Verfügung ständen, sehr wohl reden; es wird aber zweckmäßig sein, diese Sache dem Wohlfahrtsamt zu überlassen. Vielfach werden in den Familien frühzeitig Vorbereitungen für die Ausstattung der Schulentlassenen getroffen, so daß es nur eines Geldzuschusses bedarf, und in erster Reihe war bei der Besprechung dieser Sache im Wohlfahrtsausschuß auch eine Geldspende ins Auge genommen.

Stadtv. **Lehnert:** Ich bitte, dem Antrage des Herrn Richter zuzustimmen. Wir wissen alle, welche Preise bezahlt werden müssen, wenn man nur die geringste Kleinigkeit erwerben will. Wenn Herr Frede angeregt hat, einen Aufruf zu erlassen an Familien, bei denen noch Sachen vorhanden wären, so glaube ich, daß überall der Überfluß zusammengeschmolzen ist. Überall ist es nötig geworden, selbst Anschaffungen zu machen, sonst hätten wir den Beamten nicht die Teuerungszulagen zu zahlen. Also auch in den Kreisen ist nichts mehr zu wollen. Zu welchen Zwecken ist nicht schon gesammelt — ich erinnere an die Windelwoche, Wollwoche usw. —, so daß alle Vorräte weggegeben sind. Was an Preisen bezahlt werden muß, geht daraus hervor, daß 120—150 *M* für ein Meter Zeug annehmbarer Preis ist — das heißt für den Ladeninhaber, nicht für uns, die es bezahlen sollen. Das Meter würde vielleicht 10—15 *M* kosten, wenn wir noch Preise hätten, wie in den früheren Jahren. Ich möchte deshalb bitten, dem Antrage Richter zuzustimmen, und glaube sicherlich, daß wir zuviel in dieser Weise nicht geben können.

Stadtv. Frau **Graf:** Von einer Spende aus der Bürgerschaft verspreche ich mir nicht viel. Was die Mängel betrifft, die sich im vorigen Jahr durch den späten Beschluß der Verteilung herausgestellt haben, so können insofern sich solche herausgestellt haben, daß die wirklich Besitzlosen von den billigen Stoffen, die in der Bekleidungsstelle abgegeben wurden, nichts bekommen konnten, weil sie erst im letzten Augenblicke die Zuwendung bekommen haben, und so die wirklich preiswerten Stoffe, die vorhanden waren, andern zugute gekommen sind, die noch

zahlungsfähig waren. Deshalb möchte ich vorschlagen, die Auszahlung möglichst frühzeitig vorzunehmen, damit die zu beschaffenden Stoffe, wenn die Stadt in der Lage sein würde, wieder billige Stoffe zu bekommen, so auch den Ärmsten der Armen zugute kommen.

Stadtv. **Rector:** Es wäre ja ganz schön, wenn die Stadt in der Lage wäre, die Summe der Zuwendungen auf 100 000 \mathcal{M} zu erhöhen. Gleichzeitig möchte ich aber noch das eine betonen: Wenn die Unterstützung wirklich einen Zweck haben soll, dann muß sie schnell erfolgen, denn innerhalb 4—5 Wochen werden die Preise der Webwaren wieder ganz bedeutend steigen. Sie können sich darauf verlassen, daß dann sämtliche Stoffe um 25—30 Prozent teurer geworden sind.

Stadtv. **Schmerbach:** Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, daß dieses Mal die Zusammensetzung der Kommission für die Verteilung an die Konfirmanden, die notbedürftig sind, eine bessere geworden ist. Ich habe Beispiele dafür, daß die Verteilung durch die Herren, die seitens der konfessionellen Verbände bestellt sind, bestimmte Zweifel ausgelöst hat. Die Wohltätigkeit soll von der Konfession getrennt sein. In diesem Falle soll ja die Wohltätigkeit wirklich den Stellen zugute kommen, wo Not vorhanden ist. Das ist aber bisher nicht immer geschehen. Man hat Ausnahmen gemacht, indem man die ausgelegten Mittel benutzt hat, um agitatorisch in konfessionellem Sinne zu wirken. Dazu werden hier die Mittel nicht bewilligt. Ich glaube, dieser Hinweis wird genügen, weil ja, wie bekannt, die Zusammensetzung der verteilenden Kommission eine bessere geworden ist, und das begrüße ich.

Stadtrat **von Franckenberg:** Herr Schmerbach hat das Richtige aus der Vorlage herausgelesen. Es ist durchaus die Absicht des Rates, daß durch die Beteiligung der verschiedenartigsten Anstalten, Vereinigungen und Personen jeder konfessionelle Charakter bei der Zuwendung ausgeschlossen ist, so daß die Bewilligung ausdrücklich nicht als eine Spende zur Konfirmation erfolgt, sondern als eine Spende für die schulentlassene Jugend.

Stadtv. **Reigner:** Daß von einer anderen Seite auch noch Mittel in Aussicht gestellt sind bzw. noch werden, haben Sie schon gehört. Um nun auch dem Antrag Richter entgegenzukommen, möchte ich Sie bitten, die heute zu bewilligende Summe in der Weise zu erhöhen, daß mit den von anderer Seite in Aussicht gestellten Mitteln der Betrag von 100 000 \mathcal{M} herauskommt, aber mindestens 50 000 \mathcal{M} zu bewilligen.

Stadtv. Richter: Ich könnte mich damit einverstanden erklären, daß, wenn von anderer Seite — nämlich von der Jüdelstiftung, von der der Herr Oberbürgermeister gesagt hat, daß die Bewilligung bestimmt noch nicht vorliege — vielleicht 30 000 *M* hereinkommen, die eben zu bewilligende Summe um diesen Betrag geringer genommen würde. Kommen die Gelder aber von anderer Seite nicht, dann möchte ich dabei bleiben, daß 100 000 *M* seitens der Stadt für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Der **Vorsitzende** läßt entgegen einem Zuruf aus der Versammlung, den weitestgehenden Antrag zuerst zur Abstimmung bringen zu lassen, zunächst über den Antrag der Finanzkommission abstimmen, es meldet sich die Minderheit. Dem darauf zur Abstimmung gestellten Antrage Reißner-Richter schließt sich die Mehrheit an.

11. Annahme eines Assistenzarztes für das städtische Krankenhaus.

Stadtv. Benzen: Seit dem im November 1916 erfolgten Tode des Assistenzarztes Dr. Lüddenz ist die Stelle eines Assistenzarztes am hiesigen städtischen Krankenhaus nicht wieder besetzt worden. Nun haben sich der Chefarzt dieses Krankenhauses, Herr Geh. Sanitätsrat Dr. von Holwede, und Herr Physikus Dr. Müller an die Armendirektion mit dem Ersuchen gewendet, diese Stelle wieder zu besetzen. Der Rat der Stadt hat sich damit einverstanden erklärt, und auch der Rechtsausschuß hat dem zugestimmt. Die Kosten für die Stadt werden jährlich 6000 *M* betragen, wovon 3000 *M* in bar ausgezahlt werden und 3000 *M* für Gewährung freier Station angerechnet werden. Ich habe namens des Rechtsausschusses der Versammlung zu empfehlen, der Neubesetzung zuzustimmen und die 6000 *M* zu verwilligen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Befürwortung unseres Antrages. Die leider mehrere Wochen dauernde Erkrankung des Herrn Geh. Sanitätsrats Dr. von Holwede hat uns nun veranlaßt, im Interesse des Krankenhauses schon die Annahme eines Assistenzarztes zu bewerten. Wenn die Versammlung, wie anzunehmen ist, der Vorlage heute zustimmt, so findet sie also den Assistenzarzt im städtischen Krankenhaus schon vor.

Stadtv. Lehnert: Ich möchte in dieser Angelegenheit eine Anfrage an den Rat der Stadt richten, nämlich ob der Assistenzarzt, der schon in Tätigkeit getreten ist, berechtigt ist, jemanden, der zu ihm kommt, so zu behandeln, als ob er keinen

Menschen vor sich hätte, ob er glauben darf, daß die ihm Gegenüberstehenden unter seiner militärischen Verfügung ständen und daß er, als wenn er Korporalschaftsführer wäre, von dem Betreffenden verlangt, daß er die Hand aus der Tasche nimmt, wenn er ihn grüßt. So etwas gehört sich nicht. Ein Arzt soll ein freundlicher Mensch sein, und wenn er glaubt, hier militärischen Kadavergehorsam verlangen zu können, so ist das verfehlt. Ich möchte bitten, daß ihm vom Magistrat Anweisung über sein Benehmen erteilt wird und ihm empfohlen wird, sich knigges Umgang mit Menschen zuzulegen.

Stadttrat von Frankenberg: Es scheint so, als ob es sich hierbei um die Klage eines dem Unterarztes unterstellten Krankenwärters handelt. Ich will gern mich über die Verhältnisse erkundigen und werde bemüht sein, diejenige Regelung herbeizuführen, wie sie das Interesse der Anstalt erfordert.

12. Einrichtung einer Milchküche im städtischen Krankenhaus.

Stadtv. Stegmann: Der leitende Arzt des städtischen Krankenhauses, Herr Geh. Sanitätsrat Dr. von Holwede hat an den Pflegehausauschuß ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er die Ursache der vielen Kindererkrankungen, insbesondere der Verdauungsstörungen und der damit verbundenen Todesfälle auseinandersetzt. Er weist darauf hin, daß die Zahl der Todesfälle von Kindern im städtischen Krankenhaus gestiegen sei, und führt das auf die ungenügend zubereitete Nahrung für die Kinder zurück. Er hält es für einen Fehler, daß man meint, die Nahrung für Erwachsene müsse auch für Kinder gut sein, und wünscht, daß, wie in andern Anstalten ähnlicher Art, auch im städtischen Krankenhaus eine Milchküche eingerichtet wird, in der die Nahrung für die kleinen Kinder und Säuglinge zubereitet wird, und macht ferner den Vorschlag, daß eine besonders für diesen Zweck vorgebildete Schwester angestellt wird, sowie die nötigen Räume und Apparate zur Verfügung gestellt werden. Die gröberen Arbeiten sollen dann die vorhandenen Ammen verrichten. Die Pflegehausdeputation hat den Wunsch für durchaus berechtigt angesehen und den Antrag an den Rat gestellt, der Einrichtung der Milchküche im städtischen Krankenhaus zuzustimmen. Das Hochbauamt hat einen passenden Raum im Keller des Pflegehauses, den früheren Speiseraum, ausfindig gemacht und schlägt vor, als Speiseraum einen früheren Warteraum in Anspruch zu nehmen. An Anschaffungen zur Einrichtung der Milchküche haben sich als nötig herausgestellt: Ein Milchsterilisator, 16 Flaschenkörbe, ein Kochherd, ein kleiner Tisch, vier Stühle, Anschluß des Sterilisators an die vorhandene Dampfleitung, ein Abgußbecken mit Wasserzaphahn und anderes. Die Gesamt-

kosten hierfür werden sich auf 6000 M belaufen, und zu dieser einmaligen Ausgabe kommt noch das Gehalt der Schwester hinzu.

Der Rechtsausschuß hat die Sache eingehend besprochen, hält die Einrichtung für notwendig und ersucht Sie, im Interesse der kleinen Kinder dem Antrage des Rates auf Verwilligung der Kosten für die Milchflüche zuzustimmen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage an.

13. Änderung des Ortsbauplanes und Festsetzung von Baubeschränkungen für die verlängerte Comeniusstraße.

Stadtv. Reikner: Es wird vom Rate der Stadt eine Ortsbauplanänderung vorgeschlagen für denjenigen Teil der Comeniusstraße, der deren Verlängerung zwischen der Voigts-Rheßstraße und der Herzogin-Elisabeth-Straße bildet. Die Straße war bisher im Ortsbauplan mit einer Breite von 14 m vorgesehen, und der Architekt Bartels hat nun einen Antrag gestellt, die Straßenbreite auf 8 m herabzusetzen, so daß die Straße in der Weise bebaut würde, daß die demnächstigen Häuser nicht auf die 8-m-Fluchtlinie zu stehen kommen, sondern an die frühere 14-m-Fluchtlinie, aber beiderseits 3 m breite Vorgärten angelegt werden. Das Stadtbauamt und das städtische Tiefbauamt, die zu diesem Vorschlage gehört sind, haben ihre Meinung dahin ausgesprochen, daß es zweckmäßig sein würde, die Verschmälerung dieses Teiles der Comeniusstraße vorzunehmen in der Weise, wie der dort aushängende Plan zeigt. Es ist anzunehmen, daß das Gelände mit kleineren Häusern bebaut wird. Es sollen weiter dem Gelände, das durch den Bau der Straße aufgeschlossen wird, die Beschränkungen des Statuts Nummer 61 auferlegt werden. Diese Beschränkungen werden den Herrschaften bekannt sein, da schon verschiedene andere Baugelände mit dieser Beschränkung belegt sind. Die dort erbauten Häuser dürfen nicht mehr als 11 m hoch sein, nur ein Obergeschoß und ein außergebautes Dachgeschoß enthalten, die einzelnen Grundstücke dürfen nur bis zur Hälfte, Eckgrundstücke bis zu drei Fünftel ihrer Gesamtgröße bebaut werden und nicht in einer größeren Tiefe als 15 m von der Straßenflucht. Das Stadtbauamt empfiehlt, die ursprünglich auf die ganze Länge geplante Einschränkung nur auf das Gebiet zu legen, das zwischen der Herzogin-Elisabeth-Straße und der Wendomeststraße liegt, denn an der Comenius- und Wendomeststraßenecke sind schon einige Grundstücke in früherer Zeit mit viergeschossigen Häusern bebaut, und wenn die übrigen Grundstücke, die noch frei liegen, mit den jetzt vorgeschriebenen Häusern in nicht geschlossener Bauweise bebaut würden, so würde das ein unschönes Bild geben. Die Berechtigung dieser Ansicht wurde von uns anerkannt.

Der Bauausschuß hat die Vorlage geprüft und gibt anheim, die Zustimmung zu der geplanten Ortsbauplanänderung, wie sie auf dem ausgehängten Plan dargestellt ist, und zu der Baubeschränkung gemäß Statut Nr. 61 auszusprechen.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Die Vorlage gilt als stillschweigend genehmigt.

14. Ermäßigung der Baugenehmigungsgebühren für Kleinhäuser.

Stadtv. **Wahrendorf:** Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft hat beim Räte der Stadt beantragt, für die von ihr an der Kälberwiese zu erbauenden Kleinhäuser die Gebühren für Genehmigung des Baus von 20 \mathcal{M} ihr zu erlassen. Wir haben über eine ähnliche Sache schon früher einmal gesprochen und angenommen, daß die Gebühren für von dieser Siedlungsgesellschaft geplante Häuser nicht in dem Maße erhoben werden sollten, wie es sonst der Fall ist, und das hatte seinen Grund darin, daß die Siedlungsgesellschaft eine große Anzahl von sogenannten Typenhäusern baute, also eine Menge Häuser, die alle gleich sind. Damals wurde der Antrag angenommen, daß nur für jede der vier Arten dieser Typenhäuser 20 \mathcal{M} zu zahlen sein sollten. Es hat sich aber herausgestellt, daß in der Zukunft nach dieser Art noch mehr Häuser gebaut werden sollen, so daß dann die Stadt, wenn sie in weiteren Fällen ebenso verfährt, für die Abnahme dieser Häuser nichts mehr zu erheben haben würde. Die Baubehörde ist jedoch der Ansicht, daß es ganz gleich ist, ob ein Haus eins dieser Typenhäuser oder ein anderes ist, die einzelnen Arbeiten der Baubehörde sind immer wieder gleich groß. Der Rat beantragt deshalb auf Vorschlag der Baubehörde, daß in der Zukunft für diese Kleinhäuser als Gebühr für die Baugenehmigung jedesmal 10 \mathcal{M} statt 20 \mathcal{M} zu fordern sind, und zwar nicht nur von der Siedlungsgesellschaft, sondern auch für alle andern derartigen Kleinhäuser. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, diesem Antrage zuzustimmen und zu beschließen, daß die Gebühr für Kleinhäuser allgemein bis auf weiteres von 20 \mathcal{M} auf 10 \mathcal{M} ermäßigt wird.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

15. Erwerb einer Fläche am Büldenwege.

Stadtv. **Notahr:** Der Besitzer der Apotheke am Fällersleber Tore beabsichtigt, eine neue Einfriedigung zwischen dem Büldenweg und seinem Grundstück aufzustellen, und bei dieser Gelegenheit wird an der nach dem Büldenweg gelegenen Seite des Grundstücks Terrain frei, das er der Stadt zum Kauf angeboten hat.

Es handelt sich um 21 qm, die zur Verbreiterung des Bültenswegs herangezogen werden sollen, und für das Quadratmeter hat das städtische Tiefbauamt einen Preis von 40 *M* als angemessen erachtet. Der Rat der Stadt hat sich dieser Ansicht angeschlossen, und die Bedenken, die bei der Beratung in der Baukommission über die Höhe des Preises zur Sprache gekommen sind, sind durch die Erklärung von seiten der Baubehörde zerstreut, so daß ich im Namen des Bauausschusses empfehlen kann, die Ankaufsumme von 840 *M* für diese 21 qm zu genehmigen.

Ohne Wortmeldungen. Der Antrag der Baukommission gilt als stillschweigend angenommen.

16. Sitzung über Unterhaltung des städtischen Betriebsamtes.

Stadtv. **Jahns**: Die verehrten Damen und Herren haben in der Sitzung vom 25. September dieses Jahres einem Antrage des Rates auf Schaffung eines städtischen Betriebsamtes zugestimmt. Der Rat übersendet jetzt den Entwurf einer Satzung, durch die der Geschäftsbereich des städtischen Betriebsamtes festgestellt wird. Wir haben uns im Rechtsausschuß mit der Sache befaßt. Der Rat hat eine nähere Begründung für die einzelnen Paragraphen der Satzung nicht gegeben, und so glaube auch ich, Ihnen eine Begründung nicht vorzutragen zu brauchen, sondern gebe Ihnen seitens des gesamten Ausschusses anheim, dieser Satzung zuzustimmen. Nur eine kleine Änderung wird durch den Rechtsausschuß gewünscht, und zwar im § 3. Es heißt dort in dem Entwurf: Die Geschäfte des Betriebsamtes besorgt ein Amtsleiter, dem das erforderliche Hilfs- und Unterpersonal beigegeben und unterstellt wird." Dort soll es nur heißen: „dem das erforderliche Personal beigegeben wird.“ Ebenso ist in § 4 die Silbe „Hilfs“ in Hilfsbeamter zu streichen, so daß es dort heißt „einem der dem Amtsleiter beigegebenen Beamten“. Es sind das gewissermaßen nur redaktionelle Änderungen, im übrigen empfiehlt der Ausschuß, der Satzung en bloc Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Versammlung mit den vorgetragenen Abänderungen einverstanden ist und auch im übrigen der Satzung die Zustimmung erteilt wird.

17. Erlaß der Baugenehmigungsgebühren für Einrichtung von Notwohnungen.

Stadtv. **Löffmann**: Das städtische Wohnungsamt hat an den Rat der Stadt das Ersuchen gerichtet, die baupolizeiliche Gebühr, die bisher auch für Einrichtung

von Notwohnungen, welche auf Veranlassung des Rates errichtet wurden, verzichten zu wollen. Es handelt sich um solche Wohnungen, die durch Zusammenlegung von Mädchenkammern oder sonstiger bewohnbarer Bodenkammern eingerichtet sind. Es hat bei einzelnen Hausbesitzern einen gewissen Unwillen erregt, daß sie in diesem Falle, wo sie gewissermaßen gezwungen sind, die Räume herzugeben und einzurichten, noch eine baupolizeiliche Gebühr bezahlen müssen. Der Rat der Stadt hat dem Ersuchen des Wohnungsamtes zugestimmt und gibt anheim, zu beschließen, daß eine Gebühr nicht erhoben werden soll, wenn es sich um Notwohnungen handelt, deren Herrichtung von der Stadt zur Behebung der Wohnungsnot unmittelbar veranlaßt ist. Der Bauausschuß ist zu derselben Ansicht wie der Rat gekommen und empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis mit dem Antrage des Bauausschusses an.

18. Gewährung einer außerordentlichen einmaligen Beschaffungsbeihilfe an den Verein für Gesundheitspflege.

Stadtv. Frau **Göge**: Der Verein für Gesundheitspflege hat sich an den Rat der Stadt mit der Bitte gewandt, ihm für das laufende Jahr einen außerordentlichen Zuschuß in Höhe von 3000 M zu gewähren. Er begründet diese Bitte damit, daß die von ihm unterhaltene Fürsorgestelle für Tuberkuloseerkrankte ganz außerordentlich stark in Anspruch genommen ist, so daß die Anstellung einer weiteren Fürsorgeschwester nötig ist. Auch sonst sind größere Steigerungen in der Ausgabe nötig gewesen, was ja in dieser Zeit nicht zu bezweifeln ist. Der Verein kommt trotz eines außerordentlichen Zuschusses des Staatsministeriums von 2400 M nicht mit seinen laufenden Mitteln aus und ist in der unangenehmen Lage, sein Vermögen angreifen zu müssen. Da dieser Zustand auf die Dauer nicht weiterbestehen kann, sieht er sich zu der Bitte um einen außerordentlichen Zuschuß veranlaßt. Der Rat der Stadt hat sich um Erteilung eines Gutachtens über diese Sache an den Stadtarzt, Herrn Geh. Sanitätsrat von Holwede gewandt, und weil dieser seit längerer Zeit erkrankt ist, hat an seiner Stelle Herr Sanitätsrat Dr. Müller diese Bitte in seinem Gutachten warm befürwortet, da der Verein außer der Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose auch noch andere Aufgaben für das öffentliche Wohl erfüllt, besonders Säuglingsfürsorge und anderes. Der Rat der Stadt gibt anheim, den geforderten außerordentlichen Zuschuß zu bewilligen. Es ist noch zu bemerken, daß die Stadt dem Verein einen laufenden Zuschuß von jährlich 500 M gewährt und außerdem schon einen besonderen Zuschuß für die Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung ansteckender Krank-

heiten. Außer diesen beiden Unterstützungen soll dem Verein nunmehr noch ein Zuschuß von 3000 *M* bewilligt werden. Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage befaßt, ist zu der Ansicht gekommen, daß das Geld nicht besser angewandt werden kann als an dieser Stelle zur Pflege der Gesundheit, und gibt anheim, zuzustimmen, diese 3000 *M* als außerordentliche Gabe zu bewilligen.

Stadtrat von Franckenberg: Der Verein für Gesundheitspflege, dessen Ausschuß ich angehöre, hat sich gestern mit der Frage beschäftigt, wie er etwa in der Lage sein würde, an seinen Ausgaben zu sparen oder welche anderen Maßregeln zu treffen wären, um sich der schweren Verantwortung, die ihm obliegt, besser anzupassen. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß er es für dringend erforderlich hält, seine Tätigkeit in die weitesten Kreise der Bevölkerung hineinzutragen, indem er sich bemüht, an allen Stellen belehrend und anregend zu wirken. Er wird in dieser Hinsicht nichts unversucht lassen und insbesondere durch belehrende Vorträge für die Gesamtbevölkerung, soweit sie daran teilnehmen will, wichtige Fragen der Gesundheitspflege erörtern. Er möchte seine Arbeit auf eine breitere Grundlage als bisher durch Fühlungnahme mit allen Schichten der Bevölkerung stellen, und will deshalb den Versuch machen, sowohl die Arbeiter- wie die Angestelltenverbände zur Mitarbeit im Vorstande und Ausschuß freundlichst aufzufordern und ebenso an die Frauen der Stadt Braunschweig im weitesten Umfange die Bitte um Betätigung bei der Arbeit des Vereins zu richten. Wir sind im Vorstande des Vereins der Ansicht, daß durch die Mitarbeit der Frauen und durch die der Arbeiter- und Angestelltenverbände sich das Wirken des Vereins besonders nutzbringend gestalten würde, wie es das in andern Fällen jedenfalls getan hat. Als Vorsitzender des städtischen Wohlfahrtsamtes bin ich beauftragt, diese Verständigung mit den Vereinen und Verbänden in die Wege zu leiten, und hoffe, daß sowohl in bezug auf die Arbeit des Vereins wie auf die Beschaffung der nötigen Mittel eine gedeihliche Grundlage durch diese gemeinsame Tätigkeit gelegt wird. Jedenfalls bitte ich die geehrten Mitglieder dieser Versammlung, den Verein in diesen Bestrebungen zu fördern und seiner Aufforderung, die zum Wohle der gesamten Bevölkerung und in ernster Stunde auch an Sie gerichtet wird, ein freundliches Entgegenkommen zu zeigen.

Dem Antrage des Finanzausschusses auf Bewilligung der außerordentlichen einmaligen Beihilfe von 3000 *M* stimmt die Versammlung zu.

19. Veranstaltung von Unterhaltungsmusik in der Ratskellerweinstube.

Stadtv. Marschner: Der Ratskellerwirt Seumel bittet, ihm zu gestatten, in der Weinstube des Ratskellers Unterhaltungsmusik durch Klavier und Geige ein-

zurichten. Der Rat der Stadt und der Rechtsausschuß haben nichts dagegen einzuwenden und bitten, diese Veranstaltung widerruflich zu gestatten.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung an.

20. Ausbau des städtischen Wohlfahrtsamtes.

Stadtvr. **Stegmann**: Wir haben heute schon Verschiedenes über das Wohlfahrtsamt gehört. Dieses Wohlfahrtsamt auszubauen wird vom Rat der Stadt beantragt. Die allgemeine Aufgabe des Wohlfahrtsamtes besteht in der Zusammenfassung aller in der Stadt bestehenden Wohlfahrts Einrichtungen, und so hat es auf eine übersichtliche, planmäßige und gemeinsame Fürsorge hinarbeiten. Es sind unter den Wohlfahrts Einrichtungen sowohl die des Reiches, der Staaten, der Gemeinden, der kirchlichen Gemeindepflege, der verschiedenen milden Stiftungen und Wohltätigkeitsvereine usw. zu verstehen. Die Aufgabe des Wohlfahrtsamtes soll dadurch erfüllt werden, daß Fühlungnahme und Verhandlungen mit den beteiligten Stellen angebahnt werden, daß ein Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen diesbezüglichen Ausschüssen stattfindet, daß eine städtische Hauptmelde- und Auskunftsstelle für Unterstützte eingerichtet wird, in der genau Buch über alle solche Fälle geführt wird, so daß eine Orientierung dort leicht möglich ist. In der Begründung des Rates heißt es unter anderem: „Für die einzelnen Abschnitte der Wohlfahrtspflege sind besondere Ausschüsse gebildet, die ihre Tätigkeit dem Unterstützungswesen, der Anstaltspflege, den Wohlfahrtsaufgaben im engeren Sinne und der Jugendfürsorge zugewendet und sich zum Teil in Unterausschüsse zergliedert haben. Im Laufe der Zeit hat es sich als wünschenswert herausgestellt, die Wirksamkeit des städtischen Wohlfahrtsamtes dadurch zu erweitern und zu vertiefen, daß eine erfahrene, in Wohlfahrtsfragen bewanderte Persönlichkeit mit der Geschäftsführung betraut wird, daß ferner der Bureaudienst des Amtes ausgebaut und daß endlich der Außendienst in den verschiedenen Stadtbezirken durch geschulte Fürsorgerinnen versehen wird, die durch ihre Erkundungen, Berichte und Vorschläge wertvolle Dienste leisten können.“

Der Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamtes hat zu diesem Zwecke an den Rat das Ersuchen gerichtet, für den Ausbau des Wohlfahrtsamtes fünf Hilfskräfte einzustellen und dazu einen Jahresbetrag von 13 000 M an Vergütungen zu bewilligen. Diese Summe erscheint allerdings klein, und der Rechtsausschuß meint, daß darüber hinausgegangen werden müßte. Der Rat der Stadt hat diesen Antrag gestellt, weil er der Ansicht ist, daß eine erprießliche Arbeit nur möglich ist, wenn sie so ausgeführt wird, wie sie hier gedacht ist und durch sachgemäße Besetzung der geschäftsführenden Stellen und ihrer Hilfsstellen die regelmäßige und gründ-

liche Verbindung mit den maßgebenden übrigen Organen gesichert ist. Der Rat der Stadt führt in der Vorlage schließlich noch folgendes aus: „Die Wöchnerinnen-, Säuglings- und Kleinkinderpflege, die Jugendfürsorge in ihren verschiedenen Abteilungen der Gesundheitspflege und erzieherischen Einwirkung auf das heranwachsende Geschlecht, die Besserung der Wohnungsverhältnisse durch Aufsicht, Rat und Hilfe, die Fürsorge für Lungenkranke, die Bekämpfung der Trunksucht und der Geschlechtskrankheiten, die Verständigung mit den Versicherungsträgern, den Stiftungen und Wohlfahrtsvereinen über eine zielbewußte gemeinschaftliche Arbeit und über nachhaltige Versorgung Minderbemittelter setzt voraus, daß dem Bedarf in geeigneter Weise nachgeforcht und die gegenseitige Fühlung fortgesetzt durch Teilnahme an den einzelnen Sitzungen, durch Zuziehung Sachverständiger und durch Anträge an die beteiligten Stellen aufrechterhalten wird.“

Da nach den aufgestellten Richtlinien die Hilfskräfte des Wohlfahrtsamtes durch die Stadt zu stellen sind, so richtet der Rat der Stadt an uns das Ersuchen, sich mit der Annahme der Hilfskräfte grundsätzlich einverstanden zu erklären und dafür einen Jahresbeitrag von 13 000 *M* zur Verfügung zu stellen.

Wie schon gesagt, ist der Rechtsausschuß der Meinung, daß dieser Betrag von 13 000 *M* als Vergütung für die Hilfskräfte zu gering ist. Es wurde darauf seitens des Rates erwidert, daß man die Teuerungszuschläge nicht berücksichtigt habe, die aber doch wohl gezahlt werden müßten. Demzufolge stellt der Rechtsausschuß den Antrag, den Rat zu ermächtigen, im Bedarfsfalle über den beantragten Betrag von 13 000 *M* hinauszu gehen. Weiter beantragt der Rechtsausschuß, daß auch Herr Geh. Sanitätsrat Dr. von Holwede als Stadtkarzt hinzugezogen werde und als sein Stellvertreter Herr Sanitätsrat Dr. Müller. Mit diesen Modifikationen bittet der Rechtsausschuß dem Ersuchen des Rates zuzustimmen.

Persönlich möchte ich noch bemerken, was auch schon im Rechtsausschuß ausgesprochen wurde, daß es nötig sei, bei Besetzung dieser Stellen im Wohlfahrtsamte nicht von theoretischem Standpunkte auszugehen, sondern daß praktische Leute gesucht werden, und ich möchte an diejenigen, die diese Stellen zu besetzen haben, also an den Rat der Stadt, die Aufforderung richten, daß man diesen Wünschen Rechnung trägt, so daß nicht nur Schwestern und theoretisch Vorgebildete in die Stellen hineingeschoben werden, sondern praktische Leute genommen werden, die Verständnis für die sozialen Verhältnisse haben, die auch von dem Wohnwesen und dem Familienleben in den betreffenden Kreisen etwas verstehen, aber nicht junge Mädchen, die nichts davon kennengelernt haben. Ferner wünschen wir, daß bei der Besetzung dieser Stellen alle Kreise berücksichtigt werden,

insbesondere die Arbeiterkreise, die von solchen Dingen aus ihren Erfahrungen heraus Verständnis besitzen.

Stadtrat von Frankenberg: Über die Erwägung des Rechtsausschusses wegen Erweiterung der Zahl der Vorstandsmitglieder beim Wohlfahrtsamt ist schon eine Entschliebung des Rates herbeigeführt. Ich kann erklären, daß der Rat gern einverstanden sein wird, wenn in den Richtlinien für das Wohlfahrtsamt, die jetzt unter Nummer 3 vorsehen, daß der Vorstand aus 7 Personen besteht, in Zukunft gesagt wird: Er besteht aus 9 Personen. Die geehrte Versammlung hatte ihn ja schon auf 8 erweitert, als im Frühjahr die Neuwahlen dafür vorgenommen wurden. Mit dieser Erweiterung auf 9 Personen würde der Anregung des Rechtsausschusses Genüge geschehen sein. Auf den in anderer Beziehung sich bewegenden Wunsch des Rechtsausschusses kann ich erklären, daß wir es für durchaus zweckmäßig halten würden, wenn wir das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu dieser Einrichtung, die doch für alle Kreise der Einwohnerschaft wirken soll, möglichst dadurch zu gewinnen suchen, daß wir gerade die besten Kräfte für uns gut genug sein lassen, einschließlich des Dienstes als Fürsorgerin, und ich würde es nicht für unzulänglich halten, wenn wir erfahrene, zuverlässige, erprobte Frauen, die Fühlung mit der Arbeiterbevölkerung haben, als Fürsorgerinnen in Aussicht nehmen.

Stadtv. Reißner: Ich möchte bitten, dem Rat anheimzugeben, die Leitung des für das Wohlfahrtsamt einzurichtenden Bureaus einer männlichen Person zu übertragen. Ich will damit durchaus nicht den Damen zu nahe treten, die sich zum Dienst beim Wohlfahrtsamt berufen fühlen. Die praktische Arbeit möchte ich gern den Damen überlassen, halte es aber nicht für richtig, die Arbeit der weiblichen Personen für die reine Bureauarbeit in Anspruch zu nehmen.

Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Vorredner meint es zweifellos mit der Entwicklung des Wohlfahrtsamtes gut, aber ich möchte darauf hinweisen, daß eine haarscharfe Trennung zwischen reiner Verwaltungsarbeit und Erfüllung der sonstigen Aufgaben, wie sie der geschäftsführenden Persönlichkeit des Wohlfahrtsamtes obliegen würde, außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich ist. In sämtlichen Sitzungen, die bis jetzt das Wohlfahrtsamt und seine Unterausschüsse abgehalten haben, ist vorgetragen, wie innig die Verwaltung und die ganze Durchführung der Grundsätze, die Handhabung der Pflege, der Fürsorge miteinander in Berührung stehen und wie es sehr wesentlich auch auf die schon mit in das Amt hineingebrachten Erfahrungen ankommt. Wenn ich Umicau halten würde unter

unsern gegenwärtigen Bureaubeamten oder denjenigen, die sich melden könnten, so bin ich überzeugt, so sehr ich die männliche Arbeitskraft in mancher Beziehung schätzen gelernt habe, es würde für diese Tätigkeit eine Frau sich verhältnismäßig besser eignen. Man wird deshalb besser tun, in dieser Beziehung eine Bindung nicht vorzunehmen, sondern ich halte es für ratsam, daß der Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamtes dem Rat der Stadt seine Vorschläge macht und der Rat danach endgültig bestimmt. In den Erörterungen des Rechtsausschusses kam nicht nur sehr deutlich, sondern in fast dramatischer Weise der Gegensatz dieser heute vortragenen Wünsche zum Ausdruck, und ich mache kein Geheimnis daraus, daß ich es für zweckmäßig halten würde, in dieser Hinsicht ein Zugeständnis an die Tatsache zu machen, daß für die Pflege der Wöchnerinnen, der kleinen Kinder, die Krankenpflege nach der Entwicklung der Verhältnisse doch die Frau die hervorragendste Eignung, das beste Verständnis, die beste Schulung und das wärmste Herz besitzt.

Vorsitzender: Es scheint so, als ob diese Frage, Frau oder Mann als Leiter des Wohlfahrtsamtes, eine größere Debatte entfachen wird. Ich möchte bitten, zu bedenken, daß diese Frage nicht allein das Interesse dieser Versammlung in Anspruch nimmt, sondern daß es ratsam sein wird, daß der Vorstand des Wohlfahrtsamtes sich auch mit dieser Frage beschäftigt. Es braucht die Frage heute hier nicht endgültig entschieden zu werden.

Stadtv. Frau Graf: Wenn für den Außendienst geprüfte Fürsorgerinnen angestellt werden sollen, so kann ich nicht dafür sein, nur theoretisch ausgebildete Personen dafür zu nehmen, vielmehr schließe ich mich den eben gehörten Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg an. Um einen guten, objektiven Bericht über diese Erkundigungen zu geben, dazu gehört vor allen Dingen soziales Verständnis, und das darf man uns als Arbeiterfrauen wohl zutrauen, daß wir genügendes Verständnis für die Verhältnisse unserer Kreise haben. Bis heute ist es uns leider nicht möglich gewesen, uns an solchen Einrichtungen zu beteiligen, weil dergleichen Posten fast durchweg Ehrenämter sind, und wir alle gezwungen sind, unsere Arbeitskraft nicht umsonst herzugeben. Ich möchte deshalb vorschlagen, zu diesen Posten Arbeiterfrauen mit heranzuziehen; dadurch wird es uns möglich sein, das Vertrauen der Bevölkerung zu bekommen.

Stadtv. Reifner: Ich glaube, meine Anregung ist irrig aufgefaßt. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Pflege der Wöchnerinnen, die Säuglingspflege und alle diese Dinge von weiblichem Personal ausgeübt wird. Weiter halte ich es für selbstverständlich, daß Arbeiterfrauen genau dasselbe soziale Verständnis haben

wie alle übrigen Frauen. Aber wir haben gerade in den letzten Monaten schlechte Erfahrungen damit gemacht, daß Frauen, die nicht besonders dafür ausgebildet und vorbereitet sind, reinen Verwaltungsdienst leisten müssen; es will auch das gelernt sein. Das Wohlfahrtsamt wird hoffentlich so weit ausgedehnt werden, daß ganz umfangreiche reine Verwaltungsarbeit dort zu leisten ist. Ich habe schon gesagt, daß ich die praktische Arbeit den Frauen vorbehalten wissen möchte, aber die reine Bureauarbeit wird zweckmäßiger durch eine männliche Person, die darin ausgebildet und in ihr erfahren ist, ausgeführt.

Stadtrat von Franckenberg: Die Herrschaften dürfen nicht außer acht lassen, daß es sich um fünf verschiedene Persönlichkeiten handelt: eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer, also eine leitende Persönlichkeit, sodann eine Persönlichkeit, die den Bureaudienst besorgt, und das würde diejenige sein, die Herr Reißner in erster Linie für den Verwaltungsdienst im Auge hat, und drei Fürsorgerinnen. Die geschäftsführende Persönlichkeit würde, wenn ich den Darlegungen des Herrn Reißner folge, nicht unbedingt eine männliche Person sein müssen, sondern Herr Reißner scheint mir zu wünschen, daß der Bureaudienst, die Tagebuchführung, Erledigung der geschäftlichen Arbeiten von einem männlichen Geschäftsführer besorgt werden. Darüber wird sich reden lassen, nur tut die geehrte Versammlung nicht gut, eine Bindung darin vorzunehmen.

Stadtv. Frau Schulze: Wenn Herr Reißner den Damen wegen ihrer mangelnden Geschäftskennntnis einen Vorwurf gemacht hat, so kann mir das leid tun. Ich will aber nicht die Ausführungen, die ich im Rechtsausschuß gemacht habe, wiederholen, halte aber vollständig an dem fest, daß man dort den Mann abgelehnt hat. Wenn es nun durchaus ein Angestellter mit Bureauvorbildung sein muß, so gibt es doch auch eine große Menge buerauangeestellte weibliche Personen, die den Posten ebenso gut versehen werden wie männliche. Auch sie alle haben einmal erst lernen müssen.

Stadtv. Benzen: Ich hatte nicht geglaubt, daß Herr Reißner ein solch ausgesprochenen Weiberfeind sei. Es heißt doch: Komm den Damen zart entgegen! Im übrigen ist die Sache nicht so gleichgültig, wer den Posten verwalten soll. Bis jetzt — das müssen wir sagen — hat das Wohlfahrtsamt, obgleich es schon einige Jahre besteht, als ein Weilchen im Verborgenen geblüht. Es liegt für die Wirksamkeit einer solchen Einrichtung immer daran, daß der richtige Mann oder die richtige Frau an dem richtigen Platze steht; nur dann kann etwas Gutes geschaffen werden. Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Stadtrat von Franckenberg,

daß für alle Aufgaben, die das Wohlfahrtsamt zu lösen hat, die Frauen gewissermaßen die Geborenen dafür sind. Dann ist es notwendig, daß nicht nur die ausführenden Kräfte Frauen sind, sondern auch diejenige, die das Ganze dirigiert, muß eine Frau sein, eine Person, die genau so fühlt wie die Ausführenden. Ich möchte bitten, daß die Stadtverordnetenversammlung, wenn auch nicht einen Beschluß faßt, so doch den Wunsch ausspricht, daß zur Leitung des Wohlfahrtsamtes nur Frauen herangezogen werden.

Sodann möchte ich noch einiges, was ich im Rechtsausschuß ausgeführt habe, zu bedenken geben. Wie ich schon sagte: Es gehört die richtige Person auf den richtigen Platz. Ich möchte davor warnen, die ganze Sache theoretisch aufzuziehen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat ja schon zugesichert, daß das nicht so gemacht werden soll. Wie ist es denn früher gewesen? Während der Kriegszeit sind hübsche oder alte Jungfern zu den Frauen und Müttern hingekommen, haben den Frauen Vorwürfe gemacht, haben solchen Frauen, die schon ein halbes Duzend Kinder großgezogen haben, Vorhaltungen gemacht. Nun, Sie kennen unsere Braunschweiger Frauen wohl selber und werden wissen, wie sie Ihnen entgegengetreten sind. Da ist es nötig, daß man zu diesem Amte Frauen nimmt, die praktische Erfahrung haben und nicht nur theoretische. Wenn die Bevölkerung zu dem Wohlfahrtsamt und seinen Hilfspersonen Vertrauen gewinnen soll, dann muß eine Auslese getroffen werden unter solchen Personen, denen die Arbeiterschaft und ihre Frauen Erfahrung zutrauen kann.

Stadtrat von Frankenberg: Seitens der geehrten Herrschaften möge es entschuldigt werden, daß ich noch zum dritten Male in dieser Sache das Wort nehme, aber die Ausführungen des Herrn Benzen geben mir dazu Anlaß, zu erklären, daß die Gesichtspunkte, die er dargelegt hat, durchaus dieselben sind, wie sie der Vorstand des Wohlfahrtsamtes ausgesprochen hat und wie sie auch ausgeführt werden. Ich bitte auch da um Ihre verständnisvolle Unterstützung und erlaube mir, zugleich auf eine Einrichtung hinzuweisen, die das „kleine Weilchen“ eingerichtet hat, und eine Drucksache der Auskunftsstelle der mit Unterstützung bedachten Personen im Umlauf zu setzen. Diese Auskunftsstelle hat sich bisher gut bewährt, und ich gedenke damit in gesteigertem Umfange noch eine Auskunftsstelle zu verbinden. Das hängt innig mit der Besetzung des Postens des Bureaubeamten oder der Bureaubeamtin zusammen. Ich bin der Ansicht, daß es nicht nur für die Anstalten von Nutzen sein wird, über andere Anstalten, welche Unterstützungen ausgeben, Nachricht zu bekommen, sondern auch von Privaten, und da könnte ich mir denken, daß eine Frau, wenn sie ein Kind erwartet oder eins bekommen hat und nicht weiß, wie sie es gut nähren oder wo sie es in Pflege geben kann, in ihrer Not

sich an das Wohlfahrtsamt wendet. Es scheint mir mein Empfinden nicht trügerisch zu sein, daß eine hilfesuchende Frau sich lieber an eine Frau wendet als an einen Mann, der im Wohlfahrtsamt sitzt, dem sie ihr volles Herz nicht ausschütten kann. Sollte der Rat den Frauen gegenüber das Maß der Ritterlichkeit voll machen, indem wir die einzige Stelle im Wohlfahrtsamt, die für einen Mann verfügbar wäre, auch einer Frau geben, so wird die Männerwelt uns deswegen gewiß nicht großen.

Stadtvo. Frau **Göge**: Was ich sagen wollte, ist fast überflüssig geworden; Herr Stadtrat von Frankenberg hat in der Hauptsache schon gesagt, was ich ausführen wollte. Es handelt sich darum, dieses Wohlfahrtsamt in der Bevölkerung populär, beliebt zu machen und weite Kreise dafür zu interessieren. Deshalb wird natürlich sehr viel davon abhängen, was für eine Persönlichkeit an seiner Spitze steht. Ich denke mir das Wohlfahrtsamt als eine Stelle, zu der jeder, der in schwierigen Verhältnissen ist, hingehen kann, um sich Rat zu holen. Ich will keinen einzelnen Fall charakterisieren, aber es soll eine Stelle sein, wo jeder Rat und Hilfe bekommen kann, oder wo ihm wenigstens gesagt wird, wohin er sich wenden kann. Da nun die Personen, die hauptsächlich das Wohlfahrtsamt aufsuchen werden, in erster Linie aus den Frauenkreisen kommen werden, so ist es ganz unmöglich, daß an der Stelle, die ich im Auge habe, ein Mann sitzen kann, sonst ist von vornherein die ganze Sache ein totgeborenes Kind. Die Stelle muß besetzt werden durch eine Frau, die sich einfühlen kann in die Lage der Frau, die zu ihr kommt. Das kann kein Mann, das sehe ich sehr oft auf unsern Gängen in der Jüdelstiftungspflege. Ich habe oft sagen hören: „Gott sei Dank, daß Frauen kommen, die uns verstehen,“ und bitte dringend, dem Räte freie Hand zu lassen in der Wahl derjenigen Persönlichkeit, die mit der Leitung des Wohlfahrtsamtes betraut wird. Wenn es sich darum handelt, rein bürokratische Angelegenheiten zu erledigen, so stehe ich nicht an, auch eine männliche Person dafür anzunehmen, wenn sich im Rathaus dafür eine Persönlichkeit findet, die Erfahrung hat, eingearbeitet ist und die der Leitung zur Seite gestellt werden kann. Übersogut wie eine Frau kann das auch ein Mann, wenn ich auch dem zustimme, was Frau Schulze sagte: Es gibt auch Frauen, die das ausführen können und gut ausgebildet sind. Ich finde es nicht sehr männlich gedacht, wenn man von einer unliebsamen Erfahrung, die man gemacht hat, gleich auf demnächst zu machende gleiche Erfahrungen schließt. Einer solchen Schlußfolgerung möchte ich entgegentreten und auf die Erfahrungen hinweisen, die mit der Arbeit der Frau im Landesfürsorgeamt, das sich in weiten Kreisen der Wertschätzung erfreut, gemacht sind. Dort ist nicht ein einziger Mann angestellt. Manches wird auch da noch besser gehandhabt werden können, aber im

ganzen ist die Leitung gut gewesen. Ich möchte nochmals dringend bitten, dem Räte keine Bindung vorzuschreiben, sondern ihm weiter Freiheit in Besetzung der Stellen zu lassen. Seien Sie überzeugt, daß alle, die dabei mitzusprechen haben, besorgt sein werden, daß eine Persönlichkeit an diesen Platz gestellt wird, die Herz und Verständnis und die nötigen Kenntnisse für die ganze Sache hat.

Die Versammlung stimmt den Anträgen des Rechtsausschusses zu.

21. Beteiligung der Stadt am Gesamtunternehmen der Straßenbahn.

Stadt v. Frede: Es ist dies zwar der letzte Punkt der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung, ich hoffe aber, daß er doch noch besonderes Interesse erregen wird. Die Stadtverordnetenversammlung wird es interessieren, zu erfahren, welche Erfolge die Verhandlungen gehabt haben, die in Verfolg unseres Beschlusses vom 13. November gepflogen worden sind zwischen dem Räte und der Verwaltung der Straßenbahn, beziehungsweise dem Direktor des Konzerns in Berlin. Wir haben uns damals grundsätzlich zustimmend zu der Mitbeteiligung der Stadt an dem Gesamtunternehmen der Straßenbahn geäußert, haben aber als Bedingung ausgesprochen, daß die Kurse der von der Stadt zu übernehmenden Aktien gesenkt werden müßten, sowohl die derjenigen Aktien, die zuerst in Betracht kommen, nämlich der für 3 100 000 M., als auch die der später zu übernehmenden. Ferner ist dem Räte bei seinen Verhandlungen als Direktive mit auf den Weg gegeben worden, daß die Aktien, welche nicht sofort erworben werden, von der Gegenpartei nicht an Dritte veräußert werden sollten. Es hat nun am 25. November eine mündliche Besprechung zwischen dem Generaldirektor Schrimpf und diesseitigen Vertretern stattgefunden. Hervorgehoben wird in dem Schreiben des Rates über diese Angelegenheit an die Stadtverordneten, daß auch der Vorsitzende des Finanzausschusses, also Herr Dr. Jasper, an der Besprechung teilgenommen hat. Führer der Verhandlungen von unserer Seite ist der Herr Oberbürgermeister gewesen und Mitbeteiligter Herr Stadtbaurat Gebensleben. Die Verhandlungen haben sich anfangs nicht sehr verheißungsvoll für uns gestaltet, wie das sowohl aus dem Schreiben des Rates an die Stadtverordneten, als auch aus den mündlichen Äußerungen der Herren, die an der Sitzung teilgenommen haben, hervorgeht. Herr Direktor Schrimpf hat keine Neigung verspürt, den Kurs der ersten Aktien zu senken unter der Begründung, daß die Lokalbahn diese Aktien selbst zum Kurs von 120 erworben habe, und außerdem läge den Aktionären der Lokalbahn bei den zeitigen Geldverhältnissen nichts daran, jetzt die Aktien zu verfilbern. Auf diese Weise haben sich die Verhandlungen recht schwierig angelassen, aber schließlich hat der Generaldirektor Schrimpf erklärt, er könne, um die langwierigen Verhand-

lungen nach Kräften zu fördern, in Aussicht stellen, daß die Lokalbahn bereit sein werde, den Übernahmekurs für das dritte Viertel der Aktien von 145 auf 130 herabzusetzen, er halte es aber für aussichtslos, weiter darüber zu sprechen, daß der Übernahmekurs der Aktien, welche von der Stadt zuerst übernommen werden, also im Betrage von 3 100 000 *M*, weiter gesenkt werde als auf die bislang vereinbarte Höhe von 120 Prozent, weil, wie schon erwähnt, die Lokalbahn sie selber zu 120 Prozent übernommen hätte, ebenso müßten auch die Restaktien auf 130 stehen bleiben. Die diesseitigen Vertreter sind auf dieses Anerbieten nicht eingegangen, sondern haben darauf verharret, daß auch die zuerst zu übernehmenden Aktien der Stadt billiger zu stehen kommen. Darauf hat der Generaldirektor erwidert, unter diesen Umständen müsse er sich erst mit seinem Aufsichtsrat besprechen, und wenn überhaupt eine Ermäßigung des Kurses möglich wäre, so müßte die Stadt die Verpflichtung eingehen, daß die Aufforderung zur Abtretung der weiteren 1 500 000 *M* Aktien nicht vor dem 1. Januar 1924 zum 1. Januar 1926 ausgesprochen werden kann.

Um nun die Herrschaften ins Bild zu setzen wegen des dritten und vierten Viertels und wegen der Übernahme der ersten Hälfte der Aktien, müßte ich das wiederholen, was der damalige Berichterstatter, Herr Dr. Jasper, über die in Frage kommenden Summen hier in der Sitzung ausgeführt hat. Es handelt sich um Übernahme von Aktien im Nennwerte von 6 Millionen Mark, und zwar sollte die Stadt übernehmen: 51 Prozent (also 3 100 000 *M*) sofort zum Übernahmekurs von 120 Prozent, das erste Viertel im Betrage von 1 500 000 *M* zum Kurs von 145 Prozent, und über den Rest hatte Herr Dr. Jasper die Mitteilung gemacht, daß im Besitze der Gesellschaft 875 000 *M* seien und das dann übriggeliebende im Besitze von Privaten. Es mag hier gleich bemerkt werden, daß die Aktien nicht an der Börse gehandelt werden, und ich bemerke das, weil in der Kommission darauf hingewiesen wurde, es möchten die Aktien durch die Beteiligung der Stadt im Werte steigen, was ich bei der eben erwähnten Sachlage jedoch für ausgeschlossen halte.

Nun hat inzwischen Herr Generaldirektor Schrimpf dem Aufsichtsrat der Lokalbahn in Berlin Mitteilung von den Verhandlungen gemacht, der Aufsichtsrat hat dazu Stellung genommen, und dem Magistrat ist folgende Nachricht aus Berlin zugegangen:

„Um die langwierigen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und, was an ihr liegt, zu der angestrebten im allseitigen Interesse liegenden Verständigung zu kommen, hat die Lokalbahn sich schließlich bereit gefunden, auch das in der letzten Forderung der Stadt angebotene schwere Opfer auf sich zu nehmen (es ist gemeint die Senkung des Kurses der 3 100 000 *M* Aktien) in der Überzeugung,

damit vor allem dem Unternehmen die Entwicklung zu erleichtern und so den Interessen der Allgemeinheit zu dienen. Damit ist aber auch die Geduld der Lokalbahn erschöpft. An einer weiteren Nachgiebigkeit derselben auch nur in unwesentlichen Punkten ist daher unter keinen Umständen mehr zu denken."

Im Ausschuß haben wir uns auf Grund der Berichte, die uns vom Rat erstattet wurden, überzeugt, daß diese letzte Äußerung der Lokalbahn ernst zu nehmen ist. Wir stehen also heute vor der Aufgabe, uns zu entscheiden, ob wir uns mit dem Erfolge, der gezeitigt ist, einverstanden erklären wollen. Der Erfolg besteht darin, daß die 3 100 000 *M* statt zu einem Kurs von 120 zu einem solchen von 115 von uns übernommen werden können, und das bedeutet einen Vorteil von 155 000 *M* zugunsten der Stadt. Es würde dann das dritte Viertel statt zu 145 zu 130 Prozent übernommen werden, was einen Vorteil von 225 000 *M* ausmacht. Zusammen ist also ein Erfolg von 380 000 *M* zu verzeichnen. Der Rest würde dann, wie schon vorher festgesetzt, zum Kurse von 130 übernommen werden müssen.

Der Rat der Stadt gibt der Versammlung anheim, einer Einigung auf dieser Grundlage zustimmen zu wollen. Er äußert sich auch dahin, daß die Bedingung, die die Gesellschaft betreffs der Übernahme der 1 500 000 *M* Aktien gestellt hat, nämlich sie nicht vor dem 1. Januar 1926 anzufordern, unbedenklich sei, da eine ausreichende Erfahrung darüber, ob der gemischt-wirtschaftliche Betrieb zu unserer Zufriedenheit sich bewährt, vor Ablauf dieser Zeit ohnehin kaum vorliegen dürfte.

Nun hat sich bei den mündlichen Verhandlungen mit der Lokalbahn ergeben, daß verschiedene Bestimmungen des früheren Vertragsentwurfes einer anderen Formulierung bedürfen. Es ist erwünscht, die Angelegenheit zu beschleunigen, damit die Verträge am 1. Januar in Kraft treten können, und der Rat empfiehlt deshalb, daß die Versammlung den verstärkten Finanzausschuß mit der weiteren Beratung und Festsetzung der Verträge beauftragt.

Über die Verhandlungen in der Kommission kann ich mitteilen, daß von einigen Stellen der Erfolg noch nicht für ausreichend gehalten und die Meinung ausgesprochen ist, daß die Gesellschaft sich noch zu einem größeren Entgegenkommen verstehen müsse. Es ist dabei die Frage aufgeworfen, was dann geschehen solle, wenn das nicht zu erreichen wäre, und weiter gefragt, ob die Überlegung, daß dann zum 1. Januar die Sache nicht unter Dach gebracht werden kann, nicht zu denken gäbe. Der Finanzausschuß hat sich in seiner großen Mehrheit schließlich dahin ausgesprochen, daß man einer Einigung auf der Grundlage, wie ich sie gekennzeichnet habe und wie sie der Rat der Stadt der Stadtverordnetenversammlung anheimgibt, zustimmen könne, und daß man auch der Bedin-

gung wegen der Übernahmezeit des dritten Viertels der Aktien zustimmen könne. — Es würde also der Abstimmung heute unterliegen: Der Antrag des Rates, der vom Finanzausschuß aufgenommen ist, einer Einigung mit der Gesellschaft auf der vorgeführten Basis zuzustimmen, ferner in die hinausgeschobene Kündigungsfrist für das dritte Viertel einzuwilligen, und schließlich Zustimmung dazu zu erteilen, daß mit den weiteren Verhandlungen und der Festsetzung der Verträge der verstärkte Finanzausschuß beauftragt wird.

Stadtv. Marth: Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, daß zu der Zeit, als die Vorlage vom Rate der Stadt herausgebracht wurde, sie sämtlichen Stadtverordneten zugegangen ist, und daß die sämtlichen Fraktionen sich mit ihr eingehend beschäftigt haben. Ich habe nun vermißt, daß das Material, welches damals der Rat der Stadt vorgelegt hatte, nicht allen heutigen Stadtverordneten zugesandt ist, damit sie sich über diese schwerwiegende Frage ein eigenes Urteil bilden. (Sehr richtig!) Ferner habe ich bedauert, daß die Deputation zur Übernahme des Lichtwerkes, welche ebenfalls sich mit den ersten Verhandlungen beschäftigt hatte, nicht wieder zugezogen wurde. Meine politischen Freunde sind deshalb nicht in der Lage, heute dieser Vorlage zuzustimmen, weil sie einer Beratung innerhalb der Fraktionen unter Zugrundelegung der Unterlagen bedarf, und so beantragen wir, diese Vorlage noch einmal zurückzuverweisen, uns die Unterlagen zu übermitteln, und zu den ferneren Verhandlungen die Deputation zur Übernahme des Lichtwerkes zuzuziehen. Über eine so wichtige Frage, die die Stadt so schwer belastet, müssen wir vorher ein deutliches Bild gewinnen können. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß für die Nationalversammlung ein Gesetzentwurf in Vorbereitung ist, der auch von Einfluß sein wird, wenn die Übernahme des Lichtwerkes nicht erfolgt. Das sind alles Gründe, die dafür sprechen, heute über die Vorlage nicht schlüssig zu werden, sondern sie zurückzuverweisen.

Stadtv. Frede: Wenn man die Ausführungen des Herrn Marth hört, möchte es wohl als berechtigt erscheinen, daß die Vorlage zurückverwiesen wird, ich muß aber in bezug auf die beiden von Herrn Marth angeführten Punkte auf folgendes aufmerksam machen: Es hat Herr Dr. Jasper unter ausführlicher Aufnahme der Ausführungen des Rates in der damaligen Vorlage von 1918 in der Sitzung vom 13. November einen Bericht erstattet. Dieser Bericht ist abgedruckt, liegt in einer Länge von sieben Seiten den Herren vor, und alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben ihn in voriger Woche bekommen, so daß sie sich genügend aus diesen Ausführungen hätten unterrichten können. Aus meinen

Ausführungen haben Sie gehört, daß ich auf diesen Bericht des Herrn Dr. Jasper ausdrücklich Bezug genommen habe, der in genauer Weise alle in Betracht kommenden Verhältnisse anführt. Herr Marth betont, seine Fraktion hätte sich nicht genügend unterrichten und zu einer selbständigen Stellungnahme entschließen können. Dagegen ist zu sagen, daß Herr Dr. Jasper doch seiner Fraktion angehört, wahrscheinlich ihr Führer ist, und daß in der damaligen Sitzung Herr Dr. Jasper in die Vertragsbestimmungen so genau eingeweiht war, wie kein anderer. Er hätte auf alle Fragen Auskunft erteilen können und würde sie sicher erteilt haben. Deshalb befremdet mich das jetzige Verlangen der Herrn Marth.

Was die zweite Forderung anlangt, die dahin geht, daß die Deputation zur Übernahme des Lichtwerkes bei den Verhandlungen hätte hinzugezogen werden sollen, so würde man sicher dem nicht entgegengetreten sein, wenn ein dahin gehender Antrag geäußert worden wäre. Wir beschäftigen uns seit recht langer Zeit, auch in der neuen Stadtverordnetenversammlung, mit der Sache, heute soll der Schlußstein kommen. Es ist dicht vor dem 1. Januar, wie kann man da mit solchen Vorwürfen kommen?

Stadtv. Marth: Die eben ausgesprochene Meinung des Herrn Referenten kann ich nicht teilen. Die Unterlagen für Abschluß des Vertrages sind nur im Räte der Stadt vorhanden und stehen nicht den Fraktionen ständig zur Verfügung. Wenn auch Herr Dr. Jasper der Führer der Fraktion ist, so müssen wir doch jeder einzelne uns selbst ein Urteil bilden und sind darin nicht vom Führer abhängig. Wir sind nicht gewillt oder haben nicht die Absicht, ohne weiteres das Urteil des einzelnen in der Fraktion als richtig anzuerkennen; bei uns ist es Sitte, daß sich jeder ein Urteil bildet, dann wird Beratung gepflogen. Ich vermissen, daß dasjenige Material, das nötig ist, um die Vorlage zu ergänzen, uns zugegangen ist, so daß wir selbständig Stellung nehmen könnten. Unsere Stellung zu der Vorlage ist die: Trotzdem die Kurse so hoch sind, muß man prüfen, ob es notwendig ist, sie zu zahlen, damit die Stadt keinen Schaden leidet, wenn wir unsere Zustimmung versagen würden.

Die Deputation zur Übernahme des Elektrizitätswerkes hat die ersten Beratungen gepflogen, hat auch die dann folgenden Beratungen mitgemacht, später ist die Sache dem Rechtsausschuß und dem Finanzausschuß überwiesen worden. Da wäre es nötig gewesen, daß man auch diese Deputation hörte, die besonders gewählt ist, damit sie bei der Übernahme des Elektrizitätswerkes tätig sein sollte. Ich muß also trotz der Ausführungen des Herrn Kollegen Frede beantragen, daß die Sache zurückverwiesen wird, und uns die Unterlagen zugestellt werden.

Stadtbourat **Gebensleben**: Meine Herrschaften! Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Sie heute einen solchen Beschluß faßten, wie ihn Herr Marth beantragt, nur möchte ich darauf hinweisen, welche Folgen ein derartiger Beschluß unter Umständen haben könnte. Die bisher mit der Straßeneisenbahngesellschaft getroffenen Abmachungen gehen dahin, daß die Vereinbarungen bezüglich der Strompreise bis zum 1. Januar künftigen Jahres Geltung haben sollen, daß aber zum 1. Januar die Straßeneisenbahngesellschaft das Schiedsgericht anrufen kann, und dabei könnten dann ganz andere Verhältnisse herauskommen. — Noch auf anderes möchte ich aufmerksam machen: Wenn Sie heute nicht zustimmen, sondern beschließen, die Sache weiter zu verzögern, dann würden wir unter Umständen mit den Verhandlungen ins nächste Jahr hineinkommen und würden die Verträge nicht zum 1. Januar 1920 tätigen können, sondern erst zum 1. Januar 1921. Die Folge davon würde sein, soweit ich es übersehen kann, daß uns selbstverständlich die Einnahmen, die wir aus diesem Vertrage erhoffen, für ein Jahr entgehen würden. Aus der Vorlage geht hervor, daß früher darauf hingewiesen ist, daß durch die Verzögerung, die der Abschluß des Vertrages bisher erlitten hat, im Jahr eine Einbuße von 200 000 M für die Stadt entstanden ist. Würden Sie durch eine Verzögerung erreichen, daß der Übernahmekurs um — sagen wir einmal — noch um 5 Prozent ermäßigt würde, so würde das, wenn die Lokalbahn darauf einginge, den finanziellen Erfolg haben, daß Sie 155 000 M heruntergehandelt hätten. Wenn wir aber auf der andern Seite 200 000 M verlieren, so wäre das doch ein schlechtes Geschäft. Nun bin ich aber der Überzeugung, daß die Lokalbahn auf ein derartiges Ansinnen schwerlich eingehen würde, denn sie hat uns geschrieben, wie der Herr Referent vorgetragen hat, daß sie unter keinen Umständen eine weitere Ermäßigung Platz greifen lassen würde; ich fürchte, daß damit die Verhandlungen unter Umständen überhaupt als gescheitert anzusehen wären.

Herr Marth hat sodann bemängelt, daß der Deputation zur Vorberatung dieser Angelegenheit die Sache nicht noch einmal unterbreitet worden ist. Nun, das hätte an und für sich geschehen können, aber hier ist Eile geboten, und es kommt hinzu, daß wir die Arbeit der gemischten Deputation mit der Vorlage, die Ihnen vor einem Jahre unterbreitet ist, als abgeschlossen angesehen haben. An diesen Grundlagen, die damals in der Deputation gründlich durchberaten sind, ist Erhebliches und Wesentliches nicht geändert. Es hat sich jetzt nur um eine finanzielle Frage gehandelt, und ob die Deputation, von der ich vorhin gesprochen habe, in erster Linie berufen ist, über die finanzielle Frage zu beraten, möchte ich füglich doch bezweifeln. Ich glaube vielmehr, daß für die Entscheidung dieser Frage in erster Linie der Finanzausschuß der Stadtverordneten zuständig ist.

Ich wüßte nicht, aus welchem Grunde diese einfachen Zahlen — es handelt sich eigentlich nur um drei Zahlen — erst noch in einer besonderen Druckschrift den einzelnen Stadtverordneten zugänglich gemacht werden sollten; es hat meiner Ansicht nach genügt, daß diese Angelegenheit neulich im Finanzausschuß gründlich vorberaten ist. Ich habe auch nicht von einem einzigen Herrn gehört, daß er nicht orientiert wäre oder noch Auskünfte wünschte. Soweit ich darüber Erfahrungen gemacht habe — und der Herr Referent wird mir zustimmen —, habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Herren über das, was seitens des Vertreters des Rates vorgetragen ist, vollständig im Bilde waren. Aus dem Grunde bin ich überrascht, daß heute Herr Marth mit einer — ich möchte fast sagen: Verzögerungstaktik kommt, die für die Stadt außerordentlich üble Folgen haben könnte.

Es war schließlich von Herrn Marth noch eingeworfen, daß in der Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, vorbereitet wird. Ich bin in der Lage, Aufschluß darüber zu geben. Ich gebe zu, daß es unangenehm wäre, wenn wir an dem Gesamtunternehmen uns zu beteiligen beschließen und das Reich hinterher kommen würde und sagen: Wieder her damit, du behältst deinen Anteil nicht! Aber ich kann Sie darüber beruhigen: In § 3 dieses Gesetzes wird bestimmt, wenigstens nach dem Berichte des Vierzehnerausschusses, daß bei gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen der Teil, den die Kommunen für sich erworben haben, vom Reich nicht angegriffen werden kann, sondern lediglich der Teil dem Zugriff vom Reiche ausgesetzt ist, der in den Händen von Privaten ist. Ich habe aber heute morgen gehört, daß in der Nationalversammlung noch eine wesentliche Milderung erfolgt ist insofern, als den Städten, wenn sie sich an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen beteiligt haben, auch noch das Recht gelassen ist, nach wie vor den in privaten Händen gebliebenen Teil zu erwerben, das Reich also da nicht zugreifen will. Sollte diese Fassung vom Plenum in der letzten Lesung angenommen werden, so würden damit alle Bedenken gegen eine sofortige Beteiligung zerstreut sein. Nach dem bisherigen Verlauf der Beratung in der Nationalversammlung ist nicht anzunehmen, daß bei der ferneren Beratung dieses Gesetzes ein stärkeres Anziehen zuungunsten der Städte erfolgt, sondern daß diese weitere Milderung angenommen wird. Ich möchte also auch dieses von Herrn Marth geäußerte Bedenken als vollständig zerstreut ansehen und kann heute nur die Bitte an Sie richten, keine Verzögerungstaktik zu treiben, die, wie ich wiederhole, unter Umständen von großem Nachteil für die Stadt sein könnte, sondern zu einem zustimmenden Beschlusse zu kommen.

Stadtv. Blumeier: Der Herr Berichterstatter hat uns die Sache sehr schmackhaft gemacht, und ich will anerkennen, daß die verehrten Herrschaften, die die

Verhandlungen geführt haben, der Herr Oberbürgermeister wie der Herr Stadtbaurat, nach jeder Richtung hin sich die größte Mühe gegeben haben, für die Stadt das Beste herauszuholen. Aber ich muß doch sagen, daß ich mich mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen noch nicht einverstanden erklären kann. Wenn gesagt wurde, daß eine Minderung im Übernahmekurs von 5 Prozent schon ein Erfolg wäre, so ist das meines Erachtens nicht der Fall. Die Verhandlungen dauern schon über ein Jahr, und als sie seinerzeit einsetzten, waren wir noch im Kriege. Nachdem nun der Kriegsschluß gekommen ist, soll ein allgemeiner Kursrückgang, sowohl in Industripapieren wie in staatlichen und städtischen Wertpapieren eingetreten sein. Es ist zu bedenken, daß die Kriegsanleihe, die als mündelsicheres Papier ausgegeben ist, heute auf 75 Prozent gesunken ist, und daß die Aktien des Elektrizitätswerkes dagegen jetzt mit 115 Prozent bezahlt werden sollen und die bisherigen Aktionäre damit ein glänzendes Geschäft machen. Heute las ich in den Braunschweigischen Anzeigen, daß z. B. die Aktien der Straßenbahn in Hannover auf 106 stehen, und ich weiß auch, daß wir uns früher auf 110 *M* für die Aktie festgelegt hatten. In Rücksicht auf diese Verhältnisse muß unbedingt die Gesellschaft noch Haare lassen und sich mit einem niedrigeren Kurs einverstanden erklären. Von einem Opfer, wie es in dem Schreiben der Lokalbahn bezeichnet ist, kann gar keine Rede sein. Und wenn von Herrn Stadtbaurat gesagt wird, daß durch Zurückstellung der Vorlage eine Verschleppungstaktik eingeschlagen würde, so bin ich der Meinung, daß die Stadt keinen Nachteil davon hat. Falls die Verhandlungen sich zerschlagen, übernehmen wir 1921 die Gesellschaft, wie wir schon früher gewünscht und genehmigt hatten.

Oberbürgermeister Metemeyer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es angebracht ist, wenn man ein Geschäft machen will, das nicht in breiter Öffentlichkeit vor sich gehen zu lassen. Wenn es sich für Sie darum handelt, festzustellen, welcher Übernahmekurs von Ihnen für angemessen erachtet wird, so tun wir besser, in vertraulicher Sitzung darüber zu verhandeln. Wir hatten angenommen, daß auf Grund ihres vormaligen Beschlusses es mehr oder weniger in die Hand der Deputation bzw. der verhandelnden Personen gelegt werden solle, darüber zu befinden, welcher Kurs als angemessen angesehen werden soll. Wir sind mit dem verstärkten Finanzausschuß zusammen gekommen — Herr Marth hat dagegen Einspruch erhoben. Wir hatten angenommen, daß die Verhandlung hier in der Versammlung glatt vor sich gehen würde; wenn aber jetzt erhebliche Bedenken gegen die Höhe des Kurses sich geltend machen, so glaube ich, ist es besser, die weiteren Verhandlungen in die vertrauliche Sitzung zu verweisen.

Vorsigender: Wenn der Wunsch nach einer vertraulichen Behandlung dieser Frage laut wird, so könnten wir jetzt die Besprechung abbrechen, die übrigen noch vorliegenden Sachen erledigen und nachher in vertraulicher Sitzung mit der Besprechung des eben behandelten Punktes fortfahren.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Ich bitte darüber abstimmen zu lassen, ob die Versammlung ebenfalls der Ansicht ist, die Frage in vertraulicher Sitzung weiter zu besprechen. Ich halte es für richtig.

Die Versammlung spricht sich für eine vertrauliche Weiterbesprechung dieses Punktes aus.

(In der auf die öffentliche Sitzung folgenden vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten stimmte die Versammlung den von der verstärkten Finanzkommission empfohlenen Anträgen des Rates der Stadt zu und beauftragte mit der weiteren Erledigung dieser Angelegenheit den verstärkten Finanzausschuß.)

Herr Stadtv. **Munte** übernimmt den Vorsitz.

22. Erhöhung des elektrischen Strompreises für den Monat Dezember.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen noch eine Angelegenheit vorzutragen, die zwar im Finanzausschuß vorberaten, aber bislang den Stadtverordneten noch nicht schriftlich zugegangen ist. Infolge dieses letzteren Umstandes konnte im Finanzausschuß kein Referent bestellt werden, und so möchte ich mir erlauben, Ihnen diese Vorlage selbst vorzutragen.

Es ist unter dem 28. Oktober dieses Jahres seitens der Straßeneisenbahngesellschaft ein Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten gerichtet, in dem darauf hingewiesen ist, daß voraussichtlich in diesem Winter wie auch im vergangenen Winter erhebliche Schwierigkeiten bezüglich der Kohlenbeschaffung für das Elektrizitätswerk entstehen könnten. Sie wissen, daß diese Schwierigkeiten im vergangenen Winter zeitweise nur dadurch behoben sind, daß durch Kraftwagenbetrieb Rohbraunkohle von der Grube Victoria nach dem Bahnhof Hötensleben transportiert ist, wodurch aber nicht unerhebliche Unkosten entstanden sind. Wir haben damals nachgelassen, daß diese Unkosten in Gestalt von Zuschlägen auf die Rechnung der Stromentnehmer abgewälzt wurden. Diese Zuschläge sind während einiger Monate des vergangenen Winters erhoben worden und haben 10 Prozent betragen. Sie wurden von dem Strom abnehmenden Publikum nicht gerade freudig begrüßt, und auch wir waren froh, als mit dem 1. Juli dieses Jahres — zu der Zeit, glaube ich, war es — diese Sonderzuschläge endlich beseitigt wurden.

Das Elektrizitätswerk hat aber in seinem Schreiben darauf hingewiesen, daß nur dadurch, daß auch in diesem Winter wieder der Kraftwagenbetrieb zur Zuführung von Rohkohle in Betrieb gesetzt würde, die zu erwartenden Schwierigkeiten in der Stromerzeugung behoben werden könnten. Wir sind infolgedessen vom Staatsministerium — der Name dieser Behörde hat sich inzwischen geändert — zu einem Bericht über diese Angelegenheit aufgefordert, doch hält es der Rat der Stadt für notwendig, zunächst die Stellungnahme der geehrten Versammlung zu hören.

In einem Schreiben an den Rat der Stadt hat Herr Direktor Saalfeld auseinandergelegt, daß durch Vermittlung unseres braunschweigischen Gesandten in Berlin es gelungen sei, eine große Halde von Rohbraunkohle für das Elektrizitätswerk zur Verfügung gestellt bekommen, eine Halde, die auf der Grube Wismarck bei Bölpe liegt. Diese Grube hat Staatsbahnanschluß, und an und für sich würde nichts näher liegen, als daß die Haldenkohle durch die Staatsbahn abgefahren würde. Dazu ist die Grube aber nicht in der Lage, weil die besprochenen Kohlen nur zum Landabjaß zur Verfügung gestellt sind; sie werden dem Elektrizitätswerk auf die ihm zustehenden Mengen nicht angerechnet werden. Aus diesem Grunde ist die Staatsbahn nicht in der Lage, diese Kohlen abzufahren, und es wird nichts anderes übrigbleiben, als die Rohbraunkohle bis zu dem 8 Kilometer entfernten Bahnhof Hötensleben mit Lastkraftwagen zu bringen, sie dort umzuladen und auf diese Weise durch die Privatbahn hierher zu transportieren. Ich sehe, daß verschiedene Herren den Kopf schütteln, und ich verstehe sie, denn es liegt in diesem Verfahren eine große Umständlichkeit (Zuruf: Schöpfenstedter Streiche!). Es ist aber nichts anderes zu wollen; wenn das Elektrizitätswerk in Besitz dieser Kohlen gelangen will, so bleibt nichts anderes übrig, als sie im Landabjaß hierher zu befördern. Wir sind aber trotzdem bei der Eisenbahndirektion Magdeburg vorstellig geworden, ob es denn gar nicht möglich wäre, diese Halde mit der Staatsbahn hierher zu transportieren. Dieses Verlangen ist abgelehnt, aber gleichwohl ist es ermöglicht worden, wenigstens einen Teil dieser Halde durch die Staatsbahn zu transportieren, der größte Teil der Halde kann jedoch auf diese Weise nicht hierhergeschafft werden, sondern es muß dafür die Braunschweig-Schöninger Bahn mit in Anspruch genommen werden. Für den Automobilbetrieb sind auch in diesem Winter wieder erhebliche Mittel aufzuwenden, nämlich einmal für die Unterhaltung und den Betrieb der Kraftwagen selbst, dann für die Wiederinstandsetzung der Grubenstraßen und der Kreisstraßen, für das Beladen der Automobile auf der Grube und für das Umladen auf dem Bahnhofe Hötensleben. Diese Kosten sind für die Tonne Braunkohle vom Elektrizitätswerk zu 28 M berechnet, während die rohe Braunkohle ab Grube 44 M kostet; Sie ersiehen daraus, daß es ganz erhebliche Unkosten sind, die das Herschaffen erfordert. Nun hat mir

Herr Direktor Saalfeld auseinandergesetzt, daß es für die Verstärkung des Kohlenvorrats des Elektrizitätswerkes außerordentlich wünschenswert sei, diese Rohbraunkohle hierher zu bekommen. Der Bestand an Rohbraunkohle hat am 15. Dezember 1320 Tonnen betragen, während er am 1. Dezember noch 2000 Tonnen ausmachte, er ist also um ein Drittel zurückgegangen. Der Tagesverbrauch des Elektrizitätswerkes beträgt 290 Tonnen, so daß man mit den 1320 Tonnen kaum fünf Tage reichen würde. Man kann also bei dem Elektrizitätswerke nicht von großen Reserven sprechen. Die Kohlenmenge, die vom Reichskohlenkommissar dem Elektrizitätswerk zugewiesen ist, beträgt 5400 Tonnen monatlich, während 7500 Tonnen angefordert waren, und die bewilligte Menge würde nicht ausreichen, um den Betrieb in dem Umfange, wie er jetzt noch aufrechterhalten wird, weiterzuführen, weil an jedem Tage ein erhebliches Defizit entstehen würde. Um dieses zu decken, würde es notwendig sein, die Rohbraunkohle heranzuschaffen, im andern Falle müßten weitere Strombeschränkungen eingeführt werden. Außerdem kommt hinzu, daß, wenn in der Zuführung der Kohlen seitens der Staatsbahn aus irgend welchen Gründen Störungen eintreten sollten, Gefahr vorhanden wäre, daß das ganze Lichtwerk einige Tage stillstehen müßte, und das wäre außerordentlich übel. Aus dem Grunde hat das Elektrizitätswerk den Antrag gestellt, wir möchten wie im vergangenen Jahre, so auch in diesem Jahre wieder dem Kraftwagenbetriebe zustimmen mit der Maßgabe, daß die durch den Kraftwagenbetrieb entstehenden Kosten auf die Stromabnehmer abgewälzt werden; sie betragen monatlich 84 000 M.

Ich habe nun mit Herrn Direktor Saalfeld darüber verhandelt, daß nicht die ganzen Mehrkosten von 84 000 M auf die Stromabnehmer abgewälzt werden sollen, sondern nur ein Bruchteil davon, und zwar in der Weise, daß ihnen nur für den laufenden Monat Dezember eine Strompreiserhöhung, nämlich ein Zuschlag von 10 Prozent auf den Preis des entnommenen Stromes auferlegt werden soll. Augenblicklich werden 90 Pf. für Lichtstrom und 40 Pf. für Kraftstrom genommen; es würde dann dem Lichtwerk ein Strompreis von rund 1 M für Licht- und 45 Pf. für Kraftstrom zugebilligt werden. Da die monatliche Einnahme des Lichtwerkes 420 000 M beträgt, würde damit eine Mehreinnahme von 42 000 M, also ungefähr der Hälfte der Gesamtkosten erzielt, und damit hat sich das Elektrizitätswerk einverstanden erklärt.

In dem Finanzausschuß, wo ich die Angelegenheit vorgetragen habe, sind von mir noch gewisse Bedenken dahin geäußert, daß unter Umständen die Staatsbahn noch weiteres Entgegenkommen zeigen könnte, so daß vielleicht doch noch die gesamte Halbe von der Staatsbahn abgefahren würde. Dann würden dem Elektrizitätswerk erheblich weniger Mehrkosten entstehen, und aus dem Grunde habe

ich vorgeschlagen, daß die Straßeneisenbahngesellschaft uns einen genauen Nachweis erbringen soll, welche Mehreinnahmen sie durch die 10prozentige Erhöhung des Strompreises erzielt und welche Ausgaben durch den Kraftwagenbetrieb hervorgerufen werden. Die Belege werden von uns nachgeprüft, und falls die Mehreinnahmen höher sind als die Transportausgaben, wird der überschießende Teil an die Stadt abgeführt. Auch mit dieser Maßnahme hat sich das Elektrizitätswerk einverstanden erklärt. Der Finanzausschuß hat sich der Stellungnahme des Rates der Stadt angeschlossen und empfiehlt Ihnen, in gleicher Weise zu beschließen, das heißt:

Für den Monat Dezember eine Strompreiserhöhung von rund 10 Prozent (Lichtstrom 100 Pf., Kraftstrom 45 Pf.) zuzulassen mit der Maßgabe, daß eine genaue Rechnungslegung über die hierdurch entstehenden Mehreinnahmen sowie über die durch den Kraftwagenbetrieb entstehenden Mehrkosten erfolgt. Sind die Mehreinnahmen höher als die Mehrausgaben, so soll der überschießende Betrag an die Stadtkasse abgeführt werden.

Ich bitte Sie namens des Finanzausschusses, diesem Beschlusse zuzustimmen. Es wurde im Finanzausschuß anerkannt, daß es außerordentlich übel sein würde, wenn die Stromversorgung der Stadt irgendwie gehemmt würde, und daß die sämtlichen Stromabnehmer, sowohl die industriellen wie die privaten, gern für einen Monat 10 Prozent mehr bezahlen, wenn sie nur Gewißheit haben, daß sie dauernd Strom bekommen und wir nicht ähnliche Zustände erleben, wie die Stromabnehmer des Überlandwerkes es wochenlang durchmachen mußten.

Das Wort wird nicht gewünscht, der Antrag des Finanzausschusses gilt demnach als stillschweigend angenommen.

23. Antrag **Tostmann**, betreffend das Statut über die Abgaben an die Feldmarksgemeinden.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Vorlage auszuarbeiten, daß das Statut über die Abgaben an die Feldmarksgemeinden dahin geändert wird, daß die Einwohner, die mit ihren Grundstücken an fertig bebauten Straßen liegen und zu den Straßenbau- und Straßenunterhaltungskosten herangezogen werden oder sind, von den Abgaben an die Kasse der Feldmarksgemeinden befreit sind.

Stadtv. **Tostmann** (zur Begründung): Meine Herrschaften! Ein ähnlicher Antrag ist, glaube ich, schon vor Jahresfrist von dem früheren Stadtverordneten Wesemeier eingebracht. Er betrifft die Abgabe an die Feldmarksgemeinden, die

von den Besitzern der Grundstücke, die außerhalb der Umslutgräben im Stadtgebiet liegen, gezahlt werden sollen. Es ist das eine Abgabe, durch deren Ertrag die Feldmarksgemeinden imstande sind, ihre Wegeausbesserungen vorzunehmen oder einen Feldhüter zu halten. Ich kann nicht einsehen, daß auch die Grundstücksbesitzer zu dieser Abgabe verpflichtet sein sollen, deren Grundstücke bereits bebaut sind, und die an fertig ausgebauten Straßen liegen. Die Beiträge sind ja nicht hoch, aber immerhin summt es sich doch bei solchen, die viele oder größere Grundstücke besitzen, auf, während der Besitzer gewissermaßen keinen Vorteil davon hat. Für die bebauten Straßen werden die Unterhaltungskosten von der Stadt geleistet, und ebenso wird die Überwachung seitens der Stadt ausgeführt, so daß die Feldmarksgemeinde mit Feldhütern oder sonstigen Personen und Leistungen überhaupt nicht in Frage kommt. Deshalb möchte ich ersuchen, das Statut über die Abgabe an die Feldmarksgemeinden in dem in meinem Antrage angedeuteten Sinne zu ändern.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

24. Antrag Richter, den Bezug von Brennmaterial für mehr als zwei Zimmerheizungen zu sperren.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 831.

Stadtv. **Richter** (zur Begründung): Werte Anwesende! Ich glaube, eine große Begründung dieses Antrages ist angesichts der Kohlenknappheit nicht notwendig. Wenn ich trotzdem noch einige Worte zur Begründung sage, so möchte ich das nur tun, um dem Antrage zur Annahme zu verhelfen. Wie liegt denn die Sache? Die Kohlenzufuhren sind knapp, und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach wieder dahin kommen, daß unsere Bevölkerung, wenn der Winter vorbei ist, einen Teil ihrer Kohlenkarten nicht beliefert bekommen und während der kalten Jahreszeit gefroren hat. Wenn ich dabei auf der anderen Seite sehen muß, daß ein Teil der braunschweigischen Bevölkerung 3, 4, 5 Zimmer heizen kann, weil sie mit einer größeren Anzahl Kohlenkarten versehen sind und außerdem finanziell so gestellt sind, daß sie sich mit Holz und Torf in ausreichendem Maße versehen können, so kann ich die Notwendigkeit nicht einsehen, daß diesen die Kohlenkarten für mehr als zwei Zimmer beliefert werden. Es ist schon bestimmt, daß die bei den Sonntagschichten geförderten Briketts zu einem 65 Pf. verbilligten Preise nur von Einwohnern bezogen werden können, die ein Einkommen bis zu 3000 M haben, und für diesen Bezug soll die Kohlenmarke Nr. 10 abgegeben werden. Das besagt meinem Empfinden nach, daß die Kohlenkarten bis zu Marke 10 hin nicht

alle beliefert werden können. Ich glaube deshalb, daß es angebracht ist, wenn wir erreichen wollen, daß den kleinen Leuten die Kohlenarten doch noch beliefert werden können, alles das, was an Heizstoffen über zwei Zimmerheizungen hinaus geliefert werden soll, gesperrt wird, damit diejenigen, die auf eine Ein- bis Zweizimmerheizung angewiesen sind, wenigstens für dieses in ausreichendem Maße Brennmaterial beziehen können.

Während dieser Rede hat Herr Stadtverordneter W. **Niete** den **Vorsitz** wieder übernommen.

Vorsitzender: Da es praktisch sein würde, eine sachliche Prüfung vorzunehmen, insofern, welche Wirkungen es ausmachen würde, wenn nach dem Antrage verfahren wird, so wäre doch vielleicht eine Kommissionsberatung am Platze.

Der vom Antragsteller gewünschten dringlichen Behandlung des Antrages wird von der Mehrheit der Versammlung zugestimmt.

Bürgermeister **Meyer:** Als vor drei Jahren die Regelung der Kohlenversorgung begann, ist ihre Art in der Kohlenstelle und innerhalb der städtischen Behörden eingehend besprochen. Wir waren schon damals der Meinung, daß die Verteilung an die Haushaltungen am gerechtesten erfolgen würde, wenn für jeden Haushalt der Raum ausgemessen werden könnte, welcher als Wohnzimmer für die betreffende Familie in Betracht käme, wir mußten aber anerkennen, daß die damit verbundene Arbeit undurchführbar war, weil es an den nötigen Arbeitskräften fehlte. Es mußte deshalb für die Berücksichtigung der Verschiedenheit des Bedarfs ein anderer Weg gefunden werden, und er ist in Anlehnung an das Vorgehen anderer Städte (Berlin, Hannover, Hamburg) in der Weise gefunden, daß die Zahl der heizbaren Räume einer Wohnung als Unterlage für die Zumeßung der Kohlenarten herangezogen würde. Nicht richtig ist die Annahme, daß man dabei hätte zugestehen wollen, daß die eine Familie Kohlen für nur ein Zimmer, und eine andere Kohlen für vier oder sechs Zimmer erhalten solle. Maßgeblich war vielmehr die Erwägung, daß die Wohnungen der in bescheidenen Verhältnissen lebenden Bevölkerung im Durchschnitt kleinere Räume besitzen, und daß sie im ganzen wärmer liegen als die Wohnungen der bemittelten Familien. Sie werden mir darin recht geben, daß die Wohnungen in der Innenstadt nicht nur durch das nahe Zusammenstehen der Häuser, sondern auch dadurch erheblich wärmer sind als in der Außenstadt, daß in jedem Geschoße meist nicht nur eine Familie, sondern mehrere Familien wohnen. Es ist natürlich, daß durch das dichte Zusammenwohnen eine größere Wärmeentfaltung entsteht als in den weniger dicht bewohnten Häusern der Außenstadt. Dazu kommt, daß die Zimmer

der innenstädtischen Wohnungen in der Regel einen erheblich kleineren Kubikinhalt haben als die Zimmer der außenstädtischen Häuser. Der Vergleich der Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerung mit den Wohnungen der wohlhabenderen Kreise in den neueren Stadtteilen zeigt, daß die von der wohlhabenderen Bevölkerung bewohnten Räume vielfach erheblich größer sind als die Räume der von den Minderbemittelten besetzten Wohnungen. Wenn wir alles über einen Kamm scheren wollten, würde die Folge sein, daß die Leute in den größeren Wohnungen in bezug auf Heizmöglichkeit tatsächlich erheblich schlechter daständen als die Inhaber der kleineren Wohnungen. Nun sagen Sie: „Dann mögen sie zu ihrem Aufenthalt kleinere Zimmer wählen“, — das ist in einzelnen Fällen wohl möglich, in sehr vielen aber nicht, jedenfalls würde es ein tiefes Eingreifen in die ganzen Verhältnisse bedeuten, wenn diese Leute gezwungen werden sollten, ihre großen Wohnungen umzuschachteln und zu ihrem ständigen Aufenthalt das kleinste Zimmer zu nehmen, das in der Wohnung vorhanden ist. Diese Gesichtspunkte sind bestimmend gewesen, einen Unterschied zwischen der Belieferung der kleinen und großen Wohnungen zu machen. Es ist nur eine sehr grobe Unterscheidung, das ist richtig, aber wir wußten nichts Besseres und haben uns deshalb auf die bekannte Staffelung geeinigt.

Ein Unterschied zwischen Mehr- oder Minderbemittelten ist bekanntlich überhaupt nicht vorhanden, soweit Kocharten in Frage kommen; hierbei gibt ausschließlich die Kopfszahl der zu Versorgenden den Ausschlag.

Wie die Verhältnisse liegen, erscheint es nicht richtig, gleich heute über den Antrag zu beschließen, sondern es empfiehlt sich, denselben in einer Kommission vorberaten zu lassen. Es würde eine große Härte sein, um plötzlich einzuschreiten und von der nächsten Woche ab weitere Lieferungen auf den augenblicklich zur Belieferung freigegebenen Abschnitt zu verbieten. Es würde dann vielleicht ein Drittel der Karteninhaber beliefert sein und der übrige bleibende Teil nichts darauf erhalten. Wenn eine Änderung eintreten soll — über die man selbstverständlich sprechen kann —, würde es sich empfehlen, sie dann zu verfügen, wenn ein neuer Abschnitt freigegeben wird. Im übrigen würde eine einfache Sperrung der Abschnitte wohl nicht genügen, sondern man würde dazu schreiten müssen, die nicht zu beliefernden Kohlenhefte einzuziehen, um irgend welchem Mißbrauch vorzubeugen. Kurz und gut, die Sache ist so einfach nicht, es sind gewichtige Gründe gewesen, die dazu geführt haben, eine Unterscheidung zu machen.

Stadtv. Schmidt: Die Versorgung mit Heizmaterial wird man zweifellos als eins der traurigsten Kapitel der Folgen des Krieges zu bezeichnen haben. Wie liegen heute die Dinge? Daß die Versorgung mit Heizmaterial in diesem Winter

genau so knapp werden würde wie im vorigen Jahre, war vorauszu sehen, und deshalb wurde es mit Freuden begrüßt, als seinerzeit Herr Bürgermeister Meyer die Mitteilung machen konnte über die Anschaffung einer größeren Menge Holz für unsere Einwohnerschaft und die Versammlung die Mittel dafür bewilligte. Aber eine Besserung der Zustände ist dadurch nicht eingetreten. Im Laufe des Sommers habe ich die Beobachtung machen können, daß ein großer Teil der begüterten Einwohner reichlich Gelegenheit nahm, sich einzudecken nicht allein mit Ählen, sondern auch mit großen Fudern von Holz und Torf. Wer damals 4—500 *M* anzulegen imstande war, bekam ein ganzes Fuder davon zu dem annehmbaren Preise von 6,50 *M* für den Zentner. So haben sich diese Leute doppelt und dreifach eindecken können, und nebenbei machte ich auch die Wahrnehmung, daß auf der Promenade von größeren Wagen 20—30 Zentner Eierbriketts und Rußkohlen abgeladen wurden. Da fragt man sich: Woher kommen diese Kohlen? Es kann doch nicht einfach Schieberware sein, diese Kohlen müssen schon durch irgend welche Beziehungen erhalten sein. Bei solchen Einwohnern, die durch Fabrikbetrieb oder industrielle Unternehmungen einen Lagerplatz für Kohlen hatten, konnte man ebenfalls feststellen, daß ihnen Kohlen in größerem Umfange zugefahren wurden. Wenn diese Bevorzugten zu annehmbarem Preise und ohne eigene Mühe sich eindecken konnten, so muß es auffallen, wie der größte Teil der Bevölkerung wohl Kohlenheste im Hause hat, aber die Kohlen selber wie auch den Koks pfundweise abholen und stundenlang warten muß, oder wenn sie bei einem Kohlenhändler eingeschrieben sind und nicht mit einem anständigen Trinkgeld aufwarten können, bis Pflaumenpfingsten warten müssen, ehe sie beliefert werden. Nun ist schon denjenigen Einwohnern, die Gasanschluß besitzen, meinem Wissen nach von dem Gasbezug ein Teil gekürzt, jetzt setzt auch noch die Gassperre ein. Das Gas ist teilweise überhaupt nicht zu gebrauchen gewesen, insbesondere nicht in solchen Familien, wo die Frau um 1/21 Uhr dem Mann oder einem erwachsenen Kinde das Mittagessen bringen muß, und ein anderes Familienmitglied erst später zum Essen kommt. Nach 2 Uhr konnte man das Gas zum Kochen überhaupt nicht gebrauchen, und so mußte dazu gegriffen werden, zur Bereitung des Essens den aufgesparten Bestand an Kohlenfeuerung zu verwenden. Da ist es erklärlich, daß in solchen Fällen keine Feuerung mehr im Hause ist. Ist es nicht unerhört, daß diese armen Schlucker, wenn sie sich einen Zentner Torf kaufen, 13—16 *M* dafür bezahlen müssen, wenn sie für einen Zentner Anmachholz auch 13 *M* bezahlen, es aber erst einige Tage in die Ofenröhre legen müssen, damit sie es gebrauchen können, weil es sonst zu feucht ist. Ist es nicht unerhört, daß diese Ärmsten doppelt und dreifach bestraft werden, daß sie all die Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen und dann noch die doppelten Preise bezahlen müssen, während sie sehen, daß die

bessere Gesellschaft, die an Geld keinen Mangel hat, reichlich eingedeckt wird. Ich bitte darum, wenn es irgend möglich ist, daß etwas geschieht, um die Lieferung von Heizmaterial zu bessern. Es ist wohl auch ein Fehler gewesen, daß die Stadt sich nicht im Laufe des Sommers mit Brennholz versehen hat, nicht vielleicht auch Torf herangeschafft hat. Dann wäre das Holz jetzt trocken und es wären Preise bezahlt, die man nicht Bucherpreise zu nennen braucht. Jetzt 700—800 *M* für Feuerung auszugeben, dazu ist nicht jeder in der Lage; es muß versucht werden, aus der Sache herauszukommen. Wenn der Antrag das bezweckt und erreicht würde, daß diejenigen, die vier und mehr Zimmer heizen können, von ihrem Bezugsrechte etwas abständen, um die Möglichkeit zu schaffen, daß andere wenigstens ein Zimmer heizen können, so wäre das ein Ausweg, der geprüft werden müßte. Es könnten die angehäuften Bestände in dem Sinne nachgeprüft werden, daß in den Fällen, wo uns Anzeigen oder Meldungen erstattet werden, daß da und dort wieder 20 Zentner abgeladen sind, nachgeforscht werde, woher das bezogen ist. Bisher sind diesen Leuten nur die Kohlenarten gekürzt, es könnte aber wohl auch eine strenge Prüfung und Bestrafung erfolgen, denn manche haben ihren Kohlenkeller voll Kohlen und andere nicht ein Lot. Bei einer Nachprüfung würde es sich herausstellen, ob Kohlenhamster in solcher Anzahl vorhanden sind, wie vermutet wird.

Stadtv. Genzen: Über die Kohlenkalamität haben wir uns hier schon häufig unterhalten. Herr Schmidt meinte, man könne sich nicht denken, daß mit den Kohlen geschoben würde, aber in dem preußischen Herrenhause in Berlin hat neuerlich Herr Dr. Rämmerer, der Direktor einer Papierfabrik, schwere Anklagen deswegen vorgebracht, wie auch Herrn Schilke bekannt ist. Der Herr behauptete, daß heute Kohlen in einer Menge von 95—96 Prozent der Friedenszeit gefördert würden. Die Kohlenhalben sollen so voll liegen, wie sie selten voll gelegen hätten. Man weiß heute, daß nicht die geringe Kohlenförderung an der Kohlennot schuld ist, sondern die schlechte Beförderung. Er hat ferner erklärt, daß die Eisenbahn heute zwischen 86—95 Prozent der zu Friedenszeiten üblichen Belieferung mit Kohlen versorgt würde; trotzdem ist heute der Bahnverkehr um 75 Prozent eingeschränkt. Er hat weiter behauptet, daß von diesen 86—95 Prozent an die Bahn gegebenen Kohlen 36 Prozent unterwegs verschoben würden, daß gewisse Stellen vorhanden seien, wo tagtäglich die Achsen in Brand gelegt würden, um die Beförderung der Kohlen zu verhindern. Der Wirtschaftsminister konnte allerdings nur erklären: „Ich bin nicht informiert; jemand von der Bahnverwaltung ist nicht anwesend, ich will die Sache untersuchen lassen.“ Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß nirgends die Korruption schlimmer ist als bei der Eisenbahn. Dort wird nicht nur waggonweise geschoben, sondern ganze Güterzüge werden verschoben, daß

ist der Grund des Übels. Im Ruhrgebiet sind seit einigen Monaten 36 000 Bergarbeiter neu angenommen, so daß die Förderung dieselbe ist wie in Friedenszeiten. Es liegt die Kalamität nicht an der geringen Förderung, sondern daran, daß geschoben wird. Nachprüfen kann man es nicht, aber nach dem, was man sieht und täglich hört, kann man glauben, was Herr Kämmerer angeführt hat. Ich glaube, es wäre wohl notwendig, daß einmal die Stadtverwaltung, der Rat der Stadt, sich an das Ministerium wendete, damit das Ministerium bei der Reichsregierung vorstellt, ob das Behauptete eine Tatsache ist, und ob man diesen Schiebungen nicht Einhalt tun kann und dann die Korruption in irgend einer Weise beseitigt wird. Dann würden wir Kohlen haben wie in Friedenszeiten.

Bürgermeister Meyer: Grundsätzlich würde ich diesem Wunsche des Herrn Genzen gern folgen und einer Prüfung durch das Reich das Wort reden, um damit zu erreichen, daß die Not gemildert wird, aber ich habe kein Vertrauen, daß wir damit großen Erfolg hätten. Immerhin kann der Versuch gemacht werden. Im übrigen habe ich das Wort nochmals genommen, um, soweit die Ortskohlenstelle in Betracht kommt, den etwa in den Worten des Herrn Vorredners liegenden Vorwurf zurückzuweisen, daß derjenige, der Beziehungen habe, auch Kohlen erhalten könne. Ich nehme nicht an, daß er damit Beziehungen zur Ortskohlenstelle gemeint hat. Die Ortskohlenstelle handelt nach der festgesetzten Regelung und damit holla! Daß Schiebungen vorkommen, habe ich natürlich auch gehört, aber in den Fällen, die sich vor der Öffentlichkeit abspielen, glaube ich, daß es sich um kleine Schiebungen in der Weise handelt, daß Fabrikkohlen als Hausbrandkohlen verwandt werden. Anzeigen dieser Art kommen häufig an die Ortskohlenstelle; sie werden alle verfolgt, und, soweit es angängig ist, werden den betreffenden Haushaltungen, die zu Unrecht Kohlen bezogen haben, die Kohlenkarten entzogen. Die Allgemeinheit hat durch derartige kleine Schiebungen keinen Nachteil, sondern eher einen Vorteil, und zwar hängt das so zusammen: Die Industriekohlen werden durch Vermittlung der Landeskohlenstelle in Hannover vergeben, und es ist streng verboten, Industriekohlen als Hausbrandkohlen zur Verwendung zu bringen; wenn das aber gleichwohl geschieht, so ist das eine Zuwendung für die Haushaltskohlen, die tatsächlich der Allgemeinheit zugute kommt, wenn dem betreffenden Haushalt die Kohlenkarten genommen werden und ihm damit die Möglichkeit entzogen wird, durch die Ortskohlenstelle Haushaltskohlen zu beziehen.

Nun noch ein paar Worte zu dem Brennholzbezuge durch die Stadt. Ich muß dem Herrn Vorredner darin zustimmen, daß die Holzbelieferung traurig ist. Das liegt aber nicht an der Stadtverwaltung und nicht an der Regierung, sondern an den ganzen schwierigen Verhältnissen, mit denen wir heute bei Heranschaffung

des Holzes zu kämpfen haben. In den Forsten, von denen aus die Anlieferung erfolgen soll, ist Holz in großen Mengen gefällt, und wir haben auch schon ganz viel davon bekommen, aber noch lange nicht alles, was uns zugeordnet ist. Es ist zu befürchten, daß wir das, was wir wünschen — daß wir nämlich der Bevölkerung in den kalten Monaten anstatt der Kohlen Holz liefern können —, nicht durchführen können, weil das Holz nicht hergeschafft werden kann. Das wenigste Entgegenkommen zeigt die Eisenbahndirektion Cassel, die Eisenbahndirektion Magdeburg zeigt zwar Entgegenkommen, aber in der Ausführung hapert es auch dort. Richtig ist es, daß die Händler die Holzpreise in die Höhe getrieben haben, aber die hiesigen Händler muß ich hiergegen insoweit in Schutz nehmen, als sie selbst schon so hohe Einkaufspreise bezahlen, daß man bei ihrem Verkaufspreise nicht von einer übermäßigen Preissteigerung sprechen kann. Wenn im Einkauf für den Zentner Holz 9,50 *M* gezahlt werden, dann ist es erklärlich, daß nach Hinzurechnung der durch den Transport und die Zerkleinerung des Holzes erwachsenen Kosten der Preis sich auf 13 *M* stellt. Der Grundpreis ist zu hoch, und dagegen läßt sich von hier aus schwerlich etwas machen.

Stadtv. Lehnert: Eigenartig ist es doch, wenn der Herr Bürgermeister behauptet, einen genauen Überschuß könnte er nicht geben; es würden vielleicht 40 000 Zentner gespart werden, wenn denen die Kohlenarten entzogen würden. Seinerzeit hing das ganze Wohl und Wehe der Kohlenversorgung in der Stadt Braunschweig davon ab, daß in den Volksbädern 1200 Zentner gespart wurden. Ich bin in der Volksschule großgezogen, aber ich habe doch gelernt, daß 40 000 Zentner mehr sind als 1200, und jeder einzelne — es sind ja auch Lehrer unter uns — wird mir darin rechtgeben. Am Dienstag abend, als ich von einer Sitzung heimkam mit einem Herrn, der es wegen seines Berufes nötig hat, die Badeeinrichtungen zu benutzen — er ist Schornsteinfegermeister —, da kamen uns vier große zweispännige Fuder Torf entgegen, und der Herr fragte: Wo bleibt dieser Torf? Es können nur diejenigen sich solchen Luxus erlauben, die imstande sind, tief in die Tasche zu greifen. Diese sind es, welche täglich 5—6 Zimmer heizen können. Wenn wir dem Antrage Richter folgen, dann werden wir vielleicht erleben, daß nicht 40 000 Zentner übrigbleiben, sondern noch ein Drittel mehr — ich will wenig aufschlagen —, und wenn wir diese 60 000 Zentner für die ärmere Bevölkerung mehr verfügbar machen, dann würde sich der Rat der Stadt ein großes Verdienst für die ärmere Bevölkerung erringen.

Stadtv. Richter: Selbstverständlich habe ich mit meinem Antrage nicht beabsichtigt, jetzt, nachdem ein Teil der Bevölkerung auf Kohlenkarte 3 beliefert ist,

mit der Belieferung auf diese Marke Schluß zu machen, sondern habe im Auge gehabt, daß erst demnächst, wenn eine neue Benachrichtigung erfolgt, nach der weitere Kohlenmarken freigegeben sind, eine Sperrung beginnt. Daß sie notwendig ist, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig, damit der ärmeren Bevölkerung das Brennmaterial zur Verfügung gestellt wird, das sie zur Bereitung des Mittags- und Abendessens nötig hat. Sie wissen, daß wir immer noch auf warme Kost angewiesen sind, auch wenn wir jetzt ein viertel Pfund Brot mehr erhalten als früher. Herrn Bürgermeister Meyer wird es nicht möglich sein, zu sagen, wie die Mahlzeiten hergestellt werden sollen. Es ist bekannt, daß an Grudekoks zu wenig ausgegeben wird; der eine Zentner ist immer früher verbraucht, ehe der neue freigegeben wird, und so muß auf die Ofenkarten zurückgegriffen werden.

Es ist schon von verschiedenen Seiten angedeutet, wie von den Betrieben die Kohlen als Hausbrandkohlen abgegeben werden. So sind auch einem an der Ferdinandbrücke wohnenden Kartonnagefabrikanten Kohlen ins Haus gebracht — natürlich von der Betriebskohle, und in ähnlicher Weise geht es verschiedentlich. Natürlich erreicht einen die Meldung darüber zu spät. In der Blechemballagenfabrik werden Kohlen auf den Hof gefahren und auch wieder weg, sogar von Kohlenhändlern. Auf Anfragen, mit welchem Recht die Kohlen fortgebracht werden, heißt es dann, der Kohlenhändler habe diese Kohlen nur dort gelagert. Wir haben Ursache, darauf zu sehen, daß der arbeitenden Bevölkerung und dem kleinen Mittelstand, die schon wegen der hohen Mietpreise nicht in der Lage sind, über große Zimmer zu verfügen, das Menschenmögliche an Heizmaterial zugeführt wird. Das können wir erreichen, wenn wir die Brennstoffe, die über den Rahmen des Notwendigen hinaus zugebilligt sind, sperren. Selbstverständlich bin ich auch der Meinung, daß eine Nachprüfung notwendig ist. Wenn Herr Bürgermeister Meyer meint, daß wir nicht mehr als 40 000 Zentner sparen würden, so glaube ich doch, daß wir bei regelrechter Durchführung der Sperrung mehr herausbekommen werden, und selbst wenn wir nicht mehr dadurch zur Verfügung bekommen würden, dann wäre auch das schon der Mühe wert, die Sperrung durchzuführen, damit wir dem allerdringendsten Notstande abhelfen.

Vorsitzender: Nach den letzten Ausführungen des Herrn Richter müßte der Antrag so ausgeführt werden, daß der Rat ersucht wird, eine Neuregelung der Kohlenverteilung vorzunehmen.

Bürgermeister Meyer: Die Tendenz des Antrages mag richtig sein, aber die Sache ist doch nicht so ausreichend geklärt, daß es mir richtig erschiene, schon jetzt einen Beschluß zu fassen, vielmehr halte ich nach wie vor eine Vorberatung des

Antrages für wünschenswert. Auf eine bestimmte Zahl von Zentnern, die gespart werden könnten, will ich mich nicht festlegen lassen, es sind wahrscheinlich weniger als 40 000 Zentner. Hätte ich gewußt, daß der Antrag heute gestellt werden würde, hätte ich mich vorher unterrichtet; eben kann ich keine genauen Zahlen geben. Im übrigen ist sie verhältnismäßig schnell festzustellen, denn wir wissen genau, wieviel Familien zwei, drei oder vier Kohlenhefte bekommen haben.

Nun wird immer gesprochen von den Familien, die 5—6 Zimmer heizen. Mit Holz und Torf mag das möglich sein, mit den Kohlen aus den Abschnitten der Hefte 3 und 4 aber kann man es nicht. Es sind bisher nur die Abschnitte 1, 2 und 3 der Ofenarte freigegeben, von denen bislang die Abschnitte 1 und 2 beliefert sind. Die Haushaltungen mit 4 Hefen haben bis jetzt also für das 3. und 4. Heft je 2 Zentner freibekommen, und danach überhaupt 4 Zentner. (Zuruf: Das ist eine ganze Masse!) Sie können damit aber nicht 5 Zimmer heizen. Ich komme nicht davon ab: Sie stellen durch eine Ihrem Antrage entsprechende Regelung der Versorgung tatsächlich die Inhaber der größeren Wohnungen schlechter als die Inhaber der kleinen Wohnungen.

Stadtv. Frede: Der Herr Bürgermeister hat mir die Worte aus dem Munde genommen. Wer 4—5 Zimmer heizt, tut das nicht mit Material, das er auf reguläre Weise bekommen hat. Solche Fälle müssen untersucht werden und unter Umständen das zu Unrecht Erworbene weggenommen werden. Aber es ist auch für mich sicher, daß hier einzelne Fälle verallgemeinert sind. Das würde Herr Lehnert selbst feststellen können, wenn er Mitglied der Wohnungsbeschlagnahme wäre. Wir kommen gerade in die Wohnungen, die Sie vor Augen haben, nicht in die Wohnungen auf der Langen Straße usw. Bei diesen Gelegenheiten muß ich durchweg meinen Hut auf dem Kopfe behalten, da die Räume ungeheizt sind. Die Räume sind groß und hoch und sind deshalb schwer zu heizen. Ich selbst friere zu Haus, denn in meinem Zimmer von 3,75 Meter Höhe, 5 Meter Länge und 4 Meter Breite muß ich arbeiten, aber gehörig beheizen kann ich es nicht. Ich glaube sicher, daß Sie die Verhältnisse überschätzen. Die Räume in den kleinen Wohnungen sind oftmals nur 2,50 Meter hoch, haben einen kleineren Flächeninhalt und sind so in bezug auf Erwärmungsmöglichkeit bedeutend günstiger gestellt. Soll der eine so viel haben wie der andere, dann kann der kleine Mann mit demselben Vorrat sein Zimmer warm halten, der Wohlhabende aber nicht, das wissen Sie als Baufachmann doch genau. Es muß allerdings etwas geschehen, aber unmöglich können wir heute schon etwas beschließen.

Stadtv. Frau Göge: Ich wollte so ziemlich dasselbe sagen, was Herr Frede angeführt hat. Ich habe mich gewundert, daß so viel von Leuten gesprochen wird,

die 5—6 Zimmer heizen. Die kennen zu lernen, bedeutete heutzutage geradezu eine Sehenswürdigkeit für mich. In meinem ziemlich großen Bekanntenkreise ist nicht eine Familie vorhanden, die mehr als ein Zimmer heizt, das kann ich Herr Lehnert versichern. Wir können noch nicht einmal das eine Zimmer von dem warm kriegen, was wir von der Stadt bekommen, müssen noch anderes Feuerungsmaterial dazukaufen und frieren trotzdem. Auch wir bewohnen eine Sechszimmerwohnung; aber davon wird als Wohnraum ein einziges Zimmer herausgenommen, aus den andern weht uns ein eiskiger Hauch entgegen. Aus meinen Fürsorgewegen kann ich bestätigen: die kleinen Leute sitzen wärmer als wir. Ich habe dann oft sagen können: Wie schön, hier kann ich mich mal ordentlich durchwärmen. Es handelt sich bei diesen Leuten um eine 2—3-Zimmerwohnung, wovon das eine geheizt ist, und daneben liegt wieder eine andere bewohnte und geheizte Stube. Wir frieren zur Zeit bedeutend mehr als die Leute in den kleineren Wohnungen.

Stadtv. Rector: In dem Maße, wie Herr Lehnert die Verhältnisse als ungünstig hinstellt, liegen sie in Wirklichkeit doch nicht. Ich habe bei der Wohnungsbesichtigung festgestellt, daß in den meisten großen Wohnungen Zentralheizung eingerichtet ist, und diese Art Heizung ist überall eingestellt. Dafür haben die Leute sogenannte Notöfen in einer Ecke des Zimmers, wo gerade der Schornstein liegt — es gibt bekanntlich in solchen Häusern mit Zentralheizung nur einen Schornstein —, und in diesem einen Zimmer wohnt die ganze Familie; die großen Zimmer sind eben nicht bewohnbar. Die großen Salons zu bewohnen, ist jetzt ausgeschlossen, und es wurde uns mehrfach angeboten, sie mit Beschlagen zu belegen, wir könnten sie bekommen. Aber was sollten wir daraus zurechtmachen, eine Küche ließe sich sowieso dort nicht hinlegen, weil kein Schornstein vorhanden ist.

Vorsitzender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in der vertraulichen Sitzung noch die Straßenbahnfrage und andere Sachen behandelt werden sollen, und daß einige Rücksicht darauf nötig ist, wenn wir nicht bis 9 Uhr hier bleiben wollen.

Stadtv. Lehnert: Es ist doch eigenartig, daß Frau Göke erklärt, daß sie sich bei der ärmeren Bevölkerung hat durchwärmen können. Dann würde ich ihr einfach den Ratschlag geben: Mieten Sie sich auf der Langen Straße als Mieter ein, dann können Sie sich immer wärmen!

Stadtv. Frau Schulze: Ich kann nur bestätigen, was Herr Rector eben ausgeführt hat. Als Mitglied der Wohnungskommission bin auch ich in solchen Woh-

nungen, wie er sie im Auge hat, herumgekommen und habe gefunden, was er dort gefunden hat.

Stadtv. Richter: Ich bin einverstanden, daß die Sache so aufgezogen wird, daß der Rat der Stadt, bevor die neue Ausgabe einer weiteren Kohlenkartennummer erfolgt, die Sache prüft und uns eine Vorlage macht, wie die Sache geregelt werden soll. Geschehen muß aber etwas. Ich erkenne an, daß das nicht aus dem Stegreif von heute auf morgen erledigt werden kann, aber doch mindestens vor Inkraftsetzung einer neuen Kohlenkarte, und das wird sich zweifellos noch etwas hinziehen, denn Herr Bürgermeister Meyer sagte ja, daß von der Nummer 3 erst ungefähr ein Drittel beliefert worden sei. Es wird also noch Zeit für uns bleiben, Stellung dazu zu nehmen.

Vorsitzender: Nach dem Verlauf der Besprechung und diesen Worten des Herrn Richter erübrigt sich, eine Abstimmung über den Antrag vorzunehmen.

25. Anfrage Riefe über die Untersuchung des Leitungswassers.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 831.

Stadtv. Riefe (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Sie wissen alle, daß, seitdem wir unsere beiden Wasserwerke gebaut haben, regelmäßig Untersuchungen über die Beschaffenheit des Wassers stattfinden. Dabei hat sich herausgestellt, daß bei beiden Wasserwerken, die der Stadt ziemlich viel Geld gekostet haben, oftmals Eisen und Chlor im Wasser sich fanden. Alle unter Ihnen haben ebenso gut ein Interesse daran wie ich, daß wir gutes Trinkwasser haben, und bis jetzt ist das durch die Untersuchungen einwandfrei festgestellt. Aber seit langem habe ich über die Resultate der Untersuchungen nichts gehört, während früher immer regelmäßig in den Tagesblättern mitgeteilt wurde, wieviel organische Stoffe, wieviel Eisen und wieviel Chlor in dem Wasser enthalten war. Meine Anfrage hat den Zweck, festzustellen, ob man etwa während des Krieges diese Untersuchungen nicht mehr vorgenommen hat, ob man sie überhaupt für überflüssig hält, oder ob die maßgebenden Stellen noch immer über die Beschaffenheit des Wassers auf dem laufenden sind. Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, und mein Ideal wird wohl noch verwirklicht werden, daß wir unser Trinkwasser durch eine Leitung vom Harz herunter bekommen müßten. Ob die jetzt bestehenden Wasserwerke in der Zukunft ausreichen werden, möchte ich bezweifeln. Weil uns jetzt auch die Fragen der Talsperrren und dergleichen lebhafter bewegen, möchte ich die Gelegenheit benutzen, nach dem Ergebnis der Untersuchungen

unseres Leitungswassers zu fragen, möchte feststellen können, ob sich unser Trinkwasser verbessert oder verschlechtert hat, und so in der Lage sein, in zukünftigen Fällen bei Beratungen auf die Resultate zurückgreifen zu können. Nach den Untersuchungen bei dem Bau der beiden Wasserwerke, an denen ich als Deputationsmitglied teilgenommen habe, steht fest, daß in dem Erdboden an manchen Stellen nach 50 Meter Ton wieder Wasser steht, daß aber überall Salz auf Kalk vorhanden ist, und dabei liegt die Gefahr nahe, daß durch das Salzlager Chlor in das Trinkwasser hineindringt.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich kann auf die Anfrage erwidern, daß der Rat der Stadt selbstverständlich die Untersuchungen des Trinkwassers auch während des Krieges nicht eingestellt hat; richtig aber ist es, daß in der letzten Zeit Bekanntmachungen darüber nicht erfolgt sind. Eine nähere Auskunft über diese Angelegenheit aus eigener Kenntnis zu erteilen, bin ich augenblicklich nicht in der Lage, und auch auf die Frage der Harzwasserleitung gehe ich eben nicht ein.

26. Antrag Genzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 832.

Stadtv. Genzen (zur Begründung): Wir haben uns vorhin über die Kohlennot unterhalten, und Herr Richter erklärte dabei: Wir müssen dafür sorgen, daß die ärmere Bevölkerung soviel Kohlen hat, daß sie ihr Essen kochen kann. So hängt auch die Ernährungsfrage der Bevölkerung mit der Kohlennot zusammen. Nun haben wir in Braunschweig schon früher Volkstüchen gehabt, allerdings nicht in dem Sinne, wie ich mir das denke. Ich war kürzlich in Hildesheim, ein Freund zeigte mir dort die städtische Volksspeiseanstalt. Dort bin ich angenehm überrascht worden. In Sälen, die noch einmal so groß sind wie dieser, im Saale des evangelischen Vereinshauses, war eine schöne, saubere Volksspeisehalle eingerichtet. Lange gedeckte Tische, auf jedem ein paar Tannenzweige, Damen — ich glaube, aus dem Frauenverein — bedienten, es saßen vielleicht 300 Arbeiter und Arbeiterinnen, Frauen, Männer und Kinder, dort und nahmen ihr Mittagessen ein. Wir haben uns auch von dem Essen geben lassen. Der Teller voll wurde mit 20 Pf. bezahlt, es war eine ziemlich dick gekochte, schmackhafte Bohnensuppe. Gerade in Braunschweig gibt es unzählige Unverheiratete, die nicht imstande sind, nach Hause zu gehen und dort zu essen, wer nach einer Speisewirtschaft geht, muß 2,50 M bis 3 M für das Mittagessen ausgeben, und dazu ist nicht jeder Unverheiratete imstande. In dieser Hinsicht könnte die Stadt segensreich wirken, wenn sie

solch eine städtische Speisehalle errichtete. Ich möchte empfehlen, daß eine Kommission gewählt würde, aus jeder Fraktion ein Vertreter, die nach Hildesheim reist und sich die Sache ansieht, dort Erkundigungen einzieht und uns dann Bericht erstattet, damit diese Einrichtung auch in Braunschweig getroffen werden kann.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschusse und schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung bis 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. Januar 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Reißner, betreffend feste Anstellung von Unterbeamten.	893
2. Antrag Stegmann, betreffend Beseitigung von Mißständen in der Kartenverteilungsstelle am Bültenwege.	905
3. Antrag Löffmann, betreffend das Statut über die Abgabe an die Feldmarksgemeinden.	905
4. Antrag Jahn, betreffend die Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre.	907
5. Erhebung von Gebühren und Auslagen für die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes.	908
6. Übersicht über die stadtseitig gezahlten Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder für 1918/1919.	909
7. Bewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer Treppenhausebeleuchtung in dem städtischen Hause Ritterstraße 26.	909
8. Gewährung eines besonderen Zuschusses zu den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule für 1918/1919.	910
9. Sitzung über die Erhebung eines Stadtzuschlages zu der Grunderwerbssteuer.	911
10. Beseitigung verschiedener Straßenbäume.	918
11. Gewährung von Sonderzulagen für die Knaben- und Mädchenhorte.	924
12. Anlage einer Wasserzapfstelle für die Schrebergärten auf dem Franzischen Felde.	92.

	Seite
13. Neuregelung der Kohlenversorgung	925
14. Bewilligung eines Zuschusses an die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Aus- landdeutschen	936
15. Ersatzwahl eines Beisitzers für das Mieteinigungsamt.	937
16. Wahl von Beisitzern für das Rechtsfriedensamt.	938
17. Beseitigung veralteter Öfen und Apparate auf dem Gaswerk Bahnhofstraße .	939
18. Änderung des § 7 über die hausgewerbliche Krankenversicherung	939
19. Erhöhung der Preise für Abgabe elektrischen Stromes	940
20. Festsetzung über die Wahl der städtischen Vertreter im Aufsichtsrat des Elektri- zitätswerkes	943

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat von **Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, Rechtsanwalt **Philipps**, ferner die Stadträte **Jüermann**, **Langemann**, **Ohlendorf** und **Kalß**.

Entschuldigt Stadtverordnete Fräulein **Oden** und die Herren Stadtverordneten Dr. **Regensburger** und **Schille**.

Vorsitzender Wilhelm Riefe: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst muß ich die traurige Mitteilung machen, daß ein Mitglied unserer Versammlung, Herr Stadtverordneter **Marschner**, plötzlich verschieden ist. In der kurzen Zeit seiner Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung war er zweifellos als einer der eifrigsten und fleißigsten Besucher unserer Versammlung bemüht, die Interessen der Stadt Braunschweig zu fördern. Ich habe mir erlaubt, in Ihrem Namen einen Kranz und eine Widmung den Hinterbliebenen zu übersenden. Ich bitte Sie, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Ich danke Ihnen.

An Stelle des Herrn **Marschner** ist Herr **Architekt Rasche** als Stadtverordneter getreten, der schon früher lange Jahre Mitglied der Versammlung war. Es wird dadurch ihm um so leichter sein, den Aufgaben, die an uns herantreten, gerecht zu werden.

Von der **Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals** sind einige Broschüren über den Kanal eingegangen. Wer von den Herrschaften Interesse dafür hat, kann dieselben in je drei Exemplaren in Empfang nehmen.

Vom **Ruderverein Fortuna** ist Beschwerde darüber eingelaufen, daß der Verein bei der Verteilung der 5000 M., die dem Ausschuß für Spiele und Sport überwiesen worden sind, nichts abbekommen hat. Der Verein hat den

Wunsch, bei Elpe ein Bootshaus oder -schuppen zu errichten und wünscht eine Beihilfe dazu. Ich überweise die Sache zunächst dem Räte der Stadt.

Von dem Braunschweigischen Siedlungsausschuss ist uns Abschrift eines an die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft gerichteten Schreibens eingegangen. Es lautet folgendermaßen:

„Auf den Antrag vom 13. September 1919 genehmige ich unter Befreiung von allen entgegenstehenden Vorschriften auf Grund des § 7 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1919 die Ausführung der Straßen in dem ersten Teil der Siedlung Altpetritor gemäß dem vorgelegten Kostenantrag und der vorgelegten Zeichnung. Ich erlaube aber, die Siedler ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß möglicherweise später der weitere Ausbau der Straßen auf ihre Kosten wird erfolgen können, falls entweder die Notwendigkeit hierzu sich später herausstellen sollte oder die Befugnisse des Bezirkswohnungskommissars später wegfallen und dann die städtischen Behörden einen dahin gehenden Beschluß fassen sollten.“

Diese Mitteilung wird vom Räte der Stadt den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme übersandt.

Von Frau Graf ist folgender Antrag gestellt: „In Anbetracht der jetzigen Verhältnisse ersuche ich den Rat der Stadt, den Zuschußsatz der laufenden Armenunterstützung zu erhöhen.“

Eine Anfrage von Graf lautet: „Wie gedenkt der Rat der Stadt die diesjährige Verteilung der Beihilfe an die schulentlassenen Kinder vorzunehmen?“

Herr Gengen hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Rat der Stadt wird ersucht, die Ruhelöhne und Hinterbliebenenlöhne baldigst zu erhöhen.“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Soweit ich orientiert bin, muß die Behandlung des ersten Punktes der aufgestellten Tagesordnung (Schaffung eines städtischen Presseamtes) heute ausfallen. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß dieser Punkt nicht dauernd zur Zierde unserer Tagesordnung werden möge. Es hat keinen Sinn, daß er jedesmal auf der Tagesordnung erscheint und niemals zur Verhandlung kommt; es sieht sonst aus, als ob es nur eine billige Reklame sein sollte.

1. Antrag Reißner, betreffend feste Anstellung von Unterbeamten.

Stadtv. Jahn: Herr Stadtv. Reißner hatte bereits vor längerer Zeit den Antrag eingebracht, den Rat der Stadt zu ersuchen, die nicht nur zu mechanischen

Dienstleistungen bestimmten städtischen Unterbeamten, besonders aber diejenigen, die früher der Berufsfeuerwehr angehört haben, auf Lebenszeit anzustellen und eine Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung herbeizuführen, damit alle städtischen Unterbeamten nach dem Ablauf einer Reihe von Dienstjahren (vielleicht fünf) angestellt werden können. Wir haben uns in der letzten Sitzung mit diesem Antrage befaßt, und Herr Reißner hat dabei seinen Antrag dahin geändert, daß wenigstens erst einmal die acht Unterbeamten, die früher Berufsfeuerwehreute gewesen sind, und die fünf schwerkriegsbeschädigten Unterbeamten, die im Besitz des Anstellungsscheines sind, angestellt werden möchten. Dieser Antrag ist dann auf eine Anregung des Herrn Marth hin an den Rechtsausschuß zur Vorberatung zurückverwiesen. Der Rechtsausschuß hat sich nun nochmals eingehend mit der Frage beschäftigt und ist dabei so vorgegangen, daß er sie in vier Teile zerlegt hat. Wir haben danach gefragt, 1. ob alle Unterbeamten angestellt werden sollten, 2. ob wenigstens die Unterbeamten angestellt werden sollten, die früher Feuerwehreute gewesen sind, 3. ob die betreffende Bestimmung der Städteordnung aufgehoben werden soll, und 4. ob die kriegsbeschädigten Unterbeamten angestellt werden sollen. Der Rat der Stadt vertrat den Standpunkt, daß man nicht vorweg irgend welche Anstellungen vornehmen solle, da eine Beamtenreorganisation in Kraft treten würde, die ganz entschieden andere Verhältnisse bringen würde. Eine feste Anstellung der Unterbeamten könne jetzt zumal deshalb nicht erfolgen, weil demnächst die Lebensmittelzuteilung wegfielen und dann eine Menge von diesen Unterbeamten nicht mehr erforderlich wären und man sie bei fester Anstellung seitens der Stadt weiter beschäftigen müßte, ohne Arbeit für sie zu haben. Der Rechtsausschuß ist in seiner Beratung der Ansicht geworden, daß sämtliche Punkte nicht annehmbar sind, und empfiehlt Ihnen durch mich, sie alle vier abzulehnen.

Meine persönliche Meinung möchte ich dahin zum Ausdruck bringen, daß ich es mindestens für wünschenswert halte — wie ich auch früher schon ausgeführt habe —, daß die acht Unterbeamten, die früher der Feuerwehr angehört haben, aber dort ausgeschieden sind, manche sogar infolge eines Defektes, den sie sich im Dienste zugezogen haben, angestellt werden könnten. Ferner stehe ich auf dem Standpunkt, daß die fünf Kriegsbeschädigten, die in Frage kommen, ebenfalls angestellt werden könnten, denn wenn diese Leute sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, wenn sie für uns Gut und Blut geopfert haben und ihre ganze Existenz verloren, nicht mehr imstande sind, ihre frühere Beschäftigung auszuüben, und haben dazu den Anstellungsschein in der Tasche, auf Grund dessen sie versorgt werden sollen, dann können wir solche Leute, die in der Stadt einen Posten gefunden haben, auch anstellen, um ihnen den Dank des Vaterlandes

fühlen zu lassen und ihnen zu sagen: Ihr seid für eure ganze Zukunft versorgt. Es kommt hierbei auch noch in Frage, daß diese Beamten, wenn sie nicht angestellt würden, später höhere Tarifforderungen stellen würden. Aber das sind pekuniäre Erwägungen, die für den Rat der Stadt nicht ausschlaggebend sein würden. Meine persönliche Auffassung geht dahin, daß es angebracht ist, daß diese früher der Berufsfeuerwehr angehörigen Beamten und auch die in Frage kommenden Kriegsbeschädigten, die den Zivilversorgungsschein in der Tasche haben, zur Anstellung kommen müßten.

Stadtv. Reigner: Schon in der Sitzung vom 27. November vorigen Jahres habe ich eine eingehende Begründung meines Antrages gegeben. In dem ursprünglichen Antrage war gefordert, daß die städtischen Unterbeamten angestellt werden sollten, daß aber zunächst die Unterbeamten angestellt werden, die früher bei der Berufsfeuerwehr tätig gewesen sind. Sodann habe ich meinen Antrag dahin erweitert, daß auch diejenigen Unterbeamten angestellt werden sollten, die schwerkriegsbeschädigt sind. Meiner früheren Begründung habe ich nichts hinzuzufügen und möchte nur bemerken, daß es ganz selbstverständlich ist, daß vor der Anstellung, schon beim Vorschlage zur Anstellung, geprüft wird, ob der Betreffende in moralischer und dienstlicher Beziehung befähigt ist. Sodann will ich meinen Antrag noch dahin abschwächen, daß die feste Anstellung nicht erfolgen soll, wenn der Betreffende das 55. Lebensjahr überschritten hat. In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses teilte der Herr Oberbürgermeister zu diesem Punkte mit, daß von verschiedenen Arbeitern der städtischen Gaswerke der Wunsch ausgesprochen sei, sie möchten in die Stellen der städtischen Gaskontrolleure eingereiht werden, und der Herr Oberbürgermeister war der Ansicht, daß das sehr zweckmäßig sei. Auch aus diesem Grunde möchte ich bitten, dafür einzutreten, daß mein Antrag angenommen wird, und dadurch der Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben wird, in ein festes Anstellungsverhältnis zu kommen.

Oberbürgermeister Netemeyer: Gerade die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners weisen meiner Ansicht nach darauf hin, daß es mindestens fraglich ist, ob der augenblickliche Zeitpunkt geeignet ist, einem so weitgehenden Antrage stattzugeben, und zwar deshalb, weil hier der Antrag gestellt ist, nicht bestimmte einzelne Personen zur Anstellung zu bringen, sondern eine gewisse Kategorie von Leuten, bei denen gewisse Voraussetzungen zutreffen. Gerade darin liegt die Schwierigkeit bei der ganzen Sache. Im allgemeinen hat man sich nach dem Gesetz zu richten, und dieses sagt, daß diejenigen Unterbeamten der Stadt, die nur zu mechanischen Dienstleistungen herangezogen werden, nicht fest angestellt

werden sollen. Meiner Ansicht nach müßte also der Antrag, den § 124 der Städteordnung zu ändern, wie ihn Herr Reißner auch gestellt hat, vorweg erledigt werden, denn wir können nicht gegen das Gesetz handeln. Auch wenn wir sagen: „Wir wollen anerkennen, daß die Dienste, die diese Personen verrichten, nicht rein mechanische sind,“ ergeben sich noch erhebliche Schwierigkeiten. Was zunächst die Aufseher betrifft, die früher Feuerwehrleute gewesen sind, so wird jetzt von Herrn Reißner noch ein Unterschied gemacht zwischen denen, die noch nicht 55 Jahre alt sind und denen, die dieses Lebensjahr erreicht oder überschritten haben. Daraus ergibt sich ohne weiteres ein Bedenken insofern, als auch diese 55 Jahre alten oder älteren Unterbeamten lange Jahre in städtischen Diensten gestanden haben. Wenn der Antrag, wie das unzweifelhaft ist, darauf abzielt, diesen Personen eine bessere Lebensstellung zu verschaffen, dann sehe ich nicht ein, weshalb man diese alten Unterbeamten ausschließen will. Ferner mache ich auf folgendes aufmerksam: Wenn wir diejenigen Aufseher usw., die frühere Feuerwehrleute sind, aus dem Grunde anstellen, weil jetzt die Feuerwehrleute Beamte geworden sind, dann fühlen sich alle anderen Aufseher, die früher nicht Feuerwehrleute gewesen sind, mit Recht benachteiligt. Wir müssen doch an dem allgemeinen Grundsatz festhalten, daß die Frage, ob ein in städtischen Diensten stehender Mann fest angestellt werden soll, lediglich davon abhängt, welche Bedeutung dem einzelnen Amte zukommt und welche Verantwortung dem Inhaber des Amtes auferlegt wird. Sobald man sich von andern Gesichtspunkten leiten läßt, kommt man auf eine schiefe Bahn. Die Frage, wann die Voraussetzung für feste Anstellung zutrifft, ist rein theoretisch überhaupt nicht zu beantworten. Es ist Sache der städtischen Behörden, zu entscheiden, ob das einzelne Amt für das Gemeinwohl von der Bedeutung ist, daß es richtig ist, den Inhaber der Stelle auf Lebenszeit zur Anstellung zu bringen. Wenn die Sache überhaupt einmal geregelt werden soll, dann ist allerdings — wie schon der Herr Berichterstatter gesagt hat — der Zeitpunkt der richtige, wo wir zur Beamtenreform kommen werden, und dann werden die städtischen Behörden sich über die Sache verständigen können. Selbstverständlich ist, daß bei dieser Frage die finanzielle Belastung der Stadt mit eine Rolle spielt. Wenngleich augenblicklich die Löhne, die an die Arbeiter gezahlt werden, höher sind als manche Beamtengehälter, wie auch Herr Reißner hervor gehoben hat, so ist nicht anzunehmen, daß das auf die Dauer so bleiben wird. Ferner müssen wir auch an die Pensionen denken, und es kommt ferner die Rücksicht auf die Beamten-Witwen- und Waisenversorgungsanstalt in Frage. Wenn wir mit allzu vielen Anträgen kommen, wird das dieser Anstalt wahrscheinlich zuviel werden. Alle diese Dinge müssen später bei der Regelung dieser Frage beachtet werden. Bei der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten durch die Stadt

liegt die Sache noch insofern anders als gewöhnlich, weil während des Krieges, wo von uns verhältnismäßig viele Geschäfte übernommen werden mußten, die wir im allgemeinen nicht zu erledigen haben, die Zahl der früher beschäftigten Hilfspersonen nicht ausreichte und wir besondere Hilfskräfte engagieren mußten, die als Stadtdiener usw. beschäftigt sind. Ihre Zahl beträgt 5. Die Zahl fest angestellter Stadtdiener beträgt augenblicklich 15, und einer von diesen Beamten wird demnächst aus der Kriegsgefangenschaft zurückkommen. Wenn die Kriegsgeschäfte aufhören, genügen für die gewöhnlichen Dienste nach unserer Ansicht 15 bis 16 Beamte. Wir können doch nicht sagen: Weil wir nun einmal einige Kriegsbeschädigte beschäftigen, wollen wir sie auch zur festen Anstellung bringen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir später nichts mehr für sie zu tun haben; das würde zu wunderbaren Zuständen führen. Wenn demnächst Stellen vakant werden, wollen wir gern Ihnen Vorschläge machen, nach denen Kriegsbeschädigte, die sich bewährt haben, zur festen Anstellung gebracht werden können; das können Sie wohl als selbstverständlich von uns voraussetzen. Wir wissen auch, daß diese einstweilen angenommenen Personen im allgemeinen für die fraglichen Stellen geeignet sind, aber ganz allgemein zu sagen: „Wer kriegsbeschädigt ist und jetzt in städtischen Diensten steht, wird angestellt“, das ginge zu weit. Abgesehen von diesen fünf kriegsbeschädigten Unterbeamten befinden sich auch unter den Bureaubeamten mehrere, die kriegsbeschädigt sind. Sollen wir diese alle zur Anstellung bringen, obgleich wir sie später beim besten Willen nicht weiter beschäftigen können? So etwas können wir doch nicht machen, und es wäre richtiger, daß die Stadtverordneten sich mit dem Räte erst später über diese ganze Frage verständigen. Meiner Ansicht nach kann einstweilen einem solchen Antrage nicht stattgegeben werden — ich muß Ihnen aber überlassen, sich zu entscheiden, wie Sie über die Sache denken.

Die Grenze, wo die feste Anstellung noch angemessen erscheint oder wo die Beschäftigung auf Kündigung einzusetzen hat, ist natürlich flüchtig. Aber auf eines möchte ich noch hinweisen. Wir haben unter unsern Arbeitern, besonders in den Betrieben der Gas- und Wasserwerke und im Privateinrichtungsgeschäft, wo es sich manchmal um sehr schwierige Arbeiten handelt, Leute, deren Aufgaben mindestens ebenso verantwortlich sind wie die der Aufseher. Mit Fug und Recht könnten diese Arbeiter kommen und sagen: Wenn alle Aufseher angestellt werden, muß es auch bei uns geschehen. Übrigens weise ich darauf hin, daß auch den auf Kündigung angenommenen Beamten Anwartschaft auf Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung zugesichert ist, und der Rat der Stadt wird sie selbstverständlich, soweit es geht, dauernd beschäftigen, wenn sie sich nichts zuschulden kommen lassen. Ich möchte bitten, auf den weitgehenden Antrag des Herrn Reifner nicht einzugehen.

Stadtv. **Marth:** So gern wir dem Antrage des Herrn Reizner, die acht Beamten, welche früher Feuerwehrleute waren, zur Anstellung zu bringen, folgen möchten, so sind meine Freunde doch der Überzeugung geworden, daß das augenblicklich nicht möglich ist, da wir dadurch das Mißfallen oder eine Zurücksetzung der andern Beamten hervorrufen würden. Wir sind der Ansicht, daß diese ganze Frage, welche Beamten für die Stadt notwendig sind und welche auf feste Anstellung übernommen werden sollen, in der Besoldungsreform, die in nächster Zeit vorgenommen wird, geregelt werden muß. Meine Freunde schließen sich also dem Antrage des Rechtsausschusses an.

Stadtv. **Rönneburg:** Ich bin ganz der Auffassung des Herrn Oberbürgermeisters, daß zuerst der § 124 zu einer anderen Gestaltung gebracht werden muß, kann mich aber nicht der Auffassung anschließen, daß dieser Paragraph nach wie vor seine Berechtigung hat, wie ich auch nicht anzuerkennen vermag, daß es nötig ist, neben den Bestimmungen des zu Recht bestehenden Gesetzes noch für gewisse Kategorien der Unterbeamten besondere Bestimmungen zu haben. Es ist nicht angängig, alle Neuordnungen bis auf die Beamtenreorganisation zurückzuschieben, denn diese liegt noch in reichlich nebelhafter Ferne und ist nicht gleichzusetzen mit der Neuordnung der Beamtenbesoldung. Durch die Lösung dieser Frage wird nicht gleichzeitig eine Regelung der tiefgreifenden und weitschichtigen Frage der Beamtenreorganisation kommen, aber daß sie nötig ist, unterliegt keinem Zweifel. Wenn auch zu hoffen ist, daß die städtischen Gemeinwesen und somit auch unsere Stadt in der nächsten Zeit von der schwierigen und undankbaren Aufgabe der Lebensmittelverteilung befreit werden, so wird aus der Kriegswirtschaft heraus in erheblichem Maße gegenüber der Friedenszeit doch eine weitgehende Inanspruchnahme der Kommunen auf den mannigfachen Gebieten zurückbleiben, so daß die Zahl derjenigen, die in städtischem Dienste Arbeiten zu verrichten haben, ganz erheblich höher sein wird, als das früher der Fall gewesen ist. Ich möchte mich insbesondere noch einmal dafür einsetzen, daß man diejenigen unter den Unterbeamten, die früher Feuerwehrleute gewesen sind — es sind das acht Personen —, nunmehr zur festen Anstellung bringt, wie man ja auch ihre früheren Kollegen aus triftigen Gründen ebenfalls zur Anstellung gelangen ließ. Ich darf darauf hinweisen, daß Braunschweig als letzte Kommune, und zwar in erheblichem Abstand hinter den übrigen, jetzt endlich zu diesem Schritte gekommen ist. Wenn eine Gruppe der städtischen Angestellten Anspruch darauf hatte, möglichst weitgehende Sicherungen in der Anstellung zu erhalten, so war das bei den Feuerwehrleuten der Fall. Es würde eine Unbilligkeit sein, wenn man nun diejenigen, die bereits früher Feuerwehrleute gewesen sind und nun zum Teil aus diesem Dienst aus-

geschieden sind, weil sie sich vielleicht dabei eine Beschädigung zugezogen haben, die sie nicht mehr zur Ausübung dieses Dienstes fähig macht, gegenüber ihren glücklicheren Kameraden von der festen Anstellung ausschließen würde. Ihre Zahl ist so gering, daß ein Vorgehen in dieser Richtung wohl gerechtfertigt ist. Unterstreichen möchte ich den Wunsch auf feste Anstellung der fünf schwer Kriegsbeschädigten, die sämtlich als über 50 Prozent ihrer Erwerbsfähigkeit verlustig erklärt sind und den Anstellungschein erhalten haben. Es geht nicht an, sie auf die Möglichkeit zu verweisen, daß sie später einmal zur Anstellung gelangen können. Wenn eine Minderung der Zahl der Beschäftigten nötig sein wird, werden die städtischen Behörden Mittel und Wege haben, sie abzuschieben zu können in andere Stellungen. Ich bin der Ansicht, daß sie kraft des Anstellungscheins feste Anstellung erhalten müssen. Wenn sie seinerzeit nicht von der Stadt in Anspruch genommen waren, wäre ihnen die Möglichkeit offen gewesen, bei einer andern Behörde unterzukommen. In den Bestimmungen, die über die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten vom Reiche erlassen sind, ist nicht nur den Privatunternehmern, sondern auch den Reichs- und Staatsverwaltungen wie auch den Kommunen in weitgehendstem Maße die Verpflichtung auferlegt, einen gewissen Prozentsatz der Kriegsbeschädigten mit zur Beschäftigung und Anstellung zu bringen. Ich glaube, es ist eine Ehrenpflicht der Staatsverwaltungen und der kommunalen Verwaltungen, daß sie über diesen Prozentsatz hinausgehen und, soweit es möglich ist, diese Kriegsbeschädigten zur Anstellung bringen. Ich muß ferner dem Herrn Oberbürgermeister recht geben, daß die 55-Jahrgrenze nicht ohne weiteres gerechtfertigt ist, wenn es sich um Leute handelt — und auch solche Fälle sollen vorkommen —, die schon recht lange Zeit im städtischen Dienste sind. Sie wegen ihres Alters von der Anstellung auszuschließen, würde unbillig sein. Handelt es sich um solche, die nur 1—3 Jahre im Dienste der Stadt stehen, die also im höheren Alter in den Dienst der Kommunalverwaltungen eingetreten sind, so wird man billigerweise nicht erwarten können, daß sie zur Anstellung gelangen. Mit der bloßen Zusicherung, daß die Beschäftigten später einmal angestellt werden können, ist ihnen nicht gedient. Gibt es doch Leute, denen man diese Zusicherung gegeben hatte, die aber 20 Jahre darauf warten mußten, bis sie eingelöst wurde, und die noch heute darauf warten, daß sie zur Anstellung kommen. Ich möchte vorschlagen, dem Antrage Reißner stattzugeben, und zwar in der Beziehung: auf eine Aufhebung respektive Änderung des § 124 hinzuwirken, die acht Personen, die früher Feuerwehrleute gewesen sind, gleich zur festen Anstellung gelangen zu lassen und ebenso die fünf schwer Kriegsbeschädigten.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Zu den letzten Ausführungen des Herrn Vordröners möchte ich zunächst bemerken, daß die Vorschriften des Reichsgesetzes über

die Kriegsbeschädigten selbstverständlich auch für die Stadt Braunschweig und ihre einzelnen Verwaltungen maßgebend sind, und daß wir unsererseits weit über den festgesetzten Prozentsatz hinaus Stellen mit Kriegsbeschädigten besetzt haben. Diese Verpflichtung haben wir also erfüllt. Aber diese Vorschriften haben doch einen vorübergehenden Charakter; einstweilen sollen die Staaten, Gemeinden, Arbeitgeber usw. alle das ihrige tun, um die Kriegsbeschädigten unterzubringen, aber es sind unter diesen Leuten verschiedene, die auch jeden andern Dienst verrichten können, und es kann unmöglich aus der Verpflichtung der Stadt die Folgerung gezogen werden, daß solche Kriegsbeschädigte zur festen Anstellung in Beamtenstellen gebracht werden müssen. Wenn man das wollte, so könnte man fragen: Weshalb werden gerade diese paar Leute herausgesucht, die wir angenommen haben? Die andern werden doch auch wünschen, zur festen Anstellung zu kommen. Die Theorie über die Feuerwehrleute kann ich nicht als richtig anerkennen. Wenn die städtischen Behörden sich überzeugt haben, daß es im Interesse der Stadt liegt, die Feuerwehrleute zur festen Anstellung zu bringen — nicht nur im Interesse der Feuerwehrleute haben wir das getan —, dann kann doch daraus nicht gefolgert werden, daß alle diejenigen, die in der Vergangenheit Feuerwehrleute gewesen sind und jetzt bei andern städtischen Dienstzweigen Stellen gefunden haben, die wir an Bedeutung nicht für gleichwertig ansehen, nunmehr auch zur festen Anstellung kommen müssen. Herr Könneburg sagt, die Zahl der in Betracht kommenden wäre gering. Zu der Beziehung mache ich darauf aufmerksam, daß von dem im Schlachthaus beschäftigten Personal eine große Anzahl von Beamten uns zur Verfügung steht, weil jetzt dort nichts zu schlachten ist. Was soll schließlich aus der Sache werden? Seitens der Beamten muß doch anerkannt werden, daß es sich bei dieser Frage nicht lediglich um das Wohl der Beamten, sondern in erster Linie um das Wohl der ganzen Stadt handelt. Bei unserer augenblicklichen Schuldenlast, die 43 Millionen Mark beträgt, haben wir alle Ursache, bei der Bewilligung von Ausgaben vorsichtig zu sein und der Stadt nicht neue Lasten aufzuzwängen.

Wenn die Beamtenreform noch in so weiter Ferne liegend erscheint, so möchte ich vorschlagen: Lassen Sie uns einmal gelegentlich in einem Ausschuß die Frage prüfen: Welche Stellen werden für so bedeutungsvoll angesehen, daß sie mit auf Lebenszeit angestellten Beamten besetzt werden müssen. Leider scheiden bei dieser Frage die besoldeten Kollegen im Räte aus, bei denen genügt es, daß sie auf drei Jahre angestellt werden! Das ist allerdings ein seltsames Zusammentreffen, aber wir müssen es in Kauf nehmen.

Stadtv. Stegmann: Wenn man den Wettlauf um die Gunst der Beamten und diejenigen, die es werden wollen, mitmachen wollte, dann wäre es am ein-

jachsten, wir stimmten dem Antrage Reißner zu, und die Sache wäre erledigt. Aber so darf man die Sache doch nicht behandeln. Der Rechtsausschuß hat sich sehr eingehend mit der Sache befaßt, und ich kann mitteilen, daß nach der sehr langen Beratung der Beschluß, wenn ich nicht irre, einstimmig gefaßt ist. (Widerspruch!) Man könnte nicht begreifen, warum die Herren drüben sich für diese Sache so ins Zeug legen, wenn wir nicht wüßten, daß es agitatorische Zwecke sind, die sie damit verfolgen. Als Stadtverordnete haben wir die Verpflichtung, auch die Interessen der Beamten und Arbeiter zu vertreten, aber wir dürfen die Interessen der Stadt dabei nicht außer acht lassen. Nun ist vom Herrn Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß es ein Widerspruch sei, die Mitglieder des Rates auf drei Jahre zu wählen, und alle übrigen Beamten auf Lebenszeit fest anzustellen. Es ist ein alter Grundsatz der sozialdemokratischen Partei von jeher gewesen, diese Anstellung auf Lebenszeit nicht stattfinden zu lassen. Aber wir müssen die bestehenden Gesetze beachten und haben die Feuerwehrleute aus den Gründen, die angeführt sind, angestellt. Wohin sollte es aber führen, wenn man den im Antrag bezeichneten Weg beschreiten wollte? Ebenjogut wie man einen Teil der Aufseher anstellte, müßte man dann auch alle Arbeiter zur festen Anstellung bringen. Das wäre die Konsequenz eines solchen Schrittes, und sie wäre unübersehbar. Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß die Kriegsbeschädigten wohl untergebracht werden müssen, aber wir haben schon gehört, daß seitens der Stadt mehr angestellt sind, als ihr die Verpflichtung dazu auferlegt ist. Der Herr Oberbürgermeister hat uns im Rechtsausschuß, wenn ich mich recht entsinne, noch deutlicher und bestimmter als hier, erklärt, hat gleichermaßen das Versprechen gegeben, daß die fünf Kriegsbeschädigten, die hier in Frage kommen, beim Aufkommen von Stellen zur festen Anstellung kommen sollen, und ich halte das für richtig. Daß aber alle genannten Personen sofort angestellt werden sollen, das geht einfach nicht. Zum Donnerwetter, wohin sollte das führen? Entschuldigen Sie den Ausdruck, meine Herrschaften! Der Herr Oberbürgermeister hat mit Recht auf die kolossalen Schulden der Stadt und die hohen Steuern verwiesen. Wenn infolge dieser Anstellung alle Arbeiter angestellt werden müßten und wegen Arbeitsmangel 20—30 davon ohne Arbeit wären, dann würde es einfach heißen: Steuerzahler, auch dafür zahlt ihr! Das geht doch nicht! Es wird uns von demokratischer Seite der Vorwurf gemacht, daß wir Unabhängigen die feste Anstellung der Beamten bekämpfen. Was damit bezweckt wird, das wissen wir. Aber schon lange Zeit vorher, ehe die andern Parteien daran gedacht haben, hat die Sozialdemokratie, auch die alte, die Interessen der Unterbeamten und Arbeiter vertreten, und das wird sie auch ferner tun. Wenn Sie glauben, mit solchen Anträgen Leute für Ihre Partei fangen zu können, so mögen Sie das tun; wir werden auf unserm

Standpunkt stehen bleiben. Es ist für diese Sache agitiert worden, und die Trübungen sind beseitigt, aber die einsichtigen Beamten und Arbeiter wissen, was die Sozialdemokratie will und werden auf diesen Gimpelsang nicht hereinfallen. Im übrigen bin ich mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einverstanden, daß geprüft und festgelegt wird, welche Beamtenkategorien bei der festen Anstellung zur Berücksichtigung kommen sollen, ebenso müssen wir dem Antrage des Rechtsausschusses zustimmen.

Vorsitzender: Wenn ich recht unterrichtet bin, finden die Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung erst im nächsten Jahre statt, und so glaube ich, daß es angebracht wäre, wenn die Redner im Interesse der Förderung der Tagesordnung sich einige Beschränkung in Wahlreden auferlegten. Heute sind sie wahrscheinlich noch zwecklos. Wenn wir vom eigentlichen Punkt der Tagesordnung so weit abschweifen, würden wir auch mit unserer Tagesordnung heute nicht zu Ende kommen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Im wesentlichen kann ich mich den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters anschließen. Es ist nicht angängig, die Anstellung der Beteiligten davon abhängig zu machen, wie nun gerade ihre Wünsche lauten, sondern es kommt darauf an, was das städtische Interesse erheischt, ob der Posten so wichtig und dauernd ist, daß nur durch einen fest angestellten Beamten diese Funktionen verrichtet werden können. Es ist damit keineswegs eine Wertung der verschiedenen Kräfte gegeben, die dahin auszuklingen hätte, daß ein Beamter unter allen Umständen als besser anzusehen wäre als jemand, der nur gegen Vergütung in städtischen Diensten tätig ist. Wir haben von jener Seite jetzt immer das Klagelied gehört, daß die städtischen Arbeiter sich bei weitem besser ständen als die städtischen Beamten, und ich verstehe deshalb nicht so sehr den Drang dieser Herren, um die es sich dreht, in die minder besser gestellte Schicht der städtischen Arbeitskräfte eingereiht zu werden. Es ist ein Aberglaube, daß die Beamten irgendwo höher gestellt seien, und daß man deshalb nur als dauernd in städtischen Diensten stehender Beamter sein ausreichendes Auskommen finden könnte. Für die Frage der Anstellung muß lediglich das allgemeine städtische Interesse, wie schon der Herr Oberbürgermeister hervorgehoben, maßgebend sein, und wenn wir meinen, daß vielleicht die Frage nicht einwandfrei gelöst sei, und daß diese oder jene Stelle nicht durch eine gegen Vergütung beschäftigte Dame oder einen solchen Herrn zu versehen wäre, sondern nur durch einen fest angestellten Beamten, so könnte eine Nachprüfung sehr wohl eintreten.

Aus den Ausführungen des Herrn Stegmann scheint hervorzugehen, daß eine grundsätzliche Abneigung gegen die Anstellung bei Herrn Stegmann und seinen

Freunden nicht mehr wie früher vorhanden ist. Wir sind der Ansicht, daß bei manchen Tätigkeiten durchaus die Stellung des Beamten erforderlich ist, aber jetzt so vorzugehen, wie Herr Rönneburg meinte, halte ich nicht für ratjam und bin auch durch seine Ausführungen nicht anderer Meinung geworden. Herr Rönneburg, der über den Stand der Beamtenreorganisation einigermaßen unterrichtet ist, meinte, so lange könnten wir mit der Anstellung nicht warten. Die Beamtenbesoldung, von der Herr Marth gesprochen hat, ist als wesentlich mit anzusehen für die Frage, ob die eine oder andere Schicht besser gestellt sei als die andere, aber damit ist nicht gesagt, daß die Reform des Beamtenrechts ebenso mit in die Wagschale fällt bei der Beurteilung der Frage, ob die eine oder andere Stelle durch einen Beamten oder nicht zu besetzen ist. Herr Rönneburg weiß, daß die Beamtenbesoldungsreform bei uns wesentlich davon abhängt, wie sie im Reiche ausfällt, und weiß als früheres Mitglied des Beamtenrates, daß im Einverständnis mit den Beamten diese Besoldungsreform in der Stadt bisher zurückgestellt ist, und weiß ferner, daß das gleiche gilt für die Gestaltung des Beamtenrechts: auch das ist in seiner Gestaltung in Stadt und Land Braunschweig wesentlich abhängig davon, wie sie in Preußen ausfällt. Herr Rönneburg weiß, daß wir im Ministerium die Bearbeitung des fertig vorliegenden Entwurfes einer Umgestaltung des Zivilstaatsdienstgesetzes — welche natürlich ihre Rückwirkung auf die städtischen Verhältnisse ausüben würde — zurückgestellt haben mit Rücksicht darauf, daß das Vorgehen des Reiches in diesem Jahre noch erwartet wird. Deshalb würde es nicht zeitgemäß sein, jetzt städtischerseits vorzugehen. Ich glaube, wenn man im allgemeinen zugibt — und das hat Herr Rönneburg getan — daß die Unterscheidung, ob Beamter oder Hilfskraft, von der städtischen Verwaltung sachgemäß getroffen sei, daß wir dann noch ein Vierteljahr in der bisherigen Weise weitergehen können. Die feste Anstellung der betreffenden Herren nun zu begründen mit den Bedürfnissen dieser in Frage kommenden, darauf können wir schon deshalb jetzt nicht eingehen, weil dann erst in vertraulicher Sitzung im einzelnen die ganzen Personalien und auch die Eigenschaften, die die Herren mitbringen, geprüft werden müßten, und dazu die Unterlagen fehlen. Nach der Erklärung, die der Herr Oberbürgermeister im Ausschuß gegeben haben soll, haben wir in Kürze zu erwarten, daß uns über die Anstellung der heute in Frage kommenden Personen Vorschläge gemacht werden, und damit können wir uns abfinden.

Vorsitzender: Herr Frede hat die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters zu einem Antrage verdichtet. Er lautet:

„Die Versammlung wolle die Einsetzung eines Ausschusses beschließen mit der Aufgabe, zu prüfen, welche von der Stadt beschäftigten Personen für eine feste Anstellung in Frage kommen können.“

Wäre nicht der Rechtsausschuß die geeignete Stelle dafür?

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich weiß nicht, ob Herr Frede im Sinne meiner Anregung hat einen Antrag stellen wollen. Ein solcher müßte anders lauten. Der Antrag müßte nicht gestellt werden mit Bezug auf die jetzt zufällig beschäftigten Personen und fragen, wo sie unterzubringen sind, sondern es müßte gefragt werden: Welche Stellen in der Stadtverwaltung sind solche, die mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für das Gemeinwohl dauernd mit fest angestellten Beamten besetzt werden müssen.

Stadtv. Rönneburg: Zur Richtigstellung wollte ich folgendes sagen: Herr Dr. Jasper irrt insofern, als er Beamtenbesoldungsreform und Beamtenrechtsreform als gleichzeitig zu erledigende Angelegenheiten betrachtet. Nach meinen persönlichen Informationen, die aus der Beamtenorganisation mir zugegangen sind, ist damit zu rechnen, daß die Beamtenbesoldungsreform im Reiche im Februar—März vor sich geht, und dann werden der Staat und die Stadt Braunschweig sich anschließen, während die Beamtenrechtsreform erst erledigt werden kann, wenn nach den Artikeln der Reichsverfassung das Reich die Grundsätze des neuen Beamtenrechts festgestellt hat. Diese Arbeit soll aber erst vom neuen Reichstag erledigt werden. Wir haben also zu gewärtigen, daß erst die Reichstagswahlen vor sich gehen. Ob dann diese Arbeit vom neuen Reichstag sofort in Angriff genommen wird, steht wohl nicht in Aussicht. Meine Ansicht ist danach, daß die Neuregelung des Beamtenrechts sich erheblich länger hinausschieben wird als die Regelung der Beamtenbesoldung, und diese Ansicht wird wohl zutreffend sein.

Stadtv. Reißner: Zum Schluß möchte ich noch einmal kurz darauf hinweisen, daß selbstverständlich für uns die Interessen der Gemeinde an erster Stelle stehen und erst nachher die Interessen der Beamten kommen. Wenn wir diese Angelegenheit zu Agitationszwecken benutzen wollten — das hat schon der Herr Vorsitzende richtig bemerkt —, so wäre das verfrüht; auch wir glauben, daß eine solche Agitation bis zu den Neuwahlen wohl vergessen würde. (Zuruf: Na, na! Was ein Häkchen werden will, krümmt sich beizeiten.) Der Grund zu unserer Stellungnahme ist der, daß es im Interesse der Stadt liegt, wenn mehr Unterbeamte angestellt werden. Ich habe in meinem Antrage nicht einfach gewünscht, daß diese Beamten ohne weiteres fest angestellt werden, sondern habe zur Bedingung gemacht, daß bei diesen die moralische und dienstliche Fähigkeit, die zur Anstellung berechtigt, vorhanden sein muß, und habe noch die Beschränkung hinzugefügt, daß Leute über 55 Jahre nicht mehr zur Anstellung gelangen sollen, wie das der Herr Oberbürgermeister in der vorvorigen Sitzung des Rechtsausschusses gewünscht hatte. Dort hat der Herr Oberbürgermeister ausdrücklich gesagt, daß es

nicht angänglich wäre, Leute von 65 oder 67 Jahren noch zur festen Anstellung zu bringen. Das haben wir eingesehen und haben uns dieser Ansicht angeschlossen.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen; Herr Stadtverordneter Frede hat seinen Antrag zurückgezogen.

2. Antrag Stegmann, betreffend Beseitigung von Mißständen in der Kartenverteilungsstelle am Büldenwege.

Stadtv. Frau **Schulze**: Der Antrag des Herrn Stegmann lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die in der Kartenverteilungsstelle am Büldenwege zutage getretenen Mißstände zu beseitigen, nötigenfalls dem Herrn Ohms die Kartenverteilungsstelle abzunehmen und eine andre Verteilungsstelle für den betreffenden Bezirk einzurichten.“ Der Herr Antragsteller brachte in seiner Begründung Beschwerde darüber vor, daß in dieser Verteilungsstelle unpassende Räume zur Ausgabe der Karten benutzt würden, daß das Publikum draußen stundenlang im Schnee habe warten müssen, bis es an die Reihe kam und anderes. Der Rat der Stadt hat Nachforschungen angestellt, und es hat sich ergeben, daß tatsächlich Mißstände bei dieser Kartenverteilungsstelle vorhanden sind. Herr Ohms ist vorgeladen und hat versprochen, daß er dafür sorgen wolle, daß in Zukunft kein Anlaß zu dergleichen Beschwerden gegeben ist. Der Rechtsausschuß ist der Meinung, es dabei bewenden zu lassen.

Meldungen zum Wort erfolgen nicht; der **Vorsitzende** nimmt deshalb das Einverständnis der Versammlung mit dem Vorschlage des Rechtsausschusses an.

3. Antrag Tostmann, betreffend das Statut über die Abgabe an die Feldmarksgemeinden.

Stadtv. Frau **Schulze**: Der Antrag des Herrn Tostmann lautet: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Vorlage auszuarbeiten, daß das Statut über die Abgaben an die Feldmarksgemeinden dahin abgeändert wird, daß die Einwohner, die mit ihren Grundstücken an fertig ausgebauten Straßen liegen und zu den Straßenbau- und Unterhaltungskosten herangezogen werden oder sind, von den Abgaben an die Kasse der Feldmarksgemeinden befreit werden.“ Der Herr Antragsteller führte in der Kommissions-sitzung aus, daß die Feldmarksgemeinden zum Teil große Überschüsse verteilt haben, bei denen aber nicht alle Beteiligten bedacht worden sind. Da nun die Feldmarksgemeinden so viel Überschuß in ihrer Kasse haben, so glaubt der Antrag-

steller, daß es nicht nötig ist, daß noch die Inhaber der Grundstücke, die an ausgebauten Straßen liegen, zur Kasse der Feldmarksgemeinden Beiträge leisten, um so weniger, da sie schon für den Ausbau der von ihnen bewohnten Straßen Beiträge gezahlt haben. Es ist nun an den Rat der Stadt schon vor längerer Zeit von beteiligter Seite der Antrag gestellt, ein neues Statut auszuarbeiten und darin verschiedene Bestimmungen umzuändern. Mit Rücksicht hierauf ist der Rechtsausschuß zu der Ansicht gekommen, die Sache bis dahin auf sich bewenden zu lassen, bis der Rat der Stadt den Entwurf eines neuen Statuts, in dem alle diese Abänderungen berücksichtigt sind, ausgearbeitet hat.

Stadtv. **Schmidt:** Wenn nun schon daran gegangen werden soll, eine neue Vorlage auszuarbeiten und die Satzungen, soweit sie den Feldmarksgemeinden Rechte einräumt, zu prüfen, dann wäre es an der Zeit, das ganze Statut zu revidieren. Das Statut datiert von einer Zeit vor über 30 Jahren, und die letzte Statutenänderung ist im Jahre 1875 geschehen. Die Voraussetzungen, die damals galten, als das Statut abgeändert wurde, dürften nach den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr zutreffen. Das Statut enthält Einrichtungen, die heute als überholt angesehen werden müssen, und Bedenken erregt es, daß wir beim Staat fortwährend Anträge stellen, damit die Eingemeindung der Vororte erfolgen kann, wenn hier für die Stadt Braunschweig noch solche Einrichtungen Geltung haben, die man für vorsintflutlich halten könnte. Es stellen sich eine ganze Reihe von Beschwerden dar, die immer wieder nur dadurch aufgeklärt werden können, daß gesagt wird: Das zu ordnen ist Sache der Feldmarksgemeinden. Ich erinnere daran, daß draußen von der Broitzemer Straße ab sich der Schölltegraben am Madamenweg vorbeizieht, und zwar unmittelbar in der Nähe bebauter Grundstücke; die Anwohner haben ständig, besonders aber in den Sommermonaten, unter den sich verbreitenden übelen Gerüchen zu leiden. Der Graben wird nicht gereinigt, er starrt von Schmutz und Schlamm, wenn nun etwas gegen solche Mißstände geschehen soll, muß der Rat der Stadt erst an die Feldmarksgemeinden herantreten und um Änderung nachsuchen. Ich halte es für richtiger, daß die ganzen Feldmarksgemeinden aufgehoben und in eine einzige zusammengefaßt würden, wodurch sie in ein der Zeit besser entsprechendes Verhältnis gebracht würden.

Stadtbaurat **Gebensleben:** Ganz so alt, wie der Herr Vorredner meint, ist das Statut über die Feldmarksgemeinden denn doch noch nicht. Es datiert vom 25. September 1899, ist also ungefähr 20 Jahre alt. Wenn nun einmal Änderungen an dem Statut vorgenommen werden sollen, dann kann allerdings zugleich eine Beratung stattfinden, ob nicht noch andere Wünsche berücksichtigt werden und weitere Änderungen an dem Statut stattfinden sollen.

Stadtv. Hofahr: Ich kann mich dem Wunsche, das Statut zu ändern, nur anschließen, denn auch ich habe die Erfahrung gemacht, daß das notwendig ist. Besonders die Besoldungsfrage für die Gemeindebeamten, die Feldhüter usw. ist ganz verschwommen. In dieser Beziehung ist nichts in dem Statut zu finden, und es wäre zu wünschen, daß diese Frage nach neuen Grundätzen geregelt wird. Ich möchte also bitten, der neuen Fassung dieses Statuts näherzutreten.

Die Versammlung stimmt dem Beschlusse des Rechtsausschusses zu.

4. Antrag **Jahns**, betreffend die Sonderzuteilung von Lebensmitteln für Kinder im 11. bis 12. Lebensjahre.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß bezüglich der Kinderzulagen ein Mangel insofern besteht, als die Kinder bis zum 11. Lebensjahre mit Milch versorgt werden und der Brotzuschlag erst mit dem vollendeten 12. Lebensjahre gewährt wird. Zwischen diesen beiden Gruppen besteht also eine Lücke, und die Stadtverordnetenversammlung hat sich mit dieser Frage schon wiederholt befaßt. Im Oktober vorigen Jahres ist nun anläßlich eines Antrages beschlossen worden, den Kindern im 11. und 12. Jahre den Jugendzuschlag an Brot zu gewähren. Da dies bis jetzt nicht geschehen ist, hat Herr **Jahns** den Antrag gestellt, den Rat zu ersuchen, die bis jetzt nicht durchgeführte Sonderzuteilung umgehend vornehmen zu lassen. Der Rechtsausschuß hat sich mit diesem Antrage befaßt und steht auf dem Standpunkt, daß diese Lücke in der Versorgung der Kinder nunmehr endgültig ausgefüllt werden sollte. Es ist uns in der Vorberatung vom Ratsdezernenten in der Sache, Herrn Stadtrat von **Frankenberg**, die Mitteilung gemacht, daß die Sache jetzt soweit gediehen ist, daß der Jugendzuschlag an Brot für Kinder im 11. und 12. Lebensjahre jedenfalls von der nächsten Woche an gewährt werden kann. Infolge dieser Erklärung hält der Rechtsausschuß die Sache für erledigt und ersucht Sie durch mich, dem zuzustimmen.

Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Berichterstatter hat über die Verhandlungen in dieser Sache Ihnen schon berichtet. In der nächsten Woche wird die Ausgabe des Jugendzuschlages an Brot für die genannten Kinder erfolgen, so daß in der Woche, die mit dem 19. Januar beginnt, der Zuschlag zum ersten Male seitens der Beteiligten in Anspruch genommen werden kann. Zu der Verzögerung in der Erledigung dieser Sache, die ich lebhaft bedaure, hat Veranlassung gegeben, daß es nötig gewesen ist, in den Hausbogen das Bezugsrecht der einzelnen einzutragen, so daß wir eine sichere Grundlage für die Ausgabe haben.

Ohne weitere Wortmeldungen.

5. Erhebung von Gebühren und Auslagen für die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes.

Stadtv. **Jahns:** Der Rat der Stadt hat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, die bezwecken soll, die Unkosten, die das Mieteinigungsamt in der letzten Zeit erfordert hat und weiter erfordern wird, durch Erhebung von Gebühren zu decken. Die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes mehrt sich von Monat zu Monat, und immer wieder neue Aufgaben sind durch dasselbe zu erfüllen. Im vorigen Vierteljahr sind über 600 Fälle beim Mieteinigungsamt vorgebracht, so daß man bei einer Jahresrechnung auf 2400 Fälle kommen wird. Die Ausgabe für diese Tätigkeit setzt sich zusammen aus der Vergütung für die Beisitzer, die mit 4000 *M* zu veranschlagen ist, ferner der Vergütung für drei Bureaukräfte mit 17 000 *M* und der Vergütung für die Vorsitzenden mit etwa 9000 *M*, so daß die Gesamtkosten ohne Berücksichtigung der sachlichen Kosten und etwaigen Auslagen an Zeugengebühren usw. rund 30 000 *M* betragen. Diese gewaltigen Kosten des Mieteinigungsamtes legen die Frage nahe, ob nicht durch Erhebung von Gebühren und Rückerstattung der Auslagen die Ausgabe wenigstens zum Teil gedeckt werden soll. Gebühren dürfen nach § 14 der Verordnung vom 23. September 1918 nur erhoben werden, 1. wenn eine Partei das Mieteinigungsamt mutwillig angerufen hat und 2. wenn die Bedeutung der Sache für die Beteiligten es angemessen erscheinen läßt. Der Höchstsatz ist der dreifache Betrag der Gebühren des § 8 des Gerichtskostengesetzes, berechnet nach dem Mietzins für ein Jahr. Bei dem einfachen Betrage der Gebühr würde es sich um Sätze von 11 *M* bei einem Mietzins von 200—300 *M*, von 15 *M* bei einem Mietzins bis 450 *M*, von 20 *M* bis 650 *M* Mietzins, 26 *M* bis 900 *M* Mietzins, 32 *M* bis zu 1200 *M* Mietzins und 38 *M* bis zu 1600 *M* Mietzins handeln. Zum Ersatz der Auslagen, Porto, Schreibgebühr, Tätigkeit der Beisitzer empfiehlt der Rat einen grob abgestuften Pauschsatz zu fordern, und zwar steigend nach dem Wert des Mietzinses von 1 *M* bis zu 2,50 *M*. Der Rat der Stadt ersucht nun die Versammlung um gutachtliche Äußerung zu der Frage, ob die Deckung eines Teiles der Kosten des Mieteinigungsamtes durch Gebühren- und Auslagenerhebungen zweckmäßig erscheint.

Der Rechtsausschuß hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, ob es angebracht scheint, die Mieter oder Vermieter mit derartigen Kosten zu belasten, zumal diejenigen bezahlen müssen, die bei derartigen Rechtsstreitigkeiten die Her- eingefallenen sind. Wir haben uns im Rechtsausschuß ziemlich einstimmig dahin erklärt, daß wir es nicht für angebracht halten, eine Gebühr für Inanspruchnahme des Mieteinigungsamtes zu erheben, sondern daß die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes für Vermieter und Mieter unentgeltlich sein solle. Die Ausgabe

würde vor allen Dingen diejenigen treffen, die mit ihren Parteien in einem schlechten Verhältnis stehen und sowieso Unannehmlichkeiten haben. Allerdings müßte solchen Herrschaften, die dauernd das Mieteinigungsamt anrufen, die auch zu ihm kommen, wenn für jeden augenscheinlich ist, daß sie keinen Erfolg haben werden, die also mutwillig das Mieteinigungsamt belästigen, eine Gebühr auferlegt werden. Es ist nun aber schwer zu entscheiden, ob ein Anrufen des Amtes als mutwillig angesehen werden kann oder nicht, und diese Entscheidung soll das Mieteinigungsamt selber treffen. Es ist uns erklärt, daß in solchen Fällen 5—10 *M* Kostengebühr erhoben sind und alle anderen Forderungen für Auslagen usw. in Fortfall gekommen sind, und der Rechtsausschuß gibt anheim, es in diesen Fällen bei einer Gebühr von 5 *M* bis höchstens 10 *M* für die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes zu belassen.

Die Versammlung stimmt dem Beschlusse des Rechtsausschusses zu.

6. Übersicht über die stadtseitig gezahlten Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder für 1918/1919.

Stadtv. **Frede:** Die Stadtverordnetenversammlung hat vor Jahren den Wunsch ausgesprochen, einen genauen Nachweis zu bekommen über die Zahlung von Ruhelöhnen an die pensionierten Arbeiter und über das an die Angehörigen der verstorbenen städtischen Arbeiter gezahlte Witwen- und Waisengeld. Der Rat ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat alljährlich ein Verzeichnis aufgestellt, in welchem die gezahlten Beträge aufgeführt sind, und nach dem sie geprüft werden können. Die einzelnen Sätze hier vorzutragen, würde ziemlich langatmig ausfallen und hätte wenig Zweck. Ich beschränke mich darauf, aus dem Schriftstück mitzuteilen, daß an Ruhelohn im verflossenen Rechnungsjahr gezahlt worden sind 19 574,70 *M*, an Witwengeld 17 964 *M* und an Waisengeld 237,90 *M*, zusammen 37 777 *M*. Ein Antrag zu dieser Sache ist in der Kommission nicht gestellt, die Mitteilung ist also nur zur Kenntnis zu nehmen.

Ohne Besprechung.

7. Bewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer Treppenhausebeleuchtung in dem städtischen Hause Ritterstraße 26.

Stadtv. **Reißner:** Ein Mieter des städtischen Hauses Ritterstraße 26 hat den Antrag gestellt, es möge in diesem Hause elektrische Treppenhausebeleuchtung hergerichtet werden. Er weist darauf hin, daß in dem Treppenhause jede andere Be-

leuchtung fehlt, daß es abends nicht möglich sei, die Treppen zu finden, und daß dadurch leicht Unglücksfälle herbeigeführt werden könnten. Vom Hochbauamt ist die Sache geprüft und die Kosten für Anlage einer elektrischen Treppenhausebeleuchtung auf 350 *M* festgestellt. Der Vertrauensmann für die Kohlenversorgung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Anlage hergerichtet wird; auch die Baukommission hat die Sache geprüft und empfiehlt Ihnen, die 350 *M* für Einrichtung der elektrischen Treppenhausebeleuchtung zu bewilligen.

In der Abstimmung erklärt sich die Versammlung mit der Ausgabe einverstanden.

8. Gewährung eines besonderen Zuschusses zu den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule für 1918/1919.

Stadtv. **Schmidt**: Vom Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule ist dem Räte der Stadt unter dem 2. Dezember vergangenen Jahres folgendes Schreiben zugegangen: „Seitens des hiesigen Staatsministeriums, Abteilung für Volksbildung, ist als Zuschuß für das Rechnungsjahr 1918/19 der Betrag von 9896,63 *M* unter der Voraussetzung bewilligt worden, daß die Stadt und die Handelskammer zu Braunschweig gleich hohe Zuschüsse zu leisten haben. Nachdem die Handelskammer denselben Betrag zur Verfügung gestellt hat, bitten wir auch den Rat der Stadt Braunschweig um Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von 9896,64 *M*. Auf diese Summe sind am 15. Februar dieses Jahres bereits gezahlt 4300 *M*, so daß noch zu zahlen sein würden 5596,64 *M*. Bezüglich der Höhe des Zuschusses gestatten wir uns auf das diesseitige Schreiben vom 3. Januar zu verweisen. Den Rechnungsabluß fügen wir in Abschrift bei.“

Der Rat der Stadt hat dieses Gesuch geprüft und richtet an die Stadtverordneten folgenden Antrag: „Unter Hinweis auf das vorstehende Schreiben der Handelskammer, sowie auf den beifolgenden Rechnungsabluß der kaufmännischen Fortbildungsschule mit dem ergebnen Ersuchen, sich mit der nachträglichen Zahlung eines städtischen Zuschusses in Höhe von 5596,64 *M* aus der Kasse der Umsatzsteuer an die Handelskammer, Abteilung für das kaufmännische Unterrichtswesen, und zwar für das abgelaufene Schuljahr 1918/19 einverstanden erklären zu wollen.“

Der Schulausschuß hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und empfiehlt gleichfalls, diese Summe bewilligen zu wollen. Gleichzeitig stellt der Schulausschuß den Antrag, den Rat der Stadt ersuchen zu wollen, bei dem Vorstände der kaufmännischen Fortbildungsschule dahin vorstellig zu werden, daß entsprechend der Höhe des städtisch zu leistenden Zuschusses der Stadt auch eine Beteiligung

bei der Verwaltung der Schule im Schulvorstande der kaufmännischen Fortbildungsschule zugebilligt wird. Als die kaufmännische Fortbildungsschule eingerichtet wurde — es war jedenfalls im Jahre 1895/96, denn das Statut ist vom Jahre 1896 datiert —, war nicht vor auszusehen, daß überhaupt an Zuschüsse seitens der Stadt gedacht werden müßte. In § 9 des damaligen Statutes ist aber doch dem Stadtmagistrat das Recht eingeräumt, im Schulvorstande durch einen Vertreter beteiligt zu sein. Die Verhältnisse haben sich seitdem wesentlich geändert, die Zuschüsse sind eingetreten und sind in den letzten Jahren so hoch geworden, daß sie heute nicht mehr als Kleinigkeit bezeichnet werden können. Nach Ansicht des Schulausschusses sollte bei der Drittelung der Gesamtkosten, was für die Stadt jetzt ungefähr 10 000 M. ausmacht, dahin gestrebt werden, auch einen entsprechenden Einfluß auf die Leitung der Schule zu bekommen. Der Schulausschuß hält es für mindestens gerechtfertigt, daß der Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule der Stadt dieses Recht einräumt. Ich empfehle namens des Schulausschusses, auch diesen Beschluß mit fassen zu wollen.

Den Anträgen des Schulausschusses stimmt die Versammlung zu.

9. Sitzung über die Erhebung eines Stadtzuschlages zu der Grunderwerbsteuer.

Stadtv. **Blumeier**: Die geehrte Versammlung hat am 23. Oktober vorigen Jahres bereits beschlossen, daß vom 1. Oktober 1919 an für die hiesige Stadt ein Zuschlag von 1 vom Hundert zu der vom Reiche durch Gesetz vom 12. September 1919 eingeführten Grunderwerbsteuer erhoben werde. Der Rat der Stadt hat demgemäß am 30. Oktober an die Landesregierung einen Antrag gerichtet, dessen Erledigung offenbar mit Rücksicht auf die beim Reiche schwebenden Verhandlungen wegen der Landessteuerverordnung noch nicht erfolgt ist. Der Rat hofft, daß der aus dem Anteil des Landes und der Gemeinden verfügbare Steuersatz von 1 vom Hundert nach § 34 des Grunderwerbgesetzes der Stadt ungeschmälert bleibt, und legt wegen der überaus schwierigen Finanzlage der Stadt Wert darauf, daß zur baldigen Durchführung der Erhebung der Grunderwerbsteuer durch Erlass einer entsprechenden Satzung die Grundlage zu der städtischen Besteuerung geschaffen wird, wie dies inzwischen in zahlreichen anderen Städten geschehen oder vorbereitet ist. Es wird uns deshalb vom Räte der Entwurf einer hierauf abzielenden, dem bisherigen städtischen Veränderungssteuergesetz vom 23. September 1909 (Nummer 33) nachgebildeten Satzung mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt. (Redner verliest den Entwurf.)

Der Finanzausschuß hat den Entwurf in dieser Fassung vorberaten und hat keine Änderungen vorzuschlagen, sondern empfiehlt, das Statut im Wortlaut der Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Tostmann: Meine Herrschaften! Ich vermiße in diesen Vorschriften denn doch eine Stelle, an der gesagt wird, wer abgabepflichtig ist, und eine Ausnahme gemacht wird bei solchem Grunderwerb, der gewissermaßen ein gemeinnütziges Unternehmen darstellt. Es kommt in neuester Zeit sehr viel vor, daß gerade gemeinnützige Gesellschaften, seien es nun Baugesellschaften oder Siedlungsgesellschaften, Grund und Boden für ihre Zwecke ankaufen. Wenn auch diese Ankäufe mit unter das Statut fallen, so ist das für die gemeinnützigen Gesellschaften, die aus diesem Grund und Boden kein Kapital für sich herauschlagen, eine große Belastung. Deshalb bin ich der Ansicht, daß die gemeinnützigen Gesellschaften von dieser Steuer befreit werden müßten, und möchte ersuchen, das Statut nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen, damit diese Bestimmung in das Statut hineingebracht wird.

Stadtrat von Franckenberg: Meine Damen und Herren! Ich habe erhebliche Bedenken, diesen Weg zu beschreiten, den uns Herr Tostmann vorzeichnen möchte. Es ist wohl zu verstehen, wenn er, da es jetzt seine Lebensaufgabe ist, für die Baugenossenschaften einzutreten, in diesem Falle zu erreichen bestrebt ist, daß bei dieser Steuer die Baugenossenschaften und ähnliche Veranstaltungen außer Betracht bleiben. Auf der andern Seite wollen aber die geehrten Herrschaften nicht außer Betracht lassen, daß es bei der Sach- und Rechtslage nicht möglich ist, bei dieser Besteuerung Sonderzugeständnisse zu machen, sondern daß es richtig ist, ein gleichmäßiges Vorgehen in ähnlicher Weise wie bisher eintreten zu lassen. Wir haben bekanntlich auch schon bisher die Umsatzsteuer aus dem Grundbesitzverkehr, die Gemeindeveränderungssteuer, gehabt, haben gleichfalls 1 vom Hundert erhoben, und sind in unsern Finanzen so ungeheuer ungünstig gestellt, daß wir das Opfer einer Preisgabe dessen, was unser bisheriger Besitzstand gewesen ist, nicht machen können. Ich möchte also bitten, es bei dem bisherigen Zustand bewenden zu lassen. Sollte sich in einem besonders gelagerten Einzelfalle herausstellen, daß eine Unbilligkeit in der Erhebung der Steuer enthalten sein sollte, dann haben es die städtischen Behörden in der Hand, eine Ausnahme eintreten zu lassen, jetzt aber von vornherein festzusetzen, daß die gemeinnützigen Gesellschaften von dieser Steuer ausgenommen sein sollen, würde verhängnisvoll wirken.

Die verehrten Herrschaften wollen mir gestatten, bei dieser Gelegenheit nachdrücklich zu betonen, daß der Rat der Stadt bei der großen finanziellen Schwierig-

keit, in der sich die Stadt befindet, darauf halten muß, daß die ausgeschriebenen Steuern auch eingehen. Es hat in den letzten Wochen naiverweise die Auffassung Platz gegriffen, daß die Steuern zwar auf dem Papier ständen, daß man aber beliebig gegen eine derartige Ausschreibung mit Einsprachen, Erklärungen oder Befristungsgesuchen ankämpfen könne. Ich habe im Rat der Stadt mit Erfolg die Auffassung vertreten, daß diese Auffassung auf einen ehernen Widerstand stoßen muß. Wohin soll es führen, wenn eine große Anzahl der Einwohner das Bestreben hat, die Veranlagung mit allen möglichen Rechtsmitteln anzufechten und die Zahlungstermine um ein halbes Jahr zu verschleppen, während die Stadt die Steuerzahlung vermißt, die sie selber so nötig braucht, weil sie zur Zahlung von Zinsen für Vorschüsse an die Staatsbank verpflichtet ist. Bei der schwierigen Lage der Stadt müssen wir uns um so mehr energisch auf den Standpunkt stellen, daß die Steuern nicht nur ausgeschrieben, sondern auch bezahlt werden müssen. Vielleicht ist es nicht müßig, bei den außerordentlich zahlreichen Gesuchen um Zahlungsbefristung diesen Hinweis zu geben. Hat jemand Erfolg mit seinen Rechtsmitteln, dann mag es ihm vergönnt sein, die nötigen Schritte zu tun, aber solange die Steuern ausgeschrieben sind, müssen sie auch bezahlt werden.

Stadtv. **Frede:** Daß Herr Kollege Tostmann darauf rechnet, daß seinem Ersuchen nachgegeben wird, kann ich mir nicht denken. Wohin sollte eine solche Maßregel führen? Allerdings sind die Genossenschaften im allgemeinen gemeinnützig; sie beruhen darauf, durch Zusammenschluß mehrerer das zu erreichen, was dem einzelnen nicht möglich ist. Wenn man nun aber den Baugenossenschaften ein solches Vorrecht in der Steuerfrage einräumen wollte, müßte man es auch bei andern Genossenschaften tun; dann dürften Konsumvereine, Kreditgenossenschaften usw. auch nicht besteuert werden. Das betrifft eine Frage von solcher Bedeutung, daß sie hier nicht ohne weiteres erledigt werden kann. Auch wenn der Antrag erst noch einer Kommission überwiesen werden würde, so würde doch nach meiner Überzeugung jeder sich von der Unmöglichkeit seiner Ausführung überzeugen. Den Baugenossenschaften werden schon wesentliche Vorteile in bezug auf billige Hypotheken gewährt, und das gönnen wir ihnen von Herzen, aber es geht nicht an, sie frei von dieser Besteuerung zu lassen. Würden wir die Genossenschaften von dieser Steuer freisprechen, so müßte das auch in bezug auf die andern geschehen, denn warum gerade nur von dieser? Es müßte dann das Thema angeschnitten werden, ob sie nicht überhaupt steuerfrei sein sollten und ebenso die andern Genossenschaften.

Stadtv. Tostmann: Die beiden Herren Vorredner haben mich nicht überzeugen können, daß es ungerecht wäre, wenn die gemeinnützigen Genossenschaften von Zahlung dieser Steuer befreit würden. Ich will zugeben, daß die Grunderwerbsteuer in der augenblicklichen Zeit der Stadt viel Geld einbringt, aber man muß doch bei dem Grunderwerb zweierlei unterscheiden: Daß jemand, der während der Kriegszeit sich genügend Geld gemacht hat und sich nun Grund und Boden oder Häuser kauft, zu einer solchen Steuer herangezogen wird, ist für mich selbstverständlich, denn solche Grundstücke werden in einer Woche drei- bis viermal verkauft und gehen durch mehrere Hände. Dies trifft aber nicht zu bei den Baugenossenschaften. Sie kaufen Grund und Boden, um Häuser für ihre Mitglieder darauf zu bauen. Müssen sie dabei eine besondere Steuer zahlen, so müssen sie diese Ausgabe selbstverständlich auf den Preis der Wohnungen aufschlagen. Heutzutage kommt der Bau von Häusern sowieso schon ziemlich teuer; wenn das durch Steuern noch mehr verteuert werden soll, muß man sich wehren. Wir tun ein gutes Werk, wenn wir diese gemeinnützigen Genossenschaften von dieser Steuer befreien. --

Wie ich höre, hat der Finanzausschuß über diesen Antrag, den ich vertrete, schon verhandelt und hat ihn glatt fallen lassen. Deswegen sehe ich die Zwecklosigkeit des Antrages ein und will gar keinen schriftlichen Antrag einreichen.

Stadtrat von Frankenber: Nachdem der Herr Antragsteller seinerseits den Antrag nicht mehr aufrecht erhält, ist es eigentlich müßig, wenn ich noch darauf hinweise, daß gerade die Stadt am allerwenigsten in der Lage wäre, in diesem Falle den Baugenossenschaften und andern gemeinnützigen Gesellschaften Zugeständnisse zu machen. Wenn man in dieser Richtung den Hebel ansetzen wollte, dann hätte es geschehen müssen, als die Reichsgrunderwerbsteuer vorbereitet wurde. Nachdem nun aber das Reich nicht auf eine solche Besteuerung verzichtet hat, sondern sie in einem viel höheren Betrage als die Stadt erhebt, kann die Stadt nicht in der Lage sein, ihrerseits den gemeinnützigen Gesellschaften die Grunderwerbsteuer zu erlassen.

Stadtv. Meyerhoff: Herr Tostmann sagte, wenn der Grundbesitz kurz hintereinander in dritte oder vierte Hand übergehe, so fände er es gerecht, daß eine Steuer erhoben werde. Soweit ich aber weiß, verkaufen die Baugenossenschaften ihre Häuser gar nicht, und so kommen sie gar nicht in die Lage, die Steuer zu tragen. Ebenso bleibt die Siedlungsgesellschaft in festem Besitz ihrer Grundstücke. Im übrigen trifft das zu, was Herr Frede andeutete: sie genießen den Vorteil, Kapital gegen 3 Prozent Verzinsung zu erhalten, während der feste Grundbesitz

5 Prozent zahlen muß. Ich könnte einer Bevorzugung der Baugenossenschaften bei dieser Besteuerung nicht zustimmen.

Stadtv. **Lehnert:** Herrn Meyerhoff ist ein kleiner Lapsus unterlaufen, indem es nicht zutrifft, daß wir Häuser kaufen, sondern nur Grund und Boden und es im Eigentum behalten. Die Herrschaften wissen genau, daß nie vorher so viele Auflassungen bei den Amtsgerichten erfolgt sind als jetzt, weil die Kriegsgewinnler ihre Gelder in solche Grundstückskäufe stecken. Es werden Phantasiepreise für Häuser bezahlt, und das Mieteinigungsamt ist die Stelle, wo sich die Herrschaften zusammentun, um ihre Verzinsung herauszubekommen. Nicht nur für unsere Branche beanspruchen wir die Ausnahme von der zur Beratung stehenden Besteuerung, sondern für sämtliche gemeinnützigen Baugesellschaften, auch für die Siedlungsgesellschaften, welche für die Krieger und Kriegsbeschädigten Häuser herstellen. — Herr Stadtrat von Frankenberg hat angeführt, die Schuld an der Besteuerung auch der gemeinnützigen Baugesellschaften läge daran, daß seitens der Nationalversammlung in dieser Sache nicht früh genug vorgearbeitet ist. Dazu meine ich: Wenn dort keine einsichtigen Köpfe vertreten sind, so tut es mir leid. Man sollte doch erwarten, daß auf dieser höchsten Warte des deutschen Volkes Personen vorhanden sind, die das Interesse der gemeinnützigen Gesellschaften vertreten, noch dazu, da vom Reiche fert und fort darauf hingewiesen ist: Wir müssen den Siedlungsgesellschaften sondernso viele Millionen zuschanzen für die heimkehrenden Krieger, damit diese sich wohl befinden. Herr Meyerhoff weiß, wie viele Familien keine Wohnungen haben, wenn aber auf die Weise noch eine Steuer mit 1 vom Hundert auferlegt wird, so ist es unmöglich, in der heutigen Zeit noch zu bauen. Herr Rasche weiß als Baubekannter, was es schon kostet, wenn nur ein kleiner Feuerherd aufgestellt werden soll. Bei diesen teuren Baupreisen sollte man alles vermeiden, was das Bauen noch erschweren kann.

Stadtv. **Wahrendorf:** Auch ich bin dagegen, daß den Baugenossenschaften in dieser Hinsicht ein besonderes Vorrecht gegeben wird. Ich will nicht bezweifeln, daß von den Kriegsgewinnlern das Geld zu Grundstücksankäufen angewendet wird. Aber als ein dem Baufach Angehöriger weiß ich auch, daß auch sehr viele Arbeiter sich Häuser gekauft haben. Das sind keine Kriegsgewinnler, jedenfalls aber Revolutionsgewinnler. Das möchte ich aus meiner Erfahrung heraus zur Steuer der Wahrheit feststellen, damit nicht nur einseitig Stände angegriffen werden, die sich hier nicht äußern können.

Stadtv. **Munte:** Nach den Ausführungen des Herrn Lehnert bin ich der Meinung, daß diese Steuer die Baugenossenschaften nicht so erheblich trifft, weil sie sich

nur Grundbesitz kaufen, der noch nicht bebaut ist. Es ist doch allgemein bekannt, daß ein Grundstück, das 10 000 *M* gekostet hat, wenn es noch unbebaut ist, im Werte auf 100 000 *M* steigt, wenn ein Haus daraufsteht. So müßten also die Baugenossenschaften auch bei dieser Steuer bestehen können, und es wird nicht nötig sein, für sie eine Extramurst zu braten.

Stadtv. Meyerhoff: Herrn Lehnert möchte ich erwidern, daß ich sehr wohl weiß, daß die Baugenossenschaften ihre Häuser nicht verkaufen; wohl ist das früher geschehen, heute aber nicht mehr. Aber gerade die Steuer auf Grund und Boden macht nicht so viel aus — Herr Munte hat mir das Wort vor dem Munde weggenommen —, sie ist so unbedeutend, daß sie nicht zu Buche schlägt, und ich möchte deshalb Herrn Lehnert wie Herrn Tostmann bitten, daß sie ihre Ansprüche zurückziehen. Nützen können sie der Gesellschaft mit diesem Antrage nicht.

Vorsitzender: Herr Tostmann hat seinen Antrag zurückgezogen. Herr Stegmann dagegen nimmt ihn wie der auf zu § 1 dieser Sitzung. Es soll dort heißen: „Die gemeinnützigen Gesellschaften, wie Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften usw. sind steuerfrei.“

Oberbürgermeister Hetemeyer: Nachdem der Antrag wieder aufgenommen ist, halte ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß rechtliche Bedenken gegen den Antrag geltend gemacht werden können. Unser Recht, durch Statuten unsere Verwaltung nach unserm Belieben zu regeln, wird immer mehr durch die Reichsgesetzgebung eingeschränkt. Das Reich nimmt das Steuerrecht für sich in Anspruch und bestimmt, was davon den Gemeinden überlassen bleiben soll, und das ist jetzt verteuft wenig. Hier wird gesagt: „Die Länder sowie mit Genehmigung der Landesregierung die Gemeinden . . . können zu der Steuer für ihre Rechnung Zuschläge erheben.“ Man kann danach sehr zweifelhaft sein, ob hier auch den Gemeinden das Recht eingeräumt wird, einen Teil der in ihrem Bezirk liegenden Grundstücke der Steuer zu unterwerfen und einen andern Teil frei zu lassen. Ich weiß nicht, wie das Staatsministerium, das die Sitzung zu genehmigen hat, darüber denkt, aber hinweisen darauf möchte ich doch.

Stadtrat von Franckenberg: Da der einmal in der Versenkung verschwundene Antrag nunmehr zu neuem Leben aufgetaucht ist, möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß bei einem derartigen Zugeständnis an gemeinnützige Baugesellschaften auch noch irgendwelche andere ähnlichen Veranstaltungen, die gleichfalls ihre Hände und Taschen verschlossen halten möchten, mit dem gleichen Wunsche an uns heranzutreten in der Lage wären. Ich erinnere z. B. an milde Stiftungen,

die heute genötigt sind, Grundstücke zu kaufen, weil sie früher benutzte räumen müssen, oder weil die alten Räume sich als ungeeignet erwiesen haben. Soll bei diesen, die doch ein gewisses Anrecht auf eine wohlwollende Behandlung seitens der Stadt haben, auch die Steuerpflicht wegfallen? Wie soll es bei religiösen Gesellschaften, bei Wohltätigkeitsvereinen, bei Volksbildungsbestrebungen gehalten werden? Denken Sie z. B. an ein solches armes Institut wie die Volkslesehalle, die mit den äußersten Schwierigkeiten rechnet. Sollen wir, wenn sie in der Lage wäre, ein Grundstück zu erwerben, die Steuer zulassen oder soll Befreiung eintreten? Sobald wir diese Frage antasten und je nach der Rechtspersönlichkeit und nach den finanziellen Verhältnissen des einzelnen Steuerpflichtigen mit zweierlei Maß messen wollen, kommen wir auf eine schiefe Ebene. Bei dieser Steuer müssen wir sagen: Sie wird nicht nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen erhoben, sondern ist eine Abgabe von dem Grundbesitzwechsel, und wo ein solcher stattfindet, muß die Steuer erlegt werden. Ich warne aufs dringendste vor einer andern Handhabung. So sehr Sie den Rat der Stadt auf Ihrer Seite haben, wenn Sie den Erwerb von Grund und Boden leichter machen wollen, so wird man bei der Grundbesitzwechselsteuer doch keine Ausnahme machen können. Ich erinnere Sie daran, wie man bei der Wertzuwachssteuer gehandelt hat. Wir haben gesagt: Wir halten uns an jeden Wertzuwachs, wo wir ihn antreffen. Ich möchte Sie bitten, nicht nur aus der Finanznot der Stadt heraus, sondern auch mit Rücksicht auf die Gleichmäßigkeit der Grunderwerbsteuer den Antrag des Herrn Stegmann abzulehnen.

Stadt v. Dr. **Jasper**: Es mag erwünscht erscheinen, die gemeinnützigen Gesellschaften bei der Erhebung der Besitzwechselabgabe zu bevorzugen, in Wirklichkeit aber diesem Wunsche Rechnung zu tragen, ist unserer Zuständigkeit entzogen. Ich schließe mich in dieser Beziehung den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters an. Die Stadt kann nur Zuschläge erheben, und „Zuschläge“ sagt, daß man an der Art der Besteuerung nichts ändern kann. Man mag bedauern, daß das Selbstbestimmungsrecht der Städte dadurch beschränkt ist, aber wir werden uns dem fügen müssen, genau so wie die Länder nicht in der Lage sind, die Grunderwerbsteuer in anderer Art zu erheben. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich aus dem Ausschuß mitteile, daß sowieso beabsichtigt ist, von Staats wegen die Verteilung der Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer und deren Zuschläge durch Landesgesetz zu regeln, so daß diese Satzung nur als vorbereitend anzusehen ist, als Material für das, was vom Landtage später zu erwarten ist.

Der Antrag Stegmann (Zusatz zu § 1) wird abgelehnt und darauf die gesamte Vorlage von der Versammlung angenommen.

10. Beseitigung verschiedener Straßenbäume.

Stadtv. H. **Riefe:** An den Rat der Stadt ist folgendes Schreiben des städtischen Tiefbauamtes über die Beseitigung verschiedener Straßenbäume eingegangen: „Schon mehrere Male ist diesseits die Anregung dazu gegeben, auf verschiedenen Straßen der Außenstadt, auf welchen die daselbst befindlichen Laubbäume zu nahe beieinander stehen und für die angrenzenden Häuser große Unzuträglichkeiten wegen der Entziehung von Licht und Luft hervorrufen, je den zweiten Baum zu entfernen. Da in der letzten Zeit nun wiederum aus den Kreisen der Anlieger derartiger Straßen Anträge auf Entfernung solcher Bäume an das Tiefbauamt gerichtet sind, und da außerdem das Holz dieser Bäume in diesem Winter, soweit es nicht als Nutzholz zu verwenden ist, zweckmäßig als Brennholz zur Abgabe an die Einwohner Verwendung finden kann, möchte ich dem Räte der Stadt anheimstellen, zuzustimmen, daß auf den nachfolgenden Straßen je der zweite Baum entfernt wird und in der angegebenen Weise Verwendung finden möge:

1. Geysostraße	32 Linden,
2. Nebenstraße	37 Ulmen,
3. Pockelsstraße	21 Kastanien,
4. Jerusalemstraße	22 Kastanien,
5. Gaußstraße	48 Kastanien,
6. Bülteweg	62 Kastanien,
7. Altwiekering zwischen Helmstedter Straße und Kastanienallee	39 Ulmen.

Ferner bitte ich zu genehmigen, daß die nachstehenden Bäume entfernt werden, die noch nicht abgestorben sind, aber an Stammfäule oder Gipfelfäule leiden und dem Straßenbilde kaum zur Zierde gereichen:

1. Frankfurter Straße	12 Ulmen, 31 Eschen,
2. Helmstedter Straße	4 Linden, 12 Eschen.

Sodann könnte die Fällung von 70 Linden und Kastanien auf der Herzogin-Elisabeth-Straße zwischen Kastanienallee und Riddagshäuser Weg als Vorbereitung für den demnächstigen Ausbau dieser Straße in Erwägung gezogen werden und außerdem die Fällung von etwa 200 Bäumen im Stadtpark, um bevorzugten Parkbäumen ein besseres Wachstum zu gewähren, und auch, um für den Rasen und die Unterholzpflanzung ein Gedeihen zu ermöglichen, das jetzt nahezu ausgeschlossen ist.“

Der Rat der Stadt ersucht um Zustimmung zu diesen Maßnahmen. Der Baukommission hat die Sache zur Vorberatung unterlegen, und es ist in der langen Praxis, die ich in der Versammlung durchgemacht habe, das erste Mal, daß ich erklären muß: Die Baukommission hat diese Anträge einstimmig abgelehnt, und zwar aus dem Grunde — wie auch der Herr Stadtbaurat Gebensleben befürwortet hat —, um der Baukommission Gelegenheit zu geben, die einzelnen Stellen zu besichtigen und dann erst im einzelnen Vorschläge zu machen.

Früher galt es als richtig, die Straßen, auch wenn sie nicht sehr breit waren, mit Laubbäumen zu bepflanzen, weil das als die Lungen der Stadt angesehen wurde, nur hat man häufig den Fehler gemacht, die Bäume zu dicht zu pflanzen. Wo das letztere der Fall ist, kann man sich auch wohl einverstanden erklären, jedesmal den zweiten Baum wegzunehmen, aber nicht so ohne weiteres. Nicht uninteressant ist ein Schreiben, welches der Lehrer Wolters in dieser Angelegenheit eingesandt hat, und da es mir von Wichtigkeit scheint, möchte ich um Entschuldigung bitten, daß ich es verlese.

„Es ist wider die Natur, wenn hundertjährige Linden etwa 3 bis 4 m über der Erde glatt geköpft werden und nun dastehen als traurige Zeichen einer unaussprechlich rohen Behandlung. Die Natur ist schön, ist vollkommen, — bis der verfeinerte, kunstsinige Mensch kommt mit Säge, Beil und Baumschere! Das ist welsche Art, das ist wahres Barbarentum, wie wir es sehen an den verschandelten Bäumen der Wolfenbütteler Straße, Hujarenstraße, am Altwiekring und Neustadttring, an der Andreaskirche, kurzum auf Schritt und Tritt. Wehe einem solchen Menschengeschlecht, das selbst seinen Kindern schon auf den Schulhöfen solche Abbilder von Unnatur, von Unschönheit täglich vor Augen führt und dadurch den kindlich reinen Sinn vergiftet und das Schönheitsgefühl und -empfinden täglich beleidigt und verdirbt.

Liebe zur Natur, Liebe zum Schöpfer dieser wunderbaren Natur und ein zartes Empfinden jeglicher Schönheit in derselben, das sind Höhepunkte für jeden Erzieher von jeher gewesen. Und hier in Braunschweig solch ein Unverstand!

Die Bäume sind von Anfang an zu eng gepflanzt, darum kann jeder zweite Baum ohne Bedenken fallen, ein Vorteil für die stehendenbleibenden, die nun weniger beschnitten zu werden brauchen. Die verehrten Stadtverordneten würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie hierfür ein kräftig Wörtlein einlegten. Ferner: An der Broikemer Straße stehen seit mehr denn zehn Jahren mehr oder weniger verfaulte Stämme alter, abgestorbener Apfelbäume, auch ein Zeichen von Unschönheit — ein Schlag ins Gesicht für jeden noch etwas Schönheitssinn und Naturliebe besitzenden Einwohner. — An der Kaiser-Wilhelm-

Straße würde man so etwas nicht dulden. -- Warum werden diese alten Stuten nicht umgemacht und vielleicht durch junge Birnbäume ersetzt? Hat doch die Jugend an einige schon Feuer gelegt, um -- unbewußt das Richtige treffend diese Schandpfähle zu vernichten. Es sind an der Südseite der Broitzemer Straße seit Jahren Bordsteine, und ein Schutz gegen das Hineingleiten in den Graben sind die Stämme auch nicht. Also fort mit diesen -- ganz gelinde gesagt scheußlichen Überresten einstiger Pracht!

Man lasse Waldbäume mit gewaltigen Kronen aus den Städten fort oder pflanze sie nur da, wo sie Raum genug haben zur vollen Entfaltung. Man pflanze Bäume, die kleinere Kronen bilden. Lieber einen Baum ganz entfernen, als alle verhandeln.

Zum Schluß: über welchen Reichtum würde heute die Stadt verfügen, wenn die Herren vom Bauamt seit 20, 30 Jahren statt der Kastanienbäume und Ulmen, Pappeln und Linden- oder Ahornbäume -- Walnußbäume auf den Schulhöfen angepflanzt hätten, auch auf die Gefahr hin, daß dieses oder jenes Kind einmal eine Nuß ergattert hätte. Ohne Versuchung -- keine Bewährung, das gilt auch für die Schulkinder, wenn vielleicht von irgend einer Seite gesagt werden sollte, die Schüler würden die Früchte abwerfen, sich zanken oder gar zum Lügen und Stehlen dadurch verleitet werden."

Man kann es nur begreifen, wenn ein Einwohner sich mit solchen Worten ins Zeug legt. Man glaubt beinahe, man habe etwas gelesen von Palmwäldern in Afrika, die sich ebenso darstellen sollen, wie es hier beschrieben wird. Unschön sieht es aus, wie die Bäume an der Sufarenstraße und auf dem Altwiekring behandelt sind.

Die Baukommission stellt sich auf den Standpunkt, den Rat, den Herr Stadtbaurat Gebensleben gegeben hat, zu befolgen: Erst eine Besichtigung der fraglichen Stellen vorzunehmen und dann den Rat aufzufordern, uns eine neue Vorlage zu unterbreiten.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich muß die Berichterstattung in etwas berichtigen. Das Referat hätte nicht gehalten werden sollen, denn es ist ein Beschluß in der Kommission überhaupt noch nicht gefaßt, sondern die Angelegenheit ist vertagt. Die Baukommission will erst dann einen Beschluß fassen, wenn die Besichtigung stattgefunden hat; es erübrigt sich für heute also eine Beschlußfassung.

Stadtv. Frede: Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich diese Eingabe auf den Stadtgärtner Michael zurückführe. Wenn aber der Stadtgärtner bei dieser Gelegenheit sein Wort nicht abgegeben hat, dann sind wir es ihm schuldig, ihm

Gelegenheit dazu zu geben. Es geht nicht an, daß man ohne weiteres die Wegnahme oder Gestaltung von Straßenbäumen zu dem Zwecke, daß die Einwohner Licht in ihre Wohnungen bekommen, verurteilt; es müssen beide Seiten gegeneinander abgewogen werden. Sicher hat Herr Wolters in seinem etwas überschwenglichen Schreiben im allgemeinen recht, wenn er sich gegen die Belassung von Baumstümpfen erklärt, wie sie so geschmacklos auf der Broitzemer Straße in einer Höhe bis zu 3 m stehen. Früher waren es Apfelbäume, und die Stämme dieser Bäume waren einmal weiß angestrichen. Man könnte vermuten, daß sie als Richtpfähle stehengeblieben sind, aber der Kalkanstrich ist seit langem vom Regen abgewaschen, und in der Dunkelheit kann man sich an den Stümpfen den Schädel einrennen. Wer nur Beulen davon abbekommen hat und glücklich um sie weggekommen ist, kann doch noch in den Graben fallen. Ich möchte wissen, wozu diese Pfähle dort noch stehen und weshalb nicht wieder Bäume angepflanzt werden. Bei der Besezung unserer Straßen mit Bäumen ist offenbar der Fehler darin zu suchen, daß von Anfang an bei der Anpflanzung der Bäume nicht der Gärtner gefragt ist, sondern daß die Bauverwaltung allein darüber bestimmt hat und entschieden keine glückliche Hand dabei bewiesen hat. Auf der südlichen Wilhelmstraße sehen wir nur ein elendes Leben bei den angepflanzten Bäumen. Es sind Waldbäume, Eichen. Wenn sie sich entwickeln, sind sie nicht am Platze, weil sie zu sehr verdunkeln. Früher standen dort Kugelakazien, die sich recht schön machten. Sie wurden allerdings auf die Dauer sperrig und mußten dann ersetzt werden. Bei dieser Anlage muß immerfort Ersatz geschafft werden und Schönes kommt dort doch nicht zustande; dabei wird die Anlage recht teuer. Ferner sieht man auf nicht genügend breiten Straßen Bäume stehen, die Blätter haben so groß wie Elefantenohren, wie das auf der Wilmerdingstraße der Fall ist. Der Trompetenbaum eignet sich wenig für Straßen, er fängt im Juni an zu grünen und wirft schon im September die Blätter ab. Wenn auf andern Straßen die Bäume längst grün sind, wenn z. B. auf der Sophienstraße der Rotdorn ausgeblüht hat, bekommt dieser Baum die ersten grünen Knospen. Wiederum scheint man in anderer Richtung zu weit zu gehen. Zum Beispiel sollen auf der Nebenstraße Ulmen niedergelegt werden, und soweit ich die Nebenstraße vor Augen habe, ist das nicht berechtigt, denn die Nebenstraße ist breit, und die Ulme trägt kleine Blätter. Die Eichen auf der Frankfurter Straße stehen nicht an den Stellen, wo Häuserreihen sind, sondern nach der Bahn zu, wo nur auf der einen Seite sich Häuser befinden und auf der andern Seite Schrebergärten. Diese Bäume sind statlich und geben ihr einen schönen, geschlossenen Charakter. — Ich möchte also bitten, den Stadtgärtner bei der Beurteilung dieser Fragen hinzuzuziehen. Man muß unbedingt wünschen, daß die Leute Licht in ihre Wohnungen bekommen.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Es ist in Aussicht genommen, daß bei der demnächstigen Besichtigung der Stadtgärtner hinzugezogen wird. Ich möchte heute nur bitten, solange mit der Besprechung zu warten, bis die Baukommission nach der Besichtigung in der Lage ist, hier über das Ergebnis derselben Bericht erstatten zu lassen.

Stadtv. **Stegmann**: Nachdem Herr Stadtbaurat Gebensleben erklärt hat, daß heute kein Beschluß gefaßt zu werden braucht, ist es überflüssig, unsere Zeit mit dieser Sache hinzubringen. Auch wenn wir heute die Debatte über diese Sache noch weiter fortsetzen, wird dasselbe doch in der nächsten Sitzung vorgebracht werden. Es kann auch nicht schaden, wenn wir heute einmal eine Stunde früher nach Hause kommen.

Stadtv. **Munte**: Ich möchte nur auf eins aufmerksam machen: Die Bäume müssen gefällt werden, wenn sie nicht im Saft stehen. Wenn jetzt die Sache noch 6—8 Wochen untersucht werden soll, dann kommt der März, und wir können das Holz nicht zu Nutzholz gebrauchen und auch kein gutes Brennholz davon machen. Ich möchte also bitten, in dieser Sache recht schnell zu arbeiten.

Stadtv. **Dr. Jasper**: Nach meiner Ansicht ist die Sache kurz zu erledigen. Der Herr Berichterstatter hat vorgetragen, daß die Kommission die Vorlage abzulehnen beantragt, und das ist bisher nicht widerlegt. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat etwas Gegenteiliges behauptet, aber im allgemeinen ist damit noch nicht der Gegenbeweis für die Stadtverordnetenversammlung erbracht. Nachdem über die Sache Bericht erstattet ist, könnte man wohl, auch wenn die Kommission anders beschlossen hat, einen Antrag aufnehmen, nicht in eine Nachprüfung einzutreten, sondern die Vorlage rundweg abzulehnen, und nach der Art und Weise, wie die Vorlage begründet ist, scheint mir das angemessen. Herr Frede hat an dem Beispiel verschiedener Straßen hervorgehoben, wie unangemessen der Vorschlag des Rates ist. Ich möchte noch andere Straßen anführen: Auf dem Altwiekring sind die Bäume weit von den Häusern entfernt, so daß es mit dem Licht im Hause nichts zu tun hat und nur eine Lungenfrage und eine Frage des Stadtbildes ist, ob sie stehenbleiben sollen. Ebenso ist es auf dem Bültenwege. Aber es jammert einen, wenn man die Bäume ansieht, und Herr Wolters hat darüber nicht zuviel gesagt. Es scheint mir bei der Frage der Beseitigung der Straßenbäume nicht der Stadtgärtner gefragt zu sein, sondern nur der Holzschläger. Herr Munte sagte, wir müßten Holz haben. Dann muß man den Antrag stellen: Jeder kann seinen Baum vor dem Hause abholzen. Ich hätte von Herrn Munte mehr erwartet, als daß er sagte: Herunter mit den Bäumen!

Vorsitzender: Herr Stegmann hat jetzt den förmlichen Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich muß nun bitten, mir eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung vorher noch zu gestatten. Herr Dr. Jasper hat darauf hingewiesen, daß ein Widerspruch in der Auffassung des Herrn Berichterstatters und des Herrn Stadtbaurats Gebensleben über den Beschluß des Ausschusses vorliegt, und dieser Widerspruch müßte seitens des Ausschusses geklärt werden. Herr Tostmann hat sich zum Wort gemeldet, und ich glaube, daß durch ihn als den Vorsitzenden des Bauausschusses uns Klarheit über den Beschluß gebracht werden kann. Erst nachdem können wir wissen, was wir mit dem ganzen Bericht anfangen können.

Stadtv. Tostmann: Ich hatte geglaubt, mit der Erklärung des Herrn Stadtbaurats wäre die Sache erledigt gewesen. Wenn die Richtigkeit seiner Mitteilung angezweifelt wird, so muß ich erklären, daß im Bauausschuß kein Beschluß gefaßt ist, sondern die Angelegenheit vertagt ist, bis der Spaziergang zur Besichtigung der Baumreihen beendet ist. Wenn Herr Dr. Jasper meint, wir sollten ohne weiteres über diesen Beschluß hinweggehen, so meine ich doch, daß es besser ist, wenn erst die Besichtigung vorgenommen wird. Es gibt einzelne Stellen, z. B. die Broitzemer Straße, wo die Bäume unbedingt weg müssen, und außerdem ist hervorgehoben, daß im Stadtpark Bäume gefällt werden müssen. Ich will aber nicht weiter sprechen, sonst würde ich damit wieder in die eigentliche Debatte hineingeraten.

Vorsitzender: Wünscht jemand gegen den Schluß der Debatte zu sprechen?

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte bitten, Herrn Munte Gelegenheit zu einer persönlichen Bemerkung zu geben.

Der Schluß der Besprechung wird angenommen.

Stadtv. Munte (persönliche Bemerkung): Ich weiß nicht, wie Herr Dr. Jasper dazu kommt, meine Ausführungen anzugreifen. Ich verstehe wohl Spaß, aber daß es Herrn Dr. Jasper kein Spaß war, sah man daraus, daß er immer mehr in Rage versetzt wurde, als er meinen Namen erwähnt hatte, und dazu habe ich ihm keine Veranlassung gegeben. Ich habe gar nicht gesagt, daß ich wünschte, die Bäume sollten gefällt werden, sondern nur: Wenn die Bäume gefällt werden sollen, dann sollte es nicht anders geschehen als ohne Saft. Die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper sind mir etwas unverständlich gewesen.

Stadtv. H. Niese (persönliche Bemerkung): Ich meine, es ist sehr gut, daß die Sache zum Vortrag gekommen ist. Was in der Kommission beschlossen ist,

weiß ich sehr wohl, aber die Sache war mir zu delikats, und es ist besser, daß wir wissen, um was es sich handelt.

Ohne weitere Abstimmung.

11. Gewährung von Sonderzulagen für die Knaben- und Mädchenhorte.

Stadtv. Rektor: Die hiesigen Knaben- und Mädchenhorte, welche der Privatwohlthätigkeit unterstehen, und zwar der Herzog-Leopold-Stiftung und dem Frauenverein für Mädchenhorte, haben für die Knabenhorte aus städtischen Mitteln eine Jahresbeihilfe von 2500 M und aus der Jüdelstiftung noch 2000 M und für die Mädchenhorte aus städtischen Mitteln 2050 M und aus der Jüdelstiftung 500 M erhalten. Für das laufende Jahr ist die Forderung an die städtische Unterstützung bedeutend höher, weil das Gehalt der Hortner und Hortnerinnen aufgebessert werden muß. Die bisher gezahlte Jahresvergütung von 450 M ist so minimal, daß die erbetene Erhöhung um 100 Prozent, rückwirkend vom 1. April 1919 an, für angemessen gehalten werden muß. Der Schulvorstand hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und empfiehlt, für das laufende Jahr 1919/20 1. für die Knabenhorte einen weiteren Zuschuß von 10 000 M und 2. für die Mädchenhorte einen solchen von 7000 M zu bewilligen. Eine Übernahme der Horte durch die Stadt hält der Schulvorstand nicht für empfehlenswert, wohl aber die Gewährung weiterer Zuschüsse. In diesem Falle hält er aber für erforderlich, daß mit Rücksicht auf die Höhe der Zuschüsse der Stadt ein weitreichender Einfluß in dem Vorstand der Horte eingeräumt wird. Endlich erklärt sich der Schulvorstand grundsätzlich mit der Umgestaltung der Horte einverstanden. — Diese Frage der Umgestaltung der Horte ist erst während der Debatte über die Gewährung der Zuschüsse aufgeworfen. Nach dem Ergebnis, welches die Besprechung dieser Frage im Schulausschuß gezeitigt hat, ist es nicht angebracht, heute auf die Einzelheiten einer solchen Umgestaltung näher einzugehen. Erst wenn die Vorverhandlungen so weit gediehen sind, daß wir die nötigen Unterlagen haben, wäre es Zeit, über diese Sache zu sprechen. Wir müssen versuchen, die Umgestaltung so vorzunehmen, daß die Kinder, die den Horten zugeführt werden, das Familienheim, das ihnen im Hause nicht gegeben werden kann, vollständig ersetzt bekommen. Durch den Krieg hat die Erziehung der Kinder so sehr gelitten, daß es notwendig ist, mit allen Mitteln danach zu streben, daß den Kindern, deren Eltern gezwungen sind, auf Arbeit zu gehen und ihre Kinder unbeaufsichtigt zu lassen, eine gehörige Aufsicht und Erziehung zuteil wird. Wenn die Umgestaltungsfrage in Fluß kommt, empfiehlt es sich, als sehr gutes Vorbild die Einrichtungen in der Stadt Charlottenburg ins Auge zu nehmen, wo die Horte ganz

vorzüglich sein sollen. Der Schulausschuß empfiehlt Ihnen heute, die 10 000 und 7000 *M* zu bewilligen und den Rat der Stadt zu ersuchen, auf schnellstem Wege mit der Umgestaltung dieser Orte vorzugehen.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Schulausschusses an.

12. Anlage einer Wasserzapfstelle für die Schrebergärten auf dem Franzischen Felde.

Stadtv. Notahr: Die Besitzer der Schrebergärten auf dem Franzischen Felde haben im vorigen Jahr recht schwer den Mangel an Wasser auf dem Franzischen Felde empfunden. Um dem Wassermangel dort abzuhelpen, sind schon verschiedene Bohrungen gemacht, aber ergebnislos verlaufen. Seitens des Tiefbauamtes war darauf geplant, von dem Kinderplatz an der Garnisonkirche bis zu der Grenze der Schrebergärten ein Wasserrohr zu legen; von der Ausführung dieses Planes ist aber der hohen Kosten wegen Abstand genommen. Das hölzellige Wasserrohr in einer Länge von 260 Metern zu legen, sollte 4060 Mark kosten. Es ist nun in Aussicht genommen, eine Wasserzapfstelle für die Schrebergärten in der Nähe des Kleinkinderplatzes einzurichten, deren Kosten auf 550 *M* veranschlagt sind. Im Ausschuß ist die Frage erörtert, ob es nicht doch möglich sei, die Zapfstelle in die Höhe der Schrebergärten zu legen. Es wurde darauf aber erklärt, daß heute die Legung eines so langen Wasserrohres mindestens einen Aufwand von 10 000 Mark beanspruchen würde. Auf Grund dieser Mitteilung hat sich der Bauausschuß einverstanden erklärt, nur die Anlage einer Zapfstelle in der Nähe des Kleinkinderplatzes vorzuschlagen, und bittet Sie, diesem Antrage zuzustimmen. Es soll außerdem noch ein Brunnenring eingebaut werden, in der sich Wasser sammeln kann, damit den Schrebergärtnern dort immer angewärmtes Wasser zum Begießen zur Verfügung steht.

Die Kosten für Anlage der Wasserzapfstelle werden bewilligt.

13. Neuregelung der Kohlenversorgung.

Stadtv. Jahns: In der Sitzung vom 18. Dezember ist aus der Mitte der Versammlung der Wunsch geäußert eine andere Kohlenversorgung vorzunehmen, indem man von denjenigen, die mehrere Kohlenhefte erhalten haben, einige einzieht, und die dadurch gewonnenen Kohlenmengen denjenigen zulegt, welche nur ein Heft erhalten haben. Es ist bekannt, daß an Ofenkarten Haushaltungen mit

einem heizbaren Zimmer 1 Heft über 10 Zentner erhalten haben, Haushaltungen mit 2—3 Zimmern 2 Hefte über je 10 Zentner, Haushaltungen mit 4—6 heizbaren Zimmern 3 Hefte und Haushaltungen mit mehr als 6 heizbaren Zimmern 4 Hefte. Bei der Verteilung der Kochkohlenarten hat die Größe der Wohnungen keinen Einfluß, es ist aber bezüglich des Kochkohlenverbrauchs auf den Verbrauch von Gas Rücksicht genommen. Wir hätten uns also lediglich mit der Frage der Verteilung der Ofenarten zu beschäftigen. Im Rechtsausschuß haben wir bei Besprechung der Sache auch erwogen, welches Ergebnis eintreten würde, wenn allen den Haushaltungen, die mehr als sechs heizbare Räume haben, das 4. Heft entzogen würde. Da von den 10 Arten eines jeden Kohlenheftes nicht alle beliefert werden, so kommt bei einer solchen Maßnahme nicht viel heraus: es werden dadurch im ganzen nur 2427 Zentner gewonnen. Das würde bei der Verteilung auf die ganzen 49 000 Haushaltungen in Braunschweig für jeden Haushalt sechs Pfund bringen. Ob das nun gerade der Effekt ist, der durch den Antrag erreicht werden sollte, das möchte ich dahingestellt sein lassen. Wenn wir weitergehen und auch von den Haushaltungen die 4—6 heizbare Zimmer haben und drei Hefte bekommen, das dritte Heft mit 10 Zentner einziehen wollten, auch dann würde der Erfolg nicht allzu groß sein, sondern für jede Haushaltung in der Stadt nur ungefähr $\frac{2}{3}$ Zentner Kohlen herauskommen. Es dürfte aber in Betracht zu ziehen sein, daß die großen Haushaltungen, die 4—6 Zimmer haben oder mehr, meist am kältesten wohnen, und es ist nicht immer gesagt, daß bei der Mehrlieferung von Kohlen von diesen Haushaltungen mehr Zimmer geheizt werden können als bei der Verwendung einer geringeren Kohlenmenge in den kleineren Haushaltungen. Die Räume in den größeren Wohnungen, die sich meist in Einfamilien- oder Doppelfamilienhäusern oder in Villen befinden, haben eine kältere Lage, da diese Häuser frei stehen, während die kleineren Wohnungen, besonders die in der Innenstadt, eng aneinander liegen, an sich wärmer und an Rubikinhalt geringer sind. Wir haben uns deshalb im Rechtsausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht angängig wäre und nicht im allerseitigen Interesse läge, wenn wir — wie der Herr Antragsteller gewünscht hat — auch dieses dritte Heft noch einziehen würden. Dagegen haben wir uns damit einverstanden erklärt, daß von denjenigen Haushaltungen, die über mehr als 6 heizbare Zimmer verfügen, das vierte Heft eingezogen wird. Ob das einen großen Wert hat, ist eine andere Frage. Der Rechtsausschuß bittet, seinem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Richter: In der vorigen Sitzung hatte ich mich damit einverstanden erklärt, daß uns über diese Sache eine Vorlage gemacht würde. Den eben vortragenen Vorschlägen des Rechtsausschusses kann ich aber insofern nicht zu-

stimmen, als man nur die vierte Kohlenart zur Einziehung bringen will. Es ist von dem Herrn Berichterstatter schon in recht verständlicher Weise gesagt worden, daß bei dieser Maßnahme nur 6 Pfund Kohlen mehr für die ganze Bevölkerung herauskommen würden. Das sollte nicht der Zweck meiner Anregung sein. Wenn der Ertrag bei Einziehung des vierten Kohlenheftes so gering ist, daß nur 6 Pfund mehr zur Verfügung stehen, dann bleibt schon nichts anderes übrig, als den Antrag zu stellen, daß auch das dritte Kohlenheft eingezogen wird, um letzten Endes für die anderen Bezieher den Kohlenbezug zu sichern. Ich bin am Montag zu einer Sitzung des Kohlenbeirates gewesen, und dort wurde rundweg erklärt, daß für Hausbrand nur eine 50prozentige Belieferung in Frage kommen könne. Danach können wir uns ausmalen, was wir zu erwarten haben. Es ist also angebracht, nur die Belieferung der Hefte 1 und 2 durchzuführen und die Belieferung der andern ausfallen zu lassen.

Bürgermeister Meyer: Schon vor einigen Wochen haben wir eingehend über die Sache gesprochen und ich habe deshalb nicht nötig, alles noch einmal zu wiederholen, doch sehe ich mich veranlaßt, einiges aus der Vorlage, was der Herr Referent nicht mitgeteilt hat, noch vorzutragen. Von den im ganzen 40 940 Haushaltungen in der Stadt Braunschweig haben seinerzeit auf Grund der Regelung der Kohlenversorgung zwei Hefte erhalten 21 800 Haushaltungen, drei Hefte 11 266 und vier Hefte 2427 Haushaltungen. Der Grund dafür, daß man bestimmten Haushaltungen eine größere Zahl von Kohlenheften als den andern gab, liegt darin, daß diese Haushaltungen in größeren Zimmern wohnten, die schwerer zu erwärmen waren als die kleineren Haushaltungen. Es ist nun der Wunsch, den Herr Richter neulich hier zum Ausdruck gebracht hat, im Beirat der Ortskohlenstelle geprüft worden, und dort war man einstimmig der Ansicht, daß man, wenn auch mit Widerstreben, zugestehen könnte, daß das vierte Heft eingezogen werden könnte, daß man aber Bedenken tragen müsse, auch das dritte Heft einzuziehen, da die Klagen über unzulängliche Belieferung aus dem Kreise der dadurch betroffenen Haushaltungen am stärksten in Erscheinung getreten wären. So wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß man von Einziehung des dritten Heftes absehen müsse, um diesen Kreisen nicht allzu nahe zu treten. Es ist schon in der Vorlage gesagt, daß durch Einziehung des dritten Heftes jeweilig bei Ingestellung eines Abschnittes der Kohlenarten 2427 Zentner gewonnen würden, und das macht natürlich bei Verteilung auf im ganzen 40 900 Haushaltungen nicht viel aus; man würde erst bei Inkraftsetzung von einer ganzen Reihe von Abschnitten die Belieferung der Allgemeinheit um einen Zentner vermehren können. Stärker ist die Wirkung, wenn man auch das dritte Heft einzieht. Es

handelt sich da um 11 260 Haushaltungen, in dieser Zahl sind die, die auch das vierte Heft bekommen, mit enthalten. Der Gewinn würde aber selbst bei dieser kräftigeren Maßnahme gegenüber den 40 900 Haushaltungen auch noch wenig ausmachen. Es würden drei Abschnitte freigegeben werden müssen, um für die Allgemeinheit ein Plus von $\frac{3}{4}$ Zentner zu erzielen, und erst bei Freigabe des vierten Abschnittes würde ein voller Zentner für jeden Haushalt der Gesamtbevölkerung herauskommen. Nun wissen wir, wie kläglich die Kohlenversorgung ist und daß wir schwerlich in der Lage sein werden, mehr als zwei Abschnitte in diesem Winter noch freigegeben zu können; augenblicklich sind wir noch in der Belieferung des dritten Abschnittes begriffen. Daraus läßt sich schließen, daß der Erfolg für die Allgemeinheit nur $\frac{1}{2}$ Zentner ausmachen wird. So ist der tatsächliche Nutzen auch bei Einziehung des dritten Heftes nur von untergeordneter Bedeutung, und der Rat der Stadt ist deshalb der Ansicht, er müßte mit Rücksicht auf diesen verhältnismäßig geringen Nutzen den Standpunkt des Beirates der Ortskohlenstelle teilen, und sich lediglich mit Einziehung des vierten Heftes einverstanden erklären, es aber ablehnen, auch das dritte einzuziehen.

Noch weiter auf die Sache will ich nicht eingehen. Es handelt sich um die grundsätzliche Auffassung, ob den Leuten, die in größeren und deshalb schwerer heizbaren Räumen wohnen, mehr Feuerung zugebilligt werden soll als den Leuten, die in kleineren Räumen wohnen. Ich möchte nur noch erwähnen, daß auch Herr Tostmann in der Sitzung des Kohlenbeirates unsern Standpunkt vertrat und erklärte, daß die Kreise, die Wohnungen von 4—6 heizbaren Räumen innehätten, unter der Kohlennot ganz besonders litten und er dafür sei, daß diese das dritte Heft behielten.

Stadtv. Frede: Der Antrag des Herrn Richter geht von der Annahme aus, daß sich die Inhaber kleiner Wohnungen bei der bestehenden Regelung der Kohlenversorgung schlechter stehen als die der größeren Wohnungen; aber den Beweis dafür kann er nicht liefern. Wir haben schon in der vorigen Sitzung und auch heute darüber gesprochen, wie die Heizungsverhältnisse in den kleinen Wohnungen liegen und die der größeren Wohnungen viel ungünstiger sind. Auf Grund der Erfahrungen bei den Gängen zur Wohnungsbesichtigung, die auch Herr Rector und Frau Schulze bestätigt haben — auch Herr Tostmann mußte das zugeben, ich bedaure, daß er augenblicklich nicht hier ist —, haben wir feststellen können, daß wir durchweg die kleinen Wohnungen warm, heiß, ja hier und da überheiß gefunden haben. In der Kannengießerstraße bin ich mit Herrn Tostmann in eine Dachwohnung gekommen; wir prallten erschrocken zurück vor der Hitze, konnten nicht hineingehen, und ich habe den Eltern Vorwürfe wegen der zu starken Heizung

machen müssen, denn die Atmungsorgane der Kinder, die sich in der Wohnung befanden, müssen in der Hitze überreizt werden. Solch eine Dachwohnung kühlt sich leicht ab, und sie so heiß zu machen erfordert eine Menge Feuerung, die doch vorhanden gewesen sein muß. Es ist ungerecht, wenn man so urteilt, wie es Herr Richter getan hat, als er zu seinem Antrage gekommen ist. Wir in unserer Gruppe sind auch gegen die Einziehung des vierten Heftes, aber wir wollen den Kommissionsbeschluß nicht gefährden und werden deshalb für ihn stimmen, denn wir sind der Meinung, daß das vierte Heft überhaupt nicht zum Zuge kommen wird. Erwähnen muß ich noch: Wenn man das Prinzip der Gleichheit in der Kohlenversorgung bei allen Haushaltungen, mögen sie kleine oder große Wohnungen innhaben, befolgen will, dann muß man auch dafür eintreten, daß nicht nur gewisse Gruppen der Bevölkerung Kohlen aus den Sonntagslieferungen bekommen dürften, sondern daß diese Kohlen benutzt werden, um eine Aufbesserung für alle zu schaffen.

Stadtverordneter **Munte** hat den **Vorsitz** übernommen.

Stadtv. **Stegmann**: Nach den Mitteilungen des Herrn Richter soll die Belieferung des Hausbrandes nur zu 50 Prozent möglich sein. Das sind trübe Aussichten für die Zukunft, es wird also noch schlechter werden als es bisher gewesen ist. Bei diesen Verhältnissen möchte ich auf einen Mißstand hinweisen, der bisher nicht erwähnt worden ist. Seit Monaten sind einige Nummern der Kohlenhefte zur Belieferung freigegeben, und ein Teil der Bevölkerung, und zwar die Besitzenden, weil sie die großen Bezieher sind, sind auch auf Grund ihrer Karten beliefert, aber viele der kleinen Leute haben die Kohlen bisher nicht bekommen. Inzwischen sind die Preise für Kohlen zweimal gestiegen, und diese Bedauernswerten, welche nicht beliefert sind, haben nicht nur frieren müssen, sondern haben auch noch das teure Holz kaufen müssen, und müssen jetzt, wenn sie auf die Karten, die vor Monaten freigegeben sind, die Kohlen bekommen, die teureren Preise bezahlen. Ich möchte den Rat der Stadt fragen, ob darin nicht ein Ausgleich geschaffen werden kann. Es ist doch empörend, daß diese nicht nur warten, sondern auch noch teurere Preise bezahlen müssen. Es scheint der Mißstand daher zu kommen, daß zuerst die großen Kohlenhändler beliefert werden, von denen die besitzenden Kreise ihre Kohlen beziehen. Diese großen Kohlenhändler nehmen die kleinen Leute nicht einmal gern als Kunden an, so daß die letzteren auf die kleinen Kohlenhändler angewiesen sind, die zuletzt beliefert werden. Könnten nicht alle Kohlenhändler gleichmäßig beliefert werden, wenn Ladungen ankommen? Ein anderes Beispiel ist mir bekannt, wo ein Kohlenhändler kolossale Quanten von

Kohlen liegen hat, aber seine Kunden nichts bekommen, jedenfalls um noch höhere Preise abzuwarten. Ich möchte den Rat um Auskunft über diese Sache bitten.

Bürgermeister **Meyer**: Daß die Verordnungsverhältnisse schlecht liegen, wissen Sie alle, und daß die Lieferung an die Kunden nicht schneller erfolgt, liegt daran, daß so wenig Kohlen eingehen. Aber so, wie der Herr Vorredner annimmt, wird die Verteilung an die Kohlenhändler nicht vorgenommen. Wir haben seinerzeit einen besonderen Ausschuß lediglich zur Verteilung der eingehenden Kohlen gewählt. Sobald eine Reihe der uns vom Reich zugewiesenen Bezugsscheine eingeht, tritt der Ausschuß zusammen, prüft sehr gewissenhaft das Bedürfnis der einzelnen Kohlenhandlungen und verteilt die vorhandenen Bezugsscheine anteilig nach dem Bedarf der Kohlenhändler. Nun ist es leider der Ortskohlenstelle nicht möglich, einen Einfluß auf den Eingang der einzelnen Ladungen zu gewinnen. Wenn ein Kohlenhändler aus einer Reihe 10 Scheine erhalten hat, so kann er das Glück haben, daß alle 10 Scheine in kurzer Zeit beliefert werden, es können aber auch 10—12 Wochen vergehen, ehe er die Kohlen alle erhalten hat. Es ist vorgekommen, daß Scheine rückständig gewesen sind aus vier Reihen. Es ist uns unerklärlich, woher das kommt, aber einen Einfluß darauf, dieses Übel abzustellen, haben wir nicht. Wir haben uns darüber beim Reichskommissar beklagt und gebeten, darauf hinzuwirken, daß die älteren Serien zuerst beliefert werden. Das ist uns auch zugesagt, aber doch bleiben immer wieder welche rückständig. Da die hereinkommenden Ladungen unter der Adresse des bei der Verteilung bestimmten Kohlenhändlers eingehen, so kommt es vor, daß trotz der sorgfältigsten Zuteilung der einzelne Kohlenhändler infolge des unregelmäßigen Einganges der Sendungen Not leidet. Wenn Herr Stegmann meint, es würden bestimmte Kohlenhändler bevorzugt und andere benachteiligt, so muß ich das entschieden bestreiten. Es beklagt sich überhaupt jeder Kohlenhändler über unzureichende Zuteilung. Ähnliche Wünsche, wie sie Herr Stegmann vorgetragen hat, kommen immer wieder; sie werden dem Verteilungsausschuß überwiesen und nach Möglichkeit berücksichtigt.

Herr Richter sagte, daß ihm die Mitteilung geworden sei, daß nur 50 Prozent des gesamten Hausbrandes mit Lieferung bedacht werden könnten. Ich kann ver-
raten, daß von diesen 50 Prozent schon geredet wurde, als die Kriegsamtsstelle in Hannover vor zwei Jahren eingerichtet wurde. Auch damals hieß es schon: „Ihr thut nur mit 50 Prozent desjenigen Quantums rechnen, das ihr sonst bezogen habt“, und wir hielten es für eine kolossale Kürzung. Jetzt aber sind wir schon lange unter 50 Prozent dessen angelangt, was wir im Frieden bezogen haben. Ich bin der Meinung, daß wir kaum 20 Prozent von dem haben, was wir im

Frieden bezogen haben. Ich kann aber nicht glauben, daß die Reichsstelle meint, wir sollten nur 50 Prozent von dem Kontingent bekommen, was uns für diesen Winter zugeteilt ist. Wenn das geschieht, erfrieren wir alle.

Im Anschluß hieran möchte ich noch mitteilen, daß der Eingang der Kohlen in den letzten Wochen dadurch sehr ungünstig beeinflusst ist, daß die Entente einen Ausgleich für eine unzulängliche Belieferung aus dem Monat November gefordert hat. Wir haben aus dem westfälischen Gebiet bis Mitte Dezember fast nichts mehr bekommen. Auch die Hoffnung, daß zu Anfang Januar die Lieferungen aus dem westfälischen Gebiet wieder einsetzen würden, ist getäuscht. Vielleicht hat das Ausbleiben der Lieferungen seinen Grund in den Festtagen, doch besteht daneben die Befürchtung, daß die Anlieferung der Kohlen jetzt durch den Eisenbahnerstreik gehindert wird. So ist es nicht ausgeschlossen, daß wir auch in den nächsten Wochen aus Westfalen wenig oder nichts bekommen werden. Das wäre sehr hart, da ein nicht unwesentlicher Teil unserer Bezugsscheine nach Westfalen gewandert ist und die Helmstedter Werke einen Ersatz nicht leisten können. In den nächsten Wochen kann also eine große Knappheit in Kohlen eintreten, und, um wenigstens das für die Haushaltungen Notwendigste zur Verfügung zu haben, wird es vielleicht nicht zu umgehen sein, vorübergehend die Bezugsscheine für die Kleingewerbetreibenden außer Kraft zu setzen. Wir haben vor zwei Jahren schon einmal von diesem Mittel Gebrauch gemacht, ohne daß die Stadtverordneten davon vorher benachrichtigt waren, was damals nicht mehr möglich war. In diesem Jahre können wir die Sache so früh übersehen, daß man die Maßregel hier zum Vorschlag bringen kann. Wir haben die kleinen Gewerbebetriebe mit Kohlen zu versorgen, und sie bekommen im großen ganzen Bezugsscheine zugewiesen. Das ist eine sehr erhebliche Belastung für die Stadt. Das Entziehen dieser Bezugsscheine ist an sich eine sehr betrübliche Sache, denn die kleinen Gewerbebetriebe laufen dadurch Gefahr, wenn sie nicht kleine Vorräte haben, den Betrieb vorübergehend stilllegen zu müssen. Wir haben dabei nicht etwa die Absicht, die Gewerbetreibenden dauernd ohne Bezugsschein zu lassen, sondern in dem Augenblicke, wo die Maßnahme getroffen wird, müßten in erster Linie für die Gewerbe, deren Weiterbetrieb für die Allgemeinheit von größter Bedeutung ist, neue ausgegeben werden. Durch die Maßnahme kommen wir zu einer gewissen Bewegungsfreiheit in der Abgabe der Kohlen an die Haushaltungen; hoffentlich braucht die Sperre nur auf acht bis vierzehn Tage ausgedehnt zu werden. Ich kann nur empfehlen, sich dazu zu entschließen, und möchte Sie bitten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wenn Kohlen nicht weiter zu bekommen sind, müssen uns die Haushaltungen am allernächsten stehen, und wenn die Maß-

nahme nicht unbedingt notwendig ist, wird sie überhaupt nicht angewandt. Die Großbetriebe werden von dieser Maßnahme nicht betroffen werden, denn diejenigen Betriebe, die mehr als 200 Zentner monatlich verbrauchen, werden bekanntlich durch die Landeskohlenstelle beliefert, und zu diesen Betrieben gehören auch unser Gaswerk und das Elektrizitätswerk. Gleichwohl haben wir unter den durch uns zu beliefernden Betrieben solche, die für unseren verhältnismäßig geringen Kohlenbezug als große Betriebe bezeichnet werden können. Ich möchte in dieser Beziehung auf die Hotels hinweisen, unter denen es einige gibt, die monatlich 500 bis 700 Zentner Kohlen gebrauchen, davon jetzt aber nur 300 bis 400 Zentner erhalten. Das Gaswerk hat in letzter Zeit ebenfalls unter der Kohlenknappheit leiden müssen. Wir haben die Mitteilung bekommen, daß nur noch 38 Tonnen Kohlen vorhanden sind, und das reicht noch nicht einmal für einen Tag aus. Wenn nicht inzwischen Kohlen für das Werk eingegangen sind, muß es stillgelegt werden. Gegen solche Verhältnisse sind wir machtlos.

Während dieser Rede hat Herr Stadtv. W. **Niese** den **Vorsitz** wieder übernommen.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich wollte mich gegen den Antrag des Herrn Richter wenden, auch die 3. Karten einzuziehen. Wer wohnt denn in den Häusern, wo die Haushaltungen vier Zimmerheizungen bekommen? Nur sehr reiche und bemittelte Leute sind dort nicht zu finden, sondern auch Leute aus dem Mittelstande, z. B. Gewerbetreibende, und auch Anhänger des Herrn Richter werden in Mengen darunter zu finden sein. Alle diese Leute werden mit dem einen Schlage schon sehr geschädigt sein, daß sie nicht mit Gas kochen können; dann noch das Kohlenheft Nummer 3 einzuziehen, halte ich nicht für angängig. Um ein Beispiel dafür anzuführen, möchte ich mitteilen, was im Mieteinigungsamt in einer Klage entschieden ist, in der ein Hausbesitzer von der Lieferung der Zentralheizung befreit sein wollte. Es gibt Anordnungen, die eine solche Befreiung möglich machen. Es handelt sich um Neunzimmerwohnungen, also ganz große; die Mieter haben schon zwei Klagen auf Lieferung der Heizung durch die Zentralheizung in der Schwebe, der Hausbesitzer legt dar, daß er durch die Lieferung der Beheizung ruiniert werden würde. Da ist von uns folgender Vorschlag gemacht, der von den Parteien angenommen ist: Es wird dem Vermieter aufgegeben, dafür zu sorgen, daß in jeder Wohnung zwei Öfen stehen, dann soll er von der Besorgung der Zentralheizung befreit sein. Aus diesem Beispiel können Sie ersehen, wie sehr sich die Leute in den großen Wohnungen einschränken müssen. Wenn Herr Richter dies bedenkt und in Betracht zieht, wer denn die Bewohner dieser 11 000 Wohnungen mit vier Zimmerheizungen sind, dann wird er uns zustimmen. Ich

könnte mich nur damit einverstanden erklären, daß den 2400 größten Haushaltungen das vierte Heft entzogen wird, zu Weiterem aber könnte ich mich nicht entschließen.

Stadt v. Lehnert: Ich möchte auf eines aufmerksam machen, was die von Herrn Frede angeführte Brikettverteilung an die Minderbemittelten betrifft. Wie liegt denn die Sache? Die Belegschaften der Grube Treue haben Sonntagsförderungen vorgenommen, und es ist beschlossen, daß das Ergebnis dieser Förderungen der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen soll, und zwar war gemeint, daß alle diejenigen beliefert werden sollten, die ein Einkommen unter 5000 *M* haben. In der für die Verteilung maßgebenden Sitzung wurde von Herrn Bürgermeister Meyer klargelegt, daß es besser sei, nicht gleich bis zu einem Einkommen von 5000 *M* zu gehen, sondern erst einmal bis zu einem Einkommen von 2700 *M*. Da war es Herr Marschner und meine Wenigkeit, die darauf hinwiesen, erst einmal bis 3000 *M* zu gehen, und nachdem diese Gruppe durchgeliefert war, sind wir auf die übergegangen, die bis zu 4000 *M* Einkommen haben. Eine Bevorzugung hat durch diese Lieferung nicht stattgefunden, sondern es ist nur den Bedingungen der Belegschaft Rechnung getragen. Wir waren uns auch einig darüber, daß wir nach der Statistik bei der Festsetzung des Einkommens derjenigen, die an diesem Bezuge teilnehmen sollten, nicht höher gehen konnten.

Herr Bürgermeister Meyer führte an, daß 11 200 Haushaltungen für das Heft 3 in Betracht kommen, und daß, wenn zwei Karten zur Belieferung ausgeschrieben würden, 22 400 Zentner daraus aufkommen würden. Wenn wir nur das vierte Heft der 2427 Haushaltungen nehmen, wird das zutreffen, was der Herr Berichterstatter darüber ausgerechnet hat, und das bringt fast gar keine Hilfe. Nun wird fort und fort darauf hingewiesen, daß es in den kleineren Wohnungen wärmer ist. Aber soweit schätze ich Herrn Frede als Mathematiker ein, daß er weiß, daß kleine Räume bedeutend leichter geheizt werden können als große. (Heiterkeit.) Warten Sie nur ab, was ich sagen will! Wodurch ist es denn überhaupt möglich gewesen, diese kleinen Räume zu heizen? Nur dadurch, daß die Inhaber dieser kleinen Wohnungen hinausgegangen sind und die Stuken geholt haben. Wenn Sie aufmerksame Beobachter gewesen wären, hätten Sie sonntags und wochentags sehen können, daß die Leute nach der Buchhorst gegangen sind, die Stuken ausgerodet und hereingebracht haben. Sie hatten das Vergnügen, daß sie sich an dieser Arbeit dreimal wärmen konnten, zuerst als sie die Stuken aus der Erde holten, dann als sie sie zerkleinerten, und schließlich dann, als sie sie in den Ofen steckten. Erfolg von einer Einziehung der Kohlenhefte wird nur dann zu erzielen sein, wenn Sie auch das dritte Heft einziehen, und

darum möchte ich Sie ersuchen. Wir wissen, daß ein großer Teil der Bevölkerung, der vier heizbare Zimmer hat, darauf angewiesen ist, diese an Altermieter abzugeben. Ich weiß nicht, ob Sie gelesen haben, was aus Hannover geschrieben ist, daß es ausgeschlossen ist, noch weitere Kohlen herzubekommen, wenn der Kanal zufriert. Was dann eintreten wird, weiß ich nicht. Schuld an diesen ganzen Verhältnissen tragen Ihre Parteigenossen dadurch, daß sie den Krieg verlängert haben. Es ist eine Tatsache, daß nur durch das, was die Alldeutschen getrieben haben, wir jetzt in diesen Sumpf hineingeraten sind. Ihre Parteigenossen tragen einen großen Teil der Schuld, daß wir in der Misere sind, in der wir uns jetzt befinden, und das können Sie nicht abwaschen.

Stadtv. Jahns: Ich höre eben, daß man bei denjenigen, die von der Sonntagsförderung etwas bekommen sollten, zuerst bis zu einem Einkommen von 3000 *M* gehen wollte, und daß man nur bis zu einem Einkommen von 2700 *M* gegangen ist. (Zuruf: Umgekehrt!) Ich glaube, unter denjenigen, die ein Einkommen von 3000 *M* haben, sind eine ganze Menge, die vier heizbare Zimmer haben. Die Zimmer in den neuen Wohnungen sind alle heizbar und eine Vierzimmerwohnung ist kein großer Komfort. Wenn Sie diesen Leuten auf der einen Seite einen Zentner Bricketts als Extrazuschuß geben und auf der andern Seite das dritte Heft wegnehmen, so glaube ich nicht, daß Sie Ihren Herrschaften damit einen großen Gefallen tun. Ihre Genossen werden zum großen Teil vier heizbare Zimmer haben, auch auf der Voigts-Rheßstraße wohnen Ihre Freunde, und auch diese werden getroffen, wenn Sie dem Antrage des Herrn Richter zustimmen.

Stadtv. Richter: Alle die Ausführungen, die bisher gemacht worden sind, haben mich nicht überzeugen können, daß es richtig ist, meinen Antrag zurückzuziehen. Gerade die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer, daß man vielleicht dazu übergehen müsse, den Gewerbebetrieben Kohlen zu entziehen, bringen mich um so mehr dazu, auf meinem Antrage bestehen zu bleiben. Aus den Ausführungen des Herrn Jahns klang es so, als ob bei den Minderbemittelten die größten Wohnungen vorhanden wären, und andere Herren meinten, daß die Meistbemittelten in ihren Wohnungen frieren müßten. So weit geht die Sache denn doch nicht. Für drei heizbare Zimmer werden zwei Hefte ausgegeben, und drei Hefte für eine Wohnung mit 4—6 heizbaren Zimmern. Das schließt aber nicht aus, daß noch mehr Räume in diesen Wohnungen vorhanden sind. Die Ausführungen des Herrn Meyerhoff über die großen Wohnungen mit Zentralheizung haben zur Evidenz erwiesen, daß es mit einer Zweizimmerheizung geht, da man in diesen Wohnungen mit zwei Heizungen auskommt. Wenn Herr Frede

ausführte, daß er in der Kammengießerstraße in ein äußerst gut geheiztes Zimmer gekommen ist, so will ich das nicht bestreiten; es ist aber wohl der Fall gewesen, daß diese Leute gerade einmal in den Besitz von Kohlen gekommen sind und sich einmal ein regelrecht warmes Zimmer machen wollten. Herr Frede weiß und hat es selbst gesagt, daß sich solche Dachwohnungen leicht abkühlen, und so sind die Leute, die dort wohnen müssen, um so schlimmer daran, weil solche Wohnungen dauernd geheizt werden müssen und aus dem Grunde die Leute mit ihrem Heizmaterial um so eher auf dem trockenen sind. Leute, die über sechs heizbare Räume verfügen, sind in unsern Kreisen nicht zu finden. Es wird wohl vorkommen, daß unsere Kollegen eine Vier- bis Fünfsimmerwohnung bewohnen, dabei werden aber höchstens drei heizbare Zimmer in Frage kommen. So werden die Wohnungen doch nicht gebaut, daß alle Räume beheizt werden können. Wenn aber jemand eine Sechszimmerwohnung benutzt, dann ist die finanzielle Grundlage des Inhabers eine derartige, daß er in der Lage ist, sich mit Holz oder Torf einzudecken zu können, und das trifft bei der Arbeiterschaft nicht zu. Dauernd steigen die Kohlenpreise, und auch ein Zentner Holz ist für 15 *M* nicht mehr zu haben. Betrachten Sie dagegen die Verdienstmöglichkeit, so müssen Sie sagen, daß die minderbemittelte Bevölkerung nicht in der Lage ist, die Brennstoffe zu beschaffen, um ihre Wohnungen dauernd durchheizen zu können. Aus allen diesen Gründen komme ich nicht dazu, meinen Antrag auf Einziehung des dritten Kohlenheftes zurückzuziehen. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrage zu, dann kommen die übrigen Wohnungen auch mehr zum Bezuge, und im ganzen wird sich der Bezug ausgleichen.

Bürgermeister **Meyer**: Ich möchte nur klarstellen, was unter der Zahl der heizbaren Zimmer zu verstehen ist. Die Angabe über die heizbaren Zimmer ist in der Regel so gemeint, daß auch die Küche als heizbares Zimmer bezeichnet wird. So hat die Gruppe I nur ein heizbares Zimmer oder eine Küche. Die III. Gruppe, die drei Hefte bekommen hat, besitzt 4—6 heizbare Räume inklusive der Küche, die kleinste Wohnung dieser Gruppe hat also eine Küche und drei heizbare Räume. Daraus ist zu entnehmen, daß eine große Zahl von Leuten, die durchaus keine große Wohnung haben, mit unter der Entziehung des dritten Heftes leiden müßten. Noch mehr würden aber diejenigen leiden, die eine Wohnung von mehr als sechs heizbaren Räumen haben, weil, wie ich annehme, die Räume dieser Wohnungen größer sind und deshalb zur Erwärmung mehr Feuerung beanspruchen. Ich kann nicht umhin, nochmals zu betonen, daß es ausgeschlossen ist, ein größeres Zimmer mit dem gleichen Kohlenquantum zu heizen wie ein kleineres.

Zum Schluß möchte ich erwähnen, daß die Holzvorräte auf unserm Lager-

plätze jetzt so erheblich sind, daß wir imstande sein werden, bei Beginn der neuen Nummernfolge jedem Haushalt 2 Zentner Holz auf einmal abzugeben. Wir haben 4000—5000 Kubikmeter Holz liegen, ein großer Teil davon ist schon zerschnitten, so daß die Abgabe nachher glatt vonstatten gehen wird.

Stadtv. Reifner: Ich möchte nur ganz kurz auf die verschiedenen Größen der Wohnzimmer aufmerksam machen. Es gibt Wohnzimmer von 35 Kubikmeter Inhalt und auch solche von 80 Kubikmeter. Eine Durchteilung der größeren Zimmer wegen der Kohlennot vorzunehmen, ist nicht möglich, sonst würde der Ofen in dem einen Teil stehen und die Fenster in dem andern liegen. So muß schon der ganze Raum beheizt werden, und der ist bei der Größe und dem Kohlenmangel nicht warm zu kriegen. Bei Wohnungen mit weniger Zimmern ist die Raumgröße der einzelnen Zimmer gewöhnlich kleiner als in den Wohnungen mit mehr Räumen. Deshalb stellt sich die Lage der Inhaber der größeren Wohnungen ungünstiger und ich bin aus dem Grunde nicht in der Lage, dem weitergehenden Antrage zuzustimmen.

Der Einziehung des vierten Kohlenheftes stimmt die Versammlung zu, die Einziehung des dritten Kohlenheftes wird abgelehnt.

14. Bewilligung eines Zuschusses an die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen.

Stadtv. Reifner: Diese Sache betrifft die Interessenvertretung der Auslandsdeutschen. Der Rat der Stadt schreibt darüber: „Nach der Bekanntmachung vom 15. November dieses Jahres sollen bei Festsetzung der Entschädigungen, die das Reich den Auslandsdeutschen für den Verlust ihrer Habe infolge des Krieges gewähren muß, die Interessenvertretungen der Auslandsdeutschen in weitestem Maße herangezogen werden. Der Bund der Auslandsdeutschen hat in den größeren Städten Ortsgruppen eingerichtet, so auch in Braunschweig. Die hiesige Ortsgruppe will die Unterstützungs- und Entschädigungsanträge der im Lande Braunschweig wohnenden Auslandsdeutschen bearbeiten. Sie muß dazu eine besondere Geschäftsstelle einrichten, für die wir der Ortsgruppe einen Raum im Hause Hagenmarkt 13 zur Verfügung gestellt haben. Der Ortsgruppe stehen zur Zeit keine Mittel zur Verfügung, um den Geschäftsführer zu bezahlen und die sonstigen Unkosten zu tragen. Die meisten der im Inlande befindlichen Auslandsdeutschen sind auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angewiesen. Die Ortsgruppe hat deshalb gebeten, ihr aus städtischen Mitteln einen Betrag

von etwa 3000 *M* zur Deckung der Kosten der Geschäftsstelle zu überweisen. Wir haben uns einstweilen bereit erklärt, den Stadtverordneten die Bewilligung von 2000 *M* zu empfehlen, wenn der Staat oder die übrigen Kommunalverbände die restlichen 1000 *M* übernehmen mit Rücksicht darauf, daß die Einrichtung der Geschäftsstelle auch den außerhalb der Stadt Braunschweig aufhältlichen Auslandsdeutschen zukommt. Nach dem Schreiben des Staatsministeriums vom 29. Dezember ist die Zahlung der 1000 *M* sicher."

Es wird in der Begründung der Vorlage noch darauf hingewiesen, daß zu hoffen ist, daß die Geschäftsstelle namentlich der städtischen Flüchtlingsfürsorge manche Arbeit abnimmt und daß, je schneller und besser die Entschädigungsanträge bearbeitet werden, um so früher mit der Auszahlung der Entschädigung und der Einstellung der jetzigen Unterstützung durch die städtische Flüchtlingsfürsorge gerechnet werden kann. Die Dauer der Tätigkeit der Geschäftsstelle wird auf 6—8 Monate geschätzt, und als Geschäftsführer ist ein Auslandsdeutscher in Aussicht genommen, der zum 1. Januar erwerbslos geworden ist und über die in Frage kommenden Verhältnisse gut unterrichtet ist. Der Rat der Stadt beantragt, zuzustimmen, daß der hiesigen Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen zur Einrichtung und Unterhaltung einer Geschäftsstelle ein Betrag bis zu 2000 *M* aus städtischen Mitteln gewährt wird. Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt und empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

Ein Betrag bis zu 2000 *M* wird für den genannten Zweck verwilligt.

15. Ersatzwahl eines Beisitzers für das Mieteinigungsamt.

Stadtv. **Jahns**: Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, für den verstorbenen Kollegen Marschner einen andern Vertreter der Vermieter in das Mieteinigungsamt zu wählen. Im Rechtsausschuß ist die Sache besprochen, aber die Fraktionen haben dort keine Vorschläge machen können. Namens der Fraktion des Landeswahlverbandes, der Kollege Marschner angehört hat, schlage ich Herrn Wahrendorf vor, während die deutsche demokratische Fraktion Herrn Reutner Fritz Bape, Helmstedter Straße 83, zum Vorschlag bringt. Ich darf dazu erwähnen, daß Herr Wahrendorf Stadtverordneter ist, während Herr Bape unserm Kollegium nicht angehört. Es ist ja aber nicht nötig, daß das Mitglied des Mieteinigungsamtes Stadtverordneter ist. Der Rechtsausschuß hat zu der Personenfrage nicht Stellung genommen; ich muß deshalb anheimgeben, die Wahl hier vorzunehmen.

In der Zettelwahl erhält Herr Währendorf 11 Stimmen, Herr Bape 16 Stimmen, 1 Zettel war unbeschrieben. Herr Rentner Bape ist somit gewählt.

16. Wahl von Beisitzern für das Rechtsfriedensamt.

Stadt v. **Jahns:** Nach der Satzung des Rechtsfriedensamtes sollen die Beisitzer des Rechtsfriedensamtes auf die Dauer von drei Jahren durch die Stadtverordneten gewählt werden. Der Rat der Stadt überreicht der Versammlung ein Verzeichnis der von der Handelskammer, der Handwerkskammer und dem Gewerkschaftskartell als Beisitzer vorgeschlagenen Personen und ersucht auf Grund dieser Vorschläge zunächst 18 Personen zu wählen. Sollte eine Erweiterung der Liste mit der Zeit sich als notwendig erweisen, so wird der Rat entsprechende Anträge stellen. Es erscheint aber zweckmäßig, die Liste nicht gleich zu groß zu gestalten, um die Heranziehung aller Beisitzer zu ermöglichen und so ihr Interesse an der Einrichtung zu wecken und rege zu erhalten.

Ferner ersucht der Rat, sich damit einverstanden zu erklären, daß diesen Beisitzern die gleiche Entschädigung für Zeitverräumnis gewährt wird wie den Beisitzern des Kaufmanns- und Gewerbegerichts und des Mieteinigungsamtes, nämlich 5 *M* bzw. 7,50 *M*. Außerdem sagt die Vorlage, daß mancher Gläubiger, der das Mieteinigungsamt in Anspruch nimmt, wünschen werde, daß ihm der abgeschlossene Vergleich die gleiche Sicherheit für die Verwirklichung seines Anspruchs bringt wie ein Prozeßvergleich, das heißt, daß aus dem Vergleiche vor dem Rechtsfriedensamt wie aus dem Vergleiche vor Gericht nötigenfalls die Zwangsvollstreckung betrieben werden kann. Das wäre unschwer zu erreichen, wenn der Leiter des Rechtsfriedensamtes in bürgerlichen Streitigkeiten zum Schiedsmann für den Stadtbezirk bestellt würde. Das hält der Rat für zweckmäßig und auch möglich, zumal die jetzigen Schiedsmänner kaum jemals in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, sondern nur zu Sühneverhandlungen bei Beleidigungen und Körperverletzungen angerufen werden. Bevor der Rat der Stadt den Stadtverordneten den Antrag stellt, den Leiter des Rechtsfriedensamtes zum Schiedsmann zu wählen, will er durch Verhandlungen mit dem Staatsministerium die Rechtsfrage klären, ob eine Teilung der Schiedsmannsgeschäfte in dem angedeuteten Sinne möglich ist, und wird dann gegebenenfalls auf die Sache zurückkommen.

Für die Liste der Beisitzer werden seitens der Handwerkskammer vorgeschlagen: Schneiderhermeister A. Blume, Malermeister H. Flügge, Schlossermeister Karl Knopp, Maurermeister Wilhelm Krause, Schlachtermeister H. Linke, Bäckermeister Th. Gartung,

seitens des Gewerkschaftskartells: Gewerkschaftsbeamter W. Voß, Schlosser O. Fischer, Arbeiter W. Böhmke, Sekretär R. Vöhr, Eisenbahnarbeiter A. Vorhers, Krankenkassenbeamter O. Grotewohl,

seitens der Handelskammer: Kommerzienrat Max Gutkind, Kaufmann Karl Ohms, Kaufmann Karl Wenning, Kaufmann Ernst Camehn, Fabrikant Franz Brückmann, Fabrikant Ernst Weber.

Da weitere Vorschläge nicht gemacht sind, so hat sich der Rechtsausschuß gesagt, daß die Herrschaften aus den genannten drei Korporationen am besten beurteilen können, wer aus ihren Reihen zum Vorschlag gebracht werden soll, und so gebe ich namens des Rechtsausschusses anheim, diesen Vorschlägen zuzustimmen.

Die Versammlung ist mit den vorgetragenen Vorschlägen einverstanden.

17. Beseitigung veralteter Öfen und Apparate auf dem Gaswerk Bahnhofstraße.

Vorsitzender: Es wird den Herrschaften bekannt sein, daß das Gaswerk an der Bahnhofstraße stillgelegt ist. Der Teil desselben, der bisher im Betriebe gewesen ist, wird wieder betriebsbereit hergerichtet, der übrige Teil aber ist so schlecht und veraltet, daß selbst, wenn wir über größere Kohlenzufuhren zu verfügen hätten, eine gehörige Ausnützung der Öfen nicht mehr gewährleistet ist. Die Wiederinbetriebnahme dieses Teiles würde sich daher auch in Zukunft nicht mehr aufrechterhalten lassen. Weil nun aber jetzt die Preise der Altmaterialien sehr hoch sind und immer noch eine gewisse Anzahl Arbeitskräfte frei sind, empfiehlt die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke, die in Frage stehenden Öfen nach Maßgabe der verfügbaren Arbeitskräfte abzureißen und das dabei gewonnene Altmaterial zu veräußern. Der Rat der Stadt stimmt dem zu und wendet sich an die Stadtverordneten mit dem Anheimgeben, der gedachten Maßnahme gleichfalls zuzustimmen.

Die gewünschte Zustimmung wird erteilt.

18. Änderung des § 7 über die hausgewerbliche Krankenversicherung.

Stadtv. Jahns: Der Rat der Stadt hat den Stadtverordneten einen Antrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse zugehen lassen zwecks Änderung des § 7 des Statuts über die hausgewerbliche Krankenversicherung vom 28. Dezember 1916. Der § 7 dieses Statuts lautet: „Die Beiträge für die Hausgewerbe-

treibenden und die von ihnen beschäftigten hausgewerblichen Arbeiter werden auf 4 vom Hundert des Ortslohnes festgesetzt und für jede Woche berechnet." Bei der Aufstellung des Voranschlages für das Jahr 1920 durch die allgemeine Ortskrankenkasse Braunschweig hat sich nun herausgestellt, daß die Beiträge der hausgewerblich beschäftigten Mitglieder nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben dafür zu decken. Einer Einnahme von 25 720 *M* steht eine voraussichtliche Ausgabe von 39 021 *M* gegenüber. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus den Beträgen für ärztliche Versorgung, Arzneikosten, Pflegekosten in den Krankenhäusern und Kliniken für die Versicherten usw. Die Einnahmen aus den Beiträgen der 136 männlichen und 406 weiblichen Versicherten würden bei 4 vom Hundert eine Mindereinnahme von 13 751 *M* ergeben, so daß eine Erhöhung der Beiträge auf 5½ vom Hundert erforderlich würde. Da nun den Pflichtmitgliedern der Ortskrankenkasse seit dem 31. Dezember 1917 ebenfalls eine Beitragspflicht von 5½ vom Hundert auferlegt worden ist, so kann diesen billigerweise nicht zugemutet werden, den Fehlbetrag der hausgewerblichen Versicherung zu decken. Wenn auch durch diese Erhöhung von 4 auf 5½ vom Hundert bei der jetzigen Mitgliederzahl das zu erwartende Defizit für die hausgewerbliche Versicherung nicht ganz gedeckt werden sollte, so dürfte es sich doch nicht empfehlen, über diesen Satz von 5½ vom Hundert hinauszugehen, weil das eventuell zu Unzuträglichkeiten gegenüber andern Versicherten führen könnte. Der Rat der Stadt schlägt deshalb vor, den Beitrag der hausgewerblichen Beschäftigten demnächst auf 5½ vom Hundert zu berechnen und den § 7 in dieser Form zu fassen.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Frage befaßt, ist gleichfalls der Meinung, daß wir nicht umhin können, diese hausgewerblichen Arbeiter auch mit 5½ vom Hundert für ihre Krankenversicherung zu belegen und schlägt Ihnen vor, dieser Statutenänderung zuzustimmen.

Die Versammlung entspricht dem Vorschlage des Rechtsausschusses.

19. Erhöhung der Preise für Abgabe elektrischen Stromes.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Meine Damen und Herren! Ich habe noch zwei Sachen vorzutragen, die im Finanzausschuß zur Beratung gekommen sind, über die aber keine Vorlage an die Stadtverordneten mehr ausgearbeitet werden konnte. Der Finanzausschuß hat mich deshalb gebeten, Ihnen heute die Sachen gleich selbst zum Vortrag zu bringen.

Zunächst handelt es sich um einen Antrag des Elektrizitätswerkes auf Strompreiserhöhung. Schon bei den Verhandlungen über die Einführung des gemischtwirtschaftlichen Betriebes des Elektrizitätswerkes hat Herr Direktor Salsfeld

darauf hingewiesen, daß es notwendig sein würde, mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres an die Strompreise nicht unerheblich zu erhöhen, wenn das Elektrizitätswerk einigermaßen auf seine Kosten kommen sollte. Es hat nun unter dem 3. Januar dieses Jahres die Direktion des Werkes an den Rat der Stadt eine Eingabe gerichtet, in welcher unter eingehender Darlegung der Gründe, die das Elektrizitätswerk zu dieser Eingabe veranlaßt hat, ein Antrag auf Strompreiserhöhung gestellt wird. Der Rat der Stadt hat sich mit dieser Eingabe eingehend beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß es zweckmäßig sei, durch eine Unterkommission, bestehend aus den Stadträten Kalfs und Junke und mir eine eingehende Prüfung darüber vornehmen zu lassen, ob tatsächlich die Gründe, die von dem Elektrizitätswerk angeführt waren, stichhaltig seien, um eine Strompreiserhöhung zuzulassen. Die Kommission hat sich dieser Aufgabe unterzogen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Strompreiserhöhung zwar nicht in dem Umfange, wie sie beantragt war, aber doch in gewissem Umfange wohlbegründet sei. Ich will vorweg bemerken, daß, wenn die Vertragsentwürfe, die vom verstärkten Finanzausschuß durchberaten sind, abgeschlossen werden, die Mitbeteiligung der Stadt am Elektrizitätswerk schon am 1. Januar dieses Jahres in Wirkung tritt, — nicht wie fälschlich in der Presse behauptet wurde, erst vom 1. Februar dieses Jahres an, sondern selbstverständlich mit dem Beginn des Geschäftsjahres der Gesellschaft. Wenn das Gesamtunternehmen schon im Anfang dieses Jahres mit einer erheblichen Unterbilanz arbeiten würde, so würde das für das gemischt-wirtschaftliche Unternehmen nicht gerade erfreulich sein. Die Unterkommission hat an Hand der Bücher und der sonstigen Aufzeichnungen im Elektrizitätswerk eingehend geprüft, ob die Angaben der Direktion richtig sind, und hat die Überzeugung gewonnen, daß sie zutreffen. Die Löhne und Gehälter sind im Laufe dieses Jahres ganz erheblich gestiegen, und zwar von 328 000 M im ersten Vierteljahr auf 498 000 M im vierten Vierteljahr. Noch erheblich bedeutender sind die Steigerungen in der Ausgabe für Kohlen gewesen, weil die Einheitspreise für Kohlen gewaltig gestiegen sind, und zwar von 189 M im ersten Vierteljahr bis auf 380 M für 10 Tonnen, und das Lichtwerk hat Nachricht bekommen, daß der Preis vom 1. Januar dieses Jahres an auf 459 M fest gesetzt sei. Wir haben also innerhalb eines Jahres eine Steigerung von 189 M auf 459 M zu verzeichnen. Die Folge dieses Steigens sowohl der Betriebsausgaben wie des Kohlenpreises ist natürlich, daß, wenn die Ausgaben gedeckt werden sollen, auch die Einnahmen entsprechend erhöht werden müssen. Wir haben uns davon überzeugt, daß die Ausgaben des Elektrizitätswerkes, wenn die augenblicklichen Verhältnisse zugrunde gelegt werden, im jetzt begonnenen Geschäftsjahre 7 800 000 M betragen werden. Trotz dieser Verhältnisse sind wir

der Meinung, daß es nicht ratsam ist, den Strompreis jetzt schon so weit zu erhöhen, daß dadurch die Ausgaben vollständig gedeckt werden; auch die Kommission war der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, zunächst eine Zwischenstufe einzuschalten. Um die Ausgabe, wie ich sie eben vorgeführt habe, voll zu decken, würde es notwendig sein, den Strompreis auf ungefähr 1,70 *M* für Lichtstrom und 75 Pfg. für Kraftstrom festzusetzen. Die Kommission vertritt die Ansicht, daß zunächst mit einem niedrigeren Preise ausgekommen werden müßte, nämlich mit 1,35 *M* für Lichtstrom und 60 Pfg. für Kraftstrom. Das würde das dreifache von dem ursprünglichen Strompreise sein, nämlich 45 Pfg. für Lichtstrom und 20 Pfg. für Kraftstrom, oder mit andern Worten: Es würde zu dem ursprünglichen Strompreise ein Aufschlag von 200 Prozent zugelassen werden müssen. Daraus, daß durch diesen Strompreis die Ausgaben noch nicht voll gedeckt werden, geht hervor, daß demnächst mit einer weiteren Strompreiserhöhung zu rechnen sein wird. Wie weit diese dann gebracht werden soll, das mag der späteren Erwägung überlassen bleiben. Ich darf aber heute nicht verschweigen, daß eine weitere Strompreiserhöhung bevorsteht, damit Sie nicht etwa meinen, daß mit der heutigen Erhöhung die Sache schon erledigt ist, sondern Sie müssen sich darauf gefaßt machen, daß es auch bei dieser Sache geht wie bei allen andern: immer weiter bergauf.

Das Elektrizitätswerk hatte ferner beantragt, es möchte auch die Zählermiete um 100 Prozent erhöht werden. Die Kommission empfiehlt, das nicht zu tun, sondern es in dieser Beziehung bei dem jetzigen Stande zu belassen.

Die Kommission hat durch mich dem Räte der Stadt eingehend Bericht erstattet, auch dem Finanzausschuß habe ich die Sache vorgetragen, und der Rat sowohl wie der Finanzausschuß haben sich von der Notwendigkeit dieser Strompreiserhöhung überzeugt, und empfehlen Ihnen, dem Antrage des Rates zuzustimmen, daß unter dem Vorbehalt des Widerrufs Zuschläge von 200 Prozent für Licht- und Kraftstrom auf die Grundpreise von 45 Pfg. und 20 Pfg. (und dementsprechend auch für Treppenhausbeleuchtung und Großabnehmer) erhoben werden. Die Zählermiete soll nicht erhöht werden. Ich bitte Sie, die Zustimmung auszusprechen.

Stadtv. Richter: Gegen die Erhöhung des Strompreises läßt sich nach den Darlegungen des Herrn Stadtbaurats wohl nichts sagen, ich bin überzeugt, daß es richtig sein wird, wenn sie in der Weise bewilligt wird, wie Herr Stadtbaurat vorgetragen hat. Wie aber wird es nun bei der unregelmäßigen Kassierung mit der Aufstellung der Rechnung, wenn am 1. Januar die Strompreiserhöhung eintritt? Der Beamte des Elektrizitätswerkes kommt manchmal am Ende des

Monates und manchmal in der Mitte desselben. Wie soll es eingerichtet werden, damit die Stromabnehmer nicht einen zu hohen Preis zahlen? Anfang des Monats ist bei mir kassiert, und nach 6—9 Wochen kommt der Beamte wieder; ich wüßte nicht, wie da eine Regelung eintreten soll.

Stadtbaurat Gebensleben: Ganz einfach wird diese Trennung der Bezahlung nach verschiedenen Preisen nicht sein. Bei mir wird der Zähler am 14. des Monats abgelesen und ich habe heute die Stromrechnung bis 14. Dezember bezahlt, und da sind die 14 Tage des Dezembers mit dem Preise des Novembers als Dezember-Verbrauch berechnet. Daß das Elektrizitätswerk am letzten Tage des Monats die Zähler in sämtlichen Häusern ablesen läßt, ist unmöglich; mit diesen kleinen Unebenheiten müssen wir uns abfinden. Bei den Automaten muß die Sache aber doch wohl so gemacht werden, daß innerhalb der nächsten Tage eine Feststellung erfolgt; 7 oder 8 Wochen kann man sie nicht hinauschieben. Aber ich glaube, das Elektrizitätswerk wird darüber hinwegzukommen wissen, doch will ich Gelegenheit nehmen, Herrn Direktor Salsfeld auf die hier geäußerten Bedenken hinzuweisen.

In der Abstimmung meldet sich die Mehrheit der Versammlung für Ausnahme des Magistratsantrages.

20. Festsetzung über die Wahl der städtischen Vertreter im Aufsichtsrat des Elektrizitätswerkes.

Stadtbaurat Gebensleben: In der Stadtverordnetenvorlage vom 23. Oktober 1918, betreffend die Mitbeteiligung der Stadt am Gesamtunternehmen der Straßeneisenbahngesellschaft waren Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung unterbreitet, nämlich *e i n m a l*, der Beteiligung der Stadt an dem Unternehmen gemäß der getroffenen Vereinbarung zuzustimmen und die Ihnen unterbreiteten Vertragsentwürfe zu genehmigen. — Sie wissen, daß mit der Erledigung dieser Angelegenheit durch Beschluß der Stadtverordneten vom 18. Dezember vorigen Jahres der verstärkte Finanzausschuß beauftragt ist. Dieser hat sich der Aufgabe in dankenswerter Weise sofort unterzogen und verschiedene Sitzungen deswegen abgehalten; die Beratung dieser Verträge wird, soweit es sich übersehen läßt, in kürzester Zeit abgeschlossen werden. Als *z w e i t e n* Antrag hatten wir Ihnen damals folgenden unterbreitet: Sich damit einverstanden zu erklären, daß bei dem Zustandekommen des Abkommens die in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu entsendenden städtischen Vertreter vom Räte mit Ihrer Zustimmung ernannt werden. Mit diesem Antrage hat sich die Stadtverordnetenversammlung noch

nicht beschäftigt. Nun muß aber doch, sobald die Verträge abgeschlossen sind, der Aufsichtsrat in der neuen Form sehr bald zusammengesetzt und die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat möglichst bald ernannt werden. Der Finanzausschuß, in dessen letzter Sitzung diese Sache zur Sprache kam, empfiehlt grundsätzlich, daß von den sieben Aufsichtsratsmitgliedern, welche die städtischen Behörden zu entsenden haben, vier von den Stadtverordneten und 3 vom Räte der Stadt ernannt werden, und daß ferner der verstärkte Finanzausschuß ermächtigt wird, die vier von den Stadtverordneten zu ernennenden Vertreter nach dem Zustande-
 fern n en der Verträge sofort zu ernennen. Namens des Finanzausschusses möchte ich Sie bitten, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Stadtv. **Frede:** Meine Freunde stimmen dem Beschlusse zu. Vier Mitglieder der Stadtverordneten zu nehmen, wird vorgeschlagen, weil, wie ich annehme, dadurch jede Fraktion zum Zuge kommen kann.

Stadtv. **Stegmann:** Ich bin ebenfalls mit dem Antrage einverstanden, soweit die Stadtverordneten in Frage kommen, möchte aber fragen, wie die Wahl der Ratsmitglieder gedacht ist, ob nur besoldete oder auch unbesoldete Mitglieder des Rates gewählt werden sollen.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Der Rat hat sich noch nicht darüber schlüssig gemacht, welche seiner Mitglieder er entsenden will. Ich sehe aber keine Bedenken und halte es sogar für richtig, daß auch unbesoldete Ratsmitglieder bei der Wahl berücksichtigt werden. Eins aber möchte ich bemerken: So genau, wie Sie hier bei Berücksichtigung der Fraktionen verfahren, können wir im Rat nicht verfahren.

Dem Antrage der Finanzkommission stimmt die Versammlung zu.

Stadtv. **Lehnert:** Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich beantrage, die übrigen Sachen bis zur nächsten Sitzung zurückzusetzen und jetzt erst die vertraulichen Sachen zu erledigen.

Vorsigender: Widerspruch ist nicht bemerkbar. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 29. Januar 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Rönneburg auf Schaffung eines städtischen Presseamtes	949
2. Antrag Genzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt.	950
3. Beseitigung verschiedener Straßenbäume	950
4. Regelung der Ruhezeiten der Nachschuflleute.	952
5. Übersicht über die Rechnungsabschlüsse für 1918/1919	953
6. Antrag Graf auf Erhöhung der städtischen Armenunterstützung	958
7. Anfrage Graf über das Verfahren bei der diesjährigen Verteilung der Beihilfe an schulentlassene Kinder	959
8. Antrag Reißner auf Feststellung der dauernd mit Beamten zu besetzenden städtischen Stellen	967
9. Antrag Genzen auf Erhöhung der städtischen Ruhegehälter.	968
10. Erhöhung der Vergütung für die Schuldiener an der Fortbildungs- und Mädchenfortbildungsschule	969
11. Sitzung zur Ergänzung der Sitzung über den Rat der Stadt (Nr. 67 vom 28. August 1919)	969
12. Verkauf einer alten Feuerlöschspritze.	972
13. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Beirates der Ortskohlenstelle	972
14. Ausübung des Vorkaufsrechtes der Stadt für die in ihrem Bezirk belegenen Grundstücke	972
15. Erhöhung der Gaspreise	973

	Seite
16. Beschaffung und Aufstellung eines Trichinoskops im städtischen Schlachthause	974
17. Fortfall der städtischen Umsatzsteuer	985
18. Erhöhung der Hundesteuer	986
19. Beitritt der Stadt zum Verein der Flugplätze und Luftverkehrsunternehmungen	993
20. Umbau der Bürgerschule an der Leopoldstraße für den öffentlichen Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge	994
21. Einrichtung einer Milchküche im städtischen Krankenhaus (Nachverwilligung)	995
22. Ankauf einer Baracke und eines Schuppens	996
23. Übernahme der Haftpflicht gegenüber der Eisenbahnverwaltung für einen Beamten der Ortskohlenstelle	1005
24. Anträge T o s t m a n n :	
1. auf Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen im Baugewerbe	1005
2. auf Vorstellung bei der Reichsregierung dahin, daß die Bauarbeiter bezüglich der Arbeitslosenfürsorge nicht als Saisonarbeiter angesehen werden	1005
25. Anträge R e i ß n e r :	
1. auf Bevollmächtigung eines Ausschusses, die erhöhten Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Arbeiter entsprechend der Landtagsvorlage festzusetzen	1012
2. auf Ermächtigung der Gehaltsdeputation, alle Besoldungs-, Teuerungszulagefragen usw. für die Beamten zu erledigen	1012

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, Rechtsanwalt **Philipps**, ferner die Stadträte **Füermann**, **Langemann**, **Ohlendorf** und **Ralfs**.

Entschuldigt die Stadtverordneten **Dr. Jasper**, **Fräulein Oden**, **Munte** und **Dr. Regensburger**.

Vorsitzender Wilhelm Riele: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst habe ich mitzuteilen, daß von der Stadt für die Zeit von Mitte November 1918 bis 30. Juni 1919 als Anteil der Stadt an der staatlichen Beihilfe für das Halten von Kühen, deren Milch der Stadt Braunschweig geliefert wird, an das staatliche Viehkonto der Braunschweigischen Staatsbank 20 400 M gezahlt worden sind.

Von mehreren Genossen der Feldmarksgemeinde Hagen ist ein Schreiben eingegangen, das sich auf die Bezahlung des Feldhüters und die jagungsmäßigen

Rechte des Vorstandes der Feldmarksgemeinde bezieht. Da ein gleiches Schreiben an den Rat der Stadt gesandt ist, können wir dessen Stellungnahme abwarten.

Der Ruderverein Fortuna, der schon in einer der letzten Sitzungen eine ähnliche Eingabe gemacht hat, bittet um einen Zuschuß aus der Verteilung der 5000 M., die dem Ausschuß für Spiele und Sport überwiesen worden sind. Soweit ich orientiert bin, hat der Spielausschuß, da es sich nur um einen kleinen Verein handelt, für diesen nichts ausgesetzt. Nach Lage der Sache können wir nichts weiter tun, als die Eingabe zu den Akten nehmen.

Ferner sind drei Gesuche eingegangen um Gewährung von Beschaffungsbeihilfen, die von seiten des verstärkten Finanzausschusses abgelehnt sind, weil die Frist nicht gewahrt ist, die zur Entgegennahme von Anträgen auf Zahlung dieser Beihilfe gesetzt ist. Es würde sich empfehlen, am Schlusse der Sitzung in einer vertraulichen Besprechung diese Angelegenheit zu erledigen, da bei einer Zurückweisung an den verstärkten Finanzausschuß dieser kaum zu einer anderen Auffassung als bisher kommen würde.

Des weiteren sind zwei Drucksachen eingegangen: „über die Bedeutung des Mittellandkanals für die Erschließung der Bodenschätze des Harzes und seines Vorlandes“ und eine Nummer der Mitteldeutschen Kanal- und Talsperrenkorrespondenz. Wer Interesse an den Sachen hat, kann sie hier in Empfang nehmen.

Aus der Versammlung sind zu der heutigen Sitzung folgende Anträge und Anfragen eingegangen:

Zunächst ein Antrag des Herrn Frede:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, dahin zu wirken, daß 1. das in den Gasautomaten angesammelte Kleingeld, 2. soweit möglich, auch das auf der Straßenbahn und in den elektrischen Lichtautomaten vereinnahmte Kleingeld in möglichst gleichmäßiger Weise dem Verkehr wieder überwiesen wird.“

Ein weiterer Antrag von Herrn Frede:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, über die an anderen Orten, besonders in Bad Pyrmont, gemachten Erfahrungen mit Lehmbauten Erkundigungen einzuziehen und hiervon den Stadtverordneten Mitteilung zu machen.“

Sodann noch ein Antrag von Herrn Frede:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, durch welche eine zuverlässige Übersicht über die Anzahl der wirklich Wohnungsbedürftigen ermöglicht wird. Die Feststellung ist alle Vierteljahr zu machen und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu bringen.“

Herr Schmidt stellt folgenden dringlichen Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, zwecks Behebung des Mangels an Kleingeld

1. sich mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen, um die Ausgabe von Notgeld in 5-, 10- und 50-Pfennigstücken herbeizuführen,
2. zu prüfen, ob zur Benutzung der Gas- sowie auch der elektrischen Lichtautomaten anstatt der Nickelmünzen sich die Einführung von Spezialmarken ermöglichen läßt.“

Von Herrn Reißner ist folgender dringlicher Antrag eingegangen:

„Die Versammlung wolle einen Ausschuß (verstärkten Finanzausschuß oder Gehaltsdeputation) bevollmächtigen, die erhöhten Teuerungszulagen nach der dem Landtage zugegangenen Vorlage für die städtischen Beamten und Arbeiter festzusetzen.“

„Die Versammlung wolle ferner die Gehaltsdeputation ermächtigen, alle Besoldungs-, Teuerungszulagefragen usw., die die Beamten betreffen, zu erledigen, wie solche schon jetzt für die Arbeiter von der Lohndeputation erledigt werden.“

Herr Salomon stellt folgende Anfrage:

„Um den heimkehrenden mittellosen Kriegsgefangenen ihre harte Lage zu erleichtern, sind mancherorts mit den Geschäftsleuten Abkommen getroffen, wonach diese den Heimkehrern bestimmte lebensnotwendige Waren, wie Schuhe, Kleidung usw. zu ermäßigten Preisen abgeben. Die Heimkehrenden zahlen aber nur die Hälfte der herabgesetzten Preise, während die andere Hälfte von der Gemeinde getragen wird. Ist der Rat der Stadt in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob hier am Orte ähnliche Maßnahmen geplant sind?“

Herr Tostmann hat folgende Dringlichkeitsanträge eingebracht:

1. Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen: Infolge der immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit im Baugewerbe möge der Rat der Stadt Notstandsarbeiten in Angriff nehmen, damit die Arbeitslosen im Baugewerbe Beschäftigung finden können.

2. Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die arbeitslosen Bauarbeiter nicht als Saisonarbeiter behandelt werden, wodurch sie von der Arbeitslosenfürsorge ausgeschlossen sind, sondern sie so zu behandeln, wie die Arbeitslosen in anderen Berufen.“

Herr Jahnz hat folgenden Antrag gestellt:

„Der Rat der Stadt wird ersucht,

1. die durch Einlagerung von Lebensmitteln zur Zeit dem Turnunterricht entzogenen Turnhallen der städtischen Schulen soweit möglich umgehend zu Turnzwecken wieder freizugeben,

2. für die drei Anstalten Lyzeum, Oberlyzeum und Studienanstalt einen geeigneten Abschnitt eines Spielplatzes zu Turnzwecken zur Verfügung zu stellen, um der körperlichen Erziehung der Jugend und der Durchbildung der durch die Kriegszeit geschwächten Körper der Jugend wieder Rechnung tragen zu können."

Ein weiterer Antrag von Herrn Jahnz lautet:

"Der Rat der Stadt wird ersucht, die angestrebte Ausdehnung des Kaufmannsgerichts der Stadt Braunschweig auf den Kreis Braunschweig nunmehr mit allen Mitteln gegen Beteiligung des Staates an den Kosten zu unterstützen.

Die zahlreichen auf den Dörfern, vor allem in der Umgebung Braunschweigs vorhandenen Fabrik- und Handelsbetriebe mit ihren vielen Angestellten, die zumeist in Braunschweig wohnen, machen diese Einrichtung unbedingt notwendig, nicht nur um billig und schnell Recht zu sprechen, sondern um als Rechtsauskunfts- und Schlichtungsstelle dem sozialen Ausgleich dienen zu können und den berechtigten Forderungen der ländlichen Betriebsinhaber und deren Angestellten gerecht zu werden."

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Rönneburg auf Schaffung eines städtischen Presseamtes.

Stadtvt. **Steinbrecher**: Der Antrag des Herrn Rönneburg lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Rat der Stadt ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage zu machen, welche die Schaffung eines städtischen Presseamtes vorsieht. Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Frage angelegentlich beschäftigt und ist nach langer Diskussion zu der Überzeugung gekommen, empfehlen zu sollen, vorläufig die Erledigung dieser Frage zurückzustellen, um aus anderen Städten, wo ein Presseamt oder eine Pressestelle besteht, Berichte einzuholen, inwieweit sich dort diese Einrichtung bewährt hat. Die Mehrheit des Rechtsausschusses hat diesem Antrage auf Errichtung eines städtischen Presseamtes Sympathie entgegengebracht, nur man war zweifelhaft darüber, ob es ein Presseamt werden soll in der umfangreichen Weise, wie es in verschiedenen großen Städten eingerichtet ist. Man war im ganzen vielmehr der Meinung, daß die hiesige Einrichtung ziemlich einfach gestaltet werden solle, um Kosten zu sparen, aber auf jeden Fall hatte die Mehrheit des Ausschusses Sympathie für die Sache, nur die endgültige Beschlußfassung wünscht man hinausgeschoben zu sehen.

Ohne Wortmeldungen.

2. Antrag Grenzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt.

Stadtv. Frau **Schulze**: Der Rechtsausschuß bittet, die Beratung des Antrages zurückzustellen, weil vorerst noch Besichtigungen in solchen Städten vorgenommen werden sollen, in welchen solche Volksspeiseanstalten eingerichtet sind.

3. Beseitigung verschiedener Straßenbäume.

Stadtv. **H. Niele**: In der letzten Sitzung, in der dieser Punkt auf der Tagesordnung stand, wurde die Beratung zurückgestellt und der Baukommission aufgegeben, erst an Ort und Stelle eine Besichtigung der verschiedenen in Frage kommenden Straßen vorzunehmen. Diese Besichtigung hat stattgefunden, und es wurde folgendes beschlossen:

1. Auf der Geysostraße soll jeder zweite Baum, und zwar die bereits gekappten, beseitigt werden. Die dort stehenden Linden verursachen zuviel Schatten und verdunkeln die Wohnungen, da sie nur $2\frac{1}{2}$ m von den Grundstücken entfernt stehen.

2. Auf der Nebenstraße soll vor den Häusern jeder zweite Baum entfernt werden, während an der Seite des Friedhofs das nicht als nötig erscheint.

3. Auf der Podels-, Jerusalem- und Gaußstraße ist jeder zweite Baum zu beseitigen, abgesehen von dem Rondell. Nur an den Stellen, wo die Wurzeln verschiedener Bäume das Trottoir aufgebrochen haben, soll die Entfernung ebenfalls geschehen.

4. Wird grundsätzlich beschlossen, daß auf dem Altwiekring zwischen Helmstedter Straße und Kastanienallee jeder zweite Baum entfernt wird. Es soll aber mit der Ausführung bis zum nächsten Winter gewartet werden, da die Bäume erst vor kurzem beschnitten sind. Auf der Strecke von der Helmstedter Straße bis zur Leonhardstraße stehen die Bäume schon 9 m auseinander, so daß die Bäume sich genügend ausdehnen können. Es ist auf dem Altwiekring auch so große Eile mit Niederlegen des zweiten Baumes nicht geboten, weil die Beschattung der Grundstücke nicht so groß ist als auf engeren Straßen; hier stehen die Bäume $7-7\frac{1}{2}$ m von den Grundstücken entfernt.

5. Auf der Helmstedter Straße und Frankfurter Straße können einige an Stammfäule oder Gipfelfäule leidende Bäume gefällt werden.

6. Das Fällen der Bäume auf der Herzogin-Elisabeth-Straße kann bis zum nächsten Winter verschoben werden, da das Tiefbauamt erklärt hat, daß es in diesem Winter zu dieser Arbeit nicht mehr kommen werde und bis dahin die Straße nicht ausgebaut werden wird.

7. Im Stadtpark kann eine größere Anzahl von Bäumen gefällt werden. Sie stehen dort zu dicht, so daß bevorzugte Parkbäume sich nicht entwickeln können, Unterholzpflanzungen und nicht einmal Gras gedeihen können und höchstens schimmliches

Moos sich entwickelt. Man sieht hier, wie nicht einmal die größerer Pflege nicht bedürftigen einfachen Pflanzen vorwärtskommen können. Deshalb sollen die im Absterben stehenden Bäume, dicke Fichten und andere, hier entfernt werden und dafür wertvolle Bäume angepflanzt werden. Die Baukommission legt aber die Entscheidung über das Nähere in die Hand der Partdeputation, die für diese Sache zuständig ist und sich mit dem Stadtgärtner und dem Räte über die Sache benehmen kann.

8. In betreff der Obergstraße, wo Rotdorn steht, hatte schon im vorigen und im vorvorigen Jahre Herr Professor Giesel sich darüber beschwert, daß durch die zu dicht stehenden Bäume seine Zimmer zu stark beschattet werden und feucht sind. Dort stehen die Bäume höchstens $4\frac{1}{2}$ m auseinander, so daß sich keine Baumkrone entwickeln kann, und wenn man das Haus in Betracht zieht, welches Herr Dr. Wolters erworben hat, so würde ich, wenn ich es erworben hätte, schon längst selber Hand angelegt und mir Luft verschafft haben. Die Bäume stehen $1\frac{1}{2}$ m vom Hause und bilden vor den Fenstern ein dichtes Buschwerk, und so etwas kann man nicht als recht zugestehen. Wenn die Bäume beschnitten werden, bleiben sie allerdings Rotdorn, aber keineswegs solcher mit schönen roten Blüten, und deshalb haben wir einstimmig zugestimmt, daß auch hier jeder zweite Rotdorn entfernt wird.

Das durch das Fortnehmen der bezeichneten Bäume gewonnene Holz soll als Brennholz, teilweise aber auch als Nutzholz, verwertet werden, und deshalb ist es die höchste Zeit, daß die Bäume gefällt werden, ehe der Saft in die Bäume steigt. Nicht mit Unrecht ist es gerügt, daß damals, als man zum erstenmal Bäume auf dem Büldenwege kappte, dieses geschah, als die dicken Knospen dicht vor dem Ausbrechen waren; so etwas kann selbst dem hartnäckigsten Baume zum Schaden gereichen. Wenn die Bäume aber jetzt gefällt werden, so ist das Holz noch zu verwerten. Wenn die Bäume aber jetzt gefällt werden, so ist das Holz noch zu verwerten. Brennholz bekommen wir ja auch von der Charlottenhöhe, und so sind wir vielleicht in der Lage, unserer Bevölkerung mit Brennholz gut aufzuhelfen.

Im Auftrage des Bauausschusses möchte ich die vorgeschlagenen Maßnahmen der Versammlung zur Annahme empfehlen.

Stadtrat Langemann: Ich möchte noch den Wunsch aussprechen, daß das Nutzholz, das die Stadt nicht selbst nötig hat, unseren hiesigen Handwerkern überlassen wird und nicht nach außerhalb verkauft wird. Unsere Tischler, Stellmacher und Drechsler können das Holz gut gebrauchen.

Stadtbaurat Gebensleben: Über die weitere Verwendung des Holzes wird sich der Rat noch schlüssig machen. Selbstverständlich wird das Holz bestmöglichst verwertet werden; soweit es als Nutzholz gebraucht werden kann, wird es natürlich diesem Zwecke dienstbar gemacht und soweit es nur als Brennholz verwendet werden kann, wird es unseren Einwohnern zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender: Mit dieser Auskunft wird Herr Stadtrat Langemann zufrieden sein.
(Zustimmung des Herrn Stadtrat Langemann.)

Dem Antrage der Baukommission stimmt die Versammlung zu.

4. Regelung der Ruhezeiten der Nachtschutleute.

Stadt v. Frau **Schulze:** Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet:

„Am 13. November vorigen Jahres haben die Stadtverordneten uns zur wohlwollenden Erwägung einen Antrag überwiesen, die Ruhezeit der Nachtschutleute in der siebenten Nacht einsetzen zu lassen, während bisher jede neunte Nacht dienstfrei war. Wir haben hierüber mit der Polizeidirektion verhandelt und uns Angaben darüber erbeten, in welchem Umfange bei Eingehen auf den Antrag eine Vermehrung der Nachtschutleute nötig werden würde. Die Polizeidirektion, die zunächst in einer Antwort vom 18. November vorigen Jahres den Mehrbedarf auf etwa 15 Nachtschutleute geschätzt hatte, hat sich bei einer nochmaligen Prüfung, nachdem wir auf Grund unserer eigenen Berechnungen zu der Annahme von nur vier ferner einzustellenden Nachtschutleuten gelangt waren, in einem Schreiben vom 22. Dezember hiermit einverstanden erklärt. In der Tat entspricht diese Berechnung dem Umstande, daß jetzt jeder Nachtschutzmann etwa 40, künftig 52 dienstfreie Nächte hat, so daß für jeden der 92 Nachtschutzleute durch die Neuerung zwölf weitere freie Nächte sich ergeben. Für die Gesamtheit der Nachtschutzmannschaft werden also $92 \times 12 = 1104$ Nächte jährlich verfügbar, in denen Ersatzkräfte eingestellt werden müssen. Da auch für diese Ersatzkräfte dieselbe Schonzeit zugrunde zu legen ist, wobei für jeden 313 Diensträchte im Jahre maßgebend sind, bedarf es der Neuannahme von vier Nachtschutzleuten. Da die Vergütung für jeden einzelnen Nachtschutzmann sich durchschnittlich bei einem Jahreslohn von 3600—4200 M auf 3900 M jährlich stellt, ist für vier neue Kräfte eine Mehrsumme von 15 600 M erforderlich. Zur Erhöhung der Berufsfähigkeit und Wachtbereitschaft der Nachtschutzleute glauben wir dieses nicht unerhebliche Opfer an Geldmitteln empfehlen zu sollen, damit die Ruhezeit sich in Übereinstimmung mit andern städtischen gegen Lohn beschäftigten Personen hält, die jeden Sonntag dienstfrei zu sein pflegen.

An die geehrte Versammlung richten wir deshalb die Bitte, sich mit der Neuannahme von vier Nachtschutzleuten und mit der Einrichtung einverstanden zu erklären, daß die Nachtschutzmannschaft jede siebente Nacht dienstfrei ist.“

Der Rechtsausschuß hat dem Antrage zugestimmt und empfiehlt auch der Versammlung, dem Antrage des Rates zu entsprechen.

Der Antrag wird angenommen.

5 Übersicht über die Rechnungsabschlüsse für 1918/1919.

Stadtv. Frede: Es handelt sich um den Vollzugsetat für 1918/1919, also darum, wie sich die wirklichen Einnahmen und Ausgaben in dem genannten Rechnungsjahr gestaltet haben. Das Bild würde sehr erfreulich sein, wenn nur die Einnahmen in Betracht kämen und nicht die bekannten großen Ausgaben, die infolge des Krieges der Stadt erwachsen sind, einen grausamen Strich durch die Überschüsse machten. Günstig ist der Etat in bezug auf die Einnahmen an Steuern und Abgaben. Dieselben betrugen in Wirklichkeit 8 181 638 M und waren um rund 2 150 000 M höher, als der Voranschlag vorgesehen hatte. Das Ergebnis wird noch etwas günstiger werden dadurch, daß beim Abschluß des Vollzugsetats noch Rückstände im Betrage von 1 492 389 M vorhanden waren. Eine wesentliche Mehreinnahme bietet auch das Kapitel Insgemein mit 2 366 973 M. In der Hauptsache ist diese Mehreinnahme dadurch hervorgerufen, daß Reichsbeiträge für die Familienunterstützung im Betrage von 2 058 642 M erfolgt sind. Überschüsse haben im einzelnen erzielt: Das Kieselgut 43 473 M, die Neustadtmühle 88 610 M — den Überschuß aus den Steuern habe ich schon erwähnt. Im einzelnen ist bei diesen Steuern noch zu erwähnen, daß die Einkommensteuer den Betrag von 5 591 519 M ergeben hat, die Gewerbesteuer 646 265 M, die Grundsteuer 985 337 M, die Veränderungssteuer 248 965 M (gegenüber dem Voranschlag von 60 000 M ein Mehr von 188 965 M), was zurückzuführen ist auf die lebhaften Hauskäufe. Die Lichtspielsteuer hat 209 478 M eingebracht, ein Mehr von rund 90 000 M. Der Kuriosität wegen mag erwähnt werden, daß die Wertzuwachssteuer nur einen Betrag von 97 M aufgebracht hat; es ist anzunehmen, daß sie künftig mehr einbringt. Wenn man diese Zahlen ansieht, sollte einem allerdings große Besorgnis aufsteigen, was werden wird, wenn eine so wesentliche Steuerquelle wie die Einkommensteuer durch die Reichseinkommensteuer so ziemlich zum Versiegen kommen wird. Bei der Veränderungssteuer, die jetzt Grunderwerbssteuer heißt, haben wir neulich Vorsorge getroffen, daß wir in Zukunft keinen Schaden erleiden. Ob wir nun bei der üblen Lage, in der sich die Finanzen der Stadt befinden, und der noch übleren, der wir entgegengehen, nicht auf eine noch weitere Anspannung der Lichtspielsteuer Bedacht zu nehmen haben, müßte überlegt werden, denn die Stadt wird nicht umhinkönnen, Mittel für ihre Zwecke verfügbar zu machen.

Ein Defizit weisen folgende Kapitel auf: Die Stadtverwaltung zeigt eine Fehlsomme von 1 617 506 M, das ist ein Mehr gegenüber dem Voranschlag von 1 024 814 M. Das Unterrichtswesen hat eine Fehlsomme von 2 646 146 M und damit ein Mehr gegenüber dem Voranschlag von 1 368 706 M. Groß ist natürlich auch die Zinslast, die wir zu tragen haben gegenüber dem Leihhause, und die Aus-

gabe weist auch hier ein beträchtliches Mehr auf. Wesentlich zu Buche schlagen die Aufwendungen für Familienunterstützungen für die Kriegsteilnehmer; sie betragen 3 297 010 M und erscheinen im Kap. XII, Staatsbedürfnisse.

Der Abschluß des Ordinariums, über das ich bisher gesprochen habe, stellt sich folgendermaßen: Die Einnahme beträgt 15 000 505,39 M, die Ausgabe 17 785 432,90 M, so daß ein Defizit von 2 784 927,51 M erscheint.

Was nun die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben anbelangt, so muß hervorgehoben werden, daß hier gespart ist, wo es nur irgend ging. Besonders ist das geschehen bei den Bauten, die ursprünglich in Aussicht genommen waren; viele davon sind unausgeführt geblieben und es sind die im Voranschlag ausgeführten Summen dafür nicht angefordert. Zu erwähnen ist, daß hierdurch nur eine Fehlsomme von 10 819 M herausgekommen ist gegenüber einer solchen im Voranschlag von 926 900 M. Der Abschluß der außerordentlichen Einnahme und Ausgabe ist trotzdem ungünstig: In der Einnahme 244 149,86 M und in der Ausgabe 2 713 770,15 M, so daß eine Fehlsomme von 2 469 620,29 M erscheint.

Die Kasse der Gaswerke zeigt infolge der erhöhten Preise für Koks, Teer und Ammoniak einen Überschuß von 714 516 M. Das ist am Schlusse des Vorjahres gewesen, seitdem sind die Kohlenpreise, wie den Herrschaften bekannt ist, ungeheuer gestiegen, und wenn heute eine Erhöhung des Gaspreises verlangt wird, so dürfen Sie daran keinen Anstoß nehmen. Die Kasse der Wasserwerke zeigt in der Einnahme 712 516 M und in der Ausgabe 529 902 M, so daß sich ein Überschuß von 182 613 M ergibt. Das Privateinrichtungsgeschäft hat eine Einnahme von 296 399 M und eine Ausgabe von 252 224 M gehabt, mithin einen Gewinn von 44 175 M. Die Kassen dieser drei zuletzt genannten Werke liefern bekanntlich $\frac{4}{5}$ ihrer Überschüsse an den Ausgleichungsfonds ab, und in diesem ist auch die schwebende Schuld der Stadt verzeichnet. Wenn in dem Ausgleichungsfonds eine Fehlsomme von 6 080 664 M erscheint, so soll das nicht bedeuten, daß diese Fehlsomme in dem einen Jahr erwachsen ist, sondern es stammt ein großer Teil des Gesamtbetrages aus den Vorjahren.

Die Kasse der Unfaßsteuer hat einen Überschuß von 135 372 M; wir werden heute das Begräbnis dieser Kasse begehen müssen. — Die Kanalbaukasse teilt sich in zwei Abteilungen, in die für Neubauten und in die für Unterhaltung. Die erstere zeigt eine Fehlsomme von 600 180 M, die Abteilung für Unterhaltung dagegen einen Überschuß von 100 250 M. Der Magistrat beantragt, daß 100 000 M dieses Überschusses der Kanalbaukasse zufließen.

Die Kasse des Schlachthausergab früher einen Überschuß, während in diesem Jahre schon im Voranschlage eine Fehlsomme von 10 500 M vorgesehen war, die auf 129 522 M in der Ausführung gestiegen ist.

Die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen hat in der Einnahme zu verzeichnen 53 591 M., in der Ausgabe 49 479 M., so daß ein Überschuß von 4 112 M. verbleibt.

Wegen der Überschreitungen, die nicht zu vermeiden waren und wegen der anderweitigen Verwendung der 100 000 M. aus der Kanalbaukasse gibt der Rat der Stadt anheim: Die vorgekommenen Überschreitungen und die vorgelegten Abschlüsse — vorbehaltlich der Prüfung der demnächst vorzulegenden Rechnungen — zu genehmigen und zustimmen zu wollen, daß von dem Überschuß der Kanalbauunterhaltung 100 000 M. an den Kanalneubau abgeliefert werden. Die Finanzkommission gibt die Genehmigung dieses Ersuchens anheim.

Stadtv. Schmidt: Im Kapitel XIV Insgesamt sind allerdings einige Überschüsse aus Sonderrechnungen angeführt worden, ich vermiße aber, daß eine Aufstellung erfolgt ist über die Bewirtschaftung, die seitens der Stadt während dieser Kriegszeit betrieben ist, ich erinnere an das Brotgetreide, Auslandmehl usw., aus der hervorgeht, in welcher Weise diese Geschäfte sich abgewickelt haben, ob Überschüsse gemacht worden sind oder Zuschüsse geleistet werden mußten. Es wäre wissenswert, hierüber etwas zu erfahren, und ich möchte fragen, ob es möglich ist, Auskunft darüber zu erteilen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Meine Damen und Herren! Es ist uns leider nicht möglich, fortlaufend eine genaue Übersicht über diese einzelnen Geschäfte zu geben, und ich glaube auch kaum, daß das für die Versammlung Interesse haben würde. Augenblicklich sind einige der Geschäfte abgeschlossen — z. B. Lederfachen und dergleichen sind erledigt —, die andern gehen weiter, und nun haben wir überlegt: Sollen wir bei diesen Geschäften, die nicht in der laufenden Rechnung erscheinen (das bitte ich wohl zu beachten), sondern über die die Einnahmen als Depositen und die Ausgaben als Vorschüsse gebucht werden und über die gesondert Buch geführt wird, die Fehlbeträge beziehungsweise die Überschüsse, die sich ergeben haben, erst dann in Erscheinung treten lassen, wenn das Geschäft überhaupt ganz abgewickelt ist. Das schien uns nicht richtig zu sein, namentlich mit Rücksicht auf Geschäfte, die Zuschüsse erfordern. Wenn wir das alles zusammengestellt hätten, nachdem die ganzen Kriegsgeschäfte erledigt sein werden, dann müßte der Rat wahrscheinlich mit einem großen Defizit vor die Versammlung treten. Es schien uns richtiger, auch wenn die einzelne Sache noch nicht abgeschlossen aber ein Fehlbetrag entstanden ist, diesen in die Jahresrechnung hineinzubringen. Es wäre aber inkonsequent gewesen, wenn wir nur die schlechten Geschäfte in die Ihnen vorgelegte Übersicht hineingebracht hätten, und deshalb wollen wir auch bei den Geschäften, die Überschüsse ergeben haben, die einzelnen Jahreserträge schon als solche in die Erscheinung treten lassen und die Überschüsse

an das Ordinarium abzuführen; sie erscheinen also in der Rechnung. Dabei möchte ich eins hervorheben: Es gibt verschiedene Geschäfte, die dem Anschein nach mit einem großen Überschuß abgeschlossen haben, aber in Wirklichkeit ist das eine Rechnung, die ein Kaufmann nicht vertreten würde; wir können eben nicht so operieren wie ein Kaufmann. Der macht einfach seine Kalkulation, berechnet, wieviel er verdienen muß, schlägt das auf die Ware und nimmt danach seinen Verkaufspreis. Uns sind die Preise vorgeschrieben, und wenn der Kleinhändler noch verdienen will, kann die Stadt unmöglich noch Aufschläge machen. Ein anderer Umstand kommt noch in Frage: daß es uns nicht möglich ist, wenn wir die erhebliche Arbeit dafür vermeiden wollen, denjenigen Teil der Geschäftskosten, der uns z. B. durch die Beamtengehälter entsteht und von Rechts wegen auch mit verbucht werden müßte, bei den einzelnen Geschäften mit zu verrechnen. Die Last bei einer solchen Arbeit wäre um so erheblicher, da die Beamten bei der einen oder andern Geschäftsabteilung häufig wechseln. Die Kosten für die Herstellung der verschiedenen Lebensmittelarten, die allmählich ins Unglaubliche wachsen, auf die einzelnen Geschäfte zu verteilen, würde auch sehr schwer halten, denn die Sachen werden bekanntlich einheitlich in Auftrag gegeben, so daß die einzelnen Sorten bei der Bezahlung kaum auseinander zu halten sind. Wo sollten wir die Kosten für Herstellung dieser Karten unterbringen, wenn bei verschiedenen Geschäften die Stadt selbst nicht einmal beteiligt ist? Ein genaues Bild darüber können wir also nicht geben. Wir haben aber die Absicht, wenn die Geschäfte abgeschlossen sind, über jede einzelne Aufgabe, die uns gestellt worden ist, an Hand der Bücher — ich wiederhole, es wird für jede einzelne Art der Geschäfte Buch geführt — den Stadtverordneten Rechenschaft zu geben. Sollten die Herrschaften zum Teil sich jetzt schon für Eingang und Ausgabe interessieren — von jedem Monat liegen sie vor — dann bitte ich sie, sich zu mir zu bemühen; ich bin gern bereit, Aufklärung zu geben. Sollten Sie aber wünschen, daß wir über diese Sachen Ihnen allen schriftliche Mitteilungen zugehen lassen, so bin ich auch dazu gern bereit.

Stadttrat von Frankenberg: Herr Stadtverordneter Schmidt fragt im besonderen nach Mehl und Auslandmehl. Ich kann darauf erwidern, daß für das Inlandmehl die Rechnung — wie der Herr Oberbürgermeister schon ausgeführt hat — vom Vorjahr auf das neue Jahr immer weiter fortgeführt wird und wir erst im Herbst den Abschluß machen können. Wenn wir alles hineinrechnen, haben wir das letzte Mal mit einem erheblichen Fehlbetrage von über 100 000 M abgeschlossen. Auslandmehl haben wir im vergangenen Frühling zum ersten Mal bekommen, so daß bei der Rechnung 1918/1919 das Auslandmehl nicht hat in Erscheinung treten können. Bei den Gesamtkosten wird insbesondere zu berücksichtigen sein, daß unsere Hauptartei, die wir für die Lebensmittelversorgung eingerichtet haben, und die Kartenverteilungs-

stellen für die Gesamtheit der Lebensmittel wirken, so daß eine Auseinanderrechnung für die einzelnen Zweige außerordentlich schwierig sein würde. Wir würden wohl Zahlen anführen können, aber auf irgend welche Zuverlässigkeit würden sie keinen Anspruch machen können, und deshalb ist es besser, man verzichtet überhaupt darauf.

Stadtv. Frau Göge: Es würde mich interessieren, über die Familienunterstützungen durch den Nationalen Frauendienst, die jetzt eingestellt sind, etwas zu hören, insbesondere ob schon einmal größere Rückzahlungen durch das Reich gemacht sind. Soviel ich weiß, ist die Gesamtsumme sehr erheblich gewesen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann in dieser Hinsicht darauf hinweisen, daß nach und nach das Reich begonnen hat, Abzahlungen zu machen, und daß — wie in dem Begleitschreiben zu dem Haushaltsplan des laufenden Jahres mitgeteilt wurde — diese Abzahlungen schon etliche Millionen erreicht hatten. Inzwischen ist das Reich darin trotz seiner Finanznot weiter vorwärts gegangen, so daß wir schon einen ansehnlichen Betrag zurückerhalten haben. Es darf im Interesse der schwer bedrängten Gemeinden der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß das Reich in der Lage ist, mit diesen Abzahlungen fortzufahren. Wir müssen für die verauslagten Gelder die Zinsen aufbringen, denn diese werden bekanntlich nicht zurückvergütet, und um so berechtigter wird der Wunsch erscheinen, daß der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern sein wird, wo das Reich mit der Erstattung der Kriegsunterstützungen glatten Tisch gemacht hat. Es wäre aber unbillig, wenn ich nicht anerkennen wollte, daß das Reich über seine Verpflichtungen hinaus uns auch einen Teil derjenigen Aufwendungen erstattet hat, die wir aus freiem Willen mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung in Gestalt von Kriegsnotspenden und Kriegsunterstützungen und Beihilfen durch den Nationalen Frauendienst gemacht haben. Berichte darüber werden demnächst, wenn der neue Haushaltsplan aufgestellt ist, der Versammlung zugehen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Kriegerfamilienunterstützungen sind augenblicklich so weit erstattet, daß das Reich uns noch 8 Millionen Mark schuldet — noch dieser Übersicht vom 1. April waren es 11 Millionen. Wenn ich Frau Professor Göge richtig verstanden habe, wollte sie nicht über die Familienunterstützungen Auskunft haben, sondern über die Unterstützungen des Nationalen Frauendienstes, die zusammen 3148000 M. betragen haben. Auf Seite 33 ist gesagt, daß an Reichsbeihilfen zu den Kosten der Kriegswohlfahrtspflege 2058642 M. gezahlt sind. 1914/1915 sind erstattet 102085 M., 1915/1916 731770 M., 1916/1917 1491705 M., 1917/1918 1927372 M.

Stadtv. Frede: Wenn Herr Schmidt gemeint hat — und ich glaube, der Sinn seiner Anfrage ist der gewesen — über jedes einzelne Kriegsgeschäft Auskunft zu be-

kommen, so haben wir schon in der Kommission anerkannt, daß das rein unmöglich ist. Auf Seite 33 finden Sie, wie am Schlusse des vorigen Rechnungsjahres die Sachen gestanden haben, die Generalunkosten aber, die auf der ganzen Verwaltung, auf Ein- und Verkäufen beruhen, können wir noch nicht berechnen, und wie sie auf die einzelnen Posten verteilt werden sollten, ist nicht zu sagen. Das hat ja der Herr Oberbürgermeister schon klargelegt. Auf Seite 33 steht, daß wir aus dem An- und Verkauf von Kartoffeln 1917/1918 1464 M. Überschuß gehabt haben, aber Sie wissen, wie das in anderen Jahren gemessen ist, daß wir da mächtig zugelegt haben. Die Hauptübersicht kann also erst am Schlusse der ganzen Geschäftstätigkeit kommen.

Sollte Frau Göze das gemeint haben, was der Herr Oberbürgermeister angeführt hat, so wäre das ja erledigt. Wenn aber Frau Prof. Göze wissen wollte, wie die Sache in den einzelnen Jahren sich gestaltet hat, so ist auf Seite 29 bemerkt, daß die Kriegersfamilienunterstützungen betragen haben, im Jahre 1914/1915 1200870 M., 1915/1916 3620619 M., 1916/1917 6333199 M., 1917/1918 8548881 M., 1918/1919 7574104 M. Die ganze Ausgabe für diesen Posten beträgt bis zum Abschluß des Jahres 1918/1919 27275676 M. Die Stadt hat davon — so soll es wenigstens sein — ein Drittel zu tragen, und so sind von der Kammereikasse im ganzen 11427548 M. übernommen, so daß das Reich 15848127 M. schuldet, von denen 3875662 M. abgetragen sind. Das Reich schuldete demnach der Stadt am 1. April 1919 noch 11972464 M. Der Herr Oberbürgermeister hat schon erklärt, wie viel es augenblicklich noch ist.

Dem Antrage des Finanzausschusses entsprechend wird den Anträgen des Rates der Stadt zu diesem Punkte zugestimmt.

6. Antrag Graf auf Erhöhung der städtischen Armenunterstützung.

Wortlaut des Antrages: In Anbetracht der jetzigen Verhältnisse wird der Rat der Stadt ersucht, die Armenunterstützung zu erhöhen.

Stadtb. Frau **Graf** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich möchte, um nicht mißverstanden zu werden, zunächst hervorheben, daß meine Ausführungen nur denjenigen gelten sollen, deren Kräfte schon verbraucht sind oder bei denen sie nicht ausreichen, um sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. In der heutigen Zeit, wo ein Arbeiter, selbst wenn er in der Stunde 2 bis 3 Mark verdient, nicht in der Lage ist, sich das Allernötigste anschaffen zu können, sind diejenigen, die nur von dem Leben müssen, was ihnen von der Stadt als Armenunterstützung zugebilligt wird, in eine überaus traurige Lage gekommen. Die Ausschlußsätze der jetzigen Armenunterstützung betragen 30 Mark und für jedes zugehörnde Mitglied der Familie noch 10 Mark. Wenn man dazu gekommen ist, daß man den Arbeitslosen pro Tag

5 Mark bewilligt hat und ferner hat einsehen müssen, daß die Beamten mit ihrem niedrigen Gehalt nicht haben auskommen können, so daß man ihnen Beschaffungsbeihilfen gegeben hat, dann dürfte man auch bald zu der Einsicht kommen, daß die niedrigen Sätze der Armenunterstützung nicht im entferntesten ausreichen, um noch einigermaßen zu leben. Ich habe mir eine Aufstellung gemacht über die allernützigsten rationierten Lebensmittel und habe hierbei schon die Summe von 36 Mark monatlich herausbekommen. Dabei fehlt aber noch ein Betrag für die Bestreitung der Miete, Licht, Feuerung, Gemüse, Reparaturen und sämtlichen Auslandswaren. Trotzdem wohl ein jeder der Anwesenden einsehen muß, daß wir mit den rationierten Lebensmitteln auf die Dauer nicht existieren können, haben die Armen auf diese Waren dauernd verzichten müssen. Die ganz natürliche Folge davon ist, daß in diesen Familien Hautkrankheiten, Ungeziefer, Tuberkulose überhandnehmen. Ich möchte deshalb den Vorschlag machen, die jetzt bestehenden Sätze nur noch für Miete und sonstige Ausgaben zu rechnen und außerdem die rationierten Lebensmittel sämtlich in Form von Gutscheinen, wie es früher im Nationalen Frauendienst der Fall gewesen ist, noch nebenbei zu bewilligen. Wenn ich auch der Überzeugung bin, daß auch dieser von mir vorgeschlagene Satz noch nicht ausreicht, um die Armut zu beheben, so gibt er mir doch einigermaßen Gewähr dafür, daß die Not gelindert wird und durch ihn die Bedürftigen vor der härtesten Not einigermaßen geschützt werden.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

7. Anfrage Graf über das Verfahren bei der diesjährigen Verteilung der Beihilfe an schulentlassene Kinder.

Wortlaut der Anfrage: Wie gedenkt der Rat der Stadt die diesjährige Verteilung der Beihilfe an die schulentlassenen Kinder vorzunehmen?

Stadtv. Frau **Graf** (zur Begründung): Als in einer der vergangenen Sitzungen diese Beihilfe an die schulentlassenen Kinder zur Beratung stand, ist man auf die praktische Durchführung nicht eingegangen. Ich glaubte damals, und mit mir viel leicht ein großer Teil der Anwesenden, daß man genau wieder so verfahren würde wie im vergangenen Jahre. Damals hatten wir einen bestimmten Einkommenssatz festgesetzt und jeder, der diesen nicht erreichte, durfte sich melden. Außerdem war ein öffentlicher Aufruf in den Zeitungen ergangen, nach dem die in Frage kommenden ein Formular aus dem Rathaus abholen und ausfüllen sollten. Auf dem Formular mußte das Einkommen und das Alter der Eltern angegeben werden, über

die Zahl und Alter der übrigen Kinder und weiter konnten Bemerkungen gemacht werden, wodurch die Bedürftigkeit begründet wurde. Der vorjährigen Verteilungskommission gehörte ich an, und ich kann aus meinen Erfahrungen sagen, daß dieses Verfahren sich gut bewährt hat. Es wurden nebenbei noch Listen von den Kirchengemeinden und von den Freidenkern eingeholt, in denen auch Vorschläge für bedürftige Kinder enthalten waren. Diese Listen und Formulare wurden auf ihre Richtigkeit hin geprüft und dann die Verteilung vorgenommen. Als in der vorletzten Sitzung Herr Stadtrat von Frankenberg erwähnte, es hätten sich bei der vorjährigen Verteilung Mißstände herausgestellt, habe ich damals schon erwidert, daß dieses nur insofern der Fall sein könnte, als die Verteilung zu spät vor sich gegangen sei und auf diese Weise wirklich Bedürftige nicht mehr in Besitz der billigen Kleider gekommen seien. Aber sonst ist im großen und ganzen das vorjährige Verfahren von mir als sehr gut befunden. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß in diesem Jahre ein anderer Weg eingeschlagen werden soll, und zwar sollen in diesem Jahre die Vorschläge gemacht werden nur von den Herren Pastoren, der Bezirksvorstehern der Armenbezirke und anderen Personen, die auf dem Gebiete der Armenpflege arbeiten. Meiner Ansicht nach erreichen wir bei diesem Wege nicht das, was wir wollen. Es werden sich dann vor allen Dingen diejenigen melden, denen der Weg zum Almosenempfangen sehr leicht wird, aber diejenigen, die das Betteln heute noch nicht gelernt haben, aber doch bedürftig sind, werden lieber auf diese Unterstützung verzichten, denn durch die häusliche Nachprüfung wird dem Ganzen der Stempel der Armenunterstützung allzusehr aufgedrückt. Ich würde es deshalb bedauern, wenn mein Vorschlag zu spät käme. Dieser würde dahin gehen, daß nicht die Pastoren mit den Vorschlägen betraut würden, sondern ich würde es für richtiger halten, daß sie von den Lehrern ausgingen. Dann würden auch diejenigen mit erfaßt werden, die weder den Kirchen noch den Freidenkern angehören, sondern sich bestimmten Sekten angeschlossen haben.

Stadtrat von Frankenberg: Auf die Anfrage möchte ich erwidern, daß wir bei der Beschlußfassung über die Bewilligung dieser Beihilfe für schulentlassene Kinder mit der geehrten Versammlung übereingekommen sind, daß das städtische Wohlfahrtsamt mit der Vorbereitung der Verteilung betraut werden soll, und dieses hat die Sache sofort in Angriff genommen, hat sich in einer Sitzung des Vorstandes schlüssig gemacht und das Ergebnis dieser Beschlußfassung ist gewesen, daß wir uns sowohl mit den hiesigen Geistlichen wie mit einer Reihe von Vereinen, die sich in früheren Zeiten schon in dankenswerter Weise mit dergleichen Aufgaben befaßt haben, in

Verbindung setzten. Um sicher zu gehen, haben wir sowohl Frau Graf wie auch Frau Schulze, die beide Mitglieder der Armenverwaltung sind, eine Abschrift des Aufschreibens zugehen lassen. Die meisten Empfänger dieses Schreibens, insbesondere die Geistlichen, haben es sich angelegen sein lassen, die Liste auszufüllen, die wir wünschten, und es wäre nun, nachdem die verflossenen vier Wochen dazu benutzt sind und fast sämtliche Listen eingegangen sind und augenblicklich vom Steuerbüro bearbeitet werden, um über die Einkommenverhältnisse der Familien die uns bekannten Zahlen einzuschreiben, gewiß ein unnützer Zeitverlust und läßt kopflos und verworren aus, wenn wir jetzt bei den Herren von der Lehrerschaft mit der Sache von vorn anfangen wollten. Ich gebe zu, daß man die Sache auch so hätte aufzäumen können. Dafür, daß wir uns an die Herren Geistlichen wendeten, spricht, daß wir dadurch eine doppelte Verwilligung ausschalteten. Die Lehrerschaft konnte beim besten Willen nicht so gut unterrichtet sein über das, was den Besserungsvereinen und den Geistlichen bekannt ist. Der Ausschuß des Wohlfahrtsamtes wird sich in der allernächsten Zeit, da die Listen fast vollständig eingegangen sind, mit der Sache beschäftigen, und wir werden dann die Verteilung in einer Weise vornehmen können, die in mancher Weise sich von der des Vorjahres entfernt, aber es wird uns möglich sein, da uns das Feuer nicht wie im Vorjahr auf den Nägeln brennt, eine bessere Prüfung vornehmen und Doppelmeldungen ausschalten zu können. In einer Hinsicht kann ich aber Frau Graf beruhigen: Es sind inzwischen auch schon eine ganze Anzahl von Meldungen — ich möchte sagen: wilde Meldungen — eingegangen, die uns nicht auf dem Wege der von uns befragten Stellen geworden sind, sondern durch die Betreffenden persönlich. Selbstverständlich werden auch Doppelmeldungen dabei sein, indem diejenigen, die sich vorsorglicher Weise selbst gemeldet haben, vielleicht noch einmal durch den Geistlichen oder die Besserungsvereine angemeldet sind. Bei solchen Fällen werden wir selbstverständlich nur die eine Meldung berücksichtigen.

Die Versammlung beschließt Besprechung der Anfrage.

Stadt v. Frau **Schulze**: Ich stimme mit Frau Graf darin überein, daß ich nicht sagen kann, daß das jetzige Verfahren so etwas Bestrickendes an sich habe, aber ich habe doch auch aus Bekanntenkreisen gehört, daß niemand daran etwas auszusetzen hat. Die ausgeteilten Listen enthalten nichts weiter als Fragen danach, was der Betreffende verdient, wieviel Geschwister vorhanden sind usw. Ich habe mich auch erkundigt, wie die Herren Geistlichen bei der Eintragung verfahren, und es ist mir der Bescheid zuteil geworden, daß nur gefragt wurde, wer an dieser Beihilfe teilnehmen wünscht und wer bedürftig ist. Ich kann also nicht zu der Ansicht kommen,

daß die Empfänger sich bedrückt fühlen müßten, als ob es sich um einen Almosenempfang handelte. Ich habe stets darauf hingewiesen, daß die 100 000 Mark nicht im Wege der Armenpflege verteilt werden, sondern daß sich die Stadt bereit erklärt habe, den Mitbürgern zur Schulentlassung eine Beihilfe zu geben, und daß darin kein Unterschied des Standes oder der Religion gemacht würde. Ich habe mit dieser Art und Weise gute Erfahrungen gemacht; es könnte höchstens sein, daß Eintragungen in der Schule gemacht sind und dann die Betreffenden auch noch zu mir gekommen sind — so etwas kann man leider nicht verhüten.

Stadt v. Frau Graf: Ich möchte mir noch die Anfrage erlauben, ob das Wohlfahrtsamt auch in diesem Jahre eine bestimmte Einkommensgrenze festgesetzt hat. Es ist richtig, daß ich ein solches Exemplar des Anschreibens zugesandt bekommen habe, aber ich habe keinen Gebrauch davon machen können, weil ich nicht wußte, wo die Bedürftigkeit anfängt und wo sie aufhört. Ich möchte behaupten, daß die in Frage kommenden sich weit sicherer fühlen, berücksichtigt zu werden, und sich lieber melden, wenn sie wissen: Es ist eine Einkommensgrenze festgesetzt und jeder, der mit seinem Einkommen darüber hinausgeht, hat kein Anrecht auf die Unterstützung. Diejenigen, welche ein höheres Einkommen haben als festgesetzt ist, können sich noch melden, wenn besondere Verhältnisse vorliegen, die die Notlage bestätigen. Ich möchte deshalb meinen Vorschlag aufrechterhalten, daß auch in diesem Jahre eine bestimmte Einkommensgrenze festgesetzt wird.

Stadtrat von Franckenberg: Das eben von Frau Graf Vorgeschlagene wird höchstwahrscheinlich auch vom Wohlfahrtsamt als allgemeine Regel aufgestellt werden, aber wie ich Frau Graf und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung kenne, sind Sie alle Feinde des Bopfes und der Schablone. Sie werden gewiß nicht wollen, daß eine Familie mit 50 *M* Einkommen mehr ausgeschaltet wird, wenn eine erhebliche Anzahl von Kindern vorhanden ist, und so werden Sie nicht wünschen, daß wir uns unter allen Umständen auf einen bestimmten Satz, sagen wir 6000 *M* festlegen. Das Wohlfahrtsamt wird nach Prüfung der gesamten Verhältnisse sich schlüssig machen, und nach meinem Empfinden ist auch eine Familie mit vielleicht 7000 *M* Einkommen nicht in jedem Falle von der Bewilligung auszuschließen. Ich bitte Sie, der Beschlußfassung des Wohlfahrtsamtes in dieser Hinsicht nicht vorzugreifen; es wird wichtig sein, daß nach der geprüften Summe der Einnahmen, nach der Persönlichkeit und dem Eindrucke in jedem Falle das Amt sich schlüssig macht. Ich möchte bitten, daß Frau Graf bemüht ist, die Ungeduld der in Betracht kommenden zu zügeln; das Sicherste wird sein, daß diejenigen, die meinen,

eine gewisse Anwartschaft auf Zuteilung einer Unterstützung zu haben, sich melden, und dann mag das Wohlfahrtsamt bestimmen, ob eine Bewilligung über den Höchstsatz hinaus erfolgen soll.

Stadtv. **Frede**: Ohne sagen zu wollen, welchem Verfahren, ob dem von Frau Graf empfohlenen oder dem andern, der Vorzug gebührt, möchte ich auf eine Bemerkung des Herrn Stadtrat von Frankenberg zu sprechen kommen, die wohl nicht ganz berechtigt war. Er sagte, die Pastoren seien in der Regel besser in der Lage, über die Bedürftigkeit oder Nichtbedürftigkeit einer Familie zu urteilen als die Lehrer. Das trifft nicht zu. Wenn die Kinder 8 Jahre in der Schule sind und die Lehrer beständig beobachtet haben, wie sie aussehen und wie sie genährt sind, und die Lehrer stets in Verkehr mit den Eltern gestanden haben, dann glaube ich ohne Überhebung sagen zu können, daß die Lehrer zur Beurteilung solcher Fälle besser geeignet sind als die Pastoren. (Sehr richtig.) Wir sind auch gern bereit, wenn man solches Urteil als berechtigt anerkennt, unsere Dienste für die gute Sache anzubieten.

Stadtrat **von Frankenberg**: Herr Frede hat mich mißverstanden. Nicht auf die Kenntnis des Lehrers über die Einkommensverhältnisse der Familien habe ich hingewiesen, sondern darauf, inwieweit für die Schulentlassung oder Konfirmation dem Betreffenden noch andere Mittel zur Verfügung stehen, und in der Beziehung sind die Geistlichen wohl diejenigen, die am ersten unterrichtet sind, weil hier und da aus der kirchlichen Gemeindepflege sowohl Kleidungsstücke wie anderes verfügbar sind, während das die Schule nicht hat.

Stadtv. **Stegmann**: Ich finde es unbegreiflich, daß Frau Schulze nicht begreift, daß es ein peinliches Gefühl ist, wenn die Betroffenen bei Gelegenheit der Schulentlassung ihres Kindes gewissermaßen betteln sollen. Ich weiß, daß manche, die es wohl nötig haben, den Weg nicht machen, und möchte befürworten, daß die Wünsche der Frau Graf erfüllt werden. Bei städtischen Einrichtungen sollte man endlich vom alten Pops abgehen und die Geistlichen ausschalten. Ich denke, wir leben in einer neuen Zeit; Staat und Kirche sind getrennt, und in dieser Sache sollte man vollständig trennen und reinen Tisch machen. Es handelt sich um eine weltliche Einrichtung und es genügt, daß die Lehrer helfen sollen und das Wohlfahrtsamt die Verteilung vornimmt. Wenn die Geistlichen etwas zu verteilen haben, dann mögen sie das tun, aber die Stadt als solche soll nichts damit zu tun haben. Es kann nicht damit weitergehen, daß wir immer wieder den alten Pops aufrecht erhalten.

Stadtv. **Genzen:** Ausnahmßweise bin ich einmal mit Herrn Frede einer Meinung, nämlich darin, daß die Lehrer besser beurteilen können, wer für diese Unterstützungsfrage in Frage kommt, als die Pastoren. Ich möchte genau dasselbe sagen, was Herr Stegmann vorgebracht hat. Ich verstehe nicht, wie man immer wieder in rein weltliche Sachen die Geistlichen hineinzieht. Die Geistlichen sind dazu da, um die Menschen für den Himmel vorzubereiten, ihr Gebiet ist der Himmel, unseres ist die Erde, und darin soll man reinen Tisch machen. Es scheint, daß man bezwecken will, dem Volke vorzumachen, wie notwendig die Geistlichen sind, daß sie nicht zu entbehren sind usw. Ich möchte doch ersuchen, daß in Zukunft die Geistlichen bei dieser Sache aus dem Spiele gelassen werden, und daß man dem weltlichen Stande hier freie Bahn läßt. Hier mitzuhelfen sind die Lehrer am besten geeignet. Es ist richtig, was Herr Frede sagt: Die Lehrer haben die Kinder acht Jahre lang unter Augen, sind mit den Eltern in Berührung gekommen und können sich ein Bild davon machen, wer von den Schülern es notwendig hat und zu berücksichtigen ist. Wie aber ist es mit den Geistlichen? Sie urteilen vor allem von dem Standpunkte aus: Wer der fleißigste Kirchengänger ist, der ist der Würdigste, und dadurch erzielt man — das sollte Herr Stadtrat von Frankenberg wissen — Heuchelei. Mancher, der nicht daran denkt, im stillen Kämmerlein zu beten, läuft zur Kirche, damit der Geistliche ihn als guten Kirchenbesucher kennen lernt und bei der Verteilung von Almosen berücksichtigt. So ist es in Wirklichkeit, und es müßte eingesehen werden, daß dadurch die Heuchelei großgezogen wird.

Stadtv. **Recter:** Die Geistlichen haben mit der eigentlichen Verteilung nichts zu tun. Es ist im Wohlsfahrtsamt lediglich beschloßen worden, daß die Geistlichen ersucht werden sollen, die Listen für diejenigen zu berücksichtigenden Kinder aufzustellen, die bei ihnen zum Unterricht kommen. Von den übrigen Kindern, z. B. denen, die beim Freidenkerverein unterrichtet werden, werden die Listen in anderer Weise aufgestellt. So war der Beschluß, und darin ist nichts Ungünstiges zu finden; der Geistliche hat dadurch nicht Gelegenheit, einen Einfluß auf die Familie auszuüben. Es wäre uns ganz gleich, wenn die Lehrer die Listen auszufüllen würden, und wir waren anfangs auch im Zweifel darüber, jagten uns aber, daß die Geistlichen die Kinder im Konfirmandenunterricht zusammen haben und insolgedessen am einfachsten die Listen aufstellen könnten. Die Grenze für das Einkommen haben wir nicht endgültig festgesetzt, sondern nur ungefähr auf 5000 *M*, aber unter Berücksichtigung des Familienbestandes. Familien, in denen 6 Kinder oder mehr vorhanden sind, kann also, falls sie das beantragten, der Zuschuß auch gewährt werden, wenn sie über 5000 *M* Einkommen haben.

Stadtv. Frau **Schulze**: Es hat mir fern gelegen, den Geistlichen das Wort zu reden, sondern ich habe nur feststellen wollen, daß in dem Konfirmandenunterricht kein Mißbrauch mit Aufstellung der Listen von den Geistlichen getrieben wird. Im übrigen habe ich nur hervorheben wollen, was beschlossen ist. Solange noch soviele Arbeiterfamilien ihre Kinder konfirmieren lassen, kann man sich nicht wundern, wenn immer noch in dieser Form vorgegangen wird. Wenn man dann den Geistlichen die Liste in die Hand gibt und sie bittet, darin festzustellen, wieviel Einkommen vorhanden ist und wieviel Kinder in der Familie sind, dann kann ich nicht begreifen, wie man uns ein Monitum daraus machen kann. Seitdem das Anschreiben in meiner Hand war, habe ich mit sehr vielen Arbeiterfamilien, auch Frauen, die in der Konservenfabrik arbeiten, gesprochen und von ihnen erfahren, daß die in meiner Liste stehenden Namen auch schon im Konfirmandenunterricht gemeldet waren, und deshalb habe ich meine Liste nochmals abschreiben müssen. Eine ganze Menge Arbeiter, die auf seiten Ihrer Freunde stehen, können nicht aus,* ohne ihre Kinder konfirmieren zu lassen, und solange das geschieht, kann ich nichts Unrechtes darin sehen, wenn von den Pastoren die Listen ausgefüllt werden. Ich selbst bin längst aus der Kirche getreten.

Stadtrat **von Frankenberg**: Herr Rektor hat durchaus zutreffend den Beschluß des Wohlfahrtsamtes mitgeteilt, und ich glaube, nachdem Frau Schulze sich in demselben Sinne geäußert hat, liegt kein Anlaß vor, uns Vorwürfe zu machen, daß wir mit unserer Handlungsweise die Entwicklung der Heuchelei begünstigt hätten. So etwas liegt uns fern, und mir persönlich um so mehr, als die ganze Angelegenheit auf meine Anregung in Gang gekommen ist und zu meiner Freude einen guten Ausgang verspricht. Als die verehrte Versammlung erklärt hatte, daß irgend welche einseitige Berücksichtigung religiöser oder politischer Richtung nicht erfolgen solle, wäre es von meiner Seite die schändeste Heuchelei, die Sie mir jedenfalls nicht zutrauen, wenn ich einen Hasenhasen geschlagen und versucht hätte, durch die Geistlichen die Sache einseitig entscheiden zu lassen. Die Geistlichen haben eine Heidenarbeit von der Sache gehabt und haben sich ihr in dankenswerter Weise unterzogen, aber auch Mitteilungen von jeder anderen Seite sind uns durchaus willkommen gewesen und werden natürlich berücksichtigt werden.

Stadtv. Frau **Göge**: Frau Graf hätte jedenfalls ihre Anfrage nicht gestellt, wenn sie nicht während einer Sitzung der Armendirektion verreist gewesen wäre, wo über die Sache Aufklärung gegeben wurde. Wenn sie uns dort gefragt hätte, wie weit die Sache gediehen wäre, dann würde sie die Antwort bekommen haben, daß

das Wohlfahrtsamt die Sache zu regeln habe, und dann wären die Verhandlungen hier nicht aufgehalten.

Stadtv. **Schmidt**: Beim Publikum ist die Ansicht ausgelöst, daß in diesem Jahre bei der Verteilung der Unterstützung anders verfahren werden sollte, als im vorigen Jahre. In diesem Jahre ist lediglich der Versammlungsbericht mit seinem Beschluß zur Kenntnis der Bevölkerung gekommen, und auch das nur teilweise, während in der Öffentlichkeit nicht aufgefördert ist, Meldungen einzureichen. Da nun die Geistlichen dazu übergehen, das Vorverfahren in Szene zu setzen, so neigt ein Teil der Bürger zu der Meinung, daß die Zuteilung von der Kirche aus geschehe, und in diesem Sinne bin ich auch gefragt worden. Weil nun durch die Anmeldung bei den Pastoren diese falsche Meinung aufgekommen ist, wäre es richtiger gewesen, daß seitens der Stadt eine Bekanntgabe erfolgte, daß von der Stadt eine Beihilfe an die Schulentlassenen gegeben wird, und daß u. a. auch bei den Pastoren Meldungen entgegengenommen werden. Ich schließe mich aber der Ansicht der Frau Schulze an, daß man die Pastoren hätte entbehren können. Jedenfalls heißt es dieses Mal: Die Pastoren haben die Sache in der Hand, und die Stadt hat geschwiegen.

Stadtv. Frau **Göge**: Daß eine solche Meinung aufkommen kann, liegt daran, daß die Leute nicht warten können. Erst am nächsten Dienstag wird das städtische Wohlfahrtsamt eröffnet, und es wird die erste Arbeit der vier Fürsorgerinnen sein, diese Sache zu bearbeiten. Aus demselben Grunde ist bisher auch keine Bekanntmachung erfolgt; wenn die Leute noch acht Tage gewartet hätten, würde sie schon gekommen sein.

Stadtv. **Genzen**: Frau Göge wundert sich, daß die Leute nicht warten können; aber wer jetzt ein Kind hat, das aus der Schule kommt, und daran denkt, daß ein Anzug 400—450 *M* kostet, ein Paar Stiefel 200 *M*, und nicht weiß, woher er das Geld dafür nehmen soll, dem kann man es nicht verargen, wenn er in dieser Sache nicht warten gelernt hat. Warten kann man schon, wenn man Geld genug hat, hingehen und kaufen kann. Es gibt aber viele Witwen und arme Familien, die in Sorge über die Ausstattung der Schulentlassenen sind, und da ist Warten eine Tugend, die sehr schwer zu üben ist.

Wenn ich dann auf die Worte des Herrn Stadtrat von Frankenberg zurückkomme, so habe ich nicht in dem Sinne gesprochen, daß durch ihn in bewusster Weise die Heuchelei großgezogen wird, aber unbewußt tun Sie es, das ist meine Meinung. Sie wissen, daß heute nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch ein großer Teil der

übrigen Bevölkerung eine starke Antipathie gegen die Pastoren hat; man mag das Schweiswedelnde, Salbungsvolle nicht mehr. Die Niedersachsen sind ein kerniges Volk und wollen diese salbungsvolle Heuchelei nicht. Ich will keinem einen Vorwurf machen, der seine Kinder heute noch konfirmieren läßt, sondern stehe auf dem Standpunkt des alten Frigen, daß jeder nach seiner Fassung selig werden möge. Aber wenn das Volk mit dem Kirchentum gebrochen hat, soll man nicht auf Hintertreppen versuchen, es zu der Geistlichkeit wieder zurückzuführen. Sie wollen dem Volke zeigen, wie unentbehrlich die Geistlichen auch heute noch sind. Lassen Sie die Geistlichen ihres Amtes walten, aber lassen Sie sie aus dem Spiel, wo es sich um rein weltliche Angelegenheiten handelt!

Stadtv. Rechter: In betreff des Bezuges von Schulentlassungsanzügen möchte ich Herrn Benzen mitteilen, daß von der Reichsbekleidungsstelle ein großer Teil Waren den einzelnen Geschäften überwiesen ist, die besonders gelagert und nicht auf gewöhnlichem Wege verkauft werden dürfen, sondern nur auf Gutscheine an die schulentlassene Jugend abgegeben werden. Zu der Aufstellung der Listen durch die Geistlichen möchte ich erwähnen, daß mir von einer Menge von Leuten gesagt ist: Es freut uns, daß wir nicht erst noch in der Stadt nach diesem und jenem herumlaufen müssen, uns anzumelden. So ist es entschieden einfacher, und wir brauchen nicht lange zu stehen.

Der Vorsitzende schließt die Besprechung.

8. Antrag Reißner auf Feststellung der dauernd mit Beamten zu besetzenden städtischen Stellen.

Wortlaut des Antrages: Die Versammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, einen von ihr zu wählenden Ausschuß zu beauftragen, festzustellen, welche Stellen bei der Stadtverwaltung zweckmäßig als dauernde zu schaffen und mit angestellten Beamten oder Unterbeamten zu besetzen sind.

Vorsitzender: Die Begründung dieses Antrages haben wir schon in der vorigen Sitzung reichlich zu hören bekommen; der Herr Antragsteller wird sich wahrscheinlich auf wenige Worte beschränken.

Stadtv. Reißner (zur Begründung): Es ist der geehrten Versammlung bekannt, daß mein Antrag, die nicht nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten städtischen Unterbeamten, besonders aber diejenigen, die früher der Berufsfeuerwehr

angehört haben, auf Lebenszeit anzustellen und eine Aufhebung der Bestimmung in § 124 Absatz 3 der Städteordnung herbeizuführen, abgelehnt worden ist. Gelegentlich der Beratung dieses Antrages sagte der Herr Oberbürgermeister: „Lassen Sie uns einmal gelegentlich in einem Ausschuß die Frage prüfen, welche Stellen werden für so bedeutungsvoll angesehen, daß sie mit auf Lebenszeit angestellten Beamten besetzt werden müssen“. Ich habe diese Anregung aufgegriffen und zu einem Antrage verdichtet. Ich möchte bitten, daß die geehrte Versammlung den Rat ersucht, einen sogenannten Personaletat aufzustellen, das heißt: Es wird festgesetzt, wieviel Stellen der im städtischen Dienst Beschäftigten Beamtenstellen sind und wieviel Stellen durch Aushilfsbeamte oder durch Anwärter zu besetzen sind. Als Ausschuß zur Behandlung der Sache möchte ich die Gehaltsdeputation vorschlagen. Sie setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Finanzausschusses sowie den Vorsitzenden der Ausschüsse für Rechtsachen, Schulachen und Bauachen; es sind also alle Fraktionen in ihr vertreten.

Vorsitzender: Würde es nicht ebenso zweckmäßig sein, diese Sache dem Rechtsausschuß zu überweisen. Ein neuer Ausschuß würde sich doch erst wieder mit der Frage aufs neue befassen müssen, während sich der Rechtsausschuß schon damit beschäftigt hat und so die Erledigung schneller vor sich gehen würde.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

9. Antrag **Genzen** auf Erhöhung der städtischen Ruhegehälter.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Rat der Stadt wird ersucht, die Ruhegehälter und Hinterbliebenensätze baldigst zu erhöhen.

Stadtv. **Genzen** (zur Begründung): Nach den Ausführungen der Frau Graf über die Sätze der Armenunterstützung kann ich mich sehr kurz fassen. Dasselbe was bei der Armenunterstützung zu sagen ist, trifft in weit höherem Maße auch bei den Ruhegehaltsempfängern zu. Die Sätze sind außerordentlich niedrig, in der untersten Klasse 30 *M* per Monat. Wir haben im vorigen Jahre die Ruhegehälter erhöht. Aber in Anbetracht der jetzigen Teuerung, wo Brot, Kartoffeln, überhaupt alles wieder viel teurer geworden ist, so teuer, daß die Arbeitgeber eingesehen haben, daß ihre Arbeitnehmer die Lasten nicht tragen können und eine Extrateuerungszulage bewilligt haben, müßte die Stadt daselbe bei den Ruhe-

gehaltsempfängern tun. Ich möchte beantragen, daß der ursprüngliche Satz des Ruhegehaltes und der Hinterbliebenenrente nochmals um 50 Proz. erhöht werden.

Der **Vorsigende** überweist den Antrag dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

10. Erhöhung der Vergütungen für die Schuldiener an der Fortbildungs- und Mädchenfortbildungsschule.

Stadtv. **Hofahr**: Eine Anzahl Schuldiener, die auch noch in der Knabenfortbildungsschule als Schuldiener Dienst tun, weil Klassen der städtischen Bürgerschulen von der Fortbildungsschule benutzt werden, haben eine Eingabe an den Schulvorstand gesandt und darin gebeten, die Sätze für ihre Dienstleistungen zu erhöhen. Sie begründen das damit, daß in der letzten Zeit die Entwertung des Geldes derartig vorgeschritten ist, daß sie mit den bisherigen Sätzen nicht auskommen, und außerdem seien diese Sätze seit 25 Jahren nicht erhöht. Herr Fortbildungsschulinspektor Heinemann stimmt dieser Eingabe wohlwollend zu und schlägt vor, den bisher gezahlten Satz von 6 *M* auf 10 *M* zu erhöhen. In Verbindung mit diesem Antrage steht auch die Erhöhung der Vergütung der Schuldiener an der Mädchenfortbildungsschule. Für den einen Schuldiener macht das im laufenden Halbjahr 10 *M* und für einen andern 60 *M* aus. Die Ausgabe, die durch die Aufbesserungen in dem jetzigen Schuljahr entstehen, beträgt im ganzen 846 *M*. Der Schulvorstand hat sich zu dieser Aufbesserung in zustimmendem Sinne geäußert, und der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, dieser Erhöhung der Vergütung für die Schuldiener an der städtischen Fortbildungsschule und der städtischen Mädchenfortbildungsschule zuzustimmen und zur Zahlung dieser Erhöhung für das laufende Rechnungsjahr die Summe von 846 *M* zu verwilligen. Ich bitte Sie im Namen des Schulausschusses, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

11. Sitzung zur Ergänzung der Sitzung über den Rat der Stadt. (Nummer 67 vom 28. August 1919.)

Stadtv. **Wahrendorf**: Nachdem im September vorigen Jahres die Neuwahlen der Ratsmitglieder vorgenommen waren, haben sich verschiedene Unzuträglichkeiten herausgestellt, und aus diesem Grunde haben wir uns schon mehrfach mit der Sache befaßt. Auf eine Vorlage des Rates der Stadt hin haben die Stadtverordneten in der Sitzung vom 23. Oktober vorigen Jahres dann beschlossen, an die Landesver-

sammlung ein Ersuchen gehen zu lassen auf Ergänzung des Gesetzes vom 2. August 1919 dahin, daß den Gemeinden das Recht zum Erlaß abweichender Satzungsvorschriften eingeräumt werden möge. Die Landesversammlung hat darauf ein Gesetz (Nummer 160 vom 19. Dezember 1919) herausgegeben, durch welches diesem Ersuchen entsprochen wird.

Daraufhin hat der Rat der Stadt eine Vorlage auf Erlaß einer Satzung zur Ergänzung der Satzung über den Rat der Stadt (Nummer 67 vom 28. August 1919) uns zugehen lassen, die aus zwei Artikeln besteht. Sie lauten folgendermaßen:

Artikel I. Soweit es das Gesetz zuläßt, werden künftig die besoldeten Stadträte in der Stadt Braunschweig von den Stadtverordneten gewählt.

Artikel II. Die Amtsdauer der von den Stadtverordneten gewählten besoldeten Stadträte beträgt zehn Jahre.

Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Sache befaßt und seine Zustimmung zu dem Antrage des Rates durch Stimmenmehrheit ausgesprochen.

Stadtv. **Stegmann:** Angesichts der Sachlage will ich es nicht unternehmen, mich in die Unkosten einer langen Rede zu stürzen. Sie kennen ja alle unsere grundsätzliche Stellungnahme dieser Frage gegenüber. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte des sozialdemokratischen Kommunalprogramms, und auch die angeblichen Mißstände, die sich bei der Wahl der Mitglieder des Rates der Stadt herausgestellt haben sollen, können uns nicht davon abbringen. Nachdem nun der Landtag dem Wunsche der drei Parteien selbstverständlich Rechnung getragen hat und statt der Wahl durch das Volk die indirekte Wahl wieder eingeführt hat, müssen wir uns bescheiden, da wir als Minorität nichts dagegen machen können, und ich möchte nur dies als Erklärung meiner Fraktion hier zum Ausdruck bringen.

Was den zweiten Artikel, die Verlängerung der Amtsdauer auf zehn Jahre anbetrifft, so ist unser Standpunkt der folgende: Wir waren gegen die lebenslängliche Anstellung der Mitglieder des Rates und sind auch gegen die zehnjährige, denn auch diese ist uns viel zu lang. Unsere Gründe sind bekannt. Wenn unfähige Personen als Mitglieder des Rates der Stadt gewählt werden, könnten wir sie nur mit großen Kosten wieder los werden und müßten sie für die nächstfolgende lange Zeit entschädigen. Viele Städte haben darin schon üble Erfahrungen gemacht. Es kann dem Betreffenden die Initiative fehlen, es kann ein Mann sein, der sich sagt: Du bist auf zehn Jahre versorgt, nun brauchst du dich nicht anzustrengen. Es können Verfehlungen vorkommen und man muß den Mann behalten. Wir sehen, daß in Handel und Industrie tüchtige Kräfte auf Kündigung angestellt werden, und

unser Handel und unsere Industrie sind dabei groß geworden. Es müßte komisch zugehen, wenn das nicht auch bei den Städten zutreffen sollte. Einen Antrag von unserer Seite zu stellen, hat keinen Zweck; wir sind aber immer noch der Überzeugung, daß es besser wäre, wenn es dabei blieb, wie es im Gesetz beschlossen war und die Ratsmitglieder nur auf drei Jahre angestellt würden. Auch wenn wir mit Engagements redeten, würden wir keinen Erfolg erzielen. Sie können sagen: Es ist erreicht, das verhasste Gesetz zu beseitigen. Die Fraktionen des Landtages haben zugestimmt und was jetzt hier beschlossen wird, ist nur eine Formalität. Nun, mögen Sie zufrieden sein, unsern Segen haben Sie! Wir bedauern den Rückschritt, hoffen aber, daß ein neuer Geist bald wieder erscheint und dann auch diese Reaktion wieder beseitigt werden kann.

Oberbürgermeister Netemeyer: Auch ich will darauf verzichten, zu versuchen, Herrn Stegmann von der Unrichtigkeit seiner Ansicht zu überzeugen; es würde mir doch nicht gelingen. Ich will nur darauf hinweisen, daß uns lediglich der Gesichtspunkt geleitet hat, daß wir eine derartige Bestimmung, wie sie in den beiden Artikeln enthalten ist, für im Interesse der Stadt liegend halten; das ist für uns das einzige Motiv zur Stellung unseres Antrages gewesen. Von anderer Seite ist heute der Antrag gestellt, die städtischen Beamten tunlichst auf Lebenszeit anzustellen. Worin liegt denn der große Unterschied? Alles, was Herr Stegmann gesagt hat, muß doch auch zutreffen bei den unteren und mittleren Beamten der Stadt. Auch bei ihnen kann die Stadt durch die feste Anstellung hereinfallen. Wenn man Herrn Stegmann folgen will, dann muß man konsequent sein und sagen: „Wir wollen überhaupt nicht mehr anstellen“, aber das würde mit der Reichsverfassung nicht im Einklang stehen. So haben wir, um tüchtige Beamte im Interesse der Stadt zu bekommen und von solchen nicht hören zu müssen: „Für die Annahme auf drei Jahre danken wir bestens“, den Antrag auf Änderung der Satzung gestellt. Wenn Herr Stegmann meint, daß ein solcher Beamter, auch wenn er unfähig wäre, in seiner Stelle sitzen bliebe und zehn Jahre sein Gehalt ungerechter Weise erhalten würde, so ist er im Irrtum. Bei Staatsangestellten gilt die Regel, daß die Regierung innerhalb der ersten drei Jahre ohne Angabe jeden Grundes den Beamten verabschieden kann. Bei den Städten ist man nicht so weit gegangen, aber die vereinigte Versammlung des Rates und der Stadtverordneten hat die Befugnis, einen Beamten in den Ruhestand zu versetzen, und das Ruhegehalt in den ersten drei Dienstjahren ist nicht groß. So ist den Städten die Möglichkeit gegeben, einen Beamten, bei dem sie hereingefallen sind, gegen verhältnismäßig geringe Opfer wieder los zu werden.

Dem vorgeschlagenen Statut stimmt die Mehrheit der Versammlung zu.

12. Verkauf einer alten Feuerlöschspritze.

Stadtv. Schmerbach: Die Gutsverwaltung Wafendorf hatte sich seinerzeit an den Rat der Stadt gewandt, um von ihm eine hier entbehrliche, noch in gebrauchsfähigem Zustande befindliche Feuerlöschspritze käuflich zu erwerben. Die Feuerlöschdeputation und der Branddirektor Herr Lehmann haben festgestellt, daß eine solche Spritze (ohne Unterwagen) vorhanden ist, und es ist ein Preis dafür festgesetzt. Die Spritze hat beim Einkauf 800 M gekostet, weil aber inzwischen die Preise bedeutend gestiegen sind, so ist eine Forderung von 1200 M für angemessen gehalten. Der Bewerber ist mit dem Preise einverstanden, und so gibt der Rat der Stadt anheim, dem Verkauf der bezeichneten, hier entbehrlichen Spritze zum Preise von 1200 M zuzustimmen. Die Finanzkommission ersucht die Versammlung, dem zuzustimmen.

Der Verkauf der Spritze wird genehmigt.

13. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Beirates der Ortskohlenstelle.

Stadtv. Stegmann: Aus dem Beirat der Ortskohlenstelle ist seit längerer Zeit der Kohlenhändler Theodor Hesse ausgeschieden. Als Ersatz dafür schlagen die Kohलगroß- und kleinhändler gemeinschaftlich Herrn Kohlenhändler Kleemann vor. Der Rechtsausschuß und der Rat der Stadt haben dagegen nichts einzuwenden und empfehlen, dem Vorschlage zuzustimmen.

Die Zustimmung zur Wahl des Genannten wird von der Versammlung erteilt.

14. Ausübung des Vorkaufsrechtes der Stadt für die in ihrem Bezirk belegenen Grundstücke.

Stadtv. Genzen: Es ist uns folgendes Schreiben vom Räte der Stadt zugegangen:

„Auf Grund des § 1 des Landbeschaffungsgesetzes vom 4. Juli 1919 haben die Städte des Landes Braunschweig ein Vorkaufsrecht auf die in ihrem Bezirk belegenen Grundstücke, soweit sie nicht vorwiegend Wohnzwecken dienen. Von diesem Rechte beabsichtigen wir im Einvernehmen mit den Stadtverordneten in geeigneten Fällen regelmäßig Gebrauch zu machen. Nach § 4 des genannten Gesetzes beträgt die Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechtes drei Wochen von dem Tage an, an dem der Vorkaufsberechtigte die Mitteilung des Eigentümers oder des Dritten von dem Inhalte des zwischen ihnen abgeschlossenen Vertrages erhalten hat. Mit Rücksicht auf diese kurze Frist wird es nicht möglich sein, jedesmal die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung zur Ausübung des Vorkaufsrechtes einzuholen. An die Stadtver-

ordnetenversammlung richten wir daher das ergebene Ersuchen, den Finanzausschuß zu bevollmächtigen, die Genehmigung namens der Stadtverordnetenversammlung zu erteilen."

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Sache befaßt und stimmt dem Antrage des Rates zu. Der Zweck des Landbeschaffungsgesetzes ist ja, daß nicht Grundstücke, die für die Gemeinden ev. wertvoll sind, zu Spekulationszwecken angekauft werden und die Gemeinden sie dann zu teuren Preisen kaufen müssen. Da nun die Frist von drei Wochen im Hinblick auf das Zusammentreten der Stadtverordnetenversammlung ziemlich kurz bemessen ist, so ist es jedenfalls zweckmäßig, daß der Finanzausschuß, der schon dereinst über höhere Objekte mit zu entscheiden hatte, die gewünschte Ermächtigung erhält. Wenn es sich um ganz große Summen handelt, wird es sich ja doch noch ermöglichen lassen, die Stadtverordnetenversammlung noch rechtzeitig einzuberufen. Wir empfehlen Annahme des Antrages.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage an.

15. Erhöhung der Gaspreise.

Stadtv. **Blumeier**: Die Direktion der Licht- und Wasserwerke wünscht eine Erhöhung der Gaspreise um 7 Pf. für das Kubikmeter. Zur Zeit beträgt der Gaspreis 55 Pf. für das durch Messer abgegebene Gas und 58 Pf. für Gas durch Gasmesser; es sollen also jetzt 62 und 65 Pf. für das Kubikmeter vorgesehen werden. Begründet wird die Preiserhöhung mit der Erhöhung des Kohlenpreises. Bereits am 1. Dezember trat eine Erhöhung des Kohlenpreises um 10 M für die Tonne ein und seit dem 1. Januar dieses Jahres haben wir wieder eine Erhöhung um 21,25 M zu verzeichnen. Im allgemeinen rechnen die Fachleute, daß bei einer Erhöhung des Kohlenpreises um 3 M das Kubikmeter Gas um 1 Pf. im Preise erhöht werden müsse, so daß die Forderung der Direktion der Licht- und Wasserwerke ungefähr das ausgleicht, was durch die Verteuerung der Kohlen von der Stadt mehr bezahlt werden muß. Es wurde vorhin von Herrn Frede erwähnt, daß das Gaswerk im vorigen Jahre einen bedeutenden Überschuß gebracht hat. Das trifft aber für das laufende Geschäftsjahr nicht zu. Eine vorläufige Bilanzaufstellung hat ergeben, daß die abgelaufenen $\frac{3}{4}$ Jahre keinen nennenswerten Überschuß ergeben haben, daß auch das Wasserwerk sehr schlecht gearbeitet hat, so daß auf die Erhöhung der Gaspreise nicht verzichtet werden kann, und so soll sie noch für den Schluß dieses Geschäftsjahres eintreten. Der Rat der Stadt gibt anheim, zuzustimmen, daß vom 1. Februar an diese erhöhten Gaspreise erhoben werden. Der Finanzausschuß schließt sich dieser Forderung an und empfiehlt Annahme des Ratsantrages durch die Versammlung.

Im Anschluß an ihr Schreiben hat die Direktion der Licht- und Wasserwerke dem Räte der Stadt eine Aufstellung unterbreitet, aus der zu ersehen ist, daß die Gaspreise in Braunschweig mit die niedrigsten in Deutschland sind. Während im vergangenen Dezember bei uns der Gaspreis 55 Pf. betrug, war er in andern Städten auf 60, 75 und in Berlin auf 80 Pf. festgesetzt, so daß auch in Rücksicht auf diese Verhältnisse den Wünschen der Direktion Rechnung getragen werden kann.

Die Versammlung stimmt den erhöhten Gaspreisen zu.

16. Beschaffung und Aufstellung eines Trichinoskops im städtischen Schlachthause.

Stadtv. **Meyerhoff**: Nach Angabe des Schlachthausdirektors Dr. Kramer soll in Zukunft die Untersuchung des Fleisches auf Vorhandensein von Trichinen mittels eines Trichinoskops vorgenommen werden. Bei vollem Betriebe des Schlachthauses werden drei Trichinoskope erforderlich sein. Dazu ist ein Projektionsraum von 4,5 m Breite und 4 m Tiefe nötig, der sich in zweckmäßiger Anordnung in dem jetzigen Trichinenschauraum herstellen läßt. Wie aus der Entwurfszeichnung zu ersehen ist, sind die Wände des Hauses aus Kantholz und Brettern konstruiert gedacht. In dem oberen Teile desselben sind größere Öffnungen vorgesehen, durch welche in Verbindung mit den Eingangstüren der nötige Luftwechsel in dem eingebauten Raum bewirkt werden kann. Um den Raum verdunkeln zu können, sind hinter den Öffnungen verschiebbare Vorhänge aus dichtem dunklem Stoff anzubringen.

Die Kosten der zur Ausführung zu bringenden Bauarbeiten belaufen sich auf etwa 6000 *M.* Für den jetzigen Betrieb genügt nach Angabe des Herrn Dr. Kramer die Beschaffung eines Trichinoskops mit zwei Mikroluminaren. Die Kosten eines solchen Apparates belaufen sich zur Zeit auf 4100 *M.* Danach würden zur Herichtung der Anlage insgesamt 10000 *M.* zur Verfügung zu halten sein.

Zur Erklärung des Verlangens auf Anschaffung eines solchen Trichinoskops ist zu bedenken, daß die Untersuchungen des Fleisches auf Trichinen sehr beschwerlich und für die Augen außerordentlich anstrengend sind. Wer selbst am Mikroskop gearbeitet hat, wird wissen, daß sehr gute Augen dazu gehören, um längere Zeit dabei Beobachtungen machen zu können, und daß es bei längerem Arbeiten damit nicht ausgeschlossen ist, daß ein solches kleines Lebewesen nicht bemerkt wird und durchschlüpft. Durch die Aufstellung des Projektionsapparates wird das Objekt 70fach vergrößert, so daß ein sehr kleines Stück Fleisch in bedeutender Größe auf die Projektionswand geworfen wird. Dabei kann das Objekt von mehreren Anwesenden zu

gleicher Zeit betrachtet werden, und so ist es nicht leicht möglich, daß bei der Beobachtung irgend etwas durchschlüpfen kann, was einer Trichine oder Finne ähnlich ist. Aus diesem Grunde ist der Antrag auf Anschaffung des Apparates als begründet anzusehen.

Die Preise, die für diesen Apparat und seine Aufstellung gefordert werden, sind allerdings sehr hoch — z. B. soll die Beschaffung der Holzwand in dem Projektionsraum, aus Kantholz und Brettern konstruiert, in etwa 45 qm Größe 2520 *M* kosten —, aber bei Lage der Sache können wir uns der Anschaffung nicht entziehen, und wenn wir sie jetzt nicht machen, so weiß niemand, wie es mit den Preisen in vier Wochen aussieht. Ein solches Trichinoskop kostete früher 810 *M*, heute aber mit einem 400prozentigen Aufschlage 4100 *M*. Trotz dieser hohen Preise ersucht der Rat der Stadt, die Beschaffung und Aufstellung zu beschließen und dafür rund 10000 *M* zu verwilligen, und der Bauausschuß gibt Ihnen Genehmigung anheim.

Stadtv. **Schille**: Meine Damen und Herren! Ich sehe nicht ein, weshalb die Beschaffung dieses Trichinoskops Sache des Bauausschusses sein sollte, und meine, daß dieser Ausschuß für die Vorberatung dieses Falles sehr unglücklich gewählt ist. Sodann habe ich zu bemerken, daß wir nicht nötig haben, uns jetzt so besonders ängstlich um die Untersuchung der Schweine zu bekümmern, denn es gibt ja keine zum Schlachten. Ferner sehe ich nicht ein, daß wir nun 400 Prozent mehr bezahlen sollen, weil wir nicht früher ein derartiges Instrument gekauft haben. Besonders aber möchte ich bei dieser Gelegenheit betonen, daß wir in der Stadt Braunschweig noch eine ganze Anzahl Trichinenbeschauer haben, die angestellt waren und jährlich ein Gehalt von 2000—2400 *M* bezogen. Diese Trichinenbeschauer sind, nachdem sie sich während der Kriegszeit wegen ihrer mangelhaften Bezahlung an die Stadt um eine Erhöhung ihrer Bezüge gewendet hatten — das ist im Juli 1918 geschehen — auf ihr Gesuch ohne Antwort geblieben, aber hinterher hat man — wie weiter festgestellt sein soll — einer ganzen Anzahl dieser Trichinenbeschauer gekündigt und dabei nicht etwa die Leute genommen, die notwendigerweise gekündigt werden konnten, weil sie ohne Familie waren oder sonst eine andere Beschäftigung aufnehmen konnten, sondern die, die eine große Familie hatten und alle diejenigen, die 20 und 25 Jahre lang diese Arbeit ausgeführt haben. Das ist nicht gerade ein besonderes Zeichen von Wohlwollen, das man diesen Trichinenbeschauern hat zuteil werden lassen, und ich möchte deshalb meine Bedenken äußern, daß wir so weit gehen, diese Leute auszuschalten und eine Einrichtung zu treffen, die vielleicht an sich praktisch sein könnte, aber doch nicht gewählt werden darf, weil langjährige ein-

gearbeitete Leute vorhanden sind, die auch ferner noch das Amt eines Trichinen beschauers ausüben können. Ich will zugeben, daß Herr Kollege Meyerhoff nicht in der Lage ist, ein solches Amt wahrzunehmen, weil dazu besonders scharfe Augen notwendig sind, aber man muß mir auch zugestehen, daß diese Leute, die 20 Jahre mit dem Amte eines Trichinenbeschauers betraut gewesen sind, auch unter den heutigen Verhältnissen noch die wenigen edlen Tiere untersuchen können. Es wird kein besonderer Andrang stattfinden, sondern wir werden damit rechnen können, daß sie bei diesen paar Tieren die Finnen und Trichinen, die austauschen sollten, noch finden werden, und wenn wir dann auch einmal eine Finne mitverdrücken müssen, werden wir ohne Vorhandensein des schönen Instrumentes auch nicht zugrunde gehen.

Sodann möchte ich bei dieser Gelegenheit noch etwas erwähnen. Es sind einige unangenehme Verhältnisse wegen dieser Trichinenbeschauer am Schlachthofe vorgekommen, die mich zwingen, die Frage anzusprechen. Abgesehen davon, daß diese Eingabe vom Juli 1918 nicht beantwortet ist, muß man die sonstigen Verhältnisse berücksichtigen, die dort herrschen sollen, und ich hätte gewünscht, daß der Dezernent des Schlachthofes, vor allen Dingen Herr Dr. Kramer hier wäre, der darüber eingehend Auskunft geben könnte. Ich nehme allerdings an, daß auch Herr Stadtbaurat Gebensleben dazu in der Lage ist, aber es handelt sich doch um eine Frage, die mehr im innern Betrieb liegt und von dem leitenden Beamten besser beantwortet werden kann. Es ist festgestellt, daß, nachdem die Eingabe gemacht war, von den Trichinenbeschauern verlangt wurde, sie sollten 10 % oder einen ähnlichen Betrag für Benutzung des Raumes, in dem sie arbeiten, für Papier, Federn, Wäsche usw. abgeben. Es ist verlangt, daß die Tierärzte, die im Schlachthause tätig sind, auch von den Trichinengeldern etwas abbekommen usw. Man hat also die Einnahmen der Fleischbeschauer beschnitten. Ferner hat man damals, als sich die Notwendigkeit ergab, den großen Schweineschlachtungen entsprechend mehr Untersuchungen vorzunehmen, da die Pöste und Ferkel plötzlich verschwinden mußten, es nicht für richtig gehalten, die vorher entlassenen Leute einzustellen, sondern hat Leute vom Dorfe hereingeholt. Dann hat man, wie festgestellt sein soll, die Zulage, die die Leute aus ihrer Kasse verlangt haben, abgelehnt — aus welchen Gründen, weiß ich nicht, und das müßte festgestellt werden. Diese Zulagekasse wird dadurch erhalten, daß die Trichinenbeschauer einen Teil der verdienten Gelder in die Kasse werfen, und aus ihr sollen bei Todesfällen oder andern Gelegenheiten die Mitglieder oder ihre Angehörigen versorgt werden. Man hat es nicht für nötig gehalten, ihnen auf ihre Beschwerde Antwort zu geben.

Nun sind noch einige Momente passiert, die ich gleichfalls anführen möchte.

Einer der Trichinenbeschauer hat mir erklärt, daß er seinen Monatslohn, welcher 3,20 *M* betrug, in einer Zigarre, einem Glase Bier und einigen Kleinigkeiten angelegt habe, daß er also damit seinen ganzen Monatsverdienst aufgezehrt habe. Wenn man das Angeführte berücksichtigt und auch, daß die Leute dauernd — 15 bis 20 Jahre — im Schlachthause tätig gewesen sind, so muß man sagen, daß die Stadt oder das städtische Schlachthaus nicht als besonders sozial empfindend gewirkt haben, indem es die Leute an die Wand drücken läßt. Wenn sie 4—5 Stunden im Schlachthaus tätig sind, haben sie sich restlos auf diesen Dienst eingestellt. Da sie das getan haben, müssen wir dafür sorgen, daß sie in dieser Zeit, wo keine Schweine mehr zu untersuchen sind, auch leben können, und das müssen wir dadurch tun, daß die Schlachthofverwaltung oder die Stadt dafür sorgt, daß den Leuten die Zulage wird, die sie brauchen.

Vorsitzender: Ich darf den Herrn Redner unterbrechen. Die Zulage an die Trichinenbeschauer hat wohl wenig mit der Anschaffung eines Trichinostops zu tun. Wenn der Herr Redner noch mehr von diesen Einzelheiten vorzubringen hat, dann möchte ich empfehlen, daß er in die Sitzung der Schlachthofdeputation käme und sie vorbrächte. Ich glaube kaum, daß Herr Stadtbaurat Gebensleben in der Lage ist, heute ausführlich darauf zu antworten. Das Vorbringen dieser Sache bei diesem Punkte der Tagesordnung verzettelt nur die ganzen Verhandlungen, ohne daß wir zu einem greifbaren Resultat kommen.

Stadtv. Schilke (fortfahrend): Ich meine doch. Wir kommen zu dem Resultat, daß die Versammlung die Anschaffung dieses Instrumentes, welches Herr Meyerhoff empfohlen hat, nicht genehmigt. Ich gebe zu, daß meine Ausführungen etwas weit gegangen sind und unsere Geschäftsmöglichkeit dadurch nicht gefördert wird, aber es ist zweckmäßig gewesen, die Sachen hier vorzubringen, nachdem die Leute mir erklärt haben, daß sie auf eine Eingabe keine Antwort erhalten haben. Ich möchte bitten, diesen Punkt der Tagesordnung zurückzustellen, nicht abzulehnen, damit wir in der nächsten Versammlung über die Anschaffung uns noch einmal unterhalten können.

Stadtbaurat Gebensleben: Herr Schilke leitete seine lange Rede damit ein, er müsse sich wundern, daß gerade der Bauausschuß sich mit der Anschaffung des Trichinostops beschäftigt habe, es scheine ihm, daß beim Bauausschuß doch wenig Verständnis für eine derartige Angelegenheit vorhanden sei. Nun hätte man eigentlich erwarten müssen, Herr Schilke hätte für seine Person besondere Sachkunde in dieser Angelegenheit zutage gefördert. Aber ich glaube, die Mitglieder des Schlachthausausschusses können ihm das Zeugnis eines Sachverständigen nicht erteilen (Zuruf Schilke: Verlange ich auch gar nicht!) Ich möchte zunächst darauf aufmerksam

machen, daß sich nicht nur der Bauausschuß mit dieser Sache befaßt hat, sondern auch der Schlachthausausschuß, und zwar nicht nur in einer Sitzung, sondern — die Mitglieder des Schlachthausausschusses werden das bestätigen können — in vielen Sitzungen hat sich der Schlachthausausschuß mit der Frage außerordentlich gründlich befaßt, ob es zweckmäßig ist, ein Trichinoskop zu beschaffen. Zweckmäßig würde es wohl gewesen sein, wenn das Trichinoskop schon vor mehreren Jahren angeschafft wäre; dann hätten wir es nicht für 10 000 M kaufen müssen, sondern hätten es für 2 bis 3 000 M haben können. Im Schlachthausausschuß ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß es durchaus notwendig ist, ein Trichinoskop zu beschaffen, weil die Sicherheit, die Trichinen und Finnen im Schweinefleisch aufzufinden, dadurch um so größer wird. Wenn die Untersuchungen durch ein Mikroskop geschehen, kann natürlich immer nur eine Person Beobachtungen machen, wenn aber das Bild des zu untersuchenden Fleisches an die Wand geworfen wird, so können zu gleicher Zeit mehrere Personen beurteilen, ob etwas Verdächtiges in dem Objekt der Untersuchung sich findet oder nicht. Aber nicht allein dieses Moment ist für den Beschluß des Schlachthausausschusses ausschlaggebend gewesen; es ist noch hinzugekommen, daß seitens der Regierung durch die Polizeidirektion angefragt ist, ob das Schlachthaus in der Lage sei, in nächster Zeit eine größere Menge von Einfuhrfleisch aus Amerika auf Trichinen zu untersuchen. Bisher sei es üblich gewesen, dieses Fleisch auf der Eingangsstation an der Grenze zu untersuchen; das sei jetzt nicht mehr möglich, sondern die Untersuchung der Waren müßte, soweit sie in Braunschweig verzehrt werden sollten, an Ort und Stelle stattfinden. Wir haben darauf erwidert, daß wir zwar in der Lage seien, diese Untersuchungen schon jetzt vorzunehmen, wir würden aber um so mehr dazu in der Lage sein, wenn, wie beabsichtigt würde, die Beschaffung eines Trichinoskops vorgenommen sei. Herr Schille schien nun der Ansicht zu sein, daß, wenn das Trichinoskop beschafft wäre, keine Trichinenschauer mehr nötig sind. Das trifft nicht zu. Die jetzigen Trichinenschauer sind auch nachher alle notwendig, nicht nur, um den Wandschirm zu beobachten, sondern auch um die vorbereitenden Arbeiten vorzunehmen. Wenn die Herrschaften Interesse daran haben, würde ich sie später einmal einladen, das anzusehen. Die Trichinenschauer werden also auch nach Anschaffung des Trichinoskops nicht entlassen werden.

Nun hat Herr Schille mit großer Wärme sich der Trichinenschauer angenommen und betont, daß ein vor Jahren an den Rat der Stadt gerichtetes Schreiben ohne Bescheid geblieben sei. Der Rat der Stadt ist noch viel weiter gegangen, als einen schriftlichen Bescheid zu geben. Wir haben uns mit außerordentlicher Wärme der Trichinenschauer angenommen insofern, als wir sie in den städtischen Dienst übernommen haben. Sie sind samt und sonders im Rathause beschäftigt, bekommen die

Vergütung der Aushilfsbeamten und sind; soweit ich das übersehen kann, mit ihrer Lage auch ziemlich zufrieden. Allerdings bekommen sie nun nicht mehr die geringen Trichinenschaugebühren, von denen Herr Schilke vorhin gesprochen hat, sondern, da sie ganz und gar im Dienste der Stadt tätig sind, fließt diese Einnahme aus ihrer Tätigkeit im Schlachthause in die städtische Kasse, denn sie werden während ihrer Dienststunden zu diesem Geschäft abkommandiert. Ich möchte Herrn Schilke bitten, hieraus zu ersehen, daß seine Behauptungen nicht in allen Punkten zutreffend sind. Als Vorsitzender des Schlachthausausschusses muß ich namens dieses Ausschusses dafür eintreten, daß das Trichinostop unter allen Umständen jetzt beschafft wird, und wiederhole, daß die Mitglieder des Schlachthausausschusses überzeugt sind, daß die Beschaffung notwendig ist.

Stadtv. Bunge: Auch ich bin Mitglied des Schlachthausausschusses und kann berichten, daß wir schon vor Jahren ein Trichinostop für das Schlachthaus anschaffen wollten. Aber immer waren die Verhältnisse noch nicht dazu angetan, unsern Voratz auszuführen, so daß sich die Anschaffung hinauszögerte. Wir glaubten auch, daß das ganze Schlachthaus umgestaltet würde, daß wir einen Viehhof in seine Nähe bekämen, und daß wir vielleicht den Raum, wo die Untersuchungen stattfinden, an eine ganz andere Stelle bringen müßten, und das hat die Sache immer in der Schwebe gehalten. Nachher kam hinzu, daß die Schlachtung von Schweinen zurückging, so daß wir annehmen mußten, es habe jetzt mit der Anschaffung noch Zeit. Außerdem konnte man nicht ahnen, daß nach 2 bis 3 Jahren die Preise für derartige Instrumente so sehr in die Höhe gegangen sind, wie es heute der Fall ist. Wenn wir das hätten voraussehen können, dann hätten wir nicht ein, sondern gleich zwei Trichinostope angeschafft, denn mit einem kommen wir, wenn der Gesamtbetrieb im Gange ist, nicht aus. Ich möchte Sie bitten, nicht davon zurückzustehen, heute die Summe zu bewilligen. Sie haben von Herrn Stadtbaurat Gebensleben gehört, daß das Bedenken des Herrn Schilke, daß die Trichinenschauer samt und sonders verschwinden sollen, nicht zutrifft, sondern daß sie alle beibehalten werden, soweit sie gewillt sind, dort zu bleiben: selbstverständlich sind von den damaligen Herren Trichinenschauern eine ganze Reihe in ihren alten Beruf zurückgegangen. Ich kann Herrn Stadtbaurat Gebensleben nur beipflichten, wenn er zum Ausdruck gebracht hat, daß wir alles mögliche versucht haben, mit den Trichinenschauern auszukommen. Wir allein waren in der Sache nicht maßgebend, das gewichtigste Wort hatte die Herzogliche Polizeidirektion mitzusprechen, und das hat manches verschleppt. Nun aber der große oder wenige Verdienst, den die Herren gehabt haben. Den geringen Verdienst hat Herr Schilke schon angegeben, und es ist auch wirklich so gewesen. Aber von dem großen Verdienst vorher, wo die Herren das zweifache von dem be-

kommen haben, was der Schlachthausdirektor und die Schlachthausstierärzte erhielten, hat Herr Schille keinen Ton gesagt; vielleicht haben die Herren das vergessen gehabt. Sodann sind eine ganze Reihe von Herren dabei gewesen, die auf Grund ihrer Vermögensverhältnisse trotz geringen Verdienstes im Schlachthause doch nicht Hunger zu leiden brauchten, und diejenigen, die vorher Beamte waren und Pension bezogen, waren auch nicht ans Hungertuch gebunden. Dergleichen Sachen müßte man erst einmal unter die Lupe nehmen, um zu sehen, wie sie eigentlich liegen. Nach den gepflogenen Verhandlungen haben wir versucht, alles, was an Beschwerden vorgebracht wurde, zu prüfen und alles nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Folge davon ist gewesen, daß ohne Unterschied die Leute in städtische Dienste genommen sind und denselben Lohn bekommen wie die städtischen Hilfsbeamten. Das ist eine Tatsache, an der nicht zu rütteln ist. Nun haben verschiedentlich die Herren allerhand Wünsche gehabt, und unter anderem: haben sie Herrn Schille gesagt, daß sie keine Antwort bekommen hätten. Das wurde mir von den Trichinenschauern auch gesagt. Darauf habe ich ihnen erklärt: „Aber Euer Vertrauensmann, der doch jede Sitzung mitmacht, der doch auch die Auswahl derjenigen, die vorläufig ausscheiden sollen, mit vorgenommen hat, der sagt Euch das nicht! Mich fragen Sie nun und den Vertrauensmann fragen Sie nicht?“ Darauf kam die Sache anders. Sie haben den Vertrauensmann befragt. Aus dem Grunde, daß der Vertrauensmann seine Berichte nicht erstattet hat, hat sich manches abgespielt, was nicht hätte sein dürfen, aber manches hat sich nachher auch aufgeklärt. Wenn wir alles aufklären wollten, müßten die Akten mitgebracht werden, und dann könnten wir dabei ein paar schöne Stunden verleben. Selbstverständlich möchte ich Sie dringend bitten, heute die angeforderten Mittel zu bewilligen.

Stadtrat von Frankenberg: Als früherer Vorsitzender des Schlachthausausschusses kann ich nur bestätigen, daß seit mehreren Jahren in der Frage der Beschaffung des Trichinostops, als die Aufstellung eines solchen noch nicht wie heute als dringlich ins Auge gefaßt war, es gerade die Rücksicht auf die Trichinenschauer gewesen ist, mit der Ausführung der Anlage zu warten. Wir sind den Beteiligten in jeder denkbaren Weise entgegengekommen, und ich kann nicht annehmen, daß der Verstoß des Herrn Schille gewissermaßen auf einen „Dank vom Hause Österreich“ zurückzuführen ist, sondern meine, daß es sich um ein Material handelt, das von einzelnen mitgeteilt ist, da doch die andern guten Unterschlupf gefunden haben. Wenn überhaupt ein Zeitpunkt günstig erscheint, um die Arbeit mit dem Trichinostop ohne unbillige Härten einzuführen, dann ist es der gegenwärtige, wo ohnehin die Anzahl und die Beschäftigung der Trichinenschauer stark zurückgegangen ist und eine Entbehrlichkeit oder Entlassung zahlreicher in dieser Art Beschäftigter nicht in Frage kommt.

Stadtv. Benzen: Ich muß dasselbe Klagelied anstimmen wie Herr Schilke. Ich nehme nicht an, daß dieselben Trichinenschauer, die bei Herrn Schilke sich beklagt haben, nun auch zu mir gekommen sind. Ich kann bestimmt sagen, daß mir dieselben Klagelieder vorgeführt sind. Sie fühlen sich durch die Anschaffung des Trichinostops beunruhigt, denn sie hofften, daß sie dann, wenn die Schweinerei — also das Schlachten von einer größeren Anzahl von Schweinen — wieder angeht, eventuell wieder beschäftigt würden. Nun aber merken sie, daß sie nicht darauf rechnen können, und denken daran, wie ihnen früher bitter Unrecht geschehen ist. Sie behaupten, im April 1918 ohne Antwort geblieben zu sein, haben sich seinerzeit an Herrn Dertter, an das Volkskommissariat für das Innere, gewandt, und es ist ihnen von dort zurückgeschrieben, daß die Sache an die Polizeidirektion weitergegeben sei, von dieser haben sie keine Antwort bekommen. Herr Bunge sagte zwar, den guten Verdienst verschwiegen sie, aber dem entgegengesetzt behaupten sie, im Jahre 1914—15 hätten sie monatlich nur 2 bis 3 Mark verdient. Nachdem der Ferkelmord vorbei war, gab es Ruhe auf dem Schlachthofe, es gab keine Schweine mehr, und da haben sie, wie Herr Schilke schon sagte, monatlich soviel verdient, wie eine Flasche Bier und eine Zigarre kostet. Mein Gewährsmann schreibt, er hätte sogar noch Geld mitbringen müssen, um die Invaliden- und Krankenkasse bezahlen zu können. Jeder Schuster- oder Schneidermeister übernimmt doch die Bezahlung dieser Kassen, wenn er nicht richtige Beschäftigung für seine Leute hat. Wenn verlangt wird, daß die Leute auf dem Schlachthofe zur Stelle sind, dann müssen sie auch bezahlt werden, und wenn die Woche um ist, darf es nicht eintreten, daß noch Geld von den Leuten mitgebracht werden muß, um die Kassenbeiträge zu bezahlen. Ferner behaupten die Trichinenschauer, daß die Verwaltung des Schlachthauses dadurch, daß die Leute 10 Prozent ihrer Vergütung haben abgeben müssen, sich eine Bereicherung geschaffen habe. Sie haben sogar den Raum bezahlen müssen, in dem sie arbeiteten, haben Handtücher mitbringen müssen, ebenso Schreibpapier, Tinte, Stahlfedern usw. und dazu noch bares Geld, um die Invalidenbeiträge zu bezahlen. Ich bin der Meinung, man hätte schiedlich friedlich mit den Trichinenschauern sich abfinden müssen. Ich bin kein Sachverständiger wie Herr Meyerhoff, aber ich kann mitteilen, daß mir die Trichinenschauer erklärt haben, daß große Städte, wie Berlin und Hamburg seinerzeit die Sache wegen Unzuverlässigkeit abgelehnt haben. Wie weit das zutrifft darüber kann ich nicht entscheiden; vielleicht spricht da auch die Wagenfrage mit, weil das Trichinostop als Konkurrenz betrachtet wird. Wo es jetzt aber keine Schweine zu schlachten gibt, wo der Preis des Apparates heute so hoch ist, daß er heute Tausende von Mark kostet, während er früher für einige hundert zu haben war, sehe ich nicht ein, daß wir in der jetzigen Zeit die Anschaffung machen müssen. Viel höher kann man den Preis doch wohl nicht treiben. Herr Stadtbaurat Gebensleben

stellt allerdings in Aussicht, wenn wir den Apparat nicht anschafften, kriegten wir auch keinen Speck. Ja, Herr Stadtbaurat, wenn wir das Trichinoskop haben, haben wir damit immer noch keinen Speck, denn unsere Valuta ist zu niedrig. Ich möchte bitten, von der Anschaffung des Apparates Abstand zu nehmen, bis Schweine da sind, dann läßt sich darüber sprechen. Vor allem aber möchte ich ersuchen, daß der Herr Stadtbaurat den Trichinenschauern Antwort gibt auf ihr Schreiben vom Jahre 1918.

Stadtbaurat Gebensleben: Der Herr Vorredner hat vorhin gesagt, ich hätte gemeint, wenn wir das Trichinoskop nicht anschafften, gäbe es kein Schweinefleisch. Ich glaube, damit hat er mir das Wort im Munde umgedreht, denn davon habe ich nichts gesagt.

Sodann ist davon die Rede gewesen, daß ein gewisser Prozentsatz der Einnahme der Trichinenschauer früher an die Schlachthauskasse abgeführt sei. Das entspricht einem Beschlusse der städtischen Behörden, und Sie können sich davon überzeugen, wenn sie mal im Etat des Schlachthauses nachsehen wollen. Es steht dort unter „Vermischte Einnahmen“: 10 Prozent der Trichinenschaugebühren. Falls die Herren meinen, daß diese Abgabe nicht mehr erhoben werden soll, so würde sich bei der Etatsberatung Gelegenheit bieten, darauf zurückzukommen. Da aber der Posten einmal angesetzt ist, müssen die Beträge auch erhoben werden. Ich erwähne aber, daß die Trichinenschauer, seitdem sie als Aushilfsbeamte angesehen werden, die Gebühr überhaupt nicht mehr beziehen, und daß ihnen daher auch der Abzug der 10 Prozent nicht weh tut.

Bezüglich der Eingabe der Trichinenschauer habe ich folgendes zu berichten: Wir haben seinerzeit mit dem Polizeidirektor Tappe über die Frage der Trichinenschauer mehrere Verhandlungen gehabt, haben ihn sogar zu einer Sitzung des Schlachthausausschusses eingeladen und uns über diese Frage stundenlang unterhalten. Es handelte sich dabei um eine Eingabe, die nicht an den Rat der Stadt gerichtet war, sondern an die Polizeidirektion oder an die Regierung. Wir sind bei der Beratung zu einem Ergebnis gekommen und haben uns in dem Sinne der Polizeidirektion gegenüber geäußert. Selbstverständlich haben wir angenommen, daß durch die Polizeidirektion den Trichinenschauern auch eine Antwort zuteil geworden ist. Wenn das nicht der Fall ist, so ist das bedauerlich, aber der Rat ist seinerseits noch darüber hinausgegangen, hat den Wunsch der Trichinenschauer in jeder Weise erfüllt und die sämtlichen Trichinenschauer in den Dienst der Stadt übernommen. Mehr kann man nicht wollen. Sollen wir, nachdem wir sie in unsern Dienst übernommen haben, ihnen noch eine Antwort zugehen lassen? Das wäre doch überflüssig; die Tat ist viel wichtiger als ein huldvolles Aufschreiben.

Herr Genzen bezweifelte noch, daß das Trichinoskop sich bewährt hat. Der Schlachthausausschuß ist nicht so leichtsinnig gewesen, ohne weiteres die Beschaffung des Apparates zu beschließen, sondern wir haben erst bei mehreren Städten, wo das Trichinoskop verwendet wird, Erkundigungen eingezogen und von allen die übereinstimmende Antwort bekommen, daß das Trichinoskop zuverlässig arbeitet und sich bewährt hat.

Wegen der Notwendigkeit der Vornahme der Untersuchungen möchte ich noch bemerken — und bitte, Herr Genzen, drehen Sie es nicht wieder um: Das Ministerium hat an uns die Anfrage gerichtet, ob wir in der Lage seien, größere Mengen von Schweinefleisch zu untersuchen, und zwar handelt es sich nicht nur um Fleisch für die Stadt Braunschweig, sondern auch für die umliegenden Bezirke. Es würde zweckmäßig sein, daß diese Untersuchungen zentralisiert würden und nicht auf jedem Dorfe stattfänden. Ich glaube, dieser Gedankengang des Ministeriums ist durchaus richtig. Wir haben auf die Anfrage des Ministeriums erwidert, daß wir zu den Untersuchungen imstande seien, wenn wir das Trichinoskop beschafften. Herr Genzen, wenn Sie meinen, die Kosten wären zu hoch, so will ich wiederholen, was ich schon im Bauausschuß gesagt habe: Mit Rücksicht darauf, daß die Untersuchungen zum Teil für das Land Braunschweig auszuführen sind, habe ich vor, beim Ministerium vorstellig zu werden, daß uns aus den Überschüssen des Staatlichen Viehkontos ein erheblicher Beitrag zur Beschaffung des Trichinoskops geleistet wird. Die Herren des Schlachthausausschusses wissen, daß wir für Einrichtung des Gefrier-raumes vom Ministerium 50 000 M. Beitrag bekommen haben, und ich hoffe, daß auch in diesem Falle das Ministerium die Hälfte der Kosten ersetzen wird. Dem staatlichen Viehkonto stehen noch Mittel zur Verfügung. Also bitte, meine verehrten Herrschaften, seien Sie überzeugt, daß alles gründlich erwogen ist, und daß die Beschaffung des Trichinoskops notwendig ist.

Stadtv. Schille: Ich bin allerdings kein Sachverständiger in bezug auf das Trichinoskop, möchte aber doch betonen, daß, wenn auch, wie von der einen oder andern Seite in die Wagschale geworfen wird, der Schlachthausausschuß und die Baukommission sich eingehend mit der Anschaffung beschäftigt haben, das für mich kein Grund ist, daß ich nicht noch soziale Momente in die Debatte bringen darf. Wenn Herr Stadtbaurat Gebensleben meinte, er könne mir nicht vorwerfen, daß ich mich als Sachverständiger geriere, so habe ich darauf zu erwidern: Ich bin da, um die Allgemeinheit der Volksgenossen zu vertreten, und davon lasse ich mich auch von den Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Gebensleben nicht abhalten. Wenn ich betont habe, ist, daß in der Zeit, nachdem die Eingabe abgegangen war,

17 langjährige Trichinenschauer entlassen sind, und wenn Herr Stadtbaurat Gebenzleben meinte, sie seien als Beamte der Stadt wieder untergekommen, so möchte ich fragen, ob die 17 wieder angestellt sind. Da wir uns bei dem lebhaften Betriebe in unserm Schlachthause jahrzehntelang mit der Untersuchung des Fleisches durch Trichinenschauer abgefunden haben, so bin ich der Ansicht, daß wir auch jetzt noch mit dieser Einrichtung zufrieden sein können. Wir sind bisher alle nicht an Finnen und Trichinen gestorben, und dies Trichinostop wird nicht dazu beitragen, daß wir in dieser Sache sicher gehen, abgesehen von dem hohen Preise, den wir jetzt für die Anschaffung bezahlen müssen. Ich bitte deshalb, die Sache zurückzustellen und die Frage der Trichinenschauer noch einmal hier zur Besprechung zu stellen.

Stadtv. **Wahrendorf**: Ich möchte als Mitglied des Schlachthausausschusses nur sagen, daß es im Interesse des Schlachthauses liegt, die Anschaffung des Trichinostops zu bewilligen. Obwohl alles, was im Schlachthaus vorkommt, uns zur Mitteilung kommt, ist uns das alles unbekannt, was Herr Schille und Herr Benzen vorgebracht haben; im Schlachthausausschuß sind nie solche Sachen zur Sprache gekommen. Es scheint aber vom Personal des Schlachthauses gern anonym in die Welt gelegt zu werden, was es zu erreichen wünscht; ich für meine Person finde das nicht richtig. Es ist alles, was die Anschaffung des Apparates betrifft, im Schlachthausausschuß gründlich besprochen, und so bitte ich, der Anschaffung zuzustimmen.

Stadtv. **Rönneburg**: Ich glaube, daß jetzt genug über diese Sache verhandelt worden ist, und beantrage Schluß der Debatte.

Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. **Meyerhoff** (Schlußwort als Referent): Daß diese Sache eine solche Debatte hervorrufen würde, konnten wir im Ausschuß nicht vorhersehen. Herr Schille bezweifelt die Fähigkeit des Bauausschusses, diese Sache zu beurteilen. Wer anders sollte denn nach Meinung des Herrn Schille mit der Vorberatung der Sache betraut werden? Der Finanzausschuß, der Rechtsausschuß oder der Schulausschuß? Es gehört gar kein besonderes Sachverständniß dazu, um die Sache zu beurteilen, wenn man die Druckschriften, Eingaben und alles dazu Gehörige gelesen hat. Ich traue Ihnen in dieser Angelegenheit auch nicht mehr Sachkenntnis zu als mir. Alle diese Erklärungen, die der Herr Stadtbaurat Gebenzleben hier gegeben hat, sind uns auch im Bauausschuß mitgeteilt. Es ist hauptsächlich darauf hingewiesen, daß eine größere Zufuhr amerikanischen Fleisches erwartet wird, und daß die Polizeidirektion angefragt hat, ob die Untersuchung in unserm Schlachthause ausgeführt werden

könnte. Unter den jetzigen Verhältnissen glaubt die Schlachthauskommission die Sache mit den vorhandenen Kräften nicht leisten zu können, und aus diesem Grunde ist die Anschaffung des Trichinoskops nötig. Wenn nun Herr Schlie meint, daß der Apparat jetzt zu teuer ist und deshalb nicht angeschafft werden könne, so denke ich, er ist Geschäftsmann und weiß, wie die Preise gestiegen sind und noch steigen. Wenn heute die Preise um 100 M gestiegen sind, so ist man nicht sicher, ob sie in der nächsten Woche nicht noch um 600 M und in der folgenden Woche um 800 M aufschlagen. Wir sind im Bauausschuß der Ansicht, daß wir jetzt zugreifen müssen. Ich habe ja auch absichtlich die hohen Preise genannt und nichts verschwiegen. Ich kann Sie nur namens des Bauausschusses bitten: Nehmen Sie die Vorlage an, damit wir nachher nicht noch viel mehr bezahlen müssen.

Dem Antrage des Bauausschusses wird zugestimmt und der Betrag von rund 10 000 M bewilligt.

Stadtv. **H. Niele** I übernimmt den Vorsitz.

17. Fortfall der städtischen Umsatzsteuer.

Stadtv. **Frede**: Im Ratesschreiben über den Fortfall der städtischen Umsatzsteuer ist darauf hingewiesen, daß leider mit der neuen Reichsumsatzsteuer die Bestimmung verknüpft ist, daß Länder und Gemeinden vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des neuen Gesetzes ab Steuern vom Warenumsatz nicht mehr erheben dürfen. Die Umsatzsteuer war bei uns eine Warenhaussteuer; es wurden die daraus erzielten Beträge im Interesse von Handel und Gewerbe derart nutzbar gemacht, daß die gewissermaßen gemeinnützigen Einrichtungen für Handel und Gewerbe damit unterstützt wurden. Es entsteht nun die Frage, ob diejenigen Einrichtungen, die wir aus dem Erträgnis bisher unterstützt haben, noch weiter unterstützt werden können und in welcher Weise das geschehen soll. Der Rat der Stadt hat sich dahin entschieden, uns vorzuschlagen, daß die Unterstützung von einigen der Einrichtungen auf die Kammereikasse übernommen werden soll, bei anderen aber die Unterstützung in der Weise geschehen soll, daß der noch vorhandene Betrag aus der Umsatzsteuer allmählich aufgezehrt wird. Bis dahin, daß dieser Betrag aufgezehrt ist, wird er zinsbar angelegt. Es ist nun im Finanzausschuß der Vorschlag gemacht worden, das Kapital nicht anzugreifen, sondern es zinsbar zu belegen und dann die Zinsen den gemeinnützigen Unternehmungen nutzbar zu machen. Dieser Antrag ist aber schließlich zurückgezogen, weil ausgeführt wurde, daß das Zinserträgnis bei weitem nicht hinreichen würde, um die fraglichen Einrichtungen in irgend einer namhaften

Weise weiter zu unterstützen, und daß ferner, da die Zinserträgnisse zu der bisherigen Unterstützung nicht ausreichen, die Stadt genötigt sein würde, Geld dafür anzuleihen und selbst höhere Zinsen zahlen müsse, als sie bekomme. Infolgedessen ist der Antrag des Rates vom Finanzausschuß gebilligt. Er geht dahin, daß der Handwerkskammer, die bisher für ihr Lehrlingsheim 2800 *M* aus der Umsatzsteuer bekam, künftig 2000 *M* aus Kapitel XIV Nr. 9 der Kammereikasse gewährt werden sollen, daß der Zuschuß von 200 *M* jährlich, der bisher der Handelskammer zu den Kosten des kaufmännischen Lehrlingsheims gezahlt wurde, gestrichen werden soll, daß der widerrussliche Jahreszuschuß für den Verkehrsverein, der vom 1. April 1919 ab von 3000 *M* auf 1500 *M* herabgesetzt worden ist, in dieser ermäßigten Höhe seine Befriedigung finden soll aus Kapitel XIV Nr. 9 der Kammereikasse, daß der freie Zuschuß für Tuberkulosefürsorge weiterhin einen Jahreszuschuß von 1000 *M* beziehen soll, der ebenfalls aus Kapitel XIV gedeckt werden soll.

Dagegen soll der Jahresbeitrag, der bisher der Handwerkskammer für das von dieser geplante Erholungsheim gewährt wurde, in Wegfall kommen, weil dessen Ausführung noch völlig ungewiß ist und gemeint wird, daß wenn die Ausführung gesichert oder in Angriff genommen wird, über einen Zuschuß sich immer noch reden läßt und woher er zu nehmen ist.

Folgende Aufwendungen aber sollen direkt aus dem in einer Höhe von 126 232 *M* vorhandenen Fonds der Umsatzsteuer bestritten werden: Der laufende Zuschuß an die Handelskammer zu den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule im anschlagnmäßigen Betrage von jährlich 4300 *M*, ebenso der Zuschuß für die städtische Fortbildungsschule mit 8000 *M* jährlich und für die Mädchenfortbildungsschule mit 6000 *M* jährlich.

Wenn wir jetzt sagen, diese Posten sollen bezahlt werden, so ist damit nicht gemeint, daß sie unter allen Umständen in dieser Höhe gewährt werden müssen, sondern endgültig bewilligt werden sie erst in der Etatberatung, und dabei wird sich Gelegenheit geben, darüber zu reden, ob und in welcher Höhe die Zahlungen stattfinden sollen.

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, der Regelung dieser Sache in der vorgetragenen Weise zuzustimmen.

Dem Antrage des Finanzausschusses stimmt die Mehrheit der Versammlung zu.

18. Erhöhung der Hundesteuer.

Stadtv. Frau Göge: Meine verehrten Herrschaften! Es tut mir leid, daß meine Berichterstattung dieser Steuer nicht ebenso ein ehrenvolles Begräbniß bereiten kann,

wie Herr Frede mit seinen Worten der Umsatzsteuer, sondern daß ich Sie im Gegenteil im Namen des Finanzausschusses ersuchen muß, die Hundesteuer zu erhöhen, denn mir persönlich ist diese Steuer sehr unsympathisch, und es ist eine gewisse Tragikomik, daß ich die Erhöhung dieser Steuer empfehlen soll; aber das Amt erfordert es von mir.

Auf die Einzelheiten der Vorlage glaube ich nicht einzugehen zu brauchen, da die Vorlage Ihnen allen zugegangen ist. Es geht aus ihr hervor, daß der Rat der Stadt vorgeschlagen hat, die Steuer für den einzelnen Hund auf 36 M, für Zwingerhunde auf 144 M zu erhöhen. Ich bin nun in der unangenehmen Lage, mitteilen zu müssen, daß der Finanzausschuß über die vorgeschlagene Erhöhung noch hinausgegangen ist (Bravo!), und der Rat gehorchend, um nicht ein größeres Unglück herbeizuführen, haben wir zustimmen müssen, daß die Steuer für den einzelnen Hund auf 40 M erhöht werden soll. (Zuruf: Viel zu wenig!)

Wenn man eine Steuer erhöht, so kann man das aus zwei Gesichtspunkten heraus tun. Entweder deshalb, weil man erwartet, daß der Stadt dadurch eine erheblich höhere Einnahme zukommt, und das trifft, wie Sie selber kaum erwarten werden, in diesem Falle nicht zu; es sind im letzten Jahre schon bedeutend weniger Hunde gehalten worden, wie aus der Einnahme durch die Hundesteuer hervorgeht. Der zweite Grund für Erhöhung einer Steuer könnte sein, daß man beabsichtigt, das Objekt zu treffen — und ob das in diesem Falle richtig ist, stelle ich ihrem Urteil anheim. Die bessergestellten Einwohner, die bei der Hundesteuer von 30 M einen Hund gehalten haben, der ihnen ans Herz gewachsen ist, werden auch die 40 M bezahlen. Es gibt aber auch einsame Menschen, denen eine besondere Freude daraus erwächst, daß sie einen Hund um sich haben, und da unser augenblickliches Leben nicht reich an Freuden ist, sollte man ihnen diese kleine Freude nicht beschneiden oder gar nehmen. Allein stehende Menschen, die mit wenig Einkommen zu rechnen haben, in dieser Weise zu besteuern und ihnen das Halten ihres Begleiters zu erschweren, halte ich nicht für richtig. Dennoch bin ich in der unangenehmen Lage, Sie ersuchen zu müssen, dem Vorschlage des Finanzausschusses auf Erhöhung der Steuer auf 40 M zuzustimmen.

Während dieser Rede hat Stadtverordneter B. Niese den Vorsitz wieder übernommen.

Stadtv. Wönnenburg: Meine Damen und Herren! Nach der „warmherzigen“ Begründung des Vorschlages des Finanzausschusses durch die Frau Berichterstatterin darf ich mir wohl noch ein paar kurze Worte erlauben. Die einzelnen Fraktionen werden zwar wohl noch nicht auf den Hund gekommen sein, so daß diese Frage der Hundesteuererhöhung nicht als eine Parteifrage anzusehen ist. Ich beabsichtige auch

nicht im Namen unserer Fraktion zu sprechen, sondern will nur meine persönliche Auffassung mitteilen. Ich kann den Antrag des Finanzausschusses nur mit Freuden begrüßen und würde auch noch einer weiteren Erhöhung der Hundesteuer zustimmen, nicht etwa, weil ich dann erheblich mehr Erträgnis aus der Steuer erwartete, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß noch viel zu viel Hunde in der Stadt umherlaufen. Auch das Gefühlsmoment, daß Frau Göze für die Haltung der Hunde vorbrachte, kann mich in meiner Stellungnahme nicht erschüttern. In dieser Notzeit sind von diesen Tieren, die unnütz gehalten werden, viel zu viel vorhanden, und was sie gebrauchen, wird den Menschen entzogen. Es wird in der Haltung von Hunden ein solch wahnsinniger Luxus getrieben, und es werden ihnen so viele für die menschliche Ernährung brauchbare Lebensmittel zugeführt, daß man es nicht verstehen kann. Von anderen Nebenerscheinungen will ich nicht reden, aber daß sie zur Verherrlichung der Stadt beitragen und das Leben hier angenehmer machen, kann ich für meine Person nicht einsehen. Wenn wir mit der erhöhten Steuer erreichen, daß die Zahl der Hunde in Braunschweig vermindert wird, dann bin ich dafür, und auch gegen ein noch schärferes Anziehen der Steuer kann ich nichts sagen.

Stadtv. Genzen: Meine Partei ist auch nicht auf den Hund gekommen, sondern wir fühlen uns als solche ganz wohl. Als Partei stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine Besteuerung mit 40 *M* viel zu gering ist; sie sollte nach unserer Meinung mindestens 100 *M* betragen, dabei aber insofern loyal verfahren werden, daß bei Hunden für Wachzwecke, für Blinde und Taube, für alleinstehende Personen, wo die Hunde gewissermaßen nötig sind, eine Steuerermäßigung eintritt. Aber diejenigen, denen der Hund ans Herz gewachsen ist und die es gut bezahlen können, die können die Freude, die sie während des ganzen Jahres an dem Hunde haben, auch mit 100 *M* bezahlen. Wir verfolgen mit der Erhöhung der Hundesteuer beide Zwecke, erstens, daß die Stadt mehr Geld einnimmt und zweitens, daß die Haltung des Hundeviehes in der Stadt eingeschränkt wird. Ich muß Herrn Könneburg beipflichten: zur Zierde gereichen die Hunde der Stadt nicht. Wenn man morgens durch die Stadt geht, kann man an jeder Ecke die Leichensteine der Hunde sehen und muß sich hüten, auszugleiten und Arme und Beine zu brechen. In der Frühjahrszeit sieht man die Hunde zu 3 bis 6 herumtoben, ein angenehmer Anblick ist das nicht. Hinzu kommt noch, daß in der jetzigen Zeit, wo wir mit Nahrungsmitteln knapp sind, alle unnützen Fresser abgeschafft werden müssen. Ich gehe in dieser Forderung noch weiter und meine, daß auch alle Rennpferde und Luxuspferde abgeschafft werden müßten, weil sie unnützerweise den Menschen die Nahrungsmittel entziehen. Auch

Frau Professor Göze muß mir beipflichten, wenn ich sage, daß manches Hundevieh ein besseres Dasein findet als ein Proletarierkind. Für den Hund ist Weißbrot und Milch da. Die Stadt braucht Geld; sie soll es nehmen, wo es ist. Wo der Luxus gewissermaßen zum Nachteil der Bevölkerung getrieben wird, soll man ihn so besteuern, daß es gefühlt wird. Ich beantrage, daß die Hundesteuer in Zukunft statt 40 *M* 100 *M* beträgt.

Stadtrat von Frankenberg: Meine verehrten Herrschaften! Nachdem der Aufmarsch der Parteien sich beinahe vollzählig vollzogen hat, möchte ich auch meinerseits ein paar Worte zu der Sache sprechen. Für den Rat ist der Beschluß der geehrten Versammlung im vorigen Jahre, eine Erhöhung der Hundesteuer ins Auge zu fassen, die Anregung gewesen, der Sache näher zu treten. Zunächst kann ich erklären, daß der Rat bereit ist, auf dem Wege dieser Steuer in der vom Finanzausschuß angeordneten Weise weiter vorzugehen, aber ich möchte doch dringend davor warnen, in dieser Beziehung Maßregeln zu treffen, die geeignet sind, das Gegenteil von dem zu erreichen, was einige der Vorredner hervorgehoben haben, nämlich der Stadt eine größere Einnahme dadurch zu schaffen. Wenn man dem kühnen Gedanken der unabhängigen Partei folgen wollte, dann kann man gewiß sein, daß wir eine Einnahme von 45000 *M* aus der Hundesteuer nicht erzielen würden, denn 450 Hunde, für die diese Steuer von je 100 *M* bezahlt werden müßte, würden nicht so leicht herauskommen. Wer so radikal denkt, daß er sagt, dann sind wenigstens die Hunde weg, mit dem will ich nicht rechten. Man muß ein verständiges und gut erwogenes Maß für die Erhöhung der Steuer finden, und ich glaube, die Ratsvorlage ist geeignet, auf ihrer Grundlage eine Verständigung herbeizuführen. Ich möchte warnen, einen Pfeil auf die Hunde abzuschließen, der möglicherweise auf den Schützen zurückgeht, indem die Einnahme aus der Hundesteuer geringer wird. Die Billigkeit erfordert es, anzuerkennen, daß das Halten eines Hundes heutzutage in vielen Fällen nicht aus Luxus geschieht, sondern aus Sorge um Hab und Gut, besonders in Gebieten, die allerdings vom Nachtschutzgange berührt werden, aber in denen beim besten Willen von den 92 oder künftig 96 Nachtschutzleuten die Sicherheit nicht für jedes einzelne Haus oder Stodwerk verbürgt werden kann. Wenn jemand, um sicher zu gehen, sich einen Hund anschafft — und das haben viele Duzende von Einwohnern in allen Stadtteilen in dem letzten Jahre getan, so kann man ihnen deswegen wahrhaftig nicht den Vorwurf des Luxus machen und die Anschaffung des Hundes mit einer so starken Erhöhung der Steuer quittieren. Schütten Sie das Kind nicht mit dem Bade aus, und gehen Sie nicht so weit, daß Sie die Haltung von Hunden fast unmöglich machen.

Stadtv. **Jahns**: Meine Damen und Herren! Ich habe schon früher hier das Loblied der Hunde gesungen und möchte deshalb die Debatte nicht noch verlängern. Wenn aber Herr Rönneburg von der Notzeit gesprochen hat und diese in anderem Sinne meinte, so möchte ich doch diesen Ausdruck auch noch in der Weise aufgefaßt wissen, daß — wie Herr Stadtrat von Frankenberg schon hervorhob — der Nachtschutz heutzutage nicht in ausreichender Weise vorhanden ist. Wenn heute in unserer Stadt den Damen die Stiefel oder die Röcke auf der Straße ausgezogen werden, dann ist es dringend nötig, dafür zu sorgen, daß es mit der Sicherheit in der Stadt besser wird. Ich habe schon früher den Antrag gestellt, die Nachtschutzleute mit Schußwaffen und Hunden auszurüsten, aber bis jetzt sind ihnen diese Waffen und Hunde nicht beigegeben. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß nicht angestrebt werden müßte, die Zahl der Hunde zu verringern, sondern durch Herabsetzung der Steuer dazu beigetragen wird, daß die angeschafften Hunde behalten werden und durch Zucht von Hunden unser Hundebestand aufgefrischt wird. Ich spreche nicht pro domo, die 10 *M* im Vierteljahr kann man als herzlich wenig ansehen, und wenn die Hundesteuer auf 100 *M* festgesetzt wird, zahle ich sie auch. Diejenigen, denen eine Ausgabe von einigen Mark nichts ausmacht, kümmern sich nicht um die Erhöhung der Steuer, aber die armen Leute, die den Hund ihren Liebling nennen, werden scharf davon betroffen.

Stadtv. **Bunge**: Diese Lob- und Klagelieder über die Hunde haben wir bei jeder Besprechung der Hundesteuer gehört; sie sind immer wieder dieselben. Nachdem alles teurer geworden ist, ist es wohl angebracht, wenn auch die Hundesteuer erhöht wird. Meine Fraktion hat sich auch auf den Standpunkt gestellt, daß man der jetzigen Zeit insoweit Rechnung tragen müßte, daß manche Häuser, wo die Nachtwächter wenig hinkommen, nicht so geschützt sind, wie es wünschenswert ist, und ferner ist von uns die Lage der Blinden, Lahmen, Schwerhörigen usw. in Betracht gezogen. (Zuruf: Deren Hunde sollen ja frei sein!) Es ist das alles nicht so deutlich in dem Statut ausgeprägt; die Taubstummen bekommen leichter Steuerfreiheit auf ihren Hund als die Schwerhörigen. Das alles haben wir erwogen und sind übereingekommen, dem Beschlusse des Ausschusses auf Erhöhung der Steuer auf 40 *M* beizutreten.

Nun hätte ich aber noch eine andere Frage an die geehrte Frau Referentin zu stellen, betreffend der Zwingerhunde. Ich möchte Aufklärung haben, wie es gemeint ist, daß für die zweite und dritte Marke je 36 *M* zu entrichten sind. Die Sache ist doch so: Der Zwinger besteht aus dem Fräulein — oder ist auch ein Hund

dabei — und den jungen Hunden. Wenn nun jemand auf einer Ausstellung sich Rassehunde verschafft und sie in den Zwinger bringt, soll er dafür 36 *M* bezahlen, oder wie ist das zu verstehen. Ich will noch hinzufügen: Der Käufer hat die Hunde 3—4 Tage, merkt dann, daß er sie nicht gebrauchen kann und gibt sie wieder weg — muß er doch bezahlen? Oder dreht es sich darum: Es züchtet jemand Sanitätshunde und bekommt einen Terrier dazu — muß er für diesen 36 *M* bezahlen, weil das eine andere Rasse ist, die nicht in den Zwinger gehört? Ich bitte die Frau Referentin um Aufklärung hierüber, weil die Hundebesitzer in Braunschweig jetzt glauben, daß sie eventuell beträchtliche Ausgaben haben würden und vielleicht den Sport, den sie treiben, nicht mehr ausüben können, weil ihnen dann die Sache zu teuer wird. Es steht wohl fest, daß in diesen Zwingern durchweg nur Rassehunde gezüchtet werden, z. B. Schäferhunde und andere, die wir notwendig brauchen, und es liegt auf der Hand, daß man denen, die sich mit der Aufzucht befassen, die Sache möglichst erleichtern soll.

Stadtrat von Frankenberg: Im Einverständnis mit der Frau Berichterstatterin, die zwar sehr hundesfeundlich ist, aber Spezialistin für Zwingerhunde bisher nicht gewesen ist, möchte ich mir erlauben, die Anfrage des Herrn Bunge gleich zu beantworten. In unserer bisherigen Satzung über die Hundesteuer haben wir den Besitzern einer größeren Anzahl Hunde ein gewisses Zugeständnis gemacht, und zwar nicht nur den Leuten, die Hunde zur Zucht halten, sondern auch solchen, die Hundehandel treiben, wobei leicht ein häufiges Kommen und Gehen, gewissermaßen ein „Taubenschlag für Hunde“ entstehen kann. In § 2 unseres Statuts heißt es darüber: „Die Abgabe für jeden Hund beträgt 20 *M*. Wer eine oder mehrere Zuchthündinnen hält oder einen Hundehandel betreibt, ist berechtigt, für diejenigen Hunde, die er eingesperrt hält (Zwingerhunde), an Stelle des vorstehenden Satzes eine Gesamt- abgabe von jährlich 60 *M* zu entrichten“. Diese Gesamt- abgabe beträgt nach der Abänderung des Statuts vom 27. März 1916 den vierfachen Betrag der Hundesteuer. Wenn wir jetzt auf 36 *M* als Steuer für einen Hund heraufgehen, so beträgt die Steuer für Zwingerhunde 144 *M* als der vierfache Betrag dieser Steuer. Nun wird, da den Hunden nicht zugemutet werden kann, daß sie fortgesetzt das goldene Licht der Freiheit entbehren, den Inhabern der Zwinger eine Anzahl Marken zur Verfügung gestellt, und zwar eine Marke gegen Bezahlung der Zwingergebühr. Wenn aber der Inhaber des Zwingers den Wunsch hat, daß nicht nur ein Hund frei umherlaufen darf, sondern diese Erlaubnis auf mehrere Hunde ausgedehnt werden soll, dann muß er für jeden weiteren Hund, für den zu diesem Zwecke eine

Marke ausgegeben wird, nochmals 36 *M* entrichten. Diese Einrichtung hat sich sehr bewährt, und ich bitte, daran festzuhalten. Wir würden also unterscheiden müssen zwischen denjenigen Haltern, die nur eine Marke bekommen, und denjenigen, die wünschen, daß mehrere ihrer Hunde frei umherlaufen. Natürlich kann dieses Vorrecht, auf der Straße sich bewegen zu dürfen, zwischen den Hunden wechseln. Diesen Vorschlag des Rates, nur unter Veränderung des Gebührensatzes, bitte ich beizubehalten. Nicht der geringste Wunsch ist von den Zwingerhaltern an uns heran gekommen, daß diese Bestimmung geändert werden solle.

Stadtv. Einert: Mit Herrn Rönneburg stimme ich darin überein, daß noch zuviel Hunde in der Stadt umherlaufen, und sodann bin ich mit Herrn Benzen einverstanden, daß wir die Steuer erhöhen sollen. Lebhaft bedauert habe ich aber, daß der eine Passus der Vorlage, der von Hamburg und Wiesbaden spricht, in denen eine verschiedene Besteuerung der Hunde nach ihrer Größe stattfindet, nicht Platz gegriffen hat. Das möchte ich doch sehr empfehlen. Je größer der Hund ist, um so mehr frißt er, und um so unangenehmer sind die übrigen Folgen. Was wird allein an den Promenaden durch die großen Hunde ruiniert. Ich möchte also bitten, noch nachträglich darauf einzugehen, daß wir die Steuer für Hunde über eine bestimmte Größe hinaus schärfer fassen. Im übrigen bin ich vollständig damit einverstanden, daß 40–50 *M* Steuer für die Hunde genommen wird, je nachdem sich die Versammlung einigen wird. Ich bin für die Erhöhung, trotzdem ich selbst einen Hund habe; ich halte ihn aus dem von Herrn Stadtrat von Frankenberg angegebenen Grunde, nämlich zur Bewachung meiner Wohnung, aber ich habe mich so an das Vieh gewöhnt, daß ich auch die erhöhte Steuer gern bezahle.

Vorsitzender: Ich darf die Herrschaften darauf aufmerksam machen, daß wir heute noch ein Duzend Anträge zu erledigen haben, und wenn die nächsten Redner sich der Kürze befleißigen, so werden wir wohl schließlich auch über den Hund hinwegkommen.

Stadtv. Rönneburg: Die eine Einwendung der Hundesfreunde ist wohl beachtlich, nämlich, daß die Wachhunde usw. nicht so stark besteuert werden; aber dazu liegt ja die Möglichkeit vor. Wo Hunde zu nachweislich guten Zwecken gebraucht werden, muß die Steuer gemindert oder ganz erlassen werden. Im übrigen möchte ich aber Herrn Einert erwidern: Es könnte bei der Besteuerung nach der Größe der ultiqe Fall eintreten, daß jemand einen kleinen Hund gekauft hat und sieht ihn dann mit Schrecken von einer Steuerklasse in die andere wachsen.

Stadtv. **Reißner**: Ich glaube, wir haben den geehrten Herren jetzt genug Beachtung geschenkt, ich bitte, die Debatte abubrechen und beantrage Schluß derselben.

In der Abstimmung melden sich für den Antrag Benzen (100 *M* Steuer) 14 Stadtverordnete, das ist die Minderheit. Der Antrag der Kommission wird mit 16 Stimmen angenommen.

19. Beitritt der Stadt zum Verein der Flugplätze und Luftverkehrsunternehmungen.

Stadtv. **Reißner**: Am 2. September hat in Berlin eine Versammlung zur Förderung des Flugwesens getagt, an der als Vertreter des Staatsministeriums und des Rates der Stadt Herr Stadtbaurat Gebenzleben teilgenommen hat. In dieser Versammlung ist beschlossen, einen Verein der Flugplätze und Luftverkehrsunternehmungen zu gründen, und an die Stadt ist das Ersuchen gerichtet, diesem Verein beizutreten. Aus dem neuesten Entwurf der Satzungen dieses Vereins (die endgültige Satzung soll in der Gründungsversammlung am 14. Februar in Berlin beschlossen werden) werde ich Ihnen die hier interessierenden Einzelheiten verlesen:

Zweck des Vereins ist nach § 1: Die Anlage und Unterhaltung der Flugplätze für den zivilen Luftverkehr zu fördern und deren Verwaltung unter Wahrung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu vereinheitlichen. Er soll insbesondere als vermittelnde Stelle zwischen Flugplatzunternehmungen (staatlichen, städtischen und privaten) untereinander, sowie zwischen solchen einerseits und den Luftverkehrsunternehmungen andererseits dienen, ferner über Luftverkehrsfragen Auskunft erteilen. — Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist, ebenso wie die Verfolgung politischer Zwecke, von der Tätigkeit des Vereins ausgeschlossen.

Der Sitz des Vereins ist Berlin.

§ 2 sagt: „Ordentliche Mitglieder dieses Vereins können werden a) Halter von Flug- und Landungsplätzen (Gruppe I), b) Luftverkehrsunternehmungen (Gruppe II). Außerordentliche Mitglieder können andere physische oder juristische Personen werden.“

Es ist Ihnen bekannt, daß die Stadt Braunschweig Besitzer eines Flug- und Landungsplatzes ist; sie würde also unter Gruppe I fallen. Um in die Gruppe I aufgenommen zu werden, müssen die Mitglieder folgende Bedingungen erfüllen:

1. Es muß ein konzessionierter Landungs- und Aufstiegplatz vorhanden sein,
2. das Mitglied muß sich verpflichten, auf dem Plage die ihm auferlegte Markierung für die Luutorientierung auf seine Kosten anzubringen,

3. eine Fernsprechstelle muß unmittelbar am Platze eingerichtet werden,
4. es muß eine Verwaltungsstelle des Platzes vorhanden sein,
5. am Orte ist ein Verkehrsbureau beziehungsweise eine Auskunftsstelle für den Luftverkehr einzurichten.

Zu § 4 ist der Mitgliedsbeitrag festgesetzt. In dem vorläufigen Satzungsentwurf war der Beitrag für ordentliche Mitglieder auf jährlich 500 *M* festgesetzt, und dementsprechend ist auch der Antrag des Rates der Stadt formuliert. In dem neuesten, hier vorliegenden Satzungsentwurf ist dieser Beitrag — bekanntlich wird alles teurer — auf 600 *M* erhöht worden.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März, das erste Jahr von der Eintragung des Vereins bis zum 31. März 1921.

Die Organe des Vereins sind a) der engere Vorstand, b) der erweiterte Vorstand, c) die Mitgliederversammlungen, d) der Geschäftsführer.

Wie ich Ihnen schon mitteilte, ersucht der Rat der Stadt die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Stadt dem Verein mit einem Mitgliedsbeitrag von 500 *M* für das Jahr beitritt. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und gibt Ihnen durch mich anheim, diesem Antrage des Rates zuzustimmen und die satzungsmäßigen 600 *M* zu verwilligen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das stillschweigende Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an.

20. Umbau der Bürgerschule an der Leopoldstraße für den öffentlichen Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge.

Stadtv. Rasche: Meine geehrten Damen und Herren! Die Vorlage über den Umbau der Schule an der Leopoldstraße ist Ihnen vom Räte der Stadt schon einmal im Juli vorigen Jahres vorgelegt worden und ist seitens der Stadtverordneten zurückverwiesen mit dem Bemerkten, daß das Projekt 3 b zwar für geeignet gehalten wird, daß aber mit Rücksicht darauf, daß die in der Schule eingerichteten Notwohnungen fortfallen würden, von der Ausführung des Projektes abgesehen werden möchte; es soll vielmehr die Landesregierung ersucht werden, in einem Regierungsgebäude geeignete Räume zur Unterbringung der Schule Wilhelmstraße oder des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Der Rat der Stadt hat sich darauf, wie ich aus dem Studium der Akten ersehen habe, mit dem bezeichneten Ersuchen an die Regierung gewandt, aber nach mehrfachen Verhandlungen stets den Bescheid erhalten, daß die Regierung ein Gebäude für den Arbeitsnachweis nicht hergeben

könne. Es sieht sich deshalb der Rat der Stadt veranlaßt, die Vorlage nochmals einzubringen, und zwar wird das damit begründet, daß das Schulgebäude an der Wilhelmstraße, in dem augenblicklich der Arbeitsnachweis stattfindet, im nächsten Semester von der Schule benutzt werden muß. Zur Zeit sind die Klassen der Schule Wilhelmstraße in der Waisenhauschule untergebracht. Letztere muß aber, um die Knabenfortbildungsschule, insbesondere die Tagesklassen unterzubringen, baldmöglichst geräumt werden. Dazu kommt, daß Ostern der zweite Jahrgang der Fortbildungsschule eingeschult wird, wofür auch wieder Klassenzimmer gebraucht werden. Es ist seinerzeit von der Stadtverordnetenversammlung mit Recht gesagt, man wolle die Notwohnungen, die in der Schule an der Leopoldstraße eingerichtet sind, nicht aufgeben. Nachdem aber auf der Korfesstraße aufs neue 47 Wohnungen zur Verfügung stehen, glaubt der Rat der Stadt Ihnen den Vorschlag machen zu können, jetzt den Umbau der Schule Leopoldstraße zum Arbeitsnachweis zu bewilligen. Dieser Umbau ist zu 116 000 M veranschlagt. Es ist dabei angenommen, daß es nicht nötig ist, elektrische Beleuchtung in das Gebäude hineinzulegen. Die Anlage ist auf dem ausgestellten Übersichtsplan dargestellt und wird Ihnen schon von früher her bekannt sein. Nach Prüfung desselben hat der Bauausschuß sich einstimmig für den Umbau dieser Schule und für die Verlegung des Arbeitsnachweises dorthin ausgesprochen, und läßt Sie durch mich ersuchen, dem Plane zuzustimmen und den Betrag von 116 000 M zu bewilligen.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Bauausschusses an.

21. Einrichtung einer Milchküche im städtischen Krankenhaus (Nachverwilligung.)

Stadtv. **Stegmann**: Es wird den Herrschaften erinnerlich sein, daß wir in der Sitzung kurz vor Weihnachten dem Beschlusse des Rates beigetreten sind, im städtischen Krankenhaus eine Milchküche einzurichten, um die Nahrungsbereitung für kleine Kinder besser zu gestalten. Es waren zu diesem Zwecke 6000 M bewilligt. Inzwischen sind die Kosten für die anzuschaffenden Apparate bedeutend gestiegen. Die Firma Lautenschläger-Berlin, welche den Sterilisator liefern soll, fordert statt 1980 M 5950 M und für Lieferung der Flaschenkörbe statt 180 M 312 M. Wenn auch von vornherein im Kostenaufschlage auf eine gewisse Steigerung der Preise Rücksicht genommen war, so ergibt sich doch für diese Sachen schon ein Mehraufwand von etwa 3700 M gegenüber dem Kostenaufschlage. Auch die Firma Bartel u. Münnemann, hier, welche den Anschluß

der Apparate an die Dampfleitung übernehmen soll, fordert 450 *M* mehr. Die Gesamtkosten für die Anlagen werden sich jetzt um etwa 4500 *M* erhöhen und mithin statt 6000 *M* nunmehr 10 500 *M* betragen. Bei der Notwendigkeit der Milchflüche, deren Einrichtung die Stadtverordneten auch zugestimmt haben, müssen wir in den sauren Apfel beißen und die Erhöhung bewilligen. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt und ist zu der Ansicht gekommen, daß wir auch bei den erhöhten Kosten nicht von der Sache zurückstehen können. Es muß aber nun schnell gehandelt werden, denn die Firmen haben erklärt, daß die jetzt geforderten Preise nur ganz kurze Zeit bestehen bleiben. Wir sehen auch hier, der Wucher blüht in unerhörter Weise. Der Bauausschuß beantragt, den Mehrbetrag von 4500 *M* zu bewilligen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Nachverwilligung an.

22. Ankauf einer Baracke und eines Schuppens.

Stadtv. **Reißner**: Es hat sich für die Stadt Gelegenheit geboten, noch eine Baracke und einen Schuppen anzukaufen. Die Baracke steht auf dem Grundstück des Weißen Rosses, und weiter handelt es sich um einen ausgebauten Fachwerkschuppen, den Lackierererschuppen auf dem Grundstück des Flugplatzes. Das städtische Hochbauamt sagt in seinem Bericht, daß der Ankauf beider Bauwerke sehr zu empfehlen ist, da die in ihnen vorhandenen Rohmaterialien den geforderten Preis in reichlicher Weise decken. Der Preis der Baracke ist auf 5000 *M* und der für den Lackierererschuppen auf 6800 *M* festgesetzt. Der Bauausschuß hat die Sache eingehend geprüft und gibt Ihnen anheim, für diese Summe die beiden Fachwerksgebäude anzukaufen.

Stadtv. **Richter**: Werte Anwesende! Ich nehme an, daß diese beiden Bauwerke zu Wohnzwecken angekauft werden sollen. Da dürfte es an der Zeit sein, über die Baracken als Wohnungen ein paar Worte zu sagen. Sie wissen, daß die Baracken so gut und schön, wie es nach den Verhältnissen möglich ist, eingerichtet sind, auch die auf dem Flugplatz. Dennoch verbürgen sie kein menschenwürdiges Wohnen; bei Kälte müssen die Leute frieren, und die Wohnungsverhältnisse an sich sind überhaupt keine ideale. Deshalb möchte ich mir erlauben, die Bitte auszusprechen, daß wir vom Wohnungsamt Nachricht bekommen, wie weit die Beschlagnahme der großen Wohnungen durchgeführt ist. Ich glaube, es könnten noch viele Leute untergebracht werden, wenn in dieser Beziehung schärfer durchgegriffen würde. Ich möchte also ersuchen, uns in aller kürzester Zeit Auf-

schluß zu geben, welchen Fortgang die Arbeiten nehmen, und was dabei herausgekommen ist.

Stadtbaurat **Gebensleben**: Bei der Gelegenheit des Ankaufs dieser Baracken wird vom Herrn Vorredner bemängelt, daß die Baracken auf der Fliegerstation nicht allen hygienischen Anforderungen entsprechen. Dem ist ohne weiteres beizupflichten. Aber man muß auch bedenken, in welcher Not wir vor $\frac{3}{4}$ Jahren gewesen sind. Wir mußten schnell Wohnungen schaffen; da blieb nichts anderes übrig als auszubauen, was gerade sofort greifbar war, und das waren die Baracken auf der Fliegerstation. Wir sind nachher dazu übergegangen, solche Baracken in zweckmäßigerer und dauerhafterer Weise auszubauen. Wir haben solche Baracken später auf dem Kasernementgrundstücke in der Korfesstraße aufgebaut; dem äußeren Ansehen nach ähneln sie denen auf der Fliegerstation, aber sie unterscheiden sich von diesen wesentlich insofern, als sie ein massives Fundament und massive Außenmauern besitzen und auch sonst mit allen Bequemlichkeiten eingerichtet sind, die man bei modernen Wohnungen antrifft. Sie sind mit Wasserklosetts versehen, haben elektrische Beleuchtung, selbstverständlich Wasserleitung und auch Kochgas. Wir haben es so gemacht, daß diese Baracken zum Teil als Einfamilienhäuser aufgeteilt sind. Sie werden dort eine Baracke finden, die wir vom Militäriskus erworben haben und die früher auf dem Grundstück des Weißen Hofes stand; diese ist zu fünf kleinen Einfamilienhäusern aufgeteilt. Ich habe mich bei den Bewohnern, Männern und Frauen, nach ihrem Urteil über diese Wohnungen erkundigt, und alle haben mir erklärt, daß sie sich in diesen Baracken außerordentlich wohl fühlen. Ich bitte die Herrschaften, bei Gelegenheit dort hinzugehen und die Baracken anzusehen. Eigentlich sind es keine Baracken mehr, sondern es sind Fachwerkhäuser, die außerdem noch mit äußerer Verschalung versehen sind, die also so hergerichtet sind, wie wir die Häuser im Harze finden. Wir müssen wahrscheinlich dazu übergehen, die Baracken auf der Fliegerstation in ähnlicher dauerhafter Weise auszubauen; dazu würden allerdings nennenswerte Mittel aufzubringen sein. Es ist über diesen Punkt schon im Bauausschuß beraten und die Frage erwogen, ob wir demnächst, wenn wir etwas Lust bekommen, vielleicht einige Baracken nach dem Urteröder Feld bringen und in solider Weise herstellen. In dieser Weise hergerichtet, können die Häuser 20—30 Jahre stehen, vielleicht noch länger. Herr Nieke wird mir beipflichten, daß diese Ausführungen ausgezeichnet ausgefallen sind.

Sodann wünschte der Herr Vorredner, es möchte bei der Wohnungsbeschlagnahme noch schärfer zugepackt werden. Ich will zugeben, daß das vielleicht möglich ist, und wir wollen die Mahnung gern berücksichtigen. Aber der Herr Vorredner übersieht vielleicht die außerordentlichen Schwierigkeiten, die uns bei der

Beschlagnahme der Wohnungen leider von allen Seiten entgegengebracht werden. Ich muß ganz besonders betonen, daß wir sehr oft recht wenig Verständnis für unser Vorhaben, von größeren Wohnungen einzelne Teile abzutrennen, bei den Leuten finden. Die Organisation ist bei uns so getroffen, daß die Prüfung der Wohnungen von Kommissionen ausgeführt wird, bestehend aus Mitgliedern, die von der Wohnungsdeputation dazu ernannt sind, soweit es geht aus Mitgliedern der Wohnungsdeputation, Herren und Damen. Diese Kommissionen haben sich ihrer Aufgabe mit außerordentlichem Fleiß unterzogen und auch schon recht gute Erfolge erzielt. Wir haben immerhin mehrere hundert Wohnungen auf diese Weise geschaffen, indem wir von übergroßen Wohnungen einzelne Teile beschlagnahmten, sowohl in den Etagen selber oder, indem wir einzelne Mädchenkammern oder Räume im Dachgeschoß zusammenlegten und als Wohnungen einrichteten. Wie der Herr Vorredner schon sagte, könnte darin noch etwas mehr geschehen, und so werden wir in unserm Bestreben nicht erlahmen, weitere Wohnungen zu schaffen; es hat uns zeitweilig an Bureaupersonal gefehlt, um weiteres Material zu bearbeiten; doch wird darin Wandel geschaffen werden, und ich hoffe, daß dann mehr geschehen kann.

Stadtv. H. **Riese 1:** Die Stadt hat das größte Interesse daran, auf dem Flugfelde nicht weiter aufzubauen, sondern dort abzubrechen, denn es wimmelt dort von Ratten und allerlei Ungeziefer. Die Baracken dort sind innen und außen mit Brettern versehen, dazwischen aber hohl, so daß sie ein Unterschlupf für Mäuse usw. sind und schlecht warm zu kriegen sind. Bezüglich ihrer Bewohnbarkeit ist eine Dauer von 5 Jahren das höchste, was man ihnen zutrauen kann. Die in die Erde gerammten Pfähle werden nicht lange halten, und dann fällt das Bauwerk um. Auf der Korfesstraße ist das etwas anderes, da hat ein Zwischenbau zwischen den Wänden stattgefunden. Dort sind die Häuser warm, wie man sich nur ein Fachwerthaus denken kann. Aber ich halte dafür, daß es auf der Korfesstraße genug mit diesen Bauten ist; wenn auch das Grundstück 9 Morgen groß ist, so müssen wir dort auch einmal mit Bauen aufhören. Ich bin der Meinung, daß wir nächstens auf dem Arkeröder Felde mehr anfangen zu bauen, und dann können die Baracken dort wie Einfamilienhäuser gestaltet werden und eine Lebensdauer von 20—30 Jahren besitzen. Damit können wir besser dem Bedürfnis abhelfen, als wenn wir unsere Einwohner mit Wohnungen beschenken, die aus Mädchenkammern zusammengesetzt sind, die fünf Treppen hoch liegen. Diese Mädchenkammern sind doch meist zu drei Vierteln schräg und nur zu einem Viertel mit gerader Decke versehen, dabei mit kleinen Fenstern, und wenn da oben ein Feuer entsteht, dann kann leicht ein Unglück passieren. Wenn bei solchen zusammengestellten Wohnungen nicht wenigstens ein Zimmer ist, das

gerade Fenster hat, dann sehen wir besser davon ab, sie für Wohnungen zu beschlagnahmen. Die Aussicht von solchen Wohnungen ist auch abscheulich; es sind nur blanke Dächer zu sehen, und dabei sind solche Wohnungen noch kälter als die provisorischen auf dem Flugfelde. Wir müssen das nehmen und auswählen, was dem Notstande abhelfen kann, die längste Dauer verspricht und nicht die größten Kosten macht. Durch den Ankauf dieser Baracken kann etwas geschaffen werden, womit mehr zu erreichen ist, als wenn wir weiter in den Dachkammern herumfriechen.

Stadtv. Genzen: Ich möchte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf etwas anderes lenken. Herr Stadtbaurat Gebensleben hat zugegeben, daß die Baracken immer nur ein Nothelf sind, Herr Riefe hat den Zustand der Baracken auf dem Flugfelde als ziemlich schlecht gemalt, hat von Ratten und Mäusen geredet und den Baracken nur eine Lebensdauer von 5 Jahren gegeben. Dazu habe ich von anderer Seite gehört: Wenn wir im Winter 18—20 Grad Kälte bekommen, müssen die Leute in diesen Baracken erfrieren, während sie im Sommer es vor Hitze nicht aushalten können. Bei aller Mühe, die sich die Stadt gibt, gelingt es ihr nicht, die Wohnungsnot zu lindern. Auch die Wohnungen, die früher Dachkammern gewesen sind, sind nichts Wichtiges. Es wird eine ganze Menge Geld mit diesen Sachen verplempert, ohne daß etwas Dauerhaftes geschaffen wird. Auch bei den Baracken auf der Korfesstraße kann man nur auf eine Gebrauchsfähigkeit von 18—20 Jahren rechnen. Sollte man da nicht versuchen, daß man mit den Siedlungsgesellschaften auf irgend eine Art und Weise ein Abkommen trifft. Ich glaube, es sind von dieser Gesellschaft 35 Häuser zum Teil ganz, zum Teil ziemlich fertiggestellt, aber niemand will die Häuser übernehmen, weil sie zu teuer sind. Ich bin Interessent und habe kürzlich mit einem Regierungsbaumeister Rücksprache darüber genommen. Es wurde mir erklärt, daß ein Einfamilienhaus, der kleine Typ, der früher zu 10—11 000 *M* veranschlagt wurde, heute 16—18 000 *M* kosten wird. Welcher kleine Beamte oder Arbeiter kann heute 18 000 *M* als Kapital nur für Wohnung aufbringen und jahrelang verzinsen? Wir hören alle, daß die Verhältnisse nicht so bleiben werden, daß das Geld wieder einen höheren Wert bekommen wird und die Gehälter wieder niedriger werden, aber die Zinsenlast auf einem solchen Erwerb bleibt bestehen. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, heute Häuser bauen oder kaufen zu können, und im nächsten Jahre kostet das Haus vielleicht schon 25 000 *M*. Wäre es nicht möglich, daß die Stadt sich an die Siedlungsgesellschaft und an die Baugenossenschaft wendet, und daß sie das Geld, was sie sonst für Notwohnungen ausgeben müßte, als Zuschuß hergibt. Diese Baracken werden auf 14 000 *M* berechnet, wenn die Stadt 4—6000 *M* extra hergibt, wird

solch ein Haus, wie es die Siedlungsgesellschaft herstellt, dem Erwerber zu 10 000 *M* abgegeben werden können. Ich weiß allerdings nicht, ob die Stadt das Geld als Fonds perdu geben kann, oder ob es amortisiert werden muß. Aber immerhin halte ich es für notwendig, daß die Stadt etwas tut, um in dieser Weise der Wohnungsnot zu steuern. Der jetzige Weg scheint mir nicht der rechte zu sein. Ich gebe dem Herrn Stadtbaurat recht: Es ist schwer, von den großen Wohnungen etwas abzutrennen. Wenn eine große Wohnung von 2—3000 *M* Miete kostet und es wird ein Teil davon abgenommen, dann kann der kleine Mann die Miete dafür nicht bezahlen. Dieser Weg bietet also auch viele Schwierigkeiten. Der einzige Weg ist meines Erachtens der, sich an die Siedlungsgesellschaft zu wenden. Es werden damit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Es ist ja schon ein Antrag von Herrn Tostmann eingebracht, Notstandsarbeiten für Bauhandwerker zu schaffen. Heute geben wir das Geld als Zuschuß für die Erwerbslosenunterstützung aus, und produktive Arbeit wird dafür nicht geleistet. Wenn man auf dem von mir angegebenen Wege Beschäftigung schaffte, würde an Unterstützung für die Erwerbslosen gespart und zugleich ein Ausweg aus der Wohnungsnot geschaffen. Ich möchte den Rat ersuchen, sich mit der Siedlungsgesellschaft und der Baugenossenschaft in Verbindung zu setzen, um diesen Gesellschaften für ihre Häuser einen festen Zuschuß zu geben. Damit würden Wohnungen und Arbeitsgelegenheit geschaffen. Wenn 4000 *M* Zuschuß für jedes Haus gegeben werden und es damit möglich ist, 100 Einfamilienhäuser zu bauen, dann müßte das in beiden Beziehungen doch etwas helfen. Der Herr Oberbürgermeister wird zwar sagen: „Wir haben 45 Millionen Mark Schulden“, aber ich meine, dann kommt es auf einige hunderttausend Mark nicht an, denn es ist heute die heiligste Aufgabe der Kommunen, mit dafür zu sorgen, daß Brot, Arbeit und vor allen Dingen anständige Wohnungen geschaffen werden.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich stimme mit dem Herrn Vorredner vollständig darin überein, daß die Wohnungsnot tatsächlich nur dadurch beseitigt werden kann, daß man endgültige Wohnungen schafft, so wie sie in diesem Jahre von der Braunschweigischen Baugenossenschaft und von der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft gebaut sind. Der Herr Vorredner irrt aber, wenn er der Ansicht ist, wir hätten zu diesen Bauten keine Zuschüsse bewilligt. Im Gegenteil: Wir haben gewaltige Zuschüsse hergegeben. (Zuruf Genzen: Das weiß ich!) Wenn ich nicht irre, ist der in den diesjährigen Etat eingesetzte Fonds von 500 000 *M* schon verzehrt. Wir werden deswegen aber nicht ruhen und in den nächsten Voranschlag einen noch höheren Betrag einlegen müssen. Die Kosten für Bauten sind wahnsinnig hoch; der Herr Vorredner hat schon auseinandergelegt, daß ein Haus, das vor dem Kriege 10 000 *M* kostete, jetzt auf 16—18 000 *M* zu stehen

kommt. Nun wird im allgemeinen so vorgegangen, daß die Baukostenüberteurung, d. h. dasjenige, was über den Friedenspreis an Baukosten erwachsen ist, auf Reich, Staat und Gemeinde abgewälzt wird; das Reich übernimmt die Hälfte der Überteurung, Staat und Gemeinde je ein Viertel. Wenn also die Stadt in diesem Jahre 500 000 *M* beigesteuert hat, dann hat der Staat genau dieselbe Summe und das Reich den doppelten Betrag hergegeben; es sind in diesem Jahre also an Baukostenzuschüssen $500\,000 + 500\,000 + 1\,000\,000\,M = 2\,000\,000\,M$ aufgewandt. Nun sehen sie sich aber an, was bislang an Bauten errichtet ist! Es sind sehr schöne Häuser der Braunschweigischen Baugenossenschaft an der Goethestraße und von der Siedlungsgesellschaft geschaffen. Aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein; man kommt damit nicht weiter. Solange die hohen Preise nicht heruntergehen, führt auch der Weg nicht zum Ziel, den der Herr Vorredner vorgeschlagen hat; aber es kann dieses Mittel immerhin mit herangezogen werden. Es bleibt bei den augenblicklichen Verhältnissen nichts anderes übrig, als auf die vorhandenen Häuser zurückzugreifen. Ich habe übrigens gehört, daß in diesem Jahre die Baukostenzuschußfrage in wesentlich anderer Weise als bisher geregelt werden soll. Diese Frage hat in diesem Jahre meiner Ansicht nach daran gekrankt, daß die Baukostenzuschüsse (z. B. der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft) zugebilligt sind unter Zugrundelegung derjenigen Kostenschätzungen, die vor Beginn des Baues, vor 34 Jahren, aufgestellt sind. Nun hat sich ergeben, daß die Kosten der Ausführung nicht dieselben geblieben sind, sondern erheblich höher geworden sind, und daß die Siedlungsgesellschaft mit den damals bewilligten Beträgen nicht auskommt. Sie wendet sich nun händeringend an Staat, Gemeinde und Reich mit der Bitte, es möchten höhere Zuschüsse bewilligt werden. Selbstverständlich muß man da in den sauren Apfel beißen und die höheren Zuschüsse bewilligen, und ich zweifle nicht, daß die Wohnungsdeputation auch aus städtischen Mitteln die höheren Zuschüsse bewilligen wird. Ich bitte, aus diesem allen zu ersehen, wie außerordentlich schwierig die Verhältnisse im Wohnungswesen sind; wir müssen immer wieder auf den Notbehelf zurückkommen.

Im Eingang seiner Erörterungen erwähnte Herr Benzen, daß eine Unstimmigkeit zwischen der Ansicht des Herrn Niese und meiner Ansicht bestände. Das ist nicht der Fall. Herr Niese hat von den Baracken der Fliegerstation gesprochen und erwähnt, daß sie nur eine Lebenszeit von 5 Jahren hätten, und das ist auch meine Ansicht. Die fester gebauten Baracken auf der Korfesstraße aber haben, wie auch Herr Niese geäußert hat, eine erheblich längere Lebensdauer. Ich stelle also fest, daß unsere beiden Ansichten sich durchaus decken.

Stadtv. Marth: Herr Richter meinte, wir müßten schärfer an die großen Wohnungen herangehen. Das ist bisher schon nach Möglichkeit geschehen, aber das Abteilen von Wohnungen scheiterte sehr häufig an den hohen Kosten, selbst in den Fällen, wo es tatsächlich möglich wäre, Wohnungen einzurichten. Es handelt sich meistens darum, daß bauliche Änderungen vorgenommen werden müssen. Der Hauswirt ist aus begreiflichen Gründen meist nicht gewillt, auf seine Kosten solche herstellen zu lassen, und die Stadt wird nicht imstande sein, überall für Wohnungen, die aus Abteilung von anderen Wohnungen hergerichtet werden sollen, 5000 *M* Baukosten zu bewilligen. Wäre es möglich, Mittel zur Verfügung zu bekommen, durch die die Kosten der baulichen Veränderungen bestritten werden könnten, so würden wir mehr Wohnungen beschlagnahmen, um der Wohnungsnot zu steuern. Ich bin der Ansicht, daß wir nicht umhinkönnen, wenn wir der augenblicklichen Wohnungsnot abhelfen wollen, trotzdem zu versuchen, von diesen großen Wohnungen Abtrennungen vorzunehmen, wo es irgend möglich ist, wenngleich, wie auch schon der Herr Stadtbaurat sagte, uns nicht viel Entgegenkommen gezeigt wird. Niemand hat uns willkommen geheißen, und jeder hat uns lieber von hinten gesehen als von vorn. Bei diesen Abtrennungen ist aber noch eins zu beachten. Wenn in einem Hause Räume abgetrennt werden und diese Räume zu teuer kommen, so fragt es sich, ob es nicht richtig ist, daß Zuschüsse gewährt werden, damit der neue Mieter auch den Mietzins bezahlen kann. Die Wohnungsuchenden gehören zum großen Teil dem Arbeiter- und Mittelstande an und sind nicht in der Lage, eine Wohnung von Stube, Kammer und Küche mit 8—900 *M* bezahlen zu können. Deshalb müssen Mittel geschaffen werden, um Wohnungen zu annehmbaren Preisen schaffen und abgeben zu können.

Vorsitzender: Eigentlich handelt es sich bei diesem Punkte um Ankauf einer Baracke. Ich gebe wohl zu, daß die angeschnittenen Fragen im Zusammenhang mit dieser Wohnungsbeschaffung zu bringen sind, gebe aber anheim, die Besprechung, soweit es möglich ist, abzukürzen, denn es ist schon 5 Minuten vor 8 Uhr, und es sind noch andere Punkte zu besprechen.

Stadtv. Reißner: Es wurde schon zugegeben, daß manche der Klagen über die Wohnungen in den Baracken auf der Fliegerstation berechtigt sind, aber seitens des Wohnungsbureaus ist allen berechtigten Klagen nachgegeben worden. Es sind Klagen von Familien mit kleinen Kindern und erkrankten Familienmitgliedern gekommen: sie sind herausgenommen und an anderen Stellen untergebracht, in der Korfessstraße und auch in der Stadt. Solch ein Entgegenkommen ist aber nicht in jedem Falle möglich, denn wir haben in Braunschweig ca. 800

Familien, die ohne Wohnung sind. Auch wenn wir die 55 neuen Wohnungen bis zum 1. April fertigstellen, so ist das immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Was die Beseitigung der Wohnungsnot durch Dauerbauten anbelangt, so möchte ich mir den Hinweis erlauben, daß ich es für unmöglich halte, die gegenwärtige Wohnungsnot durch Bauten in massiver Bauweise zu beseitigen. Herr Genzen verwies in dieser Beziehung auf die Einfamilienhäuser, die 15 bis 16 000 *M* kosten. Wenn Reich, Staat und Gemeinde hierzu große Zuschüsse leisten, so ist das meines Erachtens unrentabel. Wir werden zu einer andern Bauweise kommen müssen, um die Wohnungsnot zu beseitigen, und zwar müssen wir zu Bauten von geringerer Lebensdauer übergehen. Wenn die herzustellenden Häuser jetzt eine Lebensdauer von 50—60 Jahren haben, dann kommen wir über die größte Zeit der Not hinweg, und darauf müssen wir drängen. Ich habe deshalb den Antrag Freude mit Freuden begrüßt, der auf die Lehmbauweise hinziele, wie sie in andern Orten mit Erfolg ausgeführt ist.

Was die Herrichtung von Notwohnungen in größeren Wohnungen anbelangt, so ist von dem Herrn Vorredner schon in genügender Weise darauf hingewiesen, daß wir dabei großen Schwierigkeiten begegnen. Die Beisitzer des Mieteinigungsamtes wissen darüber Bescheid — Herr Lehnert nickt mit dem Kopfe, er hat manchen Strauß mit auszufechten, der manchmal wochenlang dauert und nicht mehr schön ist. Ich möchte deshalb dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Bürgerschaft mehr Einsicht gewinnt und mehr dazu beiträgt, die Wohnungsnot zu beseitigen. Ein großer Übelstand ist in den abgetrennten Wohnungen die fehlende Kochgelegenheit. Wenn uns zwei saalartige Zimmer abgegeben werden, so nützt das nichts, denn eine Wohnung können wir daraus nicht machen. Das Mieteinigungsamt hat vor einigen Wochen entschieden, daß uns zwei Zimmer abgegeben werden sollen, und der Mieter hat zugegeben, daß dort eine Grude aufgestellt wird. Aber der Hausbesitzer ist nach Ansicht des Mieteinigungsamtes nicht verpflichtet, die Aufstellung der Grude zuzulassen, und dadurch ist uns die Wohnung entfallen. Eine Wohnung, die nur aus Stube und Kammer besteht, kann uns nichts nützen, wir müssen auch eine Küche dazu haben.

Stadtv. Genzen: Es ist mir wohlbekannt, daß Stadt, Staat und Reich Zuschüsse zu Neubauten gegeben haben. Es besteht aber darin ein Widerspruch, indem es heißt, daß die Überteuering durch Reich, Staat und Gemeinde getragen werden sollen. Es stimmt, daß erst der Kostenaufschlag aufgestellt und nachher gebaut wird. Dann aber hat sich herausgestellt, daß das Haus um 10—12 000 *M* teurer zu stehen gekommen ist, als der Kostenaufschlag angibt, und der Eigentümer muß diese Differenz tragen. So liegt die Sache augenblicklich doch! Während

dem Bewerber früher das Haus zu 10—11 000 *M* angetragen ist, ruht jetzt auf seinen Schultern eine Last von 15 000 *M*, und diese Kosten kann er nicht aufbringen. Diese Differenz, die sich erst später herausstellt, müßte die Stadt extra zahlen, um es möglich zu machen, daß Wohnungsbau in Zukunft getrieben werden kann. Ich gebe zu, daß dadurch allein die Wohnungsnot nicht gelindert werden kann. Wenn aber die Wohnungsbeschlagnahme und der Barackenbau hinzukommen, so wird dadurch doch etwas erzielt werden.

Stadtbaurat Gebensleben: Ich möchte Herrn Geuzen erwidern, daß die Frage, ob die Heimstättennehmer die höheren Kosten zu tragen haben, also statt vielleicht 10 000 *M* 15 000 *M* bezahlen sollen, heute noch nicht geklärt ist. Ich habe mit den Herren der Siedlungsgesellschaft, Baumgardt und Freije, über diesen Punkt gesprochen und erfahren, daß die Herren an die Regierung den Antrag gerichtet haben, es möchten diese gegenüber früher jetzt eingetretenen höheren Kosten doch auch noch vom Reiche, vom Staat und von der Gemeinde übernommen werden. Wenn Reich und Staat einwilligen, diese Kosten zu tragen, werden wir natürlich unsern Teil auch tragen; dann wird die Siedlungsgesellschaft aus dieser Misere herauskommen. Ich bin fest überzeugt, daß Reich und Staat diese Kosten übernehmen werden, und wünsche selbstverständlich auch den Siedlern von ganzem Herzen, daß sie nicht unangenehm enttäuscht werden, indem sie jetzt die Häuser — statt für 10 000 *M* — für 15 000 *M* übernehmen müssen. Wenn das doch eintreten sollte, dann hätte die Siedlung, wie sie vor einem Jahre gedacht wurde, zum großen Teil ihren Zweck verfehlt.

Stadtv. Meyerhoff: Aus der Debatte geht hervor, daß wir in der bisherigen Weise in der Frage der Wohnungsbeschaffung schwerlich weiterkommen, und ich bin der Meinung, wir werden darin nicht weiterkommen, wenn wir bei diesem ewigen Programm Flachbau, Einzelbau, Einfamilienhaus bleiben. Hauptsache ist, daß in Stadt, Staat und Reich wieder der Hochbau gefördert wird, der eine größere Verbilligung der Wohnungen schafft. Wenn wir nicht zu dieser Erkenntnis kommen, dann werden wir, solange wir noch zu leben haben, die Wohnungsnot nicht beseitigen.

Stadtv. Frede beantragt Schluß der Besprechung.

Vorsitzender: Eine Abstimmung darüber erübrigt sich, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Die Versammlung stimmt dem Ankauf der beiden Bauperke zu.

23. Übernahme der Haftpflicht gegenüber der Eisenbahnverwaltung für einen Beamten der Ortskohlenstelle.

Stadtv. Reigner: Es hat sich als notwendig erwiesen, daß einem Beamten der Ortskohlenstelle die Berechtigung zum Betreten des Bahngeländes in der Stadt Braunschweig erteilt wird, und zwar zum Zwecke der Besichtigung der eingehenden Kohlenmengen und um zu verhüten, daß Diebstähle vorkommen und Kohlen verschoben werden. Bevor die Eisenbahndirektion die Erlaubniskarte zum Betreten des Bahngeländes ausstellt, hat die Stadt zu versichern, daß sie die Haftpflicht übernimmt, im Falle dem Inhaber der Karte auf den Bahngeleisen ein Unglück zustoßt. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Stadt, da sie Interesse daran hat, daß ihr Beamter den Bahnkörper betritt, auch die Haftung für Unfälle übernehmen muß. Die Finanzkommission gibt Ihnen anheim, die Haftpflichtübernahme durch die Stadt gutzuheißen.

Dem Antrage der Finanzkommission wird zugestimmt.

Stadtv. Lehnert (zur Geschäftsordnung): Die Zeit ist schon weit vorgeschritten. Da es unbedingt nötig ist, daß die dringenden Anträge heute noch erledigt werden, so ersuche ich darum, diese zunächst zu behandeln. Vor allen Dingen bitte ich, den Antrag Lohmann zuerst zu verhandeln. Das ist unbedingt nötig, denn wir stehen vor einer Katastrophe, wenn den Bauarbeitern nicht bald Gelegenheit zur Arbeit gegeben wird. Wird ein großer Teil der Bauarbeiter arbeitslos, dann fallen sie der Stadtkasse zur Last.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte den Antrag Lehnert unterstützen, bitte aber, auch den Antrag über die Feuerungszulage heute noch zur Verhandlung zu stellen. Ich bitte also, diese beiden Anträge als dringlich anzuerkennen und alles andere zurückzustellen.

Vorsitzender: Widerspruch wird nicht bemerkbar. Ich nehme an, daß damit der Vorschlag des Herrn Rönneburg angenommen ist.

24. Anträge Lohmann: 1. auf Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen im Baugewerbe; 2. auf Vorstellung bei der Reichsregierung dahin, daß die Bauarbeiter bezüglich der Arbeitslosenfürsorge nicht als Saisonarbeiter angesehen werden.

Wortlaut der Anträge s. S. 948.

Stadtv. Lohmann (zur Begründung): Meine verehrten Anwesenden! Ich habe zwei Anträge eingebracht, und es wird sich empfehlen, sie in eins zu be-

gründen, denn die beiden Anträge gehören unmittelbar zusammen. Sie entsprechen dem Wunsch der organisierten Bauarbeiter am hiesigen Orte. Wenn bisher die Bauarbeiter nicht zu uns gekommen sind und Wünsche geäußert haben, so liegt das daran, daß sie bisher immer noch voll beschäftigt gewesen sind. Die Industrie hat auf Grund ihrer günstigen finanziellen Verhältnisse, da sie Kriegsgewinne gehabt hat, Bauten ausgeführt, und dadurch sind die Bauarbeiter bisher immer noch gut beschäftigt gewesen. Das hat jetzt aber aufgehört, und es hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil der Bauarbeiter arbeitslos ist und gar keine Möglichkeit vorhanden ist, daß sie Arbeit bekommen können. Früher gingen bei solchen Gelegenheiten die Bauarbeiter in die Fabriken, heute sind die Fabrikttore den Bauarbeitern verschlossen, weil genügend andere Arbeitslose vorhanden sind, die in erster Linie an die Reihe kommen. Deswegen ersuchen die Bauarbeiter, daß unbedingt seitens der Stadt Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden. Wie die vorhergehende Aussprache erkennen ließ, hält es schwer, große Bauarbeiten in Angriff zu nehmen, weil sie bei den heutigen Verhältnissen viel zu teuer zu stehen kommen. Der Wunsch, Beschäftigung für die Bauarbeiter zu ermöglichen, ist mir zu Wasser geworden. Als ich bei den Ziegeleien anfragte, ob genügend Steine für Inangriffnahme von Bauarbeiten vorhanden seien, wurde mir erklärt, daß keine Steine vorhanden seien. Wenn die Sache so liegt, daß kein Material da ist, dann können wir auf dem Bau- und Wohnungsmarkt beschließen, was wir wollen, es hört die Möglichkeit auf, Arbeit beschaffen zu können. Es kommt hinzu, daß die Braunschweigische Baugenossenschaft, obgleich wir noch dabei sind, zwei Wohnhäuser mit 16 Wohnungen zu bauen, in den nächsten Tagen ihre Bauarbeiter entlassen muß, weil die Ziegeleien keine Steine haben, und diese zu Entlassenden werden zu den übrigen Arbeitslosen noch hinzukommen.

Durch ihre Arbeitslosigkeit kommen diese Bauarbeiter noch in die unangenehme Lage, daß sie keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Sämtliche übrigen Arbeiter erhalten Arbeitslosenunterstützung, wenn sie arbeitslos sind, bei den Bauarbeitern aber trifft das nicht zu, weil sie als Saisonarbeiter betrachtet werden. Es wird gesagt: Es ist jetzt Winter, folglicherweise gebührt diesen Bauarbeitern keine Arbeitslosenunterstützung. Diese Stellungnahme ist nach meiner Ansicht und nach Ansicht der Betroffenen grundverkehrt, sonst könnten wir auch die Schneider als Saisonarbeiter betrachten, denn auch sie haben eine Zeitlang wenig Arbeit oder gar keine. Genau so ist das bei den Bauarbeitern der Fall, und deshalb wünschen sie, daß die Stadt bei der Reichsregierung vorstellig wird, daß auch die Bauarbeiter bezüglich der Arbeitslosenunterstützung genau so behandelt werden wie die übrigen Arbeiter. Ich möchte Sie ersuchen, meine Anträge anzunehmen.

Stadtv. Richter: Es berührt mich eigenartig, daß selbst der Braunschweigischen Baugenossenschaft es nicht möglich ist, in ihrer eigenen Ziegelei die nötigen Steine herzustellen, Feuerungsmaterial heranzuschaffen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Außerdem fällt mir auf, daß man nicht weiß, wo die vielen Steine eigentlich bleiben, die die Ziegeleien, soweit sie mit Feuerung versehen waren, während des ganzen Jahres hergestellt haben. Wenn man überschlägt, was überhaupt gebaut ist, so kann man mit einem Verbrauch von $1\frac{1}{2}$ Millionen Steinen rechnen, und da wäre es von Interesse, vom Baustoffbeschaffungsamt zu erfahren, wo die in Braunschweiger Ziegeleien hergestellten Steine geblieben sind. Es kann der Stadt nicht einerlei sein, ob die Braunschweigische Baugenossenschaft ihre Arbeiter entlassen muß, denn der Steuersäckel wird dadurch nicht voller. Es ist auch unangebracht, daß die Kategorie der Bauarbeiter durch die Bezeichnung Saisonarbeiter nicht in Genuß der Unterstützung kommt. Wir haben nicht einen solchen Winter, daß heute die Bezeichnung Saisonarbeiter zu Recht besteht, denn die Leute hätten in einem solchen Winter wohl durcharbeiten können; aber darüber können wir heute nicht streiten. Interessant wäre es jedoch, zu erfahren, wo das Material geblieben ist, das in den Ziegeleien hergestellt wurde. Ich glaube, mit Recht annehmen zu dürfen, daß weit mehr Steine hergestellt sind, als hier verbraucht sind. Ob sie in andere Gebiete abgeschoben sind, könnte vielleicht durch Nachprüfung beim Baustoffbeschaffungsamt festgestellt werden, und unsere Stadtverwaltung würde sich den Dank vieler Bauarbeiter verdienen, wenn sie solche Feststellungen machen ließe.

Stadtbaurat Lebensleben: Zu dieser letzten Frage bemerke ich, daß die Stadtbauverwaltung mit der Freigabe der Baustoffe nichts zu tun hat. Diese Freigabe erfolgt seitens der Baudirektion, wo eine besondere Baustoffabteilung eingerichtet ist -- Sie werden die Bekanntmachungen darüber wiederholt gelesen haben. Diese Abteilung ist vor einigen Monaten ins Leben gerufen und übt dieses Amt, soweit ich erfahren habe, mit außerordentlicher Strenge aus. Es wird von dieser Stelle sorgfältig erwogen, ob die angeforderten Baustoffe tatsächlich geliefert werden sollen oder nicht. Ich gebe allerdings zu, daß es -- soweit ich das beurteilen kann -- nicht ausgeschlossen ist, daß trotzdem noch Baustoffe (denken Sie besonders an die Ziegeleien) irgendwie nach Stellen abgeschoben werden, die eigentlich nicht mit Material versorgt werden sollen. Aber ich will gern Gelegenheit nehmen, mit dem betreffenden Herrn von der Baudirektion zu verhandeln und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß nach Ihrer Ansicht, vielleicht im Schleichhandel oder Tauschhandel, doch noch Baumaterial an den Mann gebracht wird.

Stadtrat Bogler: In der Unterstützungsfrage der Bauarbeiter ist im wesentlichen die Reichsregierung zuständig. Am 24. oder 26. November vorigen Jahres kam an die Erwerbslosensfürsorge und auch an die Demobilmachungskommissare ein Telegramm des Inhalts, daß die Unterstützung an Bauarbeiter wegen Arbeitslosigkeit nicht zu zahlen sei. Es ist gegen dieses Telegramm seitens der Zentralleitungen einiger Gewerkschaften bei dem Reichsminister Widerspruch eingelegt und bei uns darauf die Nachricht eingegangen, daß die Eingabe geprüft werden solle. Als Grund wird angegeben, daß man erst prüfen müsse, ob die Antragsteller tatsächlich früher stets gearbeitet haben und das auf Grund der Krankenkassen- oder Invalidenkarteneinzahlungen beweisen können. Das in dem Einzelfall nachzuweisen, ist sehr schwer, aber jedenfalls haben wir uns mit dem Demobilmachungskommissar verständigt. Wir werden uns in diesem Jahre weiter mit dem Demobilmachungskommissar in Verbindung setzen und werden nicht engherzig auftreten. Aber wir werden so handeln müssen, daß die Berechnung des Gemeinde- und Staatsanteils durch unsere Überschreitung der gesetzlichen Bestimmungen nicht gefährdet wird, doch werden wir in der loyalsten Weise gegenüber den Bauarbeitern verfahren.

Bürgermeister Meyer: Das Stadtbauamt beschäftigt sich in jeder Sitzung mit einer Anzahl von Anträgen auf Zuteilung von Baumaterial; es wird dort genau geprüft, ob die Bauausführung dringlich ist oder nicht. Das staatliche Bauamt weiß, daß wir, in Berücksichtigung des Mangels an Baumaterial, die Dringlichkeit nur anheimgeben, wenn tatsächlich Dringlichkeit vorliegt. Ich habe noch niemals gehört, daß das bewilligte Baumaterial nicht Verwendung fände. Leider ist es heute nötig, alle nicht dringlichen Baugebäude zurückzustellen. Wenn Herr Richter Veranlassung hat zu glauben, daß Baumaterial in reichlicherer Menge vorhanden ist, als es uns zur Verfügung gestellt wird, dann möchte ich um weitere Information bitten. Falls seine Annahme begründet wäre, kann man nur annehmen, daß Baumaterial nach außen abgegeben wird. Hier in der Stadt ist ein solches unlauteres Vorgehen nicht zu verzeichnen, es sei denn, daß untergeordnete Bauten heimlich versorgt werden — dabei können aber keine große Mengen Baumaterial verbaut werden.

Stadtv. Hönneburg: Man kann es durchaus verstehen, daß Sorge die beteiligten Kreise bewegt, wenn sie beobachten müssen, daß ein Betriebs- und Wirtschaftszweig nach dem andern infolge des Kohlenmangels ins Stocken kommt. Hingewiesen muß aber darauf werden, daß die Quelle dafür nicht zuletzt in den ziellosen und unverantwortlichen Streiks liegt, die sowohl im Frühjahr wie im weiteren Laufe des vorigen Jahres, besonders im Ruhrgebiet, angefaßt wurden.

Es ist nicht zu begreifen, in dieser Zeit, wo das deutsche Wirtschaftsleben zu erliegen droht, auf der Forderung des 6-Studentages — die an sich wohl verständlich, augenblicklich aber in der Praxis unausführbar ist — zu bestehen, und daß eine derartige Forderung der Arbeiterschaft noch von Arbeiterführern eingeredet wird. Das geschieht in einem Augenblicke, wo alle anderen Stellen die beweglichsten Vorstellungen erheben: „Denkt daran, daß wir dann überhaupt nicht mehr existenzfähig sind!“ Ich bitte Sie alle, auf ihre Freunde dahin einzuwirken, daß sie nicht nur nicht zum Streik treiben, sondern sich dafür einsetzen, daß der Wirtschaftsfriede gehalten wird. Gewiß, den Bergarbeitern muß das Ihrige gewährt werden, damit sie leben können, aber die Wirtschaft zerrüttende Streiks müssen vermieden werden; sie sind schuld daran, wenn wir heute vor größten Schwierigkeiten stehen.

Stadtv. **Lehnert:** Bezüglich der Herstellung von Ziegelsteinen in unserer Fabrik habe ich zu bemerken, daß wir seinerzeit vom Bezuge von Kohlen durch die Bahn ausgeschlossen waren, aber auf dem Landwege waren uns monatlich 130 Tonnen Kohlen zugebilligt, und damit hätten wir durch den Winter kommen können. Es ist kein Geschäftsgeheimnis, wenn ich hier mitteile, daß wir noch 600 000 grüne Steine ohne die Dachsteine liegen haben, aber wir haben nicht weiterarbeiten können, weil wir kein Benzol hatten, um unser Automobil für den Kohlentransport in Bewegung setzen zu können. Zunächst war uns dieses für 1,20 M von Bäte u. Meyer zugesichert, jetzt aber heißt es, daß wir kein solches mehr bekommen können, sondern, wie uns von Herrn Regierungsrat Spannuth mitgeteilt wurde, von der deutsch-amerikanischen Gesellschaft in Hannover beziehen müßten, und zwar zu einem Preise von 5,30 M , und dann haben wir noch die anderen Unkosten sämtlich zu tragen. Die Herren Reißner und Rasche sind Sachverständige im Bauwesen, und sie werden mir bestätigen, daß unter diesen Umständen das Tausend Steine uns um 30 M teurer zu stehen kommen würde, daß es uns also unmöglich war, den Betrieb fortzusetzen. Wir mußten unsern Ofen ausgehen lassen und stehen nun vor dem Nichts. Ich war bei Herrn Regierungsbaumeister Böse, der von einer Dienstreise zurückkam, und habe ihm erklärt, daß ein großer Teil der Zuckerfabriken schon für die nächste Kampagne Kohlen auf Lager habe. So etwas ist beschämend, denn die Ziegeleien haben in der letzten Kampagne keine Kohlen geliefert bekommen, haben jetzt noch keine, und die Ziegelfabrikation muß brachliegen. Es wäre möglich, in der jetzigen Zeit wenigstens die Vorarbeiten zu treffen, damit später wieder gearbeitet werden kann, aber das gibt es nicht. In der nächsten Woche sind unsere Steine verbraucht, und dann können wir nicht weiterbauen. Während wir sonst am

1. Juli 16 Wohnungen fertig haben würden, stehen wir müßig da und warten, was werden soll. Das ist traurig!

Wenn Herr Stadtrat Vogler sagt, daß die Anweisung wegen der Arbeitslosenunterstützung in loyalster Weise gehandhabt werden soll, so kann ich mitteilen, daß die sämtlichen Leute schon vor dem Kriege bei uns tätig waren, sie kamen sofort nach ihrer Entlassung wieder zu Herrn Tostmann, um für unsere Genossenschaft zu arbeiten; sämtliche Leute würden lieber arbeiten, als daß sie sich arbeitslos nennen. Es ist dahin gekommen, daß sie, um den Schikanen — so möchte man sagen — zu entgehen, sich unnützlich abgewandt haben. Sie sollten erst noch den Beweis bringen, welche Tage in der Woche sie gearbeitet hätten. Da haben sie einfach den Zettel zerrissen und haben auf Arbeitslosenunterstützung verzichtet. Wenn die Erwerbslosenunterstützung mit solchen Schikanen verbunden ist, dann weiß ich nicht, ob bei dem Demobilmachungskommissar oder dem Reichsfinanzminister soziales Verständnis vorhanden ist. Familienvätern, welche gern arbeiten wollen, um der Armenunterstützung zu entgehen, macht man solche Schikanen! Es liegt daran — so hat sich Herr Böse geäußert —, daß nicht der Kohlenminister es in der Hand habe, die Kohlen zu verteilen, sondern die Kohlenverteilungsstelle ihre Kohlen dorthin dirigiert, wo es ihr paßt. Ob vielleicht ein Faß Zucker oder dieses und jenes dabei abfällt, das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber eigenartig ist es: Ich habe festgestellt, daß auf den Zuckerfabriken Kohlen für die nächste Kampagne liegen, und wir stehen vor dem Nichts. Es ist nötig, daß von uns aus eingegriffen wird, damit der Industrie so viel Kohlen zur Verfügung gestellt werden, wie sie notwendig gebraucht. Und woher bekommen die Lastautomobile das viele Benzin? Wir können nicht einen solchen hohen Preis dafür bezahlen, daß das Tausend Steine, das mit 180 M bewertet werden muß, uns auf 220 M zu stehen kommt. Wenn es so weitergeht, dann wird zutreffen, was Herr Genzen sagte: Niemand hat Lust zum Bauen, und niemand hat Geld dafür übrig, um die Verzinsung für erworbene Bauten aufzubringen. Nicht allein die Streiks sind es, die die Schuld an den heutigen unglückseligen Verhältnissen tragen, sondern die verkehrte bureaukratische Einteilung, die in den Kreisen der oberen Herrschaften sich findet, die nicht einsehen, daß auch andere ein Recht zum Leben haben.

Bürgermeister **Meyer**: Ich möchte Herrn Vehnert empfehlen, sich wegen seiner Wünsche an die Kohlenwirtschaftsstelle in Hannover zu wenden, die an die Verbraucher liefert, welche mehr als 200 Zentner im Monat nötig haben. Durch diese ist z. B. die Zuckerfabrik Eichtal zu stark beliefert — selbstverständlich in gutem Glauben. Da sie nun tatsächlich ihre Vorräte nicht aufbraucht, ist uns jetzt von der genannten Wirtschaftsstelle mitgeteilt, daß wir nachprüfen möchten,

wieviel noch vorhanden sei, und daß die Wirtschaftsstelle bereit sei, uns den Überschuß abzugeben. Ich nehme an, daß auch im Landkreise die Verhältnisse ähnlich liegen, und daß auch diese ohne Schädigung anderer Interessen Kohlen in der angeführten Weise bekommen können.

Stadtv. Richter: Ich nehme Anlaß, nochmals auf die Sache einzugehen, weil Herr Rönneburg die ganze Schuld an den heutigen Verhältnissen auf die Streiks zu schieben sucht. Es mag zugegeben werden, daß einige Streiks auch etwas Abbruch getan haben, daß Kohlen in genügendem Maße da sind, aber darüber sind wir wohl einig, daß solche Streiks in letzter Zeit nicht stattgefunden haben. Auch die Sechsstundenschicht, nach der die Kohlenarbeiter streben, kann die Schuld nicht treffen.

Herr Bürgermeister Meyer hat die Ziegelei an die Kohlenwirtschaftsstelle in Hannover verwiesen, die in verschiedenen Zuckerfabriken Kohlen beschlagnahmt hat, und so kann es auch mit der Zuckerfabrik Eichtal liegen. Es werden dabei 12 000 bis 15 000 Zentner in Frage kommen. Es könnte bei der Kohlenwirtschaftsstelle auch darauf hingewiesen werden, daß bei manchen Konservenfabriken noch eine Menge Kohlen lagern, so bei Kasper in der Karl-Schmidt-Straße. Seit September 1919 lagern dort komplette, hochgeschichtete, schön weiß angelüschte Haufen, damit nichts hinzugebracht würde. Es ist doch ein hahnebüchenes Ding, wenn seit dem September 500 Zentner Kohlen dort liegen, nicht gebraucht werden, und doch für den Betrieb immer Kohlen vorhanden sind. So wird es bei mehreren Konservenfabriken sein, und dabei muß man zusehen, daß ein gemeinnütziges Unternehmen wie die Baugenossenschaft nicht in der Lage ist, die in Angriff genommene Fertigstellung von Ziegelsteinen vornehmen zu können, weil für die Ziegeleien keine Kohlen zu bekommen sind. Ähnlich wird es der Siedlungsgesellschaft gehen, und deshalb müssen wir dahinterhaken. Wegen der Konservenfabrikkohlen habe ich versucht, bei Herrn Dr. Müller, der als Vertreter der Kohlenwirtschaftsstelle in Braunschweig ein Geschäftszimmer hat, vorstellig zu werden. Aber dieser Herr ist nur zufällig einen Tag in der Woche, nur am Montag, hier, und so ist es mir nicht gelungen, ihn zu sprechen, sonst hätte ich ihn ersucht, in dieser Sache einmal einzugreifen. Aber auch die Ortskohlenstelle kann ihr möglichstes tun, um diese Kohlen für Braunschweigs Industrie heranzuholen. So lobenswert es ist, daß uns zugesagt wird, den Bauarbeitern gegenüber in der loyalsten Weise bei Arbeitslosigkeit zu handeln, so kann uns doch weniger daran liegen, ihnen durch die Arbeitslosenunterstützung zu helfen, sondern die Hauptsache ist, daß produktive Arbeit geschaffen wird.

Die beiden Anträge Tostmann werden angenommen.

25. Anträge Reißner: 1. auf Bevollmächtigung eines Ausschusses, die erhöhten Teuerungszulagen für die städtischen Beamten und Arbeiter entsprechend der Landtagsvorlage festzusetzen; 2. auf Ermächtigung der Gehaltsdeputation, alle Besoldungs-, Teuerungszulagefragen usw. für die Beamten zu erledigen.

Wortlaut der Anträge f. S. 948.

Stadtv. Reißner (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen allen bekannt sein, daß in Anbetracht der kolossal fortgeschrittenen Teuerung den Beamten und Reichsarbeitern vom Reiche aus in der Weise geholfen werden soll, daß die Teuerungszulagen um 150 Prozent erhöht werden sollen. Auch in Preußen ist derselbe Beschluß gefaßt, und dem hiesigen Landtage ist ebenfalls eine Vorlage zugegangen, die eine gleiche Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten und gleichzeitig eine entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne vorsieht, die voraussichtlich angenommen werden wird. Ich habe nun den Antrag gestellt, man möge den verstärkten Finanzausschuß oder die Gehaltsdeputation bevollmächtigen, sofort in die Erledigung dieser Sache nach der dem Landtage zugegangenen Vorlage einzutreten, und bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Des weiteren habe ich noch in meinem Antrage gebeten, man möge einen besondern Ausschuß — ich denke dabei an die Gehaltsdeputation — ermächtigen, alle Besoldungs- und Teuerungszulage- usw. Fragen, die die Beamten betreffen, zu erledigen, wie die gleichen Fragen für die Arbeiter schon jetzt von der Lohndeputation erledigt werden. Ich glaube, es ist nicht nötig, daß diese Fragen in jedem einzelnen Falle das Plenum beschäftigen müssen. Sie sehen, wieviel wir im Plenum zu tun haben. Eine Gehaltsdeputation ist gewählt, aber in Wirksamkeit getreten ist sie wohl noch nicht. Sie entspricht der Zusammensetzung des Plenums, denn es gehören ihr an die Mitglieder des Finanzausschusses sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse für Rechtsachen, Schulsachen und Bausachen. Es sind alle Fraktionen in der Gehaltsdeputation vertreten, und so glaube ich, Sie können ohne weiteres meinem Antrage zustimmen, die Gehaltsdeputation in dieser Weise zu ermächtigen.

Stadtv. Marth: Ich möchte die Worte des Herrn Reißner in einem Punkte berichtigen. Es ist im Reich und in Preußen nicht den Beamten und Arbeitern die erhöhte Teuerungszulage bewilligt, sondern die Sache ist getrennt. Für die Arbeiter sind bis zum 1. Januar und 1. Februar erhöhte Löhne zugebilligt und den Beamten die Teuerungszulage erhöht. Ich bin der Ansicht, daß man der Gehaltsdeputation die Sache überweisen könnte.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich muß es Ihnen überlassen, ob Sie mit dieser Frage die verstärkte Finanzkommission betrauen wollen. Es handelt sich um eine ganz erhebliche Summe; wir haben 380 dauernd angestellte Beamte und 695 Lehrkräfte, so daß auf eine Ausgabe von 1 Million Mark gerechnet werden muß. Dazu kommt die Ausgabe für die 256 Hilfsbeamten, die allerdings nicht in Form einer Teuerungszulage berücksichtigt werden, aber in Form von Aufbesserungen annähernd dasselbe bekommen müßten. Das würde nochmals eine Ausgabe von 256 000 M sein, zusammen also $1\frac{1}{4}$ Million für drei Monate. Weiter kommt noch die Ausgabe für die Lohnaufbesserungen der Arbeiter hinzu. Es handelt sich jetzt tatsächlich nicht mehr allein um die Frage: „Sollen wir diese Summe bewilligen?“, sondern allmählich muß der Rat die Stadtverordneten bitten, Geld dafür zu schaffen. Wir können doch nicht immer wieder dazu übergehen, zu pumpen und wieder zu pumpen. Unser Kredit leidet allmählich. Ob der verstärkte Finanzausschuß allein in der Lage sein wird, diese Gelder zu beschaffen, darüber bin ich zweifelhaft. Ich habe volles Vertrauen zu dem Finanzausschuß, aber in gewisser Weise halte ich es doch für richtig, daß die Einwohnerschaft erfährt, was die Stadt für ihre Angestellten und Arbeiter tut, und insofern kann ich doch nicht umhin, zu sagen: Es ist ganz gut, wenn wir in aller Öffentlichkeit die Sache verhandeln und nicht in einer Kommission.

Noch auf eins möchte ich hinweisen. Bekanntlich ist bei der vorigen Feststellung der Teuerungsbeihilfen von der Stadt ein anderer Modus gewählt als vom Staate; wir sind darin höher gegangen. Man kann allerdings bei dieser Finanznot der Stadt zweifelhaft sein, ob wir zu diesen erhöhten Sätzen 150 Prozent Zulage hinzugewähren und so noch erheblich weiter gehen sollen als der Staat. Das sind alles Fragen, die sich wohl eignen, in der Kommission vorberaten zu werden, und das könnte geschehen, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung vorher zusammentritt, indem sofort, nachdem der Landtag beschlossen hat, die Finanzkommission mit der Vorberatung dieser Frage betraut wird; danach würden wir Ihnen dann eine Vorlage zugehen lassen.

Stadtv. Mönneburg: Warum wir den Antrag als Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, können wir in kurzen Worten erklären. Die heutige Stadtverordnetenversammlung steht im Zeichen der morgen beginnenden Beratung über die Erhöhung der Teuerungszulagen im Landtage. Die Vorlage darüber wird in der nächsten Woche voraussichtlich im Landtage verabschiedet werden. Nach dem bisherigen Brauch ist damit zu rechnen, daß aber erst in drei Wochen wieder eine Stadtverordnetenversammlung stattfindet. Dann käme also hier die erste Lesung der Vorlage über die erhöhten Teuerungszulagen, darauf die Überweisung an den Finanzausschuß, so daß aller Voraussicht nach noch eine erheb-

liche Zeit verstreichen würde, ehe die Sache hier erledigt ist. Ich darf darauf hinweisen, daß die preußischen Beamten und die Reichsbeamten schon in den Genuß der erhöhten Teuerungszulage gekommen sind. Bei der dauernden Entwertung des Geldes ist aber am 1. März oder 1. April der Wert des Geldes vielleicht nur noch die Hälfte des heutigen. Das Nachhinken der Kommunen in der Bewilligung und Auszahlung der Teuerungszulagen ist ein außerordentlich großer Übelstand für die Betroffenen. Wenn nun versucht würde, durch Bevollmächtigung des verstärkten Finanzausschusses den schwerfälligen Apparat etwas schneller in Gang zu bringen, so könnte man sich darüber nur freuen.

Darüber, daß an die Deckungsfrage herangetreten werden muß, sind wir uns klar, ebenso darüber, daß die Kommunen zurückkehren müssen zu dem Grundsatz, daß für alle Ausgaben die nötige Deckung geschaffen werden muß. Zu dem Zwecke haben wir ja in letzter Zeit schon verschiedene Steuervorlagen beraten, und andere werden folgen. Ganz stimmt übrigens die Berechnung, die der Herr Oberbürgermeister aufgemacht hat, nicht. Zunächst werden die Beamten nicht durchschnittlich 1000 *M* mehr bekommen, sondern nur annähernd ist das der Fall, 900 *M* würden es im Höchstfalle sein, und das ist nicht für alle in Betracht zu ziehen. Dazu käme, daß für die Lehrpersonen, für die 400 Volksschullehrer, der Staat 65 Prozent der Ausgabe trägt, daß also eine erhebliche Summe in die Stadtkasse wieder zurückgeht.

Was die Überweisung an die Finanzkommission betrifft, so muß ich sagen: Wenn Sie es so machen wollen, wie der Herr Oberbürgermeister vorschlägt, daß Sie die Sache gleich in der Finanzkommission vorberaten wollen und dann zur Verabschiedung noch einmal der Vollversammlung unterbreiten, so liegt von mir aus kein Bedenken dagegen vor. Nur möchte ich dann an den Herrn Vorsitzenden die dringliche Bitte richten, nicht erst in drei Wochen, sondern etwas früher die Stadtverordnetenversammlung wieder zusammenzuberufen. Ich meine, dem Gedanken können Sie sich doch nicht verschließen, daß die Entwertung des Geldes so rasende Fortschritte macht, daß die Kommunalbeamten und städtischen Lehrer es schwer empfinden, wenn sie in dieser Sache den Staats- und Reichsbeamten um Wochen nachhinken müssen. Es kommt hinzu, daß wir die Gewährung der Teuerungszulage für die Lehrer nach den gesetzlichen Bestimmungen sowieso nicht umgehen können, und was den städtischen Lehrern recht ist, kann man den städtischen Beamten nicht verjagen. Ich glaube auch, wir müssen in der Bewilligung ebenso weit gehen wie die Staatsvorlage. Wir dürfen uns auf die Kreise der Beamten nicht beschränken, sondern dem Räte der Stadt Vollmacht geben, auch die Hilfsbeamten und die städtischen Arbeiter zu berücksichtigen. Darauf müßte in den Verhandlungen Rücksicht genommen werden, und das ist auch vom Staate so gehandhabt.

Wenn der Herr Oberbürgermeister ausführte, die Öffentlichkeit habe ein Recht, daß die Gewährung dieser erhöhten Teuerungszulage vor der Vollversammlung verhandelt würde, dann darf ich darauf hinweisen, daß es nichts Ungeheuerliches wäre, wenn das geschähe, was von unserm Freunde Reizner vorgeschlagen würde, denn es war bisher Recht und Brauch, die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter einfach in der Lohndeputation abzumachen. So konnte man wohl auf den Gedanken kommen, es sei der gleiche Brauch auch für die Beamten nichts Besonderes, sondern wohl zu rechtfertigen. Im übrigen hat die Beamtenschaft keine Veranlassung, zu scheuen, daß diese Sache in der Vollversammlung erörtert wird. Was hier gewährt werden muß, ist das, was diese Kreise, die unter den Teuerungsverhältnissen besonders gelitten haben, durchaus nötig haben — darüber sind wir uns wohl alle einig, so daß ich vorschlage, den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zu folgen, durch den verstärkten Finanzausschuß die Sache vorberaten zu lassen und sie in einer baldigst einzuberufenden Gesamtsitzung der Stadtverordneten zu verabschieden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Gerade der Umstand, daß die Bewilligung sehr erheblicher Summen für die Arbeiter in der Deputation stattgefunden hat und nicht im Plenum, hat mich veranlaßt, hier auszusprechen, wie ich es für berechtigt halte, daß solche Sachen durch Verhandlung in der Vollversammlung bekannt werden. Daß wir gleich nach der Beschlußfassung des Landtages die Sache für die Beamten und Arbeiter von unserer Seite behandeln, das halte ich für angezeigt.

Vorsitzender: Ich muß das Gedächtnis des Herrn Könneburg insofern auffrischen, als ich ihm in Erinnerung bringe, daß wir nicht eine dreiwöchentliche Sitzungsperiode haben, sondern daß wir, wie von uns festgelegt, jedesmal am zweiten und letzten Donnerstag im Monat eine Sitzung abhalten. Herr Könneburg wird soviel vom Kalender verstehen, daß Monate vorhanden sind, in denen es fünf Donnerstage gibt. Das ist in dem jetzigen Monat Januar der Fall, so daß zwischen der vorigen und dieser Sitzung ein dreiwöchiger Zwischenraum liegt. Geschäftsordnungsmäßig könnte die Sache so vor sich gehen: Wenn nicht der Landtag zu lange Zeit braucht, um die erhöhte Teuerungszulage zu erledigen — und darin kann vielleicht auch Herr Könneburg als Minister seinen Einfluß ausüben, daß etwas schneller und lebhafter gearbeitet wird —, so könnte in der nächsten, in vierzehn Tagen stattfindenden Sitzung die Sache wohl erledigt werden. Es würde dann sofort nach dem Beschlusse des Landtages eine Vorlage seitens des Rates der Stadt dem Finanzausschuße überwiesen werden, dieser prüft sie in seiner regelmäßigen Sitzung vor der Stadtverordnetensitzung und

kann darüber Bericht erstatten. Es freut mich, daß Herr Rönneburg auch an die Deckung denkt, und es ist schade, daß die anderen Herren Minister nicht anwesend sind. Ich möchte nämlich bei der Gelegenheit an Herrn Minister Rönneburg die Bitte richten, beim Steuereollegium, wo er jedenfalls auch seinen Einfluß ausüben kann, darauf einzuwirken, daß dort ein klein wenig schneller gearbeitet wird. Wenn z. B. die Tatsache zu verzeichnen ist, daß die Gesellschaften, die Jahresberichte herausgeben, heute, kurz vor Ablauf des Steuerjahres, noch nicht ihre Steueraussschreiben in Händen haben, so ist das ein Verfahren, daß man meinen könnte, der Bopf werde von Tag zu Tag um 20 cm. länger. Vielleicht haben dort im Steuereollegium einige Herrschaften Langeweile; die könnten mitbeschäftigt werden, damit die Sache schneller vor sich geht. Herr Rönneburg wies vorhin auf die Sechsstundenschicht der Bergarbeiter hin; vielleicht will die Beamtenschaft dort die Arbeiter noch übertrumpfen und noch kürzere Zeit arbeiten. Anders ist es nicht zu verstehen, daß die Steueraussschreiben noch nicht ausgehändigt sind, während die Steuererklärungen seit über ein Jahr im Rathause sind. (Zuruf Rönneburg: Für die Ausgabe der Steueraussschreiben bin ich nicht verantwortlich!) Nun, Sie können aber wohl als Minister darauf hinwirken, daß die Sache in Ordnung kommt. Ich persönlich bin gern bereit, geschäftsordnungsmäßig das Meine zu tun, daß die zur Besprechung stehende Sache bald geregelt wird. Tun Sie nur auch das Ihrige, damit es möglich wird, die Deckung für die Ausgaben zu haben.

Stadtv. Reifner: Ich würde es sehr bedauern, wenn die städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter, wie das gewöhnlich der Fall war, wieder länger warten müssen als andere Beamte, um zu dem zu kommen, worauf sie meines Erachtens rechtlich Anspruch haben, denn die Bezahlung der Beamten ist bei uns, wie Sie wissen, schlechter als die der gleichen Personen im Staate und im Reiche. Herr Rönneburg hat schon ausgeführt, daß die auszahlenden Gelder in 3 bis 4 Wochen längst nicht mehr den Wert haben wie heute, vielleicht gar keinen Wert. Meines Erachtens sind uns die Richtlinien durch die Staatsvorlage gegeben; ich glaube nicht, daß viel daran geändert werden kann. Die Staatsvorlage sagt, daß

1. die vereinbarten laufenden Teuerungszulagen und Beihilfen für die an der Neuregelung vom 1. Juli 1919 Beteiligten um 150 vom Hundert — abgesehen von der Kinderzulage — für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1920 erhöht werden,

2. die Dienststeinkommengrenze von 10 000 M für die laufenden Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab fortfällt,

3. den unter die Rundversorgung vom 16. August 1919 fallenden nicht angestellten Personen und den Arbeitern in den Staatsbetrieben für die Zeit

vom 1. Januar bis 31. März 1920 in Anpassung an die zu 1 vorgeschlagene 150prozentige Erhöhung ein vom Staatsministerium festzusetzender angemessener Zuschlag zur Entlohnung gezahlt wird."

Ich glaube, auch wir können nicht von diesen Richtlinien abgehen, und deshalb mußte es einerlei sein, wenn die Sache heute abend schon erledigt wird.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte fragen, ob mit Rücksicht darauf, daß den hierfür bei uns in Frage stehenden Personen eine etwas höhere Teuerungszulage gezahlt wird als den Staatsbeamten, die erhöhte Teuerungszulage in demselben Maße gezahlt werden soll. Ich weise darauf hin, daß mit Rücksicht auf den bei den städtischen Beamten fehlenden Wohnungsgeldzuschuß die Grenzen für die Klassen der Teuerungszulagen höher gelegt wurden. Der Grund ist seinerzeit von Ihnen anerkannt worden, und ich glaube, er wird auch heute anerkannt werden müssen.

Stadtv. Rönneburg: Unser Herr Vorsteher hat mir in seiner „erfrischenden Art“ erwidert. Er hat ja das Haus schon öfter mit dieser „erfrischenden Art“ beglückt. Ich bin ihm aufrichtig dankbar, daß er uns auch jetzt seine belebende Kraft zuteil werden ließ. Dabei will ich zugeben, daß ich des Glaubens gelebt habe, daß künftig nur alle drei Wochen Sitzungen der Stadtverordneten stattfinden sollten.

Dem beweglichen Appell, den der Herr Vorsitzende betreffs der Herausgabe der Steueraussschreiben an mich richtete, muß ich entgegenhalten, daß mir keinerlei Einfluß auf das Steuerkollegium zusteht. Gott sei Dank, habe ich mit den Steuern nichts zu tun. Der Herr Oberbürgermeister lächelt dazu und meint damit: Leider bin ich einer dieser Armsten. Ich bitte also den Herrn Vorsitzenden, sich mit seiner Aufforderung, Dampf dahinterzusetzen, an den Herrn Finanzminister zu halten. Ich bin nicht berufen, Gründe für die späte Aus-
teilung zu suchen; ich vermute aber, daß wegen der Umquartierung und Um-
organisierung der Behörden Arbeitsüberlastung vorliegt, und darf Ihnen ver-
raten, daß bei den meisten Behörden von Sechsstundenarbeit oder Langeweile
keine Rede sein kann. Aus persönlicher Anschauung kann ich bestätigen, daß in
jenen Büreaus mit erheblichen, nicht bezahlten Überstunden gearbeitet wird.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Soviel ich weiß, hat Herr Reißner zwei An-
träge gestellt. Er hat noch beantragt, daß die Gehaltsdeputation alle Gehalts-
fragen der Beamten erledigen soll. Ich halte mich für verpflichtet, darauf hin-
zuweisen, daß das über Ihre Kompetenz hinausgeht. Deputationen sind gemein-

samen Einrichtungen der beiden städtischen Behörden, in denen der vom Magistrat Entsandte den Vorsitz führt. Es ist unmöglich, daß die Stadtverordnetenversammlung sagt: „Wir überweisen die Regelung einer Sache der Deputation.“ Dazu müßte auch noch der Rat der Stadt seine Zustimmung geben. Wenn Sie eine Deputation ermächtigen, geben Sie nicht nur Ihre Vollmacht aus der Hand, sondern nehmen auch uns unsere Kompetenz.

Vorsigender (verliest die Anträge Reißner).

Zuruf des Stadtv. **Reißner**: Der letzte Antrag ist nicht dringlich.

In der Abstimmung werden die Anträge Reißner abgelehnt.

Vorsigender: Wenn der Landtag etwas Dampf hinter die Beratung der erhöhten Teuerungszulage setzt, wollen wir also heute über vierzehn Tage die Sache erledigen.

(Ohne Widerspruch.)

Der **Vorsigende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung gegen 9 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 12. Februar 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Genzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt	1022
2. Antrag Graf auf Erhöhung der städtischen Armenunterstützung	1033
3. Aufnahme eines Rechtsstreites (Heinemeyer)	1036
4. Antrag Genzen auf Erhöhung der städtischen Ruhelöhne und Hinterbliebenen- bezüge	1036
5. Antrag Frede , die Aufstellung zuverlässiger Übersichten über die Anzahl der wirklich Wohnungsbedürftigen betreffend	1037
6. Antrag Frede , betreffend die Errichtung von Lehnbauten	1038
7. Anträge Schmidt und Frede , betreffend die Beseitigung des Mangels an Kleingeld	1040
8. Anfrage Salomon über Erleichterung des Bezuges lebensnotwendiger Waren für Heimkehrende Kriegsgefangene	1045
9. Antrag Jahns auf Wiederfreigabe der zur Einlagerung von Lebensmitteln benutzten städtischen Turnhallen für Turnzwecke und Beschaffung eines Turn- spielflazes für die höheren Mädchenschulen	1047
10. Antrag Jahns , betreffend die Ausdehnung des Kaufmannsgerichts der Stadt auf den Kreis Braunschweig	1048
11. Ankauf einer Straßenfläche am Kattreppeln	1050
12. Antrag der Stadtverordneten Fräulein Oden auf Zustimmung zur Nieder- legung ihres Stadtverordnetenmandates	1050

	Seite
13. Gehaltsberechnung der Oberfeuerwehrmänner.	1050
14. Zuschuß für Einrichtung und Betrieb der Baracke für Geschlechtskranke beim Krankenhause vom Roten Kreuz	1051
15. Vorübergehende Aufhebung des Kochunterrichts in den städtischen Bürgerschulen	1052
16. Erhöhung der Teuerungszulagen für städtische Beamte und Lehrer, sowie Verbesserung der Vergütung der Aushilfsbeamten und der Lohnsätze der städtischen Arbeiter.	1053
17. Antrag Richter auf Beleuchtung der Eisenbütteler Straße	1064
18. Antrag Stegmann, betreffend Überlassung größerer Räume in städtischen Gebäuden zur Abhaltung von Versammlungen	1064
19. Anfrage Stegmann, betreffend das städtische Wohlfahrtsamt und die Kriegsfürsorgestelle	1066
20. Antrag Rönneburg, betreffend die Vorbereitung der Ersatzwahl für das ausgeschiedene Ratsmitglied Oberamtsrichter Meyer.	1072

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, Rechtsanwalt **Philipps**, ferner die Stadträte **Jüermann**, **Langemann** und Dr. **Reiche**.

Entschuldigt Herr Stadtverordneter **Steinbrecher** und Stadtverordnete Fräulein **Oden**.

Vorsigender Wilhelm Niese: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst teile ich mit, daß zur Kenntnissnahme für die Stadtverordneten ein Schreiben des Rates der Stadt eingegangen ist, nach dem der Prozeß, der gegen Herrn **Adolf Grotzian** in Reppner seitens der Stadt aufgenommen ist — es handelt sich um eine Lieferung von Kohlsamen —, zugunsten der Stadt entschieden ist und das Urteil rechtskräftig geworden ist.

Für die heutige Sitzung sind folgende Anträge und Anfragen eingegangen:

Von Herrn **Richter**: „Beantrage, den Rat zu ersuchen, für die Eisenbütteler Straße Beleuchtung zu schaffen.“

Von Herrn **Stegmann**: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die in städtischen Gebäuden vorhandenen größeren Räume den politischen Parteien und den sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassenden Vereinen zur Abhaltung von Versammlungen frei zur Verfügung zu stellen.“

Sodann noch eine Anfrage von Herrn **Stegmann**: „1. Warum ist das Wohlfahrtsamt nicht den Wünschen der Stadtverordnetenversammlung ent-

sprechend eingerichtet worden? 2. Sind die Klagen von Besuchern der Kriegsfürsorgestelle dem Rat bekannt, und wenn ja, weshalb ist keine Abhilfe geschaffen worden?"

Ghe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich den geehrten Damen und Herren bekanntgeben, daß in der Braunschweigischen Morgenzeitung eine Kritik an der letzten Stadtverordnetenversammlung geübt worden ist, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Vielleicht nehmen die anwesenden Damen und Herren Notiz von der Auslassung insofern, als sie sich bemühen, in Zukunft wenig oder gar nicht zu reden. Vielleicht dürfte es nicht un Zweckmäßig sein, daß bei der Neuwahl der Stadtverordneten nur Taubstumme gewählt werden zur Freude der Herren Berichterstatter. Die Herrschaften werden sich erinnern, daß in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Wunsch geäußert wurde, die Steuerungsangelegenheit möglichst schnell zu regeln; es ist aber abgelehnt worden, noch am dem Abend bei fast beschlußunfähigem Hause endgültige Beschlüsse zu fassen, auch wurde abgelehnt, die Gehaltsdeputation mit der endgültigen Regelung dieser Sache zu befaßen. Die Folge davon war nun ein Bericht in der Morgenzeitung, der mit den Worten schließt: „Der Antrag wurde abgelehnt, die Unabhängigen und ein Teil der Mehrheitssozialisten stimmten dagegen. An den Rat wurde aber das Ersuchen gerichtet, dem Finanzausschuß baldigst eine entsprechende Vorlage zu machen, damit in vierzehn Tagen darüber beraten werden könne.“ Nun kommt die Anmerkung der Redaktion — wahrscheinlich wird sie von dieser herrühren:

„Wir haben der Zuschrift Aufnahme gewährt, weil sie einen wichtigen Punkt der Tagesordnung behandelt. In Zukunft werden wir das nicht wieder tun, denn wir fühlen uns verpflichtet, die Vereinbarung einzuhalten, die die Berichterstatter untereinander getroffen haben. Wenn eine Stadtverordnetenversammlung vier Stunden dauert, kann sie eine Tagesordnung erledigen, die, wie die letzte, im allgemeinen nur Kleinigkeiten vorsah. Die Presse ist nicht dazu da, das überflüssige Gerede zu notieren, mit dem sich die Herren Stadtväter die Zeit vertreiben. Wer gestern das Gefasels mit anhörte über die Hundesteuer und die Wohnungsfrage, den konnte das Entsetzen packen über manche Einrichtung der neuen Zeit. Es zeugt von starkem Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, wenn die Stadtväter die kostbare Zeit vertrödeln, um ihren Eitelkeiten, zu reden und sich gedruckt zu sehen, in der Weise zu frönen, wie das hier geschieht; das meiste von dem, das da geredet wird, ist überflüssig, oft sogar unsinnig. Aufgabe der Fraktionen ist es, ihre Mitglieder zu verhindern, in dieser Weise die Allgemeinheit zu schädigen; das geschieht, wenn jeder Gernegroß reden und immer wieder reden kann und wichtigere Punkte der Tagesordnung zurückgesetzt oder zum

Schlüsse durchgepeitscht werden müssen. Schafft die Arbeitseinstellung der Berichterstatter keinen Wandel, dann sollte die Presse die Vereinbarung treffen, daß ein Vertreter der Sitzung bewohnt und lediglich die Beschlüsse der Versammlung notiert, gleichlautend für alle Zeitungen. Wir leben nicht in einer Zeit, die uns eine derartige Verschwendung von Zeit und Arbeit gestattet, wie sie hier getrieben wird."

Meine Damen und Herren! Wenn man auch sehr wohl zweierlei Meinung darüber sein kann, ob die lange Debatte über die Hundesteuer in unserer vorigen Sitzung notwendig war, so glaube ich doch, daß es zu weit geht, wenn hier von einem Gefasels über die Wohnungsfrage gesprochen wird. Ich muß es nun Ihnen überlassen, ob sie den von dieser Zeitung geäußerten Wünschen Rechnung tragen und in Zukunft nicht mehr reden wollen, ob sie damit allerdings Ihrer Pflicht als Stadtverordnete vollkommen genügen, muß jeder einzelne mit seinem Pflichtgefühl abmachen. Wenn die Redakteure nicht mehr schreiben würden, so würde deswegen Braunschweig nicht zugrunde gehen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Genzen auf Errichtung einer städtischen Volksspeiseanstalt.

Stadtv. Frau Schulze: Der Antrag des Herrn Genzen lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Rat zu ersuchen, baldmöglichst eine städtische Volksspeiseanstalt zu errichten.“ Die Beratung dieses Antrages war in der vorigen Sitzung zurückgestellt worden, da erst eine Kommission nach Hildesheim fahren und sich die dortige Speiseanstalt ansehen sollte, die von dem Herrn Antragsteller als mustergültig gepriesen wurde. Eine Kommission ist inzwischen nach Hildesheim gefahren, ich bin auch mit dabeigewesen, und was wir in Hildesheim fanden, ging über unser Erwarten. Die dortige Volksspeiseanstalt befindet sich im Evangelischen Vereinshause, und zum Einnehmen des Essens dient ein großer Saal, der gut durchwärmt war. Alles war sauber, und auf die Tische waren Blumen gestellt. Wir haben dort auch gegessen und können sagen, daß es uns sehr gut geschmeckt hat — es gab Graupen. Man setzte sich, gab seine Marke ab und das Essen wurde gebracht; es kostete 25 Pfennig. Die Bedienung kam mit sauberen Schürzen, und so haben wir von dem Ganzen einen sehr guten Eindruck bekommen. Auch die Kücheneinrichtung haben wir uns angesehen. Es waren mehrere doppelwandige Kessel aufgestellt, in denen das Essen im Wasserbade gekocht wird; auch einwandige Kessel waren vorhanden, um Essen für Schulkinder fertigzustellen, das früher in die Schulanstalten befördert wurde. In letzter Zeit ist die Beteiligung an dem Mittag-

essen sehr zurückgegangen; früher sind wöchentlich 26 000 Portionen abgegeben, jetzt nur noch 4500. Das Essen kann in dieser Speiseanstalt gut hergestellt werden, weil die Stadt Hildesheim die Anstalt ebenso beliefert wie jede andere Anstalt in der Stadt, wie es auch das Bestreben der Hildesheimer Regierung ist, die Anstalt zu unterstützen. Die Gäste brauchen weder Fett- noch Fleischmarken abzugeben. Wie uns der Sekretär im Rathause gesagt hat, wird dort stets der Grundsatz vertreten, daß die Volksspeiseanstalt ebenso gut versorgt werden muß wie jede andere Anstalt. So gut wie die Reichen im Hotel für teure Preise essen könnten, ebenso sollte der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit geboten werden, außer ihrer Ration sich Essen zu verschaffen.

Ich habe nun auch die hier bestehende Volksspeiseanstalt besichtigt. Es gab an dem Tage Graupen und für kränkliche Personen Grießsuppe. Auch hier hat mir das Essen gut geschmeckt, nur ist es hier insofern anders, als hier den Volksspeiseanstalten nicht markenfrei geliefert wird. Wenn sie in Hildesheim nicht genügend Kartoffeln haben, dann werden von der Bevölkerung freiwillig einige Zentner abgegeben, weil die Einwohner dafür etwas anderes bekommen haben: Suppeneinlagen, auch einmal Fett. Es wurde mir gesagt, daß sie dort auch schon ohne Kartoffeln haben kochen müssen. Dann hat es Sauerkraut gegeben, an das Kartoffeln gerieben sind.

Der Rechtsausschuß ist zu der Überzeugung gekommen, daß wir, da wir die Volksspeiseanstalt in Braunschweig haben, danach trachten sollten, sie ordentlich auszubauen, ehe wir Neuerungen treffen. Es müßte danach gestrebt werden, zu erreichen, daß die Speiseanstalt ebenso gut mit Fett und Kartoffeln beliefert wird wie die in Hildesheim, damit die Leute für das Essen keine Marken abzugeben brauchen. Auch einige kleine Neuerungen empfiehlt der Rechtsausschuß für die hiesige Speiseanstalt.

Über eine Abrechnung aus Hildesheim habe ich noch folgendes vorzutragen: Nach Ausweis vom 29. Januar sind dort Erbsen gekocht. Dazu hat man an dem Tage gebraucht: 15 Zentner Kartoffeln, 2 Pfund Kartoffeln zum Binden (also ans Essen zu rühren), 80 Pfund Erbsen, 20 Pfund Salz, 2 Pfund Fett, 5 Pfund Zwiebeln. Es sind an diesem Tage in der Speisehalle ausgegeben 1283 Portionen, über die Straße 222 Portionen, an die Kinderhorte 240 Portionen, an Feldküchen 60 Portionen, an die Industrie 50 Portionen, an das Personal 144 Portionen, zusammen 1999 Portionen. Der Kostenpunkt für diesen Tag ist 287,80 M. Es sind hier noch mehrere Ausweise für andere Tage. Wer von den Stadtverordneten dafür Interesse hat, kann sie einsehen.

Ich möchte bitten, sich dem Beschlusse des Rechtsausschusses anzuschließen: Die hiesige Volksspeiseanstalt auszubauen und dafür zu sorgen, daß sie unsere

Bevölkerung ebenso gut mit Lebensmitteln versorgen kann, wie es in Hildesheim der Fall ist.

Stadtv. Genzen: Meine Damen und Herren! Ich bedauere diesen Beschluß des Rechtsausschusses, in dem in verschleiierter Weise eigentlich weiter nichts ausgesprochen wird als: Der Antrag ist abgelehnt. Wenn der fromme Wunsch ausgesprochen wird, daß unsere hiesige Anstalt besser beliefert werden möchte, so möchte ich fast sagen, daß das gar nichts ist. Es kann dem Wunsche Folge gegeben werden, es kann aber auch nicht geschehen, und so klingt es beinahe, als ob uns das ziemlich gleichgültig sein könnte. Der Beschluß zeigt, daß wir in Braunschweig gewissermaßen für etwas Großzügiges nicht zu haben sind. Nun, kein Mensch kann aus seiner Haut heraus, und so kann ich keinem einen Vorwurf daraus machen, daß ein derartiger Beschluß gefaßt ist. Nach einem solchen Beschluß weiß ich nicht, weshalb man uns nach Hildesheim geschickt hat. Herr Stadtrat Schaper und alle Mitglieder der Deputation waren doch entzückt von dem, was sie gesehen haben, und jeder sagte sich: Was in Hildesheim möglich ist, müßte auch in Braunschweig möglich sein. Es wird dort der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, sich für billiges Geld satt zu essen. Ein junger Mensch in seinem besten Alter kann das nicht von den Rationen, die im allgemeinen zur Verfügung gestellt werden. Dort wird die Volksspeiseanstalt als etwas Selbstverständliches angesehen. Man sah uns naiv an, als wir fragten: Wie ist es möglich, daß für die Speiseanstalt etwas geliefert werden kann außer den Rationen? Es wurde uns geantwortet: Die Reichen und Bessergestellten, die in den Hotels essen, pflegt kein Mensch nach Kartoffel- und Fleischkarten zu fragen, und doch können sie sich satt essen; so soll es auch den Minderbemittelten möglich sein. Das Bestreben geht dahin, das Volk davor zu bewahren, daß es an Unterernährung zugrunde geht. Wenn man die Frage geprüft hätte, ob das in Braunschweig auch möglich ist, und wenn man dann mit Einwirkung auf die Regierung nichts hätte ausrichten können, so würde man es verstehen können, wenn ein solcher Beschluß gefaßt wäre, wie ihn die Kommission vorträgt. Mir scheint, daß falsche Rücksichtnahme zu diesem Beschlusse geführt hat, indem man die bestehende Volksspeiseanstalt und deren Leiterin nicht vor den Kopf stoßen wollte. Ich erkenne ohne weiteres an: Wenn etwas Brauchbares vorhanden ist, soll man daran anknüpfen und es ausbauen. Es ist nicht nötig, daß man das Kind mit dem Bade ausschüttet. Man soll das Bestehende verbessern und sich dem anpassen. Ich weiß nicht, ob Sie einmal in der Volksspeiseanstalt in der Petersilienstraße gewesen sind. Ich bin heute mittag dort gewesen, und ich bin wirklich nicht so entzückt davon wie Frau Schulze. Ich gebe zu, daß es

rein und sauber war; daran habe ich nichts zu kritisieren. Aber es sind 3—4 kleine Räume, in denen 44—46 Personen Unterkunft finden können — es ist auch möglich, daß es ein paar mehr sein können. Wenn ich bedenke, daß die Stadt Hildesheim bedeutend kleiner ist als Braunschweig, und dort ein Raum geschaffen ist, in dem 300 Personen zu gleicher Zeit unterkommen, sitzen und essen können, so muß ich mir sagen, daß diese Räume in Braunschweig nicht im entferntesten genügen. Was dann das Essen an sich betrifft, so gebe ich zu: Wo nichts geliefert wird, da kann es nicht möglich sein, ein gutes, schmackhaftes Essen herzustellen; so etwas wird der größte Zauberünstler nicht fertigbringen. Es hat heute mittag Kohlsuppe gegeben, der Teller voll kostete 40 Pfennig. Ich habe leider öfter Gelegenheit gehabt, aus dem großen Kessel zu essen, und daran habe ich heute wieder gedacht — aber es soll das kein Vorwurf für die hiesige Volksküche sein. Man müßte eben dafür sorgen, daß von seiten der Stadt, oder besser des Staates, etwas dorthin geliefert wird. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß man versuchen muß, nicht nur diese Anstalt auszubauen, sondern daß auch in den verschiedenen Teilen der Stadt ähnliche Anstalten errichtet werden müßten mit regelmäßigen Geldunterstützungen, und vor allen Dingen mit Belieferung durch Naturalien. Ich habe privatim von Frau Göze gehört, sie suche zu erreichen, daß ein derartiges Unternehmen keine Zuschüsse erfordert, sondern sich von selbst erhält. Das mag ein sehr edler Standpunkt sein, wenn man rein kaufmännisch rechnet, ist das richtig, ja, das Unternehmen müßte dann eigentlich noch Überschüsse abwerfen. Ob man aber derartige Anstalten als gemeinnützig betrachten kann, das will ich dahingestellt sein lassen. Ich behaupte, daß es nicht möglich ist, ein derartiges Institut wie eine Volks Speiseanstalt ohne Zuschüsse zu unterhalten, wenn man den Zweck damit erfüllen will, daß die arme Bevölkerung vor Unterernährung geschützt wird. Wir haben gesehen, daß das Reich Zuschüsse gegeben hat, daß es Speck lieferte und die Preise senkte. Wenn gesagt wurde, daß die Arbeiterschaft keine Wohltaten haben wolle, so kann man doch in heutiger Zeit derartige Hilfseinrichtungen keine Wohltaten nennen. Es ist Pflicht der Kommunen, hierfür Sorge zu tragen, und es ist das Recht der Bevölkerung, es zu verlangen. Wenn die gebotene Ernährung nicht ausreicht, um die Unterernährung zu verhindern, dann soll die Allgemeinheit Zuschüsse leisten. Wenn dann eine solche Anstalt mit Geld und mit Naturalien unterstützt wird, dann stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Stadt auch ein Wort mit hineinzureden hat in die Verwaltung. Ich will nicht eine städtische Aufsichtsbehörde schaffen, aber ein gewisses Zusammenarbeiten mit der Stadt müßte stattfinden, indem Stadtverordnete oder ein Mitglied des Rates in den Vorstand der Volks Speiseanstalt hineingewählt wird, die die Beaufsichtigung mit übernehmen. Wenn

Sie dem Antrage stattgeben würden, daß die bestehende Anstalt ausgebaut werden soll, daß sie unterstützt werden soll mit Geld und Naturalien, dann möchte ich den Antrag stellen, daß die Stadt mit in die Verwaltung hineinkommt, damit sie die Sache kontrollieren und mit raten und taten kann.

Stadtv. Frede: Ich habe die Frau Referentin so verstanden, daß sie namens des Ausschusses einen Ausbau der bestehenden Anstalt oder Anstalten — ich glaube, in der Hauptsache wird es sich um die Anstalt in der Petersilienstraße handeln, bin aber auch unterrichtet, daß in den Kaffeeschenken ebenfalls Mittagessen zu bekommen ist, teilweise sogar in einem bedeutenden Umfange davon Gebrauch gemacht wird — beantragt. Soweit ich Herrn Genzen verstanden habe, wünscht er seitens seiner Partei die Errichtung einer zentralen und großen Anstalt.

Buruf Genzen: Das ist nicht gesagt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es genügt, daß in verschiedenen Stadtteilen Einrichtungen derart stattfinden, wie ich sie gewünscht habe.

Stadtv. Frede (fortfahrend): Ich möchte mich sonst gegen eine solche zentrale Anstalt aussprechen, und zwar aus zwei Gründen. Zunächst liegt es bei der Ausdehnung der Stadt Braunschweig im Interesse der Bevölkerung, daß die in den verschiedenen Gegenden der Stadt wohnenden Bedürftigen an der Einrichtung teilnehmen können, so daß verschiedene Anstalten bestehen, wie wir das jetzt schon haben. Zweitens wissen wir nicht, wenn wir eine Anstalt in großem Maßstabe errichten, in welchem Maße sie in Anspruch genommen werden wird, und es könnte der Fall eintreten, daß wir eine Anstalt für größere Verhältnisse bauen, als sich nachher als notwendig herausstellen wird. In Hildesheim sehen wir, daß ein Rückgang in der Benutzung eingetreten ist. Daher ist es das Gegebene, und es ist auch möglich, daß wir die Anstalten, die jetzt schon vorhanden sind, nach Bedarf und Nachfrage ausbauen. Wenn die Momente noch berücksichtigt werden könnten, die Herr Genzen erwähnt hat — und ich wüßte nicht, warum das nicht geschehen sollte —, wenn zukünftig noch Materialien, die für die Beschaffung durch die Volksspeiseanstalten zu teuer werden, geliefert werden, dann bin ich auch dafür, sonst aber stehe ich auf dem Standpunkt des Kommissionsbeschlusses.

Stadtrat Schaper: Meine Damen und Herren! Ich bin mit in Hildesheim gewesen und kann bestätigen, was die Frau Berichterstatterin und Herr Genzen schon erwähnt haben: daß die dortige Einrichtung als gut in jeder Hinsicht be-

zeichnet werden kann. Trotzdem möchte ich mich, was die hiesigen Verhältnisse betrifft, auf den Beschluß des Rechtsausschusses stellen und dafür sprechen, daß die hier bestehenden Einrichtungen ausgebaut werden. Die ganze Einrichtung steht und fällt mit der guten oder weniger guten Belieferung der Speisehallen mit Lebensmitteln. Notwendig wird es sein, hier in zwei Anstalten das Essen verabreichen zu können. Die Teilnahme an den Volksspeiseanstalten ist entschieden zurückgegangen, auch in Hildesheim. Ähnlich so ist es in Hildesheim mit den Schulspeisungen — von dieser Speiseanstalt sind auch die Schulkinder mit warmem Frühstück versorgt worden. Wahrscheinlich liegt dieser Rückgang darin begründet, daß die Schulzeit dort in diesen Monaten ähnlich so eingerichtet ist wie bei uns, und aus diesem Grunde wird ja auch die hiesige Schulkinderspeisung in der Schöppenstedter Straße und Am neuen Petritore nicht voll ausgenutzt; es sind nicht so viele Teilnehmer dort, wie die Anstalten wirklich zu speisen vermöchten. Schon aus diesem Grunde bin ich dafür, daß wir die Kinderspeiseanstalten besser mit Nahrungsmitteln versehen, als es heute der Fall ist, und dadurch vielleicht mehr Kinder dorthin ziehen, als jetzt kommen. Im übrigen möchte ich empfehlen, sich an die bestehenden Anstalten anzuschließen. Stellt sich die Notwendigkeit heraus, daß in dieser Beziehung mehr geleistet werden muß, so können wir dem immer noch nachkommen. Es ist nicht nötig, jetzt einen großen Schritt ins dunkle zu tun, sondern angebracht, einen kleinen Schritt vorwärtszugehen, und den um so sicherer.

Stadtv. **Salomon:** Die Fürsorge für die Volksspeisung ist eine Notwendigkeit, und was wir tun können, um die Sache auszubauen, das müssen wir auf jeden Fall tun. Ich schließe mich den Ausführungen an, die dahin gehen, daß eine zentrale Speiseanstalt im Hinblick auf die große Ausdehnung der Stadt unzweckmäßig ist. Mir ist nur nicht recht klar: Wie es nämlich die Hildesheimer anfangen, ihre Anstalt ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Ich habe den Eindruck bekommen, als ob die Stadt Hildesheim irgendwie durch Selbstbewirtschaftung von Ackerflächen dazu in die Lage versetzt wird. Wenn das der Fall ist, so wäre auch für Braunschweig immer wieder darauf hinzuweisen, daß unsere Stadt auch durch Selbstbewirtschaftung von Ackerflächen Mittel für die Volksspeisung herbeischafft. Ich bin überzeugt, daß die Zeit der Not erst noch kommen wird; wir stehen erst am Anfang. Da sie ganz bestimmt kommt, so lassen Sie uns beizeiten schon Vorsorge treffen!

Was mir besonders noch am Herzen liegt, ist die Verbindung der Volksspeiseanstalt mit der Kinderspeisung. Die Art und Weise, wie die Kinderspeisung in Braunschweig vor sich geht, erweist sich nicht als zweckmäßig. Das soll kein

Vormurf sein gegen die Verwaltung, sondern meine Meinung geht dahin, daß die Einrichtung an sich anders gestaltet werden müßte, und hier ist mir die Maßnahme Hildesheims außerordentlich sympathisch. Wenn ich Herrn Stadtrat Schaper recht verstanden habe, wird das Essen von der Volksspeiseanstalt den Schulen zugeführt und in den Schulen als warmes Frühstück an die Kinder verabfolgt, und das ist nach meiner Überzeugung außerordentlich praktisch. Bei uns scheitert die Kinderspeisung daran, daß die Kinder den Weg zur Speiseanstalt machen müssen. Es ist ein erheblicher Rückgang in der Benutzung unserer Kinderspeiseanstalt eingetreten, und wenn man dem Grunde dafür nachforscht, so erfährt man, daß dies eben daran liegt, daß die Kinder von der Schule den Weg zur Speiseanstalt und von dort nach Hause machen müssen. Viele von diesen Kindern gehören in die Knaben- und Mädchenhorte und wissen in der Zwischenzeit nicht, wo sie bleiben sollen. Die feste Verbindung der Kinderspeisung mit der Schule möchte ich auch hier in Braunschweig herbeigeführt sehen. Im übrigen schließe ich mich den Beschlüssen des Rechtsausschusses an und möchte warm dafür eintreten, daß keine Mittel gescheut werden, um die Volksspeiseanstalten auszubauen, damit sie leistungsfähig werden und der drohenden Not beizuteilen entgegengetreten wird.

Stadtrat von Franckenberg: Meine Damen und Herren! Ich kann nicht leugnen: Mit einem gewissen Erstaunen habe ich von den paradiesischen Zuständen gehört, die in der Nachbarstadt Hildesheim nach der Beschreibung der verehrten Reisenden zu bestehen scheinen. Ich habe mir die Frage vorgelegt: Wie ist das im Zeitalter der Verbrauchsregelung, die noch einigermaßen straff durchgeführt wird, möglich? Das kann entweder nur so denkbar sein, wie der Herr Vorredner Salomon angedeutet hat, oder so, daß das Hildesheimer System in irgendeiner Weise Nebenlust hat, was ich nicht für nachahmenswert halten möchte, denn wenn man nicht sehr starke Reserven — die in Hildesheim offenbar vorhanden sind — zur Verfügung hat, würde man bei diesem System, je großzügiger man es entwickelt, dahin kommen, daß für die Allgemeinheit, die nicht nach diesen Volksspeiseanstalten geht, um so weniger übrigbleibt, denn irgendwo müssen die für die Speiseanstalten entzogenen Vorräte abgerechnet werden und fehlen. Solange ich mit Ernährungsfragen zu tun habe, habe ich manchen harten Kampf durchmachen müssen, weil ich es für meine Pflicht gehalten habe, in einer bescheidenen Menge die hiesigen Anstalten, einschließlich der Volksspeiseanstalt auf der Petersilienstraße und in den Kaffeehallen, mit Lebensmitteln zu versehen, und sobald wir nicht imstande waren, das halbe oder ganze Pfund, das das Landesernährungsamt für den Kopf der Bevölkerung ausgerechnet hatte, zu ver-

teilen, bekamen wir Rückfragen, wo denn die soundso viel Gramm geblieben wären, die auf den Kopf der Bevölkerung berechnet waren. So genau wird uns auf die Finger gesehen, und insolgedessen haben wir für die Anstalten nur in bescheidenem Maße etwas übrig gehabt. Man kann nur entweder der allgemeinen Bevölkerung von der Rationierung etwas entziehen oder muß sich beschränken auf die geringen Mengen. Bisher hat es sich noch immer einrichten lassen, daß solche kleinen Lieferungen haben stattfinden können.

Zur Ergänzung der Mitteilung des Herrn Salomon, die mir beachtenswert erscheint, möchte ich eine Anregung geben, die insbesondere für Frau Göze von Interesse sein wird. Wir haben in bezug auf Krankenversorgung in früheren Jahren eine Reihe von segensreich wirkenden Suppenvereinigungen usw. gehabt, die in der Not der Zeit mehr oder weniger gezwungen gewesen sind, ihren Betrieb zu schließen. Nun handeln noch manche der Ärzte nach der alten Gewohnheit, indem sie die beteiligten Kreise an diese früheren Suppenvereinigungen verweisen, und einer der Herren Ärzte hatte es sich in dieser Sache bequem gemacht, indem er schrieb: „An die Suppenvereinigung oder deren Ersatzeinrichtung.“ Da liegt nun aber der Hase im Pfeffer. Es muß für derartige Ersatz-einrichtungen gesorgt werden, und es wäre im hohen Grade erwünscht, wenn in stärkerem Umfange als bisher die jetzt bestehenden Anstalten als Kraftküchen ausgebaut würden. Da kann man selbstverständlich nicht von einem großen Suppenpalast im Herzen der Stadt sprechen, sondern da die Kranken nicht so sehr weite Wege machen können, kann man die Sache zweckmäßig nur so einrichten, daß man hier und da an allen möglichen Ecken der Stadt Anstalten unterhält oder einrichtet. Auch deshalb ist es zweckmäßiger, daß man an das Vorhandene angliedert. Soweit die bestehenden Anstalten noch ausgebaut werden können, soll uns das im höchsten Grade willkommen sein, aber ich möchte auch anerkennen, daß ich bei der mannigfachen Berührung zwischen mir (seitens des Wohlfahrtsamtes und der Armenverwaltung) und den Anstalten in der Peter-Jillenstraße und in den Kassehallen habe feststellen können, daß den bedürftigen Leuten in ausgiebiger Weise geholfen ist und recht viel Zufriedenheit über diese Hilfe bei ihnen geherrscht hat. Das ist ein ziemlich sicherer Gradmesser, den ich nicht zu übersehen bitte. Vor allen Dingen warne ich davor, jetzt eine neue Sache ins Leben zu rufen; es ist vielleicht zweckmäßiger, sich an das Vorhandene anzulehnen. Das ist nicht ein konservatives Verhalten, sondern wirklich volksfreundliche Politik.

Stadtv. Schiffe: Die Anregung des Herrn Kollegen Genzen auf Errichtung einer Volksspeiseanstalt hat auch uns sehr sympathisch berührt. Auch wir sind

der Ansicht, daß in jetziger Zeit versucht werden müßte, alles, was in bezug auf Volksspeiseanstalten möglich ist, für die notleidende Bevölkerung zu tun. Wir sind allerdings auch der Ansicht, daß das Lebenswerk der Frau Professor Göge, die ein Menschenalter in diesem Gedanken in Braunschweig gewirkt hat, nicht ohne weiteres von der Bildfläche verschwinden darf, da es im Augenblick nichts Besseres gibt. Wenn Herr Kollege Genzen meint, daß die Einrichtung, wie sie ihm vorschwebt, in absehbarer Zeit ins Leben gerufen werden könnte, so sind meiner Ansicht nach die Schwierigkeiten doch so groß, daß der Gedanke ohne weiteres jetzt nicht verwirklicht werden kann. Was Hildesheim in dieser Beziehung bietet, ist zweifellos sehr wesentlich, und ich hätte eigentlich den Wunsch, daß Herr Stadtrat von Frankenberg versucht, die Nebenluftkanäle zu ergründen, um auch hier für die Volksspeiseanstalten etwas locker zu machen, denn ich bin der Ansicht, daß alles das, was Hildesheim in großem Maße möglich machen kann, zu einem gewissen Prozentteil in der großen Stadt Braunschweig sich auch ermöglichen lassen sollte. Selbst wenn es Nebenluftkanäle sein sollten, so würde es zweckmäßig sein, im allgemeinen Interesse diese Kanäle zu finden, und ich glaube, daß Herr Stadtrat von Frankenberg, der ein ziemlicher Politiker für Wohlfahrtspflege ist, diesen Weg zu ergründen wissen wird, um etwas Brauchbares für Braunschweig herauszufinden. Ich möchte bitten, die bestehenden Anstalten in umfangreicher Weise auszubauen, so daß etwas Brauchbares für das Allgemeinwohl geschaffen wird.

Stadtv. Frau **Göge**: Es ist mir unangenehm, hier in der Öffentlichkeit sozusagen pro domo sprechen zu sollen, und das mit diesen meinen Worten zu tun, liegt mir vollständig fern. Diejenigen, die mit mir längere Zeit zu tun haben, werden wissen, daß ich die letzte wäre, die nur um einer persönlichen Eitelkeit oder sonst dergleichen willen dagegen sprechen würde, wenn es notwendig wäre, hier neue Einrichtungen für die Volksspeisung zu treffen. Ich würde da immer auf dem Standpunkt stehen: „Das Bessere ist der Feind des Guten,“ würde mit Freuden zurücktreten und anderen Gelegenheit geben, ihre Kräfte auch für das Wohl der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Daß ich das Wort ergreife, liegt in erster Linie daran, daß ich Herrn Genzen in einem Punkte widersprechen muß. Er ist entschieden falsch unterrichtet, wenn er sagt, in den Räumen der Speiseanstalt auf der Petersilienstraße könnten nur 40—45 Personen zu gleicher Zeit ihr Essen einnehmen. Jedenfalls sind Herrn Genzen die oberen Räume, die augenblicklich nicht in Betrieb sind, gar nicht gezeigt, und die unteren nicht alle. Merkwürdigerweise ist unsere Anstalt nicht bis zur äußersten Belastung ausgenutzt, während sie vor dem Kriege in ihren oberen und unteren Räumen voll

besetzt war. Damals konnten wir aus der eigentlichen Volksküche ein Volksrestaurant machen, zu dem die Betreffenden nach Belieben gingen und nach der Karte zu allen Preisen essen konnten. Dieser Betrieb ist eingeschlafen, und ich brauche wohl nicht auseinanderzusetzen, weshalb das geschehen ist; aber sobald die Ernährungsverhältnisse sich bessern, könnte er jederzeit wieder aufgenommen werden. Aber selbst der einfache Kochbetrieb ist nicht bis zur äußersten Grenze in Anspruch genommen. Wir besitzen zwei große Dampfessel, aber nur einer ist in Benutzung. In guten Zeiten ist sehr viel über die Straße verkauft worden, jetzt sind die Arbeits- und Essenszeiten sehr verschieden. Sehr viele essen jetzt nicht zu Mittag, sondern um 5 Uhr, und die Stunden der Einnahme der Hauptmahlzeit verteilen sich bei den verschiedenen Schlußzeiten der Arbeit auf den ganzen Tag. Ich möchte bitten, erst einmal unsere Anstalt so auszunutzen, wie es möglich ist. Machen Sie doch in Ihren Kreisen für die Benutzung der Gelegenheit Propaganda. Ich bin gern bereit, wenn Klagen kommen, ihnen nach Möglichkeit abzuhelpfen. Bis jetzt sind keine Klagen gekommen, im Gegenteil habe ich von den Leuten, die in Kriegsküchen gegessen haben, gehört, daß es ihnen bei uns bedeutend besser gefällt. Natürlich, aus nichts können auch wir nichts herrichten; wenn uns kein Fett geliefert wird, können wir keine Fettaugen auf die Suppe zaubern. Diejenigen Sachen, die Herr Stadtrat von Frankenberg zu vergeben hat — Teigwaren, Mehlgaren, Hülsenfrüchte —, haben wir immer in ausreichendem Maße bekommen. Ich möchte mich dagegen an die Herren von der Fettversorgung usw. wenden; da ist uns ein großer Kiegel vorgeschoben. Ich möchte den leisen Verdacht aussprechen: Wenn es in Hildesheim möglich ist, in diesen Sachen mehr zu liefern, dann sitzt ihnen möglicherweise kein Ernährungsminister andauernd auf der Kappe, sie haben vielleicht keinen Antrieb. Ich habe mir wegen Erlangung dieser Sachen keinen Weg verbrießen lassen, bin im Rathaus in manchem Bureau kein sehr gern gesehener Gast gewesen und habe gehört, daß man sagte: „Die will wohl für ihre Anstalt immer eine Extrawurst gebraten haben!“ Jawohl, man möchte das wohl sehr gern, aber man erreicht doch manches nicht. Sollten Sie einmal mehr erreichen, dann sollte es mich freuen. Mitteilen kann ich noch, daß wir bereit sind, eine neue Anstalt in den Räumen der Brockenammlung, die sich nach dem Urteil des Herrn Stadtbaurats Osterloh für unsere Zwecke gut eignen, einzurichten. Betreffs der Zahl der auf einmal zu Speisenden erwähne ich noch: 40 Besucher können in unserer kleinsten Kasseehalle gespeist werden, in der Volksspeiseanstalt an der Petersilienstraße aber mehrere hundert.

Stadtv. Niese: Daß es sich bei der Volksspeiseanstalt um eine notwendige und dringende Einrichtung handelt, kann wohl niemand bestreiten. Während

des Krieges hatten wir in der Leopoldstraße, in der Markthalle und auf der Pflegehausstraße Speiseanstalten eingerichtet und außerdem noch in den Fabriken Küchen zur Speisung der dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Dort konnte auch immer noch einigermaßen gekocht werden, da die Heereseschlachtungen im Gange waren, von denen es Knochen gab, und wo dann auch immer noch etwas Fett mit abfiel. Als die Heereseschlachtungen aufhörten, konnte man merken, wie die Beteiligung nachließ und die Leute in ihrer Weise sagten: Jetzt ist es Bladder. Es fehlt nicht allein an Kartoffeln, sondern auch an Fleisch und Fettigkeiten; die zu ersetzen, sind wir nicht imstande. Auch wenn die Stadt eine Schweinemästerei einrichtet oder auf andere Weise Vieh heranziehen wollte, um Fettigkeiten zu haben, so hat es mit dem Erfolg doch noch lange Weile. Für Beschaffung von Gemüse könnte ja etwas geschehen. So wäre es möglich, auf dem Rieselfgute Hülsenfrüchte und überhaupt mehr Gemüse zu bauen, das in erster Linie den Stadtküchen zur Verfügung gestellt werden müßte, wodurch von dem Bezuge durch die Händler zu hohen Preisen abgesehen werden könnte. Sodann stehe ich auf dem Standpunkte, daß bei der großen Ausdehnung der Stadt die Dezentralisation richtiger ist als die Zentralisation. Das aber in dieser Sache etwas geschehen muß, sieht man täglich, und wird es noch deutlicher sehen, wenn die Kartoffeln noch knabber geworden sind; knapp genug sind sie ja heute schon. Wenn dann der Mangel noch größer geworden ist, müßten mehr Hülsenfrüchte angeschafft werden, damit für die Ernährung des Volkes etwas erzielt wird. Die Seele von dem Ganzen ist: Wenn keine Materialien an die Anstalten geliefert werden, dann können sie auch nicht gedeihen und leiden Fiasco, wie das auch bei den Kriegsküchen der Fall gewesen ist. Jetzt im Frieden wird die Not größer werden als zuvor, und es müßte alles mögliche versucht werden. Auch dafür müßte gesorgt werden, daß die Kinder nicht allein in die Anstalt gehen, denn dabei passieren allerlei Unregelmäßigkeiten, und die Erziehung leidet darunter, wie man das bei der Anstalt auf der Schöppenstedter Straße sehen kann. Wenn das Essen in der Schule unter Aufsicht verteilt wird, verspreche ich mir mehr Nutzen von einer solchen Einrichtung, als wenn die Kinder nach Belieben kommen oder nicht, und dann kann auch eine richtige Statistik aufgestellt werden. Auch aus den Kriegsküchen ist öfter der größte Teil des Essens ins Pflegehaus gekommen und als Viehfutter verwendet, während die Zubereitung für die menschliche Ernährung verfehlt war. Wenn nicht eine regelmäßige Benutzung und Ordnung in der Sache stattfindet, dann ist nichts zu erreichen. Durch die notwendige Kontrolle muß überall dafür gesorgt werden, daß Ordnung herrscht, nur dann kommen wir weiter und können die Verhältnisse bessern.

Vorsigender: Ich mache die Versammlung darauf aufmerksam, daß wir bereits fast eine Stunde zur Beratung dieses ersten Punktes der Tagesordnung verbraucht haben. Wenn sich die Herrschaften nicht wieder einer liebenswürdigen Kritik aussetzen wollen, würde ich empfehlen, daß die nächsten Redner sich kürzer fassen. Für mich kann die Kritik ja nicht zutreffen, weil ich am wenigsten rede. (Zuruf: Wir sind nicht so ängstlich vor dieser Kritik.)

Stadtv. Frau Schulze: In Hildesheim sind täglich bis zu 60 Pfund Fleisch geliefert, und als ich danach fragte, woher das käme, wurde mir einfach gesagt: „Aus dem Schlachthause!“ An Fett sind durchschnittlich 30 Pfund geliefert, das höchste ist 40 Pfund gewesen. An die Schulen ist für die Woche vom 19. bis 25. Januar als warmes Frühstück gegeben: Weizengrieß, Nudeln, Schokolade, Weizengrieß, Nudeln, Gerstenmehlsuppe.

Stadtv. Genzen: Ich möchte dem Herrn Stadtrat von Frankenberg erwidern, daß wir uns in Hildesheim erkundigt haben, ob die Stadt Güter hätte, von denen Naturalien geliefert würden. Es wurde uns geantwortet, die Stadt hätte zwei Güter, von daher würde jedoch nichts geliefert. Die Güter sind verpachtet, die Stadt hat auf die Verwaltung der Güter keinen Einfluß. Das Ganze, was die Stadt selbst bewirtschaftet, sind 40 Morgen Acker, die mit Gemüse bestellt sind, was aber für die Versorgung dieser Küchen keinen Ausschlag gibt. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg von Nebenlust spricht, so können wir alle Tage sehen, daß hier in Braunschweig auch viel Nebenlust vorhanden ist. Gehen Sie nur in die Wirtschaften und Hotels, da können Sie essen, was Sie wollen, wenn Sie nur das nötige Geld haben. Eine Zeitlang wurde auch vom Schlachthause erzählt, daß dort sehr viel Nebenlust zu spüren sei. Daß in Hildesheim die Volksspeiseanstalt bestehen kann, ist uns erklärlich, denn sie wird beliefert wie jeder rationierte Haushalt und wie jede Anstalt, das dahin Gelieferte muß vom Ganzen mit abgenommen werden. Ich glaube nicht, daß die Lieferungen dort hin auf schlechtem Wege erfolgen. Allerdings wird auch das ganze Vorgehen lebhaft unterstützt vom Kreiskommunalverbände, der das halbe Defizit gedeckt hat. Wenn wir hier ebenso Unterstützung finden würden, dann würde es auch in Braunschweig ohne Nebenlust gehen.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird angenommen.

2. Antrag Graf auf Erhöhung der städtischen Armenunterstützung.

Stadtv. Frede: Frau Graf hat den Antrag gestellt: „In Anbetracht der jetzigen Verhältnisse wird der Rat ersucht, die Armenunterstützung zu erhöhen.“

Es ist dem Antrage eine allgemeine Begründung gegeben durch den Hinweis auf die gegebenen Verhältnisse. Diese Begründung bedurfte in der Kommission keiner besonderen Nachprüfung, denn jedermann weiß, wie die Verhältnisse sich verschlechtert haben. Für diejenigen, denen die Sätze der Armenunterstützung nicht gegenwärtig sind, möchte ich mitteilen, daß seit Dezember in der Armenpflege für jede einzelnstehende Person 30 *M* gewährt sind, für jede weitere Person 10 *M*, und für Pflegekinder ebenfalls 30 *M*. Im Finanzausschuß ist die Notwendigkeit einer Erhöhung um weitere 10 *M* zugegeben, und zwar in der Weise, daß für Pflegekinder der Satz von 40 *M* statt 30 *M* festgesetzt ist, daß für einzelne Personen ebenfalls der Satz von 40 *M* gelten soll, die weitere Staffelung aber beibehalten wird.

Nun ist im Finanzausschuß die ganze Angelegenheit in der Art erörtert, daß man auch auf die Art und Weise der Armenpflege zu sprechen kam, und es wurde von manchen Seiten für wünschenswert gehalten, daß diejenigen, die mit der Austeilung der Unterstützung unmittelbar befaßt sind, die Armenpfleger, in die Lage gesetzt werden müßten, ihre Ansichten über die wirksamste Art der Unterstützung auszutauschen. Es hat deshalb der Finanzausschuß dem Räte der Stadt anheimgegeben, die Armenpfleger und Bezirksvorsteher in die Lage zu setzen, sich über die Lage der Armen auszusprechen; möglicherweise wird dann der Stadtverordnetenversammlung noch ein Bericht gegeben werden.

Stadtrat von Franckenberg: Der Rat der Stadt hat heute morgen auf meinen Vortrag zu der Angelegenheit Stellung genommen und erkennt als durchaus wünschenswert an, daß wir in Rücksicht auf die seit dem vorigen Herbst noch gesteigerte Teuerung dem vorhandenen Bedürfnisse weiter entgegenkommen. Die Sätze, die der Herr Berichterstatter erwähnt hat, sind seit dem 1. Oktober des verflossenen Jahres in Geltung, also jetzt schon seit 5 Monaten, und Sie wissen alle, wie Brot, Fleisch, Milch und die ganze Reihe der Lebensmittel, besonders aber Kartoffeln in dieser Zeit sich verteuert haben. Auch die Wohnungspreise sind gestiegen, und es erscheint angemessen, in den Sätzen der Armenpflege mit den Verhältnissen Schritt zu halten. Es handelt sich bei dem Antrage des Finanzausschusses nur um eine vorläufige Maßregel, gewissermaßen um eine Eil- und Notmaßregel, damit den Beteiligten baldigst die erhöhten Sätze zugute kommen. Im Finanzausschuße war auch die Ansicht vorherrschend, daß es notwendig wäre, die Armenpfleger und Bezirksvorsteher, sowie die Armendirektion Stellung zu den Fragen nehmen zu lassen, wenngleich die städtischen Behörden das Recht und die Pflicht haben, in dieser Sache das letzte Wort zu sprechen. Ich glaube auch, daß es erspriesslich sein wird, wenn man die genannten Stellen in

irgend einer Weise befragt. Im übrigen ist auch im Montagsverein, dem die Armenpfleger und Bezirksvorsteher angehören, über die Leistungen der Armenpflege gesprochen worden, und wir haben dort manche wertvolle Anregung empfangen. Ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß in baldiger Zeit mit den Armenpflegern weiter verhandelt werden soll.

Stadtv. Tostmann: Meine Damen und Herren! Mir geht der Antrag des Finanzausschusses nicht weit genug; 40 *M* halte ich für noch viel zu niedrig. Wer mit den Armen viel zusammenkommt wie die Armenpfleger, wird dasselbe Urteil sprechen. Es ist bedauerlich anzusehen, wenn die Leute kommen und ihre paar Mark alle Monat holen, wie armselig sie aussehen und der Hunger ihnen aus dem Gesicht sieht. Nun sagt Herr Stadtrat von Frankenberg, es solle das Vorgeschlagene eine vorläufige Maßregel sein; hoffentlich wird die spätere Zeit es mit sich bringen, daß die Unterstützung der Armen bedeutend erhöht wird. Freuen muß ich mich darüber, daß der Finanzausschuß den Beschluß gefaßt hat, daß in nächster Zeit die Armenpfleger, Bezirksvorsteher und der Rat gemeinsam eine Sitzung abhalten wollen, wo sie sich über diese Frage aussprechen können. Es wäre wünschenswert, daß diese Sitzungen regelmäßig alle Vierteljahr stattfinden und dabei eine allgemeine Aussprache über das Armenwesen stattfände. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Ich bin seit sechs Jahren Armenpfleger, aber es hat nur ein einziges Mal eine Sitzung stattgefunden, zu der sämtliche Armenpfleger hinzugezogen wurden. Diese Art Sitzungen würden, wenn sie alle Vierteljahr stattfänden, für die Armen recht vorteilhaft sein.

Stadtv. Frede: Es liegt auf der Hand, daß die Zusammenkunft und Aussprache der Armenpfleger und Bezirksvorsteher mit der Armendirektion eine Folge haben wird und muß, wie ich sie angedeutet habe. Herr Tostmann braucht also nicht zu befürchten, daß diese Sätze mit unserer heutigen Beschlußfassung auf lange Zeit festgelegt sind. Es soll von der Besprechung abhängig gemacht werden, inwieweit andere Maßregeln zu treffen sind.

Stadtrat von Frankenberg: Regelmäßige Besprechungen der Armenpfleger sind seitens der Armendirektion deshalb nicht einberufen worden, weil in großen Versammlungen nicht immer ersprießliche Arbeit geleistet wird. Ich empfehle Herrn Tostmann in dieser Sache dringend die Rücksicht auf den Montagsverein, der alljährlich vier winterliche Versammlungen abzuhalten pflegt, in denen die wichtigsten Fragen der Armenpflege erörtert werden. Wir haben damit eine etwas engere Gemeinschaft; es sind 50—80 Personen, die sich dabei zu-

sammenfinden, und zwar diejenigen, die in der Armenpflege stehen und das lebhafteste Interesse für diese Aufgabe zeigen. Es kann in Ausnahmefällen, wie dieser einer ist, auch der Versuch mit einer größeren Versammlung gemacht werden, während die Einrichtung des Montagsvereins, die altbewährte Gründung von Leisewitz, durch derartige Versammlungen keineswegs beiseitegeschoben wird.

Die Armensätze werden nach dem Vorschlage des Finanzausschusses erhöht.

3. Aufnahme eines Rechtsstreites (Heinemeyer).

Stadtv. Frau **Schulze**: Der Schlachtermeister Heinemeyer von der Fällersleber Straße klagt gegen die Stadt auf einen Schadenersatz von 4016,40 M., weil sein Geschäft wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten auf Anordnung des Rates der Stadt zeitweilig geschlossen gewesen ist. Die Sache hat sich folgendermaßen abgespielt: Für die Woche vom 11. bis 17. November 1918 hat der Schlachtermeister Heinemeyer 569 Fleischmarken zu wenig abgeliefert. Hiergegen ist vom Rate Verwarnung erfolgt. Sodann wurden am 22. August 1918 in der Kühlzelle Heinmeyers im Schlachthause 75 Pfund Fleisch und Talg aufgefunden, über deren Herkunft er nichts wußte. Da der Schlachtermeister Giese die Kühlzelle mit Heinemeyer gemeinsam benutzte, hat der letztere das Vorhandensein dieser Vorräte so ausgelegt, als wäre ihm das Fleisch aus Schabernack in die Zelle hineingebracht. Da in der ersten Gerichtsverhandlung über diese Sache auf Bestrafung des Schlachtermeyers Heinemeyer erkannt wurde, ist vom Rate der Stadt die zeitweilige Schließung des Geschäfts verfügt. Sodann sind am 28. Juni 1919 19 Pfund Rindfleisch und 2 Pfund Knochenfleisch bei Heinemeyer von der Polizei beschlagnahmt, das er im Schlachthause von einem Unbekannten gekauft haben wollte. Am 16. August sind bei ihm 7 Pfund Mettwurst gefunden worden und 3¼ Pfund der Abdeckerei überwiesen worden. Aus dieser Darstellung ist zu ersehen, ob die Schließung des Geschäftes gerechtfertigt war. Der Rat der Stadt beantragt, die von Heinemeyer eingelegte Klage gegen die Stadt aufzunehmen. Der Rechtsausschuß hat sich damit einverstanden erklärt und bittet die Versammlung, sich dem anzuschließen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Rechtsausschusses gemäß.

4. Antrag Genzen auf Erhöhung der städtischen Ruhelöhne und Hinterbliebenenbezüge.

Stadtv. **Frede**: Gleichfalls mit Rücksicht auf die trüben Zeitverhältnisse wird der Rat der Stadt durch einen Antrag des Herrn Genzen ersucht, die Ruhelöhne:

und Hinterbliebenenbezüge baldigst zu erhöhen. Es handelt sich um die Ruhe-löhne der städtischen Arbeiter und die Unterstützungssätze für ihre hinterbliebenen Witwen und Kinder. In der vorigen Sitzung habe ich über die Gesamtausgaben, die durch diese Ruhelöhne und Hinterbliebenenversorgung der Stadt erwachsen sind, berichtet. In der Finanzkommission, wo der Antrag des Herrn Genzen zur Vorberatung kam, war es nicht möglich, sogleich eine Staffeln für die verschiedenen Arbeiter nach ihren Bezügen und ihrem Dienstalter auszuarbeiten, und eine summarische Behandlung in der Weise, daß etwa alle Bezüge um 50 Prozent erhöht wurden, erwies sich als nicht tunlich. Der ursprüngliche Berichterstatter über diesen Punkt, Herr Schmerbach, der heute durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist, konnte auch keine Vorschläge zur Lösung der Frage machen, und Herr Genzen mußte, glaube ich, bald einsehen, daß nach den Vorschlägen, die er selbst zu machen hatte, Härten erwachsen würden. Deshalb ist der Finanzausschuß zu dem Ergebnis gekommen, den Rat zu ersuchen, eine Vorlage den Stadtverordneten zugehen zu lassen, durch welche eine Erhöhung der fraglichen Sätze herbeigeführt wird, aber unter Berücksichtigung des Einkommens der Hinterbliebenen, beziehungsweise der Versorgungsberechtigten überhaupt, als auch mit Rücksicht auf die Zeit, die sie im Dienste der Stadt zugebracht haben. Es könnte sonst bei einer gleichartigen Behandlung aller vorkommen, daß eine alte Frau, deren Mann lange Zeit im Dienste der Stadt gestanden hat, nicht mehr bekommt als eine junge Frau, die sehr wohl noch zu arbeiten imstande ist. Herr Genzen ist mit dieser Erledigung einverstanden, und so haben wir die Vorlage des Rates der Stadt abzuwarten. Grundsätzlich aber hat sich der Finanzausschuß für die Erhöhung der Sätze ausgesprochen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dieser Regelung an.

5. Antrag Frede, die Aufstellung zuverlässiger Übersichten über die Anzahl der wirklich Wohnungsbedürftigen betreffend.

Wortlaut des Antrages: „Der Rat der Stadt wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, durch welche eine zuverlässige Übersicht über die Anzahl der wirklich Wohnungsbedürftigen ermöglicht wird. Die Feststellung ist alle Vierteljahr zu machen und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu bringen.“

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Soweit ich unterrichtet bin, wird im Wohnungsbureau die Feststellung der nötigen Wohnungen in der Weise erledigt, daß die Wohnungsbedürftigen in eine Liste eingetragen werden, natürlich unter

fortlaufenden Nummern, und danach erscheint am Schlusse irgendeines Zeitraumes ein Bedürfnis in dem und dem Umfange. Nun wird die Sache sich ähnlich entwickelt haben, wie wir es früher im Grundbesitzerverein für den kostenlosen Wohnungsnachweis eingerichtet hatten. Wir hatten mit folgendem Uebelstande zu kämpfen: Die Wohnungen wurden aufgegeben, aber nachher, wenn sie vermietet waren, nicht abgemeldet, und infolgedessen erschienen sie während einer langen Zeit in dem Wohnungsangebot. Ähnlich wird es auch hier sein, wenigstens haben wir nicht den Beweis bekommen, daß andere Maßnahmen getroffen sind. Die Leute, die Wohnungen suchen, werden in der Liste vermerkt bleiben, obgleich sie sich vielleicht schon seit Wochen eine Wohnung besorgt haben; sie sind zu bequem dazu, sich abzumelden. Die Öffentlichkeit aber hat ein großes Interesse daran, festzustellen, wie groß die Zahl der wirklich Wohnungsbedürftigen ist; es dient das nach beiden Seiten hin zum Guten. Heute werden 1200 Wohnungsbedürftige genannt; wenn aber die Zahl kleiner ist, so braucht bei den Wohnungsuchenden nicht solche Unruhe und Erregung Platz zu greifen, daß sie vielleicht nicht an die Reihe kommen. Andererseits braucht die Möglichkeit, daß die Wohnungen teurer werden, durch den zu stark gemeldeten Wohnungsmangel nicht vergrößert zu werden. Wir haben, glaube ich, alle ein Interesse daran, die wirkliche Zahl der Wohnungsbedürftigen festgestellt zu sehen, und dem dient mein Antrag. Wir denken uns die Einrichtung so, daß eine Bestimmung getroffen wird, nach welcher diejenigen, die sich in die Liste haben eintragen lassen, im ersten Vierteljahre sich vielleicht am 1. März, im zweiten Vierteljahr am 1. Juni usw. nochmals anzumelden haben, während sie andernfalls aus der Liste der Wohnungsuchenden gestrichen werden.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

6. Antrag Frede, betreffend die Errichtung von Lehnbauten.

Wortlaut des Antrages: Der Rat der Stadt wird ersucht, über die an andern Orten, besonders in Bad Pyrmont, gemachten Erfahrungen mit Lehnbauten Erfundigungen einzuziehen und hiervon den Stadtverordneten Mitteilung zu machen.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Auf die Gefahr hin, daß ich den Unwillen des Redakteurs der Morgenzeitung erzeuge, muß ich bei dieser Gelegenheit auf die Wohnungsfrage, die uns schon so lange beschäftigt hat und immer wieder beschäftigen wird, eingehen. Meine Herrschaften! Sie wissen, daß die Woh-

nungsbeschlagnahme seit dem 31. März 1919 ausgeübt wird. Die Zustände, die sich dadurch entwickeln können, daß Familien in die Wohnungen anderer innerhalb des Korridors hineinverlegt werden, werden wir wohl in nicht zu ferner Zeit zu unserm Leidwesen erfahren. Wir brauchen uns nur vorzustellen, daß in unsere eigenen Wohnungen ein solcher Eingriff gemacht wird, so müssen wir wohl sagen: Die Not gebietet solche Maßnahmen, aber diese Eingriffe sind höchst bedauernswert. Würden wir in der Lage sein, Wohnungen zu bauen, so würde das von allen Seiten auf das freudigste begrüßt werden. Nun leidet aber die Errichtung von Neubauten unter den ungeheuren Preisen wie unter dem Mangel an Material. Selbst wenn wir Backsteine noch so teuer bezahlen wollten, so sind doch keine zu haben, und ebenso ist es mit den eisernen Trägern und Zement. Wenn es eine Möglichkeit gäbe, zufriedenstellende Bauten, die gar nicht hundert Jahre zu dauern brauchen, zu einem mäßigen Preise herzustellen, so würde sicher damit der Allgemeinheit ein großer Dienst erwiesen werden. Schon früher ist hier von Lehmbauten die Rede gewesen, und man hat auf die mittelalterlichen Bauten hingewiesen, die so manches Jahrhundert überdauert haben. An diese Art Bauten habe ich zuerst gedacht, und ich habe von Frau Landsyndikus Klauke gehört, daß sie sich in Pyrmont persönlich davon überzeugt habe, wie solche Bauten gewissermaßen im Handumdrehen aus der Erde erwachsen sind. Die Pyrmonter Badeverwaltung will natürlich mit allen Mitteln Wohnräume schaffen, um nicht demnächst in die Lage zu kommen, Kurgäste zurückweisen zu müssen, und deshalb hat sie derartige Bauten errichtet. Mir ist allerdings durch die Schilderung meiner Gewährsmännin nicht klar geworden, ob es sich um reine Lehmbauten handelt, doch wird sich das bei der Kommissionsberatung herausstellen, und es könnte ja auch eine Besichtigung vorgenommen werden.

Ich habe mit hiesigen Sachverständigen über diese Lehmbauten gesprochen, und es ist mir dabei gesagt, daß für uns ein Mangel an Lehm im Wege stünde. Immerhin kann Lehm herbeigeschafft werden, und er wird billiger sein als Zement und Steine. Es fragt sich aber auch, ob es nicht noch andere Möglichkeiten zur Errichtung von schnellen und preiswerten Bauten gibt, und zur rechten Stunde bekam ich die Nachricht, daß in Gießen ein neues Verfahren plag gegriffen hat, das sich besonders für solche Gegenden empfiehlt, wo kein Lehm vorhanden ist, nämlich der U-Plattenbau. Er wurde in der Zeitschrift, die mir vorlag, näher beschrieben, und es wurde angeführt, daß der Oberbaurat Professor Knapp in Darmstadt sich sehr lobend darüber geäußert habe. Ich hatte die Bekanntschaft dieses Herrn auf dem Hygienekongreß 1911 in Dresden gemacht, erlaubte mir, an ihn zu schreiben und bin in der Lage, in der Kommission sein Antwortschreiben vorlegen zu können. Er spricht sich über diese Bauweise in

durchaus günstigem Sinne aus, und ich glaube, daß auch hierbei für uns etwas herauskommt.

Der **Vorsigende** überweist den Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

7. Anträge **Schmidt** und **Frede**, betreffend die Beseitigung des Mangels an Kleingeld.

Wortlaut des Antrages **Schmidt**: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, zwecks Behebung des Mangels an Kleingeld 1. sich mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen, um die Ausgabe von Notgeld in 5-, 10- und 50-Pfennigstücken herbeizuführen, 2. zu prüfen, ob zur Benutzung der Gas- sowie auch der elektrischen Lichtautomaten anstatt der Nickelmünzen sich die Einführung von Spezialmarken ermöglichen läßt.

Wortlaut des Antrages **Frede**: Der Rat der Stadt wird ersucht, dahin zu wirken, daß 1. das in den Gasautomaten angesammelte Kleingeld, 2. soweit möglich, auch das auf der Straßenbahn und in den elektrischen Lichtautomaten vereinnahmte Kleingeld in möglichst gleichmäßiger Weise dem Verkehr wieder überwiesen wird.

Stadtv. **Schmidt** (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Der Mangel an Kleingeld hat sich in den letzten Monaten zum Teil zu einer Kalamität gesteigert, so daß es beinahe aussieht, als ob unsere Wirtschaft am Schlusse angelangt ist. Während es in den Kriegsjahren noch möglich war, Kupfer- und Nickelgeld, sowie 50-Pfennigstücke zu bekommen, sind diese Geldstücke in den letzten Monaten beinahe ganz verschwunden. Wir haben heute keine Zahlungsmittel mehr, wenn es sich darum handelt, 37 oder 62 Pfennig zu entrichten. Man weiß nicht, wie man es anfangen soll, um Beträge unter einer Mark zu bezahlen, und wer auf eine Mark herausgeben soll, ist auch nicht dazu imstande. So geht es beim Barbier und überhaupt an allen Stellen, wohin Sie kommen. Jetzt werden Briefmarken als Zahlungsmittel verwendet; hat man sie aber 3 bis 4 Tage in der Geldtasche herumgetragen, so ist die Klebfläche verlorengegangen — besonders bei den Hausfrauen ist das der Fall —, und sie sind fast wertlos geworden. Die meisten Personen schreiben in ihrem Privathaushalt nicht so viele Briefe, daß sie alle die Briefmarken verwenden könnten, und die Marken wieder in Zahlung zu nehmen, bedanken sich die Geschäfte, denn sie haben selbst genug davon. Als ich bei der Steuerkasse einen Betrag bezahlen wollte, bei dem 63 Pfennig mit zu berichtigen waren, war das Steuerbureau nicht in der Lage, 37 Pfennig herauszugeben, und ich mußte am nächsten Tage wieder zum Steuer-

bureau gehen, um die Sache in Ordnung zu bringen. Wenn so dieser Mangel an Kleingeld allgemein bei den Geschäftslenten und Einwohnern zur Nothwendigkeit geworden ist, dann müßte man erwarten, daß das Reich oder die Landesregierung diesem Mißstand zu begegnen versucht. Es ist aber nicht der Fall, daß dies geschieht. Als die Ausgabe der eisernen 50-Pfennigstücke erfolgte, die sich zwar keiner großen Beliebtheit erfreuen, aber doch immerhin ein Nothbehelf waren, haben wir gehört, daß gesagt wurde: „Wenn nur dieses Kleingeld erst wieder verschwindet“, und es tauchte bald die Nachricht auf, daß neue 50-Pfennigstücke in Aluminium in vielen Millionen zur Ausgabe gelangen würden. Das ist denn auch geschehen, aber in so geringer Zahl, daß die einzelnen Inhaber eines solchen Geldstückes es als Andenken im Portemonnaie umhertragen, während sie im öffentlichen Verkehr nicht erscheinen. Ich habe mir sagen lassen, daß die Finanzkasse noch Tausende und aber Tausende von neuen 50-Pfennigstücken liegen habe, aber da das Reich eine neue Ausgabe plane und die vorhandenen eingezogen werden sollten, dürften sie nicht in Verkehr gebracht werden. Also die Ausgabe dieser beiden Münzen hat keine Wirkung gehabt, und Zahlungsmittel für kleine Beträge sind nach wie vor nicht vorhanden. Wir haben gesehen, wie es bei dem Silbergeld gegangen ist, bei dem ein hohes Aufgeld bezahlt wird, und wer von diesem Gelde liegen gehabt hat, der hat auch in dieser Sache sein Schäschen ins Trockne bringen können. Wenn jetzt der Bauer das Silbergeld in Kisten hereinbringt und durch Ablieferung an die Staatskassen sein vaterländisches Interesse beweist, indem er erst zahlt, wo es ein Aufgeld dafür gibt, damit herausrückt, so ist das allerdings ein etwas später Beweis von Patriotismus. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß nicht allein mit Silbergeld, sondern auch mit Nickelsilber gehandelt wird. Selbst für Nickelsilber wird schon Aufgeld bezahlt, und auch das Kupfergeld wird schon gesammelt. Das alles geschieht unter Aufsicht der Regierung; sie sieht dem Treiben zu, wie Annoncen über den Ankauf in den Blättern erscheinen, und doch bin ich der Meinung, daß nicht alles dieses Geld zum Einschmelzen aufgekauft wird, sondern daß es den Weg durch das große Loch im Westen geht. Wenn die Regierung das duldet und es so weitergeht, dann weiß ich nicht, was uns die Zukunft bringen soll. Zur Behebung der Noth in Kleingeld müßte meiner Meinung nach unverzüglich unsere Stadtverwaltung mit der Landesregierung in Verbindung treten. Das nötige Kleingeld muß natürlich in harten Münzen ausgegeben werden, nicht wieder wie die verschwundenen 10- und 50-Pfennigstücke in Papiersappen, die die nach drei- bis viertägigem Gebrauch unansehnlich und widerlich wurden. Solche Scheine können keinen Ersatz für Kleingeld bilden. Ich bin der Meinung, daß durch die Verhandlungen erreicht werden könnte, daß aus Ersatzmetall 10- und 50-Pfennigstücke geprägt würden,

die im ganzen Herzogtume in Umlauf bleiben könnten, die dann hoffentlich nicht wieder gehamstert werden.

Die gleiche Sache wollte ich mit dem zweiten Teil meines Antrages treffen: Der Rat soll ersucht werden, nachzuprüfen, ob es möglich sein wird, daß statt der Nickelmünzen als Ersatz geeignete Spezialmarken zur Einführung in die Gas- und elektrischen Automaten gebraucht werden können. Wir wissen, daß die Hamsterei in Nickelmünzen in einzelnen Familien zur Not geworden ist; die alten Groschen müssen vorsichtig aufgehoben werden, damit nicht einmal das Licht ver-
sagt. Da in den letzten Jahren neben den Gasautomaten auch die elektrischen Lichtautomaten recht viel eingerichtet sind, so befindet sich in diesen Apparaten und Haushaltungen eine Unmenge von Nickelgeld, das dem Verkehr entzogen wird. Wenn hier Abhilfe dadurch geschaffen wird, indem eine Kontrollmarke in die Apparate eingeführt werden könnte, so brauchten die Nickelmünzen nicht mehr zurückgehalten zu werden und könnten dem allgemeinen Verkehr wieder zugeführt werden.

Ich glaube, nicht nötig zu haben, weitere Ausführungen zu machen. Sie werden alle mit mir überzeugt sein, daß der Mangel an Kleingeld zur Kalamität geworden ist und Abhilfe dringend notwendig ist. Ich bitte Sie, meinem Antrage gleich heute zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der dringlichen Behandlung des Antrages zu.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung seines Antrages): Ich bin bei meinem Antrage überreich gedeckt durch das, was Herr Schmidt zur Begründung seines Antrages ausgeführt hat.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Meine Herrschaften! Es ist vor auszusehen, daß Sie dem Antrage zustimmen werden, und dann wird der Rat gern bereit sein, über die Anregung des Herrn Schmidt mit der Regierung zu verhandeln. Ich bin allerdings auch der Ansicht, daß sich die erneute Ausgabe von Papiergeld für die kleinen Beträge nicht empfiehlt, aber man kann zweifelhaft sein, ob es gelingen wird, das Geld, welches herausgegeben werden soll, dem Verkehr zu erhalten. Sobald Münzen ausgegeben werden, die beim Einschmelzen einen höheren Wert als im Verkehr haben, werden sie sofort verschwinden, und so wird es Aufgabe der Regierung sein, zu überlegen, was da zu tun ist. Daß es richtiger ist, der Regierung die Ausgabe von solchen Münzen zu überlassen, und nicht von seiten der Gemeinden Notgeld herauszugeben, davon sind wir alle überzeugt, denn unangenehm ist es, wenn über die Grenze der Stadt hinaus das Geld seine Gültigkeit verliert. Die zweite Anregung des Herrn Schmidt, betreffend die in

die Automaten einzuwerfenden Münzen, ist schon mehrfach erörtert. Es ist möglich, daß man Ersatzstücke für diese Münzen schaffen könnte, jedoch ist die Gefahr der Nachahmung nicht zu unterschätzen, und ich kann nicht ohne weiteres sagen, ob wir auf diese Anregung eingehen werden. Aber die Sache soll geprüft werden, wenn der Antrag angenommen wird.

Zu dem Antrag Frede habe ich folgendes zu bemerken: Ich habe schon früher Veranlassung genommen, Herrn Direktor Lepsius zu fragen, wo die 10-Pfennigstücke bleiben, die den Automaten entnommen werden, und darauf die Antwort erhalten, daß diese von den Gascontrollenuren fast restlos den Wohnungsinhabern wieder zurückgegeben werden. Etwa überschießende Mengen werden teils an die Kassenstelle, teils an den Kassierer der Krankenkasse abgeliefert, da letzterer für Zahlung von Krankengeld und Lohnzuschüssen ziemlich viel Kleingeld nötig hat. Gegen dieses Verfahren ist wohl nichts einzuwenden. Ob die kleinen Münzen erst nach dem Rathaus gebracht werden und von dort durch die Reichsbank dem Verkehr wieder zugeführt werden, oder ob sie direkt in den Verkehr kommen, ist ziemlich gleich. Sollten Sie eine andere Ansicht haben, so bitte ich, sich darüber zu äußern.

Nun hat Herr Schmidt in seiner Begründung gewettert — und das schadet auch nichts — gegen die Silberhamster, und ich bin deswegen beinahe rot geworden, weil Sie dem Räte der Stadt möglicherweise den Vorwurf machen könnten, daß auch er zu den Silberhamstern gehöre. Wenn wir auch in Wirklichkeit keine Silberhamster sind, so haben wir gleichwohl einen größeren Posten Silbergeld — 5500 M — liegen gehabt, und der Rat hat heute morgen beschlossen, diese Münzen nach der Reichsbank zu bringen, dann bekommt die Stadt dafür den achtfachen Betrag. Es handelt sich bei diesem Silbergeld im wesentlichen um Erinnerungstaler, die bei der Hochzeit des früheren Herzogspaares geprägt sind, und wir hatten beschlossen, diese Stücke für die aus dem Kriege zurückkehrenden Beamten zurückzubehalten. Jetzt aber wollen wir sie bei der großen Nachfrage dem Vaterlande zur Verfügung stellen, indem wir sie bei der Reichsbank einlösen und dabei allerdings einen guten Verdienst erzielen.

Stadtv. Frede: Unsere beiden Anträge gehen auf Beschaffung von Kleingeld dadurch, daß neues beschafft wird, vor allen Dingen die Scheidemünzen unter 10 Pfennig, die es fast gar nicht mehr gibt, und ferner dadurch, daß das eingekommene Kleingeld wieder in Umlauf gesetzt wird. Zu diesem letzteren Punkte möchte ich noch etwas erwähnen. Der Herr Oberbürgermeister hat von Herrn Direktor Lepsius die Auskunft bekommen, daß die Automateninhaber in erster Linie das Geld wieder für sich beanspruchen, und das mit Recht, denn sie

müssen in der Lage sein, den Automaten sich nutzbar zu machen. Nun bin ich zum Teil zu meinem Antrage gekommen dadurch, daß die Wohnungsinhaber sich darüber beklagt haben, daß der Beamte, der das Geld dem Automaten entnommen hat, den Automateninhabern, als sie das Geld zurückbegehrten und Einlösung gegen einen Schein anboten, geantwortet hat: „Sie haben kein Recht darauf“ und das Geld mitgenommen hat. Das ist ungehörig, denn dadurch werden die Leute in der Benutzung des Automaten lahmgelegt. Woher sollen sie denn das Kleingeld für den Automaten in dieser Zeit nehmen?

Oberbürgermeister Hetemeyer: Wenn der Rechtsstandpunkt geprüft wird, so wird wohl der Wohnungsinhaber nicht verlangen können, das Kleingeld aus dem Automaten zurückzubekommen, denn durch das Hineinwerfen der Münzen in den Apparat gehen die Münzen ohne Frage in das Eigentum der Stadt über. Aber ich muß auch sagen, daß es unrecht ist, wenn so verfahren wird, wie Herr Frede angibt.

Stadtv. Reigner: Bei dieser Gelegenheit möchte ich an den Rat der Stadt die Bitte richten, die Preise für Lebensmittel so festzusetzen, daß nicht viel Kleingeld beim Einkaufen gebraucht wird. Ich weiß mich zu erinnern, daß für die Fettausgabe 4,99 *M* festgesetzt waren. Zum Zurückgeben ist der eine Pfennig meist nicht da, und der Kunde legt auch keinen Wert darauf, ihn zurückzuerhalten. Die Milch kostet 1,28 *M*, und so haben wir noch andere Preisfestsetzungen auf 54 und 66 Pfennig. Man könnte dabei mehr abrunden, denn eine solche Rolle wie früher spielt der Pfennig heute nicht mehr.

Stadtv. Marth: Ich möchte anregen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, bei den Gasautomaten den Automatenbetrieb abzustellen und nur den Zähler zu benutzen, so daß es nicht mehr nötig wäre, Münzen zum Einwerfen zu gebrauchen. Vielleicht ist es möglich, gleich nach dem Zähler die verbrauchte Gasmenge zu bestimmen und danach die Bezahlung eintreten zu lassen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die Möglichkeit, so zu verfahren, liegt ohne Frage vor, aber es steckt doch in den ausgeliehenen Automaten ein großes Kapital, und man muß fragen: Soll denn der Preisunterschied zwischen den beiden Arten der Entnahme von Gas bestehen bleiben, wenn so verfahren wird, wie Herr Marth angibt? Wenn das Automatengas ebenso billig abgegeben wird wie das andere Gas, dann würde eine Verzinsung der Automaten überhaupt nicht eintreten, und es kommt darauf an, ob man sich auf diesen Standpunkt stellen will. Es kostet uns heute alles so unendlich viel, und schließlich

könnten wir ja diesen Verlust auch noch tragen. Ich bemerke aber, daß das Gaswerk in diesem Jahre sehr schlecht abschneiden wird. Es kommt schon wieder eine gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise, und irgendwie müssen wir das Geld für den Betrieb des Gaswerkes aufbringen. Wir haben schon früher den Beschluß gefaßt, daß die Automateninhaber berechtigt sind, ihrerseits die Anlage zu übernehmen; geschieht das, dann wird sofort der Münzzähler ausgebaut.

Stadtv. Marth: Wie Herr Oberbürgermeister eben erwähnte, ist schon früher der Beschluß gefaßt, daß die Anlagen durch die Automatenbesitzer erworben werden können, und daß sie dann nur den gewöhnlichen Preis für Gas zu bezahlen brauchen. Heute liegt in den Münzen, die in den Automaten gesteckt werden, so wie so nur ein Bruchteil des Gaspreises, das Überschießende müssen die Automateninhaber sowieso nachzahlen. Ich bin der Ansicht, daß man den Automaten ganz ausschalten sollte, und die Besitzer eines solchen bezahlen den Preis, der bisher für sie bestimmt war, denn es bleiben dieselben Verhältnisse, wie vorher bestehen. Haben die Besitzer nicht die Anlage erworben, so müssen sie auch den höheren Preis bezahlen; anders wird die Sache erst, wenn sie die Automatenanlage erworben haben.

Die Versammlung stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Beseitigung des Mangels an Kleingeld zu.

8. Anfrage Salomon über Erleichterung des Bezuges lebensnotwendiger Waren für heimkehrende Kriegsgefangene.

Wortlaut der Anfrage: Um den heimkehrenden mittellosen Kriegsgefangenen ihre harte Lage zu erleichtern, sind manchenorts mit den Geschäftsleuten Abkommen getroffen, wonach diese den Heimkehrern bestimmte lebensnotwendige Waren, wie Schuhe, Kleidung usw. zu ermäßigten Preisen abgeben. Die Heimkehrenden zahlen aber nur die Hälfte der herabgesetzten Preise, während die andere Hälfte von der Gemeinde getragen wird. Ist der Rat der Stadt in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob hier am Orte ähnliche Maßnahmen geplant sind?

Stadtv. Salomon (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die Kriegsgefangenen aus der französischen Gefangenschaft kehren jetzt zurück. Sie haben jahrelang schwere Not und Drangsale über sich ergehen lassen. Sie müssen in besonderem Maße unser Mitleid erregen und erfordern deshalb besondere Fürsorge. Aus diesem Grunde hat man an manchen Orten ihnen alle möglichen

Erleichterungen zu verschaffen versucht, die sich, wie es in der Anfrage heißt, auf die Herabsetzung der Preise für Nahrungsmittel und Bekleidungsstücke beziehen. Soweit ich informiert bin, haben sich diese Maßnahmen außerordentlich gut bewährt. Ich bin nicht im Bilde, ob hier in der Stadt in ähnlicher Weise Fürsorgemaßnahmen getroffen sind. Sollte das schon geschehen sein, so erkläre ich mich damit zufrieden, andernfalls aber möchte ich ihr Augenmerk auf die in der Anfrage gekennzeichneten Einrichtungen lenken.

Stadtrat Schaper: In gewissem Umfange wird der Anfrage des Herrn Stadtv. Salomon entsprechend auch bei uns verfahren, oder es kann wenigstens geschehen. Wir haben von der Notstandsversorgung in Textilwaren und Schuhwaren in letzter Zeit Bekleidungsstücke und Schuhwaren bekommen, die in den einschlägigen Geschäften zu mäßigen Preisen zum Verkauf stehen und in der Hauptsache für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmt sind. Nun besteht in der Stadt ein Ausschuß zur Gewährung von wirtschaftlichen Beihilfen für heimkehrende Kriegsgefangene. Wenn durch diesen Ausschuß die wirtschaftliche Bedürftigkeit zurückgekommener Kriegsgefangener anerkannt wird, so wäre es sehr einfach, diese Heimkehrenden zu unserer Bekleidungsstelle zu schicken, damit sie sich einen Bezugsschein für Schuhzeug und Anzüge, die zu wirklich mäßigen Preisen abgegeben werden, holen. Auf diese Weise könnten sie für geringe Mittel in Besitz der gewünschten Kleidungsstücke kommen. Ob außerdem eine Beihilfe zu Anschaffungen gewährt werden soll, dazu hat der Rat noch nicht Stellung genommen.

Bürgermeister Meyer: Ich möchte zur weiteren Aufklärung noch mitteilen, daß auf Veranlassung des Reiches in jeder Gemeinde zwei Organisationen zugunsten der heimkehrenden Kriegsgefangenen eingerichtet sind. Die eine ist der Ausschuß für Kriegsgefangenenheimkehr; er ist nur dazu da, um die Gefangenen in würdiger Weise zu empfangen und sie in den der Heimkehr folgenden Wochen zu betreuen, und zwar besonders auch in der Weise, daß Arbeitsgelegenheit für sie ermöglicht wird. Im übrigen weise ich darauf hin, daß die Kriegsgefangenen in den Durchgangslagern, die sie passieren, vollständig ausgerüstet werden. Jeder einzelne Kriegsgefangene kommt durchaus nicht abgerissen in seine Heimat, sondern mit einem ordentlichen Anzuge und mit Löhnung für eine gewisse Zeit ausgestattet. Neben diesem Ausschuß für Kriegsgefangenenheimkehr gibt es noch einen Ausschuß zur Gewährung wirtschaftlicher Beihilfen an Kriegsgefangene, dessen Aufgabe darin besteht, den zurückgekehrten Kriegsgefangenen Mittel an die Hand zu

geben, damit sie sich eine Erwerbsquelle verschaffen können. Es kommt da z. B. vor, daß Mittel gewährt werden, um einen Arbeitsanzug zu beschaffen. Durch diese beiden Organisationen ist den heimgekehrten Kriegsgefangenen die Möglichkeit gegeben, das zu beschaffen, was der Herr Antragsteller in seiner Anfrage benannt hat.

Stadttrat von Frankenberg: Was den letzten Punkt der Anfrage, die Ernährung der Kriegsgefangenen betrifft, so besteht — wie Sie vielleicht wissen — seit Jahresfrist die Einrichtung, daß den heimgekehrten Kriegsgefangenen mit Rücksicht auf die Unterernährung, der sie leider in den feindlichen Gefangenenlagern ausgesetzt waren, für die der Heimkehr folgenden sechs Wochen ein besonderer Lebensmittelzuschlag zu gewähren ist. Es ist außerdem die Vorschrift gegeben, daß diejenigen Familien der Kriegsgefangenen, die bisher Kriegerfamilienunterstützung bezogen haben, diese noch einen vollen Monat nach Rückkehr des Gefangenen weiterbeziehen, so daß also auch eine Geldbeihilfe gewährt wird. Wir haben in Übereinstimmung mit den geehrten Herrschaften seit einem Vierteljahre die Beihilfe aus der Kriegsnotspende erhöht, so daß jetzt 50 Prozent mehr gewährt werden als früher. Außerdem ist um die Weihnachtszeit des verfloffenen Jahres auf Anordnung und auf Kosten des Reiches eine außerordentliche Beschaffungsbeihilfe durch unsere Vermittlung den Familien der Kriegsgefangenen gespendet worden, und zwar 200 M für die Frau und 200 M für jedes unterstützungsbedürftige Kind. Sollten in besonderen Ausnahmefällen noch weitere Aufwendungen erforderlich sein, so ist die Möglichkeit dazu nicht ausgeschlossen, auf die Kriegsnotspende zurückzugreifen. Daneben stehen durch die Amerikaspende dem städtischen Wohlfahrtsamt Kleidungsstücke zur Verfügung, die bereits in manchen Fällen ausgeteilt sind.

Ohne weitere Besprechung.

9. Antrag Jahn auf Wiederfreigabe der zur Einlagerung von Lebensmitteln benutzten städtischen Turnhallen für Turnzwecke und Beschaffung eines Turnspielflazes für die höheren Mädchenschulen.

Wortlaut des Antrages: Der Rat der Stadt wird ersucht, 1. die durch Einlagerung von Lebensmitteln zur Zeit dem Turnunterricht entzogenen Turnhallen der städtischen Schulen, soweit möglich, umgehend zu Turnzwecken wieder freizugeben, 2. für die drei Anstalten Lyzeum, Oberlyzeum und Studienanstalt einen geeigneten Abschnitt eines Spielflazes zu Turnzwecken zur Verfügung zu stellen, um der körperlichen Erziehung der Jugend und der Durchbildung der

durch die Kriegszeit geschwächten Körper der Jugend wieder Rechnung tragen zu können.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren! Sie haben in einer der letzten Sitzungen mich als Mitglied des Ausschusses für Leibesübungen gewählt, zu dem ein Stadtverordneter als Mitglied vorgesehen ist. In diesem Ausschuß wurde zur Sprache gebracht, daß manche Turnhallen noch mit Lebensmitteln belegt werden, daß sie aber sehr leicht von solchen Lagern entblößt werden könnten, damit der Jugend die Turnhallen für ihre eigentlichen Zwecke wieder zur Verfügung stehen. Es wurde darauf hingewiesen, wie unsere Jugend es nötig habe, durch Leibesübungen, Spiele und Turnen wieder gekräftigt zu werden, und deshalb bin ich dazu gekommen, den Antrag zu stellen, wenigstens die Turnhallen, bei denen eine solche Räumung möglich wäre, dem Turnbetrieb der Jugend wieder zur Verfügung zu stellen. Ich möchte dabei betonen, daß in diesem Ausschuß für Leibesübungen nicht nur die besser situierten Kreise allein vertreten waren, sondern alle Kreise, sämtliche Sportvereine, und daß alle den gleichen Wunsch hegten.

Weiter wurde zur Sprache gebracht, daß beim Lyzeum, Oberlyzeum und bei der Studienanstalt kein Spielplatz zur Verfügung stände, so daß die Schülerinnen dieser Anstalten nicht in der Lage seien, Turnspiele vorzunehmen. Ich kann bestätigen, daß meine Tochter, die das Lyzeum besucht, bisher nicht zu Turnspielen gegangen ist; es muß die Behauptung also wohl auf Wahrheit beruhen. Deshalb geht mein Antrag dahin, einen geeigneten Abschnitt eines Spielplatzes zu Turnzwecken diesen Anstalten zur Verfügung zu stellen, damit auch von diesen Anstalten Turnspiele getrieben werden können. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen und mit dahin zu wirken, daß dem Antrage Folge geben wird.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Schulausschuß zur Vorberatung.

10. Antrag **Jahns**, betreffend die Ausdehnung des Kaufmannsgerichts der Stadt auf den Kreis Braunschweig.

Wortlaut des Antrages: Der Rat der Stadt wird ersucht, die angestrebte Ausdehnung des Kaufmannsgerichts der Stadt Braunschweig auf den Kreis Braunschweig nunmehr mit allen Mitteln gegen Beteiligung des Staates an den Kosten zu unterstützen.

Die zahlreichen auf den Dörfern, vor allem in der Umgebung Braunschweigs vorhandenen Fabrik- und Handelsbetriebe mit ihren vielen Angestellten, die zumeist in Braunschweig wohnen, machen diese Einrichtung unbedingt not-

wendig, nicht nur um billig und schnell Recht zu sprechen, sondern auch um als Rechtsauskunfts- und Schlichtungsstelle dem sozialen Ausgleich dienen zu können und den berechtigten Forderungen der ländlichen Betriebsinhaber und deren Angestellten gerecht zu werden.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Es ist den verehrten Herrschaften bekannt, daß ein Gesetz aus dem Jahre 1904 besteht, nach dem Kaufmannsgerichte in den Stadtgemeinden einzurichten sind, denen die Streitigkeiten zwischen Geschäftsinhabern und Angestellten vorgelegt werden sollen, und durch die auf einfache, billige und schnelle Art irgend welche Streitigkeiten zwischen Angestellten und Arbeitgebern geschlichtet werden können. Wie Ihnen ferner bekannt sein wird, ist das Kaufmannsgericht in Braunschweig nur für die Stadt eingerichtet, nicht aber auf den Kreis Braunschweig, und der Wunsch der Angestellten — ich glaube aber auch der Geschäftsinhaber — geht dahin, daß in den Geschäftsbereich dieses Kaufmannsgerichts auch diejenigen Kreise einbezogen werden, wo in der Umgebung der Stadt große Betriebe eingerichtet sind, deren Angestellte und Geschäftsinhaber hauptsächlich in der Stadt Braunschweig wohnen. Deshalb haben die betreffenden Organisationen, der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter und andere, sich schon vor längerer Zeit an die Kreisdirektion gewandt, um eine Ausdehnung des Geschäftsbereiches des hiesigen Kaufmannsgerichts zu erreichen. Seitens der Kreisdirektion ist ihnen nun mitgeteilt, daß die Stadt Braunschweig hiergegen ein völlig ablehnendes Verhalten einnehme und deshalb eine Ausdehnung des Kaufmannsgerichts auf den Landkreis Braunschweig nicht möglich sei. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat mein politischer Freund, der Landtagsabgeordnete Behrens, einen dem meinen gleichen Antrag im Landtage eingebracht, und dieser Antrag ist der Regierung zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen. Durch meinen Antrag möchte ich dahin wirken, daß der Rat der Stadt Braunschweig gegenüber den Wünschen der Beteiligten ein anderes Verhalten als bisher einnimmt und mit dahin wirkt, daß dieses Kaufmannsgericht auf den Kreis Braunschweig mit ausgedehnt wird. Es ist jedenfalls sehr zweckdienlich, daß derartige Streitigkeiten nicht das Amtsgericht und andere Gerichte beschäftigen, wo das Verfahren kostspielig und langwierig ist, sondern daß die Kaufleute und ihre Angestellten gleich auf dem Wege des schiedsgerichtlichen Verfahrens ihre Angelegenheiten regeln können.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschusse zur Vorberatung.

11. Ankauf einer Straßenfläche am Kattreppeln.

Stadtv. Reißner: Der Fabrikant Herrmann hat auf seinem Grundstücke im Kattreppeln einen Neubau errichtet, der in die Fluchtlinie zurückgesetzt werden mußte. Dadurch sind 3,60 qm Grundfläche frei geworden, die von der Stadt auf Grund des Statuts erworben werden müssen. Schon im Jahre 1911 ist neben diesem zur Sprache stehenden Neubau ein anderer Neubau errichtet, bei dem die frei gewordene Fläche mit 125—150 *M* für das Quadratmeter bezahlt wurde. Der Fabrikant Herrmann verlangt für die jetzt abzutretende Fläche den gleichen Preis, im ganzen 500 *M*, und der Rat der Stadt ersucht, dem Ankauf der Fläche zu diesem Preise zuzustimmen. Der Bauausschuß hat die Sache geprüft und empfiehlt, die bezeichnete Straßenfläche zum Preise von 500 *M* zu erwerben.

Der Ankauf der Fläche wird beschlossen.

12. Antrag der Stadtverordneten Fräulein Oden auf Zustimmung zur Niederlegung ihres Stadtverordnetenmandates.

Stadtv. Stegmann: Die Stadtverordnete Fräulein Oden hat ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet, in dem sie bittet, sie von dem Amte einer Stadtverordneten zu entbinden. Sie begründet das in folgender Weise: „Seit längerer Zeit bin ich krank, und nach dem beifolgenden Attest wird es noch Monate dauern, bis ich wiederhergestellt bin. Zur Wiederherstellung meiner Gesundheit muß ich demnächst längere Zeit verreisen.“ Nach § 23 der Städteordnung kann jemand, der durch länger andauernde Krankheit an der Ausübung des Stadtverordnetenmandates verhindert ist, von diesem Amte befreit werden. Das ärztliche Attest bestätigt, daß Fräulein Oden wegen eines Darmleidens, verbunden mit Neurasthenie, zur Zeit völlig arbeitsunfähig ist, und daß es Monate dauern wird, ehe ihre Leistungsfähigkeit wiederhergestellt ist. Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt und sieht keinen Grund, den Antrag abschlägig zu bescheiden, bittet vielmehr, dem Antrage von Fräulein Oden nachzukommen und ihrer Mandatsniederlegung zuzustimmen.

Dem Antrage des Rechtsausschusses gemäß beschließt die Versammlung.

13. Gehaltsberechnung der Oberfeuerwehrmänner.

Stadtv. Wahrenborg: Dadurch, daß die Feuerwehrmänner fest angestellt sind, sind die noch nicht im Genuß des Höchstgehaltes stehenden Oberfeuerwehr-

männer in Nachteil gekommen insofern, als sie nun weniger Gehalt bekommen als die das Höchstgehalt beziehenden Feuerwehrmänner, während sie als Feuerwehrmänner das Höchstgehalt beziehen würden. Darum haben die Oberfeuerwehrmänner, die hier in Frage kommen, einen Antrag bei dem Branddirektor um Verbesserung ihrer Gehälter gestellt. Der Branddirektor hat sich in zustimmendem Sinne an die Feuerlöschdeputation gewandt, und auch der Rat der Stadt hat sich mit der Frage befaßt und empfiehlt, dem Ersuchen der Oberfeuerwehrmänner nachzukommen, indem sich die Stadtverordneten damit einverstanden erklären, daß bei Bemessung des Gehaltsjahres der Oberfeuerwehrmänner und des Telegraphenmechanikergehilfen Mergell die von dem einzelnen als Feuerwehrmann verbrachte Dienstzeit mit in Anrechnung gebracht wird und diese Regelung Geltung hat bis zu dem Zeitpunkt, wo eine allgemeine Gehaltsregelung stattgefunden hat. Der Rechtsausschuß hat diesem Antrage zugestimmt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Rechtsausschusses an.

14. Zuschuß für Einrichtung und Betrieb der Baracke für Geschlechtskranke beim Krankenhaus vom Roten Kreuz.

Stadtv. Wahrenndorf: Es hat sich herausgestellt, daß die Zahl der Geschlechtskranken in der Stadt Braunschweig in ungewöhnlicher Weise zugenommen hat, und aus diesem Grunde ist es notwendig geworden, daß Räume zur Unterbringung dieser Kranken geschaffen werden. Für die weiblichen Geschlechtskranken ist in der Nähe des Krankenhauses vom Roten Kreuz von der Stadt eine Baracke zur Verfügung gestellt, deren Einrichtung und Unterhaltung einmalige und laufende Ausgaben verursacht. Die einmaligen Ausgaben bestehen darin, daß für Einrichtung eines Zimmers mit Wäsche für einen Medizinalpraktikanten 4000 M, für Einrichtung eines Untersuchungsimmers für den Arzt in der Baracke 7100 M, für Beschaffung fehlenden Inventars 8500 M, für Aufstellung eines neuen Herdes 2000 M verausgabt werden müssen. Das sind zusammen 21 600 M. Dazu kommen an laufenden Kosten: Gehalt für Sanitätsrat Sternhahl 3300 M, Gehalt für den Medizinalpraktikanten 1200 M, freie Station für diesen 2000 M, zusammen 6500 M. Diese Kosten sollen vom Staate und von der Stadt gemeinsam getragen werden, so daß für die Stadt ein Betrag von 10 800 und 3250 M herauskommt. Außerdem kommt für die Stadt die kostlose Überlassung der Baracke in Frage. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, die genannten Kosten neben mietfreier Überlassung der Baracke für die Einrichtung und den Betrieb dieser Maßnahmen zu bewilligen. Der Rechts-

ausschuß hat sich mit der Frage befaßt und empfiehlt, diesem Antrage stattzugeben.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Rechtsausschusses zu.

Stadtv. Jahn: Die Beratung der Änderung der Friedhofs- und Begräbnisordnung muß für heute ausgesetzt werden, da verschiedene Mitglieder des Rechtsausschusses gebeten haben, die Unterlagen dafür in Vervielfältigung zu erhalten, um Stellung zu den einzelnen Punkten nehmen zu können.

15. Vorübergehende Aufhebung des Kochunterrichts in den städtischen Bürgerschulen.

Stadtrat Schaper: In dem Statut für die städtischen Bürgerschulen heißt es in § 2, daß die Mädchen im letzten Schuljahr an dem Haushaltungsunterricht teilzunehmen haben. Der Rat der Stadt möchte Ihnen im Einvernehmen mit dem Schulvorstande der städtischen Bürgerschulen vorschlagen, diesen Unterricht vorübergehend aufzuheben, und zwar zugunsten der Mädchenfortbildungsschule. Sie werden sich erinnern, daß die städtischen Behörden im April vorigen Jahres die Gründung einer Pflichtfortbildungsschule für die weibliche Jugend beschlossen haben, die im April dieses Jahres eröffnet werden soll. Nach dem Lehrplänenentwurf für diese Schule soll in der Unterstufe hauswirtschaftlicher Unterricht betrieben werden. Im Vordergrund desselben soll der Kochunterricht stehen, und dazu sind Küchen nötig. Nun ist in dieser Zeit nicht daran zu denken, für den Fortbildungsschulunterricht der weiblichen Jugend ein zentrales Gebäude zu errichten, so wünschenswert das auch wäre. Man hat daran gedacht, eine Bürgerschule aufzuheben, das frei gewordene Schulgebäude der Mädchenfortbildungsschule zur Verfügung zu stellen und in einem Teile desselben die Küchen auszubauen. Das würde einmal viel Geld kosten und nur eine provisorische Einrichtung sein, und sodann müßten die Bürgerschulklassen stark besetzt werden, und damit würde Gefahr vorhanden sein, daß das Ziel der Schule nicht erreicht würde. Wenn auch die Zahl der Kinder in den Bürgerschulen an sich gesunken ist, so dürfen wir nicht vergessen, daß in den letzten Jahren zwei Bürgerschulen aufgehoben sind, die Waisenhauschule und die Schule an der Leopoldstraße. Weiter hat man daran gedacht, die Schulküchen der Bürgerschulen von der Fortbildungsschule mitbenutzen zu lassen, so daß die eine Schule am Morgen kochen würde, die andere am Nachmittage. Die gemeinsame Benutzung der Kucheneinrichtung und damit zugleich auch eine gemeinsame Benutzung der Lebensmittelvorräte, die

nicht getrennt aufbewahrt werden könnten, würde aber sicherlich unliebsame Reibungen mit sich bringen, auch würden die vorhandenen Schulküchen für die Erteilung des Unterrichts an alle in Frage kommenden nicht ausreichen. So ist der Schulvorstand zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht anders geht, als für einige Jahre, bis die Raumfrage für die Mädchenfortbildungsschule gelöst ist, den Haushaltungsunterricht für die Mädchen der Bürgerschulen aufzuheben. Wir stehen vor der Frage: Wollen wir die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen und damit auch den hauswirtschaftlichen Unterricht der weiblichen Jugendlichen nächste Ostern einrichten? Um dahin zu kommen, glauben wir vorschlagen zu müssen, diesen Unterricht in den Bürgerschulen für einige Zeit aufzuheben, denn durch den Haushaltungsunterricht an die älteren Mädchen in der Fortbildungsschule wird mehr Nutzen erzielt werden als durch den Kochunterricht an die Schulkinder. Ich bitte, aus diesen Gründen der vorübergehenden Aufhebung dieser Bestimmung in dem Statut zustimmen zu wollen.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Rates an.

Stadtv. **Munte** übernimmt den Vorsitz.

16. Erhöhung der Teuerungszulagen für städtische Beamte und Lehrer, sowie Aufbesserung der Vergütung der Aushilfsbeamten und der Lohnsätze der städtischen Arbeiter.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß die sprunghafte Entwicklung der Teuerung das Reich und auch das Land Braunschweig veranlaßt haben, ihren Beamten und Angestellten mit Erhöhung der Teuerungszulagen unter die Arme zu greifen. Der Satz, den das Reich vorgeschlagen hat, war eine Erhöhung um 150 Prozent der bisher gewährten Zulagen — die bisher gewährten Kinderzulagen sind aber nicht erhöht. Diesem Vorgehen des Reiches hat sich das Land angeschlossen. Der Rat der Stadt hat in gleicher Weise vorgeschlagen, daß auch hier eine Erhöhung der Zulagen eintreten soll. Nun ist aber insofern eine Besonderheit im städtischen Betriebe eingetreten, als wir uns bisher an die staatlichen Zulagen nicht streng gehalten hatten, sondern darüber hinausgegangen waren, und es scheint dem Rate der Stadt nicht angemessen, diese Erhöhung um 150 vom Hundert von unsern erhöhten Zulagen zu gewähren, sondern er schlägt nur eine Erhöhung im gleichen Maße vor, wie Land und Reich es beschlossen haben. Daß wir an sich dem Vorgehen folgen müssen, ist grundsätzlich wohl anzuerkennen, weil die Teuerung sich

nicht leugnen läßt und auch das Maß der Teuerung als sehr hoch bezeichnet werden muß. Wir sind aber auch durch die bekannte Tatsache, daß die Lehrer die Zulage in der Höhe erhalten, wie sie im Lande gezahlt wird, und damit die Verurteilung der Gemeindebeamten auf die Lehrer ohne weiteres möglich wird, dazu gezwungen, mit den Teuerungszulagen im Lande gleichen Schritt zu halten. Der Rat der Stadt schlägt vor, monatliche Teuerungszulagen in der untersten Klasse (Gehalt bis 2400 *M*) von 270 *M*, in der mittleren Klasse (Gehalt bis 5500 *M*) von 255 *M* und in der obersten Klasse von 240 *M* zu geben. Dazu kommen die Zulagen, die die Mitglieder dieser einzelnen Gruppen bisher schon erhalten haben, nämlich in Höhe von 200 *M* monatlich in den beiden untersten Klassen und 160 *M* in der obersten Klasse, so daß die Gesamtzulagen 470, 455 und 400 *M* betragen würden. Diese Zulagen sollen — wie das auch im Reiche und im Lande geschieht — gewährt werden vom 1. Januar ab, also für die drei Monate dieses Vierteljahres unseres Haushaltsjahres.

Es ist dann auch angeregt, die Ruhegehaltsempfänger und die Aushilfsbeamten mit Zulagen gleichfalls zu bedenken. Die Aushilfsbeamten haben bisher keine besondere Teuerungszulage erhalten, sondern sie erhalten monatliche Vergütungen, die schon einigermaßen den Teuerungsverhältnissen angepaßt waren. Es haben sowohl im Räte wie in der verstärkten Finanzkommission Verhandlungen darüber geschwebt, ob und in welchem Umfange für diese Gruppe sofort mit Teuerungszulagen gerechnet werden soll. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, daß grundsätzlich anerkannt wurde, daß auch diese Gruppe bedacht werden muß, daß es aber wünschenswert ist, zunächst das Vorgehen des Staates abzuwarten, weil die Rückwirkung des staatlichen Vorgehens auf die Stadt unausbleiblich ist und ein gleiches Vorgehen des Staates und der Stadt durchaus wünschenswert ist. Um aber dem Bedarf der Beteiligten einigermaßen gerecht zu werden, hielt der Rat und auch die verstärkte Finanzkommission es für angebracht, jetzt schon wenigstens eine Abschlagszahlung zu gewähren, und zwar ist in Vorschlag gebracht, zunächst eine Zahlung von 100 *M* für den Monat zu gewähren.

Bei den Ruhegehaltsempfängern soll wie bisher vorgegangen werden. Das Land hatte in Abweichung der bisherigen Grundsätze, wie sie in der „neuen Regelung“ niedergelegt waren, vorgeschrieben, daß die Bedürftigkeitsgrenze nicht so eng geprüft werden sollte wie bisher, wo nur bei einem Einkommen bis zu 1800 *M* ohne weiteres die Bedürftigkeit angenommen werden sollte, während jetzt die Nachprüfung über die Bedürftigkeit bis zu einem Einkommen von 5000 *M* ausscheiden soll. Wer aber als Ruhegehaltsempfänger über 5000 *M* Einkommen hat, bei dem ist nachzuprüfen, ob mit Rücksicht auf Familienverhält-

nisse und sonstige Umstände Bedürftigkeit vorliegt. Auch diesem Vorgehen sich anzuschließen, hat der Rat der Stadt vorgeschlagen.

Nachdem im Rate und in der verstärkten Finanzkommission diese Angelegenheit vorberaten war, ist sie nochmals durch den Finanzausschuß geprüft. Der Finanzausschuß tritt einmütig diesen Vorschlägen des Rates der Stadt bei, und ich kann somit empfehlen, daß nach diesen Vorschlägen verfahren wird. Ich darf besonders hervorheben, daß Einmütigkeit darüber bestand, daß diese Zuschläge nur denjenigen Personen gezahlt werden sollen, die zur Zeit der Auszahlung sich noch in städtischen Diensten befinden. Das wurde von allen Seiten als selbstverständlich anerkannt.

Stadtv. Reikner: Es läßt sich leider nicht ermöglichen, daß auch den Aushilfsbeamten jetzt schon die Teuerungszulagen in derselben Weise erhöht werden, wie die Erhöhung für die Beamten vorgeschlagen ist, und zwar hat das seinen Grund darin, daß der Staat mit der Festsetzung der neuen Vergütung für die Aushilfsbeamten noch nicht vorgegangen ist. Der verstärkte Finanzausschuß hat sich zu helfen gewußt, indem er eine Abschlagszahlung von monatlich 100 *M* empfiehlt. Es wird anzunehmen sein, daß die Erhöhung der Vergütungssätze für die Aushilfsbeamten weit mehr als 100 *M* im Monat betragen wird; wir können annehmen, daß sie 200 *M* ausmachen wird. Ich möchte deshalb bitten, den Antrag des Finanzausschusses dahin zu erweitern, daß den verheirateten Aushilfsbeamten eine Abschlagszahlung von monatlich 200 *M* und den Unverheirateten eine solche von 100 *M* auf die zu erhöhenden Teuerungszulagen gewährt wird.

Redner reicht auf eine entsprechende Bemerkung des Vorsitzenden folgenden schriftlichen Antrag ein:

„Es wird beantragt, die Abschlagszahlungen für die Aushilfsbeamten auf monatlich 200 *M* für die verheirateten und monatlich 100 *M* für die unverheirateten zu erhöhen.“

Stadtv. Stegmann: Ich vermissen in dem Bericht des Herrn Dr. Jasper eine Auskunft darüber, was mit den städtischen Arbeitern geschehen soll. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Beamten und Nichtangestellten eine Teuerungszulage bekommen sollen, auch die städtischen Arbeiter bedacht werden müssen. Wir haben uns bei Beratung der vorigen Teuerungszulage auf den Standpunkt gestellt, daß diesem Grundsatz Rechnung getragen werden müsse. Ich nehme an, daß es nur aus Versehen unterblieben ist, diese gleiche Stellungnahme in dem Bericht zu erklären. Im Landtage hat man den Standpunkt eingenommen, daß die Arbeiter etwa in derselben Weise bedacht werden sollen, und das sollte dadurch festgelegt

werden, daß die Regierung mit den einzelnen Gewerkschaften Vereinbarungen trifft, daß also die Ortstarife gemeinsam in der Weise revidiert werden, daß insgesamt eine Teuerungszulage dabei herauskommt, wie sie jetzt den Beamten zugeteilt werden soll, nämlich 150 Prozent. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Versammlung dafür eintritt, daß den Arbeitern daselbe Mehr gewährt wird wie den Beamten.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Herr Stegmann hat recht. In der Vorlage befindet sich der Passus: „Wegen der anderweitigen Bemessung der Löhne der städtischen Arbeiter behalten wir uns weitere Anträge vor.“ Es war in der vorbereitenden Besprechung ausdrücklich davon die Rede, daß selbstverständlich auch die Arbeiter bedacht werden sollten, ein Übereinkommen über den Umfang dieser Erhöhung ist aber noch nicht herbeigeführt. Es wird das abhängen von den Verhandlungen, die mit den Beteiligten zu führen sind.

Gegen den Vorschlag des Herrn Reifner kann ich nicht umhin einige Bedenken zu äußern. Herr Reifner ist in den vorbereitenden Stadien der Beratung dieser Vorlage zugegen gewesen und weiß, daß keineswegs die Veranlassung zu dem Vorschlage, wie er einmütig — auch mit Zustimmung des Herrn Reifner — aus der Kommission herausgekommen ist, das Bestreben war, dieser Gruppe nicht ausreichend unter die Arme zu greifen, sondern daß lediglich Unklarheit darüber vorhanden ist, wieweit der Staat in seinen Vorschlägen gehen würde, daß dann aber bei den Aushilfsbeamten in ähnlicher Weise verfahren werden soll. Es liegen die Verhältnisse bei dieser Gruppe insofern anders, als ihre Bezüge während der Teuerung geregelt sind, daß diese Neuregelung ihrer Bezüge in gewissem Umfange einen Teil der Teuerung ausgeglichen hat, und auch insofern, als unter diesen Aushilfskräften eine Reihe jugendlicher Personen und auch Frauen sich befinden, die keineswegs in demselben Umfange — ohne weiteres mit 150 vom Hundert — als der Erhöhung bedürftig anzusehen sind. Über diese verschiedenartige Behandlung bestand im Ausschuß Einverständnis, und ich glaube, auch Herr Reifner sollte sich mit dem begnügen, was geboten ist. Es soll ja die endgültige Regelung nach dem Willen aller Beteiligten nicht so lange dauern, daß den Aushilfsbeamten etwas verlorengeht. Es wäre aber immerhin peinlich, wenn jetzt mehr gegeben würde, als nachher bewilligt wird, so daß nachher Abzüge verrechnet werden müßten.

Stadtv. **Reifner:** Es ist mir bekannt, daß der Finanzausschuß eine Abzugszahlung von 100 M vorgeschlagen hat. Mir selbst war sie zu niedrig, und ich habe deshalb im Finanzausschuß beantragt, 300 M zu nehmen. Dieser

Antrag ist leider nicht zur Abstimmung gekommen. Daß zur Richtigtstellung. Die Aushilfsbeamten haben eine Aufstellung gemacht und haben wohl mit dem Räte der Stadt schon verhandelt in dem Sinne. Bei dieser Gelegenheit haben die Aushilfsbeamten ihre Wünsche angebracht. Sie haben angenommen, daß ihre jetzigen Einkünfte sich zusammensetzen aus 170 *M* Gehalt und 180 *M* Teuerungszulage, und rechnen damit, daß sie bei 150 vom Hundert Erhöhung der Teuerungszulage 270 *M* mehr bekommen würden. Das ist die Ausrechnung für die besser bezahlten Aushilfsbeamten. Diese wird bei anderen heruntergehen auf 150 *M*, so daß die jüngsten Aushilfskräfte zu ihrem Gehalte eine Erhöhung von 100 *M* erhalten. Man kann daher als sicher annehmen, daß, wenn die Abschlagszahlung meinem Antrage entsprechend beschlossen wird, die Aushilfsangestellten nichts herauszahlen müssen, sondern nachher ihnen noch etwas herausgezahlt werden wird. Ich bitte deshalb, meinem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. **Richter:** Werte Anwesende! Ich möchte erjuchen, dem Antrage Reißner zuzustimmen. Ich kann nicht einsehen, daß man den Aushilfsbeamten nur eine Abschlagszahlung von 100 *M* zahlen will, wo vorauszu sehen ist, daß ihnen schließlich als endgültige Zahlung mehr gewährt werden muß. Wenn ein Aushilfsbeamter mit einem Kinde 390 *M* Einkommen hat, so ist es ihm nicht möglich, damit in dieser Zeit leben zu können, auch nicht, wenn wir nur 100 *M* Abschlagszahlung dazu leisten. Wir wissen doch nicht, wie lange es dauert, bis die endgültige Regelung erfolgt, wenn auch Herr Dr. Jasper sagt, es würde nicht lange dauern, und bei der sprunghaften Steigerung für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ist auch für die Aushilfsbeamten die sofortige Geldbeschaffung die beste Hilfe. Wenn sie jetzt nur 100 *M* bekommen und ihnen erst in vierzehn Tagen bis vier Wochen das Weitere zuteil wird, dann verpassen sie eine Zeit, wo sie wirklich brauchbare Gegenstände noch zu Preisen kaufen können, die später weiter emporgeschneit sind, und haben nicht den richtigen Nuzeffekt, der ihnen bei einer sofortigen Auszahlung zur Verfügung stünde.

Des weiteren möchte ich darauf hinweisen, daß wir darauf Bedacht zu nehmen haben, daß für die Arbeiter die gleiche Zulage gezahlt wird wie den andern bei der Stadt Beschäftigten. Der Schuh drückt die Arbeiter genau so wie die Beamten, und deshalb möchte ich beantragen, bei den Zuwendungen für die Arbeiter daselbe Maß zu halten wie bei den Angestellten.

Stadtv. **Salomon:** Ich möchte mich den Ausführungen der beiden Herren Vorredner anschließen. Auch ich halte die Vorauszahlung von 100 *M* für den Monat für zu niedrig. Machen wir uns doch einmal klar, was 100 *M* heute be-

deuten; es ist eigentlich soviel wie nichts. Es läßt sich nicht einmal das einfachste Kleidungsstück dafür beschaffen, ganz abgesehen davon, daß sie absolut nichts bedeuten, wenn größere Anschaffungen gemacht werden müssen. Ich bin auch dafür, daß wir 200 *M* an Verheiratete und 100 *M* an Unverheiratete vorweg zahlen. Die Gefahr, daß Rückzahlungen stattfinden müßten, wird nicht vorliegen, denn es werden die Teuerungszulagen wohl so bemessen werden, daß mindestens diese Sätze erreicht werden. Es liegt mir außerdem noch am Herzen, daß die Sache möglichst schnell erledigt wird, auch die Zahlung an die Aushilfsbeamten; und ich freue mich, daß heute allem Anschein nach die Teuerungszulage für die Festangestellten unter Dach gebracht werden wird. Um für die Aushilfsbeamten die Sache zu beschleunigen, möchte ich beantragen, daß die Stadtverordneten den verstärkten Finanzausschuß beauftragen, die endgültige Regelung für die Aushilfsbeamten vorzunehmen, so daß nicht vielleicht noch einmal eine Plenarberatung über diese Beamten notwendig wird.

Stadtv. **Frede:** Der Einwurf des Herrn Dr. Jasper, daß unter Umständen die Aushilfsbeamten in die Lage kommen würden, Rückzahlungen zu machen, ist durchaus beachtlich, und wir würden dem Antrage des Finanzausschusses zustimmen, wenn nicht Herr Reißner tatsächlich durch das eben vorgetragene Material, das in der Finanzkommission noch nicht in der Weise vorlag, den Nachweis gegeben hätte, daß die Notwendigkeit, Rückzahlungen zu verlangen, nicht zu befürchten ist. Aus diesem Grunde tritt meine Fraktion dafür ein, daß entsprechend dem Antrage Reißner verfahren wird.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es ist eine objektive Unwahrheit, wenn Herr Reißner behauptet, er habe in einem der Ausschüsse die Gewährung von 300 *M* Vorschuß beantragt; das ist weder am Sonnabend noch am Dienstag geschehen, und Herr Reißner ist doch Manns genug, einen Antrag zu stellen, wenn er es für angebracht hält. Es ist ein durchsichtiges Verfahren, wenn eine derartige, dem objektiven Sachverhalt nicht entsprechende Behauptung hier in die Welt gesetzt wird. Im übrigen ist es ein Irrtum, wenn Herr Frede meint, es sei durch die Behauptung des Herrn Reißner etwa widerlegt, was ich dargetan habe. Herr Reißner hat nur dargelegt, daß alle Leute sehr viel Geld gebrauchen können; und daß mit 100 *M* nicht viel anzufangen ist, bestreite ich auch nicht. Die Frage, auf die es ankommt, ist, ob bei einer Abzahlung von 200 *M* für den Monat die Aushilfsbeamten etwas zurückzahlen müssen oder nicht. Ich weise darauf hin, daß in der untersten Klasse der Beamten nach den Vorschlägen, wie sie auch von Herrn

Reißner gutgeheißen sind, eine Zulage von $180 + 90 \text{ M} = 270 \text{ M}$ beschlossen werden soll. Herr Reißner scheint zu meinen, es müsse bei den Aushilfsbeamten darüber hinausgegangen werden, und mögen sie auch noch so jugendlich sein, jeder müsse mindestens 300 M Zulage haben, ein Vielfaches der Zulage, die jetzt als Vergütung gezahlt wird — das halte ich nicht für richtig.

Ich möchte noch auf ein Moment hinweisen, auf das ich bisher absichtlich nicht eingegangen bin, um die Vorlage nicht zu gefährden. Es sind zwei Dinge: Eines davon sind die Treibereien der beamteten Kollegen, die auch jetzt wieder vorn im Kampfe als Führer sich bewegen — ich will das nur andeuten. Und das zweite ist die große finanzielle Wirkung. Herr Reißner weiß aus den Verhandlungen, wie wir uns im verstärkten Finanzausschuß besonders bemüht haben, dafür Deckung zu bekommen, und daß wir da vor einem Nichts standen. Ich begreife nicht, wenn es nicht agitatorische Werberücksichten sind, weshalb unter allen Umständen derartige Anträge, nachdem eine Verständigung herbeigeführt zu sein schien, hier herausgestellt werden. Die finanzielle Rückwirkung bitte ich zu beachten. Es kommen 212 männliche Aushilfsbeamte in Betracht, und daneben sind noch 46 Damen bei uns beschäftigt. Wenn Herr Reißner ohne weiteres die Zahlung um Hunderte von Mark im Monat erhöht, so kann er sich nach diesen Zahlen ein Exempel machen. Wenn er von 300 M als Mindestsatz ausgeht, so würde das bei der in Betracht kommenden Zahl der Aushilfsbeamten wohl zu Buche schlagen. Ich möchte gerade mit Rücksicht auf diese finanzielle Seite der Frage bitten, daß Herr Reißner von einer sofortigen Verabschiedung seines Antrages Abstand nimmt.

Stadtv. **Wilhelm Riese** übernimmt den Vorsitz wieder.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Herr Dr. Jasper ist in eine gewisse Erregung gekommen, und ich glaube, das rührt daher, daß er von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Herr Reißner will nicht 300 M Abschlagszahlung im Monat, sondern 300 M einmal. Aber auch das hat seine Bedenken. Wenn wir nämlich diese Abschlagszahlung zu groß bemessen, so ist dabei zu bedenken, daß es fortwährend vorkommt, daß der eine oder andere der Aushilfsbeamten um seine sofortige Entlassung bittet, weil ihm eine bessere Stellung angeboten wird, und selbstverständlich werden wir derartigen Wünschen Rechnung tragen. Dann ist es aber eine peinliche Sache, wenn der Aushilfsbeamte einen zu hohen Vorschuß bekommen hat und ihn nicht zurückzahlen kann. In manchen Fällen würden wir das Geld nicht zurückbekommen, da der Betreffende beim besten Willen nicht in der Lage ist, die Rückzahlung zu machen. Daß in dieser Beziehung also eine gewisse Vorsicht walten muß, halte ich für selbstverständlich. Nun hat Herr

Reißner gesagt, die Aushilfsbeamten hätten Vorschläge gemacht, in welcher Weise sie aufgebeffert werden könnten. Das ist richtig, und ich habe diese Vorschläge dem Räte und der Finanzkommission mitgeteilt, aber beide haben sich für gebunden erachtet an das Abkommen, das in dieser Vorlage zum Ausdruck gebracht ist und dahin geht, daß wir in diesem Falle das Vorgehen des Staates abwarten wollen. Unter solchen Umständen konnten wir beim besten Willen nicht auf die jetzigen Vorschläge eingehen. Man kann nicht sagen: Die Aushilfsbeamten haben diese Vorschläge gemacht, folglich ist anzunehmen, daß sie auch so viel bekommen, sondern darüber müssen wir uns erst später unterhalten. Wir wollen alle, wie wir hier sind, denjenigen helfen, die in Not sind, aber wir müssen auch Rücksicht nehmen auf die Lage der Stadt, und da hat schon Herr Dr. Jasper angedeutet, in welcher Lage sich die Stadt befindet. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, darauf hinzuweisen, daß der Rat Veranlassung genommen hat, den Stadtkämmerer zu beauftragen, einen vorläufigen Abschluß aufzustellen, aus dem man ungefähr ersehen kann, wie sich im Laufe des Jahres bis jetzt die Finanzlage der Stadt entwickelt hat. Wir hatten im Haushaltsplan einen Fehlbetrag von 3 202 000 M vorgeesehen. Nun werden Mindereinnahmen erzielt werden im Betrage von 90 000 M, und zwar beim Marstall und bei den Anliegerbeiträgen. Mehrausgaben werden erwachsen — im einzelnen brauche ich das wohl nicht vorzutragen; denjenigen Herren, die sich dafür interessieren, könnte ich die Aufstellung aber vorlegen — im Gesamtbetrage von 5 033 700 M, so daß ein Gesamtfehlbetrag von 9 125 400 M sich ergeben würde. Demgegenüber stehen zunächst Ersparnisse an Ausgaben — z. B. bei der Straßenbeleuchtung eine solche von 100 000 M, da die meisten Straßenlaternen nicht in Benutzung sind —, aber auch erhebliche Mehreinnahmen. Solange ich in der Stadtverwaltung tätig bin, ist eine derartige Steigerung noch nicht vorgekommen, daß, wenn der Voranschlag, wie für dieses Jahr, eine Einnahme an Abgaben und Steuern von 7 770 000 M vorsieht, ein Mehr von 8 608 000 M eingeht. Es steht also einem ohnehin erheblichen Ansatze ein gar nicht vorausesehender Mehrertrag gegenüber. Es wird eine Einnahme an Steuern und Abgaben von über 16 Millionen Mark herauskommen. Zum großen Teil hat das seinen Grund in der nachträglich erfolgten Ausschreibung von Zuschlägen zur Gemeindeeinkommensteuer. Auf diese Weise ergibt sich mit den Mehreinnahmen aus sonstigen Kapiteln und den Minderausgaben zusammen eine Mehreinnahme von 10 101 000 M; da die Gesamtmehrausgabe, wie bemerkt, 9 126 000 M beträgt, würde sich ein Überschuß von 975 300 M ergeben. Nun kommt aber leider, wie so oft im Leben, das dicke Ende hinterher. Es sind noch weitere gewaltige Mehrausgaben nötig geworden, die bei Aufstellung des Voranschlages nicht vorzusehen waren, wie z. B. die für

die Erwerbslosenfürsorge, so daß sich schließlich ein Fehlbetrag von 2 769 000 *M* ergeben wird. Dazu kommen aber jetzt noch die Ausgaben für die erhöhte Teuerungszulage, so daß wir allen Anlaß haben, bei den Bewilligungen vorsichtig zu sein. Ich wiederhole aber, daß der Rat, wenn Sie es für angemessen halten, in dieser Sache weiter zu gehen, Ihnen nicht entgegentreten wird, aber schließlich werden wir doch vor die Frage gestellt: Haben wir noch immer Aussicht, daß das Leihhaus uns jeden Betrag vorleiht, der nötig ist, um die laufenden Ausgaben der Stadt zu decken? In dieser schweren Zeit, die wir jetzt durchmachen, können wir ja den unglücklichen Beamten nicht sagen: „Seht zu, wie ihr fertig werdet!“ Das bringen wir alle miteinander nicht übers Herz. Zu bedenken ist aber auch, daß unsere Belastung im Laufe der Zeit nur durch sparsame Wirtschaft abgetragen werden kann, und recht bedenklich ist die Aussicht, daß die Stadt in ihrer Entschließung darüber, wie sie sich Einnahmen schaffen will, ganz wesentlich durch das Reich beschnitten wird. Solange wir darüber nicht Klarheit haben, wie es uns möglich sein wird, Einnahmen zu schaffen, so lange müssen wir in Bewilligungen vorsichtig sein; davon lassen wir uns leiten. Im übrigen legen wir die Sache in Ihre Hände; was Sie für angemessen halten, werden wir bewilligen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich bitte, den Worten des Herrn Oberbürgermeisters noch hinzufügen zu dürfen, daß für die Versorgung der städtischen Einnahmequellen der Himmel sehr trübe aussieht, insbesondere in betreff der Möglichkeit, in den Städten die Einkommensteuer zu erhöhen. Aus den fortgesetzten Mitteilungen des Vorstandes des deutschen Städtetages können wir erkennen, daß dieser in rühriger Weise dafür kämpft, daß den Städten in dieser Beziehung einigermaßen Bewegungsfreiheit gelassen wird. Es ist vorgeschlagen, daß den Städten gemeinsam mit dem Staate wenigstens 60 Prozent der Reichseinkommensteuer überwiesen werden möchten, so daß das Reich nur 40 Prozent davon in Anspruch nimmt. Ob das gelingt, ist im höchsten Grade zweifelhaft. Das Vorherjagen ist eine undankbare Aufgabe, und ich will durchaus nicht als Flaumacher auftreten. Aber man muß sich darüber klar sein, daß das, was jetzt bewilligt wird, nicht nur bis zum 31. März gelten wird, sondern in das neue Rechnungsjahr mit hineingehen wird, und daß sich daraus außerordentliche Schwierigkeiten ergeben werden. Außerdem sind — wenn ich recht unterrichtet bin — die Mitteilungen des Herrn Oberbürgermeisters über das Erträgnis der Steuer für das laufende Jahr hinsichtlich des Zuschlages auf das Soll gestellt, während bei dem Ist, dem wirklichen Eingang, höchstwahrscheinlich von den 4 Millionen Mark, die wir ausgeschrieben haben, noch manches heruntergehen wird. Ich darf mitteilen,

daß der Rat der Stadt über die Steuermöglichkeiten seine Blicke in die Runde hat schweifen lassen, und daß den geehrten Herrschaften in der nächsten Zeit eine Steuervorlage wegen Einführung einer Lustbarkeitssteuer zugehen wird. Ich darf annehmen, daß die bittere Not der Zeit hier wie in andern Städten zu der Auffassung führen wird, daß, so unangenehm auch die neue Steuer empfunden werden wird, sie am ersten aufgebracht werden kann, weil es sich um eine Besteuerung des Vergnügens handelt, und die Abwälzung der Steuer viel leichter auszuführen ist als die aller andern.

Stadtv. Genzen: Meine Freunde werden dem Antrage Salomon zustimmen, die Regelung der Zulagen für die Aushilfsbeamten an die verstärkte Finanzkommission zurückzuverweisen, allerdings mit dem Wunsche, daß die Sache baldmöglichst, in diesem Monat noch, geregelt wird.

Stadtv. Reißner: Ich möchte die Vorwürfe des Herrn Stadtv. Dr. Jasper entschieden zurückweisen; auch Herr Salomon ist in den Ausschusssitzungen zugegen gewesen und wird mir bestätigen, daß ich geäußert habe, die vorgeschlagene Abschlagszahlung wäre viel zu niedrig. Darauf habe ich gesagt, es müßten 300 M gezahlt werden. Diese Tatsache steht fest. Der Herr Oberbürgermeister hat Herrn Dr. Jasper schon darauf aufmerksam gemacht, daß er sich heute wieder geirrt hat, indem er die verschiedenen Anträge nicht auseinanderhält. Ich brauche darauf nicht weiter einzugehen; mein schriftlicher Antrag liegt ja dem Vorsitzenden vor. Wenn ich mich auf die Verhandlungen mit den Aushilfsbeamten bezogen habe, so geschah das, um dadurch darzutun, daß, wenn 300 M bewilligt würden, keine Gefahr für die Stadt heraufbeschworen würde, daß sie zuviel bekämen. Wenn die Sache heute nicht verabschiedet wird, dann wird noch eine gewisse Zeit, vielleicht bis Ende dieses Monats vergehen, bis die bewilligten Beträge zur Auszahlung gelangen. Dann sind zwei Monate des Vierteljahres vergangen, und ich glaube nicht, daß dann noch etwas zurückgezahlt werden muß. Auch Herr Stadtverordneter Richter hat zum Ausdruck gebracht, daß eine Abschlagszahlung auf die vorauszu sehende Bewilligung nicht zuviel sei.

Stadtv. Lehnert beantragt namentliche Abstimmung, insbesondere betreffs der Arbeiter.

Vorsitzender: Ich glaube kaum, daß über den ersten Teil eine namentliche Abstimmung nötig erscheint. — Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß an die Beamten und Lehrer ein 150prozentiger Zuschlag zu den staatlichen Löhnen, wie

der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, gewährt wird, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist anscheinend ein einstimmiger Beschluß.

Nun die Frage der Aushilfsbeamten. Herr Reißner beantragt: Monatlich 200 *M* für die Verheirateten, 100 *M* für die Unverheirateten. Herr Salomon beantragt dagegen, den verstärkten Finanzausschuß mit der endgültigen Regelung der Teuerungszulage für die Aushilfsbeamten zu beauftragen. — Wenn die Versammlung beschließt, den verstärkten Finanzausschuß die Regelung ~~vor-~~nehmen zu lassen, so ist eine Abstimmung über den Antrag Reißner überflüssig. (Widerspruch.)

Stadtv. **Salomon** (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, es liegt ein Mißverständnis vor. Ich bin selbstverständlich für den Antrag Reißner und möchte zur Beschleunigung der Angelegenheit — nachdem die Auszahlung der Abschlagszahlung bewilligt ist — die endgültige Regelung der Sätze für die Aushilfsbeamten dem verstärkten Finanzausschuß überwiesen haben, nicht dem Plenum, weil ich befürchte, daß im letzteren Falle die endgültige Regelung zu weit hinausgeschoben wird.

Stadtv. **Genzen**: So haben wir allerdings die Sache nicht angesehen. Wir wollen, daß die Sache an den Finanzausschuß verwiesen wird, daß aber dann das Plenum beschließen soll.

Stadtv. **Mönneburg**: Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der eine Antrag sich mit der vorläufigen Regelung, der andere sich mit der endgültigen Regelung beschäftigt. Wenn wir beschließen, auf die endgültig zu regelnden Beträge werden Abschlagszahlungen gewährt, so ist es möglich, den Antrag Reißner oder den des Finanzausschusses über die Abschlagszahlungen anzunehmen. Nachdem dieser Beschluß gefaßt ist, müßten wir uns schlüssig werden: „Wie wollen wir zu der endgültigen Regelung kommen“, und in der Beziehung beantragt Herr Salomon, daß die verstärkte Finanzkommission damit beauftragt werden soll. Auf die durch die endgültige Regelung festgesetzten Vergütungssätze werden später die auf Abschlag gezahlten Beträge in Anrechnung gebracht.

Nachdem der **Vorsitzende** den Antrag der Finanzkommission (Abschlagszahlung 100 *M* monatlich) und Antrag Reißner (Abschlagszahlung für Verheiratete 200 *M*, für Unverheiratete 100 *M*) nochmals einander gegenübergestellt hat, wird der Antrag Reißner angenommen.

Vorsitzender: Es handelt sich jetzt um den Antrag Salomon, betreffend die endgültige Regelung.

Stadtv. Richter: Mit der endgültigen Regelung der Vergütungssätze für die Aushilfsbeamten durch den verstärkten Finanzausschuß können wir uns nicht einverstanden erklären. Die endgültigen Bestimmungen müssen dem Plenum vorbehalten bleiben. Und dann müssen wir wissen, wie die Regelung für die Arbeiter gedacht ist. In den bisherigen Anträgen ist darüber nichts gesagt, und über diese Sache müssen wir vor allen Dingen hier bestimmen können.

Stadtv. Rönneburg: Ich erlaube mir die Anfrage, ob die Debatte geschlossen ist, wie ich angenommen habe, oder ob sie weitergehen soll? Die Ausführungen des Herrn Richter bringen mich zu der Annahme, daß sie weitergehen soll.

Vorsitzender: Die Worte des Herrn Richter sind eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung und eine kurze Erklärung gewesen, und die zu unterbinden habe ich keine Veranlassung. Wenn Sie es aber wünschen, könnten wir das in Zukunft so halten.

Der Antrag Salomon wird mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen.

17. Antrag Richter auf Beleuchtung der Eisenbütteler Straße.

Wortlaut des Antrages s. S. 1020.

Stadtv. Richter (zur Begründung): Verehrte Anwesende! Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, aber es ist Tatsache, daß auf der Eisenbütteler Straße eine Beleuchtung absolut nicht vorhanden ist. Es stehen dort wohl einige alte Laternen, die für Petroleumbeleuchtung eingerichtet sind, aber nicht instand gesetzt sind. Eine elektrische Beleuchtung auf dieser Strecke einzurichten, würde nicht schwer sein, da das Lichtwerk nicht weit entfernt ist. Mindestens müßten zwei Lampen auf dieser Straße angebracht werden, damit in dieser dunklen Ecke wenigstens etwas Beleuchtung geschaffen wird. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, in kürzester Zeit eine Beleuchtungsanlage dort herrichten zu lassen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Bauausschuß zur Vorberatung.

18. Antrag Stegmann, betreffend Überlassung größerer Räume in städtischen Gebäuden zur Abhaltung von Versammlungen.

Wortlaut des Antrages s. S. 1020.

Stadtv. Stegmann (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Auf den ersten Blick könnte es den Anschein haben, als ob mein Antrag überflüssig

sei, denn mancher könnte sagen: Versammlungssäle sind in der Stadt genügend vorhanden. Ich glaube aber doch, Sie überzeugen zu können, daß es nötig ist, daß mein Antrag Annahme findet. Er entspringt der heutigen Teuerung, durch die auch die Vereine und Parteien bei ihren Versammlungen beeinflusst werden. Es entstehen ihnen durch die Versammlungen allerhand Kosten: Die Annoncen und Druckkosten sind gewaltig gewachsen, und es wird jetzt auch eine Saalmiete erhoben. Früher waren auch die größten Säle mietfrei zu haben, aber seit 12 bis 15 Jahren haben zuerst die Besitzer der größeren Säle begonnen, schüchtern eine Saalmiete von 20 *M* zu fordern, die im Laufe der Zeit immer höher geworden ist. Vorher hatten sich die Wirte mit dem Verzehr in Bier usw. begnügt, und das hatte auch seine Berechtigung. Ich kann aber aus Arbeiterversammlungen berichten, daß der Biergenuß schon vor dem Kriege bedeutend nachgelassen hat, und insolgedessen erklärten die Wirte, sie kämen nicht auf ihre Rechnung, und verlangten Saalmiete. Bis zum Kriege hielt sie sich in bescheidenen Grenzen, dann aber ist man auch dazu übergegangen, für kleine Lokalitäten Saalmieten zu verlangen, die immer höher und höher geschraubt wurden, so daß das Vereinswesen und die Versammlungen der verschiedenen Parteien, die nicht über große Mittel verfügen, darunter leidet. Nebenbei bemerkt, ist es ganz erklärlich, daß jetzt noch weniger an Bier verzehrt wird, denn der Preis für das braune Maß ist ungeheuer hoch und mit Bier hat es kaum noch Ähnlichkeit, so daß die Wirte erklären, trotz der Saalmiete nicht auskommen zu können. Das richtigste wäre, daß die Stadtgemeinde dazu übergeht, denjenigen Kreisen, welche Verlangen danach tragen, die ihr vorhandenen Räume mietfrei zur Verfügung zu stellen. Es wird dabei auch noch ein idealer Zweck erfüllt. In allen Parlamenten müssen die Versammelten auch ohne Getränke auskommen, und vielen Versammlungsteilnehmern wird es angenehm sein, in einem Raume zu tagen, wo ihnen nicht Bier und sonstige Getränke angeboten werden. Zu großen Volksversammlungen müssen ja nach wie vor die großen Lokalitäten, wie Konzerthaus, Hofjäger, gebraucht werden, aber für kleinere Versammlungen würde der Altstadt-rathausaal, die Schulaulen und die Schulturnhallen genügen; der Rat der Stadt mag ja wohl auch noch andere Räumlichkeiten in petto haben, die sich dazu eignen. Es ist nichts Außergewöhnliches, wenn wir diese Forderung stellen: sie kommt allen Parteien zugute. Früher haben wir danach gestrebt, eine Stadthalle zu errichten, die mit großen und kleineren Sälen verbunden sein sollte, in denen Kongresse und Versammlungen abgehalten werden können. Vor einer Reihe von Jahren hat man sich noch gesträubt, die Turnhallen der städtischen Schulen der Freien Turnerschaft zur Verfügung zu stellen; jetzt ist es längst eingeführt, und so wird auch nichts Triftiges dagegen eingewandt werden können,

daß man den politischen Parteien und den Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, zu ihren Versammlungen städtische Räume zur Verfügung stellt. Weiter möchte ich mit meinem Antrage nicht gehen; es würde zuviel werden, wenn wir jedem Verein die städtischen Gebäude zur Benutzung freigeben wollten. Selbstverständlich soll für die Benutzung eine Miete nicht bezahlt werden, eventuell könnte allerdings — wenn es verlangt werden sollte — für Reinigung, Beleuchtung und Heizung eine mäßige Gebühr, soweit die Selbstkosten in Betracht kommen, erhoben werden, und die Beteiligten würden sie gern tragen.

Ich bitte Sie, meinem Antrage Unterstützung zuteil werden zu lassen und die Sache recht wohlwollend im Rechtsausschuß und im Plenum zu behandeln.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

19. Anfrage Stegmann, betreffend das städtische Wohlfahrtsamt und die Kriegsfürsorgestelle.

Wortlaut der Anfrage j. S. 1020.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Vor Weihnachten haben wir uns hier ausgiebig über den Neuaufbau des städtischen Wohlfahrtsamtes unterhalten. In langen Debatten sowohl im Rechtsausschuß wie im Plenum haben wir uns allgemein auf den Standpunkt gestellt, daß das Wohlfahrtsamt, welches den Wünschen der Einwohnerschaft entsprechen soll, aufs beste eingerichtet werden müßte, vor allen Dingen müßte bei der Auswahl des Personals vorsichtig vorgegangen werden. Wenn es etwas Ersprießliches auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge leisten sollte, müßte es von dem Vertrauen der Gesamtheit der Einwohner getragen werden. Erst wenige Wochen sind seit der Einrichtung des Wohlfahrtsamtes verstrichen, und man kann noch kein Urteil darüber fällen, ob der Aufbau dieses Wohlfahrtsamtes diesen Wünschen entspricht, aber etwas ist zutage getreten, was unsern Wünschen nicht entspricht und was in anderer Richtung zieht. Das Wohlfahrtsamt sollte, wie es damals ausdrücklich im Ratsschreiben angegeben wurde, alle Gebiete der sozialen Fürsorge, soweit Reich, Staat, Stadt, milde Stiftungen usw. in Betracht kommen, umfassen. Jetzt ist nun eine neue Aufgabe der Stadt und dem Wohlfahrtsamt dadurch erwachsen, daß die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, die bisher vom Landesfürsorgeausschuß besorgt wurde, am 1. Februar der Stadt überwiesen worden ist. Man hätte annehmen sollen, daß es selbstverständlich ist — und Sie alle werden dieser Meinung sein —, daß die Kriegshinterbliebenenfürsorge dem

Wohlfahrtsamt unterstellt wird. Aber was müssen wir hören? Sie ist der Armenverwaltung mit angegliedert worden, nämlich der früheren Kriegsfürsorge, die schon dem Armenamt angegliedert war. Es sind deshalb aus den Reihen der Kriegshinterbliebenen — und das betrifft die zweite Frage — bereits Beschwerden laut geworden. Sie entrüsteten sich darüber, daß sie jetzt mit Almosenempfängern auf eine Stufe gestellt werden. Meine Herrschaften, Sie werden begreifen: wenn diese Leute, die zur Kriegshinterbliebenenfürsorge kommen, mit bei den der Armenverwaltung überwiesenen sitzen müssen, so fühlten sie, wie das Odium der Armenunterstützung auf ihnen lastet. Meine Partei steht auf dem Standpunkte, daß die Armenpflege überhaupt ein anderes Gesicht bekommen müßte, daß dieses Odium von den ihr Anempfohlenen genommen werden müßte. Man sollte aber besonders bei den Kriegshinterbliebenen das Unglück nicht noch vergrößern, indem man ihre Fürsorge als Almosen stempelt. Selbst das Kriegsministerium — eine Behörde, die nicht auf dem Standpunkt des größten Fortschritts steht — hat während des Krieges verlangt, daß die Kriegshinterbliebenenfürsorge nicht dem Armenwesen unterstellt, sondern einer besonderen Abteilung zugewiesen werden soll, ebenso daß nicht die Polizeiorgane die etwa nötigen Recherchen anstellen sollten. Nachdem die Kriegshinterbliebenenfürsorge von der Stadt übernommen worden ist, wird sie nicht jeden Tag ausgeführt, sondern Mittwochs nicht, und weiter kommt in Betracht, daß sie vierzehn Tage geschlossen gewesen ist. Das hat seine besonderen Nachteile, weil in dieser Zeit die Winterbeihilfen ausgezahlt werden sollen und die Anträge dafür entgegengenommen werden müßten, was nunmehr hinausgeschoben ist. Wenn man das alles betrachtet, so muß man sich wundern, daß in dieser Weise verfahren wird. Ich glaube, das können wir wohl erwarten, daß unsern Beschlüssen Rechnung getragen wird, und es ist die einstimmige Ansicht der Stadtverordnetenversammlung gewesen, daß dieser neue Zweig der Fürsorge dem Wohlfahrtsamt überwiesen werden sollte. (Der Vorsitzende rügt die Unruhe in einem Nebenzimmer des Stadtverordnetensaales.) Insbesondere entrüstet sind die Besucher der Kriegshinterbliebenenfürsorge darüber gewesen, daß sie auf einer Bank haben sitzen müssen mit Leuten, die total verlaust waren. Es ist ein Skandal, daß man den Kriegshinterbliebenen so etwas zumutet. Sie sehen, meine Herrschaften, daß die Sache nicht so eingerichtet ist, wie wir es verlangt haben. Man könnte überhaupt erwarten, daß, wenn ein solcher neuer Zweig, der vom Landesfürsorgeamt in mustergültiger Weise geleitet worden ist, von der Stadt übernommen wird, wenigstens Fühlung mit der früheren Fürsorgestelle gesucht wäre. Das ist nicht geschehen, im Gegenteil: Nachdem sich die Leiterin des staatlichen Unternehmens in einem Schreiben vom 3. Januar

an Herrn Stadtrat von Frankenberg gewandt hatte, um Fühlung zu nehmen, wie die Überführung stattfinden solle, ist bis heute nicht einmal eine Antwort darauf erfolgt. Auf eine Anfrage, ob die Sache gemeinsam besprochen werden könnte, ist nicht eingegangen, dagegen hat man zwei Personen aus dem Personal des Landesfürsorgeamts, ohne mit der Leiterin Rücksprache zu nehmen, weggeholt. So etwas ist mindestens nicht schön gehandelt vom Vorstand des Wohlfahrtsamtes. Sie sehen, daß meine Anfrage wohl berechtigt ist; ich bitte um Antwort darauf und hoffe, daß sie so ausfällt, daß wir etwas damit anfangen können.

Stadtrat von Frankenberg: Sehr gern bin ich bereit, die Anfrage zu beantworten; ob es mir gelingen wird, den Herrn Anfragenden und diejenigen Persönlichkeiten, mit denen er vorher Rücksprache genommen hat, vollständig zu befriedigen, muß die Zukunft lehren. Ich erinnere mich genau daran, daß bei den Vorberatungen über den Ausbau des Wohlfahrtsamtes mit keiner Silbe davon gesprochen ist, daß das Wohlfahrtsamt als solches die Kriegsfürsorge mitübernehmen sollte, es ist lediglich davon die Rede gewesen, daß das Wohlfahrtsamt in enger Fühlung mit allen Einrichtungen, die auf diesem Gebiete bestehen, handeln solle, und um so weniger waren wir damals dazu in der Lage, als Verhandlungen zwischen der Regierung und uns schwebten, die darauf abzielten, daß die Kriegsfürsorge nicht der Stadt übertragen werde, sondern bei dem Landesfürsorgeamt bleiben sollte. Herr Minister Steinbrecher war im Dezember durchaus geneigt, diesen Weg zu gehen, und ist erst später durch andere Gründe, die sich meiner persönlichen Kenntnis entziehen, davon abgebracht worden. Es schwebten diese Verhandlungen bis Ende Januar, und erst am 31. Januar haben wir von der Regierung Nachricht bekommen, daß tatsächlich der Stadt Braunschweig die Übernahme der Kriegsfürsorge für diese beiden Gruppen überwiesen werden sollte. Wenn bis zum 31. Januar dem Landesfürsorgeamt eine Nachricht von uns nicht zugegangen ist, so lag das daran, daß wir darüber nicht unterrichtet waren, wie sich die Regierung schlüssig machen würde. Im übrigen stehen dem Landesfürsorgeamt und seiner verdienten Leiterin manche Auskunftquellen zur Verfügung, durch die sie sich über die Maßnahmen, die von den städtischen Behörden geplant werden oder durchgeführt werden, unterrichten kann. Nachdem die Verhältnisse so weit gediehen waren, daß die Stadt die Kriegsfürsorge übernahm, haben wir keinen Augenblick gezögert, die Fürsorgestelle einzurichten. Es ist Vorschrift, daß für sie ein Beirat gebildet werden soll, und an die Bildung dieses Beirates sind wir sofort gegangen. Wir haben das städtische Kriegsfürsorgeamt benutzt, um auf ihm diesen neuen Teil der städtischen Verwaltung aufzubauen. Daß seit vier Jahren diese Einrichtung bei uns vorhanden ist und zu-

fällig auf demselben Flur sich befindet, auf dem auch die Geschäftsräume der Armenverwaltung liegen, darf ich bei den verehrten Herrschaften, die im Rathause häufig verkehren, als bekannt voraussetzen. Niemand sonst hat an diesem Zusammentreffen irgend etwas zu erinnern gehabt, und es wird doch auch damit gerechnet werden können, daß — abgesehen von bedauerlichen Ausnahmefällen — diejenigen Personen, die nach dem Armenbureau im Rathaus zu gehen genötigt sind, nicht geradezu als Aussätzige betrachtet werden, die man wie die Pest meiden soll, sondern daß sie auch Menschen sind, die Anwartschaft haben, menschlich behandelt zu werden. Es wird auch Herrn Stegmann fernliegen, einen solchen Standpunkt einnehmen zu wollen, wie er unwillkürlich aus seinen Worten herauspricht. Das Kriegsfürsorgeamt ist von der Armenverwaltung vollständig gesondert, es ist eine Verwaltung für sich. Wir haben heute morgen im Räte der Stadt, um eine engere Fühlung mit der Leitung des Wohlfahrtsamtes zu bewirken, uns dahin schlüssig gemacht, daß die Geschäftsführerin des Wohlfahrtsamtes gleichzeitig auch die Aufsicht im städtischen Kriegsfürsorgeamt ausüben soll. Das wird zweckmäßig sein. Ich darf darauf hinweisen, daß Fräulein Peters längere Zeit beim nationalen Frauendienst wie auch im Landesfürsorgeamt gearbeitet hat und über die Anordnungen, die nötig sind, unterrichtet ist. Wir haben ferner den Beschluß gefaßt, daß die Fürsorgerinnen des Wohlfahrtsamtes, zu denen auch Frau Schulze und Frau Graf gehören, das Kriegsfürsorgeamt in seiner Erkundigungs- und Ermittlungsarbeit unterstützen sollen, so daß sie sowohl für das Wohlfahrtsamt wie für das Kriegsfürsorgeamt tätig sind. Es ist dafür gesorgt, daß diejenigen Kräfte, die bisher beim Landesfürsorgeamt die Hinterbliebenenfürsorge betreuten, für uns gewonnen wurden, soweit sie für uns dazu imstande waren, und Fräulein Peters hat erklärt, daß sie sich mit besonderer Freude dieser Aufgabe widmen. Ich glaube also, unsere Vorbereitungen sind durchaus so getroffen, wie billigerweise erwartet werden kann. Daß selbstverständlich bei der etwas rasch erfolgten Anordnung der Regierung vom 31. Januar bis zum 1. Februar nicht der ganze Bau des Kriegsfürsorgeamtes fix und fertig dastehen kann, das wird auch Herr Stegmann anzuerkennen geneigt sein. Ich würde es für richtiger halten, wenn auch durch Verständigung mit dem Räte der Stadt und nicht nur durch Fühlungnahme mit außerhalb der städtischen Behörden stehenden Stellen die Arbeit der besprochenen Ämter zu fördern gesucht wird. Es trägt am besten zur Erreichung des Zieles bei, wenn man in solchen Fällen das Richtige in zielbewußter, gemeinsamer Arbeit zu finden sucht.

Stadtv. **Stegmann** beantragt Beipredung der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Stadtv. Stegmann: Herr Stadtrat von Frankenberg erklärte, bei der Besprechung über die Förderung und den Ausbau des Wohlfahrtsamtes sei mit keiner Silbe darauf eingegangen worden, daß die Kriegsfürsorge dem Wohlfahrtsamt unterstellt werden sollte. Ja, das hat eben jeder als selbstverständlich vorausgesetzt! Wenn sämtliche Wohlfahrts Einrichtungen des Reiches, des Staates und auch die privaten zu dem Geschäftsbereich des Wohlfahrtsamtes gehören sollten, dann sollte doch dieser wichtige Zweig der Wohlfahrtspflege auch dazu gehören. Und wenn bis zum 31. Januar — wie Herr Stadtrat von Frankenberg erklärte — der Rat der Stadt nicht gewußt hat, wann die Übernahme der Hinterbliebenenfürsorge erfolgen solle, und daß er insolgedessen mit dem Landesfürsorgeamt nicht in Verbindung habe treten können, so sieht das einer Ausrede sehr ähnlich. Mindestens wäre es selbstverständlich gewesen, wenn sich eine derartige Körperschaft an eine andere wendet, daß geantwortet wurde: „Es ist noch nicht so weit“, dann wäre wenigstens das Landesfürsorgeamt nicht ganz ohne Antwort geblieben. Daß die Kriegshinterbliebenenfürsorge nur zufällig mit der Armenpflegestelle verbunden sein soll, erscheint eigenartig; in Wirklichkeit ist es nur e i n Raum. Wenn ich gesagt habe, es seien Arme gewesen, die total verlaust dort gefessen haben, und daß mit diesen die Kriegshinterbliebenen nicht zusammenkommen wollen, so bin ich der letzte, der auf die Armen deswegen einen Stein werfen will. Ich weiß sehr wohl, daß die Leute Produkte der gegenwärtigen Verhältnisse sind, daß sie durch den Krieg so weit heruntergekommen sind, daß sie in dieser Zeit, wo alles so teuer ist und Anschaffungen für diese Leute unmöglich sind, verlottert und verlaust sind. Aber Sie können auch verstehen, daß es bei den Kriegshinterbliebenen, die in dem Vorraum der Armenverwaltung mit ihnen zusammenkommen, Empörung auslöst, wenn sie mit solchen Leuten zusammenfassen sollen, die leider so heruntergekommen sind. Auf die anderen Verhältnisse ist Herr Stadtrat von Frankenberg nicht eingegangen, weil er fühlt, daß nicht richtig gehandelt worden ist. Meine Fraktion wird demnächst, wenn keine Abhilfe geschaffen wird, den Antrag stellen, die Kriegshinterbliebenenfürsorge dem Wohlfahrtsamt mit anzugliedern. Vielleicht macht der Rat sich schon vorher darüber schlüssig und kommt selbst zu diesem Entschluß.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn ein derartiger Antrag käme, würde er offene Türen einrennen. Nach dem, was der Rat durchgeführt hat, ist die Sache tatsächlich so geregelt, daß die Kriegsfürsorge in Angliederung an das städtische Wohlfahrtsamt und in innigster Verbindung mit der Leitung desselben steht. Wir dürften die Sache gar nicht so machen, wie Herr Stegmann es sich denkt, und wenn ihn jemand auf einen solchen Gedanken gebracht hat, mag es nun eine

männliche oder weibliche Person sein, so kann ich ihm nur den Rat geben, sich die Bundesratsverordnung anzusehen, in der haarscharf gesagt wird, wie die Kriegsfürsorgestelle aufgebaut werden soll, nämlich durchaus anders als unser städtisches Wohlfahrtsamt. Wir handelten gegen das Gesetz, wenn wir die Kriegsfürsorgestelle dem Wohlfahrtsamt unterstellen würden, und das wollen Sie nicht und ich auch nicht. In der Kriegshinterbliebenenfürsorge haben wir für eine ganze Reihe wichtiger und organisatorischer Fragen einen Beirat, während für das Wohlfahrtsamt ein besonderer Vorstand besteht. Sie wissen alle, daß Sie diesen Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamtes gewählt haben, der aus 9 Personen besteht. Der Beirat für das Wohlfahrtsamt besteht außer mir als Vorsitzendem aus 12 ganz anderen Personen, die für die Gewerkschaften, Angestelltenverbände, Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, die Soziale Fürsorge usw. tätig sind. Kriegsfürsorgestelle und Wohlfahrtsamt sind zwei scharf geschiedene Sachen, die man schlechterdings nicht über einen Leisten schlagen kann, wenn man nicht in Widerspruch mit dem Gesetze kommen will, und das wird sich jede Fraktion, auch die Ihrige, dreimal überlegen.

Daß ich mich in irgend einer Weise bei dieser Aussprache geschlagen fühlte oder nötig hätte, irgend eine Ausrede anzuwenden, ist vielleicht ein kleiner, verzeihlicher Irrtum von Herrn Stegmann, jedenfalls stimmt es nicht. Ich kann nur noch hinzufügen, daß bei Durchführung der Tätigkeit der Kriegshinterbliebenenfürsorge in der nächsten Zeit die engste Verbindung stattfinden wird mit dem Vorstande, den Fürsorgerinnen und der Geschäftsführerin des städtischen Wohlfahrtsamtes. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge kommt zunächst für uns nicht in Betracht, wird aber in absehbarer Zeit dem Kriegsfürsorgeamt angegliedert werden; wir stehen deswegen mit dem Landesauschuß für Kriegsfürsorge in Verbindung. Wenn bei der Leitung des Landesfürsorgeamtes offenbar eine persönliche Verbitterung darüber herrscht, daß wir gute Kräfte genommen haben, wo wir sie finden konnten, insbesondere tüchtige und bewährte Persönlichkeiten aus dem Landesfürsorgeamt für uns gewonnen haben — ist das wirklich ein Grund, darum uns Schwierigkeiten zu machen? Ich glaube, in der Beziehung ist sich jede Verwaltung die nächste, und sollte es dem Landesfürsorgeamt gelingen, Kräfte von uns zu sich hinüberzuziehen, so müßten wir sie schweren Herzens ziehen lassen, würden aber dafür nicht dem Landesfürsorgeamt Schwierigkeiten heraufzubeschwören bemüht sein.

Stadtv. **Stegmann** (nachdem er vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht ist, daß er zum dritten Male das Wort in dieser Sache ergreift): Die Antwort des Herrn Stadtrats von Frankenberg über meine Anfrage wegen des

unbeantworteten Schreibens beweist, daß nicht einwandfrei verfahren worden ist. Es handelt sich dabei um eine selbstverständliche Sache, und alles Darumherumreden hat keinen Zweck. Daß solche Institutionen sich mindestens verständigen mußten, ist doch klar; man ist aber rücksichtslos vorgegangen. Ob die Bundesratsvorschriften einem Antrage von unserer Seite widersprechen würden, kann ich im Augenblick nicht untersuchen. Ich möchte dem Vorstande des Wohlfahrtsamtes den Rat geben, der Sache auf den Grund zu gehen. Wenn es möglich ist, werden wir doch den Antrag stellen, daß die Kriegsfürjorgestelle von der Armenverwaltung getrennt und dem Wohlfahrtsamt unterstellt wird. Jedenfalls werden meine Freunde im Wohlfahrtsamt sich zunächst vergewissern, ob dem so ist, daß diese Verbindung dem Gesetze nach nicht eintreten darf.

Stadtv. Frau Göge: Da ich dem Vorstand des Wohlfahrtsamtes angehöre, fühle ich mich veranlaßt, ein paar Worte zu der Sache zu sagen. Zunächst die Mißstände, die sich gezeigt haben. Es ist eine Unbilligkeit, deswegen jetzt schon dem Wohlfahrtsamt Vorwürfe zu machen; es arbeitet kaum acht Tage; da ist nicht zu verlangen, daß es in allen Dingen schon gut im Gange ist. Im übrigen sind die Hauptmißstände durch das Landesfürsorgeamt selbst verursacht. Ich muß überhaupt einmal die Frage aufwerfen, wie reimt sich dies zusammen: Anfangs wünschte man seitens des Landesfürsorgeamtes höchst energisch, daß das neue städtische Wohlfahrtsamt ganz auf der Säuglingspflege aufgebaut werden sollte, und nun, nachdem man in dieser Richtung auf Widerstand stieß, soll mit einem Male die ganze Hinterbliebenenfürsorge von heute auf morgen von der Stadt übernommen werden! Der Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamtes sah die Unmöglichkeit einer solchen plötzlichen Bewältigung der großen Arbeit ein, weigerte sich und trotzdem tat das Landesfürsorgeamt den unbegreiflichen Schritt und warf uns die Hinterbliebenenfürsorge einfach hin. Wenn sich nun dadurch Mißstände gezeigt haben, so sind sie lediglich auf das unerhörte Vorgehen des Landesfürsorgeamtes zurückzuführen. Das möchte ich lediglich zur Aufklärung hier gesagt haben.

20. Antrag Rönneburg, betreffend die Vorbereitung der Ersatzwahl für das ausgeschiedene Ratsmitglied Oberamtsrichter Meyer.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der zur Vorbereitung der Stadtratswahl eingesetzte Ausschuß ist zu beauftragen, unverzüglich die Vorbereitungen zur Ersatzwahl für das ausgeschiedene Ratsmitglied Oberamtsrichter Meyer zu treffen und der nächsten Ver-

sammlung der Stadtverordneten geeignete Vorschläge zu machen. Zu diesem Zwecke wird ihm das Recht gegeben, die Stelle zur Ausschreibung gelangen zu lassen.

Stadtv. Rönneburg (zur Begründung): Die Verweigerung der Annahme der auf ihn gefallen Wahl seitens des Herrn Oberamtsrichters Meyer stellt uns vor die Notwendigkeit, eine Ersatzwahl für den Rat der Stadt vorzunehmen. Soweit ich unterrichtet bin, muß sie bis zum 1. April vorgenommen sein; es ist also keine Zeit mehr zu verlieren, um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkte, daß die Stadtverordnetenversammlung wie beim vorigen Male sich des Rechtes nicht begeben soll, von sich aus eine Kandidatur aufzustellen. Zu diesem Zwecke möchten wir beantragen, daß der aus 9 Personen bestehende Ausschuß, der für die vorige Wahl eingesetzt war, die vorbereitenden Schritte tut und in der nächsten Sitzung uns geeignete Vorschläge macht. Sollte der Ausschuß bei seinen Beratungen zu dem Ergebnis kommen, daß nur durch eine Ausschreibung eine sachgemäße Besetzung der Stelle möglich ist, so soll durch die Fassung des Antrages die Möglichkeit dazu gegeben werden. Im Antrage steht nicht, daß das geschehen muß, wohl aber, daß es geschehen kann; es wäre ihm dadurch also eine Befugnis gegeben, die eine sachgemäße Erledigung der Angelegenheit erhoffen läßt. Da die Dringlichkeit des Antrages außer allem Zweifel steht, wenn die Versammlung überhaupt Wert darauf legt, eine Kandidatur aufzustellen, so möchte ich namens meiner Fraktion bitten, dem Antrage Folge zu geben.

Die dringliche Behandlung des Antrages wird angenommen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich möchte nur kurz bemerken, daß der Rat Veranlassung genommen hat, beim Staatsministerium anzufragen, welche Wählerlisten der Wahl zugrunde gelegt werden sollen. Diese Sache ist jetzt, soviel ich weiß, entschieden, und ich hatte mir vorgenommen, nach Schluß der öffentlichen Sitzung die Versammlung zu bitten, einen Ausschuß für die Wahl zu bestimmen; sonst ist der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung allein derjenige, der die Sache zu besorgen hat. Der Rat der Stadt ist also bemüht gewesen, die Wahl rechtzeitig in Gang zu bringen.

Vorsitzender: Für die vorige Wahl bestand ein Ausschuß, der die Kandidaten in Vorschlag bringen sollte, und ein zweiter Ausschuß hatte auf Grund des Gesetzes die Leitung bei der Wahlhandlung zu vollziehen. Für den zuerst genannten Ausschuß waren aus jeder Fraktion zwei Personen gewählt, während der Ausschuß zur Leitung der Wahl aus dem Vorsitzenden der Versammlung und je einem Herrn aus jeder Fraktion bestand.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Der Herr Vorsitzende hat recht; es dreht sich um zwei verschiedene Sachen. Wenn ich Herrn Rönneburg recht verstanden habe, meint er den Ausschuß, der einen etwaigen Vorschlag der Stadtverordneten für die Kandidatur vorbereiten soll, und dieser Ausschuß soll darüber hinaus ermächtigt werden, zur Vorbereitung eines Kandidatenvorschlages nötigenfalls eine Ausschreibung vorzunehmen. Das müßte beizeiten geschehen, wenn wir zu der Sache überhaupt Stellung nehmen wollen. Unabhängig davon ist der Ausschuß, der zur Ergänzung des Herrn Vorsitzenden bei der Wahlleitung mitwirken soll. Ich würde dem Antrage Rönneburg zustimmen.

Stadtv. **Rönneburg**: Ich darf unterstreichen, was Herr Dr. Jasper gesagt hat. Der Herr Oberbürgermeister und ich haben verschiedene Ausschüsse gemeint. Der Herr Oberbürgermeister hat den Ausschuß im Sinne, der die Wahl selbst leiten soll, während ich den Ausschuß meine, der bei der Aufstellung der Kandidatenliste tätig sein soll. Diesen Ausschuß möchte ich mit der erwähnten Ermächtigung betraut wissen, und es ist geboten, daß dieser Ausschuß unverzüglich zusammentritt, besonders deshalb, um sich schlüssig zu machen, ob eine Ausschreibung erfolgen soll oder nicht, denn Zeit ist nicht mehr zu versäumen. Jetzt schon in der Vollversammlung über die Personenfrage zu verhandeln, wird allen Damen und Herren nicht genehm sein; es wird richtiger sein, in kleinem Kreise die Sache vorzubereiten und in vertraulicher Sitzung von der Kommission Vorschläge machen zu lassen. — Daß daneben zur technischen Lösung der Wahlaufgabe noch ein Ausschuß gewählt wird, kann später erledigt werden, wenn wir an die Wahl selbst herangehen.

Stadtv. **Jahns**: Wenn die beiden Ausschüsse, die früher diese Angelegenheiten zu besorgen hatten, wieder zur Erledigung der beiden Sachen bevollmächtigt werden sollen, so dürfte in Betracht zu ziehen sein, daß für den Ausschuß zur Leitung und Überwachung der Wahl seinerzeit Herr Marschner gewählt war, der verstorben ist, und daß für diesen Ausschuß eine Ersatzwahl vorzunehmen wäre, da sonst der Ausschuß um eine Person verringert würde, was nicht im Interesse der Sache wäre.

Die Versammlung stimmt dem Antrage Rönneburg zu, und der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 26. Februar 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Frede, betreffend die Errichtung von Lehnbauten	1079
2. Antrag Frede, die Aufstellung zuverlässiger Übersichten über die Anzahl der Wohnungsbedürftigen betreffend.	1080
3. Antrag Jahn auf Wiederfreigabe der zur Einlagerung von Lebensmitteln benutzten städtischen Turnhallen für Turnzwecke und Beschaffung eines Turnplatzes für die höhere Mädchenschule.	1080
4. Änderung der Friedhofs- und Begräbnisordnung	1083
5. Erhöhung der Vergütungssätze für die Hilfslehrer an den städtischen höheren Schulen	1094
6. Antrag Richter auf Beleuchtung der Eisenbütler Straße	1095
7. Antrag Stegmann, betreffend die Freigabe größerer Räume in städtischen Gebäuden zur Abhaltung von Versammlungen	1095
8. Bewilligung einer außerordentlichen Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund	1098
9. Ersatzwahl von Beisitzern des Einigungsamtes für Kleingärten und Kleinpachtland	1100
10. Reutanasifizierung der Kreuzstraße zwischen Altstadttring und Gabelsbergerstraße	1100
11. Neuwahl von Mitgliedern des Überwachungsausschusses zur Bekämpfung der Spargelschädlinge, des Franzosenkrautes und der Seidenpflanze	1101
12. Änderung des Ortsbauplanes für die Gegend nordöstlich des Westbahnhofes	1102
13. Einrichtung einer Volksspeiseanstalt im Hause An der Katharinenkirche Nr. 3	1103

	Seite
14. Erhöhung der Gaspreise	1104
15. Anfrage Marth über die Anläufe hiesiger Grundstücke durch Ausländer und eventuell mögliche Maßnahmen gegen den Wucher mit Grundstücken	1105
16. Antrag Marth auf Änderung des Absatzes 4 im § 10 der Grundsätze für Bewilligung von Ruheelöhnen	1117
17. Antrag Stegmann auf Beschaffung eines städtischen Friedhofes und Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt	1118
18. Ersatzwahlen für verschiedene Ausschüsse aus Anlaß des Ausscheidens der Stadtverordneten Fräulein Oden	1121

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, Rechtsanwalt **Philipps**, ferner die Stadträte **Jüermann**, **Junte**, **Langemann**.

Entschuldigt die Stadtverordneten Frau **Böhm**, Dr. **Jasper**, **Hofahr**, **Mönneburg**, **Schille** und **Steinbrecher**.

Vorsitzender Wilhelm Niese: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst möchte ich Fräulein Wolters als neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung begrüßen und sie in unserm Kreise willkommen heißen. Sie ist an Stelle von Fräulein Oden in das Stadtverordnetenkollegium eingetreten. Möge auch sie bemüht sein, ihre Kräfte in den Dienst der Stadt zu stellen.

Sodann habe ich bekanntzugeben, daß auf den vom Räte der Stadt weitergegebenen Antrag des Herrn **Loftmann**, die Bauarbeiter in betreff der Erwerbslosenunterstützung nicht als Saisonarbeiter zu behandeln, folgendes Schreiben des Demobilisierungskommissars an den Rat der Stadt eingegangen ist:

„Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter ist nach dem Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 28. November 1919 nur dann als Kriegsfolge anzusehen, wenn die betreffenden Arbeitnehmer durch den gegenwärtigen Mangel an Arbeitsgelegenheiten in eine besonders schwierige Lage geraten sind. Dem in der Sitzung der Stadtverordneten vom 29. Januar angenommenen Antrage, wonach Bauarbeiter nicht als Saisonarbeiter behandelt werden sollen, darf vom Räte der Stadt nicht entsprochen werden. Es ist vielmehr erforderlich, daß in jedem einzelnen Falle geprüft wird, ob die Erwerbslosigkeit als Kriegsfolge anzusehen ist. Sollte Bauarbeitern trotzdem ohne Prüfung Erwerbslosenunterstützung ge-

zahlt werden, so müßte ich der Stadt in diesen Fällen die Reichs- und Landeszuschüsse entziehen. — Da das Reichsarbeitsministerium bereits Fälle dieser Art entschieden hat, habe ich davon Abstand genommen, die Sache nochmals dem Herrn Reichsarbeitsminister zu unterbreiten.

Ich ersuche ergebenst, die Stadtverordneten hiervon in Kenntnis zu setzen.“

Des weiteren gibt der Rat der Stadt den Stadtverordneten darüber Nachricht, daß für die Zeit von Ende Juni bis Ende Dezember 1919 an das *s t a a t l i c h e* *B i e h k o n t o* bei der Braunschweigischen Staatsbank an Beiträgen für Maßnahmen zur *V e r s o r g u n g* *d e r* *S t a d t* *m i t* *M i l c h* insgesamt 9050 *M* gezahlt sind.

Vom Räte der Stadt ist ferner folgendes Schreiben eingegangen:

„Nachdem die Teuerungszulagen der städtischen Beamten erhöht sind, haben die *s t ä d t i s c h e n* *A r b e i t e r* beantragt, auch *i h r e* *L o h n b e z ü g e* *a u f z u b e s s e r n*. Gemäß dem Beschlusse der mit entsprechender Vollmacht versehenen Lohndeputation betragen seit 1. Oktober vorigen Jahres die abgestuften Stundenlöhne der von der Deputation gebildeten sieben Hauptklassen 2,20 bis 1,35 *M*, wobei wir bemerken, daß der untersten Klasse (1,35 *M*) nur die Laternenwärter angehören. Neben dem Stundenlohn von 1,75 *M* erhalten die Fahrer des städtischen Marstalls eine monatliche Zulage von 25 *M*, und die Vorarbeiter aller Lohnklassen einen Zuschlag von 10 Pfennig für die Stunde. Frauen erhalten einen Stundenlohn von 1 *M*, dagegen die Nachschußeute und die noch nicht angestellten Feuerwehrleute einen Jahreslohn von anfänglich 3600 *M*, der alle Jahre um 60 *M* bis zu 4200 *M* erhöht wird.

Die Lohndeputation hat nunmehr beschlossen:

- a) die bestehende Klasseneinteilung und ebenso die bisher gezahlten Löhne als Grundlohnsätze beizubehalten, daneben aber allen Arbeitern, abgesehen von den unter b und c erwähnten, vom 1. Januar dieses Jahres an einen Teuerungszuschlag von 25 Pfennig für die Arbeitsstunde, mithin 2 *M* für die Schicht, zu gewähren und neben den oben erwähnten Jahresvergütungen (3600 bis 4200 *M*) auf jeder Stufe eine jährliche Teuerungszulage von 600 *M*, gleichfalls vom 1. Januar c. an, zu zahlen.
- b) Die Aufbesserung derjenigen im städtischen Kranken- und Pflegehause beschäftigten Personen, die neben dem Barlohn Naturalbezüge haben, der Pflegehausdeputation mit der Anweisung zu überlassen, bei der Bemessung der Zulagen tunlichst in Übereinstimmung mit der staatlichen Verwaltung (Landeskrankenhaus) vorzugehen.

- c) Die Bemessung der Löhne der auf dem Kieselgut beschäftigten Arbeiter mit Einschluß der Kieselwärter der Kieselgutdeputation zu überlassen, für deren Entschließung das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Landkreise Braunschweig maßgebend sein soll.

Wir haben uns mit diesen Beschlüssen der Lohndeputation einverstanden erklärt und geben der geehrten Versammlung von dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bemerken ergebenst Kenntnis, daß wir wegen Ausföhrung des Beschlusses der Lohndeputation sofort das Erforderliche veranlassen werden."

Vom deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband ist eine Eingabe eingegangen, in der er sich darüber beschwert, daß bei den Beisitzerwahlen zum Rechtsfriedensamt die Angestellten von Handel und Industrie völlig unberücksichtigt geblieben sind. Da au den Rat der Stadt das gleiche Schreiben gegangen ist, können wir zunächst dessen Stellungnahme abwarten.

Ferner ist ein Schreiben des Lehrerkollegiums der Jahn'schen Privatschule eingegangen, das die Zuschüsse betrifft, die der Schule aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Da ein gleiches Schreiben an den Rat der Stadt gesandt ist, dürfte es sich auch hier empfehlen, zunächst abzuwarten, welche Stellung der Rat der Stadt zu der Angelegenheit nimmt.

Weiter ist ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der beiden hiesigen Gastwirtsverbände eingegangen. Ich glaube, es liegt Ihnen allen in Vervielfältigung vor, so daß ich auf den Inhalt nicht näher einzugehen brauche. Da es in Verbindung steht mit dem heute zur Verhandlung kommenden Antrag Stegmann, so könnte vielleicht seitens der geehrten Damen und Herren in der Besprechung darauf Bezug genommen werden.

Von der Reichszentrale für Heimatsdienst sind einige Drucksachen eingegangen, die für die Herrschaften, die davon Kenntnis nehmen wollen, hier zur Verfügung stehen.

Herr Stadtv. Martz hat folgenden Antrag eingereicht:

„Zur Änderung des Anhanges zur Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig, Nummer 39 (betrifft Ruheohn):

Den § 10 Absatz 4 wie folgt zu ändern: Anstatt 600 M „70 Prozent des letzten Jahresverdienstes“ zu setzen."

Bei der Begründung des Antrages würde Rücksicht auf das ganze Statut zu nehmen sein, sonst würde der Antrag nicht verständlich sein.

Ferner hat Herr Martz folgende Anfrage gestellt:

„1. Ist dem Räte der Stadt bekannt, daß Ausländer Grundstücke zu hohen Wucherpreisen erwerben? 2. Was gedenkt der Rat zu tun, um den Wucher mit Grundstücken zu verhindern?“

Herr Stegmann hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Beschaffung eines städtischen Friedhofs und die Übernahme des Bestattungswezens durch die Stadt in die Wege zu leiten, und den Stadtverordneten baldigst eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten.“

Von der demokratischen Fraktion ist folgender dringliche Antrag eingereicht:

„Die durch die Amtsniederlegung der Stadtverordneten Fräulein Oden frei gewordenen Stellen in den Ausschüssen und Deputationen beantragen wir, wie folgt, zu besetzen:

1. Rechtsausschuß: Für Fräulein Oden Herr Kofahr,
2. Schulausschuß: Für Herrn Kofahr Fräulein Wolters,
3. Wohlfahrtsausschuß: Für Fräulein Oden Fräulein Wolters, Wohlfahrtsausschuß-Stellvertreter: Für Fräulein Wolters Frau Philipps,
4. Gesundheitswesen: Für Fräulein Oden Fräulein Wolters,
5. Deputation für die Müllabfuhr: Für Fräulein Oden Fräulein Wolters,
6. Ausschuß zur Einschätzung fruchttragender Grundstücke: Für Fräulein Oden Fräulein Wolters.

Diesen Antrag können wir wohl heute noch erledigen; in solchen Fällen ist ähnlichen Anträgen wohl ohne weiteres Folge gegeben.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Frede, betreffend die Errichtung von Lehmbauten.

Stadtv. **Tostmann:** In der letzten Stadtverordnetenversammlung hat Herr Frede folgenden Antrag gestellt: „Der Rat der Stadt wird ersucht, über die an andern Orten, besonders in Bad Pyrmont, gemachten Erfahrungen mit Lehmbauten Erkundigungen einzuziehen und hiervon den Stadtverordneten Mitteilung zu machen.“ Der Antrag ist der Baukommission zur Vorberatung überwiesen, und die dort stattgefundene Aussprache ging dahin, daß im allgemeinen mit den Lehmbauten die Erfolge, die man von ihnen erwartet hatte, nicht erzielt worden seien, und es war keine Neigung vorhanden, die Anwendung dieser Bauweise bei uns zu fördern. Es wurde außerdem hervorgehoben, daß Lehmbauten nur dort verbilligend auf den Bauplatz wirken könnten, wo Lehm auf der Baustelle vorhanden sei, und dies trifft für Braunschweig und Umgebung nicht zu, weil bei uns in den meisten Fällen Sandboden anzutreffen ist. Es wurden noch andere Bau-

weisen erwogen, die in Fachzeitzungen bekanntgegeben sind, aber das Ergebnis dieser Aussprache war doch, daß die bei uns bisher übliche Form der Massivbauten die beste wäre. Immerhin sollen jedoch von seiten des Rates Erhebungen über Anwendung der Ersatzbauweisen angestellt und späterhin der Stadtverordnetenversammlung darüber Mitteilung gemacht werden.

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit dem Beschlusse des Bauausschusses an.

2. Antrag Frede, die Aufstellung zuverlässiger Übersichten über die Anzahl der Wohnungsbedürftigen betreffend.

Stadtv. Frau **Schulze**: Der Antrag des Herrn Frede lautet: „Der Rat der Stadt wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, durch welche eine zuverlässige Übersicht über die Anzahl der wirklich Wohnungsbedürftigen ermöglicht wird. Die Feststellung ist alle Vierteljahr zu machen und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu bringen.“ Dem Antrage ist entsprochen. Es ist festgestellt, daß am 1. Januar dieses Jahres 1105 Wohnungsuchende vorhanden waren. Das Wohnungsbureau hat in den ersten Tagen des Januar an diese eine Nachricht geschickt, daß diejenigen dieser Personen, die noch auf eine Wohnung reflektieren, eine Erklärung einreichen sollten, und darauf haben 286 ihre Meldung nicht erneuert; es wird also angenommen, daß diese jetzt eine Wohnung haben. Es bleiben demnach noch 819 Wohnungsgesuche übrig. Am 23. Februar standen auf der Liste des Wohnungsbureaus 4 Gesuche von Flüchtlingsfamilien, 35 vom Mieteinigungsamt gekündigte, 236 eilige Fälle und 802 weniger eilige. Es sind mithin am 23. Februar 1077 Wohnungsuchende vorhanden. Der Rechtsausschuß ist der Meinung, daß mit dieser Zusammenstellung dem Antrage Genüge gesehen ist.

Ohne Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der vorläufigen Erledigung des Antrages an.

3. Antrag Jahn auf Wiederfreigabe der zur Einlagerung von Lebensmitteln benutzten städtischen Turnhallen für Turnzwecke und Beschaffung eines Turnplatzes für die höhere Mädchenschule.

Stadtv. **Reiter**: Der Antrag des Herrn Jahn lautet: Der Rat wird ersucht, 1. die durch Einlagerung von Lebensmitteln zur Zeit dem Turnunterricht entzogenen Turnhallen der städtischen Schulen, soweit möglich, umgehend zu Turnzwecken wieder freizugeben, 2. für die drei Anstalten Lyzeum, Oberlyzeum

und Studienanstalt einen geeigneten Abschnitt eines Spielplatzes zu Turnzwecken zur Verfügung zu stellen, um der körperlichen Erziehung der Jugend und der Durchbildung der durch die Kriegszeit geschwächten Körper der Jugend wieder Rechnung tragen zu können.“ Der Schulausschuß hat sich mit dem Antrage befaßt, und es hat sich bei Prüfung der Frage herausgestellt, daß von den hiesigen Schulturnhallen 6—8 mit Getreide und Kartoffeln belegt sind. Der Rat der Stadt hat uns aber mitgeteilt, daß er glaubt, bis zu Ostern den größeren Teil dieser Turnhallen frei machen zu können, so daß nur zwei Turnhallen übrigbleiben, die noch belegt sein würden. Es müßte sich auch ermöglichen lassen, bis zu Pfingsten noch eine Turnhalle zu räumen, so daß dann nur die eine noch belegt ist. Dadurch würde dem ersten Punkte im Antrage Genüge geschehen sein.

Über den zweiten Punkt des Antrages, der die Spielplatzfrage betrifft, ist uns mitgeteilt worden, daß event. ein Platz im Bürgerparke, und zwar wo die alten Tennisplätze sich befunden haben, oder der Spielplatz am Madamenweg dieser Schule zur Verfügung gestellt werden könnte. Es soll in dieser Angelegenheit aber erst der Oberturnlehrer Somburg und noch ein Herr zur Besichtigung der Plätze hinzugezogen werden und uns dann Mitteilung gemacht werden, welcher Platz sich als geeignet herausgestellt hat.

Stadtv. **Jahns:** Meine Damen und Herren! Der Rat der Stadt und der Rechtsausschuß sind ja meinem Antrage weitgehend entgegengekommen, so daß ich mit der Lösung der Frage mich wohl zufriedengeben kann. Ich möchte nur noch erwähnen, daß in der Zwischenzeit zwischen der Stellung meines Antrages und dem heutigen Tage seitens des Braunschweiger Ausschusses für Leibesübungen Eingaben sowohl an das Staatsministerium, Abteilung für Volksbildung, als auch an den Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen und an Herrn Schuldirektor Appuhn gerichtet sind. In diesen Eingaben wird gefordert, wie das auch der Turnlehrerverein gefordert hat, daß Turnen als Hauptfach eingerichtet und der Turnbetrieb erweitert wird. Ich möchte damit zur weiteren Begründung der Notwendigkeit meines Antrages noch angeführt haben, daß auch von anderer Seite Schritte getan worden sind, um die körperliche Ausbildung der Jugend zu fördern, und möchte erwähnen, daß eine große Anzahl von Turnvereinen, preussische, sächsische und hamburgische, gleichartige Anträge wie der braunschweigische Turnlehrerverein eingebracht haben, und daß bereits in Frankfurt am Main und in sächsischen und preussischen Städten eine den Anträgen entsprechende Regelung durchgeführt ist. Betreffend den Zeitpunkt, an welchem die Turnspiele für die Jugend eintreten sollten, möchte ich erwähnen, daß seitens des Ausschusses für Leibesübungen eine Eingabe für das Herzogin-Elisabeth-

Lyzeum an Herrn Stadtrat Schaper abgegangen ist, in der gefordert wird, daß, wenn es irgend angängig ist, vom 5. Schuljahr ab an einem Nachmittage jeder Woche unter allgemein verbindlicher Beteiligung der Schülerinnen seitens der Schule Turnspiele angesetzt werden. Wenn dies zur Ausführung kommen soll, ist es selbstverständlich notwendig, daß ein Spielplatz für diese Schule zur Verfügung steht. Wir haben eben gehört, daß der Rat in entgegenkommender Weise den Platz im Bürgerparke für diese Zwecke einräumen will, und das wäre wohl die beste Lösung, die in dieser Frage eines Spielplatzes für die weibliche Jugend getroffen werden könnte. Ich möchte bitten, diese Sache zu unterstützen und mit dafür zu sorgen, daß diese Bestrebungen des Ausschusses für Leibesübungen Erfolg haben, die darauf hinauslaufen, die Jugend, die im Kriege in der körperlichen Entwicklung gelitten hat, jetzt, nachdem die Nahrungsmittel besser zu erhalten sind, wieder zu kräftigen und durch körperliche Übungen im Freien ihre Gesundheit zu fördern.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Die Benutzung der Turnhallen zur Lagerung von Lebensmitteln hat tatsächlich zu einer Kalamität geführt, die dringend der Abhilfe bedarf. Ich verweise darauf, daß die Turnhalle der Schule an der Pestalozzisträße von der freien Turnerschaft mitbenutzt wurde, und zwar sind dort die Turnenden aus mehreren Turnhallen zusammengelegt, so daß an einem Tage hundert oder mehr Jugendliche in dieser Halle turnen. Bei solcher großen Zahl von Turnern in einem Raume kann von keiner Stärkung der Gesundheit die Rede sein, sondern im Gegenteil wird die Staubbentwicklung mehr Schaden anrichten als das Turnen nützen kann. Ich habe mir von Leuten, die etwas davon verstehen, sagen lassen, daß allerhöchstens 50 Turner auf einmal die Hallen benutzen könnten, wenn durch das Turnen eine Förderung der Gesundheit erreicht werden soll. Ich bitte also, nicht nur einige der Turnhallen zu räumen, sondern so schnell wie möglich alle, damit die jetzt bestehende Kalamität beseitigt wird.

Wortmeldungen liegen nicht vor, und der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem vom Referenten des Schulausschusses Vorgetragenen an.

Stadtv. Dr. Regensburger: Der folgende Punkt der Tagesordnung (Antrag Jahn's, betreffend die Zuständigkeit des hiesigen Kaufmannsgerichts) muß für heute abgesetzt werden, da er noch nicht genügend vorberaten werden konnte.

4. Änderung der Friedhofs- und Begräbnisordnung.

Stadtv. Jahn: Über die Änderung der Friedhofs- und Begräbnisordnung ist den Stadtverordneten vom Räte der Stadt ein Schreiben zugesandt, und mit ihm zugleich eine Abschrift eines die gleiche Sache betreffenden Schreibens des Stadtkirchenausschusses. Über diese Änderung der Friedhofs- und Begräbnisordnung sind die Stadtverordneten nur gutachtlich zu hören, und deshalb haben wir uns im Rechtsausschuß zunächst darüber befragt, ob wir unter solchen Umständen zu der Sache überhaupt Stellung nehmen sollten, sind aber doch zu der Ansicht gekommen, daß es angebracht erscheint, unser Gutachten abzugeben. Es sind dann bezüglich der Kosten der Begräbnisordnung im Rechtsausschuß einige Änderungen beantragt, denen der Ausschuß zugestimmt hat. Die ganze Vorlage liegt den geehrten Herrschaften jedenfalls vor, oder sie haben in den Fraktionen davon gehört, und ich glaube nicht, daß ich alles aus der Vorlage hier vorzutragen brauche.

Bei den im Rechtsausschuß beantragten Änderungen handelte es sich darum, daß für die Überweisung eines Einzelgrabes dritter Klasse für Erwachsene früher 6 *M* gefordert wurden, während der Betrag jetzt auf 8 *M* erhöht werden soll; für Anweisung eines Kindergrabes sollen demnächst statt 1 *M* 2 *M* bezahlt werden. Wir haben beschlossen, zu empfehlen, die alten Sätze weiterbestehen zu lassen. Außerdem wurde beschlossen, bezüglich der weiteren Hinausschiebung der Wiederbenutzung eines Grabes nach Ablauf der Verschonzeit von 25 Jahren zu empfehlen, den Betrag für ein Einzelgrab dritter Klasse nicht auf 30 *M* zu erhöhen, sondern den alten Preis bestehen zu lassen. Diese Beschlüsse sind im Rechtsausschuß gefaßt, um zu verhüten, daß durch die Bestattung den Armsten der Armen noch höhere Kosten als bisher auferlegt werden. Im übrigen waren noch einige Anträge betreffend Abänderung der Gebührenordnung vorgelegt, aber im großen und ganzen haben wir uns auf die genannten Sätze beschränkt. Nur bei dem Abschnitte „Für Zulassung von Grab Schmuck“ haben wir noch einen Wunsch zum Ausdruck gebracht. Es heißt da unter 2: „Die Gebühr für Zulassung von Grab Schmuck beträgt 10 Prozent der Beschaffungskosten. Betragen diese weniger als 50 *M*, so wird keine Gebühr erhoben.“ Wir haben in Anbetracht der Steigerung aller Preise und Kosten bei den Begräbnissen gemeint, daß dieser Satz von 50 *M* auf 100 *M* erhöht werden sollte, da selbst für diesen Betrag größere Aufwendungen nicht beschafft werden können. Der Rechtsausschuß empfiehlt also, zu sagen, daß diese Gebühr von 10 Prozent erst erhoben werden soll, sobald die Beschaffungskosten des Grab Schmuckes über 100 *M* betragen. Ebenso wünscht der Rechtsausschuß die Nummer 4 dieses Abschnitts behandelt zu

sehen. Es heißt dort: „Auch ein gebührenfrei zugelassener Grabstein unterliegt der Abgabe, sobald durch spätere Ergänzungen oder weitere Anlagen die gesamten Beschaffungskosten den Betrag von 50 *M* erreichen.“ Auch da wird die Einsetzung des Betrages von 100 *M* gewünscht.

Im übrigen brauche ich wohl den geehrten Damen und Herren die Gebühren und Kosten nicht vorzulesen.

Am Schlusse des Ratschreibens werden die Stadtverordneten um eine Äußerung zu der im Schreiben des Stadtkirchenausschusses gegebenen Anregung gebeten. Es heißt dort: „Schließlich bemerken wir noch, daß wir erwogen haben, ob sich nicht der Erlass einer Vorschrift zu § 125 der Kirchengemeindeordnung empfiehlt, durch die die Beförderung der Leichen nach der Leichenhalle auf dem Hauptfriedhofe binnen einer bestimmten Frist nach Eintritt des Todes vorgeschrieben und die Veranstaltung von Leichenzügen nur mit besonderer Erlaubnis gestattet wird. Wir halten beides für wünschenswert, glauben aber auf Erlass einer bezüglichen Satzungsvorschrift um deswillen verzichten zu sollen, weil diese nur für die Angehörigen der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde bindend sein und überdies ihre Befolgung von uns nicht erzwungen werden könnte. Wir möchten anheimgen, eine entsprechende Satzungsvorschrift stadtsseitig zu erlassen.“ Der Rat empfiehlt, diesem Vorschlage zuzustimmen, und auch der Rechtsausschuß hält es für dringend notwendig, daß eine derartige Vorschrift geschaffen wird. Ich empfehle Ihnen namens des Rechtsausschusses, diesem Vorschlage beizutreten.

Sonst habe ich zu der Angelegenheit nichts zu erwähnen, bin aber bereit, auf Anfragen zu antworten und, wenn es notwendig sein sollte, Erklärungen zu geben.

Stadtv. Marth: Meine Damen und Herren! Es kommt mir eigentümlich vor, daß bei dieser Gelegenheit, wo es sich um das Bestattungsweisen handelt, die städtischen Körperschaften fast nichts zu sagen haben, sondern nur die Kirche zu bestimmen hat. Es wird bei dieser Gelegenheit die Frage aufzuwerfen sein, ob es nicht angebracht wäre, das ganze Bestattungsweisen der Kirche abzunehmen und es auf die Stadt zu übernehmen. Ich und meine Freunde stehen auf dem Standpunkte — und ich glaube die Mehrzahl der hier Versammelten ebenso —, daß die Bestattung nicht Sache der Kirche ist, sondern der Gemeinde. Wenn auch die Kirche hierin alte Rechte hat, die sie beibehalten will, so sollte man doch versuchen, sie ihr aus der Hand zu nehmen, und dazu wäre jetzt die rechte Zeit, wo die Kirche vom Staate getrennt wird. Die Stadt muß den Kirchhof stellen, den größten Teil der Kosten tragen, und die Kirche bestimmt über das Bestattungs-

weisen! Da möchte ich doch den Rat der Stadt fragen, ob es nicht die Möglichkeit eines Abkommens mit der Kirche gibt, durch das man sich mit der Kirche auseinandersetzt und das ganze Bestattungsweisen auf die Stadt übernimmt.

Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte zunächst zu den Bemerkungen des Herrn Berichterstatters mir ein Wort erlauben. Er teilte mit, der Ausschuß habe beschlossen, daß in allen Fällen die Kosten der Ausschmückung der Gräber nicht besteuert werden sollten, wenn es sich um Beträge bis zu 100 *M* handele. Das würde insofern eine wesentliche Änderung gegenüber dem jetzigen Zustande sein, als bisher die Ausschmückungskosten für Gräber dritter Klasse frei, die der andern Klassen aber stets kostenpflichtig waren. Soweit ich mich erinnere, war in der Kommission darauf hingewiesen, daß es hart wäre, wenn die Gräber dritter Klasse auch unter diese Vorschrift fallen. Ich habe den Beschluß so aufgefaßt, daß nur bei den Einzelgräbern dritter Klasse der Grab Schmuck frei zugelassen werden soll, wenn er unter 100 *M* beträgt.

Was die Anfrage des Herrn *Marth* anbetrifft, so ist es schwer, mit ein paar Worten darauf zu antworten. Herr *Marth* geht in einer Beziehung von unrichtigen Voraussetzungen aus, nämlich wenn er sagt: Die Stadt muß die Kosten für diese Sache tragen und hat nichts hineinzureden. So liegt die Sache nicht. Ich gebe zu, daß schon nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens vom Jahre 1648 die Gemeinden verpflichtet sind, der Kirche den Grund und Boden des Friedhofes unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Aber das ist hier in der Stadt nicht so gehandhabt, wie es nach diesen Bestimmungen geschehen müßte; hier hat immer die Kirche selber die Friedhöfe beschafft. Ich möchte dabei allerdings hervorheben — und das bitte ich sehr wohl zu beachten —, daß bis zum Jahre 1911, wo die Kirchengemeindeordnung in Kraft getreten ist, die Kirche berechtigt war, im Notfalle von den Gemeinden alles das zu verlangen, was zur Befriedigung des kirchlichen Bedürfnisses nötig war. Es ist ein wunderbarer Vorgang, daß die Kirche dieses hochwichtige Recht, daß die Gemeinde für die Kirche zahlen mußte, eventuell auf Grund der Entscheidung des Landesbischofs, also des Landesherrn, aufgegeben hat in dem Bestreben, gegenüber der Gemeinde selbständig zu sein. Nun nahm die Stadt Braunschweig in dieser Beziehung den Standpunkt ein, daß sie sagte: Wir sind zwar verpflichtet, die Kosten aufzubringen, aber wir führen auf Grund eines besonderen Landesgesetzes eine Kirchensteuer ein. Bei dieser Besteuerung zeigt sich der wesentliche Unterschied; nicht alle Gemeindemitglieder sind der Kirchensteuer unterworfen, sondern nur die Angehörigen der evangelisch-lutherischen Kirche. Als nun nach Einführung der Kirchengemeindeordnung die Kirche selbständig wurde, hat die Stadt von den

Kirchen verlangt: Jetzt müßt ihr aber auch die Schulden übernehmen, die wir bisher für euch getragen haben, die ihr allerdings mittels der Kirchensteuer verzinst habt, und die entstanden sind, um neue Kirchen zu bauen, um die Instandsetzung des Innern der Kirchen auszuführen und um den Hauptfriedhof anzulegen. So ist es gekommen, daß der Stadtkirchenverband die gewaltige Schuldenlast beim Leihhause von annähernd 2 Millionen Mark seinerseits übernehmen mußte. In einer Beziehung hat die Stadt allerdings aus eigenen Mitteln eine Leistung für die Kirche vollzogen, indem sie zu den Kosten der ersten Anlage des Friedhofes, offenbar auf Grund der alten Bestimmung, einen Zuschuß von 294 000 M. gezahlt hat; auch der Staat hat damals eine geringe Zubeuße geleistet. Die Kirchen stehen jetzt also vollständig selbständig da, haben jedoch die ganzen Schulden übernehmen müssen. Von seiten der Stadt haben wir nur ein Abkommen mit dem Stadtkirchenverbände getroffen, daß wir die kirchlichen Finanzen bei der Stadtkasse verwalten lassen.

Wenn nun Herr Marth sagte, die Stadt solle das Bestattungswesen in die Hand nehmen, so glaube ich, daß diese Sache dadurch in Fluß kommen wird, daß im Sozialisierungsgesetz gesagt wird, daß das Bestattungswesen Sache der Gemeinden sein soll. Dadurch werden wir ohne weiteres vor die Frage gestellt, wie wir die Sache regeln wollen. Würde ich nun in meinen Auseinandersetzungen fortfahren, so würde ich dem heute von Herrn Stegmann eingebrachten Antrage vorgreifen, und ich frage deshalb: Wollen wir nicht lieber die Besprechung über diese Frage aussetzen, bis der Antrag vorberaten ist? Alles, was ich eben vorbringen könnte, würde sonst später bei der Behandlung des Antrages wiederholt werden, und ich meine auch: bei Gelegenheit der heutigen Beratung der vorgeschlagenen Änderungen können wir unmöglich die ganze Sache ordnen. Der Stadtkirchenverband ist tatsächlich durch die kolossalen Ausgaben, die jetzt der Friedhof erfordert, in eine arge Notlage geraten. Das werden Sie verstehen, wenn Sie bedenken, daß dauernd auf einem solchen großen Friedhofe eine große Zahl Arbeitskräfte gehalten werden muß — im Sommer 90, im Winter 50 Personen —, denen entsprechende Löhne gezahlt werden, daß ferner alle Materialien, die gebraucht werden, Pflanzen, Baumstangen usw. im Preise gestiegen sind, auch die Wasserleitung höhere Kosten verursacht und dergleichen mehr. Es ist kein Wunder, wenn dann eine Unterbilanz sich zeigt. Die Kirchen müssen in dieser Sache ebenso, wie wir es bei den Gaswerken tun, auf Erhöhung ihrer Einnahmen Bedacht nehmen, und zu dem Zweck ist die Änderung der Gebührenordnung vorgesehen.

So viel ich gehört habe, wird auch die Kirche schwerlich dazu sich verstehen, den Friedhof, den sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen — nicht bloß landes-

kirchlicher, sondern landesgesetzlicher — zu eigen hat, herzugeben. Sie betrachtet den Kirchhof als etwas anderes denn nur eine Stätte, wo der Leib der Verwesung entgegengeführt wird. Die Kirche hat sich von jeher auf den Standpunkt gestellt: Der Kirchhof ist ein Platz der Erinnerung und der Andacht. Viele Leute sind des Glaubens, daß der Friedhof ein Hinweis auf das Jenseits ist, und von diesem Glauben bringen wir die Mehrheit der Menschheit nicht ab; solange die Erde besteht, hat sie daran geglaubt und wird weiter daran glauben. Man kann es der Kirche nicht verdenken, wenn sie sagt: „Den Friedhof, den wir hergerichtet haben, der eine Zierde unter den deutschen Friedhöfen ist, geben wir nicht freiwillig her.“ Was dann werden soll, weiß ich nicht. Die Stadt kann allerdings einen anderen Friedhof bauen: das wäre eine „großzügige Politik“, aber sie kostet ungeheuer viel Geld. Ich weiß, was es kostet, einen Friedhof anzulegen und zu unterhalten. Über diese Frage werden wir uns demnächst unterhalten, wenn Herr Stegmann seinen Antrag begründet hat.

Wie Sie sich zu den Abänderungsanträgen der Kommission stellen wollen, das muß ich Ihnen überlassen. Es wird ja, wie der Herr Berichterstatter schon gesagt hat, nur eine Meinungsäußerung der städtischen Behörden gefordert. Ich möchte meinerseits der Meinung Ausdruck geben, daß das auf die Kirchen- und gemeindeordnung bezügliche Staatsgesetz, das vorsieht, daß vor Erlass der Friedhofs- und Begräbnisordnung die städtischen Behörden gehört werden müssen, durch die Reichsgesetzgebung, nämlich durch die Verfassung, außer Kraft gesetzt ist, denn wenn darin gesagt wird: „Es gibt keine Staatskirche mehr, die Kirchen sind berechtigt, ihre Sachen selbständig zu ordnen“, dann folgt daraus ohne weiteres, daß eine derartige Bestimmung, wie sie hier in Frage steht, nämlich daß zunächst die städtischen Behörden befragt werden sollen, nicht mehr zu Recht besteht. Nun werden Sie fragen: „Wie kommt denn der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Stadtkirchenausschusses dazu, die Sache überhaupt hierher zu bringen?“ Nun, auch die Kirchengemeindeordnung selbst enthält die Vorschrift, daß die kirchlichen Behörden verpflichtet sein sollen, ehe sie einen Erlass vornehmen, die Sache den städtischen Behörden zu unterbreiten. Man kann sehr wohl darüber im Zweifel sein, ob auch die kirchenrechtlichen Vorschriften durch das Reichsrecht beseitigt sind, denn in die kirchengemeindliche Gesetzgebung hat das Reich nicht eingreifen wollen. Würde nun die Kirche das, was in ihrem Gesetze steht, nicht befolgen, so könnte dadurch die Möglichkeit der Nichtigkeit der Kirchenfakung herbeigeführt werden, und deshalb hielt ich es für richtiger, die Sache den städtischen Behörden vorzulegen.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Was Herr Marth wünscht, ist eine alte sozialdemokratische Forderung, und aus diesem Grunde hat auch

meine Fraktion den Antrag auf Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt gestellt. Der Antrag wird jedenfalls noch heute begründet werden können, und wir werden uns dann in der nächsten Versammlung damit befassen. Ich werde deshalb auf das, was der Herr Oberbürgermeister vorgetragen hat, eben nicht eingehen. Ganz unabhängig davon ist aber die Abänderung der bestehenden Friedhofs- und Begräbnisordnung. Auch ich stand zu Beginn der Verhandlungen im Rechtsausschuß auf dem Standpunkt, daß wir uns zu den Änderungen äußern und Vorschläge machen wollten; selbst wenn vielleicht nur kleine Verbesserungen zu erzielen seien, wollten wir das tun. Nachdem aber der Herr Oberbürgermeister erklärt hatte, er glaube kaum, daß der Friedhofsausschuß, nachdem er sich eingehend mit der Sache befaßt habe, auf diese Vorschläge von uns eingehen würde, haben wir uns gesagt: Dann hat die ganze Sache für uns keinen Zweck, mag die Friedhofsdeputation ohne uns weiterwirtschaften; wir stimmen dagegen, daß über diese Änderungen hier überhaupt verhandelt wird. Aber die Mehrheit des Rechtsausschusses war anderer Meinung, und so steht die Sache heute auf der Tagesordnung. Von uns aus sind einige Anträge zu den Änderungen eingebracht, die ich in der Ausschusssitzung begründet habe. Zum Beispiel stehen wir auf dem Standpunkt: Wenn man auch anerkennen muß, daß alles teuer geworden ist, selbst das Sterben und Begrabenwerden, so muß man doch die Ärmsten der Armen mit den höheren Kosten verschonen. Sie wissen alle, daß die Krankheiten, die in den meisten Fällen dem Ableben vorausgehen, oft hohe Kosten verursachen, so daß in vielen Familien bei der Bestattung mit dem letzten Groschen gerechnet werden muß. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, daß es bei der Berechnung für Anweisung der Gräber beim alten bleiben und eine Erhöhung unterbleiben muß, desgleichen auch bei dem zweiten Punkt, bei den Gebühren für die Hinausschiebung der Weiterbenutzung der Grabstelle nach Ablauf der Verschonzeit von 25 Jahren. Es gibt selbstverständlich auch bei den ärmsten Leuten viele, die die Pietät besitzen, daß sie wünschen, die alte Grabstätte ihrer Angehörigen erhalten zu sehen, und deshalb sind wir dafür, daß die alte Gebühr von 20 M bestehen bleibt. Obgleich der Herr Oberbürgermeister im Rechtsausschuß erklärte, er glaube kaum, daß sich der Friedhofsausschuß auf diese Wünsche einlassen werde, hat sich zu meiner Freude der Rechtsausschuß für diese Anträge erklärt, und ich bitte auch Sie, dafür einzutreten, daß die angeführten alten Sätze bestehen bleiben.

Was den Grab Schmuck anbetrifft, so soll die Einfassung des Grabes und geringer Grab Schmuck bis zum Betrage von 50 M steuerfrei bleiben. Nun steht aber auch in den Bestimmungen, daß Kissensteine gebührenfrei aufgestellt werden dürfen, und es ist doch Tatsache, daß der einfachste Kissenstein jetzt mindestens

100 *M* kostet. Wenn man dem Grundsatz Rechnung tragen will, daß für geringen Grabschmuck keine Gebühr erhoben wird, so haben wir diese erhöhten Preise zu beachten, und es ist zu wünschen, daß eine Erhöhung der Summe von 50 *M* auf 100 *M* angenommen wird. Ob allerdings der Friedhofsausschuß unsern Wünschen Rechnung trägt, ist eine zweite Sache; wir haben ja nichts zu der Regelung zu sagen und brauchen nur gehört zu werden.

Allerdings gebe ich zu, daß die Erhaltung des Friedhofes in neuester Zeit viel Geld erfordert. Es scheint aber nicht nur an den Löhnen zu liegen, daß der Friedhof so viel Geld kostet, sondern es wird in einem mir vorliegenden Schreiben ausgeführt, daß die Verteuerung hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß nicht geschäftsmäßig gehandelt wird, daß keine Fachleute für die Leitung des Friedhofswesens vorhanden sind. Auch der Herr Oberbürgermeister als einziger Vertreter der Stadt wird trotz seiner Kenntnisse zugeben, daß er kein Fachmann ist. Werden Fachleute in die Friedhofsverwaltung hineinkommen, dann werden viele Mißstände beseitigt werden können. Mögen auch die Dinge so liegen, daß die Kirche mehr Geld gebraucht, so ist doch von dem Herrn Berichterstatter nichts davon gesagt, daß die Kirche jahrzehntelang mit dem Friedhofe ein gutes Geschäft gemacht hat, indem er mit vielen tausend Mark überschüssigen gearbeitet hat. Jetzt kommt das erste Jahr mit einem Defizit, und nun sollen gleich die Gebühren in unerhörter Weise erhöht werden. Wo sind denn die früheren Überschüsse geblieben? Jedenfalls sind sie doch zu kirchlichen Zwecken verwendet worden. Man sollte von der Kirche erwarten, daß sie von dem, was sie seit Jahren durch den Friedhof eingeheimst hat, jetzt wieder für den Friedhof aufwendet und nicht gleich die Allgemeinheit bluten läßt.

Was den Wunsch des Stadtkirchenausschusses betrifft, daß die obligatorische Beförderung der Leichen nach der Leichenhalle des Friedhofes binnen einer bestimmten Frist nach Eintritt des Todes eingeführt wird, so kann ich das nur begrüßen; es ist das eine selbstverständliche Forderung. Wenn heute Leichenzüge vom Sterbehause aus veranstaltet werden, so trifft es in vielen Fällen zu, daß die Hinterbliebenen nicht aus Pietät solche Leichenzüge veranstalten, sondern nur aus Prunksucht und um der Neugierde zu dienen. Selbst im Tode wird noch ein Akt der Prokeerei aufgeführt und durch die Leichenzüge Verkehrsstörungen geschaffen, die verschwinden müssen. Hauptsache ist aber, daß es aus hygienischen Gründen notwendig ist, die Beerdigungen vom Sterbehause aus wegzulassen, namentlich in den ärmeren Häusern, wo alles in ein Zimmer zusammengepfercht wird. Wegen der Gefahren für die Familien, die dadurch entstehen, daß in solchen Wohnungen ein Toter mehrere Tage liegt, ist es dringend nötig, daß die Beerdigungen nicht mehr vom Sterbehause, sondern vom Friedhofe aus

vorgenommen werden. In Süddeutschland, z. B. in München, besteht diese Bestimmung seit 1862 obligatorisch, und auch in Sachsen gibt es eine ähnliche Verordnung, wodurch allerdings kein vollständiger Zwang ausgeübt wird, aber durch die sich z. B. in Chemnitz der Brauch gebildet hat, daß 99 Prozent aller Beerdigungen vom Friedhofe aus vorgenommen werden. Ich bitte also, diesem Vorschlage des Stadtkirchenausschusses, der als ein vernünftiger zu bezeichnen ist, zuzustimmen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich möchte Herrn Stegmann gegenüber bemerken, daß es nicht richtig ist, wenn er meinte, ich hätte in der Ausschusssitzung gesagt, es könnte nichts helfen, hier Anträge zu stellen. Ich habe nur gesagt: Ich kann nicht wissen, ob die kirchlichen Behörden diesen Anregungen Folge geben werden, weil die Not der Kirche in finanzieller Beziehung zu groß ist.

Herr Stegmann hat weiter hervorgehoben — ich weiß nicht, ob aus eigenem Wissen oder auf Grund einer ihm gewordenen Mitteilung —, daß auf dem Hauptfriedhof nicht rationell gewirtschaftet wäre. Nun, Herr Heumann, der an der Spitze der Verwaltung des Friedhofes steht, ist ein sehr angegriffener Mann — Sie wissen, was für Anklagen gegen ihn erhoben wurden —, aber ich bin der festen Überzeugung, daß der Mann voll und ganz seine Schuldigkeit tut, und daß er auch ein sehr geschickter Verwalter ist. Wenn jedoch die Ausgaben so sprunghaft steigen, wie es in jetziger Zeit der Fall ist, so ist dem allerdings schwer mit den Einnahmen zu folgen. Ich mache darauf aufmerksam, daß es unmöglich ist, die Gebühren für Unterhaltung der Gräber auf dem Hauptfriedhofe im Laufe des Jahres zu verändern; die Tarife werden im Frühjahr festgesetzt und gelten für das ganze Jahr. Was für Steigerungen sind nun aber seit dem vorigen Frühjahr auf allen Gebieten eingetreten! Das bitte ich zu bedenken.

Herr Stegmann fragte weiter: Wo sind die Gelder geblieben, die der Friedhof eingebracht hat? Die Kirche hat die Gelder zum großen Teil wieder in den Friedhof hineingesteckt. Es ist ein Unglück, daß die Berechnung über die Größe des Friedhofes von vornherein falsch gewesen ist. Man hat, als im Jahre 1887 der Friedhof eingerichtet wurde, gemeint, durch die Einschränkung der Verschonzeit von 30 auf 25 Jahre werde es möglich sein, in verhältnismäßig kurzer Zeit fast alle bereits benutzten Gräber in einem neuen Turnus wieder zu benutzen. Das ist insofern ein Trugschluß gewesen, als die Zahl derer, die die Beibehaltung der Gräber nach Ablauf der Verschonzeit wünschen und bezahlen, verhältnismäßig groß ist. Der Friedhof hat dreimal erweitert werden müssen, und das hat kolossale Kosten verursacht, so daß es kein Wunder ist, wenn der ganze Überschuß mehr oder weniger in die Anlagen hineingesteckt ist. Im übrigen steht in der

Vorlage, daß die Gebühren für Verleihung von Grabstellen von alters her einen nicht unerheblichen Teil der Einnahmen der Kirchen gebildet hat; das ist eine historische Entwicklung, die wir nicht aufhalten können. Die Kirchen sitzen bis über die Ohren in Schulden und sind froh gewesen, daß sie die nach der Tilgungsordnung ihnen obliegende Zahlung der Tilgungssummen haben leisten können. Geschäfte sind also mit dem Hauptfriedhofe nicht gemacht, sondern man ist froh gewesen, wenn man sich über Wasser hat halten können.

Stadtv. Jahn: Meine verehrten Damen und Herren! Herr Stegmann hat Veranlassung genommen, meine Berichterstattung zu kritisieren, indem er sagte, ich hätte verschiedenes aus der Vorlage nicht angeführt, z. B. nicht den Überschuß, den die Kirche mit dem Friedhofe jahrelang erzielt hätte. Ich habe geglaubt, in aller Sinne zu handeln, wenn ich nicht alles aus der Vorlage vorgetragen habe, denn Sie hatten beantragt, daß Ihnen eine Abschrift der Vorlage zugehen sollte. Ich glaube, eine solche ist jeder Fraktion zugegangen, so daß sich jeder informieren konnte und eine vollständige Verlesung der Vorlage nicht nötig war. Ich habe mich also nur an die sachlich kurzen Ausführungen gehalten, wie ich sie gemacht habe, im Gegenteil zu Herrn Stegmann, der Äußerungen der Ratksmitglieder aus der Kommissionsitzung erwähnt hat.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine Sache eingehen, die der Herr Oberbürgermeister anführte. Für Zulassung von Grabstaud soll eine Gebühr von 10 Prozent erhoben werden, wenn dieser — nach unserm Antrage — über 100 M Beschaffungskosten verursacht. Wir haben in der Kommission nicht darüber gesprochen, daß die Gebühr für die dritte Klasse nicht erhoben werden sollte, denn sonst dürften im folgenden Passus nicht die Familiengräber der ersten Klasse erwähnt werden, wo es heißt: „Die gleiche Gebühr wird bei Familiengräbern erster Klasse für Zulassung einer Gruft oder einer oberirdischen Bebauung der Grabstelle erhoben.“ Wenn es gewünscht wird, könnte ja eine einschränkende Bestimmung erlassen werden, in der es heißt, daß nur für Gräber dritter Klasse keine Gebühr für Grabstaud erhoben wird. Ich möchte bitten, wenn das gewünscht wird, einen Zusatz zu machen, woraus man ersieht, daß nur für Gräber dritter Klasse eine Einschränkung getroffen werden soll.

Oberbürgermeister Helemeyer: Es war vom Friedhofsausschuß vorgeschlagen, Grabstaud im Beschaffungswerte von 50 M von Gebühren freizulassen, und das schien unbedenklich bei allen Gräbern. Wird jetzt die Summe auf 100 M erhöht, so kann es zweifelhaft sein, ob das für die wohlhabenden Leute auch gelten soll.

Vorsitzender: Es sind wohl Wünsche vorgetragen, aber Anträge sind nicht gestellt. Für mich ist einstweilen zur Beschlußfassung nur maßgebend, was der Rechtsausschuß vorgeschlagen hat.

Stadtv. Schmidt: Als ich im Jahre 1913 den Antrag stellte, im Anschluß an die damals in der Stadt Braunschweig eingeführte durchgehende Arbeitszeit eine Änderung der Bestattungszeiten herbeizuführen, wurde in der Stadtverordnetenversammlung allgemein anerkannt, daß der Antrag berechtigt war. In der früheren Zeit, wo für die Angestellten und Arbeiter eine Mittagspause stattfand, fiel der Verlust an Lohn und Zeit für die an einem Begräbnis Teilnehmenden nicht so arg ins Gewicht. Nachdem aber damals für 90 Prozent der in der Stadt Beschäftigten die durchgehende Arbeitszeit eingeführt war, war es besonders für die größeren Werke eine Belästigung, wenn eine größere Anzahl der bei ihr Beschäftigten einer Beerdigung beimohnte. Der ganze Tag war für die Betroffenen verdoeben, sie erlitten Einbuße an Arbeitszeit und Lohn. Mit Rücksicht darauf beantragte ich, daß als Beerdigungszeiten an den Wochentagen während des Sommerhalbjahres die Stunden von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr und im Winterhalbjahr von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr freigegeben würden. Ich hatte seinerzeit Material aus 24 Städten beigebracht, aus dem hervorging, daß in allen größeren Städten die Zeit bis um 6 Uhr im Sommer und 5 Uhr im Winter, in einzelnen Städten sogar bis 8 Uhr im Sommer, für Beerdigungen festgelegt war. Wenn man seitens der Friedhofsverwaltung auf diesen Antrag eingegangen wäre, so wäre das ein Entgegenkommen für alle diejenigen gewesen, die in solchen Fällen ihre Zeit opfern müssen. Es ist damals gesagt worden, die Sache solle im Friedhofsausschuß geprüft werden, und man wolle auf den Antrag zurückkommen. Es sind seitdem eine ganze Reihe von Jahren vergangen, aber nach § 15 der Friedhofs- und Begräbnisordnung ist der Schluß der Beerdigungszeit immer noch auf 2 Uhr festgesetzt. Die Kirche hat also kein Entgegenkommen gezeigt und ist auf ihrem alten Standpunkt stehen geblieben. Es wird deshalb für mich nötig, erneut mit diesem Wunsche hervortreten. Ich glaube, daß es allgemein gebilligt würde, wenn die Beerdigungszeiten hauptsächlich auf den Nachmittag verlegt würden, so daß der Verlust an Lohn und Verdienst für das Grabfolge nicht zu groß erscheint.

Fragen möchte ich noch, wie es mit den Friedhöfen gehalten wird, die mitten in der Stadt liegen, z. B. den auf der Juliusstraße, Weststraße usw. Es finden dort immer noch Beerdigungen statt. Manch einer schüttelt den Kopf und fragt, wie das kommt. Es kann sich nur darum drehen, daß es schon früher gekaufte

Grabstätten sind, die jetzt belegt werden, aber auch hiermit müßte einmal ein Ende geschaffen werden und die Fortführung der Beerdigungen auf diesen Kirchhöfen nicht in alle Ewigkeit weitergehen. Jetzt, wo ein Hauptfriedhof seit langen Jahren besteht, erscheinen diese Friedhöfe überflüssig. Da die Bebauung bis in die Peripherie der Stadt fortgeschritten ist, wirkt es gar merkwürdig, daß diese Plätze immer noch aufs neue belegt werden. Die Zeit dafür müßte verkürzt werden, sonst kämen wir nie dazu, daß diese Friedhöfe aufgehoben werden.

Oberbürgermeister Metemeyer: Die Anregung, die Begräbnisse bis nachmittags 6 Uhr stattfinden zu lassen, hat keine Aussicht, angenommen zu werden, weil auch auf dem Hauptfriedhofe die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Wollten wir der Anregung nachgeben, dann müßten wir mit doppelten Schichten arbeiten, und das erschwert den Betrieb ungemein. Ich bin aber bereit, die Anregung noch einmal zur Prüfung dem Friedhofsausschuß zu überweisen.

Die alten Friedhöfe sind allerdings bei Eröffnung des Hauptfriedhofes geschlossen. Da aber verschiedene Grabstellen schon verliehen waren, konnte man die Berechtigung, dort bestattet zu werden, nicht kassieren. Es sind dann hinterher noch neue Anträge eingegangen, und man hat sich auf den Standpunkt gestellt, in besonderen Fällen darauf einzugehen, da einstweilen die alten Friedhöfe doch nicht endgültig geschlossen werden können, ehe der letzte Berechtigte beigesetzt ist. Wer ein gutes Herz hat, gibt leicht nach. Es handelt sich hier meist um Beisetzung der Leichen von Frauen, deren Angehörige auf den alten Friedhöfen ruhen, und dadurch wird die endgültige Schließung dieser Begräbnisstätten um keinen Tag verzögert. Wir haben aber alle Jahr Veranlassung genommen, uns eine Aufstellung geben zu lassen, in welcher die früher verliehenen Gräber aufgeführt sind, damit zu gegebener Zeit endlich Schluß gemacht werden kann. Übrigens bin ich überzeugt, daß verschiedene der Personen, deren Beisetzung auf den alten Friedhöfen auf Grund der Verleihungsurkunde verlangt werden kann, gar nicht mehr auf Erden wandeln, und so glaube ich, daß der Zeitpunkt bald gekommen ist, an dem diese Friedhöfe endgültig geschlossen werden.

Stadtv. Frede: Es ist bisher keine Klarheit geschaffen darüber, ob die Gebührenfreiheit für Grabsschmuck unter 100 M Beschaffungspreis nur eintreten soll bei Gräbern dritter Klasse, oder ob die Bestimmung für alle drei Klassen gelten soll. Der Herr Oberbürgermeister ist der Meinung, daß nur die dritte Klasse hiervon betroffen würde, und der Herr Referent meinte, daß es eine allgemeine Bestimmung sei. Nach dem, was ich hier lese — ich bekomme den Entwurf eben von Herrn Jahnus —, muß ich mich der Ansicht anschließen, daß es eine allgemeine Be-

stimmung sei. Wenn wir auch nur Wünsche zu äußern haben, so können wir es ja darauf ankommen lassen, ob man sie erfüllen wird, und ich glaube, ein Wunsch von der Stadtverordnetenversammlung wird doch beachtet werden, und so möchte ich, um Klarheit zu schaffen, beantragen, daß die Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck bringt, daß keine Gebühr für Grabschmuck erhoben wird, falls die Kosten dafür unter 100 *M* betragen, gleichviel welche Klasse in Frage kommt.

Stadtv. Rasche: Herr Schmidt regte an, die alten Friedhöfe zu beseitigen. Wenn dem nachgegeben würde, so müßte ich das sehr bedauern, weil es sich bei diesen Friedhöfen um Plätze in der Stadt handelt, die mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt sind und gut gepflegt werden, die also als Lungen der Stadt bezeichnet werden können. Es liegt nicht im Interesse der Gesundheit der Stadt, darauf zu drängen, daß diese Plätze beseitigt werden, und das bitte ich zu beherzigen.

Vorsitzender: Gegen die Beschlüsse des Rechtsausschusses sind keine Bedenken geäußert; ich nehme deshalb das Einverständnis der Versammlung mit den Wünschen des Rechtsausschusses an. (Ohne Widerspruch.)

Auch dem Antrage *F r e d e* stimmt die Versammlung zu.

5. Erhöhung der Vergütungssätze für die Hilfslehrer an den städtischen höheren Schulen.

Stadtv. Frede: Auf die Kirche folgt die Schule; so auch hier. Es handelt sich um die Hilfslehrer an den höheren Schulen. Die Oberschulkommission hat mitgeteilt, daß die Vergütungen für die Hilfslehrer an den staatlichen höheren Schulen auf 5,25 *M* für wissenschaftlichen Unterricht, 4,75 *M* für Chorjungen, Turnen und Zeichnen und 4,25 *M* für technische Fächer und Turnspiele für die einzelne Stunde erhöht sind, und zwar mit Rückwirkung vom 1. April 1919 ab. Die Stadt kann nicht umhin, in Rücksicht auf dieses Vorgehen des Staates auch ihrerseits eine Erhöhung der Sätze für die Hilfskräfte an den höheren Schulen zu gewähren. Nach dem Vorschlage des Rates soll aber nicht in ganz gleicher Weise vorgegangen werden, wie es der Staat getan hat, und die Schulkommission hat die Gründe, die dafür sprechen, vollständig gebilligt. Es wird vorgeschlagen, nicht drei verschiedene Arten der Vergütungen zu zahlen, sondern nur zwei, nämlich den Satz von 6 *M* bei wissenschaftlichem Unterricht und 5 *M* bei technischem

Unterricht für die einzelne Stunde. Ferner soll die erhöhte Vergütung erst vom 1. Oktober 1919 ab berechnet werden, und endlich können diejenigen Lehrer, die nicht die übliche Stundenzahl erteilen und deshalb nicht als vollbeschäftigt im Sinne der Vorschriften der Kriegsteuerungszulage angesehen werden, keine Teuerungszulage erhalten, sondern als Ausgleich nur diese erhöhten Sätze, wie ich sie genannt habe. Ich bitte Sie namens des Schulausschusses, diesen Anträgen des Rates zuzustimmen.

Die Erhöhung der Vergütungssätze wird dem Antrage gemäß beschlossen.

6. Antrag Richter auf Beleuchtung der Eisenbüttler Straße.

Stadtv. **Tostmann**: „Den Rat zu ersuchen, für die Eisenbüttler Straße Beleuchtung zu schaffen“, lautet der Antrag des Herrn Stadtv. Richter. Der Bauausschuß hat sich mit diesem Antrage befaßt und hat dabei anerkannt, daß die Beleuchtung der Eisenbüttler Straße dringend notwendig ist. Der Rat der Stadt hat sich dieser Ansicht angeschlossen und wird Sorge tragen, daß in Zukunft eine geeignete Beleuchtung der Straße beschafft wird.

Dem Antrage stimmt die Versammlung zu.

7. Antrag Stegmann, betreffend die Freigabe größerer Räume in städtischen Gebäuden zur Abhaltung von Versammlungen.

Stadtv. **Wahrendorf**: In der letzten Versammlung hat Herr Stegmann folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die in städtischen Gebäuden vorhandenen größeren Räume den politischen Parteien und den sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassenden Vereinen zur Abhaltung von Versammlungen frei zur Verfügung zu stellen.“ Dieser Antrag hat dem Rechtsausschusse vorgelegen, und wir haben versucht, dort Mittel und Wege zu ersinnen, um diesem Antrage gerecht zu werden. Es ist von vornherein klar, daß es nicht ganz leicht ist, diesem Antrage ohne weiteres gerade in jetziger Zeit zuzustimmen. Als größere Räume sind in den Händen der Stadt zunächst die Turnhallen, die, wie wir vorhin gehört haben, schon für andere Zwecke in Anspruch genommen sind. Die Turnvereine und andere Vereine, die sich mit Körperpflege befassen, wollen die Turnhallen zurückhaben, und so ist auf die Turnhallen nicht viel zu rechnen, so daß etwas anderes geschaffen werden müßte. Für Versammlungszwecke würden die Turnhallen auch sowieso nicht gut

geeignet sein, denn es fehlt dort meist an Sitzgelegenheiten und sonstigen Einrichtungen, die für eine Versammlung nötig sind. Sie sind auch zum großen Teil nicht mit Licht versehen, und die Feuerungsnot ist groß, so daß sie nicht genügend beheizt werden könnten. Aus allen diesen Gründen schienen für den Rat der Stadt und für uns die Turnhallen als Versammlungsräume ausfallen zu müssen. Demgegenüber wurde bemerkt, daß wir einige Säle besitzen, nämlich die Aula in der Oberrealschule, die im Lyzeum und den Altstadttrathausaal. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Säle nicht allzu gut sich für größere Versammlungen eignen; für Volksversammlungen reichen sie bei weitem nicht aus, während sie für kleine Versammlungen hinreichend und zweckdienlich sein würden. Es wurde dagegen vom Herrn Antragsteller angeführt, daß ja die ganz großen Versammlungen nicht in Frage kämen, sondern nur Vereinsversammlungen und dergleichen. In dieser Beziehung hat uns der Rat der Stadt mitgeteilt, daß der Allgemeine Konsumverein Braunschweig zu seinen Versammlungen den Altstadttrathausaal in Anspruch nehmen kann und auch schon in Anspruch genommen hat — das möchte ich hier unterstreichen. Es wird gesagt, daß es auch noch andere Vereinigungen gibt, die diese Unterstützung bekommen. Dann wurde über den Ausbau der Reitbahn hinterm Schlosse gesprochen; es ist das ein schöner großer Raum, welcher sich entsprechend herstellen läßt. Zu berücksichtigen ist dabei aber, daß die Kosten des Baues heute kolossal ins Gewicht fallen. Es ist geplant worden, die Reitbahn und den Reitstall eventuell zu einem Theater umzubauen oder auch zu einem kinoartigen Vorstellungsraum, in dem anständige Kinovorführungen vorgenommen werden. Die Ausführung eines Theaterbaues in der Reitbahn würde kolossale Kosten verlangen, wenn sie den Einrichtungen entsprechen sollte, wie jetzt die Theater eingerichtet sind, aber man glaubt, nicht so ausgiebig vorgehen zu müssen. Jedenfalls liegt für die nächste Zeit der Plan vor, derartige Einrichtungen, wodurch den Vereinen die Möglichkeit gegeben wird, dort Versammlungen abzuhalten, vorzunehmen. Erwähnt wurde bei dieser Gelegenheit, daß man an den Bau einer Stadthalle in Anbetracht der hohen Kosten vorläufig nicht denken kann. Das wurde allseitig anerkannt. Das Ergebnis der Vorberatung ist das gewesen, daß der Rat ersucht werden soll, nach Möglichkeit die in Frage kommenden Räume den politischen oder anderen sonstigen Vereinen zur Verfügung zu stellen. Wie das ausgeführt werden soll, wie der ganze Apparat arbeiten wird, an wen man sich wenden muß, um derartige Räume zu erhalten, und wer für die Räume verantwortlich ist, wenn sie durch Versammlungen in Anspruch genommen werden, darüber kann ich nichts berichten, und darüber hat auch der Herr Antragsteller nichts verlauten lassen, so daß man sich ein Bild davon nicht machen kann, wie er sich das gedacht hat. Der Rechtsausschuß hat be-

schlossen, es dem Räte der Stadt zu überlassen, der Anregung des Herrn Stegmann nach Möglichkeit Folge zu geben.

Stadtv. Marth: Der Antrag des Herrn Stegmann wird von meinen Freunden begrüßt, nicht etwa deshalb, weil wir die von der Stadt gewünschten Räume benutzen wollen, um Volksversammlungen abzuhalten, sondern wir haben geglaubt, in diesen Räumen für kleinere Kreise belehrende und wissenschaftliche Vorträge halten zu können. Es ist wohl kein Geheimnis, daß es in Braunschweig nicht mehr möglich ist, zu diesem Zwecke irgend einen Raum von den Wirten zu erhalten, denn sämtliche geeigneten Räume sind als Vergnügungsstätten und für die Kinos festgelegt. Deshalb wäre es notwendig, daß die Stadt die Schulen und andere Räume zur Verfügung stellt, damit solche Versammlungen abgehalten werden können. Es ist nicht gesagt, daß nur die politischen Parteien diese Räume haben sollen, aber es ist nötig, daß man für Bestrebungen, die belehrend und wissenschaftlich wirken, die im Interesse der Öffentlichkeit und der Parteien liegen, städtische Räume zur Verfügung stellt. Deshalb sind meine Freunde für diesen Antrag, und ich bitte den Rat der Stadt, dafür Sorge zu tragen, daß solche Räume uns weitgehend zur Verfügung gestellt werden.

Stadtv. Stegmann: Ich freue mich, daß mein Antrag sowohl im Rechtsausschuß wie auch hier Anerkennung findet. Es sind allerdings auch Bedenken gegen die Hergabe des Altstadtrathausaales erhoben worden, aber ich habe ja schon in der vorigen Sitzung bei der Begründung meines Antrages ausgeführt, daß selbstverständlich große Volksversammlungen für die städtischen Räume nicht in Frage kommen, sondern daß von den verschiedenen Parteien, wenn es sich um Wahlversammlungen handelt, bei denen Tausende von Besuchern zu erwarten sind, selbstverständlich die bisher benutzten Säle im Konzerthause, im Reglerheim usw. in Anspruch zu nehmen sind. Es handelt sich bei meinem Antrage um Vereinsversammlungen, um Versammlungen der politischen Parteien und Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Selbstverständlich bin ich nicht dagegen, daß auch anderen Vereinen, die sich mit nützlichen Dingen befassen, ebenfalls städtische Räume überlassen werden, nur würde es zu weitgehend sein, wenn man sie alle berücksichtigen wollte — so viele Räume stehen der Stadt nicht zur Verfügung. Was den Altstadtrathausaal anbetrifft, so ist auf Vorgänge hingewiesen, bei denen ein fürchterliches Gedränge stattgefunden hat — ich weiß nicht, um welche Versammlung es sich gehandelt hat —, so daß Lebensgefahr für die Besucher vorhanden gewesen ist, zumal der Saal nur einen Ausgang hat. Solche Vorkommnisse können nicht dahin führen, daß wir sagen: Wir geben den

Saal nicht her. Es könnte vorgeschrieben werden, welche Besucherzahl zugelassen werden soll, dann ließe sich die Sache sehr wohl machen. Auch die Bedenken, die gegen die Hergabe der Aula des Lyzeums ausgesprochen wurden, teile ich nicht — es soll dort ein kostbarer Flügel stehen —, denn ich bin der Meinung, daß der benutzende Verein dafür verantwortlich ist, daß kein Unfug in den übergebenen Räumen vorgenommen wird. Eine solche Verpflichtung ist selbstverständlich, und es wird auch nichts Schlimmes passieren. Ich hatte übrigens geglaubt, daß auch in den Bürgerschulen jedesmal eine Art Aula vorhanden ist, die benutzt werden könnten, es ist aber vom Herrn Stadtrat Schaper erklärt worden, daß das nicht der Fall sei. Wenn wir aber die drei vorhandenen Säle in Betracht ziehen und das Projekt ausgeführt wird, das vorgetragen ist und das wir mit Freuden begrüßen — die Einrichtung des Reitbahnsaales, der 1200 Personen zu fassen vermag —, dann wird dem dringendsten Bedürfnis abgeholfen sein.

Ich freue mich, daß niemand von Ihnen auf den Schrei der Gastwirte eingegangen ist. Sie führen aus, daß sie sich in der größten Not befinden, und bitten dringend, meinen Antrag abzulehnen. Wenn es so wäre, wie die Gastwirte schreiben, dann wären wir zu dem Antrage nicht gekommen. Auch Herr Marth hat ausgeführt, daß tatsächlich eine Kalamität in Versammlungssälen vorhanden ist. Die Gastwirte erklären uns immer, sie verdienten an unsern Versammlungen nichts; Getränke würden kaum abgenommen, so daß sie die Mieten immer höher schrauben müssen. Dazu kommt die teure Beleuchtung und Heizung, so daß sie tatsächlich nichts verdienen. Wenn das der Fall ist, können sie zufrieden sein, daß wir sie gar nicht mehr belästigen. Übrigens steht es nach wie vor den Vereinen frei, soweit sie von den Wirten Säle bekommen können, diese zu benutzen. Es ist tatsächlich Not an Lokalen für die minderbemittelten Vereine vorhanden, und ebenso nahe wie die Gastwirte steht der Stadt auch die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen und ihm zur Verwirklichung zu verhelfen.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor, und gegen den Antrag hat sich niemand ausgesprochen. Ich nehme deshalb das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Rechtsausschusses an.

8. Bewilligung einer außerordentlichen Beihilfe an den Arbeiter-Samariterbund.

Stadtv. Schmerbach: Der Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Braunschweig, hat sich in einem Schreiben an den Rat der Stadt mit der Bitte gewandt, ihm in

diesem Jahre wieder wie im vorigen Jahre einen Zuschuß zur Unterhaltung seiner nützlichen Einrichtungen in Beziehung auf das Kranken- und Sanitätswesen überhaupt zukommen zu lassen. Er ersucht darum, ihm in diesem Jahre im Gegensatz zu dem vorigen Jahre, wo er 300 *M* bekommen hat, 1000 *M* bewilligen zu wollen. Der Rat der Stadt hat zur Prüfung der Angelegenheit sich an die Vorsteherin des städtischen Wohlfahrtsamtes gewandt, und diese, die Schwester Fräulein Peters, hat dem Antrage insofern zugestimmt, daß sie vorschlägt, dem Arbeiter-Samariterbund wie im vorigen Jahre 300 *M* zu bewilligen und außerdem noch 300 *M* für Veranstaltung eines Krankenpflegekursums. Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Materie beschäftigt und ist zu dem Beschlusse gekommen, statt der gewünschten 1000 *M* dem Samariterbund für dieses Jahr 500 *M* zu bewilligen. Es ist dem Samariterbund dabei offen gelassen, sich in den Beträgen für die beabsichtigten Kurse noch an die Ortskrankenkasse zu wenden, die jedenfalls dafür Interesse haben dürfte. Der Finanzausschuß ist nicht auf die ganze Höhe der Bewilligung eingegangen, weil sicherlich durch Nachbewilligungen für diese Kurse die ganze Summe doch noch erreicht werden würde. Es kommt noch in Frage, daß nicht allein der Arbeiter-Samariterbund von der Stadt unterstützt wird, sondern noch drei oder vier andere ähnliche Vereinigungen. Der Rat der Stadt hat diesen Vereinigungen je nach der Zahl ihrer Mitglieder in einem bestimmten Rahmen Beträge bewilligt, so daß eine Gleichheit in den Unterstützungen gegeben ist. Der Finanzausschuß ersucht die Versammlung, diesem seinem Beschlusse zuzustimmen und die 500 *M* zu bewilligen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß der erweiterte Vorschlag, der vom Finanzausschuß ausgeht, vom Räte der Stadt in keiner Weise beanstandet werden wird, im Gegenteil wird anerkannt werden müssen, daß in einer Zeit, in der in gesteigertem Umfange die Inanspruchnahme der Hilfe der Gemeinden und anderer Verbände stattfindet, es höchst erfreulich ist, wenn aus eigener Kraft die Beteiligten derartige Veranstaltungen treffen und nur in bescheidenem Umfange die Hilfe der Gemeinde dafür in Anspruch nehmen. Wir wollen uns freuen, daß sich die Vereinigung in dieser Weise entwickelt hat. In ihrer finanziellen Selbständigkeit wird sie, wenn wir ihr 500 *M* gewähren, gesichert sein und sich ferner betätigen können auf dem Gebiete, welches sie sich zum Arbeitsfelde gewählt hat.

Die 500 *M* werden dem Arbeiter-Samariterbund bewilligt.

9. Ersatzwahl von Beisitzern des Einigungsamtes für Kleingärten und Kleinpachtland.

Stadtv. **Stegmann:** In der Sitzung der Stadtverordneten vom 25. September 1919 sind als Beisitzer des Einigungsamtes für Kleingärten und Kleinpachtland auch die Herren Stadtv. Reißner und Korrektor Warlich gewählt worden. Diese beiden Herren bitten um Entlassung aus diesem Amte mit der Begründung, sie seien durch ihre berufliche Tätigkeit gehindert, an den Sitzungen des Einigungsamtes teilzunehmen. Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen, diesem Wunsche der beiden Herren nachzukommen, und schlägt an ihrer Stelle die Herren Finanzrevisor Bösche, Raabestraße 24, und Kaufmann Fritz Pape, Broigemer Straße 27, vor. Der Rechtsausschuß bittet, diese beiden Herren an Stelle der Auscheidenden zu wählen.

Die Versammlung stimmt der Wahl der beiden Genannten zu.

10. Kanalanalisierung der Kreuzstraße zwischen Altstadtring und Gabelsbergerstraße.

Stadtv. **Rasche:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt ein Antrag des Rates vor, die Kreuzstraße zwischen dem Altstadtringe und der Gabelsbergerstraße zu kanalisieren. Es ist dort ein alter Kanal vorhanden, der aber den Anforderungen nicht genügt, indem er zu hoch liegt und infolgedessen die Höfe und Keller der berührten Straßen nicht ordnungsmäßig entwässert werden können. Da man augenblicklich damit beschäftigt ist, in den Straßen nördlich der Kreuzstraße den verlängerten Altstadtring zu kanalisieren, so würde es passend sein, im Anschluß daran gleich dieses Stück der Kreuzstraße aufs neue zu kanalisieren. Die Baukosten sind schon einmal für das Jahr 1919/20 mit 76 000 M in den Haushaltsplan eingestellt gewesen und erscheinen für das Jahr 1920/21 unter Kapitel A II 4 der Kanalbaukasse in Höhe von 110 000 M. Der gegenwärtige Kostenanschlag, der unter Zugrundelegung der augenblicklich gültigen Materialpreise und Löhne aufgestellt ist, beläuft sich auf 135 000 M. Es muß also heute eine bedeutend höhere Summe bewilligt werden als früher. Das Tiefbauamt weist noch darauf hin, daß bei Ausführung des Projektes diejenigen Leute, die augenblicklich mit der Kanalisierung der Straßen 327 und 328 beschäftigt sind, gleich weiterarbeiten können, während sie andernfalls entlassen werden müßten. Der Rat der Stadt empfiehlt den Stadtverordneten, die Ausführung des Projektes zu genehmigen und die Kosten zu verwilligen. Die Baukommission, welche sich eingehend mit der Sache beschäftigt hat, gibt Ihnen anheim, dem Ratsantrage zuzustimmen.

Stadtv. **Frede:** Es ist ja eine erhebliche Ausgabe, die der Stadt durch diese Neukanalisation erwächst, aber trotzdem kann ich die Ausführung der Arbeit nur empfehlen. Aus eigener Anschauung kenne ich die Übelstände, die durch die falsche Lage des alten Kanals hervorgerufen wird. Bei andauerndem Regen stehen die Grundstücke unter Wasser, und in den Wajchküchen muß das Schmutzwasser in Eimern hochgehoben werden, um es in die Standrohre zu gießen. Sowohl mit Rücksicht auf die weitere Beschäftigung der Arbeitskräfte wie auch mit Rücksicht auf die dringend notwendige Behebung des Übelstandes bitte ich um Genehmigung der Vorlage.

Die Versammlung stimmt der Ausführung des Projektes zu und bewilligt die Mittel.

11. Neuwahl von Mitgliedern des Überwachungsausschusses zur Bekämpfung der Spargelschädlinge, des Franzosenkrautes und der Seidenpflanze.

Stadtv. **Jahns:** Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet:

„Vor dem 1. April dieses Jahres sind die Mitglieder des Überwachungsausschusses zur Bekämpfung der Spargelschädlinge, des Franzosenkrautes und der Seidenpflanze neu zu wählen. Wir ersuchen ergebenst, die Wahl vorzunehmen. Von den Vorständen der Feldmarksgemeinden werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Altwiek: Lotterieceinnehmer Wilhelm Basilius, Gärtner Karl Löhr, Gärtner Friedrich Wolters,

2. Hagen: Gärtner August Ohm, Gärtner Andreas Saue, Gärtner Fr. Scholkemeyer (dieser letzte Herr ist neu zu wählen),

3. Neupetritor: Rentner Hensel, Landwirt Franz Drewes, Kaufmann Gustav Brandes,

4. Altpetritor: Kunstgärtner Rischbieter, Gärtner Hermann Mittendorf, Landwirt Karl Schlüter (Neuwahl),

5. Hohetor: Fabrikant Karl Oppermann, Kassierer Friedrich Bunge, Landwirt H. Mittendorf,

6. Wilhelmitor: Landwirt Otto Heinemann, Gärtner Wilh. Bues (Neuwahl), Kaufmann Hermann Oppermann.“

Der Rat hat Einwendungen gegen diese Personen nicht zu erheben, und namens des Rechtsausschusses empfehle ich Ihnen, die Genannten zu wählen.

Die Versammlung stimmt der Wahl der Genannten zu.

Vorsigender: Die Beratung der Einführung einer Luftbarkeitssteuer fällt aus, da die Sache noch nicht genügend vorberaten ist.

12. Änderung des Ortsbauplanes für die Gegend nordöstlich des Westbahnhofes.

Stadtv. Reizner: Aus Anlaß einer in Aussicht genommenen umfangreichen Vergrößerung und Verschiebung der Bahnanlagen des Westbahnhofes ist eine Neubearbeitung des Ortsbauplanes für das Gebiet zwischen der Broitzemer Straße, Landeseisenbahn, Weststraße und Juliusstraße vorgenommen worden. Das vom städtischen Tiefbauamte ausgearbeitete Projekt hängt dort aus. Im wesentlichen läuft die Veränderung darauf hinaus, daß — wie der Bericht des Tiefbauamtes sagt — die verlängerte Luifenstraße stark nach Südwesten geschoben wird, damit sie vor dem geplanten Empfangsgebäude des Westbahnhofes mündet. Dabei wird eine starke Verkleinerung des Platzes 454 und außerdem die Aufhebung der verlängerten Birchowstraße vorgesehen. Dann ist eine 16 Meter breite Straße parallel zur Landeseisenbahn bis zum Empfangsgebäude in Aussicht genommen, welche in südlicher Richtung ihre Fortsetzung in einer 17 Meter breiten Straße bis zur Weststraße finden soll. Schließlich ist noch an Stelle des fortfallenden Spielplatzes ein anderer Spielplatz auf dem Gelände der Tongrube, das zu Baulätzen nicht zu verwerten ist, in Aussicht genommen. Der an der Landesbahn gelegene Teich westlich der Tongrube, der mit der in demselben befindlichen Insel landschaftlich sehr reizvoll wirkt, wird leider nicht erhalten werden können, weil das Gebiet des Teiches mit in das Bahngelände hineingezogen werden muß. Für diese Wasserfläche kann auch kein Ersatz geschaffen werden. Das Tiefbauamt hatte zwar in einem Projekt B in der Verlängerung der südlichen Achse des Spielplatzes ein Wasserbecken vorgesehen, aber die Ortsbauplandeputation, die in mehreren Sitzungen sich mit diesen Plänen eingehend beschäftigt hat, ist der Meinung, daß in der jetzigen Zeit für derartige Sachen kein Geld vorhanden sei. Die Polizei hat dem ausgehängten Plane zugestimmt, nur hat sie die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehle, für die Zugangsstraße zum neuen Empfangsgebäude des Westbahnhofes nach der Luifenstraße unter Fortfall der dort unzumutbar erscheinenden Vorgärten und mit Rücksicht auf die dort zu legenden doppelten Straßenbahngleise von vornherein eine Breite von 25 Metern vorzusehen. Dagegen machte das Tiefbauamt darauf aufmerksam, daß die Dankwardstraße, die einen viel regeren Verkehr aufzunehmen hat, als für die neue Verbindungsstraße zu erwarten ist, auch nur eine

Breite von 20 Metern hat und hier neben den Straßenbahngleisen noch ausreichend Raum für zwei Fuhrwerke verbleiben würde.

Der Bauausschuß hat den Plan eingehend geprüft und empfiehlt Ihnen die Annahme der Änderung des Ortsbauplanes, wie sie auf dem ausgehängten Plane bezeichnet ist.

Die Änderung des Ortsbauplanes wird genehmigt.

13. Einrichtung einer Volksspeiseanstalt im Hause An der Katharinenkirche Nr. 3.

Stadtv. **Miete:** Meine Damen und Herren! Die Frauengruppe für soziale Arbeit plant die Herrichtung einer weiteren Volksspeiseanstalt, die in dem städtischen Hause An der Katharinenkirche 3 untergebracht werden soll. Sie wissen alle, daß in einer der vorigen Sitzungen von Herrn Genzen der Antrag auf Errichtung einer Volksspeiseanstalt eingebracht war, wie solche in Hildesheim in vollkommener Weise besteht, und daß zur Besichtigung der Hildesheimer Einrichtungen eine Kommission nach dort gefahren ist. Bei der Beratung des Antrages hat man sich auf den Standpunkt gestellt, für Braunschweig solche Einrichtungen nicht zu zentralisieren, und auch nicht kostspielige Bauten aufzuführen. Neben den bestehenden Anstalten in der Petersilienstraße, am Wendentore und an anderen Stellen soll nun auch in diesem Hause An der Katharinenkirche, wo früher die Brodensammlung untergebracht war, da diese Räume jetzt frei werden, eine neue kleine Volksspeiseanstalt eingerichtet werden. Raum für die Küche und die nötigen Einrichtungen zum Einnehmen des Essens sind vorhanden, außerdem auch Räume zum Aufbewahren der Materialien und der Geräte. Sollte es sich herausstellen, daß diese Räume zu klein werden, dann könnte in Aussicht genommen werden, in dem angrenzenden Hause im Erdgeschoß die Räume des städtischen Arbeitsamtes hinzuzunehmen. Seitens der Vorsteherin der Anstalt, Frau Professor Göke, ist an den Rat der Stadt das Ersuchen gerichtet, Miete für Hergabe der fraglichen Räume nicht zu erheben, und außerdem auch für die Räume in der ersten Etage, wo die Wirtschaftlerin untergebracht werden soll, auf Miete zu verzichten. Der Rat der Stadt ist gewillt, auf dieses Gesuch einzugehen, und richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich mit der Übernahme der Baukosten im Betrage von 2000 M einverstanden zu erklären — wobei natürlich die innere Einrichtung nicht mit einbegriffen ist — und auch zuzustimmen, daß auf Erhebung einer Miete verzichtet wird. Dem Wunsche auf Zuweisung von Tischen, Stühlen und Bänken kann einstweilen nicht entsprochen werden, es wird jedoch erwartet, daß, wenn an anderer Stelle Stühle und Bänke vorhanden

sind, die nicht nötig sind, sie der neuen Speiseanstalt zur Verfügung gestellt werden. Ich bitte namens des Bauausschusses, den Anträgen des Rates zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem durch die Baukommission empfohlenen Antrage des Rates an.

Stadtv. **Munte** übernimmt den **V o r s i t z**.

14. Erhöhung der Gaspreise.

Stadtv. **Frede**: Ein trauriges altes Lied: Die Löhne werden höher, die Kohlen werden teurer, alles wird teurer, und so auch das Gas. Den Gaspreis haben wir schon zu verschiedenen Malen erhöhen müssen, und es ist nicht überraschend, wenn der Rat jetzt wieder mit dem Antrage auf eine Erhöhung kommt, und dieses Mal mit einer beträchtlichen. Die Erhöhung des Gaspreises müßte eigentlich bei den hohen Selbstkosten so groß sein, daß man erschrecken müßte, und deshalb hat man die Kosten in der Weise verteilt, daß der Koks die Hälfte und das Gas die andere Hälfte der höheren Kosten der Gaserzeugung zu tragen hat. Immerhin wird der Preis für das Kubikmeter Gas auf 80 Pfennig gesetzt werden müssen; dagegen hilft kein Murren, wir müssen die Pille schlucken.

Sodann ist in der Vorlage des Rates von den Gasautomaten die Rede. Die Herrschaften wissen, daß bisher der Preis für Automatengas um 3 Pfennig höher war als der Preis des durch Messer gegangenen Gases. Nun hat es sich bei den ständigen Erhöhungen des Preises für Gas als unhaltbar herausgestellt, die Münzgasmesser in Gebrauch zu behalten, und es ist deshalb auf eine Maßregel Bedacht genommen, wodurch die Abnehmer des Automatengases veranlaßt werden, auf diese Einrichtung zu verzichten, und die Berechnung des Gasverbrauchs wie bei den andern Abnehmern durch Gasmesser vor sich gehen zu lassen. Das würde zur Folge haben, daß sie den Aufschlag nicht weiter zu bezahlen brauchen, aber sie müssen dann auch die seinerzeit von der Stadt gelieferten Beleuchtungs- und Kocheinrichtungen übernehmen. Um die Abnehmer des Automatengases zu veranlassen, zu der andern Einrichtung überzugehen, beantragt der Rat einerseits, daß für Abgabe von Automatengas nicht mehr ein Aufschlag von 3 Pfennig, sondern jetzt von 10 Pfennig für das Kubikmeter, also ein Preis von 90 Pfennig gefordert wird. Andererseits aber soll den Leuten zugestanden werden, daß sie die ihnen gelieferten Einrichtungen zu sehr günstigen Bedingungen erwerben können. Schon bei Zahlung von abschlägig 15 *M* auf den Kaufpreis für die Einrichtungen (der im Höchstfall 42 *M* beträgt) soll das Gas zu dem gewöhn-

sichen Preise abgegeben werden, und zwar von der letzten Messerstandsaufnahme an. Ein weiterer Vorteil des Eingehens der Abgabe von Automatengas besteht darin, daß das für die Automaten zurückgehaltene Kleingeld wieder frei wird — wir haben uns in der letzten Stadtverordnetenversammlung über die Kalamität, die auf diesem Gebiete herrscht, ja genügend unterhalten. Es wird berechnet, daß rund 25 000 Zehnpfennigstücke durch diese Maßnahme frei werden.

Der Antrag des Rates geht dahin, zuzustimmen, daß 1. der Gaspreis auf 80 Pfennig und der für Automatengas auf 90 Pfennig für das Kubikmeter erhöht wird, und 2. den Inhabern von Gasautomaten schon bei Anzahlung von 15 *M* auf den Preis der von ihnen angekauften Einrichtungsstücke das Gas bereits von der letzten Messerstandsaufnahme an ohne Aufschlag geliefert wird.

Die Finanzkommission empfiehlt, diesen Anträgen zuzustimmen.

Stadtv. Marth: Es ist bekanntlich seitens der Direktion des Lichtwerkes an die Automatenbesitzer schon einmal die Aufforderung ergangen, die Einrichtungsgegenstände, die vom dem Lichtwerk geliefert sind, den Gaskocher und die Lichtanlage, zu erwerben und den Preis des verbrauchten Gases dann nach dem Gasmesser zu bezahlen. Dieser Aufforderung sind derzeit sehr wenig Abnehmer nachgekommen, und so mußte von der Deputation, wenn die Gasautomaten verschwinden sollen, gewissermaßen ein kleiner Zwang ausgeübt werden. Deshalb ist man dazu übergegangen, den Preis für das Automatengas um 10 Pfennig höher zu schrauben. Um größere Kosten handelt es sich bei der Übernahme nicht; die ganze Summe, die für die Übernahme bezahlt werden muß, wird bei kleineren Leuten sich auf 14—20 *M*, höchstens auf 25 *M* belaufen. Die Aufgabe des Automatenbetriebes ist vorteilhaft für die Stadt und für die Abnehmer: wir bekommen das für die Automaten zurückbehaltene Kleingeld wieder in den Verkehr, und den jetzigen Automatenbesitzern kann das Gas ohne Aufschlag geliefert werden. Wenn man aber nicht diesen gelinden Zwang ausüben würde, so würden schon aus Bequemlichkeitsrücksichten diese Anschaffungen durch die Abnehmer nicht erfolgen, und wir würden dauernd mit einer Anzahl Gasautomaten arbeiten müssen. Ich bitte Sie, aus diesen Gründen dem Antrage zuzustimmen.

Die beiden Anträge des Rates werden gemäß dem Vorschlage des Finanzausschusses angenommen.

15. Anfrage Marth über die Ankäufe hiesiger Grundstücke durch Ausländer und eventuell mögliche Maßnahmen gegen den Wucher mit Grundstücken.

Wortlaut des Antrages f. S. 1079.

Stadtv. Marth (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen allen bekannt geworden sein, daß auch in der Stadt Braunschweig Ausländer sich bemühen, Grundstücke in verschiedenen Gegenden der Stadt anzukaufen, und zwar nicht etwa ein Grundstück zur eigenen Benutzung, sondern mehrere Grundstücke. Es sind anscheinend Agenten dafür tätig, um Deutschland, das jetzt keine anderen Werte mehr hat, den Grund und Boden wegzukaufen. Bedenklich erscheint die Sache in zweierlei Weise. Zunächst bieten diese Ankäufer den Hausbesitzern ganz enorme Summen, es handelt sich hier um Angebote, bei denen 30—40 000 M über den Wert der Häuser zugesichert werden, und es ist logisch, daß man befürchten muß, daß dadurch der Wert der Häuser im allgemeinen gesteigert und dadurch wieder die Mieten erhöht werden. Man müßte darauf hinweisen, daß das Mieteneinigungsamt hierauf besonders sein Augenmerk richtet, indem bei Entscheidungen, die über Mieten in solchen Häusern zu fällen sind, tatsächlich der Wert von 1914 zugrunde gelegt wird und nicht etwa der Wert, wie er jetzt hochgeschrieben werden soll. Ein anderes Bedenken liegt darin, daß diese Ausländer mit ausländischem Gelde bezahlen, und so diese Häuser in Wirklichkeit zu einem kleinen Betrage erworben werden. Ob nicht später dabei ein großer Nachteil herauskommt, daß Grundstücke, die wir uns erhalten müssen, von den Agenten aufgekauft werden, um nachher Geschäfte zu machen, müßte geprüft werden. Ich frage deshalb den Rat der Stadt: Ist etwas dagegen zu tun, indem man diesen Leuten vielleicht das Handwerk in der Weise legt, daß man die Verkäufe genehmigungspflichtig macht, oder indem man den Mehrwert, den die Verkäufer aus dem Grund und Boden herauswirtschaften, ganz bedeutend zur Steuer heranzieht oder tunlichst ganz wegsteuert? Es wird in dieser Sache tatsächlich nur **H a n d e l** mit Häusern getrieben, aber keine **L e i s t u n g** geboten. Ich möchte fragen, ob es möglich ist, dem Treiben dieser Händler Einhalt zu tun.

Stadtrat von Franckenberg: Der Rat der Stadt hat nicht ohne Sorge dieselben Beobachtungen gemacht, die den Herrn Anfragesteller zu seiner beachtenswerten Anregung geführt haben. Derartige Verkäufe haben sich im Laufe der letzten Zeit in bedenklicher Weise auch in unserer Stadt vollzogen und sind auch augenscheinlich noch in Entwicklung begriffen. Es ist allen Ernstes die Frage zu erwägen, inwieweit die uns zustehenden Rechte ausreichen, um derartigen Machenschaften einen Riegel vorzuschieben. Auch die Regierung hat in einer Zuschrift, die an uns in einer Steuerangelegenheit gelangte, unsere Aufmerksamkeit auf diese Sache zu lenken versucht, obwohl wir sie selber schon im Räte besprochen hatten. Nach der Reichsgesetzgebung könnte an und für sich von uns aus

ein derartiger Eigentumsübergang in keiner Weise gehindert werden, und nur die allgemeinen steuerrechtlichen Vorschriften bieten uns eine Handhabe. Da sind wir allerdings auf Grund der Bestimmungen über die Zuwachsteuer in der Lage, daß wir einen mittleren oder höheren Gewinn ziemlich stark durch die Zuwachsteuer heranziehen können. Sollten sich in der Zukunft die jetzigen, immerhin in bescheidenen Grenzen bis zu etwa einem Drittel des Gesamtgewinns sich haltenden Sätze der Zuwachsteuer als zu gering erweisen, so würden wir zu Erhöhungen schreiten können. Ich glaube, diese Erscheinung in den Aufkäufen von Grundstücken ist so bedauerlich und so allgemein verbreitet — nicht nur in der Stadt Braunschweig, sondern besonders in den westlichen Gebieten, wo das Eindringen derartiger schädlicher Elemente sich stärker als bei uns bemerkbar macht —, daß die Reichsregierung und die Landesregierungen alle Ursache haben werden, rechtzeitig einzugreifen, denn wir hier würden angesichts der gesetzlichen Vorschriften zu einer Verhinderung der Ankäufe nicht in der Lage sein. Man wird — und das ist das Erfreuliche bei der Anfrage und der Antwort, die ich zu erteilen habe — mit aller Entschiedenheit auch der hiesigen Einwohnerschaft es vor die Seele stellen müssen, welche Verjüngung an dem deutschen Vaterlande, an der deutschen Volkswirtschaft und dem Gedeihen des einzelnen sich durch die Verkäufe von Grundstücken an Ausländer ergibt. Wir wollen uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß derartige Mahnungen nichts nützen. Ich habe zu dem gesunden Sinne unserer Bürgerschaft und aller deutschen Kreise das Vertrauen, daß ich glaube, wenn man rechtzeitig an dieser Stelle vor der großen Gefahr warnt, sich die in Frage kommenden Leute nicht die Scheuklappen verbinden werden. Der Krach auf dem Grundstücksmarkt würde unvermeidlich sein, wenn diese Entwicklung in der in den letzten Monaten beobachteten Weise fortschreiten sollte. Wie ich weiß, hat der Haus- und Grundbesitzerverein seine Aufmerksamkeit schon auf diesen Punkt gelenkt und ist voller Sorge dieser Entwicklung gefolgt. Ich glaube, es werden auch von dieser Seite heute in der einen oder andern Weise Erklärungen abgegeben werden, die, wenn auch nicht beruhigend, so doch belehrend wirken werden für solche Leute, die in der Gefahr sind, sich verlocken zu lassen. Ich würde mich freuen, wenn solche Worte fallen sollten.

Die Versammlung beschließt Besprechung der Anfrage.

Stadtv. Frede: Es ist sicher, daß es auch unter den Hausbesitzern Leute gibt, die den Gelderwerb über alles schätzen. Aber im allgemeinen können sich die geehrten Herrschaften darauf verlassen, daß wenigstens der organisierte Grundbesitz dahin wirken wird, daß den materiellen Interessen unter Preisgabe höherer Interessen zu sehr nachgegeben wird. Im übrigen sorgt das Mieteinigungsamt

schon dafür, daß der Gewinnucht auf diesem Gebiet ein Dämpfer aufgesetzt wird. Ich will als Beispiel nehmen, daß für ein Haus mit einem Wert von 50 000 *M* jetzt 100 000 *M* bezahlt werden, und daß als Folge davon versucht wird, die Mieten in die Höhe zu schrauben. Dann sagt das Mieteinigungsamt: Für uns ist niemals maßgebend der Preis, der gezahlt ist, sondern der reelle Wert. Wir berechnen stets den Friedenspreis, und danach werden die Mieten festgesetzt. — Eine Gefahr besteht aber in dem systematischen Vorgehen der Ausländer auf Erwerb deutscher Grundstücke an sich, nicht um höhere Mieten zu erzielen, sondern Einfluß zu gewinnen, und dies soll allerdings in den besetzten Gebieten, besonders in den rheinischen Gebieten, wie ich von Köln Nachricht bekommen habe, in bedrohlicher Weise nach der törichten Einführung von Höchstmieten von seiten des Ministers Stegerwald der Fall sein. Ich glaube aber nicht, daß man hier so töricht vorgehen wird. — Jedenfalls handelt es sich bei uns nur um Ausnahmen, und solche werden es bleiben.

Stadtv. **Schmidt:** Daß auch hier diese bedauerliche Erscheinung der Hausverkäufe an Ausländer sich zeigt, darüber kann man den Ausländern kaum Vorwürfe machen. Die Vorwürfe gebühren denen, die auf die Angebote der Ausländer eingehen. Wenn ich mich weigere, mein Grundstück an Ausländer herzugeben, dann können es diese Aufkäufer nicht erhalten, sie mögen bieten, was sie wollen. Es ist bezeichnend, daß es sich um Häuser auf der Kaiser-Wilhelm-Straße handelt, um Grundstücke, die wohlhabenden Leuten gehören. Das sind die Leute, die während des Krieges die Worte prägten: „Gott strafe England! Nieder mit den Ausländern!“, die alles abgekauft wissen wollten, was den Akzent des Auslandes in sich schloß. Hier sieht man, daß ihr Patriotismus aufhört, wenn sie verdienen können. Wenn seitens des Herrn Stadtrat von Frankenberg in Aussicht gestellt wird, daß in einer öffentlichen Bekanntmachung auf die Gefahr solcher Verkäufe hingewiesen wird, so bin ich der Meinung, daß man damit wenig Erfolg haben wird, aber immerhin könnte es doch geschehen in der Weise, wie Herr Marth und Herr Stadtrat von Frankenberg durchblicken ließen, daß an dem Ertrag der Grundstücksspekulation und derjenigen Herrschaften, die Lust zu solchen Spekulationen verspüren sollten, die Stadt auch ihrerseits teilnehmen wird, und so von maßgebender Stelle aus die nötige Aufklärung gegeben wird. Dem, was Herr Frede über die Berechnung des Mieteinigungsamtes bei Mietsteigerungen sagte, kann ich beipflichten. Ich bin der Ansicht, daß das Wohnungsbureau ein besonders wachsames Auge auf diese Wohnungen haben müßte, indem die Mieten bei Veränderungen des Hausbesitzes in gebührender Weise unter die Lupe ge-

nommen werden und dadurch ungerechtfertigte Erhöhungen möglichst eingedämmt werden.

Stadtv. **Wilhelm Riefe** hat wieder den **V o r s i z** übernommen.

Stadtrat **von Franckenberg**: Es ist vielleicht ganz zweckmäßig, wenn man nicht nur mit einem kräftigen Appell an das gesunde moralische Bewußtsein, sondern auch mit einem etwas anderen Hinweise den Beteiligten entgegentritt, indem man denjenigen Leuten, die sich von dem Gelde blenden lassen, entgegenhält, daß man auf Heller und Pfennig den Ertrag eines derartigen Verkaufes in vollem Umfange auch bei ihnen erfassen wird. Es führt kein anderer Weg zur Veräußerung als über das Grundbuchamt, und alles, was sich da in bezug auf Grundstücksveräußerungen vollzieht, wird uns gemeldet, so daß wir den Mehrwert und das Kapital, das den gewissenlosen Verkäufern in die Hand fällt, steuerlich zu erfassen in der Lage sind. Nun bitte ich, sich zu vergegenwärtigen, daß nach der gegenwärtigen Veranlagung die Werte der Grundstücke keineswegs nach diesen geradezu exotisch schwindelhaften Kaufpreisen bemessen werden, sondern nach den mäßigen Preisen des früheren Grundstücksmarktes, so daß diejenigen, die die Grundstücke behalten, nicht zu befürchten haben, daß bei dem Reichsnotopfer und anderen Besteuerungen, die in der nächsten Zeit zu erwarten sind, ihr Grundstück zu hoch bewertet werden wird. Wer aber zu unverhältnismäßig hohem Preise an einen Ausländer verkauft, bei dem ist der Fuchs aus dem Loch hervorgekommen, und bei ihm werden wir von demjenigen Betrage, den der Verkauf gebracht hat, rücksichtslos die Steuer einziehen, so daß die angemessene Verzinsung des Kaufpreises nach den heutigen Zinssätzen in Betracht gezogen wird. Dieser Hinweis und ein solcher auf die von uns durchaus angestrebte Richtigkeit der Steuerveranlagung ist vielleicht für manchen ein stärkerer Anlaß zur Zurückhaltung von solchen Verkäufen als die vorhin ausgesprochene Erwartung, daß die meisten Leute Pflichtgefühl und moralisches Empfinden genug haben. Wir werden es nicht daran fehlen lassen, mit vollster Schärfe des Steuergesetzes die Beteiligten zu treffen.

Stadtv. **Loftmann**: Das Unwesen, das die Ausländer bei uns treiben, ist selbstverständlich scharf zu verurteilen, und es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um es zu unterbinden, aber nicht bloß das Unwesen, wie es durch die Ausländer, sondern auch, wie es durch die Deutschen selbst, und zwar durch hiesige Einwohner ausgeführt wird, die sich mit diesen Hauskäufen und Verkäufen befassen. Es wird geradezu Wucher und sozusagen Schleichhandel mit Häufernverkäufen getrieben. Es ist hier schon einmal zum Ausdruck gebracht, daß

manche Häuser in einer Woche mehrmals verkauft werden und so in andere Hände übergehen. Selbstverständlich will jeder Verkäufer dabei verdienen, und so wird für Häuser zum großen Teil heute das Doppelte bezahlt, was sie an gemeinem Wert besitzen. Es wurde hier hervorgehoben, daß das Mieteinigungsamt schon darauf achten wird, daß die Mietpreise nach dem gemeinen Wert berechnet werden. Das ist nun wohl in vielen Fällen geschehen, aber in sehr vielen Fällen ist die Kontrolle über den gemeinen Wert eines Hauses schwer. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein hiesiges Haus zu einem meiner Ansicht nach sehr hohen Preise verkauft wurde und die Mieten einfach um 50 Prozent höher festgesetzt sind, als sie 1918 maßgebend waren. Wenn die Mieten so festgesetzt werden, so ist das bezeichnend dafür, daß nicht genau nachgeforscht wird, um den realen Wert der Mieten festzusetzen. Ich möchte sehr dafür sein, daß ernstlich in Erwägung gezogen wird, wie der Wucher auf dem hiesigen Grundstücksmarkte ordentlich gestaft werden kann.

Stadtv. Marth: Die Aussprache hat gezeigt, in was für einer Gefahr wir stehen. Ich möchte zu dem bisher Vorgebrachten noch hinzufügen, daß es nicht allein Wohngebäude sind, um die es sich handelt: gestern wurde mir mitgeteilt, daß von den Ausländern besonders Gasthöfe und Hotels angekauft würden. Es wäre nun die Frage aufzuwerfen, ob die Stadt sich nicht das Vorkaufsrecht sichert, damit die Grundstücke, die für die Stadt Wert haben, nicht in die Hände von Ausländern übergehen. Gestern wurde mir z. B. mitgeteilt, daß über Dannes Hotel Verhandlungen wegen Ankaufs schweben. Gefährlich wird das Ganze noch dadurch, daß die Ausländer nicht vom Auslande aus kaufen, sondern daß sie hier wohnhaft werden. Jedenfalls werden die Ausländer Agenten hier haben, die diese Käufe in Szene setzen. Ich freue mich, daß von allen Seiten dies Treiben verurteilt wurde, und besonders, daß Herr Stadtrat von Frankenberg durch einen Hinweis auf die Steuer und einen Aufruf an das Ehrgefühl der betreffenden Einwohner den Verkäufen entgegenwirken wird. Vor allen Dingen wird aber das Mieteinigungsamt sich dieser Sache anzunehmen haben. Doch habe ich nicht das Vertrauen zu dem Mieteinigungsamte, daß es von selbst diese Sache in Angriff nimmt, sondern möchte den Rat der Stadt bitten, Richtlinien für das Mieteinigungsamt festzusetzen. Fälle, wie sie Herr Tostmann eben anführte, wo durch den Verkauf des Grundstücks die Mieten höher geworden sind, sind mir auch bekannt geworden, und solchen Treibereien muß man entgegenwirken, damit wir nicht auch noch einen Mietwucher erhalten. Es ist nicht allein der Mehrwert, der bei den Hauskäufen gezahlt werden muß, der die Mieten zu erhöhen geeignet ist, sondern schon durch die gerichtlichen Kosten werden die Häuser teurer. Wenn ein

Haus fünfmal hintereinander verkauft wird, dann hat es einen ganz andern Preis erhalten als vorher.

Stadtbaurat Gebensleben: Meine verehrten Herrschaften! Der Herr Vordredner hat gewünscht, es möchte dem Räte der Stadt ein Vorkaufsrecht auch für solche Grundstücke gesichert werden, die nicht als Wohngrundstücke anzusehen sind, und er hat dabei im besonderen Gasthöfe und ähnliche Gebäude im Auge gehabt. Ich möchte dazu erwähnen, daß die Stadtgemeinde kraft Gesetzes, nämlich des Landbeschaffungsgesetzes, ohne weiteres ein Vorkaufsrecht hat hinsichtlich aller im Stadtgebiete gelegenen Grundstücke, die nicht vorwiegend Wohnzwecken dienen. Sollte also Dannes Hotes verkauft werden, so wird die Stadt ohne weiteres Gelegenheit haben, das Vorkaufsrecht auszuüben. Dasselbe gilt für alle Gasthäuser, unbebauten Grundstücke oder Fabrikgrundstücke innerhalb des Stadtgebietes. Darüber hinaus kann sich die Stadt auf Grund dieses Gesetzes noch ein Vorkaufsrecht verschaffen auch auf alle Wohngrundstücke. Erforderlich hierzu würde nur sein, daß eine Ortsjagung darüber geschaffen und genehmigt wird; damit würde die Lücke geschlossen werden können. Es müßte dann beim Verkaufe eines jeden Grundstücks innerhalb des Stadtgebietes von dem Notar, dem Grundbuchamt oder vom Gericht eine Anfrage an die Stadt gerichtet werden, ob sie gewillt ist, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Besonders hinweisen möchte ich darauf, daß die Stadtgemeinde dann nicht etwa verpflichtet wäre, derartig phantastisch hohe Preise, Schieberpreise zu zahlen, sondern daß durch Gesetz diese hohen Preise auf ein bescheidenes Maß herabgesetzt werden können. Bisher hat der Landausschuß es nicht für notwendig gehalten, das Vorkaufsrecht auf Wohngrundstücke auszudehnen. Sollte aber dieser Unfug — als solchen kann man das Treiben bezeichnen — sich weiter ausdehnen, so würde ihm ein Riegel durch die angeführte Maßnahme vorgeschoben werden können. Auch mir sind derartige Verkäufe von Grundstücken auf der Kaiser-Wilhelm-Straße zu Ohren gekommen: der Aufkäufer ist auch persönlich bei mir im Bureau gewesen, und ich habe ihm meinen Standpunkt klargelegt. Derartige Verkäufe sind bei der jetzigen Lage der Gesetze nicht zu verhüten, solange sich Leute finden, die derartig hohe Preise von Ausländern annehmen. Wenn ich im Besitze eines solchen Hauses wäre, habe ich dem Aufkäufer gesagt, dann würde ich mein Haus nicht an einen Ausländer hergeben, selbst wenn man mir den mehrfachen Preis dafür bezahlen wollte. Es ist bedauerlich, daß es in der Stadt viele Leute gibt, die sich vom schnöden Mammon betören lassen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Wenn diese Aufkäufe von Grundstücken durch Ausländer, die selbstverständlich nur durch das unglückliche Valutaverhält-

niz hervorgerufen werden, einen Umfang annehmen sollten, daß dadurch das Wohl der Stadt gefährdet wird, dann bin ich der Ansicht, daß wir uns auf alle die Mittel, die bisher erwähnt sind, nicht beschränken. Insbesondere können wir nicht unbeschränkt mit dem Vorkaufsrecht operieren, denn wohin sollte es führen, wenn die Stadt alle Grundstücke, für die sich Liebhaber aus dem Auslande finden, aufkaufen wollte. Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen. Da wir nun den Ausländern auf Grund der zwischen dem deutschen Reiche und dem Auslande bestehenden Verträge nicht beikommen können, und da wir die hier bestehenden Gesetze nicht zuungunsten der Ausländer anwenden dürfen, so müßten wir, wenn die fremden Ankäufe bedenklichen Umfang annehmen würden, in umgekehrter Weise vorgehen und sagen: Der Bürger, der sich nicht scheut, mit dem Auslande in dieser Weise Geschäfte zu machen und damit seine Vaterstadt zu schädigen, muß einer stärkeren Besteuerung unterworfen werden. Ich bin der Überzeugung — ich habe das dem Rat der Stadt allerdings noch nicht näher vortragen können —, daß wir die Möglichkeit haben, mit der Wertzuwachssteuer die Sache zu zwingen. Ich glaube ganz gewiß, daß uns das Recht zusteht, zu sagen: Die Wertzuwachssteuer im allgemeinen haben wir soundso hoch bemessen; wird aber ein Gewinn aus Wertzuwachs durch Verkauf an Ausländer erzielt, dann besteuern wir ihn ganz besonders hoch. Das wird das richtigste und nachhaltigste Mittel sein, um den Patriotismus in dieser Hinsicht zu wecken und zu sichern. (Zustimmung.)

Stadtv. Frede: Ich bin ganz der Meinung des Herrn Oberbürgermeisters; auf diese Weise läßt sich etwas erreichen, nicht aber dadurch, daß die Stadt in die wenig beneidenswerte Lage kommt, ihren Besitz an Wohnhäusern und Baracken noch zu vergrößern. Weshalb ich aber das Wort genommen habe, ist das Folgende: Ich möchte vermieden sehen, daß in der Bevölkerung die Ansicht Platz greift, die nach den Ausführungen des Stadtv. Tostmann entstehen könnte. Herr Tostmann ist mit mir der älteste Beisitzer im Mieteinigungsamt und muß wissen, daß im Mieteinigungsamt so verfahren wird, wie ich gesagt habe, nicht aber anders. Wir haben niemals bei unsern Berechnungen den Erwerbspreis eines Grundstücks gelten lassen; wir fragen stets: Wann ist das Haus erworben, und wir sehen mit Zweifel an die Sache, wenn das Grundstück erst neuerdings erworben ist. Bei dem Wert der unbebauten Fläche setzen wir die Straßenbaukosten ein, aber, Herr Marth, die Erwerbsgebühren usw. lassen wir weg. Der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes, Herr Philipps, wird bestätigen, daß wir strengstens verfahren. Der Fall, den Herr Tostmann im Auge hat und bei dem er mitgewirkt hat, erklärt sich auf folgende Weise: Das Mieteinigungsamt war zu der Ansicht

gekommen, daß die Mieten im Verhältniß zu den von uns gefundenen Werten bis dahin außerordentlich billig waren, und in solchem Falle können wir nicht zu dem Mieter sagen: Weil du bisher den zu billigen Mietpreis genossen hast, sollst du auch jetzt nur einen kleinen Aufschlag bezahlen. Wenn wir der Meinung sind, der Mietpreis ist nach unserer Errechnung angemessen, dann muß auch unsere Entscheidung dementsprechend ausfallen. Niemals aber, zumal nicht in den letzten Jahren, haben wir den Erwerbspreis des Grundstücks für unsere Aufstellung maßgebend sein lassen.

Stadtv. Dr. **Regensburger**: Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Weg, den der Herr Oberbürgermeister angeführt hat, der einzig gangbare und nachhaltig wirksame ist. Leider können wir bei den einmal bestehenden Verträgen mit der Entente die Ausländer nicht unter ein in diesem Falle wohlangebrachtes Sonderrecht stellen, vielmehr nur die Volksgenossen. Auch in den Kreisen des Landtages ist bereits erwogen worden, wie man dieser geradezu schauderhaften Vergendung von deutschem Volksvermögen zu Leibe gehen könnte. Es hat in kleinem Kreise schon eine Besprechung stattgefunden, um zu überlegen, was geschehen kann, und dort wurde der Weg, den der Herr Oberbürgermeister angegeben hat, als zweckmäßig und gangbar anerkannt. Man müßte meines Erachtens so weit gehen — und es ist gut, wenn die Verkäufer das schon jetzt erfahren —, daß man zu einer besonderen Steuer greift, mit der man die deutschen Verkäufer erfaßt, und ihr vor allem rückwirkende Kraft verleihen. Geseglich ist das durchaus möglich. Es ist vielleicht heilsam, wenn diese gewissenlosen Spekulantenerfahren, daß der Mammon, den sie sich auf diese den Interessen des deutschen Vaterlandes geradezu ins Gesicht schlagende Weise verschafft haben, ihnen nicht bleibt. Ganz sicher ist, daß in steuergesetzlicher Hinsicht in dieser Sache demnächst etwas geschehen wird. Wenn wir es hier nicht machen, so wird es unter allen Umständen das Reich tun. Bei der Reichsregierung schweben Erwägungen darüber, und auch die preußische Regierung ist ganz energisch mit vorbereitenden Schritten in dieser Hinsicht befaßt. Dadurch, daß wir die betreffenden Leute im Geldpunkte treffen und ihnen jetzt schon sagen können: „Es wird euch das, was ihr auf unlautere Weise erwerbt, nicht bleiben“, wird jedenfalls am besten einem solchen Treiben entgegengetreten werden können.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Anregung des Herrn Stadtbaurats, betreffend die Ausnutzung der Möglichkeit, die das Landbeschaffungsgesetz bietet, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Selbstverständlich kann die Stadt Braunschweig sich nicht durch soundso oft erfolgte Ausübung des Vorkaufsrechtes einen ganzen Vorrat von Grundstücken hinlegen, das ist vom Herrn

Stadtbaurat auch nicht gemeint. Diese Grundstücke würden nicht auf Vorrat gekauft, sondern die Stadt würde versuchen, sie baldmöglichst wieder abzustößen, natürlich dann nicht an Ausländer. Daß heutzutage jeder Besitzer sein Grundstück loswerden kann, wenn er nur will, das ist sicher. Nun könnte gesagt werden: Dann kommt womöglich wieder ein Ausländer und kauft das Grundstück, so daß es ein Kaufen ohne Ende würde. Dagegen könnte die Stadt in den Kaufvertrag eine Bedingung aufnehmen, wonach bei Wiederverkauf das Grundstück bei Vermeidung einer Konventionalstrafe nicht in ausländische Hände gelangen darf. Also eine Möglichkeit, in dieser Richtung einzugreifen, gibt es. Schon vor einigen Monaten hatte Herr Könneburg einen Antrag bodenreformerischer Tendenz gestellt, über den ich namens des Rechtsausschusses berichtet habe, und in dem angestrebt wurde, diese Lücke zu schließen und von der Befugnis des Landbeschaffungsgesetzes Gebrauch zu machen, wonach wir auch Wohngrundstücke dem Vorkaufsrecht der Stadt unterwerfen. Damals hat man von der Inanspruchnahme dieses Rechtes abgesehen, vielleicht bietet sich jetzt Anlaß, daß der Rat der Stadt sich wieder damit beschäftigt. Je mehr Mittel man in der Hand hat, um der Veräußerung von Grundstücken an Ausländer entgegenzutreten, desto besser ist es. Ich sage immer wieder, wie meine Freunde schon damals betonten: Was schadet es, wenn wir ein solches Statut erlassen? Lediglich eine Vorlage ist auszuarbeiten und anzunehmen, dann haben wir die Waffe in der Hand, um sie zu gebrauchen, wenn wir es für nützlich halten. Ich sehe keine Bedenken gegen ein solches Statut. Selbst wenn es sich als überflüssig herausstellen sollte, so würde es dennoch keinen Schaden tun.

Ich möchte nochmals den Gedanken meiner Freunde, der von uns vor Monaten angeregt wurde, aufgreifen und bitten, daß wir von Stadt wegen die Frage prüfen, inwieweit wir Anlaß haben, ein solches Statut auf Grund des Landbeschaffungsgesetzes zu erlassen. Wenn wir damit warten wollen, wie der Herr Stadtbaurat sagte, bis der Grundstückshandel an das Ausland überhand nimmt, dann ist es vielleicht zu spät. Man muß solche Waffen rechtzeitig schmieden.

Stadtw. Lehnert: Wenn man den Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg gefolgt ist, so kommt man zu der Überzeugung: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Wenn von hier aus an das patriotische Gefühl einzelner Kreise appelliert wird, so hilft das nichts, denn die stellen sich auf den Standpunkt des römischen Kaisers, der die Urinsteuer einführte und von dem daraus gewonnenem Gelde sagte: Es stinkt nicht. Diese Kreise sagen einfach: „Es kommt nicht darauf an, ob es ein Holländer oder sonst wer ist, an den ich

mein Grundstück verkaufe, wenn ich nur ein paar braune Lappen mehr einstreichen und damit ein behagliches Leben führen kann." Warum aber den Ausländern die Schuld auflegen, wo doch „das Gute so nahe liegt". Wenn man die amtlichen Braunschweigischen Anzeigen durchsieht, in denen die Bekanntmachungen über die Grundbuchauflösungen erfolgen, so kann man feststellen, daß es nicht zum größten Teil Ausländer, sondern hauptsächlich Inländer sind, die seinerzeit nicht genug von Patriotismus reden konnten, die das Wort von den „vaterlandslosen Gesellen" im Munde führten, die aber heute ruhig das Geld einstreichen, und wenn es sonstwo herkommt. Die einzige Sorge, die ich bei dieser Gelegenheit habe, ist die, daß wir diejenigen schützen müssen, die unter dieser Misere der erhöhten Mieten zu leiden haben. Wenn wir von der Erfahrung ausgehen, daß ein großer Teil der hiesigen Bürgerschaft nichts danach fragt, ob sie ein Grundstück, dessen Gesteuerungswert 22 000 M beträgt, für 38 000 oder 40 000 M verkaufen, dann ist es kein Wunder, daß die Mieten ins Ungemessene steigen. Und das sind keine Ausländer, sondern die „guten Patrioten", die einfach aus der Lage der Zeit heraus Geschäfte zu machen suchen, die Mieten um ein gutes Stück heraufbringen und sagen: „Du Mieteinigungsamt, du hast so und so zu beschließen." Es trifft zum größten Teil zu, was Herr Frede vom Mieteinigungsamt meinte, daß wir gefragt haben, wann das Haus gekauft ist, und welches die Gesteuerungskosten gewesen sind. Wer aber Schiebergeschäfte machen will, der kann auch dem tüchtigsten Mieteinigungsamt noch eine Brille aufsetzen. Ich habe bis jetzt den Standpunkt vertreten, daß man, wenn Mieten festgesetzt werden sollen, den Kaufvertrag dabei heranziehen soll und danach festlegen, was für das Haus bezahlt ist. Leider muß ich sagen, daß das heutzutage nicht geschieht, sondern daß man sagt, das Grundstück habe doch den und den Wert. Bei dem Falle, den Herr Tostmann anführte und von dem Herr Frede sagte, die Leute hätten früher zu billigen Mietpreisen gezahlt, geht meine Meinung dahin: Wenn der Hauswirt mit den früher gezahlten Mieten nicht ausgekommen wäre, dann hätte er sie schon zu rechter Zeit erhöht. Daß jetzt aus der Not eine Tugend gemacht wird und gesagt werden soll: „Wo du früher 800 M Miete bezahlt hast, mußt du jetzt 1200 M bezahlen", dem kann ich nicht folgen. Wenn man zugreifen will, kann man es viel besser tun und soll sagen: Nach den Gesteuerungskosten wird der Mietpreis berechnet. Im übrigen gibt es, wie gesagt, auch in Braunschweig Herrschaften, die viele Grundstücke mit reichlichem Nutzen verkauft haben und nun ein behagliches Leben führen. Wenn ich für Patriotismus Orden zu verteilen hätte, dann sollten die den Orden erster Klasse haben.

Stadttrat von Frankenberg: Ich möchte noch einen andern Gesichtspunkt den Herren vom Mieteinigungsamt mit auf den Weg geben, wenn sie auch

Manns genug sind, aus dieser Erörterung die richtigen Lehren zu ziehen, soweit es nötig sein sollte. Wir haben in unsern Steuerakten, insbesondere in den Steuererklärungen zum Wehrbeitrage von 1914, vorzügliche Grundlagen darüber, wie damals die betreffenden Eigentümer selber den Wert des Grundstücks eingeschätzt haben. Wie wäre es, wenn man den damals von ihnen selber angegebenen Wert jetzt gegen sie gelten ließe? Ich würde eine solche Fortentwicklung der Verhältnisse für richtig halten. Die Beteiligten können nicht bestreiten, daß sie aus guten Gründen nicht einen höheren Wert angegeben haben. Wenn das mitberücksichtigt wird, dann bedarf es nicht weitläufiger Erkundigungen beim Grundbuchamt, sondern man stützt sich einfach auf die eigenen Angaben des Betreffenden und ist imstande, ihn damit in seine Schranken zu weisen.

Stadtbaurat Gebensleben: Herr Marth hat vorhin dem Empfinden Ausdruck gegeben, daß bei den hohen Preisen, die von Ausländern und Inländern für Hauskäufe gezahlt werden, Gefahr vorhanden sei, daß die Mieten entsprechend wachsen würden. Nun wird aber im Wohnungsbureau eine genaue Kontrolle über die Mieten ausgeübt, und wir werden uns die Häuser genau merken, die zu Bucherpreisen an Ausländer oder Inländer verkauft sind, werden das Miet-einigungsamt darauf hinweisen und es ersuchen, in derartigen Fällen die Mieten auf ein geringes Maß festzusetzen. Ich zweifle nicht daran, daß das Miet-einigungsamt, wenn wir solche Anträge stellen, die Mieten heruntersetzen wird.

Sodann darf ich kurz darauf zurückkommen, was ich hinsichtlich der Gebäude, die nur zu Wohnzwecken bestimmt sind, erwähnt habe, als von dem Vorkaufsrecht die Rede war. Der Rat der Stadt hat zu dieser Frage selbst noch keine Stellung genommen, aber wenn ich vorhin von dem Vorkaufsrecht gesprochen habe, so wollte ich damit nicht zum Ausdruck bringen, daß die Stadt in großem Umfange derartige Wohngrundstücke ankaufen soll. Das wäre töricht. Aber wir haben schon hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Erfahrung gemacht, daß das Vorkaufsrecht der Stadt eine wunderbare Eigenschaft besitzt, nämlich daß es hemmend gewesen ist für die Spekulation mit derartigen Grundstücken. Nur das habe ich im Auge gehabt, wenn ich in diesem Zusammenhang von der Einführung des Vorkaufsrechtes hinsichtlich der Wohngrundstücke gesprochen habe.

Vorsigender: Zu Anfang der Sitzung schien es, daß wir dieses Mal vor 9 Uhr nach Hause kommen würden, jetzt aber wird das nur der Fall sein, wenn sich die folgenden Redner einige Reserve auferlegen. Wir haben noch einige Sachen zu erledigen, die nicht auf der Tagesordnung stehen.

Stadtv. Toftmann: Nach meiner Ansicht dürfte bei unsern Maßnahmen nicht nur der Häuserkauf durch Ausländer gefast werden, sondern, wie schon

von mir hervorgehoben, auch der Ankauf der Häuser zu außerordentlich hohen Preisen durch Inländer, denn das ist die Mehrzahl derjenigen, die Wucher in dieser Beziehung treiben.

Wenn sodann Herr Frede meinte, es gäbe Hauswirte, die ihre Wohnung bedeutend unter Preis vermietet haben, so muß ich das bezweifeln, denn es ist den Hauswirten in diesen Jahren Gelegenheit geboten, ihre Wohnungen so zu vermieten, daß sie damit auskommen können. Wenn man annimmt, es hätte ein Hauswirt das nicht getan, so ist auch anzunehmen, daß er dann Pleite gemacht hat. Es ist ausgeschlossen, daß es Hauswirte gibt, die unter Preis ihre Wohnungen eingesetzt haben, und ist es zu verwerfen, wenn solche hohe Mietsteigerungen verwilligt werden, daß eine Erhöhung bis zu 50 oder 70 Prozent herauskommt. Ich habe mir ein ganzes Duzend ähnliche Fälle notiert und werde sie an einer anderen Stelle, wo auch diese Frage zur Sprache kommt, ausnutzen. Dieser Fall, den ich anführte, wo für eine Wohnung, die 1918 mit 2000 *M* vermietet wurde, heute einfach 3000 *M* bewilligt worden sind, hat aber dem Faß den Boden ausgeschlagen. So etwas kann es unbedingt nicht geben.

Stadtv. **Reigner** beantragt Schluß der Aussprache.

Stadtv. Dr. **Brandis**: Meine Damen und Herren! Ich halte diesen Gegenstand für so wichtig, daß die Aussprache wenigstens bis dahin fortgesetzt werden sollte, daß jeder, der sich zum Wort gemeldet hat, an die Reihe gekommen ist. Wir können uns ja in unsern Ausführungen beschränken, dann kann die Debatte nicht lange mehr dauern.

Der Schluß der Besprechung wird von der Versammlung beschlossen.

16. Antrag Marth auf Änderung des Absatzes 4 im § 10 der Grundsätze für Bewilligung von Ruhelöhnen.

Wortlaut des Antrages f. E. 1078.

Stadtv. **Marth** (zur Begründung): Da demnächst die Ruhelöhne zur Besprechung kommen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in § 10 Absatz 4 eine Ungerechtigkeit enthalten ist. Es heißt dort, daß eine Kürzung des Ruhelohnes nur eintritt, wenn und soweit die abzugsfähigen Bezüge (damit ist die Invalidenrente oder eine andere ähnliche Rente gemeint) zusammen mit dem Ruhelohne den Betrag von 600 *M* jährlich übersteigen. Ich halte das für eine

Ungerechtigkeit; besonders in der heutigen Zeit ist dieser Passus nicht mehr angebracht. Es müßte eine andere Fassung stattfinden, und ich habe den Antrag gestellt, anstatt 600 *M* zu setzen „70 Prozent des letzten Jahresverdienstes“. Das möchte ich an folgendem Beispiel ausführen: Ein Arbeiter erhält 550 *M* Ruhe-lohn und 300 *M* Invalidenrente, zusammen 850 *M*. Diesem würden 250 *M* gefürzt, so daß er an Ruhe-lohn nur 350 *M* bekommt. Da die Ruhe-löhne niedrig bemessen sind und die Ruhe-lohneempfänger mit den kleinen Beträgen nicht auskommen können, so wäre es zweckmäßig, daß man die Satzung in der von mir angegebenen Weise einer Änderung unterzöge. Noch schwerer wiegt der Fall, wenn jemand 40 Prozent Unfallrente bezieht, die 500 *M* betragen würde. Müßte ihm die Stadt Ruhe-lohn gewähren, so würde das nur 100 *M* im Jahre betragen. Daß dies eine Ungerechtigkeit ist, scheint mir ohne weiteres klar zu sein. In den Staats- und Reichsbetrieben ist diese Bestimmung schon ausgemerzt, weil sie nicht zweckentsprechend ist und nicht im Interesse der mit niedrigen Ruhe-löhnen Bedachten liegt. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Vorsitzender: Herr Marth, Sie sind wohl einverstanden, wenn die Erledigung Ihres Antrages gleich mit der Regelung der Ruhe-löhne, die im Finanzausschuß vorberaten wird, verquitt wird. Wenn er dort nicht erledigt werden sollte, kann er ja immer noch dem Rechtsausschuß überwiesen werden.

(Ohne Widerspruch.)

17. Antrag Stegmann auf Beschaffung eines städtischen Friedhofes und Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt.

Wortlaut des Antrages f. S. 1079.

Stadt. **Stegmann** (zur Begründung): Bei der Beratung der Friedhofs- und Begräbnisordnung sind bereits eine Anzahl Ausführungen gemacht worden, die mich der Aufgabe entheben, auf die im Antrag berührte Sache so einzugehen, wie ich beabsichtigt hatte. Es ist schon ausgeführt, daß die Stadt das Gelände für den Hauptfriedhof hat anschaffen dürfen, daß es aber gewissermaßen eine Gnade ist, wenn man ihr gestattet, ein Wort zur Regelung der Friedhofsordnung zu sagen. Wirkliche Rechte in der Sache hat sie überhaupt nicht. Die Kirche hat es ja von jeher verstanden, die Menschen in ihren Bann zu schlagen. Von der Wiege bis zum Grabe hat sie den einzelnen für sich verschrieben, und selbst beim Tode, beim letzten Akt des Daseins, ist es so, als ob dies ein kirchlicher Akt ist, während es sich in Wirklichkeit um eine rein menschliche Erscheinung handelt. Durch die

zivilen Einrichtungen, die wir in den Standesämtern bekommen haben, ist der Kirche in mancher Beziehung der Boden entzogen; bei der Geburt, Eheschließung und Bestattung verzichten viele auf Mitwirkung des Geistlichen. Es sind das auch Angelegenheiten, die das ganze gemeinschaftliche Leben beeinflussen, so daß sie nur von der politischen Gemeinde in die Hand genommen werden sollten, insbesondere der Tod und die Bestattung. Es ist deshalb eine alte sozialdemokratische Forderung, das Friedhofs- und Begräbniswesen von der Gemeinde zu übernehmen, und zwar vollständig unentgeltlich. Wir hätten gern den Antrag gestellt, unserm Programm in dieser Beziehung nachzukommen und die Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens herbeizuführen — denn wenn durch Krankheit die Familie in ihrem Erwerb heruntergekommen ist, ist die Forderung der Unentgeltlichkeit um so mehr am Plage —, aber weil wir zugeben müssen, daß die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde durch den Krieg trostlos geworden sind, haben wir darauf verzichtet, jetzt die Unentgeltlichkeit zu fordern, verlangen aber für die Gemeinde das, was ihr gehört: daß sie endlich die Ausführung des gesamten Friedhofs- und Bestattungswesens in die Hand nehmen soll. Vorbedingung und Hauptsache ist dabei die Anschaffung des Friedhofes selbst. Hier ist es leider so, daß die Kirche den Hauptfriedhof in der Hand hat. Nach alter Überlieferung ist die große Masse der Bevölkerung in dem Wahn begriffen, die Bestattung sei tatsächlich ein kirchlicher Akt. Wenn die Kirche den Friedhof in Händen hat, so werden die weitesten Kreise in dieser Ansicht bestärkt. Nachdem aber die Reichsverfassung die Trennung der Kirche vom Staate vorgeschrieben hat, liegt kein Grund vor, von dieser Tatsache der Trennung abzugehen, sondern es ist Pflicht der politischen Gemeinde, den Friedhof zu übernehmen. Selbst wenn die Reichsverfassung diese Trennung nicht vorgenommen hätte, so ist daran zu erinnern, daß es schon seit Jahrzehnten eine Anzahl Gemeinden gibt, die städtische Friedhöfe besitzen. Nach dem statistischen Jahrbuch deutscher Städte waren 1895 in 44 deutschen Städten, die eine diesbezügliche Anfrage beantwortet hatten, von 283 Friedhöfen 110 im Besitze der Städte, das sind 38 Prozent. Nach dem statistischen Jahrbuche von 1912, dem zuletzt herausgegebenen, haben 91 Städte die Frage beantwortet, und danach waren 381 konfessionelle und 319 städtische Friedhöfe vorhanden; die beiden Zahlen halten sich also schon ziemlich die Waage. Von diesen 91 Städten hatten nur 17 keine städtischen Friedhöfe, unter anderen Charlottenburg, Kiel, Königsberg, Altona, Barmen, Braunschweig, Harburg, Thorn, Brandenburg, Münster. Sie sehen, auch auf diesem Gebiete marschiert der Fortschritt.

Wie wir bei der heutigen Beratung unserer Friedhofs- und Begräbnisordnung gesehen haben, ist die Gemeinde auf die Regelung des Begräbniswesens ein-

flußlos, und so erscheint uns eine Ordnung des Friedhofs- und Bestattungs- wesens auf Grundlage der politischen Gemeinde dringend nötig. Wenn wir heute die Friedhofs- und Begräbnisordnung eingehend hätten beraten wollen, so würde sich die Beratung lange hinausgezogen haben, denn es handelt sich um einen Wust von Bestimmungen, die dringend der Änderung bedürfen. Ich verweise nur auf das häßliche Klassenwesen in der Vergebung der Grabstellen. Die Benutzung der scheußlichen „Nasenquetscher“, die als ein Skandal zu bezeichnen war, hat man allerdings schon vor einigen Jahren aufgehoben, aber immerhin bestehen noch die drei Klassen bezüglich der Särge und der Grabstellen, so daß derjenige, der einen größeren Geldsack hat, sich einen höheren Sarg und größeren Prunk bei der Bestattung leisten kann, und wer den größten Geldsack hat, den höchsten Sarg. Je nach der Bezahlung können die Leichen zweispännig oder vier-spännig heraus- gefahren werden. Der eine darf den Grabhügel nur mit Rasen bedecken, der andere mit Tuffstein, und je nach der Größe des Geldsackes wird die Höhe der Denkmäler bemessen, und die Erlaubnis dazu muß teuer bezahlt werden. Es ist ein widerliches System, das heute besteht, und vom Standpunkte der Christen aus ist es als durchaus unchristlich zu bezeichnen.

Wie bekommen wir nun einen Friedhof für die politische Gemeinde? Daß das schwierig sein wird, hat schon der Herr Oberbürgermeister gesagt. Hätten wir Geld genug, so wäre es leicht, so aber ist es naheliegend, daß Verhandlungen mit dem Friedhofsausschuß angebahnt werden, um die Sache in Fluß zu bringen. Von Herrn Oberbürgermeister ist ausgeführt worden, daß vom Reiche aus die Sache angeregt würde, und dann wäre die Sache einfach. Nun haben wir gehört, wie der Friedhofsausschuß jammert; er macht mit seinem Friedhof Schulden und kann die Kosten nicht aufbringen. Unter solchen Umständen wäre ihm eine günstige Gelegenheit gegeben, dem Ansinnen der Stadt, ihr den Friedhof zu über- lassen, nachzugeben; vielleicht steht der Friedhofsausschuß auch auf diesem Stand- punkte, um nicht noch weitere Schulden zu machen.

Was das Bestattungsweisen anbetrifft, so ist es eine gemeindliche Angelegen- heit, und eine solche muß auch von der Gemeinde in die Hand genommen wer- den. Wir haben schon darüber gesprochen, daß selbstverständlich die Leichen- begängnisse vom Sterbehause aus wegfallen müssen, und daß die Beerdigungen nur vom Friedhof aus stattfinden sollen. Dabei sind wir der Meinung, daß die Stadtgemeinde das gesamte Bestattungsweisen mit allem, was dazu gehört, in die Hand nehmen muß, z. B. den Transport der Leiche nach dem Friedhofe, die Sargbeschaffung, die Herstellung von Leichenkissen, die Aufbahrung, die Be- schaffung anderer bei Bestattungen nötiger Gegenstände, und daß die Gemeinde selbst diese Gegenstände in Massen anschaffen soll. Einzelne Städte haben die

Fabrikation der Särge an Unternehmer vergeben. Durch diese Besorgung der Särge usw. von der Gemeinde wird erreicht, daß die Bestattung wesentlich billiger vorgenommen werden kann, als es jetzt der Fall ist. Sie wissen, daß bei uns heute eine Anzahl Unternehmer die Bestattungen monopolisiert haben, und selbst die Ärmsten der Armen werden dadurch ausgebeutet, die es doch am meisten nötig haben, daß sie geschont werden. Selbstverständlich ist es, daß eine neue Friedhofs- und Begräbnisordnung geschaffen wird, die den heutigen Zeitverhältnissen entspricht, und das Dreiklassenwesen sowie das Denkmälerunwesen abgeschafft wird. Braunschweig wäre nicht der erste Ort, der eine städtische Regelung des Bestattungswesens einführt. Wieder sind es süddeutsche Städte, die in dieser Beziehung vorangegangen sind: Dortmund, Wiesbaden, Freiburg, Mannheim haben das Bestattungsweisen in eigene Regie übernommen, liefern die Särge, haben besondere Personen, sogenannte Leichenmeister, angestellt, die in Trauerfällen alles Nötige für die Familie besorgen. Das bringt noch insofern eine Vereinfachung mit sich, als die Bezahlung allein an die städtische Kasse erfolgt, die Hinterbliebenen keine Lausereien und Scherereien haben und mit der Ausbeutung durch die Privatunternehmer nicht zu rechnen haben. Verschiedene andere Städte sind nicht so weit gegangen und haben nur den Transport der Leichen an Unternehmer vergeben. Dresden und Chemnitz z. B. stellen sogar die Trauerkutschen von seiten der Stadt. Wenn also Braunschweig auf diesem Gebiete vorgeht, so würden wir durchaus nicht den Vortritt haben, sondern hinter vielen Städten nachhinken.

Ich bitte Sie um Unterstützung meines Antrages und darum, ihn in der nächsten Stadtverordnetenversammlung anzunehmen. Den Rat aber bitte ich, in Unterhandlung mit dem Friedhofsausschuß zu treten und uns dann eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

18. Ersatzwahlen für verschiedene Ausschüsse aus Anlaß des Ausscheidens der Stadtverordneten Fräulein Oden.

Wortlaut des Antrages s. S. 1079.

Vorsitzender: Diesem Antrage der demokratischen Partei kann wohl ohne Debatte zugestimmt werden, da es Gewohnheit der Versammlung ist, auf derartige Wünsche einzugehen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. März 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Antrag Genzen auf Erhöhung der städtischen Ruhelöhne und Hinterbliebenen- bezüge, verbunden mit Antrag Marth auf Änderung des Absatzes 4 im § 10 der diesbezüglichen Grundsätze.	1126
2. Antrag Jahn s , betreffend die Ausdehnung der Zuständigkeit des Kaufmanns- gerichts der Stadt Braunschweig auf den Kreis Braunschweig	1127
3. Einführung einer Lustbarkeitssteuer	1131
4. Antrag Stegmann auf Beschaffung eines städtischen Friedhofes und Über- nahme des Bestattungswesens durch die Stadt	1131
5. Mittel für Unterbringung von Schulkindern in Heilstätten an deutschen See- küsten	1141
6. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, der Wasserwerke, des Privateinrichtungsgeschäfts, der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerkes	1149
7. Erklärung der Hennebergstraße zur Ortsstraße	1150
8. Erhöhung der Gebühr für Müllabfuhr.	1150
9. Gewährung einer besonderen Beihilfe an die Volkstkindergartenstiftung.	1151
10. Beitritt der Stadt zu dem Arbeitgeberverbände deutscher Gemeinden- und Kommunalverbände	1152
11. Umgestaltung des Schulgartens der städtischen Gewerbeschule	1153
12. Neueinrichtung von Klassen bei der Mädchen- und Knabenmittelschule.	1154
13. Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Schulen, die Mittel- schulen sowie die Gewerbeschule	1155

	Seite
14. Beihilfe an den deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen	1160
15. Zuschuß zum Landestheater.	1160
1. Ausbesserung eines Dampfkessels im Volksbrausebade Kaiserstraße	1171
17. Freigabe von Räumen zur Einrichtung von Jugendherbergen	1171
18. Auszahlung der erhöhten Teuerungszulagen für Beamte und Lehrer über den 1. April hinaus	1172
19. Wahllokale über die Wahl eines Ratsmitgliedes betreffend.	1173
20. Ansetzung einer besonderen Sitzung für die Beratung der Lustbarkeitssteuer	1175
21. Anfrage Salomon über Einrichtung von Volkstkindergärten, Kinderhorten, Förderklassen u. dergl.	1176
22. Antrag Reißner auf Verstärkung der Wohnungsdeputation um ein Mitglied	1179
23. Anfrage Jahnz, betreffend die Gründe für Abhaltung der nächsten Messe auf dem Leonhardplatz	1179

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Ketemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, Rechtsanwalt **Philippz**, ferner die Stadträte **Langemann**, **Ohlendorf**, **Kalfz**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. Dr. **Jasper** und Stadtv. Fräulein **Wolters**.

Vorsitzender **Wilhelm Rietz**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Der Rat der Stadt schreibt an die Stadtverordneten: „Entsprechend dem in der Sitzung vom 18. Dezember vorigen Jahres gefaßten Beschlüsse haben wir dem Staatsministerium anheimgegeben, anzuordnen, daß auch die städtischen Beamten und Lehrer, sowie die im städtischen Dienste dauernd gegen Vergütung beschäftigten Personen an der vom Staate eingerichteten Kredithilfe teilnehmen können. Nachdem das Staatsministerium Bedenken getragen hat, diesem Antrage zu entsprechen, beehren wir uns, Abschrift der betreffenden Rückäußerung vom 19. Februar hierneben zur gefälligen Kenntniznahme zu übersenden.“

Diese Antwort des Staatsministeriums — Abteilung für Finanzen — lautet folgendermaßen: „Dem Antrage des Rates der Stadt, den hiesigen städtischen Beamten usw. die Möglichkeit zu geben, sich an der vom Staate eingerichteten Beamtenkredithilfe zu beteiligen, bedauern wir nicht entsprechen zu können. Gegen eine solche Beteiligung spricht, abgesehen von der Tatsache, daß die Mittel der staatlichen Kredithilfe schon fast in vollem Umfange in Anspruch genommen sind, der Umstand, daß mit gleichem Rechte die übrigen Städte und Gemeinden des Landes die Beteiligung ihrer Beamten fordern könnten. Übrigens würde eine solche Beteiligung der Beamten usw. der hiesigen Stadt zur

Voraussetzung haben müssen, daß die Stadt Braunschweig ihrerseits sich mit einem entsprechenden Anteile an der Aufbringung der Mittel wie an der Gefahr für etwaige Ausfälle beteiligt. Wir müssen daher dem Räte der Stadt anheimstellen, für die dortigen Beamten usw. eine eigene Kreditkasse ins Leben zu rufen. Um deren Gründung tunlichst zu erleichtern, ist die Staatsbank bereit, die erforderlichen Mittel zu $4\frac{1}{2}$ vom Hundert herzuliehen. — Soweit sich der dortige Antrag auf städtische Lehrer bezieht, weisen wir darauf hin, daß nach den Bestimmungen für die staatliche Beamtenkredithilfe die angestellten auf Grund des § 56 des Gemeindegeldgesetzes dauernd beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen an Gemeindegeldschulen bereits in den Kreis der für die staatliche Kredithilfe in Betracht kommenden Darlehnsempfänger einbezogen sind."

Vom Arbeitersportkartell liegen zwei Eingaben vor. In der einen protestiert das Arbeitersportkartell dagegen, daß auf dem Leonhardplatz im Februar und April Messe abgehalten werden soll, weil durch diese Benutzung der Platz dem Spielbetriebe für einige Zeit entzogen wird und ferner die sowieso spärliche Rasenfläche verdorben wird. — Ich überweise diese Eingabe dem Räte der Stadt, weil wir ohne weiteres keine Stellung dazu nehmen können. In der zweiten Eingabe wünscht das Sportkartell Auskunft über die Verteilung der 5000 M, die für die verschiedenen Vereine zu Spiel- und Sportzwecken zur Verfügung gestellt sind. Auch diese Eingabe überweise ich dem Räte der Stadt.

Von der Arbeitsgemeinschaft der hiesigen Gastwirtschaftsverbände, unterzeichnet von Herrn Wilhelm Kruse, ist eine Eingabe gegen die Einführung der Lustbarkeitssteuer eingegangen. Vielleicht nimmt der Herr Berichterstatter für die Lustbarkeitssteuer Gelegenheit, bei der heutigen Behandlung der Angelegenheit das Schreiben zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, sonst müßte ich das Schreiben jetzt verlesen, und nachher würde es vielleicht noch einmal zur Verlesung kommen.

Sodann ist ein dringlicher Antrag von Herrn Reißner eingegangen. Er lautet:

„Es wird beantragt, die Wohnungsdeputation durch ein weiteres Mitglied zu verstärken, damit neben den vier Vermietern auch vier Mieter der Kommission angehören. Vorgeschlagen wird der Stadtv. Kofahr.“

Eine Anfrage von Herrn Salomon lautet:

„Sind Maßnahmen (insbesondere Volkskindergärten, Kinderhorte und Förderklassen) geplant, die es ermöglichen, die Lehrziele der hiesigen Bürgerschulen besser als bisher zu erreichen und einen gesicherten Ausbau der zukünftigen Einheitschule in die Wege zu leiten?“

Herr Stadtrat von Frankenberg hat gebeten, ihm das Wort zu einer Erklärung zu geben, bevor wir in die Tagesordnung eintreten.

Stadtrat von Frankenberg: Meine geehrten Damen und Herren! In einer öffentlichen Versammlung der hiesigen Bäckermeister zu Anfang der vorigen Woche sind sehr schwere Vorwürfe gegen eine Reihe von Beamten unserer Brotkarten- und Mehlerverteilungsstelle erhoben worden, insbesondere hat der Bäckermeister Boffe von der Comeniusstraße behauptet, ein junger Mann sei wiederholt zu ihm mit der Mitteilung gekommen, daß auf der Mehlerverteilungsstelle außerordentlich große Schiebungen vorkämen, an denen hauptsächlich der Aushilfsbeamte Drechsler beteiligt sei, der nicht unzugänglich schiene, ebenso wie andere Beamte auch. Das Presseamt hatte von dieser Beschuldigung der Regierung Mitteilung gemacht, und diese wünschte einen Bericht über die Angelegenheit vom Räte der Stadt. Wir haben eine Untersuchung der Angelegenheit vornehmen lassen; durch Herrn Magistratssekretär Reiß, der der Vorsteher der Hauptkartenstelle ist, sind sowohl der Bäckermeister Boffe, wie der Aushilfsbeamte Drechsler und der ferner in der Angelegenheit benannte Bäckermeister Markewicz, Hagenmarkt 7, vernommen worden. Dabei hat Herr Boffe erklärt und in einer daraufhin abgefaßten Niederschrift mit seiner Unterschrift bekräftigt: Die von mir in der Bäckerversammlung gemachte Äußerung will ich dahin richtigstellen, daß es nicht in meiner Absicht gelegen hat, Herrn Drechsler zu beschuldigen, er habe an Markewicz mehr Mehl überwiesen als zulässig war. Der Bäckermeister Markewicz hat gefordert, es möchte Herr Boffe, nachdem er die schwere Beschuldigung öffentlich ausgesprochen habe, auch in der Fachzeitung einen Widerruf kundgeben; das hat aber Herr Boffe bedauerlicherweise abgelehnt. Um so mehr nehme ich Veranlassung, unsere in ihrer Ehre schwer angegriffenen Beamten auf Grund des amtlichen Protokolls, das von dem Betreffenden selbst unterschrieben ist, in Schutz zu nehmen und festzustellen, daß ein Anlaß zu derartigen schwerwiegenden Verdächtigungen durchaus nicht vor-
gelegen hat.

1. Antrag Genzen auf Erhöhung der städtischen Ruhelöhne und Hinterbliebenenbezüge, verbunden mit Antrag Marth auf Änderung des Abs. 4 im § 10 der diesbezüglichen Grundsätze.

Stadtv. Schmerbach: Meine Damen und Herren! Der Antrag des Herrn Genzen lautet: „Der Rat der Stadt wird ersucht, die Ruhelöhne und Hinterbliebenensätze baldigst zu erhöhen.“ Der Finanzausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Antrage beschäftigt und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Zu der bestehenden Teuerungszulage von 50 Prozent des Ruhelohnes und des Witwengeldes ist eine weitere Erhöhung der Zulage zu gewähren, und zwar sollen die Empfänger von Ruhelohn oder Witwengeld, die ursprünglich bis 1000 *M* jährlich bezogen haben, 50 Prozent, die über 1000 *M* jährlich beziehen, 25 Prozent Zulage erhalten. Die nach auswärts verzogenen Ruhelohneempfänger und Witwengeldempfänger erhalten die Zulage nur dann, wenn sie einen entsprechenden Antrag an den Rat der Stadt stellen. Die Empfänger von Witwengeld, welche mit den Zulagen weniger als 480 *M* jährlich beziehen, sollen um so viel aufge bessert werden, daß sie demnächst 480 *M* erhalten. Die Erhöhung ist rückwirkend vom 1. Januar 1920 an zu zahlen.

Um noch mit einigen Worten näher auf die Verhältnisse einzugehen, teile ich mit, daß 37 Ruhelohneempfänger und 74 Hinterbliebene städtischer Arbeiter in Betracht kommen. Von den 74 Witwen erhalten 41 den Ausgleich bis 480 *M*, und zwar im Betrage von 50,40 *M* bis zu 301,20 *M* pro Jahr. Nur sechs männliche Empfänger und ein weiblicher erhalten eine Zulage von 25 Prozent; daraus geht hervor, daß die bei weitem größte Mehrzahl der in Frage kommenden 50 Prozent Zulage erhalten. Die Gesamtausgaben in dieser Sache gestalten sich folgendermaßen: 37 Ruhelohneempfänger erhalten 9601,04 *M*, 74 Hinterbliebene von städtischen Arbeitern erhalten 9363,10 *M* Zulage, und die zum Ausgleich bis mindestens 480 *M* zu zahlende Summe beträgt 5269,20 *M*. Die Gesamtausgabe bei dieser Aufbesserung beträgt 24 333,34 *M*.

Der Rat der Stadt hat diesem Antrage zugestimmt, und ich empfehle namens des Finanzausschusses, zu diesem seinem einstimmigen Beschlusse auch Ihrerseits die Zustimmung auszusprechen.

Mit der Vorberatung dieses Antrages Genzen ist die des Antrages des Herrn Marth verbunden. Derselbe geht dahin, den § 10 Absatz 4 der Grundsätze für Gewährung von Ruhelohn dahin zu ändern, daß anstatt 600 *M* „70 Prozent des letzten Jahresverdienstes“ gesetzt wird. Dieser Antrag ist zur Ausarbeitung einer entsprechenden Unterlage einstweilen vom Finanzausschuß dem Räte der Stadt überwiesen worden, also gewissermaßen zurückgestellt. Ich erlaube die Versammlung, den Beschlüssen des Finanzausschusses zustimmen zu wollen.

Die Versammlung genehmigt die Anträge des Finanzausschusses.

2. Antrag Jahn, betreffend die Ausdehnung der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts der Stadt Braunschweig auf den Kreis Braunschweig.

Stadtv. Dr. Regensburger: Meine Damen und Herren! Die Herren Stadtv. Jahn, Wahrenndorf und Meyerhoff haben folgenden Antrag gestellt:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, die angestrebte Ausdehnung des Kaufmannsgerichts der Stadt Braunschweig auf den Kreis Braunschweig nunmehr mit allen Mitteln gegen Beteiligung des Staates an den Kosten zu unterstützen.“

Die Einrichtung der Kaufmannsgerichte als solche ist Ihnen bekannt; ich brauche darüber keine näheren Ausführungen zu machen. Es handelt sich um eines jener scheidlich-friedlichen Sondergerichte für bestimmte Berufsstände. Außer der Stadt Braunschweig haben nur zwei oder drei Städte des Freistaates ein Kaufmannsgericht eingerichtet. Nach der gesetzlichen Bestimmung müssen Gemeinden über 20 000 Einwohner ein Kaufmannsgericht haben, Gemeinden mit weniger Einwohnern können ein solches haben, und ferner können nach dem Gesetze sich mehrere Gemeinden durch übereinstimmende Ortsstatuten zur Errichtung eines gemeinsamen Kaufmannsgerichts für ihren Bezirk vereinigen. Der Antrag Jahns und Genossen wäre also praktisch, wie die gesetzliche Regelung einmal ist, dadurch zu erledigen möglich, daß die übrigen Gemeinden des Kreises Braunschweig, also die Gemeinden des Kreiskommunalverbandes Riddagshausen-Bechelde, sämtlich ein übereinstimmendes Statut erlassen, das mit dem Kaufmannsgerichtsstatut der Stadt ebenfalls übereinstimmt, oder indem sie das in Braunschweig bestehende Statut für ihre Gemeinden als ebenfalls gültig erklären. Diese Gemeinden könnten auch für sich ein eigenes Kaufmannsgericht gründen und ihm aus Zweckmäßigkeitsgründen den Sitz in der Stadt Braunschweig geben, indem sie hier ein Lokal für dieses Gericht mieten. Im Rechtsausschuß war man der Meinung, daß die Stadt Braunschweig an sich keine Veranlassung habe, ihrerseits die Initiative zu ergreifen, um die übrigen Gemeinden des Kreises Braunschweig zu bewegen, sich dem Kaufmannsgerichte, das für die Stadt Braunschweig besteht, anzugliedern. Man war vielmehr der Überzeugung, daß, wenn das Bedürfnis für eine solche Angliederung ein wirklich vorhandenes und großes sei, schon aus den Kreisen der betreffenden Gemeinden selbst die nötigen Schritte unternommen werden würden. Es kam bei der Erörterung im Rechtsausschuß zur Sprache, daß wir schon aus eingemeindungspolitischen Gründen gar keine Veranlassung haben, den vor unsern Toren liegenden Gemeinden von uns aus zu den andern Vorteilen, die wir einzelnen dieser Gemeinden bieten, noch weitere hinzuzufügen, und ein solcher Vorteil würde darin liegen, wenn diese Gemeinden das Kaufmannsgericht der Stadt Braunschweig für sich nutzen könnten. Es ist dabei auch folgendes zu berücksichtigen: Das Kaufmannsgericht wird, wenn es eine solche räumliche Ausdehnung erfährt, wie sie in dem Antrage vorgesehen ist, mit einem ständigen Vorsitzenden, wie bisher, nicht mehr auskommen können, vielleicht auch nicht mit dem bisherigen Beamtenpersonal der Kaufmannsgerichtsschreiberei. Trotzdem stand der Rechtsausschuß der Tendenz des Antrages an sich

sympathisch gegenüber; er wollte nur nicht ohne weiteres die Sache seitens der Stadt Braunschweig ins Rollen bringen. Man glaubt, daß sich, wenn das Bedürfnis in den benachbarten Gemeinden so stark ist, dann schon die Kreisversammlung des Kreiskommunalverbandes Riddagshausen-Bechelde mit der Gelegenheit beschäftigt und von sich aus Schritte unternommen haben würde. Um aber zu zeigen, daß die Stadt Braunschweig kein Hindernis sein will, wenn von seiten der andern Gemeinden das im Antrage Jahns gewünschte Ziel angestrebt wird, einigte man sich im Rechtsausschusse schließlich dahin, daß wir hier erklären und dem Räte der Stadt diese Richtlinie mit auf den Weg geben, daß auf Wunsch und Anfrage der betreffenden Gemeinden, ob die Stadt Braunschweig mit ihnen durch Errichtung übereinstimmender Statuten ein gemeinsames Kaufmannsgericht einzurichten bereit sei, die Stellungnahme der Stadt nicht ablehnend sein soll. Die Herren Antragsteller haben durch Herrn Jahns — wie ich noch erläuternd bemerken will — bei der Erörterung des Antrages im Rechtsausschusse betont, daß sie gar nicht beabsichtigen, alle Gemeinden des Kreises Braunschweig in den Bereich des Kaufmannsgerichtes einzubeziehen, sondern in der Hauptsache die Gemeinden, die unmittelbar vor unsern Toren liegen und industrielle Unternehmungen haben, von denen die Beamten und Angestellten zum großen Teil in der Stadt wohnhaft sind. Als Beispiel dafür wurden Lehdorf und Rüningen genannt. Der Rechtsausschuß empfiehlt mithin der geehrten Versammlung, zu beschließen, daß die Stadt Braunschweig, falls von seiten der in Frage kommenden Gemeinden an die Stadt wegen Errichtung eines gemeinsamen Kaufmannsgerichtes herangetreten wird, sich nicht ablehnend verhalten soll und der Rat der Stadt ersucht wird, bei gegebener Gelegenheit dementisprechend zu verfahren.

Stadtv. Schille: Meine Damen und Herren! Mit diesem Thema, die Kaufmannsgerichte, Gewerbegerichte und deren Ausdehnung auf einen größeren Bezirk haben die Angestelltenverbände seit Bestehen des in Frage kommenden Gesetzes von 1904 sich eingehend beschäftigt — es handelt sich um ein Reichsgesetz —, und auch der Landtag hat sich auf Grund eines Antrages schon mit dieser Frage befassen müssen. Der Landtag ist zu einer Stellungnahme gekommen, wie auch ich sie vertreten habe, und die dahin geht, daß man dem Reiche überlassen solle, in dieser Frage vorzugehen. Sie wissen alle, daß die Grundlage des Kaufmannsgerichtes durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse aus dem Rahmen herausgefallen ist. Das Kaufmannsgericht befaßt sich bis zu einer Grenze von 5000 M mit den ihm vorgelegten Fragen. Es ist zu berücksichtigen, daß wir heute mit 5000-M-Gehältern nicht mehr rechnen können. Ferner be-

stimmt das Gesetz über die Kaufmannsgerichte, daß weibliche Personen nicht im Gericht sitzen dürfen, und daß das 30. Lebensjahr erreicht sein muß, um Sitz in diesem Gerichte zu erhalten. Die Frage, ob diese Bestimmungen geändert werden sollen, kann nicht von Seiten einer Stadt oder eines Bundesstaates erledigt werden, sondern es muß das Reich eingreifen, da es sich, wie gesagt, um ein Reichsgesetz handelt. Ich habe bereits im Landtage erklärt, daß die Angestelltenverbände im November vorigen Jahres dem Reichsjustizministerium einen dahingehenden Antrag vorgelegt haben. Auch Herr Minister Hampe hat auf Grund unserer Eingabe versprochen, mit dem Reichsjustizminister Schiffer darüber zu verhandeln, daß von Reichs wegen eine Änderung des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte vorgenommen wird. In dem Antrage der Angestelltenverbände ist ausdrücklich erwähnt, daß eine Ausdehnung auf die Kreise mit Rücksicht darauf notwendig sei, daß die Industrie in der Hauptsache in ländlichen Bezirken besteht und die Angestellten in den ländlichen Bezirken jetzt nicht den Segen des Kaufmannsgerichts genießen können. Wenn sich der Landtag auf den von mir vorgetragenen Standpunkt gestellt hat, daß es der richtige Weg sei, wenn die Sache vom Reiche geregelt wird, so glaube ich, daß wir auch in der Stadt — so sehr wir eine schnelle Ausdehnung auf die Kreise und größeren Bezirke wünschen — warten müssen, bis das Reich die Regelung vornimmt. Ich habe im allgemeinen gegen den Beschluß des Rechtsausschusses nichts einzuwenden, wollte aber diese Erklärung hier abgeben, um ein richtiges Bild der Situation zu geben und zu erreichen, daß auch die Stadtverordnetenversammlung sich dem anschließt, daß es angebracht sein dürfte, dem Reiche in dieser Sache nicht vorzugreifen. Wenn Änderungen getroffen werden, so ist es notwendig, daß sie für das ganze Reich Geltung haben und nicht ein einzelner Bezirk oder eine Stadt brauchbarere Grundlagen haben als die übrigen Teile des Landes. In diesem Sinne bitte ich den Antrag Jahns aufzufassen, der an sich etwas Gutes will, der aber doch vielleicht unter Verkennung der Situation nicht die Möglichkeit bietet, das zu schaffen, was die Antragsteller und auch die wirklich beteiligten Angestellten und die dafür in Frage kommenden Angestelltenverbände erstreben, da die Gesetzesgrundlagen im Augenblick fehlen.

Stadtv. Jahns: Meine Damen und Herren! Herr Schille erwähnte, daß ich vielleicht unter Verkennung der Situation meinen Antrag gestellt hätte. Demgegenüber möchte ich betonen, daß ich die Situation sehr genau kenne, und daß mein Antrag darauf hinausläuft, daß man den Standpunkt, den der Rat der Stadt bisher eingenommen hat, nicht mehr vertritt. Der Rat der Stadt hat bisher den Kreisdirektionen eine ablehnende Antwort zuteil werden lassen, und mein

Antrag ging lediglich darauf hinaus, daß diese Stellungnahme revidiert würde und man sich der Meinung anschließt, daß es wünschenswert ist, das Kaufmannsgericht der Stadt Braunschweig auf diejenigen umliegenden Ortschaften auszuweiten, aus denen Angestellte der industriellen Unternehmungen in unserer Stadtgemeinde wohnen, also daß es für diejenigen unserer Einwohner nutzbar gemacht wird, die in der Umgebung der Stadt in industriellen Unternehmungen tätig sind. Ich bin, wie diese Erklärung zeigt, nicht so uninformiert, wie es Herr Schilke meint, sondern mein Antrag geht darauf hin, daß wir allen unsern hierbei in Frage kommenden Stadteinwohnern dieselben Rechte einräumen, die auch die übrigen Stadteinwohnern haben, und diesen Standpunkt hat auch der Rechtsausschuß eingenommen. Ich bitte Sie, sich auf diesen Antrag zu stellen und mindestens zu beschließen, daß wir den Vorschlag des Rechtsausschusses gutheißen.

Dem Antrage des Rechtsausschusses stimmt die Versammlung zu.

3. Einführung einer Luftbarkeitssteuer.

Stadtv. **Stegmann** (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Zu diesem Punkte 3 der Tagesordnung ist uns gestern ein umfangreicher Änderungs-vorschlag zugegangen. Es war mir nicht möglich, ihn in der kurzen Zeit durchzusehen und mit den Positionen der ersten Vorlage zu vergleichen, und ich glaube, es wird den meisten von Ihnen ebenso gegangen sein. Es ist aber wohl unmöglich, jetzt bei der Beratung diese Vergleichung vornehmen zu können. Es müßte den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, diese Abänderungen mit dem ursprünglichen Entwurfe zu vergleichen und Stellung dazu zu nehmen. Ich beantrage deshalb, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusehen.

Der Antrag Stegmann wird angenommen.

4. Antrag Stegmann auf Beschaffung eines städtischen Friedhofes und Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt.

Stadtv. Frau **Schulze**: Meine Damen und Herren! Herr Stadtv. Stegmann hat folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Beschaffung eines Friedhofes und die Übernahme des Bestattungswesens durch die Stadt in die Wege zu leiten und den Stadtverordneten baldigt eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten.“ Es ist der in diesem Antrage ausgesprochene Wunsch schon eine alte sozialdemokratische Forderung, indem schon lange von uns gefordert wurde, daß möglichst alle öffent-

lichen Arbeiten in städtischer Regie vorgenommen werden sollen. So sollte auch die Schaffung eines Kirchhofes und das Bestattungswesen als eine städtische Angelegenheit betrachtet und von der Stadt übernommen werden, wodurch man auch der Allgemeinheit Vorteile zugeführt haben würde. Ob aber zu dieser Übernahme seitens der Stadtgemeinden jetzt der gegebene Zeitpunkt ist, möchte ich bezweifeln. Wir haben in der Stadt noch einzelne kleine Friedhöfe, und dazu den großen Zentralfriedhof, der noch aufnahmefähig ist. Auch die gezielte Lage kann uns nicht dazu bringen, daß wir jetzt den Kirchhof zurückfordern. Wenn damals, als unsere Genossen bei der Schaffung des Zentralfriedhofes ihre Wünsche dargelegt hatten, mehr Rücksicht darauf genommen wäre, so wäre es für die Stadt jetzt leichter, den Friedhof in städtische Hände zu bekommen. Da das damals nicht geschehen ist, müssen wir jetzt im Augenblick auf die Verwirklichung unserer Wünsche in dieser Beziehung verzichten, da die Zeitverhältnisse nicht dazu angetan sind. Im übrigen liegt keine Notwendigkeit vor, daß wir jetzt dazu übergehen, von Seiten der Stadt Kirchhöfe anzuschaffen, weil sich keine Unregelmäßigkeiten bei den vorhandenen Kirchhöfen ergeben haben. Es ist auch zu befürchten, daß sich mit der Kirche keine Einigung über die Abgabe des Friedhofes an die Stadt erzielen ließe. Der Rechtsausschuß empfiehlt aus diesen Gründen Ablehnung des Antrages.

Stadtv. Stegmann: Meine Damen und Herren! Ich bin selbstverständlich gegen den Antrag der Mehrheit des Rechtsausschusses. Es ist eine billige Begründung, wenn gesagt wird, die Zeitverhältnisse wären nicht angetan, jetzt eine derartige Kommunalisierung vorzunehmen. Mit solchen billigen Begründungen kann man alles mögliche ablehnen. Weiß die Referentin, Frau Schulze, nicht, daß die sozialdemokratische Fraktion durch den Mund des Herrn Dr. Jasper diesen Antrag schon einmal gestellt hat? Damals ist von den bürgerlichen Parteien, vielleicht mit denselben Worten, der Antrag bekämpft — heute geschieht es sogar von sozialdemokratischer Seite; das ist etwas Ungeheuerliches. Warum sollen wir auf ein entsprechendes Gesetz warten? Die Nationalversammlung bzw. der Reichstag haben so viele dringende Aufgaben zu lösen, daß man bezweifeln muß, daß in nächster Zeit ein diesbezügliches Gesetz erlassen wird. Ich sehe durchaus nicht ein, warum man den Antrag ablehnen will. Die Gründe, die für meinen Antrag sprechen, sind von mir in der vorigen Sitzung zur Genüge dargelegt worden. Die Änderung der Friedhofsordnung hat uns gezeigt, daß es dringend nötig ist, daß die Stadt versucht, den Friedhof selbst in die Hand zu bekommen, denn sie hat tatsächlich in dieser Sache absolut nichts zu sagen. Herr Marth als Mitglied der Mehrheitssozialisten hat in der letzten Stadtverordneten-

sitzung mit treffenden Worten die Übernahme des Friedhofs- und Bestattungswesens durch die Stadt gefordert, und heute begründet Frau Schulze die Ablehnung eines solchen Antrages damit, daß die Zeitverhältnisse nicht die gegebenen dafür sind. Es ist doch dringend nötig, daß die Sozialisten wenigstens diese Forderung des Erfurter Programms aufrechterhalten und sie nicht nur zu den Wahlen hervorholen.

Im Rechtsausschuß sind eine Menge Gründe gegen meinen Antrag angeführt, aber alle diese Gründe sind nicht stichhaltig. Man will den privaten Beerdigungsinstituten nicht wehe tun. Ob mit einem Schlage diese Abänderung des Begräbniswesens stattfinden kann, weiß ich nicht, ebenso nicht, ob eine gesetzliche Änderung notwendig ist. Zweifellos aber steht fest, daß die Gewerbeordnung einer Monopolisierung des Bestattungswesens durch die Stadt entgegensteht. Selbstverständlich müßte die Stadt als Konkurrent auftreten, und es könnte zur Anbahnung eines erträglichen Verhältnisses sehr wohl eine Verständigung mit den privaten Instituten herbeigeführt werden, wobei dann auch Verbesserungen herausgeholt werden könnten. Es geht also sehr wohl, wenn man nur den guten Willen hat. Mein Antrag besagt, der Rat wird ersucht, die Kommunalisierung des Friedhofs- und Bestattungswesens und die Übernahme des Bestattungswesens in die Wege zu leiten und den Stadtverordneten eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten. Auf Grund dieser Vorlage hätten wir beurteilen können, wieweit wir den Antrag verwirklichen können. Zu verlangen, alles abzulehnen, finde ich nicht nur vom sozialdemokratischen, sondern auch vom demokratischen Standpunkte aus recht sonderbar. Von seiten eines Demokraten ist in der Sitzung des Rechtsausschusses erklärt worden, daß er für seine Person für den Antrag wäre, und ich glaube, es ist die in meinem Antrage eben ausgesprochene Forderung auch eine alte demokratische. Der Antrag verlangt nicht von heute auf morgen, daß neben den bisherigen kirchlichen Friedhöfen ein städtischer errichtet wird, sondern es sollen Verhandlungen mit dem Stadtkirchenrat eingeleitet werden. Ein solcher Antrag konnte vom Rechtsausschuß angenommen werden, und ich bitte Sie, dem Beschlusse der Mehrheit des Rechtsausschusses sich nicht anzuschließen, sondern meinen Antrag anzunehmen, wonach die Übernahme des Bestattungswesens und des Friedhofs von seiten der Stadt in die Wege geleitet wird.

Stadtv. Könneburg: Ich erlaube mir, eine Anfrage zur Klärung der Angelegenheit zu stellen: Was zahlt denn die Kirchengemeinde an Zuschüssen für das ganze Friedhofs- und Bestattungswesen? Vielleicht ist der Herr Oberbürgermeister in der Lage, diese Frage zu beantworten, dann würden wir daraus ersehen, welche Last die Stadt übernimmt, wenn dem Antrage des Herrn Stegmann entsprochen wird.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Berichterstattung wäre eine ganz andere geworden, wenn Herr Stegmann seinen Antrag anders gefaßt hätte. Er hat den Antrag auf Beschaffung eines städtischen Friedhofes gestellt, und das kann man beim besten Willen nicht anders auffassen, als daß die Stadt selbst einen Friedhof anlegen soll. Nun hat Herr Stegmann allerdings im Laufe der Verhandlungen im Ausschuß gesagt, das meine er gar nicht, sondern die Stadt solle den Hauptfriedhof den Kirchen abnehmen. Das ist etwas ganz anderes als das, was im Antrage steht, und wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß wegen stadtseitiger Übernahme des Hauptfriedhofes mit den Kirchen verhandelt werden soll, dann ergeben sich allerdings Bedenken, die sehr wohl dahin führen können, daß man sagt: Der augenblickliche Zeitpunkt ist dafür nicht geeignet, und zwar aus folgendem Grunde: Es ist bekannt, daß in dem Sozialisierungsgesetz vorgesehen ist, daß das Bestattungswesen Aufgabe der Gemeinden sein soll, und es werden demnächst die Gemeinden dazu gezwungen werden, das Bestattungswesen in die Hand zu nehmen. Nun ist es klar, daß diese paar Worte, die jetzt in dem Reichsgesetz stehen, nicht genügen, wenn die Übernahme der Bestattung durch die Gemeinden auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen soll. Es wird dann ein ausführliches Gesetz, sei es von Reichs wegen oder von Landes wegen erlassen werden müssen, und es wird in diesem Gesetze nicht nur ein einzelner Friedhof behandelt werden, sondern die Sache wird großzügig angefaßt werden müssen. Insbesondere wird entschieden werden müssen, ob und unter welchen Bedingungen die Gemeinden in der Lage sind, die kirchlichen Friedhöfe zu übernehmen, und zwar auch gegen den Willen der Kirche. Keiner von Ihnen wird bestreiten, daß dadurch für die Stadt sich eine ganz andere Lage ergibt, als wenn jetzt die Stadt zu den Kirchen sagt: Bitte, übergebt uns euren Friedhof! Wollen wir dies Verlangen beschränken auf die evangelisch-lutherischen Friedhöfe, oder sollen wir auch von den Katholiken und Juden die Hergabe ihrer Friedhöfe fordern? Ich erinnere daran, daß jetzt noch der Domfriedhof, der Kreuzlosterfriedhof und noch andere im Betriebe sind.

Nun ergibt sich noch eine andere Schwierigkeit in dieser Sache. Herr Stegmann meinte, die Ausschließung der Beerdigungsinstitutsinhaber möchte in der Weise gehen, daß wir ihnen Konkurrenz machen. Ich habe schon in der Ausschußsitzung gesagt, daß mir das durchaus widerstreben würde. Wenn hiesige Einwohner unter dem Schutze der Gesetze ein Geschäft gegründet haben, gegen das keine Einwände zu erheben sind und das ordnungsmäßig geführt wurde, so halte ich es nicht für richtig, daß die Stadt einem solchen Geschäft dadurch Konkurrenz macht, daß sie die Preise unterbietet — und anders könnten wir nicht vorgehen. Eine Ausschließung vom gewerblichen Betriebe würde mit den Vor-

schriften der Gewerbeordnung nicht in Einklang stehen. Man müßte also eventuell diesen Institutsinhabern eine Entschädigung zahlen, denn man müßte Wert darauf legen, daß das Bestattungsweisen monopolisiert wird, wenn es nun einmal die Stadt übernimmt. In diesem Falle muß die Stadt Herr über die Sache sein und das Bestattungsweisen allein ordnen.

Wenn wir auf den Antrag eingehen wollten, müßten wir uns darüber klar sein: „Was wollen wir den Kirchen bieten?“ Darauf läuft die ganze Sache hinaus. Bei dieser Gelegenheit kann ich zugleich die Anfrage des Herrn Rönneburg beantworten, der in der letzten Sitzung der Stadtverordneten nicht zugegen gewesen ist, wo ich auf diese Dinge schon zu sprechen kam. Bisher hat der Friedhof durch die Gebühren, die für die Begräbnisse erhoben werden, den Kirchen sehr erhebliche Einnahmen gebracht. Das ist nicht eine Neuerscheinung, sondern es war von alters her üblich, daß beim Todesfall die Betreffenden entsprechende Gebühren bezahlen mußten, und die Kirche hat davon gelebt. Hinterher sind dann noch Kirchensteuern dazugekommen. Die Kirchensteuer allein genügt aber für Unterhaltung der Kirchen nicht, und so haben die Kirchen sehr gern die Einnahmen angenommen, die ihnen aus den Kirchhöfen als Überschüsse zufließen. Erhebliche Überschüsse sind in den letzten Jahren erzielt, da die Vergabung von teuren Beerdigungsplätzen besonders während des Krieges sehr zugenommen hat. Jetzt ist das mit einem Schlage anders geworden. In allen Betrieben, wo eine große Zahl von Personen gegen Lohn beschäftigt wird — das wissen wir alle —, ist ein kolossaler Rückgang in den Überschüssen eingetreten. Wir sehen beim Gaswerk, beim Wasserwerk und auch sonst das Steigen der Löhne und Materialpreise, und augenblicklich steht die Sache auch beim Hauptfriedhofe ungünstig. Auf welcher Grundlage sollte man jetzt den Kirchen ein Angebot machen? Soll man sagen: „Ihr verdient nichts damit, gebt euren Friedhof unentgeltlich her?“ Ich glaube nicht, daß die Kirchen darauf eingehen würden. Ganz abgesehen von der Geldfrage hängen die Kirchen an ihrem schönen Friedhofe, den sie mit vielen Kosten hergerichtet und instand gesetzt haben. Sie möchten ihn als Stätte der Erinnerung und Erbauung behalten; es kommt ihnen weiß Gott nicht nur darauf an, Geld damit herauszuschlagen. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich hier für die Kirchen eintrete! Ich bin bis jetzt Vorsitzender des Stadtkirchenausschusses, und wenn ich als solcher hier und da in Verlegenheit gekommen bin in Fällen, wo die Interessen der Kirche und der Stadt einander gegenüberstehen, so halte ich mich für verpflichtet und bin bemüht, objektiv und unparteiisch beide Interessen gegeneinander abzuwägen, soweit das menschenmöglich ist.

Die Kommission ist zu dem Beschlusse gekommen: Unter den jetzigen Um-

ständen halten wir den augenblicklichen Zeitpunkt nicht für geeignet, um darauf hinzustreben, daß die Stadt jetzt in den Besitz des Hauptfriedhofes kommt. Ich verstehe nicht, wie man sich darüber aufregen kann. Es ist kein ablehnendes Verhalten der Kommission zu konstatieren gewesen, im Gegenteil, man war der Ansicht, es lasse sich sehr wohl die Sache einmal stadtseitig machen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß im besonderen eine Verstadtlischung des eigentlichen Bestattungswesens wünschenswert ist, denn daß bei dem heute bestehenden Zustande mancher mehr verdient als gut ist, das bedauere ich auch.

Im übrigen darf ich noch eins bemerken: Der Hauptfriedhof, zu dessen Verrichtung die Stadt seinerzeit einen Zuschuß von 294 000 M auf Grund gesetzlicher Vorschriften hergegeben hat, ist kein rein konfessioneller Friedhof, sondern ist ein Mittelding zwischen konfessionslosen und kirchlichen Friedhöfen. Es werden dort Christen, Heiden, Dissidenten begraben, alle werden aufgenommen; nur hat man gesagt: „Die Angehörigen der Religionsgesellschaften, die hier in der Stadt selber einen Friedhof unterhalten, brauchen wir nicht aufzunehmen“, denn jede Erweiterung des Friedhofes kostet viel Geld, und deshalb wollen wir die Plätze draußen nicht unnötig vergeben. Man hat aber Entgegenkommen bewiesen, indem man zugelassen hat, daß, wenn der eine Ehegatte auf dem Hauptfriedhofe beerdigt ist, auch der andere dort bestattet werden darf.

Ich muß es Ihnen überlassen, ob Sie es unter diesen Umständen für unerfreulich finden, wenn der Rechtsausschuß zu dem Beschlusse gekommen ist: Augenblicklich ist nicht die rechte Zeit dazu, den Friedhof für die Stadt zu erwerben und das Bestattungswesen zu übernehmen.

Stadtv. Steinbrecher: Herrn Stegmann hat es beliebt, die Rechtssozialisten sofort als solche hinzustellen, die das sozialdemokratische Prinzip verraten wollten, und dagegen muß ich mich wenden. Die von Herrn Stegmann angewandte Methode ist sehr bequem, indem er einfach Ansprüche stellt, die sich nicht verwirklichen lassen. Wenn wir vor dem Kriege, als wir noch vereint waren, denselben Antrag gestellt haben, so beweist das gegen uns noch nichts. Wir hätten in gleicher Weise auch jetzt manchen Antrag schon stellen müssen, wenn wir das durchführen wollten, was wir eigentlich durchführen müßten. Warum haben wir es nicht getan? Weil wir einsehen, daß sich nicht alles jetzt in kurzer Zeit durchführen läßt. Wir können nicht ins Blaue hinein Anträge unterstützen, die an sich und von unserm Programm aus wohl berechtigt sind, die aber in dieser Zeit undurchführbar sind. Wenn wir dem Antrage des Herrn Stegmann stattgeben, haben wir trotzdem nicht das erfüllt, was wir vor dem Kriege verlangt haben. Die eigentliche Hauptsache bei der ganzen Sache ist, daß die unentgelt-

liche Bestattung eintreten soll. Das könnten wir bei der Finanzlage der Stadt heute nicht durchführen, ganz abgesehen von den Erwägungen, die der Herr Oberbürgermeister angeführt hat. Die Kirchenfrage ist für uns nicht maßgebend, sondern andere sachliche Erwägungen waren für uns bestimmend, daß wir von dieser Frage heute Abstand nehmen, weil der Hauptpunkt, die Unentgeltlichkeit, nicht durchführbar ist. Ich glaube, auch die unabhängige Fraktion wird nicht behaupten wollen, daß wir die Bestattungen jetzt unentgeltlich für die Angehörigen vornehmen könnten. Es ist nichts Verhängliches dabei, wenn wir aus Zweckmäßigkeitsgründen jetzt diese Frage zurückstellen, wie wir so viele Fragen unseres Programms haben zurückstellen müssen.

Stadtv. Frau **Schulze**: Der Antrag des Herrn Stegmann besagt ausdrücklich: Beschaffung eines städtischen Friedhofes und Übernahme des Bestattungswezens durch die Stadt. Wenn Herr Stegmann das wollte, was er vorhin ausgeführt hat, dann hätte er einen anderen Antrag stellen müssen. Wir von unserer Seite stellen keine Anträge, die jetzt unausführbar sind, unsere Taktik ist, praktische Arbeit zu leisten, und deshalb stellen wir unsere Forderungen zurück, bis wir sie ausführen können. (Bravo!)

Stadtv. **Stegmann**: Das Bravo von jener Seite gönne ich der Frau Schulze. Herr Könneburg erinnerte an die Lasten, welche es machen würde, wenn man meinen Antrag verwirklichte, und Herr Steinbrecher hat angeführt, die Hauptsache für ihn bei diesem Programm sei die Unentgeltlichkeit. In dieser Beziehung habe ich schon bei meiner Begründung angeführt: Weil wir wissen, daß wir nicht alles erreichen können, wollen wir wenigstens das zu erreichen suchen, was unter den jetzigen Verhältnissen möglich ist, und ich lasse mir nicht bestreiten, daß es möglich ist, auf diesem Gebiete vorzugehen, auch wenn die Unentgeltlichkeit zur Zeit nicht durchgeführt werden kann. Eine merkwürdige Methode der Entgegnung wird angewandt. Ich habe doch ausdrücklich in meiner Begründung gesagt, das einfachste wäre es allerdings, daß man einen neuen Friedhof schafft, aber ich sagte auch, das Nächstliegende sei, den jetzigen Friedhof in städtische Regie zu übernehmen. Wenn es nicht in dem Antrage steht, so wird es doch jeder aus meiner Begründung herausgehört haben. Erst auf ein Reichsgesetz zu warten, halte ich nicht für praktisch. Der Herr Oberbürgermeister führt an, es sei im großen und ganzen alles auf dem Hauptfriedhof schön und geordnet, auch den Konfessionslosen sei Gelegenheit gegeben, sich auf dem Friedhofe verbrennen und begraben zu lassen. Wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkte, daß auf einem solchen Friedhofe jeder beerdigt werden kann, ohne daß danach gefragt

wird, ob er einer Kirche angehört und welcher. Es wurde im Rechtsausschuß darauf hingewiesen, daß wir nun einmal den schönen Friedhof haben, der ein wahres Schmuckstück sei. Der Stadtkirchenrat und die Friedhofsverwaltung habe alles aufgeboten, um einen Friedhof zu schaffen, der eine Zierde für Braunschweig ist. Nun, das erkennen wir ja auch an, aber es ändert das nichts daran, daß die Stadt in der Lage ist, den Friedhof zu übernehmen. Es ist im Rechtsausschuß ferner gesagt, daß die Friedhofsordnung doch nicht so schlimm wäre. Da weise ich darauf hin, daß das Klassenwesen immer noch besteht. Wenn es noch möglich ist, daß für die dritte Klasse Denkmäler von gewisser Höhe und Breite vorgeschrieben werden, für die zweite Klasse etwas höher und für die erste noch höher, so ist das ein System, das beseitigt werden muß. Es ist im Rechtsausschuß darauf hingewiesen, daß auch auf kommunalen Friedhöfen diese Einteilung vorhanden sei, z. B. in Hannover. Das trifft allerdings zu, aber unser Ideal ist es nicht. Es wird ganz von selbst den Armen nicht möglich sein, prunkhafte Denkmäler aufzustellen, aber man könnte der Prunksucht von Seiten der Stadt eine gewisse Beschränkung auferlegen.

Was das Bestattungsweise anbetrifft, so wird anerkannt, es sei wünschenswert, daß es die Stadt übernehme. Warum soll in Braunschweig nicht möglich sein, was in süddeutschen Städten seit vielen Jahren eingeführt ist? Dann sagt man, es könne von Seiten der Stadt aus den Beerdigungsinstituten keine Konkurrenz gemacht werden; dem Herrn Oberbürgermeister tut es weh, wenn so verfahren werden sollte. Auf andern Gebieten fragt man doch aber nicht danach, und es hätte sich gewiß ein Weg finden lassen, auf dem vorgegangen werden konnte. Es wird nicht zu bestreiten sein, daß von diesen Beerdigungsinstituten zum Teil eine schändliche Ausbeutung der Hinterbliebenen, namentlich der ärmsten unter ihnen, betrieben wird, so daß es dringend wünschenswert ist, daß die Stadt die Sache in die Hand nimmt. Herr Steinbrecher braucht sich nicht für das Erfurter Programm ins Zeug zu legen. Wenn wir die Unentgeltlichkeit der Bestattung jetzt nicht fordern, so geschieht das aus dem Grunde, weil es bei der jetzigen trostlosen Finanzlage der Stadt nicht durchführbar ist. Aber Sie könnten doch dafür stimmen, daß zunächst versucht wird, den bestehenden Friedhof in die Hand der Stadt zu bekommen. Nun wird gesagt, die Schaffung eines neuen Friedhofs sowie auch die Ablösung des bestehenden koste zuviel. Aber die Stadt hat doch schon so viele Summen für den Friedhof ausgeben müssen, die sie nur zum Teil wieder zurückbekommen hat. Im übrigen möchte ich Herrn Steinbrecher gegenüber bemerken: Wir operieren nicht ins Blaue hinein. Wenn gesagt wird, es gäbe eine Menge Programmpunkte, die noch durchgeführt werden müßten, so gebe ich das zu, und selbstverständlich werden wir versuchen, auch auf

andern Gebieten vorzugehen. Sie aber sind dazu gekommen, daß Sie das, was Sie noch vor wenigen Jahren aufrechterhalten haben, jetzt niederreten, weil Sie Arm in Arm mit andern Parteien gehen. Sie stellen das Erfürter Programm in den Glaschrank, um es bei Wahlzeiten wieder herauszuholen zur Verblendung der Arbeiter. (Ironisches Bravo von der Gegenseite.)

Stadtv. **Steinbrecher:** Wenn Sie glauben, daß wir aus Angst vor andern Parteien diese Stellung einnehmen, so irren Sie sich. Ich wüßte nicht, welche Partei uns hindern sollte, für den Antrag Stegmann zu stimmen. Wenn wir böshaft sein wollten, würden wir es tun, und damit würde die Sache durchgehen. Aber der Erfolg ist immer der: Die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ist sozialdemokratisch, und wenn die Sache nicht klappt, würde der sozialdemokratischen Partei die Schuld zugeschoben, wobei es keine Rolle spielt, ob es Ihre oder unsere Anträge sind, die dahin führen. Wenn die Sache nicht korrekt durchgeführt werden kann, dann sagen wir lieber: Wir verschieben die Sache wie so manches andere auch. Der Herr Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen, daß eine Ordnung des Bestattungswesens durch die Stadt unzumutbar wäre, wenn nicht vom Reiche oder vom Lande den gesamten Kommunen Richtlinien gegeben würden. Die Einführung des städtischen Bestattungswesens erfordert allerdings Zeit, und die dazu nötigen Auseinandersetzungen sind nicht sehr einfach. Herr Kollege Rönneburg kann ein Lied davon singen, was es heißt, Auseinandersetzungen zwischen Kirche, Staat und Gemeinde durchzuführen, welche Kosten, Zeit und Mühe das erfordert. Dabei haben wir in nächster Zeit so viele Sachen zu erledigen, die mit Kommunalisierung zusammenhängen, daß wir alle Hände voll zu tun bekommen. Darin aber hat Herr Stegmann recht: bei der jetzigen Lage des Bestattungswesens werden die Ärmsten der Armen, wie er sich ausdrückt, manchmal übervorteilt, und das ist aufs lebhafteste zu bedauern. Aber wenn Sie glauben, daß wir bei der städtischen Übernahme des Bestattungswesens gleich in der ersten Zeit darauf verzichten könnten, einen Preisunterschied bei den verschiedenen Begräbnissen zu machen, so halte ich das für ausgeschlossen, weil wir damit ein kolossales Defizit herauswirtschaften würden, und ob Sie in der Lage sind, dafür zu stimmen, daß wir in dieser Sache mit einem Defizit abschneiden, das ist eine zweite Frage. Auch wenn wir zehnmal die sozialdemokratische Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung haben, können wir doch nicht anders handeln als in andern Städten, wo das städtische Bestattungswesen eingeführt ist: wenn wir nicht einen Abschluß mit Defizit haben wollen, müssen die Begüterten und Reichen bei Bestattungen mehr bezahlen. Es handelt sich bei unserer Stellungnahme auch nicht darum, daß wir die Erledigung dieser ganzen

Frage auf Jahrzehnte hinaus verschoben wollen; wir können in kurzer Zeit, in ein bis zwei Jahren, wenn die Sache besser geklärt ist, darauf zurückkommen und sind dann, wenn vielleicht Reich und Staat sich mit der Frage befaßt haben, besser in der Lage, einen gemeinsamen Schritt zu tun. Wir wollen gern zusammen arbeiten, wenn wir einen Erfolg voraussehen können und wissen, daß wir uns durch die Neuordnungen nicht selbst in die Finger schneiden, wie das jetzt der Fall wäre.

Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Stegmann hat gefragt, warum das bei uns nicht möglich sein sollte, was in bezug auf das Bestattungswesen in süddeutschen Städten möglich ist. Ich habe schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß es hierbei auf die historische Entwicklung ankommt. Überall da, wo die Kirchen in den großen Städten sich nicht zusammengefunden und einen einheitlichen kirchlichen Friedhof errichtet haben, da mußte die Stadt vorgehen und für einen Begräbnisplatz sorgen. Bei uns ist es umgekehrt verlaufen. Hier waren die Kirchen im Besitze einzelner, für jede Kirche bestimmter Friedhöfe, und dem Oberbürgermeister Bockels, meinem Amtsvorgänger, ist es gelungen, allerdings erst nach sehr vieler Mühe, die Kirchen in dieser Sache alle zusammen unter einen Hut zu bringen und einen einheitlichen Friedhof für alle zu schaffen.

Weiter hat Herr Stegmann gefragt, warum nicht die Übernahme versucht werden solle. Im allgemeinen stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Stadt, wenn sie solche Verhandlungen einleitet, das Recht und die Macht haben muß, falls diese Verhandlungen scheitern, ihren Willen dennoch durchzusetzen, sonst fange ich solche Verhandlungen nicht gern an. Weil ich nun aber wußte, daß ein großer Teil der Stadtverordnetenversammlung für Übernahme des Friedhofes ist, habe ich Gelegenheit genommen, mit den maßgebenden Stellen der kirchlichen Behörden Fühlung in dieser Frage zu nehmen. Aber die Übergabe des Friedhofes an die Stadt ist sehr kühl abgelehnt worden. Man hat gesagt: Unsern Friedhof werden wir niemals freiwillig hergeben! Mit solchen Erklärungen muß man rechnen und sich fragen: Wollen wir in dem Falle, daß der Friedhof nicht freiwillig hergegeben wird, zwangsweise vorgehen? Das Recht, den Friedhof zu enteignen, haben wir nicht. Deshalb glaube ich, es hat keinen Zweck, jetzt diese Verhandlungen einzuleiten. Ich bin fest überzeugt, daß in den nächsten Wochen, wo der Stadtkirchenrat die neue Gebührenordnung für den Friedhof berät, höchstwahrscheinlich die Sache geklärt wird. Dann werden Sie sehen, daß bei den kirchlichen Behörden absolut keine Neigung vorhanden ist, den Friedhof herzugeben.

Dem Antrage des Rechtsausschusses entsprechend wird der Antrag Stegmann abgelehnt.

5. Mittel für Unterbringung von Schulkindern in Heilstätten an deutschen Seeküsten.

Stadtv. Frau **Graf**: Der Braunschweiger Zweigverein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten hat eine Anfrage an den Rat der Stadt gerichtet, ob er bereit sei, so wie er es in den verflossenen Jahren getan habe, auch in diesem Jahre wieder eine Summe zur Verfügung zu stellen, für welche bedürftige Kinder an die Seeküsten geschickt werden könnten. Im verflossenen sowie in den vorhergehenden Jahren wurden seitens der Stadt 1000 \mathcal{M} ausgeworfen, wofür sechs Kinder auf sechs Wochen nach dem Hospiz Wyk auf Föhr geschickt wurden. Da aber inzwischen die Kurkosten sowie die Fahrpreise erheblich gestiegen seien, auch mit Rücksicht auf die mangelhafte Ernährung der Kinder es angebracht sei, die Zahl der Kurkinder zu vergrößern, bittet der Verein, die stadtseitig hierfür ausgeworfenen Geldmittel erheblich zu erhöhen. Der Rat der Stadt hat sich auf dieses Schreiben hin an Herrn Geheimen Sanitätsrat von Holwede gewandt, damit er sich über die Höhe der in Frage kommenden Summe äußere, sowie darüber, wie die Berücksichtigung der seinerseits, sowie seitens der Schulärzte, Schulpflegerinnen und anderer städtischer Fürsorgestellten gemachten Vorschläge gesichert sei. Herr Sanitätsrat von Holwede schreibt hierzu: „Die Ausgaben für jedes Kind betrugen im Jahre 1919 220 \mathcal{M} , so daß nur fünf Kinder hätten verschickt werden können. Es sind aber tatsächlich sechs Kinder übergeführt, eins auf Kosten der sonstigen Bezüge des Vereins. Nach der Lage der Dinge wird in diesem Jahre die Ausgabe für jedes Kind schätzungsweise auf 300 \mathcal{M} anwachsen, sollen also — was angesichts des Elends unter den Kindern sehr erwünscht ist — zehn Kinder der Wohltat des Seeklimas teilhaftig werden, so wären 3000 \mathcal{M} aufzuwenden. Bislang nahmen an den Überweisungen teil: das städtische Kinderheim und die Schulen. Da nach Wunsch und Auffassung des Rates auch von anderen Stellen aus (Wohlfahrtsamt usw.) Vorschläge gemacht werden sollen, weil die Not größer ist als früher, so wäre die Zahl zehn nicht zu hoch gegriffen. — Die Auswahl geschieht vom Kinderheim, den Schulärzten, dem Wohlfahrtsamt (Pflegerinnen). Die abschließliche Bestimmung liegt in meiner Hand in Verbindung mit Herrn Dr. Wiebrecht.“ Der Rat der Stadt erklärt sich mit Rücksicht auf diese Ausführungen bereit, in diesem Jahre für Unterbringung schwächlicher oder kränklicher Schulkinder in Heilstätten an deutschen Küsten die Summe von 3000 \mathcal{M} zu bewilligen. Der Schulausschuß bedauert es, daß nicht einer weit größeren Zahl Kinder auf diese Weise geholfen werden kann, und hält die Summe von 3000 \mathcal{M} für diesen Zweck für reichlich gering. Er schlägt vor, die Zahl der in Frage kommenden Kinder auf zwölf zu erhöhen und hierfür eine Summe bis

zu 4200 *M* zu bewilligen. Ich bitte die verehrten Damen und Herren, zu diesem Antrage des Schulausschusses ihre Zustimmung zu geben.

Stadtrat von Franckenberg: Wenn wir auch noch nicht wissen, welches Ergebnis die von uns vor einiger Zeit gemeinsam beschlossene Erhöhung der Hundesteuer, die die Haupteinnahmequelle für die Wohlfahrtsausgaben der Stadt bildet, zeigen wird, so halte ich es doch für angängig, wenn die Versammlung über unsern Vorschlag hinaus als Summe für die Unterbringung dieser Kinder in Heilstätten an deutschen Küsten bis zu 4200 *M* bewilligt, und das um so mehr, weil mir die Mitteilung glaubwürdig erscheint, daß nach der inzwischen erfolgten weiteren Erhöhung aller Unterhaltungsmittel und Reisekosten mit 300 *M* die Unterbringung eines einzelnen Kindes im Seehospiz auf 6 Wochen kaum wird ausgeführt werden können. Man wird mit Beträgen von 350 *M* rechnen müssen. Wenn es für wünschenswert gehalten wird, daß nicht zehn, sondern zwölf Kinder, also die doppelte Zahl wie im letzten Jahr, dieser sehr gemeinnützig wirkenden Einrichtung teilhaftig werden, dann ist es wohl angebracht, 4200 *M* dafür als Höchstaussgabe vorzusehen. Selbstverständlich wird der Verein für Kinderheilstätten aus seinen namhaften Mitteln eine weitere ganze Reihe von Kindern entsenden, und der Stadt wird vorbehalten sein, nachzuhelfen, wo mit Kleidungsstücken oder in anderer Weise eine städtische Unterstützung notwendig erscheint. Was in der gestrigen Besprechung des Schulausschusses besonders erfreulich war und was ich der Versammlung nicht vorenthalten möchte, war die Anregung, die Stadt möchte in unserm Wohlfahrtsamt, das wir bekanntlich seit dem 1. Februar ausgebaut und erweitert haben, eine Hauptmeldestelle schaffen, bei der diejenigen Kinder, die in irgendeiner Weise in Ferien- oder Sommerzeiten eine besondere Fürsorge und Kräftigung nötig haben, angemeldet werden, damit unter Zuhilfenahme der Schulärzte, der Schulpflegerinnen usw. eine Sichtung, Prüfung und Entscheidung herbeigeführt werden kann, welche Kinder für das Seehospiz, zur Unterbringung im Harze oder Salzdetfurth geeignet sind, und welche Kinder, wenn wir es einmal zur Einrichtung einer Waldheilstätte gebracht haben, dorthin gesandt werden müßten. Die Herrschaften werden aus diesen Andeutungen entnehmen, daß das Wohlfahrtsamt in dieser Richtung eine ungemein segensreiche Tätigkeit entfalten kann, und daß es nicht nur auf die Bewilligung der Mittel, sondern auch auf das zweckmäßige Zusammenwirken der verschiedenen Vereine und Körperschaften ankommt, für die das Wohlfahrtsamt die vermittelnde Stelle sein soll.

Stadtm. Jahns: Meine verehrten Damen und Herren! Für die Bewilligung der beantragten Mittel bin ich durchaus zu haben und glaube auch, die

Sache nicht weiter unterstützen zu brauchen — es ist in genügender Weise vom Ausschuß und vom Herrn Referenten Stadtrat von Frankenberg geschehen. Es ist dringend nötig, daß kommunale Verwaltungen solche Mittel bewilligen, denn die Unterstützungen durch private Mittel, wie sie z. B. für die Konfirmanden in Aussicht gestellt sind, sind manchmal so unzulänglich, daß sie nicht hinreichen, um etwas Wesentliches bieten zu können, so daß es vielleicht schließlich dazu kommen wird, daß jedem Konfirmanden nur eine Apfelsine zuteil werden kann. Deshalb bitte ich Sie um herzliche Fürsorge für unsere Schulkinder, damit wir zu ihrer Unterstützung nicht auf fremde Mittel angewiesen sind.

Stadtv. **Rönneburg:** Auf die Liebenswürdigkeiten, die Herr Stadtverordneter Jahnß im Einklang mit dem „sehr schätzenswerten“ Einsender eines Artikels in den Neuesten Nachrichten glauben anbringen zu müssen, darf ich wohl eine kurze sachliche Erklärung geben. Die Schwierigkeiten, die mit der Übermittlung von Beträgen und Waren von Amerika nach hier verbunden sind, werden den Unbeteiligten nicht bekannt sein. So ist eine Sendung von 30 000 *M.*, die nach Berlin gerichtet war und offenbar dort eingetroffen ist, durch nicht richtige Adressierung von einer Stelle zur andern geschoben worden und inzwischen schon zum Ankauf von Lebertran für einen andern Bezirk verwendet. Soweit durch meine Hand diese private Aktion gegangen ist, handelt es sich um rund 15 000 *M.*, daneben um 5 große Kisten mit Kleidungsstücken, Wäsche und Stiefeln, ferner 10 Zentner Reis, 90 Kannen Milch und noch verschiedene andere kleine Sachen. Fast täglich treffen in letzterer Zeit kleine Geldsendungen von 200, 150, 500, 700 bis 1000 *M.* ein. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß durch die neuerliche Zentralisation der ganzen Hilfsaktion, wie sie jetzt in Amerika und Deutschland erfolgt ist, diese Privataktionen in starkem Maße unterbunden sind. Es wird den Herrschaften bekannt sein, daß auch an die Stadt selbst schon eine ganz beachtliche Menge von Lebensmitteln gegangen ist, unter anderem 44 Zentner Speck — soweit ich unterrichtet bin — und eine erhebliche Menge von Milch — ich glaube, es sind 22 Zentner, Herr Stadtrat von Frankenberg wird darüber noch Angaben machen können. Es ist also im wesentlichen so, daß bei gewissen Teilen der deutschen Volksgenossen in Amerika sich eine rührende Liebestätigkeit entwickelt hat, so daß sie mit allen Mitteln bemüht sind, soweit ihre Kräfte reichen, helfend einzuspringen. Es ist dabei zu bedenken, daß auch dort eine empfindliche Teuerung herrscht, allerdings nicht in so hohem Maße wie hier, daß sie aber auch dort zu einer starken Entwertung des Geldes geführt hat. Es ist aber doch wohl selbstverständlich, daß wir uns über diese Hilfstätigkeit nur von ganzem Herzen freuen können, und daß es nur zu bedauern ist, wenn durch wenig gut gemeinte

Aussätze, die sicher auch zur Kenntnis der Beteiligten in Amerika kommen werden, auf diese Liebestätigkeit dämpfend statt anspornend gewirkt wird. Die Ausführungen des Herrn Jahn's waren jedenfalls vollkommen fehl am Platze.

Stadttrat von Frankenberg: Die verehrten Stadtverordneten haben, als wir seinerzeit beantragten, für die aus der Schule zu entlassende Jugend 60 000 *M* zu bewilligen, diesen Betrag auf 100 000 *M* erhöht mit der Bedingung, daß dasjenige, was von der Jüdelstiftung oder von anderer Seite, besonders von der Regierung bewilligt werden sollte, hierbei angerechnet wird. Ich habe ermittelt, daß der erfreuliche Betrag von 5000 *M* für die schulentlassene Jugend aus der Amerikahilfe durch die dankenswerten Bestrebungen des Herrn Rönneburg uns zur Verfügung gestellt ist. Wir haben ferner gehört, daß durch Vermittlung des Herrn Rönneburg sehr ansehnliche Mittel nicht der schulentlassenen Jugend, wohl aber der unterernährten Schuljugend zugute gekommen sind, und man wird selbstverständlich anerkennen müssen, daß in der heutigen schweren Zeit jedes Mittel, mit dem unserer Jugend und deren Eltern zu Hilfe gekommen wird, zu begrüßen ist. Weiter kann ich feststellen, daß inzwischen durch das Eingreifen aller deutschfreundlich gesinnten Kreise in Amerika sehr ansehnliche Zuwendungen in Sachbezügen hierher gekommen sind: Zweimal Kleidungsstücke, fünf und zwei Kisten mit Wollwaren und Wäsche, die der hiesigen Bevölkerung in höchstem Grade nützlich gewesen sind. Wir haben sie zum Teil schon verteilt, zum andern Teil ist die Austeilung durch das Wohlfahrtsamt in die Wege geleitet. Vor allen Dingen haben wir Lebensmittel bekommen. Herr Rönneburg hat schon erwähnt, daß es sich um 43 oder 44 Zentner Speck handelt. Wir sind im Begriffe, durch Überweisung desselben an die Volksspeiseanstalt und in erster Reihe an Mütter, die ihre Kinder selber stillen, die Verteilung vorzunehmen, und ich habe gehört, daß diese hochherzige Zuwendung mit außerordentlicher Freude aufgenommen ist. Wenn Sie hören, daß jeder Frau aus den minderbemittelten Kreisen, die in den letzten $\frac{3}{4}$ Jahren ihre Kinder selber nährte, ein Pfund Speck kostenlos zur Verfügung gestellt wird, so können Sie ermessen, was das in heutiger Zeit bedeutet. Außerdem haben wir 90 Kisten mit 4300 Büchsen kondensierte Milch bekommen, die wir mit Hilfe der Volksschulen an schwächliche Kinder ausgeben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, wenn wir in enger Fühlung mit dem Zentralausschuß der deutsch-amerikanischen Hilfe bleiben, und wenn wir von keiner Seite gestört werden (Zuruf: Sehr richtig!), wir in nächster Zeit auch weiter von unseren Freunden in Amerika Hilfe erhalten. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir eine derartige Hilfe mit größtem Dank entgegennehmen und nur das Bestreben zeigen müssen, die Verteilung sachgemäß durch-

zuführen und den hochherzigen Gebern wissen zu lassen, wie erfreut wir über derartige Hilfen sind. Wir werden insbesondere bestrebt sein, daß wir durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes, der Schule und der hiesigen Ärzte die Gaben am meisten denen zukommen lassen, die sie am größten nötig haben. Ich möchte bitten, die Hilfe ebenso aufzufassen, wie ich es getan habe, nicht als einen Tropfen auf den heißen Stein, sondern als Gabe der Liebe, die mit großem Dank entgegenzunehmen ist. (Bravo!)

Stadtv. Salomon: Ich möchte an die Worte anknüpfen, die Herr Stadtrat von Frankenberg geäußert hat: daß es immerhin ein sehr gefährliches Beginnen ist, derartige Maßnahmen zu stören. Sie werden gestört durch solche Bemerkungen, wie sie Herr Kollege Jahns sich erlaubt hat, namentlich durch seinen Vergleich der Gaben mit einer Apfelsine. Ich will mich nicht weiter darüber erregen, aber dieser Ausdruck verdient, mit Entrüstung zurückgewiesen zu werden. Ich gehöre mit zu dem Ausschuß, der von der Lehrerschaft gewählt ist, um die Unterstützungen an die Kinder zu verteilen, und bin deshalb in der Lage, folgendes festzustellen: Der Ausschuß hat zunächst an 100 bedürftige Konfirmanden, die von den Predigern ausgewählt sind, je 50 Mark verteilt. Zweitens ist eine große Anzahl von Kindern durch den Ausschuß mit Kleidungsstücken bedacht, und drittens kann ich mitteilen, daß morgen eine Sitzung stattfindet, die darüber zu beschließen hat, daß nun auch noch Konfirmanden bedacht werden sollen, die nicht von den Predigern ausgewählt sind, sondern nur durch die Schule. Ich stelle weiter fest, daß eine große Zahl von unterernährten Kindern, besonders von kleineren Kindern — wir haben uns vor allen Dingen auf die ersten Schuljahre beschränkt — vier Wochen lang jeden Tag $\frac{1}{4}$ Liter wirklich gute Milch genießen kann und dazu ein Brötchen bekommt. Weitere Gaben stehen in Aussicht. Wenn ich das alles summiere, so müßte tatsächlich eine Apfelsine einen Preis bekommen, den wir wahrscheinlich alle zusammen niemals für eine solche bezahlen möchten. Es wäre gut, wenn eine edle Handlungsweise durch Bemerkungen wie die des Herrn Jahns nicht herabgesetzt würde. (Bravo!)

Stadtv. Frede: Als eine der schönsten Eigenschaften an einem Menschen achte ich die Dankbarkeit. Selbst wenn in diesem Falle festzustellen wäre, daß für den einzelnen die Unterstützung so viel nicht ausmacht, wie man erwartet hatte, so ist doch die Gesamtleistung für die deutschen Kinder zu veranschlagen. Wenn man das tut, dann muß man dankbar das begrüßen, was unsere Stammesgenossen in Amerika für uns getan haben. Ich erkläre dies ausdrücklich, um Übertragungen oder Mißdeutungen entgegenzutreten.

Stadtv. Rönneburg: Ich darf der geehrten Versammlung noch kurze sachdienliche Mitteilungen machen, und ich bin Herrn Jahn's dafür dankbar, daß er mir durch seine Worte Gelegenheit gegeben hat, hier einen kleinen Rechenschaftsbericht abzugeben. Unter anderem ist eine Hilfsmaßnahme eingeleitet worden, die außerordentlich verheißungsvoll erscheint. Durch Vermittlung einer deutsch-amerikanischen Lehrerin ist die Übernahme von Patenschaften durch Deutsch-Amerikaner im Gange. Es ist von uns eine Liste von 30 Kindern aufgestellt, für die deutsch-amerikanische Volksgenossen in der Weise sorgen wollen, daß sie fortlaufend — so haben sie in Aussicht gestellt, ich habe eine ganze Reihe von Briefen darüber — monatlich oder jährlich Beiträge herüberschicken wollen. In einem Briefe schreibt eine Deutsch-Amerikanerin, sie wolle monatlich 5 Dollar schicken (das sind nach dem jetzigen Stand der Valuta 400 bis 500 M.), und ihre erste Sendung ist eingetroffen. Es handelt sich um eine arme Witwe, deren Sohn Elektromonteur werden soll, und sie fragt an, ob der Betrag wohl für diesen Zweck genüge, mehr könne sie nicht leisten. Solche Fälle könnte ich noch mehr anführen; es sind Mütter bei mir gewesen und haben mir Mitteilung gemacht, daß ihnen namhafte Hilfen durch die Deutsch-Amerikaner geworden sind. Unendlich schwer ist es, zu erreichen, daß die Sache klappt. Beispielsweise kommt das Duplikat eines Schecks an, während das Original verlorengegangen ist, und dann dauert es zwei bis drei Monate, ehe die Sache vielleicht in Ordnung gebracht ist. Nach unsern Wünschen geht es auch nicht schnell genug, und Mühe und Arbeit hat die ganze Sache uns auch gemacht. Aber jeder hat gern das Seine getan, weil wir glaubten, damit etwas Gutes schaffen zu können. Ich bin selbst im Berlin bei dem Zentralausschuß für das Rote Kreuz gewesen, um den 30 000 M. nachzugehen, und man hat mir in Aussicht gestellt, daß man den unserer Verwendung entgangenen Lebertran uns nach Möglichkeit aus einer neuen Sendung zukommen lassen will. Hoffentlich kommen wir mit dieser Sache durch. Die Leute von drüben schicken manchmal einfach Geld und machen keine weiteren Ausführungen dazu, oder die Ausführungen kommen nicht an, denn die Verbindungen sind jammerhaft. Eine Kiste mit Lebensmitteln ist Ende Januar in Hamburg angekommen, aber ich habe sie heute noch nicht erhalten, trotzdem ich deswegen telephonierte und telegraphierte habe. Es ist doch nicht gleichgültig, ob wir mehrere hundert Kinder — ich glaube, es waren 400 — mit je 2 Pfund Reis haben bedenken können oder nicht. So etwas ist doch heutzutage ein Wertobjekt! Morgen werden sie lesen können, wie dem Ausschuß erneut 3000 M. zur allgemeinen Verteilung zur Verfügung gestellt sind. Das sind doch immerhin Summen, die beachtlich sind, und ich glaube, daß es im Sinne der Versammlung ist, wenn wir unsern Volksgenossen dafür Dank zollen und die Hoffnung aussprechen, daß ihre Liebestätigkeit nicht erlahmen möge.

Stadtv. Frau Göge: Da ich Gelegenheit gehabt habe, zu sehen, mit welcher Freude dieser Speck, der in der Volksküche zerschnitten worden ist, in Empfang genommen ist, so kann ich nicht unterlassen, zum Ausdruck zu bringen, daß ich bedauern würde, wenn durch falsche Auffassung, hin und wieder vielleicht durch Unkenntnis der richtigen Sachlage, Äußerungen zutage kommen, infolge deren in Amerika bezweifelt werden müßte, daß die richtige Dankbarkeit bei uns herrscht. Nebenbei kann ich Herrn Benzen die Freude machen, ihm mitzuteilen, daß von der großen Sendung Speck auch etwas für die Volksküche übrigbleibt, so daß künftig einige Fettaugen auf der Suppe sich finden werden. Das ist dann auch eine Freude für mich. Außerdem sind aber auch persönliche Sendungen eingegangen, die nicht zu dieser großen Sendung gehören, und es ist auch dabei betont worden, daß es angebracht wäre, einen besonderen Dankbrief deswegen abzusenden. Es handelt sich hierbei um einen kleinen Kreis von Frauen in der Nähe von Neuport, die Kleidungsstücke zusammengestellt und geschickt haben, die so schön waren, daß wir uns sagten: Wir haben seit Jahren solche Stoffe nicht in der Hand gehabt. Aber es wird drüben Wert darauf gelegt, daß man sich für diese Sachen bedankt, und deshalb würde ich sehr bedauern, wenn eine falsche Auffassung über die Sendungen Platz griffe. Im übrigen habe ich betreffs der Schwierigkeiten, durch welche die Sendungen aufgehalten werden, dieselbe Erfahrung wie Herr Rönneburg gemacht. Auch ich warte auf zwei Sendungen, die seit November vorigen Jahres unterwegs sind und bisher nicht angekommen sind, obwohl ich sicher weiß, daß sie abgesandt sind.

Vorsigender: Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß der Punkt 5 der Tagesordnung, bei welchem wir uns eben befinden, die Bewilligung von Mitteln für Unterbringung von Schulkindern in Heilstätten an deutschen Seeküsten betrifft. Ich habe bisher gegen die Abschweifung der Debatte von diesem Punkte nichts eingewendet, möchte aber die nachfolgenden Redner bitten, sich kurz zu fassen und sich an das zur Beratung stehende Thema zu halten, sonst würde dieser Punkt 5 ein Universalpunkt werden, bei dem über alles mögliche bis morgen früh geredet werden könnte.

Stadtv. Wahrensdorf (verzichtet auf das Wort).

Stadtv. Jahn: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin der letzte, der für derartige Liebesgaben undankbar ist, im Gegenteil freue ich mich, wenn derartige Liebesgaben in reichem Maße eingehen. Wenn aber eine Zeitungsnotiz sagt, daß die greifbaren Ergebnisse im umgekehrten Verhältnis zu den vor-

her gemachten Ankündigungen einer Hilfsaktion aus Amerika stehen, und das Presseamt — wir haben ja auch dafür sorgen wollen, daß ein städtisches Presseamt eingerichtet wird — moniert solchen Artikel nicht und bringt keine Widerlegung, dann muß man an die Richtigkeit der in dem Artikel enthaltenen Mitteilungen glauben. (Zuruf: Morgen erscheint der Artikel des Presseamtes!) Hier steht in dem Artikel: „Wie die informierten staatlichen und städtischen Instanzen wissen, stellt die große Hilfsaktion der Nordamerikaner zugunsten der Braunschweiger Kinder eine glänzende Pleite dar.“ (Zuruf: Das ist schändlich!) Nach dem Wortlaut dieser Auslassung muß man annehmen, daß eine derartige Zeitungsnotiz auf Tatsachen beruht. (Widerspruch.) Diese aufscheinende Tatsache hat mich bewogen, hier zum Ausdruck zu bringen, daß eine Originalhilfe unsererseits vorzuziehen ist, wenn wir voraussetzen müssen, daß die Privathilfe nicht so verläuft, wie sie angekündigt ist. Ich begrüße es, daß eine Berichtigung dieser Notiz erfolgen wird, habe mich lediglich auf diese Notiz berufen wollen und bin erfreut, von den geehrten Herren zu hören, daß das Gegenteil des in dem Artikel Behaupteten zutrifft. Ich sehe, daß diese Hilfsaktion in die Wege geleitet ist und will wünschen, daß unsere Konfirmanden besser dabei abschneiden, als nach jener Notiz zu erwarten war. Dennoch bitte ich Sie, für die kommunale Hilfe besonders in dieser Versendung der Kinder nach den Seeküsten einzutreten. Es ist das jedenfalls besser, als wenn wir auf Privathilfe angewiesen sind.

Stadtv. Rehnert: Meine Damen und Herren! Ich glaubte wirklich, daß Herr Jahns seinen letzten Satz, in dem er angeführt hat, wir wollten uns nicht auf die private Tätigkeit, sondern lieber auf kommunale oder staatliche Grundlagen verlassen, damit schließen würde, daß er den Antrag in einer ähnlichen Weise erweiterte, wie es im Schulausschuß geschehen ist, und daß er sagen würde: Mir geht die beantragte Summe nicht weit genug, und damit die Kinder nicht etwa bloß eine Apfelsine bekommen, erweitere ich ihn dahin, daß die Mittel verwilligt werden, um nicht nur 12, sondern 24 Kinder wegzuschicken. Man hat in mancher Art und Weise schon Fühler ausgestreckt, wenn man gern etwas wissen möchte, und die Kollegen Rönneburg und Salomon können sich in unsere Lage versetzen, wenn gesagt wird: Der und der in diesem oder jenem Ausschusse haben davon summa so viel tägliche Einnahme. Wie diese Angaben der Notiz in die Zeitung gekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis, aber ich möchte Sie ersuchen, wenn wieder derartige Artikel in unparteiischen Blättern stehen, sie vorsichtig zu beurteilen und nicht zu glauben, daß einzelne Personen durch solche Hilfsaktionen noch Einnahmen hätten. Die sämtlichen Einnahmen sind denen

zugute gekommen, für die sie bestimmt waren, und wir sind die letzten, die diese Sache nicht unterstützen würden. Von Herrn Jahnz aber hätte ich geglaubt, er wolle der Mildtätigkeit den Stachel nehmen und beantragen, 8400 *M* auszusetzen und 24 Kinder in die Seehospitze zu schicken. Damit hätte er ein mildtätiges Herz bewiesen und hätte zu der Apfelsine eine zweite und vielleicht noch eine dritte hinzugefügt.

Dem Antrage des Schulausschusses auf Bewilligung eines Betrages bis zu 4200 *M* stimmt die Versammlung zu.

6. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, der Wasserwerke, des Privateinrichtungsgeschäfts, der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerkes.

Stadtvr. **Frede:** Wenn sich die geehrten Herrschaften nach Empfang dieses schönen Buches darauf gefreut haben, daß ich als Referent über diesen Punkt der Tagesordnung Ihnen alles vortragen würde, was in dem Bericht steht, dann muß ich sie grausam enttäuschen. Es steht in dem Buche übrigens sehr viel, was für die Herrschaften wohl nicht besonderes Interesse hat, und deshalb wird der Rat der Stadt bei dem Mangel an Geld und Papier veranlassen, daß künftig ein kürzerer Bericht in weniger prunkvoller Aufmachung herausgegeben wird.

Es handelt sich um die Abchlüsse der städtischen Gaswerke, der Wasserwerke, des Privateinrichtungsgeschäfts, der Neustadtmühle und des Abwässerpumpwerkes für die Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1919. Die Gaswerke haben einen Überschuß von 669 160,57 *M* ergeben, die Wasserwerke einen solchen von 152 094,04 *M*, das Privateinrichtungsgeschäft 52 741,36 *M* und die Neustadtmühle 88 610,92 *M*. Insgesamt beläuft sich der Überschuß der genannten Werke auf 962 606,89 *M*, und das ist erfreulich zu hören. Allerdings wird die Ausnutzung dieser Beträge für die Ausgaben der Stadt im einzelnen dadurch etwas geringer, daß von den Überschüssen des Gaswerkes 3000 *M* an die Stiftung Kinderlegen abgeführt werden, von den Überschüssen des Wasserwerkes 2000 *M* an dieselbe Stiftung. Das Privateinrichtungsgeschäft hat 20 000 *M* an das Wasserwerk abzuführen, das früher dem Privateinrichtungsgeschäft Vorschüsse für Warenanschaffungen gegeben hat. Der Überschuß der Neustadtmühle wird unverkürzt der Kammereikasse überwiesen. Vielleicht ist den Herrschaften aus früherer Zeit bekannt, daß von den Überschüssen der drei zuerst genannten Werke, nachdem die eben aufgeführten Abzüge gemacht sind, vier Fünftel dem Ausgleichsfonds überwiesen werden und der Rest der Kammereikasse zur Verfügung gestellt wird. Es werden danach 679 196,78 *M* dem Ausgleichsfonds überwiesen und der Rest von 169 799,19 *M* sowie der Überschuß der Neustadtmühle der

Kämmereikasse. Der Rat der Stadt gibt dem Stadtverordneten anheim, den Bericht einer Prüfung zu unterziehen — das hat der Finanzausschuß getan — und vorbehaltlich der rechnerischen Nachprüfung den Bericht zu genehmigen, auch falls Beanstandungen nicht erfolgen sollten, der vorgedachten Verbuchung der Überschüsse zustimmen zu wollen. Der Finanzausschuß beantragt, demgemäß zu beschließen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an.

7. Erklärung der Hennebergstraße zur Ortsstraße.

Stadtv. Reikner: Dieser Punkt der Tagesordnung ist rein formaler Natur; es handelt sich um die Erklärung der Hennebergstraße zur Ortsstraße, bis jetzt war sie Privatstraße. Es ist nunmehr der letzte Beitrag zu den Straßenbaukosten eingegangen, und zwar infolge des Ankaufes des an der Ecke der Hennebergstraße gelegenen Grundstücks Wolfenbütteler Straße 52 durch den Kaufmann Friedrich Hesse. Herr Hesse hat die Herstellung einer Überfahrt über den Fußweg der Hennebergstraße zu seinem neuen Grundstück beantragt, und mit der Schaffung eines Zuganges zu dem fraglichen Grundstück von der Hennebergstraße aus werden die auf dem Grundstück ruhenden anteiligen Straßenbaukosten fällig, die sich auf 2861,20 M belaufen. Mit der Zahlung dieser letzten steht dem nichts mehr entgegen, daß die Hennebergstraße ihres Charakters als Privatstraße entkleidet wird. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten demnach, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Hennebergstraße zur Ortsstraße erklärt wird, und die Baukommission gibt anheim, dem Ersuchen des Rates zu entsprechen.

Die Versammlung ist mit der Erklärung der Hennebergstraße zur Ortsstraße einverstanden.

8. Erhöhung der Gebühr für Müllabfuhr.

Stadtv. Frede: Die Gebühr für Müllabfuhr bildet eine der Nebenabgaben für den Hausbesitz, zu denen insgesamt zu rechnen sind: die Wasserlieferung, die Treppenhäusbeleuchtung und die Müllabfuhr. Die Abgaben für Gas, Wasser und Elektrizität sind in den letzten Jahren schon oft vergrößert worden, und jetzt kommt die Gebühr für die Fortschaffung des Hausmülls dazu. Der Rat der Stadt führt aus, daß mit Rücksicht auf die ständige Steigerung der Arbeitslöhne, der Kosten für Fuhrwerke usw. mit der jetzigen Gebühr nicht mehr auszukommen

sei, sondern daß sie vom 1. April an verdoppelt werden müsse. Der Finanzausschuß hat die Notwendigkeit der Maßregel eingesehen und beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, diese Verdoppelung der Gebührensätze zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Finanzausschusses zu.

9. Gewährung einer besonderen Beihilfe an die Volkskindergartenstiftung.

Stadtv. **Munte:** Der Vorstand der Volkskindergartenstiftung hat dem Räte der Stadt mitgeteilt, daß er nach dem Abschluß vom letzten Jahre einen Fehlbetrag von 7135,03 *M* zu beklagen hat, und bittet, ihm einen Zuschuß zu gewähren. Dieser wenig günstige Abschluß ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Zahl der die Anstalt besuchenden Kinder von 100 auf etwa 30 sich herabgemindert hat und so weniger Kostgeld aufgetommen ist, zum andern Teil aber und in der Hauptsache darauf, daß durch die allgemeine Preißeigerung eine erhebliche Erhöhung der wirtschaftlichen Ausgaben für den Kindergarten eingetreten ist. Nun ist die Frage aufgeworfen, ob man den Volkskindergarten noch weiterbestehen lassen soll, trotzdem die Benutzung der Anstalt zurückgegangen ist. Man ist aber der Ansicht, daß der Volkskindergarten selbst für 30 Kinder noch ein sehr wichtiges Institut ist, denn gerade die Eltern dieser Kinder werden auf die Inanspruchnahme des Volkskindergartens angewiesen sein, während andere Eltern in der Lage gewesen sind, ihre Kinder wegen des Zurückkommens des Vaters aus dem Felde aus dem Kindergarten zurückzunehmen. Der Rat der Stadt schlägt deshalb vor, der Volkskindergartenstiftung zum Ausgleich eines Teiles des Fehlbetrages eine besondere Beihilfe von 5000 *M* zu Lasten des Kapitels XIV des ordentlichen Voranschlages zu bewilligen. Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und läßt Ihnen durch mich empfehlen, dem Vorschlage des Magistrats beizutreten.

Stadtv. **Rietz:** Wenn es sich darum handelt, stadtseitig Unterstützungen für bedürftige Kinder zu gewähren, so bin ich stets dafür zu haben. Ich möchte aber doch die Frage vorlegen, wie sich diese 5000 *M* verteilen, und ob sie den Kindern auch zugute kommen. Ich weiß mir bis jetzt keine Aufklärung darüber zu geben. Wenn sich die Summe auf hundertso viele Kinder verteilt, dann könnte man die Zuteilung auch noch in anderer Weise vornehmen; es würde für jedes Kind doch nur wenig bringen. Darüber bitte ich um Aufklärung.

Bürgermeister **Meyer:** Der Volkskindergarten an der Neuen Knochenhauerstraße hat einen Betrieb, in dem die Kinder nicht nur tagsüber unter Aufsicht sind,

sondern in dem sie auch gespeist werden. Der Betrieb des Kindergartens erfordert in dieser teureren Zeit so große Mittel, daß die Einnahmen der Stiftung zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen, und so ist es gekommen, daß im abgelaufenen Jahre bei der Abrechnung eine erhebliche Unterbilanz aufgetreten ist. Wenn ein allgemeines Interesse an der Aufrechterhaltung des Betriebes anerkannt wird, wird nichts anderes übrigbleiben, als städtischerseits einen Zuschuß zu leisten, und ein solcher ist von uns für das abgelaufene Jahr in Höhe von 5000 *M* erbeten. Es kommen die 5000 *M* also nicht einem einzelnen Kinde oder einer einzelnen Familie zugute, sondern es handelt sich um die Deckung des Fehlbetrages der Anstalt aus dem Vorjahre; es soll dadurch einer größeren Zahl von Kindern ermöglicht werden, den Volkskindergarten auch im kommenden Jahre zu besuchen.

Der Zuschuß von 5000 *M* wird bewilligt.

10. Beitritt der Stadt zu dem Arbeitgeberverbande deutscher Gemeinden- und Kommunalverbände.

Stadtv. **Blumeier**: Der deutsche Städtetag fordert seine Mitglieder auf, sich an der Gründung eines Arbeitgeberverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände zu beteiligen. Der Verband will die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister erwerben, und sein Zweck soll sein: die Wahrung der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder als Arbeitgeber und die Herbeiführung des Ausgleiches der wirtschaftlichen Interessen zwischen den Mitgliedern und ihren Arbeitnehmern, insbesondere durch Abschluß von Tarifverträgen. Der Abschluß von Lohnntarifen soll in erster Linie durch Bezirksarbeitgeberverbände oder in Ermangelung solcher örtlich erfolgen. Auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtete Zwecke sind von der Betätigung des Verbandes ausgeschlossen. Bei Eintritt von Gemeinden mit über 25 000 Einwohnern soll eine Aufnahmegebühr von 100 *M* gezahlt werden. Außerdem hat jedes Mitglied einen Beitrag zu zahlen, dessen Höhe von der Mitgliederversammlung auf der Grundlage der durch die letzte Volkszählung festgesetzten Einwohnerzahl für jedes Geschäftsjahr festgesetzt wird. Gegenstand der zentralen Vereinigung sollen zunächst nur die allgemeinen Bestimmungen des Arbeitsverhältnisses sein, die Regelung der Lohnfragen soll der Abmachung in den Bezirken oder den einzelnen Gemeinden vorbehalten bleiben. Der Beitritt zu dem Verbande ist nach Ansicht des bearbeitenden Ausschusses des Städtetages allen Städten nur zu empfehlen. Es heißt in der Begründung darüber: „Auch wenn die Lohnfestsetzungen nicht vom Zentralverband übernommen werden können, so bedeutet die Übernahme

der Regelung der allgemeinen Arbeits- und Lohnvorschriften — also der Vorschriften des allgemeinen Manteltarifs — allein schon für die einzelnen Verwaltungen einen Vorteil von außerordentlichem Wert. Die sich alljährlich oder in sonstiger periodenweiser Wiederkehr wiederholenden Verhandlungen und Kämpfe um die Arbeits- und Lohnvorschriften, die nicht bloß auf beiden Seiten Zeit und Nerven kosten, sondern in Verwaltung und Arbeiterschaft dauernd Unruhe und Anlaß zu Entzweiung und Erbitterung bringen, hören durch die Bildung des Verbandes auf, da der Verband dafür eintritt. Das ist aber nicht bloß ein Vorteil für die Einzelverwaltung, sondern das gesamte Wirtschaftsleben gewinnt unendlich viel, wenn an Stelle von Einzellämpfen, die sonst das friedliche Zusammenarbeiten an Tausenden von Orten vergiften, die Verhandlungen und Kämpfe lediglich an einer einzigen Stelle im Reiche ausgetragen werden."

Der Finanzausschuß hat gegen den Eintritt der Stadt Braunschweig zu dem Verbande nichts einzuwenden. Es ist auf alle Fälle zu begrüßen, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen der städtischen Seite als der Arbeitgeberchaft und den Arbeitnehmern in dem Verbande geregelt werden. Daß die Lohnbedingungen nicht von der zentralen Vereinigung gelöst werden können, ist erklärlich, da dieser Apparat zu schwerfällig ist. Immerhin besteht die Aussicht, daß späterhin auch die Löhne zentral festgelegt werden können. Der Finanzausschuß empfiehlt also die Genehmigung des Beitritts zu dem zu gründenden eingetragenen Verein.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

11. Umgestaltung des Schulgartens der städtischen Gewerbeschule.

Stadtv. Rector: Die Umgestaltung des Schulgartens der städtischen Gewerbeschule entspricht einem dringenden Bedürfnis, indem dadurch ermöglicht werden soll, den Zeichenunterricht nach der Natur besser auszugestalten. Zu dieser Sache schreibt Herr Direktor Curdt: „Eine Aufstellung über die Kosten von der Hand des Herrn Stadtgärtner Michael ist nach einer Rücksprache mit mir über die völlige Unzulänglichkeit dieses für den Studienbetrieb notwendigen Teiles unserer Lehrmittel gemacht. Die hierfür besonders interessierten Lehrkräfte der Schule haben auf eine Verbesserung des Schulgartenbetriebes schon seit langen Jahren gewartet und erhoffen davon für den Unterricht eine wesentliche Förderung. Angesichts der großen, durch die Not der Zeit uns aufgezwungenen recht bedenklichen Hemmnisse, erwachsend aus dem zur Zeit nicht möglichen Ausbau des Lehrwerkstättenbetriebes, bitte ich den Rat der Stadt dringend, diese sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen haltende Mehrausgabe zu bewilligen. Ich

verweise auf die schon lange beantragte Erhöhung des Schulgeldes, wodurch diese Mehrkosten und vieles andere glatt gedeckt werden können. Zugleich erlaube ich den Rat der Stadt um die Herbeiführung eines recht baldigen günstigen Entscheides, da wir in Rücksicht auf das Wetter und den Unterrichtsbetrieb damit sehr bald beginnen müßten. Ferner stelle ich den Antrag, den Schulgarten ganz unter die Aufsicht des Stadtgärtners zu stellen, der damit die ordnungsmäßige Unterhaltung übernimmt, wofür aus dem Etat der Schule 480 M pro Jahr an die Stadtgärtnerei abzuführen wären, eine Summe, die bei dem gesunkenen Geldwert den Betrag des alten Stats der Gewerbeschule in Höhe von 200 M kaum übersteigt." Nach der beigegebenen Aufstellung handelt es sich neben der Beseftigung von Fußwegen um Herrichtung der Pflanzflächen und Bearbeitung der Bäume und Sträucher, ferner um Pflanzung einer Buchsuseinfassung, Einsetzung von niedrigen und hochstämmigen Rosen, Bepflanzung der vorhandenen Flächen, sowie Beschaffung des nötigen Materials. Es sind Pflanzen mit ornamentalen Blüten, Pflanzen mit dekorativen und bunten Blättern, Pflanzen mit zierenden Früchten und Samenstauden zur Einpflanzung vorgesehen. Der Rat der Stadt empfiehlt die Ausführung nach Kostenanschlag I und ersucht, die einmaligen Kosten von 800 M, sowie die laufenden Unterhaltungskosten von jährlich 480 M zu verwilligen. Der Schulausschuß hat sich gestern mit der Sache befaßt und ist zu dem Entschluß gekommen, den Stadtverordneten die Annahme dieser Anträge zu empfehlen.

Die Zustimmung wird ausgesprochen.

12. Neueinrichtung von Klassen bei der Mädchen- und Knabenmittelschule.

Stadtv. Frau Göge: Wie sich die geehrte Versammlung erinnern wird, ist Ostern 1919 mit dem Abbau der Unterstufe der Mädchenmittelschule angefangen, indem die beiden 9. Klassen aufgehoben sind, dagegen hat dort eine dritte 6. Klasse eingerichtet werden müssen. Für das kommende Schuljahr sind die Anmeldungen zur Mädchenmittelschule außerordentlich zahlreich eingelaufen, und die eingereichten Zeugnisse sowie die abgehaltene Prüfung haben die Fähigkeit der meisten angemeldeten Schülerinnen zur Aufnahme in die Schule bewiesen. Es fehlt jedoch in den vorhandenen Klassen an Platz, sie aufzunehmen, daher hat der Schulvorstand die Einrichtung von drei neuen Klassen befürwortet, und zwar einer vierten 6. Klasse und einer dritten 4. Klasse, zu der sich etwa 40 gut begabte Schülerinnen aus den 4. und 3. Klassen der Bürgerschulen gemeldet haben, und schließlich einer dritten 5. Klasse, die naturgemäß aus der vorige Ostern eingerichteten dritten 6. Klasse hervorgeht. Dieser Neueinrichtung von drei

Klassen steht die Aufhebung von zwei 8. Klassen gegenüber, die sich als eine Folge des weiteren Abbaues der Unterstufe darstellt. Durch die Einrichtung einer vierten 6. Klasse ist ein vierreihiger Aufbau der Mädchenmittelschule in die Wege geleitet, für dessen volle Durchführung die Räume in der Schule vorhanden sind, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Grundschule in Zukunft mindestens vier Jahrgänge umfassen wird, so daß später auch noch die 6. Klassen der Mittelschulen fortfallen werden. Da die jetzt herzurichtenden Klassen in der Mittelschule mehr Unterrichtsstunden haben als die eingehenden Klassen der Unterstufe, so ist die Annahme von zwei Lehrkräften notwendig. Es wird deshalb den Stadtverordneten seitens des Rates der Stadt anheimgegeben, der Neueinrichtung von drei Klassen und der Anstellung von zwei Lehrkräften an der Mädchenmittelschule zuzustimmen.

Zusammen mit dieser Vorlage über die Mädchenmittelschule wird uns eine andere, betreffend die Knabenmittelschule, zugesandt. Dort haben 150 Schüler die Aufnahmeprüfung für die unterste Klasse mit gutem Erfolg bestanden. Da aber in den bestehenden 6. Klassen nur für 96 Schüler Platz ist, so müßten über 50 Schüler zurückgewiesen werden, obgleich sie den Prüfungen vollauf genügt haben. In Übereinstimmung mit dem Schulvorstand ersucht deshalb der Rat der Stadt die Stadtverordneten, die Zustimmung zur Einrichtung einer neuen Klasse und zur Annahme einer Lehrkraft an der Knabenmittelschule zu geben. Das erforderliche Klassenzimmer für die neu einzurichtende Klasse ist im Schulgebäude vorhanden.

Es handelt sich also für die Mädchenmittelschule um zwei Lehrkräfte und Einrichtung von drei neuen Klassen, für die Knabenmittelschule um eine Lehrkraft und Einrichtung einer neuen Klasse. Die Schulkommission gibt anheim, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

13. Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Schulen, die Mittelschulen sowie die Gewerbeschule.

Stadtv. **Schmidt:** Der Rat der Stadt hat den geehrten Herrschaften eine Vorlage zugehen lassen, die die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen, die Mittelschule und die Gewerbeschule zum Gegenstand hat. In seiner Begründung sagt der Rat: „Infolge der zunehmenden Geldentwertung steigen die Ausgaben für das Unterrichtswesen im kommenden Schuljahre ganz bedeutend, nicht nur durch die erhöhten Teuerungszulagen, sondern auch die vermehrten Kosten für die sachlichen Bedürfnisse, so besonders für Lehr- und Unter-

richtsmittel, für Reinigung, Heizung und Baukosten. Durch diese erheblich wachsende Belastung der Schulkassen sind wir in Übereinstimmung mit den Schulvorständen angesichts der ungünstigen Finanzlage der Stadt zu dem Entschluß gekommen, die Schulgeldsätze zu erhöhen. Andere deutsche Städte und Länder, z. B. Preußen und Sachsen, sind mit diesen Maßnahmen vorangegangen, und auch der braunschweigische Staat hat erhöhte Schulgeldsätze in den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1920/21 eingestellt."

Es werden nun folgende Schulgeldsätze, die sich fast durchweg den in Preußen am 1. Oktober vorigen Jahres eingeführten anschließen, in Vorschlag gebracht:

1. Bei den Oberrealschulen:

a) in den Klassen Oberprima, Unterprima und Obersekunda 220 M (bisher 150 M),

b) in allen übrigen Klassen 200 M (bisher 136 M),

2. beim Lyzeum:

a) und der drei oberen Klassen 220 M (bisher 150 M),

b) in allen übrigen Klassen 200 M (bisher 136 M),

3. beim Oberlyzeum 220 M (bisher 150 M),

4. bei der Studienanstalt 220 M (bisher 150 M),

5. bei der Mädchenmittelschule 92 M (bisher 90 M),

6. bei der Knabenmittelschule 92 M (bisher 48 M),

7. bei der Gewerbeschule:

a) in der Abendsschule 25 M (bisher 15 M),

b) in der Tagesschule 75 M (bisher 36 M).

Dem Räte der Stadt erscheint es ferner gerechtfertigt, die Zuschläge für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen von bisher jährlich 50 M zu erhöhen, um einen Ausgleich dafür zu schaffen, daß die einheimischen Eltern zur Erhaltung der Schulen außer dem Schulgeld durch erhöhte Steuerlasten beitragen müssen. Es wird für angemessen erachtet, für ortsfremde Schüler und Schülerinnen die vorbezeichneten Schulgeldsätze um 80 M zu erhöhen. Nur für die ortsfremden Schülerinnen des Oberlyzeums soll wie bisher von Erhebung eines Zuschlages abgesehen werden, da andernfalls die Weiterzahlung des Staatszuschusses für diese Anstalt im Betrage von 2100 M gefährdet erscheint.

Damit nun durch die Erhöhung des Schulgeldes befähigte Schüler und Schülerinnen aus den Kreisen der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung nicht vom Besuch der höheren und Mittelschulen zurückgehalten werden, gibt der Rat der Stadt des weiteren anheim, den Prozentsatz der Schulgelderlasse bei den Oberrealschulen, dem Lyzeum und der Studienanstalt von 6 bzw. 5 Prozent auf 10 Prozent und bei dem Oberlyzeum, der Mädchenmittelschule und der Knaben-

mittelschule sowie der Gewerbeschule von 19 bzw. 6 und 10 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. In der Knabenmittelschule waren bisher in jeder Klasse drei Plätze für Freischüler, die nicht nur Schulgeldderlaß, sondern auch freie Lernmittel erhielten. Es wird seitens des Rates empfohlen, in Zukunft in jeder Klasse fünf Plätze für Freischüler offen zu halten.

Wenn die vorgeschlagenen Schulgeldsätze zur Einführung gelangen, wird sich nach Abzug der vorgesehenen Erlasse eine Mehreinnahme von rund 125 000 M jährlich für die Schulklassen ergeben.

Der Rat der Stadt ersucht, zu diesen Vorschlägen die Zustimmung der Stadtverordneten zu erteilen. Der Schulausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Vorlage befaßt. Es wurde dort allerdings zum Ausdruck gebracht, daß die Schulgeldderhöhung eine bittere Pille sei in dem Augenblicke, wo man glaubt, daß der Zeitpunkt näher gerückt sei, wo die Übernahme der Schule durch das Reich vor sich gehe, wo wir mit einer Neuorganisation des Schulwesens und mit Schulgeldfreiheit überhaupt rechneten. Es ergibt sich leider das Resultat, daß vorläufig daraus nichts werden kann, und daß den Ratsvorschlägen im großen und ganzen zugestimmt werden muß. Der Schulausschuß hat sich aber in seiner Mehrheit dazu entschlossen, der heutigen Versammlung folgende Vorschläge zu machen: Zunächst für die sämtlichen genannten Schulen die Erhöhung der Schulgeldsätze, wie sie vom Rate gefordert werden, zu bewilligen, ebenso die Ausnahme bei der Erhöhung des Zuschlages für die ortsfremden Besucherinnen des Oberlyzeums. Es mag auffällig erscheinen, daß die Erhöhung des Schulgeldes für die Mädchenmittelschule nur um 2 M erfolgen soll, während sie für die Knabenmittelschule 44 M beträgt. Es sollte aber die Ungleichheit in den Schulgeldsätzen bei der Knaben- und Mädchenmittelschule nicht weiterbestehen, und es sind nun für beide Schulen gleiche Schulgeldsätze festgelegt. Bezüglich der Zuschläge für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen der Oberrealschulen, des Lyzeums und der Studienanstalt, die der Rat der Stadt von 50 M auf 80 M erhöht sehen will, ist vom Schulausschuß nach reiflicher Erwägung gefordert, den bisherigen Satz vom nächsten Schuljahr an zu verdoppeln, also statt 50 M 100 M Zuschlag für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen festzusetzen. Der Erhöhung des Zuschlages für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen der Knaben- und Mädchenmittelschule, die vom Rate der Stadt von 50 auf 80 M vorgesehen war, stimmt der Schulausschuß zu, will es also bei dieser Erhöhung belassen. Ich ersuche Sie, diesen Beschlüssen des Schulausschusses beizutreten. (Redner verliest hierauf den Entwurf zur Abänderung der von der Neuordnung berührten Statuten Nummer 37, 38, 54, 39 und 48 und berücksichtigt dabei die von der Schulkommission gestellten Anträge.)

Stadtv. **Einert:** Meine Damen und Herren! Auch mich berührte es schmerzlich, als ich die Vorlage in die Hand bekam. Es ist wohl ohne weiteres klar, daß ein großer Teil der Bevölkerung, der Kinder auf höhere Schulen eingeschult hat, nicht imstande gewesen ist, sein Einkommen im Laufe der Zeit entsprechend zu erhöhen. Mancher Familienvater, manche Witwe des Mittelstandes ist auf der früheren Einkommenstufe stehengeblieben, und diesen wird es darum jetzt schwer werden, das Kind weiter auf der Schule zu belassen, wenn das Schulgeld erhöht wird und wenn man weiter in Betracht zieht, daß auch die Lernmittel bedeutend im Preise gestiegen sind. Während früher ein gewöhnliches Heft 10 Pfennig kostete und man das Duzend davon für 1 *M* bekommen konnte, kostet jetzt ein einzelnes schon 75 Pfennig. Man darf nicht mit Leichtigkeit über solche Verhältnisse hinweggehen, indem man einfach sagt: Wer es nicht bezahlen kann, möge sein Kind von der Schule nehmen. Das wäre eine unbedachte und harte Rede. Ich wollte nun eigentlich einen Antrag einbringen, der eine entsprechende Ermäßigung des Schulgeldes für solche Kinder schafft, die bereits seit Jahren in den betreffenden Schulen eingeschult sind und ihr Pensum zur Zufriedenheit der Schule erledigt haben, bin aber nach Rücksprache mit meinen Freunden davon abgekommen, weil mir gesagt wurde, es ständen Mittel zur Verfügung, um solchen Erziehungsverpflichteten, wie ich sie im Auge habe, Erlaß zu bewilligen. Ich möchte den Rat der Stadt veranlassen, den betreffenden Stellen anheimzugeben, derartigen Anträgen, besonders wenn sie mit Bezug auf Kinder gestellt werden, die ihr Lehrziel zufriedenstellend erreichen, mit allem Wohlwollen entgegenzukommen.

Stadtrat **Schaper:** Es ist für den Rat der Stadt nicht erfreulich, die Schulgelderhöhung für die genannten Schulen beantragen zu müssen, aber die finanzielle Notwendigkeit dafür liegt nun einmal vor, und andererseits bewegt sich die Erhöhung immer noch in gewissen Grenzen. Die Schulgelderhöhung entspricht keineswegs der sonstigen Verteuerung der ganzen Lebensverhältnisse, sondern es handelt sich durchweg nur um eine Erhöhung um 50 Prozent. Dabei haben wir noch einen gewissen Ausgleich geschaffen für solche Verhältnisse, auf die Herr Einert hinwies. Wir haben den Erlaß des Schulgeldes für bedürftige Schüler fast verdoppelt; wir sind von 6 und 5 Prozent auf 10 Prozent gegangen, von 19, 6 und 10 Prozent auf 20 Prozent, und so kann ein ziemlich großer Teil der Schüler die Schule unentgeltlich besuchen. Außerdem haben wir die Zahl der Freiplätze in der Knabenmittelschule erhöht; bisher waren es drei, von Ostern dieses Jahres ab aber können in jeder Klasse der Knabenmittelschule fünf Schüler als Freischüler Aufnahme finden. Diese genießen nicht nur Schulgelderlaß, sondern es werden ihnen auch die Lernmittel unentgeltlich geliefert.

Was die Zuschläge für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen anbelangt, die der Rat der Stadt gleichmäßig für alle in Betracht kommenden Schulen auf 80 *M* erhöht sehen wollte, so ist der Schulausschuß darüber hinausgegangen und schlägt für die Oberrealschule, das Lyzeum und die Studienanstalt einen Zuschlag von 100 *M* vor. Der Rat der Stadt hat zu diesem Antrage natürlich noch keine Stellung genommen, aber vom finanziellen Standpunkte aus wird kaum etwas dagegen zu sagen sein. Ich muß aber hervorheben, daß einige der Schulvorstände Bedenken haben gegen einen zu hohen Zuschlag, indem sie darauf hinweisen, daß dann der Unterschied im Schulgelde gegenüber den staatlichen höheren Schulen, den Gymnasien, die solche Zuschläge nicht kennen, ein zu großer wird, und daß durch die Beherbergung und den Aufenthalt der ortsfremden Schüler und Schülerinnen in der Stadt ein Teil der Einwohnerschaft ein Einkommen hat. Wenn nun auch, wie gesagt, der Rat der Stadt noch keine Stellung zu dem Antrage des Schulausschusses genommen hat, so glaube ich doch kaum, daß er sich dagegen ablehnend verhalten wird. Der Text der eingebrachten Sitzung müßte dann allerdings geändert werden. Es könnte vielleicht gesagt werden: „Für die ortsfremden Schüler und Schülerinnen der Oberrealschulen, des Lyzeums und der Studienanstalt werden die vorstehenden Sätze um 100 *M*, für die der Knaben- und Mädchenmittelschule um 80 *M* erhöht. Für die ortsfremden Schülerinnen des Oberlyzeums werden keine Zuschläge erhoben.“

Oberbürgermeister Hetemeyer: Die geehrten Herrschaften möchte ich nicht darüber im unklaren lassen, daß bei der Finanzmisere der Rat der Stadt gezwungen ist, auf diesen Antrag des Schulausschusses einzugehen, also die Schulgeldsätze für die auswärtigen Schüler und Schülerinnen noch weiter zu erhöhen. Wenn die Stadtverordnetenversammlung das für angemessen hält, muß der Rat dem folgen. Herr Kollege Schaper hat darauf hingewiesen, daß der Staat derartige Zuschläge nicht kennt. Das ist insofern richtig, als für den Staat es natürlich einerlei ist, ob die Kinder aus unserer Stadt oder aus dem übrigen Lande stammen, aber Kinder, die aus benachbarten Staaten unsere Gymnasien besuchen, müssen auch Zuschläge zahlen. Zu bedenken ist, daß eine große Menge Schüler und Schülerinnen aus den umliegenden Dörfern unsere städtischen Schulen besuchen, und wenn wir für diese die Zuschläge erhöhen, so fördert das die Eingemeindung. — Was die Fassung des Paragraphen betrifft, so glaube ich, sie wird noch einfacher, wenn wir den Satz ruhig stehen lassen, wie er in der Vorlage lautet, und nur zum Schlusse sagen: „... werden die vorstehenden Schulgeldsätze bei den Mittelschulen um 80 *M*, bei den übrigen Schulen um 100 *M* erhöht.“

Stadtv. Frede: Die Bedenken, die Herr Einert vorgebracht hat, mögen berechtigt sein, und es mag wohl bei manchen Eltern eine gewisse Beunruhigung Platz greifen, wenn morgen früh in den Blättern steht, daß die Schulgeldsätze erhöht werden. Es kann auch die Möglichkeit eintreten, daß die Vermehrung des Prozentsatzes für die Erlasse hier und da nicht genügt, und deswegen glaube ich, daß es angebracht sein und von der Bevölkerung willkommen geheißen wird, wenn der Rat eine Erklärung abgeben wollte, daß, wenn über diesen Prozentsatz hinaus bedürftige Schüler vorhanden sein sollten, mit Rücksicht darauf, daß sie nun einmal die Schule besuchen, noch weitere Erlasse gewährt werden können.

Die Vorschläge des Schulausschusses werden angenommen.

14. Beihilfe an den deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen.

Stadtv. Blumeier: In einer gemeinsamen Sitzung von Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung am 16. Dezember 1919 ist die Gewährung einer Grenzspende beschlossen worden, um die Abstimmung in den laut Friedensvertrag festgesetzten Gebieten in deutsch erhaltendem Sinne zu fördern. Den deutschen Abstimmungsberechtigten, die im deutschen Reiche zerstreut wohnen, soll freie Reise in das Abstimmungsgebiet und Unterhalt während ihres Aufenthaltes gewährt werden. Dadurch soll allen, die ein Recht haben, ihre Stimme für die Erhaltung deutschen Landes abzugeben, die Möglichkeit gegeben werden, dieser Ehrenpflicht zu genügen. Der deutsche Schutzbund ruft daher zu einer Grenzspende auf, um durch sie die gewaltigen hierzu erforderlichen Geldmittel aufzubringen, denn Reich und Staaten dürfen Zuschüsse nicht leisten — das verbietet der Friedensvertrag. Der deutsche Städte-tag wendet sich nun an seine Mitglieder, damit sie durch Bewilligung größerer Spenden das vaterländische Werk unterstützen. Der Rat der Stadt hält es für selbstverständlich, daß sich auch unsere Stadt an dieser Sache beteiligt und empfiehlt eine Spende von 1000 M. Der Finanzausschuß ist dem Antrage einstimmig beigetreten, und ich bitte Sie namens desselben, die Beihilfe zu bewilligen.

Die Beihilfe von 1000 M wird bewilligt.

15. Zuschuß zum Landestheater.

Stadtv. Reißner: Am 8. November vorigen Jahres hat die Regierung an den Rat der Stadt das Ersuchen gerichtet, sich vom 1. April 1920 ab an der

Deckung des Fehlbetrages, der durch die Unterhaltung des Landestheaters entsteht, zu beteiligen. Für das Jahr 1919/20 ist ein Fehlbetrag von 1 422 670 *M* entstanden, und die Regierung forderte eine Beteiligung seitens der Stadt in Höhe von 50 Prozent. In der Sitzung vom 26. November vorigen Jahres wurde von der Stadtverordnetenversammlung eine Deputation gewählt, die sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen sollte, und dafür Frau Professor Göbe sowie die Herren Einert, Bunge und Richter benannt. Dieser Deputation ist es nun nach langen und schwierigen Verhandlungen gelungen, den Betrag des städtischen Zuschusses ganz erheblich herabzusetzen, indem schließlich mit der Regierung vereinbart worden ist, die Stadt solle sich an dem Fehlbetrage in einer Höhe von 25 Prozent beteiligen, jedoch nur mit einer Höchstsumme von 360 000 *M*. Daneben sind noch einige kleinere Änderungen gewünscht, z. B. soll die Erhaltung der Feuerwache im Landestheater auf Betriebsunkosten gerechnet werden, so daß die Stadt diese Kosten nicht allein zu tragen hat. Sodann soll der Betrag von 50 000 *M*, der früher vom Herzog für die Pensionäre des Theaters bezahlt wurde, rein vom Staate aufgebracht werden. Wenn sich die Stadt in solch erheblichem Umfange an dem Theaterunternehmen beteiligen soll, dann muß sie natürlich auch Gelegenheit haben, mit in die Verwaltung des Theaters hineinzureden. Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, eine Verwaltungsdeputation oder einen Verwaltungsrat für das Landestheater einzurichten, in dem die Stadt eine entsprechende Anzahl Sitze erhält; doch ist darüber noch keine Einigung erzielt, der Rat ersucht vielmehr die Stadtverordneten, ihn zu weiteren Verhandlungen zur Festlegung der Einzelheiten über die Mitbeteiligung der Stadt an der Theaterverwaltung zu ermächtigen.

Im Finanzausschuß ist diese Sache beraten worden, und der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen durch mich, zustimmen zu wollen, daß sich die Stadt für das Rechnungsjahr 1920/21 verpflichtet, zu dem sich ergebenden Fehlbetrage des Landestheaters einen Zuschuß von 25 vom Hundert, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 360 000 *M*, zu leisten — das Abkommen gilt also vorläufig nur für ein Jahr —, und im übrigen möge die Versammlung auch dem weiteren Antrage des Rates zustimmen, wonach dem Rate die Verhandlungen übertragen werden über die Mitbeteiligung der Stadt an der Theaterverwaltung.

Stadtrat **Schaper**: Ich möchte eine Mitteilung des Herrn Berichterstatters richtigstellen. Herr Reiskner hat das Abkommen angeführt, das die Deputation vorgeschlagen hatte, nämlich „daß der Staat den auf die frühere Hofstatt entfallenden Teil an den Ruhe- und Gnadengehältern in Höhe von 50 000 *M* allein zu tragen habe“. Der Rat der Stadt empfiehlt, „daß

weder der Staat noch die Stadt irgend einen Ausgabeposten allein zu tragen haben", so daß also die 50 000 *M* für die Ruhe- und Gnadengehälter mit in die ganzen Betriebskosten hineingerechnet werden sollen.

Herr Stadtv. **Munte** übernimmt den V o r s i ß.

Stadtv. **Ginert**: Wenn ich das Wort ergreife, so glaube ich im Namen der Mitglieder der Kommission, die für diese Sache eingesetzt ist, sprechen zu dürfen. Wir haben uns zunächst bemüht, zu erreichen, daß der gesamte Zuschuß, der von der Hofstatt bisher gezahlt war, für das Theater bereitgestellt würde. Das war nicht zu erlangen, trotzdem wir uns auf den Standpunkt stellten, daß die Übernahme von der Landesregierung durchaus das Rechtmäßige wäre. Wir sind dann schließlich durch langwieriges Verhandeln, wobei uns der Herr Minister Rönneburg besonders betreffs des Prozentsatzes entgegenkam, dahin gekommen, daß wir uns bereit erklärten, 25 Prozent des Defizits zu decken, und zwar vorerst bis zum Betrage von höchstens 300 000 *M*. In der letzten Versammlung wurde uns dann unterbreitet, wir müßten in Anbetracht der Preisverhältnisse diesen Höchstbetrag auf 360 000 *M* erhöhen. In dieser Frage sind wir — die Ausschußmitglieder — aber nicht mehr übereingekommen. Während wir alle anderen Beschlüsse glücklicherweise einstimmig haben fassen können, sind diese 60 000 *M* von unsern links stehenden Kollegen nicht bewilligt worden, obgleich wir der Auffassung waren, daß der Stadt aus der Luftbarkeitssteuer vom Hoftheater ein ganz erheblicher Teil zufließen würde. Leider sind wir jetzt enttäuscht, denn wir hören, daß daraus nichts werden wird. Ich kann wohl sagen, daß in diesem Falle auch von seiten der Frau Göze und von mir schwerlich auf den vollen Betrag von 360 000 *M* eingegangen sein würde.

Was nun die zu bewilligende Beteiligung der Stadt in der Verwaltung des Theaters anlangt, so wurde von uns sofort der Vorschlag, daß nur ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Sitz in der Verwaltung des Theaters erlangen sollte, für zu gering angesehen, denn wir sagten uns, daß für ein einziges Mitglied aus der Stadtverordnetenversammlung es sehr schwer sein würde, die Wünsche der gesamten Korporation zu vertreten und zur Geltung zu bringen. Wir hielten es für richtiger, wenn aus jeder Fraktion, wie wir das bei den Kommissionen bisher immer getan haben, ein Vertreter gewählt würde, so daß aus allen Bevölkerungsklassen Wünsche, Beschwerden und was dahin gehört, in den Verwaltungsratssitzungen, die sich übrigens — was ich besonders betonen möchte — nur auf finanzielle Fragen beziehen sollen, zur Geltung kommen. In dieser Beziehung war unsere Meinung einhellig, und ich möchte dem Räte der Stadt anheimgeben, diesen Gesichtspunkt mit im Auge zu behalten. Die Befürchtung,

ein derartiger Verwaltungsapparat, in dem fünf Mitglieder von seiten der Stadt vertreten sind — eins aus dem Räte und vier aus der Stadtverordnetenversammlung —, würde zu groß und schwerfällig sein, kann nicht geteilt werden. In Mannheim z. B. waren schon früher sechs Mitglieder von seiten der Stadt zu finanziellen Beratungen der Theaterangelegenheiten gewählt. Es besteht daneben noch ein Verwaltungskörper, der künstlerische und interne Fragen behandelt. Nach der Umwälzung vom November 1918 ist dieser aus sechs Personen unter dem Voritze des Oberbürgermeisters stehende Verwaltungsrat für finanzielle Angelegenheiten sogar auf 10 Personen erhöht. Ich bin selbstverständlich der Ansicht, daß, wenn von seiten der Stadt aus fünf Personen gewählt werden, dagegen von der Landesbehörde eine Majorität gestellt werden könnte, und wenn es sich dabei nur um eine Stimme handelte, so würde der Verwaltungsrat dadurch auf elf Personen erhöht. Ich kann mir nicht denken, daß es schwierig wäre, in Geldfragen bei einer solchen Anzahl von Mitgliedern des Verwaltungsrates eine Übereinstimmung zu erzielen. Jedenfalls glaubt die Kommission, die Sie eingesetzt haben, darauf bestehen zu sollen, daß aus der Stadtverordnetenversammlung vier Mitglieder in den Finanzausschuß für das Landestheater entsandt werden.

Stadtv. Frau Göge: Meine Herrschaften! Ich betrachte es als eine sehr ungünstige Konstellation der Geschehnisse, daß für heute die Behandlung der Lustbarkeitssteuer von der Tagesordnung abgesetzt ist und wir jetzt vor Beratung dieser Steuer uns über die verantwortungsvolle Theaterfrage entscheiden sollen. Es erscheint mir als Mitglied der Theaterdeputation als ganz besonders drückend, daß wir uns heute auf eine Summe festlegen sollen, ohne vorher zu wissen, wie sich die Versammlung in bezug auf die Lustbarkeitssteuer und ihre Wirkung auf das Theater verhalten wird. Ich habe dem Sage von 360 000 M nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß uns die Lustbarkeitssteuer auch vom Landestheater etwas einbringen würde. Obwohl es jetzt nicht zur Tagesordnung gehört, muß ich bemerken, daß ich es als ganz falsch finden würde, wenn wir das Landestheater von der Lustbarkeitssteuer ausnehmen würden, denn gerade die Masse des Publikums würde sagen: „Unser Vergnügen sollen nach jeder Richtung hin besteuert werden, um der Stadt Mittel zu schaffen, damit das Landestheater für die besitzenden Kreise frei bleiben kann.“ Wir sollten Ihnen von seiten der Theaterdeputation einen fertigen Beschluß vorlegen, und der ist in einer Form gegeben, daß wir bis zu 360 000 M zu den Kosten des Landestheaters zuschießen wollen. Ich muß aber für meine Fraktion und für mich den Vorbehalt machen: Wenn die Lustbarkeitssteuer in der Weise ausfallen

wird, daß das Landestheater von ihr ausgenommen wird, dann müßten wir uns über die Höhe des Zuschusses noch einmal beraten; einer Grenze von 360 000 M würde ich dann nicht zustimmen können.

Stadtv. Frede: In der Annahme, daß eine ganze Anzahl der Anwesenden der gleichen Meinung ist wie Frau Professor Göze, nämlich daß diese beiden Punkte zusammen beraten werden sollen, möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, da nun einmal die Beratung über die Lustbarkeitssteuer für heute abgesetzt ist, daß auch die Beratung und Beschlußfassung über den Theaterzuschuß ausgesetzt wird bis zu dem Tage, an dem über die Lustbarkeitssteuer beraten wird. Gleichzeitig möchte ich beantragen, daß mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Beschlußfassung über die Lustbarkeitssteuer die Versammlung beschließt, daß für die nächste Woche eine Sitzung mit diesen beiden Punkten auf der Tagesordnung — und denjenigen, welche vielleicht noch hinzukommen — angesetzt wird, damit die Lustbarkeitssteuer noch vor dem 1. April unter Dach gebracht wird. Wenn wir das erreichen wollen, wird die Anberaumung einer Sitzung für nächste Woche nötig sein, denn auch das Ministerium muß sich erst noch zu unserm Beschlusse äußern, so daß wohl noch hin und her ein Schreiben gewechselt werden muß. Sodann müssen die Vorberatungen für Einziehung der Lustbarkeitssteuer vom Räte getroffen werden, ein Bureau eingerichtet und anderes, und jede Hinausschiebung des Inkrafttretens der Steuer bringt die Stadt natürlich um einen Teil des Ertrages. Ich glaube nicht, daß wir das verantworten können.

Stadtv. Meyerhoff: Ich hatte mich schon früher zum Worte gemeldet und bin nur durch ein Versehen des Herrn Vorsitzenden nicht dazu gekommen. Inzwischen hat Herr Frede schon vorgebracht, was ich im Sinne hatte. Ich bin derselben Meinung wie Herr Frede: Wir können heute nicht beschließen, 360 000 M für das Landestheater zuzubilligen, ehe wir nicht wissen, ob wir von der Lustbarkeitssteuer etwas für die Stadt hereinbringen. Ich habe aber schon gesprächsweise gehört, daß bei der Regierung keine Geneigtheit dazu vorhanden ist, das Landestheater von der Lustbarkeitssteuer mit in Anspruch nehmen zu lassen; ob diese Geneigtheit noch kommen wird, weiß ich nicht. Wenn man aber das Programm der Lustbarkeitssteuer sieht und bedenkt, daß Dratorien und alles mögliche besteuert werden sollen, das Landestheater aber nicht, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß das unmöglich gut gehen kann; damit würden wir das Kalb ins Auge schlagen. Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Frede anzunehmen.

Stadtv. Dr. Regensburger: Ich möchte mich dagegen erklären, daß die Theaterangelegenheit weiter verzögert wird; sie drängt zur Entscheidung. Im

Landtage ist von der Mehrheit wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß eine Klärung eintreten müsse, inwieweit die Stadt bereit sei, an der Unterhaltung des Landestheaters und an der Deckung seines Fehlbetrages teilzunehmen. Vorher ist der Landtag nicht gewillt, unter anderem die dringend nötige Regelung der Verhältnisse der Theaterkapelle vorzunehmen. Im übrigen muß bedacht werden, daß der Staat gerade in der jetzigen Zeit, wo die Staatsberatung im Landtage bevorsteht, ein Interesse daran hat, zu wissen, wieviel er in den Etat als Zuschuß der Stadt Braunschweig einstellen kann, und wenn wir die Beratung in der Stadtverordnetenversammlung noch einmal verschieben, dann weiß der Staat bei der Staatsberatung nicht, woran er ist. Ich persönlich bin der Meinung, daß ein Betrag von 60 000 M, um den wir uns im wesentlichen noch streiten würden, zwar an sich eine erkleckliche Summe ist, daß er aber bei einer so wichtigen Kulturfrage keine so große Rolle spielen kann, um uns großes Kopfzerbrechen zu machen. Die Stadt Braunschweig hat lange Jahre den Vorteil eines Hoftheaters genossen, ohne daß sie finanzielle Lasten davon gehabt hat. Nachdem nun die Verhältnisse sich geändert haben, ist es kulturelle Ehrenpflicht der Stadt, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um dieses Kunstinstitut in ihren Mauern auf seiner Höhe zu erhalten. Ich verkenne keinen Augenblick, daß die städtischen Finanzen Sparbarkeit erfordern, wo es angebracht ist, aber auf diesem Gebiete sollte man nicht knauserig sein. Wenn das Landestheater genötigt sein sollte, wegen zu geringen Zuschusses seitens der Stadt in seiner Betätigung sich einzuschränken, oder wenn gar seine Existenz gefährdet würde, so wäre das ein ganz unabsehbarer moralischer Schaden für die Stadt Braunschweig. Auch wenn es seine künstlerischen Leistungen nur einschränken müßte, wäre das im Interesse des Kulturlebens der Stadt lebhaft zu bedauern. Aus den angeführten Gründen, insbesondere aus etattechnischen, bitte ich, die Angelegenheit heute zum Abschluß zu bringen. Bis jetzt steht die Sache so, daß der Staat immer sagt, die Stadt solle sich entscheiden, und die Stadt wieder blickt auf den Staat, und jeder sagt: Hannemann, geh du voran! Deshalb tut man gut, sich zu einem Entschluß aufzuraffen und die Sache nicht weiter auf die lange Bank zu schieben.

Vorsitzender Munte: Es ist mir entgangen, daß Herr Frede vorhin den geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt hat, die Beratung über den gegenwärtigen Punkt der Tagesordnung zu vertagen. Dazu hat nun schon Herr Dr. Regensburger geredet. Ich glaube, wir müßten diesen geschäftsordnungsmäßigen Antrag jetzt erst zur Abstimmung bringen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Es ist bisher nicht üblich gewesen, daß, wenn jemand einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag stellt, sofort darüber abgestimmt

wird. Es können ja alle möglichen Gründe gegen die Absetzung eines Punktes von der Tagesordnung vorgebracht werden. Etwas anderes ist es, wenn Schluß der Besprechung beantragt wird; dann wäre nur noch einem Redner gegen den Schluß das Wort zu erteilen. Ich würde nach allem, was ich gehört habe, bedauern, wenn Sie heute über die Theaterangelegenheit einen Beschluß nicht fassen.

Stadtv. **Bunge:** Meine Damen und Herren! Im Ausschuß bin ich wie Herr Einert ein lebhafter Verfechter des Gedankens gewesen, daß die Stadt nicht zu hoch zu den Kosten des Theaters herangezogen werden soll. Es war darüber zwischen Herrn Rönneburg und uns ein kleiner Hic und Ha, und ich sehe jetzt ein, daß er uns in den Verhandlungen überholt hat. Aber die Sache ist nicht so schlimm, wie es aussieht. Ich hatte von Anfang an nur für 250 000 *M* Zuschuß stimmen wollen, habe mich dann aber für 300 000 *M* erweichen lassen. Zuletzt kamen noch die 60 000 *M* hinzu. Wenn man die Sache sich rundum beseht, so kann man immer noch sagen, daß es in Anbetracht des großen Defizits doch eine Barmherzigkeit ist, die wir zuschießen sollen. Aber es dreht sich darum, daß die Stadt arm ist und viele Schulden hat, das Land dagegen hat nach den eigenen Ausführungen des Ministers während des Krieges finanziell sehr gut gearbeitet, hat auch nach dem Kriege wenigstens so gearbeitet, daß es ohne wesentliche Schulden ausgekommen ist und noch Überschüsse gemacht hat. So steht auf der einen Seite der reiche Staat und auf der andern Seite die arme Stadt. Nun habe ich die Sache immer so aufgefaßt: Der Staat will nur sehen, daß die Stadt sich tatsächlich beteiligt, daß es ihm aber nicht so sehr darauf ankommt, recht viel von uns herauszuholen, sondern er will uns nur dabeihaben. Nun aber kommt die Verbindung mit der Lustbarkeitssteuer hinzu, durch die wir uns in der letzten Sitzung haben verleiten lassen. Ich habe selbst darüber gelacht, und habe mir gesagt: Die Regierung wird uns die Steuer vom Theater nicht nehmen lassen, denn wir würden vielleicht 90 000 *M* dabei herausholen und 60 000 *M* davon wieder an das Theater zahlen. Das ist ein Ding, das nicht gehen kann. Wird die Lustbarkeitssteuer vom Theater erhoben, so haben wir für die Stadt etwas; dann darf man aber nicht in dieser Weise, wie es geschehen ist, die Preise der Plätze im Theater und die Abonnements jetzt schon erhöhen und hinterher bei Einführung der Lustbarkeitssteuer noch einmal. Eines von beiden kann man nur machen: Entweder man erhöht die Preise, entsprechend den gestiegenen Geldforderungen, die an die Theaterkasse gestellt werden, oder man sagt: Wir nehmen Abstand von der Lustbarkeitssteuer. Ich bin nach dieser Seite hin zu der Überzeugung gekommen, daß wir von seiten der Stadt endlich einmal Schluß machen und dem Räte empfehlen, dem Staate für das Landestheater die 25 Prozent Zuschuß zu bewilligen, im

Höchstfalls 360 000 M. Ich habe nach den Erfahrungen und in den Verhandlungen mit Herrn Minister Könneburg doch gesehen, daß er immer versucht, in dieser Sache ehrlich vorzugehen. Im Landtage hat er uns erklärt, daß im nächsten Jahre das Defizit nicht so groß wird. (Zuruf des Stadtv. Könneburg: Hoffentlich!) Man hat Verschiedenes ausprobiert: Durch Spielen in einem kleinen Saale hat man 8000 M. Überschuß gemacht, aber das Landestheater macht Defizit. Wenn wir nun derartige vorteilhafte Geschäfte durch das Landestheater nebenbei machen lassen, dann wird das Defizit doch nicht so hoch werden, wie es im vorigen Jahre gewesen ist. Die Verhandlungen über diese Sache haben sich lange genug hingezögert, und ich möchte Sie ersuchen, um die Sache endlich aus der Welt zu schaffen, dem Räte der Stadt Zustimmung zu den heutigen Vorschlägen zu empfehlen.

Nun komme ich auf die Beteiligung der Stadt an den Deputationsberatungen über die gesamte geschäftliche Lage, worüber wir uns in der Deputation lange unterhalten haben. Ich sagte mir: Ein Stadtverordneter, z. B. Kollege Richter, und ein Ratsmitglied als Vertreter der Stadt im Theaterausschuß, das wird nach der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung nichts Gutes geben können. Es versucht doch jede Fraktion einmal, jemand aus ihren Reihen dorthin zu dirigieren, und das mit Recht. Deshalb haben wir uns gesagt: Mag der Apparat auch ein klein wenig schwerfällig aussehen, es ist doch besser, wenn aus jeder Fraktion Vertreter zugezogen werden und damit der Wille und die Wünsche der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Dann werden viele Mißstände, wie sie sich für das allgemeine Publikum herausgestellt haben, beseitigt werden können und Zufriedenheit bei den Beteiligten sich einstellen. Sie werden mir also darin recht geben, wenn ich der Ansicht Ausdruck gebe, daß aus jeder Fraktion ein Vertreter in den Verwaltungsausschuß des Theaters gewählt wird, und ferner noch ein Vertreter des Rates. Herr Minister Könneburg wird sich damit abfinden und uns keine Schwierigkeiten machen, und vielleicht wird er dann im nächsten Jahr ein besseres Resultat erzielt haben, als es in diesem Jahre der Fall gewesen ist.

Stadtv. **Cinert**: Ich möchte noch etwas nachholen, was ich vorhin nicht erwähnt habe. Wir haben in den Besprechungen im großen und ganzen darauf hingewirkt, daß sämtliche Unkosten von dem Institut selber getragen werden müßten, damit nicht — wie zuerst beantragt war — von uns die Feuerwache gestellt, die Brandversicherung bezahlt werden müßte usw. Ich habe im Einverständnis mit den anderen Mitgliedern beantragt, daß, wie alle Ausgaben, so auch diese über ein Betriebsunkostenkonto gehen müßten. Vor allen Dingen müssen

die 50 000 *M* Gnaden- und Ruhegehälter unter allen Umständen von der Regierung getragen werden, denn dafür müßte, wenn es gehörig zugegangen wäre, ein Pensionsfonds vorhanden sein. Soviel ich weiß, sind wir in der letzten Sitzung darauf bestehen geblieben, daß diese 50 000 *M* vorweg vom Fehlbetrag abgehen sollten. Ich will mich auf diese 12 500 *M*, die davon auf die Stadt entfallen würden, nicht festlegen. Ich mache darauf aber aufmerksam, daß wir zu den übrigen 75 Prozent von der Stadt aus sowieso einen erheblichen Beitrag schon durch die in der Stadt aufgebrachte Einkommensteuer aufbringen müßten. (Zuruf des Oberbürgermeisters: Die gibt es nicht mehr!) Jedenfalls aber müssen doch die Stadt-Braunschweiger noch ihr Teil zu den 75 Prozent durch die allgemeinen Steuern mitaufbringen. Das Land fordert das an, und auch die städtische Bevölkerung muß es mittragen.

Nun noch ein Wort zu der Verwaltung. Ich befürchte, daß wir im Laufe der Zeit noch mehr von dem Defizit des Theaters auf die Stadt übernehmen müssen. Ich bin ganz entschieden der Meinung, daß das Theater für die Stadt von ganz besonderer Bedeutung ist und der Rat der Stadt alles tun muß, um das Institut auf der Höhe zu erhalten, auf der es jetzt steht, oder womöglich noch zu vervollkommen. Deshalb möge der Rat der Stadt beizeiten danach trachten, daß er genügend Einfluß auf die Verwaltung des Theaters hat, um in der Beziehung gesichert zu sein, so daß wir, wenn wir einen erhöhten Teil der Kosten tragen müssen, darauf rechnen können, daß das Theater bis dahin in der richtigen Weise verwaltet worden ist.

Stadtv. Reikner: Im Gegensatz zu Frau Professor Göge bin ich der Meinung, daß es durchaus kein Unglück ist, wenn diese Sache unabhängig von der Lustbarkeitssteuer beraten wird. Wir können unbeeinflusst darüber denken, wenn wir nicht mit dem einen Auge auf den von uns zu leistenden Theaterzuschuß und mit dem andern Auge auf die Lustbarkeitssteuer hinsehen müssen. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß von dem ganzen Fehlbetrage des Theaterbetriebes auf die Stadt nur 25 Prozent entfallen sollen; 75 Prozent würden also auf das Land entfallen. Wenn Herr Einert die Meinung äußerte, daß von diesen 75 Prozent noch ein bedeutender Teil ebenfalls durch die städtische Einwohner-schaft als Steuer entrichtet werden muß, dann steht dem entgegen, daß den Einwohnern der Stadt durch den Besuch des Theaters seitens der Landbevölkerung auch Geschäftsvorteile erwachsen.

Was den letzten Teil des Antrages anlangt, so bin ich der Meinung, daß der Rat nur verlangt, es möge ihm die Ermächtigung zur Verhandlung wegen Festsetzung der Teilnahme der Stadt an der Theaterverwaltung erteilt werden,

und diesem Antrage werden wir ohne weiteres zustimmen können, denn die Entscheidung über die Besetzung des Verwaltungsrates für das Landestheater bleibt bei der Stadtverordnetenversammlung, die Verhandlungen darüber aber sollen seitens des Rates geführt werden. Ich bitte, die Anträge des Rates anzunehmen und sich für eine Beteiligung von 25 Prozent bis zu 360 000 *M* auszusprechen.

Stadtv. Stegmann: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Voredners an. Es ist im Landtage bezüglich der finanziellen Verhältnisse des Landestheaters grau in grau gemalt worden, und das ist wohl etwas übertrieben, wenn ich auch weiß, daß die Aussichten nicht rosig sind. Es ist nicht so, wie Herr Bunge sagt, daß das Land reich dasteht, immerhin ist es besser daran als die Stadt. Da aber das Landestheater eine Volksbildungsstätte ist oder werden soll, ist es nötig, daß die Stadt ihren Teil zu den Kosten beiträgt, und deshalb bin ich dafür, daß die 25 Prozent bewilligt werden. Ich möchte aber bitten, und besonders deshalb habe ich mich zum Wort gemeldet, diese Bewilligung nicht von der Lustbarkeitssteuer abhängig zu machen. Meine politischen Freunde stehen nicht auf dem Standpunkt der Frau Göze und des Herrn Meyerhoff, die da meinen, daß unsere Bewilligung davon abhängt, was wir vom Landestheater bei der Lustbarkeitssteuer herausholen; wir sind der Meinung, daß das Landestheater steuerfrei sein soll. Es ist gesagt, die Bevölkerung werde es nicht verstehen, wenn in dieser Weise die Besitzenden nicht zur Lustbarkeitssteuer herangezogen werden. Dagegen sind wir der Meinung, daß die Theaterpreise schon immer so hoch waren, daß das arbeitende Volk das Theater nur wenig besuchen konnte. Wenn nun aber noch eine Steuer darauf gelegt wird, dann wird mit dem Theater nicht das erreicht, was es werden soll: eine wirkliche Volksbildungsstätte. Aus diesem Grunde darf das Landestheater unter keinen Umständen mit Steuern belegt werden; auf jeden Fall würden wir dagegen stimmen, daß es geschieht.

Vorsitzender Munte: Als den weitgehendsten Antrag werde ich den der Finanzkommission zuerst zur Abstimmung bringen; mit seiner Annahme wäre der Antrag Frede von selbst abgelehnt. Es handelt sich darum, ob die Versammlung mit dem Vorschlage des Finanzausschusses einverstanden ist, seitens der Stadt 25 Prozent Zuschuß zu dem Fehlbetrage zu zahlen, im Höchstfalle 360 000 *M*, und daß die weiteren Verhandlungen durch den Rat der Stadt geführt werden. Im besonderen wird der Rat gehört haben, daß gewünscht wird, es möchten vier Stadtverordnete und ein Mitglied des Rates in den Verwaltungsrat entsandt werden. Das würde im Auge behalten werden können; ob

es möglich sein wird, eine solche vielköpfige Kommission zu bilden oder nicht, wird sich nachher herausstellen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich möchte bitten, über die Kommission mit abstimmen zu lassen.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Die Vorlage des Rates geht dahin, daß der Rat ermächtigt wird, mit der Regierung ein Abkommen über die Mitbeteiligung der Stadt an der Theaterverwaltung zu treffen. Daraus folgt, daß, wenn Sie nicht anders beschließen, ohne Ihre nochmalige Mitwirkung die Abmachung über die Entsendung von Vertretern der Stadt erfolgen würde. Haben Sie den Wunsch, daß der Rat Ihnen zunächst wieder einen Vorschlag in dieser Beziehung macht, dann bitten wir darum, das auszusprechen.

Stadtv. **Ginert:** Dann beantrage ich, daß für den zweiten Teil die Versammlung sich dahin ausspricht: Es sollen als Mitglieder der Kommission für die Verwaltung des Theaters vier Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung genommen werden.

Stadtv. **Reißner:** Der Schlußsatz des Ratschreibens lautet: „Wir ersuchen die Stadtverordneten, uns zu weiteren Verhandlungen zur Festsetzung der Einzelheiten über die Mitbeteiligung der Stadt an der Theaterverwaltung zu ermächtigen.“ Es handelt sich also um weitere Verhandlungen, aber nicht um die Entscheidung.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Zu derartigen Verhandlungen bedarf es einer Ermächtigung durch die Stadtverordneten nicht. So sehr ist der Rat der Stadt doch nicht von Ihnen abhängig, daß er nicht einmal verhandeln dürfte. Der Sinn ist doch: Wir wollen die Verhandlungen allein führen und danach entscheiden.

Vorsitzender **Munte:** Ich glaube, es würde genügen, daß der Rat den Wunsch der Versammlung gehört hat, und daß er deshalb bei den Verhandlungen vorschlagen wird, vier Stadtverordnete in den Verwaltungsrat zu nehmen. Es genügt danach also, wenn wir uns mit dem Vorschlage der Finanzkommission einverstanden erklären. Wer dafür ist, daß im Sinne des Vorschlages der Finanzkommission beschlossen wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Ich nehme an, daß der Rat die Liebeshwürdigkeit hat, die Wünsche der Stadtverordnetenversammlung bei den Verhandlungen zu berücksichtigen.

Oberbürgermeister **Kettemeyer**: Wir werden in dem Sinne verhandeln.

Vorsitzender **Munte**: Es ist in der Versammlung deutlich zum Ausdruck gebracht, daß vier Stadtverordnete und ein Ratsmitglied für die Verwaltung des Theaters tätig sein sollen. Wir könnten sonst auch darüber abstimmen, um zu zeigen, daß die Mehrheit der Versammlung dafür ist. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Mehrheit.

Nur in diesem einen Punkte ist also dem Räte der Stadt gebundene Marschroute gegeben.

Stadtv. **Wilhelm Niese** übernimmt den V o r s i ß wieder.

16. Ausbesserung eines Dampfkessels im Volksbrausebade Kaiserstraße.

Stadtv. **Rajche**: Bei der Kesselanlage im Volksbade an der Kaiserstraße sind einige Ausbesserungen nötig geworden, an einem der beiden Niederdruckdampfkessel sind neun Mittelglieder dicht über dem Feuerraum gesprungen: Die Verwaltung der Brausebäder hat verschiedene Kostenanschläge eingefordert, und danach werden die Kosten der Wiederherstellung sich auf 6500 M belaufen. Die Auswechslung der Glieder ist unbedingt erforderlich, wenn man das Bad überhaupt im Betriebe erhalten will. Der Betrieb kann augenblicklich noch aufrecht erhalten werden, da noch ein zweiter Kessel vorhanden ist, der aber bei Dauer der Überanstrengung jedenfalls bald abgängig werden würde. Das Hochbauamt gibt dem Räte der Stadt anheim, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Rat hat diesem Antrage entsprochen, und nachdem sich der Bauausschuß mit der Sache beschäftigt hat, bitte ich Sie namens des Bauausschusses, die Kosten zu bewilligen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Bauausschusses gemäß.

17. Freigabe von Räumen zur Einrichtung von Jugendherbergen.

Stadtrat **Schaper**: Herr Oberturnlehrer Somburg hat im Auftrag des Ausschusses für Jugendpflege an die städtischen Behörden das Ersuchen gerichtet, städtische Räume zur Einrichtung von Jugendherbergen zur Verfügung zu stellen. Er schlägt zunächst vor, die Galerie der Turnhalle an der Osterstraße und ein anliegendes Zimmer dafür freizugeben, und ferner zu gestatten, daß als zweite Jugendherberge der Zeichenaal über der Turnhalle der früheren Schule an der Leopoldstraße, der eben nach Aufhebung der Schule dort nicht benutzt wird, ein-

gerichtet wird. die Einrichtung dieser Räume zur Jugendherberge wird der Jugendpflegeausschuß selbst übernehmen, so daß die Stadt also weiter keine Kosten davon hat. Die Beaufsichtigung und Wartung der Räume werden gegen Überlassung der Übernachtungsgebühren die betreffenden Schuldienere übernehmen. Der Rat der Stadt ist mit der Überlassung dieser Räume einverstanden, und ich bitte auch die geehrten Damen und Herren der Versammlung, dem Antrage zuzustimmen.

Ohne Wortmeldungen. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Überlassung der Räume an.

18. Auszahlung der erhöhten Steuerungszulagen für Beamte und Lehrer über den 1. April hinaus.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß die erhöhten Steuerungszulagen für die Beamten von Ihnen für das laufende Vierteljahr bewilligt sind. Man hat das getan im Anschluß an das Vorgehen des Staates und in der Erwartung, daß es möglich sein würde, die Gehaltsreform bis zum 1. April dieses Jahres fertigzustellen. Es ist aber keine Aussicht vorhanden, daß bis zum 1. April die Sache erledigt ist, und sie wird kaum bis zum 1. Juli fertig werden. Unter diesen Umständen würde der Rat der Stadt ohne nochmalige Beschlußfassung Ihrerseits nicht in der Lage sein, die erhöhte Steuerungszulage über den 1. April hinaus zu zahlen. Ich habe heute morgen dem Räte davon Mitteilung gemacht, daß wir Ihnen eine Vorlage deswegen zugehen lassen müßten, über die dann in der nächsten Stadtverordneten Sitzung in vierzehn Tagen Beschluß gefaßt werden könnte. Es müssen jedoch die Anweisungen an unsere Kassen bald ergehen, insbesondere auch die vielen Überweisungen an die Banken rechtzeitig erfolgen. Dazu muß die Stadtkasse bald wissen, ob über den 1. April hinaus die erhöhten Steuerungszulagen gezahlt werden sollen. Die Steuerung ist groß, das wissen wir alle. Man könnte vielleicht sagen: Wenn die deutsche Wäuta sich weiter so bessert, wie in den letzten beiden Tagen, könnte unter Umständen einstweilen von der Auszahlung abgesehen werden, aber ich glaube, es ist unbedenklich und berechtigt, wenn die Weiterzahlung der erhöhten Steuerungszulage von uns über den 1. April hinaus — wir wollen lieber keinen Endtermin festsetzen — bewilligt wird. Ich möchte Sie bitten, dem zuzustimmen.

Stadtbr. **Jahns**: Vielleicht wäre es ratsam, zu sagen: „Die erhöhten Steuerungszulagen werden bezahlt bis zum Inkrafttreten der Besoldungsreform“,

dann würden wir ein für allemal darüber bestimmt haben und nicht noch einmal darüber zu beraten brauchen. Die Sache wird sicher über den 1. Juli hinausgehen, denn wenn das Reich und die Staaten mit ihren Arbeiten daran fertig sind, müssen wir erst hier wieder die Besoldungsreform für die städtischen Beamten überarbeiten.

Vorsitzender: Wenn wir beschließen: „über den 1. April hinaus“, so wird das in der Praxis dasselbe bedeuten, wie das, was Herr Jahns vorschlägt. Es könnte außerdem auch der Fall eintreten, daß wir bis zum Inkrafttreten der Besoldungsreform noch zweimal eine Erhöhung der Teuerungszulagen vornehmen müssen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn Sie den Vorschlag des Herrn Jahns annehmen würden, so würde das insofern Bedeutung haben, als es heißen könnte, daß bis zum Inkrafttreten der Besoldungsreform keine weitere Erhöhung der Teuerungszulage mehr kommen darf. (Heiterkeit.)

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Herrn Oberbürgermeisters gemäß.

19. Wahllokale für die Wahl eines Ratsmitgliedes betreffend.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich habe den Wunsch, die demnächst vorzunehmende Wahl eines Ratsmitgliedes nochmals zur Sprache zu bringen, und bitte Sie, diese Angelegenheit jetzt gleich zu erledigen. — Sie werden gehört haben, daß zwei Wahlvorschläge für diese Wahl eingegangen sind, und daß infolgedessen nun die Wahl vorgenommen werden muß. Es trifft also unsere Annahme nicht zu, daß nur der von Seiten der Stadtverordneten gemachte Wahlvorschlag vorliegen wird und keine eigentliche Wahl stattfinden braucht. In unserer Bekanntmachung haben wir als Wahllokal das Rathaus genannt, in der Hoffnung, daß kein Gebrauch von diesem Hause als Wahllokal gemacht zu werden brauchte. Da nun aber tatsächlich die Wahl doch stattfinden muß, so erscheint es zweifelhaft, ob es in der Praxis durchführbar ist, die gesamte Bevölkerung Braunschweigs — es handelt sich um 80 000 bis 90 000 Wähler — nach dem Rathaus kommen zu lassen, damit dort das Wahlrecht ausgeübt wird. Selbst bei der besten Organisation, wenn alle Zimmer des Rathauses, die zur Verfügung stehen, mit den Nummern der Wahlbezirke versehen würden, wenn auch das schönste Verzeichnis angefertigt und dreimal in allen Tageszeitungen veröffentlicht wird, will es mir doch kaum als wahrscheinlich erscheinen, daß das ein

praktisch gut durchführbarer Plan sei. Nun verkennen wir keineswegs die Schwierigkeiten bei Beschaffung der Wahllokale. Sie werden sich erinnern, daß bei der Wahl im September eine ganze Reihe von Wahllokalen bei der Stichwahl umgelegt werden mußte; wir mußten auf die Suche gehen, um neue Wahllokale zu bekommen, weil die Wirte nicht bereit waren, ihre Lokale zum zweiten Male für die Wahl zur Verfügung zu stellen. Soweit mir bekannt ist, werden wir mit ähnlichen Tatsachen auch jetzt zu rechnen haben. Ein Ausweg wäre dadurch zu schaffen, daß wir neben dem Rathaus, in dem einige Bezirke der Innenstadt sehr wohl ihr Wahlrecht ausüben können, für die Außenstadt einige Schulen oder Turnhallen als Wahllokale bestimmen, denn das Verfügungsrecht über diese Räume haben die städtischen Behörden, und so sind wir nicht auf die Gnade oder Ungnade einiger Wirte angewiesen. Es wird sich auch in diesen Räumen ermöglichen lassen, daß immer zwei oder drei Stimmbezirke in einem Schullokal vereinigt werden. Wenn wir diesen Plan verfolgen, wird den Wählern die Möglichkeit, ihr Wahlrecht auszuüben, viel leichter gegeben, als wenn sie den Weg zum Rathaus machen müßten. Welche Beteiligung die Wahl zeigen wird, kann man im voraus nicht ermessen, es dürfte aber doch nicht angenehm sein, wenn an dem Sonntage vielleicht 50 000 Menschen durch das Rathaus wandern sollten; für die Instandhaltung des Rathauses würde das nicht dienlich sein, besonders wenn es schlechtes Wetter ist.

Nun steht allerdings in der Bekanntmachung, daß die Wahl im Rathaus stattfindet, denn nach einem Paragraphen des Wahlgesetzes mußten schon bei der ersten Bekanntmachung über die Wahl die Wahllokale genannt werden. Man könnte hier sehr wohl sagen: Im Rathause findet tatsächlich die Wahl auch statt, aber zur Erleichterung des Wahlgeschäftes nehmen wir noch einige andere Wahllokale hinzu, so daß wir deswegen kaum mit dem Wahlgesetz in Konflikt geraten würden. Unangenehm würde es nicht sein, wenn aus diesem Anlaß Wahlproteste kommen würden und wir das Vergnügen hätten, im April noch einmal zu wählen. Ich glaube kaum, daß allgemeine Neigung dazu vorhanden ist. Diesen Vorschlägen, wie ich sie Ihnen eben unterbreitet habe, ist durch ein Umlaufschreiben von den Wahlausschußmitgliedern zugestimmt. Welches die als Wahllokale am günstigsten gelegenen Schulen sind, weiß ich augenblicklich nicht, es würde die Hinzunahme solcher Schulräume als Wahllokale aber ein Ausweg sein, und wenn bei Ihnen keine Gegnerschaft vorhanden ist, so sollte ich meinen, daß wir auf diese Weise um die 48 Wahllokale in Wirtschaften herumkommen könnten. Die Entschädigungen, die wir den Gastwirten zu zahlen hätten, würden jedenfalls nicht gering sein, und sie der Stadtkasse zu ersparen würde im Interesse der Allgemeinheit liegen.

Nun kommt eine andere Frage hinzu: Das ist die Besetzung der einzelnen Stimmbezirke mit dem Wahlvorstand. Es ist möglich, daß wir nicht wieder 48 Stimmbezirke nehmen, und wenn Sie dem Wahlausschuß darin freie Hand lassen, dann dürfte es wahrscheinlich möglich sein, auch diese Frage zur Zufriedenheit aller zu lösen.

Wünscht jemand das Wort zu diesen Vorschlägen? (Zuruf: Angenommen.) Widerspruch macht sich nicht bemerkbar; ich nehme Ihr Einverständnis damit an.

Auf Anfrage des Herrn Stadtverordneten Wahrendorf teilt der Vorsitzende mit, daß der zweite Wahlvorschlag auf Herrn Wesemeier lautet.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich möchte mir noch eine Bitte erlauben. Wahrscheinlich werden sich doch wohl Wirte finden, die ihre Lokale zu der bevorstehenden Wahl hergeben wollen. Es handelt sich allerdings um einen Sonntag, wo sie ihre Lokale sowieso besetzt haben, aber es ist doch möglich, daß sie dennoch zur Hergabe von Lokalen bereit sind. Durch Annahme dieser Lokale würde man den Wählern die Beteiligung an der Wahl so bequem wie möglich machen können. Ich bitte also, sich nicht darauf zu versteifen, daß es nur Schulen sein sollen, die als Wahllokale gebraucht werden, selbst wenn es auch einige kleine Kosten verursachen sollte.

Vorsitzender: Wenn Sie dem Wahlausschuß Blankovollmacht in dieser Hinsicht erteilen, wollen wir versuchen, es so zu machen und zu erreichen, daß die Wähler wie auch die Stadt zu ihrem Rechte kommen.

20. Ansetzung einer besonderen Sitzung für die Beratung der Lustbarkeitssteuer.

Stadtv. **Munte**: Herr Frede hat angeregt, zur Beratung der Lustbarkeitssteuer eine Sitzung außer der Reihe für die nächste Woche anzuberaumen. Wie Sie alle wissen, hat die Stadt das Geld aus dieser Steuer sehr nötig. Es ist mir mitgeteilt, daß die Stadt für jeden Tag, an dem die Steuer später in Kraft tritt, 2000 bis 3000 M verliert, so daß im Jahre 700 000 M aus der Steuer herauskommen würden, wovon allerdings der bis jetzt schon bezogene Betrag für die Kinosteuer abzuziehen wäre. Ich sehe nicht ein, warum wir das Geld zum Fenster hinauswerfen sollen; deshalb würde ich dafür sein, daß für nächste Woche vielleicht für Dienstag nachmittag, eine Sitzung einberufen wird, und zwar nur mit der Tagesordnung „Lustbarkeitssteuer“. Ich bitte, diese Sache möglichst bald zu verabschieden.

Vorsitzender: Ich bin gern bereit, eine Sitzung in der nächsten Woche einzuberufen.

Stadtv. Lehnert: Ich möchte darum ersuchen, von einer besonderen Sitzung Abstand zu nehmen, denn ein großer Teil der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung hat sich für die kommende Woche schon festgelegt. Ich bitte, es bei der alten Methode zu belassen, daß alle vierzehn Tage eine Sitzung abgehalten wird.

In der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung für Abhaltung einer Sitzung in der nächsten Woche, und der **Vorsitzende** kündigt diese für den nächsten Donnerstag an.

21. Anfrage **Salomon** über Einrichtung von Volkskindergärten, Kinderhorten, Förderklassen u. dergl.

Wortlaut der Anfrage f. S. 1125.

Stadtv. Salomon (zur Begründung): Seit einem Jahre sind bekanntlich unsere sieben- und achtsstufigen Bürgerschulen zu einer einzigen Art Bürgerschule vereinigt. Nach der vollzogenen Verteilung der Kinder auf die einzelnen Schulen hat sich im Laufe dieses Jahres zweierlei gezeigt: Einmal eine ziemlich scharfe Kritik an dieser Maßnahme in weiten Kreisen der Eltern, die dahin geht, daß man sagt: „Begabte Schüler werden durch die Zusammenlegung der Schulen in ihren Lernfortschritten gehemmt.“ Eine zweite Erscheinung ist eine Erfahrung, die wir in den Schulen selbst gemacht haben, daß nämlich sich jetzt schon zeigt, daß nach der Zusammenlegung die oberen Klassen unserer Bürgerschulen stark entvölkert werden, indem eine große Zahl von Kindern die erste Klasse wahrscheinlich nicht erreichen wird. Nun könnte jemand in bezug auf den letzten Punkt vorschlagen, die Lehrziele herabzusetzen. Aber auf keinen Fall dürfen wir das tun. Wir sind jedoch verpflichtet, sowohl der von mir angedeuteten Kritik, wie auch dieser schulförmig gemachten Erfahrung offen ins Auge zu sehen und nach den Gründen zu fragen. Sie liegen für mich klar zutage. Als wir die Verschmelzung vornahmen, hätten wir gleichzeitig auch andere Schritte tun müssen, nämlich einmal mußten wir dafür sorgen, daß die einzuschulenden Kinder ein möglichst gleichmäßiges Unterrichtsmaterial bildeten, zweitens dafür, daß für solche Kinder, die durch die vorausgegangene Kriegszeit und andere Umstände in ihrer geistigen Entwicklung gehemmt worden sind, sogenannte Förderklassen eingerichtet wurden;

und drittens dafür, daß auch das Hortwesen ausgestaltet wurde. Diese drei Einrichtungen zu schaffen und auszubauen, haben wir bis jetzt unterlassen und müssen nun das Versäumte nachholen. Das ist unbedingt notwendig, und deswegen habe ich die Anfrage an den Rat der Stadt gerichtet. Ich weise darauf hin, daß man in der Leitung der Schulen bemüht ist, diesen drei Punkten — Kindergarten, Förderklassen und Hortwesen — auf jeden Fall näherzutreten.

Wenn ich ein kurzes Wort über die Kindergärten sagen soll, so denken wir an einen Kindergarten in der Schule und einen solchen, der der Schule vorausgeht, letzterer sei nicht eine pflichtmäßige Einrichtung im vollen Umfange, so daß nicht alle Kinder, die im vorschulpflichtigen Alter stehen, zum Besuche dieser Kindergärten verpflichtet werden. Die Ansicht, alle Kinder zum Besuche des Kindergartens zu zwingen, welche allerdings auch in weiten Kreisen zu finden ist, kann ich nicht teilen, weil ich fest davon überzeugt bin, daß die Familie die einzige richtige Grundlage der Erziehung ist und möglichst bleiben soll. In vielen Fällen muß aber aus wirtschaftlichen Gründen leider die Familie als Erziehungsmittelpunkt versagen, und für Kinder aus solchen Familien, für Kinder, die in ihrer geistigen Entwicklung gehemmt gewesen sind, die sprachlich nicht genügend vorgebildet sind, ist der Besuch des Kindergartens notwendig, und für diese Fälle müßte eine gewisse Verpflichtung in die Wege geleitet werden. Die Kindergärten sollen nicht etwa eine Vorschule für die Schule sein, es sollen dort nicht etwa die Anfänge des Lesens und Schreibens gelehrt werden, sondern dort handelt es sich darum, den Vorstellungsschatz der Kinder zu erweitern, sie sprachlich zu schulen, die Handtätigkeit zu erweitern und zu fördern, und alles, was sonst auf dem allgemeinen Bildungsgebiete des Geistes liegt. Dazu ist notwendig, daß diese Art Kindergärten, wie ich sie mir denke, unter sach- und fachkundiger Leitung steht, und ferner müßten besonders geschulte Unterrichtskräfte dazu vorhanden sein.

Das Hortwesen will ich nur kurz streifen. Die Kinderhorte sind bekanntlich Einrichtungen, die sich der Schulkinder annehmen, bei denen es zu Hause an Aufsicht und Förderung fehlt. Auch das Hortwesen bedarf einer eingehenden Revision. Unter voller Anerkennung dessen, was bisher von privater Seite für das Hortwesen geleistet worden ist, muß ich betonen, daß es wesentliche Mängel aufweist, die beseitigt werden müssen.

Das dritte, was ich wünsche, sind die Förderklassen. Auch hierüber nur eine kurze Andeutung. Unter Förderklassen denken wir uns solche kleine Schülerabteilungen, die in sich weniger fortgeschrittene Schüler aus einer Klasse oder aus mehreren gleichstufigen Klassen vereinigen. Unter der Hand eines tüchtigen Lehrers sollen die Kinder individuell behandelt und im einzelnen gefördert wer-

den, damit sie später wieder voll ausgerüstet in den übrigen Schulbetrieb eintreten können.

Wenn diese Bedingungen erfüllt werden — und es muß geschehen —, dann erst wird sich die Verschmelzung der Schulen zu einem wirklichen Segen gestalten, dann erst können wir das zukünftig geplante Gebäude der Einheitschule in seiner vollen Schönheit errichten. Allerdings kosten diese Maßnahmen Geld, das gebe ich ohne weiteres zu, und es wird einem heutzutage nicht leicht, Geldmittel zu fordern. Aber ich stehe auf dem Standpunkte: Das Kapital, das wir zur geistigen und sittlichen Förderung unserer Jugend aufwenden, ist ein solches, das sich aufs beste verzinst zum Segen unseres ganzen Volkes.

Stadttrat **Schaper**: Als vor einem Jahre die beiden Bürgerischularten zusammenggelegt wurden, war von vornherein klar, daß derartige Einrichtungen, wie sie der Herr Anfragende im Auge hat, geschaffen werden müssen, damit es möglich wird, daß viele Kinder das Schulziel erreichen. Es heißt in Artikel II des Abänderungsstatuts über die Bürgerschulen: „Um den weniger begabten oder zurückgebliebenen Schülfern die Erreichung des Lehrzieles zu ermöglichen, werden nach Bedarf besondere Einrichtungen getroffen, über deren Betrieb der Schulleiter nach Anweisung des Schulvorstandes die näheren Anordnungen trifft.“ Für das laufende Jahr ist zunächst die Anordnung getroffen, daß zurückbleibenden Kindern vom Klassenlehrer besonderer Nachhilfeunterricht in der Schule ohne besondere Vergütung erteilt wird. Ich weiß nicht, wie sich diese Hilfseinrichtung bewährt hat, wenigstens habe ich auf amtlichem Wege noch nichts darüber erfahren, aber ich habe doch gehört, daß man mit den Erfahrungen nicht voll zufrieden ist. Die Hilfseinrichtungen, die in Frage kommen, sind schon von Herrn Salomon gekennzeichnet. In einer Besprechung, die ich neulich mit Herrn Schuldirektor Dr. Appuhn hatte, hat er mir mitgeteilt, daß er den Antrag stellen würde, daß Schulkindergärten, und zwar zwei an der Zahl, eingerichtet würden. Zu dieser Sache hat der Rat der Stadt noch keine Stellung genommen, aber ich darf dennoch sagen, daß, wenn die Notwendigkeit der Einrichtung dargelegt wird, der Rat einen solchen Antrag wohlwollend prüfen wird. Was das Hortwesen anbelangt, so ist Ihnen schon bekannt, daß die Übernahme der bestehenden Kinderhorte, deren Verwaltung bisher in privaten Händen lag, in städtische Verwaltung in die Wege geleitet ist. Es ist selbstverständlich, daß dann auch eine Umgestaltung und ein Ausbau des Hortwesens in Angriff genommen wird. Die Frage der Förderklassen ist im Räte noch nicht behandelt worden, aber ich kann bezüglich dieser wiederholen, was ich eben über die Schulkindergärten gesagt habe: Wenn

von der Schulleitung die Notwendigkeit der Förderklassen dargelegt wird, dann wird der Rat die Sache wohlwollend prüfen.

Ohne weitere Besprechung.

22. Antrag Reißner auf Verstärkung der Wohnungsdeputation um ein Mitglied.

Wortlaut des Antrages f. S. 1125.

Stadtv. **Reißner** (zur Begründung): Mein Antrag bezweckt lediglich die Herstellung der Parität in dieser Deputation, wie sie im Mieteinigungsamte und in der Wohnungsprüfungskommission besteht. In diesen letzten beiden Kommissionen sind Mieter und Vermieter gleichmäßig vertreten, und es ist wohl selbstverständlich, daß dies auch für die Wohnungsdeputation erforderlich ist. Bislang sitzen in der Wohnungsdeputation außer den Vertretern des Rates vier Vermieter und drei Mieter. Ich bitte, die Parität herzustellen, indem ein vierter Mieter hinzugewählt wird, und schlage hierfür den Stadtv. **Kotahr** vor.

Nachdem die Dringlichkeit des Antrages von der Versammlung angenommen ist, wird der Antrag Reißner angenommen und Herr Stadtv. **Kotahr** als Mitglied der Wohnungsdeputation gewählt.

23. Anfrage Jahns, betreffend die Gründe für Abhaltung der nächsten Messe auf dem Leonhardplatz.

Wortlaut der Anfrage: In der Zeit vom 10. bis 19. April soll Messe und Jahrmarkt auf dem St. Leonhardplatz stattfinden. Der Rat der Stadt wird ersucht, Auskunft darüber zu geben, weshalb gerade der St. Leonhardplatz, und nicht der Maschplatz an der Hamburger Straße freigegeben wird.

Stadtv. **Jahns** (zur Begründung): Ich habe an den Rat der Stadt die Anfrage gerichtet, weshalb für die vom 10. bis 19. April stattfindende Messe gerade der Leonhardplatz freigegeben ist, während der Maschplatz an der Hamburger Straße dafür zur Verfügung steht. Es ist mir von sachkundiger Seite gesagt, daß unsere Spielplätze durch Abhaltung derartiger Jahrmärkte durch und durch verdorben werden, so daß sie als Spielplätze nicht mehr zu gebrauchen sind. Durch die Abfälle derartiger Veranstaltungen wie die Jahrmärkte kann sich die spielende Jugend Verletzungen zufügen, die Plätze werden des sowieso nur targaen Rasenüberzuges beraubt, so daß die Staubentwicklung auf ihnen begünstigt

wird und die Plätze kaum noch zum Spielen zu verwenden sind. Dabei haben wir auf dem Maschplatz die besten Einrichtungen für Abhaltung von Märkten, Feuerlösch- und sanitäre Einrichtungen, die auf dem Leonhardplatz erst hergestellt werden müssen. Ich glaube übrigens, daß unsere Bevölkerung gar nicht so sehr auf den Trubel erpicht ist, so daß der Platz für die Abhaltung der Messe unmittelbar in Nähe der Stadt liegen muß. Regierung und Stadt sollen sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß der Leonhardplatz am besten für Abhaltung der Messe geeignet ist; die Spiel- und Sportvereinigungen aller Art, diejenigen der Arbeiter und alle anderen, auch der Ausschuß für Leibesübungen, treten dafür ein, daß für derartige Veranstaltungen wie Messe und Jahrmärkte der Maschplatz benutzt wird. Ich möchte bitten, Ihre Meinung dahin zu äußern, daß wir den Rat ersuchen, ebenfalls in dieser Weise vorzugehen.

Stadtrat von Franckenberg: Der Antragsteller hatte zunächst an den Rat eine Anfrage gerichtet, was seitens des Rates in dieser Beziehung geschehen sei. Darauf kann ich erwidern, daß es sich um eine Ausnahmemassregel handelt, die wir in Übereinstimmung mit der Regierung dieses eine Mal für zweckmäßig hielten, weil die Verkäufer, die sonst gewöhnt sind, die Februarmesse zu beschicken, sowohl die aus der Stadt wie aus der Umgegend, über den diesmaligen Ausfall der Februarmesse schwer enttäuscht gewesen sind. Um sie zu trösten und zu entschädigen hat man dieses eine Mal seitens des Ministeriums im Einverständnis mit uns den besonders günstig gelegenen Leonhardplatz anstatt des weit hinausgelegenen Schützenplatzes zur Verfügung gestellt. Es ist nicht beabsichtigt, diese Massregel wiederkehren zu lassen, und es wird sehr sorgfältig dafür gesorgt werden, daß alsbald nach Beendigung der Veranstaltung der Platz in genauester Weise nach Glasscherben und anderen Abfällen abgesucht wird. Im übrigen kann ich dem Herrn Anfragenden in der Hinsicht beruhigende Auskunft geben, als ein Austreiben von Vieh auf den Leonhardplatz nicht in Aussicht genommen ist, sondern daß die Allee am Landgestüt für die Aufstellung des Viehes dienen wird, soweit überhaupt es zu einem Viehmarkt kommen wird. Es ist sehr wohl möglich, daß der Viehmarkt im letzten Augenblick wegen Seuchengefahr verboten oder stark eingeschränkt wird. Außerdem stehen in Gestalt der Häuschen für Geräte die nötigen Räume für die Nachschukleute und die Feuerwache zur Verfügung. Diese Häuschen werden sich ohne Schwierigkeit zu ihrem Zwecke herrichten lassen; entsprechende Verfügungen sind von uns bereits erlassen.

Der Auftakt zu dieser ganzen Sache wird in die Osterwoche fallen, und wenn die Veranstaltung vom 10. bis 19. April dauert, so ist ein Schulunterricht auf diesem Platz in der ersten Hälfte der Veranstaltung nicht in Frage gestellt, es

würde also die Schule in ihren Spielen nur sehr wenig gestört werden. Die Sportvereine pflegen ihrer Mehrzahl nach auf dem Französischen Felde oder auf besonders dazu hergerichteten eigenen Plätzen zu spielen. Ich wiederhole: Es handelt sich um eine Maßregel, die nur einmal zugestanden ist. Wenn ich auch anerkenne, daß für die Sportteilnehmer dies unerwünscht ist, so wird es dieses Mal ertragen werden müssen, wie das auch geschehen muß, wenn auf dem Kleinen Exerzierplatz für einige Wochen ein Zirkus aufgestellt wird.

Ohne weitere Besprechung.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. März 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Einführung einer Luftbarkeitssteuer	1184
2. Antrag Stegmann auf Einwirkung, dahingehend, die Straßenabsperungen zu beseitigen und die Truppen von den Straßen zurückzuziehen.	1186

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, ferner die Stadträte **Jüermann** und **Langemann**.

Entschuldigt die Stadtverordneten Frau **Böhm**, Dr. **Brandis**, Frau **Graf**, **Jahns**, Dr. **Jasper**, **Steinbrecher**, Fräulein **Bolters**.

Vorsitzender **Wilhelm Niese**: Ich eröffne die heutige Sitzung. Als heute vor acht Tagen hier beschlossen wurde, für den heutigen Tag wieder eine Sitzung anzuberaumen, glaubte niemand von Ihnen, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen eine Sitzung abhalten würden. Es haben sich inzwischen Ereignisse abgespielt, die niemand ahnen konnte. Man kann es ruhig aussprechen: Durch Räuberbanden sind in Deutschland Zustände eingerissen, die jeder Beschreibung spotten. Mit demselben Rechte, wie es in diesen Tagen die Herrschaften in Berlin

getan haben, könnte jeder einzelne von uns eine Räuberbande gründen, die Ratssmitglieder aus dem Rathause jagen und eine andere Verwaltung einsetzen. Die Folge solcher Verhältnisse sind natürlich Generalstreik und Unruhen. Leider hat es auch in Braunschweig Totenopfer gekostet, und ich glaube wohl in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich es ausspreche, daß wir den Opfern dieser unsinnigen Politik unser Mitgefühl nicht versagen werden. Nachdem der Hauptausschuß des Landtages beschlossen hat, die Bestattung dieser unschuldigen Opfer der Vorgänge in der Stadt Braunschweig auf Staatskosten vorzunehmen, wird es sich erübrigen, daß von seiten der Stadtverordnetenversammlung in irgend einer Weise zu dieser Frage Stellung genommen wird.

Es sind zwei Anträge eingegangen. Ein Antrag von Herrn Lehner t lautet:

„Unterzeichneter ersucht hierdurch den Rat der Stadt, den westlich belegenen Fußweg der Helmstedter Straße zwischen Altemiekering und Wörthstraße sobald als möglich ausbauen zu lassen.“

Herr Stegmann hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen dahingehend vorstellig zu werden, daß die Straßenabsperungen beseitigt und die Truppen von den Straßen zurückgezogen werden.“

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Einführung einer Lustbarkeitssteuer.

Stadtv. **Genzen** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte zur Geschäftsordnung beantragen, daß wir, nachdem der Antrag des Herrn Stegmann erledigt ist, die Sitzung aufheben. Man würde es nicht verstehen, wenn wir heute über Einführung einer Lustbarkeitssteuer beraten. Ringsherum sind Maschinengewehre aufgeföhren, überall auf den Straßen stehen Truppen mit Handgranaten. Eine solche Beratung würde nach draußen hin wie Hohn klingen. Es kann wirklich nicht darauf ankommen, daß die Beratung dieser Steuer um ein paar Tage verschoben wird. Wir hoffen, daß in diesen Tagen die Verhältnisse wieder ruhiger werden, und vielleicht können wir Anfang der nächsten Woche zusammentreten, um die Lustbarkeitssteuer eventuell noch vor dem 1. April unter Dach und Fach zu bringen.

Stadtv. **Munte**: Als wir vor acht Tagen den Beschluß faßten, heute die Lustbarkeitssteuer zu beraten, lag die Situation anders. Wir waren von der Überzeugung durchdrungen, daß die Stadt Geld braucht und deshalb diese Steuer

sobald als möglich in einer separaten Sitzung beraten werden möchte. Heute ist allerdings ein sehr kritischer Tag, wie Herr Genzen schon ausgeführt hat. Es scheint, als ob es jetzt auf eine Kraftprobe ankommen soll, und ich weiß nicht, von welcher Seite der größte Widerstand geleistet werden wird. Eine solche Kraftprobe würde ich sehr bedauern im Interesse unseres Vaterlandes und unser aller. Wenn nun auch die Beratung der Lustbarkeitssteuer nicht das Bedenken erregen könnte, daß wir hier eine Lustbarkeit hätten, sondern es sich um eine ernste Sache handelt, so bin ich doch der Meinung, daß wir die Beratung bis über acht Tage verschieben.

Stadtv. Rönneburg: Ich sehe die Lage für nicht so furchtbar ernst an und denke, daß heute die ganze Angelegenheit sich schiedlich-friedlich erledigen wird, so daß morgen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Daß wir unter dem Eindruck der Ereignisse stehen und vollkommen den Worten zustimmen, die der Herr Vorsitzende der Versammlung gesprochen hat, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Was nun aber die Beratung der Lustbarkeitssteuer betrifft, so ist uns gesagt worden, daß jeder Tag, an dem diese Steuer nicht erhoben wird, einen Ausfall von rund 3000 M für die Stadt bringt. Wenn man das bedenkt, muß man sich fragen, ob wir es tatsächlich wohl verantworten können, wenn wir die Angelegenheit noch um weitere vierzehn Tage hinauschieben, denn daß wir unter den Nachwirkungen dieses überaus betrüblichen Ereignisses und unter weiteren Aufregungen leben werden, steht außer Frage. Es erscheint mir empfehlenswert, daß wir in die sachlichen Verhandlungen eintreten. Daß uns das kein Vergnügen und keine Lust ist, ist selbstverständlich, trotzdem möchte ich bitten, heute in die Beratung einzutreten.

Vorsitzender: Vielleicht wird es möglich sein, wenn die Besprechung heute vertagt wird, am nächsten Dienstag eine Stadtverordneten-sitzung abzuhalten. (Zuruf: Dann ist Landtagssitzung!) Dann würden wir den Montag nehmen können.

Stadtv. Meyerhoff: Die letzten Worte des Herrn Rönneburg bewegen mich, darum zu ersuchen, die Besprechung heute zu vertagen. Herr Rönneburg sagte, es sei anzunehmen, daß die Sache da draußen bald ein schiedlich-friedliches Ende nimmt. Das können wir aber nicht wissen, Herr Rönneburg auch nicht, und ebenso wenig weiß Herr Rönneburg wohl, wie es auf der Straße zugeht. Wer aber diese vier Tage gelebt hat wie ich, weil ich vis-à-vis dem Ministerium wohne, der kann ermessen, in welcher Aufregung die Einwohnerschaft ist. Nun ein zweites: Wir wollen frei und offen gegenüber der Regierung über die Lustbar-

keitssteuer reden; das sind wir unserer Stadt schuldig. Da haben wir den Herrn Minister Rönneburg auf der andern Seite stehen, und niemand weiß, wie lange er noch Minister ist. So soll ich mich noch vor Tageschluß entscheiden; das kann ich nicht. Ich bitte um Vertagung der Sitzung.

Die große Mehrheit der Versammlung stimmt für die Vertagung der Beratung.

2. Antrag Stegmann auf Hinwirkung, dahingehend, die Straßenabsperrungen zu beseitigen und die Truppen von den Straßen zurückzuziehen.

Wortlaut des Antrages §. C. 1184.

Vorsitzender: Es würde sich empfehlen, den heute eingegangenen Dringlichkeitsantrag noch zu erledigen. (Widerspruch rechts.) Ich maße mir kein Recht an, darüber zu entscheiden, ich werde die Versammlung abstimmen lassen. Wer ist dafür, daß die Sitzung überhaupt ausfällt?

In der Abstimmung sind 13 Stadtverordnete für und 13 Stadtverordnete gegen die Behandlung des Antrages Stegmann.

Vorsitzender: Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Ich entscheide mich dafür, daß der Antrag zur Beratung kommt.

Als darauf die dem Landeswahlverband angehörenden Stadtverordneten Anstalten treffen, den Saal zu verlassen, ruft ihnen der **Vorsitzende** zu: Ich möchte auf die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung aufmerksam machen.

Während der nun folgenden Begründung des Stadtv. Stegmann verlassen die bezeichneten Stadtverordneten den Saal.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Sie brauchen nicht anzunehmen, daß ich Sie langweilen werde. Ich finde es unbegreiflich, daß die Herren drüben diesen Antrag nicht beraten wissen wollen. Herr Meyerhoff sagte doch selbst, daß derjenige, der in der Nähe dieser Ereignisse in unserer Stadt gelebt habe, anderer Meinung sein müsse. Dafür sollte doch jedermann sein, daß wir über diese einfache Sache mindestens sprechen.

Sie wissen, wie die Dinge liegen, haben davon gehört, es selbst gesehen oder miterlebt. Wer auf den Straßen in diesen Tagen gewesen ist, muß wissen, in welcher provozierenden Weise die Reichswehr und die Sicherheitswehr aufgetreten ist; es sind die Opfer gerade denjenigen zuzuschreiben, die zum Schutze der Einwohner da sind. Ich gebe zu, daß Unfug getrieben ist, daß Kinder und

halbwüchsiges Burschen auf der Straße herumlaufen, johlen und schreien. Solche Elemente, denen jede Gelegenheit willkommen ist, Alotria zu treiben — bei Kaisers Einzug, beim Sedanfest, als die Revolution ausbrach, immer sind sie da. Das ist selbstverständlich nicht zu entschuldigen, und es ist von seiten der Arbeiterschaft bzw. von seiten der Streikleitung auch dazu aufgefordert, Anlaß zu Straßenaufläufen zu meiden, nach Hause zu gehen oder zu Hause zu bleiben. Entschieden beurteilt muß es aber auch werden, daß seitens der Sicherheitstruppen, die zum Schutze der Einwohner da sein sollen, infolge mangelhafter Information in der bekannten Weise vorgegangen ist. Da ist eine Frau Schmidt, eine alte Frau, die Einkäufe in der Stadt machen wollte, ohne jede Veranlassung niedergeschossen worden. Ein dummer Junge reißt ein Plakat ab, das eben angeklebt ist, und der Führer der Sicherheitswehr, ein junger Mann, ein Student soll es gewesen sein, kommandiert Feuer und Passanten werden getroffen. Angesichts solcher Vorkommnisse müßten Sie alle dafür sein, daß meinem Antrage stattgegeben würde, indem der Rat ersucht wird, bei der Landesregierung und bei dem Militärbevollmächtigten dahin vorstellig zu werden, daß die unnützen Straßensperrungen beseitigt und die Truppen von den Straßen zurückgezogen werden. Diese Maßnahmen sind einfach zwecklos. Wenn einzelne Gebäude einen Schutz nötig haben, so wird niemand dagegen etwas haben, aber dann ist es nicht nötig, die Leute anzuschreien: „Weitergehen! Weitergehen!“ und andere Belästigungen anzuordnen. Diese Zustände sind unhaltbar, und wenn nicht weiteres Unglück geschehen soll, bitte ich Sie, dem Antrage stattzugeben.

Die dringliche Behandlung des Antrages wird beschlossen.

Stadtv. **Salomon:** Ich möchte eine Erklärung im Namen meiner Fraktion abgeben. Auch wir empfinden mit lebhaftem Bedauern die Vorgänge, die stattgefunden haben, und beklagen die Opfer. Aber die ganzen Verhältnisse, die dazu geführt haben, und ferner die Vorgänge an sich sind für uns noch so wenig geklärt, daß wir uns nicht anmaßen, schon jetzt ein endgültiges Urteil darüber zu fällen. Ich habe deshalb im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir, weil die Verhältnisse noch zu unklar sind und die Tatsachen in keiner Weise feststehen, jede Erörterung an diesem Orte und in diesem Augenblicke ablehnen. (Zuruf: Das sieht den Demokraten gleich!)

Stadtv. **Riese I:** So unliebsam die Zustände für jeden eben sind, so empfindet sie wohl derjenige am schlimmsten, der gewöhnt ist, seit länger als 50 Jahren alle Vorgänge, die sich öffentlich abgespielt haben, Kaisereinzüge, selbst die einer schwarzen Majestät, Arbeiterdemonstrationen usw. aufs aufmerksamste

zu beobachten. Niemals vorher sind solche ernsthaften Dinge vorgekommen wie gerade jetzt. Was tut das Militär auf der Straße? Gegen die Masse junger Burschen, Mädchen, schaulustiger Weiber hätte man anders auftreten können, hätte einen Hydranten aufschrauben und sie mit einem kalten Bade bedenken können. Das wäre eine vernünftige Haltung gewesen, die nichts mit Brutalität und blutigen Köpfen zu tun gehabt hätte. Wenn man die Stacheldrähte und das Militäraufgebot auf der Straße sieht, glaubt man selber im Feldzuge zu sein, obwohl ich sonst nichts davon gesehen habe. So etwas wäre nicht nötig, das provoziert nur die Bevölkerung! Wo der Fehler liegt, braucht man nicht lange zu untersuchen. Fehler liegen vor, und es ist Aufgabe der Stadt und der Behörden, solche Zustände zu beseitigen. Studenten und andere junge Leute werden mit Waffen aller Art versorgt, damit sie auf die Arbeiterschaft losgehen. Wenn gegen diese Buben und grünen Jungen in ernster Weise seitens der Arbeiterschaft vorgegangen wird, so kann man das erklärlich finden — das hätte ich selbst getan, auch wenn ich alt bin. Mit solchen Maßnahmen, wie sie getroffen sind, provoziert man die Bevölkerung, daß sie allenthalben zusammenströmt und Veranlassung zum Einschreiten gibt; das wissen wir aus Erfahrung. Die ganze Schießerei brauchte nicht zu sein. Gestern wurde ich von einem Bäckerjungen darauf aufmerksam gemacht, daß an der Ecke der Bismarckstraße und der Kaiser-Wilhelm-Straße, wo die Klinik ist, oben aus dem offenen Fenster ein Maschinengewehr heraus sah. Was tut das Ding da? An verschiedenen anderen Stellen sollen noch Maschinengewehre aufgestellt sein. Das erinnert an Zustände, wie bei der Schießerei an der Bahnhofshalle, wo ebenfalls Maschinengewehre aufgestellt waren. Solche Zustände sollten wir doch überwunden haben, besonders jetzt, wo der Hauptschuldige in Berlin verschwunden ist und zum Teufel gesagt. Schade, daß sie ihn nicht gleich standrechtlich erschossen haben. (Sehr richtig!) Das sind diejenigen, die das Verbrechen gezeitigt haben, und da bedarf es keiner Schonung! Man kann den Ausdruck gar nicht scharf genug wählen, der diesen Leuten zukommt, die dem gesamten Volk gewaltigen Schaden angerichtet haben. (Sehr richtig!) Wir waren auf dem Wege, der Gesundung entgegenzustreben, da kommt diese freche Bande und bringt das Unglück. Mögen sie sein, wer sie wollen. Ehrgefühl und Verantwortlichkeitsgefühl haben sie nicht für einen Dreier. Sie sind eine Schande der jetzigen Zeit, und darunter will die Arbeiterschaft nicht leiden und empört sich dagegen. Wir protestieren dagegen und wollen derartige Zustände abschaffen.

Der Antrag Stegmann wird vom **Vorsitzenden** noch einmal verlesen, darauf nimmt die Versammlung den Antrag einstimmig an.

Vorsitzender: Es wird in aller Interesse liegen, die heutige Sitzung nunmehr abzubrechen. Vielleicht ermächtigen Sie den Vorsitzenden, zu nächstem Montag, wenn die Zeitverhältnisse es gestatten, eine neue Sitzung einzuberufen.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Ich schlage vor, zu sagen: Falls nicht der Herr Vorsitzende anderweitige Dispositionen trifft, findet die Sitzung am nächsten Montag statt. Dann brauchen wir die Einladungen nicht nochmals ergehen zu lassen.

Stadtw. Dr. **Regensburger:** Ich bitte, auf die Tagesordnung zum Montag nicht denjenigen Punkt zu setzen, über den ich berichten sollte (Aufnahme eines Prozesses). Das umfangreiche Aktenstück über diese Sache ist mir erst am Sonnabend nachmittag zugegangen, und es war mir nicht möglich, bis zur Sitzung des Rechtsausschusses die Sache zu bearbeiten. Die Sache hat keine Eile. Ich habe mit dem Gegner im Rechtsstreit Rücksprache genommen: Der Prozeß ruht, bis ein anderer Rechtsstreit entschieden ist.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Der Rat wird höchstwahrscheinlich die ganze Sache zurückziehen.

Vorsitzender: Ich stelle fest: Die Meinung der Versammlung ist, daß am nächsten Montag nachmittag 4 Uhr eine Sitzung stattfinden soll, wenn nicht vom Vorsitzenden eine gegenteilige Nachricht kommt, daß wegen entgegenstehender Hindernisse die Sitzung aufgeschoben werden muß.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 4¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. März 1920.

Tagesordnung:

	Seite
1. Erhöhung des Wassergeldes	1192
2. Einführung einer Luftbarkeitssteuer	1193
3. Erhöhung des Tarifes für Dienstmänner	1245
4. Antrag Lehnert auf Instandsetzung des westlichen Fußweges der Helmstedter Straße zwischen Altewielring und Wörthstraße	1245
5. Antrag Wahrendorf auf Einrichtung einer neuen Sexta an den hiesigen Oberrealschulen	1246
6. Mitteilungen des Wahlausschusses für die Stadtratswahl	1247

Am Ratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadtrat **von Frankenberg**, Stadtbaurat **Gebensleben**, Stadtrat **Bogler**, Stadtrat **Schaper**, ferner die Stadträte **Füermann** und **Ohlendorf**.

Entschuldigt die Stadtverordneten Dr. **Regensburger**, Dr. **Jasper**, **Schille**, **Steinbrecher** und Fräulein **Wolters**.

Vorsitzender **Wilhelm Niese**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Es sind einige Eingaben an die Stadtverordneten eingegangen. Fräulein **Hedwig Franz** beschwert sich über eine Entscheidung des Mieteinigungsamtes. Ich überweise die Eingabe zunächst dem Räte der Stadt.

Der Braunschweiger Schwimmverein von 1902 und der Schwimmsportklub wünschen in mehreren Eingaben die Freigabe zweier Filterbassins des alten Wasserwerkes im Bürgerparke, sowie die Prüfung der Pachtverträge für die städtischen Badeanstalten, ferner die Überlassung der städtischen Frauenbadeanstalt nach Schluß der Badezeit an den Sonntagnachmittagen für ihre Zwecke. Wir warten auch hier zunächst die Stellungnahme des Rates der Stadt ab.

Die Ortsgruppe Braunschweig des Bundes deutscher Bodenreformer beantragt in einer Eingabe, die Stadtverordnetenversammlung wolle auf Grund des § 1 Absatz II des Landbeschaffungsgesetzes durch Ortsatzung das gesetzliche Vorkaufsrecht auf die Wohngrundstücke ausdehnen. Eine gleiche Eingabe ist an den Rat der Stadt gelangt, so daß wir auch hier dessen Stellungnahme abwarten können.

Von Herrn Wahrendorf ist folgender Dringlichkeitsantrag eingegangen:

„Die städtischen Behörden werden ersucht, in Anbetracht der in großer Anzahl eingehenden Meldungen für die hiesigen beiden Oberrealschulen eine neue Sexta einzurichten, damit den gestellten Anforderungen Rechnung getragen werden kann.“

Vom Rate der Stadt ist noch eine dringende Sache eingebracht: die Erhöhung des Wassergeldes von 40 auf 50 Pfennig pro Kubikmeter. Der Rat hat den Wunsch ausgesprochen, diese Sache vorweg zu erledigen. Wenn kein Widerspruch aus der Versammlung erfolgt, könnte dem Wunsche entsprochen werden. (Ohne Widerspruch.)

1. Erhöhung des Wassergeldes.

Stadtv. **Notahr:** Meine sehr geehrten Herrschaften! Mir ist der unangenehme Auftrag zuteil geworden, über die Notwendigkeit der Erhöhung des Wassergeldes zu berichten. Das städtische Betriebsamt begründet die beantragte Erhöhung in einem Schreiben an den Rat der Stadt in folgender Weise:

„Seit der letzten Erhöhung des Wassergeldes am 1. Januar sind weitere gewaltige Steigerungen der Kohlen-, Strom- und sonstigen Materialpreise, sowie auch der Löhne eingetreten. Die Kohlenpreise sind ab 1. Februar um 70 *M* gestiegen, die Wasserfracht bis Hannover ab 15. Februar um 10,75 *M*, die Kohlenpreise ab 1. März um weitere 22 *M*, die Bahnfracht Hannover—Braunschweig ab 1. März um 8,50 *M*, insgesamt seit dem 1. Februar also um über 110 *M* für die Tonne. Der Strompreis ist um 50 Proz. gestiegen, der Lohn unserer Maschinisten und Handwerker ab 1. März um 28,5 Proz., der unserer Wasserwerksarbeiter um 34 Proz.“

Ein über das Ergebnis der ersten neun Monate des laufenden Geschäftsjahres aufgestellter vorläufiger Abschluß, der der Verwaltungsdeputation vorgelegen hat, hat ein wenig günstiges Resultat ergeben. Eine zusammenfassende Aufstellung des Voranschlages der Wasserwerke für das neue Wirtschaftsjahr ergibt folgendes Bild:

3 800 000 cbm Wasser à 50 Pf. (also schon nach dem neuen Preise)

1 900 000 M

sonstige Einnahmen . 40 000 "

zusammen . 1 940 000 M,

während die gesamten Ausgaben auf 1 958 500 M geschätzt werden. Die Deputation für die Verwaltung des städtischen Betriebsamtes empfiehlt daher den städtischen Körperschaften, dem Vorschlage auf Erhöhung des Wassergeldes von 40 auf 50 Pf. für 1 cbm (kleinere Mengen bis zu 6 cbm: 7,50 M, größere Mengen, die in Gefäßen gemessen werden: 1 M für 1 cbm) beitreten zu wollen."

Der Rat der Stadt hat diesen Anträgen der Verwaltungsdeputation zugestimmt und gibt den Stadtverordneten anheim, die Erhöhung des Wassergeldes vom 1. April d. J. an zu genehmigen. Ich habe Sie zu bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Erhöhung des Wassergeldes zu.

2. Einführung einer Luftbarkeitssteuer.

Stadtv. Frede: Der Stadtverordnetenversammlung ist unter dem 11. Februar der Entwurf einer Luftbarkeitssteuer zugestellt, der in der seitdem verflossenen langen Zeit vom Finanzausschuß in mehreren Sitzungen beraten ist. Es ist dabei das Ergebnis gezeitigt, das der Stadtverordnetenversammlung zu Gesicht gekommen ist in dem Nachtrage, der einen Tag vor der zur Behandlung der Luftbarkeitssteuer angelegten Stadtverordneten Sitzung den Stadtverordneten zugestellt ist. Es ist bekannt, daß mit Rücksicht auf die gründlichen Änderungen des Entwurfes damals beantragt wurde, die Beratung von der Tagesordnung abzusetzen, und so kommen wir nun erst heute dazu, Stellung zu dem Entwurfe zu nehmen.

Der Finanzausschuß hatte sich zunächst mit der grundsätzlichen Frage zu befassen, ob die Einführung einer Luftbarkeitssteuer gerechtfertigt sei. Ich gestatte mir, darüber folgendes auszuführen: In einer Zeit wie der heutigen, wo die staatlichen und städtischen Finanzen in bedrohlichen Verfall geraten sind, ist es Pflicht derjenigen, die für das Aufkommen der nötigen Mittel zu sorgen haben, Ausschau zu halten nach geeigneten Hilfsmitteln, um sie wieder in Ordnung zu bringen, also

nach geeigneten Steuern. Das muß das Reich tun, wie die Einzelstaaten und auch die Gemeinden, denen das Reich neuerdings so viel an Einnahmequellen genommen hat. Das Reich besteuert die Ersparnisse, die Vermögen, den Zuwachs der Vermögen, den Ertrag der Vermögen. Das Reich besteuert künftig das Einkommen, es besteuert als besondere Kriegsabgabe das Mehreinkommen gegenüber dem Jahre 1914, es hat eine Erbschaftsteuer eingeführt, die Geschäftsleute werden getroffen durch die neue Warenumsatzsteuer. Der Umsatz der Grundstücke ist besteuert durch die Grunderwerbsteuer. Dann sind noch die vielen Verbrauchssteuern zu nennen, die das Reich erhebt, und die erhöhten Kosten für Frachten, Post und Reisen, die man als Verkehrssteuern bezeichnen kann. Ferner wird das Reich eine Wohnungssteuer erheben, welche die Mittel erbringen soll, um neue Wohnungen entstehen zu lassen. Auch die Gemeinden müssen Ausschau halten nach neuen Einnahmen; sie werden, wie man hört, die Grundsteuern und die Gewerbesteuern umgestalten und erhöhen. So sehen wir, daß alles bis aufs äußerste besteuert und überall nach neuen Steuern gesucht wird, und so soll auch das Vergnügen besteuert werden. Aber nicht nur von seiten der Steuergesetzgebung aus erscheint das Vergnügen als Steuerobjekt gerechtfertigt, sondern auch von seiten des Besteuernten. In einer Zeit, wo der Besteuerte die nötigsten Sachen: Nahrung, Kleidung (Schuhwerk, Wäsche, Zeug und Kopfbedeckung) teuer bezahlen muß, wo Kohlen, Gas und, wie heute, das Wasser so sehr verteuert werden, muß der Besteuerte mit Recht fragen: Weshalb wendet man sich nicht demjenigen zu, das nicht zum Allernotwendigsten gehört: Das ist das Vergnügen jeder Art. Der Finanzausschuß hat unter Erwägung dieser Gründe die Einführung der Lustbarkeitssteuer grundsätzlich genehmigt, und es würde am Platze sein, daß über diesen Punkt eine Aussprache stattfindet. Denn würde die Steuer dem Grundsatz nach nicht angenommen, dann hätte es keinen Zweck, über die Einzelheiten zu beraten.

Stadtv. Stegmann: Der Herr Vorredner hat eben ausgeführt, daß der Finanzausschuß sich mit der grundsätzlichen Frage befaßt hat. Er hält es für selbstverständlich, daß diese Steuer eingeführt wird, und beinahe hat es so ausgesehen, als ob dem Räte Dank dafür ausgesprochen werden müßte, daß er uns eine solche Vorlage macht. Ich möchte einen anderen Standpunkt vertreten, als aus den Ausführungen des Herrn Berichtstatters hervorgeht. Wenn Herr Frede gesagt hat: „Nachdem alles versteuert ist, müßte man fragen, warum nicht das versteuert wird, was eigentlich zum Leben nicht notwendig ist“, so bin ich entgegengesetzter Meinung. Haben wir nicht das Jammern im Reiche, in den Landtagen und in den Städten

seitens der Beamten und Arbeiter wiederholt gehört, daß sie aus dem Elend nicht herauskommen können, daß sie nicht wissen, wie sie es anfangen sollen, um das Allernotwendigste zu beschaffen; daß die weitesten Kreise des Volkes nicht in der Lage sind, einen neuen Anzug anzuschaffen, daß sie verlumpen und verloddern? Und dann sollen wir noch für selbstverständlich halten, daß derjenige, der sich in dieser trostlosen Zeit ein Vergnügen, eine Erholung oder einen Genuß verschaffen will, auch noch dafür Steuern zahlen soll? Die Vorlage ist in meinen Augen eine starke Zumutung an die Stadtverordneten. Ich gebe zu, daß der Rat sich alle erdenkliche Mühe mit der Aufstellung der Vorlage gemacht hat; Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon erwähnt, daß die Steuervorlagen aus anderen Orten mit zu Rate gezogen sind. Es scheint aber, daß viele Paragraphen eigenes Produkt des Rates sind; nicht die kleinste Erholung darf es mehr geben, die nach diesem Monstrum von Steuervorlage nicht versteuert werden soll. Heute ist der Wasserpreis wieder erhöht, der Preis für Gas mußte wiederholt erhöht werden, ebenso das elektrische Licht und die Treppenhausbeleuchtung. Die Müllabfuhr haben wir in der vorigen Versammlung verdoppelt, was alles auf die Mieten abgewälzt wird. Dabei die ungeheuer hohen Reichsteuern, vor allem die Reichseinkommensteuer, die das ganze deutsche Volk tragen muß. Sie wissen, daß uns das so ungeheuerlich, so phantastisch vorkommt, daß man es eigentlich für unmöglich gehalten hätte. Der Beamte und Arbeiter wird ein Fünftel seines Jahresverdienstes für die Reichsteuern hingeben müssen. Mir scheint, die Gile des Rates ist darauf zurückzuführen, damit nicht erst die Steuerzettel der Reichseinkommensteuer unter die Leute kommen, deshalb soll die Lustbarkeitssteuer noch vorher schnell unter Dach und Fach gebracht werden. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß wir jede indirekte Steuer verwerfen, und die Lustbarkeitssteuer ist eine indirekte Steuer. Der Rat gibt selbst zu, ohne weiteres könnte sie abgewälzt werden — und das wird auch in Wirklichkeit geschehen an alle die, die irgend ein Vergnügen genießen, und sei es auch das edelste. Dabei werden die Minderbemittelten am schwersten getroffen werden. Wenn die besitzenden Kreise auch für die Theaterplätze höhere Klassenpreise zahlen müßten, so wird die geringere Steuer für alle Arten Vergnügen von den Minderbemittelten um so härter empfunden werden. Aus diesen Gründen sind wir gegen diese Steuern. Ich verweise nochmals auf die Reichsteuern, die eine ungeheure Höhe erreichen werden und die besonders die Angestellten, die kleinen Beamten und die Arbeiter treffen werden, bei denen jeder Pfennig ihres Verdienstes zur Steuer herangezogen wird und die nicht, wie es an anderer Stelle geschieht, in dieser Beziehung Mogeleyen vornehmen können, denn die Prinzipale sind verpflichtet,

Angaben über den Verdienst zu machen, während es bei den Selbständigen in Industrie, Handel und Gewerbe und der freien Berufe schon möglich ist, auf Grund ihrer Steuererklärungen nicht ihre ganze Einnahme zu versteuern. Wir wissen aus den Steuereinschätzungskommissionen, wie alle, die etwas zu verkaufen haben, in der letzten Zeit ein schönes Geschäft gemacht haben, und die wenigsten von ihnen werden wohl ihren Verdienst voll versteuern. Es ist in den Steuerkommissionen oft vorgekommen, daß die Selbsteinschätzung nicht für richtig anerkannt und den Betreffenden das Doppelte an Steuern aufgepackt wurde. Die Leute sind dazu still gewesen, denn sie wissen, daß sie bei einer wirklichen Kontrolle über ihre Einnahmen noch mehr zahlen müßten. Wir sind grundsätzlich Gegner dieser Steuer. Wir sind anderer Meinung als der Herr Referent und die Finanzkommission, die erklären, daß diese Steuer unbedingt eingeführt werden müsse. Allerdings befindet sich die Stadt infolge des Krieges in arger Klemme. Aber werden nicht die ärmsten Kreise allein schon durch die Reichseinkommensteuer fürchterlich belastet, und werden nicht noch andere Steuern hinzukommen? Dann sollten wir noch eine solche Steuer hinzusetzen? Das werden wir unter keinen Umständen tun, sondern wir beantragen, diese Lustbarkeitssteuer abzulehnen. Wir sollten für den Dalles des Reiches aufkommen? Wir sollten Vergnügen und Erholung besteuern, das die Arbeiter nach des Tages Last und Arbeit suchen? Wer den Krieg heraufbeschworen hat, diejenigen, die dazu beigetragen haben, daß er ins Unendliche verlängert wurde, bis der Zusammenbruch erfolgt ist, mögen dafür sorgen, daß die Kreise, die es leisten können, noch mehr zu Steuern herangezogen werden! Einer solchen Steuer würden wir zustimmen, dieser nicht. Die Vergnügungssucht, die heute herrscht, ist allerdings ungeheuer, das wäre ein Einwand, der wohl gemacht werden könnte. Auch mir gefällt daran manches nicht, z. B. die Kappenfeste, Maskeraden usw. Aber andererseits müssen Sie bedenken, daß die große Masse des Volkes leider durch die Verhältnisse in eine solche deprimierte Lage versetzt ist, daß sie sagt: „Das Leben ist kaum des Lebens wert,“ und resigniert fügen sie sich in die Verhältnisse. Aber es gibt — man möchte sagen erfreulicherweise — auch Leute, welche noch Lebenslust haben, die das Elend im Taumel des Vergnügens zu ertränken versuchen, und das soll man mehr berücksichtigen. Übrigens würden wir durch diese Steuer die Vergnügungssucht, die bei einem Teile der Bevölkerung herrscht, nicht aus der Welt schaffen, ebenso wie seinerzeit der Schnapsteufel nicht durch die hohe Besteuerung aus der Welt geschafft wurde. Wo alles aufs ungeheuerlichste schon durch das Reich verteuert wird, wo die Preise der notwendigsten Gegenstände immer höher geschraubt werden, können wir uns nicht dazu verstehen, diesem Monstrum von Steuervorlage das Wort zu

reden; wir lehnen sie ab und bitten die Mehrheit der Versammlung, sich uns darin anzuschließen.

Stadtrat von Franckenberg: Ich glaube, die bittere Macht der Tatsachen ist in diesem Falle stärker als die Logik, die der Herr Vorredner entwickelt hat. Wenn er ausführt, daß die gewaltigen Anforderungen, die das Reich an die einzelnen Steuerzahler, besonders an die minderbemittelten Kreise stellt, es nicht zuließe, eine derartige Steuer wie die Lustbarkeitssteuer einzuführen, so muß ich zu meinem lebhaftesten Bedauern dem entgegenhalten: Gerade deshalb, weil das Reich seine starke Hand, der wir uns nicht entziehen können, in Zukunft in der Hauptsache auf die Einkommensteuer legt, gerade aus diesem einfachen und sehr triftigen Grunde sind wir gezwungen, Umschau nach anderen Steuern zu halten und können nicht anders, als in diesem Falle uns der Lustbarkeitssteuer in dem erweiterten Sinne zu bemächtigen, wie die Vorlage es vorsieht. Daß wir bisher schon die Lichtspielsteuer, die Steuer von Tanzmusik, Jagdscheinen usw. gehabt haben, war ein bescheidener Vorläufer dieser Steuer. Es hilft hier kein Mundspitzen, es muß gepfiffen sein. Jetzt müssen wir uns der Notwendigkeit und der Macht des Reiches beugen und sind dazu übergegangen, Ihnen eine derartige Vorlage zu machen. Es hat dem Herrn Vorredner gefallen, schwarz in schwarz zu malen. Dazu liegt heute wohl in vieler Beziehung Anlaß vor — das will ich gern anerkennen. Die Verhältnisse im Reiche und in der Stadt sind traurig, wer wollte das bestreiten. Aber wir wollen nicht verkennen, daß es eine bedenkliche Übertreibung ist, wenn behauptet wird, es gäbe schlechterdings gar kein Vergnügen und keinen Genuß mehr, der nicht besteuert würde. Denken Sie an den Naturgenuß, an den bildenden Genuß, den die Benutzung der Volkslesehalle und Volksbücherei gewährt, an alle die Freuden, die in der Familie in der bescheidensten Weise mit Kunst, Musik, Lesestoff usw. geboten werden, an alle die Veranstaltungen, die hier und da im engeren Kreise gepflogen werden in behaglichem Zusammensein in Klubs, Vereinigungen zum Kartenspiel, in Regelvereinen, Gesangsvereinen, bei denen nicht ohne weiteres die Lustbarkeitssteuer eingreift. Nur die besonderen Veranstaltungen, wie Konzerte, Preisfeste, Tanzmusiken usw. fallen im großen und ganzen unter die Lustbarkeitssteuer, aber eine ganze Reihe von dem, was ich angeführt habe, und die ich leicht nach Belieben verlängern könnte, ist in dieser Frage ausgeschlossen. So glaube ich, die verehrten Herrschaften werden sagen müssen, daß doch nicht jeder Genuß versteuert wird. Ich habe nicht um Dank bei Ihnen gebuhlt — den Dank, Dame Stegmann, begehre ich nicht! Wir haben uns der Notwendigkeit der Zeit gefügt und die Vorlage eingebracht, wie sie in mehreren

anderen Städten vorhanden ist, und wie sie auch in Berlin in allerernstester Weise in neuester Zeit erwogen wird, und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß die Väter der Bärenstadt sich entschließen, denselben Schritt zu tun, vor dem wir in der Löwenstadt bisher zurückgeschreckt sind. Daß wir dazu gekommen sind, liegt in den Verhältnissen. Sie sind jetzt so ernst, daß die Einführung der Lustbarkeitssteuer dringend geboten ist.

Stadtv. **Frede**: Was Herr Stegmann vorgebracht hat, spricht eigentlich alles zugunsten der Lustbarkeitssteuer, denn wenn er in seinen Ausführungen in der Hauptsache darauf hingewiesen hat, daß alles bis aufs äußerste besteuert wird, selbst das Notwendigste, so erwartet man doch als logische Folge die Fortsetzung: Dann soll erst recht das weniger Nötige oder Unnötige besteuert werden. Aber an der Stelle macht er einen Sprung und sagt: Wir wenden uns dagegen, daß jetzt das Einzige, was noch frei war, auch noch besteuert werden soll. Daß eine solche Besteuerung nicht angebracht und nicht nötig sein soll, verstehe ich nicht. Die Gastwirte haben eine Eingabe gemacht, über die, weil sie später eingegangen ist, in der Kommission nicht gesprochen werden konnte; ich werde an geeigneter Stelle noch darauf zu sprechen kommen, wie der Herr Vorsitzende sie mir ja zu dem Zwecke übergeben hat. Ich kann mitteilen, daß die Gastwirte in den Besprechungen mit uns und in ihrer Eingabe sich durchaus nicht auf den Standpunkt gestellt haben, daß die Steuer an sich zu bekämpfen sei, sondern sie erkennen die Notwendigkeit einer solchen Steuer durchaus an, haben nur einige Wünsche auf eine andere Gestaltung, die ich an der gehörigen Stelle vortragen werde. Also selbst die am meisten Betroffenen kommen nicht zu einem ablehnenden Ergebnis.

Stadtv. **Marth**: Wir haben in mehreren der letzten Sitzungen die Stadt dadurch belasten müssen, daß wir Beamtentenerungszulagen bewilligen mußten, und verschiedentlich haben wir die Löhne der Arbeiter aufbessern müssen. Dabei kommt von selber die Frage: Woher soll die Deckung genommen werden? Wenn nun jetzt der Rat der Stadt die Lustbarkeitssteuer als Vorlage eingebracht hat, so kann ich namens meiner Freunde erklären, daß wir notgedrungen, trotzdem wir gegen eine indirekte Steuer sind, den Verhältnissen folgen müssen und für die Einführung der Steuer eintreten wollen.

In der Abstimmung über die grundsätzliche Frage, ob die Lustbarkeitssteuer eingeführt werden soll, meldet sich die Mehrheit der Versammlung für die Einführung.

Stadtv. **Frede:** Mit dieser Abstimmung haben wir zugleich den § 1, I des Satzungsentwurfes angenommen, welcher lautet: „Für die im Stadtbezirke stattfindenden Lustbarkeiten ist eine besondere Gemeindesteuer (Lustbarkeitssteuer) nach näherer Vorschrift dieser Satzung zu entrichten“. Ich darf wohl noch einige Worte zu dem Ausdruck „Lustbarkeitssteuer“ sagen. Gleich an der Spitze der im einzelnen aufgeführten „Lustbarkeiten“ finden Sie in dem veränderten Entwurfe aufgeführt: Geistliche Konzerte, Oratorien, Kirchenkonzerte usw. Man könnte wohl mit Fug und Recht die Frage aufwerfen: War denn kein geeigneterer Ausdruck für diese Steuer zu finden? Diese Veranstaltungen gehören sicher nicht zu den Lustbarkeiten. Es ist ein solcher Einwand tatsächlich gemacht, auch dagegen, daß diese Veranstaltungen, die ich eben verlesen habe, an der Spitze der Aufzählung marschieren, da gerade sie am wenigsten den Charakter einer Lustbarkeit tragen. Aber daran dürfen wir uns nicht stoßen. Der Ausdruck Lustbarkeitssteuer ist gewählt statt Vergnügungssteuer, weil die erstgenannte Bezeichnung in den Städten genommen ist, wo die Steuer schon von früher her besteht, und man wird später nach Gewöhnung an diese Bezeichnung keinen Anstoß mehr daran nehmen. Im übrigen heißt es in dem Entwurf gleich hinterher unter II: „Zu den Lustbarkeiten im Sinne dieser Vorschriften rechnen insbesondere“.

Nun darf ich eingehen auf den ursprünglichen Entwurf und darauf, was den Ausschuß bewogen hat, Änderungen daran vorzunehmen, wie Sie sie in der zweiten Vorlage verzeichnet finden. Im allgemeinen hat der Ausschuß sich nicht zu der Auffassung des Rates bekennen können, die dahin ging, alle Lustbarkeiten über einen Kamm zu scheren, indem ein einheitlicher Satz für sämtliche Lustbarkeiten gelten sollte. Es wurde mit Recht geltend gemacht, daß die Lustbarkeiten doch einen sehr verschiedenen Charakter haben, daß die einen verfeinerte Vergnügen darstellen, Vergnügungen im geistigen Sinne, die Genüsse edler Art vermitteln, und das sind diejenigen, die an der Spitze der neuen Aufstellung marschieren, daß es aber auch Vergnügungen gibt, die eine stärkere Heranziehung zur Steuer rechtfertigen. Ein Mitglied des Ausschusses hatte vorgeschlagen, eine Zweiteilung der Steuer vorzunehmen, ein anderes Mitglied beantragte dreifache Sätze, und dieser letzte Vorschlag ist dann auch durchgegangen, nämlich der, für je angefangene und volle 50 Pfennig Eintrittsgeld im Mindestfalle 5 Pfennig, im Normalfalle 10 Pfennig und im Höchstfalle 20 Pfennig Steuer zu erheben, so daß wir von einer 10%, 20% und 40prozentigen Steuer sprechen können. Die Aufzählung von Lustbarkeiten im ursprünglichen Entwurf beginnt mit Theater-, Konzert-, Tanz-, Zirkusaufführungen usw. Es wird bei Theater- und Konzertaufführungen kein Unterschied gemacht, und so machte es

sich nötig, die Veranstaltungen neu zu gruppieren. Das ist geschehen in dem letzten Entwurfe, der Ihnen vorliegt. Es sind dort 3 Gruppen A, B und C unter § 1 II erschienen. Die Gruppe A nennt die geistlichen Konzerte, Oratorien, Kirchenkonzerte, gewerbmäßige Ausstellung von Gemälden, Bildwerken und sonstigen Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes. Aufführungen und Konzerte des Landestheaters sowie Veranstaltungen in den nicht zu Erwerbszwecken dienenden Museen, Schulen und ähnlichen Anstalten sind steuerfrei. Es fehlt in dem letzten Entwurf der Zusatz: „ebenso die Veranstaltungen des Vereins Volkshalle“. Es kommen hier und da noch einige Zusätze in Betracht, die bei der Herstellung der zweiten Vorlage weggeblieben sind, weil der Vertreter des Rates die Abänderungen in größter Schnelligkeit notiert hatte, um baldmöglichst Abzüge herstellen zu lassen, wobei dann ein Irrtum nicht ausgeschlossen war. Ich hatte mir als Referent das Nötige stenographisch aufgezeichnet und habe dann in einer Rücksprache mit Herrn Stadtrat von Frankenberg diese noch zu erwähnenden fehlenden Abänderungen als tatsächlich in der Kommission angenommen festgestellt. Diese sind nun noch hinzuzufügen. — Die in dieser Gruppe aufgeführten Veranstaltungen sollen mit 10 Proz. besteuert werden, d. h. mit 5 Pfennig für jede angefangenen oder vollen 50 Pfennig Eintrittsgeld.

Ich habe vorhin schon bemerkt, daß im ursprünglichen Entwurfe von Theater- und Konzertaufführungen im allgemeinen die Rede gewesen ist und die Absicht bestanden hat, auch das Landestheater mit einzubegreifen. Lange hin und her geschwankt hat im Ausschusse der Streit, ob das Landestheater mit unter diese Steuer zu stellen oder frei zu lassen sei, ebenso die Konzerte des Landestheaters. Man hat für die Besteuerung des Theaters angeführt, daß sie der gleichen Behandlung aller Lustbarkeit wegen zu wünschen wäre. Es mag nebenächlich erscheinen, aber es ist immerhin nicht überflüssig, wenn ich bemerke, daß die Gastwirte auch darauf drängen. Sie meinen, daß gelegentlich Veranstaltungen von Gesellschaften in ihren Räumen mit denen des Landestheaters gleichwertig sein könnten, und können nicht begreifen, daß man dem Landestheater eine solche Vorzugsstellung geben will. Ferner hat man für die Besteuerung angeführt, daß gerade das Volk, das in den Lichtspielen und in den wilden Vergnügen seine Befriedigung findet, wohl scheel sehen könnte, wenn es hört, daß die besser gestellten Kreise, die das Landestheater besuchen, von der Steuer frei bleiben sollen, denn wenn wir von der Besteuerung des Landestheaters sprechen, so müssen wir uns klar darüber sein, daß in Wirklichkeit das Theater selber nicht besteuert wird — es ist kaum zu erwarten, daß ein Rückgang des Besuches des Landestheaters durch die Besteuerung eintreten wird —, sondern

die Besucher des Theaters werden besteuert. Gegen die Besteuerung des Theaters wurde angeführt, daß das Theater, wenn seine Besteuerung eingeführt würde, doch nicht seine Eintrittspreise in dem Maße erhöhen könnte, wie es mit Rücksicht auf die unverhältnismäßig geringe Einnahme wünschenswert sein könnte, man dürfte dem Theater nicht die Möglichkeit nehmen, seine Einnahme zu vermehren. Es wurde darauf hingewiesen, daß vielleicht ein Ausgleich in der Weise erzielt werden könnte, daß der Staat auf den Zuschuß der Stadt und die Stadt auf die Besteuerung des Theaters verzichtet. Aber es fehlt ja jede Handhabe und jeder Überblick, ob diese beiden Aufwendungen, die auf zwei verschiedenen Seiten des Buches stehen, gleichwertig sind. Das Ergebnis bei der Abstimmung war, daß die Mehrheit der Kommission sich gegen eine Besteuerung der Aufführungen und Konzerte des Landestheaters ausgesprochen hat. — Ich darf bei diesem wichtigen Punkte wohl eine Pause machen, weil hierzu wohl verschiedenes zu sagen ist.

Vorsigender: Es wird sich empfehlen, den § 1 abschnittsweise zur Debatte zu stellen.

Stadtv. Frau Göze: Ich habe in der Kommission zu der Minderheit gehört, die sich für die Besteuerung des Landestheaters ausgesprochen hat, und möchte meine Gründe dafür auch hier zum Ausdruck bringen. Es vermag nicht in meinen Kopf hineinzugehen, wie es möglich sein soll, daß Dratorien, geistliche Konzerte und Konzerte anderer Art, die auf einer höheren künstlerischen Stufe stehen, besteuert werden sollen und die Vorführungen des Landestheaters nicht. Wenn gesagt wird: „Das Landestheater ist eine Bildungsstätte“, so sage ich dagegen: Wenn ich Veranstaltungen des Landestheaters wie „Die Reise um die Erde“ und „Robert und Bertram“ und ein Domkonzert einander gegenüberstelle, so ist für mich kein Zweifel, wo der größere Bildungswert steckt. Daß das Landestheater von der Besteuerung ausgeschlossen wird, würde in weiten Kreisen Befremden erregen. Ich kann mich dem Beschluß der Mehrheit des Finanzausschusses nicht anschließen und meine, das Landestheater gehört in dieselbe Gruppe wie geistliche Konzerte, Dratorien usw.

Stadtv. Stegmann: Im Gegensatz zu Frau Professor Göze beantrage ich, daß die Fassung, wie sie vom Finanzausschuß vorgelegt ist, aufrechterhalten bleibt. Wir haben schon in der vorigen Sitzung erklärt, daß wir die Bewilligung des Theaterzuschusses von seiten der Stadt nicht davon abhängig machen wollen, daß für das Theater die Besteuerung eingeführt wird. Wir sind der Ansicht, daß das Theater eine Bildungsstätte sein oder werden soll. Wenn man das Volk von dem schrecklichen Kino abziehen will, dann muß man ihm den höheren Genuß im Theater bieten, und

von diesem Wege soll man nicht abgehen. Wir haben das lebhafteste Interesse daran, daß die breitesten Volkskreise wirkliche Bildung bekommen, und dort im Landestheater wird sie geboten, wenn auch zwischendurch Vergnügungsstücke gegeben werden. Unter keinen Umständen sollte man das Theater besteuern, denn die Preise für die Theaterarten waren schon von jeher so hoch, daß die große Masse der Minderbemittelten das Theater einfach nicht besuchen konnte. Auch jetzt sind die Plätze ziemlich teuer, aber durch eine Besteuerung würden sie noch teurer und würden noch mehr vom Besuche des Theaters abschrecken. Man würde das nicht erreichen, was wir sonst wünschen müssen, daß das Theater zu einer wirklichen Volksbildungsstätte wird. Wichtig ist es allerdings, daß noch andere tontünstlerische Aufführungen, wie Oratorien und sonstiges, in mancher Beziehung noch höher stehen als Vorführungen des Theaters, immerhin aber beschränkt sich die Teilnahme an diesen Veranstaltungen auf die kleinen Kreise derjenigen, welche dafür besonders veranlagt sind; die große Masse der Bevölkerung ist es nicht. Ich muß bedauern, daß andere bessere Theatervorführungen nicht frei gelassen sind, z. B. solche in Holsts Theater. Dort ist früher viel das Schauspiel gepflegt, und es ist nicht zu verkennen, daß ausgezeichnete Kräfte dort gewirkt haben, die zur höheren Kunst gerechnet werden konnten. Das fällt nun in Zukunft weg. Aber für das Landestheater muß die Steuerfreiheit beibehalten werden; ich bitte Sie dringend, die Fassung des Finanzausschusses anzunehmen.

Stadtv. Rönneburg: Ich möchte mich zu einigen Punkten dieses Abschnittes ganz kurz äußern. Daß die Volkslesehalle mit ihren Veranstaltungen von der Steuer ausgeschlossen werden soll, wird man allseitig begrüßen, denn sie hat eine außerordentlich schwere Existenz, und das Werk, das die Volkslesehalle pflegt, ist so dankenswert, daß man wirklich alles tun soll, um dieser Vereinigung ihre Arbeit, die im weitesten Sinne des Wortes Arbeit am Volke ist, zu erleichtern, sie aber keinesfalls durch Besteuerung zu erschweren. Zugleich möchte ich bitten, mitzuteilen, ob meine Annahme richtig ist, daß auch die Veranstaltungen des Ausschusses für Volksbildungskurse unter den zweiten Teil dieses Absatzes zu fassen sind, wo gesagt wird „Schulen und ähnliche Anstalten“. Man kann die Veranstaltungen des genannten Ausschusses als schulmäßige Veranstaltungen ansehen. Ich halte es für dringend geboten, daß man auch diese Einrichtungen ohne Besteuerung arbeiten läßt, denn auch hier treffen die Voraussetzungen zu, die für die Volkslesehalle geltend gemacht werden.

Als richtig anzuerkennen ist, wenn Frau Göke sagt, daß Oratorien und dergleichen Darbietungen durchgehends auf hoher künstlerischer Stufe stehen und gewißlich nicht als Erwerbsveranstaltungen anzusprechen sind, das Gegenteil ist der Fall. Es ist mir z. B. zur Kenntnis gekommen, daß der Lehrergesangverein, der demnächst

eine Oratoriumaufführung veranstalten will, an unvermeidlichen Unkosten 9000 M aufwenden muß, während er im höchsten Falle an Einnahmen 5000 M zurückerhält, also 4000 M ohne weiteres zuschießen muß. Sie wissen, daß derartige Vereine gern bereit sind, derartige Veranstaltungen als Volksveranstaltungen und Volkskonzerte zu wiederholen; daß ihnen das aber durch Erhebung der Steuer immer schwerer gemacht wird, steht außer allem Zweifel. Ich persönlich würde bei solchen Veranstaltungen, bei denen der Erwerbsscharakter verneint werden kann und der künstlerische Wert anerkannt werden muß, für die Steuerfreiheit zu haben sein, trotzdem ich mir denken kann, daß Herr Stadtrat von Frankenberg es mit Schmerzen sehen würde, wenn irgend ein Stein aus dem Gebäude der Lustbarkeitssteuer herausgenommen wird. Ich stehe im ganzen auf dem Boden der Vorlage und halte es für nötig, daß man bei der Besteuerung aller möglichen Gegenstände an der Besteuerung der Vergnügungen erst recht nicht vorbeigehen soll; aber man soll nicht vergessen, daß das, was deutsche Kunst heißt, heute unter so erschwerten Lebensbedingungen arbeitet, daß es in Frage steht, ob wirklich wertvolle künstlerische Veranstaltungen noch an das Volk herangebracht werden können. Wenn irgend etwas unserm seelisch und vaterländisch niedergebrochenen Volke not tut, dann ist es edelste und beste deutsche Kunst. Ich würde also für meine Person durchaus bereit sein, für Steuerfreiheit derartiger Veranstaltungen zu stimmen, und würde mich insofern vollkommen im Einklang mit Frau Göze bewegen.

Über die Besteuerung des Theaters will ich mir aus begreiflichen Gründen Ausführungen schenken. Nur ein Hinweis sei gestattet: Wenn man auf der einen Seite das Theater zu einem teilweise städtischen Unternehmen macht und im Höchstfalle 360 000 M Zuschuß bewilligt und dann sich auf der andern Seite dazu entschließt, dem Theater 200 000 M durch die Vergnügungssteuer abzunehmen, dann wüßte ich nicht, wie man eine derartige „Unterstützung“ der Stadt sachgemäß benennen sollte.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wir haben uns im Räte für die Besteuerung des Theaters ausgesprochen und ähnliche Gesichtspunkte, wie sie von Frau Professor Göze vorgebracht sind, waren bei unserm Beschlusse maßgebend. Es haben sich aber inzwischen Tatsachen ergeben, die in dieser Sache Beachtung verdienen. Die eine ist, daß uns von maßgebender Seite unzweideutig erklärt ist, daß die Regierung das Statut nicht genehmigen wird, wenn wir auch das Landestheater besteuern, und ich würde bedauern, wenn hierdurch eine Verzögerung in der Erhebung der Lustbarkeitssteuer eintreten würde; denn wir haben das Geld tatsächlich groß nötig. Die andere Tatsache ist die, die Herr Rönneburg angeführt hat. Nachdem wir uns bereit erklärt haben, das Theater kräftig zu unterstützen, müssen derartige Gründe, wie sie Frau Professor Göze vorgebracht hat, unter Umständen zurücktreten. Es dreht sich allein

um die Frage: Wie hoch kann der Eintrittspreis im Landestheater heraufgeschraubt werden, damit das Theater erhalten werden kann? Das ist eine ganz einfache praktische Frage. Nach allem, was ich aus den Berichten über die Landesversammlung gelesen habe, wird sich ein großer Teil der Mitglieder der Landesversammlung auf den Standpunkt stellen: Weshalb sollte das Land für das Theater in der Stadt Braunschweig so viel Geld hergeben? Wenn wir jetzt, nachdem wir uns schlüssig gemacht haben, die Erhaltung des Theaters in der Stadt Braunschweig zu unterstützen, gleichzeitig auf den Besuch des Theaters eine Steuer legen, so erschweren wir damit unsere Stellung gegenüber dem Landtage ungemein. Deshalb glaube ich erklären zu können: Wenn die Versammlung beschließt, das Landestheater in Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse von der Lustbarkeitssteuer frei zu lassen, so wird der Rat der Stadt, obgleich er vorher anders beschlossen hatte, keinen Einwand dagegen erheben.

Stadttrat von Frankeberg: Wenn ich die Änderungen, die der Finanzausschuß vorschlägt, durchmustere, so kann ich wohl sagen: Es ist der Vorlage nicht schädlich gewesen, daß sie das Fegfeuer der Vorberatung hat durchmachen müssen, sondern sie hat in mancher Beziehung ganz merklich gewonnen. Ich glaube, der Rat der Stadt, der das Kind in die Welt gesetzt hat, kann kühnlich behaupten: Ein Wechselbalg ist aus der Sitzung durch die Beteiligung des Finanzausschusses an seiner Aufstellung nicht geworden, in einiger Beziehung ist sogar auch nach der finanziellen Seite etwas Besseres daraus geworden. Daß in bezug auf das Landestheater die Besteuerung preisgegeben ist, ist vom Herrn Oberbürgermeister schon gerechtfertigt. Es würde, wenn das Landestheater mit dem städtischen Zuschuß arbeitet, einander entgegengearbeitet sein, falls wir am Tage den Zuschuß geben und ihn abends bei der Steuer wieder einfassieren. So etwas soll man doch nach Möglichkeit vermeiden. Der Finanzausschuß hat uns jedoch die Pille, die im Verzicht auf die Besteuerung des Landestheaters erblickt werden könnte, dadurch wesentlich versüßt, daß er in anderer Beziehung die Steuer ergiebiger gemacht hat, indem von ihm vorgeschlagen wird, daß eine ganze Reihe von Veranstaltungen, insbesondere die Lichtspiele und die karnevalistischen Veranstaltungen, mit 40 statt 20 vom Hundert des Eintrittsgeldes besteuert werden soll, und dadurch gewinnen wir in der Tat einen erfreulichen Mehrbetrag. Wenn ich mitteile, daß annähernd $\frac{1}{3}$ Million Mark für das jetzt laufende Jahr aus der Lichtspielsteuer herausgezogen werden wird, so können Sie ohne weiteres berechnen, daß durch den Vorschlag des Finanzausschusses, von den Lichtspielen die 40 prozentige Steuer zu erheben, aus dem einen Drittel der Million zwei Drittel werden, und insofern kann man den Fortfall der Besteuerung des Landestheaters mit einem nassen und einem trockenen Auge betrachten.

Die Auslegung, die Herr Rönneburg in bezug auf die unter Umständen steuerpflichtigen Veranstaltungen für Volksbildung gegeben hat, wird wohl vom Räte der Stadt gebilligt werden. Ich möchte aber dringend warnen, das Entgegenkommen, das wir dem von uns mit einem Zuschuß bedachten Landestheater zugestanden und auch dem Verein Volkshalle gegenüber, dem wir auch einen namhaften Zuschuß geben, gezeigt haben, nun nicht noch auf andere Sachen zu erweitern. Es gibt eine Grenze, und die liegt in unseren ungünstigen Finanzen. Würde noch anderen Veranstaltungen, mögen sie auch in edler Absicht und ohne Absicht auf Erwerb veranstaltet werden, Steuerfreiheit zugestanden werden, dann würde aus dem Diadem eine Perle nach der andern herausgebrochen werden, bis nichts Nennenswertes mehr übrigbliebe, denn die Abgrenzung dessen, was aus rein gemeinnütziger Gesinnung veranstaltet wird, und demjenigen, was — wenn auch nicht für die Vereine, so doch für die mitwirkenden Kräfte, die sich bezahlen lassen — eine Gewinnerzielung bezweckt, ist so schwierig, daß ich empfehlen würde, sich nicht daran zu wagen und es bei unsern Vorlagen bewenden zu lassen.

Daß geistliche Konzerte und Oratorien mit unter den Lustbarkeiten aufgeführt sind, hat der Herr Referent als in den Verhältnissen liegend schon begründet. Wir hätten ja auch in § 1 sagen können: „Zu den steuerpflichtigen Veranstaltungen sind zu rechnen.“ Nachdem aber das Gemeindeabgaben-Gesetz den Ausdruck Lustbarkeiten geprägt hat, wollen wir ruhig und ohne Zimperlichkeit dasjenige Lustbarkeiten nennen, was besteuert werden soll.

Stadtv. **Schmidt:** Herr Frede hat besonders erwähnt, daß auch die Veranstaltungen der Volkshalle mit unter die Steuer fallen sollen. Damit bin ich durchaus nicht einverstanden und möchte mich den Ausführungen des Herrn Rönneburg anschließen. Die Veranstaltungen der Volkshalle sind derartig kultureller und gemeinnütziger Natur, daß ich der Meinung bin, daß wir mit ihnen eine Ausnahme machen können. (Zuruf: Die Kommission will sie ja steuerfrei lassen!) Dann bin ich einverstanden, wenn es aber umgekehrt wäre, würde ich es bedauern. Wie steht es nun aber mit den Veranstaltungen des Kinderchores, den Herr Thönike leitet? Es heißt hier: „Veranstaltungen in den nicht zu Erwerbszwecken dienenden Museen, Schulen und ähnlichen Anstalten sind steuerfrei.“ Man könnte danach in Zweifel sein, ob die Veranstaltungen des Kinderchores besteuert werden sollen. Ich glaube, daß diese Vorführungen auch ausgeschaltet und besonders namhaft gemacht werden müßten.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich kann es nicht mit meiner Auffassung der Steuer vereinbaren, daß gesagt werden soll, die Vorstellungen des Landestheaters sollen nicht der Lustbarkeitssteuer unterworfen sein. Wollen sich die Herrschaften doch einmal klar-

machen, welchen Rang das Theater als Volkslehr- und Bildungsstätte einnimmt. Es soll den ersten Rang einnehmen, das gestehe ich unumwunden zu, aber mit seinen Possen, Zaubermärchen usw. nimmt es doch einen andern Rang ein und hat nicht die hohe künstlerische Bedeutung. Und wie stehen wir den heutigen Gastspielen gegenüber — man denke an Caruso usw. —, die dem Theater doch eine große Einnahme bringen? Wer bringt zu solchen Sachen das Geld auf? Das ist das vergnügungssüchtige Publikum, genau so wie dieses sein Geld ins Kino bringt, und deshalb kann ich beide nur über einen Leisten schlagen. Sobald etwas Besonderes im Theater gebracht wird, ist es dort gedrängt voll. Die Zeiten werden auch wiederkommen, wo das Theater eine erstarrende Leere zeigt, wie das früher schon manchmal der Fall gewesen ist. Mir ist aufgefallen, daß wir die Kirchenkonzerte und Oratorien besteuern wollen und das Landestheater nicht. Das kann ich wirklich nicht verantworten. In Magdeburg und Hannover ist die Lustbarkeitssteuer auch auf das Theater ausgedehnt. (Widerspruch.) Man erkennt beim Magdeburger Stadttheater an, daß die Lustbarkeitssteuer nicht auszuschalten ist; dort geht allerdings die Steuer aus der rechten Tasche des Rates in die linke hinein, weil für das Theater Pacht bezahlt wird. Hier bei uns ist nur der Vertreter des Ministeriums hinderlich, daß die Steuer für das Theater eingeführt wird. Ich möchte darum bitten: Lassen Sie uns über diese Frage noch ein anderes Mal verhandeln, aber dann mag man einen Unterschied machen zwischen dem, was Bildungstheater und Vergnügungstheater ist, das erstere von der Steuer frei lassen und das letztere besteuern. Sobald das Theater nur dazu da ist, um über die Langeweile hinwegzuhelfen, dann kann ich es als Bildungstheater nicht auslegen. In seiner großen Mehrheit ist es nicht Bildungs-, sondern Vergnügungsstätte für das große Publikum.

Stadtv. Frau Göke: Die bisher vorgebrachten Gründe für die Freilassung des Theaters von der Lustbarkeitssteuer haben mich nur zu einem geringen Teile von meiner Meinung abgebracht, besonders in einem Punkte kann ich nicht zustimmen: daß mit der Annahme dieser Besteuerung die ganze Vorlage zu Fall gebracht würde. Dagegen ließe sich doch wohl ein Weg finden. Ich würde sogar so weit gehen, bei Einführung der Besteuerung des Theaters dafür zu stimmen, daß der städtische Zuschuß erhöht wird, denn es liegt für mich ein Mangel an Logik in dieser Ausnahme von der Besteuerung, daß ich mich nun und nimmermehr damit einverstanden erklären könnte. Wenn die 360 000 M nicht genug sind, so lassen Sie uns, um das Prinzip der allgemeinen Besteuerung durchzuführen, bis 450 000 M Zuschuß gehen, oder bis zu einer halben Million. Genaue Angaben darüber lassen sich heute nicht machen, denn wir können nicht wissen, wieviel die Lustbarkeitssteuer vom Theater einbringen wird. Würde denn der Besuch des Theaters durch die Erhöhung der Eintrittspreise

wegen der Lustbarkeitssteuer leiden? Ich behaupte, das wird unter keinen Umständen eintreten. Man beachte doch den Andrang zu allen Vorstellungen; gewöhnliche Sterbliche bekommen ja kaum noch eine Eintrittskarte. Diejenigen, die heute 3 M bezahlen, würden später 3,30 M ausgeben müssen, und die Plätze zu 5 M würden 5,50 M kosten, und das würde die jetzigen Besucher ohne Frage nicht vom weiteren Besuche des Theaters abhalten. Eine Erhöhung der Eintrittspreise wegen der Steuer ist also für mich kein Grund für Ablehnung der Steuer, ebensowenig wie das andere, daß das Ministerium nicht zustimmen würde. Dann würden wir die Sache wegen des Zuschusses an die Theaterkommission zurückweisen und eventuell den Satz unseres Zuschusses an das Theater erhöhen. Ich finde selbst den Vorschlag des Herrn Meyers hoff nicht übel. Ebenso gut wie man für verschiedenartige Vorstellungen im Theater drei Preise hat (gewöhnliche, ermäßigte und erhöhte Preise), so könnte auch die Auffassung vertreten werden, daß z. B. klassische Stücke, die bekanntlich nicht so stark besucht sind, steuerfrei gelassen werden. Für Gastspiele usw. geben die Leute gern die Lustbarkeitssteuer aus. Ich halte meinen Antrag aufrecht.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Mit Grundsätzen ist oft der Weg zum Verderben gepflastert. Wenn jetzt erst die Vorlage zurückverwiesen und eine Beratung über die Erhöhung des städtischen Zuschusses gepflogen werden soll, dann geht eine Menge Zeit verloren. Daß Frau Professor Göge mit einer halben Million um sich wirft, muß ich bewundern; ich bin nicht in der Lage zu sagen: Jawohl, zahlen wir eine halbe Million! Wenn wir gewissermaßen selber Mitunternehmer des Theaters werden, so wird es keinen guten Eindruck machen, wenn wir die Lustbarkeitssteuer auch für den Besuch des Theaters erheben würden. Es dreht sich bei dieser ganzen Sache im wesentlichen darum: Haben wir zu besorgen, daß der Staat das Theater in Braunschweig benutzt, um Einnahmen zu erzielen? Die Antwort ist ohne weiteres klar — beim Theater ist niemals etwas übrig gewesen, es hat schon früher immer erhebliche Zuschüsse gefordert, und das wird auch in absehbarer Zeit nicht anders werden. Wir aber haben von seiten der Stadt aus keine Veranlassung, diese Zuschüsse noch weiter zu vermehren. Was Frau Professor Göge sagte, mag theoretisch vollkommen richtig sein, wir aber tragen den Verhältnissen Rechnung, wie sie liegen.

Was die Volkslesehalle betrifft, so ist vorgeesehen, daß in bestimmten Fällen der Rat die Steuer erlassen kann, doch würde ich nichts dagegen haben, daß für solche Veranstaltungen wie die der Volkslesehalle die Steuerfreiheit festgelegt wird. Aber lassen Sie uns bitte nicht zu viele Einzelheiten in die Sitzung hineinbringen; es ist nicht gut, wenn man alles im voraus festlegt. Vor allem aber möchte ich

bitten, es nicht dahin zu bringen, daß erst noch weitere Verhandlungen eingeleitet werden müssen.

Stadtv. **Frede**: Bezüglich der Fragen, die die Herren Rönneburg und Schmidt aufgeworfen haben, betreffend die Veranstaltungen der Lesehalle und des Kinderchores, möchte ich darauf hinweisen, daß es in § 2 heißt: „Eine Ermäßigung oder ein Erlaß der Steuer kann vom Räte der Stadt gewährt werden: 1. bei Veranstaltungen zur Feier vaterländischer oder geschichtlicher Gedenktage, 2. bei solchen, die ausschließlich zu wissenschaftlichen, unterrichtlichen oder erbaulichen Zwecken stattfinden, 3. bei solchen, deren Ertrag zu einem wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecke bestimmt ist, und 4. wenn die Erhebung der Steuer nach Lage der Umstände als besondere Härte erscheinen würde.“ Also auch für diese letzteren unvorhergesehenen Fälle hat es der Rat in der Hand, auf Grund dieser Bestimmung Steuerfreiheit zu gewähren.

Stadtv. **Ginert**: Auch ich kann mich den Ausführungen der Frau Professor Göze nur anschließen. Inkonsequent ist es ganz entschieden, einen Unterschied in der Besteuerung zu machen, ob die „Fledermaus“ im Landestheater oder in Holsts Theater gegeben wird. Ich möchte behaupten, daß sie in dem letzten Theater oft noch besser gegeben wurde als im Landestheater. Auf die Weise würde ein und dieselbe Veranstaltung an der einen Stelle recht hoch und an der anderen gar nicht besteuert. Ich hätte gern gesehen, wenn wir in der ersten Gruppe die Besteuerung des Landestheaters beibehalten hätten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Landesregierung uns wegen Genehmigung der Satzung Schwierigkeiten macht; ich hätte es darauf ankommen lassen. Es hätte schließlich nur darauf hinauskommen können, daß man am Ende des Jahres gesagt hätte: Ihr habt soundsso viel Steuer aus dem Landestheater bekommen, und infolgedessen könnt ihr euren Zuschuß erhöhen.

Sodann wollte ich noch einen Einwurf machen, der durch die Zwischenrede des Herrn Frede schon erledigt ist. Es handelt sich darum: Wenn wir bei Konzerten von Vereinen, wie beispielsweise dem Lehrergesangsverein, eine nach meiner Auffassung berechnete Ermäßigung eintreten lassen, dann gehören dahin auch die Veranstaltungen des Chorgesangsvereins, des Schraderschen A-cappella-Chores und andere.

Vorsitzender: Wenn wir uns in der Breite der Behandlung einige Reserve auferlegen, dann würde es vielleicht möglich sein, die Satzung heute noch zu Ende zu beraten.

Stadth. **Mönneburg**: Ich will der Mahnung des Herrn Vorsitzenden gern folgen, aber die Ausführungen der Vorredner veranlassen mich doch, auf einiges einzugehen. Wenn ich vorhin an Hand des Beispiels des Lehrerchorvereins von einem Konzert gesprochen habe, das noch Zuzuschuß von Seiten des Vereins erfordert, so handelt es sich dabei keineswegs nur um Veranstaltungen dieses Vereines, sondern auch um die gleichartigen Vereine.

Von einigen Seiten war der Vorschlag gemacht, man solle die Vorstellungen des Landestheaters in künstlerische und weniger künstlerische einteilen. Dazu möchte ich mir die bescheidene Anfrage erlauben, wer dieser Abstufungskommission angehören will, die die Aufführungen nach ihrem künstlerischen Werte tagiert? Ich würde die unglückseligen Menschen bedauern, die dieses Amt auf sich nehmen. Zu beobachten, was für Prügel die beziehen würden, welche zu entscheiden haben, dieses Stück ist nur zur Unterhaltung bestimmt und dieses hat künstlerischen Charakter, das wäre für die Nichtbeteiligten jedenfalls sehr interessant.

Ob die Besteuerung des Landestheaters, die naturgemäß eine Erhöhung der Eintrittspreise in sich schließen würde, tatsächlich zu einer Einschränkung des Besuches führen würde, ist eine offene Frage. Man ist sich darüber einig, daß es auch für die Erhöhung der Theaterpreise eine Grenze gibt, und zwar dort, wo in der Praxis eine verminderte Einnahme eintritt. Je höher Sie die Eintrittspreise schrauben, um so mehr machen Sie das Landestheater zu einer Anstalt für einige wenige (Sehr richtig!), und je höher die Anforderungen an die Kasse des einzelnen gestellt werden, um so weniger wird das Theater das, was es als Landestheater sein soll: eine Kunst- und Kulturstätte für die Gesamtheit. Man darf nicht vergessen: Wenn der Landtag vor der Tatsache steht, daß er das Theater nur unter Aufwendung ganz gewaltiger Landesmittel aufrechterhalten kann — und es ist eine gewaltige Summe, wenn 1 oder 1½ Million gefordert werden vom ganzen Lande, das nur wenig vom Landestheater hat —, dann wird er sich kaum damit einverstanden erklären, daß dieses vom Lande erhaltene Landestheater für die Stadt Braunschweig eine Einnahmequelle bildet. Es wird dann die Frage zur Entscheidung kommen, ob unter diesen Umständen der Landtag noch Wert auf die Erhaltung des Theaters legt. Den Schaden bei der Aufgabe des Landestheaters haben in der Hauptsache nicht die Bewohner des Landes in ihrer großen Mehrzahl; ob aber die Stadt Braunschweig gleichgültig an einer Schließung des Theaters vorübergehen kann, scheint mir doch sehr zweifelhaft zu sein. Das sind Erwägungen, die in anderen Städten dazu geführt haben, diese Unternehmungen von der Lustbarkeitssteuer frei zu lassen. Berlin hat sämtliche Staats- und auch das Theater Freie Bühne von

der Lustbarkeitssteuer ausgenommen, trotzdem diese Stadt sonst alles Steuerbare greift, was nur zu greifen ist. In andern Städten ist dasselbe geschehen, auch in Magdeburg. Wenn dort, wie Herr Frede sagt, das Theater verpachtet ist, so ist die Steuerfreiheit Voraussetzung. Daß auch leichtere Kost seitens des Theaters geboten wird, dient nicht dazu, um dem Geschmacke des Publikums gewisse Konzessionen zu machen, sondern um den schlaffen Beutel des Theaters zu füllen. Die Caruso- und andere Gastspiele sind in Braunschweig nicht derart gehäuft, daß bei unserer Entscheidung Wert darauf zu legen ist.

Schließlich möchte ich feststellen, daß ich für meine Person keinerlei Erklärung abgegeben habe, wie wohl die Stadt mit dieser Sazung fahren würde, wenn sie so oder so gestaltet wird. Mir ist eine derartige Erklärung unbekannt. Ich höre von einer solchen Stellungnahme eines Mitgliedes des Ministeriums eben von Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer zum ersten Male.

Stadtb. **Bunge:** Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, den Antrag der Frau Professor Göke abzulehnen, einmal den ersten Teil, das Landestheater ebenfalls mit der Lustbarkeitssteuer zu belegen, aber dann auch besonders den zweiten Teil, in dem sie beantragt, daß die Vorlage noch einmal an die Theaterkommission zurückverwiesen werden soll. Wenn wir darauf eingehen wollten, müßte die Theaterkommission von neuem konstruiert werden, denn sie hat mit der vorigen Sitzung ihre Arbeit erledigt und das Ergebnis in die Hand des Rates gelegt.

Stadtrat **von Franckenberg:** Eine Staffellung der Steuer nach dem künstlerischen Werte der Vorstellungen einer und derselben Anstalt halte ich steuertechnisch für undurchführbar. Für denjenigen, der der Steuerdezernent ist, würde eine derartige Zumutung, über solche Sachen zu entscheiden, sehr ehrenvoll sein, aber ich selbst könnte in der Beziehung es mir verbeißen, mich in der Art geschmeichelt zu fühlen, und würde lieber nach Zweckmäßigkeitsgründen gehen. Auch die geehrte Versammlung, vor deren künstlerischem Empfinden ich die äußerste Hochachtung habe, würde an dieser Aufgabe scheitern, und nun stelle man sich vor: Bei Meinungsverschiedenheiten sollte die Entscheidung über die Art der Veranstaltung von verschiedenen Instanzen bis zum Verwaltungsgerichtshof hinauf nachgeprüft werden — dann kämen wir erst recht ins Gedränge. Noch ein anderer Grund bewegt mich, Sie zu ersuchen, von der Besteuerung des Landestheaters abzusehen. Ich glaube, die Stadt Braunschweig macht dem Landtage eine Freude, daß sie sich so nett und befreundig gegenüber dem Landestheater benehmen will. Wenn man aber bei dieser Gabe noch eine finanzielle

Standpaule hält und sagt: „So viel geben wir dir, aber daneben mußt du so- und so viel abgeben“, dann erhöht man damit den Wert dessen, was man geboten hat, nicht, sondern schwächt es wesentlich ab. Es würde dem Landtage möglich sein, bei mancher anderen Gelegenheit, wo wir dem Landtage als Bittflehende kommen, uns das vorzuhalten und zu sagen: Hättet ihr euch bei der Frage des Landestheaters so nett bewiesen, wie es nach eurer Zuschrift den Anschein hatte, und hättet ihr nicht den süßen Trank der Beihilfe mit dem Bermuttropfen der Lustbarkeitssteuer vergällt, dann ließen wir mit uns reden.

Vorsitzender: Der Finanzausschuß schlägt vor, daß die Veranstaltungen des Landestheaters steuerfrei bleiben sollen; Frau Göze beantragt, sie zu besteuern. Herr Meyerhoff hat den Antrag gestellt, die Aufführungen des Landestheaters in steuerfreie und steuerbare zu gliedern.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

Darauf genehmigt die Versammlung den § 1 II A in der Ausschlußfassung (auch mit dem Zusage über die Veranstaltungen der Volkshalle) durch anscheinend einstimmigen Beschluß.

Stadtv. Frede: Es folgt die Gruppe B, die viele Abteilungen umfaßt. Für sämtliche Veranstaltungen aus der Gruppe B ist der Normalsatz von 20 vom Hundert angesetzt. In der ursprünglichen Vorlage finden die Herrschaften unter 1 aufgeführt: Theater-, Konzert-, Tanz- und Zirkusaufführungen, Singspiele, lebende Bilder, Pantomimen und dergleichen. Dieser Punkt hat eine Umänderung im Finanzausschuß erfahren, so daß jetzt aufgeführt sind: „Sonstige Theater-, Konzert-, Tanz- und Zirkusaufführungen, Singspiele, Pantomimen und dergleichen.“ Hinter Pantomimen bitte ich noch einzufügen: „Lebende Bilder.“

Unter 2 stand in dem ursprünglichen Entwurfe: Berufsmäßige, gegen Entgelt erfolgende Vorträge aus schriftstellerischen Werken (Deklamationen und Rezitationen). Der Ausschuß hat sich dafür entschieden, daß dieser ganze Punkt gestrichen werden soll; in dem zweiten Entwurfe finden Sie ihn nicht.

Der Punkt 2 in dem Vorschlage des Ausschusses ist der Punkt 3 des ursprünglichen Entwurfes (wird vom Referenten verlesen). Punkt 3 ist der alte Punkt 4 (wird verlesen). Punkt 5 des alten Entwurfes scheidet an dieser Stelle aus, dafür wird Punkt 6 des ersten Entwurfes zu Nummer 4 des neuen, aber in einem anderen Wortlaute, indem die Worte „Bockbier-, Klappen-, Karneval-, Narren-, Ull-, Kostüm-feste, Fünfuhrtee“ weggelassen sind. (Der neue Wortlaut wird verlesen.) Die

Punkte 5 bis 9 der Beschlüsse des Finanzausschusses entsprechen den Punkten 7 bis 11 der ersten Vorlage. (Verlesung.) Punkt 12 der ersten Vorlage „öffentliche Aufzüge mit Musik (mit Ausnahme von Leichenfeiern)“ fällt aus, und Punkt 10 der jetzigen Vorschläge entspricht wieder dem Punkt 13 der ersten Vorlage. (Verlesung.) Ich mache darauf aufmerksam, daß die Ballspiele, für die in einem Eingekandt in hiesigen Zeitungen Steuerfreiheit verlangt wurde, jetzt ausdrücklich mit eingefügt sind.

Ich erwarte nun die Aussprache über Gruppe B.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor; ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit den Vorschlägen des Finanzausschusses an.

Stadtv. **Frede:** Die Gruppe C ist diejenige, die am stärksten besteuert wird. Sie zählt auf:

1. die gewerbsmäßige Vorführung von Lichtspielen aller Art (in Kinematographen, Bioskopen, Tonbildtheatern und ähnlichen Veranstaltungen);
2. die Veranstaltung von Tingeltangel-, Kabarett- und ähnlichen Vorführungen, Vochbier-, Masken-, Rappen-, Karneval-, Narren-, Ull-, Kostümfesten, Fünfuhrtees und dergleichen.

Die Aufführung von Fünfuhrtees ist auf Antrag hineingekommen. Man wollte nicht nur die Vergnügungen die — sagen wir einmal: eine Besteuerung herausforderten nach unten hin, sondern auch nach oben hin treffen. Ich verweise darauf, daß Gruppe C 2 im alten Entwurf unter B 4 erwähnt wurde.

Wenn nun jemand unter den Herrschaften noch andere Vergnügungen für besonders geeignet hält, unter C gefaßt zu werden, so bitte ich, sie zu nennen. Der Rat ist von sehr einnehmendem Wesen in dieser Sache, und die Stadt hat die Einnahmen nötig.

Vorsitzender: Es scheint keine Vergnügungen außer den angeführten zu geben. — Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit C an.

Stadtv. **Frede:** Ziffer III des § 1 lautet nach dem Antrage des Finanzausschusses: „Als steuerpflichtige Veranstaltungen im Sinne dieser Satzung gelten:

1. diejenigen, an denen jedermann, sei es gegen oder ohne Entgelt, teilnehmen kann; es macht dabei keinen Unterschied, ob sie in öffentlichen Räumen, in privaten Räumen oder unter freiem Himmel veranstaltet werden;
2. diejenigen Veranstaltungen, die von Vereinen, freien Personenvereinigungen, Gesellschaften oder sonstigen Unternehmern gegen Erhebung von Eintrittsgeld oder auf

Kosten der Vereins- oder Gesellschaftskasse oder auf gemeinschaftliche Kosten veranstaltet werden (geschlossene Gesellschaft), auch wenn diese in eigenen Räumen, Vereinshäusern und dergl. geschieht. Privatbälle sind steuerpflichtig, auch wenn ein einzelner sie veranstaltet."

Es hat sich wohl dieser oder jener die Frage vorgelegt: Sind diese Veranstaltungen nicht schon im einzelnen aufgezählt? Es ist jedoch der Sinn dieser Ziffer III, auf die Veranstalter hinzuweisen und auf diejenigen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Ich weise darauf hin, daß in dem ursprünglichen Entwurfe die Abteilung III wiederum in 3 Ziffern geteilt war, während es jetzt 2 sind, weil die alten Ziffern 2 und 3 zusammengefaßt sind. Unter 1 waren die Veranstaltungen aufgeführt, an denen jedermann ohne weiteres teilnehmen kann, während unter 2 und 3 (jetzt unter 2) diejenigen stehen, zu denen der Zutritt nicht jedermann gestattet ist. Hinzugefügt ist vom Ausschuß der Schlußsatz über die Privatbälle. Eine Umgehung scheint nach dieser sehr genauen Umschreibung nicht möglich.

Stadtv. Stegmann: Wie ich höre, ist der letzte Satz vom Finanzausschuß hinzugefügt worden. Nun scheint mir aber die Bezeichnung „Privatbälle“ etwas eng gefaßt. Es sollen die besitzenden Kreise getroffen werden, die in privaten Räumen Bälle und dergleichen veranstalten. Es wird selten vorkommen, daß diese Privatbälle angemeldet werden; man wird einfach einen Gesellschaftsabend geben, bei dem musiziert und getanzt wird, und dann sind die Veranstaltungen steuerfrei. Ich beantrage deshalb,

hinter „Privatbälle“ einzuschalten: „und sonstige unter diese Bestimmungen fallenden Veranstaltungen in Wohnungen, anderen Räumen oder im Freien.“

Stadtrat von Frankenberg: Ich bin ja dem verehrten Herrn Vorredner, der grundsätzlich gegen die Einführung der Lustbarkeitssteuer sich ausgesprochen hat, im Grunde genommen zu heißem Danke verpflichtet, wenn er sich bemüht, das kunstvolle Bauwerk der Steuerlagung noch schöner auszugestalten, vor allem den metallischen Glanz der Ergiebigkeit der Steuer noch weiter zu entwickeln. Aber ich glaube, es ist hier das alte Wort von dem Danaergeschenk auch Herrn Stegmann gegenüber am Platze. Es würde doch zu weit führen, die Steuer eingreifen zu lassen, wenn jemand, der ein guter Geigenspieler ist, einen Freund einladet, der gut Klavier spielt und mit ihm zusammen eine im engsten Kreise stattfindende musikalische Aufführung veranstaltet. Sollen wir danach schnüffeln, ob hier oder dort irgend eine Veranstaltung — sagen wir, auch die eines Kraft- oder Schlangemenschen — im kleinen Kreise stattfindet und mit der Steuerbüchse hinterherlaufen? Das wäre ein unerträglicher Zustand, der — was doch ganz gewiß Herr Stegmann nicht will — die Lust-

barkeitssteuer der ganzen Stadt Braunschweig verfehlen würde. Nein, Herr Stegmann, da kenne ich Ihr gutes Herz viel besser.

Stadtv. Stegmann: Die ironischen Bemerkungen konnte sich Herr Stadtrat von Frankenberg sparen, sie sind deplaciert. Daß ich den Antrag nicht gestellt habe, um die Lustbarkeitssteuer ertragreicher zu machen, weiß Herr Stadtrat von Frankenberg sehr wohl. Wenn er das Beispiel von dem guten Geigenspieler und seinem Freunde anführt, so ist es selbstverständlich, daß so etwas nicht unter die Steuer fallen kann. Es kommt uns darauf an, daß den Besitzenden keine Extrawurst gebraten wird. Als Privatbälle werden die gesellschaftlichen Veranstaltungen kaum angemeldet werden, und alle ironischen Bemerkungen des Herrn Stadtrats werden daran nichts ändern.

Stadtv. Frede: Wenn ein Vergnügen in einer Privatwohnung veranstaltet wird, so weiß ich nicht, weshalb das den Namen Privatball nicht verdienen soll. Tun sich mehrere zusammen zu einer solchen Veranstaltung, z. B. im „Deutschen Hause“, so ist das auch ein Privatball, der angemeldet werden muß. Unter solch einem Ball ist auch ein Tanzvergnügen zu verstehen. (Zuruf Stegmann: In der Wohnung abgehalten, braucht er es nicht anzumelden.) Doch, selbstverständlich muß das geschehen. (Zuruf Stegmann: Das steht nicht in den Bestimmungen.) „Auch wenn dieses in eigenen Räumen geschieht“ steht kurz vorher, und weiter: „auch wenn sie ein einzelner veranstaltet.“ Wenn dieser sie ins „Deutsche Haus“ verlegt, könnte man sagen: Es ist kein Privatball mehr. Gerade das hat man aber durch diese Bestimmung treffen wollen. Wir brauchen keine andere Bestimmung mehr.

Vorsitzender (verliest den Antrag des Herrn Stegmann — s. vorige Seite).

Stadtv. Frede: Man müßte dann sagen: „Ähnliche Veranstaltungen wie Bälle“. Man könnte tatsächlich über die Grenze in Zweifel kommen, wie schon Herr Stadtrat von Frankenberg angeführt hat. Wenn ich auf dem Klavier spiele und die Tochter des Hauses hat Freundinnen zum Besuch und tanzt mit ihnen, so kann man das nicht als Privatball ansehen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte im Interesse der Handhabung der Steuer und im Interesse der ganzen Bevölkerung Braunschweigs bitten, es bei der gegenwärtigen Fassung bewenden zu lassen. Wollen Sie jedes Lämmerhüpfen besteuern, das sich entwickelt, wenn sich Mutter, Vater oder Schwester ans Klavier setzt und spielt, auch wenn ein guter Freund oder die Brüder, die von der Arbeit oder aus der Schule gekommen sind, sich mit beteiligen und im Zimmer herumtanzen? Das ist kein Ball, kein steuerpflichtiges Unternehmen. Oder wenn bei einer Landpartie

jemand eine Harmonika vornimmt und es entwickelt sich nach deren Klängen ein fröhlicher Reigen: Lassen Sie den Leuten ruhig ihr Vergnügen und stören Sie sie nicht mit der Steuer.

Stadtv. Frau Göge: Ein richtiger Kern liegt in dem Antrage des Herrn Stegmann. Schon vor dem Kriege wurde die Sache eher mit der Bezeichnung „Thé dansant“ belegt als mit der „Privatball“. Ein Privatball ist etwas Großes, Thé dansant ist etwas, das auf der Grenze steht.

Stadtv. Rector: Nach der Fassung, wie sie hier steht, würde jede größere Hochzeitsgesellschaft steuerpflichtig sein, wenn sie einen Tanz aufführt. Man könnte fast glauben, es würde so leicht kein Privatmann in seinen eigenen Räumlichkeiten Privatbälle veranstalten. Aber bei der Wohnungsrevision kommt man doch in recht viele Häuser, wo große Salons vorhanden sind, die fast nur zu diesem Zwecke eingerichtet sind. Vor dem Kriege haben wir erlebt, wie in der Villa Rimpau und anderen großen herrschaftlichen Häusern abends Equipage auf Equipage zum Ballabend vorfuhr, wo nach dem Souper solche Hausbälle stattfanden, so daß man den Passus in der Weise fassen könnte: Bälle, die in Privatreisen veranstaltet werden.

Stadtv. Frede: Ich bitte nochmals, bei der Fassung, wie sie der Ausschuß vor schlägt, zu bleiben. Je mehr wir darüber reden, um so mehr sehen wir, daß wir auf Abwege kommen, wenn wir den Ausdruck des Herrn Stegmann wählen. Gerade, was Herr Rector sagte, kann zu solchen Befürchtungen führen: Es ist eine kleine Hochzeit, und dabei wird Klavier gespielt und getanzt. Das ist kein Privatball. Der Ausdruck bezeichnet das, was wir treffen wollen, und jede andere Bezeichnung ist irreführend. Wenn Herr Stegmann Wert darauf legt, daß hinzugefügt werden soll „in Privatwohnungen, anderen Räumen oder im Freien“, so mag das geschehen, aber den Ausdruck „Privatbälle“ müssen wir bestehen lassen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann das, was der Herr Berichterstatter eben ausgeführt hat, nur bestätigen. Es ist nicht die Absicht des Finanzausschusses, daß er Hochzeiten oder Polsterabende mit unter diesen Begriff bringen will, ebenso wie alle Veranstaltungen, bei denen am Schluß gelegentlich eine kleine Tanzerei von einer halben Stunde oder dergleichen stattfindet. Diejenigen Veranstaltungen, deren wesentlicher Zweck der Tanz ist oder sein soll, hat man treffen wollen, und ich glaube, der Ausdruck Privatball wird der technisch richtige sein. Der Ausdruck „Tee und Tanz“ ist allerdings schon vor dem Kriege üblich gewesen, darin hat Frau Professor Göge recht. Das ist im steuertechnischen Sinne ein Privatball, und eine solche Veranstaltung würde ich mir langen.

Stadtv. Reizner: Ich glaube, wir kommen aus dem Dilemma heraus, wenn wir im letzten Satz ein Wort hinzufügen: Privatbälle sind allerorts steuerpflichtig usw. Dann ist es gleichgültig, ob der Veranstalter ein Lokal mietet, in eigenen Räumen oder unter freiem Himmel (worauf Herr Stegmann hinauswollte) den Privatball stattfinden läßt.

Stadtv. Frede: Um Herrn Stegmann entgegenzukommen und wiederum das fernzuhalten, was ich an seinem Antrage für bedenklich gehalten habe, schlage ich folgende Fassung vor: „Privatbälle in privaten und anderen Räumen sind steuerpflichtig, auch wenn sie ein einzelner veranstaltet“. „Allerorts“ klingt etwas abwegig; über den Stadtbezirk hinaus z. B. haben wir nichts zu bestimmen. Der Ausdruck „Privatball“ müßte aber beibehalten werden.

Vorsitzender: Herr Stegmann ist mit dieser Fassung einverstanden.

Stadtrat von Frankenberg: Da bei schönem Sommerwetter Privatbälle auch im Freien stattfinden können, sogenannte bals champêtres, so würde ich sagen: „Privatbälle sind überall im Stadtbezirk steuerpflichtig“ usw. Darin liegt, daß sie in Gasthäusern, in Privathäusern und auch im Freien steuerpflichtig sind.

Die zuletzt von Herrn Stadtrat von Frankenberg vorgeschlagene Fassung wird angenommen.

Stadtv. Frede: Damit ist der ganze § 1 angenommen.

Aus der neuen Vorlage sehen Sie, daß Nummer 1—3 vom Finanzausschuß unverändert angenommen ist. Selbstverständlich müssen wir die Nummern hier verlesen und darüber beschließen. § 2 lautet:

„Eine Ermäßigung oder ein Erlaß der Steuer kann vom Räte der Stadt gewährt werden:

1. bei Lustbarkeiten und Veranstaltungen zur Feier vaterländischer Feste und geschichtlicher Gedenktage,

2 bei Veranstaltungen, die ausschließlich zu wissenschaftlichen, unterrichtlichen oder erbaulichen Zwecken stattfinden,

3. bei Veranstaltungen, deren Ertrag zu einem wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecke bestimmt ist.“

Als Nummer 4 kommt ein Satz, der vom Ausschuß beantragt ist: „Bei Wettkämpfen, die von Vereinen oder Verbänden nur für ihre Mitglieder oder die zur Ausbildung oder zur Förderung sportlicher Aufgaben veranstaltet werden.“ Es ist dies der nämliche Satz, den Sie im Tarif der ursprünglichen Vorlage am Schluß

aufgeführt finden. Es wurde beantragt, diesen Satz allgemein zur Geltung zu bringen, und ich glaube, daß ein Aufatmen durch die sportlichen Vereinigungen geht, wenn an dieser Stelle der angeführte Satz erscheint.

Nummer 5 würde dann, entsprechend der früheren Nummer 4, lauten: „Wenn die Erhebung der Steuer nach Lage der Umstände als eine besondere Härte erscheinen würde.“

Diesen ganzen § 2 bitte ich aufzufassen als eine Ermächtigung an den Rat der Stadt. Er kann die Ermäßigung oder den Erlaß der ganzen Steuer eintreten lassen, aber es nicht gesagt, daß er es muß. Vorher wird immer erst eine Eingabe an den Rat der Stadt ergehen müssen.

Stadtv. **Stegmann**: Ich beantrage, diesen § 2 zu streichen. Sie haben in der umfangreichen Vorlage alles mögliche besteuert, und mit diesem Paragraphen soll nun wieder dem Räte der Stadt die Ermächtigung gegeben werden, für einzelne Veranstaltungen Ermäßigungen oder Erlaß der Steuer eintreten zu lassen. Damit würde der Willkür Tür und Tor geöffnet sein. Dieser Paragraph ist ein richtiger Kautschukparagraph. Nehme ich z. B. die Bestimmung unter 1: „Zur Feier vaterländischer Feste und geschichtlicher Gedenktage“, so ist es in das Ermessen des Rates gestellt, wie er sich zu Anträgen in dieser Richtung verhalten will. Würde der betreffende Dezernent z. B. für die Maifeier, für die Feier des Revolutionstages oder für die Feier eines sonstigen von den Arbeitern eingeführten Gedenktages Ermäßigung oder Erlaß der Steuer bewilligen? Ich bezweifle es. Dann heißt es unter 2: „Bei Veranstaltungen, die ausschließlich zu wissenschaftlichen, unterrichtlichen oder erbaulichen Zwecken stattfinden.“ Soweit wissenschaftliche Zwecke in Betracht kommen, könnte man für diese Bestimmung sein, aber das konnte im ersten Paragraphen unter A aufgeführt werden. In betreff der erbaulichen Zwecke möchte ich sie daran erinnern, wie von Arbeiterkreisen jahrelang bis zum Kriege hin sogenannte Volkskonzerte, die einem höheren Kunstgenuß dienen sollen, ins Leben gerufen sind, die sogenannten Wempe- und andere Vorträge, die zur wissenschaftlichen Belehrung der weitesten Kreise dienen. Es ist fraglich, ob der Rat in diesen Fällen sagen würde: „Hier ist Ermäßigung oder Erlaß der Steuer am Platze.“ Was die unter 3 aufgeführten Veranstaltungen zu wohltätigen Zwecken betrifft, so kennt man das zur Genüge. Mit dem Aushängeschild der Wohltätigkeit werden Veranstaltungen abgehalten, bei denen das Tanzbein geschwungen wird; was als finanzielles Ergebnis dabei herauskommt, ist eine andere Sache. Man braucht in dieser Sache nicht einmal mit Mißtrauen dem Räte zu begegnen, jedenfalls wird die subjektive Auffassung des jeweiligen Dezernenten maßgebend sein, und ob dabei das Richtige getroffen wird, ist

zu bezweifeln. Ich bitte, diesen Kautschukparagrafen zu streichen; der Rat darf nicht in Versuchung kommen, unrecht zu handeln.

Stadttrat von Frankenberg: Herr Stegmann hat eine grausige Vorstellung von den Machtbefugnissen eines Dezernenten im Räte der Stadt. Bei so wichtigen Bestimmungen handelt doch nicht der Dezernent auf seine Kanne Bier! Ein solcher Zustand wäre ein trübseliges Herrbild von einem Ratskollegium. Ich habe seit 30 Jahren den Vorzug, im Räte der Stadt zu arbeiten, und kann aus dieser Erfahrung heraus mitteilen: Solch wichtige Sachen beschließt der Rat gemeinsam, oder er stellt wenigstens bestimmte Richtlinien oder Grundsätze auf, nach denen im einzelnen Falle der Dezernent zu handeln in der Lage ist. Es ist nicht so, daß mit Selbstherrlichkeit oder aus städtischem Machtzirkel heraus der Dezernent in die Sterne greift und diese oder jene himmlische Wahrheit herausholt. Es ist ja gerade als das Schöne und Wichtige im Rathaus zu bezeichnen, daß wir gemeinschaftlich vorgehen und die Verantwortung gemeinsam tragen. Wenn der Paragraph kautschukartig ist, so würde ich das in diesem Falle nicht für unrichtig halten, sonst erfüllte er nicht seinen Zweck. Wir wollten es vermeiden, daß haarscharf und haarspalterisch in § 1 alles das aufgezählt wurde, was zu versteuern ist und was nicht, so daß der einzelne einen Rechtsanspruch auf Erlass oder Ermäßigung hätte. So können wir mit gesundem Menschenverstand, der, wie wir hoffen dürfen, auch im Räte der Stadt zu Hause sein wird, an der Anwendung der Satzung arbeiten und von Fall zu Fall Entgegenkommen zeigen. Ich hoffe, es wird Herrn Stegmann nicht gelingen, den Fehler in die Satzung hineinzubringen, den wir glücklich aus der Vorlage herausgelassen haben.

Stadtv. Frede: Es zeigt sich in dem Auftreten des Herrn Stegmann eine eigenartige Erscheinung. Erst bekämpft er die ganze Lustbarkeitssteuer, findet sie ungerecht, und jetzt kann er die Satzung nicht scharf genug fassen. Alles, was die Satzung mildern will, will Herr Stegmann gestrichen haben und noch vieles hineinbringen, woran selbst der Ausschuß nicht gedacht hat. Wie stellen sich dazu die Stadtverordneten innerhalb seiner Partei? Herr Schmidt möchte darüber beruhigt werden, daß die Kinderkonzerte, also Veranstaltungen, die wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen, nicht von der Steuer ergriffen werden, und dieser Paragraph gibt die Möglichkeit dazu. Herr Stegmann dagegen sagt: Er soll gestrichen werden. Ich glaube, daß in Nummer 1 Herrn Stegmann das Wort „vaterländisch“ besonders mißlich erschienen ist, vielleicht auch der Ausdruck „geschichtliche Gedenktage“. Wir wissen alle, daß Lustbarkeiten, die aus Anlaß vaterländischer Erinnerungen zu erwarten sind, vorläufig wohl kaum stattfinden werden; ich wüßte wenigstens nicht,

daß wir in absehbarer Zeit daran denken können. So könnte Punkt 1 allerdings fallen, aber nicht deshalb, weil eine solche Bestimmung nicht zu verantworten ist, sondern weil solche Fälle nicht vorkommen werden. Aber es steht nun einmal da, und wir haben doch das Statut auch für die Zukunft geschaffen. In Punkt 2 wird das Wort „erbaulich“ Anstoß erregt haben, aber daß Veranstaltungen zu wissenschaftlichen Zwecken frei bleiben sollten, das hat Herr Rönneburg schon erwähnt, und auch die Freunde des Herrn Stegmann müssen es wünschen. Das, was wir beschließen, kann und soll doch nicht alles erschöpfen, was einmal vorkommen kann. Wir können nicht alle Veranstaltungen, die in der Zukunft möglich sind, heute schon in der Sitzung aufführen; dazu ist der menschliche Geist viel zu erfinderisch. Deshalb müssen wir solche allgemeinen Ausdrücke gebrauchen. So ist die Bestimmung unter 5: „Wenn die Erhebung der Steuer nach Lage der Umstände als eine besondere Härte erscheinen würde“, eine solche, die für Möglichkeiten geschaffen ist, die wir nicht voraussehen können. Auf Punkt 4: „Bei Wettkämpfen, die von Vereinen oder Verbänden veranstaltet werden.“ habe ich schon vorhin verwiesen.

Stadtv. Recter: Ich bin für den Paragraphen, wie er hier abgefaßt ist, aber ich möchte doch von vornherein auf eins aufmerksam machen. Bei Anwendung des Punktes 5, „wenn die Erhebung der Steuer als eine besondere Härte erscheint“, müßte die Prüfung des Antrages so sorgfältig wie möglich vorgenommen werden, damit es nicht so kommt, wie es in früheren Zeiten gewesen ist. Ich hatte früher Gelegenheit, mit Arbeitersachen zu tun zu haben, für die die Polizeidirektion die Genehmigung in der Hand hatte. Dabei habe ich fortwährend den Eindruck gewonnen und auch bei Untersuchungen es bestätigt gefunden, daß bei verschiedenen Sachen dasjenige, was von den Arbeitervereinen ausgearbeitet wurde, härter beurteilt wurde als bei anderen Vereinen. Es wurden anderen Vereinen Vergnügungen erlaubt, die den Arbeitern nicht verstattet wurden. Bei großen Sängersfesten z. B. wurde kein Umzug gestattet, trotzdem es vorher zugesagt war. Auch daß ich deswegen zum Ministerium ging, hat nichts genügt; die Arbeiter wurden als minderwertig behandelt. Hoffentlich sind diese Zeiten vorüber. Ich möchte bitten, daß konsequent und gleichmäßig vorgegangen wird, daß nicht einzelne bevorzugt und andere benachteiligt werden.

Stadtrat von Franckenberg: Ich kann den Herrn Vorredner in dieser Hinsicht vollständig beruhigen. Das Gerechtigkeitsgefühl im Räte der Stadt und die Rück-

sicht auf die öffentliche Meinung werden uns ganz von selbst davon zurückhalten, mit zweierlei Maß zu messen. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Lustbarkeitssteuer nicht in arbeiterfeindlichem Sinne anwenden.

Stadtv. **Rönneburg**: Meine Freunde und ich fassen den § 2 als den üblichen Härteparagraphen auf, der in jedem Steuergesetz vorhanden ist; ohne einen solchen kann man in Steuergesetzen nicht gut auskommen. Nach den loyalen Erklärungen, die vom Ratstische aus abgegeben sind, die vor allen Dingen dahin gehen, daß bei wichtigen Fragen eine Entscheidung des Gesamtrates gefällt werden wird, so daß alle Richtungen im Rate zum Worte kommen können, werden die Befürchtungen des Herrn Rector — so hoffe ich mit meinen politischen Freunden — sich nicht verwirklichen, und deshalb glauben wir, dem Paragraphen zustimmen zu können. Nur habe ich mit Herrn Frede das Bedenken, daß bei Punkt 1 das Wort „Lustbarkeiten“ wenig angebracht ist. „Veranstaltungen zur Feier vaterländischer Feste usw.“ ist wohl der richtige Ausdruck.

Stadtv. **Stegmann**: Die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg haben mich in etwas beruhigt, und zwar deshalb, weil wir in die Gesamtheit des Rates mehr Vertrauen setzen als in Herrn Stadtrat von Frankenberg. Ich muß hinzufügen, daß die Arbeiterschaft unter den zum Rate der Stadt gehörenden Persönlichkeiten gerade Herrn Stadtrat von Frankenberg das größte Mißtrauen entgegenbringt.

Was die Äußerung des Herrn Frede betrifft, daß es eigenartig sei, wenn ich erst die ganze Lustbarkeitssteuer bekämpft habe und jetzt die einzelnen Bestimmungen nicht scharf genug bekommen könne, so habe ich schon einmal gesagt: Ich verfolge mit meinen Worten nicht den Zweck, den Beutel der Stadt zu füllen, sondern ich will nur, daß gerecht verfahren wird, und will die Möglichkeit ausschließen, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Im übrigen, Herr Frede, handelt es sich hierbei nicht um einen Antrag von mir allein, sondern um einen solchen von meiner Fraktion, einschließlich des Herrn Schmidt.

Oberbürgermeister **Reitemeyer**: Ich möchte doch bitten, nicht derartige persönliche Angriffe gegen einzelne Mitglieder des Rates vorzubringen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat in zweifelhaften Sachen schon früher immer die Entscheidung des Rates herbeigeführt. Wenn Herr Stegmann also Angriffe vorbringen will, muß er sie gegen den Rat der Stadt richten. Daß bei Entscheidungen, ob eine Sache des Erlasses der Steuer wert ist oder nicht, die Auffassung der einzelnen Mitglieder des Rates verschieden sein kann, ist selbstverständlich, und das wird immer so sein. Aber daß wir objektiv urteilen, versteht sich von selbst.

Stadtv. Einert: Ich möchte zu Punkt 4, der von der Förderung sportlicher Aufgaben spricht, bemerken, daß es auch der Förderungwerte Aufgaben gibt, die sich nicht auf die Ausbildung des Körpers, sondern auf die des Geistes beziehen, und zwar in künstlerischer Hinsicht mancherlei Art, — wie Dichtkunst, Musik, Malerei usw. — Deshalb möchte ich vor Aufgaben die Worte „und künstlerischer“ eingefügt wissen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann es verstehen, daß Herr Einert, der mir seit langen Jahren als Freund und Kenner edler Kunst in verschiedenen Betätigungen bekannt ist, für diese Sache eintritt. Ich habe aber das Bedenken, daß wir mit einer solchen Einfügung eine große Reihe von Konzerten von der Lustbarkeitssteuer frei ließen. Was dem Sport recht ist, sollte — wenn wir das Geld nicht nötig hätten — der Kunst billig sein. Wir können aber die Einnahmen nicht entbehren. Für das Landestheater haben wir eine Ausnahme gemacht, wenn Sie nun aber allgemein solche künstlerischen Veranstaltungen steuerfrei ließen, dann bröckelte so viel von dem Ertrage der Steuer ab, daß ich nicht übers Herz bringe, dem zuzustimmen.

Stadtv. Mönneburg: Würde nach dem neuen Absatz 4 die Veranstaltung von öffentlichen Fußballwettspielen der Besteuerung unterliegen oder nicht?

Stadtv. Frede: Nein, nach dem Wortlaut von Nummer 4 würde für diese Wettkämpfe vom Rate Steuerfreiheit gewährt werden können.

Stadtv. Einert: Ich möchte den Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg entgegenhalten, daß hier ausdrücklich steht: „Nur für ihre Mitglieder.“

Stadtrat von Frankenberg: Es wird aber fortgefahren: „oder zur Ausbildung der Jugend oder zur Förderung sportlicher Aufgaben.“

Stadtv. Einert: Dann müßte der Zusatz in Ziffer 2 hinein: „Veranstaltungen, die ausschließlich zu wissenschaftlichen, künstlerischen usw. Zwecken stattfinden.“

Stadtv. Frede: Ich verstehe Herrn Einert so: Er wollte den Zusatz zu Ziffer 4 haben, und dort ist nur die Rede von Wettkämpfen. Nun möchte ich an einem positiven Beispiel zeigen, was sich wahrscheinlich Herr Einert vorstellt. Nehmen wir an, die norddeutschen Liedertafeln veranstalteten ein Wett Singen, und ein gewaltig großes Publikum hört zu. Es handelt sich also doch um ein Konzert, um eine künstlerische Veranstaltung. Soll das Publikum ohne Steuer zuhören? Das glaube ich nicht. Ich möchte Herrn Einert bitten, an einem Beispiel zu zeigen, wie er sich die Sache denkt.

Stadtv. Einert: Es gibt Vereinigungen, die sich weitgehende Ziele stecken, die z. B. zu Schillers Geburtstag einen geistigen Wettkampf in bezug auf die Dichtkunst im edelsten Sinne ausschreiben. (Zuruf: Einen Sängerkrieg auf der Wartburg!) Warum dieser Zuruf? Schiller war ja gar kein Sänger. Zu den Helden der Dichtkunst rechnen wir ihn, wie auch Goethe, Lessing u. andere, in gleicher Weise werden Beethoven, Mozart, Wagner usw. als hervorragende Musiker gefeiert. Ich möchte mich vergewissern, ob derartige Veranstaltungen, wie ich sie eben charakterisiert habe, unter die Lustbarkeitssteuer fallen oder nicht, wenn sie nur im Kreise der Vereinsmitglieder und deren Angehörigen stattfinden.

Stadtrat von Frankenberger: In § 2 sind nur die Fälle behandelt, die an sich unter die Steuer fallen würden, die aber unter besonderen Billigkeitsgründen von der Besteuerung ausgeschaltet werden können. In dem vom Herrn Vorredner angeführten Falle handelt es sich um die Frage, ob ein dichterischer Wettkampf unter § 1 fallen würde, und die würden wir verneinen müssen. Wir haben gehört, daß der Finanzausschuß beschlossen hat, daß Vorträge aus schriftstellerischen Werken, Deklamationen und Rezitationen von der Besteuerung ausgeschaltet werden sollen, während sie früher unter § 1 II 2 aufgeführt waren. Wenn das von einzelnen Veranstaltungen gilt, so gilt es auch von ganzen Ketten solcher Veranstaltungen; Herr Einert kann also deswegen vollkommen beruhigt sein.

In der Abstimmung wird der Antrag Stegmann (Streichung des § 2) abgelehnt.

Stadtv. Frede: In § 3 wird eingegangen auf die Art der Besteuerung. Es wird ein Unterschied gemacht zwischen Kartensteuer, Pauschalsteuer und gemischter Steuer. Diese letztere ist erst durch die Kommissionsberatung in den Entwurf hineingekommen, weil sich im Laufe der Beratung ergab, daß man eine Gruppe von Veranstaltungen, die hier in der Stadt — namentlich bei den Konzerten der Liedertafeln — sehr häufig ist, übersehen hatte. Die Gesangsvereine haben bekanntlich aktive und passive Mitglieder. Die letzteren zahlen feste Jahresbeiträge, wie die aktiven Mitglieder, aber sie sind in der Tat eigentlich nur Abonnenten der Konzerte, die kein besonderes Eintrittsgeld zu den Veranstaltungen der Vereine zahlen. Diese Konzerte werden jedoch noch von dem Verein fernstehenden Personen besucht, die gegen Lösung einer Eintrittskarte Zutritt haben. Für diese letzteren haben wir eine Kartensteuer und müssen zu gleicher Zeit für die übrigen eine Pauschalsteuer erheben; darum nannte ich diese Besteuerung eine gemischte.

Der § 3 lautet nach dem Kommissionsvorschlage:

„I. Die Besteuerung der nach § 1 steuerpflichtigen Veranstaltungen wird durch Erhebung einer Kartensteuer bewirkt, soweit nicht eine Pauschalsteuer entrichtet wird.“

Es hat sich als nötig erwiesen, noch einen Zusatz zu machen, über den die Versammlung zu beschließen hat. Dieser Zusatz ist nicht im Finanzausschuß vorgelegt, sondern es ist mir die Notwendigkeit eines solchen erst nachher bei der Durcharbeitung aufgefallen. Ich habe Herrn Stadtrat von Frankenberg den Gedanken unterbreitet, und er hat ihn für durchaus richtig gehalten. Es könnten nämlich Streitigkeiten darüber entstehen, welche Veranstaltungen mit der Kartensteuer und welche mit der Pauschalsteuer belegt werden sollen. Um wissen zu können, wer darüber zu entscheiden hat, müssen wir folgende Bestimmung treffen:

„Die Entscheidung, welche Besteuerung Platz zu greifen hat, steht dem Räte der Stadt zu.“

Ohne diese Bestimmungen könnten Umgehungen stattfinden, denn die Pauschalsteuer wird im allgemeinen eine geringere Steuerleistung als die Kartensteuer bedeuten, und Sie wissen, wie erfinderisch gerade die Vergnügungsvereine sind, die darauf ausgehen, sich um eine Steuer zu drücken. Ich muß die Annahme dieses Zusatzes der geehrten Versammlung empfehlen.

„II. Bei Vereinsveranstaltungen, die für einen Teil der Besucher gegen Eintrittsgeld, für einen andern Teil gegen ein besonderes Eintrittsgeld stattfinden, wird eine Pauschalsteuer nur für die letzteren in Höhe von 50 Pf. für die Person erhoben.“

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, ich kann namens des Rates die Zustimmung zu den Vorschlägen des Finanzausschusses in Aussicht stellen. Wir haben bei der Beratung der Vorlage nach und nach steuer-technisch zugerufen, und das dankenswerte Bestreben des Finanzausschusses, die Steuer zu verfeinern und zu veredeln, ist auch zum Ausdruck gekommen. Ich möchte namens des Rates keinerlei Bedenken gegen diese Anträge äußern.

Stadtv. Stegmann: Ich möchte mich gegen die Bestimmung der Ziffer II wenden. Meine Freunde sind der Meinung, daß diese Art der Handhabung eine Ungerechtigkeit gegenüber den andern Kreisen sei. Es ist doch so: Der Verein, der die Veranstaltungen trifft, hat die Kosten zu tragen, und die Mitglieder des Vereins bringen sie auf. Die anderen, die sonst nichts für den Verein ausbringen, zahlen vielleicht 50 Pf. Eintrittsgeld, und nun sollen die Vereinsmitglieder auch noch eine Pauschalsteuer von 50 Pf. zahlen. Wir wünschen, daß sie nicht höher besteuert werden, als nach den Bestimmungen für die Gruppe B: Bei einem Eintrittspreise von 50 Pf. 10 Pf. Steuer, bei 1 M. Eintritt 20 Pf. usw. Darüber hinaus soll man aber nicht gehen. Ich beantrage deshalb,

die hinter „letzteren“ stehenden Worte zu streichen. Dafür ist zu sagen: „Nach § 4, Gruppe B für die Person erhoben, jedoch nicht über 50 Pf.“

Stadtrat von Frankenberg: Es ist erklärlich, wenn bei derartigen einschneidenden und schwierigen Angelegenheiten nicht sofort und allgemein die richtige Auffassung dessen sich findet, was der Finanzausschuß gemeint hat. Ich glaube, in diesem Falle hat Herr Stegmann das Mißgeschick gehabt, die Vorschläge des Finanzausschusses falsch zu verstehen. Wie soll nach der Höhe des Eintrittsgeldes gestaffelt werden, wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird? Das ist der Witß der Steuer, die Herr Frede mit dem Worte „gemischt“ bezeichnet hat, daß nur für einen Teil der an der Veranstaltung Beteiligten Eintrittsgeld erhoben wird; aber gerade bei denjenigen, die kein Eintrittsgeld zu bezahlen haben — sei es als Mitglied, aktives oder passives, oder als Angehörige derselben, die also die Eintrittskarten gratis bekommen —, muß eine Besteuerung durchgeführt werden. Da ist der Vorschlag des Finanzausschusses mit der Handhabung des Gies des Kolumbus zu vergleichen: Wir haben einen Pauschbetrag zugrunde gelegt und gesagt, daß durchschnittlich solch ein Betrag den Verhältnissen entsprechen würde. Rechnen Sie mit einem Eintrittsgelde von 2,50 M bis 3 M, so würden die üblichen 20 Prozent 50 und 60 Pf. bringen, bei 2 M Eintrittsgeld allerdings nur 40 Pf. Wir haben nun alles über einen Kamm geschoren, und zwar aus steuertechnischen Rücksichten, nämlich der größeren Einfachheit willen. Sollte jemand eine noch leichtere und noch weniger umständliche Fassung vorschlagen, so wird die Finanzkommission wohl darauf eingehen.

Stadtv. Frede: Man kann dem Vorschlage des Herrn Stegmann doch wohl nicht folgen. Über die Plätze, die die passiven Mitglieder des Vereins einnehmen, fehlt uns jeder Maßstab für die Bewertung. Man kann sich nicht nach den Preisen richten, die von fremden Personen genommen werden, weil je nach der Güte des Platzes verschiedene Preise bezahlt werden. Die passiven Mitglieder des Vereines bekommen bei den verschiedenen Veranstaltungen wechselnde Plätze, so daß sich das im Laufe der Zeit ausgleicht. Deshalb hat man im Finanzausschuß auf Annahme eines Durchschnitts hingearbeitet. Würden wir den Preis einer Karte zu 5 M annehmen, so wäre das zu teuer, 1 M wäre zu billig. So haben wir 2,50 M angenommen, und dabei trifft der Satz von 50 Pf. zu. Das gibt auch eine bequeme Handhabung für den Rat. Vergewärtigen Sie sich die große Arbeit, die dem Steuerbureau sowieso durch die Steuerberechnung erwachsen wird. In Rücksicht darauf muß man danach streben, daß die Sache nicht zu kompliziert wird, ohne daß von Gerechtigkeit die Rede sein kann. In gerechter Weise ist die Frage nicht zu lösen, wie die passiven Mitglieder in ihren Plätzen bewertet werden sollen. Zweifellos ist es, daß wir sie alle über einen Kamm scheren müssen, denn sie bezahlen alle denselben Jahresbetrag. Ich glaube, die Sache läßt sich nicht anders einrichten, als wir es getan haben.

Stadtv. Richter: Ich möchte ersuchen, dem Antrage des Herrn Stegmann zuzustimmen. Bei den Veranstaltungen der Arbeiter werden Sie in den allerwenigsten Fällen Eintrittspreise von 2 bis 2,50 M finden, höchstens solche von 1 bis 1,50 M. Dabei würden Sie eine Besteuerung mit 20 bis 30 Pf. vornehmen müssen, aber die Teilnehmer dieser Konzerte besteuern Sie ohne weiteres mit 50 Pf. Von Gerechtigkeit kann also hierbei keine Rede sein. Wir haben einen durchschnittlichen Satz der Steuer angenommen, und der muß auch bindend sein, sonst weiß ich nicht, wohin man kommt. Ich denke an unsere Arbeitergesangsvereine mit 80 aktiven Mitgliedern, die selbstverständlich schon vor der Veranstaltung allerlei Unkosten aufzubringen haben. Die passiven Mitglieder bezahlen einen Monatsbeitrag in nicht ganz niedriger Höhe. Wenn für diese gegenüber denen, die 1 M für ihr Programm und 20 Pf. Steuer bezahlen, der Verein ein Mehr versteuern soll, so ist das nicht gerechtfertigt. Aus dieser Überlegung ist der Antrag geboren: Die Besteuerung der beitragszahlenden Mitglieder soll nicht höher sein, als sie die sonstigen Besucher der Veranstaltung zahlen. Es wird Ihnen schwer fallen, dem Gegenteil zuzustimmen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich möchte mir gestatten, allerdings nur für meine Person, auf folgendes hinzuweisen: Die jetzige Fassung könnte dahin führen, daß Juristen sagen: In dem Falle unter II wird überhaupt nur eine Pauschsteuer von den „letzteren“ erhoben. Das zu bestimmen, ist nicht beabsichtigt gewesen, aber das ist nicht klar ausgedrückt. Wenn man dem Wunsche des Herrn Richter folgen will, so ließe sich der Wortlaut vielleicht in folgender Weise fassen: „Wenn bei einer Veranstaltung nur von einem Teil der Besucher Eintrittsgeld bezahlt wird, so wird für die übrigen Besucher eine Pauschsteuer erhoben, die nach dem Verhältnis des Eintrittsgeldes der übrigen zu bemessen ist.“

Stadtv. Ginert: Ich möchte bitten, diesen Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters anzunehmen. Ich hatte zuerst die Absicht, den Antrag des Herrn Stegmann zu unterstützen, denn die Pauschsumme von 50 Pfennig wäre bei Veranstaltungen, die aus Arbeiterkreisen gemacht werden, entschieden zu hoch, da nach meinen Erfahrungen manchmal das Eintrittsgeld pro Person nur auf 50 Pfennig festgesetzt ist. Die Höhe dieser Pauschsteuer muß sich danach richten, was durchschnittlich als Eintrittsgeld von fremden Personen genommen wird.

Stadtv. Frede: Es ist zuzugeben, daß die Fassung, die der Herr Oberbürgermeister eben vorgetragen hat, den Vorzug verdient; in der Kommission ist davon keine Rede gewesen. Ich habe vorhin ausgeführt, daß wir mit einem durchschnitt-

lichen Eintrittspreise von 2,50 *M* gerechnet haben. Sollten wir uns dabei in der Höhe des Preises verrechnet haben, indem bei Ihnen erheblich niedrigere Preise vorherrschen, so müßten wir dem Rechnung tragen. Ich möchte dann vorschlagen, daß wir die Fassung des Herrn Oberbürgermeisters annehmen. Nun hat aber der Herr Oberbürgermeister keinen festen Satz genannt, sondern gesagt, „nach Verhältnis“. Das dürften wir nicht machen, sondern müßten sagen „nach Verhältnis 25, 30, 50 Pfennig“, wir müßten einen Maximal- und Minimalsatz haben, damit der Rat sehen kann, wo es anfangen und wo es aufhören soll. Nehmen die Vereine 50 Pf. Eintritt, dann wird der niedrigste Steuersatz genommen, aber dieser muß in der Satzung genannt werden. Dadurch würden für den Rat die Arbeiten erleichtert werden. Es kommt darauf an, welche Vorschläge die Herrschaften machen. Ich bitte darum!

Stadtv. **Rector:** Ich möchte empfehlen, dem Vorschlage zuzustimmen, wie ihn der Herr Oberbürgermeister gemacht hat. Es gibt Vereine, die eigentlich gar keine Einnahme bei solchen Veranstaltungen haben. Es bekommen nur die passiven Mitglieder ihre Programme als Eintrittskarten, aber es kommt keine Einnahme dafür auf.

Stadtv. **Lehnert:** Es wurde schon von Herrn Könneburg darauf hingewiesen, daß die Konzerte des Lehrergesangsvereins auch mit unter diese Steuer gebracht werden sollten. Genau so wie dort liegen aber die Verhältnisse in den Arbeitervereinen. Der Gesangsverein, dem ich angehöre, hat 160 aktive und 150 passive Mitglieder. Wenn die Mitglieder dieser Vereine, die doch auch den Jahresbeitrag entrichten müssen, für jedes Programm noch 50 Pf. Steuer bezahlen müßten, wo doch das Eintrittsgeld zu den Veranstaltungen im Höchstfalle 1 *M* beträgt, dann würden wir einen großen Teil dieser Vereine, in denen sich die Arbeiterschaft zusammenfindet, um den Gesang und die Geselligkeit zu pflegen, den Lebensfaden unterbinden. Deshalb möchte ich ersuchen, im Höchstfalle mit der Besteuerung nicht weiter zu gehen, als der unter B aufgeführte Satz — 20 Proz. — beträgt. Die Sängerschar hängt mit Lust und Liebe an ihren Vereinen, gerade so wie die Mitglieder des Lehrergesangsvereins. Weil wir aber keine Nebeneinnahmen haben und nur auf die Beiträge unserer Mitglieder angewiesen sind, würden wir bei einer hohen Abgabe an die Lustbarkeitssteuer bald vor dem Nichts stehen, und das Bestehen der Vereine würde gefährdet sein.

Stadtv. **Munte:** Ich bin damit einverstanden, daß diese Ziffer II in der Weise abgeändert wird, wie der Herr Oberbürgermeister vorgeschlagen hat. Wir haben

damit das Prinzip der Pauschsumme verlassen und werden niedrigere Beträge festsetzen müssen. Ich sehe aber nicht ein, daß wir einen Höchstbetrag von 50 Pf. bestehen lassen sollen. Wir können recht gut 20 Proz. von dem nehmen, was die Vereine von ihren Nichtmitgliedern für die Eintrittskarte verlangen. Ich vermute, daß alle Gesangsvereine von den Personen, die nicht ihre Mitglieder sind, zu ihren Veranstaltungen demnächst ein Eintrittsgeld von 20—25 *M.* nehmen müssen, und sehe nicht ein, weshalb wir dann davon nicht auch 20 Proz. nehmen sollen. Unter 1 *M.* wird kein Verein kommen, und dann ist die unterste Grenze 20 Pf. Nach oben richten wir uns einfach nach dem Preise, zu dem die Eintrittskarten gegen Entgelt auszugeben werden.

Stadtrat von Frankenberg: Die Ausführungen des Herrn Vorredners sind um so mehr zutreffend, als wir nicht nur mit einem durchschnittlichen Satze von 20 Proz. zu rechnen haben, sondern bei Kostümfesten z. B. mit einem 40prozentigen Satze. Da würde der Höchstbetrag von 50 Pf. auf jeden Fall zu gering sein, wenn wir einen guten finanziellen Erfolg erzielen wollen. Da wir auch den Minderbemittelten gern entgegenkommen wollen, so möchte ich der Fassung des Herrn Oberbürgermeisters gern den Vorzug geben, aber ohne Beschränkung nach oben.

Stadtv. Frede: Ich möchte auf einen Irrtum der Herren Lehnert und Munte — und glaube auch des Herrn Stadtrat von Frankenberg — hinweisen. Es ist in § 3 gesagt: Es wird für diejenigen, die kein Eintrittsgeld bezahlen, eine Pauschalsteuer in Höhe von 50 Pf. für die Person erhoben. Nun sagt Herr Lehnert: Wenn die Mitglieder außer dem Beitrage auch noch die Steuer bezahlen sollen, dann ginge das nicht. Er kommt also zu der Meinung, daß das einzelne Mitglied diese 50 Pf. bezahlen soll. Das ist nicht der Fall, sondern es ist hier die Rede davon, daß eine Pauschalsteuer in Höhe von 50 Pf. für die Person, die die Veranstaltungen besuchen, bezahlt werden soll, und das soll die Vereinskasse bezahlen. (Zuruf: Das ist dasselbe!) Der Rat müßte eine Kartensteuer erheben, wenn es so ist, wie Sie sagen. Er will sich aber mit dem Vorstand des Vereins ins Einvernehmen setzen und den Vorstand bezahlen lassen. (Zuruf: Dann werden die Beiträge erhöht!) Es handelt sich aber nicht um eine Kartensteuer.

Vorsitzender: Ich bitte, Zwiesgespräche zu unterlassen. Es ist hier kein gemüthlicher Abend; wir würden sonst als Erster über die Steuer fallen und sie bezahlen müssen.

Stadtv. **Frede**: Der Herr Oberbürgermeister macht den Vorschlag, daß entsprechend dem Eintrittspreise die Pauschgebühr berechnet werden soll. In vielen Vereinen ist es aber so, daß die Eintrittspreise für die einzelnen Plätze verschieden sind. Ist es da nicht empfehlenswert, daß man den Jahresbeitrag für die Pauschgebühr maßgebend sein läßt?

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Es ist immer schwierig, technische Fragen im Plenum zu behandeln. Ich glaube, die verschiedenen Auffassungen der Redner sind veranlaßt durch folgendes: Herr Frede geht allein von dem Falle aus, daß Vereine sogenannte passive Mitglieder haben, die ihre regelmäßigen Beiträge zahlen, und für die bei Veranstaltungen des Vereins kein Eintrittsgeld gefordert wird, während die anderen Herren Vereinsveranstaltungen im Auge haben, zu denen der Vater mit der Mutter und den Kindern geht; dann ist es erklärlich, das gesagt wird: Wenn der Vater für jedes Kind noch die Steuer bezahlen soll, so wird das zu teuer. Nach der Fassung des Finanzausschusses wird die Pauschsteuer pro Person 50 Pfennig betragen; das ist eigentlich ein Widerspruch, denn dann wäre es keine Pauschsteuer, sondern eine Kartensteuer. Ich bin der Meinung, daß wir diese Sätze der Pauschsteuer in diesem Falle nicht gut nehmen können, und möchte es in der Weise geregelt haben, daß man fragt: Was wird in diesem Falle als Eintrittsgeld erhoben? Danach berechnet sich die Wertbemessung der Teilnahme an der Veranstaltung, und nach diesem Satze wollte der Rat nach billigem Ermessen die Pauschzahlung festlegen. Ich möchte jetzt bitten, die Entscheidung zurückzustellen, die Sache noch einmal zu überlegen und vielleicht am Schlusse der Beratung noch einmal darauf zurückzukommen.

Stadtv. **Schmidt**: Der Herr Oberbürgermeister hat mit seiner Äußerung über den Grund der verschiedenen Stellungnahmen zu dieser Frage recht. Herr Frede erwähnte vor allen Dingen den Lehrerengesangsverein, aber derartige Unterschiede in dem Preise der Plätze, wie sie dort gemacht werden, kennen wir in unsern Vereinen nicht. Nach den Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters können wir, wenn wir einen Pauschsatz zahlen lassen wollen, nur eine runde Summe festsetzen: pro Mitglied soundsso viel. Nach der Zahl der passiven Mitglieder würde also der Pauschsatz berechnet werden müssen, und diesen Betrag, berechnet auf jedes Mitglied, würde man von seiten des Vereins dem einzelnen passiven Mitgliede als Jahresbeitrag mehr auferlegen müssen. Wenn nun aber das passive Mitglied seine Monatsbeiträge zusammenrechnet und sich sagen muß: „Dafür habe ich von dem

Berein weiter nichts, als daß ich vielleicht drei Veranstaltungen besuche, während ich als fremder Teilnehmer weniger zu zahlen hätte, mich also besser stände", dann wird er kein passives Mitglied des Vereins mehr bleiben. Wir kommen also nicht darum hinweg, daß wir nur für die passiven Mitglieder, die Freiprogramme haben und die Veranstaltungen besuchen, eine Kartensteuer erheben. Erheben wir 20 Pfennig bei Annahme eines Eintrittsgeldes von 1 *M*, so ist das keine Pauschsteuer mehr. Bei einem Werte von 5 *M* der Eintrittskarte würden natürlich auch 20 Proz., also 1 *M* Steuer zu erheben sein, sonst würden bei 50 Pfennig Höchst- satz sich diese Vereine besser stehen und die billigeren Vereine schlechter.

Stadtrat von Frankenberg: Ich halte den Vorschlag, die Pauschsteuer nach dem Eintrittsgeld zu den Veranstaltungen zu berechnen, nicht für richtig. Es gibt eine ganze Reihe von Vereinen — ich denke z. B. an den Harzklub —, die bei ihren Festen denjenigen, die in besonderer Weise auf der Bühne oder sonst für die Veranstaltung tätig sind, eine freie Eintrittskarte gewähren, so daß diese Teilnehmer ein Eintrittsgeld nicht zu bezahlen brauchen. Es wird dabei nicht gefragt, ob sie aktive oder passive Mitglieder sind, es können auch Gäste sein, die bei einem Theaterstück oder bei einer Tanzaufführung mitwirken. Es gilt, für diese Personen bestimmte Steuersätze festzulegen, und dabei kann man, wie ich glaube, sehr wohl mit dem Begriff Pauschsteuer arbeiten. Das würde sehr gut in der Weise gehen, daß man für diejenigen Plätze, für die Freikarten ausgegeben werden, den Wert der Karten zugrunde legt und danach die entsprechenden Steuersätze berechnet. Das kann sehr wohl pauschaliert werden. Ich bin im Begriffe, die Sache in der Form festzulegen.

Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte vorschlagen, folgende Fassung zu wählen:

„Wenn bei Vereinsveranstaltungen nur von einem Teil der Besucher Eintrittsgeld erhoben wird, so wird für die übrigen Besucher eine Pauschsteuer erhoben, die nach Verhältnis der Höhe der Sätze des erhobenen Eintrittsgeldes vom Rate bemessen wird und von den Vereinen zu entrichten ist.“

Wenn sich dabei im Anfang Unzuträglichkeiten ergeben, so müßte der Rat gelegentlich einmal hier die zweifelhaften Fälle vortragen, damit Grundsätze aufgestellt werden.

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, es wäre das richtigste, die Beschlußfassung jetzt nicht auszusetzen, sondern diesen Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters

anzunehmen mit der Maßgabe, daß über zweifelhafte Punkte der Rat sich später mit den geehrten Herrschaften verständigt.

Stadtv. **Stegmann**: Die Fassung des Herrn Oberbürgermeisters entspricht dem, was ich mit meinem Antrage bezwecken wollte, ist eine glücklichere Fassung, und deshalb ziehe ich meinen Antrag zugunsten des vom Herrn Oberbürgermeister gestellten zurück.

Die Versammlung nimmt die vom Herrn Oberbürgermeister vorgetragene Fassung des § 3 II an. Darauf wird § 3 I mit dem von Herrn Frede beantragten Zusatz angenommen.

Stadtv. **Munte** übernimmt den Vorsitz.

Stadtv. **Frede**: § 4 lautet nach dem Antrage des Finanzausschusses:

„Die Kartensteuer beträgt für jede ausgegebene Eintrittskarte oder jeden diese vertretenden Ausweis (z. B. Programme, Gutscheine, Abzeichen, Tanzkarten, Garderobenkarten und dergleichen) je nach der Zugehörigkeit zu den Gruppen A, B und C des § 1 Absatz II für jede angefangenen oder vollen 50 Pf. Eintrittsgeld in Gruppe A 5 Pf., in Gruppe B 10 Pf., in Gruppe C 20 Pf.“

§ 4 war im ersten Entwurfe bedeutend umfangreicher; er hat hier den Vorzug der Kürze und ist doch sehr klar.

§ 4 wird angenommen.

Stadtv. **Frede**: § 5 ist unverändert geblieben (wird verlesen).

Zu § 5 I habe ich hier noch persönlich zu bemerken, daß der Begriff „Duzendkarten“ — es wird nachher in einem anderen Paragraphen unter dem Namen Dauerkarten hierauf verwiesen — dem Begriff „Dauerkarten“ entspricht. In einer Besprechung mit Herrn Kruse, dem Vorsitzenden des Gastwirtevereins, hat mir dieser Herr aus seiner Praxis mitgeteilt, daß Duzendkarten, wie hier angegeben ist, in Braunschweig kaum ausgegeben werden. Die Duzendkarten haben den Sinn von Abonnementskarten. Sie gelten nicht für eine Vorstellung, sondern es werden Vorteile dafür gewährt, daß gleich auf einmal eine Anzahl Karten gekauft werden, die für aufeinanderfolgende Vorstellungen gelten. Herr Kruse sagte, solche Duzendkarten würden in Braunschweig gar nicht ausgegeben, sondern die hier ausgegebenen hätten alle nur zu derselben Veranstaltung Geltung. Was der Käufer damit anfängt, ist seine Sache, er kann sie für seine Familie, seine Verwandtschaft und auch für seine Freunde verwenden. Mag das nun so oder anders sein, jedenfalls sind

nach diesem Text diejenigen Karten gemeint, die zum Eintritt für aufeinanderfolgende Veranstaltungen berechtigen. Es müßte wohl vom Räte eine Erklärung darüber abgegeben werden, ob die Karten, die die Gastwirte meinen — die also nur für eine Vorstellung Geltung haben — als Duzendkarten gelten sollen.

Stadtrat von Frankenberg: Es könnte sehr verhängnisvolle Folgen für die Ergiebigkeit der Steuer haben, wenn wir Karten, die an Duzende von Personen für eine und dieselbe Veranstaltung ausgegeben werden, in diese Bestimmung hineinbrächten. Nachdem wir gehört haben, daß ohnehin andersartige Karten wenig ausgegeben werden, können wir sagen:

Bei Karten, die zum Eintritt auf eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen hintereinander berechtigen (Duzendkarten und dergleichen).

Stadtv. Frau Göge: Der Ausdruck „hintereinander“ paßt nicht recht, denn das Sommertheater z. B. hat früher Duzendkarten ausgegeben, die sozusagen als Gutscheine galten. Es ist möglich, daß man das wieder aufnimmt. Diese Duzendkarten löst man im Laufe der Spielzeit gegen Tageskarten ein, sie behalten während des ganzen Sommers ihre Gültigkeit.

Stadtv. Frede: Ich habe den Gastwirten gesagt, daß Duzendkarten zu derselben Veranstaltung nicht dem Begriffe Duzendkarten im Statut entsprechen, sondern unter allen Umständen von der Kartensteuer erfaßt werden, und sie haben eingesehen, daß das berechtigt ist. Wenn wir diese Duzendkarten nicht bevorzugen wollen, dann müssen wir das Wort „hintereinander“ gelten lassen, womit jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Nur die Karten, die für aufeinanderfolgende Vorstellungen gelten, sollen als Duzendkarten gelten.

Stadtrat von Frankenberg: Es ist doch wohl zweckmäßig, daß wir statt des Wortes „Duzendkarten“ den Ausdruck „Dauerkarten“ setzen. In denjenigen Fällen, wo eine Menge Karten für viele Vorstellungen ausgegeben werden, handelt es sich um Dauerkarten. Dann werden solche Fälle getroffen, wo nicht eine Karte zum wiederkehrenden Besuche berechtigt, sondern vielleicht ein Kartenheft herausgegeben wird — das ist durch die folgenden Worte „und dergleichen“ getroffen. Ich bitte also zu sagen: „Bei Karten, die zum Eintritt auf eine bestimmte Zahl Vorstellungen hintereinander berechtigen (Dauerkarten und dergleichen)“

Stadtv. Ginert: Diese Dauer- oder Duzendkarten müßten ebenso wie Abbonnementkarten behandelt werden, wie das ja auch beim Sommertheater geschehen ist. Es handelte sich bei ihnen nur darum, daß der Theaterdirektor auf einem Brette eine größere Anzahl von Karten verkaufen konnte. Man hat sie nicht nur zu Duzenden, sondern zu Tausenden an Geschäftsleute abgegeben, die sie bar bezahlten, und damit hatte der Direktor Geld in der Hand; ob er nun Bödemann oder sonstwie hieß, das ist gleich. Die Karten müssen ebenso wie Dauerkarten behandelt werden; auf sie konnten auf einmal 10 Personen hingehen, und sie konnten auch für verschiedene Vorstellungen hintereinander benutzt werden.

Stadtrat von Frankenberg: Wenn jemand für 10 Personen durch Kauf von Karten das Eintrittsrecht erwirbt, dann hat er zehnmal die Kartensteuer für die einfache Karte zu bezahlen.

§ 5 wird mit der zuletzt von Herrn Stadtrat von Frankenberg angeregten Änderung (siehe vorige Seite) angenommen.

Stadtv. Frede (verliest § 6): Die Kommission beantragt, hier statt „am vorletzten Werkstage“ zu sagen: „am dritten Werkstage“. Der Ausschuß ist zu diesem Änderungsvorschlage gekommen, obgleich in § 8 dieselbe Zeitbestimmung, wie sie ursprünglich in § 6 vorgesehen war, zur Geltung kommt. Man hat sich gesagt, daß man zur Erledigung der Steuerarbeiten nach der Anzeige mehr Zeit lassen müsse.

§ 6 wird mit dieser einen Änderung angenommen.

Stadtv. Frede (verliest § 7 in dem vom Ausschuß vorgeschlagenen Wortlaut): Es wird also hier gegenüber dem ersten Entwurfe nur der Zusatz zu Ziffer II „abgesehen von Dauerkarten“ beantragt.

§ 7 mit dem genannten Zusätze wird angenommen.

Stadtv. Frede: § 8 I lautet nach der ursprünglichen Vorlage:

„Spätestens am vorletzten Werkstage“ (das ist die mit § 6 ursprünglich übereinstimmende Bestimmung, die in § 8 bleibt) „vor jedem Veranstaltungstage sind dem Räte der Stadt vom Unternehmer alle zum Verkauf bestimmten Eintrittskarten (Ausweise) zur Abstempelung vorzulegen; dabei ist die nach § 4 zu berechnende Steuer im voraus zu entrichten.“

Hier hatte der Ausschuß einen Zusatz beantragt: „Den Steuerbetrag für Dauerkarten § 5 Absatz I) hat der Unternehmer vor deren Ausgabe zu erheben und abzuliefern“ — „Zu erheben“ ist selbstverständlich und kann fallen. Nun habe ich auf

Anregung der Gastwirte und hoffentlich unter Zustimmung des Rates folgende Änderung vorzuschlagen:

Die Gastwirte machen geltend, daß man den hier ansässigen Unternehmern das Zutrauen schenken könne, daß sie mit der fälligen Steuer nicht durchbrennen würden; sie bitten dringend darum, zu genehmigen, daß von den hier ansässigen Unternehmern — immer nur die sind gemeint — die Steuer in größeren Zeiträumen zur Abführung käme, etwa nach halbmonatlicher Abrechnung, weil sie sonst eine unendliche Arbeit davon hätten. Heute kauft sich jemand Dauerkarten zu den Vorstellungen in Holst's Theater und der Steuerbetrag muß abgeführt werden, morgen und übermorgen geschieht dasselbe. Diese fortwährenden Abrechnungen und Zahlungen würden eine große Belästigung bedeuten. Die Gastwirte erkennen aber an, daß den hier nicht ansässigen Unternehmern gegenüber größere Vorsicht geboten sei, denn es könnten Unternehmer in Braunschweig auftauchen, die durchaus nicht einwandfrei sind und Vertrauen von Seiten der Stadt nicht in Anspruch nehmen könnten. Für diese könnte dann die von vornherein vorgesehene Bestimmung Platz greifen, daß die Steuer vorher zu entrichten ist. Danach würde der Vorschlag zu machen sein, den Zusatz in folgender Weise zu fassen:

„Den Steuerbetrag für Dauerkarten (§ 5, Absatz I) haben hier ansässige Unternehmer nach halbmonatlicher Abrechnung, andere Unternehmer vor deren Ausgabe abzuliefern.“

Ich bitte den Rat, sich darüber zu äußern, ob er gegen diese Fassung Bedenken hat.

Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte die Stellungnahme des Rates der Stadt seiner demnächstigen Beschließung darüber vorbehalten und kann eben nur erklären, daß anzuerkennen ist, wie die Gastwirte sich bemüht haben, mit der Steuer sich abzufinden, und daß die vorgetragenen Gründe für ein solches Abkommen zu sprechen scheinen. Es würde mir aber doch lieber sein, wenn das alles nicht hier in der Sitzung festgelegt würde, sondern gesagt würde, daß der Rat der Stadt die Befugnis hat, mit den hier ansässigen Unternehmern über diese Sache Vereinbarungen zu treffen. Ich weise auf § 9 hin, in dem es heißt:

„Durch Vereinbarung des Rates der Stadt mit den Beteiligten kann eine vereinfachte Regelung wegen der Einreichung der Meldungen, wegen der Eintrittskarten und der Zahlung der Steuer bestimmt werden.“

Auf diese Weise haben wir das Heft in der Hand und können züchtigen und loslassen. Es wäre denkbar, daß nicht nur unter den auswärtigen, sondern auch unter den hier ansässigen Gastwirten ein lockerer Vogel sich findet, der uns durch die Lappen ginge, und dagegen müßten wir Vorsorge treffen. Ich möchte den geehrten Herrschaften anheimgeben, zu überlegen, ob wir nicht schon mit diesem § 9 gut aus-

kommen. Wenn die letzte Auffassung gebilligt wird, dann wird der Rat der Stadt gegenüber den hier ansässigen Gastwirten, soweit es irgend möglich ist, bei der Handhabung der Paragraphen dieser Satzung Entgegenkommen zeigen. Nur möchte ich vermeiden, mich festzulegen. Die Ansässigmachung ist schnell geschehen; nur eine Anmeldung bei der Polizeidirektion ist dazu nötig. Dann wäre der Mann imstande, zu sagen: „Der Rat kann mir nichts wollen“, und das ginge doch etwas zu weit. Es sollte genügen, wenn wir mit § 9 arbeiten.

Stadtv. **Frede:** Ich freue mich, daß nach dieser sehr entgegenkommenden Erklärung die Gastwirte nicht zu befürchten brauchen, daß ihrem Wunsche nicht nachgegeben wird. Der Hinweis des Herrn Stadtrat von Frankenberg auf den § 9 ist durchaus zutreffend. — Der Ausschuß hat also beantragt, Absatz 1 erhält den Zusatz: „Den Steuerbetrag für Dauerkarten (§ 5 Absatz I) hat der Unternehmer vor deren Ausgabe zu erheben und abzuliefern.“ Es ist gut, daß wir den Ausdruck Duzendkarten jetzt ausgemerzt haben.

Die Ziffer II hat in der Ausschußsitzung eine Umstellung der Worte erfahren und lautet jetzt nach dem Kommissionsantrage:

„Der Rat der Stadt kann die ausschließliche Verwendung von solchen mit Steuerabschnitten versehenen Eintrittskarten vorschreiben, die der Unternehmer auf Verlangen des Rates der Stadt von der Stadtverwaltung gegen Erstattung der Selbstkosten und gegen Vorauszahlung des nach § 4 berechneten Steuerbetrages zu entnehmen hat.“

Es sind Fälle denkbar, wo sich diese Handhabung nicht nur empfiehlt, sondern sogar notwendig macht. Eine höhere Ausgabe erwächst dem Unternehmer dadurch nicht, denn er hat nur die Selbstkosten der Stadt zu erstatten.

Nummer III der alten Vorlage wird in zwei Abschnitte mit den Nummern III und IV geteilt, und diese sollen nach dem Antrage des Ausschusses folgendermaßen lauten:

„III. Dem Unternehmer bleibt überlassen, neben dem Eintrittsgeld (§ 4) den Steuerbetrag von den Teilnehmern zu erheben.

IV. Vorausbezahlte Steuerbeträge werden zurück erstattet, wenn die Veranstaltung nachweislich nicht stattgefunden hat und innerhalb der nächsten beiden Werttage die Rückzahlung beim Rate der Stadt beantragt wird. Zuviel gezahlte Beträge werden gegen Übergabe der nicht abgesetzten Eintrittskarten (Ausweise) auf einen innerhalb der gleichen Frist zu stellenden Antrag erstattet. Bei Nichtbenutzung von Dauerkarten findet keine Rückzahlung statt.“

Die Herrschaften sehen hieraus, daß die Bestimmung über Rückerstattung nur Bezug hat auf die Steuer, die auf Karten gelegt ist, nicht auf die Pauschsätze.

§ 8 wird in der vom Finanzausschuß beantragten Fassung angenommen.

Stadtv. **Frede**: (verliest § 9 — Wortlaut siehe vorige Seite.)

Stadtv. **Einert**: Ich möchte dem Räte anheimgeben, hier am Schlusse zu sagen: „Zur Zahlung und zur Stundung der Steuer.“

Stadtrat **von Frankenberg**: Eine solche Verfügung ist nicht nötig, denn wenn wir Bestimmungen über die Zahlung der Steuer treffen können, so können wir auch über die Stundung Bestimmungen treffen.

§ 9 wird angenommen.

Stadtv. **Frede**: (verliest den gegenüber der ersten Vorlage unverändert gebliebenen § 10, ohne weitere Bemerkungen daran zu knüpfen.) Da Wortmeldungen hierzu nicht erfolgen, nimmt der **Vorsitzende** das Einverständnis der Versammlung mit diesem Paragraphen an.

§§ 11 und 12 ebenso wie § 10.

Stadtv. **Wilhelm Riefe** übernimmt den **Vorsitz** wieder.

§§ 12–14 ebenso wie § 10.

Stadtv. **Frede** (verliest § 15): Zur Aufklärung über die in diesem Paragraphen erwähnten Rechtsmittel teile ich mit, daß Einsprachen gegen die Veranlagung zunächst an die Stadtverordneten, dann an die vereinigte Versammlung der Stadtverordneten und des Rates der Stadt, und in der letzten Instanz an das Verwaltungsgericht zu gehen haben.

Ohne Meldungen zum Wort. Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Paragraphen an.

§§ 16 und 17 ebenso wie § 10.

Stadtv. **Frede**: § 18 behandelt nur eine Formsache: wann die Satzung in Kraft treten soll.

Ohne Besprechung.

Stadtv. **Frede**: Wir haben uns nun dem Tarif für die Pauschsteuer zuzuwenden.

„An Pauschsteuern werden nach § 10 der Satzung erhoben:

1. Für Tanzbelustigungen, die von Vereinen, freien Personenvereinigungen, Gesellschaften oder sonstigen Unternehmern auf Kosten der Vereins- oder Gesellschaftskasse oder auf gemeinschaftliche Kosten veranstaltet werden (geschlossene Gesellschaften § 1 Absatz III Nr. 2 der Satzung) bei einer voraussichtlichen Teilnahme von

	höchstens 50 Pers.	höchstens 100 Pers.	mehr als 100 Pers.
bei einer Dauer bis 12 Uhr nachts	20 Mk.	50 Mk.	75 Mk.
bei einer Dauer über 12 Uhr bis			
längstens 2 Uhr nachts	50 Mk.	100 Mk.	150 Mk.
bei einer Dauer über 2 Uhr	75 Mk.	150 Mk.	200 Mk.“

Ich habe hier einen dringenden Wunsch der Gastwirtevereinigung vorzutragen, der dahin geht, statt „höchstens 100“ die Zahl 200 zu setzen und nachher zu sagen „mehr als 200 Personen“. Die Gastwirte sind dann aber einverstanden, daß in der zweiten Gruppe statt 50 Mk. 60 Mk. und in der dritten Gruppe statt 75 Mk. 80 Mk. bezahlt werden. Die Gastwirte kommen zu diesem Wunsche, indem sie sagen: „Die Mehrzahl der Säle, die zu Tanzvergünstigungen feilgehalten werden, sind kleine oder mittlere Säle, große Säle haben wir nicht viel. Die Vergünstigungen in den kleinen Sälen müssen wir schützen, deshalb müßte die Zahl 100 auf 200 heraufgesetzt werden.“ Ich habe ihnen entgegengehalten, daß dies zweifellos ein Entgegenkommen der städtischen Behörden sein würde, und daß sie sich dabei auf höhere Sätze gefaßt machen müßten. Darauf haben sie sich bereit erklärt, die Steuerzahlen auf 60 Mk. und 75 Mk. zu setzen. Dementsprechend würden auch die andern Steuersätze sich verändern. Während in der ersten Reihe für die erste Gruppe 20 Mk. stehen bleibt, würden die Zahlen in der zweiten Reihe lauten 60 Mk., 120 Mk., 180 Mk., und in der dritten Reihe 80 Mk., 160 Mk., 200 Mk.

Wir müßten nun erst abwarten, wie sich der Rat zu diesen Anträgen äußert, und dann wäre es der Versammlung zu überlassen, ihre Meinung dazu zu sagen. Ich persönlich kann sagen, daß ich mich den Gründen der Gastwirte habe anschließen müssen und geneigt bin, ihren Wünschen zu willfahren.

Stadtrat von Franckenberg: Es wird mir nicht leicht, in diesem Falle mich mit einem derartigen Wunsche einverstanden zu erklären, auch kann ich nur für meine Person sprechen. Es wird ein ziemliches Völkerfest sein müssen, wenn eine Tanzbelustigung mit über 200 Personen, die nur allein unter die Höchststafelung fallen soll, stattfindet, und die andern Sätze würden das nicht einbringen, was uns nach unserm Entwurfe zukommt. Ich möchte der geehrten Versammlung überlassen, Stellung zu nehmen, ob sie in dieser Beziehung eine Abschwächung der Ergiebigkeit der Steuer

eintreten lassen will oder nicht. Sollte die geehrte Versammlung sich dafür aussprechen, dann bin ich überzeugt, daß auch der Rat sich schließlich damit einverstanden erklären wird. Es scheint ziemlich viel dafür zu sprechen, daß man den Herren nicht so stark entgegenkommt. Ich bitte die Versammlung, sich darüber schlüssig zu machen.

Stadtv. Wahrendorf: Ich möchte der Ansicht Ausdruck geben, daß man den Wünschen der Gastwirte entgegenkommen müßte, denn schon für die erste höhere Festsetzung der Personenzahl ist ein Gegenwert in der höheren Bezahlung vorhanden. Jedenfalls ist es der Wunsch der Gastwirte, mit ihrem Vorschlage die Sache zu vereinfachen, und dem könnte man nachkommen.

Stadtv. Rehner: Hier kommt nicht der Wunsch der Gastwirte in Betracht, sondern die Erwägung, welche Art dieser Vergnügungen am häufigsten stattfinden wird, und es ist anzunehmen, daß die Festsetzungen über die Personenzahl, wie sie seitens des Ausschusses festgelegt sind, sich häufiger wiederholen als die den Wünschen der Gastwirte entsprechenden. Wenn Sie schon einmal die Besteuerung wünschen, dann mögen Sie die vorgeschlagenen Sätze des Ausschusses bestehen lassen.

Stadtv. Wahrendorf: Da die Gastwirte bei der Lustbarkeitssteuer die am nächsten Beteiligten sind, so kann man ihnen auch zugestehen, daß sie ihre Wünsche vorbringen, und sollte nach Möglichkeit darauf eingehen. Das Ganze wird ihnen auf den Hals geladen, und dann kann man ihnen nicht entgegenhalten: Ihr habt nichts zu sagen! Ich bitte Sie, die ganz gehörige Arbeit zu bedenken, die den Gastwirten durch diese Steuer zufällt. Auch aus steuertechnischen Gründen könnte man in dieser Sache den Gastwirten entgegenkommen.

Stadtrat von Franckenberg: Was die Steuertechnik anbetrifft, so sind die Gastwirte hervorragende Fachleute, aber mit schwierig durchzuführenden Bestimmungen darf man sie nicht zwiebeln. Hier handelt es sich jedoch nicht um die Steuertechnik, sondern nur um die Höhe des Steuerbetrags. Ein Satz von 50 Mk. für 100 Personen und 75 Mk. für mehr als 100 Personen ist genau so leicht auf die Beteiligten abzuwälzen, als es bei den von den Gastwirten vorgeschlagenen Sätzen der Fall ist. Wenn wir den Wünschen der Gastwirte folgten, so würde das im Grunde genommen nur ein Zugeständnis an das tanzende Publikum sein. Daß das mittelbar den Gastwirten zugute kommt, indem die Besuchs- und Tanzfreudigkeit dadurch gefördert wird, mag richtig sein —, aber mit der Steuertechnik soll man mir in diesem Falle nicht kommen.

Stadtv. Frede: Ich möchte jetzt nicht als Referent sprechen, sondern meine persönliche Meinung, wie ich sie vorhin schon angedeutet habe, zum Vortrage bringen.

Sie alle haben das Schreiben bekommen, daß die Gastwirte an uns gerichtet haben. Darin haben die Gastwirte viel weitgehendere Forderungen gestellt. Sie haben ferner gesehen, daß alle diese Forderungen fallen gelassen sind und die Gastwirte sich eigentlich auf zwei Wünsche beschränkt haben. Der eine ist der eben zur Besprechung stehende, der andere betrifft die Abrechnung nach einem halben Monat; das letztere ist ein Entgegenkommen, das von uns kaum als ein solches zu bewerten ist. Wir müssen uns folgendes vorhalten: Nach dem Entwurfe des Rates soll die Gruppe 50—100 Personen 50 *M* Steuer zahlen, nach dem Wunsche der Gastwirte wird diese zweite Gruppe 60 *M* zu zahlen haben. Eine kleine Völkerwanderung, wie Herr Stadtrat von Frankenberg meinte, wird bei der Veranstaltung von Vergnügungen mit dieser Teilnehmerzahl noch nicht stattfinden, denn es heißt in der Satzung, daß auch die nicht tanzenden Teilnehmer in die Personenzahl mit eingerechnet werden. Eine Gesellschaft von 200 Personen, bei der die Eltern, Schwiegermütter und alle anderen nicht tanzenden Personen eingerechnet werden, kann nicht als groß angesprochen werden. Es ist nur ein geringes Entgegenkommen, das wir den Gastwirten beweisen sollen, und das Verlangen ist nicht im Interesse des Geldbeutels der Gastwirte gestellt, sondern es sollen damit die Besitzer kleiner und mittlerer Säle geschont werden. Es mag die Befürchtung richtig sein, daß die Vergnügungen zu sehr beeinträchtigt werden, wenn die kleinen Gesellschaften von 50—100 Personen zu scharf herangefriegt werden. Ich möchte persönlich bitten, daß wir hier ein Entgegenkommen beweisen. Das schließt nicht aus — das hat vorhin schon der Herr Oberbürgermeister gesagt —, daß wir nach Jahresfrist an eine Änderung herantreten, falls es sich zeigt, daß diese Vergnügungen, die hier milder besteuert werden, sich als die häufigsten erweisen. Ich möchte bitten, diesen Antrag der Gastwirte als den weitgehendsten zuerst zur Abstimmung zu bringen.

Stadtv. **Rehnert**: Wenn wir dem Steuersäckel etwas zubringen wollen, dann müssen wir uns rechnerisch in die Sache vertiefen. Bei einem Vergnügen mit 200 Teilnehmern, wo nach dem Antrage der Gastwirte 60 *M* erhoben werden, würde nach der ursprünglichen Bemessung eine Steuer von 75 *M* erhoben werden können, bei einer Dauer über 2 Uhr nachts hinaus würden die betreffenden Zahlen 160 und 200 *M* sein. Auf diese Weise würden wir durch einen Beschluß im Sinne der Gastwirte den Steuersäckel im Verhältnis zu den anfänglich gewünschten Steuerbeträgen entleeren, statt ihn zu füllen. Die Gastwirte werden den Quadratmeter ihrer Saalflächen auch nicht mit 30 Pf. bewerten, sondern lieber mit 60 Pf. Ich bin der Meinung, daß wir dem Antrage der Gastwirte nicht nachgeben sollten.

Stadtrat von Frankenberg: Ich will meinem Herzen gern einen Stoß geben, aber was Herr Lehnert eben ausführte, scheint zutreffend zu sein. Der Sprung von 50 bis 200 Personen scheint zu groß zu sein. Ich möchte empfehlen, sich auf einen Mittelsatz von 150 Personen zu einigen und dabei von 20 *M* in der ersten Gruppe auf 60 *M* in der zweiten zu gehen. In der dritten Spalte könnte dann gesagt werden: „Mehr als 150 Personen“. Als Steuersätze könnten dann die genommen werden, wie sie der Herr Berichterstatter als Wunsch der Gastwirte vorgetragen hat. Ich glaube, damit würden die Gastwirte zufrieden sein.

Stadtv. Reigner: Ich möchte Sie bitten, es bei dem vom Räte vorgeschlagenen Satz zu belassen. Sie haben gehört, daß diese Vorlage den Finanzausschuß wiederholt beschäftigt hat; sie ist dort also eingehend beraten, und Sie können überzeugt sein, daß wir auch über diesen Punkt länger verhandelt haben, als es hier im Plenum möglich ist. Man kann die Sätze auch hier nicht einfach aus dem Handgelenk schütteln; ich glaube, es ist das beste, wir nehmen die vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Sätze an.

Stadtv. Munte: Ich bin auch Mitglied des Finanzausschusses und will nicht gegen den aus dem Ausschuß gekommenen Antrag auftreten. Aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß das Schriftstück der Gastwirte dem Finanzausschuß noch nicht vorlag, als die Beratungen stattfanden. Das ist auch nicht die Schuld der Gastwirte; sie haben zu spät Nachricht von der beabsichtigten Steuer bekommen. Da nun vom Herrn Stadtrat von Frankenberg eine kleine Milderung vorgeschlagen ist und nach Jahresfrist die ganze Sitzung sowieso unter die Lupe genommen werden muß, wenn sich Mißstände herausgestellt haben, so möchte ich bitten, dem Winke des Herrn Stadtrat von Frankenberg zu folgen. Wir haben gesehen, daß er ein harter Landgraf ist und sich nicht so leicht etwas abhandeln läßt. Wenn er hier aber ein Entgegenkommen zeigt, so möchte ich empfehlen, nicht daran vorbeizugehen, sondern es anzunehmen.

Vorsitzender: Wer für Festsetzung der Personenzahl ist, wie sie Herr Stadtrat von Frankenberg vorgeschlagen hat (höchstens 50 Personen, höchstens 150 Personen, mehr als 150 Personen), den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist angenommen.

Als der Vorsitzende im Begriff ist, die erhöhten Sätze, wie sie die Gastwirte vorgeschlagen haben, zur Abstimmung zu bringen, erbittet Stadtverordneter Frede das Wort.

Stadtv. **Frede:** Herr Stadtrat von Frankenberg ist dem Wunsche der Gastwirte in bezug auf die Personenzahl entgegengekommen. Nun möchte ich den Herrn Stadtrat bitten, sich darüber zu äußern, welche Sätze unter diesen Modifikationen zu verantworten sind. Die Wirte haben erhöhte Steuersätze vorgeschlagen in der Erwartung, daß die Personenzahl erhöht wird. Nun können wir aber nicht sagen, daß dem Wunsche der Gastwirte in dem Maße entsprochen ist, daß es ein Äquivalent für die höheren Steuersätze bietet. Das ganze Zugeständnis besteht darin, daß wir 50 Personen mehr zugebilligt haben.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich bin in der angenehmen Lage, mich mit den Ausführungen des Herrn Vorredners einverstanden zu erklären, und empfehle, es bei den Sätzen der Ratsvorlage bewenden zu lassen.

Stadtv. **Frede:** Ich hatte im Namen der Wirte einen Antrag gestellt, der mit der Personenzahl verbunden war. Da dieser Satz durchbrochen ist, fällt damit auch der Antrag auf die erhöhten Steuersätze.

Die Sätze der Vorlage werden angenommen.

Stadtv. **Frede:** Hinter den in der Vorlage nun folgenden Satz: „Bei der Personenzahl werden auch nichttanzende Teilnehmer miteingerechnet“ beantragt die Kommission, folgenden Zusatz anzuhängen: „Bei Veranstaltungen, die unter § 1, Absatz II C fallen, wird der doppelte Pauschsatz berechnet.“ Es handelt sich dabei um die wilden Vergnügungen, Maskeraden usw. Sodann geht es mit folgendem Wortlaut weiter: „Nach endgültiger Feststellung der Zahl der Teilnehmer ist spätestens am dritten Werktage nach dem Veranstaltungstage ein etwaiger Mehrbetrag beim Räte der Stadt nachzuzahlen. Überhobene Beträge werden nicht zurückgezahlt. Ausnahmen kann der Rat der Stadt auf Antrag nach pflichtmäßigem Ermessen zugestehen.“

An Nummer 2 der Vorlage ist seitens des Finanzausschusses nichts auszusetzen (Nr. 2 wird verlesen).

Vorsitzender: Das Wort wird nicht verlangt, ich nehme das Einverständnis der Versammlung an.

Stadtv. **Frede:** Nummer 3 beantragt der Finanzausschuß zu streichen, da der Passus über öffentliche Aufzüge auch vorher schon weggelassen ist. Nummer 4, 5 und 6 werden nun zu Nummer 3, 4 und 5.

Die nunmehrige Nummer 3 lautet:

„Für die Veranstaltung von Vorträgen auf einem mechanischen oder elektrischen Instrument (Orchestrion, Grammophon, Phonographen und dergleichen) und ähnliche Veranstaltungen, sowie für die Bereitstellung derartiger Einrichtungen in Gast-, Schank- oder sonstigen dem Verkehr von Gästen dienenden Räumen für jeden Tag

a) bei einem Einwurf von 5 Pf. 1 M.“

Das empfiehlt der Ausschuß. Für b und c empfiehlt der Ausschuß eine Änderung. Es soll jetzt heißen:

b) bei einem Einwurf von 10 Pf. oder mehr oder bei freier Benutzung 2 M,

c) bei Freikonzerten in derartigen Räumen 5 M.“

Die „freie Benutzung“ war früher unter c gestellt und mit 5 M besteuert. Der Ausschuß war der Meinung, daß dies nicht so hoch zu bewerten ist, und daß die Ansicht nicht zutrifft, daß der Gastwirt durch höhere Preise für Getränke usw. sich schadlos hält. Wir haben deshalb die freie Benutzung unter b gebracht. Dagegen haben wir der Meinung beigepflichtet, daß bei Freikonzerten, die gemeinhin in Weinstuben und dergleichen vorkommen, der höhere Satz angezeigt sei. Nummer 2 der ursprünglichen Vorlage lautet weiter:

„Vereinbarungen sind bei Vorausbezahlung dahin gestattet, daß die Steuer beträgt:

	zu a	zu b	zu c
für eine Woche	4 M	8 M	20 M
für einen Monat	12 „	24 „	60 „
für ein Vierteljahr	24 „	48 „	120 „
für ein Jahr	64 „	128 „	320 „

Die Sätze unter c haben wir erhöht auf 25, 75, 150 und 400 M. Ich muß es als ein Entgegenkommen anerkennen, daß die Gastwirte diese Sätze nicht beanstandet haben. Ich habe den Herren vorgerechnet, was sie bei längerer Vorauszahlung gegenüber der Bezahlung pro Tag sparen. Es sei dies gewissermaßen eine abonnementsweise Bezahlung und ein großes Entgegenkommen der Stadt. — Es heißt dann weiter unter dieser Nummer:

„Wird die Veranstaltung im Laufe eines Steuerabschnittes (eines Monats, Vierteljahres, Jahres) abgeschafft, so wird auf Antrag ein entsprechender Teil der Steuer zurückerstattet; angefangene Kalendermonate werden dabei als voll steuerpflichtig behandelt.“

Stadtrat von Frankenberg: Die Vorschläge des Finanzausschusses bei dieser Ziffer nehmen auf der einen Seite etwas weg, indem sie bei freier Benutzung den höheren Tarif mit einem niedrigeren vertauschen wollen, aber sie geben auf der

andern Seite etwas mehr. Wenn ich das gegeneinander abwäge, so scheinen mir die Vorschläge durchaus annehmbar.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit Ziffer 3 an.

Stadt v. **Frede** (verliest Ziffer 4 bis auf den Schlußsatz „Ermäßigung oder Befreiung von der Steuer kann der Rat der Stadt für Wettbewerbe gewähren, die von Vereinen oder Verbänden nur für ihre Mitglieder oder die zur Ausbildung der Jugend oder zur Förderung sportlicher Aufgaben veranstaltet werden“, der nach dem Antrage der Finanzkommission zu streichen ist, und erwähnt die Einfügung „und mehr“ hinter „bis 300 M“).

Dhne Besprechung.

Stadt v. **Frede** (verliest Ziffer 5).

Dhne Besprechung.

Stadt v. **Frede**: Ich habe noch zu bemerken, daß bei dieser Beratung ein Antrag gestellt wurde dahin, daß auch die Jagdscheine unter diese Besteuerung fallen sollten und die Gebühr dafür erhöht werden sollte. Es wurde darauf vom Räte geantwortet, daß die Erhöhung der Gebühr für Jagdscheine nicht mit dieser Sache verquickt werden könnte. Dagegen könnte die Versammlung ein Ersuchen an den Rat der Stadt richten, daß er für eine höhere Bemessung der Gebühr für Jagdscheine eintreten möchte.

Stadt rat **von Frankenberg**: Ich möchte nicht unterlassen, dem Herrn Berichterstatter, dem Finanzausschuß und der geehrten Versammlung für die große Sorgfalt, die sie dieser Angelegenheit gewidmet haben, meinen besten Dank zu sagen. Ich bitte, nun auch den Schlußstrich zu ziehen, indem der § 18, der von dem Inkrafttreten der Satzung spricht, gutgeheißen wird mit der Ermächtigung für den Rat, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung mit dem Ministerium zu vereinbaren, so daß wir selbständig feststellen können, ob z. B. der 1. April oder der 1. Mai dafür genommen wird. Es wird das davon abhängen, wann wir die Genehmigung des Ministeriums erhalten.

Die erbetene Ermächtigung wird dem Räte der Stadt erteilt.

Stadt rat **von Frankenberg**: Im Finanzausschuß ist davon gesprochen, eine Übergangsvorschrift zu treffen. Es wird noch eine Reihe von Eintrittskarten für die Lichtspiele vorhanden sein, die noch aufgebraucht werden müssen, und dafür müßte eine entsprechende Ergänzung in der Satzung stehen. Ich glaube, die Fassung sollte so sein, daß bei § 17, Absatz 1 ein zweiter Satz hinzugefügt wird, der diesem Gedanken Ausdruck gibt. Er würde lauten können: „Die am Tage des Inkrafttretens bereits ausgegebenen und versteuerten Karten bleiben in Kraft“. Das würde ein Zugeständnis sein für diejenigen Leute, die Dauerkarten haben. Es kann sich bei dieser Übergangs-

vorschrift nur um wenige Wochen handeln. Vielleicht ist der Herr Berichterstatter so freundlich, diesen Antrag seinerseits aufzunehmen.

Stadtv. Frede: Es ist richtig, wir haben im Ausschuß über diese Übergangsbestimmung gesprochen. Ich bitte, dem zuzustimmen, daß eine solche dem § 17 noch angehängt wird: „An diesem Tage bereits ausgegebene und versteuerte Karten bleiben in Kraft“.

Stadtv. Dr. Brandis: Es käme hierbei in Frage, wann die Satzung in Kraft tritt, und das ist bis jetzt ungewiß. Bis dahin könnten noch viele Karten ausgegeben werden. Deshalb wäre es besser, einen bestimmten Zeitpunkt anzugeben und vielleicht zu sagen: Die bis zum 22. März ausgegebenen Karten.

Stadtrat von Frankenberg: Ich erkenne an, daß sich aus dem unbestimmten Zeitpunkte des Inkrafttretens gewisse Schwierigkeiten ergeben könnten, glaube aber wir können zu den Betreffenden das Vertrauen haben, daß sie nicht noch eine Menge Karten ausgeben werden.

Stadtv. Lehnert: Ich huldige dem Standpunkte, daß ein Sperling in der Hand besser ist als eine Taube auf dem Dache. Wenn wir nicht einen festen Zeitpunkt bestimmen, wie es Herr Dr. Brandis angeregt hat, dann könnten die Gastwirte und die sonst in Betracht kommenden noch alles mögliche an Eintrittskarten unter die Leute bringen. Seien Sie nicht zu optimistisch; bei einem gewissen Pessimismus stehen wir uns in dieser Sache besser. Ich bin auch dafür, daß bestimmt wird: Was an Eintrittskarten noch nach dem 22. März ausgegeben wird, wird unter die neue Steuer gesetzt.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn Sie in der Beziehung Bedenken haben, so ist es das beste, daß erklärt wird: „Die Steuer, die bei Inkrafttreten der Satzung auf bereits ausgegebene Karten gezahlt ist, wird zurückgezahlt“. Wir müßten dann die Inkraftsetzung noch 5 bis 6 Tage hinausschieben, damit die nötigen neuen Karten gedruckt werden können.

Stadtrat von Frankenberg: Es würde, wenn man den letzteren, vom Herrn Oberbürgermeister angedeuteten und auch zweckmäßigen Weg gehen würde, nicht nötig sein, einen diesbezüglichen Satz einzuschalten. Wenn ich die Sache mir nochmals überlege, möchte ich der Versammlung der größeren Sicherheit und Einfachheit wegen empfehlen, in dieser Weise zu beschließen.

Stadtv. Dr. Brandis: Mir ist bei der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters nicht recht verständlich, was für Steuern zurückgezahlt werden sollen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf vielleicht dem Herrn Vorredner erwidern, daß wir jetzt bei der Lichtspielsteuer die Einrichtung haben, daß für verschiedene Tage, manchmal für Wochen im voraus die Inhaber der Lichtspieltheater bei uns die Eintrittskarten in großen Massen holen und dafür ihr schönes Geld bezahlen. Nun wäre es Beutelschneiderei, wenn wir uns einmal diesen Betrag bezahlen ließen und die Lichtspieltheater dann noch voll und ganz mit der neuen Steuer, die doppelt so hoch ist wie die jetzige, ans Herz drückten. Das will niemand in der Versammlung und auch nicht der Dezernent in dieser Sache, der zu Ihnen spricht, sondern wir wollen einfach sagen: Was an Steuer schon bezahlt ist, wird zurückgezahlt, im übrigen wird vom Tage des Inkrafttretens der neuen Steuer nach den Vorschriften der Satzung verfahren.

Stadtv. Frau Göge: Es sind jetzt recht viele Konzerte angesetzt, die Karten dafür werden verkauft und das Konzert selber findet erst später statt. Wie wird es mit denen? Ferner weiß ich nicht, in welche Nummer die Karten für das Panorama hineinpassen, das kolossal viel besucht wird und nach dem ich auch zuweilen hingehe. Ich bin überzeugt, die Interessenten werden jetzt sich massenhaft Eintrittskarten kaufen, und deshalb müßte ein Tag für das Inkrafttreten der Steuer festgesetzt werden. Was heißt das: Die Steuer wird zurückgezahlt? Müssen dann die Eintrittskarten zurückgegeben werden und neue gelöst werden, oder wie soll das gemacht werden?

Stadtrat von Frankenberg: Denken wir einmal daran, daß die Sommerbühne im Laufe der nächsten zwei Monate ihre Pforten wieder öffnet. Man kann nicht wissen, wie lange sich die Verhandlungen mit dem Ministerium hinziehen, und es wäre möglich, daß schon eine Anzahl Leute schnell sich Karten kaufen — vielleicht Dauerkarten — und hohnlächelnd sagten: „Was will der Rat? Ich habe Dauerkarten, mir kann keiner etwas wollen.“ Wenn wir sicher gehen wollen, lassen wir uns auf nichts ein und sagen: Vom Tage des Inkrafttretens an wird von uns die Steuer ohne weiteres erhoben, und die betreffenden Unternehmer haben sich dem anzupassen.

Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn Sie uns ermächtigen, in diesem Falle nach Recht und Billigkeit zu verfahren, dann wäre ein Zusatz in das Statut nicht nötig.

Der Vorsitzende stellt fest, daß kein Zusatz als Übergangsbestimmung aufgenommen werden soll.

Stadtv. Schmidt: Herr Frede hat mitgeteilt, daß in der Ausschusssitzung die Anregung gegeben ist, die Jagdscheine höher besteuern zu lassen. Dieser Anregung können wir wohl ohne weiteres zustimmen und den Rat bitten, uns in dieser Sache eine Vorlage zu machen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, Herrn Schmidt ist in dieser Sache ein harmloses kleines Mißverständnis untergelaufen. Es handelt sich nicht um eine Vorlage, die der Rat der Stadt zu machen hätte, sondern darum, uns zu ersuchen, beim Ministerium vorstellig zu werden, daß die Gebühr für die Ausgabe von Jagdscheinen erhöht wird. Dazu wird der Rat ohne weiteres bereit sein.

Die Versammlung stimmt diesem Ersuchen an den Rat der Stadt zu.

Auf eine Anregung aus der Versammlung, über die Satzung im ganzen abzustimmen, antwortet der

Vorsitzende: Wir haben zu Anfang der Beratung uns dahin grundsätzlich entschieden, daß die Steuer eingeführt werden soll, infolgedessen wird eine nochmalige Abstimmung überflüssig sein.

3. Erhöhung des Tarifes für Dienstmänner.

Stadtv. Wahrensdorf: Die Dienstleute in der Stadt Braunschweig haben bei der hiesigen Polizeidirektion den Antrag gestellt, eine Erhöhung der am 8. Dezember 1908 festgesetzten Tage vorzunehmen, da die jetzige Tage den Dienstmännern ~~ein~~ auch nur einigmaßen ausreichendes Auskommen nicht gewährt. Die Polizeidirektion ersucht gemäß § 76 der Reichsgewerbeordnung um Zustimmung zu den vorgeschlagenen Änderungen, die darin bestehen, daß die unter I und II des bisherigen Tarifs aufgeführten Tagen auf das Dreifache erhöht werden und zu Ziffer II die Bemerkung hinzugefügt wird: „Bei Beschäftigung bei Umzügen unterliegt der Lohn freier Vereinbarung.“ Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten um gutachtliche Äußerung über die vorgeschlagene Änderung, und im Namen des Rechtsausschusses habe ich Ihnen zu empfehlen, zu der beabsichtigten Änderung der Dienstmannstaxe Ihre Zustimmung zu erteilen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage des Rechtsausschusses.

4. Antrag Lehner auf Instandsetzung des westlichen Fußweges der Helmstedter Straße zwischen Altwiekring und Wörthstraße.

Wortlaut des Antrages: Unterzeichneter ersucht hierdurch den Rat der Stadt, den nördlich belegenen Fußweg der Helmstedter Straße zwischen Altwiekring und Wörthstraße sobald wie möglich ausbauen zu lassen.

Stadtv. Lehner (zur Begründung): Wer in der letzten Zeit die Helmstedter Straße passiert hat, wird die Bemerkung gemacht haben, daß auf der Seite der Straße, an der das Restaurant Felten liegt, ein schöner, mit Platten belegter Fußsteig vorhanden ist, wogegen sich der Fußweg an der westlichen Seite der Straße vom

Altewiekring bis zur Wörthstraße in einem Zustand befindet, der jeder Beschreibung spottet. Es sollen wegen Besserung des Fußweges auch schon seit längerer Zeit seitens des Rates der Stadt Verhandlungen mit den Anliegern dieses Straßenteiles gepflogen sein, und nur mit einigen Anliegern — es sollen die Grundstücksinhaber Hagemann, Michels Erben und Bartels sein — ist es nicht zu einer Einigung gekommen. Wenn momentan die Mittel, die nötig sind, um einen ordnungsmäßigen Ausbau in die Wege zu leiten und den Fußweg mit Platten zu belegen, zu hoch sind, so möchte ich Herrn Stadtbaurat Gebensleben doch ersuchen, Auskunft darüber zu geben, ob der Fußsteig nicht wenigstens mit Bockasche und Grand in einen der Stadt würdigen Zustand versetzt werden könnte. Bei einzelnen Häusern sind die Eingänge, vor denen sich Kellerfenster befinden, in einem gerade gefährlichen Zustände. Der Erdboden hat sich gesackt und ist immer tiefer eingesunken. Vor nicht langer Zeit ist eine Frau in gesegnetem Zustande in eine solche Vertiefung gestürzt, so daß sie von den Hausbewohnern in ihre Wohnung geholt werden mußte, wo sie erst wieder zu sich kam und dann ihrer heimatlichen Stätte zugeführt werden mußte. Durch das Ausroden von Bäumen sind tiefe Löcher entstanden, und es wurde mir vor ungefähr acht Tagen, als ich bei Regenwetter dort gehen mußte, sehr schwer, dort weiterzukommen. Auch die dortigen Bewohner können, ohne die Sümpfe zu durchwaten, nicht in ihre Häuser kommen. Ich möchte bitten, sobald als möglich dort Abhilfe zu schaffen.

Der **Vorsitzende** überweist den Antrag der Baukommission.

5. Antrag **Wahrendorf** auf Einrichtung einer neuen Sexta an den hiesigen Oberrealschulen.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 1192.

Stadtv. **Wahrendorf** (zur Begründung): Es wird den Herrschaften bekannt sein, daß in den Oberrealschulen ein großer Andrang von Meldungen zur Aufnahme in diese Schulen vorhanden ist. Eltern aus solchen Kreisen, die früher nicht daran dachten, ihre Söhne in eine solche Schule zu schicken, sind jetzt zu der Überzeugung gekommen, daß sie nichts Besseres tun können, als ihre Kinder den Unterricht auf einer solchen höheren Schule genießen zu lassen. Der Andrang ist in diesem Jahre so groß, daß die angemeldeten Schüler lange nicht alle aufgenommen werden können, weil nicht so viele Klassen vorhanden sind, um sie unterzubringen; ungefähr 70 Knaben mußten abgewiesen werden. Darum ist es der Wunsch vieler Eltern, daß noch eine neue Sexta eingerichtet wird. Ich habe mich umgehört und erfahren, daß sich die Einrichtung einer neuen Klasse in der Gaußschule ermöglichen läßt, wenn nun der Gewerbeschule eine Klasse abnimmt, und es wurde mir gesagt, daß es Schwierigkeiten nicht machen würde, die Sache durchzuführen. Ich möchte Sie bitten, in

Interesse der Eltern, welche ihre Knaben der Schule zuführen wollen, meinen Antrag anzunehmen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Es wird unmöglich sein, daß ein solcher Antrag heute hier angenommen wird. Es ist zu bedenken, daß es nicht mit Einrichtung einer Klasse allein geschehen ist, sondern daß sie im nächsten Jahre als V. Klasse weitergeführt werden müßte. Ich bitte, den Antrag erst dem Schulausschuß zu überweisen.

Die dringliche Behandlung des Antrages wird von der Versammlung abgelehnt. Der **Vorsitzende** überweist ihn dem Schulausschuß zur Vorberatung.

6. Mitteilungen des Wahlausschusses für die Stadtratswahl.

Vorsitzender: Infolge der politischen Wirren hat die Wahl eines besoldeten Mitgliedes des Rates der Stadt nicht stattfinden können. Es war mit dem besten Willen nicht möglich, die vorgeschriebenen Fristen für die Bekanntmachungen über die Wahl innezuhalten. Die Veröffentlichung über die Wahllokale muß bis spätestens Sonnabend oder Montag vor dem Wahltag erfolgen, an dem betreffenden Montag aber streifte das ganze Setzerpersonal der Braunschweigischen Anzeigen. Wenn die Fristen nicht gewahrt sind, konnten leicht Wahlproteste einlaufen, die bis zum Verwaltungsgericht gehen, so daß wir aus der Wählerei nicht herauskommen würden. Ich bin nun im Zweifel, was jetzt werden soll. Der Anfang zur Wahl ist gemacht, aber es wird nichts anderes übrigbleiben, als daß wir mit den Ankündigungen von vorn anfangen. Öffentlich kommt dann nichts dazwischen. Ich bitte Sie also, den Wahlausschuß zu ermächtigen, einen erneuten Termin festzusetzen, wenn Sie nicht vorziehen, heute schon einen neuen Wahltermin vorzusehen und zu beschließen.

Oberbürgermeister Hetemeyer: Meinerseits möchte ich anheimgeben, dem zuzustimmen, was der Herr Vorsitzende vorgeschlagen hat. Man kann nicht wissen, wie die politischen Zustände in der nächsten Zeit sich gestalten, und da das Ministerium nochmals die Anstellung des Herrn Stadtrat von Frankenberg bis zum 30. April verlängert hat, so haben wir Zeit genug und können die Vorbereitungen in Ruhe vornehmen.

Die Versammlung erklärt sich mit der erbetenen Ermächtigung des Wahlausschusses einverstanden.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8¹/₄ Uhr.